

Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

Erste Reihe
Von der konstitutionellen Monarchie
zur parlamentarischen Republik

Herausgegeben von der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

Band 11

»In dieser schweren und hochernsten Zeit«

Ministerpräsident und Reichskanzler Georg von Hertling im Ersten Weltkrieg (1914–1919)

Edition

Bearbeitet von
Winfried Becker und Nikola Becker

Droste Verlag Düsseldorf



Copyright © 2026
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e.V.
Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin
www.kgparl.de
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf
www.drosteverlag.de
ISBN 978-3-7700-5374-2

Vorwort

Die Edition dokumentiert vorwiegend die amtliche Tätigkeit des preußischen Ministerpräsidenten und Reichskanzlers Georg von Hertling von Anfang November 1917 bis Ende September 1918. Sie bezieht partiell den Diskurs ein, den Hertling während des Krieges mit Freunden, Bekannten und früheren Professoren-Kollegen, mit seiner Frau Anna und seinem Sohn Karl über politische, kirchliche und wissenschaftliche Verhältnisse führte. Es kann nur ein sehr kleiner Ausschnitt aus den umfangreichen Aktenbeständen der einschlägigen Archive geboten werden. In den Fokus rückt vor allem das letzte Weltkriegsjahr, eine kurze Periode von erheblicher historischer Relevanz, zugleich der Höhepunkt einer späten politischen Karriere. Diese hat Hertling weder zielbewusst erstrebt noch war er für sie von Herkunft, Konfession oder Berufs wegen prädestiniert. Den Privatdozenten und Professor der Philosophie hatte es freilich früh in die Politik gezogen. Der junge Abgeordnete profilierte sich als sozialpolitischer Sprecher der Zentrumsfraktion des Reichstags. Er wuchs über die Jahre in eine Führungsposition seiner Partei hinein, bis er zum Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Reichstags gewählt wurde. Eine erfolgreiche parlamentarische Laufbahn qualifizierte aber im Kaiserreich noch nicht zum Aufstieg in höchste Staatsämter, geschweige denn die rege Verbandstätigkeit, die Hertling als Präsident (1876–1919) der Görres-Gesellschaft entfaltete, einer Organisation katholischer Wissenschaftler. Doch kultivierte er einen kooperativen Austausch mit Politikern und Amtsträgern des Reiches, Preußens sowie Bayerns und knüpfte ein Netz von Beziehungen, das ihn schließlich ministrabel erscheinen ließ. Die Regierungen in München und Berlin trauten ihm zu, kritische, die bestehende Ordnung bedrohende Situationen zu meistern. Die unerwarteten Rufe in die hohen Ämter ergingen nach der bayerischen Landtagswahl von 1912, als in Bayern eine liberal-sozialdemokratische Mehrheitsbildung nahe zu rücken schien, sowie in den die Regierung und den Reichstag entzweienden Kanzlerkrisen des Jahres 1917.

Für vielfachen sachkundigen Rat ist den kontaktierten Archiven, Kolleginnen, Kollegen und Mitarbeitern großer Dank geschuldet. Frau Annegret Wilke, Dr. Gerhard Keiper und Dr. Martin Kröger vom Politischen Archiv des Auswärtigen Amts standen jederzeit für die umgehende und hochprofessionelle Beantwortung zahlreicher Anfragen zur Verfügung. Im Bundesarchiv Koblenz gaben Alexandra Kosubek und Jasmin Vogl freundlich Auskunft. Dr. Josef van Elten half großzügig bei der Benutzung des Archivs der Görres-Gesellschaft (Depositum im Historischen Archiv des Erzbistums Köln). Weiterführende Hinweise gaben das Universitätsarchiv Münster, das Landesarchiv NRW Abteilung Westfalen, Ottheinrich Freiherr von Weitershausen (Glienike / Nordbahn), Hannes Burghartswieser (Ruhpolding), Archivdirektor Dr. Thomas Paringer und Archivamtmann Markus Frauenreuther (Bayerisches Hauptstaatsarchiv München), Thomas Breitfeld (Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz), Dr. Uwe Dathe (Thüringische Universitäts- und

Landesbibliothek Jena), Anton Löffelmeier (Stadtarchiv München), Dr. Monica Sinderhauf (Bistumsarchiv Trier), Dr. Carolin Weichselgartner (Archiv der Deutschen Kapuzinerprovinz, Altötting), Dr. Marion Stein (Deutsches Adelsarchiv, Marburg), Dr. Max Plassmann und Jan Klein (Historisches Archiv der Stadt Köln), André Franik M.A. (Diözesanarchiv Berlin), Dr. Thomas Hofmann (Deutsches Historisches Institut in Rom), Peter Crämer M.A. (Archiv für Christlich-Demokratische Politik, St. Augustin), Dr. Nicolas Schreiber (Köln), Dr. Sascha Hinkel (Pacelli-Edition, Münster), Jonas Klein (Edition Hans Delbrück, Bonn), Jean-Daniel Dessonnaz (Archives de la Ville de Fribourg), Dr. Katharina Weigand (München), Prof. Dr. Margaret Lavinia Anderson (Berkeley), Prof. Dr. Barbara Hallensleben (Fribourg), Prof. Dr. Winfried Baumgart (Mainz), Prof. Dr. Hans Maier (München), Prof. Dr. Michael Hirschfeld (Vechta), Prof. Dr. Rainald Becker (Augsburg) und Prof. Dr. Jan de Maeyer (Löwen). Barbara Limberg, Ludwig Nagy, Marco Naumann und Dr. Franz Egon Rode halfen bei den Vorarbeiten. Die Benutzung der Literatur erleichterten Gertraud Roßmeier, Angela Güntner und Martin Fernsebner vom Team der Universitätsbibliothek Passau. Besonderer Dank gilt der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, ihrem Präsidenten Prof. Dr. Dominik Geppert und Generalsekretär Prof. Dr. Andreas Schulz, ihm folgend Dr. Benedikt Wintgens, für die Aufnahme des Werks in eine ihrer Reihen. Die Referentin für Wissenschaftskommunikation Verena Mink hat sich der Drucklegung und der Digitalfassung mit Verve angenommen.

Passau, im März 2026 *Winfried Becker*

Inhalt

Vorwort 5*

Hinweise – Übersichten – Verzeichnisse

A. Hinweise zur Edition 12*
B. Verzeichnis der Dokumente 18*
C. Verzeichnis der Archivalien 34*
D. Quellen- und Literaturverzeichnis 40*
E. Verzeichnis der Abkürzungen 80*
F. Personenregister 84*

Dokumente

Briefe und Akten Februar 1914–1920 3

Hinweise – Übersichten – Verzeichnisse

A.

Hinweise zur Edition

Vorbemerkung

In den Beiträgen zum historischen Gedenken an das hundertjährige Ende des Ersten Weltkriegs findet sich keine nähere Betrachtung des verantwortlichen Leiters der deutschen Politik im letzten Kriegsjahr. Dies war Georg von Hertling, Reichskanzler vom 1. November 1917 bis 30. September/3. Oktober 1918, in herkömmlicher Kumulation mit dem Kanzleramt auch preußischer Ministerpräsident. Von Beruf Professor der Philosophie, seit 1880 in Bonn und von 1882 bis 1912 in München, trat er als Privatdozent 1875 für die Deutsche Zentrumspartei in den Reichstag ein, wurde ihr sozialpolitischer Sprecher und von 1909 bis 1912 ihr Fraktionsvorsitzender. Prinzregent Luitpold (1821–1912) berief ihn 1891 in die Erste bayerische Kammer, den Reichsrat der Krone Bayern. Hertling war Hauptinitiator der 1876 erfolgten Gründung der »Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland« und ihr Präsident bis zu seinem Tode am 4. Januar 1919.

Wie die große Mehrheit seiner Zeitgenossen war er verlässlicher Monarchist, mit Prinzregent Luitpold und Prinz Ludwig persönlich bekannt, verdankte aber seine Ernennung zum Vorsitzenden des bayerischen Ministerrats am 12. Februar 1912 letztlich dem Ruf, den er sich als Parlamentarier im Reichstag und als Repräsentant des bayerischen Zentrums erworben hatte. Auf das Vertrauen des Monarchen gestützt, führte Hertling erstmals die Regierung in Übereinstimmung mit der parlamentarischen, von der Zentrumsfraktion gestellten Majorität der bayerischen Kammer der Abgeordneten. Als Regierungschef in Bayern wie während seines Kanzlerjahrs war er der Spannung zwischen der Beharrungskraft der Monarchie und dem Mitregierungswillen des Parlaments ausgesetzt.

Die Übernahme des Kanzleramts, in Personalunion damit des Amts des preußischen Ministerpräsidenten, stellte Graf Hertling vor die letzte Herausforderung eines bewegten Lebens. Belastungen und Auseinandersetzungen war er freilich gewöhnt. Er kannte sie aus den Weltanschauungskämpfen des Kaiserreichs, in denen er klar Position bezogen hatte, und aus den ihm zur Routine gewordenen Parlamentsgeschäften. Von dem früheren Abgeordneten wurde nun ein verantwortungsvolles Handeln in den höchsten Ämtern erwartet. Sein Handlungsauftrag war von dem Gewicht der vor seiner Amtsperiode geschaffenen Verhältnisse beschwert. Er brachte indes Vorprägungen mit, die ihm halfen, eigenes Potential zu entfalten oder nur dies, sich nicht überwältigen zu lassen. Als Philosoph hatte er fundierte Vorstellungen über die staatliche und gesellschaftliche Ordnung entwickelt, die ihm Richtlinien seines politischen Handelns geworden waren. Er wusste aber nur zu gut, dass das stets fluktuierende politische Geschehen Anpassung und Kompromiss verlangte. Mit aufrechter Haltung beharrte er auf ihm unverfügbar scheinenden Gütern und Idealen.

Als der Zusammenbruch des Zarenreichs Ende November 1917 die Hoffnungen auf einen Sieg- und Annexionsfrieden beflügelte, bekannte sich Hertling in der ersten Reichstagsrede, die er als Reichskanzler hielt, zum Selbstbestimmungsrecht der aus dem russischen Herrschaftsbereich gelösten Völker. Doch die Realisierung dieses Programms begegnete den größten Schwierigkeiten, vor allem der Absicht der Obersten Heeresleitung, ein Ostimperium zu errichten. Hertling hatte sich auch in anderen grundlegenden Fragen der mächtigen Konkurrenz Hindenburgs und Ludendorffs zu erwehren, die wie selbstverständlich ihre Übergriffe ins politische Gebiet vortrugen. Er versuchte, unterstützt vom Staatssekretär des Äußern, Richard Kühlmann, beim Kaiser die ausschlaggebende Stellung in politicis zu

behaupten. Dem Kanzler war aufgegeben, das Verhältnis zum unruhigen Reichstag erträglich zu gestalten und möglichst zwischen den hochfliegenden Plänen des Kaisers und der obersten Generäle sowie den Vorstellungen der Mehrheitsparteien einen modus vivendi herzustellen. Schier unlösbar schienen die außenpolitischen Probleme: die Differenzen um die Wiederherstellung Belgiens, die Behandlung Polens und der Völker der Baltenländer, die Zukunft Elsaß-Lothringens, das Frankreich zurückforderte, das die deutsche Führung und die Mehrheit des Reichstags jedoch zunächst unter keinen Umständen aus der Zugehörigkeit zum Reich entlassen wollten. Teils gravierender noch ließen sich die territorialen Ansprüche und innenpolitischen Probleme der Verbündeten an: Österreich-Ungarns, der Türkei und Bulgariens. Hertling war bemüht, gegenüber den Feindmächten mehr Abwehrwillen als Siegesgewissheit, dazu innere Geschlossenheit und Friedensbereitschaft zu zeigen, dies aber in einer Form, die sich nicht als psychologische Schwäche ausbeuten ließ. Schließlich drapierte die kategorische Friedensbedingung des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson nach Abschaffung der deutschen »Autokratie« die ohnehin bevorstehende Verfassungsreform des Reichs mit dem Siegel der Unabweisbarkeit.

Die Form der Edition zur Erhellung von Hertlings Kanzlerjahr wurde gewählt, um die beklemmende Interdependenz zwischen den vielen Themen und Akteuren, die Verzweigungen und Facetten des breiten Meinungs- und Handlungsspektrums im letzten Kriegsjahr bestmöglich zu erfassen. Die Präsentation originaler Quellen überzeugt durch ihre Unmittelbarkeit, ist abgesehen von der Auswahl ungefiltert und veraltet nicht so schnell wie subjektive Narrative. Doch stellte sich im Lauf der Arbeit heraus, dass auch eine Darbietung ausgewählter Dokumente zu Fokussierungen verleiten kann, die einseitige oder unvollständige Eindrücke vermitteln und wichtige Hintergründe, Personen und Motive ausblenden oder zu wenig berücksichtigen. Aus diesem Grund wurde die Edition um eine Darstellung erweitert. Sie erscheint in gedruckter Form als Band 196 der von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien herausgegebenen Schriftenreihe »Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien«.

Die Darstellung ist nicht nur chronologisch gegliedert. Einige Kapitel behandeln bestimmte, wichtige Sachkomplexe in ihrem Zusammenhang. Besondere Beachtung gilt den deutschen Friedenssondierungen während des Kanzlerjahrs, die trotz der wertvollen Studien von Wolfgang Steglich, Gerhard Ritter und dessen Schüler Klaus Schwabe noch zu wenig aufgearbeitet wurden. Die Erzählung verwertet, ohne wiederholende Quellenzitate, die in der Edition vorgelegten Dokumente, auf deren Nummern in den Anmerkungen verwiesen ist. Sie zieht auch über die Edition hinausgehendes Quellenmaterial heran.

Mehr Informationen zur Darstellung:

Hertling führte den regen Briefwechsel mit seiner Familie, vielen nahen und fernen Bekannten, mit denen ihn berufliche, kirchen- oder allgemeinpolitische Interessen verbanden, während seiner Amtszeit nach Möglichkeit fort. Dies waren im Weltkrieg neben anderen die Redakteure Hermann Cardauns, Carl Muth, Karl Bachem und Julius Bachem, die Professoren Hermann von Grauert, Clemens Baeumker, Konrad Beyerle, Gustav Schnürer und Georg Hüffer. Er hielt bewusst den Kontakt und das gute Verhältnis zu Schülern und jungen Wissenschaftlern wie Max Ettlinger, Alfred Brunswig und Joseph Anton Endres aufrecht. Der beibehaltene Gedankenaustausch mit Stephan Ehses, dem Direktor des Römischen Instituts der Görres-Gesellschaft, gibt Aufschluss über das Nomadenleben,

das der nach dem erzwungenen Rückzug aus Rom wissenschaftlich unbeirrt weiterarbeitende Prälat während des Weltkriegs führen musste. In seinen hohen Ämtern hatte Hertling weiterhin ein offenes Ohr für die Interessen und Nöte der mit ihm bekannten Geistlichen und kirchlichen Würdenträger. Der Münchner Nuntius Pacelli setzte nicht geringe Hoffnungen auf ihn. Hertling war darauf angewiesen, sich in seinen Ämtern des Rückhalts führender und befreundeter Zentrumsabgeordneter zu versichern. Einige von ihnen mischten Skepsis in ihre Gratulation zum Kanzleramt.

Die reichhaltigsten Sammlungen von Hertling-Briefen finden sich in seinem Nachlass im Bundesarchiv Koblenz und im Archiv der Görres-Gesellschaft (Depositum im Archiv des Erzbistums Köln). 1931 überließ sein Sohn Karl der Görres-Gesellschaft weit über tausend Briefe. Er schied nach nicht mehr nachprüfbaren Kriterien viele Briefe aus, offenbar auch die seiner Mutter Anna; sie hatte eine weitaus pessimistischere Sicht auf den Krieg als ihr Mann. Den immer noch sehr umfangreichen Nachlass verkaufte Hertlings jüngste Tochter Anna 1964 dem Bundesarchiv Koblenz. Der Nachlass im Bundesarchiv sowie die Abgaben an die Görres-Gesellschaft enthalten aufschlussreiche Briefwechsel über die Politik der Reichstagsfraktion des Zentrums im ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhundert.[1] Die Sammlung Cardauns im Nachlass Hertling (Bundesarchiv Koblenz) enthält eine Serie von Briefen Hertlings (1875–1918). Hermann Cardauns hat mit dem alten Freund 1917/18 aus Rücksicht auf dessen berufliche Belastung allerdings nur noch sparsam korrespondiert.

Der Schwerpunkt der Edition war auf die dienstliche Korrespondenz zu legen, die Aufschluss gibt über die im Schoß der Regierung von statten gehende Willensbildung. Ein fast täglicher Telegramm- und Schriftwechsel verband die Reichskanzlei mit der Obersten Heeresleitung, dem Auswärtigen Amt, den Vertretern der anderen Reichsämter und einigen Ministern der Bundesstaaten. Den Verkehr mit der Obersten Heeresleitung und dem Kaiser vermittelten im Großen Hauptquartier die Stellvertreter des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Auswärtigen, in der Reichskanzlei der Repräsentant der Obersten Heeresleitung. Hertling wechselte Briefe auch mit den österreichisch-ungarischen Außenministern, den bayerischen Bevollmächtigten beim Bundesrat, mit Bekannten aus der Zentrumspartei und dem Adel, den deutschen Gesandten und Legationsräten. Der Informationsaustausch während der Amtszeit war rege und fand Niederschlag in amtlichen Aufzeichnungen, Sitzungsprotokollen, Briefen und Telegrammen von und an Privatpersonen, Informanten und Journalisten.

Die Tätigkeit Hertlings als bayerischer Ministerpräsident und Staatsminister des Äußern von 1912 bis 1917 ist im Bayerischen Hauptstaatsarchiv München dokumentiert. Bisher nicht zusammenhängend untersucht wurden die 1914 von den bayerischen Gesandten in Wien, Rom und St. Petersburg erstatteten Berichte. Die Korrespondenz Hertlings mit Wilhelm von Württemberg (Urach) (1912–1917) im Hauptstaatsarchiv Stuttgart ist von speziellem Interesse

1 Vgl. Martin Schütz, Findbuch zum Archiv der Görresgesellschaft, erstellt am 30. Oktober 1992, München (Manuskript), das Findbuch für die teils digitalisierten Bände des Nachlasses Georg von Hertling (N 1036) im Bundesarchiv und für die Korrespondenz mit Pacelli den Teilnachlass Hertling im Archiv des Erzbistums München und Freising.

und wurde darum nicht benutzt, nur gelegentlich der amtliche Austausch mit dem bayerischen Vatikangesandten Ritter zu Groenesteyn. Über diesen Diplomaten liegt schon die vorzügliche Dissertation von Jörg Zedler vor. Das Handeln des Reichskanzlers vom November 1917 bis Oktober 1918 fand Niederschlag in den »Kriegsakten 1914–1918 (Reichsarchiv)« des Bundesarchivs Berlin, weit mehr noch im riesigen Aktenbestand »Der Weltkrieg 1914–1918«, den das Politische Archiv des Auswärtigen Amts verwahrt.[2] Aus letzterem wurden für 1917/18 vor allem die den Friedensbemühungen der deutschen Regierung gewidmeten Serien herangezogen: »Geheime Friedensanregungen«, »Vermittlungsaktionen«, »Friedensstimmungen und Aktionen zur Vermittlung des Friedens« sowie »Die Zukunft der besetzten Gebiete«. Ausgewertet wurden Nachlässe des Führungspersonals und fallweise Akten der in den neutralen Staaten verbliebenen Gesandtschaften. Briefwechsel Hertlings finden sich auch in der Handschriftenabteilung der Staatsbibliothek München (Nachlass Ernst Deuerlein), im Archiv des Erzbistums München und Freising (Teilnachlass Georg von Hertling), im Bistumsarchiv Trier und im Privatarchiv Ottheinrich von Weitershausen.

Die privaten Äußerungen fließen aus dem Kanzlerjahr, in dem Hertling sich manchmal wie in eine fremde Welt versetzt fühlte, spärlicher als in früheren Zeiten. Die Familienbriefe schrieb er nun in einer Ausnahmesituation, er war auf sein Amt fixiert und musste sich kürzer fassen. Die Briefe an seine Gattin Anna geben Aufschluss vor allem über die Umstände seines Rücktritts. Seiner Schwester Gisberta hat er erstaunlich viel Politisches anvertraut. Die Briefe an den in Frankreich und im Osten Militärdienst leistenden Sohn spiegeln die zunächst allgemein verbreitete Siegeszuversicht und patriotische Gefühle wider. Ihr Ton blieb aber viel gemäßigter als die Bekundungen der sich nationalem Aufschwung hingebenden Professoren und Vereine. Das Festhalten an den Familienbanden und wissenschaftlichen Interessen inmitten der nervenaufreibenden politischen Anforderungen schuf dem Reichskanzler Oasen der Rekreation und menschlicher Vertrautheit.

Der Schwerpunkt der Edition liegt naturgemäß auf der dienstlichen Korrespondenz. Hertling bediente sich als Ministerpräsident und Reichskanzler in der Regel des Sachverstands der Institutionen und Personen, die er beim Amtsantritt vorfand, außer dass er 1912 in Bayern einen Ministerwechsel vornahm. In seinen täglichen Arbeitsablauf traten die bayerische, dann die preußische Ministerialbürokratie, die Diplomaten des Auswärtigen Amts, seine Stellvertreter und Staatssekretäre, Friedrich von Payer, Richard von Kühlmann, Paul von Hintze, Wilhelm von Radowitz, Werner von Grünau und Kurt von Lersner. Mehrere Gesprächsniederschriften belegen, dass er eine kollegiale Amtsführung praktizierte und wichtige Entscheidungen dem von ihm geleiteten Konvent der Reichsressorts, d.h. der obersten Staatssekretäre, überließ - eine Vorbereitung auf das Weimarer Kabinett. Amtliche Beziehungen ergaben sich zu den führenden Persönlichkeiten: Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff, Wilhelm II., Rupprecht und Ludwig III. von Bayern, Prinz Max von Baden, Papst Benedikt XV. und Eugenio Pacelli. Dieses Führungspersonal ist zwar schon umfassend erforscht, seine Beziehungen zu Hertling wurden jedoch zu wenig beachtet.

2 Der Weltkrieg 1914–1918, RZ 201, Abteilung IA. PAAA.

Auch viele an Hertling gerichtete Briefe und Telegramme sind aufgenommen, weil sie Rückschlüsse auf Handlungen und Ansichten des Adressaten zulassen, wenn dessen eigene Mitteilungen zu bestimmten Vorgängen nicht mehr greifbar sind. Sie bereichern die personenbezogene Edition um Elemente der Intersubjektivität. Die Dokumentation beschränkt sich bewusst nicht auf eine Provenienz, auf Briefe an eine und von einer Person oder Institution. Es werden auch die nicht direkt an Hertling gerichteten oder von ihm herrührenden Äußerungen dokumentiert, soweit sie seinen Tätigkeitsbereich näher berührten. Denn als Ministerpräsident und Reichskanzler trug er Verantwortung für das Handeln der ihm unterstellten Ämter, wenn er nicht selbst schrieb oder diktierte.[3] Als Dienstherr trat er zwar manchmal entschieden, jedoch selten autoritär auf. Er stellte sich ständig auf die Interaktion mit den verschiedenen Ansprechpartnern ein. Als Präsident der bei den Päpsten wohl eingeführten Görres-Gesellschaft erhielt er von deren Forschungsleiter in Rom, Prälat Ehses, bis Mai 1915 zusätzliche Informationen über die Lage in Italien.

Die Edition enthält und kommentiert im Regelfall nicht publizierte Archivalien, konnte aber wichtige schon gedruckte (meist unkommentierte) Stücke nicht auslassen.[4] Originale Überlieferungen, Abschriften und deren Entstehungsstufen (Konzepte, Originale, Kopien), Anlagen, Sicht- und Bearbeitungsvermerke sind jeweils angegeben, soweit ermittelbar. Von doppelten Seiten- oder Folienangaben in den Aktenbänden des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts werden die letzten Zählungen berücksichtigt, bei fehlender Paginierung auf dem Papier die Seitenangaben des Digitalisats. Frühere kritische Editionen sind durchgehend verwertet, vor allem die für die Politik des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Auswärtigen immer noch grundlegende vierbändige Dokumentation von Scherer-Grunewald sowie die von Erich Matthias, Rudolf Morsey und Reinhard Schiffers edierten Protokolle des Interfraktionellen Ausschusses und des Hauptausschusses des Reichstags. Zentrale persönliche Quellen erschließen die kritischen Editionen von Holger Afflerbach über Kaiser Wilhelm II. als Obersten Kriegsherrn, Johannes Hürter über Paul von Hintze und Elisabeth Kovács über Kaiser Karl (Aktenband). Georg Stacher gab die Politik Österreich-Ungarns 1916–1918 beleuchtende Dokumente heraus. Wolfgang Steglichs Werke über den Friedensappell Benedikts XV. und die Friedenspolitik der Mittelmächte sind so quellennah gearbeitet, dass sie an dieser Stelle ebenso Erwähnung verdienen wie seine Teiledition der Protokolle des 2. Unterausschusses des Untersuchungsausschusses für die Schuldfragen des Ersten Weltkrieges. Die von Hubert Wolf geleitete »Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917–1929)« dokumentiert die erprobt guten, auch im Weltkrieg meist spannungsfreien Beziehungen des früheren Zentrumsabgeordneten zur Kurie. »The Papers of Woodrow Wilson«, die »Papers Relating to the Foreign Relations of the United States« (FRUS) und Ralph Haswell Lutz' Edition ausgewählter Briefe und Gesprächsprotokolle George D. Herrons werfen Licht auf die US-amerikanische Politik.

3 Der Staatssekretär des Auswärtigen wirkte gleichsam im Schatten des Reichskanzlers. J. Petersen, La Wilhelmstraße, 1981, S. 131.

4 Siehe z. B. Edition Nr. 257 mit Anlage.

Für die Kommentierung der Quellen erwies sich »Schulthess' Europäischer Geschichtskalender« (1914–1918) als unentbehrlich. Sein Herausgeber sah sich in der Pflicht, »ohne parteiische Voreingenommenheit oder Zwecksetzung die für die geschichtliche Entwicklung entscheidenden Tatsachen und Dokumente in möglichst lückenloser Folge vorzulegen«.[5] Obwohl die Nachrichtensperre im Krieg sogar die deutsche Regierung oft in »Dunkelheit« ließ (Kühlmann), berichtete die Chronik täglich aus dem In- und Ausland, bewältigte die Drucklegung und die Auswahl aus einer immensen Stofffülle.

Hertlings Reden in den bayerischen Kammern, im Reichstag und Hauptausschuss werden nicht alle abgedruckt, da sie in den Stenographischen Berichten, im »Schulthess«, in kritischen Editionen (Interfraktioneller und Haupt- Ausschuss) sowie in den digitalisierten Reichstagsprotokollen zugänglich sind. Noch vorhandene Konzepte und Vorlagen der Reden wurden allerdings herangezogen. Zur Kommentierung werden auch Telegramme, Briefe, Protokolle, Notizen, Vermerke und Niederschriften eingearbeitet, die mit oder neben dem ausgewählten Dokument entstanden sind und zu dessen Erläuterung dienen. Nicht nur bei der Ermittlung der »Friedensaktionen« schien es geboten, tiefer in die Geschäftsgänge des Auswärtigen Amts einzudringen, auch wenn dies von der Person des Reichskanzlers wegführt, in dessen Verantwortungsbereich die Einzelvorgänge jedoch fielen.

Einmalige biographische Hinweise aus Nachschlagewerken (z. B. NDB; Online-Bereitstellungen) werden nur in den Anmerkungen vollständig angeführt, um das Literaturverzeichnis zu entlasten. Die Biogramme erscheinen möglichst bei der Ersterwähnung einer Person im Text der Edition oder der Darstellung, in letzterer nur dann, wenn sie in der Edition nicht auftauchen. Die ursprüngliche Orthographie und Zeichensetzung wurden möglichst beibehalten. Verschreiber oder grammatische Fehler sind mit [!] versehen oder, falls es sich offensichtlich um Versehen handelt, in einigen Fällen stillschweigend verbessert. Auszuschreibende Buchstaben von Titeln oder Wörtern werden in eckige Klammern gesetzt [...], nicht als Fehler [!] bezeichnet, ebenso wird mit den Auslassungen […] verfahren. In den Quellen verschriebene Namen bleiben ohne Fehlerangabe [!], weil sie in den Anmerkungen, der Darstellung und dem Register richtig angegeben sind. Abgekürzte Brief-Unterschriften werden meist nicht aufgelöst, da die Verfasser der Schreiben mit vollständigem Namen angegeben sind. Zu persönliche oder langatmige Partien der Dokumente sind in kursiv gedruckten Regesten zusammengefasst. Die individuell verschiedene Anordnung der Schlussformeln der Briefe ist vereinheitlicht.

5 Schulthess 58, NF 33 (1917/I), S. III f., Vorwort von Dr. Wilhelm Stahl.

B.

Verzeichnis der Dokumente

1 Adolf Gröber an Georg von Hertling, Berlin, 14. Februar 1914
2 Felix Porsch an Georg von Hertling, Breslau, 8. April 1914
3 Unterredung Georg von Hertlings mit Theobald von Bethmann Hollweg, München, 13. April 1914
4 Julius Bachem an Georg von Hertling, Köln, 19. Juni 1914
5 Georg von Hertling an Anna von Hertling, München, 1. Juli 1914
6 Peter Spahn an Georg von Hertling, Frankfurt am Main, 5. Juli 1914
7 Georg von Hertling an Anna von Hertling, München, 10. Juli 1914
8 Georg von Hertling an Julius Bachem, München, 27. Juli 1914
9 Georg von Hertling an Karl von Hertling, München, 23. August 1914
10 Carl von Savigny an Georg von Hertling, Schloss Trages bei Gelnhausen, 31. August 1914
11 Stephan Ehses an Georg von Hertling, Bad Ems, 4. September 1914
12 Georg von Hertling an Karl von Hertling, München, 4. September 1914
13 Georg von Hertling an Gisberta von Biegeleben, München, 5. September 1914
14 Georg von Hertling an Stephan Ehses, München, 12. September 1914
15 Georg von Hertling an Hermann Cardauns, München, 25. September 1914
16 Felix Porsch an Georg von Hertling, Breslau, 10. Oktober 1914
17 Karl von Hertling an Georg von Hertling, Cuy bei Dives, 13. Oktober 1914
18 Georg von Hertling an Matthias Erzberger, München, 16. Oktober 1914
19 Karl von Hertling an Georg von Hertling, In der Picardie, 20. Oktober 1914
20 Felix Porsch an Georg von Hertling, Breslau, 7. November 1914
21 Georg von Hertling an Paul Maria Baumgarten, München, 13. November 1914
22 Georg von Hertling an Lujo Brentano, München, 14. November 1914
23 Theobald von Bethmann Hollweg an Georg von Hertling, Großes Hauptquartier, 15. November 1914
24 Felix Porsch an Georg von Hertling, Breslau, 19. November 1914
25 Georg von Hertling an Theobald von Bethmann Hollweg, München, 22. November 1914
26 Karl von Hertling an Georg von Hertling, Doingt bei Péronne, 1. Dezember 1914
27 Georg von Hertling an Anna von Hertling, Berlin, 2. Dezember 1914
28 Aufzeichnung Georg von Hertlings, Berlin, 2. Dezember 1914
29 Georg von Hertling an Anna von Hertling, Berlin, 3. Dezember 1914
30 Georg von Hertling an Karl von Hertling, München, 15. Dezember 1914
31 Peter Spahn an Georg von Hertling, Frankfurt, 15. Dezember 1914
32 Georg von Hertling an Stephan Ehses, München, 25. Dezember 1914
33 Stephan Ehses an Georg von Hertling, Rom, 30. Dezember 1914
34 Stephan Ehses an Georg von Hertling, Rom, 14. Januar 1915
35 Georg von Hertling an Stephan Ehses, München, 23. Januar 1915
36 Stephan Ehses an Georg von Hertling, Rom, 6. Februar 1915

37 Georg von Hertling an Karl von Hertling, Garmisch, 18. Februar 1915
38 Stephan Ehses an Georg von Hertling, Rom, 22. Februar 1915
39 Georg von Hertling an Stephan Ehses, Garmisch, 10. März 1915
40 Georg von Hertling an Bernhard von Bülow, München, 13. März 1915
41 Stephan Ehses an Georg von Hertling, Rom, 23. März 1915
42 Stephan Ehses an Georg von Hertling, Rom, 11. April 1915
43 Georg von Hertling an Karl von Hertling, München, 13. April 1915
44 Matthias Erzberger an Georg von Hertling, Berlin, 19. April 1915
45 Matthias Erzberger an Georg von Hertling, Berlin, 19. April 1915
46 Georg von Hertling an Karl von Hertling, München, 20. April 1915
47 Matthias Erzberger an Georg von Hertling, Berlin, 24. April 1915
48 Georg von Hertling an Gisberta von Biegeleben, München, 29. April 1915
49 Georg von Hertling an Karl von Hertling, München, 5. Mai 1915
50 Stephan Ehses an Georg von Hertling, Koblenz (Marienhof), 9. Mai 1915
51 Georg von Hertling an Stephan Ehses, München, 12. Mai 1915
52 Georg von Hertling an Karl von Hertling, Ruhpolding, 24. Mai 1915
53 Georg von Hertling an Carl Muth, Ruhpolding 25. Mai 1915
54 Georg von Hertling an die K. Bayerische Gesandtschaft in Berlin, München, 27. Mai 1915
55 Georg Hüffer an Georg von Hertling, Bad Kissingen, 27. Mai 1915
56 Georg von Hertling an Stephan Ehses, München, 13. Juni 1915
57 Georg von Hertling an Matthias Erzberger, München, 13. Juni 1915
58 Georg von Hertling an Karl von Hertling, Ruhpolding, 17. Juni 1915
59 Georg von Hertling an Hermann von Grauert, Ruhpolding, 23. Juni 1915
60 Georg von Hertling an Julius Bachem, Ruhpolding, 26. Juni 1915
61 Georg von Hertling an Karl von Hertling, Ruhpolding, 11. Juli 1915
62 Hermann von Grauert an Georg von Hertling, München, 26. Juli 1915
63 Georg von Hertling an Karl von Hertling, Ruhpolding, 26. Juli 1915
64 Georg von Hertling an Matthias Erzberger, München, 6. August 1915
65 Georg von Hertling an Karl von Hertling, Ruhpolding, 7. August 1915
66 Stephan Ehses an Georg von Hertling, Koblenz (Marienhof), 8. August 1915
67 Georg von Hertling an Stephan Ehses, Ruhpolding, 11. August 1915
68 Hermann von Grauert an Georg von Hertling, München, 14. August 1915
69 Hermann von Grauert an Georg von Hertling, Prien am Chiemsee, 2. September 1915
70 Max von Biegeleben an Georg von Hertling, Neisse, 13. September 1915
71 Matthias Erzberger an Georg von Hertling, Berlin, 23. September 1915
72 Georg von Hertling an Karl von Hertling, München, 4. Oktober 1915
73 Gustav Schnürer an Georg von Hertling, Freiburg in der Schweiz, 20. Oktober 1915
74 Gustav Schnürer an Georg von Hertling, Freiburg in der Schweiz, 7. November 1915
75 Georg von Hertling an Anna von Hertling, Brüssel, 8. November 1915
76 Otto von Ritter zu Groenesteyn an Georg von Hertling, Lugano, 13. November 1915
77 Georg von Hertling an Otto von Ritter zu Groenesteyn, München, 24. November 1915
78 Stephan Ehses an Georg von Hertling, Berlin, 3. Dezember 1915

79 Georg von Hertling an Matthias Erzberger, München, 11. Dezember 1915
80 Alfred Brunswig an Georg von Hertling, [Im Felde,] 16. Dezember 1915
81 Gustav Schnürer an Georg von Hertling, Freiburg in der Schweiz, 19. Dezember 1915
82 Georg von Hertling an Julius Bachem, München, 25. Dezember 1915
83 Georg von Hertling an Stephan Ehses, München, 27. Dezember 1915
84 Franz Baur an Georg von Hertling, München, 30. Dezember 1915
85 Georg von Hertling an Franz Baur, München, Januar 1916
86 Max Ettlinger an Georg von Hertling, München 9. Januar 1916
87 Stephan Ehses an Georg von Hertling, Berlin, 12. Januar 1916
88 Georg von Hertling an Karl von Hertling, München, 21. Februar 1916
89 Gustav Schnürer an Georg von Hertling, Freiburg im Breisgau, 24. Februar 1916
90 Georg von Hertling an Matthias Erzberger, München, 4. März 1916
91 Julius Bachem an Georg von Hertling, Köln, 7. März 1916
92 Georg von Hertling an Hermann von Grauert, München, 7. März 1916
93 Georg von Hertling an Karl von Hertling, München, 21. März 1916
94 [Ludwig III. von Bayern an Kronprinz Rupprecht], [München,] 22. März 1916
95 Georg von Hertling an Stephan Ehses, München, 26. März 1916
96 Georg von Hertling an Karl von Hertling, München, 9. April 1916
97 Alfred Brunswig an Georg von Hertling, [Im Felde,] 10. April 1916
98 Max Ettlinger an Georg von Hertling, München, 13. April 1916
99 Georg von Hertling an Karl von Hertling, München, 24. April 1916
100 Georg von Hertling an Gisberta von Biegeleben, Ruhpolding, 28. April 1916
101 Georg von Hertling an Stephan Ehses, Ruhpolding, 4. Mai 1916
102 Stephan Ehses an Georg von Hertling, Koblenz (Marienhof), 9. Mai 1916
103 Hermann Cardauns an Georg von Hertling, Bonn, 6. Juni 1916
104 Georg von Hertling an Hermann Cardauns, Ruhpolding, 17. Juni 1916
105 Georg von Hertling an Julius Bachem, Ruhpolding, 22. Juni 1916
106 Hermann von Grauert an Georg von Hertling, München, 25. Juni 1916
107 Georg von Hertling an Hermann von Grauert, Ruhpolding, 27. Juni 1916
108 Ludwig Nieder an Georg von Hertling, M[önchen] Gladbach, 27. Juni 1916
109 Georg von Hertling an Ludwig Nieder, Ruhpolding, 1. Juli 1916
110 Georg von Hertling an Julius Bachem, Ruhpolding, 1. Juli 1916
111 Stephan Ehses an Georg von Hertling, Koblenz (Marienhof), 8. Juli 1916
112 Alfred Brunswig an Georg von Hertling, Im Felde, 9. Juli 1916
113 Hermann von Grauert an Georg von Hertling, München, 22. Juli 1916
114 Julius Bachem an Georg von Hertling, Köln, 25. Juli 1916
115 Clemens Baeumker an Georg von Hertling, München, 1. August 1916
116 Georg von Hertling an Anna von Hertling, München 1. September 1916
117 Bayerischer Ministerrat, München, 2. September 1916
118 Alfred Brunswig an Georg von Hertling, [Im Felde,] 27. September 1916
119 Georg von Hertling an Karl von Hertling, München, 6. Oktober 1916
120 Matthias Erzberger an Georg von Hertling, Berlin, 8. Oktober 1916

121 Georg von Hertling an Matthias Erzberger, München, 21. Oktober 1916
122 Georg von Hertling an Konrad Beyerle, München, 26. Oktober 1916
123 Georg von Hertling an Hermann Cardauns, Ruhpolding, 5. November 1916
124 Georg von Hertling an Hermann Cardauns, München, 13. November 1916
125 Adolf Fritzen an Georg von Hertling, Strassburg, 22. November 1916
126 Georg von Hertling an Friedrich Wilhelm von Bissing, München, 28. November 1916
127 Georg von Hertling an Matthias Erzberger, München, 1. Dezember 1916
128 Georg von Hertling an Karl von Hertling, München, 26. Dezember 1916
129 Gustav Schnürer an Georg von Hertling, Freiburg in der Schweiz, 28. Dezember 1916
130 Peter Spahn an Georg von Hertling, Frankfurt, 30. Dezember 1916
131 Matthias Erzberger an Georg von Hertling, Berlin, 6. Januar 1917
132 Georg von Hertling an Matthias Erzberger, München 6. Januar 1917
133 Matthias Erzberger an Georg von Hertling, Berlin, 8. Januar 1917
134 Georg von Hertling an Franz von Stockhammern, München, 15. Januar 1917
135 Otto von Ritter zu Groenesteyn an Georg von Hertling, Lugano, 29. Januar 1917
136 Matthias Erzberger an Georg von Hertling, Berlin, 31. Januar 1917
137 Matthias Erzberger an Georg von Hertling, Berlin, 1. Februar 1917
138 Benedikt XV. an Georg von Hertling, Vatikan, 2. März 1917
139 Eduard Müller an Georg von Hertling, Berlin, 5. März 1917
140 Georg von Hertling an Karl von Hertling, München, 11. März 1917
141 Georg von Hertling an Carl Muth, München, 20. März 1917
142 Georg von Hertling an Theobald von Bethmann Hollweg, München 23. März 1917
143 Theobald von Bethmann Hollweg an Georg von Hertling, Berlin, 27. März 1917
144 Matthias Erzberger an Georg von Hertling, Berlin, 5. April 1917
145 Georg von Hertling an Lujo Brentano, München, 8. April 1917
146 Georg von Hertling an Karl von Hertling, Ruhpolding, 11. April 1917
147 Georg von Hertling an Karl von Hertling, München, 19. April 1917
148 Georg von Hertling an Karl von Hertling, München, 26. April 1917
149 Georg von Hertling an Staatsrat [Dandl], München, 2. Mai 1917
150 Sitzung des diplomatischen Ausschusses des Bundesrats, [Berlin,] 9. Mai 1917
151 Eduard Müller an Georg von Hertling, Koblenz, 2. Juni 1917
152 Franz Ehrle an Georg von Hertling, München, 6. Juni 1917
153 Alfred Brunswig an Georg von Hertling, Im Felde, 9. Juni 1917
154 Eduard Müller an Georg von Hertling, Koblenz, 12. Juni 1917
155 Georg von Hertling an Hermann Cardauns, Ruhpolding, 18. Juni 1917
156 Georg von Hertling an Stephan Ehses, Ruhpolding 20. Juni 1917
157 Ludwig Nieder an Georg von Hertling, M[önchen] Gladbach, 29. Juni 1917
158 Eduard Müller an Georg von Hertling, Langenargen am Bodensee, 17. Juli 1917
159 Georg von Hertling an Karl von Hertling, Ruhpolding, 18. Juli 1917

160 Georg von Hertling an Hermann Cardauns, Ruhpolding, 20. Juli 1917
161 Georg von Hertling an Hermann von Grauert, Ruhpolding, 21. Juli 1917
162 Hermann von Grauert an Georg von Hertling, München, 25. Juli 1917
163 Georg von Hertling an Hermann von Grauert, Ruhpolding, 26. Juli 1917
164 Georg von Hertling an Julius Bachem, Ruhpolding, 3. August 1917
165 Georg von Hertling an Rupprecht von Bayern, München, 9. August 1917
166 Eduard Müller an Georg von Hertling, Koblenz, 11. August 1917
167 Georg von Hertling an Stephan Ehses, Ruhpolding, 13. August 1917
168 Kurt von Lersner an Richard von Kühlmann, Großes Hauptquartier, 16. August 1917
169 Georg von Hertling an Carl Muth, Ruhpolding, 17. August 1917
170 Stephan Ehses an Georg von Hertling, München, 19. August 1917
171 Gustav Schnürer an Georg von Hertling, Freiburg in der Schweiz, 21. August 1917
172 Hermann von Grauert an Georg von Hertling, Prien am Chiemsee, 23. August 1917
173 Hermann von Grauert an Georg von Hertling, Prien am Chiemsee, 28. August 1917
174 Georg von Hertling an Karl von Hertling, Ruhpolding, 28. August 1917
175 Georg von Hertling an Hermann von Grauert, Ruhpolding, 5. September 1917
176 Georg von Hertling an Karl von Hertling, Ruhpolding, 8. September 1917
177 Clemens Baeumker an Georg von Hertling, Tegernsee, 12. September 1917
178 Hermann von Grauert an Georg von Hertling, Prien am Chiemsee, 13. September 1917
179 Friedrich von Galen an Georg von Hertling, Assen bei Lippborg, 20. September 1917
180 Georg von Hertling an Anna von Hertling, München, 24. September 1917
181 Georg von Hertling an Anna von Hertling, München, 27. September 1917
182 Rede Georg von Hertlings in der Kammer der Reichsräte, München, 28. September 1917
183 Clemens Baeumker an Georg von Hertling, Tegernsee, 28. September 1917
184 Georg von Hertling an Anna von Hertling, München, 1. Oktober 1917
185 Georg von Hertling an Anna von Hertling, München, 7. Oktober 1917
186 Georg von Hertling an Anna von Hertling, München, 12. Oktober 1917
187 Felix Porsch an Georg von Hertling, Breslau, 22. Oktober 1917
188 Leopold Krafft von Dellmensingen an Otto von Dandl, Heeresgr. [Rupprecht] Hauptqu., 24. Oktober 1917
189 Otto von Dandl an Leopold Krafft von Dellmensingen, München, 29. Oktober 1917
190 Georg von Hertling an Anna von Hertling, Berlin, 30. Oktober 1917
191 Karl Helfferich an Georg von Hertling, Berlin, 31. Oktober 1917
192 Besprechung in der Bayerischen Gesandtschaft, Berlin, 1. November 1917
193 Friedrich Wilhelm Foerster an Georg von Hertling, München, 1. November 1917
194 Lujo Brentano an Georg von Hertling, Charlottenburg, 2. November 1917
195 Georg von Hertling an Anna von Hertling, Berlin, 2. November 1917

196 Eduard Müller an Georg von Hertling, Koblenz, 2. November 1917
197 Konrad Beyerle an Georg von Hertling, Brüssel, 3. November 1917
198 Stephan Ehses an Georg von Hertling, München, 3. November 1917
199 Georg von Hertling an Anna von Hertling, Berlin, 3. November 1917
200 Bogdan von Hutten-Czapski an Georg von Hertling, Warschau, 3. November 1917
201 Friedrich von Galen an Georg von Hertling, Haus Assen bei Lippborg, 4. November 1917
202 Karl Georg von Treutler an Georg von Hertling, München, 4. November 1917
203 Eduard von der Heydt an Richard von Kühlmann, Den Haag, 6. November 1917
204 Georg von Hertling an Anna von Hertling, Berlin, 7. November 1917
205 Georg von Hertling an Karl von Hertling, Berlin, 8. November 1917
206 Friedrich Rosen an Auswärtiges Amt, Den Haag, 8. November 1917
207 Richard von Kühlmann an Karl Georg von Treutler, Berlin, 9. November 1917
208 Ludwig III. von Bayern an Rupprecht von Bayern, München, 12. November 1917
209 Georg von Hertling an Carl Muth, Berlin, November 1917
210 Gisbert von Romberg an Georg von Hertling, Bern, 15. November 1917
211 Georg von Hertling an Konrad Beyerle, Berlin, 20. November 1917
212 Georg von Hertling an Leopold von Bayern, Berlin, 21. November 1917
213 Georg von Hertling an Kurt von Lersner, Berlin, 29. November 1917
214 Leopold Nathan an Richard von Kühlmann, Zürich, 29. November 1917
215 Heinrich Adelmann an Georg von Hertling, Sigmaringen, 30. November 1917
216 Vertreter der Taryba an Georg von Hertling, Berlin, 30. November 1917
217 Berliner Protokoll über Litauen, [Berlin, 7.] Dezember 1917
218 Georg von Hertling an Gustav Karl Majlath, Berlin, 13. Dezember 1917
219 Hilmar von dem Bussche an ein skandinavisches Frauenkomitee, Berlin, 14. Dezember 1917
220 Carl Muth an Hermann Platz, Solln bei München, 14. Dezember 1917
221 Paul von Hindenburg an Georg von Hertling, Großes Hauptquartier, 16. Dezember 1917
222 Kurt von Lersner an Georg von Hertling, Großes Hauptquartier, 17. Dezember 1917
223 Adolf von Montgelas an Georg von Hertling, Bern, 17. Dezember 1917
224 Ergebnis der Besprechung im Großen Hauptquartier, Kreuznach, 18. Dezember 1917
225 Matthias Erzberger an Georg von Hertling, Berlin, 18. Dezember 1917
226 Karl von Eisendecher an Georg von Hertling, Karlsruhe, 21. Dezember 1917
227 Georg von Hertling an Otto von Dandl, Berlin, 23. Dezember 1917
228 Willibrord Benzler an Georg von Hertling, Metz, 22. Dezember 1917
229 Georg von Hertling an Richard von Kühlmann, Berlin, 25. Dezember 1917
230 Georg von Hertling an Erich Ludendorff, Berlin, 26. Dezember 1917
231 Wilhelm von Radowitz an die Reichsämter, Berlin, 27. Dezember 1917
232 Georg von Hertling an Richard von Kühlmann, [Berlin,] 28. Dezember 1917
233 Wilhelm von Württemberg an Georg von Hertling, Stuttgart, 28. Dezember 1917
234 Eugenio Pacelli an Georg von Hertling, Monaco, 29. Dezember 1917

235 Eugenio Pacelli an Georg von Hertling, Monaco, 1. Januar 1918
236 Georg von Hertling an Eugenio Pacelli, [Berlin, Anfang Januar 1918]
237 Friedrich Rosen an Auswärtiges Amt, Den Haag, 3. Januar 1918
238 Das Programm des Selbstbestimmungsrechts, Berliner Tageblatt, 6. Januar 1918
239 Frederic von Rosenberg an Georg von Hertling, Brest-Litowsk, 6. Januar 1918
240 Georg von Hertling an Richard von Kühlmann, Berlin, 9. Januar 1918
241 Eugenio Pacelli an Georg von Hertling, Monaco, 9. Januar 1918
242 Hugo von Lerchenfeld an Otto von Dandl, Berlin, 10. Januar 1918
243 Georg von Hertling an Eugenio Pacelli, Berlin, 11. Januar 1918
244 Georg von Hertling an Kaiserliche Missionen, Berlin, 12. Januar 1918
245 Georg von Hertling an Paul von Hindenburg, Berlin, 12. Januar 1918
246 Hugo von Lerchenfeld an Otto von Dandl, Berlin, 13. Januar 1918
247 Hugo von Lerchenfeld an Otto von Dandl, Berlin, 14. Januar 1918
248 Paul von Hindenburg an Georg von Hertling, Großes Hauptquartier, 14. Januar 1918
249 Detlof von Winterfeldt an Wilhelm von Radowitz, Berlin, 14. Januar 1918
250 Georg von Hertling an Clemens von Delbrück, Berlin, 16. Januar 1918
251 Hugo von Lerchenfeld an Otto von Dandl, Berlin, 17. Januar 1918
252 Wilhelm von Radowitz an Friedrich Wilhelm von Limburg-Stirum, Berlin, 17. Januar 1918
253 Wilhelm II. an Friedrich August von Sachsen, Berlin, 17. Januar 1918
254 Bernhard von Bülow an Georg von Hertling, Berlin, 18. Januar 1918
255 Georg von Hertling an Otto von Dandl, [Berlin,] 18. [Januar 1918]
256 Georg von Hertling an Bernhard von Bülow, Berlin, 19. Januar 1918
257 Wilhelm II. an Paul von Hindenburg, Berlin, 24. Januar 1918
258 Erklärung des Reichskanzlers gegenüber der Obersten Heeresleitungung, [Berlin, 24. Januar 1918]
259 Georg von Hertling an Paul von Hindenburg, Berlin, 24. Januar 1918
260 Rede Georg von Hertlings vor dem Hauptausschuss, Berlin, 24. Januar 1918
261 Paul von Hindenburg an Georg von Hertling, Großes Hauptquartier, 24. Januar 1918
262 Otto von Ritter zu Groenesteyn an Otto von Dandl, Lugano, 29. Januar 1918
263 Ulrich von Brockdorff-Rantzau an Georg von Hertling, Kopenhagen, 30. Januar 1918
264 Georg von Hertling an Hermann Cardauns, Berlin, 30. Januar 19[18]
265 Botho von Wedel an Auswärtiges Amt, Wien, 31 Januar 1918
266 Georg von Hertling an Eugenio Pacelli, Berlin, 1. Februar 1918
267 Aktennotiz Wilhelm von Radowitz', [Berlin,] 4. Februar 1918
268 Eugenio Pacelli an Georg von Hertling, Monaco, 5. Februar 1918
269 Gisbert von Romberg an Georg von Hertling, Bern, 5. Februar 1918
270 Georg von Hertling an Werner von Grünau, [Berlin,] 6. Februar 1918
271 Friedrich von Galen an Karl von Hertling, Haus Assen bei Lippborg, 8. Februar 1918
272 Gisbert von Romberg an Auswärtiges Amt, Bern, 9. Februar 1918
273 Georg von Hertling an Wilhelm II., Berlin, 10. Februar 1918
274 Georg von Hertling an Wilhelm II., Berlin, 11. Februar 1918

275 Wilhelm von Radowitz an Friedrich von Falkenhausen, Berlin, 11. Februar 1918
276 Wilhelm von Radowitz an Auswärtiges Amt, Großes Hauptquartier, 13. Februar 1918
277 Désiré Mercier an Georg von Hertling, Malines, 14. Februar 1918
278 Ludwig von Würtzburg an Georg von Hertling, Aschau bei Prien, 14. Februar 1918
279 Georg von Hertling an Kurt von Lersner, Berlin, 17. Februar 1918
280 Wilhelm von Radowitz an Friedrich von Falkenhausen, [Berlin,] 18. Februar 1918
281 Botho von Wedel an Georg von Hertling, Wien, 18. Februar 1918
282 Robert Filsinger an Georg von Hertling, Lausanne, 19. Februar 1918
283 Georg von Hertling an Eugenio Pacelli, Berlin, 19. Februar 1918
284 Georg von Hertling an Friedrich von Falkenhausen, Berlin, 21. Februar 1918
285 Eugenio Pacelli an Georg von Hertling, Monaco, 23. Februar 1918
286 Conrad Haußmann an [Hilmar von dem Bussche], Berlin, 24. Februar 1918
287 Rede Georg von Hertlings im Reichstag, Berlin, 25. Februar 1918
288 Wilhelm von Radowitz an Oberost, Berlin, 25. Februar 1918
289 Hermann Stegemann an Conrad Haußmann, Bern 27. Februar 1918
290 Hilmar von dem Bussche an Richard von Kühlmann, Berlin, 1. März 1918
291 Matthias Erzberger an Georg von Hertling, Berlin, 1. März 1918
292 Georg von Hertling an Ottokar Czernin, Berlin, 1. März 1918
293 Georg von Hertling an Wilhelm II., Berlin, 1. März 1918
294 Hilmar von dem Bussche an Johann Heinrich von Bernstorff, Berlin, 2. März 1918
295 Georg von Hertling an Eugenio Pacelli, Berlin, 3. März 1918
296 Georg von Hertling an Matthias Erzberger, Berlin, 4. März 1918
297 Georg von Hertling an Wilhelm II., Berlin, 5. März 1918
298 Oscar von der Lancken an Ernst Langwerth von Simmern, Brüssel, 5. März 1918
299 Gottfried von Böhm an Otto von Dandl, Bern, 7. März 1918
300 Hilmar von dem Bussche an Richard von Kühlmann, Berlin, 7. März 1918
301 Instruktion Georg von Hertlings für Friedrich Carl Mensing, Berlin, 8. März 1918
302 Conrad Haußmann an Reichskanzlei, Stuttgart, 10. März 1918
303 Georg von Hertling an Erich Ludendorff, Berlin, 13. März 1918
304 Bericht Eduard von Heydts, Den Haag, 15. März 1918
305 Werner von Grünau an Auswärtiges Amt, Großes Hauptquartier, 18. März 1918
306 Wilhelm von Radowitz an Kurt von Lersner, Berlin, 20. März 1918
307 Georg von Hertling an Christoph Vitzthum von Eckstädt, Berlin, 23. März 1918
308 Georg von Hertling an Gottlieb von Jagow, Berlin, 24. März 1918
309 Georg von Hertling an Hermann Cardauns, Berlin, 25. März 1918
310 Georg von Hertling an Stephan Ehses, Berlin, 25. März 1918
311 Gisbert von Romberg an Georg von Hertling, Bern, 25. März 1918
312 Georg von Hertling an Karl von Hertling, Berlin, 26. März 1918
313 Georg von Hertling an Friedrich Wilhelm von Berg, Berlin, 27. März 1918
314 Georg von Hertling an Christoph Vitzthum von Eckstädt, Berlin, 28. März 1918

315 Georg von Hertling an Werner von Grünau, Berlin, 29. März 1918
316 Gustav Alexander zu Wittgenstein an Georg von Hertling, Kopenhagen, 31. März 1918
317 Georg von Hertling an Friedrich Wilhelm von Berg, Berlin, 3. April 1918
318 Georg von Hertling an Kurt von Lersner, Berlin, 3. April 1918
319 Ludwig von Würtzburg an Georg von Hertling, Hohenaschau, 3. April 1918
320 Otto von Mühlberg an Georg von Hertling, Lugano, 7. April 1918
321 Aufzeichnung Edgar Haniels, Berlin, 9. April 1918
322 Georg von Hertling an Werner von Grünau, Berlin, 9. April 1918
323 Richard von Kühlmann an Georg von Hertling, [Berlin,] 13. April 1918
324 Wilhelm von Radowitz an Robert von Keyserlingk, Großes Hauptquartier, 13. April 1918
325 Wilhelm von Radowitz an Robert von Keyserlingk, Großes Hauptquartier, 13. April 1918
326 Wilhelm von Radowitz an Robert von Keyserlingk, Großes Hauptquartier, 13. April 1918
327 Georg von Hertling an Anna von Hertling, Großes Hauptquartier, 14. April 1918
328 Besprechung des Reichskanzlers mit dem Kaiser, Spa, 16. April 1918
329 Aufzeichnung Georg von Hertlings, Großes Hauptquartier, 16. April 1918
330 Georg von Hertling an Anna von Hertling, Großes Hauptquartier, 17. April 1918
331 Karl Menning an Georg von Hertling und Richard von Kühlmann, Kristiana, 17. April 1918
332 Georg von Hertling an Anna von Hertling, Großes Hauptquartier, 19. April 1918
333 Hilmar von dem Bussche an Kurt von Lersner, Berlin, 20. April 1918
334 Wilhelm von Radowitz an Werner von Grünau, Großes Hauptquartier, 20. April 1918
335 Rede Georg von Hertlings im Preußischen Abgeordnetenhaus, Berlin, 30. April 1918
336 James McNally an Robert Lansing, Zürich, 4. Mai 1918
337 Georg von Hertling an Wilhelm II., Berlin, 7. Mai 1918
338 Karl Bachem an Georg von Hertling, Köln, 8. Mai 1918
339 Alexander Faber du Faur an Georg von Hertling, Zürich, 8. Mai 1918
340 Georg von Hertling an Anna von Hertling, Großes Hauptquartier, 12. Mai 1918
341 Bündnisvertrags-Entwurf zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, [Spa, 12. Mai 1918]
342 Albert Quadt zu Wykradt an Georg von Hertling, Hamburg, 16. Mai 1918
343 Gisbert von Romberg an Georg von Hertling, Bern, 16. Mai 1918
344 Aufzeichnung Edgar Haniels, [Berlin,] 20. Mai 1918
345 Sitzung des diplomatischen Ausschusses des Bundesrats, [Berlin,] 22. Mai 1918
346 Hermann von Stein an Georg von Hertling, Berlin, 27. Mai 1918
347 Rupprecht von Bayern an Georg von Hertling, 1. Juni 1918
348 Georg von Hertling an Paul von Hindenburg, Berlin, 3. Juni 1918
349 Max von Baden an Georg von Hertling, Baden-Baden, 4. Juni 1918
350 Johann von Dalllwitz an Georg von Hertling, Straßburg im Elsaß, 4. Juni 1918
351 Otto von Dandl an Georg von Hertling, München, 4. Juni 1918
352 Georg von Hertling an Rupprecht von Bayern, Berlin, 6. Juni 1918

353 Georg von Hertling an Eugenio Pacelli, [Berlin,] 6. Juni 1918
354 Eugenio Pacelli an Georg von Hertling, Monaco, 10. Juni 1918
355 Leopold Krafft von Dellmensingen an Karl von Hertling, Heeresgr. [Rupprecht] Hauptqu., 11. Juni 1918
356 Bündnisvertrags-Entwurf zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, Berlin, 12. Juni 1918
357 Georg von Hertling an Hermann von Grauert, Berlin, 13. Juni 1918
358 Erhard Deutelmoser an Georg von Hertling, Berlin, 14. Juni 1918
359 Aufzeichnung Robert de Fioris, Zürich, 15. Juni 1918
360 James McNally an Robert Lansing, Zürich, 17. Juni 1918
361 Robert de Fiori an Diego von Bergen, München, 20. Juni 1918
362 Georg von Hertling an Stephan Ehses, Berlin, 21. Juni 1918
363 Georg von Hertling an Werner von Grünau, Berlin, 21. Juni 1918
364 Georg von Hertling an Paul von Hindenburg, Berlin, 25. Juni 1918
365 Georg von Hertling an Werner von Grünau, Berlin, 26. Juni 1918 2.30 nm.
366 Werner von Grünau an Georg von Hertling, Großes Hauptquartier, 26. Juni 1918 8.32 nm
367 Werner von Grünau an Richard von Kühlmann, Großes Hauptquartier, 27. Juni 1918
368 »Bayerische Friedensvorschläge« an George Davis Herron, Genf, 1. Juli 1918
369 Besprechung zwischen dem Reichskanzler und der Obersten Heeresleitung, Spa, 2. Juli 1918
370 Friedrich von Payer an Alwine Payer, Berlin, 1. Juli 1918
371 Besprechung zwischen Kaiser, Reichskanzler und Oberster Heeresleitung, Spa 2. Juli 1918
372 Frederic von Rosenberg an Hilmar von dem Bussche, Großes Hauptquartier, 2. Juli 1918
373 Hellmuth Lucius von Stoedten an Georg von Hertling, Stockholm, 4. Juli 1918
374 Hilmar von dem Bussche an Werner von Grünau, Berlin, 5. Juli 1918
375 Georg von Hertling an Richard von Kühlmann, Großes Hauptquartier, 6. Juli 1918
376 Friedrich von Payer an Georg von Hertling, Berlin, 6. Juli 1918
377 Friedrich von Payer an Georg von Hertling, Berlin, 7. Juli 1918
378 Georg von Hertling an Friedrich von Payer, Großes Hauptquartier, 8. Juli 1918
379 Bericht Robert de Fioris, Zürich, 8. Juli 1918
380 Hilmar von dem Bussche an Georg von Hertling, Berlin, 9. Juli 1918
381 Aufzeichnung Richard von Kühlmanns für Georg von Hertling, Berlin, 10. Juli 1918
382 Adolf ten Hompel an Heinrich Claß, [Münster,] 10. Juli 1918
383 Gisbert von Romberg an Edgar Haniel, Bern, 10. Juli 1918
384 Georg von Hertling an Wilhelm II., Berlin, 11. Juli 1918
385 Rede Georg von Hertlings vor dem Hauptausschuss, Berlin, 11. Juli 1918
386 Sitzungen des Zentrumsvorstands und der Parteienvertreter, Berlin, 11. Juli 1918
387 Rede Georg von Hertlings vor dem Hauptausschuss, Berlin, 12. Juli 1918
388 Vortrag des Reichskanzlers beim Kaiser, Spa, 13. Juli 1918
389 Hilmar von den Bussche an Gisbert von Romberg, Berlin, 15. Juli 1918
390 Hermann Eduard von Simson an Auswärtiges Amt, Zürich, 15. Juli 1918
391 Max von Biegeleben an Georg von Hertling, Berlin, 16. Juli 1918

392 Georg von Hertling an Auswärtiges Amt, Großes Hauptquartier, 16. Juli 1918
393 Hans Veit von Toerring an [Hilmar von dem Bussche], München, 17. Juli 1918
394 Kurt von Lersner an Auswärtiges Amt, Großes Hauptquartier, 18. Juli 1918
395 Gisbert von Romberg an Auswärtiges Amt, Bern, 18. Juli 1918
396 Robert de Fiori an Diego von Bergen, Zürich, 20. Juli 1918
397 Georg von Hertling an Auswärtiges Amt, Großes Hauptquartier, 20. Juli 1918
398 Paul von Hintze an Gisbert von Romberg, Berlin, 20. Juli 1918
399 Wilhelm von Radowitz an Paul von Hintze, Großes Hauptquartier, 21. Juli 1918
400 Friedrich Rosen an Georg von Hertling, Den Haag, 22. Juli 1918
401 Friedrich von Payer an Georg von Hertling, Berlin, 24. Juli 1918
402 Georg von Hertling an Theodor von Heppe, Großes Hauptquartier, 25. Juli 1918
403 James McNally an Robert Lansing, Zürich, 27. Juli 1918
404 Hermann von Hatzfeld an Hilmar von dem Bussche, Crottorf, 1. August 1918
405 Eugenio Pacelli an Georg von Hertling, Monaco, 1. August 1918
406 Wilhelm von Radowitz an Friedrich von Falkenhausen, Großes Hauptquartier, 1. August 1918
407 Hilmar von den Bussche an Georg von Hertling, Berlin, 2. August 1918
408 Georg von Hertling an Rupprecht von Bayern, Großes Hauptquartier, 2. August 1918
409 Georg von Hertling an Hermann Cardauns, 4. August 1918
410 Bürgerbrief an Georg von Hertling, Solingen, 11. August 1918
411 Georg von Hertling an Fritz van Calker, Großes Hauptquartier, 14. August 1918
412 Gisbert von Romberg an Wilhelm von Stumm, Bern, 14. August 1918
413 Hilmar von dem Bussche an Paul von Hintze, Berlin, 16. August 1918
414 Friedrich Wilhelm von Berg an Georg von Hertling, Großes Hauptquartier, 17. August 1918
415 Alexander Schaible an Max Wallraf, Brüssel, 21. August 1918
416 Hans Karl von Winterfeldt an Detlof von Winterfeldt, Brüssel, 21. August 1918
417 Georg von Hertling an Carl Muth, Großes Hauptquartier, 22. August 1918
418 Ulrich von Schwerin an Georg von Hertling, Dresden, 23. August 1918
419 Hans Veit von Toerring an Fernand de Peltzer, Bern, 23. August 1918
420 Gisbert von Romberg an Auswärtiges Amt, Bern, 24. August 1918
421 Gisbert von Romberg an Auswärtiges Amt, Bern, 24. August 1918
422 Max von Baden an Rupprecht von Bayern, Salem, 24. August 1918
423 Georg von Hertling an Stephan Ehses, Großes Hauptquartier, 24. August 1918
424 Friedrich von Payer an Alwine Payer, Spa, 24. August 1918
425 Tagebuchnotiz Friedrich von Payers, [Spa,] 24. August 1918
426 Georg von Hertling an Max von Baden, Großes Hauptquartier, 25. August 1918
427 Paul von Hintze an Gisbert von Romberg, Berlin, 25. August 1918
428 Wilhelm von Radowitz an Paul von Hintze, Großes Hauptquartier, 25. August 1918
429 Gisbert von Romberg an Auswärtiges Amt, Lörrach (Bern), 25. August 1918

430 Friedrich Rosen an Paul von Hintze, Den Haag, 26. August 1918
431 Max von Baden an Rupprecht von Bayern, Salem, 27. August 1918
432 Georg von Hertling an Auswärtiges Amt, Großes Hauptquartier, 28. August 1918
433 Georg von Hertling an Reichskanzlei, Großes Hauptquartier, 28. August 1918
434 Hans von Schoen an Otto von Dandl, Berlin, 29. August 1918
435 Hans Josef von Wilczek an Georg von Hertling, Wien, 29. August 1918
436 Wilhelm von Württemberg an Georg von Hertling, Korpshauptquartier, 29. August 1918
437 Max Wallraf an Georg von Hertling, Großkönigsdorf, 30. August 1918
438 Ludwig von Falkenhausen an Paul von Hintze, Brüssel, 31. August 1918
439 Adolf Gröber an Georg von Hertling, Ditzenbach, 31. August 1918
440 Georg von Hertling an Erich Ludendorff, Berlin, 31. August 1918
441 Paul von Hintze an Gesandtschaft Bern, Berlin, 31. August 1918
442 Wilhelm von Pechmann an Georg von Hertling, München, 31. August 1918
443 Pressestimmen zum Geburtstag des Reichskanzlers, [Berlin, 31. August 1918]
444 Georg von Hertling an Stephan Ehses, Berlin, 1. September 1918
445 Friedrich Rosen an Georg von Hertling, Den Haag, 2. September 1918
446 Sitzung des Preußischen Staatsministeriums, Berlin, 3. September 1918
447 Hilmar von dem Bussche an Paul von Hintze, Berlin, 4. September 1918
448 Paul von Hindenburg an Detlof von Winterfeldt, Großes Hauptquartier, 4. September 1918
449 Oscar von der Lancken an Paul von Hintze, Brüssel, 4. September 1918
450 Die Reichskanzlei an Friedrich von Payer, Berlin, 4. September 1918
451 Friedrich Schmidt an Georg von Hertling, Berlin, 4. September 1918
452 Hilmar von dem Bussche an Paul von Hintze, Berlin, 5. September 1918
453 Bericht Robert de Fioris, Bern, 6. September 1918
454 Georg von Hertling an Albert Ballin, Berlin, 6. September 1918
455 Kurt von Lersner an Auswärtiges Amt, Schloss Wilhelmshöhe, 6. September 1918
456 Paul von Hintze an Julius von Zech, Berlin, 7. September 1918
457 Engelbert Drerup an Georg von Hertling, Würzburg, 9. September 1918
458 Notiz Carl von Schuberts, [Bern-Berlin,] 9. September 1918
459 Werner von Grünau an Auswärtiges Amt, Großes Hauptquartier, 13. September 1918
460 Georg von Hertling an die Gewerkschaftsführer, Kölnische Zeitung, 13. September 1918
461 Robert de Fiori an Werner von Rheinbaben, Berlin, 14. September 1918
462 Erhard Deutelmoser an Georg von Hertling, Berlin, 14. September 1918
463 Georg von Hertling an Antanas Smetona, Berlin, 14. September 1918
464 Friedrich Payer an Georg von Hertling, Stuttgart, 14. September 1918
465 Max von Baden an Rupprecht von Bayern, St. Blasien, 15. September 1918
466 Georg von Hertling an Hermann Cardauns, Berlin, 17. September 1918
467 Aufzeichnung Paul von Hintzes, Berlin, 17. September 1918

468 Friedrich Rosen an Georg von Hertling, Den Haag, 17. September 1918
469 Stellungnahme Erich Ludendorffs zu Belgien, September 1918
470 Stephan Ehses an Georg von Hertling, Koblenz (Marienhof), 18. September 1918
471 Georg von Hertling an Parteivorstand der SPD und Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin, 18. September 1918
472 Gisbert von Romberg an Auswärtiges Amt, Bern, 18. September 1918
473 Georg von Hertling an Anna von Hertling, Berlin, 19. September 1918
474 Gisbert von Romberg an Auswärtiges Amt, Bern, 19. September 1918
475 Gisbert von Romberg an Auswärtiges Amt, Bern, 19./20. September 1918
476 Gisbert von Romberg an Auswärtiges Amt, Bern, 19./20. September 1918
477 Karl von Hertling an Anna von Hertling, Berlin, 20. September 1918
478 Paul von Hintze an Gisbert von Romberg, Berlin, 20. September 1918
479 Besprechung beim Reichskanzler über das Baltikum, Berlin, 20. September 1918
480 Otto von Dandl an Rupprecht von Bayern, München, 21. September 1918
481 Belgisches Außenministerium an Fernand de Peltzer, [Le Havre], 21. September 1918
482 Karl von Hertling an Anna von Hertling, Berlin, 22. September 1918
483 Lorenzo Schioppa an Georg von Hertling, Monaco, 22. September 1918
484 Rede Georg von Hertlings vor dem Hauptausschuss, Berlin, 24. September 1918
485 Rupprecht von Bayern an Max von Baden, 24. September 1918
486 Tagebuchnotizen Friedrich von Payers, [Berlin,] 24.-29. September 1918
487 Rededisposition Adolf Gröbers, Berlin 25. September 1918
488 Gisbert von Romberg an Georg von Hertling, Bern, 26. September 1918
489 Karl von Hertling an Anna von Hertling, Berlin, 27. September 1918
490 Gehorsame Anzeige von Wilhelm von Radowitz, Berlin, 27. September 1918
491 Oscar von der Lancken an Auswärtiges Amt, Brüssel, 28. September 1918
492 Theobald von Bethmann Hollweg an Karl Georg von Treutler, Hohenfinow, 29. September 1918
493 Karl von Eisendecher an Georg von Hertling, Karlsruhe, 29. September 1918
494 Aus den Lebenserinnerungen Friedrich Wilhelm, von Limburg-Stirums, o.O., 1945
495 Wilhelm von Radowitz an Auswärtiges Amt, Großes Hauptquartier, 29. September 1918
496 Georg von Hertling an Anna von Hertling, Großes Hauptquartier, 30. September 1918
497 Karl von Hertling an Anna von Hertling, Großes Hauptquartier, 30. September 1918
498 Eduard Müller an Georg von Hertling, Koblenz, 30. September 1918
499 Gisbert von Romberg an den Reichskanzler, Bern, 30. September 1918
500 Theobald von Bethmann Hollweg an Georg von Hertling, Hohenfinow, 1. Oktober 1918
501 Friedrich Wilhelm von Bissing an Georg von Hertling, München, 1. Oktober 1918
502 Georg von Hertling an Otto von Dandl, [Spa,] 1. Oktober 1918
503 Adolf ten Hompel an Heinrich Claß, [Münster,] 1. Oktober 1918
504 Felix Porsch an Anna von Hertling, Breslau, 1. Oktober 1918

505 Gisbert von Romberg an Auswärtiges Amt, Bern, 2. Oktober 1918
506 Friedrich Schmidt an Georg von Hertling, Berlin, 2. Oktober 1918
507 Georg von Hertling an Anna von Hertling, Berlin, 3. Oktober 1918
508 Adolf Dyroff an Georg von Hertling, München, 4. Oktober 1918
509 Paul von Stengel an Georg von Hertling, München, 4. Oktober 1918
510 Karl von Hertling an Anna von Hertling, Berlin, 5. Oktober 1918
511 Eugenio Pacelli an Georg von Hertling, Monaco, 7. Oktober 1918
512 Stephan Ehses an Georg von Hertling, Koblenz (Marienhof), 8. Oktober 1918
513 Georg von Hertling an Carl Muth, Ruhpolding, 9. Oktober 1918
514 Casimir von Leyden an Ludwig III. von Bayern, Montreux, 12. Oktober 1918
515 Georg von Hertling an Karl von Hertling, Ruhpolding, 18. Oktober 1918
516 Carl Muth an Georg von Hertling, München 20. Oktober 1918
517 Georg von Hertling an Carl Muth, Ruhpolding, 23. Oktober 1918
518 Georg von Hertling an Stephan Ehses, Ruhpolding, 26. Oktober 1918
519 Alfred Brunswig an Georg von Hertling, Dorpat, 27. Oktober 1918
520 Hermann von Grauert an Georg von Hertling, München, 27. Oktober 1918
521 Georg von Hertling an Karl von Hertling, Ruhpolding, 27. Oktober 1918
522 Georg von Hertling an Karl von Hertling, Ruhpolding, 3. November 1918
523 Georg von Hertling an Hermann Cardauns, Ruhpolding, 7. November 1918
524 Hermann Cardauns an Georg von Hertling, Bonn, 9. November 1918
525 Max Ettlinger an Georg von Hertling, München, 10. November 1918
526 Georg von Hertling an Karl von Hertling, Ruhpolding, 14. November 1918
527 Adolf ten Hompel an Paul Krückmann, Münster, 14. November 1918
528 Georg von Hertling an Hermann Cardauns, Ruhpolding, 15. November 1918
529 Georg von Hertling an Clemens Baeumker, Ruhpolding, 16. November 1918
530 Georg von Hertling an Karl von Hertling, Ruhpolding, 20. November 1918
531 Eduard Müller an Georg von Hertling, Koblenz, 23. November 1918
532 Paul von Stengel an Georg von Hertling, München, 24. November 1918
533 Theodor von Cramer-Klett an Georg von Hertling, Schloss Hohenaschau, 25. November 1918
534 Georg von Hertling an Karl von Hertling, Ruhpolding, 26. November 1918
535 Georg von Hertling an Karl von Hertling, Ruhpolding, 30. November 1918
536 Hermann von Grauert an Georg von Hertling, München, 3. Dezember 1918
537 Georg von Hertling an Karl von Hertling, Ruhpolding, 5. Dezember 1918
538 Georg von Hertling an Carl Muth, Ruhpolding, 7. Dezember 1918
539 Georg von Hertling an Karl von Hertling, Ruhpolding, 9. Dezember 1918
540 Georg von Hertling an Carl Muth, Ruhpolding, 13. Dezember 1918
541 Max Ettlinger an Georg von Hertling, München, 14. Dezember 1918

542 Georg von Hertling an Karl von Hertling, Ruhpolding, 17. Dezember 1918
543 Stephan Ehses an Georg von Hertling, Koblenz (Marienhof), 23. Dezember 1918
544 Georg von Hertling an Karl von Hertling, Ruhpolding, 23. Dezember 1918
545 Hermann von Grauert an Georg von Hertling, München, 24. Dezember 1918
546 Wilhelm von Meinel an Georg von Hertling, Partenkirchen, 26. Dezember 1918
547 Hermann von Grauert an Georg von Hertling, München, 29. Dezember 1918
548 Wilhelm von Radowitz an Karl von Hertling, Berlin, 29. Juli 1919
549 Rupprecht von Bayern an Karl von Hertling, 28. Oktober 1919
550 Detlof von Winterfeldt an Karl von Hertling, Berlin, 3. November 1919
551 Georg von Breunig an Karl von Hertling, München, 12. November 1919
552 Anna von Hertling an Karl von Hertling, Ruhpolding, 13. November 1919
553 Friedrich von Prittwitz und Gaffron an Karl von Hertling, 17. November 1919
554 Heinrich von Weitershausen an Karl von Hertling, [Berlin,] 20. November 1919
555 Anton von Magnis an Karl von Hertling, Eckersdorf (Grafschaft Glatz), 21. November 1919
556 Ulrich von Brockdorff-Rantzau an Karl von Hertling, Annettenhöh‘ vor Schleswig, 22. November 1919
557 Philipp von Hellingrath an Karl von Hertling, München, 22. November 1919
558 Hermann von Grauert an Karl von Hertling, München, 23. November 1919
559 Wilhelm von Radowitz an Karl von Hertling, Berlin, 23. November 1919
560 Karl von Hertling an Ulrich von Brockdorff-Rantzau, [Augsburg, Ende November 1919]
561 Ludwig von Gebsattel an Karl von Hertling, Augsburg, 24. November 1919
562 Hermann von Grauert an Karl von Hertling, München, 2. Dezember 1919
563 Ewald von Massow an Karl von Hertling, Wien, 8. Dezember 1919
564 Karl von Hertling an Ewald von Massow, [Augsburg, 25. Dezember 1919]
565 Aufzeichnung Ulrich von Brockdorff-Rantzaus, [1920]

C.

Verzeichnis der Archivalien

Archiv der Deutschen Kapuzinerprovinz, Altötting
Personalakt P. Cälestin

Archiv des Erzbistums München und Freising (AEM)
Teilnachlass Georg von Hertling

Archiv für Christlich Demokratische Politik, St. Augustin (ACDP)
Nachlass Hermann Platz

Archiv und Kulturzentrum Arenberg, Edingen/Enghien (Belgien) (AKA)
Mercier XIII, farde 28, 91, 106

Archiv der Görres-Gesellschaft (AGG),
Depositum im Historischen Archiv des Erzbistums Köln (AEK)
Nr. 3 Briefe von Prof. Clemens Baeumker an Hertling
Nr. 4–9 Politische und wissenschaftliche Korrespondenz von Hertlings
Nr. 23 Briefe Hertlings an Hermann Grauert
Nr. 80 Generalversammlung in Koblenz 1916
Nr. 99 Protokolle der Vorstands- und Beiratssitzungen
Nr. 112 Georg von Hertling, Aufsätze über ihn u.a.
Nr. 121 Bibliothek des Grafen Hertling

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München, Abteilung II, Geheimes Staatsarchiv (BayHStA)
MA 947 Matthias Erzberger, Reichstagsabgeordneter. Briefe, Berichte 1914–1918
MA 948 Korrespondenz P. Coelestin Schwaighofers mit Graf Hertling und Otto v. Dandl
MA 949 Prof. Adolf Koch, dessen private politische Berichte an den Ministerpräsidenten Grafen Hertling 1915–1916
MA 951 Adolf Müller. Berichte und Korrespondenzen aus der Schweiz 1917 mit 1918
MA 952 Prof. F. W. Förster, insbesondere Abschriften seiner nach der Schweiz geschmuggelten Briefe auch an Dr. Mühlon
MA 953 Vorträge des Ministerpräsident Graf Hertling und des Ministerpräsident von Dandl bei Prinzregent, später König Ludwig III. von Bayern, 1912–1918
MA 958 Private politische Berichte des Gesandten Graf Lerchenfeld an den Ministerpräsident Graf Hertling und Ministerpräsident von Dandl, 1916–1918
MA 961 Briefwechsel des Ministerpräsidenten Graf Hertling mit Reichskanzler Bethmann Hollweg und mit Reichskanzler Michaelis, 1914–1917
MA 962 Politische Aufzeichnungen
MA 964 Politische Reisen des Ministerpräsidenten Graf Hertling, 1. nach Belgien 5.–13. November 1915, 2. nach Wien 28. April–1. Mai 1917
MA 966 Bundesratsausschuss für auswärtige Angelegenheiten. Sitzungsberichte 1915 mit 1918

MA 967 U-Boot-Krieg. Empfang politischer Persönlichkeiten bei König Ludwig III. am 5. August und die nach diesem Empfang betriebene Agitation
MA 970 Konflikt zwischen Reichsleitung und Oberster Heeresleitung, Januar 1918
MA 971 Akten der Staatskanzlei. Außenpolitische Probleme: 1. Baltische Provinzen, 2. Belgische Frage, 3. Polnische Frage, 4. Römische Frage. 5. Rußland (Verhandlungen in Brest-Litowsk)
MA 972 Ausgang des Weltkriegs, Zusammenbruch Bulgariens und Österreichs, Verhandlungen mit Wilson, 1918
MA 974 Parlamentarisierung in Bayern
MA 976 Papst Benedikt XV., Apostolischer Nuntius Pacelli, Päpstliche Friedensvermittlung 1917
MA 1087, 1094 Bayerische Gesandtschaft Berlin, Krieg 1914, Krieg 1918
MA 2797/2 Bayerische Gesandtschaft St. Petersburg, Politische Berichte 1914
MA 3076 Berichte Lerchenfelds (1914)
MA 92134 Das Konsulat der Republik Paraguay in München
MA 94357/1–2 Personalakt Ernst v. Grunelius
MA 99511 Ministerratsprotokolle der Ministerien Hertling (1912–1917), Dandl (1917–1918), Eisner (1918–1919)
MHIG 136 Personalakt Ludwig von Zu Rhein

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München, Abteilung III, Geheimes Hausarchiv (BayHStA GHA)
Kabinettsakten König Ludwigs III., Nr. 24–65
Nachlass Kronprinz Rupprecht
Nachlass Prinz Leopold

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München, Abteilung V, Nachlässe (BayHStA V)
Nachlass Otto von Ritter zu Groenesteyn
Familienarchiv Soden-Fraunhofen

Bayerische Staatsbibliothek München (BSB)
Ana 390 II A Nachlass Carl Muth
Ana 390 V. C. 3 Nachlass Carl Muth
Ana 463 Nachlass Ernst Deuerlein
Nachlass Hermann von Grauert
Nachlass Victor Naumann

Bundesarchiv Berlin-Koblenz (BArch)
R 43, R 43 I Reichsarchiv
R 43/2398–2436 Kriegsakten 1914–1918
R 43/2471h, R 43/2471l Tagesberichte über die militärische Lage August–September 1918, August–Oktober 1918
R 43/2477 Großes Hauptquartier 1914–1918, Handakten über Grundlegende Besprechungen über Kriegsziele
R 43 I/2628 Anstellungs- und Beschäftigungsgesuche, Bd. 3

R 43 I/3046 Personalsachen des Reichskanzlers Hertling, Oktober 1917–Januar 1919
R 43 I/3261 Personalsachen des Reichskanzlers Michaelis, Juli 1917–Oktober 1917
R 703/73 Stellvertreter des Reichskanzlers Friedrich von Payer, 1. Weltkrieg, Bd. 3, August–Oktober 1918
R 703/164 Stellvertreter des Reichskanzlers Friedrich von Payer, Akten betr. Reichskanzler und Reichskanzlei, April–November 1918
N 1668 Nachlass Friedrich von Berg
N 1549 Nachlass Theobald von Bethmann Hollweg
N 2022 Nachlass Konrad Beyerle
N 1016 Nachlass Bernhard von Bülow
N 1097 Nachlass Matthias Erzberger
N 2097 Nachlass Johann Giesberts
N 46 Nachlass Wilhelm Groener
N 1123 Nachlass Karl Helfferich
N 1176 Nachlass Carl Herold
N 1036 Nachlass Georg von Hertling
N 2126 Nachlass Bogdan von Hutten-Czapski
N 1685 Nachlass Kurt von Lersner
N 1020 Nachlass Friedrich von Payer
N 1660 Nachlass Siegfried von Roedern
N 2295 Nachlass Franz von Stockhammern
N 253 Nachlass Alfred von Tirpitz
ZSG 158/47 Friedrich von Limburg-Stirum

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin (GStA PK)
I HA Rep. 89, 99

Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Münster (StAM)
Nachlass Adolf ten Hompel
Nachlass August Pieper

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin (PAAA. Die Zitierweise – hier noch R und Nummer des Aktenbands – ist seit 2020 geändert; siehe PAAA, invenio.)
RZ 201 Abteilung IA, 1838–1920
R 79 Europa. Generalia. Die Frage der allgemeinen Entwaffnung (Friedensliga, Völkerbund), September 1917–September 1918
R 689 Akten betreffend den diplomatischen Ausschuss des Bundesrats, 1911–1920
R 742 Die staatsrechtliche Stellung des Reichskanzlers sowie die Stellung der Reichsämter zueinander, zu den Preußischen Ministerien und zu den Militär- und Marine-Behörden, 1879–1918
R 1183, 1184 Staatssekretär von Kühlmann, 1917–1918
R 1188 Staatssekretär Admiral von Hintze, 1918–1919
R 1387 Reichskanzler Graf von Hertling, Oktober 1917–Juni 1920
R 1388 Reden des Reichskanzler Graf von Hertling – Parlamentarische Reden, November 1917–Februar 1918

R 1389 Reden des Reichskanzler Graf von Hertling – Parlamentarische Reden, Februar–Juni 1918
R 1390 Reichskanzler Graf von Hertling – Parlamentarische Reden, Juli–September 1918
R 1394 Reden des Vizekanzlers von Payer, September 1918
R 1416 Deutschland. Parlamentarische Angelegenheiten (Generalia), April–November 1918
R 1506 Orient-Pressedienst (nur Organisation in Deutschland), 1917
R 2154 Die Gesandtschaft in Bern, 1918–1919
R 2161 Die Gesandtschaft in Kopenhagen, 1917–1921
R 2597 Engerer, wirtschaftlicher, politischer und militärischer Anschluss Österreich-Ungarns und anderer europäischer Staaten an Deutschland (Europäischer Staatenbund), 1917–1918
R 2833–2835 Die diplomatische Vertretung Bayerns im Ausland, 1896–1920
R 2854 Die bayerische Gesandtschaft in Berlin, 1890–1919
R 4054 Landtagswahlen und Landtagswahlrecht, 1917–1918
R 6137 Akten betreffend Finnland. Allgemeine Angelegenheiten, Juli 1918
R 9018, 9019 Die Beziehungen Österreichs zu Deutschland, Januar–Juni 1018, Juni–September 1918
R 12619 Die deutsch-türkischen Vorschussverträge 1918
R 19869–19871 Der Weltkrieg 1914, 26.–28. Juli 1914
R 20154–21871 Akten betreffend den Weltkrieg, 1914–1922. Aus den Abteilungen: Geheime Friedensanregungen; Vermittlungsaktionen; Friedensstimmungen und Aktionen zur Vermittlung des Friedens; Funksprüche; Die katholische Kirche in den besetzten Gebieten Russlands; Material zu den Friedensverhandlungen; Die Zukunft der besetzten Gebiete: Belgien, Polen, Russland; Die Friedensaktionen der Mittel mächte; Allgemeine Friedensverhandlungen, 10. Oktober 1917–1. Oktober 1918.
R 22032 Allgemeine Friedensverhandlungen, Oktober 1917–Juni 1918
R 22113 Friedensverhandlungen mit Rumänien, März 1918

RZ 202 Großes Hauptquartier, 1914–1919
R 22147 Großes Hauptquartier. Allgemeine Lage, Vereinigte Staaten von Amerika, 1917–1918

RZ 801 Friedenskommissionen Brest-Litowsk und Bukarest, 1917–1918
R 22842–22843 Handakten v. Rosenberg, November–Dezember 1917, Bd. 1–2
N 15 Nachlass Paul Maria Baumgarten
N 40 Nachlass Ulrich von Brockdorff-Rantzau
N 128 Nachlass Gottlieb von Jagow

Privatarchiv Ottheinrich von Weitershausen, Glienike/Nordbahn (PA Weitershausen)

Glückwünsche zum 75. Geburtstage des Herrn Reichskanzlers Dr. Grafen von Hertling 31. August 1918

Schweizerisches Bundesarchiv, Bern

Dossier Francisco Vogler, Generalkonsul, 1926

Stadtarchiv Koblenz (StAK)
Bestand 623,2

Stadtarchiv München
Nachlass Casimir von Leyden
Meldebogen Franz Vogler

Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena (ThULB)
Nachlass Clemens von Delbrück

Universitäts- und Landesbibliothek Bonn (ULB)
Nachlass Adolf Dyroff

D.

Quellen- und Literaturverzeichnis*

Adressbuch für München 1914, 1920, München 1914, 1920

Adriány, Gabriel: Die Kirche in Nord-, Ost-, und Südosteuropa, in: Handbuch der Kirchengeschichte, hg. v. Hubert Jedin u. Konrad Repgen, Bd. 7, Die Weltkirche im 20. Jahrhundert, Freiburg-Basel-Wien 1985, S. 508–536

Afflerbach, Holger: Die Deutschösterreicher zwischen Staatsraison und »Nibelungentreue«, in: Die Habsburgermonarchie, Bd. XI, Teilbd. 1, Teil 2, S. 651–678

Afflerbach, Holger (Bearb. und eingeleitet): Kaiser Wilhelm II. als Oberster Kriegsherr im Ersten Weltkrieg: Quellen aus der militärischen Umgebung des Kaisers 1914–1918 (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 64), München 2005

Akten der Fuldaer Bischofskonferenz, Bd. 3, 1900–1919, bearb. v. Erwin Gatz (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, Bd. 39), Mainz 1985

Albrecht, Dieter: Von der Reichsgründung bis zum Ende des Ersten Weltkrieges (1871–1918), in: Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. IV, Teilbd. 1, S. 319–438

Allgemeine Deutsche Biographie, hg. durch die Historische Commission bei der Königl. Akademie der Wissenschaften, Bd. 1–56, Leipzig 1875–1912

Amtliche Aktenstücke zur Geschichte der Europäischen Politik. Die europäischen Kriegsverhandlungen. Die maßgebenden amtlichen Dokumente des deutschen Weißbuches, des österreichisch-ungarischen Rotbuches, des englischen Blaubuches, des russischen Orangebuches, des französischen Gelbbuches, des serbischen Blaubuches und des belgischen Graubuches chronologisch und sinngemäss zusammengestellt, [v. Max Beer], München 1924

Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918. Auf Grund der Akten der Reichskanzlei, des Auswärtigen Amtes und des Reichsarchivs hg. v. Auswärtigen Amt u. v. Reichsministerium des Innern, Berlin 1927

Ancestry.de (Online)

Anderson, Margaret Lavinia: Ein Demokratiedefizit? Das Deutsche Kaiserreich in vergleichender Perspektive, in: Geschichte und Gesellschaft 44 (2018), S. 367–398

Anderson, Margaret Lavinia: Lehrjahre der Demokratie. Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich. Aus dem Englischen von Sibylle Hirschfeld (Beiträge zur Kommunikationsgeschichte, Bd. 22), Stuttgart 2009 (1. Ausgabe Princeton University Press 2000)

Anglo-Vatican Relations 1914–1939. Confidential Annual Reports of the British Ministers to the Holy See, hg. v. Thomas E. Hachey, Boston 1972

* Das Quellen- und Literaturverzeichnis versteht sich als Gesamtverzeichnis; es verzeichnet daher auch die Titel der parallel zur Online-Edition erscheinenden Darstellung.

Arnim, Sieghart von: Dietlof Graf von Arnim-Boitzenburg. Ein preußischer Landedelmann und seine Welt im Umbruch von Staat und Kirche (Aus dem deutschen Adelsarchiv, Bd. 13), Limburg an der Lahn 1998

Arnold, Markus: Georg von Hertling. »Für Wahrheit, Freiheit und Recht«. Sein Beitrag zur Entstehung und bleibenden Gestalt der Katholischen Soziallehre (Communicationes Bonnenses, 2. Reihe, Bd. 2), Bonn 2009

Aschmann, Birgit; Justenhofen, Heinz-Gerhard (Hg.), Dès le début. Die Friedensnote Papst Benedikts XV. von 1917 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe C, Bd. 2), Paderborn 2019

Aschmann, Birgit: Die Friedensinitiative Benedikts XV. von 1917 im internationalen Kontext. Eine verpasste Chance und ihre Folgen, in: Aschmann, Justenhoven, S. 11–48

Assenmacher, Günter: Die Wehrpflichtbefreiung der Geistlichen. Nach dem katholischen Kirchenrecht und dem Staatskirchenrecht der Bundesrepublik Deutschland (Staatskirchenrechtliche Abhandlungen, Bd. 16), Berlin 1987

Die Aussenpolitik der deutschen Länder im Kaiserreich. Geschichte, Akteure und archivische Überlieferung (1871–1918). Beiträge des wissenschaftlichen Kolloquiums zum 90. Gründungstag des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts am 3. August 2010, hg. v. Auswärtigen Amt, Red. Holger Berwinkel u. Martin Kröger unter Mitarbeit von Janne Preuß, München 2012

Baadte, Günter; Boyens, Arnim; Buchbender, Ortwin (Hg.): Frieden stiften. Die Christen zur Abrüstung. Eine Dokumentation (Beck'sche Schwarze Reihe, Bd. 287), München 1984

Babík, Milan: George D. Herron and the Eschatological Foundations of Woodrow Wilsons Foreign Policy 1917–1919, in: Diplomatic History 35 (2011), S. 837–857

Bach, August (Hg. im Auftrag des Auswärtigen Amts), Deutsche Gesandtschaftsberichte zum Kriegsausbruch 1914. Berichte und Telegramme der badischen, sächsischen und württembergischen Gesandtschaften in Berlin aus dem Juli und August 1914, Berlin 1937

Bachem, Karl: Hertling, Georg Freiherr v., in: Deutsches Biographisches Jahrbuch 1917–1920, Überleitungsband II, Stuttgart-Berlin-Leipzig 1928, S. 416–426

Bachem, Karl: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung, sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschland 1815–1914, Bd. 1–9, Köln 1927–1932

Baden, Prinz Max von: Erinnerungen und Dokumente, Stuttgart-Berlin-Leipzig 1927

Baeumker, Clemens: Nekrolog auf Georg Graf von Hertling, in: Jahrbuch der bayerischen Akademie der Wissenschaften 1919, München 1920, S. 16–25

Baltisches biografisches Lexikon digital, hg. v. der Baltischen Historischen Kommission, betreut v. David Feest, BBLD

Baumgart, Winfried (Hg.): Von Brest-Litovsk zur deutschen Novemberrevolution. Aus den Tagebüchern, Briefen und Aufzeichnungen von Alfons Paquet, Wilhelm Groener und Albert Hopmann März bis November 1918. Mit einem Vorwort v. Hans Herzfeld (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 47), Göttingen 1971

Baumgart, Winfried: Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litovsk bis zu Ende des ersten Weltkrieges, Wien-München 1966

Baumgart, Winfried (Bearb.): Die Julikrise und der Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 (Texte zur Forschung, Bd. 44), Darmstadt 1983

Baumgart, Winfried: Das »Kaspi-Unternehmen« – Größenwahn Ludendorffs oder Routineplanung des deutschen Generalstabs?, Teil 1–2, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 18 (1970), S. 47–126, 231–278

Baumgart, Winfried: Die Mission des Grafen Mirbach in Moskau April–Juli 1918, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 18 (1968), S. 66–96

Baumgart, Winfried (Bearb.): Das Zeitalter des Imperialismus und des Ersten Weltkrieges 1871–1918 (Quellenkunde zur deutschen Geschichte der Neuzeit von 1500 bis zur Gegenwart, Bd. 2, hg. v. Winfried Baumgart), 3. Aufl. Paderborn 2018, S. 255–556

Bayern und der Erste Weltkrieg, hg. v. der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Koordinatoren Günther Kronenbitter, Markus Pöhlmann, München o. J.

Beckenbauer, Alfons: Ludwig III. von Bayern 1845–1921. Ein König auf der Suche nach seinem Volk, Regensburg 1987

Becker, Bert: Georg Michaelis. Preußischer Beamter, Reichskanzler, Christlicher Reformer 1857–1936. Eine Biographie, Paderborn 2007

Becker, Jean-Jacques, und Krumeich, Gerd: Der Große Krieg. Deutschland und Frankreich 1914–1918. Aus dem Französischen von Marcel Küsters und Peter Böttner mit Unterstützung von Yann Schnee, Essen 2010 (1. Ausgabe 2008)

Becker, Josef (Hg. unter Mitarbeit v. Michael Schmid): Bismarcks spanische »Diversion« 1870 und der preußisch-deutsche Reichsgründungskrieg. Quellen zur Vor- und Nachgeschichte der Hohenzollern-Kandidatur für den Thron in Madrid 1866–1932, Bd. 1–3, Paderborn 2003, 2003, 2007

Becker, Josef: Deutsche Wege zur nationalen Einheit. Historisch-politische Überlegungen zum 3. Oktober 1990 (Augsburger Universitätsreden 19), Augsburg 1990

Becker, Nikola: Bayerisch Katholisch Patriotisch. 150 Jahre Bauern- und Männerverein Tuntenhausen, Haar-München 2020

Becker, Nikola: Bürgerliche Lebenswelt und Politik in München. Autobiographien über das Fin de Siècle, den Ersten Weltkrieg und die Weimarer Republik (Münchener Historische Studien, Bd. 22), Kallmünz 2014

Becker, Nikola: Parlamentarierinnen der BVP im Bayerischen Landtag 1919 bis 1933. Ein Beispiel für den Umgang mit Diversität im Münchner Katholizismus, in: 200 Jahre Erzbistum München und Freising. Neue Fragen an die jüngste Epoche der Diözesangeschichte, hg. v. Franz Xaver Bischof, Roland Götz, Johannes Merz und Stephan Mokry (Studien zur altbayerischen Kirchengeschichte, Bd. 18), München 2022, S. 85–112

Becker, Rainald: Übergänge am Ende der Monarchie – Georg von Hertling und die Parlamentarisierung Bayerns, in: Ders. u. Botzenhart, Christof (Hg.), Die Bayerischen Ministerpräsidenten 1918–2018, Regensburg 2024, S. 47–59

Becker, Rainald: Das katholische Bayern im 19. und 20. Jahrhundert. Eine Selbstverständlichkeit?, in: Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte 38 (2019), S. 165–180

Becker, Rainald: Verzeichnis der Minister 1799–2006, in: Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. IV, Teilbd. 2, S. 721–736

Becker, Winfried: Christliche Wertorientierung in Wissenschaft und Politik. Georg von Hertling (1843–1919), Köln 1993

Becker, Winfried: Föderalismus – Stärke oder Schwäche der Demokratie?, in: Anton Rauscher (Hg.), Die fragile Demokratie - The Fragility of Democracy (Soziale Orientierung, Bd. 19), Berlin 2007, S. 199–220

Becker, Winfried: Hermann von Grauert (1850–1924), in: Jürgen Aretz, Rudolf Morsey u. Anton Rauscher (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 12, Münster 2007, S. 10–21, 229–230

Becker, Winfried: Georg von Hertling zum 100jährigen Gedächtnis. Ordnungsdenken im Realitätstest, in: Jahres- und Tagungsbericht der Görres-Gesellschaft 2019, S. 7–26

Becker, Winfried: Hertling, Georg, baron, in: Dictionnaire d'histoire et de géographie ecclésiastiques, Direction Roger Aubert, Bd. 24, Supplément, Paris 1993, Sp. 1437–1443

Becker, Winfried (Hg.): Georg von Hertling 1843–1919 (Quellentexte zur Geschichte des Katholizismus, Reihe A, Bd. 8), Paderborn 1993

Becker, Winfried: Hertling, Georg von, in: Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland, hg. v. Winfried Becker, Günter Buchstab, Anselm Doering-Manteuffel, Rudolf Morsey, Paderborn 2002, S. 272 f.

Becker, Winfried: Hertling, Georg Graf von, in: Große Bayerische Biographische Enzyklopädie, S. 840

Becker, Winfried: Hertling, Georg von, in: Staatslexikon. Recht-Wirtschaft-Gesellschaft, hg. von der Görres-Gesellschaft, 7. völlig neu bearb. Aufl., Bd. 2, Freiburg im Breisgau 1986, Sp. 1257–1258

Becker, Winfried: Georg von Hertling (1843–1919). Ein Politiker und Wissenschaftler aus Darmstadt, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 44 (1994), S.115–130

Becker, Winfried: Georg von Hertling und die Sozialpolitik der Zentrumspartei (1877–1891), in: Linsenmann u. Raasch, S. 75–129

Becker, Winfried: Karl Muth und das Hochland. Kulturelle und politische Impulse für einen Katholizismus »auf der Höhe der Zeit«, in: Schwab, Eigensinn und Bindung, S. 29–45

Becker, Winfried: Mitteleuropavorstellungen deutscher Publizisten. Joseph Edmund Jörg und Friedrich Naumann, in: Weltpolitik im 21. Jahrhundert. Perspektiven zur neuen internationalen Staatenordnung. Festschrift für Jürgen Schwarz, hg. v. Heinrich Oberreuter, Armin A. Steinkamm, Hanns-Frank Seller, Wiesbaden 2004, S. 281–294

Becker, Winfried: Religiöse und nationale Orientierung im Widerstreit? Deutsche Militärseelsorge im Ersten Weltkrieg, in: Passauer Jahrbuch 56 (2014), S. 259–280

Becker, Winfried: Frederic von Rosenberg (1874–1937). Diplomat vom späten Kaiserreich bis zum Dritten Reich, Außenminister der Weimarer Republik (Schriftenreihe der

Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 83), Göttingen 2011

Becker, Winfried: Sowjetische Religionspolitik und vatikanische Hungerhilfe für Rußland. Deutsche Außenpolitik zwischen Moskau und Rom 1920–1929, in: Santa Sede e Russia da Leone XIII a Pio XI, S. 184–251

Becker, Winfried: Ein Spiegel der Kulturgeschichte. Das Staatslexikon, in: Historisches Jahrbuch 139 (2019), S. 375–409

Berg, Friedrich v., als Chef des Geheimen Zivilkabinetts 1918. Erinnerungen aus seinem Nachlaß, bearb. v. Heinrich Potthoff (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1. Reihe, Bd. 7), Düsseldorf 1971

Berg, Manfred: Woodrow Wilson. Amerika und die Neuordnung der Welt. Eine Biographie, München 2017

Bermbach, Udo: Houston Stewart Chamberlain. Wagners Schwiegersohn – Hitlers Vordenker, Stuttgart 2015

Bernstorff, Johann Heinrich: Erinnerungen und Briefe, Zürich 1936.

Bethmann Hollweg, Th. von: Betrachtungen zum Weltkriege, 2. Teil, Während des Krieges, Berlin 1921

Betker, Frank, und Kriele, Almut (Hg. im Auftrag des Bischöflichen Diözesanarchivs Aachen mit einer Einführung von Gerd Krumeich): »Pro Fide et Patria!«. Die Kriegstagebücher von Ludwig Berg 1914/18, Katholischer Feldgeistlicher im Großen Hauptquartier Kaiser Wilhelms II., Köln-Weimar-Wien 1998

Bierganz, Manfred: Hermann Cardauns (1847–1925). Politiker, Publizist und Wissenschaftler in den Spannungen des politischen und religiösen Katholizismus seiner Zeit, Phil. Diss. Aachen 1977

Biografisch Woordenboek van Nederland, hg. v. Johannes Charité, Deel 1–6, s' Gravenhage 1979–2008 (Online)

Biographie coloniale Belge, hg. v. Institut royal colonial Belge, dann der Académie royale des sciences coloniales, Bd. 1–6, Brüssel 1948–1968

Biographie nationale, hg. v. der Académie Royale des Sciences, des Lettres et Beaux-Arts de Belgique, Bd. 1–44, Brüssel 1866–1986 (Online)

Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, begründet u. hg. v. Friedrich Wilhelm Bautz, fortgeführt v. Traugott Bautz, Bd. 1–42, Nordhausen-Hamm 1970–2021

Biographische Enzyklopädie deutschsprachiger Philosophen, bearb. v. Bruno Jahn, München 2002

Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871–1945, hg. v. Auswärtigen Amt durch den Historischen Dienst, Maria Keipert u. Peter Grupp, Bd. 1: A-F, bearb. v. Johannes Hürter u.a., Paderborn 2000, Bd. 2: G-K, bearb. v. Gerhard Keiper, Martin Kröger, Paderborn 2005, Bd. 3: L-R, bearb. v. dens., Paderborn 2008, Bd. 4: S, bearb. v. Bernd Isphording, Gerhard Keiper, Martin Kröger, Paderborn 2012, Bd. 5, T-Z. Nachträge, bearb. v. dens., Paderborn 2014

Biographisches Handbuch für das Preussische Abgeordnetenhaus 1867–1918, bearb. v. Bernhard Mann unter Mitarbeit von Martin Doerry, Cornelia Rauh und Thomas Kühne (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 3), Düsseldorf 1988

Biographisches Lexikon zur Geschichte Südosteuropas, hg. v. Mathias Bernath u. Felix v. Schroeder, Red. Gerda Bartl, Bd. 1–4, München 1974–1981 (Online)

Biorab Kaiserreich Online. Abgeordnete in den norddeutschen und deutschen Reichstagen 1867–1918

Boniface, Xavier, et Heuclin, Jean (Hg.): Diocèses en guerre 1914–1918. L'Église déchirée entre Gott mit uns et le Dieu des armées (Histoire et civilisations), Villeneuve d'Ascq 2018

Bonn, M. J.: So macht man Geschichte. Bilanz eines Lebens, München 1953

Bornemann, Elke: Der Frieden von Bukarest (Europäische Hochschulschriften, 3. Reihe, Bd. 64), Frankfurt am Main 1978

Borodziej, Wlodzimiers, Górny, Maciej: Der vergessene Weltkrieg. Europas Osten 1912–1923. Aus dem Polnischen von Bernhard Hartmann, Bd. 1, Imperien 1912–1916, Bd. 2, Nationen 1917–1923, Darmstadt 2018

Bosls bayerische Biographie, [1], 8000 Persönlichkeiten aus 15 Jahrhunderten, [2], Ergänzungsband, 1000 Persönlichkeiten aus 15 Jahrhunderten, hg. v. Karl Bosl, Regensburg 1983, 1988

Bost, Reinhold: Bartholomäus Koßmann. Christ, Gewerkschafter, Politiker 1883–1952, Blieskastel 2002

Braun, Friedrich von: Kann Deutschland durch Hunger besiegt werden? Eine Kriegsbetrachtung, München 1914

Bredt, [Johann Victor]: Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg. Gutachten, Das Werk des Untersuchungsausschusses, 4. Reihe, Bd. 8

Brentano, Lujo: Elsässer Erinnerungen, 2.-3. Aufl. Berlin 1917

Brentano, Lujo: Die Urheber des Weltkriegs, München 1922

Brewka, Siegfried: Zentrum und Sozialdemokratie in der bayerischen Kammer der Abgeordneten 1893–1914 (Europäische Hochschulschriften, 3. Reihe, Bd. 742), Frankfurt am Main 1997

Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld 1912–1917. Dienstliche Privatkorrespondenz zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten Georg Graf von Hertling und dem bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld, Teil 1–2, hg. u. eingeleitet von Ernst Deuerlein + (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 50/I-II), Boppard am Rhein 1973

Briggs, Mitchell Pirie: George D. Herron and the European Settlement (Stanford University Publications, Bd. III, Nr. 2), Stanford University Press 1932

Bringmann, Tobias C.: Handbuch der Diplomatie 1815–1963. Auswärtige Missionschefs in Deutschland und deutsche Missionschefs im Ausland von Metternich bis Adenauer, München 2001, Reprint 2012 (Online)

Bronder, Dietrich: Die Geschichte des Bundes Freireligiöser Gemeinden bis 1945, in: Die Freireligiöse Bewegung – Wesen und Auftrag 1859–1959, hg. vom Bund Freireligiöser Gemeinden Deutschlands – Freie Religionsgemeinschaft, Mainz o. J. [1959], S. 67–88

Bronner, Fritz: Die Verfassungsbestrebungen des Landesausschusses für Elsaß-Lothringen (1875–1911), Heidelberg 1926

Broucek, Peter: Karl I. (IV.). Der politische Weg des letzten Herrschers der Donaumonarchie, Wien-Köln-Weimar 1997

Bruch, Rüdiger vom, und Müller, Rainer A.: Erlebte und gelebte Universität. Die Universität München im 19. und 20. Jahrhundert, Pfaffenhofen 1986

Brüggemann, Karsten: Die Gründung der Republik Estland und das Ende des »Einen und unteilbaren Rußland«. Die Petrograder Front des Russischen Bürgerkriegs 1918–1920 (Veröffentlichungen des Osteuropa Instituts München, Reihe Forschungen zum Ostseeraum, Bd. 6), Wiesbaden 2002

Brunert, Maria-Elisabeth, und Oetzel, Lena: Verhandlungstechniken und -praktiken, in: Handbuch Frieden im Europa der Frühen Neuzeit, hg. v. Irene Dingel, Michael Rohrschneider, Inken Schmidt-Voges, Siegrid Westphal u. Joachim Whaley, Berlin-Boston 2021, S. 455–471

Brunswig, Alfred: Das Grundproblem Kants. Eine kritische Untersuchung und Einführung in die Kant-Philosophie, Leipzig-Berlin 1914

Buchheim, Karl: Das Deutsche Kaiserreich 1871–1914. Vorgeschichte, Aufstieg, Niedergang, München 1969

Bülow, Bernhard von: Denkwürdigkeiten, hg. v. Franz von Stockhammern, Bd. 1, Vom Staatssekretariat bis zur Marokko-Krise, Berlin 1930; Bd. 2, Von der Marokkokrise bis zum Abschied, Berlin 1930, Bd. 3, Weltkrieg und Zusammenbruch, Berlin 1931, Bd. 4, Jugend- und Diplomatenjahre, Berlin 1931

www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei

Burghartswieser, Hannes: Das Deutsche Reich wurde von Ruhpolding aus regiert. Vor 100 Jahren wurde Georg Graf von Hertling Reichskanzler, Traunsteiner Tagblatt, Nr. 32 v. 12. August 2017

Burtscheidt, Andreas: Edmund Freiherr Raitz von Frentz. Rom-Korrespondent der deutschsprachigen katholischen Presse 1924–1964 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 112), Paderborn 2008

Busemann, Jan Dirk: Adolf ten Hompel. Vom »Modernisten« zum Nationalsozialisten, in: Schwab, Eigensinn und Bindung, S. 87–98

Bussmann, Markus: »Ein liberaler Konservativer, ein konservativer Liberaler«. Richard von Kühlmann, die Diplomatie und die Liberalen, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 12 (2000), S. 121–175

Bussmann, Walter: Das Problem Österreich in der Zeit Bismarcks, vor dem Ersten Weltkrieg und in den Jahren der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Frage der »Uneigennützigkeit« und zur diplomatischen Überlieferung, in: Weltpolitik-Europagedanke-Regionalismus. Festschrift für Heinz Gollwitzer zum 65. Geburtstag, hg. v. Heinz Dollinger, Horst Gründer, Alwin Hanschmidt, Münster 1982, S. 287–303

Buxbaum, Engelbert Maximilian: Der Münchner Kardinal-Erzbischof Franz von Bettinger und das Konklave von 1914 im Urteil eines Zeitgenossen, in: Beiträge zur altbayerischen Kirchengeschichte 33 (1981), S. 131–147

Cardauns, Hermann: Adolf Gröber. Unter Benutzung des Nachlasses (Führer des Volkes. Eine Sammlung von Zeit- und Lebensbildern, Bd. 30), Mönchengladbach 1921

Cardauns, Hermann: Fünfzig Jahre Kölnische Volkszeitung. Ein Rückblick zum Goldenen Jubiläum der Zeitung am 1. April 1910, Köln [1910]

Cecil, Lamar: Albert Ballin. Business and Politics in Imperial Germany 1888–1918, Princeton University Press 1967

Charrier, Landry: À la recherche d'une paix de compromis. Kessler, Haguenin et la diplomatie officieuse de l'hiver 1916–1917, in: Histoire @ Politique, politique, culture, société. Revue électronique du Centre d'Histoire de Sciences Po 11, 2010

Chavkin, Boris: Alexander Parvus. Financier der Weltrevolution, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 11 (2007), S. 31–58. http://www1.ku-eichstaett.de/ZIMOS/forum/docs/Parvus.html

Chickering, Roger: Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg, München 2002 (Originalausgabe Cambridge 1998)

Clark, Christopher: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. Aus dem Englischen von Nobert Juraschitz, München 2013 (Originalausgabe London 2012)

Clark, Christopher: Wilhelm II. Die Herrschaft des letzten deutschen Kaisers, München 2008

Conze, Werner: Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg, Köln-Graz 1958

Cramon, A. von: Unser Österreichisch-Ungarischer Bundesgenosse im Weltkrieg. Erinnerungen aus meiner vierjährigen Tätigkeit als bevollmächtigter deutscher General beim k. u. k. Armeeoberkommando, Berlin 1920

Cube, Sergej von: Ein württembergischer Prinz auf dem Thron von Litauen, in: Annaberger Annalen. Jahrbuch über Litauen und deutsch-litauische Beziehungen, Nr. 8 (2000) (Online)

Crunden, Robert M.: George D. Herron in the 1890s. A New Frame of Reference for the Study of the Progressive Era, in: The Annals of Iowa 42 (1973), S. 81–113

Czernin, Ottokar: Im Weltkriege, Berlin-Wien 1919

Deak, John: Forging a Multinational State. State Making in Imperial Austria from the Enlightenment to the First World War, Stanford University Press 2015

Deak, John David; Perry, Heather R.; Sencer, Emre (Hg.): The Central Powers in Russia's Great War and Revolution. Enemy Visions and Encounters, 1914–1922, Bloomington 2020

Debris, Cyrille: Zita. Portrait intime d'une impératrice. Préface de l'archiduc Rudolf d'Autriche, Paris 2013

Dehne, Phillip: The Ministry of Blockade during the First World War and the Demise of Free Trade, in: Twentieth Century British History 27 (2016), S. 333–356

Deist, Wilhelm: Kaiser Wilhelm II. als Oberster Kriegsherr, in: Röhl, Der Ort Kaiser Wilhelms, S. 25–42

Deist, Wilhelm (Bearb.): Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918, Teil 1–2 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 2. Reihe, Bd. 1/I-II) Düsseldorf 1970

Delbrück, Hans: Die Buriansche Note. Die Verhandlungen des Hauptausschusses. Die Krisis, in: Preußische Jahrbücher 173 (1918), S. 135–147

Delbrück, Hans: Der Fortgang der Preußischen Wahlreform, in: Preußische Jahrbücher, Bd. 174 (1918), S. 132–135

Delbrück, Hans: Korreferat zu den Gutachten des Generals d. Inf. a. D. v. Kuhl und des Obersten a. D. Schwertfeger, in: Das Werk des Untersuchungsausschusses, 4. Reihe, Bd. 3, S. 239–373

Deuerlein, Ernst: Der Bundesratsausschuss für die auswärtigen Angelegenheiten 1870–1918, Regensburg 1955

Deuerlein, Ernst: Die Friedensaktion Papst Benedikts XV. (1917), in: Stimmen der Zeit 155 (1954/55), S. 241–256

Deuerlein, Ernst: Georg Graf von Hertling, in: ders., Deutsche Kanzler von Bismarck bis Hitler, München 1968, S. 193–216

Deuerlein, Ernst: Eine unbekannte Kontroverse zwischen Staatsminister Graf Hertling und der Obersten Heeresleitung im Februar/März 1917, in: Historisches Jahrbuch 70 (1951), S. 260–295

Deutelmoser, Erhard: Zwischen Gestern und Morgen. Politische Anregungen, Berlin 1919

Deutinger, Stephan: Gustav von Kahr. Regierungspräsident von Oberbayern 1917–1924, in: ders., Karl-Ulrich Gelberg, Michael Stephan (Hg.), Die Regierungspräsidenten von Oberbayern im 19. und 20. Jahrhundert, München 2010, S. 219–231

Deutsche Biographische Enzyklopädie, Bd. 1–12, 2. überarb. u. erweiterte Aufl., hg. v. Rudolf Vierhaus, München 2005–2008

Der deutsche Krieg und der Katholizismus. Deutsche Abwehr französischer Angriffe, hg. von deutschen Katholiken, Berlin 1915

Deutsche Verwaltungsgeschichte, hg. v. Kurt G. A. Jeserich, Hans Pohl, Georg-Christoph von Unruh, Bd. 3, Das Deutsche Reich bis zum Ende der Monarchie, Stuttgart 1984

Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch 1914, hg. im Auftrage des Auswärtigen Amtes v. Karl Kautsky, Max Montgelas u. Walther Schücking, Bd. 1, Vom Attentat in Sarajewo bis zum Eintreffen der serbischen Antwortnote in Berlin, Bd. 2, Vom Eintreffen der serbischen Antwortnote in Berlin bis zum Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung, Bd. 3, Vom Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung bis zur Kriegserklärung an Frankreich, Bd. 4, Von der Kriegserklärung an Frankreich bis zur Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Rußland, 2. Aufl. Berlin 1922

Deutsches Biographisches Jahrbuch, hg. v. Verbande der deutschen Akademien, Überleitungsband II, 1917–1920, Berlin-Leipzig 1928

Deutsch-sowjetische Beziehungen von den Verhandlungen in Brest-Litowsk bis zum Abschluss des Rapallovertrages. Dokumentensammlung, Bd. 1, 1917–1918, hg. v. den Ministerien für Auswärtige Angelegenheit der DDR und der UdSSR, Red. W. M. Chwostow u.a., Berlin 1967

De Volder, Jan: Cardinal Mercier in the First World War. Belgium, Germany and the Catholic Church (KADOC Studies on Religion, Culture and Society, Bd. 23), Leuven University Press 2018

Dietz, Andreas: Das Primat der Politik in kaiserlicher Armee, Reichswehr, Wehrmacht und Bundeswehr. Rechtliche Sicherungen der Entscheidungsgewalt über Krieg und Frieden zwischen Politik und Militär (Jus Publicum, Bd. 210), Tübingen 2011

Dirr, Pius (Hg.): Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch, München 1922

Diziol, Sebastian: »Deutsche, werdet Mitglieder des Vaterlandes!« Der Deutsche Flottenverein 1898–1934, Bd. 1 (Kulturgeschichte des Politischen, Bd. 1), Kiel 2015

Dreyer, Michael, und Lembcke, Oliver: Die deutsche Diskussion um die Kriegsschuldfrage 1918/19 (Beiträge zur Politischen Wissenschaft, Bd. 70), Berlin 1993

Dülfer, Jost: Der Weg in den Krieg, in: Enzyklopädie Erster Weltkrieg, S. 233–241

Dumont, Georges-H.: Élisabeth Gabrielle Marie de Wittelsbach, in: Nouvelle Biographie nationale, Bd. 1, Brüssel 1988, S. 78–89

Duquenne, Isabelle, et Dhote, Samuel: Lille. Hier et aujourd'hui, Editions Ouest-France, o. J.

Dürr, Benjamin: Erzberger. Der gehasste Versöhner. Biografie eines Weimarer Politikers, Berlin 2021

Dyroff, Adolf (Hg.), Reden, Ansprachen und Vorträge des Grafen von Hertling. Mit einigen Erinnerungen an ihn, Köln 1929

Eccard, Frédéric: L'Alsace sous la domination allemande, Paris 1919

Eder, Manfred: Dr. Johann Martin Kennerknecht (1863–1912) und Karl Färber (1888–1979). Zwei Theologenschicksale im Zeichen des Antimodernisteneides von 1910, in: Manfred Eder u. Anton Landersdorfer (Hg.), Christen in Bayern – Christen aus Bayern. Biographische Aspekte und Perspektiven durch 15 Jahrhunderte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Karl Hausberger (Beiträge zur Geschichte des Bistums Regensburg, Bd. 43), Regensburg 2009, S. 437–446

Ehren-Rangliste des ehemaligen Deutschen Heeres. Auf Grund der Ranglisten von 1914 mit den inzwischen eingetretenen Veränderungen. Mit einer Einführung von Friedrich-Christian Stahl, hg. vom Deutschen Offizier-Bund, Bd. 1–2, Berlin 1926 (Neudruck 1987)

Ehses, Stephan: Erinnerungen an Georg Graf von Hertling, in: Dyroff (Hg.), Reden, Ansprachen und Vorträge, S. 168–177

Eidintas, Alfonsas: Antanas Smetona and His Lithuania. From the National Liberation Movement to an Authoritarian Regime (1893–1940). Translated and Edited by Alfred Erich Senn, Leiden-Boston 2015

Eisenberger, Georg: Mein Leben für die Bauern. Erinnerungen eines Bauernführers, eingeleitet u. kommentiert v. Johann Kirchinger (Quellentexte zur bayerischen Geschichte, Bd. 5), München 2011

Elter, Andreas: Die andere Front. Pressepolitik in den US-Kriegen des 20. Jahrhunderts, Phil. Diss. Köln 2003 (Online)

The Encyclopedia Americana. International Edition, Bd. 1–30, Danbury / Connecticut 1986–1987

Encyclopedia Lituanica, ed. Simas Sužiedėlis, Bd. 1–6, Boston 1970–1978

Enzyklopädie Erster Weltkrieg, hg. v. Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich und Irina Renz in Verbindung mit Markus Pöhlmann, Aktualisierte u. erweiterte Studienausgabe, Paderborn 2009

Epkenhans, Michael: Tirpitz. Architect of the German High Seas Fleet (Military Profiles), Washington 2008

Epkenhans, Michael; Groß, Gerhard P.; Pöhlmann, Markus; Stachelbeck, Christian (Hg.): Geheimdienst und Propaganda im Ersten Weltkrieg. Die Aufzeichnungen von Oberst Walter Nicolai 1914–1918 (Zeitalter der Weltkriege, Bd. 18), Berlin-Boston 2019

Epstein, Klaus: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin-Frankfurt am Main 1962 (engl. Ausgabe 1959)

Epstein, Klaus: Der Interfraktionelle Ausschuss und das Problem der Parlamentarisierung 1917–1918, in: Historische Zeitschrift 191 (1960), S. 562–584

Erinnerungsblätter deutscher Regimenter. Auszüge aus den amtlichen Kriegstagebüchern. Bayerische Armee, hg. v. Bayerischen Kriegsarchiv, Heft 12, K. Bayer. 4. Chevaulegers-Regiment König, München 1922

Erzberger, Matthias: Erlebnisse im Weltkrieg, Stuttgart-Berlin 1920

Eschenburg, Theodor: Matthias Erzberger. Der große Mann des Parlamentarismus und der Finanzreform, München 1973

Falk, Bernhard (1867–1944). Erinnerungen eines liberalen Politikers, eingeleitet u. bearb. v. Volker Stalmann (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 3. Reihe, Bd. 12), Düsseldorf 2012

Fattorini, Emma: Pacelli und der Erste Weltkrieg. Erste diplomatische Gehversuche?, in: Hubert Wolf (Hg.), Eugenio Pacelli als Nuntius in Deutschland. Forschungsperspektiven und Ansätze zu einem internationalen Vergleich (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 121), Paderborn 2012, S. 61–86

Faulhaber, Michael von: Die freireligiöse Schule und ihre Sittenlehre, in: Organisation der Katholiken Deutschlands zur Verteidigung und Förderung der christlichen Schule und Erziehung, Geschäftsstelle Bayerns, München Juni 1920, S. 1–16

Faulhaber, Michael. Kritische Online-Edition der Tagebücher Michael Kardinal von Faulhabers (1911–1952). EAM, Nachlass Faulhaber 10003

Ferguson, Niall: Der falsche Krieg. Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert. Aus dem Englischen von Klaus Kochmann, Stuttgart 1999

Fester, Richard: Die Politik Kaiser Karls und der Wendepunkt des Weltkrieges, München 1925

Filatov, Sergej: Christentum als Wertebasis Europas? Zur Sozialdoktrin der Russisch-Orthodoxen Kirche, in: Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens 53 (2003), S. 1478–1491

Fischer, Christopher J.: Alsace to the Alsatians? Visions and devisions of Alsatian regionalism 1870–1939 (Contemporary European History, Bd. 5), New York-Oxford 2010

Fischer, Doris: Die Münchner Zensurstelle während des Ersten Weltkrieges. Alfons Falkner von Sonnenburg als Pressereferent im bayerischen Kriegsministerium in den Jahren 1914 bis 1918/19, Phil. Diss. München, München 1973

Fischer, Fritz: Deutsche Kriegsziele. Revolutionierung und Separatfrieden im Osten 1914–1918, in: Deutsche Kriegsziele 1914–1918. Eine Diskussion, hg. v. Ernst Wilhelm Graf Lynar, (Ullstein Buch, Nr. 616), Frankfurt am Main 1964, S. 18–83

Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Kronberg 1977, Nachdruck der Ausgabe 1967

Flatscher, Sandra: Der Bayerische Industrie- und Handelskammertag 1909–1936 (Europäische Hochschulschriften, 3. Reihe, Bd. 1037), Frankfurt am Main 2007

Foch: Erinnerungen. Von der Marneschlacht bis zur Ruhr, niedergeschrieben unter persönlicher Redaktion des Marschalls von Raymond Recouly. Übertragung aus dem Französischen von Gustav Gugitz, Dresden o. J.

Forster, Bernhard: Adam Stegerwald (1874–1945). Christlich-nationaler Gewerkschafter, Zentrumspolitiker, Mitbegründer der Unionsparteien (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 41), Düsseldorf 2003

Foerster, Friedrich Wilhelm: Psychologische Staatskunst, in: Die Friedenswarte. Blätter für zwischenstaatliche Organisation 17 (1915), S. 241–243

Foerster, Friedrich Wilhelm: Erlebte Weltgeschichte 1869–1953. Memoiren, Nürnberg 1953

Foster, Frances Clare: The Press of the Weimar Republic and its Representation in German Literature, Thesis University of Bristol 1996

Foyer, Dominique: Guerre »juste ou guerre sainte«? Tentatives théologiques pour interpréter et justifier la guerre, in: Boniface et Heuclin, Diocèses, S. 253–265

Franz, Helmut: Das Problem der konstitutionellen Parlamentarisierung bei Conrad Haußmann und Friedrich von Payer (Göppinger Akademische Beiträge), Göppingen 1977

Französisches Gelbbuch. Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914, hg. vom Auswärtigen Amt, Berlin 1916

Frech, Stefan: Wegbereiter Hitlers? Theodor Reismann-Grone. Ein völkischer Nationalist (1863–1949), Paderborn 2009

Freisen, Joseph: Das Militär-Kirchenrecht in Heer und Marine des Deutschen Reiches, nebst Darstellung des außerdeutschen Militärkirchenwesens. Beiträge zur staatlichen und kirchlichen Rechtsgeschichte, Paderborn 1913

Frevert, Ute: Die kasernierte Nation. Militärdienst und Zivilgesellschaft in Deutschland, München 2001

Frey, Klaus-Walter: Oberst Walter Nicolai, Chef des deutschen militärischen Nachrichtendienstes III B im Großen Generalstab. Mythos und Wirklichkeit – Biographische Beiträge, in: Jürgen W. Schmidt (Hg.), Geheimdienste, Militär und Politik in Deutschland (Geheimdienstgeschichte, Bd. 2), Ludwigsfelde 2008, S. 135–198

Frey, Marc: Der Erste Weltkrieg und die Niederlande. Ein neutrales Land im politischen und wirtschaftlichen Kalkül der Kriegsgegner (Studien zur Internationalen Geschichte, Bd. 5), Berlin 1998

Friedrich, Jörg: 14/18. Der Weg nach Versailles, Berlin 2014

Gall, Lothar: 150 Jahre Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, in: ders. (Hg.), »…für deutsche Geschichts- und Quellenforschung«. 150 Jahre Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, München 2008, S. 7–57

Gallica. Bibliothèque nationale de France (Gallica.BnF.fr) (Online).

Gatz, Erwin (Hg. unter Mitwirkung von Clemens Brodkorb u. Rudolf Zinnhobler): Die Bistümer der deutschsprachigen Länder von der Säkularisation bis zur Gegenwart, Freiburg-Basel-Wien 2005

Gatz, Erwin: Anton de Waal (1937–1917) und der Campo Santo Teutonico. Mit einem Schriftenverzeichnis Anton de Waals, zusammengestellt von Michael Durst (Römische Quartalschrift für christliche Altertumskunde und Kirchengeschichte, Supplementheft 38), Rom 1980

Gaul, Jerzy: The Austro-Hungarian Empire and its political allies in the Polish Kingdom 1914–1918, in: Gottsmann, Karl I., S. 203–221

Genealogisches Handbuch des Adels, hg. v. Deutschen Adelsarchiv, bearb. v. Hans Friedrich von Ehrenkrook u.a., Bd. 7, Freiherrliche Häuser A, Bd. 1, Glücksburg 1952, B, Bd. 1, Glücksburg 1954; Bd. 10, Gräfliche Häuser A, Bd. 2, Glücksburg 1955; Bd. 6, B, Bd. 1, Glücksburg 1953

Genealogisches Handbuch des in Bayern immatrikulierten Adels, Bd. 24, Neustadt an der Aisch 2002

Geppert, Dominik; Mulligan, William; Rose, Andreas (Hg.): The wars before the Great War. Conflict and International Politics before the Outbreak of the Great War, Cambridge University Press 2015

Gerwarth, Robert: Die Besiegten. Das blutige Erbe des Ersten Weltkriegs. Aus dem Englischen von Alexander Weber, München 2017

Geyr, Géza Andreas von: Sándor Wekerle. 1848–1921. Die politische Biographie eines ungarischen Staatsmannes der Donaumonarchie (Südosteuropäische Arbeiten, Bd. 91), München 1993

Gilbert, Martin: Sir Horace Rumbold. Portrait of a Diplomat 1869–1941, London 1941

Goldschmidt, Hans: Das Reich und Preußen im Kampf um die Führung. Von Bismarck bis 1918, Berlin 1931

Die Görresgesellschaft im Jahre 1914. Jahresbericht und Abhandlungen der Herren Birkner, Büchi, Ehses, Rücker, Schnürer, Köln 1914

Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland. Jahresberichte für 1912, 1916, 1918 Köln 1913, 1917, 1919

Gotthard, Axel: Zur Säkularisierung und Formalisierung des vormodernen Kriegsbegriffs, in: Handlungsräume. Facetten politischer Kommunikation in der Frühen Neuzeit. Festschrift für Albrecht P. Luttenberger zum 65. Geburtstag, hg. v. Franz Hederer, Christian König, Katrin Nina Marth, Christina Milz, München 2011, S. 297–316

Gottsmann, Andreas (Hg.): Karl I. (IV.), der Erste Weltkrieg und das Ende der Donaumonarchie (Publikationen des Historischen Instituts beim Österreichischen Kulturforum in Rom, Abhandlungen, Bd. 14), Wien 2007

Granier, Gerhard (Bearb.): Die deutsche Seekriegsleitung im Ersten Weltkrieg. Dokumentation, Bd. 3 (Materialien aus dem Bundesarchiv, Heft 9), Koblenz 2000

Grau, Bernhard: Kurt Eisner 1867–1919. Eine Biographie, München 2001

Grau, Bernhard: Krieg in Sicht? Politik und Öffentlichkeit in Bayern während der Julikrise, in: Krieg! Bayern im Sommer 1914. Eine Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs. München, 25. Juni bis 1. August 2014, hg. von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, München 2014, S. 21–38

Grauert, Hermann: Graf Georg von Hertling. Ein Wort zum Gedächtnis, gesprochen in der Sitzung des Vorstandes und des Beirates der Görres-Gesellschaft zu Würzburg am 20. April 1920, in: 1. Vereinsschrift der Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland 1920, Köln 1920, S. 76–84

Grauert, Hermann: Rede am offenen Grabe Hertlings, in: Historisches Jahrbuch 39 (1918/19), S. 423–432

Groß, Gerhard P.: Das Ende des Ersten Weltkriegs und die Dolchstoßlegende (Kriege der Moderne), Ditzingen 2018

Groß, Gerhard P.: Das Große Hauptquartier im Ersten Weltkrieg (Zeitalter der Weltkriege, Bd. 24), Berlin-Boston 2022

Grosse Bayerische Biographische Enzyklopädie, hg. v. Hans-Michael Körner unter Mitarbeit von Bruno Jahn, Bd. 1–4, München 2005

Grosser, Dieter: Vom monarchischen Konstitutionalismus zur parlamentarischen Demokratie. Die Verfassungspolitik der deutschen Parteien im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches (Studien zur Regierungslehre und Internationalen Politik, Bd. 1), Den Haag 1970

Gruber, Hermann SJ: Präsident Wilson und die Freimaurerei der Vereinigten Staaten unter besonderer Berücksichtigung der Kriegsziele der Washingtoner Hochgradbrüder 33., in: Stimmen der Zeit 96 (1919), S. 211–220

Gruhlich, Rainer: Geschichtspolitik im Zeichen des Zusammenbruchs. Die Deutsche Nationalversammlung 1919/20. Revolution - Reich - Nation (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 160), Düsseldorf 2012

Günter, Heinrich: Hermann v. Grauert +, in: Historisches Jahrbuch 44 (1924), S. 169–196

Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Bd. XI, Die Habsburgermonarchie und der Erste Weltkrieg, Teilbd. 1, Der Kampf um die Neuordnung Mitteleuropas, Teil 1, Vom Balkankonflikt zum Weltkrieg, Teil 2, Vom Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn zum neuen Europa der Nationalstaaten, hg. v. Helmut Rumpler in Zusammenarbeit mit Harald Heppner und Erwin A. Schmidl, Wien 2016

Hagenlücke, Heinz: Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreiches (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 108), Düsseldorf 1997

Häger, Peter: Sein einziges Motiv ist der Haß gegen den Orden und die katholische Kirche. Der Fall des Kirchenkritikers Paul von Hoensbroech (1852–1923) im Urteil seiner Familie und des Jesuitenordens, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein 208 (2005), S. 267–326

Hahlweg, Werner (Bearb.): Der Friede von Brest-Litowsk. Ein unveröffentlichter Band aus dem Werk des Untersuchungsausschusses der Deutschen Verfassunggebenden Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1. Reihe, Bd. 8), Düsseldorf 1971

Hamilton Richard F., Herwig, Holger H. (Hg.): The Origins of World War I, Cambridge University Press 2003

Hamilton Richard F.; Herwig, Holger H.: World Wars. Definition and Causes, in: Hamilton, Herwig, The Origins of World War I, S. 1–44

Hamlin, David: Economic War and Economic Peace. Germany Reconstructs an Economic Order in Ukraine and Romania, 1918, in: Deak; Perry; Sencer, S. 233–257

Handbuch der bayerischen Geschichte, 2., völlig neu bearb. Aufl., begründet v. Max Spindler, neu hg. v. Alois Schmid, Bd. IV, Das neue Bayern. Von 1800 bis zur Gegenwart, 1. Teilbd., Staat und Politik, München 2003, 2. Teilbd., Die innere und kulturelle Entwicklung, München 2007

Hannig, Alma: Austro-Hungarian policy and the Balkan Wars, in: Geppert, Mulligan, Rose, S. 232–248

Hannigan, Robert E.: The New World Power. American Foreign Policy 1898–1917, University of Pennsylvania Press, Philadelphia 2002

Hansard's Parliamentary Debates. Hansard 1803–2005, UK Parliament (Online)

Hartmann, Peter Claus: Bayerns Weg in die Gegenwart. Vom Stammesherzogtum zum Freistaat heute, 2. überarb. u. ergänzte Aufl. Regensburg 2004

Hartmannsgruber, Friedrich: Die Bayerische Patriotenpartei 1868–1887 (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte, Bd. 82), München 1986

Haunfelder, Bernd: Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei 1871–1933. Biographisches Handbuch und historische Photographien (Photodokumente zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 4), Düsseldorf 1999

Der Hauptausschuss des Deutschen Reichstags 1915–1918, bearb. v. Reinhard Schiffers, Bd. 3, 118.-190. Sitzung 1917, Bd. 4, 191.-275. Sitzung 1918 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1. Reihe, Bd. 9/III, IV), Düsseldorf 1981, 1983

[Hausenstein, Wilhelm:] Lux Perpetua. Summe eines Lebens aus dieser Zeit, mitgeteilt von Johann Armbruster [Pseudonym], Bd. 1, Geschichte einer deutschen Jugend aus des neunzehnten Jahrhunderts Ende, München 1947

Haussmann, Conrad: Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen, hg. v. Ulrich Zeller, Frankfurt am Main 1924

Healy, Maureen: Vienna and the Fall of the Habsburg Empire. Total War and Everyday Life in World War I, Cambridge University Press 2004

Hecker, Hans: Polen, in: Enzyklopädie Erster Weltkrieg, S. 777–779

Heid, Stefan: Johann Peter Kirsch, in: ders., Martin Dennert (Hg.): Personenlexikon zur Christlichen Archäologie. Forscher und Persönlichkeiten vom 16. bis zum 21. Jahrhundert, Bd. 1, Regensburg 2012, S. 732–735

Heilfron, Eduard (Hg.): Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1920 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates, Bd. 9, Berlin 1920

Heinen, Ernst: Zentrumspresse und Kriegszieldiskussion unter besonderer Berücksichtigung der »Kölnischen Volkszeitung« und der »Germania«, Phil. Diss. Köln 1962

Heitzer, Horstwalter: Georg Kardinal Kopp und der Gewerkschaftsstreit 1900–1914 (Forschungen und Quellen zur Kirchen- und Kulturgeschichte Ostdeutschlands, Bd. 18), Köln-Wien 1983

Heitzer, Horstwalter: Der Volksverein für das katholische Deutschland im Kaiserreich 1890–1918 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 26), Mainz 1979

Helfferich, Karl: Der Weltkrieg, Bd. 3, Vom Eingreifen Amerikas bis zum Zusammenbruch, Berlin 1919

Herbertz, Eva-Maria: »Das Leben hat mich gelebt«. Die Biografie der Renée-Marie Hausenstein (edition monacensia), München 2012

Herrmann, David G.: The Arming of Europe and the Making of the First World War, Princeton University Press 1996

Hertling, Georg von: Erinnerungen aus meinem Leben, Bd. 1, Kempten-München 1919, Bd. 2, hg. v. Karl von Hertling, Kempten-München 1920

Hertling, Georg von: Kleine Schriften zur Zeitgeschichte und Politik, Freiburg im Breisgau 1897

Hertling, Georg von: Monarchie, in: Staatslexikon, 2. Aufl., Bd. 3 (1902), Sp. 1385–1404

Hertling, Georg von: Politik, in: Staatslexikon, 2. Aufl., Bd. 4 (1903), Sp. 546–562

Hertling, Georg von: Recht, Staat und Gesellschaft, Kempten-München 1906

Hertling, Georg von: Staat, in: Staatslexikon, 2. Aufl., Bd. 5 (1904), Sp. 174–202

[Hertling, Karl von]: Geschichte der Familie von Hertling. Als Manuskript gedruckt, Köln 1888

Hertling, Karl von: Deutschland und Spa, in: Allgemeine Rundschau. Wochenschrift für Politik und Kultur, 17. Jahrgang, Nr. 27 v. 3. Juli 1920, S. 356–357

Hertling, Karl von: Ein Jahr in der Reichskanzlei. Erinnerungen an die Kanzlerschaft meines Vaters, Freiburg im Breisgau 1919

Hessische Biografie LAGIS (Online)

Hetzer, Gerhard: Am Rande des Krieges. Auswärtige Beziehungen Bayerns im Sommer 1914, in: Bayern und der Erste Weltkrieg, S. 27–54

Hetzer, Gerhard: Außenpolitik als deutscher Bundesstaat. Das Königreich Bayern 1871–1918, in: Die Außenpolitik der deutschen Länder im Kaiserreich, S. 25–56

Heuser, Beatrice: Clausewitz und der »Kleine Krieg«, in: Kleine Kriege, hg. v. Lennart Souchon (Clausewitz-Information I), Hamburg 2005, S. 35–65

Hiden, John: Defender of Minorities. Paul Schiemann, 1876–1944, London 2004

Hilaire, Yves-Marie (Direction): Histoire de la papauté. 2000 ans de mission et de tribulations. Préface du Cardinal Poupard, Paris 2003

Hildebrand, Klaus: Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871–1945, Stuttgart 1995

Hildermeier, Ursachen des Ersten Weltkriegs. Russland, in: Der Erste Weltkrieg. Deutschland und Russland im europäischen Kontext, hg. im Auftrag der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen v. Horst Möller u. Aleksandr Čubar'jan, Berlin-Boston 2017, S. 10–19

Hille, Martin: Vom Tod des Prinzregenten zum "Augusterlebnis". Stimmungsbilder aus dem östlichen Bayern, in: Passauer Jahrbuch 56 (2014), S. 223-244

Hinkel, Sascha: Adolf Kardinal Bertram. Kirchenpolitik in Kaiserreich und Weimarer Republik (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 117), Paderborn 2010

Hinkel, Sascha, Richter, Elisabeth-Marie und Wolf, Hubert: Die Korrespondenz zwischen Nuntius Pacelli und Staatssekretär Gasparri zur Friedensinitiative Benedikts XV., in: Aschmann, Justenhoven, S. 287–367

Hintze, Paul von. Marineoffizier, Diplomat, Staatssekretär. Dokumente einer Karriere zwischen Militär und Politik 1903–1918, eingeleitet und hg. v. Johannes Hürter (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 60), München 1998

Hirschfeld, Michael: Glaube und Adelsstand als Motivation für politisches Engagement. Zur Biographie der Reichstagsabgeordneten Ferdinand Heribert (1831–1906) und Friedrich Mathias von Galen (1865–1918), in: Jahrbuch für das Oldenburger Münsterland 2012, S. 49–72

Historikerlexikon. Von der Antike bis zum 21. Jahrhundert, hg. v. Rüdiger vom Bruch und Rainer A. Müller (Beck'sche Reihe, 405), München 1991

www.historisches-lexikon-bayerns.de/

Historisches Lexikon der Schweiz. HLS (Online)

Höbelt, Lothar: Diplomatie zwischen Bündnissicherung und Friedenshoffnungen. Die Außenpolitik Österreich-Ungarns 1914–1918, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. XI, Teilbd. 1, Teil 2, S. 1017–1094

Hoeber, Karl: Glossen zu Hertlings Lebenserinnerungen, in: Dyroff (Hg.), Reden, Ansprachen und Vorträge, S. 181–228

Hockerts, Hans Günter: Verborgen in Hans Maiers Werk. Zehn goldene Regeln für Historiker, in: Hans Maier, Werk und Wirken in Wissenschaft und Politik, hg. v. Ahmet Cavuldac, Baden-Baden 2021, S. 67–81

Hoffmann, Dieter: Der Sprung ins Dunkle oder wie der Erste Weltkrieg entfesselt wurde, Leipzig 2010

Hohlfeld, Johannes (Hg.), Deutsche Reichsgeschichte in Dokumenten. Urkunden und Aktenstücke zur inneren und äußeren Politik des Deutschen Reiches, Nachdruck der 2. Aufl., Nendeln 1972

Holzem, Andreas: Erster Weltkrieg, in: Handbuch der Religionsgeschichte, hg. v. Peter Dinzelbacher, Bd. 6/1, 20. Jahrhundert. Epochen und Themen, hg. v. Volkhard Krech, Lucian Hölscher, Paderborn 2015, S. 21–60, 415–421

Hoop, Edward [Hendricks, Paul]: Die Innenpolitik der Reichskanzler Michaelis und Graf Hertling, Phil. Diss. Kiel 1951

Hotzelt, Wilhelm: Familiengeschichte der Freiherren von Würtzburg, Freiburg im Breisgau 1931

Hotzelt, Wilhelm: Würtzburg, Ludwig Freiherr von, Politiker, 1845–1922, in: Lebensläufe aus Franken, hg. v. Anton Chroust, Bd. 4, Würzburg 1930, S. 555–566

Hoetzsch, Otto: Der Krieg und die große Politik, Bd. 3, Bis zum deutsch-russischen Waffenstillstand, Leipzig 1918

Hubatsch, Walther: Die Verwaltung des Militärwesens 1867–1918, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 3, S. 310–332

Hubensteiner, Benno: Bayerische Geschichte. Staat und Volk, Kunst und Kultur, 2. Aufl. München 1999

Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 3, Bismarck und das Reich, 2. Aufl. Stuttgart 1978, Bd. 5, Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung 1914–1919, 1. Aufl. Stuttgart 1978

Huldermann, Bernhard: Albert Ballin, 5. Aufl. Oldenburg 1922

Hull, Isabel V.: »Persönliches Regiment«, in: Röhl, Der Ort Kaiser Wilhelms, S. 3–23

Hürter, Johannes: Die Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes im Ersten Weltkrieg, in: Michalka, Weltkrieg, S. 216–251

Hutten-Czapski, Bogdan von: Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft, Bd. 1–2, Berlin 1936

Illner, Eberhard: Eduard von der Heydt. Ein Leben in vier Epochen deutscher Zeitgeschichte, in: Eberhard Illner (Hg.), Eduard von der Heydt. Kunstsammler, Bankier, Mäzen, München-London-New York 2013, S. 10–54

Ilsemann, Sigurd von: Der Kaiser in Holland. Aufzeichnungen des letzten Flügeladjutanten Kaiser Wilhelms II., [1], Amerongen und Doorn 1918–1923, hg. v. Harald v. Koenigswald, München 1967

Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18, Teil 1–2, bearb. v. Erich Matthias unter Mitwirkung von Rudolf Morsey (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1. Reihe, Bd. 1/I-II), Düsseldorf 1959

Die Internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus. Dokumente aus den Archiven der Zarischen und der Provisorischen Regierung, hg. v. d. Kommission beim Zentralexekutivkomitee der Sowjetregierung unter dem Vorsitz von M.N. Pokrowski. Deutsche Ausgabe, hg. v. Otto Hoetzsch, 1. Reihe, Das Jahr 1914 bis zum Kriegsausbruch, Bd. 5, Berlin 1934

Jacoby, Fritz, und Laufer, Wolfgang: Das Saarbrücker Land im Ersten Weltkrieg, in: Saarheimat 11 (1978), S. 311–318

Jagow, Gottlieb von (1863–1935), und sein Umfeld. Ein kaiserlicher Spitzendiplomat zwischen Erstem Weltkrieg und Kriges(un)schuldforschung. Workshop am 6./7. Juni 2019 in München, Historisches Kolleg, hg. v. Reinhold Zilch (Sitzungsberichte Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, Bd. 142), Berlin 2020

Jansen, Anscar: Der Weg in den Ersten Weltkrieg. Das deutsche Militär in der Julikrise 1914, Marburg 2005

Janssen, Karl-Heinz: Macht und Verblendung. Kriegszielpolitik der deutschen Bundesstaaten 1914/18, Göttingen 1963

Janssen, Karl-Heinz (Hg.): Die graue Exzellenz. Zwischen Staatsräson und Vasallentreue. Aus den Papieren des kaiserlichen Gesandten Karl Georg von Treutler, Frankfurt am Main-Berlin 1971

Jarausch, Konrad H.: The Enigmatic Chancellor. Bethmann Hollweg and the Hubris of Imperial Germany, Yale University Press, New Haven–London 1973

Jeřábek, Rudolf: Militärisches Potential und Kriegsverlauf, in: Die Habsburgermonarchie Bd. XI, Teilbd. 1, Teil 1, S. 209–283

Jones, Mark: Foundation Violence. Atrocities and the Birth of German Democracy, in: Bulletin of the German Historical Institute Washington DC 65 (2019), S. 37–58

www.dasjuedischehamburg.de

Karge, P.: Licht in der Armenierfrage, in: Zeitschrift für Missionswissenschaft 9 (1919), S. 259–263

Karlov, Jurij E. (+): La Russia e il Vaticano tra il febbraio e l'ottobre 1917. Un'occasione storicha perduta, in: Santa Sede e Russia da Leone XIII a Pio XI, S. 100–120

http://www.kathpedia.com/index.php?title=Liste_von_Lehramtstexten

Keiper, Gerhard: Biographische Studien zu den Verständigungsversuchen zwischen Deutschland und Frankreich am Vorabend des Ersten Weltkrieges (Europäische Hochschulschriften, 3. Reihe, Bd. 734), Frankfurt am Main 1997

Keller, Ulrich: Schuldfragen. Belgischer Untergrundkrieg und deutsche Vergeltung im August 1914. Mit einem Vorwort von Gerd Krumeich, Paderborn 2017

Kern, Fritz: Skizzen zum Kriegsausbruch im Jahre 1914, hg. v. Hans Hallmann, Darmstadt 1968

Kern, Fritz: Conrad und Berchtold, in: ders., Skizzen zum Kriegsausbruch, S. 43–54

Kern, Fritz: Greys zwei Seelen, in: ders., Skizzen zum Kriegsausbruch, S. 83–87

Kieser, Hans-Lukas: Matthias Erzberger und die osmanischen Armenier im Ersten Weltkrieg, in: Matthias Erzberger. Ein Demokrat in Zeiten des Hasses, hg. v. Haus der Geschichte Baden-Württemberg in Verbindung mit der Landeshauptstadt Stuttgart, Red. Christopher Dowe (Stuttgarter Symposion, Bd. 15), Karlsruhe 2013, S. 103–119

Kiessling, Friedrich: Gegen den »großen Krieg«? Entspannung in den internationalen Beziehungen 1911–1914 (Studien zur internationalen Geschichte, Bd. 12), München 2002

Klare, Kai-Achim: Kontinentale Hegemonie. Die Ostpolitik von SPD und Zentrum 1917/18 zwischen Machtpolitik und Verständigung (Digitale Reihe der Graduierungsschriften Ostdok, Bd. 7), München 2015 (Online)

Klein, Gotthard: Der Volksverein für das katholische Deutschland 1890–1933. Geschichte, Bedeutung, Untergang (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 75), Paderborn 1996

Klepsch, Rudolf: British Labour im Ersten Weltkrieg. Die Ausnahmesituation des Krieges 1914–1918 als Problem und Chance der britischen Arbeiterbewegung, Göttingen 1983

Klimas, Petras: Der Werdegang des Litauischen Staates von 1915 bis zur Bildung der provisorischen Regierung im November 1918. Dargestellt auf Grund amtlicher Dokumente, Berlin 1919

Knorring, Marc von: Akteure oder Zuschauer? Bayerische Staatsmänner und Diplomaten in der europäischen Krise des Juli 1914, in: Passauer Jahrbuch 56 (2014), S. 211–221

Koch, Ingeborg: Die Bundesfürsten und die Reichspolitik in der Zeit Wilhelms II., Phil. Diss. München, München 1961

Koch, Manfred: Die Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages im Ersten Weltkrieg. Zur Struktur, Politik und Funktion der Zentrumspartei im Wandlungsprozess des deutschen Konstitutionalismus 1914–1918, Mannheim 1984

Köhler, Henning: Autonomiebewegung oder Separatismus. Die Politik der »Kölnischen Volkszeitung« 1918/19 (Studien zur europäischen Geschichte, Bd. 10), Berlin 1974

Körner, Hans-Michael: Ludwig III. Totengräber der Monarchie?, in: Alois Schmid, Katharina Weigand (Hg.), Die Herrscher Bayerns. 25 historische Portraits von Tassilo III. bis Ludwig III., München 2001, S. 376–388

Korol, Martin: DaDa, Präexil und Die Freie Zeitung – Ernst Bloch, homo ludens und Tänzer; Hugo Ball, rastlos auf der Suche nach Heimat; und ihre Frauen, Weggefährten und Gegner in der Schweiz 1916–1919, Bremen-Tartu-Sofia 2001

Kosch, Wilhelm: Das Katholische Deutschland. Bio-Bibliographisches Lexikon, Bd. 1–3/1, 2, 3, Augsburg 1933, 1934, [1937]

Koszyk, Kurt: Erhard Deutelmoser – Offizier und Pressechef (1873–1956), in: Publizistik. Vierteljahreshefte für Kommunikationsforschung 30 (1985), S. 509–534

Kovács, Elisabeth: Untergang oder Rettung der Donaumonarchie?, Bd. 1, Die österreichische Frage. Kaiser und König Karl I. (IV.) und die Neuordnung Mitteleuropas (1916–1922), Bd. 2, Politische Dokumente zu Kaiser und König Karl I. (IV.) aus internationalen Archiven, hg. und bearb. v. Elisabeth Kovács unter Mitwirkung v. Pál Arato SJ (+), Franz Pichorner und Lotte Wewalka (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs, Bd. 100/1–2), Wien-Weimar-Köln 2004

Kremer, Hans-Jürgen (Bearb.): Das Großherzogtum Baden in der politischen Berichterstattung der preußischen Gesandten 1871–1918, Teil 1, 1871–1899, Teil 2, 1900–1918 (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe A, Bd. 42, 43), Stuttgart 1990, 1992

Kress von Kressenstein, Friedrich Freiherr von: Bayerischer General und Orientkenner. Lebenserinnerungen, Tagebücher und Berichte 1914–1946, hg. v. Winfried Baumgart unter Mitwirkung v. Giorgi Astamadze, Leiden-Boston-Singapur-Paderborn 2020

Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917–1929), Leitung Hubert Wolf

Kröger, Martin: Zur Gründung des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts, in: Die Außenpolitik der deutschen Länder im Kaiserreich, S. 131–149

Kronenbitter, Günther: »Krieg im Frieden«. Die Führung der k.u.k. Armee und die Großmachtpolitik Österreich-Ungarns 1906–1914 (Studien zur Internationalen Geschichte, Bd. 13), München 2003

Krumeich, Gerd: Juli 1914. Eine Bilanz. Mit einem Anhang. 50 Schlüsseldokumente zum Kriegsausbruch, Paderborn 2014

Krumeich, Gerd: Die Kriegsschulddiskussion im Schatten von Versailles 1919–1933, in: Jagow und sein Umfeld, S. 63–76

Krumeich, Gerd: Die unbewältigte Niederlage. Das Trauma des Ersten Weltkriegs und die Weimarer Republik, Freiburg im Breisgau 2018

Krumeich, Gerd, und Hirschfeld, Gerhard: Die Geschichtsschreibung zum Ersten Weltkrieg, in: Enzyklopädie Erster Weltkrieg, S. 304–316

Kuhl: Entstehung, Durchführung und Zusammenbruch der Offensive von 1918. Gutachten, in: Das Werk des Untersuchungsausschusses, 4. Reihe, Bd. 3, S. 1–238

Kuhl, Christoph: Carl Trimborn (1854–1921). Eine politische Biographie (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 120), Paderborn 2011

Kühlmann, Richard von: Erinnerungen, Heidelberg 1948

Kuropka, Joachim: Image und Intervention. Innere Lage Deutschlands und britische Beeinflussungsstrategien in der Entscheidungsphase des Ersten Weltkriegs (Historische Forschungen, Bd. 14), Berlin 1978

Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender auf das Jahr 1925, hg. v. Gerhard Lüdtke, 1. Jahrgang, Berlin-Leipzig 1925

Lamberts, Emiel: L'Internationale noire. Une organisation secrète au service du Saint-Siège, in: ders. (Hg.), The Black International 1870–1878. The Holy See and Militant Catholicism in Europe (KADOC-Studies 29), Leuven University Press 2002, S. 15–101

Lange-Greve, Susanne: Schreiblandschaften. Hans Eisele – Journalist, Diplomat, Schriftsteller, Schwäbisch Gmünd 2007

Langewiesche, Dieter: Die Monarchie im Jahrhundert Europas. Selbstbehauptung durch Wandel im 19. Jahrhundert (Schriftenreihe der Philosophisch-Historischen Klasse der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, Bd. 50), Heidelberg 2013

Lappenküper, Ulrich: Wilhelm Hausenstein – Adenauers erster Missionschef in Paris, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 43 (1995), S. 635–678

Lee, Hyunmin: Propaganda and Public Health. Impact of Wartime Propaganda on U.S. Public Perception of the Spanish Flu, in: History Research 11/1 (2023), S. 8–12 (Online)

Leitzbach, Christian: Matthias Erzberger. Ein kritischer Beobachter des Wilhelminischen Reiches 1895–1914 (Beiträge zur Kirchen- und Kulturgeschichte, Bd. 7), Frankfurt am Main 1998

Leonhard, Jörn: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, München 2014

Lerchenfeld, Hugo: Kaiser Wilhelm II. als Persönlichkeit und Herrscher, hg. v. Dieter Albrecht (Regensburger Historische Forschungen, Bd. 11), Kallmünz 1985

Lerchenfeld-Köfering, Hugo: Erinnerungen und Denkwürdigkeiten 1843 bis 1925, eingeleitet und hg. von seinem Neffen Hugo Graf Lerchenfeld-Köfering, 2. Aufl. Berlin 1935

Lerchenfeld, Hugo: Hertling, in: Staatslexikon der Görres-Gesellschaft, 5., von Grund auf neu bearb. Aufl., hg. v. Hermann Sacher, Bd. 2, Freiburg im Breisgau 1927, Sp. 1168–1175

Lersner, Kurt Freiherr von: Hinter den Kulissen von Oberster Heeresleitung und Reichsleitung 1914–1920. Erinnerungen, hg. v. Winfried Baumgart, Paderborn 2021

Leugers-Scherzberg, August Hermann: Felix Porsch 1853–1930. Politik für katholische Interessen in Kaiserreich und Republik (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 54), Mainz 1990

Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland, hg. v. Winfried Becker, Günter Buchstab, Anselm Doering-Manteuffel, Rudolf Morsey, Paderborn 2002

Lexikon der deutschen Geschichte. Ereignisse, Institutionen, Personen. Von den Anfängen bis zur Kapitulation 1945, unter Mitarbeit von Historikern und Archivaren hg. v. Gerhard Taddey, 3. überarb. Aufl. Stuttgart 1998

Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa, unter Mitarbeit zahlreicher Fachgelehrter hg. v. Frank Wende, Stuttgart 1981

Lexikon Westfälischer Autorinnen und Autoren 1750–1950 (Online)

La Liberté. Journal politique, religieux, social (Fribourg), Juni 1915 (Online)

Lieven, D. C. B.: Russia and the Origins of the First World War (The Making of the 20th Century), New York 1983

Lill, Rudolf: Integrationspolitik oder Imperialismus? Von der Nation zum radikalen Nationalismus und zur Teilnahme am Ersten Weltkrieg (1876–1918), in: Kleine italienische Geschichte, hg. v. Wolfgang Altgeld, Stuttgart 2002, S. 325–369

Lill, Rudolf: Südtirol in der Zeit des Nationalismus, Konstanz 2002

Lilla, Joachim: Staatsminister, leitende Verwaltungsbeamte und (NS-)Funktionsträger in Bayern 1918 bis 1945, URL: https://verwaltungshandbuch.bayerische-landesbibliothek-online.de

Linde, Gerd: Die deutsche Politik in Litauen im Ersten Weltkrieg (Schriften der Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung der Universität Münster), Wiesbaden 1965

Linke, Horst Günther: Rußlands Weg in den Krieg und seine Kriegsziele 1914–1917, in: Michalka, Weltkrieg, S. 54–94

Linsenmann, Andreas, und Raasch, Markus (Hg.), Die Zentrumspartei im Kaiserreich. Bilanz und Perspektiven, Münster 2015

Liulevicius, Vejas Gabriel: Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg. Aus dem Amerikanischen von Jürgen Bauer, Edith Nerke u. Fee Engemann, Hamburg 2002

Llanque, Marcus: Demokratisches Denken im Krieg. Die deutsche Debatte im Ersten Weltkrieg (Politische Ideen, Bd. 11), Berlin 2000

Lloyd George, David: Mein Anteil am Weltkrieg. Kriegsmemoiren (War Memoirs), Bd. 3, Berlin 1936

Löffler, Bernhard: Die Bayerische Kammer der Reichsräte 1848 bis 1918. Grundlagen, Zusammensetzung, Politik (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte, Bd. 108), München 1996

Löppenberg, Ingo: »Wider Raubstaat, Großkapital und Pickelhaube«. Die katholische Militarismuskritik und Militärpolitik des Zentrums 1860 bis 1914 (Europäische Hochschulschriften, 3. Reihe, Bd. 1066), Frankfurt am Main 2009

Lozano, Álvaro: El marqués de Villalobar. Labor diplomática 1910–1918, Madrid 2009

Ludendorff, Erich: Meine Kriegserinnerungen 1914–1918, Berlin 1919

Ludendorff, Erich (Hg.): Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18, Berlin 1920, 4. Aufl. Berlin 1922

Lutz, Heinrich: Demokratie im Zwielicht. Der Weg der deutschen Katholiken aus dem Kaiserreich in die Republik 1914–1925, München 1963

Lutz, Heinrich: Deutscher Krieg und Weltgewissen. Friedrich Wilhelm Foersters politische Publizistik und die Zensurstelle des bayerischen Kriegsministeriums (1915–1918), in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 25 (1962), S. 470–549

Lutz, Ralph Haswell (ed. and selected): Fall of the German Empire 1914–1918, Bd. 1 (Hoover War Library Publications, Nr. 1), New York 1969 (1. Ausgabe Stanford University Press 1932)

Machtan, Lothar: Die Abdankung. Wie Deutschlands gekrönte Häupter aus der Geschichte fielen, 2. Aufl. Berlin 2008

Machtan, Lothar: Prinz Max von Baden. Der letzte Kanzler des Kaisers. Eine Biographie, Berlin 2013

Martin, Matthias: Der katholische Weg ins Reich. Der Weg des deutschen Katholizismus vom Kulturkampf hin zur staatstragenden Kraft (Europäische Hochschulschriften, 3. Reihe, Bd. 799), Frankfurt am Main 1998

März, Stefan: Das Haus Wittelsbach im Ersten Weltkrieg. Chance und Zusammenbruch monarchischer Herrschaft, Regensburg 2013

Matheus, Michael (Hg.): S. Maria dell'Anima. Zur Geschichte einer »deutschen« Stiftung in Rom (Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom, Bd. 121), Berlin-New York 2010

Mausbach, Joseph: Vom gerechten Kriege und seinen Wirkungen (Kriegsvorträge der Universität Münster i. W., H. 1), Münster 1914

Mayer, Gustav: Als deutsch-jüdischer Historiker in Krieg und Revolution 1914–1920. Tagebücher, Aufzeichnungen, Briefe, hg. u. eingeleitet von Gottfried Niedhart (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 19. Jahrhunderts, Bd. 65), München 2009

Mayeur, Jean-Marie: Léon Gambetta. La Patrie et la République, Paris 2008

Le Matin, Paris 1884–1944 (Online)

McCormick, Harold F.: Via Pacis. How terms of peace can be automatically prepared while the war is still going on. A suggestion offered by an American, London 1917

McMeekin, Sean: Juli 1914. Der Countdown in den Krieg. Aus dem Amerikanischen von Franz Leipold, Berlin 2014

McMeekin, Sean: Russlands Weg in den Krieg. Der Erste Weltkrieg – Ursprung der Jahrhundertkatastrophe. Aus dem amerikanischen Englisch von Franz Leipold, Berlin 2014

Meckling, Ingeborg: Die Außenpolitik des Grafen Czernin, München 1969

Menning, Bruce W.: The Russian threat calculation, 1910–1914, in: Geppert, Mulligan, Rose, S. 150–175

Mertens, Conrad: Hermann von Mallinckrodt. Erinnerungen aus seinem Leben zu Nordborchen, Paderborn 1874

Meseberg-Haubold, Ilse: Der Widerstand Kardinal Merciers gegen die deutsche Besetzung Belgiens 1914–1918. Ein Beitrag zur politischen Rolle des Katholizismus im ersten Weltkrieg (Europäische Hochschulschriften, 3. Reihe, Bd. 176), Frankfurt am Main 1982

Meyer-Arndt, Lüder: Die Julikrise 1914. Wie Deutschland in den Ersten Weltkrieg stolperte. Mit einem Geleitwort von Immanuel Geiss, Köln-Weimar-Wien 2006

Michalka, Wolfgang, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (Hg.): Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, Weyarn 1997

Miranda, Salvador: The Cardinals of the Holy Roman Church (Online)

Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, hg. v. Richard G. Plaschka, Horst Haselsteiner, Arnold Suppan, Anna M. Drabek und Birgitta Zaar (Zentraleuropa-Studien, Bd. 1), Wien 1995

Mockenhaupt, Hubert: Dr. Ludwig Nieder (1880–1922) – ein Förderer des christlichen Gewerkschaftsgedankens, in: Dr. Ludwig Adrian Nieder 1880–1922. Eine Dokumentation. Heimatkunde-Blätter, 2. Folge (1992), hg. von der Stadt Bexbach in Zusammenarbeit mit dem Verein für Heimatkunde Höcherberg e. V., S. 97–106

Mogk, Walter: Paul Rohrbach und das »Größere Deutschland«. Ethischer Imperialismus im Wilhelminischen Zeitalter. Ein Beitrag zur Geschichte des Kulturprotestantismus, München 1972

Moll, Martin: Kein Burgfrieden. Der deutsch-slowenische Nationalitätenkonflikt in der Steiermark 1900–1918, Innsbruck-Wien-Bozen 2007

Moll, Martin: Mentale Kriegsvorbereitung, in: Die Habsburgermonarchie, Bd. XI, Teilbd. 1, Teil 1, S. 171–208

Mombauer, Annika: Der Moltkeplan. Modifikation des Schlieffenplans bei gleichen Zielen?, in: Der Schlieffenplan. Analysen und Dokumente, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes und der Otto-von-Bismarck-Stiftung hg. v. Hans Ehlert, Michael Epkenhans u. Gerhard P. Groß (Zeitalter der Weltkriege, Bd. 2), Paderborn 2006, S. 79–100

Mombauer, Annika: The Origins of the First World War. Controversies and consensus, London 2002

Mommsen, Wolfgang J.: Der Erste Weltkrieg. Anfang vom Ende des bürgerlichen Zeitalters, Frankfurt am Main 2004

Monticone, Alberto: La Germania e la neutralità italiana 1914–1915, Bologna 1971

Morsey, Rudolf: Die Aufgaben des Norddeutschen Bundes und des Reiches, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 3, S. 138–186

Morsey, Rudolf: Die deutschen Katholiken und der Nationalstaat zwischen Kulturkampf und Erstem Weltkrieg, in: Ders., Von Windthorst bis Adenauer. Ausgewählte Aufsätze zu Politik, Verwaltung und politischem Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, hg. v. Ulrich v. Hehl, Hans Günter Hockerts, Horst Möller u. Martin Schumacher, Paderborn 1997, S. 158–186

Morsey, Rudolf: Georg Graf von Hertling (1843–1919), in: Ders. (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 20. Jahrhunderts, Bd. 1, Mainz 1973, S. 43–52

Morsey, Rudolf: Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923, Düsseldorf 1966

Morsey, Rudolf: Martin Spahn (1875–1945), in: Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 4, hg. v. Jürgen Aretz, Rudolf Morsey, Anton Rauscher, Mainz 1980, S. 143–158

Morsey, Rudolf, auf Anregung und unter Mitarbeit von Hans Elmar Onnau: Görres-Gesellschaft und NS-Diktatur. Die Geschichte der Görres-Gesellschaft 1932/33 bis zum Verbot 1941, Paderborn 2002

Müller, Georg Alexander von: Regierte der Kaiser? Kriegstagebücher, Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts, hg. v. Walter Görlitz mit einem Vorwort von Sven Müller, Göttingen-Berlin-Frankfurt am Main 1959

Müller, Heribert: Der bewunderte Erbfeind. Johannes Haller, Frankreich und das französische Mittelalter, in: Historische Zeitschrift 252 (1991), S. 265–317

Müller, Sven Oliver: Die Nation als Waffe und Vorstellung. Nationalismus in Deutschland und Großbritannien im Ersten Weltkrieg (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 158), Göttingen 2002

Münkler, Herfried: Der Große Krieg. Die Welt 1914-1918, Berlin 2013

Mussgnug, Reinhard: Die rechtlichen und pragmatischen Beziehungen zwischen Regierung, Parlament und Verwaltung, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 3, S. 109–128

Nadolny, Rudolf: Mein Beitrag. Erinnerungen eines Botschafters des Deutschen Reiches, hg. u. eingeleitet v. Günter Wollstein, Köln 1985

Nationaal Biografisch Woordenboek, hg. v. d. Koninklije Vlaamse Academiën van België vor Wetenschappen en Kunsten, Red. Jozef Duverger, Gilbert A. R. De Smet, Hans Rombaut, Deel 10, Brüssel 1983

Nationalliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Volkspartei 1918–1933, bearb. v. Eberhard Kolb und Ludwig Richter, Halbbd. 1, 1918–1925 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 3. Reihe, Bd. 9), Düsseldorf 1999

Naumann, Victor: Dokumente und Argumente, Berlin 1928

Nebelin, Manfred: Ludendorff. Diktator im Ersten Weltkrieg, München 2010

Nesner, Hans-Jörg: Die Regierungszeit des Erzbischofs und Kardinals Franziskus von Bettinger (1909–1917), in: Das Erzbistum München und Freising im 19. und 20. Jahrhundert, hg. v. Georg Schwaiger, München 1989, S. 212–290

Nestler, Hermann: Dr. Joseph Anton Endres, der Historiker und edle Mensch, in: Verhandlungen des historischen Vereins von Oberpfalz und Regensburg 74 (1924), S. 3–11

Netzhammer, Raymund: Bischof in Rumänien. Im Spannungsfeld zwischen Staat und Vatikan, hg. v. Nikolaus Netzhammer in Verbindung mit Krista Zach, Bd. 1–2 (Veröffentlichungen des Südostdeutschen Kulturwerks, Reihe B, Bd. 70–71), München 1995, 1996

Neue Deutsche Biographie, hg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 1–27, Berlin 1953–2020

Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 2, Machtstaat vor der Demokratie, München 1998

Noack, Friedrich: Das Deutschtum in Rom seit dem Ausgang des Mittelalters, Bd. 1–2, Stuttgart 1927 (Neudruck Aalen 1974)

Nordisk Biografisk Leksikon (Online)

Nouvelle Biographie nationale, hg. v. der Académie Royale des Sciences, des Lettres et Beaux-Arts de Belgique, Bd. 1–13, Brüssel 1988–2016

Nowak, Karl Friedrich (Hg.): Die Aufzeichnungen des Generalmajors Max Hoffmann, Bd. 1–2, Berlin 1929

Obst, Bernhard: Ein Heidelberger Professorenstreit. Die Auseinandersetzung zwischen Adolf Koch und Max Weber 1910–1914, Köln 1987

Odincov, Michail I.: I cattolici e la chiesa cattolica in Russia nel 1914–1920, in: Santa Sede e Russia da Leone XIII a Pio XI, S. 121–149

Österreichischer Cartellverband. Biographisches Lexikon https://www.oecv.at/Biolex/

Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, hg. v. d. Österreichischen Akademie der Wissenschaften unter der Leitung von Leo Santifaller, bearb. v. Eva Obermayer-Marnach, Ernst Bruckmüller, Peter Csendes, Bd. 1, Wien 1957, Bd. 2, Wien 1959, Bd. 6, Wien 1975, Bd. 11, Wien 1999, Bd. 13, Wien 2010, Bd. 14, Wien 2015 (Online)

Oldenburg-Januschau, Elard von: Erinnerungen, Leipzig 1936

Onnau, Hans Elmar (Bearb.): Das Schrifttum der Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft 1876–1976. Eine Bibliographie, Paderborn 1980

Opinion publique et politique extérieure en Europe. Bd. 1, 1870–1915. Actes du Colloque organisé par l'École française de Rome et le Centro per gli studi di politica estera e opinione publica de l'Université de Milan, 13–16 février 1980 (Publications de l'École française de Rome, Bd. 54/1), Rom 1981

Oppelland, Torsten: Reichstag und Außenpolitik im Ersten Weltkrieg. Die deutschen Parteien und die Politik der USA 1914–1918 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 103), Düsseldorf 1995

Osterkamp, Jana: Kooperatives Imperium. Eine neue Perspektive auf Anspruch und Wirklichkeit imperialer Herrschaft, in: dies. (Hg.), Kooperatives Imperium. Politische Zusammenarbeit in der späten Habsburgermonarchie (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum, Bd. 39), München 2018, S. 1–21

Otte, T. G.: Entente diplomacy v. détente, 1911–1914, in: Geppert, Mulligan, Rose, S. 264–284

Oxford Dictionary of National Biography. From the Earliest Times to the Year 2000, hg. v. H.C.G. Matthew u. Brian Harrison, Bd. 1–61, Oxford 2004 (Online)

Pachtner, Laura: Lady Charlotte Blennerhassett (1843–1917). Katholisch, kosmopolitisch, kämpferisch (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 104), Göttingen 2020

Palo, Michael F.: The Question of Neutrality and Belgium's Security Dilemma during the First World War. The Search for a Politically Acceptable Solution, in: Revue belge d'histoire contemporaine 31 (2000), S. 227–304

Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1918, Supplement 1, The World War, Bd. 1, Washington 1969, Nachdruck der Ausgabe 1933

The Papers of Woodrow Wilson, hg. v. Arthur S. Link u.a., Bd. 40–51, Princeton / New Jersey 1982–1985

Pastor, Ludwig von: Stiftspropst Dr. Franz Kaufmann 1862–1920. Ein Lebensbild vornehmlich nach seinen Briefen entworfen, Freiburg im Breisgau 1921

Patemann, Reinhard: Der Kampf um die preußische Wahlreform im Ersten Weltkrieg (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 26), Düsseldorf 1964

Patin, Nicolas: La catastrophe allemande (1914-1945). 1674 destins parlementaires, Paris 2014

Payer, Friedrich (1847–1931): Autobiographische Aufzeichnungen und Dokumente, bearb. von Günther Bradler (Göppinger Akademische Beiträge, Nr. 83), Göppingen 1974

Payer, Friedrich: Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder, Frankfurt am Main 1923

Petersen, Jens: La Wilhelmstraße, in: Opinion publique, S. 127–138

Pidhaini, Oleg O.: The Question of the Ukraino-Polish Border during the First World War. A Problem of the Constitutional and Diplomatic History of the Ukraine and Poland, M.A. Thesis McGill University, Montreal 1960

Pirenne, Henri: Notice sur Godefroid Kurth, membre de l'Académie, in: Annuaire de l'Académie Royale des Sciences, des Lettres et Beaux-Arts de Belgique 90 (1924), S. 193–261

Pittrof, Thomas (Hg.): Carl Muth und das Hochland (1903–1941) (Rombach Wissenschaften, Reihe Catholica, Bd. 4,1), Freiburg im Breisgau-Berlin-Wien 2018

Pohl, Karl Heinrich: Adolf Müller, Geheimagent und Gesandter in Kaiserreich und Weimarer Republik, Köln 1995

The Political Graveyard. The Internet's Most Comprehensive Source of U.S. Political Biography, ed. by Lawrence Kestenbaum (Online)

Pommerin, Reiner: Der Kaiser und Amerika. Die USA in der Politik der Reichsleitung 1890–1917, Köln-Wien 1986

Portal Rheinische Geschichte (Online)

Potthoff, Heinrich: Der Parlamentarisierungserlass vom 30. September 1918, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 20 (1972), S. 319–332

Pourtalès, [Friedrich von]: Am Scheidewege zwischen Krieg und Frieden. Meine letzten Verhandlungen in Petersburg, Ende Juli 1914. Veröffentlicht mit Genehmigung des Auswärtigen Amtes, Charlottenburg 1919

Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates der Österreichisch-Ungarischen Monarchie (1914–1918), eingeleitet u. zusammengestellt v. Miklós Komjáthy (Publikationen des Ungarischen Staatsarchivs, II, Quellenpublikationen, Bd. 10), Budapest 1966

Die Protokolle des Preussischen Staatsministeriums 1817–1934/38. Bd. 9, 23. Oktober 1900 bis 13. Juli 1909, bearb. v. Reinhold Zilch, Bd. 10, 14. Juli 1909 bis 11. November 1918, bearb. v. Reinhold Zilch; Bd. 11/I-II, 14. November 1918 bis 31. März 1925, bearb. von Gerhard Schulze (Acta Borussica, NF, 1. Reihe, hg. von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften), Hildesheim-Zürich-New York 2001, 1999, 2002

Puhane, Mario H.: Franz Seraph Pichler (1852 bis 1927). Kleriker in Passau und politischer Repräsentant Niederbayerns, in: Bernhard Löffler u. Karsten Ruppert (Hg.), Religiöse Prägung und politische Ordnung in der Neuzeit. Festschrift für Winfried Becker zum 65. Geburtstag, Köln-Weimar-Wien 2006, S. 341–369

Pyta, Wolfram: Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, München 2007

Quidde, Ludwig: Der deutsche Pazifismus während des Weltkrieges 1914–1918. Aus dem Nachlass Ludwig Quiddes hg. v. Karl Holl unter Mitwirkung v. Helmut Donat (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 23), Boppard am Rhein 1979

Raithel, Thomas: Das »Wunder« der inneren Einheit. Studien zur deutschen und französischen Öffentlichkeit bei Beginn des Ersten Weltkrieges (Pariser Historische Studien, Bd. 45), Bonn 1996

Rall, Hans: Wilhelm II. Eine Biographie, Graz-Wien-Köln 1995

Rauchensteiner, Manfried: Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914–1918, Wien-Köln-Weimar 2013

Rauh, Manfred: Geschichte des Zweiten Weltkriegs, 1. Teil, Die Voraussetzungen, Berlin 1991

Rauh, Manfred: Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 60), Düsseldorf 1977

Rauscher, Walter: Hindenburg. Feldmarschall und Reichspräsident, Wien 1997

Die Regierung Eisner 1918/19. Ministerratsprotokolle und Dokumente, eingeleitet u. bearb. v. Franz J. Bauer unter Verwendung der Vorarbeiten v. Dieter Albrecht (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1. Reihe, Bd. 10), Düsseldorf 1987

Reibel, Carl-Wilhelm (Bearb.): Handbuch der Reichstagswahlen 1890–1918. Bündnisse - Ergebnisse - Kandidaten, Halbbd. 1–2 (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 15), Düsseldorf 2007

[Reibnitz, Kurt von:] Gestalten rings um Hindenburg. Führende Köpfe der Republik und die Berliner Gesellschaft von heute, Dresden 1928

Reichsgesetzblatt, 1883, 1918

Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg 1909–1921. Rekonstruktion seines verlorenen Nachlasses, hg. u. erläutert v. Winfried Baumgart, Teilbd. 1–2 (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 78), Berlin 2021

Repgen, Konrad: Die kaiserlich-französischen Satisfaktionsartikel vom 13. September 1646 – ein befristetes Agreement, in: Heinz Duchhardt (Hg.), Der Westfälische Friede (Historische Zeitschrift, Beiheft 26), München 1998, S. 176–216

Ribhegge, Wilhelm: Frieden für Europa. Die Politik der deutschen Reichstagsmehrheit 1917/1918, Essen 1988

Rich, David Alan: Russia, in: Hamilton, Herwig, Origins of World War I, S. 188–226

Richter, Hedwig: Aufbruch in die Moderne. Reform und Massenpolitisierung im Kaiserreich (edition suhrkamp 2762), Berlin 2021

Riess, Monika: Die deutsch-französische industrielle Kollaboration während des Zweiten Weltkrieges am Beispiel der Renault-Werke (1940–1944) (Europäische Hochschulschriften, 3. Reihe, Bd. 929), Frankfurt am Main 2002

Ritter, Gerhard: Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des »Militarismus« in Deutschland, Bd. 1, Die altpreußische Tradition (1740–1890), München 1954, Bd. 2, Die Hauptmächte Europas und das wilhelminische Reich (1890–1914), 3. Aufl. München 1973, Bd. 3, Die Tragödie der Staatskunst Bethmann Hollwegs als Kriegskanzler (1914–1917), München 1964, Bd. 4, Die Herrschaft des deutschen Militarismus und die Katastrophe von 1918, München 1968

Rivinius, Karl Josef: Der Hirtenbrief des Bischofs von Como aus dem Jahr 1914. Eine Episode im Gewerkschafts- und Zentrumsstreit, in: Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften 28 (1987), S. 269–296

Roedern, Graf Siegfried von: Der deutsche Zusammenbruch von 1918. Beiträge zur Klärung seiner Gründe, Bd. 1, Gang der Ereignisse 1888–1918, hg. und bearb. v. Claudia Wilke und Manfred Thomsen, Frankfurt am Main-Weimar-London 2015

Röhl, John C. G.: Wilhelm II., Bd. 3, Der Weg in den Abgrund 1900–1941, 2. Aufl. München 2009

Röhl, John C. G., unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner (Hg.), Der Ort Kaiser Wilhelms in der deutschen Geschichte (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien, Bd. 17), München 1991

www.von-der-ropp.de/index.php?persoenlichkeiten.html

Rosen, Friedrich: Aus einem diplomatischen Wanderleben. Aus dem Nachlaß hg. und eingeleitet v. Herbert Müller-Werth, Bd. 3/4, Wiesbaden 1959

Rosenberg, Frederic von: Korrespondenzen und Akten des deutschen Diplomaten und Außenministers 1913–1937, hg. und eingeleitet von Winfried Becker (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 66), München 2011

Rothe, Alfred SJ: Geschichte der Ostdeutschen Provinz der Gesellschaft Jesu seit ihren Anfängen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, Teil I, o. O., o. J. (Online)

Rumpler, Helmut: Kaiser Karl, die Friedensprojekte und das deutsch-österreichische Bündnis, in: Gottsmann, Karl I., S. 13–22

Rumschöttel, Hermann: Bayerische Innen- und Verfassungspolitik 1912–1918, in: Bayern und der Erste Weltkrieg, S. 189–199

Ruppert, Karsten: Der Untergang der Imperien im Ersten Weltkrieg und die Folgen für Europa, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Geistesgeschichte 13 (2009), S. 11–47

Sächsische Biografie, hg. v. Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde e.V., bearb. v. Martina Schattkowsky (Online)

Salewski, Michael: Seekrieg, in: Enzyklopädie Erster Weltkrieg, S. 828–832

Salfellner, Harald: Die Spanische Grippe. Eine Geschichte der Pandemie von 1918, 2. Aufl. o. O. 2020

Salzman, Neil V. (Hg.): Russia in War and Revolution. General William V. Judson's Accounts from Petrograd 1917–1918, The Kent State University, Kent / Ohio-London 1998

Samerski, Stefan: Der Hl. Stuhl und der Vertrag von Versailles, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte 107 (1996), S. 355–375

Santa Sede e Russia da Leone XIII a Pio XI. Atti del secondo Simposio organizzato dal Pontificio Comitato di Scienze Storichè e dall'Istituto di Storia Universale dell'Accademia Russa delle Scienze, Vienna 25–30 aprile 2001, a cura di Massimiliano Valente (Atti e documenti, Bd. 22), Vatikanstadt 2006

Schaepdrijver, Sophie de: La Belgique et la Première Guerre mondiale. Traduction par Claudine Spitaels et Marnix Vincent (Documents pour l'Histoire des Francophonies / Europe, Bd. 4), Brüssel 2006 (1. Ausgabe Amsterdam-Antwerpen 1997)

Schärl, Walter: Die Zusammensetzung der bayerischen Beamtenschaft von 1806 bis 1918 (Münchener Historische Studien, Bd. 1), Kallmünz 1955 (Online)

Scheidemann, Christiane: Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau (1869–1928). Eine politische Biographie (Europäische Hochschulschriften, 3. Reihe, Bd. 788), Frankfurt am Main 1998

Scheidemann, Philipp: Memoiren eines Sozialdemokraten, Bd. 1–2, Dresden 1928

Scherer, André, et Grunewald, Jacques (Hg.): L'Allemagne et les problèmes de la paix pendant la première guerre mondiale. Documents extraits des archives de l'Office allemand des Affaires étrangères, Bd. 1, Des origines à la declaration de la guerre sous-marine à outrance (août 1914–31 janvier 1917), Paris 1962; Bd. 3, De la révolution sovietique à la paix de Brest-Litovsk (9 novembre 1917–3 mars 1918) (Publications de la Sorbonne, Série Documents, Bd. 26), Paris 1976; Bd. 4, De la paix Brest-Litovsk à la demande d'armistice (4 mars-4 octobre 1918) (Publications de la Sorbonne, Série Documents, Bd. 27), Paris 1978

Schmid, Rainer: Von Hutzenau nach Berlin. Zum 70. Todestag des Bauernbundpolitikers Georg Eisenberger, Traunsteiner Tagblatt, Nr. 17 v. 25. Mai 2015

Schmidt, Rainer F.: Frankreich und die Entfesselung des Ersten Weltkriegs. Zur Widerlegung von Robert C. Moore: »Die deutsche Legende vom ›aufgezwungenen Verteidigungskrieg‹ 1914«, in: Historische Zeitschrift 310 (2020), S. 387–408

Schmidt, Rainer F.: Kaiserdämmerung. Berlin, London, Paris, St. Peterburg und der Weg in den Untergang, Stuttgart 2021

Schneider, Reinhold: Verhüllter Tag, 4. Aufl. Köln-Olten 1956

Schneidewin, Max: Der katholische Reichskanzler und die geistige Freiheit, Hameln 1918

Schönberger, Christoph: Die überholte Parlamentarisierung. Einflußgewinn und fehlende Herrschaftsfähigkeit des Reichstags im sich demokratisierenden Kaiserreich, in: Historische Zeitschrift 272 (2001), S. 623–666

Schreiber, Nicolas Peter: Vom Arbeiter zum Reichsminister. Johann Giesberts (1865–1938). 40 Jahre Politik in der christlich-sozialen Arbeiterbewegung, Geldern 2011

Schroeder, Paul W.: The Life and Death of a Long Peace. Austro-German-Russian Relations 1763–1914, in: Masse und Macht im 19. und 20. Jahrhundert. Studien zu Schlüsselbegriffen unserer Zeit, hg. v. Ulrich Lappenküper, Joachim Scholtyseck, Christoph Studt, München 2003, S. 27–49

Schröder, Hans-Jürgen: Demokratie und Hegemonie. Woodrow Wilsons Konzept einer Neuen Weltordnung, in: Michalka, Weltkrieg, S. 159–177

Schröder, Stephen: Die englisch-russische Marinekonvention. Das Deutsche Reich und die Flottenverhandlungen der Tripelentente am Vorabend des Ersten Weltkriegs (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 76), Göttingen 2006

Schröder, Wilhelm Heinz: Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933. Biographien - Chronik - Wahldokumentation. Ein Handbuch (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 7), Düsseldorf 1995

Schrörs, Heinrich: Deutscher und französischer Katholizismus in den letzten Jahrzehnten, Freiburg im Breisgau 1917

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, hg. v. Wilhelm Stahl, Bd. 53–59/II, NF 28–34 (1912–1918), München 1913–1922

Schwab, Hans-Rüdiger (Hg.): Eigensinn und Bindung. Katholische deutsche Intellektuelle im 20. Jahrhundert, 39 Porträts, Kevelaer 2009

Schwab, Hans-Rüdiger: Auf der Freitreppe. Annette Kolbs Religiosität, in: ders., Eigensinn und Bindung, S. 49–66

Schwabe, Klaus: Die amerikanische und die deutsche Geheimdiplomatie und das Problem eines Verständigungsfriedens im Jahre 1918, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 19 (1971), S. 1–32 (Online)

Schwabe, Klaus: Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik, Düsseldorf 1971

Schwabe, Klaus: U.S. Secret War Diplomacy, Intelligence, and the Coming of the German Revolution in 1918. The Role of Vice Consul James McNally, in: Diplomatic History 16 (1992), S. 175–200

Schwertfeger, Bernhard: Der geistige Kampf um die Verletzung der belgischen Neutralität. Dargestellt auf Grund deutscher und belgischer amtlicher Akten (Die

Belgischen Dokumente zur Vorgeschichte des Weltkrieges, 2. Kommentarband), 2. Aufl. Berlin 1925

Schwertfeger, Bernhard: Gutachten. Die politischen und militärischen Verantwortlichkeiten im Verlaufe der Offensive von 1918. Das Werk des Untersuchungsausschusses, 4. Reihe, Bd. 2, Berlin 1927

Schwertfeger, Bernhard: Kaiser und Kabinettschef. Nach eigenen Aufzeichnungen und dem Briefwechsel des Wirklichen Geheimen Rats Rudolf von Valentini, Oldenburg in Oldenburg 1931

Sedlmaier, Alexander: Deutschlandbilder und Deutschlandpolitik. Studien zur Wilson-Administration (1913–1921) (Historische Mitteilungen im Auftrage der Ranke-Gesellschaft, Bd. 51), Stuttgart 2003

Seils, Ernst-Albert: Weltmachtstreben und Kampf um den Frieden. Der deutsche Reichstag im Ersten Weltkrieg, Frankfurt am Main-Berlin-Bern 2011

Sendtner, Kurt: Rupprecht von Wittelsbach Kronprinz von Bayern. Auf Anregung und unter Förderung und Mitarbeit von Dr. Otto Kolshorn. Mit Auszügen aus persönlichen Aufzeichnungen und einem Schlußkapitel von Kronprinz Rupprecht von Bayern, München 1954

Sera, Enrico: La Consulta, in: Opinion publique, S. 197–204

Seymour, Charles (Hg.): Die vertraulichen Dokumente des Obersten House. Berechtigte Übertragung aus dem Amerikanischen von Else und Karl v. Werkmann, Stuttgart 1932

Simon, A.: Heylen (Thomas-Louis), in: Biographie nationale, Bd. 32, Brüssel 1964, Sp. 295–299

Sked, Alan: Der Fall des Hauses Habsburg. Der unzeitige Tod eines Kaiserreichs, Berlin 1993

Skřivan, Aleš: Schwierige Partner. Deutschland und Österreich-Ungarn in der europäischen Politik der Jahre 1906–1914 (Hamburger Veröffentlichungen zur Geschichte Mittel- und Osteuropas, Bd. 6), Hamburg 1999

Skřivan, Aleš: Der Untergang des alten Großmächtekonzerts. Zur Außenpolitik Österreich-Ungarns und Deutschlands am Vorabend des Ersten Weltkrieges, in: Prague Papers on the History of International Relations 2002, S. 75–89

Sorrie, Charles: Censorship oft the Press in France 1917–1918, PhD London 2014 (Online)

Soutou, Georges-Henri: Die Kriegsziele des Deutschen Reiches, Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten während des Ersten Weltkrieges. Ein Vergleich, in: Michalka, Weltkrieg, S. 28–53

Sowart, Ralph: Wer überschritt den Rubikon? Österreichisch-Ungarische und deutsche »Entscheidungen« für den »Dritten Balkankrieg«, in: Jürgen Angelow, Johannes Großmann (Hg.), Wandel, Umbruch, Absturz. Perspektiven auf das Jahr 1914, Stuttgart 2014, S. 197–216

Sozialpolitiker im deutschen Kaiserreich 1871–1918, bearb. v. Dirk Hainbuch u. Florian Tennstedt unter Mitwirkung v. Karin Christl (Biographisches Lexikon zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik, Bd. 1), Kassel 2010

Spenkuch, Hartwin: Das Preußische Herrenhaus. Adel und Bürgertum in der Ersten Kammer des Landtages 1854–1918 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 110), Düsseldorf 1998

Sperl, Gabriela: Wirtschaft und Staat in Bayern 1914-1924 (Schriften der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 6), Berlin 1996

Spörl, Johannes: Dom Germain Morin +, in: Historisches Jahrbuch 62–69 (1949), S. 961–967

Spraul, Gunter: Der Franktireurkrieg 1914. Untersuchungen zum Verfall einer Wissenschaft und zum Umgang mit nationalen Mythen (Geschichtswissenschaft, Bd. 23), Berlin 2016

Staatslexikon. Im Auftrag der Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland hg. v. Julius Bachem, 2., neu bearb. Aufl., Bd. 1–5, Freiburg im Breisgau 1901–1904

Stacher, Georg: Österreich-Ungarn, Deutschland und der Friede. Oktober 1916 bis November 1918 (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs, Bd. 120), Wien-Köln-Weimar 2020

Stasiewski, Bernhard: Karl-Heinrich Schäfer +, in: Historisches Jahrbuch 62–69 (1949), S. 985–987

Stegemann, Hermann: Geschichte des Krieges, Bd. 1–4, Stuttgart-Berlin 1917, 1917, 1919, 1921

Steglich, Wolfgang (Bearb. u. Hg): Der Friedensappell Papst Benedikts XV. vom 1. August 1917 und die Mittelmächte. Diplomatische Aktenstücke des deutschen Auswärtigen Amtes, des Bayerischen Staatsministeriums des Äußern, des Österreichisch-Ungarischen Ministeriums des Äußern und des britischen Auswärtigen Amtes aus den Jahren 1915–1922, Wiesbaden 1970

Steglich, Wolfgang: Die Friedenspolitik der Mittelmächte 1917/18, Bd. 1, Wiesbaden 1964

Steglich, Wolfgang (Bearb. u. Hg): Die Friedensversuche der kriegführenden Mächte im Sommer und Herbst 1917. Quellenkritische Untersuchungen, Akten und Vernehmungsprotokolle, Stuttgart 1984

Steglich, Wolfgang (Bearb. u. Hg.): Die Verhandlungen des 2. Unterausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die päpstliche Friedensaktion von 1917. Aufzeichnungen und Vernehmungsprotokolle, Wiesbaden 1974

Stegmann, Dirk: Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands. Sammlungspolitik 1897–1918, Köln-Berlin 1970

Steinbach, Matthias und Dathe, Uwe: Ein deutscher Tory zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik. Der Nachlass Clemens von Delbrücks (1856–1921), in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 58 (2010), S. 132–145

Stengers, Jean: Le cas de la Belgique, in: Opinion publique, S. 29–47

Stenographische Berichte, Anlagen, Reichstagshandbücher. Verhandlungen des Reichstags 9., 12.-13. Legislaturperiode, Bd. 227–325, Berlin 1907–1914/18 (Online)

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preussischen Hauses der Abgeordneten 1916/18, 22. Legislaturperiode, 3. Tagung, Bd. 6–8, Berlin 1918

Stevenson, David: 1914–1918. Der Erste Weltkrieg. Aus dem Englischen von Harald Ehrhardt und Ursula Vones-Liebenstein, Düsseldorf 2006

Stockhammern, Franz von: Aus Geheimberichten an den Grafen Hertling (1915–1917), in: Die Grenzboten 79 (1920), Zweites Vierteljahr, I, S. 287–294; II, S. 344–347; III, S. 372–376; Drittes Vierteljahr, IV, S. 8–12; V, S. 46–53; VI, S. 95–99; VII, S. 133–137; VIII, S. 172–178

Stockmann, Alois: Die jüngere Romantik (Brentano, Arnim, Bettina, Görres), München 1923

Stölzle, Remigius: Der freireligiöse Jugendunterricht. Ein Beitrag zur religiösen und pädagogischen Bewegung der Gegenwart, Paderborn 1919

Strachan, Hew: Das europäische Mächtesystem und das Habsburgerreich in der Julikrise 1914, in: Die Habsburgermonarchie, Bd. XI, Teilbd. 1, Teil 1, S. 133–170

Straub, Eberhard: Albert Ballin. Der Reeder des Kaisers, Berlin 2002

Strazhas, A.: Deutsche Ostpolitik im Ersten Weltkrieg. Der Fall Ober Ost 1915–1917 (Veröffentlichungen des Osteuropa-Institutes München, Reihe Geschichte, Bd. 61), Wiesbaden 1993

Strenge, Irene: Spa im Ersten Weltkrieg (1914–1918). Lazarett und Großes Hauptquartier. Deutsche Besatzungspolitik in Belgien, Würzburg 2007

Strötz, Jürgen: Wilhelm II. und der Katholizismus, in: Wilhelm II. und die Religion. Facetten einer Persönlichkeit und ihres Umfelds, hg. v. Stefan Samerski (Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte NF, Beiheft 5), Berlin 2001, S. 171–198

Teipel, Heinz: Krieg und Politik, in: Hochland 15 (1918/II), S. 529–532

Thomann, Björn: Friedrich Althoff (1839–1908). Preußischer Kulturpolitiker, in: Rheinische Lebensbilder, Bd. 19, hg. v. Elsbeth Andre, Helmut Rönz, Düsseldorf 2013, S.167–195.

Thompson, John A.: Woodrow Wilson, London 2002

Thomson, Erik, unter Mitarbeit von Thomson, Hildegard: Traugott Hahn. Ein Märtyrer der baltischen Kirche (Zeugen des gegenwärtigen Gottes, Bd. 64/65), Gießen-Basel 1954

Tischer, Anuschka: Offizielle Kriegsbegründungen in der Frühen Neuzeit. Herrscherkommunikation in Europa zwischen Souveränität und korporativem Selbstverständnis (Herrschaft und soziale Systeme in der Frühen Neuzeit, Bd. 12), Berlin 2012

Tirpitz, A. von: Politische Dokumente. Deutsche Ohnmachtspolitik im Weltkriege, Hamburg-Berlin 1926

Trautmannsberger, Gerhard: Hinterbänkler? Der bayerische Zentrumspolitiker Maximilian Freiherr von Soden-Fraunhofen, in: Linsenmann und Raasch, S. 227–237

http://www.treccani.it/enciclopedia

Truhart, Peter: Regents of Nations. Systematic Chronology of States and their Political Representatives in Past and Present. A Biographical Reference Book, Part III/1, Central-, Eastern-, Northern-, Southern-, South East Europe, München-London-New York 1986

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, hg. v. Herbert Michaelis und Ernst Schraepler unter Mitwirkung von Günter Scheel, Bd. 2, Der militärische Zusammenbruch und das Ende des Kaiserreichs, Berlin o. J. [1959] (Online)

Van Evera, Stephen: The Cult of the Offensive and the Origins oft he First World War, in: Steven E. Miller (Ed.), Military Strategy and the Origins oft he First World War, Princeton University Press / New Jersey 1985, S. 58–107

Van den Mooter, Johan: Duitse wederopbouwinitiatieven in België tijdens de eerste wereldorlog, Lizenziatsarbeit Universität Gent 2007 (Online)

Vandeweyer, Luc: Etnische zuivering als politiek project in België, Brüssel 1999 (Online)

Varley, Karine: Under the Shadow of Defeat. The War of 1870–71 in French Memory, Basingstoke-New York 2008

Vasold, Manfred: Die Spanische Grippe und das Ende des Ersten Weltkriegs, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 107 (2020), S. 495–507

Verhandlungen der 42. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu München vom 25. bis 29. August 1895, München 1895

Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtages, XXXVI. Landtagsversammlung, 1. Session im Jahre 1912, Stenographische Berichte, Bd. 1, München

Verhandlungen der Kammer der Reichsräte des bayerischen Landtages, XXXVI. Landtagsversammlung, IV. Session 1917/18, Bd. 1, Beilagen-Bd. VI, München

https://verwaltungshandbuch.bayerische-landesbibliothek-online.de

Vierneisel, Beatrice: Ernesto de Fiori. Das plastische Werk 1911–1936. Mit Beiträgen von Ursel Berger, Mayra Laudanna und Ursula Merkel, Berlin 1992

Vietsch, Eberhard von: Bethmann Hollweg. Staatsmann zwischen Macht und Ethos, Boppard am Rhein 1969

Vietsch, Eberhard von: Arnold Rechberg und das Problem der politischen West-Orientierung Deutschlands nach dem 1. Weltkrieg (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 4), Koblenz 1958

Vocelka, Michaela und Vocelka, Karl: Franz Joseph I. Kaiser von Österreich und König von Ungarn, München 2015

Vogel, Detlef: Max Graf Montgelas (1860–1944). Ein Offizier im Spannungsfeld zwischen nationalen Ansprüchen und Menschlichkeit, in: Pazifistische Offiziere in Deutschland 1871–1933, hg. v. Wolfram Wette unter Mitwirkung von Helmut Donat, Bremen 1999, S. 82–97

Volkert, Wilhelm: Das bayerische Zentrum und die Beendigung der Regentschaft in Bayern 1912/13, in: Bayerische Geschichte/Landesgeschichte in Bayern. Festgabe für Alois Schmid zum 60. Geburtstag, hg. v. Konrad Ackermann und Hermann Rumschöttel, München 2005, S. 965–982

Volkmann, [Erich Otto]: Die Annexionsfragen des Weltkrieges. Gutachten. Das Werk des Untersuchungsausschusses, 4. Reihe, Bd. 12

Volkmann, Hans-Erich: Die deutsche Baltikumpolitik zwischen Brest-Litovsk und Compiègne. Ein Beitrag zur »Kriegszieldiskussion« (Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart, Bd. 13), Köln-Wien 1970

Waché, Brigitte: Monseigneur Louis Duchesne (1843–1922). Historien de l'Église et directeur de l'École française de Rome, Rom 1992

Wala, Michael: Weimar und Amerika. Botschafter Friedrich von Prittwitz und Gaffron und die deutsch-amerikanischen Beziehungen von 1927 bis 1933 (Transatlantische Studien, Bd. 12), Stuttgart 2001

Walz, Angelus: Andreas Kardinal Frühwirth (1845–1933). Ein Zeit- und Lebensbild, Wien 1950

Wand, Gregor: Der Diplomat und die Päpste. Die Mission des ersten deutschen Botschafters beim Heiligen Stuhl – Diego von Bergen 1920–1943 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 140), Paderborn-Leiden 2021

Watson, Alexander: Ring of Steel. Germany and Austria-Hungary in World War I., New York 2014

Weber, Christoph (Hg. und eingeleitet): Die römische Kurie um 1900. Ausgewählte Aufsätze von Paul M. Baumgarten. Mit einem Werkverzeichnis (Kölner Veröffentlichungen zur Religionsgeschichte, Bd. 10), Köln-Wien 1986

Weber, Florian: Die amerikanische Verheißung. Schweizer Außenpolitik im Wirtschaftskrieg 1917/18 (Die Schweiz im Ersten Weltkrieg, 1), Zürich 2016

Wegs, Robert J.: Die österreichische Kriegswirtschaft 1914–1918. Deutsche Bearbeitung von Heinrich Mejzlik, Wien 1979

Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003

Weigand, Katharina: Georg von Hertling (1843–1919), in: dies. (Hg.), Große Gestalten der bayerischen Geschichte, München 2012, S. 317–339

Weiss, Dieter J.: Kronprinz Rupprecht von Bayern (1869–1955). Eine politische Biografie, Regensburg 2007

Weiss, Dieter J.: Die Wittelsbacher im Weltkrieg, in: Bayern und der Erste Weltkrieg, S. 123–134

Weiss, Otto: Modernismus und Antimodernismus im Dominikanerorden. Zugleich ein Beitrag zum »Sodalitium Pianum« (Quellen und Studien zur neueren Theologiegeschichte, Bd. 2), Regensburg 1998

Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Die militärischen Operationen zu Lande, Bd. 14, Die Kriegführung an der Westfront im Jahre 1918 [1], Beilagen zum vierzehnten Bande [2],

im Auftrage des Oberkommandos des Heeres bearb. und hg. von der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres, Berlin 1944, Nachdruck 1956

Wende, Frank: Die belgische Frage in der deutschen Politik des Ersten Weltkrieges (Schriftenreihe zur Auswärtigen Politik, Bd. 7), Hamburg 1969

Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919–1930, Verhandlungen, Gutachten, Urkunden, im Auftrage des Reichstages hg. v. Walther Schücking, Johannes Bell, Georg Gradnauer, Rudolf Breitscheid, Albrecht Philipp, 1.-4. Reihe, 4. Reihe: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918, unter Mitwirkung v. Eugen Fischer, Walther Bloch im Auftrage des Vierten Untersuchungsausschusses hg. v. Albrecht Phillipp, Abteilg. 1, Bd. 1, Entschließungen des 4. Unterausschusses und Verhandlungsbericht, Berlin 1925, Bd. 2, Gutachten des Sachverständigen Oberst a.D. Schwertfeger, 2. Aufl. Berlin 1927; Bd. 3, Gutachten der Sachverständigen General d. Inf. a.D. von Kuhl und Geheimrat Prof. Dr. Hans Delbrück, Berlin 1925; Abteilg. 2, Der innere Zusammenbruch, Bd. 7/Halbbd. 2, Entschließung und Verhandlungsbericht: Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg, Berlin 1928; Bd. 8, Gutachten des Sachverständigen Prof. Dr. Bredt: Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg, Berlin 1926; Bd. 9/Halbbd. 1, Marine und Zusammenbruch, Berlin 1928; Bd. 12, Gutachten des Sachverständigen Volkmann: Die Annexionsfragen des Weltkrieges, 2. Aufl. Berlin 1929

Wesseling, Klaus-Gunther: Hertling, Georg Friedrich von, in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, hg. v. Wilhelm Bautz, Traugott Bautz, Bd. 20, Nordhausen 2002, S. 737–757

Westarp, Kuno von: Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches, Bd. 2, Von 1914 bis 1918, Berlin 1935

Westarp, Kuno von: Konservative Politik im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, bearb. v. Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen (+) unter Mitwirkung von Karl J. Mayer und Reinhold Weber (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 3. Reihe, Bd. 10), Düsseldorf 2001

Wette, Wolfram: Militarismus in Deutschland. Geschichte einer kriegerischen Kultur, Frankfurt am Main 2008

Weyhe, Josephine von: Franz Graf von Galen (1879–1961). Ein »Miles Christianus« im Spannungsfeld zwischen Katholizismus, Adel und Nation, Münster 2020

Whitlock, Brand: Belgium under the German occupation. A personal narrative, Bd. 1, London 1919

Wienfort, Monika: Monarchie im 19. Jahrhundert, Berlin-Boston 2019

www.wikipedia.org

Williamson, Samuel R.: Austria-Hungary and the Origins of the First World War, London 1991

Willoweit, Dietmar (Hg.): Föderalismus in Deutschland. Zu seiner wechselvollen Geschichte vom ostfränkischen Königtum bis zur Bundesrepublik, Wien-Köln-Weimar 2019

Winkel, Gustav Gotthilf: Biografisches Corpsalbum der Borussia zu Bonn 1821–1928, Bonn 1928

Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen, Bd. 1, Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, München 2000

Winzen, Peter: Reichskanzler Bernhard von Bülow. Mit Weltmachtphantasien in den Ersten Weltkrieg. Eine politische Biographie, Regensburg 2013

Wirtschaft und Statistik, hg. vom Statistischen Reichsamt, Jahrgang 1 (1921)

Wolf, Hubert: Verlegung des Heiligen Stuhls: Ein Kirchenstaat ohne Rom? Matthias Erzberger und die Römische Frage im Ersten Weltkrieg, in: Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte 11 (1992), S. 251–270

Wolff, Theodor: Tagebücher 1914–1919. Der Erste Weltkrieg und die Entstehung der Weimarer Republik in Tagebüchern, Leitartikeln und Briefen des Chefredakteurs am »Berliner Tageblatt« und Mitbegründers der »Deutschen Demokratischen Partei«, eingeleitet und hg. von Bernd Sösemann, Teil 1–2 (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 54/I-II), Boppard am Rhein 1984

Wollasch, Hans-Josef (Bearb.): Militärseelsorge im Ersten Weltkrieg. Das Kriegstagebuch des katholischen Feldgeistlichen Benedict Kreutz (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, Bd. 40), Mainz 1987

Wulf, Peter: Hugo Stinnes. Wirtschaft und Politik 1918–1924 (Kieler Historische Studien, Bd. 28), Stuttgart 1979

Das Zaristische Russland im Weltkriege. Neue Dokumente aus den Russischen Staatsarchiven über den Eintritt der Türkei, Bulgariens und Italiens in den Weltkrieg. Übersetzung aus dem Russischen. Mit einem Vorwort v. Alfred von Wegener, Berlin 1927

Zedler, Jörg: Bayern und der Vatikan. Eine politische Biographie des letzten bayerischen Gesandten am Heiligen Stuhl Otto von Ritter (1909–1934) (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 125), Paderborn 2013

Zedler, Jörg: Das Rittertelegramm. Bayern und der Heilige Stuhl in der Julikrise 1914, in: ders. (Hg.), Der Heilige Stuhl in den internationalen Beziehungen 1870–1939 (Spreti-Studien, Bd. 2), München 2010, S. 175–201

Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, hg. von Jürgen Aretz, Rudolf Morsey und Anton Rauscher, Bd. 1–12, Mainz-Münster 1973–2007

Ziegler, Walter: War Kardinal Faulhaber ein Monarchist? Kritische Überlegungen zu einer communis opinio, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 83 (2020), S. 61–120

Zilch, Reinhold: Okkupation und Währung im Ersten Weltkrieg. Die deutsche Besatzungspolitik in Belgien und Russisch-Polen 1914–1918, Goldbach 1994

E.

Verzeichnis der Abkürzungen

AA, A.A.	Auswärtiges Amt
Abg.	Abgeordneter
Abt.	Abteilung
ADB	Allgemeine Deutsche Biographie
ACDP	Archiv für Christlich Demokratische Politik
a. D.	außer Dienst
AEM	Archiv des Erzbistums München und Freising
AGG	Archiv der Görres-Gesellschaft
AKA	Archiv und Kulturzentrum Arenberg
am, am., a.m.	ante meridiem, vormittags
a.o.	außerordentlich(er)
AOK	Armeeoberkommando
Art.	Artikel
AS	Ganz geheime Akten
Aufl.	Auflage
BArch	Bundesarchiv Berlin-Koblenz
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
BBLD	Baltisches Biographisches Lexikon Digital
bearb.	bearbeitet
betr.	betreffend
bezw., bzw.	beziehungsweise
BSB	Bayerische Staatsbibliothek München
BVP	Bayerische Volkspartei
ca, ca.	circa
CDU	Christlich-Demokratische Union
cf.	confer, conferatur (vergleiche)
CSU	Christlich-Soziale Union
DBE	Deutsche Biographische Enzyklopädie
DDP	Deutsche Demokratische Partei
dens., ders.	denselben, derselbe
dh, d.h.	das heißt
Diss.	Dissertation
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
d. R.	der Reserve
Drs	Doctores
dt.	deutsch
EAK	Erzbischöfliches Archiv Köln
EEW	Enzyklopädie Erster Weltkrieg
eigh.	eigenhändig
eing.	eingegangen
E.K.	Eisernes Kreuz
E.K.H.	Eure Königliche Hoheit

Eu., Ew. E. Ex.	Euer Exzellenz
e. V.	eingetragener Verein
f.	folio
f., ff.	folgende Seite(n)
Frhr., Fher, Fhr., Freih.	Freiherr
Frl.	Fräulein
FRUS	Papers Relating to the Foreign Relations of the United States
FVP	Fortschrittliche Volkspartei
geb.	geboren
gef.	gefällige(r, n)
Geh.	Geheim
gen.	genannt
gest.	gestorben
gez.	gezeichnet
Gf, Gf.	Graf
ggez.	gegengezeichnet
GHA	Geheimes Hausarchiv
GHQ, G. H. Q., Gr. H. Qu.	Großes Hauptquartier
GStA PK	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz
GvH	Georg von Hertling
H	Hertling
H.	Heft
h., hl., Hl.	heilig
handschr.	handschriftlich
H., Hr.	Herr
Hg., hg.	Herausgeber, herausgegeben
I. A., i. a.	Im Auftrag
ins.	inseriert, inseretur
Jg.	Jahrgang
J. Nr.	Journal-Nummer
Jr., jr., Jun.	junior
k. b.	königlich bayerisch
K., Kgl. , Königl.	Königlich
k. k., k. u. k.	kaiserlich und königlich
Konz.	Konzept, Entwurf
Kop.	Kopie, Abschrift
Leg.-Per.	Legislatur-Periode
Lic.	Lizenziat
M.	Mark
masch.	maschinenschriftlich
Mgr, Mgr., Msg., Msgr, Msgr., Msgre	Monsignore, Monseigneur
MP	Member of Parliament
Mr.	Mister
NDB	Neue Deutsche Biographie

NF	Neue Folge
Nl	Nachlass
NlH	Nachlass Georg von Hertling
Nm, Nm., nm, nm.	nachmittags
No., Nr.,	Nummer
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
o.	ordentlich(er)
ÖBL	Österreichisches Biographisches Lexikon
o. D.	ohne Datum
OHL, O. H. L.	Oberste Heeresleitung
o. J.	ohne Jahr
o. O.	ohne Ort
OP, O.P.	Ordo Praedicatorum, Dominikanerorden
Or.	Original
OSB, O.S.B.	Ordo Sancti Benedicti, Benediktinerorden
o. V.	ohne Verfasser
p., pp.	pagina, Blatt, Seite, paginae, Seiten
P, P.	Pater
PA	Privatarchiv
PAAA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts
pm, p.m., pm.	post meridiem, nachmittags
pp.	perge, pergite, fahre fort
pr., praes.	praesentatum, vorgelegt
Red.	Redaktion
RGBl.	Reichsgesetzblatt
Rk, Rk., RK, R.K.	Reichskanzler
Reinkonz.	Reinkonzept
S.	Seite
secr.	secret, sekretiert
Sess.	Session
S. H.	Seine Heiligkeit
SJ	Societas Jesu, Jesuitenorden
SM, S. M., Sr. M.	Seine[r] Majestät
sog., sogen.	sogenannt(e, er)
Sp.	Spalte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
St.	Sankt
St.S.	Staatssekretär
StAK	Stadtarchiv Koblenz
StAM	Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Münster
Sten. Berichte	Stenographische Berichte. Verhandlungen des Reichstags
Tel., Telegr.	Telegramm
THULB	Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena
ULB	Universitäts- und Landesbibliothek Bonn
u. a.	unter andere(m,n)

u. ö.	und öfter
ungez.	ungezeichnet(e)
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
U.St., U.St.S., U St S	Unterstaatssekretär
v, v.	von, vom
V., Verf.	Verfasser
v. Chr.	Vor Christus
v. d.	von der
Vgl.	Vergleiche
vm, Vm, vm., v.m.	vormittags
WTB	Wolffs Telegraphisches Büro (Bureau)
z. D.	zur Disposition
z. d. A.	zu den Akten
z. g. K.	zur gefälligen Kenntnis
z. K.	zur Kenntnis

F.

Personenregister*

A
Adelgunde von Bayern
Adelmann von Adelsmannfelden, Hans
Adelmann von Adelsmannfelden, Sophie, geb. von Brussele-Schaubeck
Adenauer, Konrad
Agliardi, Antonio
Ahmed Nesimi Bey
Albert I. von Belgien
Albert von England, geb. von Sachsen-Coburg und Gotha
Albertus Magnus
Albrecht von Württemberg
Albrecht Ernst von Mecklenburg
Alexander II. von Russland
Alexander III. von Russland
Alexandra Fjodorowna von Russland, geb. Alix von Hessen
Alexandra Fjodorowna von Russland, geb. Charlotte von Preußen
Alfons XII. von Spanien
Allizé, Henri
Althoff, Friedrich
Altmann, Friedrich
Andersen, Hans Niels
Anhalt, Aribert von
Antonia von Bayern, geb. von Luxemburg
Archi, Alfonso
Arco-Valley, Anton von
Aristoteles
Arnall, John
Arnim, Achim von
Arnim-Boitzenburg, Dietlof von
Arnim-Boitzenburg, Wolf-Heinrich von
Arz von Straussenburg, Arthur
Asquith, Herbert Henry
Attila
Auer, Erhard
Auguste Viktoria von Deutschland, geb. von Schleswig-Holstein
Augustinus
Aversa, Giuseppe

B
Baeumker, Clemens
Bachem, Franz Xaver
Bachem, Johann Peter
Bachem, Josef
Bachem, Karl
Bachem, Julius
Baecker, Paul
Baker, Newton D.
Balfour, Arthur James
Ballestrem, Lagi von, geb. Solf
Ballin, Albert
Barbier, Emmanuel
Barrère, Camille
Bartels, Adolf
Bartenwerffer, Paul von
Barth, Dr.
Bassermann, Ernst
Baudrillart, Alfred
Bauer, Max
Baumann, Franz Ludwig von
Baumberger, Georg
Baumgarten, Paul Maria
Baumgartner, Matthias
Baumstark, Anton
Baur, Franz
Baur, Ludwig
Becher, Erich
Beck, Carl Heinrich
Beckenbauer, Franziska, geb. Seebauer
Becker, Johannes
Beckh, Rudolf
Bégouën, Henri
Beldiman, Alexandru A.

* Da die Edition in digitaler Form erscheint und vollständig durchsuchbar ist, wurde das Namensregister als Index ohne Seitenzahlen angelegt. Die Darstellung erhält ein eigenes Namensregister.

Bell, Johannes
Below, Gustav von
Below, Henriette von
Below-Saleske, Claus von
Benedikt XV., della Chiesa, Giacomo
Benigni, Umberto
Benzler, Willibrord
Berchem
Berchtold von und zu Ungarschitz, Leopold
Berckheim, Philipp von
Berckheim, Siegmund Theodor von
Berg, Friedrich Wilhelm von
Berg, Ludwig
Bergen, Diego von
Bergen, Werner von
Bernhard, Georg
Bernstorff, Johann Heirich von
Bertram, Adolf
Beseler, Hans Hartwig von
Bethmann Hollweg, Dietrich von
Bethmann Hollweg, Theodor von
Bettinger, Franz von
Beyerle, Konrad
Beyschlag, Willibald
Biegeleben, Antonie von
Biegeleben, Dorothea von
Biegeleben, Elisabeth von
Biegeleben, Gisberta von, geb. von Hertling
Biegeleben, Josef von
Biegeleben, Maximilian von
Biegeleben, Maximilian Leopold Engelbert von
Bismarck, Otto von
Bissing, Elisabeth von, geb. von Carlowitz
Bissing, Friedrich Wilhelm von
Bissing, Moritz Ferdinand von
Blennerhassett, Charlotte
Blennerhassett, William
Bloch, Ernst
Blume, P. Clemens
Boden, Friedrich
Bodman, Johann Heinrich von und zu
Bodman, Maximilian von
Böhm, Gottfried von
Bonar Law, Andrew
Bonin, Eckhart von
Bonn, Moritz Julius
Bonzo, Teodoro Valfrè di
Borodziej, Wlodzimierz
Borromäus, Karl
Bothmer, Felix von
Bottomley, Horatio W.
Bouguerau, William-Adolphe
Bourbon-Parma, Maria Antonia von, geb. von Portugal
Bourbon-Parma, Robert I. von
Bourbon-Parma, Sixtus von
Bourbon-Parma, Xavier von
Brandts, Franz
Bratiănu, Ion Constantin
Braun, Friedrich von
Braun, Magnus von
Brauns, Heinrich
Breitenbach, Paul von
Brenner, Maximilian
Brentano, Bettina, verh. Arnim
Brentano, Clemens
Brentano, Clemens von
Brentano, Franz
Brentano, Heinrich
Brentano, Lujo
Brentano di Tremezzo, Christian
Brentano-Tremezzo, Meline
Bressan, Giovanni
Brettreich, Friedrich von
Breunig, Georg von
Briand, Aristide
Brinckmann, Friedrich
Brockdorff-Ahlefeld, Therese von
Brockdorff-Rantzau, Ulrich von
Broqueville, Charles de
Brosbøll, Johan Carl Christian
Bruder, Adolf
Brunswig, Alfred
Brussilow, Alexei Aleksejewitsch
Buchheim, Karl
Buckmaster, Stanley Owen
Buhl, Franz Eberhard von
Bülow, Bernhard von
Bülow, Helene, geb. von Schierstaedt

Bülow, Karl von
Bülow, Maria, geb. di Camporeale
Burián, Stephan
Buschbell, Gottfried
Bussche-Haddenhausen, Hilmar von dem
Bussche-Ippenburg, Erich von dem
Buxton, Noel Edward

C
Calonder, Felix
Capelle, Eduard von
Cardauns, Alexander
Cardauns, Eugen
Cardauns, Franz
Cardauns, Hermann
Cardauns, Ludwig
Cardauns, Wilhelmine, geb. Sasse
Carl von Schweden
Carl Theodor von Bayern
Carlyle, Thomas
Carrère, Jean
Carson, Edward
Carton de Wiart, Henri
Cassel, Ernest
Cassirer, Ernst
Castelar y Ripoll, Emilio
Cauwelaert, Frans van
Cave, George
Cavour, Camillo Benso Graf
Cecil of Chelwood, Robert
Cecilie von Preußen, geb. von Mecklenburg-Schwerin
Cervantes Saavedra, Miguel de
Chamberlain, Houston Stewart
Chamberlain, Eva, geb. von Bülow
Chiassi, Giovanni
Christian X. von Dänemarck
Claß, Heinrich
Clausewitz, Karl von
Clemen, Paul
Clemenceau, Albert
Clemenceau, Georges
Clemens, Franz Jakob
Clostermann, Bernhard
Colijn, Hendrikus
Colliard, Placide
Collon
Colloredo-Mansfeld, Ferdinand von
Coppée, Evence II
Coppée, Evence III
Cordula
Covarruvias, Diego de
Crailsheim, Krafft von
Cramer-Klett, Anna Chariklia von
Cramer-Klett, Theodor von
Cramer-Klett jr., Theodor von
Cramon, August von
Crooy, Amedeo
Crusius, Otto
Cuno, Wilhelm
Czernin, Ottokar

D
Dallwitz, Johann von
Dandl, Otto von
Dante Alighieri
David, Eduard
Davignon, Julien
Davis, John William
De Fiori, Ernesto
De Fiori, Maria geb. Unger
De Fiori, Robert
De Gaulle, Charles
De Jong van Beek en Donk, Benjamin
Delbrück, Clemens von
Delbrück, Hans
Dellingshausen, Eduard von
Delmer, Frederick Sefton
Dengler, Franz
Denifle, P. Heinrich
Detaille, Édouard
Deutelmoser, Erhard
De Waal, Anton
d'Hulst, Maurice Le Sage d'Hauteroche
Dillon, Emile Joseph
Dilthey, Wilhelm
Dirr, Pius
Döllinger, Ignaz von
Dove, Heinrich
Draudt, August Karl
Drerup, Engelbert
Drews, Wilhelm

Drucki-Lubecki, Franciszek Ksavery von
Duchesne, Louis
Du Pont, Eleuthère Irénée
Düringer, Adelbert
Dusch, Alexander von
Dyar, Charles B.
Dyroff, Adolf
Dyroff, Gunter

E
Eberl
Ebert, Friedrich
Ecker, Alexander
Edelman, Samuel
Eduard VII. von England
Ehrhard, Albert
Ehrle, P. Franz
Ehses, Stephan
Eichendorff, Joseph von
Eisele, Hans
Eisenberger, Georg
Eisendecher, Karl von
Eisendecher, Wilhelm von
Eisenhart-Rothe, Ernst von
Eisenhart-Rothe, Paul von
Eisner, Kurt
Elisabeth Gabriele von Belgien, geb. von Bayern
Ellerts, Georg von
Ellerts, Maria Ludovica von, geb. von Hertling
Emerson, Ralph Waldo
Emma von Holland, geb. zu Waldeck und Pyrmont
Emmerick, Katharina
Emmich, Otto von
Endres, Joseph Anton
Engert, Joseph
Enver Pascha
Epp, Franz Xaver von
Epstein, Klaus
Erbach-Schönberg, Victor zu
Ernst August III. von Hannover
Ernst Ludwig von Hessen und bei Rhein
Erzberger, Matthias
Erdmann, Benno
Esser, P. Thomas
Etlar, Augusta Carit, geb. Schultz
Etlar, Carit, siehe Brosbøll
Ettlinger, Max
Eucken, Rudolf
Eulenburg, August Ludwig zu
Eulenburg, Friedrich zu
Eulogius, Georgievsky, V. S.
Ewald, Carl von

F
Faber du Faur, Alexander
Falkenhausen, Friedrich von
Falkenhausen, Ludwig von
Falkenhayn, Erich von
Falkner von Sonnenburg, Alfons
Faulhaber, Michael von
Fehrenbach, Konstantin
Ferdinand I. von Bulgarien, geb. von Sachsen-Coburg und Gotha
Ferdinand I. von Rumänien; geb. von Hohenzollern-Sigmaringen
Fervers, Adolf
Fichte, Johann Gottlieb
Ficker, Joseph
Fickler, Johann Baptist von
Filsinger, Robert
Finke, Heinrich
Fischbeck, Otto
Florestine von Urach u. Württemberg, geb. von Monaco
Foch, Ferdinand
Fontaine, Julien
Fontane, Theodor
Foerster, Friedrich Wilhelm
Forstner, Günter von
Frantz
Frantz, Constantin
Franz, Adolph
Franz Ferdinand von Österreich
Franz Joseph I. von Österreich
Freppel, Charles-Émile
Frey-Dengler
Freyen-Seyboltstorff, August von
Friedberg, Robert
Friedensburg, Walter

Friedrich II. von Baden
Friedrich III. von Deutschland
Friedrich von Österreich
Friedrich II. von Preußen
Friedrich August III. von Sachsen
Friedrich August von Oldenburg
Friedrich Wilhelm I. von Preußen
Fritzen, Adolf
Frühwirth, Andreas
Fugger zu Glött, Carl Ernst
Fugger von Glött, Josef
Fugger von Glött, Maria-Kristine
Fürstenberg, Karl Emil zu
Fürstenberg, Max Egon II. zu
Fürstenberg-Stammheim, Egon von

G
Galen, Ferdinand von
Galen, Friedrich von
Galen, Maria Elisabeth Josepha von
Galen, Paula von, geb. von Wendt
Gallwitz, Max von
Gambetta, Léon
Garrett, John
Gasparri, Pietro
Gebsattel, Hans von
Gebsattel, Konstantin von
Gebsattel, Ludwig von
Gentiloni, Ottorino
Georg von Sachsen
Gerard, James Watson
Gerbl, Franz Lorenz
Gerlach, Rudolf von
Gerhardt, Paul
Gervais, Alfred Albert
Geßmann, Albert
Giehrl, Ludwig
Giesberts, Johann
Giesebrecht, Wilhelm von
Gießwein, Alexander
Goebel, Karl von
Gorki, Maxim
Górny, Maciej
Gortschakow, Alexander Michailowitsch
Goschen, Edward
Goßler, Alfred von
Goethe, Johann Wolfgang von
Gothein, Georg
Grauert, Elisabeth
Grauert, Hermann von
Grauert, Janheinrich
Görres, Joseph von
Grabmann, Martin
Gregor X., Visconti, Tebaldo
Greving, Joseph
Grey of Fallodon, Edward
Grimm, Jacob
Grimm, Ludwig
Grimm, Robert
Grimm, Wilhelm
Grisar, Hartmann
Gröber, Adolf
Groener, Wilhelm
Gruber, Max von
Grünau, Werner von
Grunelius, Ernst von
Guaita, Johann Georg Friedrich von
Guichen, Eugène de
Guillaume, Jules
Guillaume, Paul
Gundelinde von Bayern
Gustav V. von Schweden

H
Haab, Robert
Haase, Felix
Habermann, Gustav von
Habsburg, Otto von
Haeften, Gustav von
Haeften, Hans von
Haeseler, Gottlieb von
Haguenin, François-Émile
Hahn, Elieser Traugott
Hahn, Elieser Gotthilf
Hahn, Kurt
Hahn, Oskar
Haig
Halil Menteşe
Hamilton, Richard F.
Hamm, Eduard
Hammann, Otto
Hampe, Karl

Haniel von Haimhausen, Edgar
Harbou, Bodo von
Harnack, Adolf von
Hartmann, Felix von
Hatzfeldt zu Trachenberg Hermann von
Hausenstein, Alice Margot, geb. Kohn
Hausenstein, Renée-Marie
Hausenstein, Wilhelm
Hauss, Karl
Haußmann, Conrad
Haußmann, Friedrich
Havenstein, Rudolf
Hecker, Friedrich
Heckscher, Siegfried
Heeringen, Josias von
Hegel, Georg Friedrich Wilhelm
Heim, Georg
Heine, Wolfgang
Heinrich, Johann Baptist
Heinrich von Wittelsbach
Heinrichs, Adolf
Helfferich, Karl
Hell, Emil
Hellingrath, Mathilde geb. Reisner
Hellingrath, Philipp von
Helmtrud von Bayern
Henderson, Arthur
Heppe, Theodor von
Herder, Hermann
Hergenröther, Josef
Hergt, Oskar
Herold, Carl
Herostratos
Herrmann, David G.
Herron, Carrie, geb. Rand
Herron, Frieda Bertha, geb. Schöberle
Herron, Isabel Davis
Herron, George Davis
Herron, Mary, geb. Everhard
Hertling, Agnes von
Hertling, Anna von, geb. von Biegeleben
Hertling, Anna Maria von
Hertling, Annerose von
Hertling, Antonie von
Hertling, Antonie von, geb. von Guaita
Hertling, Gisberta, geb. v. Deel
Hertling, Giulia, geb. Litta-Visconti-Arese
Hertling, Jakob Maximilian von
Hertling, Johannes
Hertling, Johann Friedrich
Hertling, Karl (Carl)
Hertling, Karl von
Hertling, Maria Gisberta von (Mitz)
Hertling, Philipp Aloys von
Hertling, Sibylle von
Herwig, Holger H.
Herz, Ludwig
Heydebrand und der Lasa, Ernst von
Heydt, Eduard von der
Heye, Wilhelm
Heylen, Thomas Louis
Hildegard von Bayern
Hindenburg, Paul von
Hintze, Helene von, geb. von Schierstedt
Hintze, Paul von
Hirschberg, Anton von
Hitler, Adolf
Hoffmann, Adolph
Hoffmann, Cornelia, geb. Stern
Hoffmann, Dieter
Hoffmann, Max
Hohenberg, Maximilian von
Hohenlohe-Langenburg, Ernst II. zu
Hohenlohe zu Schillingsfürst, Chlodwig
Hohenlohe zu Schillingsfürst, Gottfried
Hohmeier, Fritz
Hoiningen gen. Huene, Ernst von
Holt, Richard Durning
Holtzendorff, Henning von
Honecker, Martin
Hoensbroech, Paul von
Hopfen, Otto
Hopmann, Carl Melchior
Horaz
Hoesch, Leopold von
Hötzendorf, Conrad von
Hoetzsch, Otto
House, Edward Mandell
Howard of Penrith, Esme William
Hudal, Alois
Hüffer, Alfred
Hüffer, Georg

Hugenberg, Alfred
Huldermann, Bernhard
Hutten-Czapski, Bogdan von
Hymans, Paul

I
Ilsemann, Sigurd von
Irigoyen, Hipólito
Isabella von Österreich, geb. von Croy-Dülmen
Isenburg-Birstein, Franz Joseph von
Isenburg-Birstein, Victor Salvator von
Isenburg-Büdingen, Friedrich Wilhelm zu

J
Jaffé, Edgar
Jäger, Eugen
Jagow, Gottlieb von
Jatho, Carl
Jekow, Nikolaus Theodor
Jochner, Georg von
Jochner, Guido von
Johann Georg von Sachsen
Joffe, Adolf Abramowitsch
Joffre, Joseph
Jordis, Carl
Jordis, Ludovica, geb. Brentano
Joye, P. Josef
Judson, William V.
Jusserand, Jules

K
Kahr, Gustav von
Kairys, Steponas
Kakowski, Alexander
Kaempf, Johannes
Kant, Immanuel
Kappenberg, Ernst
Karch, Maria, geb. Ludenia
Karevičius, Franciškus
Karge, Paul
Karl von Österreich
Karl I. von Österreich
Karl von Württemberg
Karl Stephan von Österreich
Károlyi, Mihály
Katharina Michaelowna von Russland
Kaufmann, Franz
Kaufmann, Carl Maria
Kaufmann, Leopold
Kaufmann, Paul
Kaulbach, Fritz August
Kautsky, Karl
Kehr, Paul
Keller, Friedrich von
Kennerknecht, Johann Martin
Kerenski, Alexander Fjodorowitsch
Kern, Fritz
Kessler, Harry
Ketteler, Clemens von
Ketteler, Wilhelm Emanuel von
Ketteler-Harkotten, Wilderich von
Keyserlingk-Cammerau, Robert von
Keyserlingk-Rautenburg, Cecilie
Kießling, Friedrich
Kirk, Alexander Comstock
Kirsch, Johann Peter
Kisky, Wilhelm
Klepsch-Kloth von Roden, Alois
Klimas, Petras
Kneußl, Paul von
Knudsen, Gunnar
Knilling, Eugen von
Kny, Leopold
Koch, Adolf
Koch, Harriette, geb. Am Ende
Koch, Lazarus
Koch, Reinhard
Kohn, Alice
Kolb, Anette
Kolping, Adolph
Konstantin I. von Griechenland
Kopp, Georg von
Koppes, Johann Joseph
Koerner, Paul von
Korum, Felix
Kosch, Wilhelm
Köster, Adolf
Kösters, P. Ludwig
Krafft von Dellmensingen, Konrad
Krafft von Dellmensingen, Leopold
Krafft von Dellmensingen, Pauline

Kraus, Carl von
Krause, Paul von
Kreß von Kressenstein, Friedrich
Kreß von Kressenstein, Gustav
Kreß von Kressenstein, Otto
Kriege, Johannes
Krückmann, Paul
Krumbacher, Karl
Kühlmann, Richard von
Külpe, Oswald
Kurth, Godefroid

L
Ladeuze, Paulin
Lambert, Richard Cornthwaite
Lammasch, Heinrich
Lamprecht, Karl
Lancken-Wakenitz, Oskar von der
Landsdowne, Henry Petty Fitzmaurice of
Lange, Christian Lous
Langwerth von Simmern, Ernst
Lansing, Robert
Larisch von Moennich, Heinrich
La Roche, Sophie de, geb. Gutermann
Latapie, Victor
Legien, Karl
Leibniz, Gottfried Wilhelm
Lenin, Vladimir Illjitsch
Lenz, Max
Leo XIII., Pecci, Vincenzo Gioacchino
Leonhard, Jörn
Leopold von Bayern
Leopold II. von Belgien
Leopold III. von Belgien
Leopold II. von Österreich
Lerchenfeld auf Köfering, Hugo von und zu
Lerchenfeld auf Köfering, Hugo von und zu
Lersner, Kurt von
Lesage, Alain-René
Lewald, Theodor
Leyden, Casimir von
Leyden, Viktoria von, geb. Oppenheim
Leyen, Friedrich von der
Lichnowsky, Karl Max
Lieber, Ernst
Lieres Martha von, geb. von Puttkamer
Liesching, Theodor
Liese, Wilhelm
Lieven, Dominic
Limburg-Stirum, Friedrich Wilhelm von
Limburg-Stirum gen. Ebers, Friedrich von
Lincoln, Abraham
Lindner, Alois
Linsingen, Alexander von
Lipps, Theodor
Lloyd George, David
Loebell, Friedrich Wilhelm von
Locatelli, Achille
Löher, Franz von
Lohmann, Walter
Lorenzelli, Benedetto
Lössl, Sigmund von
Loudon, John
Löwenstein-Wertheim, Aloys von
Löwenstein-Wertheim, Karl zu
Löwenstein-Wertheim, Sophie, geb. von und zu Liechtenstein
Lübeck, Konrad
Lubecki, siehe Drucki Lubecki
Lubomirski
Ludendorff, Erich
Ludwig der Bayer
Ludwig II. von Bayern
Ludwig III. von Bayern
Ludwig XIV. von Frankreich
Luise von Baden, geb. von Preußen
Luitpold von Bayern
Lukas
Luther, Hans
Luther, Martin
Lutz, Adolf
Lutz, Johann von
Lützeler, Heinrich
Lwow, Georgi
Lyncker, Anna Marie
Lyncker, Moriz von
Lyons, Augusta
Lyons, Edmund

M
MacDonald, Ramsay
Mackensen, August von

Macquet, Jacques
Magnis, Anton Franz von
Majláth von Székhely, Gusztáv Károly
Mallinkrodt, Georg von
Mallinkrodt, Hermann von
Maltzan, Adolf Georg
Maltzan, Hans Jaspar von
Manning, Henry Edward
Manser, P. Gallus Maria
Marchetti Selvaggiani, Francesco
Marcour, Eduard
Marcus Aurelius
Margarethe von Hessen, geb. von Preußen
Marghiloman, Alexandru
Maria von Bayern
Maria Christina von Spanien, geb. von Österreich
Marie von Rumänien, geb. von Sachsen-Coburg und Gotha
Marie Henriette von Belgien, geb. von Österreich
Marie Therese von Bayern, geb. von Österreich-Este
Marschall, Ulrich von
Marshall, Edward
Martina
Martna, Mihkel
Marx, Karl
Marx, Wilhelm
Mason, David Marshall
Massow, Ewald von
Matthießen, Wilhelm
Mausbach, Joseph
Max von Baden
Maximilian I. von Bayern
Mayer, Gustav
Mayer, P. Rupert
Mayer, Wilhelm
Mayr, Georg von
McCormick, Cyrus Hall
McCormick, Edith, geb. Rockefeller
McCormick, Harold Fowler
McCormick, Vance Criswell
McLean, John Knox
McNally, Agnes, geb. Keane
McNally, James Clifford
Meier, Matthias
Meinecke, Friedrich
Meinel, Wilhelm von
Meinl, Julius
Meissonier, Ernest
Meister, Aloys
Menning, Karl
Mensing, Friedrich Carl
Mensing, Madeleine, geb. McNally
Mercier, Désiré-Joseph
Merkle, Sebastian
Mérode, Pauline de, geb. de La Rochefoucauld
Mérode, Werner de
Mermillod, Gaspard
Merry del Val, Rafael
Mertel, Teodolfo
Mertz von Quirnheim, Hermann
Metternich, Klemens Wenzel
Metternich, Pauline von, geb. Sándor
Metternich, Richard von
Michaelis, Georg
Michaelis, Johann David
Michalkiewicz, Kasimierz Mikolaj
Milner, Alfred
Mindaugas II. von Litauen
Mirbach-Harff, Wilhelm von
Mironas, Vladas
Mittwoch, Eugen
Mohler, Ludwig
Moltke, Carl von
Moltke, Helmuth Johannes von
Moltke, Helmuth Karl Bernhard von
Mommsen, Theodor
Montenach, Georges de
Montgelas, Adolf von
Montgelas, Fanny, geb. Hazeltine
Montgelas, Maximilian von
Monts de Mazin, Anton von
Moore, Dr.
Morin, P. Germain
Morris, Roland Sletor
Moses
Mosse, Rudolf
Muckle, Friedrich
Mühlberg, Otto von

Müller, Adam
Müller, Adolf
Müller, Georg Alexander von
Müller, Eduard
Müller, Elisabeth, geb. Dahm
Müller, Ernst von
Müller, Eugen
Müller, Hermann
Müller, Joseph
Müller, Karl
Müller, Richard
Müller-Thurgau, Hermann
Müller-Meiningen, Ernst
Münster und Derneburg, Georg Herbert zu
Mulert, Hermann
Mussolini, Benito
Muth, Carl

N
Napoleon I.
Narutowicz, Stanislaw
Nathan, Leopold
Naumann, Friedrich
Naumann, Victor
Nell, Bernharda von
Nell-Breuning, P. Oswald von
Netzhammer, P. Raymund
Neuray, Hyacinthe-Fernand
Newton, Thomas
Nicolai, Walter
Niebuhr, Barthold Georg
Nieder, Ludwig
Niedermeyer, Gerhard
Nikel, Johannes
Nikolai Nikolajewitsch Romanow
Nikolaus I. von Russland
Nikolaus II. von Russland
Nitti, Franceso Saverio
Nitti, Vincenzo
Noack, Friedrich
Norfolk, Henry Fitzalan-Howard of
Northcliffe, Alfred Hamsworth
Noske, Gustav
Noulens, Joseph

O
Oberndorff, Alfred von
Oldenbourg, Paul
Oldenburg-Januschau, Elard von
Oldershausen, Erich von
Olga
Olga Nikolajewna von Russland
Olšauskis-Olševski, Konstantinas
Oppen, Heinrich von
Oppenheimer, Charles
Oppenheimer, Francis
Oppersdorff, Hans Georg von
Orlando, Vittorio Emanuele
Orterer, Georg von
Orterer, Rosa, geb. Entres
Osel, Heinrich
Oskar von Preußen
Oettingen, Wolfgang von
Oettingen-Oettingen zu Oettingen-Spielberg, Albrecht von
Oettingen-Oettingen zu Oettingen-Spielberg, Emil Franz von
Oettingen-Oettingen zu Oettingen-Spielberg, Sophie von, geb. Metternich
Otto I. von Bayern
Otto von Griechenland
Ovid

P
Pacelli, Eugenio
Painlevé, Paul
Panhuys, Frans Gerard van
Panhuys, Anna Martha, geb. Haefeli
Papen, Franz von
Paracelsus von Hohenheim
Pastor, Ludwig von
Päts, Konstantin
Pau, Paul
Paul von Bernried
Paul, Herman
Paul, Theodor
Paulucci de Calboli, Raniero
Paulus
Payer, Alwine
Payer, Friedrich von
Pechmann, Wilhelm von

Peltzer, Fernand de
Pfänder, Alexander
Pfeiffer, Maximilian
Pfeilschifter, Georg
Pfordten, Otto von der
Pfordten, Ludwig von der
Pfülf, Theodor
Philipp
Pichler, Franz Seraph
Pichon, Stéphen-Jean
Pieper, August
Piffl, Friedrich Gustav
Pius IV., Medici di Marignano, Giovanni Angelo
Pius IX., Mastai-Ferretti, Giovanni Maria
Pius X., Sarto, Giuseppe
Plantin, Christoffel
Platz, Hermann
Plessen, Hans Georg von
Pochhammer
Podewils-Dürniz, Clemens von
Pohl, Dr.
Ponsonby of Shulbrede, Arthur
Porsch, Felix
Porsch, Lili, geb. Müller
Poska, Jaan
Pourtalès, Friedrich von
Praschma, Johannes von
Preysing, Konrad von
Preysing-Lichtenegg-Moos, Christiane von
Preysing-Lichtenegg-Moos, Johann von
Preysing-Lichtenegg-Moos, Kaspar von
Preysing-Lichtenegg-Moos, Konrad von
Princip, Gavrilo
Prittwitz und Gaffron, Friedrich von
Probst, Eugen
Pseudodositheos
Puttkamer, Robert von

Q
Quadt zu Wykradt, Albert
Quidde, Ludwig

R
Rademacher, Arnold
Radoslawow, Wasil Hristow
Radowitz, Battista von, geb. von Matuschka
Radowitz, Wilhelm von
Radziwill, Ferdinand
Radziwill, Janusz
Radziwill, Pelagia, geb. Sapieha-Kodenska
Raitz von Frentz, Edmund
Rampolla, Mariano
Ranke, Leopold von
Rauterkus, P. Franz
Rechberg, Arnold
Reibnitz, Kurt von
Reichlin-Meldegg, Adolfine von
Reindl, Magnus Anton
Reinhardt, Max
Renault, Fernand
Renault, Louis
Renault, Marcel
Rheinbaben, Werner von
Ribot, Alexandre
Richter, Johannes
Richthofen, Hartmann von
Rickert, Heinrich
Ricklin, Georg Eugen
Riehl, Alois
Riezler, Kurt
Riezler, Sigmund von
Ritter, Moriz
Ritter zu Groenesteyn, Lothar von
Ritter zu Groenesteyn, Otto von
Ritter zu Groenesteyn, Caroline von, geb. von Holnstein
Rockefeller, John
Roedern, Siegfried von
Rohrbach, Paul
Rolin-Jacquemyns, Edouard
Romberg, Gisbert von
Ronge, Johannes
Ronikier, Adam Feliks
Ropp, Eduard von der
Ropp, Isabella von der, geb.von Plater-Syberg
Rosen, Friedrich
Rosen, Roman von
Rosenberg, Frederic von
Rosenberg, Joseph Arnold

Rosenberg, Oskar von
Roesicke, Gustav
Roth, Paul von
Rothe
Rubens, Peter Paul
Rudolf von Habsburg
Rüegg, Ferdinand
Rumbold, Horace
Runciman, Walter
Rupprecht von Bayern
Rüsch, Edmund
Rutten, Martinus-Hubertus

S
Sachsen-Meiningen, Bernhard III. Friedrich Wilhelm von
Sadi Carnot, Marie François
Salandra, Antonio
Salisbury, Robert
Salm-Reifferscheidt-Krautheim und Dyck, Alfred von
Sandt, Karl von
Sandt, Maximilian von
Sarrail, Maurice
Sasse
Savigny, Friedrich Karl von
Savigny, Karl von
Savigny, Kunigunde, geb. Brentano
Sayn-Wittgenstein-Sayn, Gustav Alexander
Scavenius, Erik
Scepticki
Schack, Adolf Friedrich von
Schacky auf Schönfeld, Gustav von
Schäfer, Aloys
Schaefer, Arnold Dietrich
Schäfer, Dietrich
Schäfer, Karl Heinrich
Schaible, Alexander
Schaepdrijver, Sophie de
Scharre, Max Anton
Schaulis, Jurgis
Scheer, Reinhard
Scheidemann, Philipp
Scheler, Max
Schellberg, Wilhelm
Scherl, August
Schiemann, Theodor
Schiller, Friedrich von
Schilling, Alfred von
Schioppa, Lorenzo
Schlecht, Joseph
Schlegel, August Wilhelm
Schlegel, Caroline, geb. Michaelis
Schlieben, Otto von
Schmidt, Rainer F.
Schmidt(-Ott), Friedrich
Schmoller, Gustav
Schnabel, Franz
Schneider, Reinhold
Schneidewin, Max
Schnürer, Ansgar
Schnürer, Gebhard
Schnürer, Gustav
Schnürer, Hedwig, geb. Künzer
Schnürer, Hildegard
Schnürer, Lioba
Schnürer, Radegund
Schnürer, Willibald
Schoch, Karl von
Schoen, Hans von
Schoen, Wilhelm von
Schönburg-Hartenstein, Johannes von
Schöninger, Adolf
Schott, Edoardo
Schreiber, Georg
Schrörs, Heinrich
Schubert, Carl von
Schubert, Hans von
Schulte, Aloys
Schulte, Karl Joseph
Schulthess, Edmund
Schulthess, Heinrich
Schwaighofer, P. Cölestin
Schwander, Rudolf
Schweinitz, Victoria von, geb. Eulenburg
Schwerin, Ulrich von
Schwerin-Löwitz, Hans
Schwertfeger, Bernhard
Seghers, Emiel Jan
Seidlein, Lorenz von
Seidler von Feuchtenegg, Ernst

Seiler, Alexander
Sendtner, Kurt
Senestrey, Ignaz von
Sering, Max
Šernas, Jokubas
Sharp, William Graves
Simar, Hubert Theophil
Simson, Hermann Eduard
Skoropadskyj, Pawlo
Smetona, Antanas
Smets
Smilgevičius, Jonas
Smuts, Jan Christiaan
Soden-Fraunhofen, Maximilian von
Solemacher-Antweiler, Arnold von
Solf, Johanna
Solf, Wilhelm
Solowjew, Wladimir Sergejewitsch
Sonnemann, Leopold
Sonnino, Sidney
Sophie von Griechenland, geb. von Hohenzollern
Sophie von Österreich, geb. von Chotek
Sophie von Schweden, geb. von Nassau
Soto, Domingo de
Spahn, Martin
Spahn, Peter
Speck, Karl Friedrich
Spee, Anton von
Spiethoff, Arthur
Spreti, Heinrich von
Stadniczki
Stahl, Friedrich Julius
Stahl, Theodor
Staugaitis, Justinas
Stegemann, Hermann
Stegerwald, Adam
Stein, Hermann von
Stein zu Nord- und Ostheim, Hans Karl von
Steinbüchel, Theodor
Steinitzer, Wilhelm
Stengel, Paul von
Stengel, Amelie von, geb. Mottes
Stevenson, David
Stinnes, Hugo
Stockhammern, Franz von
Stockhammern, Karl von
Stöcklein, Hans
Stockmann, P. Alois
Stoedten, Lucius von
Stolberg-Wernigerode, Wilhelm zu
Stresemann, Gustav
Stumm, Constanze von, geb. Hoyt
Stumm, Carl Ferdinand
Stumm, Ferdinand Carl von
Stumm, Wilhelm von
Stürmer, Boris
Stutz, Ernst
Stutz, Ulrich
Suárez, Francisco
Suchomlinow, Wladimir Alexandrowitsch
Suckow, Albert von
Suckow, Karl von
Südekum, Albert
Sudhoff, Karl
Sugimura, Koichi
Sulkiewicz, Maciej
Sulzer, Hans
Sybel, Heinrich von
Sydow, Reinhold von

T

Talât Pascha
Tann-Rathsamhausen, Rudolph von und zu der
Teipel, Heinrich
Ten Hompel, Adolf
Ten Hompel, Rudolf
Thomas, Albert
Thomas von Aquin
Thompson, Samuel Huston
Thurn und Valsassina, Douglas von
Timotheus
Tirpitz, Alfred von
Tönisson, Jaan
Toerring, Hans Veit von
Toerring, Sophie Adelheid, geb. von Bayern
Traub, Gottfried
Treitschke, Heinrich von
Treutler, Karl Georg von

Trimborn, Karl
Troelstra, Pieter Jelles
Troeltsch, Ernst
Trott zu Solz, August von
Trotzki, Leo
Tucher von Simmelsdorf, Heinrich
Twickel, Clemens von
Tyrell, William George

U
Uminski
Urach, siehe Wilhelm von Württemberg
Urban IV., Pantaléon, Jacques
Ursula von Köln

V
Valentini, Rudolf von
Van Blokland, Frans Beelaerts
Van Calker, Fritz
Van den Heuvel, Jules
Van der Linden, Cort
Van Evera, Stephen
Vásquez, Fernando
Vergil
Ver Hees, Emiel
Verweyen, Johannes Maria
Victoria von Großbritannien
Victoria von Deutschland, geb. von Großbritannien, Sachsen-Coburg und Gotha
Vietinghoff, Friedrich Wilhelm von
Viktoria von Schweden, geb. von Baden
Viktoria Luise von Hannover, geb. von Preußen
Villalobar, Rodrigo de Saavedra y Vinent de
Vinzenz von Paul
Vischering, Clemens Heidenreich Droste zu
Vitoria, Francisco de
Vitzthum von Eckstädt, Christoph
Vogler, Franz

W
Wagner, Richard
Wagner-Frommenhausen, Rudolf von
Waha, Raymond de
Wahnschaffe, Arnold
Waitz, Georg
Waldersee, Georg von
Walderstötten, Wilhelm Walther von
Waldow, Wilhelm von
Wallenberg, Marcus
Wallmann, Herbert
Wallraf, Max
Wandel, Franz Gustav von
Wangenheim, Elise von
Wangenheim-Wake, Adolf Walrab
Warburg, Fritz Moritz
Warburg, Max Moritz
Warlo, Hermann
Wasserrab, Karl
Watteau, Antoine
Weber, Adolf
Weber, Hans Siegfried
Weber, Max
Wedel, Botho von
Wedel, Georg von
Weitershausen, Antonie von
Weitershausen, Gabriele von
Weitershausen, Heinrich von
Weitershausen, Gisberta, geb. von Hertling
Weitershausen, Georg von
Weitershausen, Hans-Karl von
Weitershausen, Joseph von
Weitershausen, Maria von
Weitershausen, Marie von, geb. Werle
Weizsäcker, Carl von
Wekerle, Sándor
Wellstein, Georg
Welser, von
Wendt, Carl von
Werner, Anton von
Westarp, Cuno von
Wetzell, Georg
Whitlock, Brand
Wiegand, Karl von
Wiemer, Otto
Wiesner, Max
Wilczek, Hans Josef
Wilhelm I. von Deutschland
Wilhelm II. von Deutschland
Wilhelm von Hohenzollern-Sigmaringen
Wilhelm IV. von Luxemburg
Wilhelm von Preußen

Wilhelm II. von Württemberg
Wilhelm von Württemberg (Urach)
Wilhelmina von Holland
Wilpert, Joseph
Wilson, Hugh Robert
Wilson, Woodrow
Wiltrud Marie Alix von Bayern
Windthorst, Ludwig
Winterfeldt, Detlof von
Winterfeldt, Marianne von, geb. Rotenhan
Witte, Sergej
Wittgenstein siehe Sayn-Wittgenstein-Sayn
Woldemaras, Augustinus
Wolff, Bernhard
Wolff, Christian
Wolf, Otto
Wolff, Theodor
Wolfram, Georg von
Wolters, Paul
Woeste, Charles
Woeste, Eduard
Wrisberg, Ernst von
Wulle, Reinhold
Wundt, Max
Wundt, Wilhelm
Würtzburg, Annie von, geb. Lyons
Würtzburg, Edmund von
Würtzburg, Ludwig von
Würtzburg, Philipp von
Würz, Emil
Wust, Peter

X
Xylander, Oskar von

Y
Young, William Henry

Z
Zech-Burkersroda, Julius von
Zedlitz-Neukirch, Octavio von
Ziegler, Theobald
Zimmermann, Arthur
Zita von Österreich, geb. von Bourbon-Parma
Zorn von Bulach, Franz
Zu Rhein, Ludwig von

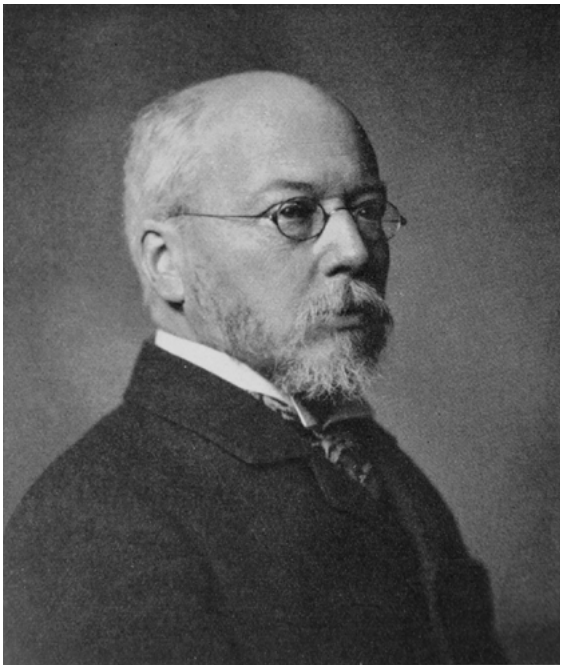

Abb. 1
Georg von Hertling im Alter von ungefähr 60 Jahren.
Abbildung aus: Ed. Hüsgen, Ludwig Windthorst, Köln 1911, S. 257

Dokumente

1

Adolf Gröber an Georg von Hertling
Berlin, 14. Februar 1914

(eigh. Or.; AGG, Nr. 8)

Euer Excellenz!
Hochverehrter Freund!

Für Ihre telegraphischen Glück- und Segenswünsche, die mir eine ganz besondere Freude bereiteten, spreche ich Ihnen meinen herzlichsten Dank aus. Ich habe die Feier des 60. Geburtstages und meines 25jährigen Landtagsjubiläums hier in Berlin im Kreise der Reichstags-und Landtagsfraktion gehalten, da mich die Entwicklung der politischen Verhältnisse zwangen [!], hier die Arbeit zu leisten.[1] Ihr Telegramm, nach Stuttgart gerichtet, ist mir von den dortigen Freunden erst heute nachgesandt worden.

Die Organisation der Zentrumspartei hat endlich durch Konstituirung des Reichsausschusses ihren Abschluß erhalten und ich hoffe, daß der Aufruf des Reichsausschusses Ihren Beifall gefunden haben wird.[2] Der Aufruf ist mit voller, seltener

1 Adolf Gröber (1854–1919), geb. in Riedlingen als Sohn eines Goldschmieds, 1872 Einjährig Freiwilliger (später Leutnant d. R.), nach Jurastudium 1877 Justizreferendar in Rottweil, 1878 in Neresheim, 1879 stellvertretender Amtsrichter in Saulgau, 1880 Staatsanwaltsgehilfe in Rottweil, 1885–1886 Hilfsrichter in Hall (Württemberg) nach politisch motivierter Versetzung, 1887 Staatsanwalt in Ravensburg, 1889–1895 Landrichter in Heilbronn nach Strafversetzung, 1895 dort Landgerichtsrat, 1912 Landgerichtsdirektor, Oktober–November 1918 Staatssekretär; 1887–1919 Mitglied des Reichstags (August 1917– November 1918 Vorsitzender der Zentrumsfraktion), 1889–1919 des württembergischen Landtags (1895 Vorsitzender der Zentrumsfraktion), 1914–1919 Vorstandsmitglied im Reichsausschuss der Zentrumspartei, August 1917–November 1919 Vorsitzender des Reichsausschusses (Parteivorsitzender), Februar – November 1919 Fraktionsvorsitzender des Zentrums in der Deutschen Nationalversammlung. Cardauns, Gröber.

2 Vgl. aus dem Aufruf an die »Mitglieder der deutschen Zentrumspartei«, Berlin, 8. Februar 1914: »Die Partei ruht nach Gründung und Geschichte auf dem Boden der deutschen Verfassungen. Damit ergibt sich ihr vaterländischer und staatserhaltender, ihr monarchischer und föderalistischer Charakter. Die Erhaltung der Unabhängigkeit der Religionsgesellschaften, insbesondere der katholischen Kirche, die volle Verwirklichung der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung aller Staatsangehörigen, die Verteidigung der christlichen Grundlagen von Staat und Gesellschaft sowie die Wahrung der bürgerlichen Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit erachten wir – in Übereinstimmung mit der Erklärung der vereinigten Vorstände der beiden Zentrumsfraktionen des Reichstags und des Preußischen Abgeordnetenhauses sowie des Landesausschusses der preußischen Zentrumspartei vom 28. November 1909 – als die bedeutungsvollsten Aufgaben der Partei. Das Zusammenwirken katholischer und nichtkatholischer Männer innerhalb der Zentrumspartei dient der Erhaltung des Friedens unter den christlichen Konfessionen und der Förderung gemeinsamer Interessen. Das Zentrum ist eine grundsätzlich politische, nicht konfessionelle Partei«. Es folgten der Aufruf zur Mitarbeit »in den sozialen und wirtschaftlichen Organisationen« und Berufsgruppen sowie die Zurückweisung der Verdächtigungen der »kirchliche[n] Gesinnung altverdienter katholischer Mitglieder des Zentrums«. Diese erschwerten »dem Zentrum die Erfüllung seiner großen Aufgaben, insbesondere auch den Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit der katholischen Kirche und die Gleichberechtigung des katholischen Volksteils«. Unterschrieben war der Aufruf

Einmütigkeit beschlossen worden; er beschränkt sich absichtlich auf das politische Gebiet und vermeidet jede Berührung des kirchlichen Gebietes. Mögen Rom und die deutschen Bischöfe die religiöse Seite der Gewerkschaftsfrage behandeln und entscheiden, über die politische Seite der Sache durften und mußten wir ein offenes und kräftiges Wort sagen. Die patriotische Stellung des Zentrums habe ich dann noch auf der Festfeier beleuchtet.

Neuerdings laufen hier allerlei Krisengerüchte herum. Die Reichsleitung soll angeblich beabsichtigen, unter dem Titel »Grenzschutz« Ausnahmegesetze im Vereins- und Pressewesen für Elsaß-Lothringen und für die Polen dem Reichstag vorzulegen und dadurch die Auflösung des Reichstags herbeizuführen mit der Absicht, eine Reichstagsmehrheit der Rechten durch Stärkung der Konservativen zu erlangen. Das wäre wohl der II. Akt Zabern[3] in verböserter Auflage, ein schlimmer Dank für die

von den Mitgliedern des Reichsausschusses, der Zentrumsfraktionen der bayerischen Kammer der Abgeordneten, der württembergischen und der badischen II. Kammer, des hessischen und des oldenburgischen Landtags. BArch, Nl Herold, Nr. 7; Bachem, Bd. 7, S. 433 f., 245 f.

3 Die Affäre zog sich von November 1913 bis März 1914 hin. Nach beleidigenden Äußerungen des Leutnants Günter von Forstner (1893–1915) über die Elsässer (»Wackes«) und den empörten Reaktionen aus der Bevölkerung nahm das Militär Verhaftungen von Zivilisten vor, die ein Kriegsgericht in Straßburg für rechtens erklärte. Wegen der Passivität der Reichsregierung beschloss der Reichstag am 4. Dezember 1913 mit 293 gegen 54 Stimmen erstmals ein Misstrauensvotum gegen einen Reichskanzler. SPD, Fortschrittspartei und Zentrum erwirkten die kaiserliche Verordnung vom 19. März 1914, Militäreinsatz sei nur dann zuzulassen, wenn dieser von den Zivilbehörden angefordert werde. Leutnant Forstner beging auch eine schwere Tätlichkeit gegen eine behinderte Zivilperson und wurde dafür skandalös milde bestraft. Vgl. Martin, S. 251–253; Wette, S. 78 f.

Bewilligung der letzten furchtbaren Heeres- und Steuervorlagen,[4] eine schlechte Vorbereitung für den nahenden Weltkrieg.[5]

4 »Die Gesamtabstimmung über die Wehr- und Deckungsvorlagen« erfolgte am 30. Juni 1913. Der »einmalige außerordentliche Wehrbeitrag« wurde gegen die Stimmen der Polen und Elsässer angenommen. (Schulthess 54, NF 29 [1913], S. 281 f.). Vgl. die Reden Gustav Noskes (ablehnend) und Erzbergers (bedingt zustimmend) am 10. Juni 1913 bei der zweiten Beratung der Wehrvorlagen im Reichstag. (Ebd., S. 238–243). Mit Schreiben vom 24. Juni 1913 bat der preußische Kriegsminister (1909–1913) Josias von Heeringen Hertling, die bayerischen Zentrumsabgeordneten zur Zustimmung zu den in der Wehrvorlage geforderten sechs Kavallerie-Regimentern zu bewegen. Die Abgeordneten der Fortschrittspartei wie des Zentrums würden in der Reichstagskommission und unter vier Augen die Notwendigkeit der Vermehrung zwar anerkennen, aus parteitaktischen Gründen aber verweigern. Geboten sei »eine Vermehrung der deutschen Kavallerie gegenüber der überlegenen Reiterei Frankreich's und Rußland's und im Speziellen eine Verstärkung des Grenzschutzes östlich der Weichsel, in Oberschlesien und im südlichen Teil der Rheinprovinz«. Russland sei es im vergangenen Winter gelungen, »einen großen Teil der gegen uns bestimmten Truppen ganz im Stillen kriegsbereit zu machen, ohne daß wir dies in vollem Umfange rechtzeitig erfuhren«. (BArch, NlH, Nr. 39, f. 16–17. Vgl. zur Beobachtung der russischen Rüstungen K.-W. Frey, Nicolai, S. 158–160). Am 27. Juni bat Hertling den Abgeordneten Speck, den bayerischen sowie anderen Reichstagsabgeordneten mitzuteilen, Prinzregent Ludwig sei von der Notwendigkeit einer Heeresvermehrung überzeugt. Der Grenzschutz und »die Gefahr eines Krieges gegen zwei Fronten und insbesondere die in der nächsten Zeit gemachte Erfahrung, daß Rußland imstande ist, Truppenmassen in weit größerem Umfange und namentlich auch in weit größerer Schnelligkeit zu mobilisieren, als früher angenommen wurde«, machten eine weitere Kavalleriedivision dringend erforderlich. Speck bewegte seine »bajuwarischen Fraktionsgenossen« zur Zustimmung. Prinzregent Ludwig nahm Specks Antwort, die ihm Hertling zusandte, »sehr befriedigt« zur Kenntnis. (Hertling an Speck, 27. Juni 1913. BArch, NlH, Nr. 39, f. 12; Speck an Hertling, Berlin 28. Juni 1913; Hertling an Dandl, München 1. Juli 1913. BArch, NlH, Nr. 48, f. 1–2). Am 1. Juli dankte Heeringen Hertling für die Hilfe bei der Abstimmung über die sechs Regimenter, die »auf Messersschneide« gestanden habe. (BArch, NlH, Nr. 39, f. 16–19). Hatten Hertling und das Zentrum 1898 in der Budgetkommission die Kavallerievermehrung noch abgelehnt, so gaben sie seit 1911/12 ihren Widerstand gegen die Steigerung des Armeebudgets auf. (Löppenberg, S. 97 f., 106 f., 109–111).– Josias von Heeringen (1850–1926), geb. in Kassel, 1867 Eintritt in ein kurhessisches Regiment, der preußischen Armee eingegliedert, Sekondeleutnant im Krieg 1870/71, Laufbahn im Kriegsministerium und Generalstab, 1898 Generalmajor, 1906 General der Infanterie, 1909 preußischer Kriegsminister, im Juli 1913 Rücktritt wegen Kritik an seinem vom Kaiser gebilligten Plan einer Erhöhung der Heeresstärke von 544.221 Mann (1911) um 117 000 Mann, während der Generalstab 300 000 Mann forderte; im Weltkrieg zunächst Kommandeur der 7. Armee, 1916–1918 Oberbefehlshaber der Küstenverteidigung. (Thilo Vogelsang, Heeringen, Josias von, in: NDB 8 (1969), S. 196 f.); Karl Friedrich Speck (1862–1939), geb. in Speyer, Jurastudium 1888 im bayerischen Zolldienst, Leutnant d. R., 1910 Oberregierungsrat, 1898–1914 Mitglied des Reichstags (1907–1914 im Vorstand der Zentrumsfraktion), 1914–1918 des Reichsausschusses des Zentrums, 1905–1918, 1919–1928 des bayerischen Landtags (Zentrum, dann BVP), 1918–1929 Vorsitzender der BVP, 1919–1920 bayerischer Finanzminister, 1920–1927 Präsident des Landesfinanzamts in München, 1929 Oberfinanzpräsident in Würzburg. Haunfelder, S. 264.

5 Von »einer sehr unerfreulichen politischen Situation« berichtete auch Erzberger, der neue preußische Kriegsminister Erich von Falkenhayn passe nicht zum Reichstag. Der »Übergriff der Ehrengerichte« sei »schlimmer als ganz Zabern«. (Erzberger an Hertling, Berlin, 24. Dezember 1913. AGG, Nr. 8). Am 13. März 1914 hatte Erzbergers Zentrumskollege Peter Spahn eine Veränderung der Ehrengerichtsordnung von 1897 verlangt, weil durch die Duelle im Offizierskorps die Ehre über das Gesetz, die »sittliche Ordnung« und das Tötungsverbot gestellt werde. (Sten. Berichte, 13. Leg.-Per., 1. Sess., Bd. 297, S. 8087 f.). Später korrespondierte Erzberger mit Falkenhayn fast freundschaftlich.

Mit herzlichster Begrüßung verbleibe ich in alter Freundschaft
Euer Excellenz ergebenster
Gröber.

2

Felix Porsch an Georg von Hertling
Breslau, 8. April 1914

(eigh. Or.; AGG, Nr. 9)

Hochverehrte Excellenz!

Besten Dank für Ihre gestern erhaltenen Zeilen. Opp[ers]d[orff][1] hat dementirt, daß er nach Rom gehen wolle; er hat aber zu der Zeit, als ich[2] Ihnen das schrieb[3], diese Absicht damals festgestelltermaßen dem poln[ischen] Abg[eordneten] Brandys[4] mitgeteilt. Inzwischen war G[ra]f Magnis[5] bei mir, der von Rom kam. Er bestätigte, daß man dort O[ppersdorff] nicht liebe, gewissermaßen Angst vor ihm habe.

1 Hans Georg Graf von Oppersdorff (1866–1948), aus Oberglogau, Jurastudium, Majoratsherr, 1900 Vorsitzender des schlesischen Bauernvereins, Wortführer einer integralen Gruppierung, die das Zentrum auf eine alle Sachbereiche erfassende weltanschaulich-katholische Haltung festzulegen suchte und dafür eine heftige Agitation entfachte, 1907–1918 Mitglied des Reichstags (Zentrum, ab 1912 Hospitant bei der Polnischen Fraktion), 1912 Ausschluss aus Reichstagsfraktion und Partei des Zentrums. Leugers-Scherzberg, S. 130–135, 165–169, 189; Bachem, Bd. 7, S. 242–244, 311, 316, 320, 323, 383.

2 Felix Porsch (1853–1930), geb. in Ratibor, 1874 Referendar, 1876 Dr. jur., später Dr. jur. h.c., 1878 Gerichtsassessor, 1879–1930 Rechtsanwalt in Breslau, 1882–1914 Fürstbischöflicher Konsistorialrat, 1881–1903 Stadtverordneter in Breslau, 1881–1893 Mitglied des Reichstags (Zentrum), 1884–1930 des Preußischen Abgeordnetenhauses bzw. Landtags (1898 Vorsitzender des schlesischen Zentrums, 1904–1930 Fraktionsvorsitzender), 1903–1918, 1921–1924 Vizepräsident des Hauses, 1919–1921 Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung, 1908–1930 Vorsitzender des Landesausschusses bzw. des preußischen Zentrums, 1914 stellvertretender Vorsitzender des Reichsausschusses des Zentrums, 1920–1925 der Zentrumspartei, 1889, 1892, 1904 Präsident der Deutschen Katholikentage, rührig im katholischen Presse- und Vereinswesen (Schlesische Volkszeitung), Vorstandsmitglied der Görres-Gesellschaft, juristische Publikationen. Leugers-Scherzberg.

3 Am 27. März hatte Porsch Hertling gemeldet, nach Meldungen aus dem Reichstag und der Presse wolle Oppersdorff demnächst nach Rom reisen, um auf die Bischofswahl in Breslau Einfluss zu nehmen, doch vermutlich nur, um einen ihm unliebsamen Kandidaten zu verhindern, denn: »Einen geeigneten Kandidaten nach dem Wunsche der Integralen gibt es wol auf der weiten Flur nicht«. AGG, Nr. 9.

4 Paul Brandys (1869–1950), geb. in Pawlowitz, Studium in Breslau, 1896 Priesterweihe, 1899 Pfarrer, im katholischen Vereinswesen führend tätig, 1907–1918 Mitglied des Reichstags für Oppeln (Polnische Fraktion), 1920 des Sejm.

5 Anton Franz Graf von Magnis (1862–1944), aus mährischem, ursprünglich lombardischem Adel, geb. auf Eckersdorf (Eisenbahnstation Möhlten), Jurastudium, Referendarexamen, Rittmeister a.D., Majoratsherr, Verwalter seines Guts (Fideikommiss) und seiner Kohlenbergwerke in Neurode (17–18 Millionen Vermögen), 1898–1903, 1915–1918 Mitglied des Reichstags (Zentrum), 1899–1918 des Preußischen Herrenhauses, Kreistagsabgeordneter von Glatz, Malteserritter. Spenkuch, S. 413; Biorab Kaiserreich (11.2.2018).

Der Card[inal] M[erry] d[el] Val[6] sagte über ihn das gute Wort: il veut nous sauver malgré nous[7]. Der Cardinal hat gegenüber Magnis wieder die Frage aufgeworfen, warum das Zentrum denn nur eine politische und keine confessionelle Partei sein wolle, trotzdem es überwiegend aus Katholiken bestehe.

Ich stimme vollständig der Auffassung zu, daß man dieses Leugnen des Confessionellen in den Hintergrund treten lassen soll. Ich habe deshalb schon im November auf dem Münsterschen Parteitage eine sehr kath[olische] Rede gehalten, was dem Erbdrosten[8] sichtlich sehr wol tat, und letzten Montag auch wieder in Neisse.[9] Ich hätte die Erklärung des Reichsausschusses auch gern nach dieser Richtung wärmer gefärbt. Aber merkwürdigerweise ist grade der fromme Gröber gegen so etwas.

Der Tod unsres Cardinals[10] war sehr tragisch. Er war wirklich eigentlich mit Allen fertig. Ich las neulich Abschrift eines Briefes an einen hochgestellten Protestanten,

6 Rafael Merry del Val y Zulueta (1865–1930), geb. in London als Sohn des dortigen spanischen Gesandten, 1886 Dr. phil. an der Gregoriana, 1891 dort Dr. theol., Lizenziat im Kirchenrecht, 1888 Priesterweihe, an den Nuntiaturen in München und Wien, 1897/98 Apostolischer Delegat in Kanada für Schulfragen, 1898 Konsultor der Indexkongregation, 1903 Kardinal, 1903–1914 Staatssekretär. Miranda.

7 Er will uns gegen unsern Willen retten. Del Val sprach u.a. französisch, englisch, spanisch und italienisch.

8 Clemens Heidenreich Graf Droste zu Vischering (1832–1923), geb. in Münster, Studium der Rechte und der Forstwissenschaft, Erbtruchsess (Erbdroste) im Fürstentum Münster, Besitzer des Familien-Fideikommisses, in katholischen und landwirtschaftlichen Vereinigungen tätig, 1864–1866 Teilnehmer an den Soester Konferenzen zur Gründung der Zentrumspartei, 1879–1893 Mitglied des Reichstags (Zentrum), 1901–1918 des Preußischen Herrenhauses, 1898 des Provinzialkomitees der westfälischen Zentrumspartei, 1889–1919 Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken Haunfelder, S. 146.

9 In Neisse hatte Porsch als Vorsitzender der Zentrumsfraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses allerdings ausgeführt, im Parlament seien die Verhältnisse verschiedener Glaubensbekenntnisse zu berücksichtigen; das Zentrum stehe »als politische Partei auf dem Boden der preußischen Staatsverfassung«. Die definitorische Festlegung, das Zentrum müsse im Parlament »im Einklang mit der katholischen Weltanschauung« handeln, sei »zum Teil unrichtig, zum Teil mißverständlich«. Das Zentrum würde sich auch verbitten, wenn eine Mehrheit »die Verhältnisse der Evangelischen zu den Katholiken regeln wollte im Einklang mit der evangelischen Weltanschauung«. Auszüge aus der Rede bei Bachem, Bd. 7, S. 251 f.

10 Georg (1881 von) Kopp (1837–1914), geb. in Duderstadt (Eichsfeld) Leinenwebersohn, Studium der Theologie in Hildesheim, 1862 Priesterweihe, Kaplan, 1866 Berufung in das Generalvikariat Hildesheim, 1872 dort Domkapitular, Generalvikar, 1881 Bischof von Fulda, maßgeblich beteiligt an der Beilegung des Kulturkampfs, seit 1886 Mitglied des Preußischen Herrenhauses, 1887 Fürstbischof von Breslau, als solcher Mitglied des Österreichischen Herrenhauses und des Troppauer Landtags, den er zeitweise leitete, 1893 Kardinal, hochverdient um den Ausbau des Bistums (Kirchen, Bildungseinrichtungen, Zulassung der polnischen Sprache in Gottesdiensten), 1900 Leiter der Fuldaer Bischofskonferenz, an der Spitze des deutschen Episkopats; um den Ausgleich zwischen Kirche und Staat, dem er entgegenkam, bemüht, geriet er in Gegensatz zum Zentrum und zur »Kölner Richtung«. Norbert Conrads, Kopp, Georg von, in: NDB 12 (1979), S. 570–572; Heitzer, Kopp.

in dem er sich darüber – auch der Kaiser[11] war ägrirt[12] – und auch insbesondre über die Meinung in Rom bitter beklagte. Am letzten Sonntag seines Lebens diktirte er noch einen Brief an den Erzbischof von Köln.[13] Als der Kameraldirektor[14] am Nachmittag die Reinschrift zum Unterschreiben brachte, begegnete er dem Priester, der dem Cardinal eben die letzte Oelung gegeben hatte. So ging der Brief ohne Unterschrift ab. Der Erzbischof äußerte sich sehr gerührt über den Brief. Laut Twickel[15], der ihn gelesen, bekennt der Cardinal, der Verfasser des anonymen Artikels bei Oppersdorff contra v[on] Hartmann v[om] 10.1.[19]14 gewesen zu sein[16] und bittet um Entschuldigung.[17] Er habe das damals für seine Pflicht gehalten.

Wer wird nun hierher kommen? Es ist nicht abzusehen. Ein Jammer, daß Schaefer ein Moribundus.[18] Er war der beste und wäre wol auch glatt durchgekommen. M[eines] E[rachtens] muß man einen Bischof nehmen; abgesehen von der Bedeutung der Stelle ist es sehr schwer, ein Nachfolger grade des Card[inals] Kopp zu sein. Kommt Jemand her, der sich erst in den Bischof hinein leben muß, so liegt die Gefahr nahe, daß er seine neue bischöfl[iche] Individualität irgend wie nach dem Vorgänger einzurichten sucht, während ein hierher transferirter Bischof schon eine fertige Individualität (hoffentlich) mitbringt.

---

11 Wilhelm II. (1859–1941), aus dem Hause Hohenzollern, 1888–1918 Deutscher Kaiser und König von Preußen, seit 1918 im niederländischen Exil (Spa, Doorn). Röhl, Wilhelm II.; Clark, Wilhelm II.; Afflerbach, Kaiser Wilhelm II.

12 Verärgert.

13 Felix von Hartmann (1851–1919), geb. in Münster, aus westfälischer Adelsfamilie, 1874 Priesterweihe, wegen des Kulturkampfs Studium in Rom, 1877 Dr. der Kanonistik in Rom, nach Rückkehr Tätigkeit in der Seelsorge des Bistums Münster, 1894 Übergang in die Bistumsverwaltung, 1903 Domkapitular, 1904 Generalvikar, 1911 Bischof von Münster, 1912–1919 Erzbischof von Köln, 1914 Kardinal, 1916 Mitglied des Preußischen Herrenhauses, kirchlich konservativ, staatsloyal und national eingestellt, sorgte er vorbildlich für Kriegsgefangene 1914–1918.

14 Dr. Pohl. Heitzer, Kopp, S. 247.

15 Clemens Freiherr von Twickel (1861–1916), geb. auf Haus Lüttinghof bei Buer, Rittergutsbesitzer, Präsident des westfälischen Bauernvereins, 1908–1913 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses (Zentrum), seit 1913–1916 des Preußischen Herrenhauses.

16 Anonymer Leitartikel des Integralen-Organs Klarheit und Wahrheit v. 11. Januar 1914. Kopp hatte Hartmann vorgeworfen, die päpstliche Enzyklika »Singulari quadam« v. 24. September 1912, die der Teilnahme katholischer Arbeiter an den christlichen Gewerkschaften kein Veto setzte, fehlgedeutet und das katholische Volk irregeführt zu haben. Heitzer, Kopp, S. 230–235. Vgl. Bachem, Bd. 7, S. 218.

17 Nicht haltbar Heitzer, Kopp, S. 248, Kopp sei bis zu seinem Tod am 4. März 1914 hartherzig geblieben.

18 Aloys Schäfer (1853–1914), geb. in Dingelstädt (Eichsfeld), Kaufmannssohn, 1878 Priesterweihe, 1881 Theologieprofessor in Dillingen (Donau), 1885 in Münster, 1895 in Breslau, 1903 in Straßburg, anerkannter Exeget des Alten und Neuen Testaments, 1906 Bischofsweihe, Apostolischer Vikar für Sachsen; Förderer des katholische Sozialreformers Franz Hitze, Anhänger der christlichen Gewerkschaften und des Volksvereins für das katholische Deutschland; er starb am 5. September 1914. Heitzer, Kopp, S. 25, 184.

Anläßlich meiner letzten Unterredung mit dem Cardinal äußerte er den Wunsch, Euer Exzellenz einmal zu sprechen. Ich sollte Ihnen das nur andeuten, aber nichts weiter schreiben. Diese Beschränkung – ich habe Ihnen das erstre nach meiner Erinnerung auch geschrieben – fällt ja nun weg. Der Cardinal sprach mit mir über den Wunsch des Kaisers, der nach Kopps Tode noch dringender geworden ist, nach deutschen Cardinälen. Kopp war entschieden gegen einen Curiencardinal, auch der Papst[19] wünsche keine irgend welcher Nation und habe ihm beim Abschied lachend gesagt: »Sie sind mein Curiencardinal«. Dagegen war Kopp der entschiedenen Meinung, daß der Erzbischof von München Cardinal werden müsse und darüber, daß entgegenstehende Etikettenschwierigkeiten zu beseitigen seien, wollte er mit Ihnen sprechen.

Praschma[20] ist in Feldkirch (Hôtel Löwen) und will am Mittwoch nach Ostern von dort auf 2 Tage nach München. Er kann Ihnen dann ausführlicher erzählen.

Für die entschiedenen Aeußerungen der Bayrischen Staatszeitung sind wir ganz außerordentlich zu Dank verpflichtet. Es ist das eine sehr wirksame Unterstützung in dem widerwärtigen Kampfe.

Der Kaiser soll sich neulich zum Fürsten Salm[21], den ich leider nicht mehr sprechen konnte, sehr mißbilligend über die Oppersdorff'schen Treibereien ausgesprochen haben.

Die Testamentsvollstreckung macht mir viel Arbeit und raubt mir insbes[ondere] die ruhigen Ostern.

Mögen sie Ihnen und den Ihrigen recht gesegnete sein!

Mit einem gehorsamen Handkuß für die Frau Gräfin und besten Empfehlungen auch von meiner Frau[22] bin ich in alter treuer Verehrung
Ihr aufrichtig ergebener Porsch

19 Giuseppe Sarto, Papst Pius X. (1835–1914), geb. in Riese (Venetien), Theologiestudium, 1858 Priesterweihe, Kaplan, 1867–1875 Pfarrer von Salzano, 1884 Bischof von Mantua, 1893 Patriarch von Venedig, 1903 Papst. Er gab dem religiösen Leben, dem Apostolat mit pastoralen und karitativen Aktivitäten neue Impulse und verhielt sich defensiv bis unnachgiebig gegenüber neuen Entwicklungen in Politik und Theologie.

20 Johannes (Hans) Graf Praschma (1867–1935), geb. in Falkenberg, nach Studium der Rechtswissenschaften und Nationalökonomie 1890–1895 aktiver Offizier, 1900–1918 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, 1903–1918 des Reichstags (Zentrum), 1922–1930 des Reichsrats, Bevollmächtigter des Reichs für Oberschlesien bei der Interalliierten Kommission in Oppeln, Herrschaftsbesitzer auf Falkenberg in Rogau, nach 1918 für schlesische Belange politisch und wirtschaftlich tätig. Biographisches Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus.

21 Alfred Fürst von Salm-Reifferscheidt-Krautheim und Dyck (1863–1924), geb. in Neucilli, Standesherr und Majoratsherr im Rheinland und in Baden, Major à la Suite, 1909–1918 Mitglied des Reichstags (Zentrum), 1894–1918 des Preußischen Herrenhauses. Haunfelder, S. 247 f.

22 Felix Porsch heiratete 1896 Lili Porsch, geb. Müller (1867–1919).

3

Unterredung Georg von Hertlings mit Theobald von Bethmann Hollweg München, 13. April 1914

(masch. Kop.; BayHStA, MA 962, S. 75–76)

Der Reichskanzler,[1] der auf der Durchreise nach Korfu von 6–10 Uhr abends hier sich aufhielt, machte mir einen einstündigen Besuch und folgte dann einer Einladung zum Abendessen.

Bethmann Hollweg kam auf das Verhältnis des Kaisers zu den Katholiken und zur Zentrumspresse zu sprechen, das nicht angespannt sei, und dankte Hertling für sein entschiedenes Auftreten gegen den Integralismus Benignis[2] und Oppersdorffs. Der Kandidat des Reichskanzlers für die ihm sehr wichtig erscheinende Bischofswahl in Breslau sei zweifellos Bischof Schulte[3] von Paderborn.

Der wichtigste Punkt unserer Unterredung war die Frage der strategischen Bahnen. Herr von Bethmann Hollweg betonte unter Hinweis auf die Denkschrift des Generalstabs die Notwendigkeit, daß Deutschland hinter Frankreich und Rußland nicht zurückbleiben dürfe. Auf meine skeptischen Bemerkungen gab er zu, daß auch er für die nächsten Jahre eine Kriegsgefahr als nicht vorliegend betrachte. Ich legte klar, daß Bayern bei seinen schlechten Finanzen, und insbesondere bei der geringen Rentabilität unserer Eisenbahnen kaum in der Lage sein wird, Opfer für außerordentliche strategische Bahnen zu bringen. Der Kanzler sprach sich dahin

1 Theobald von Bethmann Hollweg (1856–1921), geb. auf Gut Hohenfinow, Jurastudium, 1879 Referendar, Eintritt in den Verwaltungsdienst, 1884 Regierungsassessor, 1886 Landrat, 1896–1899 Oberpräsidialrat in Potsdam, 1899 Oberpräsident der Provinz Brandenburg, 1905 preußischer Innenminister, 1907 Staatssekretär des Reichsamts des Inneren und Stellvertreter des Reichskanzlers, 1909–1917 Reichskanzler, preußischer Ministerpräsident und Außenminister. Werner Frauendienst, Bethmann Hollweg, Theobald von, in: NDB 2 (1955), S. 188–193; Jarausch; Vietsch, Bethmann Hollweg.

2 Umberto Benigni (1862–1934), geb. in Perugia, Kirchenhistoriker und Publizist, Betreiber der Correspondance de Rome und des geheimen, antimodernistischen Netzwerks Sodalitium Pianum, das angesehene Katholiken Deutschlands und anderer Länder, die »Kölner Richtung«, den Volksverein und das Zentrum mit falschen Beschuldigungen und Denunziationen überzog und beim Vatikan anschwärzte. Bachem, Bd. 7, S. 286–328; http://www.treccani.it/enciclopedia/umberto-benigni_ (21.4.2020).

3 Karl Joseph Schulte (1871–1941), geb. in Haus Valbert bei Oedingen (Sauerland), nach Theologiestudium in Bonn, Münster und Paderborn 1895 Priesterweihe, 1895 Vikar in Witten (Ruhr), 1901 Repetent im Theologenkonvikt Leoninum in Paderborn, 1903 Promotion in Tübingen, anschließend Professor für Apologetik, ab 1905 auch für Kirchenrecht in Paderborn, 1909 Bischof von Paderborn, 1910 Apostolischer Administrator von Anhalt, wegen seiner ausgleichenden Art bei staatlichen und kirchlichen Stellen geschätzt, 1920 Erzbischof von Köln, 1921 Kardinal, 1931 Gründung des Albert-Magnus–Instituts in Köln, 1934 der Abwehrstelle gegen (nationalsozialistische) antichristliche Propaganda. Im Gewerkschaftsstreit trat Schulte für die christlichen Gewerkschaften ein. Manfred Weitlauff, Schulte, Karl Joseph, in: NDB 23 (2007), S. 690 f.

aus, man könne die Frage der Finanzierung, wie er dieses auch mit dem preußischen Ministerium vereinbart habe, einstweilen offen lassen, man solle vorläufig in Erwägung ziehen, ob sich nicht schon im Jahre 1915 in der einen oder anderen Weise etwas für den Ausbau der strategischen Bahnen vorbereiten lasse. Er bat mich, mit dem Verkehrsminister[4] in Verbindung zu treten. Ich sicherte dies zu, machte aber sonst keinerlei Zusage.

An eine Aenderung des preußischen Wahlrechts denkt zur Zeit der Kanzler nicht, hält es aber für möglich, daß einmal in Zukunft eine politische Situation dahin führen könne, eine in mäßigen Schranken sich haltende Aenderung des preußischen Wahlrechts als Konzession für eine Einschränkung des Reichstagswahlrechts zu verwerten.

Die kurze Besprechung über die auswärtige Lage besagte, daß man in Berlin mit der Politik des Wiener Kabinetts, besonders mit seiner Behandlung Rumäniens, nicht zufrieden ist.

Eingehend besprochen werden die Zustände in Elsaß-Lothringen. Der Kanzler tritt nach wie vor dafür ein, daß es richtig war, die Verfassung, so, wie dies geschehen, dem Lande zu geben. Die Statthalterfrage ist noch nicht gelöst, scheint aber demnächst zum Abschluß zu gelangen.

Auf Nennung von Namen ließ sich Herr von Bethmann Hollweg nicht ein.

4 Lorenz (1916 Ritter) von Seidlein (1856–1935), geb. in Bamberg, nach Studium der Rechtswissenschaften Eintritt in den bayerischen Verwaltungsdienst, 1888 Postdirektionssekretär, 1890 Generaldirektionssekretär im Fiskalat der Staatseisenbahnen, 1892 Generaldirektionsassessor, 1899 Generaldirektionsrat, 1902–1905 Regierungsdirektor bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, 1905 Ministerialrat im Verkehrsministerium, 1907–1912 Präsident der Eisenbahndirektion Nürnberg, 1912–1918 bayerischer Verkehrsminister.

4

Julius Bachem an Georg von Hertling
Köln, 19. Juni 1914

(eigh. Or.; AGG, Nr. 4)

Hochverehrte Excellenz,

Es hat mir sehr leid getan, daß ich[1] zur Zeit Ihres Besuches in Cöln nicht dort sein konnte; ich hatte in den Tagen dringlich in Berlin und Schwerin zu thun. Ich danke Ihnen, daß Sie auch bei dieser Gelegenheit meiner sich freundlich erinnert haben. Die bayerische Abtheilung der Werkbund-Ausstellung[2] hatte ich schon besichtigt und mich über ihre Reichhaltigkeit und rechtzeitige Fertigstellung gefreut.

Mit dem, was Sie mir neulich geschrieben haben, bin ich durchaus einverstanden. Von Ihrer Mittheilung, daß die Ernennung Ihres Herrn Erzbischofs[3] zum Cardinal aus der eigensten Initiative des Hl. Vaters hervorgegangen ist, habe ich gebührend Akt genommen und in diesem Sinne mich auch in einem Tag-Artikel[4] geäußert. Selbstverständlich will auch ich die ideale Grundlage des Centrums erhalten wissen; man soll nur nicht – wie unsere »Integralen« es thun – diese Grundlage in einer Weise behandeln, daß dadurch ihre Behauptung und Geltendmachung im modernen Staate

1 Julius Bachem (1845–1918), geb. in Mülheim (Ruhr), die Eltern führten ein Farb- und Kolonialwarengeschäft, dennoch gelangte er zum Abitur und Studium der Neueren Sprachen, Naturwissenschaften und der Rechte, Assessorexamen; als Jurist kaum praktisch tätig, verfasste er Gesetzeskommentare und juristische Schriften; 1868 Ausbildung bei den Kölnischen Blättern (ab 1869 KVZ), 1875–1890 Stadtverordneter in Köln, 1876 Mitgründer der Görres-Gesellschaft, Herausgeber von deren Staatslexikon, 1877–1891 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses (Zentrum), an der Schnittstelle von katholischer Presse-, Parteiarbeit und Wissenschaft tätig, prägend für die »Kölner Richtung« innerhalb der Zentrumspartei.

2 Die Deutsche Werkbundausstellung in Köln 1914 wurde am 1. Mai eröffnet und wegen des Kriegsausbruchs vorzeitig im August geschlossen. Sie zeigte auf 200 000 Quadratmetern am rechten Rheinufer Kunst in Handwerk, Industrie, Handel und Architektur, eine Mustersiedlung, eine Ladenstraße, einen Vergnügungspark, ein breites gastronomisches Angebot und als architektonische Meisterleistungen das Werkbundtheater, das Glashaus und eine Musterfabrik. Veranstalter war der 1907 in München gegründete Deutsche Werkbund e. V., eine Vereinigung von Künstlern, Architekten und Unternehmern, die bestrebt war, mit hochwertigen Produkten »sachlichen« Stils auf dem Weltmarkt zu reüssieren.

3 Franz von Bettinger (1850–1917), geb. in Landstuhl, Sohn eines Schmiedemeisters, Theologiestudium in Würzburg, 1873 Priesterweihe, 1873–1878 Kaplan in Zweibrücken und Kaiserslautern, 1879 Pfarrer in Lambsheim, 1888 in Roxheim (Pfalz), 1882 Distriktschulinspektor im Bezirk Frankenthal, 1895 Domkapitular und Dompfarrer in Speyer, Einsatz für Arbeiter-, Jugendseelsorge und Zentrumspartei; er suchte 1899 und 1905 den »Pfälzer Kompromiss« mit der SPD gegen die Vorherrschaft der Nationalliberalen; 1909 Domdekan, 1909 Erzbischof von München und Freising, 1914 Kardinal, Feldpropst der bayerischen Armee. Nesner; Buxbaum.

4 Der Tag. Die erste mit Pressefotos illustrierte Tageszeitung, hg. von der August-Scherl-Gmbh, erschien von 1900 bis 1934, seit März 1916 unter der Aufsicht Alfred Hugenbergs. Foster, S. 25 f.

auf's Äußerste erschwert und geradezu unmöglich gemacht wird. Wir befinden uns in diesem Punkte sicher in vollster Übereinstimmung.

Ich habe auf meinen alten Tag noch ein neues publicistisches Unternehmen auf Drängen rheinischer Freunde in die Hand genommen: die Herausgabe einer Denkschrift zur nächstjährigen Hundertjahrfeier der Einverleibung der Rheinlande in Preußen[5]. Die Schrift soll auch specifisch rheinische und katholische Gesichtspunkte entwickeln und der so weit verbreiteten Legende entgegenarbeiten, daß dem Rhein alles Licht und alles Leben aus dem Osten gekommen sei. Die einzelnen Essays sind in guten Händen.

Hoffentlich habe ich die Freude, Sie, hochverehrte Excellenz, diesen Herbst wohl und munter in Sigmaringen zu sehen.[6]

In verehrungsvoller Ergebenheit
stets Ihr Dr Jul. Bachem

5 Zur Jahrhundertfeier der Vereinigung der Rheinlande mit Preussen. Eine Denkschrift, hg. im Auftrage eines Kreises rheinischer Freunde von Julius Bachem, Köln 1915, 268 S.

6 Die 1914 in Sigmaringen geplante Generalversammlung der Görres-Gesellschaft entfiel wegen des Kriegsausbruchs.

5

Georg von Hertling an Anna von Hertling
München, 1. Juli 1914

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 22, f. 20–21)

Liebe Anna,

Dank für den zum Frühstück hier schon vorliegenden Brief aus Ruhpolding, wo das herrliche Wetter seiner Frau die Trennung erträglich macht. Der König[1] war gnädig wie immer. Natürlich wurde die Greueltat von Sarrajewo[2] besprochen, doch kamen neue Gesichtspunkte nicht zu Tage. Allgemein ist immer das Entsetzen über die Schandtat. Der König wollte nach Wien zu den Beisetzungsfeierlichkeiten gehen, es sind aber von dort alle Beteiligungen fremder Fürstlichkeiten abgelehnt worden, wie es heißt, aus Schonung für den alten Kaiser[3]. Nur der deutsche Kaiser ist zugelassen, sei es wegen seiner freundschaftlichen Beziehungen zu dem Verstorbenen, sei es aus politischen Gründen. Ob die Schreckenstat politische Folgen nach sich ziehen werde, läßt sich noch nicht sagen. Sicher ist, daß eine Verschwörung vorlag und daß sie von serbischer Seite angezettelt war. An die armen Kinder[4] haben Kaiser und Kaiserin[5] ein sehr schönes Beileidstelegramm gerichtet, das diese freilich noch kaum werden würdigen können. Es wird wohl in die Zeitungen kommen. Am Freitag ist in der Ludwigskirche ein von der österr[eichischen] Gesandtschaft veranlaßter

1 Ludwig III. (1845–1921), aus dem Hause Wittelsbach, 1912 Prinzregent für den regierungsunfähigen König Otto I. (1848–1916), 1913–1918 König von Bayern. Körner.

2 Am 28. Juni erschoss der südslawische Nationalist Gavrilo Princip (1894–1918), ein »Bosnier serbischer Nationalität«, in Sarajewo, der Hauptstadt Bosniens, Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand (1863–1914) und dessen Frau Sophie, Gräfin von Chotek, Herzogin von Hohenberg (1868–1914). In der Stadt herrschte keine revolutionäre Stimmung. Attentate auf Repräsentanten Österreich-Ungarns waren von der serbischen Geheimorganisation »Schwarze Hand« schon länger geplant. Vgl. Kronenbitter, S. 455–463.

3 Franz Joseph I. (1830–1916), aus dem Hause Habsburg-Lothringen, ab 1848 Kaiser von Österreich sowie König von Ungarn und Böhmen. (Vocelka, M. u. Vocelka, K.). Vgl. Tucher an Ludwig III., Wien 3. Juli 1914. Dirr, S. 119 f. – Heinrich Freiherr Tucher von Simmelsdorf (1853–1925), geb. in Nürnberg, 1870 Eintritt in die bayerische Armee, 1874 Sekondeleutnant, 1878 im Auswärtigen Dienst des Reiches, Attaché in Madrid, 1880 Eintritt in den bayerischen Auswärtigen Dienst, 1881 Legationssekretär in Wien, 1883 in Rom (Quirinal), 1887 Legationsrat in Berlin, 1889 Geschäftsträger bei den Regierungen Frankreichs und Belgiens, 1891 Geheimer Legationsrat, 1896 bayerischer Gesandter in Rom (Quirinal), 1903–1919 in Wien, 1905 Prädikat Exzellenz. Schärl, S. 343. Als kunstverständiger Gesandter in Rom wurde er mit Hertling bekannt. Hertling, Erinnerungen, Bd. 2, S. 233, 297.

4 Sophie Fürstin von Hohenberg (1901–1990); Maximilian (1902–1962) und Ernst (1904–1954), Fürsten von Hohenberg.

5 Auguste Viktoria (1858–1921) von Schleswig-Holstein, geb. in Dolzig (Lausitz), kirchlich (protestantisch) gesinnt, sozial sehr engagiert mit Spenden und Stiftungen, politisch einflussreich.

Trauergottesdienst, bei dem die Majestäten erscheinen werden. Heute Abend muß ich also den König bei der Eröffnung der Ausstellung »Das Gas« vertreten. Es ist mir sehr langweilig, und ich würde die Ehre gerne einem andern abtreten. Morgen Vormittag Gratulation bei der Königin[6] in Leutstetten, am Nachmittag Ministerrat, so ist ausreichend für Amüsement gesorgt. Im Hause geht alles seinen Gang […], alles Liebe für Dich

Dein tr[euer] GvH

6 Ludwig III. war seit 1868 verheiratet mit Erzherzogin Marie Therese von Österreich-Este (1849–1919).

6

Peter Spahn an Georg von Hertling
Frankfurt am Main, 5. Juli 1914

(eigh. Or.; AGG, Nr. 8)

Exzellenz,

der mir gestern zugegangene »Nautikus 1914«[1] spricht das Mißtrauen gegen England so unverblümt aus, daß ich Sie bitten muß, Ihre eigene und des Reichskanzlers Aufmerksamkeit auf eine sorgfältige Prüfung unseres Verhältnisses zu England hinzulenken, weil ich in unserm Mißtrauen eine Gefahr nicht für England, aber für uns sehe. Nach meiner Überzeugung pflegt England die Freundschaft mit Frankreich nur deshalb so angelegentlich, weil es mit uns nicht zu geordneten Beziehungen gelangen kann. Diese Freundschaft wird von uns auf unser Risiko gefördert, wenn die englischen Annäherungsversuche an uns unsererseits unbeachtet bleiben oder lediglich kritisiert werden. Wenn unsere Marineleute in der englischen Annäherung die Furcht vor unserer Flotte sehen, so irren sie, für England sind die allgemeinen politischen Erwägungen maßgebend, für welche die Flottenfrage nur ein Faktor [!] bildet, wie auch für sie unsere Handelsentwicklungen nur ein Faktor sind. Beide Faktoren sind für Englands Erwägungen nicht ausschlaggebend; von ihm wird nicht verkannt, daß die dauernde Erhaltung des Friedens mit dadurch bedingt ist, daß es an der Seite des Dreibundes[2] steht. Bei der Gebrechlichkeit des Dreibundes kann dessen Erhaltung durch Englands Einfluß uns nur erwünscht sein. Ich habe den Eindruck als ob in Beziehung auf unser Verhalten zu England zwischen v. Tirpitz[3]

1 Jahrbuch für Deutschlands Seeinteressen, hg. v. Nauticus, Berlin 1 (1898) –16 (1914). Das unter Pseudonym erscheinende Jahrbuch enthielt Beiträge zur Flotte, Kriegs- und Handelsmarine politischen, wirtschaftlichen, technischen und statistischen Inhalts. Die Bemerkung Spahns bezieht sich auf das Vorwort von Bd. 16 (1914), S. III–VI, und den Artikel: Die fremden Kriegsmarinen, S. 55–190, in denen eine harte englische Interessenpolitik in der Flottenfrage trotz innenpolitischer und finanzieller Belastungen konstatiert wird.

2 Der Dreibund kam am 20. Mai 1882 zustande durch den Beitritt Italiens zu dem im Oktober 1879 abgeschlossenen Zweibund zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn. Die Mächte sicherten sich gegenseitige Hilfe bei einem Angriff durch zwei oder mehr Großmächte zu sowie wohlwollende Neutralität bei einem durch die Bedrohung ihrer Sicherheit von ihnen erzwungenen Krieg.

3 Alfred (1900 von) Tirpitz (1849–1930), geb. in Küstrin, 1865 Eintritt in die preußische Kriegsmarine, 1881 Korvettenkapitän, 1903 Admiral, 1911 Großadmiral, 1893 Chef des Stabes des Oberkommandos der Marine, 1897–1916 Staatssekretär des Reichsmarineamts, 1898–1916 preußischer Marineminister, 1917 nach seinem Rücktritt Mitgründer der Deutschen Vaterlandspartei, 1924–1928 Mitglied des Reichstags (DNVP). Der seit der Jahrhundertwende im »Tirpitz-Plan« vorangetriebene Ausbau der deutschen Hochseeflotte verschärfte die Rüstungskonkurrenz zu England. Epkenhans, Tirpitz.

und v. Jagow[4] ein Gegensatz bestehe[5], bei dem der Kaiser zu v. Tirpitz neigt, während der Reichskanzler unentschieden oder unentschlossen zur Seite steht. Unter dieser Unentschlossenheit leidet unsere Handelsentwicklung und damit unsere Seeschiffahrt und auch das Vertrauen in den Frieden. Dazu kommt, daß Frankreichs innere Verhältnisse zu raschen Entschließungen drängen. Vielleicht führt eine Aussprache Ihrerseits mit dem Kanzler zu einer Stärkung seiner Stellung.

In vorzüglicher Hochachtung Eurer Exzellenz
ergebenster
Spahn[6].

4 Gottlieb von Jagow (1863–1935), geb. in Berlin, aus märkischem Adel, nach Jurastudium Eintritt in den preußischen Verwaltungsdienst, 1895 Aufnahme der diplomatischen Laufbahn, 1906 Wirklicher Legationsrat und Vortragender Rat im Auswärtigen Amt, 1907 Gesandter in Luxemburg, 1909 Botschafter in Rom (Quirinal), 1913–1916 Staatssekretär des Auswärtigen Amts, 1914–1916 auch preußischer Staatsminister. Außenpolitisch trat Jagow für eine Annäherung an England ein und war ein Gegner der von Tirpitz betriebenen Flottenrüstung. Hellmut Seier, Jagow, Gottlieb von, in: NDB 10 (1974), S. 299 f.; Jagow und sein Umfeld.

5 Der Eindruck war zutreffend.

6 Peter Spahn (1846–1925); geb. in Winkel (Rheingau), 1869 Gerichtsreferendar in Wiesbaden, 1873 Gerichtsassessor in Marienburg (Westpreußen), 1874 dort Kreisrichter, 1888 Landesgerichtsrat in Bonn, 1892 Oberlandesgerichtsrat in Posen, 1896 Kammergerichtsrat in Berlin, 1898 Reichsgerichtsrat in Leipzig, 1905 Oberlandesgerichtspräsident in Kiel, 1910 in Frankfurt am Main, Wirklicher Geheimer Rat (Exzellenz), August 1917–November 1918 preußischer Justizminister (erster vom Zentrum gestellter Minister in Preußen seit der Reichsgründung), 1882–1888, 1891–1898, 1904–1908, 1920–1925 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses und Landtags (1904–1908 im Vorstand der Zentrumsfraktion), 1917–1918 des Herrenhauses, 1884–1905, 1906–1917, 1919–1925 des Reichstags (1893–1917 im Vorstand der Zentrumsfraktion, 1912–1917 deren Vorsitzender), 1909–1912 Vizepräsident des Reichstags, Dr. h.c. (Löwen, Tübingen). Peter Spahn +, KVZ, Nr. 646 v. 1. September 1925; Haunfelder, S. 231 f.

7

Georg von Hertling an Anna von Hertling
München, 10. Juli 1914

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 22, f. 22–23)

Liebe Anna,

Wetternachrichten. Ich war in Leutstetten zum Vortrag, der König wollte über die parlamentarische Lage unterrichtet sein. Er ist sehr gegen eine Nachsession, so gut wie wir alle, ob wir aber daran vorbeikommen, ist zweifelhaft, da die Leute im Hochsommer nicht hier bleiben wollen, und wir Gefahr laufen, daß uns die Maschine infolge von Beschlußunfähigkeit stille steht. Der nächste Ministerrat muß sich schlüssig machen. Ich dachte, ihn auf morgen anzuberaumen, aber der Finanzminister[1] ist auf einer Dienstreise.[…]

Die Erklärung im Osservatore Romano war ein schöner Erfolg, über den mir auch bereits Porsch und Jul[ius] Bachem ihre Freude brieflich ausgesprochen haben.[2] Denke Dir, der Papst[3] hatte den Hirtenbrief des Bischofs von Como[4], oder doch die

1 Georg v. Breunig (1855–1933), geb. in Dettelbach (Unterfranken), Jurastudium, 1979 Vorbereitungsdienst, 1884 Ratsakzessist, 1885 Rechnungskommissär bei der Regierung von Schwaben, 1889 Regierungsassessor bei der Regierung von Unterfranken, 1895 dort Regierungsrat, 1903 Ministerialrat im Finanzministerium, 1905 Rat am Verwaltungsgerichtshof, 1909 Staatsrat im Finanzministerium, 1912–1918 bayerischer Staatsminister der Finanzen, 1920–1923 Senatspräsident beim Reichsfinanzhof. Schärl, S. 90.

2 Ebenso Karl Bachem an Hertling, Berlin-Steglitz 13. Juli 1914. BArch, NlH, Nr. 38, f. 15.

3 Pius X.

4 Alfonso Archi (1864–1938), geb. in Faenza, 1902 Weihbischof von Comacchio, 1905 Bischof von Como, 1927–1928 Erzbischof von Cesena. Er erließ am 19. Juni einen Hirtenbrief an seine Diözesanen, der Macht und Recht der kirchlichen Autorität auch auf die politische und soziale Ordnung ausdehnte. Archi wandte sich gegen die christlichen Gewerkschaften und speziell gegen das Bekenntnis des Reichsausschusses des Zentrums vom 8. Februar 1914 zum politischen Charakter der Partei. Archi erhielt von Pius X. ein kurzes, sogleich veröffentlichtes Belobigungsschreiben. Das Presseecho in Deutschland auf den scheinbaren Tadel der Zentrumspartei war enorm. Archi und die Kurie erhielten Lob von liberalen und sozialdemokratischen Blättern. Hartmann, Erzbischof von Köln, versprach dem Verleger der KVZ, Franz Xaver Bachem, der sich auf Anraten Hertlings an ihn gewandt hatte, nach Rom zu schreiben. Bachem lancierte einen aufklärenden Artikel in seine Zeitung. Konstantin Fehrenbach erwartete Schritte der »weltlichen Diplomatie« in Rom, der Hirtenbrief von Como habe im badischen Zentrum »größte Beunruhigung« hervorgerufen. (Fehrenbach an Hertling, Freiburg im Breisgau 5. Juli 1914. BArch, NlH, Nr. 38, f. 19–20). Schon vorher hatte Hertling den bayerischen Gesandten Otto von Ritter angewiesen, beim Kardinalstaatssekretär Merry del Val zu intervenieren. Dieser gab am 8. Juli im Osservatore Romano einem am 6. Juli 1914 in der Bayerischen Staatszeitung anonym erschienenen Artikel Hertlings Recht, wonach aus der päpstlichen Anerkennung der Belehrung der Diözese Como keine Schlussfolgerungen für Deutschland zu ziehen seien. Am 9. Juli 1914 meldete Ritter, der Papst erinnere sich nicht an die für Deutschland anstößigen Bemerkungen des Hirtenbriefs. (Rivinius, S. 273–290, 293–295). Hertling (an Julius Bachem, München 11. Juli 1914. AGG, Nr. 4) sah den Papst in dieser

beschimpfenden Äußerungen in demselben über das Zentrum gar nicht gelesen, das erteilte Lob, das sofort von Integralen und Quertreibern weidlich ausgebeutet wurde, war also erschlichen. Es ist wirklich trostlos. Und der Cardinal Staatssekretär wußte wieder einmal von der ganzen Sache überhaupt nichts. Ich hätte sehr gerne darüber mit dem Nuntius[5] gesprochen, aber auffallenderweise blieb er beim gestrigen Diplomatenempfange aus, vielleicht war es ihm peinlich, darüber zu reden. Das neue Motu proprio[6] beunruhigt mich einstweilen nicht. Ich habe durchaus den Eindruck, daß man, soweit die offiziellen Stellen in Rom in Betracht kommen, uns in Ruhe lassen will. Freilich sind trotzdem unliebsame Zwischenfälle, gleich dem letzten, nicht ausgeschlossen, solange man sich dort nicht entschließt, die Intriganten und

---

Sache als Opfer »einer regelrechten Intrigue«. Sicher sei, »daß der Papst von den skandalösen Äusserungen über das Zentrum keine Kenntnis hatte und sehr betroffen war, als er darauf aufmerksam gemacht wurde«. Die die Stellungnahme der Bayerischen Staatszeitung bestätigende Erklärung des Osservatore Romano »verdarb den Integralen für einige Zeit das Vergnügen. Darauf, daß sich nicht demnächst wieder ähnliche Dinge ereignen werden, dürfen wir freilich nicht rechnen. Das wäre erst der Fall, wenn man energisch und vor der Öffentlichkeit die Benigni-Bande abschütteln würde; das aber würde voraussetzen, daß der Papst sich eine andere Umgebung schüfe«. – Einer politischen Organisation der Katholiken Italiens analog der des Zentrums standen das päpstliche »Non expedit«, mehr noch die Armut und der Analphabetismus von über 40 Prozent der Bevölkerung im Wege. (Ehses an Hertling, Rom 24. März 1905. BArch, NlH, Nr. 35). Unter der Führung Graf Ottorino Gentilonis schloss eine katholische Wählergemeinschaft 1913 den »Patto Gentiloni« mit den Liberalen, der den kirchlich gesinnten Katholiken den Eintritt ins politische Leben Italiens eröffnete. Diesem gemäß bildeten die Katholiken keine eigene Partei, sondern sagten ihre Stimmen bei den Oktoberwahlen 1913 jenen liberalen Kandidaten zu, die für katholische Forderungen in der Schul- und Familienpolitik einzutreten versprachen. (Lill, Integrationspolitik, S. 247 f., 252 f.).– Konstantin Fehrenbach (1852–1926), aus Wellendingen (Baden), 1882 Rechtsanwalt in Freiburg im Breisgau, 1884 dort stellvertretender Bürgermeister, 1895–1920 Stadtrat, 1907 Präsident des Deutschen Katholikentags in Würzburg, 1885–1887, 1901–1913 Mitglied des badischen Landtags (1904–1907 Vorsitzender der Zentrumsfraktion), 1903–1918, 1920–1926 des Reichstags (1923–1926 Vorsitzender der Zentrumsfraktion), Juni–November 1918 Reichstagspräsident, 1919–1920 Präsident der Deutschen Nationalversammlung, Juni 1920–Mai 1921 Reichskanzler.

5 Andreas Franz Frühwirth OP (1845–1933), aus St. Anna am Aigen, 1863 in Graz Eintritt in den Dominikanerorden, Studium der Theologie und Philosophie in Rom u.a., 1870 Seelsorger und Theologiedozent in Graz, 1876 Prior in Wien, 1880–1884 und 1891 Provinzial der österreichisch-ungarischen Ordensprovinz, 1891–1904 Generalmagister (Ordensgeneral) in Rom, 1907 Titularbischof von Heraklea, 1907–1916 Apostolischer Nuntius in München, 1915 Kardinal, 1925 Großpönitentiar, 1927 Kanzler der Heil. Römischen Kirche. Er machte sich durch die Begründung der Reihen Analacta O.P. und Monumenta O.P. historica um die Erforschung der Geschichte des Dominikanerordens verdient, war aufgeschlossen für die Sozialreform Karl von Vogelsangs sowie für deutsche Belange; im Modernistenstreit wirkte er ausgleichend. Walz.

6 Ein »aus eigenem Antrieb« des Papstes ergangenes, von Personen oder Institutionen nicht angeregtes Apostolisches Schreiben. Das Motu proprio Pius' X. »Doctor Angelicus« vom 29. Juni 1914 rief zur Förderung der philosophischen Studien des hl. Thomas von Aquin in den katholischen Schulen auf. Die Päpstliche Allokution vom 27. Mai 1914 tadelte diejenigen Gläubigen, die nicht als »Klerikale« gelten wollten. Das erste Schreiben Benedikts XV. vom 8. September 1914 enthielt eine herbe Verurteilung des Weltkriegs. http://www.kathpedia.com (3.2.2018).

Quertreiber energisch und vor der Öffentlichkeit abzuschütteln.[7] *Das Kindermädchen soll, wie Giulia wünscht, nicht im Hause in Ruhpolding baden. Familiennachrichten.* Grüße an Agnes und Giulia, viel Liebes für Dich

Dein tr[euer] GvH

7 Vgl. Fehrenbach (an Hertling, wie oben Anm. 4). Franz Xaver Bachem und Erzbischof Hartmann nannten als solche Benigni, Giovanni Bressan (1861–1950), Berater und Geheimkapellan Papst Pius' X., Thomas Esser OP (1850–1926), Sekretär der Indexkongregation, und den Kirchenrechtler Franz Heiner (1849–1919), seit 1909 Auditor der Rota Romana. Der preußische Gesandte von Mühlberg in Rom empfing regelmäßig Benigni und Esser. Franz X. Bachem an Hertling, Köln 17. Juli 1914. BArch, NlH, Nr. 38, f. 13–14.

8

Georg von Hertling an Julius Bachem
München, 27. Juli 1914

(masch. Kop.; AGG, Nr. 4)

[…] Im Vatikan, d.h. im Staatssekretariat scheint gegenwärtig eine günstige Stimmung zu herrschen. Auch der Papst sprach sich neulich bei einer Audienz des bayrischen Gesandten[1] auffallend freundlich über die deutschen Katholiken aus. Endlich soll, wie mir glaubhaft versichert wird, das Schreiben an die Münstersche Katholikenversammlung sehr günstig lauten. Trotzdem müssen wir auf Zwischenfälle gefaßt bleiben, solange in der nächsten Umgebung des Papstes kein Wandel eintritt. Hierauf aber von außen einwirken zu wollen, halte ich für ganz aussichtslos. Der Papst würde, und mit Recht, eine solche Einmischung sehr übel aufnehmen. Dagegen sollten meines Erachtens nach der sachlichen Seite hin die deutschen Bischöfe in gemeinsamen Vorstellungen immer wieder für das richtige Verständnis unserer Verhältnisse und Bedürfnisse eintreten. Hierüber beabsichtige ich mit Bischof Bertram, der heute Abend hier eintrifft, zu reden.[2]

Die Zeitungen haben ohne mein Zutun und gegen meinen Wunsch von meinem gestrigen Doktorjubiläum gesprochen. Daß die Berliner (!) Fakultät mir, dem »ultramontanen Gelehrten« dem Zentrumsminister das Diplom erneuert hat[3], ist allerdings ein Ereignis, das ich nicht erwartet hatte, und worüber ich mich ehrlich freue. Ich schicke Ihnen einliegend das Elogium nebst deutscher Übersetzung zu beliebiger Verwertung. Selbstverständlich nicht zur Mehrung des eigenen Ruhm[s], sondern

1 Otto Freiherr von Ritter zu Groenesteyn (Grünstein) (1864–1940), geb. in Starnberg, 1883 Jurastudium, 1887 Sekondeleutnant, Kammerjunker, Ministerialpraktikant, 1889 Eintritt in den Auswärtigen Dienst Bayerns, Attaché in Berlin, 1892 Legationssekretär, 1898 in Rom (Quirinal), 1899 Legationsrat, 1903 Ministerresident in Bern, 1905 Geheimer Legationsrat, 1907 Gesandter in Stuttgart, 1909–1934 am Vatikan, 1909 Geheimer Legationsrat, 1916 Staatsrat im a.o. Dienst, 1917 Prädikat Exzellenz. Zedler, Bayern und der Vatikan; Buxbaum.

2 Hertling hatte Bethmann, der Bischof K. J. Schulte von Paderborn nach Breslau transferieren wollte, an dessen Stelle Bertram »als einen klugen, gebildeten und ruhigen Mann« empfohlen, die Wahl dieses Kandidaten wurde dann vom Kaiser genehmigt. (Hertling an Porsch, München 10. Mai 1914. BArch, NlH, Nr. 7,2; vgl. Hinkel, Bertram, S. 78–89). – Adolf Bertram (1859–1945), geb. in Hildesheim, 1881 Priesterweihe, 1883 Dr. der Theologie (Würzburg) und des Kirchenrechts (Rom 1884), 1906 Bischof von Hildesheim, 1914–1945 von Breslau, inthronisiert am 28. Oktober 1914, 1916/19 Kardinal, 1920–1945 Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz. Breslau, das ausgedehnteste deutsche Bistum, lag auf preußischem und österreichischem Staatsgebiet. Vgl. Erwin Gatz, Rainer Bendel, (Erz-)Bistum Breslau, in: Gatz, Bistümer, S. 120–140, 121.

3 Die Promotionsurkunde war Hertling nach der öffentlichen Disputation, die am 26. Juli 1864 stattfand, ausgehändigt worden. Die Dissertation behandelte ein Thema der antiken Metaphysik: De Aristotelis notione unius. (Vom Begriff des Einen bei Aristoteles). W. Becker, Hertling, Jugend, Bd. 1, S. 116 f.

weil die mir erwiesene Auszeichnung vielleicht einen politischen Wert besitzt, und ganz besonders, weil es jungen katholischen Gelehrten lehren kann, nicht zu verzagen, auch wenn jahrelang die Anerkennung der wissenschaftlichen Kreise ausbleibt.

9

Georg von Hertling an Karl von Hertling
München, 23. August 1914

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 26, f. 21–22)

Lieber Karl[1]!

Vielen Dank für die beiden Karten vom 16. und 18., die uns hoch erfreut haben. Gott sei Dank, daß es Dir bis dahin gut gegangen ist. Ich habe heute früh dem Könige erzählt, was Du berichtet haben wolltest. Er nahm es mit Befriedigung auf. Inzwischen haben nun die siegreichen Schlachten in Lothringen unter Führung des bayerischen Kronprinzen stattgefunden.[2] Als am Freitag Nachmittag die Nachricht hier bekannt wurde, löste sie einen wahren Jubel aus. Vor dem Wittelsbacher Palais fanden stürmische Ovationen statt, der König mußte immer wieder auf dem Balkon erscheinen. Und dazu wußte man damals noch nicht einmal, wie bedeutend die Sache war. Gestern erfuhr man, daß deutsche Truppen in Brüssel eingerückt seien, heute sind sie bereits in Gent und darüber hinaus. Ob ein englisches Korps in Kalais oder Ostende gelandet ist, wie verschiedentlich gemeldet wurde, weiß man nicht. Möglich, daß den Herrschaften die Lust dazu vergangen ist. Es wäre schade, denn sie verdienen eine exemplarische Züchtigung. Den Rekord der Unverschämtheit haben freilich die Japaner davon getragen, die in einem heute ablaufenden Ultimatum von uns die Aufgabe von Kiautschou verlangen.[3] Sie haben gar keine Antwort bekommen, sondern dem japanischen Geschäftsträger in Berlin sind die Pässe zugestellt worden. Wie es heißt, kann der Platz gegen eine japanische Belagerung zwei Monate gehalten werden. Wir müssen also damit rechnen, ihn für jetzt zu verlieren, und unsere braven

1 Karl Maria Graf v. Hertling (1878–1963), drittes Kind und einziger Sohn Hertlings, geb. am 20. September 1878 in Bonn, gest. am 28. Februar 1963 in Ruhpolding, 1914–1917 Rittmeister der 1. Eskadron des 4. Chevaulegers-Regiments König mit Einsätzen in Lothringen und Nordfrankreich 1914/15), Rumänien (1916) und an Styr und Stochod, am 1. Oktober 1917 zur Bayerischen 11. Infanteriedivision kommandiert, 1920 Regierungsrat beim Reichsausgleichsamt, 1926 a.D.; seit 1907 verheiratet mit Giulia Contessa Litta–Visconti-Arese (Lily) (1885–1958), geb. in Fiesole bei Florenz, gest. in Ruhpolding.

2 Im GHQ Koblenz war am 23. August 1914 gemeldet, Kronprinz Rupprecht, Kommandierender General der 6. Armee, habe bei Metz mindestens acht französische Armeekorps geschlagen, Kronprinz Wilhelm mit der 5. Armee etwa sechs Armeekorps. Im GHQ kam die Stimmung auf, diese Siege und der Vormarsch in Belgien hätten schon die Entscheidung im Westen gebracht. Afflerbach, Kaiser Wilhelm II., S. 139–141; vgl. Schulthess 55, NF 30 (1914/I), S. 395.

3 Der japanische Geschäftsträger in Berlin, Koichi Sugimura (1857–1938), überreichte am 17. August das Ultimatum (bis zum 23. August), sofort die deutschen Kriegsschiffe aus den ostasiatischen Gewässern zurückzuziehen oder abzurüsten und bis zum 15. September das Pachtgebiet von Kiautschou bedingungslos an Japan zu übergeben. Am 23. August erklärte Japan Deutschland den Krieg. Anfang November fiel der Stützpunkt Tsingtau an der Bucht von Kiautschou. Schulthess 55, NF 30 (1914/I), S. 391, 427 f.; Bringmann, S. 235.

Leute vom Seebatallion u.s.w. werden zu Grunde gehen […]. Die Abrechnung wird später kommen. Die Haltung Italiens ist nach wie vor unsicher, doch scheint nach den letzten Nachrichten die Regierung entschlossen, die Neutralität zu wahren. Ob der Dreibund–Vertrag die Verpflichtung enthält, aktiv auf unsre Seite zu treten, ist unklar, aber man wußte von Anfang an, daß Italien diese Konsequenz nicht ziehen würde, und wird froh sein, wenn es sich nicht durch die sehr österreich-feindliche Volksstimmung auf die gegnerische Seite drängen und der Begierde nach dem Trentino die Zügel schießen läßt. Zwei Umstände wirken im Augenblick dahin, daß es neutral bleibt. Einmal unsere glänzenden Erfolge auf beiden Kriegsschauplätzen, denn auch im Osten steht alles gut. Sodann das bevorstehende Konklave. Du weißt vielleicht noch nicht, daß der Papst in der Nacht zum 19. gestorben ist. Die italienische Regierung hat nun den Ehrgeiz, der Welt zu zeigen, daß das Interesse der katholischen Kirche bei ihr sehr wohl geborgen ist, und will Sorge tragen, daß die Papstwahl ungestört verläuft. Würde Italien in den Weltkrieg verwickelt, so wäre das kaum mehr möglich.

Am nächsten Mittwoch begleite ich den König in's Hauptquartier. Wo es ist, darf ich natürlich nicht schreiben, von dort begibt sich S. M. zu den bayerischen Truppen, während ich nach Hause zurückkehre. Ich dachte mir, daß es so kommen würde, finde es auch ganz in der Ordnung, da es sich bei dem zweiten Besuche um eine rein militärische Angelegenheit handelt, aber schade ist es doch, da sich vielleicht die entfernte Möglichkeit ergeben hätte, Dich zu sehen.

Lily[4] ist also seit Montag mit den Kindern bei uns, und wir sind sehr froh, sie hier zu haben. Sie schreibt aber selbst so fleißig, daß ich Dir von ihr nichts zu erzählen brauche, und nur hoffen will, daß Du überhaupt Postsendungen erhältst. Mein Telegramm vom 17. scheinst Du nicht bekommen zu haben.

Gott schütze Dich weiter, lieber Sohn, wir denken natürlich immer an Dich.
Viele Grüße von Mama und den Schwestern!
Dein tr[euer] Vater

Henni[5] muß ganz in Berlin bleiben […].

4 Giulia Litta–Visconti-Arese, G. v. Hertlings Schwiegertochter.

5 G. v. Hertlings Schwiegersohn, Heinrich (Henni) Freiherr von Weitershausen (1869–1928), aus rheinischem altem Adel, geb. in Offenbach, ausgeschieden 1918 als preußischer Oberst a.D., war seit 1907 in zweiter Ehe verheiratet mit Maria Gisberta (»Mitz«), geb. v. Hertling (1877–1947). Genealogisches Handbuch, Freiherrliche Häuser, A, Bd. 1, S. 503 f.

10

Karl von Savigny an Georg von Hertling
Schloss Trages bei Gelnhausen, 31. August 1914

(eigh. Or.; AGG, Nr. 8)

Sehr verehrter und lieber Vetter,

Vor einigen Tagen bei einer Geschäftsfahrt nach Frankfurt hörte ich[1], Du seiest dort mit Graf Lerchenfeld[2] anwesend, und versuchte mit meiner Frau Dich im Frankfurter Hof anzutreffen. Du warst jedoch bereits wieder abgereist.[3] Nun, will ich schriftlich nachholen, was sich mündlich nicht erledigen ließ.

In dieser schweren und hochernsten Zeit hat jeder, der für Andere Verantwortung trägt, so Vieles zu ordnen, um für alle Fälle sein Haus bestellt zu haben, daß ich in den ersten Wochen zur Correspondenz nicht Zeit fand, zumal ich auch meine Angestellten fast alle zur Fahne eilen sehen mußte.

Sonst hätte ich schon früher Dir und der verehrten Kusine unsere herzlichste Theilnahme an der schweren Sorge ausgesprochen, mit der jeder Vater und jede Mutter, und seien sie auch noch so sehr zu allen Opfern für das Vaterland bereit, den Sohn, und zwar den einzigen Sohn, in's Feld ziehen sehen. Möge Gottes Gnade ihn Euch gesund und wohlbehalten zurückkehren lassen nach einem ehrenvollen Frieden!

---

1 Karl von Savigny (1855–1928), geb. in Karlsruhe, Jurastudium, 1880 Referendar, 1880–1881 Einjährig Freiwilliger, Premierleutnant, Regierungsassessor beim Oberpräsidium in Koblenz und bei den Regierungen in Schleswig, Magdeburg und Münster, 1895–1912 Landrat von Büren, 1899–1918 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses (Zentrum), 1899–1912 des Westfälischen Provinzial-Landtags, 1900–1918 Reichstags, 1921–1925 des Hessen-Nassauischen Provinzial-Landtags, 1911–1918 Mitglied des Provinzialausschusses der westfälischen Zentrumspartei, 1912–1918 Schriftführer des Landesausschusses der preußischen Zentrumspartei, 1914–1918 des Reichsausschusses des Zentrums, landwirtschaftliche Ehrenämter; seit 1912 Geheimer Regierungsrat und Landrat a.D. auf Gut Trages bei Hanau. Haunfelder, S. 249.

2 Hugo Graf von und zu Lerchenfeld auf Köfering (1843–1925), geb. in Berlin, Jurastudium bis 1865, 1868 Einberufung ins Ministerium des Äußern, 1869 diplomatischer Eleve bei der bayerischen Gesandtschaft in Paris, 1870 Ministerialakzessist im Ministerium des Äußern, 1871–1876 Legationssekretär in St. Petersburg, 1876 in Wien, 1879 Legationsrat, 1880–1918 Geheimer Legationsrat, A.o. Gesandter und Bevollmächtigter Minister Bayerns in Berlin, Bevollmächtigter beim Bundesrat, 1890 Staatsrat im a.o. Dienst, 1892 Prädikat Exzellenz, 1918 a.D. auf Ansuchen. Schärl, S. 322; Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 50–68.

3 Siehe unten Nr. 12.

Schon die ersten Kampfestage haben meiner Familie einen herben Verlust gebracht. Der älteste Sohn meines Vetters Dietloff[4], Graf Arnim-Boizenburg, ist in Belgien gefallen.[5]

Noch viele andere nahe Verwandte sind bei der Armee und viele Freunde, darunter auch der mir nächststehende Freund Graf Praschma.[6] Für ihn muß man angesichts seiner ganz ohne seine Schuld so ungünstig gewordenen Vermögensverhältnisse ganz besonders die gesunde Heimkehr zu seinen 9 Kindern wünschen! Sein ältester Sohn ist als Fahnenjunker bei den Münsterschen Kürassieren eingetreten und rückt bald auch in's Feld.

Was aus unserem Vaterlande nach diesem furchtbaren Völkerkriege wird, wer vermag das zu sagen. Eines wünschte ich allerdings! Daß nämlich unsere Gottesgeißel, die Socialdemokratie, die unser ganzes politisches und sociales Leben vergiftete, ihres Einflusses beraubt und der republikanische und gottesfeindliche Gedanke auf eine Minderheit zurückgedrängt würde! Ob dazu aber der Erlaß des baierischen Kriegsministers[7] beitragen wird, der nach Zeitungsnachrichten gestattet hat, daß den Streitern für das Vaterland das socialistische Gift – denn Gift bleibt es auch in verzuckerter Form – in socialistischen Zeitungen bis in's Feld und in die Kasernen nahe gebracht werden darf, das muß ich entschieden bezweifeln. Die geistigen Führer sind innerlich nicht umgewandelt, und unter dem vaterländischen Mäntelchen verbreitet die Presse weiter ihre Irrlehren, denn auch sie sehen in und hoffen auf die Zukunft. – Verzeih diesen politischen Exkurs! Dein gesinnungstreuer Schüler bin ich aber immer noch!

---

4 Dietlof Graf von Arnim-Boitzenburg (1867–1933), auf Herrschaft Boitzenburg in der Uckermark, »für und in Brandenburg eine bedeutende Gestalt der Wilhelminischen Zeit« (Gerd Heinrich in: Arnim, S. IX), 1898 Mitglied des Preußischen Herrenhauses, 1916–1918 dessen Präsident; 1903 Mitglied des Brandenburgischen Provinziallandtags; 1904 Mitglied, 1911 Präses der Brandenburgischen Provinzialsynode der preußischen evangelischen Kirche; Ehrenkommendator des Johanniterordens; nach 1918 Mitglied der DNVP aus »konservativ-monarchistischer Grundüberzeugung«. Arnim, S. 217, 139 f., 207–209. Vgl. Spenkuch, S. 111, 128 f., 229.

5 Wolf-Heinrich von Arnim-Boitzenburg, zweitältester von drei Söhnen, Fahnenjunker im Dragoner-Regiment 2, geb. 1894, gest. am 6. August 1914 im Lazarett von Maastricht nach Treffer durch einen Granatsplitter. Arnim, S. 147, 77. Vgl. zum »Massenhaften dieser Verlusterlebnisse« Afflerbach, Kaiser Wilhelm II., S. 109.

6 Hans Graf Praschma, Hertling nahestehender Kollege aus der Zentrumsfraktion des Reichstags.

7 Otto Freiherr Kreß von Kressenstein (1850–1929), aus protestantischer Nürnberger Patrizierfamilie, 1870 Unterleutnant, 1874–1877 Besuch der Kriegsakademie, 1885 Hauptmann im Generalstab, bis 1902 Aufstieg zum Generalmajor und Brigadekommandeur, 1910 General der Kavallerie, Februar 1912–Dezember 1916 bayerischer Kriegsminister; 1914 Generaloberst der Kavallerie, hielt er den traditionellen Einsatz seiner Waffengattung für überholt; sozial aufgeschlossen; 1916 a.D. R. Becker, Verzeichnis der Minister, S. 736. https://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Kreß_von_Kressenstein (28.11.2017).

Mit der Bitte, meine Frau und mich den Deinigen auf's Herzlichste zu empfehlen und versichert zu sein, daß wir auch Deinen Sohn in unsere täglichen Gebete einschließen, verbleibe ich in herzlicher Verehrung

Dein treuer Vetter
CarlvSavigny

Mein Herzleiden hat so zugenommen, daß [ich] zu meinem Schmerze keine Pflichten im eigenen Amtsbereich übernehmen konnte. Wenigstens bisher nicht!

11

Stephan Ehses an Georg von Hertling
Bad Ems, 4. September 1914

(eigh. Or.; AGG, Nr. 9)

Exzellenz!

Noch nicht vier Monate sind es her, daß wir bei S[eine]r Eminenz Giacomo della Chiesa die sogen. Visita di calore[1] machten, und jetzt heißt er bereits Benedikt XV.[2] Gott sei Dank für diese schnelle und überaus vortreffliche Wahl, die den Beweis liefert, daß im hl. Kollegium keine anderen Rücksichten galten als das wahre Wohl der katholischen Kirche. Euer Exzellenz kennen den Erwählten sehr wohl, viel besser wie ich; aber soviel auch ich ihn kenne, glaube ich, daß Benedikt XV von Leo XIII[3] die Herrschergabe besitzt, gemildert durch persönliche Güte und Leutseligkeit, von Pius X den hohen Schwung kirchlicher Hirtensorge, geregelt durch scharfen Verstand und prüfendes Urteil. Nach beiden Richtungen wird sich zeigen, soviel

1 Glückwunschbesuche bei neu ernannten Kardinälen. – Stephan Ehses (1855–1926), geb. in Zeltingen (Mosel), aus Winzerfamilie, Besuch des Trierer Priesterseminars, wegen dessen Schließung im Kulturkampf Fortsetzung des Studiums der Philosophie, Geschichte und Theologie in Würzburg, 1880 Dr. phil., danach Studien zur deutschen und englischen Reformationsgeschichte, 1883 Priesterweihe in Eichstätt, Studien im Campo Santo Teutonico, 1885 Kaplan in Koblenz, 1891 zu Studien nach Rom beurlaubt, 1893 Pfarrer in Karweiler, 1895–1926 auf Hertlings Wunsch Direktor des Römischen Instituts der Görres-Gesellschaft in Rom, Leiter von dessen historischer Abteilung, 1897–1906 Leiter des historischen Teils der Römischen Quartalschrift, regelmäßige Beiträge zum Historischen Jahrbuch und zu den Jahresberichten der Görres-Gesellschaft, führend bei der Erschließung und kritischen Herausgabe der Nuntiaturberichte aus Deutschland sowie der Akten des Trienter Konzils, Mitarbeit in der deutschen Gemeinde Roms, 1915 kriegsbedingt Rückkehr nach Deutschland, Forschungsaufenthalte in Berlin, Bonn, München und Koblenz, 1925 wieder in Rom, wo er kurz nach der Wiederaufnahme seiner Studien über Trient an der Zuckerkrankheit und einer Infektion starb.

2 Giacomo della Chiesa, Papst Benedikt XV. (1854–1922), geb. in Genua, Dr. jur., Theologiestudium, 1878 Priesterweihe, 1880 Promotion (Kirchenrecht) in Rom, Aufstieg im Staatssekretariat, 1907 Erzbischof von Bologna, 1914 Kardinal, seit 3. September 1914 Papst; im Konklave gewählt als nicht pianisch–integralistisch eingestellter »modéré«, »un aristocrate fin et lucide«. (Hilaire, S. 437). Chiesa kannte Hertling aus dessen Romaufenthalten 1898–1904. Kardinal Bettinger vertraute dem Gesandten Ritter am 8. September 1914 an, die deutschen und österreichischen Bischöfe hätten »den Papst gemacht«. Zitiert nach Buxbaum, S. 139, 144.

3 Vincenzo Gioacchino Pecci, Papst Leo XIII. (1810–1903), geb. in Carpineto Romano (Latium), nach Studium der Theologie und Ausbildung im Verwaltungsdienst der Kurie 1837 Priesterweihe, 1843 Nuntius in Brüssel, 1846 Bischof von Perugia, 1853 Kardinal, 1878 Papst. Er verschaffte der universalen Botschaft der Kirche durch Kräftigung der internationalen Stellung der Kurie und beispielhafte Lehrschreiben Geltung, die sich auf unverrückbarer Glaubensbasis den neuen staatlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen zuwandten.

ich voraussehen kann, daß der neue Papst seinem Lehrmeister Rampolla[4] alle Ehre machen wird. Darum Evviva Benedetto XV!

Wie wird es aber mit der Rückkehr nach Rom und Italien gehen? Ich bin ja zunächst hier verhältnismäßig ganz gut untergebracht, obschon das Haus[5] mit über 70 Verwundeten ganz zum Lazarett geworden ist und damit mancherlei Beschwerden verknüpft sind, die große Vorsicht und feste Gesundheit erfordern. Mithülfe brauche ich allerdings nicht zu leisten, als durch periodische Zigarrenspenden und Ersatz eines einberufenen Kaplans im Beichtstuhle; auch an friedlicher Arbeit fehlt es mir nicht auf einige Zeit, da ich fast einen ganzen Band an Manuskript zur letzten Durchsicht und Feile mitgenommen hatte. Auch der Vortrag, den ich für Sigmaringen angemeldet hatte, arbeitet sich freudig durch die Siegesnachrichten von Osten und Westen hindurch. Dennoch würde ich am liebsten wie immer zu Anfang Oktober nach Rom zurückkehren, obschon der Aufenthalt bei unseren »Freunden« dort keine große Anziehungskraft hat. Politisch allerdings glaube ich, daß uns die Neutralität Italiens viel wertvoller ist als ihre [!] Teilnahme am Kriege gegen unsere Feinde; aber eine politisch so alberne Volksmasse und eine so verhetzte öffentliche Meinung wie in Rom könnte zu höchst gefährlichen Situationen führen. Furchtsam bin ich nun nicht, chauvinistisch auch nicht; ich möchte aber Euer Exzellenz um gütigen Rat bitten, ob ich bei den günstigen Aussichten auf weiteren siegreichen Verlauf die Rückkehr Ende dieses Monates ins Auge fassen kann.

Hr. Dr. Schäfer[6] wird voraussichtlich noch nicht so schnell an Rückkehr denken können, da er als freiwilliger Krankenpfleger zum roten Kreuz eingetreten ist und, wie er mir soeben schreibt, aus Kassel mit ins Feld rückt. Er bittet, da seine Geldmittel erschöpft seien, um Vorauszahlung von M. 1000 auf das Honorar der beiden Bände, die jetzt bei Ferd[inand] Schöningh in Paderborn fertig gestellt wurden. Die Bitte ist nicht unrecht, da es sich um c[irca] 1500 Seiten Publikation handelt.

---

4 Mariano Rampolla del Tindaro (1843–1913), geb. in Polizzi Generosa (Sizilien), 1866 Priesterweihe, 1870 Dr. jur., 1875 Auditor an der Nuntiatur in Spanien, 1877 an der Kongregation de Propaganda Fide, 1880 deren Sekretär, 1882 Titularbischof von Heraclea, 1882–1887 Nuntius in Spanien, 1887 Kardinal, 1887–1903 Kardinalstaatssekretär, in diesem Amt zog er Giacomo della Chiesa als seine rechte Hand heran, 1894–1913 Erzpriester von St. Peter, im Konklave von 1903 papabile, Österreich-Ungarn legte sein Veto gegen ihn ein, 1908–1913 Sekretär der Glaubenskongregation.

5 Das »Marianische Krankenhaus« in Bad Ems.

6 Karl Heinrich Schäfer (1871–1945), aus Wetter bei Marburg, 1902 Dr. phil. in Tübingen mit der bedeutenden kirchenrechtlichen Studie: Pfarrkirche und Stift im deutschen Mittelalter, Konversion zur katholischen Kirche, 1903–1914 Mitarbeiter am Römischen Institut der Görres-Gesellschaft, Werke zur Finanz-, Militär- und Verfassungsgeschichte der Kurie und über die Heilig-Geist-Bruderschaft, gescheiterte Habilitationsversuche in Würzburg (1908), München (1909, unterstützt durch Hertling und Grauert), Göttingen (1919), im Weltkrieg Sanitätssoldat und Unterrichtsoffizier, danach Lehrbeauftragter für Kulturgeschichte an der Technischen Hochschule Braunschweig, 1921 Reichsarchivrat (Studien zur märkischen, hessischen, rheinischen und Eichsfelder Geschichte), 1943 wegen Hörens feindlicher Sender zu zwei Jahren Haft verurteilt, danach ins KZ Sachenhausen-Oranienburg überstellt, wo er am 19. Januar 1945 starb, ein »Märtyrer christlicher Überzeugung und freier wissenschaftlicher Forschung«. Stasiewski, S. 987.

Er wünscht, weil er selbst im Felde steht, Sendung an seine Mutter, Frau Wittwer Schäfer […] in Witzenhausen a[n der] Werra, und ich möchte Euer Exz[ellenz] höflichst ersuchen, wenn irgend möglich, die Bitte des wackeren Krankenpflegers zu erfüllen.

Von Müller in Koblenz[7], der leider noch immer seine Gichtschmerzen nicht los ist, hörte ich von Ihrer dienstlichen Anwesenheit dort. Der Krieg, den Gott bald zu einem guten Ende führen möge, hat gewiß ganz jäh in Ihren Sommeraufenthalt eingegriffen. Und so oft denke ich an Ihren Sohn, der gewiß auch im Felde steht und mitkämpfen muß. Gott schütze ihn und Euer Exzellenz mit der hochverehrten Frau Gräfin und dem ganzen Hause. Das wünscht von Herzen Euer Exzellenz

in größter Verehrung
ergebenst
Msgr. Ehses.

7 Eduard Müller (1841–1926), geb. in Bonn, dort Studium der Rechte, 1866 Rechtsanwalt, 1870 Advokat-Anwalt, berufspolitisch aktiv, Verteidiger von Geistlichen im Kulturkampf, 1911 Geheimer Justizrat, Mitglied des Stadtrats von Koblenz, 1905–1918 des Preußischen Abgeordnetenhauses, 1887–1920 führend im Katholischen Leseverein Koblenz tätig, Vorsitzender der Zentrumspartei in Koblenz. Freundliche Auskunft von Judith Höhn-Engers über den Geburts- und Sterbeeintrag E. Müllers im Stadtarchiv Koblenz; Biographisches Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus, S. 278. Müller hatte Hertling seit 1875 in dessen Wahlkreis Koblenz-St. Goar, seit 1871 »eine Hochburg der Zentrums-Partei« (Reibel, S. 909), unterstützt.

12

Georg von Hertling an Karl von Hertling
München, 4. September 1914

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 26, f. 23–24)

Lieber Karl!

Dank für die Karte und Glückwünsche zum Geburtstag. Die telegraphischen und telefonischen Erkundigungen nach Dir gingen nicht von mir, sondern vom Verkehrsminister aus, der sich mir zuliebe nach Dir erkundigte und dafür die Feldpost heranzog. Alle Deine Empfindungen, Stolz und Siegesfreude, Jammer und Mitleid, fühlen wir mit Dir und hoffen mit Dir, daß die Schrecken bald ein Ende nehmen mögen. Aber noch kann man darüber nichts sagen, wenn es auch auf beiden Kriegsschauplätzen gut, ja glänzend steht. Vielleicht kann man ohne Ueberhebung annehmen, daß wir mit Frankreich in vierzehn Tagen fertig sein werden, aber mit Rußland und seinem ungeheuren Menschenmaterial kann es so schnell nicht gehen. Und wann, wo und wie werden wir die Schandkerle, die Engländer, klein kriegen? Aber daß wir schließlich zum guten Ende kommen werden, daran zweifle ich keinen Augenblick. Es hat sich gezeigt, wie viel sittliche Kraft und opferfreudige Begeisterung in unserm Volke lebt, unsre Heeresleitung ist unvergleichbar, und da auch unsre Sache eine gerechte ist, wird uns der Segen Gottes nicht fehlen.

Es wird Dich interessiren, von meiner Fahrt mit dem König in's Hauptquartier zu hören.[1] Die Hinreise im Sonderzug war sehr bequem, um 7 Uhr fuhren wir ab und waren um 4 Uhr in Koblenz: Der Kaiser war am Bahnhof, begrüßte den König sehr herzlich und sprach dann zum Staunen der Anwesenden eine starke Viertelstunde in mich hinein. Dann ging es zum Schlosse, wo auf einer Terrasse im Garten Thee getrunken wurde, am Abend war Tafel. Ich saß beidemale links vom Kaiser. Die Stimmung und Haltung der Herren – mit einigen Ausnahmen – war eine durchaus

1 König Ludwig III., Hertling und Kriegsminister Otto Kreß von Kressenstein fuhren auf Einladung des Kaisers vom 26. bis 28. August ins GHQ nach Koblenz. Ebenfalls auf kaiserliche Einladung schloss sich ihnen in Mainz Graf Lerchenfeld an. (Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 337 f.). Der bayerischen Delegation war die Sicherung des Föderalismus im Krieg angelegen. Vgl. BayHStA GHA, Kabinettsakten König Ludwigs III., 24.

angemessene und würdevolle.[2] Keine Spur von Ueberhebung oder leichtfertigem Draufgängertum. Insbesondere hatte ich vom preußischen Kriegsminister,[3] den ich bei dieser Gelegenheit kennen lernte, einen sehr guten Eindruck. Mit dem Reichskanzler konnte ich mehrfach und eingehend sprechen, doch fand ich ihn am zweiten Tage präokkupirt und müde. Tirpitz war auch da. Er will keinen Vorstoß unsrer Flotte, da sie dann den kürzeren ziehen würde, sondern erwartet die englische in unsern Gewässern, um sie dann zu verhauen. Auch der König war befriedigt. Es war gut, daß der Besuch gemacht wurde, und gut, daß ich dabei war. Der König fuhr am 27. um 10 Uhr ab, ich mußte noch bis zum Nachmittag bleiben, da ich nicht mit in die Pfalz zu gehen hatte, und reiste mit Lerchenfeld, den der König von Berlin hatte kommen lassen, und Stockhammern[4] zunächst nach Frankfurt. Dort mußten

2 Vgl. die Aufzeichnung Hertlings, Koblenz 27. August 1914 (»Streng geheim«.). Die beiden Monarchen seien bei ihren fünf Begegnungen »miteinander sehr herzlich gewesen«. »Die Stimmung der Herren im Hauptquartier war gemessen, ernst und nicht ohne Sorge. Auch der Reichskanzler nimmt die Sache schwer, insbesondere war er am Morgen des 27. matt und preoccupiert [!]. Die Militärs sprechen mit Zuversicht, ohne Unterschätzung der Gegner von unseren Operationen, deren Leitung ausschliesslich in den Händen des Generalstabes liegt«. Der Kaiser habe Anekdoten vom Schlachtfeld erzählt, beim Tee den Alleinunterhalter gegeben und die Monarchen von Russland, Italien und England mit »sehr wenig schmeichelhaften Ausdrücken« bedacht. »Auffallend und peinlich berührte es, dass in den verschiedenen Geschichten, die der Kaiser erzählte, curés, die heimtückischen Meuchelmord verübt hätten, einen besonderen Platz einnahmen. Auch die Herren der Umgebung taten in diesem Punkte ein übriges. Ich gewahrte, dass es den Herren des Hauptquartiers unangenehm war, dass sich der Kaiser verhältnismässig so wenig ernst zeigte. Er war, wie mir General von Plessen erzählte, einige Zeit in Sorge und verhielt sich ruhig und gemessen; seit unsere Sache in ein entschieden günstiges Stadium getreten ist, hat er seine gewöhnte Art wieder angenommen«. In verschiedenen Unterredungen habe der Reichskanzler Verständnis für die bayerische Auffassung geäußert, »dass eine einseitige territoriale Vergrösserung Preussens sich mit dem föderativen Charakter des Reichs« nicht vertrage. (BayHStA, MA 962, S. 94 f., vgl die weitere Geheime Aufzeichnung Hertlings, Frankfurt-München, 28. August 1914. Ebd., S. 96–98; Druck: Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 337 f. Anm. 4). – Hans Georg Freiherr von Plessen (1841–1929), geb. in Spandau, aus preußischer Offiziersfamilie, 1861 Dreijährig Freiwilliger, 1864, 1866 und 1870/71 Kriegsteilnehmer, 1869 Premierleutnant, 1872 Hauptmann, im Generalstab, 1879 Major, diensttuender Flügeladjutant beim Kaiser, ständiger Hofdienst, unterbrochen durch kurze Truppenkommandos, 1892 Generalmajor, Kommandant des GHQ (der Militärstellen des Hofes), 1894 Generalleutnant, 1899 General der Infanterie, 1908 Generaloberst, 1911 Rang als Generalfeldmarschall, November 1918 a.D. Afflerbach, Kaiser Wilhelm II., S. 595–598.

3 Erich von Falkenhayn (1861–1922), geb. in Burg Belchau bei Graudenz, Besuch der Kadettenanstalten Kulm und Lichterfelde, 1880–1893 Aufstieg vom Sekondeleutnant zum Hauptmann, Kriegsakademie und Großer Generalstab, 1897 Instruktionsoffizier in China, 1899 Major, 1900 im Generalstab des ostasiatischen Expeditionskorps, ab 1903 Verwendung in höheren Kommandos und Armee-Generalstäben, 1908 Oberst, 1912 Generalmajor, Juli 1913–Januar 1915 preußischer Kriegsminister, Generalleutnant, September 1914–August 1916 Chef des Generalstabes des Feldheeres, 1915 General der Infanterie, 1916 Oberbefehlshaber der 9. Armee in Rumänien, 1917 osmanischer Feldmarschall, Führer der Heeresgruppe in Palästina, 1918 Oberbefehlshaber der 10. Armee in Litauen, 1919 a.D.; verantwortlich für die »Ermattungsstrategie« vor Verdun; Gegner weit ausholender militärischer Operationen im Osten wegen der politischen Folgen.

4 Franz Edler von Stockhammern (1873–1930), geb. in Neu-Ulm, seine Mutter war Pauline Krafft von Dellmensingen, Jurastudium, 1907 Legationssekretär im bayerischen Ministerium des Äußern, erster Hilfsarbeiter (Kabinettschef) von Podewils und Hertling, 1912 Legationsrat, 1914–1915 an

wir übernachten, um 2 Uhr Nachm[ittags] mit dem einzigen durchgehenden Zug nach München zu fahren. Die freie Zeit benutzten wir, das mir so wohl bekannte und vertraute alte Frankfurt zu besichtigen, was den beiden Herren und mir selbst einen großen Spaß machte und eine recht beruhigende Abwechslung war. *Auf die erschütternde Trauernachricht vom Tod des Erprinzen*[5] *reiste König Ludwig sofort von Landau nach München zurück.*

Die beiden Schwestern machen sich nützlich, ich sehe sie oft tagelang nicht. Mama geht dreimal in der Woche in die Residenz und arbeitet für die Verwundeten. Heute habe ich auch noch Deinen Brief vom 31. erhalten. Wir freuen uns, daß Du nun doch die Sendungen von hier richtig erhältst. Lebewohl, lieber Sohn, sei mit vielen Grüßen Gott befohlen.

Dein treuer Vater

der deutschen Botschaft in Rom, 1915 Geheimer Legationsrat, 1915–1917 im besonderen Auftrag des Reichskanzlers bei der bayerischen Gesandtschaft in Bern, 1917 Vortragender Legationsrat in der Presseabteilung des AA, daneben »Schweizer Dienst«, Mai 1918 Ministerialrat (Wirklicher Geheimer Legationsrat), 1919 Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium, 1926 a. D. Stockhammern, I; Schärl, S. 340; Zedler, Bayern und der Vatikan, S. 256–259.

5 Luitpold von Bayern, geb. am 8. Mai 1901 in Bamberg, ältester Sohn des Kronprinzen Rupprecht aus dessen erster Ehe. Er starb am 27. August 1914. Weiß, Kronprinz Rupprecht, S. 40, 62 f., 65.

13

Georg von Hertling an Gisberta von Biegeleben
München, 5. September 1914

(eigh. Or.; AGG, Nr. 6,4)

Liebe Gisberta!

Für zwei Glückwünsche schulde ich Dir noch meinen Dank, für die brieflichen zum glänzenden Siege unsres Kronprinzen[1] und für die mir durch Anna übermittelten zu meinem Geburtstage. Der doppelte Dank sei hiermit von Herzen abgestattet.

Wer hätte gedacht, daß wir in unsern Jahren noch einmal so schwere Zeiten durchmachen müßten, viel schwerer als 1870/71. Damals stand doch nur Frankreich gegen uns, heute ist es nahezu die ganze Welt, nachdem die schändlichen Engländer auch noch die gelbe Rasse gegen uns aufgehetzt haben. Aber ich vertraue zuversichtlich, daß wir zum guten Ende kommen werden. Es ist so viel sittliche Kraft im deutschen Volke hervorgetreten, so viel opferfreudige Begeisterung, Kriegsvorbereitung und Heeresleitung sind so unvergleichlich, und dazu ist unsre Sache eine gerechte, sodaß uns sicherlich der Beistand von oben nicht fehlen wird. Von Karl haben wir in letzter Zeit sehr viele und immer gute Nachrichten bekommen. Das Regiment hatte Rasttage, die er fleißig zum Schreiben benutzte. Aber ein rauher Kriegsmann ist er nicht geworden, bei aller stolzen Siegesfreude und Bewunderung für den Geist der Truppen leidet der arme Kerl seelisch unter den furchtbaren Greueln und hat schrecklich Sehnsucht nach Frau und Kindern. Den Kameraden und seinen Leuten gegenüber läßt er sich aber nichts merken, hat den Kopf oben und hält sie bei guter Stimmung. Möge der liebe Gott ihn weiter unter seinen Schutz nehmen.

Henni ist noch in Berlin, ich halte es aber für möglich, daß er auch noch hinaus muß, hoffentlich nicht an eine exponierte Stelle.

In der vorigen Woche bin ich auf dem Wege in's Hauptquartier, das damals in Koblenz war, an Darmstadt vorbei gefahren. Der königliche Sonderzug fuhr aber nicht in den Bahnhof hinein, sondern setzte, von Aschaffenburg kommend, seinen Weg geradeaus nach Mainz fort. Ich habe aber doch Deiner gedacht. Im Hauptquartier hat mir Stimmung und Haltung der maßgebenden Persönlichkeiten, Reichskanzler, Kriegsminister u.s.w. einen sehr guten Eindruck gemacht. Sie waren zuversichtlich aber ernst und der Verantwortung bewußt. Der König wollte dann einige Tage in der Pfalz bleiben, wurde aber schon in Landau von der Trauernachricht vom Tode des Erbprinzen erreicht und fuhr sogleich hierher. Ich konnte von Koblenz nicht in einem Zuge nach München kommen und blieb daher in Frankfurt über Nacht.

1 Rupprechts Sieg in der am 20. August 1914 begonnenen Offensivschlacht in Lothringen südlich von Metz verschaffte der Dynastie »einen enormen Popularitätsschub«. März, S. 173–180.

Der Gesandte Gr[a]f Lerchenfeld und ein Herr meines Ministeriums waren bei mir. Da der Zug erst um 2 Uhr abging, bummelten wir am Vormittag durch die Stadt, deren alte Teile den Herren zu zeigen, mir Spaß machte. Schließlich warf ich auch wieder einen Blick in's großelterliche Haus, ganz wie wir beide es vor einigen Jahren machten.

Giulia ist also mit ihren beiden allerliebsten Kinderchen bei uns. Sie ist meistens, wenn nicht gerade ein Brief von Karl eintrifft, recht gedrückt und hält sich mit Vorliebe mit Kind und Kegel in dem einen großen Fremdenzimmer auf, das wir ihr anweisen konnten. *Agnes macht täglich Armenbesuche.*

Viele herzliche Grüße an Dich und Deine Töchter
Dein tr[euer] Bruder GvH

Von dem Ergebnisse der Papstwahl bin ich sehr befriedigt. Der Nuntius jubelt geradezu.

14

Georg von Hertling an Stephan Ehses
München, 12. September 1914

(eigh. Or.; AGG, Nr. 5,3)

Lieber, verehrter Herr Prälat!

Ueber den neuen Papst denke ich wie Sie. Ich weiß nicht, ob zu Ihrer Kenntnis gelangt ist, daß ich mir erlaubt habe, Ihre kurze Charakteristik – natürlich ohne Namensnennung – in unserer Staatszeitung[1] zum Abdruck zu bringen. Von allem Anfange an hatte ich an den Kardinal della Chiesa gedacht und auch mit Kardinal Bettinger über ihn gesprochen. Umgekehrt hat auch Benedikt XV. dem Kardinal gegenüber sich sehr freundlich meiner erinnert.[2]

Die Frage Ihrer Rückkehr nach Rom hatte auch mich schon beschäftigt. Jetzt, da Italien, wie man in Berlin sagt, immer neutraler wird, kann dies wohl ohne Bedenken geschehen. Daß das römische Straßenpublikum sich Ausschreitungen gegen dort seit vielen Jahren lebende deutsche Geistliche und Gelehrte erlauben sollte, möchte ich nicht glauben. Zum Ueberflusse habe ich aber den Gesandten Baron Ritter um seine Meinung befragt, sobald ich sie erfahre, werde ich sie Ihnen mitteilen.

Dem Wunsche des Dr. Schäfer, einen Vorschuß auf das ihm zukommende Honorar zu erhalten, stimme ich zu. Da die Sache Eile hat, können wir nach meiner Meinung den Weg, die Zustimmung des Vorstands schriftlich einzuholen, nicht betreten. Schreiben Sie, bitte, einfach an den Generalsekretär in Bonn[3], unter Berufung auf

1 Das vom Ministerium Hertling eingeführte Regierungsorgan erschien ab 31. Dezember 1912, musste 1934 dem Völkischen Beobachter weichen und wurde 1950 wiederbelebt. Zur Begründung führte Hertling (an Julius Bachem, 29. August 1912, AGG, Nr. 4) aus, es sei »ein unerträglicher Zustand«, dass Zeitungen wie die Münchner Neuesten Nachrichten täglich die öffentliche Meinung gegen das Ministerium einnähmen und die Regierung keine Möglichkeit der Gegenwehr habe. Die bayerische Zentrumspresse eigne sich dafür nicht und das Ministerium als Amt könne sich »auch nicht auf eine ausgesprochene Parteipresse stützen«. Selbst »kleinere Staaten wie Württemberg, Sachsen, Baden, Hessen, ja sogar Altenburg« besäßen eine solche Zeitung. »Das offizielle Organ soll aber zugleich eine große politische Zeitung werden, welche durch die amtliche Eigenschaft die erforderliche finanzielle Grundlage besitzt«. Vgl. Paul Hoser, Bayerische Staatszeitung (BSZ). www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bayerische_Staatszeitung_(BSZ) (2.12.2017).

2 Siehe oben Nr. 11 Anm. 2. Bethmann und Mühlberg zeigten sich zufrieden mit der Wahl della Chiesas. Vgl. Meseberg-Haubold, S. 77 f., 229 f.

3 Arnold Rademacher (1873–1939), aus Bocket (Waldfeucht) bei Aachen, 1898 Priesterweihe in Köln, Kaplan in Elberfeld, 1900 Dr. theol. (Tübingen), 1903 Repetent am Collegium Leoninum (Paulushaus) in Bonn, 1907–1912 dort Direktor, 1914–1922 Generalsekretär der Görres-Gesellschaft, 1917–1939 Professor für Apologetik und philosophische Einleitung in die Theologie an der Universität Bonn, dort 1928/29 Rektor.

mich, daß er die betreffende Summe auszahlen möge. Wir werden dann nachträglich Indemnität vom Vorstand erbitten, falls dies überhaupt nötig ist.

Eine schwere, schreckliche Zeit ist über Nacht über uns hereingebrochen. Großartig war und ist die einmütige Begeisterung im deutschen Volke, bewundernswert der Geist unserer Armee, geradezu glänzend sind die errungenen Erfolge, aber die Sorge, wie und wann es zum guten Ende kommen werde, drückt schwer auf uns, ganz abgesehen von den besonderen Sorgen der einzelnen. Meinem Sohn ist es ja bisher gut gegangen, aber man muß täglich und stündlich auf schlimme Nachrichten gefaßt sein. Helfen Sie uns, beten, daß der l[iebe] Gott ihn weiterhin gnädig beschützen möge. Die junge Frau und die beiden kleinen Kinder haben wir zu uns hierher genommen. Mein Schwiegersohn ist, weil im Kriegsministerium unabkömmlich, einstweilen noch in Berlin-Steglitz, er wird aber über kurz oder lang wohl auch hinausmüssen. Ruhpolding ist seit Ende Juli geschlossen.[4] Ich war nur zwei oder dreimal für wenige Tage draußen.

Freund Müller bei meinem Besuche in Koblenz mit heftigen Schmerzen im Bett zu finden, war eine traurige Ueberraschung. Ich habe seitdem nichts mehr von ihm gehört und kann nur dringend wünschen, daß es ihm besser geht.

Wie immer in herzlicher Verehrung und mit vielen Grüßen
Euer Hochwürden
ganz ergebener
Hertling

4 Ferienvilla der Familie Hertling.

15

Georg von Hertling an Hermann Cardauns
München, 25. September 1914

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 58)

Lieber Freund!

[…] Wer hätte gedacht, als wir[1] im Juni durch das alte liebe Bonn spazierten, welch furchtbare Ereignisse in wenig Wochen über uns hereinbrechen würden! Hoffentlich hast Du von Deinem im Felde stehenden Sohn[2] weiter gute Nachrichten. Auch dem meinen, der Eskadronschef in einem Kavallerie-Regiment ist, ist es bisher gut gegangen. Neuerdings laufen in Folge der großen Truppenverschiebungen die Nachrichten wieder spärlicher. Wir Zurückbleibenden können ja nichts andres tun, als die Draußenstehenden dem Schutze Gottes empfehlen.

Das neue Pontifikat läßt uns ruhigere Zeiten für die deutschen Katholiken erwarten. Mir persönlich hat Benedikt XV wiederholt seine wohlwollende Gesinnung in sehr freundlicher Weise zum Ausdruck bringen lassen.

Mit herzlichen Grüßen von Haus zu Haus
Dein tr[euer] Hertling

1 Hermann Cardauns (1847–1925), aus angesehener Juristenfamilie, geb. in Köln, Studium der Geschichte und der klassischen Philologie, 1868 Dr. phil. (Bonn), Bearbeitung Kölns im Rahmen des Projekts »Chroniken deutscher Städte«, 1873 nach Habilitation Privatdozent für Geschichte in Bonn, 1876 Redakteur, 1878–1907 Chefredakteur der KVZ, 1876 Mitgründer der Görres-Gesellschaft, 1891–1912 auf Hertlings Wunsch deren Generalsekretär, 1894–1901 Stadtverordneter in Köln, zahlreiche Publikationen, u.a. Biographien, zur Literatur, Geschichte, Zeitungs- und Vereinsgeschichte (der Görres-Gesellschaft). Autobiographie: Aus dem Leben eines deutschen Redakteurs, 1912. Bierganz.

2 Ludwig Cardauns (1880–1915), vielversprechender Historiker; ältester der fünf Söhne und zwei Töchter von Hermann Cardauns; 1903 in Bonn Dr. phil.; Bücher u.a.: Die Lehre vom Widerstandsrecht des Volkes gegen die rechtmässige Obrigkeit im Luthertum und im Calvinismus (1903, Neudruck 1973), Zur Geschichte der kirchlichen Unions- und Reformbestrebungen von 1538 bis 1542 (1910). Von 1909 bis 1912 bearbeitete er drei Bände der Abteilung I (1533–1559) der Nuntiaturberichte aus Deutschland, hg. von der Görres-Gesellschaft.

16

Felix Porsch an Georg von Hertling
Breslau, 10. Oktober 1914

(eigh. Or.; AGG, Nr. 9)

Hochverehrte Excellenz!

Vielen Dank für Ihre Zeilen v. 6 d[ieses] M[onats] und die sehr erfreulichen Nachrichten aus Rom. Es lag von vornherein in meiner Absicht, einmal zum neuen Papst zu gehen, sobald es mir irgend möglich ist. Das ist ja, da grade die Parlamentszeit mit der geeigneten Reisezeit zusammenfällt, schwer. In diesem Jahr werden wir ja wohl zumeist parlamentsfrei bleiben. Aber solange der Dreiverband[1] nicht endgültig niedergerungen ist und je länger das dauert, halte ich eine solche Reise für unausführbar. Italien kann jeden Augenblick gegen Oesterreich den Säbel ziehen, dann sitzt der arme Deutsche in Italien bis zum Friedensschluß unrettbar fest, womöglich noch in Kriegsgefangenschaft. Dem kann man sich nicht aussetzen. Für mich kommt noch dazu, daß Breslau jetzt volle Festung ist und nur 10 Meilen von der russischen Grenze entfernt liegt. Die ersten 8–14 Kriegstage waren hier sehr unangenehm, da die schlesische Grenze nicht besser geschützt war, als die ostpreußische. Wir hatten gepackt und waren jeden Augenblick darauf gefaßt zu fliehen. Nun ist es ja besser. Aber mit der Möglichkeit drohender Belagerung müssen wir immer noch rechnen; in Ostpreußen sind die Russen wieder eingedrungen und in Galizien scheint es mir immer noch gefährlich zu stehen. Ich kann also gewissenhafterweise bis auf Weiteres nicht nach Rom gehen. Andre Herren werden das jetzt auch schwer tuen können. Wir werden warten müssen, bis wir uns den Friedensverhandlungen genähert haben, die ja wohl nicht sehr rasch von statten gehen werden und um welche ich Sie nicht beneide.

1 Dreiverband: britisch-französisch-russisches Bündnisverhältnis, bestehend aus dem französisch-russischen Zweiverband von 1892, der britisch-französischen Entente cordiale von 1904 und dem ergänzenden Petersburger Vertrag zwischen Russland und Großbritannien von 1907 (Aufteilung Persiens, Anerkennung des britischen Protektorats über Afghanistan, Neutralisierung Tibets). Der 1912 abgeschlossenen englisch-französischen Marinekonvention folgten intensive Verhandlungen über eine englisch-russische Marinekonvention. Diese wurden Berlin bekannt durch eigene Berichte aus London und Indiskretionen aus der russischen Botschaft in London. Vgl. Schulthess 55, NF 30 (1914/I), S. 410–412; St. Schröder, Marinekonvention.

Vielleicht können Sie das gelegentlich nach Rom wissen lassen.[2]

Eine Schwierigkeit liegt ja nun in der Vertretung der Reichstagsfraktion. Ich bin ganz der gleichen Auffassung über Spahn und Loewenstein[3]. Darf ich über diesen Punkt vielleicht vertraulich mit Herold[4] und Carl Bachem[5] sprechen? Am 20 d[ieses] M[onats] muß ich zu unsrer preußischen Kriegstagung, bei welcher wir wohl 5/4 Milliarden zu bewilligen haben werden, nach Berlin und treffe sie beide. Wenn Euer Excellenz nicht widersprechen, nehme ich Ihr Einverständniß an. Einstweilen weiß ich nicht, wie Spahn zu umgehen wäre.

---

2 Wie P. Cölestin Schwaighofer aus Rom Hertling am 9. Februar 1915 berichtete, hatte Benedetto Lorenzelli (1853–1915), ehemaliger Nuntius in Bayern, ein »sehr treuer Freund der katholischen Interessen Österreichs und Bayerns«, Papst Benedikt gefragt, ob dieser das Erscheinen einer Deputation der Zentrumspartei in Rom wünsche, und zur Antwort erhalten: »Der Papst schätzt und liebt das deutsche Centrum, aber quoad quaesitum: pro hoc tempore non expedit«. (BayHStA, MA 948). – P. Cölestin (Cälestin) Schwaighofer OFMCap (1863–1934), geb. in Deggendorf, aus Kaufmannsfamilie, Theologie- und Philosophiestudium in Dillingen, 1887 Priesterweihe in Augsburg und Ewige Profess in Eichstätt (»Padre Celestino da Deggendorf«), Fastenprediger an St. Ludwig in München, Exerzitienleiter und Volksmissionar, 1908 Generalkustos, Kurier und Geheimdiplomat Benedikts XV., Vertrauter dreier Päpste, Gründer des Vereins katholischer Diakoninnen in München, 1908 Konsultor der Studien-, 1915 der Sakramenten- und 1929 der Ritenkongregation in Rom, geistlicher Berater König Ludwigs III. von Bayern, päpstliche, bayerische, k. u. k. und bulgarische Auszeichnungen, Verfasser geistlicher Literatur. Archiv der Deutschen Kapuzinerprovinz, X 151 57 561; vgl. Kovács, Bd. 1, S. 210, 360, 764; Stacher, S. 503 f.

3 Wohl gemeint Aloys Fürst zu Löwenstein-Wertheim (1871–1952), geb. in Kleinheubach, Jurastudium in Prag und Fribourg, 1895 Dr. jur., Verwalter des väterlichen Guts, Standesherr, 1914–1918 Kriegsteilnahme, Rittmeister d. R., Präsident mehrerer Katholikentage, 1920–1948 Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, führend in den katholischen Adelsvereinen tätig, 1907–1918 Mitglied des Reichstags, 1908–1918 der Ersten Kammern in Baden, Bayern, Hessen und Württemberg in Vertretung seines Vaters Karl Fürst zu Löwenstein-Wertheim (1834–1921), seit 1849 Oberhaupt des Hauses Löwenstein-Wertheim-Rosenberg, Mitgründer der Zentrumsfraktion, Organisator der Tagungen katholischer Sozialpolitiker auf Schloss Haid.

4 Carl Herold (1848–1931), geb. auf Gut Loevelinkloe bei Münster, 1867–1868 Studium der Landwirtschaft, Ökonomierat, 1906–1918 Direktor des landwirtschaftlichen Hauptvereins für den Regierungsbezirk Münster, landwirtschaftliche und genossenschaftliche Ämter, 1882–1924 Gemeinderat von Amelsbüren, 1887–1921 Mitglied des Kreistags in Münster, 1903–1930 des Westfälischen Provinzial-Landtags, 1898 Vorsitzender des Kreiskomitees Münster-Land der westfälischen Zentrumspartei, 1898 Vorstandsmitglied, 1906 Vorsitzender von deren Provinzialkomitee, 1898–1931 Mitglied des Reichstags, 1898–1918, 1920–1931 des Preußischen Abgeordnetenhauses und Landtags, 1898–1918 Vorstandsmitglied der Landtagsfraktion des Zentrums, 1902–1918, 1920–1927 der Reichstagsfraktion des Zentrums, 1914–1918 des Reichsausschusses der Zentrumspartei, 1920–1931 deren Ehrenvorsitzender, Haunfelder, S. 178 f.

5 Karl Joseph Emil Bachem (1858–1945), geb. in Köln, Studium der Rechte und der Volkswirtschaft, 1880 Dr. jur., Referendar, 1887 Rechtsanwalt in Köln, 1889–1906 Mitglied des Reichstags (Zentrum, ab 1900 Mitglied des Fraktionsvorstands), 1889–1905 des Preußischen Abgeordnetenhauses, Teilhaber der Verlagsfirma J. P. Bachem, Anhänger der Köln-Mönchengladbacher Richtung im Zentrum, 1915–1920 Redakteur der KVZ. Der Verfasser des 1918 begonnenen neunbändigen Standardwerks über die Deutsche Zentrumspartei begrüßte kurz vor seinem Tod (in Burgsteinfurt) die Gründung der CDU. Haunfelder, S. 124.

Der Krieg kann auch recht merkwürdige innerpolitische Folgen haben. Mit der Polenpolitik hat das Zentrum ja nun glänzend recht behalten. Trott[6] und Löben[7] bereiten, wie mir der Freikonservative Zedlitz[8] befriedigt schreibt, Verwaltungsmaßnahmen vor bzw. leiten sie ein, welche den Polen entgegenkommen. Unsre Militärbehörde in Russ[isch] Polen gibt eine polnische Zeitung heraus. Der Ostmarkenverein hat sich aufgelöst!! Aber es wird auch nach andren Seiten Verschiednes abfallen. Das fürchtet man auf konservativer Seite, zumal diese Gesammtbrüderschaft dem politischen Empfinden des Reichskanzlers liegt. Was wird z. B. aus der preuß[ischen] Wahlrechtsfrage werden? Indessen das sind spätre Sorgen, die wir auch ertragen werden. Wenn wir nur erst siegen.

Daß es Ihrem Herrn Sohn bisher gut gegangen ist, freut mich aufrichtig. Gott schütze ihn weiter.

Mit einem gehorsamen Handkuß für die Frau Gräfin und vielen Empfehlungen auch von meiner Frau stets in alter treuer Verehrung

Ihr Porsch

6 August von Trott zu Solz (1855–1938), geb. in Imshausen, nach Jurastudium 1886 Landrat in Höchst, 1892 in Marburg, 1894 Geheimer Regierungsrat im preußischen Kultusministerium, 1894–1898 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses (konservativ), 1898 Regierungspräsident von Koblenz, 1899 von Kassel, 1905 Oberpräsident von Brandenburg, 1909 preußischer Kultusminister (Gegner des gleichen Wahlrechts in Preußen), 1917–1919 Oberpräsident von Hessen-Nassau, 1921–1926 Mitglied des Reichsrats.

7 Gemeint wohl Friedrich Wilhelm von Loebell (1855–1931), geb. in Lehnin, aus Offiziersfamilie, 1883 Regierungsassessor, 1885–1900 Landrat, verdient um den Aufbau der Brandenburger Städtebahn, 1900 Generaldirektor der Landfeuersozietät der Provinz Brandenburg, 1904 Vortragender Rat in der Reichskanzlei, 1907 dort Unterstaatssekretär, 1909–1910, 1917–1919 Oberpräsident der Provinz Brandenburg, Wirklicher Geheimer Rat, 1910 a. D., Berufung in die Immediatkommmission für Verwaltungsreform, 1914–1917 preußischer Minister des Innern, 1898–1900 Mitglied des Reichstags (Deutschkonservative Partei), 1901–1904 des Preußischen Abgeordnetenhauses. Er trug Bülows gegen das Zentrum gerichtete Blockpolitik mit.

8 Octavio Freiherr von Zedlitz-Neukirch (1840–1919), geb. in Glatz, 1867 Regierungsassessor, 1868 Landrat von Sagan, 1874 Hilfsarbeiter in der Reichskanzlei, 1876–1877 im preußischen Handelsministerium tätig, 1881 Vortragender Rat im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Geheimer Oberregierungsrat, 1899 a. D., 1909 Mitglied der Immediatkommission für Verwaltungsreform, 1871–1874 Mitglied des Reichstags, 1876–1918 des Preußischen Abgeordnetenhauses (1907 Fraktionsvorsitzender der Reichs- und Freikonservativen Partei).

17

Karl von Hertling an Georg von Hertling
Cuy bei Dives,[1] 13. Oktober 1914

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 26, f. 25–26)

Mein liebster Papi!

Heute ist wieder so ein Tag zum Brief schreiben, […] nur wenig Kanonendonner, bis auf eine Batterie, die in der Nähe steht, und heute einmal ausnahmsweise einen besonderen Eifer entfaltet; was freilich zur Folge hat, daß auch die Gallier etwas herüberschießen, aber sie haben da nur etwa 2 Kanönchen, die nichts treffen, schon weil jeder zweite Schuß bei ihnen fast wie anno 70 nicht recht los geht, ein wahres Glück übrigens, sonst hätten wir noch viel viel mehr Verluste, denn die französische Artillerie ist im Durchschnitt ausgezeichnet zu nennen.

Im Allgemeinen glaube ich an der ganzen Front eine Abnahme der Kampfeslust zu konstatieren, und zwar beiderseits. Unsere Truppen haben im ersten Teil des Krieges eben fast übermenschliches geleistet, und bedürfen etwas der Ruhe, und groß war ja die Angriffslust der Franzosen nie. Man muß ihnen aber doch zugeben, daß sie auch hier manchmal zum Angriff schreiten, allerdings immer ohne Erfolg, und daß sie jedenfalls in der Verteidigung ganz prima sind, Auch scheint Joffre[2] oder Pau[3] oder wer es ist, auch im Großen sehr geschickt zu sein, denn der Gedanke, uns im Norden zu überflügeln und den Anschluß an Belgien wieder zu gewinnen, dieser Gedanke wird jedenfalls mit äußerster Zähigkeit versucht, durchzuführen. Dabei rechnet wohl Frankreich auch damit, daß der Krieg durch seine Dauer uns physisch, moralisch und pecuniär erschöpfen soll, alles freilich Annahmen, auf deren Erfüllung es noch

1 Dörfer östlich von Lassigny, Region Picardie, Departement Oise.

2 Joseph Joffre (1852–1931), geb. in Rivesaltes (Südfrankreich), Besuch der École polytechnique, 1870/71 Kriegsteilnahme als Unterleutnant der Genie-Truppen, 1876 Hauptmann, seit 1885 Einsätze in den Kolonien, 1897 Oberst, 1902 Brigadegeneral, 1910 Mitglied des Obersten Kriegsrats, 1911 Generalstabschef (als Freimaurer dem »klerikalen« Pau vorgezogen); Sieger in der Marneschlacht, vereitelte er den deutschen Einkreisungsplan; im Dezember 1916 wegen Scheiterns der Somme-Offensive und der Verluste in Verdun abgelöst, Marschall von Frankreich, 1917 Militärmission in den USA, 1918 einstimmig zum Mitglied der Académie française gewählt. http://www.academie-francaise.fr/les–Immortels/joseph-joffre (30.5.2018).

3 Paul Pau (1848–1932), geb. in Montélimar, Besuch der Militärakademie von Saint-Cyr, 1869 Unterleutnant, 1870/71 schwer verwundet (Verstümmelung der rechten Hand), danach weitere Einsätze, 1870 Hauptmann, 1871 Ritter der Ehrenlegion, 1903 Divisionsgeneral, danach Korps-Kommandeur, 1909–1913 vertrat er im Obersten Kriegsrat eine defensive Strategie im Falle eines Krieges mit Deutschland, 1913 z. D., 1914 Kommandeur der Elsaß-Armee, von der Ende August 1914 Teile an die Front nordöstlich von Paris verlegt wurden, im Oktober 1914 Leiter der französischen Militärmission in Belgien, 1915–1916 der Militärmission in Russland, 1917–1918 in Australien, 1918–1932 Präsident des Roten Kreuzes in Frankreich.

lange wird warten müssen. *Denn Antwerpen ist gefallen, ein moralisch wirkender Sieg, der Truppen für den Westen frei werden lässt. Er fragt seinen Vater, wie lange der Krieg wohl noch dauern wird. Ist keine Aussicht, dass alle Staaten Europas gegen das englische Krämergesindel aufstehen?* Ich habe mit Frankreich nur Mitleid, weil es die ganze Suppe ausessen muß und kann nur immer wieder sagen, daß das Landvolk an sich sehr anständig und brav ist; daß zwischen durch auch lauter Spione und Agenten herumlaufen, ist ja klar, aber das kann man dem kriegführenden Lande auch nicht einmal so übel aufnehmen, haben doch auch wir eine Menge Agenten in Frankreich tätig. *Er lobt die Ruhe, Disziplin und Sauberkeit im Quartier und das klaglose Ertragen von Anstrengungen.*[4]

4 Schluss des Briefes fehlt.

18

Georg von Hertling an Matthias Erzberger
München, 16. Oktober 1914

Der Staatsminister des Königl. Hauses und des Aeußern
(eigh. Or.; BArch, Nl Erzberger, Nr. 5, f. 49)

Sehr verehrter Herr Erzberger!

[…] Herr Legationsrat von Stockhammern,[1] Vetter des gleichnamigen Herrn im Auswärtigen Amt[2] und hier im Ministerium mein Kabinettschef, ohne diesen Titel zu führen, kommt in den nächsten Tagen nach Berlin. Er war stark vierzehn Tage mit Kenntnis des A. A. in Rom, um sich über die dortige Presse-Misère zu orientiren, und wird nun darüber und die Mittel zur Abhülfe berichten. Von größter Wichtigkeit erscheint es mir, daß die vielfachen jetzt neben einander hergehenden Bemühungen zur Abhülfe zusammengefaßt und einheitlich geleitet werden. Er wird sich auch mit Ihnen in Verbindung setzen und legt großen Wert auf Ihre Mitwirkung. Ich bitte, ihn freundlich aufzunehmen und ihm das Vertrauen zu schenken, das er in jeder Weise verdient.

Mit besten Grüßen, in freundschaftlicher Gesinnung
Ihr
Hertling

1 Franz von Stockhammern.

2 Karl Edler von Stockhammern (1869–1928), geb. in Bogen (Niederbayern), 1897 Eintritt ins AA, 1918 Wirklicher Geheimer Legationsrat, Direktor der Handelspolitischen Abteilung, 1919 Leiter der Wirtschaftskommission der deutschen Friedensdelegation, 1920 Leiter der Abteilung Südosteuropa, 1926 einstweiliger Ruhestand.

19

Karl von Hertling an Georg von Hertling
In der Picardie, 20. Oktober 1914

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 26, f. 27)

Mein liebster Papi!

Zwar habe ich den längst ersehnten zweiten Brief von Dir immer noch nicht erhalten, aber ich denke mir, Du hast sicher ja sehr sehr viel zu tun und kommst nicht dazu. Ich hoffe sehr, daß es Dir gelingt, der Truppe, die General von Schoch[1] bei den Kämpfen gegen die französische Kolonialbrigade in Lassigny[2] zum Siege führte, den Namen »Die Eiserne Brigade« zu verschaffen, nur mußt Du es nicht dem Kriegsminister sagen, sondern es gleich selbst dem König vortragen, dann gelingt es gleich, und ich würde mich auch für mich selbst sehr freuen, weil meine Escadron doch zur Eisernen Brigade gehört hat. Wir sind jetzt wieder hier beim I. R[eserve] K[orps] eingetroffen, aber mehr hat mich doch die Zeit der absoluten Selbständigkeit gefreut, und hier ist momentan gar nichts zu tun. Ich exerziere jetzt täglich meine Schwadron zu Fuß und zu Pferde, um sie im Training und in der Disciplin zu halten, der Haufen wird leicht zu friedlich und gemütlich. Sehr nett ist hier das Zusammenleben mit der fr[an]z[ö]s[ischen] Bevölkerung, die mir recht gut gefällt, die Leute sind so anständig, gefällig und höflich als man nur verlangen kann, und man weiß wirklich nicht, warum man eigentlich mit ihnen auf dem Kriegsfuß lebt. Aber ich staune immer wieder den Reichtum des Landes an. Fast 3 Monate sind nun die deutschen Heere hier, und immer gibt es noch genug zum Essen und zum Füttern der Pferde und wir leben hier vollständig aus dem Lande selbst. Bitte schreibe mir doch mal wieder einen politischen Brief! Mit 1000 festen Grüßen bleibe ich Dein dankbarer und treu gehorsamer Sohn Karl.

[PS] Meinen gehorsamsten Dank für die Liebesgaben für meine Escadron, wir konnten die Sachen großartig brauchen!

---

1 Karl (1915 Ritter) von Schoch (1863–1940), geb. in Nürnberg, 1885 Leutnant, 1905 Major, 1906–1908 im Großen Generalstab in Berlin, 1909–1911 Direktor der bayerischen Kriegsakademie, 1910 Oberst, 1911 Regimentskommandeur, 1914 Generalmajor, August 1914 Kommandeur der 4. Bayerischen Infanterie-Brigade, 1915–1918 Kommandos im Osten, an der Donau und nochmals im Westen, 1917 Generalleutnant, 1919 auf eigenes Ansuchen z. D., 1920–1924 Mitglied des Reichstags (DVP). http://www.reichstag-abgeordnetendatenbank.de (30.5.2018).

2 Gemeinde im Departement Oise; 1919 angelegte, 1977 mit Hilfe der Bundeswehr endgültig gestaltete Kriegsgräberstätte mit 1777 deutschen Kriegstoten aus den Jahren 1914–1918, davon 400 aus den Überflügelungskämpfen (»Wettlauf zum Meer«) im September 1914. http://www.volksbund.de/kriegsgraeberstaette/lassigny.html (30.5.2018).

20

Felix Porsch an Georg von Hertling
Breslau, 7. November 1914

(eigh. Or.; AGG, Nr. 9)

Hochverehrte Excellenz!

Vorgestern war mit einem Empfehlungsschreiben des Wiener Cardinal-Erzbischofs[1] versehen der frühere öster[reichische] Minister Geßmann, der in der christlich sozialen Partei wieder eine führende Rolle zu spielen scheint,[2] hier, um in deren Interesse dem neuen Fürstbischof einen Besuch zu machen, und mit mir Angelegenheiten vertraulich zu besprechen, welche gemeinsame Interessen der österreichischen und deutschen Katholiken berühren. Er wünscht dafür auch eine Rücksprache mit Ihnen und wird Ihnen demnächst eine Aufwartung machen, wobei er auch ein von mir erbetenes Empfehlungsschreiben vorlegen wird.

An sich geht das, was er vorträgt, Sie in Ihrer Eigenschaft als Bayrischer Ministerpräsident nichts an. In dieser Eigenschaft will er Sie auch nicht angehen. Aber es liegt wohl auch im Interesse unseres Reiches, wenn Sie ihn anhören.

Ich habe mich im Wesentlichen anhörend verhalten. Er will mir noch eine Denkschrift zusenden.

Die Lage Breslaus ist leider immer noch nicht so, daß ich an eine Reise nach Italien auch nur denken kann. Seit vorgestern Abend pausirten mal wieder alle Eisenbahnzüge und gibt es seitdem keine auswärtigen Briefe. Gestern war einen Teil des Tages unser Stadttelephon sogar gesperrt. Wir stehen nehmlich [!] nicht mehr vor Warschau, sondern die Russen sollen sehr nah an unsrer Grenze sein und es gibt wieder

1 Friedrich Gustav Piffl (1864–1932), aus Buchhändlerfamilie in Landskron (Böhmen), 1883 Eintritt ins Augustiner-Chorherrenstift Klosterneuburg, 1888 Priesterweihe, danach Kooperator in Wien, Kontakte mit der Christlichsozialen Partei, 1892 Professor für Moraltheologie und Soziologie an der Hauslehranstalt Klosterneuburg, 1907 Propst von Klosterneuburg, 1913–1932 Erzbischof von Wien, 1914 Kardinal, verdient um Kirchenbau und Kirchenmusik, um die katholische Jugendbewegung, Presse, Arbeiter- und Gesellenschaft.

2 Albert Geßmann (1852–1920), geb. in Wien, Studium der Geographie und Geschichte, 1875 Dr. phil., 1874–1903 Bibliothekar und Kustos an der Universitätsbibliothek Wien, 1903 Titel Regierungsrat, 1882–1889 und 1893–1911 Mitglied des Wiener Gemeinderats, 1891–1911 des Abgeordnetenhauses, 1917–1918 des Herrenhauses des Reichsrats, 1896–1915 des niederösterreichischen Landtags, Mitgründer und 1910 Obmann der Christlichsozialen Partei, durch deren (1907 erreichte) Vereinigung mit den Katholisch-Konservativen er eine klassenübergreifende Alternative zur Sozialdemokratie schaffen wollte; 1907 k. u. k. Minister ohne Portefeuille, 1908 erster Ressortchef des von ihm initiierten Ministeriums für Öffentliche Arbeiten. Er trat für Verfassungs- und Wahlrechtsreformen ein, zog sich aber nach der Wahlniederlage seiner Partei 1911 von allen Ämtern zurück. https://www.oecv.at (28.12.2017).

große Truppentransporte. Dadurch daß der Generalstab schweigt, vermehren sich die unkontrollirbaren, zum Teil begründeten Berichte.

Wie stets
Euer Excellenz
aufrichtig ergebener Porsch

21

Georg von Hertling an Paul Maria Baumgarten
München, 13. November 1914

(masch. Or.; PAAA, Nl Baumgarten)

Euer Hochwürden[1]

sage ich für Ihren liebenswürdigen Brief vom 5. d[ieses] M[onats] meinen verbindlichen Dank. Es hat mich ausserordentlich gefreut, zu hören, dass die Tätigkeit Herrn von Stockhammerns bei Ihnen und auch beim Botschafter Anerkennung findet. Wenn ich auch die ausgezeichnete Arbeitskraft Stockhammerns stets ganz besonders zu schätzen wusste, so bereitet es mir doch eine grosse Genugtuung, dass sich ein Beamter meines Ressorts unter so schwierigen Verhältnissen in so wichtiger Sache gut bewährt und dadurch unserer grossen gemeinsamen Aufgabe schätzbare Dienste leisten kann. Ich verkenne dabei keineswegs, wie wichtig es für Herrn von Stockhammern ist, mit Ihnen Seite an Seite zu arbeiten und Ihren durch reiche Erfahrungen besonders wertvollen Rat nützen zu können.[2]

Wenn ich Ihnen in der von Herrn von Stockhammern berührten Richtung dienlich sein kann, so wird mir das jederzeit eine besondere Freude sein.

Bei dem blutigen Ringen in Flandern machen unsere unvergleichlich tapferen Truppen wenn auch langsam, so doch stätig Fortschritte, so dass auf den endlichen Sieg von uns zuversichtlich gehofft werden kann. Durch den Eintritt der Türkei ist der Weltkrieg in ein neues Stadium getreten;[3] dass gerade jetzt die Stimmung in

1 Paul Maria Baumgarten (1860–1948), aus elsässischer protestantischer Familie, Dr. jur. (Göttingen), 1885 Geschichtsstudium, 1887 Mitarbeiter des Römischen Instituts der Görres-Gesellschaft, 1888 Päpstlicher Kammerherr, 1894 Priesterweihe, 1901 Päpstlicher Hausprälat; 1915 aus Italien ausgewiesen, 1920–1924 wieder in Rom, Privatgelehrter und Journalist, kritischer Beobachter der Kurie und der päpstlichen Diplomatie mit guten Beziehungen zu preußischen Historikern (Paul Fridolin Kehr). Seine Schwerpunkte lagen auf der päpstlichen Diplomatik, der Papst- und Kirchengeschichte bis zur neuesten Zeit; Dr. theol. h. c.; Memoiren: Römische und andere Erinnerungen (1927), weitere Memoiren-Manuskripte; Werkverzeichnis bei C. Weber, Die römische Kurie, S. 181–244.

2 Vgl. Monticone, S. 96–100, 129; Stockhammern, I, S. 287–294.

3 Das Osmanische Reich trat am 29. Oktober 1914 aufseiten der Mittelmächte in den Krieg ein.

Italien, selbst in bisher durchaus deutschfeindlichen Blättern für uns eine objektivere zu werden scheint, ist besonders wichtig.[4]

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung
Euer Hochwürden ganz ergebener
Hertling

4 Die Zeitungen Giornale d'Italia, Idea Nazionale und Messagero brachten antideutsche Artikel. Diesen wirkten entgegen seit September 1914 die Zeitung La Vittoria, ab Dezember 1914 die von der deutschen Botschaft finanzierte Concordia und (im Januar 1915) die Familien-Wochenschrift Domenica illustrata. (Baumgarten an Erzberger, Rom 29. Dezember 1914, 12. Januar 1915, 28. September 1914. PAAA, Nl Baumgarten). Baumgarten wurde von der preußischen Gesandtschaft in Rom zum Besuch eingeladen (»Wir vereinsamen völlig hier im Kriege«) und dazu aufgefordert, vermehrt Einflussartikel in italienischen Zeitungen zu schreiben: »Sie als tiefer Kenner des ital[ienischen] Individuums« haben »den richtigen Ton […] von all' unseren Antworten, Zurückweisungen getroffen. Das Dozieren u. Professorale fasst die Leute hier nicht«. (Preußische Gesandtschaft, Herbert Wallmann, an Baumgarten, Rom 29. September 1914. Ebd.). Baumgarten und Stockhammern bezogen die Kreuzzeitung und den in Frankfurt am Main lehrenden Mediävisten Fritz Kern (1884–1950), der im Herbst 1914 die Vatikanischen Archive besuchte, in ihre prodeutsche Propaganda ein. Baumgarten beobachtete, dass die »Hetze« in Italien sich mehr gegen die Deutschen als die Österreicher richtete. Baumgarten an Bergen, Rom 24. Dezember 1914. Ebd.

22

Georg von Hertling an Lujo Brentano
München, 14. November 1914

Der Staatsminister des Koenigl. Hauses u. des Aeußern. (masch. Or.; BArch, NlH, Nr. 46, f. 23–24)

Lieber Lujo,[1]

[…] Deine Ausführungen zur Frage unserer Lebensmittelversorgung haben mich sehr interessiert, da Du mit Recht annimmst, daß ich diesen Fragen, die Lebensfragen für unsere ganze Bevölkerung sind, trotz der primären Zuständigkeit des Ministeriums des Innern, die ernsteste Aufmerksamkeit zuwende. Ich teile Deine Auffassung dahin, daß unsere Ernte sich lange nicht so gut herausgestellt hat, als man anfangs annahm. Dies wird übrigens auch im Ministerium des Innern zugegeben und auch die Maßnahmen, die das Reichsamt des Innern trifft, lassen darauf schließen, daß man dort bestrebt ist, das Problem unserer Volksernährung nicht mit unangebrachtem Optimismus zu behandeln.

Die Frage, wie lange wir mit unseren Lebensmittelvorräten reichen werden, wird, wie mir nicht unbekannt ist, recht verschieden beurteilt. Das statistische Material, das Herr von Braun[2] in seiner bekannten Broschüre[3] gebracht hat, ist aber meines Wissens bisher nirgends überzeugend widerlegt worden. Die statistische Abteilung des Bundes der Landwirte erachtet die Annahmen der Broschüre bezüglich des Brotgetreides sogar für allzu pessimistisch.

---

1 Lujo (Ludwig Joseph) Brentano (1844–1931), 1866 Dr. jur. (Heidelberg), 1867 Dr. phil. (Göttingen), 1871 Habilitation in Berlin, 1872 a.o., 1874 o. Professor für Nationalökonomie, Finanzwissenschaft und Wirtschaftsgeschichte in Breslau, 1882 in Straßburg, 1888 in Wien, 1889 in Leipzig, 1891 in München, Mitgründer des Vereins für Sozialpolitik. Seine Werke über die Gewerkschaften, die Wirtschaftsentwicklung Englands, das antike Wirtschaftsleben, die Arbeitergesetzgebung, die Handelspolitik und das Erwerbsleben der Gegenwart waren der Beschreibung und ökonomisch-theoretischen Durchdringung der entstehenden Industriegesellschaft gewidmet.

2 Friedrich Edler von Braun (1863–1923), aus Nürnberg, nach Jurastudium 1888 im bayerischen Verwaltungsdienst, 1891 Bezirksamtsassessor im Kultusministerium, 1895 in Würzburg, 1898 in Lichtenfels, 1901 Regierungsrat in Augsburg, 1908 Regierungsrat / Oberregierungsrat im Ministerium des Innern, 1912 dort Ministerialrat, Vorstand der Abteilung für Landwirtschaft, 1916 Ministerialdirektor, Mitte 1915–1916 im Aufsichtsrat (ab März 1916 im Vorstand) der Reichsfleischstelle, Mai 1916 Vorstandsmitglied im Kriegsernährungsamt, 1917 dort Unterstaatssekretär, 1917 Wirklicher Geheimer Rat, Major d. R., im Reichswirtschaftsrat, 1920–1923 Mitglied des Reichstags (DNVP); Verfasser wirtschaftspolitischer Abhandlungen zur Kriegswirtschaft und zum Wiederaufbau nach 1918. Schärl, S. 122 f.; Protokolle des Preußischen Staatsministeriums, Bd. 10, S. 366.

3 Friedrich von Braun, Kann Deutschland durch Hunger besiegt werden? Eine Kriegsbetrachtung, München 1914, 79 S. (massiv nationalistisch-antienglisch, mit amtlichem statistischem Material).

Wenn man von unserer vorjährigen Ernte an Roggen und Weizen ausgeht, und für den Ausfall unsrer heurigen Ernte auch einen beträchtlichen Bruchteil abzieht und weiter berücksichtigt, daß unsere Einfuhr heuer sehr klein bleiben muß, anderseits aber auch die Roggenausfuhr nach Rußland wegfällt, so kommt auf den Kopf der Bevölkerung an Brotgetreide immer noch ein recht beruhigend hohes Quantum. Gleichwohl stehe ich auf dem Standpunkt, daß man um jeden Doppelzentner Getreide froh sein muß, der mehr zu uns hereinkommt, und ich habe deshalb alles getan, um Bayern einen Anteil an der mit Oesterreich vereinbarten Einfuhrmenge an Gerste und Malz zu sichern und unserm Handel, wo dies irgend angängig, die Schwierigkeiten der Einfuhr zu erleichtern.

So ist z. B. neuerdings im Benehmen mit dem Verkehrsministerium durch Bereitstellung einer großen Anzahl von Wagen, die bis zur rumänischen Grenze laufen sollen, und durch Begünstigung einer bayerischen Einfuhrvereinigung der Händler ein geplanter Versuch des bayerischen Handels, in Rumänien große Mengen an Getreide und Futter einzukaufen, energisch unterstützt worden.[4] In der Höchstpreisfrage weiß ich, daß namentlich Dr. Heim[5] nunmehr den Vorwurf erhebt, es sei mit der Festsetzung zu lange gezögert worden. Es gibt aber auch Leute, die die Anschauung vertreten, daß eine frühzeitige Festsetzung dieser Preise, ehe der Umfang der Ernte übersehen werden konnte, wahrscheinlich zu unbilligen Preisen geführt hätte, die für den Konsumenten zudem keinerlei Anreiz enthalten hätten, mit dem Vorhandenen sparsam zu verfahren. Was die Mehlpreisfestsetzung anbelangt, so wird sie z[ur] Z[eit] ernstlich behandelt und wird, wie ich vertraulich anfüge, voraussichtlich nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Die Kontingentierung des Konsums scheint mir eine so weitgehende und in der Ausführung so schwierige Maßnahme zu sein, daß sie wohl nur als äußerste in Betracht kommen könnte. Dagegen erachte ich Deine Anregung, rechtzeitig für Gefrieranlagen zur Konservierung des Fleisches zu sorgen, schon jetzt ernster Erwägung wert und ich werde deshalb mit dem Ministerium des Innern hiewegen ins Benehmen treten.

Die Frage der Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffeln ist, wie ich Dir vertraulich mitteilen kann, in Berlin mit einem Kreis von Interessenten schon eingehend erwogen worden. Die Meinungen gingen aber in der Mehrheit dahin, daß hiefür,

4 Braun, Deutschland, S. 10, verwies auf die Möglichkeit direkter Getreideeinfuhr aus Rumänien, Dänemark und Schweden. Beim Weizen sah er Engpässe voraus und verlangte daher die Umstellung auf Roggenbrot und Kartoffeln.

5 Georg Heim (1865–1938), geb. in Aschaffenburg, Philologiestudium in Würzburg, 1889 Realschullehrerexamen, Schuldienst in München und Freising, 1892 in Wunsiedel, 1896–1907 Realschullehrer in Ansbach, danach führend für landwirtschaftliche Genossenschaften in Regensburg tätig, Publizist, 1898 Mitgründer des bayerischen Christlichen Bauernvereins, 1897–1912, 1919–1924 Mitglied des Reichstags (Zentrum), 1897–1911 der bayerischen Kammer der Abgeordneten, mitreißender Redner und Organisator, 1918 maßgeblicher Mitgründer der BVP in Regensburg. Vgl. N. Becker, Bayerisch, S. 56–58.

namentlich wegen der gegenwärtig rückläufigen Tendenz der Kartoffelpreise der Zeitpunkt noch nicht gekommen sei.

Der von Dir in Aussicht gestellten genaueren Mitteilung der in Nürnberg formulierten Postulate sehe ich mit Interesse entgegen.

Mit herzlichen Grüßen
Dein alter Vetter
Georg Hertling

23

Theobald von Bethmann Hollweg an Georg von Hertling
Der Reichskanzler.
Großes Hauptquartier, 15. November 1914

(masch. Or.[1]; BayHStA, MA 961, f. 1–2; Druck: Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 966–968)

Euerer Exzellenz

freundliches Schreiben vom 21. v[origen] M[onats] und die demselben beigefügte interessante Aufzeichnung des Herrn Rechberg[2] habe ich bisher unbeantwortet gelassen, weil ich annehmen konnte, daß der Genannte Euerer Exzellenz inzwischen über seinen hiesigen Besuch Bericht erstattet haben würde.[3]

Die Ereignisse haben in letzter Zeit einen langsameren Verlauf genommen, als man am Anfang dachte und daheim allgemein erwartete und wünschte. Immerhin wird man sagen dürfen, dass die tatsächliche Lage nicht dazu berechtigt, von »Enttäuschung« zu reden. Wo eine solche auftritt, ist sie vielmehr das Ergebnis ungerechtfertigt hoch gespannter Erwartungen oder unvorsichtig niedriger Bewertung unserer zahlreichen und zähen Gegner. Jedenfalls wird man zugeben müssen, daß unsere starke Stellung in Feindesland von den Alpen bis zur Nordsee, die Besetzung

1 Eigh. Schlussformel und Unterschrift Bethmanns; Druck im Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld unkommentiert.

2 Arnold Rechberg (1879–1947), geb. in Hersfeld, nach kaufmännischer Lehre und Studium der Handelswissenschaften in Leipzig Miteigentümer eines Familienbetriebs (Tuchfabrik), Bildhauer, seit 1906 Anschluss an französische Künstlerkreise in Paris, Journalist, Werbung für ein deutsch-französisches Bankprojekt, trat am Anfang des Weltkriegs (Oberleutnant und Rittmeister d. R.) bei höchsten Reichsstellen für eine Annäherung an Frankreich ein, nahe Kontakte u.a. mit Erzberger, wegen Spionageverdachts von März bis August 1915 inhaftiert, danach Ausschluss vom Militärdienst; nach 1918 aus wirtschaftlichen und nationalen Gründen publizistischer Streiter für eine Verbindung Deutschlands mit dem Westen und den Kampf gegen den »Bolschewismus«. Da er hartnäckig seine Ideen auch unter dem NS-Regime verfocht, wurde er 1939, 1941, 1943 und 1944/45 (schwer herzleidend) verhaftet. Vietsch, Rechberg.

3 Als Ordonnanzoffizier beim XVI. Armeekorps hörte Rechberg von Generalfeldmarschall Gottlieb Graf von Haeseler (1836–1919), der dort zur Beobachtung eingesetzt war, dass der Stellungskrieg im Westen entscheidende Erfolge nicht mehr zulassen und der Stoß in die Weite Russlands ins Leere laufen werde. Davon beeindruckt erarbeitete er ein Exposé, in dem er die These vertrat, dass England den Krieg aus wirtschaftlichen Gründen entfesselt, die französische Presse aufgekauft und Frankreich gegen dessen Volksmeinung in den Krieg getrieben habe. Das AA habe es versäumt, Frankreich von England abzuspalten. Am 10. Oktober hielt Rechberg Hertling darüber Vortrag. Rechbergs Exposé erschien gekürzt am 13. Oktober 1914 in der Bayerischen Staatszeitung unter dem Titel: Frankreich im Schlepptau der englischen Politik. Rechberg erhielt am 30. Oktober Gelegenheit zum Vortrag beim Reichskanzler. Bethmann beauftragte Rechberg, einen Brief zu beantworten, den dieser von dem früheren französischen Kriegsminister (Dezember 1913–Juni 1914) Joseph Noulens (1864–1944) erhalten hatte. Vgl. über den gescheiterten »Anknüpfungsversuch«, in den sich Erzberger einschaltete, Vietsch, Rechberg, S. 24–32.

fast des ganzen Königreichs Belgien und die bisher gottlob gelungene Abwehr des numerisch so stark überlegenen Feindes im Osten nicht hoch genug zu bewertende Aktivposten sind, die den im ersten Kriegsvierteljahr gebrachten Opfern gegenüberstehen. Daneben sind noch die Gewinnung der Türkei und die mancherlei Schwierigkeiten, die wir unseren Feinden in ihrem Rücken bereiten konnten, auf unserer Kreditseite zu buchen. Tatsächlich ist denn auch die Stimmung in der Armee, diesem Tatbestand entsprechend, trotz aller Längen, Härten und Beschwerden des uns aufgedrungenen Positionskrieges, eine ausgezeichnete und zuversichtliche. Auch hier im Hauptquartier sieht man an allen maßgebenden Stellen einem guten Ausgang des Krieges nach wie vor vertrauensvoll entgegen und rechnet auf einen ehrenvollen, uns für die Zukunft sichernden Frieden. Aber gerade im Interesse eines solchen, die Sicherheit Deutschlands gewährleistenden Friedens ist es, wenn auch daheim beizeiten die angestrebten Ziele nicht nur damit in Einklang gebracht werden, was möglich, sondern auch mit dem was uns wirklich nützlich ist. Ich weiß, dass dies nicht überall geschieht, und erlaube mir, Euerer Exzellenz im strengsten Vertrauen mitzuteilen, dass eine hier bekanntgewordene Äusserung des Großherzogs von Oldenburg[4] mir den speziellen Anlaß bietet, mich in dieser Angelegenheit an Euerer Exzellenz bewährte Einsicht und Geschicklichkeit zu wenden. Nach der Ansicht des Großherzogs müsse Belgien zum grossen Teil, einschließlich Antwerpen, deutsch bleiben; Frankreich solle in eine nördliche Republik und ein südliches Königreich Bourbon – letzteres mit Anschluß an Deutschland – geteilt werden, Italien solle Corsica und Malta erhalten usw. Der Großherzog hat die Absicht geäussert, Seine Majestät den König Ludwig für seine Ansicht zu gewinnen und durch ihn auf den Kaiser einzuwirken. Der Weisheit Seiner Majestät des Königs wird es nicht verborgen sein, daß solche Pläne – namentlich vor irgendwelchen grossen Entscheidungen – Utopien sind; aber selbst wenn spätere Erfolge beziehungsweise der Niederbruch eines oder mehrerer Feinde uns in die Lage versetzen sollten, über die erwähnten Bärenfelle zu verfügen, so dürfen wir uns der Erkenntnis nicht verschliessen, dass eine Annexion grösserer Gebiete mit zum Teil recht unerwünschter z. B. wallonischer Bevölkerung eine enorme Schwächung für Deutschland bedeuten würde. So würde ich eine Aufnahme Belgiens in das Deutsche Reich für einen schweren Fehler halten, wenn ich auch durchaus geneigt bin, eintretenden Falles eine Festsetzung Deutschlands an der Nordseeküste, die Übernahme einer militärischen Vormundschaft über Belgien in irgendeiner Form, sowie die Anbahnung sehr enger wirtschaftlicher Beziehungen zu diesem Lande in ernste Erwägung zu ziehen.[5]

---

4 Friedrich August von Oldenburg (1852–1931), 1900–1918 letzter regierender Großherzog von Oldenburg, Kapitänspatent, nautisch und technisch beschlagen, Dr. Ing. h.c. (Hannover), Marinepropagandist, Annexionist, Anhänger eines »Siegfriedens«. Vgl. Machtan, Abdankung.

5 In seiner Besprechung mit Hertling am 6. Juli 1915 in Berlin wollte Bethmann »nach wie vor von einer Annektion des ganzen Landes nichts wissen; nur Lüttich und Umgebung soll seiner strategischen Bedeutung wegen in unserer Hand bleiben; im übrigen aber solle der Staat in seiner bisherigen

Diese Fragen jetzt schon näher zu erörtern, dürfte nicht der geeignete Moment sein, ich wollte Euere Exzellenz nur auf die beabsichtigte Demarche des Großherzogs aufmerksam machen und darf Ihnen anheimgeben, ob Euere Exzellenz etwa Seiner Majestät dem Könige, der die Gnade hatte, mir in Coblenz bereits einige Andeutungen über seine Wünsche zu machen,[6] vom Inhalt dieses Briefes Kenntnis geben wollen.

Mit den angelegentlichsten Empfehlungen und Wünschen bin ich in
aufrichtiger Verehrung
Euer Exzellenz
ergebenster
Bethmann Hollweg.

Gestalt und mit seiner bisherigen Dynastie wieder hergestellt werden; ein engerer Anschluss an Deutschland müsse allerdings versucht werden (Zollunion etc.); militärischerseits denke man auch an die Einräumung eines Besatzungsrechtes, wogegen er seinerseits Bedenken habe«. Auch bezüglich der Erwerbung des Hafens von Antwerpen äußerte Bethmann Bedenken. Die Verfolgung der in weiten Volkskreisen gehegten »utopistischen Pläne« würde »den Krieg ins Ungemessene verlängern. Dass wir im Stande seien, unsere sämtlichen Feinde auf die Kniee zu zwingen, sei ausgeschlossen. Eine ungemessene Fortsetzung des Krieges würde dahin führen, dass wir schliesslich den Krieg aus Erschöpfung beenden müssten«. Ein Landerwerb im Osten dürfe nur so weit gehen, wie »zur strategischen Verbesserung unserer Grenze erforderlich«. Dies gelte auch für die Westgrenze. »Die bekannten Pläne unsere westliche Grenze bis an die Somme vorzuschieben, wies er mit aller Entschiedenheit zurück«, schien aber »noch an die Abtretung des Erzgebietes von Briey zu denken«. Während Bethmann hoffte, eine Einwirkung des kriegsmüden Zaren werde England vom Weiterkämpfen abhalten, dachte Hertling an eine »differenzierte Behandlung Russlands« bzw. einen von Bethmann abgelehnten »Separatfrieden« und äußerte, dass ein »gutes Verhältnis mit Russland für die Zukunft dringend wünschenswert sei«. Hertlings Frage, ob er »einen bestimmten Weg zur Beendigung des Krieges im Auge habe«, beantwortete Bethmann ausweichend. Politische Aufzeichnungen Hertlings. BayHStA, MA 962, f. 110–112.

6 Ludwig III. forderte, dass nicht wie 1870/71 allein Preußen sich vergrößere und Bayern leer ausgehe; eine Aufteilung des Reichslands würde diesen Anspruch am besten befriedigen. Hertling hielt Ludwig mit Erfolg davon ab, den Kaiser darauf anzusprechen. Er war sehr erleichtert, als er Bethmann, der vorher gegen seinen Willen über das Begehren informiert worden war, für den Plan einer Aufteilung des Reichslands am 26.–27. August 1914 in Koblenz »nicht unzugänglich« fand. »Er erkannte grundsätzlich an, dass eine einseitige Vergrößerung Preussens dem föderativen Charakter des Reichs abträglich sein müsste« und die Machtverhältnisse im Reich zu Ungunsten der anderen Bundesstaaten verschieben würde. Geheime Aufzeichnung Hertlings v. 28. August 1914. BayHStA, MA 962, f. 96–97.

24

Felix Porsch an Georg von Hertling
Breslau, 19. November 1914

(eigh. Or.; AGG, Nr. 4)

Hochverehrte Excellenz!

Vielen Dank für Ihre Zeilen. Der Besuch in Rom kann eben leider jetzt nicht stattfinden; hoffentlich verschlägt es nichts. Ich bekam neulich die s[ub] p[agine] v[erso] anliegende Information[1] seines römischen Vertreters von Franz X Bachem[2]; vielleicht kennen Sie noch nicht Alles. Das Bild des Hl Vaters mit der Unterschrift für Sie hat mich außerordentlich erfreut, insbesondre nach allem Vorangegangenen. Herr v. Stockhammer erzählte mir davon neulich in Berlin. Dort sprach ich auch P[aul] M[aria] Baumgarten unter Erzbergers Protektorat. Erstrer erzählte mir: er gehe nach dem Großen Hauptquartier. Ich fragte nicht nach dem Näheren. Ungefragt hat er es dann aber dem Fürstbischof[3] erzählt: »er wolle dem Kaiser ein Projekt unterbreiten. Oesterreich schenkt dem Papst Dalmatien, Triest, Trient. Der Papst schenkt es an den König von Italien weiter. Darauf legt Italien seine Neutralität zu unsern gunsten ab«![4] Was dann aus der Fahrt geworden ist, weiß ich nicht.

Der Fürstbischof hat hier sehr gefallen. Kennen Sie seinen schönen ersten Hirtenbrief[5] und insbes[ondere] die zwei Stellen über die Integralen? Wenn nicht, sende ich ihn angestrichen ein.

Wir haben jetzt hier schwere Tage durchgemacht. Vor 8 Tagen hat der stellv[ertretende] kommandierende General dem Fürstbischof, damit dieser seine Entschließungen treffen könne, »amtlich« mitgeteilt, daß es um Breslau nunmehr ernst stehe.[6] Da-

1 Liegt nicht bei.

2 Franz Xaver Bachem (1857–1936), nach Ausbildung zum Buch- und Kunsthändler in Bonn und Leipzig sowie nach Tätigkeit im Verlagshaus Brockhaus (Leipzig) 1881 Eintritt in die Geschäftsführung des väterlichen J. P. Bachem-Verlags in Köln, 1893 Chef des Verlagsunternehmens, das er ausbaute (Feuilleton, Auslands-Ausgaben), bis zur Zäsur und Krise 1918. Andreas Burtscheidt, Franz Xaver Bachem (1857–1936), Verleger, in: Portal Rheinische Geschichte (12.12.2017).

3 Adolf Bertram.

4 Vgl. die eigh. Notiz Baumgartens über seine Audienzen bei Kardinalstaatssekretär Gasparri am 10. November 1914 und Papst Benedikt XV. am 4. Dezember 1914, wo ihm gesagt wurde, dass der Papst, wenn er das Trentino annähme, gezwungen wäre, »es bedingungslos weiter zu geben, sonst gäbe es Revolution. Das geht nicht«. (PAAA, Nl Baumgarten). Der Plan, der Kurie ein eigenes Territorium zu verschaffen, wurde von deutscher Seite weiterverfolgt.

5 Der neue Breslauer Oberhirte war wegen seiner Haltung im Gewerkschaftsstreit und »zentrumsfreundlichen Stellung« dem Abgeordneten Porsch hochwillkommen. Bertram gab ihm sogar seinen ersten Hirtenbrief zur »Durchsicht«. Hinkel, Bertram, S. 89; vgl. Leugers-Scherzberg, S. 192.

6 Vgl. Hinkel, Bertram, S. 93 f.

rauf hat der Bischof mit mir alles durchberaten, insbes[ondere] ob er gegebenenfalls hier bleiben solle, was ich entschieden verneinte. Samstag und Sonntag sind unsre jungen Leute vom rechten Oderufer zwischen 17 und 19 Jahren zu Tausenden nach Cassel geschafft worden, damit sie nicht in die Hände der Russen fallen. Die Panik!!! Gott sei Dank hat Hindenburg[7] inzwischen gesiegt und zwar, wie man mir erzählt, glänzender, als es aus taktischen Gründen bisher mitgeteilt worden ist.[8] Auf die Oesterreicher wird hier sehr sehr räsonniert.

Mit besten Grüßen immer vIhr treu ergebn[er] Porsch

7 Paul von Beneckendorff und von Hindenburg (1847–1934), geb. in Posen, 1866 Leutnant, Kriegsteilnehmer 1866 und 1870/71, 1877 im Großen Generalstab, 1885 Major, 1888 Taktiklehrer an der Kriegsakademie, 1897 Generalmajor, 1900 Generalleutnant, 1903 Kommandierender General des IV. Armeekorps in Magdeburg, 1911 als dienstältester General z.D., August 1914 Oberbefehlshaber der 8. Armee, Generaloberst, November 1914 Oberbefehlshaber Ost und Generalfeldmarschall, August 1916–Juli 1919 Chef des Generalstabes des Feldheeres, OHL, 1925–1934 Reichspräsident.

8 Schlachten bei Neidenburg-Ortelsburg (Tannenberg) 26.–29. August 1914, an den Masurischen Seen 8.–15. September 1914, bei der die Russen durch Rückzug der Niederlage entgingen, und an der ostpreußischen Grenze Anfang November 1914. Vgl. Afflerbach, Kaiser Wilhelm II., S. 143–148, 658 f., 662 f., 690.

25

Georg von Hertling an Theobald von Bethmann Hollweg
München, 22. November 1914

(masch. Kop.; BayHStA, MA 961, f. 2; Druck: Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 968)

Euerer Excellenz

freundliches Schreiben vom 15. November l[aufenden] J[ahres] habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und bitte hierfür meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen. Die darin von Euerer Excellenz behandelten Fragen, insbesondere über die bei einem von uns allen erhofften siegreichen Ausgang des Krieges zu erstrebenden Ziele und über das eventuelle Schicksal Belgiens haben mich auf das lebhafteste interessiert. Ich habe nicht verfehlt, Seiner Majestät dem Könige, meinem allergnädigsten Herrn, aAllerhöchstwelcher sich ja, wie Euerer Excellenz bekannt, gerade mit diesen Fragen auf das eifrigste beschäftigt, von dem Inhalte des Briefes Euerer Excellenz Vortrag zu erstatten. Ich darf mir vorbehalten, auf die Einzelheiten dieser Probleme mündlich zurückzukommen,[1] wenn ich, wie ich hoffe, in nächster Zeit den Vorzug haben werde, Euere Excellenz in Berlin zu sprechen, wohin ich am 30. d[ieses] M[onats] für einige Tage zu reisen beabsichtige.

Die zuversichtliche Beurteilung der militärischen und politischen Lage, die ich zu meiner Freude in Euerer Excellenz Schreiben zum Ausdruck gebracht fand, teile ich vollkommen – die neuerlichen, glänzenden Erfolge im Osten, die bewunderungswürdige Haltung unserer Truppen und die hervorragenden Leistungen unserer Flotte lassen keinen Zweifel aufkommen, dass der Sieg – wenn auch nach langem, heissem Ringen – endlich doch unser sein wird.

gez. Graf Hertling.[2]

---

1 Bei der Antrittsaudienz des neuen preußischen Gesandten in Bayern, Wilhelm von Schoen, am 15. August 1914 hatte Ludwig III. eine Vergrößerung Bayerns um Teile Elsaß-Lothringens, das Verschwinden Belgiens und die deutsche Rheinmündung verlangt. Hertling erlegte dem erfahrenen Diplomaten sogleich Diskretion auf, an die sich Schoen aber Bethmann gegenüber nicht hielt. (Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 333 f.; Geheime Aufzeichnung Hertlings, Frankfurt a. M. u. München 28. August 1914). – Wilhelm Freiherr von Schoen (1851–1933), geb in Worms, 1877 Eintritt ins AA, mehrere Stationen im Ausland, 1900 Gesandter in Kopenhagen, 1905 in St. Petersburg, 1907 Staatssekretär des AA, 1910–1914 Botschafter in Paris. Werk: Erlebtes. Beiträge zur politischen Geschichte der neuesten Zeit, 1921.

2 Brief mit Sichtvermerk Stengels. Paul Freiherr von Stengel (1877–1943), geb. in München, dort Jurastudium, 1899 Vorbereitungsdienst, 1902–1903 bei der Reichsbank in Berlin, 1903–1906 Praktikant im Reichsamt des Innern, 1906 Assessor, 1908 Bezirksamtsassessor in Erding, 1910 im bayerischen Staatsministerium des Äußern, 1912 Legationssekretär, 1916 Legationsrat, November 1917–Januar 1918 mit Hertling in Berlin, 1918 Geheimer Legationsrat, 1919 Ministerialrat, 1927 Geheimer Rat im Rang eines Ministerialdirektors, ab Mai 1933 in der neu gegründeten Staatskanzlei tätig, 1942 Ruhestand. Schärl, S. 340; Zedler, Bayern und der Vatikan, S. 58.

26

Karl von Hertling an Georg von Hertling
Doingt bei Péronne,[1] 1. Dezember 1914

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 26, f. 7–8)

Mein liebster Papi!

Heute sind es 4 Monate seit der Kriegs-Erklärung, unterdessen hat die ganze Welt das Brennen angefangen und noch ist kein Ende dieses gewaltigsten Ereignisses der Neuzeit zu übersehen. *Er glaubt fast, dass die Gegner inzwischen die Entfesselung des Weltkriegs bedauern, weil der nicht nach ihren Erwartungen verlief;* ich sage aber mir, daß für uns der Moment nicht hätte günstiger sein können, da man wohl nie mit einer derartig finanziellen Kraft Deutschlands, mit einer so beispiellosen Einmütigkeit und Begeisterung bei uns gerechnet hat. Und es war auch die höchste Zeit für uns Deutsche, daß der Krieg kam; abgesehen von der nationalen Einigung, abgesehen von dem Verschwinden des Parteigeistes denke ich dabei an unsere militärische Kraft-Entfaltung. Noch lebt bei uns Gott sei Dank: der heldenmütige, furchtlose Offensiv-Geist, der an uns im Frieden groß gezogen wurde, und der sich bei uns Bayern immer wieder in richtiger echter bayrischer Rauflust zeigt; noch gehen unsere Truppen, vor allem die brave Infanterie mit unerschütterlicher Bravour zum Sturme vor. Noch herrscht jene eiserne Disciplin und jenes Vertrauen der Soldaten auf ihre Offiziere und Führer, das allein zum Siege führt, und kostet es auch noch so viel Opfer. Aber ich bin fest überzeugt: Hätte der Krieg noch ein Menschenalter auf sich warten lassen – gekommen wäre er ja doch – eine derartige Stoßkraft wie heute hätte die deutsche Armee nach noch mal 30 Jahren nicht mehr gehabt; wir hätten es dann vielleicht wie die Franzosen zu einer hervorragend entwickelten und mit Hilfe der Technik raffiniertesten Defensive gebracht, und eine Belagerung von Deutschland wäre das Facit des Krieges gewesen, so wie wir heute Frankreich belagern; aber mehr wie das wäre nicht mehr herausgekommen. Und das liegt meines Erachtens daran, daß die moralische Kraft unseres Volkes noch so hoch über der unserer Gegner steht; wir kämpfen noch um Ideale, die Triple-Entente kämpft um Gold und Reichtum. Bei uns kämpft jeder Mann um den Sieg, um seine Heimat, »grünumlaubt«, um seinen Herd, seine Familie, der Franzose kämpft wie der Russe stumpfsinnig, weil er eben muß; daher bei ihm keine Offensive, kein Geist nach vorwärts, er geht nur soweit vor, als er vorgetrieben und vorbefohlen wird […]. Es fehlt ihm der moralische Elan, das »mit Gott,für König und Vaterland«, das bei uns Gottlob kein leerer Spruch ist, sondern für jeden Soldaten noch etwas vorstellt. […] Nur damals beim IX Res[erve] Korps, als wir die Kämpfe bei Lassigny hatten,

1 Orte in der Picardie, Departement Somme.

war ich ein wenig erschüttert in meinem felsenfesten Zutrauen zu uns; da lief der Karren für ca. 14 Tage bei diesem Korps etwas mau. Aber die Preußen haben schon gleich gewußt, daß es nur an einigen hohen und höheren Führern lag, sie sezten [!] mit der großen Säge an, daß es nur so schnarrte, und da war bald wieder alles in beste Ordnung gebracht. *Wegen der enttäuschenden militärischen Leistungen der Österreicher, für die die Führer verantwortlich sind, nicht die sehr gute Truppe, können die Russen ihre Hauptmacht gegen uns wenden.* Nun, unser Hindenburg wird die Sache schon machen! […] Für heute addio, grüße das ganze Haus und sei selbst 1000 mal gegrüßt von Deinem treu gehorsamen Sohn[2]

Karl.

2 Die Antwort auf diesen Brief ging auf Karls politische Ideen nicht weiter ein. Siehe unten Nr. 30.

27

Georg von Hertling an Anna von Hertling
Berlin, 2. Dezember 1914

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 22, f. 26–27)

Liebe Anna!

Du willst natürlich einen Brief von mir haben, und so versuche ich, ob ich jetzt, noch vor dem ersten Frühstück damit zu Stande komme. Unsre glückliche Ankunft ist Dir hoffentlich noch am Abende gemeldet worden, Auftrag dazu hatte ich gegeben. Mitz und Henni kamen, wie verabredet, gleich am andern Morgen. Mitz war von ihrem diesmaligen Aufenthalte in Darmstadt recht befriedigt, und Henni sieht nicht einmal so angegriffen aus, wie man bei seiner täglichen großen Anstrengung erwarten könnte. Gestern Nachmittag fuhr ich nach Steglitz, wo mich die drei Kleinen[1] sofort mit lautem Jubel empfingen. Toni hat sich tüchtig heraus gemacht, sie ist viel hübscher geworden und hat einen sehr lieben Ausdruck. Mit Annarose[2] kann man sie gar nicht vergleichen, der Unterschied ist zu groß. Was deutliches und korrektes Sprechen betrifft, ist ihr die jüngere Cousine bedeutend über. Bubi ist weniger hübsch geworden, darin hatte Mitz recht, aber sonst ganz der alte, oder vielmehr so, wie er jetzt nach einem Jahre sein mußte. Am nettesten, wenn man ihn allein hat, weil er dann nicht so wild herumtollt. Ich war kaum im Zimmer, als er mir sofort ein vielstrophiges patriotisches Gedicht mit großer Begeisterung aufsagte. Hans Karl ist viel stiller, eher maulfaul und wirklich schöner, als man es sich für einen Buben wünschen kann. Zutunlich war er aber auch. Die beiden Mädchen waren gleichfalls recht lieb und nett, namentlich Maria.[3] Mitz ist aber recht zufrieden mit ihnen. Ich blieb zum Abend dort, Henni kam gegen halb neun, war aber nachdem er gegessen hatte, ganz mitteilsam.

Gesprochen habe ich natürlich schon eine Menge Leute zumal im Reichstag, wo ich am Vormittag war. Dort hatte ich auch die erste Unterredung mit dem Reichskanzler,

1 Antonie (Toni) von Weitershausen, geb. 1912; Georg (Bubi), geb. 1908; Hans-Karl, geb. 1910. Im Februar 1918 wurde noch der Sohn Joseph geboren, den Maria Gisberta (Mitz) in der Bedrängnis des Kriegsendes kurzerhand mit Töchterchen Antonie und Kindermädchen nach Ruhpolding schickte. https://www.macfamilytree.com/GvHertling/Georg%20Hertling%Nachfahren/languages/de/index.html (23.5.2018).

2 Tochter Karls und Giulias von Hertling, geb 1912.

3 Aus der Ehe mit Maria Werle (geb. 1880), hatte Heinrich von Weitershausen zwei Töchter: Maria, geb. 1904, und Gabriele, geb. 1906.

der übrigens wieder ganz fest zu sitzen scheint.[4] Es war namentlich Bülow[5], der gegen ihn intrigirte, der aber nun nach Rom abgeschoben werden soll. Man nimmt an, daß er dann definitiv erledigt sein wird. Mit dem Kanzler konnte ich natürlich nicht gleich tief in alle Zukunfts-Probleme hineinsteigen, doch ergab sich eine gute Gelegenheit, ihm zu sagen, daß Bayern nicht leer ausgehen dürfe. Heute Abend kommt er zum Diner hierher, dann werde ich eingehender mit ihm sprechen können. Sehr interessant war mir eine Unterredung mit dem Unterstaatssekretär Zimmermann[6], der als die tüchtigste Kraft im Ausw[ärtigen] Amt gilt, und dessen Anschauungen sich vielfach mit den meinen berührten[7]. Ihm sagte ich, daß ich wünschte, zu den Friedensverhandlungen zugezogen zu werden, und er schien dies ganz in der Ordnung

4 Am 1. Dezember nahm Hertling an der Beratung der »freigebildeten Kommission« oder »Freien Kommission« teil, die anhand einer dem Reichstag vorgelegten Denkschrift die durch den Krieg verursachten sozialen, wirtschaftlichen und innenpolitischen Fragen erörterte (Schulthess 55, NF 30 [1914/I], S. 441). Die Eröffnung Bethmanns habe resigniert und gezwungen gewirkt. Beim darauffolgenden Gespräch, zu dem Bethmann ihn gebeten habe, seien sie beide der Meinung gewesen, dass zu Kriegsende, »soweit Deutschlands Wille maßgebend sein werde, kein Kongreß stattfinden, sondern die Friedensverhandlungen zwischen den kriegführenden Mächten geführt werden sollten. Hiebei würden Deutschland und Oesterreich-Ungarn gemeinsam handeln, wie dies auch durch den Bündnisvertrag festgelegt ist«. Für die von Bethmann gerühmten Verdienste der bayerischen Armee habe er eine Entschädigung Bayerns beim Friedensschluss verlangt. Mit Zimmermann, der entschiedener auftrete als der Reichskanzler, halte er die »nicht im Sinne der Flaumacherei« gehaltene Erklärung der SPD, die Scheidemann Zimmermann übergeben habe, für hinnehmbar. Zimmermann scheine den Sinn von Bülows Mission nach Italien, von der er sich keinen besonderen Erfolg verspreche, in dessen Entfernung aus Berlin zu sehen, wo Bülow gegen Bethmann intrigiere. Der Unterstaatssekretär habe ihm zugestimmt, »als Ministerpräsident des zweitgrößten Bundesstaates« an den Friedensverhandlungen teilzunehmen. Aufzeichnung Hertlings, Berlin 1. Dezember 1914. BayHStA, MA 962, S. 99 f., Druck: Deuerlein, Bundesratsausschuss, S. 323–325.

5 Bernhard Fürst von Bülow (1849–1929), geb. in Klein-Flottbek, Jurastudium, kurz im aktiven Militärdienst (1871 Leutnant), 1872 Referendarexamen, Verwaltungsdienst in Metz, dann Eintritt ins AA, Legationssekretär, 1877 Geschäftsträger in Athen, 1878 Botschaftssekretär in Paris, 1884 Botschaftsrat in St. Petersburg, 1888 Gesandter in Bukarest, 1893 Botschafter in Rom, 1897 Staatssekretär im Auswärtigen Amt, 1900–1909 Reichskanzler und Preußischer Ministerpräsident, 1906–1918 Mitglied des Preußischen Herrenhauses. Winzen.

6 Arthur Zimmermann (1864–1940), aus Marggrabowa (Ostpreußen), bürgerlicher Herkunft, nach Jurastudium 1887 Eintritt in die Verwaltungslaufbahn, ab 1893 im Auswärtigen Dienst, 1896–1899 Vizekonsul in Shanghai, 1899–1900 kommissarischer Leiter der Konsulate Kanton, Hongkong und Tientsin, 1902 Hilfsarbeiter der Abteilung II (Handelspolitik) im Auswärtigen Amt, 1903 Wirklicher Legationsrat und Vortragender Rat, 1910 Wirklicher Geheimer Legationsrat, Dirigent der Abteilung I A (Politik) 1911–1916 Unterstaatssekretär, 1914 Wirklicher Geheimer Rat (Exzellenz), November 1916–August 1917 Staatssekretär des AA. Die »Zimmermann-Depesche«, in der ein Bündnis Deutschlands mit Mexiko und Japan vorgeschlagen war und die den Kriegseintritt der USA zur Folge hatte, war nicht von ihm verfasst und aus Versehen abgeschickt worden. Vgl. Rosenberg, Korrespondenzen, S. 31, 107–109.

7 In der von der Tochter Anna Hertling gefertigten masch. Kop. (AGG, Nr. 4) steht, statt »berührten« »deckten«.

zu finden. Von Abgeordneten habe ich bisher länger nur mit Erzberger[8] gesprochen, aber viele Freunde begrüßt, was mir eine herzliche Freude war. – Morgen Abend will mich Max[9] haben […].

Alles Liebe für Dich
Dein tr[euer] GvH

8 Matthias Erzberger (1875–1921), geb. in Buttenhausen, Sohn eines Schneidermeisters, Lehrerausbildung, Schulungskurse, Studium an der Universität Fribourg, 1896-1903 Redakteur des Deutschen Volksblatts in Stuttgart, Arbeitersekretär, 1899 Mitgründer der Christlichen Gewerkschaften, historische und publizistische Arbeiten, 1903–1918, 1920–1921 Mitglied des Reichstags (Zentrum), 1919–1920 der Nationalversammlung, im Weltkrieg Organisator der Zentralstelle für Auslandsdienst, Oktober 1918 Staatssekretär ohne Ressort, Vorsitzender der Waffenstillstandskommission, Unterzeichner des Waffenstillstands am 11. November 1918, Februar 1919 Minister ohne Ressort, als Finanzminister und Vizekanzler Juni 1919–März 1920 führte er die reichseinheitliche Finanzreform durch, schwere Rufschädigung aufgrund nationalistischer Angriffe im Prozess mit Karl Helfferich, der wegen »übler Nachrede« glimpflich verurteilt wurde, 1921 von zwei ehemaligen Marienoffizieren bei Griesbach im Schwarzwald während eines Urlaubs erschossen.

9 Maximilian Freiherr von Biegeleben (1859–1945), geb. in Darmstadt, Gerichtsassessor, Leutnant, 1882 Eintritt in den Dienst des Großherzogtums Hessen, 1894–1899 Vortragender Rat, Oberfinanzrat, 1899–1911 Ministerialrat, Vorsitzender der Bauabteilung im hessischen Finanzministerium, 1911 Wirklicher Geheimer Rat, A.o. Gesandter und Bevollmächtigter Minister Hessens beim Bundesrat, 1919–1927 beim Reichsrat in Berlin, Dr. Ing. h.c. Er war Sohn von Maximilian von Biegeleben (1813–1899) aus der hessischen Linie des westfälischen Geschlechts Byggeleven (seit 1432), hessischer Geheimer Rat, Präsident des Finanzministeriums von Hessen-Darmstadt, 1874–1878 Mitglied des Reichstags (Zentrum), verheiratet mit Emma Elisabeth von Biegeleben (1817–1893). Hessische Biografie LAGIS (25.2.2018); Genealogisches Handbuch, Freiherrliche Häuser B, Bd. 1, S. 31 f.

28

Aufzeichnung Georg von Hertlings
Berlin, 2. Dezember 1914

(masch. Kop.; BayHStA, MA 962, S. 101–104; Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld,[1] S. 358–359)

Ich hatte heute eine längere Unterredung mit dem Führer der preußischen Konservativen, Herrn von Heydebrand[2]. Er betonte gleich mir, daß wir durchhalten müssen und daß keine Flaumacherei zugelassen werden darf.

Ernste Sorgen hat Herr von Heydebrand wegen der Zukunft der Konservativen Partei. Er ist entsetzt über die den Sozialdemokraten bei verschiedenen Anlässen gemachten überflüssigen Avancen, durch die die Stellung der Regierung jetzt schon eingeengt und festgelegt wird. Sehr interessant war mir, wie entschieden Herr von Heydebrand den föderativen Gesichtspunkt in Zusammenhang mit den Interessen der konservativen Partei brachte. Hieraus erklärte sich auch die entschiedene Art, in der er meiner Anschauung zustimmte, daß die Bundesstaaten bei der künftigen Gestaltung der Dinge mitzureden hätten.

Preußen, erklärte er weiter, muß in seiner Eigenart erhalten werden: zu dieser Eigenart gehöre die politische Prävalenz der besitzenden und gebildeten Klassen. Ein demokratisiertes Preußen würde dem demokratischen Reichstag gegenüber keine Widerstandskraft mehr besitzen.

Zum Schluß bat mich Herr von Heydebrand dringend, auch Seiner Majestät dem König diesen Gesichtspunkt gelegentlich vorzutragen, und Seine Majestät womöglich zu bestimmen, in diesem Sinne mit dem Kaiser zu reden.

Ich hatte gestern bei dem vom Grafen Lerchenfeld in der Gesandtschaft gegebenen Diner eine fast einstündige Unterhaltung mit dem Reichskanzler. Es wurde eine große Anzahl der Fragen erörtert, die Herrn von Bethmann-Hollweg zur Zeit beschäftigen. Wir verabredeten, uns über die Gegenstände, die speziell Bayern betreffen, unter vier Augen noch einmal besonders auszusprechen.

Der Kanzler ist, wie seine Rede im Reichstag, die wesentlich anders, und entschiedener gehalten war, wie jene in der Kommission, bewies, tatsächlich guter Zuversicht. Er erkannte aber an, daß die oberste Leitung auf dem westlichen Kriegsschauplatz zu wünschen übrig lasse. Von Falkenhayn hatte er besseres erwartet. Ludendorf, den

---

1 Unkommentierter Druck.

2 Ernst von Heydebrand und der Lase (1920 Lasa) (1851–1924), geb. in Militsch (Schlesien), Dr. jur. (Jena), Kriegsfreiwilliger 1870/71, 1878 Assessor im preußischen Verwaltungsdienst, 1883–1895 Landrat von Militsch, Gutsbesitzer, 1889–1918 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses (1906–1918 Fraktionsvorsitzender, 1911–1918 Vorsitzender der Deutschkonservativen), 1903–1918 Mitglied des Reichstags, Annäherung an das Zentrum bei der Reichsfinanzreform und in Fragen des Föderalismus (1914), Gegner Bethmanns und der Wahlrechtsreform in Preußen, Befürworter scharfer Kriegführung bei Distanz zu den Alldeutschen.

ich nachdrücklich in Vorschlag brachte, sei zur Zeit im Osten nicht zu entbehren. Der Kanzler scheint zu hoffen, daß dort in Bälde ein großer und durchschlagender Erfolg kommt und daß damit die Entscheidung für die Gesamtlage fallen wird.

Der Kaiser hält sich, wie Herr von Bethmann-Hollweg hervorhebt, sehr zurück.

Von der militärischen Lage wendet sich der Kanzler zum Friedensschluß. Er hofft, zunächst mit Rußland ins Reine zu kommen, und ist in diesem Falle geneigt, auch mit Frankreich getrennt Frieden zu schließen, selbstverständlich erst, wenn beide Mächte an ihn herantreten. Er glaubt die Verantwortung nicht übernehmen zu können, ein Friedensangebot dieser beiden Mächte abzulehnen, und ist der Meinung, daß unsere Stellung England gegenüber dadurch denkbar günstig würde. Gegen dieses allein muß der Kampf dann weitergeführt werden.

Wir kamen in diesem Zusammenhang auch auf unser Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn zu sprechen. Herr von Bethmann-Hollweg betonte, daß unser Bundesverhältnis zu Oesterreich-Ungarn ein vitales Interesse für uns bedeute, daß man aber auch nicht verkennen dürfe, daß eben dieses Verhältnis uns die Feindschaft mit Rußland gebracht hat.

Die eventuelle Neugestaltung der Dinge in Belgien beschäftigt den Kanzler in hohem Grade. Er will nach wie vor keine Annexion, sondern Schaffung eines Verhältnisses, das Belgien militärisch und wirtschaftlich in möglichste Abhängigkeit von Deutschland bringt. Speziell gelte dies vom Hafen von Antwerpen.[3]

Ich lenkte mit dem Bemerken, daß Bayern selbstverständlich in hohem Maße an der zu erwartenden Regulierung unserer Grenzen interessiert sei, die Aufmerksamkeit des Kanzlers auf die noch immer ungelöste Frage der Schaffung eines Zusammenhanges zwischen dem rechts- und linksrheinischen Bayern.[4] Die Tatsache,

3 Der Stellvertreter des Reichskanzlers D[elbrück] (an Bethmann Hollweg, Berlin 30. Oktober 1914. BArch, R 43/2398, f. 263–276, 272–273) warnte entschieden vor einer Annexion Belgiens mit der Aussicht auf eine Neuauflage der Schwierigkeiten, die Elsaß-Lothringen mache, dachte aber an eine wirtschaftliche Durchdringung, eine Verbindung der flämischen Küste mit Preußen und eine Abgabe Südbelgiens an Frankreich. – Clemens (ab 1916 von) Delbrück (1856–1921), aus Halle (Saale), Jurastudium, 1882 Regierungsassessor in Marienwerder, 1885 Landrat des Kreises Tuchel, 1891 Regierungsrat beim Oberpräsidium Westpreußens, 1896 Oberbürgermeister von Danzig, 1902 Oberpräsident der Provinz Westpreußen, 1905 preußischer Minister für Handel und Gewerbe, 1909–1916 Staatssekretär des Innern und Stellvertreter des Reichskanzlers, 1914 Vizepräsident des Preußischen Staatsministeriums, 1916 Rücktritt von seinen Ämtern, im Herbst 1918 (letzter) Chef des Geheimen Zivilkabinetts des Kaisers, 1896–1902 Mitglied des Preußischen Herrenhauses (Neue Fraktion), 1919–1920 der Weimarer Nationalversammlung, 1920–1921 des Reichstags (DNVP). Delbrück verfolgte als eigentlicher Leiter der Innenpolitik des Reiches eine von den christlichen Gewerkschaften und einzelnen Sozialdemokraten unterstützte aktive Sozialpolitik und war moderaten Parlamentarisierungsbestrebungen gegenüber aufgeschlossen. Innerhalb der DNVP zählte der zuvor überzeugte Monarchist nach 1918/19 zum linken, die Mitarbeit im republikanischen Staat bejahenden Flügel. Gerhard A. Ritter, Delbrück, Clemens von, in: NDB 3 (1957), S. 575 f.; Steinbach u. Dathe, S. 132–145.

4 Artikel 5 des Vertrags von München zwischen Österreich und Bayern vom 14. April 1816 stellte eine direkte Verbindung zwischen der linksrheinischen Pfalz und Bayerns am Main gelegenen Gebieten in Aussicht, die im Einverständnis mit den betreffenden Regierungen festzulegen war.

daß Oesterreich-Ungarn heute noch an uns jährlich 100.000 Gulden Contiguitätsentschädigung zahlt,[5] war dem Kanzler unbekannt. Der Gedanke, wir könnten die Herbeiführung des Zusammenhanges unseres Gebietes auf dem Wege eines Gebietsaustausches mit Baden anstreben, war für den Kanzler geradezu erschreckend und er bat dringend, davon abzusehen. Ich gab meinerseits zu, daß sich Baden schwerlich auf einen Gebietsaustausch einlassen werde, und daß vom grundsätzlichen Standpunkt aus derartige Verschiebungen im Bundesgebiet ihre mißliche Seite hätten. Ich wies aber mit Nachdruck darauf hin, daß dann eben Bayern in anderer Weise eine Entschädigung erfahren muß.

Heute früh waren die elsäßischen Abgeordneten Haus[6] und Rickling[7] bei mir. Sie sind der Anschauung, daß die feste Absicht besteht, nach dem Krieg die staatsrechtliche Form der Reichslande aufzugeben, und an die Angliederung des Landes an verschiedene Bundesstaaten heranzutreten. In Lothringen sei man für die Annexion durch Preußen tätig. Dies liege darin, daß die wichtigsten Eisen- und Kohlengruben im Besitze preußischer Industrieller sich befinden.[8] Das Elsaß seinerseits wolle, und zwar in seiner Gesamtheit, an Bayern kommen. Eine Teilung des Elsaß in Ober- und Unter-Elsaß sei untunlich, nicht zuletzt mit Rücksicht auf die engen wirtschaftlichen und verwandtschaftlichen Beziehungen, in denen die Elsässer untereinander stehen. Abgeordneter Rickling [!] wies noch ausdrücklich auf das konfessionelle Moment hin. Elsaß sei, wie Bayern, ein überwiegend katholisches Land. Es sei dazu monarchisch gesinnt. Auf meine Frage, was Baden dazu sagen würde, erwiderten die beiden Abgeordneten, daß die Elsässer von Baden durch alte, hauptsächlich in der Stammesart begründete Gegensätze getrennt seien, und daß sie unter keinen

5 In den Geheimartikeln 3–4 des Vertrags von Ried vom 8. Oktober 1813 und dem Münchener Vertrag vom 14. April 1816 (Geheimartikel 4) wurden Bayern für den Verzicht auf einen Gebietsausgleich, eine Landbrücke (Contiguität) zur wiedergewonnenen linksrheinischen Pfalz bzw. den Wittelsbacher Stammlanden, jährlich 100.000 Gulden Contiguitätsentschädigung zugesichert. Freundlicher Hinweis von Prof. Dr. Rainald Becker.

6 Karl Hauss (1871–1925), geb. in Brumath bei Straßburg, Missionsschule, Banklehre, 1894 Redakteur des Elsässer, 1900 des Elsässer Volksboten, 1906 Sekretär der Elsaß-Lothringischen Zentrumspartei, Publikationen zur Verfassungsreform in Elsaß-Lothringen, Theaterdichter, 1891–1908 Mitglied des Gemeinderats von Dammerkirch, 1898–1903, 1907–1918 des Reichstags, 1911–1918 des Landtags von Elsaß-Lothringen, Oktober–November 1918 Staatssekretär für Elsaß-Lothringen. Fehrenbach, Vorstandsmitglied der Zentrumsfraktion, urteilte herablassend über »die Elsässer Mitglieder unserer Fraktion« und nannte Hauss »eine verkrachte u. verlogene Schauspielerexistenz«. Fehrenbach an Hertling, Freiburg i. Br. 7. Juni 1911. AGG, Nr. 4.

7 Georg Eugen Ricklin (1862–1935), geb. in Dammerkirch, 1888 Dr. med., Arzt, Oberarzt und Sanitätsrat, 1898–1908 im Gemeinderat von Dammerkirch, 1903–1918 Mitglied des Reichstags, 1911–1918 des Landtags von Elsaß-Lothringen (Präsident), Vorsitzender der Elsaß-Lothringischen Zentrumspartei, November–Dezember 1918 Präsident des von ihm proklamierten Nationalrats, 1919–1920 in Frankreich interniert, aus Elsaß-Lothringen ausgewiesen, Rückkehr 1928, wegen Hochverrrats verurteilt, 1931 rehabilitiert. Haunfelder, S. 243.

8 Vgl. über die Interventionen aus der Großindustrie bei Reichsstellen E. Volkmann, Annexionsfragen, S. 36.

Umständen an Baden fallen wollten. Wenn die Reichslande an die beiden größten Bundesstaaten fallen würden, dann würden andererseits auch die anderen Bundesstaaten sich nicht beklagen können.

29

Georg von Hertling an Anna von Hertling
Berlin, 3. Dezember 1914

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 22, f. 28–29)

Liebe Anna!

[…] Die Tage hier sind sehr okkupirt, es geht fast wie in München, ein Besuch gibt dem andern die Türe in die Hand. In der gestrigen Reichstagssitzung sprach der Kanzler vortrefflich, er hatte einen sehr guten Tag.[1] Der übrige Verlauf war aber recht unbefriedigend, während der langen Einladungsrede des Präsidenten Kämpf[2] lagerte sich eine Langweiligkeitsatmosphäre über die Versammlung, die noch intensiver wurde bei nicht enden wollenden geschäftlichen Mitteilungen. Die Sozialdemokraten spielten erfreulicherweise eine recht dumme Rolle, dagegen machte Spahn, der im Namen der bürgerlichen Parteien eine kurze Erklärung abgab, seine Sache gut. Vor und nach der Sitzung bewegte ich mich unten im Saal und begrüßte eine Menge alter Bekannter und Freunde, darunter auch Galen. Am Abend war hier Diner à 12 Personen, ausgezeichnet wie immer. Nach demselben setzte sich Bethmann mit mir in ein anderes Zimmer, wo wir uns fast eine Stunde unterhielten. Heute Vormittag gehe ich noch einmal zu ihm.[3]

Meine Abreise habe ich nun bestimmt auf morgen, Freitag, Abend festgesetzt. Der Zug kam früher um 7 Uhr 24 in München an. […] Es ist recht interessant hier und es war gewiß gut, daß ich gekommen bin, aber ich freue mich doch, wenn ich erst wieder zu Hause sein werde. Mit vielen Grüßen an Dich und die Kinder

von Herzen Dein tr[euer] GvH

---

1 Vgl. Schulthess 55, NF 30 (1914/I), S. 433–438.

2 Johannes Kaempf (1842–1918), geb. in Neuruppin, Handlungsgehilfe, Prokurist, 1867 Bankdirektor in Halle an der Saale, 1871–1899 in Berlin, 1903–1918 Präsident der Kaufmannschaft von Berlin, 1905 Präsident des Deutschen Handelstages, mehrere Vorstands- und Aufsichtsratsposten, sehr vermögend, 1890 Stadtrat von Berlin, 1901 Stadtältester, 1903–1918 Mitglied des Reichstags (Freisinnige Volkspartei, seit 1912 Fortschrittliche Volkspartei), 1912 Reichstagspräsident.

3 Hertlings Aufzeichnung des Gesprächs v. 3. Dezember: Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 360 f. Bethmann trug vor, die Teilung der Reichslande zwischen Bayern und Preußen trete hinter dem Ziel der »Germanisierung« zurück, die eventuell durch Anwendung des (durch Reichsgesetz einzuführenden) Diktaturparagraphen zu fördern sei. Eine Annexion Belgiens befürworte er »zur Zeit« nicht. »Er wies darauf hin, im Falle einer Besitznahme Belgiens durch Preußen mindestens 60 belgische Abgeordnete im preußischen Landtag erscheinen würden, was er als höchst unbequem anzusehen scheint«. Bethmann sagte die Beteiligung Hertlings an Friedensverhandlungen zu, erwog kleine Grenzregulierungen gegenüber Frankreich und Russland und war sich mit Hertling einig, keine deutsche Botschaft beim Hl. Stuhl und auch keine Nuntiatur in Berlin einzurichten.

30

Georg von Hertling an Karl von Hertling
München, 15. Dezember 1914

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 26, f. 34–36)

Lieber Karl!

Daß Du so fleißig an Lily schreibst, kommt natürlich auch uns zu gut. Wir erfahren so fast täglich und auf wenige Tage zurück, wie es Dir geht und was Du treibst. Gott sei Dank, daß Du bisher vor Schlimmem behütet worden bist. Eine besondere Freude ist es für Mama und mich jedesmal, wenn wir ein direktes Lebenszeichen von Dir bekommen. So danke ich Dir auch wieder herzlichst für Deinen Brief vom 1. d[ieses] M[onats]. Ich hatte längst vor, Dir zu schreiben und von Berlin zu erzählen, bin aber bis heute nicht dazu gekommen. Vor meiner Abreise waren allerhand unerfreuliche Gerüchte hierher gedrungen, an den maßgebenden Stellen herrschten die Flaumacher, der Reichskanzler wackele, fühle sich selbst nicht sicher u.s.w. Das alles habe ich glücklicherweise in Berlin nicht bestätigt gefunden. Der König hatte mich beauftragt, es als seine Auffassung auszusprechen, daß unter allen Umständen durchgehalten werden müsse, und die furchtbaren Opfer nicht umsonst gebracht sein dürften. Die gleiche Auffassung begegnete mir aber auch dort und sie trat ja auch deutlich in der großen Rede hervor, welche der Reichskanzler im Reichstage hielt.[1] Er hatte einen sehr guten Tag, und die Rede war die beste Widerlegung all des dummen Geschwätzes. Ich hatte mit ihm drei Unterredungen, darunter zwei längere und war bemüht, das bayerische Interesse nachdrücklich zur Geltung zu bringen. Den Anlaß dazu gab mir Bethmann selbst, als er gleich das erste Mal die hervorragende Leistung der bayrischen Truppen hervorhob. Etwas Bestimmtes über die zukünftige Gestaltung der Dinge läßt sich ja natürlich zur Zeit noch nicht ausmachen. Sehr interessant war mir auch eine Unterhaltung mit Tirpitz, der sich seit Jahren besonders eingehend mit den Engländern und der englischen Politik beschäftigt hat. Er meinte, es sei ein Unsinn, wenn man auf unsrer Seite die Vernichtung Englands als Ziel bezeichne. Worauf es ankomme, sei, daß umgekehrt die Engländer zur Ueberzeugung kämen, uns nicht vernichten zu können. Dann würden sie eine weitere Fortsetzung des Kriegs für ein schlechtes Geschäft halten und sich mit uns zu arrangiren suchen. Daß sie auf ihre Verbündeten dabei keinerlei Rücksicht nehmen werden, ist ja mit voller Sicherheit zu erwarten. Auch meinte Tirpitz einige, wenn auch zunächst nur kleine Anzeichen dafür zu besitzen, daß die Engländer einsehen,

1 Gemeint ist die Rede vom 2. Dezember, in der Bethmann den Einmarsch in Belgien rechtfertigte, Englands Kriegseintritt scharf kritisierte und zum Durchhalten aufrief.

sie hätten sich in uns verrechnet, sowohl was unsre miltärische, als namentlich, was unsre militärische Stärke betrifft [!].

Was die militärische Lage betrifft, so bahnte sich damals in Berlin die Meinung an, die jetzt, glaube ich, allgemein verbreitet ist: die erste Entscheidung wird im Osten fallen. Hindenburg und Ludendorff[2] sind, wie der Großadmiral sagte, »große Leute«, und zum Glück ist jetzt auch die erfolgreiche Kooperation mit den Östreichern gesichert. Dies ist insbesondere auch dadurch erreicht worden, daß man ihre ganze Front mit deutschen Truppen durchsetzt und sich dadurch gegen die Verräterei der einen und die Schlappheit der andern gesichert hat. Das bedeutet das »Schulter an Schulter«, wovon die amtlichen Depeschen sprechen. Nach allem was man hört, was ich noch gestern hörte, sind die Aussichten dort jetzt wirklich gute, ohne daß man aber schon einen bestimmten Termin für die erwartete Entscheidung, die in einer katastrofalen Niederlage der russischen Armee bestehen muß, angeben könnte. Inzwischen zeigen die ungeheueren und noch immer wachsenden Zahlen der Gefangenen, daß die Widerstandskraft derselben zu wanken beginnt. Ist aber der Zusammenbruch wirklich erfolgt und macht Rußland Miene Friede schließen zu wollen, so wird man das von unserer Seite nicht von vornherein ablehnen. Denn, wie man und, wie ich glaube, richtig annimmt, wird dann Frankreich dem Beispiele bald nachfolgen. Wenn nicht, so wird das Verhalten Rußlands die Möglichkeit bieten, die erforderlichen Truppen samt den beiden ruhmbedeckten Strategen nach dem Westen hinüberzuschieben und die Sache auch dort einem guten Ende entgegenzuführen. Dann muß England sich entscheiden, und dann wird ihm wohl auch die oben bezeichnete Einsicht kommen. Mit diesen Ausführungen verrate ich keine Geheimnisse, Du wirst Dir ja wohl aber auch die Leute aussuchen, mit denen Du darüber sprichst, und vor allem darf man aus solchen Zukunftsgedanken keine Kriegsmüdigkeit herauslesen wollen, wie sie uns die Gegner nur zu gerne andichten. Auch ist, wenn ich sage, daß man sich russischen und französischen Friedenswünschen gegenüber nicht ablehnend verhalten würde, die Meinung nicht die, daß man den Frieden um jeden Preis akzeptiren oder, wie schon gesagt wurde, es bei einer partie remise bewenden lassen wollte. Die schweren, vom deutschen Volk mit solch opferbereiter Einmütigkeit gebrachten Opfer verlangen einen Siegespreis. Auch dafür bin ich in Berlin mit aller Entschiedenheit eingetreten. Auch hat sich ein anderer Standpunkt mir gegenüber nicht hervorgewagt. Ueber die Friedensbedingungen jetzt Vermutungen aufzustellen, hätte keinen Zweck, nur daß Bayern nicht zu kurz kommen darf, ist klar.

---

2 Erich Ludendorff (1865–1937), geb. in Kruszewnia bei Posen, 1895 Hauptmann im Großen Generalstab, 1913 Regimentskommandeur, 1914 Generalmajor und Brigadekommandeur, im August 1914 Oberquartiermeister der 2. Armee im Westen, entscheidend beteiligt an der Eroberung von Lüttich, August 1914 Generalstabschef der 8. Armee in Ostpreußen unter Hindenburg, August 1916–Oktober 1918 General der Infanterie und Erster Generalquartiermeister unter dem Generalstabschef Hindenburg, 1924–1928 Mitglied des Reichstags (Nationalsozialistische Freiheitspartei), völkische Schriften.

Henni habe ich nicht soviel gesehen, als ich gerne gehabt hätte. Er ist mit Arbeit überlastet, gilt als unabkömmlich und ist es sicher auch, er selbst aber hofft noch immer, wenigstens zum Schlusse, hinaus zu kommen. *Ein junger Bekannter ging kürzlich nach Döberitz ab,* wo während des Krieges die Fahnenjunker aller deutschen Korps abgerichtet werden.

Nun Gott befohlen, lieber Sohn! Möge Dich der Himmel weiter unter seinen gnädigen Schutz nehmen! Mit vielen herzlichen Grüßen, wie immer

Dein tr[euer] Vater

31

Peter Spahn an Georg von Hertling
Frankfurt, 15. Dezember 1914

(eigh. Or.; AGG, Nr. 8)

Exzellenz,

Dr. Pichler[1] hat den Besuch von Zentrumsmitgliedern beim Hl. Vater angeregt, mir ist durch die lange Dauer der Sitzungen der freien Kommission[2] mein Wunsch vereitelt worden, mit Ihnen über diese Frage zu sprechen. Der Krieg und Italiens Haltung läßt mir zurzeit Romreisen ungeeignet erscheinen. Damit sind jedoch Beziehungen zum Hl. Vater nicht ausgeschlossen. Nach Antwerpens Fall[3] hatte ich dem Kardinalstaatssekretär eine Darlegung der Kriegslage nach unserer Auffassung zugeschickt, die er zur Kenntnis des Hl. Vaters gebracht hat und für die mir dieser seinen Dank sagen ließ. Seine Absicht einer Friedenskundgebung zu Weihnachten veranlaßt mich bei Ihnen anzuregen, ob nicht Ihrerseits, Herr Graf, direkt oder durch den Nuntius oder durch den bairischen Gesandten dem Hl. Vater der Dank für seine Friedensbestrebungen und die Bitte um ihre erfolgreiche Fortsetzung insbesondere bei der Geistlichkeit Belgiens, Frankreichs und Italiens bzw. soweit angängig bei den Staatsoberhäuptern ausgesprochen werden könne. Meinerseits jetzt oder nach Weihnachten mit einem derartigen Schreiben zu kommen, erscheint mir anmaßend. Politisch wäre bedeutsam, wenn Salandra[4] bestimmt würde, daß Italiens Heraustreten aus der

---

1 Franz Seraph (1914: Ritter) von Pichler (1852–1927), aus Asenham bei Birnbach (Rottal), 1876 Priesterweihe, Kooperator, 1880 Dr. jur. can. (Rom), 1883 Domvikar der Diözese Passau, 1899 Domkapitular, 1910 Dompropst, Vorsitzender des Domkapitels, 1912 Prälat, 1887 Mitgründer der Niederbayerischen Volkszeitung, 1889 Übernahme der Donau-Zeitung (Passau), 1890 Mitgründer und Schriftführer des Katholischen Männervereins Passau, 1893–1911 Mitglied des Reichstags, 1893–1918 der bayerischen Abgeordnetenkammer, 1912 Vorsitzender von deren Finanzausschuss. Puhane, S. 344–348, 360–364.

2 Die »Freie Kommission« tagte bis 3. Dezember 1914. Schulthess 55, NF 30 (1914/I), S. 441.

3 Antwerpen, durch belgische Truppen und zwei Festungsgürtel gesichert, wurde ab Mitte September belagert und unter Einsatz von 148 Geschützen am 10. Oktober 1914 erobert; der größte Teil der Besatzung entkam nach Westen. Beim schweren Bombardement wurden »alle bedeutenden Gebäude und Kunstgegenstände« geschont. Tagebucheinträge Lynckers v. 9.–11. Oktober 1914. Afflerbach, Kaiser Wilhelm II., S. 176–178. – Moriz Freiherr von Lyncker (1853–1932), geb. in Spandau, 1870 Eintritt in die preußische Armee, 1870 Leutnant nach schwerer Verwundung, Dienst in der Garde, im Generalstab und bei Hof, 1898 Oberst, hohe Truppenkommandos, 1905 Generalleutnant, Juni 1908–Juli 1918 Chef des kaiserlichen Militärkabinetts, Generaloberst, Präsident des Reichsmilitärgerichts. Afflerbach, Kaiser Wilhelm II.

4 Antonio Salandra (1853–1931), Jurastudium, Rechtsanwalt, er lehrte seit 1879 an der Universität Rom zunächst Finanz-, ab 1902 Verwaltungsrecht, 1886–1924 Mitglied der Kammer der Abgeordneten, 1891–1910 Unterstaatssekretär bzw. Minister in Finanzressorts, 1899–1900 Minister für Landwirtschaft und Handel, März 1914–Juni 1916 Ministerpräsident Italiens, zugleich zeitweise

Neutralität nicht zu gunsten der Tripelentente[5] erfolgen werde. Daß Fürst Bülow[6] diesen Erfolg erreicht, erscheint mir ausgeschlossen, ich würde ihn auch lieber dem jungen Pontifikate gönnen.

Da damit zu rechnen ist, daß Frankreich und Belgien oder Belgien zunächst allein sich zu einem Separatfrieden entschließen – Rußland hat seit 100 Jahren keinen erfolgreichen Krieg zu führen vermocht –, so möchte ich zu Ihrer Erwägung vorstellen, ob nicht durch einen geeigneten Verwandten der Königin von Belgien[7] diese zu veranlassen sei, den König Albert[8] dem Gedanken eines Separatfriedens geneigter zu machen. Unter unsern eigenen Süddeutschen sind einzelne Fraktionsmitglieder annexionslüstern, sie möchten damit zugleich eine Aufteilung von Elsaß und Lothringen verbinden, der Elsäßer Hauß erzählt sogar, der Reichskanzler habe ihm und Ricklin gegenüber von der Aufteilung gesprochen, ich halte das für Illusionen. Ich habe daran gedacht, den mir bekannten Kardinal von Mecheln[9] zu besuchen, die Zeit dazu ist aber noch nicht gekommen.

Euer Exzellenz ergebenster
Spahn.

---

auch Außen-, Innen- und Marineminister; er betrieb gegen Widerstände aus der Bevölkerung und dem Parlament den Kriegseintritt Italiens an der Seite der Entente, 1928 Senator.

5 Dreiverband.

6 Im Dezember 1914 wurde Bülow zum Sonderbotschafter (bis Mai 1915) in Rom bestimmt, konnte Italien aber nicht vom Kriegseintritt abhalten.

7 Elisabeth Gabriele in Bayern (1876–1965), aus dem Hause Wittelsbach, Tochter Herzog Carl Theodors in Bayern (1839–1909) und der Infantin Maria Josefa von Portugal (1857–1943), 1900 Hochzeit in München mit dem späteren König Albert I. von Belgien. Im Ersten Weltkrieg vertrat sie konsequent die Interessen Belgiens. Dumont.

8 Albert I. (1875–1934), aus dem Haus Sachsen-Coburg und Gotha, seit 1909 König von Belgien.

9 Désiré-Joseph Mercier (1851–1926), geb. in Braine-l'Alleud südlich von Brüssel, aus belgisch-patriotischem, mittlerem Bürgertum, 1863 Besuch der bischöflichen Seminare in Mecheln, 1873–1877 Studium an der Universität Löwen, Lizenz in Theologie, Philosophielehrer am Kleinen Seminar in Mecheln, 1874 Priesterweihe, 1882 Dr. theol. (päpstliche Verleihung), Berufung auf den neu errichteten Lehrstuhl für thomistische Philosophie in Löwen, 1888 Präsident des von ihm durchgesetzten, auf die Verbreitung der Neuscholastik zielenden Institut supérieur de philosophie, Inspirator der Société philosophique, die seit 1894 die Revue Néoscolastique herausgab, 1906 Erzbischof von Mecheln, Primas von Belgien, 1907 Kardinal, 1926 Staatsbegräbnis; 1918 zur Aussöhnung mit Deutschland bereit. De Volder; Meseberg-Haubold, S. 17–44.

32

Georg von Hertling an Stephan Ehses
München, 25. Dezember 1914

(eigh. Or.; AGG, Nr. 5,3)

Lieber hochverehrter Herr Prälat!

Die guten Wünsche zu den Feiertagen für mich und die Meinigen erwidere ich in unser aller Namen von Herzen. Das Weihnachtsfest behält ja in allen Zeitläuften seinen unvergänglichen Wert, aber daneben hoffen und wünschen wir alle, daß die Friedensbotschaft recht bald über der Erde erschallen möge. Einstweilen müssen wir noch, wie es scheint, eine Zeit lang Geduld haben. Von meinem Sohne hatten wir häufige und bisher immer gute Nachrichten. Wir können nichts tun, als ihn auch weiterhin Gottes Schutz anvertrauen. Mein Schwiegersohn ist vorläufig, weil im Kriegsministerium unabkömmlich, noch in Berlin, und es ist fraglich, ob er seinem Wunsche entsprechend noch in's Feld hinauskommen wird.

Von Herrn Dr. Schäfer habe ich jetzt auch einen Brief erhalten. Er läßt es darin offen, ob er [zum] Januar zu den Arbeiten des Römischen Instituts zurückkehren oder sich während des Kriegs in Deutschland nützlich machen solle. Auch teilt er mir mit, daß er in Folge von Ueberanstrengung nicht mehr felddiensttauglich sei, und meint, ich könne ihm vielleicht einen Wirkungskreis anweisen. Das ist nun leider ein Irrtum, wenn ihm aber, wie Sie schreiben, von anderer Seite zum 1. Januar eine Stelle angeboten würde, so bin ich durchaus dafür, daß er diese annimmt und erst im Herbst in Gottes Namen wieder zum Institut zurückkehrt.

Aus Rom wurde mir berichtet, daß Sie den Vorsitz im Leseverein niedergelegt hätten. Das tut mir leid. Er war bei Ihnen in so guten Händen, die Veranstaltungen hielten das richtige Maß, und ich bezweifle, ob ein eventueller Nachfolger auch den spezifisch bayerischen Wünschen und Interessen so gerecht werden wird. Vielleicht überlegen Sie die Sache noch einmal. Ich halte Ihnen dann auch wieder einen Vortrag, wenn ich das nächste Mal nach Rom komme!! […]

Mit vielen Grüßen, in herzlicher Verehrung
Euer Hochwürden ergebener
Hertling

33

Stephan Ehses an Georg von Hertling
Rom, 30. Dezember 1914

(eigh. Or.; AGG, Nr. 9)

Euer Exzellenz

gütiges Schreiben gibt mir den willkommenen Anlaß, zu meinem Rücktritt vom Präsidium des Lesevereins die Erklärung zu geben. Die Schwierigkeiten begannen im vorigen Jahre bei Gelegenheit des Kaiserjubiläums. Der junge, aber auch jugendlich sehr anmaßende Flottenverein[1] suchte die Feier zu seinem ausschließlichen Vorrechte zu machen und sich als allein berechtigter Vertreter vaterländischer Gesinnung darzustellen. Zugleich setzte der neue deutsche Konsul alle Hebel in Bewegung, um die Feier zu einer großen deutsch–italienischen Verbrüderung zu gestalten, mit dem ausgesprochenen Zwecke, das Vertrauen Deutschlands gegen Italien zu bekunden und der bekannten welschen Schaukelpolitik entgegen zu wirken.[2] Es sollte also alles, was sich hier deutsch nennt, in einem großen Mischmasch zusammengehen, Prälaten und ausgesprungene Dominikaner, Centrums- und Judenpresse, alles was nur mitzählen konnte, um einen möglichst glänzenden Eindruck zu machen. Eine unumgängliche Bedingung aber war die Huldigung an den König von Italien, und daran scheiterte für den katholischen Leseverein, wie bereits früher, die Möglichkeit der Mitwirkung; wir beschlossen daher, jedem Mitgliede die Beteiligung frei zu stellen, veranstalteten aber für uns im Vereine eine besondere Feier, die einen schönen und würdigen Verlauf nahm. Da aber auch H. v. Mühlberg[3] ganz auf Seite jener deutsch–italienischen Verbrüderungsfeier stand und mir bis zu kaum verhüllten Drohungen zusetzte, unsern Überlieferungen dem Vatikan gegenüber untreu zu werden, spitzte sich die Sache fast bis zu einem völligen Zerwürfnis mit Villa

1 Der Deutsche Flottenverein, 1898 gegründet und 1900–1902 reorganisiert, hatte 1914 ca. 330 600 einzelne und 780 000 korporative Mitglieder; von August 1914 bis Mai 1916 verfolgte er eine Burgfriedenspolitik. Vgl. Diziol, S. 425–457.

2 Der Flottenverein wollte 1913 mit allen deutschen Vereinigungen Roms das 25. Regierungsjubiläum Kaiser Wilhelms II. und das hundertste Gedächtnis der Völkerschlacht von Leipzig begehen. Die katholischen Vereinigungen wollten bei den gewohnten separaten Feiern bleiben. Vgl. Noack, Bd. 2, S. 668, 686, 689 mit antikatholischen Ausfällen. Konsul in Rom war von Oktober 1912 bis Juli 1914 Gustav von Haeften (1869–1928).

3 Otto (1880 von) Mühlberg (1843–1934), geb. in Berlin, 1866 Dr. jur., 1866 Einjährig Freiwilliger (1913 Major), 1867 Eintritt in den preußischen Justiz- und Verwaltungsdienst, 1872 in den Auswärtigen Dienst, 1873 Vizekonsul in New York, 1874 in London, 1876 in Kristiana, 1877–1897 im AA, Abteilung II (Handelspolitik), 1895 Wirklicher Geheimer Legationsrat, 1898 Abteilung I (Politik) Leiter der Orientangelegenheiten, 1900–1907 Unterstaatssekretär im AA, 1902 Wirklicher Geheimer Rat und Exzellenz, 1907 preußischer Gesandter beim Vatikan, 1915–1919 mit Sitz in Lugano. Wand, S. 84–102.

Bonaparte[4] zu, das zwar bald wieder in die sogenannten korrekten Beziehungen einlenkte, aber doch eine Wiederholung kaum vertragen kann.

Mittlerweile waren die Gepflogenheiten des Flottenvereins, den man lange gehegt und begünstigt hatte, allenthalben lästig und unausstehlich geworden, und ich kann nicht sagen, daß ich es war, der gegen Ende vorigen Jahres in wiederholter Auseinandersetzung mit Dr. Noack[5] der Katze die Schelle anhängte. Als nun jetzt bei Ausbruch des Krieges auch an die Deutschen in Rom die große Aufgabe herantrat, mit besten Kräften dem kämpfenden Vaterlande beizuspringen, da wurde die allgemeine und bindende Losung ausgegeben: Nur nicht von Vereinen reden, nur keine Vereine herbeiziehen; der Hülfsausschuß soll hoch darüber stehen, in ihm sollen alle anderen Vereinigungen aufgehen. Man sagte uns, es gelte vor allem, den Flottenverein auszuschließen; aber der deutsche kathol[ische] Leseverein, der bis dahin keine Mühe und Kosten gescheut hatte, vaterländische Feste mit Glanz zu begehen, sah sich nun mit dem Flottenverein, der Schöpfung eines ehrgeizigen Journalisten, in einen Topf geworfen.

Danach hatte ich mich mit diesem Gang der Dinge abgefunden und die Wiederwahl bereits angenommen, da kam die zweifellose Wahrnehmung hinzu, daß ich auf Anfrage im Verwaltungsrat des Campo Santo die Antwort erhielt, man habe von einer Berücksichtigung des Lesevereins absehen müssen, weil der Verein während der Sommermonate nicht tagte, da doch alle Welt den wahren Zusammenhang wußte und dieselben Stellen später, um mich zu beschwichtigen, diesen wahren Sachverhalt offen zugaben.

Daraufhin habe ich dann alles niedergelegt, weil ich keine Möglichkeit mehr sah, ersprießlich im Leseverein oder im Campo Santo zu wirken; mein Nachfolger dort ist der Rektor der Anima[6], und ich habe die Überzeugung, daß diese Lösung, die

4 1909–1915 Sitz der preußischen Gesandtschaft beim Vatikan, die vorher Mietwohnungen bezogen hatte. Noack, Bd. 2, S. 686.

5 Friedrich Noack (1858–1930) (Pseudonym Idus), geb. in Gießen, aus alter Darmstädter Künstler- und Gelehrtenfamilie, Philologie- und Geschichtsstudium, 1881 Dr. phil. (Gießen), Historiker und Schriftsteller, 1880–1887 im preußischen und hessischen Schuldienst, anschließend Redakteur bei der Krefelder Zeitung, 1891–1915 (mit Unterbrechung 1902–1904) Korrespondent der Kölnischen Zeitung in Rom; zahlreiche Publikationen, u.a. Deutsches Leben im Rom 1700–1900, 1907; Das Deutschtum in Rom seit dem Ausgang des Mittelalters, 1927. Sein ethnischer »Begriff des Deutschtums« (»Volksgenossen im Ausland«) widerspricht der Eigenart der in Mittelalter und früher Neuzeit in Rom so genannten natio germanica. Noack, Bd. 2, S. VI, 2, 721.

6 Collegio Teutonico di Santa Maria dell'Anima, deutsche Nationalstiftung in Rom, gegründet als Pilgerhospiz, 1398 erstmals urkundlich erwähnt, 1406 mit päpstlichem Exemtionsprivileg, Zentrum der deutschsprachigen Gemeinde in Rom mit eigener, 1500–1523 (neu) erbauter Kirche. Das Priesterkolleg (seit 1859) nahm Kandidaten aus den Diözesen des früheren Heiligen Römischen Reichs deutscher Nation zur Ausbildung auf. Rektor war von 1911 bis 1923 Maximilian Brenner, dem Alois C. Hudal folgte. Vgl. die Beiträge bei Matheus; Noack, Bd. 2, S. 2–4.

doch einmal kommen mußte, eine ganz vortreffliche und auch für die Beziehungen zu Bayern die allerbeste ist.

Mit nochmaligen wärmsten Glückwünschen
Euer Exzellenz
in steter Verehrung
Msgr. Ehses.

34

Stephan Ehses an Georg von Hertling
Rom, 14. Januar 1915

(eigh. Or.; AGG, Nr. 9)

Euer Exzellenz

schreibe ich diesmal unter dem frischen Eindrucke des entsetzlichen Erdbebens, das ein weites Gebiet in den Abruzzen mit der Stadt Avezzano als Mittelpunkt fast bis zur völligen Zerstörung heimgesucht und auch sehr vernehmlich an die Tore Roms angeklopft hat. Immer größere Zahlen von Opfern werden gemeldet, bis 50 000 höre ich sagen, eine Katastrophe wie vor einigen Jahren in Messina, nur diesmal für Rom, wo man seit gestern früh 98 Stöße gezählt haben will, viel betäubender, wenn auch hier nur zahlreiche Bauwerke, aber keine Menschen zu Schaden gekommen sind. Eben einen Tag vorher hatte sich eine gewisse fieberhafte Furcht vor einem feindlichen Eingriffe Italiens in den Krieg zu legen begonnen, und jetzt scheint die Vorsehung durch einen Eingriff, der in der Hauptsache etwa 20 Sekunden dauerte, gleichsam das Siegel darauf zu drücken, daß wir uns hier auch ferner den Werken des Friedens und der christlichen Nächstenliebe widmen dürfen.

Auch meine Beziehungen zum Leseverein und Campo santo sind unterdessen wieder friedlicher geworden, indem ich in bester Freundschaft mit dem jetzigen Präsidenten, Rektor der Anima, an den Sitzungen und Arbeiten des Lesevereins Anteil nehme, ganz wie früher und in vollster Harmonie, nur daß jetzt die Anima, die doch immer mehr zum eigentlichen Schwerpunkt der deutschen Katholiken in Rom geworden ist, den Vorsitzenden stellt. Daß ganz besonders für Bayern daraus kein Nachteil erwächst, dafür bürgen die vortrefflichen Beziehungen, die zwischen Herrn Baron v. Ritter und Msgr. Brenner bestehen und für deren Trübung keine Gefahr besteht. Von meinem Ausscheiden aus dem Verwaltungsrate des Campo santo habe ich auf Bitten des Kollegiums Abstand genommen, und so hoffe ich, daß auch hier bald wieder das frühere Verhältnis freudiger gemeinsamer Arbeit zurückkehrt.

Den diesmaligen kurzen Weihnachtsbericht werden Euer Exz[ellenz] nicht vermißt haben; ich habe ihn der Kriegszeit halber nur an H. Prof. Rademacher geschickt, der ihn anschließend an den Jahresbericht zum Druck bringen wird.[1] Ich füge nur noch bei, daß ich mit Herder in Verhandlung stehe wegen möglichst baldiger Drucklegung meines nächsten Aktenbandes, wenn nötig wieder hier in der vatikanischen Druckerei, an die ich mich bereits bei dem vorigen Bande gewöhnt habe.

1 St. Ehses, Das römische Institut der Görresgesellschaft im Jahre 1914, in: Die Görresgesellschaft im Jahre 1914, S. 15 f.

Meine Audienz bei S[eine]r Heiligkeit war gewissermaßen nur vorläufig zur Überreichung der 2 Bände von Dr. Schäfer,[2] die der Papst wohlwollend entgegen nahm. Auch sonst zeigte Papst Benedikt XV ganz dasselbe liebenswürdige und natürliche Wesen wie früher Msgr. della Chiesa. Er erkundige sich angelegentlich nach Eurer Exzellenz, und da ich von der Ergebenheitsadresse sprach, die ich bald hoffe überreichen zu können, sagte er: Kommen Sie nur, sobald Sie können.

Nun schließe ich mit den besten Wünschen und Gebeten für das Wohl Euer und Ihrer Exzellenz der hochverehrten Frau Gräfin und des ganzen Hauses, namentlich von Sohn und Schwiegersohn und für ruhmvollen Frieden

Euer Exzellenz
in treuester Verehrung ergebenst
Msgr. Ehses.

2 Karl Heinrich Schäfer (Bearb.), Die Ausgaben der Apostolischen Kammer unter Benedikt XII., Klemens VI. und Innozenz VI. (1335–1362) (Vatikanische Quellen zur Geschichte der päpstlichen Hof- und Finanzverwaltung 1316–1378, Bd. 3), Paderborn 1914, XVI, 935 S.; ders. (Hg.), Deutsche Ritter und Edelknechte in Italien, Buch 3, Im Kaiserlichen und gibellinischen Dienste zu Pisa und Lucca. Darstellung und Urkunden (Quellen und Forschungen aus dem Gebiete der Geschichte, Bd. 16), Paderborn 1914, IX, 462 S. Schäfer hatte »5000 Namen von Deutschen, die während des 14. Jahrhunderts in kaiserlichen und gibellinischen Diensten kämpften«, ermittelt. St. Ehses, Das römische Institut der Görresgesellschaft im Jahre 1914, in: Die Görresgesellschaft im Jahre 1914, S. 15. Die Bücher 1–2 dieses Werkes erschienen 1911, Buch 4 im Jahr 1940. Vgl. Onnau, Das Schrifttum, S. 196 f., 212 f. Hertling und Ehses dachten offenbar nicht daran, Schäfer zu der Überreichung hinzuzuziehen.

35

Georg von Hertling an Stephan Ehses
München, 23. Januar 1915

(eigh. Or.; AGG, Nr.5,3)

Lieber hochverehrter Herr Prälat!

Aus Ihrem werten Schreiben vom 30. Dez[ember], für das ich Ihnen noch nicht gedankt habe, entnahm ich, daß sich die Vorgänge in der deutschen Kolonie und Ihre Stellungnahme dazu ungefähr so abgespielt hatten, wie ich es mir gedacht hatte. Sie wissen, daß ich stets der Freund meiner Freunde war und bin und von vornherein auf ihre Seite trete. Inzwischen ist ja wieder, wie Ihr Brief vom 14. d[ieses] J[ahres] meldet, Friede und Einigkeit zurückgekehrt und auch darüber freue ich mich. […]

Dass das Erdbeben eine abkühlende Wirkung auf die von den Kriegshetzern aufgeregten Gemüter ausgeübt habe, war mir auch von anderer Seite berichtet worden. Ich habe als unverbesserlicher Optimist nie so recht an eine kriegerische Verwickelung mit Italien glauben wollen und hoffe nun erst recht, daß eine solche vermieden bleiben wird.[1] Dem Erdbeben habe ich nur übel genommen, daß es der ehrwürdigen Lateransbasilika Schaden zugefügt hat, an einem gewissen anderen Denkmal aber gleichgültig vorübergegangen ist.

Unsere Adresse ist fertig, wohl auch schon in's Lateinische übersetzt und jetzt, wie ich annehme, in Bonn oder Köln einem Kalligrafen zur Ausfertigung übergeben.[2] Daß Sie inzwischen schon eine so schöne und herzerfreuende Audienz bei Papst Benedikt XV gehabt haben, war mir lieb zu hören. Was Sie über den Eindruck seiner Persönlichkeit schreiben, stimmt ganz mit meinen Vorstellungen überein. Die Vorsehung hat den rechten Mann an die Stelle gesetzt, scheint es doch, als ob sich in dem feindlichen Gegensatz der weltlichen Mächte die überragende Bedeutung des Papsttums neu bewähren sollte. Das protestantische England, das atheistische Frankreich – und die Türkei, bewerben sich eifrigst um die Gunst des Vatikans. Freilich bringt dies dem Letzteren auch große Schwierigkeiten. Wie waren unsre Feinde bemüht, den Fall Mercier[3] gegen uns auszuschlachten! Glücklicherweise hat der Nuntius in Brüssel sich nicht einschüchtern lassen und der Wahrheit die Ehre

1 Indes arbeiteten führende Mitglieder der italienischen Regierung nach dem Jahreswechsel auf den Krieg hin. Durch die nationalistische Mobilisierung der Straße und der Jugend »wurde der politische Stil des Faschismus vorweggenommen«. Lill, Südtirol, S. 35.

2 Die Ergebenheitsadresse wurde am 5. Oktober 1914 von dem in München tagenden Vorstand beschlossen. Druck: Die Görresgesellschaft im Jahre 1914, S. 8–10.

3 Mercier verkündete in einem Anfang Januar 1915 verlesenen Hirtenbrief, die deutsche Besatzung sei keine gesetzliche Autorität, der man Gehorsam schulde. Vgl. De Volder.

gegeben. Um den Kardinal tut es mir leid. Ich respektierte ihn als Mann der Wissenschaft, ohne ihn näher gekannt zu haben.

Mit herzlichen Grüßen und von mir und den Meinen in bekannter Gesinnung
Euer Hochwürden
aufrichtig ergebener
Hertling

36

Stephan Ehses an Georg von Hertling
Rom, 6. Februar 1915

(eigh. Or.; AGG, Nr. 9)

Euer Exzellenz!

Das gütige Schreiben vom 23. I. verpflichtet mich zu ganz besonderem Danke, weil es mich von der drückenden Besorgnis befreit, daß die hiesigen Vorgänge der letzten Zeit Ihnen unlieb gewesen sein könnten. Jetzt, da die Umgruppierung, um einen Ausdruck der Feldsprache zu gebrauchen, sich vollzogen hat, finde ich, daß die Klärung ganz nützlich war und mir die Möglichkeit gibt, viel freier und unbefangener, zugleich ohne nennenswerte Einbuße an meinen Berufsarbeiten, mit den deutschen katholischen Landsleuten hier zusammenzuwirken. Das Neueste ist nun eine Einladung beim Fürsten Bülow in Villa Malta am 4., zu der auch die Herrschaften v. Ritter, die Prälaten de Waal[1], Wilpert und Baumgarten erschienen waren.[2] Ich selbst hatte auf Neujahr zum ersten Male wieder meine Karte abgegeben, nachdem ich vorher wiederholt gelegentlich mit ihm zusammengetroffen war. Der Fürst behandelt mich in ungezwungenster Liebenswürdigkeit wie einen alten Bekannten, und das kleine Symposion verlief für Alle ohne Politik in harmonischster Weise.[3]

Die Ankündigung der Adresse in der K[ölnischen] Volkszeitung hat hier allseitige Aufmerksamkeit geweckt. Die Überreichung dachte ich mir gemeinsam mit Wilpert als Leiter der archäologischen Abteilung, wenn auch ein wenig wie Lucus a non lucendo.[4] Es wäre aber vielleicht nicht unangebracht, wenn auch Msgr. de Waal

1 Anton de Waal (1837–1917), aus Emmerich, nach Theologiestudium 1862 Priesterweihe, anschließend Lehrer, 1868 Kaplan in Rom, 1869 Promotion, 1872 Vizerektor, 1873 Rektor des Campo Santo Teutonico, 1875 Päpstlicher Geheimkämmerer, 1900 Apostolischer Protonotar, Gründer der Römischen Quartalschrift für Christliche Altertumskunde und Kirchengeschichte und Mitherausgeber (mit Anton Baumstark) des Oriens Christianus, zahlreiche literarische und wissenschaftliche Publikationen zur römischen und besonders zur Papstgeschichte. Gatz, de Waal.

2 Joseph Wilpert (1857–1944), christlicher Archäologe. – Als Bülow 1909 die Villa Malta in Rom bezog, zweifelte Ehses noch daran, »ob er Wert darauf legen wird, mit deutschen Zentrumskreisen in gesellschaftliche Beziehungen zu treten«, auf die vielleicht Bülows Freund Mühlberg hinwirken würde. Ehses empfand selbst »keine Sehnsucht«, sich »bei Bernhard sehen zu lassen«, und sparte sich darum die Abgabe einer Visitenkarte. Ehses an Hertling, Rom 3. November 1909. AGG, Nr. 9.

3 Vgl. die Kritik Baumgartens, dass sich Bülow zu wenig um die Presse kümmere. Baumgarten an Bergen, Rom 23. Januar 1915. PAAA, Nl Baumgarten.

4 Der Hain leitet sich nicht vom Leuchten ab. Eine aus der Wortähnlichkeit herrührende Fehldeutung wird hier entlarvt; lucere = leuchten, hat nichts mit dem Hain (lucus), der eher dunkel als hell ist, zu tun.

und P. Ehrle[5], die ja beide mit zu Beirat gehören,[6] mit Anteil nähmen, namentlich P. Ehrle, der gewiß zu den wärmsten und uneigennützigsten Freunden der Görres-Gesellschaft zählt und dem wir damit eine Aufmerksamkeit schenken könnten. Herr Geheimrat v. Grauert[7] wird wohl darüber zugleich mit der Sendung der Urkunde einige Anweisung geben.

Er sieht die zusätzlichen Honorarforderungen Dr. Schäfers als abgegolten durch 1000 M., die er für ihn gezahlt hat, sowie durch 100 M. für Überkorrekturen bei Schöningh, wäre aber mit der Bewilligung von einigen 100 M. Kriegszulage durch Hertling bzw. den Vorstand der Görres-Gesellschaft einverstanden.[8]

Ich würde so gerne den Druck meines nächsten Bandes beginnen, werde mich aber wohl gedulden müssen, bis der Krieg, so Gott will balde, sein Ende erreicht

5 Franz Ehrle SJ (1845–1934), aus Isny im Allgäu, 1861 Eintritt in die Societas Jesu, als Mitarbeiter der Zeitschrift Stimmen aus Maria Laach 1879/80 erste Forschungen über Albertus Magnus und Thomas von Aquin (ähnlich wie Hertling); 1885 mit Heinrich Denifle Gründer der Reihe: Archiv für Literatur und Kirchengeschichte des Mittelalters, 1895–1914 Präfekt der Vatikanischen Bibliothek, deren Reorganisation er vorantrieb; 1919 Professor für Geschichte der Scholastik an der Gregorianischen Universität in Rom, 1922 Kardinal, 1929 Kardinalbibliothekar; Dr. h. c. mult., Mitglied der Akademien in Berlin, München, Göttingen und Wien. Ehrles international anerkannte Forschungen behandeln die lateinische und griechische Paläographie, Methodenfragen, die Geistes- und Kirchengeschichte des Mittelalters, die Scholastik, die Geschichte des Vatikans, der Stadt Rom und der Universität Bologna. Vgl. Ehses an Hertling, Bad Ems 30. Juli 1914. AGG, Nr. 9.

6 Gemeint ist der Beirat der Görres-Gesellschaft. Hertling gab zu bedenken, »ob der Empfang einer aus mehreren Mitgliedern bestehenden Deputation einer deutschen Gesellschaft nicht geeignet sein könnte, dem heiligen Vater bei seiner überaus delikaten Stellung Schwierigkeiten zu bereiten«. (Hertling an Ehses, Garmisch 21. Februar 1915. AGG, Nr. 5). Tatsächlich schränkte Ehses die Abordnung auf sich und Wilpert ein.

7 Hermann (1914 von) Grauert (1850–1924), Kaufmannssohn aus Pritzwalk, die Familie stammte aus Westfalen, Geschichtsstudium aus Neigung, 1876 Dr. phil. (summa cum laude) bei Georg Waitz in Göttingen, 1877 Praktikant im bayerischen Reichsarchiv, 1882 dort Staatskonkurs mit Bestnote, 1882/83 Forschungen in den Vatikanischen Archiven, 1883 Habilitation in München (über die Konstantinische Schenkung); 1884 mit Unterstützung Hertlings, nach Widerstand der Philosophischen Fakultät gegen den »katholischen Historiker«, o. Professor in München, allerdings nur »in provisorischer Eigenschaft«; 1915/16 Rektor der Universität, 1884 Herausgeber des Historischen Jahrbuchs der Görres-Gesellschaft, 1900 von deren Studien und Darstellungen aus dem Gebiet der Geschichte, 1919–1924 Nachfolger Hertlings als Präsident der Görres-Gesellschaft, der er 1877 beigetreten und für die er unermüdlich tätig war. Die quellenkritischen Forschungen des politisch bei der Zentrumspartei stehenden, so vorsichtig abwägenden wie vielseitig anregenden Historikers reichten vom Mittelalter (Kaiserfrage, Papstwahlen) über Dante bis zur Geschichte Bayerns und der Großmächte seiner Zeit und bezogen die Ideengeschichte ein. W. Becker, Grauert; Günter.

8 Hertling wollte die Mittel der Görres-Gesellschaft im Krieg zusammenhalten, sah keinen wirklichen Anspruch Schäfers, bewilligte jedoch weitere Zahlungen, weil er »das Geld sehr nötig zu haben scheint«, falls Grauert und der Vorstand ebenso dächten. Hertling an Ehses, Garmisch 21. Februar 1915. AGG, Nr. 5.

hat, da Herder selbst zur Einübung von Rekruten einberufen wurde.[9] Hier bei uns scheint nunmehr die Kriegslust wieder einmal ganz verstummt zu sein, da Italien und namentlich Rom ohnehin zum Bemitleiden unter dem Kriegswesen leidet und nirgendwo Lust besteht, die Milliarden aufzubringen, die ein Krieg verschlingen würde.

Er hat eine kleine Anzeige von Hertlings Historischen Beiträgen zur Philosophie[10] *für die Römische Quartalschrift verfasst.*

Mit den höflichsten Empfehlungen […]
Euer Exzellenz in
herzlichster Verehrung
Msgr. Ehses.

9 Hermann Herder (1864–1937) führte den Verlag in der dritten Generation, sorgte für dessen inneren Ausbau und internationale Expansion, war in Freiburg ehrenamtlich und auf sozialem Gebiet tätig. Beim Ausbruch des Weltkriegs übernahm er als Hauptmann d. R. ein Rekrutendepot in Sigmaringen, wurde »Frontoffizier«, zum Major befördert und mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet. Julius Dorneich, Herder, Hermann, in: NDB 8 (1969), S. 605 f.

10 Hg. v. J. Endres, Kempten-München 1914. Die Publikation fiel mitten in den unvorhergesehenen Kriegsbeginn.

37

Georg von Hertling an Karl von Hertling
Garmisch, 18. Februar 1915

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 26, f. 40–41)

Lieber Karl!

Ich will versuchen, ob ich einen Brief an Dich zustande bringe. Bisher habe ich nur wenige Zeilen auf Postkarten geschrieben, längere Briefe dagegen diktiert. Dir möchte ich aber versprochenermaßen ausführlich danken und zwar persönlich. Dein Brief hat mich sehr gefreut. Mein alter Freund Aristoteles[1] rechnet zu den Bestandteilen des glückseligen Lebens das Glück mit den Kindern. Dessen kann ich mich, Gott sei Dank, berühmen, und bei Dir wie bei Mitz freut mich immer wieder die Anhänglichkeit an Eltern und Elternhaus, die durch die eigene Lebensgestaltung nicht vermindert worden ist. Auch mit den Gedanken, die Du entwickelst, bin ich ganz einverstanden. Das ist das Große, was der Krieg so mächtig hervortreten ließ, die lebendige Ueberzeugung, daß das die Volksgenossen verbindende Gemeinsame, Staat und Vaterland, ein Höheres über den Wert der Einzelinteressen hinaus gehendes ist. In der begeisterten Hingabe an dieses Höhere, Gemeinsame, liegt die Quelle der Zuversicht, daß wir siegen werden, weil wir es durchaus wollen. Aber freilich, ganz schnell wird es damit nicht gehen. Der Widerstand der vereinigten Gegner ist zäher, als ich vor einigen Wochen erwartet hatte. Immerhin geht es bei uns stetig vorwärts, und auf dem östlichen Kriegsschauplatz dürfen wir ja wohl in Bälde einen neuen bedeutenden Erfolg erwarten. Zur Zeit konzentriert sich das Hauptinteresse auf den Erfolg des nun begonnenen Handelskriegs mit England. Auch hier wird man gut tun, sich keinen übertriebenen Hoffnungen in Bezug auf die Schnelligkeit hingeben dürfen [!], auch hier aber zweifle ich nicht am guten Ende.

Wir sind jetzt acht Tage hier, das Wetter ist so günstig wie es nur sein kann. *Er ist mit seiner Gesundheit zufrieden und hofft, spätestens nach drei Wochen wieder arbeitsfähig zu sein. Über Karls unbefriedigende dienstliche Verhältnisse will er mit dem Kriegsminister Kreß erst dann, wenn überhaupt, sprechen, wenn er diesem bestimmte Wünsche Karls vortragen kann.*

1 Aristoteles (384–322 v. Chr.), geb. in Stagira (Mazedonien), 367/66 Eintritt in Platons Schülerkreis in Athen, 343/42 als Erzieher Alexanders des Großen an den mazedonischen Hof berufen, 335/34 Gründung seiner peripatetischen Philosophenschule im Lykaion in Athen, flüchtete nach Alexanders Tod (323) nach Chalkis auf Euböa, wo er kurz darauf krank wurde und starb. Der für die abendländische Metaphysik richtungweisende Philosoph behandelte die Glückseligkeit, in engem Zusammenhang mit der Tugendlehre, in seiner Ethik.

Nun viele, viele Grüße von Mama, die behauptet, daß sie von allen Angehörigen am meisten an Dich denke, von Anna, die mitgenommen zu haben, sehr wesentlich zur Annehmlichkeit des hiesigen Aufenthalts beiträgt, und vor allem von Deinem Dich herzlich liebenden und immerdar Gottes Schutz für Dich erflehenden

tr[euen] Vater

38

Stephan Ehses an Georg von Hertling
Rom, 22. Februar 1915

(eigh. Or.; AGG, Nr. 9)

Exzellenz!

Nachdem ich durch Herrn Baron von Ritter die prächtige Adresse erhalten hatte, suchte ich sofort für mich und Wilpert um Audienz nach, die dann überraschend schnell für vergangenen Samstag 20ten bewilligt wurde. Schon bei dem Gesuch ließ sich der neue Maestro di Camera eingehend über unsere Gesellschaft unterrichten und war sichtlich erfreut über die Auskunft, die ich ihm gab und die er jedenfalls auch dem Papste vorgetragen hat, obschon dies kaum nötig war. Jedenfalls nahm uns Benedikt XV höchst wohlwollend auf und bewunderte die schöne Arbeit des Wappens und die ganze Ausstattung der Urkunde. Von dem Inhalte gab ich dann ein kurzes Referat, während der Papst den Text überflog. Die Stelle über Noe und die Friedenstauben[1] nahm er besonders wohlgefällig auf, weil sie ganz seinen Wünschen und Bemühungen um den Frieden oder Linderung der Kriegsdrangsale entspreche. Er beklagte auch diese Folge des Krieges, daß die Arbeitssäle in Archiv und Bibliothek so sehr gelichtet seien, und nahm daher mit Genugtuung wahr, daß sich die Görres-Gesellschaft dem Spruche: Inter arma silent Musae[2], nicht oder doch nur mit Maaß unterworfen habe. Ich erwähnte mit großem Dank die Gunst, die unsere Gesellschaft wie das Institut bei seinen hochseligen Vorgängern genoß, und die Förderung, die ich selbst von Benedikt XV, als er im Staatssekretariat tätig war, beim Drucke meines 2. Trienter Bandes erfahren hatte;[3] ganz heiteren Angesichtes gab der Papst darauf zu verstehen, daß wir auch auf seine volle Gunst und Teilnahme zählen können. Mit Wilpert sprach er lebhaft über dessen großes Werk, das trotz des Krieges im Drucke vorangehe, wenn auch langsamer; von der Unterstützung durch jährlich 5000 Lire, die schon Pius X fel[icis] mem[oriae] ihm zugewiesen hatte, zahlte Benedikt XV die fällige Rate sofort, obschon mir doch fast schien, als käme die Bitte ihm nicht so ganz gelegen. Doch habe ich dann auf Erkundigung erfahren, daß die

1 Noe ließ auf seiner Arche nach 40 Tagen Regen drei Tauben ausfliegen, eine kehrte mit einem Ölzweig im Schnabel zurück, in der Adresse wohl als Friedenstaube gedeutet.

2 Unter den Waffen, im Waffenlärm, schweigen die Musen. Nach Cicero, Pro Milone IV 10: Inter arma silent leges. Unter den Waffen schweigen die Gesetze.

3 Concilium Tridentinum. Diariorum, actorum … nova collectio. Tom. 5, Actorum pars altera. Acta post sessionem tertiam usque ad concilium Bononiam translatum. Collegit, edidit, illustravit Stephanus Ehses, Friburgi Brisgoviae 1911, LX, 1079 pp., 2. Aufl. 1964. J. Wilpert gab 1916 sein fünfbändiges Werk über die römischen Mosaiken und Malereien der christlichen Kirchen heraus.

päpstliche Kammer trotz mancher Einbußen und Einschränkungen keineswegs in Not oder Verlegenheit ist.

Mit Wärme erkundigte sich S[eine] Heiligkeit nach dem Befinden von Eurer Exzellenz, da er, wie es scheint am gleichen oder am vorhergehenden Tage in den Zeitungen von Beunruhigungen gelesen hatte, die sich an den Winterurlaub Eurer Exzellenz knüpfen wollten. Ich versicherte dann auf Grund eines Briefes von H. Geheimrat Grauert und anderer Nachrichten, daß Sie nur die im Sommer übergangene Erholungspause nachholten und in den Bergen die Ermüdung der 6 Kriegsmonate abschütteln wollten. Es war ihm sehr angenehm, das zu hören, ebenso wie mir, es zu sagen, und ich hoffe zu Gott, daß ich vollkommen Recht hatte, jegliche Besorgnis für unbegründet zu erklären. Die Antwort auf die Adresse wird S[eine] Heiligkeit an Euer Exzellenz richten.

Dieser Tage war ich mit andern Prälaten bei Herrn Erzberger M[itglied] d[es] R[eichstags] zu Gaste, dem Euer Exzellenz, soviel ich mich entsinne, nicht in allen seinen parlamentarischen Eigenschaften so überaus hoch schätzten. Soviel ich erkennen kann, ist diesmal seine weitverzeigte und geschickte Tätigkeit in der Presse des In- und Auslandes von großem Nutzen für unsere Kriegführung, besonders auch Italien gegenüber, wobei freilich der Hase dahin zu laufen scheint, daß Österreich dem »treuen« Bundesgenossen einen Knochen überlassen soll, wenn auch gegen überhohe Entschädigung auf anderer Seite. Quod Deus bene vertat!

Mit den herzlichsten Wünschen und Grüßen für Euer und Ihre Exzellenz, des Sohnes im Felde und des ganzen Hauses Wohlergehen […]

Hochderselben
in aufrichtigster Verehrung
ergebenst
Msgr. Ehses.

39

Georg von Hertling an Stephan Ehses
Garmisch, 10. März 1915

(Or.;[1] AGG, Nr. 5,3)

Hochverehrter, lieber Herr Prälat,

Die Antwort auf unsere Adresse ist über Gesandtschaft und Ministerium gestern hier eingetroffen. Sie ist leider nicht wie in den früheren Fällen ein päpstliches Handschreiben, sondern im Auftrage S[eine]r Heiligkeit vom Kardinal-Staatssekretär[2] verfaßt und unterzeichnet. Ein Zeichen verringerter Huld sehe ich aber darin nicht, sondern eher eine Rücksichtnahme auf die gegenwärtigen schwierigen Verhältnisse.[3] Daß Benedikt XV. uns ebenso wohlgesinnt ist, wie seine Vorgänger, habe ich mit großer Freude aus Ihrem Bericht über die letzte Audienz entnehmen können.

Gott sei Dank lauten die letzten Nachrichten über die politische Lage in Italien günstiger. Ich hoffe zu Gott, daß Italien nicht in den Krieg eintreten werde,[4] ich hoffe es um unsertwillen, aber besonders auch im Interesse des heiligen Stuhles. Haben Sie sich übrigens schon einmal überlegt, wie Sie sich einrichten wollen, wenn diese Hoffnung schließlich doch nicht in Erfüllung geht. Falls Sie es nicht schon getan haben sollten, könnten Sie einmal mit Exzellenz von Mühlberg darüber Rücksprache nehmen.

Mit meinem Befinden, an dem Sie so herzlich Anteil nehmen, bin ich zufrieden. Ich hoffe Anfang oder Mitte der nächsten Woche die Geschäfte wieder übernehmen zu können. […] Daß es Freund Müller besser gehe, hatte er mir selbst geschrieben […]. Ich bin hocherfreut darüber, denn wir müssen ja doch im Jahre 1916 den

1 Der Tochter Anna Maria diktiert.

2 Pietro Gasparri (1852–1934), geb. in Capovallazza di Ussita, Sohn eines Schafhirten, Theologie- und Philosophiestudium in Rom, 1877 Priesterweihe, anschließend persönlicher Sekretär des Laien-Kardinals und Kirchenstaats-Juristen Teodolfo Mertel (1806–1899) sowie Professor für Kanonisches Recht an der Päpstlichen Universität Urbaniana, später am Institut Catholique in Paris, 1898 Titularerzbischof von Caesarea in Palästina sowie Apostolischer Delegat für Peru, Ecuador und Bolivien, 1904 Sekretär der Päpstlichen Kommission für Kodifizierung des Kanonischen Rechts, 1907 Kardinal, 1914 Kardinalkämmerer und bis 1930 Kardinalstaatssekretär, 1917 Präsident der Päpstlichen Kommission für die authentische Auslegung des Codex Iuris Canonici, 1925–1930 Präfekt der Kongregation für die außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten, 1929 Präsident der Kardinalskommission zur Vorbereitung der Kodifizierung des Kirchenrechts der Orientalischen Kirchen.

3 Hertling veranlasste über Grauert umgehend Cardauns, die deutsche Übersetzung des Schreibens in der KVZ zu veröffentlichen. Hertling an Grauert, Garmisch 9. März 1915. AGG, Nr. 23.

4 Italien erklärte Österreich-Ungarn den Krieg am 23. Mai 1915, dem Osmanischen Reich am 20. August 1915 und Deutschland am 28. August 1916.

vierzigjährigen Bestand der Görresgesellschaft in Coblenz feiern. Gebe Gott, daß sich bis dahin die Weltlage günstig dafür gestaltet hat!

Mit besten Grüßen von mir und den Meinen
in herzlicher Verehrung
Euer Hochwürden aufrichtig ergebener
Hertling

40

Georg von Hertling an Bernhard von Bülow
München, 13. März 1915

(masch. Or.; Nl Bülow, Nr. 86, f. 13–15[1])

Sehr verehrter Fürst!

Euer Durchlaucht bitte ich für die guten Wünsche, die Sie mir für eine baldige Genesung zu übermitteln die große Güte hatten, meinen alleraufrichtigsten Dank entgegenzunehmen. Ich bin heute von Garmisch hierher zurückgekehrt und fühle mich durch die in unseren schönen Bergen genossene Ruhe wesentlich erholt und gestärkt. Es war mir natürlich sehr schwer, in dieser für die Zukunft unseres Vaterlandes so bedeutungsvollen Epoche einige Zeit den Geschäften fernbleiben zu müssen; nunmehr darf ich aber zuversichtlich hoffen, den bevorstehenden außerordentlichen dienstlichen Anstrengungen gesundheitlich gewachsen zu sein.

Daß es glücklich gelungen ist, Verhandlungen zwischen Österreich und Italien über eine Grenzkorrektur im Trentino in Gang zu bringen, hat mich mit großer Befriedigung erfüllt. Das Verdienst, das sich Euer Durchlaucht in dieser Frage erworben haben, ist ein ganz besonderes, zu dem sich Euer Durchlaucht wirklich beglückwünschen können.[2] Es bleibt nun nur zu hoffen, daß die Verhandlungen zwischen Österreich und Italien zu einem guten Ende führen und daß auf beiden Seiten beim Bieten und Fordern das richtige Maß gefunden wird. Wenn dann die drohende Gefahr einer Intervention Italiens endgültig als beseitigt angesehen werden kann, so würde dies insbesondere im Zusammenhang mit der Rückwirkung, die sich daraus auf noch schwankende Staaten ergeben dürfte, eine wesentliche Entspannung der Situation ergeben, denn bei aller und uneingeschränkter Bewunderung für die Leistungen unserer herrlichen Truppen, würde das Eingreifen noch weiterer Mächte auf der Seite unserer Feinde eine bedenkliche Belastungsprobe bedeuten. Was aber auch kommen mag, mit Stolz können wir schon heute auf all das blicken, was zu Wasser und zu Land von Heer und Marine und was zu Hause auf wirtschaftlichem Gebiet von allen Bevölkerungskreisen geleistet worden ist, das gibt uns auch Mut und Hoffnung für die Zukunft!

---

1 Briefkopf: Der Staatsminister des Kgl. Hauses und des Aeußern. Handschr. Vermerk des Empfängers: »verwahrt B[ülow] 28/1223«.

2 Daß – können: eingeklammert und am Rand angestrichen. König Ludwig und Hertling wollten Österreich-Ungarn zur Abgabe des Trentino bewegen. (Monticone, S. 174 f.). Vgl. über die parallellaufenden Verhandlungen in Wien Lerchenfeld an Hertling, 15. März 1915. Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 412 f.

Die Anerkennung, welche die Wirksamkeit des Legationsrats Herrn von Stockhammern bei Euer Durchlaucht findet, hat mich aufrichtig gefreut![3]

Darf ich bitten Ihrer Durchlaucht der Fürstin[4] meine verehrungsvollsten Empfehlungen zu übermitteln – daß »Allräunchens Kräuterbuch«[5] noch nicht vergessen ist, war mir eine besondere Freude zu hören!

Mit nochmaligen Dank für das freundliche Gedenken und den besten Grüßen bin ich
Euer Durchlaucht
ganz ergebener
Gf Hertling[6]

3 Franz v. Stockhammern wurde später Mitarbeiter an Bülows Memoiren.

4 Bülow war seit 1886 verheiratet mit Maria (Marie), geb. Beccadelli di Bologna dei Principi di Camporeale (1848–1929).

5 Koloriertes Volks- und Kinderbuch von Adolfine von Reichlin-Meldegg, Allräunchens Kräuterbuch darinnen in drei gesonderten Theilen enthalten sind die getreulichen Conterfeiungen verschiedener Kräutlein und Blumen, so in besonderer Beziehung zum Menschengeschlecht stehen, sei es um ihrer Wirkung oder ihrem Namen nach […] allen lieben Kindern Groß und Klein zu Nutz und Frommen, 3 Teile in 4 Bänden, München 1882–85.

6 Schlussformel eigh.

41

Stephan Ehses an Georg von Hertling
Rom, 23. März 1915

(eigh. Or.; AGG, Nr. 9)

Exzellenz!

Aus dem gütigen Schreiben vom 10. von der Hand des bekannten vortrefflichen Sekretärs[1] habe ich mit besonderer Freude die Nachricht von Ihrem Wohlbefinden entnommen. […] Gott erhalte Euer Ex[zellenz] noch lange, namentlich für die hoffentlich bald kommenden friedlichen Zeiten.

Von der Antwort auf die Adresse hat man mir aus der Staatssekretarie eine Abschrift zugestellt […]. Daß nicht Papst Benedikt XV selbst unterzeichnete, habe ich gleichfalls der notwendigen Rücksichtnahme auf die Kriegszeiten zugeschrieben und wurde darin einige Tage darauf bei einer gemeinsamen Audienz unseres Lesevereins bestärkt, bei welcher der Papst hervorragend lieb und gütig war, aber keine Ansprache zuließ noch auch in globo antwortete, sondern nur mit den Einzelnen, von denen er viele kannte, herzliche Worte wechselte. Daß man im Vatikan den Deutschen und Österreichern wohl will, unterliegt keinem Zweifel und wird auch bei gegebener Gelegenheit offen ausgesprochen; aber bei der förmlichen Überschwemmung mit Zornausbrüchen und Drohungen aus Frankreich, von der man seltsame Dinge hört, begreift sich die hohe Vorsicht und weise Zurückhaltung bei S[eine]r Heiligkeit.

Die letzten Wochen herrschte hier wieder viel Unruhe und Bedenklichkeit, dazu kam der Prozeß wegen der Reise italienischer Zeitungsleute nach Deutschland und die Reden in der Kammer über Erzberger und Genossen; Msgr. Baumgarten und der Korrespondent der Kölnischen Volkszeitung[2] haben ihre Koffer packen müssen, wie man hört, auf Befehl der Regierung. Bei Baumgarten weiß allerdings jedermann, warum,[3] bei Kappenberg dagegen weiß man keinen rechten Grund; die Ausweisung wird wohl bei beiden seiner Zeit wieder rückgängig werden. Augenblicklich weht wieder friedlicher Wind, vielleicht um, wie diesen ganzen Winter das Wetter, über Nacht wieder umzuschlagen; mein Paß ist in Ordnung, mit neuer Photographie

1 Die launige Bemerkung zielte auf die Tochter Anna Maria, der Hertling diesen Brief diktiert hatte.

2 Ernst Kappenberg (1857–1936) übernahm 1903 die römische Vertretung der KVZ. Im Ersten Weltkrieg hielt er sich in der Schweiz auf, um danach (bis zum Ruhestand 1924) nach Rom zurückzukehren. Sein aus der Redaktion der KVZ kommender Nachfolger in Rom wurde 1924 (bis 1964) der für den Blätterring der deutschen Zentrums- und BVP-Presse arbeitende Auslandskorrespondent Edmund Freiherr Raitz von Frentz (1887–1964). Burtscheidt, Raitz von Frentz, S. 69; 13 f.; 325–339; Cardauns, Fünfzig Jahre, S. 55, 66.

3 Baumgarten wollte durch Einsatz von Geldmitteln die italienische Presse zugunsten Deutschlands beeinflussen. C. Weber, Die römische Kurie, S. 7 f.

– ohne Schmeichelei – und mit frischem Stempel versehen. Meine Schriftsachen und Manuscripte würde ich nötigenfalls wohl in der vatikanischen Druckerei hinterlegen, die demnächst, wenn die Verhandlungen mit Herder einen günstigen Verlauf nehmen, wie ich wohl annehmen darf, meinen vorbereiteten Trienter Aktenband in Angriff nehmen wird. Ich habe allerdings, um Herder günstig zu stimmen, meinerseits einige Angebote gemacht, durch welche die Görres-Gesellschaft nicht belastet wird.

Heute haben wir dem Kardinal Agliardi die letzte Ehre erwiesen; im Alter von 83 Jahren ist er nach längerem Leiden kraftvoll, um so zu sagen, verschieden. Zu dem Totenamte hätte die Kirche San Lorenzo in Damaso doppelt so groß sein dürfen.[4] S[ein]e Eminenz hat mir das Wohlwollen von damals immer bewahrt und öfter bewiesen, so noch im verflossenen Jahre durch eine Ehrung in einer der hiesigen Akademien, deren Präsidium dem Kardinal Vizekanzler zusteht. R[equiescat] I[n] P[ace].

Nun schließe ich mit den herzlichsten Wünschen und Gebeten […]
Euer Exzellenz
in wärmster Verehrung
ergebenst
Msgr. Ehses.

4 Agliardi starb am 19. März. Die feierlichen Exequien fanden am 23. März in Anwesenheit hoher Vertreter der Kurie in San Lorenzo statt. – Antonio Agliardi (1832–1915), aus der Provinz Bergamo, 1855 Priesterweihe, Gymnasiallehrer, Pfarrer, 1877–1884 Professor für Moraltheologie an der Päpstlichen Universität Urbaniana, 1884 Titularbischof von Caesarea in Palästina, 1884–1887 Apostolischer Delegat für Indien, 1888 Sekretär der Kongregation für die außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten, 1889 Nuntius in Bayern, 1893 in Österreich, 1896 Kardinal, 1903 Vizekanzler, 1908–1915 Kanzler der Päpstlichen Kanzlei. Er ermutigte die christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegungen in Italien, Deutschland und Österreich sowie die Katholiken Italiens zur Teilnahme am politischen Leben.

42

Stephan Ehses an Georg von Hertling
Rom, 11. April 1915

(eigh. Or.; AGG, Nr. 9)

Exzellenz!

Gratulation zu dem in Stille gefeierten 70. Geburtstag Anna von Hertlings.

Hier scheint wieder einmal eine Krisis, vielleicht die letzte, zu Gunsten der Neutralität und des Friedens in Italien überwunden zu sein, und wenn noch etwas fehlte, um den Italienern über den Wahnsinn eines Krieges gegen uns die Augen zu öffnen, so haben zu rechter Zeit die Russen selbst mit ihren Verbündeten dieses Fehlende nachgeholt.[1] Einige Fensterscheiben sind ja wohl darauf gegangen, und die Zeitungsverkäufer brüllten ihr »terza editione, quarta editione« durch die Straßen, wie die Löwen in der Wüste; aber die Zügel der Regierung lassen sich nicht nervös machen und auch im Volke bricht sich nach und nach die Überzeugung Bahn, daß sich hinter dem Kriegsgeschrei ganz andere Dinge verbergen als die Sehnsucht nach dem Trentino und Dalmatien.

Msgr. de Waal quält mich in Wort und Schrift um die 500 Mark, die er bisher jährlich von der G[örres]G[esellschaft] bezog; ich riet ihm, an Euer Exzellenz deswegen zu schreiben und etwa sein Buch über Papst Benedikt XV[2] beizulegen; er zeigte aber in diesem Falle ein so großes Vertrauen auf mich, daß ich mich geehrt fühlen

1 Die russische Offensive im März 1915 führte zum Fall der österreichischen Festung Przemysl und gefährdete die durch die Winterschlacht in den Karpaten geschwächte österreichisch-ungarische Front. Um die Stärke der Mittelmächte zu beweisen und den drohenden Kriegseintritt Italiens abzuwenden, setzten die deutsche 11. Armee und die 4. österreichisch-ungarische Armee zwischen Tarnow und Gorlice zum Gegenangriff an und erzwangen den Durchbruch bei Gorlice-Tarnow (1.–7. Mai 1915); daraufhin zog sich Russland unter Anwendung der Taktik der verbrannten Erde aus dem größten Teil Galiziens zurück.

2 Anton de Waal, Der neue Papst, unser Hl. Vater Benedikt XV., Hamm 1915, VII, 174 S. mit Illustrationen. De Waal schrieb auch Lebensbilder über Leo XIII. und Pius X., daneben wissenschaftlich anspruchsvollere Werke über christliche Archäologie und Denkmäler in Rom (Roma sacra).

könnte, wenn ich vergessen hätte, daß er unser Mitglied Dr. Mohler[3] im vorigen Herbst kategorisch vom Weiter[wohnen] gemäß der Kaplanei im Campo santo ausschloß und mir erklärte, daß er den Herrn nicht mehr im Hause haben wolle. Dabei ist Dr. Mohler ein sehr wohlerzogener, fleißiger und fähiger Priester, wenn auch für den Campo santo vielleicht etwas zu selbständig und zu sehr anderer Art wie de Waal. Immerhin muß die G[örres]G[esellschaft] jetzt an den Herrn 2000 M. zahlen gegen 1200 im vorigen Jahre, und die 500 M. Zuschuß galten von Anfang an nur unter der Bedingung, daß der eine oder andere unserer Stipendiaten im Campo santo Unterkunft findet. Dazu kommen andere wichtige Gründe, die mich zu der Bitte veranlassen, gegebenen Falles an Msgr. zu antworten, daß der Zuschuß wieder in Kraft treten werde, sobald eine der Kaplaneien des Hauses durch ein Mitglied unseres Institutes besetzt sei.

Dagegen habe ich für Dr. Schäfer, da Euer Exz[ellenz] gütigst zustimmten, bei H. Geheimrat v. Grauert, der sich in gleichem Sinne geäußert hatte, ein Osterei von M. 500 beantragt, womit dann alle etwaigen Ansprüche an Buchhonorar überreichlich gedeckt wären. Im Herbste kann dann hoffentlich wieder darüber beratschlagt werden, ob er nach Rom zurückkehren kann, wo wir allerdings jetzt für diesen quecksilberigen Utopisten keine Verwendung haben.

Ich schließe mit den höflichsten Grüßen […]
Euer Exzellenz
in treuester Verehrung ergebenst
Msgr. Ehses.

3 Ludwig Mohler (1883–1943), geb. in Mannheim, nach Studium der Theologie in Freiburg 1903–1906 Priesterweihe, Tätigkeit in der Seelsorge, 1912 Dr. phil. bei Heinrich Finke (Freiburg im Breisgau), 1912–1915 Studien über das päpstliche Finanzwesen in Rom, Lazarettpfarrer, 1918 Dr. theol. (Freiburg im Breisgau), 1920 dort Habilitation für Konzilien- und Kirchengeschichte des Orients, 1920–1935 Lehrstuhlvertretung an der Universität Münster, 1935 o. Professor für Kirchengeschichte in Würzburg, 1937 in München, 1939 in Freiburg im Breisgau. »Ein gewissenhafter und vorbildlicher Lehrer«, der gründlichen Methode Finkes verpflichtet, bezog er die mittelalterliche und frühneuzeitliche Kultur- und Geistesgeschichte in seine Forschung und Lehre ein; Hauptwerk: Kardinal Bessarion als Theologe, Humanist und Staatsmann, 3 Bde., 1932, 1926, 1941. Josef Hermann Beckmann, Ludwig Mohler +, in: Historisches Jahrbuch 62–69 (1949), S. 959–961.

43

Georg von Hertling an Karl von Hertling
München, 13. April 1915

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 26, f. 42–45)

Lieber Karl!

Dein Brief vom 6. d[ieses] M[onats] traf mich nicht mehr in Berlin, von wo ich am Samstag zurückfuhr, und kam gestern früh hier in meine Hände. Ich hätte Dir längst geschrieben und Dir für den noch nach Garmisch gerichteten Brief gedankt, aber ich kam nicht dazu. Daß ich mich auf ärztlichen Befehl noch immer dreimal des Tags je eine Stunde hinlegen muß, kostet schrecklich viel Zeit. Uebrigens geht es mir gut, von meiner Gesundheit braucht, wie ich gestern dem Könige sagte, nicht mehr die Rede zu sein. Die Reise nach Berlin war ja eine Belastungsprobe, sie ist aber gut ausgefallen, ich habe mich keinen Augenblick unbehaglich gefühlt. Was die politischen Eindrücke betrifft, so war ich sehr erfreut, von Flaumacher-Stimmung nichts zu verspüren weder bei dem Reichskanzler noch bei den bundesstaatlichen Ministern. Ueberall war man der Meinung, daß durchgehalten werden müsse und zugleich der zuversichtlichen Ueberzeugung, daß durchgehalten werden könne. Geduld wird man dabei allerdings noch haben müssen. Es sprechen zwar allerdings manche Anzeichen dafür, daß man in England anfängt, den Krieg für ein schlechtes Geschäft zu halten und insbesondere auch die Unterseeboote den Leuten in der City auf die Nerven gehen. Aber so weit, daß sie uns einen annehmbaren Frieden böten, sind sie noch nicht, sie haben ja auch den Feind nicht im eigenen Land. Erfreulich für uns ist, daß die nachgesandten Truppen an Qualität erheblich hinter den zuerst erschienenen zurückstehen sollen. Das ist, wie man mir sagt, bei den Franzosen nicht der Fall, und der dortigen Regierung ist es durch ihre Lügenberichte gelungen, das Volk noch immer in der sicheren Hoffnung auf den endlichen Sieg zu erhalten. Aber auf die Länge wird das eben doch nicht gehen, denn an eine Durchbruchs-Möglichkeit ist, wie mir immer wieder erklärt wurde, schlechterdings nicht zu denken, und wenn die großsprecherisch angekündigten Offensiven immer wieder scheitern, dann muß und wird der Rückschlag kommen. Auch in Rußland soll, im Gegensatz zu frühern Behauptungen, von Kriegsmüdigkeit noch nichts zu spüren sein und der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch das Heft in Händen haben.[1] Finanziell aber und wohl auch

1 Ähnliche Einschätzung des Großfürsten Nikolai durch Bülow am 15. Dezember 1914. (Wolff, Tagebücher, S. 140). Großfürst Nikolai Nikolajewitsch Romanow (der Jüngere) (1856–1929), geb. in St. Petersburg, 1895 Inspekteur der Kavallerie, 1905 Oberbefehlshaber des Militärbezirks von St. Petersburg, Befürworter der militärischen Zusammenarbeit mit Frankreich und des Kriegs gegen Deutschland, am 2. August von Zar Nikolaus II., seinem Cousin, zum Oberbefehlshaber der russischen Streitkräfte ernannt, im August 1915 vom Zaren selbst abgelöst, bis zur Februarrevolution 1917 Befehlshaber der Kaukasusfront, von den Bolschewiki auf der Krim unter

wirtschaftlich scheint es dort recht schlecht zu stehen, und so meine ich immer, daß die Friedenstauben dort zuerst aufflattern werden. Ein großes Glück ist, daß die Östreicher – allerdings mit unserer Hülfe – in den Karpathen neuerdings gut abgeschnitten haben. Alle Erfolge und Mißerfolge der Östreicher wirken sofort bei den Balkanstaaten nach, namentlich [bei] Rumänien, das stets verdächtig ist und dessen Einfluß wieder in Italien gefährlich werden kann. Übrigens fürchte ich meinerseits nicht, daß letzteres aktiv an dem Krieg teilnehmen werde. Sie wollen dort ihren Profit aus dem Weltkonflikt ziehen, aber es soll nichts kosten. Und so ist denn das letzte Wort immer wieder: Geduld und Ausdauer, wir werden schon oben bleiben!

Es wird Dich freuen zu hören, daß der König bei meinem letzten Vortrag ganz besonders gnädig war. Wiederholt sagte er, wie er hoffe und wünsche, daß ich noch recht lange an der Stelle bleiben möge; er wisse ja nicht, was er machen solle, wenn ich gehen wolle. Nun, jetzt kann ich ja gar nicht davon gehen, aber nach dem Frieden möchte ich wohl die Geschichte los sein und mir, wenn es Gottes Wille ist, noch einen ruhigen und behaglichen Lebensabend verschaffen. Aber wann das sein wird, läßt sich noch gar nicht sagen. Henni hält noch immer an seiner Meinung fest, daß der Krieg nicht über den Sommer hinaus dauern werde. Möge er recht behalten! Das große Problem der Zukunft ist Belgien. Einstweilen haben wir es als Pfand in unsern Händen. Wie hoch die Engländer seinen Wert einschätzen, wird sich aus der Hartnäckigkeit erkennen lassen, mit der sie den Krieg fortsetzen, oder auch aus den Friedensbedingungen, die sie uns anbieten, wenn wir Belgien herausgeben. Bisher hat aber von solchen noch nichts verlautet, und ich wüßte auch nicht, welch annehmbare Bedingungen sie stellen könnten. An der Berliner Börse kursirte der Witz, sie seien bereit, uns Belgien zu lassen, wenn wir ihnen dafür Calais lassen wollten. Als Witz nicht übel.

[…] Deinen goldigen Kinderchen geht es gut. Annarose sieht sogar gegenwärtig ganz besonders blühend aus. Wir werden sie mitsamt ihrer Mamina[2] sehr vermissen, wenn sie wieder in Ausgburg sein werden. Aber für die Kinder hat es sein Gutes, wenn sie wieder dort sind. Sie haben ihr Gärtchen und können so viel mehr im Freien sein. Sehr amüsant ist das Interesse, welches die kleinen Vettern und Cousinen aneinander nehmen. […]

Anna will morgen nach Ruhpolding fahren, um für den Garten zu sorgen und einen großartigen Gemüsebau vorbereiten. Hoffentlich ist das Wetter erträglich.

Nun noch die besten Grüße und Wünsche vom ganzen Hause
Dein tr[euer] Vater

Hausarrest gestellt, 1918 von den Deutschen befreit, die ihn im November 1918 den Briten übergaben, 1919 Flucht vor der Roten Armee, danach kurz in Italien und dann in Paris.

2 Mammina: Mütterchen.

44

Matthias Erzberger an Georg von Hertling
Berlin, 19. April 1915

(masch. Or.; AGG, Nr. 8)

Euer Excellenz

danke ich bestens für das Schreiben vom 18. April. Die darin berührte Angelegenheit habe ich bereits hier aufgegriffen und an das Kriegsministerium in einer Denkschrift die ganze Sache dargelegt. Ich rechne damit, dass in diesen Tagen eine Conferenz stattfindet. Das Auswärtige Amt, das ich gleichfalls informiert habe, steht auf dem Standpunkt von Euer Excellenz und würde es international für sehr gefährlich halten, wenn plötzlich diese neue Auffassung des Gesetzes allgemein angenommen würde.[1] Auch die sehr guten Beziehungen zum Vatican müssten hierdurch eine Trübung erfahren.

Der Tag meiner Reise nach München steht leider noch nicht fest, rechne aber bestimmt, dass ich vor den Reichstagsverhandlungen nach dort kommen kann. An den Besprechungsverhandlungen des Reichsausschusses, die plötzlich am Schluss auftauchten, konnte ich nicht teilnehmen, habe aber von ihnen gehört, man verbreite geflissentlich, dass der Bundesrat und die Bundesfürsten gegen jede Teilung seien.

Nun eine andere Angelegenheit. Als einziger Ort, der für die Friedensverhandlungen m[eines] E[rachtens] in Betracht kommt, muss München bezeichnet werden, ein Platz, der den verbündeten Deutschen und Oesterreichern gleich angenehm ist, da die Concurrenz Berlin Wien ausscheidet, ein Platz, der für die Gegner annehmbar ist. Verhandlungen in Berlin würde bei den Gegnern verletzen, da ein solcher Verhandlungsort sie zu sehr demütigen würde. München ist eine internationale Stadt. Die Verhandlungen müssen auf deutschem Boden geführt werden, damit wir in der Berichterstattung das erste Wort in der ganzen Welt haben. Wenn die Friedens-Delegierten nicht in Berlin sind, so hat dies eine Reihe anderer Vorteile, die man nur mündlich besprechen kann. Ich glaube, wenn Bayern die Iniciative [!] nach dieser Richtung ergreifen wird, man sowohl in Berlin wie in Wien zustimmen wird.

In ausgezeichneter Wertschätzung bin ich
unter herzlichen Grüssen
Euer Excellenz ergebener
M. Erzberger
Mitglied des Reichstags.

1 Siehe unten Nr. 45 Anm. 2.

45

Matthias Erzberger an Georg von Hertling
Berlin, 19. April 1915

(masch. Or.; AGG, Nr. 8)

Euer Excellenz

Soeben kehre ich von der Besprechung mit dem Herrn Kriegsminister von Wandel[1] zurück. Ich habe ihm die Anlage, welche die gesetzliche Bestimmung enthält, unterbreitet und dargelegt, dass der Ausdruck geistliches Amt nach dem Sprachgebrauch in der katholischen Kirche jeden Priester bedeutet, da man vom »Priesteramt« spricht. Auch in dem deutschen Sprachgebrauch müsste der Ausdruck sonst heissen eine »Stelle«.[2] Ich legte ihm weiter die Gründe vom katholischen Standpunkt aus dar, welche für Freilassung der Ordensgeistlichen sprechen und konnte mich berufen auf die Auffassung im Auswärtigen Amt, wonach unter keinen Umstände Ordensgeistliche zum Waffendienst herangezogen werden sollen, weil dies die Beziehungen zu Rom schädigen könnte.

Ferner sagte mir Excellenz von Wandel zu, dass er auf eine rasche Entscheidung drängen würde und dass er persönlich meine Auffassung teile. Er werde die Sache nochmals prüfen lassen, sei jedoch überzeugt, dass die Prüfung zu demselben Resultat führen werde, das heute schon vorliegt, wonach die Ordensgeistlichen und die Priester, die keine Stelle bekleiden nicht zum Waffendienst eingezogen werden

1 Franz Gustav von Wandel (1858–1921), geb. in Danzig, 1893 Hauptmann, seit 1895 im preußischen Kriegsministerium und im Generalstab, 1907 Oberst, 1912 Generalleutnant, 1913 Gouverneur von Köln, September 1914–September 1916 stellvertretender Kriegsminister, 1916 General der Infanterie, a.D. Wandel, ein guter Verwalter, war arbeiterfreundlich eingestellt und verweigerte sich antijüdischer Stimmungsmache im Heer.

2 Nach § 65 Absatz 1–2 des Reichsmilitärgesetzes von 1874 konnten Geistliche einer mit Korporationsrecht bestehenden Religionsgesellschaft vom Militärdienst zurückgestellt oder befreit werden, wenn ihre Stelle bzw. ihr Amt, z. B. das Pfarramt, nicht unbesetzt bleiben konnte. Sonst galt, dass sie statt zum Dienst an der Waffe, nur zur Krankenpflege oder Seelsorge herangezogen werden konnten. (Vgl. Assenmacher, S. 157 f., 162 f.). Am 18. Januar 1890 nahm der Reichstag mit großer Mehrheit einen Antrag des Zentrums auf Befreiung der katholischen Geistlichen vom Militärdienst an; das Zentrum wollte auch protestantische Geistliche in die Befreiung einbeziehen. Streitpunkte waren die von der katholischen Kirche gewünschte Ausdehnung der Befreiung auf die Theologiestudenten und die Orden. Die Deutsche Bischofskonferenz in Fulda (21.–23. August 1917) beschloss, dass sich »die zum Militär eingezogenen Geistlichen« bei ihrem nächsten Militärpfarrer als Geistliche vorstellen sollten; ihr lag eine Zusammenstellung verschiedener staatlicher Bestimmungen über die Militärdienstpflicht der Geistlichen vor. (Akten der Fuldaer Bischofskonferenz, Bd. 3, S. 278 f., 288). Bereits das Concilium Germanicum (Fränkische Reichssynode) von 742 verbot »allen Dienern Gottes, Waffenrüstung zu tragen, oder zu streiten, oder zum Heer und gegen den Feind zu ziehen«, ausgenommen einen oder zwei Bischöfe mit Kaplänen »zur Feier der Heiligen Messe« und Ablegung der Beichte. Freisen, S. 3 f. Vgl. Assenmacher, S. 247–258, 284–317.

sollen. Ich habe die Hoffnung, dass so eine befriedigende Lösung herbeigeführt werden wird.

In hochachtungsvoller Begrüßung
Euer Excellenz ergebener
M. Erzberger
Mitglied des Reichstags.

46

Georg von Hertling an Karl von Hertling
München, 20. April 1915

(BArch, NlH, Nr. 26, f. 46–47)

Lieber Karl!

Hofft, dass sein letzter Brief nicht unter der Feldpost war, die von der französischen Brandbombe vernichtet wurde, und will Karls im Brief vom 16. April gestellte Fragen beantworten. Er hat Tirpitz, den er gern gesprochen hätte, in Berlin nicht angetroffen, aber auch die ursprünglich dem U-Boot-Krieg skeptisch gegenüberstehenden Kreise meinen nun, dass dieser den Engländern tüchtig zusetzt. An Details erfuhr er nur so viel, wie schon in den Zeitungen steht.

Der Vormarsch der Türken nach Suez soll für jetzt aufgegeben sein, weil die furchtbaren Sandverwehungen in der gegenwärtigen Jahreszeit ihm unübersteigliche Hindernisse entgegenstellen. Die japanisch-chinesische Spannung wird natürlich im Auswärtigen Amt aufmerksam verfolgt, eine aktuelle Bedeutung, was unsre Interessen betrifft, scheint man ihr aber nicht beizulegen. Wenigstens war in den vier Tagen meines Berliner Aufenthalts nicht davon die Rede. Was die revolutionären Bewegungen in Indien betrifft, so dringt darüber nur wenig Sicheres nach Europa, man ist aber der Meinung, daß die Sache schon jetzt für die Engländer eine erste Gefahr in sich schließt, und diese Gefahr wachsen wird, je länger der Krieg dauert. Aber wie lange wird er dauern? Henni hält an seiner Meinung fest, daß dies nicht über den Spätsommer hinaus der Fall sein werde, und ich möchte glauben, daß dies richtig ist. Wissen aber kann darüber zur Zeit niemand etwas, und, wie ich in meinem Briefe vom 12. schon geschrieben habe, greifbare Anzeichen dafür, daß man im Lager unsrer Feinde geneigt wäre, einen für uns annehmbaren Frieden einzugehen, sind vorläufig nicht vorhanden, weder in Rußland, noch in Frankreich, noch in England. So kann unsre Parole nur lauten: Geduld haben, Aushalten und Durchhalten. Daß wir das müssen, ist klar, und daß wir es können, dafür besitzen wir, Gott sie Dank, alle Bürgschaften.

Mit meiner Gesundheit bin ich zufrieden, langweilig ist mir nur, daß ich mich so viel schonen soll, namentlich das dreimalige Ausruhen im Tage nimmt die beste Zeit weg. *Nach Giulias bevorstehender Rückkehr nach Augsburg werden wir die Kinder hier sehr vermissen.*

Mit vielen Grüßen, wie immer
Dein tr[euer] Vater

47

Matthias Erzberger an Georg von Hertling
Berlin, 24. April 1915

(masch. Kop.; BSB, Ana 463, Schachtel 10)

Euer Excellenz

wollen dieses Schreiben nicht nur als ganz vertraulich, sondern nach Kenntnisnahme auch als nicht geschehen ansehen.

Von nationalliberaler und konservativer Seite ist angeregt worden, dass im engsten Kreis eine Besprechung über die Kriegsziele stattfinden soll, an welcher sich Zentrum, Konservative, Nationalliberale beteiligen, vielleicht auch die Volkspartei, sowie dieselben bestimmten Wünschen beipflichten. [!] Als Kriegsziel für diese Besprechung ist aufgestellt:

1) Deutschland muss Belgien dauernd besitzen.

2) Deutschland muss französische Kohlen und Erze in seinem Besitz erhalten.

3) Von Russland muss so viel Land als möglich gewonnen werden.

Das sind zunächst die Hauptziele. Gestern abend fand eine Besprechung statt mit Bassermann[1], Graf Westarp[2] und Vertretern des Zentralverbandes des Bundes der Industriellen und des Bundes der Landwirte. Es ist dabei beschlossen worden, dass die Wirtschaftsverbände eine Einladung ergehen lassen auf den 1. Mai nachmittags 3 Uhr nach Berlin an hervorragende Persönlichkeiten in den genannten 4 Parteien. Herr Bassermann übernimmt es, bei Herrn von Payer[3] zu sondieren, ob dieser auf

1 Ernst Bassermann (1854–1917), geb. in Wolfach (Baden), Jurastudium, 1880 Rechtsanwalt in Mannheim, 1887–1917 Mitglied des Mannheimer Stadtrats, 1893–1917 des Reichstags, 1893 im Vorstand der Nationalliberalen Partei, 1898 Vorsitzender der Reichstagsfraktion, 1905 Vorsitzender der Nationalliberalen Partei, Mitarchitekt des konservativ-liberalen Bülow-Blocks, in der Fronde gegen Bethmann Hollweg, 1914 Meldung als Kriegsfreiwilliger, Verfechter eines Annexionsfriedens. Biorab; Hagenlücke, S. 294 f.

2 Kuno Graf von Westarp (1864–1945), aus preußischer Offiziers- und Beamtenfamilie, geb. in Ludom (Provinz Posen), 1883 Jurastudium, 1886 Einjährig Freiwilliger, Reserveoffizier des 1. Garderegiments zu Fuß in Potsdam, 1893 Landrat des Kreises Bomst, 1901 im preußischen Ministerium des Innern, 1904 Polizeidirektor und Polizeipräsident von Berlin-Schöneberg, 1908 Richter am Oberverwaltungsgericht in Berlin, Distanz zu den Alldeutschen und zum Flottenverein, 1908–1918, 1920–1932 Mitglied des Reichstags und des Bunds der Landwirte, 1913 Vorsitzender der Deutschkonservativen Fraktion, 1914–1918 für beschränkte Kriegsziele, Gegner Bethmann Hollwegs, 1919 Chefredakteur der Kreuzzeitung, 1925–1929 Fraktionsvorsitzender der DNVP, 1926–1928 deren Parteivorsitzender, 1930 Konservative Volkspartei. Westarp, Konservative Politik.

3 Friedrich (1906 von) Payer (1847–1931), geb. in Tübingen, dort Jurastudium, Mitglied des demokratischen Volksvereins, Mitgründer der demokratisch-großdeutschen Deutschen Volkspartei in Württemberg, 1869 erstes, 1871 zweites Justizexamen, Rechtsanwalt, Notar, zuletzt Privatier in Stuttgart, nebenberuflich Redakteur des demokratischen Blatts Der Beobachter, 1877–1878, 1880–1887, 1890–1917 Mitglied des Reichstags (DVP, 1910 Fortschrittliche Volkspartei, 1912 deren Fraktionsvorsitzender, 1917 Vorsitzender des Interfraktionellen Ausschusses), 1894–1912 Mitglied des württembergischen Landtags, 1895–1912 dessen Präsident, November 1917–November 1918

dem Standpunkt der oben genannten 3 Ziffern steht, wenn ja, soll seine Einladung erfolgen und auch an Präsident Kämpf gerichtet werden. Wenn nein, soll die Sache ohne Volkspartei gemacht werden. Von Seiten des Zentrums habe ich eingeladen die Abgeordneten Spahn, Gröber und Herold, sowie den Präsidenten der Reichsratkammer Fürst von Fugger-Glött[4] und Excellenz Dr. von Orterer[5]. An beide Herren gehen gleichzeitig die Einladungsschreiben ab. Diese Herren kennen aber die Einzelheiten, die in diesem Briefe niedergelegt sind, nicht.

Ich habe die dringende Bitte, dass Euer Excellenz in irgend einer Form den beiden Herren nahelegen würden, dass sie unbedingt an dieser Conferenz teilnehmen müssten. Von Excellenz v. Orterer weiss ich ja, dass er auf diesem Standpunkt steht und von Fürst Fugger-Glött vermute ich es aus bestimmten Gründen. Wenn die beiden Präsidenten des bayerischen Landtages an dieser Conferenz hier teilnehmen, so schaffen sie sich gleichzeitig damit eine Basis für die Verwirklichung speziell bayerischer Wünsche. Ein Fernbleiben der beiden Herren würde gerade den bayerischen Interessen sehr nachteilig sein.

Es ist geplant, in einer kurzen Denkschrift die Forderungen, welche die Wirtschaftsverbände und Angehörige der Parteien stellen, niederzulegen und diese dem Reichskanzler zu unterbreiten. Man erwartet dabei bestimmt, dass der Reichskanzler den Wünschen, die hier formuliert werden, volles Entgegenkommen zeigen wird. Die Besprechung darf unter keinen Umständen etwa den Zweck haben, eine Kanzlerkrisis herbeizuführen, oder dem Reichskanzler Schwierigkeiten zu bereiten. Ich würde sonst von Anfang an nicht teilgenommen haben.

Die Besprechung hat nur den Zweck, die Situation zu klären und die Ziele des Reichskanzlers, wie er sie mir gegenüber wiederholt ausgesprochen hat, zu unterstützen.

Vizekanzler, Stellvertreter des Reichskanzlers, Wirklicher Geheimer Rat, 1919–1920 Mitglied der Deutschen Nationalversammlung, Fraktionsvorsitzender der DDP, 1925–1930 deren Ehrenvorsitzender. Günther Bradler, Payer, Friedrich von, in: NDB 20 (2001), S. 145 f.; Payer, Autobiographische Aufzeichnungen, S. 18 ff.

4 Carl Ernst Graf (1914 Fürst) Fugger zu Glött (1859–1940), geb. in Oberstdorf (Schwaben), Gutsbesitzer, Jurist, 1911–1918 Präsident der Kammer der Reichsräte, Mai–November 1918 Kronoberstmarschall, mit Hertling befreundeter »Parteigänger des Zentrums«, 1922 Aufsichtsrat der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank, 1931–1938 deren Vorsitzender. Löffler, S. 157–159, 575.

5 Georg (1901 Ritter von) Orterer (1849–1916), aus Wörth bei Erding, nach Studium der Altphilologie und vergleichenden Sprachwissenschaft 1873 Promotion, 1875 nach aus konfessionellen Gründen gescheitertem Habilitationsversuch Gymnasiallehrer in Schweinfurt, 1876 in München, 1886 in Freising, 1892 Gymnasialrektor in Eichstätt, 1902–1916 in München, 1896 Mitglied des Obersten Schulrats, 1883–1916 Mitglied der bayerischen Kammer der Abgeordneten (1883–1899 im Vorstand der Zentrumsfraktion), 1884–1886, 1890–1892 Mitglied des Reichstags, Ehrenbürger von Altötting, 1914 Geheimer Rat, Dr. h.c. mult. Der profilierte, eloquente und taktisch gewandte bayerische Zentrumspolitiker, Landtagspräsident 1899–1916, förderte die Wahlreform von 1906 und unterstützte die Regierung Hertling bei der Beendigung der Regentschaft Ludwigs 1913. Haunfelder, S. 225 f. Der Historiker Franz Ludwig von Baumann war der Schwager der ersten Frau Orterers, Rosa geb. Entres (1853–1913). Dieter Albrecht, Orterer, Georg, in: NDB 19 (1999), S. 598 f.

Die Conferenz aber hat noch eine weit grössere Bedeutung. Herr Basserman sprach in den letzten Tagen wiederholt mit mir und es ist seine feste Überzeugung, dass die ganze Politik nach dem Krieg nur erfolgreich geführt werden könnte, von der konservativen, nationalliberalen und von der Zentrumspartei. Jede andere Politik führe zum Ruin des Reiches. Das derzeitige Entgegenkommen der Herren Delbrück und Sydow[6] gegen die Sozialdemokratie sei unverständlich, wenn man glaubt, dass mit den Sozialdemokraten Friedenspolitik getrieben werden kann. Selbstverständlich sei die Aufhebung des Jesuitengesetzes eine der Voraussetzungen und er und seine Partei geben dieses Gesetz restlos preis.

Man muss jetzt von der Vorbesprechung über die Kriegsziele hoffen, dass sie dann weiter auf dem innerpolitischen Gebiete segensreich wirken kann. So sei namentlich eine Verständigung über die Aufbringung der neuen Mittel absolut geboten. Man darf dabei auf die Steuergebiete der einzelnen Staaten nicht übergreifen, sondern man muss anderen Steuerobjekte suchen [!]. Diesen Gründen stimme ich für meine Person rückhaltlos bei, wie ich auch Herrn Bassermann gegenüber kein Hehl machte, dass ich nur von dieser Politik die Stärke unseres Reiches erwarte.

Wenn nun der erste Schritt auf diesem Gebiete getan wird, so würde ich es lebhaft bedauern, wenn hervorragende Bayern nicht anwesend sein würden. Aus Bayern wird auch der Ihnen bekannte Reichsrat Franz Buhl[7] delegiert werden. Jede Partei wird 5 – 6 Vertreter entsenden.[8]

Ich selbst glaubte, Euer Excellenz durch diese vertrauliche Information einen Gefallen zu erweisen, erbitte aber nochmals zwei Dinge,

1) die Sache vertraulich zu behandeln,

---

6 Reinhold (1918 von) Sydow (1851–1943), geb. in Berlin, Jurastudium, 1875 Gerichtsassessor, 1876 Kreisrichter in Halle, 1879 Landrichter, Syndikus der Oberpostdirektion, 1883 Oberpostrat, Ständiger Hilfsarbeiter im Reichspostamt, 1889 Geheimer Oberpostrat, 1897 Direktor im Reichspostamt, 1901 dort Unterstaatssekretär, 1905 Wirklicher Geheimer Rat, 1908–1909 Staatssekretär im Reichsschatzamt und preußischer Staatsminister ohne Geschäftsbereich sowie Bevollmächtigter beim Bundesrat, 1909–1918 preußischer Handelsminister. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums, Bd. 10, S. 443.

7 Franz Eberhard Buhl (1867–1921), geb. in Deidesheim, Weingutbesitzer, 1905–1920 Präsident des Deutschen Weinbauvereins (Weinbauverbands), führendes Mitglied von Berufsorganisationen, in Aufsichtsräten bedeutender Wirtschaftsunternehmen, 1907–1911 Mitglied der bayerischen Kammer der Abgeordneten (nationalliberal), 1911–1918 des Reichsrats, 1917 Mitgründer und Vorsitzender des bayerischen Landesverbands der Deutschen Vaterlandspartei. Hagenlücke, S. 160, 73, 230 f.

8 Die »bunte Versammlung«, an der Fortschrittler und Sozialdemokraten nicht teilnahmen, fand am 1. Mai statt. Lerchenfeld berichtete darüber, dass das Thema »Kriegsziele« nur ein »Aushängeschild« sei. Es solle »gegen Übergriffe der Sozialdemokraten gerüstet werden«. C. Delbrücks Äußerungen in der Reichstagskommission über die zukünftige Stellung gegenüber den Sozialdemokraten hätten für Unruhe bei den Konservativen und Nationalliberalen gesorgt, die Lerchenfeld nicht nachvollzog: »Die Rechnung der Sozialdemokraten für Wohlverhalten während des Krieges kommt auf alle Fälle«. Lerchenfeld an Hertling, Berlin 2. Mai 1915. Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 432. Vgl. Hagenlücke, S. 63.

2) zu erreichen, dass die beiden bayerischen Herren unbedingt kommen. Samstag den 1. Mai vormittag 10 Uhr möchte ich eine kleine Vorbesprechung auf meinem Bureau mit den bayerischen Herren und Abgeordneten Spahn und Gröber abhalten.

In hochachtungvoller Begrüssung
Euer Excellenz ergebener
gez. Erzberger
Mitglied des Reichstags.

48

Georg von Hertling an Gisberta von Biegeleben
München, 29. April 1915

(eigh. Or.; AGG, Nr. 6,4)

Liebe Gisberta!

Dein Brief vom 21. d[ieses] M[onats] war mir eine besondere Namenstagsfreude. Ich danke Dir herzlich dafür und für alle Deine guten Wünsche. Der l[iebe] Gott hat ja mein Leben wunderbar geführt. Kaum ist ein größerer Kontrast in den äußeren Verhältnissen denkbar, als der zwischen der Privatdozentenzeit in Bonn in den siebziger Jahren und meiner heutigen Stellung hier. Aber meine letzten Ziele sind doch die gleichen geblieben, das Eintreten für die katholische Sache steht mir nach wie vor an erster Stelle, und soweit ich etwas tun kann, soll Bayern die jahrzehntelang versäumte Aufgabe, die katholische Vormacht im Reiche zu sein, erfüllen. Glücklicherweise habe ich dabei den König ganz auf meiner Seite.

Beste Wünsche für die Gesundung der Tochter Toni. Wenn man alles so könnte, wie man möchte, käme ich einmal für ein paar Stunden angereist, nach Dir und den Deinen zu sehen. Je älter ich werde, desto mehr empfinde ich das Bedürfnis innigen Zusammenhangs mit den noch vorhandenen Lieben.

Nachrichten über die weitere Familie und seinen Sohn Karl, der momentan zur Beruhigung seiner Eltern und seiner Frau Giulia nicht im militärischen Einsatz ist, was aber plötzlich enden kann. Henni bereist augenblicklich im Auftrage des Kriegsministeriums den westlichen Kriegsschauplatz, wie vor einigen Wochen den östlichen. Damals brachte er noch keine Friedensaussichten mit, und viel anders wird es zur Zeit auch dort noch nicht stehen. Trotzdem halte ich an der Hoffnung fest, daß wir im Herbst Frieden haben werden.

Von Herzen Dein treuer Bruder
Georg

49

Georg von Hertling an Karl von Hertling
München, 5. Mai 1915

(BArch, NlH, Nr. 26, f. 48–49)

Lieber Karl!

Er plant, nächste Woche nach Ruhpolding zu gehen, um den vielen ermüdenden Besuchen in München zu entgehen und von dort die Geschäfte zu führen, während die Tochter Agnes zur Fortführung ihrer sozialen und karitativen Tätigkeit im Westend, von der sie sich schwer trennen kann, in München bleibt.[1] Ich weiß aber nicht, ob ich meinen Plan ausführen kann. Die militärische Lage ist ja glänzend, nicht nur im Osten, sondern glücklicherweise auch im Westen. Aber in politischer Hinsicht sieht es oder sah es weniger gut aus. Italien gegenüber habe ich meinen Optimismus aufgeben müssen. Noch weiß man nicht, wohin sie sich in ihrer blinden Erpresserpolitik schließlich hintreiben lassen, aber die Dinge stehen dort auf des Messers Schneide. Ich will hoffen, daß die jüngsten großen Erfolge dort wie auf dem Balkan Eindruck machen. Im übrigen bin ich der Meinung, daß wir Italien gegenüber unsre Politik ändern und entschieden auftreten sollen. Es ist doch wirklich der beiden Großmächte nicht würdig, sich von den Herrschaften, die gleichzeitig mit den Ententemächten verhandeln, länger hinziehen und sie in ihren Ansprüchen immer anmaßender werden zu lassen. Ich würde ihnen jetzt ein Ultimatum stellen. Sie sollen sich entscheiden, ob sie mit uns oder gegen uns gehen wollen. Nach meinen Informationen ist man jetzt in Östreich gerüstet und in der Lage, nicht nur einen Einfall im Trentino sondern auch einen Angriff am Isonzo erfolgreich abzuwehren. Hoffentlich bringen die nächsten Tage eine günstige Lösung. […]

Denke Dir, der Sohn meines Freundes Cardauns, der als Landwehrleutnant eine Kompagnie führt, ist seit dem 30. März vermißt und alle Nachforschungen sind ohne Ergebnis geblieben. Die Hoffnung, daß er verwundet in Gefangenschaft geraten sei, ist gering.[2] Ich bekam die Nachricht durch Freund Müller und habe dann gleich an Cardauns geschrieben, der mir gestern tiefbekümmert geantwortet hat. Wir wollen und müssen ja durchhalten, aber Gott gebe, daß der furchtbare Krieg nicht mehr

1 Agnes Hertling übte Wohltätigkeit in den Münchner Vorstädten, wo sie »unendlich Schmutz fand«. Sie besprach mit Bischof Faulhaber die Gründung einer karitativen Sozietät »aus religiösem Geiste«, musste aber, offenbar wegen epileptischer Anfälle, ihre soziale Arbeit einstellen. Faulhaber. Kritische Online-Edition der Tagebücher, Tagebucheinträge 13. u. 24. September 1917 (26.2.2024).

2 Ludwig Cardauns wurde zunächst vermisst, dann als gefallen gemeldet. Er wurde ein Opfer der sich bis Juli 1915 hinziehenden schweren Kämpfe im unzugänglichen Gebiet des Priesterwalds bei Pont-à-Mousson an der Obermosel. Nach Anfangserfolgen französischer Truppen bis Ende Mai gelang laut Bericht des GHQ bis 4. Juli 1915 die Eroberung gut befestigter französischer Stellungen in völlig verwüstetem Gelände.

allzulange dauere. Mit diesem und dem weiteren Wunsche, daß der l[iebe] Gott Dich auch fernerhin beschützen möge, bin ich, wie immer

Dein treuer Vater

50

Stephan Ehses an Georg von Hertling
Marienhof bei Koblenz, 9. Mai 1915

(eigh. Or.; AGG, Nr. 9)

Euer Exzellenz

haben gewiß schon Kenntnis erhalten von dem fast allgemeinen Exitus der Deutschen aus Rom und Italien, Exitus Israel de profundo barbaro[1]; fast allgemein, sage ich, da außer den Berufsdiplomaten auch noch diejenigen Herren zurückblieben, denen wie z. B. den Rektoren von Anima und Campo Santo[2] im Ernstfalle ein Platz im Diplomatenzuge zugesichert werden konnte. Ich hatte eben an Euer Exz[ellenz] schreiben wollen, daß ich seit einigen Tagen mein einziger Untergebener bin, nachdem Herr Dr. L[udwig] Mohler am 3. seiner Einberufung zum Ersatze in der Militärseelsorge hatte Folge leisten müssen;[3] aber schon nach zwei Tagen ging der Alarmruf von Haus zu Haus, und schon am 5. begann die Auswanderung. Am Abend dieses 5. wurde auch ich dringlich und sozusagen amtlich gemahnt, sprach dann aber am 6. noch bei den Herren v. Mühlberg und Baron Ritter vor, auf deren Rat ich mich gleichfalls zur Abreise am Abend entschloß. Meinen ganzen Hausrat habe ich zunächst unter der Obhut meiner sehr besorgten und zuverlässigen Hauswirte gelassen, jedoch für den Fall längerer Abwesenheit Vorkehr getroffen. Von dem Manuscript für den nächsten Trienter Aktenband liegt die erste Hälfte bereits seit Oktober bei Herder; die zweite hat mich jetzt begleitet und soll jetzt mein Trost in der Verbannung sein, da ich noch etwa 5–6 Wochen daran zu arbeiten habe. Das geht zwar hier nicht so gut, wie in der Vaticane, die sich auf unseren wissenschaftlichen Bedarf eingewöhnt hat; aber es muß doch wohl auch hier gehen, und darum habe ich mich in dem Kloster Marienhof bei Coblenz um Wohnung bemüht, die mir auch für morgen zugesagt ist; von dort kann ich nämlich viel zeitiger und bequemer zur Bibliothek nach Bonn, abgesehen davon, daß mein lange herkömmliches Sommerquartier zu Ems ganz Lazarett geworden ist.

Nun war und ist vielleicht auch jetzt noch nicht jede Hoffnung auf Erhaltung des Friedens mit Italien ausgeschlossen, und gewiß könnte man Italien und uns wie besonders auch dem Hl. Vater von Herzen Glück wünschen, wenn der Friede unter erträglichen und ehrenhaften Opfern gewahrt würde: es sollte mich auch nicht viel kränken, wenn später irgend ein Zaunkönig den Tapferen spielen und uns etwa das

1 Auszug Israels aus den Tiefen der Barbarei.

2 Anton de Waal und Maximilian Brenner.

3 Vgl. Wandel an Erzberger, Berlin 4. September 1914: Bisher seien überetatmäßig 77 Geistliche entsandt worden und 82 weitere Stellen würden geschaffen. 12 Geistliche waren zu dieser Zeit noch wegen »deutschfeindlicher Gesinnung« in Haft. BArch, Nl Erzberger, Nr. 5, f. 162.

relicta non bene parmula[4] des Horaz vorwerfen wollte. Jedenfalls hätte ich zu keiner anderen Zeit eine längere Abwesenheit vom vatikanischen Archive besser vertragen können als eben jetzt, da die Trienter Quellen für meinen Teil bis auf Kleinigkeiten in meinen Händen sind. Dennoch möchte ich am liebsten nach Rom zurück, sobald auch die 2. Hälfte meines Manuscriptes an Herder abgeliefert sein wird. Deus provideat et providebit.[5]

H. Dr. Schäfer schrieb mir vor 14 Tagen wieder wegen seines Osterzuschusses; ich habe ihn an Geheimr[at] v. Grauert verwiesen, der von mir genau unterrichtet ist.

Über H. Dr. Cardauns ist, so fürchte ich sehr, ein schwerer Schlag hereingebrochen, da über seinen Sohn Ludwig die Nachrichten am 30. März mit einem sehr verlustreichen Zusammenstoß im Priesterwalde schließen.[6] Wir haben uns in Rom u.a. an Msgr. Duchesne[7] um gütige Nachfrage gewendet, aber bis zur Abreise nichts erfahren können.

H. Geheimrat Müller soll morgen geheilt oder doch stark gebessert von Baden-Baden zurückkehren.

Wollen Euer Exzellenz Nachsicht haben mit vorstehender Hotelschrift, und […] die aufrichtigsten Grüße und Wünsche entgegennehmen von

Hochderselben
ergebenstem
Msgr. Ehses.

4 Meinen Schild ließ ich unrühmlich zurück. Horaz, Oden II, 7–10. Quintus Horatius Flaccus (65–8 v. Chr.), römischer Dichter; hinterließ ein Gesamtwerk in neun Büchern mit den Sermones (Gesprächen), Epoden (gesellschaftskritische Invektiven), Carmina (Lieder und Lyrik), Episteln (Philosophie und Poetik) sowie Oden.

5 Gott möge und wird dafür Sorge tragen.

6 Siehe oben Nr. 49.

7 Louis Duchesne (1843–1922), aus Saint-Servan in der Bretagne, nach einem Studienaufenthalt in Rom 1867 Priesterweihe, danach als Lehrer tätig, ab 1871 Studien in Altertumswissenschaften und klassischer Philologie in Paris an der École des Carmes und an der École pratique des Hautes études, 1873–1876 in Rom an der École française, 1877 Promotion in Paris mit einer Arbeit zum Liber pontificalis, danach Inhaber des Lehrstuhls für Kirchengeschichte am Institut catholique, 1883 Wechsel an die Philosophische Fakultät, ab 1885 zusätzlich an der École pratique des Hautes études, 1895 Direktor der École française in Rom. Duchesne rief 1880 den Bulletin critique de littérature, d'histoire et de théologie ins Leben und kann als profiliertester Vertreter der historisch-kritischen Methode in der französischen Geschichtswissenschaft seiner Zeit gelten, sein Forschungsschwerpunkt war die Kirchengeschichte zwischen Spätantike und Frühmittelalter. Waché.

51

Georg von Hertling an Stephan Ehses
München, 12. Mai 1915

(eigh. Or.; AGG, Nr. 5,3)

Lieber verehrter Herr Prälat!

Alle die Tage habe ich an Sie gedacht und ich würde an Sie geschrieben haben, hätte ich gewußt, wohin ich den Brief adressieren solle. Nun freue ich mich, Sie wohlgeborgen diesseits der Alpen zu wissen. Zwar ist auch jetzt, wo ich diese Zeilen schreibe, nicht alle Hoffnung geschwunden, daß Italien vor dem Wahnsinn einer Beteiligung am Kriege zurückschreckt. Aber bei der fieberhaften Aufregung, in welche die Massoneria durch ihre Agitation in der Presse und in Versammlungen einen großen Teil der Bevölkerung versetzt hat,[1] bei der Schwäche der Regierung und der allgemeinen Unsicherheit der dortigen politischen Verhältnisse weiß man nie, was in der nächsten Stunde geschehen wird.

Dankt für die freundliche Gratulation zum 70. Geburtstag seiner Frau. Die Feier war so schön, wie in dieser schweren Zeit möglich. Teilgenommen haben auch die von Kriegsbeginn bis Mai 1915 bei ihnen in München mit ihren zwei Töchtern wohnende Schwiegertochter und seine Tochter aus Berlin. Mein Schwiegersohn ist im Kriegsministerium unabkömmlich und hat Berlin nur zu zwei kommissarischen Reisen, zuerst auf den östlichen dann auf den westlichen Kriegsschauplatz verlassen. Ich nehme an, daß er jetzt wieder dort ist. Von meinem Sohn hatte ich gestern wieder eine Karte mit guten Nachrichten.

Von dem Unglücke, welches den armen Cardauns betroffen hat, hörte ich durch Freund Müller. Ich habe gleich an ihn geschrieben und eine tief betrübte Antwort erhalten. Auf seinen Wunsch habe ich auch die bayerische Militärbehörde um Nachforschungen angegangen, ich glaube aber kaum, daß sie Erfolg haben werden. Der

1 Vgl. über das Eintreten der Freimaurer für die Entente und gegen das Papsttum Baumgarten an Bergen, Rom 24. Dezember 1914. (PAAA, Nl Baumgarten); Monticone, S. 421–461; Gruber, S. 211, 215 f.; Erzberger, Erlebnisse, S. 137–158; Stockhammern, IV, S. 10–12. Die Freimaurer der allierten Nationen hielten im Januar 1917 in Paris einen Kongress ab, bekannten sich solidarisch mit den Alliierten und forderten einen dauerhaften, gerechten Frieden gegen die Gewalt (des Vierbunds). Appel des MacΔ Alliées aux MacΔ des Nations Neutres, Paris 14.–16. Januar 1917. (Kovács, Bd. 2, S. 154 f.). Freimaurer waren im Senat und Repräsentantenhaus der USA, in den europäischen Hauptstädten und sogar in der Türkei stark vertreten. Der Geheimbund proklamierte humanitäre Ideale und die ethische Vervollkommnung des Menschengeschlechts, nahm nur Männer auf und kultivierte Initiationsriten; nach Gründung in England 1717 Bildung erster örtlicher Logen in Italien um 1723 und 1733, 1805 Gründung des Grande Oriente, 1910 der Großen Loge in Italien; mehrmalige Verurteilung durch die Päpste seit 1738, so durch Leo XIII. in »Humanum genus« (1884) und »Praeclara« (1894), wegen ihrer Beeinträchtigung der christlichen Institutionen und ihrer naturalistischen Weltanschauung.

junge Cardauns war ein zu schönen Hoffnungen berechtigender Gelehrter und der ganze Stolz seines Vaters.

Wenn Sie Müller sehen, bitte ich ihn bestens von mir zu grüßen. Hoffentlich hat ihm die Cur in Baden-Baden gut getan. […]

Daß Sie in einigen Monaten wieder in Rom werden sein können, wage ich leider nicht zu hoffen. Sie werden sich schon resignieren müssen, die Arbeiten in Deutschland fortzusetzen. Das hat ja auch sein Gutes. Wenigstens erinnere ich mich, einmal eine Äußerung Niebuhrs[2] gelesen zu haben über die Schwierigkeit, in Rom zu arbeiten.

In herzlicher Verehrung, wie immer
Euer Hochwürden ergebener
Hertling

2 Barthold Georg Niebuhr (1776–1831), geb. in Kopenhagen, außerordentlich sprachbegabt, in seinem Reformdenken früh beeinflusst von den Ideen Kants und Fichtes, ab 1794 Studium der Rechte, 1798/99 der Agrar- und Naturwissenschaften, 1796 im dänischen, 1806–1810 im preußischen Staatsdienst. Ab 1810 hielt er vielbeachtete Geschichtsvorlesungen über an der Universität Berlin, war 1816–1823 preußischer Gesandter beim Hl. Stuhl und las 1825–1831 über Alte Geschichte an der Universität Bonn. Fortschrittlich-demokratische Zeitbezüge kennzeichnen seine dreibändige Römische Geschichte, Berlin 1811–1832. Er machte beachtliche Handschriftenfunde und förderte als Mitbegründer der philologisch-kritischen Methode die Entwicklung der Geschichtsschreibung zur eigenständigen Wissenschaftsdisziplin. Gerrit Walther, Niebuhr, Barthold Georg, in: NDB 19 (1999), S. 219–221.

52

Georg von Hertling an Karl von Hertling
Ruhpolding, 24. Mai 1915

(BArch, NlH, Nr. 26, f. 50–51)

Lieber Karl!

Die Familie trauert über den Tod seines Bruders Karl,[1] *der an einer vereiterten, unbemerkt gebliebenen Blinddarmentzündung starb und sich trotz der Krankheit lange in der Gewalt hatte. Er wurde am 19. Mai unter großer Teilnahme zur letzten Ruhe geleitet.* Haben wir uns auch in letzter Zeit seltener gesehen, so bedeutet der Tod doch eine schmerzliche Lücke, die sich nicht mehr schließen wird und an die so vieles immer wieder erinnert.

Italien hat gestern den Krieg an Östreich erklärt, damit ist nach dem Bündnisvertrag auch für uns der Kriegszustand gegeben. Nun mögen sie sich die Gebiete holen, die sie auf Grund weitgehender Konzessionen hätten friedlich haben können. Ich hoffe und erwarte, daß sie Prügel bekommen.[2] Schlimm ist natürlich die damit gegebene weitere Verlängerung des Kriegs, doch ist man an den maßgebenden Stellen beruhigt und zuversichtlich. Auch auf dem Balkan sieht es nicht mehr so gefährlich aus, wie vor einiger Zeit. Die guten Erfolge in Gallizien [!] haben dort ihre Wirkung nicht verfehlt.

Wegen Lily kannst Du ganz ruhig sein. Unfreundliche Aeußerungen über ihr Vaterland wird sie zwar zu hören bekommen, das wird sich kaum vermeiden lassen, ihr selbst aber wird nichts geschehen, zumal sie sich vorgenommen hat sehr vorsichtig zu sein. Zum Ueberflusse habe ich aber die Polizei in Augsburg informirt und um unauffälligen Schutz gebeten.

---

1 Carl Maria Franz von Hertling (1847–1915), Großherzoglich hessischer Kammerherr, in verschiedenen Beschäftigungen, u.a. Gutsverwalter bei Löwenstein in Böhmen, wo er wegen Meinungsverschiedenheiten ausschied; verwaltungs- und landwirtschaftliche Kenntnisse; er unterstützte seinen Bruder bei den Vorarbeiten für das Staatslexikon der Görres-Gesellschaft und für den internationalen Gelehrtenkongress in München 1900; Autor der Geschichte der Familie von Hertling, einer als Manuskript gedruckten Privatarbeit.

2 Den Ausdruck »Prügel gekriegt« verwendete auch der dänische Minister Scavenius (mit Bezug auf die Engländer). Geheime Aufzeichnung Brockdorff-Rantzaus. Beilage zu: Bussche an Kühlmann, Berlin 14. Januar 1918. (Scherer-Grunewald, Bd. 3, S. 262). – Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau (1869–1928), aus holsteinischem altem Adel, geb. in Schleswig, Jurastudium, 1891 Referendarexamen, Dr. jur., 1891–1894 Militärdienst (1914 Oberleutnant d. R.), 1894 im preußischen Justizdienst, Eintritt in den Auswärtigen Dienst, Attaché, 1895 in Brüssel, 1896 in Luxemburg, 1897 Legationssekretär in St. Petersburg, 1900 dort kommissarisch leitend, 1901 in Wien, 1904 Legationsrat, 1905 Erster Sekretär im Haag, 1906 in Wien, 1907 Erster Sekretär und Botschaftsrat, 1909 Generalkonsul in Budapest, 1912 Gesandter in Kopenhagen, Dezember 1918 letzter Staatssekretär des AA, Februar–Juni 1919 erster Reichsminister des Auswärtigen, Leiter der deutschen Friedensdelegation in Versailles, 1922–1928 Botschafter in Moskau. C. Scheidemann, Brockdorff-Rantzau.

Er will acht Tage mit der Tochter Anna bei prachtvollem Wetter in Ruhpolding bleiben. Für den Gang der großen Ereignisse ist es ja ganz ohne Belang, ob ich hier oder in München sitze. Dazu ist die telefonische Verbindung jetzt ganz ausgezeichnet.

Mit vielen guten Wünschen und den herzlichsten Grüßen von Anna und mir, wie immer,
Dein treuer Vater

53

Georg von Hertling an Carl Muth
Ruhpolding, 25. Mai 1915

(eigh. Or.; BSB, Ana 390 II A)

Sehr geehrter Herr Professor!

Ihre geschätzten Zeilen vom 22. d[ieses] M[onats] sind mir hierher nachgeschickt worden, wohin ich mich für ein paar Tage zur Ausspannung begeben habe. Den gewünschten Artikel über das italienische Garantiegesetz[1] zu schreiben, bin ich leider ganz außer Stande, nicht nur wegen des chronischen Mangels an freier Zeit, sondern weil mir dazu alle Voraussetzungen fehlen. Ich müßte zuerst umfassende Studien anstellen. Unter den zünftigen Diplomaten wüßte ich Ihnen auch keine dafür geeignete Persönlichkeit zu nennen. Der gegenwärtige bayerische Gesandte beim h. Stuhl, Baron Ritter, ist zwar ein sehr tüchtiger Mann und ganz an seinem Platze, aber eine schriftstellerische Ader dürfte er kaum besitzen. Graf Kasimir Leyden[2] hat im vergangenen Herbst zwei sehr gute Artikel über England in der Staatszeitung geschrieben, aber sich eingehender mit Italien und Rom zu beschäftigen, dazu wird ihm der Verlauf seiner Karriere in der Reichsdiplomatie schwerlich Veranlassung gegeben haben. Dagegen möchte ich Ihnen zwei andere Namen nennen, die vielleicht zum Ziel führen könnten. Zunächst Justizrat Dr. Karl Bachem in Berlin-Steglitz. Er hat seit vielen Jahren auf den Katholikentagen die Resolution zur römischen Frage

1 Gesetz des italienischen Staates über die Vorrechte des Papstes und das Verhältnis des Staates zur Kirche vom 13. Mai 1871 (19 Artikel), erlassen nach der Einnahme Roms, aufgehoben durch den Lateranvertrag vom 11. Februar 1929. Zugestanden wurden unter anderem die Heiligkeit und Unverletzlichkeit der Person des Papstes, eine jährliche Rente zum Unterhalt der päpstlichen Beamten, Museen und Gebäude, der Besitz des Vatikans und Laterans und der zu diesen beiden Palästen gehörigen Gebäude und Gärten, die freie Ausübung geistlicher Ämter; die juristischen Folgen geistlicher und disziplinärer Angelegenheiten unterlagen der Ziviljurisdiktion. Fremde Personen, die in Rom in ein geistliches Amt eingesetzt waren, genossen die Garantien italienischer Bürger. Die Gesandten auswärtiger Mächte und des Papstes besaßen Immunität gemäß internationalem Recht. Papst Pius IX. (der »Gefangene im Vatikan«) betrachtete das Gesetz als untragbare Einschränkung seiner Souveränität.

2 Casimir Graf von Leyden (1852–1938), Sohn eines bayerischen Kämmerers, geb. in München, 1869–1871 Einjährig Freiwilliger (zuletzt Major d. R.), Jurastudium, 1874 Eintritt in den bayerischen Justizdienst, 1875 in den Auswärtigen Dienst, Attaché in London, 1876 im AA, Abteilung II (Handelspolitik), 1879 Diplomatische Prüfung, Legationssekretär in Paris, 1880 in Stockholm, 1881 in Bukarest, 1882 in Konstantinopel, 1882 in Washington, 1886 in Athen, 1886 in Paris, 1888 in London, 1890 Generalkonsul in Kairo, 1893 Gesandter in Bukarest, 1897 in Tokio, 1900 in Stockholm, 1903 Wirklicher Geheimer Rat (Exzellenz), 1905 a.D., 1906 und 1912 in München, 1915 heiratete er dort Viktoria, geb. Freifrau von Oppenheim, danach hielt er sich in der Schweiz auf und starb in Montreux. Familienbogen. Nl Leyden. Freundliche Auskunft des Stadtarchivs München.

vertreten.[3] Seine Informationen oder Instruktionen gehen noch auf Windthorst[4] zurück, und so möchte ich annehmen, daß er die Frage nicht nur nach der politischen, sondern auch nach der staatsrechtlichen Seite beherrscht. Sodann den Ges[andten] Legationsrat v. Stockhammern in meinem Ministerium, der in diesen Tagen von einem mehrmonatlichen Aufenthalt in Rom zurückkehrt. Er ist langjähriger Kirchenreferent, führt eine sehr gewandte Feder und wird sich in die Materie, soweit er sie nicht schon beherrscht, mit Leichtigkeit hineinarbeiten.

Entnehmen Sie, bitte, diesen Angaben, daß ich mich für die Sache interessiere und Ihnen gerne behilflich wäre.

In ausgezeichneter Hochachtung
ergebenst
Hertling

3 Auch in Absprache mit Hertling, um provokative Formulierungen zu vermeiden. Der Katholikentag von 1895 in München bekannte sich, um ein Zeichen gegen die antiklerikalen Gedächtnisfeiern zur 25jährigen Eroberung Roms zu setzen, erneut zur Forderung nach »Wiederherstellung der territorialen Souveränität des heiligen Stuhles«, um die »volle Freiheit und Unabhängigkeit in der Regierung der Kirche« zu gewährleisten, und sprach »die zuversichtliche Hoffnung aus, daß die dem heiligen Stuhle gebührende Weltstellung« zum Zweck der Erhaltung des Friedens und zum Ausgleich der Völker- und Klasseninteressen »immer mehr zur Anerkennung gelangt«. Verhandlungen der 42. Generalversammung der Katholiken Deutschlands, S. 83 f., 391. Vgl. Karl Bachem an Hertling, Berlin 24. Juli 1909; 3. Juli 1911, zur Absprache über diese Erklärungen. AGG, Nr. 5.

4 Ludwig Windthorst (1812–1891), geb. auf Gut Caldenhof bei Osnabrück, nach Jurastudium in Göttingen und Heidelberg 1834 Dr. jur., Referendar, 1836–1848 Anwalt in Osnabrück, 1848–1851, 1854–1857 Oberappellationsgerichtsrat in Celle, 1851–1853, 1862–1865 hannoverscher Justizminister, 1866–1867 Kronoberanwalt in Celle, 1867–1891 Mitglied des Reichstags, 1849–1856, 1862–1866 der hannoverschen zweiten Kammer, 1867–1891 des Preußischen Abgeordnetenhauses (ab 1871 im Vorstand der Zentrumsfraktion, auch der des Reichstags), 1890 Mitgründer des Volksvereins für das katholische Deutschland, gefeierter Redner auf den deutschen Katholikentagen.

54

Georg von Hertling an die Bayerische Gesandtschaft in Berlin

München, 27. Mai 1915

Kgl. Bayerisches Staatsministerium des Kgl. Hauses u. des Aeußern
(masch. Kop.; BayHStA GHA, Kabinettsakten König Ludwigs III., 41)

Betreff: Entführung bayerischer Sammlungsgegenstände nach Frankreich.
Geheim!

Es ist in Anregung gebracht worden, es möchten die auf Veranlassung der französischen Regierung in früheren Zeiten aus Bayern widerrechtlich nach Frankreich entführten Kunstschätze und Sammlungsgegenstände, soweit sie feindlicher Staatsbesitz sind und sich in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten befinden, unverweilt zurückgenommen und aber auch andere Gegenstände aus den Sammlungen der besetzten Gebiete vorläufig mit Beschlag belegt werden, um sie als Pfand für die spätere Herausgabe der in Paris und anderen Städten Frankreichs befindlichen bayerischen Stücke zu verwenden.

Gegen die Zurücknahme der früher aus Bayern geraubten Gegenstände dürfte vom Standpunkte des Art. 56 des Haager Uebereinkommens, betreffend die Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkriegs (R.G.Bl. 1910 S. 132) kein Bedenken bestehen, da es sich hier um eine Wiedervergeltung früherer Völkerrechtsbrüche handelt, deren Ausgleich trotz der geführten Verhandlungen beim Abschlusse des Frankfurter Friedens[1] nicht erreicht werden konnte. Es handelt sich um strittigen Besitz; man wird folglich annehmen können, daß die entführten Stücke nicht unbestrittenes Eigentum des feindlichen Staats geworden sind.

Die Beschlagnahme anderer, zweifellos im Eigentum des feindlichen Staates stehenden Werke der Kunst und Wissenschaft wäre nach Art. 56 des Haager Uebereinkommens untersagt. Es kann außer Betracht bleiben, daß dieses Uebereinkommen im gegenwärtigen Weltkriege zuerst von unseren Feinden in vielen Punkten und insbesondere auch durch die Beschlagnahme von Privateigentum und von Sammlungsgegenständen übertreten worden ist. Denn es handelt sich hier nicht um eine Beschlagnahme im eigentlichen Sinne, sondern nur um eine vorläufige Sicherungsmaßnahme für die späteren Friedensverhandlungen, da gar nicht daran gedacht wird, die eingeforderten Sammlungsgegenstände dauernd in Beschlag zu nehmen; diese

1 Der Deutsch-Französische Krieg von 1870/71 wurde durch den Vorfrieden von Versailles (26. Februar 1871) und den nachfolgenden Frankfurter Friedensvertrag (10. Mai 1871) abgeschlossen. Der Frankfurter Friede verpflichtete Frankreich zu einer in drei Jahren zahlbaren Kriegsentschädigung von fünf Milliarden Francs sowie zur Abtretung von Elsaß und Lothringen, die das preußische Militär und die deutsche Nationalbewegung forderten, die aber das deutsch-französische Verhältnis fortan schwerstens belastete.

Gegenstände sollen vielmehr nach Rücklieferung der in früheren Zeiten widerrechtlich entführten bayerischen Sammlungsgegenstände unversehrt wieder an den Platz zurückgebracht werden, von dem sie entnommen sind; es liegt sogar im eigenen Interesse der zur Sicherung der bayerischen Rückforderungsansprüche auszuwählenden Objekte, daß sie aus dem Gefahrenbereiche des militärischen Operationsgebiets vorläufig entfernt werden.

Wie nun hier bekannt geworden ist, bereist der K. Preußische Geheime Regierungsrat, Universitätsprofessor in Bonn und Konservator der Kunstdenkmale und Altertümer in der Rheinprovinz Dr. Clemen[2] zur Zeit im Auftrage der K. Preußischen Regierung das besetzte Gebiet, um festzustellen, welche Schäden der Feind selbst den Kunstdenkmalen im eigenen Lande zugefügt hat und welche Kunstsammlungsgegenstände aus ehemals preußischem Besitz sich in Frankreich befinden. Nach den Aeußerungen dieses Beamten beabsichtigt auch die preußische Regierung die seinerzeit nach Frankreich entführten Kunst- und Sammlungsgegenstände zurückzuverlangen und für solche Gegenstände, die sich nicht im deutschen Machtbereiche befinden, Pfänder aus den Sammlungen im besetzten Gebiete zu entnehmen. Hiemit soll bereits der Anfang gemacht und für ein Bild von Watteau[3] in Paris ein Bild des gleichen Meisters aus einer Sammlung in Valenciennes weggeführt worden sein. Des weiteren soll aus Lille ein Bild nach Deutschland geschafft worden sein, um dort ausgebessert zu werden; was mit dem Bilde geschehen werde, sei noch unbestimmt, angeblich sei das Bild in früheren Zeiten aus einer Kirche in Frankfurt geraubt worden. Ferner soll Preußen bereits aus Gent eine Fahne entnommen haben, die in das Zeughaus in Berlin verbracht worden ist; dementsprechend könnten auch aus Brüssel dort befindliche bayerische Waffen weggeführt werden. Indem ich Euerer Exzellenz den unter Mitwirkung der beteiligten Sammlungsvorstände erstatteten

2 Paul Clemen (1866–1947), geb. in Sommerfeld bei Leipzig, 1889 Dr. phil. (Straßburg), 1890 wurde ihm die Inventarisierung der »Kunstdenkmäler der Rheinprovinz« übertragen (von 1891–1937 erschienen 56 Bände), 1893 Wahl zum Provinzialkonservator der Rheinprovinz, mehrmals verlängert, 1893 Habilitation für mittlere und neuere Kunstgeschichte in Bonn, 1898 a.o. Professor in Bonn, 1899 Professor für Kunst- und Literaturgeschichte an der Kunstakademie Düsseldorf, Studienreisen in den Mittelmeerraum und nach Nordafrika, 1901–1935 o. Professor in Bonn mit dem Auftrag, die »Kunstwissenschaft in ihrem gesamten Umfang« zu vertreten, Reiseführer für Mitglieder des preußischen Königshauses, 1906 Mitgründer des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Heimatschutz, 1907/08 Gastprofessor in Harvard, 1911 Geheimer Regierungsrat, im Ersten Weltkrieg als »Kunstschutzoffizier« in Belgien, Frankreich und auf dem Balkan tätig, 1918 Dr. Ing. h.c. (Karlsruhe), hohe Orden, Berufungen in gelehrte Institutionen des In- und Auslands, 1946 Ehrenbürger der Stadt Bonn. Clemen öffnete die Forschung für einen weit gefassten, Stadt, Landschaft und Umfeld einbeziehenden Denkmalbegriff; über 400 Publikationen zur mittelalterlichen und neuzeitlichen Kunstgeschichte. Udo Mainzer, Paul Martin Clemen (1866–1947). Portal Rheinische Geschichte (6.4.2018); Kürschner, S. 135.

3 Antoine Watteau (1684–1721), geb. in Valenciennes, ab 1902 in Paris; der Maler und Zeichner überschritt in Farbgebung und Thematik die gängige Hofmalerei. Bedeutende Werke sind im Louvre und in Berlin verwahrt. Wegen nachlässiger Maltechnik gerieten viele seiner Bilder bald in schlechten Zustand.

Bericht der Direktion der K. Hof- und Staatsbibliothek vom 15. März l[aufenden] J[ahres] nebst Anlagen[4] sowie einen vorläufigen Bericht des nach Belgien und Frankreich entsandten Oberleutnants Dr. Hans Stöcklein über das Ergebnis seiner Reise und Forschungen zur Wiedergewinnung der aus den Zeughäusern von München und Neuburg a[n der] D[onau] entführten Waffen und Rüstungen nebst sechs Verzeichnissen in fünf Abdrücken ergebenst zur Verfügung stelle[5], ersuche ich, über die Stellungnahme der Reichsleitung in der Angelegenheit vertrauliche Erkundigungen einzuziehen und hiebei den bayerischen Standpunkt zu vertreten. Sobald über die Rückführungs- und Sicherungsmaßnahmen mit der Reichsleitung dem Grundsatze nach Einverständnis erzielt ist, würde das Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten im Einvernehmen mit dem Generalquartiermeister-West bezw. dem Generalgouverneur in Belgien je einen Fachmann für Gemälde- und für Bibliothek- und Archivwesen, sowie allenfalls auch für Skulpturen in das besetzte Gebiet abordnen, um dort geeignete Gegenstände für die vorläufige Verwahrung auszuwählen und für ihre sachgemäße Ueberführung in die Heimat zu sorgen.

Ueber das Ergebnis Ihrer Schritte darf ich dem baldgefälligen Berichte Euerer Exzellenz mit dem Beifügen ergebenst entgegensehen, daß Seine Königliche Hoheit der Kronprinz der Angelegenheit besonderes Interesse widmen.

gez. Dr. Graf von Hertling.

4 Am 15. März 1915 übersandte die Direktion der K. Hof- und Staatsbibliothek dem Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten den im Staatsministerium des K. Hauses und des Äußern noch vorliegenden umfangreichen Akt über alle 1870 getätigten Nachforschungen nach bayerischen Kunstgegenständen, Archivalien und Bücherschätzen in französischen Bibliotheken und Archiven. Der Akt umfasste zwei längere Vorlagen Franz v. Löhers an König Ludwig II. vom 9. November und 22. Dezember 1870 (S. 1–96), dazu 15 weitere Berichte, Verzeichnisse, Übersichten und Briefe. In französischen Besitz gelangt waren seit den Kriegen Ludwigs XIV. und den Reunionen viele Korrespondenzen und Materialien aus dem Archiv von Pfalz-Zweibrücken, den Archiven der Stadt Speyer und pfälzischer Stifte sowie Lothringer Urkundensammlungen. Für weitere Aufschlüsse wurde verwiesen auf: Charles Saunier, Les conquêtes artistiques de la révolution et de l'empire. Reprises et abandons des alliés en 1815. Leurs consequences sur les musées d'Europe, Paris 1902. BayHStA GHA, Kabinettsakten Ludwigs III., 41.

5 Hans Stöcklein, Regimentsadjutant im Landwehr–Infanterie-Regiment Nr. 13, an das Ministerium für Kirchen- und Schulangelgenheiten, München 4. Mai 1915. Aus den Archivalien über die Plünderung der Zeughäuser von München und Neuburg gehe hervor, dass »eine ganze Anzahl von Rüstungen und Waffen« nicht, wie in der Literatur mehrfach behauptet, Napoleon I. geschenkt, sondern von »namentlich benannten französischen Generälen« entwendet wurden. BayHStA GHA, Kabinettsakten Ludwigs III., 41.

55

Georg Hüffer an Georg von Hertling
Bad Kissingen, 27. Mai 1915

(eigh. Or.; AGG, Nr. 5)

Verehrte und liebe Excellenz!

Erst sehr verspätet erfahre ich von dem schweren Schlage, der Sie in dem unerwarteten Tode Ihres, auch von mir, wie Sie wissen, herzlich verehrten Bruders getroffen hat. Es drängt mich, nach der lieben Frau Baronin auch Ihnen meine Teilnahme an diesem herben Verluste auszusprechen. Ich weiß ja, mit welcher besonderen Herzlichkeit Ihr lieber Bruder Sie und Sie wieder ihn umfaßt haben. Es war bei Ihnen wie bei meinen seligen Onkels Mallinckrodt, die mit Stolz voneinander sagten: Mein Bruder ist mein bester Freund.[1] Und sie durften stets sicher sein, daß er bei allen, Sie und Ihr privates wie öffentliches Wirken betreffenden, Fragen stets und über alles den Maßstab der Ehre Gottes anlegte, diesen höchsten Gesichtspunkt bei Rat und Urteil unverbrüchlich im Auge hielt. Ihr lieber seliger Bruder gehörte zu den wenigen Menschen vom höchsten Seelen-Adel, welche alle irdischen Dinge sub specie aeternitatis ansahen.

So reißt der Tod hier eine Lücke, die nicht wieder auszufüllen ist. Für den Hingegangenen aber wird es sicherlich geheißen haben: intra in gaudium Domini tui. Von dort wird er auch Ihren Lebenslauf weiter mit seiner Hülfe begleiten.

Ich hoffe bestimmt, er erfleht Ihnen da die Erfüllung eines Wunsches, den Sie, wie Ihre liebe Frau Gemahlin mir einmal andeutete, als die Krönung Ihres öffentlichen Wirkens hegen: die erfolgreiche und für die Welt segensvolle Anteilnahme an dem Frieden, welcher den gewaltigen Kampf der Jetztzeit abschließen wird. Und mir

1 Georg Hüffer (1851–1922), geb. in Paderborn, Geschichtsstudium, 1873 Dr. phil. (Göttingen), 1877 Habilitation an der Akademie Münster, Privatdozent, 1878 Redakteur des Historischen Jahrbuchs der Görres-Gesellschaft, 1886 Prof. der Geschichte in Breslau, 1896 Rückzug als Privatgelehrter nach München, 1907 nach Paderborn. Überzeugter Katholik, profilierte er sich mit Studien zur Verfassungs-, Herrschafts- und Ordensgeschichte des Mittelalters als Vertreter der modernen, empirisch-kritischen Geschichtsforschung. Er war ein Sohn des Kreisgerichtsrats und Mitglieds des Preußischen Abgeordnetenhauses Alfred Hüffer (1818–1899), Mitgründers der Zentrumspartei und des Bürgervereins in Paderborn, Schwagers von Hermann und Georg von Mallinckrodt. Hermann v. Mallinckrodt (1821–1874), zuletzt preußischer Regierungsrat in Düsseldorf und Merseburg, Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses (ab 1852) und des Reichstags (1871–1874), war Mitgründer und führender Kopf der Zentrumsfraktion, einer ihrer besten Redner in der Anfangsphase des Kulturkampfs. Sein Bruder Georg war Majoratserbe und Familienhaupt der Mallinkrodts auf Gut Bödiken bei Paderborn. Freiherr Wilderich von Ketteler-Harkotten (1809–1875), ebenfalls Gründungsmitglied der Zentrumsfraktion und 1869–1873 Präsident des Vereins katholischer Edelleute, würdigte bei Hermanns Übernahme des Sitzes Nordborchen 1872 die Brüder als »zwei westfälische Eichen, welche kein Sturm zu beugen vermöge«. Mertens, S. 8 f., 19, 30.

will durchaus scheinen, daß unser Herrgott Ihnen das gewähren wird, ja, daß er Sie in seinen Gnaden hier zu einer Stellung von besonderer Wichtigkeit ausersehen hat. Man kann doch kaum bezweifeln, daß dieses wahnsinnige, im Grunde doch von den Gottesfeinden ausgehende Eingreifen Italiens in den Krieg von Gott zu einer endlichen, dieserart niemals erwarteten, Lösung der römischen Frage gelenkt werden wird. Von den siegreichen Centralmächten soll die von den höchsten Interessen der Kirche und des Papsttums geforderte Regelung der Lage des Hl. Stuhles kommen. Wunderbar hat Gott auf der anderen Seite dieser Regelung vorgesorgt durch die Bestellung eines Mannes wie Benedikt XV. auf dem Stuhle Petri. Und mit diesem klugen, klaren und maßvollen Papste hat er schon vor Jahren den heutigen leitenden Staatsmann des größten katholischen deutschen Staates in Beziehungen gegenseitiger Hochachtung und Verehrung treten lassen! Sollten diese Dinge keine innere Beziehung haben? Ich glaube fest daran. Es scheint mir unzweifelhaft, daß die höchste Providenz Ihre maßhaltende, und doch in der Sache der Kirche nie wankende, Staatskunst, welche sich, wie bei dem Papst, auch bei Kaiser und Kanzler des vollen Zutrauens erfreut, dazu ausersehen hat, bei der Schlichtung dieser römischen Frage hervorragend mitzuwirken, dann aber überhaupt bei Ordnung der Weltfragen am Ende dieses Weltkrieges. Eine Aufgabe von wunderbarer Größe, vor der bei dem bloßen Gedanken daran einem das Herz pochen muß. Ein schönerer, gnadenreicherer Abschluß staatsmännisch-christlicher Tätigkeit ist jedenfalls in aller Welt nicht auszudenken! Ich erhoffe ihn für Sie von ganzem Herzen und werde die weitere Entwicklung hier mit der gespanntesten Aufmerksamkeit verfolgen, auch in diesem Sinne mein armes Gebet täglich aufopfern.

In herzlichster Anhänglichkeit, liebe Excellenz
Ihr treu ergebener
Georg Hüffer.

56

Georg von Hertling an Stephan Ehses
München, 13. Juni 1915

(eigh. Or.; AGG, Nr. 5)

Lieber verehrter Herr Prälat!

Für Ihre freundlichen Zeilen vom 5. d[ieses] M[onats] und Ihre Teilnahme an dem Tode meines Bruders danke ich Ihnen herzlich. Der unerwartete Schlag traf mich sehr hart, wir beide standen uns sehr nahe, sahen uns viel und stimmten in allen großen Fragen des Lebens überein, sodaß der Verlust sich immer wieder fühlbar macht.

Unser historisches Institut ist also einstweilen suspendirt, ob und wann es seine Tätigkeit in Rom wieder aufnehmen wird, müssen wir abwarten. Sie machen mir dabei am wenigsten Sorge, ich weiß Sie in Koblenz gut aufgehoben und, wie ich aus Ihrem Briefe ersehe, können Sie die begonnenen Arbeiten dort längere Zeit hindurch weiter führen. Ebenso ist günstig, daß Herr Dr. Mohler eine Anstellung gefunden hat. Aber was wir mit Dr. Schäfer machen sollen, weiß ich nicht. Soll er Stipendiat bleiben, auch wenn das Institut als solches zeitweise nicht mehr existirt und er nicht mehr für uns arbeitet? Geh[eimer] Rat Grauert hat schon immer betont, daß der Mann für uns eine rechte Verlegenheit werden würde. Ihn unversorgt im Stiche lassen, wäre hart, ihn zeitlebens auf Gesellschafts Kosten zu unterhalten, geht aber doch auch nicht.

An Freund Cardauns schrieb ich nochmals, nachdem die traurige Tatsache, daß sein Sohn gefallen, feststand. Mir scheint, daß er Trost und Kraft in gesteigerter Arbeit sucht und findet.

Die guten Nachrichten über Freund Müller's Befinden haben mich sehr gefreut. Grüßen Sie ihn, wenn Sie ihn sehen, ich werde nächstens an ihn schreiben. Mir und den meinigen geht es so gut, als es in dieser schweren Zeit gehen kann. Gebe Gott, daß der furchtbare Krieg nicht mehr allzulange dauert.

In herzlicher Verehrung
Euer Hochwürden ergebener
Hertling

57

Georg von Hertling an Matthias Erzberger
München, 13. Juni 1915

(eigh. Or.; BArch, Nl Erzberger, Nr. 5, S. 55–56)

Sehr verehrter Herr Erzberger!

Gegen die mir vorgelegte Denkschrift, betr[effend] Zurückweisung der französischen Schandschrift La guerre allemande et le catholicisme habe ich meinerseits eine Einwendung nicht. Dagegen ist von sehr beachtenswerter Seite gegen das geplante Unternehmen bei mir Beschwerde erhoben worden. Man sagt, das französische Buch enthält die Auslassungen namhafter Schriftsteller und Gelehrter, warum hat man für die Zurückweisung die katholischen deutschen Gelehrten, deren wir doch eine recht erhebliche Zahl besitzen und deren Namen – vor dem Kriege! – auch bei den französischen Katholiken einen guten Klang hatten, vollständig umgangen? Ich habe den Eindruck gewonnen, daß diese Kreise an eine Sonderaktion denken, was nach außen als ein Mangel an Einigkeit oder doch als ein Mangel an Organisation erscheinen würde. Nun ließe sich dem ja aber wohl noch abhelfen. Ich denke mir, daß dem Herrn in Paderborn – Gymnasiallehrer Rosenberg?[1] – vornehmlich die sorgfältige Prüfung des vorgebrachten Tatsachen-Materials übertragen wurde. Diese Arbeit könnte dann ergänzt werden durch einzelne selbständige Aufsätze namhafter Gelehrten. Ich denke dabei an die Mitglieder unsrer theologischen Fakultäten, an die

1 Joseph Arnold Rosenberg (1865–1930), geb. in Olpe, 1890 Priester, Gymnasiallehrer in Dortmund und Paderborn, 1916 Domkapitular, 1920 Generalvikar des Bistums Paderborn. Kosch, Bd. 3,2, Sp. 4055 f.

Historiker Finke (Freiburg),[2] Grauert (München), Schulte (Bonn)[3] u.s.w. Ueberlegen Sie sich die Sache, ich bin bereit, eventuell die Vermittelung zu übernehmen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr ergebener
Hertling

2 Heinrich Finke (1855–1938), geb. in Krechting (Münsterland), 1876 Abitur, nach Geschichts- und Philologiestudium 1879 Promotion in Tübingen, Hauslehrer, Journalist, Hilfsarchivar und Reichstagsstenograph, 1887 Habilitation in Münster, 1891 außerplanmäßiger, 1897 o. Professor für Geschichte in Münster, 1899–1928 als Nachfolger A. Schultes Inhaber des katholischen Geschichtslehrstuhls in Freiburg im Breisgau, 1924–1938 Präsident der Görres-Gesellschaft; seine in die Verfassungs-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte ausgreifenden Forschungen zur westfälischen und badischen Landesgeschichte, zum Spätmittelalter und romanischen Kulturkreis (Spanien) beruhten auf neuen methodischen Grundlagen (Urkundenlehre) und objektiven Sichtweisen (vorreformatorische Zeit); Werke u.a. über das Konstanzer Konzil (1896–1928), den Untergang des Templerordens (1907), die Papstgeschichte, die Geschichte der Bismarckära und die Acta Aragonensia (1908–1922); Dr. h.c. mult., Rektor, Geheimrat, Mitglied vieler Akademien. Finke galt als profiliertester katholischer Historiker seiner Zeit. Den Weltkrieg begriff er als dem deutschen Volk aufgezwungenen Verteidigungskrieg. Der ihm von Adolf Hitler verliehene Adlerschild des Deutschen Reiches »war eine Anerkennung des wissenschaftlichen Lebenswerks dieses international anerkannten Historikers« und half der Görres-Gesellschaft, bis 1941 zu überleben. Morsey, Görres-Gesellschaft, S. 11 f., 240; Johannes Spörl, Finke, Heinrich, in: NDB 5 (1961), S. 162; Historikerlexikon, S. 90 f.

3 Aloys Schulte (1857–1941), Kaufmannssohn aus Münster, nach der Promotion 1879 Mitarbeit an der Edition des Straßburger Urkundenbuchs, 1883 Direktor des Fürstenbergischen Archivs in Donaueschingen, 1885 Archivrat in Karlsruhe, 1892 o. Professor für Geschichte in Freiburg im Breisgau, 1896 in Breslau, 1903–1925 in Bonn, 1901–1903 Leiter des Preußischen Historischen Instituts in Rom, 1913/14 Rektor der Universität Bonn. Er war Mitinitiator des Bonner Instituts für Geschichtliche Landeskunde und zählt zu den Wegbereitern der Wirtschafts- und Verkehrsgeschichte. Historikerlexikon, S. 283 f.

58

Georg von Hertling an Karl von Hertling
Ruhpolding, 17. Juni 1915

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 26, f. 52–53)

Lieber Karl!

Sein Sohn wird das gewünschte Büchlein erhalten haben. Sie sind mit der ganzen Haushaltung nach Ruhpolding übergesiedelt. Ich habe keinen Urlaub genommen, sondern die Geschäfte beibehalten und werde mindestens jede zweite Woche für ein paar Tage nach München fahren, um die persönliche Verbindung mit dem König, den Ministerkollegen und den Diplomaten aufrecht zu erhalten. *Anna widmet sich konsequent dem Gemüseanbau und der Gartenarbeit, sie wird Erfolg haben, wenn nach der anhaltenden Dürre ausgiebiger Regen einsetzt.* Mama scheint zu unser aller Freude den Landaufenthalt diesmal auch recht zu genießen. *Um seine Frau Giulia, die sie vor ihrer Abreise in Augsburg besucht haben, braucht sich Karl keine Sorgen zu machen.*[1] Der Oberbürgermeister[2] hat mir kürzlich noch einmal schriftlich mitgeteilt, daß er alle Maßregeln zu ihrem Schutze getroffen hat, daß aber bei dem Charakter der dortigen Bevölkerung, welcher zudem Lily's italiänische Herkunft nur wenig bekannt sei, kein Anlaß zu Besorgnissen vorliege.

Der König, der sich kürzlich wieder nach Karl erkundigt hat, riet, dieser möge, auch wenn er unzufrieden sei, seine Schuldigkeit an der ihm zugewiesenen Stelle tun. Das ist auch meine Meinung. Eingreifen ist eine bedenkliche Sache, man übernimmt die Verantwortung und kennt nicht die Wirkung. Aber Deine Stimmung begreife ich vollkommen.

Die Erfolge auf dem östlichen Kriegsschauplatz[3] rufen natürlich allgemeinen Jubel hervor, aber mir scheint, die Leistungen unsrer Truppen im Westen muß man noch mehr bewundern. Während die Franzosen immer neue Truppen vorschicken

1 Als geborene Italienerin war Giulia von Hertling nach Italiens Kriegseintritt Belästigungen ausgesetzt. Ihr Schwiegervater informierte sogleich die Polizei in Augsburg und bat nach einigem Zögern Oskar Ritter von Xylander, den kommandierenden General des bayerischen I. Armeekorps, bei dessen Reserve Karl v. Hertling stand, um einen vorzeitigen Heimaturlaub für seinen Sohn. Hertling an Giulia von Hertling, 29. Juli 1915; Hertling an den Sohn Karl, Ruhpolding 7. August 1915). BArch, NlH, Nr. 26, f. 64–66.

2 Georg von Wolfram (1851–1923), geb. in Kemnath, nach Jurastudium 1876 im Verwaltungsdienst der Regierung der Oberpfalz, danach Amtsrichter, Staatsanwalt, Rechtsrat bei der Stadtverwaltung München, 1900 Erster Bürgermeister von Augsburg, 1907–1919 Oberbürgermeister.

3 Vgl. Tagebuch Hans Georg von Plessen, 13. Mai 1915. »Die Russen fluten zurück«. Ab Anfang Mai 1915 verlor die russische Armee 100 Geschütze, 300 Maschinengewehre und ca. 140 000 Kriegsgefangene. Die gesamte russische Front von 300 km Länge wich zurück. Afflerbach, Kaiser Wilhelm II., S. 775.

– und opfern – sind es bei uns immer die gleichen, die, hie und da ohne jede Ablösung, die Abwehr leisten, und an ihrer unerschütterlichen Pflichttreue scheitern trotz Ungestüm, Zähigkeit und Ausdauer die unaufhörlichen Vorstöße des Feindes. Und so warten, wie die Franzosen vergeblich auf die Russen, so die Russen vergeblich auf die Engländer und Franzosen. Neuerdings mehren sich glücklicherweise die Anzeichen, daß bei den ersteren wirklich Kriegsmüdigkeit vorhanden und die Friedenspartei im Wachsen ist. Gebe Gott, daß sich das bestätigt. Es war ja schon immer meine Ansicht, daß der Friede im Osten anfangen müsse, denn das kann man sich ja doch nicht einbilden, daß es uns möglich wäre, zuvor die ganze Welt auf die Kniee zu zwingen. Sehr gespannt bin ich auch auf die innere Entwickelung in England. Dort scheint es mächtig zu gähren, alle politischen Traditionen sind auf den Kopf gestellt, wer jetzt dort eigentlich für die Politik verantwortlich ist, weiß man nicht. Hoffentlich ist der Moment nicht mehr ferne, an dem die City-Leute finden, daß der Krieg ein sehr schlechtes Geschäft ist. Vor den Italienern hat sich bei uns niemand gefürchtet. Wie es scheint, haben sie auch schon tüchtig Prügel bekommen, erreicht haben sie jedenfalls nichts, und so wird es auch nicht mehr lange dauern, bis der künstlich angefachte Kriegsparoxysmus im Lande in sein Gegenteil umschlägt. Dann kann es aber zu schlimmen Erschütterungen kommen, der Dynastie Savoyen werden, wenn sie vertrieben werden sollte, wenige Tränen nachgeweint werden. Aber um das Schicksal des Papstes bin ich sehr besorgt. Wir müssen ausharren und auf Gott vertrauen, daß ich ihn täglich bitte, Dich unter seinen Schutz zu nehmen, brauche ich Dich nicht erst zu versichern. Mit vielen Grüßen vom ganzen Haus

Dein tr[euer] Vater

59

Georg von Hertling an Hermann Grauert
Ruhpolding, 23. Juni 1915

(eigh. Or.; AGG, Nr. 23)

Verehrtester Freund!

Ich bin Herrn Prof. Rademacher sehr dankbar dafür, daß er auf den bevorstehenden 70. Geburtstag von Jul[ius] Bachem aufmerksam gemacht hat. Der genaue Termin[1] wird sich ja leicht feststellen lassen. Zugleich teile ich aber Ihre Ansicht, daß die Deputation der drei Herren nicht nur mündlich gratuliren, sondern ein offizielles Gratulationsschreiben des Vorstands überreichen sollte. Wir sind Jul[ius] Bachem in der Tat zu Dank verpflichtet, insbesondere wegen der Energie und Geschicklichkeit, mit der er das erstmalige Erscheinen des Staatslexikons betrieben hat.[2] Ohne ihn wären wir nie so weit gekommen. Außerdem hat er kaum je auf einer Generalversammlung gefehlt.

Zur Beförderung Ihres Janheinrich sende ich beste Glückwünsche. Sie wird seine Stellung wesentlich verbessern. Hoffentlich dauert es nun nicht mehr allzulange, bis ein paar Armeekorps im Osten frei werden und zur Unterstützung unsrer dortigen heldenmütigen Truppen nach dem Westen abgehen können. Von den hiesigen Dorfbewohnern sind schon über dreißig gefallen. […]

Mit den besten Grüßen von Haus zu Haus
Ihr freundschaftlich ergebener
Hertling

1 Julius Bachem war am 2. Juli 1845 in Mülheim an der Ruhr geboren.

2 Staatslexikon, hg. von der Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland durch Dr. Adolf Bruder, nach dessen Tode fortgesetzt durch Julius Bachem, Rechtsanwalt in Köln, Bd. 5, Freiburg im Breisgau 1897. Die ersten vier Bände der 1. Aufl., hg. durch A. Bruder, erschienen seit 1889.

60

Georg von Hertling an Julius Bachem
Ruhpolding, 26. Juni 1915

(masch. Kop.; AGG, Nr. 4)

Sehr verehrter Herr Justizrat!

Ihre Artikel im roten Tag[1] und in den Südd[eutschen] Monatsblättern, für die ich bestens danke, habe ich mit lebhaftem Interesse und unter vollster Zustimmung gelesen. Der bayrische Gesandte beim päpstlichen Stuhl ist zur Zeit nicht auf seinem Posten […]. Ich will seine Rückkehr abwarten. Übrigens traf es sich eigenartig, daß ich ungefähr gleichzeitig mit Ihrem Brief vom 19. d[ieses] M[onats] einen solchen von dem Gesandten erhalten habe, in dem dieser dringend warnt, in der katholischen Presse jetzt die römische Frage anzuschneiden. Die ebenso kirchenfeindlichen wie deutschfeindlichen Kreise in Italien würden darin eine Mache des Papstes erblicken, oder doch wenigstens so tun, und die Erörterungen könnten so eine schlimme Folge für den Papst haben. Die wohlgemeinte Warnung scheint mir inzwischen durch das eigene Vorgehen Benedikt XV. überholt zu sein. Ich leugne aber nicht, daß mir die Veröffentlichung des Interviews in der Liberté Sorge macht. Der Kardinal-Erzbischof von Wien[2] hat, wie mir kürzlich Dr. Naumann[3] berichtete, zu diesem gesagt, Benedikt XV. gehe mit vollem Bewußtsein dem Martyrium entgegen, es solle vor aller Welt die Unhaltbarkeit der jetzigen Lage des h. Vaters dargetan werden.

1 Siehe oben Nr. 4. »Rot« bezieht sich wohl auf die vom Scherl–Verlag bei der Annoncierung seiner Presse gewählte Hintergundfarbe.

2 Friedrich Gustav Piffl.

3 Victor Naumann (Pseudonyme Pilatus, Myson, Ignotus) (1865–1927), geb. in Berlin, 1888 Dr. jur., 1888–1889 im preußischen Justizdienst, Schriftsteller (Dramen, Schauspiele, Erzählungen), Theaterleiter in Coburg, Journalist (u.a. Frankfurter Generalanzeiger, Schlesische Volkszeitung und Augsburger Postzeitung), 1919 Direktor der Abteilung IV (Nachrichten) im AA, Gesandter, im August 1919 beurlaubt, Ende November 1919 a.D., dann Publizist in München; am Lebensende Konversion vom evangelischen zum katholischen Glauben. Freundliche Auskunft von Dr. Martin Kröger, PAAA Berlin; vgl. Ph. Scheidemann, Memoiren, Bd. 2, S. 89–91; Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 361; Kurzbiographie im Nachlassverzeichnis V. Naumann. BSB.

Mir klang das zu sensationell, aber die von der Liberté veröffentlichten Äußerungen scheinen doch zu zeigen, daß der Papst den Conflikt nicht scheut.[4] Daß demnächst eine Lösung in der ungelösten römischen Frage erfolgen muß, ist klar, dies kann aber nur auf einem Kongresse erfolgen und einen Kongreß können wir erst brauchen, wenn wir einen Frieden mit unsern Feinden geschlossen haben. Da haben die Neutralen nicht mitzusprechen. Aber ich fürchte, der Zeitpunkt, an dem dies geschieht, ist noch immer nicht in greifbare Nähe gerückt. […]

4 Gegenüber dem nach Rom entsandten Korrespondenten (Monsieur Latapie) der großen Pariser Tageszeitung Liberté (1860–1940) erinnerte Benedikt XV. an seine leider fruchtlosen Interventionen für den Frieden. Er missbillige jede Ungerechtigkeit und wolle die päpstliche Autorität auf keiner der kriegführenden Seiten einsetzen; die Österreicher und Deutschen würden alle gegen sie erhobenen Anschuldigungen bestreiten und ihrerseits Vorwürfe erheben. Kardinal Mercier dürfe sich frei in seiner Diözese bewegen, der Gouverneur von Bissing habe ihm versichert, die Besatzung in Belgien unterlasse Gewaltakte gegen Kirchen und Kirchendiener. Die Kurie wolle zum Wiederaufbau der zerstörten Universitätsbibliothek Löwen beitragen. Der furchtbare Vorfall der Torpedierung der Lusitania erfülle ihn mit tiefem Schmerz, aber er frage auch, ob die viele Menschen belastende Hungerblockade von humanen Gefühlen eingegeben sei. Ein nach Friedensschluss herauszugebender Syllabus werde die kirchliche Lehre über Rechte und Pflichten der Kriegführung präzisieren und eine formelle Verurteilung aller im Krieg begangenen Verbrechen enthalten. Die katholische Fribourger Tageszeitung La Liberté (Nr. 144 v. 22. Juni 1915) brachte diese Meldung aus Paris (v. 21. Juni 1915), fragte indes, ob der Papst sich wirklich so geäußert habe, wie Latapie es wiedergebe.

61

Georg von Hertling an Karl von Hertling
Ruhpolding, 11. Juli 1915

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 26, f. 60–61)

Lieber Karl!

Ich habe Dir diesmal recht lange nicht geschrieben, aber ich wollte zuerst meine Reise nach Berlin abwarten, die für den 24. Juni in Aussicht genommen war. Damals zerschlug sie sich, da der Reichskanzler in's große Hauptquartier abberufen wurde, am Dienstag und Mittwoch der vergangenen Woche bin ich nun aber in Berlin gewesen und habe auch lange und eingehend mit dem Reichskanzler gesprochen. Mit der militärischen Lage ist man sehr zufrieden, weniger mit der politischen, denn die edlen Herren auf dem Balkan sind dem Zureden und den klingenden Argumenten der Ententemächte noch immer zugänglicher als unsern Bemühungen, sie wollen noch immer nicht an unsern endgültigen Sieg glauben, und wenn es ihnen auch zur Zeit zu gefährlich erscheint, gegen uns zu kämpfen, so können sie sich doch nicht entschließen, ihre wohlwollende Neutralität soweit auszudehnen, daß sie Munition in genügender Menge durchlassen. Die Dardanellen sind zur Zeit der Schlüssel der Situation, glücklicherweise lauten die Nachrichten von dort, nachdem man schon besorgt geworden war, wieder günstiger.[1]

Greifbare Anhaltspunkte dafür, daß der Friede in naher Aussicht stünde, sind noch immer nicht vorhanden, Henni hält aber an seiner Meinung fest, daß es zu einem zweiten Winterfeldzug nicht kommen werde. Ich pflichte ihm darin bei, wenn auch bei mir wohl eigentlich der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Der Reichskanzler ist sich inzwischen klar über den Weg, der zum Frieden führen wird. Auch er denkt dabei an Rußland, wenn er auch nicht an einen Separatfrieden glaubt, wie dies, so scheint es, bei der Armeeleitung der Fall ist. Einstweilen erwartet er und

1 Hertling rückte, Befürchtungen Erzbergers aufgreifend, bei einem Gespräch mit dem Reichskanzler am 6. Juli 1915 in Berlin die Dardanellenfrage in den Vordergrund. Es drohe der Verlust Konstantinopels. Bethmann »gab die große Bedeutung der Frage vollständig zu«, meinte auch, dass der Generalstabschef Erich von Falkenhayn zu militärisch denke, sah aber keine Möglichkeit, Truppen von der Ostfront abzuziehen und nach Serbien zu lenken. Hertling »mußte Herrn von Bethmann zugeben, daß es sehr schwierig sei, für einen Nichtmilitär, in die Heeresleitung eingreifen zu wollen«. (BayHStA, MA 962, f. 110). Vgl. Lynckers Meldung aus Pless, 26. Juli 1915: »An den Dardanellen steht nach wie vor die Munition im Vordergrund: einige Wochen geht es vielleicht noch; aber dann? Es zeigt sich immer mehr, daß dort wohl der wunde Punkt und der Schwerpunkt des Krieges liegen«. (Afflerbach, Kaiser Wilhelm II., S. 284). Rumänien und Bulgarien schwankten, Rumänien behinderte Munitionstransporte. (Ebd., S. 270, 273, 297). Bulgarien vollzog seit Mitte Juli aufgrund der deutschen und türkischen Erfolge und der Bemühungen der deutschen Diplomatie eine Annäherung an die Mittelmächte. Es schloss am 6. September 1915 einen Friedens- und Freundschaftsvertrag sowie eine Militärkonvention mit dem Reich ab. Vgl. W. Becker, Rosenberg, S. 20–22.

erwartet man sich noch große Erfolge im Osten.[2] Was, weiß ich nicht, denn tief in's eigentliche Rußland hinein können und wollen wir ihnen ja doch nicht folgen. Das beste würde sein, wenn die Russen, nachdem sie bis zu irgend einer Linie zurückgegangen sind, dort eine Defensivstellung einnehmen und nun ein Positionskrieg beginnen würden, nur in umgekehrter Richtung, wie in Frankreich. Dann würden wir uns ihnen gegenüber eingraben und wir könnten eine größere Truppenmacht nach dem Westen bringen, um dort Luft zu schaffen, die Östreicher, die sich in der Defensive gegen die Kazzelmacher gut gehalten haben, könnten die Offensive ergreifen. Du wirst finden, was ich da sage, sei keine neue Weisheit, das meine so ziemlich jedermann, und das ist richtig, die Hauptsache wäre, daß die Wirklichkeit dem möglichst bald entspräche. Lieb war mir aber, daß der Reichskanzler nicht, wie dies in andern einflußreichen Kreisen geschieht, auf eine baldige Verständigung mit England hinarbeiten zu müssen glaubt. Das ist eine Utopie, die neidlose Freundschaft der Engländer werden wir nie erreichen, Respekt müssen sie vor uns bekommen, und es freute mich zu hören, daß das auch bereits anfange.

Du hast also jetzt Deine landwirtschaftliche Tätigkeit beendet, bis wieder beim ersten B. Korps und näher an der Front und gibst Deine Leute zur Ablösung in die Schützengräben. Ganz befriedigt scheinst Du freilich mit dieser Tätigkeit auch nicht zu sein, was ich begreife, aber was hülft's? Der König sagt immer wieder, Du solltest bleiben, wo man Dich hinstelle, Du tätest da, wie anderswo, Deine Schuldigkeit. Und für uns Zurückgebliebene ist es immerhin ein Trost, Dich bei Ausübung Deiner Pflicht doch nicht täglich und stündlich in unmittelbarer Gefahr zu wissen. Denn daß Du sie nicht ohne Not und Sinn aufsuchst, weiß ich ja. Wie ist's denn jetzt bei Euch mit Kirche und Gottesdienst? Nun seid Ihr ja wohl wieder bei den bayerischen Feldgeistlichen. Gelegentlich meldest Du vielleicht etwas darüber, es interessirt mich.

Noch schulde ich Dir Antwort wegen der Rede des Königs in Fürth. Sie war vollständig improvisirt, niemand hatte darum gewußt, und sie hätte darher auch nicht in die Zeitung kommen sollen, das war ein Fehler, denn sie war der Mißdeutung fähig und ist mißdeutet worden.[3] Was der König aber gesagt hat und namentlich, wie er es meinte, kann ich durchaus vertreten. Nur die Hetzpresse des Vierverbands hat versucht, Kapital daraus zu schlagen. Im übrigen steht der König allerdings auf einem sehr bestimmten Standpunkt, er will einen guten, keinen faulen Frieden, und sein männliches Auftreten hat ihn überall in Deutschland populär gemacht. Ich habe ihn vor der Reise und auch nach meiner Rückkehr gesprochen. Donnerstag früh war

2 Vgl. dagegen Lyncker, 1. Juli 1915: »Daß auch die schönsten Siege in Galizien die Russen nicht zum Frieden bringen, wird allmählich immer klarer«. Afflerbach, Kaiser Wilhelm II., S. 275.

3 In seiner »Kanalrede« v. 6. Juni 1915 vor dem 1891 gegründeten Bayerischen Kanalverein forderte Ludwig III. die Rheinmündungen für Deutschland, um laut der Bayerischen Staatszeitung, Nr. 130 v. 8. Juni 1915 »für Süd- und Westdeutschland günstigere Verbindungen zum Meere« zu bekommen. Bethmann bat Hertling über den Gesandten Wilhelm v. Schoen, den Eindruck zu bedenken, den die Rede »in Holland hervorrufen könnte«. Lerchenfeld an Hertling, Berlin 17. Juni 1915. Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 458.

ich von Berlin zurückgekommen, hatte am Vormittag einen zweieinhalbstündigen Ministerrat und am Nachmittag ebenso langen Diplomatenempfang. Am Freitag früh fuhr ich nach Leutstetten[4], am Nachmittag hierher, Du kannst daraus ersehen, daß es mir gut geht. Am Donnerstag überraschte mich Lily durch ihren Besuch und aß mit mir zu Mittag. Sie war lieb wie immer. […] Uns hier geht es gut, und das Fräulein bei den Kindern hält gute Disziplin. Henni fand ich trotz seiner Arbeitslast nicht schlecht aussehend.

Nun Gott befohlen und lasse bald wieder von Dir hören. Mama schickt demnächst wieder Thee.

Dein treuer Vater

4 Wittelsbacher Schloss und Mustergut bei Starnberg.

62

Hermann von Grauert an Georg von Hertling
München, 26. Juli 1915

(eigh. Or.; AGG, Nr. 8)

Hochverehrte und liebe Excellenz,

Für Ihre, Ihrer Frau Gemahlin und Töchter überaus freundliche Glückwünsche sage ich Ihnen verbindlichsten Dank.

Den Ausgang der Wahl hatten eine Vorbesprechung von Vertrauensmännern der Fakultäten und die übliche Vorwahl voraussehen lassen, wenn auch die Majorität zu meinen Gunsten erheblich grösser war, als bei der Vorwahl. In der Hauptwahl sind 80 Stimmen (resp[ective] 81) für mich abgegeben worden, 3 Zettel waren unbeschrieben, ich hatte für [Riezler] [1] votiert, 2 Stimmen für Crusius[2] und ca 8 für Wolters[3]. Letzterer und auch Crusius, wie überhaupt die philosoph[ische] Fakultät waren sehr für mich eingetreten. Die Kriegszeit hat natürlich auch das ihrige getan.

Mehrere Gratulanten wünschen mir, den Frieden im Namen der Universität begrüssen zu können. Quod Deus bene vertat[4]. Bis zu diesem glücklichen Ziele werden Soldaten und Diplomaten noch viel Mühe und Arbeit aufzuwenden haben.

---

1 Sigmund (1900 von) Riezler (1843–1927), aus München, nach Geschichtsstudium 1867 Promotion zum Dr. phil. und 1869 Habilitation in München, 1871 Leiter des Fürstenbergischen Archivs in Donaueschingen, 1872 zusätzlich der Hofbibliothek und des Münz- und Kupferstichkabinetts, 1877 a.o. Mitglied der Historischen Klasse, 1883 o. Mitglied der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und Oberbibliothekar der Hof- und Staatsbibliothek, 1885 Leiter des Maximilianeums, 1898 Professor für bayerische Landesgeschichte an der Universität München. Der Ruf erfolgte vor allem aufgrund von Riezlers unvollendet gebliebener achtbändiger Geschichte Baierns (1878–1914), die nicht nur die wichtigsten archivalischen Quellen souverän erschloss, sondern in der Darstellung über die rein politische Geschichte hinaus breit kultur-, religions-, sozial- und wirtschaftshistorische Aspekte berücksichtigte. Hans-Christof Kraus, Riezler, Sigmund von, in: NDB 21 (2003), S. 615–616.

2 Otto Crusius (1857–1918), geb. in Hannover, Altphilologe, 1879 Promotion, 1883 Habilitation in Leipzig, 1886 Professor in Tübingen, 1898 in Heidelberg, 1903 in München, seit 1915 Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Seine Leistungen lagen auf der klassischen Literatur ferner liegenden Gebieten, der Erforschung der antiken Fabeln, Märchen, Sprichwörter, religiösen Volksbräuche und Vorstellungen. Die antike Kultur in ihrer Ursprünglichkeit und mit ihrer Idee der Persönlichkeit war ihm Symbol der europäischen Kulturgemeinschaft. Crusius beteiligte sich 1917 an der Gründung der Deutschen Vaterlandspartei. Bosl.

3 Paul Wolters (1858–1936), aus Bonn, Klassischer Archäologe, nach Philologie- und Archäologiestudium 1882 Promotion in Bonn, danach am Königlichen Museum Berlin, 1885–1887 als Stipendiat des Deutschen Archäologischen Instituts (DAI) bei Ausgrabungen in Italien, Griechenland und Kleinasien, 1987 Zweiter Sekretär des DAI in Athen, 1900 o. Professor für Klassische Archäologie in Würzburg, 1908 in München, gleichzeitig dort Leiter von Glyptothek und Abgusssammlung.

4 Möge Gott es zum Guten lenken.

Letzten Sonntag vor 8 Tagen (am 18. d[ieses] M[onats]) war ich auf Einladung Erzbergers in Berlin zu einer Besprechung, an welcher auch Aloys Schulte-Bonn und Finke-Freiburg und Mausbach[5] teilnahmen. Auch Rosenberg-Paderborn war erschienen, nicht aber Bischof Schulte. Es wurde beschlossen, ein Abwehr-Comité zur Verteidigung deutscher und katholischer Interessen im Auslande zu gründen, ganz überwiegend aus angesehenen katholischen Gelehrten bestehend, etwa 40–50 Köpfe stark, und diesem die Sorge für weitere wissenschaftlich-literarische Abwehr feindlicher Angriffe zu übertragen. Von Politikern sollten Spahn senior, Porsch, Orterer und Erzberger gebeten werden, einzutreten, und Sie möchte man bitten, den Ehrenvorsitz zu übernehmen. Heute erneuert Mausbach telegraphisch das Ersuchen, ich möchte Sie dringend um Annahme des Ehrenvorsitzes bitten, der Ihnen natürlich keinerlei Arbeit machen soll.[6]

Diesem Ersuchen entspreche ich hiermit in aller Form.

In Berlin habe ich Erzberger bereits auf P. Morin[7] aufmerksam gemacht. Der letztere hat der Theologischen Revue[8] in Münster eine in französischer Sprache geschriebene Kritik der französischen Angriffs- und der deutschen Verteidigungs-Broschüre geliefert, die nächstens gedruckt wird, und für die französische Schrift sehr abfällig sein soll.[9] Wenn dem so ist, so würde ich dringend empfehlen P. Morin im Dienste der Pazifikation der Gemüter in Belgien zu verwenden. Da er den Kardinal Mercier

5 Joseph Mausbach (1861–1931), aus Wipperfeld, nach Theologiestudium in Münster und Köln 1884 Priesterweihe, bis 1889 Priester in Köln, danach Gymnasiallehrer in Mönchengladbach, 1888 Promotion, 1892 o. Professor für Moraltheologie und Apologetik in Münster, 1918 Dompropst; 1919–1920 beeinflusste er als Mitglied der Deutschen Nationalversammlung (Zentrum) maßgeblich die kirchen- und kulturpolitischen Artikel der Weimarer Verfassung. Neben einem umfangreichen wissenschaftlichen Werk im moraltheologischen Bereich ist Mausbachs Beitrag zur geistigen und weltanschaulichen Positionierung des politischen Katholizismus seiner Epoche hervorzuheben. Er meldete sich zu vielen zeithistorischen Fragen zu Wort und trat in Erkenntnis der für die Katholiken sich ergebenden Freiräume der säkularen Vorstellung von Gewissensfreiheit ab 1918 für die parlamentarisch-demokratische Gesellschaftsordnung ein. Winfried Becker, Mausbach, Joseph, in Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon 5 (1993), Sp. 1071–1077.

6 Den faktischen Vorsitz des schließlich ins Leben gerufenen Ausschusses von 42 Gelehrten zur Verteidigung deutscher und katholischer Interessen gegen französische Angriffe übernahm Mausbach.

7 Germain Morin OSB (1861–1946), geb. in Caen, nach Theologiestudium in Bayeux und Maredsous 1882 Benediktiner an der Abtei Maredsous (Belgien), 1886 Priesterweihe; danach Studien in europäischen Bibliotheken, dafür 1912 Erleichterungen seiner Ordensgelübde, 1907 Studien in der Abtei St. Bonifaz, nach Aufenthalt in Belgien Rückkehr nach München (bis 1938), 1939–1945 Privatgelehrter in Fribourg; Dr. theol. h.c. mult. (1914–1935), über 800 historische, editorische, philologische Studien zur Patristik, darunter: L'idéal monastique et la vie chrétienne des premiers jours (übersetzt: Mönchtum und Urkirche, 1922, 2. Aufl. 1949). Spörl, Morin; Lukas Schenker, Morin, Germain, in: Historisches Lexikon der Schweiz. (25.4.2021).

8 1902 in Münster gegründete, von der Katholisch-Theologischen Fakultät herausgegebene Zeitschrift für Theologie und Religionswissenschaft.

9 Appel à la foi et au bon sens des catholiques belges. L'information de Bruxelles 11. April 1915. Daraufhin wurde Morin in Frankreich und Belgien zur persona non grata erklärt.

gut kennt, ebenso auch viele der belgischen Professoren und Ordensleute, so könnte er hier in Belgien gut wirken. Man müsste ihm meines Erachtens ein besonderes Commissorium übertragen, nämlich für die Herstellung der Univ[ersitäts] Bibliothek in Löwen zu wirken.[10] Zu dem Zwecke müsste man ihm einen Auftrag des Papstes und des Kaisers vermitteln.

Überlegen Sie, bitte, diese Anregung. Morin ist bekanntlich von Geburt Franzose, Normanne aus Caen. Um so mehr könnte es der deutschen Verwaltung in Belgien Dienste leisten von guter Wirkung.

Da wir heute noch immer S[ankt] Anna feiern, so darf ich der lieben Frau Gräfin auch meine Glückwünsche zu Füssen legen.

Nächsten Donnerstag hoffe ich nach Prien hinaus zu kommen.

In alter Treue
Ihr ganz ergebener
Dr H v Grauert

10 Vgl. zum Brand der Universitätsbibliothek Löwen (mit Vernichtung wertvoller Handschriften, Wiegendrucke und Karten), er gilt als für die deutsche Kriegführung typisches »Kulturgreuel«, Spraul, S. 453–472.

63

Georg von Hertling an Karl von Hertling
Ruhpolding, 26. Juli 1915

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 26, f. 62–63)

Lieber Karl!

Für die Karte und den Brief, beide vom 19. datirt und am gleichen Tage hier eingetroffen, danke ich Dir bestens. […] Inzwischen ist es im Osten schön weiter vorwärts gegangen. Bethmann hatte mir in Berlin Andeutungen gemacht von einer ganz großen Unternehmung, bei der auch Hindenburg beteiligt sei. Man kann annehmen, daß die Russen spätestens Ende August erledigt sein werden, d.h. daß sie dann keine neue Offensive mehr wagen können und wir uns ihnen gegenüber auf die Defensive beschränken können. Dann werden die Truppen für die anderen Kriegsschauplätze frei. *Munitionsmangel an den Dardanellen ist wegen Anfertigung an Ort und Stelle behoben.* Daß die Franzosen noch lange durchhalten sollten, kann ich mir nicht denken, trotz aller Anerkennung, die man ihrer alle Erwartungen übersteigenden Zähigkeit zollen muß. Henni wollte wissen, daß sie zur Zeit auch keine Munition mehr hätten. Wie es finanziell und wirtschaftlich dort steht, abgesehen von den besetzten Gebietsteilen, ist unsicher, auch die großen Geldleute in Berlin behaupten, darüber nichts Genaues zu wissen. Dagegen hört man immer wieder, daß die Mißstimmung gegen die Engländer sehr groß sein soll, und daß diese nicht aus Calais hinausgehen werden, wenn wir sie nicht hinauswerfen, bezweifelt niemand. Von England ist zu sagen, daß man dort angefangen hat, zu merken, daß Krieg ist. Das hat bereits zu allerhand überstürzten Maßregeln geführt, die allen bisherigen Traditionen zuwiderlaufen und eine unmittelbare Hülfe doch nicht bringen. Die dadurch hervorgerufene Beunruhigung und Mißstimmung wird hoffentlich, wenn auch nicht sofort, für den Frieden wirken. Wie Du siehst, habe ich meinen Optimismus nicht aufgegeben, wenn ich auch gewiß den noch immer andauernden Ernst der Gesamtlage nicht verkenne. Am Ziele sind wir noch nicht.

Nun etwas anderes. Vorgestern war der Abgeordnete Giehrl[1] hier, ein sehr ordentlicher und zuverlässiger Mann. Dieser erzählte mir, daß die Lebensmittelversorgung mit den sich leider vielfach daran anschließenden unliebsamen Erscheinungen von Teuerung und Wucher in weiten Kreisen große Unzufriedenheit hervorgerufen habe, welche durch die sozialdemokratische Agitation in die Armee und bis in die Schützengräben hinein getragen werde. Er prophezeit, daß aus dem Kriege mehr Sozialdemokraten heimkehren würden, als hinausgegangen sind. Kannst Du mir darüber

1 Ludwig Giehrl (1860–1928), Hauptzollamtskontrolleur in München, seit 1903 Mitglied der bayerischen Abgeordnetenkammer (Zentrum), Mitglied des Finanzausschusses.

etwas sagen, nachdem Du Deine Leute nun auch in den Schützengräben hast? Richtig ist, daß im Lande die Sozialdemokratie ihre bisherige oder frühere Zurückhaltung aufgegeben hat und in der Presse und in Versammlungen eine hetzerische Agitation entfaltet, der die Regierung trotz Kriegszustand und Zensur nahezu schutzlos gegenübersteht. *Familiennachrichten.*

Gott schütze Dich weiter und führe Dich bald wohlbehalten zurück! Mit vielen Grüßen von Mama, den Schwestern und mir, wie immer

Dein tr[euer] Vater

64

Georg von Hertling an Matthias Erzberger
München, 6. August 1915

Der Staatsminister des Kgl. Hauses u. des Aeußern (masch. Or.; BArch, Nl Erzberger, Nr. 68, f. 57–58)

Sehr verehrter Herr Erzberger!

Für Ihr gefälliges Schreiben vom 3. d[ieses] M[onats][1] sowie für die Übersendung eines Abdruckes des an den Herrn Nuntius gerichteten Schreibens vom gleichen Tage sage ich Ihnen meinen verbindlichsten Dank. […] Auch ich hätte, wie es ja in Ihrem Schreiben geschehen ist, empfohlen, zu betonen, wie die Bemühungen Seiner Heiligkeit um die Wiederherstellung des Friedens von der Reichsregierung in ihrer weittragenden Bedeutung voll gewürdigt werden. Dagegen hätte ich es, soweit ich die Verhältnisse von hier aus zu beurteilen vermag, für ratsam gehalten, im Übrigen bei Beantwortung der Anregung noch mehr Zurückhaltung zu beobachten, da meines Erachtens alles vermieden werden muß, was bei den feindlichen Mächten als ein Zeichen des Friedensbedürfnisses auf unserer Seite und damit als Zeichen der Schwäche und Erschöpfung ausgelegt werden könnte, da damit gerechnet werden muß, daß dies von unseren Gegnern sehr zu unserem Nachteil bei ihren Verhandlungen mit den Balkanstaaten ausgeschlachtet wird. Meiner Auffassung hätte es daher mehr entsprochen, jeden direkten Vorschlag über den von Seiner Heiligkeit einzuschlagenden Weg zu vermeiden und von einer Festlegung der Aufnahme, welche der seinerzeitige offizielle päpstliche Vorschlag bei Seiner Majestät dem Kaiser finden wird, Umgang zu nehmen; dagegen hätte meines Erachtens wohl zur Geltung gebracht werden können, daß Deutschland und seine Verbündeten den Krieg nicht gewollt und nicht angefangen haben, daß die Reichsregierung aber gleichwohl und trotz des für uns überaus günstigen Standes der Kriegslage, jederzeit bereit wäre, in Friedensverhandlungen einzutreten, wenn die Anregung hierzu von den Ententemächten (vielleicht auf Grund eines an die Staatsoberhäupter gerichteten Schreibens Seiner Heiligkeit) entweder direkt oder indirekt oder durch einen Vermitteler ausginge.-

Eine in dieser Richtung gehaltene Beantwortung der päpstlichen Anregung, der möglicherweise die Ententeregierungen nicht ferne stehen, würde meines Erachtens auch mehr mit der letzten Kaiserlichen Proklamation in Einklang gestanden

1 Druck: Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 521 f. Hauptinhalt des Schreibens, das auch die Annäherung Bulgariens und die unsichere Haltung Schwedens und zumal Rumäniens streifte, war Erzbergers Empfehlung an Bethmann im Gespräch vom 2. August, einer von ihm und Hertling gewünschten, eventuell bevorstehenden Friedensinitiative des Papstes »nach jeder Richtung hin« entgegenzukommen. Dabei berief er sich auf die von Bethmann erhaltene Zusicherung, der Kanzler wolle mit Nachdruck und unbeeinflusst von Reaktionen der Öffentlichkeit »die erste Gelegenheit« zu einem günstigen Frieden ergreifen.

haben und hätte jedenfalls noch mehr den wegen der Balkanstaaten nicht ungefährlichen Anschein des Friedensbedürfnisses auf unserer Seite vermieden und doch die Grundlage für eine weitere Aktion Seiner Heiligkeit bilden können. Vielleicht halten Sie es für erwägenswert und tunlich, in einem weiteren Schreiben an den Herrn Nuntius Ihr erstes Schreiben in dem angedeuteten Sinne zu erläutern, um jede Missdeutung auszuschliessen. Ich hielte eine solche nachträgliche Erläuterung für recht erwünscht.[2]

Von privater Seite ist mir unlängst eine Anregung zugegangen, die mir doch so beachtenswert erscheint, daß ich sie Ihnen zu eventuell weiterer Verwertung mitteilen möchte; es wurde mir nämlich vorgeschlagen, ob nicht an den König der Belgier herangetreten werden möchte mit dem Hinweis, daß die Reichsleitung bereit wäre, in Verhandlungen mit ihm über die Zukunft Belgiens einzutreten, wenn er in dieser Richtung die Initiative ergriffe; hierbei müßte dem König der Belgier bedeutet werden, daß es jetzt der letzte Moment für ihn sei, für sich und sein Haus die Rückkehr nach Belgien unter den von Deutschland zu stellenden Bedingungen zu sichern; würde nach Zurückdrängung der Russen eine deutsche Offensive im Westen zur Durchführung gelangen, so wäre damit auch seine und seines Hauses Rückkehr nach Belgien endgültig verwirkt und er dürfte sich doch wohl überzeugt haben, daß für ihn der Weg nach Brüssel nicht mehr über Paris oder London, sondern über Berlin führe. Daß eine Verständigung mit dem König der Belgier und damit über die Zukunft Belgiens, die natürlich ganz nach den Interessen Deutschlands geregelt werden müßte, von weitesttragender Bedeutung wäre, braucht nicht erörtert zu werden.- Dies der mir zugegangene Vorschlag, der vielleicht doch eine nähere Prüfung auf seine Durchführbarkeit verdient.[3]

Für Ihre gütige Verwendung für Prof. Schnürer[4] bin ich Ihnen außerordentlich dankbar. Ganz besonders würde es mich natürlich freuen, wenn das von Ihnen

---

2 Lerchenfeld, der Kontakt mit Erzberger aufnahm, begrüßte Hertlings Mahnung, bei einer päpstlichen Vermittlung »den Kaiser aus dem Spiel zu lassen und überhaupt vorsichtig zu antworten«, nicht aus Misstrauen gegenüber dem Papst, sondern weil man »anderer Herren bei der Kurie« nicht sicher sein könne. Lerchenfeld an Hertling, Berlin 21. August 1915. Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 520.

3 Es handelte sich um den Vorschlag eines seiner Referenten, den Hertling am 11. August auch Bethmann mitteilte, nicht, wie Erzberger zu Lerchenfeld sagte, um einen »Fühler von irgend einer mehr oder weniger berufenen Seite«. Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 978 f., 520.

4 Gustav Schnürer (1860–1941), geb. in Jätzdorf (Schlesien), 1883 Promotion in Münster, Redakteur des Historischen Jahrbuchs der Görres-Gesellschaft, 1889–1941 o. Professor für Geschichte des Mittelalters in Fribourg, seit 1908 auch für Geschichte der Neuzeit, 1896/97 und 1900/01 Rektor, 1893 Mitgründer der Gesellschaft für christliche Kunst, 1907 der Zeitschrift für Schweizerische Kirchengeschichte. Werke, teils mehrfach übersetzt, u.a.: Die Entstehung des Kirchenstaats, 1894; Kirche und Kultur im Mittelalter, Bd. 1–3, 1924–1930; Die Anfänge der abendländischen Völkergemeinschaft, 1932; Katholische Kirche und Kultur in der Barockzeit, 1937; Katholische Kirche und Kultur im 18. Jahrhundert, 1941; 1930 Dr. h.c. (Breslau), 1939 (Mailand). Carl Pfaff, Schnürer, Gustav, in: Historisches Lexikon der Schweiz. (11.4.2019).

erwähnte Projekt zur Verwirklichung käme,[5] aber auch wenn dies nicht der Fall sein sollte, darf ich Sie um Ihre weitere freundliche Vermittelung bitten.

Zum bevorstehenden Zusammentritt des Reichstags braucht er nach den gleichlautenden Mitteilungen der bayerischen Gesandtschaft und Erzbergers nicht zu kommen.

Mit besten Gruß
bin ich
Ihr ergebener
Hertling

5 Erzberger hatte in Berlin sondiert, ob Schnürer nicht Nachfolger Paul Fridolin Kehrs als Leiter des Preußischen Historischen Instituts im Rom werden könne.

65

Georg von Hertling an Karl von Hertling
Ruhpolding, 7. August 1915

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 26, f. 66)

Lieber Karl!

Er hat um 14 Tage Urlaub für Karl gebeten, der Weiteres selbst unternehmen solle, und freut ich auf Karls und Giulias Kommen zu seinem Geburtstag.

Nun ist also auch Warschau gefallen! Wichtiger freilich noch wäre es, wenn die beiden Flügel weit genug vorgeschoben werden könnten um den Russen die Rückzugslinien abzuschneiden. Immerhin ist auch der jetzige Erfolg erfreulich genug, und vielleicht? sind wir an einem kritischen Moment angelangt, an dem Friedensbestrebungen einsetzen könnten. Greifbare Anhaltspunkte dafür liegen freilich noch nicht vor, aber in Rußland soll die kriegerische Stimmung doch sehr abgenommen haben.

Der Tod von Bubi Würtzburg[1] findet allgemeine Teilnahme. Aber man sieht, wie weit es kommen kann, wenn man eigenwillig in sein Geschick eingreift. Das fand auch der König, mit dem ich vorgestern wieder gesprochen habe.

[…] Mit vielen Grüßen von Mama, mir und den drei Schwestern, wie immer

Dein tr[euer] Vater

1 Baron Würtzburgs Sohn Edmund fiel 1915 bei einem Infanterie-Regiment im Westen, zu dem er sich gemeldet hatte. Hotzelt, Familiengeschichte.

66

Stephan Ehses an Georg von Hertling
Koblenz (Marienhof), 8. August 1915

(eigh. Or.; AGG, Nr. 9)

Exzellenz!

Nachdem nunmehr meine Sachen in Rom soweit geordnet sind, als dies nach Lage der Dinge möglich war, kann ich der Zukunft freier ins Gesicht sehen. Vor einigen Tagen erhielt ich nämlich über die Schweiz die Nachricht aus Rom, daß es dem Schweizer Verkehrshause, mit dem ich alles vereinbart hatte, endlich gelungen ist, unter Beiziehung eines Advokaten freilich, den Widerstand meines Mietherrn gegen Herausgabe meiner Habe schiedlich friedlich zu brechen und alles wohlverpackt nach seinen Lagerräumen zu überführen. Die Kosten für das ganze Verfahren erreichten etwa die Höhe einer Monatsmiete,[1] die aber bereits durch die Kündigung für den Monat August wieder eingebracht ist. An Lagergeld, Versicherung usw. habe ich monatlich 20 Lire zu zahlen, 1/10 der bisherigen Miete. Wenn es dann doch über kurz oder lang möglich sein sollte, nach Rom zurückzukehren, würde ich suchen, in einem der Schwesternhäuser Unterkommen zu finden, da mir das Hausen bei stockfremden Leuten namentlich Italienern, zu bedenklich geworden ist.

Seitdem hat sich nun der Gedanke, im Herbst nach Berlin zu ziehen, immer weiter bei mir ausgebildet, mit allen Vorbehalten natürlich, die von selbst gegeben sind. Prälat Franz[2] schrieb mir die Häuser auf, die für mich in Betracht kommen könnten, und darauf wandte ich mich an R[everendissi]mus Korum von Trier[3] um etwaige

1 Die »kostspielige römische Wohnung« an der Piazza di Spagna, die Ehses vor Jahren nach Unzuträglichkeiten mit de Waal bezogen hatte, kostete »180 Lire pro Monat«. Das durch den Wegfall der Miete Ersparte wollte er als Druckkostenzuschuss dem Verlag Herder im Krieg zuwenden. Auf seine frühere Anfrage nach einer Pfarrstelle beschied ihn Korum, er habe für jede viele Bewerber, Ehses komme auch aus dem Ausland. Der Bischof ermöglichte ihm aber den Eintritt in die Trierer Altersversicherung, wo er nach 65 Jahren bis zu 3000 M. erwarten konnte und damit zufrieden war. Ehses an Hertling, Marienhof bei Koblenz 1. Juli 1915. AGG, Nr. 9.

2 Adolph Franz (1842–1916), geb. in Langenbielau, 1867 Dr. theol., 1873 Dr. theol. h.c. (Münster), Priesterweihe in Breslau, Kaplan, 1869 Dozent am 1876 im Kulturkampf geschlossenen Fürstbischöflichen Konvikt in Breslau, 1872 Redaktionsleiter der Schlesischen Volkszeitung, 1873 des Schlesischen Kirchenblatts, 1878–1881 der Germania, 1882 Domkapitular in Breslau, 1876–1892 Mitglied des Reichstags (Zentrum), 1907 Honorarprofessor für Liturgie in München. Haunfelder, S. 156 f.

3 Michael Felix Korum (1840–1921), geb. im Wickerschweier (Oberelsaß), seit 1860 Ausbildung am Collège libre in Colmar, am Seminar in Straßburg und an der Hochschule der Jesuiten in Innsbruck, 1865 dort Dr. theol., Priesterweihe, 1866 Professor für Philosophie am Seminar in Straßburg, 1869 für Dogmatik und Exegese, 1881 Bischof von Trier, wo zwei Drittel der Pfarreien unbesetzt waren, hochverdient um den Wiederaufbau der Diözese, Gegner der universitären Priesterausbildung. Hubert Schiel, Korum, Felix, in: NDB 12 (1980), S. 605 f.

Vermittelung einer Studierstube vielleicht bei den Borromäerinnen, die ihr Mutterhaus in Trier haben, zugleich mit einiger Aushilfe in Beicht und Predigt, wofür, soviel ich unterrichtet bin, in Berlin immer Nachfrage besteht. Die Antwort hoffe ich mündlich in Trier zu erhalten, wohin ich nach 14 Tagen zu reisen gedenke. Wenn der Plan mit Berlin gelingt, würde ich auch nachdrücklich mit Herder reden, daß der Druck meines Aktenbandes beginnen könnte, da bis dahin voraussichtlich der tomus X von Prof. Buschbell[4] doch endlich abgeschlossen sein dürfte. Wer hätte bei der Widmung zu Eurer Exzellenz 70. Jahre vermuten können, daß der Band so lange auf den Einband würde warten müssen.

Augenblicklich bin ich mit einem längeren Aufsatze für das Jahrbuch beschäftigt, nach dessen Abschluß ich mit allen Mitarbeitern des Institutes in Verbindung zu treten gedenke, um für den Herbstbericht alles Notwendige zusammenzutragen:

Auch Dr. Schäfer beschäftigt sich in Witzenhausen wissenschaftlich so gut es geht; aber der Buchhandel nimmt fast nur noch Bücher und Hefte über die Kriegführung und Volksversorgung ab.

An Exzellenz von Ritter schrieb ich zum Beileid über den herben Verlust seiner Frau Gemahlin[5] nach München, da ich keine bestimmte Adresse wußte; ich bin nicht ganz sicher, daß der Brief angelangt ist.

Mit H. Geheimrat Müller[6], der sich immer bestens empfehlen läßt, unterhalte ich dauernd freundschaftlichen Verkehr […]

Ich weiß nicht, ob Euer Exzellenz das liebe Ruhpolding beziehen konnten; ich hoffe und wünsche es aber, und zugleich, daß andauernde Gesundheit und beständige gute Nachrichten über Sohn und Schwiegersohn Ihnen und Ihrer Exzellenz Frau Gräfin und dem ganzen hochverehrten Hause trotz des Krieges, den Gott glücklich beendigen möge, den Aufenthalt dort in richtiger Sommerfrische angenehm und genußreich machen möge[n].

Euer Exzellenz
in treuester Verehrung
Msgr. Ehses.

---

4 Concilium Tridentinum. Diariorum, actorum … nova collectio. Tom. 10, Concilii Tridentini epistularum, Pars 1. Complectens epistulas a die 5. Martii 1545 ad Concilii translationem 11. Martii 1547 scriptas. Collegit, edidit, illustravit Godofredus Buschbell, Friburgi Brisgoviae 1916, 2. Aufl 1965. – Gottfried Buschbell (1872–1946), geb. in Giesenkirchen, 1896 Dr. phil. (Münster), 1898/99 Stipendiat in Rom, 1900 Oberlehrer in Krefeld, 1912 dort Studienprofessor, 1921–1938 Direktor der Stadtbibliothek Krefeld. Er veröffentlichte außerdem Studien zur Geschichte des Mittelalters, der Reformation und Inquisition in Italien und zur Krefelder Stadtgeschichte.

5 Caroline, geb. von Holnstein, deren Herkunft für Ritter karrierefördernd war, verstarb mit 45 Jahren am 24. Juni 1915. Zedler, Bayern und der Vatikan, S. 274, 85.

6 Geheimer Justizrat und Landtagsabgeordneter Eduard Müller (Zentrum).

67

Georg von Hertling an Stephan Ehses
Ruhpolding, 11. August 1915

(eigh. Or.; AGG, Nr. 5,3)

Lieber, verehrter Herr Prälat!

Ich bin sehr in Ihrer Schuld und will daher versuchen, den heute hier in meine Hände gelangten Brief sogleich zu beantworten. Wie Sie aus dem Datum ersehen, bin ich hier, nicht im Urlaub, sondern so, daß ich die Geschäfte von hier aus besorge. Alle vierzehn Tage komme ich für einige Tage nach München, wo dann Vortrag bei S[eine]r Majestät, Ministerrat und Diplomaten-Empfang stattfindet. In der anderen Woche kommt einer meiner Herren zu mir heraus. Das Uebrige wird schriftlich oder telefonisch besorgt, bisher ist alles glatt gegangen. Aber Mitte September geht die schöne Zeit zu Ende, da muß ich dauernd in die Stadt zurück.

Aus Ihrem Schreiben vom 8. d[ieses] habe ich zu meiner Befriedigung ersehen, daß Sie doch noch eine dereinstige Wiedereröffnung unsres Instituts in Rom in Rechnung ziehen. In Ihrem früheren Schreiben schien das nicht der Fall zu sein. Freilich wird man auch nach glücklich wieder hergestellten Frieden, noch eine Zeit lang zusehen müssen, ob es in den Plänen der massoneria liegt, nicht–italienische Gelehrte und gelehrte Gesellschaft friedlich in Rom arbeiten zu lassen. Inzwischen freut es mich, zu hören, daß Sie über Ihre dort zurückgelassenen Habseligkeiten ruhig sein können. Für die Ihnen durch den Krieg erwachsenen Mehrausgaben muß natürlich die G[örres]G[esellschaft] aufkommen.

Sehr interessirt hat mich, zu hören, daß Sie zunächst Ihren Wohnsitz in Berlin nehmen wollen, das ist mir ja ein sehr bekannter Boden. Im St. Hedwigskrankenhause wären Sie vortrefflich aufgehoben. Man lebt dort wie auf einer stillen Oase mitten in dem lärmenden Berlin. Aber bisher waren dort schon immer ein oder zwei Jesuitenpatres installirt. Wir haben in Berlin eine sehr liebe alte Freundin, bei deren Eltern ich vor mehr als fünfzig Jahren als Student verkehrt habe. Es ist Baronin E. v. Wangenheim[1], Hohenstaufenstr. 3. Sie hat sehr viele Beziehungen, ist bei allen katholischen Unternehmungen beteiligt, ich würde dringend raten, sie aufzusuchen und Grüße von uns zu bestellen. Sie könnte Ihnen hie und da einen guten Rat geben. Außerdem wohnt in Berlin-Steglitz, Albrechtstr. 86, meine Tochter Maria, die an den Major Freiherrn von Weitershausen verheiratet ist. Sie wird sich gewiß freuen, Sie zu sehen und römische Erinnerungen aufzufrischen.

1 Elise Auguste (Elsy) von Wangenheim (1839–1924), Bekannte aus Hertlings erster Mandatszeit im Reichstag. Hertling, Erinnerungen, Bd. 2, S. 107.

Was haben Sie dazu gesagt, daß Freund Grauert, noch dazu mit überwältigender Mehrheit, zum Rektor gewählt worden ist? Ich finde es geradezu ein Ereignis und einen erfreulichen Beweis dafür, daß die Katholiken vorwärts gekommen sind.

Wenn Sie Freund Müller sehen, bitte ich ihn herzlich zu grüßen. Für Sie trägt mir soeben meine Frau einen besonderen Gruß auf. Ich schließe mich demselben an und bin, wie immer,

in herzlicher Verehrung
Euer Hochwürden ergebener
Hertling

68

Hermann von Grauert an Georg von Hertling
München, 14. August 1915

(eigh. Or.; AGG, Nr. 8)

Hochverehrte und liebe Excellenz,

Indem ich Ihnen für Ihre lieben Zeilen vom 29. v[origen] M[onat]s herzlichen Dank sage, unterbreite ich Ihnen zunächst eine Eingabe des Prof. Dr. W. Liese-Paderborn[1]. Meines Erachtens sollten wir schon wegen der eindringlichen Empfehlung des hohen Herrn Bischofs von Paderborn, dann aber auch um der Sache willen 300 M. bewilligen. Wenn Sie einverstanden sind, so würde ich bitten, das Schriftstück mit Ihrer Zustimmung an Prof. Dr. Rademacher zur weiteren geschäftlichen Behandlung gehen zu lassen.

Ich komme dann noch ein Mal auf P. Morin zurück. Seine im Original beiliegende Besprechung ist eine sensationelle Kundgebung, welcher m[eines] E[rachtens] auch hohe politische Bedeutung innewohnt. Sie zu veröffentlichen, war ein Akt ungewöhnlichen persönlichen Mutes. Auf einen anerkennenden französischen Brief, den ich ihm von hier geschrieben, dankt er mir heute dafür mit den Worten:

»Et cette….lettre, qui m'a procuré à l'âme un si bienfaisant confort. Car il me vient de Belgique de telles récriminations, qu'à la fin j'ai besoin de me convaincre que je n'ai pas commis une sottise, en écrivant ces simples lignes, qui causent tant d'émotion«.

In seinem Heimatlande Frankreich würde er natürlich gesteinigt werden, glaube ich. Um so mehr müssen wir ihn schützen und seinem Manifest die weiteste Verbreitung verschaffen, vornehmlich in Frankreich, in England und in Amerika. Da er als Gelehrter in diesen Ländern sich allgemeiner Wertschätzung erfreut – unser Kultusministerium hat sich von unfreundlichen Münchener Kreisen allzu leicht beeinflussen lassen – so wird seine Stimme Widerhall finden, und kann sie namentlich in England und Amerika, wo es immerhin besonnene, dem Frieden geneigte Elemente auch unter den Gelehrten giebt, zu Gunsten Deutschlands wirken. Ich habe daher angeregt, die Besprechung aus der Theolog[ischen] Revue Nr. 11/12

1 Wilhelm Liese (1876–1956), geb. in Würdinghausen, 1899 Priesterweihe in Paderborn, 1902 Dr. theol. (Freiburg im Breisgau), seit 1903 Schriftleiter der Caritas-Stimmen, 1910 Lehrauftrag für Sozialwissenschaften in Freiburg, 1914 dort Professor für Theologie, führend tätig im Deutschen Caritasverband und im Verband Arbeiterwohl (von 1910 bis 1914), maßgebliche Publikationen zur deutschen Caritasbewegung (Geschichte der Caritas, 1922) und zu Sozialproblemen seiner Zeit, u. a. Handbuch des Mädchenschutzes, 1908; Die Kriegsbeschädigtenfürsorge, 1916.

auch im Historischen Jahrbuch Heft III französisch abzudrucken.[2] Sehr möchte ich empfehlen, sie im französischen Urtexte auch durch die Gazette des Ardennes und durch die Continental Times in Berlin verbreiten zu lassen.- Wenn es gelingen könnte, P. Morin ein päpstliches und eventuell auch kaiserliches Kommissorium für die Rekonstruktion der Univers[itäts] Bibliothek in Löwen zu verschaffen, so würde das zweifellos dazu beitragen, in den katholischen Gelehrtenkreisen Belgiens das Eis zu brechen. Von Holland aus sind, wie ich früher hörte, schon Bemühungen im Gange, diese Rekonstruktion unter Ausschaltung Deutschlands zu besorgen. Auch hier kommen für uns doch auch politische Erwägungen in Betracht, da wir Belgien niemals wieder unter den ausschliesslichen Einfluss Englands und Frankreichs zurückfallen lassen dürfen.

Dem Herrn Reichskanzler muss es unter den nationalliberalen Nesseln und sonstigen Bedrängnissen allmälig unbehaglich werden. Die Zentrumspresse allein kann ihn schwerlich auf die Dauer halten.

Auf den Kriegstheatern scheinen die Dardanellen noch immer der kitzlichste Punkt zu sein. Vielleicht hat aber Fürst Hohenlohe-Langenburg[3] in seinem Gepäck doch einige Waggons Granaten durchbringen können.

Ich käme sehr gern auf 1 Stunde nach Ruhpolding, aber das Wetter ist sehr schwankend und die Zugverbindung herzlich schlecht.

Mit den herzlichsten Grüssen und Empfehlungen von Haus zu Haus
Ihr treu ergebener
Dr H. v. Grauert

2 Dom Germain Morin, O.S.B., über »La guerre Allemande et le Catholicisme« und »Der deutsche Krieg und der Katholizismus«, in: Historisches Jahrbuch 36 (1915), S. 719–722. Morin wies darin die Verquickung von Nationalismus und Katholizismus in der französischen Kampfschrift zurück und bescheinigte der deutschen Erwiderung (Herausgeber J. A. Rosenberg) maßvollen Ton und »largeur d'intelligence et de cœur«.

3 Ernst II. Fürst zu Hohenlohe-Langenburg (1863–1950), geb. in Langenburg (Württemberg), Jurastudium, Offiziersausbildung, 1891–1894 Botschaftssekretär in St. Petersburg und London, 1894/95 im Ministerium für Elsaß-Lothringen, 1895–1900 Mitglied der württembergischen Ersten Kammer, 1900–1905 Regent von Sachsen-Coburg und Gotha, 1905–1906 Leiter des Kolonialabteilung im AA, 1907–1912 Mitglied des Reichstags (Deutsche Reichspartei), 1914–1918 Einsatz in der Krankenpflege, 1915 Sonderbotschafter in Konstantinopel und auf dem Balkan, nach 1918 auf den Deutschen Evangelischen Kirchentagen, für das Rote Kreuz Württembergs und den Johanniterorden tätig, 1936 Mitglied der NSDAP.

69

Hermann von Grauert an Georg von Hertling
Prien am Chiemsee, 2. September 1915

(eigh. Or.; AGG, Nr. 8)

Hochverehrte und liebe Excellenz,

Unserer jüngsten Besprechung gemäss habe ich Prof. Rademacher am vergangenen Montag gebeten, eine Beschlussfassung des Vorstandes über die abzuhaltende Vorstandssitzung durch Circular herbeizuführen, und er schreibt mir heute, dass er das Circular in Umlauf gesetzt habe. Da ich vom 27. Sept[ember] bis 2. Oktob[er] für eine staatliche Prüfungskommission in Anspruch genommen bin, so habe ich die Woche vom 20. bis 25. Sept[ember] und speziell Dienstag d[en] 21. Sept[ember] als geeigneten Termin bezeichnet. Einzuladen sind wohl wiederum, ausser den Vorstandsmitgliedern, die Herren Sektionsvorstände und vielleicht auch Praelat Ehses.

Nun schreibt mir heute Rademacher, er sei in Aschaffenburg bis zum 1. Januar 1916 zum Generalsekretär gewählt worden, und er glaube deshalb auch die Wahl des Generalsekretärs auf die Tagesordnung der Vorstandssitzung setzen zu sollen. Wenn das richtig wäre, dann müsste m[eines] E[rachtens] die Neuwahl des gesamten Vorstandes in München erörtert und bestätigt werden, was aber den Satzungen nicht entsprechen würde. Nach § 16 der Satzungen wird der Vorstand alle sechs Jahre durch den Beirat neugewählt. Meiner Erinnerung nach ist nun der Vorstand in Metz im Herbst 1910 für 6 Jahre gewählt worden, läuft also sein Mandat bis zum Herbst 1916. In der Zwischenzeit notwendig werdende Ergänzungswahlen gewähren nach § 16 ein Mandat bis zum Ablauf des Mandates der Hauptwahlen. Also muss Rademacher in Aschaffenburg an Stelle von Cardauns ein Mandat auch bis zum Herbst 1916 erhalten haben. Immerhin können wir die Frage in München besprechen.

Die beiden Herrn Dr. Edm[und] Rüsch betreffenden Stücke habe ich zur Kenntnis genommen.[1] Unmassgeblich würde ich meinen, wir sollten Drerup[2] zu einem Gutachten auffordern.

---

1 Vgl. Edmund Rüsch, Grammatik der delphischen Inschriften, Bd. 1, Lautlehre, Berlin 1914. Der erste Teil dieser umfangreichen Publikation war in Fribourg (Schweiz) als phil. Diss. angenommen worden: E. Rüsch, Der Vokalismus der delphischen Inschriften, Berlin 1914.

2 Engelbert Drerup (1871–1942), geb. in Borghorst, Studium der klassischen Philologie, 1894 Dr. phil., kurzzeitig Gymnasiallehrer, Studienreise nach Italien und Griechenland, 1897 Habilitation für klassische Philologie in München, 1906 a.o. Professor, nach Zurücksetzungen in der Karriere 1913 unter dem Ministerium Hertling o. Professor für klassische Philologie in Würzburg, 1923–1939 in Nimwegen, 1930 Rektor; seine Schwerpunkte waren Homerforschung, antike Rhetorik und Poetik; 1907 Mitbegründer der von der Görres-Gesellschaft hg. Studien zur Geschichte und Kultur des Altertums; literarisch ambitioniert.

Nun komme ich noch einmal auf P. Morin zurück, von dem ich heute einen immerhin wichtigen Brief erhielt. Er ermächtigt mich zunächst, seine Kundgebung aus der Theologischen Revue abdrucken zu lassen. Dann aber schreibt er weiter:

»Seulement, je tiens à vous signaler, en votre qualité de Membre du ›Comité Bavarois pour la défense des Intérêts du Catholicisme‹ un document des plus importants, et dont je n'ai eu connaissance que tout dernièrement; c'est le Rapport de M[onsei]g[neu]r Heylen, évêque de Namur, en réponse au Ministre de la Guerre de Prusse[3], sur les èvênements, qui se sont passés dans son vaste diocèse.[4] Voilà qui mérite d'être considéré autrement que ›La Guerre allemande et le Catholicisme‹, et qui est de nature à faire plus de tort à l'Allemagne devant le jugement de la postérité. Dans l'intérêt même de ce grand pays, la pièce mérite d'être prise dès maintenant en considération par les Chefs du Catholicisme en Allemagne: elle est datée du 10 avril dernier, et a été publiée (par indiscrétion) d'abord dans le XXe Siècle belge, puis en allemand, dans le petit Clerfer Echo du 3 juin«.

Ich werde diese Anregung an Mausbach weitergeben.-

P. Morin hatten wir für den 7. und 8. September hierher nach Prien eingeladen. Er braucht aber dafür eine Erlaubnis des Generalkommandos bez[iehungs]w[eise] der Polizeidirektion. Seit 14 Tagen hat er sie schriftlich erbeten, bis gestern aber keine Antwort erhalten. Ich wage nun, Ihnen die Bitte vorzutragen, Sie möchten Baron von Soden[5], bezw. Exc[ellenz] von Kahr[6] bitten, Morin's Gesuch beim Generalkommando befürworten zu wollen. Morin möchte in Hohenaschau auch die Handschriften in der Cramer-Klett'schen Bibliothek für seine wissenschaftlichen Studien einsehen.

---

3 Von Januar 1915 bis Ende Oktober 1916 führte der stellvertretende Kriegsminister Franz Gustav von Wandel in Berlin die Geschäfte.

4 Thomas-Louis Heylen (1856–1941), geb. in Kasterlee (Flandern), 1881 Priesterweihe, Dr. phil., theol. et jur. an der Gregoriana in Rom, 1889 Generalvikar der Prämonstratenser Belgiens, 1899–1941 Bischof von Namur, Organisator der Eucharistischen Kongresse seit 1901, Förderer des Pilgerwesens, der Marienverehrung und der belgischen katholischen Jugendbewegung. Er teilte nicht Kardinal Merciers Schroffheit, zeigte aber gegenüber der Besatzungsherrschaft eine korrekte, kalte und mutige Haltung und protestierte mit eigenen Schriften (Accusation et Défense; Réponse au Livre Blanc) gegen unzumutbare Härten der Besatzer. Er nahm sich der Kriegsopfer und bedrängten Familien auch in den Nachbardiözesen Nordfrankreichs an. Vgl. Simon, Sp. 296–298; Boniface et Heuclin, Diocèses.

5 Maximilian Freiherr (1916 Graf) von Soden-Fraunhofen (1844–1922), geb. in Ludwigsburg, Gutsbesitzer in Niederbayern, 1868 Eintritt in den juristischen Vorbereitungsdienst in Bayern, landwirtschaftliche Studien, 1874–1884 Mitglied des Reichstags, 1875–1893 der bayerischen Abgeordnetenkammer (seit 1881 im Fraktionsvorstand des bayerischen Zentrums), 1895–1918 des Reichsrats, 1893–1918 Präsident des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern, Vorreiter landwirtschaftlicher Sozialpolitik, 1912–1916 Staatsminister des Innern. Trautmannsberger, S. 233–237; Löffler, S. 179 f., 618.

6 Gustav von Kahr (1862–1934), geb. in Weißenburg, 1917 Regierungspräsident von Oberbayern, 1920–1921 bayerischer Ministerpräsident, 1923–1924 bayerischer Generalstaatskommissar, 1924–1930 Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, 1934 im KZ Dachau ermordet. Vgl. über Kahrs politisches Wirken (»Ordnungszelle Bayern«) Deutinger.

Gern und dankbar gedenken wir der schönen Stunden, die wir in Ihrem gastlichen Tusculum verleben durften. Von unserem Janheinrich bekamen wir inzwischen gute Nachrichten. Im Osten wächst die Russenmeute beinahe unheimlich an.

Mit den herzlichsten Grüssen und Empfehlungen verbleibe ich in alter Anhänglichkeit
Ihr treu ergebener
Dr H v Grauert

70

Max von Biegeleben an Georg von Hertling
Neisse, 13. September 1915

(BArch, NlH, Nr. 24, f. 27–32)

Lieber Georg!

Vor acht Tagen bin ich von Belgien zurückgekehrt, wo ich in Brüssel meine Schwester[1] besuchte, einer Kriegstagung für Denkmalpflege beiwohnte und innerhalb einer Woche das Land bereiste. Es waren ausserordentlich interessante Eindrücke, die ich dort von den furchtbaren Wirkungen des Krieges und den gegenwärtigen politischen Zuständen empfing. Äusserlich ist es fast wie bei uns. Das Feldgrau dominiert; der Pass- und Sicherheitsdienst wird überall mit grösster Genauigkeit gehandhabt. Ruhe und Stille scheinen im Land zu herrschen, viel weniger Schreien und Lärmen als es sonst bei dieser aufgeregten Bevölkerung üblich war. Ein Mal entstand in Antwerpen ein Putsch, der aber alsbald niedergeworfen wurde. Protektor unserer Tagung war der General-Gouverneur Frhr. von Bissing[2], der zwei Mal erschien und das Wort ergriff. Er hatte sich rasch ein gewisses Verständniss für die uns beschäftigenden Aufgaben des Denkmalschutzes und des Städtebaues angeignet und sprach mit Energie und Feuer wie Einer, der die Macht hat und dabei den Willen, sie zu gebrauchen. Bei einem souper, zu dem er den Ausschuss auf seine Villa Trois Fontaines eingeladen hatte, zeigte er sich als liebenswürdiger Wirt. Wie mir meine Schwester sagte, sollen die Belgier bis jetzt mit ihm zufrieden sein, besonders auch die besseren Kreise, auf die er, wie es scheint, ziemlich viel Rücksicht nimmt. Weniger zufrieden ist seine Zivilverwaltung; sie nannte sich früher in den Provinzen kaiserliche Zivilverwaltung. Im Armee–Verordnungsblatt wurde ihr das Prädikat »kaiserlich« genommen; sie ist eben nur die Zivilverwaltung des General-Gouverneurs. Herr von Sand[3] ließ sich das gefallen. Zweifellos verfügt Bissing über ein nicht gewöhnliches Verständniss

1 Die Schwester Maximilians war Elisabeth, geb. 1840 in Darmstadt, seit 1864 verheiratet mit dem Hauptmann Josef Freiherrn von Biegeleben.

2 Moritz Ferdinand Freiherr von Bissing (1844–1917), aus schwäbischer Adelsfamilie, geb. in Ober Bellmannsdorf (Niederschlesien), 1865 Leutnant, 1883 Hauptmann im Generalstab, 1894 Generalmajor, 1897 Generalleutnant, 1901–1907 Kommandierender General des VII. Armeekorps in Münster, dann z. D., betrieb soziale Projekte, 1910–1917 Mitglied des Preußischen Herrenhauses, 1914 als Generaloberst reaktiviert, November 1914 bis zu seinem Tod am 18. April 1917 Generalgouverneur von Belgien; 1915 Dr. rer. pol. h.c.

3 Maximilian von Sandt (1861–1918), geb. in Bonn, 1888 Landrat des Landkreises Bonn, 1903 Geheimer Regierungsrat im preußischen Innenministerium, 1907–17 Regierungspräsident von Aachen, August 1914–August 1917 Zivilkommissar des besetzten ausländischen Gebiets im Westen, Chef der Zivilverwaltung für Belgien, Nov. 1917–Ende Januar 1918 Verwaltungschef des Generalgouvernements Warschau, Geheimer Oberregierungsrat. Zilch, Okkupation, S. 107; Protokolle des Preußischen Staatsministeriums, Bd. 10.

und Organisationstalent, verbunden mit Tatkraft und gutem Willen, dem belgischen Volk zu helfen. Aber die Schlacken des autokratischen Militärs haften ihm an und in der Sucht, möglichst rasch Beglücker des Volkes zu werden, mutet er der Verwaltung Unmögliches zu. Das ist nicht nur das Urteil von Clemens Brentano[4], der ja etwas an Hyperkriticismus leidet, sondern so ziemlich die übereinstimmende Meinung der Herren der Civilverwaltung. – Ich besuchte Mecheln, meine alte Universitätsstadt Löwen, deren teilweise Zerstörung mich besonders impressionierte, Lieres[5], Antwerpen, dann für mich allein die Küste von Ostende bis Zeebrügge mit ihren ausgebauten Verteidigungsanlagen, Brügge, Namur und Lüttich. Von Namur ging es im Auto nach Dinant, von Lüttich nach Visée[6], den beiden Orten, die wohl am meisten unter der Zerstörung durch den Brand gelitten haben. Die Wallonen werden als ein intelligentes aber heimtückisches und korrumpiertes Volk geschildert. Die Selbständigkeit, an die die Bevölkerung gewöhnt war, scheint den Mangel an Bildung ersetzt zu haben; die Gemeinderäte sollen gewandt und mit Verständniss arbeiten. Im Wallonengebiet hofft man wohl in erster Linie die sozialistische Arbeiterschaft durch Aussicht auf Verbesserung ihrer socialen Lage zu gewinnen. Die Flamen haben zweifellos mehr Wesensverwandtschaft mit uns Deutschen, man will sie frei machen von der Uebermacht des Wallonentums, wozu es aber grosser Vorsicht bedarf; denn auch sie verhalten sich ablehnend gegen uns. Eine stumme Resignation beherrscht das Gemüt der Belgier, die genötigt sind, die in ihnen lebende Erbitterung zurück zu drängen. Noch immer hoffen sie auf die Befreiung durch die französisch-englischen Waffen. Den Deutschen glauben sie nicht. Die von uns veröffentlichten diplomatischen Berichte gelten als gefälscht,[7] unsere einwandfrei erwiesene Darstellung des Hergangs in Löwen findet keinen Glauben. Von dem Verschulden des Franctireur-Krieges wollen sie nichts wissen, dagegen kursieren zahllose Geschichten über unsere Grausamkeiten, wobei freilich kaum zu leugnen ist, dass in Folge der ungeheuren

4 Clemens von Brentano (1886–1965), geb. in Friedberg (Hessen), Jurastudium, 1912 im bayerischen Auswärtigen Dienst, 1914–1918 beim Generalgouvernement Belgien, 1921 im AA, Gesandtschaftsrat in Athen, 1925 Botschaftrat in Rom (Vatikan), 1929 z. D., 1946 Leiter der badischen Staatskanzlei, 1950 Generalkonsul, 1951–1957 deutscher Botschafter in Italien. Er war der ältere Bruder des Rechtsanwalts Heinrich von Brentano (1904–1964), des Mitgründers der CDU, hessischen Landtags- und Bundestagsabgeordneten, 1955–1961 ersten Außenministers der Bundesrepublik Deutschland. Die Biogramme der Angehörigen des AA stützen sich auf das Biographische Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes, Bd. 1–5, sodass sich Einzelbelege erübrigen.

5 Liers, Heristal (Name fränkischen Ursprungs) im wallonischen Landesteil, befestigter Platz in der Merowingerzeit, im 19. Jahrhundert Industriestandort (Waffenfabrik u.a.).

6 Visé an der Maas, wie Liers im nördlichen Festungsring von Lüttich gelegen, der im August 1914 von deutschen Truppen erobert wurde.

7 Erstmals »Mitteilungen der deutschen Regierung« über die Zusammenarbeit des englischen und belgischen Generalstabs und die Entsendung eines großen englischen Expeditionskorps »für den Fall eines deutsch-französischen Krieges« aus dem belgischen Generalstabsarchiv in Brüssel, 12. Oktober 1914. Schulthess 55, NF 30 (1914/I), S. 406–408.

Erregung und gerechten Erbitterung, die sich unserer Soldaten bemächtigte, viele Härten oder Ueberei[l]ungen vorgekommen sind.[8]

Auf das Entschiedenste bestreiten die Belgier die ihnen vorgeworfene Neutralitätsverletzung, die ja auch wir erst nachträglich und verspätet entdeckt haben. Dagegen sind sie empört über den nach ihrer Ansicht von uns verübten widerrechtlichen Ueberfall. Sie behaupten nach wie vor, die mit England und Frankreich getroffenen Verabredungen hätten nur für den Fall eines Angriffes durch uns gegolten und sie würden ebenso gegen ein zuerst angreifendes Frankreich marschiert sein. Ich kann nicht verhehlen, dass ich über diesen Punkt in meinem politischen Gewissen nicht recht hinauskommen kann. Belgien war wirklich in einer verzweifelten Lage, zwischen Scylla und Charybdis. Die deutsche Absicht des Durchbruches war ihm vermutlich bekannt, soll doch S. M. der Kaiser selbst dem König eine entsprechende Andeutung gemacht haben. Wenn Belgien überhaupt ein Verschulden hatte, so war es jedenfalls gering im Verhältniss zu dem unsrigen. M[eines] Er[achtens] sollte man diesem Gesichtspunkt eine wesentliche Bedeutung bei der Entscheidung über das künftige Schicksal Belgiens beimessen. Das sind allerdings nach der Meinung vieler Leute altmodische Anschauungen und wenn man von Recht und Rechtsgefühl oder höherer Weltordnung spricht, dann begegnet man einem mitleidigen Lächeln und stösst auf das neue Schlagwort: Sentimentalität. Das kann mich aber nicht beirren. Nichts hat die neutrale Welt so sehr erregt und beunruhigt als unser Vorgehen gegen Belgien. Wenn wir jetzt zu dem ursprünglichen Standpunkt zurückkehren, dass wir Belgien nicht erobern wollten, so ist das nicht nur grossherzig sondern auch klug. In dieser Ueberzeugung bestärken mich noch andere Erwägungen, vor Allem die grosse Schwierigkeit, mit einem so selbständigen, unruhigen und kulturell entwickelten Volke fertig zu werden, in dem überdies so starke religiös und politisch divergierende Kräfte gegen einander arbeiten.

Auf der anderen Seite steht freilich das Recht der eigenen Lebensbehauptung. Solange England uns bedroht – und das wird wohl noch sehr lange der Fall sein – können wir die Küste, Antwerpen und die Festungen nicht frei geben.[9] Auch wirtschaftlich müssen wir uns die für unsere Entwickelung notwendigen Garantien schaffen, dabei aber auch auf die Interessen der Belgier Rücksicht nehmen, sie überzeugen, dass sie durch die Verbindung mit dem tatkräftig aufstrebenden deutschen Volke nur gewinnen können. Als ein Ausbeutungsobjekt dürfen wir sie nicht behandeln.

---

8 Vgl. Keller, Schuldfragen, S. 43–99 (zu Löwen), 328 f., Der Deutsche Krieg und der Katholizismus, S. 61–89, und Spraul, mit Auswertung vieler Truppengeschichten und fundierter Kritik an John Horne and Alan Kramer, German Atrocities 1914. A History of Denial, New Haven, Yale University Press 2001 (deutsche Ausgabe 2004).

9 Im Bundesrat legte Biegeleben »die päpstliche Forderung, Belgien betreffend, dahin aus, daß sie Belgien die absolute Freiheit wiedergeben werde, mit irgendeinem Staate Verträge einzugehen. Eine pure Akzeptation sei deshalb bedenklich, und es müßten Garantien geschaffen werden, daß Belgien seine Unabhängigkeit nicht wie bisher mißbrauche«. Lerchenfeld an Hertling, Berlin 28. August 1917. Steglich, Friedensappell Papst Benedikts XV., S. 241.

Für mich wäre nach allem dem die Formel für das belgische Problem: Einschränkung der Selbständigkeit Belgiens nur insoweit als es unsere militärischen und wirtschaftlichen Interessen unbedingt erfordern. Daraus ergibt sich im Einzelnen das Recht der militärischen Besetzung, bis auf Weiteres auch das Verbot einer eigenen Armee, eine Verständigung über Münze und Eisenbahnen, vielleicht eine Art Eisenbahngemeinschaft, ferner über die Benutzung des Antwerpener Hafens, und endlich ein Zoll- und Handelsvertrag, der die beiden Völker möglichst einander nähert. Der jetzige König wird auf die Ausübung der Regierungsgewalt verzichten müssen, sein Sohn[10] könnte in Deutschland erzogen werden und etwa ein bayerischer Prinz die Regentschaft führen. Die Zukunft wird vielleicht den Uebergang zu einem näheren Anschluss an uns bringen. Dass die Ausgestaltung im Einzelnen viele Schwierigkeiten bietet, ist zweifellos, aber mit gutem Willen werden sie zu überwinden sein. –

Belgien ist nicht zu vergleichen mit Polen, Lithauen oder den Ostseeprovinzen. Russland zu schonen, liegt kein Grund vor. Da soll man fest zugreifen; den Rachegelüsten Russlands können wir doch nicht entgehen, desshalb möglichste Sicherung unserer Grenzen, etwa bis zur Südspitze des Rigaer Meerbusens. Es verlautet hier, man schrecke an massgebender Stelle auch da vor einem kühnen Griff zurück. Man erzählt sich, Polen solle ein Königreich werden in Personalunion mit Oesterreich, das alsdann an Stelle des Dualismus eine Dreiheit erhalten würde. Wäre das wirklich ein Glück für Oesterreich und für uns? Würde das Deutschtum in Oesterreich, das seither schon unter dem Poleneinfluss zu leiden hatte, nicht noch mehr gefährdet? Wäre es nicht besser, Russisch-Polen zwischen Oesterreich und Preussen zu teilen und das Gebiet südlich der Pilicalinie[11] an Oesterreich, den nördlichen Teil an Preussen zu überweisen? Preussen könnte ja dem Lande eine eigenartige staatsrechtliche Verfassung gewähren, die es vor der Gefahr der Polonisierung und Verjudung bewahrt. –

Auch mit Elsass-Lothringen scheinen die Schwierigkeiten sehr gross zu sein. O Strassburg, o Strassburg, du wunderschöne Stadt! – Noch Eines zum Schluss. Hätten Bayern, Elsass-Lothringen, Belgien und Polen nicht das Unglück, katholisch zu sein, dann wäre Alles viel einfacher zu lösen!! –

Verzeihe diesen langen Erguss, der dem Bedürfniss der Aussprache entspringt, ohne dass sein Urheber auf ein Entgelt rechnet.

10 Ältester Sohn Alberts I. war Leopold III. (1901–1983), Herzog von Brabant, 1934–1951 König der Belgier. Albert hatte dem Durchmarsch der deutschen Truppen hinhaltenden, aber vergeblichen Widerstand entgegengesetzt, der Frankreich Zeit für die Organisation seiner Verteidigung gegen den deutschen Angriff gab, und kehrte im November 1918 mit britischen und französischen Truppen in sein befreites Land zurück.

11 Pilitza, über 300 km langer linker Nebenfluss der Weichsel in Zentralpolen.

Mit vielen Grüssen an die beiden Annen verbleibe ich in herzlichster Verehrung

Dein
treuer Vetter
Max Biegeleben.

P[ost] S[criptum]. Ich bitte, meine Auslassungen als rein persönliche und ganz vertrauliche zu nehmen. – An Deiner Tochter liebem Besuch hatten wir viel Freude. – Deine Tochter Anna bitte ich um Nachricht per Postkarte, dass dieser Brief richtig angekommen ist.

71

Matthias Erzberger an Georg von Hertling
Berlin, 23. September 1915

(masch. Kop.; BSB, Ana 463, Schachtel 10)

Euer Excellenz

gestatten, dass ich Ihnen eine Mitteilung unterbreite, die mir von gut unterrichteter Seite zugegangen ist.

Es gibt in Bayern mächtige Kreise, die auf einen Wechsel im Ministerium hinarbeiten. Zu diesen gehören einige Mitglieder des Reichsrates, welche sich nach Material umsehen, um gegen Euer Excellenz bei Seiner Majestät dem König vorstellig zu werden. Es wird u.a. die Behauptung aufgestellt, dass Euer Excellenz an der Neuausgabe eines Buches arbeiten, worunter die Staatsgeschäfte Not litten.[1]

Ich halte mich für verpflichtet, Euer Excellenz davon in Kenntnis zu setzen, zumal mir auch von derselben glaubwürdigen Seite versichert wird, dass der Herr Kammerpräsident Dr. v. Orterer in ähnlicher Richtung vorgehe. Wenn diese Mitteilungen zutreffend sind, so würde die Sache doch einen ernsteren Charakter annehmen. Als Nachfolger würde von den betreffenden Kreisen in den Vordergrund geschoben Fürst Fugger-Glött und Graf Podewils.[2]

1 Hertling schrieb oder diktierte seine Memoiren. Wegen seines Amts hatte er zwei Buchprojekte (Metaphysik, Geschichte der Philosophie seit Kant) zurückgestellt.

2 Clemens (ab 1911 Graf) von Podewils-Dürniz (1850–1922), aus Landshut, nach Jurastudium in München 1880 Eintritt in den bayerischen Auswärtigen Dienst, 1881 Legationssekretär in Berlin, 1887 Legationsrat, stellvertretender Bevollmächtigter zum Bundesrat und a.o. Gesandter, anschließend Bevollmächtigter Minister in Rom, 1896–1902 a.o. Gesandter in Wien, 1902 Staatsminister des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten im Kabinett Crailsheim, 1903 Staatsminister des Kgl. Hauses und des Äußern sowie Vorsitzender des Ministerrats, 1912 trotz seiner Kompromisspolitik abgelöst von Georg von Hertling als Vertreter der Landtagsmehrheit des Zentrums, 1918 Vertreter Bayerns bei den Friedensverhandlungen mit Russland in Brest-Litowsk, 1921/22 deutscher Bevollmächtigter bei den Verhandlungen zur Festsetzung der Grenzen Ost-, Westpreußens und Schlesiens. Werner K. Blessing, Podewils-Dürniz, Clemens Graf von, in: NDB 20 (2001), S. 557–558.

Ich bitte Euer Excellenz, dieses Schreiben als ganz vertraulich anzusehen.[3]
In bekannter Wertschätzung bin ich

Euer Excellenz ganz ergebener
Erzberger
Mitglied des Reichstags

3 Laut einer »Bleistiftanmerkung« des Legationssekretärs im Ministerium des Äußern, Paul von Stengel, wurde der Brief dem Staatsrat und Kabinettschef König Ludwigs III., Otto von Dandl, mitgeteilt, »welcher in einem Privatbrief an E[rzberger] den Gerüchten energisch entgegentritt«. In seinem Brief vom 25. September an Hertling insistierte Erzberger: Bethmann habe ihm kürzlich bei einer Unterredung spontan gesagt, er wisse vom König selbst, dass ein Ministerwechsel in Bayern ausgeschlossen sei; wozu aber er, Erzberger, ausdrücklich bemerke, dass Bethmann von dem am 23. September Hertling mitgeteilten »Treiben nichts wissen« könne. Am 24. September habe der Reichskanzler abends in kleinem Kreise den Plan einer Reichsbiersteuer »sehr nachdrücklich vertreten« und man glaube, »dass Bayern zu einem Verzicht auf die Bayerische Biersteuer zu gewinnen sei, wenn ihm ganz Elsass zufalle«. BSB Ana 463, Schachtel 10.

72

Georg von Hertling an Karl von Hertling
München, 4. Oktober 1915

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 26, f. 72–73)

Lieber Karl!

Die Aufzeichnung über den Besuch des Reichskanzlers[1] ist wieder in meinen Händen, schönen Dank, daß Du sie so schnell zurückgeschickt hast. Sie scheint Dich aber nicht besonders interessirt zu haben, da Du sie mit keinerlei Bemerkung begleitet hast. Mit dem mündlichen Bericht, den ich bei meiner Rückkehr nach Ruhpolding Mama und Anna erstattete, ging es mir nicht besser, sie hatten sich viel mehr erwartet. Aber soweit sind wir eben noch nicht, daß von Entscheidungen und festgelegten Plänen gesprochen werden könnte. Bethmann erzählte mir eine hübsche Geschichte aus dem Jahre 1870. Damals seien die Leute auch mit ihren Kriegszielen u.s.w. an Bismarck[2] herangekommen, er habe dann gesagt: »ach bitte, sprechen Sie mit Moltke[3], soviel ich weiß, wird noch gekämpft«. Wichtig aber war mir bei meinen Unterredungen mit dem Reichskanzler doch verschiedenes. Zunächst, daß der Vorwurf, er sei ein Flaumacher und wolle so schnell als möglich und um jeden Preis mit England Frieden machen, gänzlich unbegründet ist. Er denkt gar nicht daran. Sodann, daß auch er auf ein nicht zu fernes Ende des Krieges hofft, wenn ihm auch, wie er sagte, dafür die festen Anhaltspunkte fehlen. Den Weg dahin denkt er sich jetzt wie früher über Rußland. Inzwischen hat nun die erwartete englisch-französische Offensive begonnen. Was der offizielle Bericht darüber am ersten Tage meldete, lautete nicht angenehm, wenn es mich auch in meiner Zuversicht, daß sie nicht gelingen werde, nicht

1 Aufzeichnungen G. v. Hertlings über die Besprechungen mit Bethmann Hollweg in München am 13.–14. September 1915. BayHStA MA 962; Druck: Janßen, Macht, S. 300–302. Vgl. Hertling an Lerchenfeld, München 24. September 1915. Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 542.

2 Otto Fürst von Bismarck-Schönhausen (1815–1898), geb. in Schönhausen (Altmark), Jurastudium, 1836–1839 Referendar, Gutsbesitzer, Landwirt, 1845 Mitglied des sächsischen Provinziallandtags, 1849 des Preußischen Abgeordnetenhauses, 1850–1851 des Erfurter Parlaments, 1851 des Bundestags in Frankfurt am Main, 1859 Gesandter Preußens in St. Petersburg, 1862 in Paris, 1867–1871 Bundeskanzler des Norddeutschen Bundes, 1862–1872, 1873–1890 preußischer Ministerpräsident und Außenminister, 1871–1890 Reichskanzler, 1880–1890 preußischer Minister für Handel und Gewerbe.

3 Helmuth Karl Bernhard (1870 Graf) von Moltke (1800–1891), geb. in Parchim, aus mecklenburgischem Adel, 1811 dänische Kadettenschule, 1819 Sekondeleutnant in der dänischen, 1822 in der preußischen Armee, Kartograph, für den Primat des Militärischen vor dem Politischen eintretender Kriegstheoretiker, 1835–1839 Militärberater in der Türkei, dann in Generalstäben mehrerer Armeekorps, 1856 Generalmajor, 1857–1888 Chef des Großen Generalstabes, 1866 General der Infanterie, 1871 Generalfeldmarschall, 1867–1891 Mitglied des Reichstags (konservativ), seit 1872 des Preußischen Herrenhauses. Heinrich Walle, Moltke, Helmuth Graf von, in: NDB 18 (1997), S. 13–17.

irre machen konnte. Seitdem sind die Nachrichten aber immer besser geworden, daß man an den obersten militärischen Stellen durchaus zuversichtlich sei, ist mir immer wieder aus Berlin gemeldet worden. Auch die Versuche des Vierverbands, ihre angeblichen Erfolge den Balkanstaaten gegenüber auszunützen, haben nicht weit geführt. Interessiren wird Dich folgendes. Es wurde ein Telegramm – ich nehme an Funkenspruch – das aus Frankreich kam und für Rußland bestimmt war, aufgefangen des Inhalts, man möge durch verstärkte Offensive im Osten verhindern, daß Truppenverstärkungen nach dem Westen kämen. So war man vorbereitet. Hindenburg sistirte den weiteren Vormarsch, nahm mit seiner verminderten Anzahl eine feste Stellung ein, wartete den Vorstoß der Russen ab und haute sie gründlich. Ich meine immer, der Krieg sei jetzt in das letzte, entscheidende Stadium gerückt. Morgen soll, soviel ich weiß, der Einmarsch in Serbien beginnen. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß Serbien, wenn es Ernst wird, Friedensverhandlungen anbietet. Auf alle Fälle werden wir in Bälde die Donau und die Verbindung mit der Türkei frei bekommen, und ob Rußland, wenn es einmal die Hoffnung auf die Eroberung Konstantinopels begraben muß, noch weiter Krieg führen will, ist mir äußerst zweifelhaft, zumal in Verbindung mit dem, was man über die inneren Verhältnisse von dort hört. Alles in allem glaube ich, daß wir allen Grund haben, an unserm Optimismus festzuhalten.

Seine Rede im Landtag ist gut aufgenommen worden. Das Schwergewicht der Verhandlungen soll, um diese abzukürzen, möglichst vom Plenum in die Ausschüsse verlegt werden. Die Liberalen scheinen keinen Lärm machen zu wollen, um so mehr die Sozialdemokraten. […]

Nun lebewohl, ich empfehle Dich, wie immer, dem Schutze Gottes, und bin mit vielen herzlichen Grüßen

Dein tr[euer] Vater

73

Gustav Schnürer an Georg von Hertling
Freiburg in der Schweiz, 20. Oktober 1915

(eigh. Or.; AGG, Nr. 8)

Exzellenz,

Gestern besuchte mich unser Rektor und erzählte mir, daß er einen Weg wisse, durch den die Universität Löwen ihre Bibliothek wieder erhalten könne, daß er dazu aber den Katalog der Bibliothek sich verschaffen müsse. Seine bisher unternommenen Schritte, um den Katalog zu erhalten, seien vergeblich gewesen. Darum frage er bei mir an, ob ich nicht durch deutsche Behörden ihm den Katalog verschaffen könne. Ich sagte ihm, daß ich wohl glaubte, daß die deutschen Behörden ein solches Gesuch wohlwollend aufnehmen würden, und schlug ihm zunächst vor, bei Eurer Exzellenz vorstellig zu werden. Das Ergebnis unserer Unterredung war schließlich, daß ich ihm riet, in einem Briefe an mich seinen Wunsch niederzulegen, den ich heute erhielt.

Ich wage es Eurer Exzellenz diesen Brief mit warmer Empfehlung zu übersenden, weil ich annehme, daß dem Präsident der Görres-Gesellschaft an sich dieses Ziel nicht unsympathisch sein könnte. Und ich täusche mich wohl auch nicht, wenn ich voraussetze, daß diese Bestrebungen auch politisch nicht als ungelegen betrachtet werden können. Jedenfalls ist es besser, wenn durch deutsche Hände diese Bestrebungen geleitet werden, als wenn sie von andern mit politischen Berechnungen, die gegen Deutschland gerichtet sein könnten, verknüpft würden.

Unser Rektor Manser,[1] Prof. der Philosophie an der theologischen Fakultät, Dominikaner, ist Deutschschweizer. Er hat eine durchaus neutrale Haltung im vergangenen Studienjahr eingenommen und dadurch hat er uns Deutsche energisch geschützt, so daß die Hetze gegen uns vor der Universität Halt machen mußte. Darum haben wir auch zuerst die außergewöhnliche Maßnahme angeregt, daß er für das neue Studienjahr wieder als Rektor gewählt wird.

Rektor Manser denkt sich die Erfüllung seines Wunsches so, daß die deutsche Regierung in Belgien die Löwener Universitätskreise anregt, ihm die Abschrift ihres Kataloges zu kommen zu lassen, oder ihm die Möglichkeit eröffnet, mit den in Betracht kommenden Kreisen in Verbindung zu treten.

1 Gallus Maria Manser OP (1866–1950), aus dem Kanton Appenzell, 1984 Dr. theol. in Fribourg, 1899–1905 a.o. Professor für Philosophie und Geschichte der alten und mittelalterlichen Philosophie an der Universität Fribourg, 1905/06–1942 o. Professor für Logica und Ontologie sowie Geschichte der mittelalterlichen Philosophie, 1914–1918 Rektor. (Freundliche Auskunft von Prof. Dr. Barbara Hallensleben, Fribourg). Wichtigstes Werk: Das Wesen des Thomismus, Freiburg/Schweiz 1936 (3. Aufl. 1949).

Exzellenz mögen aber selbst entscheiden, welcher Weg zu wählen ist. Gern bin ich bereit, als Mittelsmann für etwaige Winke zu dienen.

Wer der in Betracht kommende Millionär ist, weiß ich nicht. Rektor Manser sagte mir nur, daß es ein Amerikaner sei.

Darf ich die Gelegenheit benutzen, um mich nach dem Befinden von Exzellenz zu erkundigen? Ich hoffe Gutes zu vernehmen. Insbesondere hoffe ich, daß Sie auch immer Gutes von Ihrem Herrn Sohn gehört haben. Ich war in den Ferien in Freiburg i. Breisgau, um in der Nähe meines Sohnes zu sein, dessen Befinden uns immer noch Sorge macht. Dabei habe ich mich aber täglich erbaut an der ruhigen, zuversichtlichen Stimmung, mit der Deutschland die schweren Opfer des Krieges trägt und durchhält. Und wenn ich hörte, wie man immer wieder die Baiern besonders rühmte, dann eilten meine Gedanken zu Eurer Exzellenz. Möge es Ihnen vergönnt sein, dem Bayernvolk die wohl verdienten Früchte für seine Tapferkeit darzureichen.

Ich bitte mich der verehrten Ihrigen bestens zu empfehlen und verbleibe in
alter Verehrung
Eurer Exzellenz
aufrichtig ergebener
Gustav Schnürer

74

Gustav Schnürer an Georg von Hertling
Freiburg in der Schweiz, 7. November 1915

(eigh. Or.; AGG, Nr. 8)

Exzellenz,

Rektor Manser teilt mir jetzt mit, daß er unterdessen über den Löwener Katalog doch noch etwas erfahren konnte. Es gab nur einen Zettelkatalog, und dieser ist verbrannt. So ist unser Ersuchen gegenstandslos geworden. Ich denke aber, daß es Eurer Exzellenz vielleicht nicht ganz uninteressant war, über die Schritte zur Wiederherstellung der Löwener Universitätsbibliothek einiges zu vernehmen. Freund Kirsch[1], der unterdessen zurückgekehrt ist, erzählte, daß man in Deutschland wünsche, diese Schritte möchten durch den Papst zusammengefasst werden. Unserem Rektor Manser wäre das ganz willkommen.

Ich lese in den Zeitungen, daß Exzellenz sich jetzt in Belgien befinden. Ich nehme an, daß Sie in diesem Zusammenhang auch den Verhältnissen in Löwen einige Beachtung schenken werden. […]

Genehmigen Sie die Versicherung meiner größten Verehrung und aufrichtigsten Ergebenheit
G. Schnürer

1 Johann Peter Kirsch (1861–1941), geb. in Dippach (Luxemburg), Dr. theol., 1884 Priesterweihe in Luxemburg, 1888 Leiter des Römischen Instituts der Görres-Gesellschaft, 1890–1932 Professor für Patrologie und Christliche Archäologie an der Universität Fribourg, 1898/99 Rektor, 1904 Prälat, 1907 Gründer der Zeitschrift für Schweizerische Kirchengeschichte, 1925 im Auftrag von Pius XI. Gründer und bis zu seinem Tod Leiter des Pontificio Istituto di Archeologia Cristiana in Rom, 1932 Apostolischer Protonotar. Kirsch gehörte am Campo Santo Teutonico zum Umkreis von Kardinal Josef Hergenröther und legte wichtige Forschungen besonders zur Geschichte der römischen Stations- und Titelkirchen sowie zur Finanzverwaltung der Kurie im Spätmittelalter vor. Heid.

75

Georg von Hertling an Anna von Hertling
Brüssel, 8. November 1915

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 22, f. 2–3)

Liebe Anna!

Endlich komme ich dazu, wenigstens den Versuch zu machen, an Dich zu schreiben, bisher war auch das nicht möglich. Aber nach Hause gedacht habe ich unaufhörlich, und Du hattest ja wenigstens durch das Ministerium die tägliche Mitteilung, daß die Reise gut verlaufe. Karl bei mir zu haben, ist eine große Annehmlichkeit, er könnte nicht aufmerksamer sein und ist immer zur Stelle, wo er glaubt, mir behülflich sein zu sollen. In Lüttich war insbesondere die Besichtigung eines zerschossenen Forts von Interesse, in Löwen machten die zerstörten Stadtteile einen niederschlagenden Eindruck. Die herumstehenden Einwohner sahen auch nicht danach aus, als ob sie schon Sympathie mit den deutschen Eroberern gewonnen hätten. Immerhin konnte ich mich mit einem Professor der dortigen Universität, der jetzt als Bürgermeister tätig ist, einigermaßen anfreunden. Von Löwen nach Brüssel fuhren wir per Auto, der Salonwagen war mit dem Gepäck unter Obhut des braven Eberl vorausgefahren. Hier gab es sogleich ein großes Abendessen beim Generalgouverneur. Es war eine Menge Leute da, darunter auch Arnold Solemacher[1], der recht alt geworden ist und sich hier bei einer der vielen Kommissionen nützlich macht oder machen soll. Bissing selbst machte uns allen einen günstigen Eindruck, er tritt lange nicht so selbstherrlich auf, wie wir erwartet hatten. Ich konnte schon am Abend vieles mit ihm besprechen, mehr noch bei dem anderthalbstündigen Besuche, den er mir am anderen Tage machte. Er trug mir seine Gedanken über Belgiens Zukunft vor, die recht plausibel lauteten, wenn er auch dafür ist, das Land nicht wieder herauszugeben. Auch über den »protestantischen Einschlag« sprachen wir, die Tatsache mußte er zahlenmäßig zugeben, doch konnte ich ihm glauben, wenn er versicherte, daß dies nicht von seiner Wahl abgehangen habe und auch durchaus nicht seinen Ansichten entspreche. Vorher war ich mit Karl und Stengel in der Gudulakirche[2] gewesen, wo wir auch richtig eine h. Messe erwischt hatten. Um 1 Uhr gab ich ein Frühstück, 16 Personen, das recht gut war. – d[en] 9.- Soweit war ich gestern gekommen, als es

1 Arnold Freiherr von Solemacher-Antweiler (1859–1942), geb. in Grünhaus an der Ruwer, 1878 Offizier im Düsseldorfer Ulanenregiment, 1882 im Regiment Gardes du Corps, Kgl. Preußischer Kammerherr, Gutsbesitzer, 1914–1918 Major d. R. und Erster Adjutant beim Militärgouverneur von Brüssel, Leiter des Rheinischen Obst- und Gartenbauverbands, Ämter in der Landwirtschaftskammer der Rheinprovinz.

2 Prachtvolle gotische Kathedrale St. Michael und St. Gudula, über einer romanischen Kirche erbaut vom 13. bis zum Ende des 15. Jahrhunderts, mit teils barocker Ausstattung, Hauptkirche der Stadt Brüssel und Sitz des Erzbischofs von Mecheln.

Zeit wurde, die Fahrt nach Antwerpen anzutreten. Sie verlief wieder programmäßig und war sehr interessant. Hauptsächlich besichtigten wir die Hafenanlagen, die sich über fünf Kilometer erstrecken. Freilich war jetzt alles leer, keine Waaren, keine aus- und einladenden Seeschiffe, nur an den Aufschriften der Lagerhallen konnte man den Umfang des Verkehrs ermessen, der in Friedenszeiten Antwerpen mit so ziemlich der ganzen Welt verband. In der Stadt ist nicht viel zerstört, eine Granate, die in die Kathedrale flog, richtete glücklicherweise nicht viel Schaden an. Ein Splitter traf den Platz, wo die Rubens'sche Kreuzabnahme[3] hängt, doch war das Bild rechtzeitig in Sicherheit gebracht worden. Am Nachmittag fesselte mich das Museum Plantin, die alte Werkstätte eines berühmten Antwerpener Drucker's aus der Frühzeit der Buchdruckerkunst.[4] Dann gab es noch Besuche, u. a. bei General v. Huene[5], von dem wir gesprochen haben. Er wird vielfach angefehdet, mit welchem Rechte, kann ich nicht beurteilen, machte mir aber einen ganz guten Eindruck, und was er sagte, hatte Hand und Fuß. Ueberhaupt gehören die Besprechungen mit den verschiedenen Herren zu den wichtigsten Ergebnissen dieser Reise. Auch Hr. v. Sand[6], der Chef der Zivilverwaltung, der mit uns nach Antwerpen fuhr, gefällt mir und meinen Herren gut. Er ist der Sohn des ehemaligen Bonner Landrats[7] […] und erzählte, einmal in unserm Hause gewesen zu sein. So gab es Bonner Erinnerungen auszutauschen. Die Anstrengungen des gestrigen Tags waren dadurch gemildert, daß Stengel mir Zeit und Ort für einen Nachmittagsschlaf zu verschaffen wußte. […]

3 Peter Paul Rubens (1577–1640), geb. in Siegen, aus Antwerpener Familie. Der zum spanischen und englischen Ritter erhobene flämische Maler schuf in Ausführung vieler kirchlicher und weltlicher Aufträge die Grundlagen der europäischen Barockmalerei. Das Bild Kreuzabnahme entstand 1611/12.

4 Die 1576 in Antwerpen bezogene Officina Plantiniana (später Museum Plantin) war eines der größten Druckerei-Unternehmen Europas im 16. Jahrhundert, das mehrere tausend Werke und von 1568 bis 1573 die Biblia Regia oder Polyglotta, eine mehrbändige Bibelausgabe in fünf Sprachen, herausbrachte. Aufgebaut und geführt wurde die Offizin von Christoffel (Christophe) Plantin (1520–1589), geb. in Saint-Avertin bei Tours, der sich 1550 in Antwerpen niederließ und sein Unternehmen durch die spanisch-niederländischen Wirren seiner Zeit führte. https://www.museumplantinmoretus.be/de/seite/wer-war-christoffel-plantin (22.5.2018).

5 Ernst Freiherr von Hoiningen gen. Huene (1849–1924), aus kurländischen Adel, geb. in Unkel (Rhein), 1876 Premierleutnant, 1877 an der Kriegsakademie, 1882 Hauptmann im Großen Generalstab, 1885 Militärattaché in London, 1886–1891 in Paris, dort Kritiker von Bismarcks Außenpolitik, 1886 Generaladjutant Wilhelms I., 1888 Major, verschiedene Truppenkommandos und rasche Beförderungen, 1907 General der Infanterie und Kommandierender General des XIV. Armeekorps, das 1914 ins Elsaß einrückte, Oktober 1914–November 1918 Militärgouverneur von Antwerpen, 1919 a. D.

6 Maximilian von Sandt.

7 Karl von Sandt (1826–1890), Jurastudium, 1882 Referendar, 1887 Regierungsassessor in Frankfurt an der Oder, 1854 Landrat des Kreises Bonn, wo ihm sein Sohn Maximilian 1888 nachfolgte, Geheimer Regierungsrat.

Ein Drittel der Reise ist herum, heute über acht Tage komme ich hoffentlich nach Hause. Grüße an die Mädels, alles Liebe für Dich

Dein tr[euer] GvH

76

Otto von Ritter zu Groenesteyn an Georg von Hertling
Lugano, 13. November 1915

Kgl. Bayerische Gesandtschaft beim Päpstlichen Stuhle (masch. Or.; BayHStA, MA 971)

No. 297
Betreff: Die römische Frage. Mit 1 Beilage

Euer Exzellenz beehre ich mich, in der Anlage streng vertraulich die Abschrift eines Berichtes ganz gehorsamst vorzulegen, den der Kaiserliche Deutsche Gesandte in Bern über eine Unterredung mit dem dortigen Päpstlichen Vertreter betreffend die Lösung der römischen Frage an den Herrn Reichskanzler erstattet hat.[1]

Demnach würde Mgr. Marchetti[2] als Hauptbedingung für die Lösung der römischen Frage stellen, dass dieselbe international behandelt und dass dem Heiligen Stuhle von Italien ein Landstreifen von Rom bis zum Meere abgetreten werde. Vielleicht beziehen sich die Verhandlungen der Kurie mit der italienischen Regierung, von denen man in letzter Zeit gemunkelt hat, auf die Möglichkeit einer solchen Gebietsabtretung.

Der Kgl. Gesandte, O. Fher vRitter

1 Beiliegend Kop. des vertraulichen Berichts des Gesandten in Bern (Oktober 1912–Dezember 1918) Gisbert von Romberg, vom 11. Oktober 1915 an Bethmann. Danach kam Marchetti von sich aus auf die Beschränkungen des päpstlichen Verkehrs mit Deutschland und Österreich-Ungarn zu sprechen und hoffte auf eine befriedigende Regelung beim Friedensschluss. »Wenn auch nicht an die Wiederherstellung des Kirchenstaates zu denken sei, die kaum im Interesse der Kirche liege, so sollte doch die Unabhängigkeit des Papstes international garantiert und möglichst dem Papst ein freier Zugang zum Meere zugestanden werden durch Abtretung eines schmalen Landstreifens, der den Vatikan mit einem Hafen verbinde und auch Raum genug zur Errichtung der nötigen Gebäude bieten würde zur Unterbringung der in Rom befindlichen von der Kirche abhängigen Behörden, Kollegien usw. Wiewohl Herr Marchetti dies alles als seine ganz persönlichen Gedanken aussprach, schien mir doch diese offenherzige und weitgehende Äusserung des vatikanischen Vertreters umso bemerkenswerter, als ich bisher immer gehört hatte, dass der Kurie die Besprechung der römischen Frage zur Zeit unerwünscht sei«. Angeblich verhandle die Kurie bereits mit der italienischen Regierung über die Abtretung eines Verbindungsstreifens zum Meer; Marchetti wünsche »eine internationale Regelung der Frage«. BayHStA, MA 971.

2 Francesco Marchetti Selvaggiani (1871–1951), geb. in Rom, 1900 Auditor bei der Apostolischen Delegation in den USA, 1905 Auditor bei der Nuntiatur in Bayern, 1915–1918 Vertreter der Kurie in Bern (Fürsorge für die Kriegsgefangenen), 1915 Prälat, im November 1915 Gespräche mit Bülow über deutsche, über den Papst an die Entente zu vermittelnde Friedensangebote, 1918 Internuntius in Venezuela, Titularerzbischof von Seleucia, 1920 Nuntius in Wien, 1922–1930 Sekretär der Kongregation Propaganda Fide, 1930 Kardinal, 1931–1951 Generalvikar von Rom, Erzpriester, 1931–1951 Präsident der Päpstlichen Kommission für Archäologie und Sekretär des Hl. Offiziums, 1939 papabile, 1948–1951 Dekan des Kardinalskollegiums und Präfekt der Congregazione del Cerimoniale. Miranda. (21.2.2018).

77

Georg von Hertling an Otto von Ritter zu Groenesteyn
München, 24. November 1915

(masch. Kop.; BayHStA, MA 971)

Lieber Baron Ritter!

Im Nachgang zu meinem Scheiben vom 20. d[ieses] M[onats] möchte ich Ihnen nur mitteilen, daß also heute Erzberger hier bei mir war und daß wir die römische Frage eingehend besprachen an Hand des von ihm ausgearbeiteten Gutachtens. Vom Herrn Nuntius[1] erfuhr ich, daß er beauftragt gewesen sei, mich zur Erstattung eines Gutachtens aufzufordern, daß er aber wegen meiner politisch-amtlichen Stellung Bedenken getragen habe, an mich mit diesem Ansinnen heranzutreten. Nun teilte mir aber Erzberger mit, daß der Herr Reichskanzler größten Wert darauf lege, daß ich zu der Frage Stellung nehmen möchte, sodaß ich mich nun doch entschliessen werde, mich in der Angelegenheit zu äußern. Von größtem Wert wäre es daher möglichst umgehend von Ihrer Ansicht wenigstens in aller Kürze Kenntnis zu erhalten. Leider kann ich Ihnen vorläufig das Erzbergerische Gutachten nicht übersenden, da ich dasselbe selber benötige und ein zweites Exemplar nicht zur Verfügung habe. Kurz gesagt kommt Erzberger zu folgenden Ergebnissen:

Es muß volle materielle und finanzielle Souveränität des Papstes erreicht werden. Einzig möglicher Weg hierzu Schaffung eines kleinen päpstlichen Staates mit Anschluß gewisser Teile Roms und direktem Zugang zum Meere (Hafenbassin, Personen- und Postdampfer, Neutralität der päpstlichen Flagge, besondere päpstliche Post, eigenes Kabel, Telefunkstation). Sollte diese territoriale Lösung nicht zu erreichen sein, wäre als Mindestes die Erweiterung des heutigen päpstlichen Besitztums mit freiem Ausgang zum Meer zu fordern.

Zur Erreichung der finanziellen Unabhängigkeit des päpstlichen Stuhles müßte ein Kapital von 300 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden. Hiervon könnte Italien 160 Millionen Mark stellen, der Rest wäre unter die übrigen Staaten nach der Kopfzahl der kathol[ischen] Bevölkerung zu verteilen (Österreich 40, Frankreich 40, Deutschland 25, England 20 Millionen; Spanien würde zweifellos den Rest von 15 Millionen übernehmen).

Am besten wäre das bezeichnete Ziel durch eine Verständigung des Papsttums mit Italien zu erreichen, da die Lösung auf einer Friedenskonferenz zweifelhaft ist, nachdem Deutschland eine Friedenskonferenz am liebsten vermeiden möchte. Eventuell müßte speziell für die römische Frage eine Konferenz anberaumt werden.

Jedenfalls müßten die Vereinbarungen international garantiert werden.

1 Frühwirth.

Soweit im Auszug der Erzbergerische Standpunkt.- Ich sprach ihm auch von meinem, Ihnen schon angedeuteten Gedanken der Notwendigkeit einer Internationalisierung der Kurie; auch er fand diesen Gedanken erwägenswert und besonders unter jetzigem Papste diskutabel.

Wie gesagt, wäre ich Ihnen aufrichtig dankbar, wenn ich recht bald in den Besitz einer Äusserung von Ihnen zur römischen Frage käme.[2]

Mit den besten Grüßen
verbleibe ich Euer Hochwohlgeboren
[Hertling]

2 Am 19. Februar 1916 berichtete Ritter erneut, doch sehr kritisch über die »Schaffung eines Kirchenstaates mit dem Gebiete des ehemaligen Fürstbistums Trient und dem bisherigen exterritorialen Gebiete des Vatikans in Rom«, den Vorschlag, den ihm Msgr. Gerlach zur Weiterleitung an Hertling mitgeteilt habe. (BayHStA, MA 971). Vgl. ebd. die siebenseitige Eingabe Gerlachs, wonach das Anliegen von sehr bedeutenden Kreisen Österreich-Ungarns und Deutschlands ausgehe, aber nur mit freiwilliger Mithilfe Italiens zu verwirklichen sei. Siehe unten Nr. 127. Pichler meldete »interessante Äußerungen von Protestanten« Anfang Mai in Berlin »über die Sicherung der Unabhängigkeit des Hl. Vaters«. Pichler an Hertling, Passau 9. Juni 1916. AGG, Nr. 4.

78

Stephan Ehses an Georg von Hertling
Berlin, 3. Dezember 1915

(eigh. Or.; AGG, Nr. 9)

Exzellenz!

Das beiliegende Schriftstück versucht dem Wunsche zu entsprechen, den Sie vorgestern zu äußern die Güte hatten. Um rechtzeitig entsprechen zu können, habe ich die Auseinandersetzung so kurz wie möglich gehalten, stehe aber jederzeit gerne für weitere Ausführungen zu Diensten, da von meinen eigenen Arbeiten die dringlichsten bereits erledigt sind. In den nächsten Tagen geht die zweite Hälfte des Manuscriptes zu dem nächsten Bande der Konzilsakten an Herder ab, von dem ich gestern die angenehme Nachricht erhielt, daß noch in diesem Monat Dezember der Druck beginnen wird. An Beschäftigung wird es mir also den Winter über nicht fehlen, aber doch auch nicht an Zeit oder Gelegenheit, Fragen ähnlicher Art mit Aufmerksamkeit und mit Benutzung der Fachliteratur zu erörtern. Ich bitte daher Euer Exzellenz, gegebenen Falles ohne Umstände über mich verfügen zu wollen.

Hochderselben
in treuer Verehrung
ergebenst
Prälat Dr. Ehses.

P.S. Heute morgen, 4. XII an der bayerischen Gesandtschaft vorsprechend, um Gegenwärtiges abzugeben, hörte ich, daß Euer Exzellenz bereits gestern abend abgereist sind. Ich schicke daher das Ganze unverändert nach mit der höflichsten Bitte, an das Scriptum den seinem Entstehen entsprechenden Maßstab anlegen zu wollen.

D[er] O[bige]

Anlage:
Das Kardinalskollegium

Das Konzil von Trient stellt in Sess[io] 24 cap[ut] 1 de reform[atione] die Normen für Wahl und Ernennung der Bischöfe auf. Gegen Ende des umfangreichen Kapitels wird in folgenden Sätzen über die Kardinäle gehandelt: Ea vero omnia et singula, quae de episcoporum praeficiendorum vita, aetate, doctrina et ceteris qualitatibus alias in eadem synodo constituta sunt, decernit eadem, etiam in creatione sanctae Romanae ecclesiae cardinalium, etiam si diaconi sint, exigenda, quos Sanctissimus Romanus Pontifex ex omnibus Christianitatis nationibus,

quantum commode fieri poterit, prout idoneos reperit, assumet. In der Sess[io] 25 cap[ut] 1 de reform[atione] gibt dann das Konzil einige Vorschriften über vitae et morum honestas der höheren Geistlichkeit, namentlich wieder in Betreff der Bischöfe, um dann auch hier die Kardinäle einzuschließen, wie folgt: Quae vero de episcopis dicta sunt, eadem… et ad sanctae Romanae ecclesiae cardinales pertinere decernit, quorum consilio apud Sanctissimum Romanum Pontificem cum universalis ecclesiae administratio nitatur, nefas videri potest, non [nisi] etiam virtutum insignibus ac vivendi disciplina eos fulgere, quae merito omnium in se oculos convertant.

Daraus ergeben sich hinsichtlich der Kardinäle, außer den Erfordernissen, die ihnen mit den Bischöfen gemeinsam sind, zwei besondere Vorschriften: erstens, sie sollen soviel möglich aus allen Nationen der Christenheit, nach Wahl und Prüfung durch den Papst, erhoben werden: zweitens, sie sollen dem Papste in der Leitung der Gesamtkirche zur Seite stehen. Der eigentliche Sitz des Kardinals ist demnach die Kurie als der Sitz des Papstes (apud Sanctissimum Romanum Pontificem), und man kann durch lange Zeiten die Auffassung verfolgen, daß die Kardinäle zur ständigen persönlichen Umgebung des Papstes gehören, daher keine Bischofssitze (außer den suburbikarischen) oder sonst ein residenzpflichtiges Amt außerhalb der Kurie innehaben dürfen. Jedenfalls müssen nach der erneuten Einschärfung und genauen Regelung der Residenzpflicht durch das Tridentinum auch alle Kardinäle, die ein Bistum, Erzbistum usw. besitzen, abgesehen immer von den suburbikarischen, in ihren Sprengeln Residenz halten. Bei diesen residierenden Kardinälen fällt also die regelmäßige Beratung des Papstes in Leitung der Gesamtkirche hinweg; denn der Verkehr der Kurie mit den auswärtigen Kardinälen durch Schriftverkehr oder durch Vermittelung des Nuntius, durch vorübergehende Berufung nach Rom oder bei Gelegenheit der Visitatio liminum[1], ist doch nur ein außerordentlicher, der selbst in Friedenszeit die Viva vox des ständigen persönlichen Verkehrs der Kardinäle mit dem Summus Pontifex nur ganz unvollkommen ersetzen kann.

Die Beratung des Papstes in der Leitung der Gesamtkirche ist demnach der besondere Vorrang der Kurienkardinäle, d. h. hier, der an der Kurie seßhaften und mit den hohen Ämtern, gleichsam Ministerien der Kurie betrauten Kardinäle. Auf diese Kurienkardinäle müßte also die Vorschrift des Tridentinum, daß sie ex omnibus Christianitatis nationibus, quantum commode fieri poterit, zu erwählen seien, ganz vornehmlich Anwendung finden. Ob das geschieht, ist, kaum gefragt, auch schon verneint. Denn daß an die Kurie Kardinäle, die nicht Italiener sind, berufen werden oder zu namhaftem Einflusse, geschweige zum Vorsitze in den Kongregationen gelangen, gehört seit Jahrhunderten so sehr zu den Ausnahmen, daß man das Gegenteil als stehende Regel bezeichnen kann.

1 Die visitationes ad limina, die Besuche der Bischöfe in Rom, waren alle fünf Jahre vorgesehen.

Es mag dabei allerdings berücksichtigt werden, daß früher, so lange das Lateinische allgemein verstanden, gesprochen und geschrieben wurde, und ehe das Italienische kuriale Umgangssprache war, die Unterschiede und Schwierigkeiten der verschiedenen Idiome sich weniger fühlbar machten. Doch kann gegenwärtig bei den mannigfaltigen Gelegenheiten, eine gute Fertigkeit im Italienischen zu erwerben, dieser Umstand nur eine untergeordnete Rolle spielen; in keinem Falle aber dürfte er der Beseitigung jenes unnatürlichen Zustandes im Wege stehen, unnatürlich deshalb, weil die Ecclesia universalis nicht ausschließlich durch italienische Hände regiert werden soll.

Es ist dies keine Frage der Fähigkeit oder des Vertrauens gegenüber den Kardinälen italienischer Abstammung, sondern eine Frage der Klugheit und gesunden Staatsweisheit; denn, um nur des einen Beispiels der Borromäusenzyklika[2] zu gedenken, wieviel Widerwärtigkeit, wieviel Einbuße an kirchlichem Ansehen, wieviel Bitterkeit in Wort und Presse hätte leicht vermieden werden können, wenn in dieser Frage sich eine gewichtige deutsche Stimme an der Kurie geltend zu machen vermocht hätte?[3]

An der römischen Rota, dem obersten kirchlichen Gerichtshofe, ist diese Klippe in bester Weise umgangen, da dort jeder Nation in dem großen Sinne dieses Wortes ihr Besitzrecht auf eines der 12 Auditorate gesetzlich festgelegt ist. Es bleiben allerdings auch da noch Schwierigkeiten mit den Advokaten italienischer Zunge usw.; aber es liegt doch der Beweis vor, daß man es für notwendig hält, internationale Angelegenheiten auch durch internationale Körperschaften erledigen zu lassen, und wenn dies für Prozesse und Rechtssachen gilt, die sich im Ganzen zwischen Einzelnen oder Privatparteien abspielen, so fordern die großen gemeinsamen Anliegen der Gesamtkirche oder großer Völker noch viel dringender, daß am apostolischen Stuhle und bis zum Throne des Papstes zu jeder Zeit auch kirchliche Vertreter der großen katholischen Völker oder Volksteile aufmerksames Gehör finden können.

2 Die Enzyklika »Editae saepe« Papst Pius' X. vom 29. Mai 1910 stellte den hl. Karl Borromäus als vorbildlichen Reformer den falschen Reformern, den Modernisten, gegenüber, die den Fürsten hörig seien. Sie griff damit auf Argumente aus der konfessionellen Polemik des 16. Jahrhunderts zurück. Nach Protesten der Regierungen Preußens, Bayerns und Sachsens und auf Empfehlung der deutschen Bischöfe unterblieb die Verkündigung der Enzyklika in Deutschland.

3 Vgl. Karl Bachem an Hertling, Evolena 3. August 1907: »Das Hauptübel bleibt nach wie vor, dass in Rom niemand dauernd zur Stelle ist, welcher deutsche Personen und Verhältnisse richtig beurteilen kann«. AGG, Nr. 5.

79

Georg von Hertling an Matthias Erzberger
München, 11. Dezember 1915

(eigh. Or.; BArch, Nl Erzberger, Nr. 5, f. 57)

Sehr verehrter Herr Erzberger!

Die Jesuiten, welche die Lehrstühle an der Universität in Bombay inne hatten, sind sämtlich davon entfernt worden. Sie sind bereit und mit Rücksicht auf die von ihnen abgelegten Prüfungen und ihre langjährige Praxis durchaus befähigt, die Lehrstühle in Beirut zu übernehmen. Sie sind naturalisirte Engländer, haben aber, wie mir P. Blume S.J.[1] versichert, ihre deutsche Gesinnung bewahrt. Mit Rücksicht auf die Angehörigen anderer Staaten würde in diesem Sachverhalt vielleicht ein erleichternder Umstand liegen. Andrerseits könnte es ja keine Schwierigkeit machen, die Herren wieder in den deutschen Staatsverband aufzunehmen. Es wäre sogar ein sehr nützliches Präcedens. Wahrscheinlich ist Ihnen das alles schon bekannt, doch wollte ich nicht verfehlen, darauf aufmerksam zu machen, nachdem ich gestern Mitteilung davon erhalten habe.

Der Reichskanzler hatte einen guten Tag, die Aeußerung über Belgien hätte ich mir etwas bestimmter gewünscht,[2] doch ist sie im Hause verstanden worden und wird hoffentlich auch im Auslande verstanden werden. Wenn nur nicht der Tumult wegen der Geschäftsordnungsfrage die günstige Wirkung abschwächt.

In bekannter Gesinnung und mit besten Grüßen
Ihr ergebener
Hertling

1 Clemens Blume SJ (1862–1932), geb. in Billerbeck, 1878 Eintritt in den Jesuitenorden, 1886 Priesterweihe, 1886–1897 Professor für klassische Sprachen in Feldkirch, 1903–1929 in München, Beichtvater Georg von Hertlings, 1929 Professor für Liturgiewissenschaft in Frankfurt am Main. URL: www.pacelli-edition.de/gnd/116207949 (16.3.2021); DBE, Bd. 1, S. 729. Blume war als Kurat vorübergehend am oberbayerischen Wallfahrtsort Birkenstein bei Fischbachau tätig; Gratulationsbrief zum 75. Geburtstag: Blume an Hertling, Birkenstein 29. August 1918. BArch, NlH, Nr. 3.

2 Bethmann äußerte sich im Reichstag am 9. Dezember 1915 zur wirtschaftlichen Wiederherstellung Belgiens, zur Verletzung der belgischen Neutralität als vorgeschobenem Kriegsgrund Englands und zu den hinsichtlich Belgiens zu fordernden Garantien, über die er noch nichts sagen könne, die sich aber mit der Verlängerung des Krieges erhöhen könnten. Sten. Berichte, 13. Leg.-Per., 1. Sess., Bd. 306, S. 426–430, 436 f.

80

Alfred Brunswig an Georg von Hertling [Im Felde,] 16. Dezember 1915

II bayr. A[rmee] k[orps] Funkspr[ech] Abt[eilung] 2 (eigh. Or.; AGG, Nr. 5)

Signaltrupp 11

Hochverehrter Herr Minister!

Seit bald 14 Tagen stehe ich[1] nun ebenfalls im Felde. Eine interessante Fahrt führte uns über Strassburg, Metz, Sedan und gab uns Gelegenheit, das hochinteressante Lille gründlich kennen zu lernen. Der erste Kanonendonner vor Lille sowie ein französ[ischer] Gottesdienst am Mariae Empf[ängnis]tage in der schönen gothischen Mauritiuskirche in Lille[2] unmittelbar neben dem phantastisch-schaurigen Ruinenviertel sind mir unvergesslich. Unser vorläufiger Aufenthaltsort ist ein freundliches kleines Landstädtchen, eine Stunde von Lille, Sitz des II. bayr[ischen] Armee-Korps. Hier sind wir vorläufig dem Fernsprechdienst, als Vermittler militärischer Befehle, zugeteilt. Da unser Ort ausser Bereich des feindlichen Artilleriefeuers liegt, sind wir einstweilen in relativer Sicherheit. Erst als Lichtsignalisten werden wir ganz nach vorne kommen. Hier gewahren wir vom Krieg nur den ständigen Kanonendonner und fast tägliche Fliegerbeschiessungen. Nur ich hatte bisher Gelegenheit, ganz an die Front zu kommen, und zwar bei einer Autofahrt zur Bergung eines im Unterstand Verschütteten – eine Fahrt, die mein bisher interessantestes Kriegserlebnis darstellt.

Im Ganzen habe ich es bisher gut getroffen, wir leben hier noch unter sehr günstigen Bedingungen, insbesondere haben wir das Glück, einsichtige und wohlwollende Vorgesetzte hier zu besitzen. So bin ich sehr froh, dem Leben als blosser Garnisonssoldat in München entronnen zu sein und über das zeitweis noch etwas schmerzliche Missverhältnis zwischen der tatsächlichen Funktion des gemeinen Soldaten und dem was man ev[entuell] leisten könnte, hoffe ich doch noch hinauszukommen.

Einstweilen bin ich glücklich, nun auch selbst ein dienendes Glied in unserm grossen Kampfe sein zu können und wünsche mir, dass mir die Zukunft noch grössere

1 Alfred Brunswig (1877–1927), geb. in Plau am See (Mecklenburg), evangelisch; 1904 Promotion in München (Das Erklären. Sein Wesen und wissenschaftliches Recht), Studien in Göttingen und Berlin, 1910 Habilitation in München, 1915 dort a.o. Professor, 1916 als o. Professor nach Münster berufen, erst 1919 trat er das Amt an, da er 1914–1918 Kriegsdienst (Eisernes Kreuz) leistete und 1918 kurz an der Universität Dorpat lehrte; Werke u.a. über Kant (1914), zur Psychologie (1921), über Hegel (1922), Leibniz (1925) und das Gedächtnis (1926). Freundliche Auskunft des Universitätsarchivs Münster v. 6.2.2019.

2 Nah am Nordbahnhof von Lille gelegen. Duquenne, Dhote.

und ehrenvollere Möglichkeiten, meinem Vaterland zu dienen, gewähren wird, als dies einstweilen fast allzu bequeme Etappenleben.

Gestatten mir Eure Excellenz nun noch, Ihnen und Ihrem Haus, zu den hohen und heiligen Festtagen, denen wir entgegengehen, aus ganzem Herzen reichen Segen zu wünschen!

Ich bleibe Eurer Excellenz in Verehrung ergebener
Alfred Brunswig.

81

Gustav Schnürer an Georg von Hertling
Freiburg in der Schweiz, 19. Dezember 1915

(eigh. Or.; AGG, Nr. 8)

Exzellenz,

Empfangen Sie meinen verbindlichsten Dank für die Schritte, die Sie in Löwen getan haben, um den Wunsch unseres Rektors, der dafür sehr erkenntlich war, zu erfüllen. *Bittet um Rat, da der Brief Mansers an den genannten Mittelsmann abgewiesen wurde. Zu seiner großen Freude hat Hertling die beschwerliche Reise nach Belgien gut überstanden.*

Die Kriegsoperationen nehmen nun immer größere Dimensionen an. Mit Spannung erwartet man, was uns der Anfang des neuen Jahres bringen wird, wenn die geplanten neuen Operationen sich deutlich enthüllen werden. Möge das deutsche Volk für die schweren Geduldsproben, die es auf sich zu nehmen hat, reichlich entschädigt werden. In Frankreich, dessen Stimmung uns hier besonders interessiert, macht sich leider immer noch kein Anzeichen bemerkbar, daß man dort zu der Einsicht kommt, daß eine Verständigung mit Deutschland auch in seinem eigensten Interesse liegt. Das verbitterte Gefühl, daß man die Oberhand nicht erlangen kann, und die verzweifelte Hoffnung, am Ende doch noch das Anfangs gesteckte Ziel zu erreichen, überwiegen und äußern sich auch in der Westschweiz noch immer in schwer zurückgehaltenem Groll und blindwütigen Beschimpfungen. Unser Anteil ist es, ruhig das über uns ergehen zu lassen. Die Evakuierten-Züge, die jetzt wieder hier durchkommen, beginnen die Leute von neuem so aufzuregen, daß sie nur Stoff für Vorwürfe sammeln, die sie den Deutschen machen können. Aber einmal wird das wohl auch zum Ende kommen.

Es wird Sie interessieren zu vernehmen, daß Freund Kirsch trotz alles Sträubens in Aussicht genommen wird als Nachfolger des schwer erkrankten Bischofs von Luxemburg.[1] Mir wird die Trennung sehr schwer werden, ich kann aber nicht anders als ihm zureden, die Bürde auf sich zu nehmen, da ich fest davon überzeugt bin, daß er wie keiner dazu geeignet ist.

Bei dem herannahenden Jahreswechsel möchte ich mir erlauben, Ihnen jetzt schon meine ergebensten und herzlichsten Wünsche für das neue Jahr auszusprechen. Es wird wohl kein Wunsch Ihnen so am Herzen liegen wie der, daß dem Lande, für das Sie an erster Stelle zu sorgen haben, die Segnungen des Friedens wieder zu teil

1 Johannes Joseph Koppes (1843–1918), geboren in Canach (Luxemburg), Priesterseminar in Luxemburg, 1868 Priesterweihe, Vikar, 1873 Pfarrer von Esch an der Alzette, 1883–1918 Bischof von Luxemburg. Koppes förderte den Verbands- und Laienkatholizismus und verteidigte die katholischen Schulen.

werden möchten. Möge der Allmächtige Sie noch recht lange an diesen Segnungen sich erfreuen lassen.

Für Ihre gütigen Wünsche für meinen Sohn danke ich sehr. Es geht ihm etwas besser, so daß er jetzt als zur Zeit untauglich erklärt wurde, während man ihn früher als dauernd untauglich bezeichnet wurde [!]. Möchten die Ärzte mit ihren Hoffnungen Recht haben

Indem ich bitte, den verehrten Ihrigen mich bestens zu empfehlen verbleibe ich in größter Verehrung Ihr aufrichtig ergebenster
G. Schnürer

82

Georg von Hertling an Julius Bachem
München, 25. Dezember 1915

(masch. Kop.; AGG, Nr. 4)

Hochverehrter Herr Justizrat!

[…] Was Sie mir über die konfessionellen Verhältnisse in der deutschen Beamtenschaft in Belgien schreiben, stimmt genau mit meinen Erfahrungen. Ich habe gleichfalls mit Herrn von Bissing darüber gesprochen und fand ihn loyal und verständnisvoll, wie ich dies erwartet hatte. Ob das Reichsamt des Innern bei der Zuteilung sich bewußt von antikatholischen Instinkten hat leiten lassen, weiß ich nicht und will es auch nicht behaupten. Vermutlich liegt das in der ostelbischen Mentalität begründete Nicht-Daran-Denken zu Grunde. Ich stimme aber auch darin mit Ihnen darüber, [!] daß die Katholiken sich besser regen sollten, damit man sie nicht übergehen kann. Der Stich, daß ja auch Bayern statt des Herrn von Lutz[1] einen Katholiken hätte schicken können, ist sehr begreiflich, aber was wollen Sie? Unter den neun älteren Beamten meines Ministeriums sind sechs protestantisch und nur drei – dem Taufschein nach – katholisch. Vielleicht haben Sie seiner Zeit meinen Aufsatz in den hist[orisch] pol[itischen] Blättern über das Bildungsdefizit der Katholiken in Bayern[2] gelesen, wo ich diesen Dingen nachgegangen bin. […]

1 Adolf Freiherr von Lutz (1868–1952), geb. in München, Sohn des bayerischen Kultusministers und Protagonisten des Kulturkampfs Johann von Lutz, 1895 Bezirksamtsassessor in Erding, 1897 zur Dienstleistung in das Innenministerium berufen, 1902 Bezirksamtmann in Schwabmünchen, 1909 Regierungsrat bei der Regierung von Oberfranken, ab 1911 im Außenministerium, 1914 Ministerialrat, 1915–1917 Verwendung bei der deutschen Zivilverwaltung in Belgien, ab Januar 1918 Referent im Ministerium des Kgl. Hauses, 1920 Ministerialdirektor, 1933 a.D. Schärl, S. 324.

2 Georg von Hertling, Das Bildungsdeficit der Katholiken in Bayern, in: Historisch-politische Blätter 117 (1896), S. 676–692. Hertling konstatierte eine »begünstigte Stellung der Protestanten in Bayern« und deren meist erhebliches »numerisches Uebergewicht« an den Universitäten sowie »auf den verschiedensten Gebieten des staatlichen Lebens« (unter den »Civil-Staatsministern« und »Inhabern höherer Militärkommando's«), während der Anteil der Katholiken 71 Prozent, der Protestanten 28 Prozent an der Bevölkerung Bayerns betrug.

83

Georg von Hertling an Stephan Ehses
München, 27. Dezember 1915

(eigh. Or.; AGG, Nr. 5,3)

Lieber Herr Prälat!

Vielen Dank für Ihre beiden Briefe vom 3. und 16. Dezember, das Promemoria und die Ergänzung dazu. Beides wird mir sehr zu statten kommen, wenn ich mich endlich entschlöße, ernstlich an die übernommene Arbeit heranzutreten. Ich bin nämlich inzwischen sehr skeptisch geworden und weiß nicht, was ich bona fide als »Lösung der römischen Frage« vorschlagen soll. Ich fürchte, eine solche gibt es nicht. Auch bei einer internationalen Garantie kommt alles auf den guten Willen der Mächte an, und wer garantiert diese? Und auch bei Fortdauer des guten Willens würde ein Krieg, in den Italien verwickelt wäre, nicht ohne Rückwirkung auf die Lage des Papstes bleiben. Dagegen hilft dann auch die Internationalisirung der Curie nicht, doch bleibt diese an sich erstrebenswert, und ich bin Ihnen dankbar für das dafür gelieferte Material. Wie man im Vatikan gerade diesen Gedanken aufnehmen wird, steht dahin. Baron Ritter, der kürzlich einige Tage hier war, meinte, daß er in dem Cardinal Staatssekretär einen entschiedenen Gegner finden werde. Das wird mich nicht abhalten, ihn in recht vorsichtiger und bescheidener Form auszusprechen, dagegen mag ich keine Vorschläge machen, deren Undurchführbarkeit, von vornherein einleuchtet, wie bei dem an sich sehr reizvollen, den mir der Bischof von Chur vortrug, Rom solle freie Stadt mit internationaler Verwaltung werden. Ja, wenn die Italia una zerschlagen und die Wühlarbeit der massoneria für immer beseitigt wäre!

Daß Sie Ihre Manuskripte in Rom liegen lassen müssen, tut mir herzlich leid. Ein Glück, daß sie für Spione und Diebe keinen Wert haben, und so die begründete Hoffnung besteht, die Papiere nach dem Kriege unversehrt herauszubekommen. Daß Ihre Abwesenheit auf den Gang Ihrer Arbeiten ungünstig einwirken muß, ist natürlich. Der Entschluß aber, im Februar wieder nach Koblenz zurückzukehren, wird bei Freund Müller große Freude hervorrufen. Ich hatte vor einigen Tagen einen Brief von ihm, der mir bestätigte, daß es ihm zur Zeit wieder ganz gut geht.

Für Ihre guten Wünsche zum h[eiligen] Christfest und zu Jahreswechsel danke ich bestens und erwidere sie in meinem und der Meinigen Namen auf das Herzlichste. Wie viel mag zu dem Friedensfürsten gebetet worden sein, daß er uns den Frieden auf Erden schenken möge, aber noch immer sind die Aussichten recht trübe.

In herzlicher Verehrung und mit vielen Grüßen
Euer Hochwürden ergebener
Hertling

84

Franz Baur an Georg von Hertling
München, 30. Dezember 1915

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 30, f. 48–49)

Hochzuverehrender Herr Staatsminister, Euer Exzellenz!

Mit der Empfindung einer überaus großen Unbescheidenheit wage ich es, dem höchsten Beamten Bayerns brieflich eine Bitte zu unterbreiten. Diesen Entschluß kann ich nur damit rechtfertigen, daß meine Bitte nicht eigentlich dem Ministerpräsidenten als vielmehr Euer Exzellenz als früherem Professor der Philosophie und zwar speziell als dem auf dem Boden der katholischen Weltanschauung stehenden Philosophen gilt und daß es sich nicht um die Erreichung irgendwelcher materieller Dinge, sondern in einer geistig-seelischen Angelegenheit um eine Unterstützung handelt, die ich nur von Eurer Exzellenz in meinem Sinne erhalten zu können glaube.

Ich habe seinerzeit im Kadettenkorps[1] von dem Eurer Exzellenz vielleicht dem Namen nach bekannten Professor Kennerknecht[2] einen ausgezeichneten katholischen Religionsunterricht erhalten. Dieser Unterricht war gerade für meine Veranlagung, allen Dingen auf den Grund zu gehen und auch bei aller Pietät die von den Eltern überkommenen Anschauungen nicht kritiklos sich anzueignen, recht. Leider ist Professor Kennerknecht vor mehreren Jahren gestorben. Er war mir auch nach Verlassen der Schule eine wertvolle Stütze in der Überwindung mancher Glaubenszweifel. Seit seinem Tode war ich hierin auf mich selbst angewiesen und habe ich durch Lektüre und Anhörung von Vorträgen meine Weltanschauung aufzubauen und zu vertiefen gesucht. Es ist mir schließlich auch, nicht zuletzt durch die seelischen Einflüsse des Krieges, gelungen, meinen katholischen Glauben, den ich praktisch nie ganz aufgegeben hatte, wiederzugewinnen und ihm, wenn ich das als Laie sagen kann, die nötige philosophische Grundlage zu geben. Nur eine Frage blieb mir noch ungelöst übrig, ein Widerspruch, der fast das ganze System wieder zum Wanken bringen könnte. Da ich niemand weiß, der mit beiden Füssen auf dem Boden der katholischen

1 Von 1756 bis 1920 bestehende Militärbildungsanstalt in München für die vier Waffengattungen des Heeres (Infanterie, Kavallerie, Artillerie und Genietruppen), die dem Realgymnasium gleichgestellt war. Sie wurde aufgrund des Versailler Vertrags und des Aufgehens der bayerischen Armee in der Reichswehr aufgelöst.

2 Johann Martin Kennerknecht (1863–1912), aus Missen im Allgäu, Studium der Theologie in Dillingen, 1889 Priesterweihe, Studienpräfekt in Würzburg; 1902 Dr. theol. (München); Schüler Herman Schells, mit dessen »Ideenwelt« vertraut. Er übersetzte (unter Pseudonym Gerhart Wahrmut) ein Werk Henry Edward Mannings (1808–1892): Cardinal Manning's des Erzbischofs von Westminster Letzte Schrift. Neun Hindernisse für den Fortschritt des Katholicismus in England, geschrieben im Sommer 1890, Würzburg 1898; er starb 49jährig als Professor am Kgl. Bayerischen Kadettenkorps. Dem »Religionslehrer« blieb, angeblich wegen Modernismus-Verdachts, eine wissenschaftliche Laufbahn versagt. Eder, S. 438–441.

Weltanschauung steht und zugleich mir einen, ich möchte sagen, »wissenschaftlichen« Aufschluß in Bezug auf meine Fragen geben könnte, so sehe ich mich leider gezwungen, mich an Eure Exzellenz zu wenden, wenn ich nicht darauf verzichten will, die mir gegenwärtig in der Erholung von einer als Angehöriger des Stabes S[einer] Exz[ellenz] des Grafen Bothmer[3] in Ostgalizien geholten Infektionskrankheit zur Verfügung stehende Zeit für meine religiös-sittliche Weiterbildung zu verwerten.

Es ist selbstverständlich, daß Eure Exzellenz unmöglich die Zeit haben, mir im einzelnen über meine Fragen Aufschluß zu geben. Ich möchte daher Eure Exzellenz nur bitten, mir gelegentlich ein Buch zu nennen, in dem ich eine Antwort auf folgende Fragen finde:

Wenn es ohne die Freiheit des menschlichen Willens keine wahre Sittlichkeit gibt, wie kann es dann sein, daß doch alles Geschehen nach Gottes Willen geschieht; wenn der Mensch das tun muß, was Gott will, wozu er durch die göttliche Gesetzmäßigkeit, die in Vererbung, Wechselwirkung der Menschen untereinander, Wirkung von Naturereignissen auf die Psyche des Menschen liegt, gezwungen ist, dann ist er eben nicht frei.

Wie kann man sich vorstellen, daß Gott alles voraussieht, wenn doch die Menschen aus freiem Willen heraus das Eine oder das Andere tun können und damit nach ihrem Willen, wenn auch mit Einschränkungen, künftige Geschehnisse gestalten können?

Mit anderen Worten: Wie kann man die theistische Vorstellung von der Allmacht und Allwissenheit Gottes in Einklang bringen mit der Annahme, daß der Mensch einen, wenn auch beschränkten, freien Willen hat?

3 Felix Graf von Bothmer (1852–1937), General, 1914–1918 Einsätze an der West- und Ostfront, 1915 in Galizien, 1918 Kommandeur der 19. Armee in Lothringen. Afflerbach, Kaiser Wilhelm II., S. 269, 340, 814, 1011.

Ich bitte Eure Exzellenz mein Schreiben gütigst entschuldigen zu wollen. Vielleicht erinnern sich Euer Exzellenz noch meines Namens aus einer allerdings weit zurückliegenden Zeit, in der meine Eltern und meine Schwestern, die mit den ältesten Töchtern Eurer Exzellenz meiner Erinnerung nach in einem Institut waren, im Hause Eurer Exzellenz zum Tee geladen waren, und erscheint durch diese zwar schwache und alte Beziehung die Unbescheidenheit, mit der ich es wagte, an Eure Exzellenz eine Bitte zu richten, etwas milder.

Da mein Schreiben zufällig in die Zeit des Jahreswechsels fällt, gestatte ich mir damit gleichzeitig meine ergebensten Wünsche für das Neue Jahr Eurer Exzellenz zu unterbreiten. Mit dem Ausdrucke vorzüglicher Hochachtung und Verehrung

verbleibe ich
Eurer Exzellenz ganz ergebenster
Franz Baur

Oberleutnant i[m] bayer[ischen] 7. Feldart[illerie] R[e]g[imen]t
z[ur] Z[ei]t im Vereinslazarett Neuhausen II Romanstr. 11

85

Georg von Hertling an Franz Baur
München, Januar 1916

(eigh. Reinschrift; BArch, NlH, Nr. 30, f. 50–51)

Geehrter Herr!

Ich möchte Ihr Vertrauen nicht täuschen und, obwohl ich seit Jahren mein Denken anderen Fragen zuwenden mußte, den Versuch machen, Ihnen zur Lösung der in Ihrem Schreiben vom 12. v[origen] M[onats][1] erörterten Schwierigkeit behülflich zu sein. Das Problem, wie sich die Freiheit der menschlichen Handlungen mit dem Vorauswissen Gottes vereinbaren lasse, hat die christliche Spekulation von ihren ersten Anfängen an beschäftigt, hatte doch die Anerkennung dieser Freiheit durch das geschärfte Gefühl sittlicher Verantwortlichkeit, wie es die christliche Lehre von Sünde und Erlösung mit sich brachte, die deutlichste Bestätigung gefunden.

Der Mensch ist frei. Die letzte Entscheidung bei einer mit vollem Bewußtsein vollzogenen Handlung entstammt seinem Willen, er kann die Verantwortung nicht auf physische oder psychische Vorgänge abwälzen, die seiner Macht entzogen wären, oder auf äußere Umstände. Er ist der Urheber seiner Taten, denn die freie Handlung ist kein ursacheloses Geschehen, die Ursache ist die freie aus dem Zentrum der Persönlichkeit stammende Willensentscheidung. Mit ihr beginnt eine Causalreihe, sie ist nicht etwa, wie im Widerspruche mit dem sicheren Zeugnis der inneren Erfahrung behauptet wird, nur das Glied einer solchen, die, von außen kommend, durch den Menschen gleichsam hindurchginge.

Aber jede menschliche Handlung ist von Gott vorhergesehen, sie ist von Ewigkeit her in das göttliche Vorauswissen eingeschlossen, und dieses Vorauswissen ist ein untrügliches, wie ich jetzt handle, wie ich in der Vergangenheit gehandelt habe, wie ich in Zukunft handeln werde, es ist jedesmal von Gott vorausgesehen. Hier ist der Punkt, wo sich der Widerspruch mit dem Zeugnisse des Bewußtseins herauszustellen scheint. Wenn meine Handlung jedesmal eine von Gott vorausgesehene ist, und wenn, was Gott voraussieht, nicht ausbleiben kann, so kann auch meine Handlung nicht nicht geschehen, ich muß also handeln und ich muß so handeln, wie es dem göttlichen Vorauswissen entspricht.

Es kommt darauf an, was dieses Müssen bedeutet. Offenbar kann es nicht besagen, daß die Handlung auf Seiten des Menschen eine notwendige, eine ihm abgenötigte wäre. Sie ist eine freie, wie die innere Erfahrung bezeugt, und darum kann sie auch von dem untrüglichen Vorauswissen Gottes nur als eine freie vorausgesehen sein. Daß unser beschränktes menschliches Erkennen hier auf eine Grenze des Verstehens

1 Vom 30. Dezember 1915.

stößt, soll nicht bestritten werden. Die Tiefe des göttlichen Wesens ist für uns undurchdringlich und daher auch das Maß des göttlichen Wissens unerschöpflich. Wir können es nur erfassen nach Analogie unseres menschlichen Wissens, und müssen uns doch den unendlichen Abstandes bewußt bleiben, der das göttliche von dem menschlichen Wissen trennt. Immerhin können wir versuchen, uns den Sachverhalt etwa in folgender Weise vorstellig zu machen.

Gott erkennt sich selbst in vollkommener Weise, er erkennt sein Wesen und seine Macht und damit auch alles, was seinem Wesen entsprechend aus seiner Macht hervorgehen kann, auch das, was niemals in die geschöpfliche Wirklichkeit übergeführt wird. Von Ewigkeit her lagen so, menschlich gesprochen, vor seinem geistigen Auge die Pläne unzähliger möglicher Welten, unter ihnen, als einer von den möglichen, der Plan unserer, durch göttlichen Schöpfungsentschluß in das endliche und zeitliche Dasein eingetretenen Welt. Dieser Weltplan umfaßte den ganzen Mechanismus der Naturgesetze, die ganze Fülle der unzähligen Bedingungen, von deren Zusammenwirken die einzelnen Vorgänge in der Welt und das Entstehen der einzelnen Weltdinge abhängig ist [!]. Alles das lag vor der Erkenntnis Gottes und nicht minder die zu dem Ganzen eben dieser Welt gehörenden freien menschlichen Handlungen. Als freie sind sie vorausgesehen und als freie werden sie vollzogen.

Dabei ist zu bedenken, daß es für Gott keinen zeitlichen Abstand gibt, der das Voraussehen von dem wirklichen Eintreten trennt, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft fallen hier zusammen. Bei der Unveränderlichkeit Gottes tritt nicht etwa das Vergangene in seiner Erkenntnis zurück, und wird diese nicht durch das wirkliche Eintreten des Zukünftigen erfüllt und bereichert, denn auch das Zukünftige ist für Gott ein unmittelbar Gegenwärtiges. Auf diesen Punkt ist Gewicht zu legen. Wir Menschen können nur dann das Eintreten eines Ereignisses mit voller Bestimmtheit voraussehen, wenn es sich um ein nothwendigerweise oder durch den Zwang des Naturlaufs ausnahmelos Geschehendes handelt, um die Willensentscheidungen unserer Nebenmenschen wissen wir erst, nachdem sie getroffen wurden. Wie jemand handeln werde, können wir vielleicht mit größerer oder geringerer Wahrscheinlichkeit vermuten, niemals aber mit zweifelloser Sicherheit vorauswissen. Anders bei Gott. In einem einzigen allumfassenden Akte seines Denkens erkennt er von Ewigkeit her alles, was geschieht, und zwar erkennt er es so, wie es der Natur eines jeden entspricht, das Notwendige als ein Notwendiges, das Freie als ein Freies. Aber dieses ewige und untrügliche Wissen und Vorauswissen legt der menschlichen Handlung keinen Zwang auf. Nach der zuvor getroffenen Unterscheidung können wir sagen: Gott sah eine einzelne menschliche Handlung voraus entweder als eine in den Plan einer möglichen Welt eingeschlossene, aus dieser Voraussicht kann ihr keinerlei Nötigung stammen, da sie ja nur als eine mögliche vorausgesehen wurde, oder als eine auf Grund des göttlichen Schöpfungsentschlusses in die Wirklichkeit eintretende. Aber da sie in den Schöpfungsplan als eine frei gesetzte eingeschlossen war, so wird sie auch mit Freiheit vollzogen. Auf Grund des Schöpfungsentschlusses, menschlich gesprochen: nach dem göttlichen Schöpfungsratschlusse, geschieht sie nicht so, wie sie geschieht, weil Gott sie von Ewigkeit her vorausgesehen hat, und sie darum

nicht ausbleiben konnte, sondern sie wird von Gott von Ewigkeit her in unmittelbarer Gegenwart geschaut, weil sie diese Handlung ist. Von einem ihr durch das göttliche Vorauswissen auferlegten Zwange kann also auch hier nicht gesprochen werden. Die Theologen nennen die eine Weise des göttlichen Erkennens die scientia simplicis intelligentiae, die andere scientia visionis; weder durch die eine noch durch die andere wird die Freiheit des menschlichen Handelns vernichtet.

Auf die mancherlei weiteren Fragen, die sich von hier aus noch ergeben mögen, gehe ich nicht ein, schon weil mir die Zeit dazu gebricht. Ich verweise Sie auf die Lehrbücher der katholischen Dogmatik, von denen mir das ausführliche von Heinrich[2] und das kürzere von Simar[3] am bekanntesten sind. Die Hauptsache aber bleibt immer der gute Wille, in der Glaubensgemeinschaft der Kirche zu verbleiben, auch wenn unser beschränktes menschliches Denken nicht zum vollen Verständnis der göttlichen Wahrheit vordringen kann.

Gerne füge ich zum Schlusse hinzu, daß ich mich Ihres Namens recht wohl erinnere und insbesondere nicht vergessen habe, daß Ihre Schwestern mit meinen Töchtern vom Ascher'schen Institute[4] her befreundet waren.[5]

Hochachtungsvoll
Dr Grf v Hertling

---

2 Vermutlich: Johann Baptist Heinrich, Lehrbuch der katholischen Dogmatik, bearbeitet und hg. von Philipp Huppert, Mainz 1900.

3 Vermutlich: Theophil Hubert Simar, Lehrbuch der Dogmatik, 2 Bde., Freiburg im Breisgau 4. Aufl. 1899.

4 »Eine Musteranstalt im wahrsten Sinne des Wortes, die sich seit Jahren weit über Bayerns Grenze hinaus eines großen Ansehens erfreute« und wo »das Hauptgewicht auf die Ausbildung des Charakters« gelegt wurde. »Der Unterricht in den fremden Sprachen war vorzüglich und ersetzte vollkommen, wie die bei meinen Töchtern gemachte Erfahrung bestätigen kann, den Besuch ausländischer Pensionate«. Auf die Dauer konnte aber diese private höhere Töchterschule »gegen die Maßregeln der reglementierenden Schulbehörden« ihre Existenz nicht behaupten. (Hertling, Erinnerungen, Bd. 2, S. 13 f.). Das Institut besuchten zunächst Hertlings Töchter Antonia (1875–1906) und Maria Gisberta (1877–1947), danach Agnes Maria (1884–1942?) und Anna Maria (1886–1977). Anna wollte die ihr diktierten Memoiren des Vaters zusammen mit ihrem Bruder Karl nach dessen Tod fortsetzen. Sie blieb unverheiratet und unversorgt. Unter Ministerpräsident Hans Ehard (1946–1954) wurde ihr eine kleine Staatspension zugesprochen. Freundliche Mitteilung von Frau Irmgard Deuerlein.

5 Franz Baur dankte am 17. Januar 1916 für Hertlings Schreiben, das ihm über seine Schwierigkeiten hinweggeholfen habe. Doch bleibe das Problem, dass »es sich letzten Endes um Begriffe handelt, deren volles Erfassen jenseits der Grenzen des menschlichen Erkenntnisvermögens liegt«. Weder »die Grundlagen der christlichen Religion« noch »etwa das Nichtvorhandensein dieser Grundlagen z. B. Gottes« könnten auf mathematische Weise bewiesen werden, so »daß vielmehr der Glaube aus eigenem inneren Erleben errungen werden muß und daß er um so eher errungen werden kann, je mehr man die durch die Kirche hiezu gebotenen Gnadenmittel benützt«. BArch, NlH, Nr. 30, f. 52.

86

Max Ettlinger an Georg von Hertling
München 9. Januar 1916

(eigh. Or.; AGG, Nr. 5)

Euer Exzellenz!

Von dem Herrn Privatdozenten Dr. Meier[1] höre ich, daß er die Handschrift Ihrer Vorlesungen über Metaphysik zum Abschluß gebracht hat und ich darf daher gewiß der Bitte und Hoffnung Ausdruck geben, Euer Exzellenz möchten möglichst bald zu der notwendigen Durchsicht und vermutlich auch Ergänzung Zeit finden, damit unter die ersten bahnbrechenden Bände der Philosophischen Handbibliothek gerade auch Ihre Arbeit in jedem Falle eingereiht werden kann.[2] Auch die »Einleitung in die Philosophie« von Prof. Endres nähert sich, wie ich mit Freuden erfuhr, bereits ihrem Abschluß.[3]

Ich selbst leiste diese redaktionelle Vermittlertätigkeit derzeit um so lieber, da mir vorerst die Wiederaufnahme meiner wissenschaftlichen Arbeiten noch versagt bleibt, obwohl meine kriegerische Laufbahn leider einen vorzeitigen Abschluß gefunden hat: Eben noch zum Offiziersaspiranten bestimmt bin ich kurz vor Weihnachten endgiltig mit Herzbeschwerden zusammengebrochen und werde nun – nur noch »arbeitsdienstverwendungsfähig« – als Kanzlist bei meiner bisherigen Kompagnie beschäftigt.

---

1 Matthias Meier (1880–1949), Habilitation in München bei Baeumker, Prof. für Philosophie, Pädagogik und Psychologie in Darmstadt; Max Ettlinger (1877–1929), geb. in Frankurt am Main, Studium der Philosophie in Heidelberg und München, 1899 Promotion in München, 1903 Redakteur der Zeitschrift Hochland, 1914 Habilitation in München, Schwerpunkt erster Forschungen war die Ästhetik, 1918 o. Prof. für Philosophie in Münster, Mitgründer des Deutschen Instituts für wissenschaftliche Pädagogik. Werke u.a.: Die Ästhetik Martin Deutingers, online ; Beiträge zur Lehre von der Tierseele und ihrer Entwicklung, 1925; Mitherausgeber von: Wiederbegegnung von Kirche und Kultur in Deutschland. Eine Gabe für Karl Muth, 1927. Biographische Enzyklopädie deutschsprachiger Philosophen, S. 108; H. Kühle, Ein christlicher Philosoph, in: Hochland 27 (1929/30), S. 230–239.

2 Georg von Hertling, Vorlesungen über Metaphysik, hg. v. Matthias Meier, Kempten-München 1922. Das Bändchen erschien posthum als Nr. 93 der 1906 eröffneten Sammlung Kösel, die gemeinverständliche Kompendien auf exakt wissenschaftlicher Grundlage aus den Gebieten der Geisteswissenschaften, der Mathematik und Erdkunde anbot.

3 Jos. Ant. Endres, Einleitung in die Philosophie, Kempten-München 1920, erschienen als Bd. 1 der Philosophischen Handbibliothek des Kösel–Verlags, betreut von Clemens Baeumker, Max Ettlinger u.a. – Joseph Anton Endres (1863–1924) geb. in Untermeitingen, Promotion bei Hertling, 1888 Kaplan in Erfting, 1891–1924 Professor am Bischöflichen Lyzeum bzw. der Philosophisch-Theologischen Hochschule Regensburg, dort Rektor, 1895–1924 Mitglied, 1918–1923 Vorstand des Historischen Vereins für die Oberpfalz und Regensburg, zahlreiche Publikationen zur Geschichte, zu Gestalten und Methoden besonders der mittelalterlichen Philosophie, zur Kultur-, Kirchen- und Kunstgeschichte Regensburgs; fleißiger und heimatverbundener Gelehrter. Nestler, S. 3–11.

Gerne würde ich bei Euer Exzellenz in eigenen Angelegenheiten wieder einmal vorsprechen (meine Freiburger Aussichten scheinen sich trotz Rickerts[4] Weggang rätselhafterweise nicht zu bessern), aber ich fürchte, gerade in gegenwärtigen Zeiten damit Euer Exzellenz' Güte allzusehr in Anspruch zu nehmen. Dagegen möchte ich keinesfalls versäumt haben, für meinen lieben Kameraden Prof. Brunswig ein Wort einzulegen, auf dem seinem letzten Briefe nach die untergeordnete Signalistentätigkeit draußen im Felde doch recht schwer zu lasten scheint. Wäre es nicht vielleicht doch möglich, ihn einer etwas gehobeneren Verwendung zuzuführen?

Indem ich mir erlaube, meine besten Glück- und Segenswünsche für 1916 auszusprechen, vor allem für die Mitwirkung zum allersehnten, ehrenvollen Friedensschluß,

bleibe ich in steter, dankbarer Verehrung
Euer Exzellenz ergebenster
Max Ettlinger

4 Heinrich Rickert (1863–1936), geb. in Danzig, nach Studium der Philosophie, Nationalökonomie und Physiologie 1888 Promotion bei Wilhelm Windelband in Straßburg, 1891 Habilitation in Freiburg im Breisgau bei Alois Riehl, anschließend dort a.o. Professor für Philosophie, 1896 o. Professor, 1915 in Heidelberg. Rickert wird der südwestdeutschen Schule des Neukantianismus zugerechnet. Rainer A. Bast, Rickert, Heinrich, in: NDB 21 (2003), S. 550–552.

87

Stephan Ehses an Georg von Hertling
Berlin, 12. Januar 1916

(eigh. Or.; AGG, Nr. 9)

Exzellenz!

Seit den Weihnachtstagen bin ich so etwas wie ein Cooperator oder Expositus, wie man in Bayern zu sagen pflegt, da der bisherige Hausgeistliche plötzlich in die Diözese Ermland übertrat und ich auf Bitte der Oberin seine Stelle übernahm, bis anderer Ersatz geschaffen wird. Die Hauskapelle ist Filiale für den umliegenden Stadtbezirk der Pfarre St. Pius;[1] aber die Obliegenheiten beschränken sich im Ganzen auf Samstag und Sonntag in Beichtstuhl, Hochamt und Predigt, sodaß meine eigenen Arbeiten nicht stark dadurch berührt werden. Die Rückkehr nach Coblenz, Marienhof, erleidet allerdings eine Verzögerung auf ungewisse Zeit, da der Krieg so viele geistliche Kräfte in Anspruch nimmt.[2] So mag es wohl kommen, daß ich lange genug hier bleibe, um Berlin und Umgebung auch etwas von der schöneren Seite kennen zu lernen; aber die Arbeiten, um derentwillen ich diesmal hieher kam, werden wohl gegen Mitte Februar zu Ende gehen, da ich fortan nicht mehr auf die hiesige Bibliothek angewiesen bin.

Der Druck meines Bandes, der richtig, wie Herder versprochen, noch im Dezember begann, ist für mich so gut wie unabhängig vom Wohnsitz, so lange dieser nicht Rom sein kann, und für die Fortsetzung der Akten zu dem nächstfolgenden Bande ziehe ich den Aufenthalt in dem ruhigen Marienhof vor.[3] Es ist nämlich meinen Vertretern in Rom dennoch gelungen, für die von mir gewünschten Sachen den Ausfuhrschein zu erwirken, zunächst nach der Schweiz, und ich habe bereits Nachricht aus Basel, daß die gut versorgte und versicherte Kiste für Chiasso[4] angemeldet ist. Ich habe nun nach Basel Auftrag gegeben, die Sendung nach Marienhof zu befördern, weil ich die ersten vorbereitenden und ordnenden Arbeiten an der Masse der Materialien am besten dort vornehmen kann. Wenn nötig, reise ich mit Freund Müller, den ich morgen zum Landtage hier erwarte – wenn er sich nur nicht zu viel zutraut nach seiner Erkrankung –, auf einige Tage nach Coblenz zurück, um die Sachen gut zu bergen und einiges hieher mitzunehmen.

1 Pfarrei in Berlin-Friedrichshain mit 1889–1894 erbauter neugotischer Pfarrkirche.

2 Vgl. Wollasch, S. XXIV, XXX, LXXXVI; W. Becker, Religiöse und nationale Orientierung, S. 261–263.

3 Ehses siedelte Anfang März wieder nach Koblenz über.

4 Grenzort zwischen der Schweiz und Italien.

Sodann hat in voriger Woche der Euer Exzellenz wohlbekannte Arbeitsausschuß hier getagt, zu welchem ich mich bis dahin wegen der römischen Beziehungen weniger gedrängt fühlte. Hier aber lud mich auf Veranlassung Erzbergers Prälat Mausbach dazu ein; ich nahm an den beiden Sitzungen teil und konnte auch füglich der Aufnahme in den Ausschuß nicht widersprechen. Es ist mir dann sogar, gleichfalls auf Erzbergers Betreiben, eine etwas heikle und von verschiedenen Herren nicht ohne Kopfschütteln vernommene Aufgabe zugewiesen worden, für die ich aber an erster Stelle die Zustimmung und Meinungsäußerung Eurer Exzellenz zur Bedingung machte.

Es handelt sich bei dem Plan, für welchen besonders auch Herr von Bergen, früher Legationsrat am Vatikan[5], eintritt, um ein rein katholisches reichsdeutsches wissenschaftliches theologisches Institut in Rom, großen Maßstabes, das dem Reiche und dem deutschen Episkopate eine eigene, von allen andern staatlichen Einflüssen freie Vertretung sichern soll, nachdem es sich als unmöglich erwiesen hat, mit den bestehenden Anstalten Anima und Campo santo eine den deutschen Wünschen entsprechende Vereinbarung zu finden. Nach den Grundzügen, die dann Erzberger mit mir besprach, soll ein großes Kolleg gebaut und für etwa fünfzig Studienplätze eingerichtet werden, so daß aus jedem deutschen Bistum, unterschiedlich nach der Seelenzahl, ständig wenigstens ein junger Theologe zwei, je nachdem drei Jahre frei dort wohnen und an den römisch-vatikanischen Lehranstalten seine Studien machen kann. Die jungen Leute sollen sich dabei auch in den Geschäftsgang an der Kurie einarbeiten, Fertigkeit im Italienischen erwerben und die Agenturen für ihre Diözesen ausüben. Für das Studium der Kirchengeschichte (Geschichte) und der Christlichen Archäologie wird eine eigene Ordnung geschaffen, unabhängig von den genannten Lehranstalten.

Für die höchst beträchtlichen Kosten glaubt Erzberger bereits die nötigen Bürgschaften zu besitzen, teils aus staatlichen, teils aus privaten und besonders auch aus kirchlichen Mitteln, wie denn überhaupt das ganze Institut in seinen kirchlich-katholischen Beziehungen dem reichsdeutschen Episkopat (Breslau – Köln – München) unterstehen, auf diesem Wege auch die Gutheißung des päpstlichen Stuhles und, außer der staatlichen Protektion durch das Reich, einen kirchlichen Protektor erlangen soll, wo möglich an einem deutschen Kurienkardinal.

Das sind die allgemeinen Grundrisse für den Plan, der ja jetzt mitten im Kriege sehr utopistisch anmutet, aber doch wie kein anderer geeignet ist, dem bisherigen Mißstande abzuhelfen und dem Reiche für den großen katholischen Volksteil und den Episkopat ein Stück eigenen Bodens und Hausrechtes in Rom erwerben kann.

5 Diego von Bergen (1872–1944), evangelisch, geboren in Bangkok als Sohn des deutschen Konsuls in Siam, Werner von Bergen, 1895 Promotion zum Dr. jur. und Eintritt in den diplomatischen Dienst, 1899 Zweiter Sekretär der Gesandtschaft in Peking, 1901 in Brüssel, 1905 in Madrid, 1906 preußischer Gesandter am Vatikan, 1911–1919 im AA, ab 1917 Ministerialdirigent in der Politischen Abteilung des AA, 1920–1943 deutscher Botschafter beim Vatikan. Wand, S. 16-26.

Die Bedenken Finke's, daß dann das preußische histor[ische] Institut eine ausgesprochen protestantische Anstalt werden müßte, werden wohl dadurch gegenstandslos, daß das neue Kolleg nur für Theologen bestimmt ist: Für unser römisches Institut ließe sich wohl leicht ein Weg finden, der ihm in dem neuen Kolleg ein Heimatsrecht sicherte, nicht bloß für Priester, die bisher zum Campo santo gingen, aber fast immer nach einiger Zeit in Konflikte gerieten, sondern auch für Laien, deren Unterbringung in der Stadt bisher immer ihre Schwierigkeiten hatte. Auch Anima und Campo santo könnten unverkürzt weiter arbeiten, da nicht die Absicht besteht, die dort gestifteten Kaplaneien und Präsentationsrechte der deutschen Bischöfe aufzusaugen, sondern die Beziehungen der deutschen Katholiken mit Rom und der Kurie beträchtlich zu erweitern, dem katholischen Deutschland dort stärkere Vertretung und gebührenden Einfluß zu verschaffen. Auch dem Collegium Germanicum würde nichts entzogen, da die Wirksamkeit des neuen Institutes erst da beginnt, wo die des Germanicum aufhört.

Zu diesem Werke, das man vielleicht als deutsche katholische Akademie zu Rom bezeichnen könnte, soll ich also einen Entwurf ausarbeiten, zunächst für einen engeren Ausschuß, sodann für die nächste Sitzung des ganzen Arbeitsausschusses. Glauben nun Euer Exzellenz, daß die Sache ernstlich in Angriff genommen werden soll und Erfolg verspricht? Ich möchte nicht pro nihilo arbeiten und schätze auch die Verantwortlichkeit nicht gering ein, die mit solchen weitreichenden und tiefeingreifenden Vorschlägen verbunden ist. Wenn aber Euer Exzellenz die Absicht billigen und die große Güte haben wollten, Ihre genaue Kenntnis der römischen Verhältnisse dem Unternehmen zu gute kommen zu lassen, würde ich pro virili an die Sache herantreten, um an einem Werke mitzuhelfen, das, wenn es gelingt, für Deutschland und die deutschen Katholiken insbesondere großen, dauernden Nutzen stiften kann.[6]

Nach diesem überlangen Schreiben schließe ich in Kürze mit den höflichsten Empfehlungen […], mit stetem Gedenken auch an den Sohn im russischen Felde,

Euer Exzellenz
in steter Verehrung
ergebenst
Prälat Dr. Ehses.

6 Am 29. Februar 1916, kurz vor seiner Rückkehr nach Koblenz, meldete Ehses Hertling, wegen des großen römischen Institutes noch keine weiteren Schritte unternommen zu hab, und er »empfinde auch sehr wenig Lust dazu, da die Beziehungen zu Italien, dank Kardinal Mercier's undefinierbarer Torheiten immer verworrener werden. Man meint fast, es müsse einmal wieder Karl d[er] Große kommen, der die italienischen Kartenhäuser kurzer Hand über den Haufen wirft und den Quiriten soviel im eigenen Hause zu schaffen gibt, daß sie für ein Jahrtausend genug daran haben«. (AGG, Nr. 9). Quiriten war der in Dichtung und Literatur gebräuchliche Ausdruck für die Bürger des antiken Roms.

88

Georg von Hertling an Karl von Hertling
München, 21. Februar 1916

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 26, f. 82–83)

Lieber Karl!

[…] Es ist sehr vernünftig, daß Du Dich in Deine jetzige, wenig kriegerische Tätigkeit hineinfindest. Auch teilst Du ja das Loos mit sehr vielen Kameraden von der Kavallerie. Der Krieg hat viele Ueberraschungen gebracht. Wie wußte uns seiner Zeit der Kriegsminister in der Budgetkommission des Reichstags glaubhaft vorzustellen, wie bedeutungsvoll die Rolle der Kavallerie im nächsten Kriege sein würde. *Er hat Karl bei zuständiger Stelle als bayerischen Adjutanten für Prinz Leopold*[1] *ins Gespräch gebracht.*

In der Frage des Unterseeboot-Kriegs ist es für mich schwer, oder vielmehr unmöglich, zu einem sicheren Urteil zu kommen. Die Marine sagt, wenn man ihr nur freie Bahn lasse, so werde sie binnen kurzem England auf die Kniee zwingen. Im Auswärtigen Amt glaubt man das aber nicht recht und findet demgegenüber die Chance, auch noch Amerika zum Feinde zu bekommen, zu bedenklich. Ich neige mit der großen Majorität der Bevölkerung innerlich der Ansicht der Marine zu, aber ich habe ja auch nicht die verantwortliche Entscheidung zu treffen. Bei dem Konflikt mit dem preußischen Abgeordnetenhaus spielen stark persönliche Momente mit. Bethmann und die preuß[ischen] Konservativen, insbesondere ihr geistiger Führer Heydebrand können sich gegenseitig nicht leiden. Daß ersterer in der Nordd[eutschen] Allg[emeinen] Zeitung gleich mit so grobem Geschütz auffahren ließ, war unnötig, und habe ich bedauert. Interessirt hat mich, daß man auch Euch über angeblich schlechte Stimmung in der Heimat zu unterrichten für nötig gefunden hat. Auch hierher sind aus dem preuß[ischen] Kriegsministerium dahin gehende Berichte gekommen und Maßnahmen, dem entgegen zu treten, angeregt worden.[2] Ich weiß

1 Leopold Prinz von Bayern (1846–1930), Bruder König Ludwigs III., Militärkarriere vom Kadetten (1861) zum bayerischen Generalfeldmarschall (1905), 1914 reaktiviert, seit April 1915 Oberbefehlshaber der 9. Armee, seit August 1916 Oberbefehlshaber Ost als Nachfolger Hindenburgs, auch preußischer Generalfeldmarschall.

2 Die Stellvertretenden Generalkommandos der Armeekorps berichteten aus ihren Standorten dem preußischen Kriegsministerium regelmäßig (1918 monatlich) über politische Aktivitäten und Stimmungen der Zivilbevölkerung. Berichte, Auszüge oder Zusammenfassungen gingen der Reichskanzlei (Kriegsakten) zu. Berichtet wurde über 1) die allgemeine Stimmung (bei den Gebildeten und der breiten Masse der Bevölkerung), 2) die Lebensmittelerzeugung, 3) die Verteilung der Lebensmittel, 4) die Massenspeisungen, 5) weitere Wünsche und Anregungen. Auf Ansuchen des Kriegsministeriums-Kriegsamt vom 17. August 1918 erklärte sich Hertling mit der Kürzung der ausufernden Berichte und mit der Beschränkung des breiten Adressatenkreises aus Geheimhaltungsgründen einverstanden. (BArch, R 43/2398l, f. 27). Die gedruckte Zusammenstellung der

noch nicht recht, was dahinter steckt. Auf hiesige Verhältnisse in Stadt und Land paßt das Berichtete nicht, vielleicht ist es eine sozialdemokratische Mache. Hier schimpfen die Bauern nur und zwar mit Recht über die verfehlten Bestimmungen bezüglich der Hafer- und Kartoffelpreise. Bayerischerseits geschah und geschieht noch weiter alles, um Remedur zu schaffen. Leider bisher vergeblich.

[…] Henni soll also demnächst ein Regiment bekommen, worüber er und auch Mitz glücklich sind. […]

Nun lebewohl, lasse es Dir gut gehen und schreibe bald wieder. Die Schwestern grüßen sowie auch von ganzem Herzen

Dein tr[euer] Vater GvH

Monatsberichte der Stellvertretenden Generalkommandos vom 3. August 1918 umfasste 40 S. Ebd., f. 60. Vgl. BArch, R 43/2398 k.

89

Gustav Schnürer an Georg von Hertling
Freiburg im Breisgau, 24. Februar 1916

(eigh. Or.; AGG, Nr. 8)

Exzellenz

Ein Besuch hier, wo ich einen Vortrag zu halten hatte, bietet mir die erwünschte Gelegenheit, Ihnen für die gütige Übermittlung des Briefes unseres Rektors, zugleich im Namen des Rektors, ergebensten Dank auszusprechen. Man wird sich, wie es den Anschein hat, vorläufig damit begnügen müssen, daß die Löwener etwas von der Hand wissen, die sich ihnen entgegenstreckt. Sie scheinen sehr mißtrauisch zu sein. Nach dem was in Fribourg über einen Besuch des M[on]s[eigneu]r Heylen von Namur daselbst verlautet, sind die belgischen Katholiken durch die Haltung von Kardinal Mercier zu einer solchen Verbitterung gegen uns verleitet worden, daß mit denselben gar nichts anzufangen ist. Ich bin nicht erstaunt, wenn die deutsche Regierung die Rückkehr des Kardinals unmöglich macht.

Nach dem, was wir in Fribourg erleben, wundert mich nichts mehr von französischer katholischer Seite. Es ist schon viel, daß unsere Liberté[1] in den Haß gegen alles Deutsche nicht einstimmt. Direkt dagegen einzuschreiten, wagt niemand in Fribourg. Die Deutsch-Schweizer werden fast noch ärger als wir beschimpft. Einer unsrer Professoren aus Graubünden, der jemanden auf der Straße zurecht wies, weil man einen deutsch-schweizerischen Student als boche beschimpfte, wurde am Sonntag verprügelt. Ein wahnsinniger Rassendünkel hat die Welsch-Schweizer ergriffen. Da kann nur ein deutscher Sieg Heilung bringen. Unsere Erwartung eines solchen wird hoffentlich bald in Erfüllung gehen.

Ich sehe nie so handgreiflich als jetzt, daß die Formel der Volkssouveränität nur eine Phrase ist, der sich gerissene Advokaten bedienen, um selbstische Bestrebungen zu verwirklichen. Es würde volle Anarchie herrschen, wenn nicht durch religiössittliche Ordnung breite Schichten des Volkes traditionell konservativen Grundsätzen folgten. Diesen allein wird es die Schweiz zu verdanken haben, wenn sie durch die gegenwärtige Krisis glücklich hindurch kommt.

1 1871 gegründete französischsprachige Tageszeitung in Fribourg (von Nr. 1, 1871, bis 2012 digitalisiert).

Ich habe mich jetzt entschlossen, meinen zweiten Sohn auf das Gymnasium nach Breslau zu schicken.[2] Er selbst wünscht es, ein Vaterland unter seinen Füßen zu haben, wo er sich fest wurzeln und frei bewegen kann.

Hoffentlich ist Ihr Befinden immer ein gutes. Wollen Sie bitte Frau Gräfin meine ergebenste Empfehlung übermitteln und von mir die erneute Versicherung meiner steten Verehrung und Dankbarkeit entgegennehmen.

Ihr sehr ergebener
Gustav Schnürer

2 Siehe unten Nr. 171 Anm. 6. Gustav Schnürer hatte selbst in Breslau studiert.

90

Georg von Hertling an Matthias Erzberger
München, 4. März 1916

(masch. Kop.; BSB Ana 463, Schachtel 10)

Euer Hochwohlgeboren sage ich meinen verbindlichsten Dank für die gefälligen Schreiben vom 2. d[ieses] M[onats][1] und insbesondere für die freundlichst in Aussicht gestellte Vermittlung in der Angelegenheit des Herrn Professor Schnürer.

Ihre Mitteilungen über die Kanzler-Krisis erfüllen mich mit ernster Sorge; ein Kanzler-Wechsel im gegenwärtigen Moment würde, ganz abgesehen von der sehr schwierigen Nachfolger-Frage, im Ausland und besonders bei unseren Feinden einen für uns äusserst ungünstigen Eindruck machen und könnte leicht den durch unsere Erfolge bei Verdun gedrückten Gemütern unserer Gegner neuen Mut einflössen; jedenfalls würde ein Kanzler-Wechsel in London, Paris, Petersburg und Rom politisch zum mindesten so gedeutet und ausgenützt werden, wie bei uns ein Sturz von

1 In diesem Schreiben meldete Erzberger, dass es eventuell zur Entlassung Bethmanns, der nach Charleville gereist sei, kommen werde, wenn dieser sich dem »rücksichtslosen U-Bootkrieg« widersetze, und dass Staatssekretär Jagow angeregt habe, die Bayerische Staatszeitung möge nach Beendigung der Krise in Charleville »in irgendeiner Weise« gegen die Angriffe auf Bethmann Stellung nehmen. (BSB Ana 463, Schachtel 10). In der U-Boot-Konferenz beim Kaiser, an der neben dem Reichskanzler der Generalstabschef Erich von Falkenhayn, die Admiräle Georg Alexander von Müller und Henning von Holtzendorff, der Chef des kaiserlichen Militärkabinetts, Moriz von Lyncker, und Generaladjutant Plessen teilnahmen, schlug sich der Reichskanzler aber »ausgezeichnet«. Wilhelm II. erwies sich nach Beobachtung Lynckers ein weiteres Mal als entscheidungsschwach. Die Lösung des Problems wurde aufgeschoben. In der Debatte über das Risiko eines Kriegseintritts der USA blieb »nach wie vor ungewiß«, ob Nordamerika nicht auch ohne »den ganz scharfen U Boot Krieg« zu den Waffen greifen würde. Zur Bekämpfung der »Hetze« in der U-Boot-Frage wurde die Zensur verschärft. Der U-Boot-Krieg ging allerdings unvermindert weiter, »nur die ganz scharfe Form« wurde nicht angewandt. Kriegsbriefe Lynckers an seine Frau Anna Marie vom 26. Februar, 2., 3., 5. und 8. März 1916. (Afflerbach, Kaiser Wilhelm II., S. 352–360, 357). – Henning von Holtzendorff (1853–1919), aus uckermärkischem Adel, 1869 Eintritt in die Marine, 1897 Kapitän zur See, Auslandskommandos, 1898–1899 Chef des Stabes der Marinedivision Ostsee, 1900 Schiffskommandant im Boxerkrieg, 1901–1903 Oberwerftdirektor in Danzig, 1904 Konter-, 1907 Vizeadmiral, 1906 Chef des I. Geschwaders, 1909–1913 Chef der Hochseeflotte, 1910 Admiral, 1913 z.D., 1915 reaktiviert, 1915–1918 Chef des Admiralstabs der Marine, 1918 ausgezeichnet mit dem seltenen Titel Großadmiral, August 1918 z.D.; Befürworter des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, dessen Erfolgsaussicht, die rasche Niederringung Englands, er folgenschwer überschätzte.

Asquith[2] oder Briand[3] – und das sollte doch zur Vorsicht mahnen. Was die von Herrn von Jagow gegebene Anregung wegen einer Verlautbarung in der Bayerischen Staatszeitung anbetrifft, so bin ich natürlich sehr gerne bereit, einem diesbezüglichen Wunsche aus Berlin zu entsprechen; ich möchte nur darauf aufmerksam machen, dass in der süddeutschen, speziell in der bayerischen Presse, soweit mir bekannt, Treibereien gegen den Reichskanzler nicht laut geworden sind, die Staatszeitung könnte sich also nur gegen Treibereien in der norddeutschen Presse oder gegen Umtriebe persönlicher Art wenden; auch möchte ich es dahin gestellt sein lassen, ob es sich empfiehlt, nach einer günstigen Beendigung der Krisis durch einen Artikel in der Staatszeitung erst recht die öffentliche Aufmerksamkeit auf die gegen den Kanzler gerichteten Machinationen zu lenken und dadurch unter Umständen eine peinliche Pressediskussion zu eröffnen. Sollten diese meine Bedenken an massgebender Stelle in Berlin nicht geteilt werden, so bin ich, wie gesagt, gerne bereit, die Aufnahme eines entsprechenden Artikels in die Staatszeitung zu veranlassen; es wäre in diesem Falle wohl am besten, wenn Sie mir einen solchen Artikel, der den Wünschen der Berliner Stellen entspräche, übermittelten, um ja sicher zu gehen, dass er ganz den dortigen Intentionen gerecht wird. Ich würde dann für die sofortige Veröffentlichung des Artikels Sorge tragen lassen.-

Bei meiner demnächstigen Anwesenheit in Berlin freue ich mich, Sie wieder zu sehen und verbleibe einstweilen mit den besten Grüssen

Ihr
ergebenster

2 Herbert Henry Asquith, 1. Earl of Oxford and Asquith (1852–1928), geb. in Morley, Studium am Balliol College, Oxford, 1876 Rechtsanwalt, Beiträge zu den Zeitschriften The Spectator, The Economist, 1920–1922 Mitglied des Unterhauses (Liberale Partei), 1892–1895 Innenminister, 1905–1908 Schatzkanzler, 1908 –1916 Premierminister, 1925 Eintritt ins House of Lords; sozial- und verfassungspolitisch progressiv (Einschränkung der Rechte des Oberhauses, Home rule für Irland). Asquith regierte als Premierminister aufgrund königlicher Ernennung, wurde aber erstmals durch die von ihm geführte Liberale Partei im Amt bestätigt. Im Dezember 1916 trat er wegen militärischer Misserfolge an der Somme und in Rumänien zurück. H. C. G. Matthew, Asquith, Herbert Henry, in: Oxford Dictionary, Bd. 2, S. 735–754.

3 Aristide Briand (1862–1932), geb. in Nantes (»Le Breton«), Jurastudium, 1886 Rechtsanwalt, Journalist, 1902–1932 Mitglied der Kammer (zuerst Sozialist, dann Radikalrepublikaner), 1906 Kultusminister (antikirchliche Gesetzgebung), 1908–1909, 1912–1913, 1914–1915 Justizminister, 1909–1911, 1913 Innenminister, 1909–1911, 1913, Oktober 1915–März 1917, 1921–1922, 1925–1929 Premierminister, 1915–1917, 1921–1922, 1925–1932 Außenminister. Briand verantwortete das Standhalten in Verdun und einen Wechsel im Oberbefehl der Armee; mit seinem Rücktritt als Premierminister wich er einer rigideren Kriegspolitik.

91

Julius Bachem an Georg von Hertling
Köln, 7. März 1916

(eigh. Or.; AGG, Nr. 4)

Vertraulich!
Hochverehrte Excellenz,

Nehmen Sie meinen verbindlichsten Dank für Ihren freundlichen Brief. Ich muß es Ihnen hoch anrechnen, daß Sie, Vielbeschäftigter, sich noch Zeit nehmen, mir so eingehend zu schreiben.

Die Treibereien gegen Bethmann gefallen auch mir durchaus nicht. Am meisten mißfallen sie mir in der Cöln[ischen] Volkszeitung. Schon seit Jahren hat der Berliner Vertreter der Cöln[ischen] Volkszeitung Dr Eisele[1] immer wieder versucht, offene und versteckte Angriffe gegen den Reichskanzler in das Blatt zu bringen. Ich habe es jedesmal verhindert und regelmäßig Beschlüsse der Cölner Redaction gegen die Berliner Nebenredaction (Dr Carl Bachem und Dr Eisele) herbeigeführt. Jetzt glaubt E[isele], hinter dem auch gewisse Kreise des Reichsmarineamtes stecken, sich ausleben zu können. Die Sache ist in hohem Maße bedauerlich. Auch die maßlosen Angriffe gegen Delbrück sind thöricht. Was wird damit erreicht? Man drängt ihn nur noch mehr nach links. Als ich im Dezember den Reichskanzler zuletzt in Berlin sprach, war er ganz entrüstet über die Behandlung, welche die Cöln[ische] Volkszeitung dem Staatssecretair des Innern angedeihen läßt. Herrn v. Beth[mann] beurtheile ich im Übrigen auf Grund ziemlich genauer Kenntniß seiner Persönlichkeit genau so

1 Hans Eisele (1876–1957), geb. in Metlangen (Schwäbisch Gmünd), nach Studium der Staatswissenschaften 1901 Promotion in München, ab 1901 Chefredakteur der Offenburger Zeitung und anderer Provinzblätter, 1906 Übernahme der Berliner Redaktion der KVZ, 1918 von deren Wiener Redaktion, Träger des Preußischen Kronenordens und des päpstlichen Gregoriusordens, 1920 Chefredakteur der Allgemeinen Rundschau (München), 1921–1934 Gründer und Leiter der Pressestelle der Bayerischen Staatsregierung, Oberregierungsrat (BVP), Berater Pacellis, 1933 Verwüstung seines Hauses durch die SA, Rückzug in den Saulgau, 1939–1945 Luftschutzleiter, 1945–1947 von der französischen Militärregierung eingesetzter Landrat des Kreises Saulgau, Erzähler und Volksschriftsteller, u.a. mit Beiträgen zum Katholischen Sonntagsblatt der Diözese Rottenburg. Lange-Greve.

wie Sie und wie ihn auch andere urtheilsfähige Politiker (Porsch, Stegerwald[2] z.B.) beurtheilen. Ich wüßte z[ur] Z[eit] keine bessere Nummer.

Der jüngsten Entwicklung der Cöln[ischen] Volkszeitung sehe ich mit Besorgniß zu. Das Regiment führt dort mein nervös zerrütteter und dabei noch kriegskranker Vetter Carl und der heißspornige Eisele. In der Redaction ist Niemand, der sich dem entgegenstemmen könnte. Man vermißt manch Mal alle Haltung; es geht hin und her.[3] Und es wird ein überreizter Chauvinismus cultiviert und zur Schau getragen, daß man glauben sollte, die Zeitung wolle sich zu einer Art katholischer Täglicher Rundschau auswachsen. Man kann nur wünschen, daß das Ansehen nicht verwirthschaftet wird, was die Zeitung in langjähriger Arbeit sich erworben hat. Eine tüchtige große katholische Zeitung wird nach dem Kriege nothwendiger sein denn je.

Was mich persönlich anlangt, so fühle ich mich in meiner freien Stellung durchaus wohl, wenn auch meine Einkommensverhältnisse sich ungünstiger gestaltet haben. Aber darüber komme ich hinweg. Und publizistisch bin ich thätiger denn je. Gott Dank, erfreue ich mich völliger geistiger Frische.

In der Cöln[ischen] Volkszeitung finde ich heute den Artikel über die Zukunft Elsaß-Lothringens (das Elsaß an Bayern, Lothringen an Preußen). Ich nehme an, daß die Artikel Ihren Intentionen entsprechen. In der Sitzung des Reichsausschusses der deutschen Centrumspartei, welche im Frühjahr vorigen Jahres in München stattfand (Sie waren damals in Berlin) wurden wir dahin informiert. Es wäre das auch in der That die beste Lösung. Möge sie sich ohne Crämpfe und Cämpfe vollziehen!

---

2 Adam Stegerwald (1874–1945), aus Greußenheim bei Würzburg, nach Schreinerlehre Besuch von Fortbildungskursen katholischer Arbeitervereine, Gasthörer an der Universität München und der Handelshochschule Köln, 1899 Mitgründer des Katholischen Holzarbeiterverbandes, 1903–1920 Generalsekretär des Gesamtverbands der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, 1916–1918 Vorstandsmitglied des Kriegsernährungsamts, 1917 Mitglied des Preußischen Herrenhauses, 1919– 1920 Mitglied der Nationalversammlung, 1919–1921 der preußischen Landesversammlung, 1919–1921 preußischer Volkswohlfahrtsminister, 1919/20–1929 Vorsitzender des Gesamtverbands der christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbunds, 1920–1933 Mitglied des Reichstags (1929 Vorsitzender der Zentrumsfraktion), 1921 preußischer Ministerpräsident, 1929–1930 Reichsverkehrsminister, 1930–1932 Reichsarbeitsminister, 1933 Verlust aller Ämter, nach dem 20. Juli 1944 mehrwöchige Haft, 1945 Regierungspräsident von Unterfranken, Mitgründer von CDU und CSU. Stegerwald war der profilierteste Vertreter der christlichen Arbeiterbewegung in Kaiserreich und Weimarer Republik. Forster, Stegerwald, S. 43–64, 266–269.

3 Vgl. zu den Wandlungen der KVZ, die zunächst hohe Kriegsziele propagierte, Köhler, S. 12, 16–26, 53–56, 249–252. Das Blatt war mit Hertlings als maßvoll empfundenen Erklärungen zur Zukunft Belgiens am 11.–12. Juli 1918 im Hauptausschuss des Reichstags einverstanden. Ebd., S. 260–262; vgl. Heinen; Hagenlücke, S. 313.

Für Alles, was Sie zu Gunsten von Prof. Koch[4] gethan haben und ferner thun werden, bleibe ich Ihnen zu herzlichem Danke verpflichtet. Sie haben den Mann über Wasser gehalten. Ich denke dabei immer auch an Kochs ausgezeichnete, hochgebildete Frau.[5] Die Schwierigkeiten, K[och] dort unterzubringen, verhehle ich mir in keiner Weise. Er schrieb, bzw. telegraphierte mir ganz hoffnungsvoll. Wenn er sich nur nicht täuscht! Daß er etwas kann, hat er ja in Constantinopel bewiesen.

Somit Gott befohlen, hochverehrte Excellenz! Auch ich wünsche sehr, daß uns ein günstiges Geschick bald ein Mal zusammenführt. Nehmen Sie inzwischen verehrungsvolle und herzliche Grüße

Ihres Ihnen sehr ergebenen

4 Julius Bachem hatte Hertling Prof. Koch (Heidelberg) für eine Stelle an der Universität München oder bei der Bayerischen Staatszeitung empfohlen: ein »unabhängiger und geistvoller Mann«, der »auf verschiedenen Gebieten eine werthvolle Kraft« sein könne, »im Zeitungswesen sehr erfahren«. J. Bachem an Hertling, Köln 9. März 1914. (AGG, Nr. 4). – Adolf Koch (1855–1922), geb. in Mutterstadt (Pfalz), Sohn des jüdischen Geschäftsagenten Lazarus Koch, 1880 Promotion in Heidelberg mit einer Arbeit über die frühesten Niederlassungen der Minoriten im rechtsrheinischen Bayern, Bearbeiter der Pfälzischen Regesten im Auftrag der Badischen Historischen Kommission, 1888 Kustos der Universitätsbibliothek Heidelberg, ab 1889 dort unbezahlter a.o. Professor, historische Vorlesungen, Redakteur beim Heidelberger Tageblatt und bei der Kölnischen Zeitung, 1895 in Heidelberg Vorlesungen über die Geschichte der Presse seit der Frühen Neuzeit, praktische Übungen zur Journalistik, 1903–1904 zeitungskundliche Vorlesungen an der Handelshochschule Köln, wo er in Julius Bachem einen gleichgesinnten Anhänger der akademischen Journalistenausbildung fand; Verbindungen nach England, Russland, Frankreich; Bildung eines Schülerkreises im neuen Fach Zeitungskunde, »Pionier der deutschen Zeitungswissenschaft«. Am Widerstand der Philosophischen Fakultät in Heidelberg scheiterten, auch wegen seiner jüdischen Konfession, seine Versuche, einen Lehrstuhl oder honorierten Lehrauftrag zu erhalten. 1913 wurde ihm wegen dubioser Anschuldigungen, die Max Weber gegen ihn erhob, und anschließender Prozesse die Lehrberechtigung entzogen. 1914 lehnte das bayerische Kultusministerium seinen Antrag auf Gewährung einer Dozentur an der Universität München ab. Der Brief Bachems dürfte sich auf einen 1916 erneuerten Versuch beziehen, Koch, der die bayerische Staatsangehörigkeit besaß, nach München zu bringen. 1915/16 weilte Koch in diplomatischer Mission in Konstantinopel. Seine dort verfassten historischen Aufsätze erschienen 1917/18 in der Reihe »Der neue Orient«. Ab März 1917 war Koch für die Dauer des Krieges in der Nachrichtenstelle für den Orient für »propagandistisch-literarische Tätigkeit« eingestellt, ohne Mitglied des Auswärtigen Dienstes zu sein. Nach Lehrtätigkeit am Orientalischen Seminar in Berlin war er 1920 Privatier am Ammersee, wo er an einem Schlaganfall starb. Obst, S. 166–173; Aktennotiz von Prof. Mittwoch v. 21. März 1917. PAAA, R 1506, S. 167, 161–164. – Eugen Mittwoch (1876–1942), 1919–1935 Prof. für Semitistik an der Universität Berlin, 1916–1918 Leiter der Nachrichtenstelle für den Orient, jüdischer Gelehrter, Islamforscher, seit 1939 im Londoner Exil, im Zweiten Weltkrieg Berater des britischen Informationsministeriums.

5 Harriette Ludwig, geb. Am Ende, eine begüterte Offizierswitwe, die Koch nicht von seinen Geldsorgen befreien konnte. Obst, S. 134, 154, 173.

92

Georg von Hertling an Hermann Grauert
München, 7. März 1916

(eigh. Or.; AGG, Nr. 23)

Hochverehrter Freund!

Ich wäre gerne zu Ihnen gekommen, um mich persönlich nach Ihrem Befinden zu erkundigen, aber ich bin zur Zeit wieder besonders stark okkupiert und habe höchstens am späten Abend freie Zeit. So muß ich also auch meinerseits den schriftlichen Weg zur Erledigung der verschiedenen Angelegenheiten wählen, schicke dabei aber vor allem den Wunsch und die Hoffnung voraus, daß sich Ihr Unwohlsein inzwischen gebessert haben möge.

Seine Erkundigungen nach dem von der Zeitung »Le Matin« publizierten angeblichen Kaiserbrief an eine hervorragende Persönlichkeit des bayerischen Hofs blieben bisher ergebnislos.

Endlich die Sache des P. Morin oder richtiger der Kösel'schen Buchhandlung, von der ein mir vorhin zugegangener, gleichfalls beiliegender Brief von Muth[1] handelt. Daß schon einmal darüber gesprochen wurde, ist wohl sicher, ob ich eine bestimmte Zusage gegeben habe, erinnere ich mich nicht, der Vorstand wäre ja aber dadurch noch nicht gebunden. Andererseits aber bin ich allerdings der Meinung, daß die G[örres]-G[esellschaft] für einen Mann wie P. Morin und ein Werk wie das von ihm herauszugebende ein Opfer bringen könnte.[2] Sie haben wohl die Güte, das Weitere zu veranlassen.

Unter Wiederholung meiner guten Wünsche und mit herzlichen Grüßen von Haus zu Haus

Ihr ergebener
Hertling

1 Liegt nicht bei.

2 Ein größeres Werk, das Morin mit Hilfe der Görres-Gesellschaft veröffentlicht hätte, erwähnen weder Onnau, Das Schrifttum, noch Johannes Spörl in seinem einfühlsamen Nachruf auf den gelehrten Benediktiner im Historischen Jahrbuch (1949); vgl. aber die Publikation von Morin, Ein zweites christliches Werk des Firmicus Maternus, in: Historisches Jahrbuch 37 (1916), S. 229–266. Morin war Gast der Benediktinerabtei St. Bonifaz, »da er sich infolge seines eindeutigen Eintretens für Deutschland im ersten Weltkrieg eine Rückkehr nach Belgien unmöglich gemacht hatte«. Spörl, Morin, S. 966 f.

93

Georg von Hertling an Karl von Hertling
München, 21. März 1916

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 26, f. 84–85)

Lieber Karl!

Ich kann mir denken, daß Du gern Authentisches von mir hören möchtest, es wird ja so namenlos viel geschwätzt und so dummes Zeug herumgetragen. Der U-Boot-Krieg ist seit dem 1. März genau so im Gange, wie es die an Amerika gerichtete Denkschrift[1] ausgeführt hat. Wenn die Erfolge bisher den Erwartungen nicht völlig entsprochen haben, so mag dies zum Teil seine Erklärung darin haben, daß, wie Du sagst, die Engländer nicht alle Verluste bekannt geben, zum Teil aber auch darin, daß sich die Marine die Sache zu leicht vorgestellt hat. Jetzt hört man, die bewaffneten Handelsschiffe verstünden es, sich zu vermummen, sodaß man sie nicht als bewaffnete erkennen könne. Nun wollen die Scharfmacher, man solle zum schrankenlosen U-Boot-Krieg übergehen und jedwedes Fahrzeug, ob feindlich oder neutral, Kriegsschiffe, Handelsschiffe, Passagierdampfer, sobald sie sich der englischen Küste nähern, rücksichtslos und ohne Anrufen torpediren. Damit brächten wir England auf die Kniee. Aber der Beweis, daß dies wirklich gelänge, ist nicht erbracht. Unsre Boote sind an der englischen Küste, im Kanal, im Mittelmeer, im schwarzen Meer an der Arbeit, ihre Leistungen sind großartig, der Heldenmut der Leute bewundernswert, um aber die ihnen jetzt gestellte Aufgabe zu erfüllen, nämlich: England vollkommen gegen jede Zufuhr abzusperren, dazu bedürfte es einer viel größeren Anzahl, als tatsächlich vorhanden sind. Wir würden also England wohl einen beträchtlich größeren Schaden zufügen, als dies bisher schon der Fall war, daß wir aber England auf diesem Wege zwingen könnten, den Krieg aufzugeben, ist mehr als fraglich. Dagegen ist ganz sicher, daß dieser sogenannte schrankenlose U-Boot-Krieg die bisherigen Neutralen auf die Seite unsrer Feinde brächte. Amerika ist zwar militärisch nicht zu fürchten, es wird dann aber noch mehr als bisher der Entente Geld, Munition und Waffen liefern. Aus Holland und Dänemark bekommen wir bisher noch recht erhebliche Mengen an Zufuhr verschiedener Art, das würde sofort aufhören, in Dänemark käme ein deutschfeindliches Ministerium an's Ruder, und was Kopenhagen als englische Flottenstation für uns bedeuten würde, liegt auf der Hand. So wäre der verschärfte U-Boot-Krieg für uns ein Va-banque-Spiel,

1 Denkschrift der Reichsleitung über die Behandlung bewaffneter Kauffahrteischiffe v. 8. Februar 1916, dazu gedacht, den USA entgegenzukommen. Aufrechterhalten wurde die Instruktion, dass auch bewaffnete Passagierdampfer »nicht ohne weiteres versenkt werden dürfen«, was aber die Gefahr von Zwischenfällen mit den USA nicht minderte. Vgl. über die Hintergründe Lerchenfeld an Hertling, Berlin 27. Februar 1916. Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 584–586.

und dafür ist, Gott sei Dank, unsre Lage doch nicht verzweifelt genug. Dieselbe ist im Gegenteile vielmehr durchaus günstig. In Verdun geht die Sache zwar langsam aber stetig und planmäßig vorwärts. Henni hat mir berichtet, wie ausgezeichnet alles vorbereitet wurde, und erst heute wurde mir wieder von Berlin berichtet, daß Falkenhayn der Entwicklung mit voller Zuversicht entgegensehe. Ueber die Lage an der Ostfront hat Ludendorf, der kürzlich in Berlin war, berichtet, daß die Russen keine Aussicht hätten, durchzubrechen. Also nur noch ein paar Monate Geduld, wir kommen im Laufe des Jahres noch zu einem guten Ende. Die Entlassung von Tirpitz ist ja sehr bedauerlich des verdienten Mannes wegen, aber es ging nicht mehr, zwei Regierungen darf es nicht geben, am wenigsten in Kriegszeiten.

Familiennachrichten. Daß Du Dich rebus sic stantibus resignirt hast, in Deiner jetzigen Stellung auszuharren, ist sehr vernünftig. Ich muß sogar sagen, ich hoffe jetzt, daß das Regiment keine andre Verwendung findet. Uns geht es gut. Anna ist seit 8 Tagen in Berlin und schreibt vergnügt. Mit vielen Grüßen

Dein tr[euer] Vater

94

[Ludwig III. von Bayern an Kronprinz Rupprecht] [München,] 22. März 1916

(masch. Kop.[1]; BayHStA GHA, Nl Kronprinz Rupprecht, 435)

I.

Vorige Woche fand in Berlin die Tagung des Diplomatischen Ausschusses statt,[2] über deren Ergebnis ich nicht unzufrieden bin.

Der Reichskanzler hatte schon früher im Anschluss an die Vorgänge im Preussischen Abgeordnetenhaus durch den Staatssekretär Delbrück erklären lassen, dass nach der Reichsverfassung die auswärtige Politik Sache des Kaisers sei, dass aber der Kaiser selbstverständlich entsprechend dem föderativen Charakter des Reiches keine auswärtige Politik machen werde, bei der er sich nicht der Zustimmung der Bundesstaaten versichert halten kann.

Hieran hat Graf HERTLING angeknüpft und geltend gemacht, dass die Durchführung dieses Satzes eine enge Fühlungnahme des Kanzlers mit den Vertretern der Bundesstaaten zur unerlässlichen Voraussetzung habe und dass er diese engere Fühlungnahme durch öftere Einberufung des Diplomatischen Ausschusses zu fördern beabsichtige.[3] Der Kanzler erklärte sich hiermit völlig einverstanden. Er erkannte an, dass durch die Stärkung der Stellung des Ausschusses auch seine eigene Stellung gestärkt wird und erklärte, künftig auch selbst Anregung zur Einberufung des Ausschusses geben zu wollen.[4]

Tatsächlich sind in der letzten Sitzung alle akuten Fragen eingehend erörtert worden. Damit ist in unserem Bestreben, den grösseren Bundesstaaten einen Einfluss auf die auswärtige Politik des Reiches zu sichern, ein Schritt nach Vorwärts erreicht und zwar auf dem Wege, der zur Zeit der allein gangbare ist. Denn einer Besprechung der auswärtigen Politik in den bundesstaatlichen Landtagen möchte ich nicht das Wort

1 Ohne Adressat und Absender; von Hand nachgetragen: »Ab 22.3.1916«, und: »Antwort auf Brief vom 25.2.1916«; beiliegend ein ausführlicherer, undatierter »erster Entwurf« des Briefes (masch. Kop.), der vor dem 15. März entstand.

2 Sitzung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten im Reichskanzlerpalais am 15. März 1916 unter Vorsitz des bayerischen Staatsministers Hertling.

3 Im »ersten Entwurf« des Schreibens ist hier weiter ausgeführt: »Die täglichen Mitteilungen des Auswärtigen Amtes an die Gesandten, die vielfach nur nebensächliche und veraltete Dinge betreffen und nur informatorischen Charakter tragen, erfüllen diese Voraussetzungen keineswegs«.

4 Schulthess 57, NF 32 (1916/I), S. 103 f., erwähnt in seinem Bericht über die Sitzung vom 15. März nicht diese Stellungnahme Hertlings, sondern nur die einhellige Zustimmung der Ausschussmitglieder zur Politik des Reichskanzlers.

reden.[5] Eine Aenderung der Reichsverfassung, die die Mitwirkung des Bundesrats als solchen in der auswärtigen Politik gesetzlich festlegt, ist aber – zumal während des Krieges – nicht zu erreichen.[6] Würde Bayern jetzt mit einem solchen Antrag kommen, so würden alle linksstehenden Parteien ihrer der Stellung Bayerns im Reiche ohnehin so wenig günstigen Stimmung in einer Weise Ausdruck geben, die unseren sonstigen Bestrebungen in hohem Grade abträglich wäre.

II.

Gegenüber den Angriffen auf das Ministerium Hertling und den Versuchen einen Wechsel herbeizuführen, nehme ich eine durchaus ablehnende Haltung ein.[7] Das Ministerium hat sich in seiner Geschäftsführung gut bewährt.[8] Graf Hertling persönlich geniesst ganz besonders in Berlin sowohl beim Kanzler als auch in parlamentarischen Kreisen so hohes Ansehen, dass ein Ersatz für ihn, der eine ähnliche Position in Berlin haben würde, kaum zu finden wäre.[9] Auch in der inneren Bayerischen Politik hat das Ministerium Anerkennenswertes geleistet. Vor Allem in der Königsfrage, die, – wenn auch von mir persönlich nicht angestrebt – für die Stellung Bayerns in der jetzigen Zeit von grosser Bedeutung ist und nicht zuletzt der Stellung des Kronprinzen erhebliche Vorteile gebracht hat; ferner in der Neuordnung der Verhältnisse

5 Im »ersten Entwurf« des Schreibens ist weiter bemerkt, dass ein in der Zwischenzeit gestellter Antrag Sachsens, die Besprechung der auswärtigen Politik in den Landtagen zuzulassen, keine Aussicht auf Annahme habe. Zudem würden die bundesstaatlichen Regierungen dann selbst in eine bedenkliche Lage geraten, solange sie selbst nicht ausreichend informiert seien und eventuell »Richtpunkte für ihr Verhalten« entgegennehmen müssten, die aus dem »Wirrwarr« der verschiedenen Parteiverhältnisse in den Landtagen hervorgingen.

6 Laut »erstem Entwurf« führte Ludwig III. weiter aus, der gegebene Ort zur Geltendmachung bundesstaatlicher Standpunkte in der auswärtigen Politik, nicht nur zur Entgegennahme von Informationen, sei der Diplomatische Ausschuss, der seine Stellung verstärken könne, weil seine Rechte und Aufgaben in der Verfassung nicht umschrieben seien.

7 Ausführlicher heißt es im »ersten Entwurf«: »Das Ministerium Hertling ist, wie Du selbst betonst, schon unter meinem höchstseligen Vater berufen worden. Es war für unsere Bayerischen Verhältnisse etwas Aussergewöhnliches, dass zu leitenden Ministern Männer ernannt wurden, die, abseits von der Beamtenlaufbahn stehend, bisher ausgesprochene Anhänger ja sogar Führer einer politischen Partei waren«.

8 Statt dessen im »ersten Entwurf«: »Die bisherige Geschäftsführung des Ministeriums hat naturgemäs gerade desshalb [!], weil ausgesprochene Parteigänger des Zentrums an der Spitze stehen, viele Anfeindungen von allen übrigen Parteien in und ausserhalb Bayerns erfahren«. Ebd.

9 Danach folgt im »ersten Entwurf«: »Das Zentrum, das hinter dem Grafen Hertling steht, ist aber auch immer noch diejenige Partei, welche in allen Fragen, die sich auf die Erhaltung der Selbständigkeit der Bundesstaaten und speziell auf die Stellung Bayerns beziehen, unseren Interessen am nächsten steht, während die Linksparteien den Bundesstaaten gegenüber nur zu oft einen diametral entgegengesetzten Standpunkt vertreten und alle unitarischen Bestrebungen fördern. Das macht sich zur Zeit besonders in der Eisenbahnfrage und nicht minder in der elsässischen Frage fühlbar, in der wir ohne die Unterstützung des Zentrums wohl nie zu unserem Ziele kommen werden«.

der Zivilliste.[10] Baron Soden[11] hat sich bei allen Parteien eine geachtete Stellung zu verschaffen gewusst und mit den Massnahmen der Bayerischen Regierung in der Nahrungsfürsorge auch ausserhalb Bayerns rückhaltlose Anerkennung gefunden. Württemberg, Sachsen und Baden suchen jetzt den Anschluss an Bayern und ihre Minister sind wiederholt mit den bayerischen zu persönlichen Konferenzen zusammengetreten. Sachsen hat sogar die Unterstützung des Bayerischen Verkehrsministers gegenüber dem Reich angerufen. Im Verkehrswesen leistet Minister von Seidlein sehr Gutes. Durch seine sparsame ökonomische Verwaltung haben sich die Einnahmeverhältnisse wesentlich gebessert und in jüngster Zeit ist es ihm gelungen, die Angriffe gegen die Bayerischen Postwertzeichen erfolgreich abzuschlagen, gleichwohl aber eine günstigere Berechnung für den Bayerischen Post-Ausgleichsbetrag zu erreichen.[12]

Wenn gegen das Ministerium lediglich von parteipolitischen Gesichtspunkten aus Angriffe erhoben werden, so kann ich diesen kein Gehör geben, sie vermögen das Vertrauen, das ich dem Ministerium schenke, nicht zu erschüttern.

III.

Als im Frühjahr vorigen Jahres Gerüchte im Umlauf waren, es solle Oesterreich für die ihm zugemuteten Abtretungen an Italien durch Bayerisches Gebiet (Berchtesgadener Land) schadlos gehalten werden, haben wir solches Ansinnen mit Recht zurückgewiesen. Den gleichen Standpunkt würde wohl Oesterreich einnehmen, wenn wir nunmehr als Ausgleich für seinen Gebietszuwachs auf dem Balkan oder in Polen die Abtretung oesterreichischen Gebietes an Bayern verlangen würden. Ich vertrete immer den Grundsatz, dass Verbündete sich in eroberten Gebieten vergrössern, aber nie von Bundesgenossen die Abtretung eigenen Gebietes beanspruchen sollen.

Das Gleiche gilt auch innerhalb des Reiches für die Bundesstaaten, abgesehen natürlich von Elsass-Lothringen, das als gleichwertiger Bundesstaat nicht in Betracht kommt.

10 Auch Dotation oder Dispositionsfonds genannt: der jährliche Betrag, der einem Monarchen und seinen Angehörigen zu einer standesgemäßen Lebens- und Haushaltsführung gewährt wird.

11 1912–1916 Staatsminister des Innern.

12 Als weitere Verdienste Seidleins, dessen »persönliche Eigenschaften« allerdings den Verkehr mit seinen Kollegen erschweren würden, nennt der »erste Entwurf« das glänzende Funktionieren des bayerischen Verkehrswesens bei der Mobilmachung und den Vorsprung Bayerns »auf dem Gebiete des Postauto–Verkehrs«.

95

Georg von Hertling an Stephan Ehses
München, 26. März 1916

(eigh. Or.; AGG, Nr. 5)

Lieber, verehrter Herr Prälat!

Aus Ihrem werten Schreiben vom 23. d[ieses] M[onats] habe ich zu meiner Freude entnommen, daß die befürchtete Verwirrung in Ihren über die Grenze gebrachten Manuskripten, nicht so arg gewesen ist, als Sie geglaubt hatten, annehmen zu sollen. Nicht minder hat mich gefreut, daß Ihnen der Gedanke einer möglichen Wiederaufnahme der Arbeiten in Rom wieder näher gerückt zu sein scheint. Eine ähnliche Auffassung zeigte auch P. Ehrle[1], der mich zu meiner großen Freude gestern hier besuchte. Er sieht sehr frisch aus und sagte, daß er noch für fünfzehn Jahre Arbeit habe.

Freund Müller wird Ihnen erzählt haben, daß wir uns in Berlin gesehen haben. Er war damals nicht ganz wohl […]. Sie wurden in dem kleinen Kreise, in dem Sie dort verkehrt hatten, sehr vermißt. Ich verstehe aber gut, daß Sie es vorgezogen haben, wieder Ihre stille Klause im Marienhof zu beziehen und rheinische Luft zu atmen statt der Berliner. Der Ankunft des mir gewidmeten Tomus X sehe ich mit Vergnügen entgegen, die in Aschaffenburg erhaltene Mappe werde ich alsbald an Herder zurückgehen lassen.

Was Sie über das Schicksal von Dr. Buschbell schreiben[2], ist recht betrübend. Könnte er sich nicht einer nochmaligen ärztlichen Untersuchung unterziehen um seine Untauglichkeit für den Felddienst festzustellen? Die Opfer, die der Kriegsdienst von akademisch gebildeten älteren Herren verlangt, sind ganz besonders schwer. Mir sind verschiedene Fälle dieser Art bekannt.

1 Ehrle nutzte zu dieser Zeit die Handschriften der Staatsbibliothek München für Studien über die Spätscholastik.

2 In seinem Brief vom 23. März aus Koblenz hatte Ehses ausgeführt, der Herausgeber des Bandes, Dr. Buschbell, der Hertling den Band gewidmet hatte, sei in starker Sorge »wegen drohender Einberufung«. Der 44jährige »zum Felddienst tauglich« gemusterte Krefelder Gymnasialprofessor leide seit Jahren unter »hartnäckiger Ischias, Rheumatismus usw.« und sei glaubhaft davon überzeugt, »den Anstrengungen der Ausbildung und des späteren Dienstes beim Train nicht gewachsen zu sein«. Falls nur »garnisonfähig« geschrieben, könne er der bei Felddiensttauglichkeit fast sicheren Einberufung entgehen. AGG, Nr. 9.

Daß Kardinal Mercier in seiner Unruhe stiftenden Tätigkeit fortfährt, ist empörend. Der nationalistische Haß scheint ihm jedes besonnene Urteil zu rauben, und schließlich ist es doch nur die katholische Sache, die darunter zu leiden haben wird. Ich habe schon immer und jetzt wieder in Berlin zu energischem Vorgehen geraten. Man muß es nur klug anfangen, nicht viel reden, sondern handeln, und den gefährlichen Mann internieren, unbekannt, wo ?, gleichzeitig aber in Rom um einen Administrator der Diözese bitten.

Hoffentlich bringen uns die Vorgänge in Verdun der Entscheidung näher.[3] Ich hätte doch so gerne in diesem Jahre in Koblenz den vierzigjährigen Bestand der Görres-Gesellschaft gefeiert! Was waren wir damals alle jung!

In herzlicher Verehrung
Euer Hochwürden
aufrichtig ergebener
Hertling

3 Die äußerst verlustreiche Schlacht um Verdun dauerte mit Unterbrechungen vom 21. Februar bis 19. Dezember 1916. Zunächst auf Angriffs- und Anfangserfolge angelegt, entwickelte sich der Vorstoß der deutschen 5. Armee auf die Festungswerke zu einer die bisherigen Ausmaße weit übersteigenden Materialschlacht, die zu geschätzten, nicht mehr exakt nachweisbaren Gesamtverlusten (beider Seiten) von 700 000 bis 800 000 Mann führte. Die Franzosen behaupteten sich durch ein neues, effizientes Ersatzsystem, ihre treffgenaue Artillerie und wegen der Abzüge deutscher Truppen an die durch die russische Juni-Offensive in Galizien geschwächte Ostfront.

96

Georg von Hertling an Karl von Hertling
München, 9. April 1916

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 26, f. 86–87)

Lieber Karl!

Ueber das Ergebnis der Pariser Konferenz ist Zuverlässiges nicht bekannt geworden.[1] Vielleicht war ein solches nicht zu verzeichnen, dagegen scheinen die Spannungen und Gegensätze unter den Mächten der Entente stark hervorgetreten zu sein. In Frankreich schreit man förmlich nach einer wirksameren militärischen Unterstützung seitens England, findet dafür aber wenig Geneigtheit. Daß die Franzosen den Krieg noch über den Herbst hinaus aushalten könnten, gilt als ausgeschlossen. Leider aber scheint den Leuten noch immer nicht das Verständnis für die wirkliche Lage der Dinge aufzugehen, das zeigt das wüste Geschrei, welches die vortreffliche Rede des Reichskanzlers ausgelöst hat.[2] Was den Fortgang der Ereignisse bei Verdun betrifft, so ist man in den maßgebenden Kreisen voller Zuversicht. Ich bekenne daß ich auf ein rascheres Tempo gehofft hätte. Als ich in Berlin war, sprach Henni von fünf Wochen, jetzt hört man Ende April oder Mitte Mai als Endtermin bezeichnen, aber an einem schließlichen Erfolg zweifelt glücklicherweise niemand.

[…] Wegen der Pathenschaft des Königs habe ich gestern mit Staatsrat von Dandl[3] gesprochen. Voraussetzung ist, daß der erwartete Stammhalter den Namen, d.h. Rufnamen, Ludwig führen wird. Das will der König haben, und ich finde es auch

1 Auf ihrer Konferenz in Paris am 27.–28. März beschlossen die Alliierten eine engere Zusammenarbeit. Vgl. Eberts Rede im Reichstag am 5. April 1916: Die von Reichskanzler und Reichstag bekundete Bereitschaft, Friedensangebote zu diskutieren, hätten die feindlichen Regierungen geradezu »mit Kriegsfanfaren beantwortet. Es steht auch fest, daß die jüngste Pariser Konferenz die Zerstörungs- und Vernichtungsforderung der feindlichen Mächte von neuem bekräftigt hat«. Schulthess 57, NF 32 (1916/I), S. 164.

2 Reichstagsrede am 5. April, zweite Beratung des Etats für 1916, in der Bethmann ziemlich drakonisch ausführte, nach diesem Kriege gebe es für Polen, die Baltenländer und Belgien keine Rückkehr zum »status quo ante«. Belgien dürfe kein »englisch-französischer Vasallenstaat« werden, auch sei »der flämische Volksstamm nicht wieder der Verwelschung« preiszugeben. (Schulthess 57, NF 32 [1916/I], S. 160 f). Nach Wolff, Tagebücher, S. 367, arbeitete und feilte an der Rede »eine ganze Anzahl Personen«.

3 Otto Ritter von Dandl (1868–1942), geb. in Straubing, Jurastudium, 1890 Vorbereitungsdienst, 1896 Amtsrichter beim Amtsgericht München, 1897 Amtsrichter im Justizministerium, 1900 dort Landgerichtsrat, 1901 Staatsanwalt, 1903 Regierungsrat, Oberregierungsrat, 1906–1912 in der Geheimkanzlei des Prinzregenten Luitpold, 1908 Ministerialrat im Justizministerium, 1911 dort Ministerialdirektor, 1912–1917 Kabinettschef des Prinzregenten und König Ludwigs III., Staatsrat im a.o. Dienst; November 1917–November 1918 Vorsitzender des Ministerrats, Staatsminister des Kgl. Hauses und des Äußern, 1919–1933 Präsident des Landesfinanzamts in Würzburg, ab 1929 in München. Schärl, S. 91; Große Bayerische Enzyklopädie, Bd. 1, S. 329 f.

ganz passend, daß dadurch das Andenken desjenigen in der Familie erhalten wird, der sie in den Grafenstand erhoben hat.[4] Seid Ihr damit einverstanden, so will Dandl mit dem König sprechen und fragen, ob Du ihm die Bitte vortragen darfst. Du mußt dann, wie es scheint, direkt an S[eine] Majestät schreiben, doch will ich mich hierüber noch einmal erkundigen. […]

Weißt Du schon, daß Josi Fugger sich mit einer Baronin Loe verlobt hat?[5] Sie soll sehr wenig haben, es wird also eine sehr kleine Menage werden, aber mich freut's, daß es noch Leute gibt, die dazu den Mut haben.

Mit vielen Grüßen, wie immer
Dein tr[euer] Vater

4 Hertling riet seinem Sohn davon ab, für den Fall, dass ein Mädchen geboren würde, der Königin die Patenschaft anzutragen. Georg an Karl von Hertling, München 15. April 1916. BArch, NlH, Nr. 26, f. 88–89.

5 Josef Graf Fugger von Glött (1874–1944) hatte bereits am 21. Oktober 1915 in Kappeln Maria-Kristine Freifrau von Loë (1889–1958) geheiratet. Hertling erfuhr dies durch einen Besuch des jungen Paares bei sich zu Hause kurz nach dem 9. April 1916.

97

Alfred Brunswig an Georg von Hertling
[Im Felde,] 10. April 1916

II bayr. A[rmee] k[orps] Funkspr[ech] Abt[eilung] 2 (eigh. Or.; AGG, Nr. 5)

Signaltrupp 11

Hochverehrter Herr Minister!

Vielen Dank für die gütigen Zeilen vom 24. III., mit denen Eure Excellenz mich recht erfreuten, ist man doch hier draussen für jedes freundliche Gedenken aus der Heimat doppelt empfänglich.

Mir geht es – immer noch am gleichen Platz – bisher recht gut, ja eigentlich immer besser, sodass ich den Dienst hier draussen und auch das Leben in steter Gefahr recht lieb gewonnen habe. Daher weiss ich zur Stunde gar nicht, ob ich mich darüber freuen soll, dass ich demnächst für mehrere Wochen zu einem Offiziersaspiranten Kurse in die Heimat abkommandiert werde. Eigentlich nur um meiner Mutter willen bin ich damit einverstanden. Der eigentliche Sinn der soldatischen Existenz erfüllt sich ja doch nur im Felde und mit der bescheidenen Stellung des einfachen Mannes hatte ich mich inzwischen auch völlig ausgesöhnt.[1]

Unser Dienst war bisher im Wesentlichen Wachdienst in unserm Lichtsignalunterstand in der zweiten Infanteriestellung, um im Fall schweren Trommelfeuers noch die Verbindung aufrecht zu erhalten. Wahrscheinlich aber werden wir die allernächsten Tage hier noch Gelegenheit haben, im Ernst uns zu bewähren! –

Nach München zurückgekehrt, hoffe ich dann, Eurer Excellenz mündlich weiteren Bericht erstatten zu können.

1 Am 18. Februar 1916 berichtete Brunswig Hertling, er sei vor zwei Tagen »von unserm Hauptmann zum Gefreiten befördert worden und auf diesen ersten militärischen Titel fast ebenso stolz wie seinerzeit bei meiner Promotion auf den ›Dr‹.« AGG, Nr. 5.

Die Besetzung der Külpe-Professur[2] scheint nicht ohne Schwierigkeiten vor sich zu gehen; E. Becher[3] kenne ich nicht sehr genau, von seiner »Naturphilosophie«[4] hatte ich nur den Eindruck einer fleissigen und sorgfältigen Arbeit.- Ein wenig hoffe ich immer noch, es würde durch Freiwerden eines Postens für mich nur bald der Ausblick in meine Zukunft nach dem Kriege erhellt werden. Einstweilen bemühe ich mich mit Erfolg, streng soldatisch mit dem Gelieferten und der Löhnung auszukommen.-

Mit grossem Interesse lasen wir hier die jüngste Rede Bethmann Hollwegs mit ihrer schärferen Bestimmung der Kriegsziele. Möchten diese Ziele bald und ohne allzu schwere neue Opfer realisierbar sein.- Die Stimmung der Fronttruppen ist seit einiger Zeit wieder viel zuversichtlicher, als sie vor einigen Wochen war. Nach der Heimat freilich verlangen fast alle.-

Seien Eure Excellenz versichert, dass ich stets Ihrer in unwandelbarer Treue und Verehrung gedenke
als Ihr sehr ergebener
Alfred Brunswig.

2 Oswald Külpe (1862–1915), aus Kandau in Kurland, 1887 Dr. phil. in Leipzig, Assistent am Institut Wilhelm Wundts, 1888–1894 Privatdozent an der Universität Leipzig, 1894 Ruf nach Würzburg, 1910 nach Bonn, 1912 nach München, verstorben am 30. Dezember 1915; Gründer der Würzburger psychologischen Schule (Grundriß der Psychologie, 1893). http://www.bbl-digital.de/eintrag/Kuelpe-Oswald–1862–1915/ (29.11.2017). Mit »Spannung« und wohl auch Hoffnung erwartete Brunswig »die Lösung der Frage der Professur Külpe's«. (Brunswig an Hertling, 18. Februar 1916. AGG, Nr. 5). Nachfolger Külpes in München wurde E. Becher, für C. Baeumker eine Entscheidung im Sinne des von Külpe und Vorgängern vertretenen »kritischen Realismus« gegen die Kandidaten, die wie Edmund Husserl, Ernst Cassirer und Ernst Troeltsch einen »idealistischen Kantianismus« vertraten. Baeumker an Hertling »persönlich«, München 9. März 1916. AGG, Nr. 3.

3 Erich Becher (1882–1929), aus Reinshagen bei Remscheid, 1904 Dr. phil. in Bonn (Psychologie des Lebens), Schüler Benno Erdmanns, 1907 Privatdozent für Philosophie in Bonn, 1909 o. Professor für Philosophie in Münster, 1916–1929 in München. Er forschte u.a. über: Philosophische Voraussetzungen der exakten Naturwissenschaften, 1907 (Habilitationsschrift Bonn), die Ethik und den Vitalismus. Er stellte die »Hypothese eines überindividuell Seelischen« auf. Aloys Wenzl, Becher, Erich, in: NDB 1 (1953), S. 688 f.

4 Naturphilosophie. Unter Red. von C. Stumpf bearb. von Erich Becher (Die Kultur der Gegenwart, Teil 3, Abt. 7, Bd. 1), Leipzig-Berlin 1914, X, 427 S.

98

Max Ettlinger an Georg von Hertling
München, 13. April 1916

(eigh. Or.; AGG, Nr. 5)

Euer Exzellenz

sage ich meinen aufrichtigsten Dank für die so gütige Fürsprache. Das Gesuch, welches der Kösel'sche Verlag für mich eingereicht hatte, ist nunmehr genehmigt worden und ich wurde gestern vorläufig entlassen und bis 1. August zurückgestellt. Bei der vorangegangenen ärztlichen Untersuchung wurde ich abermals nur noch »arbeitsverwendungsfähig für Schreibdienste« befunden, somit zu keiner eigentlich soldatischen Dienstleistung mehr geeignet.[1] Ich darf also vorläufig ruhigen Gewissens zu meinen Arbeiten zurückkehren und neue in Angriff nehmen. Im nahen S[ommer]-S[emester] gedenke ich zu lesen über »Grundfragen der Geschichtsphilos[ophie]« nebst anschließenden Übungen anhand von Augustinus' »Gottesstaat«. Ursprünglich hatte ich mir das als mein erstes Friedenskolleg gedacht. Nun wird es hoffentlich ein nicht ganz unnützes Stück der auf geistigem Gebiet so notwendigen Friedensvorarbeit werden. Möge, wenn das Semester zu Ende geht, um unser aller willen der Zeitpunkt nicht mehr ferne sein, wo der Staat seiner eigentlichen Aufgabe: der »pax terrena« zurückgegeben wird und die Mahnungen des Statthalters Christi bei der europäischen Christenheit nicht mehr wirkungslos verhallen!

Mit verehrungsvollen Grüßen
stets Euer Exzellenz
dankbar ergebener Max Ettlinger

1 Der Privatdozent Ettlinger hatte Hertling am 9. Januar 1916 berichtet, er sei »kurz vor Weihnachten« 1915, »eben noch zum Offizieraspiranten bestimmt, endgiltig mit Herzbeschwerden zusammengebrochen«.

99

Georg von Hertling an Karl von Hertling
München, 24. April 1916

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 26, f. 90)

Lieber Karl!

Als ich vorgestern zum Vortrag kam, begrüßte mich der König mit den Worten: ich nehme sehr gerne die Pathenschaft des Enkels an. Ich sagte meinen Spruch, wie ich ihn Dir geschrieben habe, und fragte, ob Du selbst noch Schritte zu tun hättest, was der König verneinte.

Ich muß nachher noch einmal hingehen, obgleich wir um 1 Uhr nach Ruhpolding fahren wollen. Durch die amerikanische Note ist eine starke Spannung in die politische Situation gebracht worden, und da mag ich nicht davon gehen, ohne vorher mit dem König gesprochen zu haben. Ich hoffe, daß sich ein Weg finden läßt, um den Bruch mit Amerika mit Ehren zu vermeiden.[1] Sie sind dort eine niederträchtige unverschämte Bande, aber die Nachteile eines Bruchs wären doch sehr groß, der Krieg würde in's Unabsehbare verlängert und die Schwierigkeiten der Volksernährung würden steigen. Dazu kommt, daß in Verdun nicht alles so geht, wie es sollte und erwartet wurde. Du mußt aber nicht glauben, daß ich Pessimist und Flaumacher geworden wäre, davon ist keine Rede. Ich vertraue sicher, daß unser Herrgott uns nicht im Stiche lassen wird. Ich will auch nicht ängstlich sein, wegen des Flecktyphus, zumal ich Deine Leidenschaft für Waschen und Baden kenne.

Behüt Dich Gott, viele Grüße von
Deinem tr[euen] Vater

1 Hertling hielt am 24. April König Ludwig III. Vortrag über die am 20. April überreichte amerikanische Note auf der Grundlage eines Promemorias, das er noch am gleichen Tag der bayerischen Gesandtschaft in Berlin zusandte. Er wies unverblümt auf die überwiegenden Nachteile eines Bruchs mit Amerika hin, während der König diesen für unvermeidbar hielt, wenn sich nicht ein für Deutschland ehrenvoller Weg eröffne. Der Stellvertreter Lerchenfelds, Hans von Schoen, antwortete am 26. April, dass auch die Reichsleitung zunächst von der Unvermeidbarkeit des von Wilson geradezu gewünschten Konflikts ausging, dann aber aufgrund von Nachrichten aus Washington den Eindruck erhielt, dass die USA im Wesentlichen nur die Konzession wünschten, unbewaffnete Frachtschiffe nicht ohne Anruf anzugreifen – eine Einschränkung des U-Boot-Kriegs, die »eigentlich den Intentionen der Reichsleitung schon bisher entsprochen hätte«. (Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 596–600). – Hans von Schoen (1876–1969), 1903 Eintritt ins Bayerische Staatsministerium des Kgl. Hauses und des Äußern, 1910–1918 an der bayerischen Gesandtschaft in Berlin, Geheimer Legationsrat, z.D., 1920 Eintritt ins AA, Gesandtschaftsrat in Wien, 1921 Geschäftsträger in Warschau, 1922 Gesandter in Athen, 1926 in Budapest, 1933 z.D., 1937 a.D. Rosenberg, Korrespondenzen, S. 68.

100

Georg von Hertling an Gisberta von Biegeleben
Ruhpolding, 28. April 1916

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 8, f. 118–119)

[…] *Dankt für die Erinnerung an den Jahrestag seiner Übernahme des Ministeriums.* Nachdem wir so weit sind, wird es, so Gott mir Leben und Gesundheit erhält, noch einige Zeit weiter halten. Man hat den Eindruck, als ob der ärgste Sturm vorüber wäre, aber für die höchsten Interessen, die ich zu vertreten habe, ist leider noch nicht viel geschehen und wird auch längst nicht so viel geschehen können, als ich hoffen möchte und andere von mir erwarten. Was in zwei Generationen versäumt oder verdorben wurde, kann nicht in Wochen und Monaten wieder gut gemacht werden. […]

Zur Zeit ist das gesellschaftliche Leben auf seinem Höhepunkt. Für mich ist die Beteiligung daran eine rechte Last, da mir noch immer der Grundsatz anhängt, worauf unsre liebe Mutter unsre Sonntagsspaziergänge einrichtete: wo Musik ist, da gehen wir nicht hin. Ich weiß nicht, ob das bei mir als Erziehungsfehler nachwirkt oder ob es Faulheit.

Von Karl kamen heute zwei Briefe auf einmal. Es geht ihm, Gott sei Dank, fortwährend gut. Anfang Juni denkt er für drei Wochen auf Urlaub zu kommen. Hoffentlich ist bis dahin ein Stammhalter da. Karl hatte den Wunsch, der König möge die Patenschaft übernehmen, während Giulia lieber mich statt dessen gehabt hätte. Ich hielt den Wunsch für berechtigt. Der Grafentitel, den der erwartete Sohn fortsetzen soll, ist uns von König Ludwig verliehen worden aus Anlaß seiner Thronbesteigung, bei der ich mitzuwirken hatte.[1] Das soll durch die Namensgebung festgehalten werden. Ich ließ Karl's Wunsch dem König durch seinen Kabinettschef vortragen, worauf der mich beim Vortrag am vergangenen Samstag mit den Worten empfing: ich nehme sehr gerne die Patenschaft für den Enkel an. […]

1 König Ludwig übergab am 4. Januar 1914 Hertling persönlich das Handschreiben mit der Erhebung in den Grafenstand. Dabei »brachte er diese Erhebung ausdrücklich mit der Lösung der Königsfrage in Verbindung. Und das ist es ja, was dem Titel, den ich sonst lieber nicht gehabt hätte, seine Bedeutung gibt. Die Familie bleibt dadurch dauernd in Verbindung mit einem wichtigen Ereignis der bayerischen Geschichte. Was mich aber wirklich freut, ist die Freude, die nach mir zugekommenen Äußerungen die Auszeichnung bei den Gesinnungsgenossen im Lande, den deutschen Katholiken, hervorgerufen hat. Im übrigen fühle ich mich nicht anders, und lege Wert darauf, mit meinen lieben Geschwistern in der gleichen engen Zusammengehörigkeit zu bleiben, wie bisher«. Hertling an Gisberta Biegeleben, München 6. Januar 1914. BArch, NlH, Nr. 8.

Was die politische Situation betrifft, so will ich trotz der neuen Verwicklung mit Amerika[2] an der Hoffnung festhalten, daß uns der Herbst den Frieden bringen wird. Endlich muß doch auch bei Franzosen, Engländern und Russen die Einsicht zum Durchbruch kommen, daß es keinen Sinn hat, den Krieg, unter dem alle gleichmäßig leiden, noch immer weiter fortzuführen, und daß es Zeit ist, dem entsetzlichen Blutvergießen ein Ende zu machen.

Nun nur noch viele Grüße von mir und dem ganzen Hause […]
Dein treuer Bruder Georg Hertling

2 Am 24. März war der französische Passagierdampfer Sussex, auf dem sich US-Bürger befanden, bei der Überfahrt von Folkestone nach Dieppe torpediert worden. Lerchenfeld riet, in einer Note an die USA zumindest zu erklären, der Kommandant des U-Boots würde dafür zur Rechenschaft gezogen und bestraft. Dieser gab an, er habe den Dampfer für ein Minenboot gehalten. Der Vorfall hatte einen deutsch-amerikanischen Notenwechsel zur Folge. Vgl. Wolff, Tagebücher, S. 369; Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 592–604.

101

Georg von Hertling an Stephan Ehses
Ruhpolding, 4. Mai 1916

(eigh. Or.; AGG, Nr. 5,3)

Lieber, sehr verehrter Herr Prälat!

Im Begriffe, nach München zurückzukehren, will ich noch rasch meine Dankesschuld abtragen. Es war sehr schön von Ihnen, daß Sie des St. Georgs-Tags gedacht haben, obwohl derselbe in diesem Jahre durch das Osterfest sehr in den Schatten gestellt war. Ich danke Ihnen herzlich dafür.

Wir haben hier zehn sehr angenehme Tage verbracht, die mir wohl getan haben, nun muß ich aber wieder in's Geschirr. Also Herr Dr. Jaeger[1] wollte oder will Sie interviewen, um dann einen Beitrag zur römischen Frage zu liefern! Nach meiner Erfahrung tun wir deutschen Katholiken am besten daran, die Finger davon zu lassen. Was man in Rom, d. h. im Vatikan, will, ersieht man am besten aus den Artikeln der Civiltà [Cattolica] vom Februar und März d[ieses] J[ahres]. Keine Einmischung der anderen Mächte, der Papst will eine Verständigung mit Italien auf Grund der von ihm festzustellen[den] unveräußerlichen Rechte und Forderungen. Italien soll es als sein welthistorisches Vorrecht ansehen, daß in Rom der Sitz des Kirchenregiments ist. Für eine stärkere Vertretung des nicht-italienischen Elements an der Curie ist dann natürlich kein Platz.

Meine Frau erzählte mir, Sie hätten daran gedacht, in München Ihren Wohnsitz zu nehmen, um die dortigen Bibliotheken zu benützen. Ich würde das auf's Freudigste begrüßen, aber da Sie kein Wort davon schreiben, fürchte ich, daß der schöne Plan schon wieder aufgegeben ist.

Fragen Sie doch Freund Müller, den ich herzlich von mir zu grüßen bitte, und dem es hoffentlich gut geht, was er dazu meint, ob wir nicht den Gedanken in's Auge fassen sollten, im Oktober das 40jährige Bestehen der G[örres]G[esellschaft] zu feiern? Auch andere Vereine oder Corporationen wollen in diesem Jahre ihre Generalversammlung halten, unbekümmert um die Dauer des Kriegs, so in der Pfingstwoche die historische Kommission bei der Akademie der Wissenschaften

1 Dr. phil. Eugen Jäger (1842–1926), aus Annweiler (Pfalz), Redaktionsleiter der von 1849/50–1936 erschienenen Pfälzer Zeitung (Speyer), 1881 Mitgründer des pfälzischen Zentrumsvereins, 1898–1918 Mitglied des Reichstags, seit 1906 im Vorstand der Zentrumsfraktion, 1907 Vorsitzender des pfälzischen Zentrums, 1887–1911, 1919–1920 Mitglied des bayerischen Landtags. Jäger erhoffte sich von Ehses Hintergrundwissen für einen Artikel über die römische Frage in der Wochenschrift Allgemeine Rundschau (München). Ehses an Hertling, 24. April 1916. AGG, Nr. 9. Vgl. www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Pfälzer_Zeitung_(1849–1936) (9.12.2017).

in München[2] und eine Woche später in Kelheim der bayerische Kanalverein.[3] Auch bin ich des Glaubens, daß der Krieg nicht bis zum Oktober dauern wird, doch ist das etwas, was man nicht in Rechnung setzen kann. Grauert, mit dem ich darüber sprach, lehnte den Gedanken nicht ab.

Unter Wiederholung meines Danks, wie immer in herzlicher Verehrung
Ihr aufrichtig ergebener
Hertling

2 1916 entwickelten Moriz Ritter (1840–1923) und Friedrich Meinecke den Plan, die Arbeiten der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften um ein Großunternehmen, die in vier Abteilungen gegliederte Reihe »Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts«, zu erweitern – für Meinecke ein »gewaltiger Rahmen für eine Höhezeit unserer nationalen Geschichte«. Zitiert nach Gall, S. 22 f.

3 Der Bayerische Kanalverein wurde 1891 für den Ausbau des Rhein–Main-Donau-Kanals gegründet.

102

Stephan Ehses an Georg von Hertling
Koblenz (Marienhof), 9. Mai 1916

(eigh. Or.; AGG, Nr. 9)

Exzellenz!

Der Besuch von Dr. E[ugen] Jäger schien nach zweimaligem Aufschub zu Wasser werden zu wollen, ist aber schließlich in voriger Woche doch erfolgt, aber hoffentlich unschädlich verlaufen.[1] Denn obschon ich die Artikel der Civiltà, auf die Euer Exzellenz hinweisen, nicht kannte, haben sich meine bei Jäger vertretenen Ansichten doch ziemlich auf der gleichen Linie bewegt, indem ich nur eine solche Lösung vorschlug, die jede grundsätzliche Reibung mit dem italienischen Königtum und dem gegebenen Volkswillen ausschließt, selbst unter ausgesprochenem Verzicht auf weltliche Herrschaft und Rom, aber unter der Bedingung vollständiger Sicherstellung und dauernder Unabhängigkeit in Bezug auf die Mittel zur Regierung der Kirche, sowie ausgedehnter Bewegungsfreiheit vor allem in Rom mit Umgebung bis ans Meer, dann aber auch nach festzulegenden Normen durch Italien und nach dem Auslande. Alles aber ohne irgend eine für Italien etwa empfindliche Einmischung von außen, die dem Papste das Odium des Volkes bis in den Vatikan hinein zuziehen würde. Was nun H. Jäger schreiben wird, muß ich seiner Besonnenheit überlassen; jedenfalls hat er in mir keinen Intransigenten gefunden, auch wohl nicht gesucht, obschon er die Möglichkeit einer Maßregelung Italiens unsererseits zu überschätzen scheint.

Daß Euer Exzellenz mit meiner Absicht, nach München überzusiedeln, einverstanden sind, ist mit sehr willkommen und hat meinen Entschluß schnell zur Reife gebracht. Auf die gütige Anregung durch Ihre Exz[ellenz] Frau Gräfin bin ich zunächst deshalb nicht zurückgekommen, weil ich erst meine römischen Papiere soweit bearbeiten wollte, als dies hier im Rauen geschehen kann; das geht nun, nachdem die Sachen die Reise so gut überstanden haben, schneller als ich glaubte, sodaß ich nach etwa 6–8 Wochen damit hoffe abschließen zu können. Da es sich bei den Konzilsakten wesentlich um theologische und kanonistische Litteratur handelt, wird mir, wie ich glaube, die Münchener Bibliothek besser dienen als die Berliner, und daß mir zum Aufenthalt München besser gefällt als Berlin, darunter wird wohl meine preußische Vaterlandsliebe nicht leiden. Die Frage ist nur die, ob ich in München eine ähnliche Unterkunft werde finden können wie hier, d. h. wo möglich in einem Schwesternhause, das mir alle Sorge um Verpflegung und Zubehör abnimmt, auch nur solche Verpflichtungen auferlegt, die mit Bibliothek und Hausarbeit vereinbar sind. Ein Freund von mir teilte mir mit, daß an solchen Refugien in München, z.B. in

1 Siehe oben Nr. 101.

Haidhausen, kein Mangel ist, und daß dort zuweilen nach geistlichen Herren gefragt wird. Vielleicht krönt Exz[ellenz] Frau Gräfin ihre Güte durch gelegentliche Nachfrage und hilft damit dem römischen Flüchtling, daß er wieder in sein richtiges gelehrtes Fahrwasser kommt.

Für die 40jährige Generalversammlung in Coblenz sind leider die Aussichten schlecht, weil dort der neue Oberbürgermeister[2], der mit dem Rufe eines guten Katholiken sein Amt antrat, immer deutlicher zu der gegnerischen Partei abschwenkt und sich zum Vasallen des Oberpräsidiums macht. Das Neueste ist, daß er gegen die deutliche Mehrheit des Stadtrates einen Protestanten zum Oberarzte[3] des städtischen Borromäerinnenhospitals ernannt hat im Gegensatze zu einem mindestens gleich befähigten Katholiken aus Coblenz. Freund Müller war über die Maßen erregt, und allenthalben empfindet man diese Ernennung wie einen Schlag ins Gesicht, der wahrscheinlich dazu führen wird, daß die gesellschaftlichen Beziehungen zu dem Oberbürgermeister auf das Unumgänglichste beschränkt werden. Bei der Görres–Versammlung wäre es aber, meint Müller, unerläßlich, den Oberbürgermeister einzuladen und zum Wort kommen zu lassen, was derselbe voraussichtlich benutzen würde, um wieder in katholische Augen Sand zu streuen. Jedenfalls hält es Müller für unmöglich, dem Manne durch solch eine Einladung ein Vertrauensvotum zu geben.

Gott gebe, daß bis zu dem Versammlungstermin der Krieg sein ruhmvolles und gesegnetes Ende findet, damit man endlich wieder anfangen kann, die Erde, die wie in einem Baukasten zusammengerüttelt ist, neu aufzubauen.

Mit den besten Empfehlungen an die hochverehrte Frau Gräfin Exz[ellenz] und das ganze Haus

Euer Exzellenz
in treuester Verehrung
ergebenst
Prälat Ehses.

2 Bernhard Clostermann (1874–1919), aus Bochum, Jurist, Stadtrat in Bochum, 1909–1914 Bürgermeister von Mülheim bei Köln, ab März 1915 Oberbürgermeister von Koblenz.

3 Dr. Fritz Hohmeier (1876–1950), aus Großenwieden an der Weser, 1901 Dr. med. (Tübingen), danach chirurgische Ausbildung, 1911 Privatdozent an der Universität Greifswald, 1912 Oberarzt und Professor an der Universitätsklinik Marburg, 1916–1946 »Chefarzt der Städtischen Krankenanstalten in Koblenz«. https://de.wikipedia.org/wiki/Fritz_Hohmeier (12.6.2021).

103

Hermann Cardauns an Georg von Hertling
Bonn, 6. Juni 1916

(eigh. Or.; AGG, Nr. 8)

Lieber Freund!

Während des Krieges habe ich absichtlich die Correspondenz mit Dir so ziemlich eingestellt: ich dachte, Du hättest jetzt wirklich mit anderen Dingen zu tun. Heute weiche ich von der Regel ab, um Dir meine Freude über die Besserung Deines Befindens auszudrücken; erst aus den Zeitungsnachrichten über Deine Reconvalescenz sah ich, daß Du erkrankt warst.

Ich wollte Dir ein kleines Gastgeschenk bei diesem brieflichen Besuch mitbringen, nämlich Deine Dir wahrscheinlich noch unbekannte Charakteristik in dem englischen Büchlein Who's Who in Hunland.[1] Entsprechend dem Zugeständnis sub voce Huns, daß es auch noch anständige Germans gebe, bist Du ganz anständig behandelt. Du sollst Bethmann einen Spitznamen verschafft haben, so etwas wie Erz-Doctrinär. Leider habe ich die Abschrift verlegt; finde ich sie noch, so lege ich sie bei.

Wir haben auch nach dem Tode meines Sohnes[2] noch viel durchgemacht. Der Zustand meiner neuen Schwiegertochter war sehr traurig […]. Jetzt liegt mein 3. Sohn[3] schon seit fast 5 Wochen im Kölner St. Vincenz-Hospital; schwerer Gelenk-Rheumatismus, die Herz-Affection glücklicherweise überwunden, aber jedenfalls langsame und lange Reconvalescenz. Eine Erkrankung meiner Frau (Beginn von Rippenfellentzündung) hat sich Gottlob auf wenige Tage beschränkt. Jetzt muß ich die leichtsinnige Dame, die ihre schwere Operation vom März v[origen] J[ahres] vollständig überwunden hat, schon wieder vor übermäßiger Anstrengung hüten. Von meinen Söhnen steht der Jüngste[4] als Assistenz-Arzt im Westen; den Aeltesten[5] hat man in wechselnden Garnisonen ein halbes Jahr lang ausgebildet, wobei er in anmutiger Abwechslung bald feld- bald garnisondienstfähig war; an dem Schicksal, an die schöne Garnison Brest-Litowsk verschickt zu werden, kam er mit knapper Not vorbei: Tags vorher kam Contre-Ordre des General-Commandos, und kurz darauf wurde er bis auf Weiteres entlassen, jedenfalls auf Reclamation des O[ber]L[andes]

1 Frederic William Wile, Who's who in Hunland. A Glossary of the persons, issues, places and things we read about in Germany, London 1916 (Nachdruck Charleston 2011).

2 Ludwig Cardauns.

3 Hermann Cardauns (1884–1945). Ancestry.de

4 Franz Cardauns (1890–1938).

5 Nach dem Tod Ludwigs war dies Alexander Cardauns, geb. 1882.

Gerichtspräsidenten. Jetzt tut er wieder Amtsrichterdienste in Rheinbach, mein Sohn Eugen dito in Bonn, nachdem er ein sehr schönes Assessor-Examen gemacht hat[6].

Mir geht's gesundheitlich merkwürdig gut. Gegen die Langeweile schütze ich mich durch etwas Kriegshülfe und kleine literarische Arbeit. Daß ich an der Haltung der K[ölnischen]V[olks]Z[ei]t[ung] unschuldig bin, brauche ich Dir kaum zu sagen. Man hat dort im vorigen Jahr gründlich mit dem alten Eisen aufgeräumt. Seitdem schreibe ich nur noch Kleinigkeiten, nicht für den Verlag, sondern für die Redaction.

Mit der G[örres]G[esellschaft] müssen wir weiter wursteln. Glücklicherweise hat sie in Prof. Rademacher einen ganz vortrefflichen Generalsecretär bekommen. Viel Sorge machte mir die Fortführung der Gratisschriften. Eine Schrift zum Cervantes[7]-Jubiläum fiel ins Wasser, weil der Verf[asser] eingezogen wurde, Prof. Lübeck mußte seine Zusage (Oriental[ische] Mission) zurückziehen, weil seine beiden Eltern starben und er selbst erkrankte,[8] da ist Prof. Dyroff[9] mit einer Arbeit über Windischmann eingesprungen; gegenwärtig ist sie im Druck und erscheint hoffentlich (erste Schrift für 1916!) nicht gar zu lang nach Beginn der zweiten Jahreshälfte.[10]

6 Eugen Cardauns, geb. 1886, später Justizrat. Freundliche Auskünfte des Historischen Archivs der Stadt Köln.

7 Miguel de Cervantes Saavedra (1547–1616), in der deutschen Romantik vielbeachteter spanischer Dichter, Verfasser des satirischen Romans Don Qixote (1605, 1615).

8 Erschien als 1. Vereinsschrift 1917: Konrad Lübeck, Die katholische Orientmission in ihrer Entwicklung dargestellt, Köln 1917. – Konrad Lübeck (1873–1952), geb. in Hünfeld, aus Handwerkerfamilie, nach Theologiestudium 1895 Priesterweihe in Fulda, Dr. phil. (Marburg), Dr. theol. (Berlin), einer der ersten Forscher an der Jerusalemer Görres-Station, der Bischof erteilte ihm keine Freigabe für die Habilitation, 1911–1934 Professor am Gymnasium in Fulda, anerkannter Orientalist und Byzantinist, auch hessischer Heimatforscher, 1934 vom NS-Regime zum Rücktritt gezwungen.

9 Adolf Dyroff (1866–1943), geb. in Damm bei Aschaffenburg, nach Studium der Altertumswissenschaft, Germanistik, Geschichte, Philosophie und Kunstgeschichte 1892 Dr. phil. bei Oswald Külpe in Würzburg, 1894–1899 Gymnasiallehrer in Würzburg, 1899 Habilitation in München (Demokritstudien), 1901 a.o. Professor für Philosophie in Freiburg im Breisgau, 1903 o. Professor in Bonn, 1925–1926 Rektor, 1934 zwangsemeritiert; Forschungen zur Ontologie, Ästhetik, Ethik, Pädagogik, über die philosophischen Systeme des 19. Jahrhunderts, zur Geschichte der Philosophie, insbesondere der Renaissance. Zu seinen Schülern zählen Peter Wust, Theodor Steinbüchel, Martin Honecker, Heinrich Lützeler und Johannes Maria Verweyen. Vgl. Uwe Kriegel u. Jonas Abs, Inhaltsverzeichnis des Nachlasses von A. Dyroff, ULB Bonn.

10 Adolf Dyroff, Carl Joseph Windischmann (1775–1839) und sein Kreis, Köln 1916 (Görres-Gesellschaft, 1. Vereinsschrift 1916).

Möge die Gesellschaft wie ihr Präsident bald das Ende des schrecklichen Krieges sehen – wir Laien glauben Symptome einer nicht fernen Entscheidung zu bemerken. *Ein ehemaliger Kollege hat eine Eingabe wegen seines gefallenen Sohns an Hertling gesandt und bat ihn, daran zu erinnern.*

Mit der Bitte, mich Deinen Damen zu empfehlen – vielleicht findet Eine von ihnen Zeit, mir einige Zeilen über Dich und Deinen Sohn zu schreiben – in alter Anhänglichkeit und Verehrung

H. Cardauns

104

Georg von Hertling an Hermann Cardauns
Ruhpolding, 17. Juni 1916

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 58)

Lieber Freund!

So sehr ich mich über Deinen Brief vom 6. d[ieses] gefreut habe, der mir wieder einmal ein Lebenszeichen von Dir brachte, ebenso leid hat es mir getan, demselben entnehmen zu müssen, daß Du wieder viel Not und Elend in der Familie durchzumachen hattest. Gott sei Dank, konntest Du aber doch eine Wendung zum Besseren melden. Ich hoffe von Herzen, daß es dabei geblieben ist.

Der Krieg hat bisher ein direktes Opfer nicht von mir gefordert. Mein Sohn ist bisher wohlbehalten durchgekommen. Am Dienstag haben wir in Augsburg, wo er zur Zeit in Urlaub ist, der Taufe seines jüngst geborenen Söhnchens[1] beigewohnt. Wie Du Dich vielleicht erinnerst, hatte er das erste, vor 8 Jahren geborene nach 10 Monaten verloren. Dann waren zwei Mädchen erschienen und nun kam auch der von den Eltern so sehr ersehnte Stammhalter, bei dem der König Pathenstelle übernommen hat. Mein Schwiegersohn,[2] der bisher sehr gegen seine Wünsche im Kriegsministerium zurückgehalten wurde, soll am 1. Juli ein Regiment erhalten und an die Front kommen. Dann fangen für meine Tochter die Sorgen an. Hoffentlich geht alles gut, ein Regimentskommandeur von der Artillerie ist nicht einer von den zumeist Gefährdeten. Wissen kann man es freilich nie. Als indirektes Opfer des Kriegs muß ich aber wohl den Tod meiner lieben jüngeren Schwester, Frau von Ellerts[3] in Hildesheim, bezeichnen. Bei ihrer steten Hilfsbereitschaft und vielfachen charitativen Tätigkeit hat sie sich wohl zuviel zugemutet und dadurch die Widerstandskraft des Organismus geschwächt. Sie starb nach nur zweitägiger Krankheit, so habe ich in kaum mehr als Jahresfrist zwei Geschwister verloren.[4]

Mir geht es in der Hauptsache – abgesehen von meinen 73 Jahren – wieder gut. Wäre ich nicht Minister, so würde man aus meinem Unwohlsein, das ich mir wohl durch eine Ueberanstrengung zugezogen hatte, nicht viel Aufhebens gemacht haben. Ein ganz besonderes Pech war es freilich, daß ich an dem Tage meiner Erkrankung zu einem den Bulgaren zu Ehren veranstalteten Feste eingeladen hatte, an dem ich nun selbst nicht teilnehmen konnte, und daß kurz danach der Reichskanzler nach

1 Ludwig (Lupo) v. Hertling, geb. am 7. Juni 1916.

2 Heinrich (Henni) von Weitershausen.

3 Maria Ludovica (1850–1915), verheiratet mit dem Regierungsrat Georg v. Ellerts.

4 Carl Maria Franz v. Hertling, geb. 1847, starb 1915; er stand seinem Bruder nahe und ertrug es, dass er nicht gleichen Erfolg wie Georg hatte.

München kam und ich mich von allen offiziellen Veranstaltungen fernhalten mußte. Der Pariser Presse hat das sogar Anlaß zu der sensationellen Nachricht gegeben, ich hätte Bethmann absichtlich geschnitten. In Wahrheit ist er fast eine Stunde bei mir gewesen. Darüber fällt mir ein, daß es [nur] amüsiert haben würde, meine Charakteristik durch den freundlichen Verfasser vom who is who zu sehen. Wenn er mich aus der massa damnationis herausnimmt, so ist die Tendenz natürlich die gleiche, wie bei jener Erfindung der französischen Presse.

Ich habe in den letzten Wochen besonders häufig an Dich gedacht, Bindeglied: Clemens Brentano.[5] Hast Du Reinhold Staig's Buch: Cl[lemens] Br[entano] und die Brüder Grimm[6] schon angesehen? Als Publikation nicht einwandfrei, aber inhaltlich überaus interessant. Das ist »Cl. Br. aus persönlichem Umgange dargestellt«. Der Eindruck ist aber so unerfreulich wie möglich. Die Charakteristik, die Ludwig Grimm,[7] der jüngste der Brüder, den Br[entano] in München zum Künstler hatte ausbilden lassen, und der ihm dafür auch stets dankbar blieb, in einem der letzten Briefe von dem haltlosen Manne entwirft, ist vernichtend. Hoffentlich hast Du den Gedanken, Dich weiter mit ihm zu beschäftigen, nicht aufgegeben. Mir erscheint es ordentlich wie eine Ehrenschuld, daß die Legende, die katholischerseits um Cl[emens] Br[entano] gewoben wurde, nun auch von unsrer Seite zerstört wird. Damit desavouieren wir freilich auch die schöne Görres-Schrift des sel[igen] Domdekan Heinrich.[8] Auf Dyroffs Windischmann freue ich mich, man weiß so wenig von dem Manne, der doch seiner Zeit zu den anregendsten katholischen Persönlichkeiten gehört haben muß. Dein günstiges Urteil über Prof. Rademacher war mir sehr erfreulich, ich hatte meinerseits die Befürchtung, wir wären, nicht durch den Krieg allein, in eine Periode des Stillstands geraten. Ob es zu einer Feier des 40jährigen Bestands der G[örres]G[esellschaft] in diesem Herbste kommen wird? Wie mir Ehses kürzlich schrieb, will nun Ed[uard] Müller doch dem Gedanken nachgehen. Schön wäre es, besonders schön für mich, wenn ich dazu kommen könnte, und sehr gerne würde ich auch wieder eine Ansprache halten, da ich allerhand auf dem Herzen habe. Aber ein Minister darf ja nicht alles sagen, was er sagen möchte.

---

5 Clemens Brentano (1778–1842), der bedeutende Dichter der Hochromantik, große Erzähler, Lyriker und Novellist war ein Onkel von Hertlings Mutter Antonie von Guaita mütterlicherseits und somit Georg von Hertlings Großonkel. Vgl. W. Becker, Hertling, Jugend, Bd. 1, Tafel 3.

6 Reinhold Steig, Clemens Brentano und die Brüder Grimm, Berlin 1914 (Nachdruck Brüssel 1970).

7 Ludwig Grimm (1790–1863), Bruder von Jacob und Wilhelm Grimm, 1832 Professor an der Akademie in Kassel.

8 Erschienen als 3. Vereinsschrift 1878: Johann Baptist Heinrich, Clemens Brentano, Köln 1878, 104 S. – J. B. Heinrich (1816–1891), 1837 Dr. jur., danach Privatdozent in Gießen, 1842 Studium der Theologie, 1845 Priesterweihe, 1851 Professor für Dogmatik am Priesterseminar in Mainz, 1855 Domkapitular in Mainz, 1867 Domdekan, 1869 Generalvikar, 1850–1890 Mitherausgeber der Zeitschrift Der Katholik, 1882 Dr. theol., Prälat; ab 1873 erschien sein Hauptwerk: Dogmatische Theologie, Bd. 1–6. Siehe oben Nr. 85.

Seit vorigem Donnerstag sind wir hier. Leider scheint das Wetter, das heute glorreich war, wieder in seine schlechte Laune zurückfallen zu wollen. Immerhin konnten die Landleute, wenn sie über die nötigen Kräfte verfügten, ihr Heu heimbringen.

Mit den besten Grüßen von Haus zu Haus, in alter Freundschaft
Dein Hertling

105

Georg von Hertling an Julius Bachem
Ruhpolding, 22. Juni 1916

(masch. Kop.;[1] AGG, Nr. 4)

Verehrtester Herr Justizrat!

[…] Sie haben recht, wer hätte je gedacht, daß wir noch einmal wegen der Lebensmittelversorgung der Stadt Köln mit einander korrespondieren würden! Die Sache gehört auch nicht eigentlich in mein Ressort, sondern in das des Ministeriums des Innern, ich habe aber auch nicht gezögert, sie dorthin abzugeben und in einem beigefügten Briefe, Herrn von Soden, der ja auch ein alter Zentrumsmann ist, dringend gebeten, zu tun, was möglich ist.[2] Wir sind zur Zeit in ganz Deutschland bezüglich der Ernährungsfrage in eine recht schwierige Periode geraten, hoffentlich wird es in sechs bis acht Wochen wieder besser. Aber nach Argumenten gegen den sozialistischen Zukunftsstaat brauchen wir jetzt nirgends mehr zu suchen[3], wie haben es alle am eigenen Leibe erfahren, was eine rationierte Regelung der Volkswirtschaft auf sich hat. In normalen Zeiten ließe man sich so etwas nicht gefallen. Jetzt aber muß man anerkennen, daß die Bevölkerung bisher die Freiheitsbeschränkungen mit Geduld ertragen hat. Nur dürfen die Vorräte nicht zu knapp werden, hier hoffe ich aber auf die steigende Zufuhr aus Rumänien. […]

Die Köln[ische] Volkszeitung fährt zur Zeit auf einem ganz falschen Geleise und wird die führende Stellung verlieren, die sie in der Zentrumspresse einnahm. Und werden wir denn nach dem Kriege noch eine einheitliche Zentrumspartei in Deutschland haben? Ich muß gestehen, daß mir das Reichstagscentrum schon mehr als einmal schwere Sorge gemacht hat. Aber das sind ja Dinge, die mich als bayrischen Minister gar nicht mehr angehen […]

1 Kop. ohne Unterschrift.

2 Am 1. Juli 1916 sandte Hertling Julius Bachem eine Abschrift der wenig befriedigenden Antwort Sodens. Siehe unten Nr. 110.

3 Vgl. Georg von Hertling, Ueber alte und neue Staatsromane. Ein populärer Vortrag. 1890, in: ders., Kleine Schriften zur Zeitgeschichte und Politik, S. 193–222.

106

Hermann von Grauert an Georg von Hertling
München, 25. Juni 1916

(eigh. Or.; AGG, Nr. 8)

Hochverehrte und liebe Excellenz,

Wie Sie aus der Anlage ersehen werden, ist auch die Görres-Gesellschaft auf den 4. und 5. Juli d[ieses] J[ahres] zu einer Sitzung des erweiterten Zentralkomités für die Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands nach Frankfurt a[m] M[ain] eingeladen worden.

Da ich nun während des Semesters nicht gut von hier fortgehen kann, zumal die Rektoratsgeschäfte mich täglich in Anspruch nehmen, so möchte ich vorschlagen, dass wir Praelat Mausbach, der ja bestimmt nach Frankfurt gehen wird, und den Herrn Generalsekretär der G[örres]G[esellschaft], Professor Dr. Rademacher zu dieser Sitzung abordnen.

Sobald ich Ihres Einverständnisses sicher bin, werde ich an Mausbach und Rademacher schreiben.

Der Fall »Foerster«[1] macht mir einige Sorgen. In einem an mich gerichteten Schreiben stellt Foerster in Aussicht, er werde nach Friedensschluss über »Ethik und Politik« lesen und dabei unter der Autorität des Lehramtes seine Ansichten über das neue deutsche Reich vortragen. Bis dahin läuft ja noch einiges Wasser die Isar hinab. Ich habe aber Herrn Foerster bei einer mündlichen Besprechung gesagt, er habe durch sein Auftreten eine Unruhe in die Universität hineingetragen, wie sie seit den Sturmjahren 1847–49 in den Räumen der Alma Mater nicht mehr geherrscht habe. […]

1 Friedrich Wilhelm Foerster (1869–1966), geb. in Berlin, seine Eltern waren Freidenker, 1893 Dr. phil. bei Alois Riehl in Freiburg im Breisgau (Der Entwicklungsgang der Kantischen Ethik bis zur Kritik der reinen Vernunft), Vorsitzender der 1892 gegründeten Deutschen Gesellschaft für Ethische Kultur, 1894–1897 Redakteur der Zeitschrift Ethische Kultur, 1898 Habilitation in Zürich mit einer sozialpsychologischen Studie (Willensfreiheit und sittliche Verantwortung), bis 1912 Dozent an der Technischen Hochschule Zürich, 1903/04 Abwendung von der autonomen Ethik, vernehmliches Bekenntnis zum Christentum, aber kein Beitritt zur katholischen oder evangelischen Kirche, international hervorgetreten durch sein Werk: Jugendlehre (Gesamtaufl. 118 000), 1913 Professor der Pädagogik in Wien, 1914 in München, jeweils »gegen den Willen der Fakultätsmehrheit« (Hoschek, S. 97 f.); 1918/19 »Amateurdiplomat« der bayerischen Räteregierung in Bern, 1920 Aufgabe seines Lehrstuhls wegen gegen ihn gerichteter nationalistischer Umtriebe, Umzug nach Zürich, 1926 nach Paris; Publikation von ca. 5000 Aufsätzen, u.a. in den Zeitschriften Die Menschheit, Die Zeit, darunter »politische Kampfschriften« (Hoschek, S. 129); Ausbürgerung durch das NS-Regime und Verbrennung seiner Bücher, 1940–1963 Exil in New York, danach Aufenthalt in der Schweiz; Memoiren: Erlebte Weltgeschichte, 1953. Sein Artikel in der pazifistischen Zeitschrift Die Friedenswarte (Jg. 18, H. 1, 1916) über Bismarck löste eine nationalistische Pressekampagne gegen ihn aus, die Philosophische Fakultät rückte von ihm ab. Es drohte die Schließung der Universität durch das Generalkommando. Foerster kam mit dem Kultusministerium überein, ein Jahr Urlaub von seiner Lehrtätigkeit zu nehmen. Hoschek, S. 101–104.

Der Fall von Verdun scheint jetzt in grössere Nähe gerückt zu sein, der wolhynischen wie der bukowinischen Front wünsche ich volle Wiederherstellung.

Mit den herzlichsten Grüssen und Empfehlungen in alter Treue
Dr H v. Grauert

107

Georg von Hertling an Hermann von Grauert
Ruhpolding, 27. Juni 1916

(eigh. Or.; AGG, Nr. 23)

Hochverehrter Freund!

Sieht nicht, was die Besprechung des Zentralkomitees in Frankfurt mit der Görres-Gesellschaft zu tun hat, sie enthält keinen uns interessierenden Programmpunkt, doch nachdem uns die Ehre der Einladung zuteilwurde, soll Prof. Rademacher hinfahren.

Was Ihnen Prof. Förster über die weiterhin von ihm einzunehmende Haltung gesagt hat, kann ich nur bedauern. Gewiß klafft zwischen Politik und Moral seit Jahrhunderten und Jahrtausenden ein tiefer Zwiespalt, und es sollte das Ziel der fortschreitenden christlichen Kultur sein, diesen Zwiespalt zu überwinden. Aber warum richtet er seine Kritik ausschließlich gegen Bismarck, warum nicht vor allem gegen die Engländer, die seit jeher eine brutale Seeräuber-Politik befolgt haben[1]? An der Erklärung der Fakultät beklage ich die mißverständliche Fassung, auch weiß ich nicht, ob es nötig war, sie zu veröffentlichen. Das Schlimmste aber ist, daß die ganze Aktion erst auf das denunziatorische Vorgehen des evangelischen Bundes erfolgte.[2] Wie dem aber auch sei, Förster hat aufgehört, eine Autorität zu sein, auf die man sich weiteren Kreisen gegenüber stützen kann.

Trotz des Wetterumschlags bekommt ihm der Aufenthalt in Ruhpolding gut.

Mit angelegentlichen Empfehlungen und herzlichen Grüßen
in alter Freundschaft, ihr ergebener
Hertling

---

1 Die Kampagne gegen Foerster setzte erst ca. ein halbes Jahr nach Erscheinen seines mehr gelehrten als agitatorischen Artikels in der Friedenswarte ein. F. W. Foerster, Bismarcks Werk im Lichte der großdeutschen Kritik, in: Die Friedenswarte 18 (1916), S. 1–9, stellte dem »verhängnisvollen Ausweichen« Bismarcks vor den »Problemen unserer mitteleuropäischen Existenz« und den »Vorurteilen der Nationalenthusiasten« die »Hauptgedanken« des Föderalisten Constantin Frantz (1817–1891) über »eine echte deutsche Weltpolitik« gegenüber. Frantz habe »die katastrophale Entwicklung der europäischen Verhältnisse schon vor dreißig Jahren vorausgesagt«. L. Brentano, Urheber, S. 23–27, wandte sich gegen die »britische Seetyrannei«, hielt jedoch auch die deutsche »Englandhetze« und Englands Bestrebungen zu Freihandel und Frieden der Erwähnung wert.

2 Gründer des Evangelischen Bundes zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen im Januar 1887 in Erfurt war Willibald Beyschlag (1823–1900), 1860–1900 Professor für praktische Theologie in Halle. Die nationalistische Einigungsbewegung, die innerkirchlich unionistische Tendenzen verfolgte, richtete sich gegen die dem Reich angeblich drohenden Gefahren des Katholizismus und Sozialismus. Sie wurde bis 1914 die größte protestantische Organisation mit 510 000 Mitgliedern, ging aber 1914–1918 stark zurück. In der Weimarer Republik näherte sie sich der DNVP an und übernahm völkische Ideen. Sie schrumpfte im Dritten Reich und ging zur Arbeitsgemeinschaft evangelischer Theologen über.

108

Ludwig Nieder an Georg von Hertling
M[önchen] Gladbach, 27. Juni 1916

(masch. Or.; AGG, Nr. 8)

Euer Exzellenz!

Das beiliegende Dokument der inneren Kämpfe im katholischen Lager verletzt, wie ich[1] meine, in mehr als einer Hinsicht den Geist, der seiner Zeit von Ihrem akademischen Lehrstuhl auf uns jüngere Generation ausgegangen ist[2], so sehr, dass ich es mir nicht versagen kann, Euer Exzellenz mitten hinein in alle Ministersorgen einer schweren Zeit diese eigenartige Kundgebung zu senden.

In dem ausgezeichneten Kant-Artikel aus der Feder Euer Exzellenz im Kirchenlexikon[3] – (der müsste längst samt Ihren übrigen in dieser relativen Verborgenheit stehenden philosophischen Artikeln herausgehoben und in entsprechender Form weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden) steht der hier einschlägige Satz: »Die ernste und nachdrückliche Hervorhebung des Pflichtgedankens ist anerkennenswert und das Beste in der Kantischen Ethik«. Die entsprechende Kritik, welche auch Generaldirektor Dr Pieper[4] niemals negieren möchte, fügen Euer Exzellenz

1 Ludwig Adrian Nieder (1880–1922), geb. in Mittelbexbach (Saarpfalz), 1900–1903 Studium der Philosophie und Theologie an der Universität München, 1903 am Priesterseminar in Speyer, 1904 Priesterweihe, 1904–1906 Kaplan in Diedesfeld (Weinstraße), 1908 Dr. phil. bei Lujo Brentano: Die Arbeitsleistung der Saar-Bergleute in den königl. Steinkohlengruben bei Saarbrücken seit dem Jahre 1888 (über das Missverhältnis zwischen Arbeitsumfang und Entlohnung), 1909 publiziert in den Münchener Volkswirtschaftlichen Studien, 1908 Mitarbeiter von Dr. Heinrich Brauns im Volksverein für das katholische Deutschland in Mönchengladbach, Abteilung für Organisation und Werbung, Kursus- und Konferenzarbeit, 1920–1922 Nachfolger Brauns' (der Reichsarbeitsminister wurde) als Direktor dieser Abteilung. »Eine der hervorragenden Führergestalten des Volksvereins«, war Nieder von tiefer religiöser Zuwendung zu den Menschen geprägt. Sein Schriftenverzeichnis führt von 1907 bis 1921 61 Broschüren und Aufsätze auf (über Caritas, Industrie- und Großstadtseelsorge, Turnen, Familienleben, Sozialismus, Staatssozialismus, Dienstmädchenorganisation, Karl Marx, Görres, Ketteler, Franz Hitze und Franz Brandts, im Weltkrieg vaterländische Reden). Er starb auf einer seiner vielen Konferenzreisen am 7. Februar 1922 an einer Lungenentzündung in Deidesheim (Pfalz). Mockenhaupt, S. 104 f.; vgl. Klein, S. 83; Heitzer, Volksverein, S. 41, 242.

2 Nieders Lehrer waren in München von 1900 bis 1903 der in freiwilliger Armut lebende Jurist und Nationalökonom Karl Wasserrab (1851–1916) (von ihm: Sociale Politik im Deutschen Reich, 1889; als Vorlesungsnachschrift das Buch: Soziologische Nationalökonomie, 1917), später Lujo Brentano.

3 Georg von Hertling, Kant, in: Kirchenlexikon oder Encyklopädie der katholischen Theologie und ihrer Hülfswissenschaften, 2. Aufl. in neuer Bearbeitung, begonnen v. Joseph Hergenröther, fortgesetzt v. Franz Kaulen, Bd. 7, Freiburg im Breisgau 1891 (1. Aufl. 1889), Sp. 60–98.

4 August Pieper (1866–1942), aus Eversberg bei Meschede, nach Studium der Philosophie und Theologie an der Gregoriana in Rom 1890 Priesterweihe und Promotion zum Dr. phil und Dr. theol., Kaplan in Bochum, 1892 Generalsekretär, 1903–1918 Generaldirektor des Volksvereins für das

gleich bei: »aber die Herleitung bleibt im Dunklen, der eigentliche Grund der Verpflichtung unaufgeklärt«.

Da ich bei meiner mehr als zweimonatlichen Vereinstätigkeit unlängst in Schlesien die »Petrus Blätter«[5] noch in so manchem Hause vorfand, so schrieb ich an mehrere einflussreiche Herren im Sinne der beiliegenden Kopie.

Mit meinen Bemerkungen möchte ich keineswegs die Schlusswendung des »Katholischen Monatsbriefes«[6] unseres Herrn Generaldirektors als formell unbedingt einwandfrei erklären, wohl aber meine ich, sollte der Sinn nach den ganzen vorausgegangenen Darlegungen und auch im Hinblick auf den Studiengang und die ganze Lebensarbeit des Verfassers gegen eine geradezu böswillig anmutende Auffassung sichergestellt sein. Handelt es sich bei diesen und ähnlichen unangenehmen Erscheinungen im katholischen Lager um das Nachzittern der alten, bereits abgezogenen Gewitter, oder um die Vorboten neuaufstehender innerer Kämpfe? Wie sehr bedürfen wir einer festen, geschlossenen, arbeitsfreudigen Einheit nicht nur im Interesse des kirchlichen Lebens, sondern auch der grossen kommenden Aufgaben im Deutschen Volksganzen und darüber hinaus in der Neubeeinflussung der ganzen übrigen Menschheit.

Möge es Euer Exzellenz vergönnt sein, zusammen mit uns allen eine günstige Entwickelung der Dinge miterleben und mitgestalten zu können.

In dankbarer Erinnerung an die mir unvergesslichen Universitätsvorlesungen
bin ich
Euer Exzellenz
ergebenster
Dr. Nieder

---

katholische Deutschland, auch Vorstandsmitglied der Gesellschaft für soziale Reform, seit 1901 Herausgeber der Zeitschrift Präsides-Konferenz, 1906–1918 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, 1907–1908 des Reichstags (Zentrum). Er blieb bis 1928 im Vorstand des Volksvereins, trat im Gewerkschaftsstreit für die interkonfessionellen Gewerkschaften ein und geriet mit der integralistischen Linie in Konflikt. Thomas Dahmen, Pieper, August, in: NDB 20 (2001), S. 425–426; Einleitung zum Nl August Pieper, StAM, V 071.

5 Petrus-Blätter. Wochenschrift zur Beurteilung unserer Zeit im Lichte des römisch-katholischen Glaubens, Trier 1911–1920; hier; Jg. 6 (1915/16). Die Zeitschrift verfolgte mit ihrem Redakteur (von 1913 bis 1916) Ferdinand Rüegg (1884–1970) einen integralistischen Kurs. Weiß, Modernismus, S. 175–177; Rivinius, S. 279.

6 Katholische Monatsbriefe, hg. vom Arbeitsausschuss zur Verteidigung deutscher und katholischer Interessen im Weltkriege, Red. E. Krebs, 1917–1918. Den Arbeitsausschuss leitete Prälat Mausbach.

Anlage:
Sehr geehrter Herr !
M[önchen] Gladbach, den .....
(masch. Kop.; AGG, Nr. 8,2)

In Nummer 36 der »Petrus Blätter« vom 6. Juni Seite 307 steht ein Artikel gegen den Generaldirektor des Volksvereins Dr August Pieper. Vergleichen Sie, bitte, mit diesem Angriff den fraglichen Monatsbrief selber; desgleichen auch den Artikel des Jesuitenpaters N. Scheid in Nummer 9 der »Stimmen der Zeit« (aus Maria Laach) über den »Wert Schillers für unsere literarische Erneuerung«.[7]

Was soll man sagen, wenn in dieser Weise »Ketzer« künstlich gemacht werden. Wie kann man im Ernst aus dieser Stelle herauslesen wollen, dass Schiller[8] und Kant[9] für den Verfasser die höchsten Ideale sittlichen Pflichtbewusstseins seien. Wie oft wird in der Kirchengeschichte und in der Apologetik auf gewisse erfreuliche Erscheinungen hohen natürlich-sittlichen Ernstes bei heidnischen Persönlichkeiten und Familien des sinkenden Römerreiches mit bewundernder Anerkennung hingewiesen und dabei die Qualifikationen solcher Elemente für die Aufnahme auch des übernatürlichen sittlichen Lebens hervorgehoben. Von den Erwägungen eines berechtigten nationalen Solidaritätsgefühls und jener selbstsicheren freudigen Anerkennung jeden ehrlichen geistigen Ringens und Strebens, die von den Tagen des hl. Augustinus an bis zu den Vorlesungen des Freiherrn von Hertling über Geschichte der Philosophie auch den »grandes passus extra viam«[10] gewidmet wurde, will ich einmal ganz absehen.

Gebe Gott, dass wir von dieser Art der Befehdung und Bekämpfung im eigenen katholischen Lager verschont bleiben. Sonst zerstören wir unsere eigene Kraft. Aus dieser Erwägung heraus trage ich vorläufig noch Bedenken, dem Artikel der »Petrus Blätter« in der Tageszeitung eine Zurückweisung zu widmen. Ich frage mich nur, ob nicht doch vielleicht Herren, besonders auch in Schlesien, die den »Petrus Blättern« ihr Vertrauen schenken, ohne Kenntnis des ganzen katholischen Monatsbriefes von Dr August Pieper den ungünstigen Eindruck unkorrigiert mit sich weitertragen. Wollen Sie mir, bitte, im Interesse der auch von Ihnen so eifrig geförderten neuaufblühenden Volksvereinsarbeit in Schlesien

7 Nikolaus Scheid, Der Wert Schillers für unsere literarische Erneuerung, in: Stimmen der Zeit 91 (1916), S. 248–263, wandte sich kulturkritisch gegen die literarische Avantgarde der Jahrhundertwende.

8 Friedrich von Schiller (1759–1805), einer der beiden deutschen »Dichterfürsten«; Dramatiker, Lyriker, Essayist, historische und philosophische Abhandlungen.

9 Immanuel Kant (1724–1804), bedeutendster deutscher Philosoph der Aufklärung mit bahnbrechender Wirkung auf Metaphysik, Erkenntnistheorie und Ethik.

10 Die großen Schritte, die abseits des Wegs gemacht werden.

eine rückhaltlose Antwort zukommen lassen. Im voraus für Ihre Bemühungen herzlichsten Dank.

Mit bestem Grusse bin ich
Ihr ergebenster
gez. Dr. Nieder.

109

Georg von Hertling an Ludwig Nieder
Ruhpolding, 1. Juli 1916

(masch. Kop.; StAM, Nl Pieper, Nr. 102)

Sehr geehrter Herr Doktor!

Ihr sehr wertes Schreiben vom 27. nebst Beilagen habe ich erhalten, ich sage dafür besten Dank. Die Redaktion der Petrus-Blätter hatte es für angemessen erachtet, mir den fraglichen Artikel direkt zuzuschicken. Ich habe mit grösstem Missfallen von seinem Inhalte Kenntnis genommen und obwohl ich den von Herrn Prälaten Pieper herrührenden Monatsbrief nicht gelesen hatte, mir sofort das Urteil gebildet, dass es sich um einen ebenso gehässigen, als grundlosen, aus Unwissenheit erwachsenen Angriff handle. Der Verfasser weiss nichts von dem Ernste der Kant'schen Pflicht-Lehre, er weiss nur, dass Kant das Gespenst ist, mit dem man gewisse Kreise nervös machen kann. Ich habe von Anfang meiner Lehrtätigkeit an gegen die Kant'sche Philosophie Stellung genommen, den Idealismus, die Ablehnung der Metaphysik, den Vernunftglauben usw. bekämpft, Kants sittlichen Ernst aber stets anerkannt.

Dass Sie mir ein so freundliches Andenken bewahrt haben, freut mich von Herzen und verpflichtet mich zu aufrichtigem Danke. Den von Ihnen erwähnten Artikel im Kirchenlexikon habe ich der kleinen Sammlung von Aufsätzen beifügen lassen, welche vor einiger Zeit unter dem Titel »Historische Beiträge zur Philosophie« erschienen ist.[1] Mit der Bitte, mir das Wohlwollen auch künftighin zu erhalten, verbleibe ich in vorzüglicher Hochachtung

ergebenst
Gf. Hertling.

1 Georg von Hertling, Historische Beiträge zur Philosophie, hg. von J. A. Endres, Kempten-München 1914, S. 303–345.

110

Georg von Hertling an Julius Bachem
Ruhpolding, 1. Juli 1916

(masch. Kop.; AGG, Nr. 4)

Hochverehrter Freund!

Endlich habe ich Antwort vom Minister des Innern erhalten. Sie liegt in Abschrift bei, wird Sie aber recht wenig befriedigen.[1] Ich bedaure von Herzen, daß sie nicht anders ausgefallen ist. Aber was ist zu machen, die wirtschaftliche Situation wird immer gespannter, und wo nichts ist, hat selbst Berlin »das Recht verloren«. Gebe Gott, daß das bessere Wetter anhält und wir eine ordentliche Ernte bekommen […].

Wenn ich kann, komme ich zur Generalversammlung der G[örres]G[esellschaft] nach Koblenz. Das ist dann für mich der Abschied, denn ich beabsichtige, die Feier unseres 40jährigen Bestehens zum Anlaß zu nehmen, von der Präsidentenstelle zurückzutreten.[2] Ganz bestimmt aber rechne ich darauf Sie bei dieser Gelegenheit zu sehen und zu sprechen. […]

1 Soden schied am 7. Dezember 1916 aus dem Kabinett aus. Presseangriffe hatten ihm vorgeworfen, bei der Versorgung das Land gegenüber den Städten und Preußen bevorzugt zu haben. Trautmannsberger, S. 235 f.

2 Hertling teilte dies am gleichen Tag auch Grauert mit. Er bezog sich billigend auf eine Besprechung zwischen Müller, Ehses, Cardauns, Rademacher, A. Schulte und Dyroff in Bonn, die vereinbart hatten, »trotz aller Bedenken« in Koblenz eine sehr eingeschränkte Generalversammlung (ohne Sektionssitzungen) abzuhalten. Auf den ersten Tag mit Vorstandssitzung und Begrüßungsabend sollten am zweiten »die Hauptversammlung und ein den Verhältnissen angepaßtes gemeinschaftliches Mittagessen« folgen. Er komme, falls möglich, »natürlich gerne« zu der Versammlung und wolle dort seine Abschiedsrede halten. Grauert meldete dies Rademacher am 4. Juli. AGG, Nr. 80. Laut Protokoll der Sitzung vom 11. September 1916 wurde in Koblenz allerdings »der bisherige Vorstand, da sich kein Widerspruch erhebt, durch Zuruf wiedergewählt«. AGG, Nr. 99.

111

Stephan Ehses an Georg von Hertling
Koblenz (Marienhof), 8. Juli 1916

(eigh. Or.; AGG, Nr. 9)

Exzellenz!

Dankt, dass Hertling und seine Frau Anna sich um seine Unterkunft in München bemüht haben. Nach Mitteilung Müllers soll die Generalversammlung am 12. und 13. September stattfinden, damit sie nicht auf die allerletzten Ferientage der Gymnasien fällt. Einen kleineren Arbeitsausschuß wird Müller in den nächsten Tagen zusammenrufen, dessen nächste Arbeit wird dann die Bildung eines Ortskomite's auf breiter Grundlage zum Zwecke recht wirksamer Werbetätigkeit sein, die in Coblenz und am Rhein wie an der Mosel hoffentlich gute Erfolge erzielt. […]

Einzelheiten über das Programm kann ich hier unterlassen, da Euer Exz[ellenz] von zuständiger Seite darüber erfahren werden und ich schon in den Vorbereitungen stehe, meine Zelte hier abzubrechen. Mit der Vorsteherin des Marienstiftes in Ottostr. 7 bin ich sofort in Verbindung getreten und werde dort favente Deo am Dienstag, 18. Juli Wohnung beziehen. *Wahrscheinlich wird bei der Rückkehr des bisherigen Mieters im Oktober ein Zimmerwechsel nötig werden.* Das schadet aber ceteris paribus nichts; ich werde bis dahin zusehen, ob ich nicht etwa zwei, wenn auch vielleicht kleinere Zimmer haben kann.[1]

Freut sich auf die Benutzung der Münchener Bibliothek, nachdem er hier all das erledigen konnte, wofür er keine größeren Hilfsmittel brauchte. Von der preußischen Gesandtschaft in Lugano ist ihm zugesagt, sich um die Beschaffung mancher Desiderate auf photographischem Wege zu bemühen, die dem nächstfolgenden Aktenband[2] *sehr zu statten kommen werden.*

Von dem gegenwärtigen Aktenbande werden bis zur Versammlung in Coblenz c[irca] 300 Seiten im Reindruck vorliegen. Vor Jahren hatte ich dem R[everendissi]mus von Trier versprochen, ihm als Trierer Diözesan diesen Band zu widmen, und wenn S[ein]e Gnaden an der Versammlung teil nehmen, würde sich wohl Gelegenheit

1 Ehses bezog ein Zimmer, das für seine »bescheidene fahrende Habe« ausreichte, fühlte sich behaglich, vor der »sonst üblichen Pensionsneugier« geschützt und konnte wieder seine »römische Tagesordnung, wenigstens im Besuch der Staatsbibliothek, aufnehmen«. Ehses an Hertling, München 22. Juli 1916. AGG, Nr. 9.

2 Concilium Tridentinum. Diariorum, actorum … nova collectio. Tom. 9, Concilii tridentini actorum, pars sexta. Complectens acta post sessionem sextam (XXII) usque ad finem concilii. 17. sept. 1562 – 4. dec. 1563. Collegit, edidit, illustravit Stephanus Ehses, Friburgi Brisgoviae 1924, XXXI, 1193 S.; 2. Aufl. 1965.

bieten, davon Erwähnung zu tun, wenn auch der Druck bis zum Schlusse noch einige Jahre erfordert.[3]

Die für den Vatikan bestimmten 4 Exemplare des Tomus X sind durch Herder an der Münchener Nuntiatur eingeliefert worden und dürften unterdessen ihr Ziel bereits erreicht haben.[4]

Freund Müller teilt mir mit, daß nunmehr auch H. Baron v. Weitershausen an die Spitze eines Regimentes treten und bald ins Feld rücken werde. In Berlin sprachen wir bereits davon, und der H. Baron sah der Sache mit heiterstem Auge ins Angesicht. Wolle Gott seine gnädige Hand über ihn halten wie auch über Ihren Sohn, damit beide wohlbehalten aus diesem schrecklichsten der Kriege heimkehren und den Ihrigen zurückgegeben werden.

Wie immer mit den höflichsten Empfehlungen an Ihre Exz[ellenz] Frau Gräfin und das ganze Haus

Euer Exzellenz
in treuester Verehrung
ergebenst
Prälat Dr. Ehses

3 Der Band erschien 1919.

4 Tom. 10. Siehe oben Nr. 66 Anm. 4. Ein Band war für den Papst, einer für Kardinalstaatssekretär Gasparri bestimmt, die beiden anderen für die vatikanische Bibliothek und das Geheimarchiv. Die Bände konnten »infolge des neuesten italienischen Einfuhrverbotes, das sich über sämtliche Werke deutscher Firmen erstreckt«, nicht direkt zum Vatikan befördert werden. Auf Kardinal Gasparri werde »nicht ohne Eindruck bleiben, daß im Lande der ›Barbaren‹ auch zu Kriegszeiten noch Werke von solchem Gewicht und solcher Gediegenheit entstehen können«. Ehses an Hertling, Koblenz 21. Mai 1916. AGG, Nr. 9.

112

Alfred Brunswig an Georg von Hertling
Im Felde,[1] 9. Juli 1916

(eigh. Or.; AGG, Nr. 5)

Hochverehrter Herr Minister!

Seit bald drei Wochen bin ich nun schon wieder an der Front. Es war mir zu meinem grossen Bedauern nicht möglich gewesen, mich von Eurer Excellenz persönlich zu verabschieden. Als wenige Tage nach Beendigung des Offiziersaspirantenkurses uns der Abmarschbefehl traf, fand ich Excellenz nicht mehr in München vor. Hoffentlich hat der Aufenthalt im Gebirge Ihnen volle Wiederherstellung von der letzten Erkrankung gebracht!

Ich selbst bin wieder an den gleichen Platz der Westfront gekommen, nun als Leiter unsrer Lichtsignalstation, in nächster Verbindung mit mehreren Batterien und als Truppführer. Meine Stellung ist durchaus befriedigend. Seit 14 Tagen ist es aber hier infolge der grossen englischen Offensive äusserst lebhaft. Unter andern habe ich bereits 3 Gasangriffe mitgemacht, darunter einen recht ernsten. Ich war bei schwerem Trommelfeuer in Alarmbereitschaft auf meiner Station, als die Gaswolke hereindrang. Dank der Gasmaske konnten wir ohne Schaden unsere Tätigkeit fortsetzen, aber dieser Kampf mit der vergifteten Luft gehört zu den grausigsten Kriegserlebnissen. Zum Glück ist es dem Gegner bisher noch nicht gelungen, ein so furchtbares Gas wie unser eigenes herzustellen,[2] sonst würde bei dem fast ständigen Westwind unsere Stellung bald unhaltbar werden.- Selbst das Grün der Felder und Gärten trägt die deutlichen Spuren der zersetzenden Einwirkung des Gases.

Ums ganz Ausserordentliche gestiegen ist auch die Fliegertätigkeit, fast täglich werden bei uns Fliegerbomben abgeworfen.

Wir müssen auf noch andere Kämpfe Tag und Nacht gefasst sein. Hoffentlich ist dieser allgemeine Ansturm unserer Gegner der letzte und überstehen wir ihn siegreich. Auch in der Heimat ist ja jetzt eine schwere wirtschaftliche Prüfungszeit, von der wir hier draussen übrigens kaum etwas spüren.

Recht schwer war für meine liebe Mutter der zweite Abschied, doch hoffe ich noch sie mit Gottes Hilfe glücklich wieder zu sehen. Ich werde mir erlauben, Eurer Excellenz von meinem Ergehen von Zeit zu Zeit weiter zu berichten und würde mich sehr freuen, wenn auch Excellenz meiner gelegentlich gedenken wollten.

---

1 Feldadresse: Unteroffizier Brunswig, II. bayr. A.K., Fernspr. Abt. 2, 3. Zug.

2 Seit 22. April 1915 setzten die Deutschen an der Westfront Gas ein, nachdem im Herbst 1914 die Franzosen erstmals toxische Kampfstoffe verwendet hatten. Vgl. Münkler, S. 390–399.

Auch die Philosophie musste ich in München, kaum begrüsst, wieder meiden, und auch für meine äussere philosophische Laufbahn kann ich von hier aus nicht sorgen. Die Frage der Külpe-Professur ist ja jetzt erledigt.- Ich weiss aber, dass ich mich auf ein gütiges früheres Wort Eurer Excellenz verlassen darf, und bitte Eure Excellenz herzlich, sobald sich die Möglichkeit ergibt, mich durch äussere Sicherstellung von einer schweren Zukunftssorge zu befreien, sich meiner freundlichst erinnern zu wollen.

Eure Excellenz aber und Ihr Haus möge Gott in seinen gnädigen Schutz nehmen!

Eurer Excellenz treu ergebener
Alfred Brunswig.

113

Hermann von Grauert an Georg von Hertling
München, 22. Juli 1916

(eigh. Or.; AGG, Nr. 8)

Hochverehrte und liebe Excellenz,

Das Rundschreiben, welches der Generalsekretär der G[örres]G[esellschaft] in Sachen der G[eneral]V[ersammlung] der G[örres]G[esellschaft] hat ergehen lassen, ist in meine Hände gelangt.[1] Alle Mitglieder des Vorstandes – nur Geh[eimer] Sanit[äts]R[at] Dr. Hopmann[2] hat offenbar vergessen, sein Votum einzutragen – sind mit der Abhaltung in beschränktem Umfange einverstanden. *Auf Anregung Justizrat Müllers wurde mit Rücksicht auf die Gymnasiallehrer, deren Ferien am 13. September enden, die Tagung auf den 11.–12. September vorverlegt.*

Von grösster Bedeutung ist natürlich Ihre Teilnahme. Sie müssen kommen, eine Rede halten und weiter Praesident bleiben.

An der Universität haben wir heute einen neuen Rektor gewählt in der Person des Botanikers von Goebel.[3] Von 82 Stimmen sind 72 auf ihn gefallen. Auch die Senatorenwahlen sind ohne Schwierigkeit vollzogen worden. Fr[iedrich] W[ilhelm] Foerster, welchem ich mit Ermächtigung des Ministeriums eine Abschrift meines Gutachtens über seinen Friedenswarte-Artikel[4] übersandt hatte, hat mir gedankt »für die wahrhaft objektive Beurteilung des Corpus delicti«. – Möge der Fall jetzt endlich abgeschlossen sein.[5]

[…] Unser Janheinrich ist seit Kurzem mit seinem Bataillon schwerer Artillerie in das Kampfgebiet an der Somme verschoben worden. Dort wie vor Verdun müssen schreckliche Kämpfe stattfinden. Ein Ende lässt sich immer noch nicht absehen.

---

1 Vgl. Der Generalsekretär der Görres-Gesellschaft, Rademacher, an Grauert, Bonn 7. Juli 1916. AGG, Nr. 80.

2 Carl Melchior Hopmann (1844–1925), Dr. med., Sanitätsrat, seit Gründung Vorstandsmitglied der Görres-Gesellschaft.

3 Karl (1909 Ritter) von Goebel (1855–1932), geb. in Billigheim (Baden), 1877 Dr. phil., 1880 Habilitation in Würzburg, 1881 a.o. Professor für Botanik in Straßburg, 1883 o. Professor in Rostock, 1887 in Marburg, 1891–1831 in München; Arbeiten über die Morphologie und Organographie der Pflanzen; Gründer des Botanischen Instituts und Gartens in München; Mitglied in- und ausländischer Akademien; im Ersten Weltkrieg nationalistische und antienglische Äußerungen, Dr. h.c. mult.

4 Siehe oben Nr. 107 Anm. 1.

5 Bei seiner Rückkehr nach München im Wintersemester 1917/18 erlebte Foerster wegen seines Eintretens für einen von Österreich ausgehenden Verständigungsfrieden wiederum Anfeindungen und eine Vorlesungsstörung. Die bayerische Zensurbehörde versuchte, ihn bei diesem Anlass zu schonen. Hoschek, S. 115–117.

Die Anti-Bethmänner rufen noch immer nach dem rücksichtslosen U-Boot-Krieg. Ob er uns den ersehnten Erfolg bringen würde?

Möge zunächst nur U-Deutschland[6] heil nach Deutschland zurückkehren!

Mit den herzlichsten Grüssen und Empfehlungen von Haus zu Haus
Ihr treu ergebener
Dr H v Grauert

6 Auf seiner ersten Fahrt nach Baltimore (23. Juni bis 9. Juli) lieferte das Ende März 1916 vom Stapel gelassene Handels-U-Boot Deutschland Farbstoffe und pharmazeutische Produkte für die amerikanische Chemieindustrie und kehrte Ende August mit einer Ladung Kautschuk, Nickel und Zinn für die deutsche Kriegsindustrie zurück. Der Durchbruch durch die britische Seeblockade in der Nordsee gelang auch bei einer zweiten Reise. Nach dem Kriegseintritt der USA wurde das Handels-U-Boot zum Unterseekreuzer U 155 der Kaiserlichen Marine umgebaut und beteiligte sich am U-Boot-Krieg. 1918 wurde U 155 an England ausgeliefert und abgewrackt.

114

Julius Bachem an Georg von Hertling
Köln, 25. Juli 1916

(eigh. Or.; AGG, Nr. 4)

Hochverehrte Excellenz!

Vielleicht ist es Ihnen nicht entgangen, daß ich wiederholt in den mir zugänglichen Blättern besonders gute Artikel der Bayerischen Staatszeitung in Evidenz gesetzt habe, insbesondere im Rothen Tag[1] den ausgezeichneten Artikel: »Einheit und Vertrauen«, welcher s[einer] Z[eit] als die thörichte Stimmungsmache in der U-Boot-Frage ihren Höhepunkt erreicht hatte, so vortrefflich gewirkt hat.[2] Auf diesen Artikel komme ich eben wieder zurück in einem noch nicht im Druck erschienenen Artikel des Tag.

Ich möchte aber gern für Bayern und seine Regierung ein Mehreres thun. In Norddeutschland ist neuerdings viel gegen Bayern gehetzt worden. Man spricht vom bayerischen Partikularismus und Egoismus besonders in der Frage der Lebensmittelversorgung; Bayern schwimme im Überfluß und lasse Norddeutschland darben etc. Es ist zu befürchten, daß diese Hetze, die aus verschiedenen Gründen betrieben wird, nach dem Kriege sehr üble Folgen haben wird, besonders wenn die Neuregelung der Verhältnisse des Elsaß gemäß den Wünschen Bayerns erfolgt, wie ich es nur begrüßen könnte.

Demgegenüber möchte ich im Tag und auch anderswo unter meinem Namen einen Artikel veröffentlichen, welcher etwa ausführen würde: Es schadet uns im Ausland und gibt dem Gerede von innerer Spaltung Deutschlands neue Nahrung, daß in der Ernährungsfrage Nord- und Süddeutschland gegen einander ausgespielt werden. Anerkannt muß aber werden, daß Bayern Großes für das Reich und die Versorgung des Heeres gethan hat, daß es auch in der Organisation bahnbrechend vorging. Es ist an der Zeit, daß mit solchen Auseinandersetzungen und Verrechnungen Schluß gemacht wird.

---

1 Der Tag.

2 Am 20. März 1916 teilte Ministerpräsident Hertling dem soeben zurückgetretenen Staatssekretär des Reichsmarineamts, Großadmiral Alfred von Tirpitz, mit, dass er von einem »sicheren Erfolg des schärfsten Gebrauchs unserer U-Boote« angesichts der politischen Lage und besonders des Verhältnisses zu den neutralen Staaten nicht mehr überzeugt sei und bat ihn, seinen »autoritativen Einfluß« und sein technisches Wissen über diese Waffe, über die sich die Allgemeinheit noch kein angemessenes Urteil bilden könne, gegen die ausgebrochene »höchstbedenkliche öffentliche Agitation« einzusetzen. Tirpitz antwortete, er stehe der für ihn nachvollziehbaren agitatorischen Bewegung für den U-Boot-Krieg fern und könne darum keinen Einfluss auf sie ausüben. (Tirpitz, Politische Dokumente, S. 513–517). Vehement wehrte er sich im August 1916 gegen eine angebliche Äußerung Hertlings, Tirpitz bzw. sein Vertreter hätten im Bundesrat falsche Angaben zur U-Boot-Frage gemacht. Ebd., S. 634–643, 641 f.

Ein solcher Artikel würde m[eines] E[rachtens] sehr nützlich wirken. Um ihn mit Nachdruck schreiben zu können, bedürfte ich aber einiges einschlägige Material [!], welches ich mir hier nicht verschaffen kann. Ich möchte Sie nun freundlichst bitten, güt[igst] veranlassen zu wollen, daß mir von dort aus (wohl aus dem Ministerium des Innern?) einiges Material zur Verfügung gestellt wird und zwar recht bald. Ende nächster Woche will ich nämlich mit meiner Familie nach dem Haag fahren […], um mich von meiner letzten Krankheit etwas zu erholen. Ich habe volle 4 Wochen zu Bett gelegen und bin erst seit gestern wieder für Stunden auf. Wenn aus der Aktion etwas werden soll, müsste ich das Material so frühzeitig haben, daß ich den Artikel vor meiner Abreise schreiben könnte, denn von Holland aus geht das wegen der Zensurschwierigkeiten nicht. Viel Material brauche ich nicht, aber ich möchte doch einige conkrete Daten haben, die man in München sicher sofort zur Hand hat. Leihen Sie gütigst der Sache Ihre wirksame Unterstützung.[3] Sie wissen ja, daß ich mit allem Takt die Angelegenheit behandeln werde, die wirklich ein nicht geringes gemeinsames Interesse hat.

Sehr freue ich mich, daß die General–Versammlung der Görres-Gesellschaft stattfindet. Ich werde sicher dabei sein, wenn mir mein Gesundheitszustand keinen Strich durch die Rechnung macht.

Verehrungsvoll
Ihr Ihnen aufrichtig ergebener
Dr Jul. Bachem.

3 Diese erfolgte prompt. Auf dem Ende des Briefs notierte Hertling eigh. die Adresse: »Justizrat D. Julius Bachem in Köln, Herwarthstraße«; Aktenvermerk im Briefkopf: »München, 2. August 1916. Nach Erledigung Seiner Excellenz dem Herrn Staatsminister ehrerbietigst in Rückvorlage«.

115

Clemens Baeumker an Georg von Hertling
München, 1. August 1916

(eigh. Or.; AGG, Nr. 3)

Hochverehrte Exzellenz!

Wie ein so eben von Becher eintreffender vertraulicher Brief mir[1] meldet, ist v. d. Pfordten[2] leider nicht auf die Münstersche Liste gekommen. Becher hat bis zum letzten Augenblick an ihm festgehalten, ist aber überstimmt worden. Offenbar haben die ungünstigen Nachrichten über v. d. Pfordtens schwierig zu behandelnde Persönlichkeit den Ausschlag gegeben, was ich sehr bedaure, aber nicht ändern konnte.

Wer primo loco vorgeschlagen ist, durfte Becher mir nicht mitteilen. Da er aber schreibt, ich könne es leicht erraten, vermute ich, daß es Brunswig sein dürfte, was mich herzlich freuen würde.

Die Angelegenheit Foerster beruhigt sich allmählich, wenn auch in Westfalen und Rheinland F[oerster] als Martyrer dasteht. Aber der Satz: »Das neue Reich hingegen ist ganz (!) dem heidnischen Geiste entsprungen, nämlich dem rein nationalegoistischen Individualismus, der seit der Renaissance von dem politischen Denken der Menschheit Besitz ergriffen hat, der in Bismarck seinen genialen und konsequentesten Praktiker gefunden hat, und der unaufhaltsam zu einer Katastrophe treiben mußte (!), wie alles in der Welt, was gegen den Geist der christlichen Wahrheit zu wirken und zu organisieren sucht«, enthält nicht Schalmeien-Zukunftsmusik, sondern Vergangenheitsbetrachtungen über das Werk von 1870/71, und vor allem über diesen Satz waren alle Mitglieder der Fakultät empört. Foerster hat es sehr geschickt verstanden, die Erklärung als gegen seine friedfertigen ethischen Bestrebungen gerichtet hinzustellen, und das mißfällt mir ebenso sehr, und noch mehr, als sein Verhalten im Sommer 1914 in Sachen des freireligiösen Unterrichts, wo er

1 Clemens Baeumker (1853–1924), geb. in Paderborn, dort Besuch der Philosophisch-Theologischen Akademie Theodorianum, Gymnasiallehrer, 1883 Prof. der Philosophie in Breslau, 1900 in Bonn, 1903 in Straßburg, 1912 in München, 1918 dort Rektor, Schwerpunkt scholastische und patristische Philosophie und deren antike Wurzeln, mit Hertling ab 1891 Herausgeber der international renommierten Beiträge zur Geschichte der Philosophie des Mittelalters.

2 Otto von der Pfordten (1861–1918), Sohn des früheren Vorsitzenden des bayerischen Ministerrats (1849–1859, 1864–1866) Ludwig von der Pfordten, 1883 Dr. phil. (Chemie) in München, 1886–1889 dort Privatdozent, freier Schriftsteller, wissenschaftliche Veröffentlichungen zur Chemie und Philosophie, u.a.: Konformismus. Eine Philosophie der normativen Werte, 1910; Ethik 1916, Religions-Philosophie, 1916. Hertling schätzte ihn als Philosophen, der in der Psychologie an Normen statt nur Affekten festhielt.

mir schrieb, ob wir nicht der Aufforderung von Theobald Ziegler[3] entsprechen und unsere Gutachten veröffentlichen wollten.[4] Mit Freuden stehe ich für jedes Wort ein, das ich in meinem Gutachten schrieb; aber Zieglers Wunsch zu erfüllen und seinem Kommandostab zu folgen war doch wenig angebracht.

Aber verzeihen Exzellenz; was sollen jetzt diese kleinen Dinge, wo es um so Großes sich handelt! Gebe Gott auch weiter unserm tapferen Heere Standhaftigkeit und Sieg!

Von Herzen hoffe ich, daß der Landaufenthalt Euer Exzellenz und Ihrer hochverehrten Frau Gemahlin wohl getan hat, und verbleibe mit angelegentlichen Empfehlungen und verehrungsvollen Grüßen

Euer Exzellenz
treu ergebener
Baeumker.

3 Theobald Ziegler (1846–1918), aus Göppingen, nach Studium der Theologie und Philosophie am Evangelischen Stift in Tübingen Gymnasiallehrer in Tübingen, Winterthur und Baden-Baden, 1882 Konrektor am Protestantischen Gymnasium in Straßburg, 1884 Habilitation für Philosophie an der Universität Straßburg, 1886 dort o. Professor für Philosophie. Er schrieb Biographien über Nietzsche und Goethe, behandelte politische und pädagogische Fragen (Geschichte der Pädagogik, 1895); mehrfach aufgelegt und übersetzt wurde sein bekanntestes Werk: Die geistigen und socialen Strömungen des neunzehnten Jahrhunderts, 1899.

4 Der erste Kongress der Freireligiösen Gemeinden Deutschlands, mit einer deutschkatholischen Wurzel zu Johannes Ronge und zur Revolution von 1848 zurückreichend, konstituierte sich am 16.–17. Juni 1859 in Gotha. Er schloss sich 1907 im »Weimarer Kartell« mit ähnlichen Bewegungen zusammen, u.a. dem Monistenbund, dem Goethebund und der Gesellschaft für Ethische Kultur, zu deren Gründern 1892 Foerster gehörte. Gefordert wurde »Geistesfreiheit, die Trennung von Kirche und Schule und eine vollständige Verweltlichung des Staates«. Seit 1892 entstanden in Preußen heftige Auseinandersetzungen um die Verpflichtung aller Schüler, auch der Kinder von Dissidenten, zum Religionsunterricht an den Volkschulen. Die Propaganda für die Münchner freireligiösen Schulen, die vom Monistenbund unterstützt wurde, rief eine Gegenagitation und vom 27. November bis 3. Dezember 1913 eine Debatte im bayerischen Landtag hervor, in die auch Hertling eingriff. Mit seinem Hirtenbrief zur Fastenzeit 1914 warnte der Bischof von Speyer, Michael von Faulhaber, vor der »Gefahr der religionslosen Schule und ihrer gottlosen Sittenlehre« (Die freireligiöse Schule und ihre Sittenlehre, S. 3). Das Kultusministerium forderte von den Philosophischen Fakultäten der drei bayerischen Universitäten Gutachten über den freireligiösen Unterricht an und widerrief am 17. Juli 1914 die früher dafür erteilten Genehmigungen; die freireligiösen Kinder blieben wie bisher vom konfessionellen Religionsunterricht dispensiert. Als ein Wortführer des Protests gegen den Erlass verlangte Theobald Ziegler in den Münchner Neuesten Nachrichten die Veröffentlichung der Professoren-Gutachten. Wegen des Kriegsausbruchs gelangte die Interpellation der SPD zum Schutz der Gewissensfreiheit von Ende Juli 1914 im Landtag nicht mehr zur Verhandlung. Im Januar 1919 zog das Kultusministerium die Ministerialentschließung vom 17. Juli 1914 gegen den »öffentlich organisierten freireligiösen Moralunterricht« zurück. (Stölzle, S. 72–76, 4 f.). Nach dem Ersten Weltkrieg stieg die Zahl der keiner Religionsgemeinschaft angehörenden Deutschen stark an und betrug 1932 zwei Millionen, 3,5 % der Bevölkerung. Zahlen nach Bronder, S. 78 f.

116

Georg von Hertling an Anna von Hertling
München, 1. September 1916

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 22, f. 8–9)

Liebe Anna!

Du hast mir einen gar zu lieben Brief zu meinem Geburtstage geschrieben, ich habe es Dir schon gestern am Telefon gesagt und wiederhole es jetzt schriftlich und danke Dir von ganzem Herzen dafür. Natürlich wollen wir den Rest des Lebenswegs, der uns noch beschieden ist, einträchtig zusammengehen, uns gegenseitig in Liebe ertragen und aus Gottes Hand dankbar und geduldig entgegennehmen, was der Tag bringt, Gutes oder Widerwärtiges.

Noch vor dem Besuch der 9-Uhr-Messe im Dom erhielt er bei dem im kleinen Kreis begangenen Geburtstag einen Frühstückskuchen und mehrere Blumensträuße. Das Ministerium sandte ein prachtvolles Rosenbukett.

Politisch ist die Situation natürlich sehr ernst, aber mutlos habe ich noch niemand gefunden, und die endliche Ernennung Hindenburgs zum obersten einheitlichen Leiter der kriegerischen Operationen[1] wird überall freudigst begrüßt. Und daß dieser selbst mit Freuden angenommen hat, wie mir Lerchenfeld gestern schrieb, ist sicher auch ein gutes Zeichen. Er hätte ja auch sagen können, er wolle nicht ausessen, was andere angerichtet hätten. Was sagst Du zu meiner Unterredung mit dem Amerikaner, den ja auch die K.V.Z. gebracht hat?[2] Natürlich war es eine präparierte Sache, und so tritt ja auch nirgends ein persönlicher Zug hervor. Aber es haben mir

1 Mit Kabinettsordres vom 29. August 1916 entließ Wilhelm II. den Generalstabschef Falkenhayn mit sehr anerkennenden Worten unter Verleihung des Hausordens von Hohenzollern mit Kreuz, Stern und Schwertern. Er bestellte zum Nachfolger den Generalfeldmarschall Hindenburg, bisher Oberbefehlshaber der Nordostfront, und ernannte Generalleutnant Ludendorff, unter gleichzeitiger Beförderung zum General, zum Ersten Generalquartiermeister. Schulthess 57, NF 32 (1916/I), S. 411.

2 Vgl. das ausführlich in den Münchner Neuesten Nachrichten wiedergegebene Interview Hertlings mit dem US-Journalisten deutscher Herkunft Karl von Wiegand (1874–1961), dem Korrespondenten der Zeitung New York World. Es war die erste längere öffentliche Stellungnahme Hertlings zur auswärtigen Politik im Weltkrieg, nachdem sich der Ministerpräsident zwei Jahre lang unter Hinweis auf die Zuständigkeit des Reichskanzlers geweigert hatte, ausländischen Pressevertretern Interviews zu geben. Hertling äußerte große Zuversicht trotz der Kriegseintritte Italiens und Rumäniens, betonte den Zusammenhalt des föderalistisch strukturierten Deutschlands trotz der sehr ausgeprägten deutschen Neigung zur Kritik und sah keinen Grund für eine Verschärfung der Beziehungen zu Nordamerika. »Irgend ein Volk zu vernichten oder irgendeine Nation zu zerschmettern«, seien nicht die »deutschen Kriegsziele«, sondern »die Existenz Deutschlands, die Unabhängigkeit der Nation, die zukünftige Sicherheit des deutschen Volkes in der friedlichen Entwicklung seiner ökonomischen, industriellen und politischen Verhältnisse«. Schulthess 57, NF 32 (1916/I), S. 412–416.

doch schon eine Menge Leute gesagt, daß es ihnen gefallen habe, und daß sie es für opportun hielten. Auf eine neue Verwickelung mit Amerika wird zur Zeit nicht gerechnet, dagegen wird das arme Griechenland, obwohl der König dort[3] ein ganz anderer Mann ist, wie der in Rumänien[4], wohl schließlich dem Drucke der Entente nachgeben müssen. England ist ja bekanntlich der Beschützer der kleinen Staaten!

[…] Der König, den ich in einer Woche dreimal gesprochen habe, war auch bei dem letzten Vortrag gnädig, wie immer, und, wie ich schon durch Agnes melden ließ, über die politische Lage unbesorgt. Ich schreibe das noch einmal, weil Du danach gefragt hast. Ueber die Vorgänge, die zur Entlassung Falkenhayn's führten, weiß ich nichts, nehme aber an, daß Bethmann das Hauptverdienst dabei hatte, doch sollen auch die Generäle sehr unzufrieden gewesen sein und daraus kein Hehl gemacht haben.

Grüße alle Lieben draußen […].
In aller Liebe
Dein tr[euer] GvH

3 Konstantin I. (1868–1923) aus dem Hause Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, 1913–1917 und 1920–1922 König der Hellenen, verheiratet mit Sophie von Preußen, Tochter des 99-Tage-Kaisers. Er suchte die Verbindung mit dem Volk und der griechisch-orthodoxen Kirche. Seine Weigerung, Deutschland den Krieg zu erklären, führte zur Spaltung des Landes und zu seiner Abdankung 1917.

4 Ferdinand von Hohenzollern-Sigmaringen (1865–1927), als Ferdinand I. seit 1914 König von Rumänien. Er trat auf Seite der Entente am 27. August 1916 in den Krieg ein, auch unter dem Einfluss seiner Frau Marie von Edinburgh (1875–1938) aus dem Hause Sachsen-Coburg und Gotha, einer Enkelin des britischen Königin Victoria und des russischen Zaren Alexander II.

117

Bayerischer Ministerrat
München, 2. September 1916

(masch. Kop.; BayHStA, MA 99511, f. 96)

[…]

2. Der Vorsitzende bringt die in gewissen Bevölkerungskreisen vorhandene und durch die Agitation der Alldeutschen oder irregeleiteten Patrioten genährte Beunruhigung zur Sprache. Es findet eine eingehende Besprechung der Sachlage statt, an der sich sämtliche Herren beteiligten und in welcher auch die Tatsachen und Vorkommnisse gewürdigt wurden, die zu Beschwerden und Sorgen mehr oder minder berechtigten Anlaß geben. Einstimmig ging jedoch die Meinung dahin, daß man die in der Bevölkerung herrschende Missstimmung nicht überschätzen soll und insbesondere eine tiefgehende Erschütterung der monarchischen Gesinnung des weit überwiegenden Teiles der bayerischen Bevölkerung nicht zu befürchten sei. Ebenso einstimmig aber war man in der Verurteilung des gewissenlosen Treibens der Agitation, welche ihre Spitze gegen die Person des Reichskanzlers richtet aber auch vor der Person des Kaisers nicht zurückscheut. Auf Vorschlag des Herrn Verkehrsministers[1] wird beschlossen, eine zur Verbreitung unter der Bevölkerung geeignete Schrift abfassen zu lassen, welche insbesondere den Geistlichen und Lehrern zugehen und in welcher den falschen und aufreizenden Behauptungen der Agitation entgegengetreten werden soll. Der Vorsitzende wird mit der Durchführung des Beschlusses betraut.[2]

[…]

1 Lorenz v. Seidlein.

2 In der Sitzung v. 9. Oktober wurde mitgeteilt, dass statt einer eigenen Druckschrift ein einschlägiger Artikel aus dem Münchener Neuesten Nachrichten gesondert veröffentlicht werde und auch in der Bayerischen Staatszeitung erscheinen solle.

118

Alfred Brunswig an Georg von Hertling
[Im Felde,] 27. September 1916

(eigh. Or.; AGG, Nr. 5)

Hochverehrter Herr Minister!

Diesen Bericht über mein Ergehen schreibe ich Eurer Excellenz am Ende einer schweren Zeit, der Teilnahme unseres Korps an der Sommeschlacht.[1]

Ende August wurden wir von unserm bisherigen Standort dorthin kommandiert; ich selbst gelangte mit meiner Truppe durch einen 3tägigen Ritt ans Ziel, der noch viel Schönes und Interessantes bot. Aber dann, nachdem wir gegenüber Longueval, nördl[ich] der Somme, eingesetzt waren, kamen harte Wochen!

Wir quartierten teils im Freien, teils auf dem Lehmboden von Ställen eines elenden Dorfes, kamen die ganze Zeit nicht aus den Kleidern, wurden von Fliegenschwärmen und einer ruhrartigen Seuche geplagt. Und dazu kam dann immer schwereres Feuer und die ergreifenden Bilder der Flucht der Civilbevölkerung. Denn trotz der Tapferkeit und der schweren Opfer unserer Infanterie drang bei uns der an Menschen, Munition und Fliegern übermächtige Feind Schritt für Schritt vor, und wir lebten die letzten Tage in aufgeregter Erwartung, ob es noch gelingen würde, den Durchbruch bei uns aufzuhalten. Die vorletzte Nacht wurde uns das Stabsquartier über dem Kopf durch ein schweres Kaliber zusammengeschossen, ich selbst kam unverletzt davon. Unser Stab wurde eilig weiter rückwärts verlegt; wir selbst verbrachten noch bei schwerstem Trommelfeuer 2 aufgeregte Tage, bis unser erschöpftes Korps durch ein neues abgelöst wurde.

Jetzt befinde ich mich wieder an einer ruhigeren Frontstelle nördlich Lille; zwar weit vorne, aber doch unter unvergleichlich günstigeren Lebensverhältnissen. Und wir haben alle ein wenig Erholung nötig; die Sehnsucht nach Civilisation und Kultur begann sich die letzte Zeit unseres Sommeaufenthaltes mächtig zu regen. Ich selbst konnte übrigens noch während des letzten Trommelfeuers mit Genuss ein neues treffliches psychologisches Werk vom Kollegen Pfänder[2] lesen!-

1 Bei der Großoffensive gegen die deutschen Stellungen in der Schlacht an der Somme (24. Juni bis 18. November 1916) kamen über 100 britische und französische Divisionen zum Einsatz, die von schwerer Artillerie, Fliegern und erstmals Panzern unterstützt wurden. Die Schlacht brachte nur geringe Geländegewinne bei gewaltigen Verlusten auf beiden Seiten. Der Kronprinz gab Hertling Anfang November 1916 die Auskunft, »die Krisis sei überwunden, er glaube annehmen zu dürfen, daß wir – an der Somme – übern Berg seien«. Hertling fühlte sich in seinem »unverwüstlichen Optimismus« bestärkt, »daß der Krieg in einigen Monaten beendet sein wird. Gott gebe es!« Georg an Karl v. Hertling, Ruhpolding 5. November 1916. BArch, NlH, Nr. 26, f. 94–95.

2 Alexander Pfänder (1870–1941), aus Iserlohn, nach Ingenieur- und Philosophiestudium Promotion in München bei Theodor Lipps (Das Bewußtsein des Wollens), 1900 Habilitation mit der Schrift:

Jetzt, da die schwere Zeit wie ein böser Traum hinter uns liegt, sind wir freilich doch auch froh, mit dabei gewesen zu sein.

Nur hat mein Einblick in die dortigen Verhältnisse mich mit vielen andern pessimistisch gestimmt. Wir haben zu klar die quantitative Überlegenheit des Gegners erkannt, der gegenüber unsere qualitative bei einer Kriegführung, bei der es immer ausschliesslicher auf Quantität ankommt, zu wenig ausrichten kann. Ist wirklich noch zu hoffen, dass wir militärisch unsere Lage verbessern? Sollte nicht jetzt lieber kluge Staatskunst weiteren Opfern vorbeugen können?

Diese Fragen bedrängten uns, als wir die Überreste unserer Regimenter heimkehren und doch die Engländer vorwärts dringen sahen.-

Ich hoffe, dass Eure Excellenz den Sommer gut verbracht haben und würde mich sehr freuen, gelegentlich einige Zeilen von Eurer Excellenz selbst zu erhalten! Mit den besten Wünschen verbleibe ich in treuer Ergebenheit und herzlicher Verehrung

Ihr Alfred Brunswig

Phänomenologie des Wollens. Er lehnte Rufe nach Erlangen und Königsberg ab und lehrte von 1901 bis 1935, zuletzt als persönlicher Ordinarius, in München; Mitbegründer der phänomenologischen Bewegung und Methode, die von den inneren, unmittelbar evidenten Akten des Bewusstseins ausging; Mitglied des Akademisch-Psychologischen Vereins in München. Vgl. Eberhard Avé-Lallemand, Pfänder, Alexander, in: NDB 20 (2001), S. 289 f. – Brunswig las im Felde vermutlich: Zur Psychologie der Gesinnungen (1913/16, 2. Aufl. 1922/30), eine der einflussreichsten Veröffentlichungen Pfänders.

119

Georg von Hertling an Karl von Hertling
München, 6. Oktober 1916

eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 26, f. 92–93)

Lieber Karl!

Wo sollen Dich meine Gedanken suchen? Giulia hat mir vor einiger Zeit Briefe von Dir zu lesen gegeben, deren letzter vom 17. v[origen] M[onats] war, und die uns mit ihrer anschaulichen Schilderung von Land und Leuten, aber auch von schweren blutigen Kämpfen sehr interessirt haben, aber eine rechte Vorstellung von der Stellung und Verwendung Deines Regiments konnte ich mir nicht machen. Dann kamen auch Deine beiden höchst willkommenen Karten vom 23. und 24., die uns meldeten, daß es Dir gut gehe. Gott sei tausendmal dafür gedankt! Aber das liegt nun auch schon wieder vierzehn Tage zurück, und so haben wir recht Sehnsucht nach neuen Nachrichten. Vielleicht bringt uns Giulia welche, die ihren Besuch angekündigt hat.

Daß es mir gut gehe, hast Du mit Recht daraus geschlossen, daß ich nach Koblenz zur Generalversammlung der Görres-Gesellschaft gegangen bin. Es war sehr schön dort, ich konnte viele alte Freunde begrüßen und gewann auch für mich die Empfindung, daß ich noch nicht zum alten Eisen gehöre. Nur die Rheinfahrt fiel nicht ganz so schön aus, wie ich gehofft hatte, da das Wetter trüb war und alle Beleuchtung fehlte.[1] Anna, die ich mir als Reisebegleiterin mitgenommen hatte, war auch sehr vergnügt. Jetzt ist sie in Ruhpolding, um Garten und Haus für den Winter zu versorgen.

Nach Berlin hat mich der Zusammentritt des Reichstags diesmal nicht geführt. Ich hatte wohl daran gedacht, aber zuletzt doch beschlossen, daheim zu bleiben.[2] Auch

1 Das Programm der sehr verkürzten Koblenzer Görres-Tagung sah für den dritten Tag, den 13. September 1916, vor: »Mittwoch bei gutem Wetter und genügender Beteiligung Rheinfahrt nach St. Goar mit Mittagessen auf dem Schiff oder in St. Goar«. AGG, Nr. 80.

2 Laut Mitteilung Erzbergers an Hertling wünschte Bethmann Hertlings Anwesenheit bei der achten Kriegstagung des Reichstags. Sie wurde am 28. September 1916 mit einer Rede des Reichskanzlers über die politische und militärische Lage eröffnet. Vom 19. September bis 9. Oktober fanden im Hauptausschuss streng vertrauliche Verhandlungen über die Außenpolitik und die Kriegführung statt. Eine von den Konservativen und Nationalliberalen mitgetragene Erklärung der Zentrumsfraktion des Reichshaushaltsausschusses versicherte, mit einer vom Reichskanzler und der Obersten Heeresleitung getroffenen Entscheidung für den unbeschränkten U-Bootkrieg einverstanden zu sein. Darüber wurde aber im Hauptausschuss keine Einigung erzielt, sodass dort eine Beschlussfassung über die Frage unterblieb, ebenso wie bezüglich der Anträge, den Hauptausschuss auch während der Vertagung des Reichstags zur Erörterung der auswärtigen und Kriegs-Angelegenheiten zusammentreten zu lassen (Zentrum) oder einen ständigen Ausschuss des Reichstags für auswärtige Angelegenheiten einzusetzen (Nationalliberale). Am 27. Oktober 1916 nahm der Reichstag mit 302 gegen 31 konservative Stimmen den Antrag des Reichshaushaltsausschusses an, diesem die Beratung von Angelegenheiten der Außenpolitik und des Krieges auch

kam dazu, daß ich Mitte der vor[igen] Woche zum Vortrag nach Berchtesgaden befohlen wurde, wo der König zur Zeit weilt. Majestät war gnädig, wie immer, sonst ist davon nichts zu berichten. Hier machen mir die Treibereien gewisser Kreise viel Ärger. Die von den preußischen Konservativen und den sogenannten Alldeutschen[3] inszenirte Hetze gegen den Reichskanzler ist hierher übertragen worden und ein Teil der Kammerpatrioten ist ihnen auf den Leim gegangen.[4] Hier ist der »Volksausschuß zur schnellen Niederringung Englands« gegründet worden, unglaublich! … Aber die Leute scheinen gar nicht zu fühlen, wie lächerlich sie sich damit machen, sie wissen alles besser, glauben nicht, was man ihnen sagt, und wühlen unaufhörlich mit im Geheimen verbreiteten Schriftstücken. Da ich für eine Hauptstütze Bethmanns gelte, muß ich auch »gestürzt« werden. Als mir das neulich jemand erzählte, fing ich zu lachen an. Auf die erstaunte Frage, warum ich lache, sagte ich: die Leute wissen gar nicht, wie vergnügt ich wäre, wenn ich gestürzt wäre. Das schlimmste ist, daß sie auch den König in ihre Treibereien hineingezogen haben, worüber dieser sehr empört ist. Zum Glück haben sie, wenn ich richtig informiert bin, die Majorität des Reichstags nicht für sich, vom Zentrum nur einen ganz kleinen Teil, inzwischen haben sie aber doch dazu beigetragen, Beunruhigung in die Bevölkerung zu tragen, und jetzt, wo die Leitung der militärischen Operationen fest in den Händen von Hindenburg und Ludendorf liegt, sollte man doch nur mit vollem Vertrauen dem weiteren Gang der Ereignisse entgegensehen. Daß diese beiden voller Zuversicht sind, wird mir immer wieder berichtet.

Weißt Du etwas von Henni? Ich habe so gut wie nichts mehr von ihm vernommen. Nun behüte Dich Gott, gib einmal wieder Nachricht und sei vielmals gegrüßt von

Deinem tr[euen] Vater

---

während der Vertagung des Reichstags zu gestatten. Der Abgeordnete Gröber (Zentrum) hatte in der Debatte bemerkt, dass bisher wohl »eine dauernde Verständigung zwischen Reichstag und Reichsleitung über die Richtlinien der auswärtigen Politik« bestanden, aber keine »dauernde Unterrichtung des Reichstags« stattgefunden habe. Die deutsche Regierung habe wie die »Regierungen anderer Staaten die Behandlung der auswärtigen Politik als eine Art Geheimwissenschaft aufgefaßt«. Schulthess 57, NF 32 (1916/I), S. 441–449, 458–465, 469 f., 483 f., 490 f., 494 f.

3 1891 Gründung als Allgemeiner Deutscher Verband, 1894 Umbenennung in Alldeutscher Verband. Seine politischen Ziele waren Belebung des »vaterländischen Bewusstseins«, Bekämpfung aller der »nationalen Entwicklung« entgegenstehenden Richtungen, Unterstützung »deutsch-nationaler Bestrebungen« bei den Auslandsdeutschen, Großmachtpolitik in Europa und Übersee, Flottenbau, Kolonienerwerb, Unterdrückung nationaler Minderheiten und Antisemitismus; sein Organ bildeten die Alldeutschen Blätter (1894–1939); seit 1909 von Industriellenkreisen finanziell massiv gefördert, 1914 ca. 18 000, 1922 40 000 Mitglieder; in Terminologie und chauvinistischer Einstellung Vorläufer der NSDAP. Hagenlücke, S. 23–40.

4 Vgl. BayHStA, MA 967.

120

Matthias Erzberger an Georg von Hertling
Berlin, 8. Oktober 1916

(masch. Kop.; BArch, Nl Erzberger, Nr. 68, S. 65–66)

Euer Excellenz,

Nachdem nunmehr die Verhandlungen der Budget-Kommission über die U-Bootfrage zum Abschluss gekommen sind, möchte ich mir gestatten Euerer Excellenz zur Information Folgendes mitzuteilen:

Die Ansichten standen sich in der Kommission recht schroff gegenüber. Die Konservativen und die Nationalliberalen sind für sofortige Aufnahme des rücksichtslosen U-Bootkrieges.[1] Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft[2] ist prinzipiell gegen den rücksichtslosen U-Bootskrieg. Die Sozialdemokratie und die Volkspartei wollen ihn zur Stunde nicht aufnehmen. Wir im Zentrum haben übereinstimmend eine Erklärung abgegeben, die folgende drei Gedanken enthält:

1. Der Reichskanzler allein ist dem Reichstag verantwortlich in Fragen der Entscheidung über den U-Bootskrieg. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, dass nicht die Marine–Verwaltung die Entscheidung hat, da sie nur einen Teil der Frage beantworten kann, sondern der Reichskanzler, der alles übersieht.
2. Bei der Entscheidung über diese Frage wird die gutachtliche Aeusserung der Obersten Heeresleitung von grosser Bedeutung sein. Bisher hat Feldmarschall von Hindenburg sich noch nicht geäussert, da er die militärische Lage noch nicht für klar genug hält. Seine Aeusserungen aber müssen nahezu massgebend sein. Wenn er Bedenken hat, kann der rücksichtslose U-Bootkrieg überhaupt nicht geführt werden. Glaubt er aber, dass trotz des dadurch zu befürchtenden Eintrittes neutraler Mächte gegen uns die Grenze und die heutige Stellung gehalten werden kann, fürchtet er auch keine Verschlechterung durch eine eventuelle Kriegserklärung von Amerika, so muss diesen Gesichtspunkten Rechnung getragen werden. Wenn Hindenburg sich für den rücksichtslosen U-Bootkrieg entscheiden würde, so könnte meines Erachtens kein Reichskanzler, wer er

1 Am 17. März 1916 hatten der größte Teil der Nationalliberalen und die konservative Fraktion Anträge veröffentlicht, die zum rücksichtslosen U-Boot-Krieg aufforderten. Darauf hatte die Zentrumsfraktion nach einem Gespräch Erzbergers mit Bethmann den beschwichtigenden Antrag vorgebracht, der Reichstag möge dem Reichskanzler die Erklärung übermitteln, er erwarte, dass bei Verhandlungen mit auswärtigen Staaten die Freiheit zum Einsatz dieser Waffe vorbehalten werde. Darüber berichtete Erzberger Hertling am 18. März. Seine Argumente, dass der Reichstag nicht in die Kommandogewalt eingreifen dürfe und die Erörterung dieser Frage in die Budgetkommission statt vor den Reichstag gehöre, fanden Aufnahme in einen die Anträge bedauernden Artikel der Bayerischen Staatszeitung. Vgl. Schulthess 57, NF 32 (1916/I), S. 123–125.

2 Die SAG wurde am 24. März 1916 gebildet und war ein erster Schritt zur Gründung der USPD.

auch sein mag, eine andere Stellung einnehmen. Das gibt Herr von Bethmann-Hollweg selbst zu, wenn er sich auch die Entscheidung nach der Aeusserung Hindenburgs noch vorbehält.

3. Entscheidet sich der Reichskanzler für den rücksichtslosen U-Bootskrieg, so hat der Reichstag keinen Grund, sein Einverständnis zu versagen. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, dass der Reichskanzler vollkommene Freiheit hat und man ihm auch vom Reichstag aus nicht in den Rücken fallen kann, wenn er sich für den rücksichtslosen U-Bootskrieg ausspricht.

Diese 3 Grundgedanken haben die Billigung der gesamten Rechten und der National-Liberalen gefunden. Es ist also für sie eine Mehrheit im Reichstag vorhanden, vielleicht sogar eine recht grosse Mehrheit. Diese Grundgedanken sagen aber auch, dass jetzt der rücksichtslose U-Boots-Krieg nicht geführt werden kann,[3] sondern dass erst die Entscheidung von Hindenburg abzuwarten ist. Ich glaube, dass wir durch diese Formulierung die ganze Angelegenheit auf den richtigen Boden gestellt haben.

Wenn der Reichstag vertagt ist, hoffe ich nach München kommen zu können.

In hochachtungsvoller Begrüßung bin ich
Euer Excellenz ganz ergebener
Erzberger
Mitglied des Reichstages

3 Irreführend hier Schulthess 57, NF 32 (1916/I), S. 448, Konservative und Nationalliberale hätten »den Standpunkt des Zentrums« zur Führung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges geteilt. Dessen Befürwortung ging vielmehr von den beiden »rechten« Parteien aus, während das Zentrum den Ausgleich zwischen den Parteien und dem in dieser Frage zögernden Reichskanzler herbeiführte.

121

Georg von Hertling an Matthias Erzberger
München, 21. Oktober 1916

(masch. Kop.; BSB Ana 463, Schachtel 10)

Sehr geehrter Herr Erzberger!

Für die gefälligen Schreiben vom 8., 14. und 17. d[ieses] M[onats] sage ich Euer Hochwohlgeboren meinen verbindlichsten Dank.

Der Verlauf der Reichstagsberatungen und der Verhandlungen im Ausschuss hat ja viele enttäuscht, aber wohl hauptsächlich alle diejenigen, die auf einen grossen Skandal hofften und schon sicher und siegesgewiss mit einem Sturz Bethmann[s] oder doch wenigstens Jagows rechneten. Was ich über den Verlauf der Ausschußberatungen erfahren habe, hat mich insofern befriedigt, als doch die Politik des Kanzlers im gewissen Sinne eine Rechtfertigung erfahren hat; denn alle die Treiber und Hetzer wussten auch keinen überzeugenden Rat und das von der Reichsleitung vorgebrachte reiche und wertvolle Material scheint doch seinen Eindruck nicht verfehlt zu haben. Es beruhigt mich das insbesondere deshalb, weil ich hoffe, dass die fast unerträglich gewordenen Treibereien und Intriguen unter diesem Eindruck etwas abflauen werden – hier in München wenigstens macht es fast den Anschein, als ob das der Fall wäre. Auch der auswärtige Bundesratsausschuss und seine Vertrauenskundgebung für die Politik des Kanzlers hat durch den Ausgang der Reichstagsverhandlungen gewissermassen eine Rechtfertigung gefunden. Die Tagung des »unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden«, über die Sie mir freundlichst eine Aufzeichnung übersandt haben, würde ja allerdings gegen meine Hoffnung auf eine Abnahme der Hetzereien zu sprechen scheinen, denn es ist dabei offenbar das denkbar Ärgste in dieser Richtung geleistet worden und am unbegreiflichsten ist mir die Überlassung des Sitzungssaales des preussischen Abgeordnetenhauses für diesen Zweck; aber vielleicht bedeutet dieser besonders heftige Wutausbruch eine letzte Reaktion wegen des missglückten Kanzlersturz–Versuchs.

Über den Stand der Frage der Errichtung einer Nuntiatur wird Kardinal Frühwirth Hertling berichten, sobald er von einer Reise nach Rom zurückgekehrt ist.

Über die Frage der Erwerbung des Coenaculums[1] kann ich Ihnen mitteilen, dass Graf Lerchenfeld erst in den allerletzten Tagen mit Herrn von Jagow darüber gesprochen hat und dass hierbei Jagow erklärt hat, dass er von der Wichtigkeit der Angelegenheit überzeugt sei, er teilt aber mit, dass türkischerseits Schwierigkeiten

1 Abendmahlsaal im Obergeschoss des Hauses in Jerusalem, wo Jesus mit seinen Jüngern am Vorabend seines Kreuzestods das letzte Abendmahl feierte.

gemacht würden und dass seine Verhandlungen mit Halil Pascha[2], über die Sie ja ebenfalls orientiert sind, noch zu keinem Ergebnis geführt hätten. Herr von Jagow hat aber ausdrücklich zugesagt, dass er die Sache nicht aufgeben wolle und weiter auf die Türken drücken werde. Ich sprach gestern auch mit Herrn von Kühlmann[3] über diesen Gegenstand; auch er sagte mir zu, sich für den Erwerb interessieren zu wollen, betonte aber, daß solche Dinge bei den Türken nicht schnell, sondern nur mit Geduld zu erledigen seien.- Herr von Kühlmann hat mir übrigens einen sehr guten Eindruck gemacht.

Mit den besten Grüßen verbleibe ich
Euer Hochwohlgeboren
ergebenster

2 Halil Menteşe (1874–1948), geb. in Milas, 1908 Mitglied des Parlaments (Komitee für Einheit und Fortschritt), 1912, 1914, 1931–1946 Parlamentspräsident, 1913–1914, 1918 Präsident des Staatsrats, 1915–1917 türkischer Außenminister, 1916–1918 Justizminister, 1919–1921 Exil in Malta.

3 Richard von Kühlmann (1873–1948), geb. in Konstantinopel, 1896 Dr. jur. (Heidelberg), 1899 Eintritt in den Auswärtigen Dienst, Attaché, 1900 Legationssekretär in St. Petersburg, 1901 in Teheran, 1903 in London, 1904–1906 in Tanger, 1905 Legationsrat, 1906 an der Botschaft in Washington, 1906 im Haag, 1908–1914 in London, zeitweise Missionsleiter, um deutsch-englische Annäherung bemüht, 1909 Botschaftsrat, 1915–1916 Gesandter im Haag, 1916–1917 Botschafter in außerordentlicher Mission in Konstantinopel, August 1917–Juli 1918 Staatssekretär im AA, Wirklicher Geheimer Rat (Exzellenz), danach Aufsichtsrat in Unternehmen der Familie Stumm, Literaturkenner und Kunstfreund. M. Bußmann, Kühlmann.

122

Georg von Hertling an Konrad Beyerle
München, 26. Oktober 1916

Der Staatsminister des Kgl. Hauses u. des Aeußern (masch. Or.; BArch, Nl Beyerle, Nr. 6, f. 15)

Sehr geehrter Herr Professor[1]!

Indem ich für Ihr geschätztes Schreiben vom 22. l[au]f[en]d[en] M[ona]ts verbindlich danke, beehre ich mich Euer Hochwohlgeboren mitzuteilen, daß Ihr Artikel »Wallonische Umgruppierungen« an die Bayerische Staatszeitung zum Abdruck gegeben wurde. Für ein paar Fassungsänderungen, die in dem Artikel vorgenommen wurden, glaube ich Ihre Zustimmung voraussetzen zu dürfen; die Änderungen schienen mir angezeigt, um den – wohl nicht gewollten – Eindruck zu vermeiden, als ob sich der Artikel als Sprachrohr und maßgebender Interpret der »deutschen Politik in Belgien« gebe.

Ich werde mich freuen, wenn sich mir in Berlin Gelegenheit ergeben würde, auf Ihre verdienstliche Tätigkeit im Interesse einer inneren Annäherung der Flamen an Deutschland hinzuweisen.

Mit dem Ausdrucke meiner vorzüglichsten Hochachtung!
Hertling
K. Staatsminister

1 Konrad Beyerle (1872–1933), geb. in Waldshut, 1895 Erste juristische Prüfung, Dr. jur. (Heidelberg), 1899 Habilitation für deutsches und badisches Recht bei Ulrich Stutz in Freiburg im Breisgau, 1903 o. Professor für Rechtsgeschichte in Breslau, 1906 in Göttingen, 1907 Leiter der Rechts- und Sozialwissenschaftlichen Sektion der Görres-Gesellschaft, 1. Februar 1917–1. August 1918 Übernahme des Referats Flamenpolitik und Beziehungen zu den deutschen Katholiken, Politische Abteilung beim Generalgouvernement in Belgien, 1918 Rufe nach Bonn und München, 1918–1933 o. Professor für Bürgerliches, Deutsches und Handels-Recht in München, Geheimer Hofrat; 1919–1924 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung und des Reichstags (BVP), Mitarbeit an der Weimarer Verfassung (Grundrechte); Forschungen zur Geschichte der Städte Konstanz, Köln, der Abtei Reichenau, zur Rechtsgeschichte Niederdeutschlands, des Hauses Wittelsbach und zum Landwirtschaftsrecht, Herausgeber der Deutschrechtlichen Beiträge (1908–1913), Dr. h.c. (Mailand), 1924 Vizepräsident der Görres-Gesellschaft, 1931 Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften. BArch, Nl Beyerle, Nr. 1, 3 u. 6; http://www.reichstag-abgeordnetendatenbank.de (2.3.2018).

123

Georg von Hertling an Hermann Cardauns
Ruhpolding, 5. November 1916

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 58)

Lieber Freund!

Ich habe Dir längst schreiben wollen, bin aber nicht dazu gekommen. Nun habe ich mich mit einem raschen Entschlusse in München losgemacht und bin mit Frau und Töchtern für eine Woche hierher gefahren, hoffentlich gelingt es mir, meine hauptsächlichen Briefschulden abzutragen.

Da man seine Versprechen halten muß, schicke ich Dir einliegend die Absage an Cl[emens] Br[entano].[1] Wir haben in Koblenz darüber gesprochen und ich füge dem dort Gesagten nichts hinzu.

Julius Bachem ist eifrig mit der Propaganda für die Görres-Gesellschaft beschäftigt und hat u.a. einen hübschen Rückblick auf die Koblenzer Versammlung in der Allg[emeinen] Rundschau veröffentlicht. Ich habe darin, wie in anderen Berichten, nur den Passus aus meinen Schlußworten vermißt, auf den ich am meisten Wert lege und den Du Dir nach der Sitzung noch einmal von mir sagen ließest. Bitte, sorge dafür, daß er im Jahresbericht Aufnahme findet. Ich hatte ausgeführt, daß wir zusammenbleiben wollen, zusammenbleiben dürfen und zusammenbleiben müssen. Dieses Müssen begründete ich damit, daß es bleibende Aufgaben der katholischen Wissenschaft gebe. Ich verwies auf eine Rezension der katholischen Abwehrschrift durch einen protestantischen Theologen,[2] in welcher dieser den Vorwurf der Rück-

1 Liegt bei, ein vierstrophiges Gedicht:
»Dir war der Gaben Fülle mitgegeben,
Der Sprache Wohllaut, der Erfindung Kraft,
Doch fehlte Wahrheit Deinem Tun und Streben,
Sie ist's die einzig rechte Größe schafft«.

2 Lob kam von dieser Seite für die Abwehrschrift Der deutsche Krieg und der Katholizismus, hg. von deutschen Katholiken, Berlin 1915, 3. Aufl. 1916, »die Antwort der deutschen katholischen Gelehrten auf die Angriffe der Kreise um Msgr. Baudrillart«. Hertling machte in seiner kurzen Schlussansprache am Ende der öffentlichen Sitzung der Koblenzer Generalversammlung keinerlei »politische Anspielungen«, betonte vielmehr die fortdauernde Minderheitssituation der Katholiken in Deutschland und die sich daraus ergebenden Konsequenzen. (Rademacher, Jahresbericht für 1916, in: Görres-Gesellschaft, Jahresbericht für das Jahr 1916, Köln 1917, S. 3–54, hier 8, 21). – Alfred Baudrillart (1859–1942), promovierte 1890 am Institut catholique mit einer historischen Arbeit und trat 1890 in den Oratorianerorden ein; 1893 Priesterweihe, 1895 Dr. theol., 1894 Professor für Geschichte am Institut catholique, 1907–1942 dessen Rektor, päpstlicher Hausprälat, 1919 Aufnahme in die Académie française, 1921 Titularbischof, 1928 Titularerzbischof, 1935 Kardinal. Er arbeitete mit seinem »Comité catholique de propagande française à l'étranger« für den Sieg Frankreichs und hoffte, dadurch die Wiederherstellung der Beziehungen Frankreichs zum Vatikan zu erreichen, während der Papst sich um Neutralität bemühte. Vgl. H. Müller, Der bewunderte Erbfeind, S. 282 f.

ständigkeit der deutschen Katholiken ausdrücklich zurückgenommen, dann aber bedauernd hinzugefügt habe: also wirklich wissenschaftlich gebildete deutsche Männer, aber – ohne Göthe[3] [!] und ohne Kant. Ich überging das »ohne Goethe« und sagte: nicht ohne Kant sondern gegen Kant. Immer wieder gegen Kant Stellung zu nehmen sei eine der Hauptaufgaben der katholischen Philosophie, »gegen den K[ant]'schen Subjektivismus, der nur eine Denknotwendigkeit, aber keine Seinsnotwendigkeit kennt, gegen den K[ant]'schen Idealismus, der eine Welt der bloßen Erscheinung vor die unerkennbare Welt der wirklichen Dinge stellt, und endlich gegen den K[ant]'schen Agnostizismus, der es der Vernunft verbietet, ihrem innersten Drange folgend die Welt der sinnlichen Erfahrung zu überschreiten, um zur Erkenntnis der höchsten Wahrheiten zu gelangen«. Du bist wohl so freundlich, wenn nötig, mit Prof. Rademacher zu sprechen.[4] *Zwei ihm unbekannte Mitglieder der Görres-Gesellschaft, die ihm schrieben, wünschen, dass die Gesellschaft eine Zeitschrift herausgibt.* Die guten Leute haben ja gar keine Vorstellung von der Aufgabe und Beschaffenheit einer solchen Zeitschrift und der Schwierigkeit sowie der Kosten der Durchführung, welche der G[örres]G[esellschaft] die Mittel zur Erfüllung ihres eigentlichen Zwecks wegnehmen würde.[5] Auch haben die meisten, welche sich gegen unsere bisherigen Vereinsschriften wenden, diese gar nicht gelesen, wie Du neulich in der K. V. Z. bemerkt hast. Eher würde ich vorschlagen, die Vereinsgaben bis auf den Jahresbericht aufzugeben und den Mitgliedern zu sagen, daß sie doch von jeher ihre 10 M. um des idealen Zweckes und nicht um der Vereinsgaben willen gespendet haben.

Ich war in der vergangenen Woche in Berlin, wie Du vielleicht in der Zeitung gelesen hast. Den Reichskanzler fand ich in bester Stimmung, wozu mehr als das erfreuliche Abflauen der törigten alldeutschen Hetze das gute Einvernehmen beigetragen haben wird, in dem er sich mit Hindenburg befindet und wodurch die Einheitlichkeit der obersten politischen und militärischen Leitung gewährleistet ist. – Sohn und Schwiegersohn sind jetzt beide auf dem rumänischen Kriegsschauplatz. Bis jetzt ist es ihnen gut gegangen, auch ist wohl der [letzt]ere als Kommandeur eines Feldartillerie-Regiments weniger gefährdet, dagegen hat mein Sohn, der begeistert über den endlich eingetretenen frischen schneidigen Kavallerie-Krieg schreibt, wiederholt die Nachtseiten desselben aus nächster Nähe kennen gelernt. Möge uns Gott bald den Frieden geben!

---

3 Johann Wolfgang (1782 von) Goethe (1749–1832) schuf Dichtungen und Romane von Weltrang, im Kaiserreich national vereinnahmt.

4 Der Passus fand Aufnahme in den von Rademacher erstmals (nach Cardauns' Ausscheiden als Generalsekretär) erstatteten Jahresbericht für 1916, S. 21. Siehe oben Anm. 2.

5 Seit Jahren wurde angeregt, für die Görres-Gesellschaft statt der Vereinsgaben eine Zeitschrift ins Leben zu rufen. Es existierten schon vier Periodika: Historisches Jahrbuch (1880), Philosophisches Jahrbuch (1888), Römische Quartalschrift für christliche Altertumskunde und Kirchengeschichte (1887), Oriens christianus. Hefte für die Kunde des christlichen Orients (1901). Einzelne Sektionen der Gesellschaft gründeten nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg weitere (Fach-)Zeitschriften. Im Jahresbericht 1916 wurde die Frage für noch nicht spruchreif erklärt.

Bis nächsten Samstag bleiben wir noch hier, hoffentlich bleibt das Wetter gut. Bis jetzt war es herrlich, goldnes Sonnenlicht über der spätherbstlichen Landschaft und dabei fast sommerlich warm.

Mit herzlichen Grüßen, in alter Freundschaft
Dein Hertling

124

Georg von Hertling an Hermann Cardauns
München, 13. November 1916

eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 58)

Lieber Freund!

Besten Dank für Deinen l[etzten] Brief, der mich noch in Ruhpolding traf. Jetzt sind wir wieder hier, der Tod des Prinzen Heinrich[1] auf dem Kriegsschauplatz in Siebenbürgen, eines Neffen des Königs, rief mich einen Tag früher herein und brachte allerhand höfische Pflichten, an denen ich schwerer trage als an den staatlichen.

Ich halte es für sehr zweckmäßig, wenn Du im Jahresbericht die Initiative ergreifst und die Frage der Görres-Gesellschaft-Zeitschrift einmal gründlich und als wirklicher Sachverständiger behandelst.[2] Was Muth im Hochland darüber sagt, wirst Du gesehen haben, es ist im Wesentlichen richtig, wenn man auch sagen kann, daß ihm die G[örres]G[esellschaft] als Konkurrentin unerwünscht wäre. Als Herder zu Kriegsbeginn das Erscheinen der Litt[erarischen] Rundschau einstellte,[3] schrieb er mir, daß man vielleicht an ein Wiedererscheinen derselben nach dem Krieg und dabei an ein Zusammenarbeiten mit der G[örres]G[esellschaft] denken könnte. Geschäftlich und finanziell ließe sich das vielleicht machen, jedes Mitglied wäre ein geborener Abonnent, und die Gesellschaft zahlte ein Aversum[4] an den Verlag. Aber ob den Leuten damit gedient wäre? Ein litterar[isch]-kritisches Organ interessirt doch nur einen kleinen Kreis, nicht die große Menge der Gebildeten, so nützlich es sich auch für diese, aufklärend und Richtung gebend, erweisen könnte.

1 Prinz Heinrich von Wittelsbach (1884–1916); nach dem Abitur militärische Laufbahn, 1901 Leutnant, 1907 Oberleutnant, 1910 Rittmeister, Eskadron-Chef, Wechsel von der im Weltkrieg überlebten Kavallerie zur Infanterie, 1915 Major und Kommandeur des 3. Bataillons des Infanterie-Leibregiments, Einsätze an der Westfront, in den Karnischen Alpen, vor Verdun und in Siebenbürgen, angesehen und hochdekoriert; er starb am 8. November nach einer am Vortag bei einer Erkundung erlittenen schweren Verwundung.

2 Vgl. Cardauns' Beitrag: Der Plan einer Zeitschrift der Görres-Gesellschaft, in: Görres-Gesellschaft, Jahresbericht für 1918. Abhandlungen und Mitteilungen der Herren B. Duhr, K. Lübeck, R. Stölzle, H. Cardauns, St. Ehses, J. P. Kirsch, 3. Vereinsschrift 1918, Köln 1919, S. 90–95.

3 Die Literarische Rundschau erschien von 1875 bis 1914 beim Herder–Verlag in Freiburg im Breisgau. Sie war als katholisches Organ um Begegnung und Austausch mit der Kultur und Gesellschaft der Gegenwart bemüht.

4 Abfindungssumme.

Hast Du Nr. 313 der Frankf[urter] Z[ei]t[un]g gelesen? Darin verwahrt sich Lujo mächtig gegen den von Houston Chamberlain[5] behaupteten nicht-arischen Ursprung der Familie Brentano. Er ist sachlich vollkommen im Recht, und die Juden-Ähnlichkeit einzelner Familien-Mitglieder – Lujo's Vater[6] wurde nach der Familien-Tradition einmal am Bockenheimer Tor als Handelsjude festgehalten – ist sicher kein Beweis, von den Schwestern trifft sie, abgesehen von Bettina[7], bei keiner zu. Amüsant ist die Polemik aber, und die mitgeteilten Urteile von Goethe und Karoline Schlegel[8] über die seltsamen Leute und unnatürlichen Naturen interessant. Gegen den Einfall von Bartels,[9] der jüdische Einschlag stamme von De La-Roche'scher Seite habe ich seiner Zeit im Hochland Stellung genommen.[10]

5 Houston Stewart Chamberlain (1855–1927), geb. in Portsmouth, Sohn eines englischen Admirals, frühe Lösung vom Heimatland, Zuwendung zur deutschen Philosophie, Literatur und Musik, 1884–1889 Studienaufenthalt in Dresden, anschließend freier Schriftsteller in Wien, 1909 nach Eheschließung mit Richard Wagners Tochter Eva von Bülow Übersiedlung nach Bayreuth. Er wurde mit der kulturhistorischen und antisemitischen, die Geschichte Europas als Kampf der Rassen deutenden Abhandlung: Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts (1899) bekannt, ergriff im Ersten Weltkrieg publizistisch Partei für das Kaiserreich und nahm die deutsche Staatsbürgerschaft an. Während der Weimarer Republik wurde er Anhänger der NS-Bewegung. Bermbach.

6 Christian Brentano di Tremezzo (1784–1851). Die Linie Tremezzo des lombardischen Adelsgeschlechts Brentano aus der Provinz Como war seit dem 17. Jahrhundert in Deutschland ansässig. Die Kaufleute stiegen zu den ratsfähigen Familien der Reichsstadt Frankfurt auf.

7 Die Dichterin Bettina Brentano heiratete 1811 Achim von Arnim. Die Schwestern waren Kunigunde, die den preußischen Staatsminister Friedrich Karl von Savigny ehelichte, Ludovica (Lulu), verheiratet mit dem Bankier Carl Jordis, und Magdalena Maria (Meline), verheiratet mit dem Frankfurter Bürgermeister Georg Friedrich von Guaita, Georg von Hertlings Großeltern mütterlicherseits. Vgl. W. Becker, Hertling, Jugend, Bd. 1, Anhang 3.

8 Caroline Schlegel (1763–1809), geb. in Göttingen als Tochter des evangelischen Theologen und Orientalisten Johann David Michaelis, 1796 in zweiter Ehe verheiratet mit August Wilhelm Schlegel, Schriftstellerin und Mittelpunkt des Jenaer Kreises der Frühromantik.

9 Adolf Bartels (1862–1945) aus Wesselburen (Schleswig-Holstein), nach abgebrochenem Studium der Philosophie, Literatur und Geschichte 1889 Redakteur nationalliberaler Blätter, freier Schriftsteller, Literaturkritiker und –historiker (Geschichte der deutschen Literatur, 1901/02), militanter Antisemit, im Weltkrieg Mitglied der kurzlebigen Deutschvölkischen Partei, Übergang zur NS-Bewegung, der er als Protagonist völkischen und antisemitischen Gedankenguts diente.

10 Hertling hatte von Meline Brentano eine kleine Briefsammlung seiner Urgroßmutter Sophie de La Roche (1730–1807) erhalten, die ihn mit der literarischen Empfindsamkeit und Klassik in Berührung brachte. Vgl. seinen Beitrag: Aus meiner Autographensammlung, in: Hochland I/1 (1903/1904), S. 285–300.

Auf Deine Charakteristik Cl[emens] Br[entano]'s bin ich sehr gespannt.[11] Wie weit bei ihm die subjektive Verschuldung ging, darüber will ich nicht rechten. Gelegentlich jammert er ja auch über sich selbst. Er wußte eben nicht, was er wollte, und kokettierte mit allem.

Mit besten Grüßen, in alter Freundschaft,
Dein Hertling

Ich freue mich von Herzen, daß die Vorlesungen an der Düsseldorfer Akademie Dir Befriedigung gewähren, und würde gerne Näheres darüber hören.[12]

11 Wohl gemeint: Hermann Cardauns, Clemens Brentano. Beiträge, namentlich zur Emmerich-Frage, Görres-Gesellschaft, 1. Vereinsschrift 1915, Köln 1915, 130 S.

12 Die Hochschule für kommunale Verwaltung in Düsseldorf beschloss im Oktober 1916, Cardauns wegen seiner »Kenntnis der älteren und neueren rheinischen Geschichte« mit Vorlesungen zu beauftragen. Der Publizist hatte als Privatdozent an der Universität Bonn die Übungen zur rheinischen Geschichte eingeführt. Bierganz, S. 457, 454.

125

Adolf Fritzen an Georg von Hertling
Strassburg, 22. November 1916

(eigh. Or.; AGG, Nr. 8)

Lieber Freund!

Herr Prof. M[artin] Spahn[1] wünscht von mir[2] einen kurzen Bericht an Dich über seine öffentliche Tätigkeit hier im Lande und über seine Zaberner Schulrede.

Ad. 1. Herr Prof. Spahn ist in der ganzen Diözese sehr tätig für die katholische Sache. Vielfach wird er, obschon Altdeutscher, von den Geistlichen als Redner in Versammlungen eingeladen und findet bei den Zuhörern allenthalben großen Beifall. Ich habe nie ein Wort des Tadels über diese seine Wirksamkeit gehört.

Hier im Gemeinderat ist er der Führer der Zentrumsfraktion und wird seine Tätigkeit in dieser Beziehung sehr geschätzt. Ich bemerke auch, daß er hier in Straßburg die bête noire der Liberalen ist.

Ad. 2. Ich erinnere mich nicht mehr der Einzelheiten seiner Zaberner Rede. Indes kann ich bezeugen, daß damals von keiner Seite in unseren elsässischen Blättern Bedenken gegen dieselbe erhoben wurde. Die später gedruckte Rede habe ich nicht gelesen.

Mit den herzlichsten Grüßen verbleibe ich
Dein alter Freund[3] + Adolf Bischof von Straßburg.

---

1 Martin Spahn (1875–1945), Sohn Peter Spahns, geb. in Marienburg (Westpreußen), 1895 Dr. phil. (Geschichte) in Berlin, 1898 dort Habilitation, Privatdozent, 1901 a.o. Professor für Geschichte in Bonn, 1901–1918 o. Professor für neuere Geschichte in Straßburg, 1920–1940 o. Professor für mittelalterliche und neuere Geschichte, Zeitungswissenschaft und öffentliche Meinung an der Universität zu Köln, 1921 Leiter des rechtsoppositionellen Politischen Kollegs in Berlin, 1908–1918 Gemeinderat in Straßburg, 1909–1918 Vorsitzender der Zentrumsfraktion im Landtag von Elsaß-Lothringen, Mitglied des Reichstags 1910–1912 (Zentrum), 1924–1933 (DNVP), 1933–1945 (NSDAP). Die Berufung des Katholiken Spahn nach Straßburg aus Paritätsgründen löste 1901 intensive öffentliche Diskussionen um die »voraussetzungslose Wissenschaft« aus, bei denen Georg von Hertling und Lujo Brentano gegensätzliche Positionen vertraten. Spahns demonstrativer Übergang zur DNVP blieb ohne die erhoffte Wirkung auf Zentrumskreise.

2 Adolf Fritzen (1838–1919), aus Kleve, Dr. phil. et theol. (Tübingen), 1862 Priesterweihe, 1866 bis 1873 Lehrer am Collegium Augustinianum in Gaesdonck, das er selbst besucht hatte, 1874 Hofkaplan in Dresden und Erzieher der Söhne des Prinzen Georg von Sachsen (1832–1904), 1887 Studiendirektor des bischöflichen Gymnasiums in Montigny, 1891 Bischof von Straßburg, 1911 Mitglied der Ersten Kammer des Landtags von Elsaß-Lothringen. Im Juli 1919, kurz vor seinem Tod, legte er wegen des Rückfalls des Elsaß an Frankreich sein Amt nieder. Fritzen erwarb sich Ansehen auch bei den Frankreich zuneigenden Geistlichen und Laien.

3 Fritzen war Berliner Verbindungsbruder Hertlings. Die Freundschaft wurde auch durch die Verhandlungen Hertlings über die am 5. Dezember 1902 vereinbarte Errichtung der Katholisch-Theologischen Fakultät an der Universität Straßburg nicht zerstört, die Fritzen in ein gespanntes Verhältnis zu seinem Klerus brachte.

126

Georg von Hertling an Friedrich Wilhelm von Bissing
München, 28. November 1916

Der Staatsminister des Kgl. Hauses u. des Aeußern (masch. Kop.; BayHStA, MA 971)

Lieber Baron Bissing!

Für Ihren liebenswürdigen Brief vom 19. d[ieses] M[onats][1] wie auch für den von mir leider noch nicht beantworteten vom 7. d[ieses] M[onats][2] sage ich Ihnen meinen verbindlichsten Dank. Daß ich Ihrer verehrten Frau Gemahlin seinerzeit dienlich sein konnte, hat mich sehr gefreut – es tat mir nur leid, daß sie sich über die Angelegenheit, an der sie ja überhaupt nur indirekt beteiligt war, beunruhigte.

Sehr interessierte es mich aus Ihren Briefen wieder näheres von Ihnen zu hören. Was zunächst die Beurteilung des Hindenburg-Briefes an den Reichskanzler betrifft, die Sie mir auch als die Auffassung Ihres hochverehrten Herrn Vaters mitteilen, so möchte ich dazu meinerseits nur folgendes bemerken: die Tatsache, daß der Generalstabschef an den Reichskanzler Schreiben des Inhalts richtet, wie sie veröffentlicht worden

1 F. W. Bissing an Hertling, Brüssel 7. November 1916. (BayHStA, MA 971). Bissing meldete, sein Vater sei nach Polen abgereist, er finde die Erklärung Polens zum Königreich »äusserst bedenklich«, die instabile Gesamtmonarchie Österreich-Ungarn durch den Verlust Galiziens gestärkt und Ludendorffs Hoffnung auf die Unterstützung des Heeres durch polnische Soldaten obsolet. – Friedrich Wilhelm Freiherr von Bissing (1873–1956), geb. in Potsdam, Sohn des Generals Moritz Ferdinand von Bissing, unterstützte seinen Vater bei der Förderung der Flamen im Generalgouvernement und bei den Versuchen zur Gründung der Universität Gent; 1896 Dr. phil. in Bonn, danach Mitarbeit am Wörterbuch der ägyptischen Sprache, 1898–1901 eigenfinanzierte Ausgrabungen in Ägypten, 1901 Habilitation in München, 1905 dort a.o, 1906 o. Professor für Ägyptologie und orientalische Altertumskunde, wo er Hertlings Einsatz für staatliche Wissenschaftsförderung, anders als andere Kollegen, sehr anerkannte; 1909 Aufnahme in die Bayerische Akademie der Wissenschaften; 1922 Ruf an die Universität Utrecht, seit 1926 Privatgelehrter auf seinem Gut Agg bei Oberaudorf am Inn. Seine Forschungen, die er unter Auswertung seiner privaten Sammlungen tätigte, waren grundlegend für die ägyptische Kunstforschung. Nach 1918 wandte er sich der Deutschen Volkspartei, Nachfolgerin der Nationalliberalen Partei, zu. Er trat schon 1925 der NSDAP bei, wurde aber, u.a. wegen seiner mutigen Proteste gegen die Verfolgung der evangelischen Kirche, 1937 aus der Partei ausgeschlossen. Er war verheiratet mit Elisabeth, geb. Freifrau von Carlowitz (1875–1961).

2 F. W. Bissing an Hertling, Brüssel 19. November 1916. (BayHStA, MA 971). Bissings langer Beschwerdebrief über die politischen Versäumnisse verlangte nach einem Mann, der auf politischem Gebiet genauso führen könne wie auf militärischem.

sind, ist ja zweifellos aufsehenerregend.[3] Bei der Würdigung dieses Vorganges darf aber meines Erachtens nicht übersehen werden, wie furchtbar ernst die Situation Deutschlands ist, welch' ungeheure Opfer vom deutschen Volk verlangt worden sind und wie daher ohne jede andere Rücksicht jedes Mittel recht sein muß, um die Stimmung des Volkes zu heben, es zu neuer Opferfreudigkeit zu begeistern und vorhandene Differenzen im Keime zu ersticken. Wenn ich sage, daß heute Hindenburg der populärste Mann in Deutschland ist, so sage ich damit wohl nicht zu viel – ihm vertraut das Volk unbedingt in allen militärischen Fragen, auf ihn hört es aber auch in Fragen, die zwar das heimische Wirtschaftsleben betreffen, aber doch mit der Kriegsführung im innigsten Zusammenhang stehen – das hat auch die Aufnahme der Hindenburg-Briefe beim bei weitem größten Teil der Öffentlichkeit bewiesen. Daß der Reichskanzler in diesem Sinne den Brief Hindenburgs aufgefaßt hat, möchte ich glauben; es wird mir dies auch durch die unlängst in der Nordd[eutschen] Allg[emeinen] Z[ei]t[un]g erschienene Auslassung bestätigt. Und ich kann nicht verschweigen, daß ich diese jedenfalls von jeder kleinlichen, persönlichen Rücksicht freie Auffassung des Kanzlers von dem Vorgang im Interesse der über allen anderen Erwägungen stehenden grossen Sache nur begrüssen kann – denn Differenzen zwischen dem Leiter der Reichspolitik und der Obersten Heeresleitung erschienen mir in dieser überaus ernsten Zeit höchst verhängnisvoll. Jedes Mittel dagegen, das geeignet ist, der Lösung des in einem sehr kritischen Stadium befindlichen Ernährungs-Problems zu dienen, das deutsche Volk für die noch nie dagewesenen Anforderungen des vaterländischen Kriegsdienst-Gesetzes[4] zu gewinnen, muß meines Erachtens

3 Vgl. die Briefe des Chefs des Generalstabes des Feldheeres, Hindenburg, an Bethmann Hollweg vom 13. September, 7., 23. Oktober, 1., 2., 15. November 1916 und an Michaelis vom 10. September 1917. (Druck: Ludendorff, Urkunden, S. 65–69, 77–85, 89–93). Hindenburg forderte wiederholt die Ausdehnung der Wehrpflicht auf die gesamte männliche Bevölkerung vom 16. bis zum 60. Lebensjahr, die personelle Verstärkung der Kriegswirtschaft und die Schaffung neuer gesetzlicher Grundlagen durch den seine Verantwortung zu wenig wahrnehmenden Reichstag. »Sollte der Reichstag bei der Lösung dieser Aufgaben versagen, so wird sich zeigen, welche Teile sich den Folgen der Staatserhaltung verschließen. Über die dann zu ergreifenden Maßnahmen brauche ich mich heute noch nicht zu äußern«. (Hindenburg an Bethmann Hollweg. 23. Oktober 1916. Ebd., S. 81). Bethmann erwiderte am 30. September 1916, alle Männer vom vollendeten 17. bis zum 45. Lebensjahr seien schon erfasst, die Schließung von Universitäten, Seminaren und der nicht für Kriegszwecke arbeitenden Betriebe sowie die allgemeine Dienstpflicht für Frauen lehne er ab. Ebd., S. 70–76.

4 Das Reichsgesetz über den vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916 verpflichtete alle 17- bis 60-Jährigen zum vaterländischen Hilfsdienst. Als solcher galt deren Tätigkeit in Behörden, der Kriegsindustrie, der Land- und Forstwirtschaft, der Krankenpflege, kriegswirtschaftlichen Organisationen oder in den der Kriegsführung oder Volksversorgung dienenden Berufen bzw. Betrieben. Die nicht dort Beschäftigten konnten jederzeit zum vaterländischen Hilfsdienst herangezogen werden (§ 7). Das Gesetz beschränkte den Arbeitsplatzwechsel. In Betrieben mit über 50 Arbeitern waren ständige Arbeiterausschüsse einzurichten. Die im Juni 1916 von der OHL geforderte Ausdehnung der Hilfsdienstpflicht auf Frauen wurde vom preußischen Kriegsministerium mit Rücksicht auf die Haltung des Reichstags abgelehnt. Vgl. die ab Dezember 1916 erscheinenden Mitteilungen des Kriegsamtes, die an oberste Behörden des Reichs und der Bundesstaaten verteilt wurden. (BArch, R 43/2398/i, f. 236–238). Der vaterländische Hilfsdienst stand

in dieser Zeit angewandt werden können und willkommen sein. Daß dafür auch die Oberste Heeresleitung eintritt, erklärt sich mir aus dem ausserordentlichen Einfluß, den der Name »Hindenburg« als des deutschen National-Helden in diesem Kriege ausübt; nicht ganz unschuldig sind aber vielleicht auch die von mir stets bedauerten und verurteilten Treibereien, die das Vertrauen in die Reichsleitung und die Autorität des Kanzlers in bedenklicher Weise geschädigt haben.

Dem sehr abfälligen Urteil, das Sie, lieber Baron Bissing, über die Maßnahmen der Berliner Stellen fällen, kann ich mich nicht anschliessen. Nach den persönlichen Eindrücken, die ich bei meinen wiederholten Besuchen in Berlin und bei meinen Verhandlungen mit den leitenden Männern gewonnen habe, wie auch nach den Berichten der K. Gesandtschaft und meiner nach Berlin entsandten Vertreter komme ich nicht zu so pessimistischen Auffassungen. Fehler mögen begangen worden sein – wo kommen solche nicht vor? Aber in dieser Schicksalszeit des deutschen Volkes heißt es, glaube ich, vor allem, alle Kräfte zusammenzufassen, Gegensätze ausgleichen und begangene Fehler ohne zu scharfe Kritik, wenn möglich, reparieren. Nur so können wir, aus dieser furchtbaren Weltkrisis ohne überspannte und nachträglich unerfüllte Hoffnungen zu einem für die Zukunft des deutschen Volkes segensreichen Ziel kommen.

Mit der Bitte Ihrem hochbeehrten Herrn Vater meine besten Empfehlungen zu übermitteln, verbleibe ich mit den herzlichsten Grüßen

Ihr ganz ergebener
H

unter der Leitung des Kriegsamts und war für die Kriegszeit eingeführt. Vgl. Deist, Militär und Innenpolitik, S. 459–647.

127

Georg von Hertling an Matthias Erzberger
München, 1. Dezember 1916

(masch. Kop.; BSB Ana 463, Schachtel 10)

Sehr geehrter Herr Erzberger!

Für Ihr gefälliges Schreiben vom 17. v[origen] M[onats] sage ich Ihnen meinen verbindlichsten Dank. Ihr Schreiben an Msgr. Gerlach[1] bezüglich der Kardinalsernennungen hat mich sehr interessiert und entspricht auch vollkommen meiner Auffassung.[2] Übrigens hat auch Baron Ritter auf meine Veranlassung in ganz ähnlichem Sinne an Msgr. Gerlach geschrieben und damit den offiziellen Schritt Herrn von Mühlbergs unterstützt. Leider ist aber nach den aus Rom eingelaufenen Antworten anzunehmen, dass alles das nichts mehr nützt und dass wir uns mit der Übergehung bei den diesmaligen Kardinalsernennungen wohl oder übel abfinden müssen. Die Begründung, die man in Rom dem für uns schmerzlichen Vorgehen geben will, es sei von keiner Seite aus Deutschland und Österreich rechtzeitig der Wunsch nach einer Kardinalsernennung laut geworden, während von französischer Seite das in der dringendsten Weise geschehen sei, klingt mehr wie merkwürdig – früher war es dem Heilgen Stuhl nicht angenehm, wenn sich die weltlichen Regierungen in die Ernennung von Kardinälen einmischten; für die Zukunft aber wird man sich die diesmalige Erfahrung merken und daraus seine Folgen ziehen. Auf Grund Ihres Briefes habe ich die Angelegenheit wiederholt zum Gegenstand von Verhandlungen mit Kardinal Frühwirth vor seiner Abreise gemacht – unter den erwähnten

1 Rudolf Ritter von Gerlach (1886–1946), geb. in Baden-Baden, Besuch des Gymnasiums in München ohne Abschluss, Fahnenjunker im preußischen Heer, ausgeschieden, 1907 Reise nach Mexiko, dort Zuwendung zum Katholizismus, 1910 Priesterweihe in München, Studium der Theologie und Philosophie in Deutschland in Fribourg und Rom, danach an der Diplomatenschule des Vatikans (Accademia dei Nobili Ecclesiastici), 1914 Wirklicher Geheimer Kammerherr Papst Benedikts XV., Verbindungsmann des Papstes zur deutschen und österreichischen Regierung und involviert in Erzbergers Projekt, dem Papst einen außeritalienischen Sitz bzw. ein weltliches Territorium (Liechtenstein, Mallorca) zu verschaffen, um ihn als Souverän zugunsten der Mittelmächte in Friedensverhandlungen einschalten zu können. Auch spionierte er für das österreichische »Evidenzbureu« erfolgreich in Italien. Im Juni 1917 wurde er von einem italienischen Militärgericht deswegen zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, konnte aber nach der Schweiz ausreisen und verließ den vatikanischen Dienst. 1920 heiratete er, wurde exkommuniziert, wohnte abwechselnd in Deutschland, der Schweiz und Holland, von wo er 1939 nach England vor dem NS-Regime floh, das ihn wegen angeblichen Vaterlandsverrats im Ersten Weltkrieg verfolgte. Vgl. Wolf, S. 254.

2 Erzberger hatte Hertling am 17. November seinen Brief an Gerlach mit dem Bemerken übersandt, Hertling möge das Anliegen auch mit dem Nuntius Frühwirth besprechen »und zwar nicht so sehr in der Eigenschaft als bayerischer Ministerpräsident, sondern als Führer der deutschen Katholiken. Es handelt sich ja nicht so sehr um speziell bayerische Interessen, sondern um die Interessen der Katholiken Deutschlands«.

Verhältnissen fürchte ich allerdings, dass auch ein persönliches Eintreten von seiner Seite nach seiner Ankunft in Rom nichts mehr nützen wird.

Mit den besten Grüßen verbleibe ich
Euer Hochwohlgeboren
ganz ergebener

128

Georg von Hertling an Karl von Hertling
München, 26. Dezember 1916

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 26, f. 5–6)

Lieber Karl!

Gratuliert mit Familie verspätet zu der ihnen telefonisch aus Berlin gemeldeten Verleihung des EK I an Karl. Uebrigens habe ich nie daran gezweifelt, daß Du es schließlich erhalten würdest, zuletzt hat es mir Baron Würtzburg[1] fest versichert, und was mehr ist und Dich besonders freuen wird, das gleiche sagte mir auch Hindenburg. Den habe ich nämlich, ebenso wie Ludendorf, im großen Hauptquartier in Pleß kennen gelernt. H[indenburg] ist die Schlichtheit selbst, fast zu bescheiden; als mich der Kanzler ihm vorstellte und ich ihm sagte, wie glücklich ich wäre, den Mann persönlich kennen zu lernen, auf den das gesamte Volk mit Verehrung und Vertrauen blicke, schien ihn das fast in Verlegenheit zu setzen. Am zweiten Tage ging er etwas mehr aus sich heraus und redete mich darauf an, daß bei den letzten Kämpfen in Rumänien bayerische Kavallerie beteiligt und, wie er soeben erfahren habe, auch mein Sohn dabei gewesen sei. Dann gab ein Wort das andere. Vielleicht war ihm gerade der Bericht Seyboldstorff's über die Tätigkeit des 4. Chev[aulegers] Regiments[2] vorgelegt worden, von dem mir Würtzburg einen Abdruck geschickt hat. Du wirst dreimal darin erwähnt. – Sehr angenehm enttäuscht war ich und waren wir alle durch Ludendorf, den wir uns als die verkörperte, alle Hindernisse überrennende Energie vorgestellt hatten, und der sich als eine liebenswürdige, zugängliche Persönlichkeit herausstellte. Der Kaiser war sehr gnädig, überreichte mir das Großkreuz des R[oten] A[dler] O[rdens] persönlich und gab mir wiederholt Gelegenheit zu ganz interessanten Unterredungen, wovon ich Dir später mündlich erzählen werde. Aber wann wird

1 Ludwig Veit Freiherr von Würtzburg (1845–1922), geb. in Bad Mergentheim, letzter männlicher Erbe aus seit dem 12. Jahrhundert nachweisbarer Ministerialenfamilie der Würzburger Bischöfe, die in die fränkische Reichsritterschaft aufstieg, Sohn einer englischen Mutter, die sein Vater Philipp von Würtzburg am Hof König Ottos von Griechenland kennengelernt hatte, Jurastudium, Kriegsfreiwilliger 1870/71, seit 1877 Verwalter seiner Fideikommissgüter in Ober- und Mittelfranken (Mitwitz), Oberst d. R., Gründer und erster Präsident des bayerischen Landesverbands des Deutschen Flottenvereins, für dessen konfessionelle und politische Neutralität er eintrat, Kgl. Bayerischer Kämmerer, 1888–1918 Mitglied des Reichsrats, politisch Hertling, dessen konstitutionellem Regierungsprogramm von 1912 und dem Zentrum nahestehend, 1914 im vorgerückten Alter freiwillig Dienst als Oberst an der Westfront beim Generalkommando des I. Bayerischen Armeekorps, u.a. vor Verdun, über die Lage an der Front gut informiert. Hotzelt, Würtzburg; ders., Familiengeschichte, S. 734–751.

2 Das Bayerische 4. Chevauxlegers-Regiment (1744 bis 1918) war in Augsburg stationiert. Es bewährte sich u.a. in Rumänien und an der italienischen Front. Sein Kommandeur war von 1913 bis 1918 August Graf von Freyen-Seyboltstorff.

dies sein, und wo wird dieser Brief in Deine Hände kommen? Du kannst Dir nicht denken, wie wir uns gefreut haben als uns nach dreiwöchentlicher Carenzzeit endlich am 24. das Christkind Deine Karte vom 18. brachte mit der Nachricht, daß es Dir gut gehe. Aber die darin angekündigten Ruhetage sind inzwischen wieder verstrichen und Ihr werdet wohl wieder tüchtig in Bewegung sein. Möge der l[iebe] Gott auch weiterhin Dich in seinen gnädigen Schutz nehmen! Von dem weiteren glücklichen Fortgange der Kämpfe dort unten hängt jetzt alles ab, zumal nach dem Unglück bei Verdun. Die Sache dort muß recht übel gewesen sein und hat ja auch einer Anzahl hoher Offiziere die Verabschiedung eingetragen. Sie kam im ungünstigsten Moment und hat zweifellos die Wirkung unsres Friedensangebots beeinträchtigt. Uebrigens braucht man die Hoffnung nicht aufzugeben, daß unsere Aktion schließlich doch noch zu dem gewünschten Ziele führt. Die Note Wilson's[3], der sich geärgert haben mag, daß wir ihm zuvorgekommen sind und über dessen Motive wir ja nicht zu streiten brauchen, und die sehr sympathische Note der Schweiz gehen nach der gleichen Richtung, und, was die Hauptsache ist, die Friedenssehnsucht aller Völker ist so groß und so allgemein, daß die Kriegshetzer schließlich nachgeben müssen.

Uns hier im Hause geht es gut. *Familienbesuche in Augsburg und München*; ich bin mit vielen Grüßen

Dein tr[euer] Vater

3 Wilsons Note vom 18. Dezember 1916, von der US-Botschaft in Berlin am 21. Dezember überreicht, mahnte die Kriegführenden zur Angabe ihrer Bedingungen und »genauen Ziele« und beschrieb die eigene Rolle als Sondierung, nicht Vermittlung. Zimmermann antwortete am 26. Dezember, seiner Regierung erscheine »ein unmittelbarer Gedankenaustausch« als der geeignete Weg, sich dem Ziel des Friedens zu nähern, nachdem Wilson den Weg zu diesem Ziel offengelassen habe. (Schulthess 57, NF 32 [1916/II], S. 581–583). Siehe unten Nr. 131 u. 133; Darstellung, Kapitel III, 3.- Woodrow Wilson (1856–1924), geb. in Staunton (Virginia), aus presbyterianischer Pastorenfamilie, ab 1883 Studium der »constitutional history« an der Johns Hopkins University, 1885 Promotion mit dem Werk Congressional Government, 1890 Professor für Rechtswissenschaft und Politische Ökonomie an der Universität Princeton, seit 1902 Präsident der Universität, 1910 Wahl zum Gouverneur von New Jersey (Democratic Party), 1912 Präsident der USA, 1916 Wiederwahl. Wilson galt im Wahlkampf als Exponent eines Neutralitätskurses der USA, erklärte aber in seiner Antrittsrede im September 1916 unmissverständlich, dass von einer der Kriegsparteien verschuldete amerikanische Todesfälle zu kompromisslosen Reaktionen seiner Regierung führen würden. M. Berg, Wilson; Thompson, Wilson.

129

Gustav Schnürer an Georg von Hertling
Freiburg in der Schweiz, 28. Dezember 1916

(eigh. Or.; AGG, Nr. 8)

Exzellenz,

Ihr freundlicher Brief v. 9. November erfüllte mich mit großer Freude, da mir schon die eigenhändige sichere Schrift ein Zeichen war, daß es Ihnen gut gehen müsse, was mir auch der Inhalt bestätigte. Ich hoffe, daß es weiter so geblieben ist, und daß Sie insbesondere immer gute Nachrichten von dem Kriegsschauplatz erhalten haben. Das ist mein besonderer Wunsch für das neue Jahr, daß Ihr Herr Sohn und Schwiegersohn Ihnen von dem Lenker der Schlachten gnädig bewahrt werden mögen. Und dann einen wir uns in dem heißen Wunsche, daß der Herr uns den Frieden geben möge. Obgleich wir hier ringsherum von Frieden hören und lesen, ist man doch noch recht skeptisch. Denn aus Frankreich tönt keine Friedensstimmung herüber. Nur klerikale Kreise, die mit Rom Beziehung haben, sind dauernd optimistisch.

Wir haben doch nur noch zwei internationale Geistesbrücken, die nicht ganz abgebrochen sind, die der katholischen und der sozialistischen Weltanschauung. Aber auch da muß man unglaublich vorsichtig gehen, wenn man nicht an einer brüchigen Stelle durchbrechen will. Man erkennt die Gemeinsamkeit, die noch besteht, fast nur, indem man von drüben nichts hört, was direkt verletzt. Aber ein direkter Gedankenaustausch ist über irgend wie mit dem Völkerbund bestehende Fragen fast unmöglich. Drüben sehnt man sich wohl auch in den Kreisen derer, die in dem Krieg eine Züchtigung Gottes sehen, nach dem Frieden, und auf Umwegen hört man, daß sie nur wünschen, daß Bethmann-Hollweg Reichskanzler bleibt, weil er den Frieden machen kann. Die Friedensnote, die Antworten an die Vereinigten Staaten (Wilson) und die Schweiz haben hier einen guten Eindruck gemacht,[1] wenn auch eine Reaktion zunächst [nicht] erfolgen wird, etwas wird davon bleiben. Und so kommen wir wohl doch noch im Laufe des Jahres 1917 zum Frieden. Und auch eine Versöhnung der Völker soll es dann geben? Es wäre ja das höchste, was man erwarten kann. Aber wie soll das möglich sein, wo die Gegensätze noch so auseinanderklaffen? Da müßten wir Heilige haben, die als Apostel die Länder durchziehen, um allen die Bitte des Vater-Unser einzuschärfen: Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unsern Schuldigern.

Ob wir je soweit kommen? Jedenfalls hat Mars jetzt noch das Wort und stark über alles müssen wir sein, um dem Sturm zu trotzen, der im Frühjahr vielleicht noch einmal kommen wird.

1 Siehe unten Nr. 131 u. 133.

Möchten Sie das Glück haben, in Ihrer leitenden Stellung noch die Friedensära einleiten zu können. Den verehrten Ihrigen empfehlen Sie mich ebenfalls mit den besten Wünschen.

In alter Verehrung verbleibe ich
Ihr treu ergebener
Gustav Schnürer

130

Peter Spahn an Georg von Hertling
Frankfurt, 30. Dezember 1916

(eigh. Or.; AGG, Nr. 8)

Exzellenz,

für die freundlichen Mitteilungen aufrichtigen Dank, ich hatte mit dem Kanzler und mit Helferich[1] gesprochen, bevor ich die Jesuitenfrage in der Fraktion zur Sprache brachte. Der Kanzler wollte davon Abstand nehmen, das Gesetz erst vor dem Friedensabschlusse aufheben zu lassen, machte aber von dieser Sinnesänderung Helferich keine Mitteilung und Helferich wandte mir nun ein, mit der Aufhebung des Jesuitengesetzes käme auch die Aufhebung einzelner Polengesetze in Fluß und damit müsse bis zum Friedensschlusse gewartet werden.[2] Das Gesetz fällt, karakteristisch ist und bleibt aber die Behandlung katholischer Angelegenheiten.

Nach der elsäßischen Verfassung werden die von Elsaß im Bundesrat abgegebenen Stimmen dann nicht gezählt, wenn sie zugunsten einer preußischen Angelegenheit für einen preußischen Antrag abgegeben sind. Auf die 3 Stimmen kann nicht verzichtet werden. Mir kommt es […] nur darauf an, daß die Frage geprüft wird – ich habe die els[äßische] Verfassung nicht zur Hand –, ob die für den Antrag Preußens auf Aufhebung des Jesuitengesetzes abgegebenen elsaß lothringischen 3 Stimmen zu zählen sind.

---

1 Karl Helfferich (1872–1924), geb. in Neustadt an der Haardt, 1890–1894 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, 1894 Promotion, 1899 Habilitation an der Universität Berlin, 1902 Professor, nationalökonomische Vorlesungen bis 1906, 1901 Hilfsarbeiter im AA (Kolonialabteilung), 1904 Wirklicher Legationsrat und Vortragender Rat, 1906 z.D., 1908–1915 Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, 1915 Staatssekretär des Reichsschatzamts, Mai 1916–November 1917 Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Juli–August 1918 deutscher Vertreter in Moskau, nach 1918 Kampf gegen Erzberger und die Weimarer Koalition, 1920–1924 Mitglied des Reichstags (DNVP), 1923 Mitinitiator der Rentenmark (Hauptwerk: Das Geld, 1903, 6. Aufl. 1923). Karl Erich Born, Helfferich, Karl, in: NDB 8 (1969), S. 470–472.

2 Das Preußische Staatsministerium fasste am 28. Juli 1915 die Aufhebung des Jesuitengesetzes ins Auge, weil der Krieg »den festen Zusammenschluß aller Parteien und Konfessionen im gemeinsamen Kampfe gezeitigt hat«. Auf den Vatikan sei Rücksicht zu nehmen, weil dieser sich während des Krieges »sehr entgegenkommend gezeigt« habe und bei der Lösung des Belgien-Problems wichtig werden könne. Die Aufhebung solle aber wie andere Maßnahmen bis Kriegsende zurückgestellt werden, um nicht auch den Polen und Sozialdemokraten Zugeständnisse machen zu müssen. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums, Bd. 10, S. 140 f.

Was über unsere Friedensaussichten und über die Friedensbedingungen verlautet, ist sehr entmutigend, selbst für den, der sich vom Kriegsanfang an von dessen Erfolg nicht viel versprochen hat. Gott wende alles zum Guten. Empfehlen Sie mich der Gräfin.

Für das neue Jahr Ihnen und Ihrem Hause meine besten Wünsche.
Eurer Exzellenz ergebenster
Spahn

131

Matthias Erzberger an Georg von Hertling
Berlin, 6. Januar 1917

(masch. Or.; AGG, Nr. 8)

Euer Excellenz

spreche ich zu der wohlverdienten Auszeichnung Seiner Majestät des Königs von Bayern meinen herzlichen Glückwunsch aus, und dies umso lieber, als diese Auszeichnung den besten Beweis unerschütterlichen Vertrauens seitens des Herrschers und gleichzeitig die verdiente Anerkennung für so viele fruchtbare Arbeit darstellt.

Von hier ist im Allgemeinen nicht viel neues zu melden. In der Obersten Heeresleitung setzt die Aktion für einen uneingeschränkten U-Boot-Krieg sehr stark ein.[1] Man will nicht einmal die Antwortnote der Entente an Wilson abwarten, obwohl gerade im jetzigen Zeitpunkt der uneingeschränkte U-Boot-Krieg keine wesentlich besseren Resultate bringen dürfte, als die bisherige Methode. Ich glaube aber, dass es gelingen wird, die Entscheidung der Frage noch hinauszuschieben.

Wenn ich die gesamte Friedensaktion überblicke, so scheint mir eines heute fest zu stehen. Der Zeitpunkt für die Aufnahme der Friedensverhandlungen mit Belgien ist gekommen,[2] da dies von der Entente direkt angeboten wird. Wenn man die Note der Entente durchliest, so ist es zunächst überraschend, dass nach dem logischen Schluss der Note diese von neuem anhebt und lange Ausführungen über Belgien macht. Wenn dies auch auf den ausdrücklichen Wunsch des Königs von Belgien geschehen sein mag, so heisst die Note eigentlich doch, in einfaches, klares Deutsch übersetzt: »Mit euch wollen wir noch nicht verhandeln, wie aber ist es mit Belgien?«[3]

Hier sollte man einhaken und in die Antwortnote an die neutralen Mächte einen Passus aufnehmen, in welchem es heisst, dass die kaiserliche Regierung jederzeit bereit ist mit der belgischen Regierung über die Voraussetzungen der Wiederherstellung Belgiens in Verhandlungen einzutreten. Dadurch vergibt sich Deutschland

1 Nach Lersner, Erinnerungen, S. 197, waren Bethmann, die Staatssekretäre Zimmermann (Äußeres), Helfferich (Inneres) und Admiral Georg Alexander v. Müller gegen den uneingeschränkten U-Boot-Krieg. BArch, Nl Lersner, Nr. 18.

2 Vgl. oben Nr. 64.

3 Die der US-Botschaft in Paris überreichte Antwortnote des Ministerpräsidenten Aristide Briand vom 30. Dezember 1916 auf das Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember hob wohl am Schluss »die eigentümliche Lage« Belgiens hervor, und dass der belgische König und seine Regierung nur das Ziel der »Wiederherstellung des Friedens und des Rechtes« hätten. Doch forderte sie »réparation« für Belgien, unterstrich dessen Allianz mit der Entente und prangerte die deutsche Kriegführung dort wie überhaupt an. Die Antwortnote wurde wie die deutsche Friedensnote durch die Vermittlung der Regierungen der USA, Spaniens und der Schweiz überreicht. Schulthess 57, NF 32 (1917/II), S. 264.

garnichts und Belgien, das ja seine Bedingungen bereits in seiner Note genannt hat, kann garnicht ablehnen mit uns zu verhandeln. Kommt aber der Friede mit Belgien zustande, so ist der Weg frei für den Weltfrieden.

Ich würde mich auch nicht scheuen in der Note einen Schritt weiter zu gehen und zu erklären, dass die militärische Räumung Belgiens nur in dem Umfange und dem Tempo erfolgen könne, in welchem Nordfrankreich von den englischen Truppen geräumt wird. Dadurch wird erreicht, dass man den Franzosen klar macht, dass sie unter gewissen Voraussetzungen gleichzeitig die Räumung Belgiens und Nordfrankreichs erreichen können und ausserdem wird der in Frankreich vorhandene Gegensatz zwischen England und Frankreich vermehrt. Wir vergeben uns auch nichts dabei, denn wir sprechen ja nur einen Grundsatz aus, zu dem man doch allseitig entschlossen ist.

Meines Erachtens muss die angefangene Friedensaktion, die ich für vollkommen richtig halte, trotz ihres scheinbaren äusseren Misserfolges ruhig fortgesetzt werden,[4] aber natürlich in solchen Formen, dass sich das Reich dabei nichts vergibt.

Der Zeitpunkt einer Reise nach München ist unbestimmt. Ich möchte erst die Ankunft des neuen Nuntius[5] abwarten, um dann den Bauplatz für die neue Nuntiatur definitiv zu kaufen.

---

4 Am 12. Dezember 1916 erließen die verbündeten Regierungen ihre Friedensnote an die feindlichen und neutralen Mächte sowie an den Papst. Sie betonten die militärische Stärke der Verbündeten »zur Verteidigung ihres Daseins und ihrer nationalen Entwicklungsfreiheit«, schlugen vor, bald in Friedensverhandlungen einzutreten und kündigten an, geeignete Vorschläge dafür mitzubringen. Die Note wurde sogleich veröffentlicht, um die Stimmung der Völker der Kriegsgegner zu beeinflussen. Die Antwort der Alliierten vom 30. Dezember 1916 verwarf sie als hohle Erklärung, die falsche Behauptungen über die Verantwortung am Krieg und den bevorstehenden Sieg der Mittelmächte aufstelle und keinerlei Verhandlungsgrundlage biete. Schulthess 57, NF 32 (1916/I), S. 620–624; ebd. (1916/II), S. 262–264; Scherer-Grunewald, Bd. 1, S. 613–615.

5 Im Dezember 1916 wurde Aversa zum Nuntius in München ernannt und am 23. Januar 1917 akkreditiert. Er starb schon am 12. April an Herzversagen. – Giuseppe Aversa (1862–1917), aus Neapel, 1885 Priesterweihe, 1891 Eintritt ins päpstliche Staatssekretariat, Aufstieg zum Unterstaatssekretär der Kongregation für die außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten, 1906 Apostolischer Delegat in Havanna für Kuba und Puerto Rico, Titularerzbischof von Sardes, 1909 Delegat in Caracas, 1911 in Rio de Janeiro. Bei seinem Antrittsbesuch in München zeigte er sich als »ein jovialer Weltmann«, an den großen Fragen der Politik interessiert, »innerlich ganz auf der Seite der Zentralmächte« stehend, »deutsch, ja bayerisch gefirmt«. (Hertling an Lerchenfeld, München 21. Januar 1917. Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 794). Auf Aversa folgte im Mai 1917 Eugenio Pacelli (1876–1958), geb. in Rom, Studium in Rom, 1899 Priesterweihe, 1901 Dr. theol., 1902 Dr. jur., 1901 Eintritt ins päpstliche Staatssekretariat, 1911 Unterstaatssekretär der Kongregation für die außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten, 1914 Staatssekretär, bei Kriegsausbruch Leiter der päpstlichen Fürsorge für die Kriegsgefangenen, Mitarbeiter am Codex Iuris Canonici, 1917 Titularbischof von Sardi (Anatolien) und Nuntius in München, 1920–1929 erster Nuntius in Berlin, 1929 Kardinal, 1930 Kardinalstaatssekretär, 1939–1958 Papst Pius XII., richtungweisende Verträge, Lehrschreiben und Ansprachen, 1933 Reichskonkordat, 1937 Enzyklika »Mit brennender Sorge«, 1946 Weihnachtsansprache (Warnung vor neuen Konflikten), 1956 Enzyklika an den Episkopat (Gebet für das unterdrückte ungarische Volk).

Der Reichstagsausschuss dürfte wahrscheinlich erst in der dritten Januarwoche zusammentreten.

Über den Stand der Jesuitenfrage informiert Euer Excellenz am besten der beifolgende Brief, den ich an seine Eminenz Herrn Kardinal von Hartmann gerichtet habe. Ich bin sehr froh, dass wir so weit gekommen sind.

Der Preussische Landtag wird am 16. Januar zusammentreten und wird eine grosse politische Debatte eröffnen.

Mit dem Ausdruck der ausgezeichnetsten Hochachtung bin ich
Euer Excellenz
ganz ergebener
M. Erzberger
Mitglied des Reichstags.

132

Georg von Hertling an Matthias Erzberger
München, 6. Januar 1917

(eigh. Or.; BArch, Nl Erzberger, Nr. 5, f. 60–61)

Sehr verehrter Herr Erzberger!

Ich schreibe heute streng vertraulich in einer Angelegenheit, die mir große Sorge macht, ich schreibe an Sie, obwohl ich höre, daß Sie in derselben einen anderen Standpunkt einnehmen, als ich, aber ich darf ja annehmen, daß das Verhältnis zwischen uns beiden das alte geblieben ist, und daß auch heute ein Wort von mir bei Ihnen eine gute Aufnahme findet. Es handelt sich um den Fürsten Bülow. Wie mir von verschiedenen Seiten berichtet wird, macht er größere Anstrengungen als je, wieder in den Sattel zu kommen, und bei seiner bekannten Geschicklichkeit ist es ihm auch gelungen, Gruppen der einzelnen einflußreichen Persönlichkeiten zu gewinnen, so insbesondere – von Bassermann will ich nicht reden – Herrn v. Heydebrand. Die Alldeutschen spielen ihn gegen Bethmann aus und überall wird das Stichwort ausgegeben, der letztere habe sich unmöglich gemacht durch seine Aeußerungen über das von uns in Belgien begangene Unrecht und den »Fetzen Papier«.[1] Für die Verhandlungen scheide er aus, der einzige Mann hierfür sei Bülow. Nun meine ich, wir beide könnten den Mann! Ich würde es für ein nationales Unglück halten, wenn er wieder an's Ruder käme. Er war es doch, der das Mißtrauen der fremden Mächte gegen uns hervorrief, das erfuhr ich schon vor den kritischen Tagen, die wir mit ihm zu bestehen hatten. Und wie würde man sein Wiederscheinen in Wien aufnehmen?! Schon allein wegen Österreich ist es unmöglich. Nun sagte mir gestern jemand, er solle ja nur als »Frühstückspräsident« zu den Verhandlungen geschickt werden. Aber das ist eine Illusion. Sitzt er es erst mit am Tisch, wird er seinen Platz auch weiterhin

1 Im Reichstag hatte Bethmann am 4. August 1914 ausgeführt, seine Regierung habe sich wegen des unmittelbar drohenden Einfalls französischer Truppen im Südwesten über die Proteste der luxemburgischen und belgischen Regierung hinweggesetzt, deutsche Truppen hätten »vielleicht schon belgisches Gebiet betreten«. Das widerspreche den Geboten des Völkerrechts, sei aber aus Notwehr erfolgt. »Das Unrecht, das wir damit tun, werden wir wieder gutzumachen suchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist«. (Sten. Berichte, 13. Leg.-Per., 2. Sess., S. 7). Er erkläre zum wiederholten Mal gegenüber England, »daß wir die territoriale Integrität und die Unabhängigkeit Belgiens nicht antasten werden«. Gegenüber dem sich am Abend des 4. August verabschiedenden britischen Botschafter Sir Edward Goschen (1847–1924) bezeichnete er in einer sehr bewegten, auf Englisch geführten Aussprache die belgische Neutralität, für die England in den Krieg ziehe, als einen Fetzen Papier (»just for a scrap of paper«), gemessen an der Katastrophe des die europäische Zivilisation zerstörenden Weltkriegs. (Schulthess 55, NF 30 [1914/I], S. 384; Vietsch, Bethmann Hollweg, S. 193 f., 166); nach Jarausch, S. 179, befeuerte diese Rede, auf die Hertling mehrmals zurückkam, Bethmanns innere und äußere Feinde. Vgl. Westarp, Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches, S. 305. Vgl. auch die Reaktion Greys. Schwertfeger, Der geistige Kampf, S. 178–186.

zu behaupten wissen. Daß H. v. Stockhammern in dieser Richtung tätig ist, wundert mich nicht, er hat ganz offen in dem Sinne an mich geschrieben. Dagegen kann ich noch nicht glauben, obwohl es mir wiederholt versichert wurde, daß Sie, der Sie bisher Bethmann aufrichtig und erfolgreich, unterstützt haben, nun ein Parteigänger Bülows geworden seien.

Die Lage ist ernst genug, weitere Fehler dürfen nicht gemacht werden, wir haben an der übereilten Polen-Geschichte und dem geradezu unheilvollen Mißgriff mit den belgischen Arbeitern übergenug.

Bekümmert bin ich über die Haltung des Vatikans. Ich erkenne vollkommen die Schwierigkeiten seiner Lage an,[2] aber ich hätte doch etwas anderes erwartet, als die nahezu inhaltlose Weihnachtsaktion. Jedenfalls ist für jedermann deutlich, wie auch heute der König, mein allergnädigster Herr, bemerkte, daß die römische Frage eine Lösung erheischt. Das Oberhaupt der katholischen Kirche darf nicht in solchem Grade beengt und an der freien Meinungsäußerung verhindert werden.

Von der Ankunft des neuen Nuntius hört man noch nichts, so kann ich also auch noch nicht darauf rechnen, Sie in Bälde hier zu sehen. Inzwischen überlege ich meinerseits an einer Reise nach Berlin, mit oder ohne diplomatischen Ausschuß. Ich würde gerne mündlich mit Ihnen über die verschiedensten Punkte eingehend sprechen, darf aber auch wohl hoffen, daß Sie mich mit einigen Worten brieflich unterrichten und hoffentlich auch beruhigen.

Mit besten Grüßen, wie immer in bekannter Gesinnung
Ihr ergebener
Hertling

2 Vgl. Steglich, Friedensappell Papst Benedikts XV., Nr. 23–28, S. 52–57, 55; Schulthess 57, NF 32 (1917/II), S. 305 f.

133

Matthias Erzberger an Georg von Hertling
Berlin, 8. Januar 1917

(masch. Kop.; BSB Ana 463, Schachtel 10)

Euerer Exzellenz

bestätige ich mit bestem Dank den Empfang des Schreibens vom 6. Januar, das soeben in meine Hände gelangt ist.

Was die Hinzuziehung des Fürsten Bülow zu den Friedensverhandlungen betrifft, so hat der Herr Reichskanzler mir wiederholt erklärt, dass es ganz selbstverständlich sei, dass Fürst Bülow zu den Friedensverhandlungen herangezogen werde. Der neue Staatssekretär des Auswärtigen Amtes[1] sagte mir alsbald nach dem Antritt seines Amtes, dass er entschlossen sei, als ersten Friedensdelegierten den Fürsten Bülow und als zweiten Staatssekretär Dr. Helfferich zu berufen. Die Entscheidung über die einzelnen Bedingungen des Friedens läge nach wie vor bei der Reichsleitung, aber die Reichsleitung selbst könne sich nicht an den Ort der Friedensverhandlungen begeben. Es sei ausgeschlossen, dass der Herr Reichskanzler persönlich die Verhandlungen führt. Für die Berufung des Fürsten Bülow sprechen auch besonders zwei Punkte: einmal sei unter sämtlichen Diplomaten, die Deutschland hat, der fähigste und gebildetste Fürst Bülow; er hat auch das grösste Ansehen bei den Diplomaten des Auslandes. Von allen früheren Botschaftern, die das deutsche Reich habe, komme kein einziger sonst in Betracht.

Sodann sei weiter massgebend, dass die Berufung des Fürsten Bülow zu diesem Amt die innere Einigkeit in Deutschland stark fördern würde. Die verschiedenen Elemente von den Konservativen und Liberalen würden Friedensverhandlungen, an denen Fürst Bülow beteiligt sei, mit grossem Vertrauen begegnen. Die Berufung des Fürsten Bülow wird sonach durch den jetzigen Reichskanzler selbst erfolgen. Dass Fürst Bülow wieder Kanzler wird oder zu werden wünscht, halte ich für ausgeschlossen. Er selbst hat sich wiederholt dahin geäussert, dass für ihn gar nicht in Frage komme, dass er nochmals Kanzler werden würde.[2]

Was mich dieser Berufung sympathisch gegenüberstehen lässt ist hauptsächlich der Gesichtspunkt, dass er allein unter den sämtlichen hiesigen Diplomaten, die ich kennen lernte, volles Verständnis für die Notwendigkeit der Lösung der Römischen Frage besitzt. Wir haben uns darüber oft anlässlich seines hiesigen Aufenthaltes unterhalten. Ich sehe also die Berufung des Fürsten Bülow nach keiner Richtung hin als

1 Arthur Zimmermann.

2 Angeblich schlugen Ludendorff und Hindenburg dem Kaiser ungefragt Bülow als Nachfolger Bethmann Hollwegs vor. Haeften am 2. März vor dem Untersuchungsausschuss. Steglich, Verhandlungen des 2. Unterausschusses, S. 221.

Gegenzug gegen den derzeitigen Reichskanzler an, sondern als eine vorübergehende Mission, wie es sein Aufenthalt in Rom auch war. Einen Kanzlerwechsel wünsche ich vor wie nach nicht und werde meinerseits nicht nur gegen seine Herbeiführung auftreten, sondern alles aufwenden, um ihn zu verhindern.

Es ist richtig und zutreffend, dass die Berufung des Fürsten Bülow zu den Friedensverhandlungen bei allen Parteien, von der äussersten Rechten bis zur Volkspartei, Unterstützung findet und ich glaube, dass gerade dieser Gesichtspunkt auch für die Stellungnahme des Reichskanzlers und Staatssekretärs Zimmermann von erheblicher Bedeutung gewesen ist.

Ich war in der Woche vor Weihnachten in Wien und hatte reichliche Gelegenheit, mit den heute massgebenden Ministern dort zu sprechen. Das Misstrauen gegen Fürst Bülow stammt aus der Zeit seiner Botschaftertätigkeit in Italien und ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass Staatssekretär Jagow (der sich in München niederlassen will) die Originaldepeschen des Fürsten Bülow der österreichischen Regierung vorlegte, ein Verhalten, das ich weder für besonders geschickt noch für opportun halte. Ich glaube nicht, dass von Wien aus ernsthafte Bedenken gegen die Zuziehung des Fürsten Bülow erhoben werden dürften. Auf der anderen Seite lauten alle Nachrichten aus Russland so, dass dort keine Neigung zum Friedensschluss vorhanden sei, solange Herr von Bethmann im Reichskanzleramt sich befinde. Weiter ist Fürst Bülow direkt am Krieg nur sehr wenig beteiligt gewesen und hat sich weder durch Reden noch Taten seit 1914 irgendwie festgelegt. Aus diesen Gesichtspunkten glaubte ich meinerseits keinerlei Bedenken gegen Wiederheranziehung des Fürsten Bülow zu erheben. Er ist mir noch lieber, wie alle anderen Herren, die zuerst genannt wurden (Graf Monts[3]). Doch würde ich darüber wie über eine Reihe von anderen Fragen mit Euerer Exzellenz gern einmal mündlich verhandeln, sei es in München oder hier.

Ueberein stimme ich mit der Auffassung Euerer Exzellenz, dass wir keine politischen Fehler mehr machen dürfen. Die Polensache ist ein grosses Fiasko für uns, darüber lässt sich gar nicht streiten. Man hätte es leicht anders machen können, sogar recht erfolgreich. Ich habe auch einige Vorschläge gemacht, aber das Militär hat die Sache ganz in die Hand genommen und Militär und Politik vertragen sich nicht, das hat sich auch schon oft gezeigt. Der Abtransport der belgischen Arbeiter hat uns mehr geschadet als der ganze Durchmarsch durch Belgien. Jetzt hat vor einigen Tagen sogar General von Ludendorff erklärt, dass er selbst sehe, dass das nicht richtig sei und er an einen Rücktransport denke, falls genügend Arbeiter in Deutschland

3 Anton Graf von Monts de Mazin (1852–1930), geb. in Berlin, 1886–1890 Botschaftssekretär in Wien, danach preußischer Gesandter in Oldenburg, auch bei den Hansestädten, Generalkonsul in Budapest, 1895 preußischer Gesandter in München, 1902–1909 Botschafter in Rom (Quirinal). 1908 warnte er vor einem italienisch-russischen Einverständnis. Vgl. über ihn Bernstorff, Erinnerungen, S. 42 f.

sich melden würden. Ich sehe die grösste Gefahr in dem Dreinreden der obersten Heeresleitung in rein politische Sachen.

Auch in der U-Bootfrage tritt Exzellenz von Ludendorff anpeitschend auf. Er verlangt den uneingeschränkten U-Bootkrieg sofort, obwohl der Januar und Februar keine erheblich erhöhte Tätigkeit der U-Boote aufkommen lassen, derzeit wenig verfrachtet wird und man bis zum März mindestens warten müsste, wo dann auch mehr U-Boote da sein werden. Ferner würde der schon jetzt einsetzende uneingeschränkte U-Bootkrieg (ich sehe von der Gefahr einer Kriegserklärung Amerikas ab) der Entente recht geben, wenn sie behauptet, dass unser Friedensangebot nur ein Scheinmanöver sei. Ich hoffe zwar, dass es nochmals gelingen wird, die Entscheidung hinauszuzögern; ob das allzulange noch möglich ist, weiß ich nicht, zumal auch Exzellenz Zimmermann keine entschieden ablehnende Haltung in dieser Frage einnimmt. Es lässt sich nicht verkennen, dass die Situation in diesem Jahr für den uneingeschränkten U-Bootkrieg erheblich besser ist, weil wir mehr U-Boote haben und weil England sich in einer grösseren Kalamität befindet. Aber man muss sich auch darüber klar sein, dass der uneingeschränkte U-Bootkrieg nicht nur die bisherigen Erfolge, sondern auch die ganze Existenz Deutschlands aufs Spiel setzt. Entscheidend wird sein, wie lange die Lebensmittel in Deutschland ausreichen. Die Beantwortung dieser Frage ist schwierig, ich glaube aber doch, dass man sagen kann, dass man bis zur neuen Ernte mit den heutigen Portionen durchkommt.

An der Beantwortung der Ententeantwort wird hier eifrig gearbeitet. Eine definitive Stellung will man erst einnehmen, wenn die Antwort der Entente an Wilson vorliegt,[4] was ich auch für richtig halte. Nach der heutigen Situation denkt man hier der Entente keine Antwort zu geben, wohl aber den neutralen Schutzmächten,

4 Die Alliierten sahen in ihrer langen und scharfen Antwort vom 10. Januar 1917 auf die Note Wilsons vom 18. Dezember 1916 aktuell keine Möglichkeit zum Frieden gegeben, falls ihnen nicht »Wiedergutmachungen, Rückerstattungen und Bürgschaften« zugesichert würden, auf die sie wegen des Angriffs und der Verbrechen der Mittelmächte ein Recht hätten. In territorialer Hinsicht forderten sie die Abtretung Elsaß-Lothringens und die Auflösung der Donaumonarchie in ihre Nationalitäten. Sie verwahrten sich gegen die »Gleichstellung« mit den Zentralmächten, deren Haltung »ein ständiger Hohn auf Menschlichkeit und Zivilisation« sei. Schulthess 58, NF 33 (1917/II), S. 377–379; vgl. Bethmann Hollweg, Betrachtungen, S. 158; Papers of Wilson, Bd. 40, S. 439–441.

durch welche wir unser Friedensangebot übermitteln liessen.[5] Die Antwort ist noch nicht definitiv festgelegt. Ich habe gestern hier sieben verschiedene Entwürfe gelesen, aber keiner hat mir ganz gefallen. Die meisten derselben sind zu langschweif[ig] und enthalten zu viel Replik und sehen dadurch wie eine Entschuldigung gegenüber der Entente aus.

Ich denke, wir sollten nur eine kurze und bündige Antwort geben mit folgenden Punkten:

1.) Feststellung der Tatsache unseres Friedensangebotes und jede Unterstützung der Friedensnote der Neutralen.
2.) Glatte Ablehnung der Entente, wodurch sie die volle alleinige Verantwortung für die Weiterführung des Krieges und seine Folgen trägt.
3.) Der Einwand der Entente, dass wir uns als Sieger fühlen und sie als Besiegte hinstellten, ist falsch.
4.) Die Behauptung, es sei uns nicht ernst mit dem Angebot muss ganz entschieden zurückgewiesen werden.
5.) Der Vorschlag der Entente, das Nationalitätenprinzip zur Grundlage zu machen, steht mit den Kriegszielen und Forderungen der Entente selbst in Widerspruch (Irland, Gibraltar, Malta, Nizza, Savoyen, Dardanellen, Völkerschaften Russlands) und bedeutet für Deutschland den Verlust von Elsaß-Lothringen und 4 preussischen Provinzen (Posen, Westpreussen, Oberschlesien und von dem eingeschlossenen Land Ostpreussen), die Zertrümmerung und Erniedrigung Oesterreich-Ungarns, die Nichterfüllung der bulgarischen Wünsche und die Aufteilung der Türkei.

Diese Gedanken kurz festgestellt dürften meines Erachtens genügen, um dann zu dem Kernpunkt der Antwort überzugehen: Belgien.

[…] Ich habe es sehr bedauert, das Herr von Jagow sich im Mai dieses Jahres gegenüber der in Aussicht gestellten Vermittlung des Hl. Stuhles so zögernd verhalten

5 Die deutsche Antwortnote auf die Erwiderung vom 30. Dezember 1916, die die Entente der deutschen Friedensnote vom 12. Dezember zuteilwerden ließ, datierte vom 10. Januar 1917 und wurde den neutralen Regierungen am 11. Januar überreicht. Sie erklärte, das Kriegsziel zur Verteidigung des eigenen Daseins und der eigenen Freiheit sei erreicht, wies die Beschuldigungen der Unaufrichtigkeit und der Völkerrechtsverletzungen, die vielmehr von der Entente begangen worden seien, zurück und machte die Gegenseite für die Fortführung des Krieges verantwortlich. Reuter gab am 14. Januar halbamtlich die englische Stellungnahme zu der deutschen Note an die Neutralen vom 11. Januar bekannt, worauf am 15. Januar das WTB »von befugter informierter Seite ermächtigt«, die deutsche Erwiderung brachte. Die Friedensnote vom 12. Dezember 1916, die »keine Bedingungen schlechthin« stellte, mündete so rasch in eine die militärische begleitende verbale Auseinandersetzung und die jahrzehntelange, aus der Politik die Wissenschaft ergreifende und von dort wieder in die Politik zurückwirkende Debatte um Kriegsschuld und Aufrechnung. Steglich, Friedenspolitik der Mittelmächte, S. XI; vgl. Schulthess 58, NF 33 (1917/I), S. 19–21, 28–30; ebd. (1917/II), S. 251–253.

hat.[6] Jetzt muss mit Entschiedenheit ein Schritt weiter getan werden, nachdem Belgien selbst in der Note einen so grossen Raum eingenommen hat. Darum schlage ich hier vor, in die zu gebende Antwortnote aufzunehmen: »Die kaiserliche Regierung erklärt sich bereit, jederzeit mit der belgischen Regierung über die Voraussetzungen der Wiederherstellung des Königreiches Belgien in Verhandlungen einzutreten«.[7]

Damit ist gesagt, dass wir unter gewissen Bedingungen Belgien wiederherstellen wollen, dass wir dann aber nur mit Belgien allein verhandeln wollen und nicht mit anderen Mächten. Diese Antwort ist man logischer Weise der Entente auf ihren Passus schuldig. Ich bin fest überzeugt, dass für Belgien eine Verständigung sich schnell und mit wenig Mühe finden lassen wird;[8] es wäre dieselbe, die gegenüber Rom bereits festgestellt worden ist und welche der Hl. Vater als eine annehmbare Grundlage für die Verständigung bezeichnet hat. Ist der Friede mit Belgien geschlossen, so bin ich weiter fest überzeugt, dass der Weltfrieden sehr schnell kommen wird. Ich hoffe, dass die Note in diesem Sinne ausfallen wird, falls die Entente nicht etwa ganz Überraschendes gegenüber Wilson zum Ausdruck bringt.

---

6 Allerdings hatte Erzberger Gerlach am 10. Juni 1916 die »hocherfreuliche« Bereitschaft des Staatssekretärs Jagow gemeldet, anders als andere Mächte »gegebenenfalls gern und dankbar« von dem päpstlichen Angebot der Friedensvermittlung mit Belgien und England Gebrauch zu machen. Steglich, Friedensappell Papst Benedikts XV., Nr. 8, S. 35.

7 Mit Telegr. vom 29. Januar 1917 beauftragte Bethmann die Botschaft in Washington, dem Präsidenten Wilson nur persönlich, vertraulich und für den Fall, dass durch dessen Vermittlung eine direkte Konferenz der kriegführenden Mächte erreicht würde, elf Bedingungen mitzuteilen, unter denen die deutsche Regierung bereit gewesen wäre, in Verhandlungen einzutreten, wenn die Entente das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 angenommen hätte. Die fünfte Bedingung lautete: »Wiederherstellung Belgiens unter bestimmten Garantien für die Sicherheit Deutschlands, welche durch Verhandlungen mit der Belgischen Regierung festzustellen wären«. (Bethmann Hollweg, Betrachtungen, S. 275). Damit ging Bethmann über die Rechtfertigung des deutschen Verhaltens gegenüber Belgien hinaus, die am Schluss der deutschen Antwortnote vom 10. Januar 1917 stand. (Schulthess 58, NF 33 [1917/I], S. 21). Die Instruktion an die englische Botschaft in Washington vom 13. Januar, begleitend die Übersendung der alliierten Antwortnote vom 10. Januar auf die Note Wilsons vom 18. Dezember 1916, sah Belgien nicht nur als »Opfer«, sondern auch als »Beispiel« der die deutschen Eroberungen begleitenden »Schreckensherrschaft«. Die mit der alliierten Antwortnote vom 10. Januar 1917 der US-Botschaft in Paris übergebene belgische Note bedang sich für den Frieden die völlige politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie die Unversehrtheit des Gebiets Belgiens und seiner afrikanischen Kolonien aus, »gleichzeitig gerechte Entschädigungen und Sicherheiten sowie Garantien für die Zukunft«. Ebd., 33 (1917/II), S. 250 f., 379 f.

8 Hier irrte Erzberger. Wie Baron Ritter am 9. Januar 1917 aus Rom berichtete, machte der belgische Botschafter beim Hl. Stuhl, Jules Van den Heuvel (1854–1926), dem Papst »bitterste Vorwürfe«, als dieser das deutsche Angebot der Rückgabe Belgiens unter der Voraussetzung gewisser Garantien zur Sprache brachte, und bestand auf einer »bedingungslosen Rückgabe« Belgiens. (Steglich, Friedensappell Papst Benedikts XV., Nr. 32, S. 61). Der Münchner Nuntius Aversa ließ Erzberger, der ihm mündliche Mitteilungen über deutsche Friedensbedingungen gegenüber Belgien gemacht hatte, am 27. Februar wissen, dass Gasparri angesichts der geplanten Offensive der Entente gegen die Mittelmächte den Zeitpunkt des Angebots für inopportun halte, was die deutsche Regierung selbst kaum verkennen könne. Ebd., Nr. 41, S. 71.

Euerer Exzellenz Auffassung über die Haltung des Vaticans stimme ich nach jeder Richtung bei. Ich habe mich lange gesträubt, kann aber hier der Überzeugung nicht mehr entgegentreten, dass der Herr Kardinalstaatssekretär nicht nur kein Freund der Mittelmächte ist, sondern systematisch gegen uns arbeitet. Die Urkundendokumente in der letzten Zeit haben sich ungemein vermehrt. Der Hl. Vater selbst ist in der denkbar schwierigsten Situation. Mit Recht ist man aber hier darüber erstaunt, dass auf die ungemein freundliche Note an Seine Heiligkeit (protestantische Kreise haben im Auswärtigen Amt schon Beschwerde geführt wegen ihr), nicht einmal eine Empfangsanzeige hierher gelangt ist, viel weniger eine Antwort.[9] Das ist doch eine starke Unhöflichkeit und erschwert es der deutschen Regierung, nochmals sich an Seine Heiligkeit zu wenden. Ich habe an Herrn Prälat Ritter von Gerlach schon vor einigen Wochen geschrieben, bin aber seit dem 12. Dezember [19]16 ohne jede Nachricht. Jetzt erfahren wir aber, dass Prälat von Gerlach entweder zwangsweise abreisen muss oder im Vatican völlig abgeschlossen leben muss und dass Briefe an ihn durch Prälat Marchetti nicht mehr befördern [!] werden dürfen. Dies konnte ich erneut feststellen, da ich Briefe an Herrn von Gerlach geschrieben habe. Es ist eine gewiss unwürdige Lage für das Oberhaupt der Kirche, wenn es nicht einmal frei entscheiden kann, welche Personen in seinem Privatdienst stehen. Wenn aber Herr Prälat von Gerlach abreist, so befürchte ich, dass die Politik des Kardinalstaatssekretärs immer mehr in den Vordergrund tritt und Deutschland immer mehr Unannehmlichkeiten erwachsen würden. Ich bin kein Pessimist, aber ich habe die Befürchtung, dass schliesslich ein neuer Kampf gegen Rom in Deutschland entbrennen wird und das, was in zwei Jahren so mühsam für den Hl. Stuhl aufgebaut wurde, ist mit einem Schlag zertrümmert. Wenn die letzte deutsche Vertrauensperson aus der Umgebung des Hl. Vaters entfernt oder in Rom völlig ausgeschaltet wird, so ist das sowohl für die deutschen Interessen als auch für Rom ein schwerer Nachteil.[10] Ich habe mich auch an Eminenz Frühwirth in dieser Sache gewandt und ihn gebeten, Seiner Heiligkeit persönlich alle diese Gesichtspunkte vortragen zu wollen, denn davon bin ich vor wie nach fest überzeugt, dass Benedikt XV. im Innern vollkommen auf unserer Seite steht und dass viele seiner Handlungen nur unter dem äussern Zwang erfolgt sind. Wenn er aber von Deutschland aus gar nicht mehr unmittelbar informiert wird, so befürchte ich nicht ohne Recht, dass die andere Mächtegruppe immer mehr im

9 Am 9. Dezember 1916 sandte das AA dem Gesandten Mühlberg drei Abdrucke der Friedensnote der Vierbundmächte und eine gleichzeitig zu überreichende, sorgfältig redigierte, an Gasparri gerichtete Note zu, in der die Friedensnote erläutert war. Laut Mitteilung Rombergs aus Bern an Bethmann Hollweg vom 21. Februar 1917 wurde Benedikt XV. »durch englischen und französischen Einfluß« davon abgehalten, eine von deutscher Seite erhoffte »eingehende Antwort« zu geben und damit »offen für die Friedensaktion« einzutreten, die er günstig beurteilte. Steglich, Friedensappell Papst Benedikts XV., Nr. 15, S. 44–47, Nr. 40, S. 70, Nr. 32, S. 59 f.

10 Erzberger überschätzt Gerlachs Bedeutung für die deutschen Belange erheblich.

Vatikan in den Vordergrund tritt. Was uns der 99.[11] darüber schreibt, hat sich zu meinem lebhaften Bedauern immer noch als richtig herausgestellt.

Da die Stelle des Nuntius in München noch unbesetzt ist, hat der Wiener Nuntius[12] *im Auftrag Benedikts XV. um Übermittlung der deutschen Friedensbedingungen gebeten, aber zur Antwort erhalten, Berlin wolle über seinen Gesandten von Mühlberg verhandeln. Einer über Baron Ritter vorgetragenen Anregung Hertlings zur baldigen Besetzung der Münchner Nuntiatur würde Rom Rechnung tragen. Der Reichstag, der vermutlich in zwei Wochen zusammentritt, und der am 16. Januar tagende preußische Landtag werden über Friedensziele debattieren. Er steht noch in dieser Woche für ein Gespräch zur Verfügung.*

Mit hochachtungsvoller Begrüssung bin ich
Euer Exzellenz treu ergebener
Erzberger
Mitglied des Reichstages.

11 Vgl. Stockhammern an Bethmann Hollweg, Luzern 22. Dezember 1915. »Herr 99 war italienischer Freimaurer des 33. Grades, bis 1904 Gran Oratore des Großorients Rom, in den 90er Jahren zweimal Unterstaatssekretär der italienischen Regierung, davon einmal im Unterrichtsministerium, Mitglied der ägyptischen Schuldentilgungskommission, Anfang 1917 72 Jahre alt, wohnhaft im Mailand, langjähriger Freund des Kardinalstaatssekretärs Gasparri«. Zitiert nach Steglich, Friedensappell Papst Benedikts XV., S. 28 Anm. 2.

12 Teodoro Valfrè di Bonzo (1853–1922), geb. in Cavour, Schulkamerad Benedikts XV., 1876 Dr. theol. (Turin), Priesterweihe, danach Weiterstudium in Rom, Kopist (Minutante) an der Kurie, 1885 Bischof von Cuneo, 1895 von Como, 1905 Erzbischof von Vercelli, 1916 Titularbischof von Trapezunt, 1916–1919 Nuntius in Wien, 1920 Präfekt der Religiosenkongregation.

134

Georg von Hertling an Franz von Stockhammern
München, 15. Januar 1917

Der Staatsminister des Kgl. Hauses u. des Aeußern (masch. Or.; BArch, Nl Stockhammern, Nr. 3, f. 9)

Lieber Herr von Stockhammern!

Vor allem sage ich Ihnen meinen herzlichsten Dank für die freundlichen Glückwünsche, die Sie mir zu der Allerhöchsten Auszeichnung, mit der ich zu Königsgeburtstag bedacht wurde, zu senden die Freundlichkeit hatten. Aber auch für die interessanten Berichte, die ich von Ihnen erhalte,[1] möchte ich Ihnen wiederholt meinen aufrichtigsten Dank sagen und Ihnen zugleich meine besondere Anerkennung über alles das aussprechen, was Sie nun in mehr als zweijähriger Tätigkeit rastlos und hingebend geleistet haben. Ihr Nachrichtendienst wird durch die Ausdehnung, die Sie ihm zu geben verstanden haben, immer wichtiger und bedeutungsvoller; je länger der Krieg dauert und je mehr wir uns dem Ende dieses furchtbaren Völkermordens nähern, um so wertvoller ist es, auf dem von Ihnen geschaffenen Wege Nachrichten über die Stimmungen und Absichten bei unseren Feinden zu erhalten. So wünsche ich Ihnen denn auch für das neue Jahr alles Gute für Ihr Wohlergehen und für Ihre weitere Wirksamkeit.

Sehr aufmerksam war es, mir anzubieten, die sich voraussichtlich jetzt häufenden Zifferntelegramme durch Vermittelung der K[aiserlichen] Gesandtschaft in Bern an mich chiffriert weitertelegraphieren zu lassen. Wenn ich auch mit Rücksicht auf die damit verbundenen erheblichen Kosten für die Regel darauf verzichten muß und Sie bitten darf, für gewöhnlich an dem bisher üblichen Weg der Übersendung eines Abdruckes auf dem Postwege beizubehalten, so bin ich Ihnen doch sehr dankbar, wenn Sie in ganz besonders wichtigen Fällen, in denen Sie annehmen, daß Ihre Meldung eventuell auch mich zu sofortigen Schritten (wie z. B. Einberufung des Auswärtigen Ausschusses oder persönliches Benehmen mit dem Reichskanzler) veranlassen könnte, mir in der von Ihnen vorgeschlagenen Weise ein Zifferntelegramm senden.

1 Stockhammern war von Juli 1915 bis Juli 1917 in Bern, danach bearbeitete er bis Oktober 1918 im AA die Geheimberichte aus den Ententeländern. (Steglich, Friedensappell Papst Benedikts XV., S. 673). Auszüge aus den 1915–1917 Hertling zugesandten, nicht viel hergebenden Berichten veröffentlichte er 1920 in: Die Grenzboten. 1918 trat er in Verbindung mit Bülow und gebärdete sich als berufener Kenner der politischen Szene.

Mit den herzlichsten Grüßen verbleibe ich
Ihr aufrichtig ergebener
Hertling

P[ost] S[criptum]. Msgr. Gerlach habe ich noch nicht gesprochen; er fuhr von hier ohne Aufenthalt nach Berlin weiter. Heute abend reise ich wieder für einige Tage nach Berlin, wo am Dienstag eine Sitzung des auswärtigen Ausschusses stattfindet.

135

Otto von Ritter zu Groenesteyn an Georg von Hertling
Lugano, 29. Januar 1917

Kgl. Bayerische Gesandtschaft beim Päpstlichen Stuhle (masch. Or.; BayHStA, MA 971)

No. 28
Betreff: Die römische Frage. Mit 1 Beilage

Euer Exzellenz erlaube ich mir in der Anlage einen Artikel der »Neuen Züricher Zeitung« vom 26. l[au]f[en]d[en] M[ona]ts ganz gehorsamst vorzulegen, in dem der Verfasser nachweisen will, dass nach der von P. Ehrle vorgeschlagenen Lösung der Römischen Frage, die dem Papst einen Teil der Stadt Rom als souveränes Gebiet zugewiesen sehen möchte,[1] die beim Vatikan beglaubigten Gesandten der mit Italien im Krieg liegenden Mächte auch dann nicht in der Lage sein würden, während des Krieges bei der Kurie zu bleiben. Die Gesandten der Zentralmächte beim Päpstlichen Stuhle hätten in diesem Kriege Rom verlassen müssen, weil ihnen der chiffrierte Verkehr mit ihren Regierungen von der Italienischen Regierung nicht erlaubt worden sein würde. Man könne es der Italienischen Regierung nicht verargen, wenn sie in der Hauptstadt des Landes Angehörigen eines feindlichen Auslandes nicht gestatte, mit der Regierung dieses Feindeslandes geheimen Verkehr zu unterhalten, da man diese Gesandtschaften immer der Spionage verdächtigen würde. Solcher Argwohn bliebe aber genau ebenso, vielleicht noch schärfer bestehen, wenn das Gebiet, auf dem der Papst und die bei ihm beglaubigten Gesandten wohnen, nur in der von P. Ehrle vorgeschlagenen Weise vom Königreich Italien gelöst wäre. Dieses Gebiet wäre dann tatsächlich doch noch ein Stück der Stadt Rom.

Diese Schlußfolgerung hat eine gewisse Berechtigung , aber nicht etwa, weil es ausgeschlossen wäre, die betreffenden Gesandtschaften auf dem Päpstlichen Gebiete vollständig von dem Verkehr mit den übrigen Stadtteilen Roms und mit Italien überhaupt abzuschneiden, sondern weil der Vatikan in einem solchen Maße italienisiert und durch seine Angehörigen mit den Interessen Italiens verbunden ist,[2] dass die Italienische Regierung allerdings den Verdacht schöpfen muß, es möchten die Gesandten aus Feindesland auch schon durch den Vatikan Nachrichten erfahren, die

1 Gegen diesen Vorschlag Franz Ehrles und dessen Besprechung in der Neuen Zürcher Zeitung Nr. 83 wandte sich der von Ritter in Kopie beigelegte ungez. Artikel: Die römische Frage, Neue Zürcher Zeitung v. 26. Januar 1917. Er gab breit die Einwände des liberalen protestantischen Theologen Hermann Mulert (1879–1950) wieder, die von Ritter zusammenfassend in seinem Bericht aufgriff. Ehrles Lösungsvorschlag wurde allerdings in der Marburger Halbmonatsschrift Die Christliche Welt (1887–1941) »in durchaus sympathischer Weise besprochen«.

2 Siehe dazu oben Nr. 78.

Italien betreffen und die die Italienische Regierung nicht in's Ausland gebracht zu sehen wünscht. Um das zu verhindern, wäre eine Abschließung des gesamten Päpstlichen Gebietes und aller seiner Bewohner von Italien notwendig, was aber wiederum dem Vatikan, wenn man weiß wie jetzt z. B. fortgesetzt Fäden zwischen der Kurie und der Italienischen Regierung gesponnen werden, kaum recht wäre.

Der Artikel schließt mit der einleuchtenden Behauptung, dass, wenn der Papst sich nicht von allen Welthändeln streng zurückhält, sondern mit weltlichen Mitteln in den Gang der Weltereignisse eingreift, er nie ganz sicher davor sein wird, dass andere weltliche Interessen mit den seinigen zusammenprallen.[3]

Der Kgl. Gesandte
O. Fher. vRitter.

3 Wörtlich aus dem Schluss des Artikels v. 26. Januar 1917 übernommen.

136

Matthias Erzberger an Georg von Hertling
Berlin, 31. Januar 1917

(masch. Or.; AGG, Nr. 8)

Euere Excellenz!

Soeben hatte ich eine Besprechung mit Herrn Minister von Löbell[1], wobei wir auch auf die Frage der Weiterführung der jetzigen Kriegspolitik zu sprechen kamen.

Nachdem die Frage des rücksichtslosen U-Bootkrieges entschieden sei, müsse nunmehr diese Rolle der Stärke und Macht mit Konsequenz durchgeführt werden. Es muß der ganzen Welt klar gemacht werden, daß nicht nur ein Zufall entschieden habe, sondern daß mit Energie und Stärke die Sache durchgeführt wird.

Zu diesem Zweck erachte ich aber für notwendig:

1. sofortige Aufteilung Elsaß-Lothringens zwischen Bayern und Preußen. Die Entente Mächte haben unser Friedensangebot abgelehnt und die Zurückeroberung der Reichsland[e] in ihr Programm aufgenommen. Darauf kann nur diese deutsche Tat antworten, indem Elsaß-Lothringen ganz aus der Welt geschafft wird und in diese zwei Teile fällt. Das möge die Regierung aber bald machen und dem Reichstag den Vorschlag unterbreiten. Minister von Loebell steht diesem Gedanken höchst sympathisch gegenüber; er stimmte mir in allem bei und versprach mit dem Herrn Reichskanzler zu sprechen. Auch er ist der Ansicht, daß die Frage nicht bis zum Kriegsende verschoben werden kann.
2. Errichtung eines selbstständigen Königreiches Flandern, falls der König von Belgien nicht bis Ende dieses Monats in aussichtsreiche Friedensverhandlungen mit uns eintritt. Die Durchführung der Verwaltungstrennung genügt nicht, sondern man muß positiv zu einer eigenen Provinz und einem Königreich Flandern kommen unter eigenem Regenten. Wallonien kann ruhig vom Militär-Gouverneur weiter verwaltet werden.[2]

Auch darin stimmte mir Herr Minister von Loebell rückhaltlos bei.

Am kommenden Montag oder Dienstag reise ich durch München, um wegen Belgien eine Besprechung zu halten. Wenn die Züge nicht zu viel Verspätung haben, werde ich mir gestatten bei Euerer Excellenz vorzusprechen. Den genauen Tag meiner

---

1 Friedrich Wilhelm von Loebell trat seit 1914 für einen Sonderfrieden mit Russland, aber gegen die Selbständigkeit Polens und die preußische Wahlreform ein.

2 Von solchen Plänen war keine Rede in Hertlings Befürwortung der über Lerchenfeld an den Reichskanzler heranzutragenden Anregung des Münchner Nuntius Aversa, den Papst vertraulich und persönlich über die bisherigen Belgien-Pläne der Reichsleitung, »Wiederherstellung unter entprechenden Garantien«, zu informieren, damit dieser, ohne als Vermittler für das Reich aufzutreten, an eine Verständigung – gedacht wohl direkt mit Belgien – herantreten könne. Hertling an Lerchenfeld, München 30. Januar 1917. Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 798.

Ankunft in der Schweiz kann ich noch nicht bestimmen. Am 12., 13. und 14. Februar findet ein katholisch-politisch-sozialer internationaler Kongreß in Zürich statt. Die Einladung geht von den katholischen Politikern der Schweiz, Holland[s] und Spaniens aus. Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien und Polen werden Vertreter dazu entsenden. Das Erscheinen von Delegierten aus anderen Ländern ist noch ungewiß.

Mit dem Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung bin ich
Euerer Excellenz ganz ergebener
M. Erzberger
Mitglied des Reichstages.

137

Matthias Erzberger an Georg von Hertling
Berlin, 1. Februar 1917

(masch. Or.; AGG, Nr. 8)

Euer Exzellenz

Im Anschlusse an mein gestriges Schreiben gestatte ich mir noch folgendes mitzuteilen:

Gestern traf ich meinen Kollegen Fehrenbach, der, wie Euer Exzellenz wissen, einer der schärfsten Gegner der Aufteilung der Reichslande war. Ich habe ihm nochmals die Gründe auseinandergesetzt und er erklärte mir, dass er keinerlei Bedenken mehr habe. Er ist mit mir der Ueberzeugung, dass eine jetzige Aufteilung eine kräftige Antwort an die Entente darauf bedeuten würde, dass die Reichslande an Frankreich zurückgegeben werden müssen.

Ich sprach heute mit Exzellenz von Lerchenfeld in derselben Richtung. Er will in diesen Tagen mit dem Reichskanzler darüber reden. Je mehr ich darüber nachdenke, um so mehr bin ich überzeugt, dass noch vor Ostern diese Frage erledigt werden muss. Der Reichskanzler wird die Zustimmung der weitesten Volkskreise finden, wenn er im Anschluss an den rücksichtslosen U-Bootkrieg auch diese Tat vollbringt.

In hochachtungsvoller Begrüssung
Euer Exzellenz
ganz ergebener
M. Erzberger
Mitglied des Reichstags

138

Benedikt XV. an Georg von Hertling
Vatikan, 2. März 1917

(eigh. Reinschrift Hertlings; BArch, NlH, Nr. 38, f. 1)

Herr Graf,

Wir haben Ihren Brief erhalten, den Sie am 17. des vergangenen Monats Februar an uns gerichtet haben.[1] Das kindliche Vertrauen, mit welchem Sie, Herr Graf, sich an uns gewandt haben, um uns die Sorgen kundzugeben, welche Sie und alle deutschen Katholiken erfüllt, sowie die Hoffnung, daß zu den durch den Krieg verursachten Unglücksschlägen nicht auch noch schwere Gefahren innerer Streitigkeiten unter den Bürgern des Reichs hinzutreten, hat uns mit lebhafter Befriedigung erfüllt. Auch hat es unserm blutenden Herzen zu nicht geringem Troste gereicht, zu ersehen, mit welch tiefem Mitgefühl Sie die Verlängerung des unmenschlichen Krieges begleiten, welcher die schönsten Länder Europa's mit Blut und Trümmern bedeckt. Uns, die wir alle Völker mit gleicher Liebe umfassen und daher diesem schrecklichen Kampfe mit dem heißen Schmerze eines Vaters gegenüber steh[en], der seine Söhne in blutigem Ringen mit einander sieht, ohne sie zum Frieden bewegen zu können, ist es ein Herzensbedürfnis, den allmächtigen Gott anzuflehen, nicht zulassen zu wollen, daß die ungezählten Leiden, von welchen die streitenden Völker durch den auswärtigen Krieg bedrückt sind, auch noch durch innere Zwietracht erschwert werden. Und daher, während wir zum Herrn beten, daß er in seiner unendlichen Barmherzigkeit unsern geliebten gläubigen Söhnen in Deutschland bald die Wohltaten des ersehnten Friedens wiederschenken möge, ist es unser Vorsatz, jedwede Handlung zu unterlassen, welche die Ruhe des staatsbürgerlichen Zusammenlebens unter den Angehörigen der verschiedenen religiösen Bekenntnisse des Reiches trüben könnte. Bei dieser Gelegenheit ist es erwünscht, Sie, Herr Graf, unseres besonderen väterlichen Wohlwollens zu versichern und Ihnen mit ganzem Herzen den ehrfurchtsvoll erbetenen apostolischen Segen zu senden.

gez. Benedictus PP XV

1 Von Hertling eigh. ins Deutsche übersetzte Antwort Benedikts XV. (italienische Fassung: Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 1011) auf den Brief Hertlings an den Papst, München 17. Februar 1917 (Druck: Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 1010 f.), in dem er den illimitierten U-Bootkrieg nach 30 Monaten völkerrechtswidriger Hungerblockade durch England als für das Reich existenzrettend bezeichnet hatte: »Ce n'est que la défense légitime admise par la morale catholique«. Zwar fürchteten die deutschen Katholiken nicht, der Papst werde aus seiner Neutralität heraustreten und gegen den U-Bootkrieg im Namen der christlichen Moral Protest einlegen. Doch die Feinde der Kirche wünschten nichts sehnlicher als einen Konflikt zwischen dem Hl. Stuhl und Deutschland, der für die katholische Minderheit düstere Konsequenzen haben könne. Nur auf diese Satz ging die päpstliche Antwort auf eine Weise ein, die indirekt der Absage an einen solchen Protest gleichkam.

139

Eduard Müller an Georg von Hertling
Berlin, 5. März 1917

(eigh. Or.; AGG, Nr. 5,1)

Mein lieber verehrter Freund!

Wenn ich hier im Askanischen Hof sitze, erinnere ich mich besonders lebhaft Ihrer und der verehrten Ihrigen und gedenke mit Freude und Wehmut der friedlich schönen Stunden, die wie hier verlebt haben, aber auch der Angst und Sorge, die Sie uns bereitet haben. Wie das Alles so weit zurückliegt. Solche nach heutigen Begriffen schlemmerhafte Mahlzeiten im Zentralhotel, wie man sie damals als anständige Mittagessen betrachtete, muten Einen an wie Märchen aus alten Zeiten. Schade, daß man sich nicht an der Erinnerung sättigen kann.

In Ihrem Brief vom 31. Dec[ember] haben Sie das sog[enannte] Friedensangebot der Mittelmächte warm in Schutz genommen gegen meine vermeintliche Ansicht, es sei eine falsche Maßregel gewesen. Das habe ich nie gesagt und auch nie gedacht, schon weil ich mich wirklich nicht für genügend informiert und erleuchtet genug halte, um ein solches Urteil zu fällen. Ich habe nur in aller Bescheidenheit meine Zweifel geäußert, ob der Schritt als ein glücklicher zu bezeichnen sei und bemerkt, daß mir die Art der Inszenierung nicht zugesagt habe. Auch fand ich es bedauerlich, daß damals zugleich ohne jeden Widerspruch überall davon gesprochen und geschrieben wurde, daß unter der Hand auch den Feinden unsre Friedensbedingungen mitgeteilt worden seien, Bedingungen, die sich mit den Scheidemann'schen[1] Vorschlägen so ziemlich deckten. Was die Sache selbst betrifft, so war ich allerdings von vornherein fest überzeugt, daß unser Angebot zurückgewiesen und als Beweis unsrer Schwäche ausgelegt werden würde, ich habe aber trotzdem volles Verständnis und auch volle Sympathie für die Gründe, von denen nach Ihren freundlichen Mitteilungen die verbündeten Regierungen sich haben leiten lassen. Ganz ohne nützliche Wirkung ist der edelmütige und ritterliche Schritt ja auch Gottlob nicht gewesen und wir wollen hoffen, daß er auch weitere segensreiche Folgen zeitigt. Einstweilen siehts allerdings nicht schön aus in unserm lieben Vaterlande, wenn ich auch allerdings

1 Philipp Scheidemann (1865–1939), geb. in Kassel, 1879–1883 Schriftsetzerlehre, danach bis 1895 Schriftsetzer und Korrektor, 1895–1911 Redakteur sozialdemokratischer Blätter in Gießen, Nürnberg, Offenbach und Kassel, 1906–1911 Stadtverordneter in Kassel, 1903–1933 Mitglied des Reichstags, im Februar 1912, von Juli 1918–November 1918 dessen Vizepräsident, 1911–1918 Sekretär, seit 1917 im Vorsitz des sozialdemokratischen Parteivorstands, 1913–1918 im Vorsitz der Reichstagsfraktion der SPD, Oktober–November 1918 Staatssekretär ohne Portefeuille, Februar–Juni 1919 Reichsministerpräsident, 1920–1925 Oberbürgermeister von Kassel, März 1933 – August 1934 Emigration über die Tschechoslowakei und Polen nach Dänemark; Autobiographie: Memoiren eines Sozialdemokraten, 1928. W. H. Schröder, Parlamentarier, S. 717.

so pessimistisch nicht bin, wie der Kollege Fervers[2], der einige Tage hier im Hotel gewohnt hat. Gegen den bin ich ja ein ganz leichtsinniger Kerl, der Alles durch eine rosarote Brille ansieht. Er war noch ganz geblendet von dem Glanz Ihrer Orden, worin er Sie schauen durfte, und behauptete, daß seine schwarzen Anschauungen im wesentlichen von Ihnen geteilt würden. Mir macht am meisten Sorge die Frage der Volksernährung und ich kann mir kaum denken, wie wir dieser Schwierigkeit Herr werden sollen. Tatsächlich hungert ein großer wenn nicht der größte Teil unsres Volkes, im Industriegebiete fanden in letzter Zeit mehrfach ernste Krawalle statt und man kann den Leuten nicht helfen, weil nichts da ist. Dabei dieser furchtbar harte endlose Winter, der jeden Anbau von Sommerfrüchten verhindert und wahrscheinlich in den letzten Tagen (12° Kälte!) die Wintersaat zerstört hat. Wenn unser Herrgott uns auch noch verlassen sollte, dann wären wir allerdings verloren.

Hat seit fünf Wochen eine zweiten, hartnäckigen Winterkatarrh. Deshalb hätte ich eigentlich nicht reisen dürfen, aber ich wollte gerne zum Cultusetat hier sein, hoffte auch, die Luftveränderung würde vielleicht helfen. Nun bin ich hier in den bösen Nachwinter geraten. Sobald die Kälte nachläßt, reisen wir ab. […] Nun behüt Sie Gott! Seien Sie mit den lieben Ihrigen herzlich gegrüßt von Ihrem getreuen Müller.

2 Adolf Fervers (1862–1931), aus Kempen (Rhein), 1886 Dr. jur., 1889 Assessor, 1889–1891 Professor für Staatsrecht an der Universität Fribourg (Schweiz), 1893 Landrichter in Elberfeld, 1895 bei der Steuerverwaltung, 1898 Regierungsrat, 1912 Geheimer Regierungsrat, Mitglied der Oberzolldirektion zu Köln, 1904–1908 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, 1907–1918 des Reichstags (Zentrum). Haunfelder, S. 152.

140

Georg von Hertling an Karl von Hertling
München, 11. März 1917

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 27, f. 2–4)

Lieber Karl!

Ich benütze den Sonntag, um Dir für Deine beiden Briefe vom 1. u. 2. d[ieses] M[onats] zu danken, und will hoffen, daß ich damit zu Ende komme, die letzten Tage waren wieder besonders stark besetzt. Vor allem kann ich Dir melden, daß ich gestern Gelegenheit hatte, mit Hellingrath[1] zu sprechen. Er sagte mir, daß Ihr einstweilen die Pferde behalten würdet, er hoffe sogar, daß Ihr sie dauernd behalten würdet, andernfalls werde sich gewiß ein geeigneter Posten für Dich finden. Ich kam auf den letzten Punkt später noch einmal zurück und sagte ihm, daß Du fünf Semester studirt habest und auch sprachenkundig seist. Er nahm meine Mitteilung voll Interesse und mit deutlichem Wohlwollen für Dich entgegen und versprach, sich Deiner annehmen zu wollen.

Und nun zu Deinem Korvettenkapitän und seinen Anklagen gegen Bethmann. Es ist ein Jammer, daß diese Herren – er ist ja nicht der einzige – , die auf ihrem Gebiete gewiß vortrefflich, sachverständig und urteilsfähig sind, sich mit Vorliebe in die Politik mischen und über Dinge reden, von denen sie nichts wissen und nichts verstehen. Auch wecken die Reden der Marineleute den Verdacht, daß sie selbst zu zweifeln beginnen, ob ihre großen Versprechungen in Erfüllungen gehen werden, und daß sie sich für den etwaigen Mißerfolg schon jetzt einen Sündenbock schaffen wollen. »Ja, wenn man uns hätte machen lassen! Aber der Schlappier von Bethmann ist uns ja immer in den Arm gefallen«.

Dem Gerede, daß der U-Bootskrieg schon wieder allerlei Einschränkungen erfahren habe oder erfahren solle, bin ich gestern in einer Rede in der Reichsratskammer mit allem Nachdruck entgegengetreten. Davon kann gar keine Rede sein. Daß Spanien und Dänemark neuerdings Konzessionen nach dieser Richtung gemacht worden seien, ist nicht wahr. Ich weiß, daß erst kürzlich unsre Gesandten bei den neutralen Regierungen angewiesen sind, zu erklären, man möge sich nicht beirren lassen, wenn es auch einzelnen Schiffen gelinge, ungefährdet durch das Sperrgebiet hindurchzuschlüpfen, so sei doch von beabsichtigten Einschränkungen des

1 Philipp Ritter von Hellingrath (1862–1939), geb. in München, nach Abitur Militärlaufbahn, 1892 Leutnant, 1897 Rittmeister, 1899 Eskadronchef, 1903 Major, Verwendung in Stäben, 1909 Oberst, 1912 Generalmajor, 1914 Generalleutnant, im Großen Hauptquartier, 1915 Kommandeur einer sich an der Ostfront auszeichnenden Kavalleriedivision, 1916–1918 Kriegsminister und bayerischer Bevollmächtigter beim Bundesrat, 1918 als General der Kavallerie a. D.; bei Presse und Zensur weniger restriktiv als die OHL. D. Fischer, Münchner Zensurstelle, S. 249–253.

U-Bootskriegs keine Rede, er werde in der begonnenen Art und Weise weitergeführt werden, und sie möchten sich daher nicht verlocken lassen, die eingestellte Schifffahrt wieder aufzunehmen. Das Bild von der verbissenen Bulldogge hat Bethmann mir gegenüber schon vor Jahr und Tag gebraucht, und es ist gewiß zutreffend. Falsch ist nur die dem Kanzler dabei unterschobene Folgerung: also müsse man sich mit England verständigen. Mit einer festgebissenen Bulldogge verständigt man sich nicht, man macht sie unschädlich.

Was der Kapitän über die vom Kanzler absichtlich herangezogenen »Sachverständigen« gesagt hat, beweist doch nur, daß es auch innerhalb der Marine verschiedene Meinungen gab, und deshalb mußten die anderweiten, wirtschaftlichen und politischen Erwägungen um so stärker in's Gewicht fallen. Daß der uneingeschränkte U-Bootskrieg jetzt begonnen werden könne und darum auch begonnen werden müsse, darüber waren alle Vertreter der Marine einig, auch die früher Zweifelnden, aber diese letzteren bleiben dabei, daß man ihn früher nicht beginnen durfte.

Die Behauptung, der Kanzler halte schon jetzt den Krieg für verloren, entbehrt jeder Grundlage. Richtig ist, daß er von Anfang an einen viel nüchterneren Standpunkt einnahm, als die weiter von der Hurra-Stimmung erfaßten Kreise, und als das Kriegsziel die Erhaltung unsrer Existenz bezeichnete. Weil dieses Ziel trotz der Uebermacht der Gegner für erreicht gelten konnte, darum erfolgte das von der Entente so schnöde zurückgewiesene Friedensangebot.

Was der Kapitain über die möglichen Folgen eines Kanzlerwechsels für die innere Politik Deiner sehr richtigen Bemerkung gegenüber meinte, verrät eine kindliche Unschuld und Unwissenheit. Also von Rußland sollen wir lernen, wie man mit Revolutionären fertig wird! Um solche braucht es sich bei uns noch gar nicht zu handeln, aber bekanntlich haben wir das allgemeine gleiche Wahlrecht und das Reich ist in Gesetzgebung und Finanzwirtschaft an die Mitwirkung des Reichstags gebunden, ein Kanzler à la Heydebrand und eine etwaige linksliberale Majorität würde auch ohne Revolution zu großen Schwierigkeiten im staatlichen Leben führen. Auf der gleichen Höhe steht die Bemerkung über Polen. Aktenmäßig steht fest, daß die Proklamation der polnischen Autonomie auf das Drängen der Militärbehörde erfolgt ist. Nachträglich, da die Sache sich als ein Fehlschlag erwies, soll der Kanzler die Verantwortung tragen. Das ist mir auch schon von einem recht törigten Schwätzer aus den Kreisen der Schwerindustrie und Haupthetzer gegen B[ethmann] gesagt worden. Den Leuten ist eben nicht zu helfen, aber bedauerlich ist die Sache, und ich habe darum auch gestern ein ernstes Wort über die Treibereien gesprochen, das wohl von denen, auf die es zielte verstanden worden sein wird.

Sehr gefreut hat mich Dein Zusammentreffen mit dem Sohn meines Freundes Richter. Er war ein kleiner Junge, als sein Vater[2] starb, und ich weiß nicht, ob ich ihn jemals gesehen habe, aber daß er im Andenken an seinen Vater auch dessen freundschaftliche Beziehungen hochhält, ist schön von ihm. Die Erzählungen über seine Erlebnisse unter den Engländern mögen interessant gewesen sein. Er ist übrigens lange nicht der einzige Jesuit in der deutschen Feldseelsorge. Der P. Rupert Meier[3], der früher hier in München eine sehr ersprießliche soziale Tätigkeit entfaltete, besaß bereits das E[iserne] K[reuz] I. Kl[asse], als er eine so schwere Verwundung erlitt, daß ihm das eine Bein abgenommen werden mußte.

Am letzten Donnerstag war zu unsrer Freude Giulia hier. Sie war lieb wie immer und konnte berichten, daß es den Kinderchen gut gehe. […]

Nun behüte Dich Gott, lieber Sohn, es grüßt Dich von Herzen
Dein treuer Vater

2 Johannes Richter (1841–1889), geb. in Koblenz, Gymnasium in Koblenz, Besuch der Bauakademie in Berlin, 1868 Prüfung zum Baumeister, er plante Hochbauten für die Thüringische Eisenbahn in Erfurt, 1870/71 Kriegsteilnehmer, danach Eisenbahnbau–Inspektor bei der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft in Köln, 1884–1886 Stadtbaumeister von Aachen, Ausscheiden wegen Krankheit, früher Herztod; er schuf die Pläne für die Bahnhofsgebäude in Neuss, Duisdorf, Odendorf und für das Priesterseminar Collegium Albertinum in Bonn.

3 P. Rupert Mayer SJ (1876–1945), geb. in Stuttgart, Sohn eines Kaufmanns, 1894 Studium der Philosophie und Theologie, 1899 Priesterweihe in Rottenburg, 1900 Noviziat bei den Jesuiten in Feldkirch, 1906–1911 Volksmissionar in Österreich, Deutschland, der Schweiz und den Niederlanden, 1912 Seelsorger für die Zuwanderer in München, erhielt 1915 als erster Feldseelsorger das E.K. I, Ende 1916 an der rumänischen Front schwer verletzt, als er einen Verwundeten mit seinem Körper deckte, 1921 Präses der Marianischen Männerkongregation in München, 1937, 1938 und 1939 Verhaftungen wegen Verstoßes gegen das über ihn verhängte Predigtverbot, KZ-Haft, 1940–1945 im Benediktinerkloster Ettal interniert.

141

Georg von Hertling an Carl Muth
München, 20. März 1917

(eigh. Or.; BSB, Ana 390 II A)

Sehr verehrter Herr Professor!

Daß es mir nicht gelungen ist, die Freigabe des Försterschen Buches zu erwirken, habe ich ganz außerordentlich bedauert. Aber die oberste Zensurstelle blieb auf ihrem ablehnenden Standpunkte und versuchte, denselben in einer langen Motivierung zu rechtfertigen. Ueberzeugt hat sie mich in keiner Weise, aber irgend weitere Schritte dagegen zu unternehmen, ist mir nicht möglich. Ob eine Behandlung der Sache im Reichstage zu einem günstigen Resultate führen kann, will ich dahingestellt sein lassen, nur muß auch ich dringend davor warnen, den Abgeordneten Heim damit zu betrauen. Das würde Herrn Professor Förster in ein ganz falsches Licht stellen. Könnte dieser nicht vielleicht durch seinen Schwager, den Abgeordneten Hekscher[1], ein Mitglied der freisinnigen Volkspartei gewinnen? Jedenfalls würde ich keine Besprechung im Reichstag einer von sozialdemokratischer Seite inszenierten vorziehen.

Ihr Vorschlag, meine Lebenserinnerungen demnächst im »Hochland« erscheinen zu lassen, hat etwas sehr Verlockendes, und ich habe eine Zeit lang geschwankt, wie ich mich dazu stellen solle. Nach reiflicher Ueberlegung scheint es mir aber nicht wohl tunlich, schon ab 1. Oktober d[ieses] J[ahres] damit zu beginnen. Abgesehen davon, daß bis dahin nur der bis zu meiner Uebersiedelung nach München, Mai 1882 reichende Teil druckfähig fertiggestellt wäre, habe ich dagegen folgende zwei Bedenken. Zuerst die Verstimmungen, die meine Mitteilungen über Franz Brentano, obgleich ich mich jeden verletzenden Wortes enthalte,[2] bei seinen noch lebenden Geschwistern hervorrufen könnten. Wollte man sich nun auch darüber vielleicht hinwegsetzen, so bleibt noch das andere, meines Erachtens sehr schwer wiegende,

1 Siegfried Heckscher (1870–1929), geb. in Hamburg, Studium der Volkswirtschaft, auch im Ausland, Dr. jur, 1899 Rechtsanwalt in Hamburg, Schriftsteller, Mitglied des Vereins für Sozialpolitik, publizierte in dessen Schriften sowie in den Preußischen Jahrbüchern, der Hamburger Wochenschrift Der Lotse u.a. über sozialpolitische Themen (Schuhmachergewerbe, Arbeiter in der Seeschifffahrt, Hamburger Zunftgerichte); 1907–1918 Mitglied des Reichstags als Hospitant bei der Freisinnigen Vereinigung, 1912 bei der Fortschrittlichen Volkspartei; Mitglied des Direktoriums der Hamburg-Amerika-Linie.

2 Vgl. Hertling, Erinnerungen, Bd. 2, S. 90, 152; W. Becker, Hertling, Jugend, Bd. 1, S. 14. – Franz Brentano (1838–1917), geb. in Marienberg bei Boppard, Studium der Philosophie, 1862 Dr. phil., 1864 Priesterweihe, 1866 Habilitation in Würzburg (Die Psychologie des Aristoteles), 1872–1873 a.o. Professor für Philosophie in Würzburg, Austritt aus der Kirche wegen des Unfehlbarkeitsdogmas, 1874–1895 Professor für Philosophie in Wien, charismatischer Lehrer, einflussreich mit großem Schülerkreis, danach wohnhaft in Florenz und Zürich. Paul F. Finke, Brentano, Franz, in: NDB 2 (1955), S. 593–595.

daß es ganz ohne Vorgang sein dürfte, wenn ein noch im Amte befindlicher Minister seine Lebenserinnerungen der Öffentlichkeit übergeben wollte. Ich fürchte, daß dies, und zwar nach verschiedenen Seiten und unter verschiedenen Gesichtspunkten, Anstoß erregen würde. Ich bin aber bereit, schon jetzt eine bindende Abmachung in der von Ihnen vorgeschlagenen Richtung mit Ihnen zu treffen, die Ausführung wird ja dann, so oder so, nicht allzulange auf sich warten lassen müssen. Sehr lieb aber wäre es mir, ja es erscheint mir durchaus notwendig, daß Sie vorher von dem Manuskript, soweit es vorliegt, Einsicht nehmen, und es würde mich freuen, wenn Sie sich in nächster Zeit zu diesem Zwecke einmal bei mir einfinden wollten. Außer an Donnerstagen bin ich in der Regel am sichersten des Nachmittags 6 Uhr zu treffen. Vielleicht hätten Sie, wenn Sie überhaupt Zeit und Neigung zu dem Besuche haben, die große Freundlichkeit, mir denselben vorher telefonisch mitzuteilen.

In ausgezeichneter Hochachtung und besonderer Wertschätzung
ergebenst
Hertling

142

Georg von Hertling an Theobald von Bethmann Hollweg
München, 23. März 1917

(masch. Kop.; BayHStA, MA 976, S. 7–8)

Hochverehrtester Herr Reichskanzler!

Euerer Excellenz hatte ich mich mit Schreiben vom 24. v[origen] M[onats] unter anderem mitzuteilen beehrt, daß ich in der Besorgnis, Seine Heiligkeit der Papst könnte sich durch den Einfluß von Entente-Kreisen dazu bestimmen lassen, in irgend einer Weise gegen unseren unbeschränkten U-Bootskrieg zu protestieren, abgesehen von einer dem vorbeugenden Demarche des K. Gesandten beim päpstlichen Stuhl, auch noch ein längeres persönliches Schreiben an Seine Heiligkeit gerichtet hatte.[1] Hierbei habe ich darauf hingewiesen, daß ein solcher Protest und das damit verbundene Heraustreten aus der bisherigen Neutralität zu einem von unseren Gegnern sehnlichst erwünschten Konflikt zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl führen müßte, der für die katholische Minderheit in Deutschland die verhängnisvollsten Folgen haben könnte. Im Zusammenhange hiermit erscheint mir das Schreiben des Heiligen Vaters, das mir nunmehr zugegangen ist und von dem ich mir Abschrift zur vertraulichen Kenntnisnahme beizulegen erlaube, von besonderer Bedeutung. Denn aus den Worten Seiner Heiligkeit ergiebt sich wohl mit Sicherheit, daß er gewillt ist, auch in Zukunft jede Stellungnahme gegen unseren U-Bootskrieg zu vermeiden. Ich zweifele nicht, daß auch Euere Excellenz diese Tatsache freudigst begrüßen werden.

Mit der Versicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung
habe ich die Ehre zu sein […][2]

1 Siehe oben Nr. 138.

2 Die Kop. ist nicht gezeichnet.

143

Theobald von Bethmann Hollweg an Georg von Hertling
Berlin, 27. März 1917

(masch. Kop.; BayHStA, MA 976, S. 9)

Hochverehrter Herr Graf!

Euer Exzellenz geneigte Mitteilungen vom 23. d[ieses] M[onats] haben mich lebhaft interessiert und aufrichtig erfreut; sie erbringen mir einen neuen Beweis für das unermüdliche und weitsichtige Wirken Euer Exzellenz zum Wohle des Deutschen Vaterlandes, sowie für die vertrauensvolle Unterstützung, deren ich mich bei meiner schweren und sorgenvollen Arbeit Ihrerseits stets versichert halten kann. Ich begrüsse daher mit besonderer Genugtuung das willkommene Ergebnis Ihrer Demarche bei Seiner Heiligkeit in der Frage des unbeschränkten U-Bootkrieges. Mein Vertrauen in die gerechte und unparteiische Gesinnung des Papstes ist unerschütterlich; das Schreiben an Euer Exzellenz zeugt von seinem Entschluss, die uns zugesagte Neutralität fernerhin zu bewahren – ihn in diesem Vorhaben auch gegen den Ansturm unserer Feinde wesentlich bestärkt zu haben, ist das dankenswerte Verdienst Euer Exzellenz.

Mit der Versicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung habe ich die Ehre
zu sein
Euer Exzellenz
sehr ergebener
Bethmann Hollweg

144

Matthias Erzberger an Georg von Hertling
Berlin, 5. April 1917

(masch. Kop.; BSB Ana 463, Schachtel 10)

Euer Exzellenz

[…] In amtlichen Kreisen schweben derzeit Erwägungen, ob nicht sofort das Reichstagswahlrecht in Preussen eingeführt werden soll. Der Herr Reichskanzler steht dem Gedanken ziemlich sympathisch gegenüber, ebenso einige preussische Minister, die aber kein Ressort in Preussen zu verwalten haben. Wie das preussische Staatsministerium sich stellt ist heute noch unbekannt. Heute abend findet darüber eine erste Sitzung statt.[1] Ich selbst reise heute in die Schweiz ab und bin erst Mittwoch wieder hier und kann daher das Resultat nicht abwarten. Wie man aber zur Einführung des Reichstagswahlrechts in Preussen sich stellen mag, so glaube ich doch, dass der jetzige Moment für eine solche Vorlage im höchsten Grade ungeeignet ist. Die Vorlage würde lediglich eingebracht werden unter dem Gesichtspunkt, dass der Agitation des Auslandes die Spitze abgebrochen werden soll. Wir würden damit indirekt zugestehen, dass wir in die Zeiten des 30jährigen Krieges und Napoleons[2] zurückgeglitten sind, wo fremde Machthaber über die innerpolitischen Verhältnisse Entscheidung gesprochen. Ob dies durch die Schärfe des Schwertes herbeigeführt wird oder durch den Lärm der Presse ist im Wesen gleichgültig; für den ersten Fall sprechen sogar mildernde Umstände mit. Ich sehe aber hier eine Frage, die das ganze Reich sehr wesentlich berührt, nicht nur wegen der grossen politischen Machtverschiebungen, die nach Einführung des Reichstagswahlrechts in Preussen vor sich gehen, sondern noch mehr aus folgenden Gesichtspunkten heraus: Ob der Reichskanzler im Staatsministerium eine Mehrheit findet ist noch ungewiss. Ebenso ungewiss ist, wie der König von Preussen sich stellt. Aber nehmen wir an, Staatsministerium und König seien einig, so ist die Wahlreform noch nicht gemacht. Der Weg der Oktroyierung muss als ausgeschlossen gelten. Die ganze Geschichte zeigt, dass man oktroyiert nach rechts und revolutioniert nach links. Soll das Reichstagswahlrecht durchgeführt werden ohne Zustimmung des preussischen Landtages, so ist das Revolution von

1 In der Sitzung des Staatsministeriums vom 5. April 1917 legte Bethmann einen »Kundgebungsentwurf« vor, der im Rahmen eines umfassenden Reformprogramms aufgrund der »gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes« das Klassenwahlrecht verwarf und in Preußen das gleiche, unmittelbare und geheime Wahlrecht forderte, um einer »Staatsnotwendigkeit« Genüge zu tun und eine beständige »volkstümliche Monarchie« zu gewährleisten. Zitiert nach Patemann, S. 61 f.

2 Napoleon I. (Napoleone Buonaparte) (1769–1821), geb. in Ajaccio, 1794 Brigadegeneral, 1796/97 Oberbefehlshaber der Italien- und Englandarmee, 1799 Erster Konsul, 1804 Kaiser der Franzosen, 1805 König von Italien, 1814 Abdankung, Exil.

oben. Das Ziel ändert daran nicht[s]. Ich hoffe, dass niemand ernsthaft daran denkt, den Weg des Staatsstreiches zu gehen.

So bleibt nach meinem Dafürhalten nur der Weg der gesetzlichen Regelung. Hier aber sehe ich nur ein Ende mit Schrecken, d.h. den allgemeinen Kampf aller Parteien mit Zerstörung jeder inneren Einigkeit, daran anschliessend die Entlassung des Reichskanzlers. Also keinen politischen Gewinn, sondern nur politischen Schaden.

Sehe ich zu schwarz? Ich glaube, man kann diesen Einwand nicht erheben. Für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preussen sind im preussischen Landtag nur die Volkspartei und die Sozialdemokraten. Beide verlangen aber auch noch eine neue Wahlkreiseinteilung. Sie sind also mit der Gewährung des Reichstagswahlrechts bei den alten Wahlkreisen nicht zufrieden. Doch ganz falsch ist die Annahme, dass die Nationalliberalen für das Reichstagswahlrecht sind. Sie haben sich zwar im Reichstage für eine sofortige Änderung des Wahlrechts ausgesprochen, sie haben aber nicht gesagt, was sie eigentlich anstreben und sie haben sich auch namentlich nicht für das Reichstagswahlrecht erklärt. Die Zentrumspartei des preussischen Landtages ist gleich allen andern nicht für das Reichstagswahlrecht,[3] von den Konservativen und Freikonservativen ganz abgesehen. Im Landtag ist also keine Majorität für das Reichstagswahlrecht vorhanden. Das bleibt so, auch wenn die Regierung die Führung ergreift. Im Herrenhaus ist aber eine Majorität noch weniger zu finden.

Was soll aber dann mit der Vorlage geschehen und wie denkt man sich den Gang der Dinge weiter? Das Abgeordnetenhaus wird die Vorlage an eine Kommission verweisen und dann diese ruhen lassen. Das ist das geringste und mindeste. Dann aber setzt der Druck der Sozialdemokraten im Reich erst recht ein. Dann wird diese Partei mit allem Nachdruck verlangen, dass durch Reichsgesetz bestimmt wird, dass jeder Landtag nach dem Reichstagswahlrecht zu wählen ist. Zu der Verwirrung in Preussen kommen dann die staatsrechtlichen Bedenken und die Verfassungskämpfe im Reich. Alle Bundesstaaten werden in den Streit mit hineingezogen.

Ich glaube sagen zu dürfen, dass mein Gedankengang nicht unlogisch ist. Nach meinem Dafürhalten kann gegenüber dem Druck des Auslandes, der durch Wilson verstärkt wird, in innern Fragen nicht nachgegeben werden. Wenn wir uns in die inneren Verhältnisse von Russland nicht einmischen, so hat weder Wilson noch das andere Ausland das Recht, sich in unsere innern Verhältnisse einzumischen.

Ich wollte nicht versäumen, Euerer Exzellenz von den in den letzten Tagen sehr scharf hervorgetretenen Strömungen Kenntnis zu geben, wenn ich auch weiss, dass Euere Exzellenz in den nächsten Tagen nichts unternehmen können. Ich glaube aber, dass es für den Präsidenten des zweitgrössten Bundesstaates von Interesse sein

3 1873 hatte das Zentrum im Preußischen Abgeordnetenhaus das allgemeine Wahlrecht beantragt. Patemann, S. 13.

dürfte, vertraulich über diese Sache informiert zu sein.[4]

Mit den besten Wünschen zum Osterfest habe ich die Ehre zu sein
Euer Exzellenz ganz ergebener
Erzberger
Mitglied des Reichstages

4 Mit Schreiben vom 17. April an Hertling vermisste Erzberger eine »Empfangsanzeige« auf seinen Brief vom 5. April und seinen Bericht über seine Reise nach Stockholm, da er den Inhalt der Briefe für »doch sehr bedeutsam« hielt; u. a. teilte er mit, die Kurie sei zur Einrichtung einer Nuntiatur in Berlin bereit, die er im Krieg für »nicht geeignet« halte. (BSB Ana 463, Schachtel 10). Hertling sandte am 4. April einen an ihn gerichteten Brief des bayerischen Kriegsministers vom 2. April an Bethmann weiter. Hellingrath befürchtete von Bethmanns Reichstagsrede am 29. März zur Einsetzung eines Verfassungsausschusses den Ausbruch schweren Parteienstreits, die Beeinträchtigung der »Stimmung in der Heimat« und die Gefährdung der inneren Geschlossenheit, für die sich bisher »die Führer der in Parteien organisierten Volksmassen« eingesetzt hätten. Hertling bat um genaue und rasche Information über die preußische Wahlrechtsfrage, aus der ernste innere Konflikte entstehen könnten. Mit der »Osterbotschaft« an Bethmann Hollweg vom 7. April 1917 gebot Wilhelm II., ihm Vorschläge zur Abschaffung des Klassenwahlrechts und zur Einführung der unmittelbaren und geheimen Wahl zum Landtag vorzulegen. In seiner Antwort an Hertling vom 11. April begründete Bethmann diese Richtungsentscheidung. Die »Verhandlungen mit den Parteien« würden ergeben, ob ein gleiches oder ein Pluralwahlrecht in den Vordergrund träte. (Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 1013–1018). Mit Schreiben vom 24. April 1917 an Hertling erklärte sich Erzberger plötzlich mit dem Fortschritt in der Wahlreformfrage einverstanden. Er hoffe, »dass im Verfassungsausschuss die richtige Mitte gewählt werden wird. Das habe ich auch dem Reichskanzler gesagt«. BSB, Ana 463, Schachtel 10.

145

Georg von Hertling an Lujo Brentano
München, 8. April 1917

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 46, f. 25–26)

Lieber Lujo!

Noch ehe ich dazu gekommen bin, Dir für Deinen Brief vom 5. d[ieses] M[onats] nebst Beilage zu danken, ist das, was ich Dir hätte schreiben können, durch die Tatsachen überholt worden. Ich wollte Dir mitteilen, daß die Angabe, der Kanzler sei durch einen aus der Umgebung des Kaisers stammenden Druck verhindert worden, in seiner Reichstagsrede das entscheidende Wort in der Frage des preußischen Wahlrechts zu sprechen, wie ich zuverlässig weiß, unbegründet ist. Ferner, daß ich die Angelegenheit sehr eingehend mit dem hiesigen preußischen Gesandten[1] besprochen habe, der zwar selbst von Hause aus zu den preußischen Junkern gehört, jetzt aber mit aller Entschiedenheit die Ansicht vertritt, daß das Dreiklassen-Wahlrecht nicht mehr haltbar ist und daß Bethmann, dem er sehr nahe steht, selbst die Führung in der unabweisbaren Reform übernehmen müsse, und bat, als ich ihm meine Uebereinstimmung aussprach, dies nach Berlin melden zu dürfen. Er meinte, gemacht könne die Sache zwar erst nach dem Kriege werden, aber der Kanzler müsse schon jetzt die festen Garantien dafür geben, daß sie dann gemacht werde, worauf ich den Weg einer königlichen Proklamation in Vorschlag brachte.

Ich habe mich aber nicht damit begnügt, sondern selbst, veranlaßt durch eine Note des Kriegsministers, ausführlich an Bethmann geschrieben[2], und zur Motivirung meines Vorgehens angeführt, daß die öffentliche Meinung auch hier zu Lande, soweit sie durch die Presse vertreten ist, sich durch die Vorgänge in Preußen beunruhigt zeigt. Nun ist das ja aber alles, wie schon gesagt, durch die Tatsachen überholt. Die königliche Proklamation ist da, man hat nicht erst auf meinen Vorschlag gewartet, der einmal geschehene Schritt kann nicht zurückgenommen werden, das Dreiklassen-Wahlrecht wird abgeschafft, damit ist die Vorherrschaft der preußischen

1 Karl Georg von Treutler (1858–1933), geb. in Waldenburg, Jurastudium, Eintritt in die preußische Armee, 1880 Kavallerieoffizier, Potsdamer Leibgarde-Husar, 1892 nach Unfall Wechsel in den Auswärtigen Dienst, Stationen in Kopenhagen und Tokio, 1901 Gesandter in Rio de Janeiro, 1907 in Kristiana, Teilnehmer der Nordlandreisen des Kaisers, 1911–1918 preußischer Gesandter in München, 1914–1916 Vertreter des Reichskanzlers im GHQ im Gefolge des Kaisers, 1916–1918 wieder in München, a.D. auf eigenes Gesuch, 1920–1923 Reichskommissar in der deutsch-polnischen Grenzkommission; reformorientierter Anhänger der konstitutionellen Monarchie, bei seinen schlesischen Standesgenossen »der rote Treutler« genannt. Janßen, Treutler, S. 24–29; Christoph Johannes Franzen, Treutler, Carl Georg von, in: NDB 26 (2017), S. 406–408.

2 Siehe oben Nr. 144 Anm. 4.

Junker beseitigt, – und das alte Preußen gehört der Geschichte an. Einigermaßen könnte das ja nun auch der Entente den Wind aus den Segeln nehmen.

Ueber die zweite Frage, die Beunruhigung der Bevölkerung wegen der Ernährungsschwierigkeiten habe ich Erkundigungen nach zwei Seiten eingezogen. Zufällig waren am gleichen Tage hinter einander bei mir der hiesige Polizeipräsident[3] und – der Abgeordnete Adolf Müller[4], der Herausgeber der Münchener Post. Beide versicherten mir, daß ernste Unruhen nicht zu befürchten seien, die organisierte Arbeiterschaft sei einsichtig genug, zu wissen, daß Straßentumulte und zerbrochene Fensterscheiben dem Volke keinen Vorteil brächten. Vereinzelte Demonstration oder auch Krawalle des großstädtischen Pöpels [!] seien vielleicht nicht ausgeschlossen, aber damit werde man leicht fertig. Uebrigens ist man auf alle Fälle gerüstet und wird sich auch hüten, ältere Landsturmleute im Ernstfalle heranzuziehen.

Unsereins sollte es sich zur Pflicht machen, den vielen herumschwirrenden unsinnigen Gerüchten nach Möglichkeit nachzugehen und dann mit allem Nachdrucke entgegenzutreten. So wurde vor einigen Tagen erzählt, in Nürnberg sei es zu ernsten Zusammenstößen mit der Polizei gekommen, es hätte 80 Tote gegeben. Daran ist kein Wort wahr, in Nürnberg ist überhaupt nichts passirt, geschweige denn Blut geflossen.

Schließlich will ich nicht unterlassen, Dir zu sagen, daß ich Dir nur dankbar bin,

3 Rudolf Beckh (1860–1919), aus Nürnberg, Jurastudium, 1888 Bezirksamtsassessor, 1896 Regierungsassessor bei der Regierung der Oberpfalz, 1901 Regierungsrat bei der Regierung von Oberfranken, 1909 bei der Regierung von Oberbayern, 1911 Staatsanwalt in München, 1914–1916 Kriegsdienst, 1916–November 1918 Polizeipräsident von München, 1919 Regierungsdirektor von Schwaben. Joachim Lilla, Beckh, Rudolf, in: ders.: Staatsminister, leitende Verwaltungsbeamte und (NS-)Funktionsträger in Bayern 1918 bis 1945, URL: https://verwaltungshandbuch.bayerische-landesbibliothek-online.de/beckh-rudolf (14.12.2017).

4 Adolf Müller (1863–1943), aus Wittlich in der Eifel, Studium der Medizin und Nationalökonomie, 1888 Schriftsteller, 1893–1896 ständiger Mitarbeiter der Münchener Post, 1896–1918 deren Chefredakteur, 1899–1918 Mitglied der bayerischen Abgeordnetenkammer, 1909–1918 im SPD-Landesvorstand Bayern, 1916–1919 Beauftragter der Reichsleitung in der Schweiz; 1919–1933 deutscher Gesandter in Bern, Dr. h.c. Pohl; Rosenberg, Korrespondenzen, S. 191 u. ö.; W. H. Schröder, Parlamentarier, S. 624.

wenn Du mir Deine Beobachtungen auch künftig mitteilen willst.[5] Denn die Zeit ist ernst und sorgenschwer genug und es müssen alle zusammenhalten, die es mit dem Vaterlande wohl meinen.

Morgen wollen wir für eine Woche nach Ruhpolding gehen. [...]

Mit herzlichen Grüßen
Dein treuer Vetter
Georg Hertling

5 Am 2. August 1918 dankte Hertling Brentano aus Spa für dessen »Mitteilungen betr. die belgische Neutralität«, die er mit großem Interesse zur Kenntnis genommen und mit der Weisung zu geeigneter Verwertung sofort nach Berlin gesandt habe. (BArch, NlH, Nr. 46, f. 28). Mit eigh. Schreiben v. 7. März 1918 legte Brentano seinem Vetter »dringend ans Herz«, er möge von Rumänien die Einhaltung des Artikels 44 des Berliner Vertrags von 1878 ausbedingen, gemäß dem den Juden in Rumänien Gleichberechtigung zu gewähren sei. Die Rumänen seien seither dieser Verpflichtung nicht nachgekommen, sondern betrachteten die Juden im Lande, auch diejenigen, die schon Jahrhunderte dort wohnten, als Fremde. »Die Westmächte – Frankreich, Grossbritannien, Amerika – werfen uns stets unsere politische Rückständigkeit vor. Sie sehen diese gerade darin, dass wir dem modernen Prinzip der Gleichberechtigung aller Untertanen nicht huldigten. Diejenigen, die uns dies am heftigsten vorwerfen, sind die Juden in Frankreich, Grossbritannien und Amerika. Sie haben dort ausserordentlich grossen Einfluss. Von dem Augenblick, dass wir die Initiative zur Beseitigung dieser alten Beschwerde der Juden ergreifen würden, würden wir sie uns zu Freunden machen, ohne unsrerseits ein Opfer zu bringen. Dabei ist sicher, dass bei dem endlichen Friedensschluss diese Frage von den in Amerika sehr einflussreichen Juden aufgegriffen werden wird. Es wird unsere Stellung sehr verbessern, wenn sie auf Grund unserer Initiative bereits erledigt sein wird«. Er legte eine ihm übergebene Denkschrift zu der Angelegenheit bei. Ebd., f. 29–30.

146

Georg von Hertling an Karl von Hertling
Ruhpolding, 11. April 1917

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 27, f. 6–7)

Lieber Karl!

Sie sind am Ostermontag nach Ruhpolding gefahren, gestern war Schneewetter, doch die Ruhe und die köstliche Luft werden ihnen gut bekommen.

Die Postverbindungen sind schlecht, es kommen nur zwei Züge im Tage, Briefe und Zeitungen haben wir bisher nicht erhalten, und so weiß ich nicht, wie es augenblicklich in der Welt steht. Aber besondere Ereignisse wären mir telefonisch gemeldet worden, und so nehme ich an, daß sich seit unsrer Abreise nicht viel geändert hat, und die Lage in Rußland noch immer unklar ist. Aber mit Dir hoffe und vertraue ich, daß wir durch oder über Rußland zum Frieden kommen, wenn es auch noch Wochen und Monate dauert. Die militärische Kraft des Landes ist jedenfalls gebrochen. Aber würdelos ist der Zarismus zu Grunde gegangen, die Kaiserin[1] allein scheint noch Mut und Ehrgefühl an den Tag gelegt zu haben. Neuerdings ist übrigens das Interesse, auch bei uns in Bayern, durch die Frage, was es in Preußen geben wird, in Anspruch genommen worden. Inzwischen ist der Erlaß des Kaisers an den Reichskanzler ergangen, die Dreiklassenwahl wird abgeschafft, das Herrenhaus reformiert, und damit gehört das alte Preußen der Geschichte an. Es ging auch nicht länger. Der Krieg hat alle Gesellschaftsklassen so durch einander gerüttelt, daß man die Vorherrschaft einer einzelnen Schicht nicht mehr erträgt, die allein die Beamten, zumal die oberen, aus ihren Reihen stellt und in der Wirtschaftspolitik den Ausschlag gibt. Aber die Veränderungen sind tief greifend und es wird ohne Schwierigkeit nicht abgehen. Wir in Bayern können übrigens den Dingen ruhig zusehen, da wir, wie ich neulich dem Könige sagte, auf dem Wege der Demokratisirung so weit gegangen sind, als man vernünftigerweise gehen kann.

Daß es zu einer großen Offensive gegen Italien kommen werde, wird, wenn man fragt, in Abrede gestellt, aber das Gerücht erhält sich, auch Henni schrieb davon nach Hause. Jedenfalls haben die Italiener eine große Angst vor einer solchen. Daß Du als deutscher Reitersmann eine große Freude an einem Zuge über die Alpen hättest, kann man begreifen, aber es ist mir für Dich und Giulia doch lieber, wenn es nicht dazu kommt.

1 Alexandra Fjodorowna (1872–1918), geb. in Darmstadt als Prinzessin Alix von Hessen und bei Rhein, Enkelin der Königin Victoria von England, 1894 verheiratet mit dem späteren Zar Nikolaus II., nach dessen Abdankung am 15. März 1917 in der Nacht vom 16. auf 17. Juli 1918 mit der Zarenfamilie in Jekaterinburg ermordet.

Er bezahlt die Schneiderrechung von 900 M., obwohl er es hart findet, dass persönliche, durch den Krieg verursachte Kosten nicht ersetzt werden und dies in seine finanziellen Pläne nicht passt. Es ist aber schlimm, daß Ihr, sobald eine außerordentliche Ausgabe kommt, das Vermögen angreifen müßt. Dann ist der Gedanke, daß es Giulia's Vermögen ist, für Dich peinlich. Wir haben ja viele Jahre zum größten Teile von Mama's Vermögen, d.h. von den Zinsen, gelebt, aber das Kapital anzugreifen, haben wir uns ängstlich gehütet.

Um aber nicht mit dem stets unerfreulichen Geldpunkt zu schließen, will ich noch melden, daß seit einer Stunde die schönste warme Sonne scheint. Gott befohlen, viele Grüße von uns allen

Dein tr[euer] Vater

147

Georg von Hertling an Karl von Hertling
München, 19. April 1917

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 27, f. 8–10)

Lieber Karl!

[…] Wenn der Krieg für Dich jetzt wieder »sehr langweilig« geworden ist, nachdem er vorher »sehr gefährlich« war, so wirst Du begreifen, daß uns das erstere lieber ist. Wie es hier bei uns steht, weißt Du von Mama. Die Heilung von Agnes' Fuß geht jetzt recht rasch voran, sie kann schon den größeren Teil des Tags außer Bett sein.

Und nun zu Deinen Fragen. Was Amerika tun wird, darüber gehen die Meinungen aus einander. Ich habe von Anfang an damit gerechnet, daß es zum Krieg kommen werde.[1] Geschäftsinteressen, englische Hetze und englisches Geld, dem die Mitglieder des amerikanischen Kongresses recht zugänglich sein sollen, werden es auch dazu bringen. Immerhin werden Monate vergehen, bis sich ein militärisches Eingreifen Amerika's in Europa fühlbar macht. Daß sich aber Herr Wilson so gründlich demaskiert hat, kann ich nur begrüßen. Nun kann er nicht mehr den unparteiischen Friedensvermittler spielen.

Mit dem Erfolg des U-Boot-Kriegs ist man, wie noch gestern berichtet wurde, in Berlin und bei der Marine zufrieden. Wichtiger noch fast als die ausgiebigen Versenkungen ist die Zurückhaltung der neutralen Schifffahrt. Trotzdem glaube ich nicht, daß die Engländer so leicht zu Kreuz kriechen werden.[2] Sie haben alle ihre politischen Traditionen umgestoßen, den ärgsten Zwang an die Stelle des bisherigen Selbstbestimmungsrechts gesetzt, und werden, zähe wie sie sind, auch die ungewohnten Entbehrungen ertragen. Dagegen hoffe ich auf Italien. Dort soll sich nicht nur die Kohlennot, sondern auch der Mangel an Getreide sehr fühlbar machen, und um organisatorische Maßregeln auf dem Gebiete der Volksernährung zu treffen, fehlt der Regierung die Autorität und die Courage. Jetzt planen sie dort einen gewaltigen Schlag gegen Triest, aber selbst wenn dieser gelingen sollte, was ich nicht hoffen will, ja dann vielleicht erst recht, werden sie zum Frieden geneigt sein. Um so mehr, wenn er mißlingt. Löst sich aber einmal ein Glied von der Entente los, so rückt das Ende nahe. Wo unsre oberste militärische Leitung den Anfang der großen Offensive im

1 Am 5. April morgens um 3 Uhr nahm der US-Kongress die Kriegsresolution gegen Deutschland mit überwältigender Mehrheit an, nachdem kurz zuvor schon der Senat sich für den Krieg erklärt hatte. Wilsons Hauptargument war der gegen die »ganze Menschheit« und gegen »alle Nationen« gerichtete U-Bootkrieg. Die Kriegsproklamation unterschrieb Wilson am 6. April. Schulthess 58, NF 33 (1917/II), S. 874–885.

2 Die Einschätzung, dass England nicht so rasch niederzuringen, jedoch langfristiger Erfolg zu erwarten sei, entsprach der offiziösen Meldung von WTB Büro vom 21. April 1917. Schulthess 58, NF 33 (1917/I), S. 433 f.

Westen erwartet, weiß ich nicht, ich weiß nur, daß man unsrerseits die umfassendsten Vorbereitungen getroffen hat und noch trifft.[3] Glücklicherweise ist ja auch durch die jüngsten Vorkommnisse das neuerliche Malheur von Verdun, das die Siegeshoffnung der Gegner wieder mächtig aufgepeitscht hatte, wieder einigermaßen wettgemacht.

Ueber Rußland ist es sehr schwer, Zuverlässiges zu erfahren. Zur Zeit sollen dort dreierlei Strömungen vorhanden sein. Eine friedliche, von der Zarin protegiert und namentlich von Störmer[4] vertreten, die sich aber nicht recht hervorwagt, ihr gegenüber zwei andere, die den Krieg bis zum äußersten wollen, eine ultrareaktionäre mit dem Großfürsten Nikolajewitsch an der Spitze und eine von einem Duma-Häuptling geführte, welche eine liberale Verfassungsänderung anstrebt. Der Kampf dieser beiden mit einander soll in Rußland weit mehr interessiren als die auswärtige Politik. Die Reise der beiden Herren aus Paris und London nach Petersburg soll auch nicht die Vereinheitlichung der militärischen Operationen zum Ziele haben, sondern eine Einflußnahme auf die inneren politischen Verhältnisse. Charakteristisch ist auch die Furcht vor einer Palastrevolution, von der man am Hofe erfüllt ist. Für uns springt aber aus alledem nichts heraus.

Damit werde ich wohl Deine Fragen beantwortet haben. Was meine Rede vom 21. Januar betrifft, so hast Du ganz recht. Sie trat ganz in den Hintergrund des öffentlichen Interesses, nachdem am nächsten Tage der Kanzler gesprochen und den U-Boot-Krieg verkündet hatte.[5] Hier habe ich allerhand Freundliches darüber gehört, und der Kammer gegenüber hat sie günstig gewirkt. Dort geht es überhaupt recht friedlich zu, und niemand hat Lust die Regierung in der früheren Weise anzugreifen.

Hofnachrichten. Es gab eine Tafel zu Kaisers Geburtstag, ein weitere zur zwei Monate verspäteten Anzeige des Thronwechsels in Österreich-Ungarn bei König Ludwig; eine dritte folgt am Freitag mit der Vorstellung des neuen österreichisch-ungarischen Außenministers Czernin[6] *beim König.* Da müssen wir auch daran glau-

3 Der französische Durchbruchsversuch an der Aisne und in der Champagne sowie der englische bei Arras wurden bis 24. April 1917 zum Scheitern gebracht.

4 Boris Stürmer (1848–1917), Generalgouverneur von Jaroslawl, Februar 1916–November 1916 russischer Ministerpräsident, März 1916–Juli 1916 Innenminister, Juli 1916–September 1916 Außenminister, danach Oberstkämmerer am Zarenhof, während der Februarrevolution 1917 in Arrest genommen, Tod im Gefängnis.

5 Die Bestürzung im bayerischen Ministerrat über die Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Kriegs, die den Kriegseintritt der USA heraufbeschwöre, teilte Hertling sogleich Lerchenfeld mit, der sie Bethmann weitergab mit der Empfehlung des Ministerrats, welcher sich der Gesandte Treutler anschloss, eine besänftigende, die »amerikanische Mentalität« treffende Note an die USA zu richten. Hertling an Lerchenfeld, München 21. Januar 1917; Lerchenfeld an Hertling, Berlin 25. Januar 1917. Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 793–796.

6 Ottokar Graf Czernin von und zu Chudenitz (1872–1932), geb. auf Schloss Dimokur, aus böhmisch-österreichischem Hochadel, Jurastudium in Prag, 1895 Eintritt in den k.u.k. diplomatischen Dienst, an der Botschaft in Paris, 1899 Geschäftsträger im Haag, 1902 ausgeschieden wegen Lungenleidens, Gutsbesitzer, Berater Erzherzog Franz Ferdinands, 1903 Mitglied des böhmischen Landtags (Verfassungspartei, Großgrundbesitzer), 1912–1918 des Herrenhauses, 1920–1923 des

ben und am Abend ein Essen zu 16 Personen geben, keine leichte Sache unter den gegenwärtigen Umständen, von dem Kostenpunkte ganz abgesehen. Aber Anna wird es mit Hülfe der trefflichen Martina schon machen.

Mitz ist also wieder in Berlin […]. Von Henni weiß ich nur, daß er heute vor acht Tagen über Chemnitz – Nürnberg – Stuttgart – nach Sa[a]rburg gefahren ist. Wo er sich jetzt befindet weiß ich nicht.

[…] So, nun wirst Du hoffentlich mit diesem Briefe zufrieden sein. Ich schließe wie immer, indem ich Dich dem Schutze Gottes empfehle, mit vielen Grüßen

Dein tr[euer] Vater

Nationalrats, 1913 Gesandter in Bukarest, Dezember 1916–April 1918 Minister des Äußern und Vorsitzender des Ministerrats (»Premier«), Rücktritt wegen der Sixtus-Affäre, 1919 Wegnahme seiner böhmischen Güter; Autobiographie: Im Weltkriege, 1919. Cramon, S. 110 f., 141, erschien er als unruhig und sprunghaft, aber mit staatsmännischer Begabung.

148

Georg von Hertling an Karl von Hertling
München, 26. April 1917

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 27, f. 12–13)

Lieber Karl!

Schönen Dank für Deinen Gratulationsbrief.[1] Es hat mich sehr gefreut, daß Du den Tag nicht vergessen hast. Giulia kam am 24. herüber und hat ein Fläschchen Kupferberg mit uns getrunken. Sie war lieb wie immer.

Die Tage in Ruhpolding haben wir, und besonders ich, sehr genossen. […] Im Hause war es warm und behaglich, und die vollständige Ruhe überaus wohltuend. […] Anna blieb draußen, um im Garten zu arbeiten, kam aber einige Tage später uns nach, als es fortgesetzt schneite und sie in Folge dessen nichts tun konnte.

Ich fahre übermorgen nach Wien, um dem Grafen Czernin meinen Gegenbesuch zu machen, und mich dem jungen Kaiser[2] vorzustellen. Acht Tage später soll dann in Berlin eine Sitzung des diplomatischen Ausschusses stattfinden. Jedermann spricht jetzt vom Frieden und hofft auf baldigen Frieden, aber so recht nahe daran sind wir, fürchte ich, noch immer nicht. Die Entente tut alles was sie kann und scheut keine Millionen, um Rußland an der Hand zu behalten. Als kriegführende Macht ist dieses freilich ausgeschaltet. Das ist eigentlich das einzige, was man mit Bestimmtheit sagen kann, aber ein gangbarer Friedensweg hat sich noch nicht gezeigt, und die Autorität, mit der man Frieden schließen könnte, ist nicht da. Auch, was die einen gehofft und die andern befürchtet haben, die sozialdemokratischen Verbrüderungsversuche, scheinen zu nichts zu führen. So bleibt die Losung immer wieder: Geduld und Aushalten! Einmal wird es ja doch werden. Henni war zum weißen Sonntag, wo Gabriele[3] zur ersten h. Kommunion ging, in Berlin. Er ist jetzt auch in einer Ruhestellung, wo weiß ich nicht, vielleicht weißt Du es. Daß er, ebensowenig wie Du, bei den mörderischen Schlachten der letzten Wochen beteiligt gewesen ist, war uns eine große Beruhigung.

[…] Nun nur noch viele Grüße und Gott befohlen!
Dein treuer Vater

1 Zum Namenstag: hl. Georg, 23. April.

2 Karl I. (1887–1922), aus dem Hause Habsburg-Lothringen, geb. in Persenbeug (Niederösterreich), November 1916–November 1918 Kaiser von Österreich, Apostolischer König von Ungarn, seit 1911 verheiratet mit Zita, Herzogin von Bourbon-Parma, aus dem der Einigung Italiens geopferten Herzogtum Parma. Der älteste Sohn war Otto von Habsburg (1912–2011). Kovács, Bd. 1–2.

3 Jüngere Tochter aus Heinrich von Weitershausens erster Ehe.

149

Georg von Hertling an Staatsrat [Dandl]
München, 2. Mai 1917

(masch. Kop.; BayHStA, MA 964, Nr. 45)

Gestern abend nach zwei bewegten Tagen aus Wien zurückgekehrt, meldet er das Ergebnis des Besuchs; zwei Ziffern-Telegramme sind schon vorausgegangen.

Zwischen Czernin und Kaiser Karl, bei dem das Gefühlsmoment stärker ist, herrscht völlige Übereinstimmung darüber, dass sie am Bündnis mit Deutschland festhalten wollen, aber dringend die Bedürfnisse der Donaumonarchie zu berücksichtigen wünschen, deren Zugrunderichtung auch ein Verhängnis für Deutschland wäre. Die großen Sorgen, von denen die maßgebenden Stellen in Wien erfüllt sind, beruhen in den Schwierigkeiten der Volksernährung und in dem Mangel eines einheitlichen Staatsgedankens und staatlichen Bewußtseins. Es mag dahin gestellt bleiben, ob die Ernährungsschwierigkeiten durch verspätete Maßnahmen verschuldet oder vergrößert worden sind, tatsächlich bestehen sie und haben zu der Überzeugung geführt, daß ein Durchhalten über den Herbst hinaus nicht möglich sei. Großen Eindruck hat eine in letzter Zeit in einem mährischen Ort ausgebrochene Hungerrevolte gemacht, bei der das Militär eingreifen und schießen mußte und 21 hungernde und revoltierende Weiber tot auf dem Platze blieben. Der Kaiser und die Regierung sind zwar entschlossen, in Wiederholungsfällen mit der gleichen Energie vorzugehen, man begreift aber, wie schmerzlich solche Dinge gerade für den Kaiser sind. In den letzten Tagen wurde gemeldet, daß in einem Bergarbeiterrevier die Nahrung auszugehen drohe und man sagte mir, daß man nicht wisse, wie Abhilfe geschaffen werden soll. Zum zweiten wird geltend gemacht, daß das, was die verschiedenen Stämme und Nationalitäten innerhalb der Monarchie zusammenhält, lediglich das dynastische Moment sei, der gemeinsame Kaiser und daß es daher von der äußersten Wichtigkeit sei, dieses Moment nicht erschüttern zu lassen.

War zu Beginn des Krieges die Rassenverwandtschaft und die russophile Stimmung der slavischen Bevölkerung ein verhängnisvoller Umstand, so befürchtet man jetzt ein Hinüberschlagen der russischen Revolution in die slavischen Kreise. Und hiermit komme ich zu dem Punkte, in dem sich gegenwärtig die Besorgnisse und Wünsche der maßgebenden Stellen verdichten. Daß der Augenblick zu Friedensverhandlungen mit Rußland noch nicht gekommen ist, sieht man ein. Die Lage ist noch zu wenig geklärt, eine anerkannte und mit ausreichenden Machtmitteln versehene Autorität, mit der man in Unterhandlungen eintreten könnte, ist noch nicht vorhanden. Was man aber befürchtet, ist, daß sich innerhalb der Bevölkerung die Meinung festsetzt, das Hindernis eines Friedens mit Rußland seien die deutschen Annexionsforderungen, Österreich-Ungarn müsse die Leiden und Entbehrungen des Krieges lediglich um der preussischen Interessen willen noch tragen. Und man hegt die ernste Besorgnis, daß das dynastische Gefühl und der staatliche Zusammenhalt diese Belastungsprobe nicht aushalten werden. Darum die wiederholte Erklärung,

daß man in Wien nicht an Annexionen denke und der dringende Wunsch, daß eine analoge Erklärung Rußland gegenüber auch von Seiten Deutschlands erfolgen möge. In Wien ist man bereit, als Basis der Friedensverhandlungen den status quo ante zu akzeptieren, wobei man ja nichts verlieren würde, weil man nichts okkupiert hat. Man wäre, wie ich glaube, bereit auf Ostgalizien zu verzichten und sehr zufrieden, wenn man dafür aus rumänischen Gebieten entschädigt würde. Man erkennt an, daß für Deutschland die Lage eine andere ist, nimmt aber an, daß der deutsche Reichskanzler nicht gewillt sei, einen möglichen Frieden mit Rußland an Annexionsforderungen scheitern zu lassen, fürchtet aber in übertriebener Weise den Einfluß der Alldeutschen. Ich war bestrebt, diesen Befürchtungen entgegenzutreten und betonte die grundsätzliche Übereinstimmung zwischen der Politik der Reichsleitung und der der österr[eichisch]-ungar[ischen] Regierung Rußland gegenüber, wobei ich jedoch hervorhob, daß man, wenn auch nicht auf förmlichen Annexionen, so doch auf Grenzberichtigungen im Interesse der Verbesserung unserer strategischen Lage bestehen müsse. Das letztere wurde auch von der anderen Seite anerkannt. Auf Wunsch des Grafen Czernin habe ich in einem Telegramm dem Reichskanzler den Vorschlag einer gleichlautenden Erklärung, die in Berlin und Wien demnächst zu erlassen wäre, unterbreitet,[1] von der ich Abschrift noch nachträglich vorlegen werde.

Er hat bei der Audienz am Sonntag den König für unsere Kanalpläne interessiert.

[…] mit den herzlichsten Grüßen
Euer Exzellenz
gez. Hertling

1 In einem der eingangs erwähnten Ziffern-Telegramme meldete Hertling, er habe dem Reichskanzler nach wiederholter Besprechung mit Czernin auf dessen Wunsch ein Telegramm geschickt, »worin ich Übereinstimmung der Auffassung der Reichsleitung, soweit sie mir bekannt, mit hiesiger Stellungnahme bezüglich Verzicht auf eigentliche Eroberungen in Rußland feststelle und baldige Kundgebung in diesem Sinne anheimgebe, um Ausbeutung angeblicher Differenzen seitens des Auslandes wirksam entgegentreten zu können«. Hertling an Dandl, Wien 30. April 1917. (BayHstA, MA 964, Nr. 31). Bethmann wies in seiner Antwort vom 3. Mai 1917 die vorgeschlagene Erklärung zurück, die erst recht zu Zweifeln an der Solidarität Anlass gäbe und so ausgelegt werde, als habe die Schwäche Österreichs auf Deutschland übergegriffen. Die Worte Annexionen und Grenzberichtigungen seien vieldeutig und würden Missdeutungen der hiesigen und der Entente-Chauvinisten hervorrufen, zudem die Pazifisten und Sozialdemokraten im eigenen Lager ermutigen. Die Verkündung eines bescheidenen Friedensprogramms sei von übler Wirkung auf die »zuversichtlich gestimmten Volkskreise und die kämpfende Wehrmacht«. (Ebd., Nr. 46). Schoen telegraphierte, die Meldung über die Erklärung in Wiener Zeitungen (Fremdenblatt) ohne vorherige Kenntnisnahme der Reichsleitung habe »hier peinlichst berührt«. Czernin wolle mit seinem Verzicht auf Annexionen »gleiche Erklärung von hier erzwingen«. Die Reichsleitung halte diese für eine »ungünstige Verhandlungsbasis« und wünsche eine Grenzregulierung zur Sicherung des östlichen Preußen. Es rufe Missfallen hervor, »daß Österreich den Sozialisten so weit gehenden Einfluß auf Zustandekommen Friedens einräumt«. Schoen an Hertling, Berlin 27. April 1917. Ebd., Nr. 27.

150

Sitzung des diplomatischen Ausschusses des Bundesrats [Berlin,] 9. Mai 1917

(Protokoll-Auszug, masch. Konz.[1]; BayHStA, MA 962, S. 113–114)

Heute Vormittag lange Besprechung leitender Minister wegen Beschlüssen Verfassungsausschusses[2]. Nach Erklärungen, die uns Reichskanzler gab, kein Zweifel, dass Reichsleitung unbedingt entschlossen, föderative Grundlage nicht antasten zu lassen, wie auch jeden Eingriff in oberste Kommandogewalt zu verhindern. Bisher vorliegen nur Kommissionsbeschlüsse erster Lesung zu Initiativanträgen, bei welchen vor Stellungnahme der Regierung grundsätzlich Beschlussfassung Bundesrats offengehalten wird. Dies entspricht jahrzehntelanger von Bismarck eingeführter Praxis.[3] Abgesehen hiervon veranlaßt Reichsleitung zur Zurückhaltung gegenüber den übrigens mit Zustimmung aller Parteien, auch Freikonservativen, mit alleiniger Ausnahme Konservativen gefassten Beschlüssen die taktisch richtige Erwägung, dass im gegenwärtigen, besonders entscheidenden Augenblick ein verbitternder politischer Kampf vermieden werden muss, der unmittelbar nach Ostererlass besonders bedenklich gewesen und durch schroffe Ablehnung seitens Regierung sicher herbeigeführt worden wäre. In wichtigsten Fragen macht sich bereits Einlenken der Parteien bemerkbar. Auch Anträge wegen Gegenzeichnung der Offizierspatente sollen scheinbar nicht ins Plenum gebracht werden.[4] Auch auf Lage in Russland muss im gegenwärtigen Moment besonders Rücksichtnahme geübt werden, um nicht angesponnene, sehr

1 Ergebnisprotokoll, handschr. datiert u. verbessert, o. O., ohne Unterzeichnung und Namen der Teilnehmer.

2 Laut Reichstagsbeschluss vom 30. März 1917 wurde am 2. Mai ein Verfassungsausschuss gewählt, der unter dem Vorsitz Scheidemanns am 4. Mai zusammentrat. Hier brachten zunächst die Linksliberalen, das Zentrum und die Nationalliberalen gemeinsame, auf Verfassungsänderung zielende Anträge ein: das Recht des Reichskanzlers und der Staatssekretäre zur Gegenzeichnung der Anordnungen des Kaisers, dadurch Übernahme der Verantwortlichkeit gegenüber dem Reichstag, Stärkung der außenpolitischen Befugnisse und des Tagungsrechts des Reichstags, gesetzliche Besserstellung seiner Mitglieder, Gegenzeichnung der Offiziersernennungen in Heer und Marine durch den Reichskanzler bzw. die Kriegsminister; weitere (sozialdemokratische) Anträge forderten das Verhältnis- und Frauenstimmrecht, die Änderung der Wahlkreise und die Einführung des Reichstagswahlrechts in den Bundesstaaten. Vgl. Rauh, Parlamentarisierung, S. 363–384; Schulthess 58, NF 33 (1917/I), S. 358 f.; 387 f.; 508–517; Berichte der bayerischen Gesandten aus Berlin v. 3., 12. u. 15. Mai 1917. Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 839–842.

3 Am 11. Mai erklärte der Regierungsvertreter im Ausschuss, Ministerialdirektor Theodor Lewald, die verbündeten Regierungen würden, da »einschneidende und schwerwiegende Fragen« vorlägen, nicht in naher Zeit und vor einem Beschluss des Reichstags zu ihnen Stellung nehmen. Schulthess 58, NF 33 (1917/I), S. 517.

4 Vorhergehender Satz ersetzt die im Konz. durchgestrichene Passage: »Nationalliberale, Zentrum, Fortschritt scheinen einzusehen, dass sie einen Fehler begangen haben und besser tun, die Anträge nicht ins Plenum zu bringen«.

wichtige aber zarte Fäden zu zerstören.[5] Ein Verfassungskonflikt zwischen Bundesrat und Reichstag im entscheidenden Endstadium des Krieges, oder gar Wechsel an leitender Stelle würde hier alles verderben. In heutiger Ministerbesprechung übereinstimmende Ansicht, dass Reichskanzler durch Art der Behandlung Verfassungsausschusses die Rechte der Bundesfürsten am besten gewahrt hat. Durch heftigen vorzeitigen Widerspruch hätte er nur Öl ins Feuer gegossen und bei überall vorhandenen nervösen Stimmung einen Streit zwischen Krone und Volksvertretung entfesselt, der Deutschlands Kraft zum Durchhalten aufs schwerste beeinträchtigt und der antimonarchischen Agitation der Entente gefährliche Waffen geliefert hätte.

Bitte Seiner Majestät in diesem Sinne wegen morgiger Zusammenkunft vorzutragen.

5 Während England seinen Einfluss in Russland verstärkte. Vgl. Bethmann Hollweg, Betrachtungen, S. 99–106.

151

Eduard Müller an Georg von Hertling
Koblenz, 2. Juni 1917

(eigh. Or.; AGG, Nr. 5,1)

Verehrter lieber Freund!

Gestern erfuhren wir durch Ihre älteste Tochter[1], daß Sie Ihr Tuskulum bezogen hätten, um sich dort einige Wochen gründlich auszuruhen und für zu erwartende schwere und verantwortungsvolle Aufgaben neue Kräfte zu sammeln. Da dürfte man Sie ja eigentlich in Ihrer philosophischen Beschaulichkeit nicht stören und doch habe ich vor, mich diesmal zunächst an den Herrn Staatsminister zu wenden. Aber da die Sache Sie weder aufregen noch anstrengen wird, glaub ich's wagen zu dürfen. Meine Absicht war, im Anfang des nächsten Monats mit gewohnter Begleitung[2] einen längeren Aufenthalt in Adelholzen, in das ich mich voriges Jahr verliebt hatte, zu nehmen und hatte deswegen meine Nichte in Bergen gebeten, uns jetzt schon Quartier dort zu besorgen. Gestern schreibt diese nun einen ganz verzweifelten Brief an Tilly, daß man wegen der strengen bairischen Grenzsperren die Aufnahme von so verdächtigen und hungrigen preußischen Untertanen energisch und unerbittlich abgelehnt habe. »Ich habe Herrn Ehses vorgeschoben, habe mit Onkels krankem Bein herumgefuchtelt und schließlich sogar Graf Hertling an den Haaren (!) herbeigezogen – alles vergeblich«, so jammert meine Nichte. Nach einer neuen Bestimmung dürfe man nicht einmal mehr Jemanden zu Besuch einladen, so daß sie ihrer Schwester, die nach mehr als achtmonatlicher Krankenpflege in einem rumänischen Seuchenlazarett Urlaub nehmen und diesen in Bergen verbringen wollte, hätte abschreiben müssen. Ist es wirklich wahr, daß in Baiern unter Ihren Augen und Ihrem Regiment derartige drakonische Vorschriften bestehen und gibt es in der Chinesischen Mauer, womit man sich dort umgeben hat, keine Löcher, wodurch der Eine oder Andere hindurchschlüpfen kann. Bedenken Sie doch, wie wir hier in Coblenz im vorigen Jahre mit offenen Armen und frohem Herzen so manche bairische Görresbrüder aufgenommen haben und deswegen ein ganz klein wenig Bevorzugung beanspruchen dürfen. Also, wenns sich machen läßt, so helfen Sie uns, wir wollen auch ganz brav sein, uns um die hohe Politik nicht bekümmern und wenig – essen.

Ueber unserm Zusammentreffen in Berlin schwebt ein Unstern, das vorletztemal fuhren Sie gerade ab, als ich ankam und das Letztemal mußte ich zwei Tage vor Ihrer

1 Maria Gisberta von Weitershausen.

2 E. Müller reiste meist in Begleitung seiner Schwiegertochter Elisabeth Müller (Tilly) (1870–1948), geb. Dahm aus Rhöndorf, verheiratet seit 1899 mit E. Müllers Sohn, Rechtsanwalt Eugen Müller (1871–1960). StAK Bestand 623,2, Heiratseintrag Nr. 70/1899. Freundliche Mitteilung des StA Koblenz v. 16.5.2018.

Ankunft fort. Schade, ich hätte so sehr gerne einmal wieder ein Stündchen mit Ihnen geplaudert und mich an Ihrem Optimismus aufgerichtet. Dem Frieden wären wir ja dadurch nicht näher gekommen, weder dem Hindenburg-[all]deutschen, noch dem Scheidemann- oder Verzichtfrieden (Gibt es etwas Törichteres als bei der jetzigen Lage der Dinge eine solche Zänkerei?), aber es gab doch allerhand Nützliches zu besprechen, besonders die Entwicklung der Zentrumspartei: Die macht mir dank der hypnotisierenden Wirkung des von mir gehaßten Schlagwortes »Neuorientierung« viele Sorgen. Die Reichstagsfraktion orientiert sich immer linkser [!] und auch im preuß[ischen] Landtag wird der Einfluß der radikal gesinnten Arbeitervertreter von Tag zu Tag größer und der Gegensatz zu der konservativer gerichteten Mehrheit immer schärfer. Draußen in der Partei sind die Zustände noch viel schlimmer und ich glaube nicht, daß die Spaltung zu vermeiden ist. Vielleicht würde sie ein Segen sein, denn so geht der ursprüngliche Charakter des Zentrums mehr und mehr verloren.– Daß es Ihnen persönlich gut geht, habe ich zu meiner Freude in Berlin schon von Ihrer Tochter gehört und sie hat es jetzt wieder bestätigt. Daß sie ihren Mann wieder hat, ist ja ein großes Glück, sie schreibt so selig darüber, daß es ganz herzerquickend ist. Wir hier dürfen auch nicht klagen – meinen Katarrh bin ich schließlich doch los geworden und die 76, die ich in wenig Tagen erreiche, drücken mich nicht übermäßig. Die Meinigen sind Gottlob auch so wohl als es die mangelhafte Ernährung gestattet. Herr Ehses, den ich heute noch gesprochen, ist vergnügt wie immer, er wollte Ihnen auch heute schreiben. Damit Gott befohlen! Mit herzlichen Grüßen von Haus zu Haus

Ihr treuergebener
Müller.

152

Franz Ehrle an Georg von Hertling
München, 6. Juni 1917

(eigh. Or.; AGG, Nr. 8,1)

Exzellenz,

Bedaure sehr, Ihre kostbare Zeit in Anspruch nehmen zu müssen.

Die Audienz, welche Sie gütigst P. Kösters[1] gewährten, hat reichlich die gewünschte, nötige Wirkung gehabt.

Trotzdem wage ich es, Ihnen Folgendes vorzutragen. Jetzt nach Aufhebung des Verbannungsgesetzes[2] drängt es mich, unser bürgerliches Dasein (zunächst das der Leitung der »Stimmen«[3]) bei dem zuständigen Ministerium zu regeln, indem ich ihm mit aller Offenheit, ohne jegliche »jesuitische Kniffligkeit« unsere gegenwärtige bürgerliche Seinsweise, unsere Wünsche und Bedürfnisse darlege. Bei diesem Schritte denke ich selbstverständlich weder an eine Eingabe um Gestattung einer

1 P. Kösters war Provinzial. Vgl. den Geburtstagsbrief Kösters' an Hertling, Aachen 29. August 1918 (BArch, NlH, Nr. 3) und die Gratulationen von Jos. Joye, Praepositus Provinciae Germanicae (mit 1912 500–700 Priestern), zum Namenstag Hertlings (Valkenburg, 23. April 1912), zum Neujahr (Valkenburg, 31. Dezember 1912) und zum 70. Geburtstag (Exaeten, 28. August 1913) mit großem Dank für Hertlings unbeirrten Kampf gegen die Weitergeltung des Jesuitengesetzes. Hertling antwortete Joye im Januar 1913 mit einem Bericht über den Stand der Jesuitenfrage. (AGG, Nr. 7). – Ludwig Kösters SJ (1872–1939), geb. in Duisburg, Studium der Theologie und Philosophie in Münster, 1892 Eintritt in den Jesuitenorden, 1902 Priesterweihe, 1903–1907 Weiterstudium in München, 1907 Prof. für Rhetorik in Exaten, ab 1908 für Fundamentaltheologie, dann für Rhetorik, historische Kritik und Apologetik, Rektor, 1915 Provinzial der Deutschen Provinz, 1921 Superior in Düsseldorf, 1926 Professor für Fundamentaltheologie an der Hochschule St. Georgen in Frankfurt am Main, dort Rektor. Ludwig Kösters SJ, in: ›Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917–1929)‹, Biographie Nr. 380, URL: www.pacelli-edition.de/gnd/116301465 (17.03.2021); Joseph Alexis Joye (1852–1919), geb. in Romont (Schweiz), 1869 Eintritt in den Jesuitenorden, Beginn des Studiums der Philosophie in Bonn, 1871 ausgewiesen, Studium der Theologie in Holland und England, 1882 Priesterweihe in Ditton-Hall, 1885 Pfarrvikar in Bern, 1886 Jugendseelsorger in Basel, Gründer katholischer Vereine, 1907–1911, 1915–1918 Superior der Schweizer Jesuiten, 1911–1915 Provinzial der Deutschen Provinz, Filmsammler, vor allem für die Jugendarbeit, und Filmpionier. Hansruedi Kleiber, Joye, Joseph Alexis, in: Historisches Lexikon der Schweiz. (17.03.2021).

2 Am 19. April 1917 trat der Bundesrat dem Beschluss des Reichstages bei, das Jesuitengesetz von 1872 aufzuheben. Die Aufhebung des über 44 Jahre geltenden Verbots wurde von der Presse überwiegend begrüßt. Der Bundesratsbeschluss ließ die in einigen Bundesstaaten wie Sachsen und Württemberg bestehenden Gesetze gegen die Zulassung des Jesuitenordens in Geltung. Schulthess 58, NF 33 (1917/I), S. 423 f.

3 Stimmen der Zeit. Katholische Monatsschrift für das Geistesleben der Gegenwart; bei Gründung 1871: Stimmen aus Maria-Laach. Die Redaktion musste 1872 ihren Sitz nach Belgien verlegen, zog dann nach Luxemburg und Holland. Nachdem Hertling Ministerpräsident von Bayern geworden war, ließ sie sich in München nieder.

religiösen Niederlassung, noch an irgend eine wesentliche Änderung unserer gegenwärtigen Existenzweise.

Zu einer solchen Aussprache und Regelung drängt mich allerdings auch die Notwendigkeit, am 1. April 1918 unsere jetzige Wohnung[4] aufzugeben und daher bis zum 1. Oktober 1917 eine andere passende zu finden. Für diese Wahl wäre uns eine genauere Kenntniß der einschlägigen Anschauungen der Behörden sehr erwünscht.

Gegenwärtig leben wir, so möchten [wir] den Behörden sagen, auf Grund des Bürger- und Vereinsrechtes, zu fünft, auf zwei Stockwerke verteilt, in Miete und Pension. Nach unsern Ordensstatuten müssen wir, sobald es die Umstände erlauben, zum gemeinsamen Leben zurückkehren, das, in unserer Lage, im Wesentlichen eine innere Hauskapelle und Bedienung durch Laienbrüder voraussetzen würde. Dies gemeinsame Leben haben wir in Frankreich fast 100, in Preußen, Belgien, Holland, England c[irca] 50 Jahre, ohne besondere obrigkeitliche Erlaubniß oder Genehmigung einfach auf Grund des Vereinsgesetzes geführt.

Aus der vom Bischof von Regensburg 1867 veröffentlichten Broschüre und den ihr angeschlossenen Rechtsgutachten ersehe ich, daß eine solche Anwendung des Vereinsgesetzes in Bayern auf Grund des sogenannten Religionsediktes (II. Verfassungs-Beilage) cap[ut] III, § 76, lit[tera] c als ausgeschlossen gilt.[5] Außerdem bestehen auch noch an zwei anderen Stellen solche Schwierigkeiten, daß wir vorerst an ein solches gemeinsames Leben noch nicht denken können. Trotzdem möchte ich doch bei der Wahl einer neuen Wohnung die Möglichkeit eines gemeinsamen Lebens im Auge behalten und demgemäß, wo möglich, uns auf die beiden obersten Stockwerke eines Hauses verteilen, wo wir uns, wie bisher in Miete, mit weiblicher Bedienung behelfen werden. Allerdings hoffe ich, daß mit der Zeit der Vergleich mit dem Verhalten des protestantischen Nordens seine Wirkung tun wird, zumal für unserem [!] Fall, in dem es sich um die Niederlassung einer Schriftleitung, um ein Studien- und Schriftstellerheim handelt.

Es kommt mir also bei der eben erwähnten Aussprache mit der zuständigen Behörde vorzüglich darauf an, unsere ganze bürgerliche und gesetzliche Existenz und Zukunft offen und ehrlich auf den jeweilig, einzig möglichen Gesetzesboden zu

4 Ehrle wohnte zur Miete in der Giselastr. 31.

5 Vgl. Ignaz von Senestrey, Die kirchliche Freiheit und die bayerische Gesetzgebung mit Rückblick auf die Jesuitenfrage in Regensburg. Eine Ansprache des Bischofs von Regensburg an den Klerus seiner Diöcese, Regensburg 1867, S. 36–41, 29. Die Beilage II zur Verfassungsurkunde vom 17. Juni 1818 (Religionsedikt von 1817) gebot eine »Mitwirkung der weltlichen Obrigkeit« (§ 77) bei »einseitigen Anordnungen« der »Kirchengewalt« zu »Gegenständen gemischter Natur […], welche zwar geistlich sind, aber die Religion nicht wesentlich betreffen, und zugleich irgend eine Beziehung auf den Staat und das weltliche Wohl der Einwohner desselben haben«. (§ 76). »Dahin gehören […] c) Errichtung geistlicher Gesellschaften und sonstiger Institute und Bestimmung ihrer Gelübde«. Demgegenüber betonte Senestrey, anders als Ehrle meinte, das durch Gesetz vom 26. Februar 1850 eingeführte »freie Vereins- oder Privat-Assoziations-Recht« besitze, als ein der Verfassungsurkunde nachgängiges Freiheitsrecht zumal für die inneren Angelegenheiten der Kirche Gültigkeit.

stellen. Also selbst diesen so loyalen Schritt will ich nicht tun, ohne von Ihnen und dem Herrn Erzbischof zu hören: »Nihil obstat«[6]; möchte damit aber weder Sie noch den Herrn Erzbischof weiter mit dieser Angelegenheit verwickeln, da Sie beide so hohe kirchliche und staatliche Interessen zu wahren haben, denen gegenüber unsere Kleinigkeiten völlig zurücktreten müssen.

Ich erlaube mir noch Ihnen mitzuteilen, daß Herr Reg[ierungs] Rat Pfülf[7], aus eigenem Antrieb, vor seiner Versetzung in das Bekleidungsamt in Berlin, die Güte hatte, uns mit zwei ihm befreundeten Reg[ierungs]-Räten in Verbindung zu setzen, welche uns die Einführung bei den zuständigen Regierungsstellen vermitteln können.

Darf ich Euer Exzellenz bitten, mir mit einer Zeile oder einem Wort, etwa: »unnütz« oder »schädlich« zu antworten oder antworten zu lassen?

Mit einem herzlichen »Vergelt's Gott« für Alles und Alles, was Sie bereits im Laufe so vieler Jahre zu unsern Gunsten getan haben, – Sie, all' die Ihrigen und Ihre für Kirche und Staat so wichtige Tätigkeit von Herzen Gottes besonderer Huld empfehlend

Euer Exzellenz
ergebenster Diener
F. Ehrle

6 Es steht nichts entgegen.

7 Theodor Pfülf (1866–1953), geb. in Speyer, nach Jurastudium 1892 Eintritt in den bayerischen Verwaltungsdienst, 1902 Regierungsassessor bei der Regierung der Pfalz in Speyer, 1903 Bezirksamtmann in Mühldorf am Inn, 1909 Regierungsrat bei der Regierung von Oberfranken, 1916 bei der Regierung von Oberbayern, 1917 zeitweise Abordnung zur Dienstleistung beim Reichskommissar für Faßbewirtschaftung, 1917 Oberregierungsrat im Staatsministerium des Innern, 1919 Ministerialrat, 1926 Generalstaatsanwalt am bayerischen Verwaltungsgerichtshof, 1928 Regierungspräsident der Pfalz, 1932 Ruhestand.
Joachim Lilla: Pfülf, Theodor, in: ders.: Staatsminister, leitende Verwaltungsbeamte und (NS-) Funktionsträger in Bayern 1918 bis 1945, URL: https://verwaltungshandbuch.bavarikon.de (28.07.2021).

153

Alfred Brunswig an Georg von Hertling
Im Felde, 9. Juni 1917

(eigh. Or.; AGG, Nr. 5)

Hochverehrter Herr Minister!

Die Stufe des »Leutnant« ist nun auch von mir erreicht und ich möchte Eurer Excellenz noch meinen herzlichen Dank aussprechen für die freundliche Beihilfe auch zu diesem Aufstieg! Der Krieg hat mich ord[entlichen] Professor und Offizier werden lassen und insofern könnte ich bisher mit ihm zufrieden sein. Jedenfalls bin ich sicher, dass die Soldatenlaufbahn dereinst dem Professor sehr von Vorteil gewesen sein wird, so wenig ich auch jetzt noch zu unmittelbarer philosophischer Arbeit komme.

Inzwischen habe ich zunächst von der Gegend Douai aus in ziemlicher Nähe die gewaltige Arras-Schlacht[1] miterlebt, in banger Erregung den bösen Ostermontag, dann aber mit immer grösserer Zuversicht: Artillerie, Flieger, Führung – alles bei uns unvergleichlich besser als an der Somme; auch die Stimmung der Mannschaft. Nur ein recht dunkler Punkt: die knappe Verpflegung selbst der Frontkämpfer!

Was ich an Einzelbildern sah, die stahlbehelmt in die Schlacht ziehenden Truppen, die zurückkehrenden Verwundeten …, ist mir unvergesslich ins Herz geschrieben und nur das Gefühl ehrfürchtiger Ergriffenheit ziemt sich angesichts dessen, was unsere Kämpfer vorne handelnd und leidend leisten.

Seit einem Monat bin ich weiter nördlich, nach Lille, versetzt und führe selbständig einen Zug von über 100 Mann, 20 Pferde, eigenes Auto. Ich habe also ein kleines Königreich zu besorgen und zu verwalten; ausser dem Dienstbetrieb kümmert mich die Verpflegung von Mensch und Vieh und alles Mögliche. Ich muss – nach dem Gehorchen – das ebenso schwere militärische Befehlen lernen, strebe mit der Autorität des Vorgesetzten die menschlich-kameradschaftliche Anteilnahme an den Untergebenen zu vereinen; ja, in das ziemlich autokratische Militärregime kann ich sogar, – durch Ernennung von Mannschafts-Kommissionen, die das Verpflegungswesen mitkontrollieren, – ein constitutionell-demokratisches Moment miteinfügen und habe so im Kleinen Gelegenheit, Vor- und Nachteile beider Verfassungen praktisch zu erproben.

Währenddessen ist nun seit 3 Tagen in nächster Nähe die 3te grosse Offensive, bei Wytschaete entbrannt und besonders die Nächte sind durchbrüllt vom Hall der schweren Kanonen und der wuchtigen Einschläge.

1 Die Briten erreichten in der sehr heftigen Frühjahrsschlacht bei Arras nicht den erstrebten Durchbruch durch die deutschen Linien.

Möge es der letzte Versuch unserer Gegner sein und ihm das gleiche Schicksal wie den vorhergegangenen bereitet sein; auch Deutschland braucht, nach allem was wir merken, dringend den baldigen Frieden, auch wenn er nicht alle Hoffnungen der heimatlichen Annexionisten erfüllen sollte.

Im Juli hoffe ich auf Urlaub heimzukommen, meine liebe Mutter wird am 30. Juni 80 Jahre, bisher, Gott sei Dank, wunderbar rüstig und voll Anteil an allem.

Ich hoffe zuversichtlich, dann auch Eure Excellenz, und bei bestem Wohlbefinden, zu sehen!

Mit den herzlichsten Grüssen bleibe ich in treuer Verehrung Eurer Excellenz
sehr ergebener
Brunswig.

154

Eduard Müller an Georg von Hertling
Koblenz, 12. Juni 1917

(eigh. Or.; AGG, Nr. 5,1)

Verehrter lieber Freund!

Da haben Ihre freundlichen Bemühungen, für die ich herzlich danke, allerdings einen völligen Mißerfolg gehabt und ich muß jede Hoffnung auf Adelholzen und ein Zusammentreffen in Ruhpolding endgültig begraben. Die berühmte Organisation scheint bei Ihnen ebenso zu versagen und die Verteilung der Nahrungsmittel ebenso schlecht zu sein wie bei uns, denn Partenkirchen, Garmisch, Tölz u.s.w. laden dringend zum Besuche ein und in Wörrishofen soll die Verpflegung noch glänzend sein. Schade, der Plan war so schön, aber Sie haben recht, gegenüber all dem großen Leid der Zeit darf man über eine solche kleine Enttäuschung kein Wort verlieren. Auf eine Sommererholung werden wir nun wohl für dieses Jahr ganz verzichten, ich bin zu schwerfällig, etwas anderes zu suchen, und der Krieg mit seinen Sorgen und Nöten läßt keine rechte Reisestimmung aufkommen.

Wie ich über die K[ölnische] V[olkszeitung] denke? Im wesentlichen jedenfalls so wie Sie, die breiten lehrhaften Leitartikel sind kaum mehr zu genießen, die beständig sich wiederholenden Tiraden über den deutschen oder Hindenburgfrieden stehen einem am Halse und die Reklame, die ja ihre Hauptstärke ist und die sie mit der Unterschriftensammlung für ihre äußere Politik auf die Spitze getrieben hat, ist mir geradezu widerlich. Ich würde das Blatt längst abgeschafft haben, wenn ich nicht ein Gewohnheitstier wäre und dächte, daß der Ärger den Appetit vermindert, was man heutzutage gebrauchen kann. Cardauns, der in der vorigen Woche flüchtig bei mir war, ist voll Gift und Galle gegen sein früheres Kind und behauptet, er schäme sich beinahe, früher Redakteur dieser Zeitung gewesen zu sein. Was die sog[enannten] Kriegsziele betrifft, so halte ich es für bedauerlich, daß man deren öffentliche Erörterung so voreilig freigegeben hat, das hatte die Scheidemannsche Parole zur Folge, mit der ich natürlich auch nicht einverstanden bin. Mir scheint es war ein Fehler, daß der Reichskanzler es so lange geduldet hat, daß Sch[eidemann] bei Propagierung seiner Parole sich als Sprachrohr des Kanzlers aufspielen durfte. Im übrigen beschränke ich mich auf den Wunsch, daß der Friede so günstig wie möglich für uns ausfallen möge. Mehr kann vernünftiger Weise bei der heutigen Lage der Dinge kein Mensch verlangen, der alle in Betracht kommenden Umstände so wenig beurteilen kann wie ich. Mich freut es nur, daß Sie die Hoffnung auf einen Friedensschluss im Herbst noch festhalten, wenn auch der Ausdruck dieser Hoffnung etwas gedämpft klingt.

Card[auns] war zu einer Hochzeit im Hause seines Schwagers Sasse hier. Er war so mobil wie immer und erzählte lachend von zwei ganz kurzen und leichten Ohnmachtsanfällen, die er in letzter Zeit gehabt hat. Die Anfälle haben keinerlei Folgen gehabt, aber erfreulich ist die Sache doch nicht.

Am 9. October beginnen unsre Landtagssitzungen wieder. Gott gebe, daß wir uns dann in Berlin treffen und eine Friedensflasche miteinander trinken, daß auch die inneren Kämpfe dann nicht entbrennen.

Mit den besten Wünschen für Ihre Ruhezeit und herzlichen Grüßen von Haus zu Haus in alter Treue
Ihr Müller.

155

Georg von Hertling an Hermann Cardauns
Ruhpolding, 18. Juni 1917

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 58)

Lieber Freund!

Ich hatte neulich Veranlassung, an Ed[uard] Müller zu schreiben, es war kein erfreulicher, denn ich mußte ihm mitteilen, daß meine Bemühungen, ihm den Sommeraufenthalt in Adelholzen zu ermöglichen, keinen Erfolg gehabt hätten. Bei dieser Gelegenheit fragte ich an, ob er etwas von Dir wisse. Er antwortete mir, daß er Dich kürzlich in Koblenz gesehen habe, daß Du sehr mobil gewesen seist, aber von zwei kleinen Schwäche-Anfällen erzählt habest, die Du indessen nicht schwer genommen hättest. Nun möchte ich erst recht von Dir selbst erfahren, wie es Dir geht. Je älter ich werde und je einsamer es um mich wird, desto mehr empfinde ich den Wert der alten freundschaftlichen Beziehungen und entbehre ich den Verkehr mit den alten Freunden. Meine Gedanken haben in letzter Zeit viel in der Vergangenheit geweilt, da ich an meinen »Erinnerungen« gearbeitet habe. Der erste Band, der bis zur Uebersiedelung nach München reicht, ist fertig.[1] Kösel ist gerne bereit, den Verlag zu übernehmen, nur kann das Buch einstweilen nicht erscheinen, ich habe als frühesten Termin bezeichnet: ein halbes Jahr nachdem ich aus dem Ministerium ausgeschieden bin. Aber wann wird das sein? Die Frage fällt zusammen mit der andern, die alle Gemüter bewegt: wann wird der entsetzliche Krieg sein Ende erreichen? Inzwischen soll dann der zweite Band[2] vorgenommen werden, die Arbeit daran ist aber viel schwieriger, hauptsächlich darum, weil mir hier das Material fehlt, das ich an dem zwanzig Jahre umfassenden Briefwechsel mit meiner Mutter[3] besaß. Außerdem werden die Verhältnisse viel verwickelter, und ich will sehen, was daraus wird.

Das Interesse an Cl[emens] Brentano scheint noch anzuhalten. Hast Du gesehen, was P. Stockmann[4] in den »Stimmen der Zeit« dazu geschrieben hat?[5] Der gute Mann

1 Georg v. Hertling, Erinnerungen aus meinem Leben, Bd. 1, Kempten-München 1919, 384 S. (endet mit Mai 1882).

2 Hertling, Erinnerungen, Bd. 2, hg. v. Karl Graf v. Hertling, Kempten-München 1920, 306 S. (endet 1902).

3 Antonie Georgine v. Guaita (1816–1881).

4 P. Alois Stockmann SJ (1872–1950). Der Nachlass des zuweilen in einen schwärmerischen Ton fallenden Literarhistorikers befindet sich bei der Deutschen Provinz der Jesuiten, München, Kaulbachstr. 31.

5 Ausführlicher würdigte Stockmann Brentano in seinem Werk, Die jüngere Romantik, S. 41–112, der Fortsetzung von A. Stockmann, Die deutsche Romantik. Ihre Wesenszüge und ihre ersten Vertreter, Freiburg im Breisgau 1921. Beiden Arbeiten ging ein jahrelanger Aufenthalt P.

steht noch stark unter der Nachwirkung der »legendarischen« Auffassung, sogar in der Emmerich-Frage.[6] Die Schrift von Schellberg[7] habe ich bis jetzt nicht zu Gesicht bekommen, ist etwas daran?

Ich war am 1. Juni in Urlaub gegangen und hoffte auf einige ruhige Wochen, mußte aber bereits nach weniger als vierzehn Tagen nach München, wegen des Besuchs des Königs der Bulgaren[8]. Nun will ich sehen, wie lange es jetzt ohne Unterbrechung gehen wird. Ich darf ja über meine Gesundheit nicht klagen, aber mit bald 74 Jahren sehnt man sich doch nach Ruhe und Gleichförmigkeit des Lebens. Hier ist es wunderschön, fast zu schön, denn wir bräuchten notwendig Regen.

Nun lasse recht bald etwas von Dir hören, ich bin mit vielen Grüßen von mir und den Meinen, in alter Freundschaft
Dein Hertling

P.S. Was sagst Du dazu, daß ich ab 1. Juli die K[ölnische] V[olkszeitung] abgeschafft habe, obwohl ich sie von Anfang an gehalten habe und auch zu ihren ältesten Mitarbeitern gehöre, aber das tolle Draufgängertum und zuletzt der Skandal mit dem

Stockmanns in Frankfurt am Main voraus, wo der Verfasser Kontakte mit Angehörigen der Familie Brentano aufnahm und auswertete. Er behandelte unter den Lebensphasen des Dichters auch die Konversion Brentanos, des »weitaus größten, stimmungsgewaltigsten Dichter unter den jüngeren Romantikern«. Ebd. S. 5 f.

6 Clemens Brentano zeichnete von 1819–1824 die Mitteilungen der stigmatisierten Augustinerin Anna Katharina Emmerick (1774–1824) in Dülmen auf. Hertling hat sich über die fortdauernde Wirkung der phantasievollen Dichtungen Brentanos getäuscht.

7 Wilhelm Schellberg (1880–1937), Dr. phil., 1914 Direktor der Städtischen Realschule in Eschweiler, 1918 Gymnasialdirektor am Thomaeum in Kempen, 1919 Ministerialrat im preußischen Kultusministerium. Der Pädagoge und Literarhistoriker begann für die Görres-Gesellschaft die kritische Gesamtausgabe der Werke von Joseph Görres. Vgl. W. Schellberg (Hg.), Josef von Görres' ausgewählte Werke und Briefe, Bd. 1–2, Kempten-München 1911; hier vielleicht gemeint Schellbergs Beitrag: Der deutsche Görres, in: Vereinsschrift der Görres-Gesellschaft. Vorträge und Abhandlungen der Herren Schellberg, Buchner, Ehses, Innitzer, Köln 1917.

8 Ferdinand I. von Sachsen-Coburg und Gotha (1861–1948), Fürst (1887) und Zar (1908–1918) des mit Deutschland verbündeten Bulgarien.

Stimmensammeln an der Front waren mir zu widerwärtig.[9] Ich fürchte, es wird auch nach dem Kriege nicht mehr gelingen, der K[ölnischen V[olkszeitung] ihre Stellung als führendes Blatt der deutschen Katholiken wieder zu geben.

H[ertling]

9 Die im September 1917 gegründete Deutsche Vaterlandspartei ließ mit Billigung von Kommandeuren Aufforderungen zum Parteibeitritt bei der Truppe zirkulieren. A. von Monts-Mazin an Th. Wolff, 11. Januar 1918. Wolff, Tagebücher, S. 916. Die Linie der Regierung Michealis war, Politik, ob von links oder rechts, aus der Truppe herauszuhalten. Auskunft an den Reichstag zur alldeutschen Agitation im Heer v. 6. Oktober 1917. Schulthess 58, NF 33 (1917/I), S. 846–858, 851. – Theodor Wolff (1868–1943), geb. in Berlin, aus jüdisch-bürgerlicher Kaufmannsfamilie, Gymnasium ohne Abitur, Besuch historischer und philosophischer Vorlesungen in Berlin, 1887 im Verlag seines Verwandten Rudolf Mosse angestellt, ab 1894 zwölfjähriger, literarisch und politisch bildender Aufenthalt in Paris, Theater-, Kunstkritiker, Romancier, Dramatiker, 1906 Chefredakteur des Berliner Tageblatts, 1914–1918 nahe Kontakte zum AA, im November 1918 Mitgründer der linksliberalen DDP, 1933 Emigration nach Frankreich, 1943 in Nizza von der italienischen Besatzungsmacht verhaftet, der Gestapo übergeben, nach KZ-Haft Tod im Berliner Jüdischen Krankenhaus. Wolff, Tagebücher, Einleitung von Sösemann, S. 18–49.

156

Georg von Hertling an Stephan Ehses
Ruhpolding, 20. Juni 1917

(eigh. Or.; AGG, Nr. 5,3)

Verehrter lieber Herr Prälat!

Für Ihren freundlichen Brief vom 2. d[ieses] M[onats] und Ihre guten Wünsche für unsern hiesigen Landaufenthalt danke ich Ihnen bestens. […]

Hoffentlich sind Sie inzwischen wegen Ihrer Sorge um die Fortsetzung des Aufenthalts in München beruhigt. Verordnungen, welche jeden Fremdenzuzug von dort abhalten sollen, existiren meines Wissens nicht, und ich glaube auch nicht, daß man dazu übergehen wird, so knapp es auch überall im lieben Vaterlande mit der Lebensmittel–Versorgung bestellt ist. Daß es im hiesigen Bezirke ganz besonders schlimm steht, erfuhr ich erst durch meinen Briefwechsel mit dem Bezirksamtmann in Traunstein, den ich im Interesse von Freund Müller, bisher ohne Erfolg, geführt habe. Es tut mir herzlich leid, daß aus des letzteren Aufenthalt in Adelholzen nichts werden konnte, um seinetwillen und um unsertwillen. Nun scheint Müller das Reisen für diesen Sommer ganz aufgegeben zu haben.

Eine Eingabe des jungen Paracelsus-Forschers[1] ist bisher nicht in meine Hände gelangt. Ich bin zweifelhaft, wie sich die G[örres]G[esellschaft] zu einer Paracelsus-Edition stellen soll; der Schwindler und Marktschreier[2] verdient schwerlich, daß sich die G[örres]G[esellschaft] darum annimmt, und von der Unterstützung einzelner Gelehrter und der von ihnen unternommenen Arbeiten, hatten wir ja schon seit längerer Zeit geglaubt, absehen zu sollen. Aber wie gesagt, bis jetzt ist nichts an mich gelangt. Dagegen erhielt ich heute von einem Dr. Haase, Privatdozent an der

1 Wilhelm Matthießen (1891–1965), aus Gemünd (Eifel), 1917 Dr. phil. (Bonn) mit einer Arbeit über das religiöse Verhalten bei Paracelsus, als Katholik wandte er sich um Unterstützung an die Görres-Gesellschaft; 1920/21 Mitarbeiter der Zeitschrift Hochland. Er wurde ein vielgelesener Kinderbuchautor und Jugendschriftsteller, jedoch später unter den Einfluss nationalistischer Kreise Nationalsozialist, Antisemit und Kirchenkritiker.

2 Paracelsus, Theophrastus Bombastus von Hohenheim (1493–1541), Arzt, Naturforscher, Theosoph und Philosoph schwäbischer Herkunft. Er verband erste empirische mit höchst spekulativen Ansätzen. Grauert und Baeumker zeigten sich anders als Hertling zunächst aufgeschlossen für die Förderung einer Werkausgabe des Paracelsus, die aber nicht gewährt wurde. Vgl. Karl Sudhoff u. Wilhelm Mathießen (Hg.), Paracelsus (Theophrast von Hohenheim), Sämtliche Werke, 1. Abtg., Medizinische, naturwissenschaftliche und philosophische Schriften, Bd. 1–14, München-Berlin: Oldenbourg 1922–1933 (Nachdruck 1996).

kathol[isch] theol[ogischen] Fakultät in Breslau,[3] einen Antrag auf Gründung einer »Sektion für Erforschung des christlichen slavischen Ostens«. Das ist ein bischen [!] viel, ich meine, es genügte, wenn unsre Sektion für Altertumswissenschaft auch dieses Gebiet in ihren Interessenkreis einbeziehen wollte. Darüber wäre zunächst Freund Kirsch zu hören. Eine Generalversammlung werden wir in diesem Jahre schwerlich abhalten können, und so bleibt zu überlegen, ob und wo wir eine außerordentliche Vorstandssitzung abhalten sollen. Ich fürchte, es wird bei den bestehenden Reiseschwierigkeiten und dem Drucke, der in Folge des Kriegs auf allen Gemütern liegt, wenig Stimmung dafür vorhanden sein.

Hier ist es zur Zeit sehr schön, nur müßte es notwendig regnen. Die kleineren Wildbäche sind schon alle ausgetrocknet und die Quellen fangen an auszubleiben. Hoffentlich kommt bald Abhülfe.

In herzlicher Verehrung und mit besten Grüßen vom ganzen Hause
Ihr ergebener
Hertling

3 Felix Haase (1882–1965), geb. in Protzan (Schlesien), 1908 Priesterweihe, 1909 Promotion in Breslau über Patriarch Dioskur von Alexandrien, 1914 Lazarettdienst, 1915 Habilitation in Breslau für Orientalische Kirchengeschichte, 1922 a.o., 1924 o. Professor für Slawische Kirchenkunde, Allgemeine Religionsgeschichte und Vergleichende Religionswissenschaft in Breslau, NSDAP-Mitglied, nach der Vertreibung 1945 als Aushilfsgeistlicher tätig. Von ihm erschienen in der Neuen Serie des Oriens Christianus von 1915–22 sechs Beiträge zur armenischen bzw. altsyrischen Kirchengeschichte, 1920 als Heft 4 von Bd. 10 der Studien zur Geschichte und Kultur des Altertums: Die koptischen Quellen zum Konzil von Nicäa. Onnau, Das Schrifttum, S. 143 f., 201.

157

Ludwig Nieder an Georg von Hertling
M[önchen] Gladbach, 29. Juni 1917

Volksvereins-Zentralstelle (eigh. Or.; AGG, Nr. 8,2)

Euer Exzellenz

beehre ich mich, eine Mitteilung zu machen, die sich bezieht auf die Herstellung der inneren Geschlossenheit des kath[olischen] Volksteiles hinsichtlich der Gewerkschaftsfrage, eine Angelegenheit, die gewiß nicht von geringem Belang ist für die glückliche Gestaltung der gesamten innerpolitischen Verhältnisse und einer freudig neu aufbauenden Friedensarbeit in unserm bayerischen Staate und unserm gesamten Deutschen Reiche.

Bei meinen vielen Volksvereinskriegskonferenzen[1] und Versammlungen auch in jenen Gegenden, wo früher die Berliner Richtung herrschte, merkte ich, daß nicht allein Laien sondern auch Geistliche den alten Zank gründlich satt sind. So z. B. in Schlesien, wo mit dem neuen Herrn Fürstbischof[2] – bei aller Zurückhaltung gegenüber der praktischen Gewerkschaftsarbeit selbst – ein herzliches Wohlwollen für die Volksvereinsarbeit und volles Verständnis für die gewerkschaftliche Zusammenfassung aller nichtsozialdemokratischen Arbeiter eingezogen ist.

Auch im Saargebiet sehen viele Geistliche die Unhaltbarkeit, die praktische Undurchführbarkeit, der konfessionellen Fachabteilungen ein und wünschen eine baldige und rückhaltlose Einigung zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der bewährten interkonfessionellen, religiös und politisch wirklich toleranten christl[ich]-nat[ionalen] Gewerkschaften, um dann um so besser und einiger zusammenarbeiten zu können in den konf[essionellen] Arbeitervereinen für religiöse Erziehung und Vertiefung.[3]

Um so schneller möchte man die Lösung, als die sozialdemokratischen Gewerkschaften, Ernährungs- und andere Kriegsnot sowie den Burgfrieden ausnützend, mächtig vorangeht [!], gerade auch in katholischen Arbeitergemeinden, wo man bisher mit Fachabteilungspropaganda den Leuten die christlichen Gewerkschaften verleidet hat.

---

1 1894 traten erstmals in Bayern »sociale Konferenzen« zusammen, bis 1902 wurden in Köln neun solcher Konferenzen durchgeführt. Sie vermittelten den Geistlichen nationalökonomische und sozialpolitische Kenntnisse, wandten sich sozialen Fragen der Gegenwart zu und aktivierten ihre Teilnehmer durch Vortragsverpflichtungen. Vgl. Heitzer, Volksverein, S. 236–238, 133–138; Klein, S. 71–73.

2 Adolf Bertram.

3 Die vom Trierer Bischof Michael Felix Korum favorisierten Fachabteilungen brachten es im saarländischen Bergbau bis 1911 auf etwa 12 000, die christlichen Gewerkschaften auf 15 000 Mitglieder; sie arbeiteten dort teils zusammen. Bost, S. 34 ff.

Die Gewerkschafts-Enzyklika »Singulari quadam«[4] hatte leider eine Lösung des Streites im eigenen Lager nicht gebracht.[5] Das fühlt man gerade jetzt doppelt schmerzlich, wo gegenüber einer verstärkten, selbstbewußteren sozialdemokratischen Gewerkschaftspropaganda die monarchisch und christlich gesinnten Elemente im Erwerbsleben der Lohnarbeiter möglichst weitgehend zusammengefaßt werden müßten.

Wo liegt nun der Hacken [!], der uns so viele edel-ängstliche Gemüter, Geistliche und Laien, immer noch im Berliner Lager zurückhält, obwohl ihnen der neue Programmentwurf der christlich-nationalen Arbeiterschaft[6] volles Vertrauen eingeflößt?

Es ist der ganz merkwürdige Schluß der Enzyklika. Während etwa neun Zehntel des ganzen Textes zum Glück für die praktische christliche Gewerkschaftsarbeit auf den Ton gestimmt sind: »tolerari potest ac permittitur«[7] enthält der Schluß den verhängnisvollen Hacken [!], etwa in folgender Form: – »Es ist nicht gestattet, daß künftig die in der interkonfessionellen Christlichen Gewerkschaft stehenden Katholiken als minderwertige Katholiken verdächtigt werden. Aber andererseits dürfen auch jene, welche die katholische Gewerkschaft (Fachabteilung) vorziehen, nicht beleidigt und ihre kath[olischen] Fachabteilungen nicht unterdrückt werden – auch nicht unter dem Hinweise auf die Notwendigkeit der Einheitlichkeit – vielmehr sind diese kath[olischen] Fachabteilungen möglichst zu fördern«.

Diesen verhängnisvollen Hacken [!] in der Enzyklika, die sonst tiefe und schöne Gedanken enthält, umzubiegen oder ganz herauszuziehen – das vermag in Rom zur Zeit wohl niemand rascher zu erreichen als Euer Exzellenz. Diese Überzeugung hegen auch die führenden Kreise der gewerkschaftlich interessierten Arbeiterschaft.

Niemand vermag auch besser abzuschätzen, welche Schwächung der kirchlichen Autorität und welche Schädigung der christlichen und monarchischen Nationalinteressen auf dem Spiele steht, als ein Staatsmann, der ein langes opferreiches Leben den religiösen, sozialen und gesamtnationalen Interessen gewidmet hat.

---

4 Von Pius X. unterzeichnet am 24. September 1912.

5 Vgl. Forster, Stegerwald, S. 110–127, 136 f.

6 Im Dezember 1915 erschien die erste Nummer einer seit 1911 von dem Gewerkschaftsführer Adam Stegerwald geplanten gemeinsamen Zeitschrift: Deutsche Arbeit. Das in der Westdeutschen Arbeiterzeitung im September 1916 veröffentlichte, von Stegerwald initiierte und geförderte, erst nach Ende des Krieges beschlossene Programm der christlich-nationalen Arbeiterschaft behandelte in drei Abschnitten deren »Grundanschauungen« (Bekenntnis zur Monarchie, zum Privateigentum und dessen Grenzen), »Forderungen und Aufgaben« (staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Arbeiter, Arbeiterschutz, Sozialversicherung, Ernährungsfrage, Fürsorge, Wohnungspolitik) und die »Aufgabenverteilung innerhalb der Gesamtbewegung« zwischen christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereinen. Forster, Stegerwald, S. 143–146.

7 Es kann geduldet werden, ist erlaubt.

Wenn Euer Exzellenz eine mündliche Aussprache wünschen, stehe ich gerne zu Diensten.

Euer Exzellenz
ergebenster ehemaliger Schüler Dr. Nieder

158

Eduard Müller an Georg von Hertling
Langenargen am Bodensee, 17. Juli 1917

(eigh. Or.; AGG, Nr. 5,1)

Verehrter lieber Freund!

Die Nachricht, die Sie mir mit Ihren freundlichen Zeilen vom 9ten d[ieses] zukommen ließen, würde mir unter andern Umstände eine große Freude bereitet haben, jetzt kam sie leider zu spät. Da mir in Adelholzen die Türe verschlossen war, habe ich mich für den Bodensee entschieden und befinde mich seit dem 8ten mit meiner gewohnten Begleitung hier, wo wir im Vergleich mit Coblenz und erst recht mit Berlin ein wahres Schlaraffenleben führen. Das ist ja beschämenderweise heutzutage die Hauptsache und ich würde mich deswegen sehr wohl hier fühlen, wenn nicht die innerpolitischen Ereignisse der letzten Zeit mir die Laune gründlich verdorben hätten. Diese sind m[eines] E[rachtens] nicht nur unerquicklich, sondern geradezu trostlos, wenigstens für Jemanden, der ungefähr ein halbes Jahrhundert lang mit Begeisterung für das Zentrum gearbeitet und gekämpft hat und nun am Ende des Lebens dessen Zerfall mit ansehen muß. Die Auflösung mag äußerlich noch eine Zeitlang aufzuhalten sein, innerlich ist sie vollzogen. Daß E[rzberger], dem es nur darauf ankommt, von sich reden zu machen, den tötlichen [!] Streich zu führen fähig war, hat mich nicht sonderlich gewundert, denn mein Urteil über ihn war im wesentlichen immer dasselbe, was ich hier in der nächsten Nachbarschaft seines Wahlkreises[1] von sehr zuverlässiger Seite gehört habe: sehr begabt und fleißig, aber maßlos ehrgeizig, ohne alle Grundsätze, Alles nur auf Sensation berechnet. Was ich aber trotz mancher bösen Anzeichen nicht für möglich gehalten hätte, ist, daß er es fertig brächte, die ganze Fraktion mit sich fortzureißen, daß sie alle ihre Ideale über Bord werfen, sich mit der Sozialdemokratie verbrüdern und mit aller Kraft für die Radikalisierung des Reichs und Preußens einsetzen würde. Die lendenlahmen und oberfaulen Rechtfertigungsversuche in der Presse werden Niemandem imponieren, höchstens wirkt es erheiternd zu sehen, wie schnell und gründlich die K[ölnische] V[olkszeitung] umgelernt hat. Was nun werden soll, weiß ich nicht, werden die Zentrumswähler ebenso wie die Presse sich der Reichstagsfraktion fügen, wird insbesondere die Landtagsfraktion, die sich noch vor kurzem einmütig gegen das gleiche Wahlrecht ausgesprochen hat, einfach Ordre parieren oder eigene Politik machen, in dem einen wie in dem andern Falle gibts Kämpfe, Verstimmung und Erbitterung. Unter allen Umständen wird das Zentrum äußerlich und innerlich geschwächt aus den nächsten Wahlen hervorgehen und einer liberalen Aera in Preußen sind die Wege

1 Erzberger hielt von 1903 bis 1918 den Wahlkreis Biberach-Leutkirch-Waldsee.

offen. So bewährt sich das Wort von Windthorst: »von seinen Freunden verlassen« – oder richtiger verraten.

Ob Ihnen, wie einzelne Blätter melden, der Kanzlerposten angeboten worden ist oder nicht, jedenfalls ist es eine Genugtuung für Sie, daß Ihre Kandidatur in der Oeffentlichkeit aufgestellt und wie sie besprochen worden ist. Heute nachmittag erwarten wir Herrn Ehses, der uns einige Tage Gesellschaft leisten wird. Hoffentlich gehts Ihnen trotz aller Urlaubsstörungen, Aufregungen und Verdrießlichkeiten gut und hat Ihnen Ihr schönes Ruhpolding wohlgetan. Hoffentlich behalten Sie auch mit Ihrer Prophezeiung eines Friedens im Herbste recht, die Resolution des Reichstags[2] wird allerdings nicht dazu helfen.

Behüt Sie Gott! Mit herzlichen Grüßen und Empfehlungen von mir und den Meinen an Sie und Ihr ganzes liebes Haus
Ihr getreuer
Müller.

2 Am 13. Juli wurde die Friedensresolution von den Führern des Zentrums, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokraten abschließend besprochen, nachdem sie vorher in Berlin Gesprächsthema auf einem Empfang der Parteivertreter bei Hindenburg gewesen war. Am 14. Juli veröffentlicht, gelangte sie am 19. Juli im Reichstag mit 212 gegen 126 Stimmen bei 17 Enthaltungen (14 Polen) zur Annahme. Dagegen stimmten geschlossen die Konservativen, die Nationalliberalen und die Unabhängigen Sozialisten, außerdem einige andere Abgeordnete (fünf aus der Zentrumspartei). Kernsätze waren: »Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar. Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten. Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern«. Falls die feindlichen Regierungen sich einem solchen Frieden verweigern, das Reich und seine Verbündeten »mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen« würden, werde das deutsche Volk unerschütterlich weiterkämpfen, bis ihm das »Recht auf Leben und Entwicklung gesichert« sei. Schulthess 58, NF 33 (1917/I), S. 692 f., 699, 705, 722 f. Vgl. Hertlings Kanzlerreden.

159

Georg von Hertling an Karl von Hertling
Ruhpolding, 18. Juli 1917

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 27, f. 24–25; Druck: K.v.Hertling, Ein Jahr, S. 11–13)

Lieber Karl!

Du bist sicher gespannt, Authentisches über die Ereignisse der letzten Tage zu erfahren, insbesondere soweit ich dabei in Mitleidenschaft gezogen war. Also: ich mußte Dienstag vor acht Tagen zu meinem lebhaften Verdrusse einer innerbayerischen Angelegenheit wegen abermals nach München fahren. Dort angelangt, wurde ich schriftlich, telegrafisch und telefonisch bestürmt, sofort nach Berlin zu kommen. Ich beschloß, die Entscheidung dem Könige zu überlassen, als aber noch vorher, am Mittwoch in aller Frühe von der Gesandtschaft gemeldet wurde, das Ansehen Bayerns verlange meine Anwesenheit, war es natürlich, daß der König entschied, ich möge hingehen. So fuhr ich also in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag nach Berlin, begleitet von Stengel und dem Geheimen Rat Müller, meinem Reichs-Referenten[1]. In Berlin fand ich, insbesondere in Reichstagskreisen Verwirrung, Ratlosigkeit und Direktionslosigkeit. Einigkeit schien nur in dem einen Gedanken vorhanden: Bethmann muß weg, wer nachkommt ist einerlei. Ich suchte den Kanzler noch am Donnerstag Vormittag auf und fand ihn ganz ruhig, gar nicht erregt, vollkommen sachlich, wirklich vornehm. Uebrigens hatte ihn der Kaiser soeben wieder seines vollen Vertrauens versichert, und auch der Kronprinz, der, als er ankam, in das allgemeine Geschrei mit einstimmte und Tirpitz als den starken Mann haben wollte, war unter dem Einflusse seines Vaters umgestimmt worden. Aber es kam anders. Noch am Donnerstag kursirte in parlamentarischen Kreisen die Nachricht, Hindenburg habe seine und Ludendorfs Entlassung verlangt, falls Bethmann bleibe. Unerhört, aber wahr! Nun reichte Bethmann seine Entlassung ein und schlug mich als seinen Nachfolger vor. Der Kaiser, der kurz hinter einander zweimal Lerchenfeld hatte kommen lassen, rief ihn am Freitag, d[em] 13. d[ieses], zum drittenmale zu sich. Ich ahnte nichts Schlimmes und wollte eben mit Stengel spaziren gehen, als Lerchenfeld zurückkam, aus dem Auto sprang und zu mir sagte: Sie müssen annehmen, es hilft Ihnen nichts, Ihre Ernennung wird den Reichstag beruhigen, in Wien einen guten Eindruck machen und auch im Ausland, kurzum Sie müssen annehmen. Ich ließ mich auf keine Diskussion ein, zog mich auf mein Zimmer zurück und ließ mir die

1 Ernst Ritter von Müller (1863–1934), geb. in Augsburg, Jurastudium bis 1885, Dr. jur., 1890 Bezirksamtsassessor in Stadtsteinach und bei der Regierung von Oberfranken, 1894 Berufung ins Außenministerium, 1895 dort Legationssekretär, 1899 Legationsrat, 1903 Geheimer Legationsrat, 1908 Ministerialrat, 1916 Titel Geheimer Rat, 1920 Titel Ministerialdirektor, 1921 Abteilungsleiter als Ministerialrat, 1928 Ruhestand. Schärl, S. 328.

Sache ernsthaft durch den Kopf gehen. Das Ergebnis war: man muß keine Aufgabe übernehmen, wenn man innerlich überzeugt ist, ihr nicht gewachsen zu sein. Eine Stunde später kam Valentini, der Chef des Zivilkabinetts[2], um mir im Namen des Kaisers in aller Form den Posten anzubieten. Als ich ihm sagte, es gehe nicht, schien er sehr verzweifelt, ich setzte ihm dann aber meine Gründe auseinander, die persönlichen und die sachlichen, und als ich ihm sagte, ich fühlte mich nicht stark genug, um den Kampf mit der obersten Heeresleitung, id est Ludendorf, die sich unaufhörlich in die politische Leitung einmischte, durchzuführen, meinte er zwar einen Augenblick, die Herren müßten eben schwören, das künftig zu unterlassen, sah dann aber die Unmöglichkeit der Durchführung ein, und fand diesen Grund der Ablehnung seinerseits durchschlagend. Auch Lerchenfeld schloß sich dem nachträglich an, und Henni war ganz mit mir einverstanden. Am Nachmittag wurde dann Michaelis[3] entdeckt, der sofort einschlug, der mir aber von drei Seiten als ein tüchtiger, zuverlässiger und energischer Mann geschildert wurde. Er besuchte mich sogleich nach seiner Ernennung, und ich hatte so Gelegenheit, ihm vom ersten Anfange an mit aller Entschiedenheit zu erklären, daß jedes Antasten des föderativen Charakters der Reichsverfassung auf den allerschärfsten Widerspruch in Bayern stoßen würde. Nun müssen wir sehen wie es weiter geht, ob der neue Mann stark genug ist, in dem Berliner Hexenkessel Ordnung zu schaffen, und wohin der Weg geht. Die nächsten Tage werden wohl Klarheit darüber bringen.

Nun noch etwas, was Dich angeht. Vor meiner Abreise nach Berlin hatte ich eine Unterredung mit Hellingrath. Bei dieser Gelegenheit sprach ich ihm meinen Dank dafür aus, daß er sich so freundlich für Dich interessirt habe. Er sagte mir, nun habe er die erforderliche Qualifikation und so handle es sich jetzt darum, daß eine für Dich passende Stelle offen werde. Giulia, die, lieb wie immer, mich auf der Durchreise durch Augsburg trotz der frühen Stunde begrüßte, sagte mir, Du seist ärgerlich

2 Rudolf von Valentini (1855–1925), aus Krüssow (Uckermark), Jurastudium, 1879 Referendar, im preußischen Verwaltungsdienst, 1886 Regierungsassessor in Königsberg, 1888 Landrat in Hameln, 1899 Vortragender Rat im Geheimen Zivilkabinett Wilhelms II., 1902 Geheimer Oberregierungsrat, 1906 Regierungspräsident in Frankfurt an der Oder, Oktober 1908–Januar 1918 Wirklicher Geheimer Rat, Chef des Geheimen Zivilkabinetts Wilhelms II., dem »die loyale Vermittlung zwischen dem Monarchen und den Zentralstellen der inneren Verwaltung« oblag, 1914 Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Schwertfeger, Kaiser und Kabinettschef, S. 95.

3 Georg Michaelis (1857–1936), geb. in Haynau (Schlesien), Einjährig Freiwilliger (Leutnant d. R.), Jurastudium bis 1879, Gerichtsreferendar, 1884 Promotion in Göttingen, 1885–1889 Lehrer an der Schule deutscher Rechtswissenschaften in Tokio, 1891 Staatsanwalt in Schneidemühl, 1892 Regierungsrat in Trier, 1895 in Arnsberg, 1897 Oberregierungsrat, Dirigent der Kirchen- und Schulabteilung bei der Regierung in Arnsberg, 1902 Oberpräsidialrat in Breslau, 1909 Unterstaatssekretär, Wirklicher Geheimer Oberfinanzrat im Preußischen Finanzministerium, 1915 Leiter der Reichsgetreidestelle, 1917 preußischer Staatskommissar für Volksernährung, Juli–Oktober 1917 Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident, 1918–1919 Oberpräsident der Provinz Pommern, nach Absetzung durch die Revolutionsregierung in der protestantischen Gemeinschafts- und christlichen Studentenbewegung tätig, 1917 Dr. h.c. theol. (Münster), Charakter als Oberstleutnant, verliehen von Wilhelm II. R 43 I/3261, S. 4; B. Becker, Michaelis.

über S.[4] Das tut aber jetzt nichts mehr, H[ellingrath] wird, das ging aus allen seinen Aeußerungen hervor, das etwa Fehlende seinerseits ergänzen. Sei also guten Muts.[5]

Mir hat der König eine wirkliche Freude gemacht. Er war am Sonntag Nachmittag eigens von Leutstetten herein gefahren, um meinen Bericht zu hören. Ich wußte nicht recht, war er mit meiner Ablehnung einverstanden oder nicht, wurde darüber am folgenden Tage in der schönsten Weise unterricht[et], als mir Dandl das Bild des Königs in silbernem Rahmen und mit der eigenhändigen Unterschrift »zur Erinnerung an den 13. Juli 1917. Ludwig«, überbrachte. Seit Montag Nachmittag bin ich wieder hier, hoffentlich kommt nicht gleich wieder eine Unterbrechung.

Alles Gute […]
Dein treuer Vater

4 Vermutlich gemeint Karls Regimentskommandeur August Graf von Seyboldstorff. Siehe oben Nr. 128 Anm. 2.

5 Der vorangehende Abschnitt ist im Original – vermutlich im Hinblick auf eine von der Görres-Gesellschaft ins Auge gefasste Edition der Briefe Hertlings – durchgestrichen.

160

Georg von Hertling an Hermann Cardauns
Ruhpolding, 20. Juli 1917

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 58)

Lieber Freund!

Vielen Dank für Deinen Brief vom 29. v[origen] M[onats]. Ich habe mit Freude daraus ersehen, daß es sich bei Dir nur um vorübergehende Gesundheitsstörungen gehandelt hat, und Du Dich vollkommen wohl befindest, ebenso daß Du allen Grund hast, mit Deinen Kindern zufrieden zu sein. Umso mehr beklage ich, daß Dir der Gesundheitszustand Deiner verehrten Gattin Sorgen gemacht hat. Hoffentlich trägt der Landaufenthalt, den Du ja mit sehr günstigen Farben schilderst, dazu bei, diese Sorgen zu zerstreuen. Ich richte diesen Brief nach Waldbroel in der sichern Annahme, daß Du noch dort bist.

Auch ich bin, wie Du siehst, noch im »Urlaub«, so heißt es wenigstens, tatsächlich aber habe ich schon dreimal nach München und zuletzt auch nach Berlin fahren müssen. Von meinem dortigen Erlebnis hast Du vielleicht gehört. Mir ist dort in aller Form – Exz[ellenz] Valentini war im Auftrage des Kaisers am 13. d[ieses] bei mir – die Stelle des Reichskanzlers angeboten worden, nachdem Bethmann am Tage zuvor seine Entlassung eingereicht hatte. Ich habe nach gewissenhafter Ueberlegung aus persönlichen und sachlichen Gründen abgelehnt.[1] Das ist natürlich keine weltgeschichtliche Begebenheit, aber es illustrirt in grellster Weise die Peripatien in meinem Leben. »Ist das unser Hertling?« könnte der sel[ige] Arnold Schäfer[2] wieder fragen, der Mann, den die Fakultät i[m] J[ahre] 1875 nicht zum Extraordinarius vorzuschlagen beschloß, gegen dessen Anstellung in Preußen noch mehrere Jahre später der Universitäts-Referent im Kultusministerium protestirte. Tempora mutantur, glücklicherweise darf ich mir sagen, daß ich mich in meiner Richtung und Sinnesweise nicht geändert habe.

Mit dem zweiten Bande meiner Lebenserinnerungen geht es nur langsam vorwärts, der Mangel an Brief-Material macht sich sehr fühlbar. Ich wäre Dir daher recht dankbar, wenn Du mir Briefe von mir, die noch in Deinen Händen sind, zur

1 Lerchenfeld dankte Hertling für die angemessene Form der Absage und die nach Berlin unternommene Reise, was viele Telegramme und Telefonate gespart und Verstimmungen zwischen Wilhelm II. und Ludwig III. vermieden habe. Lerchenfeld an Hertling, 15. Juli 1917. Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 881 f.

2 Arnold Dietrich Schaefer (1819–1883), geb. in Seehausen bei Bremen, nach Studium der Philologie und Geschichte Gymnasiallehrer in Dresden, 1851 in Grimma, 1857 Professor für Geschichte an der Universität Greifswald, 1865–1883 erster Vertreter des Fachs Alte Geschichte an der Universität Bonn, 1871/72 Rektor, 1881 Geheimer Regierungsrat. Werke zur Alten Geschichte; Geschichte des siebenjährigen Kriegs, Bd. 1–2, 1867–1874; Quellenkunde; Geschichtstabellen.

Einsicht überlassen wolltest.[3] Es hat aber keine Eile damit und darf Dir keine Unbequemlichkeiten machen.

Einliegend schicke ich Dir ein Curiosum, das Dich als Beitrag zur Brentano-Emmerich-Schwärmerei amüsiren wird. Ich brauche es nicht, Du kannst es nach der Lektüre vernichten, auch ist mir der Briefschreiber unbekannt. Seine Beweisführung ist köstlich: die Emmerich hat den Weltkrieg der Gegenwart vorausgesehen, denn wenn Sie die Feinde aus dem Gebüsch schießen sieht, so ist dies ja doch deutlich der Krieg im Schützengraben!

Kürzlich erfuhr ich durch Prof. Koch, von dem Du vielleicht weißt, und der mich in Berlin aufsuchte, Julius Bachem habe wieder einen Rückfall in sein früheres schweres Leiden gehabt. Ich denke selbst an ihn zu schreiben, um Näheres zu erfahren. Daß der »Tag«, wie man hört, in Abhängigkeit von der rhein[isch] westfäl[ischen] Schwerindustrie gekommen ist, wird ihm unlieb sein. Welches Blatt soll man eigentlich heute lesen? Ich beschränke mich mehr und mehr auf die Bayer[ische] Staatszeitung, die Du vielleicht noch nicht zu Gesicht bekommen hast, die aber wirklich recht ordentlich geworden ist und namentlich, wie es sich ja gehört, keine sensationellen Nachrichten und kein dummes Geschwätz bringt.

Viele herzliche Grüße von Haus zu Haus, in alter Freundschaft
Dein Hertling

3 Hertlings Tochter erbat sich von Cardauns im Februar 1919 »noch mehr Briefe oder sonstiges Material« für einen vom Verleger gewünschten »Ergänzungsband«, der nicht »im Rahmen der Memoiren« erscheinen sollte. Anna von Hertling an Cardauns, Ruhpolding 20. Februar 1919. BArch, NlH, Nr. 58.

161

Georg von Hertling an Hermann von Grauert
Ruhpolding, 21. Juli 1917

(eigh. Or.; AGG, Nr. 23)

Lieber verehrter Freund!

Heute komme ich mit einer Bitte, die Sie überraschen wird, an deren Erfüllung mir aber viel gelegen ist. Ich weiß nicht, ob ich Ihnen erzählt habe, daß ich seit zwei Jahren mit der Niederschrift meiner Lebenserinnerungen beschäftigt bin. Der erste Band, der bis zur Uebersiedelung nach München reicht, liegt im Manuskript fertig vor, die Kösel'sche Buchhandlung hat mir günstige Bedingungen für die Verlagsübernahme vorgeschlagen, doch kann der Band nicht erscheinen, solange ich noch aktiver Minister bin. Nun arbeite ich an der Fortsetzung, die aber darum besonders schwierig ist, weil mir hier das Material fehlt oder nur lückenhaft vorhanden ist, welches ich für den ersten Band in der regelmäßigen Correspondenz mit meiner Mutter und den zahlreichen Briefen, die ich von Berlin an meine Frau geschrieben habe, besaß. So muß ich mich, wo mein Gedächtnis mich im Stiche läßt, nach andern Stützen oder Ergänzungen umsehen. Zu den wichtigen Erlebnissen aus den ersten Münchener Jahren gehört nun ohne Zweifel Ihre Ernennung. Ich erinnere mich auch noch sehr wohl der Fakultätssitzung, welche derselben vorausging, sowie meiner etwas späteren Unterredung mit dem Minister v. Lutz. Was ich aber nicht mehr weiß, ist, was für das Ministerium der Anlaß war, Vorschläge einzufordern und dabei Candidaten katholischer Richtung als wünschenswert zu bezeichnen. Stand der Rücktritt Giesebrechts[1] bevor? Hatte die Kammer sich mit der Sache befaßt? Im Zusammenhange damit möchte ich aber noch Folgendes wissen. Wann sind Sie nach München gekommen? Gingen Sie mit der Absicht dorthin, in den Archivdienst einzutreten und wie kamen Sie dazu? In welchem Jahre fand Ihre Habilitation statt, an die ich mich im übrigen noch gut erinnere, da ich dem Kolloquium beiwohnte? Ordinarius wurden Sie meines Wissens 1885. Für eine Beantwortung dieser Fragen würde ich Ihnen herzlich dankbar sein.

Von meinem letzten Erlebnis in Berlin haben Sie wohl gehört, was aber jetzt die »Tägliche Rundschau« und nach ihr andere Zeitungen zu erzählen wissen, ist dummes Geschwätz. Ich hatte keine Unterredung mit dem Kaiser, wohl aber ließ dieser

1 Wilhelm (ab 1865 von) Giesebrecht (1814–1889), geb. in Berlin als Sohn einer mecklenburgisch-pommerschen Pastoren- und Gelehrtenfamilie, nach Philosophie- und Geschichtsstudium bei Georg Friedrich Wilhelm Hegel und Leopold von Ranke 1837–1857 Lehrer am Joachimsthalschen Gymnasium in Berlin, 1857 o. Professor für Geschichte in Königsberg, 1862 in München, Sekretär der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Giesebrechts Hauptwerk: Geschichte der Deutschen Kaiserzeit (1855–1895), war ein Publikumserfolg und deutete das Hochmittelalter aus dem Nationalgedanken des 19. Jahrhunderts.

am Freitag dem 13. d[ieses] M[onats] Lerchenfeld zu sich rufen, zum drittenmale seit der Krisis. Er sagte dem Gesandten, daß Bethmann seine Entlassung eingereicht und mich als seinen Nachfolger empfohlen habe. Er, der Kaiser, sei damit einverstanden in der Erwartung, daß ich den Reichstag beruhigen und daß meine Ernennung jedenfalls in Wien, vielleicht aber auch sonst im Auslande einen guten Eindruck machen werde. Um 12 Uhr kam der Chef des Zivilkabinets, Ex[zellenz] Valentini, zu mir in die Gesandtschaft, um mir im Namen Sr. M. den Kanzlerposten anzubieten. Ich habe nach ruhiger und gewissenhafter Ueberlegung abgelehnt. Das ist der Tatbestand. Wer Michaelis erfunden hat, weiß ich nicht, ich kannte ihn bis dahin nur dem Namen nach und war, wie alle Welt, sehr überrascht als am späten Abend die Nachricht durchsickerte. Der neue Kanzler suchte mich dann am andern Tage, unmittelbar nachdem er sein Dekret erhalten hatte, in der bayerischen Gesandtschaft auf. Ich hatte dort mit ihm eine eingehende Unterredung und empfing einen günstigen Eindruck, auch war er mir von verschiedenen Seiten gut qualifizirt worden. Er scheint ein Mann zu sein, der weiß, was er will, und an dem, was er will, auch festzuhalten weiß. Ich überlege, ob ich nicht schließlich doch den Tatbestand öffentlich bekannt geben soll. […]

Mit bestem Danke im voraus für Ihre Bemühungen und besten Grüßen von Haus zu Haus, wie immer
Ihr ergebener
Hertling

162

Hermann von Grauert an Georg von Hertling
München, 25. Juli 1917

(eigh. Or.; AGG, Nr. 8,1)

Hochverehrte und liebe Excellenz,

Auf Ihren lieben inhaltreichen Brief v. 21. d[es] M[onats] antworte ich zunächst volante calamo,[1] da ich für die heutige Senats-Sitzung noch einen Bericht zur Wiederbesetzung der Professur Lujo Brentano[2] zu schreiben habe.

Ich bin sehr gern bereit, Ihnen für Ihren zweiten Band als Historiker zur Seite zu stehen. Nach München bin ich gegen den 22. April 1877 gekommen, nachdem ich am 15. August 1876 mein Doktor-Examen in Goettingen mit Note I bestanden und während des Winter-Semesters 1876/77 der Universität Berlin als Studierender der Rechte angehört hatte. Im Dezember 1876 habe ich Sie erstmals in Berlin im Rheinischen Hof aufgesucht und mich bei Ihnen für die Görres-Gesellschaft angemeldet. Meine Wahl schwankte für das Sommer-Semester 1877 zwischen München und Strassburg. Ich strebte die akademische Laufbahn an, suchte aber am Archiv einen Rückhalt zu gewinnen. Aus dem Preussischen Archivdienste verlautete damals, Sybel[3]

1 Mit fliegender Feder.

2 Im Streit um die Vorurteilsfreiheit der Wissenschaft hatte Brentano gegen Hertling und Grauert Stellung für Theodor Mommsen bezogen. Der Lehrstuhl für Nationalökonomie an der Universität München wurde erst 1919 neu besetzt mit Max Weber (1864–1920), geb. in Erfurt, nach Studium der Rechtswissenschaft, Nationalökonomie, Philosophie und Geschichte 1889 Dr. jur. in Berlin, 1892 dort auch Habilitation für Römisches Recht und Handelsrecht, 1893 a.o. Professor, 1894 Professor für Nationalökonomie in Freiburg, 1896 in Heidelberg, 1918 in Wien, 1919 in München. 1909 Mitbegründer der Deutschen Gesellschaft für Soziologie; innovativ seine religionssoziologischen Studien über das Zusammenspiel von Wirtschaft, Religion und Gesellschaft. Im Ersten Weltkrieg gehörte er zu den Befürwortern der Parlamentarisierung.

3 Heinrich (1831 von) Sybel (1817–1895), geb. in Düsseldorf, aus protestantischer Pastoren- und Lehrerfamilie, Geschichtsstudium, 1838 Dr. phil. (Berlin), 1840 Habilitation in Bonn, 1844 a.o. Professor für mittelalterliche Geschichte in Bonn, 1845 o. Professor in Marburg, 1856 in München, 1861–1875 in Bonn, 1867/68 dort Rektor, 1857 Gründer des Historischen Seminars in München, 1859 der Historischen Zeitschrift, 1875 Leiter der preußischen Staatsarchive, Mitglied der Bayerischen und der Preußischen Akademie der Wissenschaften, Mitglied des Frankfurter Vorparlaments, des Erfurter Unionsparlaments, des Reichstags des Norddeutschen Bundes, 1862–1864, 1874–1880 des Preußischen Hauses der Abgeordneten (liberal, nationalliberal); bewusst »politischer Historiker«, u.a. mit seinen nationalgeschichtlich-gegenwartsbezogenen Forschungen zur mittelalterlichen Kaisergeschichte, »verfügte Sybel im Fach Geschichte über eine beispiellose Machtfülle«. Volker Dotterweich, Sybel, Heinrich von, in: NDB 25 (2013), S. 733–735.

liesse die Anwärter fragen, ob sie die Mai-Gesetze[4] anerkennten. Deshalb glaubte ich nach dem Süden gehen zu müssen.

In München hörte ich im Sommer 1877 Deutsches Privatrecht bei Paul Roth[5] und nahm ich an Historisch-archivalischen Übungen teil, welche Fr. v. Löher[6] im Reichsarchiv leitete. So kam es, dass Löher mich aufforderte, mich zum Eintritt in den Bayerischen Archivdienst zu melden. Am 8. August 1877 bin ich im Reichsarchiv als Kgl. Bayerischer Archivpraktikant vereidigt worden. Ich vollende also demnächst meine 40jährige Dienstleistung im Bayerischen Staatsdienst und werde voraussichtlich das Luitpold-Kreuz erhalten.

Im Januar 1882 war ich erstmals nach Rom gegangen, zusammen mit Riezler, damals noch in Donaueschingen. Wir waren von der Historischen Kommission abgeordnet, um im eben geöffneten Vatikanischen Archiv nach Materialien für die Geschichte Ludwigs d[es] Bayern[7] zu forschen. Als ich Anfang Mai nach München zurück kehrte, waren Sie kurz zuvor als neu ernannter Professor der Philosophie eingetroffen und ich versäumte natürlich nicht, Sie aufzusuchen. Von Januar bis Mai 1883 arbeitete ich zum zweiten Male im Vatikanischen Archiv. Nach der Rückkehr habe ich mich in München habilitiert. Giesebrecht hatte damals seinen Rücktritt angekündigt und das Ministerium forderte vom Landtag 1883/84 eine Ersatzprofessur.

---

4 Gemeint sind die erstmals im Mai 1873 erlassenen Gesetze (11., 12. Mai) über die staatliche Vorbildung der Geistlichen, die Anzeigepflicht (mit staatlichem Einspruchsrecht) bei der Anstellung und über die Einsetzung eines staatlichen Gerichtshofs für kirchliche Angelegenheiten zwecks Einschränkung der kirchlichen Disziplinargewalt. Im Mai 1874 und 1875 folgten Gesetze gegen die unbefugte Ausübung von Kirchenämtern und das Verbot der katholischen Orden und ordensähnlichen Kongregationen außer solchen zur Krankenpflege.

5 Paul von Roth (1820–1892), geb. in Nürnberg, 1848 Dr. jur. (Erlangen), Habilitation (München), 1850 a.o. Professor der Rechte in Marburg, 1853 o. Professor in Rostock, 1858 in Kiel, 1863–1890 in München, 1861 Mitgründer der Zeitschrift für Rechtsgeschichte, Mitglied der Kommission zur Erarbeitung des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Der bedeutende Vertreter der deutschen Rechtsgeschichte und des vergleichenden Privatrechts (Bayrisches Civilrecht, 1871–1875; Deutsches Privatrecht, 1881–1886) belebte die Debatte über Adel und Lehnsherrschaft mit seiner These der erst in der Karolingerzeit verdrängten »Gemeinfreiheit«.

6 Franz (1866 von) Löher (1818–1892), aus Paderborn, dort 1845 Referendar, 1848 als Mitgründer des westfälischen Demokratenkongresses verhaftet, politischer Autor, 1849 ins Preußischen Abgeordnetenhaus gewählt (gemäßigte Linke), 1851 aus dem preußischen Staatsdienst entlassen, 1851 Dr. jur. (Tübingen), 1853 Habilitation in Göttingen für deutsche Staats- und Rechtsgeschichte, 1855 Honorarprofessor in München, 1859 dort Übernahme des für ihn geschaffenen Lehrstuhls für allgemeine Literaturgeschichte, Länder- und Völkerkunde, 1864–1888 Leiter des bayerischen Reichsarchivs, Mitglied der Bayerischen und der Russischen Akademie der Wissenschaften. Sein breit gefächertes Werk, für das er sich Anregungen auf ausgedehnten Reisen holte, reicht vom preußischen Landrecht, der Archivlehre, Mittelalterstudien bis zu länderkundlichen Arbeiten u.a. über Nordamerika, Russland und Ungarn. Lexikon Westfälischer Autorinnen und Autoren 1750–1950 (22.11.2017).

7 Ludwig IV., »der Bayer« (ca. 1282–1347), aus dem Hause Wittelsbach, 1294 Herzog von Bayern; 1314 römisch-deutscher König, 1328 Kaiserkrönung in Rom.

Im Finanzausschuss wurde vom Dekan Reindl[8] angeregt, die Professur mit einem katholischen Historiker zu besetzen. Schliesslich kam das Kompromiss zu Stande, dass gleichzeitig auch die Ersatzprofessur für Cornelius bewilligt wurde. Über die dahin führenden interessanten Vorgänge muss ich die Landtagsverhandlungen und die Berichte der Augsburger Abendzeit[un]g über die Finanzausschuss-Sitzungen nachlesen. Das werde ich am besten in Prien machen können, wohin ich diesen Samstag oder Sonntag gehen werde. Zur Orientierung über die Politica Bavarica ist überhaupt die Augsburger Abendzeit[un]g ein sehr wertvoller Behelf, den ich gern mit ausnützen werde. Über die Vorgänge an der Universität in Fakultät und Senat kann ich leicht die Akten befragen.- Die Dinge haben sich wunderbar gewandelt: Als Prorektor habe ich jetzt eine Senats-Kommission zu leiten gehabt, die Ergänzungsvorschläge für Lujo Br[entano] macht!

Über die Kanzler-Krisis sprach ich jüngst mit dem Nuntius. Msgr. P[acelli] bedauert lebhaft, dass Sie nicht Kanzler geworden sind. Ich aber beglückwünsche Sie von ganzem Herzen. Dass Fürst Bülow seine Dienste auch als Staatssekretär des Aeussern anbieten lässt, spricht dafür, dass er der Aera Michaelis keine lange Dauer zutraut. M[ichaelis] ist jedenfalls ein hervorragender Büreaukrat von konservativer, kirchlich gläubiger Haltung. Um den »deutschen [Stu]dentendienst« hat er sich grosse Verdienste erworben. Der protest[antische] Theologe Dr. Gerhard Niedermeyer, ein tüchtiger Mann, war dabei seine rechte Hand.[9] Kaiserin und Kronprinzessin Caecilie[10] haben Michaelis jedenfalls von dieser Seite kennen gelernt. Der Nuntius wusste schon, dass er zur »Gemeinschaft« gehört. Ob M[ichaelis] aber das Zeug hat zu einem überlegenen Staatsmann? v. Bethmann und auch S. M. haben jedenfalls die uns von England drohenden Gefahren vor dem Kriege unterschätzt. v. B[ethmann] musste wissen, dass England keinerlei Schwächung Frankreichs zugeben werde und dass schon um deswillen sein (Englands) Eintritt in den Krieg absolut sicher war. Belgien bot England einen sehr willkommenen Vorwand. Tirpitz aber hat unsere Flotte zu gross und zu klein gebaut. Zum Kampfe gegen England auf offener See musste sie erheblich grösser sein. Zur Beschwichtigung Englands aber musste sie erheblich kleiner gehalten werden.

Heute wird alles darauf ankommen, Russland definitiv auszuschalten. Bethmann hätte hier leichtere Arbeit gehabt, wenn die polnische Aktion vom 5. Nov[em]b[e]r nicht erfolgt wäre.[11]

---

8 Magnus Anton Reindl (1832–1896), Stadtpfarrer in Memmingen und Günzburg, 1881–1896 Mitglied der bayerischen Kammer der Abgeordneten (Bayerische Patriotenpartei) und des Reichstags (Zentrum). Hartmannsgruber, S. 412.

9 Gerhard Niedermeyer, geb. 1879, 1909 Promotion in Erlangen, Leiter der deutschen christlichen Studentenbewegung und Herausgeber der Zeitschrift Die Hochschule (1919).

10 Cecilie von Mecklenburg-Schwerin (1886–1954), verheiratet mit Kronprinz Wilhelm von Preußen.

11 Manifest v. 5. November 1916 an die Bewohner des Generalgouvernements Warschau (BayHStA, MA 971, Nr. 35). Generalgouverneur Hans von Beseler proklamierte im Namen des Deutschen

Meinen beifolgenden Aufsatz über Kaiser Franz Josef und die Lebenskraft Oesterreich-Ungarns[12] überreiche ich Ihnen und Ihrer lieben Gemahlin, der ich für den Tag der heil[igen] Mutter Anna die allerherzlichsten Glückwünsche ausspreche.

[…] Nach Antrag Rademacher bin ich dafür, dass die G[örres]G[esellschaft] dem Deutschen Verein für Buchwesen u[nd] Schr[ifttum] mit jährlich 20 M. beitritt. Die ganze Gründung soll ja gewiss auch in majorem gloriam regni Saxoniae et civitatis Lipsiensis dienen. Das Königshaus Wettin ist uns aber durchaus gewogen. Prinz Johann Georg[13] hat mir für nächsten Freitag seinen Besuch angekündigt.

Für die Glückwünsche zum bestandenen Examen lässt seine Tochter Elisabeth ehrerbietigst danken.

Mit den besten Grüssen von Haus zu Haus in alter Freundschaft
Ihr
treu ergebener
Dr H v. Grauert

Kaisers sowie des Kaisers von Österreich und Königs von Ungarn die Bildung eines selbständigen polnischen Staates »mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung«, einer eigenen Armee und mit Grenzen, die genauerer Bestimmung vorbehalten blieben. Auf diese Kundgebung hin forderte die polnische Seite die Berufung eines Regenten und eines vorläufigen Staatsrats. Vgl. Lerchenfeld an Hertling, Berlin 12. November 1916. Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 765 f.

12 [München] 1917. Erschienen als Separatdruck aus den Historisch-politischen Blättern 160 (1917), S. 1–21, 92–112, vorhanden in der Bayerischen Staatsbibliothek.

13 Johann Georg von Sachsen (1869–1938) schlug nach dem Studium der Staats- und Rechtswissenschaften (Freiburg im Breisgau), der Geschichte und Kunstgeschichte (Leipzig) die militärische Laufbahn in der sächsischen Armee ein und schied 1907 als General der Infanterie aus. Er unternahm Bildungsreisen (Russland, Mittelmeer, Kleinasien, Orient) und legte eine umfangreiche Kunstsammlung an (Ägypten, griechische Antike, Byzanz, orthodoxe kirchliche Kunst), 1909 Dr. h.c., Mitglied der Görres-Gesellschaft und der Deutschen Dante-Gesellschaft; Verfasser meist kunsthistorischer Abhandlungen, für die Vereinsschrift 1919: Kunst und Kunstforschung im slavischen Osten.

163

Georg von Hertling an Hermann von Grauert
Ruhpolding, 26. Juli 1917

(eigh. Or.; AGG, Nr. 23)

Hochverehrter lieber Freund!

Ihren soeben hier eingetroffenen Brief will ich sogleich beantworten, damit meine Sendung Sie noch in München antrifft. Ich bin Ihnen herzlich dankbar, daß Sie meiner Bitte so rasch entsprochen und mir die gewünschten Angaben in solcher Vollständigkeit haben zukommen lassen. Ganz besonders dankbar aber bin ich für die in Aussicht gestellte ergänzende Mitarbeit an meinen Lebenserinnerungen. Dieselbe ist mir umso wichtiger, als ich mich um bayerische Dinge, soweit sie nicht die Universität direkt angingen, die längste Zeit möglichst wenig gekümmert habe.

Ich bin ganz einverstanden damit, daß die G[örres] G[esellschaft] dem Deutschen Verein für Buchwesen und Schrifttum[1] beitritt. Nachdem so hervorragende Katholiken wie Fürstbischof Bertram, Bischof Schulte, Mausbach u.a. sich an dem Unternehmen beteiligt haben, darf man sich ja wohl der Hoffnung hingeben, dasselbe werde nicht in einseitig-protestantischer Richtung geleitet werden. Gleichzeitig übersende ich Ihnen das Gesuch des Dr. Matthiesen, der eine Unterstützung der G[örres] G[esellschaft] zum Zwecke der Herausgabe der Werke des Paracelsus haben möchte. Die Gewährung desselben würde nach unserer Gepflogenheit voraussetzen, daß wir qua G[örres] G[esellschaft] diese Edition in die Hand nähmen. Ob wir das wollen? Jedenfalls wäre ein Gutachten von Freund Baeumker darüber einzuholen.

Vielen Dank auch für die freundliche Zusendung Ihres Aufsatzes über Kaiser Franz Josef, der nicht nur mich, sondern auch meine Frau sehr interessieren wird.

Ich muß am Sonntag schon wieder einige Tage nach München fahren, hoffe aber spätestens am Donnerstag zurück zu sein. Wollen Sie uns nicht einmal hier besuchen? Am besten an einem Sonntag, weil Sie dann noch einen späteren Zug brauchen können zur Rückfahrt. Es würde uns so sehr freuen und es gäbe recht viel zu besprechen. Wir hatten hier eine Reihe herrlicher Tage, hoffentlich tritt nicht jetzt eine Änderung des Wetters ein.

1 Für das 1884 ins Leben gerufene Deutsche Buchgewerbe- und Schriftmuseum wurde am 15. Dezember 1917 infolge kriegsbedingter Einschränkungen als neuer Träger der Deutsche Verein für Buchwesen und Schrifttum gegründet mit der Aufgabe, die Bestände des Museums wissenschaftlich nutzbar zu machen und die Sammlungen im Vertrauen auf Zuwendungen durch Stifter weiterzuführen. Das Museum sammelte Objekte und Fachliteratur zur Schriftgeschichte, Typographie, Reprographie und Buchillustration, dazu mittelalterliche Miniaturen, Papier und Beschreibstoffe aus europäischen und außereuropäischen Kulturen. Es erhielt mehrfach Schenkungen von Gelehrten und Mäzenen und erlitt schwere Verluste im Zweiten Weltkrieg. http://www.dnb.de/DE/DBSM/Chronik/chronik_node.html (20.1.2018).

Mit angelegentlichen Empfehlungen und besten Grüßen von Haus zu Haus
Ihr aufrichtig ergebener
Hertling

P[ost] S[criptum] Die weiteren mir von Dr. M[atthiesen] geschickten Drucksachen bringe ich gelegentlich mit nach München. Sie sind zu schwer für einen Brief.

164

Georg von Hertling an Julius Bachem
Ruhpolding, 3. August 1917

(masch. Kop.; AGG, Nr. 4)

Sehr verehrter Herr Justizrat!

[…] Vielleicht interessiert es Sie, zu hören, daß ich schon wiederholt eingehende Unterredungen mit dem neuen Reichskanzler gehabt habe. Er ist keine bestechende Persönlichkeit, aber ich habe den Eindruck, daß er sich durchsetzen wird. Er hat einen sicheren Blick, weiß, was er will, und soll auch Kraft und Festigkeit besitzen, seinen Willen durchzuführen. Sehr wenig erbaut war ich dagegen von der Haltung des Reichstages in den letzten Wochen und leider, leider auch von der der Zentrumsfraktion. Spahn hat es von Anfang an nicht verstanden, die Zügel fest in der Hand zu halten, und der zu viel zu großer Bedeutung gelangte Erzberger treibt auf eigene Faust eine Politik, die nicht nur jeden Grundsatzes, sondern auch jeder Konsequenz entbehrt. […]

165

Georg von Hertling an Rupprecht von Bayern
München, 9. August 1917

(masch. Or.; BayHStA GHA, Nl Kronprinz Rupprecht, 648; Druck: Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 917–922[1])

Durchlauchtigster Kronprinz!
Gnädigster Herr!

Euere Königliche Hoheit haben die hohe Gnade gehabt, mich durch das huldvollste Scheiben vom 19. vor[igen] M[ona]ts[2] auszuzeichnen […].

Es bedarf wohl keiner besonderen Versicherung, in wie hohem Grade mich die Ausführungen Euerer Königlichen Hoheit interessiert haben. Aus den Mitteilungen, welche Euere Königliche Hoheit die Gewogenheit hatten, mir über den Stand der militärischen Lage zu machen, habe ich mit Freude ersehen, mit welch fester Zuversicht Euere Königliche Hoheit der inzwischen zur Tat gewordenen großen englischen Offensive entgegensahen; die Hoffnung, daß auch dieser neue Durchbruchsversuch zu keinem wesentlichen Ergebnis führen werde, kann nach dem ersten blutigen Zusammenbruch der feindlichen Offensive wohl schon jetzt als voll berechtigt bezeichnet werden.[3] Mit Stolz und Bewunderung haben wir vernommen, wie heldenmütig unsere Truppen unter Euerer Königlichen Hoheit Führung dem gewaltigen englischen Ansturm getrotzt haben und unsere heißesten Wünsche begleiten Euere Königliche Hoheit bei den sicher noch zu erwartenden schweren weiteren Schlachttagen.[4]

---

1 Der Druck im Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld ist unkommentiert.

2 Vgl. Rupprecht an Hertling, Heeresgruppe Hauptquartier 19. Juli 1917. Druck: Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 912–916; gekürzt bei Sendtner, S. 340–348. Rupprechts Tour d'horizon über die Lage gegenüber England (»unser hauptsächlichster und gefährlichster Gegner«), Russland, Frankreich, Italien, Österreich und den USA, deren Luftüberlegenheit »von geradezu ausschlaggebender Bedeutung werden« könne, führte zu dem Schluss, Deutschland könne sich im Westen wegen der »feindlichen Uebermacht«, abgesehen von kleineren Vorstößen, nur mehr defensiv verhalten. Die voraussehbare Erschöpfungspause nach der Sommeroffensive der Entente solle zu – über die Könige von Spanien und Schweden einzuleitenden – Verhandlungen genutzt werden. »Unsere Kriegsziele«, die mitzuteilen seien, müssten »sich auf die Erreichung des status quo ante bellum unter Verzicht auf doch nicht einzutreibende Entschädigungen beschränken. An der Forderung der Rückgabe der Kolonien darf die Erreichung des Friedens nicht scheitern«. Eigh. unterschriebene Kop. des Briefes: BayHStA GHA, Nl Kronprinz Rupprecht, 648. Vgl. Weiß, Kronprinz Rupprecht, S. 148 f., 385.

3 Vgl. Glückwunsch Wilhelms II. an Kronprinz Rupprecht als Oberkommandierenden der 4. Armee vom 1. August zur Abwehr »des großen englisch-französischen Angriffs, der der Wegnahme der flandrischen Küste galt«. Schulthess 58, NF 33 (1917/I), S. 738.

4 Hertling versandte den Brief erst nach dem Scheitern der Entente-Offensive, das sich am 31. Juli abzeichnete.

Daß ein Mißerfolg dieser lang vorbereiteten, großen englischen Offensive für die Kriegsstimmung in Frankreich von nachteiligem Einfluß sein und auch auf die Arbeiterbewegung in England nicht ohne Rückwirkung bleiben wird, halte ich für sicher – die zum Teil recht geschmacklosen neuesten Auslassungen Lloyd Georges[5] scheinen mir dies eher zu bestätigen als zu widerlegen, denn man sieht zu welchen oratorischen Mitteln dieser Muster-Demagoge schon greifen muß, um die Stimmung in England und speziell in Frankreich, für dessen Ohren die Rede wohl besonders bestimmt war, hoch zu halten. Uebrigens läßt die Rede doch bei aller geschickten Aufmachung erkennen, wie ernst Lloyd George das russische Chaos und die Lage der Entente beurteilt und mit welchem Nachdruck er die aufkeimenden Friedenswünsche unterdrücken muß.[6]

Die Entwickelung der Dinge in Rußland berechtigt wohl zu der Hoffnung, daß dort die Anarchie immer mehr um sich greifen und das Land zur Kriegsführung für absehbare Zeit untauglich machen wird; die Diktatur Kerenski's[7] wird meines Erachtens hieran nichts mehr ändern können und unser glücklicher militärischer Vorstoß wird, wie die Dinge in Rußland liegen, zur Beschleunigung des Zusammenbruchs beitragen. Allerdings glaube ich nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, nicht, daß wir auf einen Sonderfrieden mit Rußland rechnen können, aber ich nehme an, daß die russische Debacle beim Nahen des Winters den Anstoß dazu geben wird, daß auch Frankreich die Nutzlosigkeit weiterer Kriegsführung einsehen und zu einer

5 David Lloyd George (1863–1945), geb. in Manchester, 1884 Rechtsanwalt in Wales, wo er die Interessen des Waliser Bevölkerung und der Nonkonformisten gegen die konservative Aristokratie vertrat, 1890–1945 Parlamentsmitglied, Führungsfigur das radikalen Flügels der Liberalen Partei, 1906 Handelsminister, 1908 Schatzkanzler, er führte 1908 und 1911 den Altersunterhalt sowie Versicherungen gegen Krankheit und Arbeitslosigkeit ein, 1915 Rüstungsminister, organisierte er den höchst wirksamen Nachschub für die Schlacht an der Somme 1916, Juli–Dezember 1916 Kriegsminister mit leidenschaftlichem Siegeswillen, 1916–1922 Premierminister, 1926–1931 Vorsitzender der Liberalen Partei; er schrieb u.a. War Memoirs (1933–1936).

6 Lloyd George geißelte in seiner Rede vom 21. Juli 1917 zur Jahresfeier der belgischen Unabhängigkeit den deutschen Raubangriff auf Belgien, die dort begangenen, dem Vorgehen des Hunnenkönigs Attila gleichenden »Greueltaten«, und die unter der Kanzlerschaft von Michaelis ungebrochene Herrschaft des »Junkertums«. Lob spendete er dem »glänzenden jungen russischen Staatsmanne« Kerenski, nachdem Russland der demokratischen Völkergruppe zugeführt sei, die gegen eine von der »militärischen Autokratie« regierte Gruppe kämpfe. Vgl. auch seine Unterhausrede am 1. August. Schulthess 58, NF 33 (1917/II), S. 307–312, 324.

7 Alexander Fjodorowitsch Kerenski (1881–1970), geb. in Simbirsk, nach Jurastudium Rechtsanwalt in St. Petersburg, seit 1905 Mitglied der Partei der Sozialrevolutionäre, 1912–1917 der Duma, seit 1915 als Fraktionsvorsitzender, in der Februarrevolution 1917 Berufung in das Provisorische Exekutivkomitee der Duma zur Vorbereitung einer parlamentarischen Regierungsübernahme und stellvertretender Vorsitz des Exekutivkomitees des Sowjets (Arbeiter- und Soldatenrats) von St. Petersburg, im März 1917 Justizminister in der bürgerlichen Übergangsregierung unter Georgi Fürst Lwow (1861–1925), im Mai 1917 Kriegsminister nach Regierungsumbildung (sozialistisch-liberales Kabinett), nach Scheitern der sogenannten Kerenski-Offensive gegen die Mittelmächte im Juli 1917 Ministerpräsident, September 1917 Proklamation der Republik Russland, ging im Oktober 1917 nach der Oktoberrevolution durch die Bolschewiki über Finnland nach Westeuropa, 1922–1932 Herausgeber einer russischen Emigrantenzeitung in Paris, 1940 Emigration in die USA.

Verständigung geneigt werden wird trotz allen Widerstrebens Englands, das dann wohl oder übel auch Vernunft annehmen wird.

Ich gebe zu, daß ich auf eine solche Lösung der Dinge auch in unserem Interesse dringend hoffe, denn ich teile die Auffassung Euerer Königlichen Hoheit durchaus, daß alles geschehen muß, um eine Verlängerung des Krieges über den Winter in das nächste Frühjahr und den nächsten Sommer hinein zu vermeiden. Hierfür spricht abgesehen von unserer eigenen wirtschaftlichen Lage und abgesehen von den zunehmenden Schwierigkeiten unseres Mannschaftsersatzes und unserer Rohstoffbeschaffung, die sich vielleicht noch zur Not überwinden ließen, vor allem die Rücksicht auf unsere Verbündeten; aus Oesterreich mehren sich in bedenklicher Weise die Stimmen, daß eine Fortsetzung des Krieges allmählich zur Unmöglichkeit werde[8] und wenn auch Kaiser Karl und seine Regierung von dem besten Willen beseelt sind, an unserer Seite bis zum Ende treu auszuharren, so können doch Verhältnisse eintreten, die stärker sind – die Gefahr in dieser Richtung wächst natürlich mit jedem Monat; in gleicher Weise erscheint mir auch die Situation in der Türkei, deren Lebensmittellage in neuester Zeit große Schwierigkeiten bereitet, nicht unbedenklich; und ebenso wird man auf die bulgarische Kriegsfreudigkeit nicht auf unbestimmte Zeit rechnen können.

Aber auch die Gefahr des aktiven Eingreifens Amerikas in den Krieg, das im nächsten Frühjahre zu erwarten wäre und das zu unterschätzen wir uns nach den gemachten Erfahrungen hüten müssen, zwingt uns auf die rechtzeitige Herbeiführung eines Verständigungsfriedens mit allen Mitteln hinzuarbeiten. Denn daß uns die Wirkungen des U-Bootskrieges, dessen Erfolge ja zwar alle Erwartungen übertroffen haben, uns noch vorher in den Stand setzen sollten, allen unseren Feinden einen Frieden zu diktieren oder auch nur England dazu bringen sollten, uns um Frieden zu bitten, das glaube ich trotz aller Berechnungen und Vorhersagungen von marine-militärisch-alldeutscher Seite nicht. Wohl aber möchte ich es für möglich halten, daß die Entente unter dem Eindruck des russischen Zusammenbruchs, eines Mißerfolgs der englischen Offensive in Flandern, der zunehmenden Kriegsmüdigkeit in Frankreich, der englischen Arbeiterbewegung und der durch den U-Bootskrieg herbeigeführten unbestreitbaren Schiffsraumnot zu einem Verständigungsfrieden noch in diesem Winter bereit werden könnte. Voraussetzung dazu wäre meines Erachtens, daß wir unseren Gegnern die Grundlagen für eine solche Verständigung auf offiziellem Wege durch neutrale Vermittelung wissen ließen, damit endlich klar

8 Vgl. Czernin an [Karl I.], 12. April 1917: Die Monarchen müssten in den nächsten Monaten Frieden schließen, sonst »werden es die Völker über ihre Köpfe hinweg machen«. Wenn England, »der treibende Faktor des Krieges«, vielleicht in einigen Monaten über den Sinn einer Weiterführung des Krieges nachdenken werde, sei der »Augenblick gekommen«. Er hoffe, »dass der leider unrichtige Gedanke, England werde binnen weniger Monate zum Frieden gezwungen sein, auch in Berlin an Boden verlieren wird«, und sei sich des Auftrages bewusst, dort zur Kenntnis zu bringen, »dass Deutschland über den Spätsommer hinaus nicht mehr auf uns rechnen wird können«. BArch, Nl Stockhammern, Nr. 3.

gestellt wird, was wir uns unter Sicherung unserer Zukunft und unserer Grenzen denken, daß sich dahinter keine Annexionsabsichten verbergen, daß auch Belgien seine volle Selbständigkeit erhalten soll, aber nur nicht zu einem vorgeschobenen englischen Posten werden darf; auch über die Frage der Kriegsentschädigung wäre wohl eine Verständigung zu finden, wenn man die Schaffung normaler wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern für wichtiger als ungemessene Entschädigungssummen erkennt. Abgesehen von alldeutschen und diesen nahestehenden Kreisen würde ein solcher Verständigungsfriede auch Verständnis im Deutschen Volke finden, zumal es sich mit Recht sagen dürfte, daß es einen Sieg bedeutet, fast der ganzen Welt getrotzt zu haben und nicht unterlegen zu sein. Widerstand findet die angedeutete Lösung natürlich in den Kreisen, die den Gedanken nicht fassen können, daß ein Krieg anders ausgehen könne, als mit der völligen Niederwerfung unserer Feinde, die deshalb blind sind für die tatsächliche Lage der Verhältnisse und immer noch auf irgend eine Wendung der Dinge hoffen, die uns doch noch einen Friedensschluß mit Landerwerbungen auf der einen oder anderen Seite oder am liebsten auf beiden Seiten ermöglicht, die sich aber nicht sagen, daß Annexionen, die nicht so weit gehen, daß sie unsere Hauptgegner für alle Zeit lahm legen, nur einen Stachel im Fleische unserer Feinde zurücklassen und die ständig drohende Gefahr neuer Kriege in sich bergen. Sollte die Entente einen Verständigungsfrieden neuerlich ablehnen, so könnte eine Bekanntgabe unseres Angebots und seiner Ablehnung nur zersetzend in den Bevölkerungen der uns feindlichen Länder wirken und uns damit nützen.

Den dargelegten Standpunkt werde ich auch bei der voraussichtlich Ende August stattfindenden Tagung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten vertreten und hoffe beim neuen Kanzler Verständnis für meine Auffassung zu finden. Dr. Michaelis hat bei seinen kürzlichen Aufenthalten den Eindruck einer ruhigen, klaren, entschlossenen Persönlichkeit auf mich gemacht.[9] Da er natürlich über die meisten wichtigen Angelegenheiten sich noch kein endgültiges Urteil hatte bilden können, so konnten verschiedene Fragen, wie z. B. die elsaß-lothringische nur vorläufig und unverbindlich besprochen werden, wobei ich jedoch die erwünschte Gelegenheit hatte, den bayerischen Standpunkt gleich mit Nachdruck zu betonen. Was die vielbesprochene sogenannte »Parlamentarisierung« unseres öffentlichen Lebens betrifft, so ließ ich, wie auch bei meiner ersten Begegnung mit dem neuen Kanzler in Berlin, so auch bei seinem jetzigen Besuch darüber keinen Zweifel, daß Maßnahmen, die die Grundlagen der Reichsverfassung berühren würden, undiskutierbar seien, wobei ich dem vollen Einverständnisse von Dr. Michaelis begegnete. Dieser hat übrigens bei seinem ersten Erscheinen im Bundesrat in besonders feierlicher Form erklärt,

9 Rupprechts Kritik an Michaelis' Vorgänger im Brief v. 19. Juli 1918 lautete: »Die gegenwärtige Krise hat zu einem Sieg der Obersten Heeresleitung über den Reichskanzler geführt, der meines Erachtens durch seine Unentschlossenheit in allen Fragen verderblich wirkte«. BayHStA GHA, Nl Kronprinz Rupprecht, 648.

daß die Reichsverfassung und der durch sie verbürgte bundesstaatliche Charakter des Reichs von ihm stets heilig gehalten werden würden – eine Erklärung, die von unserem Gesandten Grafen von Lerchenfeld in seiner Erwiderungsrede sogleich mit Nachdruck unterstrichen wurde. Bei dieser Gelegenheit darf ich erwähnen, daß es sich gerade während des letzten Kanzlerwechsels offensichtlich gezeigt hat, welch besonderes Ansehen Graf Lerchenfeld in Berlin genießt:[10] als einziger von den bundesstaatlichen Gesandten wurde er während der Krise nicht weniger wie drei Mal zu Seiner Majestät dem Kaiser gerufen und von diesem Allerhöchstpersönlich über alle schwebenden Fragen ins Vertrauen gezogen. Die nicht zu unterschätzende besondere Rücksicht, die hiermit dem Vertreter der Bayerischen Regierung erwiesen wurde, beruht zweifellos, abgesehen von der Bedeutung Bayerns als dem zweitgrößten Bundesstaat, auf der außergewöhnlichen autoritativen Stellung, die sich Graf Lerchenfeld in seiner jahrzehntelangen Tätigkeit in Berlin zu verschaffen gewußt hat und die unseren Interessen zu Gute kommt, so oft zu deren Wahrung Veranlassung besteht, was dann stets von Graf Lerchenfeld mit vollem Nachdruck geschieht, und zwar oft in einer Weise, wie es eben nur seine besondere auf Ansehen und Vertrauen gegründete Position ermöglicht. Mit Rücksicht hierauf bereitet mir der Gedanke, daß Graf Lerchenfeld wegen seiner Gesundheit eines Tages gezwungen sein könnte, seinen Posten zu verlassen, nicht geringe Sorge – denn keinem Nachfolger würde von vornherein sein Einfluß und sein Ansehen zu Gebote stehen, die gerade jetzt für die Bayerische Regierung von besonderem Werte sind, wo sich eine Bewegung auf Demokratisierung, Parlamentarisierung und damit Zentralisierung auf Kosten der Bundesstaaten Geltung verschaffen möchte.[11] Ich bitte aber Euere Königliche Hoheit

10 Rupprecht (an Hertling, 19. Juli 1917) hatte an Lerchenfeld bemängelt, im Lauf der Jahre gesinnungsmäßig ein Berliner geworden und durch Krankheit beeinträchtigt zu sein. Er habe vor Jahresfrist geäußert, die Völker würden es künftig nicht mehr dulden, durch das Ungeschick ihrer Regierungen in einen so unglückseligen Krieg hineingezogen zu werden, und sich selbst zukünftig die Entscheidung über Krieg und Frieden vorbehalten. »Dies ist freilich eine Utopie, denn die Politik kann immer nur von einzelnen gemacht werden; selbst Republiken wurden durch das Verhalten einzelner in den Krieg gezogen, wie wir jüngst an Portugal und Amerika sahen, aber die Aeusserung Lerchenfelds entspricht weitverbreiteten Anschauungen«. (BayHStA GHA, Nl Kronprinz Rupprecht, 648). Die Kritik an Lerchenfeld ist im Druck des Rupprecht-Briefs bei Sendtner ausgelassen.

11 Rupprecht verwies im Brief vom 19. Juli auf die »antimonarchische Stimmung« in Bayern, die dort beim Mittelstand verbreiteter sei als bei der Sozialdemokratie, und mehr noch in anderen Bundesstaaten, hervorgerufen durch die »vielen Missgriffe« und die »Untätigkeit« des Kaisers, die ernsthafte Zweifel hätten aufkommen lassen, »ob die Dynastie Hohenzollern den Krieg überdauern wird. Die einzelnen Bundesstaaten müssen alles daransetzen, in die innere Katastrophe Preußens nicht verwickelt zu werden, die mir noch lange nicht abgeschlossen erscheint, und dürfen es nie und nimmer zugeben, dass sie durch eine Umgestaltung der Reichsverfassung im Sinne eines Parlamentarismus ihrer wichtigsten Rechte und ihres Einflusses auf die Aufgaben des Reiches beraubt werden«. Die Abgabe von Befugnissen im Krieg habe Neigungen zur »republikanischen Staatsform« bestärkt. Eine als wahrscheinlich anzunehmende »teilweise Umgestaltung« der Reichsverfassung solle »nicht im parlamentarisch republikanischen Sinne erfolgen«, sondern eher »die Autorität der Einzelstaaten« heben und »mehr die Form eines Staatenbundes« annehmen.

versichert zu sein, daß von unserer Seite nichts versäumt und unterlassen werden wird, was derartigen Strömungen Einhalt zu gebieten geeignet ist. Wie wir über die Einführung des parlamentarischen Systems im Reiche denken, darüber ließ ja der vielbeachtete Artikel der bayerischen Staatszeitung von Anfang keinen Zweifel. Ich hoffe auch, daß es gelingen wird, über den Bundesratsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten, dessen Ansehen gerade während der Kriegszeit anerkannter Maßen außerordentlich gewachsen ist, einen erhöhten Einfluß der größeren Bundesstaaten auf die auswärtige Politik zu gewinnen und zu erhalten.[12] Daß unsere auswärtige Politik unbedingt von jeder Einflußnahme der Schwerindustrie bewahrt bleiben muß, darüber wird, glaube ich, in Zukunft noch mehr Einheit der Anschauungen herrschen als bisher.

Euere Königliche Hoheit haben in dem gnädigsten Schreiben an mich auch einige besonders bedeutsame wirtschaftliche Fragen berührt, auf die ich mir im Folgenden noch kurz einzugehen gestatte:

Die Ausfuhr nach dem Friedensschluß möglichst rasch wieder zu beleben, ist für Bayern (namentlich Nürnberg und Fürth) besonders wichtig. Der niedere Stand der deutschen Valuta und der hohe Stand der fremden wird auf Käufer und Verkäufer anreizend wirken. Zugute kommen wird dies hauptsächlich unserer chemischen (Farben-) Industrie, weniger leider der Veredelungsindustrie und allen Industrien, die wie die Textilindustrie ihre Rohstoffe im Ausland teuer einkaufen müssen. Bayern wird sich, wie Euere Königliche Hoheit mit Recht hervorheben, schwerer erholen, als die Hauptindustriebezirke Deutschlands. Es wird deshalb der Versuch gemacht werden müssen, einen besonderen Ausgleich für den Entgang an lohnenden Heereslieferungen, der auf manchen Gebieten zu beklagen ist, zu erreichen.

Möglichst viel an Heeresaufträgen für Bayern zu sichern, ist das unablässige Bestreben meines und der sonst beteiligten Ressorts. Fortschritte sind unleugbar im Kriege erzielt worden. Die neue in Berlin errichtete bundesstaatliche Ausgleichsstelle sorgt endlich für Ueberblick und Kontrolle soweit dies bei der derzeitigen Organisation der militärischen Vergebungsstellen in Berlin möglich ist. Bekanntlich ist ja dort nicht etwa ein zentrales Vergebungsamt, sondern mehr als 500, wenn nicht gegen 1000 verschiedene militärische Organe haben Aufträge zu vergeben. Die Frage der Leistungsfähigkeit wird, soweit nicht wie leider öfters, tatsächliches

---

»Vielleicht kann uns dabei eine nach dem Kriege zu erhoffende Annäherung Oesterreichs zu statten kommen«. (Dieser Satz ist bei Sendtner ausgelassen.). »Das Deutschtum darf nicht im Preußentum aufgehen, das dem süddeutschen Charakter nicht zusagt«. In Berlin sei nachdrücklich zu betonen, dass »nach erreichtem Centralismus« die kaiserliche Regierung nur mehr »konstitutionellen Zierat« darstellen und zur »Schöpfung der augenblicklichen Mehrheitsparteien« absinken würde. BayHStA GHA, Nl Kronprinz Rupprecht, 648.

12 Rupprecht forderte, diesen Ausschuss mit »gewissen Rechten« auszustatten und zu einer »beschliessenden Körperschaft« zu erheben, um den Reichstag an der Übernahme der »Leitung der äusseren Politik« zu hindern. Rupprecht an Hertling, 19. Juli 1917. BayHStA GHA, Nl Kronprinz Rupprecht, 648.

Lieferungsunvermögen der bayerischen Industrie vorliegt, nicht mehr in den Vordergrund gerückt. Unsere Forderung, nach der Bevölkerungszahl die Quote an Aufträgen zu erhalten, ist grundsätzlich eigentlich nicht mehr bestritten. Praktisch stößt die Erfüllung der Forderung aber auf sehr erhebliche Schwierigkeiten. Die preußischen Vergebungsstellen werden sich eben noch mehr bemühen müssen, planmäßig den Ausgleich zu erreichen.

Exzellenz Groener[13] ist dies bei seiner Anwesenheit in München bei einer vierstündigen Unterredung im Ministerium des Äußern mit aller Deutlichkeit gesagt worden. Auch der Reichstag unterstützt die Bayerische Regierung in dieser billigen Forderung. Von dem idealen Zustand bleiben wir aber solange noch weit entfernt, als der billigere Preis (wie z. B. bei der Marine) nach den vom Reichstag gebilligten Vergebungsvorschriften mit den Ausschlag gibt und als Bayern gerade auf dem Gebiet der am meisten zu Buch schlagenden Heeresbedarfsgegenstände (Geschütze, Schiffe mit Ausnahme der U-Bootmotoren) keine Industrie entwickelt hat. Von vielen, leider auch von einzelnen Parlamentariern, wird beim starken Unterstreichen der teilweise sicher nicht unberechtigten und immer populären Klagen über Bayern[s] ungenügende Beteiligung dieser Umstände gar keine Erwähnung getan und dadurch die Stimmung gegen Berlin, die bereits eine vom Standpunkt des Staatsmanns bedenklich schlechter[e] geworden ist, noch mehr verschlechtert, Industrie und Handwerk klagen verhältnismäßig weit weniger. Das letztere, obwohl es nicht allzu leicht zufrieden zu stellen ist, erkennt sogar vielfach besonders an, daß es reichlich Heeresaufträge erhält. Anzeichen, daß diese Kreise das Vertrauen zu der Bayerischen Regierung zu verlieren beginnen und sie als überflüssig erachteten, sind bisher bei den berufenen Vertretern des handwerklichen Mittelstands nicht zutage getreten. Im Gegenteil sehnen Industrie, Handel und Handwerk die Zeit herbei, wo die aus der Kriegsnotwendigkeit geborene, für Bayern nachteilige Zentralisation der Rohstoffbewirtschaftung und militärischen Vergebungen in Berlin wieder verschwindet. Von etwaigen früheren unitarischen Wünschen sind in Bayern alle Kreise mit Ausnahme vielleicht einzelner Fanatiker des Parlamentarismus und Sozialdemokraten gründlich durch die jetzigen Zustände geheilt worden.

Mit der Verurteilung des Mammonismus haben Euere Königliche Hoheit mir aus der Seele gesprochen.[14] Alle Faktoren, denen das Wohl Bayerns und Deutschlands am Herzen liegt, werden zusammenwircken [!] müssen, daß dieser verderbliche

13 Wilhelm Groener (1867–1939), geb. in Ludwigsburg, 1884 Eintritt in die württembergische Offizierslaufbahn, 1898 Hauptmann, 1906 Major, im Generalstab württembergischer Armeekorps, 1911 zweite Kommandierung in den Großen Generalstab, 1914 Chef des Feldeisenbahnwesens, 1915 wegen seiner Leistungen Ernennung zum Generalmajor, November 1916 Chef des Kriegsamts, im August 1917 wurde ihm wegen Streits mit der OHL ein Frontkommando übertragen, Anfang 1918 in Kiew, Oktober 1918 Erster Generalquartiermeister, 1919 z. D., 1920–1923 Reichsverkehrsminister, 1928–1932 Reichswehrminister, 1931–1932 Reichsminister des Innern.

14 Rupprecht sah »die ganze auswärtige Politik« der letzten 20 Jahre in Abhängigkeit von den Großindustriellen versetzt. »Der Kaiser war infolge früherer Geldschwierigkeiten von den

Geist, der in Zeiten riesigen, teilweise fast mühelosen Gelderwerbs besondere Ansteckungsgefahr in sich birgt, nicht unser deutsches Volk verdirbt, wie er in den angelsächsischen Ländern schon viel Unheil angerichtet und sich auch nach meinen Nachrichten in Berlin neuerdings bedenklich ausgebreitet hat.

Die damit zusammenhängenden Bestrebungen skrupelloser Profitmacher, das ganze deutsche Wirtschaftsleben auch nach dem Frieden in ihre Gewalt zu bekommen, sind mit der Zeit, wie ich glaube, auch von den militärischen Stellen in ihrer ganzen Bedenklichkeit erkannt worden. Wenigstens haben wir in der jüngsten Zeit in verschiedenen Fällen einer weiteren Zentralisation erfolgreich entgegenwirken können und besondere organisatorische Berücksichtigung für Bayern erreicht.

Der Einfluß der Schwerindustrie in Deutschland ist auch meines Erachtens größer als in Bayern's Interesse gelegen ist. Wir verspüren dies namentlich in der Kohlenversorgungsfrage, die gegenwärtig für Bayern einen höchst bedenklichen Charakter angenommen hat. Die Anwesenheit Exzellenz Groeners ist auch benützt worden, um hier auf sofortigen Wandel mit vollster Entschiedenheit zu dringen. Allerhöchsteigene Willenskundgebungen Seiner Majestät unseres Allergnädigsten Königs dem Reichskanzler und Groener gegenüber verbürgen, wie wir hoffen dürfen, einen durchgreifenden Erfolg.

Die Schaffung eines Handelsattaché's bei der K. Gesandtschaft in Berlin bildet schon seit längerer Zeit und ehe sie neuerlich auch vom Abgeordneten Osel[15] propagiert wurde, Gegenstand der Erwägung des Ministeriums des Aeußern. Graf Lerchenfeld steht der Frage, die ja ihre zwei Seiten hat, nicht mehr ablehnend gegenüber. Ich hoffe in kurzer Zeit die Allerhöchste Ermächtigung zu einer derartigen Ergänzung der Gesandtschaft in Berlin nachsuchen zu können. Notwendig ist sie trotz der militärischen und zivilen Verstärkung, die die bayer[ische] Vertretung in Berlin während des Kriegs bereits erfahren hat. Die Schwierigkeiten, eine geeignete Persönlichkeit zu finden, hoffe ich überwinden zu können. Es muß eine energische und gewandte Persönlichkeit sein. Solche sind z[ur] Z[ei]t rar und an Gehaltsverhältnisse gewöhnt, die weit höher sind, als die in Bayern üblichen.

Die Gefahr, daß der Handelsattaché nicht in der Hand der Regierung bleibt und auf eigene Faust etwa mit einzelnen Interessentengruppen Industrieförderung treibt, muß sorgfältig vermieden werden. Sie ist so groß, daß die K. Sächsische Regierung aus derartigen Befürchtungen heraus die dort vom Parlament gewünschte Erweiterung ihrer Gesandtschaft in Berlin abgelehnt hat.

Industriemagnaten abhängig geworden und alles tanzte nach dem goldenen Kalbe«. Rupprecht an Hertling, 19. Juli 1017. BayHStA GHA, Nl Kronprinz Rupprecht, 648.

15 Heinrich Osel (1863–1919), Zollinspektor aus Hallstadt, 1897 Mitgründer des oberbayerischen Christlichen Bauernvereins (1898 im Bayerischen Christlichen Bauernverein aufgegangen), 1903–1907 Mitglied des Reichstags, 1905–1919 des bayerischen Landtags (Zentrum, BVP). Osel wurde kurz nach Bekanntwerden des Mords an Kurt Eisner beim Attentat des Revolutionärs Alois Lindner (1887–nach 1943) auf den Sozialdemokraten Erhard Auer (1874–1945) im bayerischen Landtag wohl als Zufallsopfer erschossen. Bosl.

Ich hoffe, daß ein tüchtiger Handelsattaché über manche Vorgänge und Maßnahmen in Berlin rechtzeitig Informationen wird beschaffen und das Gebahren der Kriegsgesellschaften unauffällig wird aus der Nähe beobachten können. Auf dem Gebiet gewinnbringender Unternehmungen erwartet sich die bayer[ische] Industrie dagegen m[eines] W[issens] wenig von offiziellen Informationen. Auch ich möchte glauben, daß hier die eigene Findigkeit der Industrie weiter reichen und rascher arbeiten wird und muß, als die Tätigkeit eines Handelsattaché's. Bis zu einem gewissen Grad dürfte hier das Bedenken des Jägers gegen den Jagdhund, der erst zum Jagen getragen werden muß, zutreffen. – Amtliche Empfehlung der Beteiligung an Geschäften birgt ohnehin große Verantwortlichkeit, da wenige Geschäfte von Anfang an unbedingt Gewinn verbürgen. Für die Schaffung billigen Kredits für den durch den Krieg geschädigten Mittelstand sind in Bayern jetzt die vorbereitenden Maßnahmen abgeschlossen. Abgesehen von den offiziellen Darlehnskassen, die noch nach dem Friedensschluß bestehen bleiben sollen, und abgesehen von den Kapitalien der Banken und der im Krieg teilweise sehr erstarkten Genossenschaften werden ca. 6 Millionen zu diesem Zweck aus öffentlichen Mitteln (Staat, Kreise, Gemeinden) bereitgestellt. Damit wird nach Anschauung Sachverständiger für den ersten Bedarf viel geleistet werden können. Es wäre aber dringend zu wünschen, daß wie im Jahre 1871 auch das Reich mit erheblichen Mitteln dem für den Staat so ungemein wichtigen Mittelstande beispringen könnte.[16]

Indem ich Euere Königliche Hoheit bitte, nochmals meinen ehrerbietigsten Dank für die mir durch das gnädigste Schreiben erwiesene Auszeichnung entgegennehmen zu wollen, verharre ich in tiefster Ehrfurcht

Euerer Königlichen Hoheit[17]
untertänigst gehorsamster
Dr. Graf von Hertling

16 Vgl. Hertling, Recht, Staat und Gesellschaft, S. 174–180, über die dem Staat obliegenden Aufgaben des Interessenausgleichs, der Förderung von Gewerbe und Mittelstand.

17 Schlussfloskeln eigh.

166

Eduard Müller an Georg von Hertling
Koblenz, 11. August 1917

(eigh. Or.; AGG, Nr. 5,1)

Verehrter lieber Freund!

Bittet um Hertlings energische Verwendung beim Generalkommando, damit sein Neffe, der seit Kriegsbeginn als garnisonsverwendungsfähiger Hauptmann der Landwehr beim Bekleidungsamt des I. Armeekorps in München einer anstrengenden, doch geistig anspruchslosen Tätigkeit nachgehen muss, wieder in seinem Zivilberuf, Archivrat beim Geheimen Staatsarchiv, zurückkehren kann.

Wir zehren noch von der Erinnerung an die gemütlichen Stunden, die wir mit Ihnen und Ihrer Agnes[1] in München verleben durften und die einen so wohltuenden Abschluß unsrer Erholungsreise bildeten. Besonders Erfreuliches hat sich in der Zwischenzeit nicht ereignet, die Friedensresolution hat uns, wie zu erwarten war, dem Frieden nicht näher gebracht wohl aber die befürchtete Spaltung[2] in der Zentrumspartei hervorgerufen. In der letzten Sitzung des Kölner Prov[inzial] Ausschusses sind die Geister kräftig aufeinandergeplatzt und Gegensätze zu Tage getreten, die auch beim besten Willen kaum mehr zu versöhnen sein werden. Und wer soll nun Führer der Reichstagsfraktion werden? Tatsächlich war sie ja allerdings schon längst führerlos, aber ob einer da ist, der's besser macht als der gute Sp[ahn], ist doch sehr zweifelhaft.

Gott behüte Sie und schenke Ihnen dort noch viel schöne und ruhige Tage ohne all die störenden Unterbrechungen. Mit herzlichen Grüßen von Haus zu Haus

Ihr getreuer
Müller.

1 Tochter Hertlings, geb. 1884.

2 Der Passus von hier bis zum Ende des Abschnitts ist am Rand angestrichen.

167

Georg von Hertling an Stephan Ehses
Ruhpolding, 13. August 1917

(eigh. Or.; AGG, Nr. 5,3)

Lieber, sehr verehrter Prälat!

Ich habe sehr bedauert, Sie bei meiner letzten Anwesenheit in München nicht gesehen zu haben, aber ich war so stark in Anspruch genommen, daß ich Sie nicht bitten konnte, bei mir vorüberzukommen. Daß Sie Ihrerseits bei der weiten Entfernung Ihrer jetzigen Wohnung nicht gerne am Abende ausgehen, begreife ich vollkommen, es hätte einer Entschuldigung gar nicht bedurft. Ich habe mit Müller einen recht gemütlichen Abend verbracht, er sah gut aus und war in verhältnismäßig guter Stimmung. Wenn er auf Erzberger schimpfte, so habe ich diesmal mitgeschimpft.

Die Vorstandssitzung der Görres-Gesellschaft soll nun gegen den 25. d[ieses] M[onats] in München stattfinden. Hoffentlich gelingt es, Mgr. Kirsch, der sehr darum gebeten hat, rechtzeitig zu verständigen. Ich hoffe es einrichten zu können, daß ich der Sitzung beiwohnen kann.

Was den Wunsch bezüglich einer Auszeichnung für Dr. Schlecht[1] betrifft, so bin ich gerne bereit, denselben bei Gelegenheit zu unterstützen. In der Regel erhält jeder Beamte, wenn er nach einwandsfreier Amtsführung in den Ruhestand tritt, einen Orden oder einen Titel. Nun weiß ich nicht, ob Schlecht nur sein Rektorat niederlegen oder auch seine Lehrtätigkeit aufgeben will, und ob, wenn nur das erstere der Fall ist, der Anspruch auf die herkömmliche Auszeichnung erhoben werden kann. Ich will aber mit dem Kultusminister[2] sprechen und betonen, daß es sich um einen wissenschaftlich angesehenen Mann handelt. Zweifelhaft ist nur, ob es mir möglich sein wird, etwas für Dr. Buschbell zu tun. Wo die Militärbehörden beteiligt sind, gelingt es mir selbst in Bayern nur hie und da, etwas zu erreichen, darüber hinaus

1 Joseph Schlecht (1857–1925), 1880 Priesterweihe, Stipendiat der Görres-Gesellschaft am Campo Santo, 1891 Dozent in Eichstätt, 1893 Professor in Dillingen, 1897–1923 am Lyzeum Freising, 1911–1917 dort Rektor, Prälat, Geheimer Regierungsrat. Er publizierte zum Spätmittelalter, zu Renaissance und Reformation (darauf bezogen die Beiträge in der ihm 1917 gewidmeten Festgabe), zum Dreißigjährigen Krieg, zur Geschichte Eichstätts und zur Kirchengeschichte der Gegenwart: Die katholische Kirche unserer Zeit, 1899–1902; zusammen mit Paul Maria Baumgarten: Bayerns Kirchenprovinzen, 1902.

2 Eugen Ritter von Knilling (1865–1927), aus München, 1891 Dr. jur., 1892 Eintritt in den bayerischen Verwaltungsdienst, 1898 Regierungsassessor bei der Regierung von Oberbayern, anschließend im bayerischen Staatsministerium des Innern, 1902 Bezirksamtmann in Vilshofen, anschließend Referent für Kirchen und Schulangelegenheiten im Kultusministerium, 1902 Regierungsrat, 1905 Oberregierungsrat, 1908 Ministerialrat, 1912–1918 bayerischer Kultusminister, 1920–1924 Mitglied des bayerischen Landtags (BVP), 1922–1924 bayerischer Ministerpräsident und Außenminister, 1924 Präsident der bayerischen Staatsschuldenverwaltung.

habe ich wenig Hoffnung, doch werde ich gewiß eine sich bietende Gelegenheit nicht ungenutzt vorübergehen lassen.

Soll ich Ihre Aeußerungen in Ihrem Briefe vom 28. v[origen] M[onat] dahin verstehen, daß ich nach Ihrer Meinung das mir am 13. Juli amtlich im Namen des Kaisers gemachte Angebot hätte annehmen sollen? Ich habe meinerseits bisher keinen Augenblick Gewissensbisse oder ein Gefühl des Bedauerns darüber empfunden, daß ich abgelehnt habe. Das »Wenn« war aber diesmal nicht so sehr das von mir seiner Zeit meinem allergnädigsten Herrn gegenüber vorgebrachte, es bedeutete diesmal das Aufhören der steten Einmischung der obersten Heeresleitung in die politische Leitung, und dafür war eine Garantie nicht zu erhalten. Verwundert war ich nur darüber, daß man sich in Zentrumskreisen, dem Anscheine nach, sowenig für den Vorgang interessirt hat. Ich meine die Tatsache, daß dem Manne, den man maßgebenden Orts in den 70er Jahren für unfähig hielt, eine Professur in Preußen zu erhalten, jetzt das höchste Amt im Reiche anbietet, hat doch eine über meine Persönlichkeit weit hinausgehende Bedeutung und illustrirt in erfreulicher Weise den Wandel der Zeiten.

Daß Sie mit Ihrer jetzigen Wohnung, abgesehen von der etwas entfernten Lage, zufrieden sind[3] freut mich sehr; hoffentlich bewährt sich dieselbe auch dauernd.

Mit besten Grüßen von mir und den Meinigen, in bekannter Gesinnung und mit der Hoffnung Sie demnächst in München zu sehen,

Euer Hochwürden
ganz ergebener
Hertling

3 Ehses wohnte nun im dem von Schwestern geleiteten Vincentinum, Öttingenstr. 16, das über 30 Zimmer für studierende Geistliche verfügte.

168

Kurt von Lersner an Richard von Kühlmann
Großes Hauptquartier, 16. August 1917

Vertreter des Ausw. Amts im Gr. Hauptquartier (eigh. Or.[1]; PAAA, R 20493, S. 164–166)

Persönlich und vertraulich!
Euere Excellenz!

Bei einer längeren Besprechung mit General Ludendorff habe ich Gelegenheit genommen, den General zu fragen, ob er noch daran dächte, dass wir im Laufe des Jahres Frieden bekommen würden.

Er antwortete, er könne mir nicht in amtlicher Eigenschaft, sondern nur als Privatmann vertraulich Antwort geben: Ja, er glaube sicher, dass die Entente noch in diesem Jahre Frieden suchen werde.- Meine Mitteilung vor einigen Wochen habe ihn sehr interessiert, dass schon Anfang Juli die Franzosen dem Baron Lancken hätten sagen lassen, Briand könne sich kaum vor Ende August mit ihm treffen. Er habe gleich daraus geschlossen, dass die Entente in diesem Monate einen gewaltigen Schlag führen werde.[2] Deswegen glaube er (– wie ich anderweitig zu berichten die Ehre hatte –), dass die Zusammenkunft Briands mit Herrn v. der Lancken erst erfolgen würde, wenn die grossen Angriffe abgeschlagen seien.

Ich wollte hierauf die Frage stellen, unter welchen Bedingungen er denn glaube, dass wir dann Frieden machen könnten, als wir unterbrochen wurden.

Darf ich Euere Excellenz gehorsamst fragen, ob ich bei sich bietender Gelegenheit den General hierauf zurückbringen und versuchen soll, seine nach dem Kreuznacher Protokoll vom 9. d[ieses] M[onats] überaus hochgespannten Kriegsziele[3] herunter zu drücken.

Vielleicht lassen Euere Excellenz mir hierbei – nur für mich persönlich – Mitteilung zugehen, welche Friedensziele erstrebenswert sind, damit ich den General in der von Euerer Excellenz gewünschten Richtung zu beeinflussen suche.

Euerer Excellenz
ganz gehorsamer
Lersner.-

---

1 pr. 18. August 1918 pm. Randvermerk Kühlmanns 26/8.: »Geheim. Mit Kanzler besprochen«. Wiedervorlage, Bussche 26/8., u. a. Paraphen.

2 Vgl. Leonhard, S. 621 f.

3 Die OHL hatte hier Belgien als »besonderen Staat« in deutscher Hand behalten oder Lüttich mit nördlichem Vorland annektieren wollen. Nebelin, S. 354.

169

Georg von Hertling an Carl Muth
Ruhpolding, 17. August 1917

(eigh. Or.; BSB, Ana 390 II A)

Sehr geehrter Herr Professor!

Vielen Dank für die prompte Einlösung Ihrer freundlichen Zusagen! Das Buch von M[ax] Scheler[1] über die Ursachen des Deutschenhasses[2] hab ich sofort in Angriff genommen und mit größtem Interesse zu Ende gelesen. Es enthält auch vortreffliche Gedanken, manches fordert den Widerspruch heraus, aber alles ist anregend. Ebenso danke ich für die Zusendung der beiden Bände der Stimmen a[us] M[aria] L[aach], die ich nicht versäumen werde, pünktlich in München zurückzustellen.

In ausgezeichneter Hochachtung
Ihr ergebener
Hertling

1 Scheler war Mitarbeiter an der Zeitschrift Hochland.- Max Scheler (1874–1928), geb. in München, jüdischer, seit 1900 katholischer Konfession, nach Medizin- und Philosophiestudium 1897 Dr. phil. in Jena (bei Rudolf Eucken), 1899 Habilitation in Jena, 1906 Umhabilitation nach München (beantragt bei Hertling), 1910 wegen »sittlicher Verfehlungen« von der Universität München entlassen, philosophischer Schriftsteller und Dozent in Berlin und Göttingen, Aufstieg zu einem der führenden Phänomenologen, 1919 Professor für Philosophie und Soziologie an der Universität zu Köln, Behandlung religionsphilosophischer, dem Krieg, Frieden und der Zukunft gewidmeter Themen, 1923 Distanzierung von der katholischen Kirche, 1928 Ruf an die Universität Frankfurt. Wolfhart Henckmann, Scheler, Max Ferdinand, in: NDB 22 (2005), S. 644–646.

2 Max Scheler, Die Ursachen des Deutschenhasses. Eine nationalpädagogische Erörterung, Leipzig 1917, 191 S. Hans Delbrück sah in seinen liberal und fortschrittlich ausgerichteten Preußischen Jahrbüchern (Bd. 173, 1918, 421 f.) den »Chauvinismus« in anderen Völkern verbreiteter als in Deutschland, er sei in Frankreich »die regierende Macht«.

170

Stephan Ehses an Georg von Hertling
München, 19. August 1917

(eigh. Or.; AGG, Nr. 9)

Exzellenz!

Um nochmals mit einem Wort auf mein Ausbleiben an jenem Abend zurückzukommen, so beruhte dasselbe mehr auf einem Mißverständnis meinerseits, das durch eine Einladung von Freund Müller auf den Nachmittag dieses Tages hervorgerufen war. Ich bin dadurch auch um die Ausführung meines Ehrenamtes gekommen, Sie nach Promenadeplatz 22[1] zu geleiten, obgleich ich sicher bin, daß verehrte Gräfin Agnes[2] das weit besser besorgt hat.

Die Anberaumung der Vorstandssitzung auf 25. und 26. h[uius], zu der ich bereits auch durch H. Rademacher Einladung erhielt, trifft mich mitten in einer Arbeit für die letzte Vereinsschrift dieses Jahres über einen deutschen Chronisten des Trienter Konzils[3], Johann Baptist Fickler[4], der später als weltlicher Lehrer und politischer Erzieher des Prinzen Maximilian I[5] eine sehr angesehene Rolle spielte und dessen umfangreicher handschriftlicher Nachlaß an das hiesige Jesuitenkolleg, später durch rechtmäßigen Kauf an die Hof- und Staatsbibliothek gelangte. Der Hauptteil ist ein systematisch durchgeführtes Tagebuch über das Konzil unter Pius IV[6], dem Fickler als damaliger salzburger Abgeordneter beiwohnte; nicht unbekannt, aber unbearbeitet sind darin namentlich Berichte und Aktenstücke zur Vertretung des

1 Von 1817 bis zu seiner Auflösung 1933 residierte das Ministerium des Kgl. Hauses und des Äußern im Palais Montgelas am Promenadeplatz.

2 Tochter Agnes Maria v. Hertling.

3 Stephan Ehses, Ein deutscher Chronist des Trienter Konzils unter Pius IV, in: Görres-Gesellschaft, 3. Vereinsschrift 1917, Köln 1918, S. 31–53.

4 Johann Baptist von Fickler (1533–1610), aus Backnang, 1555 Magister artium, 1562 Entsendung nach Trient, 1565 Dr. jur. (Bologna), 1560 Sekretär, 1566 Rat des Salzburger Hofrats, 1585 Salzburger Protonotar, 1588 in bayerischen Diensten, Präzeptor des jungen Maximilian I., bayerischer Hofrat, 1606/07 Berufung in den geistlichen Rat, kaiserlicher Hofpfalzgraf. Er verfasste mehrere (ungedruckte) literarische Arbeiten, schuf sich eine Humanistenbibliothek, beschrieb das bayerische Münzkabinett und förderte die Hexenprozesse. Vgl. über ihn Josef Steinruck, Johann Baptist Fickler. Ein Laie im Dienste der Gegenreformation (Reformationsgeschichtliche Studien und Texte, Bd. 89), Münster 1965.

5 Maximilian I., Herzog von Bayern (1573–1651), 1587–1591 Studium der Rechte an der Universität Ingolstadt, seit 1598 Herzog, 1609 Gründung der Katholischen Liga, seit 1623 Kurfürst. Dieter Albrecht, Maximilian I., in: NDB 16 (1990), S. 477–480.

6 Giovanni Angelo Medici di Marignano, Pius IV. (1499–1565), geb. in Mailand, 1549 Kardinal, 1559 Papst, verdient um die Wiedereröffnung und den Abschluss des Trienter Konzils 1562/63 und die bauliche Verschönerung Roms.

deutschen Episkopates in Trient, sowie manche andere Stücke; auf deren Sammlung Fickler großen Fleiß verlegt hatte.

Nach Schluß dieser Arbeit gedachte ich eine Art von Werbeaufsatz für die Görres-Gesellschaft zu schreiben, worin vor allem römische Erinnerungen, besonders an Pius X fel[icis] mem[oriae] und Benedikt XV aus vorpäpstlicher und päpstlicher Zeit zur Sprache kommen sollen; es wird aber nichts schaden, wenn es erst nach der Vorstandssitzung geschieht. Mein Bericht wird leider die Zeichen der Papierersparnis an sich tragen müssen, da meine bisherigen Mitarbeiter fast ausnahmslos durch die Kriegslage in ihrer Tätigkeit gehindert sind. Immerhin sind einige Druckwerke, darunter auch Concilium Tridentinum, in langsamem Fortschreiten begriffen.

Die Kosten für das römische Institut werden wohl etwas unter dem letztjährigen Voranschlag bleiben, wenn nicht noch von Schöningh in Paderborn einige Ansprüche auf Honorar an unsere Herausgeber angemeldet werden, die jedoch meine Schätzung nicht beträchtlich überschreiten können. Dr. K[arl] H[einrich] Schäfer ist noch immer Offiziers-Aspirant, weil, wie er mir schreibt, jetzt nur noch nach Maßgabe des Frontdienstes befördert wird. Das heißt wohl, daß die Beihülfe seitens der G[örres] G[esellschaft] weiter gewünscht wird und wohl auch nicht versagt werden kann.

Prof. Dr. Schlecht hat nur sein Rektorat niedergelegt, die Lehrtätigkeit aber beibehalten; ob eine Ehrung bei den Freisinger Kollegen Mißstimmung erregen würde, kann ich nicht beurteilen; die Anregung […] ist aber ganz ohne Schlechts Wissen erfolgt.

Der große und verehrungswürdige Schritt S[eine]r Heiligkeit bringt den Sisyphusstein der Friedensvermittelung wohl höher hinauf, als 10 Wilsons vermöchten; eine Antwort mit unumwunden ja oder nein scheint mir von deutscher oder der Mittelmächte Seite zunächst unmöglich, weil ein ja uns als Schwäche oder als Beweis vorheriger Abmachung mit Rom, ein nein als Eroberungswahnsinn gedeutet würde. Dem Status quo ante stehen aber z. B. auf dem Balkan, in Polen, mit Japan usw. so große Hindernisse im Wege, daß kaum eine weltliche Hand es schaffen könnte. Sicher aber würde ich eine möglichst zustimmende Antwort der Mittelmächte ebenso freudig begrüßen wie das Friedensangebot vom 12. Dezember 1916, damit, wenn der Sisyphusstein doch wieder, was Gott verhüte, hinunter rollt, nicht auf unserer Seite die Schuld daran liegt.

Verzeihen Exzellenz diesen Exkurs auf ein Feld, auf dem sie trotz des ausgeschlagenen Reichskanzleramtes entscheidend mitwirken werden; ich wünsche mir noch, daß die von neuem sich häufenden Geschäfte und die Festlichkeiten auf St. Ludwigstage die versammelten Herren der G[örres]G[esellschaft] nicht der Freude berauben werden, Sie auf einige Zeit in ihrer Mitte zu sehen.

Euer und Ihrer Exzellenz
in steter Verehrung
ergebenst
Prälat Ehses

171

Gustav Schnürer an Georg von Hertling
Freiburg in der Schweiz, 21. August 1917

(eigh. Or.; AGG, Nr. 8)

Exzellenz,

Zu Ihrem bevorstehenden Geburtstag beehre ich mich ihnen meine besten Wünsche zu übersenden. Möge der Allmächtige Ihre so erfolgreiche Tätigkeit auch in Ihrem neuen Lebensjahre segnen und Ihnen die seltene Tatenfrische erhalten, welche die Freude so vieler Ihrer Verehrer bildet.

Für das gütige Schreiben vom Ostermontag danke ich bestens. Es hat mich sehr gefreut, so gute Nachrichten von Ihrem Herrn Sohn und Schwiegersohn daraus zu entnehmen. Hoffentlich befinden sich beide auch jetzt noch wohl. Über eine Andeutung, die Sie über meine Zukunft in Ihrem Briefe machten, habe ich weiteres von meinem früheren Kollegen, Freund Kosch,[1] erfahren. Haben Sie wärmsten Dank für das große Vertrauen, das Sie mit Ihrer wertvollen Empfehlung mir bekundet haben.[2] Aber ob aus dem so vernünftig ausgedachten Plan in nächster Zeit etwas wird, muß wohl bezweifelt werden. Wenn Hofrat Lammasch[3], wie mir Kosch jüngst

1 Wilhelm Kosch (1879–1960), aus Drahan (Mähren), 1904 Dr. phil. (Prag) mit einer Arbeit über Adalbert Stifter, dessen Nachlass Kosch anschließend wissenschaftlich aufarbeitete, 1906 Professor für deutsche Literatur an der Universität Fribourg, 1911 in Czernowitz, 1916 Herausgeber der Bibliothek des Ostens, 1918 Gastprofessor an der Montanistischen Hochschule Leoben, 1923–1950 Professor für deutsche Literatur, Theatergeschichte und Lexikographie an der Universität Nimwegen. Kosch begründete 1908 eine historisch-kritische Gesamtausgabe der Werke Joseph von Eichendorffs; bekannt wurde er durch seine ohne Mitarbeiterstab herausgegebenen, mehrbändigen Lexika: Das katholische Deutschland, Deutsches Literatur-Lexikon, Biographisches Staatshandbuch. Franz Menges, Kosch, Wilhelm, in: NDB 12 (1980), S. 606–608.

2 Vgl. auch Erzberger an Hertling, Berlin 3. August 1915: Er sei für Schnürer schon tätig geworden und setze sich für diesen als Nachfolger Paul Fridolin Kehrs an der Spitze des Preußischen Historischen Instituts in Rom ein, nachdem Kehr Generaldirektor der preußischen Archive geworden sei. BArch, Nl Erzberger, Nr. 68, f. 54.

3 Heinrich Lammasch (1853–1920), aus Seitenstetten (Niederösterreich), 1876 Dr. jur. an der Universität Wien, 1879 Habilitation, 1882 a.o. Professor in Wien, 1885 o. Professor für Strafrecht, Rechtsphilosophie und Völkerrecht in Innsbruck, 1889 wieder in Wien, 1899–1917 Mitglied des Herrenhauses des österreichischen Reichsrats (Mittelpartei). Als Experte der Strafrechtsdogmatik im internationalen Kontext wohnte Lammasch als Mitglied der österreichisch-ungarischen Delegation den Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 bei, war dabei maßgeblich an der Institutionalisierung der völkerrechtlichen Konfliktbeilegung beteiligt. 1914 sprach er sich gegen das deutsch-österreichische Bündnis aus und entwickelte anschließend eine intensive publizistische Tätigkeit für einen Verständigungsfrieden. Am 27. Oktober 1918 zum letzten österreichischen Ministerpräsidenten berufen, bestimmte er Kaiser Karl zur Abdankung am 11. November 1918, womit auch sein Liquidationskabinett endete. Bruno Simma, Lammasch, Heinrich, in: NDB 13 (1982), S. 447.

schrieb, sich dahin äußerte, daß jetzt viel Größeres auf dem Spiele stehe, so begreife ich das wohl.

Die Zeitungen sind nun ausgefüllt mit Äußerungen über die Friedensnote des Papstes. Ob sie die erwünschte Wirkung haben wird? Direkt vielleicht nicht. Die regierenden Kreise in Frankreich sind nach allem, was man hier hört, zu verblendet. Aber indirekt wird sie sicher wirken. Es gibt doch viele tausende, die durch das Wort des Papstes sich zur Mäßigung mahnen lassen. Die Herren unserer hiesigen katholischen Zeitung La Liberté, die gute Beziehungen mit Italien haben, sind seit 8 Tagen optimistisch und meinen, daß es zu keinem neuen Winterfeldzug kommen wird. Möchten Sie Recht haben!

Gestern war bei mir ein Kanonikus aus Litauen, Konstantin Olševski, der Vorsitzende des Litauer Hilfs-Komite, der sich demnächst nach Rom begibt. Er war mir empfohlen durch einen früheren Schüler von mir, einen litauischen Priester, der mir oft von der Hoffnung sprach, die die Litauer auf Deutschland setzten. Dieser Herr Olševski, der zum Bischof von Wilna ausersehen sein soll, beschäftigt sich besonders mit der Wiederherstellung der Schulen in Litauen von den unteren bis zur Universität Wilna. In der katholischen Bildung der Jugend will er die Grundlage schaffen für den Thron eines katholischen Monarchen, als welcher ein deutscher Prinz ausersehen sein soll für Litauen. Ich habe ihm gesagt, er solle sich an Sie wenden, weil ich mir für die deutschen wie die katholischen Interessen die besten Erfolge von einer Annäherung der litauischen und der deutschen Katholiken verspreche. Die ruhige, positive Arbeit pflegende Art der Litauer hat mir viele derselben lieb gemacht. So erlaube ich mir Ihnen Herrn Olševski zu empfehlen.[4] Sie können ihm, glaube ich, alles Vertrauen entgegenbringen.

Unser Studienjahr hier haben wir leidlich gut abgeschlossen. Unsere Neutralität, die praktisch auf den Schutz der Deutschen hinauskommt, konnte gewahrt werden, trotzdem die Kollegen aus Frankreich, die zufällig im Senat die Mehrheit hatten, es nicht an Versuchen fehlen ließen, sie umzustoßen. Wir haben zum 4. Mal den Kriegsrektor P. Manser, der das Hauptverdienst um die Neutralität hat, wiedergewählt. Sonst wäre es zu einem Kampfe gekommen, bei dem am Ende die Deutschen ihre

4 Konstantinas Olšauskis-Olševski (Konstantinas Olšauskas, Konstantin Olschewski) (1867–1933), Sohn begüterter Litauer Bauern, Studium an der Katholisch-Theologischen Akademie in St. Petersburg, 1892 Priesterweihe, Kaplan, 1904 Pfarrer in Kaunas, er organisierte einen katholischen Arbeiterverein, einen litauischen Schulverein und litauische Lehrerseminarkurse, war publizistisch und karitativ tätig, trat der Litauisch-Weißrussischen Konstitutionellen Katholischen Partei bei, arbeitete am Programm der Litauischen Christlich Demokratischen Partei (1917) mit, initiierte eine internationale Sammlung für litauische Kriegsflüchtlinge (Komitee in Lausanne), stritt mit Administrator Michalkiewicz um die Zulassung der litauischen Sprache in der Liturgie und bemühte sich 1917 vergeblich, mit deutscher Hilfe Bischof von Wilna zu werden; 1918–1919 litauischer Delegierter in Brest Litowsk, der Taryba in Deutschland und auf der Pariser Friedenskonferenz, 1919 Prälat an der Kathedrale von Kaunas, 1929 bei unklarer Beweislage wegen Mordverdachts verurteilt und inhaftiert, 1931 entlassen, 1933 aus ungeklärten Motiven ermordet. https://en.wikipedia.org/wiki/Konstantinas_Olsauskas (25.3.2026).

Lage nicht gebessert hätten. Da auch die Franzosen für Manser waren, so kann die Lage der Universität zur Zeit als befriedigend bezeichnet werden. Mit den französischen und belgischen Internierten, die mit mir als Dekan zu tun hatten, bin ich nicht schlecht ausgekommen. Aber die Stellung, die wie einst hatten, als wir Sie zum Präsidenten des Internationalen Gelehrtenkongresses hier vorschlagen konnten, kommt mir wie ein Märchen aus uralten Zeiten vor.

Mein ältester Sohn ist seit Ostern in einer Nervenheilanstalt in Baden (Illenau)[5] untergebracht. Die Ärzte geben die Hoffnung noch nicht auf, daß er wieder einen Beruf ausüben könnte. Ich muß mich vorläufig damit trösten, daß der Kranke mit seinem Aufenthalt in Illenau zufrieden ist. Jetzt denkt der zweite, ein 17jähriger, der sich gut entwickelt hat und in Breslau Ostern nach Oberprima gekommen ist, daran, das Notabiturium zu machen und bei einem badischen Regiment als Fahnenjunker einzutreten. Zur Zeit ist er hier in den Ferien, um sich noch einmal an Schweizer Milch und Käse zu laben. Unsere besondere Freude ist die älteste Tochter, die in Freiburg i[n] B[aden] Medizin studiert und das Studium in idealer Weise mit christlicher Weltanschauung zu verbinden sucht.[6]

Indem ich Sie bitte, mich den verehrten Ihrigen bestens zu empfehlen, verbleibe ich in dankbarer Verehrung
Ihr sehr ergebener
G. Schnürer

5 1842 in Achern (Baden) erbaute Heil- und Pflegeanstalt.

6 Schnürers Kinder aus der Ehe mit Hedwig Schnürer-Künzer waren: Gebhard (geb. 1895, ältester Sohn), Hildegard (geb. 1896, die älteste Tochter und Medizinstudentin, vor 1935 verstorben), Radegund (geb. 1897), Willibald (geb. 1900, der Breslauer Abiturient, später promoviert), Ansgar (geb. 1903), Lioba (1906–1990). Degener, Wer ist's, 1935. Todesanzeige Gustav Schnürer, La Liberté (Fribourg) v. 15. Dezember 1941. Freundliche Auskunft der Archives de la Ville de Fribourg.

172

Hermann von Grauert an Georg von Hertling
Prien am Chiemsee, 23. August 1917

(eigh. Or.; AGG, Nr. 8)

Hochverehrte und liebe Exzellenz,

Wie Ihnen mein Telegramm bereits letzten Samstag meldete, ist die Vorstands-Sitzung der Goerres-Gesellschaft auf Samstag d[en] 25. d[ieses] M[onats] Nachmittags ½ 4 Uhr und Sonntag d[en] 26. d[ieses] M[onats] Vormittags 10 Uhr nach München Hotel Union vom Generalsekretär eingeladen worden. Eine Abschrift der Tagesordnung lege ich der Sicherheit wegen bei.

Die Anregung des Privatdozenten Dr. Felix Haase in Breslau betreffs die Errichtung einer Sektion für Kirchengeschichte des slavischen Ostens und Südostens erscheint mir, je länger ich darüber nachdenke, umso mehr beachtenswert. Ebenso sorgsam sollte m[eines] E[rachtens] seine unter dem 1. Juni d[ieses] J[ahres] an das Kgl. Staatsministerium des Koenigl. Hauses und des Aeussern gerichtete Vorstellung betreffend die besondere Pflege der orientalisch-slavischen Kirchenkunde an der Universität München behandelt werden.

Darüber werde ich Ihnen noch ein eigenes Gutachten erstatten. Die Sache hat wegen der polnischen und überhaupt der westslavischen und südslavischen Frage politische Bedeutung. Deshalb müssten wohl auch die Regierungen in Berlin und Wien verständigt werden. In München aber wäre die Sache an das Kultusministerium zu leiten und von diesem die theologische Fakultät einzuvernehmen.

Ich darf mir wohl erlauben, Ihnen darüber demnächst mündlich in München zu berichten.

In der angenehmen Hoffnung, Sie dort bei der Vorstandssitzung der G[örres] G[esellschaft] persönlich begrüssen zu können, verbleibe ich mit den besten Grüssen

in alter Treue
Ihr ergebener
Dr H v. Grauert […]

173

Hermann von Grauert an Georg von Hertling
Prien am Chiemsee, 28. August 1917

(eigh. Or.; AGG, Nr. 7)

Hochverehrte und liebe Exzellenz,

Nachdem ich gestern aus der Stadt in den Chiemgau zurückgekehrt bin, beeile ich mich, Ihnen für Ihre Beteiligung an der Vorstandssitzung der G[örres]-G[esellschaft] herzlichen Dank zu sagen. Die Beratungen sind in angeregter Aussprache befriedigend verlaufen und Sonntag Mittag 1 Uhr zu gutem Abschluss geführt worden. Das anschliessende Kriegsfrühstück hielt uns noch bis ½ 4 Uhr vereinigt. Abends trafen wir nochmal zum Abendessen im Hotel Union zusammen. In Sachen des Gesuches, welches der Breslauer Privatdozent für Kirchengeschichte Dr. Felix Haase an die Görres-Gesellschaft gerichtet hat, wurde ich beauftragt, bei Professor Dr. Nikel[1] in Breslau Erkundigungen einzuziehen. Nikel kennt Dr. Haase persönlich und ist mit den Verhältnissen des slavischen Ostens jedenfalls besser vertraut als ein anderes Mitglied des engeren Vorstandes der G[örres]G[esellschaft]. *Die Beschlussfassung über das Gesuch Dr. Matthiessens bezüglich der Paracelsus-Ausgabe wird zurückgestellt. Eingehende Mitteilungen über Grauerts Berufungsverfahren in München.*[2]

Ich bin auch nicht zum »katholischen Professor der Geschichte«, noch weniger zum »Professor der katholischen Geschichte«, sondern schlechthin zum Professor der Geschichte ernannt worden. Ebenso ist doch wohl auch mit Martin Spahn in Strassburg verfahren worden. Das ist von prinzipieller Wichtigkeit für die Zurückweisung des neuen gegen Sie, Althoff, und Hamm[3] gerichteten Angriffes von Lujo Brenta-

1 Johannes Nikel (1863–1924), geb. in Sohrau (Schlesien), lehrte von 1900 bis 1924 als Alttestamentler an der der Universität Breslau, 1923–24 Rektor. Mitgründer der Sektion für Altertumswissenschaft (seit 1907) der Görres-Gesellschaft, publizierte er über Religions- und Kulturgeschichte des Altertums, u.a. Allgemeine Kulturgeschichte, 1885, 2. Aufl. 1907.

2 Hertling hatte diese Mitteilungen für den 2. Band seiner Memoiren erbeten.

3 Eduard Hamm (1879–1944), geb. in Passau, nach Jurastudium 1906 Hilfsarbeiter im bayerischen Justizministerium, dann Staatsanwalt am Landgericht München, 1908–1909 Rechtsrat (Stadtrat) in Lindau am Bodensee, Bezirksamtsassessor in Memmingen, 1911 in das bayerische Staatsministerium des Innern berufen, 1916–1917 Abordnungen in den Vorstand der Zentraleinkaufsgesellschaft und ins Kriegsernährungsamt, 1918 Legationsrat im bayerischen Ministerium des Äußern, 1919–1920 Mitglied des bayerischen Landtags, 1920–1924 des Reichstags (DDP), 1919–1922 bayerischer Minister für Handel, Wirtschaft und Gewerbe, 1922–1923 Staatssekretär in der Reichskanzlei, 1923–1925 Reichswirtschaftsminister, 1925–1933 im Präsidium des Deutschen Industrie- und Handelstages, 1944 als Mitglied des Widerstands verhaftet, Tod im Gefängnis Lehrter Straße. http://www.reichstag-abgeordnetendatenbank.de (6.4.2018).

no.[4] Heutzutage wird in keine weltliche Fakultät einer deutschen Universität ein Professor mit einem konfessionellen Lehrauftrage berufen werden können. Wohl aber sollten nach Möglichkeit in alle weltlichen Fakultäten auch wissenschaftlich tüchtige Gelehrte von katholischer Weltanschauung berufen werden. Die verhältnismässig wenigen Universitäten mit katholisch-theologischen Fakultäten können uns da nicht genügen. Den katholischen Professoren aber steht von Staatswegen die gleiche Freiheit der inneren Entwickelung zu, wie den anderen. Wenn man das unsrerseits leugnen wollte, so würde man allerdings die katholischen Professoren in ein übles Licht setzen. Bei dieser Gelegenheit schalte ich in Parenthese ein: Die preussische Regierung kann das von Althoff angestrebte Ziel, auf die Ausbildung des polnischen Klerus in Preussen eine legitime Einwirkung zu erlangen, nur dann erreichen, wenn sie in Posen eine Universität und an ihr mit Zustimmung des Vatikans eine katholisch theologische Fakultät errichtet.

Zu Ihrem 74. Geburtstage bringe ich Ihnen in alter freundschaftlicher Gesinnung die herzlichsten Glückwünsche dar. Glücklich preise ich Sie in diesem Jahre vor allem auch um deswillen, dass der Kelch der Kanzlerwürde an Ihnen zweimal[5] vorübergegangen ist. Für Ihre Gesundheit und für Ihren Nachruhm, ebenso aber auch für Ihren praktischen Einfluss auf die Reichspolitik in schwerer Zeit ist es meines Erachtens besser so. Gott erhalte Sie uns auf viele Jahre!

Mit freundschaftlichen Grüssen und Empfehlungen an Sie und Frau Gräfin
von uns allen in alter Treue Ihr
H Grauert

4 Lujo Brentano, Elsässer Erinnerungen, 2. u. 3. Aufl., Berlin 1917, S. 127 f. Der Verfasser erinnerte »mit lebhaftem Schmerz« an den Fall Spahn und die »Errichtung einer konfessionellen Geschichtsprofessur«, die das Prinzip der freien Forschung preisgegeben habe, »mit dem alle Wissenschaft steht und fällt«. Brentano zitierte (ohne Nachweis) den »Herausgeber des historischen Jahrbuchs der deutschen Görres-Gesellschaft«, der angeblich dem katholischen Historiker die Pflicht auferlegt habe, die »objektive Auffassung der Kirche von der Glaubensspaltung zum klarbetonten Grundsatz der eigenen historischen Auffassung zu machen«.

5 Bezieht sich wohl auf die anfängliche und dann die offiziöse Absage an Valentini.

174

Georg von Hertling an Karl von Hertling
Ruhpolding, 28. August 1917

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 27, f. 26–27)

Lieber Karl!

Dein Brief traf mich nicht mehr in Berlin, wurde mir aber sofort nachgeschickt, und so sollst Du jetzt auch nicht lange auf Antwort warten. Du kannst ganz ruhig sein, wenn es dazu käme, daß ich zu einer Aktion von längerer Dauer von Hause fortmüßte, sei es nach Bern oder dem Haag oder auch nach Berlin, so würde ich mir Dich zur Begleitung mitgeben lassen. Das würde für mich selbst und namentlich auch für die gute Mama eine große Beruhigung sein. Einen Augenblick schien es neulich, als könnte der Moment schon jetzt kommen. Am 21. und 22. hatte Michaelis im Reichstags-Ausschusse so völlig versagt, daß man meinte, er könne sich nicht halten.[1] Wenn dann die Frage nochmals an mich gekommen wäre, hätte ich nicht wieder ablehnen können. Du kannst Dir vorstellen, mit welcher Lebhaftigkeit Mitz diese Eventualität behandelt hat. Daß Du sofort herbei müßtest, stand fest. Aber erstens, war es doch von vornherein sehr unwahrscheinlich, daß der Kaiser zum zweitenmale bei mir angefragt hätte, und zweitens wurde die Sache wieder geflickt, sodaß die Verhandlungen am Donnerstag wieder friedlich verliefen. Gefallen will mir freilich die Situation in Berlin noch ganz und gar nicht. Der Reichstag, oder richtiger die aus den Links Parteien und leider auch dem von dem aus dem Gleichgewicht geratenen Erzberger geführten Zentrum bestehende Majorität will mitregieren, und ob Michaelis der Mann ist, diesen Bestrebungen auf die Dauer entgegenzuwirken, steht dahin. Einstweilen fragt man sich, warum der arme Bethmann durchaus weg gemußt habe, denn eine starke und zielbewußte Leitung der deutschen Politik ist auch jetzt, wenigstens bis jetzt, nicht in die Erscheinung getreten. Daß die sehr schöne und,

1 Nach der Rede des Reichskanzlers im Hauptausschuss am 21. August über die auswärtige Politik entstanden Meinungsverschiedenheiten mit den Parteien, weil Michaelis sich zur Friedensnote des Papstes zwar zustimmend, aber unter dem Vorbehalt einer späteren Stellungnahme äußerte und die Friedensresolution des Reichstags nicht unzweideutig akzeptierte. (Schulthess 58, NF 33 [1917/I], S. 705, 755–759). Da Michaelis auf »die materiellen Punkte der päpstlichen Kundgebung nucht eingehen« wollte, sprachen die »Vertreter aller Parteien ihre Zustimmung zu den Grundsätzen der päpstl. Note aus« (ebd., S. 759). Die Konferenz der Parteienvertreter hatte am 15. Juli beschlossen, Michaelis »durch den Vorsitzenden Payer über den Wortlaut seiner künftigen Erklärungen zu der Resolution befragen zu lassen, damit wir vor Ueberraschungen und Vieldeutigkeiten gesichert seien«. (Haußmann, Schlaglichter, S. 139). Am 28. August trat beim Reichskanzler der Freie Ausschuss der Parteienvertreter des Reichstags zur Beratung der Antwort auf die Note des Papstes vom 1. August 1917 zusammen. Er kam mit dem Reichskanzler überein, die Papstnote »allgemein« und mit »idealistischen Bemerkungen« zu beantworten. Zitiert nach B. Becker, Michaelis, S. 427–431, 430; vgl. Schulthess 58, NF 33 (1917/I), S. 776 f.

wie allgemein anerkannt wird, vortrefflich redigirte Papst-Note bei den Völkern der Entente nicht ohne Wirkung bleiben wird, hoffe ich zuversichtlich,[2] bei den Neutralen war der Eindruck ein sehr bedeutender. Aber ehe die Sonnino[3], Ribot[4] und Lloyd George zum Teufel gejagt sind, kommt es doch zu keinen Friedensverhandlungen. Von Rußland kann man zwar wohl sagen, daß es militärisch wenig oder nichts mehr bedeutet, aber die Engländer haben es mit ihrer merkwürdigen Kunst der Völkerbehandlung verstanden, die dortigen maßgebenden Persönlichkeiten so vollständig in die Hand zu bekommen, daß auf einen Separatfrieden keine Aussicht besteht.[5] Trotz alledem halte ich die Hoffnung fest, daß der entsetzliche Krieg nicht bis in das Jahr 1918 hinein dauern werde, auch stehe ich mit dieser Hoffnung nicht allein.

An Giulia's Besuch haben wir große Freude. Die Kinderchen sind lieb, zutraulich und vergnügt, und Giulia mit ihrer unzerstörbaren Liebenswürdigkeit und steten Aufmerksamkeit tut Mama sehr gut. Leider ist die ärmste sehr von rheumatischen Schmerzen geplagt und in der Bewegungsfähigkeit gehemmt. Ich habe jetzt Jochner[6] gebeten, einmal hierher zu kommen, um zu besprechen, ob nicht doch mit einer ernsthaften Cur begonnen werden soll, und wo dies am zweckmäßigsten geschehen könnte.

2 Papst Benedikt XV. an die Oberhäupter der kriegführenden Völker, Vatikan 1. August 1917. Der Papst forderte, dass die materielle Macht der Waffen von der moralischen Macht des Rechts abgelöst werden müsse, dass zukünftig eine gleichmäßige Abrüstung nach vereinbarten Regeln vorzunehmen sei und die Armeen durch schiedsgerichtliche Institutionen ersetzt werden sollten. (Steglich, Friedensappell Papst Benedikts XV., S. 160–162). Vgl. zu den Wirkungen bei den Ententemächten ebd., S. 331–341, 451–459, 476–478.

3 Sidney Sonnino (1847–1922), geb. in Pisa, Jurastudium bis 1865, 1867–1873 im diplomatischen Dienst Italiens, danach Journalist, forderte staatliche Hilfsprogramme für Süditalien und Sizilien, 1880–1919 Mitglied der Deputiertenkammer, 1893–1894 Finanzminister, 1906, 1909–1910 Ministerpräsident, 1914–1919 Außenminister, die Ausdehnung nach Norden und Osten bedeutete für ihn die Vollendung der Einigung Italiens, 1920 Senator; autobiographische Schriften. http://www.treccani.it/enciclopedia/sonnino-sidney-costantino/ (06.03.2018).

4 Alexandre Ribot (1842–1923), geb. in Saint-Omer, 1863 Dr. jur. (Sorbonne), Rechtsanwalt, 1870–1877 im Justizministerium tätig, 1878–1885, 1887–1909 Mitglied der Deputiertenkammer (gemäßigter Republikaner), 1890–1893, März–Oktober 1917 Außenminister, betrieb maßgeblich das Bündnis mit Russland (1895) und die Annäherung an England, 1893 Innenminister, 1893, 1895 und März–September 1917 Premierminister, 1895, 1914–1917 Finanzminister, 1909–1923 Senator, 1906 Miglied der Académie française; er schrieb politische Lebenserinnerungen 1914–1922 (1924); vgl. zu seiner Haltung Romberg an Hertling, Bern 1. November 1917. Steglich, Friedensversuche der kriegführenden Mächte, S. 183.

5 Schon Anfang September 1914 hatten die Ententemächte vereinbart, nur gemeinsam Frieden zu schließen.

6 Sehr wahrscheinlich Dr. med. Guido Jochner (1859–1932), Gründer der Heilanstalt Josephinum in der Arcisstr. 41. Er war der ältere Bruder des Historikers und Archivars Dr. Georg v. Jochner (1860–1923), seit 1916 Leiter des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, seit 1903 Mitherausgeber der Historisch-politischen Blätter.

Zum österr[eichischen] Verdienstkreuz besten Glückwunsch. Ob Henni es jetzt auch erhalten hat? Er wartete eigentlich darauf.

Mit den wärmsten und herzlichsten Grüßen
Dein tr[euer] Vater

175

Georg von Hertling an Hermann von Grauert
Ruhpolding, 5. September 1917

(eigh. Or.; AGG, Nr. 23)

Hochverehrter Freund!

Für Ihren inhaltreichen Brief vom 28. v[origen] M[onats] sage ich besten Dank. Es war mir eine wirkliche Herzensfreude, mit den Herren der Görres-Gesellschaft, wenn auch nur kurz, zusammensein zu können. Baeumker schrieb mir, er sei nicht nach München gekommen, weil er nicht zum Vorstande, sondern nur zum Beirat gehöre. Hätte er nicht trotzdem kommen können? Professor Südhoff[1] hat nun direkt an mich geschrieben und mir seinen Besuch in München in Aussicht gestellt. Auch teilt er mir mit, daß er mit Dr. Matthiessen zusammenarbeiten werde. Es fragt sich nun, ob der Letztere noch der Unterstützung durch die G[örres]-G[esellschaft] bedarf, und weiter, ob wir die Mitarbeit an einem nicht von uns unternommenen wissenschaftlichen Unternehmen durch ein Stipendium unterstützen wollen und können. Dr. Stadler, der Herausgeber der Tiergeschichte des Albertus Magnus, hat, soviel ich weiß, nie ein Stipendium von uns erhalten, und die Erwähnung der G[örres]-G[esellschaft] auf dem Titelblatt neben der Münchener Akademie bezieht sich nur auf einen Beitrag zu den Druckkosten.[2]

1 Karl Sudhoff (1853–1938), geb. in Frankfurt am Main, Sohn eines evangelischen Theologen, 1875 Dr. med. (Tübingen), Assistenzarzt, 1878 praktischer Arzt in Bergen bei Frankfurt, 1883–1905 Hüttenarzt in Hochdahl bei Düsseldorf, 1901 Mitgründer und Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften, 1904 a.o. Professor für Medizingeschichte an der Akademie in Düsseldorf, 1905 an der Universität Leipzig, 1913 dort Honorarprofessor, 1919–1925 o. Professor. Ortrun Riha, Sudhoff, Karl, in: NDB 25 (2013), S. 670–672.

2 Hermann Stadler (Hg.), Albertus Magnus, De animalibus libri XXVI. Nach der Cölner Urschrift, Bd. 1, Buch I–XII enthaltend (Beiträge zur Geschichte der Philosophie des Mittelalters. Texte und Untersuchungen, Bd. 25), Münster: Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung 1916; Bd. 2 erschien 1920. Die Reihe wurde 1916 herausgegeben von Clemens Baeumker in Verbindung mit Georg von Hertling, Franz Ehrle, Matthias Baumgartner und Martin Grabmann. Die Titelei vermerkte die Unterstützung des Drucks durch die Rheinische Gesellschaft für wissenschaftliche Forschung.

Herzlichen Dank schulde ich Ihnen sodann für die Mühe, die Sie sich gegeben haben, meine Fragen über die Vorgänge vom Jahre 1884 zu beantworten. Ich bin jetzt vollständig unterrichtet. Auch ich hatte damals eine interessante Unterredung mit Lutz. Von Baumann[3] wollte er durchaus nichts wissen, er wollte nicht haben, daß Orterer, gegen den er sehr eingenommen war, durch seinen Schwager auch an der Universität Einfluß gewönne. Die Fakultät hat seitdem recht verschiedene Phasen durchgemacht. Wie wertvoll die Stimme eines einzelnen Mitglieds sein kann, haben wir seiner Zeit an unserm zu früh verstorbenen Freunde Krumbacher[4] erfahren. Leid tut mir, daß Fr[iedrich] W[ilhelm] Förster statt sich auf seine verdienstvolle Tätigkeit in der Pädagogik zu beschränken, immer wieder in Politik macht, wo er mit seiner übertriebenen pazifistischen Tendenz nur Unheil stiftet. Ueber seine Tätigkeit in Österreich ist man in Berlin, ich glaube mit Recht, sehr unglücklich. Aber den schrecklichen Paul[5] sind Sie ja los geworden, dazu gratuliere ich, der Nachfolger soll katholisch sein.[6]

Zu Anfang der nächsten Woche werden wir hier unsre Zelte abbrechen. Es ist schade, denn der Herbst scheint ebenso schön werden zu wollen, wie der Sommer gewesen ist. Aber ich habe das Gefühl, daß ich jetzt wieder ganz beim Geschäft sein muß. Die Dinge in Berlin gefallen mir nach wie vor nicht, doch haben wir

3 Franz Ludwig (1908 Ritter von) Baumann (1846–1915), Bauernsohn aus Leutkirch, Studium der Geschichte, Rechtsgeschichte und Theologie, 1872 Archivar im Fürstenbergischen Archiv Donaueschingen, Geschäftsführer des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung, 1895 im bayerischen Archivdienst, Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, 1903 Direktor des Reichsarchivs München; Arbeiten besonders zur Geschichte Schwabens und des Allgäus.

4 Karl Krumbacher (1856–1909), aus Kürnach bei Kempten, nach Philologiestudium in München und Leipzig 1879–1892 Lehrer für Latein, Griechisch und Deutsch am Ludwigsgymnasium München, 1883 Dr. phil. mit einer Arbeit über das Gesprächsbuch des Grammatikers Pseudodositheos, 1884 Habilitation. Aufgrund seiner philologisch-historischen Arbeiten (opus maximum: Geschichte der byzantinischen Literatur), erhielt Krumbacher 1892 ein für ihn eingerichtetes Extraordinariat für mittel- und neugriechische Philologie an der Universität München, das 1896 in eine o. Professur umgewandelt wurde. Peter Wirth, Krumbacher, Karl, in: NDB 13 (1982), S. 121.

5 Hermann Paul (1846–1921) aus Salbke bei Magdeburg, 1870 Promotion, 1872 Habilitation in Leipzig, 1874 a.o., 1877 o. Professor in Freiburg im Breisgau, 1893–1916 in München, bedeutender Sprachwissenschaftler (Prinzipien der Sprachgeschichte, 1880), Lexikograph und Editor mittelhochdeutscher Texte, 1909 Rektor. Vom Bruch u. Müller, Universität München, S. 215–217, 221, 257 f., 306.

6 Nachfolger wurde Carl von Kraus (1868–1952), geboren in Wien (katholisch), dort 1890 Promotion, 1894 Habilitation für ältere germanische Sprachen und Literaturen, 1902 a.o. Professor in Wien, 1904 Ruf an die Deutsche Universität in Prag, 1911 an die Universität Bonn, 1913 nach Wien, 1917–1935/47 Altgermanist an der Universität München, Kenner der germanischen Philologie vom 12. bis 16. Jahrhundert mit Schwerpunkt auf dem Minnesang, Mitglied wissenschaftlicher Akademien. Kraus war nach dem Urteil des Germanisten Friedrich von der Leyen (1873–1966), 1906 a.o. Professor in München, 1920–1937 Professor für Deutsche Philologie in Köln, der Beste, den die Fakultät wählen konnte. Vom Bruch u. Müller, Universität München, S. 221.

jetzt wenigsten[s] vor dem unglücklichen Hauptausschuß des Reichstags für einige Zeit Ruhe.

Daß Sie meines Geburtstags mit so freundlichen Wünschen gedacht haben, verpflichtet mich zu herzlichem Danke. Hoffentlich sehen wir uns bald in München. Mit angelegentlichen Empfehlungen und besten Grüßen, wie immer

Ihr aufrichtig ergebener
Hertling

176

Georg von Hertling an Karl von Hertling
Ruhpolding, 8. September 1917

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 27, f. 33–34)

Lieber Karl!

Heute habe ich Dir vor allem für Deinen ganz besonders lieben Brief zu meinem Geburtstage zu danken. Daß er nicht rechtzeitig ankam, war nicht Deine Schuld, Du hattest frühzeitig genug geschrieben, aber es wollte uns ja schon öfters scheinen, als brauche die Feldpost besonders lange, um den Weg hierher zu finden. Giulia und die Kinder waren am 31. v[origen] M[onats] hier und die beiden kleinen Mädchen haben sehr lieb an der Feier teilgenommen. Ich wollte, Du hättest sie gesehen, wie sie mich, in ihren schönsten Kleidchen, Blumen in der Hand, mit wichtigen Mienen erwarteten, um mir ihr Verschen aufzusagen. [..] Nun sind sie fort, und es ist recht stille hier geworden. Wir sind nur noch zu dreien, da Agnes, wie Du wohl weißt, am 1 August ihr eigene Wohnung in München bezogen hat, um sich berufsmäßig der Armenpflege zu widmen. Es geht ihr gut und sie ist mutig und zuversichtlich. Am Dienstag müssen auch wir in die Stadt zurück, schade, denn der diesmalige Aufenthalt war besonders [schön], auch Mama hat ihn zu unsrer Freude recht genossen, soweit dies bei ihren leidigen Nervenschmerzen und Bewegungsschwierigkeiten möglich war. In den letzten Tagen glaubte ich, eine kleine Besserung konstatiren zu können, aber was Rechtes ist es damit noch immer nicht, und es wird sich jetzt darum handeln, ob Mama noch eine eigentliche Cur unternehmen soll, und eventuell wo?

Nun aber zu Deinem gestern eingetroffenen Brief vom 2. d[ieses] M[onats]. In der Entrüstung über die Wilson-Note[1] stimme ich völlig mit Dir überein und ich denke, daß dies auch auf Seiten der unglücklichen Reichstagsmehrheit der Fall sein wird.[2]

---

1 Antwort Wilsons vom 27. August 1917, in der Presse veröffentlicht am 31. August, auf die Friedensnote des Papstes. Der Präsident verwarf einen Frieden mit der in Deutschland herrschenden Regierung, dieser »unbarmherzigen Gebieterin« des deutschen Volkes, einer »Macht«, die »als nicht besiegter Feind von vier Fünfteln der Welt dasteht«. Ziel des Krieges sei »die Befreiung der freien Völker der Welt von der Bedrohung und der Macht einer gewaltigen militärischen Organisation, die von einer unverantwortlichen Regierung geleitet wird, die im geheimen eine Weltherrschaft plante, die an die Durchführung dieses Planes ging, ohne Rücksicht auf heilige Vertragsverpflichtungen und die lange bestehenden und wertgehaltenen Grundsätze internationaler Handlungsweise und Ehre«. Vereinbarungen mit dieser Regierung könnten erst von Dauer sein, wenn sie durch den Willen des deutschen Volkes überzeugend verbürgt seien. (Schulthess 58, NF 33 [1917/II], S. 901–903; vgl. Steglich, Friedenspolitik der Mittelmächte, S. 181). In Kundgebungen an Präsident Wilson v. 3. September wiesen die Hamburger und Bremer Kaufmannschaft die »anmaßende Einmischung in die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands mit Entrüstung« zurück. Schulthess 58, NF 33 (1917/I), S. 786.

2 Bezugnahme auf: Karl an Georg v. Hertling, 2. September 1917. Karl befürchtete, »das ungückselige Centrum« werde sich Wilsons Ansicht von der »unverantwortlichen deutschen Regierung«

Die Unverschämtheit seiner Einmischung in unsere innerdeutschen Verhältnisse bei völliger Unkenntnis derselben ist zu groß. In drei Wochen tritt der bayerische Landtag zusammen, ich war zweifelhaft, ob ich wieder eine Eröffnungsrede halten solle oder nicht, werde es jetzt aber wahrscheinlich tun, um Wilson zu antworten und auch Lloyd George unter Hinweis auf die neuesten russischen Enthüllungen[3] zu sagen, wir seien ganz einverstanden damit, daß die Schuldigen gestraft werden sollten. Hoffentlich trägt die Einnahme von Riga[4] und die erfreuliche Tatsache, daß die Italiener vom Monte Gabriele wieder herunter geworfen worden sind,[5] dazu bei, den Friedenswillen in den feindlichen Ländern zu stärken. Ich kann noch immer nicht glauben, daß der Krieg sich in das Jahr 1918 hinüberziehen sollte.

---

zu eigen machen und mit den »Links-Parteien« eine unheilvoll wirkende »Parlamentarisierung« anstreben. Das Zentrum werde sich schieben lassen, die Anhänger der konstitutionellen Monarchie würden sich selbst ihr Grab schaufeln und sich zum Schluss noch einbilden, »daß uns der Parlamentarismus einen baldigen guten Frieden bringen würde!« Sein Vater solle wegen seines Ansehens, u.a. beim Vatikan, bei sich bietender neuer Gelegenheit den Kanzlerposten annehmen; er werde, anders als er glaube, mit Ludendorff gut auskommen, falls er energisch und staatsmännisch wie Bismarck auftrete, während Michaelis eine »Marionette« in Ludendorffs »Schlepptau« sei. Auf das Urteil der OHL sei man angewiesen, da zwei Aussichten bestünden. Entweder sei der Krieg, »die Gegner vernichtend«, zu gewinnen, falls die deutsche Kriegsindustrie »der ganzen Welt standhalten« könne; dann müsse der Kanzler »eine starke, sagen wir meinetwegen imperialistische Politik treiben«. Oder es fehlten die Mittel, die »zahlreichen Feinde« niederzuwerfen, dann müsse »der betreffende Kanzler auf einen Ausgleichsfrieden hinarbeiten, der heute schon nicht ganz schlecht ausfallen wird. […] Alles andere ist nur Beiwerk, auf lärmende oder streikende Arbeiter schießt man mit Masch[inen] Gew[ehren] oder der Feuerspritze. Dem Parlament sagt man energisch seine Meinung«. Sein Vater »hätte das Zentrum sehr bald zur Raison gebracht« und würde bei seiner »jetzigen Stellung«, mehr als bei seinem Amtsantritt in Bayern, die Schreier im Parlament bald zur Ruhe bringen. BArch, NlH, Nr. 27, f. 28–32.

3 Der Prozess gegen den früheren russischen Kriegsminister Suchomlinow, der 23.–25. August 1917 in St. Petersburg stattfand, brachte zutage, dass der allgemeine Mobilmachungsbefehl des Zaren am 29. Juli nachmittags um 3 Uhr beim Kriegsminister lag, aber noch nicht herausgegangen war und Sumonlinow sich angeblich weigerte, der ihm danach erteilten Order des Zaren zu folgen, die Mobilmachung entweder ganz einzustellen oder auf vier Bezirke zu beschränken. Suchomlinow gab seiner damaligen Überzeugung Ausdruck, die allgemeine Mobilmachung nicht mehr rückgängig machen zu können, um ein inneres Chaos in Russland zu verhüten und weil die deutsche Botschaft zu diesem Zeitpunkt bereits von der Erklärung der allgemeinen Mobilmachung ausgegangen sei. Michaelis ließ am 4. September der Presse mitteilen, die Aussagen Suchomlinows seien »geeignet, die feindliche Legende von der deutschen Schuld am Kriege vollends zu zerstören«. (Schulthess 58, NF 33 [1917/II], S. 723–726; ebd. [1917/I], S. 786). Vgl. zur russischen Mobilmachung McMeekin; Menning, S. 150–175. – Wladimir Alexandrowitsch Suchomlinow (1848–1926), Ausbildung an Militärschulen, hohe Truppenkommandos, 1904 Befehlshaber des Kiewer Militärbezirks, 1909–1915 Kriegsminister, März 1916 Anzeige wegen Spionage und nachlässiger Amtsführung, Haft, Hausarrest, im September 1917 zu lebenslänglicher Haft verurteilt, 1918 entlassen, Exil in Deutschland; er schrieb Erinnerungen, Berlin 1924.

4 Am 3. September erhielt der Kaiser die Meldung Prinz Leopolds von Bayern über die Einnahme von Riga.

5 Monte San Gabriele nördlich von Görz. In der 2. Isonzoschlacht vom 17. Juli bis 3. August 1917 gelang den italienischen Angreifern dort kein Durchbruch.

Nun zu Michaelis, dem Du kein günstiges Prognostikum zu stellen scheinst. Sein Debüt vor drei Wochen war freilich so ungünstig wie möglich, doch soll es ihm nachher im Reichstags-Ausschusse besser gegangen sein. Jetzt hat er vor diesem eine Zeit lang Ruhe. Ich halte einstweilen mit meinem Urteile zurück und würde es freudig begrüßen, wenn er sich der überaus schwierigen Aufgabe, die er so ohne Bedenken übernommen hat, auch auf die Dauer gewachsen zeigen würde. Er war kürzlich in Belgien und hat auch unsern Kronprinzen aufgesucht. Zu meiner Ueberraschung, aber zu angenehmer Ueberraschung, höre ich, daß er diesem einen günstigen Eindruck gemacht habe. Er sei ein kluger Mann und scheine einen festen Willen zu haben. Es wird nach wie vor alles darauf ankommen, wie er mit der obersten Heeresleitung, rectius mit Ludendorf zurecht kommt. Denn so einfach, wie Du annimmst, ist die Sache doch nicht. Immerhin kann es ja sein, daß dieser einer verständigen Aussprache zugänglich ist, zumal wenn auch auf der andern Seite ein fester Wille dahinter steht. Meinerseits habe ich noch keinen Augenblick Reue darüber empfunden, daß ich abgelehnt habe. Ich bin ja den Leuten, auf die Du verweisest, für das mir geschenkte Vertrauen dankbar, ich selbst schätze mich aber so hoch nicht ein. Daß die Frage noch einmal an mich kommen sollte, glaube ich ganz und gar nicht. Inzwischen bin ich auf der Hut, daß nicht über oberste Heeresleitung und Reichstag die Stellung der Bundesfürsten vergessen wird. Wahrscheinlich werde ich auch noch in diesem Monate wieder nach Berlin müssen. Mit vielen Grüßen und den besten Wünschen von uns dreien bin ich

Dein tr[euer] Vater GvH

177

Clemens Baeumker an Georg von Hertling
Tegernsee, 12. September 1917

(eigh. Or.; AGG, Nr. 3)

Hochverehrte Exzellenz!

Aus voller Überzeugung stimme ich dem zu, was Euer Exzellenz von den voraussichtlichen für das Deutschtum überaus beklagenswerten Folgen schreiben, welche die nunmehr sich in den Vordergrund stellende Lösung der elsaß-lothringischen Frage mit sich bringen wird. Ich hatte angenommen, daß die Verhältnisse der großen Politik in diesem kritischen Momente zu dem mir unfaßbaren Umschwung geführt hätten, wobei ich allerdings vom Reichstag annahm, daß er einen näheren Einblick in die speziellen elsaß-lothringischen Verhältnisse nicht hätte. Daß nun aber gar bei Würtemberg ein Hauptwiderstand der einzig sachgemäßen Lösung liegt, ist auf das tiefste zu beklagen. Eher hätte ich an Baden gedacht, das ja dem Oberelsaß benachbart ist. Was Exzellenz darüber schrieben, erinnerte mich lebhaft an die Memoiren des Generals von Suckow[1], die ich in Straßburg las, leider hier nicht zur Hand habe. Aus seiner Stuttgarter Zeit erzählt der Verfasser, wie sehr die Königin Olga[2] 1871 oder bald darauf bedacht gewesen sei, bei einer Ordnung der elsässischen Verhältnisse für Würtemberg Hohenzollern zu erhalten, das nicht preiszugeben für Preußen natürlich eine Ehrensache war. Nur waren ja die Herrschaften Reichenweier und Horb nebst dem noch jetzt französischen Mömpelgard bis zum Lunéviller Frieden von 1801 im Besitz der Würtemberger, wenn ich nicht irre, diesen im 14. Jahrhundert als Erbschaft der Grafen von Horb zugefallen; aber eine würtembergische Enklave, wie es solche Enklaven aus älterer Zeit ja gibt, neu einzurichten, erschiene doch wohl als Anachronismus (sie würde überwiegend protestantische Teile umfassen).

1 Rückschau des Königl. Württembergischen Generals der Infanterie und Kriegsministers Albert von Suckow, hg. u. bearb. von Wilhelm Busch, Professor der Geschichte in Tübingen. Mit einem Bilde des Generals Albert von Suckow, Tübingen 1909. – Albert von Suckow (1828–1893), aus Ludwigsburg, Sohn des Obersten Karl von Suckow (1787–1863), 1845 Eintritt in die Offiziersbildungsanstalt Ludwigsburg, 1848 Leutnant, 1853 Oberleutnant, 1866 Major, 1866 Militärbevollmächtigter im Hauptquartier der bayerischen Armee, anschließend Adjutant des württembergischen Kriegsministers Rudolf von Wagner-Frommenhausen, ab 1870 als Generalleutnant dessen Nachfolger und als solcher maßgeblich am Abschluss der Staatsverträge vom November 1870 über den Beitritt von Württemberg, Bayern, Baden und Hessen zum Norddeutschen Bund beteiligt, 1890 General der Infanterie. Theodor Schön, Suckow, Albert von, in: ADB 37 (1894), S. 107–109.

2 Olga Nikolajewna (1822–1892), geb. in St. Petersburg als Tochter des russischen Zaren Nikolaus I. und der Zarin Alexandra Fjodorowna (geb. Charlotte von Preußen), 1846 Heirat mit Kronprinz Karl von Württemberg, ab 1864 König von Württemberg.

Herr Professor Ehrhard[3] schickte mir gestern das beiliegende Schriftstück, von dem er hoffte, aber nicht sicher war, daß es Euer Exzellenz zugegangen sei. Er hat mich deshalb gebeten, es für jeden Fall Euer Exzellenz zu übermitteln. Dasselbe stellt eine von Ehrhard redigierte Eingabe an den Reichskanzler dar, die am 22. August an diesen abgegangen ist. Da die Gründe in möglichster Kürze entwickelt waren, so war zur Erläuterung und Ergänzung eine Audienz erbeten, ohne daß indes bis zum 9. d[es] M[onats] eine Einladung dazu erfolgt war. Die positive Lösung, ob Teilung zwischen Preußen und Bayern oder Einverleibung des Ganzen in Preußen, wurde absichtlich weggelassen, um die gemeinsame Überzeugung von der Gefahr des selbständigen Bundesstaates um so eindringlicher hervortreten zu lassen. In der Erhebung des Reichslandes zu einem selbständigen Bundesstaat sieht Ehrhard – und damit steht er gewiß nicht allein – nichts als eine verschleierte Auslieferung desselben an Frankreich. Daß eine solche Abtretung in absehbarer Zeit kommen werde und kommen müsse, das werde landauf und landab in zuversichtlichem Tone versichert, auch von solchen Politikern, die in dem neugeschaffenen geschichts- und traditionslosen »deutschen« Kleinstaat eine ausschlaggebende Rolle zu spielen berufen seien. Ich selbst habe den persönlichen Eindruck, daß namentlich auch in dem reichsländischen »Ministerium« sehr viele Leute sind, denen es gegen den Strich ginge, wenn die Statthalter-, Staatssekretariats- und Ministerialratsherrlichkeit geschmälert würde. Bayern würde bei der anderen Lösung vor großen Opfern stehen; nicht um Eigengewinn, sondern um das Deutschtum handelt es sich, für das ja kein Opfer zu groß sein kann.

Bei Brentanos Äußerungen über Althoff hatte ich S. 65 und S. 128 f. im Auge,[4] wo von einer Mischung von uneigennützigster Hingabe an seine Pflicht, urwüchsigem gesunden Menschenverstand, Menschenverachtung und unerschöpflichem Wohlwollen gesprochen und wenigstens seine Herzensgüte und Uneigennützigkeit anerkannt wird (letztere auch S. 61, wo auch der Mut anerkannt wird, mit dem er sich zu seinen Überzeugungen bekannte). Im übrigen zeugt die Schrift von einer maßlosen Eitelkeit des Verfassers, der auch S. 126 ff. im bekannten Ton von der

3 Albert Ehrhard (1862–1940), geb. in Herbitzheim, 1885 Priesterweihe, 1888 Dr. theol. (Tübingen), 1889 Professor am Priesterseminar Straßburg, 1892 o. Professor für Kirchengeschichte an der Universität Würzburg, 1898 in Wien, 1902 in Freiburg im Breisgau, 1903 in Straßburg, dort 1911/12 Rektor, 1918 ausgewiesen, 1920 Kirchenhistoriker an der Universität Bonn. In seiner Wiener Zeit Bindeglied zwischen der Görres-Gesellschaft und der Leo-Gesellschaft, wurde er wegen seiner 1901 erschienenen Schrift: Der Katholizismus und das zwanzigste Jahrhundert im Lichte der kirchlichen Entwicklung der Neuzeit (bis 1902 acht Auflagen), als Modernist angefeindet; zeitweise entzog ihm die Kurie den Prälatentitel; bedeutender Kenner der Patristik, berühmt schon durch sein Werk: Die altchristliche Litteratur und ihre Erforschung seit 1880, 1894; Mitglied mehrerer Akademien, Dr. h.c. Wilhelm Hengstenberg, Ehrhard, Albert, in: NDB 4 (1959), S. 357.

4 Vgl. Brentano, Elsässer Erinnerungen, S. 129: Dort erwähnt L. Brentano »Differenzen« mit Althoff »über die Universität Straßburg«, die zum Erkalten der »persönlichen Beziehungen« zwischen ihnen geführt hätten, danach sei aber ihre alte Freundschaft »wieder erwacht«.

Einrichtung einer konfessionellen Geschichtsprofessur in Straßburg redet (von der theol[ogischen] Fakultät redet er, soweit ich sehe, nirgendwo).

Mit angelegentlichsten Empfehlungen und verehrungsvollen Grüßen verbleibe ich
Euer Exzellenz
treu ergebener
Baeumker.

178

Hermann von Grauert an Georg von Hertling
Prien am Chiemsee, 13. September 1917

(eigh. Or.; AGG, Nr. 8)

Hochzuverehrender Herr Staatsminister! Euer Exzellenz

beehre ich mich, beifolgende an das Kgl. Staatsministerium gerichtete und mir überwiesene Eingabe zurückzuleiten, und zwei Beilagen, die ich in meiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender der Görres-Gesellschaft erwirkt habe, zur gefälligen Kenntnisnahme und mit der Bitte um Rückgabe hinzuzufügen.

Die von Privatdozenten Dr. Haase gegebene Anregung, der Erforschung des slavischen Ostens und insbesondere der slavischen Kirchengeschichte eine besondere Pflege auch an der Universität München zu widmen, scheint mir eine Sache von höchster, auch politisch aktueller Wichtigkeit zu sein. Deshalb hielt ich es auch für erforderlich, zunächst von Herrn Dr. Haase selbst über seine wissenschaftlichen Pläne nähere Auskunft zu erbitten, sodann aber auch über ihn selbst an kompetenter Stelle verlässige Erkundigungen einzuziehen. Die erhaltenen Antworten und zwar

1., einen Brief des Herrn Domkapitulars und Universitätsprofessors Dr. J. Nikel v. 7/IX 1917
2., einen Brief von Dr. Haase v. 14. August 1917 lege ich im Original bei, und erbitte ich für die Akten der Görres-Gesellschaft zurück.

Ist dem Herrn Dr. Haase gegenüber nach Ausweis des Schreibens des Herrn Domkapitulars Prof. Dr. J. Nikel zunächst noch eine gewisse Zurückhaltung geboten, so sollten m[eines] E[rachtens] seine Anregungen hinsichtlich der Universität München weiter verfolgt und durch Vermittelung des Kgl. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten auch der neu berufene Kirchenhistoriker Prof. Dr. Pfeilschifter[1] einvernommen werden. Richtig ist, daß polnische Studenten seit dem 16. J[a]hrh[un]d[er]t gern und in grosser Zahl die Universität Ingolstadt bezogen haben. Im J[ahr] 1599 wurde dort sogar ein junger polnischer Student von fürstlicher Abstammung zum Rektor der Universität gewählt. Euer Exzellenz werden sich zu erinnern wissen, dass in den Neunziger Jahren des 19. J[a]hrh[un]d[er]ts eine ganze Anzahl vornehmer junger Polen in München studiert haben. Ich nenne einen

1 Georg Pfeilschifter (1870–1936), aus Mering bei Augsburg, nach Theologie- und Philosophiestudium in München 1894 Priesterweihe, 1897 Dr. theol., 1900 Habilitation, anschließend a.o. Professor für Kirchengeschichte und Patrologie in Freising, 1903 o. Professor für Kirchengeschichte in Freiburg im Breisgau, 1913/14 Rektor, 1917 Ruf nach München, 1922/23 Rektor, 1925 Mitgründer und bis 1927 erster Präsident der Deutschen Akademie. Pfeilschifter engagierte sich im Ersten Weltkrieg als Stimme des Katholizismus gegen Angriffe der französischen katholischen Intelligenz auf die deutsche Kultur. Hubert Wolf, Pfeilschifter, Georg, in: NDB 20 (2001), S. 329 f.

Fürsten Lubomirski,[2] Grafen Stadniczki, Grafen Scepticki und andere. Gegenwärtig studiert neben anderen auch ein Herr von Uminski, Priester der Diözese Ploczk[3] in München. – Da die Weltstellung des deutschen Volkes auch in den kommenden Friedensjahren nicht zuletzt auch von einer Verständigung mit den Slawen, mit den Westslawen wie mit den Russen, abhängig sein wird, so müssen wir an den deutschen Universitäten dem Slawentum eine grössere Aufmerksamkeit zuwenden. München hat dabei, wie schon Doellinger[4] erkannte, die besondere Aufgabe, dem Kirchentume der Slawen, und zwar dem römisch-katholischen wie dem unierten und dem orthodoxen ein eindringendes Studium zu widmen. Dafür wird sich die Errichtung eines Lehrstuhles für slawische Kirchengeschichte im Rahmen der theologischen Fakultät in absehbarer Zeit nicht umgehen lassen. Unter den dabei in Betracht kommenden leitenden Gesichtspunkten ist einer auch von hervorragender praktisch-politischer Bedeutung. Man kann ruhig behaupten, dass die slawische Intelligenz während des 19. J[a]hrh[un]d[er]ts und bis in den Weltkrieg hinein, von den kaisertreuen preussischen und den kaisertreuen galizischen Polen abgesehen, westmächtlich orientiert war. In dieser Beziehung muss im Interesse Deutschlands Wandel geschaffen werden. Die Pflege der Bildungsmittel, der geistigen Zusammenhänge zwischen Deutschen und Slawen liefert dafür die sichersten Hilfskräfte. Auch in München müssen mehr noch als vor dem Kriege neben der Kunst die Organe der Wissenschaft aufgeboten werden, um die Kluft überbrücken zu helfen, welche Deutsche und Slawen zu unserem eigenen Schaden von einander scheidet.

Der Vorstand der Görres-Gesellschaft hat in seiner letzten Sitzung am 26. August a[nni] c[ur]r[entis] beschlossen, die Anregung Dr. Haases auf Errichtung einer Sektion für Erforschung des slawischen Ostens durch eine Kommission, welcher ich angehöre, weiterer Prüfung unterstellen zu lassen.

In ausgezeichneter Hochschätzung verharre ich
Euer Exzellenz
ganz ergebener
Dr. H. von Grauert

2 Vgl. über die führende Stellung von Fürsten Lubomirski Hutten-Czapski, Bd. 2, S. 220–222, 229, 251 u.ö.

3 Eine der ältesten Diözesen Polens, nördlich an Ermland angrenzend.

4 Ignaz (1868 Ritter von) Döllinger (1799–1890), geb. in Bamberg, Studium der Philosophie, Geschichte, Naturwissenschaften und Theologie in Würzburg und Bamberg, 1822 Priesterweihe, 1823 Professor für Kirchenrecht und Kirchengeschichte am Lyzeum in Aschaffenburg, 1826 an der Universität München, 1848 Mitglied der Deutschen Nationalversammlung in Frankfurt am Main, 1868 Reichsrat der Krone Bayern, aufgrund seiner Verwerfung des Unfehlbarkeitsdogmas (Römische Briefe vom Konzil, 1870) 1871 exkommuniziert, 1872 Rektor der Universität München, 1873 Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Mitglied seit 1843); maßgebende, quellenbasierte Werke zur Geschichte der Reformation, zur frühen und späteren Kirchengeschichte, Akademievorträge, seit dem Vormärz in regem Gelehrtenaustausch.

179

Friedrich von Galen an Georg von Hertling
Haus Assen bei Lippborg, 20. September 1917

(eigh. Or.; AGG, Nr. 4)

Lieber, hochverehrter Freund!

Den 22 Aug[ust] wollte ich eigentlich in Berlin bleiben und Dich da aufsuchen, ich hatte so manchen Rat zu erbitten, aber ich unterlag dem Drang nach Haus zu fahren, ich hatte nur mehr 3 Tage Urlaub, und reiste die Nacht nach Haus. Das war mein Glück, denn ich kam schwer krank hier an, hatte von Litauen die Ruhr mitgebracht. Es war ein ganz schwerer Anfall und 8 Tage die Sache nicht unbedenklich. Vier Wochen habe ich fest zu Bett gelegen, ohne jedes Interesse für die Umwelt, aber dank der Pflege von Frau und Tochter[1] gehts jetzt wieder, und ich komme auf Stunden in den Sessel, fast 100 Pfund leichter, wie in früheren Zeiten.

Dies Dir zu erzählen ist aber nicht der Zweck dieses Briefes. Ich hätte so gern mit Dir über Erzberger gesprochen, der unser gutes altes Centrum zu Grunde richtet. Es kommt alles darauf an, endlich den Bann zu brechen, in dem der Mensch die Fraktion gefangen hält und am Gängelband führt. Ich bleibe nicht mehr in einer Fraktion die einem Erzberger das Recht gibt, sich ihren Führer zu nennen. Es kommt zum Kampf. Es ließ sich darüber viel sagen, aber ich kann noch nicht viel, das Schreiben wird mir noch mühsam.

Ich habe jetzt verschiedene offenbare Lügen von Erzberger festgestellt. Daß er von Audienzen bei Fürsten erzählte, die er nie gehabt hat, und ähnliches. Ihm ist jedes Mittel recht, was ihm in den Augen der Masse, einen Nimbus gibt. Nun wurde mir schon im Winter mal in Berlin gesagt, Du hättest mal geäußert, Erzberger hätte auch s[einer] Z[eit] beim hl. Vater garnicht die Privataudienzen gehabt, von denen er so weitläufig erzählt. Damals hielt ich das noch für unmöglich, jetzt traue ich ihm auch diese Lüge zu. Ich bitte Dich, wenn Du dies weißt, es mir zu schreiben.

Dann weiß ich nicht, ob Du den Herrn Nuntius nicht vor Erzb[erger] warnen willst. Er spricht in der Fraktion kaum noch über irgend eine Sache, ohne sich auf die Autorität des Nuntius zu berufen, bei dem er, wie er vorgibt, aus und eingeht und mit dem er fast auf du steht. Es wird der Moment kommen, wo der Nuntius und auch der hl. Vater, durch dieses Geschwätz aufs unangenehmste kompromittiert wird. Ich stand früher auch unter dem Bann seiner Behauptungen, wenn dieser Bann gebrochen ist, hört man immer Lügen und Trugschlüsse.

---

1 Friedrich Mathias von Galen war verheiratet mit Paula, geb. Freifrau von Wendt von Papenhausen (1873–1959); die Tochter Maria Elisabeth Josepha (1895–1974), einziges Kind, wurde Ordensschwester.

Verzeih den konfusen, unordentlichen Brief. Ich bin noch krank, hätte ihn besser meiner Tochter diktiert.

Für eine kurze Antwort wär ich sehr dankbar.

Mit der ergebenen Bitte Ihrer Exzellenz der Frau Gräfin meinen gehorsamsten Handkuß zu melden, bleibe ich in alter Verehrung

Dir, meinem väterlichen Freund
treu ergebener
Friederich Galen

180

Georg von Hertling an Anna von Hertling
München, 24. September 1917

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 23, f. 3–4)

Liebe Anna!

Dankt für die Mitteilung, dass Anna in Jordanbad[1] *eingetroffen ist und dort gute erste Eindrücke hat. Die Tochter Agnes war glücklich über ein einstündiges Gespräch mit Erzbischof Faulhaber, der mit ihren Gedanken und einzelnen Vorhaben vollständig einverstanden war und alle mögliche Förderung durch Rat und Tat für ihre den heutigen Bedürfnissen ganz entsprechende Kongregation bestimmt zugesagt hat. Er braucht seiner Frau die Briefe des Sohns Karl wohl nicht zuzusenden.* Sie sind wieder sehr hübsch in seiner Weise geschrieben, enthalten aber sonst nichts von Bedeutung.

Leider habe ich heute von dem Reichstagsabgeordneten Pfeifer,[2] den ich zufällig auf der Straße traf, gehört, daß es Gröber gar nicht gut gehe;[3] der günstige Zustand, in dem ich ihn getroffen habe, hat nicht angehalten, es ist keine Rede davon, daß er, wie ich hoffte, die Führung der Fraktion übernehmen könnte, ja nach dem, was mir Pfeiffer sagte, scheint das Schlimmste befürchtet werden zu müssen. Und was dann? Die Auflösung der Zentrumsfraktion des Reichstags und die Kompromittirung des Papstes, das werden die traurigen Ergebnisse der Erzbergerschen Machenschaften sein. Von Herzen

Dein GvH

---

1 Seit 1889 von Franziskanerinnen geführtes Kneipp-Bad bei Biberach an der Riß in Oberschwaben.

2 Maximilian Pfeiffer (1875–1926), geb. in Rheinzabern, nach Studium der klassischen Philologie, der vergleichenden Sprachwissenschaften, der Geschichte und Kunstgeschichte 1904 Dr. phil. (Erlangen), nach Lehramtsprüfung 1998 Volontär bei der Hof- und Staatsbibliothek in München, 1902 dort Assistent, 1900 Gründer der Deutschen Literaturgesellschaft, 1903–1905 deren Präsident, reiche literarische, historische und publizistisch-politische Tätigkeit, 1900–1902 Mitherausgeber der Zeitschrift Literarische Warte, 1903 Sekretär an der Kgl. Bibliothek in Bamberg, 1910 dort Kustos, 1912–1919 Bibliothekar an der Hof- und Staatsbibliothek in München, 1914 Kriegsfreiwilliger, in der Propagandaabteilung des Generalstabs tätig, enge Zusammenarbeit mit Erzberger, 1907–1918, 1919–1924 Mitglied Reichstags und der Nationalversammlung (Zentrum), 1918–1920 Generalsekretär des Zentrums, als erster Parlamentarier 1921–1926 deutscher Gesandter in Wien. Karsten Ruppert, Pfeiffer, Maximilian, in: NDB 20 (2001), S. 313 f.

3 Gröber, »durch und durch Volksführer und Politiker«, arbeitete im Frühjahr 1917 an den Verfassungsanträgen des Reichstags mit, war auch Autor des Berichts des Verfassungsausschusses über die Verantwortung des Reichskanzlers und des preußischen Kriegsministers. Überarbeitet erlitt er in seiner Wohnung einen Ohnmachtsanfall und schwere Brandverletzungen, weil seine Kleidung sich an einer Kerze entzündete. Er war monatelang arbeitsunfähig, fehlte darum auch bei der Verabschiedung der Friedensresolution des Reichstags am 19. Juli 1917. Cardauns, Gröber, S. 127 f., 146.

181

Georg von Hertling an Anna von Hertling
München, 27. September 1917

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 23, f. 7–8)

Liebe Anna!

[…] Ich bin so froh, zu hören, daß Dir Dein Aufenthalt in Jordanbad sympathisch ist, und Du glaubst, eine kleine Besserung wenigstens, was die Beweglichkeit betrifft, wahrnehmen zu können. Und wir sind ja erst im Anfang, und so verstärkt sich meine Hoffnung, daß die folgenden Wochen eine völlige Wiederherstellung bringen werden.

Ich werde also morgen in der Reichsratskammer reden[1] und bin auch mit der Vorbereitung darauf fertig, obwohl ich wieder mit Rücksicht auf die Verbreitung in der Presse ein vollständiges Manuskript ausarbeiten mußte. Das war im Reichstag bequemer, eine ausgearbeitete Rede brachte ich dort niemals mit. In der Abgeordnetenkammer werde ich dagegen aller Voraussicht nach, und wenn es nach meinen Wünschen geht, erst in der nächsten Woche sprechen.[2] Die Herren wollen dort eine allgemeine Debatte über die politische Lage herbeiführen, die durch meine Rede füglich einzuleiten wäre. Außerdem aber wird der Reichskanzler morgen Nachmittag sprechen[3] und so das Interesse für die nächsten Tage beschlagnahmen. Auch kann ja sein, daß seine Ausführungen auf das, was ich sagen will und sagen kann, von Einfluß sein wird.

1 Siehe unten Nr. 182.

2 In der Kammer der Abgeordneten fand am 29. September die Debatte über den Jahreshaushalt 1918/19 statt. Im Finanzausschuss hielt Hertling am 10. Oktober 1917 eine Rede über die Papstnote, Belgien und die unannehmbare Forderung nach Abtretung Elsaß-Lothringens, in der er zum Durchhalten aufrief. Er zeigte sich offen für eine eventuelle Angliederung des Elsaß an Süddeutschland und eine Vereinigung Lothringens mit Preußen. Er würde Beides nicht für unzweckmäßig halten. Nicht neu erscheine ihm die Erwägung, einen autonomen Bundesstaat zu schaffen, doch sehe er eine schnelle Entscheidung darüber nicht als realistisch an und halte es für einen großen Fehler, die Erörterung darüber »schon jetzt in die Öffentlichkeit zu tragen, auf Frankreich werden wir damit gar keinen Eindruck machen«. (Schulthess 58, NF 33 (1917/I), S. 893–895). Die Rede fand in der Kammer bei »recht ruhig« verlaufenden Debatten viel Anklang. Hertling an seine Frau Anna, München 13. Oktober 1917. BArch, NlH, Nr. 23, f. 20.

3 Am 28. September ging Michaelis im Hauptausschuss des Reichstags auf die Lage der Verbündeten, der Neutralen und der Gegner ein. Er rechtfertigte die deutsche Antwort auf die Friedensnote des Papstes damit, dass eine einseitige öffentliche Erklärung über Einzelheiten angesichts der internationalen Gepflogenheiten und ihres Zusammenhangs mit dem Gesamtkomplex der Friedensfragen als eine Festlegung zu Ungunsten Deutschlands gewirkt hätte und als Schwäche ausgelegt worden wäre. Er lehne es darum zurzeit ab, »unsere Kriegsziele zu präzisieren und unsere Unterhändler festzulegen«. Schulthess 58, NF 33 (1917/I), S. 821 f.

Michaelis hat mir heute auf meinen Brief vom Sonntag geantwortet und mir versichert, daß er die Elsaß-Lothringische Frage nicht überstürzen und sich selbst nach keiner Weise festlegen wolle. Daß Weihbischof Zorn von Bullach[4], ebenso wie der Bischof von Metz[5], gegen die Aufteilung des Reichslands ist, ist nicht verwunderlich. Nachdem auf Anregung von Erzberger und der württemb[ergischen] Volkspartei die Autonomie den Herren dort gleichsam auf dem Präsentirteller entgegengebracht, ist es, wie mir auch Ehrhard sagte, schwer für sie Nein zu sagen, auch wenn sie früher anderer Meinung waren. Bei dem Bischof von Metz und den Lothringern überhaupt mag auch die geringe Neigung, preußisch zu werden, hinzukommen. Ich warte die Entwicklung mit Resignation ab: Die politische Situation ist überhaupt recht unerfreulich, so günstig auch nach wie vor die militärische ist. Gegen die ultra-friedliebende Reichstagsmehrheit ist jetzt eine wilde Agitation der Alldeutschen im Gange,[6] die am liebsten eine Auflösung des Reichstags und Neuwahlen hätten, was ein aufgelegter Unsinn ist, und zu schweren Erschütterungen führen müßte. Die Zeitungen sind angefüllt mit Polemik, und die Uneinigkeit und Zerfahrenheit in Deutschland macht natürlich nach außen den schlimmsten Eindruck.

Agnes ist bisher jeden Nachmittag hier gewesen und hat Thee mit mir getrunken. Gestern sind wir zusammen spaziren gefahren, heute gegangen. Es geht ihr gut und sie ist nach wie vor guten Mutes, […] seit der Unterredung mit dem Erzbischof ist sie fest überzeugt, daß ihr Unternehmen gelingen wird. […]

4 Franz Freiherr Zorn von Bulach (1858–1925), geb. in Straßburg, aus altelsässischem Adel, nach Jurastudium Referendar im AA, 1891 Priesterweihe in Straßburg, Sekretär der Apostolischen Nuntiatur in Madrid, 1901 Weihbischof von Straßburg, 1903 dort Generalvikar, 1911 Mitglied der Ersten Kammer des Reichslands Elsaß-Lothringen, 1919 mit den anderen deutschen Bischöfen des Reichslands zum Rücktritt genötigt.

5 Willibrord Benzler OSB (1853–1921), Sohn eines Gastwirts in Niederhemer (Westfalen), Taufname Karl, Studium der Theologie und Philosophie, 1874 Eintritt in die Erzabtei Beuron, nach deren Aufhebung im Kulturkampf 1877 Priesterweihe in Volders (Tirol), 1880 im Kloster Emmaus in Prag, 1883 Prior der Abtei Seckau, 1887 Prior der Abtei Beuron, 1893 Abt der wiederbesiedelten Abtei Maria Laach, 1901 von Kurie und Reichsleitung einvernehmlich, nach zweimaliger Begegnung mit Wilhelm II., zum Bischof von Metz berufen, Mitorganisator des Eucharistischen Kongresses 1907 und des 60. Deutschen Katholikentags 1913 in Metz, Förderer der Seelsorge und Jugendarbeit im Bistum, das auch die französischsprachigen Anteile Lothringens umfasste, im Januar 1919 Niederlegung des Bischofsamts, Rückkehr nach Maria Laach und Beuron.

6 Anfang Oktober erklärte Michaelis im Reichstag die Agitation der Vaterlandspartei im Heer als unstatthaft.

Nun Gott befohlen, liebste Anna, grüße Gräfin Adelmann[7], die hoffentlich noch ein paar Tage bleiben kann, und sei selbst bestens gegrüßt. Von Herzen

Dein GvH

7 Sophie von Adelmann, geb. Freifrau von Brussele-Schaubeck (1851–1928), die Frau des mit Hertling gut bekannten Zentrumsabgeordneten Adelmann. – Heinrich Graf Adelmann von Adelmannsfelden (1848–1920), geb. in Hohenstadt (Württemberg), 1870/71 Kriegsteilnehmer, bis 1874 Jura-, Forst- und Landwirtschaftsstudien, Auslandsreisen, 1878 Verwalter des Familienbesitzes, Kgl. Württembergischer Kammerherr, 1881 Vorsitzender des landwirtschaftlichen Bezirksvereins Aalen, 1881–1893 Mitglied des Reichstags, 1910–1918 der Ersten Württembergischen Kammer. Haunfelder, S. 118 f.

182

Rede Georg von Hertlings in der Kammer der Reichsräte München, 28. September 1917

(Verhandlungen der Kammer der Reichsräte, 36. Jahrgang, IV. Sess., Bd. 1, S. 3–5)

Hohe Herren! Seit dem Schlusse des letzten außerordentlichen Landtags sind sechs weitere Monate harter Kriegszeit in das Land gegangen. Was damals zu erwarten war, der Eintritt Amerikas in die Zahl unserer Feinde, ist zur Tat geworden. Dem Beispiele sind mehr oder minder freiwillig andere größere und kleinere Staaten gefolgt.

Die dadurch mächtig gewachsenen Hoffnungen der Gegner auf den Sieg und die Verwirklichung ihres Vernichtungswillens Deutschland gegenüber haben sich jedoch nicht erfüllt. Die von Frühjahr bis Herbst mit ungeheuren technischen Mitteln und großer zahlenmäßiger Überlegenheit vorgetragenen Vorstöße der Feinde haben im Westen und im Süden zwar zu kleinen Einbuchtungen der Verteidigungslinie geführt, einen Durchbruch aber nicht erzielt. Im Osten ist die Offensive des revolutionären Russlands zusammengebrochen, die besetzten Gebiete der Donaumonarchie sind fast restlos befreit. Die U-Boote treffen den Feind an empfindlichster Stelle. Sogar der englische Minister Bonar Law erwähnte kürzlich in einer Rede die bewunderswerte Kraft unserer Truppen.[1] *Zwei bayerische Prinzen stärken unsere Waffen, Rupprecht im Westen, Leopold im Osten. Jedoch hat auch dieses Jahr wieder das Opfer von Tausenden gefallener oder krank und verstümmelt zurückkehrender Soldaten gefordert. Das Vaterland wird ihnen den Dank für ihre großen und schmerzlichen Opfer nicht nur in Worten erstatten.*

Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Menschenkraft und die damit verbundene Zerstörung unwiederbringlicher Menschheitswerte hat bekanntlich die deutsche Regierung in Übereinstimmung mit den Verbündeten am Ende des vorigen Jahres an die feindlichen Mächte ein Friedensangebot gerichtet. Es war nicht der Schwäche

1 Bonar Law forderte eine gesteigerte militärische Anstrengung als einzig geignetes Mittel zur Ablösung des schon vor 1914 Deutschland beherrschenden und nun andere Länder unterjochenden Militarismus. Am 20. Februar 1917 entgegnete er Mitgliedern des Unterhauses, die Friedensbereitschaft angemahnt hatten: Die Deutschen hätten auf die Einladung Wilsons hin nicht ihre Friedensbedingungen (terms) genannt. »Their terms were clearly based on a German victory, which meant the continuation of that military machine, with its force unbroken, and of a danger to the world at any moment of a recurrence of the same horrors from which we are now suffering.« (Hansard's Parliamentary Debates. House of Commons, Serie 5, Bd. 90, Sp. 1230 f.). – Andrew Bonar Law (1858–1923), geb. in Rexton (New Brunswick), schottischer Herkunft, bis 1875 Studium an der High School of Glasgow, Geschäftsmann in Glasgow, 1900–1923 MP (1911 Führer der Konservativen Partei), 1902 Parlamentarischer Sekretär im Board of Trade, 1915 Kolonial-Staatssekretär, 1916–1919 Schatzkanzler, Oktober 1922–Mai 1923 Premierminister.

entsprungen, sondern aus ernsten sittlichen Erwägungen hervorgegangen.[2] Nachdem dieses Angebot aber auf seiten der Entente eine schnöde Antwort erfahren hatte, konnte es unserseits nicht wiederholt werden. Die Bereitwilligkeit der Mittelmächte zum Frieden ist nach wie vor die gleiche geblieben.

Die Bereitwilligkeit zu Unterhandlungen über einen für alle Teile ehrenvollen und dauerhaften Frieden hat sich gezeigt, als zu Anfang der revolutionären Zustände in Rußland die provisorische Regierung geneigt erschien, auf Friedensgedanken einzugehen. Sie ist mit aller Deutlichkeit durch die Friedensresolution des Deutschen Reichstags hervorgetreten. Unter diesen Umständen war es natürlich, daß der hochherzige Friedensappell Seiner Heiligkeit des Papstes auf seiten der Mittelmächte nicht nur mit Dank und Ehrerbietung begrüßt, sondern auch mit voller Freude aufgenommen wurde.[3] Dabei können wir es mit besonderer Genugtuung begrüßen, daß entsprechend den traditionell innigen, durch vertrauensvolle diplomatische Vertreter gepflegten Beziehungen zwischen der bayerischen Regierung und dem Heiligen Stuhle, die Note Seiner Heiligkeit des Papstes auch Seiner Majestät dem König von Bayern übergeben wurde und daher von hier aus zu beantworten war. Hierbei ist der föderative Charakter des Deutschen Reiches, ist die Bedeutung der Deutschen Bundesfürsten klar in Erscheinung getreten, nicht minder aber auch das treue Zusammenstehen von Kaiser und Reich, von Volk und Fürsten. In der Antwort auf die päpstliche Note konnten bei der gegenwärtigen Sachlage nähere Detailbestimmungen noch nicht enthalten sein, es konnten nur die grundsätzlichen Fragen in Erwägung gezogen werden; zu einem näheren Eingehen auf Einzelheiten wird es erst dann die Zeit und erst dann die Pflicht sein, wenn auch auf der anderen Seite der ernste Wille, zu einem Frieden zu gelangen, sich deutlich zeigen wird.[4]

---

2 Für Bethmann Hollweg, Betrachtungen, S. 151 f., »eine sittliche Tat«, dazu gedacht, durch die »feierliche Dokumentierung unseres Verständigungswillens die friedensbereiten Minoritäten der feindlichen Völker« zu stärken und beim eigenen Volk »de[n] Wille[n] zum Durchhalten nur durch die Gewißheit anzuspornen, daß die Regierung jederzeit bereit sei, dem Gegner die Hand zu einem ehrenvollen Frieden zu reichen«.

3 Antwort Michaelis' v. 19. September 1917. Schulthess 58, NF 33 (1917/I), S. 801 f. Vgl. W. Steglich, Friedensappell Papst Benedikts XV., S. 197–202, 273–328.

4 Das Handschreiben König Ludwigs III. von Bayern an Papst Benedikt XV. erging am 21. September 1917. Es wurde von Legationsrat Paul von Stengel aufgesetzt, von Hertling unverändert genehmigt und noch dem Staatssekretär Kühlmann vorgelegt. Der Botschafter Österreich-Ungarns in München, Johann Douglas Graf von Thurn und Valsassina (1864–1939), berichtete am 25. August 1917 von Hertlings Erwägungen über die deutsche und bayerische Antwort auf die Papstnote. »Beschränke sich nämlich unsere Note, wie dies voraussichtlich der Fall sein müßte, auf in allgemeine Phrasen gekleidete Zustimmungsäußerungen, so würden die Feinde wieder behaupten, wir seien hinterhältig und vermieden es, auf konkrete Punkte einzugehen, um uns für später alle Hintertüren offenzuhalten. Ginge man aber jetzt in Details ein, was ohne gewisse Reserven in einigen Punkten wohl nicht möglich wäre, so würden diese Vorbehalte sofort aufgegriffen und daraus gegen unsere bona fides Kapital geschlagen werden. Dies seien die Gründe weshalb es ihm, Graf Hertling, für sehr vorteilhaft erschiene, wenn es möglich wäre, diesmal der Entente zuerst das Wort zu lassen. Diese gleiche Anschauung scheint man, nach den Äußerungen Graf Hertlings, auch in Berlin zu hegen«. W. Steglich, Friedensappell Papst Benedikts XV., S. 231–233.

Was bisher über die Aufnahme verlautete, die die Antworten der Mittelmächte auf der anderen Seite gefunden haben, ist wenig erfreulich.[5] Wir können uns darüber nicht wundern; denn in den Ententeländern ist bisher schon jede schüchtern hervortretende Friedensregung sofort von den Regierenden mit der größten Entschiedenheit abgelehnt worden. Wie es scheint, will man auf jener Seite den Vortritt dem Präsidenten Wilson überlassen, der vor seiner Wahl als Friedensfreund galt, nachher aber zu einem der schlimmsten Kriegshetzer umgeschlagen ist. Seinen jungen Eifer scheint der Präsident Wilson insbesondere dadurch bekunden zu wollen, daß er möglichst viele Neutrale in die Reihe unserer Gegner drängt und da, wo ihm dies nicht gelingt, sie das Verharren in der Neutralität schwer büßen läßt.

Es kann ja zugegeben werden, Hohe Herren, daß die Note des Präsidenten Wilson auch einige Lichtpunkte enthält, ja daß sie sich sogar hie und da in Widerspruch mit den Gesinnungen der Bundesgenossen stellt oder zu stellen scheint, so in dem, was über die Freiheit der Meere gesagt wird und in der freilich recht bedingten Ablehnung eines Wirtschaftskrieges nach der Beendigung des Krieges der Waffen. Aber, Hohe Herren, der Gesamteindruck und der von der Note angeschlagene Ton läßt sie als das vollständige Gegenbild erscheinen zu der von dem Geiste echter Menschenliebe und aufrichtiger Friedfertigkeit beseelten Note Seiner Heiligkeit des Papstes. Und was nun an dieser Note unseren schärfsten Protest herausgefordert hat und immer aufs Neue herausfordern muß, das ist die Häufung von Schmähungen und Verleumdungen gegen die deutsche Regierung, ist das sichtbarste Bestreben, zwischen dieser Regierung und dem deutschen Volke Uneinigkeit zu stiften. Wie können wir das hohe Pathos der Menschlichkeit gelten lassen, die Entrüstung über das von der kaiserlichen Regierung vergossene unschuldige Blut von Hunderten von Frauen, Kindern und Hilflosen, wie können wir es gelten lassen angesichts der Tätigkeit dieses Präsidenten Wilson, der vom ersten Tage des Eintrittes in den Krieg kein anderes Ziel nachdrücklicher verfolgte als die Hungerblockade zu verschärfen, durch die nicht etwa nur Hunderte und Tausende von Frauen und Kindern getroffen, sondern ein ganzes Volk durch Hunger gepeinigt zur Übergabe gezwungen werden soll? Ein seltsames Mittel, das Wort wahr zu machen, daß er das deutsche Volk nicht entgelten lassen wolle, was seine Regierung gesündigt habe!

Präsident Wilson erklärt am Schlusse seiner Note, das Wort der gegenwärtigen Beherrscher Deutschlands biete keine Garantie für dauernde Abmachungen, wenn es nicht ausdrücklich durch eine Willenskundgebung des deutschen Volkes unterstützt werde, und in dem vorhergehenden Teile seiner Ausführungen lehnt er es sogar ab, mit der deutschen Regierung, die er die erbarmungslose Beherrscherin des deutschen Volkes nennt, in Friedensverhandlungen einzutreten. Er begegnet

5 Vgl. W. Steglich, Friedensappell Papst Benedikts XV., S. 331–341; Fester, S. 25–45.

sich darin mit den Äußerungen des leitenden englischen Staatsmannes, der in seiner Rede in der Queenshall[6] sagte:

»Mit einem freien Deutschland könnten wir Frieden schließen, aber nicht mit einem autokratisch beherrschten Deutschland; mit dem können wir unter gar keinen Umständen Frieden machen«.[7]

Hohe Herren! Man kann fragen, was in diesen Äußerungen stärker ist, die Unwissenheit oder die Anmaßung. Es gibt in Deutschland keine autokratische Regierung. Im Reiche wie in den Bundesstaaten ist die Ausübung der obersten Staatsgewalt an die Mitwirkung verfassungsmäßiger Organe der Volksvertretung gebunden. Es gibt deshalb auch bei uns keine die Regierungen bindende Verträge, die hinter dem Rücken der verantwortlichen Persönlichkeiten, hinter dem Rücken des Volkes geschlossen worden wären, und die Monarchien in Deutschland sind geschichtlich gewachsene, mit dem Leben des Volkes auf das innigste verflochtene Gebilde. Der Fürst, der König ist der ruhende Pol in dem Wechsel der Erscheinungen, er ist über die Interessengegensätze und Parteigegensätze hinausgerückt. Nach der Natur der Sache kann sein Streben nur auf das Wohl des Ganzen gerichtet sein. Ich kann nicht finden, daß die Erlebnisse der letzten drei Jahre uns den Vorzug demokratischer Verfassungen zu Gemüte geführt hätten, wo wie beispielsweise in Nordamerika im gegebenen Falle unter dem Einfluß, unter dem Drucke mächtiger Interessentengruppen einem einzigen Manne, dem Präsidenten, eine schier unbeschränkte Macht in die Hand gegeben werden kann. Unter allen Umständen aber wollen wir uns verbitten, dass sich die Feinde in unsere innerstaatliche Ordnung einmischen. Wir wollen selbst bei uns dasjenige ordnen, was etwa der Ordung noch bedürftig wäre, tritt ja doch die Hoffnung unserer Feinde zu deutlich hervor, durch diese immer wieder hinausgegebenen Schlagworte Uneinigkeit zwischen den deutschen Volke und den Regierungen zu säen. Aber diese Hoffnungen, diese Wünsche werden sich wiederum nicht erfüllen. Ich wiederhole, Kaiser und Reich, Fürsten und Völker stehen treu zusammen, zumal wo es sich um die Verteidigung des Vaterlandes, um die Sicherung seiner Grenzen, um Freiheit und Schutz unserer wirtschaftlichen Entwicklung handelt. Dabei verschließen wir uns ja gewiß der Einsicht nicht, daß auch in Deutschland manches verbesserungsfähig, manches abänderungsbedürftig ist; aber das wollen wir, wie ich schon gesagt habe, selbst ordnen, in aller Ruhe und mit Berücksichtigung unserer historischen Verhältnisse, mit Berücksichtigung unserer Bedürfnisse und nicht nach ausländischen Theorien oder aufreizenden Schlagworten.

Fürst Fugger[8] hat die für die großen Fragen des Weltkriegs unbedeutende doch für Bayern sehr wichtige Reform der Reichsratskammer berührt. Eine Revision der die Zusammensetzung dieser hohen Kammer regelnden Verfassungsbestimmungen wurde

6 1893 eröffneter, größter Konzertsaal Londons am Langham Place.

7 Lloyd George am 21. Juli 1917. Schulthess 58, NF 33 (1917/II), S. 311.

8 Carl Ernst Fürst Fugger zu Glött, Präsident der Kammer der Reichsräte.

schon wiederholt und in letzter Zeit besonders nachdrücklich gefordert. Obwohl in ihren hohen Leistungen unbestritten und bewährt, entspricht die Reichsratskammer mit ihrer auf das Jahr 1818 zurückgehenden Zusammensetzung nicht mehr der heutigen Gliederung der Gesellschaft. Neben den Grundbesitz sind Industrie, Handel und Gewerbe als entscheidende Faktoren des Wirtschaftslebens getreten. Ein diesem Wandel Rechnung tragender Gesetzentwurf, der von der Staatsregierung in Arbeit genommen wurde, soll dem Landtag alsbald vorgelegt werden.

183

Clemens Baeumker an Georg von Hertling
Tegernsee, 28. September 1917

(eigh. Or.; AGG, Nr. 3)

Hochverehrte Exzellenz!

Obwohl augenblicklich so viele und dringende Aufgaben Euer Exzellenz in Anspruch nehmen, bitte ich doch, einem stillen Wunsche von Herrn Professor Ehrhard in Straßburg entsprechend, die Hauptgedanken aus einem Memorandum mitteilen zu dürfen, das dieser vielleicht an die unrichtige Stelle gesandt hat (Herrn Erzberger).

1) Die aus der bulgarischen Unionsbewegung der Jahre 1860/61 sich ergebende Lehre, daß der Abschluss einer kirchenrechtlichen Union keine genügende Gewähr für den Bestand einer Union mit Rom schaffe; zu dieser rechtlich geregelten Union müsse die Erfüllung der bulgarischen Kirche, Klerus und Volk, mit den sittlich-religiösen Kräften hinzutreten, die den Balkankirchen abhanden gekommen sind und die sie nur von einer psychologischen Endosmose[1] mit der katholischen Kirche erhalten können.
2) Der wahre Erweis des sittlich-religiösen Tiefstandes der Balkankirchen, insbesondere ihres Klerus, und die Bloßlegung der innern Gründe desselben, die in dem byzantinisch-orthodoxen Kirchentum als solchen liegen. Diese entlasten die Einzelpersönlichkeiten, belasten aber umso schwerer dieses Kirchentum selbst in seiner einseitigen Ausrichtung auf äußere Kulteinrichtungen unter völliger Vernachlässigung des inneren Menschen und Durchdringung der Einzelpersönlichkeit mit sittlich-religiösen Kräften.
3) Die durch die Geschichte der theologischen Schulen der Balkankirchen selbst bewiesene Unfähigkeit derselben, aus eigener Kraft das schon ausgesprochene Ziel zu erreichen.
4) Derselbe Beweis aus der Gesamtlage der kirchlichen Institutionen des Balkan (Klerus, Mönchtum, praktisches Kirchenleben), und insbesondere aus der Verachtung, die seitens der sogenannten Intellektuellen der Balkanstaaten, die von westlichen Ideen antireligiöser und irreligiöser Natur beherrscht sind, ihrer eigenen Kirche entgegengebracht wird. – Das völlige Versagen der Kraft des Klerus, dem Eindringen dieser meist aus dem heutigen Frankreich stammenden auflösenden Bestrebungen einen wirksamen Damm entgegenzustellen.
5) Die aus den gewonnenen Erkenntnissen sich aufdrängende Notwendigkeit der Bildung und Erziehung des Balkanklerus, der sich mit Rom uniert. Diese kann weder in den Balkanländern gewonnen, noch von Einheimischen übermittelt

1 Eindringen einer Flüssigkeit durch eine poröse Haut.

werden, sondern nur im Schoße der römisch-katholischen Kirche selbst und durch Organe derselben.

6) Die verschiedene Abstufung in dieser Bildung und Erziehung selbst mit ihrer Krönung durch ein Balkaninstitut, in dem die führenden bzw. zur Führung befähigten höheren Kleriker ihre wissenschaftliche und zugleich klerikale Prägung erhalten können, um Kräfte heranzubilden, die die Kleinarbeit in ihrer Heimat zu leiten imstande sein werden.

7) Die Universität München als der geeignetste Ort für ein Balkaninstitut.
   a) infolge der günstigen Verhältnisse der philosophischen Fakultät (gegenüber Wien), um ein Zusammenwirken von Philosophen, Philologen und Theologen bei der Ausbildung der für jene Leitung in Frage kommenden Kleriker zu erzielen;
   b) infolge des intensiven katholischen Charakters der Stadt, im Gegensatze wieder zu Wien, der Höhenlage des Gottesdienstes, des Kirchenlebens des Volkes.

8) Die Unterbringung der betreffenden Kleriker in einem Hause, vorläufig Mietshause, unter einem Direktor, der imstande sei, die Gesamtstudien derselben zu leiten, sie den ihren Fähigkeiten entsprechenden philosophischen, philologischen, biblischen und theologischen Fachstudien an der Universität zuzuführen und ihr religiös-sittliches Leben zu überwachen.

Auch die philosophische Fakultät hatte sich infolge der Aufforderung Sr. Exzellenz des Herrn Ministers des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten bereits mehrmals mit den Angelegenheiten des zu gründenden Balkaninstitutes zu befassen. Ich hoffe, daß Euer Exzellenz es mir deshalb nicht übel nehmen, wenn ich mir erlaube, diese Auffassungen und jedenfalls wohl überlegten Organisationsgedanken von Herrn Professor Ehrhard, in der Voraussetzung, dass dieses nicht bereits anderweitig geschehen ist, Euer Exzellenz mitzuteilen.

Mit dem Ausdruck der vorzüglichsten Hochschätzung und mit verehrungsvollem Gruß verbleibe ich
Euer Exzellenz
treu ergebener
Baeumker.

184

Georg von Hertling an Anna von Hertling
München, 1. Oktober 1917

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 23, f. 9–10)

Liebe Anna!

Ich bin also plötzlich hier, Anna wird Dir das Daß und Warum gemeldet haben. Es kam mir hart angerannt und ich hatte wenig Lust, da aber der Reichskanzler mich zu sprechen wünschte, und da es sich, wie ich von Lerchenfeld erfuhr, um Elsaß-Lothringen handelte, mußte ich mich darein finden und fuhr gestern Abend in Begleitung von Stengel hierher. Geschlafen habe ich wenig, und daß wir mit zweistündiger Verspätung hier ankamen, trug nicht dazu bei, meine Stimmung zu verbessern. Ich hatte gerade Zeit, einen anderen Rock anzuziehen, und ging dann zu Michaelis. Der Mann hat mir heute entschieden besser gefallen, und hat auch, glaube ich, trotz Erzberger, seine Stellung befestigt. Ich habe ihm nach allen Richtungen sehr offen meine Auffassung gesagt und will hoffen, daß es bei dem bleibt, worin wir einverstanden waren, daß in der betreffenden Frage jetzt keine Entscheidung getroffen wird, und, wo möglich, auch eine Erörterung derselben im Reichstag nicht erfolgt. Das letztere ist freilich zweifelhaft, da, wie er mir selbst sagte, die Mehrheitsparteien ihn stürzen wollen und dazu auch diese Gelegenheit benutzen möchten. Er war ganz au fait, wußte, daß Bülow hinter allen Intriguen stehe und Erzberger für ihn arbeite. Daher der Frontwechsel des letzteren und seine plötzliche Gegnerschaft gegen Bayern, weil wir zuerst in der Staatszeitung das Signal gegen die Parlamentarisirung abgegeben haben. Vielleicht sehe ich ihn morgen. Michaelis bat mich, auf Fehrenbach einzuwirken, damit er sich mit einer Vertagung der Elsaß-Lothringenschen Frage einverstanden erklärt und in diesem Sinne auf die Fraktion einwirkt. Lerchenfeld wird ihn für morgen zum Frühstück einladen. Für heute Abend hat er mir zu Ehren Helferich und Kühlmann eingeladen, Michaelis musste absagen, weil er Hindenburg's Geburtstag zu Ehren heute Abend in's große Hauptquartier fährt, wo er auch den Kaiser sprechen wird. Eben deshalb möchte ich gerade heute hier sein.

Mitz sehe ich hoffentlich morgen früh. Henni war hier, als ich beim Reichskanzler war und fragte, wann sie mich besuchen könnten. Ich bat morgen recht frühe zu kommen, ehe die andren Besuche anfangen, habe aber außerdem vor, morgen Nachmittag und Abend für Steglitz zu reservieren. – Hier wurde ich unterbrochen. Der neue preußische Kultusminister[1], mit dem ich von Althoffs Zeiten her bekannt bin und an den ich neulich geschrieben hatte, um diese Beziehungen aus Anlaß eines besonderen Falls wieder aufzunehmen, hatte die Freundlichkeit, mich zu besuchen.

1 Friedrich Schmidt(-Ott).

Er war noch nicht fort, da kam der Fürst Lubetzki[2], der mich schon früher einmal aufgesucht hatte, und trug mir recht Interessantes, wenn auch nicht durchaus Erfreuliches über Polen vor. Dann machte ich rasch mit Stengel einen kurzen Bericht für den König über meine Unterredung mit dem Kanzler, und ging hierauf mit Lerchenfeld, ein wenig Luft schöpfen. Nach Hause zurückgekehrt hatte ich einen langen Besuch des Staatsrats von Braun[3], der jetzt hier Unterstaatssekretär im Reichsernährungsamt ist, und mir viel zu erzählen hatte. Morgen wird es so weiter gehen, und ich werde froh sein, wenn ich am Mittwoch erst wieder in meinem Salonwagen bin. Ich will aber diesmal bei Tag fahren und hoffe, daß der Zug, der ja nicht wie der gestrige Nachtzug 4 Schlafwagen mit sich führen wird, ohne große Verspätung in München eintreffen wird, fahrplanmäßig soll er um 10 Uhr 26 M[inuten] ankommen, was schon spät genug ist. Von München aus schreibe ich Dir dann, wie es hier weiter gegangen ist und namentlich, wie ich Mitz und die Kinder getroffen habe. Auch will ich mir von Henni erklären lassen, wie militärisch Karls Ernennung zum Divisions-Adjutanten eingeschätzt wird. Auch weiß er vielleicht, wo die betreffende Infanterie-Division steht und was man voraussichtlich mit ihr vor hat. Hoffentlich geht es Dir weiter erträglich, und ist dort das Wetter gut geblieben, in München schien ein Umschlag bevorzustehen, in der Nacht wurde es empfindlich kalt, dann kam aber doch wieder die Sonne heraus.

Alles Liebe für Dich, von Herzen Dein
GvH

2 Franciszek Ksavery (Xaver) Fürst von Drucki-Lubecki (1860–1918), polnischer Rittergutsbesitzer, Führer der konservativen Polen, 1914–1918 Mitglied des Preußischen Herrenhauses, diplomatische Aktivitäten. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums, Bd. 10, S. 375; Spenkuch, S. 167 f.

3 Friedrich Edler von Braun, der aus dem bayerischen Verwaltungsdienst kam.

185

Georg von Hertling an Anna von Hertling
München, 7. Oktober 1917

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 23, f. 13–14)

Liebe Anna!

Seine Frau soll wegen der Gerüchte über Fliegerangriffe auf Stuttgart und benachbarte Städte, die wegen des trüben Wetters zurückgehen werden, keineswegs vorzeitig die Kur in Jordanbad abbrechen, die anscheinend doch gut anschlägt. Agnes will ihr Unternehmen mutig weiterführen, obwohl ihre Gefährtin unwohl und erholungsbedürftig ist, aber sie hat schon ein neues Mädchen gefunden, aus der vielleicht die erste Laienschwester wird. Die Tochter Anna soll nach der Rückkehr der Mutter die sechs Wochen nachholen, die sie braucht, um vollberechtigte Krankenpflegerin zu werden. Er ist in seiner Wohnung von der Köchin Martina bestens versorgt, erhält täglich Besuche von Tochter Agnes, auch von Bekannten wie P. Blume. Bei einer vorzeitigen Rückkehr seiner Frau Anna hätte er doch keine Zeit für sie, weil er täglich vor- und nachmittags in der Kammer sein muss.

Im Reichstage scheint es gestern recht schlimm hergegangen zu sein, das Aufeinanderplatzen der Parteien muß im Auslande einen bösen Eindruck machen. Helfferich hat offenbar total die Nerven verloren, ich glaube nicht, daß er bleiben kann, und würde auch seinen Abgang nicht für ein Unglück halten. Eine nochmalige Kanzlerkrisis erscheint mir dagegen sehr bedenklich, wir wollen sehen, ob es Michaelis morgen gelingt, die Situation noch einmal einzurenken.[1] Erzberger hat diesmal wenigstens nicht im Vordergrunde gestanden, und daß es im Zentrum doch auch noch vernünftige Leute gibt, konnte ich neulich zu meiner Freude an Fehrenbach wahrnehmen, ich habe das, glaube ich, schon einmal geschrieben. Ueber Elsaß-Lothringen soll einstweilen keine Entscheidung getroffen werden, und das ist wenigstens etwas.

Nun gute Nacht, hoffentlich schläfst Du ordentlich.

Von Herzen Dein GvH

1 Am 6. und 8. Oktober debattierte der Reichstag über zwei sozialdemokratische Interpellationen, betreffend die Agitation von Vorgesetzten im Heer für die Vaterlandspartei und die Einschränkung der Vereins- und Versammlungsfreiheit durch die Stellvertretenden Generalkommandos. Die Reden Michaelis' und des Vizekanzlers Helfferich, der wegen vieler Zurufe seine Rede abbrach, vermochten die aufgebrachte Stimmung nicht zu dämpfen. Schulthess 58, NF 33 (1917/I), S. 851 f. (Helfferich), 861 f., 865 f. (Michaelis).

186

Georg von Hertling an Anna von Hertling
München, 12. Oktober 1917

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 23, f. 17–18)

Liebe Anna!

Guten morgen! Hoffentlich hast Du gut geschlafen. Gestern Abend konnte ich nicht schreiben wegen des Diners beim Nuntius. Es war ein arges Gehetze, ich kam erst nach halb acht aus der Auschuß-Sitzung und mußte mich noch umziehen. Ich saß dann rechts vom Nuntius, auf der andern Seite Knilling, gegenüber der Erzbischof. Außerdem waren die hiesigen Diplomaten da und unser Staatsrat v. Lößl[1], den ich später im Wagen mitnahm und nach Hause fahren ließ. Das Essen war gut, irgend etwas Besonderes ist nicht zu berichten.

Die Situation in Berlin ist, nach allem, was man hört, nur für den Augenblick wieder geflickt, aber an Dauer glaubt niemand. Lerchenfeld schrieb gestern, er habe die Hoffnung aufgegeben, daß Michaelis in die Stelle hineinwachsen werde. Wie man höre, seien die Kandidaten der Heeresleitung Tirpitz und Bülow, beide halte er für ausgeschlossen. Anderswo nenne man Bernstorff[2]. Kühlmann habe sich eine gute Position gemacht, für den Reichskanzlerposten halte er ihn aber doch nicht für ausreichend.[3] – Die Friedensaussichten sind, wenn man auf die Stimmen der Entente-Presse achtet, recht gering, und ich habe daher auch im Ausschusse gesagt: die Zähne auf einander beißen und aushalten! Aber man kann nicht wissen, vielleicht kommt der Friede doch schneller, als es jetzt aussieht, zumal die Dinge in Italien sehr schlecht stehen, wie auch dem Nuntius aus Rom gemeldet wurde.

---

1 Sigmund Ritter von Lössl (1856–1938), geb. in Salzburg, Jurastudium, 1880 Praktikant, 1884 Bezirksamtsassessor, 1889 Ministerialsekretär im bayerischen Ministerium des Äußern, 1891 Legationssekretär, 1895 Legationsrat, 1899 Geheimer Legationsrat, 1903 Ministerialrat, 1906 Staatsrat im a.o. Dienst, Stellvertreter des Staatsministers des Kgl. Hauses und des Äußern, 1907 Ministerialdirektor, 1908 Prädikat Exzellenz, 1918 auf Ansuchen Ruhestand. Schärl, S. 323 f.

2 Johann Heinrich Graf von Bernstorff (1862–1939), aus mecklenburgischem Adel und Diplomatenfamilie, geb. in London, nach Abitur 1881–1892 Militärdienst, Offizier, 1890 Eintritt ins AA, 1892 Legationssekretär in Belgrad, 1894 in Dresden, 1897 in München, 1902 in London, 1904 Botschaftsrat, 1906 Generalkonsul in Kairo, 1908–1917 Botschafter in Washington, 1917–1918 in Konstantinopel (Pera), 1917 Wirklicher Geheimer Rat, 1919 Urlaub, 1920 z.D., 1927 a.D. auf eigenen Antrag, 1921–1928 Mitglied des Reichstags (DDP), 1921 Präsident der Deutschen Liga für Völkerbund, seit 1926 Mitglied der deutschen Delegationen zum Völkerbund, 1932 Übersiedlung in die Schweiz.

3 Lerchenfeld nannte als Kandidaten noch Graf Brockdorff-Rantzau, hob auch Michaelis' »gute Seiten«, seine Zuverlässigkeit und föderalistische Gesinnung hervor; ein »preußischer Konservativer ohne Scheuklappen« sei als nächster Reichskanzler wünschenswert. »Denn ohne den preußischen Partikularismus ist der Kampf gegen den Unitarismus schwer zu führen«. Lerchenfeld an Hertling, Berlin 10. Oktober 1917. Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 933 f.

Wir haben nun auch angefangen, ein wenig zu heizen; das Heizverbot ist seit gestern aufgehoben, und zur Befriedigung des ganzen Hauses brennt der Ofen unten vor der Treppe. In der Wohnung bin ich natürlich sehr sparsam. […].

Der König trifft am 17. aus Berchtesgaden wieder hier ein, ich werde also wohl darum herumkommen, zum Vortrage hinaus zu müssen.

Alles Liebe für Dich, von Herzen
Dein GvH

187

Felix Porsch an Georg von Hertling
Breslau, 22. Oktober 1917

(eigh. Or.; AGG, Nr. 9)

Hochverehrte Excellenz!

Für alle Fälle möchte ich Ihnen doch mitteilen, daß Fürst Hatzfeldt[1], der mich am 17. d[ieses] M[onats] in Berlin aufsuchte, um mit mir die zu erwartende Wahlrechts u.s.w. Vorlage zu besprechen, bei dieser Gelegenheit zu mir sagte:

»Ich weiß nur einen Mann, der im Augenblick Reichskanzler werden könnte, das ist Graf Hertling und wenn es nur für drei Monate[2] wäre«.

Ich weiß allerdings auch keinen anderen Rat; aber Müller Coblenz würde sich freuen, daß ich das schreibe; von mehreren Seiten wird auch auf General Gallwitz[3] hingewiesen.

In treuen Gesinnungen
Euer Exc[ellenz] aufrichtig ergebener Porsch

1 Hermann Fürst von Hatzfeldt zu Trachenberg (1848–1933), geb. auf Schloss Trachenberg, Hochadel aus schlesischer Linie (bei rheinischer Stammlinie), 1870 Kammergerichtsreferendar, 1870/71 Leutnant des Garde-Kürassier-Regiments, 1878 Mitglied des Preußischen Herrenhauses, 1878–1893, 1907–1912 des Reichstags (Freikonservativer), 1894–1903 Oberpräsident der Provinz Schlesien, Befürworter eines Verständigungsfriedens mit der Entente, hoch dekoriert, 1919 Beitritt zur Zentrumspartei, weil diese in Kaiserreich und Republik »klug operiert« habe, 1920–1921 Bevollmächtigter der Reichsregierung für die Abstimmung in Oberschlesien, bis 1930 in der Provinzialverwaltung tätig, Reform-Konservativer nach Spenkuch, S. 281–305.

2 Statt »für drei Monate« steht in dem übersandten Or. durchgestrichen: »für einen Übergang«.

3 Max (1913 von) Gallwitz (1852–1937), aus bürgerlich katholischer Familie in Breslau, nach Abitur 1870 Eintritt in die preußische Armee, Besuch der Kriegsakademie, 1890 Major, Verwendungen als Stabsoffizier, Kommandeur und im Kriegsministerium, 1899 Oberst, 1902 Generalmajor, 1906 Generalleutnant und Divisionskommandeur, 1911 General der Kavallerie, Inspekteur der Feldartillerie, 1914 Kommandierender General, 1914 beteiligt an der Eroberung Namurs, den Siegen an den Masurischen Seen, 1915 der Eroberung Belgrads; 1916 Armee- bzw. Heeresgruppen-Oberbefehlshaber vor Verdun, 1917 an der Somme, 1918 in den Abwehrkämpfen an Maas und Mosel; hoch dekoriert und vielseitig befähigt, wurde er als Nachfolger Hindenburgs und für den Reichskanzlerposten genannt.

188

Leopold Krafft von Dellmensingen an Otto von Dandl Heeresgr. [Rupprecht] Hauptqu., 24. Oktober 1917

(masch. Or.; BayHStA GHA, Nl Kronprinz Rupprecht, 436)

Hochzuverehrender Herr Staatsrat! Euer Excellenz

[…] Heute hat S.K. Hoheit mit mir[1] die Gesamtlage besprochen und mich beauftragt, Euer Excellenz von Seinen Anschauungen Kenntnis zu geben. S.K.Hoheit blickt augenblicklich mit besonders schwerer Sorge in die Zukunft.

In politischer Hinsicht hat S.K. Hoheit erfahren, dass Fürst Bülow der Kandidat der Obersten Heeresleitung für den Kanzlerposten ist. Da ausserdem aus der Presse zu entnehmen ist, dass sich die bürgerlichen Parteien des Reichstages auf die Person des Fürsten geeinigt haben, nimmt der Kronprinz an, dass Bülow trotz der grossen und berechtigten Abneigung des Kaisers sein Ziel erreichen wird. Diese Lösung der Krise erscheint S.K.Hoheit verhängnisvoll. Der Kronprinz kennt den Fürsten Bülow von wiederholten Begegnungen und bezeichnet ihn als einen in politischen Dingen absolut unzuverlässigen Mann, dessen Aeusserungen und Versprechungen auf diesem Gebiet man höchstens dann trauen dürfe, wenn sie schriftlich abgegeben seien. S.K. Hoheit erinnerte im einzelnen an das Verhalten des Fürsten Seiner Majestät dem Kaiser gegenüber und an die seinerzeitige Reichstagsauflösung. Besonders bedenklich erscheint S.K.Hoheit, dass Bülow auch im Ausland überall als unzuverlässig gilt und seine Ernennung in Oesterreich als ein Affront angesehen werden wird. In Frankreich habe man schon 1911 behauptet, dass er auf den Krieg hinarbeite. S.K. Hoheit erwähnte auch, dass Er seinerzeit zufällig mit Bülow zusammengewesen sei, als die Ermordung des Gesandten v. Ketteler[2] bekannt wurde. Damals sei der Fürst völlig fassungslos gewesen und habe keineswegs den Eindruck eines überragenden Staatsmannes gemacht. Nach dem letzten Brief Euer Excellenz[3] darf ich wohl annehmen, dass Euer Excellenz die Anschauung S.K. Hoheit teilen.

---

1 Leopold Krafft von Dellmensingen (1874–1954), geb. in Ansbach, Jurastudium, 1899 Praktikant, 1901 Staatskonkurs, 1903 Bezirksamtsassessor in Schwabach, 1907 Eintritt ins Ministerium des Äußern, 1909 Legationssekretär, 1912 Legatiosrat, 1915 Geheimer Legationsrat, August 1918 Ministerialrat, 1926 Titel Geheimer Rat mit dem Rang eines Ministerialdirektors, 1933 Ministerialrat und Abteilungsleiter im Außenministerium, dann in der Staatskanzlei, 1942 Ruhestand. Schärl, S. 321.

2 Clemens Freiherr v. Ketteler (1853–1900), aus Münsterländer Adelsfamilie, geb. in Potsdam, 1873 Abitur, Eintritt in die preußische Armee, 1879 in den Auswärtigen Dienst, 1880–1889 an den Konsulaten in Kanton und Tientsin, 1892 Gesandter in den USA, 1896 in Mexiko, 1899 in Peking. Dort wurde er zu Beginn des Boxeraufstands am 20. Juni 1900 auf dem Weg ins chinesische Außenministerium erschossen, für Wilhelm II. ein Anlass, am 27. Juli seine »Hunnenrede« zu halten.

3 Vom 13. Oktober 1917.

In militärischer Hinsicht ist es unsere Ersatzlage, die S.K. Hoheit mit ernster Sorge erfüllt. Neuerdings ist die Lage an der Westfront durch den Einbruch der Franzosen bei der 7. Armee erschwert. Dort hat man sich nach dem Urteil hiesiger Offiziere unbegreiflicher Weise wieder nicht entschlossen, eine unhaltbare Stellung rechtzeitig aufzugeben, obwohl man doch aus den Vorgängen in Flandern hätte lernen können. Eine unmittelbare Folge dieser Schlappe ist, dass auch von der Front S.K. Hoheit Reserven weggezogen werden müssen. Trotzdem ist aber S.K. Hoheit bezüglich des weiteren Verlaufes der Schlacht in Flandern zunächst ohne Sorge. S.K. Hoheit rechnet allerdings damit, dass wir an einigen Stellen noch etwas weiter zurückgedrückt werden. Im nächsten Jahre wird aber eine für uns sehr ungünstige Verschiebung in den Stärkeverhältnissen eintreten. Einerseits ist damit zu rechnen, dass die Amerikaner starke Kräfte an die Front in Frankreich bringen werden und die Engländer noch erhebliche Mengen von Leuten aus der Industrie herausziehen und in die Armee einstellen können. Andererseits verfügen wir nur noch über einen Rekrutenjahrgang, der in einigen Monaten aufgezehrt werden wird. Was dann noch übrig ist, sind die Wiedergenesenen, die zur Ausfüllung der Lücken nicht hinreichen. Wir werden deshalb, um die für uns unerträglichen Verluste herabzumindern, im nächsten Jahr dazu übergehen müssen, von Zeit zu Zeit grössere Rückzugsbewegungen in Verbindung mit kleineren Offensivstössen vorzunehmen. Diese Taktik ist nach Anschauung S.K. Hoheit aber der Anfang vom Ende. Nur wenn wir durch einen Frieden mit Russland unsere sämtlichen Truppen im Osten frei bekämen, könnten wir im nächsten Jahre unsere jetzigen Linien an der Westfront halten. Eine eigentliche Entscheidung könnten wir aber auch dann nicht erzwingen. S.K. Hoheit fürchtet deshalb, dass wir uns, wenn wir in diesem Winter den Krieg nicht beendigen können, allmählich verbluten werden. Als deutliches Zeichen für die Knappheit unseres Ersatzes bezeichnet es S.K. Hoheit, dass man bei uns jetzt schon begonnen habe, Leute des Jahrganges 1918 in die Front einzustellen.

Die Auffassung S.K. Hoheit wird, wie ich aus verschiedenen Gesprächen mit Generalstabsoffizieren entnehme, von diesen in ihren wesentlichen Punkten geteilt. Auch diese Herren nehmen an, dass es den Amerikanern bei der Länge der ihnen zur Verfügung stehenden Zeit trotz Schiffraummangels und U-Bootsgefahr gelingen wird, grosse Truppenmengen herüberzubringen; ebenso rechnen auch sie mit der Notwendigkeit grosser Rückzugsbewegungen im kommenden Jahr. Nur die Frist, innerhalb deren wir den Krieg beendigen müssten, scheinen sie etwas länger zu bemessen.

Die letzte grosse Offensive in Flandern hat dem Gegner unbestreitbar erheblich grössere Erfolge gebracht als die vorletzte. Nach den Urteilen, die ich darüber gehört habe, scheint dies auf die artilleristische Ueberlegenheit der Feinde und darauf zurückzuführen zu sein, dass sie sich jetzt unserem neuen Verteidigungsverfahren angepasst haben, das ihnen bei der vorletzten Offensive so besondere Schwierigkeiten bereitet hatte.

Der Rückgang im Versenkungsergebnis der U-Boote soll hauptsächlich veranlasst sein durch die Verbesserung der Abwehrmittel, die einerseits die Torpedierungen

erschweren und andererseits grössere Verluste an U-Booten zur Folge haben. Ausserdem sollen sich die neuen grossen U-Boote, auf die man besonders grosse Hoffnungen gesetzt hatte, nicht bewährt haben und zunächst einem umfassenden und zeitraubenden Umbau unterzogen werden müssen.

Seiner Excellenz dem Herrn Staatsminister Grafen von Hertling habe ich in gleichem Sinne berichtet.

Euer Excellenz […]
ehrerbietigst ergebenster
Krafft.

189

Otto von Dandl an Leopold Krafft von Dellmensingen
München, 29. Oktober 1917

(masch. Kop.;[1] BayHStA GHA, Nl Kronprinz Rupprecht, 436)

Sehr geehrter Herr Geheimer Legationsrat!

Zwar wird Ihnen mein gestern in der Eile abgeschickter Brief in der Hauptsache die Antwort auf Ihren heute eingetroffenen Brief vom 26. d[ieses] M[onats] gegeben haben.[2] Ich möchte Ihnen aber doch in Eile den Sachverhalt noch klarer stellen.

Vor 8 Tagen erschien plötzlich Herr von Braun[3] in München bei Graf Hertling, sagte ihm, Bülow werde Reichskanzler, es sei bereits so gut wie abgemacht, auch der

1 Randvermerk: »Exped[iert] 29/X. 1917 1 Beil[age]«.

2 Am 26. Oktober 1917 berichtete Krafft, dass Rupprecht sich mit einer Kanzlerschaft Bülows »eher abzufinden« scheine, nachdem er einen Brief Magnus von Brauns erhalten habe, in dem von mündlichen Offerten Bülows bezüglich Bayerns und Elsaß-Lothringens die Rede sei. Krafft unterrichtete Hertling nicht darüber. Er meldete Dandl außerdem, Rupprecht halte Graf Toerring für den richtigen Mann auf dem Kanzlerposten. Am 28. Oktober, vormittags 11.00, teilte Dandl Krafft per Einschreiben mit, die Kandidatur Bülows sei »glücklich überwunden«, Hertling »zum Reichskanzler ausersehen« und »heute nachts nach Berlin gereist, um dort die nötigen Verhandlungen zu führen, von deren Ergebnis er die Annahme der Stelle abhängig machen« wolle. (BayHStA GHA, Nl Kronprinz Rupprecht, 436). – Hans Veit Graf von Toerring-Jettenbach-Guttenzell und auf Seefeld (1862–1929), aus katholisch-bayerischem altem Adel, geb. in Augsburg, 1891 erbliches Mitglied des Reichsrats mit großem Grundbesitz in Bayern und Württemberg, Jahreseinnahmen von 1,2 Millionen Mark, Aufsichtsrat der Süddeutschen Bodenkreditbank u.a., Förderer und Reformer der Land- und Forstwirtschaft, sozial aufgeschlossener Arbeitgeber, Dr. h.c. (München). Im Auftrag Hertlings führte er von November 1915 bis Frühjahr 1916 ergebnislos verlaufende Sonderfriedensvorgespräche über Belgien. Er plante für die Nachkriegszeit, nicht als Angebot im Krieg, eine Annäherung an Frankreich »auf der Grundlage einer Teilung des Elsaßes zwischen Deutschland und Frankreich« mit Abgabe des strategisch unwichtigen südlichen Teils um Colmar. Lerchenfeld an Hertling, 6. September 1916. Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 704; vgl. Löffler, S. 198–202, 603 f.

3 Magnus Freiherr von Braun (1878–1972), geb. auf Gut Neucken (Preußisch-Eylau), 1905 Regierungsassessor, 1907–11 Hilfsarbeiter im preußischen Handelsministerium, 1911 Landrat in Wirsitz, 1915 Hilfsarbeiter, dann Geheimer Regierungsrat im Reichsamt des Innern, 1916 Leiter der Nachrichtenstelle für kriegswirtschaftliche Fragen, 1917 Ministerialdirektor, Leiter der Presseabteilung in der Reichskanzlei, 1917–1918 in der Verwaltung der baltischen Gebiete tätig, 1919 in Stettin, 1919 Hilfsarbeiter, Geheimer Regierungsrat und Vortragender Rat im Ministerium des Innern, 1919–20 Regierungspräsident in Gumbinnen, wegen Beteiligung am Kapp-Putsch a. D., ab 1920 Führungsposten bei der Raiffeisen-Bank, Reichsbank, Deutschen Rentenbank, beim Berliner Bankverein, 1932–33 Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft (Deutschkonservative Partei, dann DNVP). Protokolle des Preußischen Staatsministeriums, Bd. 10; B. Becker, Michaelis, S. 357–360, 397–401; Linde, S. 30 f.

Kaiser sei für den Plan gewonnen, er sei von Graf Eulenburg[4] geschickt, um dafür zu sorgen, dass Bayern keine Schwierigkeiten mache.

Graf Hertling steht persönlich von seiner Reichstagstätigkeit her mit dem Fürsten Bülow sehr schlecht, erklärte Herrn von Braun, dass er der Kandidatur Bülow's schärfsten Widerspruch entgegensetze und, wenn Bülow Reichskanzler würde, eventuell selbst zurücktreten müsste.

Braun kam hierauf zu mir und und erzählte mir von der Kandidatur Bülow's und seiner Mission zur Beseitigung bayerischer Widerstände. Ich stellte mich auf den Standpunkt, dass die Kandidatur Bülow's unerwünscht sei und dass man dabei in den Vordergrund stellen müsste, welchen Eindruck Bülow als Reichskanzler auf unseren Verbündeten Oesterreich-Ungarn machen würde. Wenn aber die Sache so stünde, dass auch ein Widerspruch Bayerns auf die Ernennung Bülow's zum Reichskanzler keinen hindernden Eindruck mehr machen würde, hätte es allerdings keinen Zweck, Opposition zu machen und dadurch für die Zukunft die Stellung Bayerns gegenüber dem neuen Reichskanzler zu komplizieren.

Alsbald liess mich Graf Hertling rufen, dem gegen über ich geltend machte, er solle vor allem, ehe er zur Sache Stellung nehme, sich darüber vergewissern, ob die Sache sich wirklich so verhält, wie Herr von Braun sie darstellt. Bei allem Respekt vor Brauns persönlicher Tüchtigkeit, stehe ich seinen politischen Machenschaften doch etwas skeptisch gegenüber, weil ich weiss, dass Braun immer nach Höherem strebt und wenn er einmal eine hohe Stellung erreicht hat, sofort eine noch höhere will. Diese meine Auffassung hat sich bestätigt. Es hat sich herausgestellt, dass Bülow und seine Leute mit allen Mitteln dahin trachten, Bülow auf den Reichskanzlerposten zu bringen, dass aber eine Entscheidung, insbesondere eine Umstimmung des Kaisers noch keineswegs erfolgt ist und dass Herrn von Braun selbst für den Fall der Kanzlerschaft Bülow's andeutungsweise eine sehr hohe Stellung in Aussicht gestellt wurde!!

Graf Hertling hat nach längerer Besprechung der Sache sich ebenfalls auf den Standpunkt gestellt, dass eine zu scharfe Opposition gegen Bülow die Stellung Bayerns sehr erschweren würde und hat noch am Abend Herrn von Braun telephonisch dahin verständigt, dass er seinen am Vormittag geltend gemachten scharfen Widerspruch nicht aufrecht erhalte. Am anderen Tag hat Graf Hertling Seiner Majestät dem König Vortrag erstattet und ich habe den in Abschrift beiliegenden Brief[5] an Herrn von Braun geschickt. Inzwischen ist aber die Sache gegenstandslos geworden. Bülow hat seine Kandidatur nicht durchzusetzen vermocht und jetzt steht Graf Hertling vor der Reichskanzlerschaft.

---

4 August Ludwig Graf zu Eulenburg (1838–1921), geb. in Königsberg, Offizierslaufbahn, Aufstieg in hohe preußische Hofämter, Oberzeremonienmeister und Oberhofmarschall, 1904 General der Infanterie, 1907–1918 Minister des Königl. Hauses, »angenehmer Typ des im Salon und Hofdienst ergrauten Junkers«. Wolff, Tagebücher, S. 202 f.; Afflerbach, Kaiser Wilhelm II., S. 1017.

5 Liegt nicht bei.

In Eile mit bestem Gruss
Euer Hochwohlgeboren
ergebener
k. Staatsrat i. a.o. D[ienst]

Eigenhändige Bemerkung Seiner Excellenz:
Soeben erfahre ich aus Berlin, dass auch der Kandidatur Hertlings sich Schwierigkeiten entgegenstellen. Es kann noch niemand sagen, wie die Sache ausgeht.

D[andl].

190

Georg von Hertling an Anna von Hertling
Berlin, 30. Oktober 1917

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 23, f. 21–22)

Liebe Anna!

Es ist noch sehr frühe am Tage, und so gelingt es vielleicht, einen Brief an Dich zustande zu bringen. Wie mag es Dir gehen? Was machen die Schmerzen beim Gehen? Wie schläfst Du? Das möchte ich alles wissen, und auch, ob die tapfere Stimmung angehalten hat. Hier ist noch alles in der Schwebe, und so besteht auch noch die leise Hoffnung, daß der Kelch an uns vorübergehen werde. Die Voraussetzung für die Uebernahme des Kanzlerpostens ist die Sicherheit, daß mir ein friedliches Zusammenarbeiten mit dem Reichstage möglich sein wird. Zu diesem Ende finden Verhandlungen mit den sog[enannten] Parteiführern statt, die selbst stundenlang unter sich debattiren, ohne bisher zu Ende gekommen zu sein. Bei mir war wiederholt Erzberger, der sich nun, nachdem Bülow die Partie verloren hat, auf seinen Zentrumsstandpunkt besinnt und, wie es scheint, zu mir halten will. Hoffentlich kommt heute Trimborn[1] hierher, der ja jetzt der Vorsitzende der Fraktion ist und das entscheidende Wort für diese sprechen kann. Sodann war der Sozialdemokrat Ebert[2] und der württembergische Demokrat Hausmann[3] bei mir. Es handelt sich

1 Karl Trimborn (1854–1921), geb. in Köln, Geschichts-, Philosophie- und Jurastudium, 1877 Referendar in Köln, 1882 Assessor, 1882–1904 Rechtsanwalt in Köln, dann Aufgabe der Kanzlei und als Berufspolitiker tätig, Geheimer Justizrat, 1890–1921 Mitglied des Volksvereins für das katholische Deutschland, in der katholischen Vereinsbewegung führend, 1893–1918 Vorsitzender des Provinzialausschusses der rheinischen Zentrumspartei, 1894–1913 Stadtverordneter in Köln, 1896–1921 Mitglied des Reichstags (1907–1918 im Vorstand, im Winter 1917/18 Leiter der Zentrumsfraktion), 1896–1918 des Preußischen Abgeordnetenhauses (1903–1918 im Vorstand der Zentrumsfraktion), Oktober–November 1918 Staatssekretär des Innern, 1920–1921 Vorsitzender des Zentrums, für dessen »politischen Charakter« er eintrat. C. Kuhl, Trimborn; Haunfelder, S. 273f.

2 Friedrich Ebert (1871–1925), geb. in Heidelberg, 1888 Sattlerlehre, Sattlergeselle, Organisator örtlicher Sattlervereine, 1891–1893 Sattlermeister in Bremen, 1893–1894 Redakteur der Bürgerzeitung in Bremen, 1894–1900 Gastwirt in Bremen, 1900–1905 Arbeitersekretär, Mitglied der Bürgerschaft in Bremen (Vorsitzender der Bürgerschaftsfraktion der Sozialistischen Partei), 1912–1919 des Reichstags (1905–1913 hauptamtlicher Sekretär, 1913–1919 Mitglied des Vorstands der SPD, 1916–1918 des Vorstands der SPD-Reichstagsfraktion), 1918 Vorsitzender des Hauptausschusses des Reichstags, November 1918 Reichskanzler, November 1918–Februar 1919 Vorsitzender des Rats der Volksbeauftragten, 1919–1925 Reichspräsident. W. H. Schröder, Parlamentarier, S. 419; Michael Behnen, Ebert, Friedrich, in Lexikon der deutschen Geschichte bis 1945, S. 303 f.

3 Conrad Haußmann (1857–1922), geb. in Stuttgart, nach Jurastudium 1883 Rechtsanwalt in Stuttgart mit seinem Bruder Friedrich Haußmann, 1889–1922 Mitglied des württembergischen Landtags (Süddeutsche Volkspartei, FVP), 1889–1922 Mitglied des Reichstags (Deutsche Volkspartei, FVP, dann DDP), 1914 internationale Parlamentarierkontakte, Oktober 1918 Staatssekretär ohne Portefeuille, 1919–1920 Vizepräsident der Deutschen Nationalversammlung, Vorsitzender

um zwei Fragen, eine sachliche und eine persönliche. Die erste ist, sind die Herren damit einverstanden, daß die Funktion des Reichskanzlers von der des preußischen Ministerpräsidenten getrennt wird, die andere: will der Reichstag mit mir friedlich zusammenarbeiten. Die Trennung der beiden Funktionen hat ihre großen Schwierigkeiten, sie ist wiederholt versucht und immer wieder aufgegeben worden. Wie mir scheint, sind so ziemlich alle Parteien dagegen. Verschärft wird die Sache aber noch dadurch, daß diese Trennung ja nicht die Voraussetzung nur für mein Kommen, sondern auch für das Verbleiben von Michaelis ist, den der Kaiser halten will und der sich selbst noch immer als Herr der Situation fühlt. Der Sozialdemokrat, der im [Fein]rips[4] ganz würdig war, erklärte, daß seine Leute entschieden gegen die Trennung und ebenso entschieden gegen das Verbleiben von M[ichaelis] seien. Es würde sofort wieder zu stürmischen Szenen im Reichstage kommen. Mit meiner Person scheinen sie sich abfinden zu wollen. Umgekehrt ist Hausmann, aber er ist wohl der einzige, für die Trennung aber gegen mich. Mir sagte er, ich sei ihm zu konservativ, Helfferich gegenüber kam er mit seiner eigentlichen Meinung heraus, ich sei ihm zu ultramontan. Heute soll noch ein anderer Fortschrittsmann, ein Preuße, zu mir kommen und der Nationalliberale. Außerdem war übrigens auch der konservative Graf Westarp bei mir, ich glaube, daß ich den Herren ganz recht wäre, aber wie die Dinge augenblicklich liegen, kommt es auf sie nicht an. Daß ich gleich am ersten Tag in Potsdam beim Kaiser war, hat Dir wohl schon Mitz gemeldet. Er war, wie man ihn kennt. Daß Michaelis mit hinaus fuhr, war eigentlich auch ein Mißgriff. Nun meinen hier die Herren, Lerchenfeld, aber auch Kühlmann und wie es scheint Helfferich, die Sache müsse dann eben anders gemacht werden, M[ichaelis] müsse weg, ich müsse beide Funktionen übernehmen, daneben aber einen tüchtigen Mann als Vizepräsidenten des preuß[ischen] Staatsministeriums für die preuß[ischen] Sachen erhalten. Das wäre eine Lösung, die, verschiedenen Aeußerungen nach, auch dem Reichstag genehm wäre oder mit der man dort durchkommen könne, aber das kann ich nicht machen, das wäre illoyal, ich werde vielmehr wahrscheinlich noch heute M[ichaelis] erklären, die Voraussetzungen, unter denen ich mich bereit erklärt habe, das Opfer zu bringen, seien nicht eingetreten, ich könnte also nicht darauf eingehen. Frage: was dann? Läßt man mich in Frieden ziehen oder kommt man mir noch einmal mit der oben bezeichneten veränderten Lösung?

Im übrigen geht es mir gut, ich habe die vergangene Nacht sechs Stunden hinter einander geschlafen. Alles Liebe für Dich und viele Grüße an die Töchter

Dein tr[euer] GvH

---

ihres verfassungspolitischen Ausschusses, 1919 Vorsitzender der DDP-Fraktion in der verfassunggebenden Landesversammlung Württembergs; langjähriger Freund Payers, harter Gegner des Versailler Vertrags. Lothar Albertin, Haußmann, Conrad, in: NDB 8 (1969), S. 130 f.; Biorab.

4 Feinripp: Gewirkter Stoff mit feinem Rippenmuster.

191

Karl Helfferich an Georg von Hertling
Berlin, 31. Oktober 1917

Der Stellvertreter des Reichskanzlers (eigh. Or.; BArch, R 43 I/3046, f. 18–19)

Euer Exzellenz

bitte ich, mich nicht für aufdringlich zu halten, wenn ich mir gestatte, im Anschluß an die Unterhaltung von gestern abend meinen ernsten Sorgen noch einmal Ausdruck zu geben, ehe Sie heute die, wie ich annehme, entscheidende Unterredung mit Herrn Trimborn haben.[1]

Auch mit ausgeruhtem Kopf kann ich die Dinge nicht anders sehen, als daß aus Ihrer Ablehnung schwere innere Kämpfe oder eine kampflose Preisgabe von wesentlichen Grundsätzen der konstitutionellen Monarchie und des bundesstaatlichen Aufbaus des Reichs sich ergeben würden.

Auf der andern Seite bin ich überzeugt, daß sich ein Weg finden läßt, der auch die Übertragung des preußischen Ministerpräsidiums an Sie ermöglichen wird, falls Sie darin eine Erleichterung Ihrer Stellung und Arbeit erblicken. Jedenfalls darf nach meiner Meinung, die sich mit der schon gestern von Exz[ellenz] v. Valentini ausgedrückten deckt, dieser Punkt nicht den Stein des Anstoßes bilden.

Alles was etwa sonst noch geschehen kann, um den oder jenen Wünschen Rechnung zu tragen, ist nach meiner Ansicht cura posterior. Die Wünsche werden sicher bescheidener sein gegenüber dem ernannten als gegenüber dem noch zu ernennenden Reichskanzler.

In der größten Verehrung
bin ich Euer Exzellenz
ergebenster
Helfferich

1 Helfferich schaltete sich als Vizekanzler und Staatssekretär des Innern (Mai 1916–November 1917) in die Verhandlungen um die Kanzlerkür ein. Nachdem Hertling seine Kandidatur hatte zurückziehen wollen, fanden Rudolf von Valentini und Helfferich am 31. Oktober bei der Unterredung mit ihm »eine völlig veränderte Lage« vor. Hertling erklärte ihnen, Trimborn habe »ihm die sichere Gefolgschaft des Zentrums zugesagt und erklärt, er müsse absolut annehmen«. (Schwertfeger, Kaiser und Kabinettschef, S. 180 f.; ebenso Helfferich, Bd. 3, S. 215 f.; C. Kuhl, Trimborn, S. 180 f.; vgl. die Sitzungen des Interfraktionellen Ausschusses v. 30. Oktober bis 1. November 1917. IfA 1917/18, 1. Teil, S. 363–426). Helfferich, der 17 Monate Staatssekretär gewesen war, bot Hertling am 28. Oktober seinen Rücktritt an, weil er mit »Parlament und Presse« überkreuz liege und diesem bei Auswahl seiner Mitarbeiter »volle Bewegungsfreiheit« lassen wolle. Hertling dankte ihm am gleichen Tag »für die mir bezeugte wahrhaft freundschaftliche Gesinnung«. Er wolle sich Helfferichs »hervorragende Arbeitskraft« »im Interesse des Reiches in irgendeiner Form« erhalten. Druck der Briefe bei Helfferich, Bd. 3, S. 211–213; vgl. Rauh, Parlamentarisierung, S. 357.

192

Besprechung in der Bayerischen Gesandtschaft Berlin, 1. November 1917

(Protokoll, Or.[1]; BArch, R 43 I/3046, f. 20–22)

Am 1. XI. 1917 vormittags 11 Uhr[2] erschienen bei Staatsminister Grafen von Hertling in der Bayerischen Gesandtschaft die Abgeordneten Trimborn, Fischbeck[3], Ebert (Abg[eordneter] Stresemann[4] war durch Krankheit verhindert zu kommen).

Abg[ordneter] Trimborn erklärte als Wortführer als Ergebnis der stattgehabten interfraktionellen Besprechungen[5]:

Es sei Akt genommen worden davon, daß sich Graf Hertling bereit erklärt habe, sich auf den Boden der bekannten 4 Programmpunkte[6] zu stellen und daß er auch bereit sei, die Autonomie Elsaß-Lothringens im geeigneten Zeitpunkt in Aussicht zu nehmen.

---

1 Ungez. handschr., im Akt Personalsachen des Reichskanzlers Dr. Graf v. Hertling.

2 Hertling empfing den Konservativen Westarp um 10.15, um ihm seine Annahme des Amts mitzuteilen. Die Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses begann um 12 Uhr. IfA 1917/18, 1. Teil, S. 409.

3 Otto Fischbeck (1865–1939), geb. in Gütershagen, Studium der Kameralwissenschaft und Volkswirtschaft, 1890 Syndikus der Handelskammer Bielefeld, 1896–1903 der Papierverarbeitungs-Genossenschaft in Berlin, 1893–1895 Stadtverordneter von Bielefeld, ab 1900 Stadtrat von Berlin, 1895–1903, 1907–1918, 1919–1920, 1924–1928, 1930–1932 Mitglied des Reichstags und der Nationalversammlung (Freisinnige Volkspartei, FVP, DDP), 1903–1913, 1921–1924 Mitglied des preußischen Landtags, 1916 im parlamentarischen Beirat für Volksernährung, März–Oktober 1918 Direktor des Kommunalverbands Groß-Berlin, Oktober 1918–November 1921 Handelsminister. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums, Bd. 10, S. 380. Biorab.

4 Gustav Stresemann (1878–1929), geb. in Berlin, Studium der Staatswissenschaften und der Geschichte, 1902–1908 Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller, Angehöriger des Alldeutschen Verbands, 1907–1912, 1914–1918, 1920–1929 Mitglied des Reichstags (1917 Fraktionsvorsitzender der Nationalliberalen Partei, dann DVP), 1919 der Nationalversammlung, August–November 1923 Reichskanzler, 1923–1929 Reichsminister des Auswärtigen, 1926 Friedensnobelpreis. Michael Behnen, Stresemann, Gustav, in: Lexikon der deutschen Geschichte bis 1945, S. 1224 f.

5 Die Sitzungen 30.–31. Oktober 1917 ediert in: IfA 1917/18, 1. Teil, S. 363–408, 406.

6 Stresemann hielt am 23. Oktober 1917 als Ergebnis der interfraktionellen Besprechungen vom Vortag als dem Reichskanzler aufzuerlegendes Programm fest: 1) Der Reichskanzler erklärt, auf dem Boden der deutschen Antwortnote an den Papst zu stehen. 2) »Er verbürgt sich für loyale und schleunige Erledigung der preußischen Wahlreform«. 3) Die Zensurangelegenheiten würden von den Generalkommandos auf die Oberpräsidien übertragen. 4) Er verpflichtet sich, in der nächsten Reichstagssession ein Arbeitskammergesetz und ein Gesetz zur Beseitigung des § 153 Absatz 2 vorzulegen. (IfA 1917/18, 1. Teil, S. 251 Anm. 15). Das Reichsgesetz vom 22. Mai 1918 hob § 153 der Reichsgewerbeordnung auf, der Strafandrohungen gegen die Anwendung von Zwang zur Teilnahme an Verabredungen enthielt, die zum Zweck hatten, günstigere Arbeits- und Lohnbedingungen zu erlangen. Bekanntmachung v. 1. Juli 1883 der abgeänderten Gewerbeordnung für das Deutsche Reich: Reichsgesetzblatt 1883, Nr. 15, S. 177–240.

Als zweckmäßig werde es bezeichnet, wenn Graf Hertling möglichst bald mit einer programmatischen Rede im Reichstag hervortreten würde und zwar vor der mündlichen Einbringung der preuß[ischen] Wahlrechtsvorlage im preuß[ischen] Abgeordnetenhaus.

Eine besondere Bürgschaft für die Schaffung eines Vertrauensverhältnisses ließe sich, wenn möglich, durch Abgabe eines Vertrauensvotums schaffen; zu diesem Zwecke wäre es erwünscht, daß die vom Grafen H[ertling] beabsichtigte Programmrede vorher den Führern der Mehrheitsparteien bekannt gegeben werde und daß, wenn sie deren Beifall fände, eine Interpellation eingebracht würde, um eine möglichst große Majorität für ein Vertrauensvotum zu schaffen.[7]

Abg[eordneter] Ebert bemerkte, seine Freunde legten besonderen Wert auf klare Verhältnisse; das ewige Lavieren des letzten Kanzlers sei für ihn verhängnisvoll gewesen; das gelte insbesondere für die Kriegsziele, wie sie in der Antwort auf die Friedensnote des Papstes niedergelegt sei[en], auch hinsichtlich Elsaß-Lothringens und Belgiens, und für die preuß[ische] Wahlrechtsvorlage.

Abg[eordneter] Fischbeck weist darauf hin, es könne kein Vertrauensverhältnis bestehen, wenn die Agitation der Vaterlandspartei von den Behörden geduldet werde, während Versammlungen, in den[en] Abgeordnete der Mehrheitsparteien in ihren Wahlkreisen für die Antwort auf die Papstnote sprechen wollten, verboten würden.

Abg[ordneter] Trimborn bemerkte dann übergehend zu der Frage der Neubesetzung von Reichsämtern und Ministerien das folgende:

Die Auffassung der interfraktionellen Besprechung sei dahingegangen, daß sie sich für die Annahme eines eventuellen Entlassungsgesuchs des Vizekanzlers Dr. Helfferich ausgesprochen habe; sollte die Stelle wieder besetzt werden, so wäre nichts gegen die Besetzung mit einem fortschrittlichen Abgeordneten einzuwenden; der Name des Abg[ordneten] von Payer sei bei der interfraktionellen Besprechung nicht genannt worden, er wolle aber doch ausdrücklich betonen, daß der Abg[ordnete] von Payer bei allen Mehrheitsparteien durchaus persona grata sei.

7 In seiner ersten Reichstagsrede vom 29. November 1917 bekannte sich Hertling gemäß dem Vier-Punkte-Programm zu einer Außenpolitik im Sinn der deutschen Antwort auf den Friedensappell des Papstes, versprach die Beseitigung der Beschränkung der Koalitionsfreiheit (§ 153 der Gewerbeordnung) und einen Gesetzentwurf zur Errichtung von Arbeitskammern. Ein Erlass des Kriegsministeriums v. 8. November 1917 ziele auf die Milderung des Verbots von Zeitungen. Wegen der preußischen Wahlreform werde keine Änderung der Reichsverfassung angestrebt, jedoch seien die »staatlichen Institutionen« zu überprüfen und gemäß den »realen Bedürfnissen des Volkslebens« zu ändern. Sten. Berichte, 13. Leg.-Per., 2. Sess., Bd. 311, S. 3944–3947.

Ferner sei die Meinung für die Berufung eines Preußen und zwar eines Parlamentariers auf die Stelle eines Vizepräsidenten im Preuß[ischen] Staatsministerium gewesen, er sei hierbei auch die Personenfrage erörtert worden, und man habe geglaubt, daß der Abg[eordnete] Friedberg[8] in Betracht kommen könne und zwar insbesondere zum Zwecke der Sicherung einer möglichst starken Majorität für die preuß[ische] Wahlrechtsvorlage; diese Garantie wäre bei Ernennung des Staatssekretärs Krause[9] zum Vizepräsidenten nicht gegeben, weßhalb großer Wert auf die Ernennung des Abg[eordneten] Friedberg gelegt werden müsse.

Zum Zwecke einer weiteren Verstärkung der Parlamentarisierung wäre die Berufung des Abg[eordneten] Dove[10] auf die Stelle des preußischen Handelsministers erwünscht.

Minister von Waldow[11] sei ein ausgesprochen reaktionäres Element im preuß[ischen] Staatsministerium, auch gegenüber der Wahlrechtsvorlage, wodurch er die Homogenität des Ministeriums gefährde; er leiste auf seinem Posten auch bei weitem nicht das, was Excellenz Michaelis dort geleistet habe, wiewohl er im Ernährungsbeirat zweifellos gutes geleistet habe.

---

8 Robert Friedberg (1851–1920), geb. in Berlin, Sohn eines Fabrikbesitzers, jüdischen Glaubens, 1871–1874 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, 1875 Dr. phil., 1877 Habilitation, Privatdozent in Leipzig, 1885 Professor für Staatswissenschaften in Halle, 1884 Konversion zur reformierten Konfession, 1886–1920 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses bzw. Landtags (1906 Fraktions-, 1913 Landesvorsitzender, 1917 Vorsitzender der nationalliberalen Partei, Juli 1919–April 1920 Vorsitzender der DDP), 1893–1898 des Reichstags, November 1917–November 1918 Staatsminister und Vizepräsident des Preußischen Staatsministeriums; Fachmann für Wirtschafts- und Steuerfragen. Nationalliberalismus in der Weimarer Republik, Einleitung, S. 11*, 23*, 3; Protokolle des Preußischen Staatsministeriums, Bd. 10, S. 381; Reichstags-Handbuch, 1893–1898, 9. Leg.-Per., S. 165.

9 Paul (1913 von) Krause (1852–1923), geb. in Karbowo (Westpreußen), 1878 Gerichtsassessor, 1880 Rechtsanwalt in Königsberg, 1890 in Berlin, 1888–1917 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses (nationalliberal), 1919–1923 der preußischen Landesversammlung und des Landtags (DVP), 1893–1917 im Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei, 1902–1909 Vorstand des Deutschen Anwaltvereins, 1917 Wirklicher Geheimer Rat und Exzellenz, August 1917–Februar 1919 Staatssekretär des Reichsjustizamts, verdient um den Ausbau der Wasserstraßen. Nationalliberalismus in der Weimarer Republik, S. 71.

10 Heinrich Dove (1853–1931), geb. in Berlin, nach Jurastudium 1875 Referendar, 1880 Assessor, 1881 Amtsrichter, 1884 Landrichter in Frankfurt am Main, Oberlandesgerichtsrat, ab 1898 Syndikus der Ältesten Kaufmannnschaft Berlin, dann der Handelskammer, 1903–1918 Mitglied des Reichstags (Freisinnige Vereinigung, FVP), 1912 Vizepräsident des Reichstags, publizistisch tätig. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums, Bd. 10, S. 375.

11 Wilhelm von Waldow (1856–1937), geb. in Berlin, aus brandenburgischem, ursprünglich dem bayerischen Nordgau (Waldau) entstammendem Adel, Jurastudium, Einjährig Freiwilliger, 1881 Regierungsreferendar, 1886 Landrat von Fischhausen bei Königsberg, 1892 von Niederbarnim, 1894–1898 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, 1899 Regierungspräsident von Königsberg, 1903 Oberpräsident von Posen, 1911 von Pommern, 1910 Wirklicher Geheimer Rat, August 1917 preußischer Staatskommissar für Volksernährung, August 1917–November 1918 Staatsminister ohne Portefeuille und Staatssekretär des Kriegsernährungsamts, dann a.D. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums, Bd. 10, S. 448.

Abg[eordneter] Ebert bezeichnet das Verbleiben Dr. Helfferichs als Vizekanzler für unmöglich, es würde das die Kanzlerschaft des Grafen H[ertling] nach außen hin zu stark belasten.

Graf Hertling erklärt, er könne sich auf Personalfragen nicht festlegen; er stelle aber fest, daß alle Parteien als Voraussetzung seiner Kanzlerschaft die Nichttrennung des Kanzlerposten vom preuß[ischen] Ministerpräsidium bezeichnet hätten; daß der dann zu ernennende Vizepräsident des preuß[ischen] Staatsministeriums ein Preuße sein müsse, sei selbstverständlich. Von Seiner Majestät dem Kaiser werde er sich freie Hand für die Personalvorschläge erbitten, für die dann natürlich für ihn ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit den Parteien die Richtlinie sein werde.

193

Friedrich Wilhelm Foerster an Georg von Hertling
München, 1. November 1917

(eigh. Or.;[1] PAAA, R 20408, S. 36–37)

Hochgeehrter Herr Graf,

Darf ich Euer Exzellenz im vaterländischen Interesse wohl um die Ehre bitten, mich bei Ihnen einmal über alle die Informationen auszusprechen, *die ich während meines Aufenthaltes in der Schweiz, ganz besonders innerhalb der letzten vier Wochen,* betreffend die verschiedenen politischen Stimmungen, Absichten, Persönlichkeiten des Auslands gesammelt habe. Der Wunsch, alle die empfangenen Eindrücke den maßgebenden Stellen mündlich mitteilen zu können, ist ein Hauptmotiv für meine jetzige Rückkehr nach Deutschland gewesen. Vor allem läge mir daran, Euer Exzellenz von dem Inhalt der Unterhaltung zu berichten, die ich kürzlich mit zwei Führern des französischen Katholizismus, mit dem Grafen Begouën[2] und dem Vicomte de Gichen[3] gehabt habe. Ferner sprach ich in Genf eingehend mit einem englischen Diplomaten, sodann mit einem Vertrauensmann Wilsons, Professor Herron[4], der in

---

1 »A 36646 pr. 4. November 1918 pm, Antwort 9.11.« Vermerk Bussches 4/11, die Aufzeichnung Prof. Jaffés hinzuzufügen (die sich aber noch in Bern befand). Beigefügt wurde A 35234.

- Von Empfängerseite unterstrichen.

2 Wahrscheinlich gemeint: Comte Henri Bégouën (1863–1956), nach Studium der Rechte und Politik Journalist, 1896–1900 Contrôleur civil in Tunis, betrieb seit 1911 Höhlenforschungen in Ariège, Pionier prähistorischer Forschung, ab 1921 Vorlesungen zur Prähistorie an der Universität Toulouse, dort Direktor des naturgeschichtlichen Museums, Generalsekretär des Institut international d'anthropologie, Auslandsreisen. In seiner Schrift: Les Catholiques allemands jadis et aujourd'hui (Paris 1915) bezichtigte er alle Schichten der deutschen Bevölkerung, auf den Krieg hingearbeitet zu haben, griff Erzberger an und nannte die Zentrumspartei ein heterogenes Gebilde zwecks puren Machterhalts; mit einer Gruppe katholischer Intellektueller riet er Papst Pius XI. von einer Verurteilung der Evolutionstheorie ab. https://www.hominides.com/html/biographies/henri-begouen-comte.php (25.10.2018).

3 Wahrscheinlich Eugène Vicomte de Guichen (1869–1938), geb. in Cirey (Meurthe-et-Moselle), Diplomat und Historiker, Werke über die Geschichte der europäischen Großmächte vom 18. bis 20. Jahrhundert, Preisträger der Académie française.

4 George Davis Herron (1862–1925), geb. in Montezuma (Indiana), Sohn armer Eltern, nach väterlichem Privatunterricht in Religion und Geschichte College-Besuch, Arbeit in einer Druckerei, 1883–1901 reformierter Pfarrer (Kongregationalist), bekannt durch Reden (1891 in Minneapolis) und Predigten gegen die Reichen und die bestehende soziale Ordnung, 1892 Doctor of Divinity, Anhänger des Progressive movement, des Social Gospel movement, ab 1892 der Socialist Labor Party of America, ab 1900 der Social Democratic Party, 1893–1899 Inhaber des Rand Chair for Applied Christianity am Iowa College in Grinnell (Iowa), 1901 wegen Scheidung Umzug nach Florenz, mit seiner zweiten Frau Carrie Rand Treuhänder eines Stiftungsvermögens, mit der er 1906 die Rand School of Social Science in New York gründete, seit 1914 Aufenthalt in Genf; Berichterstattung nach Washington, an die US-Botschaft in Bern, das britische Kriegsamt und das Foreign Office; zum Versailler Vertrag: The Defeat in Victory, 1921; seine Betrachtungen zur Kriegs- und Nachkriegszeit wurden teils ins Deutsche übersetzt. Crunden, Herron; Briggs, S. 9–12.

spezieller Mission nach Rom ging. Endlich hatte ich mit einflussreichen russischen Sozialisten Verkehr. Ich glaube durch alle diese Informationen in der Lage zu sein, über die Psyche des Auslands und über die verschiedenen Möglichkeiten, den vernünftigen Elementen dort in den Sattel zu helfen, nicht Unwichtiges berichten zu könne.

Sollten Euer Exzellenz die oberste Leitung des Reiches übernehmen, so erlaube ich mir die aufrichtigsten Segenswünsche für Ihre Gesundheit auszusprechen. Ich glaube, daß nur ein christlicher Staatsmann, und zwar nur ein katholischer, der den »politischen Christus« anerkennt und mit Adam Müller[5] bekennt, daß »Christus auch für die Staaten gestorben ist«, den Ton finden wird, der die Leidenschaften der Völker entspannt.

Die Siege unserer Truppen sind erhebend und sie waren nötig, um Italien, das durch seinen Imperialismus selbst die Entente ärgerte, zur Besinnung zu bringen. Hier kann ich die Furcht nicht unterdrücken – und wünschte deshalb von Herzen Euer Exzellenz an der obersten Stelle – daß die alldeutsche Stimmung nun wieder die Oberhand gewinnen und daß man Friedensangebote in einer Tonart machen wird, die das Selbstgefühl der anderen Völker ebenso reizt, wie ihre Noten das unsrige gereizt haben …

°Es würde mich freuen, wenn ich auch Herrn von Kühlmann berichten dürfte. Ich gebe mein Wort, daß ich über jede mir jetzt von den höchst verantwortlichen Männern etwa gewährte Gelegenheit der Aussprache absolutes Stillschweigen wahren werde.°

In herzlicher Ehrerbietung
Euer Exzellenz ergebenster
Professor Fr. W. Foerster

---

[5] Adam Müller Ritter von Nitterdorf (1779–1829), geb. in Berlin, ab 1798 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Göttingen, 1802 Referendar in der kurmärkischen Kriegs- und Domänenkammer, 1804 Hauslehrer, 1805 Übersiedlung nach Dresden, Konversion zum katholischen Glauben, 1806–1809 Vorlesungen über deutsche Wissenschaft und Literatur, Gründer und Mitarbeiter von Zeitschriften (u.a. Phoebus), 1809–1810 Vorlesungen in Berlin, 1811 durch diplomatische Mission nach Wien aus Preußen entfernt, Teilnahme am Kampf gegen Napoleon, 1815–1826 österreichischer Generalkonsul in Leipzig, 1827 Hofrat in der österreichischen Staatskanzlei, bekanntes Werk: Elemente der Staatskunst, 1809. Der Philosoph und Staatstheoretiker warnte vor einer die schaffenden Berufe auflösenden gesellschaftlichen Umwälzung. Die Staaten sollten untereinander Elemente der Vermittlung ausbilden, die zu einer »christlichen Weltordnung« führen würden. Silvia Dethlefs, Müller, Adam von, in: NDB 18 (1997), S. 338–341.

°-° Am Rand von Empfängerseite doppelt angestrichen. Vermerke; Bussche bat um Beifügung der »Aufzeichnung von Prof. Jaffé«; »Antwort 9.11«. – Edgar Jaffé (1866–1921), 1910 Professor an der Handelshochschule in München, 1914–1915 Sachverständiger für Bankfragen in Belgien, er erhielt »in der Folgezeit gelegentliche Auslandsaufträge der OHL«, November 1918–Februar 1919 bayerischer Finanzminister. Joachim Lilla: Jaffé, Edgar, in: ders.: Staatsminister, leitende Verwaltungsbeamte und (NS-)Funktionsträger in Bayern 1918 bis 1945, URL: https://verwaltungshandbuch.bayerische-landesbibliothek-online.de/jaffe-edgar (25.10.2018).

194

Lujo Brentano an Georg von Hertling
Charlottenburg, 2. November 1917

(eigh. Or.; BArch, R 43 I/3046, f. 47)

Lieber Georg

Die Nachricht in den Zeitungen, dass Du Dich schliesslich doch zur Annahme des Reichskanzlerpostens entschlossen hast, kann ich nicht vorübergehen lassen, ohne Dir meine herzlichsten Glückwünsche auszusprechen.[1] Es ist eine schwere Bürde, die Du damit übernommen hast, und ich hoffe, das[s] Deine Gesundheit ausreichen wird, sie zu tragen. Was ich über die Auswahl Deiner Mitarbeiter in den Zeitungen gelesen habe, lässt mich eine glückliche Entwicklung Deiner Amtstätigkeit erwarten, auch wenn der mir persönlich sehr antipathische Herr Friedberg wirklich Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums werden sollte. Aber vielleicht machen die politischen Verhältnisse im preuss[ischen] Abgeordnetenhause es nötig, diesen widerwärtigen Streber zu gewinnen; die nationalliberale Partei hat nun einmal keinen erfreulichen Führer aufzuweisen, und so hast Du wohl recht gehabt, diese lediglich von Interessenegoismus geleitete Partei zu versöhnen, indem Du diesen Typus derselben zur Mitarbeit eingespannt hast. Aber immerhin wird er Deiner Aufsicht bedürfen, denn wer weiss, ob sein Ehrgeiz ihn nicht wieder auf die andere Seite treibt!

Da ich jedenfalls bis Weihnachten hier zu bleiben gedenke, werde ich einmal im Reichskanzlerpalais nach Deiner Rückkehr aus München vorsprechen.[2] Heute noch ein herzliches Glückauf!

Dein tr[euer] Vetter Lujo Brentano

1 Die Nachricht von der Ernennung Hertlings zum Reichskanzler durch Wilhelm II., ggez. vom Vizekanzler Helfferich, ging am 2. November durch die Zeitungen. L. Brentano warf dem deutschen Liberalismus vor, vom Weg des Rechts abgewichen zu sein und erhoffte von Hertlings Kanzlerschaft die Wiedergewinnung »der politischen Führung im Reich, die Rückkehr zu liberalhumanen Maßstäben in der Kriegsführung sowie die schnelle Reform des preußischen Wahlrechts«. N. Becker, Bürgerliche Lebenswelt, S. 162 f.

2 Lujo Brentano äußerte gegenüber Theodor Wolff am 14. Januar 1918, sein Vetter, der Reichskanzler, bei dem er »vor einigen Tagen« gewesen sei, habe ihm erzählt, »daß sogar manche Minister gegen ihn und d[ie] jetzige Majorität intrigirten. Hertling habe ihm gesagt, er hänge nicht an seinem Amt, es mache ihm nicht mehr Vergnügen, wenn man wolle, werde er gern gehen. Die ganze Familie habe einen etwas gedrückten Eindruck gemacht, es habe im Reichskanzlerpalais nicht so ausgesehen, als ob man sich auf langes Bleiben einrichte«. Wolff, Tagebücher, S. 578. Hertling befand sich mitten in der Krise mit der Obersten Heeresleitung.

195

Georg von Hertling an Anna von Hertling
Berlin, 2. November 1917

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 23, f. 23–24)

Liebe Anna!

Also wirklich! In Gottes Namen! Nachdem ich mich einmal grundsätzlich bereit erklärt hatte, das Opfer zu bringen, durfte ich meinerseits loyaler Weise nichts tun, was die Sache zum Scheitern gebracht hätte, wenn ich auch bis zum letzten Augenblicke noch hoffte, es käme noch etwas dazwischen. Der Kaiser hat an den König telegrafirt und gebeten, daß er mich freigeben möge, daran ist ja nun nach dem, was er mir mündlich gesagt hatte, nicht zu zweifeln. Ich führe nun am liebsten heute noch nach München, aber das geht nicht, da heute und morgen, möglicherweise auch noch Sonntag Beratungen mit den Herren des Gr[oßen] Hauptquartiers stattfinden, denen ich nicht ferne bleiben kann, und zum Unglück kommt auch noch am Montag der Gr[a]f Czernin. Dienstag ist aber der späteste Termin für die Abreise, da ich doch einige Zeit brauche, um in München alles in Ordnung zu bringen, und doch auch hier nicht zu lange warten kann, bis ich das Geschäft übernehme. Aber den Umzug möchte ich noch hinausschieben, einstweilen sitzt ja auch Michaelis noch im Palais. Ich denke zunächst mit Stengel in den Seitenflügel zu ziehen, den die jungen Zech's[1] bewohnten, und Du bleibst mit Anna noch in der Wohnung in München. Da, wie ich annehme, Hr. v. Dandl mein Nachfolger wird, der Junggeselle ist, so werden wir so wenig gedrängt werden, wie wir seiner Zeit Podewils gedrängt haben. Hier sorge ich dann, wenn M[ichaelis] erst draußen ist, daß Du eine ruhige Existenz findest. Du mußt Deine behaglichen Zimmer haben, im übrigen aber leben wie im Hotel oder in einer Pension und Dich um nichts kümmern. Es ist altes Personal da, das schon Bethmann hatte und ich übernehmen kann. Ebenso übernehme

1 Julius Graf von Zech-Burkersroda (1885–1946), geb. in Dresden, 1906 Dr. jur., Referendar, Einjährig Freiwilliger (zuletzt Rittmeister d.R.), 1908 im preußischen Justizdienst, 1909 Dienstantritt im AA, Attaché in Rom (Quirinal), 1910 in Paris, 1911 in der Abteilung II (Handelspolitik) und I A (Politik), 1913 Legationssekretär in Wien, 1914 Adjutant Bethmanns, dessen Schwiegersohn er war, im GHQ, 1917 an der preußischen Gesandtschaft in München, November 1918 dort Geschäftsträger, 1919 Legationsrat, 1921 bis 1922 Vertreter der Reichsregierung in München, 1922 Gesandter in Helsinki, 1925 Dirigent im AA, Leiter der Unterabteilung Südosteuropa, 1928–1940 Gesandter im Haag, 1934 Mitglied der NSDAP, er starb in sowjetischer Haft in Bautzen. Rosenberg, Korrespondenzen, S. 103 f.

ich den Herrn von Prittwitz[2], der eine Art von Haushofmeister ist. *Jedenfalls soll Annas Hausangestellte mitkommen.* Zwei Lichtpunkte zeigt das Zukunftsbild, den Verkehr mit Mitz und den Ihrigen und dann den prachtvollen großen Garten mit seinen alten Bäumen. Und endlich: lange wird die Geschichte hier nicht dauern. Ich habe dem Kaiser gesagt, ich erblickte meine Aufgabe darin, den Reichstag zu einem friedlichen und einmütigen Arbeiten zu bringen; gelinge das und rückten wir auch dem äußeren Frieden in entscheidender Weise nahe, so würde ich ihn bitten, das schwere Amt wieder niederlegen zu dürfen. Also Mut, es wird schon gehen, weil es gehen muß, und der liebe Gott wird schon helfen, denn ich habe, weiß Gott, die Stelle nicht gesucht. Grüße die Töchter und sei selbst von Herzen gegrüßt

in alter Liebe
Dein GvH

2 Friedrich von Prittwitz und Gaffron (1884–1955), aus schlesischem Adel, geb. in Stuttgart, 1907 Dr. jur., 1908 Eintritt ins AA, Attaché in Washington, Legationssekretär in St. Petersburg, 1914 Kriegsdienst (verwundet), Leutnant d. R., 1914–1918 Referent und Adjutant des Staatssekretärs des Auswärtigen und des Reichskanzlers, März 1918 Legationsrat, 1919 Leiter des Deutschland-Referats im AA, er erstrebte einen »sozialen Volksstaat auf demokratischer Grundlage«, 1920 Konsul in Triest, 1921–1927 Botschaftsrat in Rom, 1928–1933 Botschafter in Washington, freiwillige Demission am 6. März 1933 wegen Ablehnung des NS-Regimes, 1946–1954 Mitglied des bayerischen Landtags, Gründungsmitglied der CSU; Dr. h.c. mult. Wala, S. 19–22, 292; Peter Grupp, Prittwitz, Friedrich von, in: NDB 20 (2001), S. 732 f.

196

Eduard Müller an Georg von Hertling
Koblenz, 2. November 1917

(eigh. Or.; AGG, Nr. 5,1)

Verehrter lieber armer Freund!

Also doch! Soll ich nun gratulieren oder kondolieren? Natürlich freue ich mich von Herzen über die Ehre und Auszeichnung, die Ihnen trotz Ihrer schwarzen Vergangenheit zuteilgeworden ist, und sende dazu meinen aufrichtigsten und wärmsten Glückwunsch. Aber das Mitleid überwiegt und bis zum letzten Augenblicke hatte ich die Hoffnung, der Hl. Geist würde bei seiner früheren Ansicht beharren. Es ist ein schweres, sehr schweres Opfer, das Sie dem Vaterlande bringen, und ich fürchte, das neue Amt wird für Sie ein Martyrium werden. Ein Kanzler mit gebundenen Händen und Füßen, mit roten oder rotangelaufenen Mitarbeitern und einer ebenso gefärbten Reichstagsmehrheit, deren Machthunger keine Grenzen mehr kennt. Und ein preußischer Ministerpräsident, einer meiner ältesten Freunde und Gesinnungsgenossen, dem ich nächstens schärfste Opposition machen muß! Das will noch nicht in meinen dummen Kopf hinein. Aber, da Sie jedenfalls auch diesmal den allerhöchsten und allerzuverlässigsten Rat eingeholt haben, so muß ich mich bescheiden und hoffen, daß Alles gut geht. Ein gemütliches Zimmer, »wo der Professor wohnt«, wirds in der Wilhelmstr[aße] wohl nicht mehr geben und von Ruhpolding aus können Sie auch nicht mehr regieren. Unsre persönlichen Beziehungen werden hoffentlich durch diesen neuen Aufstieg nicht berührt, aber im Reichskanzlerpalais werde ich Sie wohl nicht aufsuchen dürfen? Das könnte Sie verdächtig machen, denn es ist bekannt, daß ich mit der großen Mehrheit der Landtagsfraktion zu den entschiedensten Gegnern der Reichstagsmehrheit gehöre. Aber hoffentlich findet sich ein neutrales Plätzchen – vielleicht bei Fräul[ein] v. Wangenheim oder in Steglitz – wo wir mal ungestört miteinander plaudern können. Vielleicht komme ich mit Tilly schon in der nächsten Woche, spätestens aber am 12 d[iese]s M[onats] nach Berlin und dann werden Sie ja auch wohl installiert sein.

Nun, möge Gott Alles zum Guten lenken und Ihnen Ihr Opfer reichlich lohnen.
Mit herzlichen Grüßen von Haus zu Haus in alter Freundschaft
Ihr
Müller.

197

Konrad Beyerle an Georg von Hertling
Brüssel, 3. November 1917

(masch. Kop.; BArch, Nl Beyerle, Nr. 6, f. 91–96)

Euer Excellenz
hochzuverehrender Graf!

Er hofft, dass Hertling mit Gottes Gnade im höchsten Staatsamt die Kraft findet, an einem weltgeschichtlichen Wendepunkt Volk, Kaiser und Fürsten zu einem siegreichen Kriegsende und einem dauerhaften, gut gesicherten Frieden zu führen. Gewähr dafür bieten Hertlings Geist, Erfahrung und Menschenkenntnis sowie das Vertrauen, das weite Kreise aller Parteien und Konfessionen ihm entgegenbringen.

Er hat vor 26 Jahren Hertling an der Universität München gehört, mit ihm zwei Jahrzehnte in der Görres-Gesellschaft als Lernender zusammengearbeitet, dankt für dessen gütige Anteilnahme an seiner Universitätslaufbahn.. Da er sich in der protestantischen Göttinger Umgebung nur als geduldeter Fremdkörper fühlte, zog er wie Hertlings eine politische Betätigung in Betracht. Den Plan einer Kandidatur im Wahlkreis seiner Geburtsstadt Waldshut gab er aber auf, weil ihm wissenschaftliche Freunde widerrieten und er auf ein weiteres akademisches Fortkommen hofft.

Inzwischen lebte ich mich im Göttinger Gefangenenlager in die belgischen und flämischen Probleme ein[1] und arbeite seit 1. Februar 1917 als Referent der Politischen Abteilung beim Generalgouverneur in Belgien. Mein Referat, auf lebhafte Imparitätsbeschwerden von katholischer deutscher Seite (Julius Bachem, Kölnische Volkszeitung, Augsburger Postzeitung[2]) hin geschaffen, galt insbesondere der Aufnahme

1 Nach unbezahlter Tätigkeit im Kriegsgefangenenlager Göttingen erhielt Beyerle am 21. November 1916 einen Dienstvertrag mit der Lagerkommandatur als deren zweiter wissenschaftlicher Beirat mit jährlicher Aufwandsentschädigung von 4000 M. für die vom Kultusministerium genehmigte Nebentätigkeit ohne Abzug vom Berufsgehalt. (BArch, Nl Beyerle, Nr. 1, f. 104). Beyerle kümmerte sich um die zahlreichen Künstler unter den Gefangenen und plante eine Ausstellung mit deren Werken in Belgien. Wie Dankbriefe bezeugten, hatte er einigen Erfolg mit seiner auf kulturelle Autonomie gerichteten Devise: »Flandern, unverdeutscht, unverfranscht«. (Ebd. Nr. 3, f. 264–265, 267, 77). Leitlinie der Politik Bissings seit 1915 war nach Meinung des Hauptmanns Dr. Josef Dirr (Politische Abteilung beim Generalgouverneur in Belgien) die »Anlehnung an Deutschland in irgend einer Form« zu fördern. (Dirr an Beyerle, Brüssel 8. Mai 1916. Ebd., Nr. 1, f. 13). Das Ziel, eine »Gemeinsamkeit der politischen Interessen« zu erreichen, müsse »sehr behutsam und vorsichtig« angegangen werden, etwa durch Anknüpfung an die noch nicht durchgeführten Sprachgesetze Belgiens, weil die flämische Bewegung und ihre Presse kaum noch existierten, »die Vlamen in ihrer Masse selbst durch den Krieg unzugänglich geworden« und auch die gebildeten Kreise »viel zu sehr verschüchtert und erschreckt« seien, »als dass sie ohne weiteres mit uns Deutschen« gingen. Generaloberst von Bissing an Beyerle, Brüssel 17. März 1916. Ebd., Nr. 1, f. 71.

2 Vgl. den Artikel Die Universität Gent, Augsburger Postzeitung, Nr. 531 v. 18. November 1916 (der auch in anderen Blättern erschien) mit Beschwerde über die Bevorzugung liberaler Professoren an

und Pflege der Beziehungen zum katholischen Flamentum und zur Geistlichkeit.[3] Ich habe bei den Bischöfen in Gent[4], Lüttich[5] und Brügge[6] Eingang gefunden, während ich absichtlich den unmittelbaren Verkehr mit Kardinal Mercier bis heute vermeide. Viele Türen haben sich mir geöffnet, viele Bekanntschaften im Flamentum konnte ich anknüpfen. Die Mitarbeit des fürstlich Salmschen Archivars, Herrn Dr. W. Kisky[7], der auf Empfehlungen von Julius Bachem und Trimborn bereits neun Monate vor mir in die Politische Abteilung berufen worden war und der sich Euer Exzcellenz ergebenst empfehlen lässt, war mir dabei von grossem Werte. Auch Herrn Professor Dr. Freiherrn v. Bissing[8] verdanke ich von Anbeginn meiner Brüsseler Tätigkeit wertvolle Förderung und freundliche Aufnahme. […] Ich habe mich übrigens nicht auf die katholischen Kreise beschränkt, sondern im Interesse einer sicheren Orientierung auch in liberalen flämischen Kreisen Fuss zu fassen gesucht.[9] Durch meine historischen und kulturpolitischen Interessen ist mir dies auch in beachtenswertem Umfange gelungen. In immer erneuter Überlegung und Erfahrung, die ich in meinem Brüsseler Amtszimmer und auf häufigen dienstlichen Informationsreisen in allen flämischen Provinzen sammeln konnte, haben sich meine politischen Gedanken zur sicheren Ueberzeugung geformt, die mich heute beseelt. Es mag sein, dass man mich hie und da für einen Optimisten oder Alldeutschen angesehen hat, der die Dinge durch die Brille seiner Wünsche betrachtet. Im deutschen Reichstag meinte jemand besonders klug zu sein, als er die Flamenpolitik eine Politik »von Professoren für Professoren« bezeichnete. Excellenz! Ich glaube, es wird sehr gut sein, wenn wir uns bei der Behandlung der schwierigen belgischen Probleme unserer

---

der Universität Gent. BArch, Nl Beyerle, Nr. 1, S. 33–35. Vgl. zur kurzfristigen Existenz der Universität Schaepdrijver, S. 163–165.

3 Beyerle traf auf eine Situation, in der »die katholische Pfarrgeistlichkeit, auch soweit sie flämisch gesinnt war, dem Gebote Mercier's gehorchend, den national-belgischen Standpunkt mit Nachdruck« vertrat oder schwieg. Josef Dirr an Beyerle, Brüssel, 26. August 1916. BArch, Nl Beyerle, Nr. 1, f. 16.

4 Bichof von Gent war 1916–1927 Emiel Jan Seghers (1855–1927).

5 Bischof von Lüttich war 1902–1927 Martinus-Hubertus Rutten (1841–1927).

6 Bischof von Brügge war 1895–1931 Gustavus Josephus Waffelaert (1847–1931).

7 Wilhelm Kisky (1881–1953), geb. in Köln, 1906 Dr. phil. in Bonn bei Aloys Schulte (Die Domkapitel der geistlichen Kurfürsten), dann im Stadtarchiv Köln tätig, 1913 Direktor des Archivs der Fürsten von Salm in Anholt, 1915–1918 in der Verwaltung des Generalgouvernements Belgien, 1920–1924 am Reichsarchiv in Berlin, 1928 Leiter der Archivberatungsstelle der rheinischen Provinzialverwaltung, 1945 umgewandelt in die Landesarchivverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen; er publizierte vor allem zur rheinischen Geschichte und zum katholischen Pressewesen (Augustinusverein).

8 Friedrich Wilhelm von Bissing.

9 Generalgouverneur Bissing wollte möglichst viele erreichbare Kräfte in eine Interessengemeinschaft ziehen, um die deutschen parteipolitischen Gegensätze nicht mit den »flämischen Dingen zu verquicken«. Dirr an Beyerle, Brüssel 30. November 1916. BArch, Nl Beyerle, Nr. 1, f. 38–40. Vgl. Meseberg-Haubold, S. 144–160.

Eigenschaft als Professoren bewusst bleiben. Denn ohne gründliche Kenntnis der geschichtlichen und staatlichen Bedingtheiten, die den Zusammenhang zwischen Deutschland und den Niederlanden ausmachen, ist der Gesichtpunkt nicht zu gewinnen, von dem aus die Möglichkeiten der deutsch flämischen Zukunft erkannt und mit Kraft und Ueberzeugung durchgeführt werden können. Das eben war und ist der Fehler so vieler Deutschen in Belgien, dass sie zu sehr am augenblicklichen Zustande haften bleiben und nur ein oberflächliches Bild des französischen Brüssel und seiner Halbweltsmanieren kennen. Sie vergessen dabei, dass ausserhalb Brüssels das weite flämische Land und das reine flämische Volkstum liegen und dass Brüssel nicht gleich Flandern ist. Wenn kürzlich ein unabhängiger Sozialist im Hauptausschuss vom »Unfug der Flamenpolitik« sprechen konnte,[10] so ist es höchste Zeit, dass Männer an die Arbeit gehen, die ex professo etwas von den Dingen verstehen. Sicher ist jedenfalls, dass meine warme Empfindung für das Flamentum, die ich in einjähriger täglicher Beschäftigung mit den flämischen Kriegsgefangenen aus allen Sozialschichten und politischen Lagern gewonnen hatte, mir hier in Belgien die Herzen vieler Flamen zugeführt, ja Vertrauen und Freundschaft für mich und in die von mir vertretene deutsche Sache geweckt hat. Der jüngste Empfang, den Euer Excellenz Herrn Ministerialdirektor Ver Hees[11] und mir in München freundlichst gewährt haben, konnte Euer Excellenz davon ein, wie ich hoffen darf, nicht eindrucksloses Bild abgeben. Ich darf dem hinzufügen, dass es gerade katholische Männer, auch Geistliche, sind, die mich in der Verfolgung einer festen deutschen Politik in Belgien, zum Schutz der Flamen wie zur eigenen Sicherung Deutschlands, unablässig anspornen. Die flämische Bewegung wird um so stärker sein, je machtvoller Deutschland hinter ihr steht. Je mehr sie aber erstarkt, um so realer sind die deutschen Bürgschaften gegenüber und in einem wiederhergestellten Belgien.

Mit tiefster Sorge haben wir es hier in Brüssel erlebt, dass so viele führende Persönlichkeiten des Reichstags zeitweilig die Notwendigkeit einer festen deutschen Politik mit Bezug auf Belgien verkannt und die durch zwei Kanzler den Flamen gegebenen Zusicherungen preisgegeben zu haben schienen. Immer wieder habe ich mit Vielen in diesen Zeiten eines schweren Druckes den Blick nach München gewandt, hoffend, dass es dem mächtigen Einfluss Eurer Excellenz gelingen werde, die auf ein völliges Zurückweichen in der belgischen Frage hinzielenden Neigungen zu dämmen. Mit der Ernennung Eurer Excellenz zum Reichskanzler betrachte ich diese Gefahr endgültig als behoben.

---

10 Diese Ansicht wurde auch vom Berliner Tageblatt und von Militärpersonen vertreten, die von dem angeblich sozial niedrigstehenden Flamentum (»arm, heruntergekommen, einflusslos«, voller Eigeninteressen) nichts erwarteten. Beyerle an Dirr, Göttingen 9. September 1916. BArch, Nl Beyerle, Nr. 1, f. 27.

11 Der christliche Demokrat Emiel Ver Hees (1864–1928) war für den flämischen Aktivismus führend tätig; Ende 1918 suchte er Zuflucht in Deutschland, 1919 in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Vgl. Vandeweyer, S. 54 f., 58 f.

Die Möglichkeit des absoluten Gelingens der deutsch-flämischen Politik und damit der Lösung des ganzen belgischen Problems […] besteht in um so grösserem Umfange, je günstiger sich die Kriegslage für Deutschland gestaltet und je fester die politische Haltung der Reichsleitung in der belgischen Frage ist. Manche Mängel der flämischen Organisation werden unter dem Drange der Notwendigkeit sich von selbst beheben, wertvolle bis jetzt beiseitestehende flämische Gruppen, besonders der katholischen Richtung, sind im Begriffe sich dem Rat von Flandern zu nähern.[12] Dieser strebt nach Ausbau und nach einer immer besseren Legalisierung seiner Zusammensetzung und seines Auftretens. Schwierigkeiten in der deutschen Organisation, namentlich das unausgeglichene Nebeneinander, zum Teil leider Gegeneinander, der Zivilverwaltung und der Politischen Abteilung in Brüssel, müssen und werden gleichfalls überwunden werden. Ich bin unablässig bemüht, das Meinige zu diesem Ziele beizutragen. Allerdings leidet augenblicklich meine Position sehr unter den letztgenannten Umständen. Es ist mir nicht in dem gewünschten Umfange möglich, bei den deutschen Stellen Einfluss zu gewinnen und an der Weiterentwicklung der politischen Verhältnisse bestimmend mitzuarbeiten. So stehe ich leider, während mich der verstorbene Generalgouverneur Frhr. von Bissing wiederholt zur Tafel zuzog, dem Herrn Generalgouverneur Frhrn. von Falkenhausen[13], noch völlig fremd gegenüber. Erfreulicherweise bin ich dafür mit dem rührigen Verwaltungschef für Flandern, dem badischen Oberamtmann Schaible[14], von meiner badischen juristischen Vorbereitungszeit her gut bekannt.

12 Der Anfang Februar 1917 gegründete Rat von Flandern verkündete am 22. Dezember 1917 die politische Unabhängigkeit Flanderns, erweiterte sich auf 93 Mitglieder und erwirkte Akklamationen in den Provinzen Antwerpen, Brabant, Limburg, Ost- und Westflandern. Er bekräftigte in einer Kundgebung vom 20. Juni 1918 das Streben nach völliger Selbständigkeit Flanderns in politischen, gesetzlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Belangen. Ein zustimmender Kommentar der (liberalen) Kölnischen Zeitung v. 25. Juni forderte ein nicht annektiertes, freies Flandern mit engen wirtschaftlichen Beziehungen zu seinem »natürlichen Hinterland Deutschland«. (Schulthess 59, NF 34 [1918/II], S. 343–345, 347 f.). Der Conseil de Flandres hatte sich von vornherein einer starken »passivistischen« Opposition zu erwehren. Vgl. Schaepdrijver, S. 272–279, sowie die Broschüre v. 19. Januar 1918: Les Flamands contre l'Activisme. Protestation collective des Associations Flamandes de Belgique au Chancelier Impérial von Hertling contre l'usurpation de pouvoir du soi-disant »Conseil de Flandre«. Nach Radowitz' Aufzeichnung v. 30. Januar 1918 erklärte Hertling dem Gouverneur Ludwig von Falkenhausen, er wolle momentan den Rat von Flandern nicht empfangen, um sich nicht mit einer prononcierten Flamenpolitik zu belasten. Scherer-Grunewald, Bd. 3, S. 314.

13 Ludwig Freiherr von Falkenhausen (1844–1936), geb. in Guben, 1862 Eintritt ins preußische Heer, Teilnehmer der Kriege von 1866 und 1870/71, bis 1899 Aufstieg zum Kommandierenden General, 1902 Ruhestand, Militärschriftsteller, 1914–1916 Kommandeur des Ersatzkorps bei der 6. Armee in Lothringen, 1916 Oberbefehlshaber der Küstenverteidigung in Hamburg, 1916–1917 Oberbefehlshaber der 6. Armee in Flandern, April 1917–November 1918 Generalgouverneur in Belgien.

14 Alexander Schaible (1870–1933), geb. in Freiburg im Breisgau, 1898 Legationssekretär bei der badischen Gesandtschaft in Berlin, 1901 Amtmann in Karlsruhe, 1908 Oberamtmann, 1914–1918 bei der Zivilverwaltung in Belgien, 1926–1928 Landrat in Konstanz, Mitglied der DVP. Vandeweyer, S. 54–59.

Als der Herr Reichstagsabgeordnete Erzberger im September 1916 auf der Görresversammlung in Koblenz mit mir die erste Besprechung wegen meiner Verwendung im Dienste der deutsch-belgischen Politik hatte, war zunächst meine Aufnahme ins Auswärtige Amt geplant, wo es bis heute an einer Vertretung der flämischen Frage durch einen besonderen Referenten gebricht. Es ist dann unter den dargelegten Umständen meine Berufung in die Politische Abteilung in Brüssel selbst erfolgt.

Er rechnet mit einer Berufung nach Bonn, für die er zu Ostern 1918 seine Tätigkeit in Brüssel aufgeben müsste. Zwar stets von ganzem Herzen akademischer Lehrer, erwägt er angesichts der Umwälzungen des Weltkriegs und aus Interesse am öffentlichen Leben sich ganz dem Staat und der Politik zuzuwenden, worin ihn Karl und Julius Bachem, konservative und liberale Mitglieder seines Göttinger Kreises bestärkt haben. Kürzlich konnte er sich zusammen mit dem Flamenführer Ver Hees bei allen Reichsämtern, bei zahlreichen Parteiführern und Reichstagsmitgliedern bekannt machen, und fand freundliches Interesse bei Kühlmann, Graf Roedern[15]*, Wallraf*[16]*, Schwander*[17] *und Peter Spahn. Er bittet Hertling zu entscheiden, ob er in der Universitätslaufbahn bleiben oder seine Tätigkeit in Brüssel oder anderswo im Reichsdienst fortsetzen soll.*[18]

15 Siegfried Graf von Roedern (1870–1954), geb. in Marburg, 1893 Referendar, 1899 Regierungsassessor, 1901 im Oberpräsidium von Posen, 1903 Hilfsarbeiter im preußischen Finanzministerium, 1905 Landrat von Niederbarnim, dort verdient um Krankenhaus- und Chausseebau sowie die Elektrifizierung, 1911 Oberpräsidialrat bei der Regierung der Provinz Brandenburg in Potsdam, 1914 Staatssekretär im Ministerium für Elsaß-Lothringen, 1916–1918 Staatssekretär des Reichsschatzamts, preußischer Staatsminister ohne Portefeuille, bemüht um eine die Kriegsanleihen ergänzende Kriegsfinanzierung, 1918 a. D., Sachverständiger, 1923–1933 Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Reeder in Hamburg, Vorsitzender des Deutschen Schulschiff–Vereins, 1932–1933 Reichskommissar für Schifffahrt, 1933 Niederlegung seiner meisten Ämter, Übersiedlung in den Chiemgau, Landwirt, 1935 NSDAP-Mitglied, Distanzierung vom Dritten Reich, Hilfe für jüdische Freunde; autobiographische Schriften. Vgl. Roedern, Zusammenbruch, Bd. 1, S. 31–42.

16 Max Wallraf (1859–1941), geb. in Köln, Jurastudium, 1886 Regierungsassessor in Aachen, 1888 Landrat im Malmedy, 1894 in St. Goar, 1898 Regierungsrat beim Oberpräsidium der Rheinprovinz in Koblenz, 1900 Polizeipräsident von Aachen, 1903 Oberpräsidialrat in Koblenz, 1907–1917 Oberbürgermeister von Köln und Mitglied des Preußischen Herrenhauses, 1917 Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern, Wirklicher Geheimer Rat, Oktober 1917–Oktober 1918 Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Ende 1917–September 1918 preußischer Staatsminister, 1921–1924 Mitglied des preußischen Landtags (katholisch, DNVP), 1924–1930 des Reichstags, 1933 NSDAP-Mitglied. Reichstags-Handbuch 1928, S. 460 f.; Falk, Lebenserinnerungen, Einleitung von Stalmann, S. 33 f.

17 Rudolf Schwander (1868–1950), aus Colmar, Sekretäranwärter in der Stadtverwaltung Colmar, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, 1900 Promotion (Straßburg), 1911 Mitglied des Landesausschusses von Elsaß-Lothringen, 1902 Beigeordneter, 1906–1918 Bürgermeister von Straßburg, verdient um Armenpflege, Arbeitsamt, Elektrizität und Hafenausbau, September–November 1917 Staatssekretär im Reichswirtschaftsamt, 1918 für wenige Tage letzter Reichsstatthalter von Elsaß-Lothringen, 1920–1932 Oberpräsident von Hessen-Nassau (DDP), Förderer der Universität Frankfurt am Main. Stefan Fisch, Schwander, Rudolf, in: NDB 23 (2007), S. 781 f.

18 Beyerle (an Trimborn, Brüssel 13. August 1917) bat Trimborn und führende Abgeordnete des Zentrums im Reichstag, ihn als belgischen Referenten in ein Reichsamt zu berufen. Vor der Übersiedlung

In diesem Sinne bitte ich, mich […] in dankbarer Anhänglichkeit unter wiederholten Glückwünschen empfehlen zu dürfen als

Euer Excellenz
ganz ergebener

nach Brüssel hatte er seinen Haushalt in Göttingen aufgelöst, zwei Söhne einem Pensionat in Deutschland übergeben und seine vier übrigen Kinder in Brüssel einschulen lassen. Seine häuslicher Pflege bedürftige Frau sollte »infolge einer neuesten Verfügung« der OHL Brüssel wieder verlassen, falls nicht der Generalgouverneur eine Ausnahme machte. »Nach den mancherlei bitteren Erfahrungen, die mir die preussische Universitätskarriere noch jüngst wieder gebracht hat, würde ich nicht ungern meine Kräfte dauernd in den Dienst des Reiches stellen«. BArch, Nl Beyerle, Nr. 6, f. 127.

198

Stephan Ehses an Georg von Hertling
München, 3. November 1917

(eigh. Or.; AGG, Nr. 9)

Exzellenz!

Vor der Größe des Opfers, das Sie mit Übernahme des Reichskanzleramtes unserm ganzen Vaterlande bringen, verstummen die sonst bei solchen Ereignissen üblichen Glückwünsche, die sich fast lieber in Worte des Beileides umkleiden möchten. Aber nachdem zum zweitenmale und stärker als vor drei Monaten der Ruf an Euer Exzellenz ergangen ist, glaube ich darin deutlich die vox Dei zu erkennen und habe auch nicht daran gezweifelt, daß Sie, Ihrem bewährten Grundsatze treu, ihm Folge leisten würden, so vollkommen ich auch Ihren neulich geäußerten sehnlichen Wunsch begreife, daß dieser Kelch an Ihnen vorübergehe. Nun müssen wir, so sagte mir vor einigen Tagen J[esuiten] P[ater] Ehrle[1], recht tüchtig beten, daß die Sache einen guten Ausgang nimmt, und ich glaube, das haben viele Ihrer Freunde und Verehrer, namentlich unter meinen Standesgenossen, auch unaufgefordert getan und werden es auch ferner tun, damit die neue schwere Last Ihnen leicht und erfreulich, dem Reiche und seinen Verbündeten ersprießlich, für die ganze Welt friedenstiftend werde. Auch den großen Anteil, den Ihre Exzellenz die sehr verehrte Frau Gräfin, an diesem Opfer trägt, schätze ich überaus hoch ein, und wenn auch an der Bewunderung der Welt nicht viel gelegen ist, so finde ich umso mehr vom christlich katholischen Standpunkte aus das Beispiel unschätzbar, welches durch Übernahme solcher Beschwerden und Entsagungen gegeben wird, während man nach allem natürlichen Weltlaufe den gerechtesten Anspruch auf ruhigen Genuß der reichlich eingebrachten Ernte hätte.

1 P. Franz Ehrle hielt sich zu Studien an der Bayerischen Staatsbibliothek in München auf.

Ich hatte gehofft, Euer Exzellenz bald nach Ende der Sitzungen in der Prannerstraße bei mir mit einem Glase aus der Heimat aufwarten zu können; darauf muß ich wohl jetzt und vielleicht überhaupt verzichten, mit dem Vorbehalte jedoch, daß Ihr Besitzrecht auf meinen kleinen Keller unangetastet bleibt; aber auch wenn sowohl die schönen 4 ½ Teestunden in Promenadeplatz 22 wie die zwanglosen, bei mir leider so primitiven Moselproben zu Ende sein sollten, so dürfen Eure und Ihre Exzellenz fest überzeugt sein, daß Ihrer und des ganzen Hauses stets in aufrichtigen Wünschen und Gebeten gedenken wird

Hochderselben
in treuer Verehrung
ergebenster
Prälat Ehses.

199

Georg von Hertling an Anna von Hertling
Berlin, 3. November 1917

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 23, f. 25–26)

Liebe Anna!

Vielen Dank für Deine liebe Karte und Dein liebes Telegramm. Der liebe Gott muß freilich weiter helfen, sonst geht es nicht. Wie groß die Schwierigkeiten hier sind, das wußte ich voraus und sehe ich alle Tage. Um Dich aber gleich darüber zu beruhigen: gesundheitlich geht es mir durchaus gut, da fehlt nichts, und ich war auch in den letzten Tagen hier nicht viel müder, als ich gelegentlich schon an anstrengenden Tagen in München gewesen bin.

Gestern waren die großen Militärs hier. Ich ging zu Hindenburg und sprach mich offen mit ihm aus, ebenso mit Ludendorf, zu dem mich der Feldmarschall hinführte. Es verlief alles ganz glatt, die Herren gaben alle Zusagen von vertrauensvollem Zusammenarbeiten u.s.w., nun wollen wir weiter sehen, aber der erste Eindruck war nicht schlecht. Dann besuchte ich den armen Michaelis, der sein Schicksal mit Würde trägt, das muß man anerkennen. Am Nachmittag präsidirte ich zum ersten male eine Besprechung, an der die Herren der obersten Heeresleitung und der Marine-Leitung teilnahmen. Es war recht interessant und dauerte auch nicht zu lange. Vorher hatte ich die sogenannten stimmführenden Mitglieder des Bundesrats begrüßt und ein paar Worte gesagt, die gut aufgenommen wurden.

Am Abend war ich wieder in Steglitz, wir tranken eine eigens dafür bewahrte Flasche Cliquot[1], und es war sehr gemütlich. Mitz geht es offenbar viel besser als im Sommer. Die Kinder waren schon im Bett.

In den häuslichen Angelegenheiten fange ich an klarer zu sehen. Behalten werde ich jedenfalls den Herrn v. Prittwitz, der ein aufmerksamer wohl erzogener junger Mann und in seinen Dienst vollkommen hineingewachsen ist. Ebenso will ich den Mann behalten, der schon seit Jahren das Amt eines Kanzleidieners mit dem eines gehobenen Kammerdieners verbindet, der weiß, wo alles Geschirr u.s.w. zu finden ist, und ein älterer ordentlicher Mann sein soll. *Aus München soll seine Angestellte Martina mitkommen, eine Berlin-Zulage erhalten und die Küche leiten,*[2] *weil der Küchenchef der Reichskanzlei zum Militär eingezogen wurde und ihm nur ein Aushilfskoch folgte. Die Dienstbotenlöhne müssen dort überhaupt erhöht werden.*

1 Hochwertiger Champagner der Marke Veuve Cliquot.

2 Hertling litt an Magen- und Darmbeschwerden und sah sich darum wohl auf seine Münchner Köchin, die ihn gut versorgte, angewiesen.

Nun muß ich schließen, es liegt schon wieder ein Pack von Telegrammen vor mir. Um 10 Uhr werden die gestrigen Besprechungen fortgesetzt, vorher kommt noch der preuß[ische] Minister Breitenbach[3] zu mir, der ein Schwager meines alten Freunds Kny[4] ist, resp[ective] war.

Grüße die Töchter und alles Liebe für Dich
von Herzen Dein
GvH

3 Paul (1909 von) Breitenbach (1850–1930), geb. in Danzig, 1875 Gerichtsreferendar, 1877 Gerichtsassessor in Berlin, 1878 Übertritt in die preußische Eisenbahnverwaltung, 1885 Regierungsrat, 1895 Oberregierungsrat, 1893–1895 Leiter der Eisenbahnbetriebsämter Hannover und Hamburg, 1897 erster Leiter der neuen Preußisch-Hessischen Eisenbahndirektion in Mainz, 1903 der Eisenbahndirektion in Köln, 1906–1918 preußischer Minister der öffentlichen Arbeiten, zugleich Leiter des Reichseisenbahnamts, 1916–1917 Vizepräsident des Preußischen Staatsministeriums. Er war maßgeblich beteiligt am Bau der U-Bahn in Berlin, vertrat das Interesse der preußischen Staatseisenbahn gegen die Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens und gründete 1906 den Eisenbahn-Töchterhort, eine Stiftung für unverheiratete Töchter, Kinder und Waisen von Eisenbahnern.

4 Leopold Kny (1841–1916), geb. in Breslau, nach Studium der Botanik 1863 Promotion in Berlin, 1867 Habilitation, 1873 a.o. Professor an der Universität Berlin, Direktor des Instituts für Pflanzenphysiologie, Mitglied der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina, 1880 Professor für Botanik an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin, 1908 o. Professor an der Universität Berlin. Er gab textunterlegte Botanische Tafeln für den Unterricht heraus, führte in den Gebrauch der Mikroskopie ein und forschte über die Morphologie der Algen, Pilze, Moose und Farne. http://www.sammlungen.hu-berlin.de/dokumente/15943/ (22.5.2018); vgl. W. Becker, Hertling, Jugend, Bd. 1, S. 84, 88, 107, 110, 188 f. Kny an Hertling (Berlin 3. Februar 1916) regte angesichts der nun zwischen der Türkei und den Mittelmächten bestehenden »freundschaftlichen Beziehungen« eine Initiative Kaiser Franz Josephs und König Ludwigs von Bayern an, die Hagia Sophia dem christlichen Gottesdienst zurückzugeben. AGG, Nr. 4.

200

Bogdan von Hutten-Czapski an Georg von Hertling
Warschau, 3. November 1917

(masch. Konz.,[1] BArch, Nl Hutten-Czapski, Nr. 99, f. 4–5)

Hochgeborener Graf, Gnädigster Herr Reichskanzler!

Mit banger Sorge erwartete ganz Deutschland die Lösung der bereits seit Monaten bestehenden politischen Krisis. Ganz Deutschland muss Euerer Exzellenz dafür dankbar sein, dass Sie in diesem schweren Augenblick Ihre Person zur Verfügung des Vaterlandes gestellt haben. Man sagt, Niemand sei unersetzlich. Dieses traf jetzt nicht zu, denn Sie allein haben unter den leitenden Staatsmännern diejenige Autorität, die erforderlich ist, um im Namen Deutschlands den Frieden vorzubereiten und zu schliessen.

Als Deutscher und als Preusse freue ich mich, dass Euere Exzellenz die Politik meines weiteren und meines engeren Vaterlandes leiten. Die langjährigen Beziehungen, die ich zu Euerer Exzellenz habe[2] und Ihr mir stets bewiesenes Wohlwollen bewirken, dass ich mich auch als Mensch über diese Wendung freue.

Einen ganz besonderen Anlass zur Freude gibt mir aber meine jetzige amtliche Stellung. Seit der Besetzung Warschaus hier tätig, weiss ich, welche Bedeutung die Entwickelung Polens, sowie seine politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu uns, für das Deutsche Reich haben und wie wichtig es ist, uns hier beliebt zu machen, nicht aber durch kleinliche Massregeln die nun einmal beschlossene Entwickelung des polnischen Staates zu hemmen. Es ist mir bekannt, dass Euere Exzellenz stets in diesem Sinne auf Herrn von Bethmann Hollweg eingewirkt haben und weiss ich, dass Sie nunmehr in leitender Stelle die gesamten Fragen, die mit der Besetzung

---

1 Ohne offiziellen Briefkopf mit Vermerk Hutten-Czapskis: »Selbst mund[iert] und ab 4/11 d[urch] Curier«, mit eigh. kleinen Zusätzen und Verbesserungen.- Bogdan Graf von Hutten-Czapski (1851–1937), geb. in der Herrschaft Smogulec (Provinz Posen), aus preußisch gesinnter polnischer Adelsfamilie, 1873 Eintritt ins preußische Heer, 1875 in den juristischen Staatsdienst, Berufsoffizier, 1882 Premierleutnant bei den Gardehusaren in Potsdam, Teilnahme am Leben der höheren Gesellschaft in Berlin, 1884 Adjutant des Reichsstatthalters von Elsaß-Lothringen, 1885 Brigadeadjutant, 1887 Rittmeister, 1888 Eskadronchef, 1895 Mitglied des Preußischen Herrenhauses, Mitarbeiter des Reichskanzlers Hohenlohe, 1901 Schlosshauptmann von Posen (Hofamt), August 1914 Oberstleutnant d. R. im Großen Generalstab, Referat Ostfragen, September 1914 beim Stab der 8. Armee in Ostpreußen, im August 1915 durch kaiserliche Ordre wegen seiner Kenntnis der polnischen Verhältnisse und Loyalität zur preußischen Monarchie dem Generalgouverneur Beseler in Warschau zur Beratung zugeteilt, eine der »deutschen bzw. assimilierten Persönlichkeiten im gemischtsprachigen Gebiet«. Spenkuch, S. 167; vgl. Hutten-Czapski, Bd. 1–2.

2 Spätestens ab Anfang 1903. Hutten-Czapski beglückwünschte Hertling zum Abschluss der Verhandlungen über die Schaffung einer Katholisch-Theologischen Fakultät an der Universität Straßburg. Hertling dankte ihm und versprach, ihn im Februar 1903 in Berlin aufzusuchen. Hertling an Hutten-Czapski, München 21. Dezember 1902. BArch, Nl Hutten-Czapski, Nr. 99, f. 3.

ehemals russischer Gebiete zusammenhängen, ihrer Lösung zuführen werden. Die hiesigen einheimischen Politiker sind hiervon überzeugt und bringen Ihnen ein volles Vertrauen entgegen. Der Generalgouverneur[3] ist hocherfreut und können Sie sich auf ihn unbedingt verlassen.

In dem Oberregierungsrat Grafen Lerchenfeld[4] finden Euere Exzellenz einen vorzüglichen Gehülfen für die hiesige Politik. Dieser als Mensch und als Beamter gleich hervorragende Landsmann Euerer Exzellenz hat es verstanden, sich das unbedingte Vertrauen der Einheimischen zu erwerben und seiner Ansicht wird auch dann der grösste Wert beigemessen, wenn er – was oft nötig ist – den politisch unreifen Ansichten hiesiger Kreise entgegentreten muss. Dass er polnisch gelernt hat, wird ihm besonders hoch angerechnet. Er ist in Warschau unentbehrlich.

Die siebente Kanzlerschaft bedeutet einen Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands, denn sie schöpft ihre Kraft nicht von der Krone allein und ist auch auf der festen Grundlage des Vertrauens der Vertreter der Nation aufgebaut. Grosse Hoffnungen und grosse Erwartungen knüpfen sich an den Amtsantritt Euerer Exzellenz. Möge Gott Ihnen Seinen Segen und die Kraft geben, auf dass Ihre Arbeit zum Ruhm des Herrn und Deutschlands Wohl gedeihe!

Zwei Kanzler – Fürst Hohenlohe[5] und Herr von Bethmann Hollweg – haben mir während langer Jahre ihr ganzes Vertrauen entgegengebracht. Ich hoffe, mir dasjenige Euerer Exzellenz zu verdienen und zu erwerben und würde glücklich

---

3 Hans Hartwig (1904 von) Beseler (1850–1921), geb. in Greifswald, 1868 Eintritt ins Garde-Pionier-Bataillon, rascher Aufstieg im Wechsel von Truppen- und Generalstabsdienst, 1893 Abteilungschef im preußischen Kriegsministerium, 1899 Oberquartiermeister im Großen Generalstab, dann Generalinspekteur der Festungen, 1907 General der Infanterie, 1911 z.D., Beitritt zur Freikonservativen Partei, 1912 Mitglied des Preußischen Herrenhauses, 1914 Kommandierender General, Eroberung von Antwerpen, August 1915–November 1918 Generalgouverneur von Warschau, 1918 Generaloberst. Er »verfolgte eine konsequente Politik der Einbeziehung Polens in ein deutsch-mitteleuropäisches Staatensystem« und stand in Ungunst bei den »Rechtsparteien«. Werner Conze, Beseler, Hans von, in: NDB 2 (1955), S. 176.

4 Hugo Graf von und zu Lerchenfeld auf Köfering (1871–1944), geb. in Köfering bei Regensburg, Neffe des gleichnamigen Gesandten, Jurastudium, 1897–1900 Praktikant bei der Regierung von Oberbayern und beim Reichsamt des Innern, 1900 Bezirksamtsassessor in Neustadt an der Haardt, 1904 im bayerischen Innenministerium, 1907 dort Regierungsassessor, 1909 Bezirksamtmann in Berchtesgaden, 1914 Kriegsdienst (Rittmeister d. R.), Regierungsrat im Kultusministerium, April 1915–November 1918 in der Zivilverwaltung des Generalgouvernements Polen, 1916 Oberregierungsrat, 1917 Regierungskommissar beim polnischen Staatsrat, 1919 Geheimer Legationsrat im AA, 1920–1921 Gesandter der Reichsregierung beim Volksstaat Hessen in Darmstadt, September 1921–November 1922 Ministerpräsident Bayerns, 1924–1926 Mitglied des Reichstags (BVP), 1926 deutscher Gesandter in Wien, 1931 in Brüssel, 1933 z.D. Schärl, S. 321 f.; Wolfgang Zorn u. Franz Menges, Lerchenfeld-Köfering, Hugo Graf von und zu, in: NDB 14 (1985), S. 314 f.

5 Chlodwig Fürst Hohenlohe zu Schillingsfürst (1819–1901), geb. in Rotenburg an der Fulda, aus ehemals reichsunmittelbarer fränkischer Adelsfamilie, Jurastudium, 1842–1846 im preußischen Staatsdienst, dann Majoratsherr, erbliches Mitglied des bayerischen Reichsrats, 1849 Reichsgesandter in London, Anhänger der preußischen Unionspolitik, 1868, 1871–1881 Mitglied des Reichstags (Liberale Reichspartei), 1866–1870 liberal gesinnter Ministerpräsident Bayerns, 1874 deutscher Botschafter in Paris, 1885 Statthalter der Reichslande, 1894–1900 Reichskanzler.

sein, wenn ich in meiner hiesigen Stellung und als Mitglied des Herrenhauses nach Massgabe meiner Kräfte Ihrer Politik nützlich sein könnte.[6]

In tiefster Verehrung verbleibe ich

Euerer Exzellenz
g[anz] gehorsamster
BGfHC

6 Im Juni 1917 hatte sich Hertling auf Anregung Lerchenfelds in einem Privatbrief an Bethmann Hollweg gegen die Absicht der OHL gewandt, Polen nicht mehr herauszugeben. »Wir können nicht Befreier und Eroberer zugleich sein wollen. […] Der Besitz von Polen ist für Gegenwart und Zukunft für uns kein Gewinn, sondern eine Gefahr«. Auf »die Dinge in dem ehemaligen russischen Reiche« sei vorsichtig Einfluss zu nehmen. Hertling an Lerchenfeld, Ruhpolding 22. Juni 1917. Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 855.

201

Friedrich von Galen an Georg von Hertling
Haus Assen bei Lippborg, 4. November 1917

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 5, f. 1)

Hochverehrter Freund!

Gestatte, dass auch ich meiner Bewunderung Ausdruck gebe, für die von Dir bewiesene Vaterlandsliebe, als Du das Kanzleramt annahmst. Es ist ein leuchtendes Beispiel für mich und manche andere, die in diesen bösen Zeiten und Widerwärtigkeiten am liebsten die Flinte ins Korn würfen. Ich war nahe daran. Jetzt rufst Du uns zu, nicht zu verzagen, und indem wir das unsrige tun, auf den lieben Herrgott zu vertrauen.

Furchtbar schwer ist die Aufgabe, die Du übernahmst, und ich fürchte, Deine alten Freunde im Zentrum machen bei der jetzigen Verfahrenheit in der Fraction, Dir Dein Amt nicht leichter. Unbegreiflich, daß auch Trimborn sich der Diktatur Erzberger beugt. Im Land herrscht große Erbitterung gegen Erzberger und die Parteileitung. Das kam vor 8 Tagen auf einer provinzialen Vertreterversammlung (etwa 150 Personen) elementar zum Ausdruck.

Mir geht es so ziemlich wieder gut. Ich rechne bestimmt darauf nach Berlin zu kommen, wenn Du den Reichstag berufst.

Melde bitte Deiner Hochverehrten Gattin meinen gehorsamsten Handkuss. Meine Frau schließt sich meinen besten Wünschen für den neuen Reichskanzler an.

Was würde mein seliger Vater[1] zu diesem Wandel der Dinge sagen?-!

In alter Verehrung und Liebe
Dein treu ergebener
Friederich Galen

1 Ferdinand Heribert Graf von Galen (1831–1906), geb. in Münster, nach Jurastudium, Militärdienst (Premierleutnant) und Reisen Verwaltung der Familiengüter, Päpstlicher Geheimkämmerer, 1883 und 1893 Präsident der Deutschen Katholikentage, Mitglied des Gemeinderats in Dinklage, 1872–1875 des Oldenburger Landtags, 1874–1903 des Reichstags (1898–1903 Vorstandsmitglied der Zentrumsfraktion), 1898–1906 Vorsitzender des Provinzialkomitees der westfälischen Zentrumspartei. Haunfelder, S. 160. – Friedrich Mathias Graf von Galen (1865–1918), geb. in Münster, 1885–1890 Studium der Theologie, 1906 folgte er seinem Vater als Besitzer der Galenschen Fideikommisse, 1895 Mitglied des Gemeinderats in Lippborg, 1899–1918 des Westfälischen Provinzial-Landtags, 1906–1918 des Preußischen Herrenhauses, 1907–1918 des Reichstags, 1906–1918 stellvertretender Vorsitzender des Provinzialkomitees der westfälischen Zentrumspartei, 1914–1918 Mitglied des Reichsausschusses des Zentrums. Haunfelder, S. 160 f.; Hirschfeld, S. 61–64; Weyhe; S. 62 f. u. ö.

202

Karl Georg von Treutler an Georg von Hertling
München, 4. November 1917

Königl. Preußische Gesandtschaft. Nr. 324 (masch. Or.;[1] PAAA, R 1387, S. 40–41)

Die Ernennung Euerer Exzellenz zum Reichskanzler hat in der bayerischen Presse im allgemeinen eine günstige Aufnahme gefunden. Ueberall wird betont, dass Euere Exzellenz sich nur schwer dazu entschlossen haben, die in der jetzigen Zeit so überaus schwierige Leitung der Reichsgeschäfte zu übernehmen und zu diesem Schritt nur aus Verantwortungsgefühl der Allgemeinheit gegenüber veranlasst worden sind. Von der langjährigen Erfahrung Euerer Exzellenz in parlamentarischen und Regierungsgeschäften wird allseitig ein ruhiges, unnötigen Reibungen weniger ausgesetztes Verhältnis zwischen Regierung und Parlament erhofft. Ebenso allgemein wird die voraussichtliche Stellungnahme Euerer Exzellenz in den Fragen der auswärtigen Politik gebilligt. Bezüglich der von Euerer Exzellenz wahrscheinlich vertretenen Friedenspolitik wird des öfteren auf die in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 23. Oktober gehaltene Rede hingewiesen; die dort aufgestellten Friedensgrundsätze finden die volle Zustimmung sowohl der hiesigen Presse als auch der Oeffentlichen Meinung.[2]

In den Fragen der inneren Politik steht die Presse Euerer Exzellenz nicht so einmütig gegenüber. Die gesamte Zentrumspresse empfindet eine natürliche Befriedigung

1 An den Minister der auswärtigen Angelegenheiten, pr. am 6. November pm., lag dem Reichskanzler vor.

2 Mit dieser langen Rede leitete Hertling die Aussprache über den Etat des Ministeriums des Kgl. Hauses und des Äußern ein. Wegen der fehlenden Reaktion Englands, Frankreichs und Italiens auf den Friedensappell Benedikts XV. sei man dem Frieden keinen Schritt näher gekommen. Die »wahren Kriegsziele« der Alliierten lägen darin, dass England den deutschen Handel vernichten wolle und Frankreich bei der »Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen« unterstütze, die der ungemessenen Opfer nicht wert sei. Der Kriegseintritt der USA verfolge nicht die Verbreitung »demokratischer Ideen« im »rückständigen Deutschland«, sondern die Machtsteigerung Nordamerikas, das nach einem Sieg in die beherrschende Stellung Englands einrücken würde, sodass der Kampf der Mittelmächte auch der Bewahrung der »Unabhängigkeit Europas« diene. Gegenüber der »Stimmungsmache« gegen deutsche »Unmenschlichkeit«, »deutschen Imperialismus« und undemokratische »innere Verhältnisse« betonte Hertling den »Wert der monarchischen Institution«, bekannte sich indes zur »Neuorientierung«, soweit diese berechtigt sei, etwa einer neuen Wahlkreiseinteilung, während bezüglich des Wahlrechts Bayern an der Spitze der Bundesstaaten stehe. Parteien würden das politische Leben vor Stagnation bewahren, doch angesichts einer »Welt von Feinden« müssten die politischen Streitpunkte zurücktreten, sei »Einigkeit und Geschlossenheit« das »Gebot der Stunde«. Er schloss mit der Forderung nach einem »ehrenvollen Frieden«, der nach den schweren Opfern weder ein »Verzichtfriede« noch ein »Eroberungsfriede« mit dem Keim neuer kriegerischer Verwicklungen sein solle, »sondern ein Friede, der die Gewähr der Dauer und eines auf gegenseitige[r] Achtung und gegenseitige[m] Vertrauen beruhenden Wettbewerbs der Völker Europas im Dienst der Kultur und der Menschheit in sich enthält«. Schulthess 58, NF 33 (1917/I), S. 930–936.

über die Erhebung eines alten Parteimitgliedes auf die höchste Stellung im Reiche und ist auch sachlich mit der Wahl durchaus einverstanden.

In den liberalen und vor allen Dingen den sozialdemokratischen Zeitungen werden dagegen Bedenken erhoben, ob Euere Exzellenz die geeignete Persönlichkeit seien, die im Reiche und Preussen unbedingt nötigen freiheitlichen Reformen voll durchzuführen. Die gerade in letzter Zeit von Euerer Exzellenz öffentlich bekannte, auf föderalistischen Grundsätzen beruhende Gegnerschaft gegen die Einführung einer mehr parlamentarischen Regierungsform im Reiche wird hierfür als Hauptgrund angegeben. Dass Euere Exzellenz sich mit den Parteiführern vor Annahme des neuen Amtes über die Grundlagen der zu befolgenden Politik besprochen haben, wird auch hier von der links stehenden Presse als ein Anzeichen begrüsst, das Euere Exzellenz der notwendigen freiheitlichen Orientierung der inneren Politik Rechnung tragen wollen.

Ein endgültiges Urteil über die Berufung Euerer Exzellenz auf den Posten des Reichskanzlers will sich die liberale Presse bis zur Ernennung der neuen Männer, die sich Euere Exzellenz als Hilfsarbeiter aussuchen werden, vorbehalten, jedoch kommt schon jetzt in den Organen sämtlicher Parteien der gute Wille zum Ausdruck, Euerer Exzellenz eine loyale Mitarbeit nicht zu versagen.

Treutler.

203

Eduard von der Heydt an Richard von Kühlmann
Den Haag, 6. November 1917

A 37631 (masch. Or.;[1] PAAA, R 1387, S. 78–80)

Betr. Friedensfühler der englischen Geistlichkeit und Hertlings religiöse Schriften.
Eure Exzellenz!

Aus einem mir[2] zufällig in die Hand gekommenen, von einem Matrosen eines englischen Convoy durchgeschmuggelten Exemplar des »John Bull« vom 3.11., das bemerkenswerter Weise kein Wort von der italienischen Niederlage enthält, findet sich in dem diesmaligen grossen Leitartikel Bottomleys[3] folgende bemerkenswerte Stelle:

»A Sinister Breakfast«.

»What worries me more than anything else is the report which I have on pretty good authority that part of the war aims campaign is to be a crusade by the parsons[4] in favour of a ›reasonable‹ peace. Did you notice that little function at Downing Street the other morning? ›The Prime Minister entertained about thirty clergymen of all denominations, whose visit lasted two hours. The meal was followed by an informal talk on the present war position. ›That is the Press announcement, and *nothing more sinister has appeared in the papers for a long time.* Eighty parsons discussing the ›present war position‹ with the Prime Minister .... God spare us from a parsons' peace. I do not like the look of that breakfast at all!... There is a funny game going

1 pr. 11. November 1917.

2 Eduard Freiherr von der Heydt (1882–1964), aus Elberfelder Bankiersfamilie, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, 1905 Promotion, Einjährig Freiwilliger, Assistent an Bankhaus in New York, 1910 Gründung des Bankhauses E. v. Heydt & Co. London (1917 enteignet), 1914–1915 im Feld (Ulanen-Regiment), als Oberleutnant entlassen, da nicht mehr felddienstfähig, 1915–1918 Legationsrat an der Gesandtschaft im Haag; ab Juni 1915 baute er dort die Englische Hilfsstelle zur Analyse der englischen und amerikanischen Presse auf, tendierte zum Ausgleich mit England; 1919 a. D., 1920 Bankengründer in Amsterdam und Berlin, Vermögensberater Wilhelms II. im Exil, 1933 NSDAP-Mitglied, 1937 Bürgerrecht des Kantons Tessin, 1938 Parteiausschluss, 1939–1941 Zahlungsaufträge und Devisengeschäfte für die deutsche Abwehr in der Schweiz, Mäzen und Kunstsammler, 1926 Hotel- und Kultureinrichtung Monte Verità im Tessin, 1952 Museum Rietberg in Zürich, Schenkung an die Stadt Wuppertal, 1962 dort Ehrenbürger, Ausstellungen, Sammlungen außereuropäischer Kunst. Vgl. Illner, Heydt, S. 15–17, 232–237; Wolff, Tagebücher, S. 368 f.

3 Horatio W. Bottomley (1860–1933), geb. in Bethnal Green (London), Gerichtsschreiber mit juristischen Kenntnissen, zu seinen vielen (gescheiterten) Zeitungsgründungen zählte das ultranationalistische Magazin John Bull (seit 1906), 1906–1912, 1918–1922 MP (Liberale Partei, 1918 unabhängig), er forderte Geschäfts- anstelle der Parteiministerien, 1922 wegen Betrügereien verurteilt und in Haft.

4 Pfarrer, Geistliche.

- Vom Empfänger (11. November) unterstrichen, am Rand doppelte Anstreichung.

on somewhere. The politicians are at it again. Always apprehensive of their personal repudiations and of their loss of power, they will snatch at any pretext for saying that they have won the war; and there can be no doubt whatever that they are now throwing out feelers for a patched up, inconclusive settlement. And although, with loyalty to his colleagues, General Smuts[5] is prepared to voice their views, it is obvious that he is not quite happy about it. I look in vain for a reiteration of that bold declaration that in no circumstances would we give back the African colonies we had wrested from Germany. And I look in vain for other things previous speeches had accustomed us to…«

Ich brauche Exzellenz auf die Unzuverlässigkeit Bottomleyscher Rhetorik selbstverständlich nicht hinzuweisen. Immerhin erscheint mir diese Nachricht in Verbindung mit einer Notiz des »Manchester Guardian« (31.10.) beachtenswert:

»Peace-Parley Rumours«.

»Mr. R. C. Lambert[6] has put down the following question to the Prime Minister for Thursday: – ›To ask the Prime Minister wether any person or persons left this country with the knowledge of the Government during the months of August and September with the intention of engaging in communications on the subject of peace with other persons or person of enemy association, wether such person or persons did in fact enter into such communications in Switzerland or elsewhere during any period in September or October and wether the Government has received information as to the result or cause of these communications.‹

Naturally a question so searching as to detail has a specific reference and is intended to convey information, or what is believed to be information, as much as to extract it.«

In diesem Zusammenhange würde ich es für zweckmässig halten, wenn man von deutscher Seite – vielleicht in einem Interview – auf die religiös-philosophischen Schriften Hertlings, insbesondere auf seine Uebersetzungen der Schriften des heiligen Augustin[7], hinweisen würde. Dies erscheint mir zur Bildung einer gewissen freundlichen Atmosphäre – um einen von Eurer Exzellenz früher gebrauchten Ausdruck zu gebrauchen – nicht unwesentlich. Eurer Exzellenz wird bekannt sein, dass insbesondere die Bekenntnisse des heiligen Augustin in den englisch sprechenden

5 Jan Christiaan Smuts (1870–1950), geb. auf Farm Bovenplaats, Journalist, Staatsanwalt in der Südafrikanischen Republik (Transvaal), Kommandos im Burenkrieg (1899–1902), beteiligt an der Gründung der Südafrikanischen Union (1910), 1914–1918 Kampf gegen die deutschen Kolonien, 1917–1919 im Kriegskabinett Lloyd Georges, 1919–1924 Premierminister der Südafrikanischen Union, die er in zwei Weltkriegen an der Seite Englands hielt, 1933–1939 Justizminister, 1939–1948 Premier- und Außenminister.

6 Richard Cornthwaite Lambert (1868–1939), Pfarrersohn aus Bradford on Avon, Rechtsanwalt, 1910–1918 MP (Liberale Partei), 1910–1913 im County Council von London, Pazifist, Gegner der allgemeinen Wehrpflicht.

7 Die Bekenntnisse des hl. Augustinus, Buch I–X, ins Deutsche übersetzt und mit einer Einleitung versehen v. Georg v. Hertling, Freiburg im Breisgau 1905, 18. Aufl. 1921.

Ländern ausserordentlich bekannt und viel gelesen sind, viel mehr als in Deutschland. In jeder Volksbibliothek, »Everyman's Library« und wie sie alle heißen mögen, fehlt neben den unvermeidlichen Selbstbetrachtungen Mark Aurels[8] und den Essays Emersons[9] das Bändchen »St. Augustin's Confessions« nicht. In unzähligen Taschenausgaben findet man es in allen englischen und amerikanischen Buchhandlungen. Ein geschickter wiederholter Hinweis in vornehmer Form würde den deutschen Kanzler mit einem Schlage der englisch sprechenden Welt sehr viel näherbringen, die bisher in jedem »Grafen« nur ein säbelrasselndes, schnurrbartwirbelndes Ungeheuer zu erblicken gewöhnt war.[10]

Mit herzlichsten Grüssen
Eurer Exzellenz gehorsamster
Heydt.

8 Marcus Aurelius Antoninus (121–180 n. C.), geb. in Rom, römischer Kaiser seit 161, Anhänger der stoischen Philosophie.

9 Ralph Waldo Emerson (1803–1882), geb. in Boston, vom Platonismus und Idealismus beeinflusster amerikanischer Transzendentalist. Seine Essays erschienen 1841 und 1844 (1858 ins Deutsche übersetzt).

10 Kühlmann bat laut Aktenvermerk Diego von Bergen, »mit einer Ausarbeitung im Sinne der Anregung am Schlusse eine Ihnen geeignet erscheinende Persönlichkeit zu beauftragen«. Am 23. November sandte Erzberger Kühlmann die Ausarbeitung Erzbischof Faulhabers zu, die der Staatssekretär »in dieser Form« unbrauchbar fand. Faulhaber lieferte eine Eloge auf den treuen Katholiken Hertling und dessen Aufstieg, ohne auf die Augustinusforschungen des Philosophen im Sinne des Heydtschen Vorschlags einzugehen. PAAA, R 1387.

204

Georg von Hertling an Anna von Hertling
Berlin, 7. November 1917

Der Reichskanzler. (eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 23, f. 27)

Liebe Anna!

Aus der Verzögerung meiner Abreise hast Du wohl schon geschlossen, daß hier neue Schwierigkeiten entstanden sind, Schwierigkeiten so groß, daß ich möglicherweise unverrichteter Sache heimkehren werde, und das Wort heimkehren klingt mir noch immer am süßesten. Wie Gott will! Im übrigen geht es mir gut, Mitz war heute früh wieder bei mir. Die Heranziehung von Karl, über die ich neulich mit Feldmarschall Hindenburg gesprochen habe, und für die er entschieden eintrat, kann ich nun einstweilen nicht in die Wege leiten, ich muß erst hier klar sehen. Ich hoffe nun, spätestens Freitag früh zu kommen, muß aber bis dahin noch eine Menge von schwierigen Aufgaben erledigen. Mit vielen Grüßen an Dich und die Töchter

wie immer Dein tr[euer] GvH

205

Georg von Hertling an Karl von Hertling
Berlin, 8. November 1917

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 27, f. 41–42)

Lieber Karl!

Endlich komme ich dazu, Dir zu schreiben und für Deine lieben Telegramme und Briefe zu danken. Wie Du siehst, bin ich noch immer hier, und die Situation hat sich noch nicht geklärt. Am Vormittag glaubt man einen Weg gefunden zu haben, der zum Frieden mit dem wild gewordenen Reichstag führt, am Nachmittag erweist er sich als ungangbar, oder umgekehrt.[1] Da aber die maßgebenden Leute in der Regierung durchaus daran festhalten, daß ich bleiben soll, so habe ich gestern die ersten Schritte getan, um Dich als meinen militärischen Begleiter hierher zu bekommen. Der Weg geht über München, und ich hätte daher gerne mit Hellingrath zuerst mündlich darüber gesprochen, das würde aber die Sache zu sehr verzögert haben, da meine Abreise von hier noch immer nicht feststeht. Hoffentlich nimmt H[ellingrath] es nicht krumm, daß Du die schöne Stelle, auf die er Dich gesetzt hat, so schnell wieder verlassen sollst. Wie ich mich freuen würde, außer Mama und Anna auch Dich hier zu haben, brauche ich nicht zu sagen. Es ist zu scheußlich hier und man muß seine eigenen Lieben in nächster Nähe haben, um es auszuhalten. Interessieren wird Dich, daß ich neulich bei einem Diner auf der österr[eichischen] Botschaft eine ganz gemütliche Unterredung mit dem Feldmarschall[2] hatte. Er riet sehr dazu, Dich kommen zu lassen. Soviel für heut! Mit herzlichsten Grüßen

Dein tr[euer] Vater

1 Vgl. zu den komplizierten Verhandlungen über die Besetzung des Vizekanzleramts, über die Ernennung neuer preußischer Minister, eventuell ein Staatssekretariat für die besetzten Gebiete und die Entlassung Helfferichs, den Hertling als Vizekanzler behalten wollte, IfA 1917/18, 1. Teil, S. 453–568.

2 Hindenburg.

206

Friedrich Rosen an das Auswärtige Amt
Den Haag, 8. November 1917

Kaiserlich Deutsche Gesandtschaft. A 4389. (masch. Or.; PAAA, R 1387, S. 87–91)

Der Grundton der Betrachtungen, die die holländische Presse der Ernennung des Grafen Georg von Hertling zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten widmet, kann als ein im Sinne der den Holländern erwünschten Parlamentarisierung und Demokratisierung hoffnungsvoller bezeichnet werden. Die Erörterungen, die zum großen Teil, mehr als es sonst bei ähnlichen Anlässen üblich war, den direkten Wiederhall der grossen deutschen Presse verraten, verweilen meistens bei der langjährigen und angesehenen politischen Vergangenheit des neuen Kanzlers, die ihn eigentlich als einen Mann von konservativen Anschauungen gezeigt habe; sie betonen dann aber, daß Graf Hertling durch die langen und eingehenden Besprechungen, die er vor Übernahme des ihm angebotenen Amtes mit den Vertretern der Mehrheitsparteien führte, seine Wandlungsfähigkeit und seine stillschweigende Bekehrung zum parlamentarischen System im Gegensatz zu früheren eigenen Äußerungen erwiesen habe. Allgemein fällt noch vorsichtige Zurückhaltung des Urteils auf. Offenbar soll noch der Ausfall der anderen Ministerernennungen im Reich und in Preußen abgewartet werden. Auch hinsichtlich der Friedensziele werden gern frühere als annexionistisch gedeutete Worte des Staatsmannes herangezogen, auf der anderen Seite aber betont, daß Graf Hertling durch seine nahen Beziehungen zur päpstlichen Curie und zum österreichischen Hofe als der geeignete Mann erscheine, um im Geiste dieser beiden in Holland als Brennpunkte des Friedenswillens betrachteten Stellen in Berlin zu wirken; freilich hält das »VADERLAND« (3.11.A.) mit seinen Einwänden gegen die nach Ansicht des Blattes zu allgemein gehaltene bayrische Antwort auf die Papstnote nicht zurück und erinnert in diesem Zusammenhang nochmals mit Schärfe an die Äußerungen des Königs von Bayern über die Notwendigkeit einer deutschen Rheinmündung. Der Umstand, daß Staatssekretär von Kühlmann, der in Holland allgemein als Vertreter einer mehr modernen, westlich gerichteten Denkweise gilt, sich für die Amtsübernahme durch Graf Hertling besonders eingesetzt hat,[1] wird von dem sonst dem Kanzler wegen seiner konservativen Vergangenheit mißgünstig gegenüberstehenden »NIEUWS VAN DEN DAG« (4.11.M.) als hoffnunggebendes Moment verzeichnet.

Im einzelnen schreibt der »NIEUWE COURANT« (2.11.A., 3.11.A.): »Es ist charakteristisch für die Kraft der parlamentarischen Strömung, daß Hertling, der das parlamentarische System besonders im Interesse des bundesstaatlichen Gedankens bekämpfte, der erste Kanzler wird, dessen Ernennung durch ihre unmittelbare

1 Zutreffend, aber dazu kein Hinweis in Kühlmann, Erinnerungen, S. 510.

Vorgeschichte einen ausgesprochen parlamentarischen Charakter trägt. Dieser Kanzler wird nicht vor den Reichstag mit der Entschuldigung, er habe noch kein Programm, hintreten müssen …. Völlig befriedigt über die zwischen Reichskanzler und Parteien geführten Besprechungen sind die Radikalen und Sozialisten nicht. Anerkannt wird aber, daß Hertling sehr wichtige Konzessionen an die Führer der Mehrheitsgruppen des Reichstags bewilligt hat«.

Der »NIEUWE ROTTERDAMSCHE COURANT« (2.11.A.) verweilt besonders bei dem Widerstande, den die alldeutsche Richtung der Ernennung eines Bayern zum preußischen Ministerpräsidenten entgegensetzte, und bemerkt zusammenfassend: »Alles in allem hat der Parlamentarismus in Deutschland augenscheinlich seinen ersten großen Sieg errungen. Michaelis mußte gehen, weil er im Reichstag versagt hat, und sein Nachfolger hat vor dem Antreten seiner Ernennung eine Art von Prüfung über seine Prinzipien bestehen müssen vor den Führern der Mehrheitsparteien«.

Das »HANDELSBLAD« (5.11.A.) greift nach dem Vorgang der Nationalzeitung auf die Reichstagsrede Graf Hertling's vom 10. November 1908 zurück, in welcher der damalige Zentrumsführer eine genau abwägende Abgrenzung zwischen den Rechten des Monarchen, den Pflichten des Reichskanzlers und dem Mitbestimmungsrecht des Volkes vornahm,[2] und mißt der Stimme des Vorwärts, nach welchem jetzt die moderne Form der parlamentarischen Regierung in Deutschland ihren Einzug gehalten habe, besondere Bedeutung bei; vorher (3.11.A.) hatte das Blatt die Ernennung des neuen Kanzlers für ebenso unmotiviert erklärt, wie seinerzeit die seines Vorgängers und mit Nachdruck versichert, daß man erst die übrigen Neubesetzungen in den leitenden Reichs- und preußischen Stellen sowie die Programmrede des neuen Mannes abwarten müsse.

»HET VOLK« (5.11.) bemerkt im Anschluß an Ausführungen des Vorwärts: »Die jetzt gewonnene Lösung der aus dem Zusammenstoß der Parlamentsmehrheit mit dem früheren Kanzler entstandenen Krisis ist zweifellos als ein Zeichen zunehmenden Einflusses der bürgerlichen Parteien festzustellen. Ebenso wie es in Ländern, die in der Demokratie weiter vorgeschritten sind, zu geschehen pflegt, ist jetzt zum ersten Male in Deutschland vor der Übernahme der leitenden Stellung eine Besprechung mit den Parteien abgehalten worden«.

Die »TIJD« (3.11.) will Hertling als Befürworter des schrankenlosen U-Boot-Krieges und des auf die Kriegskarte gegründeten Friedens einreihen und glaubt auch, daß er hinsichtlich der Freigabe Belgiens Vorbehalte machen werde; dagegen nennt

2 Am 10. November 1908 gab Hertling im Auftrag der Zentrumsfraktion eine Erklärung zur Veröffentlichung des Daily Telegraph vom 28. Oktober 1908 ab, welche die »staatsrechtliche Verantwortlichkeit« des Reichskanzlers und die Bindung der kaiserlichen höchsten Rechte »an die Mitwirkung des Bundesrats und des Reichstags« hervorhob. Hertling bekannte, »nach seinen theoretischen Überzeugungen ganz und gar zur Monarchie« und zur Bedeutung der persönlichen Beziehungen zwischen Reichskanzler und Kaiser zu stehen, der sich jedoch, anders als in Zeiten des Sonnenkönigs und der Stuarts, der im konstitutionellen Staat üblichen Kritik von Ministern und Volksvertretung zu stellen habe. Sten. Berichte, 12. Leg.-Per., 1. Sess., Bd. 233, S. 5398, 5400 f.

sie den »neuen Georg« im Vergleich zu seinem Vorgänger »in jeder Hinsicht eine Gestalt von feinerem, geschmeidigerem, kostbarerem und tüchtigerem politischem Wuchse«. Da Fürst Hohenlohe nur Namenskatholik gewesen sei, begrüßt das klerikale Blatt ihn als den ersten echt katholischen Reichskanzler.

Ganz ähnlich feiert das »CENTRUM« (3.11.) die Ernennung eines Mitgliedes der Partei, die Bismarck als Reichsfeinde ausgescholten habe.

Die englische Abteilung der »GAZETTE DE HOLLANDE« (3.11.) gibt zu, daß dem neuen Kanzler der Ruf eines Friedensmannes vorausgehe; fraglich sei es indessen, ob er im Punkte des parlamentarischen Regierungssystems der Reichstagsmehrheit aufrichtig gegenübertreten werde. Im ganzen seien einige neue Versprechungen gegeben worden, die Lage sei aber insofern dieselbe geblieben, als die Militärpartei auch weiterhin die Zügel in der Hand behalte.

gez. Rosen.[3]

3 Friedrich Rosen (1856–1935), geb. in Leipzig, Studium des Sanskrit und neuer Philologien, 1891 Dr. phil., im Höheren Schuldienst, Aufenthalte in Indien und Persien, 1887–1890 Dozent am Seminar für orientalische Sprachen in Berlin, 1890 Eintritt ins AA, Dragoman in Beirut, 1891 in Teheran, 1898 Konsul in Bagdad, 1899 in Jerusalem, 1900 Leiter des Orientreferats im AA, 1901 Wirklicher Legationsrat und Vortragender Rat, 1905 Gesandter in Tanger, 1910 in Bukarest, 1912 in Lissabon, 1916–1921 im Haag, Mai–Oktober 1921 Reichsaußenminister; umfassend gebildet, orientalische Studien und Übersetzungen, autobiographische Schriften. Herbert Müller-Werth u. Wolfgang Elz, Rosen, Friedrich Felix Balduin, in: NDB 22 (2005), S. 52 f.

207

Richard von Kühlmann an Karl Georg von Treutler
Berlin, 9. November 1917

Nr. 97, zu A 36914 (Telegr. in Ziffern, Kop.[1]; PAAA R 1387, S. 63)

Bitte nachstehendes für Kardinal Gasparri bestimmtes Telegramm sofort dortigem Nuntius mit der Bitte um Weiterförderung übergeben.

Vivement touché des aimables paroles que Votre Eminence a bien voulu m'adresser par son télégramme, en date du 6 c[ur]r[entis],[2] je m'empresse de Lui en exprimer mes sincères remerciements. J'ai été d'autant plus sensible à ce témoignage de sympathie et de confiance que les vœux et les prières de Votre Eminence s'associent avec les miens, je ne cesserai de prier Dieu le Toutpuissant qu'il me prête sa gracieuse assistance pour me soutenir dans ma lourde charge. Comte de Hertling Chancelier de l'Empire allemand.

St[aat]s S[ekretär]

1 Randvermerk: »Der Herr R.K. hat nebenstehendes Telegramm bereits genehmigt«. Paraphe Bussches 9/11.

2 Gasparri wünschte mit kurzem Telegr., das Hertling nicht zur Veröffentlichung freigeben wollte (siehe dessen Sichtvermerk 6/11) sehr herzlich, dass der gute Gott ihm Kraft zum Tragen der schweren Bürde und die »grace incomparable« verleihe, bald »pacificateur de L'Europe« zu werden. PAAA, R 1387, S. 52.

208

Ludwig III. von Bayern an Rupprecht von Bayern
München, 12. November 1917

(masch. Konz.; BayHStA GHA, Nl Kronprinz Rupprecht, 435)

Lieber Rupprecht!

Besten Dank für Deinen Brief vom 6. November. Ich freue mich, dass Du Aussicht hast, in absehbarer Zeit in Urlaub hieher zu kommen, und möchte Dir raten, den Urlaubsantritt nicht von meiner Frontreise abhängig zu machen, da diese noch ganz unbestimmt ist.

Die Kämpfe der letzten Zeit waren wieder recht schwer. Gott sei Dank, dass sie gut verlaufen sind. Hocherfreulich sind die Nachrichten aus Italien. Die dortigen Ereignisse[1] wie die neuen Umwälzungen in Russland werden hoffentlich dazu beitragen uns einem guten Ende des Krieges näher zu bringen.

Den Verlust des Grafen Hertling bedauere ich ausserordentlich. Bei seiner grossen staatsmännischen Begabung ist er jedoch als Reichskanzler am richtigen Platze. Ich habe die volle Zuversicht, dass es ihm gelingt, die innerpolitischen Verhältnisse im Reiche wieder in richtige Bahnen zu bringen.

Ob er bei den grossen Widerständen, die er zu überwinden hat, die elsass-lothringische Frage in unserem Sinne lösen kann, halte ich allerdings für zweifelhaft.

An Stelle des Grafen Hertling habe ich nach dessen Rückkehr von Berlin meinen Kabinettschef Herrn von Dandl zum Staatsminister des Königlichen Hauses und des Aeussern ernannt; an dessen Stelle ist Graf Spreti[2] getreten, den Du von seiner bezirksamtlichen Tätigkeit in Berchtesgaden her kennen wirst.

---

1 Nach einem Generalstreik im August kam es vom 17.–25. Oktober in Italien zu einer Regierungskrise und zur Bildung eines neuen Kabinetts mit dem der Linken zuzurechnenden Ministerpräsidenten Vittorio Emanuele Orlando (1860–1952), hinter den nun als bedeutendere Persönlichkeit Francesco Saverio Nitti trat. Die italienischen Truppen mussten bis in die venezianische Ebene zurückweichen, so dass die Alliierten sich Anfang November genötigt sahen, Italien Hilfe zu leisten (Schulthess 58, NF 33 (1917/II), S. 513–527). In der Sitzung des Ausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten am 27. November wurde seitens der OHL gemeldet, England und Frankreich hätten mehrere Divisionen, »Amerika etwas Artillerie in die Gegend von Mantua und Verona zusammengezogen«, der Kampf sei vorläufig zum Stehen gekommen, der Feind habe sich wieder gesammelt, zurzeit wolle sich Ludendorff nicht darüber äußern, ob die Offensive fortgesetzt werde. BayHStA MA, Nr. 966.

2 Heinrich Graf von Spreti (1868–1944), geb. in München, nach Jurastudium 1897 Bezirksamtsassessor in Tirschenreuth, 1901 in Traunstein, 1903 im Innenministerium, 1904 dort Regierungsassessor, 1906 Bezirksamtmann in Berchtesgaden, 1909 Regierungsrat im Innenministerium, 1913 Oberregierungsrat, 1915 Ministerialrat, November 1917–November 1918 Kabinettschef des Königs, 1918 Ministerialdirektor, 1923–1933 Regierungspräsident von Schwaben und Neuburg. Schärl, S. 225.

Mama ist Samstag abend eingetroffen, sieht gut aus und befindet sich Gott sei Dank recht wohl. Hoffentlich schont sie sich, so dass der Winter keinen Rückschlag bringt.

Sobald die Gamsbrunft beginnt, will ich, wenn nichts dazwischen kommt, auf ein paar Tage nach Berchtesgaden gehen und zwar beabsichtige ich, in Bartolomä zu wohnen und von dort im Königseeer Gebiet zu jagen, hoffentlich mit mehr Waidmannsheil als im Oktober.

Viel Liebes von Mama und den Schwestern[3] und besonders von
Deinem getreuen Vater.

3 Die (noch lebenden) Schwestern waren Adelgunde, Maria, Hildegard, Wiltrud Marie Alix, Helmtrud und Gundelinde.

209

Georg von Hertling an Carl Muth
Berlin, November 1917

(masch. Kop.; BSB, Ana 390 II A)

Sehr geehrter Herr Professor!

Herzlichen Dank sage ich Ihnen für Ihre Zeilen sammt allen darin enthaltenen guten Wünschen.

Die Übernahme des so verant[wortungs]vollen schweren Amtes war für mich ein grosses Opfer. Aber ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass mir Gott die Kraft geben wird, zum Wohle des Vaterlandes das Meinige zu tun und es in nicht allzuferner Zeit einem glücklichen Frieden entgegen zu führen.

Für die freundliche Aufbewahrung des Manuskripts meiner Erinnerungen danke ich Ihnen bestens. Mit der Rückgabe desselben hat es so große Eile nicht. Sollten Ihre Wege Sie demnächst einmal nach Berlin führen, so würde ich mich sehr freuen, Sie hier begrüßen und bei dieser Gelegenheit die Memoiren in Empfang nehmen zu können.[4]

Mit vorzüglicher Hochachtung
ergebenst
Hertling

4 Im August hatte Hertling Carl Muth aus München nach Ruhpolding eingeladen, wegen der schlechten »Eisenbahnverbindung« zu Mittag als »Gast bei Tische«. Hertling an Muth, Ruhpolding 12. August 1917. BSB, Ana 390 II A. – Carl Muth (1867–1944), geb. in Worms, Studium der Literatur, Geschichte und Staatswissenschaften, 1895 Redakteur des illustrierten Familienblatts Alte und Neue Welt, 1903–1941 Gründer und Leiter der Zeitschrift Hochland, mit Hertling verbunden durch den Einsatz für eine gleichrangige Mitgestaltung des Kultur- und Geisteslebens seitens katholischer Literaten und Gelehrter. Im »katholischen Literaturstreit« (1898) plädierte er dafür, die katholische Belletristik aus der Mittelmäßigkeit auf die »Höhe der Zeit« zu führen. W. Becker, Muth, S. 30 f., 33–35; Pittrof.

210

Gisbert von Romberg an Georg von Hertling
Bern, 15. November 1917

Kaiserlich Deutsche Gesandtschaft Nr. 3508. (masch. Duplikat[1]; PAAA, R 20409, S. 162–163)

Geheim!

Aus einer Quelle, die mir als absolut zuverlässig bezeichnet wird höre ich, daß Herr Painlevé[2] nach seinem Besuch in London Vertreter der großen französischen Presse versammelt habe um ihre Unterstützung zu erbitten. Die schwierige Lage erfordere neue Opfer, die der öffentlichen Meinung begreiflich gemacht werden müßten. Besonders schmerzlich sei es der Regierung, daß sie ihr Versprechen, die ältesten Jahrgänge zu entlassen, nicht einlösen könne. Es könne eben noch kein Mann entbehrt werden. Erfreulich sei aber das Ergebnis der Beratung unter den Verbündeten. Die Entente bilde nunmehr in jeder Beziehung einen festen einheitlichen bloc, von dem Frankreich nur einen Teil bilde, und zwar einen verhältnismässig kleinen.[3]

Von besonderer Wichtigkeit sei, daß die Entente sich grundsätzlich entschlossen habe, die militärische Mitwirkung Japans herbeizuführen, wogegen England zum ersten Male seinen Widerstand habe fallen lassen. Sollte eine japanische Armee eingreifen, dann würde es wahrscheinlich in Salonik sein.[4]

---

1 Radowitz sandte das Telegr. am 15. November im Auftrag des Reichskanzlers an Staatssekretär Kühlmann; im AA pr. 17. November. Kopfvermerk: »v. SM«. PAAA, R 29409, S. 164, 162.

2 Paul Painlevé (1863–1933), geb. in Paris, aus aufstrebendem Bürgertum, 1883–1886 Studium in Paris, 1887 Promotion in Mathematik, 1887 Professor für Mathematik in Lille, 1892–1910 an der Sorbonne, auch an der École Polytechnique in Paris, 1900 Aufnahme in die Pariser Académie des sciences, Förderer der Luftfahrt-Technologie, seit 1910 Mitglied der Abgeordnetenkammer (Parti républicain socialiste), 1924 deren Präsident, 1915–1916 Minister für Volkserziehung, Schöne Künste und Erfindungen auf dem Gebiet der nationalen Verteidigung, März 1917–November 1917, 1925–1929 Kriegsminister, September–November 1917, 1925 Premierminister, 1930–1931, 1932–1933 Luftfahrtminister. Anne-Laure Anizan, Paul Painlevé (Thèse 2006), Resümee in: http://www.assemblee-nationale.fr/14/evenements/painleve.asp (19.1.2019).

3 Painlevé hatte an der Entente-Konferenz in Rapallo vom 5.–7. November 1917 teilgenommen, wo der Oberste Kriegsrat der Alliierten gebildet und ihm ein militärischer Hauptausschuss beigegeben wurde. Bei einem Frühstück am 12. November in Paris lobte Painlevé die dadurch erreichte »heilige und internationale Einigkeit« der »freien Völker« gegen das deutsche »Herrenvolk«: »Eine einzige Front, ein einziges Heer, eine einzige Nation: Das ist das Programm, welches der zukünftige Sieg fordert«. Schulthess 58, NF 33 (1917/II), S. 463 f.

4 Am 23. August 1914 trat Japan in den Krieg gegen Deutschland ein, obwohl der 1902 abgeschlossene, 1905 und 1911 erneuerte englisch-japanische Allianzvertrag dies nicht gebot. Die auch gegen China gerichtete Besetzung Tsingtaus 1914 und das Vordringen in die deutschen Südseekolonien waren Anfänge des japanischen Imperialismus. 1916 unternommene deutsche Bemühungen um einen Sonderfrieden blieben vergeblich. 1917 wurden japanische Kriegsschiffe ins Mittelmeer

Der Gesamteindruck aus den Ausführungen Painlevés sei gewesen, daß die Entente einmütig zu einem Krieg d'outrance[5] entschlossen sei.

gez. Romberg[6].

verlegt, während England die japanische Flotte lieber in Ostasien sah, um seine eigenen Geschwader von dort abziehen zu können.

5 Bis zum Äußersten.

6 Gisbert Freiherr von Romberg (1866–1939), aus westfälischem Adel, geb. in Baden-Baden, Jurastudium, 1889 Eintritt in den Auswärtigen Dienst, Attaché in Paris, Legationssekretär in Stuttgart, St. Petersburg und Wien, dort Botschaftsrat, wieder in St. Petersburg, 1905 Generalkonsul in Sofia, 1909 dort Gesandter, September 1912–Januar 1919 Gesandter in Bern, 1919 z.D., dann Leiter des Ostreferats im AA, Abteilung Politik, 1931 a.D. Nach 1918 tendierte er zur Sozialdemokratie. Vgl. Korol, S. 413.

211

Georg von Hertling an Konrad Beyerle
Berlin, 20. November 1917

Der Reichskanzler. (masch. Or.; BArch, Nl Beyerle, Nr. 6, f. 90)

Sehr geehrter Herr Professor!

Euer Hochwohlgeboren bitte ich für die freundlichen Glück- und Segenswünsche, die Sie mir zur Übernahme des Reichskanzlerpostens zu übersenden die Liebenswürdigkeit hatten, meinen aufrichtigsten Dank entgegenzunehmen. Ich vertraue auf Gott, dass Er mir die Kraft geben möge, zur Bewältigung der grossen, für Deutschlands Zukunft entscheidenden Aufgaben mein Teil beitragen zu können, damit ich mich den auf mich gesetzten Erwartungen wenigstens einigermassen würdig erweise.

Mit teilnehmendem Interesse habe ich von den weiteren Ausführungen Ihres freundlichen Schreibens vom 3. d[ieses] M[ona]ts Kenntnis genommen und sage Ihnen für das mir damit bewiesene Vertrauen besonderen Dank. Wenn es auch eine heikle Aufgabe ist, in einer so wichtigen Frage, die über Ihre ganze Zukunft entscheidend sein kann, einen Rat zu erteilen, so will ich mich doch nicht der Erfüllung der von Ihnen an mich gerichteten Bitte entziehen.

Nachdem Sie mir mitteilen, dass Ihre Aussichten für eine Professur in Bonn günstige sind, so würde ich an Ihrer Stelle unbedingt der Universitätslaufbahn treu bleiben; ich bin überzeugt, dass Sie in diesem Berufe auf die Dauer die vollere Befriedigung finden werden. Sollte die Vorsehung anderes über Ihr Schicksal bestimmt haben, so wird sich auch das noch – wie ich hoffe und wünsche – zu Ihrem Besten erfüllen – mein Lebensgang mag Ihnen das beweisen.[1]

1 Auch Erzberger riet Beyerle zur Fortsetzung der Universitätslaufbahn, stellte ihm aber vorher die Stelle eines Referenten für Belgien im AA in Aussicht. Als Beyerle den Ruf nach Bonn erhielt und Hertling anlässlich seiner letzten Berufungsverhandlungen in Berlin um einen Besuch bat, empfing ihn der Reichskanzler am 30. November 1917. Für Beyerle war, wie er Hertling in einer am 14. Februar 1918 übersandten Stellungnahme schrieb, »die Durchführung des flämischen Programms mit dem Gedanken einer Wiederherstellung Belgiens sehr wohl vereinbar«. Die internationale Propagandawirkung der Selbständigkeitserklärung des Rats von Flandern und der wachsende Aktivismus untergrüben die bisherige Weigerung der Entente und des offiziellen Belgiens, überhaupt in Verhandlungen einzutreten. Ein Haltungswandel der belgischen Regierung zeige sich darin, dass »dem flämischen Katholikenführer Frans van Cauwelaert von Le Havre aus ein Ministerposten angeboten ist«. Mercier habe den Geistlichen jüngst versprochen, neben den Interessen von Vaterland und Kirche auch die des flämischen Volkes wahrzunehmen. Ein Zeichen für die abnehmende Feindschaft in Löwen sei der beiliegende Brief des Rektors der Universität, Ladeuze, der »in so freundlicher Weise die Tatsache der zugleich mit Dr. Julius Bachem erfolgten Kreierung Eurer Excellenz zum Löwener Ehrendoktor unter den heutigen Umständen besonders hervorhebt«. (BArch, Nl Beyerle, Nr. 6, f. 105–107; Brief liegt nicht bei). – Paulin Ladeuze (1870–1940), wallonischer Herkunft, 1909–1940 Rektor von Löwen, Theologe und Orientalist. Er unterschrieb allerdings zusammen mit 44 Kollegen einen an Hertling gerichteten langen Protest der Université Catholique de Louvain vom 11. Februar 1918 gegen die Brüsseler Unabhängigkeitserklärung

Mit den besten Grüßen
Ihr ergebener
Hertling

(vom 22. Dezember 1917) jener Gruppe, die sich »Conseil des Flandres« nenne. (BArch, NlH, Nr. 40, S. 198–199). Ladeuze publizierte 1919: Le crime allemand contre l'Université de Louvain. – Frans van Cauwelaert (1880–1961), 1910–1961 Mitglied der belgischen Kammer, 1931 Staatsminister, 1934 Wirtschaftsminister, stand als Wortführer der flämischen »passiven Aktivisten« zwischen den radikalen prodeutschen Aktivisten Flanderns und den belgischen Nationalisten; er forderte Sprachkonzessionen und Kulturautonomie. 1940–1944 im US-Exil, setzte er sich nach 1945 als Repräsentant seines kleinen Staates für die Idee Europa ein. Mia Van Mechelen, Cauwelaert, Frans van, in: Nationaal Biografisch Woordenboek, Deel 10, Sp. 94–105.

212

Georg von Hertling an Leopold von Bayern
Berlin, 21. November 1917

Der Reichskanzler. (masch. Or.; BayHStA GHA, Nl Prinz Leopold, 230)

Euer Königlichen Hoheit

gnädiges Schreiben vom 15. d[ieses] M[onats][1] habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Die darin entwickelten Gedanken finden meine ernsteste Beachtung, zumal die berührten Fragen im Brennpunkt der für die Zukunft des Reiches entscheidenden Beratungen stehen. Die Entwicklung unseres Verhältnisses zu den Ost-Seeprovinzen ist im Fluss. Ein abschliessendes Urteil über ihre Natur lässt sich aber heute noch nicht abgeben. In erster Linie dürfte es zunächst darauf ankommen, die Litauer und Kurländer baldigst zu der Erklärung zu veranlassen, dass sie in Ausübung des freien Selbstbestimmungsrechts der Völker von sich aus den Anschluss an Deutschland erbitten. In welcher Form dieser Anschluss sich vollzieht, würde späterer Erwägung vorzubehalten sein. Im Vordergrund der Erwägung steht die Personalunion mit der Deutschen Kaiserkrone oder der Krone Preussen, doch vermag ich mich heute in dieser Beziehung noch nicht in irgendeiner Richtung festzulegen. Hinsichtlich Elsass-Lothringen schweben Verhandlungen im Schoss der Reichsregierung, die zu einem Abschluss noch nicht gelangt sind. Jede der möglichen Lösungen: Autonomie, Aufteilung oder Einverleibung in einen Bundesstaat, birgt so viele Gefahren in sich, dass eine allseitig befriedigende Erledigung vorläufig ausgeschlossen erscheint. Auch mir ist es bisher noch nicht möglich gewesen, ein völlig klares Bild des Für und Wider zu gewinnen, das jede einzelne Eventualität mit sich bringt. Die Abwägung der Reichsinteressen, der Interessen der Bundesstaaten und des Landes selbst, bedarf der eingehendsten Prüfung und Beratung, so dass wohl noch einige Zeit bis zu endgültiger Stellungnahme vergehen muss.

Ich würde mich glücklich schätzen Euer Königlichen Hoheit gnädiger Einladung folgend, die Ihrem Oberbefehl unterstellten Gebiete zu besuchen, vermag jedoch noch nicht zu übersehen, ob die Geschäfte in der Hauptstadt mir in nächster Zukunft dies gestatten werden.

Inzwischen bitte ich Euer Königliche Hoheit, meinen ehrfurchtsvollen Dank für das mir entgegengebrachte Vertrauen und das gütige Gedenken entgegenzunehmen, womit ich verharre

als Euer Königlichen Hoheit
untertänigster
Graf Hertling

1 Liegt nicht bei.

213

Georg von Hertling an Kurt von Lersner
Berlin, 29. November 1917

Rk. 4469 (Telegramm, Kop.; BArch, R 43/2403e, f. 143)

Für S.M. den Kaiser und König.[1]

Euer Kaiserlichen und Königlichen Majestät melde ich alleruntertänigst, daß die heutigen Reichstagsverhandlungen in der Hauptsache einen ruhigen Verlauf genommen haben. Nachdem der Präsident[2] der letzten unvergleichlichen Leistungen unserer Truppen mit warmen Worten gedacht hatte[3], habe ich unter Hinweis auf unsere glänzende militärische Lage und die sichere Arbeit unserer U-Boote unter stürmischer Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des Hauses unserer unbedingten Siegeszuversicht Ausdruck gegeben. Bei Mitteilung des russischen Waffenstillstandsangebots habe ich hinzugefügt, daß es uns diskutabel erscheine und daß wir mit etwaigen Bevollmächtigten der russischen Regierung in Verhandlungen eintreten würden.[4]

---

1 Über Lersner im GHQ an den Kaiser; von Hertling paraphiertes Konz. v. 1. Dezember 1917: BArch R 43/2401, f. 65–66. – Kurt Freiherr von Lersner (1883–1954), geb. in Saarburg (Lothringen), 1905 Dr. jur., 1908 Eintritt in den Auswärtigen Dienst, Attaché in Paris und Brüssel, 1911 Charakter als Legationssekretär, 1913–1914 Botschaftssekretär in Washington, 1914 im GHQ, Politische Sektion, Juni 1917–Oktober 1918 Vertreter des Reichskanzlers und des AA bei der OHL (Rittmeister d. R.), August 1918 Legationsrat, Mitglied der Waffenstillstandskommission in Spa, 1919 Vorsitzender der deutschen Friedensdelegation in Versailles, 1920 a.D., 1920–1924 Mitglied des Reichstags (DVP), 1921–1925 Vorsitzender des Arbeitsausschusses deutscher Verbände, 1929–1934 bei der IG-Farben, 1939–1945 »Exil« in der Türkei bei Franz v. Papen als »Halbjude«, beteiligt an US-Kontakten des militärischen Widerstands, 1947–1949 Emissär K. Adenauers bei Charles de Gaulle. Lersner, Hinter den Kulissen, Einleitung von Baumgart; Horst Mühleisen, Lersner, Kurt Freiherr von, in: NDB 14 (1985), S. 323 f.

2 Johannes Kaempf (1842–1918), geb. in Neuruppin, Aufstieg vom Prokuristen zum Bankdirektor, 1903–1918 Mitglied des Reichstags (Deutsche Freisinnige Volkspartei, ab 1912 FVP, Wahlkreis Berlin-Mitte), 1912–1918 Reichstagspräsident, Dr. h.c. Biorab.

3 Eine der von hoher Seite erwarteten Bekundungen. Am 2. September 1917 meldete Michaelis zuerst Hindenburg, tags darauf dem Kaiser seine »erhebenden Eindrücke« von einem soeben unternommenen Truppenbesuch. Hindenburg mahnte postwendend bei Michaelis »Positives hinsichtlich Belgiens« und die Vorschiebung der »preußischen Grenze gegen Polen« an. BArch, R 43/2403e, f. 101–103.

4 Hertlings Reichstagsrede: Sten. Berichte, 13. Leg.-Per., 2. Sess., Bd. 311, S. 3944–3947.

Die Vertreter der bürgerlichen Mittelparteien gaben nur kurze Erklärungen dahin ab, daß ihre Parteien die Regierung unterstützen würden; während die Sozialdemokraten und Konservativen erklärten, keine grundsätzliche Opposition treiben zu wollen. Die Kriegskredite wurden in erster und zweiter Lesung angenommen.[5]

Alleruntertänigst
gez. Graf Hertling.

5 Wilhelm II. dankte Hertling umgehend.

214

Leopold Nathan an Richard von Kühlmann
Zürich, 29. November 1917

(eigh. Or.[1]; PAAA, R 20499, S. 7–11)

Euer Exzellenz!

Hierher zurückgekehrt hatte ich wiederholt Unterredungen, sowohl mit Mr MacCormick[2], als auch dem amerik[anischen] Generalconsul[3] hier.

---

1 Nathan sandte das Schreiben (pr. 1. Dezember, mehrere Sichtvermerke), mit Datum vom 28. November aus Zürich (Rotes Schloss) als Beilage an Ernst Langwerth von Simmern, der es Staatssekretär Kühlmann weitergeben sollte. »Ich sende den Brief an Sie, damit Sie gleichzeitig informiert sind und auch damit man hier nicht sieht, dass ich mit Dr. von Kühlmann in Verbindung stehe«. Er bat um Anweisung an die Grenzbehörden, wenn er in nächster Zeit zu einer Besprechung nach Berlin gerufen würde. »Ich hoffe, bald etwas Gutes und Nützliches zu berichten«. (PAAA, R 20499, S. 4 f.). – Leopold Nathan (1864–1937), geb. in Laupheim (Württemberg), frühe naturkundliche Interessen und Studien; u.a. in Geisenheim Mitarbeiter von Hermann Müller-Thurgau (1850–1927); er erwarb sich Kenntnisse im Weinbau, in der Bierproduktion, Schnapsbrennerei und Lebensmittel-Konservierung, erfand die sterile Gärung in zylindrisch-konischen Aluminium-Kesseln, die das Bierbrauen verkürzte, in heißen Ländern ermöglichte und weltweit übernommen wurde; um 1900 Umsiedlung in die Schweiz, Schweizer Staatsbürger, 1912 Gründung des Nathan–Instituts in Zürich, 1906–1935 Erwerb von Patenten in den USA; 1914 stellte er in Chicago bei der American Society of Brewing den »Nathan Process« vor, 1923 Dr. ing. h.c. (Technische Universität München). https://brookstonbeerbulletin.com/historic-beer-birthday-leopold-nathan/ (14.11.2018); Ernst Freiherr Langwerth von Simmern (1865–1942), geb. in Eltville, 1889 Dr. jur., Eintritt in den preußischen Justizdienst, 1896 Habilitation in Marburg (deutsches Recht), 1896/97 dort Privatdozent, 1898 Eintritt in den Auswärtigen Dienst, 1901–1908 Legationssekretär in Athen, Lissabon, Tanger und Bern, 1909 im AA, Abteilung I A (Politik), 1916 Dirigent, Wirklicher Geheimer Legationsrat, 1917 Charakter als Gesandter, 1919 Unterstaatssekretär, z.D., 1920 Botschafter in Madrid, 1925–1930 Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete.

2 Harold Fowler McCormick (1872–1941), geb. in Chicago, Sohn des Landmaschinenbauers und Erfinders Cyrus Hall McCormick (1809–1884) schottisch–irischer Herkunft, puritanische Familie, 1895–1921 verheiratet mit Edith, geb. Rockefeller (1872–1932), Tochter des Industriemagnaten und Eigentümers von Standard Oil, John Davison Rockefeller Senior (1839–1937), Vermögensverwalter der Rockefeller Foundation und Kurator der Stiftungsuniversität von Chicago, 1935 Mitinhaber des International Harvester Trusts (Landmaschinen, schweres Gerät, Trucks und Autos). Edith McCormick wurde wegen Depressionen von 1913 bis 1921 in Zürich behandelt. Sie »war sehr deutschfreundlich, kam oft nach München« und ließ sich von dem Porträtisten Fritz August Ritter von Kaulbach (1850–1920) malen. Botschafter Bernstorff war mit dem Ehepaar McCormick eng befreundet, wohnte bei ihm in Chicago und traf es auch in New York. Bernstorff, Erinnerungen, S. 158.

3 James Clifford McNally (1863–1920), irischer Herkunft (katholisch), geb. in Stratfordshire (England), 1868 mit der Familie in die USA ausgewandert, ansässig u.a. in Pittsburgh, 1891 Bachelor of Laws (University of Michigan), 1891–1893 Rechtsanwalt, 1894–1896 Nachlassrichter, Republikaner, 1898 Generalkonsul in Bogotà, 1899 in Guatemala, 1902 Konsul in Lüttich, 1907 in Nanking, 1910–1914 in Tsingtau, 1910 Agent von Standard Oil, 1914 aus dem Dienst entlassen nach Verdacht auf Veruntreuung, 1915 Sekretär am Konsulat in Kehl (Baden), 1916 Vizekonsul in Hamburg, Mai 1917 Vizekonsul in Zürich, 1919 ohne Bezüge a.D., weil er wegen Krankheit die

Ich habe den Beiden gesagt, dass von unserer Seite die Friedensbereitschaft wiederholt offen zum Ausdruck gebracht worden sei, von Seiten der Regierung, wie der Volksvertretung. Es könnten zur Zeit keine Schritte unternommen werden, die als ein neues Friedensangebot ausgelegt werden können.

Als nützlich würde aber eine Aussprache mit einem vollkommen informierten Vertrauensmann Praesident Wilsons angesehen werden und hätten sich Euer Ex[-zellenz] bereit erklärt hierzu eine entsprechende deutsche Persönlichkeit zu entsenden.[4] Die Aussprache könne einen inoffiziellen Charakter tragen, sei für beide Teile unverbindlich und mehr orientierender Art. Absolute Geheimhaltung würde von unserer Seite versprochen und verlangt.

Ich habe den Beiden – welche den Conflikt Deutschlands mit den V[ereinigten] St[aaten] als ein Unglück ansehen –, (von mir aus) nahegelegt, welches Verdienst sie sich erwerben würden, wenn sie diese Zusammenkunft zu Stande brächten, die vielleicht der erste Schritt zu einer Verständigung sein könnte.

Die Amerikaner haben die Aufgabe mit großem Eifer aufgenommen. Der G[eneral]Consul, welcher einen eigenen Code mit Was[h]ington hat, telegraphierte an Wilson in diesem Sinne. Das war vor 4 Tagen. Eine Antwort ist noch nicht eingelaufen, doch wird hierin nichts außergewöhnliches gesehen. Der Consul nimmt an, dass sich Wilson mit der in Europa, unter Führung von House, sich befindlichen Commission in Verbindung setzen werde.

MacCormick ist einen anderen Weg gegangen, er hat sich mit Hilfe der amerik[anischen] Gesandtschaft in Bern mit Oberst House[5] und seinem Vetter Vince MacCormick[6] (der mit Ersterem in Europa ist)[7] in Verbindung gesetzt und erwartet

---

Versetzung nach Curaçao verweigerte. Von Haniel als »deutschfreundlich oder doch Ententefeindlich« eingestuft. Haniel an Grünau, Berlin 14. Juli 1918. PAAA, R 20514, S. 193 f.; vgl. Schwabe, U.S. Secret War Diplomacy, S. 179–181, 186; politicalgraveyard.com/bio/mcmurchie-mcnally.html (12.9.2021).

4 Siehe unten Aufzeichnung E. Haniels v. 9. April 1918.

5 Edward Mandell House (1858–1938), aus Houston, 1892–1902 politischer Manager von vier texanischen Gouverneuren (mit Titel Colonel); er schlug sich zur Reformgruppe der Demokratischen Partei, wechselte 1910 in die Bundespolitik, bereiste Europa, seit 1911 enger Berater und Förderer Wilsons, 1915–1916 einer Friedensvermittlung aufgeschlossen, pro-britisch eingestellt, ab Oktober 1917 Europareise zwecks Abstimmung über Militärfragen und Kriegsziele, Mitarbeit an den 14 Punkten; zu nachgiebig gegenüber den Forderungen der Alliierten auf der Versailler Friedenskonferenz, entfremdete er sich Wilson, nahm dann Einfluss auf die Politik des Völkerbunds. Arthur S. Link, House, Edward Mandell, in: Encyclopedia Americana, Bd. 14, S. 458 f.

6 Vorname auf Empfängerseite überschrieben: Vance. Es handelte sich um Vance Criswell McCormick (1872–1946), geb. in Harrisburg, 1902 Bürgermeister von Harrisburg, 1912 Delegierter auf der Democratic National Convention von Pennsylvania, 1914 Bewerber um den Gouverneursposten von Pennsylvania; »Campaign Manager von Wilson«, mit dem er im Briefwechsel stand; er galt »als kommender Mann«. Bernstorff, Erinnerungen, S. 158. Vgl. http://politicalgraveyard.com/bio/mccormick.html (14.11.2018); M. Frey, Der Erste Weltkrieg, S. 208 f., 258–262.

7 Am 20. November 1917 teilte Bernstorff aus Konstantinopel Haniel und kurz vorher, wohl am 16. November, Kühlmann mit, laut Pressemeldungen sei sein Freund Oberst House von Wilson

stündlich eine Antwort, ob er nach Paris kommen soll oder einer der Herren hierher kommt.

Er hofft die Herren zu überzeugen, dass eine solche Zusammenkunft in gegenwärtiger Situation nur nützlich sein könne und sie zu veranlassen, sich mit Wilson diesbezüglich in Verbindung zu setzen.-

Ich wollte eigentlich Euer Ex[zellenz] erst berichten, nachdem ein Resultat vorliegt. Da sich aber die Sache länger, als ich annahm, hinzieht und der Courier heute abgeht, sende ich inzwischen diesen kurtzen Bericht.

Bemerken muss ich noch, dass Niemand hier etwas von dieser Sache weiß und es mir auch weiter ratsam erscheint unsere offiziellen Stellen in der Schweiz, ganz aus dem Spiele zu lassen.

Das würde mir die Arbeit wesentlich erleichtern, wenn man nicht weiß, dass ich mich mit derartigen Dingen beschäftige.

Sobald ich weiteres erfahre, werde ich Euer Ex[zellenz] sofort berichten inzwischen verbleibe ich

mit vorzüglicher Hochachtung
Euer Exzellenz ganz ergebener
L. Nathan

---

nach Europa geschickt worden, vermutlich zu dem Gesandten Garrett in Den Haag, dem »hauptsächlichsten Vertrauensmann House's und Wilson's«, falls die »schlechten englisch-amerikanisch-holländischen Beziehungen« dies erlauben würden. Im Gefolge von Colonel House befänden sich Vance und Cyrus McCormick, der ältere Bruder von Harold F. McCormick. Cyrus, mit dem er in vielen Beziehungen gestanden habe, sei ein »besonderer Freund von Wilson« und »wegen seiner Fabrik in Neuß leidlich deutschfreundlich«. Bernstorff, Erinnerungen, S. 156–158. – Cyrus McCormick (1859–1936), Chef des Harvester Trusts; John Work Garrett (1872–1942), geb. in Baltimore County, nach Studium 1895 Dienst in der Bank seiner Familie, 1901 Sekretär der US-Botschaft im Haag, 1905 in Berlin, 1908 in Rom, 1910 Gesandter in Venezuela, 1911–1913 in Argentinien, 1914 in Paris, Teilnahme an Kommissionen und Konferenzen über Kriegsgefangene, 1917–1919 Botschafter in den Niederlanden und Luxemburg, 1922 und 1924 Delegierter bei den Nationalkonventen der Republikaner, 1929–1933 Botschafter in Italien, dann a.D.; Bücher- und Münzsammler. https://en.wikipedia.org/wiki/John_W._Garrett_(diplomat) (29.11.2018).

215

Heinrich Adelmann an Georg von Hertling
Sigmaringen, 30. November 1917

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 5, f. 16–17)

Lieber Freund!

Nachdem Du in dieser schweren Zeit und bei Deinen Jahren auf die hohe Stelle eines summi ministerialis imperii berufen worden bist, darf unter der Zahl der Glückwünschenden auch ich als alter Freund nicht fehlen. Es fällt mir dieß als Mensch nicht leicht, weil es mir recht zweifelhaft erscheint, ob Du auf diesem an Sorgen und Verantwortung überreichen Posten den schönen Lebensabend im Kreise Deiner Familie finden wirst, den Du durch viele Arbeit und Erfolge verdient hast und den ich Dir aufs innigste wünsche. Da Du aber als Einer, der das Ideal der Vaterlandsliebe im Herzen trägt, mit solchen Träumen abgeschlossen hast, so unterdrücke ich meine Besorgniß, Dich als Dulderheiligen sehen zu müssen, dem ein Altar gebührt, und begrüße Dich vom politischen Standpunkt aus mit Jubel als Kanzler des deutschen Reichs! Stets bist Du auf deutschen gemäßigt konservativen Bahnen gewandelt und hast solche Grundsätze vertreten zur großen Freude derer, die sie teilen. Und dabei hast Du Gott gegeben, was Gottes ist.

Er wird Dir auch auf Deinem Wege weiterhin zur Seite stehen vorbei an Abgründen und Dornengehegen. Und daß er Leute mit offenem Visier und festem Willen gerne hat, das ist aus dem Katechismus wohlbekannt.

Ich werde Deine kostbare Zeit nicht unnötig beanspruchen und, da das beste an jedem Brief der Schluß ist, so schließe ich diese Zeilen ohne aber zu vergessen, Dich in meiner Frau[1] und meinem Namen zu bitten, uns der Frau Reichskanzlerin und Deinen sehr verehrten Kindern herzlichst zu empfehlen.

In alter Freundschaft
Dein Heinrich Adelmann

1 Sophie von Adelmann, seit 1875 verheiratet mit Heinrich Graf Adelmann.

216

Vertreter der Taryba an Georg von Hertling
Berlin, 30. November 1917

(Telegr., Or.[1]; BArch, R 43/2404, f. 317; Klimas, S. 101)

euer excellenz haben in der heutigen welthistorischen reichstagsrede das selbstbestimmungsrecht litauens anerkannt.[2] mit freudigem jubel wird diese erklaerung im ganzen litauischen volke aufgenommen werden. fuer diese unsere unabhaengigkeit verbuergenden worte danken wir und bitten euer excellenz uns als die bevollmaechtigten vertreter litauens zu einer aussprache ueber die kuenftige gestaltung unseres landes heute oder morgen empfangen zu wollen.

smetona[3] praesident kairys[4] vicepraesident schaules[5] generalsecretaer des litauischen landesrates centralhotel berlin

1 Abgesandt 1.20 Uhr, eing. 3.10 Uhr, pr. 30.11., Sichtvermerk Radowitz' 30.11. Vermerk: »Sofort H. v. Stengel, A.A. empfiehlt den Empfang morgen 11 Uhr vor[mittags]«. Der Empfang fand am 1. Dezember um 11 Uhr statt.

2 In seiner Antrittsrede am 29. November erklärte Hertling, »das Selbstbestimmungsrecht« Polens, Kurlands und Litauen achten zu wollen. Sten. Berichte, 13. Leg.-Per., 2. Sess., Bd. 311, S. 3947.

3 Antanas Smetona (1874–1944), Bauernsohn, geriet wegen litauischer und katholischer Gesinnung als Gymnasiast und Student der Rechte in St. Petersburg (1897–1902) in Konflikt mit der Staatsgewalt, Bankangestellter in Wilna, Herausgeber litauischer Zeitungen, 1902–1907 Mitglied der Litauischen Demokratischen Partei, 1917 der Litauischen Konferenz, 1917–1919 Präsident des litauischen Landesrats, 1919–1920 Präsident der Republik Litauen, 1926–1940 autoritär regierender Präsident, 1923–1927 Dozent für Ethik, antike Philosophie und Litauisch an der Universität Kaunas, Mitgründer der Litauischen Nationalunion (1924–1940), 1932 Dr. phil. h.c. (Kaunas), 1940 Flucht über Deutschland und die Schweiz in die USA, wo er in Cleveland bei einem Hausbrand starb. Eidontas; https://www.lrp.lt/en/institution/history/antanas-smetona/20809 (2.2.2019).

4 Steponas Kairys (1878–1964), 1908 Ingenieur-Examen in St. Petersburg, danach tätig im Eisenbahn-, Kanal- und Brückenbau in Kursk und Samara, dann in Kaunas, seit 1923 lehrte er an der dortigen Universität, 1939 Professor, 1940 Dr. h.c., 1901–1941 Mitglied des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Partei Litauens, 1906 Mitglied des Seimas, 1907 der Duma, 1916 der Konferenz der Litauer in Lausanne, 1917 der Taryba, seit 1920 der Parlamente Litauens, 1919 Mitarbeit im ersten Kabinett Litauens, 1943 Präsident des Litauer Befreiungskomitees, verhaftet, nach 1945 suchte er Exil in Deutschland, 1952 in den USA, wo er starb; Memoiren (1957 und 1964). Encyclopedia Lituanica, Bd. 3, S. 17–19.

5 Jurgis Schaulis (Šaulys) (1879–1948), Besuch des Priesterseminars Wilna, das er wegen Verbreitung litauischer Schriften verlassen musste, Wirtschaftsstudium in Bern, 1912 Dr. phil., 1917 Generalsekretär und stellvertretender Vorsitzender der Taryba, 1918–1946 Gesandter Litauens in Deutschland, in der Schweiz, in Italien, am Vatikan und in Polen.

217

Berliner Protokoll über Litauen [Berlin, 7.] Dezember 1917

Zu Rk. 15901 K.J. (masch. Kop.[1]; BArch R 43/2477, f. 59–60)

Die Mitglieder des litauischen Landesrats Dr. Smetona, Dr. Schaulys, Dr. Kairys geben zu Protokoll, dass sie bereit sind, beim litauischen Landesrat für die Annahme folgender Beschlüsse einzutreten:

»1. Auf Grund des anerkannten Selbstbestimmungsrechts der Völker proklamiert der Landesrat hiermit die Wiederherstellung eines unabhängigen litauischen Staates und trennt hiermit Litauen von allen früheren staatlichen Verbindungen, die mit anderen Völkern bestanden haben.[2] Der Landesrat wird alsbald die Beziehungen Litauens zu den andern Völkern der Erde regeln.

2. Der Landesrat wird im Einvernehmen mit den deutschen Behörden die Einzelheiten des Verhältnisses Litauens zu Deutschland sowie der künftigen Staatsform Litauens, *die den Charakter einer konstitutionellen Monarchie tragen soll,* und die Grenzen des künftigen litauischen Staates unverzüglich festlegen.

---

1 Anlage 2 der Niederschrift über die »Berliner Besprechung« zwischen Reichsleitung und OHL am 6./7. Dezember 1917; verkürzte und leicht veränderte Fassung des Protokolls, das die drei Vertreter Litauens am 1. Dezember präsentierten. (BArch, R 43/2404, f. 349 u. 360, 335–336, mit Streichungen und Zusätzen, ebd., 321–322, 361–362; Druck: Scherer-Grunewald, Bd. 3, S.49–51). Ihnen sicherte Hertling in Gegenwart Bussches, Radowitz' und Nadolnys zu, der »Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker« werde auf Litauen Anwendung finden, doch müssten sie »hinsichtlich ihrer Wünsche und Beschwerden« Geduld haben. Nadolny an Mitglieder des Landesrats, Berlin 1. Dezember 1917. (Scherer-Grunewald, Bd. 3, S. 48 f.). Die Besprechung vom 6./7. ergab, dass Lersner zur Orientierung Falkenhausens, der die Vertreter des Landesrats zur Annahme der neuen Fassung (Anlage 2) bewegen sollte, nach Kowno entsandt würde. Wegen der schweren militärischen Bedenken gegen eine Autonomie Litauens und Kurlands unter besonderen Herrschern solle sofort vertraulich mit den deutschen Bundesstaaten über die Personalunion der beiden Länder mit der Krone Preußen gesprochen werden. Mit der Zeit solle eine zivile Verwaltung die »zunächst auf Jahre hinaus« beizubehaltende Militärverwaltung unter dem Oberbefehlshaber im Osten ersetzen. Die OHL erkenne an, »daß die Verwaltung in allen grundsätzlichen Fragen im Einvernehmen mit der Reichsleitung erfolgen muß«. Falkenhausen als Chef der Militärverwaltung wird angewiesen, den Reichskanzler über die wichtigsten Verwaltungsvorgänge durch Vermittlung des Generals beim Stabe zu informieren. Oberost verkehre in Verwaltungsfragen von grundsätzlicher Bedeutung nach wie vor über die OHL mit dem Reichskanzler, sonst mit den Reichs- und preußischen Behörden. BArch, R 43/2477, f. 60–63.

2 Nur dieser erste Satz der Ziffer 1 war zunächst zur Veröffentlichung vorgesehen. Weggefallen sind aus dem Protokoll v. 1. Dezember die Wendungen, dass der Landesrat von den vorherigen Litauer Konferenzen auf den »Weg seiner Politik« gewiesen wurde und dass ein »unabhängiger, auf demokratischen Grundsätzen aufgebauter Staat innerhalb der ethnographischen Grenzen« geschaffen werden solle. BArch, R 43/2404, f. 335.

- Diese Formel ersetzte die Fassung im Protokoll der litauischen Delegation v. 1. Dezember, die nur auf den Beschluss der Litauer in Bern v. 6. November 1917 Bezug nahm, in Litauen eine konstitutionelle Monarchie einzurichten, diesen Inhalt des dortigen Beschlusses aber nicht erwähnte. BArch, R 43/2404, f. 335.

In Anbetracht der vitalen Interessen Litauens, die verlangen, sobald als möglich in nähere Beziehungen zum Deutschen Reiche zu treten, erachtet es der litauische Landesrat für notwendig, diese Beziehungen für den Fall der Anerkennung der Unabhängigkeit Litauens seitens des Deutschen Reichs schon jetzt dahin festzulegen, dass zwischen Litauen und dem Deutschen Reiche ein ewiges festes Bundesverhältnis herrschen soll, das seine Verwirklichung vornehmlich in folgenden Einrichtungen finden wird:[3]

1. einer Militär-Konvention, °welche die Sicherung des litauischen Gebietes gewährleistet;°
2. einer Verkehrs-Konvention etwa nach der Art der mit den süddeutschen Bundesstaaten geschlossenen;
3. einer Zollgemeinschaft, aber mit eigener litauischer Zollverwaltung;
4. einer Münz-Gemeinschaft.

3. Der Landesrat wird später die Bestätigung der betreffenden Konventionen und Entscheidungen durch die konstituierende Versammlung herbeiführen. Er erkennt diese Bestätigung ausdrücklich als die Voraussetzung der Anerkennung der Selbständigkeit Litauens seitens des Deutschen Reiches an«.[4]

Die erfolgte Annahme der Beschlüsse wird alsbald dem Herrn Reichskanzler durch die deutsche Verwaltung telegraphisch mitgeteilt werden.[5] Ihre Veröffentlichung erfolgt auf entsprechende Nachricht des Herrn Reichskanzlers, die dem Landesrat durch die deutsche Verwaltung zugehen wird.

---

3 Weggefallen ist aus dem Protokoll v. 1. Dezember der Vorspann zu diesem Satz in Ziffer 2, die Konferenz in Wilna habe beschlossen, dass »der künftige litauische Staat, unbeschadet der eigenen Entwickelung, gewisse noch festzusetzende Beziehungen zu Deutschland eingehen würde«, falls Deutschland spätestens beim Friedensschluss die Proklamation der Unabhängigkeit Litauens anerkenne und überhaupt die Interessen Litauens unterstütze, und dass die jetzige Festlegung auf das ewige Bundesverhältnis auch aufgrund dieses Konferenzbeschlusses erfolge. BArch, R 43/2404, f. 335–336.

°-° Wegen Widerspruchs der OHL stand dies für den Passus im Protokoll der Litauer vom 1. Dezember 1917, dass die Militärkonvention dem Muster der Konventionen mit den süddeutschen Bundesstaaten folgen solle.

4 Diese Bindung des Landesrats und der konstituierenden Versammlung ersetzte den eine Verpflichtung der deutschen Seite erheischenden Passus im Protokoll vom 1. Dezember, dass der Landesrat vor der Annahme der Litauen mit Deutschland »verbindenden Beschlüsse« das Vertrauen und die Aussicht gewinnen müsse, dass die mit dem Promemoria vom 26. November 1917 Ludendorff vorgetragenen »Wünsche und Beschwerden« über die Änderung des »Systems der Militärverwaltung« und die zurücksetzende Behandlung des Landesrats Annahme fänden und von der Reichsleitung unterstützt würden. BArch, R 43/2404, f. 336.

5 Im Protokoll der Litauer v. 1. Dezember war eine Antwort auf die Annahme der Beschlüsse durch das AA erbeten. Dort ist zusätzlich enthalten, den »Erschienenen« (Smetona, Kairys und Schaulis) sei erklärt worden, »dass die Reichs-Regierung es gern übernehmen wolle, sich nach Möglichkeit für die Erfüllung der geäusserten Wünsche bei der Obersten Heeresleitung einzusetzen und dass auf die Anzeige von der Annahme der Beschlüsse eine Antwort alsbald ergehen werde«. BArch, R 43/2404, f. 336; Scherer-Grunewald, Bd. 3, S. 51.

Vorgelesen,genehmigt,unterschrieben.[6]

6 Die »Niederschrift« dieses zwischen der Reichsleitung und der OHL festgestellten, die Eingabe der Litauer vom 1. Dezember kürzenden und ändernden Protokolls wurde der OHL übersandt. Bei Änderungswünschen sollte Bartenwerffer mit Prittwitz Kontakt aufnehmen. (Radowitz an Berckheim, Berlin 8. Dezember 1917. BArch, R 43/2404, f. 363). – Generalmajor (seit September 1917) Paul von Bartenwerffer (1867–1928), war Leiter der Politischen Abteilung des Generalstabs (ab Februar 1916 Militärpolitische Abteilung) mit der Aufgabe, die Militärpolitik des In- und Auslandes zu beobachten. Epkenhans, Nicolai, S. 23.

218

Georg von Hertling an Gustav Karl Majláth
Berlin, 13. Dezember 1917

(masch. Konz.; PAAA, R 1387, S. 137)

Euer Bischöflichen Gnaden

geneigtes Schreiben vom 3. d[ieses] M[onats] habe ich mit besonderer Freude zu erhalten die Ehre gehabt.[1] Euer Bischöfliche Gnaden dürfen überzeugt sein, dass es mein vornehmstes Bestreben sein wird, des mir von Seiner Majestät dem Kaiser übertragenen Amtes in engster Zusammenarbeit mit den Leitern der verbündeten Nachbarmonarchie im Geist der Versönlichkeit [!] und christlichen Nächstenliebe zu walten. In diesem Sinne werde ich bemüht sein, baldmöglichst einen ehrenvollen, den Interessen der verbündeten Mächte entsprechenden Frieden herbeizuführen. Das mir durch Euer Bischöfliche Gnaden gütigst zum Ausdruck gebrachte Vertrauen der Katholiken Ungarns wird mir hierbei eine kostbare Unterstützung sein.

Genehmigen Euer Bischöfliche Gnaden die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung
i[n] m[undum] Graf Hertling.
U.St.S.[2]

1 Majláth kannte Hertling von einem Besuch in München im Januar 1915. Er gratulierte am 3. Dezember namens der Katholiken Ungarns und wünschte ihm Gottes Gnade für einen Frieden im Geist des Christentums (»auch Feindesliebe«). Er arbeite freudig weiter am innigeren »Vertrauen und Zusammenwirken« der Ungarn und Deutschen in Siebenbürgen und der gegenseitigen Unterstützung in der »neuen »Entwicklungsperiode« abgesichts der »Alles verwüstenden Umsturzbestrebungen« und des Ansturms des Heidentums. (PAAA, R 1387, S. 128–131). – Gusztáv Károly Graf Majláth von Székhely (1864–1940), geb. in Bakóca (Ungarn), Jura-, dann Theologiestudium, 1887 Priesterweihe, 1888 Studienpräfekt am Priesterseminar in Gran, 1895 Pfarrer, 1897 Dr. theol. h.c. (Wien), 1897–1838 Bischof von Siebenbürgen. K. Benda, Mailath von Székhely, in: ÖBL, Bd. 6, S. 19.

2 Radowitz. Das Schreiben (mehrere Sichtvermerke) wurde über das Generalkonsulat Budapest zugestellt.

219

Hilmar von dem Bussche an ein skandinavisches Frauenkomitee
Berlin, 14. Dezember 1917

Auswärtiges Amt. A 40732 (masch. Kop.; PAAA, R 20429, S. 139)

Reichskanzler Graf von Hertling hat mich beauftragt dem Sekretariate des Auswahlkomitees Skandinavischer Frauen[1] den Empfang der Schreiben vom 3. und 17. November d[ieses] J[ahre]s zu bestätigen[2] und hinzuzufügen, dass die edlen Bestrebungen der Skandinavischen Frauen zur »Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens für alle Nationen« seine volle Sympathie haben.[3]

---

1 Skandinaviske Kvinders Udvalgskomité for en aerevuld Fred for alle Nationer; Sitz des Sekretariats war Carit Etlars Høj, Gjentofte (bei Kopenhagen).

2 Beiliegend nicht diese Schreiben, sondern eine an Hertling gerichtete, der Reichskanzlei am 31. März 1918 vorliegende »Einladung zur Weltfriedenskonferenz von Skandinavischen neutralen Frauen«, Kopenhagen, Palmensonntag 1918, mit 14 Unterschriften dänischer, schwedischer und norwegischer Komitee-Mitgliederinnen (Präsidentin Augusta Carit Etlar, Dänemark). Darin baten »wir neutralen Frauen des Nordens, ausserhalb aller Parteien und nationaler Interessen« bzw. die »nordischen Mütter, Ehefrauen, Schwestern aller leidenden Völker« um die sofortige Einberufung eines gemeinsamen Schiedsgerichtsparlaments aller Staaten nach Kopenhagen, Oslo oder Stockholm, um Grundlage und Bedingung »für einen allen Nationen würdigen Weltfrieden zu garantieren«. Allein »der vereinigte Staatenverband« sei imstande, »alle Interessensphären zu vereinen, den Nationen »die besten Verbrüderungs- und Entwicklungsmöglichkeiten« zu bieten, »das unverletzliche Selbstbestimmungsrecht« zu gewährleisten und die »Grenzfragen nach dem Willen der Völker ohne egoistische Sonderinteressen« zu regeln, umfassend auch das freie Weltmeer, »freie Bundeskolonien, ein gemeinsames permanentes Schiedsgerichtsparlament, eine gemeinsame Schutzwehr« und die Verpflichtung zum Neuaufbau. »Dieses Ziel, die Stunde des Friedens, kann ebenso wohl heute erreicht werden wie nach hunderten neuer blutiger Siege und Niederlagen«. Vorausgegangen war dieser Einladung eine »Friedensbitte« des Komitees, auf das anerkennende Antworten kriegführender Staaten eingegangen waren und auf die das neuerliche Schreiben des Komitees sich berief. Für Deutschland hatte Staatssekretär Arthur Zimmermann am 8. März 1917 dem dänischen Gesandten in Berlin, Carl Graf von Moltke, geschrieben, er habe »die Friedensadresse der skandinavischen Frauen«, die er mit der Note des Gesandten vom 16. Februar 1917 dankend erhalten habe, dem Kaiser vorgelegt. Dieser habe »von der vom Geiste edler Menschenliebe beseelten Adresse mit aufrichtiger Genugtuung Kenntnis genommen« und bitte, dies dem Komitee mitzuteilen. (PAAA, R 20429, S. 134–138). – Augusta Carit Etlar (1853–1927), geb. Olga Augusta Schultz, war die zweite, 37 Jahre jüngere Frau des dänischen Schriftstellers und dramatischen Dichters Carit Etlar (Pseudonym für Johan Carl Christian Brosbøll) (1816–1900). https://de.wikipedia.org/wiki/Carit_Etlar (26.7.2021).

3 Antworten Hertlings auf eine Fülle an ihn »persönlich« gerichteter vaterländischer Frauen-Adressen (von Verkäuferinnen bis Pastorenfrauen) sind hier nicht überliefert: darunter eine Eingabe mit 22 Unterschriften (u.a. drei Freifrauen Bussche-Haddenhausen), die vom Reichskanzler erwartete, »Kraft und Willen« zu zeigen und nur einen »ehrenvollen Hindenburgfrieden« abzuschließen; eine von Martha v. Lieres, geb. v. Puttkamer, unterzeichnete »Frauenkundgebung für einen deutschen Frieden« gegen einen »Verzichtfrieden« (Sonderabdruck der Schlesischen Zeitung, Nr. 570, v. 2. September 1917); ein Aufruf (Flugblatt) von Gräfin Cecilie Keyserlingk-Rautenburg an Ostpreußens Frauen. PAAA, R 20422, S. 1–1266, hier S. 30–44, 186 f., 281–291, 661; 7000 Unterschriften allein aus Pommern.

(sign[iert]) Bussche.[4]

4 Hilmar Freiherr von dem Bussche-Haddenhausen (1867–1939), geb. in Hannover, 1889 Referendar, dann im preußischen Justizdienst, 1890 Dr. jur., Studium am Seminar für orientalische Sprachen in Berlin, 1894 Eintritt ins AA, Attaché, 1895–1902 Legationssekretär bzw. Geschäftsträger in Tanger, Buenos Aires, Kairo, London, 1903 in Washington, Botschaftsrat, 1906 Abteilung I A (Politik), 1907 Wirklicher Legationsrat und Vortragender Rat, 1909 Geheimer Legationsrat, 1910 Gesandter in Buenos Aires, 1914–1916 in Bukarest, Ende November 1916-Anfang 1919 Zweiter Unterstaatssekretär im AA (für Abteilungen I A–IV), Januar 1918 Charakter als Wirklicher Geheimer Rat (Exzellenz), 1932 a. D. Kühlmann, Erinnerungen, S. 519, schätzte Bussche als »ausgezeichneten, geraden, fleißigen und zuverlässigen Beamten«.

220

Carl Muth an Hermann Platz
Solln bei München, 14. Dezember 1917

(eigh. Or.; ACDP, Nl Platz)

Lieber Herr Dr.![1]

Ich lese soeben in Ihrem Brief vom 6/12. [19]17 von dem dummen Mißgeschick, das Sie betroffen hat, bin aber doch insofern damit einverstanden, als Sie dadurch bis auf den hoffentlich im Frühjahr beginnenden allgemeinen Waffenstillstand den Kämpfen entzogen sind und Ihrer zweifellos noch großen Lebensaufgabe aufbewahrt bleiben. Ich war bis zum 10. Dezember 4 Wochen in Köln, wo ich einen Zyklus von Vorträgen über Goethe gehalten habe.

Er konnte wegen Erkrankung von Köln nicht nach Düsseldorf fahren und über die geplante Mission von Platz in die Schweiz mit den Münchner Stellen verhandeln, will das aber nachholen, falls dieser im Frühjahr in die Schweiz fahren kann. Man wird Platz keine Marschroute vorgeben, sondern erwarten, dass er von den Unterredungen wahrheitsgemäß und objektiv berichtet.

Was das Referat über das Buch von Schrörs[2] betrifft, so wollte ich Ihnen, schon bevor Sie das Thema berührten, schreiben, daß es der Haltung Hochlands widerspräche, wenn man sich auf den Boden von Schrörs' Ausführungen stellte und ihm nicht entgegenträte. Ich betrachte es geradezu als nothwendig im Hinblick auf die Anbahnung künftiger Beziehungen zum kathol[ischen] Frankreich, das Vorgehen von Schrörs überall dort zu mißbilligen, wo er ohne Verständniß verfährt und das

1 Hermann Platz (1880–1945), geb. in Offenbach (Rheinpfalz), Sohn eines Bierbrauers und Landwirts, Studium der Theologie, Philosophie und Philologie, 1905 Dr. phil. (Münster), frühe Begegnung mit französischem Geistesleben, Mitarbeiter an der Zeitschrift Hochland; 1907–1919 Gymnasiallehrer in Düsseldorf, unterbrochen durch Kriegsdienst (Landwehrleutnant, Regimentsdolmetscher und Eisenbahnoffizier), 1920 Studienrat in Bonn, 1924 Honorarprofessor mit Lehrauftrag für französische Geistesgeschichte an der Universität Bonn, 1935 Entziehung der Professur, Mitglied eines Bonner Widerstandskreises, Mai 1945 Leiter der Kulturabteilung im Oberpräsidium der Nordrhein-Provinz in Düsseldorf; Werke (neben einer Fülle von Essays): Geistige Kämpfe im modernen Frankreich, 1922; Deutschland und Frankreich, 1930; Pascal, 1937. W. Becker, Platz.

2 Wohl gemeint: H. Schrörs, Deutscher und französischer Katholizismus in den letzten Jahrzehnten, Freiburg im Breisgau 1917. – Heinrich Schrörs (1852–1928), geb. in Krefeld, 1877 Priesterweihe in Innsbruck, 1880 Dr. theol. (Würzburg), 1885 Privatdozent für Kirchenrecht in Freiburg, 1886 von Althoff zum o. Professor für Kirchengeschichte in Bonn berufen, Gründer des kirchengeschichtlichen Seminars. Stefan Jordan, Schrörs, Heinrich, in: NDB 23 (2007), S. 582 f.

Bild fälscht, indem er Leute wie Barbier[3] und Fontaine[4] als Kronzeugen nimmt. Ich habe mit durchaus deutsch gesinnten Elsäßern (Geistlichen) gesprochen, die dieses Verfahren als in hohem Grade kompromittierend empfinden. Obwohl auch ich Schrörs persönlich kenne und erst kürzlich mit ihm einen Brief gewechselt habe, bitte ich Sie doch die Liebe zur Sache über die Freundschaft zu stellen. Sie leisten damit den verständigungsgeneigten Elementen auf beiden Seiten einen großen Dienst und erleichtern sich Ihre Mission in der Schweiz, falls es dazu kommt. Je eher ich den Beitrag bekomme, umso lieber ist es mir. Sagen Sie ohne Rücksicht auf den Umfang alles was zu sagen ist.

Korrekturen von »Krieg und Seele«[5] gingen an die alte Feldadresse, an Platz' Lazarettadresse und an die Zensurstelle des Kriegsministeriums. Der Artikel soll an erster Stelle im Januarheft von Hochland erscheinen.

Was Sie über Ihre Sympathie mit dem russischen Volksthum und Geisteswesen schreiben, überrascht mich keineswegs. Es ist längst meine Ueberzeugung, daß eine engere Verbindung mit dem östl[ichen] Christenthume uns sehr eigenartige Kräfte zuführen wird, ja daß wir dort finden müssen, was uns für das Alltagsleben fehlt, den lebendigen Christus, der bei uns zu selten über die Schwelle der Kirche hinaus in's Leben tritt. Ich werde das Ende des Kriegs gar nicht abwarten, um den Lesern des Hochlands diese Welt näher zu bringen, sondern habe bereits gesorgt, daß schon bald einige Blicke in das religiöse Leben der russischen Literatur und Dichtung ermöglicht werden.

Er will Platz die bereits erschienenen Bände der Ausgewählten Werke Solowjews[6] vom Verlag Diederichs7 zusenden lassen. Weitere Abmachungen sollen bis zum Kriegsende verschoben werden, das wohl erst 1919 eintreten wird. Wie Platz hat er kaum Zeit für die Familie und die Erziehung der Kinder, die in einer bindungslos gewordenen Zeit schlimmen Einfüssen ausgesetzt sind.

---

3 Abbé Emmanuel Barbier (1851–1925), 1869 Jesuit, 1882 Priesterweihe, 1901 nach Verbot des Ordens Weltpriester, Vertreter des katholischen Anti-Liberalismus und Anti-Modernismus, 1908–1914 Gründer und Leiter der Zeitschrift Critique du libéralisme, Hauptwerk: Histoire du catholicisme libéral et du catholicisme social en France 1879–1914, erschienen 1923–1924. Schrörs zitierte von ihm: Les Démocrates Chrétiens et le Modernisme. Histoire documentaire, Nancy-Paris 1908, 424 S.

4 Abbé Julien Fontaine (1839–1917), Professor an der Theologischen Fakultät Angers, schrieb u.a.: Le Modernisme sociologique. Décadence ou régénération, Paris 1909, LIX u. 515 S.

5 Mönchengladbach 1916. 2. Aufl.: Zeitgeist und Liturgie, 1921.

6 Wladimir Sergejewitsch Solowjew (1853–1900), geb. in Moskau, christlicher Schriftsteller, Publizist und vom Neuplatonismus beeinflusster Religionsphilosoph; er vertrat die Idee einer All-Einheit und einer alle Gegensätze überwindenden Ethik der Liebe, bemühte sich um den Ausgleich zwischen Wissenschaft und Kirche sowie die Annäherung zwischen Orthodoxie und katholischer Kirche.

7 Verlag Eugen Diederichs, 1896 gegründet, seit 1904 Sitz in Jena, widmete sich Werkausgaben bedeutender Autoren seit der Antike und anspruchsvoller Literatur.

Die Hoffnungen, die wir hier auf Hertling setzten, scheinen sich nicht zu erfüllen. Bis jetzt ist in all seinen Reden kein Ton erklungen, der aus der Tradition christlichen Denkens stammend, das Problem Krieg und Frieden und Völkersolidarität anders ausdeutete als wir es von dieser Stelle her regierungsmäßig gewohnt sind. Es fehlt die Unerschrockenheit, einen ganz neuen Kurs zu steuern und aus der Antwort an den Papst auch einmal praktisch alle Konsequenzen zu ziehen, wie ein entschieden christlicher Standpunkt sie allein möglich macht und zugleich fordert. Es spuken immer noch machtpolitische Gelüste im Hintergrund unserer Friedensbereitschaft und wir haben uns nie rückhaltlos und ehrlich zu einer Friedensidee im Geiste eines christlich neuzuordnenden Europa bekannt, aus der heraus wir den Kampf solange weiterzuführen hätten bis auch die anderen einer solchen Idee geneigt sind. Es ist unendlich folgenschwer, daß die deutschen Katholiken aus Furcht nicht als national angesehen zu werden, sich [nicht] offen von dem heidnischen Geist unserer machtpolitisch gesinnten Kreise, die bis in die Redaktion der Köln[ischen] Volksz[ei]t[un]g hinein ihren Einfluß erstrecken, lossagen und sich von dem sehr ernst zu nehmenden Vorgehen hochkirchlicher Männer in England beschämen lassen müssen. Ich werde wahrscheinlich meinen Austritt aus dem »Ausschuß deutscher Katholiken zur Förderung katholischer Interessen im Weltkrieg« erklären, nachdem darin Leute wie Pfeilschifter, die der Vaterlandspartei angehören, stimmführend auftreten. Auch die Professoren Grauert, Finke, Schulte, Meister[8] segeln im gleichen Wasser und geben dort den Ton an. – Selbst von unsern Bischöfen hat bis heute keiner ein Wort gefunden, auf das eine besser denkende Zukunft einmal mit Stolz und Trost zurückschauen kann! Das Paulinische Dic verbum, opportune, importune[9] scheint unsere christliche Gegenwart nicht mehr zu kennen. Wollte Gott, daß es wenigstens nach dem Krieg von unsern Kriegstheologen heißen könnte, daß sie wie Petrus abseits gingen und bitterlich weinten. Denn sie haben Christus verrathen so gut wie er.

Leben Sie wohl, lieber Freund, ich grüße Sie mit den herzlichsten Wünschen
für Sie und die Ihrigen
als Ihr getreuer
Carl Muth

8 Aloys Meister (1866–1925), geb. in Frankfurt am Main, Studium der Theologie und Geschichte, 1890 Dr. phil. (Straßburg), Stipendiat am Römischen Institut der Görres-Gesellschaft, 1894 Habilitation, Privatdozent in Bonn, 1899 a.o., 1903 o. Professor in Münster, Schriften zur mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Geschichte, zur westfälischen Landes-, Industrie- und Verfassungsgeschichte, zur Geschichte der Presse, zur Paläographie, historischen Methode und Vermittlung. Bernd Mütter u. Robert Meyer, Meister, Aloys, in: NDB 16 (1990), S. 723 f.

9 2. Brief des Paulus an (den Apostelschüler) Timotheus, 4,2: praedica verbum, insta opportune, importune, argue, increpa, obsecra in omni longanimitate et doctrina. Predige das Wort, beharre eifrig darauf, komme es gelegen oder ungelegen, lege es dar, verkünde es laut, trage es vor mit aller Beherztheit und Gelehrsamkeit.

221

Paul von Hindenburg an Georg von Hertling
Großes Hauptquartier, 16. Dezember 1917

Chef des Generalstabes des Feldheeres (masch. Kop.; BArch, R 43/2398k, f. 120–121)

Zu Rk. 4761/17
Geheim!

Der »Vorwärts« veröffentlichte in seiner Nr. 341 vom 13. Dezember einen Aufruf der Sozialdemokratie Deutschlands und Preussens für das gleiche Wahlrecht. Der aufreizende Charakter dieses Aufrufes verdichtet sich in der Forderung,

»dass das preussische Volk selbst auf die Bühne tritt. In machtvollen Kundgebungen müssen überall in Preussen die Massen zusammenströmen, um ihrem Willen Gehör zu verschaffen«.

Weiterhin wendet der Aufruf sich an alle Kriegsteilnehmer und behauptet die Absicht brutaler Entrechtung gerade derer, die jetzt mit ihren Leibern Deutschland und Preussen schützen.

Die Veröffentlichung dieses Aufrufs stellt durch die angeführten Sätze eine ganz ausserordentliche Gefährdung der Grundlagen der Kriegführung dar.[1] Die Oberzensurstelle trat daher nach dem Erscheinen des Aufrufes im »Vorwärts« mit den übrigen zuständigen Stellen in Verbindung. Aus der Reichskanzlei wurde ihr mitgeteilt, dass die Angelegenheit eine rein politische sei und dagegen zur Zeit ein Einschreiten nicht für geboten gehalten werde.

Ich bin verpflichtet, Eure Exzellenz zu verständigen, dass ich dieser Auffassung nicht beizupflichten vermag und glaube, hierzu folgendes ausführen zu sollen.

1 Dies lässt sich den regelmäßigen Berichten des Berliner Polizeipräsidenten, der alle Demonstrationen genau beobachtete, nicht entnehmen. Polizeipräsident Oppen berichtete dem Oberkommando in den Marken am 26. November 1917, die Straßenkundgebungen vom Vortag hätten von ihrem Verlauf her die USPD enttäuscht. Mehrere Züge mit je 100 Teilnehmern seien zustande gekommen und Verhaftungen erfolgt – mit eher schwachem Echo in der Parteizeitung Vorwärts. (BArch, R 43/2398k, f. 102–103). 1916 erfuhr Deutelmoser von Absprachen zwischen dem Oberkommando in den Marken und Unterstaatssekretär Wahnschaffe mit führenden SPD-Mitgliedern über Einflussnahmen auf die Redaktion des Vorwärts und über die eventuelle Verhaftung streikender Parteigenossen. (Koszyk, S. 517, 533). – Heinrich von Oppen (1869–1925), geb. in Breslau, nach Jurastudium im preußischen Staatsdienst, 1896 Landrat von Oberbarnim, 1909 Polizeipräsident von Breslau, 1916–1918 von Berlin, Rittergutsbesitzer; Arnold Wahnschaffe (1865–1941), geb. auf Gut Rosenfelde, Kreis Deutsch Krone, 1883–1887 Jura- und Landwirtschaftsstudium, Referendar, Assessor, 1897 Landrat, 1905 Vortragender Rat im preußischen Landwirtschaftsministerium, 1907 in der Reichskanzlei, stark beteiligt an der preußischen Ansiedlungspolitik in Posen und Westpreußen, 1909–August 1917 und Oktober–November 1918 Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei, 1919 Rückzug auf sein Rittergut, Mitglied der DNVP.

Die Frage einer Wahlrechtsänderung ist zwar eine rein politische. Vollzieht sich dieser politische Vorgang im Kriege aber unter Umständen, die eine Rückwirkung auf die Fortführung und siegreiche Beendigung des Krieges auslösen können, so wird diese politische Frage zu einer militärischen von weitreichender Bedeutung.

Ich muss annehmen, dass für die Einbringung der Wahlrechtsvorlage zwingende politische Gründe vorgelegen haben, und muss mit der durch diese Entschließung der Staatsbehörden geschaffenen Lage rechnen. Ihr gegenüber hat die Oberste Heeresleitung die Pflicht, darüber zu wachen, dass bei der Durchbringung der Wahlrechtsvorlage und durch die sich daran anknüpfenden innerpolitischen Kämpfe die Grundlagen unserer Kampfkraft nicht erschüttert werden, und ich glaube, das Recht in Anspruch nehmen zu müssen, zu fordern, dass die Reichs- und Staatsbehörden auch ihrerseits die Grundlagen unserer Kampfkraft unbedingt schützen.

Ich hege die ernste Befürchtung, dass der von der Sozialdemokratie beschrittene Weg von ihr zielbewusst weiter verfolgt werden und die verhängnisvollsten Folgen für die Kriegführung haben wird, wenn nicht sofort und rechtzeitig energische Schritte geschehen, ihr auf diesem Wege Halt zu gebieten. Es wird unserer einheitlichen Anstrengung bedürfen, die Welle des inneren Zusammenbruchs und der Anarchie, die Russland überflutet, von unserem Heer und Volk fernzuhalten, welche nicht, wie in Russland, in den Frieden zurückkehren können, sondern noch schweren ihrer harrenden Aufgaben gewachsen sein müssen. Dafür, dass unsere Feinde unsere Stärke in der Geschlossenheit unseres Heeres und Volkes erblicken und dass sie mit allen Mitteln darauf ausgehen, diese Kraft erschüttern und Deutschland innerlich zusammenbrechen zu lassen, haben wir Beweise genug. Ich darf es nicht unterlassen, auf diese schwere drohende Gefahr nachdrücklichst hinzuweisen und zu fordern, dass nicht geduldet wird, dass in Deutschland Bestrebungen hochkommen, die diese feindlichen Absichten fördern.

Ich verkenne nicht die Schwierigkeiten, in denen Euer Exzellenz sich durch die Gestaltung der politischen Verhältnisse dieser Frage gegenüber befinden. Ich bin aber überzeugt, dass Euer Exzellenz sich der Notwendigkeit meiner durch die Kriegslage gebotenen Forderung nicht verschliessen und Mittel und Wege finden werden, ihr zu entsprechen.

gez. von Hindenburg.

222

Kurt von Lersner an Georg von Hertling
Großes Hauptquartier, 17. Dezember 1917

Vertreter des A.A. im GHQ. Nr. 1146. (masch. Kop.[1]; BArch, R 43/2404, f. 383–384)

Euerer Exzellenz überreiche ich in der Anlage gehorsamst die Erklärung des litauischen Landesrats über die Wiederherstellung der Unabhängigkeit des litauischen Staates, die ich als Bevollmächtigter Euerer Exzellenz und des Auswärtigen Amtes am 10. d[ieses] M[onats] in Kowno vollzogen habe.[2]

gez. Frhr. v. Lersner.

Anlage:
Erklärung.

I.
Der litauische Landesrat, von den Litauern des In- und Auslandes als einzige bevollmächtigte Vertretung des litauischen Volkes anerkannt, proklamiert auf Grund des anerkannten Selbstbestimmungsrechts der Völker und des Beschlusses der in Wilna vom 18. bis 23. September 1917 abgehaltenen litauischen Konferenz die Wiederherstellung eines unabhängigen litauischen Staates mit der Hauptstadt Wilna und seine Abtrennung von allen staatlichen Verbindungen, die mit andern Völkern bestanden haben.

II.
Bei der Aufrichtung dieses Staates und zur Wahrnehmung seiner Interessen bei den Friedensverhandlungen erbittet der Landesrat den Schutz und die Hilfe des Deutschen Reiches. In Anbetracht der Lebensinteressen Litauens, welche die alsbaldige Herstellung dauernder und enger Beziehungen zum Deutschen Reich verlangen, tritt der Landesrat ein für ein ewiges, festes Bundesverhältnis des litauischen Staates mit dem Deutschen Reich, das seine Verwirklichung

1 Rk. 15730 K.J. AS 4974/17, pr. 18./12. 1917.

2 Vorausgegangen war der »Erklärung« (Anlage) das in Berlin beratene Protokoll vom 1. Dezember 1917, vorgelegt von Smetona, Kairys und Schaulis, und das von der OHL und der Reichsleitung in den Besprechungen vom 6./7. Dezember gekürzte Protokoll. Siehe oben Nr. 217. Lersner wurde nach Kowno entsandt, um zusammen mit F. v. Falkenhausen den Landesrat zur Annahme dieses Protokolls zu bewegen. Lersner erreichte nach kurzen Gesprächen diese Unabhängigkeitserklärung vom 10./11. Dezember 1917, die er als die »Staatsgründung« eines souveränen Litauens bezeichnete. BArch, Nl Lersner, Lersner, Erinnerungen 1914–1920, S. 246–248.

vornehmlich in einer militärischen, einer Verkehrs-Konvention, Zoll- und Münzgemeinschaft finden soll.

Kowno, den 10. Dezember 1917
vorgelesen. genehmigt. unterschrieben.

gez. A. Smetona, Präsident des litauischen Landesrates; J. Kaireff[3], Vice-Präsident des litauischen Landesrates; Vladislavus Mironas, Vice-Präsident des litauischen Landesrates[4], Dr. G. Schaulis, Generalsekretär des litauischen Landesrates; P. Klimag[5], 2. Sekretär des litauischen Landesrates; Justinas Haugaitis[6], Mitglied des litauischen Landesrates; Frhr. v. Lersner, Vertreter des Herrn Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes.

3 Verschrieben für Steponas Kairys.

4 Vladas Mironas (1880–1953), Studium der Katholischen Theologie, 1904 Magister an der Theologischen Akademie von St. Petersburg, Priesterweihe, Religionslehrer, Pfarrer, politisch und publizistisch für die litauische Bewegung tätig, Gründer litauischer Schulen, 1905 Teilnehmer am litauischen Nationalkongress in Wilna (Großer Seimas), 1917 Mitglied und Vizepräsident der Taryba, 1926–1929 Mitglied des Seimas, 1929 Oberster Militärkaplan, 1938–1939 Ministerpräsident, 1940–1941 nach der russischen Besetzung Litauens in Haft, nach 1945 erneut verhaftet, deportiert, Tod im Gefängnis von Wladimir. Encyclopedia Lituanica, Bd. 3, S. 545 f.

5 Petras Klimas (1891–1969), Jurastudium im Moskau, Herausgeber der von der deutschen Besatzung zugelassenen Zeitung Lietuvos aidas (Echo von Litauen, Wilna), 1917 Sekretär der Taryba, 1919 Vize-Außenminister, 1920–1923 Hochschullehrer für Geschichte an der Universität Kaunas, 1923 Botschafter Litauens in Italien, 1925–1940 in Paris, dort 1926 auch für Belgien, 1930 für Spanien und Portugal, 1931 für Luxemburg, [1942–1943] von den Deutschen inhaftiert, 1944–1954 von den Sowjets verhaftet, nach Sibirien deportiert, historisch-politischer Autor (Der Werdegang des litauischen Staates, 1919, u.a.). Eidontas; Encyclopedia Lituanica, Bd. 3, S. 142 f.

6 Justinas Staugaitis (1866–1943), Studium im Theologischen Seminar von Sejny (Seinai), 1890 Priesterweihe, Pfarrer in Litauen und Polen, publizistisch und sozial in der litauischen Bewegung tätig, Gründer litauischer Schulen, 1917 Mitglied der Taryba, 1920 der Verfassunggebenden Versammlung Litauens (Christlich Demokratische Partei), 1926 Bischof der neu gegründeten, im Nordwesten Litauens liegenden Diözese Telšiai.

223

Adolf von Montgelas an Georg von Hertling
Bern, 17. Dezember 1917

Kaiserlich Deutsche Gesandtschaft. Nr. 3830. (masch. Or.[1]; PAAA, R 20500, S. 69–74)

Auf Grund der mir erteilten Ermächtigung[2] bin ich am 13. d[ieses] M[onats] bei Fräulein Annette Kolb[3] mit Professor George Davis Herron zusammengetroffen.[4]

Über die Persönlichkeit des Genannten darf ich Folgendes vorausschicken: Herron stammt aus Indiana, ist 55 Jahre alt, von Hause aus Theologe, war Pastor an verschiedenen »Congregational Churches« im Mittelwesten und von 1893–1900 »professor of sociology« am Iowa College; nachdem er sich von der Lehrtätigkeit – scheinbar infolge von Differenzen mit dem Direktorium des Iowa College – zurückgezogen hatte, widmete er sich schriftstellerischen Arbeiten und veröffentlichte eine Reihe von Schriften religiös-sozialen Inhalts. Während des Kriegs liess er sich in Genf nieder, wo er auch schon als Student geweilt haben will. Er war kürzlich anscheinend in amtlichem Auftrag in Rom und Paris; nach seinen Angaben wird er jedenfalls bis zum Kriegsende, wahrscheinlich sogar bis nach Abschluss der Friedensverhandlungen in Europa bleiben. Er hat Beziehungen zur hiesigen amerikanischen Gesandtschaft und hat auch während seines jetzigen Aufenthalts dort verkehrt. Mit den Professoren

1 Zu AS 5031. Durch Kgl. Feldjäger; gelesen–Vermerk Rombergs vor Absendung; Sichtvermerk Bussches 19/12.

2 Romberg hatte am 11. Dezember berichtet, dass Annette Kolb »kürzlich in Genf wider ihren Willen« Herron getroffen und von ihm erfahren habe, »er sei beauftragt, wegen Friedensmöglichkeiten mit Deutschland Fühlung zu nehmen«. Deutschland sei zur Zeit »out lawed«, könne »sich durch Rückgabe Elsaß-Lothringens rehabilitieren« und habe auch die Fragen Belgiens und der »Evakuierung Nordfrankreichs« zu klären. A. Kolb habe ihm angeboten, ihn mit einem autoritativ sprechenden Deutschen zusammenzubringen. Romberg schlug für dieses Gespräch Adolf Montgelas vor und bat um Sprachregelung. Am 12. Dezember 1917 erging die Weisung Bussches, er habe keine Bedenken »gegen vorsichtig geführte Unterhaltung« mit Herron, dem zu bedeuten sei, »dass Wilson unsere massvoll gehaltenen Friedensbedingungen kennt, sich mithin in der Lage befände, auf dieser Basis Friedensfaden zu spinnen«. Voraussetzung dafür müsse Wilsons »Aenderung bisheriger gehässiger Sprache gegen Deutschland« sein. Bezüglich Elsaß-Lothringens solle Montgelas auf die Rede Kühlmanns verweisen und die Bereitschaft Deutschlands erklären, »offiziell oder unoffiziell mit House Fühlung zu nehmen«, falls er den Eindruck gewinne, dass Herron den von ihm behaupteten Einfluss besitze und Oberst House »Verbindung mit uns aufzunehmen wünscht«. PAAA, R 20499, S. 143–145. Vgl. Steglich, Friedenspolitik der Mittelmächte, S. 276–279.

3 Annette Kolb (1870–1967), geb. in München, katholische Erzählerin und Essayistin, 1914–1918 Kritikerin des Krieges, im Januar 1915 wegen eines Vortrags in Dresden (gegen kriegslüsternen Journalismus) schwer angefeindet, ab 1917 Aufenthalte in der Schweiz, 1933–1945 Emigration. Schwab, Auf der Freitreppe, S. 58–60.

4 Siehe zu Herrons Aktivitäten: George Davis Herron Papers, 1916–1921, Stanford University Library.

Foerster und Jaffe [!] in München ist er nach seinen eigenen Mitteilungen gut bekannt und befreundet. Er ist mit einer Schweizerin elsässischer Abstammung verheiratet.[5] Vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg soll er pazifistischen Tendenzen gehuldigt haben, jetzt ist er mit Leib und Seele Anhänger der Entente.

Ein bestimmtes Urteil darüber, ob Herron den ihm zugeschriebenen Einfluss tatsächlich besitzt, vermochte ich mir auf Grund der einmaligen Unterredung mit ihm nicht zu bilden. Er brachte ein Exemplar seines jüngst in New York erschienenen Buches »Woodrow Wilson and the world's peace«[6] mit, das er Fräulein Kolb dedizierte, was dieser zu der naheliegenden Frage Veranlassung gab, ob er Wilson kenne. Herr Herron bejahte dies. Umso erstaunter war ich später, in dem Buch selbst das Geständnis zu finden, dass er niemals mit Wilson gesprochen, ihn überhaupt nie gesehen habe. Immerhin halte ich es für möglich, dass er Beziehungen zu Oberst House und durch diesen indirekt zu Wilson hat, obwohl er sich mir gegenüber allen diesbezüglichen Anspielungen äusserst reserviert verhielt.

Für die Beurteilung der Persönlichkeit von Herron erscheint es mir erforderlich, einiges über sein vorerwähntes Buch zu sagen, das hier im Buchhandel noch nicht erhältlich ist und mir infolgedessen vor meiner Unterredung mit ihm leider nicht zugänglich war. Das Buch ist eine Zusammenstellung verschiedener Aufsätze, die Herron seit der Wiederwahl Wilsons in englischen, italienischen oder westschweizerischen Blättern und Zeitschriften veröffentlicht hat und die Wilsons Politik in überschwenglicher Weise verherrlichen. Wilson wird mit Moses[7], Cavour[8] und Lincoln[9] verglichen, wird als der einzige internationale Staatsmann gefeiert, dem eine beinahe übernatürliche Sehergabe (a prescience that appears nearly supernatural) zugeschrieben wird. Seine Neutralitätspolitik sei richtig gewesen, da ein vorzeitiges Eingreifen Amerikas in den Krieg die Alliierten vom Bezug von Munition und Lebensmitteln aus den Vereinigten Staaten abgeschnitten hätte, das amerikanische Volk damals auch noch nicht begriffen habe, worum es sich in diesem Kriege handle. Erst als das amerikanische Volk für diese Erkenntnis reif gewesen sei, habe Wilson im richtigen Augenblick Deutschland den Krieg erklärt. Die Botschaft an den Senat vom

5 Frieda Bertha geb. Schöberle war die dritte Ehefrau Herrons. Nach Scheidung von seiner ersten Frau Mary, geb. Everhard, hatte er 1901 Carrie Rand (1867–1914) geheiratet.

6 New York 1917. Das Buch erschien in französischer (Genf 1918) und deutscher Übersetzung (Bern und Berlin 1919) mit dem Untertitel: Sammlung von Aufsätzen aus den Jahren 1916–1918.

7 Anführer, Prophet und Gesetzgeber der Israeliten.

8 Camillo Benso Graf von Cavour (1810–1861), geb. in Turin, aus piemontesischer Familie, Journalist, Bankdirektor, Europareisender, nach der Revolution von 1848 politisch aktiv, 1850–1851 Handels-, Marine- und Finanzminister Sardinien-Piemonts, 1851–1859, 1860–1861 Ministerpräsident, Wegbereiter der liberal-konstitutionellen Monarchie Italiens.

9 Abraham Lincoln (1809–1865), geb. in Hodgenville, aus Grenzerfamilie, Autodidakt, 1837 Anwalt in Springfield, 1834–1842 Mitglied des Repräsentantenhauses von Illinois, 1847–1849 des Kongresses in Washington, 1856 Anschluss an die Republikanische Partei, 1861–1865 16. Präsident der USA, stärkte das Amt im Sezessionskrieg.

22. Januar d[ieses] J[ahres] sei eine neue Bergpredigt, die sich an die Völker Amerikas, Europas und Asiens richte, Amerika obliege eine Art apostolischer Mission, die Welt dem Reiche Gottes näher zu bringen.[10] °Jeder vorzeitige Frieden sei verwerflich. °Deutschland und Oesterreich-Ungarn müssten in den Schmelztiegel geworfen werden, und neue Gemeinwesen müssten an ihrer Stelle entstehen.° »The Allies must have the strength to say that they intend to destroy – not the German people – but the Prussian state and system. There can be no true civil order, no sane progress, no faithful international comity or community, until Prussia is dismembered and rendered impotent.« Für die Tendenz des Buches und die Geistesrichtung seines Verfassers dürften diese Proben genügen. Ich vermag dabei den Eindruck nicht von der Hand zu weisen, dass Herron sein Buch geschrieben hat, um sich bei dem eitlen Herrn Wilson einen Stein ins Brett zu setzen und die Möglichkeit zu sichern, früher oder später – vielleicht bei den Friedensverhandlungen – eine Rolle zu spielen. Allerdings betont er, er gehöre nicht zur Partei Wilsons, sondern sei Sozialist.

Wesentlich nüchterner als in seinen Schriften gab sich Professor Herron in der mündlichen Aussprache, die ich mit ihm hatte. Er vermied dabei jede aggressive Aeusserung gegen Deutschland und begann seine Ausführungen damit, er sei in erster Linie Amerikaner, doch lägen ihm auch die Interessen der Menschlichkeit am Herzen. Der Krieg dauere nun schon über drei Jahre; wenn erst Amerika im Frühjahr 1918 aktiv eingreife, sei zu fürchten, daß die Amerikaner, die sentimentalen Schlagworten zugänglich seien und aus dieser Sentimentalität heraus den Krieg als eine Art religiöser Mission oder Kreuzzug auffassten, sich so auf den Krieg festlegten, daß auf absehbare Zeit an Friedensverhandlungen überhaupt nicht mehr zu denken sei. Diese Auffassung hätten ihm in letzter Zeit verschiedene Amerikaner, die diese Entwickelung an sich bedauerten, bestätigt. Es sei eine Tatsache, daß die Amerikaner, »the most sentimental people oft the world« seien und wenn sie sich einmal in eine Idee verrannt hätten, unentwegt an ihr festhielten. Deutschland habe es andererseits in der Hand, die Gefahr der unendlichen Verlängerung des Krieges abzuwenden, wenn es jetzt, wo seine militärische Lage so überaus glänzend sei, mit einem neuen Friedensangebot hervortrete, das auch für Amerika akzeptabel sei. Er glaube, daß Amerika die ausgestreckte Hand gerne ergreifen, auch sich bereit finden werde, Deutschlands Wünsche nach berechtigter kolonialer Expansion England gegenüber zu unterstützen. Als ich meinerseits auf unser Friedensangebot vom Dezember 1916[11], auf die Antwort der Kaiserlichen Regierung[12] auf die Papstnote und

10 Schulthess 58, NF 33 (1917/II), S. 858–864. Wilson gab an, »im Namen der Menschheit und der Rechte aller Nationen« zu reden, die neutral geblieben seien.

°-° Am Rand angestrichen und unterstrichen.

11 Vgl. auch die Antwort der Mittelmächte vom 26. Dezember 1916 (auf Wilsons Rede vom 18. Dezember 1916), die Wilson wiederholt als ungenügend bezeichnete.

12 Michaelis an Gasparri, 19. September 1917 (mit Entwürfen). Steglich, Friedensappell Papst Benedikts XV., Nr. 140, S. 197–202.

die Resolution der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli d[ieses] J[ahres][13] hinwies, meinte Herron, mit solchen Allgemeinheiten sei nichts zu erreichen. Notwendig seien positive und konkrete Vorschläge insbesondere bezüglich der Wiederherstellung Belgiens, der Räumung Nordfrankreichs und *der Rückgabe Elsaß-Lothringens,* dazu käme die Erklärung der Bereitwilligkeit zum Eintritt in die Gesellschaft der Nationen und Annahme des obligatorischen Schiedsgerichts. Ich erwiderte, daß mir die beiden letzten Punkte durch unsere Antwort auf die Papstnote so gut wie erledigt schienen, über Belgien und Nordfrankreich schiene mir eine Einigung durchaus im Bereich der Möglichkeit zu liegen; was Elsaß-Lothringen angehe, so könne ich nur auf die Erklärungen des Herrn Staatssekretärs[14] verweisen. Herron meinte, wenn auch eine Rückgabe in toto nicht in Frage käme, solle Deutschland °doch wenigstens seine Geneigtheit zu erkennen geben, die Frage zur Diskussion zu stellen und andeuten, inwieweit es zu Konzessionen bereit sei, man könne vielleicht einen autonomen° Staat aus Elsaß-Lothringen machen und den Franzosen auf wirtschaftlichem Gebiet gewisse Vorrechte garantieren. Als ich all dies als indiskutabel ablehnte, meinte Herron, ein Friede der wirklichen Verständigung werde dann wohl nicht zustandekommen, Deutschland werde vielleicht den Krieg gewinnen, aber werde immer ein bewaffnetes Lager bleiben. Wir hätten es jetzt in der Hand, durch un beau geste die ganze Welt für uns zu gewinnen; es sei dies »Germany's supreme hour which may never return«.

Wenn die Unterredung auch ein positives Ergebnis nicht zu Tage förderte so drängt sich doch die Frage auf, was Herron mit der Aussprache bezweckte. Auf seine Bemerkung, dass ich unser Gespräch nicht als »official« betrachten möge, lege ich keinen Wert. Es ist möglich, daß er die Aussprache lediglich aus eigener Initiative suchte; wahrscheinlicher daß die Eindrücke, die er kürzlich in Rom und Paris gewonnen hat, ihm die Erreichung der Ziele, von denen er in seinem Buche spricht, doch etwas schwieriger erscheinen lassen als ihm bei Abfassung seiner Aufsätze vorschwebte. Ich halte es auch für durchaus denkbar, daß er die Aussprache im Einverständnis, wenn auch nicht in direktem Auftrag von Oberst House gesucht hat. Ich glaube nämlich nicht, daß Oberst House trotz seiner persönlichen Freundschaft für Wilson dessen rabiate Kriegspolitik billigt, ihm vielmehr gerne dazu verhelfen würde, mit Anstand wieder aus der Sache herauszukommen. Dazu müßte man aber Frankreich etwas bieten können. Auch Herron betonte, daß einer der Gründe, wenn auch nicht der einzige, für den Kriegseintritt Amerikas sei, die nationale Schuld, die die Vereinigten

13 IfA 1917/18, 1. Teil, S. 114 f.

- Am Rand angestrichen.

14 Am 6. Oktober 1917 verkündete Kühlmann im Reichstag sein »Niemals« zur Weggabe Elsaß-Lothringens. Kühlmann, Erinnerungen, S. 496. In seinem Gutachten zu dieser Frage, Brest-Litowsk, 16. Januar 1918, näherte er sich der Autonomie-Lösung unter dem für ihn entscheidenden Aspekt, ob sich Elsaß-Lothringen dann trotzdem »innerlich und freiwillig an das Deutschtum anschliessen würde«. Scherer-Grunewald, Bd. 3, S. 270.

Staaten seit 140 Jahren Frankreich schuldeten, diesem zurückzuzahlen, dafür sei jetzt der Moment gekommen.

Im übrigen habe ich Herrn Herron nicht darüber im Zweifel gelassen, daß die ausfallende Sprache Wilsons, der unsere Friedensbedingungen sehr wohl kenne, in allen Schichten der deutschen Bevölkerung große Erbitterung ausgelöst habe und eine gedeihliche Aussprache nicht erleichtere. Diese Bemerkung war Herrn Herron entschieden unangenehm und er wußte nichts darauf zu erwidern.

I. A.
A. Montgelas.[15]

15 Adolf Graf von Montgelas (1872–1924), geb. in München, 1890 Einjährig Freiwilliger (1905 Oberleutnant d. R.), 1894 Eintritt in den bayerischen Justizdienst, 1899 ins AA, 1900–1906 Legationssekretär in Den Haag, Washington, Bukarest, St. Petersburg, Tokio, 1907 dort Botschaftsrat, 1911 in der Abteilung I A, Wirklicher Legationsrat und Vortragender Rat, 1913 Geheimer Legationsrat, 1917 Gesandter in Bern, 1920–1924 in Mexiko, verheiratet mit der Amerikanerin Fanny Hazeltine, seine beiden Söhne wurden Kaufleute in den USA.

224

Ergebnis der Besprechung im Großen Hauptquartier Kreuznach, 18. Dezember 1917

Zu Rk. 15728 K.J.[1] (masch. Kop.; PAAA, R 21431, S. 23–25; Druck: Scherer-Grunewald, Bd. 3, S. 138–140; E. Volkmann, Annexionen, S. 215–217; Teildruck: Hahlweg, S. 129–130)

I. Livland und Estland.

Der Herr Reichskanzler und Staatssekretär des Auswärtigen Amtes äußerten die Bedenken, die vom Standpunkt unseres zukünftigen Verhältnisses zu Rußland gegen eine Ausdehnung unserer Interessensphäre auf Livland und Estland beständen.

Der Generalfeldmarschall legte demgegenüber die militärischen Gründe für die Sicherung der Ostgrenze dar und °sprach sich für Personalunion Estlands und Livlands einschließlich Riga und Inseln im Rigaischen Meerbusen mit Deutschland aus.°

Seine Majestät äußerte sich dahin, daß das Bestreben Rußlands, an ein offenes Meer zu kommen, berechtigt sei, doch sei die Ostsee kein Weltmeer in diesem Sinne; daher solle man ihr Streben auf den persischen Meerbusen richten und sie darin unterstützen.

Er empfiehlt den Esten und Livländern gegenüber abzuwarten bis sie kommen, doch war er auf Anfrage des Generals Ludendorff einverstanden, daß man ihnen die Möglichkeit geben müsse, sich zu äußern. °Man solle hierzu den Russen die Räumung vorschlagen, ohne sie zu fordern, damit die Esten und Livländer ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben können.°

II. Litauen und Kurland.

Nachdem der Reichskanzler erklärt hatte, gegen eine Personalunion vorbehaltlich der Zustimmung der Bundesfürsten keine Bedenken zu haben, äußerte Seine Majestät, daß er einen eigenen Herrscher für unmöglich halte, weil eine Dynastie zwischen Rußland, Polen und Deutschland hin- und herschwanken auch dem Lande zu viel Geld kosten würde. Auch nach dem Frieden sei militärische Übergangszeit

---

1 Diese Niederschrift wurde von Unterstaatssekretär Radowitz am 18. Januar 1918 im Auftrag des Reichskanzlers aus Berlin Kühlmann nach Brest-Litowsk (Aktenzeichen Rk 15728 KJ. II.) mit dem Bemerken übersandt, die OHL sei »mit der Fassung des Protokolls einverstanden«. (PAAA, R 21431, S. 22). Eine masch. Kop. auch in: Reichskanzlei, Großes Hauptquartier 1914–1918, Handakten betreffend Grundlegende Besprechungen über Kriegsziele, 5. November 1916–27. August 1918. BArch, R 43/2477, S. 64–66; und in: BArch, R 43/2404, Akten betr. Kurland, f. 378–380.

- °-° +-+ Protokoll-Zusätze bzw. –Korrekturen der OHL an der Niederschrift der Kreuznacher Besprechung vom 18. Dezember 1917, wie aus dem am 14. Januar 1918 von Lersner der Reichskanzlei übersandten Telegr. Bartenwerffers aus dem GHQ hervorgeht. BArch, R 43/2404, f. 381. Der Satz +-+ wurde »erst nachträglich auf Ludendorffs Wunsch in die Aufzeichnung eingefügt«. Steglich, Friedenspolitik der Mittelmächte, S. 283.

notwendig, d. h. Militärverwaltungen unter dem Oberbefehlshaber, die allmählich in eine Zivilverwaltung überzuführen seien. Seine Majestät betonte die Notwendigkeit, die fremdstämmigen Völker »mit langem Zügel« zu regieren und ihre Eigenart sich entwickeln zu lassen. Der Gegensatz zwischen Polen und Litauen sei zu vertiefen, damit die Frage Wilna nicht zwischen Berlin und Wien, sondern zwischen Litauen und Polen ausgetragen würde.

Notwendig sei hierzu die territoriale Führung der Diözesangrenzen und die Besetzung der litauischen Bischofsstühle mit Litauern.

III. Polen.

Seine Majestät hält den österreichischen Gegenvorschlag für die Grenzführung für unannehmbar, ist mit erneuten Verhandlungen einverstanden. Er wünscht, daß dabei zum Ausdruck kommt, daß wir allein Polen befreit haben und daher mindestens Anspruch auf volle Sicherung unserer Grenze hätten.

Reichskanzler und Staatssekretär des Auswärtigen Amtes machten auf die Bedenken aufmerksam, die im preußischen Staatsministerium gegen den großen Zuwachs an polnischer Bevölkerung beständen. Auch im Reichstag seien Widerstände gegen Einverleibung größerer Landstrecken zu erwarten.

General Ludendorff hebt hervor, daß für jede militärische Verschlechterung der Grenze infolge der dadurch notwendig werdenden technischen Verstärkung Polen mehr an den Kriegskosten beteiligt werden muß.

IV. Belgien.

Nachdem die Voraussetzung für den Beschluß des Kronrats vom 11. September 1917 – Frieden bis zum Frühwinter – sich nicht erfüllt hat, erklärte Seine Majestät, daß nunmehr bei dem anzustrebenden Separatfrieden mit Belgien in Abänderung der Beschlüsse des Kronrats vom 11. September 1917 ein dahingehendes Abkommen mit Belgien anzustreben sei, daß die belgische Küste, die wir befestigt haben, nicht unter englischen Einfluß kommen darf, sondern daß die Belgier sich verpflichten müssen, daß diese Küste unter allen Umständen im Interesse Deutschlands und Belgiens zu schützen ist.

Seine Majestät erklärte, daß das rheinisch-westfälische Industriegebiet geschützt werden müsse, ohne auf die dazu notwendigen Maßnahmen des näheren einzugehen. +Die Frage der Dauer der Okkupation Belgiens blieb offen. Kein Zweifel besteht über die in der Kronratssitzung vom 11. September gebilligte Notwendigkeit der Gewinnung Belgiens durch wirtschaftliche Maßnahmen und der Weiterführung der Flamenpolitik.+[2]

2 Nach K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 49 f. sprach sich Wilhelm II. zweifelsfrei »gegen eine verkappte Annexion« der Küste Flanderns aus. Vielmehr solle Belgien den Küstenschutz gegen Westen übernehmen, dazu beim Friedensschluss verpflichtet werden und dadurch seine Selbständigkeit gegenüber England wahren. Der Kaiser wollte den Verzicht durch wirtschaftliche Kautelen

V. Luxemburg.
Es wird anerkannt, daß wir uns politisch mehr um Luxemburg kümmern müssen, um den späteren Eintritt Luxemburgs als Bundesstaat nach Lösung aller internationalen Verträge vorzubereiten. Vorläufig ist die Stimmung hierfür im Lande ungünstig. Als Mittel zur Hebung wird u.a. angestrebt, die Einführung deutschen Rechts, um das Studium der Luxemburger auf deutschen Universitäten zu fordern. Bis das erreicht ist sollen eventuell Lehrstühle für den code napoleon[3] auf süddeutschen Universitäten ins Auge gefaßt werden.

kompensieren, die im Kronrat vom 11. September und schon vorher erörtert worden waren. Hertling sagte am 21. Dezember den Bundesratsbevollmächtigten, dass der Kaiser für kriegsverlängernde Ziele nicht eintrete. Steglich, Friedenspolitik der Mittelmächte, S. 283.

3 Der Code Napoléon, Zivilgesetzbuch vom 21. März 1804, führte die Gleichheit vor dem Gesetz, Freiheit des Individuums, Trennung von Kirche und Staat ein.

225

Matthias Erzberger an Georg von Hertling
Berlin, 18. Dezember 1917

(masch. Or.;[1] BArch, NlH, Nr. 49, f. 3–4)

Euer Exzellenz

gestatte ich mir im Anschluß an mir zugegangene zuverlässige Mitteilungen folgendes zu unterbreiten.

Nach Abschnitt 3 Artikel 56 der Haager Konvention[2] darf Kirchengut in okkupierten Gebieten nicht beschlagnahmt werden, es muß behandelt werden wie Privateigentum. Zum Kirchengut gehören auch die Glocken. In einem großen Teil des westlichen besetzten Gebietes werden aber derzeit die Glocken verladen und nach Frankfurt abgeführt.[3] Die Altarleuchter aus Kupfer und Messing, die Kelche, Ciborien und Monstranzen aus Silber werden in einer Reihe von Orten gleichfalls beschlagnahmt. In einem bestimmten Falle öffnete ein Offizier direkt den Tabernakel, verschüttete die geheiligten Hostien und nahm den Kelch mit. Sakristeischränke werden kontrolliert und die Wäschestücke werden herausgenommen, zusammengelegt und abgeführt. Deutschen Bischöfen, welche mir den Sachverhalt mitteilten, ist eine Menge Klagematerial gut begründeter Art hierüber zugegangen. Ich habe auch Grund zur Annahme, da[ß] Beschwerden hierüber an den Hl. Stuhl abgegangen sind.

Ich wäre Euer Exzellenz sehr dankbar, wenn Sie die große Güte hätten, Maßnahmen zu treffen, daß nach der Haager Konvention das Kirchengut nicht beschlagnahmt wird. Es handelt sich bei den mir bekannten Fällen um Kirchen, welche nicht im Operationsgebiet liegen, sondern in der Etappe, um Kirchen also, für die kein

1 pr. 20/XII Pr[ittwitz].

2 »Das Eigentum der Gemeinden und der dem Gottesdienste, der Wohltätigkeit, dem Unterrichte, der Kunst und der Wissenschaft gewidmeten Anstalten, auch wenn diese dem Staate gehören, ist als Privateigentum zu behandeln. Jede Beschlagnahme, jede absichtliche Zerstörung oder Beschädigung von derartigen Anlagen, von geschichtlichen Denkmälern oder von Werken der Kunst und Wissenschaft ist untersagt und soll geahndet werden«. Haager Landkriegsordnung v. 18. Oktober 1907.

3 Erzberger gibt keine Belege für so weitgehende Eingriffe, deren Ankündigung schon kirchliche Proteste hervorrief. Siehe unten Nr. 277.

Anlaß zu einem Vorgehen gegeben ist.[4] Wenn Kirchen im Operationsgebiet geräumt werden müssen, so dürfte es sich empfehlen, namentlich die Räumung der Altäre und Tabernakel durch einen Geistlichen vollziehen zu lassen, sei es durch den Militärgeistlichen, sei es durch den jeweils zuständigen Ortsgeistlichen. Dann ist eine Garantie vorhanden, daß Ungehörigkeiten nicht vorkommen.

Mit dem Ausdruck der ausgezeichnetsten Hochachtung habe ich die Ehre zu sein
Euer Exzellenz ganz ergebener
M. Erzberger
Mitglied des Reichstages.

4 1917 berichtete Kronprinz Rupprecht Hertling über von der OHL angeordnete, militärisch nicht notwendige Zerstörungen beim strategischen Rückzug von der Somme, die er »als feinsinniger Kenner von Kunst- und Kulturgeschichte nur mit blutendem Herzen hatte mit ansehen können«. K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 144. Im Frühjahr 1918 erfuhr die Reichskanzlei von Bemühungen der Gesandten der Ententemächte, Papst Benedikt XV. mit Nachrichten über die Zerstörungen von Kirchen im französischen und belgischen Besatzungsgebiet zur Aufgabe der Neutralität zu bewegen. Daraufhin wurde eine Bestandsaufnahme solcher Schäden ins Auge gefasst. Für die Beschuldigungen, deutsche Soldaten hätten in Belgien Ordensfrauen missbraucht, erbrachte eine im Generalgouvernement durchgeführte Untersuchung keinerlei Beweise.

226

Karl von Eisendecher an Georg von Hertling
Karlsruhe, 21. Dezember 1917

Königlich Preußische Gesandtschaft, Nr. 133. (masch. Or.; PAAA, R 1387, S. 152–153)

Euerer Exzellenz Äußerungen zum Vertreter des Wolff Büros[1] werden hier als sehr nützlich warm begrüßt. Einzelne Zeitungen vermissen darin nur die erneute ausdrückliche Festlegung der Hauptschuld Englands am Ausbruch des Weltkrieges; sie meinen, unmittelbar zwingend für unser Verhalten sei ja zweifellos die Russische Mobilmachung gewesen, aber ohne die Sicherheit Britischer Waffenhilfe hätte Rußland diesen entscheidenden Schritt nicht gewagt, England bleibe deshalb doch der eigentlich schuldige Friedensbrecher.

Ebenso wie Euerer Exzellenz vornehm sachliche Zurückweisung der Behauptungen und gemeinen Sprache des Herrn Lloyd George macht hier die Rede des Prinzen Max von Baden[2] in der ersten Kammer großen Eindruck. Auch nichtbadische Blätter bringen jetzt den ganzen Wortlaut und eine Verbreitung als Sonderabdruck steht bevor.

Derartige öffentliche Antworten auf feindliche Anmaßung und Verleumdung scheinen mir erwünschter und wirksamer als alle Preßpolemik; sie können auch von der gegnerischen Zensur kaum auf die Dauer unterdrückt werden.

---

1 Hertling gab am 17. Dezember gegenüber dem Direktor des Telegraphenbüros eine Erwiderung auf Lloyd Georges Rede vom 14. Dezember – die englische Antwort auf die Papstnote. Er sah keine Bereitschaft der derzeitigen englischen Regierung zu einem Verständigungsfrieden und wies die »Schmähungen« Lloyd Georges zurück. Er komme »als Staatsmann und Historiker« zu dem Urteil, die Ursache des Weltkriegs sei der Befehl zur russischen »Gesamtmobilmachung« gewesen, »der uns den Kampf nach zwei Fronten aufzwang«. (Schulthess 58, NF 33 [1917/I], S. 1035). Am 20. Dezember 1917 empfing Hertling erstmals Vertreter aller Reichstagsparteien zur vertraulichen Aussprache über die bevorstehenden Friedensverhandlungen mit Russland. Die Ausführungen des von ihm als Unterhändler bestellten Staatssekretärs Kühlmann über die leitenden Gesichtspunkte der Regierung bei den Verhandlungen fanden »nach eingehender Aussprache die Zustimmung aller anwesenden Abgeordneten«. Ebd. S. 1040.

2 Maximilian Alexander Friedrich Wilhelm (Max) von Baden (1867–1929), geb. in Baden-Baden, Cousin Kaiser Wilhelms II., humanistische Ausbildung, nach Offizierslaufbahn in der preußischen Armee 1907 designierter Nachfolger von Großherzog Friedrich II. und Präsident der Ersten Badischen Kammer, 1914 im Stab des Generalkommandos des XIV. Armeekorps, ab Oktober 1914 Ehrenvorsitz im Gesamtvorstand des badischen Landesvereins vom Roten Kreuz und Fürsorgetätigkeit für Kriegsgefangene; sein Freund Kurt Hahn vermittelte ihm Verbindungen mit Reichstagsabgeordneten der Linksliberalen und der SPD; 3. Oktober–9. November 1918 Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident. Machtan, Prinz Max; Gerhard Schulz, Maximilian (Max), Prinz von Baden, in: NDB 16 (1990), S. 475–477.

Bankettreden verantwortlicher Staatsmänner wie in England sind freilich bei uns nicht gebräuchlich, aber immerhin wären Gelegenheiten zu kräftiger Entgegnung schon zu finden. Euere Exzellenz und der Prinz Max haben das bewiesen.

vEisendecher.[3]

3 Karl von Eisendecher (1841–1934), geb. in Oldenburg, Sohn des oldenburgischen Diplomaten Wilhelm v. Eisendecher, 1857 Eintritt in die preußische Marine, 1859–1862 Teilnahme an der preußischen Ostasienexpedition des Grafen Friedrich zu Eulenburg (1815–1881), 1872 Korvettenkapitän, nahe bekannt mit der Familie Otto v. Bismarcks und hohen preußischen Beamten, was ihm den Wechsel in den Auswärtigen Dienst erleichterte, 1873 Marinebevollmächtigter in Washington, seither »lebenslange Sympathie für die angelsächsische Mentalität«, 1875 Generalkonsul in Tokio, 1880 dort Gesandter, 1882 Gesandter in Washington, wegen Bismarcks Unzufriedenheit mit seiner Amtsführung zurückbeordert, 1884–1919 preußischer Gesandter in Karlsruhe, 1900 Vizeadmiral, Regatta-Freund Kaiser Wilhelms II., der aber seine Berufung auf den Londoner Posten 1912 verhinderte; bevorzugte Stellung in Baden wegen der dynastischen Verbindung des badischen und preußischen Herrscherhauses. Kremer, Teil 1, S. 20–34.

227

Georg von Hertling an Otto von Dandl
Berlin, 23. Dezember 1917

(eigh. Konz.; BArch, NlH, Nr. 48, f. 11; eigh. Or.: BayHStA, MA 971, Nr. 74)

Hochverehrter Herr Staatsminister

Euer Exzellenz schätzbarstes Schreiben vom 21. d[ieses] M[onats] habe ich zu empfangen die Ehre gehabt.[1]

Ich kann nicht verschweigen, daß ich es auf's schmerzlichste empfinden würde, wenn sich in München die Meinung befestigen sollte, daß ich den von mir früher vertretenen streng bundesstaatlichen Standpunkt aufgegeben hätte oder mit geringerem Eifer verträte. Ich habe im Gegenteil bei jeder sich bietenden Gelegenheit diesen meinen Standpunkt betont und auf die Notwendigkeit einer Fühlungnahme mit den Bundesregierungen hingewiesen – so auch kürzlich bei den unter dem Vorsitze S. M. des Kaisers stattgehabten Besprechungen. Verhältnisse und Einrichtungen, die ich vorgefunden habe und die abzuändern nicht in meiner Macht steht, können immerhin im einzelnen Falle sich als Hindernisse für die Durchsetzung meiner Wünsche und Absichten erweisen. Gegen die Schaffung des sog[enannten] Hauptausschusses des Reichstags, der während der Vertagung des Plenums jederzeit aus eigener Initiative zusammentreten kann, habe ich seiner Zeit Herrn v. Bethmann meine schweren Bedenken geäußert, leider ohne Erfolg. Ich sah darin eine Minderung der dem Bundesrat verfassungsmäßig zukommenden Bedeutung und eine unerwünschte Steigerung der Macht des Parlaments, und habe es daher auch jetzt vorgezogen, dem in der Presse bereits angekündigten Zusammentritt dieses Ausschusses durch eine von mir veranlaßte, auf den [20.] d[ieses] M[onats] gesetzte, vertrauliche Rücksprache mit Vertretern sämtlicher Parteien zuvorzukommen. Derselben eine Aussprache mit den stimmführenden Mitgliedern des Bundesrats vorangehen zu lassen, wie ich es

1 Am 21. Dezember 1917 hatte Dandl Hertling geschrieben, der Reichskanzler werde »das hohe Interesse begreiflich finden, das die Bayerische Regierung an den bevorstehenden Friedensverhandlungen im Osten und an baldigstmöglicher Information über die hiefür in Aussicht genommenen leitenden Gesichtspunkte nimmt«. Am 20. Dezember habe eine Besprechung darüber mit den Fraktionsführern des Reichstags stattgefunden, die stimmführenden Bevollmächtigten des Bundesrats seien aber erst am darauffolgenden Tag vom Kanzler empfangen worden. »Ich darf nicht verschweigen, daß die Hintanstellung der Bundesregierungen in einer so wichtigen Sache hier schmerzlich berührt hat und ich vermag diesem Vorgang eine blos formale Bedeutung nicht beizumessen. Es würde nicht verstanden werden, wenn das verfassungsmäßig besondere Organ des Bundesrats für die Auswärtigen Angelegenheiten in diesem Stadium der Sache, das für alle weiteren Entscheidungen von maßgebender Bedeutung ist, unberücksichtigt bleiben würde. Ich halte es daher für dringend veranlaßt, daß der Bundesratsausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten demnächst und zwar jedenfalls noch vor dem für den 3. Januar bevorstehenden Zusammentritt des Hauptausschusses des Reichstages zu einer Sitzung berufen wird«. BArch, NlH, Nr. 48, f. 10.

gewünscht hatte, war nicht möglich, da ich mich am 17. d[ieses] M[onats] in's Große Hauptquartier begeben mußte, von wo ich erst am Vormittag des 20. wieder hier eintraf. Ich glaubte annehmen zu dürfen, daß die Herren des Bundesrats über das Wesentliche der Verhandlungen mit Rußland durch die regelmäßigen [vom] A. A. erfolgenden Mitteilungen unterrichtet worden seien, und ich bedauere, wenn dies nicht in dem wünschenswerten Maße der Fall war, ich habe dann aber am nächstfolgenden Tage den Herren des Bundesrats meinerseits vertrauliche Mitteilungen gemacht, die nicht unbeträchtlich über das in der Besprechung vom 20. Geäußerte hinausgingen.[2] Es ist richtig, daß den Wünschen der Abgeordneten zufolge der Hauptausschuß am 3. Januar zusammentreten soll, doch besteht die Hoffnung, daß es gelingen wird, die Herren davon zu überzeugen, daß ihnen an einem so nahen Termin schwerlich Mitteilungen gemacht werden können, welche erheblich über die am 20. d[ieses] M[onats] hinausgehen werden, und dadurch den Zusammentritt auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Jedenfalls aber ersuche ich E[uer] E[xzellenz] den diplomatischen Ausschuß des Bundesrats, sobald jener Termin feststeht, vorher, spätestens einen Tag früher, einzuberufen.

Ich wäre E[uer] E[xzellenz] dankbar, wenn Sie von dem Inhalte dieses meines Briefes Sr. M. dem Könige Kenntnis geben wollten. Das Opfer, welches ich durch Annahme des Reichskanzlerpostens gebracht habe, würde für mich auf's schmerzlichste gesteigert werden, wenn ich in Verwaltung desselben der gnädigen Gesinnungen Sr. M. verlustig gehen sollte, welche mein Stolz und meine Freude gewesen sind.[3]

Im übrigen darf ich bitten, meine Aeußerungen als streng vertrauliche behandeln zu wollen.

Mit der Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung bin ich in dankbarer Erinnerung an nahezu sechsjährige Zusammenarbeit

[Schlussformel u. Unterschrift]

2 Hertling machte den Vertretern des Bundesrats weitgehende Eröffnungen, unter anderem, dass die Entente von Russland verlange, uns auf die Bedingung zu verpflichten, »auf der gleichen Grundlage, die wir im Osten zugestehen, später auch im Westen zum Frieden bereit zu sein«. Er wolle aber nur mit den Russen verhandeln und »halte sich die Entente vom Halse«. Schoen an Dandl, Berlin 21. Dezember 1917. BayHstA, MA 971, Nr. 72.

3 Dandl war mit der Auskunft Hertlings zufrieden. Vgl. Schoen an Dandl, Berlin 28. Dezember 1917. BayHStA, MA 971, Nr. 75.

228

Willibrord Benzler an Georg von Hertling
Metz, 22. Dezember 1917

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 5, f. 14–15)

Euer Exzellenz

wollen mir gestatten, zum hl. Weihnachtsfeste und zum Jahreswechsel Ihnen meine besten und ergebensten Wünsche darzubringen. Als Euer Exzellenz an die Spitze der Reichsregierung berufen wurden, habe ich nicht geglaubt, Sie durch ein Glückwunschschreiben stören zu sollen. Ich habe aber alsbald das hl. Meßopfer für Sie dargebracht und möchte nun diese Gelegenheit benützen, Ihnen zu sagen, wie sehr wir uns über Ihre Berufung gefreut haben. Von ganzem Herzen wünschen wir Ihnen zu derselben Glück und versäumen nicht, im täglichen Gebet Gottes Segen auf Ihre Tätigkeit herabzuflehen. Mir scheint, daß da sichtlich Gottes Finger gewaltet hat, und mit Gottes Hilfe werden Sie der schweren Aufgabe gewachsen sein.

Die glücklichen Anfänge sind viel verheißend, und ich hoffe zuversichtlich, daß Euer Exzellenz demnächst einen ehrenvollen Frieden unterzeichnen werden.

Ich darf es ja wohl sagen, wie sehr uns der Umstand mit Zuversicht erfüllt, daß in dieser schwersten Zeit Euer Exzellenz an der Spitze der Reichsregierung stehen, und daß Ihr Name uns eine sichere Bürgschaft gibt für die Wahrung der heiligsten Interessen des Vaterlandes und der Kirche. Möge das göttliche Kind Eurer Exzellenz die Fülle seines Segens spenden und das neue Jahr zu einem wahrhaft glücklichen, zu einem Jahr des Friedens machen.

Genehmigen Euer Exzellenz den Ausdruck meiner besonderen Verehrung und ausgezeichneten Hochschätzung, indem ich die Ehre habe zu zeichnen als

Eurer Exzellenz
ganz ergebener
+ Willibrord, Bischof von Metz.

229

Georg von Hertling an Richard von Kühlmann
Berlin, 25. Dezember 1917

(Konz.; Druck: Deutsch-sowjetische Beziehungen, S. 198)

Auf Ew. Exz. Telegramme No. 156 und 161 vom 25. d[ieses] M[onats].[1]

Aus Euer Exzellenz Telegrammen vermag ich nicht zu ersehen, auf welche Forderungen der Russen[2] einzugehen beabsichtigt wird. Auch geht daraus nicht hervor, wie unsere und unserer Verbündeten berechtigten Ansprüche in bezug auf das Verhältnis zu den von uns eroberten und besetzten Gebieten gewährleistet werden sollen, wenn etwa die anderen Ententemächte auf die Forderung allgemeiner Friedensverhandlungen eingehen sollten.[3]

---

1 Vgl. Telegr. Kühlmanns Nr. 156 v. 24. Dezember 1917: »Wir beabsichtigen, nach Maßgabe unserer Antwort an den Papst auf die Mehrzahl der russischen Vorschläge grundsätzlich einzugehen, dies Eingehen aber von der Bedingung eines sofortigen allgemeinen Friedens abhängig zu machen«. Ausgenommen die Bulgaren seien die Verbündeten »im allgemeinen einig«. (Druck: Hahlweg, S. 137). Telegr. Nr. 161 berichtete, voraussichtlich werde aufgrund neuer Instruktionen aus Bulgarien der von den bulgarischen Vertretern gewünschte Annexionsvorbehalt nicht in die Antwort an die russische Delegation aufgenommen. (Ebd., S. 142). Hertling wurde aus dem GHQ (Chef des Nachrichtenwesens) mit Meldungen zur desolaten Lage der russischen Armee (PAAA, R 20547, 20548) geradezu überschüttet.

2 Dies bezog sich auf die von der Delegation der russischen revolutionären Regierung am 23. Dezember 1917 vorgelegten sechs Grundsätze, die Kühlmann mit Teleg. Nr. 152 am gleichen Tag dem AA (»Für den Herrn Reichskanzler«) mitgeteilt hatte: keine Annexion der im Krieg besetzten Gebiete; freie, die ganze Bevölkerung erfassende Referendums-Entscheidung der vor dem Krieg unselbständigen »nationalen Gruppen« über ihre staatliche Zugehörigkeit oder Selbständigkeit; Schutz der Minderheitenrechte in national gemischten Gebieten bezüglich »nationaler Kultur« bzw. »autonomer Verwaltung«; gegenseitige Aufhebung der Kriegskosten; Entscheidung über koloniale Fragen unter Beachtung der ersten vier genannten Grundsätze. (Hahlweg, S. 133 f.). Kühlmann erklärte darauf, man wolle sich über die »wichtigsten Grundsätze und Bedingungen«, über einen zukünftigen »friedlichen und freundnachbarschaftlichen Verkehr« insbesondere auf den Gebieten von Wirtschaft und Kultur, vergewissern und den Kriegszustand beenden, da in den nun begonnenen Beratungen ein ins Einzelne »ausgearbeitetes Friedensinstrument« nicht hergestellt werden könne. (Ebd., S. 136). Die im Namen der Vierbundmächte abgegebene Erklärung Czernins vom 25. Dezember 1917 sah in den russischen Vorschlägen »eine diskutable Grundlage« für einen »sofortigen allgemeinen Frieden ohne gewaltsame Gebietserwerbungen und ohne Kriegsentschädigungen« und bekannte sich zu den russischen Forderungen: Verzicht auf Annexionen, Wiederherstellung der »politischen Selbständigkeit« der Völker, eigene Entscheidung der nicht selbständigen »nationalen Gruppen« über ihre staatliche Zugehörigkeit, Schutz der Rechte der Minderheiten als »Bestandteil des verfassungsmäßigen Selbstbestimmungsrechtes der Völker«, Erlassung des Ersatzes von Kriegskosten und Kriegsschäden, Rückgabe der im Krieg gewaltsam enteigneten deutschen Kolonialgebiete. Sitzung der Friedenskonferenz, 25. Dezember 1917; Grundsatzerklärung des Vierbundes über einen allgemeinen Frieden, 27. Dezember 1918. Ebd., S. 144, 155 f.

3 Die Bolschewiki hatten am 28. November 1917 alle kriegführenden Regierungen und Völker zu einem allgemeinen, demokratischen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen aufgerufen. (Hahlweg, S. 28–30). Unmittelbar nach der Einigung mit dem Vierbund über die von den

Ich wäre Euer Exzellenz für eine tägliche ausführliche Berichterstattung dankbar, die es mir ermöglicht, mir auch über die im einzelnen befolgte Taktik ein näheres Bild zu machen.

i[n] m[undum] Hertling

Bolschewiki eingebrachten Friedensgrundlagen eröffnete Joffe, Führer der russischen Delegation, am 25. Dezember, das Angebot sofort, innerhalb einer Frist von zehn Tagen, aufzunehmender Verhandlungen mit allen kriegführenden Staaten, während der die Unterhandlungen mit den Mittelmächten in dieser Zeit unterbrochen würden. Unabhängig von deren Beitritt werde mit dem Vierbund nach Verstreichen dieser Frist weiterverhandelt. (Hahlweg, S. 146 f.). Mit Telegr. v. 26. Dezember 1917 an Hertling verteidigte Kühlmann sein Vorgehen: Bei weniger Entgegenkommen habe der Abbruch der Verhandlungen mit Russland gedroht. Auch sei »es so gut wie ausgeschlossen, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Entente auf solcher Grundlage verhandeln« werde, da sonst Frankreich auf Elsaß-Lothringen, Italien auf das Trentino, Japan auf Kiautschou, die Gegner auf Kriegsentschädigungen und den Wirtschaftskrieg verzichten müssten. Nach Ablauf der Frist gewinne Deutschland volle Freiheit zur Abänderung seiner Vertragsbedingungen den anderen Gegnern wie auch Russland gegenüber zurück und könne »berechtigte Ansprüche« zwar nicht durch Gewalt, doch »auf Grund des unter unserem Einfluß sich vollziehenden Selbstbestimmungsrechts der Länder« geltend machen. (Deutsch-sowjetische Beziehungen, S. 201 f.; Nachweis der Telegr. Hertlings an Kühlmann v. 25. u. Kühlmanns an Hertling v. 26. Dezember bei Steglich, Friedenspolitik der Mittelmächte, S. 308 f., 535 f.). – Adolf Abramowitsch Joffe (1883–1927), geb. in Simferopol, aus reicher jüdischer Familie, früh Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, Medizinstudium in Berlin und Wien, 1905 Teilnahme an der Revolution, danach Exil in Deutschland und Österreich, 1912 und 1916 nach Sibirien verbannt, 1917–1918 einer der Sekretäre des Zentralkomitees der Bolschewiki, Anhänger Trotzkis, November 1917–Januar 1918 Leiter der sowjetischen Delegation in Brest-Litowsk, kurzzeitig Volkskommissar des Äußeren, April–November 1918 diplomatischer Vertreter Russlands in Berlin, 1922 Botschafter in China, 1924 in Großbritannien, 1924–1925 in Österreich.

230

Georg von Hertling an Erich Ludendorff
Berlin, 26. Dezember 1917

Der Reichskanzler. Rk. 15809 K.J. (Telegramm in Ziffern; BArch, R 43/2434, f. 318)

Auf Telegramme Euer Exzellenz an Oberst von Winterfeldt[1] vom 24. und 25. Dezember[2], betreffend Ernst der Kohlenfrage und Transportkrise, habe ich sofort Angelegenheit selbst in die Hand genommen. Nachdem soeben Vortrag des Feldeisenbahnchefs[3] gehört, habe ich Eisenbahnminister von Breitenbach in Wiesbaden telegraphisch ersucht, sich der Angelegenheit persönlich anzunehmen und alle erforderlichen Maßnahmen, um die Transportkrise zu beheben, sofort zu veranlassen.[4] Feldeisenbahnchef Oberst von Oldershausen ist gebeten worden, sich dieserhalb mit Eisenbahnminister von Breitenbach direkt in Verbindung zu setzen. Werde die Angelegenheit dauernd im Auge behalten.[5]

Reichskanzler Graf Hertling.

---

1 Detlof von Winterfeldt (1867–1940), geb. in Berlin, Besuch der Kriegsakademie, 1898 Premierleutnant, 1900 Hauptmann, 1901–1905 Militärattaché in Brüssel, 1905 Truppendienst, 1907 Major, 1909–1914 Militärattaché in Paris, nach Unfall 1914 Abteilungsleiter im Generalstab, Oberst, August 1917–November 1918 Vertreter der OHL beim Reichskanzler, 1918–1919 Vorstand der Waffenstillstandskommission, 1920 der Heeresfriedenskommission. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums, Bd. 10; Dürr, S. 147.

2 Langes Tel. Ludendorffs über Winterfeldt an den Reichskanzler, GHQ 25. Dezember 1917. Zur Beschleunigung des Güterzugverkehrs seien »Zwangsmaßnahmen«, »schärfste Maßnahmen« erforderlich, weil der »Ausgang des Krieges auf dem Spiele stehe«: Verringerung der Ausgabe von Fahrkarten, Einführung von Prämien und Strafen, »Aufklärung des Volkes«, drastische Urlaubssperren. BArch, R 43/2434, f. 309–315.

3 Erich Freiherr von Oldershausen (1872–1945), aus niedersächsischem altem Adel, geb. in Hildesheim, Kadettenkorps, 1889 Eintritt in die sächsische Armee, 1897 Premierleutnant, Kommandierungen zur preußischen Kriegsakademie, zum Großen und zum sächsischen Generalstab, zwischenzeitlich Truppendienst als Kompaniechef, Hauptmann, Major, 1912 im Großen Generalstab, 1914 Oberstleutnant, Stabschef des Chefs des Feldeisenbahnwesens Wilhelm Groener, 1916 Oberst, Chef des Feldeisenbahnwesens, dem das gesamte Streckennetz einschließlich der besetzten Gebiete und der Binnenwasserstraßen mit über 400 000 Beschäftigten unterstand, 1919 a.D. als Generalmajor, Rückzug auf sein Rittergut.

4 Am gleichen Tag telegraphierte Hertling Breitenbach nach Wiesbaden, Nassauer Hof, dass die OHL auf die Gefahren für die Rüstungsindustrie, Heimatversorgung und militärischen Operationen dringlich hingewiesen und der Feldeisenbahnchef, mit dem der Minister direkte Verbindung aufnehmen solle, den Ernst der Lage bestätigt habe. Das Telegr. ging urschriftlich an den Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts. BArch, R 43/2434, f. 318.

5 Mit Gehorsamer Anzeige v. Schliebens (31/XII) wurde Hertling vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten gemeldet, dass am 29. Dezember 1917 in Spa zwischen der OHL und dem Minister der öffentlichen Arbeiten volle Übereinstimmung über die Behebung der »Transportschwierigkeiten für die Kohlenlieferungen« erreicht worden sei. BArch, R 43/2434, f. 319.

231

Wilhelm von Radowitz an die Reichsämter
Berlin, 27. Dezember 1917

zu Rk. 15787 K.J. II.(masch. Konz.[1]; BArch, R 43/2404, f. 396–399)

Euer Exzellenz beehre ich mich im Auftrage des Herrn Reichskanzlers in der Anlage Abschrift einer Weisung der O.H.L. für den dienstlichen Verkehr der Verwaltung Ob[er]ost mit dem Reichs- und preussischen Staatsbehörden mit dem Anheimstellen ergebenst zu übersenden, etwaige Wünsche zu äussern.

Abschrift der unter Nr. 4 erwähnten Vereinbarung wird ebenfalls beigefügt.

WRadowitz

Anlage[2]:

Für den dienstlichen Verkehr der Verwaltung Ob[er]ost mit den Reichs- und preussischen Behörden habe ich folgende Weisung erlassen:

1. Der Verkehr in Fragen von grundsätzlicher Bedeutung und Fragen, die nicht nur das Ob[er]ost-Gebiet betreffen, geht nach wie vor über Ob[er] ost und die Oberste Heeresleitung an den Reichskanzler.
2. Die Information des Reichskanzlers über die wichtigsten Vorgänge auf dem Gebiete der Verwaltung erfolgt seitens des Verwaltungschefs durch Vermittelung des Generals beim Stabe, unter Abschrift über Ob[er]ost an die Oberste Heeresleitung.
3. Der sonstige Verkehr geht unmittelbar vom Verwaltungschef über den General beim Stabe an die Reichs- und preussischen Staatsbehörden.
4. Für Beschwerden pp. gilt die Vereinbarung vom 30.8.1917 Nr. 22132 p.[3]

---

1 Der Brief mit zwei Anlagen ging an das AA, das Reichsamt des Innern, das Reichswirtschaftsamt, das Reichsschatzamt, das Kriegsernährungsamt, das Reichspostamt und das Reichsamt der Justiz, ein weiterer Brief (gleichlautendes Konz.) an das Preußische Staatsministerium.

2 Folgendes gibt wörtlich Ludendorffs Telegr. v. 21. Dezember 1917 »für den Reichskanzler« und an das Preußische Staatsministerium wieder, das Hertling über Lersner und das AA zuging. BArch, R 43/2404, f. 391.

3 Laut Gehorsamer Anzeige v. 25. Dezember 1917 auf Radowitz' Konz. hatte sich über die unter Nr. 4 erwähnte Vereinbarung nur feststellen lassen, dass die OHL ein nicht mehr aufzufindendes »Schreiben über die Behandlung von Beschwerden an den Rk gerichtet hat«. »Zugestimmt ist ihm von hier aus offenbar nicht, dagegen hat das AA, das ein gleiches Schreiben erhalten hat, sich einverstanden erklärt«. (BArch, R 43/2404, f. 396 f.). Das Schreiben vom 30. August 1917, Nr. 22132 p., wurde dann Hertling vom GHQ am 24. Dezember 1917 zugesandt, betitelt: Beantwortung von Anfragen und Beschwerden das Oberost-Gebiet betreffend, unterzeichnet i[m] A[uftrag] Ludendorff für den Chef des Generalstabes des Feldheeres. Radowitz leitete es, hier als zweite

Anlage:
Beantwortung von Anfragen und Beschwerden das Oberost-Gebiet betreffend.

a. Parlamentarische Anfragen und Beschwerden.

1. Die gesamte Beantwortung parlamentarischer Anfragen und Beschwerden über die Verhältnisse im Oberost-Gebiet übernimmt das Kriegsministerium, Armeeabteilung. Soweit sie Fragen der Außenpolitik betreffen, ist das Auswärtige Amt bei der Prüfung und Entscheidung vom Kriegsministerium zuzuziehen. Es bleibt dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes überlassen, in grundsätzlichen Fragen die Beantwortung zu übernehmen.
2. Sämtliche heimatlichen Zentralbehörden werden ersucht, bei ihnen eingehende Anfragen und Beschwerden sofort an das Kriegsministerium, Armeeabteilung, abzugeben und die Antragsteller an diese Behörde zu verweisen.
3. Das Kriegsministerium übersendet diese Eingänge sofort und unmittelbar an den Oberost und abschriftlich an die Oberste Heeresleitung (Generalquartiermeister).
4. Will die Oberste Heeresleitung besondere Anweisungen über die Behandlung und Beantwortung erteilen, so weist sie Oberost drahtlich an, oder behält sich drahtlich die Erteilung weiterer schriftlicher Anweisungen vor.
5. Die Beantwortung an das Kriegsministerium, Armeeabteilung, erfolgt durch den Oberost unmittelbar. Anschrift geht gleichzeitig an die Oberste Heeresleitung (Generalquartiermeister).

Unter den Ziffern b. 1.–2., c. 1.–5. folgen Vorschriften über die Behandlung sonstiger Beschwerden, von Behörden und Privatpersonen. Das Auswärtige Amt hatte alle Oberost betreffenden Mitteilungen und Anfragen, außer denen unpolitischen Inhalts (Zahlungsersuchen, Anfragen nach Einzelpersonen, Einbürgerungsanträge usw.) an seinen Vertreter bei Oberost, gleichzeitig in Abschrift an die Politische Abteilung der OHL zu senden, von Schriftwechseln unpolitischen Inhalts abgesehen. Der Vertreter des AA bei Oberost übergab die Sachen unmittelbar dem Chef des Stabes bei Oberost. Die Beantwortung erfolgte durch den Oberbefehlshaber Ost an den Vertreter des AA bei Oberost, der sie an das AA weiterleitete. Abschrift der Antwort ging an die Politische Abteilung der OHL. Über Anfragen und Beantwortung wichtiger Angelegenheiten war das Kriegsministerium durch Oberfehlshaber Ost zu unterrichten.

d. Alle anderen Stellen des heimischen und auswärtigen Dienstes werden ausgeschaltet.

Anlage gedruckt, an die obersten Zivilbehörden des Reichs und Preußens weiter. Ebd., f. 392–394; Or. des Schreibens Nr. 22132 p. in PAAA, R 742, S. 1–3.

232

Georg von Hertling an Richard von Kühlmann
[Berlin,] 28. Dezember 1917

(Telegramm in Worten[1], Kop.; PAAA, R 20501, S. 45; Druck: Scherer-Grunewald, Bd. 3, S. 172)

Erhalte soeben folgendes Telegramm:
An den Herrn Reichskanzler:

In Bezug auf die Mitteilung des Generals Hoffmann[2], daß Graf Czernin von einem Sonderfrieden Oesterreich-Ungarns gesprochen habe, bitte ich Euer Exzellenz, den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes zu ersuchen, mir eine Mitteilung über den Vorfall zukommen zu lassen. Bei den Besprechungen über die italienische Offensive hat General von Cramon[3] mir gemeldet, daß Kaiser Karl ihm die Versicherung abgegeben habe, keinen Sonderfrieden einzugehen. Der Schritt des Grafen Czernin entspricht nicht der Meldung des Generals von Cramon. Sie war die Veranlassung, von schriftlichen Abmachungen gelegentlich der Offensive abzusehen.[4] Ich halte eine Klarstellung sowohl des Verhaltens der Oesterreichisch-Ungarischen Regierung, wie namentlich der Meldung des Generals von Cramon für unbedingt erforderlich,

1 »Durch Fernschreiber des Ausw. Amtes«; Kop. an das AA »zur gefälligen Kenntnisnahme«; abgezeichnet von Bussche am 30. Dezember.

2 Max Hoffmann (1869–1927), geb. in Homberg an der Efze (Hessen), 1888 Sekondeleutnant, 1895–1898 Premierleutnant an der preußischen Kriegsakademie, danach Militärattaché in St. Petersburg, seit 1899 in der Russland-Abteilung des Großen Generalstabs, 1901 Hauptmann, 1904–1905 Militärbeobachter im Russisch-Japanischen Krieg, 1907 Major, 1913 Oberstleutnant, 1914 Generalstabsoffizier der 8. Armee im Osten, Ende August 1916 als Oberst Chef des Generalstabs beim Oberbefehlshaber Ost, 1917 Generalmajor, Vertreter der OHL bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk; im Januar 1918 Konflikt mit Ludendorff wegen Reduktion des polnischen Grenzstreifens; nach 1918 rechnete er mit der OHL ab (u.a.: Der Krieg der versäumten Gelegenheiten, 1923) und propagierte einen Feldzug der Großmächte zur Absetzung der Sowjetregierung.

3 August von Cramon (1861–1940), aus mecklenburgischem altem Adel, geb. in Pawlau (Schlesien), mehrere Jahre Chef der österreichischen Abteilung im Großen Generalstab, bei Kriegsausbruch Generalstabschef des VIII. Armeekorps, im Oktober 1914 Kommandeur einer Kavalleriebrigade, 1915–1918 deutscher Militärbevollmächtiger beim k.u.k. Armeeoberkommando (Generalleutnant) in Wien, wo ihm die Beobachtung der Maßnahmen und Vorkommnisse sowie die Beachtung der »deutschen Interessen« oblag. Cramon, S. 1–4.

4 In der Schlacht von Karfeit/Caporetto (24. Oktober – 2. Dezember 1917) wurde die italienische Nordostfront durchbrochen. Sie festigte sich erst nach mehr als 100 Kilometern an der Piave wieder. Hertling gab am 18. Dezember 1917 in Kreuznach der Hoffnung auf allgemeinen Frieden Ausdruck. Afflerbach, Kaiser Wilhelm II., S. 532, 536, 543.

auch im persönlichen Interesse dieses Generals selbst, dem ich bereits mündlich Vorhaltungen gemacht habe und der mit mir diese Klarstellung fordert.[5]

Nr. 25949 p I. A. Ludendorff.

Bitte dem Wunsche der Obersten Heeresleitung möglichst bald zu entsprechen.

Reichskanzler Graf von Hertling.

5 Am 26. Dezember meldete Kühlmann Hertling, er habe bei den schwierigen Verhandlungen in Brest »die Gefahr einer österreichischen Sonderaktion« beseitigen können. Scherer-Grunewald, Bd. 3, S. 171 f.

233

Wilhelm von Württemberg an Georg von Hertling
Stuttgart, 28. Dezember 1917

(masch. Or.; BArch, NlH, Nr. 40, f. 163–164)

Euer Exzellenz!
Sehr verehrter Herr Graf!

Ich[1] habe lange gezoegert, ob ich Euerer Exzellenz so kostbare Zeit mit dem Lesen dieser Zeilen belaestigen soll, kann es mir aber nicht versagen, in alter, treuer Verehrung und Dankbarkeit anlaesslich des Jahreswechsels fuer Euere Exzellenz und Euerer Exzellenz ganze Familie die aufrichtigsten Wuensche zum Ausdruck zu bringen.

Ich bitte aber unter keinen Umstaenden mit einer Antwort sich bemuehen zu wollen, da gerade diese Tage mit Arbeit ueberfuellt sein werden. Aller Augen sind augenblicklich nach dem Osten gerichtet, wo, allerdings noch unter manchen Schwierigkeiten, der Anmarsch des Friedens sich vorzubereiten scheint. Nur der, bei dem alle Faeden zusammenlaufen, wie bei Euerer Exzellenz, kann beurteilen, was dem Deutschen Vaterlande frommt und ich habe zu Euerer Exzellenz das unbedingteste Vertrauen, dass die Verzichtformel von Brest-Litowsk einerseits unbedingt erforderlich ist, anderenteils dadurch auch so ernste Garantien ausgeloest werden, dass der Erfolg, der denn doch auf unserer Seite ist, ausgenuetzt und die grossen Opfer, die dieser grausame Krieg uns gekostet hat, nicht nutzlos gewesen sein werden. Ich persoenlich bin so misstrauisch, England gegenüber, dass ich mir eine glatte Raeumung Belgiens gar nicht vorstellen kann, ohne dass sofort England in seinem Sinne die Folgerungen daraus zieht: dadurch dass England schon in Calais einen Fuss auf dem Festlande hat, den es nicht ohne weiteres zurueckziehen wird, sind wir allein die Leidtragenden, wenn wir Belgien raeumen und ob auf Vertraege allein die neue Zukunft aufgebaut werden darf, das will mir zum mindesten zweifelhaft scheinen; England hat bisher alle Vertraege, die ihm unbequem waren, im entscheidenden Momente als Fetzen Papier behandelt und hat auch nie einen Hehl daraus gemacht; denn die Sprache der Geschichte ist hierin zu deutlich.

Was die andre mich persoenlich betreffende Angelegenheit betrifft, so bedauere ich die Schwierigkeiten, die augenblicklich daraus zu erwachsen scheinen, dass man dem Gedanken noch nachzugehen scheint, der durch die Zeitungen als Ergebnis des

1 Herzog Wilhelm (II.) von Urach, Graf von Württemberg (1864–1928), geb. in Monaco, Sohn der Prinzessin Florestine von Monaco (1833–1897), militärische Laufbahn in Württemberg, Februar 1917 General der Kavallerie und Kommandierender General des 64. Württembergischen Korps, hoch dekoriert, 1922 Dr. phil. (Tübingen), Einheirat in erster (1892) und zweiter Ehe (1924) ins bayerische Königshaus; 1912–1917 Briefverkehr mit Ministerpräsident Hertling (Hauptstaatsarchiv Stuttgart, GU 117, Büschel Nr. 1323), in dem er seinen »hochverehrten früheren Lehrer« sah. Wilhelm von Urach an Hertling, Stuttgart 31. März 1911. BArch, NlH, Nr. 4.

damaligen Kronrats bekannt wurde hinsichtlich der Personal-Union mit der Krone Pr[eussen].[2] Es waere dies ein grosses Unglueck, denn es entspricht ganz und gar nicht dem Wunsche des Volkes, muesste eine ueble Opposition hervorrufen und die Straffheit der Beziehungen zum Reiche unguenstig beeinflussen: Im Innern sollte das Land so unabhaengig wie moeglich sein, auch hinsichtlich der Wahl der Persönlichkeit, die berufen werden soll – natuerlich im Einverstaendnis mit dem Bundesrate, waehrend die Beziehungen, die in Uebereinstimmung mit dem Reiche gestaltet werden muessen: wie Heeresfrage, Verkehr, Muenzwesen und wirtschaftlicher Aufbau, auf dem Wege der Konvention ebenso fest geknuepft werden koennen, wie auf dem Wege der Personal-Union, in welch' letzterem Falle man doch immer mit einem Statthalter rechnen muesste, was die unerquicklichen Verhaeltnisse, wie sie im Elsass sich herausgebildet haben, erneut heraufbeschwoeren wuerde. Aehnlich uebrigens denke ich mir die zukuenftige Gestaltung der Verhaeltnisse des Reiches zum Grossherzogtum Luxemburg, das durch die Macht der Verhaeltnisse, auch in engere Beziehungen zum deutschen Reiche treten muss.

Hofft nach Vorliegen des zur Klärung seiner Stellung notwendigen Gutachtens, das dem bayerischen und wohl auch dem preußischen Ministerium zugeleitet wird, auf eine günstige Lösung und wiederholt seine besten Wünsche zum Jahreswechsel für Hertlings ganze Familie.

Euer Exzellenz
treu und dankbar ergebener
Wilhelm, Herzog v. Urach,
Graf von Württemberg

2 Siehe oben Nr. 224. Dies bezog sich auf Litauen, das Urach hier meinte, und Kurland. Vgl. dagegen die Erklärungen des Staatssekretärs Zimmermann (26. März 1917) und des Hauptausschusses des Reichstages (28. August 1917), dass Litauen und Kurland Volksvertretungen und »weitgehende Selbstverwaltung« zu gewähren seien. Schulthess 58, NF 33 [1917/I], S. 340 f., 776 f.

234

Eugenio Pacelli an Georg von Hertling
Monaco, 29. Dezember 1917

Nunziatura Apostolica Baviera Nr. 3262(masch. Or.; AEM, NlH)

Streng vertraulich!
Euere Exzellenz!

Ich halte es für angezeigt, Euerer Exzellenz im Nachgange zu meinem Briefe vom 26. d[iese]s No. 3189 folgende Stelle aus einer Mitteilung Seiner Eminenz des Herrn Kardinal-Staatssekretärs, die mir eben zugekommen ist, in ganz vertraulicher Weise bekannt zu geben:

»Um falschen Auslegungen zuvorzukommen über die Gottesdienstlichen Verrichtungen, die kürzlich unter Beteiligung von hochwürdigsten Eminenzen in Italien und Rom abgehalten wurden zur Erflehung des Segen Gottes über die italienischen Waffen und zur Danksagung für die Eroberung Jerusalems,[1] ist es notwendig hervorzuheben, dass genannte Gottesdienste stattfanden auf Anregung der Gläubigen, dass der hl. Stuhl an seinem Grundsatze strenger Neutralität gegenüber allen Kriegführenden festhält und in keiner Weise an jenen Andachten teilgenommen hat, und dass die Lage des hl. Stuhles in Italien und Rom, wo man die ärgsten Injurien gegen denselben verbreitet, immer schwieriger wird«.

Erlaube mir die dringende Bitte zu stellen, Euere Exzellenz wollen mir gefälligst zu meiner Beruhigung eine Empfangsbestätigung sowohl für diese Zeilen als für den oben ausgeführten Brief zukommen zu lassen.[2]

1 Ab Ende Oktober 1917 griffen britische Truppen die sehr überdehnte Palästinafront der osmanischen Armee an. Nach kurzer Belagerung kapitulierte am 9. Dezember Jerusalem, nachdem die türkische und die kleine deutsche Besatzung zwei Tage vorher die Stadt geräumt hatten, um deren Zerstörung zu verhindern. Die Einnahme der Stadt galt der Entente als Ausgleich für Rückschläge an der Westfront.

2 Der Reichskanzler bestätigte dem Nuntius den Eingang der Briefe vom 26. und 29. Dezember 1917 mit Schreiben vom 1. Januar 1918 (Kop.): Er habe »mit lebhaftem Interesse Kenntniss genommen«. AEM, NlH. Ein weiteres vertrauliches Telegr. Gasparris in dieser Sache, das Pacelli am 10. Januar 1918 Hertling ebenfalls wörtlich mitteilte, lautete: »Eine lebhafte antiklerikale Propaganda wollte den hl. Stuhl blossstellen entweder gegenüber den Zentralmächten, wenn er Freude äusserte über die Besetzung der hl. Stätten, oder gegenüber der öffentlichen Meinung bei den Katholiken, wenn er schwieg. Um dieses Doppelspiel zu vereiteln«, hätten sich eine hohe kirchliche Feier und die Weihnachtsrede des Papstes zu diesem Anlass »einzig auf dem religiösen Gebiete« bewegt. »Trotz dieser gemässigten Haltung hat die liberale Presse den hl. Stuhl bitter geschmäht wegen seines Schweigens. Hieraus ist wieder abzunehmen, in welch schwieriger Lage der hl. Stuhl sich befindet«. AEM, NlH. Wortlaut der Weihnachtsansprache vom 24. Dezember nach dem Telegramm Mühlbergs aus Lugano v. 25. Dezember 1917: Steglich, Friedensappell Papst Benedikts XV., S. 478 f.

Diese Gelegenheit benützend, die besten Glückwünsche zu entbieten, geharrt in vorzüglicher Hochschätzung

Euerer Exzellenz
ergebenster
+ Eugen Pacelli, Erzbischof von Sardi
Apostolischer Nuntius

235

Eugenio Pacelli an Georg von Hertling
Monaco, 1. Januar 1918

Nunziatura Apostolica Baviera Nr. 3335 (masch. Or.; AEM, NlH)

Ganz vertraulich!
Euere Excellenz!

Ihre so oft erprobte grosse Güte muss ich mit Bedauern in einer wichtigen und heiklen Angelegenheit in Anspruch nehmen. Hätte ich es vermeiden können, würde ich Euere Exzellenz die mit so vielen Arbeiten in Ihrem hohen Amte überbürdet ist, nicht damit belästigen.

Euere Excellenz kennt sicher die dornenvolle Lage, in welcher sich Monsignore Locatelli[1], der Apostolische Nuntius in Brüssel befindet, ebenso die Schwierigkeiten, denen er ausgesetzt ist bei der Ausführung seines Amtes zwischen zwei entgegengesetzten Strömungen, welche sich in Belgien bekämpfen.[2] Andernteils kann es zweifellos Ihrer hohen Einsicht nicht entgehen, dass es von nicht geringerem Interesse sein dürfte für die Reichsregierung wie für den hl. Stuhl, wenn sich ein neuer Wechsel in der Nuntiatur vermeiden liesse.

Ich erlaube mir daher, vertrauensvoll mich an Euere Exzellenz zu wenden, dass Sie mit Ihrer grossen Erfahrung und weisen Umsicht gefälligst ausfindig machen, wie eine Besserung der gegenwärtigen Sachlage ermöglicht werden könnte. Damit werden Euere Exzellenz ein neues grosses Verdienst um den hl. Stuhl und Ihr Vaterland sich erwerben. Ich meinerseits kann Sie versichern, dass Monsignore Locatelli ein hervorragender Prälat ist und ungeachtet der infolge gegenwärtigen ausserordentlichen Umstände [!] etwa vorgekommenen Zwischenfälle von den besten Absichten beseelt ist.

1 Achille Locatelli (1856–1935), aus Seregno (Diözese Mailand), 1879 Priesterweihe, Dr. theol., Dr. jur. (Rom), 1886–1899 Auditor bei den Nuntiaturen in München, Brüssel, Paris und Wien, 1899–1904 im päpstlichen Staatssekretariat, 1906 Titularerzbischof von Tessalonica, Internuntius in Argentinien, Paraguay und Uruguay, Juli 1916 Nuntius in Belgien, Internuntius in den Niederlanden, 1917 auch in Luxemburg, 1918–1923 Nuntius in Portugal, 1923 Kardinal, Kämmerer des Kardinalskollegiums. Miranda. (14.8.2018).

2 Vgl. zu Locatellis schwieriger Lage De Volder, S. 141.

Im vorhinein wärmstens für alle gütigen Bemühungen im angeregten Sinne dankend habe ich die Ehre mit dem Ausdrucke ganz vorzüglicher Hochschätzung zu verharren als

Euerer Exzellenz
ergebenster
+ Eugen Pacelli, Erzbischof von Sardi
Apostolischer Nuntius

236

Georg von Hertling an Eugenio Pacelli
[Berlin, Anfang Januar 1918]

(eigh. Konz.; AEM, NlH)

H[ochverehrter] H. N[untius]

Euer Exz[ellenz] schätzbarste beide Schreiben vom 1 d[ieses] M[onats][1] habe ich zu empfangen die Ehre gehabt. Es traf sich günstig, daß mich gestern der Präsident der politischen Abteilung bei der deutschen Verwaltung in Brüssel, Hr. v. Lanken[2], aufsuchte. Ich brachte das Gespräch auf den apostolischen Nuntius dortselbst, Mgr. Lokatelli[3] und erfuhr, daß Reibungen oder Zwischenfälle zwischen ihm und der deutschen Verwaltung nicht stattgefunden haben, wohl aber der Wunsch nach einer größeren Aktivität des genannten Herrn auf deutscher Seite besteht. Man empfindet seine Zurückhaltung als zu weitgehend und würde einen häufigeren, auch aus seiner Initiative hervorgehenden, Gedankenaustausch vorziehen, ist aber durchaus nicht geneigt, Schritte zu unternehmen, welche auf eine Abberufung von Mgr. Lokatelli hinzielen, da man einen abermaligen Wechsel durchaus zu vermeiden wünscht. Ueber den der Brüsseler Nuntiatur beigegebenen Uditore sprach sich Hr. v. Lanken günstig aus. Ich werde die Angelegenheit im Auge behalten und falls mir weiteres darüber bekannt werden sollte, an E[uer] E[xzellenz] berichten.

Was die Fliegerangriffe auf oberitalienische Städte betrifft, so habe ich die Sache zunächst zu weiterer Behandlung an das A. A. gegeben und sehe einer Berichterstattung von dort entgegen.

Mit u.s.w.

1 Siehe oben Nr. 235.

2 Oscar von der Lancken-Wakenitz (1867–1939), geb. in Boldevitz (Rügen), Jurastudium, 1888–1894 Militärdienst, 1892 zur Botschaft in Paris kommandiert, 1894 Zulassung zur diplomatischen Laufbahn, 1896 Legationssekretär in Paris, u.a. 1900 in Rom, 1906 Botschaftsrat in Madrid, 1907–1913 in Paris, 1911 A.o. Gesandter und Bevollmächtigter Minister, 1913 preußischer Gesandter in Darmstadt, 1914 Militärdienst (Major d. R.), 1914–1918 Leiter der Politischen Abteilung beim Generalgouverneur für Belgien, 1919 z.D., Verwalter seiner Güter, im Schuldreferat des AA tätig.

3 Achille Locatelli.

237

Friedrich Rosen an Auswärtiges Amt
Den Haag, 3. Januar 1918

Nr. 3. (Telegramm, Kop.[1]; PAAA, R 20420, S. 5–6)

Vertrauensmann der G-Stelle erfuhr heute von amerikanischer Seite über den Telegramm-Wechsel zwischen Entente-Regierungen zwecks Stellungnahme zum Angebot Zentral-Mächte, daß die Stimmung zwischen den Kabinetten ziemlich gereizt.

Lloyd George ….x)[2] noch stark unter dem Eindruck der Besprechung mit dem Vorstand der Labour Party, der ihm sehr kategorische Forderungen unterbreitet hat, neigt zu nachgiebiger Haltung,[3] während Clemenceau unbedingt auf Fortsetzung des Krieges, unterstützt durch Wilson, der mit der militaristischen Regierung der Hohenzollern-Dynastie […] unter keinen Umständen Frieden machen will.

Im allgemeinen betrachtet man die Ablehnung des Angebots als sicher, ist aber darauf bedacht, der Antwort eine solche Fassung zu geben, daß sie den Regierungen der Zentralmächte ihren Völkern gegenüber keine inner-politischen Vorteile gibt.

Man hofft, durch einen großen Aufruf an das deutsche Volk die Masse gegen die Regierung auszuspielen und rechnet auf Erfolg, da bereits bekannt ist, daß die

---

1 Abgegangen und pr. am 4. Januar. Zur Kenntnis genommen von Prittwitz und der Reichskanzlei, am 5. Januar »H.v. Rosenberg Ob[er]Ost« zugesandt.

2 Randvermerk zu x): Gruppe unverständlich.

3 In seiner Rede vom 5. Januar bekundete Lloyd George, keinen Angriffskrieg gegen das deutsche Volk zu führen, Deutschland nicht zerstören zu wollen, auch die aus der Zeit gefallene »militärautokratische Konstitution« Deutschlands nicht ändern zu wollen und dies dem deutschen Volk zu überlassen. Er lehnte aber die Erklärung der Mittelmächte vom 25. Dezember 1917 (»keine Annexionen«) als Verhandlungsgrundlage ab, da sie zu unbestimmt sei, und forderte als Vorbedingung für Verhandlungen, die Mittelmächte müssten sich der Tatsache bewusst werden, dass die »Zukunft der Zivilisation« und die Grundlage aller zukünftigen Regelungen nicht von willkürlichen Entscheidungen einiger Unterhändler abhingen, sondern von der »Zustimmung der Regierten«. Die Demokratie Englands beabsichtige, »bis zum letzten den Demokratien Frankreichs, Italiens und aller seiner Verbündeten beizustehen«, ebenso »der neuen Demokratie Rußlands«. Kriegsziele seien, Deutschland von seinen militärischen Herrschaftsplänen abzuhalten, es für die gemeinnützigen Aufgaben der Menschheit zu öffnen, die völlige Wiederherstellung Belgiens, die Entschädigung und Wiedergutmachung für die dort und in Serbien, Montenegro und Frankreich angerichteten Verwüstungen, die Rückgabe Elsaß-Lothringens, dessen »nationales Recht« 1871 vergewaltigt worden sei, und die »Errichtung einer internationalen Organisation«, um Kriege zu verhindern. Zu Russland bemerkte er, dass England die Verantwortung für die Sonderverhandlungen Russlands nicht übernehmen könne, dass das russische Volk mit »preußischer Autokratie« in den abgetrennten Provinzen und »politischer Sklaverei« seitens Deutschlands rechnen müsse, jedoch als neue Demokratie auf alliierten Beistand hoffen könne. »Wenn die gegenwärtigen Machthaber Rußlands unabhängig von ihren Verbündeten etwas unternehmen, so haben wir keine Mittel einzuschreiten, um die Katastrophe aufzuhalten, der ihr Land sicherlich verfallen ist. Rußland kann nur durch sein eigenes Volk gerettet werden«. Ein unabhängiges Polen sei für das Gleichgewicht in Europa dringend vonnöten. Schulthess 59, NF 34 (1918/II), S. 143–147.

Haltung der Regierung in der Frage der Selbstbestimmung der Völker auf starken Widerspruch in den sozialdemokratischen Kreisen stößt.

Vielleicht ließe sich dem jetzt schon entgegenarbeiten.

Rosen.

238

Das Programm des Selbstbestimmungsrechts
Berliner Tageblatt, 6. Januar 1918

(PAAA, R 1415, S. 164–165[1])

Der Reichskanzler hatte, wie berichtet, am Freitag abend Vertreter der eigentlichen Mehrheitsparteien des Reichstags, des Zentrums, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie, zu einer Aussprache über den Zwischenfall in Brest-Litowsk[2] empfangen. Die den Parteiführern hier gegebenen Mitteilungen, die sich im wesentlichen mit den Erklärungen des Unterstaatssekretärs von dem Bussche im Hauptausschusse[3] gedeckt haben dürften, scheinen die Mehrheitsparteien im großen und ganzen befriedigt zu haben. Dazu hat vor allem aber die Tatsache beigetragen, daß Graf Hertling ausdrücklich erklärt hat, bei seinen Aeußerungen über das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das er bei der Bekanntgabe des russischen Waffenstillstandsangebotes am 29. November im Reichstage gemacht hatte, bestehen bleiben zu wollen. Das hat offenbar auch auf die Sozialdemokratie einen beruhigenden Eindruck gemacht. Der Kanzler hatte, wie wiederholt sei, damals gesagt:

»Was die Zukunft von Polen, Kurland und Litauen angeht, so können wir sie dem Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker überlassen. Wir erwarten, daß sie sich selbst diejenige staatliche Gestaltung geben werden, welche ihren Verhältnissen und der Richtung ihrer Kultur entspricht«.[4]

In der Freitagsitzung des Hauptausschusses hat sowohl der Redner des Zentrums, Erzberger, als auch der Wortführer der Sozialdemokratie, Dr. David[5], den

---

1 Nicht gez. Artikel, Untertitel: Die Politik der Mehrheitsparteien. A. 856; pr. 7. Januar 1918; Vermerk: an S. M.

2 Statt nach den getroffenen verbindlichen Vereinbarungen die Verhandlungen mit der Delegation der Vierbundmächte am 5. Januar 1918 in Brest-Litowsk wieder aufzunehmen, teilte die russische Delegation aus St. Petersburg am 4. Januar abends der Delegation des Vierbundes in Brest-Litowsk telegraphisch mit, sie fordere die Verlegung der Verhandlungen nach Stockholm. Die Punkte 1, 2 und 3 der Grundsatzerklärung der Verbündeten über den Rückzug aus den besetzten Gebieten und die Gewährung der Selbständigkeit an die Völker im Osten, die diese verloren hätten, widersprächen »dem Prinzipe der nationalen Selbstbestimmung«. Kühlmann vermutete hinter dem Abbruch den Einfluss Englands und der USPD. Hahlweg, S. 200–204, 144, 155.

3 Am 3. Januar, noch vor der tags darauf erfolgten Aufkündigung der Verhandlungen durch Joffe. Hertling ließ hier Bussche berichten. Der Hauptausschuß, Bd. 4, S. 1826–1828.

4 Sten. Berichte, 13. Leg.-Per., 2. Sess., Bd. 311, S. 3947.

5 Eduard David (1863–1930), aus Ediger (Mosel), kaufmännische Lehre, Handlungsgehilfe, Studium der Germanistik, neueren Sprachen und Geschichte, 1890 Dr. phil. (Gießen), 1891–1894 Hilfslehrer, 1894 Schriftsteller, Gründer und Redakteur der Mitteldeutschen Sonntagszeitung in Gießen, 1896–1897 Redakteur der Volkszeitung in Mainz, 1897–1908 Mitglied des hessischen Landtags, 1905–1906 Landesparteisekretär der SPD im Großherzogtum Hessen, 1903–1918, 1919, 1920–1930 Mitglied des Reichstags (1912–1918 im Fraktionsvorstand der SPD), Oktober 1918–Februar 1919 Unterstaatssekretär im AA, 1919–1920 Reichsminister ohne Portefeuille, Juni–Oktober

Gedanken des Selbstbestimmungsrechts näher ausgeführt, und beide haben dem Sinne nach ziemlich gleichlautende Ausführungen gemacht. Wie wir hören, hätte auch der Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei, wenn er am nächsten Tage, in der Sonnabendsitzung, zu Wort gekommen wäre, sich in derselben Weise geäußert. Wenn nun aber die weitere Debatte über die eigentlichen Friedensverhandlungen im Hauptausschusse zunächst abgebrochen worden ist, so ist das lediglich auf die plötzlich veränderte Sachlage in Brest-Litowsk zurückzuführen und dürfte, wie nur natürlich, einem dringenden Wunsche des Reichskanzlers entsprochen haben. Es wird aber angenommen, daß der Reichskanzler in der Frage des Selbstbestimmungsrechts denselben Standpunkt vertritt, wie ihn die Abgeordneten Erzberger und David in der Kommission weiter entwickelt haben. Gewissermaßen eine nähere, speziellere Ausführung dieser Gedankengänge findet sich jetzt in der »Germania«, die damit wohl nur die Ansichten der Regierung wiedergibt:

»Es ist doch wohl allgemeiner Brauch, solche grundlegenden Staatsfragen (wie das Selbstbestimmungsrecht) den Volksvertretungen anzuvertrauen, und darum war es nur natürlich, wenn wir auch in den besetzten Gebieten die vor dem Kriege vorhandenen oder während desselben entstandenen Volksvertretungen als die nächsten Träger des Volkswillens bezeichneten. Auch Rußland beruft ja seine verfassunggebende Versammlung ein, um die Grundlagen des neuen Staatswesens festzulegen. Warum sollten die Russen da für die Grenzvölker diesen Weg als »undiskutierbar abgelehnt« haben? In der Tat haben ihre Delegierten in Brest-Litowsk auch nur verlangt, daß wir unsere Vorschläge genauer umschreiben möchten. Daß wir dazu bereit waren und sind, braucht eigentlich gar nicht ausdrücklich betont zu werden. Zu diesem Zweck gingen wir ja auf den Kommissionsvorschlag ein, den wir bereits oben erwähnten, und in dieser Absicht wurden bei uns in Regierungskreisen, zwischen Parlamentariern und in der Presse bereits allerlei Wege und Modalitäten besprochen. Man war nicht abgeneigt, den vorhandenen Volksvertretungen die Entscheidung darüber zu überlassen, ob sie sich als Träger des Volkswillens betrachten dürften, und ihnen einen entsprechenden Ausbau oder, wie an dieser Stelle gesagt wurde, eine Verbreiterung in der Zusammensetzung nötigenfalls zu gestatten. Diese Körperschaften sollten dann über die künftige staatsrechtliche Gestaltung ihrer Gebiete Beschluß fassen. Die Uebergabe der einzelnen Verwaltungszweige sollte nach Möglichkeit folgen, eine konstituierende Nationalversammlung die Arbeit und die Beschlüsse der vorläufigen Volksvertretung bestätigen usw«.

Wie man sieht, sind hier gewissermaßen Ausführungsbestimmungen für ein Selbstbestimmungsprogramm entwickelt, das sich die Regierung und die Mehrheitsparteien vom 19. Juli zu eigen gemacht haben dürften. Die für heute anberaumte

1919 Reichsinnenminister, 1919 erster Präsident der Deutschen Nationalversammlung, 1921–1926 Gesandter des Reichs beim Freistaat Hessen, a.D., 1923–1927 nach Habilitation Privatdozent für Wissenschaft der Politik an der Technischen Hochschule Darmstadt, 1925 Dr. h.c. (München). W. H. Schröder, Parlamentarier, S. 404 f.

Fraktionssitzung der Sozialdemokratie, die sich mit den schwebenden Fragen beschäftigen will, wird sich wahrscheinlich noch ausdrücklich zu diesem Programm bekennen. *Eine Gefahr für ein Auseinanderfallen der Mehrheitspartien besteht also zurzeit nicht. Nur die Nationalliberalen sind sich über ihre Politik, bei immerwährendem Schwenken, noch nicht klar. Jedenfalls kann man sagen, daß in den parlamentarischen Kreisen eine ruhigere Tonart vorherrscht, und daß bei den Mehrheitsparteien die feste Absicht besteht, die Regierung, und sowohl Herrn v. Kühlmann wie den Grafen Hertling, nachdrücklich zu unterstützen. Dagegen scheint es, daß in anderen Kreisen und an anderen Stellen die Beruhigung noch nicht in gleichem Maße eingetreten ist, und daß man auf Seite der »Machtpolitiker« fortgesetzt mit allen Mitteln den Sturz des Herrn v. Kühlmann herbeizuführen versucht.[6] Der Augenblick, als die Meldung vom Abbruch der Verhandlungen kam, schien für solche Bestrebungen günstig zu sein. Obgleich die Verhandlungen nun wieder aufgenommen werden, sind die Versuche, einen Wechsel im Auswärtigen Amte herbeizuführen, wohl noch nicht eingestellt, und es wird ganz offen mit gewissen ernsten Folgen gedroht, die ein Verbleiben des Herrn v. Kühlmann haben soll.*

- Randbemerkung Wilhelms II. mit Rotstift: »altes Engl[isches] Sprichwort«, »man darf in der staple chase [in der Hauptjagd] den Jockey nicht wechseln«.

6 Vgl. Th. Wolffs Eintrag v. 5. Januar 1918: »In der alldeutschen und Militärparteipresse wütende Angriffe gegen Kühlmann«. Wolff, Tagebücher, S. 574.

239

Frederic von Rosenberg an Georg von Hertling
Brest-Litowsk, 6. Januar 1918

J. Nr. 137. (masch. Or.; PAAA, R 20420, S. 121–123)

Nachstehender Funkspruch ohne Unterschrift aus Zarskoe Selo[1] ist am 6. d[ieses] M[onats] hier aufgefangen worden:[2]

»Lloyd George hat sich in dem Sinne ausgesprochen, daß vorläufig erst Rußland seine künftige Grenze mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn festlegen mag, später kommen dann die Unterhandlungen wegen eines allgemeinen Friedens.[3] Die offiziösen Publizisten der Entente-Länder sprechen sich mit mehr oder weniger Offenheit in dem Sinne aus, daß es den Verbündeten ohne Rußland bequemer ist, die Friedensverhandluneg [!] zu führen, da Rußland der Teilhaber des gemeinsamen Unternehmens ist, der mit einem Defizit beteiligt ist. Wenn in diesen Erklärungen ein gewisser Umschwung zu bemerken ist, so nur zu Gunsten einer größeren Offenheit. Die Verbündeten bereiten ihre Oeffentlichkeit in dem Sinne vor, daß sie selbst die Friedensverhandlungen auf die Tagesordnung gesetzt haben und nicht die Fortsetzung des Krieges[4], daß sie es aber als vorteilhafter betrachten, Deutschland zuerst die Regelung seiner Rechnung mit Rußland zu überlassen. Deutschland soll sich auf der Linie des geringsten Widerstands – auf Rechnung Rußlands schadlos halten. Je mehr sich Deutschland im Osten schadlos hält, umso leichter wird es den verbündeten Mächten werden, sich mit ihm im Westen auseinanderzusetzen. Es versteht sich von selbst, daß die Verbündeten dieselben Resultate durch gemeinsame Verhandlungen erreichen könnten. In diesem Falle würde es aber allen klar sein, daß die Verbündeten nach reiflichen Ueberlegungen sich Polens, Litauens, Kurlands und Rumäniens, nachdem sie dieselben gebraucht hatten, als Wechselgeld der Abrechnung mit Deutschland bedienen wollen. Für die verbündeten Imperialisten ist der zweite Weg bedeutend leichter, Rußland zum Abschlusse eines Sonderfriedens zu zwingen und Deutschland zu gestatten, den Willen der Polen, Letten, Litauer und Rumänen zu unterdrücken, um später nicht nur diese Vergewaltigung auszunutzen, sondern auch die Verantwortung vor ihren eigenen Völkern los zu werden. So ist der Plan. Die Verbündeten sprechen von dem bevorstehenden gewaltigen Angriffe der Deutschen auf der Westfront und von ihrem Willen, diesen Angriff zurückzuweisen,

1 Zarskoje Selo, etwa 30 km südwestlich vom Zentrum St. Petersburgs gelegen, mit Schlossanlagen aus dem 18. Jahrhundert (Katharinenschloss).

2 Satz durch Streichungen der Empfängerseite gekürzt, Text des aufgefangenen Telegramms in »« gesetzt; pr. 10. Januar 1918; Sichtvermerk Bussches 10/I.

3 Siehe oben Nr. 237 Anm. 3. Die russische Regierung konnte auch Nachrichten aus ihrer Londoner provisorischen diplomatischen Vertretung erhalten.

4 Vgl. oben Nr. 237.

ehe sie zu den Friedensverhandlungen schreiten. Diesen Plan erkennt man gleich auf den ersten Blick als sinnlos, da nach einem neuen abgeschlagenen Angriffe die Lage in der Hauptsache dieselbe bleibt. Die Aufgabe der Verbündeten besteht aber darin, Zeit zu gewinnen, den Krieg auf eine gewisse Zeit zu verschleppen und Rußland zum Abschluß eines Sonderfriedens zu zwingen. Wir schicken uns an, Euren Angriff (nur abzuschlagen?) sagen die Verbündeten den Deutschen, das heißt, wir werden nicht angreifen, wenn ihr nicht angreift. Unter diesen Umständen werden die Deutschen hier kaum angreifen, also der Tatsache nach ein stillschweigendes Uebereinkommen, dessen Kernpunkt darin besteht, daß Deutschland Polen und die anderen Völker überlassen werden. So ist der Plan. Auf diesen teuflischen Plan zielt die russische imperialistische und die Kompromiss-Presse mit allen Mitteln hin, verbirgt die Wahrheit vor den Augen des Volkes, verteidigt die Bundesgenossen, wäscht sie rein, anstatt dem Volke offen zu sagen, daß die verbündeten Imperialisten den Frieden mit den deutschen Imperialisten auf Rechnung Polens, Litauens, Kurlands und Rumäniens vorbereiten. Diesen Plan vereiteln können nur die Völker und zwar im Kampfe gegen ihre Regierungen«.

Rosenberg.[5]

5 Eigh. unterschrieben.- Frederic von Rosenberg (1874–1937), geb. in Berlin, 1897 Dr. jur., 1897 Einjährig Freiwilliger, Reserveoffizier, im preußischen Justizdienst, 1903 Assessor, 1903 Eintritt ins AA, 1905–1906 Vizekonsul in Antwerpen, 1907 Ständiger Hilfsarbeiter im AA, 1911 Übernahme eines Teils des Orientreferats, 1912 Wirklicher Legationsrat und Vortragender Rat, 1915 Entsendung nach Sofia, 1916 Geheimer Legationsrat, führend an den Waffenstillstandsverhandlungen in Brest-Litowsk beteiligt, daraufhin Ende 1917 zum A.o. Gesandten und Bevollmächtigen Minister ernannt, Ende 1918 Abordnung nach Bern, 1920 Geschäftsträger und Botschafter in Wien, 1922 Gesandter in Kopenhagen, 1922–1923 Reichsaußenminister, 1924 Gesandter in Stockholm, 1933 Botschafter in Ankara, 1935 a.D. W. Becker, Rosenberg.

240

Georg von Hertling an Richard von Kühlmann
Berlin, 9. Januar 1918

(Konz.[1]; BArch, R 43/2403f, f. 28)

S. M. haben beschlossen, daß Generalfeldmarschall v. H[indenburg] und General von Ludendorff nach Berlin kommen zu gemeinsamer Aussprache über die Situation. S. M. wollen aber davon absehen, auch Euer Excellenz hierher zu bestellen um die Verhandlungen nicht zu unterbrechen und den Anschein zu vermeiden als läge Veranlaßung vor daß E[uer] E[xcellenz] sich hier zu verantworten hätten. Ich bitte aber um baldige ausführliche Stellungnahme zu der Denkschrift, die mir als Unterlage für die Besprechungen dienen kann. Ich beabsichtige eine klare Scheidung der Zuständigkeiten herbeizuführen und dem Eingreifen der militärischen Stellen in die politische Executive ein Ende zu bereiten. Bitte dies bei Stellungnahme berücksichtigen.[2]

RK.
H
WRtz

---

1 Eigh. von Radowitz mit dessen Randbemerkung und Paraphe: »mundiert WRtz 9/I 4.30 p.m.«, 6.00 ab durch Feldjäger. Als Anlage beigefügt ist die dem Kaiser eingereichte und von ihm am 8. Januar gelesene Denkschrift Hindenburgs, GHQ 7. Januar 1918 (R 43/2403f, f. 7–13; Druck: Ludendorff, Urkunden, S. 452–455). Hindenburg berief sich auf einen nicht datierten oder näher erläuterten kaiserlichen Befehl, wonach die beiden Heerführer »an den Friedensverhandlungen verantwortlich mitwirken sollen«. Damit sei ihnen »das Recht und die Pflicht übertragen, darüber mitzuwachen, daß das Ergebnis des Friedens den Opfern und Leistungen des deutschen Volkes und Heeres entspricht und der Frieden uns materiell so kräftigt und so starke Grenzen bringt, dass unsere Gegner nicht so bald einen neuen zu entfesseln wagen werden«. Von der Reichsregierung erwartete er die Zurückweisung des Gedankens der Autonomie für Elsaß-Lothringen. Er beharrte auf für Deutschland günstigeren Grenzberichtigungen in Polen als gemäß der vom Kaiser gezogenen Linie, beklagte sich über die unklaren Verhältnisse in Kurland und Livland, die aufgrund der Erklärung des Vierbunds vom 25. Dezember 1917 über den Abschluss eines allgemeinen, gerechten Friedens eingetreten seien, über die klägliche Diplomatie in Brest-Litowsk. Er müsse des »uneingeschränkten, persönlichen Vertrauens Euer Majestät sicher« sein. Aus dem Druck des Schreibens (Ludendorff, Urkunden, S. 452–455) ist ohne Kennzeichnung ein 15 Zeilen langer Abschnitt ausgelassen: Nach den Vorgängen in Brest müsse er bezweifeln, dass wir einen »unserer Machtstellung« und den schweren Opfern entsprechenden Frieden erhielten. »Um uns die politische und wirtschaftliche Weltstellung zu sichern, deren wir bedürfen, müssen wir die Westmächte schlagen. Dazu haben Euer Majestät die Angriffsschlacht im Westen befohlen«, welche »die allergrösste Anstrengung, die wir im ganzen Kriege gemacht haben« und »die allerschwersten Opfer« fordern werde.

2 Kühlmann sandte Hertling seine »Bemerkungen«, Brest-Litowsk 10. Januar 1918 (masch., ungez., S. 1–10) am 11. Januar »mit der Bitte um streng persönliche und vertrauliche Behandlung« zu. BArch, R 43/2403f, f. 30–39; unkommentierter Teildruck bei Schwertfeger, Gutachten, S. 130–134.

241

Eugenio Pacelli an Georg von Hertling
Monaco, 9. Januar 1918

Nunziatura Apostolica Baviera Nr. 3521 (masch. Or.; BArch, NlH, Nr. 51, f. 3)

Streng vertraulich!
Euere Excellenz!

In ganz vertraulicher Weise erlaube ich mir das folgende Telegramm Seiner Eminenz des Herrn Kardinalstaatssekretärs zur Kenntnis zu bringen: »Wollen Sie bei dem Reichskanzler vorstellig werden, damit die Zentralmächte, hauptsächlich Deutschland, mit versöhnlichem Geiste die von England gemachten Friedensvorschläge aufnehmen und besonders jener bezüglich Belgien aufgenommen werde in klaren und bestimmten Ausdrücken. Sorgen Sie weiterhin zu erreichen, dass der Reichskanzler, wenn er antwortet, Bezug nehme in der Antwort auf die Päpstliche Note und dass er, wenn er Gegenvorschläge machen wird, sich des hl. Stuhles bedient zur Uebersendung derselben an die Gegenpartei«.[1]

Ihre stets erprobte Klugheit und Erfahrung wird es Euerer Excellenz ermöglichen, dem in oben angeführte[m] Telegramme ausgesprochenen Wunsche des hl. Stuhles gerecht zu werden. Darum lege ich mit vollstem Vertrauen die Angelegenheit in Ihre Hände und verbleibe mit der Versicherung tiefster Hochschätzung

Euerer Exzellenz
ergebenster
+ Eugen Pacelli, Erzbischof von Sardi
Apostolischer Nuntius

1 Bezug wohl auf Lloyd Georges Rede v. 5. Januar 1918. Siehe oben Nr. 237 Anm. 3.

242

Hugo von Lerchenfeld an Otto von Dandl
Berlin, 10. Januar 1918

(masch. Kop.[1]; BayHStA, MA 970, f. 13–14)

Morgen, den 11., treffen Feldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff hier ein und es soll versucht werden, die zwischen der Reichs- und der Obersten Heeresleitung entstandene Meinungsverschiedenheit auszugleichen. Herr von Kühlmann wird zu dieser Besprechung nicht hierher kommen.

Wie ich schon gestern Eurer Exzellenz berichtet habe, ist die Meinungsverschiedenheit über den Grenzschutz entstanden. Die Generale sind der Ansicht, daß namentlich das zwischen Polen und Böhmen eingekeilte Schlesien einer Sicherung bedürfe. Diese Sicherung würde General Ludendorff in einer militärischen Angliederung Polens an Deutschland erblickt haben. Preußen hätte dann auf ein Verschieben seiner Grenze verzichten können. Aus diesem Grunde ist der General gegen die austro-polnische Lösung der Frage und verlangt, wenn an dieser festgehalten wird, beträchtliche Teile Polens für Preußen. Ähnlich liegt für Ludendorff die Sache in Litauen und Kurland, und darum beanstandet er, wie die Behandlung der polnischen Frage auch die Haltung Kühlmanns und des Reichskanzlers de[n] Forderungen Rußlands gegenüber, daß Polen, Litauer und Kuren über ihr Schicksal frei bestimmen sollen. Er befürchtet, daß durch eine große Nachgiebigkeit bei den Verhandlungen Deutschland zwischen zwei Stühle gesetzt wird, indem es weder eine eigene sichere Grenze, noch den Einfluß in den künftigen Randländern erhält, der Deutschland militärisch den nötigen Schutz sichern könnte.

Diesen Gedankengängen wird eine Berechtigung nicht abzusprechen sein. Es fragt sich aber, ob diese Ziele auch zu erreichen sind, ohne den Krieg ins ungemessene zu verlängern, und ob Deutschland imstande ist, noch jahrelang durchzuhalten. Da dies nicht feststeht – eine einzige Mißernte würde vielleicht schon genügen, uns zum Frieden zu zwingen – so sind der Reichskanzler und Kühlmann entschlossen, unsere Politik so zu führen, daß uns der Separatfrieden mit Rußland nicht erschöpft und dafür auf gewisse Dinge zu verzichten, die an sich gewiß wünschenswert sind.

General Ludendorff operiert mit dem Argument, daß eine Offensive im Westen mit den damit verbundenen Opfern nicht zu verantworten wäre, wenn bei den Friedensverhandlungen von der Reichsleitung, wie jetzt Rußland gegenüber, alles preisgegeben werden sollte. Aber dieser Argumentation wird entgegengehalten, daß ohne den Frieden mit Rußland die Offensive im Westen zum mindesten erschwert

1 Dieser und die Briefe Lerchenfelds vom 13. und 14. Januar 1918 sind Auszüge aus Berichten »der K. Gesandtschaft in Berlin«.

sein müßte,[2] und daß nach den Erfahrungen dieses Krieges und der ganzen Weltkonstellation auch der größte militärische Erfolg unsere Gegner nicht zum Frieden zwingen würde und man schließlich doch eine Verständigung werde suchen müssen, die aber um so schwieriger sein würde, je weiter Deutschland sich von dem Grundsatz »keine Annexionen« entfernt.

Bei den Besprechungen, die morgen beginnen dürften, wird sich der Reichskanzler auf die Seite seines Staatssekretärs stellen. Auch der Kaiser soll entschlossen sein, dessen Politik zu stützen, so daß ein Ausgleich für diesesmal wohl gesichert scheint. Er würde auch dadurch erleichtert werden, wenn das zutrifft, daß, wie mir heute versichert wird, Herr von Kühlmann an der neuen Festsetzung der preußischen Grenze nicht beteiligt war, sondern diese Festsetzung lediglich von seiner Majestät dem Kaiser auf Vorschlag des Generals Hoffmann entworfen worden ist. Ich hatte Eurer Exzellenz gestern anders berichtet. Wie aber dem auch sei, und wenn auch die Krisis vielleicht morgen schon überwunden sein wird, so bleibt doch das bestehen, daß die Oberste Heeresleitung nicht geneigt ist, die Grenze zwischen Kriegführung und Leitung der Politik zu respektieren. Wir müssen also wohl darauf gefaßt sein, daß bei jeder Gelegenheit immer wieder Krisen entstehen…

gez. Graf von Lerchenfeld.

2 Hertling mahnte in seinem Brief an Hindenburg vom 7. Januar 1918, mit dem er die Rücktrittsdrohung Ludendorffs zu entkräften suchte, die Interdependenz der Lagen im Osten und Westen zu bedenken. Die Frage der polnischen Grenze sei nach den letzten Gesprächen mit dem Kaiser noch offen, die OHL nicht »vor eine vollendete Tatsache gestellt«, die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der soeben nach Brest zurückkehrenden russischen Delegation, die Kühlmann in ständiger Fühlung mit dem Kanzler bestens geführt habe, werde bei »fester Haltung« der deutschen Seite zum Erfolg führen. Den Westmächten gegenüber sei man »vollkommen frei«, weil sie auf die Einladung zu den Brester Verhandlungen nicht eingegangen seien. Falls die neue Westoffensive unter der bewährten Leitung der OHL durchschlagenden Erfolg haben werde, so seien wir in die Lage versetzt, in einem Frieden mit den Westmächten unsere Grenzen, wirtschaftlichen Interessen und internationale Stellung sichernde Bedingungen zu stellen. »Ich hoffe, daß es gelingen wird, hiervon auch den Reichstag, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, zu überzeugen. An Bemühungen nach dieser Richtung wird es nicht fehlen«. Eigh. Konz. Hertlings mit Einfügungen Radowitz' u. masch. Reinkonz.: Rk. 16013 K.J. BArch, R 32/2403f, f. 1–5; Druck: Schwertfeger, Gutachten, S. 128 f.

243

Georg von Hertling an Eugenio Pacelli
Berlin, 11. Januar 1918

(eigh. Konz.[1]; BArch, NlH, Nr. 51, f. 4)

Hochverehrter Herr Nuntius!

Im Besitze des schätzbarsten Schreibens vom 7 d[ieses] M[onats][2] habe ich die Ehre, E[uer] E[xzellenz] mitzuteilen, daß ich nicht verfehlt habe, den in dem Briefe des Herrn Cardinal-Staatssekretärs zum Ausdrucke gebrachten Wunsch S[eine]r Heiligkeit, betreffend die Behandlung der in deutscher Kriegsgefangenschaft befindlichen Offiziersaspiranten befürwortend an die zuständige Stelle zu leiten. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß es möglich sein wird, diesen Wunsch zu erfüllen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich nicht unterlassen, meine lebhafte Befriedigung darüber auszusprechen, daß der Hr. Administrator der Diözese Wilna[3] vom Heiligen Stuhle veranlaßt worden ist, auf diese Stellung zu verzichten.[4] Der h. Stuhl hat damit wiederum gezeigt, daß er die Vermengung der Religion mit politischen

1 Kanzleivermerk: Antwort am 11. abgesandt.

2 Pacelli an Hertling, 7. Januar 1918. Nr. 3478. AEM, NlH. Hertling leitete auch die ihm durch Pacelli zugestellte persönliche Intervention Gasparris (v. 14. Februar eigh. an den Nuntius) befürwortend an eine deutsche Stelle (»Exzellenz«) weiter, man möge dem Leutnant Vincenzo Nitti im Gefangenenlager Rastatt Erleichterungen gewähren, »wenn gleich mir bekannt ist, daß Ausnahmen in der Behandlung kriegsgefangener Offiziere schon aus Gründen der Gerechtigkeit nicht gemacht werden können«. Hertling an Exzellenz, o. D. u. Adressat, Kop. eines eigh. Konz. Hertlings durch den Sohn Karl. (BArch, NlH, Nr. 51, f. 1, 11). Vincenco Nitti war gegen den Willen seines Vaters, des linksliberalen Parlamentariers, politischen Schriftstellers und Ministerpräsidenten (1919–1920) Francesco Saverio Nitti (1868–1953) Kriegsfreiwilliger geworden und in den Schlachten am Isonzo bei Caporetto in Gefangenschaft geraten. – Am 15. Mai 1918 meldete Romberg aus Bern, über einen zuverlässigen Mittelsmann (den »Marquis«) habe er erfahren, Francesco Nitti strebe, über eine Ministerkrise in Italien und vielleicht den Vatikan, einen baldigen Frieden an, entweder durch Einwirkung auf die Entente-Mächte oder durch einen Sonderfrieden mit den Zentralmächten. Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 171–173.

3 Kasimierz Mikolaj Michalkiewicz (1865–1940), 1888 Priester in Wilna, 1907–1918 Apostolischer Administrator von Wilna, 1918 von der deutschen Besatzung inhaftiert, nach Maria Laach verbracht; Anfang 1919 erlaubte Friedrich Ebert seine Rückreise nach Wilna; 1923–1940 Koadjutor von Wilna. http://www.catholic-hierarchy.org/bishop/bmichal.html (14.2.2019).

4 Ludendorff und General Hoffmann betrieben energisch die Entfernung des Administrators Michalkiewicz. Besprechung zwischen dem Reichskanzler und der OHL am 7. Dezember 1917. (Hahlweg, S. 79). Vgl. die Beschwerde Franz Joseph Fürst zu Isenburg-Birsteins über die Behinderung der katholischen Militärseelsorge in Wilna 16. Juni 1917, in: ›Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917–1929)‹, Dokument Nr. 8629, URL: www.pacelli-edition.de/Dokument/8629 (27.3.2019). – Franz Joseph Fürst zu Isenburg-Birstein (1869–1939), aus altem rheinischem Adel, geb. auf Schloss Birstein, 1901–1918 Mitglied des Preußischen Herrenhauses, 1902–1918 der Ersten Kammer des Großherzogtums Hessen, k.u.k Major, preußischer Oberstleutnant à la Suite, 1915 bis Anfang 1918 Chef der Militärverwaltung in Litauen. Vgl. Linde, S. 31 f.

Parteibestrebungen verwirft, insbesondere dann, wenn es sich um die Herrschaft einer Nationalität über andere handelt. Daß man sich in polnischen Kreisen von einer solchen Vermengung nicht immer fernhält, und daß weiterhin das Bestreben dieser Kreise dahin geht, die littauische Bevölkerung gegen ihren Willen der Herrschaft der polnischen oberen Schicht zu unterwerfen, ist mir neuerdings mit aller Deutlichkeit entgegengetreten. Da nun auch der Herr Bischof von Ropp[5], den der h. Stuhl an die Stelle des bisherigen Administrators von Wilna gesetzt hat, polnischer Nationalität ist, so muss es als das dringende Interesse der kathol[ischen] littauischen Bevölkerung bezeichnet werden, daß der vom h. Stuhle in Aussicht genommene Vikar ein littauischer Prälat ist.

Soeben ist mir Euer Exzellenz streng vertrauliches Schreiben vom 9. d[ieses] M[onats] zugegangen. Von den tatsächlichen Voraussetzungen für den in dem Telegramm des Herrn Staatssekretärs ausgesprochenen Wunsch ist mir zur Zeit nichts bekannt.[6] Ich werde der Sache selbstverständlich nachgehen.[7]

Mit der Versicherung der ausgezeichneten Hochachtung und Verehrung habe ich die Ehre zu sein
E[uer] E[xzellenz]
[ergebener]
H

5 Eduard Freiherr von der Ropp (1851–1939) geb. in Lixna (Lettland), aus niedersächsisch-baltischem Adel, katholisch nach seiner Mutter Isabella, geb. Gräfin v. Plater-Syberg (aus baltischem, polonisiertem Adelsgeschlecht), Jura- und Theologiestudium, 1886 Priesterweihe, 1893 Propst und Dekan von Kurland mit Sitz in Libau, 1902 Bischof von Tiraspol (über Südrussland und Sibirien, Sitz Saratow), 1903 von Wilna, dort Gründer einer christlich-demokratischen Partei, 1906 Mitglied der Duma, 1907 ins Gouvernement Witebsk verbannt, 1917 von der Februarregierung zum Erzbischof von Mohilew (Sitz St. Petersburg) eingesetzt, Metropolit von Russland, 1919 verhaftet, abgeschoben nach Warschau, gest. in Posen, eine charaktervolle und intelligente Persönlichkeit mit demokratischen Überzeugungen, populär in polnischen und katholischen Kreisen. Karlov, S. 103–105, 111; vgl. W. Becker, Sowjetische Religionspolitik, S. 188; Linde, S. 51; www.von-der-ropp.de/index.php?persoenlichkeiten.html (8.1.2018).

6 Siehe oben Nr. 241. Mit den »Voraussetzungen« meinte Hertling die im Brief Gasparris an Pacelli angeführten, angeblich »von England gemachten Friedensvorschläge«.

7 Am 15. Januar 1918 dankte Pacelli »mit der Versicherung höchster Wertschätzung« Hertling für dessen Schreiben vom 11. Januar. AEM, NlH.

244

Georg von Hertling an Kaiserliche Missionen[1]
Berlin, 12. Januar 1918

Auswärtiges Amt. Nr. Fr. II 10/5884 (masch. Kop.; PAAA, R 22032, S. 87–89)

Geheim!

Zur Gewinnung von Material darüber, welchen wirtschaftlichen Interessen in den feindlichen Ländern wir nach dem Kriege gegenüberstehen werden und in welcher Weise wir danach bei Neuregelung unserer handelspolitischen Beziehungen vorzugehen haben werden, bitte ich, bezüglich sämtlicher feindlicher Länder auf Grund aller nutzbar zu machenden Nachrichtenquellen zu berichten. Es kommt bei den gegenwärtig noch ungeklärten Verhältnissen nicht darauf an, abgeschlossene gutachtliche Äußerungen von dort zu erhalten, sondern darauf, in den Besitz möglichst wertvollen und umfangreichen Materials zur eigenen Meinugsbildung zu gelangen.

Die Berichte sind sämtlich unter Bezugnahme auf die Nr. Fr. II 10 einzureichen, nach Ländern und Materien zu trennen und durch regelmäßige Nachträge auf dem Laufenden zu halten. Lediglich größere Druckschriften des neutralen und feindlichen Auslandes sind einzureichen; im übrigen bitte ich Presse- und sonstiges Druckmaterial nur durch Wiedergabe des wesentlichen Inhalts unter Hinzufügung der dortigen Stellungnahme zu verwerten.

Im nachstehenden sind die Fragen zusammengestellt, um die es sich hauptsächlich handeln wird. Ergänzungen dazu bezüglich einzelner Länder bleiben vorbehalten. Es ist nicht erforderlich, daß zu allen Punkten Nachrichten vorgelegt werden. Es wird vielmehr gebeten, bei der Berichterstattung zunächst von denjenigen Punkten auszugehen, für welche dort am besten und ersten Material beschafft werden kann.

1.) Welche deutschen Exportinteressen werden – vorübergehend und wie lange – dauernd und von wann ab – in den einzelnen Ländern ihre Befriedigung finden? Welche Gegner werden sie erhalten – in der heimischen Industrie des betreffenden Landes – in der Industrie oder dem Zwischenhandel verbündeter – neutraler – feindlicher Länder (bei letzteren aus politischen – aus rein wirtschaftlichen Interessen)?
   Durch welche deutsche autonome – vertragliche – Maßnahmen sind diese Interessen – vorübergehend – dauernd – zu schützen?
2.) Welche deutschen Importinteressen werden – aus eigenen Erzeugnissen des betreffenden Landes – durch Vermittelung des betreffenden Landes aus neutralen

1 1. im Haag, 2. in Bern, 3. in Kopenhagen, 4. in Stockholm, 5. in Kristiana. Unterstaatssekretär Wilhelm von Stumm und mehrere Legationsräte wurden um Gegenzeichnung des Erlasses gebeten.

– aus feindlichen Ländern – vorübergehend und wie lange – dauernd und von wann ab – gedeckt werden können?
Welche Konkurrenz entsteht uns hier von verbündeten – neutralen – feindlichen – Ländern (bei letzteren aus politischen – aus wirtschaftlichen Interessen)? Durch welche deutsche autonome – vertragliche – Maßnahmen sind diese Importinteressen – vorübergehend – dauernd – zu schützen?

3.) Durch welche besondere Maßnahme kann der deutsche Handel als solcher gefördert werden (Befreiung vom Rembours[2] London)?

4.) Welche deutsche Interessen der Kapitalbeteiligung – der bankmäßigen Vermittelung im Finanzverkehr – im Warenverkehr – der Schiffahrt – des Tiefbaus – des Eisenbahnbaues – des Ausbaues und der Leitung elektrischer Energie – der Versicherung – des Erfindungsschutzes – werden ein Feld finden? Vorübergehend und wie lange? Dauernd und von wann ab? Welche dieser Interessen bedürfen eines besonderen Schutzes – vorübergehend – dauernd? Gegen wen? In welcher Weise? Inwieweit kommen deutsche Vorzugs- Erschwerungstarife – der Schiffahrt – der Eisenbahn – in Frage? Welche vertraglichen oder autonomen Bestimmungen müssen aufgehoben – neu geschaffen – werden, um diese Interessen zu fördern?

5.) Welche Zolltarifänderungen oder sonstige wichtigen, unser Vertragsverhältnis oder unsere wirtschaftlichen Beziehungen beeinflußenden gesetzlichen Maßnahmen sind in den feindlichen Ländern ergangen?

6.) Welche Interessen und Wünsche werden von den feindlichen Ländern bei Wiederaufnahme beziehungsweise Neuregelung der Handelsbeziehungen voraussichtlich geltend gemacht werden?

7.) Aus welchen politischen – wirtschaftlichen Gründen ist nach dem Krieg eine Belieferung – feindlicher Länder – mit Kohle – Eisen – Kali – Salz – sonstigen deutschen Rohstoffen – notwendig? Vorübergehend – dauernd? Oder welche Zwecke können mit einer Vorenthaltung dieser Stoffe erreicht werden?

8.) Durch welche besonderen wirtschaftspolitischen Maßnahmen können unsere politischen Interessen gefördert werden?
Den mit Berufsbeamten besetzten Kaiserlichen Konsulaten ist ein entsprechender Erlaß zugegangen.[3]

Der Reichskanzler.
Im Auftrage
gez. Freiherr von dem Bussche.

---

2 Bankakkreditive für Import-Export-Zahlungen.

3 In gestraffter Fassung ging die Weisung v. 12. Januar 1918 auch an die kaiserlichen General- und Vizekonsulate in Amsterdam, Maastricht, Rotterdam, Vlissingen, Bern, Basel, Genf, Zürich, Lugano, Schaffhausen, Kopenhagen, Esbjerg, Gotenburg, Stockholm, Haparanda, Karlstad, Kristiana, Kristiansand und Stavanger. PAAA, R 22032, S. 80–82 (von Bussche unterfertigtes Konz.).

245

Georg von Hertling an Paul von Hindenburg
Berlin, 12. Januar 1918

Der Reichskanzler. Rk. Nr. 255.
(eigh. Konz. Radowitz'; BArch, R 43/2403f, S. 56–58)

Euer Exzellenz beehre ich mich in der Anlage Abschrift der in der heutigen Unterredung formulierten und von Euer Exzellenz und dem Herrn Ersten Generalquartiermeister gebilligten Erklärung[1] über das Wesen der staatsrechtlichen Verantwortlichkeit zu übersenden.

RK.
gez. Gf. v. Hertling.

Anlage:

1. Die Verantwortung für die Friedensverhandlungen trägt nach der Reichs–Verfassung allein der Reichskanzler. Eine geteilte Verantwortung ist unmöglich. Die Verantwortung des Reichskanzlers für die Friedensverhandlungen bezieht sich auf die zu erstrebenden Ziele, die in Anwendung gebrachte Taktik und die Ergebnisse.
2. Die obersten militärischen Stellen haben das Recht und die Pflicht an den Verhandlungen in beratender Weise mitzuwirken, soweit dieselben die militärischen Interessen berühren. Der Umkreis dieser Interessen ist während des Krieges nicht auf die militärischen Angelegenheiten im engeren Sinne beschränkt, sondern umfaßt auch Fragen der Industrie, des Verkehrswesens, der Arbeiterinteressen, soweit diese mit der Kriegsführung im Zusammenhang stehen, und die moralische Wirkung der getroffenen Maßnahmen auf das Heer. Die militärischen Stellen können ihre Forderungen nach dieser Richtung jederzeit aus eigener Initiative vorbringen, jedoch immer nur im Sinne von Anregungen und Ratschlägen oder von Bedenken, nicht in der Form von Anweisungen, denen der Reichskanzler nachzukommen hätte.

1 Siehe die Anlage: eigh. Entwurf Hertlings mit beigefügter masch. Kop., dazu vermerkt: »siehe neue Fassung«. (BArch, R 43/2403f, f. 57–58). Diese »neue Fassung« der Erklärung, Ergebnis des Schriftwechsels Radowitz' mit der OHL (14.–19. Januar), die mit Hertlings Erstfassung unzufrieden war, liegt dem Kaiserbrief an Hindenburg v. 24. Januar bei. Ludendorff, Urkunden, S. 455–456, u. Nebelin, S. 365, drucken nur die obige, nicht definitive Erklärung, Anlage zu Rk. Nr. 255 v. 12. Januar 1918.

3. Meinungsverschiedenheiten zwischen den militärischen Stellen und dem Reichskanzler sind auf dem Wege gegenseitiger Aussprache zu beseitigen. Gelingt dies nicht, so ist die Entscheidung Seiner Majestät des Kaisers einzuholen. Die erfolgte Entscheidung überhebt die militärischen Stellen in allen Fällen jeder eigenen Verantwortung. Der Reichskanzler hat in dem Falle, daß die kaiserliche Entscheidung gegen ihn ausfällt, die ihm staatsrechtlich obliegende Consequenz zu ziehen, indem er seine Entlassung nimmt.[2]

2 Vorangehender Satz fehlt in der modifizierten Erklärung v. 23. Januar.

246

Hugo von Lerchenfeld an Otto von Dandl
Berlin, 13. Januar 1918

(masch. Kop.; BayHStA, MA 970, f. 14)

Die Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und der Obersten Heeresleitung haben stattgefunden. Der Reichskanzler hat Feldmarschall von Hindenburg und General von Ludendorff eine Aufzeichnung übergeben, in der eine genaue Grenze zwischen den beiderseitigen Kompetenzen gezogen ist.[1] Die Herren haben keine Einwendungen erhoben, vielmehr behauptet, daß die Grenzlinie der Natur der Sache entspreche und sie sich stets daran gehalten hätten. Seine Majestät der Kaiser hat die Stellung eingenommen, daß es ihm nicht zugemutet werden könne, wegen jeder Meinungsdifferenz einen Staatssekretär zu wechseln und daß ebensowenig ein Wechsel in der Obersten Heeresleitung aus solchen Gründe[n] eintreten könne. Man müsse sich eben verständigen.

Damit scheint wieder einmal der Fall beglichen. In der Umgebung des Reichskanzlers ist man aber überzeugt, daß angesichts des schwierigen Charakters Ludendorffs bei nächster Gelegenheit wieder Übergriffe in das politische Gebiet versucht werden …

gez. Graf von Lerchenfeld.

1 Siehe oben Nr. 245.

247

Hugo von Lerchenfeld an Otto von Dandl
Berlin, 14. Januar 1918

(masch. Kop.; BayHStA, MA 970, f. 14)

Die Krisis ist seit gestern glücklich beigelegt. Wie ich erfahre, hat sich Seine Majestät der Kaiser ganz entschieden auf den Standpunkt gestellt, daß an einen Personalwechsel nicht gedacht werden dürfe und die Oberste Heeresleitung sich mit dem Reichskanzler und Kühlmann verständigen müsse. Das ist dann auch geschehen. Feldmarschall von Hindenburg hat eine ruhige vermittelnde Stellung in der Sache eingenommen. General Ludendorff hat sich auch gefügt, spielt aber etwas den Gekränkten und ist zu den gestrigen Besprechungen nicht erschienen. Es bleibt darum fraglich, wie lange der Frieden dauern wird.

Sehr bedauerlich ist der Tiefstand, den die hiesige Presse wieder einmal aufweist, indem sie die wildesten Gerüchte verbreitet, voran das Berliner Tageblatt, ohne jede Rücksicht auf den Eindruck im Ausland. Die Presse erhält für ihre Polemik Nahrung aus allen möglichen Kreisen, insbesonders aus den Konventikeln Bülow und Tirpitz. Daneben arbeitet ein Konventikel Erzberger-Stresemann, der mit Scheidemann und Ebert in Verbindung steht.

Es wäre meines Erachtens hohe Zeit, Herrn Erzberger das Handwerk einigermaßen zu legen und andererseits das Pressewesen zu organisieren. Daß die hauptstädtische Presse nicht leicht zu zügeln ist, muß zugegeben werden. Aber meines Erachtens sind auch nicht die richtigen Leute an der Spitze der Presse-Abteilung, und funktioniert die Abteilung in so ungenügenden Räumen, daß ein richtiger Verkehr mit den Preßleuten unmöglich ist. Ich habe schon des öfteren auf diese Fehler hingewiesen und behalte mir vor, den Reichskanzler demnächst mit der Sache zu begrüßen….

gez. Graf von Lerchenfeld.

248

Paul von Hindenburg an Georg von Hertling
Großes Hauptquartier, 14. Januar 1918

Chef des Generalstabes des Feldheeres. 26475 P. (masch. Or.[1]; BArch, R 43/2403f, f. 59)

Auf Rk. Nr. 255 vom 12.1.[19]18.[2]

In der Annahme, dass die Erklärung[3] nur ein Bruchstück der von Euerer Exzellenz beabsichtigten Beantwortung meiner Denkschrift vom 7.1.1918 sein soll und ich der Gesamtbeantwortung gleichzeitig mit der Vollziehung der Erklärung entgegensehen darf, möchte ich dazu bemerken:

An sich erscheint mir, wie ich schon ausführte, die Erklärung entbehrlich. Sie enthält hinsichtlich Euerer Exzellenz staatsrechtlicher Verantwortlichkeit nichts, was ich oder General Ludendorff jemals bestritten hätten. Hinsichtlich meiner Person und des Generals Ludendorff ist eine staatsrechtliche Entlastung nicht nötig, da eine staatsrechtliche Verantwortung für uns nicht besteht. Wir fühlen uns aber nach unserer Stellung, wie sie sich – ohne unser gewolltes Zutun – herausgebildet hat, vor dem deutschen Volk, vor der Geschichte und vor unserem eigenen Gewissen für die Gestaltung des Friedens mitverantwortlich. Dieses Verantwortlichkeits-Bewusstsein kann uns keine Erklärung abnehmen.

Sollten Euere Exzellenz trotzdem eine solche Erklärung beibehalten, so bitte ich um folgende Fassung:

[…][4]

von Hindenburg.

1 Druck: Ludendorff, Urkunden, S. 456 f. Das Schreiben war nur ein Zwischenergebnis der Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und der OHL, beginnend mit Hertlings Erklärung vom 12. Januar, endend mit der vom 24. Januar 1918. Siehe Nr. 245 Anm. 1.

2 Siehe oben Nr. 245.

3 Siehe oben Nr. 245. Anlage zum Brief Hertlings an Hindenburg v. 12. Januar 1918.

4 Es folgen die Punkte 1–3 der Erklärung Hertlings gegenüber Hindenburg v. 12. Januar 1918 mit Zusätzen und Einschränkungen zugunsten der OHL, die Hertling und Radowitz ihrerseits beantworteten. Nach kurzem Schriftwechsel zwischen der Reichskanzlei und der OHL wurde die Endredaktion der Erklärung dem Brief Wilhelms II. an Hindenburg vom 24. Januar 1918 als Anlage beigeschlossen. Siehe unten Nr. 258, die Erklärung Hertlings v. 24. Januar 1918 mit Anm. 1.

249

Detlof von Winterfeldt an Wilhelm von Radowitz
Berlin, 14. Januar 1918

Nr. 349. (eigh. Or.; BArch, R 43/2403f, f. 60; Druck: Schwertfeger, Gutachten, S. 135)

Die O. H. L. legt großen Wert darauf, daß ihre an S. M. gerichtete Denkschrift beantwortet wird, und zwar unter Bezugnahme auf die einzelnen Hauptpunkte, wobei es genügen würde, wenn die Punkte, über die eine Klärung noch nicht erzielt ist, wie z. B. die Frage des polnischen Grenzstreifens in der Weise berührt werden, daß gesagt wird, »Punkt X bedarf noch weiterer Klärung«.

Außerdem würde die O. H. L. dankbar sein, wenn in der Stellungnahme des Herrn Reichskanzlers zwei Punkte erwähnt würden, und zwar

1. das Abrücken des Kanzlers von der Friedensresolution, da die Voraussetzungen, unter denen diese zustande gekommen war, nicht mehr zutreffen,
2. daß die O. H. L. zu dem ersten Teil der Verhandlungen in Brest schwere Bedenken schriftlich und mündlich vorgebracht hat.

Ich schlage vor, daß die Stellungnahme des Herrn Reichskanzlers zur Denkschrift, die an Seine Majestät zu richten wäre, in Abschrift der O. H. L. zugeht.[1]

v Winterfeldt[2]

1 Der Reichskanzler sandte die »Bemerkungen« aber nur auf dem Dienstweg, über den Kaiser, der OHL zu, die ihre Denkschrift v. 7. Januar auch an diesen gerichtet hatte.

2 Der Vertreter der OHL beim Reichskanzler machte dem Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei damit inhaltliche und formale Vorgaben. Hertling hatte Radowitz auf diesen Posten bestellt. – Wilhelm von Radowitz (1874–1939), geb. in Berlin, aus ungarischer katholischer, preußisch loyaler Adelsfamilie, nach Jurastudium 1896 Eintritt in den preußischen Justizdienst, 1902 in das AA, Attaché, 1903–1910 Legationssekretär in Peking, Madrid, Washington, Mexiko und Kopenhagen, 1911 Botschaftsrat in Tokio, 1913 in Paris, 1914–1916 Wirklicher Legationsrat und Vortragender Rat in der Abteilung I A (Politik) und im GHQ, 1916 in Konstantinopel, 1917 Dirigent der Abteilung V (Nachrichten), Geheimer Legationsrat, November 1917–Oktober 1918 Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei, zugleich Rang Gesandter, nach 1918 z. D., Rechtsanwalt, 1933 a. D.

250

Georg von Hertling an Clemens von Delbrück
Berlin, 16. Januar 1918

Der Reichskanzler. I A 33. (masch. Or.; ThULB, Nl C. Delbrück, 72–27–28)

Am 4. August 1916 hat mein Herr Amtsvorgänger mit dem in Abschrift beiliegenden Erlaß[1] den damaligen Staatsekretär des Innern, Staatsminister Dr. Helfferich, beauftragt, für die Darstellung der auf wirtschaftlichem Gebiete während des Krieges getroffenen Maßnahmen und der sich daraus ergebenden Erfahrungen in einem einheitlichen Gesamtbericht das Erforderliche unverzüglich in die Wege zu leiten. Staatsminister Dr. Helfferich vermag wegen der Übernahme anderer Aufgaben sich diesen Obliegenheiten nicht mehr zu unterziehen. Ich erlaube mir daher, Eurer Exzellenz die ergebene Bitte auszusprechen, die Eingangs erwähnte Aufgabe als Nachfolger von Dr. Helfferich gefälligst übernehmen zu wollen.[2] Zu ihrer Durchführung beabsichtige ich, einen »wissenschaftlichen Ausschuß zur Darstellung der deutschen Kriegswirtschaft« zu bilden, dessen Vorsitz ich Eurer Exzellenz übertrage. Zum geschäftsführenden Vorsitzenden, dem die Führung der laufenden Geschäfte obliegt, ernenne ich den ordentlichen Professor der Staatswissenschaften an der Deutschen

1 Abschrift des Erlasses Bethmann Hollwegs: ThULB, Nl C. Delbrück, 72–29.

2 Clemens Delbrück, nach seinem Ausscheiden in Jena ansässig, hatte im Amt eine Denkschrift zur wirtschaftlichen Lage 1914–1916 verfasst (Steinbach u. Dathe, S. 143) und suchte im Dezember 1917 mit der Bitte um Beteiligung an der wirtschaftlichen Kriegsgeschichte das Gespräch mit Stein, dem Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts, vorher Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern. (Stein an C. Delbrück, Berlin 20. Dezember 1917. ThULB, Nl C. Delbrück 72–13). An Lerchenfeld trug er den Wunsch heran, Stellvertreter des Reichskanzlers bei der OHL zu werden, erhielt aber den höflich abschlägigen Bescheid, dieser Rock sei ihm zu kurz, weil er dann »nach fremden Heften zu denken und zu handeln« habe. (Lerchenfeld an C. Delbrück, Berlin 1. Dezember 1917. Ebd., 72–15–18). Am 28. Dezember 1917 traf er Spiethoff in Berlin, der ihn als einen Mitinteressenten »an der Geschichtsschreibung der deutschen Kriegswirtschaft« über die bisherige Arbeit der wissenschaftlichen Gruppe beim Reichsamt des Innern, für die Spiethoff im Mai 1917 nach Berlin gerufen worden war, ins Bild setzte. (Ebd., 72–19–22; vgl. schon Spiethoff an C. Delbrück, Berlin 3. November 1917. Ebd., 72–3–7, 9–10). Am 11. Januar 1918 meldete Spiethoff C. Delbrück, das Bestallungsschreiben sei im Geschäftsgang zum Vortrag beim Reichskanzler, der sich verzögert habe, weil das Reichsamt des Innern eine viel längere Fassung, mit Schilderung der Vorgeschichte, gewünscht habe als Stein. (Ebd., 72–25). Die Kontroverse um die »Federführung« der Kommission zwischen dem Reichswirtschaftsamt (Stein) und dem Reichsamt des Innern wurde zugunsten des letzteren entschieden, da viele Fragen »in betracht kämen, die zu anderen Reichs- und preussischen Ressorts« gehörten wie Ernährungs- und Eisenbahnfragen. (Lewald an C. Delbrück, Berlin 20. Januar 1918. Ebd., 72–39–40). – Theodor Lewald (1860–1947), 1910–1917 Ministerialdirektor, 1917–1919 Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern, begrüßte die Wiederverwendung seines alten Chefs.

Universität in Prag und Leiter der wissenschaftlichen Gruppe des Reichsamts des Innern Dr. Spiethoff.[3]

Der Erlaß meines Herrn Amtsvorgängers vom 4. August 1916 ist sämtlichen Reichsämtern und preußischen Ministerien zugestellt, und über seinen Gegenstand hat am 20. Dezember 1916 eine Sitzung von Vertretern dieser Behörden stattgefunden. Dem Unternehmen sowie dem Vorschlag Dr. Helfferich's, zu seiner Durchführung einen wissenschaftlichen Ausschuß zu bilden, wurde allseitig zugestimmt. Ein Sitzungsbericht liegt bei.[4] Mit den Vorarbeiten zur Bildung dieses Ausschusses zur Darstellung der deutschen Kriegswirtschaft hatte Dr. Helfferich mittels des in Abschrift beiliegenden Schreibens vom 31. Juli 1917 den Leiter der wissenschaftlichen Gruppe des Reichsamts des Innern, Professor Dr. Spiethoff beauftragt[5], der Eurer Exzellenz über alles bisher in die Wege geleitete berichten wird. In dieser Beziehung hebe ich namentlich die Errichtung der wissenschaftlichen Gruppe des Reichsamts des Innern hervor, der die Darstellung derjenigen Gebiete der deutschen Kriegswirtschaft übertragen ist, die unter Leitung des Reichsamts des Innern und des Reichswirtschaftsamts stehen.

Die geschäftliche Behandlung des wissenschaftlichen Ausschusses zur Darstellung der deutschen Kriegswirtschaft wird beim Reichsamt des Innern liegen. Über die

3 Arthur Spiethoff (1873–1957), geb. in Düsseldorf, 1893–1899 Studium der Staatswissenschaften in Berlin bei Gustav Schmoller, 1905 Promotion, 1907 Habilitation, 1908 o. Professor an der Deutschen Universität Prag, 1918–1939 o. Professor für wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Universität Bonn, 1928/29 dort Gründer des Instituts für Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften; er verband historische Schule mit theoretischer Forschung. Seine Forschungen über Geldwert und Preisentwicklung gingen aus der zweijährigen Tätigkeit (1917–1919) in der Wissenschaftlichen Gruppe des Reichsamts des Innern und der Kommission zur Darstellung der Kriegsgeschichte hervor. Er publizierte u.a. über Geldmarkt, Wirtschaftsstile, wirtschaftliche Wechsellagen und Konjunkturen (Krisen, 1925). Bertram Schefold, Spiethoff, Arthur, in: NDB 24 (2010), S. 696 f.

4 Aufzeichnung über das Ergebnis der im Reichsamt des Innern unter Vorsitz des Innenstaatssekretärs Helfferich am 20. Dezember 1916 abgehaltenen Besprechung mit den Reichsämtern des Innern und der Justiz, dem Reichsschatzamt, Reichswirtschaftsamt, Auswärtigen Amt, Kriegsernährungsamt, Reichsmarineamt, der Reichskanzlei, den preußischen Ministerien und der Reichsbank. Helfferich führte aus, es müsse, da anders als bei früheren Feldzügen in diesem Krieg »der Wirtschaftskampf im Vordergrund stehe«, sogleich die Sammlung der wirtschaftsgeschichtlichen Erfahrungen begonnen werden, denn später seien die Zusammenhänge aus den Akten sowie dem Wissen der ehemals Beteiligten schwer zu rekonstruieren. Die Abfassung von Verwaltungsberichten wollte er den einzelnen Behörden als Basis einer einheitlichen Darstellung durch die wissenschaftliche Kommission übertragen. Die Geschichte der Kriegswirtschaft war zur Veröffentlichung vorgesehen, die Studien des Kriegsministeriums sollten in ergänzenden Anlagebänden Aufnahme finden, da sie zentrale Bereiche wie die »finanzielle Kriegführung« nicht erfassen würden. ThULB, Nl C. Delbrück, 72–33–38.

5 Der Stellvertreter des Reichskanzlers, Helfferich, an Spiethoff, Berlin 31. Juli 1917. ThULB, Nl C. Delbrück, 72–31–32.

weitere Zusammensetzung des Ausschusses, den Geschäftsgang, sowie die Aufstellung eines Voranschlags sehe ich den Vorschlägen Eurer Exzellenz entgegen.[6]

Eure Exzellenz würden die Geschäfte ehrenamtlich führen und Ihren Wohnsitz in Jena behalten können. Für die notwendigen Reisen und Aufenthalte außerhalb Jenas würde ich bitten, Ihre Unkosten beim Reichsamt des Innern anzumelden.[7]

Hertling

6 Der Vorläufige Arbeitsplan des Wissenschaftlichen Ausschusses zur Darstellung der deutschen Kriegswirtschaft, Berlin 7. Februar 1918 (ThULB, Nl C. Delbrück, 72–43–59), wurde dem Vizekanzler Payer am 9. Februar zugesandt, der dafür am 22. Februar dankte. Geplant war »eine nach Sachgebieten gegliederte Darstellung, die die gesamte deutsche Kriegswirtschaft erfaßt und alles Wißbare zur Mitteilung bringt«. Das mehrbändige Sammelwerk mit unter Verfassernamen laufenden Einzelbeiträgen sollte 5–6 Jahre nach Friedensschluss vorliegen. An zu erforschenden Gruppen (untergliedert in insgesamt 40 Untergruppen) waren aufgeführt: Bevölkerung, Nahrungsmittel, Gewerbe, Ein- und Ausfuhr, Verteilung, Finanzen, Verkehr, Preise, Organisation, Gesetzestechnik der Kriegswirtschaft, Wirtschafts- und Handelskrieg. Einzubeziehen waren die besetzten Gebiete (Belgien, Osten). Es war eine Dreiteilung vorgesehen: 1) Verwaltungsberichte der Behörden (Reichsämter, Ministerien, Bundesstaaten), 2) Berichte der Selbstverwaltungsverbände (z. B. Deutscher Städtetag, Landwirtschaftsverbände), 3) in freier und unabhängiger Forschung von jüngeren und älteren Gelehrten erstellte Abhandlungen über die Sachgebiete. (Spiethoff an Reichsministerium des Innern, Bonn 6. Oktober 1919, über den Abbau des Wissenschaftlichen Ausschusses. Ebd., 72–375–376). Die Differenzen mit dem Professor für Staatswissenschaften in Berlin und Agrarexperten Max Sering (1857–1939), der die Wissenschaftliche Kommission des Preußischen Kriegsministeriums, der er vorstand, erhalten und maßgeblich beteiligt wissen wollte, dauerten bis 1919. (Vgl. Sering an C. Delbrück, Berlin 14. Februar 1918; Delbrück an Sering, Jena 15. Februar 1918. Ebd., 72–61–63, 65–69). Bedenken und Einflussnahmen von Bundesstaaten, z. B. Braunschweigs und Bayerns, waren zu berücksichtigen. Für die in Frage kommenden Gelehrten sah man Werkverträge vor. Die Finanzierung oblag dem Reichstag. Von dort machte das Zentrum Personalvorschläge. Unklar war zunächst, ob ein einheitlicher großer oder ein jeweils enger Ausschuss über einzelnen Gruppen gebildet werden sollte. Sorgen machte die pünktliche Ablieferung geeigneter Verwaltungs- und Verbandsberichte. Aber es war das Weltkriegsende, das für den Wissenschaftlichen Ausschuss schicksalhaft wurde. Der Reichsinnenminister Dr. David, der neuere Sprachen und Geschichte studiert hatte, sah zwar das »große Unternehmen« als nicht mehr relevant »für die brennenden politischen Fragen« an, doch müsse es »unter allen Umständen irgendwann durchgeführt werden«. (Spiethoff an C. Delbrück, Berlin 9. August 1919. Ebd., 72–353–355). Die Verlagerung von Akten, der Wechsel in den Ministerien und der Rückruf der Hochschullehrer an ihre Universitäten erschwerten das Unternehmen sehr. Die Liquidation der Wissenschaftlichen Gruppe des Reichsamts des Innern und des Wissenschaftlichen Ausschusses vom Januar 1918 erfolgte Ende November 1919, weil das Reichsfinanzministerium unter Erzberger wegen geschwundenen sachlichen Interesses die Finanzierung verweigerte. (Lewald an C. Delbrück, Berlin 22. November 1919; Spiethoff an C. Delbrück, Bonn 22. Oktober 1919. Ebd., 72–395, 392). Spiethoff blieb die Einzelabwicklung mit den Beiträgern überlassen.

7 Lewald sorgte indes dafür, dass C. Delbrück eine »pauschalierte Monatsvergütung« von 150 M. und für seine Reisen die Tagegelder der Staatssekretäre erhielt. ThULB, Nl C. Delbrück, 72–40, 72–153.

251

Hugo von Lerchenfeld an Otto von Dandl
Berlin, 17. Januar 1918

(masch. Kop.; BayHStA, MA 970, f. 15–17)

Hochwohlgeborener Herr! Hochverehrter Herr Staatsminister!

Wie Eurer Exzellenz bekannt ist, wird schon lange von konservativer und militärischer Seite gegen Herrn von Valentini gearbeitet unter dem Vorgeben, daß er seinen Kaiserlichen Herrn isoliere und über politische Dinge nicht genau informiere. Ob bei der letzten Krise auch der Kronprinz auf den Rücktritt des Kabinettschefs hingewirkt hat, ist mir nicht bekannt.[1] Jedenfalls war das aber früher der Fall. Seine Kaiserliche Hoheit steht unter dem Einfluß des Herrn von Oldenburg-Januschau[2] und eines Kammerherrn Freiherrn von Maltzan[3], die der extremkonservativen Partei angehören, bei der Herr von Valentini wegen seines Zusammenarbeitens mit Herrn von Bethmann schlecht angeschrieben ist. Ich habe auch Anhaltspunkte dafür, daß der Kreis des Fürsten Bülow bei der Beseitigung des Kabinettschefs mitgewirkt hat, um so eines der Hindernisse zu beseitigen, die einer zweiten Kanzlerschaft des Fürsten Bülow im Wege stehen.- Andererseits wurde mir gesagt, daß in der jüngsten Differenz zwischen dem Reichskanzler und der Obersten Heeresleitung der Kronprinz eine sehr korrekte vermittelnde Stellung eingenommen hat.

Über seine Auseinandersetzungen mit Feldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff hat mir gestern der Reichskanzler einiges erzählt. Nach diesen Mitteilungen stehen beide Generale auf dem Standpunkt, daß sie dem Deutschen Volke gegenüber die Verantwortung für die Führung des Krieges und dessen Enderfolg tragen. Der Reichskanzler läßt das nicht gelten und vertritt seinerseits den Standpunkt, daß für die Kriegführung dem Deutschen Volke gegenüber der Kaiser allein die Verantwortung trägt und die Generale nur dem Kaiser gegenüber verantwortlich sind. Eine politische Verantwortung trägt ausschließlich der Reichskanzler mit der

1 Wilhelm von Preußen (1882–1951), ältester Sohn Wilhelms II., seit August 1914 Oberbefehlshaber der 5. Armee, später der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz, versuchte im November 1917 erfolglos, Valentini zu stürzen. Mit Hindenburg und Ludendorff forderte er am 13./14. Januar 1918 erneut den Rücktritt dieses »Flaumachers«. Afflerbach, Kaiser Wilhelm II., S. 94 f., 544.

2 Elard von Oldenburg-Januschau (1855–1937), geb. in Beisleiden/Eylau, Offizier, Rittergutsbesitzer, Vorsitzender des Provinz Westpreußen des Bunds der Landwirte, 1902–1912 Mitglied des Reichstags (konservativ), 1902–1910 des Preußischen Abgeordneten- sowie des Herrenhauses 1910–1918.

3 Hans Jaspar Freiherr von Maltzan (1869–1929), geb. in Vanselow, 1891 Gerichtsreferendar, 1896 Regierungsassessor, 1903–1920 Landrat von Rügen (Kreis Bergen), 1908–1918 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses (Deutsch-Konservative), 1921–1926 des preußischen Staatsrats; Anfang 1914–Juni 1916 Berater des Kronprinzen Wilhelm. Afflerbach, Kaiser Wilhelm II., S. 647, 1033.

Folge, daß, wenn die Politik des Kaisers nicht der Überzeugung des Reichskanzlers entspricht, dieser seine Entlassung jederzeit nehmen kann und muß. Dieses Recht und diese Pflicht steht den Generalen nicht zu. Sie haben nach den Befehlen des Kaisers zu handeln und sie können, wenn sie mit politischen Maßregeln der Reichsleitung nicht einverstanden sind, nicht zurücktreten, sondern nur ihre Bedenken dem Kaiser vortragen, der dann entscheidet.

Diese Gesichtspunkte sind vom Reichskanzler in anderer Form gefaßt den beiden Generalen vorgelegt worden und diese haben sich nach einigem Zögern auch mit dem Schriftstück einverstanden erklärt.[4] Sie sind aber, wie der Reichskanzler bemerkte, vorgestern brummend und unter der Behauptung, gar nichts erreicht zu haben, abgereist, und Graf Hertling erwartet nicht, daß die Fixierung eines eigentlich selbstverständlichen Verhältnisses die Streitaxt auf die Dauer begraben hat. Immerhin hat der Reichskanzler erreicht, daß Herr von Kühlmann im Amte, jedenfalls bis zum Schlusse der Verhandlungen in Brest-Litowsk und hoffentlich auch weiter, verbleibt.

Die Schuld an diesem beständigen Krieg zwischen Reichs- und Obersten Heeresleitung liegt in dem schwierigen Charakter des General-Quartiermeisters, zu dem sich begreiflicherweise noch eine starke Nervosität in letzter Zeit gesellt hat. General Ludendorff ist mit Recht von seiner Unentbehrlichkeit durchdrungen. Diese wird auch von jedem anerkannt und der General ist in einer so sicheren Position, daß er es zum mindesten vermeiden könnte, bei jeder Gelegenheit Krach zu machen, noch dazu in Formen, die den Verkehr mit ihm geradezu peinlich machen.

Vielleicht ist es ein Trost, wenn man sich sagen muß, daß im Krieg das Verhältnis zwischen den Politikern und den Militärs nie anders gewesen ist. Auch Fürst Bismarck hat darunter gelitten. Freilich spielten sich die Dinge damals insofern meist anders ab, als es der Reichskanzler war, der den Krach machte und meist, aber doch auch nicht immer, recht behielt.

Eine schlimme Erscheinung ist zurzeit, daß jede Differenz in Regierungskreisen allsogleich in die Reichstagskreise und von da in die Presse und das Publikum dringt, und unbekümmert um den Schaden, der daraus im Aus- und Inland entsteht, parteipolitisch und zu Sensationszwecke[n] ausgenützt wird. Es ist schwer zu verstehen, daß die hohen Militärs und die konservativsten Leute, die bei jeder Gelegenheit gegen den Parlamentarismus sprechen, sich nicht scheuen, für ihre Zwecke die öffentliche Meinung jedesmal mobil [zu] machen und damit dem Parlamentarismus in die Hände [zu] arbeiten. Daß der Verlauf der Bethmann'schen Kanzlerkrisis und dank der Zusammenarbeit der Obersten Heeresleitung mit Herrn Erzberger mehr als andere den Parlamentarismus großgezogen hat, hätte General Ludendorff wohl voraussehen können.

4 Siehe oben Nr. 245.

Zurzeit schwanken der Reichstag und die öffentliche Meinung zwischen zwei Extremen: der Resolution vom 19. Juli und dem Bekenntnis der Vaterlandspartei[5]. Zur Resolution und ebenso zu den wild-alldeutschen Zielen schwören im Grunde nicht sehr Viele, die große Menge wird bald von dem einen oder anderen Extrem angezogen und kann keine mittlere Linie finden. Das erschwert so sehr die Stellung des Reichskanzlers, der auf die sogenannte Mehrheit Rücksicht nehmen muß, und damit immer in Konflikt mit den Leuten kommt, denen er nach seiner konservativen Gesinnung angehört. Es wird daher vielfach als ein Gebot der Zeit empfunden, durch Abtrennung der Sozialdemokraten und durch eine Verschiebung nach rechts eine neue Mehrheit zu schaffen. Aber abgesehen von der Gefahr, die eine Abstoßung der Sozialisten für die Ruhe im Lande in sich birgt, ist die Rechte wenig geeignet, sich auf einer mittleren Linie mit der Linken zusammenzufinden. Ich zweifle also, daß viel Aussicht für eine solche Neugruppierung vorhanden ist.

Dank der starren Haltung der Konservativen im preußischen Landtag ist der Verlauf der Verhandlungen über das preußische Wahlrecht auch kein erfreulicher. Ich hatte dort mit einer, wenn auch kurzsichtigen, aber gesinnungstüchtigen Opposition gerechnet; statt dessen arbeiten die Konservativen mit den kleinen Mitteln der Obstruktion und finden dafür bei den Freikonservativen und Nationalliberalen Mitläufer. Noch läßt sich der Ausgang nicht voraussehen, aber jedenfalls sind zurzeit die Aussichten der Vorlage nicht erfreulich.

Die Ernennung des Grafen Podewils zum Vertreter Bayerns bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk ist gestern von dem Abgeordneten Stresemann im Reichstag[s]-Ausschuß beanstandet worden. Ob mit Wissen der sächsischen Regierung oder nicht, ist mir nicht bekannt. Jedenfalls hat Herr Stresemann das gleiche Recht für Sachsen verlangt. Herr von dem Bussche hat sehr sachgemäß die betreffende Stelle im Vertrag vom Februar 1871 bekanntgegeben und hat dazu bemerkt, daß es schwer zu verstehen gewesen wäre, wenn Bayern von dem ihm zustehenden Rechte keinen Gebrauch gemacht hätte. Da mir bekannt geworden war, daß auch in Herrenhauskreisen gestern früh die Bemerkung gefallen war, daß Bayern sich eine Kontrolle über die Reichsvertretung anmaße, habe ich Herrn von Bussche telephonisch gebeten, die Sache in der Presse aufzuklären. Der Unterstaatssekretär hatte aber schon das Nötige selbst veranlaßt, wie Euer Exzellenz der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung von heute entnommen haben werden (Nr. 30).

Wann Seine Majestät der Kaiser nach dem Hauptquartier reist, ist noch nicht abzusehen, da Erkältungen bei dem Hohen Herrn erfahrungsgemäß meist lange dauern. Inzwischen ist seit gestern auch Ihre Majestät die Kaiserin unwohl.

5 Gegründet am 2. September 1917 in Königsberg. Hindenburg sandte ein Glückwunschtelegramm, Vorsitzender wurde Tirpitz; die ersten Parteiversammlungen waren überfüllt. Tirpitz forderte handgreifliche Entschädigungen, sonst siege der »anglo-amerikanische Kapitalismus«. Tagung am 24. September. Schulthess 58, NF 33 (1917/I), S. 811–814; Hagenlücke.

Im Reichskanzleramt ist man über die Absicht Seiner Majestät des Königs, in das Hauptquartier zu reisen, sehr erfreut und erhofft sich von einem Gespräche Seiner Majestät mit Hindenburg und Ludendorff einen guten Erfolg.

Graf Podewils kommt morgen früh und wohnt in der Gesandtschaft.

Im Auswärtigen Amt war heute keine Besprechung. Ich habe aber erfahren, daß man mit dem Gang der Dinge in Brest-Litowsk zufrieden ist. Namentlich begrüßt man es, daß die Verhandlungen mit den Ukrainern, wie man gehofft hat, gut verlaufen. Da der Süden Rußlands noch im Besitz von viel Getreide ist – man spricht von 10 Millionen t[on]s – so würde ein Abschluß mit der Ukraine unsere Versorgung sicherstellen. […]

gez. Graf von Lerchenfeld

252

Wilhelm von Radowitz an Friedrich Wilhelm von Limburg-Stirum
Berlin, 17. Januar 1918

Anlage[1] (Druck: Schwertfeger, Gutachten, S. 337–339)

Von der Obersten Heeresleitung, dem Kaiser und Kronprinzen wird darauf gedrungen, daß der Reichskanzler jetzt öffentlich und positiv von der Resolution vom 19. Juli abrücken soll durch eine dahingehende Erklärung im Reichstag. Der Herr Reichskanzler steht ebenso wie die Genannten auf dem Standpunkt, daß die Voraussetzungen, unter denen die Regierung der Resolution zugestimmt hat, nicht mehr zutreffen, und daß infolgedessen die Regierung freie Hand gegen die Westmächte hat. Rußland hat zu einer Zeit den Frieden mit uns gesucht, zu der die Resolution auch für die Regierung noch maßgebend war. Die Entente aber hat nie Notiz von ihr genommen, sondern jetzt im Januar noch einmal ausdrücklich erklärt, daß ihre Kriegsziele völlig verschieden sind von den Prinzipien, die wir in der Resolution aufgestellt haben.[2] Ein solches einseitiges Verhältnis, in dem wir gebunden, die andern aber frei sind, läßt sich auf die Dauer nicht durchführen.

---

1 Anlage zu dem kurzen Brief des Unterstaatssekretärs Radowitz an den persönlichen Vertreter des Reichskanzlers bei der OHL, Limburg-Stirum, vom 17. Januar 1918: »Lieber Stirum! In der Anlage habe ich Dir einige Gesichtspunkte aufgeschrieben, die ich Dich bitte, der O.H.L. gegenüber zu verwerten in der Frage des Abrückens von der Resolution vom 19. Juli und des Verhältnisses der Regierung zu der Mehrheit und speziell der Sozialdemokratie«. (Druck: Schwertfeger, Gutachten, S. 337, aus: Akten der Reichskanzlei, Rk. 16 149 K.J.). – Friedrich Graf von Limburg-Stirum gen. Ebers (1871–1953), geb. in Berlin, Sohn des Gesandten und Staatssekretärs des Äußern Friedrich Wilhelm Graf von Limburg-Stirum. Nach Studium der Rechts- und KameraIwissenschaft in Bonn und Breslau (Mitglied des Corps Borussia in Bonn) Regierungsassessor, Hilfsarbeiter im preußischen Kultusministerium, Rittmeister d. R., Fideikommissherr auf Eberspark, Kreis Wirsitz (Posen), 1905–1914 Landrat von Tarnowitz. (Genealogisches Handbuch, Gräfliche Häuser A, Bd. 2, S. 258 f.; Winkel, S. 220, Nr. 736). Im Einvernehmen mit der OHL bestellte Hertling Limburg-Stirum ab Anfang Januar 1918 zu seinem »ständigen Vertreter in Fragen der inneren Politik und Verwaltung« im GHQ. Hertling an die Chefs der Reichsbehörden mit Ausnahme des AA, Berlin 23. Dezember 1917. Die Tätigkeitsmerkmale der neu geschaffenen Stelle hatte Michaelis am 18. August 1917 festgelegt. (BArch, R 43/2403e, f. 144; PAAA, R 1387, S. 150). Limburg-Stirum hielt auch Vortrag beim Kronprinzen (BArch, R 43/5139) und schrieb Lebenserinnerungen (1874 bis 1947). Ludendorff, Kriegserinnerungen, S. 207, schätzte ihn: »ein kenntnisreicher und gewandter Mann von warmer vaterländischer Gesinnung. Der Verkehr mit ihm war mir eine menschliche Freude«.

2 Siehe oben Nr. 237 Anm. 3. Lloyd Georges sah in dem ausgesprochenen Annexionsverzicht nur »leere Worte«, Rede vom 5. Januar 1918. (Schulthess 59, NF 34 [1918/II], S. 143–147). Am 20. Juli 1917 verlangte Minister Edward Carson (1854–1935) als Bedingung für Friedensverhandlungen den Rückzug der deutschen Truppen hinter den Rhein, am 21. Juli Lloyd George den Wechsel der Regierung in Deutschland von der »Militärpartei« und Junkerherrschaft zur »Demokratie«. Die Friedensresolution galt nicht als geeignete Verhandlungsgrundlage (Schulthess 58, NF 33 [1917/II], S. 307–309, 314; ebd., [1917/I], S. 722), wurde im britischen Unterhaus (am 26. Juli) wenig beachtet und von den englischen Zeitungen kaum gemeldet. Vgl. Ludwig Herz (Geschäftsführer des

In bezug auf die zu verfolgende Taktik für das Abrücken von der Resolution ist der Reichskanzler freilich anderer Ansicht.

Eine Erklärung in dem gewünschten Sinne macht es der Sozialdemokratie unmöglich, ihr Gesicht ihren Leuten gegenüber zu wahren. Die Erklärung würde die jetzige Mehrheit ohne weiteres sprengen und die gesamte Sozialdemokratie, den größten Teil des Freisinns und möglicherweise einen Teil des Zentrums in eine Opposition zur Regierung treiben, die ein Weiterregieren unmöglich machen würde. Das Bestreben des Reichskanzlers ist daher, das Haus selbst dazu zu bringen, daß es einsieht, die Voraussetzungen für die Resolution seien nicht mehr gegeben, und es müsse eine Befreiung Deutschlands von dieser selbst angelegten Fessel eintreten. Gelingt das, so wird es auch für die Sozialdemokraten möglich, sich in weiterer Fühlung und Mitarbeit mit der Regierung zu halten. Diese Mitarbeit brauchen wir aber, solange der Krieg dauert, denn eine Sozialdemokratie, die, von der Regierung brüskiert, sich von der Mitarbeit zurückzieht, verliert in dem Moment auch die Lust und die Möglichkeit, für die Intentionen der Regierung bei ihren Wählern und ganz besonders bei den Gewerkschaften einzutreten. Diese gleiten dann ganz in die Hände der Unabhängigen, und die Gefahr, daß dann wirklich Streiks usw. vorkommen, wird eminent. Die Oberste Heeresleitung hat zwar des öfteren erklärt, sie sähe eine solche Gefahr nicht voraus, ich glaube, sie täuscht sich darin. Die Gefahr ist tatsächlich nicht vorhanden, solange die Sozialdemokraten im Gegensatz zu den Unabhängigen[3] stehen. Sie tritt aber sofort ein, wenn die Sozialdemokraten mit den Unabhängigen gemeinsame Sache machen und unter dem Motto der Kriegsverlängerung und der Parole Wahlrecht, Hunger und Frost auf die Massen einwirken. Wir müssen sie also bei der Stange halten und dürfen nicht vergessen, daß das russische Beispiel trotz allem auch bei uns wirkt und böse Folgen zeitigen kann, wenn die bösen Elemente nicht durch ihre eigenen Führer im Zaum gehalten werden.[4] Die Berichte des Polizeipräsidenten von Berlin in dieser Richtung sind bezeichnend. Ein gut informierter Russe in Stockholm hat gesagt, die Revolution werde auf Deutschland

---

Parlamentarischen Untersuchungsausschusses), Die Friedensresolution des Reichstages und das Ausland, in: Delbrück, Korreferat, S. 369 f.; Klepsch, S. 247.

3 Die USPD, am 6.–8. April 1917 in Gotha gegründet, ging aus innerparteilicher Opposition hervor. Sie schloss bis Ende 1918 die Spartakusgruppe ein. Ihre Programmpunkte waren: Amnestie für alle politischen Gefangenen, unbeschränkte Koalitions- und Versammlungsfreiheit, Aufhebung der Zensur und aller Ausnahmegesetze, gleiches, allgemeines, geheimes und direktes Wahlrecht, die Einführung des Rätesystems und die unmittelbare Vergesellschaftung von Industrie, Banken und Großgrundbesitz. Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa, S. 131 f.

4 Vom 28. Januar bis 4. Februar 1918 brach in den Berliner Rüstungsbetrieben ein ca. 12 Prozent der 1,3 Millionen Rüstungsarbeiter erfassender Streik aus. Er wurde zur Belastungsprobe für den Zusammenhalt der Mehrheitsparteien. Erzberger warnte die Mehrheitssozialisten, vor den Unabhängigen Sozialisten die Waffen zu strecken (5. Februar 1918). Die Reichsleitung weigerte sich, mit den Streikenden zu verhandeln. In London begrüßten Extra-Blätter den Streik. IfA 1917/18, 2. Teil, S. 193–198; vgl. Schulthess 59, NF 34 (1918/I), S. 49–55; Schwertfeger, Gutachten, S. 112–114; G. Mayer, Deutsch-jüdischer Historiker, S. 136–142: Tagebucheinträge v. 24. Januar–2. Februar 1918.

nicht übergreifen, weil die deutsche Regierung in kluger Einsicht verstanden hätte, die sozialistischen Elemente durch Entgegenkommen und Eingehen auf berechtigte Wünsche auf ihrer Seite zu halten. Stoßen wir sie jetzt weg, so entsteht in kurzer Zeit das Chaos. Maschinengewehre schützen dagegen nicht. Der Herr Reichskanzler wird in seiner Rede den Ausspruch vom 29. November – die Papstnote sei kein Freibrief für endlose Fortsetzung des Krieges – vertiefen und verschärfen[5] und wird vorher mit den Parteien Fühlung nehmen, damit auch die Sozialdemokraten auf diesen Boden treten können. Er will sich aber nicht von den Konservativen zu dem Bruch mit der Sozialdemokratie drängen lassen, den diese anstreben, um aus ihrer selbstverschuldeten Isolierung herauszukommen und um das Wahlrecht zu Fall zu bringen. Die von dieser Seite vorgebrachten außenpolitischen Momente sind ein Deckmantel für den angestrebten Umsturz im Innern. Das läßt sich das Volk jetzt nicht mehr gefallen, und es gibt eine Desastre sowohl für die Kriegsführung wie für den Thron. Die Krone muß sich sagen, daß sie der Entwicklung der demokratischen Ideen sich nicht, gestützt auf eine kleine Gruppe von Machthabern, entgegenstellen darf, sie muß auch in dieser Bewegung führen, denn die Zukunft gehört der demokratischen Monarchie, wie wir sie in den politisch schon früher entwickelten süddeutschen Bundesstaaten schon jetzt haben. Jeder andere Weg führt über kurz oder lang zum Abgrund. Die erstrebenswerte Umbildung des rechten Flügels der Sozialdemokratie in eine nationalgesinnte Arbeiterpartei wird für immer unmöglich gemacht, wenn die Regierung in diesem Augenblick den Bruch herbeiführt. Die Arbeit bei den Parteien ist schon eingeleitet, und der Herr Reichskanzler bittet dringend, daß ihm nunmehr in dieser für die Zukunft und Sicherheit der Heimat so absolut wichtigen Frage keine Schwierigkeiten gemacht werden.

5 Während Hertling am 29. November 1917 vor dem Reichstag die Friedensnote des Papstes begrüßt und mit den deutschen Kriegszielen für vereinbar erklärt hatte, hielten die britische Regierung, Ministerpräsident Ribot und Präsident Wilson abweichend von den in der Papstnote vom 1. August 1917 aufgestellten Prinzipien an ihrer Ablehnung der deutschen Regierung als Verhandlungspartner fest und verlangten von den Mittelmächten die Erbringung von Sicherheiten (Assekuration) gegen zukünftige Kriegsgreuel. (Steglich, Friedensappell Papst Benedikts XV., S. 422–424, 335–337). Italien fand sich zu einer Antwort an den Papst unter Berufung auf den Londoner Vertrag vom 26. April 1915 nicht bereit, der in Artikel 15 die Zuziehung päpstlicher Vertreter zur Friedensvermittlung ausschloss. Steglich, Friedenspolitik der Mittelmächte, S. 203 f.

Eine absolute Notwendigkeit für eine so drastische Regierungserklärung liegt zurzeit nicht vor. Der Kampf im Westen steht. Die Offensive kann erst in Monaten einsetzen, und die Stimmung im Heere wird sich dadurch nicht verschlechtern. Überhaupt wird von der Obersten Heeresleitung das Motiv Stimmung im Heere m[eines] E[rachtens] zu oft ausgespielt, um auf die Regierung einzuwirken. Stimmungen dürfen für politische Entschlüsse nicht ohne weiteres maßgebend sein und haben schon oft gegen die kühl mit Tatsachen rechnende Staatskunst zurücktreten müssen (cf. Bismarck 1866).

Sehr einverstanden
gez. H[ertling] 17/I.
(Graf Hertling)

253

Wilhelm II. an Friedrich August von Sachsen
Berlin, 17. Januar 1918

Rk. 16904 (masch. Kop.[1]; GStA PK, I HA Rep. 89, Nr. 32410, f. 156)

Lieber Friedrich!

Deinen Brief vom 11. d[ieses] M[onats][2] habe ich mit bestem Dank erhalten. Auch mir sind aus vielen Teilen des Landes, von Vereinen und Privatpersonen Telegramme in grosser Zahl zugegangen, aus denen Beunruhigung über den Ausgang der Friedensverhandlungen spricht. Ich teile diese Beunruhigung nicht, da ich volles Vertrauen zu den Männern habe, die ich mit den Verhandlungen beauftragt habe. Was zu erreichen ist, wird erreicht werden und nichts wird unterlassen, was für die Sicherung unserer Zukunft nötig ist. Darüber besteht auch zwischen meinen militärischen und politischen Ratgebern Einigkeit. Wenn es zwischen ihnen über die einzuschlagenden Methoden und Einzelfragen auch bisweilen zu Meinungsverschiedenheiten kommt und kommen muss, so braucht man sich darüber nicht zu beunruhigen. Es ist mir bislang immer gelungen und wird mir auch weiterhin gelingen, derartige Schwierigkeiten auszugleichen und zu überwinden um eine stetige, zum Heil des Vaterlandes dienende Politik durchzuführen. Ich sehe daher mit Zuversicht in die Zukunft und freue mich aus Deinem Briefe dasselbe Gefühl erkennen zu können.

[Persönliche Schlussformeln]

1 Diese Antwort an den König von Sachsen wurde von Hertling als Entwurf aufgesetzt und von Wilhelm II., außer der persönlichen Schlussformel, ohne Änderung übernommen und gezeichnet, nachdem der Kaiser dem Reichskanzler Friedrich Augusts Brief vom 11. Januar »zur Kenntniß und Aeußerung« hatte zustellen lassen.

2 Friedrich August von Sachsen an Wilhelm II., Dresden 11. Januar 1918 (eigh. Or.). Friedrich August III. (1865–1932), seit 1904 König von Sachsen, teilte dem Kaiser mit, »daß mir in den letzten Tagen aus allen Teilen meines Landes zahlreiche Telegramme zugegangen sind, die der Sorge darüber Ausdruck geben, es könnte bei den Friedensverhandlungen mit unseren Feinden die von den militärischen Stellen geforderte Sicherung unserer Grenzen von unseren Unterhändlern nicht genügend verlangt werden«. Die Vertreter Deutschlands würden sicherlich gemäß ihrer Instruktion für die Grenzsicherung alles durchzusetzen trachten, »was sich nach der politischen und militärischen Lage erreichen läßt«, er glaube »aus Sorge um unser geliebtes Vaterland« aber doch, »von der in weiten Kreisen der Bevölkerung auf Irrtümer und Mißverständnisse zurückzuführenden eingewurzelten Beunruhigung Kenntnis geben zu sollen«. Am ehesten könne ein Wort aus des Kaisers Mund diese Beunruhigung zerstreuen. GStA PK, I HA Rep. 89, Nr. 32410, f. 149–150.

254

Bernhard von Bülow an Georg von Hertling
Berlin, 18. Januar 1918

(masch. Kop.; Nl Bülow, Nr. 86, f. 19)

Verehrter Graf

Euerer Exzellenz ist es nicht unbekannt, dass ich gegenüber allen in der Presse gegen mich gerichteten Angriffen absolute Zurückhaltung bewahrt habe, nicht zuletzt in dem Wunsche, von meiner Seite alles zu vermeiden, was zu einer Beunruhigung der öffentlichen Meinung und damit zu einer Erschwerung der Geschäftsführung der verantwortlichen Stellen beitragen könnte. Um so mehr muss es mich befremden, dass der plumpe Vorstoss des »Wiener Fremdenblattes« gegen mich durch Wolffs Telegraphenbureau[1] ohne Kommentar verbreitet wird. Weder habe ich dem Staatssekretär des Äussern Schwierigkeiten bereitet, noch bin ich »lebhaft am Werke«, seinen Posten zu erhalten.[2] Meine Vergangenheit wie meine Haltung seit meinem Rücktritt sollten mich vor so grotesken Unterstellungen bewahren. Aus Ihrer Amtszeit als Bayrischer Ministerpräsident und als Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten sind Euere Exzellenz über den Gang unserer Verhandlungen während der italienischen Neutralitätsperiode auch zu genau informiert, um nicht zu wissen, dass ich während der mir übertragenen Mission in Rom keinen Schritt getan habe, der nicht in vollem Einvernehmen mit den Wünschen der Centralstelle gestanden hätte. Die Hinfälligkeit der gegen mich erhobenen Anschuldigungen steht für Euere Exzellenz ebenso fest wie für mich.

Das »Fremdenblatt« behauptet, es sei zu seinem Vorstoss durch hier zirkulierende »Gerüchte« bestimmt worden. Die Dreistigkeit, mit der ein früherer deutscher Reichskanzler, der in den 12 Jahren seiner Amtsführung Österreich-Ungarn wiederholt wertvolle und dankbar anerkannte Beweise bundestreuer Gesinnung gegeben

1 Wolffs Telegraphisches Bureau, 1849 durch den Berliner Zeitungsverleger Bernhard Wolff gegründet, seit 1869 unter dem Einfluss des preußischen Staatsministeriums, bedeutendste deutsche Nachrichtenagentur. Sie unterhielt Korrespondenzbüros vor allem in Mittel- und Nordeuropa und teilte den weltweiten Berichtsbereich mit Reuter (Großbritannien) und Havas (Frankreich).

2 Bülow konnte als Kandidat der OHL für den Posten Kühlmanns gelten. Lerchenfeld berichtete, der »höchst plumpe Artikel des Wiener Fremdenblattes« habe die nach Valentinis Abgang »sehr unruhige Stimmung hier« noch mehr erregt »und gerade das Gegenteil von dem erreicht, was man in Wien bezweckte. Der Fürst hat gestern in der Herrenhaussitzung den Nachfolger Valentinis, Herrn von Berg ostentativ in ein langes Gespräch gezogen. Bisher galt Herr Herr von Berg nicht als ein Bülowmann, und wie ich ihn kenne, wird er nicht ohne weiteres einzufangen sein. Herr von Berg dürfte aber etwas alldeutsch gefärbt sein«. Lerchenfeld an Dandl, Berlin 18. Januar 1918. (BayHStA GHA, Kabinettsakten König Ludwigs III., 51). Siehe die rasche Reaktion Hertlings am 19. Januar 1918, unten Nr. 256.

hat, auf Grund unwürdiger Entstellungen und Verleumdungen angegriffen wird, muss Euere Exzellenz peinlich berührt haben.[3]

Ich darf mich daher wohl der Erwartung hingeben, dass Euere Exzellenz das Geeignete veranlassen werden, um in der Presse feststellen zu lassen, dass die angeblichen Gerüchte, an die das »Wiener Fremdenblatt« anknüpft, jeder Unterlage entbehren. Ob und inwieweit Euere Exzellenz darüber hinaus derartigen unwürdigen und politisch sicher nicht nützlichen Treibereien entgegentreten wollen, stelle ich in Ihr Ermessen.[4]

m[anu] p[ropria]/In ausgezeichneter Hochachtung bin ich
Euerer Exzellenz
sehr ergebener
Fürst von Bülow

3 Als 1905 Gerüchte über eine Teilung der Donaumonarchie nach dem Tod des hochaltrigen Kaisers Franz Joseph aufkamen, äußerte Bülow gegenüber der deutschen Botschaft in Washington massive konfessionelle Vorbehalte gegen eine Vereinigung der Donaumonarchie und ihrer deutsch-slawischen Bevölkerung mit Deutschland. Bei einem Zuwachs von 15 Millionen Katholiken und der Stärkung des ausschlaggebenden Zentrums drohe die Auflösung des Reiches, die Ablösung der Hohenzollern durch eine katholische Dynastie, die fatale Rückkehr zum Deutschen Bund und die Bildung eines katholischen süddeutschen Reiches zwischen Rhein und Adria. W. Bußmann, Problem Österreich, S. 292 f., 295 f. Vgl. über die konfessionellen Hintergründe deutscher Bündnisplanungen, etwa eines »Zusammengehens der drei protestantischen Mächte Deutschland, England und Amerika« (1905) ebd., S. 293.

4 Vgl. Bülow an unbekannten Empfänger, 7. Dezember 1912, er habe auf eine politische Zensur »nie Wert gelegt«, weil er »nach einem langen politischen Leben gegenüber Angriffen gleichgültig sei«. IfA 1917/18, 1. Teil, S. 320 Anm. 7.

255

Georg von Hertling an Otto von Dandl
[Berlin,] 18. [Januar 1918]

(eigh. Konz.; BArch, NlH, Nr. 48, f. 5)

Hochverehrter Herr Staatsminister!

Euer Exzellenz gestatte ich mir, das Nachstehende ergebenst vorzutragen. Der preußische Gesandte beim Vatikan, Hr. v. Mühlberg, schreibt mir unterm 12. d[ieses] M[onats] aus Lugano: »Aus München höre ich, daß der Nuntius Pacelli sehr zurückgezogen in seinem Umgang ist und bisher noch nicht recht mit geeigneten Persönlichkeiten Fühlung genommen hat. Seine Abgeschlossenheit hätten gewisse Kreise der sogenannten Flaumacher benützt, um sich an ihn heranzudrängen und ihn in seiner Berichterstattung über unsere Lage zu beeinflussen. Insbesondere spiele die Elsaß-Lothringische Frage dabei eine Rolle. Man hätte so getan, als wäre es möglich, Deutschland zu Verhandlungen über die umstrittenen Gebiete zu bringen – ein Gedanke, mit dem der Vatikan gern liebäugelt. Ich würde, obgleich die Nachricht aus ganz guter Quelle stammt, darüber hinweggegangen sein, wenn sie nicht mit gewissen Erscheinungen im Vatikan zusammenfiele, die mich einigermaßen beunruhigen«.

Ich kann dem aus Eigenem hinzufügen, daß auch S. M. der Kaiser in letzter Zeit Aeußerungen getan hat, der Vatikan sei auf dem Wege, in das Ententelager hinüberzugleiten. Ich bin nun zwar überzeugt, daß das letztere nicht der Fall ist, und daß auch Mgr. Pacelli mit bewußter Absicht nichts tun wird, was dahin führen könnte. Immerhin würde ich es für angebracht halten, wenn E[uer] E[xzellenz] die Gelegenheit zu einer offenen Aussprache mit dem Herrn Nuntius ergreifen wollten, den wir ja als einen ebenso klugen als loyalen Herrn kennen gelernt haben. Mit Rücksicht auf die Herrn v. Mühlberg zugetragenen Gerüchte wäre es insbesondere erwünscht, wenn ihm gesagt wird, daß nach der Ansicht unserer O.H.L. die militärische Lage für uns nie eine günstigere gewesen wäre, als gegenwärtig, daß auch in Bezug auf die Ernährungsfrage unsere Situation zur Zeit entschieden besser sei, als um die gleiche Zeit im vergangenen Jahre, und daß endlich an eine mögliche Lostrennung der Reichslande von Deutschland nicht gedacht werden könnte.

Hr. Dr. Naumann kam gestern von einem Besuche an den nordischen Höfen hierher zurück und berichtet über seine Eindrücke, ich erwarte, daß er sich auch bei E[uer] E[xzellenz] melden wird. Seine Angaben haben mich sehr interessirt, ob es je zu einer gemeinsamen Vorstellung der Bundesfürsten kommen wird, scheint mir aber sehr zweifelhaft.

Mit der erneuten Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung und Verehrung verbleibe ich
E[uer] E[xzellenz]
aufrichtig ergebener
H[ertling]

256

Georg von Hertling an Bernhard von Bülow
Berlin, 19. Januar 1918

Der Reichskanzler. (masch. Or.; Nl Bülow, Nr. 86, f. 21)

Verehrter Fürst!

Mit Euer Durchlaucht missbillige ich den Artikel des Wiener Fremdenblattes und bedaure, daß er in Deutschland eine so weite Verbreitung gefunden hat. Wolff hat ihn ohne meine Kenntnis vom Wiener Korrespondenz-Bureau übernommen. Die Gerüchte, auf die darin Bezug genommen wird, sind auch mir zu Ohren gekommen, von mir aber niemals anders gewertet worden, als ein Teil der gegen den Staatssekretär von Kühlmann von gewissen Stellen geführten sehr bedauerlichen Kampagne.[1] Wie ich Euer Durchlaucht nicht ausdrücklich zu versichern brauche, habe ich nie daran gezweifelt, daß Sie diesen Treibereien vollständig fernstehen und sie gewiß ebenso mißbilligen wie ich. Euer Durchlaucht wissen aber ebensogut wie ich, daß man machtlos dagegen ist, wenn übereifrige Freunde oder politische Treiber im Kampf der Tagesmeinungen gegen den Willen der Beteiligten hervorragende Persönlichkeiten im eigenen Interesse auszuspielen suchen. Daß Euer Durchlaucht sich in Oesterreich-Ungarn trotz der während Ihrer Amtsführung als Reichskanzler bewiesenen Bundestreue keiner politischen Sympathien erfreuen, ist ein Beweis für die so oft beobachtete Undankbarkeit und das kurze Gedächtnis der politischen Kreise. Daß diese Gefühle in dem Artikel des Wiener Fremdenblattes einen so unerfreulichen Ausdruck gefunden haben, bedaure ich wie gesagt selbst am allermeisten. Euer Durchlaucht werden inzwischen aus der Presse ersehen haben, daß die Veröffentlichung des Wiener Fremdenblattes von keiner Seite gebilligt wird.[2]

In ausgezeichneter Hochachtung bin ich
Euer Durchlaucht
sehr ergebener
Graf v Hertling[3]

1 Kühlmanns Stellung war weiter von der »Militärpartei« bzw. der OHL bedroht. Wolff, Tagebücher, S. 577, 581.

2 Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung v. 19. Januar 1918 teilte umgehend mit, in amtlichen Kreisen werde der Vorstoß des Wiener Fremdenblatts sehr missbilligt. Von einer Absicht Bülows, an Kühlmanns Stelle zu treten, sei nichts bekannt, anscheinend solle der Staatssekretär in der öffentlichen Meinung herabgesetzt werden. BArch, Nl Bülow, Nr. 86, f. 17.

3 Schlussfloskel eigh.

257

Wilhelm II. an Paul von Hindenburg
Berlin, 24. Januar 1918

(masch. Kop.; PAAA, R 742, S. 240–241)[1]

Mein lieber Generalfeldmarschall von Hindenburg!

Sie haben Mir in einer Denkschrift vom 7. d[ieses] M[ona]ts Ihre Ansichten und Bedenken über die derzeitige allgemeine militär-politische Lage und über die Lösung der darin enthaltenen Probleme und Fragen zum Ausdruck gebracht.[2] Ich danke Ihnen herzlich für den soldatischen Freimut und die rückhaltlose Klarheit, mit denen Sie für Ihre Ueberzeugung eingetreten sind. Sie sowohl als der General Ludendorff, den Sie als gleichgesinnt nennen, haben sich auch hierin als Männer gezeigt, deren völlige Hingabe und Tatkraft Mir zur weiteren Führung des Krieges unentbehrlich sind. Mein Vertrauen zu Ihnen beiden kann auch nicht erschüttert werden dadurch, dass Ich und Mein politischer Ratgeber, der Reichskanzler, in manchen Punkten von Ihren Darlegungen abweichen. Dass Soldat und Staatsmann inmitten des gewaltigsten Koalitionskrieges, den je die Welt sah, in den einzelnen Fragen der Kriegsziele und der Art, wie sie zu erreichen sind, verschiedenen Standpunkt vertreten, liegt in der Natur der Sache und ist eine alte durch die Geschichte oft erwiesene Erscheinung, die Mich auch jetzt nicht überrascht hat. Es ist Ihr gutes Recht und Ihre Pflicht, Ihre Ansichten energisch zur Geltung zu bringen, ebenso wie es Pflicht des verantwortlichen Staatsmannes ist, seine anders geartete Anschauung Mir vorzutragen. Die Entscheidung liegt bei Mir.[3] Ich habe daher Ihre Denkschrift dem Reichskanzler zugestellt und lasse Ihnen in der Anlage die von ihm zusammengestellten Bemerkungen abschriftlich zugehen. Ich stimme den darin enthaltenen Ausführungen zu und spreche vertrauensvoll die Erwartung aus, dass es auch Ihnen und dem General Ludendorff gelingen wird, auf Grund dieser Anschauungen weitere Bedenken fallen

1 Kop. des Briefs ging vom Chef des Militärkabinetts, Moriz von Lyncker, am 24. Januar 1918 an Hertling »persönlich«, zugleich mit der Zusendung des Briefs Wilhelms II. an Hindenburg. Druck: Ludendorff, Urkunden, S. 457 f.; Schwertfeger, Gutachten, S. 69 f.; Scherer-Grunewald, Bd. 3, S. 298.

2 Die in scharfem Ton gehaltene Denkschrift Hindenburgs vom 7. Januar 1918 pochte auf mehr Mitsprache der OHL, eine annexionistische Grenzregelung im Osten und prangerte politische Versäumnisse hinsichtlich Belgiens, Elsaß-Lothringens und Polens an. (Ludendorff, Urkunden, S. 452–455). Sie kreuzte sich mit einem Beschwichtigungsschreiben Hertlings an Hindenburg vom gleichen Tag, in dem der Reichskanzler »eine sehr feste Haltung« in Brest-Litowsk versprach und auf die nach dem alliierten Nicht-Aufgreifen der russischen Friedensvorschläge wiedergewonnene freie Hand nach Westen hinwies, um den für die Volksstimmung verhängnisvollen Rücktritt Ludendorffs abzuwenden. Hertling an Hindenburg, Berlin 7. Januar 1918, eigh. Konz. in BArch, R 43/2403f, f. 1–2; Reinkonz., ebd. f. 4–5. Druck: Schwertfeger, Gutachten, S. 128 f.

3 Der vorangehende Satz fehlt in dem Abdruck des Kaiserbriefs bei Ludendorff, Urkunden, S. 458.

zu lassen, um sich unbeeinflusst den Aufgaben der eigentlichen Kriegführung widmen zu können. Sie können, Mein lieber General-Feldmarschall, versichert sein, dass Sie jederzeit ein offenes Ohr bei Mir finden, und dass Mir nichts ferner liegt, als Ihren wertvollen Rat ungehört bei Seite zu schieben. Ich bitte Sie vielmehr ausdrücklich, Mir denselben auch fernerhin nicht vorzuenthalten und bleibe

Ihr
wohlgeneigter und dankbarer König
gez. Wilhelm R[ex].

Anlage:
Bemerkungen des Reichskanzlers Hertling zur Denkschrift der OHL Berlin, 23. Januar 1918
(masch. Kop.; PAAA, R 742, S. 243–258[4]; BArch, R 43/2403f, S. 71–73, 73a-l; Druck: Ludendorff, Urkunden, S. 458–466; Schwertfeger, Gutachten, S. 59–68, Teildruck: Kühlmann, Erinnerungen, S. 539–542)

Der erste Absatz der Denkschrift behandelt die Verantwortlichkeit[5] des Feldmarschalls v. Hindenburg und des Generals Ludendorff und die daraus hergeleitete Berechtigung und Verpflichtung, darüber zu wachen, dass das Ergebnis des Friedens den Opfern und Leistungen des deutschen Volkes und Heeres entspricht

4 Anlage (AS. 348) zu der Erwiderung Wilhelms II. v. 24. Januar auf die Denkschrift Hindenburgs vom 7. Januar 1918. Unterstaatssekretär Radowitz ließ Lynckers Brief an Hertling (mit dem Brief Wilhelms vom 24. Januar) und der Anlage, den von Hertling »zusammengestellten Bemerkungen«, am 24. Januar dem Staatssekretär Kühlmann zugehen: dort »pr. 26. Januar 1918 pm.« (Sichtvermerke Kühlmanns: »Geheim«, Bussches 29/I u.a.). – Hertling sandte dem Kaiser seine »Bemerkungen«, d.h. seine Denkschrift auf die Stellungnahme Hindenburgs v. 7. Januar, am 23. Januar 1918 (Zu Rk. 205 II. BArch, R 43/2403f, S. 70) zu. Diese waren zusammengestellt auf der Grundlage von Stellungnahmen des Staatssekretärs Kühlmann vom 10. Januar, der die Denkschrift Hindenburgs durch Feldjäger in Brest-Litowsk erhielt, und des Unterstaatssekretärs Radowitz. Dessen eigh. mehrseitig halbbrüchig geschriebener Entwurf (unter Ziffern 1–8) behandelte die Verantwortlichkeit, die Grenzsicherung, Elsaß-Lothringen, die russische Frage und die damit verbundenen Wirtschaftsfragen. (BArch, R 43/2403f, f. 40–55). Roedern, der Staatssekretär des Reichsschatzamts, dem Radowitz seine Ausarbeitung mit der Denkschrift Hindenburgs zusandte, fand »Aufbau und Form der Erwiderung vorzüglich«, empfahl aber, im Vortrag »nicht die Verantwortlichkeit dem Parlament gegenüber sondern die allgemein staatsrechtliche Verantwortung zum Ausdruck zu bringen«. (Roedern an Radowitz, Berlin, 10. Januar 1918, eigh. Or. BArch, R 43/2403f, f. 15). Hertling hat einige wichtige Passagen aus Kühlmanns Stellungnahme (BArch, R 43/2403f, f. 30–39, S. 1–10) übernommen, einige weiter ausgeführt, aber nicht, wie bei Kühlmann, Erinnerungen, S. 539, behauptet, Kühlmanns Stellungnahme »mit unwesentlichen stilistischen Retuschen« übernommen. Vgl. Steglich, Friedenspolitik der Mittelmächte, S. 364 f.

5 Ludendorff, Urkunden, S. 458, merkt in seinem Abdruck der Bemerkungen Hertlings zu dem Begriff »Verantwortlichkeit« mit * an: »Wir hatten nicht an die staatsrechtliche, sondern an die moralische Verantwortlichkeit gedacht. Der Verfasser«. Siehe oben Nr. 248.

und der Friede uns materiell so kräftigt und uns so starke Grenzen bringt, dass unsere Gegner nicht so bald einen neuen Krieg zu entfesseln wagen werden. Es ist daher notwendig, auf das Wesen und den Begriff der Verantwortlichkeit hier einzugehen. [a]Das politische Gebäude des Deutschen Reiches kennt nur einen verantwortlichen Minister: den Reichskanzler. In politischen Dingen muss – soll nicht unsägliche Verwirrung angerichtet werden – Seiner Majestät nur von einer verantwortlichen Stelle, dem Kanzler, massgebend vorgetragen werden können. Wenn Wert darauf gelegt worden ist, dass die Heerführer bei den Friedensverhandlungen mitwirken, so ist hierfür der Gedanke massgebend gewesen, ihnen bei den grossen und entscheidenden militärischen Interessen, die bei dem Friedensschluss im weitesten Umfang berührt werden, die Möglichkeit zu geben, die militärischen Erwägungen und Anschauungen vor und bei Fassung der entscheidenden Entschlüsse zur Geltung zu bringen. Diese Darlegungen werden bei Fassung der politischen Entschlüsse gemäß ihrer grossen Bedeutung berücksichtigt werden. Das Mass der Berücksichtigung kann lediglich die Krone auf Vortrag des formal und materiell verantwortlichen Kanzlers entscheiden.[a]

[b]Eine der glücklichsten Wirkungen des bei uns bestehenden monarchischen Systems ist die Vereinigung der höchsten Zivil- und Militärgewalt in der Person des Monarchen, der dadurch in die Lage gesetzt ist, die letzten, für das Staatswohl ausschlaggebenden Fragen, bei denen, wie es häufig geschieht, politische und militärische Angelegenheiten eng verbunden sind, endgültig und abschliessend zu entscheiden.[6] Wird von diesen ganz grundlegenden Prinzipien in erheblichem Masse abgewichen, so gerät das gesamte Staatswesen in ernste Gefahr.[b]

[a–a] Gekürzt der Stellungnahme Kühlmanns v. 10. Januar entnommen, der zuvor ausführte, Form und Motivierung einer kaiserlichen Beauftragung der beiden Heerführer mit der »verantwortlichen Mitwirkung an den Friedensverhandlungen« seien ihm unbekannt, und Hindenburgs Anschauungen ließen sich »mit den verfassungsmäßigen Grundlagen des politischen Lebens in Deutschland nicht vereinigen«. Radowitz' Entwurf hierzu lautete: »I. 1. Verantwortung. Wenn ich [Hertling] gewußt hätte, daß die verantwortliche Mitarbeit der OHL bei den Friedensverhandlungen so weit gehen sollte, daß dadurch meine Entschlüsse gebunden und ich eventuell zu einer mir nicht passenden Politik gedrängt würde, so hätte ich den Posten nicht angenommen. Nach der Verfassung trage ich allein die Verantwortung der politischen Leitung der Reichsgeschäfte. Diese Verantwortung kann nicht geteilt werden. Sie wird mir auch dadurch nicht abgenommen, daß verfassungsmäßig nicht verantwortliche Stellen von Euer Majestät zur Mitarbeit berufen werden. Ich bleibe allein dem Parlament verantwortlich und kann diese Verantwortung nur tragen, wenn die nicht verantwortlichen Stellen auf eine beratende Tätigkeit beschränkt bleiben. Für den Rat, den sie erteilen, bleiben Sie Euer Majestät verantwortlich, für die Ausführung der Politik unter Berücksichtigung oder Nichtberücksichtigung dieser Ratschläge bin ich allein verantwortlich«. Die beratende Tätigkeit der OHL sei auf das militärische Gebiet ohne Teilhabe an der »politischen Verantwortung« zu beschränken. Die Ich-Form lässt darauf schließen, dass dieser Teil des Entwurfs Radowitz' von Hertling diktiert oder schriftlich vorgelegt wurde.

[b–b] Wörtlich aus Kühlmanns Stellungnahme, dort in »« gesetzt.

6 Hertlings eigene, staatstheoretische Begründung der Monarchie zieht, anders als hier aus der Vorlage Kühlmanns übernommen, den Zusammenfall der zivilen und militärischen Kompetenz nicht als Argument heran. Vgl. Hertling, Monarchie, in: Staatslexikon, hg. von der Görres-Gesellschaft,

[c]Die besondere Stellung, die der Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff einnehmen, bringt es mit sich, dass ihre persönlichen Anschauungen und Gedanken größeres Gewicht beanspruchen dürfen, als dies der militärischen Leitung sonst von der Reichsleitung zugestanden werden kann. Bei dem berechtigten Vertrauen, welches das Volk auf diese Männer setzt, ist es selbstverständlich, dass sie in sich die Verantwortung fühlen, diesem Vertrauen gerecht zu werden. Dieses persönliche Verantwortungsgefühl kann aber nie so weit führen, dass in politischen Fragen, die für die Zukunft des deutschen Volkes entscheidend sind, den militärischen Gesichtspunkten infolge des moralischen Gewichts der sie vertretenden Persönlichkeiten eine so ausschlaggebende Bedeutung zugesprochen wird, dass die politischen Erwägungen dagegen ohne weiteres zurücktreten müssten. Es erscheint deshalb auch nicht vertretbar, dass der Generalfeldmarschall und General Ludendorff die Fortsetzung ihrer unentbehrlichen militärischen Arbeit unter Umständen von der Erfüllung politischer Forderungen abhängig machen, über deren Notwendigkeiten zu entscheiden verfassungsmässig ausschließlich Sache der Krone und ihres staatsrechtlich verantwortlichen Ratgebers ist. Sollte man aber das Kapital an Vertrauen des deutschen Volkes, das die beiden Heerführer sich erworben haben, auch in politischer Beziehung restlos so weit ausnutzen wollen, dass auch ihre politischen Anschauungen uneingeschränkt massgebend sein sollen, so kann dies nur dadurch geschehen, dass die gesamte militärische und politische Leitung verantwortlich in die Hände der Herren gelegt würde. Ich kann zu dieser Lösung allerdings pflichtgemäss nicht raten, da das Zusammenlegen der politischen und militärischen Exekutive in einer Hand die Rechte der Krone beeinträchtigen und dem Grundgedanken unserer politischen Struktur zuwiderlaufen würde. Eine derartige Gestaltung der Reichsleitung würde vermutlich nicht ohne schwere innere Folgen bleiben.

---

2. Aufl., Bd. 3, 1902, Sp. 1385–1404, 1397–1399, mit Begründung der monarchischen Staatsform: »In der Monarchie besitzt die Einheit des Staatswesens ihre Verkörperung in der Person des Monarchen. Das hat nicht bloß symbolische Bedeutung; er repräsentiert nicht nur das Staatsganze nach innen und außen, sondern indem er die Macht des Staates in seiner Person vereinigt, steigert sich naturgemäß diese Macht und steigert sich die Leichtigkeit ihrer Verwendung« – dies im Vergleich mit dem komplizierten »Regierungsapparat großer republikanischer Staaten«. Neben der »Stetigkeit« liege der »Hauptvorzug der Monarchie darin, daß in ihr das Staatsoberhaupt in eine Sphäre erhoben ist, welche dasselbe jedem Widerstreit der Klasseninteressen, jeder Eifersucht der Parteien und jedem Ehrgeiz politischer Streber entrückt. Der Monarch als solcher gehört keiner Klasse an, jener der Grundbesitzer und Industrieunternehmer so wenig wie jener der Kaufleute oder Arbeiter«. Doch seien Absolutismus und Gottesgnadentum abzulehnen, die Monarchie sei konstitutionell und habe sich dem ihr vorgelagerten Naturrecht sowie dem »Staatszweck«, der die staatliche Gemeinschaft zur Gewährleistung der individuellen Entfaltung voraussetze, zu fügen. Den königlichen Befehlen sei grundsätzlich, doch nur insoweit Folge zu leisten, als »sich ihr Inhalt innerhalb der Schranken des sittlich und rechtlich Zulässigen bewegt«.

[c-c] Aus Radowitz' eigh. Entwurf übernommen, Ziffer 3–8.

Solange der bisherige Zustand aber beibehalten wird, erscheint es mir notwendig, die Abgrenzung der Verantwortlichkeit in einer formulierten Erklärung festzulegen. Eine derartige Erklärung habe ich den Herren Generalen vorgelegt.[7] Sie hat Gegenstand einer Besprechung gebildet und ist in der anliegenden Form von mir und den Herren Generalen gebilligt worden.[8]

Übergehend auf die einzelnen Punkte der Denkschrift darf ich mir folgende Bemerkungen gestatten:[c]

[d]Die Bedeutung gesicherter Grenzen ist auch von mir keinen Augenblick verkannt worden. Mein Streben ist unablässig darauf gerichtet, die Grenzgestaltung nach diesem Kriege so günstig als möglich zu machen.[d] [e]Hierbei muss aber in Betracht gezogen werden, dass die Grenzsicherung nicht unter allen Umständen eine rein militärische zu sein braucht. Nicht nur die militärisch-technische Unmöglichkeit für unsere Nachbarn, die Grenze zu überschreiten, sichert uns, sondern auch der feste Wille dieser Nachbarn, mit uns in gutem Einvernehmen zu leben. Eine zwar militärisch technisch unanfechtbare, aber politisch und materiell in die Interessen unserer Nachbarn tief eingreifende Grenzsicherung könnte zur Folge haben, dass wir gerade dadurch den Keim für die künftigen Konflikte legen, denen im Interesse der ruhigen Entwicklung unseres Volkes vorzubeugen Aufgabe unserer Politik nach dem Kriege sein muss. Auch bringen Grenzberichtigungen in grossem Massstab dem Deutschen Reich einen unerwünschten Zuwachs an fremdstammlicher Bevölkerung, der auf das innere politische Leben nicht ohne tiefgehenden Einfluss bleiben kann. Endlich haben Gebietserwerbungen[9] dieser Art verfassungsmäßig die Mitwirkung des Reichstags und, soweit Preussen in Frage kommt, des preussischen Landtags zur Folge, von denen beiden es zweifelhaft ist, wie sie sich z. B. zu der Erwerbung grösserer, von Polen bevölkerter Gebietsteile stellen würden.[10] Es sind also auch hinsichtlich

---

7 Siehe oben Nr. 245.

8 Siehe unten Nr. 258: Erklärung Hertlings gegenüber der OHL v. 23. Januar 1918, Anm. 1, über den Brief- bzw. Telegrammwechsel zwischen Reichskanzlei und OHL. BArch, R 43/2403f.

[d–d] Aus Kühlmanns Stellungnahme, übertragen in die Ich-Form, übernommen.

[e–e] Aus Radowitz' eigh. Entwurf übernommen.

9 In einem Aktenvermerk dazu verwies die OHL auf – in früheren Besprechungen mit der politischen Leitung angeblich gebilligte und nicht einseitig von der OHL geforderte – Gebietserwerbungen, hielt nur militärische Grenzsicherungen für genügend, bezweifelte die Bereitschaft der Nachbarn zu gutem Einvernehmen und schlug vor, den »fremdstämmigen« Bevölkerungszuwachs »durch deutsche Kolonisation« in den neuen Gebieten zu verhindern. »Die Reichsleitung scheut den Kampf mit widerstrebenden Anschauungen, sie versucht nicht, ihren Willen durchzusetzen, sondern gibt überall nach und damit eine Forderung nach der anderen preis«. E. Volkmann, Annexionsfragen, S. 113 f.; Schwertfeger, Gutachten, S. 61 f.

10 Diesen Gesichtspunkt unterstrich Hertling am 1. März 1918 vor dem Ausschuss für die auswärtigen Angelegenheiten: »Die Militärs verlangten Grenzsicherungen für Ostpreußen und Oberschlesien. Die preußischen Minister hätten aber große Bedenken gegen eine beträchtliche Vermehrung

der Grenzsicherungen neben den militärischen noch andere Gesichtspunkte zu berücksichtigen, die nicht ohne weiteres die Zusage möglich machen, dass unter allen Umständen die militärischen Forderungen von der politischen Exekutive angenommen und durchgesetzt werden müssen.

Die elsass-lothringische Frage bildet schon lange den Gegenstand eingehender Beratungen sowohl mit den deutschen Bundesregierungen, als mit dem Reichstag. Die schweren Bedenken, die gegen eine Autonomielösung sprechen, verkenne auch ich nicht, zumal ich in meiner früheren amtlichen Tätigkeit mit grossem Nachdruck für eine ganz andere Lösung eingetreten bin. Da aber die anderen vorgeschlagenen Lösungen gerade im Hinblick auf das Verhältnis der deutschen Bundesstaaten unter sich erheblichen Schwierigkeiten begegnen und die Erhebungen noch nicht abgeschlossen sind, so bin ich auch heute noch nicht in der Lage, eine endgültige Stellung zu dieser ausserordentlich komplexen Frage einzunehmen. Allerdings muss ich schon heute zum Ausdruck bringen, dass sie so viele politische Momente in sich birgt, dass sie unmöglich nach rein militärischen Gesichtspunkten entschieden werden kann.[11]

Die belgische Frage hat schon zu verschiedenen Malen, zuletzt am 18. Dezember in Kreuznach, den Gegenstand eingehender Besprechungen gebildet.[12] Euer Majestät haben zu befehlen geruht, dass die notwendigen militärischen und wirtschaftlichen Sicherungen auf dem Wege der unmittelbaren Verhandlungen mit Belgien anzustreben seien. Über diese allgemeine Richtlinie hinauszugehen, liegt zur Zeit keine Veranlassung vor, da die Bedingungen, unter denen ein Friedensschluss im Westen erfolgen wird, heute noch nicht zu übersehen sind und die Lösung der belgischen Frage nur innerhalb der Gesamtheit der dann zu lösenden Fragen möglich sein wird. Sich schon heute auf ein Programm festzulegen, hiesse sich die Hände für die Verhandlungen binden. Dass die Fragen der militärischen

---

des polnischen Elements in Preußen. Man werde eine auskömmliche Lösung suchen, bei der die Militärs ihre Forderungen zurückzustecken haben würden«. Am 22. Mai 1918 betonte er vor dem Ausschuss, dass auch beim Eingehen einer ihm nicht sympathischen Personalunion Preußens mit den drei baltischen Provinzen der preußische Landtag, der Reichstag und der Bundesrat aus staatsrechtlichen Gründen zu hören seien. BayHStA, MA 966.

11 Der vorangehende Satz fehlt im Abdruck der »Bemerkungen« bei Ludendorff, Urkunden.

12 Vgl. zu diesen Gesprächen mit der OHL in Gegenwart des Kaisers K. v. Hertling, Ein Jahr, S.49: »Mein Vater stand auf dem Standpunkte seiner Vorgänger, daß Belgien herausgegeben werden müsse. In der O.H.L. waren dagegen noch starke Widerstände vorhanden. Vor allem spielte die Zukunft der flandrischen Küste und ihre Verteidigung gegen England in späteren Kriegen eine große Rolle. Es ist ein Verdienst des Kaisers, daß er in zweifelsfreier Weise schon in den Kreuznacher Verhandlungen Stellung gegen eine verkappte Annexion dieses Gebietes nahm. Er selbst wies darauf hin, daß es Belgiens Sache sein werde, für die Verteidigungsmöglichkeit seiner Küste gegen Westen zu sorgen, und daß es dazu beim Friedensschlusse verpflichtet werden solle. Wie mir mein Vater erzählte, war die Besprechung und die Beschlußfassung über diesen Gegenstand nicht ganz einfach«. Vgl. Hindenburg an Wilhelm II., 7. Januar 1918: »In den Besprechungen über Belgien habe ich bei der Reichsregierung nur die größte Zurückhaltung für militärische Forderungen gefunden«. Ludendorff, Urkunden, S. 452.

Sicherung nicht ausser acht gelassen werden, braucht nicht besonders betont zu werden. In welchem Rahmen sie zu erreichen sind, hängt von der politischen und militärischen Situation im Augenblick des Friedensschlusses ab. Auch hier wird zu berücksichtigen sein, wie weit die Gestaltung des zukünftigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisses zu diesem Nachbarn, insbesondere auch die Entwicklung unserer Vlamenpolitik die Wahrscheinlichkeit eines künftigen Krieges mit ihm verringert, wodurch dann die Notwendigkeit der militärischen Sicherungen vermindert wird.

Ebenso kann die austropolnische oder jede andere Lösung der Polenfrage auch nicht von den Fragen der militärischen Sicherung allein abhängig gemacht werden, sie ist vielmehr in genau demselben Masse von der Erreichung politischer und wirtschaftlicher Sicherungen abhängig.[13] Werden diese durch eine Bindung unserer Verbündeten und der Polen erreicht, so verlieren die militärischen Sicherungen an innerer Notwendigkeit und können beschränkt werden.

Die Notwendigkeit militärischer Verbesserungen unserer Ostgrenze habe ich stets anerkannt.[e f]Ich habe mich aber auch stets auf den Standpunkt gestellt, dass solche Annexionen auf das Mindestmass und das militärisch ganz unbedingt Notwendige beschränkt werden sollten. Was dieses Mindestmass sei, habe ich, da es sich um eine vorwiegend militärische Frage handelt, selbständig zu entscheiden nie die Absicht gehabt. Es war dies eine derjenigen Fragen, bei denen infolge der innigen Verschmelzung politischer und militärischer Gesichtspunkte nur die Krone in letzter Instanz und endgültig entscheiden konnte. Da anderseits die Verhandlungen mit Österreich, an deren Fortgang Euer Majestät ein Allerhöchstpersönliches Interesse nahmen, wegen mangelnder Übereinstimmung in der Grenzfrage schon seit mehreren Monaten in der Schwebe blieben, haben Euer Majestät, ohne dass ich oder Herr v. Kühlmann auf die geographischen Einzelheiten dieser Entschliessung irgendwelchen Einfluss gehabt hätten, die künftige Grenzführung Allerhöchstselbst festgesetzt, Sich aber bereit erklärt, diese Festlegung einer nochmaligen näheren Bearbeitung unterworfen zu sehen.

Ich muss nur hervorheben, dass auch mit Rücksicht auf die schon oben erwähnte Beteiligung des Reichstags und des preussischen Landtags bei etwaigen Annexionen es mir empfehlenswert erscheint, sich mit einem wirklichen Minimalprogramme zu begnügen. Selbst dieses Minimalprogramm den Polen gegenüber durchzusetzen, wird grosse Kämpfe kosten und Schwierigkeiten machen. Ich kann übrigens, so hoch ich den militärischen Wert der Erwerbung gewisser Grenzschutzstreifen auch einschätze, keinesfalls zugeben, dass wegen

13 Im Falle der vom Kaiser befohlenen austropolnischen Lösung verlangte die OHL in ihrer Denkschrift erneut wesentliche »Grenzberichtigungen«. Hindenburg an Wilhelm II., 7. Januar 1918. Ludendorff, Urkunden, S. 453.

[e f]-[e f] Einfügungen aus der Stellungnahme Kühlmanns, S. 4–6.

eines geringen[14] Plus oder Minus dieser Streifen die gesamte deutsche Politik aus ihrer Bahn geworfen werden sollte. Das Verhältnis zu Österreich-Ungarn ist das Pivot[15] der gesamten deutschen Politik. Dieses Verhältnis politisch, militärisch und ökonomisch zu festigen und auszubauen, ist der wichtigste Kardinalpunkt der gesamten auswärtigen Politik Euer Majestät.[16] Zur Durchführung dieses völlig grundlegenden Programmpunktes bedarf es aber einer Lösung der polnischen Frage, die mit den österreichischen Lebensinteressen vereinbar ist.[f] [g]Je mehr durch die Haltung unserer Gegner im Westen die Notwendigkeit für uns hervortritt, den Krieg durch entscheidende Waffenerfolge im Westen und volle Auswirkung des U-Bootkrieges zu beendigen, desto grösser wird die Bedeutung des Festhaltens an unserer bisherigen Bündnispolitik. Eine Verständigung mit den Westmächten nach dem Kriege, die es uns möglich machen würde, auf starke militärische Sicherungen gegen sie zu verzichten, wird immer unwahrscheinlicher. Wir müssen daher zunächst unsere Politik nach einem guten Verhältnis zu Russland orientieren und an dem Bündnis mit Österreich-Ungarn festhalten, um so mehr als daran der geographischen Lage nach auch die Auswertung unseres Bündnisverhältnisses zu Bulgarien und der Türkei hängt. Eine Lösung der polnischen Frage, die den Keim zukünftiger Konflikte mit Polen und im weiteren Verlauf mit Österreich-Ungarn in sich birgt, muss daher vermieden werden. Von diesem Gesichtspunkt aus müssen die Grenzsicherungen betrachtet werden. Die aus der polnischen Lage, wie sie heute ist, entspringenden Gefahren verkenne ich keineswegs. Sie entspringen aber dem Zustand, wie er durch Errichtung des selbständigen polnischen Staates geschaffen worden ist, einem Zustand, den ich als vollendete Tatsache vorgefunden habe, und mit dem politisch wir uns jetzt abfinden müssen.

Russland gegenüber ist die ausserordentlich schwierige Aufgabe zu lösen, ein gutes wirtschaftliches und politisches Verhältnis mit dem neuen Russland herzustellen, uns den Rücken militärisch vollständig freizumachen, gleichzeitig aber von dem bisherigen Russland gewaltige Gebietsteile loszulösen und diese Gebietsteile zu wirkungsvollen Bollwerken an unserer Grenze auszugestalten. Diesen Zweck hätte man, da wir zweifellos die Sieger sind und Russland kraft unserer militärischen Machtstellung unseren Willen aufzwingen können, durch glatte Annexion der in Frage kommenden Gebiete erreichen können. Damit hätten wir aber, für die nächste Zeit wenigstens, ein erträgliches Verhältnis zu Russland unmöglich gemacht, wir hätten unsere Bevölkerungsverhältnisse ungünstig

14 Das Wort fehlt im Abdruck bei Ludendorff, Urkunden.

15 Der Drehzapfen.

16 Diese kaiserzeitliche Orientierung wirkte gegenüber der Republik Österreich nach. Vgl. W. Becker, Rosenberg, S. 71–78.

[g–g] Aus Radowitz' eigh. Entwurf übernommen, Ziffer 3–8.

verschoben und wir hätten im eigenen Lande eine so starke Opposition gefunden, dass eine Durchführung der Annexion ausgeschlossen gewesen wäre, da sie ohne die verfassungsmässige Mitwirkung der Parlamente nicht möglich ist. Es blieb also die Aufgabe, das erstrebte Ziel ohne die Annexion der Gebietsteile zu erreichen. Hierzu war es zunächst nötig die Russen dazu zu bringen, dass sie ohne Rücksicht auf ihre Verbündeten, mit uns und unseren Bundesgenossen verhandelten, wir mussten also die Entente offiziell sprengen, um einen Separatfrieden mit Russland zu schliessen.[17] Diesem ersten Ziel galt die Erklärung vom 25. Dezember, die einen Schachzug in dem im Osten begonnenen politischen Kampf darstellte. Materiell ist diese Erklärung durch die am 27. Dezember ihr gegebene Auslegung zu unseren Gunsten soweit eingeschränkt worden, wie es nach Lage der Dinge möglich war, formell bildete sie eine Grundlage für die weitere Entwicklung der politischen Lage, wie wir sie erstrebten. Die obersten militärischen Stellen haben unmittelbar nach Bekanntwerden der Erklärung vom 25. Dezember schriftlich und mündlich ihre Bedenken gegen die eingeschlagene Taktik geäussert:[18] Die Verhandlungsleiter in Brest-Litowsk waren durch diese Stellungnahme überrascht, da die Erklärung in vollem Einvernehmen mit dem Vertreter des Generals Ludendorff, Herrn General Hoffmann, in ausführlichen Erörterungen festgestellt worden war.[19] Da übrigens die Stellungnahme

17 In der Londoner Erklärung vom 5. September 1914 hatten sich die britische, die französische und die russische Regierung gegenseitig verpflichtet, keinen Sonderfrieden abzuschließen. Dem widersprachen die bei der Eröffnungssitzung der Brester Verhandlungen am 22. Dezember 1917 vorgelegten sechs Vorschläge der russischen Delegation »für einen gerechten und demokratischen Frieden«. (Hahlweg, S. 133 f., Schulthess 58, NF 33 [1917/II], S. 960–963). Am 25. Dezember antwortete Czernin darauf nach Absprache mit Kühlmann zustimmend. Vgl. Kühlmanns Darstellung darüber in seiner Besprechung mit den Fraktionsführern am 1. Januar 1918. IfA 1917/18, 2. Teil, S. 5–7.

18 Hindenburg erhob am 26. Dezember 1917 schwere Bedenken gegen Czernins Erklärung vom Vortag über das Selbstbestimmungsrecht. Am 27. Dezember schlug Kühlmann vor, im Vorvertrag die »schon vorliegenden Lostrennungserklärungen« vom »russischen Reichsverbande«, d. h. die entsprechenden Beschlüsse [der Landesvertretungen] für Polen, Litauen, Kurland, Teile von Estland und Livland, als »Volksvotum« anzuerkennen bzw. in den nicht geräumten Gebieten später ohne militärischen Druck bekräftigen zu lassen. Die russische Vertretung forderte, in Kürze eine freie Volksabstimmung nach vorheriger Räumung dieser Gebiete von den Besatzungstruppen vorzunehmen. (Besprechung Kühlmanns mit den Fraktionsführern am 1. Januar 1918. IfA 1917/18, 2. Teil, S. 7 mit Anm. 19, S. 9 f. mit Anm. 27; Schulthess 58, NF 33 [1917/II], S. 964). Ähnlich wie die OHL sah Prinz Max von Baden in Kühlmanns Verhalten »eine verlorene Schlacht« und warf den Diplomaten mangelnden »Idealismus« und zuviel »realpolitische Schlauheit« vor: »Aber das kämpfende Heer an der Ostfront war erfüllt von der Größe der Aufgabe, gestaltend und rettend in das Geschick fremder Völker einzugreifen«. M. v. Baden, Erinnerungen, S. 190 f.

19 Ludendorff merkte in seinem Druck der »Bemerkungen« Hertlings an (*), dass Hoffmann sich irrig auf die Kreuznacher Erklärung bezogen habe. »In Kreuznach war anders besprochen«; der Reichskanzler sei gesinnt, »viele Fragen«, an denen die OHL beteiligt sei, »dilatorisch zu behandeln«. (Ludendorff, Urkunden, S. 463). Bei der Besprechung im Kreuznacher GHQ am 18. Dezember 1917 machten Hertling und Kühlmann die Bedenken des Reichstags und des Preußischen Staatsministeriums »gegen den großen Zuwachs an polnischer Bevölkerung« geltend, während

der russischen Delegation im einzelnen vor Eintritt in die Verhandlungen nicht zu übersehen war, so war es auch nicht möglich, jeden einzelnen diplomatischen Schachzug vorher festzulegen. Das muss vielmehr dem bevollmächtigten Unterhändler überlassen bleiben, in dessen freie Betätigung von aussen her in jeder Phase der Verhandlungen einzugreifen äusserst misslich ist und die folgerichtige Durchführung der Verhandlungen überhaupt in Frage stellt.[20]

Die Richtigkeit der Berechnung des Staatssekretärs v. Kühlmann über die Wirkung der Erklärung vom 25. Dezember hat sich inzwischen erwiesen. Die Entente hat sich zur Teilnahme an den Verhandlungen nicht eingefunden, die Russen haben sich definitiv zu Verhandlungen über einen Separatfrieden entschlossen und was das Wichtigste ist, wir sind den Westmächten gegenüber vollständig frei von allen Fesseln, die uns durch unsere früheren Erklärungen auferlegt waren. Unserm Volk gegenüber wird dadurch die Stellung der Regierung gestärkt und dem Ausland gegenüber tritt unser fester Wille, den Krieg nunmehr nach Ablehnung alles Entgegenkommens durch unsere Feinde bis zum Sieg der Waffen durchzuführen, klar und deutlich hervor.

Die erste Phase der Verhandlungen hat also zu einem diplomatischen Erfolg geführt. Wie diese Verhandlungen jetzt weiter verlaufen bleibt abzuwarten.[21]

Von wirtschaftlichen Abmachungen in dem ersten Abschnitt der Verhandlungen zu sprechen, ist verfrüht. Die wirtschaftlichen Besprechungen in den letzten Dezembertagen dienten lediglich dazu, das Terrain zu sondieren und festzustellen, wie weit überhaupt mit den anwesenden russischen Delegierten derartige Fragen erörtert werden könnten. Die Verhandlungen gingen über das Mass unverbindlicher Besprechungen nicht hinaus, und es lag garnicht die Absicht vor, bereits feste Abmachungen zu treffen. Den Interessentenkreisen und den beteiligten Reichsämtern aber war nunmehr eine Grundlage gegeben, um

---

Ludendorff »für jede militärische Verschlechterung der Grenze« die stärkere Heranziehung Polens zu den Kriegskosten forderte. In den Kreuznacher Besprechungen vom 23. April, 17./18. Mai und 9. August 1917 hatte die OHL, teils mit Zustimmung Bethmanns, umfangreiche »Grenzberichtigungen« (Narew- und Njemenlinie), »Verdeutschung des Grenzstreifens«, eventuell eine vierte Teilung Polens, auch zur Abwehr eines österreichischen Polens verlangt. E. Volkmann, Annexionsfragen, S. 200 f., 203–205, 216.

20 Vgl. den Umfang des Vertragswerks: Friedensvertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rußland andererseits (mit deutsch-russischem Zusatzvertrag und Bekanntmachung der Ratifikationen), unterzeichnet von Kühlmann, Berlin 7. Juni 1918. Reichsgesetzblatt, 1918, Nr. 77 v. 11. Juni 1918, S. 479–654.

21 Am 14. Januar 1918 wurde den Parteiführern bei einer Besprechung im AA mitgeteilt, »die Regierung halte genau an ihrer Politik fest. Kühlmann habe keine neuen Informationen erhalten«. Der Journalist Südekum gewann den »Eindruck, dass die Militärpartei einen Echec erlitten hat«. Wolff, Tagebücher, S. 578. – Albert Südekum (1871–1944), geb. in Wolfenbüttel, staatswissenschaftliches Studium, 1893 Dr. phil., 1893–1894 Militärdienst, 1895–1903 Redakteur sozialdemokratischer Zeitungen, zuletzt der Sächsischen Arbeiterzeitung, 1900–1918 Mitglied des Reichstags (SPD), 1918–1920 preußischer Finanzminister, politische, kommunalwissenschaftliche und soziale Schriften. W. H. Schröder, Parlamentarier, S. 712 f.

ihre Wünsche und Forderungen zu präzisieren und für die zukünftigen verbindlichen Verhandlungen festzulegen. Bei dem Abschluss jeder wirtschaftlichen Abmachung wird die Regierung mit dem Widerstand der einen oder der anderen Interessentengruppe zu rechnen haben, da es unmöglich ist, allen den oft widerstreitenden Interessen gerecht zu werden. Den Interessenten aller Kreise aber ist reichlich Gelegenheit geboten, ihre Wünsche zu äussern. Im Einverständnis mit Euer Majestät ist der Staatsminister Dr. Helfferich[22] mit den Vorarbeiten in dieser Richtung beauftragt. Diese Vorarbeiten sind aber keineswegs erst jetzt angefangen worden, sie sind vielmehr in den verschiedenen Ressorts seit langer Zeit im Gange, und die Tätigkeit des Herrn Staatsministers Dr. Helfferich dient in erster Linie der Zusammenfassung des bisher in den einzelnen Ämtern Geleisteten. Der Vorwurf der mangelhaften Vorbereitung trifft daher auf wirtschaftlichem Gebiet ebensowenig wie auf dem Gebiet der Rechtsfragen und der politischen Erfordernisse zu. Dass alle zwischen zwei seit annähernd vier Jahren im Krieg stehenden Völkern zu lösenden Fragen nicht in einer fünftägigen Verhandlung restlos geordnet werden können, liegt auf der Hand. Es ist daher ungerechtfertigt, von einem ungenügenden politischen und wirtschaftlichen Ergebnis der ersten Phase der Verhandlungen zu sprechen. Ebenso ungerechtfertigt aber ist der Vorwurf einer zu weitgehenden Nachgiebigkeit unserer Diplomatie gegenüber dem verbündeten und dem feindlichen Ausland, ein Vorwurf, für den in der Denkschrift der Versuch einer sachlichen Begründung nicht gemacht ist. Endlich muss ich das Auswärtige Amt nachdrücklich gegen den Vorwurf in Schutz nehmen, dass es bei Besprechungen mit den Vertretern der Obersten Heeresleitung eine zweideutige Haltung eingenommen hätte. Es ist vielmehr bei allen derartigen Besprechungen immer durchaus loyal verfahren und hat seinen Standpunkt, wo er abweichend war, vollkommen klar dargelegt.

Was die Haltung der Unterhändler in Brest betrifft, so darf ich bemerken, dass sie gemäss den erhaltenen Weisungen und den ihnen bekannten Intentionen Euer Majestät erfolgte.[23] Nur diese können für unsere Auslandsvertretung massgebend sein.

Ich verkenne keinen Augenblick die grosse Bedeutung der Stimmung im Heere und im Volke. Ich muss es aber ablehnen, die Gestaltung unserer zukünftigen Politik von diesem Moment ausschlaggebend beeinflussen zu lassen. Eine Politik,

22 Am 26. Juli 1918 reiste Helfferich als interimistischer Vertreter Deutschlands bei der Russischen Föderativen Sowjet-Republik nach Moskau, um einen Überblick über die dortige unübersichtliche Lage zu gewinnen. Er reichte nach Rückkehr am 30. August sein Entlassungsgesuch ein, auch weil er mit den Zusatzverträgen zum Brester Frieden nicht einverstanden war, erklärte sich aber auf Wunsch Hertlings bereit, seine »frühere Tätigkeit wieder aufzunehmen und die Zusammenfassung der wirtschaftlichen Vorarbeiten für die Friedensverhandlungen weiterzuführen«. Hertling an Payer, Berlin 21. September 1918. BArch, R 703/73, f. 58; vgl. Helfferich, Bd. 3, S. 460 f., 491 f.

23 Hier merkt »der Verfasser« (Ludendorff als Herausgeber seiner meist amtliche Dokumente enthaltenden Urkundensammlung), ohne Beleg an, es sei »anders vereinbart« gewesen.

die sich von der Rücksicht auf solche Stimmungen zu Augenblickserfolgen drängen läßt, ohne auf die spätere Wirkung dieser Erfolge Rücksicht zu nehmen, würde eine für das Volk selbst unheilvolle Bahn einschlagen. Sache des leitenden Staatsmannes ist es, unbeirrt durch Augenblicksstimmungen für Generationen einen Zustand zu schaffen, der eine friedliche Entwicklung aller Volkskräfte gewährleistet. Die von weiten Schichten des Volkes gebilligte Resolution des Reichstags vom 19. Juli 1917 ist ebenfalls ein Produkt einer zeitweiligen Stimmung. Die Regierung hat ihr zugestimmt, weil sie in dem Augenblick, wo sie gefasst wurde, den tatsächlichen Machtverhältnissen und der politischen Lage zu entsprechen schien. Inzwischen haben die Voraussetzungen sich geändert, und die Regierung wird jetzt unbekümmert um die Stimmung in weiten Kreisen die politisch notwendigen Konsequenzen der neuen Situation ziehen.[24] Sie muss aber für sich in Anspruch nehmen ohne Rücksicht auf Stimmungen in Volk und Heer gelegentlich auch Maßnahmen zu treffen, die nach aussen als Schwäche oder Nachgiebigkeit erscheinen, ihrem inneren Wert nach aber das Ergebnis staatsmännisch weitblickender Überlegung sind. Die Verantwortung hierfür zu übernehmen, muss sie stark genug sein, selbst wenn erst spätere Generationen den Sinn und die Richtigkeit des von ihr eingeschlagenen Weges zu erkennen in der Lage sein werden.

Zum Schluss ihrer Ausführungen weist die Denkschrift auf die Verschiedenheit der Anschauungen des Generalfeldmarschalls und des Generals Ludendorff einerseits und des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes anderseits hin. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes treibt aber keine eigene Politik, er führt die von mir auf Befehl Euer Majestät geleitete Politik aus. Ich darf aber für mich in Anspruch nehmen, dass ich Euer Majestät zu keiner Politik zu raten imstande wäre, die dahin führen würde, Deutschland von der Höhe herabzuführen, auf die

24 Viktor Bredt schließt aus der voranstehenden Passage des von Hertling »um die Weihnachtszeit an Ludendorff« geschriebenen Briefs im 4. Unterausschuss des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Kriegsschuld, dass »ein gutes Verhältnis« zwischen der OHL und dem Reichskanzler bestand: Hertling habe hier zum Ausdruck gebracht, »daß die Friedensresolution des Reichstags das Ergebnis einer niedergedrückten Stimmung war; aber sie sei vollkommen erledigt, seitdem es Ludendorff und dem Generalfeldmarschall gelungen sei, die deutschen Waffen wieder zum Siege zu führen«. (Verhandlungsbericht über die Sitzungen v. 5.–7. Mai 1925. Werk des Untersuchungsausschusses, 4. Reihe, Bd. 1, Entschließungen, S. 444). Es handelt sich aber nicht um einen Brief an Ludendorff, sondern um Hertlings mit Hilfe Kühlmanns, Radowitz' und Roederns verfasste Erwiderung auf eine Denkschrift der OHL, die nicht »um die Weihnachtszeit«, sondern am 23. Januar 1918 dem Kaiser geschickt wurde. Sie betonte die staatsmännische Verantwortung in Distanz von »Stimmungen«, auf die sich die OHL wiederholt berief, und ihr unterlagen andere Vorstellungen über die Ausgestaltung des »Sieges«, an dem Kühlmann hier festhielt, als die OHL sie hegte. Auch sind in Hertlings »Bemerkungen«, anders als Bredt angibt, Ludendorff und Hindenburg nicht als Sieger genannt. – Johann Viktor Bredt (1879–1940), geb. in Wuppertal-Barmen, 1901 Dr. jur., 1904 Dr. phil., 1925 Dr. h.c. theol., 1903 im Verwaltungsdienst, 1910 Prof. für Staats-, Verwaltungs-, Völker- und Kirchenrecht in Marburg, 1911–1918 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, 1921–1924 des preußischen Landtags, 1924–1932 des Reichstags (Anführer der Reichspartei des Deutschen Mittelstands), 1930–1931 Reichsjustizminister.

Euer Majestät und Allerhöchstderen Vorgänger es geleitet haben. Im Gegensatz zu den exakten Wissenschaften kennt die Politik nicht eine einzige unumstößlich richtige Lösung gestellter Probleme,[25] sie wird immer von der subjektiven Überzeugung geleitet werden, dass jeder die für das Heil des Vaterlandes richtige Politik vertritt. Die Entscheidung, welcher Kurs eingehalten werden soll, liegt bei Euer Majestät. Ich stehe nicht an zu glauben, dass, wie bisher, auch künftig es der Weisheit Euer Majestät gelingen wird, die für das Vaterland nützlichste Politik durch Abwägen der von Allerhöchstderen Ratgebern vorgetragenen Gründe zu bestimmen und den Männern, die auf militärischem Gebiet Euer Majestät und dem Vaterland so unermessliche Dienste geleistet haben, das Gefühl zu erhalten, dass sie das Vertrauen ihres Allerhöchsten Kriegsherrn in vollem Umfang geniessen.[26] Anderseits dürfen aber auch die durch das ehrenvolle Vertrauen Euer Majestät ausgezeichneten politischen Ratgeber beanspruchen, dass ihnen auch seitens der militärischen Stellen dasselbe Vertrauen auf ihre Leistungsfähigkeit und ihr durch langjährige Erfahrung erworbenes und gebildetes politisches Urteil entgegengebracht wird.[g]

25 Im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft hatte Hertling ausgeführt, dass, anders als bei der systematisch verfahrenden Wissenschaft des Staatsrechts, bei der Politik, »es sich nicht um ein für allemal Gegebenes oder infolge der geschichtlichen Entwicklung eines bestimmten Staatswesens fest Gewordenes handelt, sondern um ein Bewegliches, um wechselnde Zwecke und die durch dieselben bedingten Mittel«. (Hertling, Politik, in: Staatslexikon, 2. Aufl., Bd. 4, 1903, Sp. 546–462, 547). In seinem Artikel Staat berief er sich auf Aristoteles' »politisch-ethische Untersuchungen«, um festzustellen: »Wo von den unendlich verwickelten und mannigfaltigen Verhältnissen des Menschenlebens die Rede ist, kann man nicht, wie in der Mathematik, Lehrsätze von ausnahmsloser Gültigkeit aufstellen. Nur gewisse oberste Principien lassen sich aufzeigen, deren Anwendung aber je nach den Verhältnissen des besondern Falls, bei dessen Beurteilung nicht selten einander kreuzende Gesichtspunkte in Betracht kommen, zu sehr verschiedenen Ergebnissen führt«. Hertling, Staat, in: Staatslexikon, 2. Aufl. 1904, Bd. 5, Sp. 174–202, 195.

26 »Das gleichmäßige, felsenfeste Vertrauen« zu den Kriegsentscheidungen der OHL hegte auch Roedern (an Radowitz, Berlin 10. Januar 1918); vgl. dazu Kühlmanns Bemerkungen v. 10. Januar, S. 10 (siehe oben Anm. 4): Ein Austausch der beiden Generäle »würde bei der augenblicklich herrschenden Stimmung in Deutschland als großes nationales Unglück aufzufassen sein«. Durch detaillierte Aussprachen seien »politische Differenzpunkte« auf ein Minimum zu reduzieren, in Zweifelsfällen sei der Kaiser anzurufen. »Es gibt kein anderes Mittel, als diesen für den Kanzler außerordentlich mühsamen Weg auch in Zukunft weiterzugehen, da die Vermeidung schwerer innerer Krisen die wichtigste Voraussetzung für einen erfolgreichen Abschluß des gegenwärtigen Krieges bildet«. BArch, R 43/2403f, f. 39.

258

Erklärung des Reichskanzlers gegenüber der Obersten Heeresleitung
Berlin, 24. Januar 1918

Anlage zu: Wilhelm II. an Paul von Hindenburg, Berlin, 24. Januar 1918[1]
(masch. Or.[2]; PAAA, R 742, S. 259; Druck: Ludendorff, Urkunden, S. 467–468[3])

1. Die staatsrechtliche Verantwortung für die Friedensverhandlungen trägt nach der Reichsverfassung allein der Reichskanzler. Eine Teilung der staatsrechtlichen Verantwortung ist unmöglich. Die Verantwortung des Reichskanzlers für die Friedensverhandlungen bezieht sich auf die zu erstrebenden Ziele, die in Anwendung gebrachte Taktik und die Ergebnisse.
2. Die obersten militärischen Stellen, d. h. der Chef des Generalstabes des Feldheeres, der Erste Generalquartiermeister, der Kriegsminister und der Chef des Admiralstabes der Marine, haben, soweit die Friedensverhandlungen die militärischen Interessen berühren, das Recht und die Pflicht, in beratender Weise an den Verhandlungen einschliesslich der zur Anwendung zu bringenden Taktik mitzuwirken.

   Der Umkreis der militärischen Interessen ist nicht auf die militärischen Angelegenheiten im engeren Sinne beschränkt, sondern umfasst auch die Fragen der Änderung der Reichsgrenzen,[4] Fragen unserer künftigen Beziehungen zu

1 Als Datum der (undatierten) endgültigen Fassung der Erklärung (mehrere masch. Kopien in BArch, R 43/2403f) wird der 24. Januar 1918 genommen, weil diese hier als Anlage zur Kop. des Kaiserbriefs an Hindenburg vom 24. Januar gedruckt ist, die Hertling an diesem Tag zuging. Am Vortag hatte Hertling die endgültige Erklärung dem Kaiser mit kurzem, eigh. unterzeichnetem Begleitschreiben zugesandt. Vgl. mit dem Folgenden den ersten Text der eigh. konzipierten Erklärung Hertlings, abgeschickt am 12. Januar 1918 (siehe oben Nr. 245). Auf diese Übersendung der ersten Erklärung an Hindenburg antwortete der Feldmarschall am 14. Januar mit Änderungsvorschlägen, die den Kreis der militärischen Interessen in Ziffer 2 erheblich weiter fassten und die Reichsgrenzen, Staatenbeziehungen, innere Politik, Wirtschaft, Ernährung, den Handel und Verkehr einbezogen. Dazu nahm Hertling im Telegramm Radowitz' an Limburg-Stirum vom 18. Januar Stellung. Daraufhin ließ Hindenburg Hertling am 19. Januar 1918 nochmals kleine Änderungen zusenden, die Hertling akzeptierte. Die endgültige, hier abgedruckte Fassung übermittelte Hertling am 21. Januar über Radowitz auch dem Kriegsminister von Stein, nachdem Ludendorff am 20. Januar auf telegraphischem Weg verlangt hatte, der Reichskanzler solle den Kriegsminister und den Admiralstabschef (Holtzendorff) um Stellungnahme zu seiner Erklärung bitten. (BArch, R 43/2403f, f. 63–64). Hertling setzte beide von der Letztfassung seiner Erklärung aber nur in Kenntnis.

2 Masch. Kop. in BArch, R 43/2403f, von Radowitz am 21. Januar Kriegsminister v. Stein übersandt.

3 Dort inkorrekt genannt: »Anlage zur Denkschrift des Reichskanzlers über Verantwortlichkeit«.

4 Ihre militärischen Interessen bezüglich der Reichsgrenzen machten Hindenburg und Ludendorff schon am 23. Januar 1918 geltend. Sie suchten den Reichskanzler auf, drängten auf raschen

anderen Staaten und – soweit diese mit der Führung dieses oder eines künftigen Krieges in Zusammenhang stehen – Fragen unserer inneren Politik, wirtschaftliche Fragen, Ernährungsfragen, Fragen des Handels- und Verkehrswesens, der Arbeiterinteressen, endlich die moralische Wirkung der zu treffenden Massnahmen auf Heer und Marine.

Die militärischen Stellen können ihre Forderungen nach dieser Richtung jederzeit aus eigener Initiative vorbringen, jedoch immer nur im Sinne von Anregungen, Ratschlägen, Bedenken oder Warnungen. Der Reichskanzler wird alsdann bei seiner Entscheidung darauf Bedacht nehmen, dass Forderungen, die die militärische Durchführung des gegenwärtigen Krieges berühren, vor allen anderen Forderungen den Vorrang erhalten.[5]

3. Sollten die militärischen Stellen glauben, auf einer von dem Reichskanzler abgelehnten Forderung bestehen zu müssen und wird auf dem Wege der gegenseitigen Aussprache eine Einigung nicht erzielt, so ist die Entscheidung Seiner Majestät des Kaisers einzuholen.[6]

Friedensschluss mit Russland oder zumindest der Ukraine und legten einen neuen Entwurf zur Grenzziehung zwischen Deutschland und Polen vor, der eine mittlere Linie zwischen der vom Kaiser gezeichneten und der zuvor von der OHL beanspruchten weiter ausgreifenden Grenzlinie enthielt. Den ausgearbeiteten Entwurf würden sie Hertling einreichen mit der Bitte, ihn dem Kaiser »zur endgültigen Entscheidung zu unterbreiten und dann Kühlmann zu Verhandlungen auf dieser Basis zu ermächtigen«. (Eigh. Aktennotiz Radowitz' v. 24. Januar 1918. BArch, R 43/2403f, f. 76; vgl. Scherer-Grunewald, Bd. 3, S. 296 f.; Schwertfeger, Gutachten, S. 135 f.). Dem dürfte Hertling, der die Polenfrage offenhalten wollte, nicht gefolgt sein.

5 Vorangehender Satz entsprach der Hertling von Hindenburg am 14. Januar zugesandten Fassung von Ziffer 2 Absatz 3 der Erklärung. Auf der Antwort Hindenburgs vom 14. Januar auf Rk. 255 hatte Radowitz eigh. stattdessen einen anderen Formulierungsvorschlag gemacht, welcher der OHL über Limburg-Stirum am 18. Januar telegraphiert, aber dort abgelehnt wurde: »dem Reichskanzler bleibt vorbehalten, diesen Forderungen nachzukommen, wenn sie in den Rahmen der von ihm geleiteten Politik passen«. BArch, R 43/2403f, f. 61 f.

6 Diese endgültige Fassung von Ziffer 3 folgte einem eigh. Vorschlag Radowitz' auf dem Or.-Schreiben Hindenburgs an Hertling v. 14. Januar. BArch, R 43/2403f, f. 59.

259

Georg von Hertling an Paul von Hindenburg
Berlin, 24. Januar 1918

Der Reichskanzler. Rk 4701/17 (masch. Kop.; BArch, R 43/2398k, S. 174–179)

Euer Exzellenz Schreiben vom 16. Dezember v[origen] J[ahres][1] ist mir Anlass gewesen, mit den für die preussische Wahlreform zuständigen und verantwortlichen preussischen Staatsministern, dem Herrn Vizepräsidenten des Staatsministeriums[2] und dem Herrn Minister des Innern[3] Fühlung zu nehmen. In Übereinstimmung mit ihnen beehre ich mich, Euer Exzellenz in Ergänzung meines Schreibens vom 26. Dezember v[origen] J[ahres][4] nachstehendes auszuführen.

Mit Euer Exzellenz weiß ich mich einig in der Feststellung, dass die Frage der Wahlreform in Preussen in Ausgestaltung, Vorlage und Durchführung eine rein politische Angelegenheit ist. Euer Exzellenz pflichte ich auch darin vollkommen bei, dass sich im Verlauf des unvermeidlichen Kampfes um die Wahlreform wie im Verfolg einer jeden politischen Regierungsentschliessung sehr wohl Verwicklungen, Erregungen politischer Natur ergeben können, die nicht ohne Einfluss auf die Erhaltung der siegesfreudigen Stimmung in der Heimat und damit auf die Kampfkraft der Armee und die siegreiche Beendigung des Krieges bleiben. In solchen Fällen ist gewiss ein dringendes Interesse auch Euer Exzellenz gegeben, und ich werde es mir angelegen sein lassen, in steter Verbindung mit Euer Exzellenz, dafür Sorge zu tragen, dass ein Einvernehmen zwischen den militärischen und den politischen Notwendigkeiten hergestellt wird.

In der Frage der preussischen Wahlreform wollen Euer Exzellenz bedenken, in wie weitem Umfange diese Frage zur bewegenden Kraft des inneren politischen Lebens im Reiche wie in Preussen geworden ist, wie empfindlich weite Volkskreise in Fragen der Wahlreform sind, und, wie tiefgehend gerade in der deutschen Arbeiterschaft nach jahrzehntelangen Enttäuschungen in der Wahlrechtsfrage das Misstrauen in

1 Siehe oben Nr. 221.

2 Ursprünglich Anhänger des Pluralwahlrechts, betrieb Friedberg dann gegen nationalliberale und konservative Widerstände die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen.

3 Wilhelm (Bill) Arnold Drews (1870–1938), geb. in Berlin, 1892 Dr. jur., 1897 Hilfsarbeiter im preußischen Ministerium des Innern, 1902 Landrat in Oschersleben, 1905 Rückkehr ins Innenministerium, 1908 Geheimer Oberregierungsrat, 1911 Regierungspräsident in Köslin, 1914 Unterstaatssekretär im Innenministerium, August 1917–November 1918 preußischer Innenminister, 1917–1923 Staatskommissar für die Vorbereitung der Verwaltungsreform, 1921–1937 Präsident des Preußischen Oberverwaltungsgerichts, 1922 Honorarprofessor an der Universität Berlin, Vorlesungen an der Deutschen Hochschule für Politik, Schöpfer des preußischen Polizeiverwaltungsgesetzes von 1931, um die Einführung rechtsstaatlicher Grundsätze ins Polizeirecht bemüht.

4 Hier nicht beiliegend.

den guten und aufrechten Willen der Königlichen Staatsregierung ist.[5] Gegenüber der leider zu lange jedem verständigen Zugeständnis widerstrebenden Mehrheit der preussischen Volksvertretung, einem Widerstreben, das noch unter dem vollen Einfluss der Kriegsereignisse und der Kriegsopfer im Januar 1916 entschlossen zum Ausdruck kam,[6] hat der Kampf der unteren Volksklassen um Erweiterung des preussischen Wahlrechts gerade mit der Dauer des Krieges an Leidenschaftlichkeit gewonnen, und es ist, wie Euer Exzellenz ja bekannt ist, die Schaffung der Sicherheit für die loyale Durchführung der Wahlreform von entscheidender Bedeutung für die fernere kriegswillige Haltung der Arbeiterschaft geworden. Ich möchte die Frage ganz offen lassen, ob die drängende, erregte Stimmung in der Arbeiterschaft selbst entstanden ist oder im Zuge parteipolitischer Agitation in sie hineingetragen wurde. Die Regierung sah sich ihr gegenüber, und so wenig sie sich wohl in ruhigen Zeiten zu einer ungewöhnlichen Nachgiebigkeit veranlasst gefühlt hätte, so sehr musste sie der Stimmung und Haltung der breiten Massen, besonders der Arbeiterschaft im Kriege Rechnung tragen, gerade in Rücksicht auf die siegreiche Durchführung des Krieges, die bleibende Sicherstellung des Heeresbedarfs durch die heimische Arbeit, die Festhaltung auch der demokratischen Elemente an dem in schwerstem Existenzkampf stehenden Staat. Darum ist die Kaiserliche Osterbotschaft ergangen, die dann unter besonderen Umständen durch den Allerhöchsten Erlass vom 11. Juli v[origen] J[ahres] eine Bekräftigung und Erweiterung erfuhr.[7]

Wenn selbst nach Erlass beider Botschaften sich in weiten Kreisen das Vertrauen nicht einstellen wollte, so lag das nicht zuletzt daran, dass alsbald von wahlrechtsgegnerischer Seite der Ernst der Allerhöchsten Botschaft in Frage gestellt wurde. Rücksicht auf das Ansehen der Krone auf der einen Seite, auf die Sicherstellung der mit dem grossen verfassungsrechtlichen Zugeständnis beabsichtigten innerpolitischen Wirkung auf der anderen Seite geboten, eine beschleunigte, faktisch wie

5 Im Dezember 1914 hatte Bethmann den konservativen preußischen Innenminister Loebell angewiesen, die Wahlrechtsreform anzugehen, um bald nach Kriegsende eine Vorlage einzubringen. Dieser übernahm die Aufgabe »nur mit äußerster Unlust«. Er legte im Frühsommer 1915 einen Entwurf vor, »der freilich abermals ein ständisch abgestuftes Wahlrecht enthielt, weil das allgemeine gleiche angeblich die monarchische Ordnung in Preußen bedrohe und preußische Hemmnisse gegen den Reichstag beseitige« sowie die Sozialdemokratie fördere. Vietsch, Bethmann Hollweg, S. 218 f.

6 Vgl. die Pressestimmen des Vorwärts und des Berliner Tageblatts vom 17. Januar 1916 gegen die Verwässerung der Wahlrechtsreform im preußischen Landtag. Wolff, Tagebücher, S. 336 f.

7 Die Osterbotschaft vom 7. April 1917 beklagte Generaloberst von Plessen, Generaladjutant des Kaisers und Kommandeur des kaiserlichen Hauptquartiers, als eine »politische, nie wieder gut zu machende liberale Entgleisung«. Der Kaiser habe keine Sorgen deswegen, auch nicht Rudolf von Valentini, doch: »Hindenburg und Ludendorff sind ausser sich«. (Afflerbach, Kaiser Wilhelm II., S. 896). Der nachfolgende kaiserliche Erlass vom 11. Juli 1917, ggez. von Bethmann, gebot die Vorlage eines Gesetzentwurfs »auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts«, der bereits bei den nächsten Landtagswahlen Anwendung finden solle. Der schwere Kampf, in dem die gesamte Nation stehe, mache eine erweiterte »Mitarbeit« des Volkes unabweisbar. Schulthess 58, NF 33 (1917/I), S. 398 f., 687 f. Vgl. Patemann, S. 58–63, 89–95.

taktisch loyale Durchführung des Wahlrechtserlasses vom 11. Juli durch die Königliche Staatsregierung. In diesem Zusammenhange wollen Euer Exzellenz meine Stellungnahme gegenüber dem von der Oberzensurstelle angeregten Einschreiten gegen den »Vorwärts« ansehen, als der »Vorwärts« den Wahlrechtsaufruf der Sozialdemokratie veröffentlichte.

Aus militärischen Gründen beanstanden Euer Exzellenz mit Recht die zu Massenkundgebungen, möglicherweise also zu öffentlichen Unruhen auffordernden Sätze des Aufrufs. Ich brauche nicht zu betonen, dass ich derartige Methoden innerpolitischen Kampfes zumal zur Kriegszeit verurteile, und ich brauche ferner nicht zu betonen, dass bei etwaigen Massenkundgebungen die Organe der Staatsverwaltung mit allem gebotenen Nachdruck für die Erhaltung der öffentlichen Ordnung eintreten werden. Ich werde gegebenen Falles auch aus dieser meiner Auffassung den sozialdemokratischen Führern kein Hehl machen und sie vor gefährlichen und unnützen Übereilungen und Masslosigkeiten warnen. Gleichwohl hielt ich es nicht für richtig, gegen den »Vorwärts« mit Zensurmassnahmen vorzugehen, und ich muss an dieser Auffassung aus wichtigen Gründen innerer Politik festhalten.

In der ersten Lesung der Wahlreform–Vorlage im Abgeordnetenhause war die Stellung der Mehrheitsparteien gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts in Form und Inhalt eine unerwartet entschiedene gewesen. Die Besorgnis der Sozialdemokratie um das Schicksal der Regierungsvorlage und damit um die Durchführung der Botschaft vom 11. Juli v[origen] J[ahres] war begreiflich, die Erregung verständlich. Die Folge war der aufgeregte, zum Teil höchst bedenkliche, dabei taktisch unkluge Aufruf, der im »Vorwärts« als parteiamtliche Kundgebung veröffentlicht wurde. Eine Zensurmassnahme gegen den »Vorwärts« wegen dieser Veröffentlichung hätte sich an sich nicht so sehr gegen den »Vorwärts« als gegen die sozialdemokratische Parteileitung gerichtet und hätte schon aus diesem Grunde über den Charakter einer Massnahme einfacher militärischer Zensur hinaus grundsätzliche politische Bedeutung gewonnen. Musste ich schon deshalb angesichts der allgemeinen innerpolitischen Lage ernste Bedenken haben, so noch mehr aus Erwägungen, die sich aus der vorstehenden Darlegung der besonderen Bedeutung der Wahlrechtsfrage ohne weiteres ergeben. Nach der ablehnenden Stellungnahme der Mehrheitsparteien ruhte und ruht alles Vertrauen in die endliche Durchführung der Wahlreform auf der Erwartung, dass die Regierung für die vollinhaltliche Einlösung der Wahlrechtsbotschaft ernst und loyal eintritt. Dieses Vertrauen, das die breiten Massen heut haben, ist ein wichtiges Moment innerer Ruhe. Wird es erschüttert, so sind sehr ernste innerpolitische Verwicklungen zu besorgen, Bewegungen in den unteren Klassen, die in ihren schwer zu ermessenden Folgen tatsächlich von der Heimat her die Kampfkraft der Armee beeinträchtigen können. Gerade weil mit langandauernden parlamentarischen Beratungen der Wahlreform zu rechnen ist, die leicht, wenn auch mit Unrecht misstrauisch als absichtliche Verschleppung angesehen werden können, ist es doppelt notwendig, dass das Vertrauen in die Entschlossenheit und den ehrlich guten Willen der Regierung unerschüttert bleibt. Dies um so mehr, wenn die Möglichkeit in Rechnung gestellt wird, dass die Königliche Staatsregierung im

Verlauf der Verhandlungen zu dem einen oder anderen Zugeständnis an die gemäßigten Parteien gelangt. Hätte die Regierung an den Anfang des Wahlrechtskampfes eine Zensurmassnahme anlässlich des sozialdemokratischen Aufrufs gesetzt, so bin ich sicher, dass man dann auf Seiten der drängenden, aufgeregten demokratischen Elemente den Beginn eines Zurückweichens vor der opponierenden Landtagsmehrheit, den Beginn einer Preisgabe der Allerhöchsten Botschaft gesehen hätte. Die Regierung würde damit von Anfang an alles Vertrauen verloren haben, die unteren Klassen wären in mehr oder minder leidenschaftliche Bewegung geraten oder gebracht worden, und ich fürchte, die Folge wäre der sofortige Eintritt derjenigen ordnungsstörenden Massenkundgebungen geworden, zu denen die Sozialdemokratie unverantwortlicherweise aufgefordert hatte.

Ich gebe mich der Hoffnung hin, dass Euer Exzellenz die Berechtigung meiner Gründe, die mich veranlassten, Zensurmassnahmen gegen den »Vorwärts« anlässlich der Veröffentlichung des Wahlrechtsaufrufes dringend zu widerraten anerkennen werden. Und ich darf meiner und der hauptbeteiligten preussischen Staatsminister Überzeugung dahin Ausdruck geben, dass bei entschiedener Abwehr aller Bedrohungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung sich der Kampf um die Wahlreform in der Presse von Zensurmassnahmen unbeeinträchtigt vollziehen muss. Ich glaube zu dieser grundsätzlichen Stellungnahme ebenso wie aus innerpolitischen Gründen auch im Interesse der Erhaltung einer kriegswilligen, siegesfreudigen Stimmung in der Heimat verpflichtet zu sein.[8]

gez. Graf von Hertling

8 Mit Schreiben v. 23. Februar 1918 verlangte Hindenburg erneut von Hertling Eingriffe in die Presse, weil die Frankfurter Zeitung v. 21. Februar die Verschleppung der preußischen Wahlreform kritisiert hatte, die »den schwersten Kampf im Innern« um die »Erringung der Volksrechte« heraufbeschwöre. (BArch, R 43/2439b, f. 158–159). Hertling lehnte in seiner Antwort vom 14. März die »politische Einwirkung auf die Presse der Parteien« wiederum ab. Er halte unverändert an seinem Standpunkt fest, dass »sich der Kampf um die Wahlreform in der Presse von Zensurmaßnahmen unbeeinträchtigt vollziehen müsse«. Eine Verschärfung der Lage sei von der Verzögerung der Reform und von jenen zu erwarten, die »als Gegner der Parteien« aufträten. »Den Parteikampf« könne die Regierung durch ruhige Verhandlungsführung abschwächen, nicht ausschalten. Eine Zensur der »Parteimeinungen« vertretenden Presse sei darum bedenklich, weil sie »den politischen Kampf nur auf ein anderes Feld schieben« würde und »die parlamentarischen Auseinandersetzungen« erschweren könne. Ebd., f. 183–186.

260

Rede Georg von Hertlings vor dem Hauptausschuss Berlin, 24. Januar 1918

(Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 45 v. 25. Januar 1918. PAAA, R 1388, S. 163–168[1])

Meine Herren! Als ich zum letzten Male die Ehre hatte, vor Ihrem Ausschuß zu sprechen – es war am 3. Januar – standen wir, so schien es, vor einem in Brest-Litowsk eingetretenen Zwischenfall. Ich habe damals die Meinung ausgesprochen, daß wir die Erledigung dieses Zwischenfalls in aller Ruhe abwarten sollten. Die Tatsachen haben dem recht gegeben. Die russische Delegation ist wieder in Brest-Litowsk eingetroffen. Die Verhandlungen sind wieder aufgenommen und fortgesetzt worden. Sie gehen langsam weiter und sind außerordentlich schwierig. Auf die näheren Umstände, die diese Schwierigkeit bedingen, habe ich schon das vorige Mal hingewiesen. Manchmal konnte in der Tat der Zweifel entstehen, ob es der russischen Delegation Ernst sei mit den Friedensverhandlungen, und allerhand Funksprüche, die durch die Welt gehen, mit höchst seltsamem Inhalt, könnten diesen Zweifel bestärken. Trotzdem halte ich an der Hoffnung fest, daß wir auch mit der russischen Delegation in Brest-Litowsk demnächst zu einem guten Abschluß gelangen werden.

Günstiger stehen unsere Verhandlungen mit den Vertretern der Ukraine. Auch hier sind noch Schwierigkeiten zu überwinden, aber die Aussichten sind günstig. Wir hoffen, demnächst mit der Ukraine zu Abschlüssen zu kommen, die in beiderseitigem Interesse gelegen und nach der wirtschaftlichen Seite vorteilhaft sein würden.

Ein Ergebnis, meine Herren, war bereits am 4. Januar abends um 10 Uhr zu verzeichnen. Wie Ihnen allen bekannt ist, hatten die russischen Delegierten zu Ende Dezember den Vorschlag gemacht, eine Einladung an sämtliche Kriegsteilnehmer ergehen zu lassen, sie sollten sich an den Verhandlungen beteiligen, und als Grundlage hatten die russischen Delegierten gewisse Vorschläge sehr allgemein gehaltener Art unterbreitet. Wir haben uns damals auf den Vorschlag, die Kriegsteilnehmer zu den Verhandlungen einzuladen, eingelassen – unter der Bedingung jedoch, daß diese Einladung an eine ganz bestimmte Frist gebunden sei. Am 4. Januar des Abends

1 Druck auch: Schulthess 59, NF 34 [1918/I], S. 19–25; Ursachen und Folgen, Bd. 2, S. 145–152. Nur ein Regest der Kanzlerrede enthält: Der Hauptausschuß, Bd. 4, S. 1922 f.

um 10 Uhr war diese Frist verstrichen, eine Antwort war nicht erfolgt.[2] Das Ergebnis ist, daß wir der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind, daß wir die Bahn frei haben für Sonderverhandlungen mit Rußland, und daß wir auch selbstverständlich an jene von der russischen Delegation uns vorgelegten allgemeinen Friedensvorschläge der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind.

Anstatt der damals erwarteten Antwort, die ausgeblieben ist, sind inzwischen, wie die Herren alle wissen, zwei Kundgebungen feindlicher Staatsmänner erfolgt, die Rede des englischen Ministers Lloyd George vom 5. Januar und die Botschaft des Präsidenten Wilson vom Tage danach.[3] Ich erkenne gern an, daß Lloyd George seinen Ton geändert hat. Er schimpft nicht mehr und scheint dadurch seine früher von mir angezweifelte Verhandlungsfähigkeit jetzt wieder nachweisen zu wollen. Immerhin aber kann ich nicht so weit gehen, wie manche Stimmen aus dem neutralen Ausland, die aus dieser Rede Lloyd Georges einen ernstlichen Friedenswillen, ja sogar eine freundliche Gesinnung herauslesen wollen.[4] Es ist wahr, er erklärt,

2 Die zehntägige Verhandlungspause und Setzung der Frist vom 25./26. Dezember 1917 (Mitternacht) bis 4. Januar 1918 10 Uhr abends, in der sich die Entente-Mächte bereit erklären sollten, an Verhandlungen über einen Frieden ohne Annexionen und Eroberungen unter Beachtung jedes nationalen Selbstbestimmungsrechts teilzunehmen, ging auf den Vorschlag Joffes in der Sitzung der Friedenskonferenz vom 25. Dezember 1917 zurück, wo er erklärte, dass die russische Delegation ungeachtet bestehender Meinungsverschiedenheiten »der Ansicht ist, daß die in der Deklaration der Mächte des Vierbundes enthaltene offene Erklärung über das Nichtvorhandensein irgendwelcher aggressiver Pläne auf ihrer Seite die tatsächliche Möglichkeit gibt, sofort zu Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden zwischen allen kriegführenden Mächten zu schreiten«. (Hahlweg, S. 147, 144 f.). Die Grundsatzerklärung (»Leitsätze«) des Vierbunds v. 27. Dezember 1917 über einen »sofortigen allgemeinen Frieden« stimmte im Prinzip den von der russischen Delegation vorgeschlagenen sechs Punkten zu. Doch könne sich der Vierbund nicht »einseitig auf diese Bedingungen festlegen, ohne die Gewähr dafür zu besitzen, daß Rußlands Bundesgenossen diese Bedingungen ehrlich und rückhaltlos auch dem Vierbunde gegenüber anerkennen und durchführen«. (Ebd., S. 154–156). Aus Bern hatte Hertling zuverlässig erfahren, dass keine Friedensstimmung in Frankreich bestehe, Clemenceau eine erdrückende Mehrheit und die die Freimaurerlogen hinter sich habe. Frankreich suche sein Heil in den USA, die es zu seinem Vorposten machen wollten. D. v. Bethmann Hollweg an Hertling, Bern 15. Januar 1918. PAAA, R 20423. – Dietrich von Bethmann Hollweg (1877–1933), geb. in Runowo (Posen), Jurastudium, 1899 Militärdienst, 1902 Einberufung in den Auswärtigen Dienst, 1903 an der Gesandtschaft Budapest, danach Urlaub, 1906 Legationssekretär, Stationen in London, Den Haag, Wien, Belgrad, 1912 Charakter als Legationsrat, 1914 Militärdienst (Rittmeister d. R.), 1915 an der Botschaft in Wien, 1916 Botschaftsrat in Bern, 1918 a.D., danach Zeitungskorrespondent.

3 Druck der beiden Reden: Ursachen und Folgen, Bd. 2, S. 138–145, 374–376 (nur die 14 Punkte); Wilsons Kongressrede vor beiden Häusern am 8. Januar 1918: FRUS 1918, 1, Bd. 1, S. 12–17, mit englischen Original-Einschüben: Schulthess 59, NF 34 (1918/II), S. 556–562.

4 Der vorangehende Passus in Hertlings Rede v. 24. Januar über die »Stimmen im neutralen Ausland« kam einer zwischen dem deutschen Gesandten und dem dänischen Außenminister abgesprochenen Formulierung für den Reichskanzler nahe. Brockdorff-Rantzau (Aufzeichnung, Kopenhagen 21. Januar 1918, »Ganz geheim«) hielt fest, dass der Reichskanzler mit Rücksicht auf die dänische Sondierungsabsicht seine Antwortrede auf Lloyd George um mehrere Tage hinausschob. Er gab Scavenius' Empfehlung weiter, Hertling möge in seiner »auf Verlangen unserer öffentlichen Meinung« gehaltenen Rede »im gegenwärtigen Augenblick nicht zu scharf an Lloyd George Kritik üben«. Der Reichskanzler »könnte vielleicht sagen«, dass zwar Lloyd Georges Bedingungen für

er wolle Deutschland nicht vernichten, habe es nie vernichten wollen. Er gewinnt sogar Worte der Achtung für unsere politische, wirtschaftliche, kulturelle Stellung. Aber dazwischen fehlt es doch auch nicht an anderen Aeußerungen; dazwischen drängt sich doch immer wieder die Auffassung durch, daß er über das schuldige, aller möglichen Verbrechen schuldige Deutschland Recht zu sprechen habe, – eine Gesinnung, meine Herren, auf die wir uns selbstverständlich nicht einlassen können, in der wir vom ernsten Friedenswillen noch nichts verspüren können. Wir sollen die Schuldigen sein, über die nun die Entente zu Gericht sitzt. Das nötigt mich, einen kurzen Rückblick auf die dem Kriege vorangegangenen Verhältnisse und Vorgänge zu werfen, auf die Gefahr hin, längst Bekanntes noch einmal zu wiederholen.

Die Aufrichtung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 hatte der alten Zerrissenheit ein Ende gemacht, durch den Zusammenschluß seiner Stämme hatte das Deutsche Reich in Europa diejenige Stellung erworben, die seinen wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen und den darauf begründeten Ansprüchen entsprach. (Bravo!) Fürst Bismarck krönte sein Werk durch das Bündnis mit Oesterreich-Ungarn. Es war ein reines Defensivbündnis, von den hohen Verbündeten vom ersten Tage an so gedacht und so gewollt. Im Laufe der Jahrzehnte ist niemals auch nur der leiseste Gedanke an einen Mißbrauch zu aggressiven Zwecken aufgetaucht. Insbesondere zur Erhaltung des Friedens sollte das Defensivbündnis zwischen Deutschland und der engverbündeten, in alter Tradition durch gemeinsame Interessen mit uns verbundenen Donaumonarchie dienen.

Aber schon Fürst Bismarck hatte, wie ihm oftmals vorgeworfen wurde, den Alpdruck der Koalitionen, und die Ereignisse der folgenden Zeit haben gezeigt, daß das kein bloßes schreckhaftes Traumbild war. Mehrfach trat die Gefahr feindlicher Koalitionen, die den verbündeten Mittelmächten drohte, in die Erscheinung. Durch die Einkreisungspolitik König Eduards[5] ward der Traum der Koalitionen Wirklichkeit. Dem englischen Imperialismus stand das aufstrebende und erstarkende Deutsche Reich im Wege. In französischer Revanchesucht, in russischem Expansivstreben fand dieser britische Imperialismus nur allzu bereite Hilfe, und so bereiteten sich für uns gefährliche Zukunftspläne vor.

Schon immer hatte die geographische Lage Deutschlands die Gefahr eines Krieges auf zwei Fronten uns nahe gerückt. Jetzt wurde sie immer sichtbarer. Zwischen Rußland und Frankreich wurde ein Bündnis abgeschlossen, dessen Teilnehmer das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn an Einwohnerzahl um das Doppelte übertrafen. Frankreich, das republikanische Frankreich, lieh dem zaristischen Rußland Milliarden zum Ausbau der strategischen Bahnen im Königreich Polen, die den

Deutschland unannehmbar seien, »im feindlichen und neutralen Auslande werde die Kundgebung des englischen Ministerpräsidenten aber als ein Entgegenkommen betrachtet«. Scherer-Grunewald, Bd. 3, S. 292 f.

5 Eduard VII. (1841–1910), seit 1901 König von Großbritannien und Irland, Kaiser von Indien, förderte den Abschluss der Entente cordiale von 1904 und den St. Petersburger Vertrag von 1907.

Aufmarsch gegen uns erleichtern sollten. Die französische Republik zog den letzten Mann zur dreijährigen Dienstzeit heran. So schuf sich Frankreich neben Rußland eine bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit gehende Rüstung. Beide verfolgten dabei Zwecke, die unsere Gegner jetzt als imperialistisch bezeichnen. Es wäre pflichtvergessen gewesen, wenn Deutschland diesem Spiel ruhig zugeschaut hätte, wenn nicht auch wir uns eine Rüstung zu schaffen versucht hätten, die uns gegen die künftigen Feinde zu schützen hatte.

Meine Herren! Ich darf vielleicht daran erinnern, daß ich selbst als Mitglied des Reichstags sehr häufig über diese Dinge gesprochen habe und daß ich bei neuen Rüstungsausgaben stets darauf hingewiesen habe, daß das deutsche Volk, wenn es diesen Rüstungen zustimmte, lediglich eine Politik des Friedens treiben wollte, daß diese Rüstung uns nur aufgenötigt sei zur Abwehr gegen die uns vom Feinde drohende Gefahr. Es scheint nicht, daß diese Worte irgendwie von dem Auslande beachtet worden wären. Und nun Elsaß-Lothringen! Elsaß-Lothringen, von dem auch jetzt wieder Lloyd George redet. Auch jetzt spricht er wieder von dem Unrecht, das Deutschland im Jahre 1871 Frankreich angetan habe. Elsaß-Lothringen – ich sage es nicht Ihnen, Sie bedürfen der Belehrung nicht, aber im Auslande scheint man die Dinge immer noch nicht zu kennen – Elsaß-Lothringen umfaßt bekanntlich zum größten Teile rein deutsche Gebiete, die durch jahrhundertelang fortgesetzte Vergewaltigung und Rechtsbrüche vom Deutschen Reiche losgelöst wurden, bis endlich 1789 die französische Revolution den letzten Rest verschlang. Damals wurden sie französische Provinzen. Als wir nun im siebziger Kriege die uns freventlich entrissenen Landstriche zurückverlangten, war das nicht Eroberung fremden Gebietes, sondern recht eigentlich, was man heute Desannexion nennt.[6] Und diese Desannexion ist dann auch von der französischen Nationalversammlung, der verfassungsmäßigen Vertretung des französischen Volkes in damaliger Zeit, am 29. März 1871 mit großer Stimmenmehrheit ausdrücklich anerkannt worden.[7] Und auch in England, meine Herren, sprach man damals ganz anders als heute. Ich kann mich auf einen klassischen

6 Windthorst hatte 1871 vorgeschlagen, die Bevölkerung Elsaß-Lothringens solle durch ein Plebiszit über ihre Zukunft entscheiden. Der Antiklerikalismus in Frankreich hatte die Neigungen zur Rückkehr im Reichsland sehr abgekühlt. Vgl. Innenstaatssekretär Clemens v. Delbrück an Bethmann Hollweg, Berlin 3. Oktober 1914: Über die Stimmung in Elsaß-Lothringen sei schwer etwas zu herauszubringen, da die Regierung selten »in unmittelbare Beziehungen zur Bevölkerung« trete. Auf dem Land wurden demnach die Einziehung des Landsturms, die Ernährungs- und Einquartierungsnöte willig hingenommen. »In den Städten und namentlich bei der gebildeten Bourgeoisie« sei man »mit seinen Hoffnungen und mit seinen Wünschen zweifellos auf der französischen Seite«. Für die Zeit nach dem Frieden sah er eine sehr schwierige Lage voraus und erwog deswegen eine Aufteilung: Oberelsaß an Bayern, Unterelsaß an Baden, Lothringen an Preußen, als Ausgleich Hohenzollern an Württemberg. BArch, R 43/2398, f, 263–276, 263–265.

7 Am 1. März 1871 nahm die in Bordeaux tagende Nationalversammlung mit 546 gegen 107 Stimmen die in Versailles verhandelten Friedenspräliminarien an, die Elsaß-Lothringens Annexion vorsahen. Gegen den Beschluss wurde ein flammender Protest verlesen, dem der Republikaner und Radikalsozialist Léon Gambetta am 4. März die Perspektive einer patriotischen Befreiungspolitik für das Elsaß unterlegte, gegründet auf den Protest des Rechts und der Gerechtigkeit gegen Gewalt

Zeugen berufen. Es ist kein anderer als der berühmte englische Historiker und Schriftsteller Thomas Carlyle[8], der in einem Briefe an die (Times), und zwar im Dezember 1870, folgendes schrieb: »Kein Volk hat einen so schlimmen Nachbar, wie ihn Deutschland während der letzten 400 Jahre an Frankreich besaß. Deutschland wäre verrückt, wenn es nicht daran dächte, einen Grenzwall zwischen sich und einem solchen Nachbar zu errichten«. – Ich bemerke, daß ich die sehr harten Ausdrücke, welche Carlyle in diesem Zusammenhang gegen Frankreich gebraucht, meinerseits jetzt nicht wiederholt habe. – »Einen solchen Grenzwall sich zu errichten, wo es die Gelegenheit dazu hat. Ich weiß von keinem Naturgesetz und keinem Himmelsparlamentsbeschluß, kraft dessen Frankreich allein von allen irdischen Wesen nicht verpflichtet wäre, einen Teil der geraubten Gebiete zurückzuerstatten, wenn die Eigentümer, denen sie entrissen, eine günstige Gelegenheit haben, sie wieder zu erobern«. Und in gleichem Sinne sprachen angesehene englische Preßorgane – ich nenne beispielweise die »Daily News« – sich aus.

Ich komme nunmehr zu Wilson, meine Herren. Auch hier erkenne ich an, daß der Ton ein anderer geworden ist. Es scheint, daß die damalige einmütige Zurückweisung des Versuches Wilsons, in der Antwort auf die Papstnote zwischen der deutschen Regierung und dem deutschen Volke Zwietracht zu stiften, ihre Wirkung getan hat. Diese einmütige Zurückweisung konnte Wilson schon auf den rechten Weg leiten, und der Anfang dazu ist vielleicht gemacht. Denn jetzt ist wenigstens nicht mehr die Rede von der Unterdrückung des deutschen Volkes durch eine autokratische Regierung, und die früheren Angriffe auf das Haus Hohenzollern sind nicht wiederholt. Auf schiefe Darstellungen der deutschen Politik, die sich auch jetzt noch in Wilsons Botschaft finden, will ich hier nicht eingehen, sondern im einzelnen die Punkte

und Infamie. Dagegen regten sich nur schüchterne autonomistische Stimmen. Mayeur, S. 134 f.; Eccard, S. 37–41; Bronner, S. 17–23.

8 Thomas Carlyle (1795–1881), schottischer Schriftsteller und Historiker, beeinflusst von der deutschen Klassik, Romantik und idealistischen Philosophie, Anhänger der Machtpolitik und britischer Sendungsideen.

besprechen, die Wilson vorlegt.[9] Es sind nicht weniger als vierzehn Punkte, in denen er sein Friedensprogramm formuliert, und ich bitte um Ihre Geduld, wenn ich diese vierzehn Punkte so kurz als möglich hier zum Vortrag bringe.

Der erste Punkt verlangt, es sollen keine geheimen internationalen Vereinbarungen mehr stattfinden. Meine Herren! Die Geschichte lehrt, daß wir uns am ehesten mit einer weitgehenden Publizität der diplomatischen Abmachungen einverstanden erklären könnten. Ich erinnere daran, daß unser Defensivbündnis mit Oesterreich-Ungarn seit dem Jahre 1888 aller Welt bekannt war, während die Offensivabmachungen zwischen den feindlichen Staaten erst im Laufe des Krieges und zuletzt durch die Enthüllungen der russischen Geheimakten das Licht der Oeffentlichkeit erblickten.[10] (Sehr richtig.) Auch die Verhandlungen in Brest-Litowsk vor aller Oeffentlichkeit beweisen, daß wir durchaus bereit sein könnten, auf diesen Vorschlag einzugehen und die Publizität der Verhandlungen als allgemeinen politischen Grundsatz zu erklären.

Im zweiten Punkt fordert Wilson Freiheit der Meere. Die vollkommene Freiheit der Schiffahrt auf dem Meere in Krieg und Frieden wird auch von Deutschland als eine der ersten und wichtigsten Zukunftsforderungen aufgestellt. Hier besteht also

9 Vgl. den Brief Erzbergers an Hertling, Berlin 14. Januar 1918, pr. 16. Januar (»Eilt!«; Sichtvermerke Hertlings, Bussches und Haniels): »Sämtliche aus neutralen Ländern zur Verfügung stehenden Quellen gehen übereinstimmend dahin, dass Wilsons Friedensnote ernsthafteste Berücksichtigung verdiene, und dass schroffe Ablehnung von Deutschlands Seite den Verlust der Sympathien Deutschlands im Ausland zur Folge haben würde«; beiliegend ein von Jong van Beek en Donk unterzeichnetes Telegr. aus Bern v. 13. Januar 1918, das ein Telegr. des Sekretärs der Interparlamentarischen Union, Lange, wiedergab: Neutrale Politiker sähen die Tür für Verhandlungen jetzt geöffnet. Aus »offiziösen Unterredungen« habe er, Lange, die »feste Ueberzeugung« gewonnen, dass Wilson und England den Frieden wünschten. »Frankreich hingegen beharrt bei Clemenceaus Standpunkt Sieg und Rückgabe Reichsland notwendig. Es wäre Spielen in Frankreichs Karte falls deutscher Reichstag jetzt durch schroffe Ablehnung Wilsons und Georges deren Verständigungswillen abschwächte. Schon jetzt anfangen Frankreich und Italien Wilson wegen Wohlwollenheit Feinde gegenüber [zu] tadeln, und chauvinistische Gazette Lausanne schreibt: Oesterreich zu viel geschont. Es wäre verhängnisvoll, falls durch deutsche Antwort extreme Richtung England-Amerika wieder Majorität werden würde«. (PAAA, R 20423, S. 14 f.). Erzberger schloss auch eine »Aufzeichnung über eine Mitteilung, die mir heute aus zuverlässiger Quelle wurde«, v. 14. Januar 1918 bei: Danach sei »Wilsons Note vom aufrichtigsten und ernstesten Bestreben zum Frieden zu kommen diktiert. Die amerikanische Gesandtschaft in Bern arbeite mit Nachdruck für den Frieden. Wilson sei Deutschland sehr weit entgegengekommen. Er habe in den Deutschland berührenden beiden Fragen statt des scharfen ›muss‹ stets das weiche, soll' gebraucht und damit die Tür für eine Verständigung geöffnet. Wilson habe den letzten Schritt vor dem tatsächlichen Eintritt Amerikas in den Krieg unternommen, finde er Ablehnung, so sei die Länge des Kriegs garnicht abzusehen«. (Ebd., S. 14, 16). – Der Norweger Dr. Christian Lous Lange (1869–1938), geb. in Stavanger, war 1909–1923 Generalsekretär der 1889 in Paris auf französisch-englische Initiative gegründeten Interparlamentarischen Union für internationale Schiedsgerichtbarkeit, einer Vereinigung von Parlamentariern zunächst aus europäischen Ländern. Er promovierte an der Universität Oslo mit dem ersten Teil seines Werks: Histoire de l'Internationalisme, Kristiana-München-Leipzig 1919.

10 Vgl. Dokumente aus den russischen Geheimarchiven, soweit sie bis zum 1. Juli 1918 eingegangen sind, hg. v. Auswärtigen Amt, Berlin 1918. Hier wie in anderen Punkten griff Hertling auf seine erste Reichstagsrede v. 29. November 1918 zurück.

keine Meinungsverschiedenheit. Die von Wilson zum Schluß eingefügte Einschränkung – ich brauche sie nicht wörtlich anzuführen – ist nicht recht verständlich und scheint überflüssig, würde also am besten wegfallen. In hohem Grade aber wichtig wäre es für die Freiheit der Schiffahrt in Zukunft, wenn auf die stark befestigten Flottenstützpunkte an wichtigen internationalen Verkehrsstraßen, wie sie England in Gibraltar, Malta, Aden, Hongkong, auf den Falklandinseln und an manchen anderen Stellen unterhält, verzichtet werden könnte.

Zum dritten Punkt, Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken! Auch wir sind mit der Beseitigung wirtschaftlicher Schranken, die den Handel in überflüssiger Weise einengen, durchaus einverstanden. Auch wir verurteilen einen Wirtschaftskrieg, der unausweichlich die Ursachen künftiger kriegerischer Verwicklungen in sich tragen würde.

Zum vierten Punkt. Beschränkung der Rüstungen! Wie schon früher von uns erklärt wurde, ist der Gedanke einer Rüstungsbeschränkung durchaus diskutabel. Die Finanzlage sämtlicher europäischer Staaten nach dem Kriege dürfte einer befriedigenden Lösung den wirksamsten Vorschub leisten. (Sehr richtig!)

Man sieht also, meine Herren, über die ersten vier Programmpunkte könnte man ohne Schwierigkeit zu einer Verständigung gelangen.

Ich wende mich zum fünften Punkt: Schlichtung aller kolonialen Ansprüche und Streitigkeiten: Die praktische Durchführung des von Wilson aufgestellten Grundsatzes in der Welt der Wirklichkeit wird einigen Schwierigkeiten begegnen. Jedenfalls glaube ich, daß es zunächst dem größten Kolonialreich – England – überlassen bleiben kann, wie es sich mit diesem Vorschlag seines Verbündeten abfinden will. Bei der unbedingt auch von uns geforderten Neugestaltung des Weltkolonialbesitzes wird von diesem Programmpunkt seinerzeit zu reden sein.

Der sechste Punkt betrifft die Räumung des russischen Gebietes. Nachdem die Ententestaaten es abgelehnt haben, innerhalb der von Rußland und den vier verbündeten Mächten vereinbarten Frist sich den Verhandlungen anzuschließen, muß ich im Namen der letzteren eine nachträgliche Einmischung ablehnen.[11] Wir stehen hier vor Fragen, die allein Rußland und die vier verbündeten Mächte angehen. Ich halte an der Hoffnung fest, daß es unter Anerkennung der Selbstbestimmung der westlichen Randvölker des ehemaligen russischen Kaiserreiches gelingen wird, zu einem guten Verhältnis sowohl mit diesen, als mit dem übrigen Rußland zu gelangen, dem wir aufs dringendste die Rückkehr geordneter, die Ruhe und Wohlfahrt des Landes gewährleistender Zustände wünschen.

11 Vgl. den Auszug aus dem Gutachten eines ungenannten Staatssekretärs über Wilsons 14 Punkte: Zu Punkt 6 fehlt hier der Hinweis auf das Verhandlungsversäumnis der Entente und ist weiter ausgeführt, es werde »zwischen dem heutigen Zustand und der Selbstbestimmungsfähigkeit der Randvölker ein Übergangsstadium eintreten, darin sich alle ordnenden Kräfte der Länder zusammenfinden müssen«. Zitiert nach Naumann, Dokumente, S. 478.

Punkt sieben kommt auf die belgische Frage.[12] Was die belgische Frage betrifft, so ist von meinen Amtsvorgängern wiederholt erklärt worden, daß zu keiner Zeit während des Krieges die gewaltsame Angliederung Belgiens an Deutschland einen Programmpunkt der deutschen Politik gebildet habe.[13] Die belgische Frage gehört zum Komplex der Fragen, deren Einzelheiten durch die Kriegs- und Friedensverhandlungen zu ordnen sein werden. Solange unsere Gegner sich nicht rückhaltlos auf den Boden stellen, daß die Integrität des Gebiets der Verbündeten die einzig mögliche Grundlage von Friedensbesprechungen bieten kann, muß ich an dem bisher stets eingenommenen Standpunkt festhalten und eine Vorwegnahme der belgischen Angelegenheit aus der Gesamtdiskussion ablehnen.[14]

Der achte Punkt betrifft die Befreiung des französischen Territoriums. Die okkupierten Teile Frankreichs sind ein wertvolles Faustpfand in unserer Hand. Auch hier bildet die gewaltsame Angliederung keinen Teil der amtlichen deutschen Politik. Die Bedingungen und Modalitäten der Räumung, die den vitalen Interessen Deutschlands Rechnung tragen müssen, sind zwischen Deutschland und Frankreich zu vereinbaren.

Ich kann nur nochmals ausdrücklich betonen, daß von einer Abtretung von Reichsgebieten nie und nimmer die Rede sein kann. Das Reichsland, das sich seitdem immer mehr dem Deutschtum innerlich angegliedert hat, das sich in hocherfreulicher Weise

---

12 Vgl. den Auszug aus dem Gutachten eines ungenannten Staatssekretärs über Wilsons 14 Punkte: »Punkt 7. Wir haben unsern Standpunkt über Belgien – so glauben wir – schon genügend klar präzisiert. Wir haben deutlich gemacht, daß wir keine deutsche Annexion Belgiens wollen. Jeder Mann in Feindesland, der bona fide unsere Äußerungen prüfte, muß daraus auch gelesen haben, daß wir weder die belgische Souveränität noch die belgische Integrität antasten wollen. Das ging ganz klar aus den Worten Herrn v. Kühlmanns hervor, daß Belgien kein Hindernis für den Frieden sei. Ich wiederhole es heute: Wir wollen ein Belgien, das von England wie von Deutschland unabhängig ist«. (Naumann, Dokumente, S. 477–480, hier 479). Das Gutachten, ohne Verfasser und Datum, dürfte vor der Rede v. 24. Januar verfasst sein, weil sonst wohl auf den Reichskanzler statt auf Kühlmann Bezug genommen würde.

13 Vgl. Lancken an AA, Brüssel, 16. Oktober 1917: »Die von amtlicher deutscher Seite im Laufe der Zeit abgegebenen Erklärungen in bezug auf die Zukunft Belgiens, die die Absicht der Wiederherstellung durchblicken ließen, hatten das Ihrige dazu beigetragen, eine nüchterne Anschauungsweise tiefe Wurzeln schlagen zu lassen«. Lancken spielte an auf eine zunehmende Verhandlungsbereitschaft weiter Kreise in Belgien, von der erfahren habe. Steglich, Friedensversuche der kriegführenden Mächte, S. 171.

14 Unzutreffend Ritter, Staatskunst, Bd. 4, S. 251 f., 518, Hertling habe sich zu einer »offenen Erklärung unseres Verzichts auf Belgien niemals bereit gefunden« und in »gewundenen Äußerungen« »alles offen gelassen«. Auch Scheidemann verlangte die volle und ehrliche Erklärung der Wiederherstellung Belgiens »natürlich unter der Voraussetzung, daß die Gegner ihrerseits ihre Pläne auf die Antastung der deutschen Integrität«, besonders Elsaß-Lothringens, aufgäben. (Schulthess 59, NF 34 [1918/I], S. 26–28). Lloyd George, Anteil, Bd. 3, S. 36, 38 f., sah durch Hertlings Äußerung zu Belgien »endgültig alle Hoffnung auf Frieden« zerstört. Er setzte Hindenburgs Brief an den Kaiser v. 7. Januar 1918 mit der dort erhobenen Forderung, »uns die politische und wirtschaftliche Weltstellung zu sichern«, mit Hertlings Rede v. 24. Januar gleich, um daraus zu folgern, »daß die Deutschen in keiner Weise geneigt waren, über einen erträglichen Frieden zu verhandeln«.

wirtschaftlich immer mehr fortentwickelt, von dem mehr als 87 Prozent die deutsche Muttersprache sprechen, werden wir uns von den Feinden unter irgendwelchen schönen Redensarten nicht wieder abnehmen lassen. (Lebhaftes Bravo!)

Was die von Wilson unter neun bis elf behandelten Fragen: Italienische Grenzen, Nationalitätenfrage der Donaumonarchie, Balkanstaaten, betrifft, so berühren sie sowohl mit den italienischen Grenzfragen, als mit denen der künftigen Entwicklung der österreichisch-ungarischen Monarchie und den Fragen der Zukunft der Balkanstaaten Punkte, bei denen zum großen Teile die politischen Interessen unseres Verbündeten Oesterreich-Ungarn überwiegen. Wo deutsche Interessen im Spiele sind, werden wir sie aufs nachdrücklichste wahren, doch möchte ich die Beantwortung der Wilsonschen Vorschläge in diesen Punkten in erster Linie dem auswärtigen Minister der österreichisch-ungarischen Monarchie überlassen. Die enge Verbindung mit der verbündeten Donaumonarchie ist der Kernpunkt unserer heutigen Politik und muß die Richtlinie für die Zukunft sein. Die treue Waffenbrüderschaft, die sich im Kriege so glänzend bewährt hat; muß auch im Frieden nachwirken, und so werden wir auch unsererseits alles daran setzen, daß für Oesterreich-Ungarn ein Friede zustande kommt, der den berechtigten Ansprüchen Rechnung trägt.

Ebenso möchte ich in den unter 12, Türkei, von Wilson berührten Angelegenheiten, die unseren treuen, tapferen und mächtigen Bundesgenossen, die Türkei, betreffen, in keiner Weise der Stellungnahme ihrer Staatsmänner vorgreifen. Die Integrität der Türkei und die Sicherung ihrer Hauptstadt, die mit den Meerengenfragen eng zusammenhängt, sind wichtige Lebensinteressen auch des Deutschen Reichs. Unser Verbündeter kann hierin stets auf unseren nachdrücklichsten Beistand rechnen.

Punkt 13 behandelt Polen. Nicht die Entente, die für Polen nur inhaltslose Worte fand und vor dem Kriege nie bei Rußland für Polen eingetreten ist, sondern das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn waren es, die Polen von dem seine nationale Eigenart unterdrückenden zaristischen Regiment befreiten. So möge man es auch Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Polen überlassen, sich über die zukünftige Gestaltung dieses Landes zu einigen. Wie die Verhandlungen und Mitteilungen des letzten Jahres beweisen, sind wir durchaus auf dem Wege hierzu.

Der letzte Punkt[15] behandelt den Verband der Völker. Was diesen Punkt betrifft, so stehe ich, wie sich aus meiner bisherigen politischen Tätigkeit ergibt, jedem

15 Vgl. damit den Auszug aus dem Gutachten eines der Staatssekretäre über Wilsons 14 Punkte: »Punkt 14. Wenn der Präsident eine allgemeine Vereinigung der Nationen zum Zwecke der gegenseitigen Garantieleistung für die politische Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der großen und kleinen Nationen fordert, so ist eine solche Liga der Völker auch unser Wunsch und eines unserer Ziele. An ihre Gründung kann aber ernstlich nur gedacht werden, wenn bei allen zu beteiligenden Staaten eine Gesinnung gegenseitiger Anerkennung vorhanden ist. Bei den Regierungen einiger der kriegführenden Länder ist davon noch nichts zu spüren. In England sowohl wie in Frankreich sind noch die Gewaltpolitiker am Ruder, die die Vernichtung oder Verstümmlung des Gegners predigen. Solange darin kein Wandel eintritt, ist keine Aussicht auf Verwirklichung der Völkerliga. So lange ist auch keine Aussicht auf einen allgemeinen Frieden, der nur in dem neuen Geiste geschlossen werden kann«. Naumann, Dokumente, S. 479 f.

Gedanken sympathisch gegenüber, der für die Zukunft die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit von Kriegen ausschaltet und das friedliche und harmonische Zusammenarbeiten der Völker fördern will. Wenn der von Präsident Wilson angeregte Gedanke des Verbandes der Völker bei näherer Ausführung und Prüfung ergibt, daß er wirklich im Geiste vollkommener Gerechtigkeit gegen alle und vollkommener Vorurteilslosigkeit gefaßt ist, so ist die Kaiserliche Regierung gern bereit, wenn alle anderen schwebenden Fragen geregelt sein werden, einer Prüfung der Grundlage eines solchen Völkerbundes nahe zu treten.[16]

Meine Herren, Sie haben die Reden von Lloyd George und die Vorschläge des Präsidenten Wilson kennen gelernt. Ich muß wiederholen, was ich zu Anfang sagte: Wir müssen uns nun fragen, ob aus diesen Reden und Vorschlägen uns wirklich ein ernstlicher ehrlicher Friedenswille entgegentritt.

Sie enthalten gewiß Grundsätze für einen allgemeinen Weltfrieden, denen auch wir zustimmen und die Ausgangs- und Zielpunkte für Verhandlungen bilden könnten. Wo aber konkrete Fragen zur Sprache kommen, Punkte, die für uns und unsere Verbündeten von entscheidender Bedeutung sind, da ist ein Friedenswille weniger bemerkbar. Unsere Gegner wollen Deutschland nicht »vernichten«, aber sie schielen begehrlich nach Teilen unserer und unserer Verbündeten Länder. Sie sprechen mit Achtung von Deutschlands Stellung, aber dazwischen dringt immer wieder die Auffassung durch, als seien wir die Schuldigen, die Buße tun und Besserung geloben müßten.

So spricht immer noch der Sieger zu dem Besiegten, so spricht derjenige, der all unsere früheren Aeußerungen der Friedensbereitwilligkeit als bloßes Zeichen der Schwäche deutet. Von diesem Standpunkt, von dieser Täuschung sollen sich die Führer der Entente zuerst losmachen. Um ihnen dies zu erleichtern, möchte ich daran erinnern, wie denn wirklich die Lage ist. Mögen sie sich gesagt sein lassen: Unsere militärische Lage war niemals so günstig, wie sie jetzt ist. (Bravo!)

Unsere genialen Heerführer sehen mit unverminderter Siegeszuversicht in die Zukunft. Durch die ganze Armee, durch Offiziere und Mannschaften, geht ungebrochene Kampfesfreude. Ich erinnere an das Wort, das ich am 29. November im Hause sprach: Unsere wiederholt ausgesprochene Friedensbereitschaft, der Geist der Versöhnlichkeit, der aus unseren Vorschlägen spricht, der darf kein Freibrief für die

16 Eine von Hertling z. K. genommene Aufzeichnung des AA v. 6. Februar 1918 berichtete über eine Meldung der dänischen Zeitung Politiken vom 27. Januar, »wonach man in offiziellen Kreisen Washingtons der Ansicht ist, dass die Erklärungen Hertlings und Kühlmanns keinen wirklichen Schritt zum Frieden bedeuten und dass Hertling als unversöhnlicher Militarist angesehen werde; während Czernin's Rede versöhnlicher sei«. Politiken bringe auch eine Depesche der Times aus New York, »wonach Wilson beabsichtigen soll, zu erklären, er könne keine Friedensverhandlungen mit der Militärpartei beginnen, welche jetzt in Deutschland die Oberhand habe; erst eine kleine Revolution würde die Bedingung für solche Verhandlungen schaffen, nämlich eine Regierung, die der Reichstagsmehrheit verantwortlich sei«. PAAA, R 20424, S. 300.

Entente sein, den Krieg immer weiter zu verlängern. Zwingen uns unsere Feinde hierzu, so haben sie die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu tragen.

Wenn die Führer der feindlichen Mächte also wirklich zum Frieden geneigt sind, so mögen sie ihr Programm nochmals revidieren oder, wie Lloyd George sagte, eine reconsideration eintreten lassen. Wenn sie das tun und mit neuen Vorschlägen kommen, dann werden wir sie auch ernstlich prüfen; denn unser Ziel ist kein anderes als die Wiederherstellung eines dauernden allgemeinen Friedens. Aber dieser dauernde allgemeine Friede ist so lange nicht möglich, als die Integrität des Deutschen Reiches, als die Sicherung seiner Lebensinteressen und die Würde unseres Vaterlandes nicht gewahrt bleiben. Bis dahin heißt es, ruhig zusammenstehen und abwarten. Im Ziele, meine Herren, sind wir alle einig (lebhaftes Bravo!), über die Methoden und Modalitäten kann man verschiedener Meinung sein. Aber lassen wir jetzt alle diese Meinungsverschiedenheiten zurücktreten.

Streiten wir nicht über Formeln, die bei dem rasenden Lauf der Weltbegebenheiten immer zu kurz kommen, und behalten wir über trennende Parteigegensätze hinaus das eine gemeinsame Ziel im Auge, das Wohl des Vaterlandes. Stehen wir zusammen, Regierung und Volk, und der Sieg wird unser sein, ein guter Friede wird und muß kommen. Das deutsche Volk erträgt in bewundernswerter Weise die Leiden und Lasten des nun in seinem vierten Jahre währenden Krieges. Bei diesen Lasten und Leiden denke ich ganz besonders an die Leiden der kleinen Handwerker und der gering besoldeten Beamten. Aber sie alle, Männer und Frauen, wollen aushalten und durchhalten. In politischer Reife lassen sie sich nicht von Schlagworten betören, wissen sie zu unterscheiden zwischen den Realitäten des Lebens und glückverheißenden Träumen. *Ein solches Volk kann nicht untergehen. Gott ist mit uns und wird auch ferner mit uns sein.* (Lebhaftes Bravo.)[17]

- Randvermerk Wilhelms II.: »sehr gut« zu dem im AA archivierten Druck der Rede in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung v. 25. Januar 1918. PAAA, R 1388, S. 168.

17 Trimborn (Zentrum) begrüßte die Rede »in allen ihren Teilen«. Scheidemann (SPD) prangerte die »politische Militärherrschaft« an und forderte einen Frieden ohne Annexionen im Osten. Hertling spreche mehr wie »ein gelehrter Staatsjurist und zünftiger Diplomat, denn ein großer Staatsmann, der sich die Aufgabe gestellt hat, der blutenden Welt den heißersehnten Frieden zu bringen«. Schulthess 59, NF 34 (1918/I), S. 28; weitere Wortmeldungen zu Hertlings Rede ebd., S. 25–30.

261

Paul von Hindenburg an Georg von Hertling
Großes Hauptquartier, 24. Januar 1918

Chef des Generalstabes des Feldheeres (masch. Or.[1]; BArch, R 43/2398k, f. 180)

An den Herrn Reichskanzler durch Oberst v. Winterfeldt

Euer Exzellenz unterbreite ich nachstehende Erwägungen:

Deutschland hat seit langem auf vielen Gebieten der Wissenschaft und Technik einen Vorrang in der gesamten Welt. Darin lag der Hauptgrund des trotz unserer Rohstoffarmut rapiden Aufstiegs deutscher Industrie und deutschen Handels. Unser Vorsprung hätte noch weit größer sein können, wenn wir nicht edelmütig und ohne Bedenken den Angehörigen anderer Staaten unsere Universitäten und Institute geöffnet hätten. Das, was wir dafür an wissenschaftlichen und technischen Ergebnissen aus dem Auslande gezogen haben, hält einem Vergleich nicht stand.

So haben wir zwar der Welt unschätzbare Dienste geleistet, wir haben aber unsere Gegner – darin habe ich keinen Zweifel – für den Krieg erheblich gestärkt. Sie haben dadurch die Möglichkeit gewonnen, manches, in dem sie vor dem Krieg von uns abhängig waren, in mehr oder weniger großer Güte während des Krieges selbst zu fertigen; das bezieht sich u.a. auf Medikamente, Farbstoffe, Maschinen, sowie allgemein auf die Verbesserung von Fabrikationsmethoden und bedeutet eine Stärkung der feindlichen Kriegswirtschaft in hohem Maße. Unsere frühere Freigebigkeit wird aber auch dazu führen, daß nach dem Krieg der Kampf der deutschen Erwerbszweige um die wirtschaftliche Zukunft des Reiches erschwert werden wird.

Um diesen Kampf nicht noch schwieriger zu gestalten als er ohnehin sein wird und um für zukünftige Kriege uns unsere wissenschaftliche und technische Ueberlegenheit zu erhalten, halte ich es für erforderlich, daß Ausländer in Zukunft von den deutschen Universitäten, wissenschaftlichen und technischen Instituten, sowie von unseren industriellen Anlagen im wesentlichen ferngehalten werden.[2] Wir dürfen unsere früheren Fehler nicht wiederholen. Daß Patentrechte keinen Schutz bieten, hat der Krieg zur Genüge gelehrt.

Selbstverständlich werden unsere militärischen Einrichtungen, Methoden und Schulen den Ausländern, soweit sie nicht sichere Verbündete sind, in gleicher Weise verschlossen werden müssen.

---

1 Rk 1630 K.J. pr. 27/1. 18. Darauf eigh. Vermerk Winterfeldts: »27. I. Herrn U.St. von Radowitz für den Herrn Reichskanzler«. Abschriften gingen an den preußischen Kultusminister Friedrich Schmidt, den Kriegsminister Hermann v. Stein, das Reichswirtschaftsamt und an Karl Helfferich.

2 Radowitz strich den vorangehenden Halbsatz an mit der Randnotiz: »System chinesische Mauer«.

Ich halte diese Fragen für außerordentlich bedeutungvoll. Unsere in diesem Kriege bewiesene Ueberlegenheit beruht letzten Endes auf der Uebermacht deutschen Geistes; wir dürfen sie nicht wieder so verwenden, daß sie sich gegen uns kehrt.[3]

L[udendorff]
von Hindenburg

3 Der Brief wurde offenbar von Hertling nicht beantwortet, laut Gehorsamer Anzeige (o.D.) abgezeichnet von Radowitz u.a. Anfang April 1918 »zu den Akten geschrieben. Der Kriegsminister übersendet Abschrift seines Schriftwechsels mit dem Reichswirtschaftsamt über die angeschnittene Frage. Beide Behörden empfehlen eine Ausschließung der Ausländer nicht. Das Reichswirtschaftsamt weist insbesondere darauf hin, daß die Blüte, welche der deutsche Außenhandel vor dem Kriege erlangt hatte, sicherlich zu einem wesentlichen Teil darauf zurückzuführen sei, daß Ausländer ihren Studien in Deutschland ungehindert obliegen konnten und Achtung vor deutscher Bildung und deutscher Arbeitsweise gewannen. Von hier aus dürfte in dieser Angelegenheit, die wesentlich Sache der Landesregierungen ist, nichts weiter zu veranlassen sein«. (BArch, R 43/2398k, S. 251). Kriegsminister v. Stein wollte die Zulassung zu »Bildungs- und Industriestätten« nach dem Prinzip unbedingter »Gegenseitigkeit« geregelt wissen. 18. März 1918. Ebd., S. 249.

262

Otto von Ritter zu Groenesteyn an Otto von Dandl
Lugano, 29. Januar 1918

Kgl. Bayer. Gesandtschaft beim Päpstlichen Stuhle. J. Nr. 31. (masch. Kop.; BArch, NlH, Nr. 40, f. 186-188)

Hochverehrtester Herr Staatsminister!

Der Vorwurf der Flaumacherei, der, zu Recht oder zu Unrecht, das lasse ich dahingestellt, dem Reichstagsabgeordneten Erzberger auch aus Zentrumskreisen gemacht wird, hat, wie ich aus verschiedenen Aeußerungen entnehme, die mir von glaubwürdiger Seite in allerletzter Zeit hinterbracht wurden, dazu geführt, daß man dem Nuntius Monsignore Pacelli wegen seiner regen Beziehungen zu Herrn Erzberger nachsagt, er lasse sich von letzterem zu einseitig informieren und mache sich daher kein ganz zutreffendes Bild von den politischen Verhältnissen und Stimmungen in Deutschland.

Wenn man derartiges dem Vertreter des Heiligen Stuhles nachsagt, und wenn noch dazu in gewissen Kreisen die Befürchtung geäußert wird, daß der Papst neuerdings die Aussichten Deutschlands in dem gegenwärtigen Weltkriege nicht mehr so günstig beurteile wie bisher und sich daher mehr der Entente zuneige, so ist das nicht erfreulich.[1]

Ich für meine Person teile diese Befürchtung, vorläufig wenigstens, nicht und halte die Besorgnisse, daß Monsignore Pacelli sich nicht gewissenhaft genug über die politischen Verhältnisse und Stimmungen in Deutschland informiere, zum mindesten für übertrieben, da er doch in stetem Verkehr mit Euer Exzellenz und meines Wissens auch mit Beamten des Auswärtigen Amtes in Berlin steht.

An einen Umschwung in der politischen Haltung des Vatikans und insbesondere des Papstes gegenüber den kriegführenden Staaten zu glauben, habe ich keine Veranlassung. Wenn auch in letzter Zeit einige Aeußerungen des Papstes und der vatikanischen Presse bekannt geworden sind, die im Hinblick auf die Neutraliät des Heiligen Stuhles nicht ganz einwandfrei waren, sodaß an denselben deutscherseits mit Recht Kritik geübt werden konnte, so sind doch meines Erachtens diese Aeußerungen nicht auf einen Wandel in der Politik des Papstes oder, wie man behauptete, darauf zurückzuführen, daß der Papst an dem Erfolg der deutschen Sache zu zweifeln beginne und sich daher langsam der Entente zuwende.

Dann wäre ja der Papst ganz schlecht und falsch informiert und das glaube ich nicht. Ich habe vielmehr Grund anzunehmen, daß dem Papste wieder einmal von der Entente und insbesondere von Italien die Daumenschraube angelegt worden ist,

1 Siehe oben Nr. 255.

um etwas für die Entente Günstiges von ihm herauszupressen, und daß der Papst bei der kritischen Lage, in der er sich in Rom befindet, nicht anders konnte, als diesen wilden Bestien wieder einmal einen Brocken zuzuwerfen um sich dieselben vom Leibe zu halten. Wenn eine ähnliche Pression unsererseits auf den Vatikan ausgeübt würde, wäre der Erfolg wahrscheinlich der gleiche. Das entspricht aber nicht unserer Taktik. Die Presse und die öffentliche Meinung beobachtet bei uns eine manchmal beinahe erstaunliche Zurückhaltung gegenüber dem Vatikan. Das bestärkt diesen in seinem Vertrauen zu uns und gibt ihm vielleicht sogar den Mut, vorübergehend einmal auf dieses Vertrauen zu sündigen.

Andererseits muß aber anerkannt werden, daß in den Fällen in denen wir uns veranlaßt sahen, auf diplomatischem Wege eine besondere Berücksichtigung von dem Vatikan zu verlangen oder gegen sein Verhalten Einwendungen zu machen – ich erinnere nur an die Schwierigkeiten mit dem Kardinal Mercier, an den verschärften Unterseebootskrieg, an die päpstliche Friedensnote,[2] an Kardinalsernennungen, an die Abberufung des Nuntius in Brüssel – wir in der Regel Gehör gefunden haben.

Ich erwarte mir bestimmt von Benedikt XV, daß er bis zum Schlusse des Krieges in strikter Neutralität verharren wird, mit dem Hauptwunsche, dadurch der Versöhnung der Völker dienen zu können. Kleine Seitensprünge zu denen er schon, mehr oder weniger gewaltsam, gezwungen worden ist und zu denen er vielleicht noch weiter gezwungen werden wird, werden ihn von der großen Richtlinie seiner auf Wahrung der Neutralität eingestellten Politik nicht abbringen. Ungünstige Nachrichten aus Deutschland würden ihn darin erst recht nicht irre machen. Er schätzt Deutschland und die hohe kulturelle und moralische Bedeutung dieses Landes viel zu hoch, um etwas zu tun, was die Beziehungen des Hl. Stuhles zu Deutschland gefährden könnte. Wenn es dem Hl. Stuhle nebenbei gelingen dürfte, das ungetreue Frankreich, das dem Papste Benedikt XV am Herzen liegt, wie es von jeher allen Päpsten am Herzen lag, wieder zu gewinnen und vielleicht auch noch die Lage des Papstes in Italien zu verbessern, so wäre das dem Papste natürlich sehr erwünscht und damit erklärt es sich vielleicht auch, daß der Papst den ungezogenen Kindern in Frankreich und Italien manche Gefälligkeiten erweist, selbst auf die Gefahr hin, damit die braven Kinder in Deutschland zu enttäuschen, weil er diese Gefahr geringer einschätzt, als möglicherweise einen ernsten Konflikt mit den Ersteren hervorzurufen. Aber nichts desto weniger ist nach allem was man hört, Benedikt XV zu klug und zu vorsichtig, um sich übertriebenen Illusionen über die künftige Gestaltung der Beziehungen Frankreichs und Italiens hinzugeben und diesen zulieb sich eventuell die Sympathien der Zentralmächte zu verscherzen. In diesen Fehler seines Lehrmeisters Rampolla wird er wohl kaum verfallen.

2 Mit Schreiben vom 5. Dezember 1917 ließ Benedikt XV. den bayerischen Episkopat seine Bestürzung über den Ausgang seiner Friedensinitiative vom 1. August 1917 wissen. Schulthess 58, NF 33 (1917/II), S. 542.

Für den Hl. Stuhl gibt es in diesem Weltkriege nach menschlicher Berechnung keinen anderen Ausweg, um sich gegen gefährliche Ueberraschungen zu sichern, als über den Parteien zu schweben. Das strebt auch Benedikt XV an und somit ist es eine der vornehmsten Pflichten seiner Diplomaten ihn darin zu unterstützen und alles zu verhindern und zu vermeiden, was auch nur den Anschein erwecken könnte, als neigten sich die Sympathien des Hl. Stuhles mehr nach der einen als nach der anderen Seite oder als sei er bereit, seine Hand dazu zu bieten, die Schwäche des einen Teiles dem anderen Teil zugute kommen zu lassen.

Daß Monsignore Pacelli sich dieser Pflicht bewußt ist und sich so gewissenhaft wie nur einer bemüht, dieselbe zu erfüllen, daran zu zweifeln habe ich keinen Grund. Ich habe auch aus meiner letzten sehr eingehenden Besprechung mit Monsignore Pacelli nach keiner Richtung den Eindruck gewonnen, daß er die Lage Deutschlands weniger günstig beurteilt, als früher. Ich habe im Gegenteil von vertrauenswürdiger Seite in München gehört, daß man in vatikanischen diplomatischen Kreisen dem Monsignore Pacelli vorwirft, sich mit allzu großer Zuversicht auf die Seite Deutschlands zu stellen, und daß man ihn etwas für die Entente gewinnen möchte.

Wenn aus dem regen Verkehr des Mgr. Pacelli mit Herrn Erzberger, der darauf zurückzuführen ist, daß Erzberger in amtlichen Berliner Kreisen und im Reichstage eine angesehene Stellung einnimmt und daß er dem Vatikan schon manchen guten Dienst geleistet hat, der Verdacht geschöpft wird, Mgr. Pacelli könnte sich durch die sogenannte Erzberger'sche Flaumacherei beeinflussen lassen und in diesem Sinne den Vatikan falsch orientieren, so glaube ich, daß Mgr. Pacelli es in seiner Gewissenhaftigkeit nur dankbar begrüßen würde, wenn man ihn darauf aufmerksam machen und davor warnen würde, die von Herrn Erzberger vertretenen Ansichten ohne weiteres als die Ansichten der maßgebenden Regierungsfaktoren und der großen Mehrheit des Deutschen Volkes anzusehen.

Ich habe eine Gelegenheit wahrgenommen, in ganz vertraulicher Weise und ohne einen Namen zu nennen, dem Mgr. Pacelli den freundschaftlichen Rat zu geben, sich bei den komplizierten, ihm vielleicht noch nicht ganz geläufigen Parteiverhältnissen in Deutschland ja nicht blindlings auf das zu verlassen, was ihm an Informationen aus parlamentarischen Kreisen zugetragen wird, sondern diese Nachrichten jedenfalls noch einmal zu kontrollieren, bevor er dieselben in seiner Berichterstattung verwertet.[3]

Außerdem habe ich ihm auf Grund zuverlässiger Meldungen mitgeteilt, daß man auch in Zentrumskreisen der Ansicht begegnet, daß der Papst in seiner Weihnachtsansprache[4] und in seiner Verurteilung der Beschießung Paduas zu sehr der

3 Dies mag nicht in dem von Ritter gewünschten Maße geschehen sein, wenn man die dichte und rasche Berichterstattung Pacellis nach Rom, seine regelmäßige Berufung auf Erzberger und die Weitergabe von dessen Eingaben in der Edition Pacelli wahrnimmt.

4 Der in einer italienischen Agenturmeldung weggelassene, im Bayerischen Kurier vom 1. Januar 1918 veröffentlichte Schlusssatz der Kundgebung lautete eher distanziert gegenüber der englischen

Entente zu Gefallen gesprochen habe. Rom würde gut daran tun, die Empfindlichkeit Deutschlands für päpstliche Kundgebungen etwas mehr zu schonen, weil es sonst der katholischen Presse unmöglich gemacht würde, wie bisher Zurückhaltung zu beobachten, nachdem ihr und der Zentrumspartei eine solche Zurückhaltung immer häufiger als Unterordnung unter den Willen des Papstes auch auf weltlich-politischem Gebiete ausgelegt und verargt wird. Zu dieser Bemerkung sah ich mich veranlaßt, durch den von alldeutscher Seite gemachten Versuch, die Zentrumspartei der politischen Abhängigkeit von Rom zu verdächtigen und damit die seinerzeitigen Bemühungen des Zentrums um das Zustandekommen der Friedensresolution in ein schiefes Licht gestellt. [!] Ich glaube, daß es zweckmäßig ist, den Nuntius auf solche Treibereien aufmerksam zu machen, damit der Vatikan daran erinnert wird, daß das Zentrum sich in politischen Fragen seine vollständige Unabhängigkeit vom Hl. Stuhle wahren muß.

Genehmigen […] Herr Staatsminister die erneute Versicherung ausgezeichnetster Hochachtung […]
Euer Exzellenz
ganz gehorsamster
gez. O. Freiherr von Ritter.

Eroberung Jerusalems: Diese sei ein Wink an die Völker, zu Gott zurückzukehren, »denn der nach Jerusalem Kommende wurde nicht gesegnet im Namen der Gewappneten, sondern im Namen des Herrn«. Mühlberg an AA, Lugano 25. Dezember 1917. Steglich, Friedensappell Papst Bendikts XV., S. 479; Schulthess 58, NF 33 (1917/II), S. 544.

263

Ulrich von Brockdorff-Rantzau an Georg von Hertling
Kopenhagen, 30. Januar 1918

Kaiserlich Deutsche Gesandtschaft. Nr. 497. (masch. Or.; PAAA, R 20503, S. 27–29)

Ganz geheim! Durch Kurier!
Hochgeborener Herr Graf!
Hochzuverehrender Herr Reichskanzler!

Euerer Exzellenz beehre ich mich gehorsamst zu melden, dass ich in Ausführung der mir erteilten Instruktionen[1] Herrn von Scavenius[2] unmittelbar nach meiner Rückkehr

1 Zwischen 6. und 10. Januar kam es auf Wunsch Scavenius' zu einer längeren Entrevue zwischen ihm und Brockdorff-Rantzau. Der dänische Außenminister riet, Friedenssondierungen mit England anzubahnen, da er in der am 5. Januar vor den englischen Gewerkschaften gehaltenen Rede Lloyd Georges »den Beweis für einen bedeutenden Stimmungsumschwung in England« erblickte. Als der Minister ernstlich in Aussicht stellte, der König von Dänemark gedenke sich »spontan nach London« zu wenden, ohne irgendeinen deutschen Einfluss zuzugeben oder anzudeuten, bestand der deutsche Gesandte darauf, die Stellungnahme dazu ganz Berlin zu überlassen. (Geheime Aufzeichnung Brockdorff-Rantzaus, Kopenhagen 10. Januar 1918. Anlage zu: Bussche an Kühlmann, Berlin 14. Januar 1918. Scherer-Grunewald, Bd. 3, S. 261, 262–265). Nur wenige Tage nach Erhalt von Nr. 497 (pr. 2. Februar 1918) wurde eine Besprechung des Gesandten mit dem Kaiser, dem Reichskanzler und Hindenburg anberaumt. Rantzau erhielt die Instruktion, der Kaiser begrüße dankbar ein auf Anregung des dänischen Königs durch Vermittlung der Monarchen statt »auf der Grundlage der international sozialistischen Verbrüderung« erreichtes Zustandekommen des Weltfriedens, wiewohl er die günstige Beurteilung der jüngsten Rede Lloyd Georges nicht teile. »Wenn nun aber der König von Dänemark auf Grund seiner Information eine andere Anschauung über die Auffassung in England habe, so würde er wohl in der Lage sein, durch eine Anfrage an massgebender Stelle eine unzweideutige Äusserung zu erzielen. Sollte diese im Sinne der Auffassung des Königs ausfallen, so würde es sich weiter darum handeln, dass von englischer Seite formell der Wunsch zum Ausdruck gebracht würde, mit uns in Verhandlungen zu treten, gegebenenfalls durch Entsendung von Vertrauensmännern nach Kopenhagen, die sich dort mit deutschen Vertrauensleuten zu treffen hätten, welche von dem König von Dänemark dazu eingeladen wären. In keiner Weise darf der Anschein erweckt werden, als suchten wir Friedensverhandlungen, nachdem die Entente die ihr in Brest-Litowsk gebotene Möglichkeit nicht benutzt hätte«. (Ebd., S. 266). Am 27. Januar teilte Scavenius Rantzau mit, der König von England habe König Christians Anregung für den Augenblick dankend abgelehnt, doch sei durch die Voranfrage in Berlin und London nichts »versäumt oder verfahren«. Dieser erwiderte, dass er nur mit Widerstreben das dänische Angebot nach Berlin weitergegeben habe »und dass angesichts unserer glänzenden militärischen Lage es der ganzen Autorität des Herrn Reichskanzlers bedurft hätte, um die Instruktionen, die ich schliesslich erhalten habe, durchzusetzen«. Aufzeichnung Brockdorff-Rantzaus, Kopenhagen 27. Januar 1918. Ebd., S. 308 f.

2 Erik Scavenius (1877–1962), geb. auf Klintholm, aus adliger Diplomatenfamilie, Wirtschaftsstudium, 1901 Eintritt in den Auswärtigen Dienst Dänemarks, 1906–1908 Legationssekretär in Berlin, 1912–1913 dänischer Gesandter in Wien und Rom, 1924–1932 in Stockholm, 1909–1910, 1913–1920, 1940–1943 Außenminister, für die Radikale Venstre zeitweise Mitglied des dänischen Landsting (Oberhaus des Rigsdag), Grundbesitzer, 1932–1940 Unternehmensleiter der Tageszeitung Politiken, 1942–1943/45 Ministerpräsident; als Außenminister verfolgte er eine von ihm als realistisch angesehene Politik gutnachbarlicher Beziehungen zu Deutschland als Teil seiner konservativen Außenpolitik,

verständigt habe. Ich habe dabei auf das Nachdrücklichste wiederholt, dass in keiner Weise der Anschein erweckt werden dürfe, als suchten wir Friedensverhandlungen, nachdem die Ententemächte die ihnen in Brest Litowsk gebotene Möglichkeit nicht benutzt hätten.

Der Minister, der die Situation vollkommen übersah, erklärte mir sofort, selbstverständlich müsse die Aktion ein spontaner Schritt des Königs bleiben[3], England gegenüber werde daher dänischerseits auch unbedingt aufrecht erhalten werden, dass wir nicht über etwaige Demarchen des Königs informiert gewesen seien.

Inzwischen hat Lloyd George zum zweiten Mal gesprochen; bereits bei meiner ersten Unterredung nach meiner Rückkehr sagte mit Herr von Scavenius, er finde, so wie er bisher die Lage in England beurteilt habe, eigentlich keine Erklärung für diese zweite Kundgebung des englischen Premiers.[4] Der Minister war nicht gerade unsicher, aber offenbar weniger zuversichtlich als nach der ersten Rede Lloyd Georges.

Die Aufnahme, die Euerer Exzellenz Antwort an Lloyd George und Wilson[5] und die Rede des Grafen Czernin[6] in England gefunden haben, wurde hier am 27. d[ieses] M[ona]ts durch Telegramme aus London bekannt. Kurz darauf teilte Herr von Scavenius mir vertraulich mit, es lägen Anzeichen vor, die den König bestimmten, von Seiner Absicht, in London Seine Vermittelung anzubieten, vor der Hand abzusehen.

---

wie er Rantzau am 27. Januar 1918 bekannte. Scherer-Grunewald, Bd. 3, S. 309; https://da.wikipedia.org/wiki/Erik_Scavenius (28.10.2018).

3 Christian X. (1870–1947), 1912–1947 König von Dänemark, bis 1944 auch von Island, gewährte Rantzau, der ihm Grüße Wilhelms II. überbrachte, am 23. November 1917 eine lange Audienz und bot seine Dienste an, damit das »furchtbare Blutvergießen ein Ende haben möge«. Wegen seines kleinen Landes halte er sich nicht für berufen, initiativ zu werden wie etwa der Papst oder der König von Spanien, doch »stehe er jeder Zeit zur Verfügung«. Brockdorff-Rantzau an Hertling, Kopenhagen 23. November 1918. PAAA, R 20498, S. 241 f.

4 Am 18. Januar 1918 gab Lloyd George »eingehende Erklärungen« über die englischen Kriegsziele ab, die er bereits in seiner Rede vor Gewerkschaftsvertretern am 5. Januar dargelegt hatte. Vgl. Schulthess 59, NF 34 (1918/II), S. 149, 142–147.

5 Antwort Hertlings auf die Reden Lloyd Georges vom 5. Januar und Wilsons vom 6. Januar am 24. Januar 1918 vor dem Hauptausschuss des Reichstags, die durch das dort übliche Kommen und Gehen sowie durch »Privatgespräche« gestört wurde. Druck: Schulthess 59, NF 34 (1918/I), S. 19–25; Der Hauptausschuß, Bd. 4, S. 1922–1924 (Regest).

6 In seinen Reden vom 24. und 25. Januar stellte Czernin einen Ostfrieden »ohne Kompensationen und Annexionen« in Aussicht, bekannte sich zu dem – von Deutschland und Russland kontrovers ausgelegten – Selbstbestimmungsrecht Polens und der besetzten Gebiete der »russischen Völker«. Er bekundete weitgehende Zustimmung zu Wilsons »Friedensangebot« der 14 Punkte (»allen aus den Herzen gesprochen«, richtig und vernünftig), z. B. die Freiheit der Meere und die Ablehnung des Wirtschaftskriegs. Den »vorkriegerischen Besitzstand« Deutschlands wollte er aber verteidigen und verbat sich »höflich, aber entschieden« Ratschläge, die Regierung und Verfassung der Donaumonarchie zu ändern. Italien, Serbien und Montenegro betreffend, erhoffte er von Wilsons Einfluss, dass dessen Bundesgenossen ihre Bedingungen bekannt gäben und dadurch »die allgemeinen Friedensverhandlungen« in Gang kämen. Schulthess 59, NF 34 (1918/II), S. 6–11.

Ich habe Grund anzunehmen, dass dieser Entschluss des Königs nicht nur durch die Zeitungsmeldungen von der ablehnenden Haltung der englischen öffentlichen Meinung gegenüber den Auslassungen Euerer Exzellenz herbeigeführt worden ist. König Christian äusserte Sich allerdings, wie ich bereits an anderer Stelle zu melden die Ehre hatte, bei Seinem Besuch auf der Kaiserlichen Gesandtschaft aus Anlass des Allerhöchsten Geburtsfestes[7] auffallend pessimistisch über die chauvinistische Haltung der englischen Presse.

Herr von Scavenius sprach sich jetzt mir gegenüber in demselben Sinne aus und fügte hinzu, er sei leider zu der Ueberzeugung gekommen, dass die erste Rede Lloyd Georges nicht, wie er damals geglaubt habe, ein Einlenken bedeute, sondern vielmehr den Versuch darstelle, die englische Arbeiterpartei für sich zu gewinnen. Lloyd George scheine anzunehmen, dass es ihm gelungen sei, dieses Ziel zu erreichen.

Herr von Scavenius schloss seine Mitteilungen mit den Worten, angesichts dieser Lage müsse er zu seinem lebhaften Bedauern erklären, dass er vor drei Wochen die politische Lage in England und die Stimmung der gegenwärtigen Machthaber nicht zutreffend eingeschätzt habe; Seine Majestät der König werde daher von einer Vermittelungsaktion zunächst Abstand nehmen.

Euerer Excellenz
ehrerbietigster und gehorsamster
Brockdorff Rantzau.[8]

7 Kaiser Wilhelm II. wurde am 27. Januar 1859 in Berlin geboren.

8 Schlussformel eigh.

264

Georg von Hertling an Hermann Cardauns
Berlin, 30. Januar 191[8]

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 58[1])

Lieber Freund!

Vielen Dank für Deinen Brief und herzlichen Glückwunsch zum Professor.[2] Ich habe davon erst durch Dich erfahren, bin also ganz unschuldig daran, freue mich aber um so mehr, daß die Anerkennung, so spät sie kommt, doch endlich kommt. Den jetzigen Kultusminister[3] kenne ich von Althoff's[4] Zeiten her, und ich weiß, daß er uns Katholiken gegenüber den A[lthoff]'schen Traditionen folgen wird. Wenn ich ihn das nächste Mal sehe, werde ich die Rede auf Dich bringen, um zu erfahren, wer ihm den vernünftigen Gedanken eingegeben hat. Daß ich Deinen Aufsatz über den »katholischen Privatdozenten« mit lebhaftem Interesse gelesen habe, kannst Du denken. Tatsächlich ist doch vieles besser geworden, und einen Kulturkampf haben wir schwerlich mehr zu erwarten. Darum kommt es vor allem auf die Katholiken selbst an, es muß alles geschehen, um tüchtige Kräfte aus unserm Lager in die wissenschaftliche Laufbahn hineinzubringen.

Herzlichen Dank schulde ich Dir sodann für Deinen Artikel im Hausschatz.[5] Des Lobes war es mir freilich etwas viel, aber daraus klang mir ja nur Deine alte Freundschaft entgegen, und sodann sorgt die täglich und stündlich von mir empfundene Schwere des mir auferlegten Amtes dafür, daß ich nicht aufgeblasen werde.

---

1 Der Brief ist von Hertling irrtümlich auf den 30. Januar 1917 datiert und so in dem von Cardauns gesammelten Büschel von Hertling-Briefen eingeordnet.

2 Cardauns hielt Vorlesungen an der Hochschule für kommunale Verwaltung in Düsseldorf.

3 Friedrich Schmidt (1920 Schmidt-Ott) (1860–1956), geb. in Potsdam, Dr. jur., 1882 Eintritt in den preußischen Staatsdienst, Reserveoffizier, seit 1888 Referatsleiter im Kultusministerium, enger Mitarbeiter von Friedrich Althoff, 1894 Geheimer Regierungsrat und Vortragender Rat, 1907 Ministerialdirektor für Kunst und Wissenschaft, August 1917–November 1918 Kultusminister, 1920–1934 Gründer und Präsident der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, Mitglied von vier deutschen Akademien. Bernhard vom Brocke, Schmidt-Ott, Friedrich, in: NDB 23 (2007), S. 165–167.

4 Friedrich Althoff (1839–1908), geb. in Dinslaken, Jurastudium in Bonn, 1869 Assessor, 1871 Justizrat und Referent für Kirchen- und Schulangelegenheiten im Zivilkommissariat des Reichslandes Elsaß-Lothringen, 1882 Geheimer Regierungsrat, Universitätsreferent im preußischen Kultusministerium, 1897–1907 Ministerialdirektor für Universitäten und Höhere Schulen, 1907 Wirklicher Geheimer Rat, Exzellenz, auf eigene Einsicht und persönliche Beziehungen bauender Modernisierer des Universitäts- und Bildungswesens, Dr. jur. h.c. Thomann.

5 Deutscher Hausschatz (1872–1960), weit verbreitete, im Verlag Friedrich Pustet (Regensburg) erschienene illustrierte katholische Wochenzeitschrift.

Hocherfreut bin ich, zu hören, daß die schwere Sorge um die Gesundheit Deiner Gattin[6] von Dir genommen ist, Gott sei Dank dafür, daß Du so Günstiges über Deine Söhne schreiben konntest. Meiner Frau könnte es besser gehen. Sie leidet an Ischias-ähnlichen Schmerzen und ist in der Bewegungsfähigkeit gehemmt. Zum Glück nimmt ihr meine jüngste Tochter,[7] wie schon in München, so erst recht hier, die Sorge um das Hauswesen ab. Daß ich mir meinen Sohn habe als »Adjutanten« zuteilen lassen, hast Du vielleicht gehört. Ein besorgter Zionswächter hat ihn kürzlich unter den Helfershelfern meiner katholischen Politik ultramontaner Richtung aufgezählt. Der Kaiser, dem ich gestern lachend davon berichtete, hat herzlich mitgelacht.[8] Daß meine Tochter Maria[9] in Steglitz wohnt und ich den Weihnachtsabend mit meinen Enkeln verbringen konnte, war und ist für uns eine große Freude. Mein Schwiegersohn steht als Regimentskommandeur im Felde. Unsere Agnes[10] ist in München geblieben. Sie hatte eben begonnen, ihrem selbstgewählten Berufe der Armenpflege im materiellen und geistigen Sinne nachzugehen, nun mußte die Probe darauf gemacht werden, ob sie das Opferleben, welches damit verbunden ist, dauernd übernehmen kann und will.

Mit den besten Wünschen zum Jahreswechsel für Dich und die Deinen und vielen Grüßen von Haus zu Haus
in alter Freundschaft
Dein Hertling

6 Cardauns war seit 1876 verheiratet mit Wilhelmine, geb. Sasse (1855–1937).

7 Anna Maria v. Hertling.

8 Der Feldgeistliche Berg hielt am 16. April 1917 in seinem Tagebuch die »launenhaften« Eigenheiten des Kaisers und seine Autofahrten (nie mehr als 50 km) fest: »Kaiser bestimmt vor Einsteigen jetzt immer das Ziel der Reise. Neigt sehr zu katholisch, da viel Interesse für katholische Kirche, so eine Reise durch die Eifel gemacht zu fast allen katholischen Dörfern«. Betker u. Kriele, S. 433. Vgl. Strötz. – Ludwig Berg (1874–1939), geb. in Saarbrücken, Dr. theol., Pfarrer.

9 Maria Gisberta (»Mitz«), geb. von Hertling.

10 Agnes Maria v. Hertling.

265

Botho von Wedel an Auswärtiges Amt
Wien, 31. Januar 1918

Nr. 108. (Telegramm, entziffert[1]; PAAA, R 21431, S. 26–27; Druck: Scherer-Grunewald, Bd. 3, S. 318–319)

Für Staatssekretär.
Antw[ort] auf Tel. Nr. 1 ?[2] .

Österreichs Kriegsziele: Erhaltung des alten Besitzstandes und bestenfalls geringfügige Grenzberichtigungen. Großer Wert wird nur auf Lovcen[3] gelegt. Auch auf erwünschte polnische Lösung würde man für raschen Frieden verzichten, vorausgesetzt daß Selbstbestimmung durchgeführt und nicht Anschluß an Deutschland gefordert wird. Mit Selbständigkeit Polens würde man sich nötigenfalls abfinden. Ich glaube sogar, daß man sich zu bescheidenem territorialen Zugeständnis an Italien entschließen würde, wenn Frieden davon abhinge. Möglichkeit des Durchhaltens hängt vom guten Willen der Bevölkerung und Entschlossenheit der Regierung ab. Gefahr liegt vor allem darin, daß öffentliche Meinung Österreichs und Ungarns es ablehnt, für deutsche Eroberungen Krieg fortzusetzen und daß oberster Stelle nicht viel Widerstandskraft zuzutrauen ist. Grund wachsender Spannung Unklarheit unserer Kriegsziele. Regierung widerstrebt unzweifelhaft, so weit sie kann, einem Sonderfrieden. Druck öffentlicher Meinung in dieser Richtung im wachsen [!]. Wenn Präsident Wilson Österreich annehmbare Brücke baut und Italien zur Revision seiner nationalen Aspirationen zwingt, würde Regierung in sehr schwere Lage kommen. Halte Durchhalten für möglich auf Grundlage gemeinsamen Verteidigungskrieges. Er wird aber sehr erschwert, wenn Österreich Verteidigungs- und Deutschland Eroberungskrieg führt. An letztere Situation wird hier geglaubt, und dieser Glaube wird durch Auslegung der Kanzlerrede in deutscher Öffentlichkeit

1 Vermerk Bussches v. 1. Februar: »Sofort nach Brest«. Noch beim Eintreffen um 11.40 vm. ging das Telegr. an Kühlmann ab.

2 Telegr. nicht aufgefunden.

3 Die Höhen des Lovćen, eines Hauptgebirges Montenegros, von denen Artilleriebeschuss die österreichisch-adriatische Küste erreichen konnte, waren im Januar 1916 von der k.u.k. Armee erobert worden.

noch gefestigt.[4] Darin liegt Ursache der Spannung, die umso bedenklicher ist, als Verhandlungen in Brest Gemüter dauernd in Bewegung halten. In Heereskreisen glaubt man, sich auf Armee verlassen zu können.

Ich werde am 3. abends hier abreisen, wenn nicht andere Weisung erhalte.

Wedel.

4 Rede vom 24. Januar 1918 im Hauptausschuss des Reichstags. Die Kanzlerrede wurde »von den meisten Berliner Blättern als eine äußerst geschickte Leistung eines Staatsmannes gewertet, der seiner schweren Aufgabe mit diplomatischem Geschick und großer Vorsicht gerecht geworden sei«. Im Anschluss an Hertlings Rede nannte Kühlmann am 25. Januar vor dem Hauptausschuss »unser Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn« den »Grundstein und Eckpfeiler unserer ganzen Diplomatie«, gekennzeichnet durch »enge, unverbrüchliche Waffenbrüderschaft, Kulturgemeinschaft und herzliche Freundschaft«. Schulthess 59, NF 34 (1918/I), S. 37.

266

Georg von Hertling an Eugenio Pacelli
Berlin, 1. Februar 1918

Reichskanzlei. (masch. Kop.; BArch, NlH, Nr. 51, f. 7)

Euer Exzellenz gestatte ich mir, das Nachfolgende zu geneigter Würdigung zu unterbreiten. Herr Erzb[erger] hat durch einen Mittelsmann die Nachricht hierher gelangen lassen, dass man im Vatikan mit meiner im Hauptausschuss gehaltenen Rede[1] unzufrieden gewesen sei. Ich würde dies natürlich in hohem Masse beklagen, möchte aber einstweilen annehmen, dass hier ein Missverständniss obwaltet, zumal ich in der bezüglichen Nummer des Osservatore Romano eine Bestätigung jener Nachricht nicht finden konnte.

Meine Absicht bei der Rede war, einerseits eine kräftige Sprache zu reden, nachdem die früheren Friedensangebote Deutschlands von den feindlichen Mächten stets als Zeichen der Schwäche gedeutet worden waren, andererseits aber die Tür für etwaige weitere Verhandlungen nicht zu schliessen! *Die hiesigen Vertreter dreier neutraler Staaten einschließlich Spaniens und die »Daily News« haben dies so verstanden.* Es bleibt abzuwarten, ob Präsident Wilson geneigt ist, einen weiteren Schritt zu unternehmen.[2]

Herr Erzb[erger] hat mir sodann auf dem gleichen Wege einen Wunsch des Hl. Stuhles in Betreff der italienischen Kriegsgefangenen[3] mitteilen lassen. E[uer] E[xzellenz] wissen, wie ich es mir jederzeit angelegen sein lasse, den Wünschen des hl. Vaters nachzukommen, soweit dies nur immer in meinen Kräften liegt. Im vorliegenden Falle aber wäre ich dankbar, wenn mich E[uer] E[xzellenz] mit einigen Zeilen darüber unterrichten wollten, worum es sich handelt, da ich es bei der hier in weitesten Kreisen bestehenden Missstimmung gegen Herrn Erzb[erger] vorziehen würde, mich auf eine von E[uer] E[xzellenz] direkt an mich gerichteten [!] Anregung beziehen zu können.

1 Siehe oben Nr. 260; Schulthess 59, NF 34 (1918/I), S. 23.

2 Vgl. Pacelli an Gasparri, München 2. Februar 1918: Er habe Hertling auftragsgemäß geschrieben, dass dessen Rede nicht der Ansicht (»veduto«) des Hl. Stuhls zu entsprechen scheine. Pacelli gab die Stellungnahme Hertlings dazu gekürzt weiter. ›Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917–1929)‹, Dokument Nr. 9157, URL: www.pacelli-edition.de/Dokument/9157 (22.2.2020).

3 Für die Ende 1914 um 25 Lager mit Hunderttausenden von Gefangenen im Bistum Paderborn gab der Bischof für 15.000 M. den Bau einer Holzkirche in Auftrag, behindert durch den »äußerst umständlichen« »Bureau-Apparat« des Militärs. F. J. Schulte an Baumgarten, Paderborn 28. Dezember 1914. PAAA, Nl Baumgarten.

Was die Anfrage E[uer] E[xzellenz] wegen eines nach Warschau zu entsendenden Vertreters des Hl. Stuhles für rein kirchliche Angelegenheiten betrifft, so unterliegt dieselbe z[ur] Z[eit] noch der Beratung.

Genehmigen E[uer] E[xzellenz] auch bei diesem Anlasse etc. etc.

267

Aktennotiz Wilhelm von Radowitz' [Berlin,] 4. Februar 1918

(eigh. Or.; PAAA, R 20425, S. 7–8)

Ich halte die von Erzberger vorgeschlagene Sonderaktion[1] für verwirrend und gefährlich. Die an der Lötschberg AG beteiligten französischen Kapitalisten[2] sind doch ganz unverantwortliche Leute, die kaum Gewähr dafür bieten, daß tatsächlich in Frankreich an irgend einer maßgebenden Stelle eine Vermittlungsaktion gerne gesehen würde. Wenn nun von uns aus Erzberger mit einer Antwort an Seiler[3] beauftragt oder dazu ermächtigt wird, diesen Faden weiter zu spinnen, so haben wir in kürzester Frist eine Legende von einem »Friedensfühler Deutschlands«. Ganz besonders möchte ich von der Verwendung Erzbergers als Mittelsmann abraten.

1 Erzberger berichtete Hertling am 3. Februar 1918 nach einer Rückkehr aus der Schweiz, dass bei der kürzlichen Sitzung des Aufsichtsrats der Lötschberg AG dessen französische Mitglieder, »bekannte französische Kapitalisten«, an Dr. Seiler mit der Anregung herangetreten seien, »jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, in welchem die Schweiz eine Vermittlung zwischen Deutschland und Frankreich unternehmen könnte. In Frankreich würde eine solche Aktion gern gesehen werden«. Dr. Seiler, Mitglied der katholisch-konservativen Fraktion des Schweizer Nationalrats, habe sich, bei strenger Wahrung der Schweizer Neutralität, bereit erklärt, »mit seinen deutschen Freunden Fühlung zu nehmen, um zu erfahren, ob auch in Deutschland Bereitschaft zu einem solchen Schritt bestehe«. Er bat um Bescheid, was er dem absolut vertrauenswürdigen Nationalrat antworten solle. PAAA, R 20425, S. 9 f.

2 Der Kanton Bern gewann für sein Projekt des Lötschberg-Eisenbahntunnels, der das Kandertal mit dem Wallis verband, ein französisches Bankenkonsortium, das sich um die Pariser Banken J. Loste & Cie und die Société Centrale des Banques de Province (mit 325 kleineren französischen Banken) bildete. Nach dem Anschluss Elsaß-Lothringens an Deutschland 1871 verlor Frankreich den unmittelbaren Zugang zum Grenzübergang Basel und hatte darum »ein strategisches Interesse an einer weiteren Transitbahn nach Italien«. 1906 wurde ein französisch-schweizerisches Finanzierungs-Konsortium gebildet, die Entreprise Générale du chemin de fer des Alpes Bernoises, Berne-Loetschberg-Simplon. Die Lötschbergbahn wurde am 28. Juni 1913 dem Betrieb übergeben. Peter Christen, Die Finanzgeschichte der BLS Lötschbergbahn, S. 2, 4, 6. https://www.hiwepa.ch/ebusiness/filesharing/D (26.10.2018).

3 Alexander Seiler (1864–1920), geb. in Brig, Studium in Deutschland, Dr. jur., Anwalt, Notar, Unternehmer in Zermatt (Seiler Hotels AG), 1891–1920 Walliser Großrat, 1905–1920 Nationalrat. Bernard Truffer, Seiler, Alexander, in: Historisches Lexikon der Schweiz (27.10.2018).

Ich schlage vor, diese Gesichtspunkte dem A. A. mitzuteilen mit der Bitte Erzberger dahin zu bescheiden, daß E[ure] E[xzellenz] nicht beabsichtigen der Anregung eine weitere Folge zu geben.[4]

WR[adowi]tz

4 Randvermerk Hertlings zum letzten Absatz: »Sehr richtig 5/2«. Am 3. März teilte Unterstaatssekretär Bussche dem Gesandten in Bern Romberg mit, zurzeit sei nicht beabsichtigt, Erzbergers Anregung zu folgen. Romberg solle aber mit Seiler Fühlung nehmen, da vielleicht »durch diesen gelegentlich wertvolle Auskünfte über die Verhältnisse in Frankreich zu erlangen« seien. Am 28. März meldete Romberg die mit Seiler aufgenommene Verbindung und gesonderten Bericht darüber. PAAA, R 20425, S. 10 f.

268

Eugenio Pacelli an Georg von Hertling
Monaco, 5. Februar 1918

Nunziatura Apostolica Baviera (masch. Or.; BArch, NlH, Nr. 51, f. 8–10)

Vertraulich!
Euere Exzellenz!

Für den lieben Brief, welchen Sie mir unterm 1. d[ieses] haben gütigst zukommen lassen,[1] bin ich Ihnen sehr dankbar, einmal wegen der wichtigen darin enthaltenen Nachrichten und Bemerkungen, besonders aber wegen des hohen Vertrauens, das Euere Exzellenz meiner Wenigkeit entgegenbringen. Dies ermutigt mich, auch fernerhin mich Euerer Exzellenz gegenüber mit grösster Freimütigkeit und Offenherzigkeit zu geben, entsprechend jener vollen und unbegrenzten Hochachtung, die Ihre hochgeschätzte Persönlichkeit mir eingeflösst hat von jenem Augenblick an, da ich das grosse Glück hatte, Euere Exzellenz persönlich kennen zu lernen. Diese Hochschätzung geht soweit, dass ich kein Geheimnis vor Ihnen haben möchte.

Was nun die Rede Euerer Exzellenz im Hauptausschuss des Reichstages anbelangt, so muss ich gleich frei heraussagen, dass sie, nach den mir direkt von Rom zugegangenen Nachrichten, den Wünschen des Heiligen Vaters nicht entsprochen hat, die ich schon Eurer Exzellenz in meinen Schreiben N. 3521 und N. 3816 unterm 9. bezw. 21. Januar l[aufenden] J[ahres] ergebenst mitgeteilt hatte.[2] Seine Heiligkeit hofft jedoch, dass Eure Exzellenz bei der ersten neuen Gelegenheit versöhnlicher sein werden und zwar im Interesse der ganzen Menschheit, Deutschlands nicht ausgenommen. Der Heilige Stuhl hält immer daran fest, dass eine deutliche Erklärung bezüglich Belgiens, und wäre sie auch eine bedingte, einen grossen Schritt zum

1 Siehe oben Nr. 266.

2 In einem Brief vom 21. Januar (Nr. 3816) war Pacelli zum zweiten Mal auf Belgien zurückgekommen und hatte wörtlich aus einem neuen Telegramm Gasparris mitgeteilt: »Die Welt erwartet mit Bangen von dem Kanzler des deutschen Reiches ein Wort der Erleichterung, das nicht die Türe zu weiteren Verhandungen verschliesst. Der hl. Stuhl hält immer noch daran fest, dass eine hinreichende Erklärung bezüglich Belgiens einen grossen Schritt zum Frieden bedeuten würde«. (BArch, NlH, Nr. 51, f. 6). Darauf antwortete Hertling Pacelli am 1. Februar 1918. Siehe oben Nr. 266. Zum vierten Mal kam Pacelli ein paar Tage später auf Verlangen Gasparris auf den (konditionierten) Verzicht des Reiches auf Belgien zurück, um eine Verminderung der strittigen Punkte bei eventuellen Verhandlungen zu erreichen. Darauf Bezug nehmend wolle der Hl. Stuhl Präsident Wilson mit den Worten in Kenntnis setzen: »Der hl. Stuhl ist ermächtigt zu erklären, dass Deutschland den 7. Punkt der Botschaft Wilsons betreffs Belgien annimmt mit der Bedingung, dass u.s.w«. Pacelli an Hertling, »Streng vertraulich«, München 10. Februar 1918. AEM, NlH. Vgl. die Weisung Gasparris an Pacelli, Rom 8. Februar 1918. ›Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917–1929)‹, Dokument Nr. 1646, URL: www.pacelli-edition.de/Dokument/1646 (23.2.2020).

Frieden bedeuten würde;[3] vorausgesetzt dass die Bedingung möglich sei, wie zum Beispiel die volle Rückgabe der Kolonien eine wäre. Uebrigens wenn, wie es den Anschein hat, das europäische Russland auseinanderfällt in ebensoviele kleine politische Bestände, unabhängig unter Garantie der Mächte oder wenigstens Deutschlands, so verdient ein solch unermesslicher politischer und ökonomischer Vorteil Deutschlands nach dem Urteil des Heiligen Stuhles anderweitig Nachgiebigkeit.[4]

In betreff der italienischen Gefangenen weiss ich nicht genau, welche Mitteilungen von Herrn Erzberger durch eine dritte Person gemacht worden sind; ich kann aber Eurer Exzellenz die Versicherung geben, dass im Augenblick die hauptsächlichsten Wünsche des Heiligen Stuhles in folgender Richtung sich bewegen:

1. zu erfahren, welches die Ansichten der Reichsregierung bezüglich des Abschlusses von Vereinbarungen sind (analog jenen, die bereits von Oesterreich-Ungarn festgelegt wurden) über die Rückkehr dieser Gefangenen in ihre Heimat. Der Heilige Stuhl würde es natürlich sehr hoch anschlagen, wenn die Reichsregierung sich zu diesem Behuf der Vermittlung des Heiligen Stuhles bedienen wollte.
2. dass die Korrespondenz erleichtert werde, welche die hiesige Apostolische Nuntiatur mit den Gefangenen in den verschiedenen Lagern in ausschliesslich caritativer Absicht führt.
3. dass es mir gestattet sei, die grösseren Lager, wo italienische Kriegsgefangene interniert sind, zu besuchen, um an letztere Pakete mit Lebensmitteln im Namen des Heiligen Vaters auszuteilen.
4. dass der hiesigen Nuntiatur als Hilfe bei den ausserordentlichen Arbeiten, welche die Kriegsgefangenen verursachen, die beiden Gefangenen Marchese Giovanni Patrizi und Graf Giovanni Chiassi zugestanden werden, beide erhaben über jede Einwendung und Angehörige der angesehensten römischen Familien und voll der höchsten Ergebenheit gegen den Heiligen Stuhl. Es dürfte vielleicht auch noch ein dritter notwendig sein, dessen Name mir gleichfalls vom Heiligen Stuhle bekannt gegeben worden ist und den ich im Bedarfsfalle pflichtgemäß Eurer Exzellenz mitteilen werde. All diese Wünsche habe ich bereits vermittelst der hiesigen k. Preussischen Gesandtschaft beim jenseitigen Ministerium des Aeussern in Berlin regelrecht vorgelegt, um Eure Exzellenz, die ich stets mit so wichtigen und dringenden Angelegenheiten beschäftigt weiss, nicht allzusehr zu belästigen. Bezüglich des vierten Punktes habe ich mich überdies der guten Dienste des hiesigen Ministers des K. Hauses und des Aeussern, Seiner Exzellenz von Dandl, bedient, der mir sogar unterm 8. Januar

3 Im Vorstehenden gab Pacelli die Weisung Gasparris v. 30. Januar 1918 weiter. ›Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917–1929)‹, Dokument Nr. 1641, URL: www.pacelli-edition.de/Dokument/1641 (22.2.2020).

4 Vorstehendes entsprechend der Weisung Gasparris v. 4. Februar 1918. ›Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917–1929)‹, Dokument Nr. 1645, URL: www.pacelli-edition.de/Dokument/1645 (22.2.2020).

l[aufenden] J[ahres] N. I 94 eine günstige Antwort gab, dann aber wurde die ganze Angelegenheit leider auf die lange Bank geschoben. Ich brauche nicht hinzuzufügen, dass Eure Exzellenz ein neues Anrecht auf die Dankbarkeit des Heiligen Stuhles sich erwerben würde, falls Sie die oberwähnten vier Wünsche mit Ihrem mächtigsten Einfluss unterstützen wollten.

Des Herrn Erzbergers bediene ich mich – um die Preussische Gesandtschaft nicht allzusehr in Anspruch zu nehmen – ausschliesslich in Sachen privater Persönlichkeiten und von untergeordneter Wichtigkeit oder im Notfall, um eine Antwort in einer amtlich bereits eingeleiteten Frage in schicklicher Form zu beschleunigen.

Uebrigens auch hierüber, sowie in Allem, wird es mir immer angenehm sein die einsichtsvollen Rückäusserungen, die Euere Exzellenz mir etwa gefälligst zukommen lassen wollen, entgegenzunehmen.

Diesen Anlass benützend tiefster Hochschätzung Ausdruck zu geben geharrt
Euerer Exzellenz
ergebenster
+ Eugen Pacelli Erzbischof von Sardi
Apostolischer Nuntius

269

Gisbert von Romberg an Georg von Hertling
Bern, 5. Februar 1918

Kaiserlich Deutsche Gesandtschaft. Nr. 245. (masch. Kop.; PAAA, R 20425, S. 72–73)

Herr Edelweiß[1] hat mir den beifolgenden Bericht[2] übersandt.
gez. Romberg.
pp.[3] Zürich, 4. Februar 1918

Weiteres habe ich die Ehre mitzuteilen:

In Bern hat heute zwischen einem Bevollmächtigten Wilsons und dem Professor Lamasch eine Besprechung stattgefunden, der, wie ich annehmen darf, auch der ungarische Prälat Monsignor Giesswein[4] (salvo errore) beiwohnte. Der nordamerikanische Bevollmächtigte erklärte dem Vertrauensmann Seiner Apostolischen Majestät, Herr Wilson sei nicht in der Lage der Anregung des Grafen Czernin Folge zu leisten, solange Kaiser Karl nicht offen und unzweideutig den Weg der Reformen beschreitet, die von seinen Völkern zu Recht gefordert werden, und solange er dem bisher befolgten System der Zweideutigkeiten in Hinsicht Belgiens, Serbiens und Montenegros nicht nachdrücklichst ein Ende setzt. Das schwierigste aller zur Entscheidung stehenden Probleme sei aber das italienische. Die Entente sei hierin an Abmachungen gebunden, die nur durch ein großzügiges Entgegenkommen S[eine]r Ap[ostolischen] Majestät wesentlich gemildert werden könnten. Herr Wilson gebe dem Kaiser zu bedenken, in welche moralisch unhaltbare Lage er geraten würde, wenn er sich mit dem Grafen Czernin in Verhandlungen einließe, ehe Österreich-Ungarn in den Wiederherstellungsfragen klaren Bescheid gegeben habe und ehe die in der italienischen Frage anzustrebende Verständigung in ihren Grundzügen nach Recht und Billigkeit festgelegt sei.

Für Nordamerika handle es sich nicht um die Befriedigung eigensüchtiger Interessen (self–Interests), sondern um Grundsätze der politischen Redlichkeit, von

1 Robert de Fiori.

2 Die innere Lage Italiens, pr. 9. Februar 1918. PAAA, R 20425, S. 74–82. De Fiori kam zu dem Ergebnis, Italien halte fest zu seinen Verbündeten, falls diese einer seiner Irredenta-Forderungen nachgäben.

3 Titulatur des Adressaten.

4 Alexander Gießwein (1856–1923), geb. in Totis (Ungarn), 1878 Priesterweihe, 1902 Titel Abt, 1905 Mitglied des Reichstags, 1909 Prälat, 1914 Aufnahme in die Ungarische Akademie der Wissenschaften, 1916 Gründer und Präsident der Sankt-Stefans-Akademie, Präsident der ungarischen Friedensgesellschaft, des Esperantoverbandes, der ungarischen Goethegesellschaft, »von staunenswerter Universalität des Wissens«, Vorkämpfer der Demokratie, der christlich-sozialen Bewegung, der Völkerversöhnung und sozialen Reform. ÖBL, Bd. 1, S. 439 f.

denen die Washingtoner Regierung um keinen Preis abweichen werde. Professor Lamasch versicherte dem nordamerikanischen Bevollmächtigten, Kaiser Karl wünsche, von den edelsten Vorsätzen beseelt, nichts sehnlicher als einen ehrlichen Frieden auch mit Italien. Er (Lamasch) gebe sich der Hoffnung hin, das heutige Gespräch binnen kurzem auf Grund der ihm gemachten Eröffnungen mit gedeihlichen Aussichten wieder aufnehmen zu können.

In einer Privatunterhaltung mit einem deutschen Outsider sagte der nordamerikanische Bevollmächtigte, die Entente hätte es leicht gehabt, mit Bulgarien und der Türkei einen Sonderfrieden zu schließen, nur ein Mann wie der bulgarische Zar[5] konnte sie aber einer immorality fähig halten, die einen Verrat an Rumänien, Serbien und Montenegro bedeutet hätte. Die Entente habe Zeit; in zwei, längstens drei Monaten werde Nordamerika auf dem Plane sein, dann dürfte Deutschland Ungeahntes erleben.

Der Outsider: Die deutsche Heeresleitung rüstet an ihrer Westfront eine Offensive, von der sie die endgültige Entscheidung in weit kürzerer Zeit erwartet.

Der Nordamerikaner: Wir fürchten die Gase nicht und können ihnen im Notfalle wirksamere entgegensetzen. Eine elastische Defensive wird dem Ansturme, wie mächtig er auch sei, ein Vierteljahr standhalten, dann sind wir da. Ich wiederhole aber, die Gase sind ein Bluff, stellt die deutsche Heeresleitung auf die Wirkung der Gase [!], so wird sie sich gründlich verrechnen, und wohl zum letzten Male.

Die Nachricht betreffend die angeblich bevorstehende it[alienische] Offensive an der Piave habe ich bereits auf anderem Wege mitgeteilt.

5 Ferdinand I. von Sachsen-Coburg und Gotha.

270

Georg von Hertling an Werner von Grünau
[Berlin,] 6. Februar 1918

(Telegramm, masch. Reinkonz.[1]; PAAA, R 21431, S. 42–45; Druck: Scherer-Grunewald, Bd. 3, S. 351 f.)

Zum Vortrag bei Seiner Majestät.[2]

Gestern fand unter meinem Vorsitz eine Besprechung zwischen den deutschen Ressortchefs unter Zuziehung des General Ludendorff und dem Grafen Czernin, einem Vertreter der österreichisch-ungarischen Obersten Heeresleitung und einigen österreichisch-ungarischen Ressortbeamten statt.

Über das Vorgehen in Brest-Litowsk herrschte Übereinstimmung, dass zunächst mit allem Nachdruck der Friede mit der Ukraine herbeizuführen ist, dann aber die Verhandlungen mit Trotzki mit positivem oder negativem Erfolg zum Abschluss gebracht werden müssen. Den Unterhändlern bleibt überlassen, ob sie dies in Form eines Ultimatums oder in anderer Weise tun wollen. Jedenfalls muss ein Abschluss erreicht werden, da auch aus militärischen Gründen Klarheit notwendig ist. General Ludendorff stellte im Falle des Abbruchs mit Trotzki eine baldige militärische Aktion in Aussicht. Bezüglich der Verteilung der bei einem Friedensschluss mit der Ukraine von dort zu erwartenden Lebensmittelzufuhren wurde Einigkeit zwischen uns und den Österreichern erzielt.

Graf Czernin brachte den Wunsch vor, eine authentische Interpretation der aus unserem Bündnisvertrag herzuleitenden Verpflichtungen zur Weiterführung des Krieges zu erhalten. Es handelt sich hierbei um die Feststellung, ob und inwieweit Österreich-Ungarn verpflichtet ist, an unserer Seite den Krieg weiterzuführen, wenn die territoriale Unverletzlichkeit unseres Gebietes von den Feinden anerkannt wird. Wir erweiterten diese Feststellung dahin, dass ausser der territorialen Sicherheit auch Garantie dafür geboten sein müsse, dass auch unsere wirtschaftliche Sicherheit gewährleistet sein müsse durch Ausschaltung des Wirtschaftskrieges und tunlichste Wiederherstellung unserer überseeischen Beziehungen. In der Sache wurde

1 »Durch Fernschreiber des Auswärt. Amts« an GHQ; Gelesen–Vermerke Hertlings, Radowitz', Bussches u.a.; masch. Kop. (Rk. 16424 K.J.), in BArch, R 43/2403f und BArch, R 43/2477, f. 68–70.

2 Vortrag durch Grünau, den Vertreter des AA im GHQ. Werner Freiherr von Grünau (1874–1956), geb. in Karlsruhe, Dr. jur., im Justizdienst, 1904 Eintritt in den Auswärtigen Dienst, 1904–1907 am Konsulat Alexandria, 1909 in der Abteilung III (Recht) des AA, 1909 Legationsrat, 1914 Abordnung ins GHQ, Oktober 1916–November 1918 dort Vertreter des AA beim Kaiser, 1918 Wirklicher Legationsrat und Vortragender Rat, 1920–1921 beurlaubt, 1923 Referatsleiter in der Abteilung II (Westeuropa), 1924–1930 Generalkonsul in Kattowitz, 1930 Leiter der Personalabteilung des AA, 1932 Ministerialdirektor, 1936 z. D., Gutsbesitzer, Unternehmer.

Übereinstimmung erzielt. Die Ausarbeitung einer entsprechenden Interpretationsformel wurde dem Grafen Czernin und Herrn von Kühlmann übertragen.

Bei Besprechung der austro-polnischen Lösung stellte sich heraus, dass die dagegen geltend zu machenden Bedenken ausserordentlich zugenommen haben. Die im Frieden mit der Ukraine vorgesehene Abtretung des Cholmer Gouvernements und die damit im Zusammenhang stehende geplante Verleihung einer Autonomie an Ost-Galizien verringert den Bestand des zukünftigen Königreichs in so erheblichem Masse, dass dadurch bei den Polen Missstimmung erzeugt werden müsste. Ferner ergab die Besprechung, dass die Regelung der zukünftigen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse Polens (Eisenbahnen, Übernahme von Staatsschulden, Zoll- und Steuerverhältnisse) noch einer sehr gründlichen Klärung zwischen uns und Österreich-Ungarn bedürfe, da die Auffassungen auf diesen Gebieten noch weit auseinandergehen. Den Österreichern schwebt eine so nahe Angliederung Polens an die Monarchie vor, dass dadurch unsere wirtschaftlichen Interessen zu kurz kommen würden. Es wurde beschlossen, durch Besprechungen der Fachleute einen Boden zu finden, auf dem eine Klärung dieser Fragen herbeigeführt werden kann. Auch die zukünftige Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und der Donaumonarchie wurde gestreift.

Ich habe bei den österreichisch-ungarischen Herren eine gewisse, wohl durch die Schwierigkeiten der inneren Lage hervorgerufene Nervosität und einen vielleicht zur Verstärkung des Eindrucks etwas stark betonten Pessimismus gefunden; aber bei Graf Czernin doch das feste Bestreben, an Ausbau und Festigung des Bündnisverhältnisses mitzuarbeiten. Es ist mir zweifelhaft, ob bei den grossen prinzipiellen Differenzen die austro-polnische Lösung sich wird durchführen lassen. Jedenfalls kann diese Frage nur im Rahmen all der Fragen gelöst werden, die unser zukünftiges Verhältnis zu Österreich-Ungarn betreffen. Eine baldige Lösung ist daher nicht vorauszusehen. Sie ist aber auch nicht so dringlich, wenn es uns zunächst gelingt, den Frieden mit der Ukraine und Rumänien herzustellen und mit den Bolschewikis klare Bahn zu schaffen. Dann können die Polen auf die definitive Gestaltung ihrer Zukunft noch getrost etwas warten. Das ist jedenfalls besser, als wenn eine übereilte Entscheidung getroffen wird, die unser Verhältnis zu Österreich-Ungarn gefährden könnte.[3]

Graf von Hertling.

3 Laut Telegr. Grünaus v. 7. Februar war Wilhelm II. mit dem Ergebnis der Aussprache einverstanden.

271

Friedrich von Galen an Karl von Hertling
Haus Assen bei Lippborg, 8. Februar 1918

(masch. Or.; BArch, NlH, Nr. 49, f. 5)

Hochverehrter Herr Graf!

Für Ihren Brief und die Rücksendung der Briefe aus Wien ergebenst dankend, erlaube ich mir Ihnen Abschrift eines Briefwechsels mit Erzberger zu übersenden. Ich hatte mich mit der Anfrage an ihn gewandt, um in der Fraction Material gegen ihn zu haben, ohne Ihren Vater zu nennen. Ich hoffe, dass sich noch recht viele der Behauptung E[rzbergers], dass er nicht in Wien gewesen sei, erinnern werden. Den jetzt plötzlich verstorbenen Abg[eordneten] Warlo[1], welcher meist neben mir sass, hatte ich damals gleich darauf aufmerksam gemacht.

Mit der Bitte Ihren Herrn Vater ehrfurchtsvoll zu grüssen, Verehrter Graf

Ihr sehr ergebener Galen

Anlage 1
Friedrich von Galen an Matthias Erzberger
Haus Assen, 31. Januar 1918
(masch. Kop.; BArch, NlH, Nr. 49, f. 6)

Sehr geehrter Herr Kollege!

In der letzten Fractionssitzung erwähnten Sie die Zeitungsfabel, Sie seien im Auftrag des Papstes in London gewesen, und sagten, wenn ich mich recht erinnere nebenbei, ebenso unwahr sei es, dass Sie im Dezember in Wien gewesen. Letzteres hätte ich gern durch Anfrage mir bestätigen lassen, konnte Sie aber nicht mehr fragen, weil Sie vor Schluss den Saal verliessen. Nun interessiert mich an sich Ihre Reise nach Wien garnicht, nur insofern hat die Sache für mich Wichtigkeit, weil s[einer] Z[eit] mir aus Wien geschrieben wurde, Sie seien dort gewesen. Ist diese Nachricht falsch, so müsste ich auch in andere Mitteilungen meines Vertrauensmannes, die mir von grösster Wichtigkeit waren und sind, Zweifel setzen. – So darf ich wohl trotz Ihrer sehr besetzten Zeit, um ein kurzes Wort bitten, das mir sagt; ob Sie im Dezember in Wien

1 Hermann Warlo (1858–1918), aus Zabelkau (Kreis Ratibor), Studium der Geodäsie und Agrikulturtechnik, 1882–1892 Vermessungsbeamter in Breslau, Ratibor, Beuthen und Gleiwitz, 1892–1918 dort Oberlandmesser, 1896–1903 Stadtverordneter in Gleiwitz, 1912–1918 Mitglied des Reichstags (Zentrum). Haunfelder, S. 279.

waren oder nicht. Ich würde Ihnen zum ergebensten Dank verpflichtet sein. Mit dem Ausdruck der Hochachtung
ergebenst
gez. Graf Galen.

P[ost] s[criptum]. Ich bemerke noch, dass verschiedene unserer Freunde, wie ich durch Nachfrage feststellte auch verstanden haben, dass Sie die Reise nach Wien in Abrede stellten.

Anlage 2
Matthias Erzberger an Friedrich von Galen Berlin, 3. Februar 1918
(masch. Kop.; BArch, NlH, Nr. 49, f. 8)

Euer Hochgeboren
Bestätige ich den Empfang des Schreibens vom 31. I. Gewiss war ich im Dezember in Wien. Ich weiss auch, welch unwahre Behauptungen über diese Reise in Umlauf gesetzt worden sind und zwar in Kreisen, welche Ihnen nicht allzu fern stehen dürften. Ich weiss genau, welche Mitteilung Ihres Vertrauensmannes Sie im Auge haben, und kann auf das Bestimmteste versichern, was ich auch bereits gegenüber dem Herrn Reichskanzler getan habe, dass die Meldungen dieses Vertrauensmannes freie Erfindungen darstellen.

In ausgezeichneter Hochachtung bin ich
Euer Hochgeboren ergebener
gez. M. Erzberger.
M.d.R.

Anlage 3
Botho von Wedel an [Friedrich von Galen] [Wien,] 21. Januar 1918
(masch. Kop.[2]; BArch, NlH, Nr. 49, f. 7)

Lieber Freund!
Du wünschst von mir[3] eine authentische Mitteilung, ob Erzb[erger] kürzlich in Wien gewesen sei, da dies von einer Seite behauptet, von anderer bestritten werde.

2 Briefkopf »Reichskanzlei«, von dort am 1. Februar 1918 abgesandt unter der Überschrift: »Abschrift eines Briefes des Grafen Wedel–Wien an Graf Galen«, mit dem handschr. Zusatz: »(wie mir scheint) jedenfalls diesem zur Verfügung gestellt«.

3 Botho Graf von Wedel (1862–1943), geb. auf Schloss Evenburg (Ostfriesland), Jurastudium bis 1885, preußischer Militärdienst (zuletzt Rittmeister d. R.), 1889 Zulassung zum Auswärtigen

Ich wundere mich, dass Du ih[n] nicht selbst fragst, aber ich sehe, Du bist auf dem Lande und hast wahrscheinlich keine Gelegenheit mit ihm zu sprechen. Also gern gebe ich Dir Auskunft. E[rzberger] war hier und zwar entweder zweite Hälfte November oder in den ersten Tagen Dezember. Er hat mich merkwürdiger Weise diesmal nicht besucht, aber sein Eintreffen wurde mir sofort gemeldet, durch meine Vertrauensmänner, desgleichen, dass er von Czernin empfangen wurde, desgleichen, dass er nach einigen Tagen wieder abgereist war. Er hat in den Tagen bei Prinz Victor Salvator Isenburg[4] gegessen, wozu auch mein Legationssekretär Prinz Erbach[5] eingeladen war, aber absagen musste. Czernin hat mir sodann bestätigt, dass E[rzberger] bei ihm war und mit ihm eine lange Unterredung hatte.

Auch wurden mir von 2 anderen Seiten Äusserungen E[rzberger]s Hertling betreffend hinterbracht, die mich gerade von seiner Seite wunderten, da sie nicht geeignet waren, Hertlings Stellung als sehr stark erscheinen zu lassen und uns daran liegen muss, das Gott sei Dank vorhandene Vertrauen auf ihn hier zu befestigen. Aber ich möchte diese Äusserungen nur wiederholen, wenn er selbst es wünscht, denn ich kann für Äusserungen Dritter nicht einstehen und bin daher in solchen Dingen sehr vorsichtig. Deshalb habe ich auch die Angaben über E[rzberger]s Anwesenheit so genau gemacht, damit Du siehst, dass ich leichtfertige Behauptungen nicht aufstelle, sondern als positiv nur das schreibe, was ich sicher weiss.

Mit den besten Grüssen
Dein ergebener Wedel.

Nachschrift: Eben habe ich festgestellt, dass E[rzberger] durch die Botschaft Schlafwagen nach Berlin in den ersten Dezembertagen erhalten hat. Er war also Anfang Dezember hier.

Dienst, Attaché, 1890 Legationssekretär in Paris, 1896 in Madrid; 1898 in Tokio, 1901 in Wien, 1904 Generalkonsul in Budapest, 1907 preußischer Gesandter bei den Thüringischen Höfen in Weimar, 1910 Geheimer Legationsrat und Vortragender Rat in der Abteilung I A, 1916–1919 Botschafter in Wien, 1917 Wirklicher Geheimer Rat (Exzellenz), 1919 a.D.

4 Victor Salvator Prinz von Isenburg-Birstein (1872–1946), Generaldirektor der Skoda-Werke (Waffenlieferant) in Wien. Rosenberg, Korrespondenzen, S. 304.

5 Victor Prinz zu Erbach-Schönberg (1880–1967), geb. in König (Hessen), aus rheinfränkischem altem Adel (Grafschaft Erbach im Odenwald), 1901–1909 im preußischen Militärdienst, 1902 Leutnant, 1905–1906 Jurastudium, 1906 Kommandierung nach Brüssel, 1907–1909, 1914–1921 an der Botschaft in Wien, 1914 Hauptmann, 1915 Attaché in Wien, 1917 Legationssekretär, 1911–1917 Vertreter seines Bruders Alexander Fürst zu Erbach-Schönberg in der Ersten Kammer des Landtags des Großherzogtums Hessen, 1921–1923 kommissarischer Gesandtschaftsrat in Kristiania, 1923–1926 Gesandtschaftsrat in Madrid, 1926–1931 in Stockholm, 1931–1936 Botschaftsrat in Wien, 1936–1941 Gesandter in Athen, 1941 interniert, z. D.

272

Gisbert von Romberg an Auswärtiges Amt
Bern, 9. Februar 1918

Nr. 212. (entziffertes Telegramm; PAAA, R 21570, S. 10)

Im Anschluß an Telegramm Nr.200.

Wiederholung Telegramms Nr. 10 aus Lugano am 24. Januar:

Feldjäger bringt Bericht mit Text belgischer Antwort auf Friedensnote des Papstes vom 1. August[1]. Nach Inhalt der wohl im Einverständnis mit Kurie abgefaßten Antwort scheint Kurie mit der jetzigen Veröffentlichung[2] zu beabsichtigen, uns zu einer Äußerung in der belgischen Frage zu drängen.

Mühlberg.
Romberg.

1 Druck: Steglich, Friedensappell Papst Benedikts XV., S. 160–162.

2 Die Antwort König Alberts I. an Papst Benedikt v. 24. Dezember 1917, am 24. Januar 1918 im Osservatore Romano veröffentlicht, was Mühlberg sogleich meldete, lautete zu Belgien: »L'intégrité du territoire belge – métropolitain et colonial – l'indépendance politique, économique et militaire, sans condition ni restriction, les réparations pour le dommage subi, des garanties contre le renouvellement de l'agression de 1914, telles restent les conditions indispensables d'une paix juste en ce qui concerne la Belgique. Tout règlement qui le méconnaîtrait ébranlerait les fondements mêmes du droit, puisqu'il serait désormais acquis que, dans le domaine international, la violation du droit crée un titre à son auteur et peut devenir la source d'un profit.« (Steglich, Friedensappell Papst Benedikts XV., S. 477). Hertling hat die Telegramme Mühlbergs gelesen. Am 17. Dezember 1917 hatte Kühlmann Treutler mit Tel. Nr. 109 gebeten, dem Nuntius in München mitzuteilen: Mit Schreiben vom 24. September 1917 auf die Meldung Pacellis vom 30. August über ein denkbares Entgegenkommen Englands habe Michaelis sich »zur Präzisierung der Kriegsziele (einschließlich der auf Belgien bezüglichen Fragen)« unter der Vorbedingung der Achtung der gegenseitigen Standpunkte bereit erklärt. Zur zuerst zu erstrebenden »Klärung der Dispositionen und Absichten der englischen Regierung« habe er, Kühlmann, sich mit einem englischen und spanischen Vertrauensmann ins Benehmen gesetzt. Er habe der englischen Persönlichkeit anheimgestellt, sich auch offiziell an die englische Regierung zu wenden, die spanische Regierung aber weder um Sondierung noch gar Vermittlung ersucht. PAAA, R 20500, S. 4–7.

273

Georg von Hertling an Wilhelm II.
Berlin, 10. Februar 1918

(Druck: Deutsch-sowjetische Beziehungen, S. 393–395[1])

Durch Telegramm vom 9. haben Ew. Majestät Herrn Kühlmann befohlen, in einem bis zum 10ten, abends 8.00, laufenden Ultimatum von der russischen Delegation die Aufgabe des gesamten Baltikums mit Einschluß von Livland und Estland und die sofortige Unterzeichnung des Friedens zu fordern.[2] Herr von Grünau hat Eu. Majestät in meinem und Herrn von Kühlmanns Auftrag bereits die Gründe vorgetragen, die uns veranlassen, Eu. Majestät auf das dringendste davon abzuraten, durch die Forderung der Räumung Livlands und Estlands den Abschluß des Friedens zu gefährden, wenn Trotzkij[3] die sonstigen von uns gestellten Bedingungen annimmt.

Wie Ew. Majestät aus den Meldungen des Staatssekretärs bekannt ist, besteht die Möglichkeit, daß Trotzkij, beeindruckt durch unsern Abschluß mit der Ukraine, hierzu bereit ist. Hierüber wird die heute stattfindende Sitzung Klarheit bringen. Tut er es nicht, so erfolgt Abbruch der Verhandlungen mit den entsprechenden Konsequenzen. Nimmt er aber unsere Bedingungen so wie sie bisher formuliert waren, d.h. den völligen Verzicht auf die innerhalb unserer Linien liegenden Randländer an, so bin ich, ebenso wie Herr von Kühlmann nicht in der Lage, die Verantwortung dafür zu übernehmen, das damit zu Ende geführte Friedenswerk durch Aufstellung neuer

---

1 Vgl. ebd. S. 393 Anm. 1. Das mitten im Satz abbrechende Telegr. ging nicht ab, weil der Kaiser aufgrund des Vortrags von Grünau die Verhandlungen in Brest am 10. Februar abwarten wollte. Vgl. R 22050, S. 30-37.

2 Druck der Telegramme Wilhelms II. vom 9. Februar 1918 an Kühlmann und General Hoffmann in Brest: Hahlweg, S. 524 f.; Scherer-Grunewald, Bd. 3, S. 360 f. Am 9. Februar teilte Hindenburg dem Kaiser mit, er habe General Hoffmann beauftragt, »die Räumung von Livland und Estland seitens der russischen Truppen oder den Bruch mit Trockij zu erwirken«. Vom Reichskanzler forderte er am gleichen Tag die unverzügliche Kündigung des Waffenstillstands, weil die Regierung der Bolschewiki die deutschen Truppen zum Ungehorsam aufgerufen habe. Hoffmann wandte sich darauf an Staatssekretär Kühlmann, der sich aber auf seine vom Kaiser am 18. Dezember 1917 in Kreuznach erhaltene Instruktion berief, erst nach Anfrage beim Reichskanzler Stellung nehmen und Trotzki kein Ultimatum zur Räumung Liv- und Estlands stellen wollte. (Hahlweg, S. 508 f., 527 f.; Scherer-Grunewald, Bd. 3, S. 361).

3 Leo Trotzki (Lev Davidovič Trockij) (1879–1940), geb. Bronstein, in Janowka (Ukraine), 1897 Abitur, Gründer des Südrussischen Arbeiterbundes, 1898 inhaftiert, 1899 Verbannung, 1902–1905 Exil in London, Paris, München, 1905 und 1917 Vorsitzender des Sowjets von St. Petersburg, 1906 zu lebenslanger Verbannung verurteilt, 1907–1917 Journalist im Exil (Deutschland, Schweiz), 1917 Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, März 1918–1924 für Verteidigung, 1925–1927 entmachtet, Ausschluss aus allen Ämtern, 1929 Ausweisung, 1933 Ausbürgerung, Flucht nach Frankreich und Norwegen, 1937 nach Mexiko, von sowjetischem Agenten ermordet.

Forderungen scheitern zu sehen.[4] Die grundlegenden Bedenken, die ich im Hinblick auf unsere zukünftige politische Stellung zu Rußland, gegen die Belastung unserer Politik mit dem Besitz oder der Angliederung von Livland und Estland hege, habe ich Eu. Majestät bereits am 18. Dezember in Kreuznach vorgetragen. Diese Bedenken bestehen auch heute noch, und ich kann in einem ersten Schritt auf dieser Bahn, wie er durch Ausführung des Befehls Ew. Majestät erfolgen würde, einen politischen Vorteil nicht erblicken. Um so weniger kann ich es verantworten, die Folgen auf mich zu nehmen, die das Scheitern der Friedensverhandlungen aus diesem Grunde nach sich ziehen würde. Diese Folgen würden zunächst die sein, daß unser Verhältnis zu Österreich-Ungarn vollständig in die Brüche gehen würde. Wir müssen mit der Stimmung in der Donaumonarchie rechnen, wo die Regierung und besonders der Monarch den Volksströmungen gegenüber schwach ist. Die Regierung Österreich-Ungarns kann ihren Völkern gegenüber sich nicht behaupten, wenn durch Eingehen auf weitgehende deutsche Forderungen der von dem kriegsmüden Volk ersehnte Frieden nicht zustande kommt. Wir sehen uns darum mit Sicherheit der Gefahr des Abspringens unseres Bundesgenossen gegenüber, das unsere politische Stellung auf der Welt so schwächt, daß der Kriegswille unseres Gegners bis ins Ungemessene gesteigert werden würde, die dadurch herbeigeführte Verlängerung des Krieges, für die uns die Schuld beigemessen werden würde, muß auf die Neutralen einen für uns außerordentlich ungünstigen Einfluß haben; wir stehen mit Spanien und mit Argentinien zur Zeit in schwierigen Verhandlungen und suchen Holland und die skandinavischen Länder abzuhalten, ihre Tonnage der Entente zur Verfügung zu stellen. Diese Verhandlungen sind zum Scheitern verurteilt, und wir riskieren den Verlust der wenigen noch neutralen Länder. Das können wir in einem Augenblick, in dem unser Bundesgenosse uns zu verlassen droht, nicht vertragen.

Dem eigenen Volk gegenüber läßt sich der Abbruch der Verhandlungen in der von Ew. Majestät befohlenen Form nicht rechtfertigen. Wenn auch in großen Kreisen volle Sympathie für die Leiden der deutschen Elemente in Livland und Estland besteht, so hat doch die große Masse des Volkes kein Verständnis dafür, daß ein Frieden, der erreichbar wäre, aus solchen Gefühlen heraus zum Scheitern kommt. Das Volk sieht mit Recht oder mit Unrecht das deutsche Interesse im Zustandekommen des Friedens und dürfte kein Verständnis dafür haben, daß dieses Interesse der ihm ferner liegenden Befreiung von Livland und Estland geopfert wird. Der soeben zu Ende gegangene Streik hat bewiesen, daß eine starke Gärung vorhanden ist. Daß weitere Kreise sich davon ferngehalten haben, liegt nicht zum mindesten daran, daß zu der

4 Damit übernahm Hertling die ihm mit Tel. Nr. 29, 31, 32 v. 10. Februar aus Brest mitgeteilte Stellungnahme Kühlmanns auf die beiden kaiserlichen Erlasse vom Vortrag: Ein Nachgeben der russischen Delegation gegenüber den bisher erhobenen Forderungen hielt Kühlmann für sehr wahrscheinlich, während die OHL offenbar beim Kaiser auf weiteren Krieg gegen die Bolschewiki dränge, in dem er einen politischen Sinn nicht mehr erblicken und der nach Czernins jüngster Äußerung die Donaumonarchie zu einem Sonderfrieden mit Russland bewegen könne. Hahlweg, S. 527–536, 505 f.

Regierung Ew. Majestät das Vertrauen besteht, daß auf dem einmal beschrittenen Weg der Friedensbereitschaft ohne Schwanken fortgeschritten wird. Dieses Vertrauen würde eine nicht wiedergutzumachende Erschütterung erleiden, wenn der Friedensschluß durch Aufstellen von neuen, durch zwingende deutsche Interessen nicht gerechtfertigten Forderungen nicht zustande kommt. Wir würden, falls sich aus diesem Grunde Streiks und sonstige Demonstrationen wiederholen,[5] nicht wie bisher die Mehrheit des Volkes und des Parlaments auf unserer Seite haben, so daß ich die Verantwortung für den etwaigen Ausgang einer solchen Bewegung nicht übernehmen könnte.

Der glückliche Ausgang des jetzigen Streiks hat die Autorität der Regierung dem Parlament gegenüber gestärkt, so daß ich glaube, den Krieg im Einvernehmen mit der Mehrheit des Volkes und des Parlaments zu Ende führen zu können, um so mehr als die Anzeichen sich mehren, daß auch die Wahlreform in Preußen sich einem günstigen Abschluß nähert, wodurch ein unschätzbares Moment für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und Geschlossenheit gegeben ist. Hierfür wäre aber keine Gewähr mehr zu leisten, wenn der Friedensabschluß mit Nord-Rußland in einer Weise zum Scheitern kommt, durch die Ew. Majestät Regierung mit dem Odium der mangelnden Konsequenz in ihrer Politik belastet würde.

Falls der Kaiser an der Forderung der Räumung von Livland und Estlands als conditio sine qua non für den Friedensschluss mit Trotzki festhalten würde, so müsste er, so schmerzlich es ihm wäre, bitten, ihn und Kühlmann von der Verantwortung für die Fortführung dieser Politik zu entbinden.[6] *Er sei bereit, Kühlmann anzuweisen, die Räumung von Livland und Estland zu verlangen, was sich mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker motivieren lasse, doch nur bis zu dem Punkt, dass daran die Verhandlungen nicht scheitern würden.*

5 Versammlungen streikender Arbeiter am 28. Januar in Berlin, am 29. Januar in Kiel und 30. Januar 1918 in Hamburg beriefen sich auf die »tiefe Friedenssehnsucht« der »großen Masse des Volkes«. Deutsch-sowjetische Beziehungen, S. 333–339.

6 Am 10. Februar vm. meldete Grünau Kühlmann die höchst erregte Stimmung des Kaisers und »verschiedene Explosionen« in Homburg, wo er als Blitzableiter gedient habe. »Es müßte schleunigst etwas geschehen, das beruhigend wirken kann, eventuell eine motivierte Stellung der Vertrauensfrage«. Hahlweg, S. 526.

274

Georg von Hertling an Wilhelm II.
Berlin, 11. Februar 1918

(Telegramm, masch. Kop.[1]; PAAA, R 20549, S. 25; Druck: Hahlweg, S. 548)

Nach meiner Auffassung liegt in der Erklärung von Trotzki[2] und in dem Abbruch der Verhandlungen durch ihn unzweifelhaft eine tatsächliche Kündigung des Waffenstillstandes. Wir brauchen daher unsererseits den Waffenstillstand nicht zu kündigen, sondern können uns mit der Veröffentlichung folgender Erklärung begnügen:

»Wir stellen fest, dass Herr Trotzki durch seine Erklärung vom 10. d[ieses] M[ona]ts, den Abbruch der Verhandlungen und seine Weigerung, weitere Erklärungen der Mittelmächte entgegenzunehmen, den Waffenstillstand tatsächlich gekündigt hat. °Diese Kündigung ist somit als am 10. Februar erfolgt anzusehen. Die deutsche Regierung muß sich demgemäss nach Ablauf der Kündigungsfrist freie Hand nach jeder Richtung vorbehalten.°

1 Das Tel. ging um 1.45 nm. an den Kaiser, Kühlmann und Hindenburg ab, Kop. an das AA. Vgl. PAAA, R 22050, S. 38.

2 Die Sitzung der Kommission für politische und territoriale Fragen am 10. Februar 1918 fand ein überraschendes Ende durch Trotzkis Mitteilung, die russische Regierung habe den Kriegszustand für beendet erklärt und den Befehl zur Demobilisierung aller ihrer Truppen an sämtlichen Fronten erteilt. Die Fortsetzung von Kriegshandlungen des Reichs und der Donaumonarchie entlarve bei deren Völkern die These des Verteidigungskrieges. Hahlweg, S. 540–542.

°-° Ursprünglich sowie im gleichlautenden Telegr. an Kühlmann steht: »diese kuendigung waere somit als am 10. februar erfolgt anzusehen. wir behalten uns demgemaess unserseits nach ablauf der kuendigungsfrist freie hand nach jeder richtung vor«. PAAA, R 20549, S. 26; dieser Text in Hahlwegs Edition.

Hiernach bleiben unsere weiteren Beschlüsse vorbehalten, worüber ich Euer Majestät baldigst Vortrag halten zu dürfen bitte.[3]

Alleruntertänigst
Graf von Hertling

3 Am 13. Februar drahtete Kühlmann an AA in Brest Litowsk: »nach ergebnis heutiger beratung hat reichskanzler beschlossen weiterem militaerischen vorgehen gegen russland zuzustimmen. zur begruendung sollen unter andern wunsch der ukraine dienen, dass wir dazu beitragen in russland ruhe und ordnung herzustellen. es ist nicht direktes eingreifen in ukraine beabsichtigt, vielmehr soll bekannte operation im norden ukraine vom druck der bolschewikis entlasten. bitte zu versuchen von ukrainern erklaerung zu extrahieren und berlin zu uebermitteln, welche fuer angegebene zwecke verwertbar ist«. (PAAA, R 20549, S. 30). Am gleichen Tag informierte Kühlmann Bussche, dem Vertreter des AA bei Oberost (F. Rosenberg) sei Weisung erteilt, von den Ukrainern womöglich zu erwirken, dass sie »unsere Intervention zur Herstellung der Ordnung anrufen«. Gleichartige Erklärungen der Esten, Livländer und Finnen zum Schutz vor der »herrschenden Anarchie« und der Gefährdung von Leben und Eigentum seien notwendig. (Ebd., S. 31). Kühlmann zerpflückte in persönlich an Hertling gerichtetem Telegr. aus Brest-Litowsk v. 11. Februar 1918 die nicht stichhaltigen Argumente der OHL zur Wiederaufnahme des Krieges, ließ aber das politische Argument, das beim Kaiser verfangen werde, gelten, dass für Estland und Livland interveniert werden müsse, weil sie in bedauernswertem Zustand seien. »Ein anderes Mittel als das, den Krieg zu erneuern und diese Provinzen zu protegieren, gibt es nicht, will man ihnen helfen«. Dort sei ein »revolutionärer Guerillakrieg« der Bolschewiki zu befürchten. Sobald Hertling »endgültige Beschlüsse« gefasst habe, sei sofort die Presse anzuweisen, da »einigermaßen weiteren Kreisen« die Fortsetzung des Krieges im Osten unerwünscht sei. Hahlweg, S. 547 f.

275

Wilhelm von Radowitz an Friedrich von Falkenhausen
Berlin, 11. Februar 1918

Der Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei. (masch. Konz.; BArch, R 43/2405, S. 100–101)

Telegramm durch Fernschreiben des Auswärtigen Amts.[1]

Euer Exzellenz[2] ist das Telegramm bekannt, das General Ludendorff über seine Besprechung mit dem Bischof Karevicius[3] und dem Domherrn Olschewski an den Herrn Reichskanzler gerichtet hat.[4]

---

1 Zu Rk 16472 K.J. Erging i. A. des Reichskanzlers. »Zugleich für General Graf Waldersee«; z. K. an Oberost in Kowno, OHL, AA. Vermerk: »Hat S[einer] E[xzellenz] vorgelegen kann abgehen«.

2 Friedrich Freiherr von Falkenhausen (1869–1946), geb. in Potsdam, 1890 Referendar, 1895 Regierungsassessor, 1899 Landrat von Lübben, 1905 Hilfsarbeiter im preußischen Landwirtschaftsministerium, dort 1906 Geheimer Regierungsrat, 1914 Regierungspräsident in Potsdam, 1915 Vorsitzender des Landesrats für Futtermittel, 1915–1917 Unterstaatssekretär im Landwirtschaftsministerium, 1917 Wirklicher Geheimer Rat, Verwaltungschef der Militärverwaltung für Kurland und Litauen (Rittmeister d. R.), Anfang Mai 1918 Kommissar des Reichskanzlers für Litauen und die Ostseegebiete, 1918 a.D., Schriftsteller, Danteforscher.

3 Franciškus Karevičius (1861–1945), Studium an der Theologischen Akademie von St. Petersburg, 1886 Priesterweihe, dort Dozent für Moraltheologie und Liturgie, 1888 Pfarrer in Samara (Wolga), 1892 Pfarrer in St. Petersburg, Professor an der Theologischen Akademie, 1914–1926 letzter Bischof von Samogitien (Kowno), wo er das Litauische als Kirchensprache einführte, Initiator eines 1917 von Pius XI. approbierten Hilfswerks in Litauen, patriotischer Einsatz für seine Landsleute, als Oberhirte karitativ, pastoral, organisatorisch, theologisch-wissenschaftlich und in Schulangelegenheiten aktiv. Encyclopedia Lituanica, Bd. 3, S. 45 f.

4 Tel. Nr. 237 aus dem GHQ an AA, 9. Februar 1918: Bericht über den Empfang von Olschewski und Karevičius bei Hindenburg und Ludendorff. Hindenburg versicherte beiden »seine Sympathie für Litauen«. Die Besucher hielten eine baldige, feierliche Anerkennung für nötig, um der Agitation in ihrem Lande zu begegnen, dass Deutschland Litauen »einfach annektieren wolle«, und um dort bolschewistische, polnische und jüdische Angriffe auf die Deutschland zuneigenden Kreise zurückzudrängen. Wegen des Zwists mit seinen »linksstehenden Mitgliedern« wolle der Landesrat eine der Erklärung vom 11. Dezember 1917 »gleichlautende, die Unabhängigkeit Litauens feststellende Erklärung (es handelt sich wohl um den von Herrn Erzberger bereits vorgelegten Text)« der deutschen und russischen Regierung bekannt geben. Während Olschewski in der neuen Erklärung den Beschluss vom 11. Dezember 1917 wiederholt sehen wollte, hielt Karevičius dies für überflüssig, das verstehe sich von selbst. Die beiden Prälaten, »das unbedingt deutschfreundliche Element in Litauen«, zeigten sich »sehr befriedigt« und wünschten, der im GHQ herrschende Geist möge »sich auch auf die litauische Militärverwaltung übertragen«. Ludendorff bedang sich »sichere Grenzen« aus; auch sei Unabhängigkeit nur möglich, wenn sich Litauen »unbedingt an Deutschland anschließe«. Sonst wolle er »die Entscheidung über Litauens Zukunft« dem Reichskanzler überlassen. (BArch, R 43/2405, f. 92–94). Mit Tel. Nr. 242 v. 10. Februar 1918 über das AA an Hertling sprach er sich für »etwa folgendes« aus: Deutschland erkenne, nachdem die Lage im Osten sich geklärt habe, den Beschluss des Landesrats vom 11. Dezember 1917 an und übernehme »den Schutz über den wiederaufzurichtenden Staat«. Er wolle dafür sorgen, den litauischen Landesrat in nächster Zeit vermehrt vor Verwaltungsaufgaben zu stellen »und dadurch von

Der Herr Reichskanzler hat heute Nachmittag die beiden Herren ebenfalls empfangen und aus ihren Händen das Promemoria[5] entgegengenommen, das Ihnen durch Vermittlung des Auswärtigen Amts zugehen wird. Ohne auf die Einzelheiten dieses Promemorias einzugehen, hat der Herr Reichskanzler die mündlich vorgetragenen Wünsche der Herren angehört, die darin gipfeln, dass I. das Deutsche Reich die Unabhängigkeit Litauens, wie sie im Beschluss vom 11.12. formuliert ist, anerkennen möge, dass II. der Landesrat schon jetzt zu einer tätigeren Mitwirkung bei der Regierung des Landes berufen werde, dass III. die Deutsche Regierung sich für die baldige Besetzung von Wilna mit einem litauischen Bischof einsetzen möge.

Der Herr Reichskanzler hat den Herren geantwortet, dass auch ihm es notwendig erscheine, den Landesrat zu einer tätigen Mitarbeit an der Regierung heranzuziehen. Er sehe in diesem Landesrat die Grundlage für die zukünftige Regierung des neuen Staates und werde dahin wirken, dass diesem Landesrat eine Mitwirkung nach dieser Richtung geschaffen werde. Was die Anerkennung Litauens als selbständigen Staat betrifft, so würde er bereit sein, Seiner Majestät dem Kaiser, bei dem die letzte Entscheidung darüber liege, im Sinne der vorgebrachten Wünsche Vortrag zu halten. Die Besetzung des Bischofsstuhls in Wilna mit einem litauischen Bischof, sei eine Angelegenheit, der er schon seit längerer Zeit sein besonderes Interesse gewidmet habe. Er hoffe zuversichtlich, dass die dahin zielenden Verhandlungen mit der Kurie zu einem guten Resultat führen werden.[6]

Da die Anschauungen des Herrn Reichskanzlers und die Anschauungen des General Ludendorff damit in vollen Einklang gebracht sind, erscheint es dem Herrn Reichskanzler dringend notwendig, dass zur Abwehr der bolschewikischen, sozialistischen und polnischen Tendenzen in Litauen nunmehr wirklich der Landesrat zur positiven Arbeit herangezogen wird. Der Herr Reichskanzler lässt Euer Exzellenz bitten, baldigst in diesem Sinne Massnahmen zu treffen. Der Beschluss vom 11.12. erscheint dem Herrn Reichskanzler als eine ausreichende Grundlage für die Anerkennung des neuen litauischen Staates. Er hält eine solche Anerkennung im jetzigen Augenblick wo wir nach Abbruch der Verhandlungen in Brest Litowsk

politischer Betätigung abzulenken«. Das passte zu seinem Resümee des Gesprächs: »Beide Herren verfolgen fraglos Ziele, mit denen wir uns einverstanden erklären können«. Ebd., f. 95.

5 Von Karevičius am 9. Februar 1918 Ludendorff übergeben und tags darauf dem AA übersandt. (BArch, R 43/2405, f. 96–98). Der Bischof kam auf briefliche Einladung der Deutsch-Litauischen Gesellschaft vom 21. Januar 1918 nach Berlin.

6 In einem weiteren Promemoria, Berlin 12. Februar 1918, bat Karevičius die OHL und die »Kaiserlich Deutsche Regierung«, das früher von Russland ausgeübte »Präsentationsrecht« zu gebrauchen und der Kurie Kandidaten für den vakanten Bischofssitz von Wilna vorzuschlagen; er nannte selbst drei, unter ihnen Olševski, und bat um Rückkehrerlaubnis für mehrere in Russland oder Deutschland festgehaltene Geistliche. Man möge einen »deutschen Herrn zum Chef oder Präsidenten des Landes« ernennen und mit dahin wirken, »damit beim endgültigen Weltfrieden der litauische Staat in seinen Grundfesten auf christlich-conservativer Grundlage erbaut ist«. BArch, R 43/2405, f. 122–124.

auf die russischen Wünsche bezüglich der Randstaaten keine Rücksicht mehr zu nehmen brauchen, für unbedenklich. Dies erscheint ihm auch als die notwendige Vorbedingung, um den Abschluss der in dem II. Absatz der Erklärung vom 11.12. vorgesehenen Konventionen unverzüglich ins Werk zu setzen. Der Herr Reichskanzler wird daher von Seiner Majestät dem Kaiser in den nächsten Tagen die Genehmigung erbitten, die Beschlüsse des Landesrats vom 11.12. formell und öffentlich anzuerkennen, um auf diese Weise die Grundlage für den weiteren Ausbau unseres Verhältnisses zu Litauen zu schaffen.[7]

(N[ame] d[es] H. U.St.S.)

7 Oberbefehlshaber Ost, gez. von Falkenhausen, antwortete dem Unterstaatssekretär am 14. Februar 1918 (aus: Hauptquartier, Im Felde), der Landesrat gehe nur widerwillig auf Beteiligungsangebote ein, die Anerkennung werde nach dem Beispiel Polens nur die nationalen Ansprüche der Litauer steigern, die Lage sei wegen der Schwächung des Maximalismus in Russland und des Zusammenbruchs der Streiks in Deutschland zunächst entspannt, sodass der Landesrat sich noch werde hinhalten lassen, die militärische Besetzung Livlands und Estlands werde auf Letten, Kurländer und Litauer Eindruck machen. (BArch, R 43/2405, f. 105–106). Schon eine Eingabe des vorläufigen Präsidiums des litauischen Landesrats vom 20. Oktober 1917 hatte willkürliche, entschädigungslose Requisitionen in der durch den Krieg ruinierten Landwirtschaft und Misshandlungen der Schüler durch deutsche Lehrer beanstandet, während die russischen Lehrer nur auf der russischen Sprache bestanden hätten. Eine der Antwort an Radowitz v. 14. Februar 1918 beiliegende, nicht gez. Niederschrift brachte 12 Einwände gegen die außen- wie landespolitisch keineswegs ratsame Anerkennung vor, u.a., dass diese nur als Annexionsabsicht gedeutet werde, die »deutsche Machtstellung« schwäche und »neutrale Kleinstaaten« mit Neigung zur Entente entstehen lasse. (Ebd., f. 112–117). In einem Gespräch mit Smetona versagte sich der Chef der Militärverwaltung, Heppe, den Forderungen nach litauischer Mitarbeit an den Gemeindeorganisationen und am Aufbau des Schulwesens sowie nach Rückführung der Angehörigen höherer Berufe aus Russland. (Ebd., f. 107–110). – Theodor von Heppe (1870–1954), aus hessischer Adelsfamilie, geb. in Marienwerder (Preußen), Jurastudium, 1892 Referendar, 1897 Assessor am Landratsamt Trier, 1899 Landratsamtsgehilfe beim Kreis Süder-Dithmarschen, Studienreisen, 1903–1914 Landrat von Fraustadt (Posen), 1914 Rittmeister der Landwehr, Adjutant, 1917 Chef der Militärverwaltung in Bialystok-Grodno, 1918 Chef der Militärverwaltung in Litauen, 1918–1922 Regierungspräsident von Ostfriesland, 1923 Leiter der preußischen Krongutsverwaltung, 1924–1935 Direktor der preußischen Oberrechnungskammer. Vgl. Linde, S. 159.

276

Wilhelm von Radowitz an Auswärtiges Amt
Großes Hauptquartier, 13. Februar 1918

(Telegramm, masch. Kop.; PAAA, R 20549, S. 44–45)[1]

Dringend! Für Direktor Deutelmoser[2].

In der heutigen Besprechung unter Vorsitz Seiner Majestät wurde Einigung dahin erzielt:[3]

1.) daß nach unserer Auffassung durch die Erklärung Trotzkis vom 10. Februar der Waffenstillstand als tatsächlich gekündigt anzusehen ist und daß daher, da Trotzki seine Erklärung am 10. Februar abgegeben hat, der Waffenstillstand am 17. Februar ausläuft.

2.) Nach Ablauf des Waffenstillstandes sollen militärische Operationen vorgenommen werden, welche die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in den an die von uns besetzten Gebieten anschließenden Gebieten zunächst in Livland zum Zwecke haben. Diese Operationen sind auch deshalb notwendig, um die bolschewistischen Truppen daran zu hindern, daß sie ihren Feldzug gegen die Ukraine fortsetzen und dadurch das Hinausbringen von Getreide und Lebensmitteln unmöglich machen.[4]

---

1 Druck: Hahlweg, S. 558 f.; Scherer-Grunewald, Bd. 3, S. 380 f.

2 Erhard Deutelmoser (1873–1956), Pfarrersohn aus Iserlohn, 1892 Fahnenjunker, Offizierslaufbahn, 1900–1903 an der Kriegsakademie in Berlin (Beurteilung »vorzüglich«), 1904–1909 zum Großen Generalstab kommandiert, 1906 Hauptmann, Kompaniechef, 1912 Major, Aufbau und Leitung des Pressereferats im preußischen Kriegsministerium, 1914–1915 im Generalstab (Abteilung III B) und Kriegsministerium, Oktober 1915–Oktober 1916 Leiter des neu gegründeten Kriegspresseamts der OHL, 1917–1918 Direktor der Presseabteilung des AA, Wirklicher Geheimer Legationsrat, Oberstleutnant, November 1917–November 1918 auch Pressechef in der Reichskanzlei, 1918 Chef der Zentralstelle für Heimatdienst, 1919 a. D., Mitarbeiter des Textilkonzerns Otto Wolff; Kritik an Borussismus und Alldeutschtum, der OHL, »militärischer Geistesbevormundung« und des alten Systems (»Selbstvergötterer«, »Maulhelden«), republikanisch eingestellt (Zwischen Gestern und Morgen, 1919); gegen Ende des Zweiten Weltkriegs übernahm er die »politische Betreuung von Soldaten«. Koszyk.

3 Vgl. Karl an Giulia von Hertling, Bad Homburg vor der Höhe, Königl. Schloss, 14. Februar 1918: Die gestrige Nachmittagssitzung endigte erst um 7 ½ Uhr und ging zur allgemeinen Zufriedenheit aus. Näheres kann ich natürlich nicht schreiben. Die Zeitungen werden wohl darüber bringen, was ihnen bekannt ist oder gemacht wird. Der äußere Eindruck ist jedenfalls der, daß Alles hochbefriedigt auseinander ging. Über die Wirkungen der gefaßten Beschlüsse etwas zu schreiben, ist einfach unmöglich, da ich die Beschlüsse selbst nicht andeuten mag. Es ist auch bei dem furchtbaren Wirrwarr in Rußland unendlich schwierig, zu prophezeien, wie sich nun das Bild in Rußland, das täglich und stündlich wechselt, schließlich einstellen wird. Politik ist eben die Kunst des Möglichen, und deßhalb so furchtbar schwierig«. BArch, NlH, Nr. 27, f. 43–44.

4 Ein Argument der OHL. Vgl. Hahlweg, S. 558 Anm. 2.

Es ist von außerordentlicher Bedeutung, daß sofort unsere öffentliche Meinung entsprechend vorbereitet wird, und zwar in der Weise, daß zunächst nur ganz im allgemeinen darauf vorbereitet wird, daß durch die einseitige Erklärung Trotzkis der Kriegszustand mit Rußland für uns noch nicht beendet ist und daß daher die Wiederaufnahme militärischer Operationen vollständig im Rahmen der uns völkerrechtlich zustehenden Befugnisse ist. Es kann auch darauf hingewiesen werden, daß die Operationen dazu dienen müssen, unsere Grenzlinien so zu sichern, daß sie mit geringeren Truppenmengen gehalten werden können, wodurch Truppen für den Westen frei werden.[5] Die Veröffentlichung wegen des Ablaufs des Waffenstillstandes kann noch nicht erfolgen, weil wir erst heute der Kommission in Petersburg[6] den Befehl zur sofortigen Abreise gegeben haben, und für deren Sicherheit fürchten müssen, wenn die Wahrscheinlichkeit der Wiederaufnahme militärischer Operationen in Rußland vorzeitig bekannt wird. Diese Veröffentlichung wird erfolgen, sobald wir Nachricht haben, daß Graf Mirbach[7] mit der Kommission abgereist ist. Bitte sofort sich mit Kriegspresseamt und den übrigen Pressestellen in Verbindung zu setzen und mit ihnen auf der oben skizzierten Grundlage den Plan für systematische Bearbeitung der Presse festzulegen. Es ist natürlich von größter Wichtigkeit, daß auch die linksstehende Presse sich mit unseren Anschauungen vertraut macht, was wohl am besten durch den Hinweis darauf möglich sein wird, daß die militärischen Operationen in erster Linie der Sicherung unserer aus dem Vertrag mit der Ukraine sich ergebenden Vorteile dienen sollen.

Bitte um sofortige Bekanntgabe dieses Telegramms an Bussche.

gez. von Radowitz

5 Vgl. Epkenhans, Nicolai, S. 487. Kühlmann plädierte nur für einen Grenzkordon an den erreichten Linien, um Truppen nach Westen abziehen zu können.

6 Die aus Mitgliedern des AA, des Kriegsministeriums, der OHL, des Reichspostamts, des Roten Kreuzes und Hilfspersonal bestehende Kommission war am 29. Dezember 1917 in St. Petersburg eingetroffen. Sie sollte dem Austausch von Zivil- und Kriegsgefangenen und der Wiederherstellung der Beziehungen mit Russland »innerhalb der durch den Waffenstillstand gezogenen Grenzen« dienen. (Hahlweg, S. 559 Anm. 3). Den Wunsch nach dem Zusammentritt einer gemischten deutsch-russischen Kommission in St. Petersburg, die den Austausch von Zivilinternierten und Kriegsgefangenen, die »wiederaufnahme kultureller beziehungen (post litteraturaustausch ebentuell auch handelsverkehr)« beraten sollte, äußerten die russischen Delegierten in Brest-Litowsk schon am 13. Dezember 1917. Rosenberg hielt dies im eigenen Interesse für geboten, »da wir so eine vertretung in russland erhalten die beobachten und einfluss ausueben kann«. Rosenberg an AA, Aus dem Felde 13. Dezember 1917. Bussche zeigte sich sogleich einverstanden. PAAA, R 22843, S. 66–67.

7 Wilhelm Graf von Mirbach-Harff (1871–1918), geb. in Bad Ischl, aus rheinischem altem Adel, 1889–1892 Jurastudium, 1893 Referendar, Einjährig Freiwilliger, Eintritt in den Auswärtigen Dienst, 1896 an der Botschaft in London, 1899 dort Sekretär, 1901 beurlaubt, 1902 Sekretär im Haag, Stationen in Budapest, München, Bern, Paris, St. Petersburg, 1911 Wirklicher Legationsrat und Vortragender Rat im AA, 1913 Geheimer Legationsrat, 1914 Gesandter in Stuttgart, 1915 in Athen, Dezember 1916 Leiter der Politischen Abteilung der Militärverwaltung in Rumänien, 1917–1918 Leiter der Kommission in St. Petersburg, von April 1918 bis zu seiner Ermordung am 6. Juli 1918 erster A.o. Gesandter und Bevollmächtigter Minister in Moskau. Er berichtete Hertling über die inneren Verhältnisse in Russland und riet zum Sturz der Bolschewiki. Ludwig Biewer, Wilhelm Graf von Mirbach-Harff, in: NDB 17 (1994), S. 556; Baumgart, Mission des Grafen Mirbach, S. 94 f.

277

Désiré-Joseph Mercier an Georg von Hertling
Malines, 14. Februar 1918

Archevêché de Malines (masch. Kop.; AKA, Mercier XIII, farde 106)[1]

Copie. Très confidentielle et personelle.[2]
Monsieur le Chancellier,

Monsieur le Gouverneur Général de Bruxelles, Baron von Falkenhausen, me fait savoir, par lettre du 8 février, qu'il procédera très prochainement à la saisie des cloches et des tuyaux d'orgue de nos églises.[3]

---

1 Kop. BArch, NlH, Nr. 40, f. 213–214; Druck (nicht ganz korrekt): K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 21–24.

2 Mercier sandte den Brief an den Nuntius Pacelli und bat diesen, sein an Hertlings »christliche Seele« gerichtetes »Gesuch« bzw. seine »Bitte« (»requête, prière«), direkt dem Reichskanzler zu übermitteln, denn er wolle sein Schreiben nicht unter den Augen der Protestanten und Ungläubigen, die an der Spitze des Generalgouvernements stünden, passieren lassen. Er kenne Hertling, den stets aufrichtigen und couragierten Katholiken, Dr. h.c. der Universität Löwen, persönlich. Mercier an Pacelli, Malines 19. Februar 1918. (AKA, Mercier XIII, farde 106). Mercier sandte am 18. Februar auch eine Kopie an den König von Spanien. Hertling erhielt das Schreiben aus einem von seinem Sohn geöffneten, anonymen Feldpostbrief. Über den Ton und die Art der Zustellung des Schreibens war er irritiert, intervenierte aber beim Kaiser mit Erfolg gegen die angekündigte Erfassung und mögliche Wegnahme der Kirchenglocken.

3 Ludwig von Falkenhausen (an Mercier, Brüssel 8. Februar 1918), kündigte an, »in den nächsten Tagen eine Verordnung« zu erlassen, »welche eine allgemeine Bestandsaufnahme der in Belgien befindlichen Glocken aus Bronzeguss und Orgelpfeifen aus Zinn zum Gegenstand hat«. (AKA, Mercier XIII, farde 106). Er nahm Bezug auf seinen Brief an Mercier v. 29. September 1917. Darin antwortete er auf die in der Eingabe der Bischöfe von Mecheln, Namur und Lüttich vom 10. September geäußerte Befürchtung, »dass bei Fortdauer des Krieges die militärischen Notwendigkeiten« zu einer Beschlagnahme der Kirchenglocken in Belgien führen könnten, es bestehe »bis jetzt keine Veranlassung«, dazu Stellung zu nehmen. (AKA, Mercier XIII, farde 28). In ihrer Eingabe hatten sich die drei Bischöfe Mercier (Mecheln), Thomas-Louis Heylen (Namur) und Martinus Hubertus Rutten (Lüttich) auf Gerüchte in der Bevölkerung berufen, dass eine Wegnahme und Einschmelzung der geweihten Glocken und Gefäße (»vases sacrés«) bevorstehe, und vom Generalgouverneur Falkenhausen eine Versicherung zur Beruhigung der Bevölkerung verlangt (masch. Kop. der Eingabe, datiert auf den 9. September 1917: AKA, Mercier XIII, farde 28). Der Eingabe der drei Bischöfe vom 9./10. September 1917 war vorausgegangen, dass die Etappen–Inspektion der 1. deutschen Armee am 9. August 1917 dem Bischof von Namur die Verfügung des Generalquartiermeisters vom 26. Juli 1917 mitgeteilt hatte, dass im nördlich der Bahnlinie Charleville-Hirson gelegenen »Gebiet der Etappen–Inspektion I« die »Kirchenglocken und zinnernen Orgel-Prospekt-Pfeifen« beschlagnahmt würden und im Gebiet südlich dieser Bahnlinie bereits »alle Kirchenglocken, zinnernen Orgelpfeifen sowie sonstiges Kirchengerät aus [Schwer] metall bereits beschlagnahmt worden« seien; die Inspektion bat zugleich, die Profanierung der Kirchengeräte vorzunehmen. Bischof Heylen von Namur, in dessen Diözese das betroffene französische Gebiet fiel, legte beim Inspekteur am 16. August ausführlich Beschwerde dagegen ein. Eine nicht datierte und ungezeichnete »Note de l'évêché relative aux clochers« gegen die Maßnahmen im besetzten Frankreich und gegen gleiche Ankündigungen für Belgien wurde der Besatzungsmacht nicht übergeben. AKA, Mercier XIII, farde 106.

Déjà, en septembre 1917, une rumeur s'était répandue que l'Occupant projetait de convertir ces objets du culte en munitions de guerre à exploiter contre nous et nos allies. Nous tentâmes d'apaiser l'émoi de nos populations chrétiennes, en sollicitant de Monsieur le Gouverneur Général une assurance que, fidèle à la parole plus fois donnée et promulgée par ses prédecesseurs, il ferait respecter en Belgique les droits de l'Eglise. Les évêques de Namur et de Liège avaient joint leur signature à la mienne. La réponse du Gouverneur Général, datée du 29 septembre 1917, fut evasive. Celle du 8 février nous annonce, que nous n'avons plus d'illusion à garder et que, si Sa Majesté Impériale ne daigne pas nous couvrir de sa protection, le sacrilege sera, dans peu de jours, consommé.

Nous n'avons plus d'espoir, Excellence, que dans votre haute intervention. La Convention de La Haye, par son article 46[4], fait à l'Occupant un devoir de respecter et l'exercice du culte, et la propriété privée, individuelle ou collective. L'article 53[5] lui impose de limiter les réquisitions en nature aux besoins de l'armée d'occupation.

Il est superflu de dire que les cloches et les orgues ne servent pas aux besoins de l'armée d'occupation; sont du domaine de la propriété privée; servent à l'exercice du culte catholique.

Au nom du droit international, souscrit par la plus haute autorité de l'Empire d'Allemagne et du Royaume der Prusse, je demande donc à Votre Excellence d'empêcher la promulgation de la mesure dont l'Eglise de Belgique est menacée.

Catholique comme nous, Votre Excellence n'ignore pas que la saisie violente d'une cloche d'Eglise est un sacrilege.

La cloche est un objet consacré, c'est-à-dire irrévocablement voué au culte divin. L'évêque l'a non seulement bénie, mais ointe de l'huile sainte et du Saint-Chrème, afin qu'elle soit, selon le langage de la Liturgie,»sanctifiée par l'Esprit Saint«,»Sanctificetur a Spiritu Sancto«, et qu'à sa voix les fidèles reconnaissent la voix de l'Eglise, appelant ses enfants à se presser dans son sein:»Vasculum ad invitandos filios Sanctae Ecclesiae praeparatum, ut festinantes ad piae matris Ecclesiae gremium, cantent in Ecclesia Sanctorum canticum novum«.[6]

---

4 Artikel 46: Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen und gottesdienstlichen Handlungen sollen geachtet werden. Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden. Haager Landkriegsordnung v. 18. Oktober 1907; einschlägiger ist Artikel 56. Siehe oben Nr. 225.

5 Artikel 53: Das ein Gebiet besetzende Heer kann nur mit Beschlag belegen: das bare Geld und die Wertbestände des Staates sowie die dem Staate zustehenden eintreibbaren Forderungen, die Waffenniederlagen, Beförderungsmittel, Vorratshäuser und Lebensmittelvorräte sowie überhaupt alles bewegliche Eigentum des Staates, das geeignet ist, den Kriegsunternehmungen zu dienen. Alle Mittel, die zu Lande, zu Wasser und in der Luft zur Weitergabe von Nachrichten und zur Beförderung von Personen oder Sachen dienen […], sowie die Waffenniederlagen und überhaupt jede Art von Kriegsvorräten können, selbst wenn sie Privatpersonen gehören, mit Beschlag belegt werden. Haager Landkriegsordnung v. 18. Oktober 1907.

6 Gefäß, bereitet, die Kinder der Heiligen Kirche einzuladen, damit sie, hineilend zum Hause der frommen Mutter Kirche, in der Kirche der Heiligen ein neues Lied singen.

Cette voix de la cloche, qui a sonné votre initiation à la vie chrétienne et sonnera votre comparution devant le tribunal de Dieu, vous la connaissez, Excellence, vous la vénérez, vous l'aimez. Ce qu'elle était pour vous, simple fidèle, elle l'est encore pour le Chancelier de l'Empire. Les dignités humaines ne changent rien aux réalités de l'ordre spirituel ni au droit ecclésiastique. Vous ne pourriez ni ordonner ni autoriser la profanation de cloches consacrées au culte catholique, sans coopérer à un sacrilege.

Nos Vénérés Collègues de l'Episcopat Allemand et de l'Episcopat Autrichien ne contrediront pas à ces principes. Ils n'ont pu que subir, la mort dans l'âme, l'enlèvement des cloches de leurs églises; si le patriotisme a, peut-être, excusé, à leurs yeux, la tolérance d'un mal qu'ils se sentaient impuissants d'empêcher, le patriotisme corrobore, au contraire, pour nous la loi de la résistance;[7] nous trahirions à la fois l'Eglise et la patrie, si nous commettions la lâcheté de fournir à l'ennemi la matière d'engins de destruction destinés à porter la mort dans les rangs des héros qui se sacrifient pour nous.

Laissez-moi ajouter, Monsieur le Chancelier, que l'attentat annoncé par le Monsieur le Gouverneur Général de Bruxelles blesserait au cœur un peuple qui n'a jamais voulu à l'Allemagne que du bien; que l'Allemagne s'était engagée par serment à couvrir de sa protection, et auquel il serait bien temps, en vérité, qu'elle épargnât de nouvelles douleurs.

Il entre assurément dans les espérances de vos compatriotes de renouer, un jour, avec notre pays des relations pacifiques. Le souvenir d'une atteinte, par la force, à des intérêts religieux profondément chers à chaque diocese, à chaque paroisse, à chaque famille chrétienne de notre pays se prolongerait à travers plusieurs générations, y entretenant la haine au lieu de la charité. Le Chancelier ne jugera-t–Il donc pas que l'avenir économique de l'Allemagne est d'accord avec les revendications que nous élevons au nom du droit international et d'un droit sacré de l'Eglise notre Mère?

Excellence, je présente avec confiance ma requète à l'homme dont toute la noble carrière fut consacrée au service du droit; au chrétien, qui a tenu à honneur, toujours,

7 Am 11. Februar 1918 sandte Mercier zur Prävention einen Brief an seinen Pfarrklerus, alle Glocken in den Pfarreien nach einem acht Punkte umfassenden Schema genauestens zu registrieren und diese Dokumente bis Ende Februar ihm zuzusenden; jede freiwillige Beteiligung an der Wegnahme der geweihten Kultgeräte werde ein Sakrileg sein. (AKA, Mercier XIII, farde 91). In einem längeren Schreiben an Mercier v. 12. Februar 1918 zweifelte Bischof Rutten von Lüttich am Sinn einer totalen Verweigerung, weil keine Hoffnung auf die Zurücknahme der Maßregel bestehe. Er gab zu erwägen, die geforderten Auskünfte über die Glocken zu geben, um so die wertvolleren Exemplare zu retten, und eine in den Kathedralen zu verlesende »protestation« an den Generalgouverneur zu senden. Er erinnerte Mercier an seine Anfrage bezüglich der dringend notwendigen besseren Besoldung des niederen Klerus, die ohne Antwort geblieben sei. (AKA, Mercier XIII, farde 106). In allen Kirchen zu verlesende Hirtenschreiben der Bischöfe von Mecheln und Namur vom 2./3. März 1918 legten Verwahrung gegen die am 21. Februar im Bulletin des lois et arrêtés verkündete Inventarisierung der Glocken und Orgelpfeifen ein. Auf eine Beschwerde der Stadtverwaltung von Brüssel antwortete Falkenhausen am 12. März 1918, dass nur eine Registrierung, noch keine Wegnahme der Glocken und Orgelpfeifen angeordnet sei; auch würden die Glocken von besonderem künstlerischem oder historischem Wert verschont. Ebd.

de se faire le champion des droits de l'Eglise et de la conscience catholique, et je prie le Chancelier de l'Empire d'agréer l'hommage de ma très haute consideration.

(Signé) D. J. Card[inal] Mercier, Arch[évêque] de Malines.[8]

Il nous avait été impossible, alors comme aujourd'hui, d'entrer en communication avec les évêques de Bruges, de Gand et de Tournai,[9] mais, indubitablement, ils sont d'accord avec leurs Collègues, et la présente requête peut être considérée comme l'expression de leur sentiment.[10]

8 Der Nuntius in Brüssel, Locatelli, teilte mit Schreiben vom 23. April 1918 (masch. Or., Nr. 1164) Mercier das Telegr. Gasparris mit, der Kardinalstaatssekretär habe vom Erzbischof von Köln, Kardinal Felix Hartmann, die telegrafische Mitteilung erhalten, dass der Kaiser auf Bitte Hartmanns verfügt habe, die Beschlagnahme der Glocken in Belgien zu unterlassen. (AKA, Mercier XIII, farde 106). Während der gesamten Besatzungszeit wurden keine Glocken in Belgien konfisziert. De Volder, S. 195 f.; Meseberg-Haubold, S. 161–163.

9 Bischof von Tournai war von 1915 bis 1923 Amedeo Crooy (1869–1923).

10 Eine Antwort auf Merciers Brief findet sich im NlH nicht. Der Bischof ließ Hertling durch von der Lancken im Sommer 1918 seiner hohen Wertschätzung versichern. Vgl. De Volder, S. 195.

278

Ludwig von Würtzburg an Georg von Hertling
Aschau bei Prien, 14. Februar 1918

(masch. Or.; BArch, NlH, Nr. 40, S. 208–209)

Hochgeehrtester Herr Reichskanzler! Euer Excellenz!

Euer Exzellenz hatten die Güte, einige Male Anregungen von mir wohlwollend entgegenzunehmen.[1] Das gibt mir den Mut, Euer Exzellenz zu bitten, die Beilage[2]

1 Würtzburg hatte sich bereits in Denkschriften an Hertling von 1916 und 1917, die auch für Bethmann und König Ludwig III. gedacht waren, sowie in Pressebeiträgen geäußert: Er plädierte für das Abrücken von Annexionen, die Klarlegung der Kriegsziele und der militärischen Lage anstelle von Vertuschungsversuchen, für mehr Bemühen um Verständigung als um Sieg. Die schweren menschlichen Opfer, die Verluste an »Volkskraft«, seien höher zu veranschlagen als die militärischen Erfolge. Durch die Friedensresolution habe sich das deutsche Volk nichts vergeben. Hotzelt, Familiengeschichte, S. 746–750.

2 Vierseitiges, nicht gezeichnetes und datiertes masch. Exposé: Zu bedauern ist, dass die ersten Friedensschritte »durch ein Paktieren« mit den »revolutionären Kräften« in Russland hatten unternommen werden müssen. Die davon ausgehende Gefahr liegt vor allem darin, dass »der Friede in den meisten kriegführenden Staaten anscheinend nur durch solche Kräfte herbeigeführt werden kann, die gleichzeitig den Umsturz der bestehenden sozialen und staatlichen Verhältnisse erstreben«. Diese Kräfte werden sich als Friedensbringer anbieten und die »gegenwärtigen Machthaber« für die Kriegsgreuel verantwortlich machen. Wird diese Gefahr auch in den feindlichen Ländern erkannt, so ist zu erwägen, ob das gemeinsame Interesse, dies zu verhindern, nicht die bisher »divergierenden Interessen« der verfeindeten Parteien in den Hintergrund drängen kann. Nachdem »bereits in allen kriegführenden Ländern die radikalen Elemente auf die Friedensbewegung einen grossen, meistens führenden Einfluss erlangt« haben, ist zu befürchten, dass die »extremen Elemente« und Parteien den von ihnen erreichten Frieden und damit verbundenen Einfluss zur ungeahnten Machtsteigerung und Durchsetzung ihrer Weltanschauung ausnutzen werden. »Die Parole der Weltrevolution ist bereits ausgegeben«. Ob bei den nicht »von blindem Chauvinismus« beherrschten Elementen der Gegner das Bewusstsein für diese Gefahr geweckt werden könne? »In gleicher Weise wie die sozialistischen und anarchistischen Gruppen in den verschiedenen Ländern«, so sollten sich auch diejenigen Kreise zusammenschließen, »denen an der Erhaltung der bestehenden Ordnung und der erreichten Kulturstufe gelegen ist«, um einen »der dauernden Wohlfahrt der Völker« besser entsprechenden Frieden zu schaffen. Diese Friedensideen lassen sich nicht von der Tribüne des Staatsmanns herab, doch vielleicht »durch die Wissenschaft in der neutralen Presse vertreten, oder es lassen sich direkt Fäden anknüpfen zu den dafür empfänglichen Kreisen bei unseren Gegnern«. Der Weltfriede kann nicht nach den utopischen »Grundsätzen des Pazifismus« erreicht werden, »denn nach einem Gesetze der Weltordnung wird sich das Recht immer des Angriffes von seiten des Unrechtes zu erwehren haben«. Der »Machtfaktor« soll berücksichtigt werden, doch nicht allein maßgebend sein. »Kein einsichtiger Politiker im anderen Lager kann im Ernste die Ueberzeugung hegen, dass die einzige Forderung, auf der Deutschland unverrückbar stehen bleibt, die Erhaltung von Elsass-Lothringen, ein politisches oder moralisches Unrecht bedeutet, ebensowenig wie der verständige Teil unserer Gegner im Ernste erwarten wird, dass die auf unserer Seite zu Tage getretene innere und äussere Kraft und das dadurch Erstrittene ganz ausser Berechnung bleibt. Man darf nicht alles, was aus dem grosssprecherischen Munde der auf die Volksgunst angewiesenen Gegner kommt, für Ernst nehmen«. Auch ist die Sozialdemokratie bei den Gegnern schon weit näher an die Macht herangerückt als bei uns. Der Zusammenschluss der erhaltenden Kräfte gegen die »destruktiven Tendenzen« ist angesichts der Entwicklung

geneigtest einer Durchsicht unterziehen zu wollen. Vor einigen Wochen habe ich die darin niedergelegten Gedanken mit Exzellenz von Dandl besprochen und ihn ersucht, Euer Exzellenz gelegentlich Mitteilung darüber zu machen. Da mir viel daran liegt, dass Euer Exzellenz sicher davon Kenntnis erhalten, so erlaube ich mir, sie jetzt schriftlich zu unterbreiten. Ich gebe mich nämlich der Hoffnung hin, dass diese Gedanken bei Euer Exzellenz als Staatsmann und Gelehrten zugleich eher Sympathie finden werden als bei einem Nur-Politiker.

Wie ich Euer Exzellenz gegenüber früher einmal zu äussern mir erlaubte, bin ich der Ansicht, dass von Anfang an die für die Kriegführung wichtigen Einzelnfragen [!] nicht genügend ergründet wurden und dass insbesondere die psychologische Vertiefung in die grossen Probleme verabsäumt wurde. Und doch ist die Politik und ihre Fortsetzung, der Krieg, psychologischen Gesetzen unterworfen. Man hat sich aber zu sehr auf das Soldatenglück verlassen, das Uebrige vernachlässigt und ist dann wiederholt wegen Mangel an Klarheit nicht rechtzeitig zum Entschluss gekommen. Hierin liegt der Grund manchen Misserfolges.

Das Versäumte nachzuholen ist für den Staatsmann, der im 4. Kriegsjahre das hohe Amt des Kanzlers übernahm und es mit manchen Unterlassungssünden belastet fand, nicht leicht. Vielleicht lässt sich aber doch auf dem von mir gedachten Wege auch jetzt noch eine Verständigung der staatserhaltenden Elemente in den verschiedenen Ländern untereinander herbeiführen, bevor die destruktiven die Oberhand gewinnen.

Mit der Bitte, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung und Verehrung genehmigen zu wollen, habe ich die Ehre zu sein
Euer Exzellenz
ganz ergebenster
Frhr. v. Würtzburg

[Eigh.] P.S.

Mein Schwiegersohn Kramer-Klett[3] hat die Beilage gelesen und möchte von ihrem Inhalte dem Nuntius Kenntniß geben als Ansicht eines ihm befreundeten Politikers.

---

in Russland und anderswo viel wichtiger und drängender als eine Diskussion über Einzelheiten des Friedensvertrags. »Es handelt sich vorerst nicht um die Gegensätze zwischen demokratischen, parlamentarischen und monarchischen Staatsformen, zwischen Militarismus und Pazifismus und den sonstigen unklaren Begriffen, die man gegenwärtig durch hohle Phrasen zu fixieren sucht, sondern es handelt sich kurz gesagt um die Scheidung zwischen vernünftigen und unvernünftigen Menschen und darum, ersteren die Oberhand zu verschaffen«. BArch, NlH, Nr. 40, f. 210–211.

3 Theodor von Cramer-Klett junior (1874–1938), Sohn des Nürnberger Industriellen und Bankiers Theodor von Cramer-Klett (1817–1884), 1896 Referendarexamen, 1895 Übernahme der väterlichen Maschinenfabrik (später Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, MAN), Gutsbesitzer (Hohenaschau), 1896/97 an der bayerischen Gesandtschaft beim Hl. Stuhl, Mitglied des

Ich möchte jedoch meine Zustimmung hierzu davon abhängig machen, ob Euer Exzellenz nicht etwa Bedenken dagegen haben und wäre für eine geneigte Äußerung sehr dankbar.[4]

bayerischen Reichsrats, Aufsichtsrat bei Banken und Versicherungen (u.a. Münchner Rückversicherungsgesellschaft), 1907 Konversion zum katholischen Glauben, päpstlicher Kämmerer, Mäzen des Benediktinerordens in Bayern, seit 1903 verheiratet mit Anna Chariklia (»Änni«) geb. Freifrau von Würtzburg, sozial aufgeschlossen; »von schwankender Gesundheit, insbesondere von Asthma heftig geplagt, starb er verhältnismäßig jung und hinterließ seiner Witwe die Sorge um Besitz und Vermögen«. Kühlmann, Erinnerungen, S. 99; Löffler, S. 592.

4 Die offenbar bejahend erfolgte. Siehe unten Nr. 319.

279

Georg von Hertling an Kurt von Lersner
Berlin, 17. Februar 1918

Der Reichskanzler. Rk. 16575 K.J. (masch. Reinkonz.; BArch, R 43/2405, f. 125–126)

Nr. 216. Telegramm durch Fernschreiber des Auswärtigen Amts

Von Bonin[1] ist folgendes Telegramm hier eingegangen:

»Dr. Schaulis hat mir soeben den von allen 20 Mitgliedern des Landesrats einstimmig gefassten Beschluss übergeben[2], er lautet:

Beschluss: Die litauische ›Taryba‹ (Landesrat) hat in ihrer Sitzung vom 16. Februar 1918 einstimmig beschlossen, folgende Adresse an die Regierungen Russlands, Deutschlands und anderer Staaten zu richten: Die litauische ›Taryba‹ als einzige Vertretung des litauischen Volkes proklamiert auf Grund des anerkannten Selbstbestimmungsrechts der Völker und des Beschlusses der in Wilna vom 18.–23. September 1917 abgehaltenen litauischen Konferenz[3] die Wiederherstellung eines auf demokratischer Grundlage aufgebauten unabhängigen litauischen Staates mit der Hauptstadt Wilna und seine Abtrennung von allen staatlichen Verbindungen, die mit andern Völkern bestanden haben. Gleichzeitig erklärt die litauische Taryba, dass die Grundlagen dieses Staates und seine Beziehungen zu den andern Staaten durch eine möglichst bald einzuberufende konstituierende Versammlung, die von allen Einwohnern auf demokratischer Basis zu wählen ist, endgültig festgelegt werden sollen. Indem die litauische Taryba Vorstehendes zur Kenntnis der Regierung bringt, spricht sie die Bitte aus, den unabhängigen litauischen Staat anzuerkennen.

1 Eckhart von Bonin (1877–1961), geb. in Schönwerder (Pommern), Jurastudium, 1898–1908 Militärdienst (1912 Rittmeister d. R.), 1904 nach Rom und Athen kommandiert, 1905 Attaché im AA, 1906 im Haag, 1908 Diplomatische Prüfung, Legationssekretär in Guatemala, 1912 in Sofia, 1913 in Hamburg, 1914 Militärdienst, 1915 Legationsrat, Dezember 1917–Juni 1918 beim Vertreter der Reichsleitung bei Oberost in Wilna, Hilfskraft für Litauen, 1919 z.D., 1933 a.D.

2 Schaulis war am 27. Januar 1918 vom AA »privat« in Kenntnis gesetzt worden, dass Deutschland Litauen auf der Basis der Taryba-Resolution vom 11. Dezember 1917 anerkennen würde. Vgl. Eidintas, S. 68, 72 f.

3 Ein Exekutivkomitee designierte die Teilnehmer der Konferenz aus allen Klassen und Gruppen. Am 21. September wurde der Landesrat, am 24. September dessen fünfköpfiges Präsidium mit dem 43jährigen Rechtsanwalt Smetona an der Spitze gewählt. Im Landesrat waren die Christlichen Demokraten, die Sozialdemokraten, die Liberalen und Parteilosen vertreten. Smetona begann einen Kurs der Kooperation mit Deutschland, das vor der allgemeinen Friedenskonferenz der Proklamation eines souveränen Staats Litauen zustimmen sollte, während Litauen in engere Beziehungen zu Deutschland treten und so dessen Interessen entgegenkommen würde. Die Taryba votierte mit Mehrheit für eine beschränkte Monarchie. Eidintas, S. 3, 62–65, 81–83.

Wilna den 16. Februar 1918. Folgen sämtliche (20) Unterschriften.[4] Der Landesrat bittet um baldigen drahtlichen Bescheid sowie um die Erlaubnis, fünf Mitglieder nach Berlin zu entsenden, von denen drei für die Überreichung der Notifikation, die beiden andern zur Teilnahme an den Besprechungen bestimmt sein sollen. Es sind dies Smetana, Schaulis, Narotowicz[5], Smilgiwicz[6] und Pfarrer Staugaitis. Danach hat die radikale Minderheit gesiegt. Von einer Bezugnahme auf die Dezemberresolution ist nicht mehr die Rede, ebensowenig von einem Anschluss an Deutschland in irgendeiner Form«.

Ich beabsichtige an Freiherrn von Falkenhausen zu telegraphieren, dass ich nicht in der Lage bin, zu dem Entschlusse Stellung zu nehmen. Es scheint mir jedoch dringend notwendig, nunmehr unsererseits sofort zu handeln und die Anerkennung Litauens auszusprechen, indem wir lediglich auf Dezemberbeschlüsse uns beziehen. Auch aus dem Grunde ist sofortiges Handeln notwendig, weil Franzosen beabsichtigen, nach zuverlässigen Nachrichten Anerkennung Litauens baldigst auszusprechen.

Ich werde daher Exzellenz v. Falkenhausen beauftragen, dem Präsidenten des Landesrats folgendes zu erklären:

»Nachdem der als die Vertretung des litauischen Volkes anerkannte Landesrat durch Beschluss vom 11. Dezember 1917 die Wiederherstellung des unabhängigen litauischen Staates und die Abtrennung dieses Staates von allen Verbindungen, die mit andern Staaten bestanden haben, ausgesprochen, auch zur Aufrichtung des litauischen Staates den Schutz und die Hilfe des Deutschen Reiches, zu dem Litauen in ein ewiges festes Bundesverhältnis[7] treten will, erbeten hat, bin ich von Seiner Majestät dem Kaiser beauftragt, im Namen des Deutschen Reichs Litauen als unabhängiges und selbständiges Staatswesen anzuerkennen. Indem Seine Majestät Allerhöchst sich gleichzeitig bereit erklärt, dem litauischen Staat den erbetenen Schutz und Beistand angedeihen zu lassen, hat Allerhöchstderselbe mir befohlen, alle Massnahmen zu treffen, um dem Bundesverhältnis zwischen Litauen und dem Deutschen Reich Gestalt zu geben«.

Ich beabsichtige die Worte »mit der Hauptstadt Wilna«, die in dem Beschluss vom 11.12.1917 enthalten sind, fortzulassen, einerseits um nicht die Erregung der Polen

4 Die 20 Mitglieder und Unterzeichner des Landesrats mit der Original-Urkunde vom 16. Februar 1918: https://en.wikipedia.org/wiki/Council_of_Lithuania#/media/File:Original_Act_of_Independence_of_Lithuania_hand-written_in_Lithuanian_language.jpg (11.4.2019).

5 Stasys Narutavičius (Stanislaw Narutowicz) (1862–1932), aus altem litauisch-polnischem Adel, Jurastudium in Kiew, Schulgründer, publizistisch tätig, Sozialdemokrat, Fürsprecher eines polnisch-litauischen Ausgleichs. Eidintas, S. 3, 283.

6 Jonas Smilgevičius (1870–1942), Wirtschaftsstudium in Königsberg und Berlin bis 1899, drei Jahre am russischen Landwirtschaftsministerium in St. Petersburg tätig, danach Industrieller, Unternehmer, Erfinder in Warschau und Wilna. Encyclopedia Lituanica.

7 »Lasting firm allied ties with Germany«, laut dem 2. Artikel der Resolution vom 11. Dezember 1917. Siehe oben Nr. 222.

noch mehr in diesem Augenblick zu steigern and anderseits, um den Litauern wegen ihres zweideutigen Verhaltens uns gegenüber freiere Hand zu behalten.

Ferner beabsichtige ich Freiherrn v. Falkenhausen zu bitten, dafür Sorge zu tragen, dass der Landesrat nicht mehr Gelegenheit erhält, weitere politische Beschlüsse zu fassen oder etwa in demonstrativer Weise gegen die Form unserer Anerkennung zu protestieren.

Bitte sofort Einverständnis von Exzellenz Ludendorff zu diesem Vorgehen, das den Befehlen seiner Majestät entspricht,[8] festzustellen und mir zu drahten.

i[n] m[undum] gez. Graf Hertling.

8 Am 13. Februar hatte Hertling beim Vortrag offenbar die Zustimmung Wilhelms II. zur Anerkennung erhalten. Am 19. Februar 1918 meldete Grünau aus dem Hofzug dem AA: Der Kaiser »betonte heute morgen nochmals, wie großen Wert er auf die baldige Anerkennung Litauens lege, und darauf, daß uns die Entente nicht dabei zuvorkomme«. Der Kaiser sehe keine »stichhaltigen Gründe« gegen die Anerkennung, »schätzt die politischen Nachteile viel höher ein als etwaige militärische Unbequemlichkeiten«. Grünau stellte anheim, ihn gegebenenfalls »zur Einholung Allerhöchster Entscheidung zu ermächtigen«. (BArch, R 43/2405, f. 130). Vgl. das undatierte masch. Reinkonz. einer Allerhöchsten Entschließung, zu unterzeichnen von Wilhelm II. und dem Reichskanzler (pr. 22. Februar 1918, Rk 16616 K.J.) gemäß dem Wortlaut des am 17. Februar von Hertling vorgesehenen Schreibens. BArch, R 43/2405, f. 142–143.

280

Wilhelm von Radowitz an Friedrich von Falkenhausen [Berlin,] 18. Februar 1918

Reichskanzlei. (eigh. Konz.; BArch, R 43/2405, f. 127)

Herr v. Bonin hat einen am 16. Februar gefaßten Vorschlag des Landesrates hierher mitgeteilt.[1] Der Herr Reichskanzler ist wegen weiterer Behandlung der Angelegenheit mit OHL in Verbindung getreten und erbittet Eu[er] Exc[ellenz] baldigste Stellungnahme.[2] Gleichzeitig bittet der Herr Rk vor Eingang weiterer Weisung in der Sache von dort aus nichts zu veranlassen.

Radowitz.

1 Siehe oben Nr. 279.

2 Das Telegr., um 5.15 nm. abgesandt, ging auch an Waldersee. Dieser antwortete Radowitz (»Sofort Abschrift an AA«) noch am 18. Februar um 9.00 abends: »der nicht ordnungsmaeszig und hinter dem ruecken der verantwortlichen militaer–Verwaltung zustande gekommene beschlusz des landesrates ist unbedingt zu ignoriren. folgen koennen nur schaedlich sein. gegen die urheber der verbotswidrigen veroeffentlichung des beschluszes ist einzuschreiten. zur begruendung diesseitiger stellungnahme reist herr von falkenhausen morgen nach berlin«. (BArch, R 43/2405, f. 128). Für die Veröffentlichung des Beschlusses in Deutschland (in: Das Neue Litauen, Vossische Zeitung, Tägliche Rundschau) hatte die Taryba wohl selbst gesorgt (so Eidintas, S. 72), behilflich war Erzberger. Am 20. Februar meldete Bussche aus Berlin Grünau als Ergebnis einer heute unter dem Vorsitz des Vizekanzlers Payer anberaumten Besprechung, an der u.a. Falkenhausen, Vertreter der OHL und des AA teilnahmen, »daß vorläufig wegen illoyalen Verhaltens der Litauer eine Anerkennung nicht in Frage kommen kann«. Den Litauern sei mitzuteilen, die Anerkennung wäre ausgesprochen worden, wenn sie nicht den Beschluss vom 16. Februar gefasst hätten, der das Bundesversprechen der Dezemberresolution (Art. II) fallen gelassen habe. Die OHL sprach sich gegen, der kaiserliche Diplomat Bussche für die Anerkennung Litauens aus. Bussche wandte sich auch gegen Annexionen der Baltenländer, Personalunion und »Germanisation« Estlands, wo inzwischen die deutschen Truppen standen. (Ebd., f. 145–152, hier 147, 149, 150). – Georg Graf von Waldersee (1860–1932), geb. in Brandenburg an der Havel, 1909 Oberstleutnant und Regimentskommandeur, 1912 Generalmajor, 1913 Oberquartiermeister im Großen Generalstab, 1914 Chef des Generalstabs der 8. Armee in Ostpreußen, nach der unentschieden gebliebenen Schlacht von Gumbinnen (Rückzug der 8. Armee) im August 1914 aus dieser Funktion entlassen, 1917–1918 Chef der Militärverwaltung für Kurland und Litauen, Generalleutnant. Ehren-Rangliste, Bd. 1, S. 9.

281

Botho von Wedel an Georg von Hertling
Wien, 18. Februar 1918

Kaiserlich Deutsche Botschaft in Wien. Nr. 67. (masch. Kop.[1]; PAAA, R 20426, S. 52–54)

Streng geheim!

Kaiser Karl scheint nur noch an Frieden und Versöhnung zu denken. Seit dem großen Streik[2] ist sein Vertrauen noch mehr gesunken, die Sorge vor der Revolution, das Verlangen nach Frieden noch mehr gestiegen. Der Kaiser scheint zu glauben, daß für Thron und Reich die Gefahr überwunden ist, wenn der Friede da ist; wie er aussieht, ist Nebensache. Ich bin überzeugt, daß Seine Majestät in Seinem Innern bereit wäre, nicht nur erreichbare Vorteile aufzugeben, sondern auch erhebliche Opfer zu bringen, um den Frieden zu erkaufen. Fürst Fürstenberg[3], der mit dem Grafen Czernin persönlich befreundet ist, erzählte mir, Seine Majestät telephoniere und telegraphiere Seinem Minister fortwährend, als ob Er ihn mürbe machen, ihn zwingen wolle, den Frieden herbeizuführen. Graf Czernins ohnehin schlechte Nerven sind denn auch in einem trostlosen Zustande. Daß er selbst die Verhandlungen mit Rumänien führen wird, ist nicht glücklich, ein Vertreter mit besseren Nerven wäre mehr am Platz. Es wird sich aber nicht ändern lassen, zumal es wohl Seine Majestät verlangen wird, da Er im Grafen Czernin den besten Friedensmann erblickt. Fürst Fürstenberg hat mir im übrigen bestätigt, daß Graf Czernin sich der höchsten Gnade nicht mehr erfreut, daran ändere die Tatsache nichts, daß Seine Majestät den Minister zum Generalmajor ernannt habe. Graf Czernin sei dem Kaiser zu sehr »Gewaltmensch«.

Kaiser Karl wird am 22. in Homburg eintreffen. Er wird voraussichtlich Seine Sorgen zwar vorbringen, aber nicht erkennen lassen, wie sehr Er unter ihnen leidet

1 pr. 19. Februar 1918; Vermerk: Telegr. an Grünau »zur sofortigen Vorlage an S. M«. Unkommentierter Druck: Scherer-Grunewald, Bd. 3, S. 388 f.

2 Vom 14.–21. Januar 1918 brach aufgrund der Agitation der radikalen Sozialisten in Wiener Neustadt und Wien ein Arbeiterstreik aus, der sich auf Niederösterreich und andere Kronländer, die Steiermark, Böhmen, Mähren und Budapest ausbreitete. Er wurde beendet, nachdem die Ministerpräsidenten von Österreich und Ungarn versprochen hatten, die Forderungen der Streikenden nach einem Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen, nach gleichem Kommunal- und Landtagswahlrecht und Erhöhung der Mehlrationen zu erfüllen. Schulthess 59, NF 34 (1918/II), S. 2 f.

3 Max Egon II. Fürst zu Fürstenberg (1863–1941), geb. in Lana (Böhmen), Jurastudium, großer Grundherr (Fideikommiss), Mitglied des Österreichischen Herrenhauses, später auch der Ersten Kammern Preußens, Württembergs und Badens, Oberstmarschall am preußischen Hof, enger Freund und Jagdbegleiter Wilhelms II., 1914–1918 Ordonnanzdienste in der deutschen und der k.u.k. Armee, 1918 Generalmajor, 1921 Gründer der Donaueschinger Musiktage, Mitglied des Stahlhelms, 1933 der NSDAP.

und von ihnen beherrscht wird. – Der Hinweis auf unsere günstige militärische Lage und Aussichten auf die Zukunft wird kaum einen großen Eindruck auf Kaiser Karl machen. Er erschrickt ja vor deutscher Kühnheit und glaubt, daß unser »Uebermut« auch Ihn und Seinen Staat dem Abgrund zuführt. Nützlich aber dürfte es sein, Kaiser Karl auf den Gedanken zu bringen, daß nach dem Frieden schwere Zeiten kommen, daß die Gefahr nicht mit dem Friedensschluß überwunden ist, daß es aber zu ihrer Ueberwindung von großer Bedeutung sein wird, ob der Friede einigermaßen befriedigend ausfällt, ob Erfolge aufzuweisen sind. An die Gefahren, die ein schlechter Friede für die Zukunft mit sich bringt, denkt der junge Monarch nicht, und es scheint niemand in Seiner Umgebung zu sein, der Ihm mit solcher Warnung Eindruck macht.

Kaiser Karl ist schwer zu beeinflussen. Wenn Er aber Rat annimmt, dann dürfte es am ehesten von unserem Allergnädigsten Herrn sein, Höchstwelcher Kaiser Karl bei früheren Begegnungen in ruhiger und freundschaftlicher Tonart zugeredet und dadurch sein Vertrauen gewonnen hat. Kaiser Karl fühlt es wohl, daß Monarchen durch gleiche Interessen verbunden sind und daß unser Allergnädigster Herr eine fast dreißigjährige Regierungszeit und eine reiche Erfahrung vor Ihm voraushat. Eine Warnung von dieser hohen Seite vor einer Preisgabe der Zukunft, vor der Gefahr eines schlechten Friedens dürfte Kaiser Karl Eindruck machen.

gez. Wedel.

282

Robert Filsinger an Georg von Hertling
Lausanne, 19. Februar 1918

Kaiserlich Deutsches Konsulat Lausanne. Tagebuch-Nr. 2679/18. (masch. Or.[1]; PAAA, R 20426, S. 149–151)

Von einem Vertrauensmann wird mitgeteilt:

»Eine Amerikanerin, welche direkt aus den Vereinigten Staaten in den letzten Tagen nach Lausanne kam, um eine Kranke zurückzuholen, und welche mich für einen Deutschschweizer hält, sprach mir längere Zeit über die gegenwärtigen Zustände in der Union. Die Dame gehört zu den alten Familien des Landes.

Ich resumiere das Interessanteste aus der Unterredung wie folgt:

Kriegsfreundlich sind alle, denen der Krieg unter irgend einer Form Vorteil bringt, ferner diejenigen jüngeren Leute, welche auf diese Weise eine Gratisreise nach dem amerikanischen Osten und nach Europa zu machen hoffen, fast alle jungen Mädchen und die grosse Mehrzahl der jüngeren Frauen. Die Nahrungsrestriktionen sind Phrasen auf dem Papier, kein Mensch auf dem Lande kümmert sich darum und in den Städten wird man sie auch meist umgehen können. Sie habe diese in Paris erfahren.

Kriegsgegnerisch ist die Grosszahl der Landwirte, sind alle, die geschäftlich unter dem Kriege leiden, also die Mehrzahl der Bevölkerung. Da aber jeder sich fürchtet, als unpatriotisch denunziert zu werden, so käme die Meinung der Kriegsgegner nicht zum Ausdruck. Wahlen würden aber sicher eine kriegsgegnerische Majorität ergeben. Am kriegsgegnerischsten sei man im Allgemeinen im Westen, doch freue man sich dort andererseits aus Furcht vor Japan über die Verbesserung der Kriegsrüstung. Kriegsgegner werden in einzelnen Staaten furchtbar verfolgt, andere Staaten seien darin wieder la[xer], namentlich im Süden, wo vielfach die Meinung herrsche, daß Wilson lediglich deshalb zum Krieg gedrängt habe, weil [er wei]ter in der Geschichte als einer der grössten Präsidenten der Vereinigten Staaten gelten wolle. In gebildeten Kreisen [sei] bekannt, dass Wilson furchtbar selbsteingebildet sei. Gegenwärtig sei aber gar nichts für den Frieden zu machen, denn die Denunziationssucht in den Zeitungen sei unglaublich. [Die] Kriegsausgaben wüchsen in das Ungemessene. Der Bruder der Dame sei ein bedeutender Finanzier. Er sagte ihr, dass Washington völlig das Gefühl dafür verloren habe, dass das Geld doch später wieder gefunden werden müsse. Die Zeichnungsfreudigkeit für Kriegsanleihen sei so wie so nicht allzu gross

1 pr. 22. Februar 1918; bis 25. März zur Kenntnis u.a. des Kaisers, Hertlings, Ludendorffs, Helfferichs; im Text viele Unterstreichungen auf Empfängerseite. – R. Filsinger war 1908–1919 deutscher Wahlkonsul in Lausanne. Die Wahlkonsuln sind nicht im Biographischen Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes verzeichnet, weil sie meist ortsansässige Kaufleute waren, die das Amt des Wahlkonsuls als Nebentätigkeit ausübten.

und es bedürfe des Drucks der öffentlichen Meinung, um genügend Gelder zu finden. Wie sie, die Dame, ihre Amerikaner kenne, würde eine Änderung der Stimmung erst erfolgen, wenn einmal grössere Kriegsverluste unter Namensnennung veröffentlicht würden. Es gäbe dann zwar ein grosses Rachegeschreie, aber es würde dies wie eine kalte Dusche wirken. Jetzt glaubten die herüberkommenden Amerikaner meist, sie würden mit den Deutschen im Handumdrehen fertig werden, und sie hätten das grösste Siegesbewusstsein. Die ersten Reversen[2] würden da besonders stark wirken.

Die Dame scheint mir eine persönliche Gegnerin Wilsons zu sein und ihr Mann ist, glaube ich annehmen zu dürfen aus geschäftlichen Gründen, Kriegsgegner. Das Obige dürfte daher aus diesem Gesichtspunkte zu beurteilen aber gleichwohl als amerikanisches Stimmungsbild nicht uninteressant sein.«

Filsinger.

2 Hier im Sinne der Rückkehr von Soldaten.

283

Georg von Hertling an Eugenio Pacelli
Berlin, 19. Februar 1918

Der Reichskanzler. (eigh. Konz.; BArch, NlH, Nr. 51, f. 13–14)

Hochverehrter Herr Nuntius!

Wie ich Euerer Exzellenz nur immer wieder versichern kann, wird es stets mein ernstes Bestreben sein, den von christlicher Liebe eingegebenen Anregungen und Wünschen Seiner Heiligkeit, Papst Benedikt XV, Folge zu geben, wo immer ich es vermag, aber Euer Exzellenz wissen auch, daß meine Kräfte und mein Einfluß ihre Grenzen haben, und daher der Erfolg meiner Bemühungen nicht immer den Erwartungen des h. Stuhles entsprechen wird. Wegen des Austauschs der Kriegsgefangenen hoffe ich, zu einem günstigen Resultate zu gelangen. Wie Euerer Exzellenz schon bekannt sein dürfte, ist eine dahin gehende Anregung nun auch von Seiten der italienischen Regierung hierher gelangt, das Verdienst S[eine]r Heiligkeit, den ersten Schritt in dieser Richtung getan zu haben, soll aber dadurch in keiner Weise verringert werden. Wegen einer Begnadigung des zum Tode verurteilten Belgiers Smets ist sofort nach Brüssel telegrafiert worden; ich muß abwarten, ob und was hier möglicherweise zu erlangen sein wird.[1] Ebenso habe ich mich wegen des Schutzes der Christen im Persischen Grenzgebiete mit den maßgebenden Stellen in Verbindung gesetzt.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich nun aber Euerer Exzellenz in strengstem Vertrauen das Nachfolgende unterbreiten. Ich bin kürzlich in Homburg gewesen[2] und habe eingehende Besprechungen mit S[eine]r Majestät dem deutschen Kaiser

1 Mit Telegr. v. 20. Februar sprach Pacelli Hertling »fuer guetigste mitteilung« im Fall Smets, eines zum Tode verurteilten belgischen Priesters, »waermsten hoeflichsten dank« aus. BArch, NlH, Nr. 51, f. 17. Vgl. Pacelli an Gasparri vom 22. Februar 1918, Ausfertigung, in: ›Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917–1929)‹, Dokument Nr. 6075, URL: www.pacelli-edition.de/Dokument/6075 (31.1.2019)

2 Zum Besuch des Kaiserpaars in Homburg vor der Höhe traf Hertling in Begleitung seines Sohns am 13. Februar um 9.00 ein und reiste tags darauf wieder ab. Am Nachmittag des 13. Februar fand dort die Kronratssitzung statt, auf der Hertling gegen die OHL mit dem Plan einer beschränkten militärischen Operation in Richtung Dünaburg durchdrang, während Kühlmann das weitere militärische Vorgehen gegen das geschlagene Russland als überflüssig und eher schädlich einstellen wollte. Georg und Karl von Hertling »waren als Gäste des Kaisers im Schlosse untergebracht. Mein Vater und ich bewohnten die sogenannten Bayerischen Zimmer, in denen zuletzt König Ludwig gewohnt hatte und in denen, wie ich mich erinnere, eine Reihe guter Bilder aus den bayrischen Bergen hingen. Nicht unterlassen darf ich es, dankbarst der großen Güte und Sorge der Kaiserin zu gedenken, mit der diese ihres Amtes als Schloßherrin waltete. Immer und immer wieder war sie durch die Räume gegangen, die für meinen Vater bestimmt waren, um sich zu überzeugen, ob sie auch sicher alles Notwendige und Nützliche enthielten«. K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 73–77.

pflegen können.[3] Dabei bin ich aus eigener Initiative den da und dort aufgetretenen Beschuldigungen entgegengetreten, als ob der H. Stuhl die unter den schwierigsten Verhältnissen bewahrte Neutralität neuerdings zu Ungunsten der Mittelmächte aufgeben zu wollen scheine. Des weiteren habe ich S[eine]r Majestät vorgetragen, von welch' außerordentlichem Werte die Friedensvermittelung des Papstes sein würde, gegenüber den großen Gefahren, welche eine Friedensvermittelung durch die internationale Sozialdemokratie mit sich bringen müßte, eine Auffassung, welche das volle Verständnis des Kaisers fand.[4] Ich möchte daher der Erwägung anheimstellen, ob es nicht dem Heiligen Vater gelingen könnte, eine vertrauliche und zunächst unverbindliche Besprechung zwischen Vertretern der kriegführenden Mächte herbeizuführen. Es müßten dies aber, wie ich ausdrücklich betone, anerkannte Vertreter der betreffenden Regierungen sein, nicht unverantwortliche Agenten, wie sie in der Schweiz und anderswo mit mehr oder minder zweifelhaftem Erfolge tätig sind, und es müßte ferner jeder Verdacht ausgeschlossen bleiben, als ob der Heilige Vater auf Grund einer von andrer Seite an ihn ergangenen Anregung einen solchen Schritt unternähme, dieser müßte sich vielmehr als eigenste Tat S[eine]r Heiligkeit darstellen. Sobald es feststünde, daß an einem zu bestimmenden Orte – am besten wohl in Holland – und zu einer bestimmten Zeit Vertreter der feindlichen Regierungen eintreffen würden, so würde auch die deutsche, und, wie ich nicht zweifle, auch die österreichisch-ungarische Regierung dorthin ihre Vertreter schicken. Ich bin überzeugt, daß eine gegenseitige Aussprache im engen Kreise, welche aber ganz geheim gehalten werden müßte, sich weit nützlicher erweisen würde, als die Reden, welche die leitenden Staatsmänner bisher vor der großen Öffentlichkeit gehalten haben.

Indem ich es Eurer Exzellenz überlasse, welche Folge Sie dieser meiner Anregung geben wollen, bin ich mit der Versicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung

Eurer Exzellenz
ganz ergebener
H[ertling]

3 Das Gespräch des Kanzlers mit Wilhelm II. begann um ca. 9.30. Karl war anfangs mit anwesend, zog sich aber zurück, als die Unterredung auf das politische Gebiet und »die Sorgen der Zukunft« überging. »Die O.H.L. wurde erst gegen Mittag im Schloß erwartet«. K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 73–77.

4 K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 73 ff., teilt darüber nichts mit. P. Schwaighofer berichtete Kaiser Karl am 5. Januar 1918 aus Berlin, dass Hertling sich dessen Plan, den Papst um die »Vermittlung des Weltfriedens« zu bitten, diesem die Kriegsziele der k.u.k. Regierung mitzuteilen und dafür den Nuntius Pacelli oder einen sicheren päpstlichen Vertrauensmann zur mündlichen Übermittlung nach Rom einzusetzen, sehr aufgeschlossen gezeigt habe und ihn Wilhelm II. vortragen wolle. Kovács, Bd. 2, S. 279–283.

284

Georg von Hertling an Friedrich von Falkenhausen
Berlin, 21. Februar 1918

(eigh. Konz. Radowitz'[1]; BArch, R 43/2405, f. 159–160)

Euer Exzellenz bitte ich dem Präsidenten des Landes Rats folgendes zu eröffnen:

Die Kaiserliche Regierung war bereit auf Grund des Beschlusses des Landes Rats vom 11. XII. 17 Littauen als selbständigen Staat anzuerkennen und ihm den Schutz und die Hülfe des Deutschen Reichs für den Aufbau des neuen Staatswesens zu gewähren. Durch den Beschluß vom 16. Febr[uar] hat der Landesrat die Grundlage für diese Maßnahme der Kaiserlichen Regierung umgestoßen.[2] Diese sieht sich daher zur Zeit nicht in der Lage die Anerkennung Littauens unter diesen veränderten Umständen auszusprechen. Sie muß dies vielmehr davon abhängig machen, daß der littauische Landes Rat zu den Grundlagen zurückkehrt, die ein zukünftiges gedeihliches Nachbarverhältnis zum Deutschen Reich gewährleiste[n] und es der Kaiserlichen Regierung ermöglichen, unter Berücksichtigung der wesentlichen deutschen Interessen dem Selbstbestimmungsrecht der Littauer Rechnung zu tragen und in die

1 Randvermerke: Sofort in Reinschrift zu übertragen, Falkenhausen in dessen Wohnung in Berlin-Schmargendorf, Augusta Viktoriastraße, sogleich zu übergeben; Ludendorff z. K. Siehe oben Nr. 279, 280.

2 Keyserlingk (an Radowitz, Charlottenburg 20. Februar 1918) riet trotz des Beschlusses vom 16. Februar zur raschen Anerkennung. »Handeln wir nicht, und wird die bisherige Oberostpolitik weiter getrieben, so haben wir sehr bald alle, den Klerus, die konservativen und die demokratischen Litauer, die Polen, die Juden und die Weissrussen (die auch sehr unzufrieden sind) gegen uns«. (BArch, R 43/2405, f. 134). Bonin sah den Beschluss von der Befürchtung der Litauer eingegeben, dass Deutschland sich wegen der veränderten Gesamtlage im Osten gegen Litauen zukünftig anders stellen werde. (Bonin an AA, 19. Februar 1918. Ebd., f. 132). – Robert Graf von Keyserlingk-Cammerau (1866–1959), geb. in München, 1889 Gerichtsreferendar, 1891 Dr. jur., 1898–1906 Landrat, 1910 Regierungspräsident von Königsberg, 1915–1917 Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat und Ministerialdirektor im preußischen Landwirtschaftsministerium, nach 1918 Landwirt, Mitgründer der DNVP, 1921–1933 Mitglied des Preußischen Staatsrats, Vorstandsmitglied landwirtschaftlicher Arbeitgeberverbände. (Protokolle des Preußischen Staatsministeriums, Bd. 11, S. 618). Hertling ernannte Keyserlingk am 2. März 1918 nach Absprache mit Ludendorff zum »Kommissar für Bearbeitung der Angelegenheiten von Litauen, Kurland und den übrigen östlichen Gebieten mit Ausnahme von Polen«. Ihm zugewiesene Arbeitsgebiete waren »die politischen Angelegenheiten, die mit der Entwicklung dieser Länder, deren zukünftigen Ausgestaltung und ihrem Verhältnis zu Deutschland zusammenhängen«. Er war dem Reichskanzler unmittelbar unterstellt, dem er persönlichen Vortrag halten durfte. Hertling beantragte für ihn einen Hilfsarbeiter und den Titel Exzellenz, um ihm den Verkehr mit Ämtern und militärischen Stellen zu erleichtern. Rk. 16741 K.J. BArch, R 43/2406c, f. 1–5.

Errichtung eines selbständigen Staatsgebildes an seiner Ostgrenze einzuwilligen.[3]

RK.
(i[n] M[undum])

3 Gestrichen ist der darauffolgende letzte Satz mit Erklärung der Bereitschaft, später die Anerkennung Litauens aufgrund des Beschlusses v. 11. Dezember 1917 auszusprechen. Das Telegr. war das Ergebnis der Besprechung v. 20. Februar 1918 zwischen Radowitz, Payer, Falkenhausen, Bussche, Bartenwerffer, Winterfeldt, Deutelmoser, Prittwitz und Goßler. Hier trat Falkenhausen für die Personalunion mit Kurland und auch Litauen ein, Payer widersprach dem, wollte nur eine »Angliederung« zulassen und wies wie Bussche auf das Selbstbestimmungsrecht hin. BArch, R 43/2405, f. 145–152.

285

Eugenio Pacelli an Georg von Hertling
Monaco, 23. Februar 1918

Nunziatura Apostolica Baviera Nr. 4623 (masch. Or.; EAM, NlH)

Euerer Exzellenz

bin ich unendlichen Dank schuldig für den hochwichtigen Brief, den Sie unterm 19. d[iese]s an mich zu richten[1] die grosse Güte hatten, insbesondere muss ich Ihnen danken für die mir darin mitgeteilten Nachrichten über Ihr eifriges Bestrebtsein, um innerhalb der Grenzen des Möglichen zu erreichen, dass die menschenfreundlichen Anregungen des hl. Vaters mit Erfolg gekrönt werden mögen. Zu gut kenne ich nicht bloss die hohe und ausserordentliche Einsicht Euerer Exzellenz, sondern noch mehr Ihre kindliche und volle Hingebung an den hl. Vater, als dass ich auch nur einen Augenblick an Ihren edlen Absichten und an Ihren besten diesbezüglichen Gesinnungen zweifeln könnte.

Mit hoher Spannung habe ich dann gelesen, was mir Euere Exzellenz in strengster Vertraulichkeit mitteilen. Zweifellos haben Sie eine hervorragende Tat vollführt dadurch, dass Sie bei Seiner Majestät dem deutschen Kaiser die gewissenhafte und immer, auch unter den grössten Schwierigkeiten, aufrecht erhaltene Unparteilichkeit des heiligen Stuhles verteidigt und die Idee der Päpstlichen Vermittlung für den Frieden warm vertreten haben. Was dann Ihren Vorschlag über Besprechungen zwischen den Vertretern der Mächte anbelangt, wird es mir eine heilige Pflicht sein, denselben ohne Säumnis und mit aller Genauigkeit dem hohen Urteil des heiligen Vaters zu unterbreiten.

In ganz vorzüglicher Hochschätzung habe ich die Ehre zu verbleiben

Euerer Exzellenz
ergebenster
+ Eugen Pacelli Erzbischof von Sardi
Apostolischer Nuntius

1 Siehe oben Nr. 283.

286

Conrad Haußmann an [Hilmar von dem Bussche] Berlin, 24. Februar 1918

AS 973 (eigh. Or.[1]; PAAA, R 20503, S. 125–127; Druck: Scherer-Grunewald, Bd. 3, S. 417 f.)

Excellenz

Dem »Vorbericht«, den ich heute vor 8 Tagen einsandte,[2] erlaube ich mir noch eine Erläuterung und Ergänzung nachzutragen, um nichts zu versäumen, und weil Herr von Kühlmann, dem ich einen Teil vortrug, plötzlich abreisen mußte.

I. In den beiden Besprechungen mit Wilsons Vertreter Mr. Herron am 20 XII 17[3] und 15 II 18[4] hatte ich den größten Nachdruck auf die vorherige Zusage der Resonanz auf eine deutsche Erklärung gelegt. Diese wurde auf das Bestimmteste zugesagt und zwar in besonders feierlicher Form: »Mr. Wilson wird auf eine Zustimmung der Mittelmächte insbesondere Deutschland sofort die Ententemächte zum Beginn von Verhandlungen auffordern und mit seinem ganzen

1 Im AA pr. 26. Februar 1918 pm.; lag dem RK am 3.3., Radowitz u. Bussche am 26.2. vor; Unterstreichungen von Haußmann.

2 Laut Vermerk auf diesem Brief gelangte der »Vorbericht« Haußmanns v. 17. Februar (Druck: Haußmann, Schlaglichter, S. 176–180) nicht ans AA. Er schilderte die Gespräche Haußmanns mit Young, Herron u. a. in der Schweiz über eventuelle Friedens–Vorgespräche mit englischen »seriösen Personen« und die aus der Annahme von Wilsons 4 Punkten (vom 11. Februar) durch eine deutsche Erklärung sich eröffnenden Chancen für Friedensgespräche. Diese solle möglichst vor und nicht nach einer deutschen Offensive abgegeben werden, weil auch nach deren Erfolg die Allierten nicht klein beigeben würden.

3 Vgl. dazu den Bericht Haußmanns, Bern-Friedrichshafen 19.–24. Dezember 1917, paraphiert von Kühlmann. (Druck: Scherer-Grunewald, Bd. 3, S. 187–193). Hertling sagte Haußmann bei der Übergabe von dessen Bericht laut Aktenvermerk vom 30. Dezember 1917, »es sei jetzt während der Verhandlungen in Brest-Litowsk nicht der geeignete Zeitpunkt, um an die Regierung der Vereinigten Staaten heranzutreten und ihr gegenüber unsere Bereitwilligkeit, in Friedensverhandlungen einzutreten, zum Ausdruck zu bringen«. Ebd., Bd. 3, S. 187 Anm. 1.

4 Darüber berichtete aus Bern H. R. Wilson dem Außenminister Lansing am 16. Februar 1918. (FRUS 1918, 1, Bd. 1, S. 122 f.). – Hugh Robert Wilson (1885–1946), geb. in Evanston (Illinois), Studium in Yale und Paris, 1912 Botschaftssekretär in Lissabon, danach Handelsattaché in Guatemala, 1914–1920 Botschaftssekretär in Buenos Aires und europäischen Hauptstädten, 1920 Botschaftsrat in Berlin, 1921–1923 in Tokio, 1924 Abteilungsleiter im State Department, 1927 Gesandter in Bern, 1937 Assistant Secretary of State, 1938 Gesandter in Berlin, 1938–1940 im State Department, 1941 Ruhestand https://de.wikipedia.org/wiki/Hugh_Robert_Wilson (4.6.2019); Robert Lansing (1864–1928), geb. in Watertown (New York), Jurastudium, 1889–1907 Rechtsanwalt in Watertown; Teilnahme an internationalen Konferenzen und Schiedsfällen, Kenner des Völkerrechts (»International law«); 1914 Counselor im Department of State, 1915–1920 US-Außenminister, Verfechter der Freiheit der Meere, deren Verletzung durch den deutschen U-Boot-Krieg Kriegsgrund für die USA sei.

Einfluß hinter diese Aufforderung treten, das ist so gewiß als Christus an's Kreuz geschlagen wurde!« (»as sure, as Christ was nailed on cross!«)
Da Deutschland die allgemeinen Sätze internationaler Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit annehmen kann, so genügt dies. Es bedarf nicht noch einer Aufforderung an Wilson, sich nun an die Entente zu wenden, weil [dann] die Spontaneität und Freiwilligkeit der deutschen Erklärung leidet und weil Wilson, wenn nicht von Deutschland aufgefordert, leichter zu arbeiten hat.
Der Gedanke: Jeder Appell an menschliche Solidarität und Gerechtigkeit findet in Deutschland ein Echo – nicht aber im Versailler Kriegsrat – kann die vorangegangene Erklärung abschließen ohne weitere Anrufung.

II. Die englischen Liberalen haben durch Mr. Runciman[5] am 13 und 14 Februar im Unterhaus öffentlich quittirt, die neutrale Einladung zu einem Gedankenaustausch erhalten zu haben und annehmen zu wollen. Ich habe die entsprechende Depesche Herrn v. Kühlmann übergeben, der dieses Zeichen für gewichtig hielt.

5 Walter (1937 Viscount) Runciman (1870–1949), geb. in South Shields, nach Studium im väterlichen Schifffahrtsbetrieb tätig, 1899–1900, 1902–1918, 1924–1937 Mitglied des Unterhauses (Liberal Party), 1937–1949 des House of Lords, 1908 Unterrichts-, 1911 Agrarminister, 1915–1916, 1931–1937 Handelsminister, auch Direktor der Westminster Bank. Der frühere Gegner des Kriegseintritts verlangte am 13. Februar 1918 in der Debatte über die vorangegangene Rede Lloyd Georges, »daß die Regierung, wenn sie die öffentliche Meinung zufriedenstellen wolle, durchaus klarstellen müßte, daß sie es mit ihren Friedensformeln aufrichtig meine. Wenn die Staatsmänner der Gegenpartei Verhandlungen ablehnten, so verlange er, daß die Vertreter der Demokratien zusammenkämen. Es sei ein großer Fehler gewesen, den Besuch der Stockholmer Konferenz zu verbieten; eine neue Arbeiterkonferenz müsse die Regierung auf jede Weise begünstigen«. Schulthess 59, NF 34 (1918/II), S. 159.

Die Erklärung zu den Wilsonschen Punkten wird die Geneigtheit vollends entscheidend beeinflußen.[6]

Eine materiell neue Erklärung zur belgischen Frage natürlich noch mehr. Aber nur, wenn sie vorbehaltlos sein k[önnte]. Wenn sie nur die alten Einschränkungen wiederholt, wird sie die Stimmung nicht entlasten sondern belasten.

Ich habe dem englischen Herrn Prof. Young[7] am 14. und [15.] über Belgien ausdrücklich als meine persönliche Meinung gesagt: Volle Freiheit Belgiens mit den stärksten völkerrechtlich möglichen Garantien dagegen geschützt, daß Belgien weder von der einen noch von der anderen Seite als Aufmarschgebiet an der Maas benützt werden darf.

Das hat, ausdrücklich als meine persönliche Meinung Prof. Young notirt und nach London berichtet und es mir gegenüber persönlich als begreiflichen und richtigen Standpunkt erklärt.

---

6 Bei der zweiten »selbständigen Besprechung« [am 15. Februar 1917] Haußmanns mit Herron in der Schweiz, zu dem ein ungenannter »Neutraler« den führenden Reichstagsabgeordneten einlud, versicherte Herron: »Wenn Deutschland auf die vier Punktationen W. Wilsons ohne Mißtrauen erweckenden Vorbehalt zustimmend antworten könnte, so ›setze er sein Leben dafür ein‹ und alle hervorragenden Amerikaner, die er heute über diesen Punkt gesprochen habe, teilen seine Ansicht vollkommen, daß darauf Wilson sofort von seinen Verbündeten die Einleitung von Verhandlungen verlangen würde. Zu Anfang hatte er vorgeschlagen, wenn Deutschland zustimmen könne, solle dies durch eine neutrale Macht in Nordamerika mitgeteilt werden«. Am Ende habe Herron sogar eine Reaktion W. Wilsons in Aussicht gestellt, wenn nur die Reichstagsmehrheit den vier Punkten vorbehaltlos zustimme. (Vorbericht Haußmanns an Hertling, 17. Februar 1918. Haußmann, Schlaglichter, S. 178). Vgl. dagegen die Wiedergabe und Kommentierung der Besprechung durch H. R. Wilson (an Lansing, 16. Februar 1918, FRUS 1918, 1, Bd. 1, S. 123): Herron habe das Ansinnen Haußmanns als impertinent zurückgewiesen, Präsident Wilson möge die private Zusicherung geben, dass seine vier Prinzipien aufrichtig gemeint seien und dass er eine Erklärung des Reichstags, die vier Prinzipien als Basis einer Friedensberatung anzunehmen, willkommen heißen würde. Herron habe darauf beharrt, dass die Rückgabe Elsaß-Lothringens unter die vier Punkte falle, deren Annahme sonst unmöglich sei. Selbst wenn Deutschland die Herrschaft über den Kontinent gewänne, würde es sich einem nicht endenden Krieg und Ostrazismus seitens Amerikas gegenübersehen. H. R. Wilson kommentierte: Zweifellos habe Haußmann die Bedeutung der Vorschläge des Präsidenten nicht begriffen, er und seine Freunde wollten mit Amerika dasselbe Spiel spielen wie mit Russland in Brest-Litowsk, im Prinzip etwas anzunehmen, vor dem sie sich in der Praxis drücken würden. Sie wollten in Amerika Friedenshoffnungen wecken und so die Intensität unserer Kriegsvorbereitungen schwächen. Haußmanns Auftreten zeige, dass die Reichstagsmehrheit nervös geworden sei und fürchte, dass die arbeitenden Klassen ihren Führern entgleiten würden, denn Haußmann habe Herron gesagt, am Ende würde Deutschlands »working people« sich nicht um Elsaß-Lothringens willen für die Fortsetzung des Krieges opfern. Die Führer im Reichstag meinten, dass, wenn sie die vier Prinzipien Wilsons annähmen, sie ihren Anhang im Volk sichern und Zeit gewinnen könnten, zweifelhafte Verhandlungsspiele zu spielen.

7 William Henry Young (1863–1942), geb. in London, Studium in Cambridge, Göttingen, Italien und Genf, 1907 Mitglied der 1662 gegründeten akademischen Royal Society, 1913–1916 Professor für Mathematik in Kalkutta, 1913–1919 für Philosophie und Geschichte der Mathematik in Liverpool (jeweils in Teilzeit), 1919–1923 Professor für reine Mathematik an der Universität von Wales, Dr. h.c. mult.; von großer mentaler und physischer Energie. http://www-history.mcs.st-andrews.ac.uk/Biographies/Young.html (8.1.2019)

Es würde also, wenn nicht über frühere Regierungserklärungen von Deutschland hinausgegangen werden will, empfehlenswerter als deren Wiederholung die Erinnerung daran sein, daß Deutschland schon am 12. Dezember 1916 sich bereit erklärt hat, mit den feindlichen Regierungen insbesondere mit der Regierung S. M. des Königs der Belgier in Friedensverhandlungen zu treten.

Mit besonderer Hochachtung
ergebenst
Conrad Haußmann

287

Rede Georg von Hertlings im Reichstag Berlin, 25. Februar 1918

(Druck: Sten. Berichte, 13. Leg.-Per., 2. Session, Bd. 311, S. 4140–4143)[1]

Meine Herren, der Reichstag hat den berechtigten Anspruch, Aufschluß über die **außerpolitische Lage** und die von der Reichsleitung dazu eingenommene Stellung zu erhalten. Ich komme der sich hieraus ergebenden Verpflichtung nach, wenn ich auch anderseits gewisse Zweifel hege über den Nutzen und Erfolg der seither von den Ministern und Staatsmännern der kriegführenden Staaten vor der Öffentlichkeit geführten Zwiegespräche.

(Sehr richtig! rechts.)

Ein liberales Mitglied des englischen Unterhauses und früherer Minister M[ister] Walter **Runciman** hat kürzlich der Meinung Ausdruck gegeben,[2] daß man dem Frieden weit näher käme, wenn statt dessen berufene und verantwortliche Vertreter der kriegführenden Mächte sich in engerem Kreise zu einer gegenseitigen Aussprache vereinigen wollten.

(Sehr richtig!)

Ich kann dem nur zustimmen. Es wäre das der Weg, alle die vielen gewollten und ungewollten Mißverständnisse auszuräumen und unsere Gegner zu nötigen, unsere Worte so zu nehmen, wie sie gemeint sind, und auch ihrerseits mit der Sprache herauszurücken. Ich kann wenigstens nicht finden, daß die Worte, die ich bei zwei Gelegenheiten hier gesprochen habe, im feindlichen Auslande eine objektive und vorurteilslose Würdigung gefunden hätten

(Sehr richtig! rechts.)

Eine Auseinandersetzung im engen Kreise würde zudem allein zu einer Verständigung über die vielen Einzelfragen führen können, die bei einem Ausgleich bestehender Gegensätze in Betracht kommen und deren Erledigung erst den Ausgleich wirklich herbeiführen kann.

Ich denke hierbei ganz besonders an unsere Stellung gegenüber **Belgien**. Zu wiederholten Malen ist von dieser Stelle aus gesagt worden, daß wir nicht daran denken, Belgien zu behalten, den belgischen Staat zu einem Bestandteil des Deutschen Reichs zu machen, daß wir aber, wie das ja auch in der Papstnote vom 1. August v[origen] J[ahres] ausgeführt wird, vor der Gefahr behütet bleiben müssen, daß das Land, mit

1 Druck in WTB, Nr. 574 v. 25. Februar 1918 (PAAA, R 1389, S. 5–7); Schulthess 59, NF 34 [1918/I], S. 86–91. Die Hervorhebungen in den Sten. Berichten wurden übernommen. Hertling sprach zur ersten Beratung des Reichshaushaltsplans 1918.

2 Haußmann machte im Brief v. 24. Februar 1918 (siehe oben Nr. 286) auf Runciman aufmerksam.

dem wir nach dem Kriege wieder in Frieden und Freundschaft leben wollen,

(bravo!)

zum Gegenstande oder zum Aufmarschgebiet feindlicher Machenschaften würde.[3] Über die Mittel, dieses Ziel zu erreichen und damit dem allgemeinen Weltfrieden zu dienen, sollte in einem derartigen Kreise verhandelt werden. Wenn also ein Vorschlag in dieser Richtung von der Gegenseite käme, etwa von der Regierung in Le Havre, so würden wir uns nicht ablehnend verhalten, wenn auch die Besprechung, wie selbstverständlich, zunächst nur eine unverbindliche sein könnte.[4]

(Sehr richtig!)

Einstweilen aber scheint es nicht, als ob die erwähnte Anregung des englischen Parlamentariers Aussicht hätte, greifbare Gestalt anzunehmen, und so muß ich die bisherige Methode des Dialogs über den Kanal und den Ozean beibehalten.

Indem ich mich hierzu anschicke, gebe ich gerne zu, daß d**ie Botschaft des Präsidenten Wilson** vom 11. d[ieses] M[onats][5] vielleicht einen kleinen Schritt zur gegenseitigen Annäherung darstellt. Ich übergehe daher auch die vorausgeschickten überlangen Ausführungen, um mich sogleich zu den vier Grundsätzen zu wenden, welche nach Ansicht des Herrn Wilson bei einem gegenseitigen Meinungsaustausch Anwendung finden müssen.

Der erste Satz besagt, daß jeder Teil einer endgültigen Vereinbarung im wesentlichen auf der Gerechtigkeit in dem bestimmten Falle und auf einem solchen Ausgleich aufgebaut sein muß, von dem es am wahrscheinlichsten ist, daß er einen Frieden, der dauernd ist, herbeiführen wird. Wer wollte hier widersprechen?

(Sehr richtig! Heiterkeit.)

---

3 Heftige Kritik an dieser Formulierung: M. v. Baden, Erinnerungen, S. 237 f.; Haußmann dagegen forderte am 22. Februar Beachtung für die Befürchtung der OHL, dass, »wenn Belgien Aufmarschgebiet der Entente werden würde«, durch Flugoperationen das Kohlenrevier zerstört werden könnte; »das wäre eine ungeheure Gefahr für uns«. (IfA 1917/18, 2. Teil, S. 278). Die päpstliche Friedensnote v. 1. August 1917 empfahl den Völkern allgemein, die immensen Vorteile eines dauerhaften Friedens unter der Voraussetzung genereller Entwaffnung wohlwollend zu prüfen. Bezüglich Belgiens verlangte sie: »Du côté de l'Allemagne, évacuation totale de la Belgique, avec garantie de sa pleine indépendance politique, militaire et économique, vis-à-vis de n'importe quelle puissance«. Steglich, Friedensappell Benedikts XV., S. 161 f.

4 Kühlmann wehrte wiederholte Anfragen Kaiser Karls zur belgischen Frage ab, diese sei zunächst einem »deutsch-belgischen Gedankenaustausch« vorzubehalten. Kühlmann an Hertling, Bukarest 19. März 1918. (PAAA, R 21570, S. 78). Die Anbahnung direkter deutsch-belgischer Verhandlungen, zunächst zur Erreichung der »notwendigen militärischen und wirtschaftlichen Sicherungen«, ging laut Hertlings Denkschrift vom 23./24. Januar 1918 auf einen Befehl des Kaisers zurück.

5 Ansprache Wilsons an den Kongress am 11. Februar 1918, die Bezug nahm auf seine Rede vom 8. Januar, Lloyd Georges Rede vom 5. Januar 1918 sowie Hertlings und Czernins Erwiderungen vom 24. Januar 1918. Die USA legten ihre ganze Kraft in diesen »war of emancipation – emancipation from the threat and attempted mastery of selfish groups of autocratic rulers, – whatever the difficulties and present partial delays«. Papers of Wilson, Bd. 46, S. 318–324; Schulthess 59, NF 34 (1918/II), S. 563–568.

Der Satz, den der große Kirchenvater Augustinus[6] vor anderthalb Jahrtausenden geprägt hat: justitia fundamentum regnorum, hat auch heute noch Geltung, und gewiß ist, daß nur ein in allen Teilen von den Grundsätzen der Gerechtigkeit getragener Friede Aussicht auf Bestand hat.

Der zweite Satz verlangt, daß Völker und Provinzen nicht von einer Staatsoberhoheit in eine andere herumgeschoben werden, als ob es sich lediglich um Gegenstände oder Steine in einem Spiel handelte, wenn auch in dem großen Spiel des Gleichgewichts der Kräfte, das nun für alle Zeiten diskreditiert ist. Auch diesem Satze kann unbedingt beigestimmt werden, ja, man wundert sich darüber, daß der Präsident der Vereinigten Staaten es für notwendig gehalten hat, ihn neuerlich einzuschärfen. Der Satz enthält eine Polemik gegen längst verschwundene Zustände und Anschauungen, gegen Kabinettspolitik und Kabinettskriege, gegen die Vermischung von Staatsgebiet und fürstlichem Privateigentum, was alles einer weit hinter uns liegenden Vergangenheit angehört. Ich möchte nicht unhöflich sein; aber wenn man sich früherer Äußerungen Wilsons erinnert, so könnte man ihn in dem Wahn befangen glauben, als bestehe in Deutschland ein Gegensatz zwischen der autokratischen Regierung und der rechtlosen Masse des Volkes. Und doch kennt der Präsident der Vereinigten Staaten, wie wenigstens die deutsche Ausgabe seines Buches über den Staat beweist[7], die deutsche staatsrechtliche Literatur und weiß somit, daß bei uns Fürsten und Regierungen die obersten Glieder des im Staate organisierten Volksganzen sind, oberste Glieder, bei denen die letzte Entscheidung liegt, so aber, daß, weil auch sie, wenn auch als oberste Organe, dem Ganzen angehören, das Wohl des Ganzen die Richtlinie für die zu treffende Entscheidung abgibt. Es mag nützlich sein, den Landsleuten Wilsons dies ausdrücklich zu Gemüte zu führen. Wenn endlich am Schlusse des zweiten Satzes das »Spiel des Gleichgewichts der Kräfte« als für immer diskreditiert erklärt wird, so können wir auch das nur freudig begrüßen. Bekanntlich war es England, welches das Prinzip von der Erhaltung des Gleichgewichts der Kräfte erfunden hat,

(sehr richtig!)

um es insbesondere dann geltend zu machen, wenn ihm einer der Staaten des europäischen Kontinents zu mächtig zu werden drohte, es war nur ein anderer Ausdruck für die Oberherrschaft Englands.

(Sehr richtig!)

---

6 Aurelius Augustinus (354–430), geb. in Tagaste, 387 Taufe, 391 Priesterweihe in Hippo, 396 Bischof von Hippo, Begründer wegweisender christlicher Überlieferung für das Abendland. Hertling hatte 1902 sein Buch über Augustinus (1. Aufl.) veröffentlicht.

7 Woodrow Wilson, Der Staat. Elemente historischer und praktischer Politik. Mit einem Geleitwort des Verfassers, Vorwort des Übersetzers, Inhaltsverzeichnis und Sachregister, übersetzt v. Günther Thomas, Berlin-Leipzig 1913, XXIII, 488 S. Engl. Ausgabe: The State. Elements of Historical and Practical Politics, Boston 1889.

Der dritte Satz, wonach jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch diesen Krieg aufgeworfen wurde, im Interesse und zu Gunsten der betroffenen Bevölkerung und nicht als Teil eines bloßen Ausgleichs oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Staaten getroffen weren muß, – ist nur ein Ausführung des vorhergehenden nach einer bestimmten Richtung oder auch eine Konsequenz aus demselben und daher in die diesem erteilte Zustimmung mit eingeschlossen.

Endlich der vierte Satz. Er verlangt, daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitgehendste Befriedigung finden sollen, die ihnen zuteil werden kann, ohne neue oder die Verewigung alter Elemente von Gegnerschaft, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald stören würden, aufzunehmen.

Auch hier kann ich grundsätzlich beistimmen und erkläre somit mit Präsident Wilson, daß ein **allgemeiner Friede** auf solchen Grundlagen erörtert werden kann.

(Bravo!)

Nur ein Vorbehalt ist zu machen. Es müßten diese Grundsätze nicht nur von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten vorgeschlagen, sondern auch von allen Staaten und Völkern tatsächlich anerkannt sein.

(Sehr richtig!)

Herr Wilson, der dem deutschen Reichskanzler gelegentlich eine gewisse Rückständigkeit vorwirft, scheint mir in seinem Ideenfluge der bestehenden Wirklichkeit weit vorangeeilt zu sein. Gewiß, ein Völkerbund, der auf Gerechtigkeit und gegenseitige selbstlose Anerkennung aufgebaut wäre, ein Zustand der Menschheit, in dem mit allen Resten früherer Barbarei der Krieg völlig verschwunden wäre, und es keine blutigen Opfer, keine Selbstzerfleischung der Völker, keine Zerstörung mühsam erworbener Kulturwerte mehr gäbe: es wäre ein Ziel, aufs innigste zu wünschen. Aber noch ist dieses Ziel nicht erreicht, noch besteht kein von allen Nationen zur Wahrung des Friedens im Namen der Gerechtigkeit errichtetes Schiedsgericht. Wenn Herr Wilson gelegentlich sagt, der deutsche Reichskanzler spreche zu dem Gerichtshofe der ganzen Welt, so muß ich, wie die Dinge heute stehen, im Namen des Deutschen Reichs und seiner Verbündeten diesen Gerichtshof als befangen ablehnen,

(lebhafter Beifall)

so freudig ich es auch begrüßen würde, wenn ein unparteiisches Schiedsgericht bestände und so gern ich dazu mithelfen würde, einen solchen idealen Zustand herbeizuführen.

Leider aber ist von einer ähnlichen Gesinnung bei den führenden Mächten der Entente nichts zu verspüren.

(Sehr richtig!)

Die **Kriegsziele Englands**, wie sie in den Reden Lloyd Georges neuerdings zutage treten, sind noch immer durchaus imperialistischer Natur und wollen der Welt einen Frieden nach Englands Gefallen aufzwingen. Wenn England von dem

Selbstbestimmungsrecht der Völker spricht, so denkt es dabei nicht daran, den Grundsatz auf Irland, auf Ägypten oder Indien anzuwenden.[8]

(Sehr richtig!)

Unser Kriegsziel ist von Anfang an die Verteidigung des Vaterlandes gewesen, die Aufrechterhaltung unserer territorialen Integrität und die Freiheit unserer wirtschaftlichen Entwicklung nach allen Richtungen hin.

(Sehr richtig!)

Unsere Kriegsführung, auch wo sie aggressiv vorgehen muß, ist ihrem Ziele nach defensiv; ich betone das gerade jetzt mit besonderem Nachdruck, um keine Mißverständnisse über unsere Operationen im Osten aufkommen zu lassen. Nach dem Abbruch der Friedensverhandlungen seitens der russischen Delegation am 10. d[ieses] M[ona]ts hatten wir Rußland gegenüber freie Hand. Der sieben Tage nach jenem Abbruch begonnene Vormarsch unserer Truppen hatte lediglich den Zweck, uns die Früchte des mit der Ukraine geschlossenen Friedens zu sichern. Eroberungstendenzen waren in keiner Weise bestimmend. Unterstützt wurden wir dabei durch den Hilferuf der Ukraine, sie in der Ordnung ihres jungen Staatswesens gegen die von den Bolschewiki unternommenen Störungen zu unterstützen. Wenn sich daran weiterhin militärische Operationen auf weiteren Gebieten angeschlossen haben, so gilt von ihnen das gleiche, sie verfolgen schlechterdings keine Eroberungsziele,

(bravo!)

sie geschehen ausschließlich auf die eindringlichen Bitten und Vorstellungen der Bevölkerungen hin, sie gegen die Greueltaten und Verwüstungen der Roten Garde und anderer Banden zu schützen; sie sind somit im Namen der Menschlichkeit unternommene Hilfsmaßnahmen und sollen keinen anderen Charakter haben. Es gilt, Ruhe und Ordnung im Interesse der friedliebenden Bevölkerung zu schaffen, wir denken nicht daran, uns etwa in Estland oder Livland festzusetzen,

(hört! hört! links)

sondern haben nur den Wunsch, mit den dort entstehenden staatlichen Gebilden nach dem Kriege in gutem, freundnachbarlichem Verhältnisse zu leben.[9]

(Bravo! links.)

Über Kurland und Litauen brauche ich heute nichts zu sagen, es gilt, den Bevölkerungen jener Länder Organe ihrer Selbstbestimmung und Selbstverwaltung zu schaffen oder die schon im Aufbau begriffenen zu stärken.

---

8 Ähnliche Forderungen erhob die Opposition im britischen Unterhaus im Mai 1917. Vgl. S. O. Müller, Nation, S. 210 f.

9 Am 7. März ließ der Kaiser Hertling durch Grünau mitteilen, dass die in dieser Rede bezüglich Livlands und Estlands gebrauchte Wendung bei Hindenburg und der Armee verstimmt habe, weil dort stattfindende Bandenkämpfe die Truppen »noch auf längere Zeit« binden würden. Er, Grünau, habe eingewandt, dass Hertling sich an die Dezemberbeschlüsse über die Kriegsziele gehalten habe und »nur hinsichtlich des endgültigen Schicksals dieser Gebiete eine Annexion ausschliessen« wollte. Der Kaiser scheine deren Verhältnis zum Reich nach dem Muster der englischen Kronkolonien regeln zu wollen. Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 7 f.

(Sehr richtig!)

Der weiteren Entwickelung sehen wir mit Ruhe entgegen.

Die militärische Aktion im Osten hat aber einen weit über das ursprünglich gesteckte von mir soeben bezeichnete Ziel hinausgehenden Erfolg gezeitigt. Das eine ist ja den Herren schon aus den von dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen gemachten Mitteilungen bekannt, daß **Herr Trotzki** sich durch **Funkspruch**[10], dem alsbald die schriftliche Bestätigung folgte, bereit erklärt hat, die abgebrochenen Friedensverhandlungen wieder aufzunehmen. Unserseits ist sofort durch Übersendung unserer Friedensbedingungen in Form eines Ultimatums geantwortet worden.[11] Gestern nun – und das ist die hocherfreuliche Mitteilung, die ich Ihnen, meine Herren, zu machen habe – ist die Nachricht eingetroffen, daß die Petersburger Regierung unsere Friedensbedingungen angenommen

(hört! hört! und lebhafter Beifall)

und Vertreter zu weiteren Verhandlungen nach Brest-Litowsk abgesandt hat.[12] Demgemäß sind auch die deutschen Delegierten gestern Abend dorthin abgereist. Möglich, daß über Einzelheiten noch gestritten wird, aber die Hauptsache ist erreicht. Der Friedenswille ist von russischer Seite ausdrücklich kundgetan. Unsere Bedingungen sind angenommen, der Friedensschluß muß in kürzester Frist erfolgen.

Noch niemals vielleicht in der Geschichte hat das aristotelische Wort, daß wir uns zum Krieg entschließen müssen um des Friedens willen, eine so glänzende Bestätigung gefunden.

(Sehr richtig!)

Um die Früchte unseres Friedens mit der Ukraine zu sichern, hat unsere Heeresleitung das Schwert gezogen; der **Friede mit Rußland**, wird das glückliche Ergebnis sein.

(Starker Beifall.)

Die Freude hierüber wollen wir uns auch nicht durch die immer wieder durch die Welt gehenden törichten und aufreizenden Funksprüche verkümmern lassen.

Die **Friedensverhandlungen mit Rumänien** haben am gestrigen Tage in Bukarest in Gegenwart des Herrn Staatssekretärs des Auswärtigen begonnen. Es erschien notwendig, daß dieser an den ersten grundlegenden Tagen dort anwesend sei, nunmehr aber dürfte er sich alsbald nach Brest-Litowsk begeben. Bei den Verhandlungen mit Rumänien ist zu bedenken, daß wir nicht allein daran beteiligt sind und die Verpflichtung haben, uns für die berechtigten Interessen unserer getreuen Verbündeten: Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei einzusetzen und den

10 Vom 19. Februar 1918, ohne authentische Unterschriften, sodass der Rat der Volkskommissare ersucht wurde, den Funkspruch schriftlich zu bestätigen, was in Dünaburg durch am 20. Februar abends eintreffende Kuriere erfolgte. Hahlweg, S. 573–575, 587 f.

11 Vom 21. Februar 1918, nach Absprache mit der OHL und dem Admiralstab. Hahlweg, S. 589 f.

12 Vgl. russische Funksprüche »an die deutsche Regierung« und die OHL. Hahlweg, S. 600 f.

Ausgleich etwaiger auseinandergehenden Wünsche zu suchen. Das wird möglicherweise Schwierigkeiten geben, aber bei allseitigem guten Willen werden sich diese Schwierigkeiten überwinden lassen. Aber auch Rumänien gegenüber muß für uns der Grundsatz leitend sein, daß daß wir die Staaten, mit denen wir jetzt, auf den Erfolg unserer Waffen gestützt, Frieden schließen, zu unseren Freunden in der Zukunft machen müssen und machen wollen.

Wenn ich in diesem Zusammenhange ein Wort über **Polen** sage, für das sich neuerdings die Entente und auch Herr Wilson ganz besonders zu interessieren scheinen, so ist das Land bekanntlich durch die vereinten Kräfte von Deutschland und Österreich-Ungarn aus der drückenden Abängigkeit von dem zaristischen Rußland befreit worden, mit der Absicht, einen selbständigen Staat ins Leben zu rufen, der in der ungehemmten Entfaltung seiner nationalen Kultur zugleich ein Pfeiler für den Frieden Europas werden solle. Das staatsrechtliche Problem im engeren Sinne, die Frage, welche Verfassung der neue Staat erhalten solle, konnte begreiflicherweise nicht sofort entschieden werden und befindet sich auch jetzt noch im Stadium eingehender Beratungen zwischen den drei beteiligten Ländern. Zu den mancherlei Schwierigkeiten, welche hierbei zu überwinden sind, Schwierigkeiten insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiete, ist durch den Zusammenbruch des alten Rußland noch die neue hinzugekommen, welche sich aus der Abgrenzung des neuen Staates gegen die benachbarten russischen Gebietsteile ergibt. Aus diesem Grunde hat das Bekanntwerden des Friedens mit der Ukraine in Polen im ersten Augenblick große Beunruhigung hervorgerufen. Ich hoffe aber, daß es bei gutem Willen gelingen wird, unter billiger Berücksichtigung der ethnographischen Verhältnisse zu einem Ausgleich der Ansprüche zu gelangen. Auch hat die kundgetane Absicht, einen ernsten Versuch in dieser Richtung zu machen, schon jetzt zu einer großen Beruhigung in polnischen Kreisen geführt, was ich mit Genugtuung feststelle. Von deutscher Seite wird bei Regelung der Grenzfrage nur das aus militärischen Gründen Unerläßliche gefordert werden.

Wie Sie, meine Herren, aus den gegebenen Darlegungen entnommen haben, ist die **Aussicht auf den Frieden an der gesamten Ostfront** von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere in greifbare Nähe gerückt,

(bravo!)

und die des Krieges übersatte Welt, insbesondere auch in den neutralen Ländern, fragt sich in fieberhafter Spannung, ob damit nicht auch der Zugang zum allgemeinen Frieden eröffnet sei. Aber noch scheinen die Leiter der Entente, scheint man in England, Frankreich und Italien völlig abgeneigt, der Stimme der Vernunft und der Menschlichkeit Gehör zu geben. Im Gegensatze zu den Mittelmächten hat die Entente von Anfang an Eroberungsziele verfolgt. Sie kämpft für die Herausgabe von **Elsaß-Lothringen** an Frankreich. Ich habe dem früher hierüber Gesagten nichts hinzuzufügen.

(Sehr richtig! rechts)

Es gibt keine elsaß-lothringische Frage im internationalen Sinne,

(stürmischer Beifall)

Wenn es eine solche Frage gibt, so ist es eine rein deutsche Frage.

(Erneute lebhafte Zustimmung.)

Die Entente kämpft für den **Erwerb österreichisch-ungarischer Gebietsteile** durch Italien. Wenn man in Italien dafür die schönen Worte von den heiligen Aspirationen, dem heiligen Egoismus erfunden hat, so wird das Verlangen nach Annexionen damit nicht beseitigt.

(Sehr gut!)

Sie kämpft für die Abtrennung von Palästina, Syrien und Arabien vom türkischen Reiche. Insbesondere auf die türkischen Gebietsteile hat England sein Augenmerk gerichtet, es hat plötzlich ein Herz für die Araber entdeckt und hofft durch den Vorspann der Araber, vielleicht durch Schaffung eines von englischer Herrschaft abhängigen Schutzstaates dem englischen Reiche neue Gebietsteile anzugliedern. Daß die kolonialen Kriegsziele Englands auf Mehrung und Abrundung des gewaltigen englischen Besitzes, namentlich in Afrika gerichtet sind, ist von englischen Staatsmännern wiederholt ausgesprochen worden.

Und angesichts dieser durch und durch aggressiven, auf Aneignung fremder Gebiete gerichteten Politik wagen es die Staatsmänner der Entente noch immer das militaristische, imperialistische, autokratische Deutschland als den Störenfried hinzustellen, der im Interesse des Weltfriedens in die engsten Schranken verwiesen, wenn nicht vernichtet werden müsse. Durch ein System von Lüge und Verleumdung sind sie unausgesetzt bemüht, wie die eigenen Völker so auch die neutralen Staaten gegen die Mittelmächte aufzuhetzen, insbesondere auch diese letzteren mit dem Gespenst einer Neutralitätsverletzung von seiten Deutschlands zu schrecken. Gegenüber einem Intriguenspiel, wie es neuerdings wieder in der Schweiz betrieben wird, ergreife ich die Gelegenheit, vor aller Welt zu erklären, daß wir nie einen Augenblick daran gedacht haben, noch daran denken werden, die **schweizerische Neutralität** anzutasten.

(Sehr wahr! rechts.)

Wir wissen uns der Schweiz gegenüber nicht nur durch die Grundsätze des Völkerrechts, sondern durch die Jahrhunderte alten freundschaftlichen Beziehungen enge verpflichtet.

(Bravo!)

Der Schweiz wie den übrigen **neutralen Staaten**, Holland, den skandinavischen Ländern und dem durch seine geographische Lage besonderen Schwierigkeiten ausgesetzten Spanien, nicht minder auch den noch nicht in den Krieg eingetretenen außereuropäischen Ländern zollen wir die Hochachtung und Dankbarkeit für die mannhafte Haltung, mit der sie allen Anfechtungen und Bedrückungen zu Trotze die Neutralität bewahren.

(Allseitiges Bravo.)

Die Welt sehnt sich nach **Frieden**,

(sehr richtig! links)

sie hat keinen anderen Wunsch, als daß die Leiden des Krieges, unter denen sie seufzt, ein Ende finden, aber die Regierungen der feindlichen Staaten wissen immer

aufs neue die Kriegsfurie innerhalb ihrer Bevölkerung aufzupeitschen. Fortsetzung des Krieges bis zum Äußersten, das war, soviel davon verlautet hat, die jüngst von der Konferenz in Versailles ausgegebene Parole[13], und in den Reden des englischen Premierministers findet sie immer wieder ein lautes Echo.

Daneben haben sich allerdings in England neuerdings auch andere Stimmen hören lassen. Neben der Rede Walter Runcimans, der ich gleich zu Anfang gedacht habe, ist neuerdings noch eine ähnlich gerichtete, vielleicht noch versöhnlichere, aber außerparlamentarische Äußerung Lord Milners[14] bekannt geworden.

Man kann nur wünschen, daß solche Stimmen sich mehren, daß die unzweifelhaft auch in den Ententeländern vorhandenen friedlichen Strömungen sich durchsetzen. Denn die Welt steht jetzt vor der größten schicksalsschweren Entscheidung: Entweder die Feinde entschließen sich, Friede zu machen, unter welchen Voraussetzungen wir bereit sein würden, in Verhandlungen einzutreten, wissen sie; oder aber sie meinen, den verbrecherischen Wahnsinn des Eroberungskrieges weiter fortsetzen zu sollen. Dann werden unsere herrlichen Truppen unter ihren genialen Führern weiter kämpfen. Daß und in welchem Umfange wir dazu gerüstet sind, ist auch den Feinden zur Genüge bekannt, und unser braves bewunderungswürdiges Volk wird weiter ausharren, aber das Blut der Gefallenen, die Qual der Verstümmelten, alle Not und alles Leid der Völker wird über die Häupter derer kommen, die sich hartnäckig weigern den Stimmen der Vernunft und der Menschlichkeit Gehör zu geben.

(Lebhafter Beifall auf allen Seiten.)

13 Die Tagung des interalliierten Obersten Kriegsrats (mit Vertretern der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens) vom 30. Januar bis 2. Februar 1918 konstatierte einen Gegensatz zwischen den bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk erklärten »idealen Zielen« und den offenen »Eroberungs- und Beraubungsplänen« der Mittelmächte und beschloss die äußerste Fortsetzung der militärischen Bemühungen zur Verteidigung der »Zivilisation«. Schulthess 59, NF 34 (1918/II), S. 244 f.

14 Alfred (1902 Viscount) Milner (1854–1925), geb. in Gießen, Studium der »classics« in Tübingen und Oxford 1881 Journalist, 1887 Privatsekretär im Finanzministerium, 1889–1892 Unterstaatssekretär für Finanzen in Ägypten, danach civil servant, 1897–1902 Hochkommissar in Südafrika, Gouverneur der Kapkolonie, 1902–1905 Gouverneur der Burenterritorien, Schriften über das britische Kolonialreich, 1916–1918 Minister ohne Portefeuille (für Munition und Ernährung), April 1918 Kriegsminister, Ende 1918–1921 Kolonialminister.

288

Wilhelm von Radowitz an Oberost
Berlin, 25. Februar 1918

Rk. 16678 K.J.[1] (eigh. Konz.; BArch, R 43/2405, f. 172–173)

In einer Unterredung, die ich heute mit Prälat Olschewsky hatte[2] gab er der Meinung Ausdruck, daß die vom Landesrat bevollmächtigte Delegation wenn man ihr Erlaubnis zur Reise nach Berlin geben würde, hier bestimmt den Standpunkt einnehmen würde, daß der Landes Rat nach wie vor auf der Basis vom 11. Dezember stände. Wenn auf Grund einer solchen Erklärung der Delegation von uns die Anerkennung ausgesprochen würde, so würde der Landes Rat das Verhalten der Delegation ratifizieren und damit der Beschluß vom 16. Februar ohne weiteres hinfällig werden. Der Prälat war von der Richtigkeit seiner Auffassung absolut durchdrungen. Andererseits erklärte er den Weg der Auflösung des Landes Rats und Neubildung eines solchen für ungangbar, weil ein gewählter Landes Rat gewiß in das jüdisch maximalistische Fahrwasser geraten, ein ernannter Landes Rat aber das Vertrauen der Bevölkerung und des Auslands nicht haben würde.[3] Auch den Gedanken den Landes Rat nach Hause zu schicken und eine littauische Regierung zu bilden,[4] mit der wir die nötigen Verträge schließen könnten, verwarf er, da sich keine Littauer finden würden, die eine solche Regierungsgewalt ohne Stütze einer Landesvertretung übernehmen würden.

---

1 Das Telegr., an Waldersee und Friedrich v. Falkenhausen gerichtet, ging z. K. an das AA und Ludendorff. Siehe oben Nr. 279, 280, 284.

2 K. Olšauskis-Olševski wandte sich mit Schreiben vom 21. Februar an Hertling und jene Reichstagsabgeordnete, die Mitglieder der Deutsch-Litauischen Gesellschaft waren: Der Beschluss vom 16. Februar 1918 habe den vom 11. Dezember 1917 »in keiner Weise beschränkt«. Die Hinausschiebung der Anerkennung verschaffe der Anarchie in Russland Einfluss in Litauen und sei von weiten Kreisen so aufgefasst worden, »als sei Deutschland darauf ausgegangen, den Landesrat einseitig zu binden«. (BArch, R 43/2405, f. 165–168). Die Schreiben (am 27. Februar z.d.A.) wurden Oberost und Falkenhausen mitgeteilt.

3 Isenburg setzte sich in seinen »Ausführungen« vom 20. Februar für die Neuwahl des Landesrats ein, auf die mit Hilfe der Reichsregierung die katholische Geistlichkeit gegen die Zusage, ihre »kirchlichen Befürfnisse« zu fördern, entscheidenden Einfluss ausüben solle. Das litauische Volk solle dazu gebracht werden, in Ausübung des »ihm zugestandenen Selbstbestimmungsrechts« die Personalunion mit Preußen zu wünschen. (BArch, R 43/2405, f. 136–137). Radowitz (an Isenburg, 28. Februar 1918) stimmte der Nutzung des kirchlichen Einflusses zu, hielt aber von einer Neuwahl nichts, zumal es scheine, »als ob der Landesrat wieder zur Vernunft kommen und zu den alten von uns formulierten Beschlüssen zurückkehren will«. (Ebd., f. 185).

4 Am 22. Februar schlug Keyserlingk Radowitz zwecks Einflussnahme auf die »demokratischen Elemente« des Landesrats die Konstituierung »einer konservativ-litauischen Scheinregierung« vor. Er habe Falkenhausen gebeten, mit Olschewski »in Verbindung zu treten, um mit seiner Hilfe eine konservativ-klerikale Partei zu bilden«. »Da wir doch an dem Axiom der ›Selbstbestimmung‹ festhalten, so ist mit diktatorischer Gewalt nichts zu machen«. BArch, R 43/2405, f. 169.

Unter diesen Umständen halte ich es für erwägenswert die von Olschewsky vorgeschlagene Brücke zu betreten und den Versuch mit der Hersendung der Delegation zu machen. Erbitte baldigste Stellungnahme.[5]

Radowitz

5 Am 26. Februar antwortete Friedrich v. Falkenhausen, Smetona habe auf die gestrige Bekanntgabe des Kanzlerschreibens vom 21. Februar bereits angefragt, ob es genüge, wenn das Präsidium des Landesrats den Beschluss vom 11. Dezember »für fortbestehend erklaere«. Das genüge nicht. Es sei ein unzweideutiges Bekenntnis des Landesrats zur Dezemberresolution zu verlangen, bevor »audienz gewaehrt« werde. Ferner müsse »vorbedingung« sein, »grundlagen der konventionen mit deutschland« festzulegen und Störungen »von parlamentarischer seite« zu verhüten. (BArch, R 43/2405, f. 174–175). Letzteres bekräftigte Ludendorff mit Telegr. an Hertling v. 28. Februar.

289

Hermann Stegemann an Conrad Haußmann
Bern 27. Februar 1918

(masch. Kop.[1]; PAAA, R 1389, S. 94–95)

Lieber Freund!

Die Rede Hertlings[2] mit ihren festumrissenen Ausführungen über einen Verständigungsfrieden guter Art und ihrer Hervorkehrung der schweizerischen Neutralität ohne Klausel hat hier einen vorzüglichen Eindruck gemacht. Meine Freunde und ich […] sind nun daran, zu überlegen, ob und wie man die Herbeiführung eines allgemeinen Friedens – zunächst vielleicht einer unmittelbaren Aussprache Deutschlands und Amerikas – fördern kann. *Hertlings Erklärung zur Neutralität und die bestimmtere Fassung der belgischen Frage hat den Neutralen die bisher vermisste Orientierung gegeben*. Das war bisher nicht der Fall. Ich bin überzeugt, dass unsere holländischen Freunde diese Auffassung teilen. Es wird sich nun darum handeln, festzustellen, wie Wilson denkt und dann in seiner offiziell zu erwartenden Replik richtig in und zwischen den Zeilen zu lesen. Kommt es vor dem Beginn der Operationen im Westen zu Verhandlungen, so können wir den Frieden in einigen Monaten haben. Es ist auch gut, dass die elsass-lothringische Frage in einem Zusammenhang erwähnt wurde, der sie zwar limitiert, aber doch nicht ganz aus der Diskussion fallen lässt. Können die Franzosen sich sagen, dass sie durch ihr Blutopfer indirekt dazu beigetragen haben, dem Elsass die Autonomie zu verschaffen, so wird vielleicht die wichtigste idealpolitische Friedenshemmung im französischen Volke ausgeschaltet. Dieser Gegenstand beschäftigt Freund C. sehr.

Kommt es nicht zum Frieden, sondern zu neuem Krieg, so müssen wir hier mit völliger Absperrung und absolutem Mangel rechnen. Auch für diesen Fall ist die Neutralitätserklärung ausserordentlich wichtig. Wie Du siehst, hat inzwischen die Offensive als strategische Drohung von Tag zu Tag wachsende Bedeutung gewonnen. Das Gefühl von Nervosität und Unsicherheit, das spürbar auf der Seite der Entente

1 Der Brief, von Stegemann im verschlossenen Umschlag bei der deutschen Gesandtschaft in Bern abgegeben, wurde vor der Weiterleitung an den Adressaten geöffnet. D. v. Bethmann Hollweg an AA, Bern 28. Februar 1918. PAAA, R 1389, S. 93. – Hermann Stegemann (1870–1945), geb. in Koblenz, Sohn eines preußischen Beamten, später Schweizer Staatsbürger, Studium der Geschichte und Literatur, 1920 Dr. rer. pol. h.c. (Freiburg im Breisgau), Journalist, Dramaturg, Schriftsteller, seit 1895 Redakteur der liberal-konservativen, protestantisch orientierten Basler Nationalzeitung, 1914–1918 Mitarbeiter von Der Bund (Bern), seine dort erschienenen Artikel »Zur Kriegslage« gingen in sein vierbändiges Hauptwerk »Geschichte des Krieges« ein; nach 1918 freiberuflicher Schriftsteller, deutschnational gesinnt; er begrüßte zunächst das NS-Regime, wandte sich später von ihm ab. Marcel Müller, Stegemann, Hermann, in: Historisches Lexikon der Schweiz. (8.6.2020).

2 Vom 25. Februar 1918. Siehe oben Nr. 287.

herrscht, scheint mir geeignet, dem Frieden zu dienen. Es wird indess im Augenblick, da die Offensive losbricht, hinter krampfhafter Zusammenraffung aller Kräfte zurücktreten und deshalb wird der Neubeginn der Operationen zugleich einen neuen Geisteszustand schaffen, der Friedenserwägungen wieder abträglich ist. Auch dies lässt die Rede Hertlings und die Rede Payers als im richtigen psychologischen Moment erfolgt erscheinen. Erwachsen aus ihnen keine unmittelbaren materiellen Erfolge, d.h. bringen sie uns den Frieden nicht, sondern muss der Endfeldzug trotz allem Platz greifen, so tragen sie doch wesentlich dazu bei, die moralische Position Deutschlands in den Augen der Neutralen zu verbessern, und an sich in einem Masse zu stärken, wie das noch bislang nicht der Fall war. Das wäre ein Erfolg, der sich sogar militärisch definieren lässt, da Gefechtsmoral des Front- und des Heimatheeres dadurch gestärkt würden. Als Neutraler kommt es mir indess hauptsächlich darauf an, festzustellen, dass die neutrale Welt sich erleichtert fühlt und als Schweizer freue ich mich, dass die schweizerische Aussenpolitik dadurch etwas aus ihrer Passivität erlöst wird. Die Reichstags-Sitzung v om 25. Februar hat die schiefe Ebene, auf der die noch neutral gebliebenen Staaten langsam in den Krieg hineinzugleiten drohten – und zwar in Folge der Verteilung der Sympathien und der maritimen Machtmittel nach der Ententeseite hin – wieder aufgerichtet. Auch das muss zur Erleichterung der politischen Weltlage beitragen.

Ich begnüge mich heute mit diesen allgemeinen Bemerkungen und muss weiteres auf mündliche Aussprache ersparen, die recht bald stattfinden sollte, damit der Auftrieb, der in Berlin gegeben wurde, noch ausgenutzt werden kann, ehe die Gegenminen springen.

Mit freundlichen Grüssen
gez. Unterschrift

290

Hilmar von dem Bussche an Richard von Kühlmann
Berlin, 1. März 1918

A.S. 1023.III./4268 (Telegramm in Ziffern, masch. Kop.; PAAA, R 20549, S. 94–95)

Freiherr von Lersner telegraphierte unter No. 410 am 28. v[origen] M[onats]:
Für den Herrn Reichskanzler.
Euerer Exzellenz läßt General Ludendorff telegraphieren:

»General Hell[1] drahtet:

›Graf Czernin hatte mit König Ferdinand 3–4stündiges Gespräch in Racaciuni (südlich Bacau). Er hat dem König unsere Bedingungen wiederholt und betont, daß sie unabänderlich seien und kein Strich breit von ihnen abgewichen werden würde. Der König fand die Bedingungen sehr hart und erklärte bezüglich Dobrudscha, es ließe sich auf Grund Abtretung der alten Dobrudscha verhandeln. Die ganze Dobrudscha könne Rumänien nicht abtreten.[2] Graf Czernin wiederholte, er hätte dem König unabänderliche Bedingungen mitgeteilt. Entweder erkläre der König innerhalb 48 Stunden unsere Bedingungen als Verhandlungsbasis anzunehmen, oder aber die Dinge würden ihren unabänderlichen Lauf nehmen und dieses hieße, daß Rumänien in längstens 4 Wochen zu bestehen aufgehört hätte. Der König versprach bindend, innerhalb 48 Stunden die verlangte Antwort zu geben.‹

Die Verhandlungen haben damit einen erneuten Aufschub erhalten. Ich muß Wert darauf legen, daß der Waffenstillstand, falls der König ablehnt, unverzüglich gekündigt wird, um nach Ablauf der vertragsmäßigen Frist ohne weiteren Zeitverlust mit den Operationen beginnen zu können. E[uere] E[xzellenz] bitte ich, den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes mit entsprechender Weisung zu versehen. Ich habe die verbündeten Obersten Heeresleitungen gebeten, im gleichen Sinne bei ihren Regierungen vorstellig zu werden«.

Ich habe darauf am gleichen Tage unter No. 291 geantwortet:

Nach einer Mitteilung Staatssekretärs von Kühlmann hat sich Kaiser Karl bisher nicht bereit finden lassen neue Operationen der Österreichisch-Ungarischen Armee gegen Rumänien für den Fall der Abweisung unseres Ultimatums zu befehlen.

1 Emil Hell (1864–1931), aus Giegel (Westpreußen), 1885 Sekondeleutnant, bis 1914 Aufstieg zum Oberst, neben Truppendienst Kommandos zum Großen Generalstab, 1914 Chef des Generalstabs des XX. Armeekorps in Ostpreußen, 1915 der 10. Armee, 1916 der Heeresgruppe Linsingen, Dezember 1916 der Heeresgruppe Mackensen, 1918 der Heeresgruppe Herzog Albrecht von Württemberg (Westfront), 1917 Generalmajor, gutes Verhältnis zu Kühlmann, fiel daraufhin in »Ungnade« bei der OHL, 1919 a. D. Kühlmann, Erinnerungen, S. 554 f.

2 Auf die Dobrudscha erhoben Bulgarien und die Türkei Anspruch.

Graf Czernin hoffe, den Kaiser trotzdem zur Änderung seiner Haltung bewegen zu können, brauche dazu aber irgendwelche Möglichkeit, in dem in Wien bevorstehenden Kronrat wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiet für Österreich-Ungarn in Rumänien einige Vorteile aufzeigen zu können.

Wie Staatssekretär weiter mitteilt, hat er sich diesem Wunsch gegenüber, der in den letzten Tagen in immer dringlicherer Form an ihn herangetreten sei, vollständig reserviert verhalten.

Bevor der Herr Reichskanzler Weisung an Staatssekretär von Kühlmann im Sinne der Wünsche des General Ludendorff ergehen läßt, wäre es ihm erwünscht, seitens der O.H.L. darüber unterrichtet zu werden, ob letztere sich der Cooperation der türkischen und der bulgarischen Truppen versichert hat und ob sie zu einem sofortigen Vorgehen gegen die Rumänen auch für den Fall entschlossen ist, daß Österreich-Ungarn sich zu einer Mitwirkung nicht bereit finden lassen sollte.

Hierauf ist eine Antwort der O.H.L. bisher nicht eingegangen. Der Herr Reichskanzler ist mit der eventuellen Kündigung des Waffenstillstandes einverstanden und überläßt Euerer Exzellenz, die Ihnen notwendig erscheinenden Entscheidungen zu treffen.[3]

gez. Freiherr von dem Bussche

3 Gesandter Alfred von Oberndorff hatte dem AA am 28. Februar aus Sofia telegraphiert, die bulgarische Regierung rechne bei Abweisung der deutschen Forderungen mit der Aufnahme der militärischen Operationen und einem Friedensschluss mit der »Bukarester Partei«, wenn die »Jassy Regierung« sich weigere. Ludendorff habe dem bulgarischen Oberbefehlshaber Jekow durch den Militärbevollmächtigen Massow in Sofia mitteilen lassen, »daß nach der Rumänen bewilligten 48stündigen Frist Kündigung Waffenstillstandes und Beginn der Operationen beabsichtigt. Bulgarische Vertreter möchten angewiesen werden, sich Kündigung anzuschließen«. (PAAA, R 20550, S. 106 f.) – Ludendorff übernahm damit Mackensens Vorschlag vom 24. Februar, Rumänien ein Ultimatum jetzt zu stellen, da »in kurzer Zeit die Moldau von russischen Kräften frei sein werde« und nach Meldung General Hoffmanns aus Brest-Litowsk die Wiedereröffnung der Operationen gegen Rumänien die »hiesigen Verhandlungen mit Ukrainern« nicht ernstlich berühren werde. (Ebd., S. 98 f. Siehe unten Nr. 293).- Nikolaus Theodor Jekow (Nikola Todorow Schekow) (1865–1949), geb. in Sliwen, 1887 Leutnant, 1913 Generalmajor, 1915 Kriegsminister, 1915–1918 Oberbefehlshaber der bulgarischen Armee, 1919 a.D.; Ewald von Massow (1869–1942), geb. in Belgard (Pommern), aus Familientradition 1887 Eintritt in das preußische Heer, 1903 Hauptmann, Kommandierungen in Generalstäbe und den Großen Generalstab, 1908–1911 Militärattaché in Bukarest, Belgrad und Sofia, 1911 Major, 1912/13 im bulgarischen Hauptquartier, 1915–1918 Militärattaché in Sofia, danach bei der Gesandtschaft in Wien; Mitglied der Reichsleitung der NSDAP, 1934 SS-Oberführer, 1939 SS-Gruppenführer.

291

Matthias Erzberger an Georg von Hertling
Berlin, 1. März 1918

(masch. Or.; BArch, NlH, Nr. 49, f. 11–12)

Euer Exzellenz

liessen mir in Beantwortung meines Schreibens vom 23. Februar[1] mitteilen, dass Eure Exzellenz »die bewusste Angelegenheit durch eine Besprechung mit den Herren Abgeordneten Gröber und Fehrenbach als für sich erledigt betrachten«.[2] Ich habe nicht verfehlt, mit diesen beiden Herren Rücksprache zu nehmen. Zu meinem Bedauern sehe ich mich jedoch auf Grund der mir gewordenen Mitteilungen nicht in der Lage, mich der Auffassung Euerer Exzellenz anzuschliessen, da die Eindrücke, die die genannten Herren aus ihrer Unterredung mit Euerer Exzellenz gewonnen haben, von einander abweichen. Herr Abg[eordneter] Fehrenbach teilte mir seinen Eindruck dahin mit, dass Euere Exzellenz zugeben, dass ein Missverständnis Ihrerseits vorliege,[3] und dass Sie die Behauptung gegenüber dem Abg[eordneten] Pfeiffer[4], ich hätte Sie bewusst angelogen, nicht mehr aufrecht erhalten würden. Herr Abg[eordneter] Gröber hingegen sagte mir, dass er in einer Besprechung, die er mit Euerer Exzellenz an demselben Tage hatte, nicht den Eindruck gewonnen habe, dass Euere Exzellenz ein Missverständnis auf Ihrer Seite zugeben.

Diese Sachlage macht es mir zur Notwendigkeit, nachstehende Tatsachen nochmals klarzustellen:

1) Ich habe Euerer Exzellenz gegenüber nie die Tatsache meiner Reise nach Wien am 8. und 9. Dezember in Abrede gestellt. Ich habe hierüber vielmehr alsbald nach meiner Rückkehr Euerer Exzellenz eingehenden Bericht erstattet. Auch

1 Darin bezog sich Erzberger auf Äußerungen Trimborns ihm gegenüber, dass Hertling »von drei Seiten« Nachrichten über höchst befremdliche Äußerungen hinterbracht worden seien, die er bei seinem Besuch in Wien am 8.–9. Dezember gegenüber dem Kaiser und der Kaiserin über Hertling und dessen Politik gemacht haben solle. Solche »Redereien und Anschuldigungen« habe er schon im Januar bei einem Besuch Hertlings zurückgewiesen, zumal er die Majestäten in Wien gar nicht getroffen habe. Er wolle nicht länger untersuchen, »warum ausgerechnet ich, der vom ersten Tage Ihrer Hierherberufung an, wie jeder der eingeweihten Kollegen mir bestätigen kann, sich rückhaltlos für Euer Exzellenz eingesetzt und alles getan hat, was zum Ausgleich anfangs bestehender und wie Euer Exzellenz sich erinnern werden, nicht unbeträchtlicher Meinungsverschiedenheiten dienen konnte, Euer Exzellenz gegenüber eine so ablehnende und wenig loyale Stellung einnehmen sollte, wie Euer Exzellenz dies zu meinem Bedauern anzunehmen scheinen«. BArch, NlH, Nr. 49, f. 9–10.

2 Mitteilung durch Karl von Hertling, Reichskanzlei, an Erzberger, Berlin 27. Februar 1918. BArch, Nl Erzberger, Nr. 68, f. 101.

3 Entsprechende eigh. Notiz Erzbergers: BArch, Nl Erzberger, Nr. 68, f. 101.

4 Dr. Maximilian Pfeiffer.

dem Auswärtigen Amt, mit dessen Einverständnis ich diese Reise unternahm, habe ich darüber berichtet. Eine andere Reise nach Wien, als diese, habe ich während der Kanzlerschaft Euerer Exzellenz nicht unternommen.[5]

2) Die Euerer Exzellenz unterbreitete Behauptung, ich hätte in Wien gegenüber Ihren Majestäten dem Kaiser und der Kaiserin abfällige Aeusserungen über Euere Exzellenz und Ihre Politik gemacht, ist eine Unwahrheit. Ich habe die Majestäten bei meiner damaligen Reise nicht gesprochen, und auch nicht anderswo, oder zu anderer Zeit gesehen.
3) Ebenso ist die Behauptung, ich hätte in Wien, oder anderswo gegenüber irgendwem Aeusserungen dahin getan, dass die Kanzlerschaft Euerer Exzellenz nur von kurzer Dauer sein werde, und dass Euere Exzellenz als Katholik mit der Gegnerschaft Seiner Majestät des deutschen Kaisers rechnen müssten, eine Unwahrheit. Nie und nirgends, weder in Wien noch anderswo, habe ich derartige Aeusserungen getan.

Jede Behauptung, die von diesen meinen Feststellungen abweicht, muss ich als freie Erfindung bezeichnen.

Es ist mir gleichermaßen peinlich, wie unerfreulich, auf diese Angelegenheit nochmals zurückkommen zu müssen. Bei der Verschiedenheit der Eindrücke jedoch, die die Herren Fehrenbach und Gröber von der Auffassung Euerer Exzellenz gewonnen zu haben scheinen, muss ich als Mann von Ehre und Gewissen darüber klarsehen, ob Herr Fehrenbach oder Herr Gröber Euere Exzellenz richtig verstanden hat. Angesichts des dargelegten Sachverhalts halte ich mich zu der Annahme berechtigt, dass das erstere der Fall ist.

Mit dem Ausdruck der ausgezeichnetsten Hochachtung habe ich die Ehre, zu sein
Euer Exzellenz ganz ergebener
M. Erzberger
Mitglied des Reichstags

5 Am 4. Dezember schrieb Hertling Erzberger, ihn vor der Reise nach Wien zu seinem aufrichtigen Bedauern wegen Überlastung mit Besprechungen nicht empfangen zu können, und verwies ihn auf Kühlmann, »der ja über alles für Ihre Wiener Beratungen Wesentliche genau orientiert ist«. BArch, Nl Erzberger, Nr. 68, S. 96.

292

Georg von Hertling an Ottokar Czernin
Berlin, 1. März 1918

Zu A 8971 (Telegramm, Konz.[1]; PAAA, R 1389, S. 57)

Euer Excellenz danke ich aufrichtigst für die so freundlichen Worte zu meiner jüngsten Reichstagsrede.[2] Es sollte mich lebhaft freuen, wenn durch meine entgegenkommende Behandlung der Wilsonschen Anregung und meine Betrachtungen zur belgischen Frage ein neuer Baustein zu dem von uns erwünschten Frieden gelegt worden wäre. An meinem guten Willen hierzu wird es nicht fehlen. Das Echo, das meine Rede nach den bis jetzt aus Frankreich, England und Italien vorliegenden Nachrichten gefunden hat, *ist allerdings wenig erfreulich und zeigt, daß unsere Feinde weiterkämpfen wollen*. Vielleicht wird aber unser geschlossenes Auftreten in Rußland und Rumänien und die hierdurch bekundete Entschlossenheit zu festem und bundesfreundlichem Durchkämpfen in nicht zu ferner Zeit den Starrsinn[3] unserer Gegner brechen[4].

R.K.

1 »Eilt!« Sichtvermerke Hertlings und Bussches 28.2.

2 Czernin sandte am 27. Februar herzliche Glückwünsche zu Hertlings Rede vom 25. Februar 1918, die er einen weiteren bedeutsamen Friedensschritt nannte. PAAA, R 1389, S. 53.

- Zusatz Bussches; anstelle dessen steht im Konz.: »erscheint mir nicht freundlich«.

3 Das Wort fehlt in dem wohl diktierten Text und ist von Bergen eingesetzt.

4 Korrektur Bergens für das Wort »beenden« in der Vorlage.

293

Georg von Hertling an Wilhelm II.
Berlin, 1. März 1918

(Telegramm, masch. Kop.[1]; PAAA, R 20550, S. 108 f.)

Euerer Majestät beehre ich mich, alleruntertänigst den Vorschlag zu unterbreiten, an Seine Majestät Kaiser Karl huldvollst ein Telegramm etwa folgenden Inhalts richten zu wollen:

»Wie mir gemeldet wird, haben unsere Generalstabschefs die Kündigung des Waffenstillstands mit Rumänien für den Fall verabredet, daß König Ferdinand und seine Regierung sich nicht für Annahme unserer Bedingungen innerhalb der heute Abend um 7 Uhr ablaufenden Frist entscheiden sollten. Ich begrüße mit lebhafter Genugtuung diesen Beschluß, der die Einigkeit zwischen Unseren Obersten Heeresleitungen erneut dokumentiert und die Gewähr dafür bietet, daß Rumänien durch unser energisches Vorgehen und schnelles Handeln zu einem alsbaldigen Frieden veranlaßt werden wird«.

gez. Hertling.

1 pr. 1. März 1918 p.m.

294

Hilmar von dem Bussche an Johann Heinrich von Bernstorff
Berlin, 2. März 1918

Nr. 322. A 9444. (Telegramm, Konz.; PAAA, R 21422, S. 15–17)

Bei künftigen Friedensverhandlungen mit Westmächten werden diese unzweifelhaft Armenierfrage zur Sprache bringen und versuchen, möglichst weitgehende Autonomie ostanatolischer Vilajets durchzusetzen. Gegenüber solchen Versuchen wird Lage der Türkei günstiger sein, wenn sie schon vor Eintritt in Verhandlungen greifbare Beweise dafür gegeben hat, dass sie entschlossen ist, den christlichen ebenso wie den mohammedanischen Bewohnern dieser Provinzen eine gleichmässige, milde und gerechte Behandlung angedeihen zu lassen und ihnen beim Wiederaufbau des durch die Kriegsereignisse Zerstörten behilflich zu sein.[1]

°Die Wiederbesetzung des Gebiets° vollzieht sich unerwartet schnell. Nach Telegramm Nr. 278 (A 8961) ist mit baldiger Einnahme Erzerums zu rechnen. Sobald dies geschehen, dürfte Zeit gekommen sein, um die Armenier, die noch die Waffen tragen, zu freiwilliger Unterwerfung aufzufordern und ihnen für diesen Fall Straflosigkeit und freie Rückkehr in ihre Wohnsitze zu gewähren. Abgesehen davon, dass auf diese Weise weitere vielleicht schwierige Kämpfe vermieden würden, kann nur so der Anfang dazu gemacht werden, dortige Armenier, die unentbehrliches und wertvolles Bevölkerungselement dieser Provinzen darstellen, wieder zu loyalen Untertanen der Türkei zu erziehen. Weiter müssten die geplanten finanziellen Beihilfen zum Wiederaufbau der Dörfer und zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung der Vilajets gleichmässig Christen und Mohammedanern zugute kommen. Auch würde sich empfehlen, die Rückführung der ins Innere des Reichs verbannten armenischen Bewohner in Aussicht zu nehmen.

Ausserdem würde es die Stimmung weiter und einflussreicher Kreise günstig beeinflussen, wenn die Türkische Regierung den deutschen Missionsanstalten, die früher unter den Armeniern gewirkt haben, gestatten wollte, Vertreter an Ort und Stelle zu entsenden, um unter der Bevölkerung, ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses, Wohltätigkeit zu üben.

Fast ebenso wichtig wie Behandlung der Armenier ist die der Griechen. Bei jetziger Lage besteht kein Grund mehr, die weggeführte griechische Bevölkerung der Küstendistrikte des Schwarzen Meeres von dort fernzuhalten. Ihre baldige Zurückführung würde einzuleiten sein.

---

1 Fortführung ähnlicher früherer Anweisungen zur Armenierfrage (die Bussche jetzt auf die Friedensplanung bezog): Rosenberg, Korrespondenzen, S. 36–50; vgl. W. Becker, Rosenberg, S. 20–26.

°-° Korrektur im Konz. für: »Das Vorrücken der türkischen Truppen«.

Euer Exzellenz bitte ich, in Ihren Besprechungen mit dem Grosswesir[2], mit dem Minister des Äussern[3] und auch Enver Pascha[4] diesen Gedankengang zu entwickeln und über die Aufnahme Ihrer Vorstellungen zu berichten.

st[ellvertretender] St.S.
B[ussche] 2/3

2 Mehmed Talât Pascha (1874–1921), geb. in Kardschali (Provinz Edirne), im Postdienst tätig, 1903 Hauptsekretär, 1908 Mitglied des Parlaments, 1909–1911 Innenminister, 1912 Postminister, 1913 Organisator des Überfalls der jungtürkischen Bewegung auf die Hohe Pforte, Februar 1917–November 1918 Großwesir, Flucht nach Berlin, dort als verantwortlich für den Völkermord an den Armeniern von einem armenischen Kommando erschossen. Hans-Jürgen Kornrumpf, Talât Pascha, Mehmed, in: Biographisches Lexikon Südosteuropas, Bd. 4, 1981, S. 268–269 (Online) (4.1.2019).

3 Ahmed Nesimi Bey, Februar 1917–September 1918 türkischer Außenminister.

4 Enver Pascha (1881–1922), geb. in Istanbul, Besuch der Kriegsschule, 1902 Hauptmann, verschiedene Kommandos, 1908 beteiligt an der jungtürkischen Revolution, 1913 am Überfall auf die Hohe Pforte, der die jungtürkische Herrschaft einleitete, 1914 Kriegsminister, Generalmajor, stellvertretender Oberbefehlshaber der türkischen Streitkräfte, November 1918 Flucht nach Berlin, Tod im Kampf gegen die Rote Armee in Tadschikistan. Hans-Jürgen Kornrumpf, Enver Pascha, in: Biographisches Lexikon Südosteuropas, Bd. 1, 1974, S. 462–464 (Online) (4.1.2019).

295

Georg von Hertling an Eugenio Pacelli
Berlin, 3. März 1918

Der Reichskanzler. (eigh. Konz.; BArch, NlH, Nr. 51, f. 15)

S[ehr] g[eehrter] H. N[untius]

E[uer] E[xzellenz] hatten die Güte, unterm 21. v[origen] M[onats] an Herrn von Bergen zu schreiben und die Antwort des Herrn Kardinal-Staatssekretärs mitzuteilen bezüglich des im Matin veröffentlichten Berichts des Herrn Eduard Marchand[1] über eine ihm von S[eine]r Heiligkeit dem Papste gewährte Unterredung.[2] Ich ersehe daraus zu meiner Freude, daß ich recht hatte, als ich die Zuverlässigkeit jenes Berichts bezweifelte. Ich hielt es für ganz ausgeschlossen, daß S[eine] H[eiligkeit] sich so, wie dort behauptet worden war, über das Eingreifen Amerika's in den Krieg geäußert haben sollte. Großen Wert aber würde ich darauf legen, daß die Unzuverlässigkeit des Marchand'schen [!] Berichts der Öffentlichkeit in einer solchen Weise erklärt würde, daß daß dadurch jedes Mißverständnis über die Haltung des h. Stuhles beseitigt wäre. Nach den Kundgebungen aus Anlaß der Einnahme von Jerusalem durch die Engländer hat nichts so ungünstig in deutschen Kreisen gewirkt, wie das angebliche Interview des Herrn Marchand [!]. E[uer] E[xzellenz] wissen, wie ernsthaft ich bestrebt bin, die von dem h. Stuhle trotz der überaus schwierigen Lage, in der [er] sich befindet, bewahrte untadelige Haltung zu vertreten. Durch eine Dementierung der vom Matin gebrachten Mitteilung würden meine Bemühungen eine erwünschte

1 Gemeint: Marshall.

2 Es handelte sich um Äußerungen Benedikts gegenüber dem Spezialkorrespondenten der Zeitung Sun (New York), Edward Marshall, deren Hauptpunkte die Sun der großen französischen Tageszeitung Le Matin vorab mitteilte. Der Papst habe geäußert, er glaube an die idealen und humanitären Regungen der menschlichen Seele, die sich demnächst nicht mehr auf den Krieg, sondern den Frieden richten sollten. Gefragt, wie er den Eintritt der USA in den Krieg beurteile, habe er geantwortet, die Teilnahme Amerikas könne die Gewinnung eines Friedens erleichtern, wie er ihn immer als wünschenswert bezeichnet habe und der allen Völkern der Welt ein Gefühl völliger Sicherheit gewährleisten könne. Benoît parle de la paix, Le Matin, Nr. 12395 v. 3. Februar 1918, S. 3. Gallica.BnF.fr (Online) (09.01.2018). – Le Matin hielt dem Papst und dessen Friedensinitiativen sonst Parteinahme für die Mittelmächte und besonders für Österreich-Ungarn vor.

Verstärkung erhalten.[3]

Die Anliegen des Herrn Kardinal-Staatssekretärs, darunter vor allem dasjenige, von welchem der Brief handelte, den E[uer] E[xzellenz] mir zu übersenden die Güte hatten,[4] habe ich nicht verfehlt, der maßgebenden Stelle zu überreichen und zu bemerken, daß ich persönlich großen Wert darauf legen würde, wenn den Wünschen S[eine]r Eminenz Erfüllung zuteil werden könnte. Was die in Rußland internierten Polen betrifft,[5] so nehme ich an, daß der heute abgeschlossene Friede mit Rußland die Rückkehr derselben in ihre Heimat zur Folge haben wird, ich will aber der Sache noch weiter nachgehen.

Mit der Versicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung bin ich

E[uer] E[xzellenz]
ganz ergebener
H

3 Einen Beschwerdebrief Hertlings bezüglich der Neutralität des Hl. Stuhls vom 19. Februar 1918 leitete der Erzbischof von Köln, Felix Kardinal von Hartmann, ohne Verzug Gasparri weiter. Hartmann übermittelte das lange Antwortschreiben des Kardinalstaatssekretärs vom 23. März am 4. April 1918 an Hertling. Gasparri verurteilte grundsätzlich das Bombardement offener Städte. Beim Empfang Marshalls habe es sich nur um »una brevissima Udienza Pontificia« gehandelt. Der Zeitungsbericht erfasse nicht den eigentlichen Sinn der Rede des Hl. Vaters und die englische Übersetzung lasse sinnentstellend Worte aus. Der Papst habe allgemein gesprochen und getreu seiner unparteiischen Haltung gegenüber allen Kriegführenden den Kriegseintritt Amerikas weder missbilligt noch befürwortet. Eine öffentliche Richtigstellung mit den dadurch zu erwartenden Polemiken lehnte er aber mit Blick auf die neuen Entwicklungen seit der Audienz im Dezember 1917 ab. Die deutsche Regierung könne aber von der päpstlichen Erklärung öffentlich Gebrauch machen. (BArch, NlH, Nr. 41, f. 3–6). Ebenso: Gasparri an Pacelli, Vatikan 20. Februar 1918. ›Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917–1929)‹, Dokument Nr. 1240, URL: www.pacelli-edition.de/Dokument/1240 (23.2.2020).

4 Wahrscheinlich gemeint: Pacelli an Hertling, Monaco 27. Februar 1918. Laut beiliegender Kop. eines Briefs Gasparris vom 20. Februar wünschte dieser, ihm »die Sendung von Paketen und Geld an die in Deutschland internierten kriegsgefangenen Italiener« möglich zu machen. Pacelli erwartete eine baldige »tröstliche Antwort an den Heiligen Stuhl«. AEM, NlH.

5 Pacelli meldete Hertling (Monaco, 27. Februar 1918), »dass Monsignore Ropp dem Heiligen Vater ein erschütterndes Telegramm der in Russland internierten Polen hat zukommen lassen, die, vor Hunger sterbend, ihn um seine Dazwischenkunft anflehen, ihnen doch die Rückkehr in die Heimat zu ermöglichen«. AEM, NlH.

296

Georg von Hertling an Matthias Erzberger
Berlin, 4. März 1918

Der Reichskanzler. (masch. Or.[1]; BArch, Nl Erzberger, Nr. 68, f. 105–106)

Euer Hochwohlgeboren!

Durch meine Aussprache mit den Herren Fehrenbach und Gröber, hatte ich meinerseits die Angelegenheit für erledigt gehalten, Ihr Schreiben vom 1. März veranlasst mich jedoch, nochmals darauf zurück zu kommen. Ich erinnere zunächst an den Hergang. Sie kamen zu mir, aus eigener Initiative, um mich über das auch Ihnen bekannt gewordene Gerücht aufzuklären, dass Sie bei einem Aufenthalte in Wien sich ungünstig über meine hiesige Stellung geäussert hätten. Ich bemerkte sofort, dass ich der Sache keine Bedeutung beigelegt hätte, da sich die Ihnen zugeschriebenen Äusserungen sehr wohl in einem Sinne deuten liessen, die denselben eine gegen mich gerichtete unfreundliche Spitze nähme. Ihre sogleich mit grosser Lebhaftigkeit einsetzende Erwiederung [!] verstand ich dahin, dass Sie – wie ich annehmen musste, zu der betreffenden Zeit – gar nicht in Wien gewesen seien, worauf ich mit ebenso grosser Lebhaftigkeit und aufrichtiger Befriedigung erklärte, damit sei die Sache vollständig erledigt. Diese meine Auffassung habe ich unmittelbar danach den Herrn meiner Umgebung mitgeteilt, und auch den Persönlichkeiten, die von jenem Gerüchte gesprochen hatten, übermitteln lassen. Selbstverständlich konnte es sich für mich nicht um einen Aufenthalt in Wien handeln, über den Sie mir berichtet hatten, ich nahm an, dass es sich um eine nochmalige Reise dorthin gehandelt habe, und ging in meiner Befriedigung über die Erledigung der Sache meinerseits hierauf nicht näher ein. Selbstverständlich ist ebenso, dass der Besuch, in dem Sie mir von Ihrem Aufenthalte in Wien erzählten, ein anderer war, als der, den Sie mir zum Zwecke der Aufklärung über die Ihnen zugeschriebene Äusserung machten. Denn wenn ich auch möglicher Weise den Wortlaut Ihrer Äusserungen falsch verstanden haben konnte, und während Sie etwa sagten, Sie seien gar nicht »an Hof« gewesen, ich verstand, Sie seien gar nicht »dort« gewesen, so hätte doch dieses Missverständnis gar nicht aufkommen können, oder wäre sofort beseitigt worden, wenn Sie mir bei dem gleichen Besuche von Ihrem Aufenthalte in Wien erzählt hätten. Ich aber hatte, wie gesagt, durchaus den Eindruck gewonnen, dass ein solcher Aufenthalt zu der Zeit, in welche jene abfälligen Äusserungen verlegt wurden, gar nicht stattgefunden habe. Meine Überraschung, als mir das Gegenteil unzweideutig nachgewiesen wurde, können Sie sich denken. Wenn also ein Missverständniss untergelaufen ist, so muss ich feststellen, dass das Missverständniss ein doppelseitiges, und Ihnen meine Auffassung

1 Beruhend auf eigh. Konz. Hertlings: BArch, NlH, Nr. 41, f. 67.

Ihrer Worte entgangen war, eine Auffassung, die ich wie gesagt, unmittelbar nach Ihrem Besuch meiner Umgebung mitgeteilt habe.[2]

Hochachtungsvoll
ergebenst
Hertling

2 Am 5. März 1918 dankte Erzberger Hertling »mit aufrichtiger Befriedigung« für dessen aufklärendes Schreiben vom 4. März, das ihn davon überzeugt habe, dass ein Missverständnis vorlag. BArch, NlH, Nr. 49, f. 13.

297

Georg von Hertling an Wilhelm II.
Berlin, 5. März 1918

Rk 16804 K.J. (eigh. Konz. Radowitz';[1] BArch, R 43/2403f, f. 94–95)

Eu. Majestät bitte ich alleruntertänigst auf diesem Wege die schon telegraphisch ausgesprochenen Glückwünsche[2] zu dem Friedensschluß mit Groß Rußland wiederholen zu dürfen. Die Nachrichten die aus Bukarest kommen, lassen auch dort einen baldigen Abschluß der Verhandlungen erwarten. Wir haben damit einen Abschnitt in der Geschichte des Weltkrieges erreicht, dessen wir uns zu freuen vollen und berechtigten Anlaß haben. Aber die rasche Entwicklung der Dinge legt uns die Pflicht auf, nunmehr ungesäumt an die Lösung der Fragen heranzugehen, die im Osten noch der Erledigung bedürfen. Die polnischen Angelegenheiten stehen hierbei in erster Linie, umsomehr als sie mit unserer Stellung und dem Verhältnis zu der verbündeten Donaumonarchie zusammenhängen. Daneben harren die mit den von uns befreiten Ostseegebieten verknüpften wichtigen politischen und wirtschaftlichen Fragen der Entscheidung. Für die Zukunft Littauens und des Baltikums müssen die Grundlagen jetzt festgesetzt werden. Auch Fragen der inneren Politik bedürfen der Erörterung mit Eu. Majestät. Ich würde daher Eu. Majestät gern gebeten haben mich zum Vortrag in Homburg erneut zu empfangen, wenn nicht die notwendige Beteiligung der einzelnen Ressortchefs an den Beratungen über die vielfach sehr komplizierten Materien den dringenden Wunsch in mir hätten reifen lassen, Eu. Majestät möchten geruhen die erforderlichen Vorträge in Berlin entgegenzunehmen. Bestärkt werde ich in diesem Wunsch durch die Erwägung daß es für die Erhaltung der zur Zeit durch die Abschlüsse im Osten gehobenen Stimmung des Volkes gut wäre, wenn Eu. Majestät die Gnade hätten wieder einen Aufenthalt in Allerhöchstderen Hauptstadt zu nehmen und somit der Bevölkerung Gelegenheit zu geben den erhabenen Monarchen zu begrüßen, dem sie den ersten Schritt zu dem ersehnten Frieden verdanken.

Unter diesen Umständen wage ich es Eu. M. alleruntertänigst zu bitten, im Laufe der nächsten Tage nach Berlin zu kommen und sich vor der Rückkehr zu dem kämpfenden Heer eine kurze Zeit hier aufzuhalten.

[a]In unwandelbarer Treue und ehrfurchtsvoller Verehrung bitte ich verbleiben zu dürfen

Euer Majestät
alleruntertänigster[a]
N[ame] d[es] H[err ichskanzlers]

1 Mit Vermerk: »Privatbrief des Herrn Rk an S.M. Quart mit Kopf«. Paraphen Hertlings und Radowitz' 5/3 18.

2 Mit Rk. 16779 K.J.

a-a Vom Rk »m[anu] p[ropria]« zu schreiben.

298

Oscar von der Lancken an Ernst Langwerth von Simmern
Brüssel, 5. März 1918

Politische Abt. bei dem Generalgouverneur in Belgien (masch. Or.[1]; PAAA, R 21570, S. 17–19)

Persönlich u. vertraulich.
Lieber Langwerth!

Herr von Keller[2] wird Ihnen des Näheren die Gründe darlegen, aus denen ich es für dringend erwünscht halte, dass sich die Reichsleitung hier an Ort und Stelle über die verfahrene Situation informiert, um dann bestimmen zu können, welche Politik weiter getrieben werden soll.

Ich benutze die Gelegenheit der Rückreise des Herrn von Keller, um Ihnen eiligst noch ein Wort über die Wirkung der Reichskanzlerrede[3] zu senden. Der Passus über Belgien und die an die »belgische« Regierung gerichtete Aufforderung hat natürlich die rabiaten Flamen, die am liebsten morgen den König Albert absetzten und in effigie auf der Grand' Place verbrennen möchten, sehr verschnupft. Wir sollten aber darauf weiter keine grossen Rücksichten nehmen und uns nicht etwa zu sozusagen entschuldigenden Erklärungen ihnen gegenüber herbeilassen. Das würde der ohnehin schon sehr ernsten Protestbewegung im Lande eine neue Stärkung geben. Diejenigen belgischen Kreise, die wir für die positive Zukunftsarbeit brauchen – einschließlich mancher passivistischer Flamen – sind über die Aeusserungen des Kanzlers höchst befriedigt. Wenn es mir schliesslich doch gelingen sollte, den recht unangenehmen Justizstreik[4] wieder einzurenken, so würde dies zu nicht geringem

1 Mehrere Sichtvermerke, u.a.: »Die Reise wird in der Woche nach Ostern stattf[inden]«; »w[ieder] vorgelegt, Zentralbüro 8/4«. Lange handschr. Notiz [Langwerths] v. 6. März auf dem Or.: v. Keller habe von großer Sorge Lanckens berichtet. »Das Generalgouvernment wirft sich immer mehr auf den Gedanken, daß es der Reichsleitung gegenüber selbständig und ausschließlich vom Kaiser Befehle zu empfangen habe. In der Campine-Sache sei wieder etwas im Werk«. PAAA, R 21570, S. 19 f.

2 Friedrich (1906 von) Keller (1873–1960), geb. in München, 1895 nach Jurastudium im bayerischen Justiz- und Verwaltungsdienst, 1896 Dr. jur., 1899 Eintritt in den Auswärtigen Dienst, 1901 Vizekonsul, zeitweise kommissarischer Leiter der Vertretungen in Kairo, Kapstadt und Kalkutta, 1908 in der Rechtsabteilung des AA, 1915 Militärdienst (1918 Charakter als Major), 1916 Leiter der Passstelle Wien, zurück im AA, Geheimer Legationsrat, 1920 Gesandter in Belgrad, 1924 in Brüssel, 1928 in Buenos Aires, 1932 z.D., Januar–Oktober 1933 deutscher Vertreter beim Völkerbund, 1934 Sondermissionen, 1935–1938 Botschafter in Ankara, danach a. D.

3 Vom 25. Februar 1918.

4 Aufgrund eines auf Anweisung der belgischen Exilregierung erfolgten Beschlusses des Brüsseler Appellhofs wurden am 8. Februar zwei Mitglieder des Rates von Flandern verhaftet. Auf die sofort verfügte Freilassung der Verhafteten und die Amtsenthebung bzw. Verschleppung der beteiligten

Teil dem kalmierenden Einfluss der Kanzlerworte zu verdanken sein. Meine Freunde sagten mir, es wäre im ersten Augenblick nach dem Bekanntwerden der Rede bereits der Gedanke erwogen worden, ob nicht prominente Belgier um Pässe nach Holland bitten sollten, um von dort aus auf die Regierung im Hâvre zu drücken, damit sie die Alliierten in friedensförderndem Sinne bearbeite. Der Gedanke ist dann wieder fallen gelassen worden, da man solche Versuche gegenwärtig doch für ziemlich zwecklos erkannte und da auch die bekannte Hymann'sche[5] Erklärung über die Solidarität Belgiens mit den andern Alliierten erfolgte.[6]

In dieser Hinsicht möchte ich noch hinzufügen, dass mir Villalobar[7] wie auch Coppé[8], und zwar völlig unabhängig von einander, die Besorgnis äusserten, unsere Invitation an die belgische Regierung werde die Franzosen und auch vielleicht die Engländer dazu bringen, de bonne oder de mauvaise foi zu sagen, wir hätten durch die besondere Behandlung Belgiens wiederum wie schon wiederholt eine fissure in der Entente hervorrufen wollen. Ich erwähne dies zu entsprechender Berücksichtigung für den Fall, dass sich derartige Friedensgespräche fortspinnen.

Richter reagierte der Kassationshof mit einem am 11. Februar mehrheitlich beschlossenen Richterstreik. Schulthess 59, NF 34 (1918/II), S. 343–345.

5 Paul Hymans (1865–1941), geb. in Ixelles (Belgien), evangelisch, 1885 Dr. jur. (Brüssel), Parlamentsbibliothekar, Anwalt, Publizist, 1897–1914 Dozent an der Freien Universität Brüssel, Parlamentarismus-Studien, 1900–1941 Mitglied der Abgeordnetenkammer (Liberale Partij), befasst mit den Kolonien, Wahlrechts- , Militär- und Schulreform, 1914 in der belgischen Deputation an Präsident Wilson, 1915–1916/17 Gesandter in London, 1917–1918 Wirtschaftsminister, Anfang 1918–1920, 1924–1925, 1927–1935 Außenminister, 1919–1920 Vertreter Belgiens auf der Friedenskonferenz von Versailles, 1920 Mitglied der belgischen Akademie der Wissenschaften und Künste, 1920–1921, 1932–1933 Präsident der Versammlung des Völkerbunds, 1926–1927 Justizminister, 1935–1936 Minister ohne Portefeuille, 1927–1931 Premierminister. Robert Fenaux, Hymans (Paul), in: Biographie nationale, Bd. 29, Supplement-Bd. 1, Brüssel 1956, S. 712–718; Palo, S. 239.

6 Kundgebung der belgischen Regierung v. 15. Februar 1918: Ermutigung des Widerstands gegen den Rat von Flandern und »den verbrecherischen Plan einer Zerstückelung des Landes«. Schulthess 59, 34 (1918/II), S. 344 f.

7 Rodrigo de Saavedra y Vinent, Marqués de Villalobar (1864–1926), geb. in Madrid, 1886 Eintritt in den Auswärtigen Dienst, ab 1891 Stationen in Washington, Paris und London, 1909 Gesandter in Washington, 1910 in Lissabon, 1913–1926 in Brüssel, in Gunst bei König Alfons XIII., schwer körperbehindert, 1916–1917 Versuche der Friedensvermittlung, 1914–1918 humanitärer Einsatz für die belgische Bevölkerung. Lozano.

8 Evence II (1911 baron) Coppée (1851–1925), geb. in Haine-Saint-Paul (Hennegau), bis 1872 Bergbau- und Ingenieurstudium in Löwen, Unternehmer und technischer Entwickler der Kohleförderung, Koksproduktion und Verhüttung; 1914 Inhaber einer Kommanditgesellschaft mit 20 Millionen Francs Kapital, 1914 förderte er drei Viertel der belgischen Koksproduktion; Betriebe auch in Nordfrankreich, England und Russland; Präsident der Fédération des Associations Charbonnières. Von April 1916 bis Juni 1917 reiste er dreimal zur belgischen Exilregierung, um ihr Friedensabsichten der deutschen Regierung nahezubringen. Er traf sich am 1. September 1917 mit Briand und Broqueville in Paris; ein am 22. September vorgesehenes Treffen zwischen ihm, Briand und Lancken kam wegen der Absage Briands nicht zustande. Anfang 1918 sondierte er in London. 1920–1934 wurde gegen ihn und seinen Sohn (Evence III) ein Prozess wegen Kollaboration geführt. Léon Dubois, Coppée (Evence-Narcisse-Joseph), in: Biographie nationale, Bd. 44, Supplement-Bd. 16, Brüssel 1985, Sp. 306–322.

Die Demonstration in der Sorbonne[9] finden Coppé und meine Freundin[10] höchst bedauerlich. Beide bezeichneten das Gerede Clémenceaus und namentlich Pichons[11] als einen Beweis dafür, dass zur Aufrechterhaltung der Kriegsstimmung in Frankreich die stärksten Mittel notwendig seien.

In großer Eile, aufrichtigst
Ihr
Lancken.

9 Von großen französischen Vereinen veranstaltete Kundgebung für die Union sacrée am 9. Februar, an der alle Minister teilnahmen. Sie schwor, die Waffen nicht niederzulegen, bis Belgien, Serbien und Rumänien befreit, Frankreich die ihm 1870 und 1914 entrissenen Gebiete zurückgegeben und das Attentat Deutschlands auf die Freiheit bestraft sein würden. Schulthess 59, NF 34 (1918/II), S. 247.

10 Pauline Comtesse de Mérode, geb. Comtesse de La Rochefoucauld (1859–1928), Witwe des belgischen Senators und Großhofmeisters der belgischen Königin (geb. Erzherzogin von Österreich) Marie Henriette (1836–1902), Werner Comte de Mérode (1855–1914). Sie kannte Lancken seit dessen Jugend und bemühte sich um die Vermittlung von Kontakten zu Belgien und Frankreich. (Vgl. Steglich, Friedensversuche der kriegführenden Mächte, S. XLVII-LIV, 156–160). Nach deren Scheitern im Herbst 1917 sah sie Frankreich von einer »Kriegspsychose« erfasst, die den Verdacht der »Intelligence avec l'ennemi« auf fast jeden erstrecke. Aus Misstrauen gegen Deutschland stehe man allen Friedensfühlern, von der Lancken ausgenommen, zutiefst ablehnend gegenüber. Sie werbe weiter für Vertrauensgrundlagen. Romberg an Hertling, Bern 22. November 1917. PAAA, R 20498, S. 253.

11 Stephen-Jean Pichon (1857–1933), geb. in Arnay-le-Duc, Journalist, 1883 Stadrat in Paris, 1885–1893 Mitglied der Abgeordnetenkammer (Radikalrepublikaner), in diplomatischen Diensten, 1909–1911, 1913, November 1917–Januar 1920 Außenminister, 1920–1924 Senator. https://www.senat.fr/senateur–3eme-republique/pichon_stephen (15.12.2018).

299

Gottfried von Böhm an Otto von Dandl
Bern, 7. März 1918

(Bayerische Gesandtschaft) Nr. 166 (masch. Kop.; PAAA, R 20429, S. 111–113)

Geheim!

D.A.M.[1] hat mir diesen Morgen die gehorsamst angefügte Aufzeichnung mit dem Ersuchen übergeben, bei Euerer Exzellenz eine tunlichst baldige telegraphische Entscheidung auf den Schlußsatz zu erbitten und dahin zu wirken, daß die Sache durchaus geheim bleibe.

Er glaubt, es sei von Wert, daß wir den Schein vermeiden, einer Möglichkeit, den Frieden herbeizuführen, widerstrebt zu haben.

Wenn ich aber meine persönliche Ansicht äußern darf, so liegt in dem eingebrachten Vorschlag des Herrn Herron eine solche Möglichkeit nicht. Es gibt wohl überhaupt kein größeres Hindernis des Friedens als den sogenannten pacte de Londres[2], und keinen anderen Weg aus der gegenwärtigen Lage herauszukommen, als den eingeschlagenen der Separatfrieden.

Die Zentralmächte dürften darum kaum den höchst unpraktischen, ja unrealisierbaren Gedanken des Herrn Herron billigen, »aus dem gemeinsamen Einverständnis aller Kriegführenden einen Gesamtfrieden bilden zu wollen«.

Ein solches gemeinsames Einverständnis ist – von einigen späteren Vereinbarungen abgesehen – weder möglich, noch nötig.

Ein darauf gerichteter Versuch würde nur die bestehenden Gegensätze klarer hervortreten lassen und den Krieg verlängern, selbst wenn sein Zweck nicht darauf abzielte, die Zentralmächte um die erlangten Vorteile zu bringen und Zeit zur Beteiligung Amerikas zu gewinnen.

Zugestanden kann aber vielleicht werden, daß der Separatfriede im Osten noch nicht in allen seinen einzelnen Teilen vollendete Tatsache geworden ist.

Der K. Ministerresident:
gez. v. Böhm.[3]

---

1 Dr. Adolf Müller.

2 Londoner Geheimvertrag vom 26. April 1915 zwischen Italien, Großbritannien, Frankreich und Russland, auf den am 23. Mai die Kriegserklärung Italiens an Österreich-Ungarn erfolgte. Er enthielt militärische Absprachen und versprach Italien erhebliche Gebietsgewinne, u.a. Südtirol und Trentino, Triest, Mittel- und Norddalmatien.

3 Gottfried (1900 Ritter von) Böhm (1845–1926), geb. in Nördlingen, Jurastudium, 1871–1878 Praktikant an bayerischen Bezirksämtern nach vergeblichem Versuch, in den Konsulatsdienst des Reiches zu gelangen, 1878 Akzessist bei der Regierung von Oberbayern, 1880 Bezirksamtsassessor,

Anlage: Denkschrift[4]

Professor Herron aus Genf, ein auf der hiesigen amerikanischen Botschaft höchst angesehener, amerikanischer Staatsangehöriger, teilte mir mit, daß seines persönlichen Erachtens, Präsident Wilson gut tun würde, indem er in allgemeine Friedensverhandlungen mit den Zentralmächten eintreten und seine Bundesgenossen zu einem ähnlichen Verfahren veranlassen würde und zwar auf der Grundlage der vom Präsidenten vorgeschlagenen und vom Grafen Hertling angenommenen vier Hauptprinzipien.[5]

Professor Herron meinte jedoch, dieser Gedanke werde für die Entente nur annehmbar sein, falls die Zentralmächte genehmigen, daß der kommende Friede nicht aus einer Anzahl von Separatfrieden zusammengesetzt sei, sondern daß er einen, aus gemeinsamem Einverständnis aller Kriegführenden entstandenen Gesamtfrieden bilde.

Falls die Zentralmächte sich zur Annahme dieses Grundgesetzes bereit erklärten, würden also auch die eben getroffenen Abkommen mit Rußland der Möglichkeit einer Revision ausgesetzt sein und würde die künftige Regelung bezüglich der russischen Völker, einen Teil des von der allgemeinen Friedenskonferenz aufzusetzenden Friedensvertrages bilden müssen.

Wenn eine neutrale Regierung imstande wäre festzustellen, daß Deutschland und seine Bundesgenossen im gegenwärtigen Moment zu einer allgemeinen Friedenskonferenz im obigen Sinn bereit wären, so würde Präsident Wilson, nach

---

Eintritt ins bayerische Außenministerium, 1883 Legationssekretär, 1887 Legationsrat, 1892 Geheimer Legationsrat, 1898 Ministerialrat, Vorstand des Geheimen Haus- und Staatsarchivs, 1907–1919 Ministerresident in Bern und Staatsrat im a.o. Dienst, 1909 Prädikat Exzellenz, 1919 a.D. Schärl, S. 311.

4 Verfasst von dem holländischen Pazifisten Jong van Beek en Donk nach einem Gespräch mit Herron. Ministerpräsident Dandl leitete Brief und Denkschrift am 9. März an die bayerische Gesandtschaft in Berlin weiter, »um Stellungnahme der Reichsleitung herbeizuführen«. (PAAA, R 20429, S. 110). Hertling wurde mit Telegr. Rombergs v. 9. März 1918 ebenfalls über Herrons Äußerungen unterrichtet. Die von Romberg übersandte Anlage ist mit der von Böhm an Dandl übermittelten identisch. Sie war Romberg mit der Bitte um Beachtung von dem Münchner Journalisten Adolf Müller übergeben worden. Auch Romberg hielt für bedenklich, darauf einzugehen, ebenso Müller, der mutmaßte, »dass es sich darum handelt uns eine Falle zu stellen und uns darauf festzulegen, dass die Regelung der Verhältnisse im Osten noch nicht als vollendete Tatsache zu betrachten sei«. Van Beek en Donk habe auch »mit österreichischen Kreisen« Verbindung gesucht. (Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 15–17; vgl. Korol, S. 344–346.). Nach Lerchenfelds Bericht v. 31. März an Dandl lehnte Hertling Herrons Vorschlag und die »Revision der bisher geschlossenen Friedensverträge« ab. Dies teilte Dandl am 6. April Böhm mit. (Schwabe, Geheimdiplomatie, S. 17). – Benjamin De Jong van Beek en Donk (1881–1948), geb. in Gorinchem, aus niederländischer Patrizierfamilie, Journalist, Buchautor (Geschichte der Friedensbewegung), Mitglied der 1915 im Haag zusammentretenden Vereinigung für einen dauernden Frieden und 1914 Mitgründer des Nederlandsche Anti-Orloog-Raad, der 1918 eine Eingabe auch an Hertling richtete.

5 Siehe oben Nr. 287 und unten Nr. 301.

der Meinung Professor Herrons eine von neutraler Seite gemachte Einladung zu allgemeinen Besprechungen sympathisch begrüßen.

Ich fühle mich auf Grund gewisser, bei mir eingegangener Berichte zu der Erklärung veranlaßt, daß die niederländische Regierung bereit sein würde die in dieser Angelegenheit erforderlichen Schritte zu unternehmen.

Professor Herron hat sich bereit erklärt den Präsidenten Wilson zu fragen, ob dieser seine persönliche Anschauung in der Tat teilt.

Es bliebe nun das folgende zu fragen übrig:

Würde die deutsche Regierung sich, im Einverständnis mit ihren Bundesgenossen zu allgemeinen Besprechungen im obigen Sinn bereit erklären, wenn die niederländische Regierung ihr die Versicherung geben könnte, daß Präsident Wilson, auf Einladung der niederländischen Regierung zu allgemeinen Friedensbesprechungen bereit wäre, vorausgesetzt daß die Zentralmächte den Separatfrieden im Osten nicht als eine vollendete Tatsache betrachten?

300

Hilmar von dem Bussche an Richard von Kühlmann
Berlin, 7. März 1918

Nr. 98 (Telegramm in Ziffern, PAAA, R 21570, S. 25)

Auf Telegramm 68.
Durch Herrn v. Hoesch[1] zu entziffern.

Habe sofort Euer Exzellenz Telegramm dem Herrn Reichskanzler vorgetragen.[2] Reichskanzler meint, daß der Schritt Törrings, da er dem belgischen Gesandten[3] nur von sich aus einen Rat für seinen Königlichen Schwager geben will, uns in keiner Weise bindet und daher unbedenklich ist,[4] zumal Euere Exzellenz sich seinerzeit

1 Leopold von Hoesch (1881–1936), geb. in Dresden, nach Studium Eintritt in den sächsischen Justizdienst, 1907 Dr. jur., Eintritt ins AA, 1909 Attaché in Paris, 1910 Zweiter Sekretär in Madrid, 1912–1914 in London, 1914–1915 Militärdienst (Oberleutnant d. R.), 1915 Abordnung nach Sofia, 1916 nach Konstantinopel, 1917 in der Abteilung I A (Politik), 1918 Charakter als Legationsrat, kommissarischer Leiter der Gesandtschaft in Kristiana, 1919 Geschäftsträger in Madrid, 1924 Botschafter in Paris, 1932–1936 in London, »eine für den diplomatischen Dienst ungewöhnlich befähigte Persönlichkeit«. Kühlmann, Erinnerungen, S. 520.

2 Tel. 68. Kühlmann an Bussche, Bukarest 6. März 1918. Er fürchte, Konzessionen zu machen, die wir »bei späteren Verhandlungen mit den Ententemächten vielleicht erfolgreich in die Wagschale legen könnten«, etwa für die Rückgabe der deutschen Kolonien. Der Nutzen der Konzessionen sei auch zweifelhaft, da Belgien »kaum in der Lage sein dürfte, frei über sich zu verfügen«. Diese Bedenken seien dem Reichskanzler umgehend vorzutragen. (PAAA, R 21570, S. 22 f.). Tel. 68 war die Antwort auf Tel. Nr. 75, Bussche an Kühlmann, Berlin 5. März 1918 (Reinkonz.): Toerring wolle dem belgischen Gesandten sagen, »daß König nach den Erklärungen des Herrn Reichskanzlers sich sehr im Licht stehe, wenn er nicht versuche anzuknüpfen. Er könne voraussichtlich jetzt gute Bedingungen erlangen, ob das nach den deutschen Waffenerfolgen im Westen, nachdem der Osten ausgeschieden sei, der Fall sein würde, müsse zweifelhaft sein«. Der Reichskanzler sei »einverstanden und der Ansicht, daß Törring's Aktion Euerer Exzellenz bekannte andere Aktion nur unterstützen würde«. Vermerk Bussches: »In verschlossenem Umschlag zu den Akten. Antwort nur mir vorlegen. Zirkuliert nicht«. (Ebd., S. 15). Toerring hatte auch die Einschaltung Wilsons angeregt und bat, Romberg in Bern von seinem Gesprächsversuch Kenntnis zu geben. Ritter, Staatskunst, Bd. 4, S. 250 f., urteilt kontrafaktisch, für den zur Freigabe Belgiens geneigten Staatssekretär sei es »zwecklos« gewesen, Hertling zum Verzicht auf Belgien zu bewegen.

3 Fernand de Peltzer (1869–1937), 1914 Botschaftssekretär in Berlin, 1917–1931 belgischer Gesandter in der Schweiz, 1931–1935 in Brasilien, Träger hoher Orden, evangelischer Konfession. Die Industriellenfamilie Peltzer, »deutschen Ursprungs, aber vollkommen belgisiert«, besaß bei Spa ausgedehnten Besitz und drei Herrenhäuser. K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 87.

4 Vgl. Bussche an Toerring, Berlin 7. März 1918. Der Reichskanzler bitte, beim belgischen Gesandten keinesfalls durchblicken zu lassen, dass sein Rat »mit Wissen der amtlichen Stellen des Reichs erfolgt«. (PAAA, R 21570, S. 25 f.). Toerring nahm den Kontakt mit dem Gesandten zunächst durch eine Mittelsperson auf. (Ebd., S. 27). Er fuhr am 25. März 1918 nach Bern und erbat mit Brief aus München v. 23. März 1918 an Bussche oder Kühlmann (nicht an Hertling, wie bei Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 54 f. angegeben), Instruktion, 1) ob die von ihm ausgegangene Anregung rein privat aufzufassen sei, 2) ob er weiterhin Hertlings Verhandlungsbereitschaft bezüglich der »gegenwärtigen Kriegsziele« (Wiederherstellung des status quo ante Belgiens, eventuelle Vergütung

mit der Anregung via Pacelli einverstanden erklärt hätte, auf die eine Antwort noch nicht einging.

gez. Bussche.

der Schäden durch Deutschland, England und Frankreich) erklären könne, 3) ob eine Vermittlung Wilsons zwischen Belgien und Deutschland gern gesehen würde, 4) ob Hertling Bedenken dagegen habe, dass die belgische Regierung den Inhalt seiner Besprechungen an die Ententemächte weitergebe, was der deutschen Seite an sich gleichgültig sein und von ihr auch kaum kontrolliert werden könne. Auch möge man nach den ersten Waffenerfolgen im Westen nicht die Kriegsziele bezüglich Belgiens »abermals« revidieren. Allerdings werde er dem Gesandten sagen, es sei »allerhöchste Zeit« für Belgien, aus seiner Reserve herauszutreten und ernstlich zu versuchen, mit Deutschland zu verhandeln. (Ebd., S. 55). In der ersten Besprechung mit Peltzer am 27. März in der Wohnung des holländischen Gesandten van Panhuys betonte Toerring, privat statt im Auftrag der Reichsregierung aufzutreten, und erbat dringend eine baldige Antwort der belgischen Regierung auf »die kürzlichen, sehr entgegenkommenden Äusserungen des Herrn Reichskanzlers«, sonst werde wegen der »Erfolge an der Westfront ein unvermeidbarer Meinungsumschwung bei den massgebenden Kreisen eintreten«. (Brief Toerrings an Bussche, München 8. April 1918. Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 94 f.). Laut einem von Panhuys verfassten Mémoire [o.D., 23. März 1918] (das Toerring zur Kenntnis des AA brachte) war Peltzer von seiner Regierung nur autorisiert, Toerring zu empfangen, ihn anzuhören, ihm aber keine Antwort zu geben und mitzuteilen, alle allgemeinen und speziellen politischen Mitteilungen Toerrings würden sofort den alliierten Regierungen weitergemeldet. (Ebd., S. 56; PAAA, 21570, S. 87–92, 90). Peltzer erklärte am 27. März am Ende der Besprechung mit dem privaten Emissär, zwecks »persönlicher Rücksprache mit der belgischen Regierung« sofort nach Le Havre zu fahren. Toerring wollte »zur Entgegennahme der Rückäusserung« wieder nach Bern reisen, wie er dem AA am 8. April schrieb. (Ebd., S. 96 f.). – Jonkheer Frans Gerard van Panhuys (1865–1923), geb. in Zierikzee, niederländischer Gesandter in Bern, seit 1898 mit sechs Orden dekoriert (u.a. dem preußischen Kronenorden), verheiratet mit Anna Martha geb. Haefeli aus Heidelberg. https://genwiki.nl/limburg/index.php?title=Van_Panhuys (27.2.2019).

301

Instruktion Georg von Hertlings für Friedrich Carl Mensing Berlin, 8. März 1918

(masch. Konz.[1]; PAAA, R 20514, S. 8–10; Druck: Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 17–19[2])

In England, Frankreich und Italien ist von meiner letzten Reichstagsrede[3] behauptet worden, daß sie nicht aufrichtig gemeint sei, daß ich nur aus innerpolitischen Gründen oder um unseren Feinden Sand in die Augen zu streuen, die Wilson'schen Grundsätze als annehmbar bezeichnet hätte, daß wir aber nicht daran dächten, diese Prinzipien unserem Handeln zu Grunde zu legen. Als Beweis hierfür ist unter anderm unser Verhalten Rußland gegenüber angeführt worden.

Ich kann demgegenüber nur betonen, daß meine Annahme der vier Wilson'schen Grundsätze[4] durchaus ernst und ehrlich gemeint ist. Ich sehe diese vier Punkte wirk-

1 AS 1220. Paraphe Haniels 4 III. Hertling empfing und instruierte Mensing persönlich. Die von Hertling paraphierte Instruktion wurde mit Begleitbrief am 9. März in versiegeltem Umschlag über die deutsche Gesandtschaft in Bern dem Legationssekretär Hermann von Simson am Generalkonsulat Zürich zur persönlichen Übergabe an Kapitänleutnant Mensing zugestellt. Mensing hatte Urlaub erhalten, um in Zürich seine Frau Madeleine, die Tochter des US–Vizekonsuls McNally, zu besuchen. Mensing übersetzte die Aufzeichnung im Büro Simsons ins Englische. Simson beabsichtigte, die Instruktion eventuell durch Frau Mensing, die »absolut zuverlässig und verschwiegen« sei, ihrem Vater McNally zu zeigen, da Mensing selbst nach Deutschland zurückreisen wollte. Vorläufig wurde aber sein Schwiegervater, als deutschfreundlicher Agent verdächtigt, nach einer Spanienreise in Paris festgehalten. (Romberg an Hertling, Bern 15. April 1918. Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 111–113; vgl. Romberg an AA, 4. u. 5. März 1918. PAAA, R 20514, S. 6 f., 11). Am 4. Mai erst konnte McNally seinen Außenminister Lansing über das Gespräch Mensings mit Hertling und das vom Reichskanzler erhaltene Memorandum informieren. Mensing habe berichtet: »The old chancellor was terribly in earnest and frequently during the conversation feelingly expressed the hope that the President of the United States would open negotiations for the exchange of peace ideas«. (FRUS 1918, 1, Bd. 1, S. 229). – Hermann Eduard von Simson (1880–1951), geb. in Berlin, Marineoffizier, zuletzt Korvettenkapitän a.D., 1913 bei der Friedrich Krupp AG, August 1914 Dienstantritt bei der Gesandtschaft in Bern, Legationssekretär, darauf bis Januar 1919 am Generalkonsulat Zürich, befasst mit Propagandatätigkeit und Wirtschaftsberichten, auch an den Admiralstab der Marine; Friedrich Carl Mensing (1888–1975), Kapitänleutnant, später ausgewandert in die USA.

2 Unkommentiert.

3 Siehe oben Nr. 287.

4 Als für den »Austausch der Ansichten« der Regierungen (gemeint Österreich-Ungarns und der USA) geeignete Grundsätze hatte Wilson am 12. Februar genannt:
»1. Daß jeder Teil einer endgültigen Vereinbarung auf der Gerechtigkeit in dem bestimmten Fall und auf einem solchen Ausgleich aufgebaut sein muß, von dem es am wahrscheinlichsten ist, daß er einen Frieden, der dauernd ist, herbeiführen wird.
2. Daß Völker und Provinzen nicht von einer Staatsoberhoheit in eine andere herumgeschoben werden, als ob es sich lediglich um Gegenstände oder Steine in einem Spiele handelte, wenn auch in dem großen Spiele des Gleichgewichtes der Kraft, das nun für alle Zeiten diskreditiert ist, daß jedoch

lich als eine geeignete Grundlage für Friedensverhandlungen an. Was Rußland betrifft, so waren wir zu unserem Vorgehen gezwungen durch die gleiche Notwendigkeit, die Amerika seinerzeit veranlaßt hat, Expeditionen nach Mexiko zu entsenden, nämlich die unabweisliche Pflicht, geordnete Zustände an unsern Grenzen herzustellen. Unser letzter Kampf gegen Rußland war kein Eroberungskrieg, sondern der Kampf gegen den Anarchismus, den gemeinsamen Feind aller Zivilisation. Aber wir denken dabei nicht daran, die im Osten besetzten Gebiete zu annektieren.

Meiner Ansicht nach gibt es überhaupt zwischen unseren Feinden und uns keine Differenzpunkte, über die sich nicht durch Verhandlungen bei beiderseitigem gutem Willen, der bei uns besteht, eine Einigung erzielen ließe,[5] ausgenommen natürlich Elsaß-Lothringen. Die elsaß-lothringische Frage wird von jedem Deutschen bis zur äußersten Linken als rein intern deutsche Angelegenheit betrachtet, über die wir mit unseren Feinden ebenso wenig verhandeln können, wie etwa England über Irland oder Amerika über die Frage mit uns verhandeln würde, ob Texas zu Mexiko oder zu den Vereinigten Staaten gehören soll.[6]

Im übrigen habe ich wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß es nicht Deutschland ist, das den Krieg fortzusetzen wünscht, sondern daß wir je eher, desto lieber, den furchtbaren und sich voraussichtlich immer noch steigernden Menschenschlächtereien ein Ende machen möchten. Auch mit den Grundsätzen, durch welche die Wiederkehr ähnlicher Katastrophen verhindert werden soll, wie allgemeines Schiedsgericht, Rüstungsbeschränkungen, Freiheit der Meere etc., die Wilson auf sein Programm geschrieben hat, habe ich mich durchaus einverstanden erklärt, aber wie können wir an einen ernstlichen Friedenswillen bei unsern Gegnern namentlich Frankreich und England glauben, solange diese immer wieder erklären, daß sie ohne Verstümmelung und Erniedrigung Deutschlands und seiner Bundesgenossen keinen Frieden schließen werden! Ich kann mir allerdings eine Förderung des Friedens nicht von öffentlichen Reden, sondern nur von ganz vertraulichen Verhandlungen zwischen Vertrauensleuten versprechen. Reden werden von allen Seiten bekrittelt und derartige

---

3. jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch diesen Krieg aufgeworfen worden ist, im Interesse und zugunsten der betroffenen Bevölkerungen und nicht als Teil eines bloßen Ausgleiches oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Stellen getroffen werden müsse.
4. Daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitestgehende Befriedigung finden sollen, die ihnen zuteil werden kann, ohne neue Elemente oder die Verewigung alter Elemente von Zwist und Gegnerschaft, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören würden, aufzunehmen. Ein allgemeiner Friede, auf solcher Grundlage errichtet, kann erörtert werden. Bis ein solcher Friede gesichert ist, haben wir keine andere Wahl, als mit dem Kriege fortzufahren.« Auszug aus der Rede des Präsidenten Wilson vom 12. [11.] Februar 1918, Aktenvorlage im AA. PAAA, R 21865, S. 18 f.

5 Dieses allgemeine Angebot schloss im Prinzip weder Verhandlungen über die Ostfragen noch über Belgien aus, war keine »Apologie«, wie Schwabe, Geheimdiplomatie, S. 6, meint.

6 Im Konz. folgt der durchgestrichene Satz: »Würde etwa jemals Deutschland gezwungen werden, Elsaß-Lothringen aufzugeben, so wäre damit lediglich der Keim zu einem neuen unvermeidlichen Kriege gelegt, also gerade das herbeigeführt, was Wilson zu verhindern wünscht«.

Erörterungen vor der breiten Öffentlichkeit führen meist zu weiteren Verhetzungen und nicht auf einen Weg der Versöhnung der Völker.

Schließlich möchte ich noch einen Punkt berühren, der, wie mir scheint, ebenfalls im Auslande gänzlich falsch beurteilt wird, das ist die Bedeutung und der Einfluß der militärischen Kreise. Diesen sogenannten »preußischen Militarismus« stellt man sich anscheinend so vor, als ob Deutschland unter der Tyrannei einer Militärkaste seufze, die nicht nur dem Volke, sondern auch der politischen Leitung ihren Willen aufzwänge. Wer sich ein solches Bild macht, vergißt gänzlich, daß schon im Frieden wegen der allgemeinen Wehrpflicht und wieviel mehr noch im Kriege, das deutsche Heer ein Volksheer ist, daß die Offiziere in ihrer Ziviltätigkeit den verschiedensten Berufen angehören, daß schließlich die Oberste Heeresleitung Hindenburg und Ludendorff wohl die populärsten Persönlichkeiten Deutschlands, im wahren Sinne Volkshelden sind.

Berechtigterweise wird in rein militärischen Fragen diesen militärischen Stellen die Entscheidung mit unbedingtem Vertrauen überlassen. Dies bedeutet aber nicht, daß diese selben Stellen in sonstigen Angelegenheiten einen ungehörigen Einfluß ausübten. Wenn wie dies im Kriege naturgemäß häufig vorkommt, politische und militärische Momente ineinandergreifen, so arbeitet die militärische mit der politischen Leitung in vollem Einvernehmen. Selbstverständlich müssen sich hierbei militärische Interessen höheren politischen Zwecken unterordnen. Rein politische Fragen aber, und zwar selbst solche von größter Tragweite, werden von der Regierung im Einvernehmen mit der Volksvertretung, im übrigen aber durchaus selbständig entschieden. So ist beispielsweise die Stellungnahme der Kaiserlichen Regierung zu der Frage des Selbstbestimmungsrechts der Völker erfolgt, ohne daß die Oberste Heeresleitung vorher auch nur gehört worden wäre.

302

Conrad Haußmann an die Reichskanzlei
Stuttgart, 10. März 1918

(Telegramm, masch. Kop. und Or.[1]; PAAA, R 20503, S. 195–196)

Erhalte aus Bern Telegramm, wonach Wilson sagen werde, wenn Deutschland beabsichtige, Rußland von der Anwendung der Wilson'schen Grundsätze auszuschließen, so seien Hertlings Worte nur hohle Phrasen.

Wäre hingegen Deutschland bereit, Rußland und übrige Kriegskarte der Anwendung dieser Prinzipien zu unterstellen, so wird dieses als Beweis betrachtet, daß Zentralmächte zur Schaffung einer Basis für allgemeinen Dauerfrieden bereit seien.

Ich meinerseits erachte nach Befreiung der Randvölker deren Freiheit sich staatlich zu entschließen, als realpolitisches Bedürfnis für Frieden und Zukunft.

gez. Hausmann.

1 pr. 11. März 1918 Nm. Das beiliegende Or. wurde laut Vermerk Haniels v. 15. März Kühlmann bzw. dem AA zugesandt.

303

Georg von Hertling an Erich Ludendorff
Berlin, 13. März 1918

(Telegramm, masch. Reinkonz.[1]; BArch, R 43/2405, f. 267)

Durch Fernschreiben des Ausw[ärtigen] Amtes.

Aus dem Bericht des Grafen Keyserlingk habe ich mit Befriedigung vernommen, dass Euer Exzellenz inzwischen mit mir über die Behandlung der Ostfragen übereinstimmen.[2] Hinsichtlich Litauens aber kann ich mich nicht mit dem in der Besprechung in Aussicht genommenen weiteren Aufschub der Entsendung der vom litauischen Landesrat gewählten Delegierten nach Berlin einverstanden erklären, weil sich herausgestellt hat, dass bei weiterem Aufschub der Entscheidung über Anerkennung des litauischen Staates schwere innerpolitische, die Volksstimmung gefährdende Verwickelungen anlässlich der in den nächsten Tagen stattfindenden Reichstagsverhandlungen drohen. Ich habe deshalb den Wunsch, der litauischen Delegation, unverzüglich Gelegenheit zu einer Aussprache mit mir zu geben, ohne dass eine

1 Kopien gingen an Kühlmann, Roedern, Limburg-Stirum und Lersner.

2 Aus der Aktenlage geht nicht hervor, welcher Bericht gemeint ist. Eine von Keyserlingk am 7. März 1918 zustimmend z.K. genommene Aufzeichnung Radowitz' ging von dem im Januar–Februar zwischen dem Reichskanzler und der OHL erzielten Einverständnis aus, dass die Anerkennung Litauens aufgrund der Erklärung vom 11. Dezember 1917 auszusprechen sei. Wenn der Landesrat diese erneut zur Grundlage nehme, sei Litauen gemäß dem Kanzlerschreiben vom 21. Februar 1918 die Anerkennung nicht zu versagen, sonst verlören wir dort »den letzten kleinen Rest von Vertrauen«. (BArch, R 43/2405, f. 208). Hertling war bereit, eine litauische Delegation mit der Bevollmächtigung, zum Dezemberbeschluss zurückzukehren, zu empfangen. Dabei musste die Vollmacht nicht einstimmig, sondern nur »von einer starken Mehrheit« des Landesrats unterzeichnet sein. (Keyserlingk an Oberbefehlshaber Ost, Berlin 4. März 1918. Ebd., f. 195). Eine Besprechung am 10.–11. März über das politische Verhältnis zu Litauen und den Ostseegebieten zwischen Ludendorff, Keyserlingk, Limburg-Stirum, Lersner u.a. hatte weiter bestehende Differenzen über Litauen ergeben. Keyserlingk forderte von Oberost, die Zusammenkunft des litauischen Landesrats zu gestatten, damit dessen um Unabhängigkeit in Berlin einkommende Delegation gemäß dem Wunsch Hertlings mit einem starken Mehrheitsvotum, das die Erklärung vom 11. Dezember 1917 bekräftigte, ausgestattet werden könne. Ludendorff stellte die Entscheidungsbefugnis des Reichskanzlers nicht in Abrede, lehnte trotzdem die Unabhängigkeitserklärung für Litauen zur Zeit ab: Der Delegation, wenn sie denn kommen dürfe, sei die Unmöglichkeit einer endgültigen Regelung vor Augen zu stellen und ihr »klarer Wein darüber einzuschenken, welche Forderungen das Reich an Litauen auf den verschiedensten Gebieten stellen wird«. Keyserlingk drängte auf die leitende Beteiligung von Litauern an der Landesregierung und die Anerkennung des vorläufigen Landesrats als »eines Parlaments«, auch um die Unterstützung der starken »klerikalen Partei« Litauens zu gewinnen. Ludendorff bestand darauf, das Land bis zu einem allgemeinen Friedensschluss »unbedingt als Kriegsland« weiter zu verwalten und vorrangig die wirtschaftlichen und militärischen Interessen Deutschlands zu befriedigen. Aus militärischen Gründen müsse auch eine gemeinsame Grenze zwischen einem um Gebiete mit überwiegend polnischer Bevölkerung vergrößerten Litauen und der Ukraine gebildet werden. BArch, R 43/2403f, S. 101, 101a-e; Kop. in: BArch, R 43/2405, f. 243–249a.

vorherige nochmalige Beschlussfassung des gesamten Landesrates erfolgt[3] und bitte daher, der Oberost–Verwaltung zu befehlen, dass sie die Delegierten spätestens bis zum 18. März d[ieses] J[ahre]s nach Berlin schickt und mich drahtlich von deren Eintreffen benachrichtigt.[4] °Die kurländische Delegation werde ich am 15. d[ieses]

3 Oberost hatte zusammen mit der OHL die Absendung der Wilnaer Delegation hartnäckig hintertrieben. (Verwaltungschef Oberost an Keyserlingk, 4. März 1918. BArch, R 43/2405, f. 196; Ludendorff an Hertling, 6. März 1918. Ebd., f. 203; Lersner an AA, 7. März 1918. Ebd., f. 231; Oberost an Radowitz, 11. März 1918. Ebd., f. 239). Ihrer Verdächtigung des Landesrats wegen undurchsichtiger Haltung schloss sich auch der Vertreter des AA in Wilna, Bonin, an. (Bussche an Lersner, Berlin 9. März 1918. Ebd., f. 241). Doch antwortete das Präsidium der Taryba (der Präsident, zwei Vizepräsidenten, der Generalsekretär) schon am 28. Februar 1918 auf das Kanzlerschreiben vom 21. des Monats. Der Beschluss vom 16. Februar 1918 stehe »in keinem Widerspruch zu dem Beschluss vom 11. Dezember 1917«, der weiterhin »Grundlage für die künftigen Beziehungen Litauens zu Deutschland« bilde und »durch keinen anderen Beschluss beseitigt« werde. Die Taryba hoffe auf die Unterstützung der deutschen Regierung »bei der Notifizierung der Unabhängigkeit Litauens« gegenüber den anderen Regierungen und beim »Abschluss der Friedensverträge«. (Ebd., f. 269). Nach mündlicher Mitteilung Olschewskis an Keyserlingk in Berlin hatte der Landesrat die Erklärung des Präsidiums mit 15 zu 5 Stimmen gebilligt (Ebd., f. 222–223, 226). Der gut unterrichtete Prälat argwöhnte, die Militärverwaltung habe das Bonin übergebene, an Hertling gerichtete Schreiben Smetonas v. 28. Februar nicht weitergegeben. (Aktennotiz Keyserlingks v. 7. März 1918). Der »Verwaltungschef« bei Oberost [F. v. Falkenhausen] gab dem Kommissar Keyserlingk mit Tel. v. 7. März die vage Auskunft, der Brief sei »ueber ober ost wohl an reichskanzler unterwegs«. (Ebd., f. 196). Am 6. März sandte Erzberger Radowitz ein Exemplar der Präsidialerklärung mit dem Bemerken, dass damit »jedes Hindernis der Anerkennung der litauischen Unabhängigkeit beseitigt sein dürfte«. (Ebd., f. 268). Vgl. Interfraktioneller Ausschuss vom 11. März 1918. IfA 1917/18, 2. Teil, S. 286 f.

4 Auf Grund einer erneuten Stellungnahme von Oberost wandte sich Ludendorff gegen die Anerkennung des litauischen Staats und ließ Hertling bitten, vom Empfang der Delegation abzusehen. Auf der dies mitteilenden Vorlage Keyserlingks vom 14. März 1918 notierte Hertling jedoch, er »erwarte bestimmt das Eintreffen der Delegation zu dem angegebenen Termin«. (BArch, R 43/2405, f. 273). Am 14. März ließ Hindenburg Hertling drahten, ein Kurier von Oberost mit Bericht über die Haltung des Landesrats sei unterwegs und darum »zunächst die Benachrichtigung des Landesrats aufgeschoben«. (BArch, R 43/2405, f. 274). Am 14. März meldete Oberost dann doch dem Reichskanzler, die OHL habe befohlen, bis 18. März die Delegation zu schicken und dies dem Landesrat zu eröffnen. Auch treffe Falkenhausen am 15. März in Berlin ein. (Ebd., f. 272). Am 16. März telegraphierte Keyserlingk der Verwaltung Oberost, Hertling sei einverstanden, die Delegation am 21. März zu empfangen. Sie kam am 23. März.

°-° Eigh. Zusatz Keyserlingks.

M[onat]s empfangen.°[5]

Der Reichskanzler.
Hertling[6]

5 Am 21. September 1917 trat in Mitau eine Landesversammlung Kurlands zusammen (BArch, R 43/2404, f. 288–290). In Kurland wurde eine ausgedehnte Militärverwaltung mit Zentralverwaltung und Kreisverwaltungen, Abteilungen für Wirtschaft, Rohstoffe, Handel, Justiz, Forsten, Gendarmerie und Zölle aufgebaut. (Ebd., f. 266–287; vgl. den für den Dienstgebrauch gedruckten Verwaltungsbericht der Militärverwaltung Kurland, Oktober 1917. Ebd., f. 241–264). Eine von der Militär-Zentralverwaltung Kurlands am 29. November 1917 übersandte Denkschrift »Staatsrechtliche Stellung Kurlands und Litauens zu Deutschland« forderte die »politische Angliederung« dieser Länder sowie Livlands und Estlands an Deutschland und eine »militärische Besetzung bis zur Peipuslinie«. (Ebd., f. 294–315). Oberost und Falkenhausen lancierten Anfang März das Anerbieten der Herzogswürde Kurlands an den Kaiser gemäß einem Beschluss des kurländischen Landesrats, um die Anerkennung Litauens hinauszuschieben. Dieser (gedruckte) Beschluss v. 8. März 1918 sprach sich für ein »monarchisch konstitutionelles Staatswesen«, den Abschluss von Militär-, Verkehrs-, Zoll-, Maß-, Münz- und Gewichts-Konventionen und für die Angliederung des »Baltenlands« an Deutschland aus. (BArch, R 43/2405, f. 279–280). Hertlings Antwort an die am 15. März empfangene Delegation enthielt die Zusage des Aufbaus einer kurländischen Verfassung mit einer »Landesvertretung auf breiterer Grundlage«. Aus der Vorlage des Reichskanzlers für die Antwort (nicht genau datiert, März 1918) wurde der Passus entfernt, dass die Staatsverträge über die »enge wirtschaftliche und militärische Verbindung« den »verfassungsmäßigen Organen« des Reiches und Kurlands zu unterbreiten sein würden. (BArch, R 43/2405, f. 277, 271). Den am 12. März ins Reichskanzlerpalais eingeladenen Reichstagsabgeordneten versprach Hertling die »Mitwirkung der Verfassungsorgane« Kurlands. Ebd., f. 261.

6 Eigh.

304

Bericht Eduard von Heydts
Den Haag, 15. März 1918

(masch. Or.[1]; PAAA, R 20428, S. 187–192)

Die letzte Rede des Reichskanzlers[2] (T[imes] 27.2.) ist von der englischen Oeffentlichkeit günstiger aufgenommen worden als die Hertling-Czerninsche Antwort[3] auf die Lloyd George-Wilsonsche Erklärung der Mindestkriegsziele. Schon die äussere Inszenierung ist diesmal eine andere: statt der provozierenden Erklärung, die Cecil[4] damals gab, ohne den Wortlaut der Rede abzuwarten, antwortete Balfour[5] jetzt im Unterhaus (T[imes] 28.2.) dem liberalen Abgeordneten Holt[6] in verhältnismässig

1 Rosen sandte den Bericht der Englischen Hilfsstelle, des Legationsrats Heydt, am 16. März (pr. 19. März) dem Reichskanzler zu »wegen des besonderen Interesses, das der Gegenstand bietet«. PAAA, R 20428, S. 186.

2 Siehe oben Nr. 287.

3 Hertlings Rede vor dem Hauptausschuss des Reichstags, Czernins Rede vor dem Ausschuss für Äußeres am 24. Januar 1918. Schulthess 59, NF 34 (1918/I), S. 19–25; ebd. (1918/II), S. 6–10.

4 Robert (1923 Viscount) Cecil of Chelwood (1864–1958), geb. in London, Dr. h.c., nach Jurastudium 1887–1906 Anwalt, 1906–1910, 1911–1923 MP (konservativ), Eintreten für Freihandel, 1915–1918 parlamentarischer Unterstaatssekretär des Äußern, 1916–1918 Blockademinister, 1916 Memorandum für eine Konferenz der Völker, 1918 Assistant secretary (Vizestaatssekretär) des Äußern, 1919/20 Mitinitiator des Völkerbunds, 1920–1932 Delegierter beim Völkerbund, 1923–1927 Minister (Lordsiegelbewahrer, Kanzler von Lancaster), 1937 Friedensnobelpreis.

5 Arthur James (1922 Earl of) Balfour (1848–1930), geb. in Whittinghame (Schottland), Ausbildung in Eton und Cambridge, 1874 MP (1892–1911 Führungsämter bei den Konservativen und im Unterhaus), 1878 Privatsekretär seines Onkels Lord Robert Salisbury, in dessen Kabinett 1886 Sekretär für Schottland und 1887–1891 Irland-Minister, 1891–1892, 1895–1902 Schatzkanzler, 1902–1905 Premierminister, schloss die Entente cordiale ab, 1915–1916 Marine-, 1916–1919 Außenminister, 1917 Einsatz für den Kriegseintritt der USA, Balfour-Deklaration für eine Heimstatt der Juden in Palästina, 1919–1922, 1925–1929 Lord Präsident des Privy Council, 1922 Mitglied des House of Lords, Dr. h. c., akademische Ehrenämter, aristokratischer Lebensstil, philosophisch-theologische Schriften.

6 Richard Durning (1934 Baronet) Holt (1868–1941), geb. in Edge Lane, Sohn eines Baumwollmaklers, 1907 MP (Liberal Party), Gegner von Lloyd Georges Sozialpolitik und (vor dem deutschen Einmarsch in Belgien) von Englands Kriegseintritt.

ruhigen Worten.[7] Die Reutertelegramme aus Washington, die sonst immer von der gemeinschaftlichen Ablehnung durch die amerikanische Presse berichten, sind unsicher im Ton und spärlicher als gewöhnlich; die englische Presse selbst ist nicht einheitlich. Selbstverständlich überwiegt das ablehnende Element; aber Blätter wie der »Daily Telegraph« (27.2.) und »Manchester Guardian« (27.2.) lassen sich doch zu der Anerkennung herbei, dass sie von versöhnlichem Geiste getragen worden sei: »The speech may, indeed, almost be described as a peace-speech, so far, as its language is concerned« (M[anchester] G[uardian] 27.2.). »Count Hertling's latest pronouncement is, it is true, more conciliatory in tone.« (D[aily] T[elegraph] 27.2.). Ebenso günstig ist natürlich die Beurteilung durch die »Daily News« (27., 28.2.), die damals schon die Hertling-Czerninsche Antwort einigermassen günstig beurteilt hatte.

In der Kritik des Inhalts der Hertlingschen Rede gehen die Blätter ausnahmslos von dem Schlagwort: »Worte und Taten« aus. Sie vergleichen die vom Grafen Hertling ausgesprochene theoretische Zustimmung zu den von dem Präsidenten Wilson aufgestellten Prinzipien mit ihrer praktischen Anwendung durch die deutsche Regierung. Während die Meinungen im einzelnen in der Bewertung der Hertlingschen Prinzipien auseinandergehen und auch verschiedene Schlüsse für die zu befolgende Taktik gezogen werden, herrscht über die Beurteilung der Taten der deutschen Regierung Einmütigkeit.

Auch die liberale Presse pflichtet der durch Balfour ausgesprochenen Verurteilung der in der Praxis angewandten deutschen Methoden bei, die von Wilsons Geist so himmelweit verschieden seien. Balfour, der sich dieses Mal anscheinend gründlicher auf seine Rede vorbereitet hatte, als das letzte Mal, ging die 4 von Wilson aufgestellten und von Hertling gebilligten Leitsätze der Reihe nach durch und suchte sie durch die Taten der deutschen Regierung zu widerlegen: dem Prinzip der Gerechtigkeit widerspreche Hertlings Erklärung über Elsass-Lothringen, das dieser als eine europäische Frage anzuerkennen ablehne. (Bekanntlich lehnt es England ebenso ab, den amerikanischen Standpunkt, den wir uns zueigen machen sollten, anzuerkennen, dass die irische Frage eine europäische, eine internationale Frage sei.) Dem Prinzip,

7 Balfours Antwort auf Hertlings Rede im Unterhaus am 27. Februar 1918 war gänzlich ablehnend. Holt hatte gefragt, ob die englische Regierung und die Alliierten, wie anscheinend Hertling, den vier Friedensgrundsätzen zustimmen würden »und ob die Regierung versuchen wolle, da alle Parteien in grundsätzlichen Punkten übereinstimmten, diese Uebereinstimmung in konkrete Bedingungen zu übertragen«. Balfour demontierte Hertlings Zustimmung zu Wilsons vier Vorschlägen, die er selbst nicht unumwunden befürworte. Diese sei zu messen an der Behandlung der osteuropäischen Gebiete und Belgiens; an letzterem habe Deutschland »gesündigt«, wolle es nicht ehrlich zurückgeben, verstoße überhaupt mit Methode gegen die Menschlichkeit; angesichts des tief verwurzelten deutschen Militarismus seien die Phrasen vom Verteidigungskrieg und die Übereinstimmung mit Wilson bedeutungslos. Ohne Aussicht auf Erfolg Verhandlungen zu beginnen, »hieße das größte Verbrechen gegen den künftigen Weltfrieden begehen«. (Schulthess 59, NF 34 [1918/II], S. 164–167). Deutschland hege die »deliberate intention«, den Rest der Zivilisation zu seinen Füßen zu sehen. Hansard's Parliamentary Debates, House of Commons, Serie 5, Bd. 103, Sp. 1464–1474.

dass Völker nicht so verschachert werden dürften wie Waren, widerspreche das Polen zu Gunsten der Ukraine zugefügte Unrecht. Dass ferner England das von Hertling bekämpfte Prinzip vom Gleichgewicht der Mächte – balance of power – aufrechterhalten müsse, habe Deutschland nur seiner militaristischen Gesinnung zuzuschreiben. Auch der Wilsonschen Forderung der Berücksichtigung der eigenen Interessen der Völker handle Hertling zuwider, indem er Armenien[8], Palästina und Mesopotamien der grausamen Herrschaft der Türken zurückgeben wolle. Besondere »Glanzpunkte« der Rede bildeten natürlich Belgien und die deutsche Unehrlichkeit, die im Westen alle möglichen Greueltaten aus »militärischen Rücksichten« verübe, während sie im Osten aus Geboten der Menschlichkeit annektiere. Die Antwort der pazifistischen Abgeordneten MacDonald[9], Buxton[10], Mason[11] und Ponsonby[12] auf Balfours Rede sind im Parlamentsbericht der »Times« völlig unterdrückt worden.

8 Hertling hatte von Syrien, nicht von Armenien gesprochen.

9 Ramsay MacDonald (1866–1937), geb. in Lossiemouth (Schottland), Sohn eines Farmarbeiters, Grundschule, 1881 Lehrer, dann Beschäftigung in Bristol, 1886 Umzug nach London, Büroangestellter, Autodidakt, Besuch von Abendkursen, 1894 Beitritt zur Independant Labour Party, 1900 Sekretär des Labour Representation Committee, 1906–1918, 1922–1937 MP (Labour Party, 1911–1914, 1922–1935 deren Vorsitzender), 1914 Ablehnung des Kriegseintritts mit einer Minderheit seiner Partei, 1924, 1929–1931 Premierminister, 1931–1935 entmachteter Premierminister des National Government.

10 Noel Edward Buxton (1930 Baron Noel-Buxton) (1869–1948), geb. in Warlies Park (Essex), aus angesehener Familie, Studium in Glasgow, 1894 Master of Arts, und Deutschland, 1905–1906, 1910–1918 MP (Liberale Partei), 1922–1930 MP (Labour Party), 1924, 1929–1930 Minister für Landwirtschaft und Fischerei; 1930 Mitglied des Privy Council und des House of Lords; nach politischen Visiten in Rumänien und Bulgarien schrieb er: The War and the Balkans, 1915. (https://en.wikipedia.org/wiki/Noel_Buxton (19.11.2018). Am 13. Februar 1918 unterstrich Buxton die Bedeutung der Diplomatie im Krieg und widersprach Balfours Äußerung, deren Methoden könnten erst unmittelbar vor und beim Friedensschluss von Nutzen sein. Am 28. Februar fragte er, ob für seine Regierung die Ankündigung des Premierministers vom 29. Juni 1917 noch gelte, zu Verhandlungen bereit zu sein, sobald die Mittelmächte der Rückgabe der eroberten Gebiete an die Alliierten zustimmen würden. Hansard's Parliamentary Debates, House of Commons, Serie 5, Bd. 103, Sp. 198–204, 1562 f.

11 David Marshall Mason (1865–1945), geb. in Campsie (Schottland), Studium im Glasgow und Deutschland, dann im Bankgeschäft, Reputation in Wirtschafts-, Handels- und Finanzfragen, 1910–1918, 1931–1935 MP (Liberal Party, independent), Mitglied des Liberal Foreign Office Committee, das 1914 für Neutralität eintrat, 1916 gegen allgemeine Wehrpflicht. https://en.wikipedia.org/wiki/David_Marshall_Mason (18.11.2018).

12 Arthur (1930 Baron) Ponsonby of Shulbrede (1871–1946), geb. in Windsor Castle, bis 1892 Erziehung in Eton und Oxford, 1894–1902 im Auswärtigen Dienst, Stationen in Konstantinopel, Kopenhagen und im Foreign Office, 1906 Privatsekretär des Premierministers, 1908–1918 MP (liberal), 1922–1929 (Labour Party, aus der er wieder austrat), 1930–1935 im House of Lords, Kritik an den »upper classes« und am britischen Imperialismus; er stimmte am 3. August 1914 mit vier anderen MP's gegen Englands Kriegseintritt; Mitgründer der Union of Democratic Control, erstrebte er eine das Gleichgewicht der Kräfte ersetzende, moralisch fundierte internationale Ordnung; 1924 Undersecretary for Foreign Affairs, 1929 Under secretary für die Dominions, auch für Transport; vielbeachtetes Buch über die Kriegspropaganda (Falsehood in Wartime, 1928).

Die liberale Presse ist mit Balfour darin einig, dass die Hertlingschen Erklärungen, besonders über Belgien und Elsass-Lothringen, ungenügend seien. Hinsichtlich Belgiens vermisst sie das Zugeständnis der »reparation« und »restoration«; Elsass-Lothringen ist nach ihrer Ansicht eine internationale Frage, die nicht zwischen Deutschland und Frankreich allein geregelt werden dürfe. Aber die liberale Presse trennt sich insofern von Balfour, als sie die Zugeständnisse anerkennt, die Hertling im Vergleich zu seinen früheren Erklärungen gemacht habe, und als sie die völlig ablehnende Haltung durch Balfour nicht billigt.

Der »Manchester Guardian« (27.2.) findet zwar den Inhalt der Hertlingschen Rede noch nicht sehr klar, aber er erkennt doch an: »Nevertheless, we must be grateful for even an improvement in tone«. Ebenso stellt die »Daily News« (28.2.) fest: »In certain respects the speech did mark an advance on any of its author's previous utterances«. Besonderen Trost schöpfen die liberalen Blätter aus der Scheidemannschen Rede[13], die die »Westminster Gazette« (28.2.) zu der Bemerkung veranlasst, man dürfe die Stellung der deutschen Sozialdemokraten nicht dadurch schwächen, dass man Hertlings Rede günstiger auslege, als die deutsche Sozialdemokratie es täte. Im übrigen kündigt die verhältnismässig scharfe Sprache der »Westminster Gazette« schon die Ablehnung an, die Asquith inzwischen in einer Rede an seine Wähler ausgesprochen hat. In der Beurteilung der Taktik, die England jetzt zu befolgen habe, kritisiert die »Daily News« (28.2.) die völlige Ablehnung Balfours; sie hätte es für klüger gehalten, offen anzuerkennen, dass die mit deutlichen Worten in Aussicht gestellte Räumung Belgiens einen weiteren Schritt in der Richtung zum Frieden bedeute. Das liberale Blatt erkennt auch an (27.2.), dass England selbst sich durch die Geheimverträge dem Verdacht der Eroberungspolitik ausgesetzt habe.

Während so die liberale Presse sich bemüht, der Rede des Reichskanzlers gerecht zu werden, versucht die Hetzpresse Balfour noch zu übertrumpfen und nicht nur die deutsche Praxis zu verurteilen, sondern auch die Anerkennung der Wilsonschen Prinzipien durch Hertling als Heuchelei zu brandmarken. Diese Blätter greifen zu jedem Mittel, um Deutschlands Niedertracht zu beweisen; die »Daily Mail« (28.2.) z.B. verwendet die eben gemeldete Torpedierung des Hospitalschiffes »Glenart Castle« als Illustration für die wahre Gesinnung Deutschlands; und die »Times« (1.3.) zieht die französische Gedächtnisfeier an die elsass-lothringische Protesterklärung vom 1. 3. 1871 in einem salbungsvollen Leitartikel heran, um das Unrecht, das Deutschland begangen habe, noch einmal ins rechte Licht zu setzen.

Ueber die Aufnahme, die die Hertlingsche Rede in den Vereinigten Staaten gefunden hat, liegen in der englischen Presse nur kurze und allgemein gehaltene Telegramme vor, die den Eindruck erwecken, als ob die Haltung Amerikas England

13 Wohl gemeint die Reichstagsrede vom 26. Februar: Scheidemann kritisierte die Politik der »Zertrümmerung Rußlands« und die Kriminalisierung des Januarstreiks in Berlin. »Wir verfolgen unser Ziel in dem Bewußtsein: die Zukunft gehört der Demokratie, den Arbeitern und dem Sozialismus«. Schulthess 59, NF 34 (1918/I), S. 100.

keine rechte Freude bereite. Reuter, der sonst immer mit einem längeren Auszug aus den Leitartikeln der verschiedenen Blätter aufwartet, meldet jetzt nur einige kurze Zeilen aus den deutschfeindlichen New Yorker Zeitungen (M[anchester[G[uardian] 28.2., D[aily] T[elegraph] 28.2.). Der Washingtoner Times-Korrespondent verhält sich auch ruhig; auch die andern amerikanischen Berichterstatter (D[aily] M[ail] 27.2., M[orning] P[ost] 28.2.) begnügen sich mit einigen allgemeinen Redensarten, man werde nicht auf den deutschen Trick hereinfallen, der es anscheinend darauf abgesehen habe, einen Keil zwischen die Entente und die Vereinigten Staaten zu treiben. Die Zitate der amerikanischen Pressestimmen richten sich vorwiegend gegen den deutschen Frieden mit Rußland.

Auch bei der jetzigen Aufnahme der Hertlingschen Rede durch die Oeffentlichkeit kann die Beobachtung gemacht werden, dass die zuerst völlig ablehnende Haltung später einer milderen Beurteilung weicht. Noch schneller als bei der letzten Rede werden jetzt Stimmen laut, die zur Versöhnlichkeit und Besonnenheit raten. Lansdownes[14] neuer Brief[15] liegt zwar noch nicht im Wortlaut vor, aber in der »Daily News« (1.3.) hebt der Pazifist Mason den deutschen Standpunkt über die belgische Neutralität doch deutlich hervor und missbilligt die schroff abweisende Haltung von Balfour.

Von Bedeutung ist die Aeusserung eines liberalen Staatsmannes vom Range des Lord Buckmaster[16] (D[aily] N[ews] 28.2.). Er nennt Hertlings Rede »die wichtigste Auslassung eines deutschen Staatsmannes seit dem Beginn des Krieges«. Auch der gewählte Augenblick sei bedeutsam. Russland liege am Boden, und im Westen

14 Henry Petty Fitzmaurice Marquess of Lansdowne (1845–1927), geb. in London, Studium in Eton und Oxford, Erbe großer Liegenschaften, 1866 House of Lords (Liberale Partei, 1903 Führer der konservativ-liberalen Unionisten), 1869 Lord des Schatzamts, 1872–1874 Unterstaatssekretär für Krieg, 1880 für Indien, 1883 Generalgouverneur von Kanada, 1888 Vizekönig von Indien, 1895 Staatssekretär für Krieg, 1900–1905 für Äußeres; 1915–1916 Minister ohne Portefeuille, erschreckte ihn der Einblick in die menschlichen und materiellen Kosten des von ihm 1914 befürworteten Kriegs; »a British public official, one of the best of the breed«. P. B. Waite, Petty-Fitzmaurice, Henry Charles Keith, in: Dictionary of Canadian Biography (online). (19.11.1918).

15 Am 29. November 1917 veröffentlichte Daily Telegraph einen von Militär und Regierung perhorreszierten Brief Lord Lansdownes, der einen Verhandlungsfrieden auf der Grundlage des status quo ante für erwünscht erklärte. Die Verlängerung des Krieges zerstöre die zivilisierte Welt, die Vernichtung Deutschlands als große Macht und bedeutende Handelskommunität könne nicht beabsichtigt sein, dem deutschen Volk solle keine andere Regierungsform als die seiner Wahl aufgezwungen werden. In seinem zweiten, am 5. März 1918 im Daily Telegraph publizierten Brief würdigte Lansdowne die Rede Hertlings als »wichtigen Fortschritt« im Gedankenaustausch, besprach zustimmend Hertlings Zugeständnisse, von denen ausgehend man zu einer »vertraulichen Beratung« finden könne. Er warnte vor Gebietstransfers zwischen den Mächten. Schulthess 59, NF 34 (1918/II), S. 167 f.

16 Stanley Owen (1915 Baron, 1933 Viscount) Buckmaster (1861–1934), 1882 Bachelor of Arts, 1886 Master of Arts (Oxford), 1884 Zulassung als Rechtsanwalt, 1906–1910, 1911–1915 MP (liberal), 1915 im House of Lords, in vielen Materien bewanderter Redner, 1913–1915 Solicitor General (Kronanwalt), Mai 1915–Dezember 1916 Lordkanzler im Kabinettsrang, 1926 Präsident der British Controlled Oilfields.

bereiteten sich die Heere zu einem fürchterlichen Blutvergiessen vor. »It is at this moment, and in this expectation, that Count Hertling has made a speech by far the most moderate that we yet have heard«. Auch die von Hertling aufgeführten Bedingungen seien nicht schimpflich für die Entente. Den Wunsch nach einer mündlichen Aussprache könne man kaum abschlagen. »No greater responsibility can rest on any statesman than that incurred by leaving these proposals unregarded or unread«.

Englische Hilfsstelle Haag

Heydt.

305

Werner von Grünau an Auswärtiges Amt
Großes Hauptquartier, 18. März 1918

Nr. 131 (Telegramm, entziffert; BArch, R 43/2406, f. 20)

Im Anschluß an Tel. Nr. 128.[1]
Für den Herrn Reichskanzler.

Heute abend telephonierte mich General Ludendorff an, um mir in größter Erregung zu sagen, daß er in keiner Weise mit Euerer Exzellenz Antwort für die Litauer einverstanden sei. Er gebe sich die größte Mühe ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zu ermöglichen, aber trotz Zusage sei er bei der Antwort nicht beteiligt worden.[2] Die militärischen Interessen würden von Euerer Exzellenz nicht berücksichtigt und er werde, wie gewöhnlich, von Euerer Exzellenz an die Wand gedrückt (sic!).

Auf meine Frage, was er sachlich zu beanstanden habe, ich wolle seine Einwendungen Euerer Exzellenz mitteilen, sagte er, das lohne sich jetzt nicht zu besprechen. Ich sollte seine ablehnende Haltung dem Kaiser beim Vortrag melden. Ich erwiderte darauf, daß die Angelegenheit schon erledigt sei und Seine Majestät Euerer Exzellenz Antwort genehmigt habe.[3]

Grünau.

1 Tel. Grünau an AA, GHQ 18. März 1918 3.40 nm., der Kaiser habe die von Hertling vorgeschlagene Antwort an die litauische Delegation genehmigt. (BArch, R 43/2406, f. 21). Diese wurde am 23. März empfangen, Hertlings Antwort an die litauische Delegation vom Kaiser genehmigt.

2 Am 14. März verlangte Hindenburg, ihn und den preußischen Kriegsminister v. Stein an der Abfassung der Antwort an die litauische Delegation zu beteiligen, er halte Hertling Entschluss »für verhängnisvoll«. (BArch, R 43/2405, f. 275). Am Abend des 14. März bestellte Ludendorff Lersner ein und ließ über diesen Hertling bitten, die Kurländer und Litauer klar darauf hinzuweisen, daß ihre Länder weiter militärisch verwaltet würden »und die schweren kriegswirtschaftlichen Lasten in vollem Umfang tragen müßten«. (Ebd., f. 276). Am 7. März forderte er telegraphisch über Lersner, Litauen keinesfalls anzuerkennen, polnische Güter in Litauen und Pfandbriefe der Wilnaer Agrarbank anzukaufen sowie schleunigst einen Litauer als Bischof in Wilna einzusetzen, wogegen Radowitz einwandte, die Kurie werde einen solchen Schritt vor der staatlichen Anerkennung Litauens kaum tun. Ebd., f. 231.

3 Siehe oben Anm. 1.

306

Wilhelm von Radowitz an Kurt von Lersner
Berlin, 20. März 1918

Nr. 3. Zu Rk 17043 K.J. (eigh. Konz.[1]; BArch, R 43/2406, f. 30–32)

Auf Telegramm 580.[2]

Die Stellung des Grafen Keyserlingk hält sich genau in dem Rahmen der Mitteilung in dem Telegramm vom 3. März. Er bearbeitet unter der unmittelbaren Leitung und Verantwortlichkeit des Herrn RK. die Fragen die Littauen und die Ostseegebiete betreffen.[3] Der Zweck seiner Ernennung war wie ich dies General Ludendorff auseinandergesetzt habe der, eine einheitliche politische Leitung der Geschäfte in der Hand des Reichskanzlers zu gewährleisten. Der Herr RK hat nun den Wunsch, durch den Grafen Keyserlingk über die Stimmungen und Strömungen in Livland und Esthland durch eigene Anschauung orientiert zu werden ebenso wie er mich zu diesem Zweck seiner Zeit nach Littauen geschickt hatte. Es ist dem Herrn RK dringend erwünscht,

1 Ging über Lersner an Ludendorff. Vermerke: »Hat dem Hr. RK vorgelegen. Abschrift an AA. Fernschreiber sofort«.

2 Telegr. Lersners an AA, GHQ, v. 19. März 1918: Ludendorff erhebe Einspruch gegen Keyserlingks Reise nach Livland und Estland, um dort »politische Gespräche« zu führen. In den besetzten Gebieten seien dazu nur die militärischen Kommandobehörden berechtigt. Mit den Reisen Radowitz' und Nadolnys in die Ostseegebiete habe er schlechte Erfahrungen gemacht. (BArch, R 43/2406, f. 28–29). In einer Aufzeichnung v. 8. März 1918 machte Nadolny eingehende Vorschläge zum zivilen Aufbau Litauens. Nach dem Frieden mit Russland gehe es nicht mehr an, die besetzten Gebiete Litauen und Kurland »noch länger als feindliches erobertes Land« zu behandeln und »militärisch aus Kriegsfonds« zu verwalten. Das Reichsschatzamt solle vom Reichstag zu bewilligende Verwaltungsmittel bereitstellen, die »staatliche Konstituierung« umgehend erfolgen. (BArch, R 43/2405, f. 204–207). – Rudolf Nadolny (1873–1953), geb. in Groß-Stürlack (Ostpreußen), 1893 Einjährig Freiwilliger, Jurastudium, 1896 im preußischen Justizdienst, 1901 Assessor, Richter, 1902 Einberufung in den Auswärtigen Dienst, 1903 Vizekonsul in St. Petersburg, 1907 im AA, Abteilung II (Handelspolitik), Ständiger Hilfsarbeiter, 1912 Aufträge im Orient, 1914 Meldung zum Militärdienst (1915 Hauptmann d. R.), Wirklicher Legationsrat und Vortragender Rat, 1914–1916 Leiter der Sektion Politik des Generalstabes des Feldheeres (zentrale Auslandsaufklärung), 1916 Gesandter für Persien, 1917 Russland-Referent im AA, 1919 Gesandter, Vertreter des AA beim Reichspräsidenten, 1920 Gesandter in Stockholm, 1924 Gesandter in der Türkei, 1933 dort Botschafter, 1933 Gesandter in Moskau, 1934 z.D. wegen seiner Absicht, die Beziehungen zu Russland zu verbessern, 1940–1941 Militärdienst (Major d. R.), Amt Ausland/Abwehr, 1945 Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, juristische und autobiographische Schriften. Nadolny, Mein Beitrag, Einleitung von Wollstein, S. 9–24.

3 Am 17. März 1918 brachte Bussche namens des AA Bedenken gegen Keyserlingks Ernennung vor. Entweder habe der Reichskanzler eine neue Behörde schaffen oder den neuen Reichskommissar gemäß dem Stellvertretergesetz vom 17. März 1878 dem Staatssekretär des Auswärtigen oder des Innern zuweisen müssen. Radowitz wollte die Rückkehr Kühlmanns abwarten und hielt »die hier genannten Ressortschwierigkeiten« für »unberechtigt«. (BArch, R 43/2406, f. 23–24). Ein Ministerialgutachten vom 28. März kam zu dem Schluss, den Reichskommissar dem Reichsamt des Innern zuzuweisen. Ebd., f. 25–27.

daß Graf Keyserlingk während der Tagung der Landtage in Livland und Esthland dort anwesend ist. Den Standpunkt, daß politische Gespräche nur von den militärischen Stellen geführt werden dürfen, vermag der Herr RK umso weniger anzuerkennen, als in Livland und Esthland eine Militärverwaltung nicht existiert sondern nur eine zu polizeilicher Sicherung dorthin entsandte Truppenmacht. Die politische Ausgestaltung des Landes aber ist nicht Sache rein militärischer Erwägung, sie hängt vielmehr von der Entscheidung des Herrn RK ab. Daher muß ihm auch die Freiheit gegeben sein, seine Organe dorthin zu entsenden, ebenso wie man ihm wohl nicht verwehren würde selbst hinzureisen wenn er es für nützlich hielte. Selbstverständlich wird jedes Organ des Herrn RK. sich mit den militärischen Stellen in dem Lande in enger Fühlung halten, da es ja doch nur im Interesse der Reichsleitung liegen kann wenn volle Einheitlichkeit im Vorgehen besteht. Die Politik aber bestimmt der Herr RK, nachdem er vorher sich ins Benehmen mit den militärischen Stellen gesetzt hat. Es liegt also kein Grund vor, gegen die Reise des Grafen Keyserlingk Einspruch zu erheben und der Herr RK spricht den bestimmten Wunsch aus, daß dieser Widerspruch fallengelassen und Ober Ost entsprechend angewiesen wird.

Bezüglich der Anschauungen über Livland und Estland besteht zwischen Ludendorff und Hertling, wie aus dessen Reichstagsrede hervorgeht, kein grundlegender Unterschied.[4] Wir wollen Livland und Esthland getreu dem Wortlaut des Vertrages die Möglichkeit geben unter dem Schutz unserer Waffen selbst über ihr Schicksal zu bestimmen. Wir wollen mit ihnen in ein nahes freundschaftliches Verhältnis treten, müssen aber darauf bedacht nehmen, daß der oder die neu entstandenen Staaten mit Rußland in ein Verhältnis treten, das letzterem den wirtschaftlichen Zutritt zum Meere nicht verbaut. Der H. RK ist also der Ansicht, daß es sich um ein Mißverständnis in der Auslegung früherer Besprechungen handelt. Da es im Rahmen unserer Politik liegt, in Zukunft zur Sicherung unserer politischen Weltlage mit einem neuerstarkenden Rußland in freundlichen Beziehungen zu leben, so folgt daraus in logischer Konsequenz daß auch die Randvölker mit Rußland in solchen freundlichen Beziehungen stehen müssen. Sie würden sonst zum Zankapfel zwischen uns und Rußland werden und unser Verhältnis zu Rußland unmöglich machen.

4 Vom 18. März 1918. Schulthess 59, NF 34 (1918/I), S. 127–129. Siehe unten Nr. 329 Anm. 2.

Hierauf beziehen sich die Bemerkungen in dem Telegramm des Grafen Keyserlingk und die Worte des Herrn RK in seiner Reichstags Rede.[5]

WRtz

5 Am 24. März beschwerte sich Ludendorff bei Hertling, dass Keyserlingk sich in die Landtagsverhandlungen in Riga eingemischt habe, was ihm das AOK 8 verbieten müsse; Keyserlingk dementierte dies sofort. (BArch, R 43/2406, f. 42–43). Auf Radowitz' Tel. v. 20. März ließ Ludendorff über die Abteilung Politik, GHQ, am 28. März antworten, die »politische betaetigung« in Livland und Estland sei den »militaerischen stellen« vorzubehalten, »die nach den weisungen der obersten heeresleitung verfahren, die im einklange mit den mit dem herrn reichskanzler getroffenen vereinbarungen aufgestellt sind. zwei nebeneinander arbeitende stellen darf es nicht geben«. Das »operationsgebiet« Livland und Estland müsse der einheitlichen Autorität des Oberbefehlshabers unterstellt sein. Auch er wünsche sehr freundschaftliche Beziehungen zu einem wiedererstarkten Russland mit Zugang zur Ostsee; bis dahin werde aber mehr als ein Menschenalter vergehen, und solange sei unmöglich »eine endgueltige regelung unseres verhaeltnisses« zu Livland und Estland hinauszuschieben. BArch, R 43/2406, f. 47–50.

307

Georg von Hertling an Christoph Vitzthum von Eckstädt
Berlin, 23. März 1918

Zu Rk 16955 K.J. (eigh. Konz. Radowitz'[1]; BArch, R 43/2406, f. 33–34)

Sehr verehrter Graf!

Auf Eckstädts[2] *Schreiben vom 13. März betreffend die Zukunft der Randvölker kann er noch nicht mit wünschenswerter Klarheit antworten.* Vorläufig ist der erste Schritt in bezug auf Litauen getan. Wir haben im Namen des Reichs Litauen als unabhängigen und selbständigen Staat anerkannt.[3] Die weitere Entwicklung muß sich nun erst vollziehen. Unter Wahrung ihres Selbstbestimmungsrechts aber mit unserer Hülfe und mit Berücksichtigung der deutschen Interessen muß nun zunächst ein Staat gebildet werden mit dem wir die nötigen Konventionen schließen können. Dazu muß eine eigene Verwaltung aufgebaut werden, sobald die militärischen Verhältnisse die Abkehr von der jetzigen Militärverwaltung und deren Umwandlung in eine Zivilverwaltung auf littauisch deutscher Basis gestatten. Erst wenn diese Vorarbeiten erledigt sind und wirklich ein lebensfähiger Staat erwachsen ist kann über das zukünftige Schicksal endgültig entschieden werden. *Ob die sächsischen Vorstellungen, auch bezüglich Livlands und Estlands, im Reichsinteresse zu verwirklichen sind, steht dahin.*[4] Auch hier sind die Dinge noch in der Schwebe. Aus dem Friedensvertrag mit

1 Ab am 24. März; Kopien des Eingangs (Vitzthum) und dieser Antwort nach Abgang ans AA; Paraphen Hertlings (23/3) und Radowitz'.

2 Christoph Graf Vitzthum von Eckstädt (1863–1944), aus thüringischem Adel, geb. in Dresden, 1882 Einjährig Freiwilliger (1901 Rittmeister d. R.), Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, 1887 Referendar, am Amts- und Landgericht Dresden, 1890 Legationssekretär im sächsischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, 1891 bei der sächsischen Gesandtschaft in Berlin, 1894 wieder im Außenministerium, 1896 Bezirksassessor in Dresden, 1900 Regierungsrat in Chemnitz, 1901 Amtshauptmann von Annaberg, 1906 sächsischer Gesandter in Berlin, 1909–1918 Staatsminister des Innern und für auswärtige Angelegenheiten, königstreu, standesbewusst und mittelstandsorientiert; 1913 legte er den Grundstein für die Deutsche Bücherei (später: Deutsche Nationalbibliothek) in Leipzig; im Weltkrieg verfasste er den Entwurf für ein allgemeines Wahlrecht in Sachsen. Andreas Peschel, Vitzthum von Eckstädt, Christoph Johann Friedrich Graf, in: Sächsische Biografie http://www.isgv.de/saebi//biografie/Christoph_Vitzthum_von_Eckstädt (3.1.2019).

3 Gegenüber der am 23. März 1918 den Reichskanzler aufsuchenden litauischen Delegation erklärte Hertling unter Berufung auf den Beschluss der Taryba vom 11. Dezember 1918 auf Befehl und im Namen des Kaisers die Anerkennung Litauens »als ein freier und unabhängiger Staat«, die Bereitschaft, »den erbetenen Schutz und Beistand« bei der Wiederaufrichtung des Staats zu leisten und die den Interessen des Reichs wie Litauens Rechnung tragenden Konventionen abzuschließen. Schulthess 59, NF 34 (1918/I), S. 140 f.; Ursachen und Folgen, Bd. 2, S. 182.

4 Am 13. März 1918 hatte Vitzthum Hertling gemeldet, der König von Sachsen sei bereit, auf die Krone von Litauen zu verzichten, wenn ein sächsischer Prinz auf den Thron eines Livland und Estland vereinigenden baltischen Staates gelangen könne. BArch, R 43/2406, f. 12–13.

Rußland erwächst uns lediglich das Recht der polizeilichen Besetzung. Die Länder sind im Gegensatz zu Littauen und Kurland durch den Vertrag von Rußland nicht losgelöst worden. Diese Loslösung muß durch Vereinbarung zwischen ihnen und Rußland erst noch erfolgen. Was dann aus ihnen wird, werden sie in erster Linie selbst zu bestimmen haben. Hierbei ist es nicht unmöglich daß sie auf den Gedanken eines eigenen durch Vereinigung von Livland und Esthland gebildeten Herzogtums kommen. Ob aber als Kandidat für diesen Thron ein katholischer Prinz in Frage kommen könnte, ist mir bei dem streng evangelischen Charakter der Bevölkerung zweifelhaft. *Bei der in nächster Zeit erwarteten Klärung dieser Fragen wird den sächsischen Wünschen genügend Raum gegeben werden.*[5]

Mit dem Ausdruck besonderer Verehrung bin ich verehrter Graf Ihr
RK

5 Vitzthum antwortete am 27. März, er ersehe aus Hertlings Brief, dass dessen Pläne über die russischen Randvölker, besonders Litauen, »den Charakter eines bestimmten Programms angenommen haben«, dessen wichtigster Punkt die Anerkennung Litauens »als ein freier unabhängiger Staat« sei. Erzberger verhandele soeben als Vertreter des Reichstags mit dem litauischen Landesrat über Litauens Zukunft und Herrscher »unter Übergehung des Bundesrats«. Er bitte um Einblick in die Verhältnisse Livlands und Estlands, um gegebenenfalls eine sachliche Mitarbeit des Königs von Sachsen an der geplanten litauisch-deutschen Zivilverwaltung zu ermöglichen. BArch, R 43/2406, f. 38–39.

308

Georg von Hertling an Gottlieb von Jagow
Berlin, 24. März 1918

Der Reichskanzler. (masch. Or.; PAAA, Nl Jagow, Bd. 4, f. 116)

Euer Exzellenz

Schreiben vom 16. d[ieses] M[onats] in der Lichnowsky[1]-Angelegenheit habe ich mit besten Dank erhalten. Inzwischen haben die Ereignisse ihren Lauf genommen. Die weite Verbreitung der Denkschrift in Deutschland[2] und ihre Veröffentlichung im Ausland haben mich gezwungen, aus der bisher beobachteten Reserve herauszutreten und sowohl im Reichstag wie in der Presse dazu Stellung zu nehmen. Die Denkschrift Euer Exzellenz hat hierbei wertvolle Dienste geleistet.[3] Ich habe den Eindruck, dass die üble Wirkung der Schrift für das Inland paralysiert sein dürfte, und dass sie allgemein verurteilt wird. Im Ausland freilich wird sie uns noch viel Schaden tun.[4] Es schweben zur Zeit Erwägungen darüber, ob gegen den Fürsten noch gerichtlich oder disziplinar vorgegangen werden soll, wogegen ich mich bisher gesträubt hatte, um nicht durch einen politischen Prozess die Aufmerksamkeit auf die bis dahin weniger verbreitete Schrift zu lenken.[5] Inzwischen aber wächst in

1 Karl Max Fürst Lichnowsky (1860–1928), aus schlesisch-mährischer Adelsfamilie, geb. in Kreuzenort, 1882 Eintritt in die preußische Armee, 1884 in das AA, 1887 Legationssekretär, tätig in London, Stockholm, Konstantinopel, Dresden, Bukarest und Wien, 1899 Wirklicher Legationsrat, Personaldezernent im AA, 1903 Geheimer Legationsrat, 1904 Abschied, Rückzug auf seine schlesischen Güter, 1912–1914 Botschafter in London; er warnte während der Julikrise in mehreren Berichten vor dem Kriegseintritt Englands an der Seite Frankreichs und Russlands, 1914 z. D., am 12. Juli 1918 Ausschluss aus dem Preußischen Herrenhaus. John C. G. Röhl, Lichnowsky, Karl Max Fürst, in: NDB 14 (1985), S. 443–445.

2 Dritte, 1916 in Kucelna verfasste, gegen seinen Willen im Februar oder März 1918 veröffentlichte Denkschrift Lichnowskys: Die Schuld der deutschen Regierung am Kriege. Meine Londoner Mission 1912–1914. Abdrucke der Broschüre erschienen im März–April in ausländischen Zeitungen. Vgl. Krafft von Dellmensingen an Hertling, 4. September 1917. Steglich, Friedensappell Papst Benedikts XV., S. 515 Anm. 7.

3 Liegt hier nicht bei. Vgl. Jagows Schriften: Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges, Berlin 1919; England und der Kriegsausbruch, Berlin 1925.

4 Laut einem »kurzen Leitartikel« der Osloer Zeitung Aftenposten, Nr. 316 v. 27. Juni 1918 wurde Hertling mit seinem in der Rede für Kühlmann vorgebrachten »Dogma vom Verteidigungskriege« Opfer seiner »Selbstsuggestionskraft«, weil man durch Lichnowsky besser unterrichtet sei. Vietinghoff an Hertling, Kristiana 28. Juni 1918. (PAAA, R 1390, S. 2–3). – Legationssekretär Friedrich Wilhelm von Vietinghoff (1881–1929) war von April 1917 bis Juli 1918 bei der Gesandtschaft in Kristiana.

5 Auch Payer sah im Hauptausschuss am 16. März 1918 für eine gerichtliche Verfolgung keine »rechtlichen Gründe«. Der Hauptausschuß, Bd. 4, S. 2056 f.

der öffentlichen Meinung das Verlangen, den Fürsten für seine unqualifizierbare Handlungsweise zur Rechenschaft gezogen zu sehen.[6]

Mit dem Ausdruck ausgezeichnetester Hochachtung bin ich
Euer Exzellenz
ergebenster
Hertling

6 Ludendorff forderte bei Reichskanzler und Kaiser wegen des schädlichen Einflusses der »Broschüre« auf die Truppe und die »geistige Kriegsfähigkeit« vergeblich die Bestrafung Lichnowskys. Ludendorff, Kriegserinnerungen, S. 516 f. Beim Kaiser hatte er Erfolg. Vgl. Berg an Heinrichs, 16. August 1918. F. v. Berg, Chef, S. 207 f.

309

Georg von Hertling an Hermann Cardauns
Berlin, 25. März 1918

Der Reichskanzler. (eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 58)

Lieber Freund!

Heute habe ich einen eigenartigen Anlaß, Dir zu schreiben. Bin ich wirklich, wie der Jahresbericht besagt, lebenslängliches Mitglied der G[örres]G[esellschaft] geworden? Daß dies meine Absicht war, erinnere ich mich wohl, nicht aber, daß ich es auch ausgeführt habe, und auch in meinen Aufzeichnungen finde ich nichts über die Hauptsache, nämlich, ob ich die 200 M. eingeschickt habe. Ich wäre Dir also dankbar, wenn Du so freundlich sein wolltest, mich hierüber aufzuklären.[1]

Von Eduard Müller erfuhr ich, daß es Dir gut geht, und sich auch das Befinden Deiner verehrten Gattin wesentlich gebessert hat, Gott sei Dank! Hoffentlich ist es dabei geblieben.

Der Tod von Julius Bachem[2] ist mir recht nahe gegangen, wie viel mehr noch wird dies bei Dir der Fall sein, der Du ein Menschenalter lang mit ihm zusammen gearbeitet hast.[3] Auf der nächsten Generalversammlung wird nun ein anderer die Begrüßungsrede am Vorabend halten müssen, aber wann wird diese Versammlung sein, und werde ich daran teilnehmen können? Zur Zeit stehen wir ja alle unter dem Eindruck der gewaltigen militärischen Erfolge,[4] möchten ihnen nur auch die politischen Erfolge entsprechen und wir bald zu einem ehrenvollen Frieden gelangen!

Mit herzlichen Grüßen, in alter Freundschaft
Dein Hertling

1 Cardauns' Bitte um Aufklärung v. 26. März sandte Generalsekretär Rademacher mit der Notiz versehen zurück, Hertling habe 200 M bezahlt, der Beitrag sei allerdings auf 250 M festgesetzt. »Wir haben aber unseren Präsidenten auch für 200 M aufgenommen und zwar gern«. BArch, NlH, Nr. 58.

2 Julius Bachem starb am 22. Januar 1918 in Köln.

3 Während seines im Oktober 1864 begonnenen Geschichtsstudiums in Bonn lernte Cardauns »den damaligen Studenten der Jurisprudenz, Julius Bachem, kennen, mit dem er ab 1876 die nächsten drei Jahrzehnte am Redaktionspult verbringen sollte«. Bierganz, S. 45.

4 Nach dem Ablauf des im Dezember 1917 vereinbarten Waffenstillstands waren deutsche Truppen an der Ostfront weit vormarschiert (»Eisenbahnvormarsch«). Nach dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk wurden frei gewordene deutsche Truppen an die Westfront verlegt, wo südöstlich von Arras ab 21. März 1918 die zunächst erfolgreiche Frühjahrsoffensive (»Unternehmen Michael«) einsetzte. Sie brachte erst Geländegewinn, erstarrte aber bald zum Stellungskrieg. Vgl. Groß, Ende, S. 59–73; Kuhl, Entstehung, S. 115–146; Wolff, Tagebücher, S. 591, 588.

310

Georg von Hertling an Stephan Ehses
Berlin, 25. März 1918

Der Reichskanzler. (eigh. Or.; AGG, Nr. 5,3)

Verehrter lieber Herr Prälat!

Schönen Dank für Ihre freundlichen Zeilen vom 15. d[ieses] M[onats] und Ihre guten Wünsche. Zur Zeit stehen wir ja wohl überall im deutschen Vaterland unter dem Eindruck der großen militärischen Erfolge im Westen, möchten die Feinde dadurch endlich zur Einsicht gebracht werden, und die Welt dem Frieden näher gebracht werden!

Was die Denkschrift des Herrn Professor Engert[1] über seine Erfahrungen im türkischen Orient betrifft, so soll er dieselbe dem Nuntius übergeben, der sie nach Rom weiter geben wird. Der H. Stuhl ist der berufene Wächter über die dem Christentum drohenden Gefahren, sieht er sich veranlaßt, der Sache weitere Folge zu geben und sich etwa hierher zu wenden, so soll es an meiner Unterstützung nicht fehlen. Auf bloße private Anregung hin kann ich meinerseits eine Initiative nicht ergreifen, anders, wenn dieselbe von amtlich dazu berufener Seite her an mich gelangt.[2]

---

1 Josef Engert (1882–1964), aus Ochsenfurt, Studium der Theologie in Würzburg und Löwen, 1904 Priesterweihe, Kaplan im Bistum Würzburg, 1905 Dr. theol., 1907 Dr. phil. in Würzburg, 1913 Professor für Philosophie an der Philosophisch-Theologischen Hochschule in Dillingen (Donau), 1923–1948 in Regensburg, dort 1928–1931 und nochmals nach 1945 Rektor; während des Ersten Weltkriegs Lazarett- und Feldgeistlicher; 1917 Reise ins Innere der Türkei. Er hatte also nicht bloß Kenntnis von den dort verübten Greueltaten – so in: https://de.wikipedia.org/wiki/Josef_Engert (11.9.2021) – sondern unternahm auch etwas dagegen; als Rektor nach 1945 umstritten wegen seines Verhältnisses zum Nationalsozialismus.

2 Ehses (wohnhaft in München, Oettingenstr. 16, Vinzentinum) gab die Denkschrift an Nuntius Pacelli und dieser an die Kurie weiter: Memorandum alla Sua Eccellenza Monsignore al Nunzio Pacelli a Monaco sopra la situazione dei cristiani nel oriente (vor 2. Juni 1918). Ehses teilte Pacelli auch in wörtlicher Übersetzung Hertlings Begründung für die Übermittlung mit. Der Verfasser, Engert, bezog sich auf Beobachtungen während seines mehrmonatigen Aufenthalts 1917 in Kleinasien und Syrien, wonach ca. eine Million Armenier durch Hunger, Verelendung, Epidemien oder Massakrierung umkam und Hilfsversuche einzelner Deutscher oder Neutraler an der türkischen »giustizia militare« scheiterten, sodass nur diplomatische Schritte helfen könnten. Er erhoffte Hilfe vom Vatikan »per mezzo« Deutschlands, Bayerns und Österreichs. ›Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917–1929)‹, Dokument Nr. 8433, URL: www.pacelli-edition.de/Dokument/8433 (28.12.2017). Elf Tage vorher hatte Hertling Pacellis Bitte um Intervention zugunsten der Armenier mit Hinweis auf eine frühere deutsche Anfrage bei der Türkei abschlägig beschieden. Denn diese habe mitgeteilt, es finde eine von alliierter Seite und aus der Schweiz unterstützte antitürkische Bandentätigkeit der Armenier in den von Russland eroberten Gebieten Ostanatoliens statt; vielleicht sei der Hl. Stuhl in der Lage, den Alliierten nahezulegen, diese Unterstützung zu unterlassen. Hertling an Pacelli, 14. März 1918, in: ebd., Dokument Nr. 8489, URL: www.pacelli-edition.de/Dokument/8489 (07.01.2018).

Was den zweiten Punkt Ihres Briefes betrifft, so kann ich natürlich nicht beurteilen, ob eine solche Biographie wirklich am Platze ist. Ich selbst habe ja Lebenserinnerungen aufzuzeichnen begonnen, der erste bis zur Uebersiedelung nach München reichende Band liegt abgeschlossen vor, den Verlag hat Kösel übernommen, erscheinen kann er aber einstweilen nicht, und ob ich noch dazu komme, auch die Folgezeit zu bearbeiten, steht dahin. Daß mir der sicherlich gut gemeinte Gedanke einer Biografie von andrer Seite sympathisch wäre, kann ich nicht behaupten, ich weiß aber, daß ein von dem sel[igen] Julius Bachem sehr hoch geschätzter Herr sich mit demselben trägt, es ist Professor Koch, vormals in Heidelberg, jetzt hier beim Auswärtigen Amt, Nachrichtenstelle für den Orient, beschäftigt. Interessenten sollten sich also wohl zunächst mit diesem Herrn in Verbindung setzen. Aber, wie gesagt, am liebsten wäre es mir, der Gedanke käme nicht zur Ausführung, wenngleich ich den schönen alten Satz bene vixit qui bene latuit[3] schon längst nicht mehr für mich anrufen darf.

Mit herzlichen Grüßen, dem sich die Meinigen anschließen
in freundschaftlicher Verehrung
Euer Hochwürden ergebener
Hertling

3 Glücklich lebte, wer sich gut verborgen hielt. Zitat aus dem im Exil verfassten Werk »Tristia« des Dichters Ovid.

311

Gisbert von Romberg an Georg von Hertling
Bern, 25. März 1918

Kaiserlich Deutsche Gesandtschaft. Nr. 725. (masch. Or.[1]; PAAA 20514, S. 12–13)

Geheim!
Legationssekretär von Simson meldet mir:

»Eine aus Deutschland hierher zurückgekehrte, sowohl III B wie auch mir als durchaus vertrauenswürdig bekannte und angesehene Persönlichkeit erzählte mir in der Form der Frage, dass der von III B in Singen stationierte Leutnant Rothe[2] sich erkundigt habe, was eigentlich der hiesige amerikanische Generalkonsul Mc. Nally für ein Mann sei, dessen Tochter mit einem deutschen Seeoffizier[3] verheiratet sei, der sich ebenfalls in der Schweiz befinde. Ich habe allgemein erwidert, der Schwiegersohn sei mir als Seeoffizier bekannt, befinde sich hier krankheitshalber auf Urlaub bei seiner Gattin, der Schwiegervater sei mir persönlich nicht bekannt.

Der Grund der Frage kann ein doppelter sein: Entweder nimmt III B an, dass der amerikanische Generalkonsul durch seinen Schwiegersohn Nachrichten zu erhalten hoffe und beobachtet ihn aus diesem Grunde, oder III B glaubt, auf demselben Wege selbst Nachrichten erhalten zu können. Ich möchte gehorsamst anheimstellen, in geeigneter Weise III B zur Einstellung jeglicher Nachforschungen zu veranlassen«.

Es erscheint auch mir sehr wünschenswert, dass die Abt[eilung] III B des Stellvertretenden Generalstabes ersucht wird, Erkundigungen nach Mc. Nally zu unterlassen und ich darf Euerer Exzellenz demnach die Veranlassung des Weiteren gehorsamst anheimstellen.[4]

Romberg

1 AS 1617, pr. 30. März 1918 am. Sichtvermerk Bussches 31/3.

2 Von der Nachrichtenabteilung III B des Großen Generalstabs.

3 Mensing.

4 Bussche versah den vorstehenden Absatz am Rand mit zustimmendem »fiat«. Laut Vermerken Haniels wurde Rücksprache mit einem Generalmajor genommen und der am 30. März eingegangene Brief am 16. und 30. April im Zentralbüro wieder vorgelegt (dann z.d.A.). Laut Telegr. Rombergs vom 31. März wartete Mensing, vom Admiralstab für seine Mission beurlaubt, in Zürich weiter auf McNally, der »durch Grenzsperre noch an Rückkehr aus Paris verhindert«. Romberg bat, um Urlaubsverlängerung für Mensing beim Admiralstab einzukommen, was dieser genehmigte. PAAA 20514, S. 14.

312

Georg von Hertling an Karl von Hertling
Berlin, 26. März 1918

Der Reichskanzler. (eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 27, f. 45–46)

Lieber Karl!

Dankt Karl für zwei Briefe und die berichteten günstigen Eindrücke aus Spa. Er plant im April einen 10- bis 12tägigen Aufenthalt mit Frau und Sohn in Spa. Zu diesem werden sie gemeinsam abreisen, Karl braucht zur Vorbereitung des Besuchs nicht vorzureisen. Ohnehin hängt alles von der Vorfrage ab, ob der Kaiser in Spa oder an der Front ist. Er muss wegen des am 16. April zusammentretenden Reichstags rechtzeitig von Spa abreisen. Hier geht es in der bekannten Weise weiter, Prittwitz macht seine Sache recht ordentlich, ich bin aber doch froh, daß ich Dich bald wiederhaben werde. Wir haben uns so gut in einander eingearbeitet.

Und was sagst Du zu der Offensive? Was man darüber erfährt, lautet ja glänzend, und auch im Privatgespräch versichern die Kundigen, es stehe günstig. Wo aber das eigentliche Ziel liegt, ist mir nicht klar, doch möchte ich noch immer glauben, daß der Hauptstoß den Engländern gilt, und also Kalais das Ziel ist.[1] Gestern hatte ich einen Brief von Hellingrath, demzufolge er sich nach Kräften der Anliegen des Pfarrers von Ruhpolding annehmen will. Was er über die zu erwartenden militärischen Erfolge schreibt, deckt sich im Wesentlichen mit den Ansichten von Kneußl[2]. Henni ist Artilleriekommandeur geworden, worüber Henni erfreut ist, Mitz aber noch mehr, da sie recht in Sorge war und nun annimmt, daß er persönlich weniger gefährdet sein werde, wie als Regimentskommandeur.

Nun lebe wohl, wenn Du einmal an Mama schreiben wolltest, so weißt Du, welche Freude Du ihr damit machst. Grüße Giulia und die Kinder […] und sei selbst herzlich gegrüßt von Deinem tr[euen] Vater

1 Ludendorff schwankte zwischen einer taktischen und einer strategischen Konzeption für die Frühjahrsoffensive und entschied sich nach Groß, Ende, S. 53–56, 67–70, für die taktische Variante verzettelter Durchbrüche.

2 Paul (1914 Ritter von) Kneußl (1862–1928), geb. in Lindau, Besuch der Gewerbe- und Industrieschule, der Technischen Hochschule und der Kriegsschule, 1892 Premierleutnant, Kriegsakademie, 1897 Hauptmann, 1899 im Generalstab, 1907 Oberstleutnant, Direktor der Kriegsakademie, der Artillerie- und Ingenieurschule, 1910 Oberst, Generalstabschef des III. Armeekorps, 1913 Generalmajor, 1913–1918 Abteilungsleiter im bayerischen Kriegsministerium und Staatsrat im a.o. Dienst, 1914 Brigade-, 1915 Divisionskommandeur, Generalleutnant, Einsatz im Osten, Südosten und Westen, Ende 1918 a.D. als General der Infanterie. Schärl, S. 257 f. – Kneußl lieferte Karl v. Hertling die vom Reichskanzler erbetene Aufzeichnung über die Kriegslage und Friedenschancen im Frühjahr 1918. Siehe Darstellung, Kapitel V, 5.

313

Georg von Hertling an Friedrich Wilhelm von Berg
Berlin, 27. März 1918

(masch. Kop.; PAAA, R 742; Druck: F. v. Berg, Chef, S. 205)

Eilt.

Ew. pp.[1] sehe ich mich veranlaßt auf folgendes aufmerksam zu machen:

Es ist in letzter Zeit mehrfach vorgekommen, daß aus den besetzten ausländischen Gebieten an Seine Majestät den Kaiser und König gerichtete Ergebenheits-Adressen, in denen zugleich politische Wünsche zum Ausdruck gebracht waren, ohne meine Zuziehung lediglich auf die Vorschläge des Geheimen Zivilkabinetts hin beantwortet worden sind. In gleicher Weise ist lediglich auf Vorschläge des Geh[eimen] Zivilkabinetts hin Allerhöchst über den Empfang von ausländischen Abordnungen, die politische Wünsche zum Ausdruck brachten, entschieden worden.

Ew. pp. werden, wie ich nicht bezweifele, mit mir darin übereinstimmen, daß eine derartige, ohne die Zuziehung der politisch verantwortlichen Stelle erfolgende Erteilung von Allerhöchsten Antworten oder Fällung von Allerhöchsten Entscheidungen in politisch wichtigen Angelegenheiten grundsätzlich nicht angängig ist, da durch solche Allerhöchste Meinungs-Äußerungen und Behandlungen die Politik, für die ich die Verantwortung zu tragen habe, ohne, ja gegen meinen Willen, festgelegt und beeinflußt werden kann.

Ich wäre daher Ew. pp. dankbar, wenn derartige Angelegenheiten, wie bisher üblich, mir, sei es unmittelbar, sei es zu Händen meiner amtlichen Vertreter, zur Äußerung bzw. zum Vorschlag für die Allerhöchste Entscheidung zugewiesen würden.

Der Reichskanzler.
gez. v. Hertling

1 Pergite, fahre fort (mit der Titulatur). Friedrich Wilhelm von Berg (1866–1939), geb. auf Gut Markienen bei Bartenstein, Jurastudium, Eintritt in den preußischen Verwaltungsdienst, 1903 Landrat in Goldap, 1906 Vortragender Rat im Zivilkabinett des Kaisers, 1909–1916 Landeshauptmann in Ostpreußen, 1916 Mitglied des Preußischen Herrenhauses, 1916–Januar 1918 Oberpräsident von Ostpreußen, Januar–Oktober 1918 Chef des kaiserlichen Zivilkabinetts mit guten Beziehungen zur Vaterlandspartei, 1919–1933 Mitglied (auch Präsident) des Ostpreußischen Provinziallandtags (DNVP), 1920–1933 Präses der Provinzialsynode Ostpreußens. Vgl. F. v. Berg, Chef, S. 37–75; Wolff, Tagebücher, S. 583: Bergs Ernennung sei ein »Schlag der Militärpartei gegen Kühlmann«.

314

Georg von Hertling an Christoph Vitzthum von Eckstädt
Berlin, 28. März 1918

Der Reichskanzler. Rk. 17153 (masch. Reinkonz.[1]; BArch, R 43/2406, f. 46)

In Berlin wird erzählt, dass zwei Herren in Reichstagskreisen Propaganda für eine Lösung der litauischen Frage im Sinne der sächsischen Wünsche machen. Ich kann nicht annehmen, daß die Berufung auf Euer Exzellenz berechtigt ist und beeile mich daher, Ihnen von der Sache Kenntnis zu geben. Bei dem ohnehin so starken Bestreben des Reichstags, sich in die Exekutive einzumischen und der Reichsleitung vorzuschreiben, welchen Weg sie in der Politik gehen soll, sehe ich eine ernste Gefahr darin, daß der Reichstag mit dem Schein amtlicher bundestaatlicher Autorität in diesem Bestreben bestärkt wird.[2] Ich bin überzeugt, daß Euer Exzellenz mir hierin vollkommen zustimmen werden.

Mit dem Ausdruck besonderer Verehrung Euer Exzellenz
(N[ame] d[es] Herrn] Rk) m[anu] pr[opria]
WR[adowi]tz

1 Mit Paraphe Hertlings.

2 Siehe oben Nr. 307 Anm. 5.

315

Georg von Hertling an Werner von Grünau
Berlin, 29. März 1918

Nr. 261. (Telegramm in Ziffern, Kop.; PAAA, R 1184)

Staatssekretär von Kühlmann, dem ich Euer Hochwohlgeboren Telegramm vom 27. d[ieses] M[onats] mitgeteilt habe, telegraphiert mir unter dem 28. d[ieses] M[onats][1]:
[»ins. Eingang«.[2]]

Euer Hochwohlgeboren bitte ich, Seiner Majestät dem Kaiser den Inhalt vorstehenden Telegramms mündlich vorzutragen und hinzuzufügen, daß ich den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs in jeder Beziehung beipflichte.[3] Ein zu starkes Forcieren der Verhandlungen, bei denen ein großer Komplex schwieriger Fragen der Lösung harrt, würde nicht im Interesse der Sache liegen und könnte ein günstiges Endergebnis nur gefährden.

Euer Hochwohlgeboren wollen ferner Seiner Majestät alleruntertänigst melden, daß seit einiger Zeit, wie ich zu meinem lebhaften Bedauern beobachte, Treibereien im Gange sind, die offensichtlich den Zweck verfolgen, den Staatssekretär zu diskreditieren und seine Stellung zu erschüttern.

---

1 Mit Telegr. v. 25. März verlangte Hindenburg von Hertling und Kühlmann ein hartes Vorgehen gegen Rumänien durch Setzung eines kurzfristigen Ultimatums. Als Hertling mit Antworttelegramm vom gleichen Tag auf die Probleme hinwies – Fehlen einer verhandlungsbereiten Regierung in Rumänien, mangelnde Kooperation Österreich-Ungarns – verschärfte Hindenburg mit Erwiderung vom 27./28. März 1918 seine Kritik an der Diplomatie: »Die Kriegs- und Machtlage gegenüber Rumänien war eine solche, dass alles hätte durchgesetzt werden können, falls Euer Exzellenz Vertreter [Kühlmann] danach gehandelt haben würde«. In drei Telegrammen an Hertling und einem an das AA v. 25. März beharrte Kühlmann auf seinem an den politischen Verhältnissen Rumäniens orientierten, durchaus um Eile bemühten Vorgehen, für das der militärische Faktor kaum noch eine Rolle spiele. Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 59–65, 61.

2 In dem hier mit vollem Wortlaut inserierten, ausführlichen Telegr. Kühlmanns an Hertling v. 28. März 1918 aus Bukarest, das der Reichskanzler sofort weiterleitete, verwahrte sich Kühlmann gegen Hindenburgs Vorwürfe. Auf Generationen hinaus berechnete Verabredungen ließen sich nicht durchpeitschen, dennoch sei in wenigen Tagen eine große Stoffmasse mit allem Nachdruck behandelt und bewältigt worden. Die Ergebnisse müssten »den hiesigen lokalen Bedürfnissen und Anschauungen bis zu einem gewissen Grade Rechnung tragen«. Er könne die »verhandelnden Fachleute« zumal in den Wirtschaftsfragen nicht zur Überhastung drängen und habe jede Trübung des Bundesverhältnisses zu Österreich durch fachliche und gesellige Kontakte mit Czernin vermeiden können. Druck des Telegr. Hertlings vom 29. März mit dem inserierten Telegr. Kühlmanns v. 28. März: Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 75–77.

3 Vgl. das Telegr. Grünau an Hertling v. 31. März 1918. Der Kaiser habe sich von dem Vortrag »befriedigt« gezeigt, Kühlmanns Telegramm selbst in Ruhe durchgelesen und es auch Hindenburg zu lesen gegeben. Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 77 f.

Ich mißbillige diese Treibereien auf das entschiedenste und werde ihnen mit allem Nachdruck entgegentreten. Herr von Kühlmann erblickt seine vornehmste Aufgabe pflichtgemäß darin, die auswärtige Politik im Sinne der Allerhöchsten Direktiven in loyaler Zusammenarbeit mit mir zu führen. Er hat die ihm bisher übertragenen schwierigen Aufgaben mit großem Geschick gelöst[4] und hierdurch das seitens Seiner Majestät in ihn gesetzte Vertrauen in vollem Umfange gerechtfertigt. Es erscheint daher nicht zulässig, daß ihm zu einer Zeit, wo er an exponierter Stellung für die Interessen des Reiches kämpft, in den Rücken gefallen wird.[5]

gez. Hertling.

4 Der Friedensvertrag mit Rumänien wurde am 26. März um 4 Uhr morgens in Bukarest paraphiert und eine Stunde später dem Reichskanzler telegraphiert. Zugleich wurden ein rechtspolitischer Zusatzvertrag und ein Abkommen über die Erdölfrage unterschrieben. Kommissionen berieten weiter über die wirtschaftlichen Fragen. Die politischen, territorialen und militärischen Bestimmungen betrafen die »Wiederherstellung von Friede und Freundschaft«, Demobilisierung der rumänischen Streitkräfte, Gebietsabtretungen (die Dobrudscha bis zur Donau), Kriegsentschädigungen (gegenseitiger Verzicht auf die Erstattung der Kriegskosten), Räumung der besetzten Gebiete, Regelung der Donauschifffahrt und Gleichstellung der sechs Religionsbekenntnisse in Rumänien. Druck: Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 66–74.

5 Hindenburgs Antwort vom 2. April auf diesen Brief des Kanzlers wandte 9 Punkte gegen den vorliegenden Abschluss mit Rumänien ein. Grünau (an Lersner, 6. April) empfand »Wut und Empörung« über dieses »Gebäude von vaguen Vorwürfen«: »schon ziemlich das tollste, was mir je vorgekommen ist«. Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 85–87.

316

Gustav Alexander zu Wittgenstein an Georg von Hertling
Kopenhagen, 31. März 1918

Kaiserlich Deutsche Gesandtschaft. (masch. Or.[1]; PAAA, R 20504, S. 183–185)

Pol[itischer] Bericht Nr. 95.
Durch Kurier! Geheim!

Der bekannte Vertrauensmann in England meldet Nachstehendes; seine Mitteilungen sind am 25. März hier eingegangen:

»Sämtliche Briefe von und nach Amerika sowie von und nach feindlichen Ländern werden jetzt von England zur näheren Untersuchung nach Amerika gesandt; besonders wird auf die Namen von Schiffen sehr genau geachtet, nicht einmal mehr Konossemente[2], die Schiffsnamen enthalten, dürfen mehr durchgelassen werden. Alle Privatbriefe aus Seeplätzen in den Vereinigten Staaten werden jetzt von der amerikanischen Zollverwaltung untersucht, und Schiffsnamen werden entfernt.

Bei den Luftangriffen vom 16. und 17. Februar d[ieses] J[ahres] wurden folgende Plätze beschädigt beziehungsweise zerstört[3]:

Ein Hospital in Chelsea mit Privatwohnungen; Midland-Eisenbahnstation; St. Pancras, Station (Eingangshalle sowie ›Booking Office‹); ein Hotel, das als Hospital für verwundete Offiziere benutzt wurde; Privathäuser in Guilfordstreet; eine Kirche in Woolwich. Etwa 300 Verwundete und Tote.

Am 7. März d[ieses] J[ahres]:

Privathäuser in Maidavale, Belzies Park[4], Clapham; 2 Fabriken in Ensfield[5] (vermutlich Munitionsfabriken), eine Schule in Golders Green, ferner ein ›Depot‹ in Hendon[6]. Etwa 450 Tote und Verwundete.

Eine grosse Munitionsfabrik T.N.T.[7] explodierte kürzlich ausserhalb Londons (inoffizielle Meldung); 600 Arbeiter sollen umgekommen und eine grosse Anzahl Häuser zerstört sein.«[8]

---

1 »Inhalt: Geheime Nachrichten über die Lage in England«; pr. 4. April; von Bussche dem Admiralstab der Marine und der OHL z. K. zugesandt.

2 Frachturkunden; von französisch: connaissements.

3 Die folgend genannten Stadtviertel, Bahnhöfe und Straßen lagen in London und nächster Umgebung (1965 Greater London).

4 Belsize Park mit Bebauung aus viktorianischer Zeit.

5 London Borough of Enfield, nördlichster Stadtbezirk Londons, ursprünglich Grafschaft Middlesex.

6 Im County Middlesex, später Vorstadt Londons.

7 Trinitrotoluol; zwischen 1863 und 1889 in Deutschland entwickelter Sprengstoff.

8 Den Textteil in »« sandte Radowitz am 7. April an die OHL und den Admiralstab der Marine.

Die Nahrungsmittelverhältnisse gestalten sich immer ungünstiger. Es werden jetzt Karten für folgende Lebensmittel ausgegeben:

Fleisch verschiedener Art ein Pfund pro Woche; Butter oder Margarine ½ Pfund pro Woche, Zucker ½ Pfund pro Woche.

Vor Kurzem fand in Greys Inroad[9] eine von »The Herald«[10] einberufene Versammlung statt. Sie war so stark besucht, dass die Leute in langen Reihen vor dem Versammlungslokal auf den Einlass warten mussten. Von den Rednern sprach besonders John Arnoll[11] gegen die Fortsetzung des Krieges und gegen die jetzige Regierung. Die Stimmung war alles andere als kriegsfreundlich. Wie einer der Hauptleiter der Versammlung mir erklärte, hat eine mächtige Agitation für die Beendigung des Krieges unter den Munitionsarbeitern und Soldaten eingesetzt; zu ihrer Entwickelung werde es aber vielleicht an den hinreichenden Geldmitteln fehlen. In Nordengland soll unter den Arbeitern starke Unzufriedenheit herrschen.

Schiffe segeln gegenwärtig mit Sprengstoffen von Dupond's Powder Co[mpany][12] U.S.A. nach Canadian Explosive Co[mpany][13], Canada: »Governor Forbes«, »Sinaloa«. – »Tunisie« von New York nach Rotterdam mit 12 000 Bushels Weizen für

9 Gray's Inn Road, bekannte Londoner Straße mit wichtigen Gebäuden.

10 Herald oder Daily Herald, seit 1911 erschienenes, den Gewerkschaften nahestehendes, nach August 1914 Krieg und Wehrpflicht in Frage stellendes Blatt.

11 John Arnall (+ 1924), 1918 Kandidat für Islington North (London) der British Socialist Party, einer marxistischen Partei, die sich gegen den Krieg wandte, die Novemberrrevolution in Russland begrüßte und mit anderen radikalen Gruppen 1920 die Kommunistische Partei Großbritanniens bildete.

12 Du Pont de Nemours and Company, von dem französischen Flüchtling vor der Revolution, Eleuthère Irénée du Pont (1771–1834), 1802 bei Wilmington (Delaware) gegründete Pulver-, Dynamit- und Chemiefabrik.

13 Canadian Explosives Limited, 1910 entstandene Pulverfabrik mit 45 % Du Pont-Anteil. Vgl. über die DuPont Company: https://www.thecanadianencyclopedia.

Belgian Relief Comité verliess New York am 18. Januar 1918. Gleicher Bestimmungsort »Sygna« 200 000 Bushels, Manitoba, gleichen Empfänger, verliess Portland[14] 12. Januar 1918.

Wittgenstein[15].

14 Gemeint wohl Portland in Maine, von wo die kanadische Weizenfracht auslief.

15 Gustav Alexander Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Sayn (1880–1953), geb. in Sayn, Jurastudium, u.a. in Lausanne, 1905 Referendarexamen, Eintritt in den Militär-, Justiz- und Verwaltungsdienst von Elsaß-Lothringen, 1906 in den Auswärtigen Dienst, Attaché, 1907 kommissarischer Leiter der Gesandtschaften Bern und Belgrad, 1908 in Wien und Dresden tätig, danach im AA (Handelspolitik), 1910 Legationssekretär bzw. kommissarische Beschäftigung in Sofia und Bukarest, 1912 in München, 1914–1919 Legationssekretär in Kopenhagen, 1917 Charakter als Legationsrat, November–Dezember 1919 bei der Außenhandelsstelle des AA (Nordische Länder), Januar 1920 z.D., 1930 a.D.

317

Georg von Hertling an Friedrich Wilhelm von Berg
Berlin, 3. April 1918

Der Reichskanzler. (masch. Or.[1]; GStA PK, I HA Rep. 89, Nr. 32410, f. 189–193)

Euer Exzellenz

Schreiben vom 29. v[origen] M[onats] habe ich erhalten und daraus zu meinem Bedauern ersehen, dass Seine Majestät Sich über die Art und Weise, in der Staatssekretär von Kühlmann die Geschäfte des Auswärtigen Amts führt und die Friedensverhandlungen geleitet hat, Sorgen machen und, wie mir scheint, dem Gedanken Raum geben, Sich von Herrn von Kühlmann zu trennen.[2] Es sprechen hierbei zwei Momente mit, die ich im folgenden getrennt behandeln will.

Seine Majestät halten eine Reform des Auswärtigen Amts für erforderlich, wenn wir allen Anforderungen gerecht werden wollen. Ich stimme in der Forderung nach einer Reform des Auswärtigen Amts mit Seiner Majestät überein. Die derzeitige Gestaltung dieser Behörde entspricht auch meiner Ansicht nach nicht mehr den Anforderungen der Zeit. Sie war auf einen erheblich geringeren Geschäftsbereich zugeschnitten und ist beim Wachsen der Aufgaben des Auswärtigen Amts unübersichtlich geworden und erschwert die Einheitlichkeit der Leitung. Ich bitte aber zu bedenken, dass eine völlige Umgestaltung einer Behörde mit einer solchen Summe technischer Schwierigkeiten verbunden ist und so grosse Anforderungen an Personal und Arbeitskraft stellt, dass sie in einem Augenblick, der alle vorhandenen Kräfte so wie so aufs Äusserste anspannt, nicht in Angriff genommen werden kann, ohne die Lösung der unmittelbaren Aufgaben zu gefährden. Herr von Kühlmann stimmt in dieser Beziehung mit mir überein. Er würde auch schon an die Reorganisation des Auswärtigen Amtes herangegangen sein, wenn er nicht in der Durchführung der Friedensverhandlungen und der Vorbereitung der noch zu erwartenden Auseinandersetzungen mit unseren Feinden die dringlichere Forderung der Zeit erblicken müsste.

Was den materiellen Inhalt der in Brest Litowsk sowohl wie in Bukarest geführten Verhandlungen betrifft, so vermag ich nicht anzuerkennen, dass irgendetwas nicht erreicht worden wäre, was im wirtschaftlichen oder politischen Interesse

1 Vermerke unten: »D 2040[a]–18. Hierzu drei Telegramme. Militaria 11«. Nach Stil und Inhalt ist das Schreiben von Hertling selbst diktiert oder verfasst.

2 Dem Schreiben Bergs an Hertling vom 29. April gingen voraus: zwei Beschwerdetelegramme Hindenburgs an Hertling und Kühlmann v. 24. März, ein Brief Hindenburgs an den Kaiser v. 2. April mit Beschwerde über das außerdienstliche Verhalten Kühlmanns, ein Telegramm des Kaisers v. 27. März über Grünau an das AA mit Missbilligung des dilatorischen Verhaltens Kühlmanns, der mit Czernin auf Entenjagd gefahren sei. F. v. Berg, Chef, S. 126. Bergs Verdächtigung, dass Grünau dieses Telegr. nicht weitergesandt habe, war gegenstandslos.

Deutschlands lag. Man darf nicht ausser acht lassen, dass es sich bei den Verhandlungen nicht um ein Gespräch zwischen Deutschland und seinen Feinden handelte, sondern dass wir uns in einer Koalition befinden, die auch über den Krieg hinaus zusammenzuhalten, eine der vornehmsten Pflichten unserer Diplomatie ist. Koalitionskriege zu führen ist leicht im Verhältnis zu der Schwierigkeit, einen Koalitionsfrieden zustande zu bringen, bei dem alle Mitglieder der Koalition zufrieden sind. Das Verhältnis zu Österreich-Ungarn ist nach der häufig kundgegebenen Willensmeinung Seiner Majestät von mir sowohl wie von Herrn von Kühlmann als der Angelpunkt unserer Politik nach dem Kriege betrachtet worden. Eine Trübung dieses Verhältnisses würde den Wert unseres Bündnisses mit Bulgarien und der Türkei und alle in Rumänien erzielten Vorteile illusorisch machen. Die Stärkung und feste Verankerung des Bündnisses auf der Basis gemeinschaftlicher Interessen würde dahingegen einen mitteleuropäischen Block von einer Stärke schaffen, wie ihn die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat. Wenn unsere Feinde im Westen besiegt sind – und ich zweifle nicht an unserem Siege – so werden sie dadurch nicht zu unsern Freunden, sie werden vielmehr, sobald sie wieder erstarken, ihre Kraft darauf konzentrieren, uns auf wirtschaftlichem Gebiet zu bekämpfen und eine politische Situation zu schaffen, die einen erneuten Waffengang mit uns als aussichtsreicher erscheinen lässt. Für diese Eventualität müssen wir uns vorbereiten. Russland scheidet für absehbare Zeit aus, wenn ich auch glaube, dass wir versuchen müssen, zu einem modus vivendi mit den Machthabern der nächsten Jahrzehnte zu gelangen, wozu ich in einer sachgemässen Behandlung des Randvölkerprobems die Grundbedingung erblicke.[3] Die Skandinavischen Länder und Holland werden sich an ein isoliertes Deutschland nicht anschliessen, wohl aber könnten sie ihr Interesse darin finden, einem starken Block der Mittelmächte sich freundlich gegenüber zu stellen, da ihre wirtschaftlichen Interessen durch diesen gefördert werden können. Es bleibt also für uns die Notwendigkeit bestehen, dem jetzt im Werden begriffenen Block wirklich zum Leben zu verhelfen. Die Verhandlungen über den Frieden bieten hierbei gefährliche Klippen, die Herr von Kühlmann umschifft hat, so dass wir aus Brest Litowsk und Bukarest mit einem ungetrübten Verhältnis zu den Bundesgenossen zurückgekehrt sind. Hierin erblicke ich ein grosses Verdienst des Staatssekretärs, der es durch unermüdliche Geduld und genaueste Überwachung in der sich regenden Unstimmigkeit fertiggebracht hat, die oft widerstrebenden Interessen auszugleichen und ein von allen vier Verbündeten vorbehaltlos gezeichnetes Dokument mit nach Hause zu bringen. Dass er dieses Resultat unter Preisgabe wesentlicher deutscher Interessen zustande gebracht hätte, vermag ich nicht anzuerkennen. Insbesondere möchte ich darauf hinweisen, dass Herr von Kühlmann dauernd im engsten Einvernehmen mit

3 Hintze an Hertling, Kristiana 31. März 1918, empfahl, »Hass« und »Antipathie« gegen Russland, die in den Randstaaten vorhanden seien, zu pflegen. Gegenüber Russland sei permanenter Zwang angebracht. »Russlands Revanchelust ist nur durch die Drohung der Gewalt niederzuhalten«. Hintze, S. 431.

dem Generalfeldmarschall von Mackensen[4] und dem Bevollmächtigten des Chefs des Generalstabes General Hell gearbeitet hat. Die von den einzelnen Ressorts aufgestellten Forderungen haben, wo immer tunlich, volle Berücksichtigung gefunden. Es muss uns doch darauf ankommen, mit den Rumänen, von denen wir uns in Zukunft politische und wirtschaftliche Vorteile versprechen, in einem möglichst guten Einvernehmen die recht schwierigen wirtschaftlichen Fragen zu regeln. Die dort jetzt am Ruder befindlichen Leute sind unsere Freunde,[5] von denen wir in Güte alles Nötige erreichen können. Wozu also die Anwendung von Gewalt, um etwa in drei Tagen etwas zu erreichen, was verständige Verhandlungen uns in 10 Tagen ohne Verstimmung und Verärgerung bringen können. In diesem Zusammenhang muss ich ein Wort über die militärischen Notwendigkeiten sagen. Ich hatte, obwohl die rumänische Regierung noch nicht in einem für uns günstigen Sinne umgebildet war,[6] die Verhandlungen in Bukarest schon Ende Februar beginnen lassen, um dem Wunsche des Chefs des Generalstabes entgegenzukommen und eine baldige Entscheidung darüber herbeizuführen, ob die in Rumänien stehenden Divisionen dort noch gebraucht würden oder nach dem Westen abtransportiert werden könnten. Nach Annahme des Ultimatums durch die Rumänen am 2. März stand es fest, dass mit einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten nicht zu rechnen war. Dem Chef des Generalstabes wurde daher gemeldet, dass die Divisionen zu seiner Verfügung ständen. Dass sie nicht abtransportiert worden sind, ist eine freie Entschliessung des Chefs des Generalstabes, für die die politische Situation und die Lage der Verhandlungen nicht massgebend gewesen sind. – Die eigentlichen Verhandlungen mit Rumänien konnten erst wieder beginnen, als am 21. März das neue Kabinett[7] gebildet und mit Vollmacht zum Abschluss versehen war. Paraphiert wurde das umfangreiche Vertragsinstrument am 26. März.[8] Man kann also wohl von einer Verschleppung der Verhandlungen mit Recht nicht sprechen. Die Einzelheiten der wirtschaftlichen Abmachungen in Ultimatumform festzusetzen ist, wie einleuchtet, untunlich, sie bedürfen, um unsere Interessen und die wirkliche Durchführung sicherzustellen,

4 August von Mackensen (1849–1945), geb. in Leipnitz, 1914–1915 Armee-Oberbefehlshaber in Polen, 1915 Generalfeldmarschall, 1915–16 Leiter von Heeresgruppen in Polen, Serbien, Mazedonien und Rumänien (Einnahme Bukarests), danach bis 1918 Militärgouverneur von Rumänien.

5 Ministerpräsident Rumäniens war von 18. März bis 6. November 1918 Alexandru Marghiloman (1854–1925), ein der Konservativen Partei Rumäniens angehörender Jurist. Vgl. Bornemann, S. 80–85.

6 Ion Constantin Bratiănu (1866–1927), 1909–März 1919 (mit Unterbrechungen) und 1922–1926 Ministerpräsident Rumäniens, Vorsitzender der Liberalen Partei, er führte 1916 den Kriegseintritt seines Landes an der Seite der Entente herbei.

7 Marghiloman.

8 Das rumänische Parlament zögerte die Ratifizierung des Vertrages hinaus, bis er nach der Kriegswende unwirksam wurde.

gründlichster Beratung und Prüfung.[9] Diese Arbeit wird jetzt in Bukarest geleistet. Ich kann mich also dahin zusammenfassen, dass ich materiell Herrn von Kühlmann weder den Vorwurf machen kann, er habe unsere Interessen nicht wahrgenommen, noch ihm die Dauer der Verhandlungen zur Last legen kann. Ich muss vielmehr anerkennen, dass er diplomatisch die ihm gestellte Aufgabe gelöst hat unter völliger Aufrechterhaltung des für die Zukunft notwendigen guten Verhältnisses zu den Bundesgenossen, die Rumänen zu einem Frieden zu bringen, der uns ungemein grosse wirtschaftliche Vorteile bringt, ohne den Rumänen die Möglichkeit zu nehmen, freiwillig sich uns auch politisch zu verbünden.

Was nun die persönliche Seite der Angelegenheit, nämlich das ausserdienstliche Verhalten des Staatssekretärs in Bukarest betrifft, so möchte ich nachdrücklich darauf hinweisen, dass es sich bei den verbreiteten Nachrichten um gröbliche Übertreibungen und Ausstreuungen handelt, die eigentlich bis zu den Ohren Seiner Majestät nicht gelangen dürften.[10] Von einer Beeinträchtigung der Würde der deutschen Vertretung kann keine Rede sein. Es ist recht bitter, dass in einem Augenblick, wo jeder von uns seine Pflicht auf das Äusserste tut, derartige Verdächtigungen und persönliche Angriffe gerade gegen den Mann gerichtet werden, dem die heikelste diplomatische Aufgabe gestellt worden ist. Ich muss jeden Zweifel an der Pflichttreue unserer Unterhändler und insbesondere des Staatssekretärs zurückweisen, solange solche Zweifel auf Klatsch und Übertreibungen beruhen. Die Frage der Entenjagd auf der Donau halte ich durch die sachlichen von Herrn von Gruenau Seiner Majestät vorgetragenen Ausführungen des Staatssekretärs für erledigt.

Kühlmann wird in den nächsten Tagen dem Kaiser Vortrag halten und auch Gelegenheit zu einer Aussprache mit Hindenburg und Ludendorff haben, die hoffentlich die Missstimmung beseitigen und die Grundlage für eine nutzbringende Weiterarbeit schaffen wird. Schon bei den Auseinandersetzungen mit den Herren im Dezember vorigen Jahres ist mir eine starke persönliche Animosität gegen den Staatssekretär entgegengetreten. Sachlich erscheinen mir die gegen ihn erhobenen Vorwürfe nicht berechtigt, allein sachliche Gründe aber dürfen in einer solch wichtigen Frage entscheiden, wie es ein Wechsel in der Leitung des Auswärtigen Amts im jetzigen Augenblick wäre. Die Entlassung des Herrn von Kühlmann würde entweder keine Änderung in der bisher verfolgten, auf die Erhaltung der Bündnisse und die damit verknüpfte Sicherung unserer politischen Lage nach dem Kriege eingestellte[n] Politik bedeuten, und dann wäre sie überflüssig und durch den in unserm Volke und

9 In der vertraulichen Besprechung des Preußischen Staatsministeriums am 17. Mai 1918 wurde berichtet, die laufenden Verhandlungen mit Rumänien seien bepackt mit unzähligen Einzelheiten, da die deutschen Petroleuminteressenten die Hoffnung gehabt hätten, »die ganze rumänische Produktion übernehmen zu können«. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums, Bd. 10, S. 225.

10 Kühlmann wurde seit Januar 1918 u.a. von den Alldeutschen Blättern und der Deutschen Zeitung mit einer Schmutzkampagne überzogen, das Berliner Tageblatt verteidigte ihn. Vgl. M. Bußmann, Kühlmann, S. 150–153.

bei den Verbündeten dadurch hervorgerufenen Eindruck schädlich, oder aber sie bedeutet eine Abkehr von unserer jetzigen Politik zugunsten einer vom alldeutsch-annexionistischen Geiste getragenen reinen Machtpolitik, die ich nicht mitzumachen in der Lage wäre. Soll dies die Absicht sein, so würden Seine Majestät Sich darüber klar sein müssen, dass mit Herrn von Kühlmann das gesamte bisherige System zusammenbricht. Es ist bisher gelungen, den grössten Teil des deutschen Volkes und seiner Vertretung zusammenzuhalten, Unruhen und Streiks zu vermeiden oder zum mindesten ungefährlich zu machen. Im Reichstag vollzieht sich ganz von selbst ein Umschwung in der Richtung, dass die annexions- und kontributionslose Resolution unter dem Druck der Ereignisse immer mehr in den Hintergrund tritt. Die Regierung wird auch weiterhin in der Lage sein, diese Einheit festzuhalten und durchzuführen, wenn sie auf dem bisherigen Wege fortschreitend im Einvernehmen mit dem Parlament im Volk den Glauben an ihre Absicht, einen für Deutschland ehrenvollen Frieden herbeizuführen, aufrechterhält. Dies würde sich aber sofort ändern, wenn das System geändert [wird] und eine, jeder politischen Zurückhaltung bare Stellung zu den Verbündeten und zu den Problemen unserer Zukunft im Osten und Westen an seine Stelle tritt. Es wird vielfach gesagt, Herr von Kühlmann vertrete die deutschen Interessen nicht mit genügender Energie: meiner Ansicht nach wirkt seine diplomatische Geschicklichkeit, mit der er die Verbündeten bei der Stange hält und versucht, aus unseren derzeitigen Feinden zukünftige gute Nachbarn und eventuelle Verbündete zu machen, für unsere Interessen besser als die Erzwingung von Friedensbedingungen mit einer schroffen Siegergeste. Gewiss müssen wir uns den Sieg von denen erkämpfen, die auf unsere Friedensbereitschaft nicht eingehen wollten, aber ich hege keinen Zweifel, dass Herr von Kühlmann nach einem so erkämpften Siege keinen Augenblick zögern wird, Bedingungen durchzusetzen, die unsern Opfern gerecht werden. Dass wir uns dabei vor einem zu weitgehenden Programm hüten müssen, das, wie z. B. eine ganze oder teilweise Annexion von Belgien, unsere zukünftige innerpolitische Lage unerträglich belasten würde, brauche ich nicht zu wiederholen, da ich mich hierüber des öfteren unzweideutig ausgesprochen habe. Euer Exzellenz bitte ich im Sinne der vorstehenden Ausführungen Seiner Majestät Vortrag halten zu wollen. Ich behalte mir vor, bei der nächsten Gelegenheit, die sich hoffentlich bald bieten wird, meine Darlegungen mündlich zu erläutern und zu ergänzen.

Inzwischen verbleibe ich mit dem Ausdruck besonderer Hochachtung
Euer Exzellenz
ergebener
Hertling

318

Georg von Hertling an Kurt von Lersner
Berlin, 3. April 1918

(masch. Kop.; BArch, R 43/2406, f. 54)

Auf Telegramm Nr. 698[1]. Hughes.[2] Für Chef des Generalstabes des Feldheeres.

Eine Anfrage betreffend den Empfang der litauischen Delegation ging hier schon am 27. März ein. Sie wurde am 29. März beantwortet. Auch wird Falkenhausen, der dem Empfang beigewohnt hat, darüber berichtet haben.

Der Erklärung der Litauer war nach Abschluß des russischen Friedensvertrags nicht mehr dieselbe Bedeutung beizumessen wie vorher, da der Friedensvertrag die Bestimmung des Schicksals Litauens auch formell im wesentlichen in unsere Hand gelegt hat. Ich habe es daher für angezeigt erachtet, über die Erklärung hinwegzugehen und im übrigen die Anerkennung so auszusprechen, wie es vereinbart war und unseren Interessen entspricht. Daß aber die Anerkennung selbst aus Gründen der äußeren und inneren Politik sich nicht mehr umgehen ließ, glaube ich Euerer Exzellenz[3] schon vorher dargelegt zu haben.

Was die weitere Entwicklung betrifft, so beabsichtige ich zunächst den Abschluß der unser Verhältnis zu Litauen festlegenden Verträge in die Wege zu leiten.

Hierzu werden alle irgendwie beteiligten Stellen hinzugezogen werden.[4] Inzwischen wird, hoffe ich, von Seiten Euer Exzellenz die Aufhebung des Etappenregimes und die Beseitigung der Obost–Verwaltung in Kowno als Zwischeninstanz vorgenommen worden sein, sodaß dann allmählich an die Überleitung der jetzigen Verwaltung auf den Friedenszustand und an die Heranziehung von Litauen dazu

---

1 Telegr. v. 1. April 1918: Ludendorff hatte angeblich erst am 29. März vom AA die Mitteilung über den Empfang der litauischen Delegation (am 23. März) erhalten. Er ließ um Darlegung der Gründe bitten, aus denen Hertling trotz deren ungenügender Erklärung die Anerkennung ausgesprochen habe, und wie er gegen den Widerstand der Litauer die deutschen Interessen wahren wolle, um die Militärverwaltung in Litauen entsprechend anweisen zu können. BArch, R 43/2406, f. 53.

2 Typendrucktelegraf, 1855 von dem Briten David Edward Hughes (1831–1900) erfunden.

3 Hindenburg.

4 Am 4. März 1918 lag das Angebot der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft (AEG) vor, Dampflokomotiven aus der Lokomotivfabrik Hennigsdorf nach Litauen zu liefern, doch es musste wegen der unklaren Zukunftsaussichten und der dortigen Oberost–Verwaltung abschlägig beschieden werden. (BArch, R 43/2405, f. 211–212). Ein Gutachten der Deutsch-Litauischen Gesellschaft in Berlin v. 18. Februar 1918 behandelte, ausgehend von der Erklärung des Reichskanzlers, die Ostseeländer sollten sich eine ihren kulturellen Verhältnissen entsprechende »staatliche Gestalt« geben, »den Aufbau der Uebergangs-Regierung von Litauen«. (Ebd., f. 216–221). Vgl. Hertlings Heranziehung der Reichsressorts bei späteren Besprechungen über die baltischen Länder.

unter deutscher Leitung herangegangen werden kann.[5] Die Einzelheiten hierüber können wohl späterer besonderer Erörterung vorbehalten bleiben.

Der Reichskanzler

5 Am 7. April ließ Ludendorff Hertling über Lersner mitteilen, »daß aus militärischen Gründen an die Aufhebung der Etappenverwaltung oder die Beseitigung der Obost–Verwaltung vorläufig nicht zu denken ist«. BArch, R 43/2406, f. 55.

319

Ludwig von Würtzburg an Georg von Hertling
Hohenaschau, 3. April 1918

(masch. Or.; BArch, NlH, Nr. 51, f. 18)

Hochverehrter Herr Reichskanzler! Euer Excellenz!

In der Beilage beehre ich mich, Euer Excellenz die Antwort zu übersenden, die der Herr Nuntius meinem Schwiegersohne[1] auf die Uebersendung meiner Darlegungen erteilt hat.[2] Ich denke mir, dass der Herr Nuntius in diesem Sinne bei seiner Anwesenheit in Rom gewirkt haben wird. – Für sehr wertvoll würde ich es halten, wenn man die Verbreitung solcher Gedanken in den uns feindlichen Ländern fördern könnte. An manchen Stellen, besonders in England, würden sie sicher auf fruchtbaren Boden fallen. Aber wie es scheint sind die Fäden zwischen uns und den friedlich gesinnten Kreisen bei unseren Gegnern ganz abgerissen. In England hätte ich vielleicht selbst eine Einwirkung ausüben können, wenn nicht leider eine einflussreiche Persönlichkeit, zu der ich im Frieden Beziehungen hatte, mein Vetter der Herzog von Norfolk, während des Krieges gestorben wäre.[3] Allerdings war dieser ein Tory und in politischer Richtung nicht sehr deutschfreundlich, aber vernünftigen Vorstellungen zugänglich. Sollte ich vielleicht doch einen Weg finden, jenem Gedanken in England Beachtung zu verschaffen, ohne dass dadurch der Anschein eines offiziellen Ursprunges oder gar eines Friedensangebotes erweckt wird, so werden Euer Excellenz wohl keine Bedenken dagegen haben.

---

1 Theodor von Cramer-Klett junior.

2 Siehe oben Nr. 278. Pacelli (an Baron von Cramer-Klett, Monaco 10. März 1918) dankte lebhaft für die am Vortag an ihn gelangte wichtige Vorlage des Barons Würtzburg und versicherte, »che col più vivo interesse e colla più grande attenzione ho preso conoscenza delle sapienti considerazioni svolte dal sullodato Signor Barone e che non mancherò di farne con ogni diligenza esatta relazione al Santo Padre«. (BArch, NlH, Nr. 51, f. 20). Diese Niederschrift Würtzburgs (Beilage zu dem Brief Würtzburgs an Hertling vom 14. Februar 1918) ist in den Unterlagen für die Pacelli-Edition nicht zu finden. Freundliche Auskunft von Dr. Sascha Hinkel, Münster.

3 Henry Fitzalan-Howard, 15th Duke of Norfolk (1847–1917), Bürgermeister von Sheffield, Westminster und Arundel, 1895–1900 britischer Postminister in konservativem Kabinett, Teilnahme am Burenkrieg, Lieutenent Colonel (Oberstleutnant). Der »weltliche Führer der Katholiken Englands« nutzte die Katholikenemanzipation nach 1829 zum Neubau katholischer Kirchen und zur Gründung karitativer Werke. Er starb mit 69 Jahren am 11. Februar 1917. Ludwig Veit von Würtzburgs philhellenisch gesinnter Vater Philipp Veit (1811–1897) hatte 1840 Annie Lyons, Tochter von Edmund Lyons, geheiratet, 1835–1849 britischer Gesandter am griechischen Hof, Admiral im Krimkrieg. Annies jüngere Schwester Augusta konvertierte wie Annie vom Anglikanismus zum katholischen Glauben und heiratete in die Familie Norfolk ein. Henry F. Duke of Norfolk war ihr Sohn. Hotzelt, Familiengeschichte, S. 711–716, 719–722; Sterbenachricht, 11. Februar, in: Schulthess 58, NF 33 (1917/II), S. 965; https://de.wikipedia.org/wiki/Henry_Fitzalan-Howard,_15._Duke_of_Norfolk (7.1.2018).

Wie immer die gegenwärtige Offensive ausfallen möge, die Erkenntnis, dass es für die Kriegführenden gemeinsame Interessen und gemeinsame Gefahren gibt, wird bei den Friedensverhandlungen eine ernste Rolle spielen müssen.

Euer Excellenz können sich denken, dass ich über die bisherigen Erfolge der Offensive hocherfreut bin. Lieber wäre es mir ja gewesen, wenn diese ultima ratio hätte vermieden werden können. Aber es scheint dieses unmöglich gewesen zu sein. Die Notwendigkeit der Offensive bildet aber einen Beweis für die Oberflächlichkeit, mit der die praktischen und moralischen Wirkungen des U[ntersee] B[oot] Krieges berechnet wurden.

Ueber das politische Resultat eines glücklichen Verlaufes der militärischen Operationen der Offensive bin ich mir noch im Unklaren. Aber ich habe das Gefühl, als wenn Gottes Segen bisher auf dem Wirken E[uer] Excellenz geruht habe und so wird es hoffentlich auch in Zukunft bleiben.

Mit diesem Wunsche bin ich in ausgezeichneter Hochachtung und Verehrung

Euerer Excellenz
ganz ergebenster
Frhr. v. Würtzburg

320

Otto von Mühlberg an Georg von Hertling
Lugano, 7. April 1918

Königlich Preußische Gesandtschaft. Nr. 54. (masch. Or.[1]; PAAA, R 20430, S. 84–87)

Wie der Nuntius Pacelli mir erzählte, hätte er während seiner Anwesenheit in Rom sich bemüht, nach zwei Richtungen hin aufklärend in der Kurie zu wirken. Er habe zuerst die Annahme entkräftet, dass Deutschland durch Aushungerung gezwungen werden könnte, die Waffen zu strecken. Die Lebenshaltung sei allerdings in mancher Beziehung knapp, allein nicht knapper als in anderen Ländern und nicht derartig, dass sie einen Grad der Unerträglichkeit erreiche. Im Gegenteil die Ernährungsverhältnisse hätten sich gegen das Vorjahr gebessert und der Fall der Barriere im Osten räume endgültig mit der Legende von der Aushungerung Deutschlands auf.

Sodann habe Pacelli Wert darauf gelegt, die Stellung Deutschlands zu Elsass-Lothringen zu präzisieren. Die Herren in der Kurie sollten sich überzeugt halten, dass bei Seiner Majestät dem Kaiser, sowie bei dem letzten deutschen Manne nur eine Stimmung herrsche: Jede Diskussion über die Zugehörigkeit dieser Länder zu Deutschland ist ausgeschlossen.

Wir müssten es anerkennen, wenn es der Beeinflussung des Nuntius gelungen wäre, in der Kurie etwas mit dem Gedanken aufzuräumen, dass Deutschland vielleicht doch noch zu einem Kompromiss über Elsass-Lothringen sich bewegen liesse. Denn trotz aller festen und bestimmten Erklärungen vom Regierungstische blieb in vatikanischen Kreisen die Vorstellung haften, dass der Friede mit Frankreich ein Opfer von uns verlange. Zu dieser Politik führt den Heiligen Stuhl nicht allein der Wunsch, Frankreich sich gefällig zu erweisen. Ein starkes Selbstinteresse ist dabei im Spiel. Trennung von Kirche und Staat, wie sie das französische Separationsgesetz in Frankreich eingeführt,[2] besteht in Elsass-Lothringen nicht. *Die Kurie rechnet darauf, dass bei Wiederangliederung auch nur eines Teiles der alten Reichslande an Frankreich dieses als Gegenleistung für den erwiesenen Dienst davon absehen

1 Gerichtet an Hertling als »Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten«. Durch Kgl. Feldjäger am 9.4.1918; pr. 13. April 1918; u.a. Sichtvermerk Bussches 15/4.

2 Das Gesetz vom 9. Dezember 1905 betreffend die Trennung der Kirchen und des Staates (mit 44 Artikeln) schloss die staatliche Anerkennung und Subvention von Religionsgemeinschaften bzw. »Kultgemeinschaften« aus, überließ diesen eine beschränkte Selbstverwaltung und unterstellte sie strenger staatlicher Aufsicht.

- Eigh. Randbemerkung Hertlings v. 18/4: »Ich halte das alles für Phantasiegebilde des Herrn Gesandten«.

würde, das Separationsgesetz auf den gewonnenen Landesteil auszudehnen.[3] In dem so geschaffenen Zustand erblickt die Kurie eine neue Brücke zur Annäherung an Frankreich, dessen Verlust und die daraus erwachsende Einbusse an Macht sie nicht aufhört, schmerzlich zu empfinden. *Da die Türkei die katholischen Vorrechte Frankreichs im Orient beseitigt hat und dadurch die Kette der Gemeinsamkeit, die französische und kuriale Interessen zusammenhielt, gerissen ist, ist die Kurie doppelt bemüht, einen Ersatz in der für Frankreich günstigen Lösung des Streits um Elsass-Lothringen zu finden und nimmt eine zweideutige Haltung in dieser Frage ein.**

Ueber die allgemeine Lage in Italien sich auszusprechen, vermied Pacelli. Er beschränkte sich darauf, anzudeuten, dass die italienische Presse sich mit Erfolg bemüht hätte, die Pause, die in unserer Westoffensive eingetreten war, als ein Scheitern unseres Angriffsplanes darzustellen. Die öffentliche Meinung habe dieser Auffassung gern Glauben geschenkt und sich wieder beruhigt. Pacelli ist am 3. April von Rom abgereist. […] Lebhaft klagte Pacelli darüber, dass im italienischen Volke in wachsendem Masse Unzufriedenheit und Groll gegen den Papst sich fühlbar macht. Der Nuntius schreibt diese Erscheinung hauptsächlich den Treibereien der Kriegshetzer und der Freimaurer zu. Man habe es verstanden, dem Volke einzureden, dass die Friedenskundgebungen des Papstes die Zerrüttung in der italienischen Armee verschuldeten und damit die Niederlage am Isonzo herbeiführten. Pacelli meint, dass im Falle von Unruhen der Vatikan direkte Gefahr laufe. Den Ausbruch revolutionärer Bewegungen scheint der Nuntius weniger während des Krieges als nach dessen Beendigung zu befürchten.

Noch eine Bemerkung Pacellis ist zu registrieren. Danach herrscht im Vatikan der Eindruck vor, dass der Kriegswille bei den Franzosen stärker ist als bei den Engländern. Letztere zeigten mehr Verständnis für den Frieden.

Im Laufe der Unterhaltung stellte Pacelli spontan uns das Zeugnis aus, dass unsere Haltung gegenüber dem Vatikan die besonnenste sei. Wir verlangten nichts Unbilliges, nichts, was über die Grenzen der vom Papst einzuhaltenden Neutralität und Unparteilichkeit hinausginge. Anders die Entente. Sie fordere klipp und klar, dass der Papst sich ganz auf ihre Seite stelle und suche durch masslose Drohungen und rücksichtslose brutale Presseangriffe dieses Ziel zu erreichen.

Es ist gut, das Anerkenntnis Pacellis, in dem wir [den] Reflex der im Vatikan herrschenden Ansicht sehen können, im Gedächtnis zu behalten. Es wird in Fällen zu verwerten sein, in denen wir nicht hoffen dürfen, die Kurie auf unserer Seite zu finden.

Mühlberg

3 Das Napoleonische Konkordat von 1801, das die römisch-katholische Religion als die Religion der großen Mehrheit der französischen Bürger anerkannte und die hierarchische Organisation der katholischen Kirche in Frankreich stärkte, blieb in Elsaß-Lothringen nach der Angliederung an Frankreich 1919 trotz des Widerstands der politischen Linken in Kraft.

321

Aufzeichnung Edgar Haniels
Berlin, 9. April 1918

(masch. Or.[1]; PAAA, R 20514, S. 15–19; Druck: Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 97–99)

Geheim!

Der in Zürich lebende Mr. Harold Mc. Cormick Mitglied der bekannten Chicagoer Familie und Schwiegersohn Rockefellers ist befreundet mit dem Chemiker Professor Nathan in Zürich, der dort das bekannte Nathan–Institut leitet. Mr. Mc. Cormick ist von seiner Studienzeit her mit Präsident Wilson näher bekannt. Mr. Mc. Cormick hatte bereits im letzten Jahre durch Professor Nathan dem Herrn Staatssekretär seine Schrift »Via Pacis«[2] überreichen lassen und Professor Nathan gegenüber geäußert, daß er bereit sei, zu einer geeigneten Zeit nach Amerika zu fahren, um bei Wilson für einen Verständigungsfrieden zu plädieren. Anfang März teilte nun Professor Nathan anläßlich eines geschäftlichen Aufenthalts in Berlin dem Herrn Dirigenten und dem Herrn Unterstaatssekretär mit, daß Mr. Mc. Cormick ihm spontan erklärt habe, nach den jüngsten Reden des Präsidenten und des Reichskanzlers halte er den Zeitpunkt für die geplante Reise, mit der er außerdem geschäftliche Zwecke verbinden könne, für gekommen. Vorher möchte er indessen möglichst authentisch über die Verhältnisse in Deutschland und die politischen Absichten der Deutschen Regierung unterrichtet werden.

Daraufhin entschloß sich der Herr Reichskanzler auf Vorschlag des Herrn Unterstaatssekretärs, mich[3] nach Zürich zu senden, um Mr. Mc. Cormick die gewünschten Auskünfte zu geben.

---

1 Die Namen McCormicks sind ausgelassen und handschriftlich nachgetragen. Die Aufzeichnung lag Kühlmann und Bussche am 10. April vor. Bussche vermerkte: »Cirkuliert nicht«, und: »R.K. ist mündl[icher] Vortrag erstattet«. Der Druck bei Scherer-Grunewald, Bd. 4, hat Verweise, aber keinen Kommentar. Vgl. die ebd., S. 99 f., beigefügte Notiz Haniels auf Englisch mit Darlegung der deutschen Positionen: Bereitschaft zu Friedensgesprächen, Annahme der allgemeinen Prinzipien Wilsons, Selbstbestimmung der Ostvölker und Belgiens, fortschreitende Demokratisierung Deutschlands, eine Kriegsverlängerung fördere die Annexionisten. Siehe unten Anm. 5: Kategorie II.

2 Im selben Jahr wie die englische Ausgabe erschien eine deutsche Übersetzung der Schrift McCormicks: Wie können die Friedensbedingungen schon während der Kriegsdauer automatisch vorbereitet werden? [Via Pacis]: Anregungen eines Amerikaners; Berlin-Charlottenburg 1917, 1.–10. Tausend, 32 S.

3 Edgar Haniel von Haimhausen (1870–1935), geb. in Ruhrort, aus rheinischer Industriellenfamilie, 1894 Dr. jur., 1899 Regierungsassessor, 1900 Eintritt in den Auswärtigen Dienst, 1900–1902 Attaché in Brüssel, Tanger, Paris, Konstantinopel und Bern, 1902–1905 in Rio de Janeiro, 1906 in Konstantinopel, 1907 in Athen, 1908 in London, 1911–1917 Botschaftsrat in Washington, 1917

Ich traf am 18. März in Zürich ein und hatte am folgenden Vormittage in Gegenwart Professor Nathans im Nathan–Institut eine erste Unterredung mit Mr. Mc. Cormick, die von 10 bis 1 1/2 Uhr währte. Dabei stellte es sich heraus, daß Mr. Mc. Cormick, der gerade von einer Pariser Reise zurückkam, durch den politischen Terrorismus, dem er begegnet war, stark eingeschüchtert worden war. Er erklärte im Laufe der Besprechung, um die Reise zu unternehmen, müßte er hierzu »accredited« sein und zwar in der Form, daß er wenigstens im allgemeinen der Amerikanischen Gesandtschaft in Bern Mitteilung von dem Zweck seiner Mission mache und für sich daraufhin einen diplomatischen Paß sowie das Recht der Benutzung des amtlichen Depeschensacks erwirke. Ehe er dies nicht erreicht habe, möchte er sich lieber auf keine weiteren Besprechungen einlassen.

Von Professor Nathan und mir wurde ihm daraufhin nachdrücklich erklärt, daß ein solches Verfahren gegen die Abrede sein würde. Vorbedingung der Zusammenkunft sei gewesen, daß sie unbedingt vertraulich zu behandeln und nur Präsident Wilson bekannt zu geben sei. Wenn erst die Amerikanische Gesandtschaft in Bern davon erfahre, so werde diese nach Washington berichten, die Angelegenheit werde weiteren Kreisen bekannt und der Zweck von den Friedensfeinden auf jeden Fall vereitelt werden. Im Laufe des Nachmittags überwand Mr. Mc. Cormick seine Bedenken – die übrigens für seine große Gewissenhaftigkeit sprechen – und nachdem wir uns abends bei Professor Nathan getroffen, fand am folgenden Vormittag, dem 20., eine zweite ausführliche Unterredung im Nathan–Institut statt, an der außer Professor Nathan auch noch ein Dr. Moore, ein mit Mc. Cormick und Professor Nathan befreundeter Irisch-Amerikaner, teilnahm. Die Unterredung währte von 10 bis nach 1 Uhr und wurde ergänzt durch eine weitere Besprechung am Nachmittage desselben Tages in der Wohnung des Professor Nathan. Ueber die wesentlichsten Punkte der Unterredung machte sich Mr. Mc. Cormick Notizen. Auf meinen Wunsch hat mir Professor Nathan nachträglich die anliegende Abschrift dieser Notizen[4] verschafft.

Hinsichtlich meiner Erklärungen wollte Mr. Mc Cormick unterschieden wissen, welche Antworten hierbei die authentischen Ansichten des Herrn Reichskanzlers wiedergäben und welche lediglich meine persönliche Auffassung darstellten. Die

Titel Gesandter, Referatsleiter in der Abteilung I A (Politik), 1918 Mitglied der Waffenstillstandskommission in Spa, 1919 der Friedensdelegation in Versailles, Unterstaatssekretär für Politik, 1920 Staatssekretär des AA, 1923 Vertreter der Reichsregierung in München, 1933 a.D., Rittmeister d.R.

4 Siehe unten Anm. 5.

ersteren hat er unter I der Anlage, die zweite Kategorie unter II niedergelegt.[5] Bezüglich der ersten Antworten hielt ich mich wesentlich an die Aufzeichnung, welche in ähnlicher Angelegenheit über eine Unterredung des Herrn Reichskanzlers mit Kapitänleutnant Mensing angefertigt worden ist.[6]

Während der Besprechungen habe ich ausdrücklich und wiederholt betont, daß es sich in keiner Weise um ein Friedensangebot unsererseits handele, daß ich vielmehr lediglich auf Mr. Mc. Cormicks Wunsch nach Zürich gekommen sei, um die erbetenen Auskünfte zu geben.

In Ergänzung der Anlage ist noch zu bemerken: Auf seine Frage erklärte ich Mr. Mc. Cormick, daß ich über Balkan- und Orientfragen nicht befugt sei, zu sprechen, da diese in erster Linie unsere Bundesgenossen angingen und die jetzige Unterredung lediglich Deutschland und Amerika beträfe. Ich fügte aber hinzu, daß wir durchaus nicht etwa beabsichtigten, mit Amerika einen Separatfrieden zu schließen.

Großen Wert legte Mr. Mc. Cormick auf die Feststellung, daß der gegenwärtige Status der von Rußland abgetrennten Territorien nicht etwa von uns als Definitivum und als bereits im Einklang mit den vier Wilson'schen Grundsätzen befindlich angesehen werde, sondern daß die endgültige Regelung der staatsrechtlichen Verhältnisse jener Territorien erst bevorstehe.

---

5 Botschaft Hertlings, Kategorie I: Bevorzugung vertraulicher Verhandlungen, Bereitschaft zur Diskussion aller Fragen, außer den die Integrität des Reichs betreffenden, zumal die Differenzen nicht so groß seien, dass sie eine Diskussion ausschlössen; Annahme der vier Prinzipien Wilsons auch für die früher russischen Territorien, die ihre Regierungen frei wählen sollten, denen aber der Schutz Deutschlands nicht verweigert werden solle, wenn sie ihn suchten; Hinweis auf die wiederholte Annahme der Prinzipien Wilsons zur künftigen Friedenssicherung: Völkerbund, Schiedsgerichtsbarkeit, Freiheit der Meere; Darlegung, dass Deutschland politisch nicht von einer Militärkaste regiert werde, vor der Erklärung des Prinzips der Selbstbestimmung sei das Militär nicht gefragt worden, das in rein politischen Fragen nichts zu sagen habe; Deutschland wolle Belgien nicht behalten und dessen Souveränität unberührt lassen; Deutschland erwarte die Initiative Wilsons zu weiteren Schritten. Meinungsäußerung Haniels, Kategorie II: Die derzeitige Lage im Osten bedeute noch nicht die konkrete Erfüllung der vier Prinzipien Wilsons; die »Democratization of Germany« habe im letzten Jahr enormen Fortschritt gemacht; kein Entscheid bedeutsamer politischer Fragen finde statt ohne vorherige Beratung durch die zuständigen Ausschüsse des Reichstags, das Budgetrecht des Reichstags schütze vor Autokratie; die Demokratisierung werde systematisch gefördert und habe schon die Mehrheit des Reichstags hinter sich; Deutschlands gegenwärtige Haltung gegenüber Flamen und Wallonen sei ohne Bedeutung für die deutsche Vorstellung von der letztlich zu gewährenden Souveränität Belgiens und falle unter die Kategorie der Selbstbestimmung der Völker; die Bestätigung von Friedensdelegierten durch das Parlament sei, falls sie durchweg, auch von den anderen Ländern, gefordert werde, in Betracht zu ziehen; nach Friedensschluss dürfe der Wirtschaftskrieg durch Boykott oder Diskriminierung nicht fortbestehen; die Kriegsverlängerung und weitere deutsche militärische Erfolge würden im Reich nur die Annexionisten stärken und die Gemäßigten schwächen; es dürfe keine einseitige Schuldzuweisung im Sinne von Tribunal und Verteidigung geben. Druck der die Kategorien I–II enthaltenden Pièce jointe (in englischer Sprache) zur Aufzeichnung Haniels v. 9. April bei Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 99 f.; vgl. Schwabe, Geheimdiplomatie, S. 6.

6 Siehe oben Nr. 301.

Mr. Mc. Cormick meinte, daß die Zusicherung der Autonomie für Elsaß-Lothringen einen Frieden sehr erleichtern würde. Ich erklärte ihm jedoch, daß wir Elsaß-Lothringen als eine interne deutsche Angelegenheit betrachteten. Besondere Bedeutung werde – nach Mr. Mc. Cormicks Ansicht – von Wilson der Forderung beigelegt werden, daß die Friedensdelegierten durch das Volk akkreditiert oder zum wenigsten indossiert[7] werden müßten, da man in Amerika glaube, daß vielfach die Ansichten und Pläne der Deutschen Regierung nicht mit dem wirklichen Volkswillen übereinstimmten. Wenn auch verfassungsmäßige Bedenken entgegenstünden, so könnte vielleicht doch, meinte er, seinerzeit in irgend einer Form ein Beschluß des Reichstags herbeigeführt werden, der die Wahl der von der Regierung ernannten Friedensunterhändler ausdrücklich billigte.

Wie mir Professor Nathan mitteilt, ist es Mr. Mc. Cormick inzwischen gelungen, einen diplomatischen Paß zu erhalten, ohne daß er von seinem wirklichen Reisezweck etwas verlauten zu lassen brauchte. Er beabsichtigt, sobald die Grenzsperre aufgehoben ist und er eine Fahrgelegenheit findet, sich nach Amerika zu Präsident Wilson zu begeben und von dort durch seine Frau möglichst über das Ergebnis seiner Reise telegraphisch Nachricht an Professor Nathan gelangen zu lassen.

Berlin, den 9. April 1918.
Haniel

7 Indossieren, aus dem Italienischen: auf dem Rücken tragen; in der Wirtschaftssprache: Order auf einen Wechsel oder Ähnliches ausstellen; hier wohl: verbindlich beauftragen.

322

Georg von Hertling an Werner von Grünau
Berlin, 9. April 1918

Nr. 301, zu AS 1742. (Telegramm in Ziffern,[1] Reinkonz.; PAAA, R 21678, S. 161–162)

Auf Tel. Nr. 179.[2] Eilt

S. M. der Kaiser hatte auf mein Telegramm vom 3. Dezember vorigen Jahres – Nr. 1925 – Allerhöchstseine Genehmigung dafür zu erteilen geruht, dass bis zum Abschluss der Verhandlungen mit unseren östlichen Gegnern und bis zur Neuregelung unserer Beziehungen mit ihnen in allen Angelegenheiten, welche Deutschland und Oesterreich-Ungarn berührten – so auch in der polnischen Frage – eine gewisse Reserve beobachtet werden sollte, um uns für alle Eventualitäten freie Hand zu bewahren. *Ich nehme an, dass Wien nach Abschluss der rumänischen Verhandlungen auf schnelle Bereinigung der polnischen Frage drängen wird. Es dürfte sich indes empfehlen,* die Besprechungen über die Lösungen der polnischen Frage noch einige Wochen fortzuspinnen, bis die für alle politischen Entschlüsse massgebenden

1 »Ab 9/4 Nm 11[00] Fernschr[eiber]«. Paraphen Radowitz', Bussches 8/4 u.a. Vermerke: »H[errn] Hatzfeldt z. gef. Kenntnis; Hr. Bergen Bitte besprechen 9/IV«.

2 Grünau an AA, Hofzug 6. April 1918, 3.50 nm., Ankunft 8.45 nm., pr. 7. April 1918 vm.; darin das durch einen Flügeladjutanten Wilhelm II. am 6. April zugestellte Schreiben Kaiser Karls. Dieser wollte Czernin nach dessen Rückkehr aus Bukarest zu Kaiser Wilhelm senden, um während der gegenwärtigen »Ruhepause« die vielen zwischen den Verbündeten schwebenden Fragen, vor allem die polnische, zu beraten. Für ihn, Karl, sei die austro-polnische Lösung »die beste, vielleicht die einzige Lösung dieses schwierigen Problems« und liege im Interesse beider Mächte. Insbesondere gelte es, dem unweigerlich eintretenden Vereinigungsstreben eines neuen Polen mit Galizien vorzubeugen, das Verstimmung zwischen Österreich-Ungarn und Polen hervorrufen und zum Verlust Galiziens führen müsse. Er könne aber die austro-polnische Lösung nicht durch »allzu starke Gebietsabtretungen« erkaufen und der »Zerstückelung eines Volkes« zuzustimmen. Die wirtschaftlichen Verhandlungen seien fortgeschritten, Abmachungen über »unsere Wehrmacht« und damit zusammenhängend über die 25jährige Verlängerung »unseres Bündnisvertrages« müssten getroffen werden. Der Kaiser habe zum Brief Karls geäußert, dass er der austro-polnischen Lösung unter der Voraussetzung zugeneigt habe, »daß wir in Rumänien unbedingt die Vorhand hätten«, wir aber wegen der dort zugunsten der Donaumonarchie nun vorgenommenen Grenzregulierungen »auf die für unsere Grenzsicherung gegenüber Polen als notwendig erachtete Abtretung von Grenzgebieten nicht verzichten« könnten. (PAAA, R 21678, S. 141–144. Druck: Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 90–92). Wilhelm II. erklärte sich einverstanden mit einem ihm vorab zugegangenen Telegr. Hindenburgs an Hertling v. 7. April 1918 10.30 vm, in dem der Feldmarschall die austro-polnische Lösung nach den territorialen und wirtschaftlichen Gewinnen Österreich-Ungarns im soeben abgeschlossenen Bukarester Frieden für »abgetan« erklärte. Die »großen Opfer« der deutschen Truppen in Polen, Rumänien, Italien und an der Westfront würden sonst »zur Vergrößerung österreichisch-ungarischer Macht« ausgebeutet und das Haus Habsburg siege wieder einmal in seinem Kampf gegen das Haus Hohenzollern. PAAA, R 21678, S. 149–150; Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 92 f.

Entscheidungen auf dem westlichen Kriegsschauplatz gefallen sind, und wir klar sehen, welchen Kurs wir auf der Basis der neu geschaffenen °militärischen° Lage endgültig einschlagen können.

Von diesem Gesichtspunkt ausgehend gestatte ich mir, S. M. den alleruntertänigsten Vorschlag zu unterbreiten, das Handschreiben Kaiser Karls telegrafisch kurz mit einem Dank und dem Bemerken zu beantworten, dass S. M. sich freuen würden, den Grafen Czernin nach Abschluss der mit Rumänien zusammenhängenden Verhandlungen zu empfangen.[3]

R[eichs] K[anzler]
H[ertling] 9/4

- Eigh. Korrektur Bergens. Im masch.-Reinkonz. heißt es stattdessen: »Ich möchte dafür plädieren, diese Taktik zunächst weiterzuverfolgen. Nach Abschluss der rumänischen Verhandlungen wird Wien – wie das Schreiben Kaiser Karls erkennen lässt – mit allem Nachdruck auf schnelle und völlige Bereinigung der polnischen Frage drängen, um den der Donaumonarchie aus der austro-polnischen Lösung zufliessenden Gewinn einzustreichen und dann mit gefüllten Scheunen eine von Bundespflichten unbeschwerte Politik zu treiben. Um Oesterreich-Ungarn bei der Stange zu halten, dürfte es sich empfehlen […]«.

°-° Eigh. Einfügung Bergens.

3 Laut Tel. Grünau an AA, 11. April 1918, erwiderte Wilhelm II. Karl I., er sei zur baldigen Fortsetzung und Beendigung der »nötigen Verhandlungen« über alle schwebenden Angelegenheiten bereit und wolle Czernin nach dem Ende der Rumänien-Traktate »zu eingehender Besprechung empfangen«. PAAA, R 21678, S. 163 f.

323

Richard von Kühlmann an Georg von Hertling
[Berlin,] 13. April 1918

Nr. 18. (Telegramm in Ziffern, Kop.; PAAA, R 20505, S. 32–33)

Grünau drahtet mir:

»Havasdepesche mit Brief Kaiser Karls an Prinz von Parma[1] heute abend hier bekannt geworden.[2] Zugleich eintraf Telegramm des Generals v. Cramon, wonach Kaiser Karl mit Rücksicht auf die jüngsten Vorkommnisse sehr viel daran gelegen sei, Seiner Majestät bald Besuch im Hauptquartier abzustatten u. Westfront zu sehen.

Seine Majestät war von Havasdepesche naturgemäß stark beeindruckt, hat aber doch die ganze Sache verstandesmäßig und nicht gefühlsmäßig aufgefaßt.[3] Das Ergebnis der Erörterung, bei der allerhand Möglichkeiten und Kombinationen zur Sprache kamen und bei der sich die Anwesenheit des Fürsten Fürstenberg als sehr glücklicher Umstand erwies, war: entweder ist der Brief überhaupt eine Mystifikation

1 Prinz Sixtus von Bourbon-Parma (1886–1934), Sohn des letzten Herzogs von Parma und Piacenza, Robert I., und der Infantin Maria Antonia von Portugal, geb. auf Schloss Wartegg am Bodensee (Schweiz), Bruder der Kaiserin Zita, belgischer Offizier. Auf Initiative und unter Mitwirkung Sixtus' und seines Bruders Xavier von Bourbon (1889–1977) fanden von Januar bis Juni 1917 »bilaterale« Friedensgespräche Österreich-Ungarns mit England, Frankreich und Italien statt. Kovács, Bd. 1, S. 127–157.

2 In einer am 2. April 1918 vor einer Deputation des Wiener Gemeinderats gehaltenen Rede erklärte Czernin, er habe die Anfrage Clemenceaus vor Beginn der Westoffensive, ob er zu Friedensverhandlungen bereit sei, bejaht, jedoch keineswegs unter der Bedingung der Abtretung Elsaß-Lothringens. (Vgl. Kovács, Bd. 1, S. 392–395; 673 f.). Nach einer kurzen Pressefehde mit Czernin veranlasste Clemenceau die Agence Havas, am 12. April 1918 den Brief Kaiser Karls an seinen Schwager Sixtus vom 24. März 1917 zu veröffentlichen, den der Prinz am 31. März dem Präsidenten der Republik, Poincaré, übergeben hatte. Karl versprach darin nach einem Lob auf Frankreich und dessen Armee, dass er »mit allen Mitteln und unter Anwendung meines ganzen persönlichen Einflusses bei Meinen Verbündeten die gerechten Rückforderungsansprüche (revendications) Frankreichs mit Bezug auf Elsaß-Lothringen unterstützen werde«. (Schulthess 59, NF 34 [1918/II], S. 796; französischer Text: ebd., S. 801; Griesser-Pečar, S. 137–149, 259–281; 306–310). Ein veröffentlichter Entwurf des Briefes, ein unwahres Dementi, das Karl Cramon zu lesen gab, enthielt den einschränkenden Passus, Karl würde die Rückforderungsansprüche unterstützen, wenn sie gerecht wären, »sie sind es jedoch nicht«. Karl erklärte Cramon, sein »reines Privatschreiben« an den Schwager sei kein »offizielles Friedensangebot« gewesen, wie es Clemenceau jetzt darstelle. (Cramon, S. 154 f., 162; vgl. Wedel an AA, Wien 14. April 1918. Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 110 mit Anm. 1; Wedel an AA, Wien 15. April 1918. PAAA, R 20505, S. 62; Kovács, Bd. 1, S. 397 f.; vgl. zur Vorgeschichte Steglich, Friedenspolitik der Mittelmächte, S. 15–19, 38–42). Sixtus übersetzte einen Teil des »zweiten Sixtusbriefs«, den Karl I. seinem Schwager am 9. Mai 1917 übergab, sinnverändernd. (Kovács, Bd. 1, S. 151 f., 391–408). Kaiser Karl beteuerte gegenüber Wilhelm II. seine Bündnistreue und reiste gleichsam zur Abbitte ins Große Hauptquartier.

3 Nach der Schilderung Karl v. Hertlings war der Kaiser jedoch »sehr erregt«. K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 93–95.

oder vom Prinzen Parma zurecht gestutzt,[4] dann ist es gut, oder der Brief ist echt, dann bleibt dem Kaiser nichts übrig, als die Sache abzuleugnen, und wir müssen so tun, als ob wir es glaubten. Ein Besuch des Kaisers Karl in den nächsten Tagen wird natürlich den Eindruck der Veröffentlichung verwischen. Die Einladung, die General von Cramon anregt, würde meines Erachtens aber erst erfolgen können, nachdem österreichischerseits Erklärung zu Havasdepesche vorliegt.

Erbitte gehorsamst Euerer Exzellenz Ansicht«.

Ich antworte[5]: »Es ist schon um Clémenceau und der Entente nicht den Eindruck zu geben als habe ihr Vorstoß irgendwie die Festigkeit der persönlichen Beziehungen beider Monarchen und des Bündnisses der Kaiserreiche erschüttern können sehr erwünscht, daß in nächsten Tagen eine Manifestation der fortdauernden Solidarität erfolgt. Ein Besuch an der Westfront wäre hierfür in jeder Hinsicht die geeignetste Form, besonders wenn Toaste ad hoc gehalten und publiziert werden. Doch wäre mit der Einladung vielleicht besser noch ein bis zwei Tage zu warten bis man über Auswirkung bei uns und in Oesterreich-Ungarn etwas klarer sieht. Eine ritterliche und großherzige Haltung Unseres Herrn gegen Kaiser Karl in dieser für ihn so schweren Lage kann für die Zukunft politisch jedenfalls nur nützlich sein«.[6]

gez. Kühlmann.

4 Am 14. April 1918 meldete der bayerische Gesandte Tucher aus Wien nach München mit Bezug auf das Konzept, das Kaiser Karl als dem Original-Brief zugrundeliegend ausgab: »Verfälschung zweifellos. Kaiser beteuert zweiten Brief nicht geschrieben zu haben«. BayHStA, GHA, Kabinettsakten König Ludwigs III., 63.

5 Folgendes Hertling hier zur Kenntnis gebrachtes Telegr. sandte Kühlmann am 13. April auch an Grünau. Druck: Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 108.

6 Wedel fand »die gegenwärtige Situation günstig, um unsere Wünsche durchzusetzen«, so die Festigung des Bündnisses, die »Militärkonvention und andere Bindungen«. Czernin habe ihm am 13. April mitgeteilt, demnächst nach Berlin oder ins Große Hauptquartier reisen zu wollen, die Herzogin von Parma betreibe allerdings mit Hochdruck seinen Sturz und wünsche als Czernins Nachfolger den österreichischen Botschafter beim Vatikan, Schönburg, »zwar ein ehrenwerter Mann, aber beschränkt und ganz klerikal«. (Wedel an AA, an den Reichskanzler weitergeleitet, Wien 13. April 1918. PAAA, R 20505, S. 50 f.; Druck: Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 109). Am 14. April erbat und erhielt Czernin seinen Abschied, weil er keine Verantwortung für eine Politik Kaiser Karls, politische Briefe ohne sein Wissen zu schreiben, tragen könne. Er bat Wedel, »dem Herrn Reichskanzler und dem Herrn Staatssekretär seine herzlichsten Abschiedsgrüsse zu melden«. (Wedel an AA, Wien 14. April 1918. Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 110). – Johannes Prinz von Schönburg-Hartenstein (1864–1937), geb. in Enzersfeld, Reserveoffizier, 1887 Eintritt ins Ministerium des Äußern, 1888 Diplomatenprüfung, nach Stationen in Paris, London, St. Petersburg, Stockholm, Konstantinopel, Bukarest, Rom und London wurde er 1906 österreichischer Gesandter in Bukarest, 1911–1918 Botschafter beim Hl. Stuhl, seit 1915 in Lugano bzw. Bern, 1918 z.D., 1919 a.D. R. Agstner, Schönburg-Hartenstein, Johannes Prinz von, in: ÖBL, Bd. 11, S. 62 f.

324

Wilhelm von Radowitz an Robert von Keyserlingk
Großes Hauptquartier, 13. April 1918

Nr. 5 (Telegramm, eigh. Konz.; BArch, R 43/2406e, f. 137)

Presto für Graf Keyserlingk.[1]
Auf Telegramm ohne Nummer vom 12. IV. betreffend Livland u. Esthland.[2]

OHL hat im Anschluß an Mitteilung über Beschlüsse Landes Rats und Telegramm an S.M. ferner mitgeteilt, daß eine gewählte Deputation bereit ist uns feierlich Erklärung zu überreichen (cf. Telegr. 828 des H.v. Berckheim[3] an A.A.).[4] Der Herr

1 In einem Bericht für den Reichskanzler über die politische Lage in Livland und Estland vom 4. April 1918 befürwortete Keyserlingk die »engste Verbindung von Livland und Estland mit dem Deutschen Reiche und der Krone Preußen«. Die Mehrzahl der Esten und Letten erwarte Schutz gegen den inneren Radikalismus bei der Entente-freundlichen Intelligenz der beiden Länder, deren Vertreter in Stockholm Proteste gegen die »von uns beabsichtigte Ausgestaltung der Verfassung und Verwaltung Estlands« erließen. Die Ritterschaften hätten im März ihre Vertretungsrechte den zu bildenden Landesversammlungen übergeben. Er empfahl, die Schwäche Russlands auszunutzen, dabei über die Brester Grenze hinauszugehen und eine an Deutschland angelehnte konstitutionelle Monarchie aus Estland, Livland und Kurland zwecks der von den gemäßigten Elementen erwarteten Stabilisierung und der Abwehr der sich über das Selbstbestimmungsrecht hinwegsetzenden revolutionären Kräfte aus Russland zu bilden. BArch, R 43/2406e, f. 114–123.

2 Keyserlingk telegraphierte am 12. April dem Reichskanzler wörtlich die Mitteilung des AOK in Riga, wonach der vereinigte Landesrat von Estland, Livland, Riga und Ösel (58 Deutsche und Balten von Landgütern, aus Gemeinden, Geistlichkeit und Ritterschaft) »soeben im Schlosse zu Riga unter großer Begeisterung und Jubel« einstimmig beschlossen habe, dass 1) der Kaiser Estland und Livland dauernd unter seinem militärischen Schutz behalten und bei der Loslösung von Russland unterstützen möge, dass 2) aus Estland, Livland, Kurland, Riga und den vorgelagerten Inseln »ein einheitlich geschlossener monarchisch-konstitutioneller Staat mit einheitlicher Verfassung und Verwaltung« zu bilden und an das Deutsche Reich durch Personalunion mit dem König von Preußen anzuschließen sei, dass 3) der Kaiser die Schaffung eigener Landeseinrichtungen ermöglichen möge, die bis zum Zusammenschluss der baltischen Gebiete die Verwaltung führen sollten, sowie dass Militär-, Münz- u.a. Konventionen mit dem Reich bzw. Preußen abgeschlossen würden. Inseriert war das Telegr. des Landesrats an Wilhelm II. mit dem Dank für die Errettung aus »Todesnot« und der Bitte, »die baltischen Lande für alle Zeiten« unter das »machtvolle Scepter« des Kaisers zu nehmen und an das Reich in Personalunion mit Preußen anzuschließen. BArch, R 43/2406e, f. 133.

3 Philipp Graf von Berckheim (1883–1945), geb. in Berlin, aus Elsässer Adel, 1907 Dr. jur., danach im preußischen Justizdienst, 1911 Aufnahme in den Auswärtigen Dienst, 1912 Attaché in Paris, 1913 in Washington, 1914 in Wien, preußischer Gesandter in München, 1914–1916 Militärdienst, zuletzt Rittmeister d. R. in der Abteilung III B des Generalstabs, 1915 Legationssekretär, Februar 1916–November 1918 dem Vertreter des AA im GHQ zugeteilt und mit dessen Geschäftsführung beauftragt, Besitzer des Stammguts Weinheim.

4 Telegr. Nr. 828 Berckheim an AA, GHQ 12. April 1918: Mitgeteilt das Telegr. des Oberkommandos der 8. Armee in Riga (wie im Tel. Keyserlingks v. 12. April: siehe oben Anm. 2): Beschluss des Landesrats sei »Wunsch der baltischen Bevoelkerung«; Bitte um Befehl, wann die schon gebildete Deputation abreisen könne. Demgemäß erbitte OHL »Drahtbescheid, wann und wo Empfang der

RK. bittet sofort die Stellungnahme der Ressorts zu der Erklärung herbeizuführen, Antwort Entwurf für S. M. vorzulegen und die Antwort für den etwaigen Empfang der Deputation vorzubereiten. Dieser müßte der den Kurländern erteilten Antwort möglichst entsprechen.

Radowitz

Deputation erfolgen kann. Herr Reichskanzler erhält Kenntnis«. (BArch, R 43/2406e, f. 135). Im Anschluss übermittelte Berckheim Hertling am 13. April ein Telegr. Ludendorffs an Lersner zur Mitteilung an den Reichskanzler mit der Bitte, die »Deputation möglichst bald empfangen zu wollen«. (Ebd., f. 134). Am gleichen Tag sandte Berckheim Hertling und dem AA Abschrift eines Telegramms des AOK 8 an Bartenwerffer des Inhalts, dass die Begeisterung beim Beschluss des Landesrats und beim Festmahl in Riga, auf dem 22 Reden gehalten worden seien, zu nutzen und die abfahrbereite Delegation sofort zu empfangen sei. Ebd., f. 151.

325

Wilhelm von Radowitz an Robert von Keyserlingk
Großes Hauptquartier, 13. April 1918

Nr. 5 (Telegramm, eigh. Konz.; BArch, R 43/2406e, f. 139)

Presto für Graf Keyserlingk.
Unter Bezugnahme auf Tel. Nr. 804 des Freih. von Lersner an AA.[1]

Der Herr RK ist der Ansicht daß die Militärverwaltung unmöglich ohne jede Beteiligung der politischen Reichsleitung in Livland und Esthland regieren kann. Es werden dort jetzt die Grundlagen für die spätere Entwicklung der Länder gelegt woran Reichsleitung ausschlaggebend interessiert ist.[2] Es müßte also zum mindesten ein Vertreter der Reichsleitung bei den Regierungshandlungen beteiligt werden.

1 Tel. Nr. 804 (RK Nr. 40) Lersner an AA, GHQ 10. April 1918. »General Ludendorff schreibt mir«: Der Konvent der Livländischen Ritter- und Landschaft hat »in verfassungsmäßiger Vertretung« Livlands das Landesratskollegium beauftragt, die deutsche Militärverwaltung zu bitten, die »Regierungsgewalt« auszuüben, bis die laut Art. VI des Brester Vertrags vorgesehenen eigenen staatsrechtlichen Organe im Einvernehmen mit der Militärverwaltung gebildet sind. Er, Ludendorff, hat die Erklärung des AOK 8, zur Übernahme dieser »Regierungsgewalt« bereit zu sein, gutgeheißen, weil allein dadurch dem Land bis zur Einführung einer neuen Staatsverfassung die erforderliche starke Regierung gegeben werden kann. (BArch, R 43/2406e, f. 129). Am Ende des Telegr. kommentierte Radowitz eigh.: »Mir scheint erforderlich, daß die Militärverwaltung in Bezug auf die von ihr zu treffenden politischen Maßnahmen nur im Einvernehmen mit der politischen Reichsleitung vorgeht. Es müßte demnach doch wohl eine Instanz geschaffen werden, durch die die Beteiligung der politischen Reichsleitung sichergestellt wird. Wie denkt sich Gen[eral] Ludendorff das«. (Ebd.). Vgl. Keyserlingk an Hertling, 10. April 1918, das AOK 8 habe gedrahtet, dass die aus 50 Deutschen und Esten aller Berufsstände bestehende Landesversammlung in Reval die vollkommene staatsrechtliche Loslösung Estlands von Russland aufgrund des Dekrets der russischen Regierung vom 3. November 1917 beschlossen habe; »definitive Regelung der staatsrechtlichen Stellung Estlands« trifft der in Riga für Estland und Livland zusammentretende Landesrat. (Ebd., f. 127). Gleichen Inhalts war ein Hertling von Grünau am 11. April mitgeteiltes Telegr. Ludendorffs an Wilhelm II., in dem auf das von der russischen Regierung am 3. November 1917 proklamierte Selbstbestimmungsrecht und die von der Ritterschaft Livlands und Estlands am 28. Januar 1918 der russischen Gesandtschaft in Stockholm übergebenen »Unabhängigkeitserklärungen« hingewiesen war. BArch, R 43/2406e, f. 131.

2 Vgl. Tel. Nr. 618 Kühlmann an Berckheim, Berlin 13. April 1918, zu Tel. Nr. 804 Lersner an AA, 10. April 1918: Die Militärverwaltung könne zeitweilig die Mitverwaltung übernehmen und dem Land ermöglichen, »sich selbst verfassungsmäßige Organe zu schaffen«. Doch müsse die Reichsleitung zustimmen, falls die Militärbehörde selbst »eine die verfassungsmäßigen Organe des Landes ersetzende oder ergänzende, also auch für die spätere staatliche Gestaltung des Landes maßgebende Stelle sein soll«. (BArch, R 43/2406e, f. 138). Kühlmann überließ nach dieser weichen Antwort Hertling die Entscheidung.

Frhr. v. Lersner hatte AA um Stellungnahme gebeten. Da diese noch nicht erfolgt bitte Angelegenheit beschleunigen und Entwurf für Antwort baldigst vorlegen.[3]

Radowitz

3 Vgl. Keyserlingk an Hertling, 14. April 1918, zum oben abgedruckten Tel. Nr. 5. In Livland fungiere nun der Landesrat anstelle des Adelskonvents und der Ritterschaft; seinen Anträgen an die Militärverwaltung auf Übertragung der Regierungsgewalt sei nur insoweit stattzugeben, als es sich um Sicherheitsmaßnahmen, militärischen Schutz bezüglich eigener Landeseinrichtungen »und ganz provisorische Verwaltungsmassnahmen handelt. Wiederaufbau des Landes kann nicht durch Organe der Militaerverwaltung allein erfolgen, sondern nur unter massgebender geordneter Mitwirkung der Reichsleitung. Nach aussen muss Landesrat als fuehrend erscheinen«. Sonst werde man Deutschland die Verletzung des Brester Vertrags vorwerfen und habe Schwierigkeiten mit dem Reichstag; anheimstelle Beratungen mit der OHL. BArch, R 43/2406e, f. 140.

326

Wilhelm von Radowitz an Robert von Keyserlingk
Großes Hauptquartier, 13. April 1918

(Telegramm, eigh. Konz.; BArch, R 43/2406e, f. 154–155)

General Ludendorff[1]
Der Herr Reichskanzler läßt drahten:

»Der Kultusminister ist bei mir vorstellig geworden, damit der Einfluß der preußischen Universitätsverwaltung bei der Wiedererrichtung der Universität Dorpat nicht ausgeschaltet werde. Es handle sich hierbei um eine Angelegenheit von großer Tragweite für die Entwicklung der Universität und damit des Landes, daß ein wesentliches wissenschaftliches kulturelles und politisches Interesse daran bestände. Der Kultusminister hat erfahren, daß der W[irkliche] G[eheime] O[ber]R[egierungs] R[at] Altmann[2] von dem A[rmee]O[ber]K[ommando] 8 mit den Vorarbeiten für die Wiedereröffnung der Universität Dorpat betraut worden ist oder betraut werden soll. So sehr der Herr Kultusminister Herrn Altmann schätzt, so muß er doch darauf aufmerksam machen, daß dieser der Universitätsverwaltung völlig fern steht. Der Herr Kultusminister und ich mit ihm stehe auf dem Standpunkt daß in dieser Angelegenheit nicht vorgegangen werden sollte, ohne die deutschen Universitätsverwaltungen zu Rate zu ziehen von deren Entgegenkommen in weitem Umfange das Gelingen abhängt. Der Herr Kultusminister ist bereit mit den Mitteln des Kultusministeriums zu helfen und geeignete Personalvorschläge zu machen. Euer Exzellenz bitte ich dementsprechend Anweisung zu geben, daß in der Frage der Dorpater Universität

1 Das Tel. an Ludendorff ging z. K. an Keyserlingk, den preußischen Kultusminister Schmidt und das AA.

2 Friedrich Altmann (1861–1918), 1888 Gerichtsassessor in Berlin, 1890 Hilfsarbeiter im preußischen Kultusministerium, 1891 beim Evangelischen Oberkirchenrat tätig, 1895 Hilfsarbeiter im Kultusministerium, Konsistorialrat, 1912 Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat, 1914 Kriegsdienst, 1915 Leiter der Kultusverwaltung Oberost. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums, Bd. 9, S. 327.

keine weiteren Schritte getan werden, ohne mich und das preußische Kultusministerium zu beteiligen«.[3]

Radowitz.

3 Ludendorff telegraphierte in diesem Sinne am 15. April an das AOK 8, erhielt von dort am 17. April aber die Antwort, Altmann (Major der Landwehr) solle vorläufig Kurator bleiben und die Verhandlungen mit dem Kultusministerium führen; ein Ersatz müsse nicht nur Fachmann, sondern auch Offizier sein. (BArch, R 43/2406e, f. 168–169). Chef des Generalstabes der 8. Armee war Major Frantz, 1926 Oberst a.D. (Ehren-Rangliste, Bd. 1, S. 13). Laut Berg an Hertling, GHQ 28. September 1918, beanstandete der Kaiser wegen der aufgekommenen und zukünftig noch zu erwartenden Polemik in der Presse die »völlige Ausschließung lettischer und estnischer Vorlesungen« durch den Kurator der Universität Dorpat und forderte wegen früherer Erfahrungen in Preußen »eine rechtzeitige eingehende Prüfung und Klärung der Sprachenfrage« auch hinsichtlich des dortigen Schulwesens, um in Lettland und Estland keine Polemik mit Echo in Deutschland hervorzurufen und später keinen Rückzug in dieser Frage antreten zu müssen. BArch, R 43/2406e, f. 248. Vgl. Liulevicius, S. 266.

327

Georg von Hertling an Anna von Hertling
Großes Hauptquartier, 14. April 1918

Der Reichskanzler (eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 23, f. 29–30)

Liebe Anna!

Hoffentlich bekomme ich heute einen Brief von München, mich verlangt sehr nach Nachrichten von Dir, nachdem ich in all den Tagen nur gehört habe, daß Du gut angekommen bist. Ich möchte wissen, wie es Dir geht, wie Du Dich fühlst, und wie Du alles gefunden hast. Mir geht es gesundheitlich durchaus gut, und anstrengend ist das hiesige Leben ganz und gar nicht. Man ißt und schläft, geht oder fährt spazieren, macht dazwischen in höchstens zwei Stunden das Geschäftliche ab, und des Abends wird Whist gespielt.

Das Haus, in dem wir wohnen, gehört offenbar einem sehr reichen Mann, es ist luxuriös eingerichtet und ausgestattet, wenn auch mit sehr schlechtem Geschmack. Doch darüber kann man hinwegsehen, dagegen ist es für mich eine unangenehme Empfindung, in einem fremden Hause zu schalten und zu walten, als ob man der Herr wäre. Es kommt mir immer so vor, als hätte ich dem Eigentümer etwas abzubitten, den Offizieren ist das ganz fremd, die sind ja schon in allen möglichen Schlössern einquartiert gewesen. Schade ist, daß das Wetter gar nicht besser werden will, von früh an liegt dicker Nebel über dem Tale, und so kann man eigentlich nur ahnen, wie schön die Gegend im Sonnenschein sein muß. Morgen oder übermorgen wird der Kaiser hier erwartet, dann wird es schon mehr zu tun geben. Ueber den Fortgang der militärischen Ereignisse erfahren wir hier nicht mehr, als was in den Zeitungen steht und Ihr daher auch wißt – Schöne Teilerfolge, aber noch nichts Durchschlagendes.

Vorhin waren wir in der Kirche, einem schönen romanischen Bau, der an Bonn und Andernach erinnert. Es war Militärgottesdienst mit Predigt, von der ich aber nur verstand, daß sie von dem Hauptmann von Kapharnaum handelte.[1] Gerührt haben mich die zahlreichen Kommunikanten, darunter auch ein Offizier. Nun habe ich ausgekramt, was allenfalls zu erzählen war, das erste Drittel der Reise geht heute zu Ende, ich freue mich, wenn ich erst wieder zu Hause bin. Viele Grüße an die Töchter, die Verwandten und Freunde und alles Liebe für Dich von Deinem

tr[euen] GvH

1 Auf die vom Glauben eingegebene Bitte des Hauptmanns von Kapharnaum heilte Jesus dessen Diener. Lukas, 7, 1–10.

Soeben ist der erwartete Brief angekommen, tausend Dank dafür! Wegen des Geldes sollst Du Dir gar keine Sorge machen, Du bist die Frau Reichskanzler und mußt dementsprechend logirt sein. Ich finde es sehr gut, daß Du einen Salon hast, in dem Du Besuche empfangen kannst. Die einfachen Lebensgewohnheiten waren gewiß gut, sie waren früher am Platze und werden es über lang oder kurz wieder sein, jetzt aber bemühe Dich »flott« zu sein.

Von Herzen Dein GvH

328

Besprechung des Reichskanzlers mit dem Kaiser Spa, 16. April 1918

(eigh. Protokoll K. v. Hertlings; BArch, NlH, Nr. 41, S. 30–32[1])

1.) Militärische Lage: S.M. sprach sich sehr zuversichtlich und voller Begeisterung über die Leistungen der Truppe aus.

2.) Vorgänge in Wien: S.M. äußerte, daß auf Kaiser Karl entscheidenden Einfluß die Herzogin von Parma[2] habe, welche ihrerseits eine fanatische Feindin des Hauses Hohenzollern sei. Kaiser Karl wünsche vor Allem den Frieden, er sei von größter Angst erfüllt, daß die D[onau]-Monarchie nicht mehr länger werde durchhalten können und habe dabei den Ehrgeiz, der Welt den Frieden zu bringen und dadurch dem deutschen Kaiser den Rang abzulaufen. Seine Angst mache ihn unaufrichtig, wie die Angelegenheit des Briefes an den Prinzen von Parma beweise, wovon Czernin keine Ahnung gehabt habe. Bei alle dem müßten wir nach Außen jeden Schein einer Unstimmigkeit vermeiden und an dem Bündniß festhalten. Der Bemerkung des R.K., daß deßhalb unmöglich in diesem Augenblick eine Änderung in der Leitung des Ausw[ärtigen] Amts eintreten könne, stimmte S.M. vorbehaltlos zu.

3.) Baltikum: S.M. wünschte ein möglichstes Entgegenkommen gegenüber den von dort laut gewordenen Wünschen. Wir müßten uns ohne Umstände daran halten, daß die Russische Regierung das Selbstbestimmungsrecht des Volkes proklamiert hätte und die Livländer und Estländer, wenn sie von diesem Rechte Gebrauch machend, sich an uns anschließen wollten, nicht zurückstoßen. Die Form, in der dies zu geschehen habe, sei weiterer Erwägung vorzubehalten. Doch geht die Absicht S.M. dahin, daß, wie Kurland, so auch Livland und

---

1 Das amtliche Protokoll (Rk 104, pr. 16/4 1918 G.H.Q. mit Vermerk Radowitz' v. 18.6. »zu den Handakten«) ist mit dem hier gedruckten fast gleichlautend und enthält als Anhang: »Im Laufe der Unterredung hatte S.M. noch bemerkt, Er habe im Spätjahr [19]16 – Zeit des ersten Friedensangebots – in Uebereinstimmung mit Herrn von Bethmann Hollweg Exzellenz Helfferich für die Friedensverhandlungen im Westen in Aussicht genommen, und diesem auch eine dahingehende Zusicherung gemacht«. BArch, R 43/2477, f. 125–127a.

2 Zita Habsburg-Lothringen, geb. von Bourbon-Parma (1892–1989), geb. in Camaiore bei Lucca, 1916–1918 Kaiserin von Österreich, 1916–1921 Apostolische Königin von Ungarn; danach musste sie ein schweres, über Spanien, Belgien, Frankreich, Portugal, Kanada und die USA führendes Exil ertragen und lebte zuletzt 1960–1989 in Zizers (Graubünden). Sie wurde im Salesianerinnenkloster Zangberg (Oberbayern) gemäß dem bayerischen Gymnasiallehrplan und dann im Benediktinerinnenkloster St. Cécile auf der Insel Wight in Theologie und Philosophie unterrichtet; in ihrer Familie war die Umgangssprache französisch, deutsch beherrschte sie perfekt. Als Mitglied der internationalen Hocharistokratie mit deutscher Großmutter, Tochter des unter der Schutzmacht Österreichs stehenden Herzogs von Parma, wegen ihrer Erziehung und selbstbekundeten österreichischen Gesinnung ist sie als »Italofranzösin« (so Münkler, S. 630) zu salopp klassifiziert. Vgl. Healy, S. 187 f.; zu ihrer religiösen Haltung (Seligsprechungsprozess): Debris.

Esthland durch Personalunion mit der Krone Preussens verbunden werden soll. Sachsen solle dann in Personal-Union Litauen bekommen, Bayern den größten Teil des Elsaß erhalten, während ein kleiner Teil im Ober-Elsass an Baden fallen solle, womit der Großherzog[3] einverstanden sei.[4]

4.) Polen wurde* berührt, S.M. meinte, der Kaiser Karl würde wohl jetzt die austropolnische Lösung selbst nicht mehr wollen.

5.) R.K. brachte die Rede auf Belgien und die Tendenz des Gen[eral]-Gouverneurs, Alles aus eigener Machtvollkommenheit entscheiden zu wollen. S.M. ging hierauf nicht näher ein, und meinte nur, R.K. könnte sich ja den Gen[eral]-Gouverneur zu mündlicher Aussprache hierher kommen lassen.

°6.) noch Baltikum. R.K. berichtete S.M. über die militärischerseits angestrebte Neuorganisation der Universität Dorpat und wies auf Notwendigkeit hin, hiebei das preuss[ische] Kultusministerium zu beteiligen, womit S.M. einverstanden war.°

7.) Am Schlusse der Unterredung, – als bereits Exc[ellenz] v. Kühlmann u. Exc[-ellenz] v. Berg eingetreten waren – brachte R.K. die in Berlin umgehenden Gerüchte zur Sprache, als ob S.M. nicht mehr an dem Gleichen Wahlrecht festhalte. S.M. trat dem mit der größten Entschiedenheit entgegen, und ermächtigte den R.K. in diesem Sinne den Herrn Minister des Inneren zu informieren.

8.) Im Laufe der Unterredung hatte R.K. gelegentlich den an ihn gelangten Wunsch der kleinen katholischen Gemeinde Demmin vorgebracht, für ihre neugebaute

3 Friedrich II. von Baden (1857–1928), geb. in Karlsruhe, 1907–1918 letzter Großherzog von Baden.

4 Vgl. Mertz von Quirnheim an Kriegsminister Hellingrath, GHQ 25. April 1918. Ludendorff habe ihm mitgeteilt, er habe soeben die telefonische Nachricht von der in Spa getroffenen Übereinkunft zwischen Kaiser und Reichskanzler erhalten, wonach a) Kurland an Preußen falle, b) Lothringen preußische Provinz werde, c) Livland und Estland in Personalunion zu Sachsen kämen, d) das Unterelsaß an Bayern, e) das Oberelsaß an Baden falle, f) ein württembergischer Prinz König von Polen werden solle und die Kandidatur Urachs unwahrscheinlich sei, g) die austropolnische Lösung abgelehnt werde. Dandl erkundigte sich darüber am 29. April 1918 näher bei der bayerischen Gesandtschaft in Berlin. Statt Livland-Estland müsse Litauen für die Personalunion mit Sachsen gemeint sein. (BayHStA, MA 1094). Am 11. Mai 1918 meldete ihm Grunelius aus Dresden, Vitzthum habe Anfang Mai die Zusicherung der Reichsleitung erhalten, dass an die sächsische Regierung wegen der Personalunion mit Litauen herangetreten werde. (BayHStA, MA 971, Nr. 5). – Hermann Ritter Mertz von Quirnheim (1866–1947), aus ursprünglich Kurmainzer Adelsfamilie, geb. in Ansbach, 1887 Eintritt in die bayerische Armee, 1897 Absolvent der bayerischen Kriegsakademie, 1914 Erster Generalstabsoffizier im bayerischen Armee-Oberkommando VI, 1916 Leiter der Operationsabteilung B und Militärbevollmächtigter Bayerns im Großen Generalstab, Generalmajor, 1919 Präsident des neu geschaffenen Reichsarchivs, Dr. phil. h.c. (1925), 1931 a.D., 1944 Sippenhaft. Gerhard Heyl, Mertz von Quirnheim, Hermann, in: NDB 17 (1994), S. 189 f.; Große Bayerische Enzyklopädie, Bd. 2, S. 1304.

* Handschr. Zusatz im amtlichen Protokoll: »nur flüchtig«.

°-° Fehlt im amtlichen Protokoll.

Kapelle die in der dortigen evangelischen Kirche ruhenden Gebeine der hl. Cordula zuerhalten.[5] S.M. war sofort bereit, auf diesen Wunsch einzugehen.

Zu 2.) Bei dieser Gelegenheit erwähnte R.K. die über Herrn von Kühlmann in Umlauf gesetzten Gerüchte, und bat Seine Maj[estät] dringend, Kenntnis zu nehmen von der Beantwortung der ihm seiner Zeit von dem Feldmarschall vorgelegten Niederschrift durch Exc[ellenz] v. Kühlmann, er wies dabei mit besonderem Nachdruck auf das beigelegte Schreiben des k[öniglich] b[ayerischen] Leg[ations] Rats v. Schön[6] hin.

H 16/4

5 In der Hansestadt, später preußischen Kreisstadt Demmin in Vorpommern wurden für die im 19. Jahrhundert wieder entstandene katholische Gemeinde (um 1914 471 Mitglieder) 1903 eine Kapelle mit Schule und 1914/15 eine große neugotische Kirche, Maria Rosenkranzkönigin (auch für die vielen polnischen Gastarbeiter), errichtet. Vermutlich ist eine Transferierung des im evangelischen Dom der alten Bischofsstadt Cammin (Pommern) verwahrten, um 1000 in Skandinavien gefertigten, kunstvollen Cordula-Schreins gemeint, der seit 1945 verschollen ist. Auch andere Kirchen sahen sich im Besitz von Gebeinen der hl. Cordula, geb. in Cornwall, Märtyrer-Gefährtin der hl. Ursula, gest. um 435 bei einem Hunneneinfall in Köln. https://de.wikipedia.org/wiki/Maria_Rosenkranzkoenigin_(Demmin) (13.4.2019).

6 Hans von Schoen. Vermutlich eine Schrift zur Entlastung des von der OHL schweren Fehlverhaltens in Rumänien bezichtigten Staatssekretärs, ähnlich dem Leumundszeugnis Frederic von Rosenbergs. Schoen und Rosenberg weilten während der sog. Zerstreuungen Kühlmanns in Bukarest. Vgl. Rosenberg, Korrespondenzen, S. 67–69.

329

Aufzeichnung Georg von Hertlings
Großes Hauptquartier, 16. April 1918

Zu RK 102 G.H.Q.[1] (masch. Reinkonz.; BArch, R 43/2406e, f. 163)

Der Reichskanzler ist der Meinung, dass die sofortige Anerkennung der Selbständigkeit von Esthland und Livland das politisch Richtige ist, dass dies auch vor der Öffentlichkeit sich vollkommen rechtfertigen lasse [a]trotz der seinerzeit im Reichstage abgegebenen Erklärung[a2] und ist seinerseits bereit, den Schritt zu tun. Andererseits hält er es aber für wahrscheinlich, dass dies zu einem Conflikt mit der Reichstagsmehrheit führen werde, was für ihn unter den gegenwärtigen Umständen die Notwendigkeit einschliessen würde, seinen Abschied zu erbitten. Persönlich ist er selbstverständlich hierzu jederzeit bereit, die Frage ist nur, ob ein solcher Conflikt mit dem Reichstag sammt der sich daraus ergebenden Folgen in diesem Augenblicke als erwünscht gelten kann. Wird die Frage verneint, so ergäbe sich der mögliche Ausweg, dass der Abordnung jetzt nur das zugesagt wird, was sie selbst ausdrücklich verlangt, nämlich die Unterstützung ihrer Wünsche durch S.M. den Kaiser und die Kaiserliche Regierung.

---

1 Vgl. Radowitz an Keyserlingk, 16. April 1918, mit der Bitte um schleunige Feststellung des Entwurfs der Antwort für die Deputation der Liv- und Estländer, die laut Mitteilung der OHL schon heute Abend in Berlin eintrifft. Sie soll aber erst aus Riga abreisen, wenn mit dem Reichskanzler ein Termin für ihren Empfang vereinbart ist. BArch, R 43/2406e, f. 162.

a-a Von Karl v. Hertling eigh. eingefügt.

2 Aus Berlin wurden Radowitz am 20. April 1918 telefonisch die früheren Äußerungen des Reichskanzlers wörtlich übermittelt, so die vom 25. Februar, dass in Estland und Livland im Interesse der Bevölkerung Ruhe und Ordnung zu schaffen seien, Deutschland sich dort keinesfalls festsetzen und mit den beiden Ländern »nach dem Krieg in gutem, freundnachbarlichem Verhältnis« leben wolle, sowie die vom 18. März nach der Ratifikation des Friedens mit Rußland, dass in Livland und Estland, d. h. östlich der im Vertrag vereinbarten Grenzlinie, die Dinge anders lägen. »Aber, wie es in Artikel 6 des Friedensvertrages mit Rußland heißt, sie werden von einer deutschen Polizeimacht besetzt, bis dort die Sicherheit durch eigene Landeseinrichtungen gewährleistet und die staatliche Ordnung hergestellt ist. Alsdann wird auch für diese Länder der Augenblick für ihre politische Neuorientierung gekommen sein. Wir hoffen und wünschen, daß auch sie sich in ein nahes freundschaftliches Verhältnis zum Deutschen Reiche stellen werden, so aber, daß dies friedliche und freundliche Beziehungen zu Rußland nicht ausschließt«. (Aus Reichstagsrede Hertlings v. 18. März 1918. Hahlweg, S. 702–704, hier 704). Bussche bekräftigte für das AA »absolut« den im Reichstag am 22. März geäußerten Standpunkt, dass Livland und Estland, anders als die westlich der Brester Grenze gelegenen Gebiete, »noch der staatlichen Oberhoheit Rußlands« unterstünden und von den vertragschließenden Teilen eine »autonome Verfassung« für sie vorgesehen sei. BArch, R 43/2406e, f. 175–177.

330

Georg von Hertling an Anna von Hertling
Großes Hauptquartier, 17. April 1918

Der Reichskanzler (eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 23, f. 31–32)

Liebe Anna!

Es ist noch frühe am Tage, von meinen Herren ist bisher keiner erschienen, auch Karl nicht, und so will ich versuchen, den gestern versprochenen Brief zu schreiben. Gestern erschien also gegen zehn Uhr der Kaiser hier bei mir, von dem ich wußte, daß er in der Nacht angekommen sei. Er blieb etwa eine Stunde, wir besprachen alle möglichen Fragen, sachliche und persönliche, es verlief aber sehr gut, ohne jede Disharmonie. Der Kaiser ist begreiflicherweise sehr erfüllt von den militärischen Fortschritten und sprach begeistert von der Haltung der Truppen. Später kam dann der Feldmarschall, der gleichfalls etwa eine Stunde blieb, auch mit ihm war die Unterredung ruhig, Ludendorff ist nicht hier, sondern an der Front geblieben. Um ein Uhr war Frühstückstafel, ich saß, wie üblich, rechts vom Kaiser, er war auch durchaus gnädig, das Ganze war eher langweilig. Es wurde sehr langsam servirt und später noch eine Zeit lang herumgestanden, sodaß wir erst um drei Uhr wieder zu Hause waren. Im Laufe des Nachmittags hatte ich noch den Besuch des deutschen Bezirkspräsidenten[1], der günstig über die einheimische Bevölkerung sprach und mir sagte, daß er noch keinen Augenblick Schwierigkeiten mit derselben gehabt habe, – kein Wunder! Er ist nämlich Süddeutscher, geborener Münchner. Dazwischen gab es natürlich auch allerlei an laufenden Geschäften zu erledigen und schließlich machte ich mit Karl noch einen kleinen Spaziergang, der Regen hatte aufgehört, aber der Nebel weicht und wankt nicht. Der Frühspaziergang, zu dem Hr. v. Kühlmann zum Kaiser befohlen wurde und wozu er eben abgegangen ist, wird also kein besonderes Vergnügen werden, ich bin aber sehr froh, daß der Kaiser ihn bei dieser Gelegenheit zwanglos spricht und dadurch in einer richtigen Weise beeinflußt werden kann. Über die Vorgänge in Wien herrscht große Aufregung, der arme Kaiser Karl scheint die Nerven vollkommen verloren zu haben, am leidesten tut mir, daß er vor lauter Angst

1 Platzkommandant und Bezirkschef des Rayon de Spa war Oberstleutnant Wilhelm Steinitzer (1867–1954), geb. in München, Alpinist, Naturwissenschaftler und Reiseschriftsteller. Er soll ein gutes Verhältnis zur Gemeindeverwaltung und Sympathien für die Spadois gehabt haben. Anders urteilt der offizielle Bericht des Secrétaire communal de Spa, Jacques Macquet: Spa pendant la guerre 1914–1918. Strenge, S. 11. Vgl. Groß, Hauptquartier, S. 173 f.; K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 86–89, 105 f., 179 f.: Die Büros und Wohnungen des GHQ und der zahlreichen Militärbevollmächtigten der deutschen und der verbündeten Staaten waren weitläufig und dezentralisiert untergebracht, dem Verkehr untereinander dienten Automobile. »Eine Belegung der Stadt Spa und ihrer Umgebung mit Bomben mußte auch dem Feinde zwecklos erscheinen, da er vielleicht Unglück unter der Bevölkerung und Zerstörungen an einzelnen Gebäuden angerichtet hätte, die Möglichkeit eines militärischen Schadens aber so gut wie ausgeschaltet war«. Ebd., S. 87.

zu lügen scheint.[2] Am meisten geschimpft wird auf die »fanatisch katholische und protestantenfeindliche« Herzogin von Parma, die allerdings einen großen Einfluß zu haben scheint. Das ist alles recht unangenehm zu hören. Ueberhaupt, die Demission Czernins ist jedenfalls ein schwerer Verlust für die Bündnispolitik, über seinen Nachfolger, der auch sein Vorgänger war, Burian[3], hatte mir seiner Zeit Bethmann sein Entsetzen ausgedrückt. Er soll ein wenig traitabler Herr sein.

Und nun zu Dir. Ich bin sehr froh, daß Dir der Aufenthalt in München doch, wie es scheint, ein bischen Freude macht, und die Leute dort so lieb mit Euch sind. Auch mit der Reise nach Augsburg bin ich sehr einverstanden. Wirst Du die Königin sehen oder hast Du keine Schritte dazu getan? Und hast Du eine Jungfer? Wegen des Geldes wirst Du Dich hoffentlich beruhigt haben. Dienstag früh denke ich wieder in Berlin zu sein, ob ich vorher noch den deutschen und den bayerischen Kronprinzen besuche, weiß ich noch nicht, Lust habe ich keine, aber manche guten Leute meinen, es wäre nützlich. Lieb wäre mir, wenn Du dann nicht viel später als etwa am Donnerstag kommst, doch sollst Du alles nach Deinem Befinden und Deiner Bequemlichkeit einrichten.

Grüße an die Töchter, die Verwandten und die Freunde, alles Liebe für Dich

Dein tr[euer] GvH

2 Vgl. Grünau an AA, Hofzug 12. April 1918, mit dem eingefügten Telegr. Karls an Wilhelm II., Clemenceau habe gelogen. Er wolle »treue Waffenbrüderschaft« halten. (Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 107 f.). K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 93, traute sich 1919 noch keine »authentische Darstellung des ganzen Falles« zu.

3 Stephan Graf Burián von Rajecz (1851–1922), aus altungarischem Adel, nach Besuch der Konsularakademie Wien diplomatischer Dienst in Alexandrien, Bukarest, Belgrad und Sofia, 1882 Leiter des Generalkonsulats Moskau, 1887 Gesandter in Sofia, 1896 in Stuttgart, 1897 in Athen, 1903 Finanzminister, 1913 Minister am Ungarischen Hoflager, 1915 Außenminister, 1916 Finanzminister, 1918 erneut Außenminister, »als etwas hartnäckiger Ungar bekannt«. K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 94,106–108, 112, 127.

331

Karl Menning an Georg von Hertling und Richard von Kühlmann
Kristiana, 17. April 1918

Rk. 17425 K.J. (Telegramm[1]; BArch, R 43/2406e, f. 164–166)

im widerspruch mit feierlichen erklärungen oberster vertreter der deutschen reichsregierung im reichstage und seinem hauptausschuss über das volle selbstbestimmungsrecht estlands seine staatsrechtliche stellung und nichteinmischung deutschlands in innere angelegenheiten estlands hat die deutsche militärleitung in estland die von dem gemäss spezialgesetz der temporären regierung russlands vom 12 april 1917 gewählten allgemeinen estnischen landtage geschaffene rechtmässige regierung estlands suspendiert[2] und gesetzmässig gewählte lokale selbstverwaltungsorgane beseitigt unter ersetzung städtischer vertretungen durch ernannte verwaltungsausschüsse hauptsächlich aus vertretern der verschwindend kleinen deutschen minorität, ebenso die estnischen truppen desarmiert. an die stelle rechtmässiger demokratisch gewählter volksvertretung wie sie sich für estland im estnischen landtag mit vertretern der deutschen und schwedischen minorität verkörpert, hat die deutsche militärleitung unter willkürlicher einbeziehung des lettischen süd[liv]land mit riga einen sogenannten landesrat geschaffen, von dessen 58 mitglieder[n] 34 den deutschen 13 den esten und 11 den letten angehören. wenn man bedenkt, dass die deutschen im lande nur 5 prozent zählen das estnische volk aber über 90 prozent der bevölkerung

1 Ohne Namensnennung an den Reichskanzler und Staatssekretär des Auswärtigen gerichtet, eilig entziffert, pr. 17. April 1918, noch am Tag des Eingangs nach Spa gesandt, z.d.A.–Vermerk Radowitz' v. 20. April.

2 Das am 12. April (30. März) 1917 von der revolutionären Zentralregierung Russlands verabschiedete vorläufige Autonomiegesetz für das Gouvernement Estland sah »ein nach mehrstufigem Wahlrecht zu wählendes Provinzialverwaltungsorgan«, den Landtag (Maapäev) vor, wobei die Regierung zunächst nur der lokalen Selbstverwaltung im Rahmen der russischen Föderation dienen, nicht »einer revolutionären Nationalitätenpolitik« Vorschub leisten wollte, die aber doch hervortrat und sich gegen den deutschbaltischen Adel richtete. Der erste estnische Landtag trat am 1. Juli 1917 zusammen, vervollständigte sich erst allmählich bis zum September. Der erste Este, Jaan Poska (1866–1920), der im März 1917 an die Spitze der Provinzialverwaltung trat, musste infolge des Umsturzes in St. Petersburg am 9. November 1917 seine Macht an das Estnische Militärrevolutionäre Komitee abtreten. Wegen des Führungsanspruchs des Landtags, der Ende November aufgelöst wurde, bestand eine »Doppelherrschaft«, die Estland an den Rand des Bürgerkriegs führte. Ende Januar 1918 stellten die estnischen Bolschewiki die zuvor erlaubten Wahlen zu einer estnischen Konstituante ein. Die Gewinnung der Autonomie unter der Herrschaft der russischen und estnischen Bolschewiki (mit einem Stimmanteil von 35–37 %) schien schwer möglich. Hinter der Ausrufung der Estnischen Republik am 24. Februar 1918 stand der Ältestenrat des Maapäev. Der ein paar Stunden danach erfolgende Einmarsch der deutschen Truppen verhinderte die Einrichtung einer Provisorischen Regierung unter Konstantin Päts (1874–1956). Nun bekam die deutschbaltische Elite Aufwind, die sich über die Mehrheit in Estland hinwegsetzte. Brüggemann, S. 54–64.

estlands ausmacht, so stellt schon ein solches zahlenverhältnis in diesem landesrat eine ungeheuerlichkeit [d]ar ganz abgesehen vom modus des zustandekommens einer solchen landesvertretung. dieser landesrat hat nun sich mit einem antrage an deutschland gewandt um vereinigung estlands mit deutschland. vorausgingen versuche estlivländischer ritterschaften sich estlands vertretung [an]zueignen um eine vereinigung estlands mit deutschland zu betreiben.[3] gegen diese versuche richteten bevollmächtigte delegierte des allgemeinen estnischen landtages und der estnischen regierung als gesetzmaessiger repraesentation estlands 4 februar und 20 maerz motivierte erklärungen und verwahrungen durch die stockholmer gesandtschaft an die deutsche reichsregierung.[4] […] erheben wir gegen den nunmehrigen antrag des so geschaffenen landesrats estland dem deutschen reiche anzugliedern, entschiedensten protest und erklaeren dass dieser landesrat eine fälschung des estischen volkswillens darstellt und absolut nicht berechtigt ist im namen estlands aufzutreten geschweige denn eine vereinigung estlands mit deutschland zu beantragen. das feste ziel des estnischen volkes wie es sich im einstimmigen beschluss des allgemeinen landtages vom 28 november 1917 mit einschluss der vertreter baltischen deutschen und schwedischen formulierte [!] ist estlands selbständigkeit unabhaengigkeit und neutralität bei internationaler garantie.[5] um diese wirklichen wuensche des estrischen volks in ihrer naehren ausfuehrung der deutschen reichsregierung darzulegen haben

3 Vgl. das Immediatgesuch der Livländischen und Estländischen Ritterschaften an Kaiser Wilhelm II. vom 5. Februar 1918. Für ihr »verfassungsmäßiges Recht, namens des ganzen Landes zu handeln«, beriefen sie sich auf die Livland und Estland mit Russland verbindenden Kapitulationen v. 4. Juli und 29. September 1710, die im Friedensvertrag von Nystadt 1721 Bestätigung und völkerrechtliche Anerkennung gefunden hätten. Ursachen und Folgen, Bd. 2, S. 152 f.

4 Die vom Landtag beauftragte Delegation suchte und erhielt die Anerkennung der Unabhängigkeit Estlands de facto von England (3. Mai 1918), Frankreich (13. Mai 1918) und Italien (29. Mai 1918). Bei der Stockholmer Gesandtschaft (Lucius von Stoedten, Kurt Riezler) fand sie Verständnis, erhielt aber keine Einreiseerlaubnis nach Deutschland. Sie lehnte »die Gründung eines sog. Baltischen Herzogtums« ab. Ungewiss über den Kriegsausgang, war sie gespalten über der Frage, ob Deutschland wegen des Einmarschs in Estland der Krieg zu erklären sei. Brüggemann, S. 64–67; Eero Medijainen, Der Beginn der estnisch-deutschen diplomatischen Beziehungen https://www.estemb.de/static/files (30.1.2019). – Hellmuth Lucius von Stoedten (1869–1934), geb. in Klein-Ballhausen bei Erfurt, Militärlaufbahn, 1898 Attaché in Paris, nach Stationen in St. Petersburg und Durazzo 1915–1920 Gesandter in Stockholm, eigenständige Haltung zur Revolution in Russland, 1921–1927 in Den Haag, dann a. D., Kunstliebhaber; Kurt Riezler (1882–1955), geb. in München, 1905 Dr. phil. (München), 1906 Hilfsarbeiter im AA, 1910 Legationsrat, 1915 Wirklicher Legationsrat und Vortragender Rat in der Reichskanzlei, 1917 in Stockholm, 1918 Botschaftsrat in Moskau, danach Kabinettschef bei Staatssekretär Solf, 1919 Vertreter der Reichsregierung bei der bayerischen Regierung in Bamberg, 1919–1920 Leiter des Büros des Reichspräsidenten Ebert, 1920 Rückzug aus der Politik, Privatgelehrter, 1928–1934 Honorarprofessor für Geschichtsphilosophie in Frankfurt am Main, 1938 Emigration, Gastprofessuren in New York und Chicago, 1954 Rückkehr nach München. Bert Becker, Riezler, Kurt, in: NDB 21 (2003), S. 618 f.

5 An diesem Tag erklärte sich der Landtag zum »Träger der höchsten Gewalt« in Estland. Brüggemann, S. 58.

beauftragte bevollmaechtigte delegierte der estischen regierung mihkel martna[6] und karl menning[7] bereits vor monatsfrist [bei] der deutschen reichsregierung durch die stockholmer gesandtschaft um reiseerlaubnis nach berlin nachgesucht bisher aber keine antwort erhalten. unterzeichnete ersuchen die oberste deutsche reichsleitung dem antrag des kuenstlich geschaffenen estlivlaendischen landesrats keine bedeutung beizumessen sondern den genannten delegierten der rechtmaessigen estrischen volksvertretung die moeglichkeit zu geben die deutsche regierung ueber die wirklichen wuensche des estnischen volks aufzuklaeren. denn die frage von estlands politischer zukunft kann man nicht im widerspr[u]ch mit dem estnischen volkswillen loesen ohne das auch von deutschlands regierung und volksvertretung feierlichst anerkannte selbstbestimmungsrecht der voelker ruecksichtslos niederzutreten. im namen estlands bevollmaechtigte delegierte des estnischen landtages und der estnischen regierung

karl menning im auftrage
fuer mihkel martna iaan toenisson[8]

6 Mihkel Martna (1860–1934), geb. in Paimpere, Journalist, 1903 Gründer erster sozialdemokratischer Gruppen, in Estland, 1907 Mitgründer der Estnischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, deren linkem Flügel er angehörte, 1906–1917 im Exil (Schweiz, Deutschland, Finnland), 1917, 1919–1934 Mitglied des estnischen Landtags (1929 Parlamentspräsident), 1919 erster Vertreter der Republik Estland in Berlin, 1930 Dr. h.c.

7 Karl Menning (1874–1941), geb. in Tartu (Dorpat), dort bis 1902 Studium der Geschichte, Sprachen und Theologie, 1904–1906 Eleve Max Reinhardts in Berlin, 1906–1914 Theaterregisseur und -kritiker, Gründer des professionellen Theaters in Estland, 1918–1920 Mitglied der ersten diplomatischen Delegation Estlands nach Kopenhagen und Stockholm, 1920–1921 Vertreter Estlands in Stockholm, 1921–1933 Generalkonsul und Geschäftsträger Estlands in Berlin, ab 1923 dort Gesandter, 1925 auch für Österreich, 1931 zugleich für Ungarn, 1933–1937 Gesandter Estlands in Lettland, 1939 a.D. Heini Vilbiks, Lebensläufe der Gesandten, in: https://www.estemb.de/static/files (30.1.2019).

8 Jaan Tönisson (1868–1941), geb. in Tänassilma, Jurastudium in Tartu (Dorpat), 1896–1935 führender, estnisch-national gesinnter Publizist Estlands, 1905 Gründer der Estnischen Nationalen Fortschrittspartei, 1905–1907 in der russischen Duma, 1908 verhaftet, 1917 von den Sowjets ausgewiesen, er plante eine Union der Anrainerstaaten der Ostsee bzw. eine Interessengemeinschaft der »kleinen Völker« auf der zu erwartenden Friedenskonferenz, 1919–1920 Ministerpräsident Estlands, 1919–1940 Mitglied des Landtags (Estnische Volkspartei, 1919–1933 deren Vorsitzender), 1927– 1928, 1933 Staatsoberhaupt Estlands, 1931–1932 Außenminister. Brüggemann, S. 57; https://de.wikipedia.org/wiki/Jaan_Toenisson (30.1.2019).

332

Georg von Hertling an Anna von Hertling
Großes Hauptquartier, 19. April 1918

Der Reichskanzler (eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 23, f. 33–34)

Liebe Anna!

Familiennachrichten. Daß die Audienz bei der Königin so gut verlief, freut mich sehr, und daß auch der König dazu kam, ist ein Beweis seines fortdauernden gnädigen Wohlwollens. Von den Ereignissen in Wien war wohl nicht die Rede, sonst würdest Du es wohl berichtet haben. Wenn die Majestäten dem Urteile des ihnen nahe stehenden Paares, Erzherzog Friedrich[1] und Erzherzogin Isabella sich anschließen, muß leider ihre Auffassung eine recht ungünstige geworden sein. Der unglückliche Kaiser Karl scheint sich ganz anders entwickelt zu haben, als ich nach dem Eindrucke vom Mai vorigen Jahres erwartet hatte. Gestern war General Crammon[2] hier, den Du auch kennst. Er ist ein ordentlicher Mann und war bemüht, jede ultra-preußische und erst recht jede protestantische Schärfe zu vermeiden, aber er mußte berichten, daß das Verhalten des jungen Monarchen und insbesondere seine – man muß es schon so nennen – Verlogenheit ihm das Vertrauen der weitesten und bestgesinnten Kreise entzogen habe. Das war auch der Grund, weshalb Czernin, der sich fortgesetzt hintergangen sah, seinen Abschied nahm. Sein Nachfolger, Burian, der auch sein Vorgänger war, ist durchaus bündnistreu gesinnt, seine Ernennung bedeutet also keinen Wechsel in der Politik, doch soll er nicht bequem sein, da er, worüber mir schon Bethmann klagte, stundenlange Reden hält und es zu keinem Resultat kommen läßt. – Der Kaiser ist Mittwoch Abend wieder abgereist, nachdem wir nochmals, und diesmal auch Karl, bei ihm zur Frühstückstafel waren. Der Kaiser war besonders guter Laune und ich konnte noch allerhand mit ihm besprechen. Interessant war mir die Bekanntschaft des Fürsten von Fürstenberg, der mit dem

1 Friedrich Erzherzog von Österreich, Herzog von Teschen (1856–1936), geb. in Groß Seelowitz (Mähren), Industriemagnat und Großgrundbesitzer, reiches Mitglied des Hauses Habsburg, Dr. h. c. der Technischen Hochschulen Laibach und Wien; 1871 Eintritt bei den Tiroler Kaiserjägern, 1882 Generalmajor und Brigadekommandeur, 1907 Oberkommandant der k.u.k. Landwehr, 1914 Feldmarschall; im Juli 1914 übertrug Kaiser Franz Joseph ihm – neben Franz Conrad von Hötzendorf (1852–1925) – das Armeeoberkommando, das er gut führte und das im Februar 1917 Kaiser Karl übernahm. Friedrich hatte gute Beziehungen zu Wilhelm II. Er war verheiratet mit Isabella von Croy-Dülmen (1856–1931). Friedrichs Großvater Karl (1771–1847) war ein Sohn Kaiser Leopolds II. (1747–1792). Eine Schwester Friedrichs, Maria Christina (1858–1929), heiratete König Alfons XII. von Spanien (1857–1885). Jedlicka, Ludwig, Friedrich, Erzherzog von Österreich in: NDB 5 (1961), S. 525–526.

2 Cramon erstattete Bericht aus Wien, konnte noch nicht versprechen, dass Karl I. zu einem baldigen Treffen nach Spa kommen werde. Er teilte nicht die Ansicht, Kaiserin Zita habe »bei dem ominösen Briefe ihre Hände im Spiel gehabt«. Cramon, S. 154 ff.

Kaiser in nahen freundschaftlichen Beziehungen steht, aber auch als Grandseigneur am Wiener Hof eine geachtete Stellung einnimmt. Er gefiel mir gut, ich konnte offen mit ihm sprechen und fand sein Urteil treffend, auch ist es günstig, daß er sich gerade jetzt in der Umgebung des Kaisers befindet und, was das Verhältnis zu Österreich und dem »katholischen Haus Habsburg« betrifft, verständig und beruhigend einwirken kann. In Wien scheint es umgekehrt wirklich die Herzogin von Parma zu sein, die einen schlimmen Einfluß auf Kaiser Karl ausübt. […] Hr v. Radowitz ist an die Front gereist und will morgen zurückkommen. Am Sonntag erwarte ich die Deputation der Lievländer und Estländer, am Montag will mich der Generalgouverneur von Belgien besuchen. *Seine Rückreise nach Berlin wird sich verzögern, folglich auch die Annas. Giulia soll Dich am Vorabend der Abreise aufsuchen, da der Tageszug nicht über Augsburg fährt;* nur mußt Du dann selbstverständlich erste Klasse nehmen, anders schickt es sich für die Frau Reichskanzler nicht.[…] Ich freue mich sehr, sehr, wenn wir erst wieder beisammen sind, und hatte, wie Dir Karl bestätigen kann, vom ersten Tage an Heimweh. *Kaspar Preysing*[3] *ist gefallen*. Gehst Du vielleicht zu der armen Gräfin[4]?

Grüße an die Töchter u.s.w. und alles Liebe für Dich
Dein tr[euer] GvH

3 Sohn (1880–1918) von Konrad Graf von Preysing-Lichtenegg-Moos (1843–1903), des dem bayerischen Königshaus nahestehenden Mitglieds der bayerischen Patrioten- bzw. Zentrumspartei. Der sehr vermögende Inhaber des Familienbesitzes Preysing in Moos (Niederbayerin), geb. auf Schloss Zeil in Württemberg, war ein enger Freund Hertlings (1871–1893, 1900–1903 Mitglied des Reichstags, 1880–1903 des Reichsrats) und unter Windthorst in die Führungsriege der Zentrumsfraktion aufgerückt. Auch sein Sohn Johann, geb. 1889, fiel 1918.

4 Christiane von Preysing (1852–1923). Konrad Preysings Briefe an seine Frau sind eine hervorragende Quelle für die Geschichte des Kaiserreichs und des Reichstags.

333

Hilmar von dem Bussche an Kurt von Lersner
Berlin, 20. April 1918

Nr. 749 (Telegramm; BArch, R 43/2406e, f. 185)

Für Herrn Reichskanzler Nr. 49.

Exzellenz von Payer beauftragt mich, Euerer Exzellenz folgendes Schreiben des Abgeordneten Gröber mitzuteilen:

»Euer Exzellenz beehre ich mich unter Bezugnahme auf die letzte Unterredung mitzuteilen, daß die Zentrumspartei des Reichstags für den Anschluß von Livland und Estland an Deutschland einzutreten bereit ist, sobald

1) diese Länder von der Russischen Regierung aus dem russischen Staatsverband entlassen sind, und
2) Der Antrag auf Anschluß an Deutschland durch eine Landesvertretung gestellt wird, welche auf breiterer, auch die nichtdeutschen Volksteile umfassender Grundlage zusammengesetzt ist«.

Hiernach besteht, da beide Sozialdemokratischen Fraktionen, Polen und Elsässer gegen die Angliederung sind und die Haltung der Fortschrittlichen Partei ungewiß ist[1], eine sichere Majorität gegen den Anschluß in der jetzt geplanten Art und Weise. Um 12 Uhr kommt Herr Gröber nochmals zum Herrn Vizekanzler.[2]

Bussche.

1 Am 20. April meldete Schlieben aus Berlin Radowitz, die große Mehrheit der FVP würde sich einem Anschluss der beiden Länder nicht widersetzen, wenn dieser von einer auf breiterer Grundlage, besonders der bäuerlichen Bevölkerung, gewählten Vertretung verlangt würde. »Angliederung sollte besser an das Reich erfolgen als an Preußen«. Trotzki habe das Selbstbestimmungsrecht proklamiert. (BArch, R 43/2406e, S. 178). Payer, in seiner Fraktion einflussreich, sprach sich gegen »eine sofortige uneingeschränkte Anerkennung« aus, da die Parteien weiter beraten müssten und Russland nicht provoziert werden dürfe. Payer an Lersner, »für den Herrn Reichskanzler«, Berlin 19. April 1918. (BArch, R 43/2406e, f. 172–173). – Otto von Schlieben (1875–1932), geb. in Groß-Rinnerdorf (Schlesien), 1904 Regierungsassessor, 1910 Landrat, 1915 Hilfsarbeiter im Preußischen Staatsministerium, 1916 Geheimer Regierungsrat und Vortragender Rat in der Reichskanzlei, 1918 Ministerialrat im Reichsschatzamt, 1919 im Reichsfinanzministerium, dort 1920 Abteilungsleiter und Ministerialdirektor, 1925 Reichsfinanzminister, 1926–1929 Präsident des Landesfinanzamts in Magdeburg, u.a. Aufsichtsratsmitglied der Junkers-Flugzeugwerke. http://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei (29.1.2019).

2 Vgl. Telegr. Schlieben an Radowitz, 20. April 1918. Gröber habe Payer gesagt, das Zentrum lehne eine Angliederung nicht »schlechtweg« ab, wohl aber eine über den Kopf Russlands hinweg. BArch, R 43/2406e, f. 194.

334

Wilhelm von Radowitz an Werner von Grünau
Großes Hauptquartier, 20. April 1918

Zu Rk 154 G.H.Q. (masch. Fernschreiben,[1] Konz.; BArch, R 43/2406e, f. 190–192)

Sehr eilig.

°Bitte die Genehmigung S.M. für folgenden Text der Antwort an Deputation baltischen Landes Rats[2] herbeizuführen. Deputation wird Sonntag nachmittag von RK empfangen°

»Seine Majestät der Kaiser und König haben mich zu beauftragen geruht, ihnen den heute hier erschienenen Vertretern des gemeinsamen Landesrats von Livland, Estland, Riga und Oesel den waermsten Dank für das durch ihre Beschlüsse Allerhöchstseiner Person bewiesene Vertrauen auszusprechen.

Der siegreiche Vormarsch der deutschen Truppen [a]und der Friedensvertrag von Brest Litowsk[a] brachte auch ihnen die Erlösung von schwerer Bedrängnis und zugleich die Möglichkeit diejenigen staatlichen Einrichtungen zu treffen, die den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen.

Nachdem der vereinigte Landesrat von Livland, Estland und Oesel [b]als die von den verfassungsmässigen Körperschaften berufene Vertretung der Bevölkerung dieser Länder[b] sich vertrauensvoll an Ihn gewandt hat, erklären Seine Majestät sich bereit diesen Ländern den militärischen Schutz des Deutschen Reiches angedeihen zu lassen und sie bei der endgültigen Durchführung der Loslösung von Russland wirksam

---

1 Abgesandt 8.25 nm.

°-° Eigh. von Radowitz.

2 Der folgende Text der am 21. April der Deputation entbotenen Antwort entspricht Schulthess 59, NF 34 (1918/I), S. 153 f. Mit den unten angemerkten Streichungen und Zusätzen ist er so genehmigt worden. Wesentliche Formulierungen (außer den Kurialien) gingen auf das Ergebnis einer Besprechung Payers mit Vertretern des AA zurück, denen es, wie Payer bemerkte, wegen der krankheitsbedingten Abwesenheit Kühlmanns an Orientierung mangelte. Sie sind, mit der Kritik des Vizekanzlers, dass die sofortige Anerkennung auf Russland und die Stimmung in Deutschland höchst nachteilig wirken werde, enthalten im Tel. Nr. 16 Payers an Lersner, Berlin 19. April 1918, »für den Herrn Reichskanzler«. (BArch, R 43/2406e, f. 171–174). – Die Deputation (13 Personen) wurde angeführt vom Vorsitzenden des Baltischen Landesrats Eduard v. Dellingshausen (1863–1939), geb. in Reval, 1902–1918 Ritterschaftshauptmann, 1907–1912 Mitglied des russischen Reichsrats, auch estländischer Landrat, um Reformen im russischen Estland vergeblich bemüht. Am 18. Januar 1918 erklärte er mit der livländischen Ritterschaft die Loslösung von Russland, ein Signal für das Einrücken der deutschen Truppen. Vgl. Arved von Taube, Dellingshausen, Eduard Freiherr von, in: NDB 3 (1957), S. 588; BBLD (29.11.2023).

a-a Randvermerk: »Eingefügt auf Wunsch des AA«.

b-b Auf »Wunsch des AA« eingefügt anstelle der gestrichenen Formulierung: »in de[m] S.M. die verfassungsmässige Vertretung der Bevölkerung dieser Länder erblicken«.

zu unterstützen. [c]Seine Majestät geben sich der Erwartung hin, dass die russische Regierung, getreu ihren wiederholt ausgesprochenen Grundsätzen bereit ist, das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu achten und dem Wunsch der Bevölkerung Livlands und Estlands entsprechend sie aus dem Verbande der russischen Staatshoheit zu entlassen.[c] Seine Majestät werden sodann gern bereit sein im Namen des Reichs auch formell die losgelösten Gebiete als selbständige Staaten anzuerkennen.[3]

Seine Majestät begrüssen den von dem Landesrat ausgesprochenen Wunsch, dass aus [4]Livland, Estland, den vorgelagerten Inseln und der Stadt Riga ein einheitlicher geschlossener monarchisch konstitutioneller Staat mit einheitlicher Verfassung und Verwaltung gebildet werden soll und wollen gern mit Rat und Tat zur Herbeiführung dieses Zustandes helfen. Auch sind Seine Majestät gern bereit, die Schaffung eigener Landeseinrichtungen für Livland und Estland zu ermöglichen, die bis zum staatlichen Zusammenschluss der baltischen Gebiete die Verwaltung Livlands und Estlands führen sollen.

Mit besonderer Freude und Genugtuung hat es Seine Majestät erfüllt, dass Sie dem Dankgefühl Ihrer Länder durch den Wunsch Ausdruck verliehen haben, dass der neu zu bildende Staat dem Deutschen Reiche durch eine Personalunion mit der Krone Preussen enger verbunden werden möge. Diese Bitte wird wohlwollend geprüft und die Allerhöchste Entscheidung wird dem Landesrat nach Anhörung der zur Mitwirkung berufenen Stellen mitgeteilt werden.

Seine Majestät werden ferner bereit sein nach Losloesung der baltischen Gebiete von Russland Allerhöchstihre Zustimmung dazu zu erteilen, daß zwischen dem Deutschen Reiche und dem aus den baltischen Gebieten gebildeten Staat die erforderlichen Militär-, Münz-, Verkehrs-, Maass-, Zoll- und sonstigen Conventionen abgeschlossen werden.

---

c-c Randvermerk Radowitz' vom 21. April: »Auf telefonische Weisung durch H. v. Grünau auf Befehl S.M. gestrichen«, doch in den »endgültigen Wortlaut« der Erklärung des Reichskanzlers am 21. April wieder aufgenommen. (BArch, R 43/2406e, f. 196–197). In Payers Antwortentwurf an Lersner v. 19. April 1918 (für den Reichskanzler) war wegen des von der russischen Regierung ihren Völkern eingeräumten vollen Selbstbestimmungsrechts und der darauf bezogenen Unabhängigkeitserklärung der »verfassungsmäßig zur Vertretung von Livland und Estland berechtigten Ritterschafts- und Landtage« vorgeschlagen, die Anerkennung der »Selbständigkeit der Herzogtümer Livland und Estland« auszusprechen und dem Landesrat noch »eine formelle Urkunde« über die Anerkennung zugehen zu lassen. Siehe oben Anm. 2 (BArch, R 43/2406e, f. 171–172) und unten Anm. 3.

3 Vorangehender Satz entsprach dem in der Besprechung Payers mit dem AA aufgetauchten Vermittlungsvorschlag, statt die Selbständigkeit der Länder anzuerkennen nur mitzuteilen, dass der Kaiser »sich dazu geneigt erklären würde«. Siehe oben Anm. 2. BArch, R 43/2406e, f. 173–174.

4 Erst im »endgültigen Wortlaut« der Antwort Hertlings ist hier »Kurland« eingefügt. BArch, R 43/2406e, f. 196–197.

Seine Majestät lässt den Landesvertretungen Seinen Kaiserlichen Gruss entbieten und ihren weiteren Arbeiten für die Entwickelung der von Ihnen vertretenen Gebiete reichsten Segen wünschen«.[5]

[d]Zu Ihrer persönlichen Information: Sollte S.M. Sie darauf anreden, daß in dieser Antwort die Unabhängigkeit noch nicht formell anerkannt ist, so wäre auf den Text des Landes Ratsbeschlusses hinzuweisen, der einen Antrag auf Anerkennung nicht enthält. Wir können in der Antwort nicht gut weitergehen als die Leute selbst wollen.[6] Daß die Balten sich noch nicht als von Rußland losgelöst betrachten geht aus dem Interview des Oberpastors Hahn[7] im Tag Abendausgabe vom 17 April hervor.[d]

Radowitz

5 Auf Hertlings sofortige Meldung vom Empfang der Delegation dankte Wilhelm II., hoffte, »dass der endgültige Anschluss sich nun bald vollziehen wird«, und wünschte Hertling ein paar Tage Erholung. (BArch, R 43/2406e, f. 198). Am 13. Mai 1918 zeigte Dellingshausen Hertling telegraphisch über die Politische Abteilung der OHL in Berlin an, dass Joffe die beim Empfang der baltischen Delegation übergebene Note nicht von ihm, um nicht die darin erwähnten Beschlüsse anzuerkennen, wohl aber von der deutschen Regierung unter Vermittlung des AA anzunehmen gewillt sei. Ebd., f. 206.

d-d Eigh. von Radowitz.

6 Dem entspricht der Vorspann des von Radowitz am 20. April Payer und dem AA aus dem GHQ. (»dringend«) übersandten Antwortentwurfs: »Der Herr Reichskanzler hat sich entschlossen, um alle durch die schon jetzt erfolgende Anerkennung Livlands und Estlands zu gewärtigenden Schwierigkeiten zu vermeiden, sich in seiner Antwort streng an den Text des Beschlusses zu halten, den der Landesrat am 13. d[ieses] M[onats] gefasst hat. Da in diesem Beschluss unter /I von uns nichts weiter gefordert wird, als die Länder bei endgültiger Ausführung der Loslösung von Russland wirksam zu unterstützen, so können wir, nach Ansicht des Herrn Reichskanzlers, uns ohne weiteres mit einer derartigen Erklärung begnügen. Der Herr Reichskanzler beabsichtigt daher der Deputation morgen folgende Antwort zu erteilen«. Es folgt der oben Nr. 334 abgedruckte Text des Antwortentwurfs. (BArch, R 43/2406e, f. 187–189). In diesem vermisste Keyserlingk (an Hertling, Berlin 20. April 1918) »die ausdrückliche Anerkennung der erfolgten Loslösung«; es sei nur die »Geneigtheit zur Anerkennung« ausgesprochen. Auch Finnlands Selbständigkeit habe Deutschland vor Russlands Zustimmung anerkannt. Ebd., f. 186.

7 Elieser Traugott Hahn (1848–1939), geb. in Komachas (Südwestafrika), 1871 Ordination, danach evangelisch-lutherischer Pfarrer in Rauge, 1886–1919 in St. Olai zu Reval, 1915–1917 nach Sibirien verbannt, Rückkehr Dezember 1917, bis zum Einmarsch der deutschen Truppen am 24. Februar 1918 übel behandelt; Mitglied der Deputation nach Berlin; er schloss sich Ende 1918 dem Abzug der Deutschen an, lebte dann bei Hannover. Sein Sohn Gotthilf Traugott Hahn (1875–1919), Pastor und Professor der Theologie an der Universität Dorpat, wurde von den Bolschewiki ermordet. Thomson.

335

Rede Georg von Hertlings im Preußischen Haus der Abgeordneten
Berlin, 30. April 1918

(Sten. Berichte des Preußischen Hauses der Abgeordneten, Bd. 8, Sp. 9286–9288)[1]

Meine Herren, die Vorgänge der heutigen Sitzung könnten ja gewisse Zweifel erregen, ob wir noch zu einer Verständigung über die uns jetzt beschäftigende Materie gelangen werden.[2] Aber, meine Herren, gerade diese Vorgänge und die lebhafte Erregung, die sich heute kundgab, haben doch gezeigt, wie stark auf allen Seiten dieses Hohen Hauses das Gefühl der Verantwortlichkeit ist, mit dem Sie der heutigen Entscheidung entgegengehen. Dieses Gefühl der Verantwortung, meine Herren, das ich auf allen Seiten gleich hoch einschätze, das ich nicht erst wachzurufen brauche, sondern voraussetzen darf, gibt mir die Hoffnung, daß es doch noch möglich sein wird, zu einer Verständigung zu gelangen,

(Bravo! links)

daß es doch noch möglich sein wird, einen Weg zu finden, der die jetzt so weit auseinandergehenden Meinungsverschiedenheiten zu einer Einheit zusammenfaßt.

(Bravo! links)

Meine Herren, daß der Artikel 3 in der Fassung, die Ihre Kommission ihm gegeben hat, für die Staatsregierung nicht annehmbar ist, werden Sie sich zweifellos nach den wiederholt abgegebenen Erklärungen der Staatsregierung selbst gesagt haben,

(Bravo! links)

1 Druck auch in: Schulthess 59, NF 34 (1918/1), S. 160–161.

2 Zur Geschäftsordnung hatte Anton Graf von Spee (1866–1924), seit 1901 Abgeordneter des Zentrums für den Wahlkreis Neuß-Grevenbroich-Krefeld-Land, »auf eigene Faust« unter »stürmischem Beifall von rechts« den Antrag gestellt, die Gesetzentwürfe bis nach Friedensschluß zu vertagen und dies mit der Stimmung der Frontsoldaten begründet, denen die Frage des Wahlrechts gleichgültig sei. Das Haus reagierte erregt. (Vgl. K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 98). Auf den Einwand von Dr. Porsch (Zentrum), die einmal eingebrachte Vorlage könne nicht abgesetzt werden, wurde Spees Antrag mit 336 gegen 60 (konservative) Stimmen abgelehnt. Zuvor ordnete der Präsident des Hauses eine Sitzungsunterbrechung an, um den abwesenden Befürwortern der Wahlrechtsänderung, vor allem aus der Zentrumspartei, Gelegenheit zum Erscheinen zu geben. (Sten. Berichte des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 22. Leg.-Per., 3. Session, Bd. 8, Sp. 9263). Die vom König von Preußen und dem Ministerium Hertling dem Landtag am 22. November 1917 zugeleiteten motivierten Gesetzentwürfe über die Wahl zum Abgeordnetenhaus und die neue Zusammensetzung des Herrenhauses sahen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für Männer über 25 Jahren vor. Ebd., Sammlung der Drucksachen, Bd. 7, S. 4383–4404.

und auch der gewiß gut gemeinte Antrag des Herrn Abgordneten Dr. Lohmann[3], der aus dem Kommissionsantrage verschiedene Schärfen beseitigt, kann nicht zum Ziele führen; denn dieser Antrag nimmt dem Gesetze nicht den plutokratischen Charakter, den wir schlechterdings vermeiden wollen. Meine Herren, ein plutokratisches Wahlrecht ist unwirksam, oder aber es geht über das Ziel weit hinaus und verschärft die vorhandenen Gegensätze, statt eine Milderung herbeizuführen.

(Sehr richtig! links)

Ein plutokratisches Wahlrecht, das die politischen Rechte nach dem Maß von Vermögen und Einkommen bemißt, sei dies nun direkt oder indirekt, ist heute in unserem Volke nicht mehr möglich

(Sehr richtig! links)

angesichts der unausgesetzten Verschiebungen in den finanziellen, in den wirtschaftlichen Verhältnissen, angesichts auch des Grades an politischer Bildung in unserem Volke. Auf ein plutokratisches Wahlrecht kann sich die Regierung deshalb nicht einlassen.

Es kann sich also nur um das allgemeine gleiche Wahlrecht in vernünftigen Grenzen handeln, wie sie bereits durch die Vorlage selbst angedeutet sind. Meine Herren, das gleiche Wahlrecht muß grundsätzlich festgehalten werden. Die Zusage ist gegeben, die Zusage muß eingelöst werden. Und, meine Herren, ich bitte, das zu beachten, daß in allen modernen Staaten das politische und soziale Leben auf dieses Ziel eingestellt ist, daß dieses Ziel eines gleichen Wahlrechts in einer großen Reihe der modernen Staaten bereits erreicht ist, in manchen Staaten weit hinausgehend über das, was der Ihnen vorgelegte Gesetzentwurf vorgeschlagen hat.

(Sehr richtig! links)

---

3 Der Vorsitzende der nationalliberalen Fraktion und des Evangelischen Bundes, der Jurist Dr. Walter Lohmann (1861–1947), befürchtete vom gleichen Wahlrecht eine Mehrheit der Sozialisten, Polen, Dänen und Welfen im Abgeordnetenhaus, hatte aber nur die Hälfte seiner Partei hinter sich. Die Konservativen lehnten die Vorlage aus Treue zur Monarchie und wegen Gefahr für das »preußische Staatsleben« ab. Das Abgeordnetenhaus nahm am 2. Mai 1918 mit deutlicher Mehrheit § 3 der Fassung des Wahlrechtsausschusses an, der ein Pluralwahlrecht für bestimmte Personenkreise vorsah. In den folgenden Lesungen beharrten Hertling und das Preußische Staatsministerium gegen hartnäckige Widerstände der Freikonservativen und Konservativen auf dem in ihrem Gesetzentwurf enthaltenen gleichen Wahlrecht. Vor dem Wahlrechtsausschuss des Herrenhauses bekräftigte Hertling am 4. September 1918, er stehe und falle mit der bei Amtsantritt übernommenen Verpflichtung, die Zusage des gleichen Wahlrechts in der Botschaft vom 11. Juli 1917 einzulösen. »Wie von Kriegsbeginn an alle Söhne des Vaterlandes in gleicher Weise sich ihrer Pflicht bewußt gewesen sind, in gleicher Weise das Vaterland verteidigt haben, mit Aufbietung aller ihrer Kräfte, wie hier von sozialer Differenzierung kaum die Rede war, sondern hoch und niedrig, arm und reich, Gebildete und Ungebildete in gleicher Weise diese ihre Pflicht erfüllt haben, so soll auch nach dem Kriege im Frieden, den wir erhoffen, keine soziale Differenzierung in der einfachsten politischen Betätigung, im Wahlgeschäfte stattfinden«. Schulthess 59, NF 34 (1918/I), S. 162–168, 167, 271; vgl. S. O. Müller, Nation, S. 305–308.

Es ist auf die Dauer nicht möglich, meine Herren, daß sich Preußen dieser tiefgehenden Bewegung entzieht, daß in Preußen allein dieses gleiche Wahlrecht dauernd ausgeschlossen sein soll.[4]

(Sehr richtig! links)

Meine Herren, es ist ja auch möglich, gewisse Sicherungen vorzunehmen, die befürchteten, allzu weitgehenden radikalen Folgen, die aus dem allgemeinen gleichen Wahlrecht sich ergeben könnten, zu beseitigen. In der Gesetzesvorlage selbst sind bereits derartige Sicherungen angeregt;[5] andere sind an anderen Stellen wohl noch möglich. Es sind, wie ich höre, Anträge in Vorbereitung, die weitere Sicherungen dieser Art noch einführen wollen,

(hört! hört! bei den unabhängigen Sozialdemokraten)

die Regierung wird diese Anregungen[6] mit allem Ernst und allem Wohlwollen prüfen. Denn selbstverständlich ist die Regierung, die sich dafür eingesetzt hat, das gleiche Wahlrecht zur Durchführung zu bringen, zu gleicher Zeit fest entschlossen, dafür zu sorgen, daß die befürchteten schädlichen Wirkungen dieses gleichen Wahlrechts möglichst verhütet werden.

(Zuruf)

Ich zweifle nicht, daß dieses Ziel erreicht werden kann.

Meine Herren, es ist ja doch überaus wünschenswert, daß wir jetzt und daß wir bald zu einer Entscheidung kommen.

(Sehr richtig!)

Das öffentliche Leben, wenn es auch nicht immer in die Erscheinung tritt, dreht sich zur Zeit im Bewußtsein fast des ganzen Volkes um die Frage des gleichen Wahlrechts.

(Lebhafter Widerspruch rechts –Zustimmung links)

---

4 Siehe oben Nr. 28 Heydebrands Äußerung gegenüber Hertling am 2. Dezember 1914: Erhaltung der Vorherrschaft der besitzenden und gebildeten Klassen als Eigenart Preußens. BayHStA, MA 962, S. 101.

5 Anders als nach der noch geltenden Wahlverordnung vom 20. Mai 1849 sollte nach der neuen Vorlage erst wählen dürfen, wer das 25., nicht das 24. Lebensjahr vollendet hatte. Wahlberechtigt sollten Männer nicht gleich nach Erwerb der preußischen Staatsangehörigkeit, sondern erst drei Jahre danach sein, um sich genügend »mit den Problemen des preußischen Staatslebens vertraut« zu machen. Sten. Berichte des Preußischen Hauses der Abgeordneten, Sammlung der Drucksachen, Bd. 7, S. 4386 f., 4383.

6 Der Verband katholischer Meistervereine (Entschließung, o.O., o.D.) bezweifelte, ob der für die Neuordnung der Verhältnisse in Preußen notwendige »Wille zur Aussöhnung und innern Verständigung auf allen Seiten […], bei allen Parteien und gerade bei der, die den größten Nutzen und Machtzuwachs von der Reform haben wird, vorhanden ist«. (BArch, NlH, Nr. 38). Fürstbischof Bertram befürchtete vom allgemeinen Wahlrecht eine Gefährdung der »religiösen Güter unseres Volkes«, die durch Verfassungsbestimmungen zur Fortdauer des geltenden Rechtszustandes zwischen Staat und Kirche sowie eine »die Interessen des christlich gesinnten Volkes besser schützende Wahlkreis-Gestaltung« zu sichern seien. Bertram an Hertling, Breslau 20. April 1918. Ebd., Nr. 41, f. 33–34.

Meine Herren, die Ansichten darüber können ja verschieden sein, das bezweifle ich nicht; aber ich kann nur sagen, daß ich mich bemüht habe, bis in die letzte Zeit hinein, möglichst Fühlung zu nehmen und mir die Stimmung der verschiedenen Volkskreise zur Kenntnis zu bringen; da ist mir immer wieder entgegengetreten: die Frage des gleichen Wahlrechts muß zur Entscheidung gebracht werden.

(Sehr richtig! links)

Meine Herren, es ist ja auch heute schon wiederholt darauf hingewiesen worden, wie notwendig es ist, in unserem Volke die große Einmütigkeit zu erhalten, die es dem ungeheuren Weltkriege gegenüber bis dahin bewiesen hat,

(Sehr richtig!)

und unser Volk ist ja wahrhaft bewundernswert in dem einmütigen Zusammenstehen. Ich glaube, es wird ein weiterer Schritt zur Stärkung und Steigerung dieser Einmütigkeit sein, wenn Sie von allzuweitgehenden Gegensätzen in dieser Frage jetzt zurücktreten wollten.

Meine Herren, die Sache liegt jetzt so: jetzt sind wir noch in der Lage, die Zusage, die gegeben worden ist, und die eingelöst werden muß, einzulösen, ohne schwere Erschütterungen befürchten zu müssen. Jetzt kann diese Zusage noch eingelöst werden, indem zu gleicher Zeit, wie ich schon sagte, diejenigen Sicherungen gegeben werden, die im Interesse eines ruhigen, stetigen Fortschreitens des Staatslebens notwendig sind. Das, was wir jetzt geben können, das müssen wir vielleicht, wenn es heute abgelehnt wird, in einiger Zeit unter schweren Erschütterungen des Volkslebens – deren Gefahren wir gar nicht übersehen können – uns abringen lassen.

(Hört! hört!)

Meine Herren, das gleiche Wahlrecht kommt: es kommt, wenn nicht heute, so doch in absehbarer Zeit.

(Sehr richtig! links)

Es kommt entweder ohne Erschütterungen, oder es kommt nach schweren inneren Kämpfen. Und darum lautet die Frage jetzt: wie wollen Sie sich dazu stellen? Wollen Sie nicht jetzt die Hand zu einer Verständigung reichen, die uns dazu führen kann, schwere Erschütterungen zu vermeiden, und Sicherungen jetzt noch vorzunehmen, die mögliche schädliche Wirkungen in der Zukunft abwenden? Oder wollen Sie die Verantwortung auf sich nehmen für die gefährlichen Folgen, welche die Ablehnung nach sich ziehen würde, ohne doch das von Ihnen erwünschte Ziel zu erreichen?

(Lebhafter Beifall links)

336

James McNally an Robert Lansing
Zürich, 4. Mai 1918

(Telegramm; Druck: FRUS 1918, 1, Bd. 1, S. 229)

My son–In-law has had a long conversation with Count Hertling, German Chancellor, on the subject of peace, in which the latter expressed the belief that if he could communicate direct with the President of the United States, in whom he places the greatest confidence, an amicable understanding could be reached. My son–In-law has the memorandum of German peace terms signed by the German Chancellor himself. He declares that his Government can negotiate a peace over the objections of the Pan-Germans notwithstanding the offensive.[1] He informed my son–In-law that he could go much further into German peace conditions in a confidential communication with the President of the United States than in a speech. He would guarantee the strictest secrecy on the part of his Government and would request the same guarantee in return. He emphatically declared himself to favor peace and as being opposed to the war and the manner in which it is being prosecuted.

My son–In-law, whose statements to me can be considered reliable, says that the old Chancellor was terribly in earnest and frequently during the conversation feelingly expressed the hope that the President of the United States would open negotiations for the exchange of peace ideas.

[McNally]

1 Verhandlungsbereitschaft also ungeachtet der Offensive und alldeutscher Einwände. Die am 21. März 1918 beginnende Michael-Offensive »war bis 1940 die größte Angriffsoperation eines Landkrieges«, auf etwa 80 km Front von 62 Divisionen vorgetragen von La Fère im Département Aisne im Süden bis zum Ort La Bassée im Département Nord. Ihr folgten vom 9.–29. April die Operation Georgette entlang des Flusses Lys und bis 9. Juni weitere Operationen Vgl. Leonhard, S. 837–842; Friedrich, S. 881–890.

337

Georg von Hertling an Wilhelm II.
Berlin, 7. Mai 1918

(Telegramm, Kop.; PAAA R 1184, S. 250)

Euerer Majestät beehre ich mich alleruntertänigst zu melden, daß nach einem soeben eingegangenen Telegramm des Staatssekretärs von Kühlmann der Friedensvertrag mit Rumänien unterzeichnet worden ist.[1]

Für den Fall, daß Euere Majestät die Gnade haben sollten, bei diesem Anlaß ein Telegramm an Staatssekretär von Kühlmann zu richten, wage ich es, Euerer Majestät nachstehenden Entwurf alleruntertänigst zu unterbreiten:

»Gesandtschaft Sofia

für Staatssekretär von Kühlmann.

Der Abschluß der Verhandlungen mit Rumänien gibt Mir Veranlassung, Meine freudige Genugtuung darüber auszusprechen, daß nunmehr dem ganzen Osten der Friede wiedergegeben ist. Möge den Völkern aus der Wiederaufnahme der friedlichen Arbeit, der sie sich jetzt zuwenden dürfen, reicher Segen ersprießen! Ich danke Ihnen und Ihren Mitarbeitern für die im treuen Zusammenwirken mit unseren Verbündeten geleistete Arbeit und verleihe Ihnen als Zeichen Meiner Anerkennung den Königlichen Kronenorden I. Klasse«.

Alleruntertänigst
Reichskanzler Graf Hertling.[2]

1 Mit Telefondepesche v. 7. Mai beglückwünschte Hertling den Kaiser zum heutigen Abschluss des Bukarester Friedens. »Damit ist auf der gesammten Ostfront der Kriegszustand beendet. Unter der festen und segensreichen Leitung Euer Majestät hat die hingebungsvolle Opferbereitschaft des ganzen deutschen Volkes, besonders seiner von ruhmreichen Führern befehligten Wehrmacht, einen Erfolg errungen, dessen weltgeschichtliche Größe erst spätere Generationen in seinem vollen Umfang würdigen werden«. (handschr. Konz., o. O., o. D.). Wilhelm II. telegraphierte am selben Tag zurück, das deutsche Volk erkämpfe sich »unter glänzender militärischer Führung und mit Hilfe einer kraftvollen Staatskunst Schritt für Schritt den Weg zu einer glücklichen Zukunft«. Er danke auch Hertling und dessen »Mitarbeitern«. Zur Fortsetzung des Kampfes zwinge »uns die friedensfeindliche Haltung der noch gegen uns die Waffen führenden Mächte«. (masch. Konz., von Wilhelm II. unterfertigt). GStA PK, I HA, Rep. 89, Nr. 32410, S. 224–226.

2 Daneben: gez. Wilhelm I[mperator]R[ex].

338

Karl Bachem an Georg von Hertling
Köln, 8. Mai 1918

(masch. Or.; BArch, NlH, Nr. 29, S. 47–48)

Euer Exzellenz

haben die hohe Gnade gehabt, der Firma J. P. Bachem zu ihrem hundertjährigen Bestehen[1] einen überaus herzlichen Glückwunsch auszusprechen. Namens und im Auftrage sowohl des Verlages wie der ganzen Familie J. P. Bachem erlaube ich mir, Euer Exzellenz dafür unsern verbindlichsten Dank auszusprechen. Es wird für uns stets eine besondere Ehre und in der Geschichte unseres Verlages ein Glanzpunkt sein, dass er früher solange in enger Verbindung mit Ihnen gestanden hat. Wenn Sie jetzt dieser Verbindung so freundlich gedacht haben, so kann uns das nur ein Sporn sein, in dem alten Geiste weiter zu wirken.

Ich knüpfe unsere herzlichsten Glückwünsche für das körperliche Wohlergehen Euer Exzellenz an. Seitdem Sie des Reiches Kanzleramt übernommen haben, ist in weitesten Kreisen des deutschen Volkes eine merkliche Beruhigung über unsere politische Zukunft eingetreten, und dauernd hören wir aus allen Kreisen, die an sich der Zentrumspartei fernstehen, wie sehr man es allerseits begrüsst, dass jetzt die Führung unserer Politik nach innen und nach aussen einen sicheren, ruhigen und festen Gang nimmt. Solange Ihre körperlichen Kräfte aushalten, zweifelt keiner daran, dass auch diese Sicherheit und Ruhe unserer Politik weiterbestehen bleibt, und darum also brauchen wir nichts anderes zu wünschen, als dass der liebe Gott Ihre körperlichen Kräfte bestens erhalten möge. Dann werden den vier Friedensschlüssen die Sie jetzt schon zu Wege gebracht haben,[2] in baldiger Zeit auch weitere Friedensschlüsse im Westen folgen und damit das grosse Werk Ihres Lebens krönen.

---

1 Johann Peter Bachem (1785–1822) gründete 1818 den Verlag. Sein Neffe Josef Bachem (1821–1893) übernahm den Verlag 1854 als alleiniger Inhaber und rief 1860 die katholische Tageszeitung Kölnische Blätter ins Leben, 1869 umbenannt in Kölnische Volkszeitung; der eigentliche Verlagsinhaber war jetzt Franz Xaver Bachem. Vgl. Andreas Burtscheidt, Josef Bachem (1821–1893), in: Portal Rheinische Geschichte (3.1.2018).

2 Friede der Mittelmächte mit der als selbständig anerkannten ukrainischen Volksrepublik, der das Cholmer Land und Ostgalizien zugesprochen wurden, am 9. Februar 1918 in Brest-Litowsk, mit Russland am 3. März 1918 in Brest-Litowsk, mit Rumänien am 7. Mai 1918 in Bukarest und mit Georgien am 28. Mai 1918 in Poti. Georgien gewann durch den Vertrag Sicherung gegen Russland und die Türkei. Deutschland wollte konkurrierend mit dem türkischen Verbündeten auf das Öl in Baku zugreifen und schickte ein Expeditionskorps in den Kaukasus, das dort von Juni bis Dezember 1918 blieb. Laut den deutsch-russischen Ergänzungsverträgen zum Brester Vertrag vom 29. August 1918 willigte Russland in die Anerkennung der Unabhängigkeit Georgiens ein, die im Abkommen Sowjetrusslands mit Georgien vom 7. Mai 1920 und danach von führenden Staaten der Welt bestätigt wurde. Im Februar 1921 verlor Georgien seine Selbständigkeit wieder und wurde Sowjetrepublik.

Mit dem Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung habe ich die Ehre zu zeichnen als Euer Exzellenz ganz ergebenster

Dr. iur. Carl Bachem
Geh. Justizrat

339

Alexander Faber du Faur an Georg von Hertling
Zürich, 8. Mai 1918

Kaiserlich Deutsches Generalkonsulat. J.-Nr. A.324 (masch. Or.[1]; PAAA, R 20432, S. 32–37)

Der Chefredakteur der katholischen Zeitung »Neue Zürcher Nachrichten«, Dr. Baumberger[2], hat mich[3] heute um Versiegelung einiger Schriftstücke ersucht, die er demnächst auf der Reise nach Deutschland mit sich nehmen will. Unter diesen befand sich eine Abschrift eines Schreibens, das die kürzlich in Freiburg (Schweiz) gegründete »société de droit international« an [a]den Papst gerichtet hat, um denselben zum Erlass einer Friedens-Encyclica zu veranlassen[a]. Dr. Baumberger bemerkte, dass er sich zu Besprechungen mit den Herren Erzberger, Spahn u. A. nach Deutschland begebe und das erwähnte Schriftstück mitnehmen wolle, um es seinen deutschen Freunden zugängig zu machen und womöglich zu verhindern, dass etwa deutsche Katholiken, die in die Schweiz kommen, sich der genannten Vereinigung anschliessen, in Unkenntnis des Umstandes, dass deren Tendenzen in Entente-freundlicher Richtung laufen.[4] Dem Antrag Baumbergers, dessen deutschfreundliche Gesinnung bekannt ist, glaubte ich umsomehr entsprechen zu sollen, als sich mir hierbei die Gelegenheit bot, von dem in Rede stehenden Schreiben eine Abschrift zu entnehmen, die ich Euerer Exzellenz anliegend gehorsamst einreichen darf.

---

1 »Geheim«; pr. 13. Mai 1918; u.a. Paraphe Bussches 14/5.

2 Georg Baumberger (1855–1931), geb. in Zug, Lehre in einem Spezereigeschäft, 1881 Redakteur der Appenzeller Nachrichten, 1886 der Zeitung Die Ostschweiz, 1904–1919 der Neuen Zürcher Nachrichten, 1905 Mitgründer des Schweizerischen Katholischen Volksvereins, 1906–1931 Gründer und Leiter der Christlichsozialen Partei des Kantons Zürich, 1912–1931 Mitglied des leitenden Ausschusses der Schweizerischen Konservativen Volkspartei, 1913–1931 des Zürcher Großen Stadtrats, 1917–1920 des Kantonsrats, 1919–1931 des Nationalrats, »einer der führenden katholischen Wirtschafts- und Sozialpolitiker seiner Zeit«, »Arbeiterführer«, gesuchter Redner auf allen schweizerischen Katholikentagen, »schreibgewandter Journalist und stilsicherer Schriftsteller« u.a. zu volkskundlichen, religiösen und politischen Themen. Hugo Hungerbühler, Baumberger, Georg, in: Historisches Lexikon der Schweiz. (19.1.2019).

3 Alexander Faber du Faur (1857–1937), geb. in Stuttgart, Jurastudium, 1879 Eintritt in den bayerischen Justizdienst, 1883 Assessor, Einberufung in den Auswärtigen Dienst, 1885 in Apia (Samoa), Charakter als Vizekonsul, 1886 in Kopenhagen, 1888 Vizekonsul, 1890 Konsul in Le Havre, 1892 in Paris, 1899 Generalkonsul in Kristiana, 1905 dort Geschäftsträger, 1907–1918 Leiter des Generalkonsulats Zürich, 1918 z.D., 1923 a.D.

a-a Von Empfängerseite unterstrichen.

4 Vgl. Herron an Hugh Robert Wilson, Genf 1. Juli 1918 (Papers of Wilson, Bd. 49, S. 193). Bei wachsender internationaler katholischer Aktivität in der Schweiz werde das Land zum Zentrum deutscher und jesuitischer Machenschaften und eines geheimen Einverständnisses zwischen Deutschland und dem Vatikan, der an der Rettung der Mittelmächte arbeite und seinen Einfluss auf die Völker der Kriegsgegner Deutschlands wiedergewinnen wolle.

Ich muss natürlich, schon um meine guten Beziehungen zu Herrn Baumberger nicht zu gefährden, den grössten Wert darauf legen, dass von der Entnahme der Abschrift seitens des Generalkonsulats – die ohne Wissen Baumbergers erfolgte – den beteiligten Kreisen nichts bekannt wird.

Abschrift dieses Berichts und der Anlage habe ich dem Kaiserlichen Herrn Gesandten in Bern[5] eingereicht.

vFaber du Faur

Anlage[6]

Schreiben der Société de Droit International in Freiburg an S. H. Papst Benedikt XV.

In Fribourg wurde ein katholisches Institut für Frieden und Völkerversöhnung gegründet, das inmitten der Schrecken der Zeit und der Ungewissheit über die Zukunft die Katholiken aller Länder zu dem Endziel vereinen will, Frieden und Völkerversöhnung gemäß der päpstlichen Enzyklika vom 1. August 1917 wiederzugewinnen, das Völkerrecht und den Moralkodex der Nationen wieder in Kraft zu setzen, um so die verirrte Gesellschaft im Geiste Christi zu erneuern. Seit zweitausend Jahren war das Papsttum von Gott dazu bestimmt, an führender Stelle für die Bewahrung der moralischen Weltordnung einzutreten, doch hat sich die politische Gesellschaft seinen Ratschlägen und seiner im Mittelalter praktizierten Idee der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit entzogen und sich der berühmten Doktrin vom politischen Gleichgewicht der Mächte ergeben, die beklagenswert gescheitert ist. Denn das System der organisierten Rivalitäten war es, das die Welt in den gegenwärtigen Vernichtungskrieg geführt hat. Die Gesellschaft ahnt, dass ihr Heil nur in der Gründung einer universellen Liga der Völker unter der Leitung des Vikars Christi liegt und die Rückbesinnung auf die Mediation des Papstes, von der nachahmenswerte Beispiele aus dem 19. Jahrhundert zeugen, den sichersten Weg weist, um zu einer entente générale *zu gelangen. Der Weltkrieg hat einen Ozean von Hass und eine Zerstörungswut bei den Völkern hervorgerufen, die sie Jahrhunderte zurück in die Zeit des Heidentums versetzen. Er hat eine Entartung des Patriotismus, eine Übersteigerung des Nationalgefühls und eine Staatsvergottung entstehen lassen, die nichts mehr gemein haben mit der Liebe des Christen zu seinem Vaterland. Viele scheinen daran zu zweifeln, dass die gottgesetzte Moral und die Pflichten des natürlichen Völkerrechts auch entgegen politischen Gewohnheiten auf absolute Weise verpflichten. In dieser Stunde,*

5 Romberg.

6 PAAA, R 20432, S. 34–37. Französisch, Kop., nummeriert S. 1–6, Regest in deutscher Übersetzung des Hg.

in der die Welt einer neuen Ordnung der Dinge entgegensieht, ist offenbar die Gelegenheit gekommen, dass die Kirche kraft ihres universellen Magisteriums die Gläubigen wieder über die Grundprinzipien des internationalen Lebens aufklärt. Die katholischen Moralisten vergangener Jahrhunderte, an ihrer Spitze die Theologen von Salamanca,[7] *die sich den Namen »Vorläufer des Völkerrechts« verdienten, unterzogen sich bereits dieser Aufgabe. Lange bevor eine Wissenschaft des internationalen Rechts entstand, behandelten sie das Thema der wechselseitigen Verpflichtung der Staaten unter dem Aspekt der Solidarität der Nationen, ohne sich von einem falschen Souveränitätsbegriff in die Irre führen zu lassen. Die Kirche ist die Schule des wahren esprit national, wie er mit der Vaterlandsliebe übereinstimmt. Deshalb würde eine Enzyklika des Docteur des peuples über die gegenwärtig allgemein im Vordergrund stehenden Probleme mit Anerkennung und großem Enthusiasmus aufgenommen werden. Es ist der Wunsch einer großen Zahl von Schweizer Katholiken und des Episkopats dieses Landes, dass der Papst in einer solchen Enzyklika die leitenden Prinzipien einer allgemeinen Organisation der Humanität aufstellen möge. Da Fribourg, im Grenzgebiet der Sprachen gelegen, Sitz einer internationalen katholischen Universität, schon die Ehre gehabt hat, christlichen Soziologen als Begegnungsort zur Lösung eines großen Problems zu dienen,*[8] *mag die Stadt auch zum Zentrum einer viel wichtigeren Bewegung werden, indem sie das Banner christlicher Brüderlichkeit entrollt und die Katholiken aller Länder versammelt, damit diese vereint die Notwendigkeit einer kirchlichen Intervention zur Wiedergewinnung des Friedens und zur Bekanntgabe des Moralkodex' und des natürlichen Rechts der Völker verkünden – unerlässlicher Bedingungen zur Regeneration der menschlichen Gesellschaft, die allein im Geist des Evangeliums gelingen kann. Demütig bitten wir um die Verkündung der christlichen Prinzipien des internationalen Rechts und der die Staaten lenkenden sittlichen Regeln in einer neuen Friedensenzyklika sowie um den apostolischen Segen für uns und unser Institut.*

7 Wichtige Repräsentanten dieser Schule der Spätscholastik an der Universität von Salamanca waren die Dominikaner Francisco de Vitoria (1483–1546), Domingo de Soto (1494–1560), Fernando Vásquez (1512–1569), Diego Covarruvias (1512–1577) sowie der Jesuit Francisco Suárez (1548–1617). Nach der Entdeckung der Neuen Welt entwickelten sie die Lehre von den natürlichen Rechten, erstreckten diese zum einen auf die allen Menschen ohne Rücksicht auf Geburt, Rasse oder Besitz zukommenden Individualrechte, zum andern auf die Gesellschaft und die gerecht zu gestaltenden Beziehungen der Völker und Staaten zueinander (ius gentium).

8 1885 bildete sich unter dem Vorsitz des Bischofs von Lausanne und Genf, Gaspard Mermillod (1824–1892), die Union catholique d'Études sociales et économiques (Union de Fribourg) im Vorfeld der Gründung der Universität Fribourg 1889. Bei der Entwicklung sozialer, meist korporativistischer Ideen und Projekte wirkten Vertreter des österreichischen, französischen, italienischen, deutschen, belgischen Katholizismus und des Vatikans zusammen. Lamberts, S. 96 f., auch über die Vorläufer.

Unterschriften des fünfköpfigen Verwaltungsrats und weiterer Vertreter der Universität (u.a. Rektor Manser) und der Geistlichkeit (Placide Colliard, Bischof von Lausanne und Genf.[9])

9 Placide Colliard (1876–1920), geb. in Attalens, Studium am Diösesanseminar in Fribourg, 1901 Priesterweihe, Vikar, 1905 Studium in Rom, Promotion im kanonischen Recht, 1907 erneut Vikar, 1908 Pfarrer, 1912 Generalvikar und Offizial, 1916–1920 Bischof von Lausanne und Genf. Er setzte sich für die Kriegsgefangenen und die christlich-soziale Bewegung ein. Marianne Rolle, Colliard, Placide, in: Historisches Lexikon der Schweiz. (20.1.2019).

340

Georg von Hertling an Anna von Hertling
Großes Hauptquartier, 12. Mai 1918

Der Reichskanzler (eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 23, f. 47)

Liebe Anna! Ich will wohl eine freie Viertelstunde benutzen, um womöglich einen Gruß für Dich zustande zu bringen. Daß wir gut angekommen sind, konnte Karl schon gestern telefonisch berichten. Am Nachmittag war Besprechung mit Hindenb[urg] und Ludend[orff], die zu allgemeiner angenehmster Enttäuschung höchst friedfertig verlief und in den besprochenen Fragen zu vollem Einverständnis führte. Karl war auch zugegen und machte sich als Stenograf verdient. Am Abend aßen Kühlmann und ich bei S. M. Heute früh war zuerst Kirche, dann Begrüßung des Kaisers Karl und hierauf die erste Besprechung mit Burian, an die sich eine weitere in Anwesenheit der beiden Kaiser anschloß. Jetzt gibt es Frühstückstafel, wozu wir alle geladen sind, zum Diner am Abend wieder nur K[arl] und ich. Dazwischen vermutlich noch allerhand Besprechungen. Morgen kommt, was mich natürlich sehr freut, der König von Bayern hierher, der auch nach der Frühstückstafel hier herauf kommen will. Am Dienstag wird auch noch der Herzog von Anhalt[1] erwartet, was mich aber nicht abhalten kann, am Nachmittag abzureisen. Das Wetter ist heute ganz abscheulich, während wir gestern den schönsten Sonnenschein hatten. Hoffentlich geht es Dir erträglich, grüße Töchter und Schwiegertochter und sei selbst herzlichst gegrüßt von Deinem tr[euen]

GvH

1 Aribert Herzog von Anhalt (1864–1933), geb. in Wörlitz, 1918 Regent des Herzogtums Anhalt, Generalmajor, persönlicher Freund des Kaisers.

341

Bündnisvertrags-Entwurf zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn [Spa, 12. Mai 1918]

(masch. Kop.[1]; BArch, NlH, Nr. 40, S. 262–263)

Geheim[2]

In authentischer Interpretation zum Bündnisvertrage[3] wird festgestellt, daß das

1 Vom Reichskanzler seinem Sohn überlassener Entwurf (Kop.) des ersten, politischen Teils der »definitiven Fassung des am 12. Mai im Großen Hauptquartier zwischen den beiden Monarchen abgeschlossenen Abkommens« (eigh. Überschrift Radowitz'), der vorsah »I. Herbeiführung eines langfristigen, der Verteidigung und Sicherung der beiden Kaiserreiche dienenden politischen Bündnisses, II. die »Bildung eines Waffenbunds«, III. ein der wirtschaftlichen Annäherung dienendes Zoll- und Wirtschaftsbündnis mit dem Ziel der Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebiets (Kop. der »definitiven Fassung« des Abkommens, die König Ludwig von Bayern persönlich zur Kenntnis erhielt: BArch, R 43/2477, S. 147–148; Druck: Kovács, Bd. 2, S, 348–350; deutscher Entwurf für das Monarchen-Abkommen, z.d.A. Radowitz 16/5. 18. BArch, R 43/2477, S. 150 f.; beiliegend »Grundlagen für einen Waffenbund«, unterzeichnet von Hindenburg und Arz. Danach sollten Regelungen getroffen werden für die durchgreifende Rekrutierung der waffenfähigen Männer, einen Offiziersaustausch, die möglichst einheitliche Organisation und Bewaffnung der Truppen, den Ausbau des Eisenbahnnetzes und die Abstimmung bei einer Kriegsvorbereitung. Ebd., S. 149; vgl. PAAA, R 9018, S. 160–164; Kovács, Bd. 1, S. 426 f.). Der politische und militärische-Entwurf sowie das durch einen deutschen Entwurf vorbereitete Rahmen-Abkommen der beiden Monarchen waren Ergebnisse »von österreichischer Seite hartnäckig geführter Verhandlungen« bei einem zweieinhalb Stunden dauernden »historischen Tee« am Nachmittag des 12. Mai 1918 in Spa, an dem Burian, Hohenlohe, Colloredo-Mansfeld, Hertling, Kühlmann und Botho von Wedel, à part Arz und Hindenburg teilnahmen. (K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 106 f.). In den nächsten Monaten folgten Verhandlungen über Entwürfe eines Bündnisvertrages (Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 196 f., 239 f.). –Gottfried Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst (1867–1932), geb. in Wien, ab 1887 Militärlaufbahn, 1906 Major, 1902 Militärattaché in St. Petersburg, 1907 Übertritt in den diplomatischen Dienst, 1908 zur Disposition, bei Hof hoch angesehen, 1913 Sondermission zum Zaren, 1914–1918 k.u.k. Botschafter in Berlin, dann a.D., Pferdesportler (ÖBL, Bd. 2, S. 392); Ferdinand Graf von Colloredo-Mansfeld (1878–1967), aus alter österreichisch-böhmischer Adelsfamilie mit italienisch-schwäbischen Wurzeln, geb in Sierndorf bei Korneuburg, u.a. Legationsrat in Rom (1907), ab Januar 1917 Kabinettschef des k.u.k. Außenministers, mit »staatsmännischem Instinkt« und »Energie« begabt (Naumann, Dokumente, S. 16); Arthur (1917 Baron) Arz von Straussenburg (1857–1935), geb. in Hermannstadt, aus kleinadliger Familie der Siebenbürger Sachsen, Jurastudium, 1878 Eintritt in die k.u.k. Armee, nach Besuch der Kriegsschule im Generalstab des Heeres, 1908 Generalmajor, hohe Truppenkommandos, 1914 Sektionschef im Kriegsministerium, Feldmarschallleutnant, März 1917–November 1918 Chef des k.u.k. Generalstabs, zuletzt Generaloberst, bündnisloyal, Dr. phil. h.c. ÖBL, Bd. 1, S. 31; vgl. Cramon, S. 107 f., 133–138.

2 Eigh. von Karl v. Hertling.

3 Der am 7. Oktober 1879 wegen der Spannungen mit dem Zarenreich abgeschlossene Defensivvertrag zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn sah gegenseitigen Beistand und gemeinsamen Friedensschluss im Falle eines Angriffs Russlands oder einer von Russland unterstützten Macht auf einen der beiden Verbündeten vor. Der Zweibund wurde 1883 (bis 1889) und dann jeweils auf drei weitere Jahre verlängert. Erweiterung erfuhr er durch den Dreibund mit Italien am

Bündnis zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn, – seinem defensiven Charakter entsprechend, – keinem Teile Verpflichtungen auferlegt, die über die Wahrung des territorialen status quo ante bellum hinausgehen.

Sobald der territoriale Besitzstand vor dem Kriege für den einen Teil gesichert ist, ist der andere Teil nicht verpflichtet, auf Grund des Bündnisvertrags den Krieg fortzusetzen.

Da jedoch ein Wirtschaftskrieg der Entente gegen die Zentralmächte den letzteren, und insbesondere Deutschland, einen Schaden zufügen würde, der selbst geringe territoriale Zugeständnisse überwiegen würde, erklären beide Teile in sinngemäßer Auslegung des Bündnisvertrags, daß keiner von ihnen einen Frieden schließen wird, so lange die Entente sich nicht bereiterklärt, auf jeden Wirtschaftskrieg zu verzichten.

Beide Teile erklären jedoch, daß sie von der Möglichkeit, nach Erreichung der eben erwähnten Ziele unabhängig vom andern Teile Frieden zu schließen, nicht Gebrauch machen werden, so lange sie nicht durch vollständige Erschöpfung oder andere zwingende Gründe unbedingt gezwungen sind, von diesem Rechte Gebrauch zu machen.

Sie werden in diesem Falle den Krieg fortsetzen, bis ein Friede möglich ist, der ihnen eine Vermehrung ihrer politischen Sicherheiten und wirtschaftlichen Entwickelungsmöglichkeiten gewährleistet.

Als solche ist zu betrachten:

deutscherseits:

österreichisch-ungarischerseits:

Endlich verpflichten sich beide Teile, in den Friedensverhandlungen einander nachdrücklich zu unterstützen in dem Bestreben, daß beide Teile in Bezug auf ihre wirtschaftliche Lage – besonders mit Rücksicht auf ihre Auslandsbeziehungen – womöglich dieselbe Position wiedererlangen, die sie vor dem Kriege besessen haben.

20. Mai 1882. Eine festere und dauerhaftere politische, militärische und wirtschaftliche Verbindung mit der Donaumonarchie war Gegenstand eines Promemorias der deutschen Regierung v. 13. November 1915. Scherer-Grunewald, Bd. 1, S. 211–215.

342

Albert Quadt zu Wykradt an Georg von Hertling
Hamburg, 16. Mai 1918

Kgl. Preußische Gesandtschaft in Mecklenburg und den Hansestädten. Nr. 24.
(masch. Or.[1]; PAAA, R 20432, S. 172–173)

In zwei Sitzungen hat sich die Bürgerschaft in Hamburg mit der Friedenszielerörterung beschäftigt.

Die verschiedenen Ansichten platzten bei den Besprechungen hastig auf einander. Besonders die sozialdemokratischen Redner vertraten ihren bekannten Standpunkt.

Angenommen wurde schliesslich der nachstehende Antrag mit einem Zusatz: »Angesichts der finanziellen Lage des Reichs und der durch den Krieg teilweise schwer getroffenen Bundesstaaten beantragen wir, den Senat zu ersuchen, im Bundesrat dahin zu wirken, dass bei den weiteren Friedensschlüssen, neben einer durchgreifenden Sicherung unserer kontinentalen Grenzen,

1. auf eine ausreichende Kriegsentschädigung seitens unserer Feinde, gegebenenfalls durch eine gesicherte vorzugsweise Lieferung von Rohstoffen,
2. auf den Ausbau eines den Bedürfnissen unseres Volkes entsprechenden grossen Kolonialbesitzes,
3. auf eine wirksame Sicherung der berechtigten deutschen Forderungen an das Ausland und auf eine Wiederherstellung aller während des Krieges im feindlichen Auslande den Deutschen entzogenen dinglichen und vertraglichen Rechte in Bezug auf Grundbesitz, Konzessionen und dergleichen,
4. auf den Wiederaufbau des deutschen Handels durch Abwehr feindlicher Boykottbestrebungen,
5. auf eine ausreichende Sicherstellung des freien, ungehinderten Verkehrs der deutschen Schiffe auf allen Meeren, insbesondere auch ihrer völligen Gleichberechtigung in den feindlichen Häfen[2]

Bedacht genommen wird«.

Der gleichfalls zu diesem Antrag angenommene Zusatz lautet:

»andererseits aber auch angesichts der unersetzlichen blutigen und der wirtschaftlichen Opfer, die uns jeder Tag des Krieges bringt, dahin zu wirken, dass der Krieg unsererseits nicht um solcher Forderungen willen verlängert wird, deren Erfüllung

1 Gerichtet an den »Minister der auswärtigen Angelegenheiten Herrn Dr. Grafen von Hertling«; pr. 20. Mai 1918; »gel[esen] Kr[iege] 21/5«.

2 Vgl. Lansing an Wilson, Washington 25. Dezember 1917: Er schlug vor, die Befürchtungen der deutschen Handels- und Industrieführer vor einer den deutschen Handel nach dem Krieg benachteiligenden Behandlung zu nähren. Zwar würden sich gegen den freien Handel gerichtete Sanktionen dann schwer durchführen lassen, aber der jetzt erreichte psychologische Effekt werde die wirtschaftlichen Interessenten dazu bewegen, bei der Reichsregierung auf Kriegsbeendigung zu drängen. Papers of Wilson, Bd. 45, S 354 f.

nicht unerlässliche Voraussetzung für unser Dasein und unsere volle Entwickelungsfreiheit ist«.

A. Quadt.[3]

3 Albert Graf von Quadt zu Wykradt und Isny (1864–1930), aus niederrheinischem altem Adel, geb. in Hannover, 1885–1888 Jura- und Philosophiestudium, 1890 Eintritt ins AA, 1890–1900 Legationssekretär in London, Tokio, Konstantinopel, Kairo, Kopenhagen, 1900 in Washington, 1903 Generalkonsul in Kalkutta, 1908 Gesandter in Teheran, 1912 in Athen, 1915 in Hamburg, 1918 Charakter als Wirklicher Geheimer Rat (Exzellenz), dann ohne Verwendung, 1929 a.D.

343

Gisbert von Romberg an Georg von Hertling
Bern, 16. Mai 1918

Kaiserlich Deutsche Gesandtschaft. Nr. 1213. (masch. Or.[1]; PAAA, R 20432, S. 175–176)

Herr Königswerther[2] berichtet mir:

»Einer meiner Vertrauensleute ist kürzlich aus Paris zurückgekommen und erzählt, dass die Pariser sich langsam an die Beschiessung[3] gewöhnen und dass das geschäftliche Leben seit der Beschiessung furchtbar leidet, speziell die Detailgeschäfte seien bis auf ein Minimum reduziert, wenn auch das Leben nicht vollständig unterbrochen wurde.

Die Lebensmittel–Verhältnisse haben sich allgemein in letzter Zeit wesentlich verschlechtert. Es fehlt sehr an Zucker auch an Tabak, hingegen ist es mit Kohlen wesentlich besser als früher. Das Loirebecken wird vollständig ausgebeutet und gab günstige Resultate, was Produktion anbetrifft.

Clemenceau[4] ist sehr populär und geniesst allgemeines Vertrauen. Vor circa 14 Tagen waren grössere Streiks in Munitionsbetrieben unter anderen auch in der Fabrik von Renault[5], die 10.000 Arbeiter beschäftigt. Clemenceau erschien selbst in einer Versammlung der Streikenden, hielt eine Ansprache und nach einigen Stunden wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Stimmung hat sich wieder über die Offensive beruhigt, man glaubt jetzt, dass der Stoss aufgefangen ist und die Deutschen keine weiteren wesentlichen Vorteile erreichen werden. Man rechnet immer noch damit, dass die Amerikaner die

1 »Inhalt: Nachrichten aus Frankreich«. Durch Feldjäger dem Reichskanzler zugestellt; Graf Berckheim z. K.

2 Nicht ermittelt.

3 Die Beschießung von Paris »mit einem 120 km weit tragendes Geschütz« hatte aus der Gegend von Laôn während der Frühjahrsoffensive begonnen. Ludendorff, Kriegserinnerungen, S. 485.

4 Georges Clemenceau (1841–1929), geb. in Mouilleron-en-Pareds (Vendée), Medizinstudium, beeinflusst von seinem republikanisch-revolutionär gesinnten Vater, Student im Quartier Latin mit frühen politischen Aktivitäten, in denen ihn sein USA-Aufenthalt 1865–1869 bestärkte, 1870–1871 Bürgermeister des Arrondissement Montmartre, 1871, 1876–1893 Mitglied der Nationalversammlung (Parti radical), Journalist, Zeitungsgründer und Autor, 1902–1920 Senator, 1906 Innenminister, 1906–1909 Premierminister, 1917–1920 erneut Premierminister, Kriegsminister mit dem Programm: »Je fais la guerre«, 1919 Vorsitzender der Versailler Friedenskonferenz. https://www.britannica.com/biography/Georges-Clemenceau (7.11.2018).

5 Die Renault-Werke, 1899 als Renault-Frères von Fernand, Marcel und Louis Renault gegründet, entwickelten sich 1914–1918 unter der höchst energischen Leitung von Louis Renault (1877–1944) zur größten französischen »usine de guerre«, die in großer Zahl Granaten, Flugzeugmotoren, Leichtpanzer, Autos und Stromaggregate herstellte. Riess, S. 126–129.

Entscheidung herbeiführen werden. Das Publikum glaubt, es seien 800,000 in Frankreich und es kämen andauernd weitere grosse Transporte. – Es kommen auch viele Amerikaner nach Paris, um sich dort zu etablieren und Geschäfte zu gründen; auch amerikanische Banken errichten Filialen. Die Amerikaner versuchen jetzt schon festen Fuss zu fassen, um den Handel nach dem Krieg an sich zu reissen. – Eine amerikanische Bank kaufte das »Théatre de Vaudeville«[6], um eine Bank daraus zu machen.

Das Ansehen von Albert Thomas[7] soll in letzter Zeit beträchtlich gesunken sein, da man ihn zu wenig sozialistisch und zu sehr patriotisch-kriegerisch findet«.

Romberg.

6 Das Theâtre de Vaudeville wurde 1792 gegründet, zog in verschiedene Gebäude um und bestand bis 1927.

7 Albert Thomas (1878–1932), geb. in Champigny-sur-Marne, Literatur- und Geschichtsstudium in Paris, 1904 Mitarbeiter von L'Humanité, Stadtrat von Champigny, 1905 in der Führung der Section française de l'Internationale ouvrière, reformistischer Flügel, 1910–1918 Mitglied der Abgeordnetenkammer, 1914 Befürworter der Union sacrée, in Ämtern in der Rüstungsproduktion tätig, 1915 Unterstaatssekretär für Artillerie und Munition im Kabinettsrang, 1916–1917 Rüstungsminister, 1919 Direktor der Internationalen Arbeitskonferenz, 1919–1932 Direktor von deren Sekretariat, des Internationalen Arbeitsamts in Genf; auf Reisen (1930 in Deutschland) warb er für internationale Verständigung und die Institutionen des Völkerbunds.

344

Aufzeichnung Edgar Haniels
[Berlin,] 20. Mai 1918

(masch. Konz.[1]; PAAA, R 20432, S. 177–179)

Die Rede Präsident Wilsons an die Rote Kreuz–Versammlung in New York[2] zeigt noch deutlicher, wie seine letzte Ansprache in Baltimore[3], welchen Eindruck unsere östliche Politik auf ihn gemacht hat. Der entgegenkommende Ton seiner beiden vorhergehenden Reden, in denn er die bekannten 14, dann auf 4 eingeschränkten Grundsätze aufstellte, ist geschwunden. Hervorgehoben wird nunmehr wieder die Überzeugung von der Unaufrichtigkeit der deutschen Regierung, deren Absichten und Handlungen nicht mit ihren Erklärungen und Versicherungen übereinstimmten. Dementsprechend betont Präsident Wilson die grimme Entschlossenheit in selbstloser Weise den Krieg zugunsten des unterdrückten Frankreich und Russland bis zum siegreichen Ende zu führen.

Wenn natürlich auch in seiner Rede vieles auf die rhetorische Wirkung und die Absicht, die Kriegsbegeisterung zu steigern, zurückzuführen ist, so ist doch bei seinem zähen und fanatischen Charakter nicht zu bezweifeln, dass es ihm in der Hauptsache bitterer Ernst ist. Ebensowenig darf man sich darüber täuschen, dass diese Kreuzzugsstimmung immer mehr in Amerika um sich greifen wird, je länger der Krieg dauert und je mehr die Überzeugung von dem Ernst des Krieges alle amerikanischen Kreise durchdringt.

---

1 A 21351, pr. 20. Mai 1918, Sichtvermerke, eigh. Verbesserungen Haniels.

2 Am 18. Mai in New York führte Wilson aus, einen »selbstlosen Krieg« für die Hilflosen, für Russland und Frankreich zu führen. »Wir können von unserer grimmigen Entschlossenheit, den Krieg zu gewinnen, nicht durch irgendeinen unaufrichtigen Friedensfühler abgebracht werden. Ich kann mit ruhigem Gewissen sagen, daß ich diese vertraulichen Mitteilungen geprüft und unaufrichtig befunden habe. Ich erkenne sie als das, was sie sind, als einen Versuch, freie Hand, besonders im Osten, zu erhalten und Eroberungs- und Ausbeutungspläne zu verwirklichen. Jeder Vorschlag über eine Verständigung im Westen schließt einen Vorbehalt bezüglich des Ostens ein«. (Schulthess 59, NF 34 [1918/II], S. 576 f.). Am 11. März 1918 richtete Wilson an den Kongress der Sowjets die Botschaft, seine Regierung werde jede Gelegenheit ergreifen, um Russland wieder volle Souveränität und Unabhängigkeit und seine frühere große Rolle in Europa und der Welt zu sichern. Ebd., S. 569.

3 Am 11. März führte Wilson bei seiner Werberede für die dritte Freiheitsanleihe in Baltimore aus, die eigentlichen Herrscher Deutschlands, die »militärischen Führer«, lieferten durch ihre nur auf Ausbeutung und den eigenen Nutzen gerichteten Behandlung der eroberten Gebiete im Osten eine schlechte Probe ihres nach außen bekundeten Gerechtigkeitssinns und würden im Westen, hätten sie dort die gleiche militärische Überlegenheit, genauso verfahren. Darum misstraue er den »unbestimmten und zweideutigen«, anscheinend widersprüchlichen, doch immerhin mit einiger Klarheit gesprochenen Sätzen des Reichskanzlers Hertling, dass dieser »glaube, der Friede werde auf den Grundsätzen begründet werden, die wir als die unsrigen bei der Endregelung erklärten«. Schulthess 59, NF 34 (1918/II), S. 572.

Es ist eine militärisch-technische Frage, inwieweit Amerika die Absicht, seine gesamten materiellen Machtmittel in Europa in die Wagschale zu werfen, in die Tat umzusetzen vermag. Der ungeheure moralische Rückhalt, den es der Entente bereits gewährt hat und noch weiter geben wird, kann nicht geleugnet werden. Was die Truppensendungen betrifft, so hat der amerikanische Kriegsminister[4] offiziell erklärt, dass bereits über 500 000 Mann nach Europa transportiert seien. Nach zuverlässigen Berichten ist man in Amerika jedoch darauf vorbereitet und darüber einig, dass Amerika erst im Frühjahr 1919 mit voller Kraft der Entente zu Hilfe kommen könne. Ob der U-Bootkrieg sich auf die Dauer wirksam genug erweisen wird, um diese amerikanische Hilfe zu verhindern, ist ebenfalls eine militärisch-technische Angelegenheit. Offenbar haben bisher jedenfalls keine nennenswerten Versenkungen von amerikanischen Truppentransporten stattgefunden.

Unter diesen Umständen geht die Frage dahin: Ist es sicher, dass wir zu der Zeit, wo Amerika seine kriegerischen Machtmittel voll entwickelt haben wird, Frankreich und England zu Lande so vernichtend geschlagen haben werden, dass jegliche amerikanische Hilfe zu spät kommt und dass die Entente selbst mit Unterstützung Amerikas alsdann auch nicht mehr in der Lage sein wird, uns und unsere Bundesgenossen durch Hinziehen des Krieges innerlich zu zermürben.

Vermögen wir diese Frage nicht mit Sicherheit zu bejahen, sondern werden wir früher oder später einen Verständigungsfrieden suchen müssen, so ist nicht abzusehen, wie wir im Westen zu einem Frieden kommen können, solange wir uns nicht fest und ehrlich auf den Boden des von uns anerkannten Selbstbestimmungsrechts der Völker stellen und bindende Versicherungen abgeben, des Inhalts, dass wir zwar, solange der Krieg währt, aus Gründen der eigenen Sicherheit sowie im humanitären und kulturellen Interesse die besetzten Gebiete nicht räumen könnten, dass wir aber sofort nach dem allgemeinen Friedensschluss die russischen Randstaaten in keiner Weise hindern würden, unbeeinflusst über ihre Zukunft und Staatszugehörigkeit erneut und selbständig zu entscheiden.

Erscheint die Abgabe einer derartigen Erklärung zurzeit untunlich, so müsste zum mindesten die Kulisse gewahrt und wenigstens nach aussen hin alles vermieden werden, was sich mit jenem Selbstbestimmungsrecht nicht vereinen lässt und uns den östlichen Völkern wie der Welt gegenüber als die Zwingherrn und Vergewaltiger stigmatisiert.

H[aniel] 20 V

4 Newton D. Baker (1871–1937), geb. in Martinsburg (West Virginia), 1899 Rechtsanwalt in Cleveland (Ohio), 1912–1915 dort Bürgermeister, progressiver Demokrat, 1916–1921 Secretary of War, jüngstes Mitglied im Kabinett Wilsons, dessen Karriere er gefördert hatte; ursprünglich zum Pazifismus neigend, organisierte er die erste große Kriegsmobilisierung der USA; 1928 Mitglied des Ständigen Gerichtshofs im Haag, 1932 Dr. jur. h.c.

345

Sitzung des diplomatischen Ausschusses des Bundesrats [Berlin,] 22. Mai 1918

(Protokoll, masch. Kop.[1]; BayHStA, MA 966)

Der Vorsitzende [Dandl] eröffnete die Sitzung und bewillkommnete den Herrn Vizekanzler.- Seit der letzten Tagung sei die Lage im allgemeinen gekennzeichnet im Westen durch die hartnäckige Weigerung unserer Feinde, sich auf Verhandlungen irgend welcher Art einzulassen, eine Weigerung, die in der erfolgreichen Offensive der deutschen Heere ihre Erwiderung fand; im Osten durch eine Reihe von Friedensschlüssen, die mit dem Frieden in Bukarest ihren Abschluß gefunden haben und durch die der Kriegszustand im Osten beendet worden sei.

Er würdigt den Frieden mit Rumänien, abgeschlossen mit einem im Vergleich mit den aus dem russischen Reich hervorgegangenen neuen Staatsgebilden stabilen Staatswesen, und beglückwünscht den Staatssekretär des Auswärtigen, dass es ihm gelungen sei, trotz der Koalitionsprobleme der Mittelmächte zu einem die eigenen wirtschaftlichen Interessen befriedigenden Abschluss zu gelangen. Die nach Beendigung des Krieges im Osten geschaffene neue politische Situation verlange nach staatsrechtlicher Regelung für die Randvölker im Zusammenhang mit ihrem Verhältnis zu den Mittelmächten und dem Verhältnis der Mittelmächte zueinander. Dazu seien erste Schritte unternommen. Der Reichskanzler werde ersucht, über sie sowie über die Absichten der Reichsleitung und der Obersten Heeresleitung bezüglich einer Lösung im Westen zu unterrichten.

Der Reichskanzler besprach zunächst die Abmachungen mit Oesterreich-Ungarn.- Er führte aus, das Bekanntwerden des Briefes Seiner Majestät des Kaisers Carl habe nur dazu geführt, unser Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn enger zu gestalten. Der Brief habe eine große Erregung in der Bevölkerung von Oesterreich-Ungarn hervorgerufen und der Popularität des Kaisers Carl stark Abtrag getan. Dies alles habe den Kaiser am 12. d[ieses] M[onats] nach Spa geführt. Vorher seien die für die Verhandlungen in Spa maßgebenden Gesichtspunkte in Berlin verabredet worden. Die Verhandlungen hätten dann zu dem pactum de contrahendo[2] über folgende drei Punkte geführt:

1.) Langfristiges politisches Bündnis defensiven Charakters, das sich von dem früheren Bündnis dadurch unterscheidet, daß es nicht nur die Verteidigung

1 Votenprotokoll, S. 1–19, o. O., nicht unterzeichnet, Sitzungsdauer 5–7 ½ Uhr nm. Anwesend waren die Mitglieder Dandl (Bayern), Vitzthum (Sachsen), Weizsäcker (Württemberg), Düringer (Baden), »von der Reichsleitung« Hertling, Payer, Kühlmann, Schlieben (Reichskanzlei), Winterfeldt (Vertreter der OHL im AA), ferner Gesandte Bayerns (Lerchenfeld), Sachsens, Württembergs, Badens und Mecklenburgs.

2 Abkommen vom 12. Mai 1918. PAAA, R 9018.

gegen einen Staat (Rußland) sondern überhaupt gegen Angriffe, von welcher Seite sie kommen.[3]

2.) Abschluß eines »Waffenbundes«. Man hat dieses Wort gewählt, um die mit dem Ausdruck »Militärkonvention« historisch verbundene Auslegung der Unterordnung des einen Teils unter die Botmäßigkeit des anderen nach außen hin zu vermeiden. Tatsächlich wird es eine Militärkonvention sein. – Der Reichskanzler bemerkte noch hiezu, daß die Durchführung große Schwierigkeiten voraussehen lasse, die sich aus der nicht einheitlichen Organisation der österreichisch-ungarischen Armee, namentlich aus dem tatsächlichen Fehlen einer einheitlichen Kommandosprache ergeben würden.

3.) Wirtschaftliche Vereinigung, die im stufenweisen Ausbau zu einer Zollunion im letzten Ende führen soll.[4]

Als Voraussetzung für diese drei Punkte sei dann noch als Punkt 4 eine ersprießliche Lösung der polnischen Frage grundsätzlich beschlossen worden.

Hiezu bemerkte der Reichskanzler, daß bei den Besprechungen Seine Majestät der Kaiser darüber keinen Zweifel habe bestehen lassen, daß die austro-polnische Lösung ausgeschlossen bleiben müsse.

Der Reichskanzler schloß diese Ausführungen mit der Bemerkung, daß Minister Clemenceau mit der Veröffentlichung des Kaiserbriefes das Gegenteil von dem erreicht habe, was er hätte erreichen wollen und erteilte dann dem Staatssekretär von Kühlmann das Wort.

Kühlmanns lange Darlegungen über die Friedensschlüsse im Osten mündeten in die Warnung vor einem zu rasch wiedererstarkenden Russland. In der Ukraine sei unter diesem Aspekt eher eine sozialistische statt einer bürgerlich-konservativen Regierung zu unterstützen, im Übrigen bleibe nur die Zusammenarbeit mit Joffe. Auf die Türken, die sich im Kaukasus und in Turkmenien festsetzen wollten, sei mäßigend einzuwirken. Sie seien von weiterer Vernichtung der Armenier abzuhalten. Nur auf der Grundlage der Anerkennung der territorialen Unversehrtheit Deutschlands, einschließlich Elsaß-Lothringens, sei ein Verhandeln mit England und den Gegnern möglich.

---

3 Siehe oben Nr. 341.

4 Vgl. Brettreich an Hertling, München, 20. Juli 1917. Der bayerische Innenminister erklärte eine »allmähliche Zusammenschließung« der beiden Volkswirtschaften wegen der durch den Weltkrieg sehr veränderten Wirtschaftslage für unvermeidbar. (BayHStA, GHA, Kabinettsakten König Ludwigs III., 63). – Friedrich (1906 Ritter) von Brettreich (1858–1938), geb. in Bamberg, nach Jurastudium 1880 Einjährig Freiwilliger (später Major der Landwehr), Dr. jur., 1885 Polizeikommissär in Regensburg, 1885 Bezirksamtsassessor in Viechtach, 1889 im Innenministerium, 1892 dort Regierungsassessor, 1894 Bezirksamtmann in Sonthofen, 1896 Regierungsrat im Innenministerium, 1900 Oberregierungsrat, 1903 Ministerialrat, 1905 Regierungspräsident der Oberpfalz, 1913–1916 Regierungspräsident von Unterfranken, 1907–1912, 1916–1918 Staatsminister des Innern, November 1918 Ruhestand. Schärl, S. 90.

Dandl befürchtete im Hinblick auf die grundsätzlich begrüßte Zollunion mit Österreich Nachteile für die bayerische Landwirtschaft, die neuen Raffinerien und den Ausbau des Donauverkehrs. Auch er halte die Angliederung des Baltikums für unvermeidlich. Dabei würden sich eine Reihe staatsrechtlicher Fragen aufwerfen, die nicht ohne weiteres zu lösen seien. Es sei schon staatsrechtlich fraglich, ob ein Bundesstaat überhaupt mit einem nicht deutschen Staat eine Personalunion eingehen könne. In welcher Weise solle dies gemacht werden. Jedenfalls würden Bundesrat und Reichstag bei der Lösung mitzusprechen haben. Zur Lage im Westen gab der Vorsitzende der Hoffnung Ausdruck, daß es den deutschen Heeren gelingen werde, die Offensive wiederum siegreich aufzunehmen und die Integrität des deutschen Territoriums zu sichern.

Vitzthum erwartete bei einem Vertrag mit der Donaumonarchie Schutz für die sächsische Industrie. Man möge die Bundesregierungen in einer Denkschrift über das geplante weitere Vorgehen bei den Wirtschaftsverhandlungen mit Österreich-Ungarn unterrichten. Er fragte zum Schluss nach den Absichten der Reichsleitung in Polen.

Freiherr von Weizsäcker teilt auch die Bedenken gegen die baltische Lösung. Aber er kann sich damit abfinden. Auch er wünscht zu wissen, was im einzelnen mit dem pactum de non contrahendo beabsichtigt sei. Die Bundesstaaten müßten auf dem Laufenden gehalten werden. Die Frage der Personalunion und wie sie zu lösen sei, könne zunächst zurückgestellt bleiben. In Bezug auf den wirtschaftlichen Anschluß an Oesterreich-Ungarn bewiesen die Aeußerungen des K. Bayerischen und des K. Sächsischen Staatsministers, daß die Interessen der Bundesstaaten stark auseinandergehen. Württemberg habe keine besonderen Interessen geltend zu machen. Der Bundesrat müsse aber Gelegenheit erhalten, sich auszusprechen.

(Bei der Art des Vortrags des K. Württembergischen Staatsministers blieb ein großer Teil seiner ziemlich langen Ausführung unverständlich. Man konnte meist nur ahnen, was damit zu sagen beabsichtigt war.)

Dr. Düringer[5] stellt zwei außerhalb des Programms stehende Fragen. Erstens, ob nicht der Papst bei einer Friedenskonferenz von den Zentralmächten zugezogen werden solle. Der Minister bemerkt hiezu, daß die Lage des Papstes infolge des Krieges eine unerträgliche geworden sei. Zweitens, ob es sich nicht empfehle, gewisse internationale Verträge über Belgien, die für den deutschen Standpunkt sprechen, in der Oeffentlichkeit zu verbreiten und advokatisch-dialektisch zu verwerten. Der

5 Adelbert Düringer (1855–1924), geb. in Mannheim, evangelisch, 1880 Dr. jur., 1884 Amtsrichter in Wolfach u.a., 1897 Oberlandesgerichtsrat in Karlsruhe, 1900 Ministerialrat im badischen Justiz- und Kultusministerium, 1902 am Reichsgericht in Leipzig, 1915–1917 Mitglied der Ersten Kammer des badischen Landtags, 1919–1920 der Weimarer Nationalversammlung, 1920–1924 des Reichstags (vor 1918 nationalliberal, 1919 DNVP, 1922 DVP), Spezialist für Handelsrecht, Anhänger der »neuen Idee einer soziologischen Jurisprudenz«. Erich Döhring, Düringer, Adelbert, in: NDB 4 (1959), S. 171 f.

Redner wies auf das Werk des Professors Hampe[6] »Das belgische Bollwerk« hin, das ihm in dieser Beziehung sehr brauchbares Material zu enthalten schiene.[7]

Der Reichskanzler teilte mit Bezug auf die wegen Bekanntgabe der geplanten wirtschaftlichen Verbindung mit Oesterreich-Ungarn geäußerten Wünsche mit, daß er bereits den Wirkl[ichen] Geheimen Rat Koerner[8], in dessen Hand die Leitung der Verhandlungen liegen werde, den Auftrag gegeben habe, das Programm dieser Verhandlungen zu entwerfen. Dieses werde sodann den Bundesregierungen zugehen.

Ueber die polnische Frage gab der Reichskanzler bekannt, daß unter Zuziehung des Generalgouverneurs von Beseler die ganze Angelegenheit im preußischen Kronrat erörtert worden sei. Man sei dort zu der Auffassung gelangt, daß die austropolnische Lösung abzulehnen sei und daß ein wirtschaftlicher und militärischer Anschluß Polens an Deutschland und ein möglichst gutes Verhältnis mit dem Lande anzustreben sei. Mit der Lösung dieser Fragen hänge innig die Frage der Sicherungen zusammen, die von der Heeresverwaltung im militärischen Interesse gefordert würden, im Norden wegen der Sicherheit Ost- und Westpreußens, im Süden wegen der Oberschlesiens. Ueber das Maß dieser Sicherungen seien auch bei den Militärs die Ansichten sehr auseinandergehend. Mehr könne er – der Reichskanzler – bei dem Stand der Sache nicht sagen. Er verspreche aber, die Bundesregierungen auf dem Laufenden zu halten. Die polnische Frage sei eine sehr schwer zu lösende. Wie man sie auch löse, sei ein günstiger Erfolg zweifelhaft.

Ueber die Behandlung des Baltikums bemerkte der Reichskanzler, daß auch ihm die Vereinigung der drei Provinzen und Angliederung an Deutschland nicht sympathisch sei. Aber wie die Dinge lägen, müßten wir, ohne Rußland zu sehr zu

6 Karl Hampe (1869–1936), Sohn eines Bremer Buch- und Musikalienhändlers, 1883 Promotion (Berlin), Mitarbeiter an den Monumenta Germaniae Historica, die ihn auf das (früh-)mittelalterliche Forschungsgebiet lenkten, 1898 kumulative Habilitation in Bonn, 1901 a.o. Professor für mittelalterliche und neuere Geschichte in Bonn, o. Professor 1902–1933 in Heidelberg, 1924/25 Rektor; nationalliberal, propreußisch und monarchistisch eingestellt, seine Werke zur mittelalterlichen Geschichte fanden ein starkes Echo in der deutschen Bildungswelt (u.a. Deutsche Kaisergeschichte in der Zeit der Salier und Staufer; Auflagen 1908–1963).

7 Karl Hampe, Das belgische Bollwerk. Eine aktenmäßige Darlegung über Barrierestellung, Neutralität und Festungspolitik Belgiens. Mit einem Anhang ungedruckter Aktenstücke, Stuttgart-Berlin 1918. Unterlagen zur weiteren Kriegspublizistik Hampes enthält dessen Nachlass in der Universitätsbibliothek Heidelberg.

8 Paul (1904 Exzellenz) von Koerner (1849–1930), sächsischer Beamtensohn aus Dresden, Jurastudium in Leipzig, 1875 dort Promotion zum Dr. jur., anschließend Assessor am Bezirksgericht Dresden und Finanzassessor in der sächsischen Zoll- und Steuerdirektion, 1881 Hilfsarbeiter im Finanzministerium, 1882 Finanzrat, 1891 Geheimer Finanzrat und stellvertretender Bevollmächtigter zum Bundesrat für Sachsen, 1895 Direktor im Reichsschatzamt und preußischer Bevollmächtigter zum Bundesrat, 1899–1914 Direktor der Handelspolitischen Abteilung des AA, 1904 Wirklicher Geheimer Rat, 1914 Ruhestand, 1918 als kommissarischer Ministerialdirektor a.D. Teilnahme an den (Wirtschafts-)Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und Bukarest, 1923–1925 Leiter der Ausführungsverhandlungen mit der Sowjetunion zum Rapallo–Vertrag. Kühlmann, Erinnerungen, S. 520, schätzte ihn wegen seiner gründlichen Kenntnis ökonomischer Fragen und seiner geduldigen Verhandlungsführung.

brüskieren, erreichen, daß Rußland Livland und Estland freigibt. Was die Angliederung an Preußen betreffe, so sei der preußische Justizminister aufgefordert worden, sich über die staatsrechtliche Form der Angliederung zu äußern. Daß der preußische Landtag gehört werden müsse, stehe für ihn – den Reichskanzler – außer Zweifel. Ob und wie auch der Reichstag, könne er umsomehr dahingestellt sein lassen, als mit dem Aussprechen der Personalunion die Sache nicht erledigt sei, sondern eine Reihe von Verträgen mit Polen abgeschlossen werden müßten, die der Kompetenz der Faktoren der Reichsgesetzgebung unterliegen. So ergebe sich die Befassung des Bundesrats und Reichstags auch mit der Hauptfrage ganz von selbst.

Zu der von Staatsminister Dr. Düringer angeregten Frage über die Zuziehung des Papstes zur Friedenskonferenz bemerkte der Reichskanzler, daß Friedensschlüsse mit den einzelnen Gegnern ihm vom deutschen Standpunkt aus viel erwünschter erschienen, als ein allgemeiner Friedensschluß auf einer Konferenz. Immerhin könne man aber nicht wissen, ob es nicht doch zu einer allgemeinen Konferenz kommen werde. Auf dieser müsse dann nach seiner Ansicht allerdings die Stellung des Papstes neu geregelt werden. Sie sei zurzeit unerträglich. Westschweizerische Blätter sprächen jetzt schon vom Papst Boche.[9]

Zu Belgien bemerkte der Reichskanzler nur ganz kurz, daß es sich um die schwer zu lösende Frage handle, wie wir uns der belgischen Neutralität für die Zukunft [ver]sichern könnten.

Die Anregung Düringers aufgreifend, führte Kühlmann aus, er kenne die bei Hampe aufgeführten Verträge wohl. Doch sei man im AA zu der auch nach einer erneuten Überprüfung schwerlich zu ändernden Überzeugung gelangt, dass dieses Material nach der Erklärung Bethmanns im Reichstag 1914 ohne Wert sei.[10] *Dandl pflichtete mit dem Hinweis bei, dass in der Öffentlichkeit leicht eine Polemik entstehen könne, da manche Autoren aus den Verträgen entgegengesetzte Auffassungen ableiten würden.*

Dann kam der Vorsitzende auf die Personalunion zwischen Preußen und den baltischen Provinzen zurück und erklärte, daß es mit dem föderativen Charakter des Deutschen Reichs nicht vereinbar sein würde, wenn ausschließlich Preußen großen Machtzuwachs erhalten sollte. Auf das Nähere und die daraus zu ziehenden Folgerungen wolle er heute nicht eingehen. […]

Eine weitere Frage über die militärische Lage im Westen wurde von Oberst von Winterfeldt wie folgt beantwortet: Es sei jetzt im Westen ein Zeitpunkt der Spannung eingetreten. Die Gegner tasteten an allen Fronten vor, um festzustellen, an welchem Teile der Front die Deutschen einen Angriff beabsichtigten. Nur am Kemmel versuchten sie um jeden Preis die verlorene Stellung zurückzugewinnen. Sie hätten dort die schwersten Verluste erlitten, so daß diese Angriffe, wenn sie uns selbst auch

9 Boche: abwertende französische Bezeichnung für Deutsche.

10 Auch Wilhelm von Stumm hielt frühere Verträge über Belgien für überholt und ungültig.

Verluste, aber doch weit geringere kosten, für uns vorteilhaft sind. In dem ersten Akt der Offensive sei es der deutschen Armee gelungen, sich die Initiative wieder anzueignen. Daß die Pause zwischen dem ersten und zweiten Akt solange dauerte, sei aus dem Bedürfnis zu erklären, durch Umgruppierung von Truppenteilen, durch den Bau von Straßen und Feldbahnen und durch Herbeischaffung von Material den zweiten Angriff gründlich vorzubereiten. Die Gegner hätten nichts getan, uns daran zu hindern. Man habe im Hauptquartier den Eindruck, daß die englische Armee in ihrer Grundlage schwer erschüttert und zu Aktionen im großen Stil nicht mehr fähig sei. Das ergebe sich auch daraus, daß überall französische Truppenteile herangezogen werden müßten.

Dandl betonte noch, dass die Bundesregierungen das Programm für die Wirtschaftsverhandlungen mit Österreich-Ungarn im Entwurf sehen wollten, um an dessen Festlegung mitwirken zu können.

346

Hermann von Stein an Georg von Hertling
Berlin, 27. Mai 1918

Kriegsministerium. Nr. 526.18 g.A 11 (masch. Or.[1]; PAAA, R 22032, S. 122–123)

Euer Exzellenz

gestatte ich[2] mir, nachstehend Erfahrungen mitzuteilen, die bei den Friedensverhandlungen mit Rumänien in Bukarest gemacht wurden und bei künftigen Friedensverhandlungen verwertet werden könnten:

1.) Die deutschen Forderungen müssen zunächst nicht nur mit allen in Frage kommenden Reichsstellen besprochen werden, sondern auch auf ihre Durchführbarkeit hin geprüft werden. Demnächst sind derartige Besprechungen gegebenenfalls mit den gemeinsamen Bundesgenossen (und zwar nicht nur an dem Verhandlungsort) erforderlich, damit – vor Beginn der Verhandlungen mit der Gegenpartei – völlige Uebereinstimmung in den Forderungen gewährleistet ist.
2.) Die Führung der Vorverhandlungen muß in derselben Hand liegen, die die Verhandlungen vor der Gegenpartei leitet. Mindestens muß der die Vorverhandlungen Leitende bei den Verhandlungen selbst zugegen sein.
3.) Es empfiehlt sich, dem diplomatischen Leiter der Verhandlungen eine Persönlichkeit beizugeben (etwa wie ein Chef des Stabes), der die dauernde Orientierung aller entsandten deutschen Vertreter und die Sicherstellung unbedingten Zusammenarbeitens obliegt.
4.) Als Verhandlungsort ist zweckmäßig eine kleinere Stadt mit guten Verkehrsverhältnissen zu wählen. Die gesamte Mission ist geschlossen unterzubringen, gemeinschaftliche Einnahme der Mahlzeiten ist vorzusehen, damit dauernder wechselseitiger Gedankenaustausch gewährleistet und Spionageabwehr erleichtert ist.
5.) Der Gebrauch einer fremden Sprache bei den Verhandlungen entspricht nicht unserer Stellung als Sieger und erleichtert der Gegenpartei das Verhandeln auf unsere Kosten.

v. Stein

---

1 A 23086, pr. 28. Mai 1918. Aus dem (Pertinenz-)Sach-Aktenband ist nicht ersichtlich, ob Stein zu dem Brief aufgefordert wurde. Das Or. trägt acht Sichtvermerke, unter diesen die Hertlings, Payers, Radowitz', Rosenbergs (»Hr. Rosenberg bitte besprechen«).

2 Hermann (1913 von) Stein (1854–1927), Pfarrersohn aus Wedderstedt bei Quedlinburg, 1873 Eintritt in die preußische Armee, 1905 Oberst, mehrmals im Generalstab, 1912 Generalleutnant, August–September 1914 Generalquartiermeister im Generalstab des Feldheeres, 1914–1916 Kommandierender General, 1916 General der Artillerie, November 1916–Oktober 1918 preußischer Kriegsminister; als »Angehöriger der traditionellen militärischen Elite« mit den neuen »Führungsaufgaben im industrialisierten Massenkrieg« konfrontiert. Markus Pöhlmann, Stein, Hermann von, in: NDB 25 (2013), S. 148 f.; Hubatsch, S. 328–330.

347

Rupprecht von Bayern an Georg von Hertling
1. Juni 1918

(eigh. Or.[1]; BArch, NlH, Nr. 41, f. 58–60; Druck: K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 139–141)

Sehr verehrte Exzellenz!

Wohl weiss ich, daß ich nicht berufen bin, in politischen Dingen mitzureden, und dennoch scheint es mir eine vaterländische Pflicht, Euerer Excellenz meine Meinung nicht vorzuenthalten, die ich mir nach fast 4jährigem Verweilen an einer der Hauptkampffronten im Westen gebildet habe, wenn diese Meinung vielleicht auch nicht übereinstimmt mit jener anderer Stellen. So günstig unsere militärische Lage augenblicklich auch ist, kranken wir doch an 2 Übeln, denen nicht abzuhelfen ist, dem allmählich eingetretenen Mangel an Ersatzmannschaften und an Pferden, ein Mangel, der sich immer mehr steigern muss. Wir werden zwar in der Lage sein, dem Gegner im Westen noch ein paar gewaltige Schläge zu versetzen, kaum aber ihm eine entscheidende Niederlage zu bereiten, so dass zu erwarten steht, dass der Kampf in einigen Monaten wieder den Charakter des sich hinschleppenden Stellungskrieges annehmen wird. Wer in diesem schliesslich siegt, hängt vor allem davon ab, wer am längsten mit seinem Mannschaftsersatze auszukommen vermag, und in dieser Hinsicht sind meiner Überzeugung nach unsere Gegner besser daran dank der amerikanischen Hilfe, die freilich erst allmählich wirksam zu werden vermag. Ich habe diese meine Ansicht schon vor der März-Offensive Seiner Majestät dem Kaiser ziemlich unverblümt vorgetragen und ich will sie nun auch Euer Excellenz nicht vorenthalten, denn es ist meines Erachtens der Zeitpunkt gekommen zur Anbahnung von Friedensverhandlungen. Jetzt haben wir noch Trümpfe in der Hand – nämlich die Drohung mit in Bälde sich verwirklichenden neuen Angriffen – später, wenn diese Angriffe einmal erfolgt sind, nicht mehr. – General von Ludendorff ist gleichfalls der Ansicht, dass aller Wahrscheinlichkeit nach ein entscheidender den Gegner vernichtender Sieg sich nicht mehr wird erringen lassen, er hofft jedoch auf die rettende Hilfe eines deus ex machina, nämlich auf den plötzlichen inneren Zusammenbruch einer der Westmächte nach Art des Zusammenbruches des russischen Reiches. Ost und West sind aber grundverschieden und keiner der westlichen Staaten ist so morsch als das russische Reich schon vor dem Kriege es war. Ich selbst vertrat einst den Gedanken der Angliederung Belgiens an das deutsche Reich in irgendwelcher Form, jetzt aber bin ich abgesehen von anderen Gründen schon desshalb davon abgekommen, weil ich der Überzeugung bin, dass der einzige Weg, der uns

1 Druckvorlage.

zum Frieden führen kann, der ist, dass wir erklären, die Selbständigkeit Belgiens unangetastet erhalten zu wollen. Gewiss ist das Bescheiden mit dem status quo ante im Westen für uns keine erfreuliche Lösung, aber ich glaube nicht, dass eine günstigere sich wird erreichen lassen, da wir hierzu nicht die Kräfte besitzen und so meine ich, dass wir uns mit dem im Osten Erreichten begnügen müssen. Damit dass der eine Gegner im Osten völlig erledigt ist, sind wir die Sieger und selbst ein Frieden der uns im Westen keinerlei Gewinn brächte, wäre ein siegreicher Frieden. Müssen wir über den Winter weiterkämpfen, wird dies auf den Geist der Truppe nachteilig wirken, bei der allgemein die Hoffnung besteht, dass der Krieg bis zum Herbste beendet sein wird.-

Ich hätte nicht geschrieben, würde ich nicht Eile für geboten erachten und jede Woche ist kostbar.-

Sollten Euer Excellenz mich zu sprechen wünschen, könnte ich ganz gut auf ein paar Stunden nach Brüssel – Spaa ist für mich zu weit – oder der Sohn Euerer Excellenz könnte mich in meinem Quartiere aufsuchen. Ich stelle es dem Belieben Euerer Excellenz anheim, von dem Inhalte dieses Briefes gelegentlich Seiner Majestät dem Kaiser Kenntniss zu geben,[2] und verbleibe,

Euer Excellenz
aufrichtig ergebener
Rupprecht
Kronprinz von Bayern

2 Vgl. die Antwort Hertlings an Rupprecht v. 5. Juni 1918, Kraffts Brief an Karl v. Hertling v. 11. Juni 1918 und Rupprechts Schreiben an Karl v. Hertling vom 28. Oktober 1919: Siehe unten Nr. 352, 355 u. 549.

348

Georg von Hertling an Paul von Hindenburg
Berlin, 3. Juni 1918

Rk. 18036 K.J. (masch. Konz.[1]; BArch, R 43/2401, f. 149)

Sofort! (Noch heute zum Abgang)

Der Herr Staatssekretär des Reichsschatzamts hatte vor einigen Wochen bei dem Herrn Kriegsminister die Vornahme einer Besprechung[2] in Anregung gebracht, deren Aufgabe es sein sollte, Mittel und Wege ausfindig zu machen, die zu einer Einschränkung der Kriegsausgaben, namentlich bei dem Heere, zu führen geeignet seien. An dieser Besprechung sollte auch die Oberste Heeresleitung durch einen Vertreter beteiligt werden, um auch ihr einen Einblick in die finanzielle Wirkung ihrer Forderungen zu verschaffen. Da der Herr Kriegsminister die Anregung des Herrn Reichsschatzsekretärs abgelehnt hatte, dieser aber mit Rücksicht auf die dauernde Steigerung der Kriegskosten den Plan einer durchgreifenden Untersuchung nicht aufgeben zu können glaubte, so hat er mich gebeten, eine Aussprache zwischen dem Herrn Kriegsminister, dem Herrn Staatssekretär des Reichs-Marineamts[3] und ihm unter Beteiligung eines Vertreters Euer Exzellenz in der Angelegenheit herbeizuführen. Ich habe zu diesem Zwecke Termin auf Sonnabend, den 8. Juni nachmittags 5 Uhr angesetzt und bitte Euer Exzellenz sich an der Besprechung durch einen oder

1 Paraphe Radowitz'; Kopien an Stein, Capelle, Roedern, Reichsbankdirektor Rudolf Havenstein (1857–1923).

2 »Vornahme einer Besprechung« im Konz. handschr. verbessert aus: »Bildung einer Kommission«. Eigh. Randbemerkung Hertlings: »Der Hr. Kriegsminister hat sich heute mir gegenüber und in Anwesenheit des Herrn Reichs-Schatzsekretärs bereit erklärt, zwar nicht an der Sitzung einer zu bildenden Kommission, wohl aber an einer Besprechung von Vertretern der beteiligten Ressorts und der O.H.L. teilzunehmen. Diese Sitzung kann auf Sonnabend den 8./6 angesetzt werden. H 3/6«.

3 Eduard von Capelle (1855–1931), geb. in Celle, 1872 Kadett in der Kaiserlichen Marine, Besuch der Marineschule, 1876 Unterleutnant zur See, mehrere Bordkommandos, 1891 im Reichsmarineamt, seit 1897 naher Mitarbeiter von Tirpitz bei der Vorbereitung der Flottengesetze, 1906 Konter-, 1909 Vizeadmiral, 1913 Admiral, 1914 Unterstaatssekretär im Reichsmarineamt, März 1916–Oktober 1918 dessen Staatssekretär.

mehrere Vertreter beteiligen zu wollen.[4]

N[ame] S[eine]r Exz[ellenz] d[es] H[errn] Rk

4 Ludendorff sagte am 6. Juni die Entsendung zweier (nicht genannter) Vertreter zu: Es erschienen sein Vertrauensmann Oberstleutnant Bauer und Generalmajor Ernst v. Eisenhart-Rothe (1862–1947), seit Januar 1917 Generalintendant des Feldheeres. Max Bauer (1869–1929), seit 1905 im Generalstab, war 1914–1918 Leiter der Operationsabteilung II der OHL, zuständig für schwere Artillerie, Minenwerfer, Festungen, ab Herbst 1916 auch für Munitionsversorgung und Kriegswirtschaft. (Epkenhans, Nicolai, S. 21, 25 f.). Am 6. Juni schrieb v. Stein an Hertling, er nehme an der Aussprache »über Mittel und Wege zur Einschränkung der Kriegsausgaben« teil, doch sei für ihn »unannehmbar« die Einsetzung einer Kommission, deren Vorsitzender »sogar die diktatorische Gewalt bei Prüfung der Ausgaben haben sollte«. (BArch, R 43/2401, f. 151). Die Zusammenkunft mit Hertling, Payer, Radowitz, Winterfeldt, Prittwitz, Limburg-Stirum, Roedern, Capelle, Stein, Havenstein, Bauer und Eisenhart fand am 8. Juni im Reichskanzlerpalais statt. Roedern warnte vor dem Anstieg der außerordentlichen Deckungsmittel für den monatlichen Kriegsausgabenbedarf, der von 2,6 Milliarden M. im September 1916 auf 4 Milliarden im März und Mai 1918 gestiegen sei, und der Reichsschatzanweisungskredite in Höhe von jetzt 34 Milliarden, die bis September 1918 auf 50 Milliarden anwüchsen. Es drohten erhebliche Teuerung sowie das Fehlen der Mittel für den Wiederaufbau nach dem Krieg. Die Kosten seien gestiegen, »obgleich wir doch seit mehreren Monaten Stillstand und jetzt Frieden an der ganzen Ostfront haben«, sie würden auch nach einem baldigen Friedensschluss voraussichtlich in gleicher Höhe bestehen bleiben. Es gelte, die kurzfristigen riesigen Schulden in langfristige Anleihen umzuwandeln, »einigermassen zu einem Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen« zu kommen und für die Übergangswirtschaft zu planen. Überhaupt befinde man sich schon in einer Übergangszeit, »soweit wir nämlich im Osten und Südosten Frieden haben. Es ist mir sehr zweifelhaft, ob der Gesamtfrieden von heute auf morgen eintritt, ob nicht nach Westen hin nur ein allmählicher Abbau eintreten kann, sodass eine gewisse Uebergangszeit mit Krieg an anderer Stelle bestehen würde«. Havenstein kritisierte die unübersehbar angewachsene Armee- und Marineverwaltung. Capelle beteuerte die Sparsamkeit und Durchsichtigkeit der unter strenger Kontrolle stehenden, niedrig entlohnten Marine. Bauer verteidigte die hohen Munitionskosten, die Alternative zu den untragbar großen Menschenverlusten, wie man sie 1915/16 erlebt und hingenommen habe. Die Westfront verschlinge ungleich mehr Mittel als die nur teilweise aktive Ostfront. Stein gab an, radikale Lösungen erwogen und verworfen zu haben, so einen Übergang zur Naturalwirtschaft oder die »Militarisierung des ganzen Volkes und der Arbeit« mit Einziehung aller im dienstpflichtigen Alter Stehenden bei Löhnung und Beköstigung wie Frontsoldaten. Die Meinungsbildung ergab, dass an ungleichen und ungerechten Löhnen gespart werden solle, so am hohen Verdienst der Munitionsarbeiter, ohne dass dies an die Öffentlichkeit dringen dürfe. Hertling und Payer zeigten sich befriedigt von der Bereitschaft Steins, eine Kontrollperson zur Überwachung der Kriegsausgaben einzusetzen, wiewohl sich der Kriegsminister wenig davon versprach und auf die schon bestehenden, prüfenden Intendanturen hinwies. Protokoll der Besprechung (Kop.): BArch, R 43/2401, S. 180–235, hier 181–183, 201, 210–212, 218 f., 223, 228, 231–233, 235; das an die Teilnehmer versandte Mundum (»Geheim!«) ebd., f. 152–175.

349

Max von Baden an Georg von Hertling
Baden-Baden, 4. Juni 1918

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 41, f. 68–70)

Hochzuverehrender Herr Reichskanzler,

In der Anlage übersende ich Euer Exzellenz einen Brief des Prinzen Carl von Schweden[1], den ich vorgestern erhielt. Dem Wunsche des Prinzen entsprechend bitte ich meinerseits wiederum um diskreteste Behandlung dieser Angelegenheit, da weder Prinz Carl noch ich selbst in die Kathegorie der Prinzen Sixtus aufgenommen zu werden irgend welche Neigung verspüren.

Ich habe mich entschlossen Euer Exzellenz den Brief im Original zuzustellen, weil ich meine, daß die darin enthaltene Anregung sehr wohl erwägenswerth ist. Schon vor einem Jahr habe ich den gleichen Gedanken erwogen und mit verschiedenen Herren darüber gesprochen und wenn ich ihn damals nicht weiter verfolgte, weil mir der gute Wille zu fehlen schien an diese Sache mit der hierzu nothwendigen ehrlichen Gesinnung heranzutreten, so greife ich ihn heute doch gern wieder auf, weil er thatsächlich ein Weg zu sein scheint, der vielleicht die Brücke zum Frieden schlagen kann. Denn es ist nicht zu leugnen, daß die Lösung der Frage der Garantien gegen zukünftige kriegerische Entscheidungen v[on] Zwistigkeiten zwischen den Nationen dazu beitragen würde die Furcht vor dem Friedensschluß zu mildern. Manche Dinge, die fast unlösbar erscheinen, weil sie neue Vergewaltigungen zu erzeugen versprechen, würden ihr Schreckgesicht um vieles verlieren. Freilich wird es sehr schwer sein, die Formeln für einen s[o] g[enannten] Weltverbund zu finden. Ich meine aber wir müssen dieser Frage fest in's Gesicht sehen, denn sie wird gestellt bleiben und nicht verstummen. Sie liegt in der Luft denn die Welt will einen zweiten Weltkrieg nicht wieder erleben, und mit Recht, denn das Maaß des Schrecklichen ist erfüllt, die Möglichkeit einer Steigerung des Furchtbaren aber deutlich und unbedingt gegeben. Es fragt sich meiner Meinung nach nur darum, wer wird das Erlösungsprogramm aufstellen und wann soll es geschehen. Hier liegt die Beantwortung der Schicksalsfrage zwischen uns und England. Einer von uns beiden muß es bringen und der, welcher es bringt ist der ethische Sieger in Europa und damit in der Welt. Deßhalb zaudere ich nicht zu sagen, wir müssen es bringen. Wann können wir es bringen?

1 Liegt nicht bei. – Carl von Schweden (1861–1951), Herzog von Västergötland, aus dem Hause Bernadotte, Mutter war Sophia von Nassau (1836–1913); sorgfältige Erziehung, Studium an der Universität Uppsala, militärische Laufbahn, 1881 Leutnant, 1908 General, diplomatische Ambitionen, 1906–1945 Vorsitzender des schwedischen Roten Kreuzes, Einsatz für die Kriegsgefangenen, populär wegen seines bürgerlichen Lebensstils. Sein älterer Bruder Gustav V. (1858–1950), 1907–1950 König von Schweden, war verheiratet mit Prinzessin Viktoria von Baden (1862–1930). https://www.munzinger.de/search/portrait/Prinz+Karl+von+Schweden (25.6.2018).

Nur so lang als wir zu mächtigen Schlägen noch fähig sind. Denn so lang bedeutet es ein Programm der Stärke. Es bringen und weiter siegen zu können ist condicio sine qua non.

Zu diesem Programm gehört jedenfalls die Frage, die Prinz Carl v. Schweden in seinem Brief anregt. Sie kann so weit ich sehe allein behandelt werden. Es fragt sich nur, wer diese internationale Konferenz anregen soll? So weit ich die Dinge beurtheilen kann, scheint es mir nicht unmöglich, daß wir es thun. Es würde ein weiterer Schritt auf dem Wege sein, den S. M. der Kaiser mit der ersten Anregung zu Friedensverhandlungen gegeben hat. Ein Aufruf zu diesem Zweck wäre auch eine wirksame Aufnahme einer Friedensoffensive, vor der sich die Feinde, namentlich die Leute um Lloyd George fürchten, sonst hätten sie uns dieselbe nicht suggerirt und ihre Länder davor gewarnt. Auch dieser Schritt müßte geschehen so lang wir noch zu starken Offensivstößen befähigt sind. Nach diesem Zeitpunkt werden alle Initiativen, die von uns ausgehen weit wirkungsloser und unfruchtbarer sein.

Dies, Euer Exzellenz, sind die wenigen Ergänzungen, mit denen ich mir erlaube, Ihnen den Brief des Prinzen Carl im Vertrauen zu übersenden.

Ich zeichne mich
Euer Exzellenz
sehr ergebener
Max Prinz v. Baden

350

Johann von Dallwitz an Georg von Hertling
Straßburg im Elsaß, 4. Juni 1918

Der Kaiserliche Statthalter in Elsaß-Lothringen. (masch. Or.; BArch, R 43/2398k, f. 295)

Euerer Exzellenz beehre ich[1] mich in den Anlagen von einem Schriftwechsel zwischen dem Oberkommando der Heeresgruppe Albrecht[2] und dem Ministerium von Elsaß-Lothringen Kenntnis zu geben, aus dem ich die Absicht der Heeresgruppe zu entnehmen bitte, im Reiche Vorträge altelsässischer Redner über Elsaß-Lothringen zu veranstalten.[3] Die Anregung zu diesen Vortragsreisen soll nach mündlicher Mitteilung von dem Kriegspresseamt ausgegangen sein.

Ich habe mich nicht veranlaßt gesehen, den in Aussicht genommenen Lehrern den hierfür erforderlichen Urlaub zu erteilen, da abgesehen von deren derzeitiger völliger Unentbehrlichkeit im Schuldienste, es mir nach der politischen Lage 0wenig

1 Johann von Dallwitz (1855–1919), geb. in Breslau, nach Jurastudium 1886–1899 Landrat in Lüben, 1894–1900 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses (Deutschkonservative Partei), 1900 Regierungsrat im Oberpräsidium Posen, Hilfsarbeiter im preußischen Ministerium des Innern, 1901 dort Geheimer Regierungsrat und Vortragender Rat, 1902 Staatsminister des Fürstentums Anhalt, 1909 Oberpräsident von Schlesien, 1910–1914 preußischer Innenminister, überkreuz mit Bethmann Hollweg, weil er die Wahlrechtsreform in Preußen ablehnte, Mai 1914–Oktober 1918 Statthalter in Elsaß-Lothringen.

2 Albrecht Herzog von Württemberg (1865–1939), Generalfeldmarschall, befehligte im Weltkrieg zunächst eine Armee, dann eine im Westen operierende Heeresgruppe.

3 Am 17. Mai 1918 forderte das Oberkommando der Heeresgruppe Herzog Albrecht, Abteilung III, vom Oberschulrat in Straßburg, 20 Redner aus Volks- und höheren Schulen abzuordnen, von denen jeder zehn Vorträge halten und wegen der nationalen Bedeutung des Unternehmens drei Wochen Urlaub erhalten solle. (BArch, R 43/2398k, f. 296). Gleichzeitig musste sich Hertling mit der am 12. März 1918 vorgebrachten Forderung Ludendorffs auseinandersetzen, die Heeresgruppe Herzog Albrecht benötige zum »Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Abteilung« eine dauernde Unterrichtung seitens der Reichsbehörden und der bundesstaatlichen Regierungen »über alle Vorgänge, die sich auf die politische und wirtschaftliche Gestaltung der Reichslande beziehen«. Der Reichskanzler erbat darauf die Stellungnahmen des Statthalters des Reichslands (am 20. April) und des Reichsamts des Innern. Beide äußerten sich ablehnend, Dallwitz am 8. Mai 1918, Wallraf am 25. Mai 1918. Wallraf verwies auf die gesetzlich geregelten Zuständigkeiten, zurückgehend bis zum Gesetz über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851, wonach der Militärbefehlshaber nur bei Bedarf die Zivilbehörden in Anspruch nehmen durfte. Hertling ließ Ludendorff die Ablehnung Wallrafs unter dem Briefkopf »Der Reichskanzler (Reichsamt des Innern)« über Limburg-Stirum zustellen. Laut der Gehorsamen Anzeige Radowitz' vom 12. Juni 1918 an den Reichskanzler blieb abzuwarten, ob Ludendorff auf die Sache »noch einmal zurückkommt«. (Ebd., f. 275–282). Vgl. den Brief des Chefs des Militärkabinetts, Lyncker, an den Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Albrecht vom 27. April 1918, dass sich dieser »jeglicher Eingriffe in die Politik« des Statthalters von Elsaß-Lothringen zu enthalten habe, der Vertreter des Kaisers in den Reichslanden sei. Ebd., f. 278.

0–0 Im Text unterstrichen.

angezeigt erscheint, durch besondere Veranstaltungen im Reiche, auch wenn noch so anerkennenswerte nationale Zwecke damit verfolgt werden, vor der weiteren Oeffentlichkeit die Aufmerksamkeit immer wieder auf die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen zu lenken. Letztere sind zur Zeit nicht so gelagert, daß in den Vorträgen ohne Beschönigung gesagt werden könnte, daß das elsaß-lothringische Volk in seiner Mehrheit den Wunsch hege, unter allen Umständen beim Deutschen Reiche zu verbleiben.[o] Werden aber solche Gedankengänge, wie bei der Auswahl der gut deutsch gesinnten altelsässischen Redner zu erwarten ist, gleichwohl zum Ausdruck gebracht, [n]so wird im Reiche mit Sicherheit durch diese Propaganda eine Stärkung der Auffassung erzielt werden, die als Lösung der künftigen staatsrechtlichen Gestaltung Elsaß-Lothringens die Selbständigkeit als Bundesstaat vertritt.[n] Für eine besondere Veranstaltung im Reiche mit dem Ziele, darüber aufzuklären, daß Elsaß-Lothringen zu Deutschland gehört, und daß es unlöslich mit dem Reiche verbunden bleiben muß, scheint mir aber ein Bedürfnis nicht vorzuliegen. Eine hiervon abweichende Meinung dürfte nur in verschwindend kleinen Kreisen des Reiches bestehen, deren Bekehrung durch die Vorträge doch nicht erreicht wird.

Euerer Exzellenz darf ich ergebenst anheimstellen, mit dem Kriegspresseamt in der Angelegenheit Fühlung zu nehmen, falls Euere Exzellenz meine Auffassung zu teilen geneigt sein sollten.[4]

Dallwitz

n-n Im Text unterstrichen.

4 Randnotiz: »Einverstanden Hertling 8/6«. Der Staatssekretär des Innern äußerte angesichts der gegenwärtigen »politischen Lage« Zweifel am Nutzen der Vorträge, stellte aber »das Weitere« in seinem Schreiben an den Pressechef des Reichskanzlers (Erhard Deutelmoser) »ergebenst anheim«. (BArch, R 43/2398k, f. 303). Am 12. Juni telegraphierte das Kriegspresseamt dem Pressechef des Reichskanzlers, dass die Vorträge aufgrund eingegangener Weisung der OHL nicht stattfinden sollten. (Ebd., f. 297). Eine durch die Vorträge verstärkte Stimmung für ein eigenes Bundesland Elsaß-Lothringen lag sicher nicht im Interesse der OHL. Hertling antwortete am 17. Juni 1918 auf Dallwitz' Brief vom 4. Juni, »dessen Inhalt durchaus meiner eigenen Stellungnahme entspricht«, dass die Vorträge zu unterbleiben hätten. (Ebd., f. 304). Payer teilte die Antwort Hertlings dem Staatssekretär des Innern und dem preußischen Kriegsminister mit.

351

Otto von Dandl an Georg von Hertling
München, 4. Juni 1918

Der Staatsminister des Kgl. Hauses u. des Aeußern (masch. Or.; BArch, NlH, Nr. 48, f. 12–13)

Hochzuverehrender Herr Reichskanzler, Euer Exzellenz!

Von meiner Wiener Reise zurückgekehrt, glaube ich annehmen zu dürfen, daß Euer Exzellenz einige kurze Worte über meine Besprechungen mit Seiner Majestät dem Kaiser und den dortigen Herren, hauptsächlich mit Graf Burian, Ministerpräsident von Seidler[1] und dem ungarischen Minister Weckerle[2] nicht unerwünscht sein möchten. Ich kann mich dabei auf einige Hauptpunkte beschränken, da ich alle Einzelheiten auch schon mit dem Botschafter Graf Wedel näher besprochen habe.

Mein Gesamteindruck, um dies vorweg zu nehmen, war kein sehr guter. Er geht vor allem dahin, daß die gute Behandlung die Seine Majestät der Kaiser und die österreichischen Herren bei ihrem Besuch im großen Hauptquartier zu Spa erfahren haben, nicht nur ihre Stimmung gehoben, sondern auch ihr Selbstgefühl ganz erheblich gestärkt hat. Sie sind offenbar in ihren Ansprüchen jetzt gar nicht mehr bescheiden.

Vor allem wollen sie mit aller Zähigkeit an der sogenannten austro-polnischen Lösung festhalten. Das treibende Element ist hier Herr von Seidler. Er geht davon aus, daß die inneren politischen Verhältnisse in Oesterreich unbedingt die von ihm gewünschte Lösung der polnischen Frage erfordern. Er brauche, um ein arbeitsfähiges Parlament zusammenzubringen, die Mitwirkung der österreichischen Polen. Diese verliere er sofort, wenn nicht die austro-polnische Lösung, die allein geeignet sei, die Polen zu befriedigen, erreicht werde. Auch Graf Burian arbeitet nach der gleichen Richtung. Er ist sich aber bewußt, daß bei seinem bevorstehenden Besuche in Berlin die Entscheidung noch nicht fallen werde, weil die deutsche Oberste Heeresleitung nicht in der Lage sei, sich eingehend mit der Sache zu befassen. Der Kaiser hat sich gerade darüber, daß Ludendorff jetzt keine Zeit für diese Frage haben

1 Ernst (1916 Ritter) Seidler von Feuchtenegg (1862–1931), aus Schwechat (Niederösterreich), nach Jurastudium und Promotion 1887 Eintritt in die Ministeriallaufbahn, ab 1900 im Ackerbauministerium, 1901 Habilitation, 1906 o. Professor an der Hochschule für Bodenkultur in Wien, 1908 Rückkehr ins Ackerbauministerium als Ministerialrat, 1917 Ackerbauminister, 1917 Ministerpräsident; Rücktritt im Juli 1918. Kovács, Bd. 1, S. 310, 428 f., 412–414.

2 Sándor (Alexander) Wekerle (1848–1921), aus donauschwäbischer Familie, nach Jurastudium 1870 Eintritt in den Staatsdienst, 1878 Leiter der Präsidialabteilung des ungarischen Finanzministeriums, 1886 Staatssekretär, 1889 Finanzminister, 1892 Ministerpräsident, 1896–1906 Vorsitzender des Verwaltungsgerichtshofs, 1906–1910 und 1917–1918 erneut Ministerpräsident. Wekerle war zwischen 1887 und 1921 zudem mit Unterbrechungen Abgeordneter des ungarischen Parlaments. Geyr.

will, recht unwillig geäußert. Ich glaube, daß es eines sehr starken Druckes auf die Oesterreicher bedürfen wird, wenn sie von der austro-polnischen Lösung abgebracht werden sollen.[3] Ohne eine für sie günstige Lösung der polnischen Frage legen sie auf die übrigen Punkte des Bündnisvertrages[4] geringen Wert.

Den Waffenbund scheint sich der Kaiser recht locker vorzustellen. Von einer Abkommandierung österreichischer Offiziere nach Deutschland und deutscher Offiziere nach Oesterreich will er nichts wissen. Er meint, es würde genügen, wenn die Offiziere in gegenseitigem Austausch an den Manövern teilnehmen würden. Von anderen österreichischen Herren hörte man nicht selten das bedenkliche Schlagwort: »Wir wollen uns nicht zu Bayern machen lassen«.

Charakteristisch war eine Aeußerung des Kaisers, als er sagte: »Ich freue mich, daß in Spa alle Mißverständnisse beseitigt und klare Verhältnisse geschaffen wurden. Wir lebten vorher in einer Zeit der Unklarheit und des ‚Kokettierens mit feindlichen Mächten'. Ich muß ja gestehen, daß wir mit der Entente kokettiert haben, aber wir hatten andererseits das Gefühl, daß Deutschland mit Italien kokettierte«.

Als ich ihm demgegenüber auf die ausschlaggebende Teilnahme Deutschlands an der italienischen Offensive hinwies, meinte er: »Nun ja, es waren eben Unklarheiten, die vorher bestanden haben«.

Das Friedensbedürfnis ist in Oesterreich sehr stark. Der Kaiser fragte wiederholt, ob nicht im gegenwärtigen Zeitpunkt etwas für den Frieden getan werden könnte. Meine Antwort, daß jetzt, solange die Offensive fortschreite, dies kaum angängig sei und daß im übrigen nunmehr die Gegner an uns herantreten müßten, weil doch jedes Friedensangebot von unserer Seite nur als Schwäche ausgelegt werde und kriegsverlängernd wirke, scheint ihn wenig befriedigt zu haben.

Für die wirtschaftliche Annäherung herrscht in Oesterreich offenbar mehr Begeisterung als für die übrigen Fragen. Die Herren glauben, auf dem Ergebnis der im Winter geführten Verhandlung weiter bauen zu können, und dadurch für sich eine günstige Stellung zu erreichen. Ich habe immer noch die Sorge, daß sich aus den wirtschaftlichen Verhandlungen gerade für Bayern große Schwierigkeiten ergeben werden, hauptsächlich wegen des Schutzes unserer Landwirtschaft und ich darf auch diese Gelegenheit benützen, Euer Exzellenz die Wahrung der bayerischen Interessen noch einmal ans Herz zu legen. Euer Exzellenz haben ja versprochen, daß vor Eintritt in die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Oesterreich den Bundesstaaten das Programm des Auswärtigen Amtes so rechtzeitig bekannt gegeben werde, daß diese

3 Bei den Gesprächen in Spa am 12. Mai hatte Hertling die austropolnische Lösung, die Vereinigung Österreich-Ungarns und Polens in Personalunion unter Kaiser Karl, abgelehnt, auch weil er »eine weitere Unterdrückung des deutschen Elements in Österreich, eine zunehmende Verslavisierung desselben einerseits und eine unheilvolle Verstärkung der polnischen Irredenta anderseits an Deutschlands Ostgrenzen befürchtete«. (K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 107, 112 f., 127). Vor dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten am 1. März 1918 mahnte er, »die Stimmung der Polen« zu berücksichtigen. BayHStA MA, Nr. 966, f. 111.

4 Siehe oben Nr. 341.

Zeit und Gelegenheit zur Stellungnahme haben, und ich bitte es mir nicht zu verübeln, wenn ich in diesem Zusammenhang das dringende Ersuchen um rechtzeitige Verständigung Bayerns und um Schutz unserer lebenswichtigen landwirtschaftlichen Interessen wiederhole.

Im allgemeinen ist es eine Hauptsorge des Kaisers und des Grafen Burian, daß durch die Vertiefung des Bündnisses mit Deutschland Oesterreich einen Teil seiner Souveränität preisgeben werde. Bemerkenswert ist auch noch die Aeußerung des Kaisers, Oesterreich sei eben kein deutscher Staat, das slavische Element habe das Uebergewicht; allerdings seien die Deutschen immer die Hauptstütze der Monarchie gewesen und müßten es auch künftig bleiben.

Die Stimmung in Wien scheint dem Kaiser nicht sehr freundlich zu sein. Abgesehen davon, daß man mit Besorgnis auf die Nebenregierung schaut, nimmt man es ihm sehr übel, daß er sich in Wien gar nicht sehen läßt.

Genehmigen Euer Exzellenz auch bei dieser Gelegenheit die erneute Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung und verehrungsvollen Gesinnung, mit der ich stets bin

Euerer Exzellenz
ganz ergebenster
Dandl

352

Georg von Hertling an Rupprecht von Bayern
Berlin, 6. Juni 1918

Der Reichskanzler. (masch. Or.[1]; BayHStA GHA, Nl Kronprinz Rupprecht, 650; eigh. Konz., BArch, NlH, Nr. 41, S. 72)

Euerer Königlichen Hoheit

bestätige ich mit ehrerbietigem Danke den Empfang des gnädigen Schreibens vom 1. Juni.

Die Frage, ob die bewundernswerten militärischen Erfolge an der Westfront auch zu einem durchschlagenden politischen Erfolge führen werden, beschäftigt mich seit längerer Zeit und nicht ohne Sorge. Immerhin möchte ich glauben, daß eine Fortsetzung der für die militärische Macht Frankreichs und Englands vernichtenden Schläge schliesslich doch innerhalb der Bevölkerungen eine gegen die eigenen Regierungen gerichtete kraftvolle Bewegung auslösen wird, die zusammen mit den in den beiden Ländern schon jetzt vorhandenen und an Stärke zunehmenden pazifistischen Strömungen die Anbahnung von Friedensverhandlungen in die Nähe rücken werde, zumal wenn die Einsicht zum Durchbruche gelangt, dass eine Verwirklichung der auf die amerikanische Hilfe gerichteten Hoffnung so rasch nicht zu erwarten ist. Inzwischen aber bin ich meinerseits eifrig bemüht, alle Anzeichen zu sammeln und zu prüfen, die schon jetzt die Möglichkeit zu ernstlichen Friedensverhandlungen zu gelangen, etwa erkennen lassen, und es wird nichts versäumt werden, um den richtigen Moment, wenn ein solcher sich bieten sollte, sofort zu ergreifen.[2]

Was Belgien betrifft, so stimme ich Euerer Königlichen Hoheit darin vollkommen zu, dass eine Angliederung des Landes an das Deutsche Reich nicht anzustreben ist;

---

1 Auf 5. Juni datierter Druck (mit Fehlern) bei K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 141 f., und Sendtner, S. 353 f.

2 Vgl. die fehlgehenden Deutungen dieses Briefs bei Sendtner, S. 353 f. (»Beruhigungspille«, Vertrauen »auf die Unbesiegbarkeit des deutschen Heeres«), Schwertfeger, Gutachten, S. 192 f. (unfassbarer »Optimismus«), Weiß, Kronprinz Rupprecht, S. 151; Nebelin, S. 429 (im Unterschied zu Kühlmann habe Hertling an den »Endsieg« geglaubt). Siehe unten Nr. 355. Während laufender Offensive wäre ein Friedensangebot unglaubhaft erschienen. Nach Mitteilung an seinen Sohn vom 6. August hatte Hertling, »von schweren Sorgen erfüllt«, den Kaiser bis dahin »für seinen Vorschlag gewonnen, den König von Spanien zur Vermittlung des Friedens unter Mitteilung der deutschen Bedingungen anzugehen, so bald sich die militärische Lage einigermaßen gebessert habe. Im übrigen war die O.H.L. aufgefordert, sich in der nächsten Zeit in Spa einzufinden, eine offene Bilanz über das bisher erreichte zu ziehen und sich darüber zu äußern, was möglicherweise noch zu erzielen war«. (K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 145 f.). Die Versuche zur Einschaltung König Alfons XIII. und Villalobars im Herbst 1917 waren missglückt (Steglich, Friedensappell Papst Benedikts XV., Nr. 456, S. 546, Nr. 465, S. 551 f.; ders., Friedensversuche der kriegführenden Mächte, S. LXII–LXXXVIII). Hertling hatte Erkundungen bei den USA, England, Belgien und bei Pacelli vornehmen lassen.

eine Schwierigkeit wird die während der Okkupation vorgenommene Verwaltungstrennung bilden.[3]

Ich werde den Monat Juli in Spa zubringen. Wenn es Euerer Königlichen Hoheit genehm wäre, könnte ich dann vielleicht die Gelegenheit zu einer mündlichen Aussprache in Euerer Königlichen Hoheit Hauptquartier ergreifen. Falls Euere Königliche Hoheit schon vorher eine Besprechung wünschen, würde ich nicht säumen, meinen Sohn an einem von Euerer Königlichen Hoheit zu befehlenden Termin dorthin zu schicken.

Ich bin
Euerer Königlichen Hoheit
ehrerbietig ergebenster
Graf von Hertling, Reichskanzler[4]

3 Bei seinem Besuch in Brüssel informierte sich Hertling »über die Verhältnisse im Lande, über die wirtschaftspolitischen Bestrebungen gewisser deutscher Interessentengruppen, über die Möglichkeit eines friedlichen Nebeneinanderlebens von Deutschland und Belgien in der Zukunft«. Er war danach »in ziemlich gedrückter Stimmung«. K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 143 f.

4 Schlussfloskel mit Unterschrift eigh.

353

Georg von Hertling an Eugenio Pacelli
[Berlin,] 6. Juni 1918

(eigh. Konz.; BArch, NlH, Nr. 51, f. 21–22)

Hochverehrter Herr Nuntius!

Euer Exzellenz bestätige ich mit bestem Danke den Empfang der beiden letzten geschätzten Schreiben.[1] Ich bin glücklich zu erfahren, dass mein Bericht über die in der Schweiz gepflogenen Verhandlungen und die unumwundene Anerkennung der hohen Verdienste, welche sich der h. Vater um die Linderung des Loses der Kriegsgefangenen erworben hat und fortgesetzt erwirbt, eine freundliche Aufnahme gefunden hat. Mit größter Freude hat mich die Nachricht erfüllt, daß in Folge einer Intervention S[eine]r Heiligkeit drei in Frankreich zum Tode verurteilte Deutsche begnadigt worden sind. Ein amtliches Dankschreiben der kaiserlichen Regierung wird Euer Exzellenz noch zugehen.

Ich komme sodann auf eine ganz andere Angelegenheit und bitte im voraus, meine hierauf bezüglichen Ausführungen als rein private zu betrachten.

Ein höherer hiesiger Beamter, der einer katholischen rheinischen Familie entstammt und sich seine warm-katholische Gesinnung bewahrt hat, ist kürzlich von einer nach Rumänien und Bulgarien unternommenen Reise zurückgekehrt. Neben seiner nächsten Aufgabe, einige Vorträge sozialpolitischen Inhalts zu Gunsten einer deutsch-freundlichen Propaganda zu halten, hat er sein Interesse den schwebenden kirchlichen Frage der Vereinigung der rumänischen und bulgarischen Kirche mit Rom zugewandt und in Bukarest mit dem dortigen römisch-katholischen Erzbischof Netzhammer[2], einem aus der Diözese Freiburg stammenden Deutschen, in Sofia mit

---

1 Daten nicht angegeben. Am 2. Juni dankte Pacelli Hertling für die in am 29. Mai 1918 »freundlich mitgeteilten Nachrichten über die Verhandlungen in Bern zwischen deutschen und italienischen Delegierten und die hiebei getroffenen Vereinbarungen« sowie dessen »Worte hoher Anerkennung« für den humanitären Einsatz Benedikts XV. (AEM, NlH). Die unter Schweizer Leitung geführten deutsch-italienischen Verhandlungen über die Gefangenen hatten zu einer Vereinbarung geführt, deren Entwurf gerade gedruckt und danach sogleich Pacelli zur Kenntnisnahme und Weiterleitung nach Rom zugesandt wurde. (Hertling an Pacelli, 29. Mai 1918, in: ›Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis [1917–1929]‹, Dokument Nr. 8528, URL: www.pacelli-edition.de/Dokument/8528 (10.1.2018). Vgl. Berner Vereinbarungen zwischen der Deutschen und der Französischen Regierung über Kriegsgefangene und über Zivilpersonen. Vom 26. April 1918. Nur für den Dienstgebrauch. (BayHStA GHA, Kabinettsakten König Ludwigs III., 48). Die Bestimmungen betrafen die Entlassung, Internierung und Ernährung der Kriegsgefangenen, Strafen, Vergeltungsmaßnahmen und die Abänderung der Berner Vereinbarung vom 15. März 1918.

2 Raymund Netzhammer OSB (1862–1945), aus Erzingen (Kreis Waldshut), 1884 Mönchsgelübde, 1886 Priesterweihe, 1887–1900, 1902–1903 Lehrer für Mathematik, Physik und Chemie am Stiftsgymnasium des Klosters Einsiedeln, 1900–1902 am Priesterseminar Bukarest, dort auch Superior

König Ferdinand eingehend besprochen.[3] An beiden Orten wurde ihm sehr ausdrücklich der Wunsch vorgetragen, daß der h. Stuhl dahin gehende Anregungen mit größerem Interesse, als dies bisher der Fall gewesen zu sein scheine, aufnehmen möge. Gewiß habe die Angelegenheit neben der religiös-kirchlichen auch eine politische Seite, und man verstehe es durchaus, wenn der h. Stuhl alles zu vermeiden suche, was ihm den Vorwurf zuziehen könnte, zu Gunsten einer der kriegführenden Mächte-Gruppen die Neutralität verletzt zu haben. Aber die Bedenken in dieser Richtung sind doch durch den Zerfall des kaiserlichen Rußland in hohem Grade verringert, wenn nicht ganz beseitigt worden. Eine Abwendung von der griechisch-orthodoxen Kirche bedeutet nicht mehr eine Abkehr von Rußland, da ein solches in dem früheren Sinne nicht mehr existirt, und noch weniger eine Abkehr von der Entente, da weder England, noch Italien, noch Frankreich mit der griechisch-orthodoxen Kirche etwas zu tun haben.[4] Bei der Mentalität der Balkan–Völker genügt es jedoch nicht, wenn zur Vorbereitung einer solchen schwerwiegenden und tiefgreifenden Maßregel Privatpersonen, Priester oder Laien, dorthin kämen; um die hohe Bedeutung derselben augenfällig hervortreten zu lassen, sei es dringend erwünscht, daß ein päpstlicher Legat dort erschiene, der auch nach außen in einer seiner Würde und der Größe der Aufgabe entsprechenden Weise auftreten könne. Dabei wäre es wohl zweckmäßig, wenn der Anfang in Rumänien gemacht würde und die begonnene Bewegung von da gleichsam nach Bulgarien hinüber schlüge, dies würde am meisten den Intentionen des Königs entsprechen. Jedenfalls dürfte es sich empfehlen, zunächst mit dem genannten Erzbischof in Bukarest in Verbindung zu treten.

Eine Verbindung mit der römisch-katholischen Kirche würde zweifellos für die religiöse Erstarkung der dortigen Bevölkerungen sich fruchtbar erweisen. Die

---

und Verwalter kirchlicher Güter, 1904 Rektor des Collegium Graecum in Rom, 1905–1924 Erzbischof von Bukarest, aufgrund ungeprüfter Vorwürfe von der Kurie zum Rücktritt genötigt. Er suchte und fand Umgang mit vielen rumänischen Staatsmännern und auswärtigen Diplomaten, bemühte sich um ein gutes Verhältnis zur orthodoxen Kirche, wandte sich vergeblich gegen den Kriegseintritt Rumäniens an der Seite der Entente und geriet »im 1. Weltkrieg zwischen die Fronten der den Mittelmächten gewogenen Kreise und der ententefreundlichen nationalen Bewegung«. Victor Conzemius, Netzhammer, Raymund, in: Historisches Lexikon der Schweiz. (10.1.2018). Er veröffentlichte Reiseberichte, Werke über Trigonometrie, Topographie, Kartographie, Archäologie und Numismatik, den Naturforscher Paracelsus, die frühchristliche Vergangenheit der Dobrudscha, die kirchliche Lage in Rumänien und führte ein umfangreiches Tagebuch. Netzhammer, Bischof, Bd. 1, Einleitung von K. Zach, S. 9–13. Vgl. Hieronymus Menges, Netzhammer, Raymund, in: NDB 19 (1999), S. 90–92; Adriány, S. 529–531.

3 Mit Netzhammer sprach am 23. Mai 1918 (Netzhammer, Bischof, Bd. 2, S. 820 f.) der Oberregierungsrat Dr. jur., Dr. med. h.c. Paul Kaufmann (1856–1945), Sohn des im Kulturkampf abgesetzten Oberbürgermeisters von Bonn, Leopold Kaufmann; 1886 Hilfsarbeiter, dann Regierungsrat im Reichsversicherungsamt, 1896 im Reichsamt des Innern, dort Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat, 1906–1923 Präsident des Reichsversicherungsamts. Auf vielen Reisen verschaffte er sich Aufschluss über die regional unterschiedlichen Versicherungen.

4 1917 zeigten sich Vertreter des russisch-orthodoxen Episkopats aufgeschlossen für die Katholiken und »begrüßten ökumenische Kontakte«. Doch blieb die Verbindung der Orthodoxie mit dem russischen Staat auch nach dem Fall des Zartums geschichtsmächtig. Filatov, S. 1479 f.

griechisch-orthodoxe Kirche hat niemals im Volksleben eine führende Rolle gespielt, der Pope ist nie ein Seelsorger gewesen. Die religiöse Verwahrlosung erklärt zu einem großen Teile auch die ungeheure Verbreitung der revolutionären Bestrebungen. Eine religiöse Erneuerung der Rumänen und Bulgaren, welche als Folge der Union erhofft werden darf, würde hiergegen ein Abwehrmittel sein.

Aber vielleicht sind alle diese Dinge dem h. Stuhle längst bekannt und unterliegen sie bereits der Prüfung und Vorbereitung an den dazu berufenen Stellen. In diesem Falle bitte ich, die obigen Ausführungen als nicht geschehen zu betrachten und meinen Uebereifer zu entschuldigen. Daß ich meinerseits etwa unternommene Schritte nach Bedarf und Möglichkeit gerne unterstützen werde, brauche ich nicht erst zu versichern.

Genehmigen Euer Exzellenz auch bei dieser Gelegenheit die Versicherung der ausgezeichneten Hochachtung, mit der ich verbleibe

[nicht gez.]

354

Eugenio Pacelli an Georg von Hertling
Monaco, 10. Juni 1918

Nunziatura Apostolica Baviera Nr. 7041 (masch. Or.; EAM, NlH)

Euere Excellenz

Hatten die Liebenswürdigkeit, mich mit einem Briefe vom 7. d[ieses][1] geneigtest zu beehren, von dessen Inhalt ich mit regstem Interesse Kenntnis nahm. Es war mir eine Herzensangelegenheit, von den im sehr geschätzten Schreiben sich findenden Ausführungen rein privaten Charakters den heiligen Stuhl genauestens vertraulich zu verständigen. Es wird mir ein Vergnügen sein, Euer Excellenz die diesbezügliche Rückäusserung des heiligen Stuhles sobald wie möglich geziemend zu übermitteln.

Empfangen Euere Excellenz auch meinerseits die Versicherung aufrichtigster und unwandelbarster Wertschätzung, mit der ich die Ehre habe zu sein

Euer Excellenz
ganz ergebenster
+ Eugen Pacelli Erzbischof von Sardi
Apostolischer Nuntius

1 Konz. Hertlings vom 6. Juni: siehe oben Nr. 353.

355

Leopold Krafft von Dellmensingen an Karl von Hertling
Heeresgr. [Rupprecht] Hauptqu., 11. Juni 1918

(masch. Or.; BArch, NlH, Nr. 41, f. 75)

Sehr verehrter Herr Graf!

Im Höchsten Auftrag nehme ich Ihre gütige Vermittlung mit der Bitte in Anspruch, Sie möchten Seiner Excellenz dem Herrn Reichskanzler den verbindlichsten Dank Seiner Königlichen Hoheit des Kronprinzen für die liebenswürdige Beantwortung Seines Briefes übermitteln und zur Kenntnis Seiner Excellenz bringen, dass es dem Kronprinzen eine ganz besondere Freude sein wird, den Herrn Reichskanzler gelegentlich des Aufenthaltes in Spa im nächsten Monat hier zu begrüssen. Eine frühere Rücksprache erscheint S[einer] K[öniglichen] Hoheit nicht geboten. Ich gestatte mir beizufügen, dass der Brief Seiner Excellenz, so viel ich beobachten konnte, den Kronprinzen wesentlich beruhigt hat.

Zugleich möchte ich Ihnen wärmstens danken für Ihren liebenswürdigen Brief vom 4. und Sie bitten, Seiner Excellenz meinen ehrerbietigsten Dank für die gütige Aufnahme meiner Bitte zu Füssen zu legen.[1]

Ich freue mich natürlich ausserordentlich Ihrem hochverehrten Herrn Vater in der nächsten Zeit meine Aufwartung machen zu können und hoffe sehr, hiebei auch Sie begrüssen zu können. Für alle Fälle möchte ich beifügen, dass ein absolut entsprechendes Quartier für Seine Excellenz hier jederzeit zur Verfügung steht.

Mit den besten Empfehlungen und der Versicherung meiner vorzüglichsten Hochachtung bin ich

Ihr
aufrichtig ergebenster
Krafft

1 Mit Handschreiben vom 2. Juni hatte Krafft Karl v. Hertling gebeten, den Brief Rupprechts vom 1. Juni 1918 an den Reichskanzler über die auswärtige Lage nicht der OHL zur Kenntnis zu bringen, weil dort und beim Kaiser eine ähnliche Äußerung Rupprechts früher schon »großes Mißbehagen hervorgerufen« habe. BArch, NlH, Nr. 41, f. 66.

356

Bündnisvertrags-Entwurf zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn
Berlin, 12. Juni 1918

(masch. Kop.[1]; BArch, R 43/2477, f. 177–178; Druck: Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 196 f.)

Artikel 1.
Die Hohen Vertragschließenden Parteien werden bei allen auftauchenden politischen und wirtschaftlichen Fragen allgemeiner Natur in einen Gedankenaustausch eintreten und einander Unterstützung in den Grenzen der Interessen Ihrer eigenen Reiche gewähren.

Artikel 2.
Sollte einer der Hohen Vertragschließenden von zwei anderen Mächten, darunter Rußland, Frankreich, Großbritannien oder Italien angegriffen oder durch eine Mobilmachung bedroht werden, so sind die Hohen Vertragschließenden verpflichtet, einander mit der gesamten Kriegsmacht Ihrer Reiche beizustehen und demgemäß Waffenstillstand und Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schließen.[2]

Artikel 3.
Sollte einer der Hohen Vertragschließenden in anderen als den in Artikel 2 vorgesehenen Fällen in einen bewaffneten Konflikt geraten, so ist der andere Hohe Vetragschließende mindestens zu wohlwollender Neutralität verpflichtet, das heißt zu allen im Interesse des Bundesgenossen liegenden Maßnahmen, die nicht nach allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen als Bruch der Neutralität anzusehen sind.

1 Diese Fassung des deutschen Vertragsentwurfs wurde laut Vermerk am Kopf des Schriftstücks in vier Exemplaren bei der Besprechung am 12. Juni im Reichskanzlerpalais dem Grafen Burian übergeben, der sie zur »genaueren Prüfung« in Wien entgegennahm. (BArch, R 43/2477, f. 165). Tags zuvor hatte Burian in Berlin den nur vier Artikel enthaltenden österreichischen Entwurf eines Bündnisvertrages übergeben, wie Bergen auf diesem Dokument vermerkte. Der daraufhin sofort vorgelegte deutsche Entwurf fasste Artikel 2 (im Burian-Entwurf Artikel I) unter Nennung der vier Mächte verbindlicher und übernahm mit kleinen Änderungen die Artikel 6 (Burian-Entwurf Artikel III), 7 (Burian-Entwurf Artikel II) und 8 (Burian-Entwurf Artikel IV). Weggelassen wurde die Präambel des Burian-Entwurfs, die das Bündnis vom 7. Oktober 1879 als »unbezwinglichen Schutzwall« pries, der »zu erneuern und auf eine allgemeinere, dauernde Grundlage zu stellen sei«; hinzugefügt wurden die Verpflichtungen der Artikel 1, 3, 4, 5. Druck des österreichisch-ungarischen Entwurfs [11. Juni 1918]: Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 195 f.

2 In der Besprechung über Österreich-Ungarn in der Reichskanzlei am 10. Mai 1918 erinnerte Kühlmann »an Bismarcks Gedanken, das Bündnis der beiden Länder als Staatsgrundgesetz erklären zu lassen«. BArch, R 43/2477, f. 144.

Artikel 4.
Die den Hohen Vertragschließenden obliegenden militärischen Leistungen und Aufwendungen werden durch ein besonderes Übereinkommen geregelt, das einen wesentlichen Bestandteil dieses Vertrags bildet.

Artikel 5.
Die Bestimmungen, die bisher das Bündnis zwischen den Hohen Vertragschließenden regelten, werden durch die Bestimmungen dieses Vertrags ersetzt und treten infolgedessen außer Kraft.

Artikel 6.
Der Vertrag soll, um jede Mißdeutung seines friedlichen Charakters auszuschließen, bis auf weiteres geheim gehalten und einer dritten Macht oder der Öffentlichkeit nur im Einverständnis beider Teile und nach Maßgabe einer besonderen Vereinbarung mitgeteilt werden.

Artikel 7.
Der Bündnisvertrag bleibt bis zum 1. Januar 1940 unverändert in Kraft.

Seine Geltungsdauer wird ohne zeitliche Begrenzung stillschweigend verlängert, wenn nicht von einem Hohen Vertragschließenden eine Überprüfung seiner Grundlagen oder der Eintritt in Verhandlungen über seine Abänderung vorgeschlagen wird.

Ein solcher Vorschlag kann vom 1. Januar 1938 ab zu jeder Zeit gemacht werden, vom Tage seiner Zustellung beginnt dann eine Ablauffrist von zwei Jahren.

Artikel 8.
Mit dem baldmöglichsten Austausch der Ratifikationsurkunden tritt der Vertrag in Kraft.

357

Georg von Hertling an Hermann von Grauert
Berlin, 13. Juni 1918

(eigh. Or.; AGG, Nr. 23)

Verehrter lieber Freund!

Für eine ganze Anzahl von Briefen habe ich zu danken und auf eine Reihe von Fragen und Anregungen zu antworten: Verzeihen Sie, wenn dies nicht sofort geschehen konnte, ich mußte mich erst selbst erkundigen. Was die Frage der Wiederanknüpfung und Sicherung des wissenschaftlichen Verkehrs mit dem Auslande betrifft, so bildet diese schon seit langer Zeit den Gegenstand der Aufmerksamkeit der beteiligten amtlichen Stellen, und ich selbst wende ihr persönlich und amtlich meine lebhafte Anteilnahme zu. Es sollte mich freuen, wenn sie in einer Weise gelöst werden könnte, die der deutschen Wissenschaft auch in Zukunft ihre friedliche und segensreiche Tätigkeit gewährleistet und erleichtert. Ob und auf welchem Wege dieses Ziel zu erreichen sein wird, läßt sich allerdings, wie Sie mir zugeben werden, unter den obwaltenden Verhältnissen auch nicht annähernd übersehen.

Schwere Sorge macht mir das Schicksal der Armenier. Die kaiserliche Regierung ist im Vereine mit der obersten Heeresleitung nachdrücklichst bestrebt dem Fanatismus und Rassenhaß der Türken entgegenzuwirken, leider muß ich befürchten, daß der Erfolg weit hinter unseren Wünschen zurückbleiben wird. Wie es scheint, haben neuerlich wieder Massacres stattgefunden, ob die Armenier dabei eine Mitschuld trifft, läßt sich nicht beurteilen.[1] Aber ich kann Sie versichern, wie ich dies auch kürzlich an Mgr. Pacelli geschrieben habe, daß unsrerseits nichts unterlassen wird, was geeignet erscheint, die Türken zur Vernunft und Mäßigung zu bringen.

Sehr interessiert hat mich der Bericht über die Vorstandssitzung der Görres-Gesellschaft und das beigelegte Protokoll.[2] Mein ganzes Herz hängt ja doch an dem so erfreulich fortschreitenden Wirken derselben. *Es dürften die finanziellen Grundlagen fehlen, um, wie vorgeschlagen und plausibel, die Vereinsgaben der Görres-Gesellschaft durch eine Monatsschrift zu ersetzen.*

1 Hertling stand hier eventuell unter der Nachwirkung der »kurzsichtigen militärischen Zensur«, aufgrund derer die deutschen Zeitungen die Armeniergreuel ableugneten oder sie »als berechtigte Verteidigungsmaßnahmen gegen den Aufruhr der Armenier hinstellten«, während im ungleich besser informierten Ausland der völlig falsche Eindruck erweckt wurde, »daß Deutschland das Vorgehen gegen die Armenier angeregt und organisiert habe«. Karge, S. 260. – Paul Karge (1881–1922), ehemals Stipendiat der Görres-Gesellschaft an der Forschungsstelle in Jerusalem, war seit 1917 Professor für Kunde des Christlichen Orients in Münster.

2 Liegt hier nicht bei.

Ueber Politik schreibe ich nichts. Unsre Hoffnung geht dahin, daß die glänzenden Erfolge unsrer Truppen an der Westfront in den Bevölkerungen der feindlichen Länder der Einsicht zum Durchbruche verhelfen wird, daß die Fortsetzung des Krieges verbrecherischer Wahnsinn ist.

Mit besten Empfehlungen und Grüßen von Haus zu Haus
Ihr ergebener
Hertling

358

Erhard Deutelmoser an Georg von Hertling und Richard von Kühlmann
Berlin, 14. Juni 1918

Der Pressechef beim Reichskanzler. Nr. 450/18.P. (masch. Or.; PAAA, R 20507, S. 194–197)

Geheim!

Die anliegende Denkschrift über eine »Deutsche politische Offensive«[1] ist eine ausgesprochene Dilettantenarbeit.

Schält man aus ihren allzusehr mit Theorie durchsetzten Erörterungen den praktischen Kern heraus, so zeigt sich, dass dieser eine unverkennbare Wesensverwandtschaft mit dem Grundgedanken der Reichstagsresolution vom 19. Juli[2] 1917 aufweist.

Auch diese vielumstrittene Resolution verfolgte den Zweck, die dem Frieden geneigten politischen Gruppen im feindlichen Ausland zu stärken und für uns in Bewegung zu setzen. Sie hat diesen Zweck aus zweierlei Gründen verfehlt: Erstens weil sie sich in der Wahl des Zeitpunktes vergriff, und zweitens, weil ihre Urheber keine geschickte Regie gemacht hatten.

1 Die von Oberst von Haeften auf Weisung Ludendorffs verfassten »Zwei Vorschläge zu einer deutschen politischen Offensive im Jahr 1918« vom 14. Januar (A) und 3. Juni 1918 (B) (Ludendorff, Urkunden, S. 473–486; Deutsch-sowjetische Beziehungen, S. 646–654), sandte der Erste Generalquartiermeister dem Reichskanzler mit Begleitschreiben vom 8. Juni zu. Ludendorff hatte die Arbeit Haeften in Auftrag gegeben mit der Absicht, durch »politische Propaganda« die »Heimatfront unsere Feinde« zu schwächen und erwartete von Hertling, »in umfassender Weise über beabsichtigte Maßnahmen« zur Umsetzung der Denkschrift unterrichtet zu werden. Ludendorff rechnete damit, dass sich die Kämpfe an der Westfront über eine weite Zeitspanne erstrecken würden und in den militärischen »Ruhepausen« die von Haeften vorgesehene »politische Handlung« einsetzen müsse. (PAAA, R 20505, S. 198 f.). Haeftens mit den militärischen Operationen eng abzustimmende »politische Offensive« sollte zur Erschütterung Lloyd Georges, Stärkung der Friedenspartei in England und Erreichung »eines politischen Sieges hinter den feindlichen Fronten« führen. Die Denkschrift v. 3. Juni (B) sah große öffentliche Demonstrationen nichtamtlicher Stellen vor, angeführt von früheren Staatsmännern und anerkannten Persönlichkeiten aus Adel, Diplomatie, Parlamenten, Parteien, Handel, Finanz und Industrie, um das Aus- und Inland zu beeindrucken. – Hans von Haeften (1870–1937), geb. auf Gut Fürstenberg bei Xanten, 1899–1901 Besuch der Kriegsakademie, ab 1903 Kommandierungen in den Großen Generalstab, 1910 Major, 1914 Adjutant des Generalstabschefs Helmuth von Moltke, bei der Kriegsnachrichtenstelle Ost, 1915 Intervention beim Kaiser gegen Falkenhayn, Juli 1916–November 1918 Leiter der Militärischen Stelle im AA (seit Juli 1918 Auslandsabteilung der OHL), im März 1918 Friedenssondierungen im Haag, im Oktober 1918 Befürworter der Fortsetzung des Krieges, 1919 Mitglied der Heeresfriedenskommission, 1920 a.D. als Generalmajor, 1920–1931 Leiter der Kriegsgeschichtlichen Abteilung des Generalstabs, 1931–1934 Leiter des Reichsarchivs, »Spiritus rector bei der Abfassung des amtlichen Weltkriegswerks«. Heinz Kraft, Haeften, Hans, in: NDB 7 (1966), S. 430 f.

2 Die endgültige Fassung der Friedensresolution des Reichstags vom 17. Juli 1917 wurde in der Plenarsitzung des Reichstags vom 19. Juli 1917 angenommen.

Auf den Kriegsschauplätzen war damals die Lage recht unklar. Daheim war die Stimmung gedrückt. Unter solchen Verhältnissen musste die Resolution vom Feinde als Zeichen der Schwäche missdeutet werden. Der gehässige innere Kampf, der ihr folgte, weil sie parteipolitisch und ohne genügende Fühlung mit den Behörden ins Werk gesetzt war, musste diesen Eindruck im Auslande noch verstärken.

Auch die Friedensparteien beim Feinde wollen ja keinen Frieden um jeden Preis. Auch ihnen ist ein günstiger Abschluss des Krieges lieber als ein schlechter. Sie sind also nur mobil zu machen und an die Herrschaft zu bringen, wenn ihnen die Ueberzeugung eingeflösst wird, dass jeder weitere Kampf die Lage ihres Heimatlandes verschlechtert, der baldige Abschluss des Friedens hingegen unter gemässigten, annehmbaren Bedingungen möglich ist. Unser Mangel an innerer Einheit ist daran schuld, dass wir es bisher nicht vermocht haben, diese Ueberzeugung im feindlichen Ausland zustande kommen zu lassen. Auch das stete Gejammer über die Nöte des Krieges bei uns wirkt selbstverständlich dem Frieden entgegen.

Das bemerkenswerteste an der Denkschrift der Militärischen Stelle ist, dass ihr Verfasser anscheinend nicht an die Möglichkeit glaubt, den Krieg durch blosse Waffengewalt zu beenden.[3] Diese Auffassungsweise von militärischer Seite ist neu. Wäre sie schon früher vorhanden gewesen, so hätte die Oberste Heeresleitung wohl zu der Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 eine andere Haltung eingenommen und auch bei mancher anderen Gelegenheit in aussenpolitischer Hinsicht weniger schroff den reinen Machtgedanken vertreten.

Die nächste praktische Frage ist, ob die Heeresleitung jetzt in der Tat den Entschluss gefasst hat, vertrauensvoller mit den für die äussere Politik verantwortlichen Stellen zusammenzuwirken. Will sie das, so bietet die Denkschrift einen willkommenen Anlass, endlich entscheidende Schritte zur vollen Verständigung über die fernere politische Taktik zu tun.

Von vorn herein muss dann aber auch betont werden, dass es nicht möglich ist, diese dringend erwünschte Einigung etwa nur auf aussenpolitische Fragen zu beschränken. Die äussere und die innere Politik sind gegenseitig bedingt.

Vor allem muss die Oberste Heeresleitung uns erst einmal helfen, im Inneren wieder Vertrauen und Einheit zu schaffen. Der wichtigste Schritt dazu ist, dass sie es uns mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln erleichtert, die preussische Wahlreform baldigst zustande zu bringen. Nur so ist es möglich, das allgemeine Vertrauen des Volkes zur Reichsleitung derartig fest zu verankern, dass wir allen äusseren Stürmen mit Sicherheit Trotz bieten können.

3 Die Denkschrift B vom 3. Juni 1918 endete mit dem Satz: »Ohne das Einsetzen einer planmäßig handelnden Staatskunst vor Abschluß der militärischen Operationen kann der staatsmännische Friede nicht sichergestellt werden, der allein unseren Interessen entspricht«. (Ludendorff, Urkunden, S. 486). Vgl. Kühlmanns zu dessen Rücktritt führende Rede. Günstig urteilt über die Denkschrift Haeftens Rosen, Wanderjahre, Bd. 3/4, S. 195 f.

Die zweite Voraussetzung für das Gelingen der vorgeschlagenen »politischen Offensive« ist, dass der Reichstag für die Beteiligung daran gewonnen wird. Diese Notwendigkeit wird in der Denkschrift garnicht erwähnt. Sie ist aber schlechthin entscheidend. Gerade weil der Reichstag früher bisweilen Nervenkrisen durchgemacht hat, wird im Auslande er und nicht die von der Zensur beschränkte Presse als Barometer der deutschen Volksstimmung angesehen. Neue Resolutionen braucht er zur Unterstützung unseres politischen Handelns garnicht zu fassen. Es wäre sogar, wie ich glaube, ein Fehler, wenn er das täte. Aber seine allgemeine Haltung muss derartig sein, dass das Ausland jede Hoffnung verliert, zwischen ihn, die Reichsleitung und die Oberste Heeresleitung jemals einen Sprengkeil treiben zu können. Die national vollkommen zuverlässigen Männer, von denen die Denkschrift spricht, sind vor allem im Reichstag zu suchen und dort auch zu finden. Kommen dann noch Andere mit hinzu, so ist es um so besser. Aber ohne oder gar gegen den Reichstag können die Anderen nichts machen, was daheim und im Auslande günstig und nachhaltig wirkt.

Die dritte Voraussetzung ist, dass auch die Presse unser politisches Handeln mit geschickter Rollenverteilung unterstützt. Auch das geht aber nur dann, wenn der Reichstag mitmacht, und der wiederum ist nur zu gewinnen, wenn wir die preussische Wahlrechtsfrage befriedigend lösen. Diese Frage ist also, wenn man die Sache nüchtern und praktisch ansieht, der Brennpunkt des Ganzen. Ihre Erledigung würde auch unmittelbar die stärkste Wirkung im Auslande haben.

Ehe die oben skizzierte allgemeine Grundlage unserer Zusammenarbeit mit der Obersten Heeresleitung festgelegt ist, hat es wenig Zweck, sich näher mit Einzelheiten zu beschäftigen. Die Verständigung über diese ergibt sich später von selbst.

Deutelmoser



Abb. 2
Robert de Fiori. Aus: Das Herrschinger Rathaus und seine Geschichte, hg. durch die Gemeinde Hersching am 15. September 2012, S. 5

359

Aufzeichnung Robert de Fioris
Zürich, 15. Juni 1918

A 34657 (masch. Or.[1]; PAAA, R 20507, S. 240–250)

Nach Rücksprache und im Einvernehmen mit Dr. Müller habe ich den von den österreichischen Nebenverhandlungen her sattsam bekannten Professor Herron in Genf besucht[2] und berichte im folgenden den nach meinen Aufzeichnungen wortgetreuen Inhalt der Gespräche, die ich in drei aufeinander folgenden Tagen mit dem Manne hatte,[3] den die Einen für einen puritanischen Fanatiker, die Anderen für einen politischen Abenteurer in geistlicher Maske halten, dessen persönliche

1 Anlage zum Handschreiben De Fioris an Bergen, Zürich 16. Juni 1918, in dem auf die Bedeutung einer »intimen aber engen Fühlung« mit dem »intimen Vertrauensmann Wilsons« auch wegen der von diesem zu erhaltenden »guten Nachrichten« hingewiesen ist. »Freilich müsste man takt- und maßvoll sein in Tat und Wort«. (PAAA, R 20507, S. 239). Brief und Anlage wurden gelesen von Bergen und Bussche; Vermerk: RK 22/6, aber keine Paraphe Hertlings.

2 Robert de Fiori (1854–1933), geb. in Görz mit Vorfahren aus Piemont, kurzes Jurastudium in Wien, Promotion ungewiss, obwohl er sich Dr. nannte, 1881–1914 römischer Korrespondent der liberalen Neuen Freie Presse (Wien); verheiratet mit der Österreicherin Maria geb. Unger. Er lieferte im Dienst des österreichischen Außenministeriums Informationen aus Rom. Wegen Ablehnung der Irredentapolitik und des Kriegseintritts Italiens musste er das Land verlassen, wurde im März 1916 wegen Spionageverdachts (Doppelagent für Italien) in München festgenommen, jedoch nicht an Österreich ausgeliefert. Danach hielt er sich in der Schweiz und in Herrsching am Ammersee auf und wurde vom AA als Informant angeheuert. In Zürich wohnte er 1917 in der Pension Tiefenau (Steinwiesstraße) mit seinem Sohn Ernesto (dieser war vorher Unteroffizier an der Westfront gewesen und völlig desillusioniert zurückgekehrt; der andere Sohn Mario diente in der italienischen Armee); 1919 kurz Redakteur bei der Münchener Post, danach wieder Agent Italiens, auch Benito Mussolinis, italienischer Generalkonsul in München, fiel dann bei den Faschisten in Ungnade. (Pohl, S. 179–182, 304–307, 310 f.) – Bekannt ist sein Sohn Ernesto de Fiori (1884–1945), geb. in Rom, ein angesehener, von klassischen Mustern ausgehender Bildhauer, Porträtist und Maler. Er verkehrte 1917/18 in Schweizer Künstlerkreisen. Bis zu seiner Auswanderung nach Brasilien 1936 unterhielt er Kontakte mit Prittwitz. (Vierneisel, S. 17, Einführung von Ursel Berger, S. 175 f., 180). Eine Niederschrift im AA: Betrifft Fiori-Herron, Berlin 17. September 1918, urteilt über R. de Fiori: »gebürtiger Oesterreicher, naturalisierter Reichsdeutscher, gewandt, unzuverlässig, jedoch brauchbar für gewisse Informationen, guter Kenner Italiens, daher von uns benutzt zu Berichterstattung über italienische Dinge von der Schweiz aus, erhält dafür laufende finanzielle Zuwendungen. Seit einigen Monaten ist auch Fiori mit dem Amerikaner Herron in Verbindung getreten und hat über seine Gespräche mit ihm berichtet«. Herron sei »typischer Amerikaner, reich, geschwätzig, naiv in politischen Dingen, eingebildet und indiskret, hält großes offenes Haus in Genf. Politiker und Agenten aller Länder gehen bei ihm ein und aus, kennt Deutschland gut von seiner Studienzeit her und betreibt in großem Maßstabe Pazifismus«. PAAA, R 20515, S. 83 f.

3 Der von einem Stenographen aufgenommene ausführliche Bericht Herrons (aus den Herron Papers) vom 14. Juni 1918 über das intensive Zwiegespräch (Copy of Dr. W. Robert de Fiori's First Report to the Imperial Chancellor. R. H. Lutz, Fall, S. 518–540) lässt eine wesentlich härtere Haltung Herrons erkennen als de Fioris obige Aufzeichnung v. 15. Juni, die dieser beim zweiten Zusammentreffen Anfang Juli Herron vorlas. Herron fand sie erstaunlich korrekt, außer dass de Fiori einige seiner Ausdrücke geglättet und hier und da ein Lob über Glanz und Ruhm deutscher Wissenschaft eingestreut habe. De Fiori habe den Einwand richtig gefunden, aber mit seiner

Vertrauensbeziehungen zum Präsidenten der Vereinigten Staaten anzweifeln oder ohne weiteres als schwindelhafte »Berühmung« bezeichnen. Der Eindruck, den ich von ihm gewann, rechtfertigt diese Verdächtigung nicht. Seinen puritanischen Dogmatismus hat Professor Herron wenn nicht ganz abgeschworen, so doch in einem täglich sich erneuernden Gedankenaustausche mit Europäern und Asiaten (jüngst erschienen in seinem Landhause »Le Retour« sogar drei Abgeordnete aus Bokhara[4]) der verschiedensten politischen und religiösen Bekenntnisse wesentlich gemildert; er ist heute überzeugt, die alte Welt bedürfe zur Genesung von ihren Wirrnissen und Irrungen weniger eines Chirurgen als eines klug abwägenden Therapeuten. Mit ihm, sagte er mir, habe aber Mr. Wilson seine amerikanisch gefärbten Sonderansichten auch über unsere deutschen Verhältnisse in Manchem geändert, wenn er es auch im Augenblicke unter dem Drucke der Kriegsstimmung nicht offen gestehen mag.-

Herron begann mit einer Erklärung, die er, wie er sagte, einem deutschen Gaste nach Wissen und Gewissen schuldig zu sein glaubte. Die Erklärung betrifft den Fall Quidde. Er versicherte bei seiner Ehre an dem Sensationsartikel des Berner Vertreters des Daily Telegraph (oder Daily Mail?) unschuldig zu sein.[5]

Rücksichtnahme auf den pathologischen Zustand der deutschen Nation erklärt. »He had to prepare his report for sick minds.« Ebd., S. 547 f.

4 Buchara, bedeutende Stadt in Usbekistan, zum russischen Reich gehöriges Emirat; seit März 1918 in schweren Turbulenzen zwischen Revolution und islamischer Geistlichkeit; 1920 von den Sowjets annektiert.

5 Der Bericht erschien am 10. Mai 1918 in dem auflagenstarken Londoner Morgenblatt Daily Mail, verfasst von dessen Berner Korrespondenten Frederick Sefton Delmer (1864–1931). Australischer Herkunft, anerkannter Anglist, der an den Universitäten Königsberg und Berlin lehrte, wurde Delmer 1914 als Ausländer wegen Spionageverdachts interniert, ging 1917 nach England und von dort als Korrespondent der Daily Mail auf den Kontinent. Der Artikel behauptete fälschlich, Quidde sei vom AA beauftragt und ein Freund Hertlings – den er indes nur vom bayerischen Landtag und als »Kollegen in der Münchner Akademie der Wissenschaften« kannte. De Jong, der mit Quidde Herron am 16. April 1918 besucht hatte, verlangte von Herron eine öffentliche Richtigstellung. Ludendorff forderte mit Schreiben v. am 2. Juni 1918 vom bayerischen Kriegsminister Hellingrath, Quidde nach diesem Treffen mit dem von ihm als deutschfeindlich eingestuften Herron zukünftig Auslandsreisen zu untersagen. Quiddes Niederschrift über das Treffen lässt aus, dass er Elsaß-Lothringen und Brest-Litowsk nicht preisgeben wollte. (Quidde, Ein persönliches Intermezzo, in: ders., Pazifismus, S. 189–191, 370 f., 374). Herron gab W. Wilson am 19. April 1918 einen sehr abfälligen Bericht über das Treffen mit Quidde und De Jong. In einer Mischung aus Arroganz und Weinerlichkeit – »so characteristic of the whole German mentality« – hätten beide es gewagt, den militärischen Angriff durch die zugleich vorgetragene Friedensoffensive zu rechtfertigen. (R. H. Lutz, Fall, S. 502–506). In einem Memorandum v. 14. Juni hielt Herron auch seine Erörterung dieses Treffens mit de Fiori fest. Dieser habe gesagt, das AA schulde eher Herron eine Entschuldigung für die Aufführung Quiddes als er, Herron dem AA. Außerdem habe Hertling Quidde nach dem Treffen einbestellt und ihm seine Fehlleistung, auch weil er eine indiskrete Person wie De Jong mitgenommen habe, vorgehalten. R. H. Lutz, Fall, S. 513 f.; vgl. Briggs, S. 45–48.

Professor Quidde[6] hätte furchtbar aufgeregt gesprochen, ihn gar nicht zu Worte kommen lassen. Er schrie, warf die Arme umher, schluchzte, war mit einem Worte so masslos erschüttert, dass er ihm wohl herzliche Trostworte gab, politische Erklärungen aber unterliess, weil er fürchten musste, missverstanden zu werden. Es wäre ihm unmöglich, die Mitteilungen Quiddes annähernd genau zu wiederholen, ihrer zwei betrafen jedoch Elsass-Lothringen und den Frieden von Brest-Litowsk. Deutschland mache, sagte Quidde, seine grundsätzliche Zustimmung zu einem Kompromissfrieden davon abhängig, dass beide Fragen von den Friedensverhandlungen ausgeschieden bleiben, doch würde das Reichsland vor den Verhandlungen sicher zum Bundesstaate erklärt werden, und dürfe er annehmen, Deutschland werde um der Menschlichkeit willen in der zweiten Frage teilweise nachgeben, wenn die Entente darauf bestünde.- *Von ihm, Herron, sei kein Wort nach außen gedrungen, Wilson bedauere den Zwischenfall sehr, wolle aber mit dem Journalisten keine Polemik beginnen. Herron würde sich freuen, wenn seine deutschen Freunde und vielleicht auch Graf Hertling darüber unterrichtet würden.*

Noch eines, fuhr er fort, liege ihm am Herzen, und wünsche er endgültig zu erledigen, ehe er auf die Rätsel (so) der deutschen Kriegs- und Friedensziele zu sprechen komme.

Im Einvernehmen mit Washington habe er im Januar und Februar von Kaiser Karl angeregte Verhandlungen mit Professor Lammasch über einen Kompromissfrieden geführt, nicht um die Mittelmächte zu entzweien oder einen Sonderfrieden abzuschließen, sondern um die dem Weltkrieg entsprossenen moralischen, politischen und wirtschaftlichen Interessengegensätze zu schlichten und der gemarterten Menschheit einen dauerhaften, versöhnlichen Frieden zu sichern. Lammasch sei grundsätzlich damit einverstanden gewesen, dass Kaiser Karl seine Friedensmission mit einem Reformakt einleite und seinen Völkern die nationale Selbstverwaltung gewähre. Ein vollständiges Home Rule für die italienischen Kronländer mit Triest als Hauptstadt und mit der Zusicherung, nach einer bestimmten Anzahl von Jahren über ihr Schicksal frei entscheiden zu können, hätte die ethischen, nationalen und wirtschaftlichen Bedürfnisse des italienischen Volkes befriedigt, die Irredenta-Gelüste beseitigt, den Einklang mit den italienischen Sprachgenossen herbeigeführt und die Treue der Einwohner zu ihrem alten Staatsverband erhalten.

In Hinsicht Elsass-Lothringens versprach Professor Lammasch, Kaiser Karl würde Alles aufbieten, um Deutschland für den Plan zu gewinnen, das Reichsland zum

6 Ludwig Quidde (1858–1941), Kaufmannssohn aus Bremen, 1881 Dr. phil. (Geschichte) in Göttingen, danach Mitarbeiter an der Editon der Deutschen Reichstagsakten, Ältere Reihe, 1889 deren Leiter, 1890–1892 Sekretär des Preußischen Historischen Instituts in Rom, Professor, 1892 Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, 1902–1911 des Münchener Gemeindekollegiums, 1907–1918 des bayerischen Landtags (linksliberal), 1919–1920 der Deutschen Nationalversammlung (DDP), 1914 Präsident der Deutschen Friedensgesellschaft, 1927 Friedensnobelpreis, 1933 Exil in Genf; Schriften u.a.: Der Militarismus im heutigen Deutschen Reich, 1893. Vgl. Quidde, Pazifismus, S. 11–28.

freien Bundesstaate zu erheben, und Frankreich eine zollpolitische Gemeinschaft im neuen Bundesstaate sowie ein Abkommen, betreffend den Austausch ihrer Überschüsse an Eisen, Kohle und Kali, anzubieten.

Die Verhandlungen seien gescheitert, weil Karl sich nicht an die Absprache gehalten habe, auf die in der letzten Rede Wilsons geäußerte Hoffnung, Karl werde seine Völker für frei und mündig erklären, einen entsprechenden Aufruf an seine Völker zu richten.[7] *Dadurch gewitzigt, habe er jüngst das Gespräch mit einem hochgestellten Österreicher verweigert. Wir muteten Deutschland hinsichtlich der Reichslande nichts zu, was seine Macht und sein Ansehen mindere, und es werde in nicht ferner Zeit erkennen, dass seine Macht und seine Herrlichkeit ihre sichersten Anker in der Gerechtigkeit und in der Sympathie der Welt besäßen. Nach seinem bisher ruhigen, fast skandierten Vortrag habe Herron dann in lebhaftem Ton erzählt, Wilson habe das verräterische Angebot des Deutschland und den Kaiser unerhört schmähenden Königs der Bulgaren, zu ihm überzulaufen, abgelehnt, damit Deutschland größte Schwierigkeiten auf dem Balkan erspart sowie der Politik der alten Schule entsagt. Amerika ziele auf den Sieg des Rechtsgedankens und ein Ende jener Gewaltpolitik, zu der sich die Führer des deutschen Volkes bekennen würden.*

Auf meine Einwendung, Deutschlands Schuld am Kriege sei im schlimmsten Falle nicht grösser als die der anderen Völker, antwortete er: Von geschehenen Dingen zu reden, sei unnütz, welche Gesinnung habe aber Deutschland in Brest-Litowsk bewiesen? Er gebe Alles zu, die unsinnige Ablehnung der europäischen Entente sich mit an den Konferenztisch zu setzen, den Wahnwitz de[r] Bolschewiki, mit denen ein vernünftiges Wort kaum zu reden war, Alles wolle er zugeben, welches Rätsel habe sich aber Deutschland mit einem Frieden aufgegeben, der eine ungeheure Volksgemeinschaft vom Meere so gut wie abschliesst, die sogenannten Randländer von ihrem natürlichem Wirtschaftsgebiete trennt, um kurzsichtiger Ziele willen, die wenn auch erreicht, auf die Dauer nicht festzuhalten wären? Deutschland habe sich den Frieden mit de[n] Staatsphantomen Lenins und des Kosakenhetmanns[8] um den Preis der Feindschaft aller denkenden Menschen in den Randländern, in Grossrussland und in der Ukraine erkauft, und sein moralisches Ansehen in der Welt ernstlich aufs Spiel gesetzt. Wie könne man sich diesen Rückfall in die Napoleonische oder

7 Gemeint wohl ein Aufruf Karls als Antwort auf die Rede Wilsons v. 11. Februar 1918. Herron machte hier wie im Februar 1918 gegenüber Julius Meinl Karls Unterlassung einer »great action« für den Abbruch der Verhandlungen verantwortlich, der aber mehr an den unvereinbaren Kriegszielen lag. Briggs, S. 81–84.

8 Pawlo Skoropadskyj (1873–1945), geb. in Wiesbaden, aus Adelsfamilie Poltawas, Militärkarriere, 1912 General in der zaristischen Armee, hohe Frontkommandos. Nach der Oktoberrevolution bot er der neuen ukrainischen Regierung seine Dienste an, die am 9. Februar 1918 Frieden mit Deutschland schloss. Am 29. April 1918 gründete er nach einem Putsch mit Hilfe der deutschen und österreichischen Truppen, die die ukrainische Rada gegen die Rote Armee zu Hilfe gerufen hatte, das kurzlebige Hetmanat Ukraine (Ukrainischer Staat). Er erhielt in Deutschland Exil, wurde 1945 Opfer des großen Fliegerangriffs auf Plattling und starb im Kloster Metten. Vgl. zu seinem Besuch in Berlin und Spa im September 1918 K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 163 f.

Metternichsche[9] Politik der rücksichtslosen Ausbeutung des militärischen Übergewichts anders erklären, als dass die deutschen und österreichischen Unterhändler einem augenblicklichen materiellen Erfolge zuliebe die Rücksichten opferten, die sie dem Geiste der Zeit und zuletzt auch der Würde und Wohlfahrt ihrer Völker schuldeten. Dieser Friede werde auch kein Brotfriede sein, er lasse sich von keinem Standpunkte weder rechtfertigen noch erklären. Deutschland würde also sich selbst am besten dienen, wenn es sich bereit zeige, die Verhältnisse Osteuropas im Vereine mit anderen Grossmächten einer freundschaftlichen aber gründlichen Nachprüfung zu unterziehen. *Es müsse sich von dem Wahn befreien, das Angelsachsentum strebe nach der Weltherrschaft.*

Was Amerika denke und wolle.

Professor Herron fuhr fort:

England hätte vor dem Kriege sein Bestes getan, um mit Deutschland Frieden und Freundschaft halten zu können. Sie lächeln? Es wäre Ihnen schwer, das Gegenteil zu beweisen. Was Amerika betrifft, so würde seine Selbstlosigkeit, wenn Deutschland die Hand zum Frieden böte, aus seinen vermittelnden Bemühungen am Konferenztische untrüglich hervorgehen. Amerika ist in den Krieg getreten, um Deutschland zu ernüchtern und für den Gedanken einer gesitteten Rechtsgemeinschaft unter den Völkern zu gewinnen, nicht um es zu verderben und zu vernichten. Amerika weiß, was es will, und wird es so oder so durchsetzen. *Die Deutschland vor dem Krieg friedlich und freundschaftlich gesinnte öffentliche Meinung habe sich unter dem Eindruck der rücksichtslosen deutschen Machtpolitik innerhalb von zwei Jahren gewandelt. Das ganze amerikanische Volk glaube, Deutschland wolle einen Siegfrieden, es werde aber lieber zugrunde gehen, als sich einem Gewaltsystem unterwerfen. Ein ursprünglich aus Pionieren und Flüchtlingen bestehendes Volk könne zu einem Volk von Fanatikern werden. Die amerikanische Organisationsarbeit für die Durchführung des Krieges sei nicht zu unterschätzen. Trotz großartiger Leistungen, seiner Meistertechnik und seines Erfindergeistes, sei Deutschland nun vom Kampf ums Dasein bedrängt.* Aber es hat sich die ganze Welt zum Feinde gemacht und wird unterliegen müssen – wenn es nicht rechtzeitig erkennt, dass die selbstgewollte Fortsetzung dieses unseligen Krieges ein Frevel an Gott und der Menschheit ist. Amerika kann den Krieg fünf oder auch zehn Jahre weiterführen. Es stellt Frankreich und Italien Munition, Lebensmittel und Geld uneigennützig[10] zur Verfügung, auf dass sie nicht zusammenbrechen. In längstens einem Jahre wird es in der Lage

9 Klemens Wenzel Fürst Metternich-Winneburg (1773–1859), geb. in Koblenz, aus rheinischem Adelsgeschlecht, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Straßburg und Mainz, der Naturwissenschaft und Medizin in Wien, 1801 österreichischer Gesandter in Dresden, 1803 in Berlin, 1806 in Paris, 1809–1848 österreichischer Außenminister, Vertreter des monarchischen Prinzips und einer antirevolutionären Gleichgewichtspolitik.

10 Wort im AA rot unterstrichen.

sein, die erschöpften französischen Truppen abzulösen und an der Seite Englands allein weiterzukämpfen. […]

[a]Es gibt zwei Wege, die Welt aus der furchtbaren Not eines unabsehbar langen Erschöpfungskrieges zu retten.

1. Deutschland lässt Amerika seine Bereitwilligkeit zu einem versöhnlichen Ausgleichsfrieden erkennen, und Präsident Wilson lädt die Nationen der Welt ein, einen Bund zu bilden, in dem Deutschland an Ansehen und Macht ungemindert der ihm gebührende Platz mit den gleichen Rechten und Pflichten eingeräumt wird.
   Natürlich würde diesem Geschehnisse ein vertraulicher Gedankenaustausch vorangehen müssen. Ich spreche hier nicht in amtlicher Eigenschaft, doch ist es meine tiefe persönliche Ueberzeugung, Mr. Wilson wird, wenn Deutschland es ehrlich meint, glücklich sein, seine Autorität für diesen heiligen Zweck einzusetzen. Wollen die deutschen Kreise darüber im Klaren sein, ehe sie einen vertraulichen Schritt tun, so will ich Mr. Wilson herzlich gerne bitten, sich mir gegenüber persönlich zu äussern.-
2. Deutschland hat im Augenblicke alle militärischen Trümpfe in der Hand. Es kann ohne den leisesten Schein einer Demütigung einen Friedensantrag unter erwägbaren Bedingungen stellen. Der Kaiser würde seinen Namen in der Weltgeschichte verewigen, wenn er der Menschheit verkündete, nicht nach einem Gewaltfrieden stehe ihm der Sinn, sondern nach einem Frieden der allen Völkern nach Recht und Billigkeit in gleicher Weise gerecht werde. Wenn auf einem dieser zwei Wege irgend etwas getan werden soll, so möge es rasch sein. Denn der Augenblick ist nicht ferne, da Amerika sagen müsste, es ist zu spät. Dann aber Gnade uns Gott, uns Allen!
   Ich sage das nicht, um die Entwicklung einer Friedensaktion zu beschleunigen, oder um bange zu machen, ich weiss, die elfte Stunde hat bereits geschlagen.
   Sagen Sie dies meinen deutschen Freunden, und wenn Sie können, sagen Sie es dem Grafen Hertling: Die Geschicke Deutschlands und der Welt hängen einzig und allein vom guten Willen des Kaisers und seines Kanzlers ab.-

Im letzten Abschnitte der Unterredung zeichnete Professor Herron die Grundlienien [!] eines von der Entente erwägbaren Friedensantrags wie folgt[11]:

---

a-a Im AA in eckige Klammern gesetzt.

11 Der folgende »erwägbare Friedensantrag« bzw. diese »erwägbaren Friedensbedingungen« bildeten, geringfügig ergänzt, die »terms of peace«, die de Fiori als Angebot der bayerischen Regierung am Abend des 1. Juli in Genf Herron mitteilte und die dieser seinen Kommittenten berichtete. Conversations with Herron, Second Interview with Dr. de Fiori. Bavarian peace overtures. 8. Juli 1918. R. H. Lutz, Fall, S. 551 f.

°Wiederherstellung Belgiens – Verträge betreffend die Sicherung und Freiheit der deutschen Schiffahrt auf Schelde und Rhein.-

Elsass-Lothringen erhält completly Home Rule. Free Trade für Frankreich im neuen Bundesstaate – Verträge betreffend den zollfreien Austausch der Ueberschüsse an Kohle, Eisen und Kali zwischen Deutschland und Frankreich.°[12]

Selbständigkeit Polens (keine austropolnische Lösung) Flaggenhoheit für den neuen Staat auf Weichsel und Memel, dazu einen freien Ausgang in die Ostsee – etwa durch Lithauen –.[13]

Selbstverwaltung aller österreichischen Völker nach den mit Professor Lammasch vereinbarten Grundsätzen. Selbstverwaltung aller nicht magyarischen Völker in Ungarn.

Regelung der adriatischen Fragen: Selbstverwaltung für Triest, das Küstenland und Welschtirol mit Triest als Hauptstadt und Freihafen. Wiederaufnahme des Nahverkehrs zwischen zwischen Triest, Venetien und der Lombardei, wie vor 1859. Abschaffung aller Differentialtarife zugunsten Triests – Selbstverwaltung für Dalmatien, Bosnien und Herzegowina.

Wiederherstellung Serbiens mit einem Freihafen in der Adria.

Alle übrigen Balkanfragen der Konferenz vorbehalten.

Freundschaftliche Erörterung des Friedens von Brest-Litowsk und Bukarest.

Amerika verpflichtet sich in allen deutschenglischen Kolonial- und Weltmarktfragen zwischen England und Deutschland zu vermitteln, bis zu einem beide Teile befriedigenden Ausgleich.

Abrüstung.[a]

Nochmals Elsass-Lothringen.

Es kam die Stunde des Abschieds, Professor Herron legte seinen puritanischen Prinzipieneifer völlig ab und sprach in weichen Tönen von seiner Liebe zu Deutschland. Er habe da seine schönsten Jugendjahre verlebt, als Student das Rheinland, Thüringen, Bayern mit keinem anderen Gepäck als dem Rucksack und einer von der Mutter immer wieder sorgsam gefüllten Geldtasche durchwandert.[14] Viele frohe und

---

°-° Im AA mit rotem Ausrufungszeichen am Rand versehen, Text mit rotem Schrägstrich durchgestrichen.

12 Nach seinem Bericht v. 14. Juni stellte Herron nicht diese Friedensbedingung, sondern führte, im Dissens über diesen Punkt, aus: Elsaß-Lothringen sei das europäische Symbol für Deutschlands gestörtes Verhältnis zur Zivilisation und für das Prinzip der preußischen Expansion und Herrschaft; um des entgegengesetzten Prinzips und um der Selbstbestimmung der Völker willen habe Amerika den Krieg begonnen. R. H. Lutz, Fall, S. 522 f.

13 Danach handschr. mit Rotstift: »und weiter?«

- Im AA mit rotem Ausrufungszeichen am Rand versehen, Text mit rotem Schrägstrich durchgestrichen.

14 Herron hielt sich zu Reisen und Studien nach 1883 zwei Jahre in Europa auf. Briggs, S. 9.

gute Menschen habe er da kennen gelernt. Die Meisten sind nun tot, aber die noch leben, bewahren ihm heute noch ein freundliches Gedächtnis.[15] Im reiferen Mannesalter hätte er sich, wäre es nicht die Sorge um die Mutter gewesen,[16] in Deutschland, am liebsten in München, niedergelassen, seine Kinder wären heute vielleicht, wer könne es wissen, sogar gute Deutsche, denn ihre Mutter sei deutscher Herkunft und ihre ganze Verwandtschaft lebt jenseits des Rheins.

Sein Eifer, seine Mahnungen und Warnungen entsprängen nicht feindseligen Gefühlen, sondern seiner Herz und Verstand ergreifenden Sorge: ein ganz geringes Entgegenkommen von deutscher Seite und der Friede wäre da. Er zermartere sich in schlaflosen Nächten den Kopf über einen rettenden Ausweg aus dem furchtbaren Massenmord.

Warum sollte Deutschland in der Reichslandsfrage die [b]geringen Zugeständnisse[b], die man von seiner Klugheit erwartet, verweigern? Glauben Sie mir, England wird uns in Irland ein weit grösseres Opfer bringen müssen, müssen sage ich, denn es hat sich hierzu verpflichtet, als welches dem deutschen Volke und seinem Kaiser angesonnen wird[17] – wenn es überhaupt ein Opfer genannt werden darf.

Amerika missgönne Deutschland weder seinen Kultur- und Wirtschaftseinfluss in der Welt noch seine Erfolge in Wissenschaft, Technik, Handel und Industrie, sondern wolle es nur von seinem Irrglauben an das Gewaltsystem zu seiner schlichteren, friedlichen Weltanschauung bekehren. Lockt es den Kaiser nicht durch eine grossherzige Tat die tausendjährige Fehde zwischen Frankreich und Deutschland zu tilgen, und das Elsass für Franken und Germanen zu einem dauernden Friedenspfande zu gestalten, zu einer Brücke der Verständigung auf der die zwei grössten, genialsten Völker des Europäischen Continents sich versöhnt die Bruderhand reichen würden?

Ich wüsste dem Kaiser keinen grösseren Ruhm als den er durch diese sein Volk und die Menschheit befreiende Tat seinem Namen erringen würde.

---

15 De Fiori kam in seinem nächsten Bericht auf diese bewegenden Worte zurück. »I shall begin with the beautiful words you spoke of your feelings about Germany in your student days, and of how you told me that in all your early vacations, when you had a choice of where you would go, you would always end by choosing a walking tour, alone or with a friend through some new part of Germany. We are a romantic people, you know, not withstanding our hard present materialism, and I shall thus touch a tender spot even in the heart of our Hindenburg.« Conversations with Herron, Second Interview with Dr. de Fiori. Bavarian peace overtures, 8. Juli 1918. R. H. Lutz, Fall, S. 562.

16 Isabel Davis Herron war nach der Geburt ihres Sohnes zeitlebens kränklich.

b-b Im AA rot unterstrichen.

17 Mit Vertrag v. 6. Dezember 1921 erlangte Irland die Trennung von Großbritannien, verblieb aber im Commonwealth. Die Abtrennung der sechs Grafschaften von Ulster sorgte für jahrelangen Bürgerkrieg. Die volle Unabhängigkeit wurde erst mit der Verfassung von 1937 und dem Ausgleich mit England 1938 erreicht.

Mit diesen Worten, vom Professor in tiefer Bewegung gesprochen, war das Gespräch zu Ende. Von der Schwelle rief er mir aber noch zu: Man verfüge über mich, ich bin zu allem bereit, sagen Sie dies Ihren Freunden…

Ich muss mich eines persönlichen Urteils über den komplizierten Mann enthalten, halte ihn aber für durchaus ehrenwert und aufrichtig und glaube, man täte wohl daran, mit ihm in diskreter Fühlung zu bleiben.[18]

Robert de Fiori

18 De Fiori fragte Bergen im Begleitbrief v. 16. Juni, ob er auch seinen Sohn zum Verkehr mit Herron heranziehen könne, da dieser sehr gut englisch spreche und schreibe und »als Künstler und Mensch die figure du rôle« habe, »um sich in dem internationalen Getriebe des Herron'schen Hauses weder fremd zu fühlen noch aufzufallen«. PAAA, R 20507, S. 239.

360

James McNally an Robert Lansing
Zürich, 17. Juni 1918

(Telegramm; Druck: FRUS 1918, 1, Bd. 1, S. 260)

While the German Government deny that they are making a peace offensive they cannot deny the truth that they are anxious to make peace and also Hertling is most desirous of making his terms known to the President of the United States. They are anxious for the status quo ante and would vacate every foot enemy ground now occupied but only after a peace treaty had been signed. They still maintain, however, that the question of Alsace and Lorraine is not debatable. This information is reliable.

[McNally]

361

Robert de Fiori an Diego von Bergen
München, 20. Juni 1918

AS 2815 (eigh. Or.[1]; PAAA, R 20507, S. 273–274)

Euer Hochgeboren, zur gef[älligen] Kenntnißnahme: ich bin mit einem Briefe Dr. Müllers für Herrn v. Dandl hierhergereist, und werde Montag, spätestens Dienstag früh wieder nach der Schweiz zurückfahren.

Ich habe in Müllers Auftrage dem bayr[ischen] Ministerpräsidenten meinen Bericht über Professor Herron vorgelegt. Herr v. Dandl bat mich vor meiner Abreise noch einmal bei ihm vorzusprechen, da er sich die im Berichte enthaltenen Mitteilungen gut überlegen wolle, und zu einigen Punkten vielleicht einen Kommentar brauchen könnte. Er fragte eindringlich, ob ich den Bericht »auch wirklich schon« an Sie abgesandt hätte, und ob ich nicht glaube, daß es zweckmäßig wäre Ihnen meine Eindrücke auch mündlich mitzuteilen. Ich habe die Frage verneint, da Sie über weitaus die meisten der von Prof. Herron berührten Fragen, soweit sie die Stellung Amerikas betreffen, durch Müller und auch durch mich vollständig im Bilde sind. Auch möchte Müller, daß ich sobald wie möglich wieder bei ihm wäre. – Zudem ist mein Sohn jetzt in Genf und hat da mit einigen Freunden Herrons (Deutschen und Österreichern) Beziehungen angeknüpft, die mir wahrscheinlich wertvollen Nachrichtenstoff liefern werden, und ich möchte die gute Gelegenheit meinen Jungen von Fall zu Fall gründlich zu instruieren, nicht versäumen. *Sein Sohn schrieb ihm kurz nach seiner Abreise, von einer Versicherung Herrons erfahren zu haben, dass Amerika, wenn Paris falle, Japan ohne weiteres freie Hand lassen würde. Er ist unter der durchgeschalteten Herrschinger Telefonnummer 74 bis nächsten Montagabend vor- und nachmittags immer erreichbar.*

Ich bin Euer Hochgeboren
dankergebenster
Dr. Robert de Fiori

1 pr. 23. Juni 1918; Sichtvermerke Bergens und Bussches, eigh. Randbemerkung Haniels: »H. v. Bergen mit Dank zurück. Daß der Betreffende mit Herron in Fühlung [blei]bt, bestehen wohl [kei]ne Bedenken. 23 VI«.

362

Georg von Hertling an Stephan Ehses
Berlin, 21. Juni 1918

(eigh. Or.; AGG, Nr. 5,3)

Lieber verehrter Herr Prälat!

Sie wissen, daß ich immer ein säumiger Korrespondent gewesen bin, und werden auch wohl begreifen, daß meine gegenwärtige Lage nicht dazu angetan ist, mich zu bessern, aber nun darf ich doch nicht länger warten, nachdem Ihr Brief vom 18. d[ieses] M[onats] mir das Gewissen geschärft hat. Was die unglücklichen Armenier betrifft, so kann ich nur wiederholen, was ich an Mgr. Pacelli und auch an Freund Grauert geschrieben habe, es wird von deutscher Seite nichts unterlassen, um die Türken zur Vernunft und Mäßigung zu mahnen.[1] Man ist sich hier vollkommen dessen bewußt, daß die von den Türken verübten Greueltaten uns auf's Konto geschrieben und von Seiten der Entente nichts versäumt wird, uns vor der internationalen Öffentlichkeit zu diskreditiren und namentlich im Vatikan anzuschwärzen. Von Seiten der türkischen offiziellen Persönlichkeiten werden uns immer wieder beruhigende Zusicherungen gemacht, aber die Sorge wird dadurch nicht aus der Welt geschafft, daß bei dem Mangel einer kräftigen [staat]lichen Organisation in den betreffenden Ländern religiöser Fanatismus und Rassenhaß ihr Unwesen treiben. Wir tun, was wir können, aber die Entfernungen sind groß, die Verbindungen schlecht und das Uebel meist schon geschehen, ehe man es verhindern konnte.

Die Anregungen der wissenschaftlichen Korporationen, betr[effend] die Sicherung der wissenschaftlichen Interessen nach dem Frieden mit den feindlichen Ländern habe ich sofort in's Auswärtige Amt gegeben, und sie werden auch zweifellos Beachtung auf deutscher Seite finden, der Erfolg ist leider bei dem wahnsinnigen Haß der Franzosen auf Jahre hinaus zweifelhaft. Mit Italien wird es wohl am ehesten gehen.

Ihre Bemerkungen in dem Schreiben vom 7. über Unannehmlichkeiten, die Freund Müller in Koblenz durchzumachen hatte, habe ich nicht ganz verstanden, da ich über die Details der Vorgänge nicht orientirt war. Sie dachten ja wohl an die letzte

1 Laut einer im Auftrag des AA durch die preußische Gesandtschaft Pacelli überreichten Denkschrift intervenierte die deutsche bei der türkischen Regierung, die vor dem Militär in die Berge geflohenen und vom Hungertod bedrohten Armenier in ihre Heimat zurückkehren zu lassen. Eine entsprechende Zusage der Türkei sei nach erneuten deutschen und österreichischen Beanstandungen erfolgt. Pacelli an Gasparri, 8. August 1918, Ausfertigung, in: ›Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917–1929)‹, Dokument Nr. 8475, URL: www.pacelli-edition.de/Dokument/8475 (12.1.2018).

Reichstagswahl, mit der aber doch die Gegenseite keine Ehre eingelegt hat.[2] Ich sehe Müller hier seltener als ich möchte, ich glaube, seine übertriebene Bescheidenheit trägt die Schuld daran, und doch bin ich, weiß Gott, für meine alten Freunde jetzt kein anderer geworden, als der ich zur Privatdozentenzeit in Bonn gewesen bin.

Und Sie denken daran, von München Abschied zu nehmen und zum schönen Rhein zurückzukehren! Das kann ich gut begreifen, wenngleich München für mich und die Meinigen ein Ziel der Sehnsucht ist. Wann wir wieder dorthin zurückkommen werden, wer weiß es? Daß ich meinen 75. Geburtstag in einer begonnenen Friedensaera würde feiern können, wage ich nicht zu hoffen, trotz aller unserer glänzenden Erfolge im Westen und der andauernden Zuversicht der Obersten Heeres Leitung. Wir können nichts tun, als auf Gott vertrauen und den Kopf oben behalten. Mit besten Grüßen vom ganzen Haus

in herzlicher Verehrung
Euer Hochwürden ergebener
Hertling

2 Hertlings früheren Wahlkreis Koblenz-St. Goar hielt seit 1893 der Zentrumsabgeordnete Georg Wellstein (1849–1917), Amts-, später Oberlandesgerichtsrat und Geheimer Justizrat. Er erreichte 1912 66,5 % der Stimmen, 1893: 61,9 %, sonst hatten die Ergebnisse für ihn über 70 % gelegen. Reibel, S. 910, 1706.

363

Georg von Hertling an Werner von Grünau
Berlin, 21. Juni 1918

Der Reichskanzler. (masch. Or.[1]; PAAA, R 22147-1, S. 279–281, 289)

Nr. 139 A.S. 2746./94389. Geheim!

Euer Hochwohlgeboren übersende ich in der Anlage ergebenst eine Aufzeichnung, betreffend Errichtung eines Sperrgebietes an der ostamerikanischen Küste mit dem Ersuchen, die politisch sehr wichtige Angelegenheit bei Seiner Majestät zum Vortrage zu bringen.

Zu Euer Hochwohlgeboren streng °vertraulicher und zwecks mündlicher geheim zu behandelnder Verwertung ausschließlich bei Seiner Majestät° füge ich hinzu, daß aus dem nachstehenden besonderen Grunde der gegenwärtige Zeitpunkt für die Errichtung eines solchen Sperrgebiets als durchaus ungeeignet anzusehen ist:

*Im Frühjahr des Jahres nämlich hatte sich ein hochangesehener, einflußreicher und mit Wilson persönlich befreundeter Amerikaner in einem neutralen Lande erboten, nach Amerika zu reisen und dort Präsident Wilson die gegenwärtige Lage in Europa unparteiisch auseinander zu setzen, um zu versuchen, auf diese Weise Friedensverhandlungen anzubahnen. Zu diesem Zwecke erbat er sich von der Kaiserlichen Regierung authentische Informationen über die deutsche Politik und die Zustände in Deutschland. Ich habe daraufhin ein Mitglied des Auswärtigen Amts zu dem Amerikaner entsandt, um letzterem die gewünschten Informationen zu geben.[2] Nach längerem, durch die Treibereien der Entente sowie friedensfeindlicher amerikanischer Elemente verursachten Aufenthalt ist der Amerikaner am 7. d[ieses] M[onats] von Bordeaux aus nach Amerika abgereist. Präsident Wilson ist von dieser Seite (Reise im Konz.) unterrichtet. Unser Vertrauensmann will von Amerika aus telegraphisch über die Aufnahme, die er gefunden hat, berichten. Ein solcher Bericht muß also in diesen Wochen eintreffen. Ohne sich über die Aussichten der Demarche Illusionen zu machen, erscheint es doch selbstverständlich, daß dieser Schritt nicht

1 Kopfvermerk: »Auf[zeichnun]g an Exz. v. Müller 25/6 früh«. Konz. zu Nr. 139, gez. von Kühlmann u. Haniel: PAAA, R 21520, S. 1–4. – Georg Alexander (1900 von) Müller (1854–1940), geb. in Chemnitz, 1871 Kadett, Eintritt in die Kaiserliche Marine, 1874 Leutnant zur See, Auslandskommandos, seit 1889 Verwendungen im Marinekabinett, 1904–1906 diensttuender Flügeladjutant, 1905 Konteradmiral, 1906–Oktober 1918 Chef des Marinekabinetts, 1910 Admiral, Generaladjutant Wilhelms II.; er beriet mit Valentini den Kaiser im konstitutionellen Sinne und trat der zivilen Reichsleitung aufgeschlossen gegenüber; Ende 1918 z.D. Frank Nägler, Müller, Georg Alexander von, in: NDB 18 (1997), S. 391 f.

°-°, °-° Vom Empfänger unterstrichen.

- Übernommen aus Haniels Reinkonz. v. 19. Juni 1918.

2 Siehe oben Nr. 321.

durch eine Maßnahme durchkreuzt werden darf, die, wie die Verlegung des rücksichtslosen Ubootkrieges an die amerikanische Küste, von Präsident Wilson und dem amerikanischen Volke als die Ansage eines Kampfes auf das Messer angesehen werden wird. Selbst den guten Willen der amerikanischen Regierung vorausgesetzt, würde die Rücksicht auf die öffentliche Meinung ihr verbieten, zu einem solchen Zeitpunkt sich auf irgendwelche Verhandlungen einzulassen. °Wenn ferner das Ergebnis dieser Aktion – mag man sie für hoffnungsvoll oder für aussichtslos halten – nicht abgewartet wird, so wird ebenso wie im Januar 1917 als wir die Friedensvermittelung Präsident Wilsons offiziell annahmen, gleichzeitig aber den Ubootkrieg erklärten,[3] das zeitliche Zusammentreffen der Mission des Amerikaners mit der Verlegung des Ubootkriegs in die amerikanischen Gewässer als ein neuer Beweis für die Heimtücke und Verhandlungsunwürdigkeit der deutschen Regierung aufgefaßt werden,° und auch späteren Friedensanbahnungen im Wege stehen. °Schon aus diesem Grunde und um des Ansehens der Kaiserlichen Regierung willen würde zum mindesten auf einer Verschiebung des Ubootkrieges an der ostamerikanischen Küste bestanden werden müssen.°*

Hertling

Anlage
Aufzeichnung betreffend U-Bootkrieg an der nordamerikanischen Ostküste[4]

Unter dem 1. März 1918 teilte Admiral v. Holtzendorff mit, dass er beabsichtige, ein Sperrgebiet an der amerikanischen Ostküste zu errichten, dass aber die betreffende Erklärung voraussichtlich nicht vor Mitte Mai werde zu erfolgen brauchen. Seine Majestät, dem er bereits Vortrag gehalten, habe den Plan grundsätzlich genehmigt.

3 »The apparent duplicity of the chancellor's [Bethmann] decision« (Jarausch, S. 303) wirkte auf Wilson sehr ungut. Einerseits wurde Botschafter Bernstorff am 29. Januar 1917 angewiesen, Wilsons Vermittlungsangebot zur Herbeiführung einer direkten Konferenz der Kriegführenden anzunehmen«, andererseits die Note über den verschärften U-Boot-Krieg zu übergeben. (Bethmann Hollweg, Betrachtungen, S. 274–276, 134). Die am 31. Januar 1917 dem Botschafter der USA in Berlin ausgehändigte Note sprach sich für Wilsons vor dem US-Senat erklärte Grundsätze für einen »Frieden ohne Sieg« (Selbstbestimmung der Völker, Freiheit der Meere) aus und erklärte zugleich wegen der englischen Hungerblockade den uneingeschränkten U-Boot-Krieg. Schulthess 58, NF 33 (1917/I), S. 78–81; vgl. ebd. (1917/II), S. 858–863 (über die angeblich südamerikanische Vorlage der Rede Wilsons).

4 Folgende Aufzeichnung gleichlautend mit dem kleine eigh. Korrekturen tragenden Reinkonz. Haniels vom 19. Juni 1918, gez. von Kühlmann u. Haniel; es fehlen nur die in Hertlings Brief an Grünau übernommenen Passagen des Reinkonz. PAAA, R 21519, S. 194–203, masch. Reinschrift ebd., S. 204–211.

Gegen diese Mitteilung wurde zunächst mündlich geltend gemacht, dass es durchaus unangängig sei, wenn in einer Angelegenheit politischen Charakters der Admiralstab unter Umgehung des Herrn Reichskanzlers Seiner Majestät Vortrag halte. Der Admiralstab wandte ein, dass Herr v. Holtzendorff seinerzeit dem Herrn Reichskanzler von dem Plane Kenntnis gegeben und dass dieser dem Projekt zugestimmt habe. Wie indessen festgestellt worden ist, hat der Kanzler eine solche Zustimmung niemals erteilt. Vielmehr hat Herr v. Holtzendorff lediglich gesprächsweise dem Herrn Reichskanzler gegenüber den Plan der Errichtung eines solchen Sperrgebiets erwähnt, ohne dass der Kanzler sich seinerseits zu diesem Projekt zustimmend geäussert hätte. Auch dem von dem Admiralstab als Zeugen angerufenen Unterstaatssekretär von Radowitz ist von einer zustimmenden Erklärung des Reichskanzlers nichts bekannt. Schriftlich ist dem Admiralstab am 12. März d[ieses] J[ahres] von dem stellvertretenden Herrn Staatssekretär erwidert worden, dass er sich eine Stellungnahme vorbehalten müsse, da sich noch nicht übersehen lasse, wie sich die Lage bis zu dem in Aussicht genommenen Zeitpunkt gestalten werde.[5] Bei der hochpolitischen Bedeutung der Frage würde gebeten, keinerlei Schritte zu unternehmen, die die Entscheidung zu präjudizieren geeignet sein würden.

Trotzdem versucht nunmehr der Admiralstab, das Auswärtige Amt vor ein fait accompli zu stellen, indem er die Errichtung des Sperrgebiets als eine bereits beschlossene und unabwendbare Tatsache hinstellt, die betreffenden Veröffentlichungen auf den 25. Juni ansetzt und kurzerhand mitteilt, dass er die Allerhöchste Genehmigung in nächster Zeit nachsuchen werde.[6] Mündlich wurde diese schriftliche Mitteilung noch dahin ergänzt, dass der Admiralstab sich auf keine langen Besprechungen einlassen könne, sondern den Vortrag bei Seiner Majestät schon in diesen Tagen halten werde. Warum gerade jetzt, nachdem der Admiralstab während drei und einhalb Monaten in der Frage nichts hat von sich hören lassen, plötzlich innerhalb weniger Tage eine solche Entschliessung getroffen werden muss, wird in dem Schreiben des Admiralstabs nicht begründet. Aus mündlichen Mitteilungen scheint hervorzugehen, dass trotz unserer Bitte, die Entscheidung nicht zu präjudizieren, tatsächlich schon U-Boote in Fahrt

5 Schreiben Bussches v. 12. März 1918 (Reinkonz. Haniels): PAAA, R 21518, S. 7 f. Der Admiralstab wollte mit seinem Plan die sinkende Erfolgsquote im U-Bootkrieg heben. Der Reichskanzler reagierte darauf mit Kopfschütteln. Wilhelm II. entschied am 2. Juli gegen den Admiralstab; »der Kaiser soll, wie mir mein Vater erzählte, sogar recht barsch gegen die Herren von der Marine gewesen sein«. K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 115 f.; siehe unten Nr. 375.

6 Der Chef des Admiralstabes der Marine teilte dem Staatssekretär Kühlmann am 17. Juni 1918 im Anschluss an sein Schreiben vom 1. März mit, dass er im Einvernehmen mit dem Chef des Generalstabes des Feldheeres »bei nächster Gelegenheit« den Kaiser um die auf 25. Juni zu datierende Erklärung eines Sperrgebiets von der Ostküste Kanadas bis nach Charleston und zu den Bermuda–Inseln bitten werde. »Die Fahrt zwischen Spanien und den freien Häfen« südlich davon werde »kaum berührt«. PAAA, R 21519, S. 192 f.

gesetzt sind mit der Anweisung, auf der anderen Seite des atlantischen Ozeans an einem bestimmten Tage den rücksichtslosen U-Bootkrieg zu beginnen.

Schon bei der Entsendung der U-Boote nach der ostamerikanischen Küste zu Zwecken des Kreuzerkrieges hat sich der Admiralstab einer Übergehung des Auswärtigen Amtes schuldig gemacht und diesem erst die erfolgte Ankunft der U-Boote auf der anderern Seite des Ozeans angezeigt, obwohl dem Admiralstab die politischen Bedenken genau bekannt waren, die das Auswärtige Amt gegen jede Kampfhandlung in jenen Gewässern hegt. In verstärktem Masse aber sind solche Bedenken gegen die Errichtung von Sperrgebieten in den dortigen Gegenden zu erheben.

Gegen eine derartige Geschäftsbehandlung, die dahin führen würde, dass dem Reichskanzler in Fragen von so weittragender politischer Bedeutung nicht einmal Gelegenheit zur Stellungnahme und zur Beteiligung am Vortrage bei Seiner Majestät gegeben ist, muss Verwahrung eingelegt werden.

Die grundsätzlichen, wiederholt geäußerten und sehr ernsten Bedenken gegen diese Ausweitung des U-Bootkriegs bestehen unvermindert fort.

Immer noch stehen in Amerika weite Kreise dem Kriege teils apathisch, teils unmittelbar ablehnend gegenüber. Selbst diejenigen, die den Eintritt Amerikas in den Krieg billigen, betrachten letzteren vielfach mehr als eine Art Kolonialkrieg, der um gewisser demokratischer Ideale willen ohne patriotische Begeisterung geführt wird. Die Amerikanische Regierung aber ist trotz Wilsons Machtbefugnisse [!] letzten Endes doch von der öffentlichen Meinung abhängig, und zwar umso mehr, als der Staat in Ermangelung einer allgemeinen straffen Beamtenorganisation überall auf die freiwillige Mitarbeit der Bevölkerung angewiesen ist. Wird diese Mitarbeit nicht oder nicht mit Eifer gewährt, so wird dadurch die Kriegsvorbereitung entsprechend gehemmt. Die Langsamkeit, mit der die amerikanischen Rüstungen sich bisher vollzogen haben, dürfte nicht zum geringsten Teil auf den Widerstand solcher retardierenden Elemente zurückzuführen sein. Dementsprechend bemüht sich die Regierung, und zwar allerdings mit steigendem Erfolg, durch Terrorisierung der öffentlichen Meinung einmal die pazifistische Bewegung zu knebeln, auf der anderen Seite nützt sie jedes Mittel, um den Massen den Ernst des Krieges nahe zu bringen und sie dadurch zu grösseren Opfern und energischerer Mithilfe anzuspornen. Für diese Zwecke der Kriegshetze bietet das Auftreten von U-Booten an der amerikanischen Küste ein höchst willkommenes und äusserst wirksames Propagandamaterial. Wie sehr der Amerikanischen Regierung gerade eine derartige Gelegenheit erwünscht kommt, lässt sich schon aus dem Eifer ersehen, mit dem bereits früher Nachrichten von dem Auftauchen von U-Booten an der amerikanischen Küste erfunden und

- Stattdessen im Reinkonz. Haniels: »Sollte der Admiralstab dennoch auf seiner Absicht bestehen, so dürfte schärfster Protest bei Seiner Majestät dem Kaiser einzulegen sein«.

propagandistisch verwandt wurden. Schlagworte wie »Die deutschen Barbaren greifen nunmehr den amerikanischen Boden an«, »eine deutsche Invasion droht«, »New York wird bombardiert werden«, erscheinen durchaus geeignet, um auch die bisher Gleichgültigen und Säumigen aufzuhetzen. Durch eine Tätigkeit der U-Boote an der amerikanischen Küste geben wir also der Amerikanischen Regierung selbst das beste Werkzeug in die Hand, um die Kriegsstimmung zu heben und die Rüstungen zu fördern.

Vielleicht mögen die U-Bootangriffe und die Erklärung eines Sperrgebiets in Amerika vor allem an der Küste in Börsen- und Schiffahrtskreisen eine gewisse Aufregung, ja selbst zeitweise eine Panik erzeugen. Es hiesse aber die Psyche des Amerikaners gänzlich falsch beurteilen, wenn man sich von solchen Mitteln eine einschüchternde Wirkung verspräche.

Die auch von Kennern der aktuellen amerikanischen Verhältnisse hervorgehobenen Nachteile des Vorhabens würden nur durch dauerhafte und durchschlagende Erfolge wie Vernichtung von feindlichem Schiffsraum, Störung der Schiffstransporte von Truppen und Kriegsmaterial, Bindung feindlicher Kräfte und Blockierung von Häfen ausgeglichen werden, für die ständig eine größere Anzahl vor der US-Küste operierender U-Boote erforderlich wäre. Wegen der geringen Zahl geeigneter, weit von ihrer Basis entfernter Boote scheinen solche Resultate aber ausgeschlossen. Das Schreiben des Admiralstabs enthält keine Angaben über die Zahl der ständig im neuen Sperrgebiet verfügbaren U-Boote und keine ziffernmäßigen Hinweise auf die zu erwartenden feindlichen Verluste infolge der Versenkung von Handels-, Munitionsschiffen und Truppentransportern. Schon allein dieser Mangel an tatsächlichen Unterlagen würde es unmöglich machen, einem Schritte von so ausserordentlicher Tragweite zuzustimmen. Einer mündlichen Mitteilung des betreffenden Referenten im Admiralstabe zufolge, würde zurzeit nur damit zu rechnen sein, dass etwa drei U-Boote gleichzeitig in den amerikanischen Gewässern operieren werden. Wie ein Blick auf die von dem Admiralstabe beigefügte Karte zeigt, reicht aber das vorgesehene Sperrgebiet nicht nur in seiner Breitenausdehnung quer über den Atlantischen Ozean bis nahe an das Sperrgebiet um England und die Azoren heran, sondern umfasst auch die ganze amerikanische Ostküste von Labrador bis Florida, darunter zahlreiche grosse Häfen wie Halifax, Portland, Boston, Providence, New London, New York, Philadelphia, Hampton Roads, Georgetown, dazu die Bermuda–Inseln. Selbst für den Nicht-Fachmann erscheint es aber ohne weiteres klar, dass drei U-Boote mit ihrer verhältnismässig geringen Fahrtgeschwindigkeit nicht im entferntesten imstande sind, eine derartige Küstenstrecke und eine so gewaltige Meeresfläche auch nur zu beobachten oder abzupatrouillieren, geschweige denn, dass sie vermöchten, die Häfen zu blockieren und jene Meere zu beherrschen, kurz, wie der Name doch besagen sollte: das Gebiet zu sperren. Dabei soll dahingestellt bleiben, ob die Anzahl von U-Booten, die – unter Berücksichtigung des zeitraubenden Hin- und Rückweges – für diese Operationen notwendig sein würde, nicht zweckmässiger zur Sperrung der englischen und französischen

Häfen zu verwenden wäre, in denen, wie beispielsweise in Bordeaux, regelmässig die amerikanischen Truppen- und Munitionstransporte einlaufen.

Zu bezweifeln ist auch, ob dieser ferne Einsatz amerikanische Kräfte von Europa abziehen würde, da die Amerikaner angesichts der schon bestehenden Bedrohung durch U-Boot-Angriffe ohnehin ständig Abwehrmittel bereithalten. Schiffsversenkungen durch das drüben schon tätige U-Boot sind nicht bekannt.

Zu befürchten ist, dass trotz des Wage- und Opfermuts der U-Bootbesatzungen nur von den Amerikanern als Nadelstiche empfundene Augenblickserfolge eintreten werden. Eine solche aufreizende Politik erscheint indessen Amerika gegenüber am wenigsten am Platze. Denn uns kann nicht daran liegen, Amerika, die letzte Hoffnung der Entente, nun unsererseits noch immer tiefer in den Krieg hineinzuhetzen und zu vermehrten Anstrengungen anzuspornen. Endlich sollte auch nicht übersehen werden, dass wir zwar die Hoffnung haben dürfen, unsere übrigen Gegner niederzukämpfen, dass wir aber schwerlich je in der Lage sein werden, Amerika den Frieden zu diktieren. Andererseits ist immerhin die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dass Amerika, gerade weil es nicht um seine Existenz kämpft, schliesslich am ersten zum Frieden geneigt sein und in diesem Sinne auf die Entente einwirken wird.

Zu den vorstehend skizzierten unsere Politik Amerika gegenüber betreffenden Erwägungen kommen aber noch Rücksichten auf die neutralen Staaten, vor allem Spanien, Argentinien und Chile. Es darf dabei nicht ausser acht gelassen werden, dass die neutralen Staaten den rücksichtslosen U-Bootkrieg nicht als ein durch die Notwehr uns aufgezwungenes Kampfmittel würdigen, dass er für sie vielmehr lediglich eine völkerrechtswidrige, heimtückische Vernichtung von Gütern und Menschenleben bedeutet. Mit den genannten Staaten ist aber gerade infolge unserer Seekriegsführung sowie infolge des ständig wachsenden Druckes der Entente und Amerikas unser Verhältnis schon ohnehin ein so gespanntes, dass es keinerlei Belastungsprobe mehr verträgt. Es kommt hinzu, dass wir mit einzelnen dieser Staaten besondere *Vereinbarungen wegen ihres Handels getroffen haben. So ist Spanien die ungehinderte Einfuhr gewisser Landesprodukte nach Amerika ausdrücklich zugesagt worden. Argentinien ist Schonung für seine Schiffe versprochen worden, wogegen Präsident Irrigoyen[7] sich verpflichtet hat, die argentinischen Schiffe vom Befahren des Sperrgebiets abzuhalten.* Es ist daher dringend zu befürchten, dass alle diese bisher noch neutralen Staaten die Sperrgebietserklärung, die ihnen die wichtigsten bisher noch offen stehenden

- Am Rand doppelt angestrichen.

7 Hipólito Irigoyen (1852–1933), geb. in Buenos Aires, Lehrer, Freimaurer; er kämpfte für soziale Reformen, den Ausbau der Schulbildung, Mitbestimmung und Hebung der Mittel- und Arbeiterschichten, 1912 Einführung des allgemeinen Wahlrechts, 1916–1922 und 1928–1930 Präsident Argentiniens; während seiner ersten Amtszeit bescherte der Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse dem Land einen großen Wirtschaftsaufschwung.

Häfen verbieten will, als einen unerträglichen Eingriff in ihre Schiffahrts- und Handelsfreiheit betrachten werden. Sie werden das Sperrgebiet weder rechtlich noch tatsächlich anerkennen und sich nicht auf die wenigen, im Süden der Vereinigten Staaten ihnen freigelassenen Häfen beschränken. Falls daher ein Bruch nicht sofort erfolgt, würde er aller Voraussicht nach von dem ersten in jenen Gewässern sich ereignenden Zwischenfalle herbeigeführt werden. Damit würde aber zunächst in Gestalt der in jenen Ländern liegenden deutschen Schiffe unseren Feinden weit mehr Schiffsraum zugeführt werden, als der U-Bootkrieg in vielen Monaten zu vernichten imstande ist. Ganz abgesehen aber von diesem unmittelbaren Nachteil sowie den unabsehbaren volkswirtschaftlichen Verlusten, die auch für die Zeit nach dem Kriege durch einen Bruch mit Spanien, Argentinien und Chile entstehen würden, dürfte es auch mit Rücksicht auf die Kriegslage wohl nicht zu rechtfertigen sein, wenn wir jetzt, wo wir uns dem Ende des Krieges zu nähern hoffen, ohne zwingende Notwendigkeit die Gefahr heraufbeschwören, dass dem Feinde durch den Anschluss weiterer neutraler Staaten neue moralische und materielle Kräfte zugeführt werden.

Die vorstehend dargelegten Bedenken, die sich gegen die Verlegung des U-Bootkrieges nach der amerikanischen Küste im allgemeinen, insbesondere aber gegen die Errichtung eines Sperrgebietes dortselbst richten, führen zu dem Schluss, dass die militärischen Vorteile einer solchen Massnahme in keinem Verhältnis stehen zu den damit verbundenen Nachteilen und Gefahren, dass daher vor allen derartigen Schritten auf das dringendste gewarnt und die Verantwortung für ihre politischen Folgen abgelehnt werden muss.

364

Georg von Hertling an Paul von Hindenburg
Berlin, 25. Juni 1918

Der Reichskanzler. zu Rk 18370 K.J. (Telegramm[1], Reinkonz.; BArch, R 43/2398k, f. 326)

Euer Exzellenz beehre ich mich auf das Telegramm vom gestrigen Tage ergebenst zu erwidern, dass der Text der Rede des Staatssekretärs von Kühlmann im Reichstage vom 24. Juni mir vorher nicht vorgelegen hat.[2] Wenn der zweite Teil der Rede den Eindruck erweckt hat, als ob wir Veranlassung hätten, an dem siegreichen Ausgang des militärischen Kampfes zu zweifeln, so entspricht dies durchaus nicht meiner Auffassung.[3] Auch hat Staatssekretär v. Kühlmann dies keineswegs zum Ausdruck bringen wollen. Ich beabsichtige, heute nachmittag selbst im Reichstag zu sprechen und den aus der Kühlmannschen Rede gezogenen Schlüssen und der Auffassung, als habe der deutsche Siegeswille nachgelassen, mit allem Ernst entgegenzutreten.

Reichskanzler Graf von Hertling.
H[ertling] 25/6
v[on] Sch[lieben] 25/6

1 Telegr. »geschr[ieben] u. ab: 25/6 18 10.15 vorm.« Korrekturen und Paraphe Hertlings.

2 Mit direkt an den Reichskanzler gerichtetem Telegr. v. 24. Juni verlangte Hindenburg Aufklärung darüber, ob Kühlmann aus eigener oder aus Hertlings Veranlassung diese »Erklärungen über die militärische Lage« »ohne vorherige Verständigung« mit ihm abgegeben habe, die »auf die Kampfentschlossenheit in der Heimat und im Heer und auf die Belebung des Widerstandsgeistes im feindlichen Lager« niederschmetternd wirken würden. BArch, R 43/2398k, f. 324–325.

3 Kühlmann hielt am 24. Juni in Vertretung Hertlings die Rede zum Etat des Reichskanzlers und des AA und zur außenpolitischen Lage. Im ersten Teil gab einen breiten Überblick über die Lage bei den Verbündeten, den Neutralen und den Oststaaten. Am Ende des zweiten Teils übernahm er für die Kaiserliche Regierung das am 16. Mai ausgesprochene Angebot Asquiths und der britischen Regierung, für Schritte und einen Antrag »in der Richtung eines ehrenvollen Friedens« offen zu sein. Er erwartete gegenseitiges Vertrauen als Voraussetzung für den Moment, an dem ein »Gedankenaustausch« angetreten werden könne und die Denunzierung von Annäherungsversuchen aufhöre. »Ohne einen solchen Gedankenaustausch wird bei der ungeheuren Größe dieses Koalitionskrieges und bei der Zahl der in ihm begriffenen auch überseeischen Mächte durch rein militärische Entscheidungen allein ohne alle diplomatische Verhandlungen ein absolutes Ende kaum erwartet werden können (Sehr richtig! links. – Hört! Hört!)«. Dank unserer militärischen Erfolge sei die Siegeshoffnung der Entente nur »Traum« und »Illusion«, Friedensangebote der Entente seien zu erwarten. Sten. Berichte, 13. Leg.-Per., 2. Sess., Bd. 313, S. 5607–5612, 5011 f.

365

Georg von Hertling an Werner von Grünau
Berlin, 26. Juni 1918 2.30 nm.

Zu Rk 18360 K.J. (Telegramm in Ziffern, Konz. Radowitz'; BArch, R 43/2398k, f. 329–330)

Geheim.

Falls S.M. auf die Rede von Kühlmann und ihre Folgen zu sprechen kommt, so bitte ich folgendes auszuführen.

Ich verkenne keineswegs, daß die Rede, die zum Teil absichtlich mis[s]verstanden und falsch gedeutet worden ist, auf die Stimmung im Reichstag im Volk und im Heer schlecht zu wirken geeignet war. Ich habe daher, um den Eindruck einer schwächlichen Haltung der Reichsregierung nicht aufkommen zu lassen, meinerseits am 25ten eingegriffen und versucht den Sinn der Kühlmannschen Rede klarzustellen.[1] Seine eigene Erklärung am 25ten hat dann einige Irrtümer in der Auslegung der Rede durch die Rechte ausgeräumt. Trotzdem bleibt als Resultat eine grosse Unklarheit und Misstimmung [!], da auch die linke Presse von dem Staatssekretär abrückt und ihm nach seiner zweiten Rede vorwirft, es fehle ihm die Überzeugungstreue und er stehe nicht zu seiner am Tage vorher proklamierten Überzeugung. Die OHL hat natürlich in schärfster Weise gegen die Äußerungen des St[aats]S[ekretär]s protestiert, da sie davon im Heere einen sehr schlechten Eindruck befürchtet. Sie wird daher mit aller Kraft auf seine sofortige Entfernung vom Amt drängen. Eine solche halte ich aber[2] im Augenblick für untunlich. Die Sozialdemokraten würden sie als eine Kampfansage und als Beweis dafür ansehen, daß die politische Leitung ganz von der militärischen dominiert wird. Dieselbe Auffassung würde der linke Flügel des Zentrums vertreten und auch der Freisinn, der sachlich mit Herrn von Kühlmann übereinstimmt, würde Schwierigkeiten machen.[3] Wir kämen dann in

1 Hier gab Hertling die »authentische Interpretation« (so Norddeutsche Allgemeine Zeitung) der Rede Kühlmanns. Dieser habe sich der ihm übertragenen Aufgabe, über die politische Lage im Osten, von Finnland bis zum Schwarzen Meer, die ihm durch erfolgreich geführte Verhandlungen bestens bekannt sei, im Einzelnen zu berichten, sachgemäß unterzogen. Die Tendenz des missverstandenen zweiten Teils der Rede sei lediglich gewesen, die Verantwortung für die Fortsetzung und Verlängerung des furchtbaren Krieges den Feindmächten im Sinne seiner Rede vom 25. Februar 1918 zuzuweisen. Unsere Siegeszuversicht sei unerschüttert. In seiner daran anschließenden zweiten Ansprache vom 25. Juni zerpflückte Kuhlmann, zu sehr ins Einzelne gehend, Westarps Auslegung, er habe die militärischen Entscheidungen im Kriege als sekundär oder unerheblich abgewertet. (Sten. Berichte, 13. Leg.-Per., 2. Sess., Bd. 313, S. 5640–5642; Schulthess 59, NF 34 [1918/I], S. 213–216); irrig Naumann, Dokumente, S. 360, dass Hertling »zu aller Erstaunen« den Angriff der OHL auf Kühlmann nicht zurückgewiesen habe.

2 Hier folgt, im Konz. gestrichen, die Einfügung: »nach dem was ich aus dem Reichstag höre«.

3 Vgl. die Parteienbesprechung am 26. Juni 1918. IfA 1917/18, 2. Teil, S. 413–418.

die Krisenstimmung des vorigen Juli hinein, die wir in Anbetracht der großen vom Reichstag noch zu erledigenden Aufgaben nicht vertragen können. Die Steuervorlagen und die Kredite müssen vor allem erledigt werden und der Reichstag muß in Ruhe nach Hause gehen können. Ist er einmal fort, so können wir die Frage des Verbleibens oder Gehens von Kühlmann regeln.[4]

Ich muß jetzt entscheidenden Wert darauf legen, daß keine Beschlüsse gefaßt werden, ehe ich zu mündlichem Vortrag Gelegenheit gehabt habe. Insbesondere bitte ich darauf hinzuwirken, daß nicht etwa hinsichtlich der Nachfolge schon jetzt präjudizierende Schritte getan werden.

H[ertling] 26/6

4 Hier folgt im Konz. bis zum Ende des Abschnitts der gestrichene Passus: »Bei der Stimmung der OHL gegen ihn und bei seiner nunmehr in allen Kreisen erschütterten Stellung glaube ich nicht, daß er gehalten werden kann, so sehr ich dies im Hinblick auf seine große Begabung und Fähigkeiten bedaure. Das mangelnde Vertrauen von allen Seiten schwächt aber die Stellung der Reichsleitung so erheblich, daß ich die Unhaltbarkeit seiner Stellung zugeben muß. Bei der Frage der eventuellen Nachfolge müßte energisch gegen eine Kandidatur Hinze [!] aufgetreten werden, der ein intriganter nicht allzu lauterer Charakter ist. Helfferich würde im Reichstag einen sehr schweren Stand haben«. Dieser gestrichene Teil dürfte von dem Konzipisten Radowitz stammen. Nach Kühlmann, Erinnerungen, S. 578 f., wollte Radowitz ihn zu einem Rücktritt durch Vorschieben eines Erholungsurlaubs überreden, um die Politik des Kanzlers nicht zu gefährden.

366

Werner von Grünau an Georg von Hertling
Großes Hauptquartier, 26. Juni 1918 8.32 nm.

Rk 18370 K.J. (entziffertes Telegramm; BArch, R 43/2398k, f. 331)

Auf Telegramm 14.

Habe Angelegenheit Staatssekretärs von Kühlmann von mir aus heute bei Seiner Majestät zur Sprache gebracht. Der Kaiser beanstandet zwar einige Teile der Rede, ist aber bis jetzt nicht erregt und hat durchaus Verständnis für das, was Staatssekretär eigentlich gemeint hat. Ich habe von vornherein in dem Sinne gewirkt, dass ein Wechsel überhaupt nicht in Frage kommen kann und habe Seine Majestät auf zu erwartende Schritte nach dieser Richtung vorbereitet. Der Kaiser will alles ablehnen.

Ich möchte für gut halten, wenn auf Exzellenz von Berg, der Donnerstag Abend von Berlin abreist, mäßigend eingewirkt und mir Verlauf der Besprechung mitgeteilt würde.[1]

Euer Exzellenz Telegramm werde ich noch verwerten.

Gruenau.

1 Randvermerk: »Zum 27.6.18 10° vorm[ittags] zum H. RK. bestellt«.

367

Werner von Grünau an Richard von Kühlmann
Großes Hauptquartier, 27. Juni 1918

Nr. 331 (entziffertes Telegramm; PAAA, R 1185, S. 112)

Presto[1] für Herrn Staatssekretär.
Auf Telegramm Nr. 681.[2]

Mir durch Herrn von Hoesch übermittelter Auftrag des Herrn Reichskanzlers mit allen Vorsichtsmaßregeln durchgeführt. Aufnahme gut und ruhig. Absolute Geheimhaltung zugesagt. Bei S[eine]r Majestät steht Sache gut, versicherte mir nochmals, unter keinen Umständen Wechsel eintreten zu lassen. Habe auch noch Hoesch's Mitteilung über Stimmung der Parteien und Äußerung Westarps verwertet.
Habe Herrn Reichskanzler besonders telegraphiert.[3]

Grünau.

1 Eilt! Das Telegr. ging nach 11 Uhr abends ab und kam am 28. Juni um 1 Uhr nachts an.

2 Tel. Nr. 681 (»Geheimchiffre«) Kühlmann an Grünau, Berlin 25. Juni 1918 10.15, eigh., pr. 25. Juni 1918 pm.: »Leg[ations] Rat von Hoesch abreist morgen um Ihnen mündlich zum Vortrage bei S. M. wichtige Mitteilungen zu machen, welche nach Ansicht des Herrn Reichskanzlers zur Beurteilung der Lage und meiner Rede im Reichstage wesentlich sind. Sie sind ermächtigt, S. M. von der bevorstehenden Mitteilung zu informieren. Der Herr Reichskanzler hält es für sehr wichtig, daß S. M. diese Mitteilungen nur als Allerhöchstihrer persönlich gemacht werden«. PAAA, R 1185.

3 Telegr. Grünaus gleichen Inhalts an Hertling, 28. Juni 1918. »Bezüglich Herrn Staatssekretärs versicherte Seine Majestät nochmals, dass er unter keinen Umständen an Wechsel denke«. BArch, R 43/2398k, f. 333.

368

»Bayerische Friedensvorschläge« an George Davis Herron
Genf, 1. Juli 1918

(Druck[1]: R. H. Lutz, Fall, S. 551–552)

The restoration of Belgium; contracts concerning the liberty of German navigation on Scheldt and Rhine; elevation of Alsace-Lorraine to a free confederate state with complete home-rule; equal free trade with France and Germany; contracts for the custom-free exchange of coal, potash and iron between Germany and France; (personally, I put here complete freedom of press, of language and school, and in all national and political things). I attract your attention to the fact that the representation – that is, the parliamentary representation of the new German confederate state – would not stand on any other basis than it does now, because they have now already the direct right of vote for the Landtag in Alsace-Lorraine.

Self-administration for all the Austrian peoples, including the Germans, according to the principles agreed upon with Professor Lammasch; self-administration for the Italian provinces, with Trieste as capital and free port; repeal of all existing differential contracts in favor of Trieste, which are greatly to Italy's damage; reorganization of the traffic of Trieste with the Lombardy and Venice, like before 1859; wherewith Trieste would remain, and would have to remain, a completely Italian city.[2] Unter the term self-administration of Trieste, I understand also the political and police administration, so that the state and not the monarchy would have the right to hinder in any way the political intercourse with Italy. The political relations of the territory of administration of Trieste with Italy would therefore be the same as those of the Canton of Ticino[3] with Italy. Self-administration of Dalmatia, Bosnia and Herzegovina; self-administration for all non-Magyar peoples of Hungaria.

Complete restoration of Serbia, with free access to the Adriatic, perhaps Durazzo becoming a Serbian port, and the Serbian part of Albania going to Serbia.

Restoration of Poland in full freedom and independence. In do not mean that Galicia should go to Poland, nor that Prussia should give Posen. (I avoid these questions on purpose, because they would create confusion. I personally and

1 Auszug aus Herrons Bericht: Second Interview with Dr. de Fiori. Bavarian peace overtures, 8. Juli 1918. R. H. Lutz, Fall, S. 547–570: »The following is the memorandum submitted by Dr. de Fiori« (das von de Fiori im Auftrag der bayerischen Regierung vorgelegte Memorandum). Ebd., S. 551 f. Siehe oben Nr. 359.

2 Dies entsprach dem Diskussionsstand zwischen Lammasch und Herron Anfang Februar 1918. Briggs, S. 82.

3 Schweizer Kanton, gegründet durch die Mediationsakte von 1803, mit Verfassung von 1814 und im Lauf des 19. Jahrhunderts entwickeltem Repräsentativ- und Parteiensystem. Carlo Agliati, übers. v. Christa Mathys, Tessin (Kanton), in: Historisches Lexikon der Schweiz. (28.7.2019).

confidentially would say that it would be a great injustice to leave Posen with Prussia, if Posnanian Poland would not get complete self-administration like Alsace-Lorraine.) Poland should receive freedom of the flag on Weichsel and Memel, and a free access to the East Sea, through Lithuania. Reopening of the peace of Bucharest and the peace of Brest-Litovsk.

All the Balkan questions should be referred to the peace conference for their final settlement. America should mediate between England and Germany in all questions of the colonies: also in all German-English questions of the Balkans, till a satisfactory arrangement was arrived at. (Return to the policy of contracts, which already before the war was on its best way.)

Disarmament; the Society of Nations.[4]

4 Herron schrieb dazu: »Dr. de Fiori insisted again and again that these terms must not be considered as final. They represent what he called ›the middle ground of discussion.‹ Bavaria could not think of how far she would be willing to go for the moment, but upon what terms she could so organize the federal states as to bring sufficient pressure to bear upon the Prussian and Imperial governments.« Wenn Deutschland dazu gebracht werden könne, den Allierten Friedensgespräche annähernd auf dieser Grundlage förmlich vorzuschlagen, und erkennen würde, dass die Entente seinen Interessen und Rechten »reciprocal consideration« gewähren würde, könne er, de Fiori, sich vorstellen, dass Deutschland weitergehen würde als in diesen Bedingungen vorgeschlagen. Conversations with Herron, Second Interview with Dr. de Fiori. Bavarian peace overtures. Opening conversation. 8. Juli 1918.R. H. Lutz, Fall, S. 552 f.

369

Besprechung zwischen dem Reichskanzler und der Obersten Heeresleitung
Spa, 2. Juli 1918

(masch. Kop.; BArch, NlH, Nr. 41, S. 90–92; Druck: Ludendorff, Urkunden, S. 491–492)

1) Fall Kühlmann.

Reichskanzler: Bei Rede des Staatsekretärs haben unglückliche Umstände mitgewirkt. Ermüdung und fehlende Zeit zur Vorbereitung wegen vorausgegangener Sitzung des Hauptausschusses. Keine Zeit zum Frühstücken, darum matter Tonfall und Eindruck, als verlöre K[ühlmann] im zweiten Teil der Rede etwas den Faden, während gegen ersten Teil der Rede nichts einzuwenden gewesen war.[1] Verwirrend hat auch der am selben Tage erschienene Bernhardt[2]-Artikel gewirkt, der ähnliche Gedanken zu vertreten schien. Da man Bernhardt Beziehungen zur O.H.L. nachsagt, konnte Eindruck entstehen, als sei Rede des Staatssekretärs nach Verabredung mit O.H.L. entstanden.

Ich war nur in grossen Zügen durch K[ühlmann] unterrichtet, was er sagen wollte und hatte beim Anhören der Rede zunächst nicht so schlimmen Eindruck, hörte aber gleich darauf von ungünstiger Wirkung. Leider hat zweite Kühlmann-Rede Lage nicht gebessert.

Feldmarschall: Die O.H.L. hat aus ihrem Argwohn gegen den Staatssekretär nie

1 Kühlmann hielt die Rede am 24. Juni übermüdet und ohne einen Bissen im Magen vor unruhigem Haus nach einer langen Besprechung im Hauptausschuss und einem Zwischenaufenthalt im AA. Hertling, der neben Kühlmann saß, hatte nach Kühlmann, Erinnerungen, S. 572–575, nichts auszusetzen und ging nach einer halben Stunde, weil er die auf die Rede folgende Diskussion nicht aufregend fand. Nach K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 116–120, ignorierten Kühlmanns »Seitensprünge« die Weisung des Reichskanzlers, möglichst allgemein zu sprechen, ohne Kriegsziele oder Militärisches zu berühren. Auch habe vor dem durch Gerüchte über eine österreichische Niederlage sehr erregten Haus einen müden und monotonen Vortrag gehalten.

2 Georg Bernhard (1875–1944), geb. in Berlin, jüdischer Kaufmannssohn, Buchhalter, 1898–1903 Handelsredakteur der Berliner Zeitung (Ullstein), 1898 bei der Berliner Morgenpost, 1899–1902 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, 1908 in der Verlagsredaktion Ullstein, 1913–1920 Verbindungsmann des Ullstein–Verlags zur Vossischen Zeitung, 1914–1923 deren Chefredakteur, 1916 Dozent, 1928–1933 Honorarprofessor für Bank-, Börsen- und Geldwesen an der Berliner Handelshochschule, 1928–1933 Mitglied des Reichstags (DDP), ab 1933 Exil in Paris, 1933 Gründer des gegen das NS-Regime gerichteten Pariser Tageblatts, 1941 Exil in den USA. Karl H. Salzmann, Bernhard, Georg, in: NDB 2 (1955), S. 117 f.

ein Hehl gemacht. Der Eindruck der Rede auf das Heer ist niederschmetternd.[3] Die Rede steht in schroffstem Gegensatz zur letzten Rede Seiner Majestät.[4] Der Staatssekretär muss Zeit finden, sich auf so wichtige Rede vorzubereiten. Hinter ihm stehen Frankfurter Zeitung und Berliner Tageblatt. Man hat den Eindruck eines Konflikts Kühlmann-Reichstagsmehrheit gegen Reichskanzler.

Die O.H.L. kann mit diesem Staatssekretär nicht mehr arbeiten.[5]

Reichskanzler bespricht die Mitteilung der O.H.L. an die Pressekonferenz (Telegramm Nikolai[6]-Würz[7]) und spricht dringende Bitte aus, derartige Mitteilungen, die eine Kritik von Regierungsstellen enthalten, oder eine Meinungsverschiedenheit zwischen O.H.L. und Reichsleitung erkennen lassen, an ihn zu richten und nicht unmittelbar an grossen Journalistenkreis.

Exz[ellenz] Ludendorff erläutert die Entstehung der Mitteilung. Bei schwerer Gefährdung der Stimmung durch Kühlmann-Rede war grösste Eile geboten, um Presse sofort zu beruhigen und von falschen Schlüssen über unsere militärische Lage abzuhalten. Das Telegramm sollte nur vom Chef des Kr[iegs]Presseamts verwertet werden, wenn er gefragt wurde.

---

3 Am 28. Juni 1918 telegraphierte Kronprinz Wilhelm dem Reichskanzler, an der Front herrsche tiefe Empörung über die Rede Kühlmanns, er halte ein Verbleiben des Staatssekretärs in seinem Amt für gefährlich. Telegramme der Nationalliberalen Vereine von Plauen und Zwickau v. 26. Juni 1918 verlangten von Hertling, durch Erklärungen oder Taten den niederschmetternden Eindruck der Rede Kühlmanns auf Volk und Truppe zu beseitigen. (PAAA, R 1187). Als Vizekanzler Payer im August 1918 einen Truppenbesuch machte, wurde er von der X. Fliegerstaffel wiederholt falsch tituliert. Sein Begleiter Nicolai bemerkte dazu entschuldigend, die Offiziere dort »kümmerten sich nicht viel um politische Würden und hätten sich davon nur ganz lose Vorstellungen angewöhnt«. Epkenhans, Nicolai, S. 543 f.

4 Rede zu seinem 30jährigen Regierungsjubiläum im GHQ am 15. Juni 1918. Schulthess 59, NF 34 (1918/I), S. 198.

5 Dieser Satz fehlt im Druck bei Ludendorff, Urkunden, S. 491.

6 Walter Nicolai (1873–1947), geb. in Braunschweig, aus »protestantisch-theologischer Familientradition«, in Kadettenanstalten und auf der Kriegsschule in Potsdam, 1892 Leutnant, 1900–1903 an der Kriegsakademie in Berlin, russisches und japanisches Dolmetscherexamen, 1904 im Großen Generalstab, 1906–1910 im Kommando des I. Armeekorps in Königsberg, Aufbau eines Abwehrdienstes gegen Russland, 1910–1912 Hauptmann und Kompaniechef in Erfurt, 1913–1918 Leiter der Nachrichtenabteilung III B des Generalstabs, Major, Januar 1918 Oberstleutnant, 1920 als Oberst a. D., Reise- und Vortragstätigkeit, 1935 Mitarbeiter des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschland, 1945 vom sowjetischen Geheimdienst verhaftet, 1946–1947 Verhöre und Haft in Moskau; mehrfach übersetztes Werk: Geheime Mächte. Internationale Spionage und ihre Bekämpfung im Weltkrieg und heute, 1923. K.-W. Frey, Nicolai; vgl. Epkenhans, Nicolai.

7 Emil Würz (gest. 1922), 1917–1918 Leiter des Kriegspresseamts in der Nachrichtenabteilung des Generalstabs, in dem am 18. Oktober 1916 eine Abteilung für Inlandspropaganda gebildet wurde. Die Pressearbeit des Generalstabs konkurrierte mit der Nachrichtenabteilung des AA und dem Pressechef des Reichskanzlers, Deutelmoser. Diesem unterstellte Nicolai, »dem Wahn einer Verständigung« mit dem Reichstag, der Sozialdemokratie und Erzberger verfallen zu sein. Im März 1918 setzten verstärkte Bemühungen ein, die Aufklärungs- und Pressearbeit im Inland zu vereinheitlichen. Epkenhans, Nicolai, S. 46, 477, 493.

2) Verhalten zu England.[8]
Reichskanzler: Wie soll der Krieg weitergehen? Bei vollstem Vertrauen in unsere Kraft und unseren Siegeswillen muss ich doch die Frage stellen: Können wir England vernichten?

O.H.L.: Vernichten nicht, aber erheblich schwächen.

Reichskanzler: Sollte England, um nicht ganz unter den übermächtigen amerikanischen Einfluss zu kommen, einmal bereit sein zu sprechen, sollen wir es dann anhören?[9]

O.H.L.: Selbstverständlich, O.H.L. hat derartiges nie abgelehnt.

Reichskanzler: Wir sind uns also darin einig, dass wir zunächst unsere volle Kraft weiter einsetzen, aber zu vernünftigem Gespräch bereit sein würden.

O.H.L.: Die Entente hat in den letzten Monaten von uns solche Schläge erhalten, dass die Stimmung gedrückt sein muss. England muss sich sagen, dass es noch viel zu verlieren hat. Sollte es aus solcher Erkenntnis an uns herantreten, so würde die O.H.L. stets bereit sein, zu hören. Aber alle Schritte müssen mit der Würde und Kraft geschehen, die Deutschlands Leistungen entspricht.

3) Polen, russische Fragen, Belgien.
Das hierüber besprochene findet sich in den Protokollen über die Sitzungen vom 2. u. 3. VII. unter dem Vorsitz S[eine]r Majestät.

4) Preussische Wahlrechtsfrage.
Reichskanzler: Es besteht noch Hoffnung, dass Konflikt vermieden werden kann. Das Vertrauen, dass die Regierung die gegebene Zusage einlösen wird, muss erhalten bleiben, daher muss als ultima ratio im Hintergrunde die Auflösung stehen. Vorlage wird an Herr[e]nhaus gehen, durch dessen Ausbau wertvolle Sicherungen gewonnen werden könnten.[10] Vor September dürfte Vorlage nicht an das Abgeordnetenhaus zurückgelangen. Dann muss Entscheidung fallen. Gegen Beunruhigung in Arbeiterkreisen wegen angeblicher Verschleppung wird durch Vizekanzler v. Payer eingewirkt, der in allen Fragen sehr reell und praktisch mitarbeitet.

8 Folgendes stimmt überein mit der kurzen Schilderung bei K.v. Hertling, Ein Jahr, S. 125.

9 Das war keine »für den leitenden Staatsmann etwas merkwürdige Frage an die Militärs«, wie Ritter, Staatskunst, Bd. 4, S. 392 f. meint, sondern Hertling wollte offenbar erreichen, dass die von Kühlmann und Hatzfeldt beabsichtigten Friedensfühler nach England ungestört von der OHL vor sich gingen.

10 Vgl. K. v.Hertling, Ein Jahr, S. 126, 113: »Ultima ratio« sei die Auflösung des Abgeordnetenhauses, »falls es dem Herrenhaus nicht gelinge, die Regierungsvorlage in einer annehmbaren Form wiederherzustellen«. Mit dem Herrenhaus habe sein Vater, wie öffentlich erklärt, »alle verfassungsmäßigen Mittel« herangezogen, hätte bei dessen ablehnender Haltung aber die Auflösung verfügt.

370

Friedrich von Payer an Alwine Payer
Berlin, 1. Juli 1918

Der Stellvertreter des Reichskanzlers (eigh. Or.; BArch, Nl Payer, Nr. 46, f. 9)

Lieber Schatz.[1]

Heute ist es 5 Monate, daß ich hier amtiere, das Geschäft wächst immer zu, aber ich kenne mich allmählich besser aus und so geht es. Fritz[2] nimmt sich noch in Acht, ist aber im allgemeinen auf dem Damm. […] Er ist ein großes Kind.

Mit dem Kanzler habe ich vorgestern und gestern noch einmal alles durchgesprochen, was er in Spaa erledigen will. Wir sind in allen Punkten einig. Es waren viele. Auf Ende August oder Anfang September habe ich einige Wochen Urlaub angemeldet. Solf[3] ist zurück und ist auch ein Mann weiter für unsere Politik. Der Reichstag wird wohl höchstens 10 Tage sitzen, dann geht er auf einige Monate. Ich denke es wird nichts mehr passieren, fast alle haben von der vorigen Woche genug. Ich freue mich sehr, bis Du kommst, wir verwahrlosen sonst ein bisschen. […]

Herzlich Dein treues M.

1 Alwine Louise Katharine Payer (1856–1936), Tochter des Kaufmanns Adolf Schöninger, eines mit Friedrich Hecker (1811–1881) eng verbundenen Achtundvierzigers.

2 Friedrich Adolf (Fritz) Payer (1877–1961) trat nach Jurastudium 1898–1902 in die Rechtsanwaltspraxis seines Vaters ein. Nach dessen Verzicht auf den Anwaltsberuf 1912 errichtete er eine eigene Praxis, 1914–1918 Kriegsdienst in Ulm als Offiziersstellvertreter wegen angegriffener Gesundheit, 1918–1920 Privatsekretär seines Vaters in Berlin und Weimar. G. Bradler, in: Payer, Autobiographische Aufzeichnungen, S. 20.

3 Wilhelm Solf (1862–1936), aus Berlin, Studium der Indologie und Sprachwissenschaft, 1886 Dr. phil. (Halle), 1886–1887 Hilfsarbeiter an der Universitätsbibliothek Kiel, 1888–1890 Sekretär am Generalkonsulat Kalkutta, anschließend Jurastudium in Jena, 1893 Kammergerichtsreferendar, 1896 Gerichtsassessor, 1898 Assessor im AA, 1899 Bezirksrichter in Daressalam, 1899–1900 Präsident der Munizipialität in Apia (Samoa), 1900–1911 Gouverneur von Samoa, 1911 Wirklicher Geheimer Rat, Staatssekretär und Leiter des Reichskolonialamts, Oktober–Dezember 1918 Staatssekretär des Auswärtigen, Mitglied der DDP, 1920–1928 Botschafter in Tokio. Vertreter eines »aufgeklärten Kolonialismus« und der politischen Mitte, zählte Solf zu den profilierten deutschen Kolonialpolitikern seiner Zeit. Seine Witwe Johanna Solf initiierte nach seinem Tod den aus Kritikern und Gegnern des NS-Regimes bestehenden »Solf-Kreis« in Berlin weiter und war mit der gemeinsamen Tochter Lagi v. Ballestrem (1909–1955) 1944–1945 inhaftiert. Ralph Erbar, Solf, Wilhelm, in: NDB 24 (2010), S. 549–550.

371

Besprechung zwischen Kaiser, Reichskanzler und Oberster Heeresleitung
Spa, 2. Juli 1918

Zu A.S. 3086.[1] (masch. Kop.; PAAA, R 21570, S. 112–114)

pp.

Reichskanzler: Was soll mit Belgien geschehen? Wenn wir Belgien wirtschaftlich an uns ketten, wird es für das Land selbst von Vorteil sein. Deutscher Markt könnte ihnen durch Zoll-Union[2] geöffnet werden. Die Produktionskosten der belgischen Industrie werden dadurch steigen, im großen heimischen Markt findet sie aber eine Entschädigung.

Ob Eisenbahngemeinschaft möglich ist, weiß ich nicht.

General Ludendorff: Über die Eisenbahnfrage brauchen wir nicht zu sprechen. Hierüber besteht vollständige Einigkeit zwischen den beteiligten Stellen.

Reichskanzler: Politisch wichtigste Frage ist die Verwaltungstrennung. Die Flamen wollen vollkommene Trennung. Nur für gewisse Zweige soll eine gemeinsame Gesetzgebung beibehalten werden. Habe mich vom General-Gouverneur überzeugen lassen, daß wir die Verwaltungstrennung zur Friedensbedingung machen müssen.

Seine Majestät: Wir müssen die Verwaltungstrennung dem König zur Pflicht machen. Wirtschaftliche Trennung aus bekannten Gründen nicht möglich, aber absolute Durchführung der Verwaltungstrennung unbedingt erforderlich.

Reichskanzler: Wie wollen wir uns stellen, wenn England beim Friedensschluß in dieser Frage Schwierigkeiten macht? Wollen wir den Krieg deshalb verlängern?

Seine Majestät: Flandrische Küste darf nicht unter englischen Einfluß kommen. Wenn Trennung durchgeführt ist, haben wir ein selbständiges Flandern, dem wir die befestigte Küste übergeben können. Nur hierdurch können wir auf Annexionen verzichten. Besatzungsheer muß allerdings noch lange in Flandern bleiben. Selbst

1 pr. 9. Juli 1918. Überschrift: »Protokoll über die Besprechung der schwebenden politischen Fragen« (vermutlich von der OHL stammende Version).

2 Die Chefs der Handelsabteilung (Regierungsrat v. Welser) und der Finanzabteilung (Oberfinanzrat Pochhammer) im Generalgouvernement sahen die Zollunion, für sie ein annexionsähnlicher Zustand auf wirtschaftlichem Gebiet, »in einem gewissen Widerspruch« stehen zu den Belgien-Erklärungen des Reichskanzlers vom 11./12. Juli. 10. Sitzung der Chef-Kommission für die Vorbereitung der Friedensverhandlungen am 24. Juli 1919 nm. 5.00 in Brüssel. (PAAA, R 21566, S. 197 f.). Der Artikel Die belgische Frage, Bayerische Staatszeitung v. 14. Juli 1918, erwähnte die Zollunion nicht unter den näher beschriebenen Faustpfand-Bedingungen für die endgültige Freigabe Belgiens. Kop.: PAAA, R 21566, S. 137.

Flamen haben darum gebeten. Belgische Armee muß aufgelöst werden. Gute Gendarmerie genügt.[3]

General Ludendorff: Ich glaubte verstanden zu haben, daß der Herr Reichskanzler zur Durchführung der Verwaltungstrennung ganz fest entschlossen ist.

Reichskanzler: Ich wollte nur unsere Haltung bei den Friedens–Verhandlungen genau für alle Fälle fixieren. Wie steht es mit den belgischen Festungen?

General Ludendorff: Sie müssen geschleift werden. Vielleicht brauchen wir auch kleine Annexionen bis nach Lüttich.

Reichskanzler: Vielleicht kommen wir doch ohne Annexionen zum Ziel.

Seine Majestät: Ballistische Entwickelung ungeheuer. Annexion eines Grenzstreifens nützt wenig.

Feldmarschall Hindenburg: Entscheidend bleibt, wo die Infanterie steht.

General Ludendorff: Rheinisches Industrie-Gebiet kann nur dadurch gesichert werden, daß Belgien nicht mehr Aufmarschgebiet der Feinde werden kann. Durch Verwaltungstrennung erhalten wir noch keine unbedingte Sicherheit. Dynastie, Regierung und große Volksteile sind gegen uns. Wir brauchen unbedingt lange Okkupation. Neben wirtschaftlichem Anschluß und Verwaltungstrennung muß ich unbedingt hierauf bestehen. Falls wir Belgien weniger fest an uns ketten, müßten wir Annexionen haben.[4]

Seine Majestät: Belgische Industrie hat gegen Broqueville[5] Front gemacht, da sie ihre Existenzbedingungen nur bei Anschluß an Deutschland zu finden glaubt. Wir müssen mit der belgischen Industrie zusammen arbeiten.

---

3 Nach Rosenbergs Protokoll vom 6. Juli wollte der Kaiser nur die Kopfstärke der belgischen Armee stark herabsetzen. PAAA, R 21431, S. 203.

4 Anfang August soll Ludendorff dem Generalmajor Draudt, der 1917/18 an den unter holländischer Aufsicht stattfindenden deutsch-englischen Verhandlungen über die Kriegsgefangenen teilnahm, auf dessen Frage nach Belgien »etwa« gesagt haben, »er habe innerlich niemals an eine Annexion Belgiens in diesem Sinne gedacht«. Er habe sich vielmehr »in dem Bewußtsein der deutschen Belange und der bisherigen Kriegsleistungen Deutschlands gewissermaßen als ein Kaufmann im Besitz einer ausgezeichneten Ware, die er keinesfalls zu verschleudern gedenke«, gefühlt. Brief Draudts o.O. o.D. [1925]. Werk des Untersuchungsausschusses, Bd. 1, Entschließungen, S. 394. – August Karl Draudt (1846–1925), geb. in Hungen, 1862 Eintritt in die hessische Armee, 1872–1897 Aufstieg vom preußischen Premierleutnant zum hochdekorierten Generalmajor der Artillerie, Generalleutnant a.D.

5 Charles (1920 Comte) de Broqueville (1860–1940), geb. in Postel (Belgien), aus französischer Adelsfamilie, flämische Großmutter, katholische Privaterziehung, Gemeinderat von Mol, 1892–1919 Mitglied der Abgeordnetenkammer (Katholieke Partij), 1919- 1936 des Senats, 1910–1912 Minister für Eisenbahn, Post und Telegraphie, Juni 1911–Juni 1918, 1932–1934 Premierminister Belgiens, 1912–1917 Kriegsminister, Juli–Dezember 1917 Außenminister der belgischen Exilregierung, Januar–Juni 1918 Minister für nationalen Wiederaufbau und Lebensmittelversorgung, Juni 1918 Titel Staatsminister, Rückzug aus der Regierung, November 1918–November 1919 Innenminister, 1926–1931 Verteidigungsminister, 1932 Minister für Landwirtschaft und Mittelstand; als Außenminister ersetzt durch Paul Hymans, nachdem er im September 1917 Briand Friedensvorschläge von der Lanckens übermittelt und geheim gehalten hatte. Louis de Lichtervelde, Broqueville

Feldmarschall Hindenburg: Je stärker die Küste gesichert ist, desto wahrscheinlicher ist ein späterer Einbruch von Frankreich her und desto wichtiger die Beherrschung der Maaslinie. Bin trotzdem kein Freund der Annexion bei Lüttich. Vielleicht Ausgleich wie bei Luxemburg; Recht einer Garnison.[6]

pp!

(Charles-Marie-Pierre-Albert), in: Biographie nationale, Bd. 29, Supplement-Bd. 1, Brüssel 1956, Sp. 369–377; Palo, S. 240 f.

6 Siehe unten Nr. 526: Hertlings Urteil im Rückblick, ergänzend zu dem dürren Protokoll.

372

Frederic von Rosenberg an Hilmar von dem Bussche
Großes Hauptquartier, 2. Juli 1918

Nr. 1599 (entziffertes Telegramm; PAAA, R 1185)

Presto für Herrn Unterstaatssekretär Freiherrn von dem Bussche.

Der Herr Reichskanzler versicherte mir erneut, dass er hinter dem Herrn Staatssekretär stehe.[1] Seine Majestät der Kaiser beabsichtige Exzellenz von Kühlmann nach Spa zu berufen, sobald die Oberste Heeresleitung abgereist sei, was in wenigen Tagen der Fall sein dürfte. Alle Stellen seien darüber einig, dass vor endgültigen Entschlüssen in Personalfrage zum mindesten der Schluss der Reichstagssession abgewartet werden müsse.

Graf von Hertling hofft, dass inzwischen greifbare Ergebnisse eintreten werden, die die Berechtigung der Reichstagsrede dartun und der Agitation der Gegner den Boden entziehen werden.[2]

Rosenberg.

1 Vgl. IfA 1917/18, Teil 2, S. 459 u. 416 f. Anm. 12, 13, 20, 21, mit aus Memoiren geschöpften, gegenteiligen Behauptungen Haußmanns, Helfferichs, v. Wrisbergs, Victor Naumanns, v. Bergs und Ludendorffs.

2 Nach dem Bericht eines Vertrauensmanns aus dem Haag, der sich auf »namhafte holländische Politiker« berief, habe »die Montagsrede des Staatssekretärs tatsächlich in England zu denken gegeben und einen psychologisch richtigen Moment dort getroffen«. Ein Personalwechsel des Staatssekretärs lasse befürchten, dass die eingeleitete günstige Entwicklung jäh unterbrochen werde und die Selbständigkeit Hollands auf dem Spiel stehe. Tel. Nr. 753 Bussche an Grünau, Berlin 5. Juli 1918, pr. 5. Juli nm. PAAA, R 1185, S. 117.

373

Hellmuth Lucius von Stoedten an Georg von Hertling
Stockholm, 4. Juli 1918

Nr. 688 (masch. Or.[1]; PAAA, R 20508, S. 69–70)

Geheim!

Euerer Exzellenz beehre ich mich einen Bericht des Dr. Warburg[2] über seine interessante Unterredung mit dem nach sechsmonatiger Abwesenheit aus London zurückgekehrten Bankier Marcus Wallenberg[3] gehorsamst vorzulegen.[4]

Die Bemerkungen einer grossen Anzahl führender Politiker, mit denen Herr Wallenberg zusammenkam, zeigen aufs Neue, dass viele – besonders Herr Asquith – als direkt pazifistisch gelten können, dass ihr Einfluss aber vorläufig noch gegenüber der Northcliffe-Partei so gering ist, dass sie nicht zu Worte kommen können und wohl auch teilweise – wie z. B. Sir Ernest Cassel[5] – so eingeschüchtert sind, dass sie nicht hervorzutreten wagen.

Zur Charakterisierung Herrn Wallenberg's möchte ich hervorheben, dass derselbe einen ausserordentlich scharfen Verstand besitzt und einer der nüchternsten Beobachter ist, die mir je vorgekommen sind. Ich halte ihn im Gegensatz zu vielen für nicht deutschfeindlich, sondern für einen lediglich in seinem Interesse arbeitenden kühlen Rechner, der sich bei seinen Geschäften bloss von Geschäftsinteressen leiten lässt. Ich habe mit Herrn Wallenberg gelegentlich sehr scharfe Auseinandersetzungen gehabt, muss aber anerkennen, dass er stets sachlich geblieben ist. *Wallenberg hat abgestritten, mit der Entente während des Krieges größere Geschäfte gemacht zu haben als mit Deutschland. Er hat in den englisch-schwedischen Verhandlungen*[6] *außerordentliche Zähigkeit bewiesen und konsequent vermieden, sich in den Dienst*

---

1 Sichtvermerke des Reichskanzlers, Bussches, Bergens und Radowitz'.

2 Fritz Moritz Warburg (1879–1964), geb. in Hamburg, Bruder Max Moritz Warburgs, Dr. jur., Teilhaber der Bank Warburg & Co., 1915 Handelsbevollmächtigter der deutschen Regierung für Schweden und Norwegen in Stockholm, 1938 kurz in KZ-Haft, Emigration nach Stockholm, später nach Israel.

3 Marcus Laurentius Wallenberg (senior) (1864–1943), aus schwedischer Bankiers- und Industriellenfamilie, Jurist, Wirtschaftsführer, Direktor der Enskilda-Banken in Stockholm, Gründer der Firma AB Diesels Motorer und weiterer Unternehmen, 1931–1932 an der Reorganisation des deutschen Bankwesens beteiligt.

4 Siehe Anlage.

5 Ernest (ursprünglich Ernst) Cassel (1852–1921), geb. in Köln, Sohn eines jüdischen Bankiers, nach Banklehre Aufstieg im englischen Bankwesen. Der Bankier, internationale Investor, Stifter und Mäzen gewann Zugang zu höchsten Kreisen von Adel, Politik und Wirtschaft.

6 Wallenberg handelte 1916 den schwedisch-englischen Handelsvertrag aus.

einer Partei zu stellen.

Lucius

Anlage
Aufzeichnung F. Warburgs, Stockholm 29. Juni 1918
(masch. Kop.; PAAA, R 20508, S. 71–75)

Wallenberg teilte mit: Die Anzahl zur Verständigung geneigter Leute in England ist nicht gering, aber der Einfluss der Northcliffe-Presse, der Chauvinisten und Radikalen übergroß, sodass die Gemäßigten nicht zu Wort kommen und als Defaitisten verschrien sind. Die Bereitschaft zum Friedensschluss wird von der Majorität stets als Falle bezeichnet und behandelt. Wallenberg, der im eigenen und schwedischen Interesse um die Förderung des Friedens bemüht war, fand den Boden dafür ungünstiger als im Dezember 1917. Er war häufig mit Asquith zusammen, den er ebenso wie Grey und das übrige bei Ausbruch des Krieges am Ruder befindliche Ministerium als direkt pazifistisch bezeichnete. *Von dessen damaligen Mitgliedern sei ihm authentisch versichert worden, dass im ersten abgehaltenen Ministerrat bei Kriegsausbruch von 22 Anwesenden 17 gegen und 5 für den Krieg gestimmt hätten und die Stimmung erst nach dem Einfall in Belgien umgeschlagen sei. Asquith und Landsdowne, der zu alt sei, könnten nicht mit genügend Kraft gegen die Northcliffe-Partei auftreten. Der Einfluss der Lords sei wegen der engagierten Beteiligung des Adels an der Kriegswirtschaft und der Aktivitäten der Damen des Adels nach wie vor sehr groß. Auch stärke der Einfluss der mit englischen Adligen verheirateten reichen Amerikanerinnen die Beziehungen zu den USA. Wallenberg bezweifelte, dass Kühlmanns englandfreundliche Haltung auf Gegenliebe stoße und England begreife, dass seine harte Haltung die Weiterführung von Kühlmanns Politik in Deutschland gerade verhindern würde. Er sprach wegwerfend von der geringen Kenntnis der Engländer über Deutschland und das deutsche Volk. Nach Warburgs Ansicht wird, wenn es um Kontakte zu Deutschland geht, allenfalls Wallenberg bei den Engländern Gehör finden. Wallenberg meinte, der gute Einfluss des Dänen Andersen erreiche mehr den englischen Hof als das Ministerium, die englische Kriegspartei hoffe vor allem auf die Amerikaner, und die Ernährungsverhältnisse in England seien sehr gut. Allerdings könne sich Frankreich nicht zur Gänze auf Lloyd Georges Zusage verlassen, es bezüglich Elsaß-Lothringens to the death zu unterstützen.*

374

Hilmar von dem Bussche an Werner von Grünau
Berlin, 5. Juli 1918

(Telegramm, Entzifferung[1]; BArch, R 43/2398k, f. 337)

Die bekannte, auch von der deutschen Presse am 29. bezw. 30. Juni veröffentlichte hochoffiziöse Reuterantwort auf die Rede des Herrn Staatssekretärs[2] hat nach einer von ganz zuverlässiger Seite eingegangenen Meldung aus dem Haag in dortigen Ententekreisen grosse Erregung hervorgerufen, und zwar besonders in französischen Zirkeln. In diesen Kreisen wurde darauf hingewiesen, dass zum ersten Mal englischerseits sachlich auf deutsche Vorschläge eingegangen werde, und dass die Form der Ablehnung sehr vage sei; denn ohne grosse Schwierigkeit könne schon eine Form gefunden werden, die der englischen Forderung genüge, russisches Gebiet nicht zu annektieren. Die Nichterwähnung des ganzen Fragenkomplexes im Westen hat gleichfalls sehr überrascht. Unter andern ist dies auch vom »Nieuwe Rotterdamsche Courant« betont worden, der die Nichterwähnung Elsass-Lothringens noch besonders unterstreicht.

Bussche.

1 Rk 18477, pr. 5. Juli; zur Vorlage an den Reichskanzler; dann z.d.A.

2 Vgl. die Wiedergabe der Reuter-Meldung vom 29. Juni bei Schulthess 59, NF 34 (1918/II), S. 196 f.: »Man zweifelt nicht daran, daß der Vertreter des deutschen Ausw[ärtigen] Amts England zu erkennen geben wollte, daß es mit Deutschland zu einer Verständigung kommen könne, wenn Deutschland im Osten freie Hand behalte. […] Die Rede wird als ein deutliches, eigens für England bestimmtes Friedensangebot ausgelegt«, sie enthalte »keine besonderen Aeußerungen« zu Frankreich. »Er wandte sich an alle diejenigen, die ihm darin zustimmen, daß kein entscheidender militärischer Sieg errungen werden kann. […] Man kann aus Kühlmanns Rede entnehmen, daß die vernünftigen Leute in Deutschland sehr beunruhigt sind«, zumal angesichts der Niederlage Österreichs. »Kühlmanns Versuch ist sehr ungeschickt, weil niemand einen Frieden billigen würde, der Deutschland gestatte, Gebiete Nord- und Südrußlands zu annektieren und auf diese Weise seine Macht gewaltig zu vergrößern und der obendrein Deutschland einige seiner Kolonien zurückgeben würde«. Siehe oben Nr. 372 Anm. 2.

375

Georg von Hertling an Richard von Kühlmann
Großes Hauptquartier, 6. Juli 1918

Der Reichskanzler. Rk. 197 G.H.Q. (masch. Or.[1]; PAAA, R 21431, S. 273–277)

Euer Exzellenz lasse ich in der Anlage eine Aufzeichnung ergebenst zugehen, die das Ergebnis der in Spa am 2. und 3. d[ieses] M[ona]ts geführten Verhandlungen enthält. Euer Exzellenz bitte ich mit tunlichster Beschleunigung den Entwurf zu einer Note vorlegen zu wollen, die Graf Wedel dem Grafen Burian zu übergeben haben würde.[2] Diese Note soll die Grundlage für die Besprechungen bilden, die ich gelegentlich meines für den Monat August in Aussicht genommenen Besuchs zu führen haben würde.

Ferner bitte ich Euer Exzellenz unter Beteiligung der sonst noch in Betracht kommenden Ressorts die Frage des Erwerbs einer deutschen Staatsangehörigkeit durch die deutschen Kolonisten in Russland prüfen zu lassen.[3] Hinsichtlich der übrigen in der Aufzeichnung enthaltenen Punkte bitte ich das Weitere entsprechend zu veranlassen.

Hertling.

Anlage
Ergebnis der Besprechungen in Spa am 2. und 3. Juli 1918[4]

---

1 Das Tel. ging auch an Payer (über Reichskanzlei Berlin) mit drei Abschriften für das russische Referat, im AA am 11. Juli an Kühlmanns Nachfolger; von Hertling gez. Reinkonz. liegt in BArch R 43/2403f, f. 121 (mit Anlage).

2 Wedel an Hertling, Wien 4. Juli 1918, riet zur Geduld, um momentan sehr wahrscheinliche Abwehrreaktionen gegen »einen energischen Vorstoß« nicht zu provozieren. Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 237 f.

3 Dem Reinkonz. in BArch, R 43/2403f, liegt Kop. des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes v. 22. Juli 1913 mit Kommentar des AA bei. Deutscher war, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit besaß. Die Einbürgerung von Auslandsdeutschen konnte auf dem Weg über einen Bundesstaat oder unmittelbar durch die Verleihung der Reichsangehörigkeit an ehemalige Deutsche oder von solchen Abstammende erfolgen. »Dabei ist der Grad der Abstammung nicht näher bezeichnet«. Ebd., f. 128.

4 Dieses nicht gezeichnete, kursorische Ergebnisprotokoll (Druck: Deutsch-sowjetische Beziehungen, S. 685 f.; gekürzter Druck bei E. Volkmann, Annexionen, S. 223 f.) liegt auch im Reichsarchiv, Großes Hauptquartier 1914–1918, Handakten betreffend Grundlegende Besprechungen über Kriegsziele, 5. November 1916–27. August 1918, versehen mit Randbemerkungen der OHL. (BArch, R 43/2477, f. 186–188). Mehrere Abschriften der ausführlichen Protokolle mit Voten der Teilnehmer [vom Hg. Votenprotokolle genannt] über die Besprechungen vom 2.–3. Juli zwischen dem Kaiser, Vertretern der Reichsregierung und der OHL, dem Reichskanzler, Hindenburg, Ludendorff, dem Staatssekretär des Reichsmarineamts, dem preußischen Kriegsminister Stein,

A. Russische Fragen:

1.) Nordrussland.
Ein englischer Staat in Nordrussland darf nicht bestehen bleiben. Bei den Verhandlungen mit Joffe soll die russische Regierung veranlasst werden, dass sie uns zu einer Kooperation gegen die Engländer in Ostkarelien und an der Murman-Küste auffordert. Scheitert dies, so sollen die Finnländer für ein Vorgehen gegen die Engländer gewonnen werden. Wir würden ihnen dabei Unterstützung mit Waffen, Geld ev[en]t[uel]l auch Truppen zusagen.

2.) Entfestigung der Aalands–Inseln.
Der Reichskanzler ist einverstanden, dass die Entfestigung der Aalands–Inseln, dem Wunsch der O.H.L. entsprechend, dilatorisch behandelt wird.

3.) Neuorientierung in Russland.[5]
Es besteht Einverständnis, dass jetzt der Sturz der bolschewistischen Regierung nicht herbeigeführt werden soll, dass aber mit den Monarchisten enge Fäden anzuspinnen sind, um für später gerüstet zu sein. Bedingung ist, dass diese auf den Boden des Brester Friedensvertrages treten. Die Hoffnung späterer Wiedererrichtung Grossrusslands kann ihnen bleiben. S.M. der Kaiser empfiehlt die Sammlung ordnungsliebender Elemente in Kiew.

4.) Anerkennung Livlands und Estlands.
Die Anerkennung kann ohne Schädigung deutscher und livländisch-estländischer Interessen nicht länger verschoben werden.
Bei Festlegung der Grenze Estlands und Livlands wird namentlich die von uns geforderte Grenze bei Dünaburg Schwierigkeiten machen. Die

---

dem Gesandten von Rosenberg als Ostexperten, Major Brinckmann u.a. sind gesammelt in PAAA, R 21431, S. 205–272, 289–347. Über die Gespräche am 2.–3. Juli in Spa unterrichten zusätzlich ein Telegr. Rosenbergs an das AA v. 2. Juli 1918 8.20 nm. über die Sitzung am 2. Juli nm. (PAAA, R 21431, S. 189–192) und ein Ergebnisprotokoll Rosenbergs über die Sitzung am 3. Juli vm. vom 6. Juli (ebd., S. 202–204) mit seinem nicht mehr beiliegendem Stenogramm. Obwohl bei der Vergleichung der von der OHL und vom AA geführten Votenprotokolle festgestellt wurde, dass sie größtenteils wörtlich übereinstimmen würden (ebd. S. 289), sind Abweichungen vorhanden; sie sind zur Ergänzung des hier abgedruckten Ergebnisprotokolls, z. B. bezüglich der belgischen Frage, heranzuziehen.

5 Ludendorff begann das Gespräch über diesen Punkt: In Russland sei jederzeit mit einem Umschwung zu rechnen. »Ähnlich liegen die Verhältnisse in der Ukraine. Ein lebensfähiger selbständiger, ukrainischer Staat wird nie entstehen. Der nationale Gedanke der Ukraine steht und fällt mit der Anwesenheit unserer Truppen. Wir müssen für alle Eventualitäten gerüstet sein«. Major Brinckmann ergänzte, die ukrainische Regierung habe keinen Rückhalt an »nationalen Elementen«, die »Regierungsämter übernehmen könnten. Alle führenden Köpfe sind Großrussen. Gegen die jetzige Regierung richtet sich die Agitation aller ukrainischen Chauvinisten. Sie hat eigentlich keinerlei Anhang hinter sich«. Der Kaiser hielt es für Wahn, »daß die Ukraine dauernd von Großrussland getrennt werden kann. Die Ukraine ist slawisch ebenso wie Großrussland. Die beiden werden wieder zusammenkommen«. Kiew solle ein »Platz der Ordnung« zur Beseitigung des »russischen Chaos« werden. Votenprotokoll v. 2. u. 3. Juli 1918. PAAA, R 21431, S. 205 f.

O.H.L. ist sich dessen bewusst, dass diese Forderung über den Brester Vertrag hinausgeht, muss aber aus Rücksichten auf den Aufmarsch an der Forderung festhalten. Dieses Ziel kann nur auf dem Verhandlungswege erreicht werden. Dazu ist die O.H.L. bereit, den Russen an anderer Stelle Gebiet abzutreten. Major Brinckmann[6] wird einen Vorschlag hierfür zu den Verhandlungen nach Berlin mitbringen.

5.) Don-Kosaken.
Die Selbständigkeits-Bestrebungen der Don-Kosaken sollen nicht gefördert werden. Die O.H.L. bezeichnet es aber als eine unbedingte militärische Notwendigkeit, die Don-Kosaken mit Geld und Waffen für uns zu gewinnen, um sie vom Zusammenschluss mit den Tschecho-Slowaken abzuhalten. Die O.H.L. wird den Kosaken hierzu die Unterstützung unter der Hand gewähren, so dass die politische Leitung von nichts zu wissen braucht und die militärischen Stellen nötigenfalls desavouieren kann. Als Grund für die Unterstützung der Don-Kosaken kann letzten Endes angegeben werden,
a) dass wir die deutschen Kriegsgefangenen und Kolonisten schützen müssen;
b) dass wir den Don-Kosaken die Unterstützung gewährt hätten, weil wir sie an der Vereinigung mit den antibolschewistischen Tschecho-Slowaken verhindern wollten.[7]
Keinesfalls darf mit der Sowjet-Regierung eine Abmachung getroffen werden, die uns auf Kosten der Kosaken Lebensmittel sichert.

6.) Krim.
Die Regierung des General Sulkiewicz[8] wird ohne formelle Anerkennung seitens der Reichsleitung durch die am Ort befindliche militärische Kommandogewalt als de facto-Regierung [behandelt]. Nur soll der selbständigen Zukunft der Krim nicht Vorschub geleistet werden.

7.) Georgien.
Die Anerkennung Georgiens durch Russland soll schon bei den Verhandlungen in Berlin angestrebt werden.
Der Vormarsch der Türken auf Baku muss verhindert werden. Die Ausbeutung der Öl–Vorräte von Baku ist für uns Lebensfrage. Daher soll mit

6 Friedrich Brinckmann, geb. 1878, 1913–1916 Militärattaché in Brüssel und Den Haag, 1916–1918 Generalstabsoffizier bei Oberost, 1918 Major, Abteilungschef in der OHL, Orden pour le mérite. Hintze, S. 482.

7 Vgl. die handschr. Randbemerkung, dass die Unterstützung der Kosaken gegen den Vertrag von Brest-Litowsk verstoße, aber verwendet werden solle, um Russland zu Zugeständnissen in Estland und Livland zu bewegen. Votenprotokoll. BArch R 43/2477, f. 189–198.

8 Maciej (Suleyman Bey) Sulkiewicz (1865–1920), geb. in der Region Grodno, aus tatarischer Familie, 1883 Eintritt in die russische Armee, 1910 Generalmajor, 1915 Generalleutnant, 1918 provisorischer Regierungschef auf der Krim, 1919 in Aserbeidschan, dort Chef des Generalstabs, 1920 von den einmarschierten Bolschewiki hingerichtet. https://en.wikipedia.org/wiki/Maciej_Sulkiewicz (24.11.2018).

der russischen Regierung eine Einigung über Baku erzielt werden, indem wir ihr den Besitz von Baku garantieren, nötigenfalls durch Entsendung deutscher Truppen nach Baku.[9]

S.M. der Kaiser befiehlt Beschleunigung.

8.) Schwarzmeer-Flotte.

S.M. der Kaiser hat entschieden, dass die Schiffe der Schwarzmeer-Flotte so verwendet werden, wie die Kriegsnotwendigkeit es verlangt.[10] Die Klärung der Eigentumsfrage bleibt für später vorbehalten.

9.) Deutsche Kolonisten.

Die deutschen Kolonisten wünschen eine deutsche Staatsangehörigkeit. Die Frage bedarf noch der Klärung (Exzellenz Kriege). Die O.H.L. legt Wert darauf, die dienstwilligen Elemente unter den Kolonisten für unseren Heeresersatz zu gewinnen.

---

9 Der Kaiser wollte auch die ihm wichtig erscheinende Ölfrage weniger mit der Waffe als durch »Verhandlungen mit Joffe« geklärt wissen. Rosenberg telegraphierte dem AA am 2. Juli 1918, dass Hindenburg ihn persönlich bat, »das Interesse des Auswärtigen Amtes für diese ›Lebensfrage‹ zu gewinnen«. PAAA, R 21431, S. 191.

10 Die den Russen abgenommenen Schiffe sollten gegen eine mögliche Aktion der Engländer an den Meerengen, mit denen »die militärischen Stellen« rechneten, nutzbar gemacht werden. »Den Eigentumsrechten der Großrussen oder der Ukrainer soll dadurch in keiner Weise präjudiziert werden«. »General Ludendorff betonte, daß er keinerlei praktische Maßnahmen treffen wolle, bevor er mit Exzellenz Kriege gesprochen habe«. Rosenberg an AA, 2. Juli 1918. (PAAA, R 21431, S. 192). Kriege war mit den Verhandlungen von Brest-Litowsk und den Zusatzverträgen nah befasst. – Johannes Kriege (1859–1937), geb. in Lüdinghausen, 1878 Einjährig Freiwilliger, Reserveoffizier (1913 Major der Landwehr), 1880 Referendar, 1881 Dr. jur., 1886 Assessor und Dienstantritt im AA, 1887 in Amsterdam, 1888 dort Vizekonsul, 1889 kommissarische Leitung des Konsulats Asunción, 1893 in der Abteilung III (Recht) des AA, 1895 Konsul in Sarajewo, 1896 wieder in Abteilung III, Wirklicher Legationsrat und Vortragender Rat, Teilnehmer internationaler Konferenzen, 1900 Geheimer Legationsrat, 1907 Wirklicher Geheimer Legationsrat, 1911 Direktor der Abteilung III, 1916 Wirklicher Geheimer Rat (Exzellenz), 1918 z. D., 1924 a. D., 1921–1932 Mitglied des preußischen Landtags (DNVP). Pacelli, der Kriege als den Zuständigen für Kriegsgefangene und Deportationen aus Belgien Ende Juni 1917 aufsuchte, beschrieb ihn als »the type [...] of the Kraut, hard, intolerant, theoretical, not able to understand the practical and political side of things, full of pretension about his alleged scientific knowledge and his overrated Kultur«. Zitiert nach De Vondel, S. 145. Vgl. die objektive Charakterisierung Krieges bei Baumgart, Deutsche Ostpolitik, S. 275.

B. Polnische Frage.[11]

Die austro-polnische Lösung ist tot. Es sollen unverzüglich nach Wien bestimmte Forderungen gerichtet werden.

a) Österreich-Ungarn verzichtet auf Personal-Union.

b) Die Polen sollen einen Kandidaten vorschlagen.

c) Deutschland behält in Polen die wirtschaftliche Vorhand. Polen bleibt unser Durchfuhrland nach dem Osten.

d) Deutschland behält vorherrschenden Einfluss auf die Eisenbahnen.

e) Polen wird zu den Kriegskosten herangezogen.

f) Deutschland beansprucht von Polen den in der Denkschrift der O.H.L. vom 5.7.18 Nr.32583 P.I. angegebenen Grenzstreifen.

Der Überreichung der Note soll baldigst eine endgültige Festlegung in Wien durch den Reichskanzler folgen.

C. Belgische Frage.

Belgien muss unter deutschem Einfluss bleiben, damit es niemals wieder unter französisch-englischen Einfluss kommen und Aufmarschgebiet unserer Feinde werden kann.

Dazu soll die Trennung von Flandern und Wallonien in 2 getrennte Staaten, nur durch Personal-Union und wirtschaftliche Abmachungen vereinigt, gefordert werden. Belgien wird durch Zoll-Union, Eisenbahngemeinschaft und

11 Die Folgebesprechung am 3. Juli vormittags eröffnete Hertling, indem er die polnische Frage zur Diskussion stellte. Nachdem der Kaiser vorgetragen hatte, Kaiser Karl selbst habe beim Treffen in Bad Homburg die austropolnische Lösung nicht mehr für möglich gehalten, »entwickelte der Herr Reichskanzler folgendes Programm: 1) Die Polen sollten sich selbst über die Persönlichkeit ihres künftigen Herrschers schlüssig machen und den gewählten Kandidaten den beiden Mittelmächten in Vorschlag bringen. 2) Polen solle volle Selbständigkeit erhalten. 3) Deutschlands wirtschaftliche Vormachtstellung und seine Durchgangsinteressen müssten gesichert werden. 4) Eisenbahn-Konvention. Eventuell könne eine deutsch-polnische Eisenbahnbetriebsgesellschaft gegründet werden, in die wir das uns gehörige Eisenbahnmaterial in Polen hineinbringen könnten. 5) Militär-Konvention mit Deutschland. 6) Polen tritt diejenigen Gebiete an Deutschland ab, die aus dringenden militärischen Notwendigkeiten unbedingt gefordert werden müssten«. Die OHL erklärte sich mit diesem Programm einverstanden, versprach, eine Karte und Denkschrift über die von ihr für notwendig erachtete Grenzlinie mitzuteilen, und drang auf die Beteiligung Polens an den Kriegskosten. Hertling wollte das AA mit der Erarbeitung einer Instruktion an Botschafter Wedel beauftragen, »worin die austro-polnische Lösung nochmals als endgültig erledigt bezeichnet und die österreichisch-ungarische Zustimmung zu der von uns vorgeschlagenen polnischen Lösung gefordert wird«. (Protokoll Rosenbergs vom 6. Juli 1918. PAAA, R 21431, S. 202 f.) Laut dem ausführlichen Votenprotokoll erklärte Wilhelm II., er habe Karl in Spa auseinandergesetzt, er plane nicht eine ihm unterstellte »germano-polnische Lösung« und keine Einmischung in die polnische Kandidatenfrage. In Spa habe Karl auf die austro-polnische Lösung verzichtet, jetzt schwanke er wieder. Dies bestätigte Hertling; demnach hielt Burian kürzlich in Berlin erstaunlicherweise an der austro-polnischen Lösung fest, weswegen die Besprechung vom 11.–12. Juni, ergebnislos verlaufen sei. In einer eventuell ultimativ gefassten Note an Burian müssten wir »unsere polnischen Wünsche fest und bestimmt formulieren«. Die wirtschaftlichen Fragen würden in Salzburg weiter besprochen. BArch, R 43/2477, f. 195.

dergleichen in engste Beziehungen zu Deutschland gebracht werden. Eine belgische Armee darf vorläufig nicht bestehen.[12]
Deutschland sichert sich lange Okkupation mit allmählichem Abbau, sodass zuletzt die flandrische Küste und Lüttich zu räumen wären. Die vollständige Räumung ist davon abhängig, dass Belgien sich auf das Engste an uns anschliesst. Namentlich muss für den Schutz der Küste durch Flandern die Gewähr unbedingter Zuverlässigkeit bestehen.[13]

12 Nach Rosenbergs Protokoll vom 6. Juli äußerte Wilhelm II., man solle den Flamen die Befestigungsanlagen an der Küste unentgeltlich übertragen mit der Auflage, für ihre Instandhaltung zu sorgen. (PAAA, R 21431, S. 203). Nach dem Votenprotokoll hielt Ludendorff die Schleifung der Festungen für nötig und eventuell »kleine Annexionen bis nach Lüttich«, wogegen Hertling einwarf: »Wir kommen wohl ohne Annexionen zum Ziel«. Der Kaiser erklärte, ein selbständiges Flandern solle die Küste schützen. »Nur hierdurch können wir auf Annexionen verzichten«. (BArch, R 43/2477, f. 189–198). Bei der letzten Besprechung am 3. Juli warf Hertling laut den Votenprotokollen die belgische Frage auf, schlug vor, das Land zu dessen Vorteil »wirtschaftlich an uns ketten«. Die Flamen wollten »vollkommene Trennung« der Verwaltung, wovon auch der Generalgouverneur ihn überzeugt habe, doch müsse teilweise eine gemeinsame Gesetzgebung bleiben. PAAA, R 21431, S. 268, 344. Vgl. K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 127: »Was endlich Belgien betraf, so wurde erneut der Entschluß festgestellt, dasselbe freizugeben; dem König Albert sei die Auflage zu machen, die flandrische Küste selbst gegen England zu verteidigen, d. h. im verteidigungsfähigen Zustande zu erhalten«.

13 Laut Votenprotokoll vom 2.–3. Juli 1918 fand auch eine Diskussion über das geplante neue U-Boot-Sperrgebiet statt. Der Kaiser setzte die von Ludendorff und dem Admiralstab dringend geforderte Erklärung eines Sperrgebiets an der nordamerikanischen Ostküste zur Einschränkung des Seetransports der US-Truppen wegen Mangels an U-Booten und der Gefahr des Anschlusses der südmerikanischen Staaten an die Entente »bis auf weiteres« aus, nachdem Hertling vor »politischen Nachteilen« und Gesandter Rosenberg namens des AA vor »Komplikationen mit Spanien« gewarnt hatten. (PAAA, R 21431, S. 271 f.). Während Hertling vorschlug, die Aussage des Kaisers, diese Erklärung »nicht so bald« erlassen zu wollen, ins Protokoll aufzunehmen, drang Ludendorff darauf, ins Protokoll zu schreiben, die OHL habe »allergrößten Wert« auf die »recht bald« erfolgende, nur kurzfristig auszusetzende Erklärung des Sperrgebietes, gelegt. Die OHL erklärte sich am 8. Juli mit der von Hertling gekabelten, von Rosenberg formulierten Fassung einverstanden, dass die Erklärung »bis auf weiteres« auszusetzen sei (RK 197 Radowitz an Bartenwerffer, Berlin 8. Juli 1918; Bartenwerffer an Radowitz, GHQ 8. Juli 1918. BArch, R 43/2403f, f. 129, 131). Die ausführlichen Protokolle vom 2.–3. Juli gaben die Ablehnung des von der OHL hartnäckig verfolgten Sperrgebiets nicht eindeutig genug wieder. (Siehe oben Nr. 363). Auf Weisung Kühlmanns vom 26. Juni 1918 hatte Lersner der OHL vertraulich mitgeteilt, die Erklärung des neuen Sperrgebiets werde in den USA große Verärgerung hervorrufen und die gleichzeitige Anbahnung von Friedensverhandlungen durch den Mittelsmann McCormick als heimtückisches Manöver aussehen lassen. (Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 223 f.). Eine weitere Besprechung über die Ausdehnung des Sperrgebiets fand unter Beteiligung des Kaisers, des Reichskanzlers, des Admiralstabs, des Zivil- und Militärkabinetts am 29. Juli 1918 in Spa statt. (BArch, R 43/2477, f. 199–210). Hintze maß hier Hertlings Hinweis auf die Sondierung bei Wilson »entscheidenden Einfluss« nicht zu, weil dieser Schritt ganz ungewiss sei. (Ebd., f. 207). Aus Hintze, S. 457 f., geht Hintzes Abwertung der Mission McCormicks, die zum Kern der Argumentation Haniels und Hertlings gehörte, nicht hervor. Der Kaiser folgte Hertling und vertagte die Entscheidung.

376

Friedrich von Payer an Georg von Hertling
Berlin, 6. Juli 1918

Der Stellvertreter des Reichskanzlers. (eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 41, f. 94–95;[1] Druck: Payer, Von Bethmann Hollweg bis Ebert, S. 69 f.)

Euer Exzellenz.

Da ich höre, daß über meine Stellung zu der Frage eines etwaigen Rücktritts des Herrn Staatssekretärs von Kühlmann verschiedene Auffassungen bestehen, gestatte ich mir dieselbe kurz zu präzisieren.

In erster Linie halte ich es nach wie vor für notwendig festzustellen, ob Herr v. Kühlmann und die O. H. L. in Zukunft mit einander weiter arbeiten können und wollen. Der jetzige Zustand, daß sie nicht miteinander an einem Tisch sitzen, ist selbstverständlich auf die Dauer unhaltbar. Ich habe mir deßhalb seinerzeit die Bitte an Euer Exz[ellenz] erlaubt, bei S[einer] Majestät vorstellig zu werden, daß S[eine] Majestät versuchen möge, dieses Zusammenarbeiten zu ermöglichen.

Ist dasselbe nicht zu ermöglichen, so bleibt nichts anderes übrig, als Herrn v. Kühlmann zum Rücktritt zu veranlassen. Sein Abgang hätte aber, ich darf das nicht verschweigen, sehr unerwünschte Folgen. Ich hoffte, die Socialdemokratie lasse sich belehren, daß ein Wechsel in der Person nicht notwendig einen Wechsel im System bedeute. Sie versteift sich aber, wie ihr brutaler Vorstoß vom Mittwoch beweist, darauf Kühlmanns Abgang ohne Rücksicht auf den etwaigen Nachfolger als einen Sieg der Alldeutschen und als den Beweis dafür anzusehen, daß die derzeitige Regierung unter dem Eindruck einer wilden Agitation macht- und kraftlos vor den Alldeutschen und der O. H. L. kapituliert habe und kein Vertrauen mehr verdiene.

Dann muß sie aber, wozu sie ohnedies geneigt ist, formell in die rücksichtslose Opposition gehen, denn auf die Dauer kann sie so mit der Regierung nicht

1 Abdruck nach dem Or.; Payer hatte Hertling jun. die Erlaubnis zur Veröffentlichung seines »durchaus vertraulichen« Briefes nicht gegeben. »Sein Inhalt ist hochpolitischen, vollständig intimen Charakters, er ist von mir amtlich an den leitenden Staatsmann geschrieben, dessen erster Mitarbeiter zu sein ich die Ehre hatte. Hätte ich annehmen können, dass er vor Ablauf der üblichen Schonzeit veröffentlicht werde, hätte ich mich nicht mit der nicht mehr zu übertreffenden Offenheit über die Sachlage, über die Parteien und über deren zu erwartende Politik ausgesprochen und aussprechen können, wie ich es damals dem Reichskanzler gegenüber für meine Pflicht erachtet habe«. (Payer an Karl v. Hertling, Stuttgart 29. April 1919. BArch, NlH, Nr. 54, f. 1). Vier Jahre später publizierte Payer den Brief selbst mit der Begründung, dass »die Archive zu Zwecken der Anklage wie der Verteidigung wenigstens in Deutschland überall geöffnet sind«. (Payer, Von Bethmann Hollweg bis Ebert, S. 68). Payer kam hier zu dem scharfen Urteil: »Der Brief zeigt mehr als die längste Schilderung, in welch fast unerträglicher Lage sich damals gegenüber der Machtstellung und dem Machtbewußtsein der Obersten Heeresleitung der Reichskanzler und nicht weniger der Kaiser sich befanden«. Ebd., S. 68–71.

zusammen arbeiten und die Regierung nicht mit ihr. Dann tritt ein, was zu verhüten wir während des ganzen Kriegs bemüht waren. Es existiert dann aber auch keine Mehrheit mehr, auf die sich die Regierung einigermaßen stützen könnte, überhaupt keine Mehrheit mehr und ich kann mir weder vorstellen, wie eine von rechts wie links angegriffene Regierung sich halten könnte, noch wie ihre Nachfolgerin aussehen sollte. Sie müßte wohl der äußersten Rechten oder der äußersten Linken entnommen werden.

Käme noch hinzu, daß der Nachfolger v. Kühlmanns eine andere Politik treiben würde, so würden auch die Fortschrittliche Volkspartei und die weit überwiegende Mehrheit des Zentrums der Regierung den Dienst kündigen. Andernfalls ließen wohl sie sich, wenn auch ungern, beruhigen, aber ein großer Teil ihrer Presse und des um den Frieden besorgten Volkes würden die socialdemokratische Politik mitmachen. Die Gefahren für unseren inneren Frieden liegen auf der Hand.

Das Ausland würde den Wechsel der Person wohl ziemlich einmütig als Übergang zu einer weniger friedlichen Politik ansehen.

Daß wenn möglich bei dieser Sachlage ein Wechsel nicht stattfinden sollte, scheint mir nahe zu liegen. Ein solcher müßte auch, selbst wenn er keinen Wechsel der Politik bedeuten würde, der Stetigkeit unserer auswärtigen Politik Abtrag[2] tun. Ein vollwertiger[3] Ersatz scheint mir zu fehlen.

Mit meinen besten Empfehlungen bin ich
Euer Exzellenz ergebenster
Payer

2 Stattdessen im Druck Payers: Eintrag

3 Stattdessen im Druck Payers: vollständiger.

377

Friedrich von Payer an Georg von Hertling
Berlin, 7. Juli 1918

(Telegramm, Or.; BArch, R 43/2398k, f. 345)

Presto. reichskanzler gr[osses] h[aupt] qu[artier]

mehrheitsparteien hatten gestern ausfuehrliche besprechung. es wurde einmuetig festgestellt, dass trotz des von den andern parteien missbilligten vorstosses der sozialdemokratie vom mittwoch von einer trennung und von bildung einer nach rechts orientierten mehrheit keine rede sein koenne, dass vielmehr eher die bisherige mehrheit durch die gestrige offene aussprache gefestigt erscheine. die zustimmung der sozialdemokratie zu kriegskrediten ist wohl sicher, mehrheit dafuer innerhalb der partei ist gestiegen. die mehrheitsparteien bitten aber, wie sie mir officiell mitteilen laszen, vor der abstimmung ueber die kriegskredite, die wohl fuer freitag in aussicht steht, ihnen gelegenheit zu einer vertraulichen besprechung mit euerer excellenz, dem staatssekretaer des auswaertigen und einem vertreter der obersten heeresleitung und des reichsmarineamts zu geben. es duerfte sich dabei hauptsaechlich um vorgaenge in der ukraine, ueberhaupt im osten, handeln. Die fraktionsfuehrer wollen vor auseinandergehen des reichstags ihre fraktionen beruhigen. Ich moechte lebhaft empfehlen, dem wunsche zu entsprechen.

Wenn euere excellenz mich mit vertretung bei besprechung beauftragen wollen,[1] werden die herren sich zweifellos auch damit begnuegen: gestrige besprechung habe weiter ergeben, dass alle drei parteien unter jetzige[n] verhaeltniszen ueber folgen eines wechsels im auswaertigen amte fuer innere stimmung ernstlich beunruhigt sind.

payer

1 Da Hertling nicht zu der Besprechung nach Berlin fuhr, vertrat ihn Payer, der das Kriegsamt um die Teilnahme eines Militärs ersuchte. Entsandt wurde Generalmajor von Wrisberg. Die streng vertrauliche, sehr eingehende Besprechung fand am 10. Juli bis 5 Uhr nachmittags im kleinen Bundesratssaal des Reichstags statt. Erzberger und Ebert brachten hier vor, in Briefen württembergischer Truppenteile sei berichtet worden, dass bei Taganrog im Auftrag ukrainischer Regierungsvertreter 2500 Personen, darunter Frauen und Kinder, in Gruppen zu 500 aufgeteilt und »mit Maschinengewehren niedergemäht« worden seien. Bussche und Wrisberg gaben an, davon keine Nachricht zu haben, wollten sich aber erkundigen. (BArch, R 43/2398k, S. 349–375). Vgl. Aktennotiz Radowitz' v. 22/VII: »Herr v. Prittwitz. Einiges ist interessant für den H. RK. (UBoot-Debatte)«. – Generalmajor Ernst von Wrisberg (1862–1927), 1915–1918 Direktor des Kriegsdepartements im preußischen Kriegsministerium, wegen seiner Logistik für die Frühjahrsoffensive 1918 hoch dekoriert.

378

Georg von Hertling an Friedrich von Payer
Großes Hauptquartier, 8. Juli 1918

(eigh. Or.[1]; BArch, NlH, Nr. 41, f. 98–101; Druck: K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 131–134)

Sehr verehrte Exzellenz!

Schneller noch, als wir befürchtet haben, ist die Entscheidung gefallen, Hr. von Kühlmann hat heute Vormittag mündlich den Kaiser um seine Entlassung gebeten, die sofort erteilt wurde. Die Hoffnung, die [ich] noch gestern glaubte hegen zu können, hat sich nicht erfüllt. Doch ich will von vorn anfangen. Sofort nach meiner Ankunft hier am 1. d[ieses] M[onats] hatte ich eine vertrauliche Besprechung mit dem Feldmarschall und dem General Ludendorff. Das Ergebnis war für mich die Ueberzeugung, daß der Widerstand der beiden Herrn, insbesondere des ersten, gegen ein Verbleiben Kühlmanns nicht zu brechen und eine vertrauensvolle Arbeit der beiden Stellen miteinander nicht zu erreichen sei.[2] Ich habe den ruhigen Herrn von Hindenburg noch nie so abweisend gefunden. Am andern Tage war ich zwei Stunden bei S[eine]r Majestät, der sich zwar persönlich nicht ungnädig gegen K[ühlmann] zeigte, es aber für ausgeschlossen erklärte, daß etwa auf seinen Befehl hin ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten möglich sei. Eine Kraftprobe zu machen hatte unter diesen Umständen keinen Zweck. Die Entlassung der Heerführer zu verlangen, auf die Heer und Heimat mit unbedingtem Vertrauen blicken, wäre frevelhaft gewesen und hätte selbstverständlich auch keinerlei Erfolg gehabt. Und was hätte es geholfen, wenn ich nun meinerseits gegangen wäre? Wäre der Kaiser hierauf eingegangen, so wäre die einzig richtige Konsequenz die Militärdiktatur gewesen, die wir doch auch nicht wünschen können und so lange als möglich fernhalten müssen. Auf's dringendste aber bat ich, daß der Wechsel erst nach Schluß des Reichstags eintreten soll, was mir auch allseitig zugesagt wurde. Am 2. und 3. fand dann unter dem Vorsitze des Kaisers die politische Aussprache mit den Herren der O.H.L. statt, worüber Eure Exzellenz unterrichtet sind. Der Verlauf war ein durchaus friedlicher, eigentliche sachliche Differenzen traten nicht hervor. Ich hatte Seine Majestät bei der ersten Unterredung gebeten, Herrn v. K[ühlmann] zum persönlichen Vortrag hierher kommen zu lassen, was auch sogleich zugesagt wurde,

1 Gedruckt nach dem Or. (im NlH), das der Reichskanzler seinem Sohn zur Aufbewahrung gab, nachdem er es ihm »in die Maschine diktiert« hatte. Der Druck bei K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 130, ist nicht fehlerfrei.

2 Hertling zeigte sich hier unbeeindruckt von der Insinuation Hindenburgs am 1. Juli ihm gegenüber, es handele sich um einen Konflikt »Kühlmann-Reichstagsmehrheit kontra Reichskanzler«. K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 125.

daß dies so rasch geschehen würde, entsprach nicht meinen Wünschen. Trotzdem hoffte ich noch gestern, einen Aufschub der definitiven Entscheidung erreichen zu können, mit Rücksicht auf gewisse in Aussicht stehende vertrauliche Aussprachen in einem neutralen Lande, worüber ich nichts schreiben mag,[3] aber die Hoffnung schlug fehl, da S[eine] Majestät die Ansicht vertrat, daß diese Aussicht auch durch den Weggang von K[ühlmann] nicht versperrt würde. Ich habe auch nicht unterlassen, S[einer] Majestät Kenntnis von dem Briefe zu geben, welchen Eure Exzellenz mir zu schreiben die Güte hatten, es ist aber schwer an allerhöchster Stelle die richtige Einschätzung der parlamentarischen Dinge herbeizuführen.[4]

Es fragt sich nun, was wir tun sollen. Das eine steht fest und wird mit aller Entschiedenheit betont werden müssen, daß das Ausscheiden Kühlmanns keinen Wechsel in der inneren und äußeren Politik bedeutet. Für diese habe ich allein die Verantwortung, auch waren es keine sachlichen Differenzen auf diesem Gebiete, die den Wechsel im Staatssekretariat herbeiführten, sondern lediglich das durch K[ühlmann]s Rede im Reichstag auf den Gipfel getriebene Mißtrauen gegen seine Person. Gegen diese richtete sich der von der Armee geübte Druck. Was sodann die Frage des Nachfolgers betrifft, so ist ja das Recht des Kaisers, denselben nach freier Wahl zu ernennen, unzweifelhaft. Für mich kam aber natürlich in Betracht, ob der in's Auge Gefaßte, geeignet und bereit sei, diejenige Politik zu machen, die ich als die meine mit meiner Verantwortlichkeit würde decken können. S.M. hat mir den bisherigen Gesandten in Cristiana, Admiral v. Hintze[5], als seinen Kandidaten bezeichnet, den er auch hierher hatte kommen lassen und mit dem ich daher auch eingehend gesprochen habe.

Hr. Hintze hatte schwere Bedenken, ob er das Amt annehmen solle und tut es, wenn er es tut, nur auf den Befehl seines kaiserlichen Herrn. Er hat mir den Eindruck eines ernsten und fähigen Mannes gemacht[6] und gilt als erstklassischer [!] Kenner

3 Gemeint waren Fühlungnahmen mit englischen Delegierten im Haag zum Zweck des Gefangenenaustauschs, die aber als Auftakt zu deutsch-englischen Verhandlungen hätten dienen können. Von englischer Seite schien das persönliche Erscheinen Kühlmanns erwünscht. Vgl. K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 126, 128.

4 Payer, Von Bethmann Hollweg bis Ebert, S. 70, konnte diese Auffassung »auf Grund eigener Erfahrungen meinerseits nur bestätigen«. Vgl. Bülow, Denkwürdigkeiten, Bd. 3, S. 274.

5 Paul (seit 1908: von) Hintze (1864–1941), geb. in Schwedt an der Oder, nach dem Abitur 1882 Eintritt in die Marine, 1901 Korvettenkapitän, 1902 Berufung in den Admiralstab, 1903 Marineattaché für die nordischen Reiche in St. Petersburg, 1906 Flügeladjutant Wilhelms II., 1908–1911 Militärbevollmächtigter in St. Petersburg, 1911 abgelöst, da vom Zaren nicht mehr erwünscht, Abschied von der Marine, Charakter als Konteradmiral, Gesandter in Mexiko, 1914 in China, 1917 in Norwegen, vom 16. Juli bis 30. November 1918 Nachfolger Kühlmanns als Staatssekretär des Äußern, nach 1918 vergebliche Versuche der Rückkehr in die Diplomatie, 1923–1928 Vorsitzender des Vereins für das Deutschtum im Ausland. Hintze, Einleitung von Hürter.

6 Am 15. Juli 1917 hatte Lerchenfeld Hertling mitgeteilt, Hintze sei »als Kandidat für den Staatsekretärsposten beseitigt. Wie ich Ihnen schon sagte, genießt der Mann den Ruf eines Intriganten und sehr phantastischen Politikers. Ein Marinemann im Äußern würde auch überhaupt nicht gut

russischer Verhältnisse. Politisch im Sinne einer Parteirichtung hat er sich nie betätigt, nach dieser Richtung ist er ein unbeschriebenes Blatt. Gegenteilige Behauptungen sind unbegründet. Daß er, wenn er die Stelle antritt, in loyaler und offener Weise mit mir arbeiten würde, hat er mir bestimmt zugesagt. Eine große Schwierigkeit für ihn wird der Umstand sein, daß er als eine Art von Fremdkörper im diplomatischen Dienst galt und daher dem Mißtrauen des Ausw[ärtigen] Amts begegnen wird, dessen Reorganisation ihm der Kaiser als seine besondere Aufgabe übertragen will. Ich möchte Euer Exzellenz nun bitten, mit den Parteiführern Fühlung zu nehmen und mit aller Kraft dahin zu wirken, daß sie uns vor Erschütterungen bewahren, die im jetzigen Augenblick zu einer Katastrophe im Innern führen würden. Wir beide haben doch, weiß Gott, die Zusagen gehalten, die wir seiner Zeit gegeben haben. Daß wir nicht zu unserm Vergnügen auf unsern Plätzen sitzen, haben Euer Exzellenz in Ihrer vortrefflichen Antwort auf die Anpöpelung [!] Scheidemanns treffend hervorgehoben;[7] wenn uns aber jetzt die Reichstagsmehrheit von diesen Plätzen vertreibt, so geht das am Vaterlande aus, denn dann kommt die Militärdiktatur.

---

gewirkt haben. Das Auswärtige Amt hat dann auch scharf Front gegen die Wahl gemacht«. In St. Petersburg habe er bei seinen Kollegen »den Beinamen le sous marin« geführt. (Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 881). Hindenburg erwartete von der Ernennung Hintzes, dass dieser im AA tüchtig aufräumen werde und sich bei Verhandlungen nicht an die Wand quetschen lasse: »eine verschlagene, kluge, kalte, rücksichtslose, aber doch sympathische Persönlichkeit, dabei durch und durch Preuße, so daß ich über seine Wahl nur zufrieden sein kann«. (Zitiert nach Rauscher, Hindenburg, S. 162). Der Demokrat Payer fand (rückblickend) Verständnis für Hintzes Amtsantritt, weil er dem »Korpsgeist« des Auswärtigen Amts ferngestanden habe, das sich mit einem »Geist der Exklusivität« und dem »Nimbus des Geheimnisvollen« umgab: »In ihm walteten erkorene Priester ihres weihevollen Dienstes unter mysteriösen Gebräuchen«. Payer, Von Bethmann Hollweg bis Ebert, S. 59 f.

7 In seiner Reichstagsrede am 3. Juli 1918 warf Scheidemann der »Zivilregierung« vor, sich dem »militärischen Absolutismus« der Heeresleitung zu beugen und sich unverantwortlich über die schwere Bedrängnis der Bevölkerung hinwegzusetzen, indem sie keinen reinen Verteidigungskrieg führe. Kühlmanns Rede stehe nicht in sachlichem Widerspruch zur Ansicht früherer und amtierender Reichskanzler, Staatssekretäre und Diplomaten. Payer bestritt, dass die zivile Leitung vor der militärischen kapituliert habe, sie genieße vielmehr deren Achtung und sei trotz der (auch aus anderen Ländern bekannten) Meinungsverschiedenheiten auf Zusammenarbeit angewiesen, um zu einer einheitlichen Meinung zu finden. Ohne die Oberste Heeresleitung sei Politik nicht zu machen, sonst übernehme diese auch die »zivile Politik«, für den Frieden sei damit nichts gewonnen. Er rief die Sozialdemokraten zur Unterstützung auf, um »Sieg und Frieden« zu erreichen und dem Wunsch der Reichstagsmehrheit nach einem »Frieden der Verständigung« zu entsprechen. Sten. Berichte, 13. Leg.-Per., 2. Sess., Bd. 313, S. 5706–5708 (Scheidemann), S. 5713–5715 (Payer).

Soviel heute in Eile; ich werde nicht unterlassen, Euer Exzellenz von hier aus auf dem Laufenden zu halten, und erbitte das Gleiche auch von dort. Jetzt selbst nach Berlin zu kommen, würde ich, solange Seine Majestät hier ist, nicht für ratsam halten, da die möglichst enge Fühlung mit dem hohen Herrn, auch wenn sie diesmal die gewünschte Wirkung nicht hatte, doch außerordentlich wichtig ist.

In aufrichtiger Verehrung
Euer Exzellenz ergebener
[Hertling][8]

8 Unterschrift ist ausgeschnitten.

379

Bericht Robert de Fioris
Zürich, 8. Juli 1918

AS 3182.[1] (masch. Or.[2]; PAAA, R 20514, S. 202–208)

Da mein Sohn, der in Genf mit dem Kreise Herron's Fühlung zu halten beauftragt ist, mich wiederholt wissen ließ, Herr Professor Herron wünsche mich zu sprechen, so habe ich den amerikanischen Professor in den letzten Tagen wieder besucht. Ich wurde sehr herzlich empfangen. Es sei, sagte Herron, das erstemal, daß man in Berlin durch einen vertrauenswürdigen Mann seine innersten Gedanken kennen gelernt habe. Woher er das wußte, sagte er mir nicht, doch fuhr er fort: Ich habe im Dezember und Februar mit einigen deutschen Parlamentariern gesprochen. Keinem ist es jemals eingefallen, meine Erklärungen unpersönlich und unkritisch wiederzugeben, damit sie für sich allein wirken könnten. *Dies gelte vor allem für den Abgeordneten Haußmann, mit dem er wiederholt im Dezember und Februar gesprochen habe, im Februar 1918 eine Nacht hindurch mit Haußmanns Tochter als Dolmetscherin.*[3] *Beim Abschied sei Haußmann von der Notwendigkeit einer inneren und äußeren Neuorientierung Deutschlands überzeugt gewesen, habe versprochen, in zehn bis 12 Tagen mit konkreten Vorschlägen zurückzukommen, die als Friedensanregung Deutschlands auf der Grundlage des Meinungsaustauschs mit Herron vertraulich nach Nordamerika geleitet werden sollten. Um die schriftlichen Vorschläge entgegenzunehmen, habe er den US-Botschafter in Paris*[4] *in die Schweiz bestellt. Haußmann sei aber nicht erschienen, habe so jede Fairness vermissen und die angesponnenen Fäden abreißen lassen, sodass inzwischen fünf Monate verflossen seien, in denen die Lage sich aus militärischen, politischen und ethischen Gründen verdüstert habe. Als Amerikaner, Angelsachse und vernünftiger Mensch bedauere er sehr lebhaft die*

1 pr. 15. Juli 1918, Sichtvermerke B[ergen], R[adowitz], Haniel u.a.; alte Signatur: »Weltkrieg 2 ganz geh[eim]«; die AS-Nummern galten für ganz geheime Aktenstücke.

2 Kop. als Anlage zu: Romberg an Hertling, Bern 29. Juli 1918. PAAA, R 20514, S. 303–309.

3 Haußmann hatte zwei Söhne und eine Tochter. Haußmanns Berichte v. 17. u. 24. Februar 1918 waren weniger tiefreichend als die de Fioris. Siehe oben Nr. 286.

4 William Graves Sharp (1859–1922), geb. in Mount Gilead (Ohio), bis 1881 Studium an der Law School der University of Michigan, Anwalt, 1885–1888 Staatsanwalt von Lorain County (Ohio), Teilhaber an Firmen für Holzkohlefabrikation und Eisenschmelze, 1909–1914 Kongressmitglied (Demokrat), 1914–1919 Botschafter in Paris. Er galt im Pariser Milieu als »deutschfreundlich«. Romberg an Hertling, Bern 5. Mai 1918, Beilage. Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 143; Biographical Directory of the United States Congress. 1774 – Present. http://bioguide.congress.gov/scripts/biodisplay (9.11.2018).

letzten Äußerungen des Kaisers,[5] *den er zwar für ehrlich halte, an dessen bessere Einsicht er aber appellieren müsse.* Wenn der zwischen uns entbrannte Kampf ein Kampf der Weltanschauungen ist, so kann ich nur die Gewißheit aussprechen, daß er mit dem Siege unserer Weltanschauung enden wird, weil es nicht anders sein kann. Doch wird nicht der Geldsack, sondern das ewige unzerstörbare Recht der Menschen auf ihre persönliche und politische Freiheit in einer Staatsgemeinschaft siegen, die nicht Selbstzweck ist, wie der preußische Staat, so wie ein bevorrechtetes Klasseninteresse ganz gewiß nicht zum Wohle der Dynastie ihn dem klar ausgesprochenen Willen des Volkes ertrotzt. [!] Und ich möchte, ohne unbescheiden zu sein, hier an die Klage des großen Napoleon erinnern, als er in St. Helena zwischen sich und seinen Taten den Ozean hatte: J'ai heurté l'esprit du siècle, et j'ai tout perdu«.[6]

Ich komme auf Hausmann [!] zurück. Was ich ihm damals von unsern militärischen Vorbereitungen sagte, ist heute Wahrheit geworden. Man wird mir wohl jetzt glauben, daß ich nicht aus nationalen und selbstsüchtigen Gründen, sondern um eines höheren menschlichen Gefühls willen voraussagen werde, was sich in den nächsten Monaten erfüllen wird. Wir haben heute in Frankreich etwas mehr als eine Million Mann und zweitausend Großkampfflugzeuge sind bereit, in den Frontdienst gestellt zu werden; wir werden längstens Ende November zweieinhalb bis drei Millionen Mann in Frankreich haben und die Zahl der Flugzeuge wird mindestens verdoppelt sein. Was ist nun zu erwarten?

Will das deutsche Hauptquartier den Krieg militärisch fortsetzen, so wird es wohl eine neue Offensive an der Westfront, vielleicht auch in Italien beschließen. Wir glauben nicht, daß es möglich sein wird, die Italiener, denen wir übrigens amerikanische Truppen senden werden, an die Etsch zu drücken, noch weniger glauben wir aber an eine Niederlage im Westen, die uns zwingen würde, Frankreich zu räumen. Die Deutschen werden vielleicht nach Paris kommen, Calais werden sie nicht erreichen und die Aussichten werden sich sodann für die deutsche Heeresleitung von Woche zu Woche schlimmer gestalten. Aber nehmen wir nur an, wir seien gezwungen, Calais preiszugeben und den Krieg um der Menschlichkeit willen in Europa abzubrechen, so werden wir – ich spreche hier nur von rein militärischen Standpunkten – darum den Kampf nicht aufgeben, sondern auf See fortsetzen. Man wird mir entgegnen, die Blockade des europäischen Kontinents – denn eine Blockade solcher Art wäre leider nicht zu vermeiden – wird Deutschland nicht anfechten, ich bitte aber zu bedenken, die Rohstoffgebiete des Kaukasus sind nicht mehr in deutscher Gewalt oder

5 Zu seinem 30jährigen Regierungsjubiläum führte Wilhelm II. am 15. Juni aus: Englands Kriegseintritt habe einen »Weltkampf« hervorgerufen: »es handelte sich um den Kampf von zwei Weltanschauungen. Entweder soll die preußisch-deutsch-germanische Weltanschauung – Recht, Freiheit, Ehre und Sitte – in Ehren bleiben, oder die angelsächsische, das bedeutet: dem Götzendienste des Geldes verfallen. Die Völker der Welt arbeiten als Sklaven für die angelsächsische Herrenrasse, die sie unterjocht«. Schulthess 59, NF 34 (1918/I), S. 197 f.

6 Ich habe den Geist des Jahrhunderts verletzt, und ich habe alles verloren.

wenigstens von deutschen Truppen nicht mehr erreichbar;[7] die Getreidenot Deutschlands und seiner Verbündeten wird durch die Vorräte Rußlands, Rumäniens und der Ukraine nicht behoben werden – die dort infolge einer kurzsichtigen Militärwirtschaft eingerissenen Zustände sind unheilbar geworden –, in Rußland endlich bereitet sich etwas vor, was wir zur Stunde vielleicht nicht übersehen können, Deutschland aber unter keinen Umständen verhindern wird noch könnte.

Kein klar denkender Mensch, wo immer er lebe, wird mir sagen können, daß Deutschland aus seiner Zwangslage sich durch weitere militärische Erfolge retten kann. Wären sie noch so groß, den strategischen Zweck, dem jeder Krieg dient, werden sie nie erreichen können; die Blockade und ihre Folgen werden taktische Erfolge niemals zunichte machen. Das Ende wäre also nach meiner festen Ueberzeugung nur die Demütigung Deutschlands und ein Friede, der nur von der Milde und Einsicht seiner letzten Gegner einen weltpolitisch befriedigenden Inhalt erwarten könnte.

Ich sage aber noch einmal, wenn es auch das letztemal sein wird, noch wäre es möglich, einem Verständigungsfrieden die Bahnen zu ebnen. Keinem Kompromißfrieden selbstverständlich, sondern einem Frieden, der unserer Weltanschauung entsprechen, Deutschland aber unter Umständen an Macht und Einfluß unversehrt lassen würde. Ich sage unter Umständen, weil ich weiß, der Friede ist undenkbar, wenn die Grundsätze, die unser Präsident im Einklange mit dem amerikanischen Volke und im Geiste aller freiheitlich denkenden Europäer verkündet hat, in Deutschland und Oesterreich nicht vollste Anerkennung finden. Das ist die conditio sine qua non des Verständigungsfriedens.

Professor Herron besprach nunmehr die einzelnen Punkte der von ihm in unserm ersten Gespräch niedergeschriebenen »erwägbaren Friedensbedingungen«. Er bat mich, ihm noch einmal die Gründe auseinanderzusetzen, weswegen die elsaß-lothringische Frage und auch die posen-polnische weder territorial gelöst noch in der Welt-Friedenskonferenz erörtert werden dürften. Ich schilderte ihm die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen und Posen, ohne sie irgendwie zu beschönigen. Ich erinnerte ihn an mein Wort von der Unmöglichkeit, die politischen Fragen Europas durch chirurgischen Eingriff zu regeln, von der Unmöglichkeit, sie rein national zu lösen, denn das wäre das summum jus, aber auch die summa injuria. Eine Trennung Elsaß-Lothringens von Deutschland würde das deutsche Volk niemals zugeben, im Vertrauen auf seine Kraft lieber den letzten Mann einsetzen, als nachgeben. Ebenso verhielte es sich mit Posen; da habe deutsche Kultur und deutsche Arbeit unschätzbare Werte geschaffen, die das deutsche Volk niemals aufgeben wird. Das Gleiche müsse man von Triest sagen. Möge diese Stadt auch innerhalb der geographischen Marken Italiens liegen, so könne das deutsche Hinterland unmöglich auf sie verzichten, denn ihr Besitz bedeute ihm den freien Weg zum Meere, der ja auch zu den obersten Grundsätzen Wilsons gehört. Daß diese Fragen politisch und wirtschaftlich

7 Vgl. zu Ludendorffs Diversion in den Kaukasus Baumgart, Kaspi-Unternehmen.

für alle Teile befriedigend gelöst werden können, sei an sich nicht zu leugnen, doch müßten Deutschland und Oesterreich zuvor jedenfalls die Gewißheit haben, daß man ihnen keine Selbstzerfleischung zumutet. In diesen Grenzen wären diese Fragen nach meiner Ansicht, die allerdings nicht maßgebend sei, sekundärer Natur. Primär hingegen sei für Deutschland und für das ihm verbündete Oesterreich das Problem der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Interessen, in denen die eigentliche treibende Kraft liegt, die in dem Weltkriege ihren tragischen Ausdruck gefunden hat. Hier wäre der Mission des Präsidenten Wilson der weiteste Betätigungsraum eröffnet. Von der zufriedenstellenden Lösung dieser Fragen hänge einzig und allein ein dauernder Weltfriede ab.

Professor Herron sagte mir, er sei von den historischen, wirtschaftlichen und nationalpolitischen Momenten, die ich ihm angeführt hatte, persönlich überzeugt. Er wolle sich aber Gewißheit verschaffen, die moralische Verantwortung für die Richtigkeit dieser Darstellung übernehmen zu dürfen. Er habe einen Freund in Zürich, der Deutschland wie sein Heimatland Holland kennt und bis zur Begeisterung liebt. Er werde ihn bitten, nach Genf zu kommen, um einer Nachprüfung aller von uns erörterten Punkte beizuwohnen.

Am nächsten Tage war der Freund in Herron's Villa. Ich darf den Namen des Mannes nicht nennen.[8] Die Nachprüfung fand in seinem Beisein statt; er bestätigte und bekräftigte meine Ausführungen in allen Einzelheiten. Herron war befriedigt und bat mich, in einigen Tagen wiederzukommen, um den Bericht zu lesen, den er an Wilson senden wolle. Auf dem Heimwege sagte mir Herron's Freund, ein großer Schritt wäre getan, wenn Wilson sich überzeugen ließe; Herron habe jedenfalls großen Einfluß auf ihn, die Schwierigkeiten, die in Frankreich zu überwinden wären, seien jedoch nicht zu verkennen und es sei sehr fraglich, ob sie ohne eine weitere Zermürbung des französischen Kampfwillens in Paris gute Aufnahme finden würden. Eines sei völlig sicher, »Deutschland hat mit Fanatikern zu tun und ein Friede mit ihnen ist nur denkbar, wenn die Grundsätze Wilsons anerkannt und durchgeführt werden, sonst geht der Krieg weiter«.

Ich war kaum in meinem Gasthofe angelangt, als Herron mich anrief und dringend bat, nicht abzureisen, da er mich noch sprechen müsse, er müsse sich aber die Sache noch überschlafen. So ging ich am nächstfolgenden Tage wieder zu ihm hinaus. Er sagte mir, ich habe noch einen Zweifel. Was würde geschehen, wenn Wilson sich in der elsaß-lothringischen Frage festgelegt hätte. Ich antwortete, man müsse es eben darauf ankommen lassen, doch dächte ich, diese Vermutung sei grundlos. Immerhin könnte er sich, wenn er sich überzeugte, daß Elsaß-Lothringen als vorwiegend deutsches Land naturgemäß und auch geographisch, da nicht der Rhein, sondern die Vogesen die Grenze sind, zu Deutschland gehört, eines Bessern besinnen. War er über die wirklichen Verhältnisse des Reichslands nicht gut unterrichtet, so konnte

8 Möglicherweise gemeint: Benjamin De Jong van Beek en Donk.

er sich Frankreich gegenüber bona fide binden. In dem Augenblicke, wo er einsehen müßte, daß er sich oder daß man ihn getäuscht hat, so würde er den Vertrag oder das Versprechen als hinfällig bezeichnen und die exceptio des unvorhergesehenen und unerwarteten Schadens gelten lassen. Das Elsaß ist aber nun einmal deutsch und müsse deutsch bleiben. Professor Herron nickte.

Er fragte weiter: Wie würde sich Deutschland nach Ihrer Ansicht zur society of nations verhalten. Das sei, erwiderte ich, die Sorge des morgenden Tages. Die society of nations könne nicht das Fundament, sie werde nur die Krönung des Friedens sein. Solange keine Verständigung erreicht sei, solange würde die Society of nations nur eine Treuhandgesellschaft der Entente gegen den Vierverband sein und den Krieg mit friedlichen Mitteln, aber darum nicht minder eindringlich weitergehen lassen. Das liege gewiß nicht in der Absicht des Präsidenten Wilson. Das ist, meinte Herron, richtig. Deutschland müsse an ihn glauben, ihm vertrauen, er würde die Interessen Deutschlands nicht preisgeben. Wäre er anders gesinnt, so würde er der aktiven Beteiligung Japans am Kriege längst zugestimmt haben, er ist aber tatsächlich die einzige Hemmung gegen den Einmarsch Nippon's in Sibirien und Rußland[9] und man sollte ihn wirklich nicht in die Enge treiben und wider seinen Willen moralisch zwingen, den Wünschen Frankreichs und wohl auch Englands nachzugeben. Damit war das Gespräch zu Ende.

R[obert] d[e] Fiori

9 Laut Telegr. von Jules Jusserand (1855–1932), 1903–1925 französischer Botschafter in Washington, vom 10. Mai 1918 war Wilson skeptisch gegenüber einer japanischen oder »inter-alliierten« Intervention in Sibirien, um Deutschlands Druck im Westen zu mindern. Papers of Wilson, Bd. 47, S. 585 f., 472 f. (Äußerung vom 10. April).

380

Hilmar von dem Bussche an Georg von Hertling
Berlin, 9. Juli 1918

Nr. 90. AS 3085 (Telegramm in Ziffern;[1] PAAA, R 20514, S. 175–176)

Sofort. Geheimes Verfahren

Laut telegraphischer Meldung aus Zürich ist auf die Demarche, die durch Kapitänleutnant Mensing und dessen Schwiegervater den amerikanischen Generalkonsul in Zürich vermittelt wurde, anscheinend eine über Erwarten entgegenkommende Antwort aus Washington eingegangen[2] und die Herkunft Mensings eiligst erbeten.

Mensing, der bekanntlich seinerzeit von E[uer] E[xzellenz] empfangen und instruiert wurde, reist morgen Abend nach Zürich.

Stellv[ertretender] St[aats] S[ekretär].

1 Konz. Haniels, der neben Bussche (9.7.) auch zeichnete. Am Rand »Reichskanzler« als Adressat angegeben; ab 4.30 nm., pr. im GHQ am 9. Juli 1918 19.15 nm.

2 Vgl. Romberg an AA, Bern 8. Juli 1918, Nr. 1050. Simson meldete, McNally habe »direkt von seinem obersten Chef« das Telegramm erhalten, er solle sich sofort mit seinem Schwiegersohn [Mensing] in Verbindung setzen, die deutschen Friedensbedingungen telegraphieren und volle Aufrichtigkeit zusichern. (Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 240 f.). Mit Brief vom 10. Juli, eingetroffen in Berlin am 15. Juli, informierte Romberg Haniel ausführlicher. Im Telegr. v. 8. Juli nahm Romberg auch Bezug auf seinen Bericht an Hertling vom 5. Mai 1918 und den beigelegten Brief Simsons. Dieser teilte die Rückkehr McNallys und seiner Frau aus Paris mit, wo beide länger festgehalten und getrennt voneinander verhört worden seien. McNally habe in Washington angefragt, ob er seine Beziehungen zu Deutschland weiter aufrechterhalten und seinen Schwiegersohn Mensing, der ein Marinekamerad Simsons war, wieder in die Schweiz kommen lassen dürfe. Am besten würde Mensing seinem Schwiegervater von der ihm übergebenen schriftlichen Aufzeichnung Hertlings mündliche Mitteilung machen oder notfalls Madeleine Mensing ihrem Vater. Die McCormick zugegangene Äußerung des Reichskanzlers stimme mit der, die Mensing erhalten habe, überein. (Ebd., S. 142–144). Siehe unten Romberg an Haniel, 10. Juli; Simson an AA, Zürich 15. Juli; Hertling an AA, 20. Juli; Hintze an Romberg, 20. Juli 1918.

381

Aufzeichnung Richard von Kühlmanns für Georg von Hertling
Berlin, 10. Juli 1918

(masch. Or.[1]; BArch, NlH, Nr. 41, f. 107–108)

Im Nachtrage zu meinem Schreiben vom 8. Juli[2] beehre ich mich, Euerer Exzellenz nachstehende Aufzeichnung über mein Gespräch mit Seiner Majestät am Vormittage des gleichen Tages ergebenst einzureichen.

Seine Majestät eröffnete das Gespräch mit der Bemerkung, daß er die Ueberzeugung gewonnen habe, wir müßten unsere Ehe lösen.

Ich erwiderte, es sei Seiner Majestät bekannt, wie schwer es mir geworden, vor einem Jahre dem Befehl zur Uebernahme des Amtes nachzukommen. Meine Erfahrungen hätten diese Befürchtungen mehr als vollauf bestätigt. Durch die Zahl der Probleme, die zu lösen, die Häufigkeit von Gegenwirkungen aller Art und die allgemeine Lage gingen die Anforderungen des Amtes fast über die menschliche Kraft. Ich könne es daher von meinem persönlichen Standpunkte aus nur dankbar begrüßen, wenn Seine Majestät geruhen wollten, mich von dieser Bürde wieder zu befreien.

Andererseits hielte ich es für Gewissenspflicht, Ihm die schweren Bedenken nicht zu verheimlichen, die m[eines] E[rachtens] im gegenwärtigen Augenblicke gegen einen Wechsel in der Leitung des Auswärtigen Amtes sprächen. Diese Bedenken

---

1 Eigh. adressiert an: »Seine Excellenz den Herrn Reichskanzler Grafen von Hertling«. Mit Telegr. aus Ohlstadt, 10. Mai 1919, erbat Kühlmann beim Unterstaatssekretär Langwerth das Verbot der von Karl v. Hertling beabsichtigten Veröffentlichung seines »streng vertraulichen« Berichts über seine Abschiedsaudienz beim Kaiser. Das AA wollte dazu behilflich sein, konnte aber laut Gehorsamer Anzeige v. 12. Mai 1919 nicht Stellung nehmen, weil es den Bericht nicht kenne, der sich nicht mehr bei den Akten befinde und vielleicht zu den Verhandlungen nach Versailles mitgenommen worden sei. (PAAA, R 1387). Kühlmann forderte im Mai 1919 aus Ohlstadt von Karl v. Hertling, seine als »Privatbrief« gedachte Aufzeichnung nicht zu veröffentlichen. Auch Karls Vater hätte dies keineswegs gewünscht. »Die Gründe gegen die Publikation liegen einmal in der unter den heutigen Verhältnissen doppelt nötigen Schonung der Person des Kaisers und in der nur angedeuteten, für den Eingeweihten aber hinlänglich klaren Anspielungen [!] auf wichtige internationale Verhandlungen, welche im nationalen Interesse jetzt nicht zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion gemacht werden können«. (BArch, NlH, Nr. 54, f. 8–9). Karl Hertling edierte die Aufzeichnung nicht und hoffte, sie und den zurückgehaltenen Brief Payers an Hertling vom 6. Juli 1918 – »diese beiden, für den Historiker wichtigen Schriftstücke« – später in den noch unvollendeten Lebenserinnerungen seines Vaters herausbringen zu können. Mitteilen dürfe er aus der Darstellung Kühlmanns vom 10. Juli aber wohl, dass der Staatssekretär »unter gewissen Bedingungen eine Beendigung des Krieges noch im Herbst 1918 durch glückliche Vereinigung von Waffenerfolgen mit diplomatischer Aktion für möglich hielt«. K. v. Hertling. Ein Jahr, S. 130.

2 Im Nachlass G. v. Hertling ist nur ein kurzes Handschreiben Kühlmanns an den Reichskanzler v. 5. Juli 1918 überliefert: »Meine Nachrichten aus dem Haag über den Fortgang der bewußten Angelegenheit sind günstig ich werde darüber mündl[ich] berichten«. BArch, NlH, Nr. 41, S. 93.

lägen zum Teile auf innerpolitischem Gebiete. Die Reichstagsmehrheit, auf die Graf Hertling sich bisher gestützt habe, schien von Anfang an gewisse Befürchtungen zu verraten, der neue Kanzler könne stark konservativ gerichtet sein. Sie erblickte in der Person des Vizekanzlers von Payer ein Korrektiv hiegegen und in meiner Person eine gewisse Gewähr für die Stetigkeit der eingeschlagenen Politik. Ein Personenwechsel in diesem Augenblicke – besonders wenn er die Deutung zuließe, als solle eine mehr nach rechts gerichtete Orientierung eingeschlagen werden – scheine mir vom innerpolitischen Standpunkte aus nicht ohne Gefahren. Insbesondere hielte ich starke Angriffe gegen den Herrn Reichskanzler für denkbar.

Viel schwerer aber seien meine Bedenken auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Es habe sich, weniger durch mein Zutun, als durch die Agitation der alldeutschen Presse im Auslande die Vorstellung festgesetzt, ich verträte in Deutschland eine ausgleichende, friedenswillige Politik. Derartige Tendenzen zu fördern, insbesondere den englischen Ausführungen von General Smuts, Balfour und Asquith zu antworten, sei der Zweck meiner letzten vielbesprochenen Reichstagsrede gewesen. Ein Personenwechsel im gegenwärtigen Augenblicke werde im Auslande voraussichtlich als ein Unterliegen der friedensliebenden Tendenzen in Deutschland und als ein Sieg der alldeutschen Agitation aufgefaßt werden.

Es stehe zu befürchten, daß durch eine solche Auffassung gewisse, nur in zarten Umrissen erkennbare Versuche zu einer Annäherung im Keime zerstört würden.[3] Es liege in der Natur derartiger internationaler Dinge, besonders in ihren ersten Anfängen, daß bei ihnen die Personenfrage eine nicht gleichgiltige Rolle spiele. Einesteiles könne ich keine Gewähr dafür übernehmen, daß sich aus den erkennbaren Ansätzen etwas brauchbares entwickeln werde, andererseits sei ich nicht in der Lage, auch nur mit einiger Sicherheit zu behaupten, daß ein Personenwechsel solche Ansätze unter allen Umständen zerstören müsse. Ich erblickte aber doch bei meiner Gesamtanschauung der Lage selbst in einer Gefährdung dieser Dinge eine eminente Bedrohung.

Auch nach der russischen Seite hin sei rasches Handeln der politischen Leitung unbedingt notwendig, um die Gunst der zurzeit sehr vorteilhaften Lage ganz ausnutzen zu können.

---

3 Siehe oben Anm. 2. Vgl. Kühlmann, Erinnerungen, S. 579 f.: Er habe sofort »eingehend von den durch Hatzfeldt begonnenen geheimen Verhandlungen in England« berichtet, über die der Kaiser bisher nicht ins Bild gesetzt war. Auf dessen Anregung, nach seiner Entlassung diese Kontakte »in Form einer Sondermission« fortzusetzen, habe er auf die ihm dann fehlende Autorität und Glaubwürdigkeit hingewiesen. Hertling versuchte in Spa, nachdem die Demission Kühlmanns feststand, diese bis Herbst hinauszuschieben, um das »Ergebnis der Pourparlers im Haag« abzuwarten. Doch der Kaiser und die OHL glaubten, solche Gespräche auch unabhängig von der Person des Staatssekretärs führen zu können, wenn die Engländer ernsthaft »in offizielle Verhandlungen eintreten« wollten. Nach seinem Abschied erklärte sich Kühlmann bereit, nach Den Haag zu fahren, wo jedoch die Engländer nach dem Ende der Verhandlungen über den Gefangenenaustausch den Auftakt zu Friedensgesprächen nicht mehr wünschten. K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 126, 122.

Zu all diesen Dingen brauche aber die politische Leitung ein gewisses Maß von Bewegungsfreiheit und Selbständigkeit, sonst könne sie keine Wirkung erzielen. Ich könne nicht prophezeien: ich hielte aber, die eben skizzierten Bedingungen vorausgesetzt, [a]eine Beendigung des Krieges noch in diesem Herbste durch glückliche Vereinigung von Waffenerfolgen mit diplomatischer Aktion für möglich.[a] Ein Hineintragen des Krieges in das nächste Jahr schiene mir eine nach vielen Seiten hin bedenkliche Perspektive. Die Befürchtung müsse nahe liegen, daß ein Personenwechsel in diesem Augenblicke wie oben beschrieben aufgefaßt und dadurch kriegverlängernd wirken müsse.

Ich glaubte mit diesen etwa halbstündigen Darlegungen meine Pflicht nach allen Seiten erfüllt zu haben, zumal die angeführten Gründe auf [b]Seine Majestät keinerlei Eindruck zu machen schienen.[b]

RvKühlmann.

a-a Von Empfängerseite unterstrichen.

b-b Von Empfängerseite unterstrichen.

382

Adolf ten Hompel an Heinrich Claß
[Münster,] 10. Juli 1918

(masch. Kop.; StAM, Nl ten Hompel, Nr. 12)

Sehr geehrter Herr College[1]!

Unterm 25. April d[ieses] J[ahres] ging mir[2] Ihr Aufruf an die katholischen Mitglieder des Alldeutschen Verbandes zu. Ich habe diesen Aufruf und auch den Hinweis auf meine Abhandlungen in der Deutschen Zeitung[3] mit Interesse gelesen. Es war mir jedoch leider ganz unmöglich, diesen Schritt irgendwie zu unterstützen. Nachdem ich meine Meinung über die Sache auch Herrn Dr. Wulle[4], dem Hauptschriftleiter der Rhein[isch] Westf[älischen] Zeit[un]g[5] vorgetragen und alles mit ihm gründlich besprochen habe, komme ich zur endgiltigen Ablehnung meiner Unterschrift aus

1 Heinrich Claß (1868–1953), geb. in Alzey, Jurastudium in Berlin, die Vorlesungen Heinrich von Treitschkes weckten seinen Nationalismus, 1894 Gründungsmitglied des völkisch-antisemitischen Deutschbunds, 1895 Rechtsanwalt in Mainz, 1897 Mitglied des Alldeutschen Verbands, 1904 dessen stellvertretender, 1908–1939 Erster Vorsitzender, seit 1917 in dem »grundsätzlichen Fragen« gewidmetem Ausschuss der Deutschen Vaterlandspartei, vor 1914 Verfechter einer expansiven Weltpolitik, im Weltkrieg extremer Annexionist unter Befürwortung von Aus- und Umsiedlungen, Hauptschriftleiter der Deutschen Zeitung, Gegner der Weimarer Republik, 1931 in der Harzburger Front, 1933 Mitglied des Reichstags (NSDAP). Vgl. Hagenlücke, S. 21, 165.

2 Adolf ten Hompel (1874–1943), geb. in Recklinghausen, aus Industriellenfamilie (Zementwerke), Bruder des Zentrumspolitikers Rudolf ten Hompel, 1897 Dr. jur. (Göttingen), Rechtsanwalt und Notar in Münster, 1906 Gründer der Liga gegen den Index, bis 1918 dem Zentrum nahestehend, kurzzeitig 1918–1920 Mitglied der DNVP; er begriff sich als Wegbereiter des Nationalsozialismus, der allerdings seine juristischen, konfessionspolitischen und nationalistischen Schriften ignorierte (Pseudonyme: Hermann Wahroder, Dr. Alpha, Athanasius, Wicking ten Hompel u.a.). Busemann, S. 97; StA Münster, Nl ten Hompel.

3 Deutsche Zeitung. Unabhängiges Tageblatt für nationale Politik, gegründet 1896, auch Flugschriften 1917/18.

4 Reinhold Wulle (1882–1950), geb. in Falkenberg (Pommern), Studium der Evangelischen Theologie, Geschichte und Germanistik, Journalist in Dresden, Chemnitz und Essen (Rheinisch-Westfälische Zeitung), 1918–1920 Chefredakteur der Deutschen Zeitung, 1921 Gründer des Verlags Deutscher Herold, 1922 Mitgründer der antisemitischen Deutschvölkischen Freiheitspartei, 1920–1924 Mitglied des Reichstags (bis 1922 DNVP), 1925–1928 des preußischen Landtags (Nationalsozialistische Freiheitspartei); er begrüßte die Herrschaft des Nationalsozialismus, 1938–1942 wegen monarchistischer Publikationen in Haft, ab 1940 im Konzentrationslager Sachsenhausen; die britische Militärregierung verbot seine konservativ-nationalistischen Parteigründungsversuche nach 1945. Vgl. Frech, S. 137, 222, 262, 409.

5 Die Rheinisch-Westfälische Zeitung (1883–1944; Ausgaben 1918: Westfälische Zeitung, Dortmund; Essener Zeitung, Essen; Rheinische Zeitung, Duisburg), Verlagshaus in Essen, eine der großen deutschen Zeitungen mit hoher Aufl., der westdeutschen Industrie nahestehend, zunehmend nationalistisch und alldeutsch gegen Sozialisten, Polen, »Ultramontane« und Juden eingestellt. Frech, S. 158–180, 175 ff., 203 ff.

folgenden Gründen. Die Katholiken, welche diesen Aufruf und die darin enthaltene Belehrung nötig haben, sind erstens so ziemlich unerreichbar und zweitens unbelehrbar. Sie erstreben eine Verständigung mit Volksgenossen, die gar keinen Verständigungswillen Ihnen gegenüber haben und ergo apellieren [!] Sie an den Verstand, wo Ihnen nur der ablehnende Wille begegnet. Diesen argen Willen, der auch verkennt, dass der Alldeutsche Verband das gute ehrliche Recht hat, wiedergutzumachen, was er durch das Wort Einzelner möglicherweise doch verfehlt hat, können Sie nur durch Taten brechen. Eine solche Tat wäre die Entfernung des Exjesuiten Grafen Hoensbroch[6] aus Ihrem Verband, die Verurteilung seiner Hetzschrift gegen von Hertling,[7] die öffentliche Kursschwenkung Ihrer Deutschen Zeitung gegenüber von Hertling und das Einbiegen Ihrer Deutschen Zeitung in die vorsichtigeren Bahnen der Rheinisch Westfälischen Z[ei]t[un]g. Ich habe Ihre Schriftleitung von vornherein gebeten, zum wenigsten während der Zeit des Erscheinens meiner Abhandlungen über die Papstnote Herrn v. Hertling eine Schonzeit zuzubilligen und seine eminent schwierige Stellung zu berücksichtigen. Das ist leider nicht geschehn. Ich muss Ihnen sagen, dass Sie damit hier allerorten abgewirtschaftet und dem Alldeutschen Verband alle Türen zugeschlagen haben. Zudem war auch sonst die verfrühte politische Bekämpfung von Hertlings verfehlt. Zunächst hatte es etwas Rührendes an sich, dass dieser Alte Herr die ungeheure Bürde des Kanzlers auf sich nahm und man soll schon rein menschlich Männern in grosser Stellung, die Sympatiewerte [!] auf ihrer Seite haben, vorsichtig begegnen. Das Opfer aber brachte Herrn v. Hertling hier zum wenigsten überall grosse Sympatien [!] ein. Sodann trat Herr v. Hertling keineswegs auf einen unbeschriebenen Plan. Er fand im Gegenteil einen weithin durch Bethmann Hollweg verwüsteten Plan vor und trat ein furchtbares Erbe in katastrophaler Zeit an. Es wird mir stets ein schweres Ärgernis und ganz und gar unbegreiflich bleiben, dass Ihre Deutsche Zeitung alledem so wenig Rechnung getragen hat. Das muss anders werden und es wird der Tag kommen, zumal heute nach v. Kühlmanns Entlassung, wo von Hertlings Fäden sich deutlicher

6 Paul Graf von Hoensbroech (1852–1923), geb. auf Schloss Haag bei Geldern, aus niederrheinischer Adelsfamilie, 1876 Referendarexamen, 1878 Eintritt in den Jesuitenorden, erste Ausbildung in Ditton Hall und Wijnandsrade, 1886 Priesterweihe, Mitarbeiter der Stimmen aus Maria Laach, Studien zur Kirchen- und Papstgeschichte, 1892 Austritt aus dem Orden, 1895 evangelisch, Heirat, Vorstandsmitglied des Evangelischen Bundes; seine ca. 50 Schriften gegen den ihm verhassten Jesuitenorden, das Papsttum, den Kirchenstaat, die katholische Moral, die Inquisition und den »Ultramontanismus« wirkten bis in die Kirchenkritik des Nationalsozialismus nach. »Er lebte schließlich in einer diffusen, von völkischen Vorstellungen überlagerten und für den Betrachter nur noch schwer faßbaren Glaubenswelt«. Häger, S. 326, 269, 290 f.

7 P. v. Hoensbroech, Graf Hertling Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident. Ein offener Brief, Leipzig 1918, 146 S.; vgl. ders., Die nationale Unzuverlässigkeit der Zentrumspartei, Berlin 1917. Die KVZ parierte den »papierenen Stoß« Hoensbroechs gegen Hertling durch ein Zitat aus der »keineswegs zu den Freunden des Zentrums und der katholischen Kirche« gehörenden München-Augsburger Abendzeitung: Hoensbrochs »langweilige Flugschrift« komme »für Hertlings Qualifikation zum Reichskanzler und die brennenden Aufgaben der Gegenwart gar nicht in Betracht«. Gegen Hoensbroechs offenen Brief, KVZ, Nr. 409 v. 26. Mai 1918.

ausspinnen und sein Gewebe sich auch Ihrer Deutschen Zeitung in ganz anderen Mustern präsentiert, wie der Alldeutsche Verband es ursprünglich für möglich hielt. Dann aber trifft Ihre Zeitung für die schwere Übergangszeit des neuen Kanzlers der allerschwerste Vorwurf, diesem opferbereiten Alten Herren Schwierigkeiten bereitet zu haben. Es ist scheints Ihrem Schriftleiter unmöglich gewesen, das Überleiten von der Bethmannschen Webart zu Hertlings Webart abzuwarten, und doch war es töricht, Herrn v. Hertling einen radikalen Schnitt hinter Bethmanns Mustern ohne jeden Übergang zuzumuten oder auch nur die Übergangszeit kürzer wie geschehn abzumessen. Und nun erst der Hoensbroch Angriff auf Hertling. Aus dem Görres-gesellschafts-Staatslexikon, das der Grossmacht der kathol[ischen] Kirche gegenüber laviert, so gut es geht, macht dieser Exjesuit dem Kanzler des Reiches wegen seiner Görrespräsidentschaft Vorhaltungen. Hart stoßen sich die Dinge auch zwischen Kanzler und Privat Amt und wenn einer da trennen und unterscheiden wird, so ist es von Hertling. Woher nimmt denn Hoensbroch das Recht, aus Theorien einem Praktiker alle nur möglichen Konsequenzen aufzubürden? Ja wenn v. Hertling diese Konsequenzen erweislich praktizierte!!! Aber eben dieser Beweis fehlt. Wie wäre es nun, wenn Ihnen die Katholiken des Alldeutschen Verbandes einmal versuchsweise die Alternative stellten: Entweder Sie entfernen den Exjesuiten von Hoensbroch aus dem Verbande und geben von Hertling wenigstens diese mittelbare Remedur, – oder wir treten aus Ihrem Verbande aus! Bitte äussern Sie sich doch einmal dazu! Ich sichere Ihnen Diskretion zu und bemerke nur, dass mir mein Vorschlag ernst, sehr ernst ist, wenn anders Sie nicht durchschlagende Gegengründe finden. Halten Sie mir nur nicht vor, dass von Hoensbroch nicht ebenso fehlerhaft behandelt werden darf, wie er selbst den Kanzler behandelte. Was Hoensbroch Hertling zumuten wollte und zugemutet hat, das muss er sich selbst gefallen lassen, eben weil er der Täter und immer wieder der von hier aus operierende Täter ist. Hoensbroch hat seine Lebensarbeit auf diese Kampfmethode eingestellt und eben deshalb kann und darf er mit Katholiken nicht in Ihrem Verbande zusammenwirken. Schweigen aber wird ein Hoensbroch niemals.

Und nun zum Schluss eine letzte Anregung: Kühlmann ist entlassen. Sie dürfen versichert sein, dass gerade die Katholiken Ihres Verbandes Ihrem mutigen Vorgehn gegen die sittliche Qualifikation dieses Herrn von Kühlmann mit grösstem Interesse und mit aller Teilnahme entgegensehn. Freilich dürfen Sie nie und nirgend darauf anspielen, wie überhaupt diese sich immer wiederholende Apostrophierung der deutschen Katholiken durch den Alldeutschen Verband unterbleiben muss; Sie erreichen damit nur das Gegenteil der erstrebten Wirkung. Führen Sie aber eine Verurteilung des Herrn von Kühlmann auch heute noch, nach seiner Entlassung herbei, und treten Sie unter Ablehnung von Hoensbrochs mehr und mehr für Hertling ein, so haben

Sie bei zahlreichen Katholiken das Vorurteil zum Mindesten stark erschüttert. Mit der Zeit wird dann alles werden.[8]

Alles in Allem möchte ich Ihnen in Ihrem Aufsichtsrat einen autoritativ unterrichteten Katholiken wünschen, der Ihnen ähnlich rät, wie ich es hier getan habe. Sie sind der Mann des offenen Wortes und der Tat und werden mich verstehen. Mit deutschem Gruß ergebenst

Dr. ten Hompel.

8 Claß ließ durch den Journalisten Dr. Otto H. Hopfen ten Hompel am 18. Juli 1918 mitteilen, da Hoensbroechs Schrift eine »Privatangelegenheit« sei, könne der Verfasser nicht zur Rechenschaft gezogen werden, wenn er nicht im Namen des Verbandes aufgetreten sei oder »ehrverletzend« gehandelt habe. (StAM, Nl ten Hompel, Nr. 12). Hopfen, mit Claß seit August 1915 in Verbindung, suchte vergeblich west- und süddeutsche Industrielle für den Verband, den er zu einer politischen Partei ausbauen wollte, zu gewinnen. Vgl. Hagenlücke, S. 90–94.

383

Gisbert von Romberg an Edgar Haniel
Bern, 10. Juli 1918

Kaiserlich Deutsche Gesandtschaft. (masch. u. eigh. Or.[1]; PAAA, R 20514, S. 196–197)

Ganz geheim.
Lieber Herr von Haniel!

Beifolgend sende ich Ihnen Abschrift eines an Herrn von Simson gerichteten Briefs der Frau Mensing, in welchem sie den Text eines Telegrammes mitteilt, das ihr Schwiegervater[2] aus Washington erhalten hat. Ich hatte hierüber schon auf anderem Wege nach Berlin berichtet.[3]

Wie mir Herr von Simson ferner mitteilt, hat sich Mc. N[ally] inzwischen mit Mc. Cormick geeinigt; sie haben beschlossen, in Zukunft zusammenzuarbeiten. *Mc. N[ally] ist der Meinung, daß das Telegramm bereits eine Folge der Mc. Cormick'schen Vorstellungen in Washington sei, wo er etwa 8 Tage vor der letzten Rede Wilsons eingetroffen sei.[4] Mc. N[ally] ist der Meinung, daß die besten Aussichten auf eine günstige Wendung bestünden, wenn wir schnell im Sinne seines Vorschlages antworten.*

Mit besten Grüßen Ihr aufrichtig ergebener
Romberg*

Anlage (Kop.)
My dear Herr von Simson, Saturday. [6. Juli 1918]

The exact copy of the cable, was destroyed, my father only keeping the code cable, but what I told you this p.m. is the exact contents of this code cable which I here repeat:

---

1 pr. 15. Juli 1918. AS 3180. Vermerk Haniels: »Bei AS einzutragen«. Handschr. Eintrag: »Tel. i[n] Z[iffern] 15/7 Bern 888«. Druck: Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 243.

2 Gemeint: Vater.

3 Gemeint der anliegende Brief von Madeleine Mensing, der am 10. Juli (Nr. 93) Hertling telegraphiert wurde mit der Bitte, auch Staatssekretär Hintze zu informieren.

- Eigh. vom Gesandten Romberg.

4 Das war sehr zweifelhaft. Am 4. Juli stellte Wilson in seiner Rede am Grab Washingtons, auf dessen ehemaligem Landsitz Mount Vernon, nach seiner Rede vom 11. Februar 1918 nochmals vier Punkte als Friedensbedingungen auf.

»Communicate at once with son in law. Cable Germanys peace terms & guarantee full sincerity.«

We are all very interested & if you could possibly get word to Hertling, to answer as soon as possible, giving his terms, or at least saying he agrees with Wilsons proposals etc.

I think thing would take a turn in our favor, at once.

With kindest regards to Frau v. Simson and yourself, & here is wishing you & us all very much luck.

Sincerely yours
Madeleine Mensing

384

Georg von Hertling an Wilhelm II.
Berlin, 11. Juli 1918

Der Reichskanzler. (masch. Or.; GStA PK, I HA Rep. 99, Nr. 32410, f. 46–47)

Nach § 3 des Gesetzes vom 4. August 1914 (Reichsgesetzblatt S. 327) ist der Bundesrat ermächtigt, während der Zeit des Krieges diejenigen gesetzliche Maßnahmen anzuordnen, die sich zur Abhilfe wirtschaftlicher Schädigungen als notwendig erweisen.

Der damit für den Erlaß kriegswirtschaftlicher Anordnungen eröffnete erleichterte und beschleunigte Verordnungsweg muß auch in der nach der Beendigung des Krieges einsetzenden Übergangswirtschaft gegeben sein. Die Aufgabe, unter möglichster Vermeidung wirtschaftlicher Stockungen und Schädigungen die Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft überzuleiten, kann nur gelöst werden, wenn die den jeweiligen Anforderungen und schnell wechselnden Verhältnissen entsprechenden gesetzlichen Maßnahmen rasch getroffen werden können. Es empfiehlt sich, die dafür notwendige neue gesetzliche Ermächtigung des Bundesrats schon während des Krieges festzustellen, um angesichts der großen wirtschaftlichen Tragweite der künftigen Regelung der Übergangswirtschaft von vornherein für alle auf diesem Gebiet erforderlich werdenden gesetzlichen Maßnahmen eine einheitliche neue Grundlage zu schaffen. Auf den Bericht des Reichskanzlers vom 22. November 1915 (R[eichs] A[mt] d[es] I[nnern] IV A 23603) hatten Eure Majestät daher bereits die Ermächtigung dazu erteilt, daß zu gegebener Zeit der Entwurf eines neuen Ermächtigungsgesetzes vorgelegt werde. Der ehrfurchtsvoll angeschlossene neue Entwurf weicht von dem im Jahre 1915 in Aussicht genommenen insofern ab, als er die Ermächtigung des Bundesrats nicht auf feste Zeit begrenzt, sondern für die im voraus nicht bestimmbare Dauer der Übergangszeit verlangt. Ferner soll für die wichtigsten Fälle dem Reichstag ein gewisses Mitwirkungsrecht gewahrt bleiben, indem für grundlegende Verordnungen die Einholung der Zustimmung eines vom Reichstag zu wählenden Ausschusses vorgeschrieben wird. Das Königliche Staatsministerium hat sich mit dem Entwurf einverstanden erklärt.

Eure Majestät bitte ich alleruntertänigst durch huldreiche Vollziehung des anliegenden Erlasses mich zur Vorlage an den Bundesrat Allergnädigst ermächtigen zu wollen.[1]

Graf von Hertling

1 Die von Hertling gegengezeichnete Ermächtigung erfolgte, hier beiliegend, am 18. Juli mit der von Berg mitgeteilten Maßgabe, dass der Kaiser »über alle geplanten wichtigeren Maßnahmen vorher orientiert zu werden« wünschte, »daß eine Einschnürung der freien Betätigung des Handels nur dann eintreten dürfe, wenn gewichtige Gründe es erforderten, und daß auch bei den vorbereitenden Schritten die beratende Mitwirkung der bedeutendsten Vertreter des Handels unentbehrlich sei«.

385

Rede Georg von Hertlings vor dem Hauptausschuss Berlin, 11. Juli 1918

(Masch. Stenogramm[1], 11. Juli 1918. PAAA, R 1390, S. 7–19)

Meine Herren! Ueber die Vorkommnisse der letzten Tage sind die Herren ja bereits durch die Mitteilungen des Herrn Vizekanzlers unterrichtet.[2] Ich habe mir trotzdem gesagt, dass möglicherweise die Herren den Wunsch hegen, dass ich selbst hier vor Ihnen erscheine und meine Stellung zu diesen Vorkommnissen Ihnen offen darlegte. Aber, meine Herren, ich wiederhole das, was der Herr Vizekanzler schon gesagt hatte; ich kann hier nur offen zu Ihnen sprechen, wenn die Grenzlinie der Veröffentlichung eingehalten wird, wie sie der Herr Vizekanzler und dann der Antrag des Herrn Abgeordneten Erzberger festgelegt haben.

Meine Herren, ich sage zunächst: der Wechsel im Staatssekretariat bedeutet keinen Wechsel des politischen Kurses. Die Politik des Deutschen Reiches führt allein verantwortlich der Reichskanzler. Der Staatssekretär des Auswärtigen hat die auswärtige Politik im Auftrage, im Einvernehmen, unter der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers zu führen. Das ist von Anfang an Grundsatz des Deutschen Reichs gewesen, dieser Grundsatz steht auch heute fest; und meine Herren, an meinem politischen Standpunkt, wie ich ihn in meiner Rede am 29. November v[origen] Jahres vor dem Plenum des Reichstags festgelegt habe, an diesem meinem Standpunkt, sowohl bezüglich der inneren wie auch bezüglich der äusseren Politik, halte ich meinerseits vollkommen fest, daran wird sich, solange ich an der Stelle stehe, nichts ändern. Meine Herren, bezüglich der inneren Politik habe ich die damals gegebenen Zusagen, soweit es an meinem Willen lag, vollkommen eingelöst, und ich werde dafür eintreten, daß auch die weitere Ausführung der von mir gemachten

1 AS 3142[IV]. »Stenogramm der Kanzlerrede« in Maschinenschrift mit kleinen handsch. Korrekturen, Bussche auf seine Anforderung hin von Pressechef Deutelmoser Bussche am 12. Juli 1918 vorgelegt, darauf Vermerk Haniels: »z.d.A bei A.S.« Druck: Norddeutsche Allgemeine Zeitung v. 12. Juli 1918, ebd., S. 39–42; Teildruck: WTB, Nr. 1954 v. 11. Juli 1918 »Amtlich«. PAAA, R 1390, S. 4–5; auch die Rede Hertlings vom 12. Juli in: WTB, Nr. 1968 v. 13.7.1918, PAAA, R 1390, S. 30. Teildruck: Schulthess 59, NF 34 (1918/I), S. 237–240; nur Regest in: Der Hauptausschuß, Bd. 4, S. 2279–2280.

2 Siehe oben Nr. 377 Anm. 1. Payer hatte in seiner Reichstagsrede am 3. Juli 1918 die Forderung Scheidemanns nach einer »programmatischen Erklärung der Regierung über die Friedensfrage« wegen der zu erwartenden negativen Reaktionen der Entente für aussichtslos erklärt, das Verhältnis der Regierung zur OHL und die kriegsbedingten gesetzlichen Einschränkungen im Innern gerechtfertigt. Er unterschreibe ohne weiteres Scheidemanns soeben genannte »Friedensziele«, über die die Regierung schon hinausgegangen sei, »nämlich ein Schluß in Ehren und keine Beeinträchtigung Deutschlands bei den Friedensbedingungen«. Es bleibe nichts übrig, als zu warten, bis der Vernichtungswille der Gegner gebrochen sein werde, um den »Sieg« nicht in einem Eroberungs-, sondern einem »Verständigungsfrieden« zu erreichen. Schulthess 59, NF 34 (1918/I), S. 226–230.

Zusagen erfolgt und etwaige Hindernisse mit Energie überwunden werden. Darauf können die Herren sich verlassen.

Was die auswärtige Politik betrifft, so habe ich meinen Standpunkt gleichfalls damals am 29. November deutlich markiert. Ich habe den Herren gesagt: ich stehe auf dem Standpunkt der Kaiserlichen Antwort auf die Friedensnote des Papstes vom 1. August v[origen] J[ahres]. Die friedensbereite Gesinnung, die diese Antwort beseelt hat, beseelt auch mich. Aber ich habe hinzugefügt, meine Herren, dass diese friedensbereite Gesinnung nicht den Feinden einen Freibrief geben darf, zur unabsehbaren Fortsetzung des Krieges. Meine Herren, was haben wir denn nun erlebt? Während an unserer Bereitschaft, zu einem ehrenvollen Frieden die Hand zu reichen, seit Jahren gar nicht gezweifelt werden kann, haben wir bis in die letzten Tage hinein, die aufreizenden Reden der feindlichen Staatsmänner gehört. Meine Herren, Herr Wilson will den Krieg bis zur Vernichtung, und was Herr Balfour gesagt hat, muss jedem Deutschen wirklich die Zornesröte ins Gesicht treiben.[3] Wir haben doch ein Gefühl für die Ehre unseres Vaterlandes, wir können uns doch nicht öffentlich unausgesetzt auf diese Weise beschimpfen lassen. Und zwar steht hinter dieser Beschimpfung der Vernichtungswille. Solange dieser Vernichtungswille besteht, meine Herren, müssen wir mit unserm treuen Volke ausharren, und ich bin auch überzeugt, und ich weiss es, dass in den weitesten Kreisen unseres Volkes, dass überall der ernste Wille besteht: so lange der Vernichtungswille der Feinde besteht, müssen wir durchhalten, und wir werden durchhalten im Vertrauen auf unsere Truppen, im Vertrauen auf unsere Heerführer und im Vertrauen auf unser herrliches Volk, das diese schwere Zeit mit ihren großen Entbehrungen und fortgesetzten Opfern so wunderbar erträgt.

Also an der Richtung der Politik wird nichts geändert. Denn, meine Herren, auch das muss ich sofort sagen: wenn sich nun trotz dieser feindseligen Aeusserungen der Staatsmänner irgendwo ernsthafte Regungen für die Anbahnung eines Friedens oder auch nur der erste Schritt zu dieser Anbahnung zeigen würde[n], so würden wir uns ganz gewiss nicht von vornherein ablehnend verhalten, sondern wir würden diesen ernst gemeinten – ich sage ausdrücklich: ernst gemeinten – Anregungen sofort mit allem Ernste nachgehen. Natürlich genügt es nicht, wenn dieser oder jener Agent kommt und uns sagt: ich kann euch da und dort Friedensbesprechungen herbeiführen, – sondern es kommt darauf an, daß berufene Vertreter der feindlichen Mächte, ausdrücklich autorisiert von ihren Regierungen, uns zu verstehen geben, dass Besprechungen möglich seien, Besprechungen zunächst natürlich in kleinem Kreise.[4] Aber, meine Herren, die Staatsmänner, die bisher gesprochen haben, haben von derartigen Möglichkeiten nicht geredet. Wenn solche Möglichkeiten sich zeigen, wenn nur ernste Friedensneigungen auf der anderen Seite hervortreten, dann

3 Vgl. die Reden Balfours am 20. Juni, Lloyd Georges am 21. Juni. Schulthess 59, NF 34 (1918/II), S. 190–194.

4 Kommentar des Kaisers zum Druck der Rede in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung: »gut«. PAAA, R 1390, S. 40.

werden wir sofort darauf eingehen, d. h. wir werden sie nicht zurückstossen, wir werden zunächst, wie der englische Ausdruck lautet: from Gentleman to Gentleman, in kleinem Kreise sprechen; und, meine Herren, ich kann Ihnen sagen, dass dieser Standpunkt nicht etwa nur mein Standpunkt ist, sondern dass dieser Standpunkt auch von der Obersten Heeresleitung ausdrücklich geteilt wird: Ich habe mir neulich von der Obersten Heeresleitung eine Versicherung nach dieser Seite geben lassen. Denn auch die Oberste Heeresleitung führt den Krieg nicht um des Krieges willen, sondern auch die Oberste Heeresleitung hat mir gesagt: sobald ein ernster Friedenswille sich auf der anderen Seite bemerkbar macht, dann müssen wir der Sache nachgehen.[5]

Nun wird es die Herren interessieren, wie sich von diesem Standpunkt gewisse Probleme darstellen, die die Gegenwart uns aufdrängt. Es haben über diese Fragen am 1. und 2. Juli im Grossen Hauptquartier unter dem Vorsitz S. M. des Kaisers eingehende Besprechungen stattgefunden. Ich kann natürlich nur ganz allgemein die Richtlinien hier angeben, die damals festgestellt wurden.

Also bezüglich des Ostens. Meine Herren, wir stehen auf dem Boden des Friedens von Brest-Litowsk und wollen diesen Frieden in loyaler Weise ausgeführt sehen. Das ist der Wille der Deutschen Reichsleitung, unterstützt von der Obersten Heeresleitung. Aber, meine Herren, die Schwierigkeit dieser Ausführung des Friedens von Brest-Litowsk liegt nicht auf unserer Seite, sondern liegt darin, dass, wie Sie wissen, die Verhältnisse in Russland noch so ausserordentlich unsicher sind. Wir sind geneigt, meine Herren, an die Loyalität der gegenwärtigen russischen Regierung uns gegenüber zu glauben, wir sind insbesondere geneigt, an die Loyalität des Vertreters der russischen Regierung hier in Berlin[6] zu glauben; aber, meine Herren, was wir nicht so unbedingt annehmen dürfen und können, das ist, ob die gegenwärtige russische Regierung auch die Macht hat, die uns gegebenen loyalen Zusagen überall durchzuführen. Meine Herren, der ungeheure russische Koloss ist ja überall in der Auflösung begriffen; es sind ja ganz unglaubliche Verhältnisse dort eingekehrt. Wenn Sie vielleicht einmal mit einem Offizier sprechen können, der dort jetzt durchgefahren ist, der dort durchmarschiert ist, so wird er Ihnen erzählen, dass in jedem Orte eine andere Regierung war, dass man niemals wusste: ja wer regiert denn hier? Ist das nun hier die Moskauer Regierung oder ist das irgendeine neu aufgetretene Regierung? Unausgesetzt bilden sich neue Genossenschaften, neue Gemeinschaften, die sich als staatliche Gebilde herauskristallisieren möchten; die treten an uns heran und sagen: erkennt uns an, wir sind ein selbständiger Staat, wir wollen gar nicht mit Gross-Russland zusammenhängen. Meine Herren, wir halten daran fest, dass wir zwar, wo wir zu örtlichen Verhandlungen genötigt sind, die gerade in loco befindliche De-facto-Regierung als diejenige ansehen, mit der wir diese örtlichen

5 Vgl. Kuhl, Entstehung, S. 226.

6 Adolf Joffe.

Verhandlungen führen müssen, dass wir aber eine formelle Anerkennung nur denjenigen Staatsgebilden in Russland zuteil werden lassen, die von der gegenwärtigen russischen Regierung als aus dem russischen Staatsverband ausgeschieden anerkannt sind. Wir wollen durchaus der jetzigen russischen Regierung keine Schwierigkeiten machen, wir stellen uns auf den loyalen Boden des Friedens von Brest-Litowsk und tuen das, was wir können, um diesen Frieden auszuführen. Aber wie die Zustände sind, meine Herren, gibt es unaufhörlich Verwickelungen, unaufhörlich Reibungen an den Grenzgebieten, unaufhörlich Uebergriffe dieser oder jener kleinen Heeresgruppe. Meine Herren, man weiss ja dort auch gar nicht, was man für eine Heeresgruppe vor sich hat; ist das die rote Garde, ist das die weisse Garde, oder ist das die reguläre Armee der jetzigen russischen Regierung? Es sind ganz unglaublich schwierige Verhältnisse.[7] Aber, meine Herren, unser Prinzip ist: wir stehen auf dem Boden des Friedens von Brest-Litowsk, wir wollen diesen Frieden loyal ausführen, wir wollen mit der gegenwärtigen Regierung loyal verhandeln.

Nun werden Sie sagen, meine Herren, aber Sie wissen ja gar nicht, wie lange diese jetzige Regierung besteht. Das weiss ich allerdings nicht, das weiss niemand. Zurzeit besteht sie, zurzeit aber unterliegt sie auch den stärksten Anfeindungen im Lande und den stärksten Umtrieben der Entente. Sie alle, meine Herren, stehen noch unter dem Eindruck des furchtbaren Verbrechens in Moskau, des Attentats, das an unserm Gesandten dort verübt worden ist,[8] eine völkerrechtswidrige Tat, wie sie ärger nicht zum Himmel schreien kann. Alle Spuren deuten darauf hin, dass die fluchwürdige Tat auf Anregung der Entente geschehen ist, um uns mit der jetzigen russischen Regierung neuerdings in Krieg zu verwickeln, – ein Zustand, den wir aufs eifrigste vermeiden wollen. Wir wollen keinen neuen Krieg mit Russland. Die jetzige russische Regierung will den Frieden, sie braucht den Frieden, und in diesen ihren friedensgeneigten Absichten unterstützen wir sie. Auf der andern Seite, meine Herren, ist ja auch wahr, dass sehr verschiedenartige politische Strömungen durch das russische Reich hindurchgehen, Bestrebungen der verschiedensten Art, monarchische Bestrebungen, Bestrebungen der Kadettenpartei, Bestrebungen der sogenannten rechten Sozialrevolutionäre usw. Meine Herren, ich sage: wir stehen so, dass wir loyal mit der jetzigen Regierung verhandeln, dass wir nichts unternehmen, was die russische Regierung in ihrer Stellung schädigen könnte, dass wir aber unsere Ohren und unsere Augen offen halten, um uns nicht durch eine plötzliche Umwandlung der dortigen Verhältnisse ins Unrecht setzen zu lassen, überraschen

7 In der Kronratssitzung am 13. Februar 1918 hatte Kühlmann zu einer militärisch passiven Behandlung Russlands geraten.

8 Graf Mirbach fiel am 6. Juli einem mit Pistolen und Handgranaten verübten Attentat der Linken Sozialrevolutionäre zum Opfer. Diese hatten wegen des Friedens von Brest-Litowsk die Koalition mit den Bolschewiki verlassen, wollten mit dem Mord ein Zeichen für den Aufstand gegen die Regierung setzen und eine deutsche Offensive provozieren.

zu lassen. Ich kann nur an das Wort erinnern, das einmal Gortschakoff[9] gesprochen hat: Wir sind stumm, aber wir sind nicht taub. Wir lassen uns mit gar keinen politischen Gegenströmungen ein, aber wir horchen aufmerksam, wohin die Richtung in Russland geht, unsererseits nur bestrebt, den Frieden aufrecht zu erhalten und dem armen russischen Volke möglichst zu geordneten Verhältnissen zu verhelfen, aber ohne dass wir durch diese unsere Bestrebungen die jetzige russische Regierung irgendwie beeinträchtigen. Das ist der Standpunkt, den ich einnehme, das ist der Standpunkt, über den auch die Besprechungen am 2. Juli in Spa die vollste Klarheit und das vollste Einverständnis zwischen allen damals Beteiligten herbeigeführt haben. Ich kann sagen, daß der Herr Staatssekretär von Kühlmann, der selbst bei diesen Besprechungen nicht anwesend war, – das auswärtige Amt war aber vertreten durch den Ihnen wohlbekannten Herrn von Rosenberg, der ja der Gefährte und die sachverständige Stütze des Herrn v. Kühlmann in Brest-Litowsk und Bukarest gewesen ist –, dass mit diesem Standpunkt also der Herr Staatssekretär von Kühlmann vollkommen einverstanden gewesen ist und dass die Oberste Heeresleitung ebenfalls diesem Standpunkt vollkommen beigetreten ist. Ueber Einzelheiten kann im Einzelfall da oder dort eine Meinungsverschiedenheit auftreten; aber die Grundlinie ist die, die ich Ihnen bezeichnet habe.

Was sodann den Westen betrifft, meine Herren, so steht nach wie vor im Westen die belgische Frage im Vordergrund. Hier möchte ich allerdings die Vertraulichkeit ausdrücklich proklamieren, meine Herren. Dass wir nicht daran denken, Belgien dauernd in Besitz zu nehmen, *das steht von Anfang des Krieges an fest*.[10] Der Krieg ist für uns, wie ich auch am 29. November gesagt habe, von Anfang an ein Verteidigungskrieg gewesen und kein Eroberungskrieg. Dass wir nach Belgien einmarschiert sind, war eine durch die Kriegsverhältnisse uns aufgezwungene Notwendigkeit. Ebenso war es eine durch den Krieg uns aufgezwungene Notwendigkeit, Belgien zu okkupieren. Dass wir in Belgien die Zivilverwaltung eingeführt haben, entspricht durchaus der Haager Landkriegsordnung. Dementsprechend haben wir dort also nach allen Richtungen hin die deutsche Verwaltung eingeführt und ich glaube, dass es nicht zum Nachteil der belgischen Bevölkerung gewesen ist. Wir denken aber nicht daran, Belgien dauernd zu behalten. Belgien, das von uns okkupiert ist, das von uns im Sinne des Völkerrechts verwaltet wird, Belgien ist in unserer Hand das Faustpfand für die künftigen Verhandlungen. Ein Faustpfand bedeutet die Sicherung

9 Alexander Michailowitsch Fürst Gortschakow (1798–1883), geb. in Haapsalu (Estland), aus alter russischer Adelsfamilie, 1841 russischer Gesandter in Stuttgart, 1850 beim Deutschen Bund in Frankfurt am Main, 1854 in Wien, 1856–1882 Außenminister, 1867–1882 Reichskanzler, leitete er den Aufstieg Russlands nach dem Krimkrieg ein.

- Korrektur. Schulthess druckt stattdessen wie ursprünglich im Stenogramm: »ist von Anfang des Krieges an die Absicht gewesen«.

10 Vgl. Lersner, Erinnerungen, S. 239. Alle Reichskanzler und Kühlmann seien »innerlich stets für die völlige Herausgabe Belgiens gewesen«. BArch, Nl Lersner, Nr. 18.

gegen gewisse Gefahren, die man dadurch fernhält, dass man dieses Faustpfand in der Hand hat. Dieses Faustpfand gibt man also nur heraus, wenn diese Gefahren beseitigt sind. Das Faustpfand Belgien bedeutet also für uns: wir müssen uns in den Friedensbedingungen dagegen sichern, dass, wie ich es schon früher ausgedrückt habe, Belgien nicht wieder das Vormarschgebiet[11] für unsere Feinde wird; nicht nur im militärischen Sinne, meine Herren, sondern auch im wirtschaftlichen Sinne. Wir müssen uns dagegen sichern, dass wir nicht nach dem Kriege wirtschaftlich abgeschnürt werden. Belgien ist durch seine Verhältnisse, durch seine Lage, durch seine Entwickelung auch durchaus auf Deutschland angewiesen. Wenn wir in ein enges Verhältnis mit Belgien auf wirtschaftlichem Gebiete treten, so ist das ganz und gar auch im Interesse von Belgien selbst. Wenn es gelingt, in wirtschaftlich enge Beziehungen mit Belgien zu gelangen, wenn es gelingt, °auch auf die Ausgestaltung der politischen Verhältnisse nach gewissen Richtungen hin einen Einfluss zu gewinnen,° so haben wir die bestimmte Aussicht, dass wir darin die beste Sicherung gegen die künftigen Gefahren haben werden, die uns von Belgien aus beziehungsweise über Belgien von England und Frankreich aus drohen könnten. Auch hiermit ist der Staatssekretär von Kühlmann einverstanden gewesen.

Nun werden die Herren sagen: wenn der Herr Staatssekretär – und das ist nun ein Punkt, der erst recht eigentlich als vertraulich zu behandeln ist – wenn der Herr Staatssekretär hiermit einverstanden gewesen ist, wenn sachliche Differenzen also nicht bestanden haben, warum der Wechsel?[12] Meine Herren, der Wechsel ist nicht so sehr durch sachliche als durch gewisse persönliche Momente hervorgerufen worden. Sie können ja von vornherein annehmen, dass es in einer so überaus komplizierten Konstruktion, wie sie die Verfassung des Deutschen Reiches, wie sie die Stellung des Reichskanzlers insbesondere darstellt, ganz ausserordentlich viel darauf ankommt, dass zwischen allen massgebenden Stellen, dass zwischen sämtlichen beteiligten Faktoren ein möglichst vollkommenes Vertrauensverhältnis obwaltet; und diese Notwendigkeit ist gesteigert im Krieg: nicht nur zwischen den Zivilbehörden, nicht nur zwischen den einzelnen Faktoren der politischen Leitung, sondern auch mit der Obersten Heeresleitung muss ein vertrauensvolles Verhältnis bestehen. Meine Herren, die Verantwortung, die politische Verantwortung hat natürlich ausschliesslich die politische Leitung. Immerhin ist es von Wichtigkeit auch mit der Obersten Heeresleitung in enger Fühlung zu stehen. Meine Herren, als ich nun hierherkam, fand ich in Herrn von Kühlmann einen Mann von großer politischer Erfahrung, einen Mann von treffendem Urteil, einen Mann von erprobter Geschicklichkeit und

11 So auch in Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 355 v. 14. Juli 1918; Der Hauptausschuß, Bd. 4, S. 2280 (Regest): »Aufmarschgebiet«.

°-° Stattdessen bei Schulthess: »daß wir uns mit Belgien auch über die politischen Fragen verständigen, die lebenswichtige Interessen Deutschlands berühren«.

12 Die folgenden, persönlich gehaltenen Ausführungen über Kühlmanns Entlassung sind in den Teildrucken der Rede stark gekürzt.

Gewandtheit im Verhandeln, einen Mann, dessen Verhandlungsfähigkeit, dessen unermüdliche Ausdauer ich in den Monaten, in denen ich an dieser Stelle stehe, unausgesetzt bewundert habe. Aber, meine Herren, ich habe trotzdem damals schon, schon im Dezember vorigen Jahres wahrnehmen müssen, dass nicht an allen Stellen das gleiche Vertrauen auch zu Herrn von Kühlmann bestand. Ich bin wiederholt und mit Erfolg bemüht gewesen, das Vertrauen herzustellen, Herrn von Kühlmann den Rücken zu stärken. Wenn das jetzt, meine Herren, nicht von Erfolg begleitet gewesen ist, so lag das an dem Eindruck, den die Reden des Herrn von Kühlmann am 24. und 25. Juni in weiten Kreisen hervorgerufen haben. Meine Herren, wenn man die erste Rede des Herrn von Kühlmann mit Aufmerksamkeit liest, wenn man sich genau den Gedankengang vergegenwärtigt, den Herr von Kühlmann zum Ausdruck bringen wollte, so sage ich offen: dann ist gegen diese seine Rede gar nichts einzuwenden. Aber, meine Herren, Sie erinnern sich, dass der Eindruck am ersten Tage im Hause schon ein anderer war; und der Eindruck nach aussen ist ein sehr schlechter gewesen, nicht nur in den Kreisen der Bevölkerung – man konnte das ja hier überall hören, die Klage: also wir werden noch 30 Jahre Krieg haben! was ja doch Herr von Kühlmann natürlich nicht gesagt hat – sondern auch – und das ist eben das entscheidende Moment gewesen – an der Front. Mir ist von unverdächtigen Zeugen nicht einmal, sondern mehrmals gesagt worden: diese Rede des Herrn von Kühlmann hat ausserordentlich schlimm auf unsere Front gewirkt, auf unsere Soldaten, nicht etwa nur die Offiziere, die in den Offizierskasinos alldeutsche Blätter gelesen hätten, sondern auch die Truppen haben gesagt: ja, wenn wir noch 30 Jahre Krieg führen wollen, wenn der Sieg uns nicht zu erringen ist, warum geben wir dann nicht das Geschäft lieber auf und machen wir so schnell wie möglich Frieden? Und, meine Herren, dass die Oberste Heeresleitung eine solche Gesinnung im Heere nicht aufkommen lassen darf, das ist klar. An dem Pflichtbewusstsein unserer Truppen hat sich nichts geändert, aber nicht nur auf das Pflichtbewusstsein kommt es an, sondern auch auf die Zuversicht, auf den Mut unserer Truppen; und wenn diese Zuversicht irgendwie beeinträchtigt wird, so hat die Oberste Heeresleitung das Recht, darauf zu dringen, dass alles beseitigt wird, was nach dieser Richtung hin wirken könnte.

Meine Herren, Herr von Kühlmann selbst war zu der Einsicht gekommen, dass seine Stellung sich wohl nicht mehr würde halten lassen, und Herr von Kühlmann hat eben vorigen Montag Seine Majestät in einem mündlichen Vortrag um seine Entlassung gebeten, die ihm sofort auch erteilt worden ist. Ich hätte dringend gewünscht, dass das nicht schon jetzt geschähe; ich hätte dringend gewünscht, dass die Entscheidung sich noch etwas verzögert hätte; und auch Seine Majestät war bereit, wenn die Entscheidung kommen müsse, sie doch nicht jetzt so von einem Tage auf den andern fallen zu lassen. Aber hier hat Herr von Kühlmann selbst anders gewünscht. Ich habe Herrn von Kühlmann dann meinerseits inständig gebeten, doch nicht gleich die Geschäfte niederzulegen, doch wenigstens die Geschäfte noch eine

Zeitlang weiter zu führen; er hat nicht gewollt, und so ist der Wechsel also eingetreten, bezw. ist Herr von Kühlmann ausgeschieden.[13]

Nun ist Ihnen ja, glaube ich, auch der Name des in Aussicht genommenen Nachfolgers schon bekannt. Meine Herren, der Admiral von Hintze war Gesandter in Kristiana, und es ist seiner Geschicklichkeit zum grossen Teile zu danken, dass Norwegen, das uns von den skandinavischen Ländern vielleicht am wenigsten günstig gesinnt ist, doch an der Neutralität festgehalten hat. Herr von Hintze ist ausserdem ein sehr genauer Kenner russischer Verhältnisse. Er ist vor dem Kriege bei der Botschaft in Petersburg beschäftigt gewesen, er hat in dieser seiner Eigenschaft grosse Reisen durch Russland gemacht, er ist mit Verhältnissen und Personen in Russland, wie ich mich auch durch ein Gespräch mit ihm überzeugt habe, sehr eingehend vertraut, was ja doch für die jetzige Lage von grosser Wichtigkeit ist. Aber, meine Herren, es versteht sich von selbst, dass ich meine kontrasignierende Unterschrift zu der Ernennung des Herrn von Hintze nur dann gebe, wenn Herr von Hintze meine Politik macht und nicht eine eigene; und dafür habe ich bereits in den Zusagen des des Herrn von Hintze – die Ernennung ist noch nicht erfolgt – meinerseits ^die feste Bürgschaft^. Ich mache die Politik, der verantwortliche Reichskanzler macht die Politik;[14] der Staatssekretär des Auswärtigen Amts hat lediglich meine Politik zu führen; davon ist der in Aussicht genommene Staatssekretär auch vollkommen durchdrungen. Also meine Herren, ich glaube ein Grund zur Beunruhigung ist nicht vorhanden. Der Kurs, mit dem sich, wie ich glaube, die grosse Mehrheit des

13 Die ironische Passage in dem Artikel »Der Kurs bleibt der Alte«, Tägliche Rundschau v. 12. Juli 1918, ob Kühlmanns auffälliger und geflissentlicher Amtsverzicht »nicht eine bewußte letzte grobe politische Zuchtlosigkeit gewesen sei«, kommentierte Wilhelm II. am Rand mit »ja«. PAAA, R 1390, S 35.

^-^ Korrigiert aus: »doch ziemlich feste Bürgschaft«.

14 Kommentar Wilhelms II. mit Rotstift zum Druck in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung: »auf Befehl und im vorherigen Einvernehmen mit dem Kaiser«.

Reichstags im November vergangenen Jahres einverstanden erklärt hat, dieser Kurs wird weiter geführt werden.[15]

15 Nach Schulthess ergab die folgende Aussprache, dass der Kanzler die Mehrheit des Reichstags hinter sich hatte. Gröber (Zentrum) fand die Ausführungen Hertlings beruhigend. Dieser habe seine Pläne, die dem Novemberprogramm von 1917 entsprächen, rückhaltlos dargelegt. Der Rücktritt des Staatssekretärs sei verständlich wegen dessen vieldeutiger, weder Freund noch Gegner befriedigender Reden. Auch die FVP und die Nationalliberalen äußerten sich im Wesentlichen zustimmend zu den Darlegungen Hertlings. Scheidemann (SPD) qualifizierte den Rücktritt als »Sieg der Eroberungs- und Machtpolitiker« über einen Unbequemen. Anders als bei der Berufung Hertlings und Payers, wo »richtiger verfahren worden« sei, habe man den Reichstag bei der Entlassung des alten und der Ernennung des neuen Staatssekretärs übergangen. Er mahnte ein »unzweideutiges Wort« über Belgien an und führte die Haltung der Kriegsgegner auf die Agitation der Vaterlandspartei zurück. Für Westarp war der Rücktritt Kühlmanns, mit dessen Politik die Konservativen »vielfach nicht einverstanden gewesen seien«, aus überzeugenden Gründen erfolgt. Die Konservativen begrüßten die verfassungsmäßig korrekten Ausführungen Hertlings über die Stellung des Staatssekretärs, wandten sich gegen die Wahlrechtsreform in Preußen, die Heranziehung der Papstnote zur Einleitung von Friedensverhandlungen und Hertlings Angebot bezüglich Belgiens, dessen »völlige Herausgabe« kaum möglich sein werde. Am 12. Juli erklärte sich Stresemann mit der Politik des Reichskanzlers einverstanden. Hertling habe, da mit dem Parlament vertraut, »das Reichsschiff« vor Schwankungen bewahrt und sein Programm durchgeführt, das sich allerdings nicht so schnell verwirklichen lasse; im Notfall werde er gewiss den preußischen Landtag auflösen; durch den Bezug auf die Papstnote rücke der Friede nicht näher; die Ausführung über »die russischen Verhältnisse« sei zu begrüßen. Der Hauptausschuß, Bd. 4, S. 2280–2284.

386

Sitzungen des Zentrumsvorstands und der Parteienvertreter Berlin, 11.–12. Juli 1918

(masch. Kop.[1]; BArch, Nl Erzberger, Nr. 21)

Donnerstag, 11. Juli, nachmittags 5 Uhr Besprechung des Vorstandes der Zentrumsfraktion. Eine Reihe von Mitgliedern des Vorstandes wünschten keine weitere Erklärung über Belgien, während die Abgeordneten Trimborn und Erzberger mit Entschiedenheit darauf bestanden, dass der Reichskanzler seine Erklärungen über Belgien genau zu umschreiben habe und namentlich zum Ausdruck zu bringen habe, dass Belgien als unabhängiger Staat wieder hergestellt werden müsse.

Nach zweistündiger Debatte einigte sich der Vorstand dahin, dass der Vorsitzende, Abgeordneter Gröber, sich zum Reichskanzler begeben solle, um diesen Wunsch zum Ausdruck zu bringen, damit eine ruhige Debatte am Freitag gesichert sei.

Abends 8 Uhr Zusammenkunft der Vertreter aller Parteien[2] bei Vizekanzler von Payer, wo auch der künftige Staatssekretär, Admiral von Hintze, sich einfand.[3] Herr von Payer teilte mir sogleich mit, dass die Sozialdemokratie mit der gestern zwischen uns beiden besprochenen Formulierung nicht einverstanden sei und dass sie namentlich in dem Wort vom Schutzstaat einen neuen Begriff sehe, der nur Verwirrung schaffen könne. Die Sozialdemokratie wünsche, dass der Reichskanzler erkläre:

1. Belgien wird Deutschland nicht dauern[d] behalten, Belgien ist nur Faustpfand.
2. Deutschland ist bereit, die Selbständigkeit Belgiens herzustellen und zwar in einer solchen Form, dass es kein Vasallenstaat irgend einer Macht oder Mächtegruppe wird.

Herr von Payer glaubte, dass der Reichskanzler dem zustimmen würde. Ich erklärte, dass diese Formulierung besser sei und ich selbstverständlich befriedigt wäre,

1 Die von Erzberger stammende Aufzeichnung (»Juli-Krise 1918«) ist, auf zwei Nummern verteilt, unvollständig gedruckt in: IfA 1917/18, 2. Teil, S. 454–456, Nr. 200, 201, und nur kommentiert aus den die Vorgänge verkürzt schildernden, Hertling herabsetzenden Memoiren Erzbergers.

2 Erschienen waren je ein bis vier Vertreter der SPD, der FVP, der Nationalliberalen, des Zentrums, der Konservativen, der Deutschen Fraktion, der Polen und der Elsässer.

3 Vgl. dagegen Tagebuchartige Notizen Payers, 12. Juli 1918, zum Vortag: »Hintze ist noch nicht Staatss[ekretär]. P[ayer] hat ihm abgeredet, vorher zu sprechen oder in den Aussch[uss] zu gehen. H[ertling] meinte dann, ja er müsse nach Christiana«. BArch, Nl Payer, Nr. 34, S. 46.

wenn er sich diese zu eigen machte.[4] Darauf sandte er noch Geheimrat von Schlieben[5] zum Reichskanzler, der aber nicht mehr zu sprechen war.

Am Freitag soll die letzte Entscheidung fallen. Herr von Payer will persönlich den Reichskanzler in aller Frühe sprechen

Der Eindruck, den die Abgeordneten vom neuen Staatssekretär gewannen, war ein verschiedener. Man hält ihn für einen klugen und gewandten Mann, aber nicht für sehr zuverlässig. Der neue Staatssekretär wird Freitag abend nach Christiana abreisen, um sich dort zu verabschieden und im Laufe der nächsten Woche wird er sein Amt übernehmen. Im Auswärtigen Amte herrscht grosse Kühle und Zurückhaltung ob der Ernennung dieses Aussenseiters, der noch immer als Nichtfachmann betrachtet wird.

Freitag, 12. Juli, vormittags 9 Uhr: Geheimrat von Schlieben kommt im Auftrag von Excellenz von Payer zu mir in die Interfraktionelle Sitzung und teilt mir mit, dass der Reichskanzler gemäss den gestrigen Vorschlägen heute eine Erklärung abgeben werde, aber dann auch erwarte, dass auf der anderen Seite nach seiner Rede der Schlussantrag gestellt werde. Ich teilte dies sofort in der Interfraktionellen Sitzung mit, welche dementsprechend auch ihren Entschluss fasste.

Vormittags 10 Uhr Sitzung des Hauptausschusses.

Abgeordneter Stresemann (nationalliberal) führt über Belgien aus: In der deutschen Antwortnote auf die Papstkundgebung sei Belgien nicht erwähnt worden, um das Faustpfand Belgien nicht wertlos zu machen. Wenn Deutschland Belgien schon vorher preisgebe oder sich bereit erkläre, es zu räumen, so trete es mit völlig leeren Händen in den Friedenssaal und dann bliebe nur Elsass-Lothringen als Verhandlungsgegenstand übrig. Belgien müsse zur Neutralität verpflichtet werden, sonst werde es das Aufmarschgebiet unserer Feinde. Würden wir von deutscher Seite nicht in Belgien einmarschiert sein, dann wären die Feinde sicher hereingekommen. Grundsätzlich wolle er zur belgischen Frage keine Stellung nehmen.

Reichskanzler Graf Hertling: Von verschiedenen Seiten sei ihm der Wunsch unterbreitet worden, seine Ausführungen über Belgien deutlicher zu gestalten. Er habe zwar gestern schon ausführlich gesagt und wolle es heute mit aller Klarheit wiederholen und präzisieren: Es war eine Kriegsnotwendigkeit in Belgien einzumarschieren,

4 Vgl. Tagebuchartige Notizen Payers, 12. Juli 1918, zum Vortag: »Am Donnertag Abend – teilw[eise] schon vorher – war P[ayer] mit Erzberger über die Fassung über Belgien einig geworden. Er [Payer] setzte sich Do[nnerstag] Abend zu den Socialdem[okraten] an den Tisch und sagte: Nun was wollt denn Ihr mit Belgien? Sie wussten es nicht und stimmten dann unter Versetzung eines Satzes aus dem Negativen ins Positive der Pay[er] Fassung zu. Es kamen auch noch Steuerkompromisse zu Stande an diesem Abend.
Heute Freitag [12. Juli] kam die Erklärung im Aussch[uss], wäre aber Abends durch die miserable Organisation der Reichskanzlei um ein Haar nur zur Hälfte hinausgekommen. Um ½ 11 kam es dann mit Hilfe Deutelm[osers] ins Blei«. BArch, Nl. Payer, Nr. 34, S. 46.

5 Geheimer Rat in der Reichskanzlei.

ebenso mussten wir die Okkupationsverwaltung einrichten. Für die Zukunft gelte folgendes:[6]

Belgien sei ein Faustpfand für künftige Verhandlungen. Der Begriff »Faustpfand« sei dieser, dass Belgien nicht behalten werde, wenn die Verhandlungen zu dem gewünschten Resultat geführt hätten. Die deutsche Regierung denke nicht daran, Belgien in irgend einer Form zu behalten, Belgien solle vielmehr als selbständiges Staatswesen wieder hergestellt werden. Belgien solle keiner Macht als Vasall unterworfen werden. Deutschland führe den Verteidigungskrieg. Jede imperialistische Tendenz liege ihm fern. Es strebe keine Weltherrschaft an.

Nachdem von allen Parteien ein Redner gesprochen hatte, wurden die Verhandlungen geschlossen. Der Konservativen-Führer Westarp stellte vor Schluss der Verhandlungen fest: Durch die heutigen Erklärungen des Herrn Reichskanzlers hätte sich die Situation verschoben. Seine Darlegungen über Belgien hätten die Konservativen nicht befriedigt. Sie müssten ernste Bedenken dagegen äussern, besonders deshalb, dass die flandrische Küste hierdurch preisgegeben würde. Später werde er das näher darlegen.

Bei den Mehrheitsparteien machten dagegen die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers einen sehr günstigen Eindruck, so dass man zum Schluss der Verhandlungen kommen konnte.

6 Vgl. zum Folgenden die Wiedergabe der Rede Hertlings Nr. 387.

387

Rede Georg von Hertlings vor dem Hauptausschuss Berlin, 12. Juli 1918

(Masch. Stenogramm[1]; PAAA, R 1390, S. 20–21)

Meine Herren! Ich beabsichtige nicht, auf den ganzen Umfang der Fragen nochmals einzugehen, die gestern und heute hier besprochen worden sind.

Was speziell die Ausführungen des Herrn Vorredners[2] über Russland betrifft, so kann ich nur sagen, dass seine Wünsche im wesentlichen von mir durchaus geteilt werden, und dass ich bemüht sein werde, diese Wünsche zu erfüllen, die auf eine friedliche Zusammenarbeit mit Russland hinzielen.

Meine Herren, ich habe eigentlich nur das Wort erbeten, um einem Wunsche, der mir entgegengebracht worden ist, zu entsprechen, nämlich dem Wunsche, dass ich mich noch etwas deutlicher über unsere Stellung zu dem schwierigen belgischen Problem aussprechen möchte. Ich hatte nun geglaubt, meine Herren, das Nötige gestern schon gesagt zu haben, indem ich ausdrücklich erklärte: aus Kriegsnotwendigkeit heraus sind wir in Belgien eingerückt, wir haben Belgien okkupiert aus Kriegsnotwendigkeit, wir haben es verwaltet aufgrund völkerrechtlicher Vereinbarungen. Was aber die Zukunft betrifft, so habe ich gestern schon gesagt: für uns bedeutet die Okkupation und der gegenwärtige Besitz Belgiens nur, dass wir ein Faustpfand für die künftigen Verhandlungen haben. Meine Herren, nun liegt es doch im Begriffe des Faustpfandes, dass man das, was man als Pfand in der Hand hat, nicht behalten will, wenn die Verhandlungen zu einem günstigen Resultate geführt haben. Ich glaubte, das schon ausdrücklich gesagt zu haben. Ich will aber jetzt hinzufügen: wir denken gar nicht daran, Belgien in irgend einer Form zu behalten, wir wünschen genau so, wie ich schon am 2[5]. Februar gesagt habe, dass das nach dem Kriege wiedererstandene Belgien als selbständiges Staatswesen, keinem als Vasall unterworfen, mit uns in guten, freundschaftlichen Verhältnissen lebe. Das ist der Standpunkt, den ich zu dem belgischen Problem von Anfang an eingenommen habe und auch heute noch einnehme.[3]

---

1 AS 3142[IV], Paraphe Haniels 13. VII. Teildrucke: Schulthess 59, NF 34 (1918/I), S. 241–242; Der Hauptausschuß, Bd. 4, S. 2286–2287.

2 Stresemann.

3 Durch Erläuterungen für die Presse sollte dem Eindruck bei den Kriegsgegnern und den deutschen Konservativen entgegengewirkt werden, die sogleich an die Öffentlichkeit gegebenen Kanzlerreden verzichteten bedingungslos auf Belgien. Vgl. die »Notizen für die Pressebesprechung am 13. Juli 1918 über die Erklärung des Herrn Reichskanzlers über die belgische Frage«. Als zur Publikation geeignete Bedingungen für die Herausgabe Belgiens bei Friedensverhandlungen wurden genannt: den »wirtschaftlichen, politischen und militärischen Missbrauch Belgiens gegen Deutschland« auszuschließen, den »freien, überseeischen Verkehr gegen jeden englischen Eingriff« zu sichern, die durch Englands Blockade im Ausland erlittenen wirtschaftlichen Einbußen zu

Meine Herren, diese Seite meiner Politik steht durchaus im Zusammenhang mit den allgemeinen Richtlinien, die ich gestern Ihnen hier vorgeführt habe. Wir führen den Krieg als Verteidigungskrieg. Weil wir ihn als Verteidigungskrieg führen, weil uns von Anfang an jede imperialistische, jede auf die Weltherrschaft gerichtete Tendenz ferngelegen hat, darum werden auch unsere Friedensziele dem entsprechen. Was wir wollen, das ist die Unversehrtheit unseres Territoriums, das ist freie Luft für die Entwicklung unsres Volkes insbesondere auf dem wirtschaftlichen Gebiete, das ist natürlich auch die notwendige Sicherung für künftige schwierige Verhältnisse. Das trifft vollkommen auch für den Standpunkt zu, den ich Belgien gegenüber einnehme. Wie sich dieser Standpunkt aber im einzelnen wird festlegen lassen, das hängt von den Verhandlungen ab, darüber kann ich jetzt keine bindenden Erklärungen abgeben. Ich muss mich damit begnügen, diese allgemeinen massgebenden Richtlinien hier nochmals ausdrücklich festgestellt zu haben, und so glaube ich, meine Herren, doch an Sie jetzt die Bitte richten zu dürfen: Helfen auch Sie mit, dass wir im Inneren die Einheitsfront halten, die so überaus wichtig ist, die so wichtig ist für unsere Brüder draussen im Felde, helfen Sie alle zusammen mit, dass wir die schwere Zeit des Krieges, den wir führen müssen, so lange wir ihn führen müssen, bis zum ehrenvollen Ende bestehen.

---

ersetzen und den deutschen Kolonialbesitz zu wahren. (PAAA, R 1390, S. 22–28, 27, 25, 23). Drucke der Reden Hertlings auch in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 355 v. 14. Juli 1918 (ebd.) u. Nr. 353 v. [12]. Juli 1918. (PAAA, R 21570, S. 124). Aus dem östlichen Deutschland, dem Bereich des V. Armeekorps, meldeten die Monatsberichte der stellvertretenden Generalkommandos v. 3. August 1918 eine durchgehend positive Reaktion der Presse, die Zeitungen der Mehrheitsparteien erwarteten ein Entgegenkommen des Reichskanzlers gegenüber dem Reichstag, die konservativen hielten Hertlings Reden immer noch für besser als die seines Vorgängers, über der Belgien-Erklärung entzweiten sich die sie ablehnenden alldeutschen und die ihnen zustimmenden freisinnigen Blätter. (BArch, R 43/2398l, f. 36).

Die belgische Regierung wies in einer dem Unterhändler Toerring vom Gesandten Peltzer am 10. August übergebenen Erklärung die von Hertling am 11. und 12. Juli geäußerte »théorie du gage et des garanties«, in Übereinstimmung mit den Alliierten und den Neutralen, als keiner Antwort würdig zurück. (Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 283). Dass sich Hertlings Erklärungen vom 11. und 12. Juli »in ihrer Wirkung gegenseitig aufhoben« (so Ritter, Staatskunst, Bd. 4, S. 393; wiederholt in: Der Hauptausschuß, Bd. 4, S. 2280 Anm. 16), ist nicht erkennbar. Vgl. Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses v. 12. Juli 1918. (IfA 1917/18, 2. Teil, S. 457 Anm. 4). Während die Alldeutschen den Wechsel der Staatssekretäre feierten, schrieb Georg Gothein (FVP) Haußmann am 13. Juli 1917, Hertlings Belgien-Erklärung vom 12. Juli, »vor allem auch ihre baldige Veröffentlichung« hätten Kühlmanns Sturz, »den anfänglichen Sieg der Alldeutschen, in eine ausgesprochene Niederlage verwandelt«. Ebd., S. 460.

388

Vortrag des Reichskanzlers beim Kaiser
Spa, 13. Juli 1918

Rk. 249. Gr. H. Q. (Protokoll[1]; BArch, R 43/2403f, f. 134)

Geheim!

1) R.K. berichtet über die vertraulichen Beratungen im Hauptausschusse – Fall Kühlmann – ; S.M. äussert in jeder Beziehung seine Befriedigung über das Ergebniss derselben.[2]
2) R.K. berichtet über seine Unterredung mit Joffe, an dessen persönliche Loyalität auch S.M. zu glauben geneigt ist. Joffe hatte gleich anfangs das Bedauern seiner Regierung über das Attentat gegen Graf Mirbach ausgesprochen.
3) R.K. berichtet, dass an Hatzfeldt in dem vereinbarten Sinne telegrafiert worden ist, und dass er auch mit Exz. Solf gesprochen habe, der sich zur Übernahme der Mission bereit hält.
4) *In Sachen Amerika ist S.M. der Ansicht, dass von dort gekommene Antwort ungenügend sei und dass umgekehrt Präsident Wilson seine Friedensbedingungen darlegen möge.* Im Anschluss daran teilt S.M. dem R.K. mit, dass die Marine das grösste Interesse an der Sperrung der ostamerikanischen Küste habe; Admiral Holtzendorff wünsche darüber dem R.K. Vortrag zu halten; die Marine habe eine neue Karte entworfen, welche das Interesse der spanischen und südamerikanischen Schiffahrt berücksichtige.
5) Litauen betreffend, hat S.M. selbst dem König von Sachsen die Aussicht auf Personalunion mit Litauen eröffnet und hält an diesem Gedanken fest.[3] S.M. wird dem geäusserten Wunsche entsprechend, die militärischen Stellen mit der

1 Z.d.A.–Vermerk Radowitz' 14/VII; Paraphe Hertlings.

2 Vgl. Der Hauptausschuß, Bd. 4, S. 2280–2284.

- Randvermerk: »Bussche mitgeteilt«.

3 Laut Randbemerkung wurde diese Absicht des Kaisers sogleich auch dem Reichsamt des Innern mitgeteilt, zusätzlich von Radowitz aus dem GHQ am 14. Juli Schlieben (Reichskanzlei) wörtlich telegraphiert. BArch, R 43/2406, S. 222–223.

nötigen Instruktion versehen.[4] Im Anschlusse daran berichtet R.K. über die einschlagenden Verhandlungen in der letzten Sitzung des Staatsministeriums.[5]

6) Herr v. Kühlmann wird den roten Adlerorden I. Klasse[6] erhalten, an eine besondere Auszeichnung des Herrn Vize-Kanzlers hatten S.M. bereits selbst gedacht und wird demgemäß verfügen.

H[ertling] 14/7

4 Am 13. September 1918 beschwerte sich der sächsische Außenminister Vitzthum, der nach Wilna versetzte Militärbevollmächtigte Sachsens habe festgestellt, dass den dortigen Militärbehörden von einem solchen Plan nichts bekannt sei. Hertling merkte zu dem Schreiben eigh. (14/9) an, er sei nach seinem früheren Vortrag beim Kaiser anders unterrichtet gewesen, man müsse dies besprechen. BArch, R 43/2406b, f. 3–4.

5 Im Staatsministerium wurden am 12. Juli 1918 Vorbehalte gegenüber einem Oktroi der Personalunion Preußens oder Sachsens mit Litauen laut. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums, Bd. 10, S. 229.

6 Zweithöchster, bis 1918 verliehener preußischer Orden.

389

Hilmar von den Bussche an Gisbert von Romberg
Berlin, 15. Juli 1918

Nr. 888 zu AS 3180 (Telegr. in Ziffern, Konz. Haniels; PAAA, R 20514, S. 198–200; Teildruck: Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 246)

Sofort via Lörrach (Ganz Geheimes Chiffrierverfahren) Ganz geheim. Selbst entziffern.
Auf Tel. Nr. 1050[1] und Schreiben an Gesandten v. Haniel vom 10. d[ieses] M[onats].[2]

Bitte Schwiegersohn durch H[errn] v. Simson für Schwiegervater folgendes mitteilen:

Grundzüge unserer Friedensbedingungen aus Reden Reichskanzlers sowie aus den an Schwiegersohn und an Mr. Mc. Cormick gemachten Mitteilungen ersichtlich. Vorschlagen, daß zur Erörterung Friedensmöglichkeiten zunächst unter gegenseitiger Zusicherung strengster Geheimhaltung vertrauliche informale Unterhaltung between gentlemen arrangiert wird. Voraussetzung für Zustandekommen und Erfolg solcher Unterredung wäre, daß beide Teile nicht nur von maßgebender Stelle voll autorisiert und instruiert werden sondern beide auch bereit sind Angaben über den Standpunkt ihrer Regierungen zu machen. Eine Unterhaltung bei der der andere Teil lediglich unsere Erklärungen entgegenzunehmen beabsichtigt, wäre für uns ohne Wert, zumal nachdem wir bereits an Schwiegervater und Mr. Mc Cormick

1 Telegr. Rombergs an AA, Bern 8. Juli 1918, Nr. 1050, AS 3098 mit der Nachricht von dem sehr günstig lautenden Telegr. von höchster Stelle an McNally. Siehe oben Nr. 380, 383.

2 Siehe oben Nr. 383.

Mitteilungen gemacht haben.[3]

Stellv[ertretender] St[aats] S[ekretär]
B[ussche] 15/7
H[aniel] 15 VII

3 Dieser ganz geheimen Mitteilung, die Simson McNally eröffnen sollte, ging ein von Haniel konzipierter und ins Reine geschriebener, von Bussche mitunterzeichneter Brief an Grünau v. 14. Juli 1918 voraus. Er diente der Entkräftung der Stellungnahme des Kaisers zu Hertlings sofortigem Vortrag über die McNally aus Washington zugegangene Nachricht. Der Kaiser erklärte die »amerikanische Antwort für ungenügend« und verlangte, »dass umgekehrt Wilson seine Friedensbedingungen darlegen sollte«. (Radowitz an AA, Spa 14. Juli 1918. Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 245; PAAA, R 20514, S. 192). Haniel setzte Grünau in Kenntnis, dass Kapitänleutnant Mensing seinem Schwiegervater vom Inhalt seiner Unterredung mit dem Reichskanzler Mitteilung gemacht habe. »Diese Demarche, bei der ausdrücklich hervorgehoben worden war, daß es sich nicht um ein Friedensangebot handele, hat jenes Telegramm W[ilson]s hervorgerufen, aus dem, wenn es auch nicht unseren Absichten entspricht, doch deutlich hervorgeht, daß Wilson zur Zeit einem Frieden nicht abgeneigt ist, vielmehr ein gewisses empressement zeigt. Ich möchte Sie nun bitten, die Sache bei geeigneter Gelegenheit bei Seiner Majestät zur Sprache zu bringen und hervorzuheben, daß keineswegs beabsichtigt gewesen sei, Wilson auf sein Telegramm hin unsere Friedensbedingungen mitzuteilen. Gedacht ist vielmehr, eine Unterhaltung ›between gentlemen‹ über Friedensmöglichkeit herbeizuführen, wobei ausdrückliche Voraussetzung sein würde, daß – unter gegenseitiger Zusicherung strengster Geheimhaltung – beide Teile von maßgebender Stelle instruiert und autorisiert sowie bereit sind, über den Standpunkt ihrer Regierung Angaben zu machen. Wollen Sie schließlich noch Seine Majestät bitten über die Angelegenheit mit niemand zu sprechen«. PAAA, R 20514, S. 193–195.

390

Hermann Eduard von Simson an Auswärtiges Amt
Zürich, 15. Juli 1918

A.S. 3185[1] (Telegramm, Kop.; PAAA, R 20514, S. 209)

Abschrift.
Ganz Geheim! Von Hand zu Hand!
Telegramm aus Zürich, den 15.7.1918.

M[ensing] erbittet Weitergabe an Gesandten von Haniel für Reichskanzler mit der Bitte um Drahtantwort:

Dortige Darlegungen[2] werden von Schwiegervater in der nächsten Woche abgesandt. Da in diesen Darlegungen die sogenannten vier Punkte von Wilson erwähnt sind, wird Schwiegervater von sich aus hinzufügen, daß damit die vier Punkte der früheren Rede Wilson's gemeint sind. Er hält es unter diesen Umständen für dringend wünschenswert, daß noch die Ansicht des Reichskanzlers über die in Mountvernon aufgestellten vier Punkte gleichzeitig gedrahtet würde. M[ensing] würde sie in gleicher Weise wie die früheren Darlegungen des Reichskanzlers als mündliche direkte Information weitergeben.

Schwiegervater ist völlig überzeugt, daß die vier Punkte von Mountvernon lediglich dazu bestimmt sind, für die deutsche Regierung eine Zustimmung ohne Einschränkung zu ermöglichen, um so eine Grundlage für eine Einleitung von Friedensunterhandlungen zu schaffen. Sie seien deshalb ohne jede Spitze gegen die Zentralmächte und so völlig allgemein und theoretisch formuliert. Die übrigen Teile der Rede (Einleitung und Schluß) seien lediglich als Rücksicht auf die Entente aufzufassen.

Infolgedessen könnte nur ein bündiges »We agree« zu den vier Punkten nützlich sein. Jeder Zusatz würde drüben als Falle ausgelegt, wie dies bei der Äußerung des Reichskanzlers zu den früheren vier Punkten geschehen ist. Sonst wäre es besser zu schweigen.

---

1 pr. am 15. Juli 1818 nm. Am Rand ist auf AS 3180 verwiesen (siehe oben Nr. 383). Eigh. Vermerk Haniels v. 15. Juli, das Telegr. im Zentralbüro bei AS (Geheimakten der Politischen Abteilung des AA) einzutragen und »morgen früh« wieder vorzulegen.

2 Gemeint die Aufzeichnung Hertlings für Mensing v. 8. März 1918. Simson teilte im Folgenden das Telegramm Mensings aus Zürich mit. Bussche sandte dieses im Wortlaut am 16. Juli aus Berlin »sofort« an Hertling und sprach sich für »glatte Annahme der 4 ganz allgemein und theoretisch gefassten Punkte« aus. Die Zustimmung zu den vier Punkten stehe nicht im Widerspruch zur kaiserlichen Willensbekundung, »da es sich nicht um Mitteilung von Friedensbedingungen unsererseits sondern um Antwort auf Wilsons Bedingungen handelt«. Auch Burian habe den vier Punkten zugestimmt. (Tel. Nr. 98, zu AS 3185, Konz. Haniels. PAAA, R 20514, S. 211–213 u. PAAA, R 22147, S. 521; Druck: Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 249). Dies hatten Haniel und Bussche schon im Brief v. 14. Juli an Grünau ausgeführt. Siehe oben Nr. 389 Anm. 3.

Erbetener Zusatz würde den besonderen Erfolg haben, die Darlegung des Reichskanzlers als ganz aktuell erscheinen zu lassen, da Wilson, der seit Wochen auf die Darlegung vorbereitet ist, sonst glauben könnte, daß sie durch letzte Ereignisse überholt sei.

391

Max von Biegeleben an Georg von Hertling
Berlin, 16. Juli 1918

Grossherzoglich Hessische Gesandtschaft. (masch. Or.; BArch, NlH, Nr. 41, f. 114–115)

Privat. Vertraulich.
Lieber Georg!

Nach Schluss der Hauptausschuss-Sitzung vom 12. d[ieses] M[onats], die Dank Deiner Kunst einen voll befriedigenden Ausklang hatte, begegnete ich im Reichstag dem mir von meiner Studentenzeit her bekannten Zentrumsabgeordneten Dr. Pfeiffer, mit dem ich in eine längere politische Unterhaltung geriet. Dabei ergab sich, dass er in der litauischen Frage versiert ist; er bestätigte die in dem Brief des H[erzogs] v. U[rach][1], den ich am 12. an Karl übergab, enthaltene Behauptung, dass man in Litauen von einer Personalunion, gleichgültig mit wem nichts wissen will, sondern einen eigenen Fürsten, und zwar den H[erzog] v. U[rach] erstrebt.

Heute wurde mir nun von Herrn Dr. Pfeiffer mündlich mitgeteilt, vor einigen Tagen habe die Taryba mit 18 von 20 Stimmen – Gegner nur zwei jüdische bolschewistisch gesinnte Sozialisten – in Ausübung ihres dem Volke von Deutschland zuerkannten Selbstbestimmungsrechts Litauen als Königreich erklärt und den H[erzog] v. U[rach] zum König gewählt.[2] Durch einen heute an Dich abgehenden Brief werde Dir diese Tatsache mitgeteilt und um Deinen Beistand gebeten. Als ich meiner Überraschung und weiter der Befürchtung Ausdruck gab, ob dieses Vorgehen nicht vielleicht als ein anscheinend einseitiger Akt die Missbilligung der Reichsleitung sowie den Widerstand der Obersten Heeresleitung und der Okkupationsmacht hervorrufen werde, wurde erwidert, das werde bei den Beteiligten nicht befürchtet, der Gedanke an eine Brüskierung irgend jemandes liege durchaus fern, die Aktion entspringe lediglich dem im ganzen Lande empfundenen Bedürfnis, endlich der niederdrückenden und immer gefährlichere Wirkungen hervorrufenden Unklarheit

1 Wilhelm von Württemberg, Herzog von Urach.

2 Wilhelm wurde am 11. Juli 1918 vom litauischen Landesrat (Taryba) zum erblichen König des von Deutschland seit März 1915 besetzten Litauen gewählt (Juli–November 1918 designiert als König Mindaugas II.). Nach einer Mitteilung des litauischen Landesrats stimmten 13 Mitglieder der Taryba für Urach, drei enthielten sich der Stimme, die vier Sozialisten verließen den Sitzungssaal. (Schulthess 59, NF 34 [1918/II], S. 451 f.). Nach unter der Hand in Wilna besorgter Information hatte sich aus dem 20köpfigen Landesrat »die links-radikale Gruppe mit 7 Mitgliedern« vor der Abstimmung zurückgezogen, aber nicht aus Abneigung gegen Urach oder eine monarchische Lösung, sondern weil sie einen solchen Beschluss »einer konstituierenden Versammlung vorbehalten« wollte. Tel. Hintzes an Lersner (für den Reichskanzler), 23. Juli 1918. BArch, R 43/2406a, f. 28.

ein Ende zu machen.[3] Hierfür sei es höchste Zeit, das Volk wolle nun einmal von einer Personalunion, sei es mit Preussen, sei es mit Sachsen absolut nichts wissen. Man könne sich in der Landesvertretung nicht vorstellen, dass die Reichsregierung dem Litauischen Volke eine monarchische Verfassung und einen eigenen Fürsten von absolut einwandfreier Persönlichkeit und urdeutscher Gesinnung verweigern oder die Entscheidung hinauszögern werde. Eine Ablehnung oder verzögerliche Behandlung werde nur den unzufriedenen, misstrauischen von Deutschland abdrängenden und radikalen Elementen reiche Nahrung zuführen. Andererseits würde die Anerkennung der vom Lande gewollten Monarchie in Litauen sowohl, wie auch im Ausland und endlich auch bei dem Reichstag die besten Wirkungen hervorbringen. Man vertraue auf die Grossherzigkeit Seiner Majestät des Kaisers, auf Deine Weisheit und die Einsicht der Obersten Heeresleitung. Ein etwaiger scharfer Eingriff der Militärverwaltung könne eine dauernde Entfremdung des Volkes nach sich ziehen und sei im Reichsinteresse unter allen Umständen zu verhüten. General Hoffmann (Ober-Ost) sei von den Vorgängen unterrichtet und reise demnächst in das Grosse Hauptquartier. Dr. Pfeiffer teilte weiter mit, vor ein oder zwei Wochen sei auch Seine Majestät König Ludwig von Bayern für die Wünsche des Litauischen Landesrats

3 Vgl. über die unterschiedlichen Ansichten zu Litauen bei der Taryba, der OHL, dem Auswärtigen Amt, dem preußischen Innenministerium, dem Reichskanzler und den Mehrheitsparteien Linde, S. 139–183, 150.

interessiert worden.[4] Meine Frage an Dr. Pfeiffer, ob er etwa zur Verfügung stehe, falls es Dir erwünscht scheine, Näheres von ihm zu erfahren, wurde bejaht mit dem Anfügen, er sei bis Ende der Woche in München, dann in Speyer. Ich halte mich für verpflichtet, Dir von diesen Vorgängen und den zu ihrer Erklärung angeführten Gedanken alsbald Mitteilung zu machen. Sage ich Dir nichts Neues, so habe ich nichts genutzt, aber auch nicht geschadet.-

Mit den besten Grüssen an Deine Lieben und den wärmsten Wünschen für Dein Wohlergehen und Dein erfolgreiches Wirken bin ich in herzlichster Verehrung

Dein treu ergebener Vetter
Max Biegeleben

4 Urach hatte Kronprinz Rupprecht geschrieben, dass »eine grosse Partei« im Landesrat Litauens ihm »die Leitung ihrer Angelegenheiten uebertragen moechte«, die Reichsleitung jedoch andere Wege gehe. Er warnte vor der Anbindung der »Randvoelker« durch Personalunion mit Bundesfürsten, die von den Gegnern als »verkappte Annexion« angesehen und die kleinen Bundesstaaten benachteiligen würde. Es sei »ein unwuerdiger Anblick, zu sehen, wie jetzt um Voelker gefeilscht wird, und zwar unter den grossen Bundesstaaten«. Als Schutz vor einem wieder erstarkenden russischen Staat, der die Randstaaten auf den »status quo ante« zurückführen wolle, genüge »die enge Bindung auf dem Wege der Militaerkonvention und der wirtschaftlichen Abmachungen: will man die Voelker an sich binden, so darf man nicht gegen ihren Wunsch sie in Fesseln legen, sondern muss sie freiwillig, das bieten lassen, was sie binden soll: und dazu sind sie bereit. Sonst schafft man sich Verhaeltnisse, wie sie zum Schaden des Deutschen Reiches in den Reichslanden leider sich ausgewachsen haben und an andren Stellen des Deutschen Reiches. Eine neue Irredenta koennen wir aber nicht brauchen«. (Wilhelm von Württemberg-Urach an Rupprecht von Bayern, Korpshauptquartier, 13. Mai 1918. BayHStA, GHA, Nl Kronprinz Rupprecht, 650). Vgl. Lerchenfelds Bericht Nr. 71 an Dandl, Berlin 18. Januar 1918, über den kurz zuvor erfolgten Rücktritt des Fürsten Isenburg-Birstein: »Der Rücktritt bedeutet eine Abwendung von der bisherigen litauischen Politik, die man wohl als einen vollständigen Mißerfolg bezeichnen kann. Fürst Isenburg ist zweifellos ein zielbewußter und energischer Mann, aber stark alldeutsch gefärbt. Er ist für die zahlreichen Mißgriffe, die in Litauen zu verzeichnen sind, nicht allein verantwortlich, da er unter der Militärverwaltung stand. Seine Politik war dahin orientiert, das herrschende polnische Element, dem die Gutsbesitzer und die gebildeten Stände in den Städten angehören, zu unterdrücken und die Litauer, die er glaubte mit der Zeit germanisieren zu können, in die herrschende Stellung zu bringen«. Die Einführung des deutschen Schulunterrichts habe ihm die Litauer entfremdet, die daraufhin mit der Depossedierungspolitik der russischen Machthaber geliebäugelt hätten, weil der Besitz meist in polnischer Hand sei. Das Ziel der deutschen Politik müsse sein, sich nicht mit der 1 3/4 Million meist ungebildeter Litauer, sondern den 20 Millionen Polen gut zu stellen. (BayHStA GHA, Kabinettsakten König Ludwigs III., 51). Vgl. zur kirchlichen und ethnischen Konfliktlage in Litauen 1917–1918 auch die Online-Edition Eugenio Pacelli.

392

Georg von Hertling an Auswärtiges Amt
Großes Hauptquartier, 16. Juli 1918

Nr. 3. (Telegramm, Or.; PAAA, R 6137, S. 45)

Antwort auf Telegramm Nr. 94 vom 14 Juli.[1]

Ich habe in der finnischen Angelegenheit die Entscheidung Seiner Majestät dahin erbeten, daß von deutscher Seite in zweifelfreier Weise zu erkennen gegeben wird, daß wir eine Monarchie wünschen, daß eine Kandidatur eines Kaisersohnes nicht in Frage kommen könne, dagegen ein anderer deutscher Prinz als Souverän von Finnland unsere Billigung finden würde. Seine Majestät hat nach heutiger Meldung des Freiherrn von Grünau in diesem Sinne entschieden.

Graf von Hertling.

1 Bussche (an Hertling, Berlin 14. Juli 1918) fand bezugnehmend auf eine vorherige Besprechung die Kandidatur des Prinzen Oskar als »durchaus unerwünscht«. Die Würde des Kaiserhauses stehe auf dem Spiel, wenn sich Oskar wegen der unsicheren Lage in Finnland nicht halten könne. Das Verhältnis zu Schweden und Russland müsse leiden, wenn das Reich für die finnische Politik verantwortlich gemacht würde. Ein preußischer Prinz stünde hindernd im Wege, wenn einem auf Wiedervereinigung mit Finnland dringenden, erstarkten Russland Konzessionen zu machen seien. (PAAA, R 6137, S. 13).- Der Kaisersohn Oskar (1888–1958), 1915 Oberstleutnant und Kommandeur einer Landwehrbrigade, lebte in morganatischer Ehe.

393

Hans Veit von Toerring an [Hilmar von dem Bussche]
München, 17. Juli 1918

(masch. Or.[1]; PAAA, R 21570, S. 131)

Euer Excellenz!

Ich habe am 2. Juli durch Einschreibsendung ab München Postamt 43 No. 455 an Herrn Staatsminister von Kühlmann beiliegendes Schreiben[2] gerichtet. Als ich vorgestern Seine Excellenz den Herrn Reichskanzler besuchte, teilte mir derselbe mit, er habe von dem Schreiben keine Kenntnis bekommen.[3] Da mir die gegenwärtige Adresse des Herrn Staatssekretärs von Kühlmann unbekannt ist, wäre ich Euer Excellenz dankbar, Ihrerseits Recherche zu pflegen, was mit meinem Schreiben geschehen ist, insbesondere ob es überhaupt in die Hände des Herrn Staatssekretärs von Kühlmann gelangt ist. Ich fahre Freitag in die Schweiz und werde anfangs nächster Woche wieder zurückkehren.

Mit der Versicherung besonderer Verehrung bin ich

---

1 Der Brief (AS 3309a, pr. 22. Juli 1818) ist ohne Namensnennung an »Excellenz« gerichtet. Bussche beantwortete ihn am 25. Juli.

2 Druck: Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 233 f. Toerring legte diesem Brief v. 2. Juli (PAAA, R 21570, S. 131 f.) eine ihm von de Peltzer am 30. Juni übergebene Erklärung der belgischen Regierung bei. (PAAA, R 21570, S. 111; Druck: Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 234). Darin erklärte diese, auf die Rede Hertlings v. 25. Februar 1918 keine andere Antwort geben zu können als die, die sie auf die Papstnote vom 1. August 1917 am 24. Dezember 1917 erteilt habe, schloss aber eine Antwort auf zukünftige autorisierte Eröffnungen von deutscher Seite nicht aus. Toerring berichtete, er habe Peltzer gebeten, eine Deklaration Frankreichs und Englands zur Friedensfrage »zu provozieren«, falls die belgische Frage in einem für das Land befriedigenden Sinne gelöst würde, und gefragt, ob die belgische Regierung zunächst ohne Hinzuziehung der übrigen Ententemächte Verhandlungen mit Deutschland führen wolle. Er ersuchte um raschen Besuch bei Hertling oder Kühlmann, um sich Instruktion zu holen. Ebenfalls am 17. Juli kam Toerring, wie er es schon vor einem halben Jahr getan habe, um einen für längere Zeit und beliebig viele Reisen in die Schweiz gültigen Pass ein. Mit Briefen v. 17., 23., 26., 27. und 29. Juli aus München bat er Hintze mehrmals um einen Besuchstermin in Berlin. (PAAA, R 21570, S. 127, 135, 137–139). Am 20. Juni 1918 wandte sich Balfour im Unterhaus gegen Versuche der Mittelmächte, einzelne Alliierte durch scheinbar günstige Friedensbedingungen von der Allianz zu trennen, und beschwor den einenden »Kampf bis zum Ende« für »die ganze zivilisierte Gemeinschaft der Nationen«. Schulthess 59, NF 34 (1918/II), S. 192.

3 Hertling nahm dies zum Anlass, am 22. Juli beim AA nachzufragen. Eine Beschwerde Toerrings beim Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei v. 15. Juli, er habe nicht einmal eine Empfangsbestätigung für seinen Brief und für die Übersendung der belgischen Erklärung an Kühlmann erhalten, gab Radowitz dem AA mit dem Hinweis weiter, der belgische Gesandte Peltzer habe Interesse an der Fortführung der Konversation mit Toerring bekundet, nachdem das erste Treffen zwischen Toerring und Peltzer »sehr reserviert« verlaufen sei. Radowitz an Bussche, GHQ 16. Juli 1918. PAAA, R 21570, S. 119–121; Druck: Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 250.

Euer Excellenz
ergebenster!
HToerring

Per Adresse: Graf zu Toerring, München, Karolinenplatz 4.

394

Kurt von Lersner an Auswärtiges Amt
Großes Hauptquartier, 18. Juli 1918

Nr. 17. AS 3244 (entziffertes Telegramm; PAAA, R 20514, S. 226;
Druck: Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 253)

Ganz geheim! Eilt.
Auf …x)[1] 98[2] 89 an den Herrn Reichskanzler.

Der Herr Reichskanzler hat mich gestern zu Seiner Majestät, der an der Front ist, zum Vortrag gesandt, um die Genehmigung zu Folgendem zu erlangen: Die Loyalität vorausgesetzt kann man den Punkten 2, 3, 4 Wilsons zustimmen. Zu Punkt 1 wäre Aufklärung noch darüber zu verlangen, ob und auf welche bestimmte Macht diese Charakteristik zutreffen sollte.[3]

---

1 Randvermerk: x) Gr[uppe] unv[erstän]dl[ich].

2 Telegr.-Nr. 98. Bussche an Hertling, Berlin 16. Juli 1918 (siehe oben Nr. 390 Anm. 2). Randvermerk: A.S. 3185 in den Akt »W[elt] K[rieg] 2 ganz geh[eim]. Nur in dieser Ausfertigung im Geschäftsgang«.

3 Am 16. Juli 1918 telegraphierte Unterstaatssekretär Bussche Hertling den von diesem gewünschten Text der vier Punkte, die Wilsons in seiner Rede v. 4. Juli aufgestellt hatte, zuerst auf deutsch, danach auf englisch. »Folgendes sind die Ziele, für die die verbündeten Völker der Welt kämpfen und die ihnen zugestanden werden müssen ehe vom Frieden die Rede sein kann:
1.) Vernichtung jeder willkürlichen Macht, die irgendwo für sich, insgeheim und aus ihrem einzelnen Entschluß den Frieden der Welt stören kann, oder, wenn ihre Vernichtung jetzt nicht möglich ist, wenigstens ihre Herabdrückung zu tatsächlicher Ohnmacht.
2.) Entscheidung jeder Streitfrage, sie betreffe Gebiet oder Hoheit, Wirtschaftsordnung oder politische Beziehungen, auf der Grundlage einer freien Annahme dieser Entscheidung durch das unmittelbar beteiligte Volk und nicht auf der Grundlage des materiellen Interesses oder Vorteiles irgend eines anderen Staates oder Volkes, die um ihres eigenen äußeren Einflusses oder ihrer Herrschaft willen eine abweichende Entscheidung wünschen mögen.
3.) Die Einwilligung aller Völker sich in ihrem Verhalten zueinander durch die gleichen Grundsätze der Ehre und Achtung für das gemeine Recht der zivilisierten Gesellschaft leiten zu lassen, die die einzelnen Bürger aller modernen Staaten in ihren gegenseitigen Beziehungen leiten, zu dem Zweck, daß alle Versprechungen und Verträge gewissenhaft eingehalten, keine geheimen Verabredungen oder Verschwörungen ausgeheckt, kein selbstsüchtiges Unrecht straflos begangen und ein gegenseitiges Vertrauen auf der schönen Grundlage gegenseitiger Achtung vor dem Recht hergestellt werden müsse.
4.) Die Einrichtung einer Friedensorganisation, die es sicherstellt, daß die vereinigte Macht freier Völker jede Verletzung des Rechts verhindert und dazu dient, Frieden und Gerechtigkeit umso sicherer zu machen, indem sie einen bestimmten Gerichtshof der öffentlichen Meinung bildet, dem alle sich unterwerfen müssen und der jede internationale Rechtsveränderung, über die sich die unmittelbar beteiligten Völker nicht freundschaftlich verständigen können, unter seinen Schutz stellt«. (PAAA, R 22147, f. 115, S. 522 f.). Weitere, davon etwas abweichende, undatierte deutsche Übersetzung der vier Punkte Wilsons v. 4. Juli: PAAA, R 21865, S. 19–21; englische Or.-Version: FRUS, 1918, Supplement 1, Bd. 1, S. 270. Der Präsident hielt die Mount-Vernon-Rede im weißen Anzug, der ihn von den Zuhörern abhob. Bild bei Kovács, Bd. 1, S. 429.

Seine Majestät haben diesem zugestimmt *unter dem Vorbehalt, daß Herr Staatssekretär auch einverstanden sei.*

Lersner.

- Von Bussche rot unterstrichen, der das Telegr. am 18. Juli z. K. nahm und an Haniel weiterleitete.

395

Gisbert von Romberg an Auswärtiges Amt
Bern, 18. Juli 1918

AS 3243 (entziffertes Telegr.; PAAA, R 20514, S. 224–225)

Habe Drahterlaß 888/A.S. 3180[1] Schwiegersohn mitgeteilt, der danach verfahren wird. Zu Drahterlaß 894: Schwiegersohn hat mich von seinem Drahtbericht verständigt. Er schildert Situation folgendermassen: Schwiegervater drängt auf die von ihm vorgeschlagene summarische Antwort auf vier Punkte letzter Wilsonrede. Er möchte mit seiner Mitteilung nach Washington warten, bis er etwas über Punkte sagen kann. Schon um seine Mitteilungen als ganz aktuell zu dokumentieren und um die durch Wilsonrede geschaffene Situation rasch …x)[2]

Falls etwa summarische Zustimmung zu Punkt 1 (Autokratie) trotz seiner unbestimmten Formulierung auf Bedenken stossen sollte, würde es jedenfalls genügen und wohl unschädlich sein, wenn Schwiegervater auf Ausführungen über Nichtbestehen Militärherrschaft bei uns hinweisen würde, die in erster Instruktion an Schwiegersohn[3] enthalten.

Erbitte Drahtweisung, da keinerlei Sicherheit besteht, wie lange Kode–Verbindung Zürich-Washington aufrechterhalten bleiben wird.

Romberg.

1 Bussche an Romberg, Berlin 15. Juli 1918 mit dem Vorschlag für den Gesprächsmodus. Siehe oben Nr. 389, 383.

2 Randvermerk: x) Gr[uppe] fehlt.

3 Hertlings Aufzeichnung für Mensing v. 8. März 1918, AS 1220. Siehe oben Nr. 301.

396

Robert de Fiori an Diego von Bergen
Zürich, 20. Juli 1918

AS 3346 (eigh. Or.; PAAA, R 20514, S. 273)

Euer Hochgeboren,

übersende ich meinen dritten Bericht über Herron.[1] Dr. Müller schreibt Ihnen darüber, und ich bringe seinen Brief Montag nach Deutschland.

Ich habe mich bei der Wiedergabe meiner Gespräche mit Herron jedes persönlichen Urteils geflissentlich enthalten und überlasse es Dr. M[üller] Ihnen das Für und Wider einer dauernden vertraulichen Verbindung mit dem Manne des Näheren darzulegen. Nur eine Bemerkung möchte ich mir gestatten: Ich halte Herron für einen ehrlichen Ideologen mit dem es sich gut und gedeihlich reden läßt, wenn man ihn nur richtig anfaßt. Ohne ihm irgend Unrecht zu tun möchte ich ihn den Frauen gleichstellen; wer sie ihrer Irrungen überweisen und gewinnen will, muß sich vorerst vor ihrem Scharfsinn beugen, ihnen begeistert zustimmen.[2]- Ich will nicht das Verdienst beanspruchen Herron bekehrt zu haben, die Überzeugung habe ich gewonnen, daß er in gewissen Grenzen, unter Wahrung gewisser grundsätzlicher… Formen unseren Interessen große Dienste leisten könnte.

Müller meint, ich sollte zu einer mündlichen Aussprache nach Berlin. Sollte es gewünscht sein, so erbitte ich mir Ihre Nachricht entweder Montag Nachmittag, Grenzschutzstelle Lindau, oder von Dienstag früh ab nach Herrsching Oberbaiern ohne weitere Adresse. Hätte ich Ihren Bescheid schon in Lindau, so könnte ich vielleicht sofort nach Berlin kommen – ich darf aber wol [!] hoffen auf ganz kurze Zeit.

Mit bestem Gruße verbleibe ich Euer Hochgeboren
Ergebenst
Dr. Robert de Fiori

1 De Fiori schrieb wohl noch einen ausführlicheren Bericht, den er nicht ans AA gelangen ließ.

2 John Knox McLean (1834–1914), Pfarrer und Präsident des Kongregationalistischen Seminars in Oakland, urteilte über Herron: »He closely approaches the feminine in type [without being at all] effeminate. […] His feminine quality does not detract at all from the fullness of his virility. It is only that the tissue of his character is extraordinarily fine-grained.« Zitiert nach Crunden, Herron, S. 95.

Anlage
Aufzeichnung de Fioris, Zürich, 18. Juli 1918
AS 3346 (masch. Or.[3]; PAAA, R 20514, S. 274–277)

Um die Tragweite der Erklärungen des Professors Herron, über dessen persönliche Beziehungen zu Mr. Wilson die Meinungen auch in Schweizer Kreisen sehr schwanken, näher festzustellen, beschloss ich im Einvernehmen mit Dr. Müller noch einmal nach Genf zu fahren.- Herron war über meinen unerwarteten Besuch erfreut; seine freundliche Stimmung trübte sich nicht im mindesten, als ich den Zweck meines Erscheinens ohne Umschweife auseinandersetzte: Ich müsse, um nicht irre zu gehen, sagte ich, genau wissen, ob und inwieweit ich seinen Antrag, einen Gedankenaustausch mit Mr. Wilson herbeizuführen, richtig verstanden.- Er antwortete, ich kann mir den Grund der Frage denken. Man hat Sie vor mir gewarnt. Ich gebe die Warnung zurück: Cave Canem[4]. Hüte dich vor den Ohrenbläsern. Weswegen in aller Welt sollte ich Sie irreführen? Um Sie auszuforschen? Wir brauchen keine Erkundung über die Verhältnisse in Deutschland und Oesterreich. Wir wissen, Deutschland kann den Krieg militärisch fortsetzen, Oesterreich sich von seinem Genossen und Herrn nicht trennen. Die Fortsetzung des Krieges bedeutet aber Oesterreichs Untergang und Deutschlands Demütigung. Nach Allem was ich in den letzten Jahren erfahren und woran meine politische Erkenntnis der europäischen Gegensätze und Notwendigkeiten sich wesentlich umgeformt hat, liegt weder das Eine noch das Andere im Interesse Amerikas. Daher mein Antrag. Ich will ihn genau feststellen: Will Deutschland zugunsten eines Verhandlungsfriedens realpolitische Anregungen an Mr. Wilson gelangen lassen, so bin ich bereit, Mr. Wilson persönlich und streng vertraulich darauf vorzubereiten, und ihn um eine ebenso persönliche wie streng vertrauliche Aeusserung zu bitten.[5]- Die Anregung muss klar und ehrlich sein, und

3 pr. 24. Juli 1918 p.m. Sichtvermerke von Bergen 24/7, R.K., Bussche 26/7, u. Hintze; Romberg sandte eine Kopie, die er von Adolf Müller erhielt, aus Bern am 29. Juli 1918 an Hertling. PAAA, R 20514, S. 310–313. Herron protokollierte sechs Konversationen dieses Treffens mit de Fiori bis zum 13. Juli 1918. Conversations with Herron, Second Interview with Dr. de Fiori. Bavarian peace overtures, 8. Juli 1918. R. H. Lutz, Fall, S. 547–570.

4 »Hüte dich vor dem Hunde«. Laut Herrons Protokoll brachte de Fiori erst bei der letzten Unterhaltung, am Morgen des 13. Juli, vor, dass eine Kopie seines Berichts vom 15. Juni dem deutschen Gesandten in Bern aus Berlin zugegangen sei (Anlage 1 zu Nr. 1753, am 10. Juli 1918 nach Bern gesandt. PAAA, R 20507, S. 275–285).

5 Vgl. die Antwort Herrons (nach dessen Protokoll) auf die ihm am 13. Juli von de Fiori aufgrund spezieller Instruktion gestellte Frage, ob es ihm möglich sei, eine direkt an den Präsidenten gerichtete, ganz vertrauliche persönliche Frage einer hochgestellten Persönlichkeit mit der Bitte um eine rein persönliche Antwort, ohne Wissen der Entente-Diplomaten an Wilson zu bringen. Herron antwortete ausweichend, »that it was possible the transmission of such a question might be managed, but that I could give abolutely no guess or hope as to its being answered«. Conversations with Herron, Second Interview with Dr. de Fiori. Bavarian peace overtures, 8. Juli 1918. R. H. Lutz, Fall, S. 570.

nicht länger auf sich warten lassen, denn moralisch und militärisch wird die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit einer vernunftgemässen Verständigung von Tag zu Tage geringer.

Ich dankte für die unzweideutige Antwort, und fragte weiter, ob er vielleicht Mr. Wilson den Inhalt unserer Gespräche mitgeteilt und irgendwelchen Bescheid erhalten habe.

Natürlich, sagte er, Washington ist im Besitze Ihrer mir wertvoll scheinenden Darlegungen.- Auch der von uns besprochenen »erwägbaren Friedensbedingungen«?[6] unterbrach ich – auch dieser, versicherte er, amtlichen Bescheid habe ich nicht erhalten, ein solcher war auch nicht zu erwarten, unamtlich und persönlich darf ich aber die Ueberzeugung aussprechen: Washington würde sich nicht weigern, auf eine vertrauliche Erörterung unserer Punkte einzugehen, wenn sie in Hinsicht der Ostfrage ebenso klar, wie in Hinsicht der West- und österreichisch-italienischen sowie der Balkanfragen abgefasst wären.[7] Sie begreifen, auch für uns können unter Umständen nationalpolitische Fragen, wie Elsass-Lothringen, Trient, Triest, Posen und dergl[eichen] Fragen zweiter Ordnung werden, Belgien selbstverständlich ausgenommen, denn es ist eine Frage des Rechts und völkerrechtlichen Anstandes.- Das Ostproblem ist hingegen ein Weltproblem – an dessen friedlicher Lösung Amerika nicht minder interessiert ist, als die europäischen Grossstaaten. Hierin tut vollste Klarheit not, wenn wir uns irgend festlegen wollen. Was geschieht mit Russland, was mit Persien und der asiatischen Türkei? Wir wollen die Türkei nicht aufteilen, können aber nicht zugeben, dass sie einseitig ausgenutzt und ausgebeutet werde. Sollen die

6 Siehe oben Nr. 359, 379. Laut dem ausführlichen Protokoll Herrons, das Fragen und Antworten hintereinander wiedergab, legte de Fiori am Anfang nach seiner Angabe ein von der bayerischen Regierung stammendes Memorandum vor. (Dieses ist wörtlich in Herrons Protokoll des »Second Interview« aufgenommen und stimmt mit den laut dem Bericht de Fioris v. 15. Juni von Herron aufgestellten, eigentlich aber von de Fiori resümierten erwägbaren Friedensbedingungen überein). Dem Protokoll Herrons zufolge sagte de Fiori weiter, von seinem ersten Gespräch mit Herron seien die bayerische Regierung, der König, Kronprinz Rupprecht, Professor Foerster und andere Personen sehr beeindruckt gewesen. Sie wollten die anderen Bundesstaaten dafür gewinnen, auf Preußen, Ludendorff und den Kaiser Druck auszuüben, Friedensschritte aufgrund dieser Bedingungen zu unternehmen. Conversations with Herron, Second Interview with Dr. de Fiori. Bavarian peace overtures, 8. Juli 1918. R. H. Lutz, Fall, S. 549 f.

7 Nach dem Protokoll Herrons versicherte dieser, dass Wilson sich der wahren Interessen und Integritäten des deutschen Volkes annehmen werde, wenn Deutschland »unconditionally« um Frieden und Eintritt in die »Society of Nations« ansuchen und erklären würde, alle durch den Krieg aufgeworfenen Fragen der Friedenskonferenz oder dem Tribunal der »Society of Nations« zu überantworten und keine davon dem unabhängigen deutschen Urteil zu überlassen. Herron vergewisserte sich am Schluss des Gesprächs noch einmal, dass Bayern ernstlich versuchen werde zu erreichen, dass Deutschland auf der Grundlage des vorgelegten Memorandums einen Friedensantrag stelle, falls er, Herron, die ehrliche persönliche Versicherung abgebe, eine solche Aktion werde von Wilson günstig aufgenommen werden. Conversations with Herron, Second Interview with Dr. de Fiori. Bavarian peace overtures. Fourth conversation, 8. Juli 1918. R. H. Lutz, Fall, S. 569.

französischen Gläubiger Russlands entschädigt, Frankreichs und Italiens wirtschaftliche Interessen im östlichen Mittelmeer gebührend berücksichtigt werden? Deutschland möge wissen, ein Ausgleich seiner Gegensätze mit England ist an sich recht gut denkbar, er wird sich aber nicht eher durchführen lassen, als bis Deutschland sich ohne Hintergedanken auch für die Ostfragen zu den Grundsätzen Nordamerikas bekennt.-

Eine deutsche Anregung auf solcher Grundlage, schloss Herron, wäre nach meiner persönlichen Ansicht entscheidend, und für die künftige Gestaltung der europäischen und weltpolitischen Verhältnisse vielverheissend.

°Ich hoffe, sie wird kommen, Niemanden [!] in Washington würde es einfallen, sie als ein Bekenntnis der Kriegsmüdigkeit aufzufassen. Sie würde gewissenhaft geprüft werden, dafür stehe ich ein.°

Beim Abschiede zeigte Herron mir die Abschrift des an Wilson gesandten Berichtes. Es war ein langes Telegramm von mindestens zweitausend Worten.

Der Holländer Jong van Beek en Donk, mit dem er am Abend des 17. Juli auf dessen Wunsch hin sprach, war von Herron diskret und genau unterrichtet. Er war über unsere Zweifel sehr erstaunt. Ob wir Herron nicht kennen, seine Bedeutung in Amerika unterschätzen und nicht wissen, dass er ohne sein Zutun, nur durch seine sozialdemokratischen Freunde, nahe daran war, zum Präsidenten der Vereinigten Staaten vorgeschlagen zu werden? Herron sei ein höchst complicierter Mensch, eine, allerdings im besten Sinne, problematische Natur, aber ein Ehrenmann ohne Furcht noch Tadel. Man täte übel daran, seinen ehrlichen Friedensdrang ungenützt zu lassen. Eine so gute »Chance« kehre möglicherweise nicht wieder. Amerikaner vom Scheitel bis zur Sohle, wie Wilson, habe er trotz seiner in Deutschland verlebten Jugend und seines nunmehr seit 12 Jahren ununterbrochenen Aufenthaltes in Europa die europäischen Verhältnisse nur durch amerikanische Brillen betrachtet, ein täglich sich vertiefender Gedankenaustausch mit ethisch gleichgesinnten Europäern habe ihm aber weite, freiere Horizonte eröffnet, seine Urteile über »Europa das alte« besonders über Deutschland wesentlich umgewandelt.

Wilson, in Hinsicht Europas noch ahnungsloser, habe viele seiner nebelhaften Abstraktionen und Idiosynkrasien[8] aus Herrons Büchern kritiklos übernommen, warum sollte er es ablehnen, sich von seinem bekehrten Orakel eines Besseren belehren zu lassen? Wilson sei in seinem Grundwesen ein puritanisch eifernder, naiv kindlicher Fanatiker – genau dasselbe war bis vor Kurzem auch Herron –. Man zage also nicht, lasse sich von den Bedenken, vielleicht zu spät zu kommen, von einem an sich unverbindlichen Schritte nicht abhalten, der möglicherweise zum Frieden führen, zweifellos freiere Ausblicke eröffnen, den

°-° Am Rand von Empfängerseite angestrichen.

8 Abneigung, Überempfindlichkeit gegenüber bestimmten Personen und Anschauungen.

Neutralen den Glauben an Deutschlands ernsten Friedenswillen zurückgeben würde.- Die Schwierigkeiten seien unendlich gross, jedoch nur durch Amerika zu überwinden.- Wer aber das erste versöhnliche Wort von Wilson erwarte, verkenne die Sachlage, und arbeite bewusst oder unbewusste den Herostratischen[9] Narrengreisen von Paris und London in die Hände.

Dr. J[ong] geht in der nächsten Woche mit Professor Herron nach dem Engadin zum mehrwochigen Kurgebrauche.-

Zum Schlusse möchte ich mitteilen, Herron kennt Herrn von Hintze persönlich. Er machte seine Bekanntschaft vor acht Jahren im Sanatorium Frey-Dängler in Baden Baden,[10] und stand mit ihm noch einige Jahre darnach im brieflichen Verkehre.

9 Nach dem Griechen Herostratos, der aus Ruhmsucht 356 v. C. den Dianatempel in Ephesus in Brand gesteckt haben soll.

- Am Rand von Empfängerseite angestrichen.

10 Hintze traf Herron im Sommer 1908 im Sanatorium Frey-Dengler (seit 1890 bestehend, vermutlich die heutige Reha-Klinik Dr. Franz Dengler). Beide Persönlichkeiten tauschten ihre gegensätzlichen religiösen und politischen Ansichten aus und führten noch einen Briefwechsel bis kurz vor Kriegsausbruch (»curious intimacy« laut Briggs, S. 54). Im Krieg griff Herron Hintze publizistisch scharf an. Siehe unten Nr. 412 Anm. 4.

397

Georg von Hertling an Auswärtiges Amt
Großes Hauptquartier, 20. Juli 1918

Nr. 1726 AS 3276 (entziffertes Telegramm; PAAA, R 20514, S. 260)

Ganz geheim!

Zu durch Legationsrat v. Prittwitz überbrachtem Telegramm aus Bern vom 18. d[ieses] M[onats] AS 3243.[1]

Falls die im 2. Absatz obigen Telegramms[2] erwähnte erste Instruktion[3] Inhalt des Telegramms 1712 [!][4] von Baron Lersner vom 18. ausreichend berücksichtigt,[5] so ist gegen von Frhrn. v. Romberg vorgeschlagenen modus procedendi nichts einzuwenden. Anderenfalls wäre Instruktion[6] entsprechend zu ergänzen. Alles Nähere wird Baron Lersner morgen in Berlin vortragen.[7]

Hertling.

1 Laut Randvermerk lagen Telegramme AS 3243 (Romberg am 18. Juli aus Bern) und AS 3244 (Lersner am 18. Juli aus Spa) bei. Siehe oben Nr. 395, 394.

2 AS 3243. Siehe oben Nr. 395.

3 Instruktion Hertlings an Mensing v. 8. März 1918, AS 1220. Siehe oben Nr. 301.

4 Laut Randnotiz Telegr. Nr. 17. AS 3244. Siehe oben Nr. 394.

5 Siehe oben Nr. 395. Gemeint war »Punkt 1 (Autokratie)« der Rede Wilsons v. 4. Juli, für den Romberg im Tel. v. 18. Juli 1918 eher eine mündliche Erläuterung durch McNally unter Bezug auf Hertlings Instruktion an Mensing empfohlen hatte.

6 Gemeint die jetzt McNally und Mensing zu erteilende Instruktion.

7 Dieses Telegr. Hertlings, vom GHQ ab 12.30, traf 12.55 nm. in Berlin ein. Randvermerk Haniels: »Überholt, daher z.d.A. 20/VII«; Sichtvermerk Bussches v. 20. Juli. Auch Lersners Vortrag in Berlin wurde nicht abgewartet, das Telegr. Hintzes (eigh. Konz. Haniels, siehe unten Nr. 398) am 20. Juli um 2.20 nm. Romberg übermittelt.

398

Paul von Hintze an Gisbert von Romberg
Berlin, 20. Juli 1918

Nr. 913 zu A.S. 3243 (Telegramm in Ziffern; Konz. Haniels; PAAA, R 20514, S. 258–259)

Sofort!! (Ganz geheimes Chiffrierverfahren. Direkt, nicht über Lörrach)
Ganz geheim selbst entziffern.
Auf Tel. ohne Nr. vom 18. d[ieses] M[ona]ts[1]

Bitte Schwiegersohn auf schnellstem Wege Folgendes mitteilen: Reichskanzler zustimmt vier Punkten von Wilsons Mount Vernon Rede[2] und hält sie ebenfalls für geeignete Friedensbasis. Vorausgesetzt wird dabei, daß Punkt eins allgemein gegen Willkürherrschaft nicht aber gegen eine bestimmte einzelne Regierung gerichtet ist,*wobei hervorzuheben ist, daß Charakteristik Punktes eins jedenfalls nicht auf streng konstitutionelle deutsche Regierung zutrifft.*

St[aats] S[ekretär]
H[intze]
B[ussche] 20/7
H[aniel] 19 VII

1 AS 3243. Siehe oben Nr. 395.

2 Hertling in Spa vorliegend. Siehe oben Nr. 394 Anm. 3.

- Im Konz. von Bussche gestrichen, dieser Passus fehlte folglich in dem um 2.20 pm abgesandten Telegr. Hintzes an Romberg. Dieser und auch der vorangehende, stehen gebliebene Satz im Erlass Hintzes, die Nennung einer ausdrücklichen Voraussetzung, dass Punkt 1 sich nicht gegen eine bestimmte Regierung richten dürfe, entsprachen nicht dem Drängen McNallys auf eine bündige, volle Annahme der vier Punkte vom 4. Juli 1918 und dem Erlass Hertlings vom 20. Juli, den Punkt 1 zusätzlich nur mündlich bei Wilson gemäß der Mensing am 8. März 1918 erteilten Instruktion im Sinne einer erbetenen »Aufklärung« oder »Information« erläutern zu lassen. Dies hatte Romberg am 18. Juli dem Amt vorgeschlagen und darauf hatte Hertling in seinem Telegr. v. 20. Juli billigend Bezug genommen. Siehe oben Nr. 397, 395.

399

Wilhelm von Radowitz an Paul von Hintze
Großes Hauptquartier, 21. Juli 1918

Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei. Rk. 348. (masch. Or.; PAAA, R 21566, S. 133–134)

Im Auftrage des Herrn Reichskanzlers beehre ich mich Euer Exzellenz in der Anlage ein Schreiben des Herrn Generalgouverneurs in Belgien[1] nebst einer dazu gehörigen Denkschrift über die Frage der Behandlung von Steinkohlenvorkommen im Kempenlande (Campine) ergebenst zu übersenden. Bei einer Unterredung mit dem Herrn Generalgouverneur hat der Herr Reichskanzler sich seine Stellungnahme vorbehalten, hat aber zu erkennnen gegeben, dass er aus allgemeinen politischen Gründen nach wie vor Bedenken gegen die vorgeschlagene Zwangsliquidation der belgischen Beteiligung an den Bergwerkskonzessionen haben müsse. Der Herr Generalgouverneur hat demgegenüber das ausserordentlich grosse deutsche Interesse an der vorgeschlagenen Regelung hervorgehoben und auf die Handlungsweise unserer Feinde hingewiesen, die sich an keine völkerrechtliche Abmachung hielten, wenn es sich um Vernichtung deutscher Unternehmungen im Ausland handele. Freiherr von Falckenhausen vertrat demnach die Ansicht, dass wir uns auch nicht ängstlich an völkerrechtliche Bindungen halten, sondern im deutschen Interesse getrost den Weg der Machtpolitik beschreiten sollten. Er sei, als alter Soldat, bereit die ihn als Generalgouverneur ja auch treffende Verantwortung für die Durchführung seines Vorschlags zu übernehmen. Gleichzeitig erklärte er, der Herr Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts[2] und der Herr Staatssekretär des Innern[3] billigten sein beabsichtigtes Vorgehen, und er bäte den Herrn Reichskanzler nunmehr, dieser

1 Generaloberst Ludwig von Falkenhausen an Hertling, Brüssel 11. Juli 1918. PAAA, R 21566, S. 135 f. Nach eingehenden Verhandlungen mit Vertretern der in Frage kommenden Reichsämter trat Falkenhausen dafür ein, die französischen und belgischen Bergwerkskonzessionen im Kempenland und alle Bergwerksgerechtsame dieses Kohlebeckens mit seiner »wertvollen Gaskohle« einer von der Essener Industrie-Gesellschaft gegründeten Kempengesellschaft zu übertragen, um »nicht in nächster Nähe des rheinisch-westfälischen Industriegebietes grosse industrielle Unternehmungen der feindlichen Staaten erwachsen« zu lassen; beiliegend die Denkschrift: Das Steinkohlenbecken im Kempenlande. Ebd., S. 138–181 mit Anlagen (Entwürfe für Anordnungen zu Enteignungen und Zusammenstellung der ganz überwiegend französischen und belgischen Vermögensanteile an den acht Kempengesellschaften).

2 Hans Karl Freiherr von Stein zu Nord- und Ostheim (1867–1942), geb. in Würzburg, Jurastudium, bayerischer Verwaltungsdienst, 1903 Hilfsarbeiter im Reichsamt des Innern, 1910 dort Geheimer Oberregierungsrat, 1914 Unterstaatssekretär im Ministerium für Elsaß-Lothringen, 1915 erneut im Reichsamt des Innern, im August 1917 zu dessen Unterstaatssekretär ernannt, jedoch als Vertreter des Preußischen Staatsministeriums zu Fragen der inneren Politik ins GHQ versetzt, November 1917–November 1918 Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts, 1917 im Kuratorium der Reichsbank, nach 1918 Verwalter seiner Vermögen.

3 Max Wallraf.

Auffassung ebenfalls beizutreten. Der Herr Reichskanzler hat seine endgültige Entschliessung von einer erneuten Stellungnahme des Auswärtigen Amts abhängig gemacht. Er lässt Euer Exzellenz daher bitten, im Benehmen mit den beteiligten Reichsressorts die Angelegenheit noch einmal zu prüfen und ihm durch eine baldige Äusserung die Unterlage für seine Entscheidung und die dem Herrn Generalgouverneur zu erteilende Antwort zu geben.[4]

vRadowitz.

4 Hintzes Antwort ist weder hier noch in Hürters Edition: Paul von Hintze, Dokumente (zitiert: Hintze), zu finden. Hertling gebot nach seiner Belgienreise im Sommer 1918 der auf den Erwerb des Kempenlandes zielenden Politik von Vertretern der deutschen Schwerindustrie energisch Einhalt. K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 20.

400

Friedrich Rosen an Georg von Hertling
Den Haag, 22. Juli 1918

Kaiserlich Deutsche Gesandtschaft. A 2570 (masch. Or.[1]; PAAA, R 20436, S. 286–288)

In einem »Est-ce le moment? …« überschriebenen Leitartikel der »Nation Belge«[2] (25.6.) setzt sich der leitende Redakteur dieses Blattes, Fernand Neuray[3], mit der Zuschrift eines angesehenen Lesers auseinander, der ihn gefragt hatte, warum die »Nation Belge« so selten und mit so geringer Deutlichkeit die Friedensfrage behandele. Er stellt sich auf den Standpunkt, dass Friedensangelegenheiten Dinge seien, die man nicht der Entscheidung der öffentlichen Meinung zur Behandlung überlassen könne und die vielmehr von verantwortlichen Staatsmännern, die den rechten Augenblick zu ergreifen verstehen müssten, zu verwalten seien. Er deutet dann ferner an, dass die belgischen Friedensbedingungen einen gewissen variablen Charakter haben müssten, und scheint besonders an Begünstigungsforderungen für die belgische Industrie zu denken. Bei dem Eintreten in Friedensbesprechungen komme es darauf an, keine Minute zu früh und keine Minute zu spät auf dem Plan zu erscheinen. Neuray wünscht offenbar für Belgien eine Führerrolle bei den Friedensverhandlungen und betont, dass sich zweimal die Gelegenheit geboten habe, Belgien diese Rolle zu verschaffen: Das eine Mal hätten kurz nach der Petersburger Revolution die Deutschen nicht sogleich erkannt, welchen militärischen Vorteil die russischen Vorgänge ihnen in den Schoss warfen. Einige Männer auf unserer Seite, so heisst es dann weiter, hatten inmitten der allgemeinen Verblendung die klare Einsicht und wollten die Verwirrung jener Spieler, die im Augenblick ihre Chance nicht richtig erkannten, ausnutzen. Man wird eines Tages erfahren, wie das Streben dieser belgischen Staatsmänner vereitelt wurde und durch wen.

Die zweite Gelegenheit sei kurz vor der März-Offensive vorhanden gewesen: Damals habe man den deutlichen Eindruck gewinnen können, dass der deutsche

1 Sichtvermerke Hitzes und Bussches.

2 Am 16. März in Le Havre, nahe dem Exil von König Albert gegründetes, bis Dezember 1956 erschienenes patriotisches Blatt. https://fr.wikipedia.org/wiki/La Nation belge (4.5.2021).

3 Hyacinthe-Fernand Neuray (1874–1934), geb. in Étalle, Studium bei dem Historiker Godefroid Kurth (Universität Lüttich), Chefredakteur des Avenir de Luxembourg, dann des XXe Siècle (Brüssel), mit dem er für den belgischen Kolonialismus und Belgiens Aufrüstung eintrat; 1914 folgte er dem König nach Sainte-Adresse, Parteigänger Broquevilles auch nach dessen Entlassung als Premierminister, im März 1918 Gründer von La Nation Belge in Paris, angesehener patriotischer, doch dem radikalen Nationalismus abholder Journalist und Essayist; Schriften über die belgische Kolonialpolitik und König Leopold II., posthum erschienen: Essais et mémoires (1934). J.-M. Jadot, Neuray (Hyacinthe-Fernand), in: Biographie coloniale belge, hg. v. Institut royal colonial belge, Bd. 4, Sp. 647–652. Online (11.12.2018).

Reichskanzler nichts so sehr wünschte, wie durch das Sprachrohr Belgiens zur Entente zu reden. »War unsere Klugheit damals nicht kühn genug oder unsere Kühnheit nicht klug genug? Die Geschichte wird entscheiden, ob es damals keine andere Antwort zu erteilen gab, als die, welche in einer Erklärung an die Zeitungen bestand«.

Wenngleich die dem Aufsatz zugrunde liegende Absicht, Herrn de Broqueville nach seinem Sturz als den Staatsmann hinzustellen, der zweimal in der Lage gewesen wäre, Belgien und der gesamten Welt den Frieden zurückzugeben, gewiss nicht zu verkennen ist, so dürfte den Ausführungen Neuray's über die historische Bedeutung hinaus doch auch die der Feststellung einer Verhandlungsbereitschaft der am weitesten nach Frankreich hinüberneigenden Gruppe von belgischen Politikern innewohnen.

Rosen.

401

Friedrich von Payer an Georg von Hertling
Berlin, 24. Juli 1918

Der Stellvertreter des Reichskanzlers (eigh. Or; BArch, NlH, Nr. 41, f. 117–119)

Hochverehrte Excellenz.

Zunächst gestatte ich mir für die freundlichst mitgeteilte, für mich sehr erfreuliche Nachricht, daß S[eine] Majestät sich anerkennend über meine Tätigkeit ausgesprochen haben, verbindlichst zu danken.

Wir freuen uns hier sehr, daß die Störung der Gesundheit Eurer Excellenz so rasch vorübergegangen ist. Die Presse hat sie gegen ihre Gewohnheit fast unbeachtet gelassen.

Durch den Reichstagsschluß und infolge der Abwesenheit fast aller Staatssekretäre und Minister ist hier eine unerhörte Ruhe eingetreten.

Excellenz von Hintze stürzt sich mit großer Energie in die Arbeit, beteiligt sich sogar beim Pressevortrag. Man verhält sich ihm gegenüber von allen Seiten abwartend.

Die Verhandlungen in Salzburg laufen im allgemeinen so günstig als man erwarten konnte. Exc[ellenz] von Körner hat sogar den heißen Wunsch, die Kommission durch Berufung der Spezialkommissare ohne weiteres aus dem vorbereitenden in das eigentlich verhandelnde Stadium überzuführen. Ich habe aber vorläufig abgewinkt, weil der neue Herr Staatssekretär zu diesen taktischen Fragen noch keine Stellung genommen hat und weil die Herrn Ressortchefs dieses Vorgehen als eine schwere Zurücksetzung ansehen würden.

Die polnische Frage kam bis jetzt bei den Verhandlungen überhaupt nicht zur Sprache. Ich halte das für zweckmäßig. Daß die polnische Frage im ganzen energisch in Angriff genommen worden ist, wie ich der Aufzeichnung über die Besprechung vom 2. und 3. d[ieses] M[onats] entnehme, möchte ich sehr begrüßen. Der Vorstoß des litauischen »Staatsrats«, der wohl nicht ohne Wissen Erzbergers erfolgt ist, zeigt ja deutlich die Gefahr der Unschlüssigkeit in solchen Verhältnissen und ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß man uns polnischerseits eine ähnliche Überraschung bereitet. Welche Schwierigkeiten sich der am 2. und 3. in Aussicht genommenen Lösung[1] entgegenstellen werden, hängt wohl wesentlich von dem Umfang des neuerdings festgestellten Grenzstreifens ab, über den ich noch nicht unterrichtet bin.

1 Besprechungen zwischen Reichsleitung und Oberster Heeresleitung in Spa am 2.–3. Juli 1918.

Wie Fürst Hatzfeld berichtet, sind im Herrenhaus Kompromißversuche über das Wahlrecht in Gang. Mein Glaube an einen Erfolg ist schwach.

Mit den besten Wünschen für eine gründliche Erholung verbleibe ich in alter Verehrung
Eurer Excellenz ganz ergebener
Payer

402

Georg von Hertling an Theodor von Heppe
Großes Hauptquartier, 25. Juli 1918

Der Reichskanzler. Rk. 378. G.H.Q. (masch. Kop.; BArch, R 43/2406a, f. 37)

Euer Hochwohlgeboren[1] ersuche ich ergebenst, dem Präsidium des litauischen Landesrats in meinem Namen mündlich folgende Antwort auf seine Euer Hochwohlgeboren mit dem Schreiben vom 16. Juli d[es] J[ahres] Nr. 680 übermittelte Eingabe vom 13. Juli d[es] J[ahres] Nr. 663 zu erteilen:

»Das Schreiben des Landesrats vom 13. Juli 1918[2] Nr. 663 habe ich erhalten. In der Allerhöchsten Kabinettsorder vom 23. Mai 1918[3] und in meiner Ansprache vom gleichen Tage ist klar und deutlich zum Ausdruck gebracht worden, dass die Anerkennung des selbständigen litauischen Staates abhängig gemacht wird von der Voraussetzung, dass die zwischen dem Deutschen Reich und Litauen abzuschliessenden Konventionen in einer den Interessen Deutschlands Rechnung tragenden Weise abgeschlossen werden. Diese Voraussetzung konnte nach Lage der Dinge noch nicht erfüllt werden. Infolgedessen kann die deutsche Regierung Beschlüsse

1 Das Schreiben ging an den Chef der Militärverwaltung von Litauen in Wilna.

2 Der Litauische Taryba (A. Smetona, J. Sernas) an Hertling, Wilna 13. Juli 1918. 1. In der gegenwärtigen Lage halte der Staatsrat »als geignetste Regierungsform für Litauen eine konstitutionelle, erbliche Monarchie mit einem katholischen König an der Spitze«. 2. »Indem der Litauische Staatsrat für eine baldige Wiedererrichtung des litauischen Staates und für schnellere Bildung der litauischen Regierung« eintrete, wähle er den Herzog von Urach zum König. Der Landesrat habe am 12. Juli eine Delegation an Wilhelm II. nominiert. (BArch, R 43/2406a, f. 34). Mit sehr ausführlichem Schreiben v. 17. Juni 1918 aus Wilna hatte Smetona bei Hertling Beschwerde eingelegt über die unter der Besatzung fortdauernden Kriegsleiden, die Zwangsarbeit, die harten Requisitionen und die Germanisierungstendenzen in der deutschen Presse. Die Militärverwaltung sei abzubauen, die Anlehnung an Deutschland finde Beifall auch seitens der litauischen Intelligenz. (Ebd., f. 211–222). Ähnlich äußerte Olschewski auf einer Reise zu Gefangenenlagern zu seinem deutschen Begleiter, dass die Behandlung teils schlimmer sei als unter russischer Herrschaft (unfreie Schulen, Drangsalierung der Bauern), doch rette allein die Anlehnung an Deutschland vor dem Bolschewismus, wie jedem Vernünftigen klar sei. (25.–27. Juni 1918. Ebd., f. 69). – Jokubas Šernas (1888–1926), Jurastudium in St. Petersburg, Rechtsanwalt, Gymnasiallehrer in Wilna, Zeitungsverleger, aktiv im Kampf um Unabhängigkeit, 1918 Sekretär der Taryba, er leistete Aufbauarbeit in der Republik Litauen, Bankdirektor.

3 Es muss heißen: 23. März 1918. Der Fehler steht schon in Ludendorffs »Vorschlag« für Hertling, die der Reichskanzler in dem Antwortschreiben übernahm (siehe Anm. 4). Siehe oben Nr. 303, 306.

von derartiger Tragweite noch nicht zur Kenntnis nehmen. Ebensowenig liegt die Möglichkeit vor, den Landesrat als Staatsrat anzuerkennen«.[4]

gez. Graf von Hertling

4 Voranstehender Abschnitt, das eigentliche Schreiben, folgt wörtlich dem Hertling mit Tel. Schliebens v. 18. Juli aus Berlin nach Brüssel übermittelten Antwort–Vorschlag Ludendorffs. (BArch, R 43/2406a, f. 11–12). Die OHL riet zu einer »formellen Behandlung der Angelegenheit«. Hertling stimmte dem zu, empfahl indes (an Reichskanzlei, Brüssel 19. Juli 1918) »Fühlungnahme« mit seinem Freund und Verwandten Max von Biegeleben, hessischen Gesandten in Berlin, um auf Urach vertraulich Einfluss zu nehmen. (Ebd., f. 13). Unter formeller Behandlung verstand Reichskommissar Falkenhausen, es sei »unter Berufung auf die Brüskierung durch die Taryba jede Verhandlung abzulehnen«, was auch der Kandidat Urach tun müsse, »wenn er die Reichsleitung nicht brüskieren will«. Dann brauche man der Taryba, die auf ihrem Plan bestehen werde, nicht mit Argumenten zu erwidern. Max Biegeleben, der die Personalunion (mit Preußen oder dem Reich) allerdings für ungangbar halte, sei zur vertraulichen Einwirkung auf Urach bereit. Das Ganze beurteilte Falkenhausen als eine mit Erzberger »abgekartete Sache«. (Falkenhausen an Radowitz, Berlin 19. Juli 1918. Ebd., f. 23–24). Inzwischen bat eine in Berlin anwesende litauische Delegation nachdrücklich um Gehör. Sie wollte die Wahl Urachs rechtfertigen und dem Reichskanzler die tiefe Missstimmung und dennoch deutschfreundliche Einstellung der litauischen Bevölkerung nahebringen. (Domherr K. Olschewski u. Prof. A. Woldemar an Hertling, Berlin 20. Juli 1918. Ebd., f. 21–22). Falkenhausen empfing die Delegation am 25. Juli. Er erfuhr, dass Litauen die Personalunion mit Sachsen oder dem Kaiser (protestantischer Konfession) ablehne, und erklärte seinerseits, nach »internen Besprechungen« über die Konventionen noch im August mit dem Landesrat über diese verhandeln zu wollen, danach sei »Bahn frei« für die Thronfrage. – Augustinus Woldemaras (1883–1942), geb. in Dysna (Litauen), als Student der Geschichte und Philosophie in St. Petersburg von der nationalen Bewegung erfasst, 1911 Dozent an der Universität in St. Petersburg, 1916–1917 a.o. Professor für Philologie an der Petersburger Zweiguniversität Perm, 1922–1926 Professor in Kaunas (Alte Philologie und Geschichte, Englisch, Soziologie), polyglott (16 Sprachen), 1916 Beitritt zur Partei des Nationalen Fortschritts, 1918 Reisen nach Brest-Litowsk, nach Deutschland und zur Konferenz der Litauer nach Lausanne; November 1918–Dezember 1918 erster Ministerpräsident Litauens, 1918–1920 Außenminister, 1919–1920 auf der Pariser Friedenskonferenz um Unterstützung für Litauen bemüht (Anerkennung durch die USA erst 1922), 1926–1929 erneut Ministerpräsident und Außenminister, Anführer der nationalistischen Geheimorganisation Eiserner Wolf, 1929 verbannt, 1934–1938 in Haft, danach Exil in Frankreich, 1940 bei Rückkehr von den Sowjets verhaftet, Tod in Moskauer Gefängnis. Eidintas; https://en.wikipedia.org/wiki/Augustinas_Voldemaras (15.2.2019).

403

James McNally an Robert Lansing
Zürich, 27. Juli 1918

US-Legation Nr. 4100[1] (Telegramm; Druck: FRUS 1918, 1, Bd. 1, S. 294)

My son–In-law has been transferred to the Admiralty in Berlin and there the German Chancellor Hertling requested him to ask me to transmit the President of the United States through the Department of State an acceptance of his peace conditions saying that in no other way could he get the true statement before him. I replied that I was not permitted to without the consent of the Department of State and there the matter has rested for several days. Believing now, however, that my Government would profit by a knowledge of its nature, I am transmitting unknown to them the complete text:

»German Chancellor fully agrees to the four conditions in President Wilson's speech at Mount Vernon on the Fourth of July, 1918, and he too considers them as a good basis for peace negotiations. He agrees to these four conditions in the belief that the first generally is not intended to apply to any one stated government but is directed against all autocracies generally.«[2]

McNally.

1 Das undatierte Telegr. wurde am 27. Juli über die Schweizer US-Gesandtschaft geschickt, kam am 29. Juli 6.14 vm. an und erhielt den Stempel »Sent to the President«. Siehe oben Nr. 301 zum Beginn dieser langdauernden Übermittlung. Laut Schwabe, U.S. Secret War Diplomacy, S. 189, wahrte Wilson gegenüber dem Tel. »a studied silence« [»ein wohl berechnetes Schweigen«]; Ritter, Staatskunst, Bd. 4, S. 367, hält für »selbstverständlich«, dass es auf Wilson »nach den ersten großen Erfolgen der Entente-Offensive, völlig wirkungslos« blieb. Auf später zu erwartende Wirkung und auch Schritte »speziell auf diplomatischem Wege«, an denen er beteiligt würde, rechnete indes McNally. Romberg erfuhr vom »Schwiegersohn« Mensing auch, dass McNally die ihm offenbar sehr wichtig erscheinende deutsche Äußerung über die vier Punkte durch Vermittlung einer neutralen Macht offiziell an den Präsidenten geben wollte. Mensing hielt den Schwiegervater davon ab, weil die Erklärung dann kaum geheim bleiben und entstellt an Wilson gelangen könne. Er informierte Romberg auch darüber, dass sein Schwiegervater einer schlimmen Agitation gegen sich ausgesetzt war und von der Berner US-Gesandtschaft überwacht wurde. Mensing betrachtete seinen Schweizer Aufenthalt, noch nicht als abgeschlossen, er wurde vom Admiralstab freigestellt, das AA übernahm seine Remuneration. Seine Frau wollte als Ansprechpartnerin Simsons während der Abwesenheit ihres Mannes länger in der Schweiz bleiben. Romberg an Haniel, Bern 29. Juli 1918. Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 265–267.

2 Vgl. diese Formulierung der Zustimmung zu Punkt 1, Stellungnahme gegen den Vorwurf der »Autokratie«, mit oben Nr. 398, 397, 395, 394, 390, 301.

404

Hermann von Hatzfeldt an Hilmar von dem Bussche Crottorf, 1. August 1918

(eigh. Or.; PAAA, R 20516, S. 99–100)

Lieber Baron Bussche,

Einliegend ein Brief von Baron Heydt aus Den Haag, demgemäss eventuell an seine Privatadresse chiffriert telegrafiert werden kann.[1] Ob und wann hierzu die Notwendigkeit vorliegen wird, das liegt im Schosse der Zukunft. Die militärische und politische Lage dürfte zur Zeit den Engländern wohl keine besondere Eile auferlegen! Immerhin lasse ich die Hoffnung nicht fallen, dass mein »Samenkorn« mit der Zeit

1 Heydt an H. Hatzfeldt, Den Haag, 25. Juli 1918. Heydt schrieb, es sei in Holland zulässig, chiffrierte Telegramme an die Privatadresse (Haag, Oldenbarneveltlaan 16) zu empfangen, er habe aber noch keine Anfrage von Berlin (Bussche) erhalten, deshalb wende er sich an Hatzfeldt. PAAA, R 20516, S. 101.

doch noch aufgeht.[2] Sofern nur N[ewton][3] nicht versäumt hat, auch T[yre]ll[4] mit meiner

2 Mitte Juni 1918 sprachen deutsche und englische Delegierte, unter ihnen Newton und Generalmajor Draudt, im Haag über die Behandlung der Kriegsgefangenen. (Rosen, Wanderleben, Bd. 3/4, S. 188 f.). Nach Auskunft Bonar Laws vom 10. Juni 1918 beschränkten sich die englischen Delegierten auf die Erörterung der Kriegsgefangenenfragen. (Hansard's Parliamentary Debates, House of Commons, Serie 5, Bd. 106, Sp. 1868). Anlässlich der ersten Haager Gespräche dreier deutscher und dreier englischer Delegierter über die Kriegsgefangenen wurde im Unterhaus gefragt, ob dies eine direkte Konferenz zwischen der deutschen und der englischen Regierung sei. Bonar Law antwortete am 28. Juni 1917, es handle sich um das »first example of a direct meeting between representatives, not of the Government, but of our official staff and representatives of Germany«. Die Delegierten seien ohne Instruktion entsandt und nur beauftragt, über die vorgegebenen Fragen der Kriegsgefangenen zu beraten, alles Hinterbrachte stehe unter dem Ratifikationsvorbehalt der Regierung. (Ebd., Serie 5, Bd. 95, Sp. 508). Am 12., 13. und 17. Juni 1918 berichtete Fürst Hatzfeldt, den das AA an Rosen vorbei nach Den Haag entsandt hatte, Kühlmann von seinen Gesprächen mit Lord Newton über Modalitäten »eines geeigneten Gedankenaustauschs« über den Frieden unter der beiderseitigen Wahrung »vollster Discretion« und Unverbindlichkeit bei Beachtung der Bündnisverpflichtungen. Newton sei, was die Übermittlung von Nachrichten an seine Regierung oder deren mögliche Eröffnungen betraf, sehr vorsichtig, ja ängstlich aufgetreten. Als von Voraussetzungen der Kriegsbeendigung die Rede war, brachte er demnach die großen Sorgen Englands wegen Deutschlands neuer »Machtstellung im Osten«, nach dem Zusammenbruch Russlands, zum Ausdruck. Hatzfeldt gab privat zu erwägen, ob Kühlmann selbst »mit den etwa in Frage kommenden Engländern« zusammentreffen solle, um einen Fortgang zu erreichen. (Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 203–211, hier 203, 206, 208; PAAA, R 20516, S. 1–14). Am 16. Juli 1918 schrieb Hatzfeldt nach Kühlmanns Abgang an Bussche, Newton habe sich im letzten Gespräch von ihm bestätigen lassen, dass weiterhin Kühlmann oder eine andere mit Mandat ausgestattete, nicht privat auftretende Person für einen ersten, ganz geheim gehaltenen Austausch zur Verfügung stehe. Newton gehe nach London, um bei der englischen Regierung, vielleicht direkt bei Lloyd George, zu sondieren und möglichst Tyrell zu treffen, der Erfolg sei sehr ungewiss. Hatzfeldt resümierte: »Der englischen Regierung geht nunmehr in diesen Tagen eine Anregung von einer Seite, die sie immerhin als hierzu befugt ansehen muss, zu, durch Entsendung eines Vertrauensmanns nach Holland mit einem entsprechenden deutschen Beauftragten sich über das Friedensproblem zu unterhalten. Die Besprechung ist als ein offener und loyaler Gedankenaustausch zwischen anständigen Menschen gedacht, ist für's erste ein unverbindlicher, und jede Seite behält sich vor, gegebenen Falls späterhin alles vorkommende, auch die Tatsache des Zusammentreffens, in Abrede zu stellen. Die Besprechung darf in keiner Weise als eine Preisgabe der Interessen der beiderseitigen Verbündeten gedeutet werden. – Wir müssen nun abwarten, ob die Engländer diesen Weg betreten wollen, der geeignet ist, die grossen Gefahren und Hindernisse einer öffentl[ichen] Aussprache, zumal in dem schwierigsten Anfangsstadium einer Annäherung, zu beseitigen«. PAAA, R 20516, S. 93–98; Druck: Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 250–252.

3 Thomas Wodehouse Legh, Baron Newton (1857–1942) aus Cheshire County, Bachelor (Oxford), 1880–1886 Attaché in Paris, 1886–1898 MP (konservativ), 1898 im House of Lords, 1915–1916 Paymaster-General (Generalzahlmeister), Mitglied des Privy Council, 1916–1919 Assistant Under-Secretary of State (Foreign Affairs), zuständig für Feindpropaganda und Kriegsgefangene.

4 William George Baron Tyrell (1866–1947), geb. in Naina Tal (Indien), Katholik, 1896 Privatsekretär, 1903 Assistant Clerk, Sekretär, im Jahr 1904 Zweiter Sekretär in Rom, nach Rückkehr 1907–1915 Senior Clerk, Privatsekretär Sir Edward Greys, als solcher »a figure of great influence behind the scenes of diplomacy«, 1915–1916 Urlaub vom Foreign Office wegen Erschöpfung, 1918 Assistant Under Secretary, 1919 bevollmächtigter Minister bei der Pariser Friedenskonferenz, 1919/20 mit Grey Sonderbotschafter in Washington, 1925 Under Secretary, beeinflusste er die englische Politik in Richtung einer Rekonstruktion Europas, 1928–1934 Botschafter in Paris. Tyrell hatte seit 1913 gute Kontakte nach Washington, wurde im April 1918 Leiter des neu eingerichteten Intelligence-Department of the Foreign Office, sprach fließend deutsch und verfügte über ein »wide

Action bekannt zu machen, bin ich fest überzeugt, dass dieser sie auf alle Fälle im Auge behält und bei günstiger Gelegenheit auf sie zurückgreifen wird. Aber wann?

Die Entwickelung der Dinge im Osten ist unerfreulich. Was macht mein Freund Rosen?[5]

Mit aufrichtigsten Grüssen
Ihr ergebenster
HHatzfeld.

social and family network in Germany«. Im Krieg verlor er 1915 und 1918 beide Söhne. Oxford Dictionary, Bd. 55, S. 807–810; Rosen, Wanderjahre, Bd. 3/4, S. 174.

5 Rosen urteilte abfällig über Hermann v. Hatzfeldt. Rosen, Wanderjahre, Bd. 3/4, S. 189.

405

Eugenio Pacelli an Georg von Hertling
Monaco, 1. August 1918

Nuntiatura Apostolica Baviera Nr. 8307 (masch. Or.; BArch, NlH, Nr. 51, f. 23–24)

Streng Vertraulich!
Euere Excellenz!

Wiederum muss ich im Auftrage Seiner Eminenz des Herrn Kardinalstaatssekretärs Ihre gütige Aufmerksamkeit hinlenken auf eine Angelegenheit, die für die Entwicklung der kirchlichen Verhältnisse im Osten von hochwichtiger Bedeutung ist.

Von beachtenswerter Seite sind nämlich dem Heiligen Stuhle Nachrichten zugegangen, die darauf hindeuten dürften, dass der Kurs in Polen und in der Ukraine Bahnen läuft, die dem Katholizismus abspenstig sind. Hauptsächlich sollen in dieser Richtung tätig sein die Juden und Protestanten, welchen die Deutschen eine feste öffentliche Stellung im neuen Staate schaffen wollen und man wird, wie es scheint, die Kultur-Abteilung, die ganz in den Händen von Protestanten und Juden ist, nicht eher der Polnischen Regierung übergeben als bis für die erwähnten Juden und Protestanten jene öffentliche Stellung gesichert ist. Dieser antikatholische Kurs soll so sehr sich fühlbar machen, dass der Zentrumsabgeordnete Bell[1] in der Sitzung vom verflossenen 8. Juni es ohne Umschweife ausgesprochen habe, dass die Katholiken in den besetzten Ländern systematisch von allen Aemtern und Würden ausgeschlossen seien, besonders im Generalgouvernement Warschau.[2]

1 Johannes Bell (1868–1949), geb. in Essen, 1889 Referendar, Dr. jur., 1893 Gerichtsassessor, 1894 Rechtsanwalt in Essen, 1900 dort Notar, 1900–1919 Stadtverordneter von Essen, 1903 Vorstandsmitglied des Provinzialausschusses der rheinischen Zentrumspartei, 1912–1933 Mitglied des Reichstags (1920–1933 im Vorstand der Zentrumsfraktion), 1925 Mitglied des Reichsausschusses der Zentrumspartei, 1919 Reichskolonialminister, 1919–1920 Reichsverkehrsminister, 1926–1927 Reichsjustizminister; juristische und volkswirtschaftliche Veröffentlichungen. Haunfelder, S. 128 f.

2 Bell führte am 8. Juni unter Bezugnahme auf die schon im Vorjahr geführte Paritätsdebatte des Reichstags aus, dass in Preußen 86 % aller Verwaltungsbeamten protestantisch, unter 14 % katholisch, im Generalgouvernement Warschau fast alle Beamten obersten bis untersten Ranges evangelisch seien, was im katholischen Polen dem Ansehen Deutschlands schade. In den ursprünglich acht Verwaltungsbezirken von Oberost einschließlich des katholischen Litauens würden die evangelischen Interessen sehr durch den Evangelischen Bund, die katholischen Interessen jedoch überhaupt nicht gefördert. Sten. Berichte, 13. Leg.-Per., 2. Sess., Bd. 312, S. 5305–5309. Vgl. die Mitteilungen des Erzbischofs Kakowski von Warschau an den Divisions-Feldgeistlichen Berg über das Verbot der (Wieder-)Gründung katholischer Vereinigungen. – Alexander Kakowski (1862–1938), aus altadliger Familie; »activistisch« gesinnt, hatte sich von Russland losgesagt. Er war »primus inter pares« in dem vom Generalgouvernement eingesetzten dreiköpfigen polnischen Regentschaftsrat. Dossier über dessen Delegation im Reichskanzlerpalais am 7. Januar 1918. BArch, NlH, Nr. 40, f. 173–174; Tagebucheintrag Ludwig Bergs v. 19. September 1915. Betker u. Kriele, S. 295 f., 866.

Auch in der Ukraine soll die Orthodoxie gegenüber den Katholiken bevorzugt werden, wie offen der beigeschlossene Aufruf des Hetman der Ukraine an die Bevölkerung von Chelm[3] [!] und Podlachien[4] aufweise, der von der Besatzungsbehörde geprüft und zensuriert worden sei.[5] Die Besatzungsbehörde habe den Katholiken die Fronleichnamsprozession verwehrt, während sie den bekannten Eulogius[6] sich als Herrn aufspielen lasse.

Nicht einmal die vordringlichste und notwendigste Forderung für die Freiheit der katholischen Kirche, nämlich die Aufhebung der russischen kirchenfeindlichen Gesetze konnte bisher ihre Verwirklichung finden.[7] Die Polnischen Bischöfe haben bereits eine entsprechende Bitte dem Staatsrat vorgelegt, aber derselbe sieht sich vollkommen wehrlos und machtlos, während die Besatzungsbehörden, welche allein im Stande wären, Abhilfe zu schaffen, nicht dazu bereit zu sein scheinen, bevor sie

3 Deutsch: Cholm; Stadt im Verwaltungsgebiet Lublin.

4 Polnisch: Podlasie; agrarisch genutzte Landschaft im Nordosten Polens, umgeben von Masuren und Masowien im Nordwesten und Westen, Polesje im Osten und dem Lubliner Hügelland im Süden.

5 Anliegend der Aufruf des Kommissars des Ukrainischen Hetmanats in Brest, »geprüft und zugelassen« Obost No. 72143 V. 18, an die Podlachianer: »Das alte Colm und Podlachien kehren jetzt zur Ukraine, ihrem Mutterlande zurück! […] Die frühere ukrainische Regierung, welche unrecht handelte und die Deutschen vernichten wollte, ist aufgelöst und ins Gefängnis geworfen worden. Unser Hetman der Ukraine, gerufen vom Deutschen Kaiser, regiert mit Gerechtigkeit in Eintracht mit dem Deutschen Militär. Von heute ab wird in der Ukraine Friede sein und die Rückkehr zu unserem Glauben. Die Staatsreligion der Ukraine wird unser alter, orthodoxer Glaube sein; in den von Polen bewohnten, angegliederten Gebieten werden wir von Neuem den Ritus der unierten Kirche einführen, sodass es Euch, Podlachiern, leicht gemacht wird, zur Ukraine zurückzukehren. Schon lassen wir uns mit Erlaubnis der Deutschen unierte Priester aus Galizien kommen. Wenn Ihr Euch für die Ukraine erklärt, und die törichte Propaganda der Polen ablehnt, wird die [R]equisition durch die Deutschen aufhören. […] Auf meine Anordnung werden alle polnischen Schulen geschlossen werden, auch das Ende für die Priester wird kommen«. BArch, NlH, Nr. 51, f. 27.

6 Eulogius (Vasily Semyonovich Georgievsky) (1868–1946), »Wortführer der äußersten Rechten, der streng orthodoxen, reactionären, recht nationalen Richtung« nennt ihn Ludwig Berg am 26. Juni 1915 (Betker u. Kriele, S. 246), 1905–1914 russisch-orthodoxer Bischof von Cholm und Lublin, Exil, 1921 Repräsentant des Moskauer Patriarchats in Westeuropa, Haupt der Provisorischen Verwaltung der russischen Pfarreien in Westeuropa, 1931 Gründung des russisch-orthodoxen Exarchats von Konstantinopel in Westeuropa (in Abwendung von der sowjetisch beeinflussten orthodoxen Kirche Russlands), des Vorläufers der Erzdiözese russisch-orthodoxer Kirchen in Westeuropa. Vgl. Odincov, S. 134–141, über die Katholiken und Unierten in Russland 1917/18.

7 Vgl. das Beschwerdeschreiben (Maria Laach, 26. Juli 1918) des am 19. Juni 1918 wegen angeblich deutschfeindlicher und religiös verdeckter nationalpolnischer Umtriebe (bei der Fronleichnamsprozession) verhafteten Apostolischen Administrators der Diözese Wilna, Kasimir Michalkiewicz. Seitens der Kultusverwaltung Oberost (Altmann) sei ihm gesagt worden, die katholische Geistlichkeit habe allen Anordnungen der Besatzungsbehörde zu folgen; diese trete das Erbe aller Rechte und Privilegien an, die Russland gegenüber der katholischen Kirche besessen habe. Der Oberbefehlshaber Ost habe ihm noch mitgeteilt, dass das kanonische Recht nur in innerkirchlichen Angelegenheiten Geltung besitze, und auch dort nur insoweit, als dafür die Zustimmung des Staates vorliege. BArch, R 43/2406a, f. 154–163, 157.

nicht für die Protestanten und Juden Vorsorge getroffen und die Verwaltung der kirchlichen Güter geregelt haben.

Der Heilige Stuhl will gerne annehmen, dass obige Mitteilungen kaum der Wirklichkeit entsprechen und dass die Deutsche Reichsregierung ähnlichen Vorkommnissen in keiner Weise irgendwie nahesteht. *Er hofft, dass der Reichskanzler auch diesem von schwerer Sorge getragenen Ansuchen des Papstes nach seiner hohen Einsicht und seinen Kräften nachkommen wird, mit denen er stets nach seiner Möglichkeit die Anregungen des Hl. Stuhls aufgenommen hat.*

In Erwartung einer günstigen Antwort beehrt sich, diesen Anlass zur Versicherung höchster Wertschätzung zu benützen, und geharrt

Euerer Excellenz
ergebenster
+ Eugen Pacelli Erzbischof von Sardi
Apostolischer Nuntius

406

Wilhelm von Radowitz an Friedrich von Falkenhausen
Großes Hauptquartier, 1. August 1918

(masch. Kop.; BArch, R 43/2406a, f. 119)

Verehrte Exzellenz!

Im Auftrage des Herrn Reichskanzlers übersende ich Ihnen anbei Abschrift eines Briefes des Herrn von Biegeleben an den Herrn Reichskanzler[1], sowie Abschrift eines Schreibens des Herzogs von Urach an Herrn von Biegeleben[2]. Der Herr Reichskanzler bittet Sie, von diesen beiden Briefen Kenntnis zu nehmen und die Frage zu prüfen, ob eine Fühlungnahme mit dem Herzog im jetzigen Augenblick schon angezeigt erscheine. Der Herr Reichskanzler meint, daß es für uns doch recht schwierig wäre, jetzt mit dem Herzog in eine offiziöse oder offizielle Verbindung zu treten, so lange die Frage der Zukunft Litauens noch nicht geklärt ist. Vorläufig müssen wir ja doch noch an dem Grundsatz festhalten, dass wir eine eigene Dynastie in Litauen, als den deutschen Interessen nicht nützlich, zunächst ablehnen. Ferner sind wir den Sachsen gegenüber doch noch gebunden, so dass wir ohne deren Verzicht ja überhaupt der Sache mit dem Herzog garnicht nähertreten können. Die Sachsen haben ja auch den Anspruch erhoben, ihrerseits bei den Konventionen und sonstigen Abmachungen beteiligt zu sein. Es erscheint demnach doch kaum angängig, nunmehr dem Wunsche des Herzogs zu willfahren und auch ihn an der Abfassung dieser Konventionen zu beteiligen. Nach Ansicht des Herrn Reichskanzlers wird es notwendig sein, auf Grund der Denkschrift des Staatsministeriums[3] und der neuen Ereignisse in absehbarer Zeit eine Besprechung in Gegenwart Seiner Majestät herbeizuführen, in der

1 Max von Biegeleben an Georg von Hertling, Braunfels 30. Juli 1918. (R 43/2406a, f. 90). Er verwies auf den beiliegenden Brief Urachs an ihn vom 26. Juli (ebd., f. 88–90), die Antwort auf sein nach Rücksprache mit Falkenhausen am 19. Juli an Urach gerichtetes Schreiben (ebd., f. 84–85), in dem er, Biegeleben, die anstoßerregende »Form des einseitigen Vorgehens« der Taryba gerügt und auf den von Litauen zu fordernden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Gewährleistungen bestanden habe. Urachs Antwort (siehe unten Anm. 2) zeige, dass dessen »Auffassung der ganzen Sachlage eine korrekte und loyale ist«.

2 Wilhelm von Württemberg (Urach) an Max von Biegeleben, Lichtenstein (Württemberg) 26. Juli 1918. Das etwas vehemente Vorgehen der Litauer, seine Wahl zum König, sei eine Folge davon, dass ihnen keine direkte Verbindung mit dem Reichskanzler gestattet worden sei. Doch er habe sie nie darüber im Zweifel gelassen, dass er stets das Einvernehmen mit der Reichsleitung suche. Allerdings könne die Neigung Litauens, Deutschland entgegenzukommen, rasch sinken. Das Land solle durch Übernahme der Selbstverwaltung für innere Ordnung und eigenständig für den Anschluss an Deutschland sorgen dürfen. Er erklärte sich bereit, in Vorbesprechungen mit der Taryba die Grundlagen für die abzuschließenden Verträge und Konventionen freizulegen. BArch, R 43/2406a, f. 88–90.

3 Von Friedrich v. Berg Hertling am 17. August 1918 zugesandt. Siehe unten Nr. 414.

volle Klarheit über unsere Ziele und den einzuschlagenden Weg geschaffen wird. Vielleicht äussern Sie sich auch zu diesem Gedanken und insbesondere zu der Frage, wer alles an dieser Besprechung zu beteiligen wäre.[4]

Mit den verbindlichsten Grüßen und besten Empfehlungen bin ich, verehrte Exzellenz,
Ihr stets sehr ergebener
gez. v[on] R[adowitz]

4 Falkenhausen (als Reichskommissar für die Ostseegebiete und Litauen) antwortete ausführlich am 3. August 1918. Vom Herzog und von Litauen würde »durch Entgegenkommen in der Königsfrage nahezu Alles zu erlangen sein«. Ein solches komme aber nur in Frage, wenn eine bessere Lösung, die Personalunion mit dem Reich oder mit Sachsen, unerreichbar sei. Die Aufhebung der Personalunion Litauens mit Sachsen gefährde auch diejenige zwischen Preußen und dem Baltenland. Aus dem verfehlten Vorpreschen der Litauer in der Königsfrage sei »Kapital zu schlagen«, um Zugeständnisse wie eine Militärhilfe zu erlangen. Nach internen Beratungen über die Konventionen im August wolle er mit den Landesräten verhandeln. Eine große Besprechung mit dem Kaiser, AA, Oberbefehlshaber Ost (Harbou) u.a. hielt er erst nach Klärung der baltischen Frage ab Mitte September für ratsam. BArch, R 43/2406a, f. 124–125.

407

Hilmar von dem Bussche an Georg von Hertling
Berlin, 2. August 1918

Nr. 3. (3 Anlagen) zu AS 3309 (masch. Konz.; PAAA, 21570, S. 149)

Euer pp. beehre ich mich das unter dem 22. Juli hierher übersandte Schreiben des Grafen Törring vom 17. desselben Monats[1] mit seinen Anlagen anbei wieder zurückzureichen. Nachforschungen haben ergeben, dass das Original des Briefes an Herrn von Kühlmann vom 2. v[origen] M[onats] sich bei den hiesigen Akten befindet; aus einem Aktenvermerk geht ferner hervor, dass sein Inhalt Euer pp. seinerzeit von Herrn v. Kühlmann mündlich vorgetragen worden ist.[2]

Dem Grafen Törring sind die von Euer pp. über Belgien abgegebenen Erklärungen, soweit sie der Presse zugänglich gemacht worden sind, übersandt worden.[3] Es wurden ihm übermittelt von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung die Nummern 45 (vom 25. Januar d[ieses] J[ahres]), 353, 355 und 365 (vom 13. 14. und 19. Juli d[ieses] J[ahres]), ferner von den Veröffentlichungen des Wolff Telegrafen Bureaus die Exemplare No. 1954 und 1968 (vom 11. und 13. Juli d[ieses] J[ahres]) sowie der Reichstagssitzungsbericht vom 25. Februar d[ieses] J[ahres].

U. St. S.
i[n] m[undum]
B[ussche] 2/8

1 Siehe oben Nr. 393.

2 Laut Aktenvermerk Krieges auf dem Schreiben Toerrings v. 2. Juli 1918 (Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 234 Anm. 3). Diese Mitteilung machte Bussche auch Toerring in einem Einschreibebrief v. 25. Juli 1918 (auf dem Konz. Hinweis auf Toerrings Brief an Kühlmann v. 2. Juli 1918 AS 2984. PAAA, R 21570, S. 134). Daraufhin schrieb Toerring am 27. Juli Bussche, nach ihm persönlich eröffneter Mitteilung des Reichskanzlers sei dieser von Kühlmann keineswegs mündlich über den Inhalt des Schreibens informiert worden. (Ebd., S. 138). Diese Angabe bestätigt K. v. Hertling, Tagebuch, S. 54: »Merkwürdiger Weise« habe Kühlmann Hertling »nie etwas davon gesagt«, dass Toerring ihn von seinen Gesprächen mit dem belgischen Gesandten benachrichtigt habe. BArch, NlH, Nr. 40, f. 54.

3 Vgl. Bussche an Toerring, Berlin 28. Juli 1918. PAAA, R 21570, S. 136.

408

Georg von Hertling an Rupprecht von Bayern
Großes Hauptquartier, 2. August 1918

Der Reichskanzler. (masch. Or.; BayHStA GHA, Nl Kronprinz Rupprecht, 650; Konz.; R 43/2398l, S. 1)

Euer Königlichen Hoheit

gnädiges Schreiben vom 26. v[origen] M[onats][1] hat mir Veranlassung gegeben, die darin berührte Angelegenheit durch den Staatssekretär von Hintze bei der O.H.L. zur Sprache bringen zu lassen.[2] Ich habe darauf den Bescheid erhalten, dass die neue Erfindung, von der Euere Königliche Hoheit sprechen, vorläufig noch nicht vollendet und ausprobiert ist,[3] dass aber schon jetzt gesagt werden kann, dass die Wirkung der neuen Bomben keineswegs von den bisherigen wesentlich abweicht, dass also von einem Niederbrennen grosser Teile einer Stadt nicht gut die Rede sein kann. Ich glaube mich daher der Hoffnung hingeben zu dürfen, dass ein Ereignis, wie es Euerer Königlichen Hoheit vorschwebt, vorläufig nicht eintritt. Auch ich würde die politischen Nachteile eines solchen für weit grössere halten, als den etwa zu erwartenden militärischen Nutzen. Übrigens hat Herr von Hintze es vermieden, bei seinen Besprechungen mit der O.H.L. den Namen Euer Königlichen Hoheit zu nennen.

1 In dem eigh. Schreiben verwarf Rupprecht den ihm bekannt gewordenen Plan, »Paris mit zahlreichen Flugzeugen anzugreifen, welche tausende neuerfundener kleinster Brandbomben abzuwerfen haben, die mit einem kaum zu löschenden Brandstoffe gefüllt sind«. Dies würde die Zivilbevölkerung treffen und das Ansehen Deutschlands in der Welt schädigen, doch die Kriegführung der Gegner nicht behindern, sondern diesen nur zu ebensolchen Angriffen und »Repressalien schlimmster Art Anlass geben«. (BArch, R 43/2398k, f. 401–402). Laut eigh. Konz. von Radowitz dankte Hertling umgehend und fragte an, ob er von dem heute erhaltenem Schreiben an zuständiger Stelle Gebrauch machen dürfe. Ebd., f. 403.

2 Bestätigt durch Ludendorff, Kriegserinnerungen, S. 565: »Graf Hertling hatte die Oberste Heeresleitung gebeten, diese neuen Brandbomben im Hinblick auf die gegen unsere Städte zu erwartenden feindlichen Gegenmaßregeln nicht zu gebrauchen«.

3 Eigh. Randbemerkung Rupprechts: »Der Bescheid ist unwahr! Ich hatte das Schriftstück der O.H.L. in Händen«. Tatsächlich war »eine besonders wirkungsvolle Brandbombe im August [1918] in erforderlichen Mengen fertig und für den Abwurf auf die beiden Hauptstädte [Paris und London] bestimmt«. Die Bombe wurde, weil sie »auf den Gesamtverlauf des Krieges« ohne Einfluss sei und die OHL »Zerstörungen als Selbstzweck« ablehne, nicht eingesetzt. (Ludendorff, Kriegserinnerungen, S. 565. Vgl. Weiß, Kronprinz Rupprecht, S. 139). Allerdings forderte schon die Beschießung von Paris dort Opfer und führte zu Paniken.

Für die gütigen Wünsche Euer Königlichen Hoheit für meine Gesundheit sage ich untertänigen Dank. Die kleine Indisposition ist vollständig behoben, und ich fühle mich wieder ganz wohl.

In treuer ehrerbietiger Gesinnung verharre ich
Euer Königlichen Hoheit
untertänigst gehorsamster
Graf von Hertling

409

Georg von Hertling an Hermann Cardauns
4. August 1918

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 58)

Den Müttern bleibt nur, die schweren Opfer, die sie in diesem schrecklichen Krieg bringen müssen, mit Ergebenheit zu tragen.

Deinen Nachruf auf Julius Bachem habe ich mit warmem Interesse und vollster Zustimmung gelesen. Um so unangenehmer hat mich der Artikel von Martin Spahn im Hochland (April)[1] berührt. Eine unrichtigere Einschätzung der politischen Tätigkeit des »Zentrums Windthorst's« läßt sich kaum denken. Wir – ich habe die Dinge doch auch mitgemacht, sollen uns lediglich von taktischen Motiven haben leiten lassen, sollen einen Scheinkonstitutionalismus vertreten haben u.s.w. Ich bedaure lebhaft, daß Muth dem dummen Gerede Aufnahme gegeben hat, und würde mich freuen, wenn irgendwo eine kräftige Ablehnung erfolgte.

[…] Was Frau v. Böselager[2] Dir über den Wechsel meines Geschicks geschrieben hat, ist geistreich und in der Hauptsache zutreffend. Die übernommene Last drückt schwer auf mich, und ich habe manchmal die Empfindung, als sei ich gar nicht mehr ich, so sehr ist alles verändert, die pflichtmäßige Tätigkeit, das Milieu u.s.w.

Daß Du mir gute Nachrichten von Dir und den Deinen schreiben konntest, hat mich sehr gefreut, hoffentlich ist es auch weiter gut gegangen.

Mit herzlichen Grüßen, in alter Freundschaft
Dein Hertling

1 Martin Spahn, Julius Bachem, in: Hochland 15 (1918/II), S. 17–21, vgl. S. 19: »Der Konstitutionalismus, zu dem sich Julius Bachem mit seinen Freunden bekannte, ist von der Linken gleich bei seiner Begründung als Schein-Konstitutionalismus mit Spott und Hohn überschüttet worden. Heute hilft ihn die Zentrumsfraktion des Reichstages als Glied der Reichstagsmehrheit überwinden. Er hatte nie festen Boden unter den Füßen, keinen rechten Halt in sich selbst; denn er wollte Unvereinbares, Volkssouveränität und ein starkes Königtum, miteinander verbinden. Deshalb erzog er seine Vorkämpfer, ohne daß sie sich über die Ursache hinreichend Rechenschaft gaben, vor allem zu klugen, besonnenen Taktikern in der Presse wie in den Kammern. […] Wie sich das Zentrum für den Kompromiß-Konstitutionalismus ins Zeug legte, so hielt es zwischen den Parteien die Mitte, verbündete sich bald mit der Rechten, bald mit der Linken und übte die Macht, weil weder die Rechte noch die Linke stark genug war, sich selbst den Zutritt zur Herrschaft zu erzwingen«.

2 Nicht ermittelt.

410

Bürgerbrief an Georg von Hertling
Solingen, 11. August 1918

(eigh. Or.[1]; BArch, R 43/2398l, f. 19)

Euer Exzellenz erlaubt sich der Unterzeichnete auf Folgendes aufmerksam zu machen:

Ich hatte Gelegenheit mit einem von der Westfront beurlaubten Soldaten ein Gespräch über die letzte und nachteilige Offensive zu führen. Hierbei erzählte mir dieser Urlauber, daß es nicht anders kommen konnte. Die Soldaten wollen nicht mehr kämpfen lieber laufen sie über und lassen sich gefangennehmen. Während der Mann vorn im Kampfe mit hungrigem Magen darben muß, schwelgen die Herren Offiziere hinten an der Front im Ueberfluß mit Weibern, namentlich die jüngeren Herren.[2]

Dieser Zustand habe unter den Soldaten eine hohe Erbitterung hervorgerufen, daß ganze Kompagnien und Batterien sich geweigert hätten weiter zu kämpfen. Mißtrauisch über diese unerhörte Erzählung wandte ich mich an weitere Urlauber und sogar Chargierte, die mir dasselbe bestätigten.

Wenn an den Erzählungen auch nur ein Teil Wahrheit währe [!], so grenzt es an Ungeheuerlichkeiten, die der obersten Heeresleitung nicht verborgen bleiben dürfen.

Euer Exzellenz möchte ich dies zur Kenntnis unterbreiten, da ein solcher Zustand leicht zu einer Katastrophe führen kann. Den Namen der Soldaten anzugeben, tut nichts zur Sache, da die Zustände mir von anderen glaubwürdigen Personen bestätigt wurden.

In treuer Vaterlandsliebe
[Magott]

1 Vermerke u.a.: R.K. 13. Aug. 1918, Radowitz: »Oberst v. Winterfeldt wohl z.d.A? Ja 14/8«, »Brandfach 16/8.«

2 Vgl. Epkenhans, Nicolai, S. 32.

411

Georg von Hertling an Fritz van Calker
Großes Hauptquartier, 14. August 1918

zu Rk 502 G.H.Q. (eigh. Konz. Radowitz'[1]; BArch, R 43/2398l, f. 20–21)

Sehr verehrter Herr van Calker!

Haben Sie besten Dank für das freundliche Schreiben vom 4. d[ieses] M[onats][2], in dem Sie Ihrer Sorge um die Gestaltung der Beziehungen zwischen Nord und Süd Ausdruck verleihen. Auch ich kann mich der Tatsache nicht verschließen, daß gegenwärtig in dieser Beziehung manches zu wünschen übrig bleibt. Trotzdem bin ich der Überzeugung daß mit der Behebung der mannichfachen Gründe die an der Verschlechterung des Verhältnisses Schuld tragen, diese bedauerlichen Erscheinungen von selbst wieder verschwinden werden. Die siegreiche Beendigung des Krieges, der damit zusammenhängende Abbau der jetzt leider unvermeidlichen Zentralisation des Wirtschaftslebens und das Verschwinden der Kriegspsychose werden den Reichsgedanken wieder stärken und in alter Kraft erstehen lassen. Natürlich darf die von mir als ein Übergangsstadium betrachtete Erscheinung nicht unterschätzt werden und unbeachtet bleiben. Alle in Betracht kommenden amtlichen Stellen müssen es sich viel mehr angelegen sein lassen, durch eine ruhige und sachliche Behandlung etwa auftretender Reibungen das gute Verhältnis zwischen dem Reich und den Bundesstaaten und zwischen den Bundesstaaten unter sich zu pflegen und zu stärken. Von meiner Seite geschieht das in jedem Falle mit äußerster Sorgfalt. Auf diese Weise wird sich auch in der öffentlichen Meinung und in der Presse eine Besserung der bedauernswerten Erscheinungen am sichersten herbeiführen lassen. Von der Einrichtung einer besonderen Stelle die man etwa als die eines »Versöhnungsreferenten« bezeichnen könnte, vermag ich mir einen Erfolg nicht zu versprechen. Ganz abgesehen von

1 Randvermerk Hertlings: zur Vorlage an Radowitz, der unter das Konz. seine Paraphe setzte; ein Durchschlag ging an Payer, dem van Calker Kop. seines Schreibens an Hertling zugesandt hatte. Payer schrieb van Calker am 9. August zurück und sandte tags darauf Abschrift seiner Antwort, die ganz der Hertlings glich, aber die Missstimmung ausdrücklich bestätigte, an Radowitz.

2 Van Calker an Hertling, München 4. August 1918: Eine »gegenseitige Mißstimmung« zwischen Nord und Süd habe alle Bevölkerungsschichten ergriffen, selbst höhere Beamte und Offiziere, die bisher an der »Einheitlichkeit des Reichsgedankens unbedingt festhielten«. Ein im AA oder in der Reichskanzlei neu zu ernennender Referent könnte zur Besserung auf die Gesandten der Bundesstaaten in Berlin und die preußischen Gesandten in den Bundesstaaten einwirken. (BArch, R 43/2398l, f. 14–15). – Fritz van Calker (1864–1957), geb. in Lindau, 1888 Dr. jur. (München), 1890 Habilitation in Halle für Strafrecht, Strafprozess- und Militärstrafrecht, 1896–1919 o. Professor in Straßburg, 1920–1934 in München, 1912–1918 Mitglied des Reichstags (nationalliberal), 1916–1918 Vorsitzender der Reichstagskommission für Bevölkerungsrecht, seit 1902 befasst mit der Reform des Strafrechts, maßgebliche Publikationen über Strafrecht, Strafrechtsethik und Gesetzgebung, nach 1918 über die politischen Parteien, 1933 Mitglied der Akademie für deutsches Recht. http://www.catalogus-professorum-halensis.de/calkerfritzvan.html (17.2.2019)

der großen Schwierigkeit, die in der Auswahl der Persönlichkeit liegen würde, glaube ich, daß die Schaffung eines solchen Postens, die schwerlich geheim bleiben würde, das Vorhandensein von Differenzen nur unterstreichen und statt sie zu bessern, die Verhältnisse womöglich verschärfen würde. Von dem gesunden Sinn des deutschen Volkes und von der trotz allem durch den Krieg mit seinen gemeinsamen Nöten und Leiden gestärkten Kraft des Reichsgedankens erwarte ich mit Zuversicht die Überwindung zeitweiliger aus Mißvergnügen und Überreiztheit geborenen Mißstände der von Ihnen geschilderten Art.

Mit der Versicherung vorzügl[icher] Hochachtung
Euer Hochw[ohlgeboren]
ergebenster
N[ame] d[es] H[errn] Rk.

412

Gisbert von Romberg an Wilhelm von Stumm
Bern, 14. August 1918

A. I. 13045. (masch. Or.[1]; PAAA, R 20515, S. 74–76; Druck: Scherer-Grunewald, Bd.4, S. 283 f.)

Lieber Stumm!

Bei meiner Ankunft in Bern suchte mich der »Onkel«[2] vorgestern auf und teilte mir mit, sein Neffe[3] sei nach England berufen worden. Der Neffe betrachte dies als ein gutes Zeichen und hoffe, in wenigen Wochen wieder hier zu sein.

Der Onkel erzählte mir, der Neffe habe ihm mit aller Offenheit gesagt, daß in England gegen den gegenwärtigen Leiter der auswärtigen Politik Deutschlands Mißtrauen vorhanden sei; vielleicht könne man es das Mißtrauen des »unbeschriebenen Blattes« nennen. Herr von Hintze habe öffentlich noch nichts von sich verlauten lassen, er genieße nun einmal den Ruf, Anhänger des Herrn von Tirpitz zu sein und die Umstände seiner Ernennung gäben zu der Voraussetzung Anlaß, daß er, was ja sein volles Recht sei, seine persönlichen oder vielmehr politischen Erfolge an den Sieg der Waffen gekettet habe.[4]

Der Onkel hat hierauf erwidert, er verstehe, daß man in England Herrn von Hintze mißtrauischer gegenüberstehe, als Herrn von Kühlmann. Er habe darauf nur eine Antwort. Wenn, was er früher von seinem Neffen gehört habe, irgendwie bestehen bleiben solle, so handle es sich um die Suche nach einer anständigen Form der eventuellen Aussprache, frei von Intriguen, unter Zusage der Diskretion, unter Vermeidung unzuverlässiger Zwischenträger, unter Berücksichtigung der bestehenden Allianzen. Auf diese Frage sei er, der Onkel, ermächtigt worden, die ihm bekannte Antwort zu erteilen. Nachdem kurz nachher ein Wechsel in der Person des dem Reichskanzler

1 pr. 18. September 1918, Sichtvermerk Stumms 18/9. Scherer–Grunewald kommentiert nur knapp.

2 Casimir von Leyden.

3 Captain William Blennerhassett.

4 Am 17. August 1918 berichtete Romberg Hertling aus Bern über George Herrons Beitrag: L'amiral von Hintze un type de regression raciale, in der Genfer ententefreundlichen Zeitschrift La Semaine Littéraire, Nr. 1284 v. 10. August 1918. Er habe beim Schweizer Politischen Departement gegen den Artikel protestiert, »der in seiner persönlichen niedrigen Gehässigkeit das übliche Mass deutschfeindlicher Kundgebungen erheblich übersteigt«. Herron kenne Hintze von einem früheren gemeinsamen Sanatoriumsaufenthalt. (PAAA, R 20508, S. 348–349, Beilage des Artikels: Ebd., S. 344–345). Herron nannte Hintze, dessen Ernennung den totalen Triumph der Reaktion bedeute, eine sinistre, gefährliche politische Person, einen zu Manipulationen greifenden Zyniker von sardonischem Humor, das Ebenbild Ludendorffs, der wie dieser gern aus dem Hintergrund manipuliere und sich um die grotesken Psalmodien des ehrwürdigen mental und physisch Gelähmten, der sich Reichskanzler nenne, nicht kümmere. Hintze verkörpere »la totalité de la race germanique d'aujourdhui«.

unterstehenden Leiters der auswärtigen Politik eingetreten gewesen sei, habe er dem Neffen in des Letzteren Namen die Zusage übermittelt, daß es bei der ursprünglich gegebenen Antwort auch jetzt zu verbleiben habe.[5]

Der Onkel hat dann noch einiges andere hinzugefügt und glaubt, daß er seinen Neffen in die beste Disposition versetzt habe.

Ich habe dem Onkel noch ausdrücklich gesagt, daß er bei dem Neffen nicht den Eindruck erwecken dürfe, daß wir es sehr eilig hätten; wir wären eben ganz unabhängig von den Kriegsereignissen bereit, eine Unterhaltung unter gentlemen herbeizuführen. Von diesem Standpunkt ließen wir uns auch nicht durch die offenbar für die öffentliche Meinung bestimmten Aeusserungen englischer Staatsmänner abbringen, wenn diese auch für den deutschen Staatssekretär des Auswärtigen wenig angenehm gewesen seien.

Der Onkel fragte mich dann noch, ob er mit seinem Neffen auch über die Idee des Völkerbundes sprechen könne. Ich verwies ihn auf Hertlings Antwortrede auf die vier Programmpunkte des Herrn Wilson; er könne dem Neffen sagen, daß sich auch in dieser Frage seit dem Amtsantritt des Herrn von Hintze nichts geändert habe.

Der Neffe wollte gestern nach England abfahren.

Mit vielen Grüßen
Dein
Romberg

---

5 Vgl. Bussche an Gesandtschaft Bern, Berlin 12. Juli 1918, an Gesandtschaft Den Haag, Berlin 11. Juli 1918: Auf Hertlings Weisung seien ohne Rücksicht auf den Rücktritt Kühlmanns die Besprechungen im Haag »ohne Unterbrechung weiter zu führen«, und es bleibe trotz des Wechsels des Staatssekretärs bei den »früheren Dispositionen« für die Fühlungnahmen Leydens (Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 244), den am 29. Juni 1918 von Kühlmann dem Gesandten Romberg gegebenen »Richtlinien« für die Gespräche zwischen »Onkel« und »Neffen«: Eine wesentliche Förderung der Friedensfrage sei unter Umständen von vertraulichen, informellen Unterredungen »between Gentlemen« zu erwarten, die durch Auftrag oder Stellung autorisiert wären, »die an massgebender Stelle herrschenden Ansichten zum Ausdruck zu bringen«. Ein solcher direkter Meinungsaustausch sei wohl einer Vermittlung durch Neutrale vorzuziehen; er sei anzugehen, bevor der Sozialismus einen solchen Gedankenaustausch in die Hand nehme, und müsse Illoyalität »gegenüber den Freunden jedes Teils« ausschließen. Doch eine »Disparität der Rollen« dergestalt, dass die Gegenseite nur »sachliche Mitteilungen unserseits« bereit sei entgegenzunehmen, sei inakzeptabel. Auch müsse der Anschein vermieden werden, als suchten wir die Unterhaltung zwischen Gentlemen, es würden nur die Modalitäten angegeben, unter denen man sich auf die von dem Neffen angeregten Gedanken einlassen wolle. (Ebd., S. 225). Vgl. Romberg an Kühlmann, Bern 8. Juli 1918, über ein jüngstes Treffen zwischen Leyden und Blennerhassett, der offenbar Wert auf die Erhaltung der Beziehung legte. (Ebd., S. 241). Leyden hielt sich im Mai 1918 in Luzern, von Ende Mai bis Oktober in Montreux auf und traf Schubert am 28. Juni 1918 in Bern. (Vgl. Akte der Gesandtschaft Bern, Bd. 1325. Freundliche Auskunft von Dr. Martin Kröger). – Carl Theodor von Schubert (1882–1947), geb. in Berlin, aus bürgerlicher Offiziersfamilie, 1904 Dr. jur., Gerichtsreferendar, 1906 Dienstantritt, Diplomatische Prüfung, Verwendungen in Washington, Brüssel, Lissabon, 1912 Legationssekretär in London, 1915 in Bern, 1917 dort Legationsrat, 1919 Mitglied der Friedensdelegation in Versailles, 1920 Wirklicher Legationsrat und Vortragender Rat im AA, Leiter der England-Abteilung, 1924–1930 Staatssekretär des AA, 1930–1932 Botschafter in Rom (Quirinal), z. D. Peter Krüger, Schubert, Carl von, in: NDB 23 (2007), S. 617 f.

413

Hilmar von dem Bussche an Paul von Hintze
Berlin, 16. August 1918

Nr. 163 (Telegramm, entziffert[1]; PAAA, R 21570, S. 164, 162–163)

Auf Telegramm 1889[2].

Ich besorge, dass Hinweis auf Sicherung, dass Belgien nicht Aufmarschgebiet unserer Feinde wird, erhoffte Wirkung unserer Erklärung paralysieren würde. Ich möchte daher gehorsamst folgende Fassung der Instruktion an Frhr. v. Romberg, der auf Antwort drängt, zur Erwägung stellen:

»Status quo ante d.h. keine Annexion, kein Vasallen- oder ähnliches Abhängigkeitsverhältnis, gute wirtschaftliche Beziehungen. Garantien für politische und militärische Unabhängigkeit auch von unseren Gegnern«.[3]

Bussche.

---

1 Beiliegend Konz. von der Hand Stumms, signiert von Bussche und Stumm.

2 Enthaltend die Instruktion für ein Gespräch Rombergs mit dem Gesandten Sulzer in Bern, das am 23. August stattfand: Hintze an AA, Berlin 15. August 1918: »Geheim. Bitte Freiherrn von Romberg, Bern folgende Instruktion für bewußte Stelle zu drahten: Keine Annexion, kein Vasallen- oder ähnliches Abhängigkeitsverhältnis, gute wirtschaftliche Beziehungen und Sicherung dagegen, daß es in Zukunft Aufmarschgebiet unserer Feinde gegen uns wird«. Auf diesem Telegr., das in zwei Exemplaren, eines zur Vorlage bei Stumm, angefertigt wurde, notierte Bussche. »Herrn v. Stumm. Damit ist nichts zu machen. Zu kompliziert«. PAAA, R 21570, S. 161. Druck: Hintze, S. 489 f.

3 Hintze antwortete am 16./17. August (Nr. 161) auf das Tel. Bussches Nr. 163: »Bitte Weglassung status quo ante d.h. sonst einverstanden«. Auf Hintzes Telegr. notierte Bussche: »Dann müssen wir mit St[aatssekretär] sprechen, denn mit der Formel ohne status quo ante ist m[eines] E[rachtens] mit Wilson nichts zu machen«. (PAAA, R 21570, S. 165). Hintze telegraphierte Romberg am 19. August (Nr. 1073, Konz. Stumms) die Formel Bussches (siehe oben Edition Nr. 413) unter Auslassung des Status quo ante, stellte dem Gesandten anheim, »in diesem Sinne« mit Sulzer zu sprechen, fragte, ob Romberg diese Formulierung genügen würde und bis zu welchem Datum Sulzer Informationen erreichen könnten für den Fall, dass es doch noch gelingen sollte, »gewünschte Formel durchzusetzen«. (Ebd., S. 180 f.). Den Status quo ante wollte Toerring laut seiner Anfrage beim AA vom 23. März 1918 bei Peltzer schon ins Gespräch bringen, nachdem die Erklärungen des Reichskanzlers vom 24. Januar und 25. Februar 1918 erfolgt waren. (Siehe oben Edition Nr. 300 Anm. 4). – Hans Sulzer (1876–1959), geb. in Winterthur, 1900 Dr. jur., 1914 Vorsitzender der Geschäftsleitung der Firma Gebrüder Sulzer (Pumpen, Dampfschiffe, Dieselmotoren, Turbokompressoren), 1917–1919 A.o. Gesandter und Bevollmächtigter Minister der Schweiz in Washington zur Sicherung von Nahrungsmittel- und Rohstoffzufuhren, 1935–1951 Präsident der Schweizer Handelskammer, Vorstandsämter in mehreren Unternehmen, 1939–1941 Chef der Sektion Eisen und Maschinen im Kriegs-, Industrie- und Arbeitsamt, 1943–1944 mit seiner Firma auf der Schwarzen Liste der Alliierten. Daniel Nerlich, Sulzer, Hans, in: Historisches Lexikon der Schweiz. (27.11.2018).

414

Friedrich Wilhelm von Berg an Georg von Hertling
Großes Hauptquartier, 17. August 1918

Geheimes Zivilkabinett des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen.
Zu Rk. 18919 KJ (Kop.; BArch, R 43/2406e, f. 235)

Eurer Exzellenz beehre ich mich den Bericht des Staatsministeriums vom 15. d[ieses] M[onats] mit der Denkschrift über die Angliederung Kurlands, Livlands, Estlands und Litauens an das Deutsche Reich[1] hierneben unter Rückerbittung zur geneigten Kenntnisnahme von den Allerhöchsten Randbemerkungen Seiner Majestät des Kaisers und Königs ganz ergebenst zu übersenden.[2] Seine Majestät geruhten mir gegenüber noch zu erwähnen, daß Allerhöchstdieselben gegen eine unverbindliche Fühlungnahme mit dem Reichstage wegen der Personalunion zwischen Preußen und dem neuen Baltenstaate zwar keine weiteren Einwendungen machen wollen, aber erwarten, daß dabei die staatsrechtliche Unzuständigkeit des Reichstages scharf

1 Die auf Beschluss des Staatsministeriums vom 12. Juli 1918 verfasste Denkschrift, die Ministerpräsident Hertling am 15. Juli dem Kaiser zusandte, befürwortete die Personalunion Preußens mit den baltischen Ländern unter Mitwirkung des preußischen Landtags. Sie behandelte »die Angliederung Litauens« gesondert mit dem Bedenken, innenpolitische Gründe könnten »einen so umfassenden Machtzuwachs [Preußens] untunlich erscheinen lassen«. (BArch, R 43/2406e, f. 233). In der Sitzung vom 12. Juli wurde die »Oktroyierung eines Herrschers und einer Konvention nur als ultima ratio« gesehen, auf die eine litauische Mehrheit wohl eingehen werde, um ihr selbständiges Staatswesen zu erkaufen. (Protokolle des Preußischen Staatsministeriums, Bd. 10, S. 229). Radowitz meldete am 15. August dem Unterstaatssekretär des Staatsministeriums, Heinrichs, die Absendung der Denkschrift an das Zivilkabinett. »RK hat bei Vorlage durch Berg darauf hinweisen lassen, daß er sich mit Inhalt nicht durchweg identifizieren könne und Stellungnahme vom Standpunkt der auswärtigen Politik des Reiches vorbehalten«. (BArch, R 43/2406a, f. 185). – Adolf Heinrichs (1857–1924), geb. in Hannover, Jurastudium, Gerichtsreferendar, 1884 Regierungsassessor, 1885 Landrat von Fallingbostel, 1897 Regierungsrat beim Oberpräsidium Hannover, 1902 Geheimer Regierungsrat im preußischen Innenministerium, 1908 Regierungspräsident von Lüneburg, 1914–1919 Unterstaatssekretär im Preußischen Staatsministerium, betraut mit der Koordination der Ressorts und der Vorbereitung der Sitzungen, 1917 Wirklicher Geheimer Rat, April 1918 preußischer Bevollmächtigter beim Bundesrat, 1919 a. D., Vorsitzender der DNVP Hannover-Ost. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums, Bd. 10, S. 391, Bd. 11, S. 597.

2 Masch Kop. der Denkschrift mit den (ins Reine geschriebenen) Randbemerkungen Wilhelms II.: BArch, R 43/2406e, f. 225–233. Wilhelm II. fand die Personalunion mit Preußen richtig und kommentierte den Passus, dass die livländisch-estländische Frage sich »bis zum allgemeinen Friedensschluß verzögern« könne: »darf nicht sein! das muß vorher erledigt werden. Die Amerikaner haben da garnicht hineinzureden!« Ebd., f. 226.

betont werde.[3] Seine Majestät wollen die Rechte des Reichstages in keiner Weise verkürzen, legen aber besonderen Wert darauf, daß auch die Rechte der Krone in gleicher Weise respektiert werden.

gez. von Berg.

3 Die Denkschrift führte für die von ihr empfohlene Fühlungnahme mit dem Reichstag Argumente von Staatsrechtslehrern und besonders politische Gründe an, was Wilhelm II. zu der Randnotiz veranlasste: »wenn erst mal der Hauptausschuß da hineinquatscht wird die Sache unabsehbar! Und wächst sich umgehend zur Ingerenz in Angelegenheiten eines Bundesstaates aus, die ihm nicht zusteht«. BArch, R 43/2406e, f. 232.

415

Alexander Schaible an Max Wallraf
Brüssel, 21. August 1918

Der Verwaltungschef für Flandern. IX 7653. (masch. Kop.[1]; PAAA, R 21570, S. 226–227)

Der Architekt Eugen Probst[2], der Leiter des Oeuvre-Suisse en Belgique, einer Schweizer Hilfsaktion zum Wiederaufbau der zerstörten Teile Belgiens, hat in Zürich, seinem gegenwärtigen Wohnsitz, im Juni und Juli d[ieses] J[ahres] Unterredungen mit dem Ständerat von Montenach[3] gehabt. Über diese Unterredungen, die Herr Probst streng geheim behandelt wissen möchte, hat er mir Bericht erstattet.

Bei der ersten Unterredung wurde Herr Probst von Herrn von Montenach unter anderem ersucht, einmal bei belgischen Volksvertretern, soweit solche noch in Belgien wohnhaft und erreichbar sind, oder auch bei anderen Intellektuellen, die einiges Ansehen genössen, Erkundigungen darüber anzustellen, wie die Stimmung über die flämische Frage bei der belgischen Bevölkerung in Wahrheit beschaffen sei und was man in den maßgebenden belgischen Kreisen zu dem Versuch der Deutschen, Flandern vom übrigen Belgien zu trennen, sage. Auch würde es ihn interessieren zu wissen, ob es wirklich richtig sei, daß bei einer großen Zahl von Belgiern der Wechsel in der Regierungsform (Republik statt Monarchie) sehr willkommen sei.

Nach Meinung des Herrn Probst ist es ganz außer Zweifel, daß die an ihn gestellte Aufforderung indirekt aus Le Havre kommt. Herr von Montenach war kurz vor dieser Unterredung in Paris (wohin er sich öfters begibt) und hat dort auch allem Anschein nach eine Zusammenkunft mit Vertretern der belgischen Regierung

1 Der Staatssekretär des Innern, Wallraf, übersandte diesen ihm aus Brüssel zugegangenen Bericht »betreffend die Auffassungen feindlicher Staatsmänner in der belgischen Frage«, am 4. September 1918 dem Staatssekretär Hintze, der am 7. September davon Kenntnis nahm. PAAA, R 21570, S. 225.

2 Eugen Probst (1873–1970), geb. in Basel, dort Kaufmannslehre, 1897–1900 Architekturstudium in Zürich, Paris und Berlin, 1900 Architekt in Zürich (Bau von Villen und Landhäusern), 1927–1955 Gründer und Präsident des Schweizerischen Burgenvereins, verdient um die Restauration von Burgen, Schlössern und Bauernhäusern, im Weltkrieg Leiter des 1916–1920 tätigen Schweizer Hilfswerks (dem auch Montenach angehörte), das Spenden schweizerischer und neutraler Geldgeber zur Wiederherstellung kriegszerstörter Wohnungen in Belgien zur Verfügung stellte. Vgl. seine Schrift: Belgien. Eindrücke eines Neutralen, Zürich 1916. Van den Mooter, S. 83–85.

3 Georges de Montenach (1862–1925), geb. in Fribourg, Studium der Geisteswissenschaften in Paris, vermögend, künstlerisch und historisch interessiert, föderalistisch und patriotisch gesinnt, 1891–1909, 1911–1925 katholisch-konservatives Mitglied des Fribourger Großen Rats, 1915–1925 des Ständerats, 1884–1891 Mitarbeiter, 1918 Präsident des Studienzirkels Union de Fribourg; Mitarbeiter der Zeitschrift La Liberté, Mitgründer und Präsident katholischer Studenten-, Jugend-, Pius- und Mädchenschutzvereine. Marianne Rolle, Montenach, Georges de, in: Historisches Lexikon der Schweiz. (29.12.2018).

gehabt. Außerdem ist Montenach ein intimer Freund Carton de Wiart's[4] und steht sich auch mit Broqueville sehr gut. Über die Herrn von Montenach zu erteilende Antwort hat sich Herr Probst sodann an mich gewandt und hat anläßlich seines Aufenthalts in Brüssel am 26. Juni d[ieses] J[ahres] eine Unterredung mit dem Leiter meiner flamen-politischen Abteilung gehabt. Bei dieser Unterredung wurde er auf den Artikel der Kölnischen Zeitung vom 25. Juni verwiesen, außerdem wurde ihm als Richtschnur für eine erneute Unterredung in der Schweiz angegeben: 1) Deutschland will keine Annexionen. 2) Der Aufruf ist kein deutsches Machwerk, sondern seit langem vom Rate von Flandern geplant. Über eine erneute Zusammenkunft mit Herrn Montenach hat nun Herr Probst am 18. Juli berichtet. Die hauptsächliche Mitteilung, die Herr Probst Herrn von Montenach machen sollte, war inzwischen durch die letzten Erklärungen des Reichskanzlers über Belgien überholt worden. Diese Erklärungen wurden von Herrn von Montenach als aufrichtiger Versuch zu einer Verständigung gewürdigt, aber noch nicht als genügend erachtet. Der bedingungslose und freimütige Verzicht auf Belgien bilde eine conditio sine qua non für alle Verhandlungen. Auch dann wird es ungewöhnlich schwierig, wenn nicht unmöglich sein, dem Wunsche des Reichskanzlers »mit Belgien in enge wirtschaftliche Beziehungen« nach dem Kriege zu treten, nachzukommen. Das Land müsse im Gegenteil jedem deutschen Einfluß entzogen werden. Herr Probst hat darauf erwidert, daß die flämische Bewegung sich dauernd ausbreite und jetzt bereits so stark geworden sei, daß daß eine Weiterentwicklung nicht mehr aufgehalten werden könne. Hierauf wurde mit den üblichen Einwendungen erwidert. Die letzte Kundgebung des Rates von Flandern sei von den Kabinetten in London und Paris garnicht beachtet worden, weil sie gleich den früheren, ähnlichen Veröffentlichungen »als deutsches Machwerk« betrachtet würde. Sei Belgien einmal frei, dann werde auch dem ganzen Aktivismus der flämischen Bewegung der Garaus gemacht. Die rein nationale Angelegenheit der Flamen zu lösen, könne niemals Sache eines »fremden Volkes« sein.

Nach Ansicht des Herrn Probst scheinen die Erklärungen des Reichskanzlers über Belgien die offenbar immer matter gewordene Hoffnung wieder genährt zu haben, als ob Belgien wirklich einer politisch, militärisch und wirtschaftlich vollkommenen Unabhängigkeit entgegengehe. Dieser Gedanke sei auch bei der Besprechung der flämischen Frage mit Herrn von Montenach wiederholt zum Ausdruck gekommen. Der in Zürich anwesende belgische Minister Carton de Wiart soll deshalb auch

4 Henri (1921 Comte) Carton de Wiart (1869–1951), aus Adelsfamilie des Hennegaus, geb. in Brüssel, nach philologisch-philosophischem und Jura-Studium Rechtsanwalt, 1896–1951 Mitglied der belgischen Abgeordnetenkammer (Katholieke, dann Christelijke Partij, 1902–1911 Parteisekretär), 1906 Reise in die USA, 1934–1947 Präsident der Interparlamentarischen Union, 1911–1918, Juni–August 1950 Justizminister, 1914 Mitglied der belgischen Delegation an Wilson, Anhänger des belgischen Königshauses, 1919 Gesandter im Haag, 1920–1921 Premierminister und Innenminister, 1928–1935 Vertreter Belgiens beim Völkerbund, 1932–1934 Minister für Arbeit, soziale Vorsorge und Hygiene, 1940 Titel Staatsminister, 1949–1950 Minister ohne Portefeuille (für Wirtschaftskoordination und Wiederaufbau), schriftstellerisch tätig, 1922 Dr. h.c. (Straßburg).

»erfreut über Deutschlands beginnende Ermüdung« mit »neuem Mut und wiedererworbener Kraft« die Rückreise nach Le Havre angetreten haben.

gez. Schaible.

416

Hans Karl von Winterfeldt an Detlof von Winterfeldt
Brüssel, 21. August 1918

General-Gouvernement in Belgien. Der Chef des Stabes. (eigh. Or.[1]; BArch, R 43/2398l, f. 64)

Lieber Detlof

Ich[1] schicke Dir anliegend die Abschrift eines recht interessanten Schriftstückes, welches sich hier mit anderen zusammen in einem alten Schreibtisch gefunden hat, zur vorläufigen Kenntnis für Deinen Gebieter.

Das Original konnte ich Hintze bei seinem hiesigen Besuch zeigen und er war sehr vergnügt darüber.

Eine ebensolche Abschrift habe ich auch an Bartenwerffer[2] für Ludendorff geschickt.

Die Originale sind nun zur weiteren dienstlichen Behandlung an die Politische Abteilung gegangen und ich hoffe, daß diese sie nun vernünftig auswertet.[3] Hintze sagte jedenfalls, daß man sie ordentlich ausschlachten müsse.

Mit Stein[4], der sich hier lange aufhält, sind wir alle sehr zufrieden und haben lange und eingehende Verhandlungen gehabt. Er war jetzt 2 Tage in Gent – Brügge. *Es folgen persönliche Nachrichten.* Wie lange bleibt Ihr noch in Spa? Mir scheint, Ihr habt jetzt eine lange Schönwetterzeit genießen können.

Leb wohl, mein Alter, herzliche Grüße
von Deinem Bruder Hans.

1 Hans Karl von Winterfeldt (1862–1931), zuletzt Generalleutnant, Bruder Detlofs von Winterfeldt.

2 Paul von Bartenwerffer, Politische Abteilung beim Generalstabschef des Feldheeres.

3 Vgl. die meist privaten und Presse-Mitteilungen über die Vorgeschichte des Weltkriegs in PAAA, R 20282.

4 Hermann v. Stein.

Anlage:
Paul Guillaume an Julien Davignon, Paris, 31. Juli 1914
Légation de Belgique

Monsieur le Ministre[5]
M[onsieur] le Major Collon a eu l'occasion de causer avec l'attaché militaire bulgare qui vient de passer quinze jours dans l'Est de la France. Il a receuilli les informations suivantes:

Tous les wagons (pour le transport des hommes et des chevaux) qui étaient disponibles dans les gares de l'Est, ont été évacués sur les grandes gares de Paris et dans celles du réseau du P. L. M.[6] vers Dijon, Troyes et Fontainesbleau [!].

N[ota] B[ene]: Il est probable que, à l'heure actuelle, les trains destinés à l'embarquement des troupes sont prêts et à quai, dans toutes les garnisons du pays.

A Belfort, le 29 juillet, il n'y avait aucune apparence de mobilisation. Les permissionaires et détachés rentraient, mais aucune opération pouvant faire croire à l'imminence de la mobilisation (Contrôle et corraboration [!] de l'information contenue dans mes dépêches des 29 et 30 juillet).

Dans les gares, aux ouvrages d'art de l'Est, sur les points ou [!] il a pu le contrôler, sur place, pendant ses déplacements, ou durant son voyage de retour, l'attaché n'a remarqué aucune precaution militaire, aucune garde.

Ce serait par consequent, vraisemblablement, que, à Paris et sur ses ceintures de voies ferrées, que des precautions minutieuses ont été prises – et ce comme me le faisait remarquer ce matin, un officier de l'Etat Major general – à titre principal, contre l'ennemi de l'intérieur.

Dans les gares de Paris, les quais demeurent interdits, mais ne sont plus gardés par les sentinelles. Les postes sont maintenant à leurs effectifs.

5 Julien (1916 Vicomte) Davignon (1854–1916), geb. in Sint-Joost-ten-Node (Brüssel), Dr. jur. (Löwen), Anwalt, Sekretär des Komitees für die freien Schulen in Brüssel, soziale und karitative Tätigkeit, 1896–1898 Mitglied des Senats, 1900–1916 des belgischen Parlaments (Katholische Partei), 1907–1916 belgischer Außenminister, Einsatz vor allem für die Kongo-Politik, die Wehrpflicht und die Presse. Jacques Willequet, Davignon, Julien, in: Biographie nationale, Bd. 40, Brüssel 1977, S. 165–167. – Der Entente zugewandter A.o. Gesandter und Bevollmächtigter Minister in Paris war Paul Baron Guillaume (1852–1918). Sein Sohn Jules (1892–1962), als Diplomat bekannter als der Vater, wurde im Oktober 1914 Attaché an der belgischen Gesandtschaft in Paris.

6 Paris-Lyon-Méditerranée: größte, von 1857 bis 1938 bestehende, den Südosten Frankreichs einbeziehende Privatbahn: Compagnie des chemins de fer de Paris à Lyon et à la Méditerranée, mit Schienenwegen nach Italien und in die Schweiz.

Le Chef du 2[i]è[me] Bureau de l'Etat major de l'armée a affirmé au Major Collon que, l'Angleterre avait donné à la France l'assurance formelle qu'elle la soutiendrait entièrement, et par les armes, dans le conflit actuel, si l'Allemagne intervenait militairement.[7]

Je suis, Monsieur le Ministre, avec un profond respect

Votre très humble serviteur
gez. Guillaume

7 Letzter Absatz am Rand angestrichen.

417

Georg von Hertling an Carl Muth
Großes Hauptquartier, 22. August 1918

Der Reichskanzler (eigh. Or.; BSB, Ana 390 II A)

Sehr geehrter Herr Professor!

Verzeihen Sie, daß ich erst heute dazu komme, Ihnen für Ihren Brief vom 5. d[ieses] zu danken. Ich habe mit großem Interesse von dem Inhalte Kenntnis genommen und insbesondere auch viele von den Winken und Anregungen des Herrn Dr. Scheler sehr beachtenswert gefunden. Wir haben inzwischen eine Propaganda vorbereitet, welche die Zuversicht im Innern heben und die der Feinde, wenn möglich, herunterdrücken soll. Die Rede Solf's[1], welche jetzt durch die Presse geht, bezeichnet einen wohl gelungenen Anfang, andere werden folgen.

Was die persönlichen Wünsche Schelers betrifft, wovon Sie in dem beigelegten älteren Schreiben[2] berichten, so hoffe ich sehr, daß sie sich verwirklichen lassen. Ich werde die erste Gelegenheit benutzen, um mit dem Herrn Kultusminister darüber zu sprechen.[3] Heute über acht Tage denke ich wieder in Berlin zu sein.

Daß die Stimmung in der Heimat zur Zeit eine so sehr schlechte ist, ist höchst bedauerlich. Die lange Dauer des schrecklichen Krieges, die Ernährungsschwierigkeiten

1 Gemeint die Rede Solfs am 20. August 1918. Hier wies der Staatssekretär des Kolonialamts den im englischen Unterhaus erhobenen Vorwurf zurück, »das intellektuelle Deutschland sei von einer unmoralischen Gewaltlehre beherrscht«, ging auf die Kolonien und den als »Rahmen« gedachten Frieden von Brest-Litowsk ein, den Deutschland zum Schutz der befreiten Völker, »nicht zu einer gewaltsamen Annexion mißbrauchen« wolle. Allgemein gehört worden sei die Juli-Erklärung Hertlings, »daß wir nicht beabsichtigen, Belgien in irgendeiner Form zu behalten. Belgien solle nach dem Kriege als selbständiges Staatswesen, keinem als Vasall unterworfen, wiedererstehen«. (Schulthess 59, NF 34 [1918/I], S. 254–259, 255 f., auch in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 425 v. 21. August 1918). Tags zuvor erbat Hintze Ludendorffs Stellungnahme zu Solfs Anfrage bei ihm, wie es aufgenommen werde, wenn dieser in seiner öffentlichen Rede sage, »wir wären zur Restituirung Belgiens bereit«, nachdem der Erste Generalquartiermeister Ende Juni stillschweigend dem Antrag Haeftens zugestimmt habe, »propagandistisch die Idee zu verbreiten«. Tel. Hintze an Berckheim, 19. August 1918. PAAA, R 21570, S. 182.

2 Liegt nicht bei.

3 Gemeint ist der preußische Kultusminister Friedrich Schmidt. Hertling kannte ihn seit 1895 aus den Verhandlungen über die Abgrenzung der Arbeitsgebiete zwischen dem Römischen Institut der Görres-Gesellschaft dem Preußischen Historischen Institut in Rom. In seinem elfseitigen, an Hertling gerichteten Antrag auf Umhabilitation von Jena nach München hatte Scheler als bevorzugte Arbeitsgebiete Erkenntnistheorie, Metaphysik, Ethik und »Geschichte der Wissenschaften, besonders der Naturwissenschaften« im Zusammenhang mit der »Geschichte der theoretischen Philosophie« angegeben, Kants vor-empirische Anschauungsformen akzeptiert, aber als »Theist und Realist« gegen Kant den engen Zusammenhang der Ethik mit religiösen Grundlagen bekräftigt. Scheler an Hertling, Berlin 27. April 1906. AGG, Nr. 7. Vgl. Schelers Hauptwerk: Der Formalismus in der Ethik und die materiale Wertethik, 1916.

u.s.w. erklären zwar vieles, aber man muß doch immer wieder darauf hinweisen, daß wir zu einem ehrenvollen Ende kommen werden, wenn wir fest und einheitlich zusammenstehen. Der Fehlschlag unserer letzten Offensive muß als einer der stets zu erwartenden Wechselfälle im Kriege angesehen werden, dafür sind die Feinde ja aber auch nicht an das von ihnen verfolgte Ziel gelangt, und daß sie sich jetzt in wiederholten Massenangriffen blutige Köpfe holen, kann uns nur recht sein.[4] Sorgen Sie also nur auch Ihrerseits, wo und wie Sie können, daß keine Mutlosigkeit aufkommt.

In bekannter Gesinnung und mit freundlichen Grüßen
Ihre ergebener
Hertling

4 Am 8. August 1918, dem » schwarzen Tag« der deutschen Armee, führte die Offensive zunächst der Engländer »zwischen ancre und avre« zum Einbruch in die deutschen Stellungen, danach griffen die Franzosen zwischen Oise und Aisne an. Vgl. Berckheim an Hintze, GHQ 22. August 1918: »gewaltiges ringen an der ancre und somme«, und die Meldungen v. 8., 10., 11., 16., 19., 20., 22., 29. August über heftige Angriffe von Franzosen, Amerikanern und Engländern sowie erfolgreiche Abwehrkämpfe. BArch, R 43/2471l, f. 15–59, 40.

418

Ulrich von Schwerin an Georg von Hertling
Dresden, 23. August 1918

Nr. 59. 1 Anlage. (masch. Kop.[1]; PAAA, R 21424, S. 153–154)

Euerer Exzellenz beehre ich[2] mich beiliegend im Ausschnitt aus der Sächsischen Staatszeitung den Wortlaut der Rede zu übersenden, welche Staatsminister Graf Vitztum von Eckstädt gestern bei der Eröffnung der Faserstoff-Ausstellung in Leipzig gehalten hat. Bei der grossen Wichtigkeit, welche der Textilindustrie gerade im Königreiche Sachsen zukommt, erscheint besonders bemerkenswert die Stelle, in welcher der Minister sagt, je weniger England gesonnen sei, sein Kriegsziel, d. h. die Monopolisierung des gesamten Welthandels an Wolle und Baumwolle, aufzugeben, um so weniger sei zur Zeit an den Frieden der Verständigung zu denken. Nichts sei verblendeter als der Gedanke, dass wir durch einen raschen Frieden die Zustände vor dem Kriege wieder herbeiführen könnten. Wir müssten weiter kämpfen bis wir England zwängen, uns zum freien Verkehr auf dem Weltmarkte zuzulassen und uns den Anteil der Rohstoffe [zu] liefern, den wir brauchten.

gez. Schwerin.

1 pr. 25. August 1918 a.m., Paraphe Haniels, Anlage fehlt.

2 Ulrich Graf von Schwerin (1864–1930), geb. in Göhren (Mecklenburg), Jurastudium, Einjährig Freiwilliger (später Reserveoffizier), 1887 im preußischen Justizdienst, 1893 Eintritt in den Auswärtigen Dienst, nach Auslandsstationen 1914 preußischer Gesandter in Dresden, 1919 a.D.

419

Hans Veit von Toerring an Fernand de Peltzer
Bern, 23. August 1918

(masch. Kop.[1]; PAAA, R 21570, S. 212–215; Druck: Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 310–311)

1 Beilage zu dem Bericht Toerrings an Hintze, Bern 27. August 1918 (PAAA, R 21570, S. 208–211, nicht fehlerfrei gedruckt bei Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 308 f.): Er habe Peltzer am 24. und 26. August die Bedingungen der deutschen Regierung gemäß den mündlichen und telegraphisch übermittelten Weisungen Hintzes eröffnet und diesem, »um Missverständnissen vorzubeugen«, den Inhalt seiner Erklärungen in Briefform übergeben. »Der Gesandte zeigte sich sichtlich erfreut über die von Deutschland gemachten Konzessionen, die sich in der Hauptsache mit den bisher von der Belgischen Regierung bekanntgegebenen Wünschen decken«. Auf den Begriff Faustpfand habe er, dem Einspruch Peltzers folgend, verzichtet und danke Hintze für die Zustimmung zu dieser veränderten Formulierung. Die Dinge lägen so, wie auch von Peltzer wiederholt betont wurde, »dass Deutschland Belgien nur in dem Fall als Faustpfand zu benützen gezwungen wäre, wenn die mit Belgien zu vereinbarenden Abmachungen sofort und nicht erst nach Friedensschluss in Geltung kämen. Nach Lage der Sache steht es uns aber frei den Friedenschluss und damit zusammenhängend die Freigabe Belgiens solange hinauszuschieben, bis die Forderungen, die wir an die Ententestaaten stellen zu müssen glauben, erfüllt sein werden«. Die von Peltzer geforderte Stellungnahme zur flämischen Frage habe er, um keine Zeit zu verlieren, im Sinne der sogleich von Hintze erbetenen, ihm aber »leider etwas verstümmelt« zugegangenen Note abgegeben und hoffe, dass seine mündlichen Ergänzungen zu seiner schriftlich dazu abgegebenen Erklärung die Absichten Hintzes wiedergegeben hätten. Die Entschädigungsfrage hätten Peltzer und er nicht berührt, sie werde aber von der belgischen Regierung aufgeworfen werden. Der Bericht Peltzers gehe heute mit Spezialkurier nach Le Havre, über ihn würden auch die Ententeregierungen informiert. Peltzer hoffe auf Antwort in 10 bis 14 Tagen. »Eine öffentliche Bekanntgabe unserer Vorschläge vor diesem Termin dürfte nicht angezeigt erscheinen« (Randvermerk Hintzes: »Überhaupt nie«). Er habe Peltzer gebeten, die belgische Regierung zu fragen, ob diese vielleicht wünsche, von der Einigung in den »Grundprinzipien« ausgehend, »Detailberatungen« aufzunehmen, das Ergebnis der Besprechungen zwischen ihm und Peltzer in einer gegenseitig auszutauschenden Note festzulegen (Randvermerk Hintzes: »Voreilig«), und, wie er schon früher bei Peltzer angefragt habe, eventuell ohne Zuziehung der anderen Ententemächte mit Deutschland zu verhandeln. Offenbar sehe Le Havre »der Abgabe unserer Erklärungen mit grösstem Interesse entgegen«, denn man habe von dort Peltzers noch nicht eingetroffenen »Detailbericht« angemahnt. »Ich glaubte im übrigen de Peltzer darauf hinweisen zu müssen, dass die Belgische Regierung volle Ursache habe alles zu tun, um die Anbahnung von Friedensverhandlungen zu fördern, da Belgien, falls der Krieg sich staffelförmig durch dieses Land bewegen würde, dem Untergang geweiht wäre. Dies schien er zu verstehen«. Er reise morgen nach München zurück und stehe Hintze zur Rücksprache zur Verfügung. Einen Tag nach Erhalt von Toerrings Brief telegraphierte Hintze dem preußischen Gesandten Treutler in München, er möge Toerring mitteilen, »sich nicht mit einer Reise nach Berlin zu bemühen«, dass auch »eine Veröffentlichung der durch den Grafen an Herrn Peltzer übermittelten Gedanken über eine Verständigung mit Belgien unter keinen Umständen stattfinden dürfe, ich würde ferner bitten, dass Gr[af] Toerring sich an die Vereinbarungen hält und nicht darüber hinausgeht was er getan hat. Mit Rücksicht auf den von ihm bekundeten guten Willen würde ich dankbar sein wenn E. E. dabei die verbindlichste Form wählen wollten«. (Tel. Nr. 73, Konz. eigh. von Stumm, eigh. ergänzt von Hintze, Berlin 1. September 1918. PAAA, R 21570, S. 216; Druck: Hintze, S. 552). Auf Toerrings Or.-Schreiben vom 27. August brachte Hintze (31/8) lange Vermerke mit Rot- und Blaustift an, wonach Toerring über seine Weisung hinausgegangen sei und in Bern »keine Vorschläge sondern Meinungen« vorgebracht habe. (PAAA, R 21570, S. 208). Siehe unten die Telegramme Rombergs v. 24. u. Hintzes v. 25. August.

Streng vertraulich!
Euerer Exzellenz

beehre ich mich mitzuteilen, dass ich die mir gütigst unter dem 30. Juni und 10. August des Jahres übergebenen Erklärungen der Königlich Belgischen Regierung[2] dem Herrn Reichskanzler Grafen von Hertling übermittelt habe. Ich habe unterdessen wiederholt mit den massgebenden Stellen insbesondere mit dem Herrn Reichskanzler und dem Herrn Staatssekretär von Hintze über die belgische Frage konferiert und bin in der Lage Ihnen heute das Resultat dieser Besprechungen zur gefälligen Kenntnisnahme behufs Weitergabe an die Königlich Belgische Regierung zu unterbreiten.

Deutschland achtet und würdigt das von der belgischen Regierung vor Beginn des Krieges und während der Dauer desselben bei mehrfacher Gelegenheit zum Ausdruck gebrachte Prinzip die Souveränität des belgischen Landes zu schützen und aufrecht zu erhalten.

Deutschland beabsichtigt nicht Belgien irgendwelche Vorschläge und Auflagen zu machen, welche die Ehre der belgischen Nation wie auch der in zahlreichen Kämpfen erprobten belgischen Armee zu verletzen geeignet wären.

Die Deutsche Regierung hat zu wiederholten Malen erklärt sie sei bereit die volle Selbständigkeit Belgiens wiederherzustellen. Da diese Kundgebungen von gegnerischer Seite als nicht erschöpfend bezeichnet werden, fühlt sie sich verpflichtet, dieselben in nachfolgender Weise zu ergänzen und zu erweitern:

Deutschland wird nach Abschluss des Krieges Belgien in seinem bisherigen Umfang wiederherstellen. Es erhebt keinen Anspruch auf belgische Gebietsteile sei es auf dem europäischen Festland, oder in Bezug auf die in Afrika gelegenen belgischen Kolonien.

Belgien wird seine vollständige politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zurückerhalten.

Deutschland ist damit einverstanden, wenn Belgien in seine frühere Stellung als neutrale Macht zurückkehrt. Es überlässt im übrigen der Belgischen Regierung die freie Entscheidung ob die internationalen Beziehungen Belgiens künftighin auf die alten Grundlagen gestellt werden sollen, oder ob Belgien sich völlige Bewegungsfreiheit sichern will. Der Wunsch Deutschlands geht dahin, dass eine Regelung gefunden werden möge, die es gestattet die vor dem Krieg zwischen Belgien und Deutschland

2 Der ablehnenden Erklärung vom 30. Juni (Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 234) war die am 10. August 1918 Toerring behändigte Erklärung der belgischen Regierung gefolgt. Darin war ausgeführt, der Reichskanzler habe eine für Belgien, die Allierten und Neutralen inakzeptable Theorie hinsichtlich Belgiens entwickelt. »La théorie du gage et des guaranties est en opposition complète avec le programme de la Belgique telle qu'il a été défini dans la réponse belge au Pape«. Solange diese Theorie beibehalten werde, könne Belgien nichts tun. PAAA, R 21570, S. 157; Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 283.

bestandenen freundschaftlichen Beziehungen wieder herzustellen und wenn möglich mit der Zeit zu befestigen und zu vertiefen.

In wirtschaftlicher Beziehung beabsichtigt Deutschland Belgien keine dieses Land schädigenden Auflagen zu machen. Auch auf diesem Gebiet soll Belgien völlige Handelsfreiheit gewahrt bleiben. Da ein nach Umfluss des Krieges einsetzender Wirtschaftskrieg weder im Interesse Belgiens noch Deutschlands liegen dürfte, schlägt die Deutsche Regierung vor, es solle der vor dem Kriege zwischen Belgien und Deutschland geltende Handelsvertrag auf die Dauer mehrerer Jahre nach dem Krieg aufrecht erhalten bleiben. Sollte Belgien Wünsche in Hinsicht auf die Abänderung dieses Vertrages vorzubringen haben, so ist die Deutsche Regierung gern bereit diesbezügliche Vorschläge in wohlwollendster Weise zu prüfen.

Da das kürzlich vom Deutschen Reichskanzler gelegentlich der Beratungen im Hauptausschuss des deutschen Reichstages gebrauchte Wort »Faustpfand« im Ausland eine falsche Deutung erfahren hat, erscheint es angezeigt um weiteren Missverständnissen vorzubeugen dasselbe genauer zu erläutern:

die Deutsche Regierung fordert gegenüber Belgien, d. h. in Hinsicht auf belgische Fragen kein Faustpfand. Sie begnügt sich mit der Erklärung, dass Belgien sich verpflichtet sich bei den Ententestaaten für die Wiederherausgabe des deutschen Kolonialbesitzes einzusetzen; eine zweckentsprechende Arrondierung kommt dieser Forderung gleich.[3]

3 Die Ausgangslage dieser Verhandlung mit Peltzer im Vergleich mit diesem am 27. August Hintze geschilderten Verhandlungsstand geht aus dem Or.-Schreiben Toerrings an Hintze aus München v. 17. August (pr. 20. August) hervor. Der Graf gab den von Hertling am 11.–12. Juli geforderten politischen und wirtschaftlichen Sicherheiten die Auslegung als einer Rückkehr zum früheren Neutralitätsstatus und zu einer »freundlichen Handelspolitik«, so der Fortgeltung der früher mit Deutschland abgeschlossenen Handelsverträge bis fünf Jahre nach Ende des Krieges. Eine Absage der belgischen Regierung werde man sich einhandeln, falls ein Faustpfand verlangt werde »zur Sicherung verschiedener, der Entente gegenüber geltend zu machenden Forderungen«. Toerring warnte Hintze, dem Faustpfand-Begriff diese »schärfste Auslegung« zu geben. Er bat wegen bevorstehender Abreise in die Schweiz um möglichst raschen Bescheid an ihn, Treutler oder bei Verzögerung nach Bern sowie wenigstens »andeutungsweise« um Mitteilung über eine Wiedergutmachung an Belgien, da Hintze ihm in den geführten Gesprächen schon darin zugestimmt habe, »dass, je erschöpfender unsere Vorschläge sein werden, umso grösser der Erfolg insbesondere gegenüber England und Amerika sich gestalten wird«. (PAAA, R 21570, S. 183 f.). Hintze telegraphierte erst am 21. August 1918 an Treutler (nicht etwa an Toerring über die Berner Gesandtschaft) zurück: »›Faustpfand‹ solle lediglich heißen, dass Belgien seine Verbündeten dazu bringen müsse, unsere Kolonien herauszugeben; Belgien gegenüber hätten wir kein Faustpfand nötig«. (Ebd., S. 185 f.). Toerring gab dem »Faustpfand« in seiner Offerte an Peltzer die obige weiche Formulierung. Toerrings Vorschlag, Belgien auf wirtschaftlichem Gebiet die Weitergeltung früherer Handelsverträge und eine freundliche Handelspolitik nach dem Krieg anzubieten, reduzierte Hintze auf die Instruktion, dass die Erneuerung des Handelsvertrags von 1904 für uns »unter Umständen« wünschenswert sei. Die Entschädigung Belgiens solle Toerring nicht von sich aus ansprechen, nötigenfalls aber sagen, er habe den Eindruck gewonnen, dass dies diskutabel sei. Ein früheres Schreiben Toerrings vom 3. August hatte Hintze mit Verzögerung am 9. August per Telegr. an Treutler beantwortet, in dem er angab, eine »lose Anlehnung an Deutschland« statt der Rückkehr zur Neutralität sei »die beste und sicherste Grundlage« für Belgiens Unabhängigkeit. Ebd., S. 154.

Euere Exzellenz haben in unseren kürzlichen Besprechungen auch die vlamische Frage berührt. Nach Informationen, die ich mir unterdessen geholt habe, dürfte es in den Wünschen der Deutschen Regierung liegen, dass Belgien nach Beendigung des Krieges die vlamische Frage in einer den Wünschen der interessierten Kreise entsprechenden Form ihrer Lösung entgegen führt, wie auch dass denjenigen Anhängern der vlamischen Bewegung die sich nach Ansicht der Belgischen Regierung durch ihr Verhalten zur vorgängigen Frage kompromitiert haben sollten, Amnestie gewährt wird. Eine solche Forderung steht nicht in Widerspruch mit der Erklärung nach welcher Belgien volle politische Freiheit garantiert wird.

Ich glaube damit die Absichten der Deutschen Regierung erschöpfend zur Darstellung gebracht zu haben und spreche die Hoffnung aus, dass durch die nunmehr in nicht misszuverstehender Weise kundgegebene Stellungnahme der Deutschen Regierung zur belgischen Frage den Wünschen der Belgischen Regierung wie auch des belgischen Volkes in weitgehendstem Masse entgegengekommen wurde.

Mit der Versicherung meiner besonderen Wertschätzung habe ich die Ehre zu sein

Euerer Exzellenz
ergebenster
(gez) Graf Törring.

420

Gisbert von Romberg an Auswärtiges Amt
Bern, 24. August 1918

Nr. 1307 v. 23.8. (entziffertes Tel.; PAAA, R 21570, S. 195–196)

Ganz geheim, eilt sehr. Persönlich für Herrn Staatssekretär.

Vertrauensmann …x)[1] teilte mir mit, daß nach seiner Feststellung in Havre Belgische Regierung Eingehen auf Verhandlungen kategorisch ablehnt, solange wir den Anspruch erheben, in irgend einer Form Belgien als Faustpfand für die Durchsetzung unserer Forderung zu verwerten. Hiernach ist Ablehnung Vorschlags des Grafen Törring sicher. Schlage im Einvernehmen mit Graf Törring vor, den Belgiern zu sagen, für uns sei Vorbedingung für den Frieden Zusicherung der Rückgabe der Kolonien.[2] Sache der Belgier sei es, diese Forderung bei ihren Bundesgenossen durchzusetzen. Damit könne das ominöse Wort Faustpfand, das auf Belgier wie rotes Tuch wirkt, vermieden werden. In der Sache kommt unsere Formel unseres Erachtens auf dasselbe heraus.

Erbitte möglichst umgehenden Bescheid,[3] da entscheidende Aussprache nicht mehr verzögert werden kann.

Romberg.

1 x) Gruppe verstümmelt.

2 Toerring hatte indes das Faustpfand ganz zurückhaltend in dem Sinne interpretiert, dass Deutschland ernst und verantwortungsbewusst erstrebte Verhandlungen mit Belgien nicht durch Bedingungen belasten wolle.

3 Handschr. Notiz W. Stumms auf dem Tel. Nr. 1307, das um 3.15 Nm. in Berlin einging, »Einverstanden. St.S.« Die entsprechende Antwort (Nr. 1104) ging am 25. August um 12.45 mit Fernschreiber nach Bern.

421

Gisbert von Romberg an Auswärtiges Amt
Bern, 24. August 1918

Nr. 1313 v. 24.8. (entziffertes Tel.; PAAA, R 21570, S. 197–198)

Im Anschluß an Telegramm Nr. 1307, vom 23.8.
Ganz geheim! Eilt! Persönlich für Herrn Staatssekretär.

Bei gestriger Besprechung des Graf Törring fragte Gesandter P[eltzer], wie unser Verhalten in flämischer Frage und neuerdings den Flamen gegebene Zusicherungen vereinbar seien mit Zugeständnis völliger politischer Unabhängigkeit. Graf Törring vorschlägt, von der belgischen Regierung eine Zusicherung zu verlangen, wonach sie nach Kriegsende die flämische Frage den Wünschen der Bevölkerung entsprechend ihrer Lösung entgegenführen und den Führern der Flamenbewegung Amnestie gewähren wird.

Graf T[oerring] sieht voraus, daß schärfere Fassung abgelehnt wird. Gesandter P[eltzer] schlägt anstelle Faustpfandformel unverbindlich folgende Fassung vor:

Belgien würde sich seinerseits verpflichten, sich bei den anderen Ententestaaten für Wiederherausgabe des deutschen Kolonialbesitzes einzusetzen.

Bescheid müßte bis Montag nachmittag hier sein, da Kurier nach Hâvre Dienstag früh abgeht.

Romberg.

422

Max von Baden an Rupprecht von Bayern
Salem, 24. August 1918

(eigh. Or.; BayHStA GHA, Nl Kronprinz Rupprecht, 650)

Mein lieber Rupprecht,

Dein tief ernster Brief hat mich natürlich stark beeindruckt. Er wurde ergänzt durch eine Begegnung, die ich mit Eurem Minister Präsidenten Herrn v. Dandl in Karlsruhe zufälliger Weise hatte.

Die Besprechung drehte sich um die Frage, was die Reichsleitung zu thun habe angesichts der Neuen Lage. Die politisch diplomatische Offensive wurde als etwas durchaus nothwendiges hingestellt. St[aats] Sekretär Solfs und meine, bescheidenen Ausführungen bei unserer Verfassungsfeier[1], die beide eine gute Inlandspresse bekommen haben, wurden als auf richtigem Weg befindlich bezeichnet. Ein Friedensangebot heute erschien uns unmöglich,[2] weil es ein zu eklatantes Zugeständnis unserer Schwäche bedeuten würde und die bully[3]–Instinkte der Anglo-Amerikaner zu wecken und zu stärken geeignet wäre.

Wir haben doch noch Trümpfe in der Hand. In England, so sagt mir die Stelle, die dies Land und seine Presse bearbeitet,[4] ist die Stimmung doch recht unruhig, man hat es dort mit starken revolutionären Instinkten zu thun, und die Angst vor Amerikas erdrückendem Aufstieg wächst bei den ernst und klar Denkenden.

---

1 Reden Solfs am 20. August und des Präsidenten der Ersten Kammer Badens, des Prinzen Max, bei der Feier der badischen Verfassung am 22. August 1918 in Karlsruhe. Prinz Max lobte Badens Verfassung als Alternative zu den Ideen der Französischen Revolution, und das großherzogliche Haus als deren Hüter. Er verurteilte die »despotischen Gewohnheiten« der »westlichen Demokratien«, wie »Mobherrschaft, Lynchjustiz, Boykott Andersdenkender, Pogroms gegen Fremde« und pries die Überwindung der stammesbedingten und religiösen Gegensätze in Deutschland als »eine geistige Vorbereitung für eine Zusammenarbeit der Völker«. Er hoffte auf den Tag, »an dem die kämpfenden, hassenden und voneinander so Namenloses leidenden Völker sich zu jener großen Menschheitsgemeinschaft zusammenfinden, die noch nie gegeben war, die aber aufgegeben ist von dem religiösen Gewissen aller Völker und uns Deutschen noch besonders von unserem größten Denker, Immanuel Kant«. Schulthess 59, NF 34 (1918/I), S. 261–264.

2 Bei den deutsch-österreichischen Beratungen in Spa am 14.–15. August 1918 vertrat die deutsche Seite die Auffassung, über eine neutrale Vermittlung Friedensverhandlungen zu einem späteren, aber baldigen Zeitpunkt anzubahnen, wenn die militärische Lage geklärt, eine neue Defensivlinie bezogen und ein etwaiger militärischer Rückschlag beim Gegner eingetreten sein würde. Österreich-Ungarn erließ einen Monat später im Alleingang seinen Friedensappell an die kriegführenden Nationen.

3 Brutal; die Rechte des Stärkeren ausspielend. Vgl. die Äußerung (»British bull-dog«) Horace Rumbolds, des britischen Gesandten in Bern, vom 10. Oktober 1918. Gilbert, S. 175.

4 Heydt in Den Haag.

Eine Reihe v[on] Herren sind bereit und wären dankbar einzeln od[er] zusammen zu Dir zu kommen und Dir ihre Ansicht über die Lage und den Ausgang aus ihr darzulegen, diese sind Max Warburg[5] der Hamburger Bankier, ein mir sehr sympathischer Mensch, Jude, aber aufrichtiger Patriot, ein Kenner Englands und des westlichen Auslands überhaupt. Ferner der Reichstags Abg[eordnete] Hammann[6], ein Kenner unseres Volkes, Idealist aber doch sehr klarsehend und ein großer Redner. Endlich Prof. Delbrück[7] (Preuß[ische] Jahrbücher) sehr scharfdenkend und mit den Interna der ausw[ärtigen] Politik sehr vertraut. Alle drei unbedingt zuverlässig und integer, alle drei in unserer Richtung seit langer Zeit und deshalb dem Ausland gegenüber nicht kompromittirt. Warburg setze ich dabei qualitativ an erste Stelle, im Fall Du nur ihn sehen willst.

Sie werden Dir alle drei etwas sagen, was mir zu sagen schwer fällt, daß sie mich als den Mann ansehen, der allein imstand ist die Lage zu unseren Gunsten zu wenden. Sie werden an Dich die Bitte richten meine Kanzler-Kandidatur zu unterstützen und möglichst bald herbei zu führen. Du bist vielleicht so gut mir mitzutheilen ob und wen Du empfangen willst.

Heute bin ich ihrer Meinung. Ich sag's weil ich dabei nur Opfer bringe, die ich vor der Offensive nicht zu bringen gezwungen gewesen wäre, denn damals handelte es sich um Sieg, heute um Rettung. Ich zweifle nicht mehr daran, daß ich das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit auf meiner Seite haben werde. Die besten Kräfte des Geistes und des Charakters stehen jetzt schon hinter mir. Mit der Obersten Heeresleitung werde ich gut auskommen, dafür bürgt mir mein gutes Verhältniß zu Ludendorff, der mir gewogen ist, wie ich ihm.- Nach dem Ausland

5 Max Moritz Warburg (1867–1946), geb. in Hamburg, Banklehre im In- und Ausland, 1893 Teilhaber bei Warburg & Co., 1902 Vorstandsmitglied des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiersgewerbes in Berlin, 1904–1919 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1903–1933 der Hamburger Handelskammer, Berater und »Kaiserjude« Wilhelms II., 1919 Finanzsachverständiger der deutschen Friedensdelegation in Versailles, 1933–1938 Vorsitzender des Hilfsvereins der deutschen Juden, ab 1938 Exil in New York. Frank Bajohr, Warburg, Max M. www.dasjuedischehamburg.de/inhalt/warburg-max-m (3.4.2018).

6 Das Biorab Kaiserreich verzeichnet keinen Abgeordneten dieses Namens; vielleicht gemeint Otto Hammann (1852–1928), geb. in Blankenhain, 1874 Dr. jur., Justizdienst, 1875 Einjährig Freiwilliger (Leutnant d. R.), 1877–1893 Zeitungskorrespondent, 1885 im Literarischen Büro des preußischen Ministeriums des Innern, 1893 ins AA einberufen, Abteilung I A (Politik), Pressesachen, 1897 Geheimer Legationsrat, seit 1902 in einen Sexskandal verwickelt, 1915 Direktor der Abteilung IV (Nachrichten), 1916 Wirklicher Geheimer Rat, 1917 a.D., verfasste Erinnerungen sowie zeitgeschichtliche und politische Schriften; nicht erwähnt bei M. v. Baden, Erinnerungen, und bei Machtan, Prinz Max.

7 Hans Delbrück (1848–1929), geb. in Bergen auf Rügen, 1873 Dr. phil. (Bonn), 1881 Habilitation für Geschichte (Berlin), 1882–1885 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, 1884–1890 des Reichstags (Freikonservativer), 1883 Mitherausgeber, 1889–1919 Herausgeber der Preußischen Jahrbücher, 1885 a.o. Professor in Berlin, 1895–1921 o. Professor für Allgemeine und Welt-Geschichte; Wegbereiter der Militärgeschichte; Anhänger einer liberal-fortschrittlichen statt konservativ-nationalliberalen konstitutionellen Monarchie, beteiligt an der historischen Aufarbeitung der amtlichen Weltkriegspolitik.

werde ich zu wirken im stand sein. Allein meine Ernennung bedeutet in den Augen Englands die Niederlage des »Preuß[ischen] Militarismus«, die jetzige Reichsleitung kann die politische Offensive, wie ich sie allein für aussichtsvoll halte, nicht machen, denn bei ihr würde eine solche als Schwäche erscheinen, bei mir nur als konsequente Durchführung meiner schon bekannten Weltanschauung. Die R[eichs] Leitung hat zu oft Zweideutiges und sogar sich Widersprechendes vorgebracht, um noch genügend Kredit im Ausland zu genießen. Ich wünschte es wäre anders und meine Rolle könnte sich auf's Reden beschränken. Ich fürchte aber, daß diese Zeit verpaßt ist. In etwa drei Wochen wird ein Brief von mir veröffentlicht werden, der meine Karlsruher Rede erweitert und ein starkes J'accuse enthalten soll. Er soll die Völkerbundsidee der Entente bekämpfen und einen solchen [!] ohne Freiheit der Meere als ein Unding hin stellen.

Eben erhalte ich Dein Telegramm. Ich bin froh, daß meine Ausführungen Dir zusagen.

Deine Verlobung mit der entzückenden Toni Luxemburg[8] erfreut uns außerordentlich. Ich kenne keine reizenderen Prinzessinnen als sie und ihre Schwestern, und habe ihnen immer nur die besten Männer gewünscht. Nun ist es bei der einen wahr geworden.

Hoffentlich erholst Du Dich bald von den schweren Zeiten an der Front in dem neuen Glück, das Du gefunden hast, und das Dir beständig bleiben möge.

So darf ich diesen Brief mit meinen wärmsten Wünschen schließen,
mit denen ich bleibe Dein
treuer Vetter
Max

8 Am 25. August 1918 verlobte sich Kronprinz Rupprecht mit Prinzessin Antonia (Toni) von Luxemburg (1899–1954), Tochter des Großherzogs Wilhelm IV. von Luxemburg. Die kirchliche Trauung in Lenggries am 7. April 1921 vollzog der Nuntius in München, Pacelli. Sendtner, S. 456.

423

Georg von Hertling an Stephan Ehses
Großes Hauptquartier, 24. August 1918

Der Reichskanzler. (eigh. Or.; AGG, Nr. 5,3)

Lieber verehrter Herr Prälat!

Wenn ich die Angaben Ihres werten Briefes vom 25. v[origen] M[onats] richtig verstanden habe, so dürfen meine Gedanken Sie jetzt in München suchen, und ich hoffe, daß diese meine Zeilen trotz der nicht ganz vollständigen Adresse richtig in Ihre Hände kommen werden. Daß es Ihnen ebenso wie Freund Müller in unserer schönen Voralpen-Gegend gut gefallen hat, war mir eine Freude zu hören. Wir unsrerseits sind auch mit unserm hiesigen Aufenthalte, der sich jetzt rasch dem Ende zuneigt, ganz zufrieden gewesen. Die Lage ist erheblich höher und daher auch die Luft viel besser als in Berlin, die Gegend nicht großartig aber lieblich und abwechslungsreich. Wir haben sie mit Hülfe eines uns zur Verfügung gestellten Auto's nach allen Richtungen hin durchstreift und dabei auch dem höchst merkwürdigen Städtchen Montjoi[1] einen Besuch gemacht.

Nach Würzburg kann ich zu meiner großen Betrübnis nicht kommen. Abgesehen von den Rücksichten, die ich nun doch einmal auf meine Stellung nehmen muß, werde ich gerade in den nächsten Wochen geschäftlich schwer abkommen können. Meine Stellung zu den Beratungsgegenständen habe ich gestern brieflich an Freund Grauert mitgeteilt.

Die Denkschrift von Prof. Engerth [!] über die Notlage der Christen im türkischen Orient hat ihren Weg gemacht[2] und ist via Rom mit einem Schreiben des Card[inal] Staatssekretärs in Berlin eingetroffen, auch bereits durch das Ausw[ärtige] Amt beantwortet worden. Die Zustände sind entsetzlich, aber Abhülfe schwer bei den weiten Entfernungen und schlechten Verbindungen einerseits, dem Rassengegensatz und bösen Willen der Türken andrerseits. Was auf dem Wege diplomatischen Druckes möglich, ist geschehen und wird weiter versucht werden.

Mit den besten Grüßen von mir und den Meinen bin ich
in herzlicher Verehrung, wie immer
Euer Hochwürden ganz ergebener
Hertling

---

1 Montjoie an der Rur (Eifel) wurde durch kaiserlichen Erlass vom 9. August 1918 in Monschau umbenannt, Burg aus dem 13. Jahrhundert, malerische Fachwerkhäuser, Stadtrecht seit 1353; im 17. Jahrhundert Zufluchtsort protestantischer Tuchmacher, die eine florierende Textilindustrie aufbauten.

2 Siehe oben Nr. 310.

424

Friedrich von Payer an Alwine Payer
Spa, 24. August 1918

Der Stellvertreter des Reichskanzlers (eigh. Or.; BArch, Nl Payer, Nr. 46, f. 11–12)

Lieber Schatz.

Es ist recht gut, daß ich den Salonwagen habe, in dem es sich ausgezeichnet fährt, denn ich muß heute nacht 9 Stunden nach Avesnes[1] fahren, morgen nacht zurück und Montag nacht nach Hause. Da darf man wohl seine Bequemlichkeit haben.

Gestern habe ich mit dem Kanzler vor- und nachmittags je ein paar Stunden verhandelt, heute vormittag wieder 2 Stunden, jetzt sind wir einig über alles und es fehlt nur noch die Kleinigkeit, daß ich morgen in der belgischen Frage die OHL auf unseren Standpunkt bringe. Es wird sich ja zeigen. Der geeignetste Zeitpunkt ist es ja nicht, aber ich kann nicht in einigen Tagen wieder hereinfahren. Hier ist man militärisch zuversichtlich.

Der Kaiser ist leider in Wilhelmshöhe, der Kanzler zweifelt aber nicht, daß er zustimmt, falls ich mich mit der OHL verständige. Ich glaube das auch.

Bis heute früh nach einem Gewitter war es entsetzlich heiß, so daß man kaum schlafen konnte. Jetzt ist undurchsichtiger Nebel.

Zu essen habe ich genug. Zweimal habe ich bei Kanzlers gefrühstückt, gestern abend war ich im Kasino der Militärbevollmächtigten, eigentlich üppig, heute abend bin ich bei Radowitz, wo ich auch wohne. Das Städtchen mit Umgebung ist recht hübsch. Heute früh 8 Uhr hat mich die Kontesse im Auto schon in so ein Kafélokal für Kurgäste im Wald geführt, wo es Schinken mit Spiegeleier und Chocolade gab. Für Dich lasse ich hier einkaufen, was es gibt.

Körperlich geht es mir gut, wenn ich auch nach zwei schlechten Nächten etwas ab bin. Heute nacht ist es sicher kühl.

An unseren Feriendispositionen ändert sich vorläufig nichts. Vielleicht halte ich mal in Stuttgart eine Rede. Fertig ist sie schon.[2]

Auf gutes Wiedersehen. Ich grüße Euch alle herzlichst.
Dein treues
M.

---

1 Avesnes-sur-Helpe. Quartier der OHL im Département Nord, etwa 120 Kilometer westlich von Spa (Provinz Lüttich), das nahe der deutschen Grenze liegt. Die Telefonleitungen Avesnes-Spa-Berlin litten darunter, dass sie im besetzten Gebiet »nur für den Krieg neu gebaut« wurden, während man in Deutschland die alten Verbindungen benutzen konnte. Afflerbach, Kaiser Wilhelm II., S. 564.

2 Rede Payers über Wahlrechtsvorlage und Verständigungsfrieden in Stuttgart am 12. September 1918. Siehe unten Nr. 468.

425

Tagebuchnotiz Friedrich von Payers [Spa,] 24. August 1918

(eigh. Or.; BArch, Nl Payer, Nr. 34, S. 54)

Wiessner[1] tel[ephoniert]

Er habe Ebert gesprochen, der mehr als Scheidemann gelte und gewissermaßen die Sozialdem[okratie] sei. Er habe sich sehr befriedigt über P[ayer] ausgesprochen und über die Unterredung, auch davon, ob es nicht auf den Herbst zweckmäßig wäre, wenn P[ayer] R[eichs]Kanzler würde. Diese Auffassung sei Wiessner auch in sonstigen verschiedenen Kreisen, selbst Ämtern, begegnet.

Liesching[2] schreibe, die Stimmung in W[ürttemberg] sei schlecht, die Vaterlandspartei sei sehr gedezzt[3]. P[ayer] dürfe nicht als bequemer Vermittler erscheinen – ich sagte, ich glaube nicht, daß das bei der Reise der Fall sei – und man beanstande, daß P[ayer] bei den Entscheidungen, insbesondere denen im H[aupt]Q[uartier], zu wenig hervortrete, deshalb sei es gut, daß er ins H[aupt]Q[uartier] reise.

W[iesner] fuhr fort: die Stimmung sei sehr gegen H[ertling], dem man nicht traue; er habe 2 Eisen im Feuer und werde von dem unzuverlässigen Rad[owitz] beeinflußt.

Liesching gehe am 3. – ca 18. September zu den württ[embergischen] Landwehrregimentern in die Ukraine auf Veranlassung des württ[embergischen] Kriegsministeriums.

1 Wahrscheinlich Max Wiessner (1885–1946), Pressedezernent im Reichsamt des Innern, langjähriger Leiter des Berliner Büros der liberalen Frankfurter Zeitung, einer der »geistigen Paten der Demokratischen Partei«, 1921 Verlagsdirektor des Hamburger Fremdenblatts, seit 1924 Verlagsinhaber in Hamburg, 1934 Geschäftsführer des Ullstein-, dann Deutschen Verlags in Berlin. Vgl. Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei, 12.–13. April 1919. Nationalliberalismus in der Weimarer Republik, S. 75.

2 Theodor Liesching (1865–1922), geb. in Stuttgart, Jurastudium, Rechtsanwalt, 1901–1912 Mitglied des württembergischen Landtags, 1912–1918 des Reichstags (FVP).

3 Schwäbischer Dialekt: Von Dez (Kopf), hier: eins über den Dez (Kopf) gegeben.

426

Georg von Hertling an Max von Baden
Großes Hauptquartier, 25. August 1918

R.K. 18945. (masch. Kop.; PAAA, R 20438, S. 271–272)

Euere Großherzogliche Hoheit!

Mit ehrfurchtsvollem Danke bestätige ich den Empfang des gnädigen Schreibens vom 10.8.[1]

Er beglückwünscht Max zu dessen anlässlich der Jahrhundertfeier der badischen Verfassung ausgesprochenen Gedanken über einen Völkerbund. Ich will hoffen, daß diese Worte nicht ungehört verhallen, sondern ihren Weg auch dahin finden, wo man bis jetzt nur an einen engen Anschluß der Entente–Völker denkt, wenn man von einer Liga der Nationen spricht.

E[uere] Gr[oßherzogliche] H[oheit] fragten mich, ob die Reichsleitung mit dem bisherigen Vorgehen des Prinzen Carl v. Schweden einverstanden ist, der mit Sir Esme Howard[2] über die Möglichkeit einer Konferenz zur Regelung der Frage ei-

1 Liegt hier nicht bei. Hertling hatte Hintze Max v. Badens Brief vom 10. August zugesandt und am 19. August die Antwort erhalten, dass Carl von Schwedens Plan einer internationalen Völkerbundskonferenz »von unserem Standpunkt« nur zu billigen sei, Prinz Max sich aber an die sich selbst auferlegten Beschränkungen halten solle und derartigen Anregungen, weil sie meist zu greifbarem Ziel nicht führen würden, keine allzugroße Bedeutung beizumessen sei. (PAAA, R 20438, S. 266 f.). Auf die Anfrage Max' vom 4. Juni (siehe oben Nr. 349) hatte Hertling freundlich geantwortet und ihm den Brief des Prinzen Carl zurückgesandt. Max von Baden dankte am 24. Juni 1918 und hielt fest, dass der Kanzler mit ihm bezüglich des Plans übereinstimmte, eine Konferenz zwecks »Herbeiführung eines Liga der Völker« bei einer der neutralen Mächte einzuberufen unter der Voraussetzung, dass Länder teilnähmen, deren ehrliche Gesinnung »auf wahrhaftige Gemeinsamkeit zu erstrebender Menschheitsziele« gerichtet sei. Er legte ein seine Erfahrungen in der Gefangenenfürsorge verwertendes Promemoria bei, das er auch dem Kaiser zusandte. Es sollte der Vorbereitung auf das Kriegsende dienen, um mit allen »Atouts materieller und ethischer Art« gefasst zu sein. Die den »Verhören deutscher Austausch-Gefangener« zu entnehmenden »Schätze der Abwehr- und Propaganda-Mittel« ruhten noch »ungenutzt in den Aktenschränken«. Sie »wurden noch lange nicht genügend verwertet, um unseren Gegnern die Maske der Menschlichkeit, Ritterlichkeit und Gerechtigkeit vom Gesicht zu reißen«. Hertling (Privatbrief an Max von Baden, Spa 7. Juli 1918, PAAA, R 20438, S. 268–270) nahm dieses Promemoria zur »Propagandabekämpfung« »mit lebhaftem Interesse« zur Kenntnis und überwies es dem AA, während der Kaiser »die militärischen Stellen« davon benachrichtigte. »Ich bin überzeugt, daß auf diesem Gebiet noch viel zu tun ist«.

2 Sir Esmé William (1930 Baron) Howard of Penrith (1863–1939), geb. in Greystoke Castle (Cumberland), aus katholischer englischer Aristokratie, Besuch der Harrow School, anglikanisch erzogen, 1885 Eintritt in den Auswärtigen Dienst, Privatsekretär, dann an der Botschaft in Rom, 1888 Sekretär in Berlin, 1892 Rückzug ins Privatleben, Gold-Prospektor, Pflanzer, Reisender; er entwickelte ein auf Partnerschaft setzendes »Economic Credo« für die arbeitenden Klassen (das wenig Beachtung fand); 1898 Konversion zum katholischen Glauben wegen Einheirat in eine italienische Adelsfamilie, 1903 wieder Diplomat, Generalkonsul in Kreta, 1906 Botschaftsrat in Washington, 1908 in Wien, Generalkonsul in Budapest, 1911 Gesandter in der Schweiz, 1913 in

nes Völkerbundes gesprochen und ihm dabei die von E[uerer] Gr[oßherzoglichen] H[oheit] aufgestellten Bedingungen – Gesinnung des ehrlichen, guten Willens, für den die einberufende neutrale Regierung die Garantie übernähme und deren Hüterin sie sein müßte – genannt habe.

Wenn ich E[uere] Gr[oßherzogliche] H[oheit] recht verstand, so hat ferner Prinz C[arl] von Schw[eden] Sir Esme Howard auf Anfrage erwidert, eine Besprechung dieser Bedingungen scheine ihm zunächst nur mit dem Amerikaner Morris[3] am Platze, für eine solche im weiteren Kreise sei die Sache noch nicht reif genug. Auch könne er nichts schriftliches geben.

Mit diesem Vorgehen des Pr[inzen] C[arl] v. Schw[eden] kann ich mich vollständig einverstanden erklären und zögere auch nicht, E[uere] Gr[oßherzogliche] H[oheit] zu ermächtigen, dies dem Pr[inzen] C[arl] v. Schw[eden] mitzuteilen. Ich möchte auch darüber keine Zweifel walten lassen, daß es der Reichsleitung an sich nicht unerwünscht ist, daß der Englische Gesandte Sir Esme Howard von dieser Einverständniserklärung der Reich[s]leitung erfährt. Allerdings erscheint es mir zweckmäßig, abzuwarten, ob Howard auf den Inhalt seines zufälligen Gespräches mit dem Pr[inzen] C[arl] v. Schw[eden] zurückkommt, da ich alles vermieden sehen möchte, was einem Entgegenkommen ähnlich sieht, das etwa durch die augenblickliche militärische Lage hervorgerufen worden wäre.

Soll der Gedanke eines Völkerbundes Gemeingut der zivilisierten Menschheit werden, so müßte er m[eines] E[rachtens] ganz unabhängig von militärischen Vorgängen gepflegt und verbreitet werden; die neutralen Staaten müßten sich ihn ebenso zu eigen machen wie die kriegführenden. Denn das allein könnte uns die Garantie dafür geben, daß ein solcher Völkerbund nicht unter der Führung Englands und Amerikas, und zum Nachteile der Zentralmächte ins Leben gerufen würde.

Genehmigen Euere Großherzogliche Hoheit auch bei diesem Anlaß die Versicherung größter Verehrung, mit der ich verharre

Euerer Großherzoglichen Hoheit
ehrfurchtsvoll ergebener
gez. Graf v. Hertling.

Schweden, 1919 bei der Pariser Friedenskonferenz, 1919–1924 Gesandter in Madrid, 1924–1930 Botschafter in Washington.

3 Vermutlich Roland Sletor Morris (1874–1945), 1892–1899 Besuch der Universität Princeton und der Pennsylvania Law School, Rechtsanwalt, 1904, 1908, 1912, 1920, 1928 Delegierter auf den Nationalkonventen der Demokratischen Partei, deren Anführer in Pennsylvania, 1917–1921 Botschafter in Japan, 1924 Professor of International Law an der University of Pennsylvania. Morris reiste 1915 nach Deutschland. Er hatte viele diplomatische Kontakte, wie seine feierliche Amtseinführung in Japan zeigte, und Informationen über die Tschechoslowakische Legion. Roland S. Morris Papers, Princeton University Library (20.6.2021).

427

Paul von Hintze an Gisbert von Romberg
Berlin, 25. August 1918

Nr. 1105. (Telegramm in Ziffern, eigh. Konz. Stumms; PAAA, R 21570, S. 199–200)

Sofort. Ganz Geheim. Auf Telegr[amm] Nr. 1313.[1]

Unsere gegenwärtige Vlamenpolitik beruht auf Zweckmäßigkeitsgründen im Zusammenhang mit dem Kriegszustande. [a]Die belgische Regierung wird sich nach dem Kriege mit den autochthonen vlämischen Bestrebungen abzufinden haben; in diesem Zwange liegt die Sicherung für unsere gegenwärtige Vlamenpolitik.[a] Sie wird sich [b]z.B.[b] der Tatsache kaum verschließen, daß eine Amnestie der Vlamenführer ihren eigensten Interessen entsprechen würde.

Mit der vorgeschlagenen Faustpfandformel einverstanden.

St[aats]S[ekretär]
H[intze] 25/8

1 Siehe oben Nr. 420, 421.

[a–a] Eigh. Korrektur Hintzes; im eigh. Konz. Stumms, von diesem abgezeichnet, steht stattdessen: »Es kann der belgischen Regierung überlassen bleiben, wie sie sich nach dem Kriege den autochthonen vlämischen Bestrebungen gegenüber verhalten will«. Sichtvermerk Bussches 26/8.

[b–b] Eigh. Korrektur Hintzes, im Konz.: »aber«.

428

Wilhelm von Radowitz an Paul von Hintze
Großes Hauptquartier, 25. August 1918

Nr. 37 (Telegramm, entziffert,[1]; PAAA, R 21570, S. 203–204)

Presto – Persönlich.
Im Anschluß an Telegramm 33[2] vom 24.8.
Graf Stirum meldet aus Avesnes:

»Unterredung zwischen Exzellenz von Payer und den Herren hat stattgefunden. Exzellenz von Payer hofft auf das bestimmteste, daß eine Einigung auf der gefundenen Formel mit kleinen Abänderungen zustande kommen wird. Exzellenz von Ludendorff wird übermorgen definitiv Stellung bekannt geben. Exzellenz von Payer hält es für wünschenswert, daß Exzellenz von Hintze von diesem günstigen Resultat benachrichtigt wird. Definitiv haben die Herren noch nicht zugestimmt, aber es sei, wie gesagt, Verständigung mit Bestimmtheit zu erwarten«.

Radowitz.

1 Abgesandt 5.00 nm., angekommen 5.35 nm. Auf dem Telegr. vermerkte Hintze: Tel. an Romberg in Bern, 26. August, »zu entziffern durch Hrn Schubert, mit Formel status quo einverstanden«.

2 Mit Telegr. Nr. 33 v. 24. August 1918 7.45 nm., im AA pr. am 24. August um 8.45 nm. (AS 3981), hatte Payer aus dem GHQ Hintze gemeldet, er fahre »mit Einverständnis des Herrn Reichskanzlers heute nacht nach Avesnes« und wolle versuchen, die Zustimmung der OHL zu der folgenden, wörtlich mitgeteilten Formel über die vorbehaltlose Herausgabe Belgiens beim Friedensschluss zu erreichen: »Wir geben mit Abschluß des Friedens Belgien ohne Belastung und Vorbehalt heraus. Ausgenommen, daß ihm gegenüber kein anderer Staat politisch, militärisch oder wirtschaftlich besser gestellt werden darf, als das Deutsche Reich. Wir zweifeln nicht, daß die zwischen uns und Belgien erforderliche Verständigung über die Einzelheiten den beiderseitigen Interessen gerecht werden wird. Keinesfalls können sie dem Zustandekommen des Friedens hinderlich sein. Auf dem Boden dieser politischen Entscheidung steht auch die O.H.L.« (PAAA, R 21570, S. 201 f.; nicht ganz korrekter Druck bei Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 299). Die hier angegebene Formel war bis auf den letzten Satz gleichlautend mit der von der OHL angenommenen Formel. Siehe unten Hertlings Telegramme aus Spa an das AA und die Reichskanzlei v. 28. August 1918.

429

Gisbert von Romberg an Auswärtiges Amt
Lörrach (Bern), 25. August 1918

Nr. 1318 AS 3991[1] (Telegramm, entziffert; PAAA, R 20514, S. 347;
Druck: Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 305 f.)

Ganz geheim.

Unter Bezugnahme auf Bericht vom 5. Mai 1096 und die anderweitigen Vorgänge.

Legationssekretär von Simson meldet, Schwiegervater[2] habe Nachricht, daß auf Antwort aus Washington auf unsere Mitteilung[3] erst Mitte September gerechnet werden könne.[4] Wilson müsse erst Stimmung für die im Herbst bevorstehenden Kongreßwahlen[5] sondieren.

Romberg.

1 Ab 11.30, an 11.55. Sichtvermerke Hintzes und Haniels (nicht Hertlings): 26/VIII z.d.A.

2 McNally.

3 Siehe oben Erlass Hintzes an Romberg v. 20. Juli 1918 und den vorangehenden Telegramm-Wechsel im Juli.

4 Dieses Telegr. Rombergs hat dem Reichskanzler anscheinend nicht vorgelegen, z.K. Hintzes 25/8, Haniels 26 VIII. Vgl. K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 121 f.: »Gehört hat mein Vater nichts mehr, weder von der Ankunft des Boten in Amerika noch von etwaigen positiven oder negativen Erfolgen desselben. Auch bei dem Auswärtigen Amte trafen, solange mein Vater noch in Berlin war, keinerlei diesbezügliche Nachrichten ein«. Siehe oben Nr. 403 Anm. 1. Vgl. Schwabe, Geheimdiplomatie, S. 20–23.

5 Bei den Kongresswahlen am 5. November verloren Wilsons Demokraten die Mehrheiten im Senat und im Repräsentantenhaus.

430

Friedrich Rosen an Paul von Hintze
Den Haag, 26. August 1918

Kaiserlich Deutsche Gesandtschaft. Nr. 1 (eigh. Or.; PAAA, R 20516, S. 124–128)

Hochverehrter Herr Staatssekretär,

Ihre freundlichen Grüsse an Herrn Loudon[1] und Ihren besonderen Dank für die warme und energische Vertretung unsrer Interessen in China durch Herrn Beelaarts van Blookland[2] habe ich ausgerichtet und dabei den Eindruck gewonnen, dass sich Herr Loudon durch Beides sehr angenehm berührt fühlte. Er lässt Eurer Exzellenz seinen wärmsten Dank sagen.

Nach Erledigung einiger laufender Sachen kam der Minister auf seine Anregung wegen einer °vertraulichen Aussprache zwischen Dr Solf und einem englischen Staatsmanne° zu sprechen. Er sagte mir dasselbe was ich auch schon von Ihnen erfahren hatte, nämlich dass diese Zusammenkunft englischerseits vorläufig nicht gewünscht wird. Nur fand ich die Formulirung dieser Absage noch viel stärker als die Ihnen zu Theil gewordene Auskunft. Er hatte sowohl Mr Cave[3] wie auch Lord Newton seinerzeit vor ihrer Abreise aus dem Haag beauftragt in London eine solche Zusammenkunft anzuregen und ihm über das Ergebniss zu schreiben. Inzwischen waren beide Antworten eingetroffen, die der Minister mir vorlas. Lord Newton schreibt, dass zu seinem Bedauern der Gedanke zur Zeit keine Aussicht auf Verwirklichung

---

1 Jonkheer John Loudon (1866–1955), geb. im Haag, aus niederländischer Patrizierfamilie, 1890 Dr. jur. (Leiden), 1895–1913 diplomatischer Dienst in Rom, Peking, London, Paris, seit 1905 in Tokio und Washington, 1913–1918 Außenminister der Niederlande, 1919–1940 Botschafter in Paris, bewandert im Völker- und Neutralitätsrecht. C. Smit, Loudon, jhr. John (1866–1955), in: http://resources.huygens.knaw.nl/bwn1880–2000/lemmata/bwn1/loudonj (9.7.2019).

2 Jonkheer Frans Beelaerts van Blokland (1872–1956), geb. im Haag, niederländischer Patrizier, 1890–1895 Jurastudium in Leiden, 1895 Anwalt, 1895–1897 Gerichtsschreiber, 1897–1907 Beamter im Hauptbüro Post und Telegraphie, 1899–1900 Sekretär der Haager Friedenskonferenz, 1904–1909 Schriftführer der niederländischen Zweiten Kammer, 1909–1918 A.o. Gesandter und Bevollmächtigter Minister in Peking (»Ministerresident«), 1919–1927 Abteilungschef im Außenministerium, 1927–1933 Außenminister der Niederlande, 1933–1936 Vizepräsident des Staatsrats, 1936 Titel Staatsminister, 1927–1928 Vertreter seines Landes beim Völkerbund, 1927–1946 Kammerherr und Berater der Königin, Mitglied der Christelijk-Historische Unie (CHU), Ämter in der Reformierten Kirche, in der Wirtschaft und in Adelsgenossenschaften.

°-° Im AA rot unterstrichen, Sichtvermerke Hintzes und Bussches v. 29. August.

3 George (1918 Viscount) Cave (1856–1928), geb. in London, Rechtsanwalt, 1906–1928 MP (konservativ), 1915–1916 Kronanwalt, 1916–1918 Innenminister, 1922–1924, 1924–1928 Lordkanzler. Cave wollte im Juni lieber mit Solf statt mit dem von ihm als nicht ebenbürtig erachteten Fürsten Hatzfeldt verhandeln. Nachricht aus Den Haag an Bussche, 25. Juni 1918. Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 221–223.

habe. Mr Cave sagt dasselbe, fügt aber hinzu: »I hope that your wishes may yet bear fruit«. Auch das ist nicht viel! –

Herr Loudon hat mit Niemand, auch nicht mit dem hiesigen englischen Gesandten über die Angelegenheit gesprochen. Ich nahm ihm das Versprechen ab auch weiterhin keine weitere Person einzuweihen.

Vorläufig scheint mir auf absehbare Zeit keine Aussicht auf eine Berührung mit England zu bestehen. Um so mehr muss ich es bedauern, dass damals – im Juli – als Cave sich bereit erklärt hatte mit Solf zu sprechen, unsererseits nicht zugegriffen, sondern anscheinend der Versuch gemacht wurde andere Personen vorzuschieben,[4] was dann augenscheinlich Cave zu seiner vorzeitigen Abreise veranlasst hat. Bei einer derartigen ersten Fühlungnahme kann es sich nach meiner Auffassung um keine eigentlichen Friedensverhandlungen, sondern nur um eine gegenseitige Feststellung des Verhandlungswillens und höchstens noch um die Aufstellung einiger ganz allgemeiner Grundsätze handeln. Dies hätte bei einer Zusammenkunft zwischen Cave und Solf doch wohl erreicht werden können. Aber, was hilft das Bedauern? Besser ist es sich für eine zukünftige Gelegenheit – falls sie sich noch einmal bieten sollte – bereit zu halten und sie nicht auch wieder zu versäumen, wie dies in letzter Zeit mit noch einem anderen Vermittelungsversuch geschehen ist:

Am 12. Mai berichtete ich über eine von dem ehemaligen Kriegsminister Colijn[5] aus eigener Initiative nach London unternommenen Sondirungsreise. In dem betreffenden Bericht bat ich um Ermächtigung, Herrn Colijn auf seine auf Sir William Tyrrell zurückgehenden Vorschläge zu antworten. Erst nach Mitte Juni wurde ich zu einer Mittheilung an Colijn ermächtigt, die aber auf die von Tyrrell gestellten Fragen keine eigentliche Antwort enthielt.[6] Nun erst, d. h. gegen Ende Juni konnte

4 Das Verhältnis Solf-Kühlmann war nach Wolff, Tagebücher, S. 607 f. (Eintrag zum 10. Juli 1918) vertraulich.

5 Hendrikus Colijn (1869–1944), geb. in Burgerveen (Niederlande), aus calvinistischer Familie, 1886 Eintritt in die Militärlaufbahn, die er nach seinem Kolonialdienst 1907 als Major verließ, 1907–1908 Regierungssekretär und -kommissar in Niederländisch–Indien, 1909 Mitglied der Zweiten Kammer (Anti-Revolutionäre Partei, 1922 und 1929 Fraktionsvorsitzender), 1911 Kriegsminister, 1912–1913 auch Marineminister, 1914–1922 Vorstandsvorsitzender der Bataafse bzw. der Koninklijke Petroleum Maatschappij, 1922 Hauptredakteur von De Standaard, 1923 Finanzminister, 1925–1926, 1933–1939 mehrmals Ministerpräsident der Niederlande, 1926–1929 Mitglied der Ersten Kammer, 1927–1932 Leiter der niederländischen Delegation beim Völkerbund, 1929 Staatsminister, 1930 Dr. jur. h.c., 1941 Festnahme durch die deutsche Besatzung, 1942 Hausarrest in Ilmenau (Thüringen), wo er starb. G. Puchinger, Colijn, Hendrikus, in Biografisch Woordenboek van Nederland. URL: http://resources.huygens.knaw.nl/bwn1880–2000/lemmata/bwn2/colijn (6.11.2018).

6 Rosen an Hertling, Den Haag, 12. Mai 1918. Druck: Rosen, Wanderjahre, Bd. 3/4, S. 172–180. Darin hatte Rosen dem Reichskanzler als Sprachregelung für Colijns Besuch in England vorgeschlagen, dort die (von Tyrell geteilte) Illusion zu zerstören, als sei Elsaß-Lothringen für Deutschland verhandelbar; Voraussetzung für »irgendwelche fruchtbare Auseinandersetzungen« müsse sein, »daß Ansprüche auf das Reichsgebiet in Europa aus jeder Diskussion ausgeschaltet werden«. Ob dieses Vorbringen Colijns in England die von Rosen sicher erwartete Chance eröffnet hätte, ist mehr als zweifelhaft.

sich Herr Colijn wieder mit London in Verbindung setzen, erhielt aber, während er schon die Reise vorbereitete, durch den hiesigen englischen Gesandten die Mittheilung, sich vorläufig nicht zu bemühen. Inzwischen war die Offensive der Entente vorbereitet und zum Theil schon eingeleitet worden. Ich will nicht sagen, dass wir diesen furchtbaren Kampf durch die Dazwischenkunft Herrn Colijn's unter allen Umständen hätten vermeiden können. Aber ich muss sagen, dass wir die Möglichkeiten die sich uns hierdurch und durch eine Fühlungnahme mit Cave boten um ihn eventuell zu vermeiden ungenutzt gelassen haben. Wir haben gewartet bis die Conjunctur vorbei war.

Die Herrn Colijn ertheilte englische Antwort entspricht derjenigen, die Herr Loudon erhalten hat und bestätigt, dass vorläufig in dieser Linie nicht vorgegangen werden kann. Ich werde daher Herrn Colijn bei unserm nächsten Zusammentreffen nur sagen, dass Eure Excellenz nicht weniger als Ihr Amtsvorgänger geneigt sei auf einen Verständigungsfrieden hinzuarbeiten, sobald hierfür auf der anderen Seite der gute Wille vorhanden sei.

Auf Herrn Colijn werde ich in einem weiteren ganz vertraulichen Schreiben noch zurückkommen müssen.

Mit dem Ausdruck meiner aufrichtigsten Verehrung
Ihr ganz ergebener
Rosen

431

Max von Baden an Rupprecht von Bayern
Salem, 27. August 1918

(eigh. Or.; BayHStA GHA, Nl Kronprinz Rupprecht, 650)

Mein lieber Rupprecht,

Verzeih meine Zudringlichkeit zu Deiner Verlobten, ich bitte Dich aber noch folgende Sätze anhören zu wollen.

Erzberger hat folgende Pläne, wie ich zuverlässig erfahre, und findet starke Resonanz bei den Majoritätsparteien.

1) Beim nächsten Verhör Hertlings sollen ihm neue Majoritätsfesseln angelegt werden genau wie bei Michaelis: weil sie eben kein Vertrauen zu ihm haben. – Nur ein starkes Vertrauensverhältnis könnte die Majorität wieder in ihre wohlverdiente Ohnmacht zurücktreiben. –
2) und viel schlimmer: Erzberger plant eine großzügige Campagne zum Eingehen auf die Wilsonschen Ideen und sein Vokabularium.[1] Diese neue Resolution, die vorbereitet wird, wird in der ganzen Welt wie ein »Händehoch« des deutschen Volkes vor der Amerikanischen Idee wirken. Ein Desaster, denn es bedeutete eine Aufgabe des Deutschthums für alle Zeiten, eine in Jahrhunderten nicht auszulöschende Schande.

Hier, fürchte ich, kann Hertling nicht mehr rettend wirken. Ich glaube aber, daß ich es kann. Ich genieße das nothwendige Vertrauen im Volk und die Majorität wird nicht wagen mir mit diesen Dingen zu kommen, aus Angst mich zu verlieren.

Verzeih diese eingebildet scheinenden Sätze, vor 6 Wochen hätte ich sie nicht gesprochen, heute steckt aber mein Herzblut dahinter.

1 Auf die 14 Punkte Wilsons vom 8. Januar 1918 war bereits Hertling in seiner Rede vom 24. Januar Schritt für Schritt eingegangen. Vgl. Steglich, Friedenspolitik der Mittelmächte, S. 340 f., 346–353, 365–371.

Zur Ergänzung: ich vergaß Dir neulich Dr. Rohrbach[2] zu nennen unter den Männern, die Dich zu besuchen denkbar wären. An erster Stelle Warburg an zweiter Rohrbach, so möchte ich Dir die Wahl empfehlen.

Mit herzlichem Gruß
Dein treuer Vetter
Max

2 Paul Rohrbach (1869–1956), Landwirtssohn aus Kurland, Studium der Geschichte, Philosophie und Evangelischen Theologie, 1891 Dr. phil. (Berlin), 1897 Lic. Theol. in Straßburg, 1897–1901 Generalsekretär des Evangelischen Sozialen Kongresses in Berlin, 1901–1903 Redakteur der nationalsozialen Wochenschrift Die Zeit, 1903–1906 Vorsitzender der Staatlichen Ansiedlungskommission beim Gouvernement von Südwest-Afrika in Windhuk, 1906–1912 Dozent für Kolonialwirtschaft an der Handelshochschule in Berlin, 1914–1917 freiwilliger Hilfsarbeiter in der Presseabteilung des AA, anschließend freier Schriftsteller, DDP-Mitglied, 1927–1930 geschäftsführendes Präsidialmitglied der Deutschen Akademie. Vertreter eines liberal und ethisch motivierten Imperialismus, galt Rohrbach im Kaiserreich und in der Weimarer Republik als vielbeachteter kolonial- und außenpolitischer Experte. Im Weltkrieg agitierte Rohrbach heftig »für die Zertrümmerung des russischen Reiches«. Sein ethisch verbrämtes, »illusionäres Imperialismusprogramm« sah vor, Deutschland zu einer »dem anglo-amerikanischen Machtblock« gewachsenen Weltmacht zu entwickeln. Mogk, S. 182 f.; Josef Anker, Rohrbach, Paul, in: NDB 22 (2005), S. 5–6.

432

Georg von Hertling an Auswärtiges Amt
Großes Hauptquartier, 28. August 1918

Nr. 43 (Telegramm, entziffert[1]; PAAA, R 21570, S. 207)

Antwort auf Tel. Nr. 190 vom 27.8.[2]

Auch ich halte es für notwendig, Einverständnis der Marine herbeizuführen. Einem ev[en]t[uel]l[en] Widerspruch der Marine gegenüber wird dann aber die Entscheidung Seiner Majestät einzuholen sein.[3]

Hertling.

1 Ging ab um 11.50 vm.; pr. im AA 12.05 nm.

2 Telegr. A. 36044 Hintze an Hertling, Berlin 27. August 1918 6.20 pm. Eigh. Konz. mit Vermerk Hintzes: »Vor Abgang U St S v Stumm«, Paraphe Bussches 28/8: »Nach Rücksprache mit H[errn] von Payer und mit seinem Einverständnis schlage ich gehorsamst vor dass ich zu der Payer'schen Formel das Einverständnis der Marine zu erwirken suche ehe sie Seiner Majestät vorgelegt wird«. PAAA, R 21570, S. 206.

3 Dessen bedurfte es offenbar nicht. Vgl. Scheer an Hertling, Berlin 31. August 1918 (pr. 1. September), mit Kop. an Hintze: Nachdem Hintze ihm heute Mittag eröffnet habe, dass die OHL sich in Anbetracht der militärischen Lage damit einverstanden erklärt habe, »Belgien ohne Belastung und Vorbehalt herauszugeben, sofern kein anderer Staat dort politisch, militärisch oder wirtschaftlich besser gestellt wird als Deutschland«, stehe er nicht an zu erklären, »daß die Marine allein zur Zeit nicht die Mittel besitzt, um ihrerseits den maritimen Anforderungen auf die belgische Küste Geltung zu verschaffen«. (PAAA, R 21570, S. 222). – Reinhard Scheer (1863–1928), seit Januar 1916 Chef der Hochseeflotte, seit Ende August 1918 Chef des Admiralstabes der Marine, Seekriegsleitung.

433

Georg von Hertling an die Reichskanzlei
Großes Hauptquartier, 28. August 1918

A S. 4120. (Telegramm, Kop.[1]; PAAA, R 21570, S. 217–221, 235)

Presto. Reichskanzlei, Berlin.
Für Exzellenz von Payer.

Graf Stirum meldet, dass Oberste Heeresleitung sich mit der Fassung für die Richtlinien, betreffend Belgien, einverstanden erklärt hat. Bitte auch Exzellenz v. Hintze entsprechend benachrichtigen zu wollen.

Hertling.

1 Der Druck bei Scherer-Grunewald lässt die wichtigen Anlagen unerwähnt. Unter dem Text der Telegramm-Kop. (u.a. mit Paraphe Stumms v. 1. September) ist von Hand vermerkt: »Abschrift dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amts gehorsamst vorgelegt. Berlin den 28. August 1918«; »Abschrift der Anlage^{O} an L[egations]S[ekretär] v. Vietinghoff nach Spa gesandt 10/9«. Davon kam handschr. Kop. von Vietinghoff laut Randvermerk am 12.9. zurück (PAAA; R 21570, S. 218). – Friedrich Wilhelm von Vietinghoff war von Juli bis Oktober 1918 dem Staatssekretär Hintze zugeteilt. Hintze, S. 393.

Anlagen[2]:
Endgültiger Entwurf.[3]

2 Die folgenden Dokumente zur belgischen Frage sind im Journal von den zeitgenössischen Registratoren als Anlagen zum Telegramm Hertlings v. 28. August eingetragen worden. Dem folgt die Edition, obwohl es sich mehr »um einen zusammengefassten Vorgang handelte«. Freundliche Auskunft von Dr. Martin Kröger.

3 Dies ist Anlage^{O}, handschr. (PAAA, R 21570, S. 218) und masch. ausgefertigte (ebd., S. 219), identische Abschrift, zu Telegr. AS 4120. Zur Entstehung dieses Entwurfs, des Gegenentwurfs Ludendorffs und der Redaktion Payers (II. Entwurf) ist anzumerken: Nach seiner Rückkehr aus dem GHQ teilte Hintze Vizekanzler Payer mit, die OHL halte an für die Entente unerfüllbaren Bedingungen bezüglich Belgiens fest, sie wolle es zwar herausgeben, fordere aber ein Besatzungsrecht für die Artillerie an einem breiten flandrischen Küstenstreifen. Da Payer die vollständige und vorbehaltlose Herausgabe des Landes für die erste Voraussetzung von Friedensverhandlungen hielt, einigte er sich mit Hintze, dafür die Zustimmung der OHL zu erwirken, reiste nach Spa und verfasste dort nach mehrstündigen Beratungen mit Hertling am 24. August »eine entsprechende Erklärung«. Er fuhr am 25. August nach Avesnes, fand dort Hindenburg und Ludendorff »auffallend entgegenkommend«. Die beiden wünschten nur, »daß man materiell mindestens einen Vorbehalt bezüglich der Flamen mache, und daß des festeren Tones wegen formell eine Verwahrung gegen England aufgenommen werde«. Nach Spa zum Reichskanzler zurückgekehrt, erhielt Payer telefonisch von Stirum am 26. August »den Ludendorffschen Gegenentwurf«, der die Verwahrung gegen England, die Einbeziehung der Flamenfrage unter die zu verhandelnden »Einzelheiten«, die Forderungen nach Herausgabe der Kolonien und nach dem Verzicht Englands auf Calais enthielt. Da Payer glaubte, dass »der letzte Vorbehalt den Verzicht wertlos gemacht haben würde«, telefonierte er »im Einverständnis mit dem Reichskanzler« Stirum seinen Gegenvorschlag (siehe unten: II. Entwurf). »Am 27. erklärte sich die O.H.L. mit dieser Fassung einverstanden. Auch Herr von Hintze war einverstanden und übernahm es, sich mit dem Chef des Admiralstabs der Marine darüber zu verständigen«. (Payer an Legationssekretär v. Moltke, Stuttgart 21. Januar 1919. Schwertfeger, Gutachten, S. 384 f.). Diese Erinnerung Payers lässt unerwähnt, dass Hertling am 28. August der Reichskanzlei mit der Bitte um Weitergabe an Hintze den »Endgültigen Entwurf« zusandte, der die bei der Entente anstößigen Passagen in den Entwürfen der OHL und Payers nicht enthielt: die einleitende Verwahrung gegen England und den Verweis auf die Flamenfrage, der aber sonst inhaltlich gleichlautend war. In diesem »Endgültigen Entwurf« war Ludendorff keineswegs »eine Abschwächung des Entwurfs Payer«, der ja ein Entwurf Hertlings und Payers war, gelungen, wie Hürter (Hintze, S. 551 Anm. 8) irrig annimmt. Auch in Payers Redaktion (II. Entwurf) von Ludendorffs Gegenkonzept blieb die Substanz der in Spa zwischen Hertling und Payer ausgehandelten Belgien-Formel erhalten. Der II. Entwurf behielt nur die von der OHL hinzugesetzte unkluge Verwahrung gegen England und den Hinweis auf die Flamenfrage bei, die in Hertlings »Endgültigem Entwurf« fehlen. Vgl. auch die Tagebuchnotiz Payers v. 28. August 1918: »Abends stimmt Lud[endorff] wegen Belgien zu. Hintze hatte vorausgesagt, in 10 Tagen werde er weich sein – als Ausdruck dafür, daß er sich nicht mehr zu helfen wisse. Lud[endorff] setzt sich mit der Zustimmung mit seiner ganzen Umgebung in Widerspruch, es ist ein Schlag gegen die Schwerin-Partei. Lud[endorff] wollte P[ayer]s Erklärung korrigieren, P[ayer] nahm Lud[endorffs] Erklärung an und korrigierte sie, so daß ihm das Ansehen seiner (Lud[endorffs]) Meinung blieb, Lud[endorff] durchschaute die Taktik«. (BArch, Nl Payer, Nr. 34, S. 55). Der Vizekanzler wollte die Vereinbarung mit der OHL als offizielle Kundgebung herausgeben, jedoch nicht in der gegenwärtig ungünstigen äußeren Lage. – Hans Graf-Comte Schwerin-Löwitz (1847–1918), geb. in Schwerinsburg (Demmin), aktiver Offizier, Rittmeister, 1881 Verwalter des Fideikommisses von Löwitz (Pommern), 1893–1918 Mitglied des Reichstags (1910–1912 Präsident, Deutschkonservative Partei), 1897–1918 des Preußischen Abgeordnetenhauses (1912–1918 Präsident), Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats und der Landwirtschaftskammer für Pommern, Mitglied des Volkswirtschaftlichen Vereins, Schriften zu Landwirtschaft und Ernährung sowie: Kriegsreden

Wir geben mit Abschluss des Friedens Belgien ohne Belastung und Vorbehalt heraus, ausgenommen dass ihm gegenüber kein anderer Staat politisch, militärisch oder wirtschaftlich besser gestellt werden darf als das Deutsche Reich. Wir zweifeln nicht, dass die zwischen uns und Belgien erforderliche Verständigung über die Einzelheiten den beiderseitigen Interessen gerecht werden und keinesfalls dem Zustandekommen des Friedens hinderlich sein wird. *In dieser Frage besteht kein Gegensatz zwischen Reichsleitung und O.H.L.*

Gegenentwurf.[4]
England behauptet nur wegen Belgien Krieg zu führen. °Es verfolgt andere Ziele: Deutschlands politische und wirtschaftliche Vernichtung. Dass es sich dabei selbst vernichtet, will es nicht merken.°

Der Reichskanzler hat sich über Belgien [a]klar ausgesprochen[a]. Ohne Belastung und ohne Vorbehalt wollen wir Belgien [b]mit Abschluss des Friedens[b] seine völlige Selbständigkeit zurückgeben in der Voraussetzung, dass ihm gegenüber kein anderer Staat politisch, militärisch und wirtschaftlich besser gestellt wird [c]als Deutschland[c].

Wir zweifeln nicht, daß die zwischen uns und Belgien erforderliche Verständigung über Einzelheiten, auch über die Flamen, den beiderseitigen Interessen gerecht werden und zur Förderung des Friedens beitragen wird. [d]Wir verlangen dafür unsere Kolonien und den Verzicht Englands auf Calais. Darüber besteht Einverständnis zwischen Reichsleitung und O.H.L.[5]

---

und Aufsätze (1916), 1910 Dr. phil. h.c., hochdekoriert, »Grand-Seigneur« seiner Partei. Hartwin Spenkuch, Schwerin(-Löwitz), Hans Axel Tammo Graf von, in: NDB 24 (2010), S. 76 f.

- In der von Payer dem Staatssekretär Hintze aus dem GHQ mit Telegr. Nr. 33 v. 24. August übermittelten Formel, die sonst mit vorstehendem Text gleichlautend ist (siehe oben Radowitz an Hintze, GHQ 25. August 1918, Anm. 2), heißt es stattdessen: »Auf dem Boden dieser politischen Entscheidung steht auch die O.H.L«. Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 299.

4 Gegenentwurf Ludendorffs. PAAA, R 21570, S. 220; siehe oben Anm. 3. Limburg-Stirum erhielt nach seiner Erinnerung vom 30. Juli 1919 (Druck: Ludendorff, Urkunden, S. 509–511) von Ludendorff persönlich diesen eigh. geschriebenen, doch nicht unterzeichneten Entwurf.

°-° Von Hand in Klammern gesetzt: < >.

a-a Randvermerk Payers: »klar genug«.

b-b Randvermerk Payers: »sobald der allgemeine Friede zu Stande gekommen sein wird«.

c-c Randvermerk Payers: »als das Deutsche Reich«.

d Hier wohl von Payer Klammer [gesetzt.

5 Der vorangehende Satz wurde sicherlich nicht, wie Ludendorff, Urkunden, S. 510, kaustisch anmerkt, von der Reichsleitung gewünscht, um »Rückhalt« bei der OHL zu finden und diese »gegen ihren Willen« zu einem politischen Faktor zu machen, sondern um sie nun in der vorher kontroversen belgischen Frage verpflichtend einzubinden.

II. Entwurf.[6]

England behauptet, nur wegen Belgiens Krieg zu führen. In Wirklichkeit verfolgt es andere Ziele: es will Deutschland politisch und wirtschaftlich vernichten. Es will unsere Kolonien und die unsern Bundesgenossen abgenommenen Landstriche behalten und dadurch seine Vormachtstellung in der Welt stärken. Es wird versuchen, sich in Belgien und Frankreich festzusetzen. Das werden wir nicht dulden. Mit einem wahren Völkerbund, der auch unser Ziel ist, mit der Freiheit der Meere, die wir erstreben, verträgt sich die bevorrechtigte Stellung einer einzelnen Nation nicht mehr.

Mit Abschluss des Friedens wollen wir Belgien ohne Belastung und ohne Vorbehalt seine völlige Selbständigkeit zurückgeben in der Voraussetzung, daß ihm gegenüber kein anderer Staat politisch, militärisch und wirtschaftlich besser gestellt werden wird als das deutsche Reich. Wir zweifeln nicht, daß die zwischen uns und Belgien erforderliche Verständigung über Einzelheiten, auch über die Flamenfrage, den beiderseitigen Interessen gerecht werden und zur Förderung des Friedens beitragen wird.[7]

6 Druck: Schwertfeger, Gutachten, S. 385; Bredt, S. 309. Es handelt sich keineswegs, wie Bredt annimmt, um die letzte und gültige »neue Fassung«, die wegen Ludendorffs Zusatz über die Flamenfrage »wiederum den Zweck der ganzen Erklärung verfehlt« habe (so irrig auch Hürter, siehe oben Anm. 3), vielmehr ist als letztes Wort der von Hertling gebilligte »endgültige Entwurf« (siehe oben Anm. 3) anzusehen. Der hier abgedruckte II. Entwurf war der Gegenvorschlag Payers, welcher Ludendorff offenbar die Einbeziehung der Flamenfrage konzedierte, um von ihm die Zustimmung zu der weitgehenden Belgien-Erklärung zu erlangen: siehe PAAA, R 21570, S. 221 (masch. Kop.) u. S. 235 (handschr. Kop., pr. 14. September, darauf unten vermerkt: »von G[ra]f Stirum 29.8.18 erhalten. Orig[inal] 30.8. an ihn zurück«.). Payers Gegenvorschlag bzw. II. Entwurf enthält in der handschr. Fassung S. 235 verschrieben: »Verständigkeit« statt »Verständigung« (wie richtig in der masch. Kop. auf S. 221); er ist undatiert von Hertling, am 15. September von U.St.S. [Stumm], Bussche u. Haniel abgezeichnet. Auf S. 235 unten steht handschr.: »15/IX. OHL schlägt vor, danach zu handeln aber S.M. nun nicht damit mittels Vortrag zu befassen; desgl[eichen] Kaiser nun nicht von Livland und Estland, ihm allmählich beibringen dass jetzt nur Vorbereitungen der zukünftigen Gestaltung von Livland und Estland in Frage kommen«. Bei der Entzifferung dieses Vermerks half Dr. Martin Kröger.

7 In BArch, NlH, Nr. 40, f. 130–131 finden sich hintereinander drei masch., undatierte und ungez. Fassungen, die bei der Wiederherstellung Belgiens die Berücksichtigung der »4 ½ Millionen Flamen« neben den »3 ½ Millionen Wallonen« bei den künftigen Friedensverhandlungen bzw. seitens eines wieder selbständig gewordenen Belgiens gemäß dem Selbstbestimmungsrecht fordern. Vermerk: »Jedenfalls Rücksprache mit AA«. Falls diese Niederschriften von der OHL stammen, zeigen sie, dass Ludendorff von seinem früheren Ziel einer rigideren Unterstützung der Flamen abgerückt war. Vgl. Lersner an AA, GHQ 29. November 1917. Scherer-Grunewald, Bd. 3, S. 46.

434

Hans von Schoen an Otto von Dandl
Berlin, 29. August 1918

(masch. Or.; BayHStA, MA 958, f. 245–246)

Hochwohlgeborener Herr!
Hochgebietender Herr Staatsminister!

Der Herr Reichskanzler ist heute Früh von Spaa hierher zurückgekehrt und hat mich auf meine Bitte hin schon heute empfangen. Auf meine Bemerkung, dass Euere Exzellenz ihm dankbar seien dafür, dass er so bereitwillig Ihrer Anregung wegen Einberufung des Ausschusses entgegengekommen sei, erwiderte er, dass er ja früher selbst auf den häufigen Zusammentritt des Ausschusses den grössten Wert gelegt habe und an dieser Auffassung natürlich festhalte.

Graf Hertling hörte die Ausführungen, die ich ihm an der Hand des Schreibens Euerer Exzellenz machte, mit grosser Aufmerksamkeit und unter Zeichen der Zustimmung an und bat mich, ihm das Schreiben zu überlassen, worauf ich ihm die herabgeschlossene Abschrift überreichte. Der Kanzler bemerkte, dass Herr von Hintze heute wegen der dem Ausschusse zu machenden Mitteilungen mit ihm gesprochen habe, dass er sich aber vorbehalten wolle, die von Euerer Exzellenz gewünschten Aufschlüsse selbst zu geben.

Ich berührte sodann die uns von Herrn von Hintze nur andeutungsweise bekanntgegebene Absicht Österreichs, einen Friedensschritt in ungewöhnlicher Form zu tun und erhielt vom Kanzler folgenden Aufschluss hierüber:

Kaiser Karl und Graf Burian hätten in Spaa mitgeteilt, dass Österreich unbedingt den Frieden brauche, und hätten als Methode vorgeschlagen, dass sich die Vierbundsmächte direkt unter Bekanntgabe ihrer Friedensbedingungen an die Gegner wenden sollten.

Graf Hertling bemerkte dazu, dass auch wir unbedingt sehen müssten zu einer Verständigung zu kommen, denn auch Deutschland brauche den Frieden. Nur scheine uns der vorgeschlagene Weg gefährlich. Unsere Absicht sei gewesen, dass im Herbst, wenn die feindliche Offensive abgeflaut sei und sich dann der Gegner eine gewisse Depression darüber bemächtigt haben werde, dass es ihnen auch nicht gelungen sei durchzukommen, dass dann Seine Majestät der Kaiser den König von Spanien um Vermittelung angehen sollte. Nach dem eingetretenen Zwischenfall mit

Spanien sei dies leider nicht mehr möglich.[1] Daher sei jetzt in Aussicht genommen, die Vermittelung der Königin von Holland zu erbitten[2] und Ihrer Majestät zu diesem Zwecke unsere Friedensbedingungen im Grossen bekanntzugeben. Die Österreicher hätten allerdings verlangt, dass der Friedensschritt schon innerhalb von 14 Tagen unternommen würde, er hoffe aber, dass sie sich von der Gefährlichkeit ihres Vorhabens würden überzeugen lassen.

Graf Hertling klagte sehr über Graf Burian, der es dahin gebracht habe, dass Kaiser Karl, nachdem Er in Spaa Sich mit der Wahl des Erzherzogs Karl Stephan[3] zum König von Polen ganz einverstanden erklärt habe, in Wien dem Erzherzog die Annahme der Wahl direkt verboten habe. Kaiser Wilhelm und er, der Kanzler, hätten auch nicht unterlassen, Kaiser Karl zu sagen, dass Er sich doch einen anderen Aussenminister nehmen solle, der Kaiser habe aber erwidert, Österreich besitze so wenig Staatsmänner.

Ich habe zum Schlusse dem Kanzler den Wunsch Euerer Exzellenz bekanntgegeben, ihn vor der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses zu sehen, und kann melden, dass Graf Hertling Euere Exzellenz bittet, ihn am Sonntag Vormittag 12 Uhr besuchen zu wollen.

Genehmigen Euere Exzellenz die Versicherung ausgezeichnetster Hochachtung und aufrichtigster Verehrung, womit ich die Ehre habe zu sein

Euerer Exzellenz
ehrerbietigst gehorsamster
Schoen.

---

1 Die Unstimmigkeiten begannen mit der vom spanischen Ministerrat am 20. Juli beschlossenen Beschwerdenote an die deutsche Regierung über die hohe Versenkung spanischen Schiffsraums durch deutsche U-Boote. Spanien kündigte an, im Gegenzug deutsche Schiffe in spanischen Häfen zu beschlagnahmen, woran sich langwierige Verhandlungen anschlossen. Schulthess 59, NF 34 (1918/II), S. 136 f.

2 Königin Wilhelmina der Niederlande (1880–1962), Tochter der Königin Emma, geb. Prinzessin zu Waldeck und Pyrmont (1858–1934), verheiratet mit Herzog Albrecht Ernst von Mecklenburg. Als am 16. März 1918 niederländische Handelsschiffe in nordamerikanischen Häfen beschlagnahmt wurden, sah Wilhelmina dies fast als Neutralitätsbruch und »casus belli« an. Im Weltkrieg beanspruchte sie eine starke Herrscherrolle gegenüber dem liberalen Ministerium und Parlament. Ivo Schöffer, Wilhelmina, in: Biografisch Woordenboek van Nederland, Den Haag 1985. URL: http://resources.huygens.knaw.nl/bwn1880–2000/lemmata/bwn2/wilhelmina (8.4.2018). Vgl. Haußmann, Schlaglichter, S. 184.

3 Erzherzog Karl Stephan von Österreich (1860–1933), geb. in Groß-Seelowitz (Mähren), Urenkel Kaiser Leopolds II., 1879–1896 aktiv im Dienst der österreichischen Marine, danach meist auf seinem galizischen Gut Saybusch unweit von Krakau, 1901 Vizeadmiral, 1912 Admiral, schon 1916 für den polnischen Thron im Gespräch, enge Kontakte zur spanischen und preußischen Dynastie, eher in Distanz zu Kaiserhof und Generalstab, in der Invalidenbetreuung tätig. Er sprach gut polnisch, zwei seiner Töchter heirateten in die hohen polnischen Adelshäuser Radziwill und Czartoryski ein. Vgl. Hintze, S. 489.

435

Hans Josef von Wilczek an Georg von Hertling
Wien, 29. August 1918

(masch. Or.[1]; BArch, R 43/2436, f. 151–152)

Euer Exzellenz!

Anfangs August d[ieses] J[ahres] hat eine aus Berliner Künstlern bestehende Kommission das Denkmal Kolpings[2], des Stifters der katholischen Gesellenvereine, zur Einschmelzung bestimmt.

Der Oberbürgermeister[3] hat gegen diesen Entscheid protestiert, das Stadtverordnetenkollegium einhelligen Einspruch erhoben. Bisher vergeblich.

Nun kenne und schätze ich die Gesellenvereine und ihr eminent humanitäres Wirken seit langen Jahren. Ungezählte tausende Männer des Handwerkerstandes haben diese Vereine zu pflicht- und ehrbewussten Männern und tüchtigen Meistern

1 Der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin, Hohenlohe, sandte das Gesuch Wilzceks, »der dem Grafen Hertling sicherlich bekannt ist«, am 31. August 1918 an Radowitz. Auf Hohenlohes Brief vermerkte Karl Hertling eigh.: »Nach den dem R.K. zugegangenen Nachrichten hat S. M. bereits entschieden, daß das Kolping-Denkmal verschont bleiben soll. 4/9«. (BArch, R 43/2436, f. 150). Am 6. September bat die Reichskanzlei das Kriegsamt »um wohlwollende Behandlung« der Eingabe. (Ebd., f. 156). – Hans Josef Graf Wilczek (1837–1922) aus polnisch-schlesischem Adel, geb. in Wien, Forschungsreisender, Förderer von Wissenschaft und Kunst (Polarforschung, Museum Burg Kreuzenstein bei Wien, Heeresgeschichtliches Museum Wien, Denkmalschutz der Stadt Wien), 1875 Präsident der Wiener Geographischen Gesellschaft, 1881 Gründer der Wiener Freiwilligen Rettungsgesellschaft und der Mensa an der Universität Wien, Pionier auf technischem Gebiet, Kämmerer am k.u.k. Hof, Ehrenbürger von Wien, Ehrenmitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. https://austria-forum.org/af/Biographien/Wilczek%2C_Hans_Josef (6.4.2019).

2 Adolph Kolping (1813–1865), geb. in Kerpen, Schuhmacherlehre, Geselle, 1841 Studium der Theologie, 1845 Priesterweihe, Kaplan und Religionslehrer in Elberfeld, wo 1846 sein erster Gesellenverein entstand, 1848 Programmschrift: Der Gesellenverein, 1849 Domvikar in Köln, Gründer des ersten örtlichen Gesellenvereins außerhalb Elberfelds in Köln, 1850–1854 Redakteur des Rheinischen Kirchenblatts, ab 1850 Herausgeber von Volkskalendern, 1852 Erwerb des ersten Gesellenhauses in Köln, 1854 Gründer der Wochenschrift Rheinische Volksblätter, 1862 Rektor der Minoritenkirche in Köln, vor der sein Denkmal (Begegnung mit einem Gesellen) errichtet wurde, Redner, Reisender, Volksschriftsteller mit dem Ziel, die Handwerksgesellen im Glauben und familienähnlichen Zusammenhalt zu festigen. Hubert Göbels, Kolping, Adolf, in: NDB 12 (1979), S. 475–477.

3 Konrad Adenauer (1976–1967), geb. in Köln, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, 1901 zweites Examen, 1903–1906 Assessor bei der Staatsanwaltschaft Köln, in einer Anwaltskanzlei, Hilfsrichter, 1906 Beigeordneter der Stadt Köln, Beitritt zur Zentrumspartei, 1909 Erster Beigeordneter, Oktober 1917–März 1933, Mai–Oktober 1945 Oberbürgermeister von Köln, 1921–1933 Präsident des Preußischen Staatsrats, 1933 entlassen, verfolgt, 1934 und 1944 verhaftet, 1945 Mitgründer, 1950–1966 Bundesvorsitzender der CDU, 1946–1950 Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen, 1949–1967 des Deutschen Bundestags, 1948–1949 Präsident des Parlamentarischen Rats; 1949–1963 Bundeskanzler, 1951–1955 Bundesaußenminister.

erzogen und wohl viele Tausende von ihnen vor materiellem und moralischem Untergang bewahrt.

So haben sie in aller Stille, fern von allem Parteigeist, ein schönes Stück sozialer Arbeit geleistet.

Die Gesellen des nach Österreich-Ungarn, Holland und in die Schweiz ausgebreiteten Vereins mit dem Zentralpräsidium in Köln haben von ihren buchstäblich sauer ersparten Groschen dem Vorbild und Vater des Vereins das Kölner Denkmal als Symbol ihrer Zusammengehörigkeit, kindlichen Dankbarkeit und geistigen Vermächtnisses gesetzt.

Die Mitglieder der Gesellenvereine, von Jugend zur Treue und Liebe zu Kaiser und Vaterland erzogen, haben wohl den Vorwurf nicht zu fürchten, sie hätten für die Notwendigkeiten der grossen Zeit kein Verständnis, als stellten sie ihr Vereinsinteresse höher als die Interessen der Kriegsführung – sind doch ihrer 80.000 zu den Fahnen eingerückt und über 10.000 im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind gefallen –. Aber es wird wohl überall eine Auswahl getroffen, die wertvollsten Kunst- und historischen Denkmäler verschont.

Ich glaube, gerade an diesem Denkmal hängen moralische Werte, deren Schonung würdiger als manches Kunstwerk; unsichtbare Fäden des Gefühles die einmal zerrissen, wieder anzuknüpfen schwerer halten dürfte, als ein Kunstwerk neu zu schaffen. Den Handwerksgesellen wäre damit Unersetzliches genommen […].

Ich bitte Euer Exzellenz in Würdigung aller dieser Gründe, die für die Erhaltung des Kolping-Denkmals sprechen, dessen Zerstörung verhüten zu wollen und dadurch mir sowie tausenden braven Handwerksgesellen an der Front und in der Heimat einen Herzenswunsch zu erfüllen.

Noch eines bitte ich Euer Exzellenz in Erwägung zu ziehen: Sollte das Kolping-Denkmal erhalten bleiben, so würde dies als eine Ausnahme, gerade bei einem Werke, an dem so viele Tausende in Oesterreich-Ungarn mit ihrem Herzen hängen, als eine besonders schöne bundesbrüderliche Rücksicht und Schonung dankbar empfunden werden.

Wollen Euer Exzellenz den Ausdruck wärmster Verehrung eines warmfühlenden Oesterreichers, der mit Leib und Seele zu den edlen Genossen in Deutschland hält, entgegennehmen.

Graf Wilczek.

436

Wilhelm von Württemberg an Georg von Hertling
Korpshauptquartier[1], 29. August 1918

(masch. Or.; BArch, NlH, Nr. 3, f. 17)

Euer Exzellenz!

Wenn ich auch heuer recht spaet daran bin, so will ich es doch nicht ganz unterlassen, Euerer Exzellenz zum diesjaehrigen Geburtstage meine aufrichtigsten Glueck- und Segenswuensche auszusprechen. Wie oft weilen meine Gedanken bei Euerer Exzellenz und neben dem freudigen Gefuehl, dass sich die Geschicke des Deutschen Reiches in so bewaehrten Haenden befinden, muss ich doch auch mit Teilnahme der so sehr schwierigen Aufgabe gedenken, vor welche sich Euere Exzellenz gestellt sehen. Mit aufrichtigem Mitgefuehl, zumal doch manches vorher recht verfahren war und es nicht leicht sein mag, nun alles ins rechte Geleise zu bringen, zumal gerade in unserem lieben Vaterlande, die Wuensche der Parteien, recht auseinandergehen: dazu noch die Wuensche der von uns erloesten Randvoelker! Diese in Einklang mit den Interessen des Reiches nicht nur, sondern auch besonderen Sonderinteressen zu bringen, mag oft eine fast unloesbare Aufgabe sein. Wenn aber das grose [!] Deutsche Vaterland, den Nutzen, den es von dieser Befreiung erhofft, auch wirklich in die Tat sich umsetzen sehen will, so giebt es nur zwei Wege: entweder den der Gewalt, der aber dann diese Laender unbedingt auf die Seite unserer Feinde draengen muss, oder den des Wohlwollens, selbstverstaendlich unter Wahrung der allgemeinen deutschen Interessen: wenn aber immer wieder gezoegert wird und nach der nun einmal erfolgten Erklaerung und Anerkennung der Unabhaengigkeit, fuer die Laender keinerlei Besserung in der Lage eintritt, so wird die selbst beste und wohlwollendste Absicht, wenn sie zu spaet in die Tat umgesetzt wird, schwerlich mehr die erhoffte gute Wirkung ausueben koennen. Wenn nun, wie es nach den Zeitungen zu erwarten steht, in Baelde die erforderlichen Konventionen unter Dach gebracht sein werden, wird sich vielleicht doch eine Loesung finden lassen, die mit den Wuenschen des Landes auch die Deutschen Gesammtinteressen verbinden kann. Dass die Besorgnis, dass z. B. in Litauen das polnische Element im Handumdrehen die Oberherrschaft gewinnen wuerde, nicht begruendet ist, das scheint mir, nach der Kenntnis der Lage, ganz sicher zu sein. Eins ist unbedingt festzuhalten: Man muss unbedingt im Lande das Gefuehl befestigen, dass Deutschland von sich aus die Selbstaendigkeit der Randvoelker nicht nur zugesagt, sondern auch tatsaechlich durchgesetzt hat: wenn es dazu kommen sollte, dass der Friede in greifbare Naehe gerueckt wuerde, ohne dass die Selbstaendigkeit tatsaechlich durchgefuehrt ist, so muesste man das schlimmste

1 Gen[eral]K[omman]do z[ur] b[esonderen] V[erwendung] [des] 64.[Württembergischen Korps].

befuerchten, da es dann aussehen wuerde, als ob Deutschland nur unter dem Drucke der bevorstehenden Friedenskonferenz an die Einloesung seiner Zusage gegangen ist und der erhoffte gute Ausgang waere mehr als in Frage gestellt. Es wird jetzt schon unter Ausnutzung der, leider noch so unklaren Verhaeltnisse, von der Entente stark gegen Deutschland im Lande gearbeitet und darin liegt eine grosse Gefahr, gegen die man sich nicht laenger verschliessen darf. Es ist fuer mich besonders schmerzlich zu sehen, wie die Sympathien fuer Deutschland durch jeden Tag des Verzuges naturgemaess immer geringer werden muessen! Noch ist es nicht zu spaet, aber es muss bald eine guenstige Loesung erfolgen![2]

Euer Exzellenz bitte ich, diese offene Aussprache als ganz persoenlich zum Gebrauche Euerer Exzellenz betrachten zu wollen![3]

Mit der Versicherung meiner stets dankbaren Gesinnungen, Euerer Exzellenz treu ergebener
Wilhelm, Herzog von Urach
Graf von Württemberg

2 Die Anerkennung Litauens durch Reichskanzler Max von Baden im Oktober 1918 erfolgte zu spät, nachdem das deutsche Ansehen in Litauen verspielt war.

3 Laut Vermerk Karl Hertlings (1./9.) kam der Brief Hintze z. K. und wurde von diesem Hertling retourniert.

437

Max Wallraf an Georg von Hertling
Großkönigsdorf, 30. August 1918

(Telegramm, Or.; PA Weitershausen)

eure excellenz bitte ich zum morgigen tage meinen verehrungsvollsten glueckwunsch entgegenzunehmen, des vaterlandes und all ihrer mitarbeiter[1] gemeinsames hoffen, dass ihr opferwillen, ihr staatsmaennischer weitblick, ihr menschenfreundliches wirken uns noch lange voranleuchte, moege der himmel gnaedig erfuellen

staatssekretaer wallraf.

1 Glückwünsche sandten die preußischen Staatsminister Schmidt (Kultus), v. Stein, v. Breitenbach, v. Sydow, v. Loebell, v. Friedberg, v. Waldow, die Diplomaten Solf, Lersner, Treutler, Wedel, die bayerischen Ministerialbeamten Lerchenfeld, Stengel, Meinel sowie Bethmann Hollweg und Dandl (dem »Gelehrten, Parlamentarier« und »Staatsmann«); »Vertrauen« auf ihn auch in weiten Kreisen der k.u.k. Monarchie« laut Neuer Freier Presse in Wien. (PA Weitershausen; NlH, Nr. 3, f. 25; 69). – Wilhelm Ritter von Meinel (1865–1927), geb. in Ansbach, Dr. Ing. h.c., nach Jurastudium (Note I) 1891 Bezirksamtsassessor in Ansbach, 1895 im Staatsministerium des Äußern, 1896 Legationssekretär, 1899 Legationsrat, 1903 Geheimer Legationsrat, 1908 Ministerialrat, 1911 Ministerialdirektor im Staatsministerium des Äußern, Vorstand der Ministerialabteilung für Industrie, Gewerbe und Handel, 1916 Staatsrat im a.o. Dienst, 1918 Prädikat Exzellenz, Februar 1919 Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums bei den Friedensverhandlungen von Versailles, April 1919 Staatsrat, Ministerialdirektor im Staatsministerium für Handel, Industrie und Gewerbe, 1922 dessen Minister, 1927 Rücktritt wegen Krankheit. Er stand für die Kontinuität der bayerischen Ministerialbürokratie von der Monarchie zur Republik. Schärl, S. 326; Flatscher, S. 260 u.ö.

438

Ludwig von Falkenhausen an Paul von Hintze
Brüssel, 31. August 1918

Der General-Gouverneur in Belgien. (eigh. Or.[1]; PAAA, R 21570, S. 223–224)

Euerer Excellenz

möchte ich verabredungsgemäß sehr ergebenst mitteilen, daß ich vor Kurzem an der Frontstelle des Großen Hauptquart[iers] war und dort im Anschluß an unsere Unterredung mit dem Feldmarschall v. Hindenburg und Ex[cellenz] Ludendorff gesprochen habe. Ex[cellenz] v. Payer war eben dort gewesen.

Das Ergebnis meiner Rücksprache war, wie auch wir besprochen haben, daß es zur Zeit nicht möglich sein wird die von uns festgelegten Forderungen in der belgischen Frage in ihrem bisherigen Umfange aufrecht zu erhalten; daß es aber andrerseits nicht wünschenswert und nicht nötig sei, die bis[her] verfolgten Ziele aufzugeben.

Von meinem Standpunkte möchte ich das Letztere besonders betonen. Ich würde – mit der nötigen Reserve – meinen Weg wie bisher gehen zur Erreichung der von mir geforderten Ziele und der daraufhin in die Wege geleiteten Vorbereitungen. Wie weit sich dies dann entscheidenden Falls durchführen läßt ist nicht meines Amtes und den dazu befugten Stellen zu überlassen.

Das gilt sowol von den wirtschaftlichen Zielen als insbesondere von der Flamen Politik. Alles dies jetzt aufzugeben würde m[eines] E[rachtens] von großem Schaden sein und soweit es, was nicht zu vermeiden ist, nach außen in die Erscheinung tritt einen unsere Interessen sehr beeinträchtigenden Eindruck machen. Schließlich läßt sich auch m[eines] E[rachtens] durch geschickt eingeleitete Verhandlungen mit einem wiederherzustellenden Belgien Vieles erreichen was uns von Vorteil ist und Belgien – was mir als die Hauptsache erscheint – dem Einfluß der Gegner entzieht.

Die Flamen-Politik macht mir jetzt schon immer wachsende Schwierigkeiten. Wie Euer Excellenz wissen in Folge der Erklärungen des Herrn Reichskanzlers vom 11 und 12. Juli und neuerdings in verstärktem Maße durch die Rede des Herrn Staatssekretärs Dr. Solf. Es wäre wirklich sehr nötig wenn endlich von der Reichsleitung aus einmal ein Wort über die flämische Frage gesagt würde. Das könnte sehr wohl geschehen ohne daß diese als Friedenshindernis erschiene. Das soll und darf sie ganz gewiß nicht werden.

Ich kann mir sehr wohl denken, daß dies zur Zeit nicht sehr genehm ist, aber es läßt sich doch vielleicht in geeigneter Weise verwirklichen. Die von Euerer Excellenz erwähnte Anregung durch einen Abgeordneten im Hauptausschuß oder gar

1 AS 4140, pr. 1. September 1918 Nm. Rotstift-Vermerk Hintzes: »1/9: H. v. Stumm mit der Bitte um R[ücksprache]. Geheim«.

im Reichstag würde die Sache sehr hinausschieben. Und das verträgt sie nicht. Wir laufen entschieden Gefahr, daß die von uns als bedeutsamstes Mittel unsern Einfluß in Belgien zu bewahren betrachtete flämische Bewegung – die an sich trotz Allem im Wachsen ist – und die damit […] verknüpfte Verwaltungstrennung von den Feinden als willkommenes Mittel gegen uns benutzt wird. Die Anzeichen dazu sind entschieden vorhanden. Das Vertrauen der Flamen von der Deutschen Reichsleitung geschützt zu werden ist erheblich gesunken und läuft sehr Gefahr noch weiter zu verschwinden. Ich würde dies für einen großen Übelstand halten, dem mit allen Mitteln, auch unter den schwierigsten Verhältnissen, entgegenzutreten, ich für meine Pflicht halte.

Ich erbitte mir dazu Euerer Excellenz gütige Unterstützung.[2]

Mit dem Ausdruck besonderer Hochschätzung
Euerer Excellenz sehr ergebener
LvFalkenhausen

2 Hintze hatte bei seinem Besuch in Brüssel am 16.–17. August von Falkenhausen Richtlinien erhalten, die der Vorbereitung des Friedensschlusses mit Belgien dienen sollten; auf diese und die dortigen Besprechungen bezog sich Falkenhausens Brief, den Hintze am 20. September 1918 beantwortete (von ihm handschr. ergänzter Entwurf Stumms): Seit ihrem Treffen seien die Veränderung »unseres bisherigen Standpunktes« involvierende »Entschließungen in der belgischen Frage gefaßt worden«, doch mehr der Form nach, während die Ziele »im Wesen die gleichen« blieben, nur müssten »wir der veränderten allgemeinen militärischen und politischen Situation Rechnung tragen und in den Kundgebungen nach außen besondere Vorsicht walten lassen«. In Direktverhandlungen mit der belgischen Regierung lasse sich wohl ein Großteil der wirtschaftlichen Pläne verwirklichen. Auch Falkenhausens Flamenpolitik werde zukünftig noch Früchte tragen. Dessen Anregung zur öffentlichen Bekundung »des deutschen Interesses an der Flamenfrage« werde er »im Gedächtnis behalten« und darauf zurückkommen, sobald die Umstände es gestatteten. PAAA, R 21570, S. 239 f.; Druck: Hintze, S. 608 f.

439

Adolf Gröber an Georg von Hertling
Ditzenbach, 31. August 1918

(Telegramm, Or.; PA Weitershausen)

herzlichsten glueckwunsch zum geburtstag. moegen euer excellenz noch viele jahre gott gesegneten wirkens fuer volk und vaterland vor allem der baldige abschluss eines gerechten ehrenvollen allgemeinen friedensvertrags beschieden sein. groeber.[1]

1 Neben dem Fraktionsführer sandten am 31. August Glückwunschtelegramme auch die Zentrumskollegen Heinrich Adelmann (»herzliche glueckwuensche zum heutigen erfreulichen tag in ernster zeit«), Peter Spahn, Felix Porsch, Konstantin Fehrenbach (»moege ihr schoenes lebenswerk durch einen baldigen ehrenvollen frieden gekroent werden«), Johannes Becker-Arnsberg (1875–1955), Fabrikarbeiter, dann Journalist und freier Schriftsteller, 1913–1919 Geschäftsführer des Gesamtverbands der Krankenkassen Deutschlands (»gott erhalte ew exzellenz auch fernerhin gesundheit und alte arbeitsfreudigkeit zum heile von volk und vaterland«), der (evangelische) Welfe Adolf Walrab Freiherr von Wangenheim-Wake, und Heinrich Held (1868–1938), Vorsitzender der bayerischen Zentrumsfraktion (»moegen ew exzellenz noch viele jahre erfolgreicher arbeit für kaiser, reich und deutsches volk nach einem baldigen ehrenvollen frieden beschieden sein«). PA Weitershausen.

440

Georg von Hertling an Erich Ludendorff
Berlin, 31. August 1918

(Telegramm, Kop.; PA Weitershausen)

Von Herzen danke ich Euer Exzellenz für die freundlichen Glückwünsche zu meinem Geburtstag. Gern trage ich die Bürde des Alters und des Amtes[1], wenn ich weiss, dass ich mit Gottes Hilfe und gestützt auf das Vertrauen meines Kaisers und des deutschen Volkes gutes stiften kann. Euer Exzellenz aber möchte ich an diesem Tage besonders aussprechen wie hoch ich es schätze, dass das mit dem Herrn Feldmarschall von Euer Exzellenz mir entgegengebrachte Vertrauen mir meine Arbeit in so hohem Masse erleichtert.

Reichskanzler Graf von Hertling.

1 Auffällig kurz hatte Ludendorff am 30. August telegraphiert: »euer excellenz bitte ich, ehrerbietigst zum 75. geburtstag meine aufrichtigen glueckwuensche entgegennehmen zu wollen. moege es euer exzellenz vergoennt sein, auch im neuen jahre in voller frische die buerde ihres hohen amtes zum besten unseres vaterlandes zu tragen. Ludendorff«. Ausführlich und persönlich fielen die Glückwünsche Wilhelms II., der Hertling eines Onyxvase schenkte, und Hindenburgs aus. Hertling beantwortete sie in gleicher Länge. Dem Feldmarschall, der Hertling wünschte, »in ganzer frische noch lange als kanzler des deutschen reiches zu wirken«, das er vor die blanke Alternative von Sieg oder demütigender Niederlage gestellt sah, erwiderte er am 31. August, mit ganzer Kraft, »das deutsche Volk, wenn endlich der Feind die Aussichtslosigkeit seiner Pläne erkennt, zu einem Frieden zu führen, der Deutschlands Zukunft sichert und ihm für alle Zeiten seinen Platz im Rate der Völker gewährleistet«. Der Kaiser wünschte aus Wilhelmshöhe, »dass ihr lebenswerk alsbald gekroent werde durch einen das vaterland sichernden frieden«. Hertling versprach, »mit Gottes Hülfe« und mit all seiner Kraft »dem Vaterlande den Frieden zu erstreiten, den es braucht«. Ludwig III. wünschte, Hertling, »um des reiches wohl und um die wissenschaft« verdient, möge »deutschland zu einem gluecklichen und ehrenvollen frieden fuehren«. Hertling versicherte dankend im Vertrauen auf Ludwigs »gnädige Gesinnung«, solange seine Kräfte reichten, seien sie »dem Ziel geweiht, das deutsche Volk durch Sturm und Not zu einem starken und segensreichen Frieden zu führen«. Unter Hertlings Führung erwarteten ein »siegreiches Ende« der sächsische Minister Vitzthum, ein »sieges- und friedensjahr« der Chef des Admiralstabs Holtzendorff, »einen siegreichen Frieden« der Staatssekretär des Reichsmarineamts Capelle. Der preußische Kriegsminister Stein wünschte im neuen Lebensjahr Glück zur »Lösung der schweren Aufgabe dem Vaterlande den Frieden zu bringen«. Weiter ging nur der preußische General Wilhelm von Hohenzollern-Sigmaringen (1864–1927), 1905–1918 Fürst des Hauses Hohenzollern-Sigmaringen (katholisch), seit 1915 verheiratet mit Adelgunde, Tochter Ludwigs III. von Bayern: Er wünschte nach den tobenden »furchtbaren kaempfen« bei Arras und an der Oise Hertling die Genugtuung und den Ruhm, »der welt nach errungenem siege den frieden diktiert zu haben«. PA Weitershausen.

441

Paul von Hintze an Gesandtschaft Bern
Berlin, 31. August 1918

Nr. 1137 (Telegramm in Ziffern, Konz.[1]; PAAA, R 20439, S. 221–223)

Sofort. Auf Tel. Nr. 1356.[2]

Wären dankbar für Beobachtung und Bericht über Stimmung und Grad der Kriegsmaßnahmen. Aus deutschen Kreisen könnte Betreffender betonen daß amerikanische Haltung in Deutschland nicht verstanden werde, Amerika, mit dem Deutschland gar keine politischen Differenzen habe sei durch England in Kriegsabenteuer gelockt worden. England verfolge imperialistische Ziele, die es nur durch eine Niederlage Deutschlands erreichen könne wozu es die Mithilfe Amerikas erstrebt habe.

Die Antwort des R.K. auf die Botschaft Wilsons vom Januar d[ieses] J[ahres] habe keineswegs eine Diskussion ausschliessen sollen und die 4 Programmpunkte in Februarrede Wilsons habe Reichskanzler angenommen.

Auch die von Graf Burian zur Rede Wilsons vom 4. Juli ausgesprochene Zustimmung[3] werde in Deutschland in Volks- und Regierungskreisen geteilt.

Idee Völkerbund, internationale Schiedsgerichtsbarkeit und Ähnlichem stehe deutsche Regierung freundlich gegenüber natürlich vorausgesetzt gerechte unparteiische Handhabung. Auch innerpolitische freiheitliche Entwicklung habe in Regierung überzeugte Vertreterin. Reichskanzler Graf Hertling einsetze sich für preußische Wahlreform. Größtes Hindernis bei ihren Bestrebungen wären natürlich Versuche der Beeinflußung von außen und alles was den Schein einer solchen Einflußnahme erweckt. Auch Versuche zwischen Volk Regierung Kaiserhaus Keil zu treiben verfehlten ihr Ziel, seien nutzlos und wirkten nur verbitternd.

(St[aats]S[ekretär])

1 Gez. von Hintze, Bussche, Rk. 31/8. »F[ern]schr[eiber] 31/8 11.00 Nm.

2 Telegr. Rombergs an AA v. 30. August 11.30 Nm. (pr. 31. August 1.20 Vm.) mit der Meldung, dass in Kürze fünf schweizerische Journalisten auf Einladung der US-Regierung nach Amerika reisen würden. Er erbitte Drahtweisung, was er einem seiner Gesandtschaft nahestehenden Journalisten als Stimmungsbild aus »deutschen Kreisen« zwecks dortiger unverdächtiger Verwertung mitgeben könne. PAAA, R 20439, S. 220.

- eigh. Einfügung Bussches.

3 Burian stimmte am 15. Juli den »neuen vier Punkten Wilsons« vom 4. Juli (Rede Mount Vernon) warm zu. »Wir sind immer bereit, mit allen Feinden in Friedensverhandlungen einzutreten«. Schulthess 59, NF 34 (1918/II), S. 579–582, 40 f.

442

Wilhelm von Pechmann an Georg von Hertling
München, 31. August 1918

(Telegramm, Or.; PA Weitershausen)

nach bald vierjaehrigem feld- und frontdienste einstweilen wieder zu hause, leide ich ungleich mehr unter den inneren zustaenden der heimat, insbesondere der unverantwortlichen haltung der demokratie, als ich in den schwersten stunden im schuetzengraben gelitten habe. Umso tiefer und inniger sind die segenswuensche, mit welchen ich eurer excellenz taeglich und ganz besonders heute treufuerbittend gedenke – ehrerbietigst dr wilhelm freiherr von pechmann.[1]

1 Wilhelm Freiherr von Pechmann (1859–1948), geb. in Memmingen, nach Abitur am Maximilianeum München, Militärdienst und Jurastudium 1886 Rechtskonsulent bei der Bayerischen Handelsbank, 1898–1937 deren Erster Direktor, 1892 Ehrenritter des Johanniterordens, weitere ehrenamtliche Tätigkeiten, seit 1901 Mitglied der Generalsynode der bayerischen Landeskirche, 1911 Mitgründer der Bayerischen Reichspartei, 1913 Dr. theol. h.c. (Erlangen), 1914–1918 Reserveoffizier in einem Landsturm-Regiment, 1920–1922 Präsident der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, 1921–1930 Präsident Deutscher Evangelischer Kirchentage, 1934 Austritt aus der Deutschen Evangelischen Kirche wegen deren Schweigens über das Unrecht, Anschluss an die Bekennende Kirche, Würdigung des Widerstands der katholischen Kirche, zu der er 1946 konvertierte. Pechmann teilte Hertlings »theistisch-teleologische Weltansicht« und das Festhalten an einem vorstaatlichen Recht. Pechmann an Hertling, München 8. Januar 1910. AGG, Nr. 4.

443

Pressestimmen zum Geburtstag des Reichskanzlers [Berlin, 31. August 1918]

(masch. Kop.[1]; BArch, NlH, Nr. 3, f. 43, 67, 68)

Zum Geburtstag von Exc[ellenz] Hertling bringt die Presse eine Reihe von Glückwunschartikeln, die durchweg freundlich gehalten sind. Die rechte Presse, unter der auch Blätter wie Tägliche Rundschau, Berliner Neueste Nachrichten nicht fehlen, betont vor allem die ausgleichende Kunst des Kanzlers und seine Erfolge in dem Bestreben, eine Stetigkeit der inneren Lage herbeizuführen. Mehrere Blätter ([Berliner] Lokal-Anzeiger und Berliner Neueste Nachrichten) erinnern daran, dass Exc[ellenz] Hertling bei seiner Berufung zum bayerischen Ministerpräsidenten erklärt habe, von nun an gehöre er keiner Partei mehr an. Diesem Bekenntnis sei er auch als Kanzler treu geblieben. In der Deutschen Tageszeitung veröffentlicht der Chefredakteur, Paul Baecker[2], eine ausführliche Würdigung der inneren und äusseren Politik des Kanzlers und urteilt dann zusammenfassend: Wenn auch Graf Hertling eine entscheidende Wendung des Reichskurses, wie das Blatt sie für notwendig halte, nicht vollzogen habe, so habe er doch eine Politik getrieben, mit der man sich auch vom konservativen Standpunkt abfinden könne. Besonders sei anzuerkennen, dass der Kanzler der Rechten gegenüber eine persönliche Loyalität bewiesen habe, die über sachliche Meinungsverschiedenheiten hinweg die Aufrechterhaltung vertrauensvoller Beziehungen ermögliche.[3]

Die Germania würdigt insbesondere die Verdienste des Kanzlers um den inneren Zusammenhalt. Die Erfolge, die Exc[ellenz] Hertling durch die Berufung von Parlamentariern in die Regierung erzielt habe, könnten lehrreich sein für die Politiker von rechts, die sich dem Zuge der Zeit mit nichts als Gewalt entgegenstemmen wollten.[4]

---

1 Viele Unterstreichungen. Vermerke: »Specialbüro zur Sammlung; Übergeben; Pr[ittwitz] 3/IX«. Eine ansehnliche Sammlung von Zeitungsausschnitten liegt bei. BArch, NlH, Nr. 3, f. 35–73.

2 Paul Baecker (1874–1946), geb. in Eberspark (Kreis Wirsitz), 1893–1897 Studium der Naturwissenschaften, Geschichte und Volkswirtschaft, 1907 Redakteur der Deutschen Tageszeitung in Berlin, 1917–1922 deren Chefredakteur, 1921–1932 Mitglied des preußischen Landtags (DNVP, 1930 Deutsche Fraktion), 1924–1928 des Reichstags.

3 Reichskanzler Graf Hertling, Deutsche Tageszeitung v. 31. August 1918. Baecker hob Hertlings »Begründung der Görres-Gesellschaft«, seine staatsrechtlichen und sozialen Schriften, sein parlamentarisches Wirken, seine Bewährung in der »bayerischen Landespolitik«, seine ausgleichende Art, »geschickte« und »erfolgreiche Amtsführung« hervor, stand aber »dem politischen Programm« Hertlings bei Übernahme der »Reichsgeschäfte« und dem Arbeitskammergesetz ablehnend, der preußischen Wahlreform kritisch gegenüber.

4 Das Berliner Zentrumsblatt Germania v. 30. August 1918 schrieb u.a.: »Er zog Parlamentarier in die Regierung, ohne darum zu dem überzugehen, was man gemeinhin unter dem parlamentarischen Regime zu verstehen pflegt«. »Ein Mann von durchaus konservativer Grundrichtung«, habe er nie daran gedacht, »mit Extremen zu regieren«.

Eine leise Zurückhaltung macht sich in einzelnen Blättern der Linken spürbar. So lobt die [Berliner] Börsen-Zeitung zwar die ausserordentliche politische Begabung des Kanzlers[5] und sein Geschick mit Menschen umzugehen, erklärt dann aber, die Hoffnung, dass Graf Hertling der erste parlamentarische Kanzler sei, habe man heute nicht mehr ganz. Vielleicht nenne die Geschichte Exc[ellenz] Hertling den Übergangskanzler zu einer neuen Zeit, in der ein grosses Volk sich selbst regiere. Den Übergang zu dieser Zeit zu finden, solle die grosse Aufgabe des Kanzlers sein, sie solle es sein. Der [Berliner] Börsen-Kurier hebt hervor, dass der Kanzler sein Versprechen in der Wahlreform-Frage noch nicht habe erfüllen können, jedenfalls aber habe er sich von diesem bedeutsamen Werk keineswegs losgesagt.[6] Die Vossische Zeitung äussert, auch wer politisch auf anderem Boden stehe und eine andere Richtung unserer Kriegszielpolitik gewünscht hätte, werde durchaus die gute Absicht und die ehrliche Überzeugung des Kanzlers würdigen.[7]

Zu dem Geburtstag Ew. Exc[ellenz] liegen ferner noch einige Stimmen aus der Provinz vor, längere Ausführungen jedoch nur in den Blättern der Rechten.[8] Diese Stimmen zeichnen sich durchweg durch freundlichen Ton und sachliche

5 Für die Berliner Börsen-Zeitung v. 31. August 1918 bewies Hertling als Politiker »außerordentliche Begabung« und die in langer Laufbahn erworbene Eignung, dem »Widerstreit der Parteien« unter dem Kanzler Michaelis ein Ende zu machen. »Von der Wissenschaft kommend, hat er sich erstaunlich schnell und leicht mit den praktischen Forderungen der großen und – der kleinen Politik vertraut gemacht. Als Führer des Zentrums hat er viele Jahre seiner Partei den Einfluß zu wahren verstanden, der ihr ihrer Größe und Bedeutung nach zukommt«.

6 Der Berliner Börsen-Courier v. 31. August 1918 wünschte Hertling zu der »Riesenaufgabe«, den Frieden zu finden, »Gesundheit und jenes Ausmaß von energievoller Kraft, deren das Reich im fünften Kriegsjahr bedarf«.

7 Außerdem vermerkte die Vossische Zeitung, Nr. 444 v. 31. August 1918, auch heute erachte sie den »Fortschritt«, den sie in der Ernennung Hertlings zum Kanzler gesehen habe, nicht gering. Hertling habe immer wieder »auf seinen Willen zum Verständigungsfrieden hingewiesen«. Die Schuld an der Fortdauer des grausamen Krieges treffe ihn nicht. »Am heutigen Tage darf er sich sagen, daß, was er nach seinem Gewissen und nach seinen politischen Auffassungen tun konnte, er getan hat«. König Ludwig III. habe Hertling gratuliert.

8 Ausführlich würdigten auch die liberalen, in Auflage von 170 000 erscheinenden Münchner Neuesten Nachrichten, Nr. 437 v. 30. August 1918, dass Reichskanzler Hertling »sich der verantwortungsvollsten Aufgabe, die je einem deutschen Staatsmann gestellt war«, unterzogen habe. Sein Lebensgang habe ihn vom »Reichsfeind« über den Stuhl des bayerischen Ministerpräsidenten »endlich in einer Stunde der Not, als es galt, die verstärkte Heranziehung des Volkes zur Mitbestimmung seiner Geschicke äußerlich zu versinnbildlichen, auf den Posten des Reichskanzlers« geführt. »Es liegt etwas von tragischer Ironie darin, daß er, der erzkonservative Mann, genötigt war, für dieses bescheidene Stück demokratischer Entwicklung die eigene Persönlichkeit einzusetzen«. Er habe sich damit abzufinden gewusst und oftmals gezeigt, »daß bei uns die Bäume des parlamentarischen Systems noch nicht in den Himmel wachsen«. Die Mehrheitsparteien hegten aber nach dreiviertel Jahren »schweres Mißvergnügen über seine Amtsführung«. Hertling habe innenpolitisch nicht entschlossen genug »mit all dem Veralteten« aufgeräumt, »das die Stimmung der Heimat schwerer belastet und uns vor dem Ausland in falschem Licht erscheinen läßt«. Ihm sei jene »eherne Kraft« zu wünschen, die nötig sei, »um das Reich auf dem kürzesten Wege dem Frieden und der Freiheit entgegenzuführen«.

Anerkennung aus. Allgemein wird hervorgehoben, dass Ew. Exc[ellenz] eine Politik des Ausgleichs der inneren Gegensätze betrieben, in einigen Blättern, wie der Kölnischen Zeitung und der Bayerischen Staatszeitung wird ausserdem festgestellt, dass das Verhältnis Ew. Exc[ellenz] zu der Obersten Heeresleitung Harmonie zeigte.[9] Von besonderem Interesse ist es vielleicht, dass das Berliner Tageblatt heute einen Satz des Bayerischen Kurriers [!] herausgreift, der betont, dass das Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 nicht zum wenigsten auf Ew. Exc[ellenz] zurückzuführen sei.[10] Das Berliner Tageblatt stellt fest, dass diese Mitwirkung Ew. Exc[ellenz] an dem Friedensangebot bis jetzt unbekannt gewesen sei und für die Beurteilung der bisherigen und künftigen Politik Ew. Exc[ellenz] von hoher Bedeutung sein dürfte.

Die Linkspresse der Provinz begnügt sich im Allgemeinen mit kurzen tatsächlichen Berichten über die Feier des Geburtstages.[11]

9 Die liberale Kölnische Zeitung, Nr. 808 v. 31. August 1918, würdigte Hertlings von Anbeginn ehrlich bekannte »katholische Weltanschauung«, seine Parteiarbeit für das Zentrum, das »Staatslexikon« der Görres-Gesellschaft als »reiches Waffenarsenal für wissenschaftliche und politische Kämpfe«, sein Verdienst um die ruhige »innere Entwicklung Bayerns«, seine »parlamentarische Schulung« und außenpolitische Sachkenntnis. Er habe den Kanzlerposten »bisher in einer Weise ausgefüllt, die die Zustimmung der weitesten Kreise des deutschen Volkes gefunden hat. In maßvoller und sachlicher Weise hat er immer den deutschen Standpunkt vertreten. Soweit es in seinen Kräften stand, hat er sich allenthalben bemüht, Mißverständnisse und Gegensätze wegzuräumen und die Schwierigkeiten, die sich aus der eigenartigen Stellung dieses ersten ‚nach parlamentarischen Gesichtspunkten gebildeten Reichsministeriums' ergaben, zu überwinden. Daß uns größere Krisen während seiner Kanzlerschaft erspart worden sind, ist nicht zum wenigsten sein Verdienst. […] Wenn es trotz aller klaren, unzweideutigen Erklärungen der deutschen Regierung bisher noch nicht gelungen ist, unsre Gegner an den Verhandlungstisch zu bringen, so trifft den Grafen Hertling hierfür keine Schuld. Es ist im Gegenteil festzustellen, daß er sein möglichstes getan hat, um den Feinden diesen Weg nicht schwer zu machen«.

10 Neben der Zentrumszeitung Bayerischer Kurier – Münchener Fremdenblatt berichtete dies auch ein anderes Organ der Zentrumspartei, der Pfälzer Volksbote, Nr. 202 v. 31. August 1918.

11 Der Berliner Börsen-Courier meldete in seinem Geburtstagsartikel v. 31. August abschließend, Hertling habe »den Wunsch ausgesprochen, daß von etwa beabsichtigten Begrüßungen und sonstigen Bekundungen freundlicher Gesinnung bei diesem Anlaß abgesehen werden möge«.

444

Georg von Hertling an Stephan Ehses
Berlin, 1. September 1918

Wilhelmstraße 77 (eigh. Or.; AGG, Nr. 5,3)

Lieber hochverehrter Herr Prälat!

Für Ihren lieben Brief vom 25. v[origen] M[onats] und Ihre so guten und herzlichen Wünsche zu meinem Geburtstag sage ich aufrichtigen Dank, und ich will auch nicht in meinen alten Fehler verfallen, damit Wochen lang zu warten, sondern lieber alsbald schreiben. Hoffentlich haben Sie inzwischen auch den Brief erhalten, den ich vor einigen Tagen abgeschickt hatte, Sie wissen also bereits, daß ich nicht nach Würzburg kommen kann. Für Dr. Baumstark[1] will ich gerne mein Möglichstes tun, die Eingabe, von der Sie sprechen, ist aber noch nicht in meine Hände gelangt.

Der gestrige Tag hat mir viele Beweise freundlicher und wohlwollender Gesinnung gebracht, ist aber auch für mich mit vielen Anstrengungen verbunden gewesen, leider geben die nächstfolgenden Tag[e] wenig Hoffnung auf Ruhe und Erholung. So bitte ich, mit diesen wenigen Zeilen vorlieb zu nehmen, und verbleibe mit besten Grüßen von mir und den Meinen, in herzlicher Verehrung

Euer Hochwürden ergebener
Hertling

1 Anton Baumstark (1872–1948), 1898 Habilitation für klassische und orientalische Philologie an der Universität Heidelberg, 1906 Gymnasiallehrer an der Heimschule Lender in Sasbach (Baden), 1901 Redakteur der Fachzeitschrift Oriens christianus, Dr. theol. h.c., bahnbrechende Forschungen zur christlichen arabischen, aramäischen, koptischen und äthiopischen Literatur, 1921 Professor für Orientalistik in Bonn; er wurde nach Nimwegen, Utrecht und Münster (1930) berufen, dort trotz »NS-Aktivismus« 1935 vorzeitig emeritiert. Morsey, Görres-Gesellschaft, S. 48 f., 138. Hertling hatte sich 1910 vergeblich bei Johann Peter Kirsch für Baumstarks Berufung an die Universität Fribourg eingesetzt.

445

Friedrich Rosen an Georg von Hertling
Den Haag, 2. September 1918

Kaiserlich Deutsche Gesandtschaft. A 3052. (masch. Or.[1]; PAAA, R 20509, S. 56–57)

Geheim.

Der amerikanische Geschäftsträger, Herr Kirk[2], hat sich unserm Gewährsmann über Euerer Exzellenz Rede an die Katholische Studentenvereinigung[3] folgendermaßen geäußert:

»Die Rede des Kanzlers liegt zunächst nur im Auszuge vor, es läßt sich aber schon jetzt erkennen, daß sie den gehegten Erwartungen nicht entspricht. Die Rede Solf's hat die Atmosphäre geklärt und für Deutschland die Basis einer neuen Orientierung geschaffen.[4] Daher ist der Moment jetzt besonders günstig und Graf Hertling kann durch eine große Rede mit grundlegenden Entschließungen den denkbar günstigsten Einfluß auf die jetzt tagende Intergealliierte [!] Konferenz ausüben. Keiner der führenden politischen Staatsleute der Entente [denkt] jetzt daran, Deutschland um

1 pr. 4. September 1918. Sichtvermerk Bussches 4/9.

2 Alexander Comstock Kirk (1888–1979), geb. in Chicago, Sohn eines Seifenfabrikanten, Jurastudium in Chicago, Yale, Paris und Harvard, Zulassung als Anwalt, 1915 Eintritt ins State Department, 1915 Botschaftssekretär in Berlin, 1916 in Konstantinopel, 1917 im Haag, 1918–1919 bei der Versailler Friedenskonferenz, danach im State Department, 1922 an der US-Botschaft in Tokio, 1923 in Peking, 1924 Sekretär in Mexiko, 1925 in Berlin, 1928 Botschaftsrat in Rom, 1937 in Moskau, 1938 dort Geschäftsträger, 1939 in Berlin, 1941–1944 US-Gesandter in Kairo, 1945–1946 Botschafter in Rom (Quirinal); distinguierter, erstrangiger US-Diplomat.

3 Rede beim Empfang von Vertretern des Verbandes katholischer Studentenvereine Deutschlands zum 75. Geburtstag am 31. August in Berlin, in der Hertling u.a. ausführte: »Was wir brauchen, ist ein einheitliches, festes Zusammenstehen von Kaiser und Reich, Regierung und Volk, und zwar so, daß es auch nach außen deutlich in die Erscheinung tritt und nicht durch den Nebel der Meinungsverschiedenheit und ihre Aeußerungen in Wort und Schrift verhüllt wird«. Jedermanns Pflicht sei, je nach Beruf, Bildung und Stellung, zu »einträchtiger Stimmung« und Stärkung der »Einheitsfront in der Heimat« beizutragen. Schulthess 59, NF 34 (1918/I), S. 266.

4 Der Staatssekretär des Reichskolonialamts hatte am 20. August 1918 bei einem Empfang der Deutschen Gesellschaft 1914 mit teils scharfen Zuspitzungen ausgeführt, »die Sicherstellung unserer kolonialen Zukunft« sei nicht nur Ziel der Regierung oder von Interessengruppen, sondern »deutsches Volksziel […] bis tief in die Arbeiterkreise hinein«. Äußerungen der Entente würden belegen, dass die Feinde »keinen Frieden durch Verhandlungen« wollten. Deutschland habe keine Annexionsziele im Osten, zwischen der Befreiung der Randvölker Russlands und ihrer »vollen Selbstbestimmungsfähigkeit« liege »ein natürliches Uebergangsstadium«. Am Schluss bekannte er sich zu den »Gruppen und Menschen« in allen Ländern, »die man als Zentren des europäischen Gewissens bezeichnen kann« und die zur Erörterung der nach dem Krieg wartenden »brennenden Menschheitsfragen« – Kriegsverhütung, »nationale Minderheiten«, Behandlung »der minderjährigen Rassen dieser Welt« – bereitstünden. Schulthess 59, NF 34 (1918/I), S. 254–259.

seinen Kolonialbesitz zu bringen und die Schaffung eines größeren Ostafrika ist durchaus diskutabel. Es sind wiederholt Pläne erwogen worden, Deutschland auf Kosten Angolas und Portugiesisch-Ostafrikas erhebliche Zugeständnisse zu machen und ihm die Schaffung eines südöstlichen afrikanischen Kolonialreichs zu ermöglichen, wohingegen es Togo und Kamerun an England abtreten solle. Alle diese Fragen sind durchaus diskutabel und in keiner Form ein ›fait accompli‹«.

Der Legationssekretär Dyar[5], der besondere Protegé Wilson's in der hiesigen amerikanischen Gesandtschaft, äußerte sich gleichzeitig unserm Gewährsmann gegenüber wie folgt:

»Von einer Abtretung Elsaß-Lothringens ist in Wilson's Reden niemals die Rede gewesen. Die Frage der von der Entente angeregten Frage der Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen ändert sich sofort mit der Steigerung des Vertrauens in die Deutsche Regierung. Alle Fragen des Ausgleichs werden umso leichter lösbar, je größer die Autorität der politischen Leitung gegenüber dem Hauptquartier wird. Alle Fragen eines Ausgleichs hängen schließlich davon ab, ob das Auswärtige Amt gegenüber der Militärbehörde seine Selbständigkeit vertreten kann oder nicht«.

Rosen

5 Charles B. Dyar, seit 1906 im Auswärtigen Dienst der USA, 1922 Vizekonsul in Stettin, 1924 in Hamburg, 1930 Special Agent in Paris. Eintrag über ihn: The American Foreign Service Journal, Bd. 7 (1930), S. 370.

446

Sitzung des Preußischen Staatsministeriums Berlin, 3. September 1918

St[aats]M[inisterium]. 5945. (masch. Kop.[1]; BArch, R 43/2398l, f. 69–75)

Anwesend: Ministerpräsident Dr. v. Hertling, Vizepräsident Dr. Friedberg, die Staatsminister Dr. v. Breitenbach, v. Stein, v. Roedern, v. Waldow, Dr. Spahn, Dr. Drews, Dr. Schmidt, v. Eisenhart-Rothe[2], Hergt[3], Wallraf, die Unterstaatssekretäre Dr. v. dem Bussche-Haddenhausen und Heinrichs.

Der Ministerpräsident dankte den Staatsministern für die Glückwünsche zu seinem 75. Geburtstag und für die Blumenspende. Sodann erörterte er die gegenwärtige politische Lage, welche eng mit der derzeitigen militärischen Lage verknüpft sei. Er hoffe, daß über die letztere der Herr Kriegsminister noch einige nähere Mitteilungen machen könne.[4]

An leitender Stelle stehe der Wunsch, daß jeder gangbare Weg betreten werden müsse, der zu einer Verständigung mit dem Feind führen könne. Ein Friedensangebot könne und dürfe nicht gemacht werden, das würde von unseren Feinden doch nur schnöde abgewiesen werden. Dagegen müßten Fäden angesponnen werden und es müsse jede Gelegenheit wahrgenommen werden, die zum Ziele führen könne, möglichst durch neutrale oder sonst geeignete Persönlichkeiten. Er habe dabei auch an die Königin von Holland gedacht. Man müsse etwa zum Feinde sagen: »Ihr seht, Ihr könnt uns nicht besiegen, Deutschland wird seine Existenzberechtigung und seinen Platz an der Sonne in dem ihm aufgezwungenen Verteidigungskriege zweifellos

1 S. 1–14; pr. Reichskanzlei 26. September 1918; z.d.A.–Vermerk Radowitz' 27/9. Kommentiertes Regest in: Protokolle des Preußischen Staatsministeriums, Bd. 10, S. 231 f.

2 Paul von Eisenhart-Rothe (1857–1923), aus märkischem Adel, Jurastudium, 1878 Gerichtsreferendar, 1885 Regierungsassessor der Provinz Pommern in Stettin, 1898–1917 Landeshauptmann des Provinzialverbands Pommern, August 1917–November 1918 preußischer Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

3 Oskar Hergt (1869–1967), geb. in Naumburg (Saale), Sohn eines Kaufmanns, Jurastudium, 1899 Amtsrichter in Liebenwerda, 1902 Regierungsrat in Hildesheim, 1904–1914 Geheimer Finanz- und Oberfinanzrat im preußischen Finanzministerium, 1915 Regierungspräsident von Liegnitz, 1916 von Oppeln, 1917–1918 preußischer Finanzminister, 1919–1923 Mitglied des preußischen Landtags, 1920–1933 des Reichstags (1920–1924 Fraktionsvorsitzender der DNVP), 1927–1928 Reichsjustizminister; er vermochte die DNVP nicht in eine gemäßigte, christlich-konservative Richtung zu lenken; 1933 Rückzug aus der Politik. Klaus-Peter Hoepke, Hergt, Oscar, in: NDB 8 (1969), S. 612 f.

4 Am 3. September fragte Hertling bei Hindenburg an, wie es um die momentane und zukünftig zu erwartende Kriegslage stehe. Er erhielt eine allzu knappe Antwort (siehe unten Nr. 448) und schickte auf den ihm am 8. September übermittelten Wunsch der OHL, nach Spa zu kommen, Hintze und Winterfeldt ins GHQ, ersteren versehen mit einem Fragebogen zur militärischen Lage, letzteren mit dem Auftrag, sich möglichst nahe an die Kampffront zu begeben und von dort genau zu berichten. Vgl. K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 166.

siegreich behaupten; aber wir sind stets bereit, wie das schon wiederholt und unzweideutig von der deutschen Regierung betont worden ist, einen ehrenhaften Frieden abzuschließen«. Über die einzelnen dabei aufzustellenden Friedensbedingungen werde jetzt auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers ein genaues Programm aufgestellt werden. Diese soeben dargelegte Stellungnahme sei in Besprechungen festgelegt, die in Spa unter dem Vorsitze des Kaisers stattgefunden hätten, an denen außer den Generälen von Hindenburg und Ludendorff auch der Kronprinz teilgenommen und in denen eine völlige Einigung unter allen Beteiligten stattgefunden habe. Erschwert werde die Lage noch durch das unbedingte Friedensbedürfnis, welches sich in Österreich-Ungarn immer mehr geltend mache. Die österreichisch-ungarische Regierung habe ihn wissen lassen, daß sie an alle Feinde ihre Bereitschaft, Frieden zu schließen, mitteilen wolle. Es sei ihm zwar gelungen, einen solchen verhängnisvollen Schritt zurückzuhalten, aber dahingehende Wünsche werden jetzt wieder immer energischer in Österreich-Ungarn vertreten. Der Staatssekretär von Hintze sei gerade aus diesem Grunde jetzt nach Wien gereist und könne daher an der heutigen Verhandlung zu seinem eigenen Leidwesen nicht teilnehmen.

Auch bei uns im Lande sei die Stimmung gegenwärtig zweifellos schlecht und deshalb müßten auch wir ernstlich den Versuch machen, mit Ehren aus dem Kriege herauszukommen. Über die Frage, wie der gegenwärtigen schlechten Stimmung, die durch die militärische Lage an sich nicht begründet sei, mit Erfolg entgegengetreten werden könne, sei in Spa bei den erwähnten Besprechungen verhandelt. Es komme darauf an, das Vertrauen der Bevölkerung wieder zu heben und die üble Wechselwirkung zwischen Front und Heimat, die überall zu beobachten sei, zu paralysieren.[5]

5 Aus Ostdeutschland (Löbau) berichtete das dortige Generalkommando des XX. Armeekorps, der »Wille zum Durchhalten« sei noch vorhanden, trage wohl über den Kriegswinter und ein weiteres Kriegsjahr hinweg. Einfluss sei vor allem auf die »Frauenwelt« zu nehmen, »die grossenteils ein entscheidender Träger der Stimmung ist«. (Kriegsamt an Hertling, Berlin 21. August 1918: Zusammenstellung der Monatsberichte v. 3. August 1918 mit wörtlichen Wiedergaben einzelner Berichte. BArch, R 43/2398l, f. 31–59, hier 51, 53. Gedruckte Zusammenstellung der Monatsberichte v. 3. August 1918, Kriegsamt, Berlin 15. August 1918, ebd. unter f. 60, S. 1–40). Aus Württemberg wurde eine »Verschlechterung der allgemeinen Volksstimmung« gemeldet, die aber, wie in Schwaben öfters erlebt, wieder umschlagen könne. (Ebd., f. 59). In Mainz sei des wegen des Scheiterns der Frühjahrsoffensive ein Stimmungswechsel zu bemerken. Trotzdem geniesse Hindenburg »vollstes Vertrauen aller Schichten«, man sei bereit zum Weiterkämpfen trotz der Erregung und Unruhe, die vom »Staatssozialismus«, von den Blutopfern und der Verarmung des »Beamten-, Mittel- und Handwerkerstandes« herrührten. (Ebd., f. 56–57). In Berlin wüchsen wegen der Ernährungslage und der Kriegsdauer »Teilnahmslosigkeit« und »Gleichgültigkeit«. (Ebd., f. 55). Am 24. September 1918 meldete von Oppen, Polizeipräsident von Berlin, große Teile der Bevölkerung drängten »mit aller Kraft nach einem Verständigungsfrieden«, damit der Krieg sich »nicht noch weiter in die Länge ziehe«. (Ebd., f. 97–98). Der Generalkommandeur in den Marken, Generaloberst Alexander von Linsingen (1850–1935), drohte am 2. September 1918 in Maueranschlägen mit Gefängnisstrafen für die Verbreitung unwahrer Gerüchte. Dagegen erhob zwei Tage später Pressechef Deutelmoser bei Hertling »die größten Bedenken«: Dies schade im In- und Ausland, führe zu Denunziationen und Verbitterung. Stattdessen sei »positive Aufklärung« nötig. Deutelmoser und Bussche drängten Hertling zu einer Aussprache mit Linsingen. Ebd., f. 76–77.

Eine entsprechende Organisation, die eine dahingehende Propaganda im Inlande und im Auslande betreiben solle, sei dem Auswärtigen Amt angegliedert und dem Staatssekretär von Hintze unterstellt. Sie sei bereits in Tätigkeit getreten und habe auch schon einige günstige Wirkungen erzielt, so z.B. hätten die auf Veranlassung dieser Organisation von dem Staatssekretär Solf und von dem Prinzen Max von Baden kürzlich gehaltenen Reden in bezug auf die Stimmung hier im Lande eine gute Wirkung ausgeübt.

Der Herr Kriegsminister [Stein] führte aus, er könne über die augenblickliche militärische Lage wenig sagen. Er wolle sich erst jetzt ins Hauptquartier begeben, um nähere Informationen einzuziehen. Er müsse aber auf die großen Schwierigkeiten des Ersatzes, die jetzt beständen, hinweisen. Er müsse und wolle den jüngsten Jahrgang aus der Front zurückhalten, das mache aber ein starkes Auskämmen in der Zivilbevölkerung nötig.[6] *Er widersprach den Befürchtungen Waldows, dass dann auf dem Land nicht genügend Arbeiter für das Einbringen der Kartoffelernte übrigblieben, und des Ministers für öffentliche Arbeiten [Breitenbach], dass seine Betriebe die Abgabe von weiteren 15 Prozent ihres Personals nicht verkraften könnten.*

Finanzminister [Hergt] erbat von Hertling weitere Auskunft über die aktuellen, Polen und das Baltikum betreffenden Fragen, sowie über Helfferichs Ausscheiden aus seinem Posten in Moskau. Es gehe nicht an, dass Presse und Parlamentarier, wie geschehen, über diese Fragen früher orientiert seien als das Staatsministerium. Das gelte vor allem für die baltische Frage, die eine eminent preußische Frage sei. Innenminister [Drews] bedauerte, dass er vor seiner Abreise mit der Haushaltskommission nach Kurland von Payer und Hintze trotz seiner Anfrage über die Absichten der Reichsleitung nichts erfahren habe.

Der Herr Ministerpräsident erwiderte, er werde gern bemüht sein, den geäußerten Wünschen zu entsprechen. Was speziell die polnische Sache anlange, so sei vor der Anwesenheit des Kaisers Karl in Spa dort der polnische Vertreter in Berlin Graf Ronikier[7] mit dem polnischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Prinzen Radziwill[8] gewesen und hätten Seiner Majestät erklärt, daß sie einen preußischen

6 Mit Schreiben vom 13. September 1918 an Hertling, die neun Ressorts und das Preußische Staatsministerium forderte Kriegsminister Stein, ab 1883 geborene kriegsverwendungsfähige Beamte aus den Zivilverwaltungsbehörden der Kriegswirtschaft zum Militärdienst einzuziehen. BArch, R 43/2398l, f. 90.

7 Adam Feliks Graf Ronikier (1881–1952), geb. in Warschau, November 1916–November 1918 Funktionen in der Regentschaft Polens, 1940–1943 im Generalgouvernement Warschau, ab 1945 Exil in den USA.

8 Prinz Janusz Radziwill (1880–1967), geb. in Berlin, Sohn des Fideikommissbesitzers und Reichstagsmitglieds (Pole) Fürst Ferdinand Radziwill (1834–1926) und der Fürstin Pelagia geb. Sapieha-Kodenska (1844–1929), Februar 1917–Oktober 1918 im Regentschaftsrat, 1919–1920 polnischer Gesandter in London, 1920–1921 polnischer Außenminister, 1928–1935 Mitglied des Sejm, 1935–1939 des Senats, 1939 von den Sowjets, 1944 von den Deutschen inhaftiert, ab 1945 lange in sowjetischer Haft, seine Güter wurden verstaatlicht. »Ein geistig hochstehender Mann und ein fesselnder und formvollendeter Redner«, trat er 1914–1918 für ein »Zusammengehen mit den

Prinzen für den polnischen Königsthron wünschten. Als dies der Kaiser abgelehnt und einen anderen Vorschlag erfordert habe, hätten sie den Erzherzog Stephan genannt.[9] Hiermit habe sich Seine Majestät einverstanden erklärt und dem polnischen Vertreter anheimgegeben, in diesem Sinne zu wirken. Als dann der Kaiser Karl mit Burian nach Spa gekommen sei, habe der letztere einer solchen Lösung entschieden Widerstand entgegengestellt und deshalb sei die polnische Frage zurzeit wieder einmal auf einem toten Punkt angelangt. Indessen hätten wir jetzt eine starke Position gegen die Polen, denn wir hätten ihnen sagen können, wenn Ihr Euch an Deutschland anlehnen wollt, dann können wir Euch bezüglich des Grenzsicherheitsstreifens entgegenkommen. Das habe auf die Polen Eindruck gemacht und man könne hoffen, daß sie auch auf unsere Vorschläge wegen Abschluß einer Militärkonvention und der sonstigen wirtschaftlichen Konventionen eingehen würden. Indessen seien alle diese Punkte noch nicht geregelt. *Er sei mit dem Innenminister erleichtert darüber, dass Ludendorff nun darauf eingehen wolle, das fast ausschließlich polnische Wilna nicht an Litauen, sondern an Polen zu geben.*

Bussche, von Hertling gebeten, anstelle des verhinderten Staatssekretärs Mitteilungen über das Verhältnis zur amtierenden russischen Regierung zu machen, warb um Verständnis dafür, dass die Reichsleitung sich notgedrungen mit der bolschewistischen Regierung in Russland abfinde und mit ihr, wie bei den kürzlich abgeschlossenen Ergänzungsverträgen, weiter verhandele. Die gegenwärtigen gegenrevolutionären Kräfte hätten nach Kenntnis des Auswärtigen Amts nichts hinter sich. Sie wollten den Brester Frieden beseitigen, was Deutschland keineswegs billigen könne, um keine neue Ostfront zu gewärtigen. Diese Politik sähen auch Kenner der russischen Verhältnisse in Schweden als die einzig gebotene an. Roedern erläuterte ausführlich die Ergänzungsverträge, die 6 Milliarden teils in Gold für Geschädigte unter Berücksichtigung russischer Gegenforderungen vorsähen und noch vor Anhörung des Reichstags ratifiziert werden könnten. Gegen die Ratifizierung seien vor dem Krieg in Russland engagierte Bankkreise und auch Helfferich. Hertling gab bekannt, er habe diesen wegen sachlicher Meinungsverschiedenheiten mit der Regierung, die keine Veranlassung zur Änderung ihrer Politik gesehen habe, nach Berlin zurückberufen. Helfferich habe versprochen, nach seiner Abberufung seine abweichende Meinung nicht in die Öffentlichkeit zu tragen.[10]

---

siegreichen Zentralmächten ein«. Hutten-Czapski, Bd. 2, S. 469; Truhart, S. 2659; Wolff, Tagebücher, S. 600 Anm. 5.

9 Vgl. zu diesen Gesprächen Hintze an AA, 15. August 1918. Hintze, S. 488 f. mit Anm. 1.

10 Helfferich hatte sich gegen die am 27. August 1918 unterzeichneten Ergänzungsverträge zum Vertrag von Brest-Litowsk gewandt und gefordert, »alle nichtbolschewistischen Elemente Rußlands« gegen die »Schreckensherrschaft« des morschen, nur durch rücksichtslosen Terror aufrecht erhaltenen Bolschewiki-Regimes zu unterstützen, um diese Kräfte nicht der Entente in die Arme zu treiben. Aufzeichnung Helfferichs, Berlin 19. August 1918. Deutsch-sowjetische Beziehungen, S. 709–717.

Bussche meldete bestehende Bedenken Hintzes gegen die jetzige Angliederung des Baltenlands und äußerte generellen Vorbehalt dagegen. Der Innenminister zeigte sich überrascht über den Sinneswandel des Staatssekretärs, der ihm vor seiner Abreise noch versichert habe, er hoffe auf einen baldigen Abschluss mit Russland und sei ebenfalls dafür, die staatsrechtlichen Verhältnisse der drei Baltenländer zusammen zu behandeln.[11] *Überhaupt bestehe zu wenig Fühlung zwischen dem Preußischen Staatsministerium und dem Auswärtigen Amt. Er habe bei seiner Reise mit dem Landwirtschafts- und dem Finanzminister nach Kurland dort und bei den besitzenden Letten eine sehr günstige Stimmung für Deutschland verspürt. Verbreitet sei die Erwartung einer baldigen Angliederung an Deutschland. Der Landwirtschaftsminister [Eisenhart-Rothe], Roedern und Wallraf beharrten auf einer möglichst rasch herbeizuführenden Lösung, die auch das Abgeordnetenhaus wünsche. Roedern verlangte schnelles Handeln, sonst trete ein Stimmungsumschlag ein und die bolschewistischen Elemente unter den Letten gewännen Einfluss. Wallraf wünschte baldige Verhandlungen mit dem Landesrat über die Konventionen, bevor über die Krone entschieden werde. Bussche meinte, Hintze halte vor allem die Personalunion mit Preußen nicht für den gegebenen Weg und sei gegen eine Zergliederung der Baltenländer. Es bestehe kein Hindernis, die schwebenden Verhandlungen fortzusetzen.*

Der Herr Vizepräsident [Friedberg] wies darauf hin, daß die allgemeine Weltpolitik doch auch maßgebend sein müsse für die Lösung der baltischen Frage. Bei einer Angliederung der Baltenländer an Deutschland würde man der deutschen Regierung den Vorwurf der Annexionspolitik machen, und wenn wir später die Provinzen etwa nicht würden halten können, so würde das unsere Situation wesentlich erschweren.

Der Herr Ministerpräsident faßte das Ergebnis der Erörterung dahin zusammen, daß die erwähnten vorbereitenden Arbeiten fortgesetzt werden sollten und demnächst eine nochmalige Besprechung der Angelegenheit im Beisein des Staatssekretärs von Hintze zu erfolgen hätte.

11 Erst am 18. September 1918 legte Hintze namens des AA mit Schreiben an Hertling und »die zuständigen Minister und Reichsämter« (BArch, R 43/2406b, f. 8–11, darauf Notiz Radowitz' v. 20/9) seine Ablehnung der am 15. August 1918 dem Kaiser übersandten Denkschrift des Staatsministeriums offen. Er wünschte zwar eine »alsbaldige Inangriffnahme« von Verhandlungen mit Vertretern des Baltenlandes und Litauens über Bündnisverträge und die »im Interesse der gemeinsamen Kriegführung erforderlichen Maßnahmen«, doch werde die Personalunion die Harmonie im Bundesrat stören und auf die »ernstesten parlamentarischen Schwierigkeiten« stoßen. Auch Ministerialdirektor Kriege lehnte diese ab, weil die mögliche Wiederherausgabe der Ostseeprovinzen einen schweren »Prestigeverlust« für Wilhelm II. zur Folge haben würde. BArch, R 43/2406e, f. 239–242; von Hintze unterschriebenes Exemplar in: BArch, R 43/2406b, f. 8–11. Druck: Hintze, S. 601–605 mit Anm. 1. Vgl. H.-E. Volkmann, Baltikumpolitik, S. 199.

Waldow hielt die von Roedern in Frage gestellte weitere kostspielige militärische Besetzung der Ukraine für eine Notwendigkeit, um die Brotgetreidezufuhr von dort zu sichern, die für das neue Wirtschaftsjahr absolut unentbehrlich sei.

Unterschriften.
gez. Sydow
gez. Heinrichs

447

Hilmar von den Bussche an Paul von Hintze
Berlin, 4. September 1918

Nr. 889. (Telegramm, Entzifferung, PAAA, R 20509, S. 41–43)

Für Staatssekretär.
Dringend.

Gesandter Bern drahtet: °»Erfahre vertraulich aus zuverlässiger Quelle, daß italienischer Sozialist Schott[1] aus Paris hier eingetroffen, um für französische Sozialisten mit Scheidemann und Troelstra[2] Verbindung aufzunehmen. Schott soll zu diesem Zweck auf Verwendung Thomas[3] Paß von Französischer Regierung erhalten haben, will Dr. Adolf Müller Mitte dieser Woche aufsuchen, da Scheidemann bereits abgereist.

Grund der Reise Schotts angeblich Wunsch französischer Sozialisten vor interalliierter Sozialisten-Konferenz Gewißheit über Stellung deutscher Sozialisten zu verschaffen. Bei Entente-Sozialisten soll man Eindruck haben, daß Scheidemann und deutsche Sozialisten Elsaß-Lothringische Frage von vornherein von jeder Behandlung auf geplantem internationalem Sozialisten-Kongreß ausscheiden wollen. In diesem Falle würden französische und übrige Entente-Sozialisten nicht in der Lage sein, bei Paßverweigerung Konsequenzen zu ziehen. (Kriegskredit–Verweigerung). Aus Mitteilung meiner Quelle schließe ich, daß die in einem anderen Falle mit Bericht vom 4. Dezember [19]17 vorgeschlagenen und vom Auswärtigen Amt genehmigten Formeln französischen Sozialisten möglicherweise genügen würden.

Schott muß angeblich spätestens 9. September nach Paris zurückreisen.

°-° Entnommen dem Telegr. Nr. 1368 Romberg an AA, Bern 2. September 1918. PAAA, R 20509, S. 37 f.

1 Edoardo Schott (1890–1985), aus jüdisch-rumänischer Familie, Journalist, Kriegskorrespondent in Saloniki; zeitweise Führer der Democrazia sociale irredenta in Julisch Venetien, agitierte er für den Anschluss Triests an Italien.

2 Pieter Jelles Troelstra (1860–1930), geb. in Leeuwarden , aus liberalem, kleinagrarischem Milieu, 1888 Dr. jur. (Groningen), 1885 Anschluss an die Friesische Volkspartei, 1890 an den Sozial-Demokratischen Bund, 1894 Mitgründer der gegen radikale sozialistische Tendenzen gerichteten, den Parlamentarismus und das allgemeine Wahlrecht favorisierenden Sozialdemokratischen Partei der Niederlande, als deren pragmatischer und zugleich visionärer Redner und Publizist er in Amsterdam und Utrecht wirkte, 1897–1921 Mitglied der Zweiten Kammer der Niederlande, Fraktions- und Parteivorsitzender, Redakteur des Parteiblatts Het Volk; 1914–1918 Führungsrolle in der internationalen sozialistischen Bewegung (prodeutsch, für Verständigungsfrieden), Ende 1918 Neigung zur sozialistischen Revolution, 1925 Rückzug aus der Politik, danach widmete er sich seinen Dichtungen. H. F. Cohen, Troelstra, Pieter, in: Biografisch Woordenboek van Nederland. URL: http://resources.huygens.knaw.nl/bwn1880–2000/lemmata/bwn1/troelstra (8.4.2018).

3 Albert Thomas.

Anheimstelle streng vertraulich, Scheidemann zu verständigen und ihm ev[en]t[uel]l erwähnte Formeln aus Bericht Nr. 3695 an die Hand zu geben. Wäre auch für Weisung dankbar, wie ich Adolf Müller instruieren soll«.°

Die im vorerwähnten Bericht vom 4. Dezember v[origen] J[ahres] vorgeschlagenen und diesseits genehmigten Formeln waren als Grundlagen für eine Besprechung gewählt worden, die zwischen Freiherrn v. d. Lancken und Herrn Briand stattfinden sollte. Sie lauteten:

»Une conversation où chacun causera comme il veut de façon à tâcher de trouver un terrain d'entente pour des négociations de paix.«

»Une conversation dans laquelle on pourrait des deux côtés aborder tous les sujets«.

»Une conversation où on touchera tous les sujets en litige de façon à voir comment on pourrait en sortir«.[4]

Erbitte Weisung, ob sehr zuverlässiger Adolf Müller durch Freiherrn von Romberg verständigt werden kann, daß d[er] Behandlung der Elsaß-Lothringischen Frage auf Grund einer der obigen Formeln nichts entgegensteht.[5] Von Verständigung Scheidemanns ist m[eines] E[rachtens] abzusehen.[6]

Bussche.

4 Vorstehende Formeln entnommen dem Telegr. Romberg an Hertling, Bern 4. Dezember 1917. (Scherer-Grunewald, Bd. 3, S. 64). Übersetzung: »Eine Unterhaltung, in der jeder nach Belieben in einer Weise sprechen wird, die darauf hinausläuft, eine gemeinsame Ebene für Friedensverhandlungen zu finden; eine Konversation, in der beide Seiten alle Themen ansprechen dürfen; ein Gespräch, in dem man alle streitigen Themen berührt, um zu sehen, wie man einen Ausweg findet«.

5 Am Rand auf Tel. Nr. 889 handschr. [von Stumm] eingetragene Weisung Hintzes an Romberg, Berlin 6. September 1918 (Telegr. Nr. 1169 auf Telegr. Nr. 1368): »Halte es für unbedenklich, daß Adolf Müller Formel 1 verwertet, natürlich unter der Voraussetzung, daß auf der Konferenz Konversation über Elsass-Lothringen nur von französischer Seite geführt wird. Das müßte Müller zusichern«.

6 Vorangehender Satz im Konz. des Telegr. Nr. 889 von Bussche eigh. hinzugesetzt. PAAA, R 20509, S. 40.

448

Paul von Hindenburg an Detlof von Winterfeldt
Großes Hauptquartier, 4. September 1918

(entziffertes Telegramm[1]; BArch, R 43/2398l, f. 82)

Telegramm aus dem Grossen Hauptquartier vom 4.9.1918.
Oberst v. Winterfeldt für den Herrn Reichskanzler:

»Die Kriegslage ist eine zweifellos hoch gespannte. Durch die Angriffe der Entente, namentlich mit ihren Tanks, ist der deutsche Kräfteverbrauch ein sehr hoher. Er wird durch den eintreffenden Ersatz nicht gedeckt. Ich hoffe, die Lage trotzdem durchaus zu halten, da auch der Feind starke Einbusse erleiden muss, werde aber irgend eine grössere Offensive in diesem Jahr wohl kaum mehr ergreifen können, durch welche allein ein endgültig entscheidender Umschwung rasch zu erzielen wäre.[2]

v. Hindenburg«.

1 Entziffert bei der Sektion Politik Berlin des Generalstabes des Feldheeres; Vermerk Winterfeldts: »Sr. Excellenz dem Herrn Reichskanzler vorgelegt. Graf Stirum hat wegen starker Grippe seine Reise nach Berlin aufgeben müssen«. Tel. ging auch an Bartenwerffer.

2 Vgl. mit der Kürze dieser Auskunft oben Nr. 446 Anm. 4.

449

Oscar von der Lancken an Paul von Hintze
Brüssel, 4. September 1918

Politische Abteilung bei dem Generalgouvernement in Belgien. I 5913.
(masch. Or.[1]; PAAA, R 20509, S. 65–72)

Euerer Exzellenz

beehre ich mich im Anschluss an meine anderweitige Meldung[2] über die Reise des Belgiers Rolin-Jacquemyns[3] nach dem Hâvre nachstehend einen ausführlichen Bericht vorzulegen. Im Zusammenhang mit dem belgischen Problem wird darin versucht, ein Bild der Friedensmöglichkeiten zu geben, wie sie sich aus den Mitteilungen des genannten Belgiers und auf Grund anderer mir zugegangener Information darstellen lassen.

Die Reise, die Rolin Jacquemyns Anfang Juli über die Schweiz nach dem Hâvre antrat und von der er jetzt zurückgekehrt ist, hat nicht ganz in dem ursprünglich beabsichtigten Sinne durchgeführt werden können. Nach der seinerzeit mit dem Herrn Staatssekretär von Kühlmann getroffenen Vereinbarung war kein Zweifel gelassen worden, dass er nicht in meinem Auftrage sondern nur auf seinen Wunsch mit meiner Zustimmung reise. Nähere Angaben über die deutschen Pläne in Bezug auf Belgien wurden ihm dementsprechend nicht gemacht. Er wurde vielmehr auf die letzten öffentlichen Erklärungen des Herrn Reichskanzlers Grafen von Hertling[4] verwiesen. Rolin reiste also aus, um seinem König und seiner Regierung von dem wachsenden Friedensbedürfnis im besetzten Gebiete zu berichten und sie zu Bemühungen um Herbeiführung des Friedens zu bewegen. Ich stellte ihm allerdings in Aussicht, dass ich je nach den Nachrichten, die er bei der Heimkehr mitbrächte, meiner Regierung Meldung machen würde.

---

1 Brief, pr. 6. September 1918 Vm. Sichtvermerke R.K. 7.6., Hintzes 7/9, Bussches 24/9 u.a.

2 Tel. Nr. 173 Lancken an AA, Brüssel 1. September 1918. (PAAA, R 20509, S. 32–34; Druck: Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 321 f.). Rolin war in der ersten Augusthälfte in Le Havre, ließ sich, da ängstlicher Natur, »von seinem Freunde Hymans völlig umspinnen«, der ihn auch abhielt, König Albert aufzusuchen und mit Franzosen zu sprechen.

3 Edouard Rolin-Jacquemyns (1863–1936), geb. in Gent, dort 1884 Promotion nach Philosophie- und Jurastudium, Hochschullehrer, 1891 Mitglied des Institut de Droit International, rechtswissenschaftliche Veröffentlichungen, 1899 auf der Haager Friedenskonferenz, 1920–1925 Hochkommissar der Interalliierten Rheinland-Kommission, 1925–1926 belgischer Innen- und Gesundheitsminister, 1928–1930 Mitglied des Ständigen Schiedshofs im Haag, 1931–1936 dort Richter am Ständigen Internationalen Gerichtshof. https://nl.wikipedia.org/wiki/Edouard_Rolin_Jacquemyns (9.11.2018).

4 Erklärungen Hertlings vor dem Hauptausschuss des Reichstags am 11. und 12. Juli 1918.

Die nach Rolins Abreise eingetretenen militärischen Ereignisse[5] haben die Voraussetzungen seiner Tätigkeit wesentlich beeinträchtigt. In Paris und London täuschen sich die Einsichtigen zwar nicht darüber, dass die allgemeine Kriegslage durch den deutschen Rückzug nicht völlig verschoben wurde. Aber bei den Franzosen war jedenfalls ein starker Druck, die unmittelbare Bedrohung von Paris, weggefallen. Mit diesen Tatsachen hatte Rolin bei seiner Ankunft zu rechnen. Es schien nicht mehr ratsam, die belgische Regierung zu einer unmittelbaren Friedensaktion bei ihren Verbündeten zu veranlassen. Solche Bestrebungen wären auf Widerstand gestossen. Die Berufung auf die unglücklichen Zustände und die Unzufriedenheit im besetzten Belgien hätten mit Hinweisen auf den militärischen Umschwung und mit Vertröstungen abgetan werden können.

Unter diesen Umständen hat sich Rolin von seinem alten Freunde Hymans, dem belgischen Aussenminister, bestimmen lassen, seine Umfrage auf den kleinen belgischen Kreis im Hâvre zu beschränken. Er ist nicht zum König Albert ins Operationsgebiet gefahren, hat auch mit keinem Engländer und Franzosen von Rang gesprochen. Der ihm von Hymans erteilte Bescheid ist aber doch von Bedeutung. Der darauf beruhende Vorschlag Rolins lautet:

»Deutschland möge, schon im eigenen Interesse, eine vorbehaltlose öffentliche Erklärung über die Wiederherstellung und Entschädigung Belgiens abgeben. Damit würde die Luft gereinigt und für die belgische Regierung der Boden für einen Schritt bei den Verbandsmächten geebnet werden«.

In seiner Aussprache mit mir hat Rolin von selbst zu verstehen gegeben, dass im Augenblick des englisch-französischen Vormarsches eine solche öffentliche deutsche Erklärung allerdings kaum opportun wäre.

Dieses positive und formale Ergebnis der Reise Rolins, in dem ein unmittelbarer Ausdruck der bei der belgischen Regierung herrschenden Auffassung vorliegt, bedarf für seine richtige Bewertung einiger Ergänzungen. Aus Rolins persönlichen Beobachtungen sowie aus anderen mir zugänglich gewordenen Nachrichten geht in der Tat hervor, dass die belgische Frage zum Ausgangspunkt einer Fühlungnahme mit den Verbandsmächten genommen werden könnte. Ich darf mich darauf beschränken, im Folgenden das Wesentliche aus den verschiedenen mir gemachten Mitteilungen zusammenzufassen:

In den belgischen Kreisen festigt sich die Ueberzeugung, dass das Schicksal des Landes durch die Fortsetzung des Krieges nicht mehr verbessert werden kann. Es läuft nur Gefahr, wirtschaftlich noch weiter zurückzukommen. Sobald also verbürgt

5 In der Nacht vom 28. auf 29. August 1918 fand im Raum Kemmel-Estaires-La Bassée bei geringer Gefechtstätigkeit der 4. und 6. Armee eine Zurückverlegung statt; doch war am 29.–30. August »Großkampftag« bei der 9. Armee, die sich bei Champs, Folembray, Juvigny, Chavigny »Kolonnen von Tanks« und von reitenden Offizieren geführter »Infanteriemassen« der Franzosen erwehrte, sowie bei der 17. Armee an der Straße Arras-Cambrai. Berckheim an Karl v. Hertling, 30. August–1. September 1918. BArch, R 43/2471l, f. 61–69.

ist, dass Belgien wieder hergestellt und die Entschädigungsfrage nicht vollkommen negativ gelöst wird, entfallen für die Belgier die auf den Friedensbestrebungen lastenden Hemmungen. Das Heer braucht nicht mehr für die Befreiung des Vaterlandes zu kämpfen. Mit der Gefahr einer wirtschaftlichen Knechtung durch Deutschland schwindet eines der stärksten Agitationsmittel für den wirtschaftlichen Anschluss an den Verband. Auch die innerpolitischen Probleme – Flamenfrage – lassen sich leichter lösen, wenn die Reformen nicht den Anschein haben, im direkten deutschen Interesse durchgeführt zu werden. Ein Entgegenkommen in der Entschädigungsfrage würde der belgischen Industrie erleichtern, die uns zunächst feindlichen Volksstimmungen zu überwinden und die Geschäftsbeziehungen zu Deutschland wieder aufzunehmen.

Die Notwendigkeit einer belgischen Friedenspolitik wird nicht nur von unmittelbar interessierten industriellen und Handelskreisen, sondern vor allem auch bei der hohen Geistlichkeit anerkannt. Es muss hervorgehoben werden, dass die Mission Rolins im Einvernehmen mit Kardinal Mercier unternommen wurde, der ihm sogar seinen kirchlichen Segen und einen Geleitbrief mitgab. Der Bischof Heylen hat wiederholt offen für den Frieden beten lassen. Auch die übrigen Bischöfe liessen derartige Auffassungen zutagetreten.

Als besonders wertvolles Stimmungsanzeichen dürfen die klaren und deutlichen Aeusserungen betrachtet werden, welche der hier lebende frühere Minister Graf Woeste[6], der einflussreiche Führer der klerikalen Rechten, bekannt durch seine Deutschfreundlichkeit vor dem Kriege, einem deutschen Vertrauensmann gegenüber gemacht hat. Woeste schilderte die Schwierigkeiten einer Wiederannäherung, die hauptsächlich aus dem während des Krieges angesammelten Hass der Bevölkerung gegen Deutschland sich ergeben. Wenn man die Neutralitätsverletzung und den Durchmarsch vielleicht vergessen werde, so habe das Volk durch die ihm auferlegten Kriegsnotwendigkeiten zu sehr gelitten. Jedenfalls fordert Woeste als Vorbedingung für alles Weitere:

1.) Unbedingte politische Unabhängigkeit Belgiens;
2.) vollständige wirtschaftliche Selbständigkeit Belgiens (keine aufgezwungene Meistbegünstigungsklausel nach Art des Frankfurter Friedens, geschweige Zollunion);

6 Charles (1914 Graaf bzw. Comte) Woeste (1837–1922), geb. in Brüssel, (der Vater Eduard stammte aus Elberfeld), 1853 Konversion zum katholischen Glauben, 1858 Dr. jur. (Brüssel), Anwalt, 1868 Leiter der Revue Générale, 1869 Gründer der Katholieke Partij, deren Sprecher und Chef bis 1918, 1874–1922 Mitglied der Abgeordnetenkammer, Juli–Oktober 1884 Justizminister; er errang mit seiner Partei 1884 dauerhaft die Parlamentsmehrheit und gewann dadurch erheblichen Einfluss auf die Kabinettsbildungen, besonders die Schul- und Sozialpolitik; politische, soziale und autobiographische Schriften, Memoiren, Bd. 1–3, 1927, 1933, 1937. 1914–1918 zog er sich auf seinen Beruf zurück, hielt seine in Belgien gebliebenen Parteimitglieder zusammen und protestierte gegen Übergriffe der Besatzungsmacht. B. Dumoulin, Woeste, Charles, in: Biographie nationale, Bd. 27, Brüssel 1938, Sp. 382–392; Schaepdrijver.

3.) ehrlicher Ersatz des in Belgien angerichteten wirtschaftlichen Schadens.

In ähnlichen Gedankengängen bewegt sich der abgetretene Ministerpräsident de Broqueville in einem vor etwa 2 Wochen geschriebenen Brief, den mir der Empfänger vorgelesen hat. Broqueville verteidigt sich, irgendwelche Verträge geschlossen zu haben, welche Belgien für die Zukunft festlegen. Er habe im Gegenteil sich die Hände militärisch wie wirtschaftlich vollkommen freigehalten. Er will den »libre échange loyalement pratiqué«. Militärisch und politisch bedürfe Belgien absoluter Selbständigkeit nach allen Seiten. Denn die Bündnisse führten die kleinen Staaten in Abhängigkeit und Versklavung, was die Belgier um keinen Preis wollten.

Diese nicht für die Oeffentlichkeit bestimmten Aeusserungen berufener Belgier stimmen allerdings mit den amtlichen Erklärungen überein, die von der Regierung während des Krieges abgegeben wurden. Es lässt sich daraus der Schluss ziehen, dass die belgische Regierung, durch die Kriegserfahrung von anfänglichen Illusionen geheilt, sich nicht dauernd mit Deutschland verfeinden möchte, indem sie sich den Verbündeten vollends verschreibt. Tatsächlich ist sie dem Londoner Abkommen bis jetzt nicht beigetreten, und die Idee des wirtschaftlichen Anschlusses an den Verband scheint auch bereits bei ihren anfänglichen Verteidigern die Anziehung zu verlieren.

Im Ganzen ergibt sich der Eindruck, dass Belgien selbst das Bestreben hat, als Streitobjekt ausgeschieden zu werden. Ihre wahre Ursache findet diese Politik zum grossen Teil in der unentschiedenen Kriegslage, welche Belgien nicht erlaubt, von der einen oder anderen Seite allein das Heil zu erwarten. Die Rückkehr zum Zustand vor dem Kriege wird also als die wahre, von den Interessen des Landes gebotene Politik betrachtet. Wie ich von verschiedenen Seiten höre, ist es die feste und dem Verband gegenüber schon ausgesprochene Absicht der belgischen Regierung, ihre bei den Ententegenossen aufgenommenen Kriegsschulden nicht zu bezahlen, dafür andererseits ebenso fest auf der deutschen Entschädigung des tatsächlich angerichteten Schadens zu bestehen.

Solche Auffassungen von der belgischen Politik sind selbstverständlich nicht ohne Wechselwirkung mit der politischen Entwickelung in den Verbandsländern entstanden. Nach den mir mitgeteilten Stimmungsbildern steht sowohl England wie Frankreich vor einer ernsten Nachprüfung der bisherigen Politik. Aus bester Quelle wird mir der folgende Vorfall gemeldet: Vor Kurzem wurde Foch[7] von der Front nach Paris gerufen. Die Veranlassung dazu war eine Mitteilung der Engländer an

7 Ferdinand Foch (1851–1929), geb. in Tarbes (Hautes-Pyrénées), 1870 Eintritt in die Armee, Besuch der École Polytechnique, 1873 Leutnant, 1907–1911 Direktor der Kriegsakademie, bis 1913 Aufstieg zum höchsten Generalsgrad (General der Korps), Armeebefehlshaber in den Schlachten von Lothringen, an der Marne und der Somme, Ende 1916 wegen schwerer Verluste abgesetzt, 1917 zurückberufen, Generalstabschef, ab März–April 1918 Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte, August 1918 Marschall von Frankreich, 1921 a. D., Aufnahme in die Académie française. Foch vertrat als Militärschriftsteller konservative Theorien der Abnutzung, des massiven Angriffs und der Materialschlacht unter Hintanstellung moderner Technik, ähnlich wie auf der Gegenseite Falkenhayn. www.academie-francaise.fr/les–Immortels/ferdinand-foch (15.6.2018).

die französische Regierung, dass von Seiten der Zentralmächte ein Friedensfühler nach London ausgestreckt worden wäre. Foch sei befragt worden, ob er sicher sei, in absehbarer Zeit die Deutschen zu schlagen und ob man deswegen auf den Fühler nicht reagieren solle. Foch hätte geantwortet, er führe Krieg nicht um des Krieges sondern um des Friedens willen. Sei der Friede auf andere Weise zu erreichen, dann ziehe er dies vor, »denn das Grauen des Krieges sei zu furchtbar, wenn man es selbst dauernd vor Augen habe«.

Jedenfalls gehen die mir gewordenen Nachrichten aus Frankreich durchweg dahin, dass die gegenwärtigen gewaltigen Anstrengungen in erster Linie von dem Gedanken geleitet sind, Deutschland möglichst rasch zum Frieden zu zwingen. Dabei spielen die Hoffnungen auf eine politische Umwälzung in Deutschland eine grosse Rolle. Die Vernünftigen scheinen allerdings nicht mehr zu erwarten, als dass die Reichsleitung unter dem Druck der allgemeinen Unzufriedenheit nervös und rasch nachgiebig werde. Selbstverständlich besteht auch die Absicht, durch die jetzigen Anstürme die deutschen Truppen möglichst weit zurückzudrängen und so für Frankreich die Verhandlungsbasis zu verbessern.

Für England gilt im Allgemeinen, dass es mit der heutigen Kriegskarte einen befriedigenden Frieden für sich abzuschliessen in der Lage sei und daher ein Interesse an baldigem Friedensschluss habe. Die Engländer missbilligten insbesondere die zu hohen französischen Forderungen in Bezug auf Elsass-Lothringen, weil diese die Einleitung von Verhandlungen erschweren. Deswegen sei es auch im Hinblick auf die englischen Wahlen von grösster Wichtigkeit, dass nicht die belgische Frage als ein besonderes deutsch-englisches Friedenshindernis erscheine. Eine klare deutsche Politik, insbesondere auch in Belgien selbst, müsste den Kriegshetzern in England jeden Vorwand nehmen, Deutschland annexionistische Absichten unterzuschieben.

Diese Gesamtlage verhindert nicht, dass mit Clémenceau, der jetzt persönlich mächtiger dasteht als je, gegenwärtig nichts zu machen ist.[8] Er würde auf einen deutschen Friedensfühler hin zweifellos mit einer übermässigen Forderung in Elsass-Lothringen antworten, deren Ablehnung die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges auf unsere Schultern schübe. Dagegen sei immer noch damit zu rechnen, dass Briand mit der Politik eines Verständigungsfriedens zur Regierung zu kommen hoffe.

In Berücksichtigung dieser Verhältnisse, wird mir gesagt, erscheine es am ratsamsten, °Wilson die Rolle des Friedensbringers zukommen zu lassen.° So entschlossen und rücksichtslos er mit seiner Kriegspolitik sich auf den Standpunkt der materiellen Interessen Amerikas stelle, so sei doch zweifellos, dass es seiner

8 Der US-Botschafter in Paris, W. G. Sharp, rühmte Clemenceaus beim Vormarsch der deutschen Truppen auf Paris bewiesenen Mut, »great energy, determination, and singleness of purpose« des 77jährigen. Sharp an Lansing, 27. Juni 1918. The War Memoirs of William Graves Sharp. ed. by Warrington Dawson, Vorwort von Marschall Joffre, London 1931, http://www.ourstory.info/library/2-ww1/Sharp/memoirs06.html (9.11.2018).

°-° Auf Empfängerseite unterstrichen.

persönlichen Eitelkeit und Sehnsucht entspräche, den Weltschiedsrichter zu spielen. Eine seiner Liblingsideen [!] übrigens sei es, wie der amerikanische Botschafter Sharp in Paris erzählt, dem König Albert das Protektorat über Jerusalem zu geben, nachdem die belgische Unabhängigkeit, mit der in Amerika ein wahrer Kultus getrieben wird, durch ihn wieder hergestellt worden sei. Soweit also die Mittelmächte Anknüpfung suchen sollten – was die Belgier im Interesse der Kriegsbeendigung dringend wünschten – so führe der beste Weg sicherlich über Wilson. Er bestimme nicht nur über das amerikanische Machtmittel, sondern könne allein auch Leute wie Clémenceau zur Vernunft bringen. Ebenso seien die Italiener, zu denen Frankreich und England kein richtiges Verhältnis mehr hätten, in seine Hand gegeben.

Lancken.

450

Reichskanzlei an Friedrich von Payer
Berlin, 4. September 1918

Rk. 1265 (Telegramm, Or.; BArch, R 703/73, f. 58)

im februar dieses jahres war die rede davon, dass 3 reichstagsabgeordnete und zwar die herren fehrenbach, hausmann[1] und ebert sich in der schweiz [mit] 3 englischen parlamentariern worunter lord buckmaster treffen sollten. die kaiserliche regierung stand der frage sympatisch aber etwas skeptisch gegenueber. die sache kam nicht zustande da auf englischer seite kein interesse mehr gezeigt wurde. wie herr ebert von troelstra erfaehrt, hat lloyd george an den englischen gesandten in bern[2] befehl gegeben, die sache zum scheitern zu bringen und deshalb ist aus der zusammenkunft nichts geworden. troelstra will dies in holland, wohin er diese tage zurueckkehrt, bekanntgeben, der reichskanzler hat keine bedenken und moechte wissen, ob herr hausmann einverstanden ist. herr ebert, der die angelegenheit hier zur sprache brachte, wuerde herrn troelstra bei seiner reise durch deutschland verstaendigen.[3] […]

1 Ergebnislose Kontaktversuche Haußmanns mit englischen Gesprächspartnern über Mittelsmänner fanden im Februar, April und Mai 1918 statt. Bei einer Besprechung mit Haußmann am 6. Mai sagte Hertling, »der Wunsch, daß England endlich den Wahnsinn der Kriegsfortsetzung erkenne, sei groß, aber er sehe, abgesehen von den Aeußerungen von Lord B[uckmaster], keine Symptome«. Er sei gewiss, dass Haußmanns Handeln »im Interesse des Reiches geschehe«. Haußmanns »Gesamteindruck« von Hertling war: »nicht senil, aber doch nicht von Initiative, dagegen voll von dem Wunsch, aus dem Krieg herauszukommen«. Haußmann, Schlaglichter, S. 179–182, 185, 190–196.

2 Sir Horace 9th Baronet Rumbold (1869–1941), Erziehung in Eton, 1889 Attaché im Haag, Verwendungen u. a. in Kairo, Wien und Tokio, 1913–1914 Geschäftsträger in Berlin, 1916 A.o. Gesandter und Bevollmächtigter Minister in Bern, 1919 in Warschau, 1920 in Konstantinopel, 1924 in Madrid, 1928–1933 in Berlin. Rumbold stand den Mittelmächten kompromisslos ablehnend gegenüber; Gilberts Biographie erwähnt Troelstra nicht.

3 Ebert traf sich mit Troelstra in Frankfurt am Main. Er gab für die deutschen Sozialdemokraten die Erklärung ab, zur eigenen Regierung in schärfste Opposition zu treten, wenn diese Friedensverhandlungen deswegen verweigern würde, weil eine Neuverhandlung der Ostverträge verlangt würde. Er stelle sich »auf den Boden des neutralen Memorandums des holländisch-skandinavischen Komitees«, außer in den Fragen des Schadenersatzes für Belgien und Elsaß-Lothringens. (Die Kriegsziele der deutschen Sozialdemokratie, Frankfurter Zeitung, Nr. 258 v. 17. September 1918). Herron missbilligte im September 1918 aufs Schärfste Troelstras »Mission« und Kontakte nach England, weil dieser für einen den deutschen Pseudo-Sozialdemokraten, dem Kaiser und den Junkern zusagenden Frieden eintrete. Briggs, S. 60 f.

451

Friedrich Schmidt an Georg von Hertling
Berlin, 4. September 1918

Der Minister der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten
(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 30, f. 53–54)

Vertraulich!
Hochverehrte Exzellenz!

Darf ich in Verfolg unserer gestrigen Rücksprache noch einmal auf die Zusammensetzung der Kommission zur Geschichte der Reformation und Gegenreformation zurückkommen?
Von protestantischer Seite sind wie ich sagte 1. Harnack[1], 2. Kawerau[2], 3. Kehr[3],
4.

1 Adolf (1914 von) Harnack (1851–1930), aus Dorpat, Theologe und Kirchenhistoriker, nach Studium der Evangelischen Theologie in Leipzig dort 1873 Promotion und 1874 Habilitation, 1876 Professor in Leipzig, 1879 in Gießen, 1886 in Marburg, 1888 in Berlin, 1905–1921 Generaldirektor der Preußischen Staatsbibliothek, 1911–1930 Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Heinz Liebing, Harnack, Karl Gustav Adolf v., in: NDB 7 (1966), S. 688–690.

2 Gustav Kawerau (1847–1918), aus Bunzlau in Schlesien, nach Studium der Evangelischen Theologie zunächst Hilfsprediger in Berlin, 1871 Pastor, 1882 Gymnasialprofessor für Theologie in Magdeburg, 1886 o. Professor für Praktische Theologie in Kiel, 1894 in Breslau, 1904–1905 Rektor, 1907 Propst und Honorarprofessor in Berlin, Oberkonsistorialrat, Dr. h.c. mult., 1901–1918 Vorsitzender des 1883 gegründeten Vereins für Reformationsgeschichte; Publikationen u.a. über Martin Luther und Paul Gerhardt. Peter Kawerau, Kawerau, Gustav, in: NDB 11 (1977), S. 378.

3 Paul Fridolin Kehr (1860–1944), aus Waltershausen, Historiker und Diplomatiker, 1883 Promotion in Göttingen, 1884–1885 als Mitarbeiter Theodor von Sickels am Institut für Österreichische Geschichtsforschung in Wien, 1893 Professor in Marburg, 1895 in Göttingen, 1903–1936 Direktor des Preußischen Historischen Instituts in Rom, 1915–1941 Direktor des Kaiser-Wilhelm–Instituts für deutsche Geschichte in Berlin, 1915–1929 Generaldirektor der Preußischen Staatsarchive, 1919–1935 Vorsitzender der Zentraldirektion der Monumenta Germaniae Historica. Als Doyen der mittelalterlichen Papsturkundenforschung verfügte Kehr über ausgezeichnete Beziehungen zum Vatikan und gründete 1931 mit finanzieller Hilfe Pius' XI. die Pius-Stiftung in Zürich zur Förderung der Edition der Regesta Pontificum Romanorum (Göttinger Papsturkundenwerk, Akademie der Wissenschaften zu Göttingen). Theodor Schieffer, Paul Kehr, in: NDB 11 (1977), S. 396–398.

Friedensburg[4], 5. M. Lenz[5], 6. Dr. Traub[6], 7. v. Schubert-Heidelberg[7], 8. K. Müller-Tübingen[8] vorgeschlagen,

4 Walter Friedensburg (1855–1938), aus Hamburg, nach dem Geschichtsstudium 1877 Promotion in Göttingen und 1878 Habilitation in Marburg, 1878–1880 Mitarbeit an der Edition der Deutschen Reichstagsakten, Professor für Geschichte (Halle), 1880–1883 im Preußischen Archivdienst, 1889–1901 Assistent, dann 1. Sekretär am Preußischen Historischen Institut in Rom, 1901 Direktor des Staatsarchivs Stettin, 1913 Direktor des Staatsarchivs Magdeburg, seit 1883 Mitglied des Vereins für Reformationsgeschichte, 1903–1934 Leiter des Archivs für Reformationsgeschichte; zahlreiche Publikationen zur Reformationsgeschichte; http://www.uni-magdeburg.de/mbl/Biografien/0874.htm

5 Max Lenz (1850–1932), aus Greifswald, nach Studium der Geschichte und Klassischen Philologie 1874 Promotion in Greifswald, 1876 Habilitation und 1881 a.o. Professor für Mittlere und Neuere Geschichte in Marburg, ab 1885 o. Professor, 1888 in Breslau, 1890 in Berlin, 1914–1922 in Hamburg. Lenz galt als führender Vertreter der von der kleindeutsch-politisierten Geschichtsschreibung in der Tradition Heinrich von Treitschkes sich abwendenden »Jung-Rankeaner« und befasste sich besonders mit der Reformationszeit, den Befreiungskriegen und der Ära Bismarcks. Rüdiger vom Bruch, Lenz, Max, in: NDB 14 (1985), S. 231–233.

6 Gottfried Traub (1869–1956), Pfarrersohn aus Rielinghausen, 1887–1891 Studium der Theologie in Tübingen, 1892 Hilfsprediger, 1895 Repetent am Tübinger Stift, Studium der Nationalökonomie in Tübingen, 1900 Stadtpfarrer in Schwäbisch Hall, 1901 an der Reinoldikirche in Dortmund, 1912 wegen Kritik am Evangelischen Oberkirchenrat (Irrlehreprozess Carl Jatho) amtsenthoben, 1918 wieder eingesetzt, nach 1901 bzw. 1902 im Nationalsozialen Verein und im Evangelisch-Sozialen Kongress führend tätig, Vertreter evangelischer Sozial- und Wirtschaftsethik im Industriezeitalter (Ethik und Kapitalismus, 1904), 1914 Dr. theol. h.c. (Universität Zürich), 1913–1918 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses (Fortschrittliche Volkspartei), 1917 an der Gründung der Deutschen Vaterlandspartei beteiligt, 1919 Mitglied der Verfassunggebenden Nationalversammlung (Vorstandsmitglied der DNVP), Mitarbeiter der Zeitschrift Die Hilfe (seit 1904), Herausgeber von: Christliche Freiheit (1905–1917), Eiserne Blätter (1919–1939), München-Augsburger Abendzeitung (1921–1934), Gegner des Nationalsozialismus (Christentum und Germanentum, 1936). Traugott Jähnichen, Traub, Gottfried, in: NDB 26 (2016), S. 361–363.

7 Hans von Schubert (1859–1931), aus alter sächsischer Beamtenfamilie, nach Studium der Geschichte, der klassischen Philologien und Theologie 1884 Promotion in Straßburg, 1887 Lehrer in Hamburg, 1892 o. Professor der Theologie in Kiel, 1906 in Heidelberg, 1897 Konsistorialrat und Mitglied des Konsistoriums der Landeskirche Schleswig-Holstein, Mitgründer und Sekretär der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, 1918–1931 Vorsitzender des Vereins für Reformationsgeschichte; Publikationen zum Frühmittelalter, zur Täufer- und Reformationsgeschichte. Karl-Heinz Fix, Schubert, Hans Georg Wilhelm v., in: NDB 23 (2007), S. 613 f.

8 Karl Müller (1852–1940), aus schwäbischer Pfarrersfamilie, 1876 Promotion in Geschichte, 1878 Lizentiat in Theologie, danach Stadtpfarrverweser in Friedrichshafen, Stadtvikar in Ludwigsburg, Repetent in Tübingen, 1880 Habilitation in Kirchengeschichte, 1882 a.o. Professor in Berlin, 1884 in Halle, 1886 o. Professor in Gießen, 1891 in Breslau, 1903–1922 in Tübingen. 1920 übernahm Müller den Vorsitz des neugegründeten Vereins für württembergische Kirchengeschichte. Wilfried Werbeck, Müller, Karl, in: NDB 18 (1997), S. 436 f.

von katholischer 1. Ehses, 2. Greving[9], 3. v. Grauert, 4. Finke, 5. Schulte-Bonn, 6. Stiftspropst Kaufmann[10], 7. Merkle[11], 8. Spahn (Strassburg).

Sollte der eine oder andere auf katholischer Seite entbehrlich scheinen, so ist ein Ersatz nicht unbedingt nötig. Ich könnte zur Not auch auf evangelischer Seite den einen oder anderen fortlassen, ev[entuell] wenigstens K. Müller, falls Euere Exzellenz Spahn streichen wollen. Auch auf Stiftspropst Kaufmann, der nur als Parlamentarier neben Traub in Frage kommt, lege ich keinen entscheidenden Wert, falls Euere Exzellenz einen Anderen vorziehen.

9 Joseph Greving (1868–1919), Lehrersohn aus Aachen, 1893 Promotion in München über Paul von Bernrieds Vita Gregors VII., Priesterweihe, 1894 Kaplan in Essen, 1896 in Köln, 1899 Habilitation (Studie über die Kölner Beginen), 1909 o. Professor für Kirchengeschichte in Münster, 1917 in Bonn. Greving rief 1905 die Reihe: Reformationsgeschichtliche Studien und Texte, 1917 die Gesellschaft zur Herausgabe des Corpus Catholicorum (als Gegenstück zu der Reihe Corpus Reformatorum) ins Leben, 1910–1918 Mitglied der Historischen Kommission für Westfalen; maßgeblicher und ausgleichender Einfluss auf die katholische Reformationsgeschichtsschreibung. Hubert Jedin, Greving, Joseph, in: NDB 7 (1966), S. 53–54.

10 Franz Kaufmann (1862–1920), Sohn Leopold Kaufmanns, 1883 Studium der Theologie in Würzburg, 1886 Eintritt ins Kölner Priesterseminar, 1888 Priesterweihe, Kaplan in Köln, 1891 Konviktuale am Priesterkolleg S. Maria dell'Anima in Rom, 1893 Dr. theol., 1895 Religionslehrer an höheren Schulen in Aachen, 1900 Leiter des Collegium Albertinum in Bonn, 1903 Pfarrer in Stolberg, leitende Funktion in Vereinen, 1908 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, 1910 Pfarrer in St. Adalbert in Aachen, 1912 Stiftspropst des von ihm künstlerisch ausgestalteten Aachener Münsters. Pastor, Kaufmann.

11 Sebastian Merkle (1862–1945), Bauernsohn aus Ellwangen (Jagst), 1882 Studium der Theologie und Philosophie in Tübingen, Priesterseminar in Rottenburg, 1887 Priesterweihe, ein Jahr in der Seelsorge, 1888 Repetent am Wilhelmstift in Tübingen, 1892 Dr. phil., Studien zum Spätmittelalter und Humanismus, 1894 württembergisches Staatsstipendium, erster Aufenthalt in Rom, dort mehrjähriger Stipendiat der Görres-Gesellschaft, neben Ehses Hauptmitarbeiter an der Edition des Concilium Tridentinum, Dr. theol. (Tübingen), 1898–1934 Professor für Kirchengeschichte, christliche Dogmengeschichte und Archäologie in Würzburg, 1904–1905 Rektor, 1931 Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und anderer Akademien; kritischer und kämpferischer Geist auf ausgedehnten Arbeitsgebieten (Konzil von Trient, Geschichte der Aufklärung und Würzburgs, Biographien, Revision des katholischen Lutherbildes). Manfred Weitlauff, Merkle, Sebastian, in: NDB 17 (1994), S. 159–161.

In der Frage Scheler scheint mir für Berlin ein erheblicher Widerspruch in der Fakultät vorzuwalten, dessen Hauptträger Erdmann[12], Riehl[13] und Meinecke[14] sein sollen. Wenn Euere Exzellenz in der Sache eingreifen wollen, dürfte es vielleicht am besten sein, wenn Euere Exzellenz zunächst Meinecke einmal kommen ließen.

Schließlich glaube ich Euerer Exzellenz Folgendes nicht vorenthalten zu dürfen: Während eines erheblichen Teils des Krieges habe ich auf Wunsch des damal[igen] Herrn Staatssekretärs v. Jagow mit dem französischen Professor Hagenuin,[15] früher in Berlin, seit lange Chef des französischen Pressebureaus in Bern, in brieflichen Beziehungen gestanden. Er stand zu Briand in näherem Verhältnis, darf aber als aufrichtiger Freund Deutschlands und des Friedens angesehen werden, wie ich ihn hier durch zwölf Jahre gekannt habe. Voriges Jahr habe ich ihn auch in der Schweiz gesprochen. Der Briefwechsel, der wegen der Haltung Frankreichs zuletzt ziemlich bedeutungslos geworden war, wurde zufolge meiner Rücksprache mit Ex[zellenz]

12 Benno Erdmann (1851–1921), geb. in Guhrau bei Glogau, Studium der Mathematik, Physik und Philosophie, 1873 Dr. phil. (Berlin: Über die Stellung des Dinges an sich in Kants Ästhetik und Analytik), 1876 Habilitation, 1878 a.o. Professor der Philosophie in Kiel, 1879 o. Professor dort, 1884 Ruf nach Breslau, 1890 nach Halle, 1898 nach Bonn, 1909 nach Berlin, Mitglied der Berliner Akademie der Wissenschaften und Leiter ihrer Werkausgaben Immanuel Kant und Gottfried Wilhelm Leibniz; er forschte über die Geschichtsschreibung der Philosophie und begründete eine »Kantphilologie«. Lüder Gäbe, Erdmann, Benno, in: NDB 4 (1959), S. 570 f.

13 Alois Riehl (1844–1924), Hoteliersohn aus Bozen, nach Studium der Philosophie, Geographie und Geschichte 1868 Promotion zum Dr. phil. in Innsbruck, anschließend Gymnasiallehrer in Klagenfurt, 1870 Habilitation in Graz, 1873 dort a.o. Professor der Philosophie, 1878 o. Professor, 1882 in Freiburg, 1896 in Kiel, 1898 in Halle, 1905 in Berlin als Nachfolger Wilhelm Diltheys. Neukantianer und Vertreter einer kritizistischen Richtung, stand Riehl für die Fortschreibung der Kant'schen Philosophie durch Einbeziehung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse. Wolfdietrich von Kloeden, Riehl, Alois, in: NDB 21 (2003), S. 586–587.

14 Friedrich Meinecke (1862–1954), geb. in Salzwedel, Studium der Geschichte, Germanistik und Philosophie, u.a. bei Wilhelm Dilthey und Karl Lamprecht, 1886 Dr. phil., 1887 Eintritt in den preußischen Archivdienst, 1892 etatmäßiger Archivar, seit 1893 in der Redaktion der Historischen Zeitschrift, ab 1896 als Herausgeber, 1896 Habilitation in Berlin, 1901 o. Professor in Straßburg, 1905 in Freiburg, 1914 in Berlin; 1914–1918 nationalbetonte Reden und Aktionen, 1918 Mitgründer der DDP, prominenter »Vernunftrepublikaner« der Weimarer Zeit; Publikationen zu ideengeschichtlichen Themen sowie zum deutschen Nationalstaatsproblem seit dem 19. Jahrhundert. Heinz Dollinger, Meinecke, Friedrich, in: NDB 16 (1990), S. 657–660.

15 François-Émile Haguenin (1872–1924), 1901 Professor für französische Literatur an der Universität Nancy, 1901–1914 a.o. Professor für Französisch (ab 1902 auch für Orientalische Sprachen) an der Universität Berlin, 1915 Leiter des französischen Pressebüros in Bern, nach 1919 Leiter des Bureau d'études économiques et sociales in Berlin. Er sondierte in Bern für einen Kompromissfrieden, u. a. über Harry Graf Kessler, den Leiter des Pressebüros der Deutschen Botschaft in Bern. (Vgl. Charrier.). Haguenin, »Chef des französ. Pressewesens in der Schweiz«, äußerte Friedenswünsche gegenüber Annette Kolb, die nach einer Rückkehr aus der Schweiz das AA und die Redaktion des Berliner Tageblatts aufsuchte, »beglückt, eine politische Rolle zu spielen«; sie war mit der Familie Kühlmann befreundet. Wolff, Tagebücher, S. 431; vgl. Kühlmann, Erinnerungen, S. 383 f., 386 f.

v. Romberg durch Graf Kessler[16] bei der Berner Gesandtschaft übermittelt. Prof. Haguenin hat mir heute sagen lassen, daß ihm daran liege, an mich unmittelbar und uneröffnet schreiben zu dürfen. Ob Euere Exzellenz in diesem Sinne zu verfügen geneigt sind, etwa in dem Sinne, daß an mich gerichtete Briefe ohne Weiteres seitens der Berner Gesandtschaft weitergegeben werden, darf ich anheimstellen. Selbstverständlich würde ich wie in älterer Zeit Euerer Exzellenz oder dem Staatssekretär des Ausw[ärtigen] Amts den vollen Inhalt etwaiger Briefe berichten.[17]

In größter Verehrung Euerer Exzellenz treugehorsamer
F Schmidt.

16 Harry (1881 Graf) Kessler (1868–1937), geb. in Paris, Sohn eines Hamburger Bankiers und einer Irin, Schulausbildung in Paris, Ascot und Hamburg, 1888–1891 Jura- und Kunststudium, Weltreise, 1892 Einjährig Freiwilliger bei den Garde-Ulanen in Potsdam, Aufstieg im Berliner Kunst- und Gesellschaftsleben, 1900 Assessor, 1902–1906 Leiter des Kunst- und Gewerbemuseums in Weimar, Essayist, Literat, Kunstkritiker, vermögender Mäzen, 1914 Kriegsdienst als Rittmeister und Ordonnanzoffizier, 1916 vom AA in Bern mit deutscher Kulturpropaganda und geheimen Friedenssondierungen beauftragt, 1818/19 deutscher Gesandter in Warschau, 1922 im Präsidium der Deutschen Friedensgesellschaft, politische und journalistische Tätigkeit, Einsatz für Frieden und Völkerbund, Vortragsreisen, ab 1933 Exil in Frankreich und Mallorca. Werke u.a.: Germany and Europe, 1923; Völker und Vaterländer, 1935 (1. Bd. seiner Memoiren). Hans-Ulrich Simon, Kessler, Harry Graf von, in: NDB 11 (1977), S. 545 f.

17 Hertling vermerkte am 7/9 auf einem ihm in Abschrift vorgelegten Auszug des Briefes: »Es würde mich freuen, wenn dem Wunsche des Herrn Kultusministers entsprochen werden könnte. Ich darf bitten, denselben direkt zu bescheiden«. Die Antwort an Schmidt erging am 13. September. PAAA, R 20509, S. 77 f.

452

Hilmar von dem Bussche an Paul von Hintze
Berlin, 5. September 1918

Nr. 903 (entziffertes Telegramm; PAAA, R 20515, S. 29–30)

Für Herrn Staatssekretär. Geheim.

Auf letzte Instruktion, durch die in Abänderung vorhergehender ausführlicher Weisung der Gesandte in Bern angewiesen war, etwaige Fragen Sulzers, ob sich Punkt 1 der ausführlichen Instruktion auch auf Elsaß-Lothringen beziehe, zu verneinen, telegraphiert Freiherr von Romberg:[1]

»Ich nehme an, daß letzte Instruktion dahin aufzufassen ist, daß jede Diskussion über eine faktische Änderung des bestehenden Zustandes bezüglich Elsaß-Lothringens ausgeschlossen sein soll,[2] daß aber nichts im Wege stehen würde, daß ich im Falle, daß Herr S[ulzer] die allerdings sehr wahrscheinliche Frage stellen würde, ihn an meine frühere Äußerung erinnern könnte, wonach der Friede an der Frage der Gewährung einer Genugtuung an Frankreich in irgendeiner Form schwerlich scheitern würde.

Bei den Neigungen des Herrn S[ulzer] bin ich keinen Moment zweifelhaft, daß er die ohnehin für einen Schweizer Gesandten sehr heikle Mission ein für allemal ablehnen würde, wenn er durch die bewußte Frage festgestellt haben würde, daß wir jede Erörterung genannter Frage ablehnen. Ferner müßte er auch, nachdem Herr Colonder [!][3] orientiert ist, diesem von dem Grunde der Ablehnung Kenntnis geben«.

---

1 Tel. Rombergs Nr. 1376 aus Bern (über Lörrach) v. 3. September, eing. am 4. September. »Ganz geheim!«

2 Am 31. August 1918 hatte Hintze Romberg eine Drei-Punkte-Instruktion gegeben, wonach (Punkt 1) Deutschland die Diskussion über keinen der 14 Punkte Wilsons, Elsaß-Lothringen eingeschlossen, ablehne, mit Telegr. v. 2. September aber nachgeschoben, Romberg solle eine direkte Frage, ob die in Punkt 1 vorgesehene Diskussion auch Elsaß-Lothringen betreffen solle, verneinen. Hintze, Nr. 190, S. 550 f. mit Anm. 10. Siehe unten Nr. 458 die von Schubert und Romberg abgewandelte 4-Punkte-Instruktion.

3 Felix Calonder (1863–1952), geb. in Scuol, 1889 Dr. jur. (Bern), 1890 Rechtsanwalt in Chur, 1891–1913 im Bündner Großen Rat, ab 1894 Mitgründer und Präsident der Bündner Freisinnigen Partei, 1899 Eintritt in den Ständerat (Kleine Kammer) des Schweizer Parlaments, 1913 Wahl in den Bundesrat, 1917–1919 Leiter des Departements des Innern, 1918–1919 des Departements des Äußern, 1918 Bundespräsident, er erwirkte 1920 den Eintritt der Schweiz in den Völkerbund, 1921–1937 neutraler Obmann der deutsch-polnischen Völkerbundskommission für Oberschlesien. Jörg Simonett, Calonder, Felix, in: Historisches Lexikon der Schweiz (27.11.2018).

Anheimstelle Freiherrn v. Romberg direkt mit Weisung zu versehen.[4]

Bussche.

4 Hintze versah Rombergs Tel. Nr. 1376 am 6. September auf der freien linken Halbseite von Tel. Nr. 903 mit Antwort (Nr. 1175), die am 7. September an Romberg telegraphiert wurde: »Ganz geheim. Bitte Frage durch S[ulzer] tunlichst ausweichen. Falls Antwort unvermeidlich bin ich mit Bezugnahme auf frühere Äußerung einverstanden. Es kann sich aber nicht um Gewährung einer Genugtuung an Frankreich handeln, die wir ihm nicht schulden, sondern um eine satisfaction d'amour propre in irgend einer Form. Zu Mißdeutungen Anlaß gebender Ausdruck ›Genugtuung‹ ist daher besser zu vermeiden«. (Konz., gez. auch von Stumm 6/9). Nicht fehlerfreier Druck der Tel. Rombergs Nr. 1376 und Hintzes Nr. 1175 bei Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 323 f., 331.

453

Bericht Robert de Fioris
Bern, 6. September 1918

Zu AS 4324 (masch. Kop.[1]; PAAA, R 20515, S. 47–54)

Mein gestriger Besuch bei Herron in Genf:

Ich fragte den Professor, wieso es komme, daß von unseren Unterhaltungen Andeutungen in die italienische Presse gedrungen seien.

Corriere della Sera habe, wenn auch ungenau, so doch unter klarer Anspielung auf mich in der Polemik gegen Sonnino erwähnt, »ein in Italien wohl bekannter österreichischer Journalist habe es vermocht, einen vollständigen Reformplan für Oesterreich und neue Friedensvorschläge bis an Wilson zu bringen. Ob der Minister versichern könne, daß diese Vorschläge in Washington abgelehnt wurden«.

Das sei zwar durchaus unrichtig, denn ich hätte nie Vorschläge gemacht und noch weniger mich mit österreichischen Reformplänen beschäftigt, aber dem italienischen Blatte müsse doch irgendwie zu Gehör gekommen sein, daß zwischen mir und Herron politische Unterhandlungen gepflogen wurden. H[erron] gab mir sein Ehrenwort, daß durch ihn und durch seinen Sekretär kein Sterbenswörtchen hinausgedrungen sei. Er erklärte sich bereit, wo es notwendig wäre, die falsche Behauptung des Corriere zu dementieren.[2]

H[erron] ging nun auf die gegenwärtigen Verhältnisse über. Alles, was nun geschehe, habe er gegen das amerikanische Interesse vorausgesagt. Leider wurde ihm nicht geglaubt. Die Stimmung in Amerika habe sich unter der Einwirkung der Kriegspsychose auf das Ärgste verschlimmert. Nicht umsonst habe er in seiner ersten Unterhaltung betont, das amerikanische Volk sei ein Volk von politischen und

1 In der Sitzung der Vertreter der Mehrheitsparteien mit Hertling am 15. September 1918 zeigte sich Scheidemann (der nach Angabe Herrons um den 10. September de Fiori in Genf getroffen hatte) über die Vorschläge Herrons, auf die »die Regierung hätte zugreifen müssen«, unterrichtet. Darauf erbat sich Hintze »das Material über Professor Herron«. Scheidemann fragte, warum dieses dem Staatssekretär nicht vorgelegt worden sei, er habe den letzten Bericht Herrons vom 7. September 1918 dem Legationsrat Rheinbaben kürzlich übergeben. IfA 1917/18, 2. Teil, S. 597 f.; siehe den Druck des Berichts Herrons v. 10. September 1918 über den (von ihm irrig gezählt) vierten Besuch de Fioris bei R. H. Lutz, Fall, S. 570–573. – Werner von Rheinbaben (1878–1975), geb. in Schmiedeberg, 1895–1914 Dienst in der Marine, 1912 Korvettenkapitän, Marineattaché an der Botschaft in Rom, 1913 im AA, 1914 Diplomatische Prüfung, Legationssekretär in Brüssel, Bern und Zürich, 1915 in Bukarest, 1916 Legationsrat in Kristiana, 1917–1919 in den Abteilungen IV (Nachrichten) und IA (Politik), schied dann aus dem Dienst, 1920–1930 Mitglied des Reichstags (DVP), 1923 kurz Staatssekretär in der Reichskanzlei, z. D., 1933 a.D., 1937 NSDAP-Mitglied, »historisch-publizistisch« und im Versicherungswesen tätig. Wolfgang Elz, Rheinbaben, Werner Freiherr von, in: NDB 21 (2003), S. 488 f.

2 Beziehungen zu dieser Zeitung und italienischen Diplomaten hatte Herron aus seiner Zeit in Italien. Conversations with Herron. R. H. Lutz, Fall, S. 474.

religiösen Flüchtlingen, es könne ein Volk von Fanatikern werden. Ein Fanatismus ohne gleichen habe die breitesten Schichten ergriffen. Wer sei Schuld daran? Die führenden Männer in Amerika weit weniger als diejenigen, die sich vor den immer sichtbar[er] werdenden Tatsachen verschlossen. Wohin wolle Deutschland es nun bringen? Amerika werde den Kampf auf alle Fälle zu Ende führen, wenn man den Frieden nicht haben wolle. In Washington sei man über die Stimmung in Deutschland und im deutschen Heere auf das Genaueste unterrichtet, »auch von Bern aus, wo man viele Freunde habe und nicht blos solche, denen man im persönlichen Verkehr nicht gerne die Hand schütteln möchte«.

In Washington glaube man durchaus nicht, daß Deutschland wankt oder daß die deutsche Front nicht kämpfen wolle. Man habe Beweise genug von der unerschütterlichen Tüchtigkeit der deutschen Truppen, auch in den letzten Tagen. Die Fachleute bewundern die großartige Manövrierfähigkeit Hindenburgs und warnen vor leichtblütigen Hoffnungen. Die Laien sehen über alle Schwierigkeiten hinweg nur das Endziel des militärischen Erfolges, der selbstverständlich nicht ausbleiben werde, wenn man es darauf ankommen lasse.

Was Hindenburg anstrebe, sagen die Fachleute, sei eine möglichst kurze Verteidigungs-Front, um sich im Osten besser vorzusehen und vielleicht anderswo mit Macht vorzustoßen. Vielleicht komme eine neue Offensive an der Südwestfront. Man versehe sich dieser Gefahr und amerikanische Truppen dürften schon auf dem Wege sein. Wie immer der Stoß ausfalle, ob Venedig falle, ob Venetien bis an die Etsch geräumt werden müsse, an der allgemeinen Lage werde sich dadurch nichts ändern. Man werde den Stoß zu parieren suchen durch Bindung deutscher Streitkräfte in den Vogesen und es sei darum eine Offensivaktion im Sundgau nicht ausgeschlossen.

Die Entscheidung falle nicht im Herbste und nicht im Winter, das sei gewiß. Im Frühjahr werden an der Westfront 5 Millionen, in Italien 500.000 Amerikaner stehen. Amerika baue heute täglich 450 Flugzeuge, ihre Zahl soll auf 60.000 gebracht werden. »Meine militärischen Freunde schwelgen schon im Vorgenusse der Bombenwürfe auf Düsseldorf, Köln, Karlsruhe, Hamburg, Berlin und versichern, diese Städte würden einfach niedergelegt werden«.

Das sei vielleicht grotesk, aber auch schrecklich und fürchterlich. Die Parole lautet für sie: Aug' um Auge, Zahn um Zahn! Wolle das deutsche Volk die Dinge soweit gehen lassen, während die deutsche Regierung durch ein bischen [!] Selbstüberwindung und die Reichstags-Mehrheit durch etwas mehr Zielklarheit und Entschlußkraft rasch zum Frieden kommen könnten?

Deutschland könne allerdings, das gebe er zu, unter den obwaltenden Umständen nach diplomatisch-militärischem Brauch mit einem Friedens-Antrage nicht gut hervortreten, doch lasse sich für jede erkannte Notwendigkeit die geeignete Form finden. Ich nehme, sagte H[erron], mein ursprüngliches Anerbieten durchaus nicht zurück, glaube aber, daß eine von mir an Wilson zu richtende Frage im Sinne unserer letzten Unterhaltung im Augenblicke nutzlos wäre. Wenn Deutschland heute nicht vom Frieden reden mag, so muß ich zu meinem Bedauern bekennen, daß Wilson heute nicht wagen würde, eine Friedens–Initiative zu ergreifen. Warum könnte

ein Neutraler offiziell, wenn auch vertraulich, eine solche Frage nicht auf eigene Rechnung stellen?

Ich machte Herron auf die offiziellen Kundgebungen des Staatssekretärs Solf, des Prinzen Max von Baden, auf die letzten Erklärungen des deutschen Kronprinzen[3] aufmerksam und erinnerte ihn auch an die Rede des Grafen Hertling im preußischen Herrenhaus.[4] Aus allen diesen Kundgebungen gehe klar hervor, daß Deutschland den Krieg als Verteidigungskrieg auffasse, daß der Wiederherstellung Belgiens nichts im Wege stehe, daß der Brest-Litowsker Friedens–Vertrag als Rahmen gedacht sei, innerhalb welches [!] künftigen Abmachungen freiester Spielraum gewährt sei. Aus Hertlings Rede gehe aber auch der entschiedene Wille der Regierung hervor, dem Zeitgeiste in jeder Weise gerecht zu werden. Welche Antwort hätte der Neutrale trotz alledem zu gewärtigen? Gewiß keine andere, als daß Deutschland besiegt und auf die Knie gezwungen werden müsse.

Vielleicht! antwortete Herron, doch nur, weil man Deutschland nicht glaubt, weil Regierung und Reichstags-Mehrheit sich bisher zu schwach gezeigt haben, weil aus allen Verwickelungen der Ereignisse an der Front und im Innern des Landes immer wieder der Standpunkt der Kriegswilligen siegend hervorbricht. Man sehe z. B. nur die Zusatz–Verträge zum Frieden von Brest-Litowsk an. Sie können nur in der Absicht abgeschlossen sein, sie als feststehende Abmachungen auf den Konferenztisch zu bringen. Wer mit solchen Möglichkeiten rechnet, wolle den Frieden nicht. In Deutschland müßten unzweideutige Tatsachen für die ehrliche Gesinnung der Regierung und des Reichstags klares und offenes Zeugnis ablegen.[5] Der Augenblick für diese Tatsachen sei längst gekommen. Wolle man unbedingt eine Katastrophe?

Ich kam auf meine obigen Darlegungen zurück und sagte, Deutschland wolle ehrlich den Frieden, doch müsse er auch den deutschen Interessen voll entsprechen. Für das deutsche Volk und das deutsche Heer gebe es keine Wahl. Entweder wollen Deutschlands Feinde die Unversehrtheit des Reiches, seine wirtschaftliche Entwickelungsfähigkeit in der Welt in Ehren halten oder Volk und Heer werden die letzten Kräfte einsetzen für die Ehre und die Wohlfahrt des Reiches.

H[erron]: Das ist leicht gesagt, aber ich denke, mit etwas weniger Schroffheit könnte man besser ans Ziel kommen. Ich wiederhole, Wilson kann eine Initiative

---

3 Vgl. die Unterredung des Kronprinzen Wilhelm mit dem Berliner Berichterstatter des Neuen Wiener Journals v. 3. September 1918. Schulthess 59, NF 34 (1918/I), S. 269 f. Er stritt ab, dass Deutschland die vom Feind unterstellten Eroberungsziele verfolge und dass die Verbreitung von »Demokratie und Freiheit« die wirkliche Absicht der Entente sei.

4 Rede Hertlings vor dem Wahlrechtsausschuss des Herrenhauses am 4. September, in der er erklärte, mit der Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen zu stehen und zu fallen. Schulthess 59, NF 34 (1918/I), S. 270 f.

5 Vgl. Die Fraktionsführer beim Stellvertreter des Reichskanzlers, Norddeutsche Allgemeine Zeitung v. 22.8.1918: Die Mehrheit der Abgeordneten halte auch nach dem Abschluss der noch laufenden Verhandlungen mit Russland eine sofortige Einberufung des Reichstags nicht für nötig. PAAA, R 1416, S. 128.

nicht ergreifen, doch giebt es eine andere Möglichkeit. Ein Neutraler kann beispielsweise wissen, was wir zwei hier besprochen haben; er kann sich darauf berufen. Will Deutschland auf Grund, sagen wir, unseres Friedens-Entwurfes einen vertraulichen Bescheid Wilson's erlangen – unter Umständen durch einen gut zu unterrichtenden Neutralen (Schweiz oder Holland) – und fragt dieser Neutrale, ob Wilson, falls Deutschland unsere allgemeinen Richtlinien erwägbar fände, die Vermittelung übernehmen wolle, so leidet es keinen Zweifel, Wilson's Antwort wird nicht ungünstig lauten. Wenn ich dies vorschlage, so ist's, weil ich überzeugt bin, daß dieser Weg die beste Aussicht hat. Die Frage darf aber keine Zweifel aufkommen lassen. Ich möchte auch mit Nachdruck betonen – sie darf nicht durch die Gesandtschaften gehen, die leider nicht dicht halten.

Ich: Nun, Herr Professor, dann wird eben Wilson sagen, Deutschland möge das Elsaß herausgeben. Das ist aber gänzlich ausgeschlossen.

H[erron]: Nicht einmal für eine politisch-wirtschaftliche Mittellösung wäre Deutschland zu haben?

Ich: Sie entsinnen sich meiner allerdings unmaßgeblichen Unterscheidung zwischen Fragen erster und Fragen zweiter Ordnung und Sie erinnern sich auch eines Wortes des Grafen Hertling: Unversehrtheit des Reichs (selbstverständlich auch in weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Hinsicht), über alles andere läßt sich verhandeln.

H[erron]: Ist dem so, dann glaube ich bestimmt nicht, daß Wilson antworten würde, wie Sie annehmen. Nun gibt es aber noch eine weit bessere Art, fügte Herron hinzu, sie wäre vielleicht die klügste. Erklärt sich Deutschland nach Durchführung des Wahlgesetzes in Preußen vor aller Welt, in aller Form, ohne Hintergedanken, unter der Voraussetzung der Wiederherstellung seiner Kolonien und seiner Handelsfreiheit zu einem Frieden bereit, der unseren wiederholt erwähnten Richtlinien entspricht, erklärt es sich bereit, den Frieden von Brest-Litowsk und Bukarest mit uns gemeinsam wieder zu erwägen, so wird Wilson »stop« sagen und die gute Sache auf sich nehmen.

Zum Schlusse eröffnete mir H[erron]: Herr Balfour sei einer Mittellösung der deutsch-französischen und österreichisch–Italienischen Fragen[6] günstig gesinnt.

6 Vgl. die ungez. Niederschrift: Betrifft: Fiori, Herron – Friedenstätigkeit in der Schweiz, Berlin 17. September 1918. »[…] Schon seit mehreren Monaten hat Herron sowohl Fiori wie anderen deutschen Emissären erzählt, daß Wilson bereit sei, Frieden zu vermitteln, vorausgesetzt, daß bezüglich Elsaß-Lothringens und der italienischen Irredenta eine sogenannte mittlere Lösung gefunden werde (hauptsächlich basierend auf Gemeinsamkeit des betreffenden Wirtschaftsgebietes), und daß die Ostfragen in größtem Stil erneut diskutiert würden. Die letzten Mitteilungen von Anfang Juli und Anfang September haben diese Mitteilungen noch unterstrichen mit dem Zusatz, daß noch mehr wie Amerika England wünsche, noch in diesem Jahre zu einem Verständigungsfrieden zu kommen. Diese Mitteilungen hat Herr Fiori bei einem persönlichen Besuch vor einigen Tagen hier mündlich wiederholt und noch streng vertraulich hinzugefügt, daß Clemenceau in finanzieller Hinsicht von England abhängig und daher von dort bezüglich des angeblich von England gewünschten Friedensschlusses günstig zu beeinflussen sei. Herrn Fiori ist zuletzt Anfang

Einem parlamentarisch umgestalteten Deutschland werden, sagte Balfour, die Kolonien nicht verweigert werden. Groß seien hingegen die Schwierigkeiten in Paris. Doch versichere ihm (Herron) sein Freund Sharp, eine gute, großzügige Formel böte auch den Schlüssel zu einem gütlichen Ausgleich.

Ich: Und was ist's mit der Zertrümmerung Oesterreichs?

H[erron]: Alles kann und wird kommen, wenn es nicht anders sein kann. In Amerika spricht und schreibt man sehr viele grausige Dinge. Die amerikanischen Staatsmänner wünschen aber keinerlei Zertrümmerung und keinerlei Vernichtung. Einigen sich Deutschland und Oesterreich auf Wilson's Grundsätze, so wird sich auch die öffentliche Meinung in Amerika zufrieden geben. Einer Hanseatisierung der Adria, Dank welcher die nationalen Gefühle und Empfindlichkeiten Italiens die weiteste Berücksichtigung fänden, würde die italienische Regierung bei einigen Grenzkorrekturen zustimmen. »Paolucci[7] hat es mir wiederholt gesagt«.

Zuletzt warnte Herron eindringlich vor den gesellschaftlichen Bräuchen der Gesandtschaften. Er selber habe die schlimmsten Erfahrungen gemacht. Man wisse, was im gegnerischen Lager vorgehe.

Die Herren sprechen von den heikelsten Dingen mit einer geradezu erstaunlichen Nonchalance und zeigen sich verstohlen Briefe hoher und höchster Persönlichkeiten. Wenn in Deutschland gewisse Legenden im Schwunge gehen [!], so sei es nicht zu verwundern. Die diplomatische Welt der schweizerischen Bundesstadt sei in Hinsicht des verantwortungslosen Tuschelns und Flüsterns das reine Nonnenkloster.

Unterschrift.

August schriftlich und jetzt wiederum mündlich die Weisung erteilt worden, die Verbindung mit Herron weiter aufrecht zu erhalten und ihn möglichst zu veranlassen, die angeblichen Ansichten Wilsons in präzisere Form zu bringen«. PAAA, R 20515, S. 83 f.

7 Raniero Paulucci de Calboli (1861–1931), geb. in Rom, italienisch-englischer Abstammung, italienischer Staatsbürger, Dr. jur., 1885 Eintritt in den Auswärtigen Dienst Italiens, 1912–1920 Bevollmächtiger Minister in Bern, 1922 Senator, 1927 a. D., Journalist und Essayist. Mauro Cerutti, Paulucci de Calboli, Raniero, in: Historisches Lexikon der Schweiz (1.12.2018).

454

Georg von Hertling an Albert Ballin
Berlin, 6. September 1918

Der Reichskanzler. Rk. 19067 K.J. (masch. Reinkonz.; BArch, R 43/2436, f. 154)

Sehr geehrter Herr Ballin!

Der ausreichenden Versorgung der Zivilbevölkerung mit Leuchtmitteln im kommenden Winter habe ich auf Vortrag des Staatssekretärs des Reichwirtschaftsamts seit längerer Zeit besondere Aufmerksamkeit zugewendet.[1] Vor einigen Tagen ist zwischen den Stellen, die neben der Leuchtölwirtschaft auf den Verbrauch von Erdöl-Erzeugnissen angewiesen sind, eine Verständigung über die Verwertung der uns zugänglichen Mineralöle erzielt worden, welche eine reichlichere Leuchtölausbeute sichert und im Verein mit den übrigen für die Kleinbeleuchtung getroffenen Maßnahmen hoffen läßt, daß bei größter Sparsamkeit die Wintermonate ohne Gefährdung des Wirtschaftslebens und der Stimmung der Bevölkerung überwunden werden können.[2]

Mit dem Ausdrucke meiner ausgezeichneten Hochachtung
H[ertling] 6/9

1 Hertling antwortete auf Ballins Schreiben vom 29. August 1918, in dem der Großreeder schrieb, dass »ernste Gefahr für das Durchhalten« entstehe, wenn die Bevölkerung neben den Einschränkungen an Ernährung und Heizung im nächsten Winter auch auf Beleuchtung werde verzichten müssen. Selbst bei größter Begrenzung des privaten Verbrauchs würden vom 1. September 1918 bis 31. März 1919 monatlich 12 000 Tonnen Öl benötigt. Erforderlich sei daher, das »Versorgungsprogramm von Rumänien« umzustoßen. (BArch, R 43/2436, f. 146–147). Mit einer Denkschrift vom 8. Juli 1918 über den Notstand in der Beleuchtungsfrage hatte sich der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts, Hans Karl v. Stein, an den Reichskanzler gewandt. Laut den Berichten der Stellvertretenden Generalkommandos und der Kriegsamtsstellen schon vom 3. Oktober 1917 bildeten »die Heizungs- und Beleuchtungsfragen« vor allem auf dem Land »die Hauptsorge in der Bevölkerung«. (BArch, R 43/2434, f. 102–119). – Albert Ballin (1857–1918), geb. in Hamburg, jüdischen Glaubens, 1879 Teilhaber der väterlichen Auswanderer-Agentur in Hamburg, 1888 Vorstandsmitglied, 1899 Vorsitzender des Direktoriums der Hamburg-Amerikanischen-Packetfahrt-Actiengesellschaft (HAPAG). Straub.

2 Eine Besprechung über die Leuchtölfrage (»Vertraulich«) am 30. August 1918 mit den zuständigen Ämtern ergab, dass das Reichsmarineamt der Forderung des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamts zustimmte, seine Reserven zur Vorab-Deckung des Monatsbedarfs von 10 000 Tonnen Öl für den Verbrauch der zivilen Wirtschaft zur Verfügung zu stellen. BArch, R 43/2436, f. 143–145.

455

Kurt von Lersner an Auswärtiges Amt
Schloss Wilhelmshöhe, 6. September 1918

Nr. 517 v. 5.9. (entziffertes Telegramm[1]; PAAA, R 20509, S. 61–64)

Geheim! Für den Herrn Staatssekretär.

Seine Majestät hat heute Herrn Ballin empfangen und läßt Euerer Exzellenz folgendes mitteilen:

Herr Ballin habe gesagt, man müsse versuchen, den Frieden über Amerika, nicht über England zu bekommen. Wilson sei jetzt noch für Frieden zu haben. England sei völlig abhängig von Amerika. Amerika liebe Frankreich, hasse England. Herr Ballin wolle Euere Exzellenz nach Rückkehr in Berlin aufsuchen. Sein dem Auswärtigen Amt vor Monaten vorgeschlagener Unterhändler Haig sei leider von uns ausgeschlagen worden.[2]

Seine Majestät bittet Euere Exzellenz, in Erwägung zu ziehen, die Königin von Holland zu ersuchen, sich zuerst an Wilson zu wenden.[3] Als Zeitpunkt hält der Kaiser den Augenblick für günstig, wo wir unseren Rückzug beendet haben. Das wäre in etwa 10 Tagen. Dann könnten wir eine Reihe Divisionen herausziehen, auffüllen und für alle Geschehnisse bereitstellen.[4]

Lersner.

---

1 Ab 12.25 Vm., pr. 12.45 Vm. Gez. Bussche 6/9., zur Vorlage bei Unterstaatssekretär Stumm.

2 Randvermerk 6.9.18: »Über den Unterhändler Haig sind keine Vorgänge – auch kein Ballinscher Vorschlag – vorhanden«. PAAA, R 20509, S. 63.

3 Vgl. die am 26. September 1918 an Wilhelm Stumm gegangene (»2. Oktober 1918 p.m., z.d.A. Rk 3.10«), wohl aus Den Haag berichtete Äußerung F. Oppenheimers: Sir Francis sagte, wie beim Gespräch mit Balfour in London »ihm deutlich zu Bewusstsein gekommen sei, dass er durch das lange Verbleiben in Holland den ›large political view‹ eingebüsst hätte.« Er habe das kleine Holland und dessen Bedeutung für die Alliierten weit überschätzt. Auch andere Vorgesetzte hätten ihm bedeutet, dass »Holland is a most insignificant part of the grand total of the Entente's difficulties, if matters which had not been as yet settled to the Entente's satisfaction may be called ›difficulties‹ […] Holland had after all been treated ridiculously gently, considering its size and importance and the trouble it had given and was still giving to the Allies. One could not consider Holland in the least in the future«. Es gebe Ursache zu glauben, dass Deutschland durch den Übergang zu einer parlamentarischen Regierung nur stärker würde, wie die Ententeländer, die diese bereits besäßen und anders als Deutschland allen Defätismus von Anfang an unterdrückt hätten. (PAAA, R 20442, S. 95–96). – Francis Oppenheimer (1870–1961), geb. in London, jüdischer Herkunft, Schulbildung in Frankfurt am Main, wo sein Vater Charles Generalkonsul war, Jurastudium in Oxford, 1895 Anwalt, 1897–1900 Künstler in Paris, 1900 britischer Generalkonsul in Frankfurt am Main, Experte für deutsche Wirtschaftsverhältnisse im Foreign Office, 1012 Handelsattaché in Berlin und bei den nordischen Staaten; während des Krieges im Haag, schloss er Handelsabkommen für die Neutralen ab; 1920 a.D.; Memoiren: Stranger Within (1960). http://archives.balliol.ox.ac.uk/Modern%20Papers/oppenheimer.asp (20.11.2018).

4 Zum vorangehenden Absatz Randvermerk der Reichskanzlei: »Wenn von S. E[xzellenz] nicht etwas anderes in der Zwischenzeit verfügt w[orden] ist, dies vorläufig z. d. A. Rk 10.9«. PAAA, R 20509, S. 61.

456

Paul von Hintze an Julius von Zech
Berlin, 7. September 1918

Nr. 75. Auf Nr. 67[1]. (Telegramm, Konz.[2]; PAAA, R 21570, S. 230–231; Druck: Hintze, S. 575[3])

Geheim.

Die Abrede war, Herrn P[eltzer] mündlich in großen Zügen von unserem Standpunkt zu unterrichten, nicht aber ihm in einer schriftlichen Mittheilung genau präcisirte Zusicherungen zu machen. Hiervon hätte den Grafen T[oerring] auch die Tatsache abhalten sollen, die er inzwischen festgestellt hat, daß Weitergabe seiner Eröffnungen an die Entente beabsichtigt war.[4] Ich hatte ferner gebeten Graf T[oerring] möge sich bei seinen Darlegungen der Formel »man stehe in Deutschland auf dem Standpunkt« zu bedienen [!]. Graf T[oerring] hat sich dagegen in seinem Schreiben an Herrn P[eltzer] direkt auf Unterredungen mit dem Herrn Reichskanzler und mir berufen. Von der Intergrität [!] des belgischen Kolonialbesitzes ist nie die Rede gewesen. Ebenso verfrüht war die Anregung, in Detailberatungen einzutreten.[5] Ich werde mich, gegebenen Falls, genötigt sehen, den Grafen zu desavouiren[6] °bitte bis dahin obiges dem Gr[afen] T[oerring] in Anerkennung seiner guten Absichten recht schonend beizubringen.°

St[aats]S[ekretär]
H[intze] 7/9

1 Zech, Geschäftsträger der preußischen Gesandtschaft, an AA, München 5. September 1918 (Antwort auf Hintzes Tel. Nr. 73 an Treutler v. 1. September): »Graf Törring glaubt sich streng an Vereinbarungen gehalten zu haben, erbittet Mitteilung, in welchen Punkten er über diese hinausgegangen sei«. PAAA, R 21570, S. 228.

2 Von der Hand Stumms.

3 Irrtümlich zunächst Treutler als Adressat von Telegr. Nr. 75 angegeben. Hintze, S. 576 Anm. 3 geht kurz auf die Kontroverse zwischen Toerring und Hintze 1918 ein. Dem ist hinzuzufügen: Weder gab die alliierte Zurückweisung von Toerrings Erklärung Hintze Recht noch trafen Hintzes Beanstandungen zu, die zeigten, dass er Toerrings Vorgehen inhaltlich und methodisch missbilligte. Der Staatssekretär hielt offenbar den Toerrings Mission fördernden Reichskanzler hier gänzlich heraus.

4 Die Weitergabe hatte Toerring von vornherein für unvermeidlich gehalten und dies auch Hintze geschrieben.

5 Die Einzelberatung mit Belgien, folglich auch »Detailberatungen«, setzte die von Hertling und Payer der OHL abgewonnene Belgien-Erklärung vom 28. August 1918, der Hintze zugestimmt hatte, ebenso voraus wie die vom Staatssekretär gebilligte, zur Weiterleitung an Wilson bestimmte Schubert-Romberg-Notiz vom 9. September 1918. Kronprinz Rupprecht hielt diese nach dem Waffenstillstandsangebot noch für brauchbar.

6 Hintzes entsprechende Weisung an Treutler erfolgte am 20. September 1918. Siehe unten Nr. 478.

°-° Eigh. Zusatz Hintzes.

457

Engelbert Drerup an Georg von Hertling
Würzburg, 9. September 1918

(Telegramm, Or.; PA Weitershausen)

zum 75 geburtstag euerer excellenz erlauben sich die in wuerzburg versammelten mitglieder der goerresgesellschaft[1] noch nachtraeglich ehrerbietigste huldigung darzubringen zugleich mit dem geloebnis dass sie das in der goerresgesellschaft niedergelegte geistige erbe eurer excellenz stets treulich bewahren wollen.

im auftrage professor drerup

1 Am 10. Oktober 1918 meldete Drerup den schönen Verlauf der Würzburger Versammlung, bei der sich 52 Mitglieder und 12 Teilnehmer neu angemeldet hätten. »Die Wissenschaft und ihre Organisation ist bei der heutigen Weltlage noch das Einzige, was einem wirkliche Befriedigung bringt. Daß Eure Exzellenz sich noch rechtzeitig vor der roten und der schwarzen Sozialdemokratie in Sicherheit gebracht haben und bringen konnten, hat uns hier recht von Herzen gefreut. Der arme Kaiser!“ (BArch, NlH, Nr. 42, f. 10). Hertling hatte Drerup vor der zeitbezogen nationalistischen Behandlung eines Themas der Alten Geschichte entschieden abgeraten. Grauert wünschte am 31. August namens des Vorstands der Görres-Gesellschaft dem »hochverehrten praesidenten glueck und segen fuers haus und vaterland durch sieg und frieden unter ihrer sicheren fuehrung«. Am gleichen Tag folgten »innigste glueckwuensche in alter treue« der Familie Grauert. »gott schuetze und fuehre exzellenz allezeit zum heile unseres volkes wie der menschheit«. Aus dem Kreis der Görres-Gesellschaft gratulierten persönlich (»aus dankbarem Herzen«) auch der christliche Archäologe Monsignore Dr. Carl Maria Kaufmann (1872–1951), 1919 Professor in Frankfurt am Main, Gustav Schnürer aus Fribourg und der Verleger Major Hermann Herder aus Donaueschingen. PA Weitershausen.

458

Notiz Carl von Schuberts
[Bern-Berlin,] 9. September 1918

(masch. Konz.[1]; PAAA, R 20515, S. 31–32; Druck: Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 331 f.)

1. Deutschland* bekennt sich zu den vier Grundsätzen, die der Herr Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika in seinen Kundgebungen vom 11. Februar und 4. Juli d[ieses] J[ahres] aufgestellt hat.[2] Unter den in der Botschaft des Präsidenten Wilson an den Kongreß vom 5. Januar d[ieses] J[ahres] aufgezählten vierzehn Programmpunkten befindet sich keiner, dessen Diskussion die Deutsche Regierung grundsätzlich abgelehnt wird.[3]
2. Deutschland vertritt die Auffassung, daß der Friedensvertrag von Brest-Litowsk dem von dem Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten aufgestellten Grundsatz Rechnung trägt, wonach die Völker das Recht in Anspruch nehmen können, an der Entscheidung über ihr künftiges Schicksal mitzuwirken. Sollte Präsident

1 AS 4291, pr. 9. September 1913. Handschr. Kopfvermerk: »Entwurf der für Herrn S[ulzer] bestimmten Notiz, vorgelegt von Legationsrat von Schubert am 9./9/18«. Es handelt sich um eine in Punkt 2 und 3 gegenüber der Instruktion Hintzes am Romberg vom 31. August (Hintze, S. 550) leicht abgewandelte, im AA und auf Anregung Rombergs in Bern nochmals etwas veränderte Version, die Romberg seiner zweiten Unterredung mit Sulzer, über die er am 26. September Hertling berichtete, zugrunde legte. Siehe unten Nr. 488.

* Hier wie unten steht korrigiert »Deutschland« anstelle »die Deutsche Regierung«.

2 Wilsons vier Punkte in den beiden Reden sind nicht identisch; z. B. forderte Punkt 1 der Rede vom 4. Juli 1918 die »Vernichtung jeder willkürlichen Macht« wo auch immer oder »at the least its reduction to virtual impotence,« Punkt 1 der Rede vom 12. Februar ein »final settlement« mit Einzelfall-Regelungen gemäß der jedem Fall innewohnenden Gerechtigkeit und den zur Erlangung eines dauerhaften Friedens geeigneten »adjustments«. In seiner Kongressrede vom 12. Februar fragte Wilson, ob sich Reichskanzler Hertling nicht bewusst sei, vor dem Gerichtshof der Menschheit zu sprechen, da der Friede kein Sonderinteresse, sondern die ganze Menschheit betreffe. Vgl. die Wiedergabe der vier Punkte Wilsons vom 12. Februar und 4. Juli (teils englisch) bei Schulthess 59 NF 34 (1918/II), S. 567, 581 f., 565, 579–582; Aktenvorlagen (deutsch) im AA: Siehe oben Nr. 394 Anm. 3.

3 Vgl. die 14 Punkte von Wilsons »Weltfriedensprogramm« bei Schulthess 59 NF 34 (1918/II), S. 556–562, und Hertlings Bereitschaft, darauf einzugehen, in dem Memoire für Mensing vom 8. März 1918. Siehe oben Nr. 301.

Wilson dieser Auffassung nicht beipflichten, so ist man deutscherseits bereit, °in eine Diskussion über diese Frage einzutreten und° x-xdem Herrn Präsidenten diejenigen Aufschlüsse und Argumente zugänglich zu machen, die nach ihrer Auffassung den deutschen Standpunkt zu unterstützen geeignet sind.x-x

3. Die Deutsche Regierung gibt mit Abschluß des Friedens Belgien ohne Belastung und Vorbehalt heraus. Die Wiederherstellung des status quo ante schließt in sich und hat daher zur Voraussetzung, daß keine andere Macht in politischer, militärischer oder wirtschaftlicher Beziehung besser gestellt werden darf als das Deutsche Reich. Die Deutsche Regierung zweifelt nicht daran, daß sich zwischen ihr und Belgien eine den beiderseitigen Interessen gerecht werdende Verständigung a-aüber die Einzelheitena-a erreichen läßt, b-bdie das Zustandekommen des Friedens erschweren könnten.b-b

°-° Laut Tel. Nr. 1192 v. 10. September Hintzes an Romberg in der Notiz Schuberts zu streichen; die Bezeichnung »Deutsche Regierung« war überall durch »Deutschland« zu ersetzen (was die OHL mit einbegriff). PAAA, R 20515, S. 33.

x-x In seiner Instruktion an Romberg v. 31. August hatte Hintze stattdessen gesetzt: »Ist der Präsident anderer Ansicht, so ist Deutschland in der Lage ihm Argumente für seine bessere Unterrichtung zu geben«.

a-a und b-b. Außer den in »Tel. Nr. 1192 befohlenen Änderungen« der Notiz Schuberts schlug Romberg mit Tel. Nr. 1421 v. 10. September vor, »unter Ziffer 3 von unseren Verhandlungen mit Belgien über Einzelheiten überhaupt nicht zu sprechen, da diese m[eines] E[rmessens] nicht angekündigt zu werden brauchen, sondern sich notwendig im Laufe der Dinge von selbst ergeben«. Würde in Berlin ihre Erwähnung für unvermeidlich gehalten, so seien seines Erachtens »wenigstens die Worte ‚die das Zustandekommen des Friedens erschweren könnten' im letzten Satz der Ziffer 3 wegzulassen. Bei dem unüberwindlichen Mißtrauen, das unsere bisherigen Erklärungen über Belgien hervorgerufen haben, befürchte ich, daß in diesem Zusatz eine wesentliche Abschwächung oder Einschränkung unserer prinzipiellen Geneigtheit zur Herausgabe Belgiens erblickt werden könnte«. Am 11. September notierte Bussche auf Tel. Nr. 1421: »Ich möchte für R[omberg]s Vorschlag sein«. Darauf telegraphierte Hintze an Romberg laut eigh. Eintrag auf Tel. Nr. 1421 am 13. September, dass er »mit Fortlassung des letzten Relativsatzes« (b-b) einverstanden sei. PAAA, R 20515, S. 34 f.

459

Werner von Grünau an Auswärtiges Amt
Großes Hauptquartier, 13. September 1918

Nr. 540 (entziffertes Telegr.; BArch, NlH, Nr. 41, S. 169)

Dringend

Im Anschluss an Telegramm Nr. 538.
Das Telegramm des General von Klepsch[1] an Kaiser Karl lautet:

»Ich melde alleruntertänigst, dass ich Seiner Majestät dem deutschen Kaiser das Telegramm Euer Majestät überreicht habe.

In Anbetracht schwerwiegender Wichtigkeit der Angelegenheit sehen sich Seine Majestät der Kaiser genötigt, auch Rücksprache mit dem Reichskanzler zu nehmen,[2]

1 Alois Freiherr Klepsch-Kloth von Roden (1863–1957), geb. in Baden bei Wien, 1914 Oberst und Kommandeur der 21. Kavalleriebrigade in Lemberg, 1915–1918 der OHL als Verbindungsoffizier zugeteilt, 1917 Feldmarschallleutnant, »ein feiner, liebenswürdiger Offizier mit dem gewinnenden Auftreten des österreichischen Edelmannes«. K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 155.

2 Nach der Übergabe eines Entwurfs der Friedensnote versuchte Hertling energisch, diesen von Burian als »dringlich und unaufschiebbar« ausgegebenen »Friedensschritt« zu verhindern. Die Gegner erhielten sonst die Handhabe, »einen Riss in unser Bündnis zu bringen«. Burian übersehe, dass die Donaumonarchie durch einen »Bruch unseres Bündnisvertrages« auseinanderfallen könne. (Hertling an Wedel, Berlin 30. August 1918. Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 315 f.). Auch Erzberger warnte einen Vertrauten Kaiser Karls vor Übereilung und daraus folgender Uneinigkeit der Verbündeten. (Gehorsame Anzeige Rheinbabens v. 14. September 1918. PAAA, R 21865, S. 233). Die am 15. September ergehende Note schlug allen kriegführenden Mächten vor, Delegierte »zu einer vertraulichen und unverbindlichen Aussprache über die Grundprinzipien eines Friedensschlusses in einen Ort des neutralen Auslandes und zu einem nahen Zeitpunkte« zu entsenden. Mit Gehorsamer Anzeige v. 14. September legte Prittwitz Hertling ein auf die Note Bezug nehmendes »Telegramm an unsere Missionen« vor, das abgehe, »falls von E. E. keine besonderen Wünsche an AA (Leg[ations]R[at] v. Stumm) gelangen«. (Gemeint: Ferdinand v. Stumm). Das Tel. ohne Anschrift und Unterschrift lautete: »Entgegen unserer Ansicht hat Burian eine Note, die morgen früh veröffentlicht wird, an alle kriegführenden Staaten gerichtet, in der er zu unverbindlichen Besprechungen von Vertretern der Regierungen in einem neutralen Lande auffordert. Wir halten Zeitpunkt nicht für opportun und glauben nicht an Erfolg. Presse ist gebeten in folgendem Sinne zu schreiben: Österreich hat uns vorher verständigt. Die Beziehungen der Bundesgenossen werden daher durch seinen Schritt nicht berührt. Das menschliche Gefühl, dem er entspringt, ist zu begrüssen. Nach unseren bisherigen Erfahrungen ist bei derzeitigem Siegestaumel unserer Gegner ein Erfolg nicht zu erwarten. Wir sehen der weiteren Entwicklung mit Interesse entgegen, versprechen uns aber für die Förderung des Friedenswillens bei unseren Feinden mehr von dem tapferen Widerstand unserer Armeen an der Westfront«. (BArch, NlH, Nr. 41, S. 168). Letzterer Passus entsprach einer Notiz Hintzes auf dem deutschen Text der k.u.k. Friedensnote. (PAAA, R 21865, S. 172–181, 172; französischer Text ebd. S. 163–171, pr. 13. September 1918 Nm. mit Sichtvermerken Hintzes, Stumms, Bussches 13/9, v[om] Rk 14/9 auf S. 163; Sichtvermerk Hertlings auf S. 172; deutscher Text der Friedensnote auch in BayHStA GHA, Nl Kronprinz Rupprecht, 650). Die offizielle deutsche Antwort sprach verbindlich die Hoffnung aus, dass die von Versöhnungswillen und Menschlichkeit getragene Einladung der Donaumonarchie zum Frieden den ersehnten

welcher in Berlin ist und kann daher eine Allerhöchste Antwort erst im Laufe 14ten bei Euer Majestät eintreffen.

Seine Majestät, der Deutsche Kaiser lassen Eure Majestät eindringlichst bitten, mit der beabsichtigten Demarche zu warten und zunächst die Allerhöchste Antwort abwarten zu wollen«.

Grünau.

Erfolg haben möge. Kirk an Lansing, Den Haag 21. September 1918. (FRUS 1918, Supplement 1, Bd. 1, S. 312). In Telegrammen v. 15. September 1918 an die Oberkommandos der Heeresgruppen und Armeen im Westen und Osten, die Generalgouvernements, das preußische, bayerische, sächsische und württembergische Kriegsministerium gab die OHL die Losung aus, weiterzukämpfen, um den feindlichen »Vernichtungswillen« zu brechen, bekannte ihre »Bereitschaft zum Frieden« und erinnerte an das von den Alliierten ausgeschlagene Friedensangebot vom Dezember 1916. »Kämpfend haben wir abzuwarten, ob es der Feind ehrlich meint, wenn er diesmal zu Friedensverhandlungen bereit ist, oder ob er wieder den Frieden mit uns zurückweist« oder er ihn nur unter für uns unwürdigen Bedingungen eingehen wolle. BayHStA GHA, Nl Kronprinz Rupprecht, 650.

460

Georg von Hertling an die Gewerkschaftsführer
Kölnische Zeitung, 13. September 1918[1]

In der zweistündigen Unterredung mit den Delegierten der Gewerkschaften und deren Sprecher, dem Zentralvorsitzenden des Dachdeckerverbandes, Thomas,[2] *antwortete Hertling:* Die politische Reichsleitung sei mit der Obersten Heeresleitung vollkommen einig im Erstreben des Verständigungsfriedens. Der Krieg werde nicht eine Minute länger dauern, als zur Verteidigung unbedingt notwendig sei. Die bisherigen Friedensangebote Deutschlands seien leider hohnlachend zurückgewiesen worden. Noch vor 14 Tagen habe wüster Chauvinismus die ganze feindliche Presse beherrscht. Trotzdem hoffe er zuversichtlich, daß wir dem Frieden näher seien als man allgemein glaubt. Jedenfalls seien Reichsregierung und Heeresleitung einmütig gegen jede Eroberung; darüber bestünden keine Meinungsverschiedenheiten. Zum allgemeinen Wahlrecht könne er nur wiederholen, daß er damit stehe und falle. Er wundere sich, daß seine Worte bezweifelt würden. Man müsse doch begreifen, daß die bisher maßgebenden Parteien durch die Wahlreform beunruhigt seien. Auch das Herrenhaus habe seine verfassungsmäßigen Rechte. Aber deswegen weiche er nicht einen Schritt vom gleichen Wahlrecht ab, und sobald feststehe, daß darauf keine Verständigung zu erzielen sei, sei er sofort zur Auflösung entschlossen.

Staatssekretär Wallraf gab Mißgriffe im Vereins- und Versammlungsrecht und im Zensurwesen zu. Er erbat sich die Vorlegung des Materials. In der nächsten Woche fänden mit den einzelnen Generalkommandos neue entscheidende Besprechungen statt.

---

1 Die Gewerkschaftsführer beim Reichskanzler, Kölnische Zeitung, Nr. 854 v. 13. September 1918. (PAAA, R 1390, S. 51), entnommen dem Bericht des SPD-Blatts Vorwärts. Die Vertreter der Gewerkschaften erhoben Beschwerde über die mangelnde Zurückweisung der Alldeutschen und Annexionisten, die üble Ernährungslage, die Wucherpreise für Kleidung, Wäsche und Schuhe, die »Komödie« der Wahlrechtsreform, die Zensur und die Handhabung des Belagerungszustands.

2 Vermutlich Wilhelm Thomas (1875–1955), geb. in Wörrstadt, nach Volksschulbesuch und Lehre bis 1910 Spenglergeselle, 1907–1933 Vorsitzender des Gewerkschaftskartells, 1910–1933 Angestellter des Metallarbeiterverbands. W. H. Schröder, Parlamentarier, S. 770.

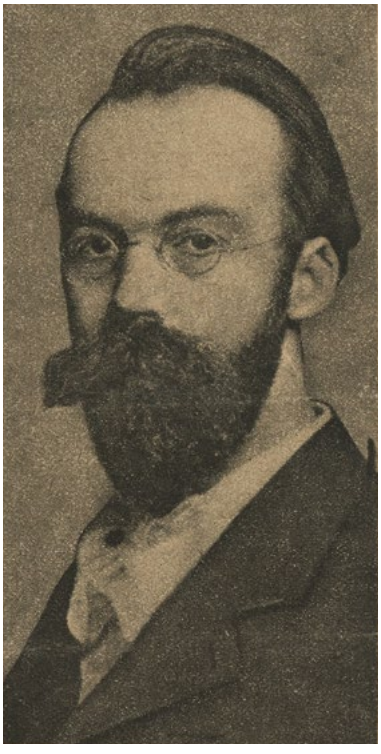

Abb. 3
George Davis Herron in der New York Times vom 30. Juni 1918. Quelle: PAAA, RZ 201/20514, S. 333, pr. 16. August 1918

461

Robert de Fiori an Werner von Rheinbaben
Berlin, 14. September 1918

Zu AS 4324 (eigh. Or.[1]; PAAA, R 20515, S. 65–68)

Hochgeehrter Herr Legationsrat,

Unser gestriges Gespräch überdenkend gelange ich zu meiner Beschämung zur Erkenntniß der völligen Unzulänglichkeit meines mündlichen Commentars zu den letzten Züricher Berichten.

Ich will versuchen, mir selber Beruhigung zu schaffen, indem ich die einzelnen Punkte des Gesprächs und meine Mitteilungen und Aufklärungen schriftlich festlege:

Die über H[erron] im Schwange gehenden Meinungen und mehr oder minder abfälligen Gerüchte und Äußerungen[2] können die Tatsache nicht erschüttern, daß er uns im Januar, Februar, Juni und Juli d[ieses] J[ahres] vor Umständen und Geschehnissen gewarnt hat, die in den letzten Wochen unwiderlegbar bestätigt wurden. Mit seiner amerikanischen Gesinnung und Denkart müssen wir uns abfinden. Objektiv betrachtet ist er ehrlich und aufrichtig. Seine persönlichen Beziehungen zu Wilson sind mir einwandfrei. Ein Mann, der aus Washington gekommen, amtliche Missionen wochenlang bei sich zu Gaste hat, ist mehr als einer der vielen politischen Agenten, die gegenwärtig in der Schweiz den Wind einholen und glücklich sind, wenn sie ihren Mandanten nach dem Munde reden.[3] Troelstra, der ihn in brüderlicher

1 Fehlerhafte masch. Kop., pr. 19/9. PAAA, R 20515, S. 70–72.

2 Vgl. Romberg an AA, Bern 29. März 1918: Nach dem Bericht eines unterrichteten Vertrauensmannes sei Präsident Wilson »sehr amüsiert« über Herrons Rolle. »Der Präsident lese zwar manchmal das, was Herron nach Washington schreibe; er habe sich aber recht abfällig über Herron ausgesprochen«. Herron sei »in keiner Weise beauftragt, irgend welche offiziellen Anregungen aus Washington weiterzugeben«. (PAAA, R 20504, S. 163). Vgl. auch die Niederschrift über de Fioris und Herrons Friedenstätigkeit in der Schweiz, Berlin 17. September 1918. PAAA, R 20515, S. 83 f. Siehe oben Nr. 359 Anm. 2.

3 Randbemerkung, dass Blennerhassett gemeint sei.

Eintracht mit dem Genossen Grimm[4] mit hämischer Nachrede verfolgt, geht bei ihm aus und ein. H[erron] kann es, denke ich, ertragen.

H[erron] hält, wie Sie aus seinem Briefe an Dr. J[ong] ersehen können, einen Kompromißfrieden für unerreichbar und undenkbar – einen Verständigungsfrieden auf der breiten Grundlage der Wilsonschen Postulate hingegen für erstrebenswert und möglich, wenn wir uns zu den Richtlinien bekennen, die jenem Postulatum entsprechen.

Im Gegensatze zu Pazifisten und Soz[ial]demokraten glaubt er, daß der Friede nicht durch interparlamentarische oder internationale Sozialisten-Konferenzen, sondern durch die Regierungen der sich bekriegenden Länder *unter neutraler Vermittlung* herbeigeführt werden soll und wird.

H[erron] hat sich in Hinsicht der deutsch-französischen und der österreichisch–Italienischen Fragen nicht blos mir gegenüber, sondern wiederholt auch vor hervorragenden deutschen Gelehrten und Politikern zu der oft erwähnten »mittleren Lösung« bekannt, es ist aber ausgeschlossen, daß er sich von den nationalistischen Chirurgen Frankreichs und Italiens losgesagt hätte, wenn Wilson anderes Sinnes wäre. Ich kann das jederzeit als Ohrenzeuge bestätigen. Seine Mitteilung, Paolucci, der it[alienische] Gesandte in Bern, teile seine Ansicht, stimmt mit dem genau überein, was Professor Förster, der bei all seinem evangelischen Pazifismus von einer Abtrennung Elsaß-Lothringens oder Triests nichts wissen will, mir schon vor neun Monaten von Paolucci sagte. Professor Förster sah im Oktober 1917 Paolucci wiederholt in H[erron]s Hause.-

Wenn nun H[erron] von Mr. Balfour das Gleiche behauptet, so muß ich annehmen, daß dem so ist. Ich habe H[erron] niemals auf einem Widerspruch oder einer bewußten Unwahrheit ertappt.

Betreffs der Ostfragen, deren Wiedererwägung H[erron] als conditio sine qua non eines Verständigungsfriedens bezeichnet, möchte ich bemerken, daß mein Gewährsmann nicht Einzelfragen örtlichen Charakters, sondern die mit der Regelung der Weltstellung Rußlands zusammenhängenden weltwirtschaftlichen asiatisch-europäischen Fragen im Sinne hat. Kurland, Estland u. dergl[eichen] sind auch für

4 Robert Grimm (1881–1958), geb. in Wald (Zürich), 1895–1898 Buchdruckerlehre, auf Wanderschaft als Typograph und Maschinenmeister, 1905–1906 in Berlin, 1906–1909 Sekretär des Arbeiterbundes Basel, 1909–1918 Chefredakteur der Berner Tagwacht, 1907–1909 im Großrat der Stadt Basel, 1909–1918 im Berner Stadrat, 1910–1938 im Berner Großrat, 1911–1919, 1920–1955 im Nationalrat, 1918–1938 im Berner Gemeinderat (Direktor der industriellen Betriebe), 1938–1946 Regierungsrat; Parteikarriere: 1899 Mitglied der Sozialistischen Partei, 1911–1943 deren Präsident im Kanton Bern, 1915–1917, 1919–1936 in der Geschäftsleitung der Sozialistischen Partei der Schweiz, 1936–1945 deren Fraktionspräsident; 1918 Vorsitzender der Streikleitung des Landesstreiks, zu dem er aufgerufen hatte; »die markanteste und zugleich umstrittenste Persönlichkeit der schweizerischen Arbeiterbewegung«. Peter Stettler, Grimm, Robert, in: Historisches Lexikon der Schweiz (1.12.2018).

- Von Empfängerseite rot unterstrichen.

Deutschland quantités négligeables wenn es gelingt, die deutschen Interessen in Hinsicht der Handelswege nach dem Stillen Ozean und dem persischen Meerbusen mit den englischen und amerikanischen in Übereinstimmung zu bringen. Das will H[erron] und wol auch Mr. Wilson unter dem Worte »Wiedererwägung des Friedens von B[rest]-Litowsk und Bukarest« verstanden wissen; ist man darüber einig, so wird man sich, glaube auch ich, nirgendwo grämen, wenn im Balticum zwischen Rußland und Deutschland nach Recht und Billigkeit dauernde Ordnung geschaffen wird.

Auf die Prophezeiung hinsichtlich Bulgariens würde ich nicht zurückkommen, wenn ich nicht annehmen müßte, dass sie als vaticinium ex eventu[5] aufzufassen sei. Im Februar 1915 sagte mir der mit Barrere[6] eng befreundete Correspondent des Temps, Jean Carrère[7]: Je mets un pari que au plus tard au moi de mai l'Italie déclarera la guerre.[8] Ich lachte nicht, wohl lachten einige Herren im Palazzo Caffarelli[9] und im Palazzo di Venezia[10]. H[erron] kann vielleicht billig prophezeien, weil ihm ein Entweder – Oder bekannt sein mag. Entweder im Dezember die Verhandlungen oder Bulgariens Abfall. – Ich spreche indessen nur eine Vermutung aus.

Ich fahre heute Abend nach Herrsching, Donnerstag oder Freitag in die Schweiz. Die Fondsangelegenheit zu regeln stelle ich Ihrem Ermessen anheim.

Mit bestem Gruße, auch an Herrn von Bergen, verbleibe ich Euer
Hochwohlgeboren
ergebenster
Dr. Robert de Fiori

5 Prophezeiung oder Voraussage eines Ereignisses (wörtlich: vom Ereignis her); in der Theologie und Geschichtswissenschaft gebrauchter Ausdruck.

6 Camille Barrère (1851–1940), geb. in La Charité-sur-Loire, aufgewachsen in England, Journalist, 1883 Generalkonsul Frankreichs in Kairo, 1885 Gesandter in Stockholm, 1888 in München, dort befreundet mit Annette Kolb, 1894 Gesandter in Bern, 1897–1924 in Rom, förderte er die italienisch-französische Annäherung und Italiens Beitritt zur Triple Entente.

7 Jean Carrère (1865–1932), geb. in Gontaud (Garonne), Journalist, Korrespondent von Le Temps in Rom, zeitkritischer Schriftsteller und Erzähler.

8 Ich wette darauf, dass spätestens im Monat Mai Italien den Krieg erklären wird.

9 Palast aus dem 16. Jahrhundert auf dem Kapitolshügel in Rom, seit 1871 Sitz der Deutschen Botschaft, nach dem Ersten Weltkrieg enteignet, dann Museum.

10 Lange im Besitz der Republik Venedig, dann Österreichs; 1916 vom Staat Italien eingezogen.

462

Erhard Deutelmoser an Georg von Hertling
Berlin, 14. September 1918

Der Pressechef beim Reichskanzler. (eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 41, f. 170–171)

G[ehorsame] A[nzeige]

Unter dem Siegel strengster Verschwiegenheit hat mir ein einflußreicher, vertrauenswürdiger Zeitungsmann folgendes mitgeteilt:

Als nach der letzten Kühlmann-Rede im Reichstag die Krisis abzuflauen begann, habe der Berliner Berichterstatter seiner Zeitung von einem militärischen Gewährsmann (Chef des Kriegspresseamts[1]) die Erklärung erhalten, es sei wünschenswert, daß die Kühlmannkrisis nicht wieder zur Ruhe komme.[2] Der Herr Kabinettschef von Berg lege Wert darauf, daß nicht nur in der rechts gerichteten sondern besonders auch in der mittleren Presse weitere Angriffe gegen Herrn von Kühlmann erschienen, damit er imstande sei, diese Artikel Seiner Majestät zu unterbreiten.

Der Eindruck der Kühlmannschen Rede sei in der Provinz zunächst durchaus nicht so niederdrückend gewesen, wie er das später infolge der sehr erregten Berliner Kommentare geworden sei. Ohne durch Stresemanns heftigen Angriff auf den Staatssekretär und den oben erwähnten Wink beeinflußt zu sein, hätte die Provinzpresse höchst wahrscheinlich eine ganz andere Taktik verfolgt. Sie habe zwar die Rede des Staatssekretärs für einen Fehler gehalten, aber keineswegs für einen, der sich nicht wieder gut machen ließ. Man würde daher, wenn die Beeinflussung von Berlin aus unterblieben wäre, versucht haben, die Rede des Herrn v. Kühlmann ruhig in einem Sinne zu kommentieren, der darauf hinauslief, das Beste aus ihr herauszuholen, Mißdeutungen zu beseitigen und die Crisis baldigst zu beschwören. Diese Art der Pressepolitik wäre sowohl nach Innen wie nach Außen besser gewesen.

Deutelmoser

1 Emil Würz. Das am 14. Oktober 1915 neu errichtete, mit Inlandsaufklärung und Öffentlichkeitsarbeit beauftragte Amt, das zur Nachrichtenabteilung III B des Generalstabs unter Walter Nicolai gehörte, war auch für den seit Ende Juli 1917 bei der Truppe eingeführten »vaterländischen Unterricht« zuständig. (Ludendorff, Urkunden, S. 272–275). Vgl. zum Vaterländischen Unterricht Deist, Militär und Innenpolitik, S. 805–972.

2 Vgl. die Meldung des Stellvertretenden Generalkommandos des V. Armeekorps in der Zusammenstellung der Monatsberichte der Stellvertretenden Generalkommandos (Kop. des Preußischen Kriegsministeriums, Kriegsamt, Berlin 15. August 1918) über den von der rechtsgerichteten Presse beifällig aufgenommenen Rücktritt Kühlmanns. BArch, 43/2398l, f. 35.

463

Georg von Hertling an Antanas Smetona
Berlin, 14. September 1918

Der Reichskanzler. Rk 190.43 K.J. (masch. Kop.; BArch, R 43/2406b, f. 5–6)

Euer Hochwohlgeboren haben mir unter dem 14. und 17. August 1918 Eingaben unterbreitet[1], die sich mit der staatsrechtlichen Stellung Litauens und den Massnahmen zur Wiederaufrichtung des litauischen Staates befassen. Ich habe von den Eingaben Kenntnis genommen, bin von der Wichtigkeit der darin behandelten Fragen überzeugt und werde darauf dringen, dass sie einer befriedigenden Lösung entgegengeführt werden, sobald und soweit es die politische Gesamtlage und die Verhältnisse der Kriegswirtschaft gestatten werden.[2]

Den staatsrechtlichen Ausführungen der Eingabe vom 14. v[origen] M[onats] gegenüber kann ich mich darauf beschränken, auf die Erklärung zu verweisen, die ich Ihnen durch den Chef der Militärverwaltung Litauen auf Ihre Eingabe vom 13. Juli dieses Jahres – Nr. 663 – habe zugehen lassen. *Laut seiner Erklärung und der kaiserlichen Ordre vom 23. M*ärz *1918 wird die Anerkennung Litauens als Staat abhängig gemacht von der Voraussetzung den deutschen Interessen Rechnung tragender Konventionen, die noch nicht erfüllt ist;*[3] damit entfallen die Folgerungen, die hinsichtlich der Machtbefugnisse des Landesrats gezogen wurden. Auf die Ausführungen

1 Im Brief vom 14. August aus Wilna erinnerte Smetona Hertling daran, dass der Kaiser am 23. März den Reichskanzler beauftragt habe, »im Benehmen mit Vertretern der Bevölkerung Litauens die zur Wiedererrichtung des selbständigen litauischen Staates erforderlichen Massnahmen zu treffen«. Er berief sich auf die staatsrechtliche Definition eines Staates gemäß den drei Kriterien Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt. (BArch, R 43/2406a, f. 224–229). Am 17. August mahnte er an, Hilfe für Litauen zu gewähren und dabei auf den Kräften seines Landes aufzubauen. Er forderte »eine ständige offizielle Vertretung« bei der deutschen Regierung, internationale Anerkennung seitens des Vierbunds und der Neutralen sowie die Abschaffung der Militärverwaltung. Einige Ressorts sollten schon vor der Regelung durch die sich verzögernden Konventionen an Litauen übergehen. Für den Fall, dass Deutschland die Friedensbedingungen nicht diktieren könne, sei, da die Entente gegen Brest-Litowsk Einspruch erhoben habe, die Grenzziehung im Osten erst bei den Friedensverhandlungen vorzunehmen. Ebd., f. 230–235.

2 Hertling hatte Smetonas Eingaben vom 14. und 17. August am 2. September 1918 durch Radowitz dem Reichsamt des Innern zukommen lassen. Darauf schrieb Wallraf am 13. September zurück, der größtenteils aus der Wilnaer litauischen Intelligenz zusammengesetzte Landesrat könne bei einer etwaigen Abgabe Wilnas an Polen nicht bestehen bleiben. Seine Erneuerung »aus dem Lande heraus« gemäß »der tatsächlichen Schichtung der litauischen Einwohnerschaft« sei in Vorbereitung. Die jetzt »leitenden Persönlichkeiten der Litauer«, Smetona und Schaulis, würden dann unter polnische Oberhoheit kommen oder es vorziehen, das Land zu verlassen. Der Reichskanzler möge darum Smetona, der wohl Mitte September von Bern nach Berlin zurückkehre, beigefügten Bescheid erteilen (liegt nicht bei). BArch, R 43/2406b, f. 2.

3 Das vorangehende Regest fasst die Wiederholung einer Passage aus Hertlings Brief v. 25. Juli 1918 (siehe oben Edition Nr. 402) zusammen, die wörtlich dem am 18. Juli an Hertling telegraphierten »Vorschlag« der OHL entnommen war. BArch, R 43/2406a, f. 10–11.

im einzelnen einzugehen, wird sich erübrigen, nachdem die dem Reichskommissar Freiherrn von Falkenhausen in einer Zeitung in den Mund gelegten Aeusserungen[4], welche Veranlassung zu der Eingabe gegeben haben, von dem Reichskommissar alsbald der Presse gegenüber desavouiert worden sind.

Die Bezeichnung des litauischen Landesrats als »Staatsrat« anlangend beziehe ich mich ebenfalls auf die oben erwähnte Erklärung, in der ich die Anerkennung dieser Umbildung ablehnen musste. Diesen Standpunkt haben Eure Hochwohlgeboren, wie mir berichtet wird, in Ihrer Unterredung mit dem Herrn Militär-Gouverneur von Litauen[5] vom 11. August 1918 und durch Schreiben des Landesrats vom 13. August dieses Jahres – Nr. 896 – selbst anerkannt, indem Sie die Versicherung abgaben, dass der Landesrat sich der bis zum 2. Juli dieses Jahres gebrauchten Bezeichnung »Litauische Taryba« oder »Litauischer Landesrat« weiterhin bedienen wolle. Wie mir ferner berichtet wird, hatten Eure Hochwohlgeboren in dieser Unterredung auch zugesagt, alle Eingaben an Reichsstellen durch seine Vermittelung zu leiten. Ich kann nur empfehlen, dieser Zusage entsprechend Anträge an mich durch den Verwaltungschef und Gouverneur gehen zu lassen, ohne deren Anhörung ich ohnehin nicht in der Lage sein werde, Entschliessungen zu fassen.[6] Ihre Umgehung könnte die glatte

4 Im Brief vom 14. August widersprach Smetona der in der KVZ, Nr. 716 v. 5. August 1918, wiedergegebenen Äußerung Falkenhausens, die Selbständigkeit Litauens sei noch nicht anerkannt, die Taryba »Notbehelf des Parlaments« ohne Regierungsbefugnisse. Vorausgegangen war eine Anfrage Franz X. Bachems bei Karl Hertling vom 26. Juli 1918, der vom Reichskanzler für seine Zeitung Information über Litauen erbat. Der Adjutant des Kanzlers teilte daraufhin Bachem am 30. Juli mit, Falkenhausen sei bereit, den KVZ-Redakteur Dr. Eisele zu empfangen – keine glückliche Vermittlung. BArch, R 43/2406a, f. 79–81.

5 Harbou als Nachfolger Teppes. Vgl. Linde, S. 159.

6 Kopien dieses Schreibens gingen an Hintze und den Militärgouverneur für Litauen. Hertling folgte nicht Ludendorffs Ansinnen, er möge den Verwaltungschef und den Militärgouverneur Briefe in seinem, des Reichskanzlers Namen, schreiben lassen.
In der Besprechung bei Vizekanzler Payer über die litauische Frage und die Zuständigkeit in Litauen und den Ostseegebieten am 24. Juli 1918 erläuterte Falkenhausen, die dortigen Befehlsstrukturen ähnelten denen in Polen und Belgien. »Statt eines Generalgouverneurs ist der Oberbefehlshaber Ost unumschränkter Gebieter, dem ein Chef des Stabes zur Seite steht. Unter ihm steht ein Verwaltungschef, dessen Zuständigkeit nicht scharf abgegrenzt ist. Darunter stehen die Verwaltungschefs für Kurland und Litauen, während in Estland und Livland die Organisation eine rein militärische ist«. Das AA habe wie in Polen und Belgien Vertreter bei den Verwaltungschefs in Kowno, Mitau und Wilna. »Die O.H.L. hat mehrfach die Aufhebung dieser Verbindung beantragt«. Es sei geplant, Vertreter der Reichsleitung in die einzelnen Verwaltungen einzugliedern und eine Dezentralisation einzuleiten. Das jüngst in Berlin eingerichtete Reichkommissariat für Litauen und die Ostseegebiete sei dazu gedacht, »einerseits um dem Reichstag gegenüber die parlamentarische Vertretung zu übernehmen und ferner, um die Verbindung zwischen den militärischen und zivilen Stellen herzustellen«. Der Reichskommissar übernehme keine militärischen Befugnisse, werde aber »dauernd über alle Vorgänge auf dem laufenden gehalten« und stehe in direkter Verbindung mit dem Oberbefehlshaber Ost. »Der Reichskanzler hat bestimmt, daß alle Sachen, die Kurland und Litauen betreffen, federführend vom Reichsamt des Innern behandelt werden unter Beteiligung der anderen Ämter«. Während Payer sich für mehr Selbstverwaltung in Litauen aussprach, erklärte sich Hintze »ganz einverstanden«, »daß das Schicksal Litauens ganz in der Hand des Reichskommissars und der O.H.L. liege«, jedoch bitte er, »soweit staatsrechtliche

Erledigung der Angelegenheit nur stören, die ich, wie ich noch einmal hervorheben möchte, in möglichst naher Zeit herbeizuführen bestrebt bin.[7]

(Name des Herrn Reichskanzlers)
H[ertling] 14/9

Beziehungen zu dem deutschen Reiche in Betracht kämen, das Auswärtige Amt heranzuziehen«. (BArch, R 43/2406a, f. 30–32). Der preußische Minister für Handel und Gewerbe, v. Sydow, rügte in einem langen Schreiben vom 13. Juli 1918 an Hertling, das Reichsamt des Innern, den Reichskommissar Falkenhausen und »alle beteiligten Ressorts, insbesondere die Herren Preußischen Staatsminister«, Falkenhausens Planung, die auf eine »societas leonina« mit den Randstaaten hinauslaufe [d.h. einer Löwengesellschaft, in der alle das Risiko tragen, Gewinn aber nur für den Löwen ausgeschüttet wird]. Diese würden »als Kolonien des Deutschen Reiches mit einer gewissen Selbstverwaltung erscheinen«, doch ohne die ihnen vorenthaltenen Selbst-, Mitbestimmungs- und Hoheitsrechte. Ihnen sei stattdessen sogleich eine angemessene »staatsrechtliche Gestaltung« anzubieten statt einseitiger Forderungen, die bei Neutralen und Gegnern den Eindruck verdeckter Annexion und der »Unaufrichtigkeit« hervorriefen. Ebd., f. 70–75.

7 Infolge der Regierungsumbildung änderte sich im nächsten Monat die Lage für Litauen grundlegend. Schlieben schlug in Vertretung des Unterstaatssekretärs der Reichskanzlei am 11. Oktober 1918 vor, der in Berlin anwesenden litauischen Delegation, die Reichskanzler Max vorläufig nicht empfangen konnte, zu antworten, das Reich überlasse dem litauischen Volk die Regelung seiner Beziehungen zu den östlichen Nachbarn und der Taryba die Regierungsbildung. Litauen solle Stellung zur Räumung der Gebiete nehmen, ob sie aus Sicherheitsgründen bzw. wegen Nutzung der eingerichteten Verkehrsverbindungen aufzuschieben sei. Falls die Litauer auf die Kandidatur Urachs zurückkämen, sei hinhaltend zu reagieren. (BArch, R 43/2406b, f. 52–55). Eine Besprechung im Reichskanzlerpalais am 15. Oktober 1918 mit Payer, Roedern, Falkenhausen, Erzberger, Trimborn, Gröber, Scheidemann u.a. ergab, dass die Militärverwaltung aufzuheben, die Zivilverwaltung einzuführen und die litauische Regierung für souverän zu erachten sei. Ebd., f. 88–97.

464

Friedrich von Payer an Georg von Hertling
Stuttgart, 14. September 1918

Der Stellvertreter des Reichskanzlers (eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 41, f. 171–172)

Sehr verehrte Exzellenz.

Die gef[ällige] Mitteilung vom 13. betr[effend] die Pläne Oesterreich-Ungarns, für die ich verbindlich danke, erfüllt mich mit schwerer Sorge. Ich sehe bei dieser Art der Behandlung nicht, wie wir zu einem vernünftigen Frieden kommen sollen. Es ist aber auch meine Meinung, daß wir uns nicht ablehnend äußern können, ohne Mißdeutungen ausgesetzt zu sein. Ich bin jetzt recht froh, daß wir uns vorher mehrfach offen zum Verständigungsfrieden bekannt haben.

Im übrigen habe ich hier, wenn die Ereignisse so rasch schreiten, keine Ruhe mehr und beabsichtige, in den ersten Tagen der beginnenden Woche wieder nach Berlin zu kommen. Zur Erholung ist die Zeit nach keiner Richtung mehr geeignet.

In bekannter Verehrung
Euer Exzellenz ergebener
Payer

465

Max von Baden an Rupprecht von Bayern
St. Blasien, 15. September 1918

(eigh. Or.; BayHStA GHA, Nl Kronprinz Rupprecht, 650)

Mein lieber Rupprecht,

Aus dem anliegenden Expose erhellt, daß die Lage sich im Innern zuspitzt. Das Parlament will als Retter des deutschen Volkes auftreten und bei dieser Gelegenheit seine eigenen Geschäfte machen und seine Machtvermehrung dauernd befestigen. Diesen Machtzuwachs wird es der Regierung Hertling abtrotzen. Es ist ja noch allenfalls möglich, daß H[ertling] den Angriff abschlägt, aber dies könnte nur ein zeitweiliger Sieg sein und er hinterließe ein Gefühl gegenseitiger Gereiztheit und des Mißbehagens, Empfindungen die zu unheilvollen Fermenten sich weiterbilden würden, und keineswegs eine klare und unanfechtbare Basis für die weitere Politik der Regierung schaffen könnten.

Es ist aber zweifelhaft, ob H[ertling] den Angriff abschlägt und jedenfalls wäre der Reichstag zu Wort gekommen und hätte Wünsche formulirt. Schon das wäre fehlerhaft und eine große Erschwerung derjenigen Politik, die die Regierung zu ihrem und der Krone Heil zu machen hätte. Denn diese Politik müßte dahin streben dem Reichstag zuvorzukommen und ein Ministerium des Volksvertrauens zu schaffen, das so stark ist, daß das Parlament ohne weitergehende Forderungen sich befriedigt sieht.

Diese Initiative der Krone brauchen wir heute und zwar sehr bald, da Erzberger und Co. ihre Aktion fertig haben und jederzeit zum Stoß ausholen können. In tiefstem Vertrauen, das Du, wie ich wohl weiß, zu würdigen verstehen wirst, theile ich Dir mit, daß ich einen Weg gefunden habe, an Oberster Stelle wissen zu lassen, daß Dein Kandidat bereit ist einzuspringen. Alles kommt darauf an, daß diese Oberste Stelle in den Stand gesetzt wird so zu handeln, als ob sie Deinen Kandidaten selbst erfunden habe. Jedes Präsentiren des Kandidaten bei dieser Ob[ersten] Stelle würde Gefahr laufen, das Vertrauensverhältniß dieser beiden zu beeinträchtigen.

Will also ein Dritter diese Kandidatur fördern – deren Wirkung überhaupt nur durch das Moment völliger Überraschung nach innen und außen eine heilsame und vollkommene sein kann – so kann dies nur negativ geschehen, d. h. indem die Gefahren beim Verbleiben des jetzigen Reichsleiters überzeugend dargelegt werden.

Solltest Du in diesem Sinne wirken wollen, solltest Du es sogar für einen geeigneten Schritt halten persönlich an Ob[erster] Stelle darüber zu sprechen – Du als Kronprinz des Landes, das den jetzigen Kanzler in dankenswerther Weise dem Reiche stellte – so bitte ich Dich inständigst, so zu verfahren, wie ich es oben darlegte. Sollte dann die Ob[erste] Stelle den Namen Deines Kandidaten selbst nennen, so kannst Du ja Deiner Meinung freien Ausdruck geben. Obenan bleibt das Gebot, daß die Ob[erste] Stelle wenigstens den Schein eigenster Erfindung und Initiative

bewahren und beanspruchen kann. Das ist psychologische Nothwendigkeit, die Du aus eigener Erfahrung verstehen wirst.

Eben erhalte ich die Nachricht, daß Burians Friedensaktion, die unsere Regierung überrascht hat und von der Hintze vor wenigen Tagen in Wien meinte, er habe sie verhindert, die Stoßkraft der Majoritätsparteien des Reichstags bedeutend gestärkt hat – wir stehen unmittelbar vor dem parlamentarischen Staatsstreich. Ganz frei ist die Krone nicht mehr, jeder Tag macht sie unfreier und doch kann uns nur eine freie That der Fürsten noch retten.

Ich hoffe Du wirst Paul Rohrbach empfangen. Er kann Dir auch noch mehr von unseren Chancen England gegenüber erzählen.

Aus Berlin wird Dir auf meine Veranlassung eine Unterredung mit einem Sozialdemokraten (David) zugeschickt werden nur für Dich.- Von allen Seiten höre ich, daß Dein Kandidat große Aussichten auf einigende und friedenbringende Wirkung hat.

Mit herzl[ichem] Gruß stets Dein treuer Vetter
Max

Anlage:
Exposé[1] im Auftrag des Prinzen Max von Baden, 15. September 1918

1) Die parlamentarische Regierung wird von Erzberger Richthofen[2] Stresemann seit langem erstrebt und heute mit aller Energie betrieben; sie wollen selbst Machtstellungen. Bülow unterstützte s[einer] Z[ei]t ihre Tendenzen.
2) Seit Donnerstag tagt der Mehrheitsausschuss; eine aus ihm gebildete Commission tritt Donnerstag dieser Woche zusammen, um concrete Forderungen zu formulieren.
   a) der Parlamentarisierung
   b) der Beseitigung bestimmter reactionärer Collegen
   c) der Selbständigkeit der Reichsregierung gegenüber der O.H.L.
   d) der auswärtigen Politik: Kriegszielformulierung (Capitulation vor Wilsonschen Ideengängen)
3) Es ergeben sich drei Möglichkeiten

1 Überschrift eigh. von Rupprecht auf der Anlage eingetragen und statt Unterschrift: »Dr. Paul Rohrbach?«

2 Hartmann von Richthofen (1878–1953), geb. in Berlin, Jurastudium, 1902 Attaché im Auswärtigen Dienst, 1911 a.D. als Legationsrat, 1912–1914 Geschäftsführer des Hansabunds für Handel, Gewerbe und Industrie, 1917–1918 Abteilungschef im preußischen Kriegsministerium, seit 1921 Bankier, 1912–1918 Mitglied des Reichstags (nationalliberal), 1915–1918 des Preußischen Abgeordnetenhauses, 1919–1920 der Nationalversammlung, 1919–1921 der Verfassunggebenden Preußischen Nationalversammlung und des preußischen Landtags, 1924–1928 des Reichstags (DDP), Gutsbesitzer, Autor, politischer Publizist.

a) Hertling schluckt dieses Programm, das bedeutet die Capitulation der Krone vor dem Parlament, die Preisgabe des Führergedankens, der Deutschland gross gemacht hat. – Diese Demütigung würde zum Frieden garnichts helfen, im Gegenteil zur Fortsetzung des Krieges unsere Feinde ermuntern, um der deutschen Monarchie noch weitere Demütigungen zu verschaffen.

b) Hertling vermag durch einen schlauen parlamentarischen Compromiss die Mehrheit zu sprengen und die Socialdemokraten in die Opposition zu treiben – d. h. Zusammenbruch der Heimatfront = Niederlage im Felde.

c) Hertling stürzt – d. h. sein Nachfolger muss entweder der Sclave der Mehrheit sein oder in Kampfesstellung die Rechte der Krone wahren, ebenfalls die denkbar schwerste Erschütterung der Heimatfront und die denkbar grösste Ermutigung der Feinde.

4) Noch ist der Krone die Freiheit des Handelns gegeben: Die Liberalen, ein Teil des Centrums, ja viele Socis gehen nur diesen Weg der parlamentarischen Machtansprüche, weil sie der Regierung Hertling misstrauen und Sicherungen verlangen zu müssen glauben.
5) Es liegen von liberaler und socialdemokratischer Seite authentische Mitteilungen vor, aus denen hervorgeht

a) Wenn heute die Krone aus freiem Entschluss eine vertrauenerweckende Persönlichkeit mit der Bildung einer neuen Regierung betraute, so stehen im selben Augenblick Erzberger + Co mit ihren demütigenden Zumutungen isoliert da – wenn die Majorität vertraut so lässt sie sich führen, die Forderungen nach parlamentarischer Regierung, nach Controle der auswärtigen Politik würden zurücktreten. Erzbergers Macht ist nur dann vorhanden, wenn er der einzig führende Factor im Reich ist.

b) auch die Socis würden eine solche Regierung unterstützen, ja einen Vertreter hineinsenden.

6) Alles kommt auf den Zeitpunkt an, zu dem die Krone handelt. Was heute noch eine freie Führertat, ist morgen ein Compromiss mit parlamentarischen Forderungen, in einer Woche die Unterwerfung des monarchischen Gedankens unter die Demokratie.

466

Georg von Hertling an Hermann Cardauns
Berlin, 17. September 1918

Wilhelmstraße 77[1] (eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 58)

Lieber Freund!

Herzlichen Dank für Deine Glückwünsche zum 31. August. Für die vorhergegangenen zum 31. Juli glaube ich Dir schon gedankt zu haben,[2] irre ich mich darin, so sollen sie jetzt miteingeschlossen sein. – Wie beneide ich Dich, daß Du in dieser schrecklichen Zeit die Möglichkeit und die innere Kraft zu geistiger Arbeit besitzest! Neulich kam ich am späten Nachmittag in meine Bibliothek und war überrascht, wie schön die hereinfallende Sonne meine Bücherreihen vergoldete. Es war ein kleines Erlebnis, das ich in ein paar kurzen Versen[3] zum Ausdruck brachte, aber der darin kundgegebene Wunsch wird, fürchte ich, einstweilen noch nicht in Erfüllung gehen. Eine schwere Sorge macht mir die Stellung des Zentrums. Gröber meint es ja sicher gut und ehrlich, er gehört ja auch noch zur alten Garde, aber ob er stark genug ist, dem gefährlichen Treiben eines Anderen erfolgreich Widerstand zu leisten, ist leider recht zweifelhaft, zumal bei der Passivität eines großen Teils der Mitglieder.

Mit vielen Grüßen von Haus zu Haus, in alter Freundschaft
Dein Hertling

1 Aufdruck auf der Postkarte aus dem Sitz der 1878 bezogenen Reichskanzlei.

2 Am 4. August 1918 hatte Hertling aus dem GHQ Cardauns für dessen irrtümlich (»in Folge des Ungeschicks der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung«) zum 31. Juli statt zum 31. August übersandte Geburtstagswünsche gedankt und mitgeteilt, daß »die leider durch die Zeitungen gemeldete Gesundheitsstörung inzwischen wieder völlig vorübergegangen ist, und mir die Ärzte nach wie vor das Recht bestreiten, die auf meine alten Schultern gelegte schwere Last abzuschütteln«. (BArch, Nl Hertling, Nr. 58). Vgl. K. R., Graf Hertling, Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 386 v. 31. Juli 1918: Hertling habe sich bei Übernahme des Ministerpräsidenten- und des Reichskanzleramts von seiner Partei, die ihm sehr viel zu verdanken habe, distanziert, um als Staatsmann für die Einigkeit und »das Wohl des Volksganzen« zu wirken. Das von ihm »in den kritischen Perioden der letzten Monate« errungene Vertrauen gründe sich ebenso auf seine »politische Vergangenheit«, wo er sich »von Überschwang und Schärfe« stets zugunsten des Erreichbaren ferngehalten habe, wie auf seine Patriotismus und Bürgersinn verkörpernde Persönlichkeit. Zuversichtlich erwarte man »von dem 75jährigen noch die Lösung der schwierigsten Aufgabe«, einen »glücklichen Frieden«. BArch, R 43 I/3046, S. 130.

3 Liegen nicht bei.

467

Aufzeichnung Paul von Hintzes
Berlin, 17. September 1918

(eigh. Konz.[1]; PAAA, R 21570, S. 237)

Gr[af] T[oerring] erkennt die gemachten Beanstandungen (Telegr. von München) als [rich]tig an.[2] Er habe schriftliche Aufzeichnung hinterlassen weil P[eltzer] sonst etwas anders habe sagen können; er habe nicht

»man«

gesagt um mit dem Versteckspiel aufzuhören. Er habe von den Colonien gesprochen weil er wüsste Belg[ien] sei bereit sie preiszugeben. Gr[af] T[oerring] wird um mehr Discretion gebeten. Er erwartet Ruf nach Bern. Ich gebe ihm keine Aufträge als »Discretion«. Er bittet Herrn Ges[andten] Bern draten [!] zu dürfen. Ich erkläre mich einverstanden.

H[intze] 17/9

1 Von Bussche 18/9 u.a. z. K. genommene Notiz Hintzes auf dem Brief des Ullstein–Verlags an Ministerialdirektor Deutelmoser, Berlin 17. September 1918, in dem der Verlag um »nähere Auskunft« in der heutigen »Pressesitzung« über das beiliegende Telegr. seines Berichterstatters aus Rotterdam v. 16. September bat. Dieser »eigene Drahtbericht« lautete: »Nach einem Reuterbericht meldet die englische Presse: Wie verlautet, hat die deutsche Regierung einen Vorschlag an Belgien gemacht, wonach Belgien seine politische und ökonomische Unabhängigkeit nach dem Kriege garantiert werden soll, daran aber viele Bedingungen geknüpft. Belgien muss für eine nicht angegebene Anzahl von Jahren seine Handelsverträge und ökonomischen Abmachungen von vor dem Kriege beibehalten, es muss sofort neutral werden, es muss die Alliierten von der Notwendigkeit überzeugen, dass den Deutschen die Kolonien zurückgegeben werden müssen, es muss allen Personen in Belgien, welche in Deutschland für die flämische Frage gearbeitet haben, Amnestie gewähren. Die Zeitungen nennen dies einen heuchlerischen Vorschlag, den die belgische Regierung zweifellos so behandeln wird, wie er es verdient. Wiederherstellung wird nicht angeboten. Das Ziel ist deutlich: Wird Belgien neutral, so sind die deutschen Munitionszentren und die Städte der Rheinprovinz gegen die dauernd zahlreicher werdenden Luftangriffe gesicherter oder doch nur seitens der feindlichen Luftstreitkräfte nur unter Ueberwindung unglaublicher Schwierigkeiten zu erreichen«. (PAAA, R 21570, S. 238). Siehe oben Nr. 419.

2 Auf Hintzes Tel. Nr. 75 v. 7. September 1918 (siehe oben Nr. 456), dessen Inhalt Toerring übermittelt wurde, meldete Zech am 11. September die Bitte Toerrings, er möge am 17. oder 18. September in Berlin vom Reichskanzler und vom Staatssekretär empfangen werden. »Sollte Empfang an angegebenen Tagen nicht genehm sein, bittet Graf T[oerring] um Benachrichtigung«. Laut eigh. Tel.-Konz. W. Stumms v. 21.9. [!] war Hintze bereit, Toerring am 17. September um 12.00 zu empfangen. PAAA, R 21570, S. 232.

468

Friedrich Rosen an Georg von Hertling
Den Haag, 17. September 1918

Kaiserlich Deutsche Gesandtschaft. A. 3229. (masch. Or.[1]; R 21424, S. 182–183)

Die Stuttgarter Rede des Vizekanzlers von Payer[2] erfreute sich, wie auch aus unseren ausführlichen Telephonaten an die Pressewarte hervorgeht, einer weit grösseren und ernsthafteren Beachtung als die Rede Lloyd Georges, der sie gelegentlich gegenübergestellt wurde.[3] Einen durchschlagenden Erfolg hat indes auch diese Rede in Holland

1 pr. 20. September 1918 p.m.; v. RK 24/9.

2 Mit dieser am 12. September 1918 gehaltenen Rede »über Wahlrechtsvorlage und Verständigungsfrieden« wollte Payer keinen Beitrag zum »großen internationalen Redeturnier zwischen den leitenden Staatsmännern« leisten, sondern sich »mehr an die Adresse unseres Volkes wenden«. Er forderte zum »Durchhalten«, zum Vertrauen zu sich selbst und zur Führung auf, verwies auf die allgemeine Friedenssehnsucht auch bei den Gegnern, warnte vor einem Wahlkampf im Krieg zwecks der – ohnehin unabweisbaren – Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen und betonte, der Friedensschluss müsse sich angesichts der neuen Qualität des verheerenden Weltkriegs von den früheren dadurch unterscheiden, dass er nicht auf Machtgewinn und Besitzvermehrung der Sieger, sondern auf Dauer angelegt sein würde. Gebietsabtretungen vom Reich und die Einmischung in dessen innere Verhältnisse verbat er sich. Es gelte, auch die Hindernisse zu beseitigen, die bei den »Kriegsgegnern« dem Gedanken des Friedens entgegenstünden, was umso leichter geschehen könne, als sich innerhalb des deutschen Volkes »eine steigende Uebereinstimmung über die bei den dereinstigen Friedensverhandlungen einzunehmende Haltung, über die sogenannten Kriegsziele, herausbildet. Der Gedanke des Verständigungsfriedens ohne Annexion und Entschädigung gewinnt tagtäglich an Boden, es bedarf keiner Ausführung, wie sehr dadurch die Arbeit der Regierung erleichtert wird, die für diesen Frieden eintritt und bei dieser schweren Aufgabe sich jeder Unterstützung, jeder Beseitigung eines Widerstandes dankbar freut«. Einen »Eroberungsfrieden« erklärte er für »beiderseits ausgeschlossen«. Der Verzicht darauf falle der deutschen Seite offenbar wesentlich leichter als den Gegnern. Er stellte die Räumung der besetzten Gebiete, auch die Belgiens, in sichere Aussicht. »Sind wir und unsere Bundesgenossen erst einmal wieder im Besitz dessen, was uns gehörte, sind wir erst einmal sicher, daß in Belgien kein anderer Staat irgendwie besser gestellt werden kann als wir, so wird auch – das glaube ich sagen zu können – Belgien ohne Belastung und ohne Vorbehalt zurückgegeben werden können. Die erforderliche Verständigung zwischen Belgien und uns wird um so leichter sein, als unsere wirtschaftlichen Interessen vielfach parallel laufen, ja Belgien auf uns als Hinterland direkt angewiesen ist. Wir haben auch keinen Grund zu bezweifeln, daß die vielbesprochene Flamenfrage von Belgien im Sinne der Gerechtigkeit und staatsmännischen Klugheit gelöst werden wird«. Es folgte ein Rückblick auf Belgiens »Einverständnis« mit den Gegnern, weswegen es »kein unverdientes Schicksal« für das Land gewesen sei, es als »Flankendeckung« zu benutzen. An den Friedensregelungen im Osten werde festgehalten, die Wahlrechtsreform sei durchzuführen und die Hoffnung der Feindmächte auf den inneren Zusammenbruch des Reiches verfehlt. (Payer, Autobiographische Aufzeichnungen, S. 71–85; Schulthess 59, NF 34 [1918/I], S. 281–289). Vgl. Tel. Lersner an AA, GHQ 24. September 1918: Nach Erkenntnis der spanischen Botschaft in London vom 15. September halte die öffentliche Meinung in England nach den Siegen in Frankreich die von Payer »formulierten Friedensbedingungen für ganz unannehmbar« und bestehe fest darauf, »daß Friede von der Entente diktiert werden muß«. PAAA, R 20441, S. 291.

3 Bei einem Bankett in Manchester am 12. September lehnte Lloyd George einen Verhandlungsfrieden ab und erklärte, zwischen Freiheit und Gewalt könne es keinen Vergleich geben.

nicht zu verzeichnen, da man ihr bei aller Anerkennung der »ziemlich präzisen Formulierung der Kriegsziele« vor allem das Festhalten an den Ostfriedensschlüssen, die Wiederholung der deutschen Ansicht über die Schuldfrage, auch Belgien gegenüber, die abermalige Belastung der im allgemeinen deutlicheren Belgien-Erklärung mit Vorbehalten und Einschränkungen, die man als eine Forderung nach Garantien empfindet, und endlich das Fehlen jeder Versicherung zum Vorwurfe macht, dass die an Solf's Kundgebungen[4] erinnernde Programmrede des deutschen Vizekanzlers auch der Meinung der Deutschen Regierung entspreche. Die holländische Presse erwartet daher auch von dieser Rede, die sie im allgemeinen zwar als einen Fortschritt bewertet, keine Wirkung bei den Ententeregierungen und auch nicht bei den Ententeländern, da nach ihrer Meinung die vielen Zugeständnisse, auch hinsichtlich der Arbitrage, der Abrüstung usw., durch die zahlreichen Einschränkungen und durch die Behandlung der östlichen und der Belgien-Fragen wieder verdorben werden, und die letztere nur, wie es der »Nieuwe Rotterdamsche Courant« ausdrückte, nach einem Misslingen der amerikanischen Frühjahrsoffensive ihre Verwirklichung erleben könnte.

gez. Rosen.

»Wir werden durchkämpfen, bis wir erreicht haben, was wir wollen«. Schulthess 59, NF 34 (1918/II), S. 215 f.

4 Solfs am 20. August beim Empfang der Deutschen Gesellschaft 1914 gehaltene »Verständigungsrede«, mit der die geplante rednerische Offensive zur Schaffung einer günstigeren Aufnahme der deutschen Politik beginnen sollte, bezeichnete der englische Blockademinister Lord Robert Cecil am 23. August gegenüber dem Reuter-Büro als »einen großen Fortschritt«. Hinter dem neuen Ton, dass Belgien nicht »in irgendeiner Form« behalten werden solle, Brest-Litowsk als »eine zeitweilige Maßregel« zum Zweck der Errichtung unabhängiger nationaler Staaten im Osten zu sehen sei, blieben die Erklärungen des Reichskanzlers zurück. (Schulthess 59, NF 34 [1918/II], S. 212 f.; vgl. ebd. [1918/I], S. 254–259, und unten Nr. 469 Anm. 2, wonach Solf sich auf die Erklärungen des Reichskanzlers bezog). Vgl. Wolff, Tagebücher, S. 613 f., Ludendorff habe Solf bei dessen kürzlichem Besuch im GHQ »immer wieder gesagt: wir können doch Belgien den Engländern nicht als Aufmarschgebiet lassen«.

469

Stellungnahme Erich Ludendorffs zu Belgien September 1918

(masch. Konz.[1]; BArch, NlH, Nr. 40, f. 129)

Exc. Ludendorff bleibt bei seiner Zustimmung zu der Vereinbarung in der Belgischen Frage.[2] Er wird auch immer bereit sein, wenn auf der Grundlage Frieden geschlossen ist oder Verhandlungen eingeleitet sind, später zu erklären, dass dies mit seiner Zustimmung geschehen ist. Er hält es für bedauerlich aus taktischen Gründen, dass Exc. v. Payer die belgische Erklärung jetzt abgegeben hat.[3] Exc. Ludendorff hat das Gefühl, dass damit Exc. Hintze der Wind aus den Segeln genommen ist für Verhandlungen. Noch schlimmer ist, dass der Abgeordnete Wiemer[4] erklärt hat, die O.H.L. sei mit der Rede einverstanden. Dies mache den Eindruck der Schwäche. Zu der ganzen Rede ist das Einverständnis nicht erklärt. Jetzt kommen Nationalliberale und wollen erklären, sie änderten Stellung in Frage der Kriegsziele bez[ü]g[lich] Belgiens, weil O.H.L. Einverständnis zur Payer-Rede erkläre. Jetzt kommen Konservative und fragen, ob sie Kriegsziele ändern sollen (Diesen hat Exc. Ludendorff erklärt, sie sollen ruhig an ihren Zielen festhalten, denn Exc. Hintze hat ihm dies für wünschenswert erklärt; er brauche für Verhandlungen die starken Forderungen).

Folgerung: Exc. Ludendorff bleibt loyal bei dem, zu dem er sein Einverständnis gegeben hat. Es ist aber etwas anderes dem Auslande und dem Inlande gegenüber, wenn die Regierung eine Erklärung abgibt oder wenn die militärische Stelle in eine

---

1 Ohne Datum und Verf., mit wenigen Korrekturen von Hand.

2 Siehe oben Nr. 433. Am 21. August 1918, einige Tage vor seiner Annahme der von Hertling und Payer ihm präsentierten Formel zur Restitution Belgiens, ließ Ludendorff Hintze auf dessen Anfrage bezüglich der Belgien-Passage in der am 20. August geplanten Rede Solfs telegraphieren: Er habe sich Oberst von Haeften gegenüber einverstanden erklärt, dass bei der Propaganda in der belgischen Frage die Erklärung des Reichskanzlers vom 12. Juli »über die Selbständigkeit und Integrität Belgiens in den Vordergrund gerückt würde, daß aber unsere beabsichtigte Politik, militärische und politische Sicherungen, aus propagandistischen Gründen zunächst mehr in den Hintergrund treten sollte. Diese durchzusetzen, scheint mir mehr Aufgabe unserer politischen Unterhändler am Verhandlungstisch und Belgien bleibt, solange wir es besetzt halten, doch unser Faustpfand. Oberst von Haeften hat meines Wissens von einer ›Restituierung Belgiens‹, worunter ich die Wiederherstellung des status quo ante verstehe, nicht gesprochen. Damit könnte ich mich auch nicht einverstanden erklärt haben. Oberst von Haeften hat mir gestern gemeldet, daß Exzellenz Solf in seiner Rede auf die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers eingehen wollte. Damit war ich einverstanden«. PAAA, R 21570, S. 189 f.

3 Gemeint Payers Rede v. 12. September 1918.

4 Otto Wiemer (1868–1931), geb. in Tilsit, 1890 Dr. jur., Parlamentsjournalist, 1895 Redakteur der Freisinnigen Zeitung, 1903 Syndikus der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft, 1898–1918 Mitglied des Reichstags (FVP), 1898–1918 des Preußischen Abgeordnetenhauses, 1921–1931 des preußischen Landtags.

Änderung der Kriegsziele öffentlich einwilligt. Letzteres ist geeignet, die Stimmung bei Armee und im Innern stark zu beeinflussen und daher sehr schädlich. So etwas macht man unter sich ab, aber die öffentliche Verbreitung ist schädlich.

470

Stephan Ehses an Georg von Hertling
Koblenz (Marienhof), 18. September 1918

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 41, f. 174–175)

Exzellenz!

Kaum bin ich hier nach der Würzburger Versammlung vor Anker gegangen und muß wieder reisen, sogar nach Berlin zum Kultusministerium, wo am Montag 23.ten eine erste Kommissionsberatung über den Vollzug des Antrages Traub statthaben soll. Von den 60 000 M., die im ganzen für selbständige größere Veröffentlichungen zur Geschichte der Reformation und Gegenreformation genehmigt sind, fallen je 15 000 ohne weiteres dem Corpus Catholicorum und dem Corpus Reformatorum zu, über die anderen 30 000 soll, gleichfalls je halb und halb zu gunsten neuerer Erscheinungen von Fall zu Fall befunden werden, wie denn auch die Kommission gleichmäßig besetzt worden ist, auf unserer Seite soviel ich weiß, außer mea parata[1] durch die Herren Porsch und Geheimräte Drs. Greving, Finke und Schulte, zu denen vielleicht noch ein Parlamentarier hinzutritt. In Würzburg hatte ich schon im allgemeinen Kenntnis von diesen Vorgängen und bin durch den Vorstand-Beirat bevollmächtigt, zugleich mit den genannten Herren die Wünsche der Görres-Gesellschaft und des römischen Institutes zu vertreten; ich habe dabei vor allem das Concilium Tridentinum, dessen tomus VIII der Vollendung nahe ist, und einen Band der Nuntiaturberichte aus Deutschland im Auge, der zwar gegen Ende des 16. Jahrhunderts (1589–1592) liegt, aber für die Zeit der Gegenreformation noch stark ins Gewicht fällt. Für andere Forschungsgebiete werden voraussichtlich die andern Herren eintreten, die darin mehr auf dem Laufenden sind; ich schreibe aber soeben noch an H[errn] P[ater] Grisar[2] in München, der die geschichtliche Literatur über das 16. Jahrhundert, wenigstens dessen erste Hälfte, wohl am eingehendsten verfolgt hat.

Von dem Ergebnis der Tagung werde ich Euer Exzellenz sofort Kenntnis geben, jedenfalls schriftlich, da ich es für frevelhaft halte, in dieser drangvollen Zeit so kleine Dinge in die großen Weltfragen hineinzuschieben. Nur für einen Augenblick möchte ich versuchen, im Reichskanzlerhause vorzusprechen, um mich vom

1 mea [parte] parata: meinerseits bereit.

2 Hartmann Grisar (1845–1932), Bäckersohn aus Koblenz, Studium der Philosophie und Theologie in Münster, Innsbruck und Rom, 1868 Priesterweihe in Rom, Eintritt in die Gesellschaft Jesu, 1871–1895 Professor für Kirchengeschichte in Innsbruck, seit 1896 studienhalber in Rom; er behandelte in historisch-kritischer Methode die Geschichte Roms »beim Ausgang der antiken Welt« (1901), des frühen Papsttums und der Reformation. Seine teils mehrfach übersetzten Studien über Luther erschienen 1911–1912, 1921–1923, 1924 und 1926. Grisar P. Hartmann, in: ÖBL, Bd. 2, S. 64 f.; Josef Grisar SJ, Grisar, Hartmann, in: NDB 7 (1966), S. 95 f.

Wohlsein Euer und Ihrer Exz[ellenz], sowie des ganzen hochverehrten Hauses, auch der Gräfin Agnes, von der ich mich vergeblich in Sonnenstr. 14 zu verabschieden suchte, zu überzeugen.

Exz[ellenz] Pacelli, der Nuntius zu München, zeigte sich ganz befriedigt über die Anbahnung des schriftlichen Verkehrs in Sachen des bedrängten Christentums im Orient, Denkschrift Engert, und läßt es an nichts fehlen.[3] […]

In München habe ich mir meine Wohnung im Vincentinum vorbehalten und hoffe wohl noch vor Ende dieses Jahres dahin zurückzukehren; das Manuscript für den folgenden Aktenband, das zur ersten Hälfte schon druckfertig ist, verwahrt man mir in der Königl. Hof- und Staatsbibliothek, da ich hier nur mit dem Druck und Index des laufenden Bandes zu tun habe, begleitet von dem Sirenengesang des Fliegeralarms, an den man sich hier gewöhnen muß.

Gott erhalte und beschütze, stärke und festige Euer Exzellenz in allen Schwierigkeiten der äußeren und inneren Lage, ebne unter Ihrer Hand den Weg zum Frieden und zu einer gesegneten Zukunft unseres Vaterlandes.

Hochderselben
in steter Verehrung
ergebenst
Prälat Dr. Ehses

3 Siehe oben Nr. 310, 423.

471

Georg von Hertling an Parteivorstand der SPD und Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands
Berlin, 18. September 1918

Der Reichskanzler. Zu Rk. 19201 K.J. (masch. Reinkonz.; BArch, R 43/2436, f. 212–214)

Die Schwierigkeiten der Versorgung mit Lebensmitteln, von denen die Eingabe v. 9. September 1918[1] handelt, werden von mir lebhaft mitempfunden. Seit die Absicht der Feinde, Deutschland durch Hunger zu besiegen, hervortrat, bilden sie den Gegenstand der besonderen Aufmerksamkeit und Fürsorge der verantwortlichen Stellen. Mit den Unterzeichnern der Eingabe und allen anderen Bevölkerungskreisen bin ich der Ansicht, dass alles geschehen muss, um die vorhandenen Nahrungsmittel möglichst gleichmässig zu verteilen und die aus dem Steigen der Preise erwachsenden Lasten zu mildern. Die mit der Versorgung betrauten Ämter sind, unterstützt durch einen aus Mitgliedern des Reichstags bestehenden Beirat[2], unablässig in dieser Richtung bemüht.

1 Parteivorstand der Sozialdemokratische Partei Deutschlands an Hertling, Berlin 9. September 1918, unterzeichnet von Karl Legien und Friedrich Ebert M.d.R. für die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. K. Legien (1861–1920) war 1891–1920 Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften, Deutschlands, 1919–1920 Vorsitzender des Bundesvorstands des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds. (W. H. Schröder, Parlamentarier, S. 581). Ihre wiederholt bei den Reichskanzlern, beim Kriegsernährungsamt und Reichsamt des Innern vorgebrachten Klagen über die höchst bedauerlichen Lebensumstände der »breiten Massen des Volkes« hätten nicht in allen Fällen Antwort gefunden. Die Politik des Kriegsernährungsamts habe zu einer mit den gestiegenen Produktionskosten nicht zu rechtfertigenden Teuerung aller Lebensmittel geführt. Die durch öffentliche Bewirtschaftung bereitgestellten Lebensmittel reichten zum Lebensunterhalt nicht aus. Für Kleidung, Schuhe, Wäsche und Haushaltsgegenstände müssten Phantasiepreise gezahlt werden. Während die Preiserhöhung auf Lebensmittel, die zu geringen Kartoffel- und vor allem Fleischrationen dem Volk große Entbehrungen auferlegten, verschüfen sich die Wohlhabenden durch Schleichhandel doppelte Lieferung. Im vergangenen Jahr sei trotz glänzender Ernte die Kartoffelration nicht auf 10 Pfund erhöht worden, was, neben den Transportschwierigkeiten, den Schleichhandel begünstigt habe. (BArch, R 43/2436, f. 174–176). Schlieben sandte die Anfrage der SPD aus der Reichskanzlei umgehend dem Staatssekretär des Kriegsernährungsamts zur baldigen Stellungnahme zu, weil der Reichskanzler möglichst schnell antworten wolle. (Ebd., f. 180). Hertlings Antwort lag ein Bericht des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts, Waldow, v. 16. September 1918 zugrunde. Mindestens die Passagen über den Interessenausgleich dürften von Hertling selbst stammen. Sie wurde sogleich veröffentlicht: Der Reichskanzler zur Lebensmittelversorgung, Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 479 v. 19. September 1918. Aus Magdeburg und Bayern gingen Hertling Anfang September Meldungen über schwierige Gespräche mit Arbeitervertretern zu, die Arbeitsniederlegungen in nächster Zeit ankündigten.

2 Parlamentarischer Ernährungsbeirat bei dem am 22. Mai 1916 geschaffenen, 1917 zur Reichsbehörde mit eigenem Staatssekretär erhobenen Kriegsernährungsamt. Ende 1917 wurden im Hauptausschuss Beschwerden über die mangelnde Anhörung des Ernährungsbeirats laut. Der Hauptausschuß, Bd. 3, S. 1811, 1816.

Als Grund für die Teurung der Lebensmittel führt die Eingabe die Politik des Kriegsernährungsamts an, die lediglich durch Preisanreiz eine Erhöhung der Produktion zu erzielen versuche. Diese Auffassung ruht auf irrigen Voraussetzungen: Die durch das Abschneiden der Zufuhr bewirkte Knappheit an Lebensmitteln und sonstigem Lebensbedarf wirkt im Zusammenhang mit dem Mangel an Arbeitskräften, von denen ein erheblicher Teil durch die Kriegsführung unmittelbar in Anspruch genommen ist, naturnotwendig auf eine Steigerung aller Preise hin. Die durch hohe Einnahmen und Löhne erhöhte Kaufkraft weiter Kreise und die Vermehrung der Geldumlaufsmittel wirken in der gleichen Richtung. Demgegenüber ist die Politik der Regierung von Anfang an darauf gerichtet gewesen, die Preise für die hauptsächlichsten Lebensmittel auf erträglicher Höhe zu halten, mit dem Erfolg, dass die inländischen Preise, insbesondere für Getreide und Kartoffeln durchweg wesentlich niedriger sind als die des Auslandes, und dass bei einem der wichtigsten Lebensmittel, der Kartoffel, der inländische Preis des Vorjahres in diesem Jahre in der Hauptsache hat beibehalten werden können.

Bei Bemessung der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse muss aber auf die Erschwernisse Rücksicht genommen werden, mit denen die Landwirtschaft während des Krieges zu kämpfen hat. Durch Einziehung der Arbeitskräfte, Aushebung der Pferde, Verringerung des Viehstands, Mangel an Dünger und sonstige Umstände sind ihre Betriebsmittel geschwächt. In der Leitung des Betriebes müssen die im Felde stehenden Männer vielfach von Frauen oder anderen ungeübten Kräften vertreten werden.[3] Die Beschaffung von Arbeitskräften, die Ergänzung und Instandhaltung des Inventars ist, wenn überhaupt, nur mit sehr erheblichen Kosten möglich. Ohne die Leistungen der Landwirtschaft wäre der Krieg längst verloren; die Erhaltung ihrer Leistungskraft ist ein Lebensinteresse des deutschen Volkes, das, wenn auch auf eine Hebung der Einfuhr aus dem Osten gehofft werden kann, in der Hauptsache auf die eigene Erzeugung angewiesen bleibt. Es ist daher nicht einseitige Berücksichtigung der Produzenteninteressen, wenn die verantwortlichen Stellen bei Bemessung der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse diesen Mehrkosten und Erschwerungen Rechnung tragen, sondern eine durch die Lage der Dinge gebotene, ebenso im Interesse der Verbraucher wie der Erzeuger liegende Massnahme.

Dem Umstand, dass die Preise auch bei sachgemässem Ausgleich der entgegenstehenden Interessen eine schwere Belastung weiter Kreise, insbesondere der nicht zur Rüstungsindustrie zählenden Arbeiter, des Mittelstandes und der fest Besoldeten bedeuten[4], wird durch Beihilfen und Zulagen aus öffentlichen Mitteln, nach Möglich-

3 Unter Hertlings Kanzlerschaft erreichte die OHL nicht die Einführung der gesetzlichen Hilfsdienstpflicht für Frauen.

4 Vgl. Bericht des Polizeipräsidenten Oppen an Hertling, Berlin 24. September 1918: Die meisten Haushalte hätten noch keine Kohlebelieferungen für den Winter erhalten. Der Mittelstand und die ärmere Bevölkerung litten unter den »unerschwinglichen Preise für Kleidung und Schuhwerk«. BArch, R 43/2398l, f. 97–98.

keit Rechnung getragen; die Aufwendungen hierfür haben bereits den Betrag vieler Milliarden erreicht. Der Wucher und der Schleichhandel, die hässlichen Begleiterscheinungen der Kriegswirtschaft, werden mit allem Nachdruck bekämpft.[5] Einen vollen Erfolg können die behördlichen Massnahmen aber nur dann erzielen, wenn sie von allen Volkskreisen in ihrer Bedeutung verstanden und unterstützt werden.

Die Ernährungslage ist im abgelaufenen Wirtschaftsjahr im ganzen genommen unzweifelhaft besser gewesen als im vorhergehenden.[6] Auch im neuen Wirtschaftsjahr wird sie sich nicht ungünstiger stellen. Die Annahme, dass die Herabsetzung der Brotration eine dauernde sein soll, trifft nicht zu. Durch Anordnung der Brotstreckung vom 1. Oktober ab wird die Möglichkeit gewährt, wiederum die vorjährige Brotmenge auszugeben. Dagegen kann dem Wunsche, die Kartoffelration zu erhöhen, zu meinem grossen Bedauern jedenfalls zurzeit nicht entsprochen werden. Die notwendigen Anordnungen und Massnahmen zur Erfassung des gesamten Ernteüberschusses sind getroffen. Bevor sich aber die Ernte, für deren Ausfall die Witterung dieser Wochen von nachhaltigem Einfluss ist, nicht genügend übersehen lässt, kann die Inaussichtstellung einer höheren Wochenmenge nicht verantwortet werden. Ermöglicht es die Ernte, mehr als 7 Pfund zu geben, und gestattet die Transportlage das Abrollen der dadurch bedingten Mehrmengen, so wird nicht gezögert werden, eine Erhöhung vorzunehmen. Der Hinweis der Eingabe, dass es im vergangenen Jahr vielerorts möglich gewesen sei, im Schleichhandel Kartoffeln über die öffentlich gegebene Menge hinaus zu erwerben, beweist nicht, dass die Ernte und die Transportlage die allgemeine Zuteilung von mehr als 7 Pfund erlaubt hätten. Der Rührigkeit des Einzelnen, unterstützt durch Bieten unerlaubt hoher Preise, wird es vielfach gelingen, Mengen zu erfassen und zu befördern, die der öffentlichen Wirtschaft entgehen; es geschieht dies aber auf Kosten der anderen, wie sich auch im vergangenen Jahr gezeigt hat, indem gerade in den Gegenden, aus denen im Schleichhandel Kartoffeln herausgezogen waren, das Lieferungssoll nicht erfüllt werden konnte.

Schwierigkeiten in der Ernährung werden auch im kommenden Jahr nicht ganz vermieden werden können; sie werden aber, wie bisher, überwunden werden. Gegenüber allen Unzulänglichkeiten und Entbehrungen darf die gewaltige Tatsache nicht

5 Zu den ersten Amtshandlungen Hertlings gehörte die Ablehnung des Gesuchs des Abgeordneten Roesicke, beim Kaiser und bei den Bundesfürsten eine Amnestie für die »wegen Verfehlungen gegen kriegswirtschaftliche Vorschriften« verurteilten Landwirte zu beantragen, denn es gelte »das Interesse der Gesamtheit« durch die vorgesehene Strafe zu wahren und den Kreis der Erzeuger nicht einseitig zu begünstigen. Hertling an Roesicke, Berlin 28. November 1917. (BArch, R 43/2434, f. 215–217). – Gustav Roesicke (1856–1924), geb. in Berlin, 1881 Dr. jur., Referendar, 1886 Gerichtsassessor, 1889 Erwerb eines großen Ritterguts in der Mark Brandenburg, 1893 Vorsitzender des Bunds der Landwirte, deren Interessen die von ihm 1894 gegründete Deutsche Tageszeitung vertrat, 1898–1903, 1907–1912, 1914–1918, 1919–1924 Mitglied des Reichstags (zunächst parteilos, 1907 deutschkonservativ, 1919 DNVP), 1913–1918 des Preußischen Abgeordnetenhauses, 1920 einer der Präsidenten des Reichslandbunds. Thomas Schlemmer, Roesicke, Gustav, in: NDB 21 (2003), S. 740–741.

6 Vgl. die Sitzung des Hauptausschusses am 1. Dezember 1917. Der Hauptausschuß, Bd. 3, S. 1812.

vergessen werden, dass die Aushungerungspläne der Feinde dank der ergriffenen Massnahmen gescheitert sind.

H[ertling] 17/9
W[aldow]

472

Gisbert von Romberg an Auswärtiges Amt
Bern, 18. September 1918

Nr. 1464. (Telegramm, entziffert[1]; PAAA, R 21570, S. 233–234)

Geheim.

Herr Jong van Beekendonk äußerte sich zu einem Mitgliede der Gesandtschaft dahin, daß die von Reuter veranlaßte Veröffentlichung des deutschen Friedensangebots an Belgien insofern einen schlechten Eindruck macht, als bei der Entente die Meinung verbreitet werde, daß Deutschland äußerlich Österreich vorschiebt, um angeblich zu einem allgemeinen Frieden zu kommen; das sei aber Heuchelei; in Wirklichkeit würden unter der Hand Sonderverhandlungen angebahnt, um die Entente zu sprengen. Hierdurch werde Mißtrauen gegen Deutschland verstärkt. Nach Jong van Beekendonks Erfahrungen sei es ein großer Fehler, irgendwelche Demarche zu unternehmen, die als Schritte zur Erlangung eines Sonderfriedens gedeutet werden könnten.

Es erscheint hiernach dringend notwendig, sofort zu veröffentlichen, daß Deutschland bei den in Frage kommenden Besprechungen keineswegs im Zweifel war, daß diese Besprechungen sofort den übrigen Ententemächten mitgeteilt werden sollten,[2] daß dies sogar die Absicht der Deutschen Regierung war und überhaupt die Voraussetzung für Besprechungen bildete.

Außerdem sollten wir m[eines] E[rachtens] im Hinblick auf den von Reuter gegebenen Kommentar zu den Besprechungen noch veröffentlichen, daß wir im Gegensatz zu England, das Belgien offenbar wieder zum Kriegsschauplatz machen wolle, natürlich gar nicht daran gedacht hätten, von Belgien eine Neutralität bis zum Ende des Krieges zu verlangen. Es läge vielmehr selbstverständlich in unserer Absicht, Belgien, soweit es in unserer Kraft steht, vor weiteren Zerstörungen während des Krieges zu bewahren.

Romberg.

---

1 Sichtvermerk Hintzes 19/9, lag auch Stumm vor.

2 Am 27. August hatte Toerring Hintze gemeldet, dass der Bericht des Gesandten über seine Gespräche mit Peltzer nach Entgegennahme durch den König zur Kenntnis der Ententeregierungen gebracht werde, die, entgegen seiner Vermutung, schon über die Aufnahme seiner Verhandlungen mit Peltzer informiert worden seien. Die Bekanntmachung der deutschen Vorschläge schien ihm nach Peltzers Rückkehr in spätestens zwei Wochen angebracht, was Hintze strikt ablehnte. PAAA, R 21570, S. 208–211, 210.

473

Georg von Hertling an Anna von Hertling
Berlin, 19. September 1918

Wilhelmstraße 77 (eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 23, f. 48)

Liebe Anna

Die kommenden Tage werden so belastend sein wie die letzten. Der ihn untersuchende Arzt war mit seinem Befinden sehr zufrieden. Wie es politisch weiter gehen wird, müssen die nächsten Tage zeigen. Die österr[eichische] Friedensdemarche hat die von uns vorausgesagte schroffe Ablehnung erfahren,[1] und die wilden Männer vom Reichstage werden nun vielleicht aufhören, uns zu beschimpfen, weil wir den Schritt nicht mitgemacht oder uns gar an die Spitze gestellt haben. Am nächsten Dienstag tritt der sog. Hauptausschuß zusammen.[2] Die Sozialdemokraten wollen lärmen und einen energischen Vorstoß zur Parlamentarisirung machen, wobei sie von E[rzberger] unterstützt werden. Gröber ist dagegen und durchaus gut und vernünftig gesinnt, es fragt sich nur, ob er stark genug ist, dem Einflusse des anderen erfolgreich zu widerstehen. Meine persönlichen Wünsche und Empfindungen kennst Du, aber wenn ich jetzt ginge, so wäre der verhängnisvolle Ruck nach links unabwendbar. Mitte nächster Woche werden wir wohl klarer sehen, wohin die Reise geht. Ich denke sehr viel an Dich, möchte gerne wissen, wie es Dir geht und was Ihr treibt, und ob Du Dich im lieben alten Ruhpolding ein bischen behaglich fühlst.

---

1 Hertling erhielt vom Friedensangebot Burians und Karls I. am 30. August 1918 Kenntnis durch den österreichisch-ungarischen Botschafter Hohenlohe. Er suchte den in seinen Augen nicht bündniskonformen und aussichtslosen Schritt sofort zu unterbinden, widersprach dem Botschafter und sandte Hintze nach Wien. Dieser erreichte bei seinem Besuch in Wien (3.–5. September) keine Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen und seinen Vorschlag, nach Verbesserung der militärischen Lage, eingeleitet durch eine Rückwärtsbewegung des deutschen Heeres, eine Friedensaktion unter Vermittlung einer neutralen Macht in etwa zwei Wochen zu unternehmen. Am 14. September richtete Österreich-Ungarn seine Friedensnote an die verbündeten, die kriegführenden, die neutralen Mächte und den Papst. Es verwarf unter Berufung auf den mächtig erstarkten Friedenswillen der Völker die öffentlichen, kontraproduktiven Monologe der Staatsmänner und schlug allen kriegführenden Regierungen vor, »zu einer vertraulichen und unverbindlichen Aussprache über die Grundprinzipien eines Friedensschlusses in einen Ort des neutralen Auslandes und zu einem nahen Zeitpunkte, worüber man noch Vereinbarungen zu treffen hätte, Delegierte zu entsenden, die beauftragt wären, die Auffassung ihrer Regierungen über jene Prinzipien einander bekannt zu geben, analoge Mitteilungen entgegenzunehmen, sowie offene und freimütige Aufklärungen über alle jene Punkte, die einer Präzisierung bedürfen, zu erbitten und zu erteilen«. Die Ententemächte antworteten vom 16. bis 21. September gänzlich ablehnend. Schulthess 59, NF 34 (1918/II), S. 53–60, hier 57. Siehe oben Nr. 459 Anm. 3.

2 Als am 15. September Berliner Zeitungen die Friedensnote meldeten, musste Hertling noch am selben Tag zwölf bei ihm erschienenen Abgeordneten des Reichstags Rede und Antwort stehen. Es gelang ihm vorerst, diese zu beruhigen, jedoch trat am 24.–25. September der Hauptausschuss des Reichstags zusammen, vor dem er seine beiden letzten Reden hielt.

[…] Karl sorgt vortrefflich für mich, wir setzen, wenn irgend möglich, die täglichen Autofahrten fort. Ein andermal mehr, heute nur noch viele Grüße an Dich und die Töchter. Von Herzen Dein

GvH

474

Gisbert von Romberg an Auswärtiges Amt
Bern, 19. September 1918

Nr. 1471. (Telegramm, entziffert[1]; PAAA, R 21570, S. 241)

Ganz geheim für Staatssekretär.

Wolff verbreitet heute ein Telegramm aus Berlin, wonach an der zuständigen deutschen Stelle von einem Friedensvorschlag an Belgien nichts bekannt sei. Da, wie aus dem Bericht des Grafen Törring vom 27. v[origen] M[onats] hervorgeht, er sich in seiner schriftlichen Mitteilung an den belgischen Gesandten ausdrücklich auf die Besprechungen mit Euerer Exzellenz beruft, dürfte nunmehr mit Veröffentlichung dieses Briefes durch die Entente zu rechnen sein. Auch darf ich erwähnen, dass der hiesige holländische Gesandte die Besprechung des Grafen T[oerring] mit P[eltzer] vermittelte[2] und über den Gegenstand der Verhandlung nicht im unklaren war. Ich darf demnach um umgehende Weisung zur Regelung meiner Sprache bitten, da die Angelegenheit grösstes Aufsehen zu erregen beginnt.

Romberg.

1 Aufgegeben in »Lörrach, den 19.9. 5.30 nm, Ankunft 8.30 nm«, pr. 19. September 1918. Randnotiz Hintzes: »H. v. Stumm bitte gemäss R[ücksprache] antworten«.

2 Toerring hatte Peltzer in der Wohnung des Gesandten van Panhuys wie schon im März 1918 getroffen.

475

Gisbert von Romberg an Auswärtiges Amt
Bern, 19./20. September 1918

Nr. 1473. (Telegramm, entziffert[1]; PAAA, R 21570, S. 242–243)

Der Temps berichtet[2], Graf Toerring habe bei hiesiger belgischer Gesandtschaft dringlich 2 Schritte unternommen, um Belgien zu Separatfrieden zu veranlassen. Toerring sei mit Schwester der belgischen Königin verheiratet[3], gehöre aber der deutschen Diplomatie nicht an und Deutschland werde durch seine Vorschläge nicht offiziell engagiert. Toerring habe der Belgischen Regierung eine Reihe von Fragen gestellt, auf welche diese klugerweise nicht antwortete. Nach einer Unterredung mit dem Reichskanzler habe Toerring sich entschlossen, Vorschläge zu einem Separatfrieden schriftlich am 23. August vorzulegen, welche die Belgische Regierung ihren Verbündeten in loyaler Weise mitgeteilt habe.

Havasnote[4] führt aus, Deutschland versuche jetzt erneut, Belgien von der Sache der Entente zu trennen. Französische Presse sehe in deutschem Angebot »infamen Handel«, »schimpfliche Offerte«, »Eingeständnis der Schwäche«. Nach Ansicht französischer Zeitungen soll die von Deutschland gewünschte Neutralität Belgiens nur dazu dienen, die Alliierten an dem Überschreiten der belgischen Grenze zu verhindern. Veröffentlichung der Belgien angebotenen Friedensbedingungen sei bestes Beispiel für Doppelspiel Deutschlands und Österreich-Ungarns. Loyalität und Weitblick Belgischer Regierung, die deutsches Angebot unverzüglich zur Kenntnis der Alliierten brachte, wird von allen Blättern anerkannt.

»Petit Parisien« mitteilt, daß Belgien nach Beratschlagung mit seinen Verbündeten beschlossen habe, deutschen Sonderfriedensvorschlag einfach abzulehnen.

»Neue Zürcher Zeitung« bringt Privattelegramm aus London, wonach deutsches Sonderangebot an Belgien nur die Zusicherung einer bedingten Unabhängigkeit nach dem Friedensschluß ohne Wiedergutmachung und Entschädigung enthalte, welche die Alliierten als fundamentale Voraussetzung für die Einleitung irgendwelcher

1 Das Telegr., am 19. September verfasst, ging am 20. um 1.00 vm. ab und kam 2.00 vm an. Vermerke: RK; Hintze: an Deutelmoser. Or. in PAAA, R 21570, S. 244 f.

2 Le Temps, 1861–1942 in Paris erschienen, war eine der wichtigsten Tageszeitungen der Dritten Republik. Sie berichtete ausführlich über Militaria und Politica des Weltkriegs. Bulletin du jour. La Belgique devant le piège allemand, 18. September 1918, wertete die Friedensfühler Toerrings ab, der Belgien gemäß der Absicht des Reichskanzlers kompromittieren und in eine Falle habe führen wollen. https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/bpt6k243406p.item (1.1.2019).

3 Toerring war seit 1898 verheiratet mit Sophie Adelheid, Herzogin in Bayern (1875–1957), Schwester von Elisabeth Gabriele, Herzogin in Bayern, Gattin König Alberts I. von Belgien, Tochter Herzog Carl Theodors in Bayern und der Maria Josefa von Portugal.

4 Agence Havas, in Paris gegründete, von 1835–1940 bestehende, erste Nachrichtenagentur der Welt (Nachfolgerin Agence France-Presse); neben sie traten Reuter und WTB.

Friedenspräliminarien betrachteten. Forderung englischer Arbeiterschaft und Sozialisten der alliierten Länder gehe dahin, daß Belgien und Frankreich freiwillig oder durch Waffengewalt geräumt sein müsse, ehe an Friedensverhandlungen gedacht werden könne. Im gleichen Sinne äußere sich Henderson[5] in den »Daily News«.

gez. Romberg.

5 Sehr wahrscheinlich Arthur Henderson (1863–1935), geb. in Glasgow, Sohn eines Baumwollspinners, gelernter Eisengießer, Inhaber kommunaler Ämter, 1903–1934 mit Unterbrechungen MP (Labour Party, 1908–1934 abwechselnd Vorsitzender, Fraktionsvorsitzender, Generalsekretär), 1915–1917 im Kabinett, u.a. Erziehungsminister; er trat im August 1914 für Kriegseintritt und entschlossene Kriegführung ein, neigte 1917/18 aber dem pazifistischen Labour-Flügel zu (Reisen nach Moskau und Paris), 1924 Innenminister, 1929–1931 Außenminister, 1932–1933 Präsident der Genfer Abrüstungskonferenz, 1934 Friedensnobelpreis. Vgl. über ihn Klepsch.

476

Gisbert von Romberg an Auswärtiges Amt
Bern, 19./20. September 1918

Nr. 1474 v. 19. September. (Telegramm, entziffert[1]; PAAA, R 21570, S. 248–249)

Im Anschluss an Telegramm Nr. 1471 und Nr. 1473. Ganz geheim.
Für Staatssekretär.

Nach bisher hier vorliegenden feindlichen Pressestimmen hat die Entente bei der Veröffentlichung der Besprechungen zwischen Graf T[oerring] und Herrn P[eltzer] offenbar folgende Absichten:

1. Nachzuweisen, dass Deutschland und Österreich-Ungarn ein Doppelspiel treiben, indem Deutschland unabhängig von der österreichischen Note unter der Hand versucht hat Sonderverhandlungen mit Belgien anzuknüpfen. Dabei wird Loyalität der belgischen Regierung unterstrichen, welche ihren Verbündeten von dem »Friedensangebot« Deutschlands Kenntnis gegeben habe;
2. darzutun, dass es Deutschland lediglich darauf ankomme eine Neutralität Belgiens noch während des Krieges zu erlangen und zwar zu dem Zweck, um die Alliierten an einem Vormarsch nach Belgien zu verhindern. (Offenbar Verdrehung des in dem Schreiben vom 23. August des Grafen T[oerring] an Herrn P[eltzer] enthaltenen Satzes, wonach Deutschland damit einverstanden ist, wenn Belgien in seine frühere Stellung als neutrale Macht zurückkehrt.)
3. Das Unzulängliche des deutschen »Angebots« auch durch den Hinweis darauf nachzuweisen, dass in demselben mit keinem Wort eine Wiedergutmachung oder Entschädigung erwähnt sei.

Alle diese Punkte dürften mit der grössten Leichtigkeit zu widerlegen sein wobei meines Erachtens dem Einwand in der Entschädigungsfrage damit begegnet werden könnte, dass die Erörterungen zwischen Graf T[oerring] und Herr P[eltzer] noch garnicht abgeschlossen gewesen seien und dass die Frage der Entschädigung daher vollständig offengeblieben sei.

Eine sofortige amtliche Widerlegung der Behauptungen der Entente wäre meines Erachtens auch deshalb von grösster Wichtigkeit, weil uns dadurch eine glänzende Gelegenheit geboten wird, unsere Bereitwilligkeit zu einer durchaus befriedigenden Lösung der belgischen Frage darzutun und zugleich ein beredtes Beispiel dafür abzugeben, wie wenig Grund für die Entente vorliegt den österreichisch-ungarischen Vorschlag als zwecklos abzulehnen.

Romberg.

1 Das Tel. wurde gleichzeitig mit dem vorangehenden, Nr. 1473, über Lörrach abgesandt. Vermerke: RK; »E[xzellenz] v Stumm gemäss R[ücksprache] H[intze] 20/9«.

477

Karl von Hertling an Anna von Hertling
Berlin, 20. September 1918

Reichskanzlei. (masch. Or.; BArch, NlH, Nr. 27, f. 49–52)

Liebste Mammina!

Dank für die Glückwünsche zum Namenstag. Familiennachrichten und Todesfälle.

Hier gehen die Wogen der politischen Erregung ziemlich hoch anlässlich der geplatzten Burianbombe; sie hat in der feindlichen Presse wie zu erwarten, die schroffste Ablehnung gefunden, die offiziellen Antworten sind mit Ausnahme von Amerika noch nicht da; sie werden wie man annimmt, ablehnend ausfallen: Amerika erklärt, es habe schon seine Bedingungen genannt – aber daraus kann man Ablehnung entnehmen, kann ebensogut die Unterhaltung fortsetzen;[1] darüber wird nun morgen entschieden werden in einer Besprechung und danach wird sich wohl auch richten, was Papa am Dienstag im Hauptausschuss sagen wird. Dieser will natürlich die allgemein gespannte Lage dazu ausnützen, um an der Spitze seiner Quertreiber – Scheidemann, Erzberger, Richthofen etc. – Krach zu schlagen, den Übergang zum vollständigen Parlamentarismus durchzusetzen, gegen den Ostfrieden zu stänkern u.s.w. Papa wird eine grössere Rede halten[2] dann Payer und Hintze sprechen lassen und auch den Vertreter des K[riegs] M[inisteriums][3], der über die militärische Lage berichten soll. Man sieht eigentlich den Grund zum Stänkern in solch ernster Zeit gar nicht ein, aber es muss ja wohl von Zeit zu Zeit Krach gemacht werden. Papa ist ruhig wie immer, und wird die Sache schon machen; er hat auch heute wieder eine Besprechung mit Gröber, der wie andere Abgeordnete jetzt häufig da war; Gröber

1 Am 17. September 1918 ließen die USA ihre kurze Antwortnote auf das k. u. k. Friedensangebot vom 14. September durch die schwedische Gesandtschaft in Wien überreichen, in dem sie den Konferenzvorschlag unter Hinweis auf ihre eigenen wiederholt genannten Bedingungen ablehnten; damit übereinstimmend die Verlautbarungen der Presse (Reuter), »amtlicher Kreise« und die Rede Wilsons in New York am 27. September: Der Präsident verwarf Verhandlungen mit den gegenwärtigen Autokratien der Mittelmächte und ihren Staatsmännern. Schon deren Existenz und Auftreten stehe im Gegensatz zu dem von der Entente erstrebten Ziel eines allumfassenden Weltfriedens. Schulthess 59, NF 34 (1918/II), S. 59 f., 588–594.

2 Nachdem der Vorsitzende Ebert die Einberufung des bis Ende Oktober vertagten Gremiums wegen des Friedensschritts Österreich-Ungarns und anderer Fragen für notwendig erklärt hatte, eröffnete Hertling mit seiner Rede den Hauptausschuss am 24. September 1918. Siehe unten Nr. 484.

3 Generalmajor von Wrisberg versicherte dem Hauptausschuss am 24. September, dass die OHL und die Heeresverwaltung angesichts der Stabilisierung der in einigen Abschnitten zurückgewichenen Westfront, der Lage in Italien und im Osten »voller Vertrauen den künftigen Ereignissen« entgegensähen, und appellierte an die Heimat, sich wie die Völker der Feinde auch in schlechter Lage hinter die Regierung und das Heer zu stellen. Der Hauptausschuß, Bd. 4, S. 2297 f.; WTB-Meldung vom 25. September 1918. PAAA, R 1416.

hofft das Zentrum in der Hand zu haben, auf das es ja jetzt sehr ankommt, ich habe an Karl Savigny geschrieben und an Magnis, beide haben freilich wenig Einfluss und doch wird es gut sein, wenn an der Fraktionssitzung des Zentrums am Montag möglichst viele der alten Garde dabei sind, um den demokratischen Flügel des Zentrums in Schach zu halten. Ich bin sehr dahinter her, dass Papa Zeit gelassen wird, seine Rede ordentlich vorzubereiten, es kommt doch auch für die Sache des Friedens ausserordentlich viel darauf an. Hält das Zentrum zu seinem ehemaligen Vorsitzenden und hat Payer seine Leute an der Kandare, dann wird wohl auch diese Aussprache wie üblich verlaufen und Papa kann sehen, wie er seine Bemühungen um das Zustandekommen des Friedens erfolgreich weiterführt. Was Papas Gesundheit belangt, so kann ich Dich nur beruhigen, dieselbe ist wirklich recht gut, er schläft auch gar nicht schlecht, hat keine Herzbeschwerden und guten Appetit; wie fahren auch jeden Abend zwischen 6 und 7 Auto, wie in Spa und darauf hält Papa sehr viel weil es ihm sehr gut bekommt. *Auf ärztliche Anordnung kann er mit der Digitalis*[4] *etwas zurückgehen.*

Giualia hat viel Freude an ihrem Schulkind Annarose in Augsburg. Gisberta v. Weitershausen kommt fast täglich zum Tee zu uns.

Nun habe ich Dir aber einen schönen langen Brief geschrieben, ich hoffe, Du bist zufrieden mit mir.

Mach' Dir nicht zu viel Sorgen, denke es wird schon schliesslich alles recht werden und sei bestens gegrüsst von Deinem getreuen und gehorsamen Sohn

Karl.

4 Aus rotem Fingerhut gewonnenes Mittel zur Behandlung von Herzmuskelschwäche.

478

Paul von Hintze an Gisbert von Romberg
Berlin, 20. September 1918

Nr. 1259 (Telegramm, Konz.[1]; PAAA, R 21570, S. 251)

Auf Tel. 1464, 1471, 1473, 1474.[2] Sofort.

Habe Grafen Toerring durch Gesandten von Treutler zu öffentlicher Erklärung aufgefordert[3], in der gesagt wird, Graf Toerring habe nur seine persönlichen, aus verschiedensten Quellen geschöpften Eindrücke wiedergegeben und keinerlei amtlichen Auftrag gehabt. °In eine Polemik mit unsern Gegnern einzutreten würde zwecklos sein und nur ihrem Bestreben dienen, uns aus unserer Reserve herauszulocken, ohne ihrerseits dafür etwas zu bieten.°

St[aats]S[ekretär]
i[n] m[undum]

1 Auf Weisung Hintzes entworfen, von Stumm 20/9 mitgezeichnet; Bussche 21/9; kein Hinweis auf Mitteilung an Rk.

2 Siehe oben Nr. 476.

3 Weisung mit Telegr. Nr. 80 Hintze an Treutler (direkt vor Telegr. Nr. 1259, von gleicher Hand entworfen) mit dem Vorspann: »Feindliche Presse veröffentlicht eine Reihe entstellender Nachrichten über Verhandlungen Grafen T[oerring] mit Belgien«. Toerring habe keinen amtlichen Auftrag gehabt. »Wortlaut seiner Erklärung herdrahten«. PAAA, R 21570, S. 250 f.

°-° Zusatz von anderer Hand [Stumm].

479

Besprechung beim Reichskanzler über das Baltikum
Berlin, 20. September 1918

(masch. Niederschrift, Kop.; BArch, R 43/2406e, f. 243–247; R 43 2406b, f. 22–261)

Anwesend: v. Hertling, Payer, Wallraf, v. Hintze, v. Falkenhausen[2], Graf Roedern, Heinrichs, v. Radowitz, Kriege, Deutelmoser.

Wallraf: *Fasste die Argumente, die gegen die bisher vom Preußischen Staatsministerium und vom Kaiser gewünschte Personalunion eingewendet wurden, zusammen: der landfremde Herrscher sei unvereinbar mit dem Selbstbestimmungsrecht, der Haltung des Reichstags und der Weltlage. Was solle an die Stelle der Personalunion mit dem Baltikum, auf der die bisherige Ostpolitik beruhe, treten und wer bestimme darüber?*

Reichskanzler: Preisgabe der Gesamtgrundlage unserer Ostpolitik *sei schwierig; darüber müsse auch der Kronrat befinden.*

von Hintze: *Personalunion* sei *zur Zeit außenpolitisch unmöglich, Einzelregenten vorzuziehen; diese Frage sei in die Zukunft zu verlagern, drängend sei nur der Abschluss von Militär-, Wirtschafts- und Verkehrsverträgen mit den baltischen Staaten; a*uch *OHL für Hinausschiebung.*[3]

Payer: *Eine Schwenkung sei wie schon in früheren Fällen notwendig. Der Reichstag würde allenfalls einer Personalunion mit Kurland zustimmen. Entscheidender sei der Abschluss der Konventionen.*

Wallraf: Schwenkung in Ostpolitik rollt Grundfrage Selbstbestimmungsrechts vor dem Reichstag auf. Friede von Brest wird dann leicht ins Wanken geraten.

Heinrichs: *Der Vorschlag der Personalunion sei bisher vom Kaiser und vom Staatsministerium vertreten worden. Die Beteiligung des Reichstags trete gegenüber der des preußischen Landtags zurück, der eine Vorlage erwarte.* Schwierige Rechtsfrage, mit wem Konventionen zu schließen, so lange nur Landesräte vorhanden und kein Souverän.

---

1 e[x] o[fficio] Rk. 19316.

2 Friedrich von Falkenhausen.

3 Laut Radowitz' eigh. Randvermerk zur Denkschrift des AA (Hintze) an Hertling v. 18. September 1918 hatte Hintze zuvor »mit OHL. gesprochen, die im jetzigen Augenblick keine definitive Lösung der Fragen wünsche«. (BArch, R 43/2406b, f. 8). Hintze forderte Besprechung seiner Stellungnahme durch das Staatsministerium und die Reichsressorts. Radowitz sandte diese am 23. September im Auftrag des Reichskanzlers an Heinrichs, Winterfeldt, Limburg-Stirum, das Preußische Staatsministerium, das Reichsschatzamt, das Reichsamt des Innern und das Reichswirtschaftsamt. Ebd., f. 28.

Graf Roedern: *Die Landesvertretungen könnten die Verantwortung für die Konventionen nicht übernehmen und würden sofort die Regierungsfrage aufwerfen.*

von Falkenhausen: *Es seien zwar keine Konventionen, jedoch Vorabschlüsse mit Landesvertretungen möglich und auch nötig, um den gegebenen Schwierigkeiten, der Ungeduld der Balten und dem Eindruck eines Umschlags zu begegnen, der unseren Gegnern überall Oberwasser geben würde. Ohne Personalunion seien auch die Konventionen gefährdet. Der Souverän müsse Rückhalt am Reich haben.* Anderer Regent müßte immer lavieren und schwanken. Verzicht auf Personalunion bedeutet chaotische, anarchische lettisch-estländische Republik. Die wäre als Grenzland viel unangenehmer für uns als Großrußland.[4]

von Hintze: *Erwiderte auf Heinrichs, dass er Drews schon vor Wochen über seine Ansicht informiert habe. Vor dem Hauptausschuss sei Farbe zu bekennen und könnten nur die Konventionen vertreten werden.* Estland und Livland für uns Mühlsteine am Halse, Privatansicht. Reiner Utilitätsstandpunkt muß jetzt vertreten werden.

Reichskanzler: *Die Frage könne vor dem Reichstag als nicht spruchreif erklärt werden, solange deutsche Truppen im Baltikum für Ordnung sorgen müssten.*

von Hintze: Revolution der Letten und Esten ist unausbleiblich. Wir können uns also ganz auf das Ordnungsprinzip berufen.

Nach weiteren Redebeiträgen schälte sich heraus, dass man den Hauptausschuss, nicht den Reichstag mit den Ostfragen befassen wolle, um Lärm von links und rechts (Westarp) zu vermeiden.

von Falkenhausen: *Da Regierungsbildungen, wie die in Polen, in Kurland, Livland und Estland unmöglich seien, blieben nur provisorische Vorabschlüsse mit den Landesvertretungen.*

von Payer: Reichskanzler: Verbreiterung der Landesvertretungsgrundlage wird jetzt notwendig sein. Reichskanzler hält baltische Barone für Opportunisten. Sind wir in der Lage, unsere Truppen zurückzuziehen, so muß Landesvertretung erweitert werden und dann über Regierung entscheiden.

Payer: *Erklärte sich bereit, einleitend im Hauptausschuss zu sprechen, danach dem Auswärtigen Amt die Einzelheiten zu überlassen.*

Reichskanzler: Keinesfalls im Ausschuss Ressortdifferenzen zeigen. Auch Reichsamt des Innern muß unter Umständen dort Wort ergreifen. Allgemeines muß Vizekanzler vertreten. Die Einzelheiten Exzellenz von Falkenhausen.

Roedern, Radowitz, Hintze und Falkenhausen empfahlen, die Vertretung der wahrscheinlich opponierenden Balten in Berlin hinzuhalten. Die Denkschrift Hintzes

4 Dies führte Falkenhausen in einer ausführlichen Erwiderung auf Hintzes Denkschrift vom 18. September weiter aus. Die SPD wolle die lettisch-estnische Republik, die mit deutscher Kultur und Tradition aufräumen würde. Eine eigene Dynastie könne die inneren Gegensätze nicht ausgleichen. BArch, R 43/2406b, f. 17–21.

sei vorerst nicht dem Kaiser, sondern den preußischen Staatsministern für eine *neue Initiative zuzustellen.*[5]

Die Schlussdebatte über die Vertragsvorschläge des Auswärtigen Amts und Falkenhausens[6] *drehte sich um die schwer lösbare Frage der staats- und völkerrechtlichen Stellung der baltischen Länder. Sie müssten eigene Gesetzgebung haben. Kriege meinte, die Selbständigkeit der Randstaaten müsse nach außen erkennbar sein. Der Reichskanzler äußerte große Bedenken gegen deren Beteiligung am Bundesrat. Falkenhausen sagte, die durch eine Beteiligung drohende Veränderung der Stimmverhältnisse sei durch Majorisierung oder die Gewährung nur eines Rechts der Mitberatung zu umgehen.*

Reichskanzler: Heute Entscheidung unmöglich. Erst neuer Vertrag erforderlich. Kommissarische Beratung baldigst zwischen Auswärtigem Amte, Reichsamt des Innern und Reichsschatzamte im Beisein des Herrn von Schlieben, spätestens Montag Vormittag.

5 Siehe oben Anm. 3.

6 Gemeint die von Radowitz »zu dem Protokoll« gelegten »Streitpunkte zu den Vertragsfragen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Reichs Reichskommissar für die Ostseegebiete und Litauen«. (BArch, R 43/2406b, f. 27). Am 23. September 1918 schickte Bussche Radowitz drei im AA ausgearbeitete Entwürfe zum Bündnisvertrag sowie zum Finanz- und Rechtsabkommen mit Kurland. Dabei sei der Gesichtspunkt im Auge zu behalten, »daß unter Wahrung der formellen Unabhängigkeit des neuen Staatswesens die Entscheidung über Krieg und Frieden in der Hand des Deutschen Reiches ruhen soll, und daß bei dem Abschluß wichtiger Staatsverträge sowie dem Verkehr mit dem Ausland die deutschen Interessen berücksichtigt werden müssen«. Ebd., f. 30–36.

480

Otto von Dandl an Rupprecht von Bayern
München, 21. September 1918

(masch. Or.; BayHStA GHA, Nl Kronprinz Rupprecht, 650)

Durchlauchtigster Kronprinz, Gnädigster Herr!

Dankt für die beiden Briefe vom 18. des Monats.

Durch Telegramm vom Gestrigen habe ich mir bereits gestattet zum Ausdruck zu bringen, daß ich gegen einen alsbaldigen Schritt Euerer Königlichen Hoheit bei der Obersten Heeresleitung und eventuell bei Seiner Majestät dem Kaiser im Sinne der Beseitigung des Grafen Hertling und Ersetzung durch einen der vorgeschlagenen Kandidaten recht erhebliche Bedenken habe. Ein Prävenire gegenüber dem Reichstage wäre angesichts des unmittelbar bevorstehenden Zusammentrittes des Reichstagshauptausschusses ohnedies zeitlich mit einem solchen Schritt nicht mehr zu erreichen. Sachlich gebe ich ja Euerer Königlichen Hoheit zu, daß das Verbleiben des Grafen Hertling als Reichskanzler die so unbedingt notwendige starke Führung kaum gewährleisten würde und seine Stellung daher auf die Dauer nicht wohl zu halten sein wird. Schon bei der letzten Sitzung des diplomatischen Ausschusses habe ich nachdrücklich geltend gemacht, daß die Reichsleitung vor dem Wiederzusammentritt des Reichstages etwas Positives leisten müsse, schon damit dem Reichstage die Initiative aus der Hand genommen werde. Das ist nun freilich nicht geschehen, man[1] muß aber auch zugeben, daß die noch nicht wieder gefestigte militärische Lage einen entscheidenden Friedensschritt von deutscher Seite bisher widerraten hat und Euere Königliche Hoheit beklagen ja Selbst, daß der österreichische Friedensschritt aus diesem Grunde unzeitgemäß war.[2]

Daß die Person des von Euerer Königlichen Hoheit in erster Linie ins Auge gefaßten Kandidaten außerordentlich schätzenswerte Eigenschaften aufweist, erkenne ich ohne Weiteres an, gerade seine Eigenschaft als Mitglied eines süddeutschen Fürstenhauses wird ihm aber in Manchem im Wege stehen, und er wird, wenn er Preußen das gleiche Wahlrecht bringen soll, dort bei den einflußreichsten Kreisen dem nämlichen geschlossenen Widerstand begegnen, an dem Graf Hertling bisher gescheitert ist. Ob Prinz Max von Baden im Reichstage bei den Mehrheitsparteien den Rückhalt finden würde, der unter allen Umständen notwendig wäre, um eine führende Rolle zu übernehmen und durchzuführen, ist doch immerhin recht zweifelhaft. Zudem würde es widerstreben, *wenn gerade von bayerischer Seite ein

1 Ab hier ist der letzte Satz dieses Abschnitts am Rand angestrichen.

2 Text der Friedensnote auch in: BayHStA GHA, Nl Kronprinz Rupprecht, 650.

- Am Rand doppelt angestrichen.

Schritt ausginge, dessen nächste Folge der Sturz des Grafen Hertling wäre.* Ob die Wahl des Nachfolgers dann auf den gewünschten Kandidaten fiele und nicht auf einen preußisch-konservativen Gewaltspolitiker [!], bliebe weiterhin sehr fraglich. Bei der hohen Stellung, die Euerer Königlichen Hoheit jetzt und zukünftig in Bayern wie im Reiche zukommt, würde ich es hienach für bedenklich halten, wenn Euere Königliche Hoheit Höchstderen Namen an einen Schritt knüpfen würden, der meiner Ansicht nach so geringe Aussicht auf Erfolg bietet.

Ich bin überzeugt, daß Euere Königliche Hoheit mir diese offene Meinungsäußerung nicht verübeln werden und verharre in tiefster Ehrfurcht

Euerer Königlichen Hoheit
untertänigst gehorsamster
v. Dandl

481

Belgisches Außenministerium an Fernand de Peltzer
[Le Havre], 21. September 1918

(masch. Kop.; PAAA, R 21570, S. 259[1])

Le Ministre de Belgique à Berne à Monsieur le Comte Törring.

La substance de la lettre que Monsieur le Comte Törring a adressée au Ministre de Belgique à Berne étant venue à la connaissance du public par la voie de la presse, le Gouvernement belge a été amené à rectifier par un communiqué officiel certaines informations erronées reproduites par les journaux et à exprimer publiquement les conclusions que lui ont suggérées les intentions du Gouvernement allemand telles que celles-ci sont indiquées dans la lettre du 23 août dernier.

1 AS 482, pr. 28. September 1918 pm. Vermerk am Kopf des Dokuments.: »Von Graf Törring übergeben 28/9. Es ist ein Telegramm, das der Gesandte Peltzer aus Le Havre erhalten hat. St[umm] 28/9. B[ussche] 29/9«. Von Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 356 gedruckt unter der Angabe »Peltzer à Törring, 21 septembre 1918«. Vgl. Romberg an AA, für Unterstaatssekretär [Stumm], Bern 26. September 1918: Toerring komme am Sonnabend [28.9.] früh nach Berlin. Er erwarte im Hotel Kaiserhof Nachricht zum Empfang bei Stumm am gleichen Tag. PAAA, R 21570, S. 258. Am 28. September weilte Hintze in Spa; ob Hertling informiert wurde, ist ungewiss.

Monsieur le Comte Törring trouvera sous ce pli le texte du communiqué officiel du Ministère des Affaires Etrangères de Belgique.[2]

Il y est dit, notamment, que les exigences et les conditions du Gouvernement allemand dominent et stérilisent toutes déclarations paraissant reconnaître l'indépendance de la Belgique et qu'elles ne peuvent servir de base à aucune discussion sérieuse. Le Ministre de Belgique à Berne devrait donc décliner toute invitation à recevoir ou à transmettre de nouvelles communications.

21 Septembre 1918.

2 Das Communiqué des belgischen Außenministeriums in Französisch (Le Hâvre, le 19 septembre 1918) übersandte Romberg Hertling durch Feldjäger als Anlage zu seinem Tel. Nr. 2428 aus Bern v. 29. September 1918. Die »Gesantschap der Nederlanden« übergab es ihm am 27. September auf Wunsch von Toerring mit der Bitte, es an Hintze weiterzuleiten. Er schickte es aber an Hertling. (PAAA, R 21570, S, 265, 266–268). WTB konnte es, laut Schulthess 59, NF 34 (1918/II), S. 349 f., schon am 19. September aus Bern wiedergeben, sodass es wohl von Le Havre an die Presse ging, bevor es der deutschen Seite, mit der in Bern das Gespräch lief, zugänglich gemacht wurde. Es wurde umgehend gedruckt in der Norddeutschen Allgemeine Zeitung, Nr. 483 v. 21. September 1918 (Kop. in PAAA, R 21570, S. 255): »Die belgische Regierung hat auf indirektem Wege Mitteilungen erhalten, die sie über die Absichten Deutschlands hinsichtlich Belgiens aufgeklärt haben. Diese Mitteilungen sind von Bern dem Minister des Auswärtigen übermittelt worden, der sie sofort zur Kenntnis der alliierten Regierungen gebracht hat. Die belgische Regierung hat keinen formellen Vorschlag erhalten, der direkt von der kaiserlichen Regierung ausgeht. – Aus den erhaltenen Mitteilungen geht hervor, daß die Absichten Deutschlands darin bestünden, von Belgien zu fordern, daß es sich verpflichte, die Sprachenfrage in einer mit der kaiserlichen Politik übereinstimmenden Weise zu lösen und somit auf das mit seiner Souveränität innig verbundene Recht verzichte, den frei geäußerten Wünschen und Interessen des belgischen Volkes entsprechend eines der Probleme seiner inneren politischen Organisation zu regeln. Deutschland würde auch die Amnestie für jene Bürger verlangen, die schuldig sind, die Pläne des Feindes unterstützt zu haben, und würde somit der belgischen Regierung einen Akt der Unterwürfigkeit auferlegen. Deutschland würde auf Aufrechterhaltung der früheren Handelsverträge nach dem Kriege dringen, die infolge der Zerstörung der belgischen Industrie durch die Eroberer die deutsche wirtschaftliche Vorherrschaft sicherstellen würden. Andererseits wird die Theorie des Faustpfandes nicht aufgegeben. Deutschland würde tatsächlich darauf bestehen, das Schicksal Belgiens an die Lösung kolonialer Fragen zu knüpfen. Zuletzt wird nicht einmal die Deutschland zufallende Pflicht, die seinem Opfer ungerechterweise zugefügten Schäden vollständig wieder gut zu machen erwähnt. Deutschland bliebe so an dem Raube, den es an Belgien begangen hat, bereichert und dessen Ruin wäre vollständig. Es ist ferner hervorzuheben, daß die von der Presse verbreiteten Nachrichten in zwei Punkten ungenau sind. Im Gegensatz zu dem, was gesagt worden ist, erwähnen die bei der belgischen Regierung eingetroffenen Mitteilungen weder eine eventuelle Einstellung der Feindseligkeiten zwischen Belgien und Deutschland, noch eine Räumung des belgischen Gebietes. Die im vorhergehenden erwähnten Forderungen und Bedingungen überwiegen alle Erklärungen, die die Unabhängigkeit Belgiens anzuerkennen scheinen und machen sie fruchtlos. Sie können keiner ernsthaften Diskussion als Grundlage dienen. Die belgische Regierung hat ihr Programm in ihrer Note an den Papst vom 24. Dezember 1917 veröffentlicht, im vergangenen Sommer formuliert und wird, wie die alliierten Regierungen wissen, unabänderlich daran festhalten. Hierzu erfährt W.T.B.: Zutreffend ist an der obigen Darstellung nur, daß die belgische Regierung von der deutschen keinen formellen Vorschlag erhalten hat«. – Hintze hatte Toerrings Angebote an Peltzer allerdings in die Nähe einer »proposition formelle« Deutschlands gerückt, als welche die belgische Seite diese gar nicht ansah.

482

Karl von Hertling an Anna von Hertling
Berlin, 22. September 1918

(masch. Or.; BArch, NlH, Nr. 27, f. 53–54)

Liebste Mamina! -

Anbei schicke ich Dir den Vertrags-Brief aus Untermarchthal,[1] den Vertrag selbst hat Papa behalten. § 6 enthält den von Dir gewünschten u. von Pater Blume verfassten Abschnitt bezüglich eventueller Anfälle von Agnes, der die gewünschte Sicherheit bietet. Der Vertrag ist bereits von der Oberin unterschrieben, Papa wird das eine Exemplar mit seiner Unterschrift dem Kloster schicken. Damit ist nun für Agnes für ihr leibliches Wohl zeitlebens gesorgt; dass wir Geschwister sie nicht im Stiche lassen, dass ihr Ruhp[olding] immer offen stehen wird und dass wir auch wenn-möglich in späteren Jahren sie oft in U[nter]M[archthal] aufsuchen, überhaupt sie nicht vereinsamen lassen, versteht sich wohl von selbst, trotzdem möchte ich es noch einmal besonders betonen, um Dir Ruhe und Zuversicht wieder zu geben. Ob nun Agnes gleich fort will oder ob sie nicht doch noch die schönen Herbstwochen lieber in R[uhpolding] verbringt, wird sie wohl selbst entscheiden wollen, meine Ansicht darüber schrieb ich Dir ja schon.

Papa geht es sehr gut, er hat viel zu tun, um die aufgeregten Gemüter zu beschwichtigen, das Zentrum aber hat er glücklicherweise wieder ganz auf seiner Seite;[2] da die Sozi schon erklären, in eine Regierung von Papa keinesfalls eintreten zu wollen (Papa hätte sie auch kaum dazu aufgefordert)[3] so liegt die Sache nun so, dass sich wahrscheinlich gar nichts ereignen wird, als eine grosse Redeschlacht, mit teilweisem Geschimpfe der Sozi und der Unabhängigen. Die übrigen Parteien sind soweit, dass sie endlich eingesehen haben, dass es das übelste und unpatriotischste wäre, jetzt gerade Krach zu schlagen. Papa ist im Begriffe, seine sehr schöne und recht ausführliche Rede zu machen, ich bin sehr dabei, dass er sie nicht zu kurz macht, weil die Menschen so gerne Selbstverständlichkeiten hören, was bekanntlich Papi unnötig findet. Wir haben heute einen recht ruhigen Nachmittag, und hoffe ich, dass Papi fleissig sein wird. Am Autofahren freilich darf ich ihn nicht hindern, daran hält der Gute mit gewohnter Zähigkeit fest, aber es tut ihm auch immer so gut, dass ich selbst nur dafür sein kann. Morgen wird er noch den ganzen Tag frei

1 Seit 1891 Mutterhaus der Barmherzigen Schwestern vom Hl. Vinzenz von Paul.

2 Karl vermerkte eigh. auf f. 54: »Erzberger steht so ziemlich allein im Zentrum«.

3 Hier wie in seiner Einschätzung von Erzbergers Stellung irrte der Kanzlersohn, der offenbar nicht, wie Kühlmann in seinen Erinnerungen schreibt, mit seinem Vater »gleichsam zu einer Person zusammengewachsen war«. Zitiert nach Deuerlein, Hertling, in: ders., Deutsche Kanzler, S. 206.

haben für die Vorbereitung und so hoffe ich, dass es ihm auch diesmal wieder gelingt, sich und seine Ansicht durchzusetzen. Für Dienstag darfst Du schon ein wenig den Daumen halten. Ich schliesse, weil ich noch mehrere Briefe zu schreiben habe; denke Dir, heute war der Grauert da und hat uns kollossal [!] angeschn[o]rrt, er sieht aber schlecht aus der komische Mann!

Viele herzliche Grüsse an Euch alle von Deinem treugehorsamen Sohn
Karl

483

Lorenzo Schioppa an Georg von Hertling
Monaco, 22. September 1918

Nuntiatura Apostolica Baviera Nr. 9423 (masch. Or.; BArch, NlH, Nr. 51, f. 28)

Euere Excellenz!

In Abwesenheit des Hochwürdigsten Herrn Nuntius, der wie Euerer Excellenz bekannt, auf Besuch einiger norddeutscher Gefangenenlager abwesend ist, erachte ich es als eine hohe Ehre, dass ich den richtigen Einlauf der geschätzten Feststellungen der Deutschen Obersten Heeresleitung bezüglich Podlachien und Ukraine, datiert vom 19. d[ieses] bestätigen kann. Auch erlaube ich mir, die Versicherung anzufügen, dass ich nicht verfehlt habe, sofort eine Mitteilung an den Heiligen Stuhl auszufertigen und abzusenden.[1]

Mit der höflichsten Bitte, den Ausdruck der höchsten Wertschätzung zu genehmigen, hat die Ehre zu sein

Euerer Excellenz
ergebenster
Dr. Lorenz Schioppa Auditore

1 Schioppa an Gasparri vom 22. September 1918, Ausfertigung, in: ›Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917–1929)‹, Dokument Nr. 2161, URL: www.pacelli-edition.de/Dokument/2161 (11.1.2018). Die »comunicazione« über angebliche antikatholische Umtriebe in Polen und in der Ukraine, die Hertling nach von der OHL eingeholter Auskunft am 19. September gab, ist in italienischer Übersetzung wörtlich Schioppas Bericht eingefügt: Die OHL habe sich vergewissert, dass der angebliche Aufruf des ukrainischen Hetmans unecht sei und von einer die gegenwärtige ukrainische Regierung ablehnenden Partei stamme. Von den zahlreichen Polen in der Ukraine gehe eine lebhafte politische Agitation aus. Wie der Nuntius wisse, seien die Polen immer geneigt, ihre politisch-nationalen mit religiösen Interessen zu vermischen, daher werde auch das eine oder andere Mitglied des Klerus an der Agitation teilnehmen. Von deutscher Seite wie der der ukrainischen Regierung werde alles vermieden, was den Katholiken Anlass zu Beschwerden geben könne. Siehe oben Nr. 405.- Lorenzo Schioppa (1871–1935), 1916 Auditor in München, 1920 Nuntius in Ungarn, 1925 Internuntius in den Niederlanden, 1927 auch in Litauen.

484

Rede Georg von Hertlings vor dem Hauptausschuss Berlin, 24. September 1918

(Druck: WTB, 69. Jahrgang, Nr. 2665–2666 v. 24. September 1918. PAAA, R 1390, S. 54–551)

Meine Herren! Der Ausschuß ist zusammengetreten, um in der ernsten Lage, in der wir uns zurzeit befinden, von der Reichsleitung Auskunft über eine Reihe schwerwiegender Fragen zu erhalten und dieselben mit den Regierungsvertretern zu besprechen.[2] Der Wunsch ist durchaus begreiflich, und wir werden ihm nach Möglichkeit entgegenkommen, zunächst möchte ich mir aber gestatten, einige allgemeine Bemerkungen vorauszuschicken

Meine Herren, wie Ihnen bekannt ist, hat sich weiter Kreise der Bevölkerung eine tiefgehende Verstimmung bemächtigt. Der letzte Grund dafür ist der Druck, welchen der furchtbare, nun schon mehr als vier Jahre währende Krieg verursacht, alle die Leiden und Entbehrungen, die er zur Folge gehabt hat, die Opfer, die er allen Ständen, allen Familien und mehr oder minder jedem einzelnen auferlegt. Ich denke nicht daran, diesen Druck durch Worte verringern zu wollen, aber, meine Herren, wenn die Mißstimmung durch unsere gegenwärtige militärische Lage, durch die Ereignisse an der Westfront beeinflußt ist, so muß ich, ohne den zu erwartenden Mitteilungen des Vertreters des Kriegsministeriums vorgreifen zu wollen, mit allem Nachdruck erklären, daß sie weit über das berechtigte Maß hinausgeht. Gewiß, meine Herren, unsere letzte großangelegte Offensive hat uns nicht den gehofften Erfolg gebracht, das muß ohne weiteres zugegeben werden. Die Heeresleitung hat sich veranlaßt gesehen, unsere weit vorgeschobenen Linien auf die sogenannte Siegfriedstellung zurückzunehmen. Die Lage ist ernst, aber wir haben keinen Grund, kleinmütig zu sein. Wir haben schon Schwereres durchzumachen gehabt. Denken Sie an den Sommer 1916, als die Verdun-Offensive scheiterte, an der Somme die heftigsten Kämpfe und im Osten die Massenanstürme Brussilows[3] stattfanden, welche die bekannten ungünstigen Rückwirkungen an der österreichisch-italienischen Front nach sich zogen und nun auch noch Rumänien in den Weltkrieg eintrat. Damals haben wir den Mut nicht verloren, sondern den Feinden, die uns am Ende wähnten, gezeigt, was entschlossener Siegeswille vermag. Und wie steht es heute? Wir haben

1 Unvollständiger Druck mit kleinen Fehlern bei Schulthess 59, NF 34 (1918/I), S. 293–298; nur Regest in: Der Hauptausschuß, Bd. 4, S. 2290–2293. Or. oder Kop. des Protokolls der Rede fehlt in: PAAA, R 1390.

2 Es war geplant gewesen, Hauptausschuss und Reichstag bis Ende Oktober auszusetzen.

3 Alexei Aleksejewitsch Brussilow (1853–1926), russischer General der Kavallerie, 1916 Leiter der Offensive an der russischen Südwestfront (Galizien und Wolhynien), 1917 Oberbefehlshaber des Heeres, 1920 in Diensten der Sowjetregierung.

Frieden mit Rußland und mit Rumänien, und wenn auch die Verhältnisse in dem ehemaligen russischen Reiche noch nicht geklärt sind und die Zukunft unsicher erscheint, so ist doch für uns die frühere Bedrohung von zwei Seiten in Wegfall gekommen und ein beträchtlicher Teil unserer vormaligen Ostarmee kann jetzt im Westen verwendet werden. Die österreichisch-ungarische Armee hält weite Strecken italienischen Gebietes besetzt und behauptet dort tapfer ihre Stellungen. In Frankreich aber weisen unsere Truppen die von Franzosen, Engländern und Amerikanern unternommenen und durch moderne Kampfmittel aller Art unterstützten Vorstöße zurück. Der alte Geist ist in ihnen lebendig, das haben die Ereignisse der letztvergangenen Tage deutlich erkennen lassen. Die hartnäckigen Durchbruchsversuche des Feindes werden scheitern, des Vaterlandes treue Söhne wehren ihm todesmutig das Eindringen.

Und da sollten wir verzagt werden? Sollten wir vergessen, was früher geschehen ist? Sollten wir da den Männern, die in den vergangenen Jahren uns von Sieg zu Sieg geführt haben, nicht mehr das alte rückhaltlose Vertrauen entgegenbringen, weil einer der Wechselfälle eingetreten ist, wie sie die Kriege jederzeit mit sich bringen? Nein, meine Herren, das wäre unmännlicher Kleinmut und schnöder Undank. Unsere Feldherren, Hindenburg und Ludendorff, werden sich wie jeder früheren, so auch der gegenwärtigen Lage gewachsen zeigen, und der voreilige Siegesjubel der Feinde wird bald wieder abflauen. Aber Heer und Heimat gehören zusammen. Ich habe auch bei früheren Gelegenheiten nie versäumt, wie dem Volke in Waffen so dem Volke in der Heimat meine Bewunderung und meine Hochachtung auszusprechen. Gewiß, die laute Begeisterung, wie sie die Augusttage 1914 erfüllte, konnte nicht vorhalten, aber die feste Entschlossenheit, auszuharren bis zum Ende, die wird allen Schwankungen und Erschütterungen zum Trotz fortbestehen, die Väter und Mütter in der Heimat werden die Söhne, Gatten und Brüder draußen im Felde nicht im Stiche lassen, gerade jetzt, wo es aufs Ganze geht.

Wir haben den Krieg vom ersten Tage an als einen Verteidigungskrieg geführt. Nur um unserer Verteidigung willen sind wir in Belgien eingerückt. Ich betone das um so energischer angesichts des schnöden Mißbrauchs, der bis in die letzten Tage hinein mit dem bekannten Worte des damaligen Herrn Reichskanzlers getrieben wird.[4] Als wir in Belgien einrückten, haben wir das geschriebene Recht verletzt, aber es gibt, wie für den einzelnen, so auch für die Staaten, ein anderes Recht, das ist das Recht der Selbstverteidigung und der Notwehr. Wir hatten Grund zu der Annahme, daß, wenn wir nicht rasch handelten, der Feind uns zuvorkommen und bei uns einrücken würde. Nachträglich haben wir dann aus den belgischen Archiven ersehen, wie bedenklich es längst vor Ausbruch des Krieges um die belgische Neutralität bestellt war. Und hatten wir nicht vor dem notgedrungenen Einmarsch Belgien die Friedenshand geboten und uns bei Zusage der Neutralität anheischig gemacht, für

4 Gemeint die Reichstagsrede Bethmanns am 4. August 1914.

die durch unsere militärischen Maßregeln entstandenen Schäden aufzukommen?[5] Wir haben das gleiche Angebot zum zweiten Male nach der Einnahme von Lüttich gemacht,[6] aber die belgische Regierung wollte nichts davon wissen und schloß sich dem Bunde unserer Feinde an. Um unsere Verteidigung allein hat es sich bei allen den weiteren Kämpfen gehandelt. Wir mußten uns im Osten der gewaltigen russischen Heeresmassen erwehren, die verwüstend in Ostpreußen eingedrungen waren, und sie in harten Kämpfen in ihre Grenzen zurückweisen und sie dann Schulter an Schulter mit unseren treu Verbündeten am weiteren Vordringen hindern. Ebenso kämpfen wir im Süden an der Seite der österreichisch-ungarischen Monarchie gegen das treulose Italien. Und in Frankreich, das nunmehr der hauptsächlichste Kriegsschauplatz geworden ist, haben wir nie ein Hehl daraus gemacht, daß uns jeder Gedanke an Eroberung fern liegt.

Wie aber stehen die Dinge auf der Gegenseite? Freilich, wenn man den Auslassungen der Feinde, amtlichen und außeramtlichen, Glauben schenken wollte, so ginge ihr Wille nur dahin, das in frevelhaftem Übermut die Welthegemonie anstrebende Deutschland zurückzuweisen, für Freiheit und Gerechtigkeit gegen deutschen Imperialismus und preußischen Militarismus zu kämpfen. Wir wissen es besser. Vorbereitet wurde der Weltkrieg schon vor Jahren durch die bekannte Einkreisungspolitik König Eduards. In Frankreich entstand eine ausgedehnte Kriegsliteratur, die in militärischen Fachblättern wie in Einzeldarstellungen auf den bevorstehenden

5 Ersuchen um wohlwollende Neutralität Belgiens beim Einmarsch deutscher Truppen, zu dem Deutschland die »Selbsterhaltung« angesichts des beabsichtigten französischen Aufmarsches an der Maas bei Namur zwinge, verbunden mit einem zwölfstündigen Ultimatum. Note des deutschen Gesandten in Brüssel, Below, an dem belgischen Außenminister Julien Davignon, Brüssel 2. August 1914, abends 7 Uhr. (Amtliche Aktenstücke zur Geschichte der Europäischen Politik, S. 345–347). Auf dieser Note basierte die (nicht eingehaltene) »amtliche Bürgschaft« des Generals der Infanterie und Eroberers von Lüttich Otto von Emmich (1848–1915), Bedürfnisse für die deutschen Truppen »gegen Barzahlung anzukaufen« und verursachte Schäden zu ersetzen. Zitiert nach Zilch, Okkupation, S. 109 f. – Claus von Below-Saleske (1866–1939), aus Saleske in Pommern, 1891 Attaché im AA, viele Verwendungen im Ausland, 1910 Gesandter in Bulgarien, 1913–1914 in Belgien, 1915 nach Tilsit und Libau delegiert, 1917 nach Bukarest.

6 Vgl. die deutsche Note, die die belgische Gesandtschaft im Haag dem belgischen Außenminister auf Bitte des niederländischen Außenministeriums am 9. August zusandte: Nach der Einnahme der Festung Lüttich bedauere die deutsche Regierung zutiefst die blutigen Zusammenstöße, Deutschland komme »nicht als Feind nach Belgien. Nur unter dem Zwang der Verhältnisse hat es angesichts der militärischen Massnahmen Frankreichs den schweren Entschluss fassen müssen, in Belgien einzurücken und Lüttich als Stützpunkt für seine weiteren militärischen Operationen besetzen zu müssen«. Die deutsche Regierung sei »zu jedem Abkommen mit Belgien bereit, das sich irgendwie mit Rücksicht auf ihre Auseinandersetzung mit Frankreich vereinigen lässt. Deutschland versichert nochmals feierlichst, dass es nicht von der Absicht geleitet gewesen ist, sich belgisches Gebiet anzueignen, und dass ihm diese Absicht durchaus fernliegt. Deutschland ist noch immer bereit, das Belgische Königreich unverzüglich zu räumen, sobald die Kriegslage es gestattet«. (Amtliche Aktenstücke zur Geschichte der Europäischen Politik, S. 366 f.). Vgl. Jagow an Below, Berlin 29. Juli 1914 (Hohlfeld, S. 515 f.); Jagow an Lichnowsky, Berlin 4. August 1914 (Krumeich, Juli 1914, S. 337). Die Note erhielt auch der US-Gesandte Brand Whitlock in Brüssel. Clark, Schlafwandler, S. 704 f.

Krieg mit Deutschland hinwies. Der Einfluß Oesterreich-Ungarns auf dem Balkan sollte ausgeschaltet werden, so verlangte es das russische Expansionsbestreben und die panslawistische Idee. Und nicht die »preußische Militärpartei« hat die Fackel an den Zündstoff gelegt, sondern während der deutsche Kaiser bis zum letzten Augenblick bemüht war, den Frieden aufrecht zu erhalten, hat die russische Militärpartei gegen den Willen des schwachen Zaren die Mobilmachung durchgesetzt und damit den Krieg unvermeidbar gemacht. Das haben die Akten des Suchomlinowprozesses einem jeden, der sehen will, deutlich gezeigt. Wir können dem Urteil der Nachwelt ruhig entgegensehen. Für die Gegenwart freilich haben die feindlichen Machthaber es verstanden, durch einen unerhörten Feldzug der Lüge und Verleumdung die Wahrheit zu verdunkeln. Was durch das gesprochene oder geschriebene Wort nicht erreicht wurde, mußte durch bildliche Darstellungen ersetzt werden. Erzeugnisse einer geradezu teuflichen Phantasie, von der man sich mit Entsetzen und Ekel abwendet. Aber der Zweck ist erreicht worden. In der feindlichen Bevölkerung ist ein Haß gegen die Mittelmächte, insbesondere gegen Deutschland, entfacht, der alle Besonnenheit aufhebt, jedes gerechte Urteil erstickt. Sie haben alle die jüngste Rede Clemenceaus gelesen, die an fanatischem Hasse und Roheit der Gesinnung alles bisher Geleistete zu übertreffen schien,[7] aber in Amerika hat sie, wie die zu uns herüberdringenden Kundgebungen beweisen, ein vielstimmiges Echo gefunden. In den Vereinigten Staaten ist zurzeit der wildeste Kriegstaumel im Gange. Man berauscht sich an dem Gedanken, daß Amerika den geknechteten Völkern Mitteleuropas die Segnungen moderner, freiheitlicher Kultur bringen müsse, und erfreut sich zugleich der vielen Millionen, welche die Kriegsrüstungen in die Taschen der Geschäftsleute fließen lassen. Theorie und Praxis sind eben verschiedene Dinge, und auch das alte Wort von dem Splitter im fremden und dem Balken im eigenen Auge bewährt sich immer wieder in den Machenschaften der Entente. Sie finden kein Ende in der Verurteilung unseres Einmarsches in Belgien; über die Vergewaltigung Griechenlands aber, die Einmischung in die inneren Verhältnisse des Landes, die erzwungene Abdankung des Königs,[8] gehen sie als an etwas Selbstverständlichem ruhig vorüber. Sie behaupten, für den Schutz der unterdrückten Nationen einzutreten, die Jahrhunderte alten Leiden und berechtigten Beschwerden Irlands aber finden nirgendwo Gehör, auch nicht in Nordamerika, wo man doch durch die zahlreichen irischen Auswanderer darüber unterrichtet ist. Und die englische Regierung, die mit besonderer Vorliebe die Worte von Recht und Gerechtigkeit im Munde führt, hat

7 In seiner Antwort auf Burians Friedensnote vor dem Senat am 17. September 1918 verlangte Clemenceau, die »furchtbarste Rechnung von Volk zu Volk« zu begleichen und wies das Angebot zu einem »faulen Frieden« zurück: »Auf also, Kinder des Vaterlandes, auf, vollendet die Befreiung der Völker von den letzten Schrecken unreiner Feinde! Auf zum fleckenlosen Sieg! Ganz Frankreich, die ganze denkende Menschheit ist mit Euch«. Schulthess 59, NF 34 (1918/II), S. 272 f.

8 Nach Bildung der Salonikifront wurde König Konstantin I. 1917 von den Entente-Mächten zum Verlassen des Landes gezwungen, er konnte 1920 zurückkehren. Sein Kurs strikter Neutralität hatte heftigen Widerstand im Lande gefunden und Griechenland in innere Zwietracht gestürzt.

es ganz neuerlich damit vereinbar gefunden, das zusammengelaufene Gesindel der Tschecho-Slowaken als kriegführende Macht anzuerkennen.[9]

Und wie wird sich demgegenüber das deutsche Volk verhalten? Wird es etwa angstvoll um Gnade flehen? Nein, meine Herren, es wird eingedenk seiner großen Vergangenheit und seiner noch größeren Mission in der Zukunft aufrecht stehen bleiben und nicht zu Kreuze kriechen. Die Lage ist ernst, aber zu tiefer Mißstimmung gibt sie keinen Anlaß. Der eherne Wall an der Westfront wird nicht durchbrochen werden, und der Unterseebootkrieg erfüllt langsam aber sicher seine Aufgabe, den Frachtraum zu verringern und dadurch vor allem den Nachschub an Mannschaften und Material aus den Vereinigten Staaten wirksam zu bedrohen und mehr und mehr einzuschränken. Die Stunde wird kommen, weil sie kommen muß, wo auch die Feinde zur Vernunft kommen und sich bereit finden werden, dem Kriege ein Ende zu machen, ehe die halbe Welt zu einer Trümmerstätte geworden ist und die Blüte der Manneskraft tot am Boden liegt.

Inzwischen gilt es, kaltblütig und zuversichtlich, einheitlich und festgeschlossen zusammenzustehen. Für uns alle kann es ja nur ein Ziel, ein Interesse geben, den Schutz des Vaterlandes, seiner Unabhängigkeit und Bewegungsfreiheit. Hier ist kein Zwiespalt zwischen Regierung und Bevölkerung. Die Regierung will nur mit dem Volke und für das Volk arbeiten, und sie darf erwarten, daß dieses dabei hinter ihr steht. Gewiß gibt es auch bei uns Meinungsverschiedenheiten auf politischem Gebiet, und die Zeit nach dem Kriege wird uns auch im Inneren vor neue Probleme stellen. Ich will davon jetzt nicht reden, aber da ich weiß, daß die vorhandene Mißstimmung nicht allein durch die zuvor angedeuteten Leiden und Kümmernisse der Kriegszeit, sondern auch durch ganz bestimmte Sorgen und Beschwerden politischer Art beeinflußt ist, will ich hierüber ein kurzes Wort sagen. Ich bin von dem Tage an, da ich die schwere Bürde des Kanzleramtes übernommen habe, bestrebt gewesen, die von mir gegebenen Zusagen zu erfüllen, und ich werde mich durch nichts beirren lassen, das, was nach dieser Richtung noch aussteht, energisch durchzuführen. Natürlich denke ich hierbei an die große Reformvorlage, die zwar nicht vor das Forum des Reichstages gehört, aber weit über die preußischen Grenzen hinaus die politischen Kreise in Deutschland beschäftigt. Ich kann hier nur auf die Erklärungen verweisen, die ich wiederholt, zuletzt im Preußischen Herrenhause, abgegeben habe. Die Staatsregierung ist fest entschlossen, die Vorlage zur Annahme zu bringen und wird dabei vor keinem ihr verfassungsmäßig zu Gebote stehenden Mittel zurückschrecken. Dabei aber bitte ich Sie, eines zu bedenken; es handelt sich um eine tiefgreifende

9 Vom 29. Juni bis 1. Juli 1918 erfolgte die Anerkennung des tschechoslowakischen Nationalrats in Paris durch die Entente, am 14. August 1918 die der tschechoslowakischen Armeen als verbündete, kriegführende Streitkräfte, die sich in einem regulären Krieg mit Österreich-Ungarn und Deutschland befänden, durch die britische Regierung. Polen war schon im Januar 1918 als unabhängiger Staat von England, Frankreich und Italien anerkannt worden. Schulthess 59, NF 34 (1918/II), S. 263 f., 51, 211.

Veränderung in der historisch erwachsenen Struktur des preußischen Staates. Es wäre eine Unbilligkeit, ja es wäre nicht gerecht, wenn den Vertretern der alten Ordnung nicht die Möglichkeit gegeben würde, ihren Standpunkt in dem Parlament zu vertreten, oder man über ihre Argumente mit leichter Handbewegung hinweggehen würde. Von Verschleppungsversuchen darf natürlich nicht die Rede sein und ist auch nicht die Rede, wie sich die Herren in Bälde überzeugen werden. Gelingt es jedoch nicht, das gesteckte Ziel auf dem Wege parlamentarischer Aussprache zu erreichen, so wird eben der andere Weg beschritten werden, den die Verfassung vorzeichnet.

Lassen Sie mich zum Schlusse noch einen kurzen Blick in die Zukunft werfen. Die Menschheit zittert bei dem Gedanken, daß dieser schreckliche, kulturvernichtende Krieg nicht der letzte sein, sondern weitere Kriege nach sich ziehen werde, und die Frage beschäftigt immer weitere Kreise, ob es kein Mittel zur Abhilfe gäbe, ob es nicht möglich sei, eine Organisation unter den friedensbedürftigen Völkern zu schaffen, welche das Recht an die Stelle der Macht, die friedliche Lösung an die Stelle blutiger Kämpfe setzen würde. Bekanntlich hat der Präsident der Vereinigten Staaten in 14 Punkten die Richtlinien für einen Friedensschluß aufgestellt. Ich habe am 24. Januar des Jahres in Ihrem Ausschusse die sämtlichen Punkte besprochen und zu dem letzten derselben bemerkt, daß mir der hier angeregte Gedanke eines Völkerbundes durchaus sympathisch sei unter der Voraussetzung, daß ehrlicher Friedenswille und die Anerkennung des gleichen Rechtes aller Bundesstaaten gewährleistet sei. Wie notwendig dieser Vorbehalt war, ergab sich aus der Äußerung unserer Feinde, welche bei dem Völkerbunde an ein gegen Deutschland und seine Verbündeten gerichtetes Bündnis dachten. Herr Wilson hat dann in einer Botschaft vom 11. Februar einen weiteren Schritt in der gleichen Richtung unternommen und in 4 Punkten die Grundsätze aufgestellt, welche seiner Meinung nach bei einem gegenseitigen Meinungsaustausch Anwendung zu finden hätten. Ich habe in meiner Reichstagsrede vom 25. Februar mich im Prinzip damit einverstanden erklärt, daß ein allgemeiner Friede auf solcher Grundlage erörtert werden könne, Herr Wilson hat aber weder damals, noch später hiervon Notiz genommen. Inzwischen scheint sich ja auch der frühere Ideologe und eifrige Friedensfreund in das Haupt der amerikanischen Imperialisten umgewandelt zu haben. Aber der Plan eines zu gründenden Völkerbundes wird dadurch nicht diskreditiert, er hat in dem schweizerischen Bundespräsidenten Calonder[10] und dem norwegischen Minister Knudsen[11] beredte Fürsprecher gefunden, welche beide insbesondere auf das Interesse der neutralen Staaten an einer solchen

10 Felix Calonder von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz.

11 Gunnar Knudsen (1848–1928), geb. in Stokken, Schifffahrts-Unternehmer, in Reeder- und Bauernorganisationen führend tätig, 1886 Bürgermeister von Gjerpen, 1892–1894, 1895–1897, 1900–1903, 1906–1909, 1913–1918, 1919–1924 Mitglied des norwegischen Storting (Liberale Venstre, 1909 deren Vorsitzender), Sozialpolitiker, zwischen 1905 und 1921 mehrmals Parlamentspräsident, 1902–1903, 1913–1920 Landwirtschaftsminister, 1903, 1905, 1908–1910, 1919 Finanzminister, 1908–1910, 1913–1920 Ministerpräsident Norwegens, aktives Mitglied der Kirche von Norwegen, 1914–1918 probritisch eingestellt. Nordisk Biografisk Leksikon (9.12.2018).

Einrichtung hinweisen. Auch ich nehme keinen Anstand, mich heute nochmals zu dieser Frage zu äußern und in aller Kürze auf Ziel und Grundlage eines solchen Verbandes hinzuweisen. Es handelt sich um die Forderung einer allgemeinen, gleichmäßigen und successiven Abrüstung, um die Errichtung obligatorischer Schiedsgerichte, um die Freiheit der Meere, um den Schutz der kleinen Nationen. Was den ersten Punkt betrifft, so habe ich schon am 24. Januar unter Berufung auf früher abgegebene Erklärungen den Gedanken einer Rüstungsbeschränkung als durchaus diskutabel bezeichnet und dabei hinzugefügt, daß die Finanzlage sämtlicher europäischer Staaten nach dem Kriege einer befriedigenden Lösung dieser Frage die wirksamste Unterstützung leihen würde. Was die Frage der Schiedsgerichte betrifft, so hat dieselbe eine lange Vorgeschichte. Ich will auf Einzelheiten nicht eingehen: aus dem sehr interessanten Material, das mir vorgelegen hat, ergibt sich, daß in der Vergangenheit wiederholt Deutschland die Anregung eines Schiedsgerichtes in strittigen Fragen angeregt hat, ebenso aber auch, daß in mehreren Fällen die Ausführung an dem Widerspruch gescheitert ist, der in England oder Amerika dagegen erhoben wurde. Wenn es gelänge, eine internationale Verständigung dahin zu treffen, daß strittige Rechtsfragen zwischen verschiedenen Staaten stets einem Schiedsgerichtshofe vorgelegt werden müßten und dies den Gliedern des Völkerbundes zur Pflicht gemacht würde, so wäre dies ohne Zweifel ein bedeutsamer Schritt zur Erhaltung des allgemeinen Friedens. Die näheren Bestimmungen, insbesondere was die erforderliche Garantie für die Anerkennung der gefällten Schiedssprüche betrifft, bedürfen einer sorgfältigen und gründlichen Überlegung. Über die Freiheit der Meere habe ich mich schon früher geäußert, sie bildet eine notwendige Voraussetzung für den uneingeschränkten Verkehr der Staaten und Völker. Hier aber werden, selbstverständlich nicht auf unserer Seite, die größten Schwierigkeiten gemacht werden. Als ich seiner Zeit diesen Punkt berührte, und auf die Konsequenzen hinwies, welche von einer ehrlichen Durchführung verlangt würden, also ungehemmter Zugang für alle Nationen zu den Binnenmeeren, keine Vormachtstellung Englands in Gibraltar und Malta wie am Suezkanal, hat eine englische Zeitung dies als Unverschämtheit bezeichnet. Endlich der Schutz der kleinen Nationen. Hier können wir sofort und ohne Vorbehalt zustimmen, da wir hier ein völlig reines Gewissen haben. Möge also der Völkerbund kein bloßer Zukunftstraum sein, möchte sich der Gedanke vertiefen, möchte man sich in allen Ländern eifrigst mit den Mitteln seiner Einrichtung beschäftigen. Die erste und wichtigste Voraussetzung wird der ehrliche und energische Wille sein, für Friede und Gerechtigkeit einzutreten.

Hiermit möchte ich meine Bemerkungen schließen. Der Herr Staatssekretär des Auswärtigen wird sich noch näher über die politische Lage aussprechen und dabei insbesondere die bekannte österreichische Note besprechen, sowie die Aufnahme, die sie bisher auf der feindlichen Seite gefunden hat. Mit überstürzter Eile haben die Machthaber in den sogenannten demokratischen Staaten ohne ihr Völker zu fragen, eine schroff ablehnende Haltung an den Tag gelegt, sie haben dadurch neuerdings gezeigt, wo Eroberungssucht, wo Imperialismus und Militarismus in Wirklichkeit zu suchen sind.

485

Rupprecht von Bayern an Max von Baden 24. September 1918

(eigh. Or.; BayHStA GHA, Nl Kronprinz Rupprecht, 650)

Lieber Max!

Vielen Dank für Deine Briefe und 3 Telegramme.[1] Am 20. sprach ich Dr. Rohrbach und am Abend Hindenburg. Rohrbach wollte mich dazu bewegen entweder an den Kaiser zu schreiben oder an Hertling selbst, um diesem nahezulegen von seinem Posten zurückzutreten. Ich war geneigt, das eine oder andere zu tun, unterliess es aber auf Grund Deines 2. Telegramms, sowie auf Grund anderer Erwägungen. Ob Hertling auf den Brief reagiert hätte, erschien mir nach reiflicher Erwägung sehr zweifelhaft. Du kennst vielleicht die Geschichte von Gil Blas und dem Bischof[2] – und ein Brief an den Kaiser hätte möglicherweise zur Folge gehabt, dass dann unter der Einwirkung Herrn von Bergs ein konservativer Kanzler oder ein General als Kanzler gekommen wäre, was die Lage nur noch verschlimmert hätte. Als ich Dein 3. Telegramm gestern Abend erhielt war es bereits zu spät mit Rücksicht auf den für heute anberaumten Zusammentritt des Hauptausschusses des Reichstages, aber auch sonst

1 Darin mitgeteilt: Gegenwärtige Presseangriffe gegen Prinz Max seien »auf die Freunde der Bülowschen Kandidatur« zurückzuführen (2. Telegramm). Der Rückgang der 1917 noch überaus starken Widerstände gegen eine Parlamentarisierung innerhalb der nationalliberalen und der Zentrums-Partei gehe »zu einem grossen Teil auf das offene Bekenntnis zum parlamentarischen System« zurück, »das Fürst Bülow in zahlreichen Privatgesprächen ablegte, als er sich während der Kanzlerschaft Michaelis als Reichskanzler-Kandidat präsentierte. Er nahm seinerzeit Fühlung mit Theodor Wolff vom ›Berliner Tageblatt‹, Bernhard, Richthofen und Heine. Von letzterem stammen einliegender Brief und Denkschrift«. Bülow habe jetzt »einer ganzen Reihe von Parlamentariern Portefeuilles« versprochen; man nehme allgemein an, der Chef des Zivilkabinetts, von Berg, besuche ihn gerade in Altona. »Sozialdemokraten und Freisinn würden geschlossen gegen Bülow stehen, doch könnte er eine andere Mehrheit erhalten. Man rechnet damit, dass unter Umständen Erzberger sich ausserordentlich stark für ihn einsetzen würde«. (Mitteilungen des Prinzen Max von Baden, 24. September 1918. BayHStA GHA, Nl Kronprinz Rupprecht, 650). Vgl. zu den Offerten Bülows an Wolfgang Heine (1861–1944), der 1918 preußischer Justiz-, 1919–1920 preußischer Innenminister wurde, im Herbst 1917 IfA 1917/18, 1. Teil, S. 318–320. Bülow sagte Heine bei einem Gespräch am 17. Oktober [1917], er werde allenfalls einem Ruf »Seiner Majestät« folgen, habe niemandem Portefeuilles versprochen, wolle bei einer »Reaktivierung« die SPD zur »im Kriege notwendigen einheitlichen Front gegenüber unsern auswärtigen Feinden« mit heranziehen und äußerte der Politik Hertlings entsprechende Ansichten über Wahlrecht, Ende der Militärverwaltung, Zensur und nicht zu zeitige Friedensangebote. Brief Bülows an »Lieben Freund«. BArch, Nl Bülow, Nr. 51, f. 297–298, 295.

2 Der Held Gil Blas aus dem französischen Schelmenroman von Alain-René Lesage, Geschichte des Gil Blas von Santillana (Bd. 1–4, 1715–1735), fällt beim Bischof von Granada sofort in Ungnade, nachdem er diesen über seine nach einem Schlaganfall nachlassenden Geisteskräfte behutsam aufgeklärt hat. Le Sage, Gil Blas von Santillana. Aus dem Französischen von Ernst Wallroth, Stuttgart 1839, Bd. 3, S. 125–136.

war die Zeit knapp bemessen. Vielleicht ergibt sich für mich in Bälde die Gelegenheit den Kaiser sprechen zu können. Mündlich lassen sich derlei Dinge leichter erledigen als schriftlich. Die Unterredung mit Rohrbach war sehr interessant. Sie brachte zwar bezüglich der inneren Fragen nichts Neues zu Tage wohl aber bezüglich der im Osten zu befolgenden Politik, wo wir keinesfalls die Partei der Grossgrundbesitzer ergreifen dürfen und den neuentstandenen Staatswesen möglichste Freiheit ihrer Entwickelung gewähren müssen, einerseits um deren Bewohner uns zu Freunden zu machen, andererseits um den Vorwurf zu entkräften wir trieben eine aus dynastischen Gründen entspringende Eroberungspolitik. Sehr kurz war leider die Unterredung mit Hindenburg, der mir ungleich sympathischer wie Ludendorff, dem er allzu sehr die Zügel überliess. Zu meinem Bedauern musste ich wahrnehmen, dass der Feldmarschall sich damit über die Schwierigkeit unserer Lage hinwegtröstet, dass er meint, die Franzosen und Engländer seien bezüglich ihres Mannschaftsersatzes ebenso schlimm daran wie wir und die Amerikaner seien militärisch gering zu bewerten. Beides ist ein grosser Irrtum. Die Ersatzlage der Franzosen ist weit besser wie die unsere und die Frontstärken der Engländer sind beträchtlich höher wie die unseren, zudem verbrauchen sich unsere Truppen in dem fortgesetzten Kampfe gegen eine Übermacht in erschreckendem Maasse, was aber die Amerikaner betrifft, so muss man sich hüten, sie zu unterschätzen. Sie wirken allein schon durch ihre Masse. Gegenwärtig stehen 36 amerikanische Divisionen in Frankreich und jeden Monat sind weitere 300 000 Amerikaner zu erwarten.[3] Dass unsere Oberste Heeresleitung Vogel-Strauss Politik treibt, ist für mich das Betrüblichste. Sie erkennt die Wahrheit, will aber nichts von ihr wissen. Infolge der schönfärberischen Heeresberichte haben die Truppen zu ihr vielfach das Vertrauen verloren und beginnen zu verzagen und an einem für uns erfolgreichen Ausgang des Krieges zu verzweifeln. Die Stimmung ist teilweise recht übel. Die Urlauber, die in die Heimat zurückkommen, wirken dort mit ihren Erzählungen oft geradezu vergiftend, neulich las ich Briefe eines Feldgeistlichen, der die Stimmung im Rheinlande, in Westfalen und der Provinz Sachsen in den düstersten Farben schilderte. Im allgemeinen herrscht eine grosse Apathie vor: ein Ende des Krieges gleichgiltig zu welchen Bedingungen wird ersehnt und dabei kocht und gährt doch Alles, so dass spätestens nach dem Friedensschluss wir auf ernste innerpolitische Ereignisse gefasst sein müssen. Dabei die Unfähigkeit der jetzigen Reichsregierung! Das beste Gegenmittel gegen eine Parlamentarisierung des

3 Laut Prittwitz' Notiz über den Militärvortrag vom 5. August 1918 (GHQ) standen 28 amerikanische Divisionen auf dem Kontinent. (BArch, R 43/2398l, f. 13). »Der bekannte Vertrauensmann in England« übermittelte dem Gesandten in Kopenhagen am 23. September einem zuverlässigen Bericht aus New York vom 1. August 1918 entnommene Angaben: 1.053.000 US-Soldaten in Frankreich; 118 Schiffswerften in den USA, 44 weitere im Bau; 1916/17 3,012 Milliarden Pfund Fleisch nach Europa, Millionen Tonnen Getreidelieferungen; Vergabe von 2,72 Milliarden $ an England, 1,56 an Frankreich, 550 Millionen an Italien, 250 Millionen an Russland; 50,7 Milliarden $ Kriegskosten der USA bisher. Brockdorff-Rantzau an Hertling, Kopenhagen 24. September 1918. PAAA, R 20509, S. 169.

Reiches wäre die unverzügliche Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Preussen, die unbedingt erreicht werden muss.

Ist sie erreicht, wird hiemit auch der Propaganda unserer Gegner eine ihrer gefährlichsten Waffen entzogen: sie können dann nicht mehr von einer Autokratie im führenden deutschen Staate sprechen. Vermag sie Hertling nicht baldigst zu erreichen, muss er zurücktreten, mir aber wäre es mit Rücksicht auf seinen Nachfolger und ein solcher muss doch vor dem Friedensschlusse noch kommen, lieber, wenn Hertling noch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Preussen durchsetzen könnte. Würdest z. B. Du schon jetzt sein Nachfolger, hättest Du gerade in Deiner Stellung als süddeutscher Prinz mit einer starken bis in höchste Kreise reichenden Gegnerschaft von Anfang an zu rechnen, die Dir manches vereiteln könnte. Ob nach all den Geschehnissen der letzten Jahre und des Krieges sich eine Parlamentarisierung der Reichsregierung auf die Dauer wird aufhalten lassen, ist mir fraglich, ja sogar ob der Übergang zum parlamentarischen System noch vermeidbar ist. Beides würde eine völlige Veränderung der Reichsverfassung bedeuten und eine vollkommene Ausschaltung der Regierungen der Bundesstaaten hinsichtlich der gemeinsamen Angelegenheiten zur Folge haben, wenn nicht hiegegen bei Zeiten Vorbeugungsmassregeln ergriffen werden. Die einzelnen Bundesstaaten müssen grössere Freiheit innerhalb des Reiches erhalten, eine Mitwirkung oder ein Veto-Recht bei der Besetzung der obersten Reichsstellen. Jedenfalls sollte den Vertretern der Einzelnstaaten [!] im Bundesrate ebensoviel gestattet sein wie jedem Reichstagsabgeordneten, so die Möglichkeit der Abstimmung über wichtige aussenpolitische Entscheidungen. Vielleicht könnte der Bundesrat in eine Art Oberhaus umgewandelt werden. Dies einige in Eile zu Papier gebrachte Gedanken.[4]-

Interessieren wird es Dich, dass Lloyd George, dadurch dass er den Forderungen der Arbeiter auf Lohnerhöhung stets nachgab, und so indirekt immer wieder neue Streiks veranlasste, zwar auf die Gefolgschaft der Munitionsarbeiter zur Zeit rechnen kann, dafür aber in weiten Kreisen sich Gegner schuf, die ihm die Höhe der bewilligten Löhne verargen. So sollen Munitionsarbeiterinnen bis zu 400 M. die Woche verdienen! – Dass die Wahlen in England verschoben werden sollen, ist mir ein Beweis, dass Lloyd George sich in seiner Stellung nicht mehr sicher fühlt.-

Das österreichische Friedensmanifest kam etwas verfrüht, allzuviel schaden wird sein verfrühtes Erscheinen jedoch nicht, denn wenn auch die feindlichen Regierungen noch nicht zum Frieden geneigt sind, besteht doch eine solche Neigung bei den Völkern, wenigstens beim englischen Volke. Wie die Dinge liegen, müssen wir

4 Krafft von Dellmensingen an Dandl, 27. September 1918. Rupprecht beschäftige sich neuerdings »mit der Frage, wie im Fall einer etwa unvermeidlichen Einführung des parlamentarischen Systems im Reiche die Rechte der Bundesstaaten sicher gestellt werden könnten«. Man könne diese an die Bedingung knüpfen, dass auch der Reichstag einigen Verfassungsänderungen zustimme, etwa an die Einführung eines Referendums, »dessen Anwendung im Einzelfall aber nicht aus dem Volk heraus sondern von einer in der Verfassung festzulegenden Minorität des Bundesrats sollte verlangt werden können«. BayHStA GHA, Nl Kronprinz Rupprecht, 650.

unbedingt noch in diesem Jahre zum Frieden gelangen und sei es selbst unter erheblichen Opfern, denn diese würden bei längerem Zögern nur noch grösser werden. Die Zeit arbeitet nicht für uns, sondern gegen uns und so ist es dann erforderlich, dass wir einmal die Bedingungen nennen, die uns für die Erreichung des Friedens annehmbar erscheinen.

Es grüsst Dich herzlich
Dein treuer Vetter
Rupprecht

486

Tagebuchnotizen Friedrich von Payers [Berlin,] 24.–29. September 1918

(eigh. Or.; BArch, Nl Payer, Nr. 34, S. 56, 59–60)

24.9.18

Vor Abreise P[ayer]s in Ferien war Erzberger da und erzählte, Stresemann habe ihm angeboten, Hertling Mitte Sept[ember] zu stürzen, er habe ihm sagen lassen, er mache keine Politik mit einem Laubfrosch. Nun stellt sich heraus, daß wahrscheinl[ich] Erzberger die Sache angerührt hat. Möglicherweise war es aber mit Stresemann, der, als er merkte, daß es nicht glatt ging, Richthofen weiter laufen ließ und selbst die andere Version erfand.

25.9.18

Mit Lewald einen Teil der Rede Hertlings gemacht für 26., ebenso allein 1 Stück für Falkenhausen[1]; dann kam noch Hintze, um die ausw[ärtige] Polit[ik] durchzusprechen, von der R[eichs]k[anzler] nichts wissen wollte, auch mit Hintze die Rede besprochen. Hertling wird wohl in einiger Zeit krank werden und für ihn gleich ein Socialdem[okrat] kommen.

Wießner meint bez[üglich] Hertling wie oben. Scheint aber Pos[ition] Payers für gefährdet zu halten; rät ab, zu gehen.

Außer was geredet wird [!], soll Stein[2] weg und eine Anzahl [Generations]-Generale. Entweder gelingt es, oder ab in Schönheit.

Aus Bulgarien sehr schlechte Nachrichten. Im Osten zwei gute Verträge. Vor Hertlings Rede: Wie viel mich der Satz, daß Eßtland und Livland nur mit Zustimmung Rußlands abgetrennt werden dürfen, gekostet hat![3] (Militär ignorierte Friedensvertrag)

26.9.18

Hintze teleph[oniert]. Abends ¾ 10 bessere Nachrichten aus Bulgarien. H[intze] ist klug und aufmerksam und passt auf die Menschen auf. Mittags teilte er dem

1 Reichskommissar für die Ostseegebiete und Litauen. Er sprach am 26. September im Hauptausschuss über den Ausbau der Landesräte in den baltischen Ländern. Der Hauptausschuß, Bd. 4, S. 2318 f.

2 Kriegsminister Hermann v. Stein.

3 In seiner Rede vor dem Hauptausschuss am 24.September über die Entwicklung in den besetzten Ostseegebieten führte Payer aus, die Anerkennung Estlands und Livlands sei »erst vor wenigen Wochen möglich gewesen, nachdem in den Nachträgen zu dem Vertrag von Brest-Litowsk Rußland der Unabhängigkeitserklärung dieser Länder zugestimmt habe«. Der Hauptausschuß, Bd. 4, S. 2302 f.

R[eichstag]sAusschuß Nachrichten mit, die den Ausschuß niederschmetterten;[4] der Ausschuß ging – ohne Fassung – zu den gröbsten Vorwürfen aller Art Hintze gegenüber über, der sich nicht zu helfen wußte. Am meisten tobte Erzberger – hyster[ischer] Lügner, ganz gemeingefährlicher Kerl – aber unermüdlich aktiv und mit Anhang. Gröber wird nur äußerlich mit ihm fertig. Die Herren kamen blaß in die Sitzung von Hintze her.[5]

P[ayer] erklärte dem Ebert: Die Regierung hat die Verantwortung und bestimmt, nicht der Ausschuß mit 28 Köpfen – allerlei Art, dem man nicht alles sagen kann und mit dem man nicht so reden kann, wie mit der O.H.L. oder den Gesandten. Entweder Regierung oder Ausschuß.

Hertling hat geistig sehr nachgelassen. Er meint nicht, daß er gehen muß, auch nicht als Deutelmoser meint: Koalitionsregierung, aber ohne Hertling: Antw[ort]: wollen wir doch sehen.

Limburg-Stirum muß ins G.H.Q. wegen der Generale. Stein bleibt vielleicht. Dem Herrenhaus muß Paroli geboten werden.

29.9.18

29. Ehe Hertling am 28. ins Hauptquartier fuhr, hat ihm P[ayer] den Ausweg für ihn über § 9 gezeigt, wie er von Anfang an den Ernst der Lage betonte. Lerchenfeld war darauf froh, daß er H[ertling] nicht sagen müsse, woran er sei; H[ertling] glaubte bis 27. oder 28. nicht daran. Der Bericht der Mehrheit stellt H[ertling] grob den Stuhl vor die Thüre.[6]

Mit Rödern, dem politischen Meister hintenherum, hatte P[ayer] die ganze Lage unter Angabe der Auswege und seiner Stellung – ev[entuell] auch selbst drauss[en] oder Hertling macht Neubildung, geht dann, weil er sich nicht in die neue Zeit finden will – durchgesprochen. R[oedern] fuhr dann am 28. 2.00 Nachm[ittags] ins GHQ mit Hintze[7] – als R[eichs]K[anzler]Kandidat, mit diesem Programm!

Haußmann meint, Max v. Baden lege größten Wert auf P[ayer].-

---

4 Der Ausschuss tagte unter Eberts Vorsitz am 26. September von 10.10 bis 17.16 mit einer Pause von 13.10 bis 16.35. Der Hauptausschuß, Bd. 4, S. 2314–2320. Hintzes Rede am 24. September über die Außenpolitik war nicht alarmistisch. Ebd., S. 2299–2302.

5 Teildruck dieses Eintrags Payers bei Hintze, S. 635 Anm. 8. Hintzes Eröffnungen über Bulgarien setzten nach dem Bericht des braunschweigischen Bundesratsbevollmächtigten Boden vom 26. September die Parteiführer des Reichstags, namentlich Erzberger, in große Erregung. Hintze, S. 635 f. – Friedrich Boden (1870–1947), 1914–1934 Bevollmächtigter Braunschweigs und Anhalts beim Bundesrat und Reichsrat. Hintze, S. 524.

6 Durch das für Hertling ausgefertigte Protokoll der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses v. 28. September 1918. IfA 1917/18, 2. Teil, S. 724–726. Vgl. Payer, Von Bethmann Hollweg bis Ebert, S. 85 f.; Hertling wollte sich zunächst nicht fügen, auch weil er bezweifelte, dass die auf diese Verfassungsänderung gerichteten »Wünsche eines Teiles der Volksvertreter« die Majorität des Reichstags besäßen. K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 175 f.

7 K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 177, berichtet hingegen, dass Roedern erst am nächsten Tag mit Hertling nach Spa fuhr.

29. beschlossen, zuzuwarten wegen § 9 und Programm der Mehrheit.[8] Geht es nicht, dann Abgang P[ayer].

29. Krach mit den Soz[ialdemokraten] angefangen, weil nichts wie Vorwürfe und unbrauchbare Fragen in der vertraul[ichen] Besprechung hatten; wünschen, dann Öffentlichkeit verlangt.[!] Ebert entschuldigte Noske.

8 Programm der Mehrheitsparteien v. 30. September 1918: IfA 1917/18, 2. Teil, S. 783–788.

487

Rededisposition Adolf Gröbers Berlin 25. September 1918

Druck: Cardauns, Gröber, S. 129–130[1]

I. Militärische Lage. »Stimmung« unter dem Eindruck der Mißerfolge im Westen stehend. Vertrauen in die Kraft und Tapferkeit unserer Truppen, Heer und Marine, und in deren geniale Führung, daß sie uns schützen werden in dem furchtbaren Kampfe gegen die auf unsere Vernichtung sinnenden Feinde. Feinde niederringen, zeigen, daß wir nicht (Lücke). Gestrige Darlegung des Generals Wrisberg nicht genügend. Vertrauliche Erörterungen notwendig über wesentliche Punkte, die nicht oder wenigstens nicht genügend behandelt wurden: Gründe der Mißerfolge, Aussichten für die Weiterführung des militärischen Kampfes.

II. Moralische Widerstandskraft unserer Truppen hängt wesentlich zusammen mit der moralischen Widerstandskraft der innern Front, und diese vor allem bedingt durch Einheit und Geschlossenheit der innern Front, von der Einigkeit zwischen Regierung und Volk.

1. Bisherige Bemühungen haben zu einer weitgehenden Übereinstimmung bezüglich der Ziele, die verfolgt werden müssen, geführt. Payersche Rede[2] enthält ein Programm, das unter voller Verständigung zwischen der Reichsleitung und Obersten Heeresleitung die Richtlinien zieht und in der Auslegung, die wir gestern gehört,[3] eine brauchbare Unterlage für ein gemeinsames Aktionsprogramm auch für die Parteien bildet. Wir anerkennen es als ein Verdienst des Herrn Reichskanzlers, daß er diesen großen Erfolg erzielt hat, und wir sind bereit, auf den Boden dieses Einigungsprogramms zu treten.

2. Aber mit der Feststellung des Programms ist nicht alles getan. Es kommt vor allem darauf an, daß die Durchführung desselben erfolgt, und in dieser Beziehung können und wollen wir nicht verschweigen, daß die bisherige Regierungspolitik leider gar manche Wünsche unerfüllt gelassen hat.

---

1 Einleitend bemerkte Cardauns zum Abdruck dieser Aufzeichnung aus dem Nachlass A. Gröbers (Archiv des Volksvereins in Mönchengladbach), dass Gröber die Disposition eigenhändig auf drei Quartblättern mit Tinte und sorgfältiger Schrift ohne Datum und Namen zu Papier gebracht habe. Vgl. die Presseberichte über seine Rede vom 25. September; nur ein Regest der Rede Gröbers in: Der Hauptausschuß, Bd. 4, S. 2306 f.

2 Gemeint offenbar die Rede Payers am 12. September über Wahlrechtsvorlage und Verständigungsfrieden. Druck: Schulthess 59, NF 34 (1918/I), S. 281–289.

3 Rede Hertlings im Hauptausschuss am 24. September. Regest: Der Hauptausschuß, Bd. 4, S. 2290–2295.

Haupthindernis der Zwiespalt zwischen politischer Leitung und den Maßnahmen der Militärbehörden, der erschwerend[4] wirkt und den denkbar schlechtesten Eindruck einer widerspruchsvollen Politik macht und von den Feinden nur allzuleicht als eine unehrliche Politik hingestellt werden kann.

Den Reichskanzler trifft dabei keine Schuld. Aber es muß ausgesprochen werden, daß es höchste Zeit, die letzte Stunde ist, diesen Widersprüchen ein schleuniges Ende zu machen und mit vereinten Kräften dafür zu sorgen, daß diejenige Politik auch durchgeführt wird, über die Reichskanzler und Reichstag einig sind.

III. Einzelne Klagen.

1. Ostpolitik. Finnland: keine Garantie Deutschlands für die Monarchie; wie Griechenland. Randstaaten: Selbstbestimmungsrecht der Völker[5]. Zufriedenheit erstreben, beste Sorge für den Bestand. Wahrung der Wünsche dieser Völker bezüglich ihrer Verfassung und Verwaltung. Zivilverwaltung einführen. Kein Aufzwingen des deutschen Sprachunterrichts. Freier Verkehr mit deutschen Abgeordneten! Kein »Verbot gegen Zentrumsabgeordnete«!! Damit beste Vorarbeit für dauernde Gestaltung und bleibenden Anschluß an Deutschland.[6] Payer. Keine dynastischen Interessen entscheidend.[7] Erfolg des Reichskanzlers an maßgebender Stelle gegen die Personalunion ausgefallen!

2. Im Innern. Loyale Handhabung des Belagerungszustandsgesetzes. Freie Versammlungen über Wahlrecht.[8] Schleunige Aufhebung des Erlasses des Kriegsministers.[9] Reichskanzler ist, wie wir wissen, damit nicht einverstanden.

4 Danach Vermerk Cardauns': »? undeutlich«.

5 Vermerk Cardauns': »von hier ab undeutlichere Schrift, die Lesung hier und da zweifelhaft«. In der Besprechung mit den Mehrheitsparteien am 15. September 1918 betonten Hertling und Hintze, sich in die finnische Königswahl nicht einzumischen, sie hätten auf eine Anfrage aus Finnland nur geantwortet, eine Monarchie dort zu begrüßen.

6 Danach Vermerk Cardauns' zu den zwei folgenden Sätzen: »Am Rande beigefügt«.

7 Dies hatte Payer den Parteiführern zugesagt.

8 Eine wiederholte Forderung vor allem der SPD.

9 Der Erlass Hermann v. Steins vom 8. August 1918 verbot, wie Gröber in seiner Rede am 25. September ausführte, der Zentralstelle für Völkerrecht und der Deutschen Friedensgesellschaft die Propaganda für die Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli 1917. Der Hauptausschuß, Bd. 4, S. 2307.

Er findet im Reichstag den festen Rückhalt, um alle Widerstände zu brechen.[10] Nach Erfolg?[11] Payer.[12]

10 Cardauns vermerkt: »Folgen noch einige mit Bleistift beigefügte Worte«.

11 Fragezeichen Cardauns' wegen undeutlicher Schrift.

12 »Ein westdeutscher Freund« schrieb Gröber auf dessen Rede: »Mit Ihrer Stellung zum Reichskanzler ganz einverstanden: wir dürfen an seinem Sturz nicht mitwirken, weil dann das Zentrum rettungslos auseinanderfällt«. Wenige Tage danach, am 29. September, teilte »ein ostdeutscher Führer der Zentrumspartei« Gröber mit: »Hierzulande versteht kein Mensch, warum denn Hertling gehen muß und wer das besser machen soll […]. Über Deine Auffassung war ich mir ja klar«. Zitiert nach Cardauns, Gröber, S. 130, der an dieser Stelle urteilt: »Dass es Gröber nicht eingefallen ist, die Stellung des Reichskanzlers erschüttern zu wollen, unterliegt keinem Zweifel«. »Gröber ist wie stets so auch in diesen kritischen Tagen ein ehrlicher Freund des Reichskanzlers gewesen. Immerhin kann man der Meinung sein, daß die scharfe Kritik, die er mit seiner Vertrauenskundgebung verband, das Gewicht der letztern verringerte und die Stellung Hertlings nicht verbesserte. Der Reichskanzler selbst ist dieser Meinung gewesen und hat ihr auch in schonender und freundlicher Form Ausdruck gegeben«. K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 172, war sich im Zweifel, »ob weite Kreise des Zentrums in Wirklichkeit die Absicht hatten, den Reichskanzler zu stürzen, der aus ihren Reihen hervorgegangen war. Bei einem Teil desselben hat sie wohl bestanden, bei der Mehrheit der Partei kaum. Der Eindruck für die Öffentlichkeit aber blieb bestehen, daß das Zentrum zum mindesten nicht mit der alten Anhänglichkeit zu dem Kanzler stand«.

488

Gisbert von Romberg an Georg von Hertling
Bern, 26. September 1918

Kaiserlich Deutsche Gesandtschaft. Nr. 2388 (masch. Or.[1]; PAAA, R 20515, S. 102–105; Druck: Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 376–378)

Ganz geheim!

Meine zweite Unterredung[2] mit Herrn Sulzer hat einen, wie mir scheint, durchaus befriedigenden Verlauf genommen. Ich klärte ihn zunächst über das Mißverständnis auf, wonach wir den Wunsch gehabt hätten, ihn um die Uebernahme einer amtlichen

1 AS 4886, pr. 29. September 1918 pm. »Inhalt: Unterredung mit Herrn Sulzer«. Sichtvermerke Stumms, Rosenbergs u. Bussches 1/10, Haniels 2.X z. d. A. – Romberg meldete dem AA diesen am Morgen des 27. September abgesandten Brief vorab mit Tel. Nr. 1534, das in Lörrach am 27. September 10.30 Nm. abging und in Berlin 10.45 Nm. ankam. Er resümierte vorläufig als Ergebnis des Gesprächs: »Herr S[ulzer] hat übernommen ganz persönlich, ohne Mission erkennen zu lassen, unter Verwertung des Inhalts der Notiz zu sondieren und uns Nachricht zukommen zu lassen. Zustimmung des Bundespräsidenten steht noch aus«. Die Möglichkeit einer Anknüpfung mit dem »sehr steif« auftretenden US-Gesandten Garrett schien ihm noch nicht absehbar, »man wird zunächst abwarten müssen, ob Gang der Verhandlungen irgend einen Fingerzeig für gegnerische Absichten gibt. Ich bin inzwischen bemüht, mich unauffällig über Stimmung in gegnerischer Delegation zu informieren«. Am 26. September hatte Hintze Romberg um Mitteilung über eventuelle Besprechungen zwischen Adolf Montgelas und Garrett gebeten und dem Gesandten anheimgestellt, gegebenenfalls gemäß dem Gesprächsverlauf das Memorandum bzw. die Notiz (siehe oben Nr. 458) zu übergeben, falls dies »unbedenklich erscheint«. Romberg suchte darauf von sich aus direkt das Gespräch mit Sulzer und übergab diesem die Notiz. Tel. Nr. 1534 trägt Sichtvermerke von Stumm 28/9, Hintze 28/9 und Rk 28/9 mit dem Zusatz: »Vorläufig z. d. A. Herrn v. Haniel pr. z. g. K.« (PAAA, R 20515, S. 100, 101). Kurz vor ihrer Abreise nach Spa haben Hintze und Hertling dieses Aussicht auf Sondierung eröffnende Tel. also noch zur Kenntnis genommen. Hertling verfügte wohl dessen Weitergabe an Haniel, der die Sondierungsgespräche mit McCormick geführt hatte.

2 Über eine mehrstündige Unterhaltung mit Hans Sulzer, Schweizer Gesandten in Washington, am 23. August 1918 berichtete Romberg Hertling am 24. August (Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 299–303). Er suchte die von Sulzer vorgebrachten Zweifel Wilsons an der Annahme seiner Prinzipien bezüglich des Ostfriedens zu zerstreuen, die ungünstige Aufnahme von Hertlings Erklärungen über Belgien zu entkräften, das Festhalten an Elsaß-Lothringen begreiflich zu machen und das Verfahren »between gentlemen« dahingehend zu erläutern, dass je ein Vertreter der USA und Deutschlands das Ergebnis ihrer Aussprache schriftlich niederlegen sollten, um ihren Regierungen ein klares Bild ihrer beiderseitigen Auffassungen zu vermitteln. Sulzer wollte »in diesem Sinne auf die maßgebenden Stellen in Washington« einwirken, obwohl er nach seinen in London und Paris gewonnenen Eindrücken angesichts der militärischen Erfolge der Entente dieses Vorhaben »heute für gänzlich undurchführbar« hielt. Hintze zeigte sich in seiner Antwort v. 31. August mit Rombergs Sprache einverstanden, bekräftigte das Bekenntnis zu den 4 Punkten Wilsons, zur Diskussion der 14 Punkte, das Versprechen der Herausgabe Belgiens beim Friedensschluss »ohne Belastung und Vorbehalt«. Eine vertrauliche Aussprache zwischen zwei Vertretern der USA und Deutschlands »unter strengster Geheimhaltung vor den anderen Mächten« sei der gangbarste Weg, »da jede Betätigung Dritter die zarte Pflanze der Verständigung zu vernichten droht«. (Ebd., S. 320 f.). Allerdings hatte Wilson bisher Geheimverhandlungen abgelehnt.

Mission bei Herrn Wilson zu bitten. Dies sei durchaus nicht der Fall – im Gegenteil stünden wir auf dem Standpunkte, daß offizielle Eröffnungen bei Herrn Wilson im jetzigen Zeitpunkte nur eine schädliche Wirkung haben könnten, und wir damit den gleichen Mißerfolg haben würden wie mit bisherigen ähnlichen Versuchen. In dieser Auffassung seien wir auch durch die jüngste österreichische Demarche bestärkt worden.[3] Die Voraussetzung für einen amtlichen Schritt sei, daß man sich vorher einigermaßen vergewisserte, daß er eine günstige Aufnahme finden werde. Das sei der Zweck unserer Bitte an Herrn Sulzer. Es komme uns also lediglich darauf an, daß er sich persönlich einen Eindruck davon verschaffe, wie die Mitteilungen, die ich ihm gemacht habe, an zuständiger Stelle in Washington aufgenommen werden würden, und ob sie wohl geeignet wären, Herrn Wilson für die von uns als wünschenswert betrachtete Unterhaltung »between gentlemen« zu gewinnen. Je nach der Auskunft, die er uns geben würde, könnten wir dann überlegen, was für weitere Schritte infrage kommen könnten.

Ich las sodann Herrn Sulzer den Wortlaut der Notiz[4] vor, die den wesentlichen Inhalt meiner in unserer ersten Unterredung ihm gemachten Mitteilungen wiedergebe und von der ich ihm sagen könne, daß sie die authentische Auffassung der Kaiserlichen Regierung darstelle. Ich betonte dabei ausdrücklich, daß es nur eine von mir entworfene Notiz sei, die ihm persönlich als aide mémoire dienen könne, und nicht etwa eine offizielle Mitteilung für die Amerikaner. Was insbesondere den Punkt 1 anbetreffe, so gingen wir dabei von der Voraussetzung aus, daß seine Auffassung über den Unterschied zwischen »must« und »should« tatsächlich auch heute noch zutreffe. Herr Sulzer erwiderte, daß er keinen Zweifel darüber habe. Diese Ansicht sei ihm bei gutunterrichteten Stellen wiederholt begegnet, und die ausdrückliche Bemerkung Herrn Wilsons, daß er durchaus nicht auf dem Standpunkt stände, daß seine Grundsätze und Punkte die besten und dauerhaftesten seien, sondern nur eine provisorische Skizze darstellten, beweise die Richtigkeit seiner Auffassung, daß Wilson diese Bedingungen als Grundlage für eine Diskussion betrachte.

Auf Herrn Sulzer machte der Inhalt der Notiz einen durchaus günstigen Eindruck. Er sagte, sie sei von großer Bedeutung und fragte, ob es denn nicht möglich sei, damit öffentlich hervorzutreten. Er sei sicher, daß sie bei Herrn Wilson ihre Wirkung nicht verfehlen würde. Ich meinte, mit einer solchen unvorbereiteten Veröffentlichung würden wir wieder denselben taktischen Fehler machen wie schon so häufig. Unsere Erklärungen würden von den verschiedenen Ententeregierungen

3 Friedensnote Österreich-Ungarns v. 14. September 1918. Schulthess 59, NF 34 (1918/II), S. 53–59 mit den ablehnenden Antworten. Eine gemeinsame Replik der Entente unterblieb wohl wegen deren Uneinigkeit. Pressechef Deutelmoser wies am 23. September 1918 an, Clemenceaus Senatsrede vom 17. September, die eine »Verständigung zwischen dem Verbrechen und dem Recht« ausschloss, in Flugblättern zu verbreiten. (BArch, R 703/73, S. 87, 89). Vgl. die Besprechung der Mehrheitsparteien beim Reichskanzler [15. September 1918]. Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 341.

4 Siehe oben Nr. 458.

in der bekannten Weise zerrissen werden, und das ganze Ergebnis werde nur eine weitere Schwächung unserer Position sein. Wenn wir es noch mit Herrn Wilson allein zu tun hätten, würde vielleicht der von ihm empfohlene Weg gangbar sein. Aber er wüßte ja doch, in welcher Weise die anderen Ententemitglieder bisher mit allen deutschen Erklärungen umgegangen seien.

Herr Sulzer meinte, wir sollten uns doch nicht so sehr um die Haltung der englischen und französischen Regierung kümmern. Herr Wilson gehe auch seinen eigenen Weg und würde sich durch die Haltung seiner Verbündeten nicht davon abbringen lassen. Der Kern der Schwierigkeiten auf Wilsons Seite bestehe in seinem außerordentlichen und – wie er wohl bemerken dürfe – vielleicht nicht ganz unberechtigten Mißtrauen gegenüber Erklärungen der amtlichen Stellen der Zentralmächte. Herr Wilson habe nun einmal das Gefühl, daß er sich nicht darauf verlassen könne, ob die amtlichen deutschen Stellen auch in der Lage wären, das, was sie zusagten, aufrecht zu erhalten und durchzuführen. Dadurch erkläre sich die Abneigung Wilsons gegen geheime Verhandlungen und sein Verlangen, daß sich die Zentralmächte durch öffentliche Erklärungen festlegten. Aus diesem Grunde habe er auch von vornherein die Ablehnung des jüngsten österreichischen Vorschlages vorausgesehen, umsomehr als darin positive Vorschläge vollständig fehlten. Wenn wir indes der Meinung seien, daß aus dem von mir angegebenen Grunde der Zeitpunkt für eine solche öffentliche Erklärung, wie sie in der Notiz enthalten, noch nicht gekommen sei, so sei er gern bereit, sich unter Verwertung meiner Mitteilungen persönlich ein Urteil darüber zu bilden, was Wilson als Vorbedingung für den Eintritt in eine Verhandlung mit uns betrachte und wolle uns dann seine Meinung darüber rückhaltlos durch Vermittlung des Bundespräsidenten mitteilen. Natürlich müsse er nochmals mit dem Bundespräsidenten darüber sprechen, er glaube aber, dort keinen Widerstand zu finden und hege die Hoffnung, daß seine Sondierung nicht ohne Nutzen sein werde.

Zu den verschiedenen Punkten bemerkte er noch, es erschiene ihm mit Rücksicht auf die Stimmung des Präsidenten außerordentlich erwünscht, daß im Osten nicht neue faits accomplis, z. B. durch Einsetzung von Königen, geschaffen würden. Ich erzählte ihm darauf als Beispiel vertraulich, wie ich mir von einem maßgebenden Mitgliede der litauischen Taryba den Vorgang der Königswahl[5] habe beschreiben lassen, die bekanntlich nicht in Uebereinstimmung mit uns erfolgt sei. Der Litauer habe mir erzählt, daß die litauische Volksvertretung einstimmig zu der Ansicht gelangt sei, daß mit größter Beschleunigung in Litauen eine festbegründete nationale Regierungsgewalt geschaffen werden müsse, weil sonst Litauen rettungslos dem Einfluß des russischen Bolschewismus verfallen würde. Diese Ansicht teilten sogar die Sozialisten in Litauen, obschon sie sich natürlich grundsätzlich der Oeffentlichkeit gegenüber mit der Errichtung einer Monarchie nicht einverstanden erklären könnten. Aus diesem Grunde habe die Taryba sich genötigt gesehen, ohne Rücksicht

5 Siehe oben Nr. 391.

auf die Meinung Deutschlands zur Köngswahl zu schreiten. Er, Herr Sulzer, werde mir zugeben, daß diese Darstellung wohl ganz anders aussehe, als die von der Entente verbreitete Version, wonach wir die Litauer zur Errichtung einer Monarchie genötigt hätten.

Zum Punkte Belgien fragte Herr Sulzer, ob ich ihm etwas über die Entschädigungsfrage sagen könne. Ich erwiderte, daß ich hierüber keine offizielle Mitteilung erhalten habe, mir aber die Fassung – besonders des Schlusses von Punkt 3 – eine Diskussion über diese Frage nicht auszuschließen scheine.

Bezüglich Elsaß-Lothringens stellte er keine Frage.

Auf meine Frage, ob er Herrn Garret[6] kenne, verneinte er dies: er wisse von ihm nichts. Ich glaubte, unter diesen Umständen auch davon Abstand nehmen zu sollen, ihn um seine Vermittelung für eine Aussprache zwischen Garret und Graf Montgelas zu bitten. Ich beabsichtige jedoch, Herrn Haab[7], der Herrn Sulzer näher steht, zu fragen, ob er einen derartigen Schritt für aussichtsreich halte und eventuell ihn zu vermitteln geneigt sei.

Ich glaube, daß durch die mit Herrn Sulzer getroffene Verabredung ein Mißbrauch mit der Notiz so gut wie ausgeschlossen erscheint.

Romberg

6 J. W. Garrett.

7 Gemeint sehr wahrscheinlich Robert Haab (1865–1939), geb. in Wädenswil, 1894–1902, 1906–1908 im Zürcher Kantonsrat, 1908–1912 Ämter im Regierungsrat, 1911 Generaldirektor der Schweizerischen Bundesbahnen, 1915 und 1916 Übernahme wirtschaftlicher Sonderaufträge in Deutschland, Ende 1916–1917 Schweizer Gesandter in Berlin, 1917–1929 im Bundesrat, Leiter des Post- und Eisenbahndepartements, 1922 und 1929 Bundespräsident, 1933 Dr. oec. publ. h.c., 1934 Präsident der Schweizer Volksbank, Oberstleutnant. Peter Ziegler, Haab, Robert, in: Historisches Lexikon der Schweiz (29.11.2018).

489

Karl von Hertling an Anna von Hertling
Berlin, 27. September 1918

(masch. Or.; BArch, NlH, Nr. 27, f. 55–56)

Liebste Mammina!

Er sucht nochmals die andauernden Befürchtungen seiner Mutter zu zerstreuen, dass Agnes durch ihre vertraglich abgesicherte Aufnahme ins Kloster Untermarchtal ihre Freiheit verlieren und doch keine Sicherheit gewinnen würde. Man habe Agnes in der inzwischen allgemein ungewissen Lage eine gesicherte zukünftige Existenz verschaffen wollen.

Die Lage hier ist momentan durch die bulgarische Deroute sehr beeinflusst; Gottlob dass wir heute bessere Nachrichten haben, die Ankunft von Deutschen und Östreichischen Verstärkungen beginnt bereits beruhigend zu wirken.[1] Der Hauptausschuss tagt unentwegt weiter und redet und pappelt immer zu, sodass niemand mehr zu einer vernünftigen Arbeit kommt. Die Haltung des Zentrums schien nach der nicht sehr geschickten Rede Gröbers unklar[2] und trug daher dazu bei, die Situation noch eher zu verwirren; doch soll am Montag Trimborn reden und dem Kanzler ein ausgesprochenes Vertrauensvotum aussprechen, wodurch die Lage wesentlich klarer würde.

---

1 Vgl. Hintzes teils widersprüchliche Angaben vor dem Hauptausschuss (Parteivertretern) am 27. September, dass Bulgarien der Entente die Aufnahme von Friedensverhandlungen vorgeschlagen habe, weite Kreise des Volkes von einem Sonderwaffenstillstand nichts wissen wollten, die Lage aber doch ernst sei, deutsche und k.u.k. Truppen die Front stabilisieren würden, man müsse Zeit gewinnen. Erzberger widersprach, er habe Nachrichten von einer Regierungsneubildung in Österreich, motiviert damit, dass Österreich dem Abfall Bulgariens und der Türkei folgen müsse. BArch, Nl Erzberger, Nr. 21, S. 125 f; Hintze, S. 637 f.; vgl. Schulthess 59, NF 34 (1918/I), S. 311.

2 Gröber verlangte in seiner Rede am 25. September im Hauptausschuss, den »Zwiespalt in der Auffassung der Reichsleitung und gewisser hoher militärischer Stellen« zu beseitigen, besonders bezüglich der Maßnahmen in den besetzten Gebieten. Unter Beifall führte er aus, dass die Politik, über die sich der Reichskanzler mit dem Reichstag verständigt habe, »gegen alle widerstrebenden Elemente«, auch mit Hilfe »außerordentlicher Mittel«, durchzusetzen sei. Er wandte sich erneut gegen die Militärverwaltung der baltischen »Randvölker« und die Zensurmaßnahmen. Die »Ehrenhaftigkeit des Reichskanzlers« stand für ihn außer Zweifel. (Der Hauptausschuß, Bd. 4, S. 2306 f.). Siehe zur Deutung der Rede oben Nr. 487 und die Aufzeichnung Friedrich v. Galens v. 10. Oktober 1918: »Hertling selbst sagte mir nachmittags lachend, er kenne seinen alten Freund Gröber und wisse, wie es gemeint sei, aber schön habe es nicht gelautet. Das Schlimmste aber sei, daß betr[effend] der gerügten Mißstände Gröber und auch Scheidemann Recht hätten. Diese Erkenntnis, daß man mit Recht klagte, veranlaßte am anderen Tage den Kanzler, diese Mißstände zuzugeben und Abhilfe zu versprechen. Das war wieder vornehm, aber in diesem Augenblick taktisch nicht klug, denn auch dieses wurde ihm wieder als Schwäche ausgelegt«. (IfA 1917/18, 2. Teil, S. 789–796, 793 f.). Lerchenfeld (an Dandl, 25. September 1918) vermutete hinter den »scharfen Tönen« Gröbers die taktische Absicht, »den linken Flügel der Partei zu befriedigen und [...] nicht zu sehr von den Sozialdemokraten abzurücken«. IfA 1917/18, 2. Teil, S. 703 Anm. 9.

Die Menschen sind eben alle den Krieg herzlich satt, was man ihnen auch nicht verdenken kann, man muss hoffen, dass es nicht mehr zu lange dauert. Trotzdem sollten sich alle Menschen ein Beispiel nehmen an unserem Kanzler, der die Nerven eben nicht verliert sondern ruhig bleibt wie immer. Gottlob geht es ihm auch gesundheitlich sehr gut. […]

Viele herzliche Grüsse von uns beiden, Dein gehorsamer Sohn
Karl.

490

Gehorsame Anzeige von Wilhelm von Radowitz
Berlin, 27. September 1918

zu Rk 19394 K.J. (eigh. Konz.; BArch, R 43/2436, f. 229)

Graf Larisch[1] überbrachte heute das anliegende Promemoria[2] das er im Auftrage seiner Regierung persönlich dem Herrn Reichskanzler mit der Bitte um wohlwollende Berücksichtigung übergeben sollte. Die oesterr[eichisch] ung[arische] Regierung bittet der Herr RK möchte sich für eine für die Monarchie günstige Lösung der Kohlenfrage einsetzen, um die in der Denkschrift aufgezählten üblen Aussichten zu vermeiden. Es ist das alte Lied von dem bevorstehenden Zusammenbruch der Monarchie etc.

Die Denkschrift liegt dem A.A. schon vor. Sie dürfte von hier aus wohl dem Kohlenkommissar[3] zur Äußerung zuzuleiten sein.[4]

Einverstanden.

H[ertling] 27/9 WR[adowi]tz 27/9

---

1 Heinrich Graf Larisch von Moennich (1850–1918), geb. in Ebelsberg (Oberösterreich), Fideikommissherr auf Karwin, Industrieller (Bergbau, Sodafabriken, Raffinerie- und Elektrizitätswerke), 1884 Mitglied des Herrenhauses im österreichischen Reichsrat und des schlesischen Landtags (des österreichischen Herzogtums Ober- und Niederschlesien), 1886 Landeshauptmann von Schlesien, 1890 Präsident des Vereins der Montan-, Eisen- und Maschinenindustriellen in Österreich, 1897 des Zentralvereins der Bergwerksbesitzer Österreichs. Udo B. Wiesinger, Larisch von Moennich, Heinrich Graf, in: NDB 13 (1982), S. 637 f.

2 Ungez. Notiz unter Briefkopf K.u.K. Oesterreichisch-Ungarische Botschaft, No. K 31252, Berlin 26. September 1918: Klage über den gänzlichen Mangel an Kohlevorräten für den Winter und über die »ungenügende Deckung des Betriebsbedarfes unserer Bahnen«, der Kriegs- und der übrigen Industrie, über den Rückgang der Kohleförderung durch Mangel an Arbeitskräften. Der Kohlemangel stelle die »Möglichkeit des Durchhaltens über den Winter für Oesterreich-Ungarn in Frage« und führe womöglich zur inneren proletarischen Revolution. (BArch, R 43/2436, f. 226–227). Die Notiz nahm Bezug auf das Ergebnis der am 3.–4. September im Ministerium des Äußern in Wien geführten Verhandlungen über die Verlängerung des Kohle- und Mineralölabkommens vom 26. April 1918. Die österreichische Seite fand die deutsche Zusage, das Monatskontingent von Steinkohle und Koks aus den Revieren Ober- und Niederschlesiens, Ruhr, Saar und Aachen von 816 000 Tonnen um 50 000 zu erhöhen, »unzureichend«. Nach vier Wochen sollten Verhandlungen über ein neues Abkommen aufgenommen werden, während das bestehende einschließlich der Lieferungen von Mineralölerzeugnissen bis 31. Oktober 1918 verlängert wurde. Ebd., f. 228.

3 Ernst Stutz (1868–1940), geb. in Marten bei Dortmund, 1893 Bergreferendar, 1905 Berginspektor, 1917 Oberbergrat und Geheimer Bergrat, Vorstand der Kriegskohlengesellschaft AG Berlin, 1917 Reichskommissar für die Kohlenverteilung, 1919 Vorsitzender des Reichskohlenverbands.

4 Nach Mitteilung des Staatssekretärs im Reichswirtschaftsamt, Hans Karl v. Stein, an Hertling v. 5. September 1918 waren im Mai–Juni 1918 eine etwa gleichbleibende Höhe der Steinkohleförderung gegenüber der Monatsförderung des Vorjahrs und ein höherer Stand der Braunkohleförderung gegenüber den vorjährigen Monatsleistungen zu verzeichnen, zurückzuführen vor allem auf den Einsatz von 57 000 Kriegsgefangenen von Ende März bis Anfang Juli 1918 zur Behebung des grippebedingten Ausfalls einheimischer Arbeiter. BArch, R 43/2436, f. 157–158.

491

Oscar von der Lancken an Auswärtiges Amt
Brüssel, 28. September 1918

Nr. 192 vom 28/9. (Telegramm., entziffert[1]; PAAA, R 20509, S. 189–191; R 21570, S. 262–264)

Villalobar, von mehrtägigem Aufenthalt im Haag zurückkommend, hatte dort wiederholt Besprechungen mit Ententevertretern, namentlich Mitgliedern der englischen Gesandtschaft. Er hat daraus Überzeugung gewonnen, daß die Engländer nachgiebig werden (flechissent[2]). Sie wollten bald Schluß machen. Verzögerung ihrer Antwortnote an Burian folgt aus Uneinigkeit mit Wilson und Clemenceau. Erste Absicht war zweifellos Entgegenkommen durchblicken zu lassen (tendre une perche[3]). Nach den neuesten militärischen Ereignissen auch aus Rücksicht auf ihre Bundesgenossen dürften sie uns den Korb freilich höher hängen. Villalobar meint: Flirtez avec les anglais; cela va mener à quelque chose.[4] Dabei müßten wir uns vor allem stark zeigen.[5]

Auf anderem und davon durchaus unabhängigem Wege erhalte ich durch meine Vertrauensperson vollkommene Bestätigung des Vorstehenden. Ihr Mittelsmann in London fragte dringend an, ob sein früherer Auftrag uns die Formulierung bestimmten Friedensantrags nahezulegen, ausgeführt sei. Nunmehr müßten wir freilich weit mehr Entgegenkommen an englischen Standpunkt beweisen. Graf Törrings Schritt habe sehr ungünstig gewirkt, weil er an belgische Regierung allein und nicht zugleich auch an Verbandsmächte gerichtet war. Meine Mittelsperson hat von sich aus vorläufig nach London geantwortet….x)[6] Tür halb offen lassen, nicht zuschlagen.

Aus ihren anderen Mitteilungen ist zu erwähnen, daß man auch in Paris um Kriegswinter herumkommen möchte. Clemenceaus Grobheit gegen Grafen Burian hat die politischen Kreise sehr verstimmt. Briand wartet auf seine Stunde. Solange die militärischen Erfolge andauern, ist allerdings nichts gegen ersteren zu machen. Lloyd

---

1 AS 4859, pr. 29. September 1918, 29/9 als Tel. in Ziffern an Lersner.

2 Sie beugen (biegen) sich.

3 Aus der Klemme kommen.

4 Flirtet mit den Engländern, das wird zu etwas führen.

5 Vgl. den Brief Rosens an Hertling, Den Haag 27. September 1918 (pr. 30. September pm). Villalobar habe ihm zunächst von einer überwältigenden »Triumphstimmung« bei den Ententegesandtschaften im Haag berichtet, sich aber bei seinem Abschiedsbesuch »mit sehr viel Nachdruck« korrigiert. Nach seinen Gesprächen mit »maßgeblichen englischen Persönlichkeiten«, auch mit dem Sekretär der englischen Botschaft, habe er »den Eindruck gewonnen, daß die Verstimmung und das Mißtrauen gegen Amerika hier so stark wären, daß er den Boden für eine Annäherung zwischen Deutschland und England für nicht ungünstig ansehen müsse. Jedenfalls glaubte er, daß, wenn eine Annäherung überhaupt möglich wäre, der Hebel bei England eingesetzt werden müsse. Ich habe mich seinen Eröffnungen gegenüber lediglich zuhörend verhalten«. PAAA, R 20509, S. 203 f.

6 »x) Gruppe verstümmelt«.

George hat Angst vor den Wahlen. Er weiß heute noch nicht, ob er Kaki-Programm aufstellen soll oder Friedenswahlen machen, um Asquith zuvorzukommen. Ein Friedensvorschlag unsererseits könnte seine Entschlüsse bestimmen. Je nach Art dieses Vorschlages wäre es England möglich, Druck auf Amerika und Frankreich auszuüben. Nach Auffassung meiner Vertrauensperson sollten wir zunächst abwarten, ob und welche englische Antwort erfolgt und wie militär-politische Lage sich weiter gestaltet. Unsere etwaigen Vorschläge wären dann wie sie meint – vielleicht durch spanischen Gesandten im Haag an dortigen englischen und wohl auch gleichzeitig amerikanischen Vertreter zu leiten.

Aus beiden Informationsquellen erfahre ich endlich noch, daß England allen Vorgängen im besetzten Belgien gerade jetzt größte Beachtung schenkt, wo nach Payers Rede wir Belgien auch innerpolitisch freigeben wollen. Jeder deutsche Gewaltakt und alles was nach versteckter Annexion aussieht, würde englischen Kriegstreibern leicht machen, durch Hinweis auf bekannte deutsche Doppelzüngigkeit die aufkeimenden Friedensbestrebungen zu ersticken.

Lancken.

492

Theobald von Bethmann Hollweg an Karl Georg von Treutler
Hohenfinow, 29. September 1918

(Druck: Janßen, Treutler, S. 253–254[1])

Lieber Herr von Treutler!

Herzlichen Dank für Ihren freundlichen Brief vom 25.[2] Sein ernster Eindruck wird verhundertfacht durch die Ereignisse der allerletzten Tage. Und wenn ich glauben könnte, durch Befolgung Ihres Rates helfen zu können, täte ich es sofort. Gerade weil der Rat von Ihnen kommt, beeindruckt er mich so schwer. Aber so viel ich die Sache auch hin und her wende, ich komme zu keinem positiven Ergebnis. Darin muß ich Ihnen leider vollauf zustimmen: eine Information über die wirkliche Lage der Dinge tut bitter not. Nicht nur an der obersten Stelle sondern bei der Gesamtheit der beratenden Umgebung. Weil dies aber so ist, kann Informator nur sein, wer bereit ist, das von ihm zu entwickelnde Programm auch selbst durchzuführen, wenn dieses von der obersten Stelle im Gegensatz zu den aktuellen Machthabern adoptiert werden sollte. Kritik ohne Bereitschaft und Fähigkeit zur Tat würde die Situation nur verschlimmern. Deshalb bin ich ungeeignet, ganz abgesehen davon, daß ein persönlicher Einbruch in die Zwingburg schon aus äußerlichen Gründen unausführbar wäre. Ein geeigneter Mann könnte nur im Benehmen mit der Reichstagsmajorität ermittelt werden, denn nur eine aufrichtig mit dieser geführte Politik kann retten, was noch zu retten ist. Der müßte dann der obersten Stelle von Hertling präsentiert, dieser dazu, wenn erforderlich, von den Parteiführern gezwungen werden. Einem anderweitigen Rat oder Druck wird der Kanzler in seiner, wie mir scheint, immer mehr befestigten reaktionären Stimmung nicht folgen. Höchstens könnte vielleicht der Vorsitzende des Bundesratsausschusses mit Erfolg auf ihn einreden.[3] Aber dem

1 Zugrunde liegt eine masch. Kopie aus dem 1945 in Schlesien verloren gegangenen Nachlass Treutlers.

2 Treutler bat Bethmann, den er vor kurzem in Hohenfinow besucht hatte, in einer »offenen Aussprache« den Kaiser und den Kanzler über die bevorstehende Katastrophe, auf die man mit zunehmender Geschwindigkeit zusteuere, rückhaltlos aufzuklären. Vor allem gelte es, mit dem »gefährlichen Irrtum« aufzuräumen, »daß im Kriege die politische Leitung hinter der militärischen zurückzutreten hat. Bedenken und Rücksichten zahlloser Art knebeln die Ausführung des allein Vernünftigen. Die Folge davon ist die immer gefährlichere Verschleierung der Wahrheit«. Nur die Wendung zu einer wahrhaftigen Politik könne »einen Frieden anbahnen, der freilich im Vergleich mit den wahnwitzigen Hoffnungen der Unentwegten schmerzlich sein würde, der aber unter Berücksichtigung des Stärkeverhältnisses beider Parteien von einem starken Volke ehrenvoll ertragen werden könnte«. Janßen, Treutler, S. 251 f.

3 Der bayerische Ministerpräsident Dandl.

Parlamentarier, der er bei alledem geblieben ist, wird nur ein parlamentarisches Votum, an dem auch seine Fraktion[4] beteiligt ist, imponieren. Betreiben kann die Sache – das ergibt sich von selbst – nur jemand, der mit dem Reichstag in persönlicher Fühlung steht, und der seiner Majorität nicht suspekt ist.- Nach dem, was ich auf Umwegen hörte, scheint dieser Weg beschritten werden zu sollen, das heißt ich hoffe, er wird schon heute angebahnt. So stimmen wir in der Sache vollkommen überein und differieren nur in den Modalitäten.

Damit lassen Sie mich, lieber Herr von Treutler, diese ganz vertraulichen Zeilen schließen. Ich schreibe sie in schwerster Bedrängnis und in der quälenden Sorge um unser Land, die uns diese Schicksalsjahre hindurch so eng verbunden hat.

In alter Freundschaft
stets der Ihre
gez. Bethmann Hollweg

4 Die Reichstagsfraktion des Zentrums mit ihren Spitzen Gröber, Erzberger, Trimborn und Fehrenbach.

493

Karl von Eisendecher an Georg von Hertling
Karlsruhe, 29. September 1918

Königlich Preußische Gesandtschaft, Nr. 83.[1] (masch. Or.; PAAA, R 1387, S. 208–209)

Leider sind die politisch verblendeten Parteifanatiker und Kanzlerstürzler auch hier am Werke. Euerer Exzellenz darf ich einen Leitartikel des sozialdemokratischen »Volksfreund« gehorsamst vorlegen, der unter der Überschrift »Ein unmöglicher Kanzler« ungerechteste Kritik übt.[2]

Es ist tief bedauerlich, wie gewisse Parteien in ultrademokratischen Reformen das Heil der Zukunft sehen und darüber fast vergessen, daß an der Front der allerschwerste Kampf tobt. Wie können Leute von halbwegs politischem Verstand wähnen, daß solche Umordnung einschneidendster Art unsere Lage und Aussichten bessern soll? Wie können sie eine Krise zu provozieren suchen, die, den Feinden hochwillkommen, nur deren Hoffnung auf unsere innere Zerrissenheit stärken müßte. Wir sehen ja im Osten deutlich genug, wohin die ersehnte Radikalisierung schließlich führen kann und andererseits kämpfen unsere westlichen Feinde einheitlich und leider recht erfolgreich unter der absoluten Gewaltherrschaft von Diktatoren, ohne das geringste Überbleibsel ihrer einst viel gepriesenen Demokratie. In anerkennenswertem Nationalgefühl und Opfermut ertragen ihre Völker den Zwang,[3] weil sie, patriotischer und politisch klüger als wir, einsehen, daß ein straffes

1 Der Brief war gerichtet an den preußischen »Minister der auswärtigen Angelegenheiten« (Hertling) und ging am 1. Oktober p.m. ein; Sichtvermerke Stumms u. Bussches, am 2. Oktober z.d.A.

2 Beiliegend der Artikel aus dem Volksfreund (Karlsruhe), Nr. 227 v. 28. September 1918. Darin war dem Reichskanzler vorgeworfen, »das alte Spiel des bloßen Zusagens und Herumbalanzierens« fortzusetzen. Hertling müsse die Wahlrechtsvorlage in Preußen »schleunigst erzwingen« und bei Ablehnung »das preußische Junkerparlament auflösen«. Stresemann, der als ministrabel erscheine, sei ein Wendehals. Wenn Hertling die Aufnahme eines Sozialdemokraten in sein »Kabinett« als »Gegengewicht gegen die konservative Denkrichtung« geplant habe, so hege er doch keinen echten Willen zu »politischen Reformen an Haupt und Gliedern« und müsse auf neben oder über ihm stehende »Personen und Stände« Rücksicht nehmen. Er habe gewusst, »daß ein Sozialdemokrat sich nicht mir nichts dir nichts oder auf Wunsch hoher und höchster Herren in ein Ministeramt schicken läßt« und folglich mit Ablehnung gerechnet, sodass er eine »große Geste« getan habe, nach der die »rechten Parteien« der SPD »Herrschaftswahn« oder gar »Vaterlandsverkauf« vorwerfen würden.

3 Vgl. das Urteil des Marschalls Ferdinand Foch, der in der deutschen Armee wie im Volk 1918 »kein ideales Streben, keine moralische Kraft« mehr sah, sondern nur »Zwangspolitik« und den »groben Materialismus« einer überzüchteten Kriegstechnik. Dagegen seien die Verbündeten in dem Glauben geeint gewesen, »für eine gerechte, eine heilige Sache« zu kämpfen. »Das innere Feuer, der Patriotismus, die Begeisterung, das Vertrauen auf den Sieg sind auch 1918 vorhanden, nur sind sie nicht bei den Deutschen, sondern bei den Verbündeten. Franzosen, Engländer, Amerikaner, Belgier, sie alle treffen die Deutschen mit immer neuen wütenden Schlägen«. Foch, Erinnerungen, S. 78–80.

autokratisches Regiment für den Krieg doch sehr zweckdienlich sein kann und daß demokratische Wünsche einstweilen zurücktreten müssen. Unsere »Genossen« und ihr Anhang in der Volkspartei[4] sollten sich daran ein Beispiel nehmen, zumal die Kriegslage im Westen und die Vorgänge in Bulgarien mehr als je ein festes einiges Zusammenstehen von Regierung und Volksvertretern dringend erfordern.

Euere Exzellenz haben hier zahlreiche treue Verehrer und warme Verteidiger, kein nicht einseitig parteibefangener Badener kann eine wirkliche Krise wünschen. Das Regierungsorgan[5] bringt in diesem Sinne nützliche Mahnungen, auch nationalliberale und Zentrumsblätter bewahren im ganzen eine verständige Haltung.

vEisendecher.

4 Gemeint die FVP, die 1905 im Großherzogtum Baden mit der SPD und den Nationalliberalen den Großblock eingegangen war, um das Zentrum von der Regierung fernzuhalten.

5 Der Staats-Anzeiger für das Großherzogtum Baden erschien seit 1910 als Teil der Karlsruher Zeitung.

494

Aus den Lebenserinnerungen Friedrich Wilhelm von Limburg-Stirums
o.O., 1945

(masch. Or.; BArch, ZSG 158/47, Limburg-Stirum, S. 64, 68–72)

[…] Hertling hatte mir als Aufgabe bezeichnet, Reibungen, die in Fragen der inneren Politik entstanden waren oder entstehen konnten, abzuschwächen oder möglichst zu verhindern. Ohne verfassungsmäßig dazu berechtigt zu sein, nahmen die Fragen der inneren Politik bei den beiden Heerführern eine wichtige Stelle ein. Für sie war die Beurteilung der Stimmung im Heer von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Wenn entscheidende Veränderungen in der Verfassung vorgenommen wurden, ohne die 8 Millionen Soldaten zu fragen, so konnte, ja mußte diese Stimmung leiden. Ferner hatten innere Unruhen, vor allem Streiks, großen Einfluß auf die Rüstungsproduktion, das sogenannte Hindenburgprogramm[1].

Es ist ihm gelungen, die unter Bethmann Hollweg herrschende, unerhörte Schärfe des Schriftverkehrs zwischen der Obersten Heeresleitung und dem Reichskanzler[2] zu mildern, wenn nicht zu beseitigen. Darum spendeten ihm Ludendorffs Memoiren als einem von Wenigen Lob. Ein Erlass Hertlings hat ihm den bevorzugten Empfang bei sämtlichen Ministern und bei der Heeresleitung eröffnet. So reiste er einmal pro Woche im Schlafwagen nach Berlin, um dort Aufträge und Beschwerden vorzubringen. Auch hat er zweimal die Woche am Tisch des Feldmarschalls in dessen engster Umgebung gespeist; sein Majorsrang als Landrat a.D. hat ihm einen Platz in der Nähe Hindenburgs gesichert. Wer ihn, Limburg-Stirum, sprechen wollte, setzte sich bei Tisch neben ihn oder verabredete sich mit ihm auf nach 9 Uhr abends, wenn alle auf ihren Zimmern sein mussten. Unabdingbar war für ihn, gute Beziehungen zu den sehr gewissenhaft arbeitenden Generalstäblern aufzubauen, besonders zu jenen, denen Ludendorff Vertrauen geschenkt hatte, so zu dem genial klugen, doch intriganten Abteilungschef[3] Major Bauer, den er bei einem vertrauten Telefongespräch mit dem

1 Das Ende August 1916 vom neuen Generalstabschef eingebrachte Hindenburgprogramm sah eine drastische Erhöhung der Rüstungsproduktion, Mobilisierung der Arbeitskräfte und der ganzen Gesellschaft für Kriegszwecke vor (»Kriegssozialismus«). Es wurde im Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst v. 5. Dezember 1916 nur teilweise realisiert.

2 Vgl. Th. v. Bethmann Hollweg, Betrachtungen, S. 127–131.

3 Seit Kriegsbeginn gliederte sich die OHL in drei Generalstabsabteilungen: die Zentralabteilung (Personalien und Verwaltungsangelegenheiten), die Operationsabteilung (seit Mitte Juli 1915 O I: Operationen, O II: schwere Artillerie, Festungen, Muntionsversorgung und Kriegswirtschaft mit Oberst Bauer) und die Nachrichtenabteilung. Die (Militär-)Politische Abteilung unter Paul v. Bartenwerffer beobachtete die auswärtige Militärpolitik, war für die Orientierung der Militärattachés zuständig und stand in Verbindung mit dem AA und dem Reichskanzler. Epkenhans, Nicolai, S. 21–23.

Abgeordneten Stresemann ertappte, und zu Major von dem Bussche[4]*, zuständig für die Ersatzfragen, der als persönlicher Adjutant Ludendorffs vollstes Vertrauen genoss.*

Bei der oben geschilderten Zusammenarbeit kam die große Frühjahrsoffensive 1918 heran. Ich durfte in einem versiegelten Kuvert, nachdem ich mein Ehrenwort gegeben, dasselbe nicht vor 12.00 des ersten Tages der Offensive zu öffnen, dem Reichskanzler die den Umfang des Angriffs darlegende Mitteilung überbringen (La Fère bis La Bassée). Während zu Haus' noch die Siegesmeldungen die Blätter füllten, mehrten sich nach 10 Tagen die besorgten Gesichter der Generalstäbler. Der volle Erfolg war nicht da, die Spaltung der Feinde bei Amiens in 2 Gruppen war mißlungen, die vordersten Truppen lagen im Schlamm und Dreck in nicht ausgebauten Stellungen. Alle neuen Offensiven im Mai hatten ihre Anfangserfolge, brachten aber nichts Durchschlagendes. Wie er mir selber später 2 mal sagte, hat Ludendorff schon Anfang August 1918 dem Reichskanzler bei seiner Anwesenheit in Spa persönlich gesagt, auf einen Vollsieg sei nicht mehr zu rechnen, es müsse Frieden geschlossen werden. Seine Umgebung und auch ich wußten hiervon nichts, aber meine Freunde, vor allem Bussche, sahen ja auch die Lage und veranlaßten mich, Ende August oder Anfang September in Berlin auf den Ernst der Lage hinzuweisen. Hertling, der elend war, schickte mich ins Auswärtige Amt, und ich sagte das, was ich zu sagen hatte, dem Ministerialdirektor von Stumm. Es war nicht leicht, allen mich mit Fragen bestürmenden Freunden in Berlin ein hoffnungsvolles Gesicht zu zeigen, während innerlich die Hoffnung auf einen guten Ausgang geschwunden war.

Allmählich wurden die Generalstäbler, vor allem Bussche und Bauer immer dringender. In stundenlangen Gesprächen drängten sie auf Tätigkeit des Auswärtigen Amtes, aber dieses erwog, ob der König von Spanien, die Königin von Holland oder der Pabst [!] um eine Vermittlerrolle gebeten werden sollten, und es geschah nichts. In diesen Tagen, es war wohl Ende August, wurde Ludendorff von einem Unfall betroffen. Bei der Rückfahrt von einer Armeebesichtigung fuhr der Fahrer zu schnell über die Gleise einer Station, Ludendorff flog gegen die Decke des Autos, zog sich eine Kopfverletzung zu, blieb mehrere Minuten bewußtlos, während sein Begleiter Bauer die Nase brach. Seitdem war er wochenlang nicht der Alte. Dazu kam eine schwere Grippe. Der Leibarzt von Hindenburg sagte uns, daß Ludendorff Abend für Abend 39–40° Fieber habe. Da saß er nun hustend mit hochrotem Kopf bei Tisch, nahm sich zusammen, aber seine Mitarbeiter merkten, daß er nicht im vollen Besitz seiner Kräfte war. Wenn aber jemand, der in solchem Getriebe wie der Generalstab eines 8-Millionenheeres ist, der Hauptentscheidende war, nun eine Weile ausfällt, dann wagt keiner, selbständige Entschlüsse zu fassen, die wichtigen Entscheidungen werden aufgeschoben und nur weitergewurstelt [!]. Dazu kam, daß auch in der

4 Erich Freiherr von dem Bussche-Ippenburg (1878–1957), aus westfälischem Adel, geb. in Naumburg (Saale), Laufbahn in der preußischen Armee, im Großen Generalstab, Abteilungschef in der OHL, 1917 Major, 1922 Oberstleutnant, 1927–1930 Chef des Wehramts, 1930–1933 des Heerespersonalamts, a.D. als General. Afflerbach, Kaiser Wilhelm II., S. 1012; Ehren-Rangliste, Bd. 1, S. 13, 114.

inneren und äußeren Politik, alles immer auf seine Entscheidung wartete. Er hatte mit seiner großen Energie immer Schwierigkeiten gemacht, die Leute waren mürbe geworden und überließen ihm die Verantwortung.

So war die Lage Mitte September, mehrfach versuchte ich in Berlin auf Wunsch der Abteilungschefs zu drängen, es sollten Friedensversuche unternommen werden, aber wie gesagt, es geschah nichts. Als es Ludendorff besser ging, und er anfing die alte Energie zu zeigen, war seine Stellung unterhöhlt, denn er hatte viele Feinde, besonders im Auswärtigen Amt. Als er im Oktober energisch auf Frieden drängte, Hertling den Abschied nahm und der Prinz Max von Baden den Reichskanzlerposten erhielt, fiel es Letzterem leicht, (gedrängt von den Parteien, besonders den Sozialdemokraten und dem Zentrumsmann Erzberger) Ludendorff zu stürzen und den als Heerführer wie als Politiker unfähigen Gröner an seine Stelle zu setzen, und das Unheil nahm seinen Lauf.[5]

In diese Zeit (bei dem Mangel an Büchern nach dem Verlust meiner Bibliothek kann ich das genaue Datum jetzt 1945 nicht angeben), fiel ein Freundschaftsbeweis von Bussche.[6] Ludendorff hatte darauf gedrängt, daß über die Lage dem Kaiser gemeinsamer Vortrag gehalten werde, Staatssekretär im Auswärtigen Amt Hintze wurde in Spa erwartet. Da beschloß ich nach mehrfachen Unterhaltungen mit Bussche, Bauer, Harbou[7] und anderen Abteilungschefs auf ihren Wunsch an meinen Gegenpart, General von Winterfeldt, und den Staatssekretär [!] in der Reichskanzlei Radowitz, zu telefonieren, ich hielte es für unbedingt nötig, daß auch der Reichskanzler, Graf Hertling, nach Spa käme, die Lage sei zu ernst. Hertling entschloß sich mit Graf Rödern zu kommen. *Als daraufhin Legationsrat Lersner, neben ihm Vertreter des AA in Spa, ihn bei Ludendorff beschuldigte, eine eigene Politik zu treiben, fuhr dieser ihn saugrob an, er sei nur Verbindungsoffizier und habe nicht selbständig zu handeln. Er erwiderte, er sei Vertreter des Reichskanzlers, müsse tun, was er für seine Pflicht halte, und seine Ablösung angeboten. Darauf nahm ihn Bussche, der ungewollt Zeuge des Gesprächs geworden war, bei Ludendorff energisch in Schutz, und dieser entschuldigte sich bei ihm offen vor den Herren seiner Tischgesellschaft.*

5 Anders urteilt Kurt v. Lersner. Nach Ludendorffs Abdankung am 30. Oktober hätten dessen Nachfolger Groener und Hindenburg dem Heer befohlen: »Langsam zurückgehen, ohne es zu einem Durchbruch kommen zu lassen«. Der Befehl sei befolgt, ein Durchbruch und ein Zurückfluten der Armee seien verhindert und der Heimat eine »schreckliche Katastrophe« erspart worden – ein »unvergessliches Verdienst« der beiden kühl und besonnen handelnden obersten Militärs. Lersner, Erinnerungen, S. 41 f. BArch, Nl Lersner, Nr. 20.

6 Erich von dem Bussche-Ippenburg.

7 Bodo von Harbou (1887–1943), geb. in Stollhamm bei Nordenham, 1914 Hauptmann, 1917–1919 Major im Generalstab, 1918 Mitglied der deutschen Friedenskommission, danach Geschäftsführer des Deutschen Stickstoffsyndikats (IG Farben), 1939 als Oberst reaktiviert, Stabschef im besetzten Belgien, Verbindung mit Widerstandskreisen, 1943 wegen Wehrkraftzersetzung verhaftet; 1918 »in Konnex« mit Limburg-Stirum, der ihn als »gescheiten, ruhigen« Mitarbeiter Bauers kennenlernte. Vgl. Limburg-Stirum, Lebenserinnerungen, S. 67 f. BArch, ZSG 158/47, Limburg-Stirum.

Hertling nahm während der oben erwähnten Konferenz im Hauptquartier den Abschied, nachdem er dem Kaiser gesagt, es gäbe nur 2 Wege: Diktatur oder Demokratisierung.[8] Der Kaiser wählte das Letztere. Prinz Max von Baden, der neue Reichskanzler, stürzte Ludendorff. Sein Staatssekretär Wahnschaffe sagte mir am Tag der Entlassung in Berlin, wenn Ludendorff geht, hat der Kaiser noch 50 % Hoffnung, den Tron [!] zu behalten. Die Vertreter des Auswärtigen Amtes in Spa bekamen Oberwasser, das Militär wurde ausgeschaltet, Wahnschaffe verkehrte direkt telefonisch mit Gröner, dem Nachfolger Ludendorffs, so war ich ausgeschaltet und meldete Hindenburg, ich beabsichtigte zurückzutreten. Der alte Herr bat mich, zu bleiben: »Ich habe zu Ihnen Vertrauen, an einen Neuen müßte ich mich erst gewöhnen, bleiben Sie!« Da entschloß ich mich zu bleiben, aber nützlich konnte ich nicht mehr sein. Meine Bemühungen, Gröner zu aktiverer Beteiligung zu bringen, scheiterten, da er das Versprechen gegeben hatte, sich nicht in Politik zu mischen. Ich stellte ihm und seiner Umgebung, vor allem dem neuen Chef der Operationsabteilung Heye[9], vor, daß mit einem Schritt links die Bewegung nicht zu Ende sei, daß bei Revolutionen immer die extremere Partei die gemäßigtere ablöse. In Berlin würden Unruhen kommen, es müßten die besten und sichersten Truppen hin. Es wurde mir zugesagt, die Gardekavallerie-Schützendivision hinzusenden, aber 2 mal wurde der Befehl zurückgenommen, weil sie in eine Lücke an der Front geworfen werden mußte. Die Novembertage kamen. Man hörte von Konferenzen, die ungeschickte Befragung der Frontführer, ob die Armee noch zum Kaiser stünde, fand statt. Die Frontführer, die Nacht durchgefahren, müde, von den Ereignissen überrascht, gaben meist zweifelhafte Antworten. Das Unglück schritt fort. Abends um 8.00 des betreffenden Tages (ich habe das genaue Datum nicht im Kopf), sagte Hindenburg uns allen: »Der Kaiser fährt nicht nach Holland«. Um 9.00 hatte der Vertreter des AA ihn dazu gebracht, abzureisen.[10] Ebert wurde Reichskanzler, das Hauptquartier ging nach Kassel. Dort arbeitete ich noch meinen Nachfolger, einen Sozialdemokraten, den Ebert gesandt hatte, ein, und fuhr am 16. Nov[ember] nach Haus.

[…] In den nächsten Jahren blieb die Verbindung mit Bussche bestehen. Harbou arrangierte monatliche Essen der alten Operationsabteilung, zuerst im Elitehotel, später im Berliner Club, Jägerstraße. Ich wurde zuerst als einziger Zivilist zugezogen, später wollten die Herren Gelegenheit haben, sich ungeniert mit rechtsstehenden,

8 Nach einer zuverlässigeren Überlieferung Ausspruch Hintzes.

9 Wilhelm Heye (1869–1947), aus Fulda, Kadettenausbildung, 1888 Sekondeleutnant im preußischen Heer, Truppen- und Generalstabsdienst, 1916 Oberst, hohe Auszeichnungen, September 1918 Chef der Operationsabteilung des Generalstabs, Ende Oktober 1918 Vertreter des Ersten Generalquartiermeisters, 1919 Übernahme in die Reichswehr, 1920 Chef des Truppenamts, Generalmajor, 1923 Divisionskommandeur und Befehlshaber des Wehrkreises I, 1926 Chef der Heeresleitung, General der Infanterie, 1930 a.D.

10 Wohl Hintze. Vgl. zu den besonderen Umständen der Flucht des Kaisers das Tagebuch Plessen v. 9. November 1918 (Afflerbach, Kaiser Wilhelm II., S. 933 f.) und Ilsemann, S. 40.

erfahrenen Zivilisten auszusprechen. *Er hat von den in diesem Kreis verkehrenden, politischen Einfluss gewinnenden hohen Militärs nahe Einblicke in den Aufbau der auf enge Verhältnisse beschränkten Reichswehr gewonnen, in der die Kader für ein künftiges großes Heer geschaffen wurden.*

495

Wilhelm von Radowitz an Auswärtiges Amt
Großes Hauptquartier, 29. September 1918

Rk 3976 (Telegramm;[1] BArch, R 43 I/3046, f. 148–149)

presto! fuer herrn von schlieben berlin reichskanzlei –
gr[oßes] h[aupt] q[uartier] 702.

seine majestaet der kaiser und koenig haben an den herrn reichskanzler folgenden vom 30. september 1918 datierten erlass gerichtet: »fuer den 30./nm 9. [19]18. gez. wilhelm.-

ich will, dass in dieser schicksalsstunde deutschlands das deutsche volk mehr als bisher an der bestimmung der geschicke des vaterlandes mitwirkt. es ist daher mein

1 Ab 8.30 nm, an 8.55 in Berlin nm, pr. 29. Sept. 1918, Vermerk: »S[iehe] den abgeänderten Erlaß«. Dem oben abgedruckten Or.-Telegr. liegt das gleichlautende eigh. Konz. Radowitz' zugrunde, das von Wilhelm II. und Hertling (mit Bleistift) unterfertigt wurde, mit den Vermerken: »e[x] o[fficio] GHQ 702. S[iehe] neue Ordre v. 30/9.« »Abschriften des Erlasses haben erhalten Hintze 29/9, Berg 30/9, Hertling 30/9«. (BArch, R 43 I/3046, f. 150). Der Erlass wurde im AA von U. St. S. Stumm überarbeitet und die »abgeänderte Fassung« bzw. »neue Ordre« nach 11.00 abends von Berlin nach Spa telegraphiert, am Morgen des 30. September von Wilhelm II. und Hertling unterschrieben und Vizekanzler Payer sowie der Presse übergeben; Druck: Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 500 v. 30. September 1918. Vgl. Tirpitz' Chronologie der politischen Ereignisse vom 28.9.–19.11.1918 mit dem von Radowitz geschriebenen ersten Erlass. (BArch, Nl Tirpitz, Nr. 373, S. 1). »Abgeänderte Fassung« (Kop.), zu RK 3976, pr. 30.9.1918; Reinschrift von Hand mit Unterschriften des Kaisers und Hertlings, GHQ 702, Rk 3976 pr. 30/9/18 GHQ, z.d.A. WRtz. 30/9. BArch, R 43 I/3046, f. 152.
»An den Reichskanzler.
Euer Exzellenz haben Mir vorgetragen, dass Sie sich nicht mehr in der Lage glauben, an der Spitze der Regierung zu verbleiben. Ich will mich Ihren Gründen nicht verschliessen und muss mit schwerem Herzen Ihrer weiteren Mitarbeit entsagen. Der Dank des Vaterlandes für das von Ihnen durch Übernahme des Reichskanzleramtes in ernster Zeit gebrachte Opfer und die von Ihnen geleisteten Dienste bleibt Ihnen sicher.
Ich wünsche, dass das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeitet. Es ist daher mein Wille, dass Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfange teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung. Ich bitte Sie, Ihr Werk damit abzuschliessen, dass Sie die Geschäfte weiterführen und die von Mir gewollten Massnahmen in die Wege leiten, bis ich den Nachfolger für Sie gefunden habe. Ihren Vorschlägen hierfür sehe ich entgegen«. Mit Vermerk: »Abgeänderte Fassung«. BArch, R 43 I/3046, f. 151; Exemplar für Payer: R 703/164.

wille, dass in weiterem umfange[2] maenner, die von dem vertrauen des volkes getragen sind, an den pflichten und der verantwortung der regierung teilnehmen. euer exzellenz haben mir vorgetragen, dass sie unter den obwaltenden umstaenden sich nicht in der lage glauben, an der spitze der regierung verbleiben zu koennen. ich will mich ihren gruenden nicht verschliessen und mit schwerem herzen ihrer weiteren mitarbeit entsagen. der dank des vaterlandes fuer das von ihnen durch uebernahme des reichskanzler amtes in schwerer zeit gebrachte opfer und die von ihnen geleisteten dienste bleibt ihnen sicher. ich bitte sie aber, ihr werk damit abzuschliessen, dass sie die geschaefte weiterfuehren und die von mir gewollten massnahmen in die wege leiten, bis ich den nachfolger fuer sie gefunden habe. ihren vorschlaegen hierfuer sehe ich entgegen. gez. wilhelm i[mperator] r[ex].-

ggez. dr. graf von hertling. reichskanzler.-

an den reichskanzler.«

dieser erlass soll am 30. in den nachmittagsblaettern aber nicht in der b[erliner] z[eitung] veroeffentlicht werden vorher aber unter keinen umstaenden. bitte exzellenz von payer verstaendigen und mit deutelmoser das noetige wegen veroeffentlichung veranlassen. herr von hintze und graf roedern treffen am 30. nachmittags 1 uhr 15 mit extrazug wieder in berlin ein. letzterer ist beauftragt in verbindung mit herrn von payer sofort mit den parteien in fuehlung zu treten wegen aufnahme von parlamentariern in reichs- und staatsregierung. der herr reichskanzler bleibt nach vorläufigen dispositionen bis dienstag nachmittag hier. graf roedern steht für die besprechungen von 4 uhr an zur verfuegung. er laeszt exzellenz von payer bitten das weitere wegen einzelempfangs der parteifuehrer anzuordnen, wobei fuer jede gruppe angmessene zeitdauer vorgesehen werden muesste.

radowitz

2 Laut Roedern, Zusammenbruch, Bd. 1, S. 462, ließ diese erste Fassung die Möglichkeit zu, weitere Parlamentarier in die Regierung zu berufen, jedoch: »Der Ausdruck in weitem Umfange bedeutete Umbildung des Kabinetts auf rein parlamentarischer Grundlage«. Vgl. Potthoff, S. 326–332 (mit Druck der Fassungen von Radowitz und Stumm). Dass, wie Potthoff schreibt, Stumm und seine »Gruppe« durch ihre Redaktion des Erlasses einer von den Mehrheitsparteien »getragenen Regierung die Verantwortung für die Liquidierung des verlorenen Krieges aufbürden« wollten, ist weit hergeholt. Laut dem Gutachten Stumms, Rosenbergs und Bergens vom 28. September sollten jetzt »alle Kräfte des Volkes auf breitester Grundlage« zur »Verteidigung des Vaterlandes« herangezogen und zur Abwendung der Niederlage nutzbar gemacht werden. Das erste Ziel musste die von den Reichstagsausschüssen geforderte Aufnahme von Parteivertretern in die Regierung sein. Diese Grundintention hinter beiden Fassungen legte Stumm nur im Sinne durchgehender Parlamentarisierung aus. Frederic Rosenberg wünschte, sicherlich nicht um Verantwortung abzuwälzen, die Einbeziehung der SPD in die »Zivilregierung«. Rosenberg an Lersner, Berlin 27. September 1918. Rosenberg, Korrespondenzen, S. 69 f.

496

Georg von Hertling an Anna von Hertling
Großes Hauptquartier, 30. September 1918

Der Reichskanzler (eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 23, f. 41–42)

Liebe Anna!

Die Würfel sind gefallen, wenige Tage noch, und ich bin frei! Die Dinge haben sich zuletzt ordentlich überstürzt. Die Aufregung bei den Linksparteien und ihrem Anhang überstieg, als die ungünstigen Nachrichten aus Bulgarien eintrafen, alle Grenzen, der Ruf nach »einer breiteren Basis« für die Regierung wurde immer lauter, obwohl dies doch mit der äußeren Lage gar keinen Zusammenhang hatte. Da das Zentrum mit wenigen Ausnahmen treu zu mir hielt, glaubte ich es am Samstag Vormittag auf den Kampf ankommen lassen zu sollen, den ich dann aber in dem demnächst einzuberufenden Plenum des Reichstags ausgefochten zu sehen wünschte. Da ich den Tag als einen wenig besetzten und voraussichtlich ruhig verlaufenden glaubte ansehen zu können, besuchte ich in der Frühe Pater R.[1] Aber es kam anders. Um 10 Uhr erschien Winterfeld und berichtete, der Ruf nach der breiteren Basis komme jetzt auch aus den Kreisen der obersten Heeresleitung. Die militärische Lage sei ernst, wir müßten sehen, sobald als möglich zum Frieden zu kommen, dazu sei aber vor allem nötig, daß die »Einheitsfront« in der Heimat begründet und alles getan werde, was den Krisen-Machern Handhaben biete. Mit andern Worten, der Ruck nach links, dessen Verhinderung für mich der Grund meines Verbleibens gewesen war, müsse gemacht werden. Herr v. W[interfeldt] drang sodann zu inständig in mich, sofort nach hier zu reisen, der Kaiser komme gleichfalls. So entschloß ich mich denn und fuhr am Abend mit Karl und in Begleitung von Radowitz, Winterfeld und Graf Roedern hierher. Unterwegs besprachen wir eingehend die Situation. Daß

1 Es handelt sich um P. Franz Rauterkus SJ (1869–1940), geb. in Dahlhausen (Sauerland), nach Medizinstudium 1891 Novize in Blijenbeek, 1902 Priesterweihe in Valkenburg, 1904 zum Studium der Nationalökonomie in Berlin, wuchs hier in die Seelsorge hinein, 1911 Superior Stationis Berolinensis des Jesuitenordens in der Delegatur Berlin, 1912 Gründer der Gesellschaft Erholung m.b.H. (mit M. Erzberger und Friedrich von Galen), die ein Exerzitien- und Gesellenhaus erbaute, 1919–1928 Kuratus der Großstadtgemeinde St. Clemens mit 1911 konsekrierter Kirche. Die Gemeinde (50 000 Einwohner, darunter ca. 5000 Katholiken) lag in der Friedrichstadt im Bereich Friedrich-, Stresemann-, Wilhelm-, Leipziger und Potsdamer Straße mit dem Anhalter und Potsdamer Bahnhof und zentralen Gebäuden: dem preußischen Landtag, Ministerien, Banken, Hotels, Museen und wissenschaftlichen Instituten. 1926 wurde die erste öffentliche Prozession in St. Clemens von Rauterkus eröffnet, der über politische und Berliner Verhältnisse gut unterrichtet war. »Er war Beichtvater und Berater von Bischöfen und Ministern«, konnte ebenso gut mit den Armen umgehen, hob für sie die Verpachtung der Kirchenbänke auf. Seine stets umlagerte Sprechstunde stand auch glaubensfernen Besuchern offen. 1942 wurden Kirchengrundstück und Gesellenhaus in Reichsbesitz übernommen; das Gesellenhaus wurde Kameradschaftsheim der SS. Rothe, S. 5, 22–25. http://www.con-spiration.de/syre/files/rothe.html (31.8.2021).

gewisse Konzessionen gemacht werden müßten, wenn auch nicht in der Richtung einer eigentlichen Parlamentarisirung, darüber war man einig. Es sollen noch mehr Parlamentarier, auch Fortschrittler und Sozialdemokraten, in die Regierungsstellen befördert werden. Aber auch darüber war man einig, daß ich den Ruck nach links nicht mitmachen könne und solle, und der Moment für einen guten Abgang für mich soweit da sei. Ich gehe nicht wegen Alter oder geschwächter Gesundheit, sondern weil mir meine politischen Grundsätze und meine Vergangenheit verbieten, an der Spitze einer derartigen liberalen Regierung zu bleiben. Gestern Nachmittag war der Kaiser hier in der Villa. Ich trug ihm vor, die militärische Lage verlange um der Erhaltung des inneren Friedens willen gewisse Konzessionen in dem bezeichneten Sinne. Es sei im Interesse der Monarchie gelegen, daß diese Konzessionen aus eigener Initiative des Kaisers hervorgingen, ich selbst könne allerdings dann nicht an meiner bisherigen Stelle bleiben, aber meine Person dürfe selbstverständlich kein Hindernis sein und ich bäte S.M. deshalb um meine Enthebung.[2] Der Kaiser nahm alles gnädig und verständnisvoll auf, die Personenfragen wurden hauptsächlich von Graf Rödern erörtert. Ueber die wichtigste, wer mein Nachfolger werden soll, konnte noch nichts bestimmt werden. Daß ich bleiben muß, bis die Ernennung erfolgt ist, entspricht dem Herkommen und der Notwendigkeit, es darf kein Interregnum eintreten. Die Verhandlungen mit den Abgeordneten brauche aber nicht ich zu führen, sie sind von G[ra]f Rödern übernommen worden, der schon gestern Abend wieder nach Berlin gefahren ist. So ganz schnell werden die Entscheidungen wohl nicht kommen, und so kann ich den Tag meiner Heimreise noch nicht bestimmen. Du sollst natürlich die Reise nach und von Berlin nicht mehr machen, Anna dagegen wird für einige Tage des Umzugs wegen dorthin kommen müssen. Jedenfalls müssen alle Dispositionen so getroffen werden, daß Du möglichst wenig Sorge und Unruhe hast. Heute und morgen Vormittag sind wir noch hier, wo ich mich ja auch noch vom Kaiser verabschieden muß. Mittwoch früh wollen wir wieder in Berlin sein. Das Wetter ist kalt und häßlich, der Sturm in der Nacht wäre nichts für Dich gewesen. Auf recht baldiges Wiedersehen! Grüße an die Töchter, von Herzen

Dein GvH

2 Siehe oben Nr. 495.

497

Karl von Hertling an Anna von Hertling
Großes Hauptquartier, 30. September 1918

Reichskanzlei. (eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 27, f. 57–58)

Liebste mammina!

Ende gut alles gut, so kann man von dem lieben Papi seinem Abschied wirklich sagen; er ist sich bis zuletzt treu geblieben und hat eine Wendung in der inneren Politik nicht mehr mitgemacht, die ihm gegen seine innerste Überzeugung gegangen wäre.

So hatten wir heute beim Kaiser-Frühstück einen schönen und freundlichen Abschied. S.M. überreichte noch vor Tisch dem goldigen Papi den Schwarzen Adler, und mir nach Tisch unter höchst gnädigen Worten über père den Hausorden der Hohenzollern, was mich aufrichtig gefreut hat.

Viele Menschen werden betrübt sein, daß Papi nicht der Friedenskanzler wurde; es hat nicht sollen sein, sentimental kann ich deßhalb nicht werden. Ein klein wenig hab' ich sogar am Ende mitgeholfen; auf der Fahrt hierher trug Graf Roedern die Ansicht vor, daß père bleiben und unter ihm die Neuorientierung vor sich gehen solle. Da sprang ich ein, und erklärte den Herrn, das könne man von einem 75 j[ährigen] alten Herrn nicht verlangen, das [!] er am Ende seiner Thätigkeit fast das entgegengesetzte täte, als alle die Jahre hindurch. Ich glaube, daß das auch nicht ohne Wirkung blieb. Aber in innerster Überzeugung habe ich so gehandelt, und père war natürlich ganz mit mir einverstanden. So ist es gelungen mit einem sehr schönen und würdigen Abgang aus all' dem Schlammassl herauszukommen, indem papi in diesem Sinne am Nachm[ittag] S. M. bei uns Vortrag hielt. Der Kaiser war gnädig, freundlich und herzlich bis zuletzt, und hat mir persönlich auch gesagt, daß er selbst finde, eine derartige Neu-Orientierung könne man Papa nicht zumuten.

Dieser hat den ersten Eindruck des »Abgesägtseins« (wir haben uns zwar selbst abgesägt) auch sehr bald überwunden und ist derselbe goldige, ruhige und freundliche Reichskanzler wie immer; wir sind nämlich noch Kanzler, bis der neue glücklich entdeckt ist. Was natürlich große Schwierigkeiten macht. Wie er nicht heißen wird, schrieb ich schon […].

Morgen nachm[ittag] fahren wir nach Berlin. Gestern und heute haben wir noch Autofahrten […] gemacht. »Zum Abschiednehmen just das rechte Wetter« …

Die Kämpfe an der Front sind äußerst schwer und blutig, die Truppe schlägt sich glänzend!

Heute nachm[ittag] war Papa Hindenburg bei uns zum Thee, es war reizend gemütlich.

Papa, dem es gesundheitlich sehr gut geht, hat heute früh an Dich schon geschrieben, er läßt Dich vielmals grüßen.

Ich werde in einigen Wochen wohl wieder irgend eine Adjutanten-Stelle an irgend einer Front bekleiden …. wenns noch dazu kommt! Keene Bange nich!

1000 herzliche Grüße von Deinem treugehorsamen
Sohn Karl. […]

498

Eduard Müller an Georg von Hertling
Koblenz, 30. September 1918

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 6, f. 1)

Verehrter lieber Freund!

Mir gehts heute wie bei Ihrer Ernennung zum Reichskanzler, ich weiß nicht, ob ich kondolieren oder gratulieren soll. Es muß und wird Sie schmerzen, daß die schweren Opfer, die Sie dem Vaterlande gebracht haben, anscheinend vergeblich waren, und auch die Umstände, die Sie zur Niederlegung Ihres Amtes zwangen, können Ihnen nicht gleichgültig sein. Andererseits aber werden Sie es als eine Erleichterung empfinden, daß Sie nun von all der Verantwortung, den unsäglichen Mühen und Lasten des Kanzlertums erlöst, den niederträchtigen Intriguen ehrgeiziger Gegner entrückt und wieder ein freier Mann sind. Darüber freue ich mich für Sie, sonst aber bin ich wütend und zu Tode betrübt.

Was soll nun werden? Aus Deutschland und der kath[olischen] Sache? Ich fürchte, wir sind am Anfang vom Ende, die Republik ist nicht mehr fern und das Zentrum hat sich selbst das Grab gegraben – die Aufschrift auf seinem Grabstein hat ja Windthorst schon verfaßt. Wenn man glaubt, auf diese Weise eine innere Einheitsfront herstellen zu können, so ist man gewaltig im Irrtum, die Beunruhigungen und die Erschütterungen im Lande werden nur noch häufiger und heftiger werden und die demokratischen Führer des Zentrums werden nur zu bald erfahren, daß die große Mehrheit der Partei nicht hinter ihnen steht.

Ich kann heute nicht mehr schreiben, ich wollte Ihnen nur ein paar Worte warmer Teilnahme sagen. Gott behüte Sie und rette unser liebes schönes deutsches Vaterland. Wenn er nicht wunderbar eingreift, dürfte es verloren sein.

Mit herzlichen Grüßen und in alter treuer Freundschaft
Ihr betrübter
Müller.

499

Gisbert von Romberg an den Reichskanzler
Bern, 30. September 1918

Kaiserlich Deutsche Gesandtschaft Nr. 2437. (masch. Or.[1]; PAAA, R 20515, S. 109–111)

Ganz geheim!

Der »Onkel« hat mir berichtet, daß ihm am 19. d[ieses] M[onats] durch einen Beamten des britischen Konsulats in Lausanne der in Abschrift beigefügte Brief seines »Neffen« übergeben wurde. Die Unterstreichungen stammen vom Onkel.

Der Onkel ist der Ansicht, daß der Neffe den Brief nicht ohne Instruktionen abgeschickt hat. Der Onkel hat Mittel und Wege, eventuell seinem Neffen eine Antwort zugehen zu lassen.

Nach den Gesprächen, welche der Onkel mit seinem Neffen in der Schweiz gehabt hat, will der Brief besagen, daß das Mißtrauen gegen die leitenden Faktoren Deutschlands in England seit der Kühlmann-Krise gewachsen ist und daß eine Aussprache mit uns für aussichtslos gehalten wird, solange nicht ein Systemwechsel bei uns eingetreten ist.[2]

Romberg

1 A.S. 5099, pr. 3. Oktober 1918 pm., Sichtvermerke Bussches 5/10 u. Haniels. Siehe oben Nr. 412.

2 Auch nach »Feststellungen« des »Schwiegersohns« [Mensing] an Romberg erwartete Wilson als Voraussetzung einer Friedensinitiative »schleunige Durchführung Systemwechsels«, am besten durch »grosszügige Initiative« des Kaisers persönlich. Der Präsident wolle die Abtretung Elsaß-Lothringens, aber keine Vernichtung Deutschlands wie Frankreich und England, »ferner Belgiens Entschädigung und Revision des Ostfriedens«. Eine Fühlungnahme mit der amerikanischen Delegation in der Schweiz sei aussichtslos. Romberg empfahl, »vor endgültigen Entschlüssen« einen am nächsten Tag abgehenden »ausführlichen Bericht« Mensings abzuwarten. Dazu am Rand der Vermerk: »Nein!«, Paraphe Hintzes. Romberg an AA für Staatssekretär, Bern 30. September 1918. (Scherer-Grunewald, Bd. 4, S. 397 f.). Stumm fragte am 30. September an, ob Romberg für unbedenklich halte, über einen geeigneten Mittelsmann die Voranfrage an den US-Gesandten Garrett zu stellen, ob dieser legitimiert, bereit und in der Lage sei, ein sämtliche 14 Punkte annehmendes »sofortiges offizielles Friedensangebot« absolut vertraulich telegraphisch an Wilson weiterzuleiten. Ebd., S. 395 f.

Anlage
William L. Blennerhassett[3] an Casimir von Leyden London (Saville Club), 28. August 1918

Mon cher Leyden,
Je maintiens, même en temps de guerre, les moeurs d'autrefois: du moins je fais de mon mieux pour observer les formes antérieures, ces politesses dont on se vantait dans les temps qui nous semblent si lointains, alors que la civilisation n'avait pas encore fait banqueroute. Très reconnaissant de tous vos soins, je vous fais parvenir cette petite »lettre de digestion«, espérant qu'elle vous trouvera. Je tiens à vous remercier, vous et votre famille – et j'espère que tous sont en bonne santé […].

Quant à moi, j'ai trouvé les miens pleins de gaieté et de joie de vivre et plutôt contents de me revoir. Les voilà repartis à la campagne. Mes amis m'ont fait un très bon accueil: plus chaleureux même que je ne me l'attendais. De mes discussions avec vous a surgi quelque progres d'ordre moral ce qui est déjà beaucoup.

Vous connaissez mes idées, je n'ai jamais prétendu être pacifiste. Cependant, mes opinions personelles ne me détournent pas de mon chemin, je ne connais ni le pessimisme ni l'optimisme, mais j'envisage la situation telle qu'elle est (et pas comme je voudrais qu'elle soit).

De cet ordre d'idées renait mon argument: que cette guerre diffère fondamentalement de toutes autres guerres dans le passé: elle représente primordialement le conflit terrible de conceptions morales. C'est une lutte d'idéals opposés et non une guerre territoriale dans l'ancien sens du mot. Pour cela aussi, cette guerre sans précédent doit être suivie d'une paix qui reste sur des bases entièrement nouvelles, lesquelles seront posées dans un monde où règnera un état d'esprit tout à fait différent de celui d'aujourdhui.

Aussi je peux vous assurer tout franchement que j'étais très étonné de constater que tous mes amis avaient, de leur côté et indépendemment de moi, interprêté l'histoire de ces derniers trois mois dans le même sens que moi: Vous savez que je ne crois pas que le moment psychologique soit encore arrivé parceque les hommes qui prétenderaient poser les fondations d'un nouvel ordre de choses seraient tout au plus des nouveaux convertis ou des messieurs qui, pour se faire valoir, seraient obligés de rebrousser leur chemin ou nier des opinions qu'ils ont soutenues pendant toute leur vie.

3 William (Willy) Lewis Blennerhasset (1882–1958), geb. in London; seine Mutter war die Schriftstellerin und Historikerin Lady Charlotte Blennerhassett (1843–1917), geb. von Leyden. Er wuchs dreisprachig (deutsch, französisch, englisch) in München auf, wählte früh als Lebensmittelpunkt England, war dort in der Finanzbranche tätig, im Weltkrieg Übersetzer im Rang eines Captains des britischen Intelligence Corps, auch Novellist und Publizist. Vgl. Pachtner, S. 276, 312–317, 336 f., 654 f.; Ritter, Staatskunst, Bd. 4, S. 541.

Ce petit exposé n'est pas sans intérêt. Je vous ai fait subir tant de mes sermons politiques que je ne crois pas devoir vous faire mes excuses pour avoir encore une fois établi ce que je pense. Vous aurez bien le droit de dire que je vous embête, que mes vues personelles ne servent à rien, que le monde s'en fiche. Mais peut être je suis assez le fils de mon temps pour réflêter les idées de mes contemporains. Tout au moins, je l'espère.

En attendant, je me rappelle au souvenir de vous tous.

William L. Blennerhassett

500

Theobald von Bethmann Hollweg an Georg von Hertling
Hohenfinow, 1. Oktober 1918

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 44, f. 3–4)

Hochverehrter Herr Graf!

Sie wollen gütigst gestatten, daß auch ich Ihnen in diesem schwersten Augenblick die Hand drücke und mich den ungezählten Deutschen anschließe, die Ihnen wärmsten Dank dafür sagen, daß Sie in einer Opferfreudigkeit ohne Gleichen zum Segen des Landes eine Last auf sich nahmen und trugen, die das Höchste forderte, was ein Mann nur leisten kann. Die nahen und vertrauensvollen Beziehungen, die ich in langen Jahren gemeinsamer Arbeit mit Ihnen unterhalten durfte, lassen es mich doppelt tief und schmerzlich empfinden, daß Sie in höchster Gefahr des Vaterlandes sich veranlaßt sehen mußten, Ihrer Arbeit ein Ziel zu setzen. Aber der Dank, der Ihnen, frei von allen Mistönen [!] und einstimmig von allen Seiten kommt, ist eine Gabe, wie sie kaum jemals einem scheidenden Staatsmanne zu Teil ward. Er möge, das ist der innige Wunsch, den ich aussprechen zu dürfen bitte, auch in dem Sturm dieser Zeit und in der alles verschlingenden Sorge um das Heil und die Stellung des Vaterlandes Ihrem Herzen wohltun. Die gewaltige Tat, die Euer Exzellenz mit dem gestrigen kaiserlichen Erlaß noch ins Werk gesetzt haben, ist von unberechenbarer Tragweite. Aber gerade daß Sie, angetan mit dem ganzen Rüstzeug eines langen politischen Lebens, Ihren Namen darunter setzten, bestärkt mich in der Hoffnung, daß dieser, wie auch ich glaube, notwendige Schritt uns zum schließlichen Segen gereichen wird.

Mit der herzlichen Bitte, mir auch fernerhin Ihre freundlichen Gesinnungen zu bewahren, die mir stets ganz besonders wohltuend waren, und mit dem heißen Wunsche, daß Sie und wir Alle bald schauen möchten, wofür Sie in staatsmännischer Weisheit rastlos gewirkt und gearbeitet haben, habe ich in steter herzlicher Verehrung die Ehre zu sein

Euer Exzellenz
aufrichtig ergebener
Th Bethmann Hollweg

501

Friedrich Wilhelm von Bissing an Georg von Hertling
München, 1. Oktober 1918

(masch. Or.; BArch, NlH, Nr. 6, f. 5)

Exzellenz, hochverehrter Herr Graf!

Deutschlands Schicksal, seit Juli 1888 unabwendbar,[1] vollzieht sich. Euer Exzellenz Rücktritt vom Amt, das einst durch den Fürsten Bismarck geadelt worden ist, wird ein Markstein auf dem Wege zu Deutschlands tiefster Erniedrigung sein. Man wünschte nie gelebt zu haben, um das was die letzten Tage brachten nicht gesehen zu haben.

Der Vorwärts stellte vor wenigen Tagen die Alternative: jetzt bleibt nur eine Diktatur übrig (wie sie in allen uns feindlichen Ländern besteht) oder die Pöbelwirtschaft, wie sie Bulgarien überrannt, Oesterreich unterwühlt, Russland vernichtet hat. Es scheint dass Seine Majestät diese zweite Alternative unter der Etikette einer wirksameren Beteiligung des Volkes erwählt hat.

Wenn die Wahl wirklich auf Herrn von Payer gefallen ist, und uns die Beschämung erspart bleibt, den Grafen Roedern oder gar Herrn Solf als Euer Exzellenz Nachfolger anstaunen zu müssen, so werden Euer Exzellenz das Schicksal des Deutschen Vaterlandes wenigstens Händen anvertrauen, die ehrlich und klug in ihrer Art das Beste erstreben, und vielleicht auch die Festigkeit besitzen werden, der Ochlokratie[2] sich zu widersetzen. Und dass der Taschenspieler des Deutschen Reichs Fürst Bülow nicht noch einmal für des Reiches Wohlfahrt verantwortlich gemacht wird, darf als ein Segen gepriesen werden. Das Deutsche Volk aber wird, wenn es nachdenkt, dass dem 75 jährigen erprobten Steuermann ein 71 jähriger folgt,[3] diejenigen mit Verachtung strafen, die von der Notwendigkeit einer jüngeren Kraft am Reichsruder sprachen. Es wird erkennen, dass Sie, Herr Graf, nicht gewillt waren die neuen Wege zu gehen von denen Horaz singt:

1 Am 9. März 1888 starb Wilhelm I., Deutscher Kaiser seit 1871, gefolgt von seinem Sohn Kaiser Friedrich III., ihm folgte nach 99 Tagen der junge Wilhelm II., gewillt, die politische Führung selbst in die Hand zu nehmen.

2 Massenherrschaft, bei Aristoteles Degenerationsform der Demokratie.

3 Friedrich Payer war am 12. Juni 1847 als Sohn eines Pedells der Universität Tübingen geboren.

O navis, referent in mare te novi
fluctus? o quid agis? fortiter occupa / portum!
nonne vides ut / nudum remigio latus
et malus celeri saucius Africo / antennae gemant ac sine funi=
bus / vix durare carinae /possint imperiosius
aequor?[4]

Und denen, die es dahin haben kommen lassen, wo immer sie zu finden sein mögen, sollte ein neuer Horaz zurufen:

Quo quo scelesti ruitis? furorne caecos an rapit vis acrior?
an culpa? responsum date![5]

In der Hoffnung Euer Exzellenz in einiger Zeit in München begegnen zu können und mit der Bitte mich der Gräfin und den Ihren bestens empfehlen zu wollen verbleibe ich wie immer Euer Exzellenz ganz ergebenster

und getreuer
Fr. W. Frherr von Bissing

4 »(An die Republik unter dem Bild eines Schiffes:) Neue Wellen, o Schiff, sollen aufs tobende Meer dich bringen? – Erschrick! bleib' im gesicherten Hafen! – Siehe doch, ist nicht jede Bank ruderlos? Segelstangen und Mast seufzen, vom Afrikus [Südwind] hart verwundet, vermag irgend ein Kiel Neptuns stolzgebiethendem Reiche ohne Tauwerk zu widerstehen?« Carminum liber I, Ode 14. Horaz lateinisch und deutsch mit Anmerkungen von Jakob Friedrich Schmidt, 1. Theil, Gotha 1776, S. 74 f. (online).

5 »(An die Römer:) Wohin, wohin, Verruchte, stürmet ihr? […] Reisst blinde Wuth, reisst höhere Gewalt euch fort? Ists Sündenschuld? Antwortet mir!« Epoden, 7. Des Q. Horatius Flaccus Oden und Epoden. Text und Übersetzung mit Erläuterungen von Theodor Kayser, Tübingen 1877, S. 41, 323 f. (online).

502

Georg von Hertling an Otto von Dandl
[Spa,] 1. Oktober 1918

Reichskanzlei (masch. Kop.; BArch, NlH, Nr. 48, f. 14–15)[1]

[…] Das erste Ergebniss, zu dem die neue Krisis geführt hat, ist aus den Zeitungen zu ersehen, ich habe meinen Abschied erbeten und erhalten und soll nur noch die Geschäfte bis zur Ernennung meines Nachfolgers weiterführen. Ich halte mich indessen für verpflichtet, die K. B[ayerische] Staatsregierung und durch diese S.M. den König über die Vorgänge, welche zu diesem Ergebniss geführt haben, genau, wenn auch natürlich streng vertraulich zu unterrichten. Die ausgesprochene Tendenz der Linksparteien, ging auf die Einführung des parlamentarischen Systems, welches das Ende des Bundesstaates als letzte Konsequenz mit sich bringen würde. Ihnen hatten sich neuerdings die Nationalliberalen angeschlossen, das Zentrum hatte zwar abgelehnt eine gegen mich gerichtete Aktion zu unternehmen und ebenso, als Fraktion einen Antrag auf Aufhebung des Art. 9 der R[eichs]V[erfassung][2] mit zu unterzeichnen, man musste aber annehmen, dass eine grössere oder geringere Zahl von Mitgliedern für den Antrag stimmen und dieser sonach eine Mehrheit im Parlament finden werde. Da ich überzeugt war, dass der Bundesrat nicht zustimmen werde, war ich entschlossen, den Kampf aufzunehmen und den demnächstigen Zusammentritt des Reichstags herbeizuführen, so unerwünscht auch der unvermeidliche Konflikt zwischen Reichstagsmehrheit und Bundesrat sein würde. Dem in Regierungskreisen ventilierten Ausweg, eine Anzahl von Parlamentariern in Reichsämter zu berufen, widersprach ich mit dem Bemerken, dass ich doch nicht tüchtige und geschäftskundige Staatssekretäre beseitigen könne, um Dilettanten aus parlamentarischen Kreisen Platz zu machen. So standen die Dinge bis Samstag früh, ich wollte nicht von der Stelle weichen, weil ich fürchtete, dass nach meinem Weggang der meines Erachtens verhängnissvolle Ruck nach links nicht mehr aufzuhalten sein würde. Da erhielt ich gegen 10 Uhr die Nachricht aus dem Gr[ossen] H[au]pt Q[uar]t[ie]r, dass man dort unsere Lage im Westen gegenüber der ungeheuren Überzahl der Feinde sehr ernst ansehe. Bei der Wechselwirkung zwischen Heer und Heimat sei es dringend erforderlich, eine Beruhigung im Innern herbeizuführen und die notwendige innere Einheitsfront dadurch herbeizuführen, dass die Regierung auf eine breitere volkstümliche Basis gestellt würde. Der gleiche Ruf war ja schon immer in der Presse und von

1 Teildrucke: K. v Hertling, Ein Jahr, S. 185–187; W. Becker, Hertling, 1993, S. 162–163.

2 Hertling nimmt hier Bezug auf Art 9,2. Siehe Artikel 9 der Reichsverfassung vom 16. April 1871: Jedes Mitglied des Bundesrathes hat das Recht, in Reichstage zu erscheinen und muß daselbst auf Verlangen jederzeit gehört werden, um die Ansichten seiner Regierung zu vertreten, auch dann, wenn dieselben von der Majorität des Bundesrathes nicht adoptirt worden sind. Niemand kann gleichzeitig Mitglied des Bundesrathes und des Reichstages sein.

Vertretern der sogenannten Mehrheitsparteien erhoben worden, dass der gleiche Ruf auch von dieser Seite kam, war das Neue und völlig Unerwartete. Auf dringendes Ersuchen hin entschloss ich mich, noch am selben Abend hierher zu fahren. Außer den Herrn meiner näheren Umgebung fuhr noch der Reichsschatzsekretär Graf R[oedern] mit. Wir hatten unterwegs Zeit, uns eingehend über die durch die Rückschläge an der Westfront und den drohenden Abfall Bulgariens geschaffene innerpolitische Lage zu besprechen. Für mich persönlich war die Sache einfach. Musste der Ruck nach links kommen, weil nur so den schlimmsten Eventualitäten vorgebeugt werden könne, so durfte meine Person kein Hinderniss bilden, denn meinerseits diesen Ruck mitzumachen, war mir nach meiner Überzeugung und meiner politischen Vergangenheit unmöglich.

Im übrigen ging die Hoffnung dahin, die Parlamentarisierung im eigentlichen Sinne dadurch zu verhindern, dass Parlamentarier der verschiedenen Parteien in die Regierung hineingenommen werden. Zugleich aber waren wir übereinstimmend der Ansicht, dass die Initiative zu einer solchen Linksorientierung von S. M. ausgehen müsse. In diesem Sinne haben Graf R[oedern] und ich alsbald nach unserer Ankunft Vortrag gehalten. Der Kaiser zeigte volles Verständniss und ging, so schwer es ihm auch offensichtlich wird, auf die Vorschläge ein. Gegen mich war er besonders gnädig, zeigte aber auch volles Verständniss dafür, dass ich unter den obwaltenden Umständen nicht Kanzler bleiben wolle und könne.[3]

Graf R[oedern] ist noch gestern Abend nach Berlin gefahren, um mit den Parlamentariern zu verhandeln. Er scheint die Dinge ziemlich optimistisch anzusehen, während ich aus den mir bisher lückenhaft zugegangenen Nachrichten nur das wachsende Machtgefühl der Radikalen heraushören kann. Die Hauptfrage ist natürlich: wer soll R[eichs]K[anzler] werden? Die Vertreter der neuen Regierung schlagen nachdrücklich den Prinzen Max von Baden vor, er sei der deutliche Representant [!] der Auffassung, dass die neue Zeit neue Männer fordere, geniesse im Auslande als liberaler Prinz grosses Ansehen, und werde uns am ehesten den so dringend notwendigen Frieden bringen. Bis jetzt stösst dieser Kandidat noch auf den schärfsten Widerspruch des Kaisers, ob er schliesslich doch zustimmen wird, steht dahin. Sonst kommt zur Zeit ernsthaft nur Graf R[oedern] in Betracht, der in Zeiten des Friedens gewiss für die Stelle sehr geeignet wäre. Die Entscheidung muss in kürzester Zeit erfolgen, denn es muss ein Kanzler da sein, um sich auch selbst die Leute anzuschauen, mit denen er glaubt arbeiten zu können, und es muss ein Kanzler da sein, um in bevorstehenden schicksalsschwersten Stunden die Verhandlungen nach aussen zu führen. Ich will mich darüber nicht weiter auslassen.

Ich beabsichtige, morgen früh wieder in Berlin zu sein, wann ich die Geschäfte meinem Nachfolger übergeben und die Heimreise antreten kann, lässt sich noch nicht bestimmt sagen. Ich will zunächst nach Ruhpolding gehen, wo sich meine

3 Hier enden die Teildrucke bei K. v. Hertling, Ein Jahr, und W. Becker, Hertling, 1993.

Frau seit 14 Tagen befindet. Eine Wohnung in München habe ich schon gleich im vorigen Herbste gemietet. Sind wir erst dort wieder zu Hause, werde ich nicht verfehlen, mich auch bei S. M. zu melden, dem ich einstweilen meine ehrfurchtsvollsten Empfehlungen zu übermitteln bitte.

Inzwischen bitte ich aber den Kampf gegen den drohenden Parlamentarismus in der frühern bezeichneten Weise zu inszenieren und auch auf die süddeutschen Abgeordneten tunlichst einzuwirken. Zugleich bestätige ich mit bestem Danke den Empfang des mir hier zugekommenen Telegramms.

Mit der Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung bin ich
Euer Exzellenz
ganz ergebener
[Hertling]

503

Adolf ten Hompel an Heinrich Claß
[Münster,] 1. Oktober 1918

(masch. Kop.; StAM, Nl ten Hompel, Nr. 12)

Sehr geehrter Herr Justizrat!

Ich ziehe nur die Consequenz meiner bisherigen Warnungen vor einem zu scharfen politischen Vorgehn, wenn ich heute meinen vor Monaten schon angekündigten Austritt aus dem all deutschen Verband erneut erkläre.[1] Das Vorgehn des Verbandes gegen Herrn v. Hertling, der uns in der gegenwärtigen Lage sicherlich besser zurecht geholfen hätte, wie die zur Zeit regierenden Dillettanten [!], ist und bleibt für mich unerträglich.[2] Man kann den guten und besten Willen des Verbandes und der Verbandsleitung anerkennen, man kann manche politische Voraussicht des Verbandes und seiner Leitung bewundern, mit bestimmten zuweit gehenden Methoden des Verbandes kann ich mich nicht abfinden und ich habe als ehrlich und offen heraus handelnder Mann nur die Schlussfolgerung daraus gezogen, indem ich meinen Austritt erklärte. Ich bitte mich aus den Listen des Verbandes zu streichen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung
ergebenst
Dr. ten Hompel.

1 Siehe oben Nr. 382.

2 1917 vertrat Claß, auch gegenüber Ludendorff und Oberst Bauer, den Gedanken einer Militärdiktatur. Wulf, Stinnes, S. 66, 33 f.

504

Felix Porsch an Anna von Hertling
Breslau, 1. Oktober 1918

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 6, f. 3–4)

Gnädigste Frau Gräfin!

Mit welchen Gefühlen ich gestern Abend die katastrophale Mitteilung über das Reichskanzleramt las, können Euer Excellenz sich wohl denken. Die interfraktionellen Besprechungen im Reichstage haben mich schon immer, die Sitzungen seines Hauptausschusses schon lange mit Unbehagen und dunkler Besorgniß erfüllt. Am 19 d[ieses] M[onats] abends hatte ich eine längere Unterredung mit Gröber, nach welcher ich beruhigt abreiste. Aber diese Ruhe dauerte leider nicht lange an und nun ist das Befürchtete eingetreten. Für Ihren Herrn Gemahl, für Sie, gnädigste Frau Gräfin, und für die Ihrigen ist es ja eine Erlösung, daß er dem Vaterlande das schwere Opfer dieses Amtes und dieser Verantwortung nicht länger zu bringen braucht, aber für unser staatliches Leben ist diese Wendung der Dinge auf das Aeußerste zu beklagen. Der liebe Gott mag wissen, wozu.

Für uns heißt es bis auf Weiteres nun aushalten im Interesse von Kirche und Vaterland, aber wer weiß, wie lange noch. Ich wünschte, auch ich wäre schon erlöst.

Mit vielen angelegentlichen allseitigen Empfehlungen auch von meiner Frau, welche voll meine Gefühle teilt, und einem gehorsamen Handkuß bin ich in alter treuer Verehrung

Euer Excellenz
aufrichtig ergebener Dr. Porsch.

505

Gisbert von Romberg an Auswärtiges Amt
Bern, 2. Oktober 1918

Nr. 1581. (Telegramm, entziffert;[1] PAAA, R 20515, S. 106–108)

Im Anschluß an Telegramm Nr. 1580
Ganz geheim.

Schwiegersohn hat in vertraulicher Aussprache mit Schwiegervater[2] folgendes festgestellt:

1. Mitglieder hiesiger amerikanischer Delegation werden irgendwelche Mitteilungen unter keinen Umständen entgegennehmen.
2. Inhalt des Berichts vom Schwiegersohn an Staatssekretär v. Hintze durch Aeusserungen von Davis[3] vollkommen bestätigt.
3. Schwiegervater vorschlägt auf Grund eingehender Aussprachen mit Davis folgendes: [a]Wenn Deutschland beabsichtigt, an Wilson heranzutreten, dürfte dies keinesfalls vor wirklicher Durchführung eines Systemwechsels geschehen. Angebote der heutigen deutschen Regierung würden a limine abgewiesen werden.[a] Neue Regierung sollte sofort nach erfolgter Verfassungsänderung und zwar auf offiziellem diplomatischen Wege etwa durch spanischen oder dänischen Vertreter in Washington dem Präsidenten mündlich und vertraulich sagen lassen, das deutsche Volk wolle den Frieden und wende sich vertrauensvoll an den Präsidenten erwartend, daß er im Einklang mit seinem erneut verkündeten Programm das Friedenswerk durchführen werde. Aufgabe des betreffenden Neutralen wäre es dann, den Präsidenten um Angabe der Bedingungen in eigenem Namen zu ersuchen unter denen er bereit wäre, den Wunsch Deutschlands zu erfüllen. Von ausschlaggebender Bedeutung ist, wie Schwiegervater nachdrücklich hervorhebt, [b]in Berücksichtigung der Mentalität Wilsons die ausdrückliche Betonung, daß das deutsche Volk durch seine neue Regierung und nicht nur durch Regierung im Namen des Volkes an ihn herantrete.[b]

---

1 AS 5081, pr. 3. Oktober 1918 am.

2 McNally.

3 John William Davis (1873–1955), geb. in Clarksburg (West Virginia), Jurastudium, 1895 Eintritt in die väterliche Anwaltskanzlei, 1896–1897 Professor der Rechte an der Washington and Lee University, dann wieder Anwalt, 1911–1913 Mitglied des Repräsentantenhauses für West Virginia, 1913–1918 Generalstaatsanwalt, im September 1918 Mitglied der US-Delegation in Bern zu Gesprächen über die Behandlung und den Austausch von Kriegsgefangenen, November 1918–März 1921 US-Botschafter in London, 1924 Präsidentschaftskandidat der Demokraten. http://bioguide.congress.gov/scripts/biodisplay (29.11.2018).

[a-a] und [b-b] Am Rand von Empfängerseite angestrichen, das Wort »Systemwechsels« unterstrichen; Jz.d.A.-Vermerk Haniels 5 X.

Davis hat geäußert, daß Deutschland bei solchem Vorgehen an Wilson einen gerechten und fairen Vermittler finden werde.

Amerikaner, die mit Abfall der Türken schon in allernächster Zeit rechnen, zeigen sich absolut siegesgewiss. Schwiegervater empfiehlt daher dringend schnelles Handeln innerer wie Außenpolitik vor weiterer Verschlechterung der Lage.

Schwiegersohn hat nach wie vor Eindruck, daß Schwiegervater aus innerster Ueberzeugung mit seinen Ratschlägen unser bestes will.

Ich darf betonen, daß selbstverständlich den Amerikanern unsere Absicht nicht mitgeteilt worden ist.

Ich kenne unsere militärische Lage nicht, kann also die Dringlichkeit eines Friedensangebots nicht beurteilen. Halte mich aber für verpflichtet, vorstehende amerikanische Stimmung zu melden, da zweifellos Ablehnung eines Angebots im jetzigen Augenblick unsere Stellung noch erheblich verschlechtern würde,

Romberg.

506

Friedrich Schmidt an Georg von Hertling
Berlin, 2. Oktober 1918

Der Minister der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten.
(masch. Or.; BArch, NlH, Nr. 6, f. 10)

Hochverehrteste Exzellenz!

Wollen Sie mir unter dem frischen Eindruck der letzten Tage gestatten Ihnen zu sagen, wie schmerzlich ich Ihren Entschluß, aus der Reichsleitung zu scheiden, empfinde. Gerade in diesen schwierigen und unruhigen politischen Zeiten habe ich Ihre Tatkraft und Weisheit, vor allem aber auch die milde Gesinnung in kirchlichen Fragen amtlich dankbarst empfunden, und werde Sie für die Zeit, die ich noch an der Spitze des Unterrichts- und Kirchen-Ressorts Preußens zu stehen berufen bin, schwer vermissen. Wie sehr ich Ihnen von Herzen ergeben bin und Ihren Fortgang von Berlin bedauere, brauche ich nicht zu sagen. Gott geleite Sie ferner und helfe unserm teueren Vaterlande.

In größter Verehrung und mit angelegentlichsten Empfehlungen von Haus zu Haus
Euer Exzellenz
treugehorsamer
FSchmidt

507

Georg von Hertling an Anna von Hertling
Berlin, 3. Oktober 1918

Der Reichskanzler (eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 23, f. 43–44)

Liebste Anna!

Vielen, vielen Dank für Dein besonders liebes Telegramm und Deine lieben Briefe und Karten. Meinen letzten ausführlichen Brief aus Spaa[1] wirst Du erhalten haben, dann hast Du ja durch Karl telegrafisch und telefonisch gehört, daß es mir gut geht. Die schweren Tage sind vorüber, jetzt heißt es nur noch: auflösen und Abschied nehmen. Gestern Abend war der Kaiser hier, wo Besprechungen mit verschiedenen Herren, darunter dem Prinzen Max von Baden, stattfinden. Der Kaiser ist sehr gedrückt, man merkt ihm an, wie schwer ihm die getroffenen und noch zu treffenden Entscheidungen fallen. Glücklicherweise ist die Kaiserin so weit hergestellt, daß sie gestern gleichfalls nach Potsdam kommen konnte, sie ließ mir durch den Kaiser ihre Grüße sagen. Daß ich so gehandelt habe, wie ich handelte, wird allseitig als richtig anerkannt, so auch gestern vom guten Freunde Lerchenfeld. Der Großherzog von Baden schickte mir ein geradezu rührend schönes Telegramm, in dem er mir den »Hausorden der Treue« verlieh.[2]

Der Prinz Max, der vermutlich heute sein Dekret als Reichskanzler erhalten wird, und mit dem ich mich gestern noch über einige mir besonders am Herzen liegende Fragen aussprechen konnte, möchte in etwa vierzehn Tagen einziehen. Das glaubte ich ihm zusagen zu können. Anna wird für den Umzug noch einmal hierherkommen müssen, Karl will sie abholen, wenn er mich nach Ruhpolding gebracht hat, und ihr hier zur Seite stehen. Den Winter will ich aber in München zubringen. Der Landtag tritt am 14. Oktober zusammen, und es wäre doch sehr unpraktisch, zu den Sitzungen der Reichsratskammer jedesmal nach München von Ruhpolding zu fahren. Karl ist bereit, wenn es möglich ist, den Einzug in die Barerstraße bald auf den Umzug von hier anzuschließen, Anna auch dabei Hülfe zu leisten. Sobald der Tag unserer Abreise feststeht, werde ich ihn telegrafisch melden.

Soeben ist ein sehr schönes und herzliches Telegramm vom König eingetroffen, worin er erwartet, daß ich in der Kammer der Reichsräte mich im Interesse Bayerns beteiligen werde.

---

1 Siehe oben Nr. 496.

2 Zum Ausscheiden aus dem bayerischen Staatsdienst erhielt Hertling, nachdem er vorher mehrere bayerische Orden erhalten hatte, den Hausritterorden vom hl. Hubertus, zum Ausscheiden aus dem Reichs- bzw. preußischen Dienst den Schwarzen Adlerorden. BArch, R 43 I/3046, f. 53, 157; Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 504 v. 2. Oktober 1918.

Heute will ich, wenn nichts dazwischen kommt, zu Elsy[3] fahren, die wieder in der Stadt ist. An Pater Rauderkus [!] habe ich ein paar Zeilen geschrieben zum Danke für seine Gefälligkeit[4] und ihm zum Andenken ein Exemplar der Bekenntnisse[5] geschickt. Ich meine, Du solltest auch etwas tun, d. h. ihm ein paar freundliche Zeilen schreiben, und ihm vielleicht 100 M. für seine Armen schicken.

Hoffentlich ist es bei Euch nicht so kalt, wie es hier ist. Heute früh hatten wir nur 4 Grad!

Mit vielen Grüßen, von Herzen
Dein tr[euer] GvH

3 Elsy von Wangenheim.

4 Mit Brief vom 2. Oktober 1918 an P. Rauterkus entschuldigte sich Hertling, dass er nicht persönlich Abschied nehmen könne und dankte herzlich »für alle mir erwiesene Güte«. Alfred Rothe, P. Franz Rauterkus SJ + 6. März 1940 in Berlin. http://www.con-spiration.de/syre/files/rothe-nr/rauterkus.html (25.5.2018).

5 Die Bekenntnisse des hl. Augustinus, übersetzt und eingeleitet von G. v. Hertling, 1. Aufl. 1905.

508

Adolf Dyroff an Georg von Hertling
Bonn, 4. Oktober 1918

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 6, f. 16)

Euer Exzellenz

möchte ich nicht verfehlen, die Gefühle unbeirrbarer Anhänglichkeit auszusprechen, die mich beseelen. Wie ich mit Freuden Euer Exzellenz auf die höchste politische Stelle neben dem Kaiser berufen sah und hoffte, jetzt würde uns der erwünschte Friede werden, so bedaure ich jetzt von ganzem Herzen, dass unglückselige Machenschaften verblendeter Menschen, leider auch solcher, die in der Weltanschauung angeblich nahe stehen, diese Hoffnung mir raubten. Eines wird Euer Exzellenz in dieser Lage stützen und stärken: Das Vertrauen auf den göttlichen Willen, der von unermesslicher Weisheit gelenkt ist. Es wird sein Gutes haben, dass dieser uns erpresste Krieg weder vom Papst noch von Ihnen seinem Ende zugeführt wurde. Eine Freude am kommenden Frieden kann in Deutschland niemand haben.[1]

Dass ein grosser Kreis von Männern der Wissenschaft hinter Euer Exzellenz steht und dass dieser Kreis nun mit doppelter Liebe sich um den allverehrten Ehrenpräsidenten scharen wird, davon werden Hochdieselben überzeugt sein. Viele haben, um den an leitender Stelle in schwierigster Lage des Reiches Sorgenden und tausendfach Beschäftigten nicht zu stören, sich die letzte Zeit bescheiden zurückgehalten. In Zukunft wird die unveränderte, ja gesteigerte innere Haltung dieser Vielen Euer Exzellenz wieder deutlicher werden.

Wenn mir die Lage des Papiermarktes und vermehrte Arbeit gestatten werden, eine litterarische Leistung herauszubringen, darf ich mir wohl wieder gestatten, sie Euer Exzellenz vorzulegen?

Ich verbleibe in alter treuer Gesinnung, mit der Bitte mich auch der hochverehrten Frau Gräfin zu empfehlen,

Euer Exzellenz
ehrerbietigst ergebener
Adolf Dyroff.

1 Adolf Dyroffs Sohn Gunter fiel 1916 als 19jähriger Kriegsfreiwilliger.

509

Paul von Stengel an Georg von Hertling
München, 4. Oktober 1918

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 6, f. 15)

Hochverehrtester Herr Graf!

Eurer Excellenz Rücktritt von Ihrem hohen Amte, in dem Sie sich ungeachtet der Kürze der Dauer unvergeßliche Verdienste um das Reich und den innigsten Dank des Vaterlandes erworben haben, hat mich mit aufrichtiger Betrübniß erfüllt. Indessen ist mir Eurer Excellenz Entschluß nach Lage der Dinge recht wohl begreiflich. Gebe Gott, daß Eurer Excellenz nach dem ungemein schweren Opfer, das Sie durch Übernahme des Kanzlerpostens noch in so hohem Alter und in solcher Zeit dem Vaterlande gebracht haben, noch ein recht langer, sorgenfreier und genußreicher Lebensabend beschieden sei. Gebe Gott aber auch, daß die jüngsten politischen Veränderungen, zu denen Euer Excellenz selbst noch den Grund legen konnten, dem Reich und seinen Gliedern zu dauerndem Segen gereichen! Mit einer Beantwortung dieser Zeilen bitte ich Sich ja nicht zu bemühen, zumal ich ja ohnehin wohl hoffen darf, Euer Excellenz demnächst in der Heimat persönlich begrüßen zu können.

Mit der Versicherung dankbarster Verehrung zeichnet
Euer Excellenz
aufrichtig ergebenster
Dr. Frhr. von Stengel,
Staatssekretär a. D.

510

Karl von Hertling an Anna von Hertling
Berlin, 5. Oktober 1918

Reichskanzlei. (masch. Or.; BArch, NlH, Nr. 27, f. 61–62)

Liebste Mammina!

Er beschwichtigt Annas Aufregung und Geldsorgen. Weder hier noch anderswo ist Revolution. Sie bringen aus Warschau gelieferte Lebensmittel mit. Fast alle Rechnungen sind beglichen. Da der Vater am Anfang des Vierteljahrs aufhörte und der Umzug bezahlt wird, kommen sie mit einem pekuniären Plus zurück.[1] *Sie reisen morgen Abend mit dem Salonwagen ab und werden am nächsten Tag nachmittags in Traunstein ankommen.*

Den Krieg nach Westen haben wir freilich verloren, da hast Du nun einmal Recht behalten; aber wenn es auf den schon eingeleiteten Friedensschritt hin zum Abschluss des Weltkrieges kommt, was ich doch schliesslich hoffe, da die ganze Welt übergenug hat, so kann man mit einigem Optimismus, der mich immer noch nicht verlassen hat, annehmen, dass wir mit einem, vielleicht 1 ½ blauen Augen davonkommen; und was dann nachher wird, das sollte doch Deine Sorge nicht mehr sein, das haben wir auszubaden, und einem Menschen, der Kraft und Lust zur Arbeit hat, kann es in der Welt doch nie ganz schlecht gehen.

Recht gut würde es sein, wenn Ihr Gelegenheit hättet, durch den Pfarrer[2] auf die offenbar sehr aufgeregte Stimmung im Dorfe etwas einzuwirken, die Menschen müssen ja rein verrückt geworden sein![3] – Der neue Mann[4] wird heute seine Antrittsrede halten, zu der natürlich ein enormer Andrang herrscht; Mitz geht hin, die muss doch überall mit dabei sein; ich bleibe bei Papi, den ich ja nie verlasse, und ausserdem beginnt der Reichstag um 1 Uhr und da wollen wir frühstücken! Morgen gehen wir nochmal zu Graf Lerchfeld [!] zum Frühstück und dann sind wir hier fertig. Die

1 Vgl. die Darstellung, Kapitel IX, 7.

2 Joseph Ficker (gest. 1951), geb. in Zangberg, 1904 Pfarrer und Dekan von Ruhpolding, 1923–1938 Pfarrer von Traunwalchen. Unter ihm begann die Entwicklung Ruhpoldings zum Kurort, entstanden u.a. das Rathaus, die Lungenheilanstalt St. Annahaus und die Hertling'sche Kinderpflegestätte. 1907 ließ er eine neue Orgel einbauen, 1921 die Pfarrkirche St. Georg renovieren. Er besaß Klugheit und Humor und »war er während des Ersten Weltkrieges ein großer Tröster und Helfer seiner Gemeinde«. Freundliche Auskunft von Johann Burghartswieser, Ruhpolding.

3 Vgl. Ficker an Karl v. Hertling, Ruhpolding, 13. November 1919. (BArch, NlH, Nr. 55, f. 19): Er »komme oft in die Lage, ein Urteil über S. Exzellenz geben« und »Anwürfe« zurückweisen zu müssen. Vgl. Eisenberger, S. 113: »Durch die ganze Lage, durch die Arbeit der Linksparteien und durch die wachsende Not stieg im Volke die Verzweiflung«.

4 Max von Baden.

Abschiedsbesuche […] sind schon in die Wege geleitet, sie gehen per Visitenkarten vor sich.

Du siehst aus alledem, dass hier alles seinen geregelten Gang geht wie immer und dass Deine Ängsten [!] gänzlich unbegründet sind, nun hoffen wir Dich am Montag in Traunstein an der Bahn zu sehen. Viele herzliche Grüsse

Dein treugehorsamer Sohn
Karl.

511

Eugenio Pacelli an Georg von Hertling
Monaco, 7. Oktober 1918

Nunziatura Apostolica Baviera Nr. 9787 (masch. Or.; AEM, NlH)

Euere Excellenz!

Ihr sehr verehrtes Schreiben vom 5. d[iese]s, in welchem Euere Excellenz mir Ihren Rücktritt von dem Amte eines Reichskanzlers anzeigen, habe ich eben erhalten und danke ich für das Vertrauen, das Sie mir durch Mitteilung der schwerwiegenden Gründe für Ihren Entschluss beweisen. Mit aufrichtigem Bedauern sehe ich Euere Excellenz aus dem Amte scheiden, in welchem Sie sich redlich bemühten, nicht blos für den Staat, sondern auch für die Interessen der Heiligen Kirche unermüdlich zu arbeiten. Ich halte es daher für meine heilige Pflicht, als Stellvertreter des Heiligen Stuhles, Euerer Excellenz meine hohe Anerkennung und meinen herzlichsten Dank auszusprechen für all Ihr wohlwollendes Entgegenkommen und für all Ihre klugen Ratschläge, womit Sie die Nuntiatur stets freundlichst bedienten. Wünsche Euerer Excellenz aus tiefstem Herzen, dass es Ihnen vergönnt sei, auszuruhen von den ganz ausserordentlichen Mühen und sich kräftig zu erholen für viele Jahre. Eine besondere Freude bereitete mir in Ihrem werten Briefe die freundliche Versicherung, dass Euere Excellenz nach Ihrer Rückkehr die früheren persönlichen Beziehungen wieder aufnehmen wollen.[1]

1 Vgl. den kurz nach der Revolution verfassten Bericht Pacellis an Gasparri vom 15. November: Hertling, »kraftlos und alt (debole e vecchio), fiel völlig in die Hände der OHL. Obwohl er erklärte, sehr katholisch und dem Hl. Stuhl ergeben zu sein, unterließ er es nicht nur, dessen weise Ratschläge umzusetzen, sondern, statt die vollständige Unabhängigkeit Belgiens anzubieten, machte er sich die unselige Faustpfandtheorie zu eigen, wonach Garantien benötigt würden, damit Belgien nicht den Durchmarsch von Truppen gegen das Reich zulasse. Die Regierung Hertling wurde, so traurig die Feststellung ist, in einem kritischen Moment für Deutschland verhängnisvoll, sowohl in Bezug auf den Krieg als auch auf die innere Politik, die den Weg mit bereitete für die gegenwärtigen Umwälzungen. Er, Pacelli, hatte bisher keine Möglichkeit, den Kaiser oder den Ex-Kanzler, der sich nach Ruhpolding zurückgezogen hat, zu sehen, aber alle Politiker und Diplomaten, die er bisher traf, haben den Irrtum der deutschen Regierungen eingestanden, der darin lag, dass sie über die Hinweise des Hl. Stuhls hinweggingen und ihr verrücktes und hochmütiges Verhalten fortsetzten«. [Übersetzung des Hg.]. Pacelli an Gasparri vom 15. November 1918, Ausfertigung, in: »Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917–1929)«, Dokument Nr. 3040, URL: https://pacelli-edition.de/dokument.html?idno=3040 (11.1.2018). Das Thema Belgien hat Pacelli unter dem Eindruck der Eisnerschen Enthüllungen vertieft: Der deutsche Generalstab habe geglaubt, Frankreich in vier Wochen niederwerfen zu können, worauf beschlossen wurde, auch auf Kosten der daraus folgenden Gegnerschaft Englands, die Neutralität Belgiens zu missachten. »Ich verstehe nicht, wie Graf Hertling, im Besitz von Mitteilungen darüber, hernach behaupten konnte, die deutsche Regierung müsse Garantien verlangen, damit Belgien nicht erneut ein Aufmarschgebiet gegen Deutschland werde«. [Übersetzung des Hg.]. Pacelli an Gasparri vom 26. November 1918, Ausfertigung, in: »Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917–1929)«, Dokument Nr. 255, URL:

Inzwischen meine besten Glückwünsche für Ihre Gesundheit wiederholend habe ich die Ehre mit der Versicherung höchster Wertschätzung zu verbleiben

Euerer Excellenz
ergebenster
+ Eugen Pacelli Erzbischof von Sardi
Apostolischer Nuntius

www. pacelli-edition. de/ Dokument/255. (11.1.2018). Pacelli urteilte in Kenntnis der Stellungnahmen Hertlings vom 25. Februar und 11./12. Juli 1918, überging die ihm bekannten innerdeutschen Widerstände gegen die Freigabe Belgiens, überschätzte Hertlings Rolle Ende Juli 1914, wusste nichts von den Zugeständnissen an Sulzer und Peltzer sowie dem Ludendorff abgerungenen Ja zur Restitution Belgiens. Vgl. die nach Rom übersandte Denkschrift Erzbergers v. 13. Juli 1918. La Questione Belga. Dal discorso del Cancelliere Conte von Hertling nella Commissione principale del Reichstag il 12 Luglio 1918, in: ›Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917–1929)‹, Dokument Nr. 9315, URL: www.pacelli-edition.de/Dokument/9315 (11.1.2018). Erzberger stellte hier fest, dass Hertling am 11. Juli seine frühere Auffassung über Belgien nur wiederholt habe. Vgl. Schulthess 59, NF 34 (1918/I), S. 241 f.

512

Stephan Ehses an Georg von Hertling
Koblenz (Marienhof), 8. Oktober 1918

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 6, f. 27–28)

Exzellenz!

Nun haben wir ja auf einmal drei Staatssekretäre aus dem Zentrum[1], und der Herr M[atthias] Erzb[erger] ist aus dem Magister glücklich Minister geworden. Man ist versucht zu fragen, ob das der Zweck der Übung war, und bei M[atthias] E[rzberger] wenigstens glaubte ich seit längerem dieses Streben deutlich erkannt zu haben. Mit Gröbers Namen kann ich allerdings eigennützige und persönliche Absichten in keinen Zusammenhang bringen, wie ich auch über Erzbergers Beweggründe nicht urteilen will; aber Gröbers Rede[2] schien doch von einem ganz andern gehalten zu sein als von jenem, der kaum drei Tage vorher in der Germania so deutlich im Namen des Zentrums für Euer Exzellenz eingetreten war. Dr. Marcour[3], der einen Tag nach mir von Berlin abreiste und der dann sofort bei Freund Müller[4] vorsprach, beteuerte allerdings mit Eifer, die Klagen über Miß- und Übergriffe der Militärbehörden, des Belagerungszustandes, der Zensur u.s.w. haben den Zweck verfolgt, Euer Exzellenz eine Stütze zu geben und freiere Hand dem Hauptquartier gegenüber zu schaffen; ich glaube das auch bei allen mit Ausnahme des einen[5] und seines näheren Anhanges; aber aus dem Auftreten im Verfassungsausschusse war es nicht gut möglich, eine solche Absicht herauszulesen.

Es scheint aber, die Strömung, die jetzt ihren Durchbruch feiert, war nicht mehr aufzuhalten, vor allem nachdem allerhöchsten Ortes selbst sozusagen kein Halten mehr war und die Position des § 9 ohne Versuch des Widerstandes aufgegeben wurde. Daß die Konservativen im ganzen ihrem Namen getreu bleiben und sich gegen die immer wachsende Demokratisierung stemmen, verliert leider dadurch sehr an Wert, daß alle Welt z.B. in der Wahlrechtsfrage die durchaus nicht selbstlosen Gründe ihrer Haltung kennt. Daß Euer Exzellenz mit diesem Strome gehen und das genau

1 Karl Trimborn (Inneres), Matthias Erzberger, Adolf Gröber (beide ohne Geschäftsbereich).

2 Rede Gröbers vor dem Hauptausschuss am 25. September 1918.

3 Eduard Marcour (1848–1924), geb. in Kalkar, Geschichts- und Rechtsstudium, 1873 Dr. phil., danach journalistisch tätig, historische Publikationen, 1887 Chefredakteur des Westfälischen Merkur, 1891 der Germania, 1894–1920 der Koblenzer Volkszeitung und Direktor der Görresdruckerei in Koblenz, 1893–1918 Mitglied des Reichstags (Zentrum), 1897–1908 des preußischen Landtags. Er gewann seinen Wahlkreis Kleve-Geldern 1912 mit 93,3 Prozent der Stimmen. Haunfelder, S. 213; Reibel, S. 884–886.

4 Eduard Müller in Koblenz.

5 Erzberger.

abgegrenzte Maaß von Zugeständnissen, mit welchem sie das Reichskanzleramt angetreten hatten, nach den jeweiligen Wünschen von Scheidemann-Erzberger erweitern und über wesentliche Punkte ausdehnen würden, hat wohl Niemand erwartet, und jenen, die dies erzwungen haben, mag schon bald die Reue kommen. Euer Exzellenz aber scheiden mit so blankem Schilde aus der Wilhelmstraße, daß Ihre sonstigen Feinde fast lauter und kräftiger die Stimme zur Anerkennung Ihrer vornehmen und hochgesinnten Amtsführung erheben, als Ihre Freunde es für angezeigt halten mochten. Nun können auch um so mehr die Glückwünsche zum 75. Geburtstage Platz greifen, da die Bahn frei gemacht ist für die Jahre ruhigen, friedlichen und doch regsam tätigen Rückblickes auf ein langes, frucht- und segensreiches Leben, Jahre, deren Ihnen Gott noch viele im Kreise der Ihrigen schenken möge.

Nun freut es mich auch doppelt, daß ich Wohnung und Sitz in München beibehalten habe, und so hoffe ich, nicht lange nach Ihrer Übersiedelung nach Ruhpolding oder in die Barerstraße meine Aufwartung machen und mich für alles, was in meinen Kräften steht, zur Verfügung stellen zu können.

Euer und Ihrer Exzellenz, der hochverehrten Frau Gräfin und dem ganzen Hause
in stets treuester Gesinnung
ergebenst
Prälat Dr. Ehses.

513

Georg von Hertling an Carl Muth
Ruhpolding, 9. Oktober 1918

(eigh. Or.; BSB, Ana 390 II A)

Sehr geehrter Herr Professor!

So wäre ich also wieder in der alten Heimat, froh und dankbar, daß die schwere Bürde von mir genommen wurde, aber ernstlich besorgt um die Zukunft des Vaterlands. Möge der allmächtige und barmherzige Gott uns beistehen, damit wir die von außen und innen drohenden Gefahren überwinden!

Ich kehre nun zu meiner alten Lebensweise und den altgewohnten Beschäftigungen zurück. Zu den letzteren wird die Fortsetzung meiner Erinnerungen gehören. Ich konnte während des Sommers am zweiten Bande arbeiten und bin darin bis zum Frühjahr 1891 gelangt. Hier stieß ich auf ein Hindernis. Um die Osterzeit des genannten Jahres, Ende März oder Anfang April, fand in Paris der internationale katholische Gelehrtenkongreß statt, dem ich als einer der Ehrenpräsidenten beiwohnte. Die Erinnerung an das damalige freundliche Zusammengehen mit den französischen Katholiken ist heute ebenso interessant als schmerzlich und muß zum Ausdrucke kommen. Ich habe nach meiner Rückkehr einen ausführlichen Bericht an die Köln[ische] Volks Z[ei]t[un]g geschrieben und glaubte die betreffenden Nummern aufgehoben zu haben, weiß aber nicht, wohin sie gekommen sind, jedenfalls hatte ich sie im Sommer und habe sie jetzt hier nicht zur Hand. Vielleicht wäre der Verlag imstande, sie zu beschaffen, ich kann aber nicht gut, selbst einen Schritt nach dieser Richtung unternehmen, und zwar aus folgendem Grunde. Vor einer Reihe von Jahren schrieb mit Herr Verleger Bachem[1], er habe gehört, daß ich mit der Abfassung meiner Memoiren befaßt sei, und biete dafür seinen Verlag an. Ich habe darauf wahrheitsgemäß geantwortet, daß er irrig berichtet sei, bin aber dann später, als ich wirklich an die Abfassung herantrat, auf seinen Vorschlag nicht zurückgekommen.[2] Wende ich mich nun jetzt mit jener Bitte an Herrn Bachem, so wird er sofort erraten, wozu ich meine damaligen Berichte aus Paris nötig habe, und entweder seinen damaligen Vorschlag erneuern, oder es mir verübeln, daß ich nicht meinerseits auf denselben zurückgekommen bin. Ich wäre nun sehr dankbar, wenn Sie oder Ihr Herr Verleger einen Weg wüßten, mir jene fortlaufenden Nummern der K[ölnischen] V[olks] Z[eitung] aus dem Frühjahr 1891 zu verschaffen.

---

1 Franz Xaver Bachem.

2 Am 31. Juli 1917 unterschrieb Hertling den Vertrag mit der Jos. Kösel'schen Buchhandlung, die exklusiv die Herausgabe von vorläufig zwei Bänden der Erinnerungen mit einer Erstauflage von 5000 übernahm und ein Honorar von 5000 M pro Band zusicherte. BArch, NlH, Nr. 30, S. 44–46.

Ob man nunmehr ein demnächstiges Erscheinen des ersten Bandes in's Auge fassen kann, wage ich nicht zu entscheiden. Einerseits ist die in demselben behandelte Periode durch einen so weiten Abstand von der Gegenwart getrennt, daß kaum jemand sich durch meine Erzählungen persönlich wird verletzt fühlen können; höchstens könnte es zweckmäßig sein, da, wo von den Vorgängen des Jahres 1866 die Rede ist, einige Abschwächungen im Tone vorzunehmen. Andrerseits ist das Interesse des Publikums so sehr von der Gegenwart in Anspruch genommen, daß für die Vergangenheit nicht viel mehr übrig bleibt, ganz abgesehen von etwaigen technischen Schwierigkeiten. Ich unterwerfe mich hier Ihrem und des Herrn Verlegers Urteil.

Für die nächsten Wochen gedenke ich hier zu bleiben, von Anfang November ab dagegen nach München überzusiedeln, wo ich Barerstraße 52/II wohnen werde.

In vorzüglicher Hochachtung und mit freundlichem Gruße
Ihr ergebener
Dr Grf v Hertling, k.b. Staatsminister

514

Casimir von Leyden an Ludwig III. von Bayern
Montreux, 12. Oktober 1918

(masch. Kop.; BayHStA GHA, Nl Kronprinz Rupprecht, 650)

Ohne als anmaßend erscheinen zu wollen, wagt er, sich als Letzter einer schlichten bayerischen Adelsfamilie zu der in ihrem Ernst noch kaum begriffenen schweren Stunde zu äußern.

Schon bald nach Beginn des Krieges durch den gewaltsamen Einbruch in Belgien nicht nur in meinem Gewissen als Deutscher, sondern auch in meinem ganzen politischen Empfinden erschüttert, Gegner unseres bahnbrechenden Vorgehens in Beschiessung offener Städte, Verwendung von Gasen, Verwüstung besetzter Gebiete, Verschleppung ihrer Bevölkerung, Zerstörung industrieller Zukunft, Gegner endlich, des uneingeschränkten Unterseebootskrieges, der noch einen neuen Weltteil in den Kampf gegen uns führen musste, – glaubte ich mir demnach, gleich vielen Gleichdenkenden, patriotisches Schweigen auferlegen zu müssen.

Man dürfte dem eigenen braven Volke und seinen unbesiegbaren Kämpfern nicht in den Rücken fallen. Der Zweck konnte, wie so häufig in der Geschichte, die Mittel geheiligt haben, der Erfolg hat schon Vieles vergessen machen. Wer, wie ich selbst, viele Jahre der auswärtigen Politik in bewegten Zeiten durchlebt hatte, konnte nicht anders als, mit den Leidenschaften und Fehlern auch der Feinde rechnend, und ihr eigenes gewissenloses Vorgehen erwartend, dieses und jenes moralische Bedenken lange bei Seite stellen.

Es sollen daher auch ethische Prinzipien – deren Berechtigung ich weder als Christ noch als Politiker in Abrede stellen möchte – bei den kurzen nachstehenden Erklärungen, soweit dies durchführbar, unberücksichtigt bleiben.

Vom Standpunkte der militärischen Machtfrage besehen, ist der Krieg für die Centralmächte, seit der Sommer-Offensive endgültig verloren. Jede politische Auffassung, welche nicht mit dieser Tatsache rechnete, wäre verfehlt und würde nur noch grösseres Unheil im Gefolge haben. Wenn ich aus gelegentlichen Begegnungen mit deutschen Offizieren schliessen darf, ist selbst in der Armee die Sicherheit unserer dauernden militärischen Uebermacht keine allgemein geteilte gewesen. Nur im eigenen Lande, dem eigenen Volke gegenüber, wurde jeder mögliche Zweifel darüber mit allen Mitteln hintan gehalten, eine geistige Atmosphäre geschaffen, die, glänzende Gewinne erhoffend, zu den grössten Opfern bereit war und eben darum längst nicht mehr mit den gegebenen Tatsachen zu rechnen vermochte.

So hatte man Gelegenheit um Gelegenheit vorüber gehen lassen, nicht nur einen ehrenvollen sondern unter den Umständen selbst gewinnreichen Frieden zu erzielen. Das erlösende Wort von der Herausgabe des im Dunkel der Nacht überfallenen Belgiens wurde nicht gefunden, nur nach Lage der Verhältnisse mit diesem Gedanken gespielt, um zu sehen, wen man damit locken könnte. Der ernsteste christliche Wille des Papstes, uns Hilfe zu leisten, musste darüber erlahmen.

Bis ganz zuletzt vermochte es Graf Hertling noch über sich, die unselige »Faustpfand-Theorie« mit jener der Wiederherstellung Belgiens zu verquicken. Jedes praktischen Erfolges entbehrend, musste ein solcher Schritt Hass und Widerstand auf's Neue beleben, und er hat es getan.

Die überwältigenden Siege im Osten boten uns Anlass, der Welt zu zeigen, dass wir, dem Grundsatze des Römers folgend, es verstehen würden parcere subjectis et debellare superbos.[1] Auch dem war nicht so. Habgier und Eroberungslust kennzeichnen den Gewaltfrieden von Brest-Litowsk und werfen ihren Widerschein auf unsere Ansprüche im Westen, falls wir in die Lage gekommen wären, sie durchzusetzen. Noch schlimmer als dies: Deutsche Generale und Staatsmänner schritten bis zum Pakte mit einer anarchistischen Horde, die in kurzem Dasein die Greuel der Französischen Revolution schon weit überboten hat. Und dies für Gewinnung materieller Vorteile, die sich bis heute nicht einmal erfüllt haben.

Scheusale, der Abschaum dessen, was für den Deutschen bisher Menschheits–Ideale waren, sollten die Hinter-Männer bilden für den Endkampf mit Nationen, gegen welche wir in schneidendste Gegensätze geraten waren, mit welchen uns bisher immerhin alte gemeinsame Kultur verbunden hatte, deren blosse Erwähnung ein Lewin[!] oder Trotzki mit Kugel und Galgen bestrafen.

Und so blieb nur noch der letzte politische Fehler zu begehen.

Anstatt diesen Gewaltfrieden wenigstens zur Gewinnung von Zugeständnissen im Westen und in den Kolonien auszunützen und im Augenblick, wo jedes Kind die erlahmende Kraft unserer Bundesgenossen wahrnehmen musste, täuschte man sich entweder selbst, jedenfalls aber das opferfreudige eigene Volk über die wachsende amerikanische Gefahr, die dräuend sich unseren Linien näherte, der man tollkühn in den Rachen lief.

Der Angriffe unserer Unterseeboote spottend, traten die Vereinigten Staaten nicht nur mit vollkommenen Kriegsmitteln, mit einer jungen Armee, mit der Entfaltung des Gesamtwillens eines reichen energischen Volkes auf den Plan – ihr Präsident verstand es ausserdem, sie mit der Macht neuer Ideen auszurüsten, denen wir etwas Anderes entgegensetzen mussten als die durch unsere militärischen Erfolge ihrer Ueberzeugungskraft leider beraubten Argumente von »Einkreisung und Verteidigungskrieg«.[2]

Uns standen im Sommer des Jahres 1914 diese Argumente genügend zur Seite, um einen Präventivkrieg sowohl für uns selbst, als zur Erhaltung der österr[eichisch] ungarischen Monarchie gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Die Aufrechterhaltung dieses Standpunktes erforderte aber die besonnenste politische Ueberwachung,

1 Vergil: Die Unterworfenen schonen und die Hochmütigen niederkämpfen.

2 Deutelmoser, S. 11 f. bemängelte 1919, dass der deutschen Kriegführung keine »politisch wirkungsvollen Ideen« zu Gebote standen.

während wir leider auch auf diesem Gebiete die gesamte Direktion in die Hände der militärischen Leitung übergehen liessen.

Die elementarsten psychologischen Momente verachtend, verband sich letztere mehr und mehr mit dem sogenannten preussischen Junkerthum, den Aspirationen der Schwer–Industrie, zu deren Schrittmachern sich Alldeutsche mit uferlosen Plänen aufgeworfen hatten.

Die eigentliche deutsche Psyche erkannte sich in dieser Metamorphose bald selbst nicht wieder, und bis in das neutrale Ausland ist der wirkliche deutsche Charakter gefälscht und treten uns Auffassungen entgegen, die uns vor Zorn und Scham erröten machen, wenn wir uns heute, trotz der glänzenden Taten des Heeres, vor Präsident Wilson's Richterstuhl gezerrt sehen wie arme Sünder.

Euerer Majestät zu Anfang des Krieges ausgegebenes Wort »Viel Feind, viel Ehr« konnte allgemein Beifall finden, als das ferne Japan die Gelegenheit vom Zaune riss, uns für unsere Haltung bei dem Friedensschluss von Shimonoseki zu strafen[3], in höherem Grade noch mochte es bestehen bleiben, als Italien und Rumänien, ersteres heiliger Verträge spottend, den Zeitpunkt für gekommen erachteten, um frühere Bundesgenossen zu berauben. Als sich im späteren Verlaufe aber Stimmen erhoben, die vorgaben, über den von uns selbst provocirten Eintritt Amerika's in den Krieg zu frohlocken, mussten in dem gesunden Denken eines Teiles der Nation berechtigte und betrübende Zweifel entstehen und es war damit in der Tat der traurige Wendepunkt in unseren Geschicken eingetreten. Wir waren von der eigenen Grösse geblendet.

Und noch einmal bitte ich; Euere Majestät mögen mir dieses freie Wort nicht verübeln, weil, was immer seine Mängel sein mögen, es wenigstens von ehrlichem deutschen und bayerischen patriotischen Empfinden durchglüht sein sollte.

Im Augenblicke, wo es hier niedergelegt wird, stehen wir ja am Scheidewege vor zwei schwerwiegenden Möglichkeiten.

Die erste, ein unter der Aegide des Präsidenten Wilson uns diktierter Friede, der unter den gegebenen Verhältnissen wie das kleinere Uebel erscheinen könnte. Das Grab der hochfliegenden Pläne und Hoffnungen, die noch vor Kurzem so Vielen die Segel gefüllt haben und diejenigen verfehmt erscheinen liessen, welche, auf dem Boden der Tatsachen fussend, diesem Wahn nicht folgen konnten.

Im zweiten Falle stehen wir vor der Frage, ob wir entweder selbst die uns auferlegten Bedingungen als entehrend zurückweisen müssen, oder ob die von blinder Wut

3 Der am 17. April 1895 abgeschlossene Friede von Shimonoseki beendete den ersten chinesisch-japanischen Krieg von 1894/95 zugunsten der aufstrebenden Kolonialmacht Japans, das Korea und Taiwan als faktische Protektorate übernahm. Deutschland erstrebte ein Zusammenwirken mit Russland und Frankreich gegen Japan (»ostasiatischer Dreibund«), um dem russisch-französischen Bündnis entgegenzuwirken und in Ostasien Fuß zu fassen. Der Kaiser nahm Stellung gegen die aus Asien den christlichen Kulturgütern angeblich drohende Gefahr und verscherzte sich in Japan die Sympathien, die Deutschland durch seinen Beitrag zum Aufschwung des Inselreichs gewonnen hatte.

geleiteten Elemente unter unsern Gegnern überhaupt nicht ruhen werden, bis auch der deutsche Boden verwüstet ist. Dann würde das von allen Verbündeten preisgegebene Deutschland unter den erschütterndsten Umständen zum Zurückgreifen auf den Geist von 1813 veranlasst oder aber in seiner Verzweiflung und seinem Hunger in die Arme der Revolution getrieben werden.

Beide in Gottes Hand ruhende Möglichkeiten, und welche derselben immer eintreten möge, zwingen uns zur rechtzeitigen Erwägung und Prüfung unserer inneren Lage nach dem Kriege, zur Wiedererstrebung normaler Verhältnisse unter Bewahrung unserer dynastischen und staatlichen Grundlagen, koste es, was es wolle.[4]

Die dynastischen sowohl als die staatlichen Fragen stehen vor schwerer Probe, auf dass die unvermeidliche und verspätete Demokratisierung nicht die Grundfesten alles dessen erschüttern [!], was uns mit glorreicher Vergangenheit verbindet. Der geschichtliche Kontrast zwischen den Häusern Hohenzollern und Wittelsbach verdient in dieser Hinsicht Beachtung.

Die Hohenzollern – gleich anderen Fürstenhäusern – und anderen Nationen wie z.B. England, sind ähnlichem Triebe gefolgt – sind durch das Schwert gross geworden. In dem dritten, im Laufe der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts geführten Kriege, gelang es einem grossen, und, wie wir heute erkennen, auch gefährlichen Staatsmann, sie an die Spitze eines von allen deutschen Stämmen ersehnten, von ihm geschaffenen Reiches zu setzen.

Dem strengen Pflichtgefühle Kaiser Wilhelms I war die Aufgabe gestellt, sein starres altpreussisches Empfinden mit der ihm wie eine Bürde erscheinenden Kaiserwürde in Einklang zu setzen.

Die liberalen Neigungen Kaiser Friedrichs trugen ihm gerade in Preussen deshalb so viel Nachstellungen, selbst seitens des Fürsten Bismarck, ein, weil bekannt wurde, dass er diese Kaiserwürde allem anderen voran stellen würde. Das preussische Wahlrecht wäre vermutlich unter seiner Regierung schon bedroht gewesen, die föderalistische, im deutschen Wesen begründete Grundlage des Reiches hätte er unwillig ertragen, er wollte friedlicher Imperator, aber – Imperator sein.

Aus eigener Erfahrung weiss ich, wie schon in den ersten Tagen der Regierung Kaiser Wilhelm's II unverantwortliche, meist militärische Elemente den begabten und tatendurstigen jungen Herrscher umgarnten. Ihnen ist es in erster Linie zuzuschreiben, dass der greise Pilot des Reiches ausgeschifft wurde, ehe ein neuer Kurs anders als in hohlen Phrasen festgelegt war. Besonders auf dem schlechten Verhältnis des Sohnes zu der in Deutschland nie wirklich heimisch gewordenen Mutter[5] fussend, wurden die Beziehungen zu England planmässig getrübt, und die Versuche fielen auf fruchtbarsten Boden. Es ist hier kein Raum, um chronologisch festzulegen, wie, rein

4 Vorstehendes am Rand von Empfängerseite angestrichen.

5 Kaiser Friedrich III. (1831–1888), regierte 99 Tage, war seit 1858 verheiratet mit Victoria von Großbritannien und Irland (1840–1901), Tochter der Königin Victoria des Vereinigten Königreichs und des Prinzgemahls Albert von Sachsen-Coburg und Gotha.

sachlich gesprochen, in fast rhytmischer Auf- und Abwärtsbewegung, die deutsch-englischen Beziehungen von Schritt zu Schritt seit Ende des 19ten Jahrhunderts unsere auswärtige Politik beherrschten. Selbst die so berechtigte Schöpfung der deutschen Kolonialmacht geriet unter dieses Motto, anstatt sich neben demselben einher zu bewegen. So sahen wir uns, trotz aller glänzenden militärischen Erfolge, schon bald nach Ausbruch des Krieges politisch in die Defensive gedrückt, je mehr die Lockungen der flandrischen Küste und die Erzlager Lothringens unsere führenden Kreise von dem zwingenden ursprünglichen Ziele der Zurückweisung Russlands in seine Schranken abgele[nk]t hatten. Der Kampf gegen slavische Uebergriffe wurde zum Konflikt mit den Angelsachsen, und es ist eine tragische Ironie für alldeutsche Träume, wenn England mächtiger aus dieser Weltkatastrophe hervorgehen sollte als es im Laufe seiner Geschichte je gewesen ist.

Am schlimmsten aber wirkten die Einflüsterungen von Emporkömmlingen, ja Abenteurern aus Armee, Flotte, Handel, Industrie und sogar aus Kunst und Wissenschaft ins Ohr des Monarchen.

Unter solchen Einflüssen bürgerte sich auch bei uns Geist der Lüge ein, den wir in anderen Ländern rügten, der aus vielen Gründen das Licht des Tages zu scheuen hatte, der durch und durch undeutsch ist, wenn auch leider gesagt werden muss, dass schon die Bismarck'sche Aera solche Wege gebahnt hatte – freilich, unter dem Genius ihres Schöpfers.

Den Neidern sich überstürzenden deutschen Fortschritts und Gedeihens in den Nachbarländern, konnte dies nicht verborgen bleiben. Eine geschickte Diplomatie arbeitete uns überall entgegen, während unserer eigenen durch adverse Umstände der frühere Kontract mit fremdem Denken und Treiben abhanden kam.

Es steht nun zu fürchten, dass sich unter dem Drucke schwerster bevorstehender Zeiten eine Rückwirkung in radikaler Richtung bei uns fühlbar machen und dass deren Angriffe sich auch gegen unser geliebtes bayerisches Königshaus richten werden.

Das Haus Wittelsbach verdiente Besseres, als in diese Debatte hineingerissen zu werden. Es hat gleich seinem Volke, unter den fühlbarsten persönlichen Opfern und im Gegensatz zu dem mächtigeren Preussen, den deutschen Gedanken ehrlich und ohne jeden Hinterhalt aufgenommen ohne sich zum direkten Mitschuldigen an den im Vorstehenden nur flüchtig berührten Vorkommnissen zu machen.

Freilich sind auch die deutschen Bundesstaaten nicht von dem Vorwurfe frei zu sprechen, dass Sie durch Unterlassung gerechtfertigten, und selbst gebotenen, Widerstandes, die deutsche auswärtige Politik und die inneren Verhältnisse in gefährliche Bahnen geraten ließen. Diese Unterlassungsfehler können jedoch nicht mit denen der Hauptschuldigen verglichen werden.

Das Haus Wittelsbach blickt mit Stolz auf sieben Jahrhunderte zurück in welchen seine Herzoge und Kurfürsten und Könige durch Pflege von Kunst und Förderung deutscher Kultur an der Spitze der nationalen Entwicklung gestanden haben. Es ist in guten und schlechten Tagen mit seinem Volke verwachsen gewesen, oft ein wichtiger Faktor der europäischen Politik, als Preussen noch kaum zu eigener

staatlicher Existenz gelangt war. Ohne den Kurfürsten Maximilian I[6] z.B. wäre der Katholizismus in Deutschland erlegen. Dieses Haus hat vor hundert Jahren seinem Volke freiwillig eine Verfassung gegeben wie sie an freiheitlicher Grundlage Österreich und Preussen heute noch nicht besitzen. Es konnte in langer Reihenfolge von menschlichen Schwächen und von politischen Rückschlägen nicht frei bleiben, hat sich aber im Ganzen als gesunden Träger deutschen Wesens erwiesen und im Herzen des Volkes tiefe Wurzeln geschlagen.

Wir Bayern hatten keine Historiker, die um unsere Vergangenheit Legendenkränze geschlungen haben, wie z.B. ein Treitschke[7] das Preussentum zu verherrlichen wusste. Bescheidener veranlagt, nicht mit grossen Männern gesegnet, neigten wir eher dazu, uns noch vor unserer eigenen Meinung herabzusetzen, byzantinisches Denken liegt uns in jeder Hinsicht fern.

Auch heute, nach so schweren durchlebten Jahren, und mit dem Ausblick auf kommende noch härtere Zeiten, wird Bayern unter Euerer Majestät Führung nicht daran denken, dem deutschen Reiche und seiner verfassungsmässigen Vormacht die gelobte Treue zu versagen. Jedenfalls sollte es nicht Aufgabe dieser untertänigen Vorstellung sein, über die schon ausgesprochene Bitte um freiheitlichen Ausbau hinauszugehen.

An Standhaftigkeit im Missgeschick, an mutigem Vertrauen in die Zukunft, ohne Verzagen, ein leuchtendes Beispiel zu geben, ganz wie es Bayern's Heer auch in diesem Kriege getan, dies sollte Bayern's nächstes Streben sein. Nach den schmerzlichen Erfahrungen, den blutigen Opfern, hat aber Bayern gerade im Hinblick auf diese seine nächste Aufgabe, das Recht und die Pflicht, die ihm verbliebene Selbstständigkeit um so eifersüchtiger zu wahren, als es sich um den Einsatz aller Kraft handeln wird, um Dynastie und Eigenart zu erhalten und auf die Nachkommen zu übertragen.

Euerer Majestät
treu gehorsamer
C. Graf von Leyden

6 Maximilian I. (1573–1651), geb. in München, 1597 Herzog, 1623 Kurfürst von Bayern.

7 Heinrich von Treitschke (1834–1896), geb. in Dresden, aus sächsischer Beamtenfamilie, Studium der Geschichte und Nationalökonomie , Dr. jur. (Leipzig), dort 1858 Habilitation (Die Gesellschaftswissenschaft, 1859), Privatdozent, 1863 a.o. Professor für Staatswissenschaften in Freiburg i. Br., 1866 o. Professor für Geschichte in Kiel, 1867 in Heidelberg, 1873 in Berlin, 1866–1889 Herausgeber der Preußischen Jahrbücher, 1871–1884 Mitglied des Reichstags (nationalliberal, 1878 parteilos), Historiograph des preußischen Staates, Hauptwerk: Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, Bd. 1–5, 1879–1894; politischer Historiker, Apologet der preußischen Hegemonie und eines machtvollen, zentralisierten Nationalstaats.

515

Georg von Hertling an Karl von Hertling
Ruhpolding, 18. Oktober 1918

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 27, f. 63–64)

Lieber Karl!

Schönen Dank für Deinen Brief. Es hat mich sehr gefreut, daß Du Frau und Kinder wohl und munter angetroffen hast und so einige Tage in Ruhe und Behaglichkeit im Kreise der Deinen verbringen kannst. Das hast Du redlich verdient. Nach Anna's Erzählungen habt Ihr ja riesig geschafft, 17 Bücherkisten in zwei Stunden packen, das macht Euch so leicht keiner nach. Aber die Einrichtung der Münchener Wohnung scheint doch noch längere Zeit in Anspruch zu nehmen, als ich angenommen hatte, ich wäre lieber nicht erst um die Mitte des nächsten Monats übergesiedelt.

Was Dir Baron Kreß im Kriegsministerium auseinandergesetzt hat, hat mir nicht sehr imponirt. Wenn unsre Herren dort alles so genau wußten und vorhersahen, warum haben sie dann nicht mich rechtzeitig informirt? Ich wäre dann in der Lage gewesen, die verunglückte Juli-Offensive zu verhindern, eventuell schon damals eine Friedensdemarche zu unternehmen und zum mindestens [!] die neuen furchtbaren Opfer zu verhüten. Solche retrospektive Betrachtungen nutzen jetzt freilich nichts, aber ich meine, man sollte auch auf der anderen Seite dieses Gerede lassen.

Und was Baron Kreß Dir wegen Deiner Zukunft gesagt und geraten hat, bedeutet erst recht nicht viel. Du sollst Dich zum diplomatischen Dienst melden! Ganz abgesehen, von der Dir bekannten materiellen Schwierigkeit, ist es mir sehr fraglich, ob Bayern nach dem Kriege noch viele diplomatische Posten zu vergeben haben wird, Berlin, der Vatikan, vielleicht noch Wien, mehr gewiß nicht. Ob sich vielleicht anderswo im bayer[ischen] Zivilstaatsdienst eine Stelle für Dich findet, müssen wir sehen und wollen jedenfalls die Augen auftun. Ich werde ganz gewiß, wenn sich irgendwo eine Aussicht bietet, keinen Schritt scheuen, weder zu Dandl oder Brettreich[1], noch auch zu Seidlein. Außerdem ist mir aber noch etwas anderes eingefallen. Ich will an General Walter[2] schreiben, der immer sehr freundlich und dienstbereit für mich war, ich werde ihm vortragen, was ich ohne Erfolg Hellingrath vorgetragen habe, daß Du nämlich nach dem Jahre Reichskanzlei mehr könntest, als Reiten und

1 Bis November 1918 bayerischer Staatsminister des Innern.

2 Wilhelm Walther von Walderstötten (1858–1943), geb. in München, nach Besuch des Humanistischen Gymnasiums 1977 Eintritt in die bayerische Offizierslaufbahn (Kavallerie), 1890 Premierleutnant, 1892 Brigadeadjutant, 1895 Rittmeister, 1907 zum Oberst befördert, 1908 kgl. Flügeladjutant, 1910 Generalmajor, 1912 Generalleutnant und Vortragender Generaladjutant beim König, November 1918 Ruhestand. Schärl, S. 273. Alle hier von Hertling Genannten verloren ihr Amt infolge der Novemberrevolution, Otto Kreß schon im Dezember 1916. Vgl. R. Becker, Verzeichnis der Minister, S. 728, 732, 736.

Reiter führen, und daß man suchen solle, Dich an eine Stelle [zu] setzen, wo Du Deine Fähigkeiten und erworbenen Kenntnisse verwenden könntest. Mir schwebt dabei das Militärkabinet vor, ich weiß aber nicht, wie dieses organisirt ist und ob Walter überhaupt noch jemand dort neben sich hat. Nun fragt es sich zunächst, ob Du mit diesem Schritte einverstanden bist, und wenn ja, so bitte ich Dich, mir W[alter]s genaue Adresse anzugeben, er heißt, soviel ich weiß, Walter von Walterstötten, ich weiß aber nicht, ob er Freiherr ist, und ferner, ob er außer Generaladjutant Sr. M. Generalleutnant oder General d[er] I[nfanterie] ist.

Uns hier geht es gut, das Wetter könnte schöner sein, doch regnet es wenigstens nicht, und man kann täglich spazieren gehen. […] Gestern war ich auf der Traunsteiner Landstraße bis zum 12. Kilometerstein, was also mit Hin- und Rückweg […] 5 Kilometer bedeutet, heute in St. Valentin und den Kleinen Höfe-Weg zurück. Gestern haben wir 1 Stunde und 35 Minuten gebraucht, heute zwei Stunden und 20 M[inuten], uns aber dabei dreimal gesetzt. Das sind doch Leistungen, an die man in Spaa nicht im Traume denken konnte!

Viele Grüße an Dich und Giulia
Dein tr[euer] Vater

516

Carl Muth an Georg von Hertling
München, 20. Oktober 1918

Hochland. Monatsschrift für alle Gebiete des Wissens, der Literatur und Kunst
(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 29, f. 49–50)

Excellenz! Hochverehrter Herr Staatsminister!

Ich darf wohl annehmen, daß der Original-Bericht des Congrès scientifique des Catholiques, Paris 1891, nebst meinem Begleitschreiben in Ihrem Besitze ist.[1] Ich sehe mich veranlaßt, dem angekündigten ausführlicheren Brief heute nochmals einen vorläufigen vorauszuschicken.

Ein Mitarbeiter, Dr. Hans Siegfried Weber[2], Vorsitzender der »Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungspolitik«, der zuletzt im Hochland über die Ukraine und unsere anfänglich falsche Politik daselbst einen sehr klugen, durch die Verhältnisse als richtig erwiesenen Artikel geschrieben hat, erwartet meine Entschließung darüber, ob er einen Aufsatz über »die Kanzlerschaft des Grafen Hertling« für Hochland schreiben dürfe, und sendet mir zur Orientierung über seine Auffassung den hier beiliegenden Artikel.[3] Dieser Artikel, für eine Tageszeitung gedacht, ist nicht gedruckt worden. Bevor ich ihm antworte, glaube ich auch die Zustimmung von Euer Excellenz zu haben, wenn ich mich vergewissere, ob und inwieweit sich Webers Auffassung mit den Absichten deckt, die für die politische Haltung von Euer Excellenz maßgebend waren. Wenngleich mir Weber auf dem rechten Weg zu sein scheint, so möchte ich mir doch Euer Excellenz Ansicht persönlich erbitten lediglich zu dem Zweck, dem Verfasser von mir aus den einen oder anderen Wink für die Abfassung des neuen Aufsatzes geben zu können. Der Umstand, daß ich mich deshalb mit Euer Excellenz in Verbindung gesetzt habe, bliebe für den Verfasser völlig im Hintergrund. Er würde darüber nie etwas erfahren.

---

1 Hertling konnte daraufhin diesem internationalen Kongress in seinen Memoiren breiten Raum geben (Hertling, Erinnerungen, Bd. 2, S. 128–136). Windthorst, soeben verstorben, wurde vom französischen Eröffnungsredner gewürdigt. Das Einladungsschreiben bat, sich über die zwischen beiden Völkern seit 20 Jahren herrschenden Missverständnisse hinwegzusetzen: »Et cependant il n'y a pas de terrain plus neutre, que celui de la science et du catholicisme«.

2 Hans Siegfried Weber, 1889 geb. in Saarbrücken, evangelisch, 1915 Dr. rer. pol. an der Universität Breslau (Rücksiedlung Auslandsdeutscher nach dem Deutschen Reiche, Jena 1915, gedruckt in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, NF Bd. 50), Schüler des Volkswirtschaftlers Adolf Weber (1876–1963); Mitarbeiter an der Deutschen Rundschau; weitere Publikationen: Ansiedlung von Kriegsinvaliden, 1916; Angelsächsischer Schein und deutsches Sein, 1918; Der Kampf um die Saar, 1928; Beiträge zu den Abhandlungen der deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaft (1940, 1943).

3 Liegt nicht bei.

Ich meinerseits hatte den Wunsch, daß er stärker den Gegensatz hervorhebe, der zwischen einer von aller historischen Kontinuität gänzlich absehenden Demokratisierung unseres staatlichen Lebens und der Auffassung besteht, daß eine gesunde Politik nie ohne geschichtliche Rechtfertigung sein darf, wenn sie den Volkscharakter nicht brüchig machen soll, eine Auffassung, die, wie mir scheint, Euer Excellenz bestimmt hat, die Verantwortung an den inzwischen durchgeführten Neuerungen abzulehnen. Ich will dem Verfasser außerdem vorschlagen den Zwischenfall Rohrbach-Schiemann[4] in dem neuen Aufsatz, wenn nicht ganz auszuschalten, so doch nur flüchtig zur Charakteristik der Lage anzudeuten.

Im Begriff diesen Brief abzuschließen, kommt mir unsere Antwortnote an Wilson[5] zu Gesicht, die mich trostlos macht, weil sie meine Befürchtung zu bestätigen scheint, daß wir Frieden machen müssen, selbst unter demüthigenden Bedingungen. Gott bewahre uns davor, daß das Reich in Trümmer geht und wir eine »kaiserlose, eine schreckliche Zeit« durchleben müssen! Wenn die Uebersiedlung von Euer Excellenz nach München nicht bevorstünde, hätte ich mir die Erlaubniß erbeten, Euer Excellenz meine Aufwartung in Ruhpolding machen zu dürfen.

Genehmigen Euer Excellenz die Versicherung meiner herzlichen Ergebenheit.
Carl Muth

4 In den Preußischen Jahrbüchern wurde ein Briefwechsel zwischen dem Osteuropa-Historiker Theodor Schiemann, der den Anschluss der »Randstaaten« und die Vereinigung von Estland, Livland und Kurland propagierte, und dem Anhänger des »ethischen Imperialismus«, Paul Rohrbach, veröffentlicht, der mit Hans Delbrück eine zurückhaltende Politik gegenüber den baltischen Staaten vertrat. H. Delbrück, Die Buriansche Note, S. 141 f. – Theodor Schiemann (1847–1921), geb. in Grobin (Kurland), Studium der Geschichte in Dorpat, Hauslehrer, 1874 Dr. phil. (Göttingen), 1887 Privatdozent für mittlere und neuere Geschichte in Berlin, 1892 dort erster a.o. Professor für osteuropäische Geschichte, 1906 o. Professor, 1902 Gründung des Seminars für osteuropäische Geschichte und Landeskunde, im Weltkrieg agitierte er für eine antirussisch-annexionistische Politik, 1918 Kurator der Universität Dorpat, Hauptwerk: Geschichte Russlands unter Nikolaus I., Bd. 1–4, 1904–1919. Helmut Altrichter, Schiemann, Theodor, in: NDB 22 (2005), S. 741 f. Vgl. Hiden, S. 29–31.

5 Dritte Antwortnote an Wilson v. 20. Oktober 1918. Hier setzte sich Reichskanzler Max mit seinem Angebot der praktischen Einstellung des U-Boot-Krieges gegen die OHL durch, die gefordert hatte, sich gegenüber maßlosen Waffenstillstandsbedingungen der Feinde die Möglichkeit zur Wiederaufnahme der Kampfhandlungen offenzuhalten. Schulthess 59, NF 34 (1918/I), S. 351 f.

517

Georg von Hertling an Carl Muth
Ruhpolding, 23. Oktober 1918

(eigh. Or.; BSB, Ana 390 II A)

Sehr geehrter Herr Professor!

Für zwei Briefe und zwei Sendungen habe ich zu danken, was hiermit bestens geschehen soll. Der offizielle Bericht über den Pariser Kongreß enthielt in seinem ersten Hefte einige interessante Details, an die ich mich nicht mehr erinnert habe und die ich vielleicht verwerten kann. Aber mein dringender Wunsch, die betr[effende] Nummer der K[ölnischen] V[olks] Z[eitung] zu erhalten, wird damit nicht beseitigt, denn dort habe ich meine persönlichen Eindrücke von einzelnen Menschen und Vorgängen niedergelegt.

Was sodann den Aufsatz von Herrn Dr. S[iegfried] Weber betrifft, so muß ich mich, wenn ich ehrlich meine Meinung sagen soll, gegen eine Veröffentlichung aussprechen, und zwar aus verschiedenen Gründen. Der Aufsatz ist vor meinem Austritte aus dem Amte gesch[rieben] und mutet darum von vornherein anachronistisch an. Er ist sodann, womit ich dem Verfasser keinen Vorwurf machen will, ohne ausreichende Sachkenntnis geschrieben. Die Artikel von Delbrück,[1] Hausmann [!] haben die Krisis nicht herbeigeführt. Ich habe nur in den von H[außmann] flüchtig hineingesehen und mich an der geradezu kindlichen Unwissenheit über meine Person ergötzt. Auch der unterlassene Kampf gegen die Alldeutschen war nicht entscheidend, ganz abgesehen davon, daß die letzteren tatsächlich keinen Einfluß auf die politische Leitung und auch nicht mehr auf die der O. H. L. hatten. Die Leute wußten ja gar nicht, wie die Dinge wirklich standen, doch das würde zu weit führen. Entscheidend war in erster Linie die Haltung der Sozialdemokratie, die mir – begreiflich genug! – von Anfang an mißtrauisch gegenüberstanden [!] und – leider, leider! – auch Mitglieder anderer Parteien beeinflußten. Dazu kamen dann die Machenschaften einzelner ehrgeiziger Streber, auf die jedermann mit Fingern hinwies, die aus der Krisis Vorteile für sich erhofften. Aber zum vollen Ausbruch kam die Krisis doch erst, als das Mißlingen der Somme[r]-Offensive und der Abfall Bulgariens in den weitesten Kreisen eine Panik hervorriefen[2] und nun auch von einer Seite, von der man es am wenigsten erwartet hätte, der Ruf nach einer breiteren, volkstümlichen Basis für die Regierung laut wurde, mit der Begründung, daß wegen der Rückwirkung auf den Geist der Truppen an der Front eine Beruhigung der Heimat

1 In den Preußischen Jahrbüchern vom 29. September 1918 nahm Hans Delbrück Gröbers Kritik an der Regierung vom 25. September zum Beweis, dass sich Hertling nicht mehr werde halten können. H. Delbrück, Die Burianische Note, S. 144 f.

2 Vgl. die Einträge bei Wolff, Tagebücher, S. 629 f. zum 26., 27. und 28. September.

dringend erfordert werde. Den darin gelegenen Ruck nach links konnte ich nicht mitmachen. Sie haben ganz recht, ich konnte und wollte den völlig unvermittelten Sprung in eine Demokratisirung nicht unternehmen, die zu unserer geschichtlich gewordenen Eigenart nicht paßt, und die möglicherweise verhängnisvoll für Reich und Bundesstaaten wirken wird.

Zum dritten muß ich sagen, daß wir retrospektive Betrachtungen jetzt nicht brauchen können und nicht anstellen sollen. Kritik ruft Antikritik hervor, für solche Auseinandersetzungen ist aber jetzt nicht der Augenblick, jetzt, wo wir mit fieberhafter Spannung auf den Erfolg der Friedensdemarche der neuen Regierung warten und nun erst recht jede Uneinigkeit in der Heimat vermieden werden muß. Die Nichtveröffentlichung des Artikels würde auch meiner eigenen Neigung entsprechen, da ich nur den Wunsch habe, daß mein Name aus der politischen Diskussion vollkommen ausscheidet. Meine eigenen, mich selbst betreffenden retrospektiven Betrachtungen darf ich Ihnen mündlich vortragen, wenn wir uns demnächst in München sehen werden. Der Termin unserer Uebersiedelung dorthin steht allerdings noch nicht ganz fest.

In vorzüglicher Hochachtung und mit freundlichem Gruße
Ihr ergebener
Gf Hertling

518

Georg von Hertling an Stephan Ehses
Ruhpolding, 26. Oktober 1918

(eigh. Or.; AGG, Nr. 5,3)

Lieber, verehrter Herr Prälat!

Vielen Dank für Ihre freundlichen Zeilen vom 8. d[ieses] M[onats],[1] die vor einigen Tagen, sehr verspätet, in meine Hände kamen. Wenn der Hauptausschuß des Reichstags mich hatte stützen wollen, so hätte er es anders anfangen müssen, um verstanden zu werden. Gröber's Absicht ging zweifellos dahin, wie er dies dann auch in der Germania ausdrücklich festgestellt hat, aber der Andere[2] dachte anders und erzählte jedermann, der es hören wollte, daß er einen großen Teil der Fraktion auf seiner Seite habe. Die Entscheidung aber brachte die veränderte militärische Lage und der Abfall Bulgariens, es trat eine Art von Panik ein, und von einer Seite, von der man es am wenigsten erwartet hatte, wurde der Ruf nach einer volkstümlichen Basis für die Regierung erhoben. Da wußte ich, was die Uhr geschlagen hatte. Den in meinen Augen verhängnisvollen Ruck nach links konnte und wollte ich nicht mit [machen], und so erbat ich meinen Abschied, der mir ja auch mit allen Ehren zu Teil wurde. Daß ich der weiteren Entwickelung der Dinge mit Sorgen entgegen sehe, werden Sie begreifen, dabei bin ich aber ein zu guter Patriot, um es nicht schmerzlich zu bedauern, daß die erste große politische Tat der neuen Regierung, das Friedensangebot an Wilson ein solcher Fehlschlag gewesen ist und uns die demütigende Antwort des neuen arbiter mundi, des ebenso ungebildeten als unwissenden nordamerikanischen Präsidenten eingetragen hat.

Seit bald drei Wochen bin ich hier, und die Stille des abgelegenen Gebirgsdorfs sowie die köstliche Luft wären ganz dazu angetan, sich von den Anstrengungen und Aufregungen der vergangenen Wochen und Monate zu erholen, wenn man die quälenden Gedanken loswerden könnte. In spätestens drei Wochen werden wir nach München übersiedeln, wo wir Barerstraße 52/II wohnen werden. Sie und andere alte Freunde dort recht oft sehen zu können, ist mir ein tröstlicher Ausblick. Wenn Sie Freund Müller sehen, so grüßen Sie ihn schön. Wie die Stimmung bei ihm im Hause ist, ging deutlich aus einem gestern hier eingetroffenen Briefe von Frl. Tilli hervor.

Wie immer in herzlicher Verehrung
Ihr ergebener
Gf Hertling

1 Siehe oben Nr. 512.

2 Erzberger.

519

Alfred Brunswig an Georg von Hertling
Dorpat, 27. Oktober 1918

(Or., eig.; NlH, Nr. 42, f. 3–4)

Er ist seit vier Wochen über das bayerische Kultusministerium nach Dorpat gekommen[1] *und unterrichtet an einer blühenden Universität, die über 1000 Studenten hat: Deutsch-Balten, Esten, Letten, Russen und Litauer. Er hält eine gut besuchte vierstündige Vorlesung über Geschichte der Philosophie und eine über Psychologie. Neben ihm lehrt noch ein Sohn Wilhelm Wundts*[2] *in Dorpat Philosophie.*

Ich hatte Euer Excellenz nicht ohne Absicht geschrieben, dass wir damals bereits dort die militärische Lage als hoffnungslos und einen schnellen Frieden unter Opfern als notwendig anzusehen anfingen.[3] Dass freilich das Gebäude unserer Machtstellung auf so schwankem Grunde stand und sein Einsturz so jäh sein werde, ahnten wir natürlich nicht. *Das schicksalhafte Ende raubt ihm aber nicht den Glauben an die Wiedergeburt Deutschlands. Für das Opfer der Übernahme des Kanzleramts bietet der Dank der Einsichtigen keine ausreichende Entschädigung. Immerhin kann sich Hertling nun nach Ruhpolding zurückziehen.*

Und vielleicht wird in der Muße dort sich die Philosophie wieder Eurer Excellenz nahen und vielleicht wird das Buch von den »Dingen, die sind, den Wahrheiten, die gelten und den ewigen Werten« nun doch noch geschrieben.[4]

[Schlussformel u. Unterschrift]

---

1 Brunswig hatte am 2. September 1918 Hertling um Kommandierung an die Universität Dorpat gebeten.

2 Wilhelm Wundt (1832–1920), aus Pfälzer Pastoren- und Professorenfamilie, geb. in Neckarau, 1875–1917 o. Professor der Philosophie in Leipzig, begründete die naturwissenschaftlich-empirisch vorgehende Psychologie als eigenständiges Fach (Ablehnung der Lehren von der Seele). Er verfasste auch Werke über Völkerpsychologie, Logik und Ethik; zu Beginn des Weltkriegs nationalistischer Publizist (Über den wahrhaften Krieg, 1914). Sein Sohn war Max Wundt (1879–1963), geb. in Leipzig, 1907 habilitiert in Straßburg, 1918 a.o. Professor der Philosophie in Marburg, 1920 Ruf nach Jena, 1929 nach Tübingen. Er forschte besonders über die Philosophie der griechische Antike und des 17.–18. Jahrhunderts. »Hinzu kamen einige deutschnational, später nationalsozialistisch orientierte Schriften«. Biographische Enzyklopädie deutschsprachiger Philosophen, S. 463.

3 Vgl. seine früheren Briefe aus dem Felde an Hertling.

4 Brunswig vertrat entgegen dem Erkenntnisbegriff Kants den differenziert vorgetragenen Standpunkt einer Objektives voraussetzenden »Wesenseinsicht«. »Wir sehen im alten Erkenntnisbegriff, demzufolge das Erkennen ein unabhängig von ihm schon konstituiertes Sein nur zu erkennen habe, ein unüberwindliches Wahrheitsmoment«. Brunswig, Grundproblem, S. 160–162.

520

Hermann von Grauert an Georg von Hertling
München, 27. Oktober 1918

(eigh. Or.; AGG, Nr. 7)

Hochzuverehrender Herr Reichskanzler! Hochverehrte und liebe Exzellenz!

Seitdem ich a[m] 22. und 23. September die Ehre und Freude hatte, mit Ihnen im Reichskanzlerhause zu sprechen und zu speisen, haben die Ereignisse auf dem Welttheater und auf den Kriegsschauplätzen eine so überraschende Wendung genommen, dass ich und viele Freunde des Vaterlandes ihnen wie gelähmt gegenüberstehen.

Ihre eigene Kanzlerschaft war ja von allem Anfange aufgebaut auf die Voraussetzung der siegreichen Durchführung unserer am 21. März eröffneten Westoffensive. Nachdem diese Voraussetzung sich als brüchig erwiesen hatte, wurde auch Ihre eigene Führung der Reichsgeschäfte stark bedroht und untergraben. Ihrer persönlichen Ruhe wegen könnte man Ihr Ausscheiden aus dem Amte ja dankbar begrüssen. Im Interesse unseres Volkes und Reiches hätten aber doch sehr viele gewünscht, einen guten vorteilhaften Frieden durch Ihre Hand besiegelt zu sehen. General Ludendorff hat aus der Lage nun auch die rechten Konsequenzen gezogen.[1] Den zweiten Vormarsch an die Marne durfte er nicht anbefehlen. Über die Leistungsfähigkeit der Amerikaner hat er sich schweren Täuschungen hingegeben, und unseren Tauchbooten hat er wie Tirpitz Unmögliches zugemutet. Der ungehemmte Tauchbootkrieg war nur zulässig, wenn er in kurzer Zeit zu einem guten Frieden führte. Die Tirpitzsche Vertröstung auf die später eintretende Wirkung war durchaus hinfällig. Denn je länger der Tauchbootkrieg dauert, desto größer wird die Gefahr, dass er uns auch mit den letzten Neutralen noch in Krieg verwickelt. – Wenn ich jetzt die entsetzliche Lage überblicke, so erinnere ich mich mit tiefem Schmerze der Unterredung, die ich im Herbst 1914 mit Msgre Marchetti hatte. Er meinte damals, wir sollten mit England rasch Frieden schliessen auf der Grundlage der Wiederherstellung des Status quo ante. Wo werden die Amputationen aufhören, denen wir uns heute unterziehen müssen! Von der Entfesselung des Volkskrieges aber dürfen wir bei der Erschöpfung unserer Volkskraft nur noch eine Verschlimmerung des Endergebnisses erwarten. Norddeutschland würde unter englische, Süddeutschland unter französische Kontrolle geraten. Gestern ging mir das sehr interessante Buch des englisch-irisch-russischen

1 Ludendorff, seit 29. August 1916 Erster Generalquartiermeister neben Hindenburg als Chef des Generalstabes, trat am 26. Oktober 1918 zurück, weil er und Hindenburg die Weiterführung der Verhandlungen mit Wilson ablehnten, solange das Heer unbesiegt auf feindlichem Boden stehe. Welche Chancen ein Weiterkämpfen hatte, konnten sie Vizekanzler Payer nicht angeben.

Publizisten E. J. Dillon zu: The Eclipse of Russia, London and Toronto 1918.[2] In Amerika muss es grosse Sensation machen. Dillon war der Vertrauensmann von Graf Witte[3] und teilt Näheres mit über die Anerbietungen, welche Kaiser Wilhelm II im J[ahr] 1888 bei seiner ersten Staatsvisite dem Zaren Alexander III[4] und Graf Witte (damals Finanzminister) machte. Der Gedanke habe, so erzählte Witte, dem »Kaiser« vorgeschwebt, die Staaten Europa' s zu konfoederieren und zollpolitisch und wirtschaftlich möglichst unabhängig zu machen von Amerika und anderen aussereuropäischen Staaten: to boycott America. Der Kaiser soll zu Witte gesagt haben: Mine is to make the Continent strong by keeping out ruinous American exploitation. Auch was von dem Geheimvertrag erzählt wird, den Wilhelm II und Nikol[aus] II[5] im Aug[ust] Sept[ember] 1905 in Björkö geschlossen haben sollen[6], ist von höchstem politischen Reiz.- Der Bestand der Dynastien ist schweren Belastungsproben ausgesetzt. Gott schütze unser Volk und Vaterland.

Als Mitglied der Görres-Gesellschaft begrüsse ich Sie in alter treuer Verehrung an der Spitze unseres Kreises. Ihrer bewährten Führung vertrauen wir in alter Hingebung uns an. Unsere Arbeiten werden auch weiterhin unserem Volke wie der Kirche zur Ehre gereichen.

---

2 420 S. Emile Joseph Dillon (1854–1933), geb. in Dublin, Sohn einer englischen Mutter und eines irischen Vaters, erwarb ein zweifaches Doktorat, Dr. für orientalische Sprachen und Literatur (Löwen), Dr. für vergleichende Philologie (Charkow); kurzzeitig Professor für Sanskrit, Armenisch und Philologie an der Universität Charkow. Er war von 1887 bis 1914 russischer Korrespondent des Daily Telegraph, publizierte zur Zeitgeschichte Russlands, Deutschlands und Mexikos; Begleiter Wittes auf der Friedenskonferenz von Portsmouth 1905.

3 Sergej J. Graf Witte (1849–1915), geb. in Tiflis, deutschbaltisch-russischer Herkunft, 1889 Leiter des ersten Eisenbahn-Departments im russischen Finanzministerium, 1892–1903 Finanzminister, im Juli 1905 Chefunterhändler bei den Friedensverhandlungen mit Japan, 1905–1906 Premierminister Russlands, dessen konstitutionelle und wirtschaftliche Entwicklung ihm Hauptanliegen war. Nach Kaltstellung durch Zar Nikolaus II. bemühte er sich um die Stützung des russischen Finanzhaushalts durch europäische Banken und opponierte vergeblich gegen Russlands Kriegseintritt 1914. https://www.britannica.com/biography/Sergey-Yulyevich-Graf-Witte (24.11.2017). Lerchenfeld vermutete am 23. Oktober 1914, Witte (»stets ein Gegner Englands«) beabsichtige, einen Sonderfrieden mit Deutschland einzugehen. Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 346 f.

4 Alexander III. Romanow (1845–1894), Zar 1881–1894. Unter ihm kam die französisch-russische Allianz von 1894 zustande.

5 Nikolaus II. Romanow (1868–1918), 1894–1917 letzter Zar Russlands. Innenpolitisch autokratisch gesinnt, beharrte der Neffe dritten Grades Wilhelms II. außenpolitisch auf der Allianz mit Frankreich und suchte 1904 die Verständigung mit England.

6 Die Vereinbarung von Björkö vom 24. Juli 1905 (nicht ratifiziert) sah vor: gegenseitige Hilfe beider Mächte im Falle eines Angriffs durch eine europäische Macht, kein Separatfrieden mit einem gemeinsamen Gegner, Inkrafttreten nach dem Friedensschluss zwischen Russland und Japan, nach Inkrafttreten sollte Russland Frankreich vorschlagen, dem Vertrag beizutreten. L. Brentano, Urheber, S. 48–51.

Von ganzem Herzen wünsche ich Ihnen gute Gesundheit und den Trost, die Geschicke unseres Volkes bald wieder in aufsteigender Linie sich entwickeln zu sehen.

In alter Anhänglichkeit Ihr freundschaftlich
ergebener Dr H v Grauert

521

Georg von Hertling an Karl von Hertling
Ruhpolding, 27. Oktober 1918

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 23, f. 45)

Lieber Karl!

Sendet ihm den Antwortbrief des Generals Walther von Walderstötten, der, wenn er vom Paratyphus genesen ist, anscheinend Hoffnung auf eine Verwendung für den Sohn Karl macht. Anna kam am Donnerstag hierher, fährt aber der langweiligen Wohnungseinrichtung wegen heute wieder nach München. Ich denke, wie würden etwa am 14. Nov[ember] dorthin umsiedeln.

Was denkst Du über Herrn Wilson? Ich halte ihn für einen ebenso eingebildeten als unwissenden Menschen und kann nur bedauern, daß man ihn zum obersten Schiedsrichter gemacht hat. Aber vielleicht kommen wir schließlich doch zum Frieden, da nicht nur wir, sondern auch die anderen Völker ihn dringend nötig haben.

Hoffentlich geht es Dir und den Deinen fortgesetzt gut. Von den übersandten Photografien hat uns die Deiner drei Kinder weitaus am besten gefallen.

Mit vielen Grüßen an Giulia und Dich von uns dreien
Dein tr[euer] Vater

522

Georg von Hertling an Karl von Hertling
Ruhpolding, 3. November 1918

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 27, f. 65)

Lieber Karl!

Zu Deinem Namenstage morgen schicke ich Dir meine und unsere herzlichen Glückwünsche, da ich nicht weiß, ob der Brief rechtzeitig eintrifft, sollen sie morgen Dir noch telefonisch zugehen. Für Deinen Brief vom 30. v[origen] M[onats] schönen Dank, ich freue mich immer, Nachricht von Dir zu erhalten und zu erfahren, daß es Euch gut geht. Uns geht es auch ganz gut. Ich benutze fleißig das günstige, manchmal sogar wunderschöne Wetter zum Spazierengehen, was mir sehr gut bekommt. Die Abrechnungen von Berlin habe ich erhalten, sie aber nicht näher angesehen, sondern mich damit begnügt, die noch ausstehende Summe dorthin zu schicken, es wird ja zweifellos alles in Ordnung sein.

Von anderen Dingen kann man das freilich nicht sagen. Die alte Habsburg-Monarchie scheint in voller Auflösung begriffen zu sein, was aus den einzelnen Nationalstaaten werden soll, weiß Gott. Hier sollen wir jetzt eine Kompagnie unserer Soldaten zur [Be]wachung der nahen österr[eichischen] Grenze erhalten.[1] Man nimmt an, daß sich aus den dem Hungertode nahen Bevölkerungen räuberische Banden herüberbegeben könnten. Mitz fürchtet sich in Berlin vor der Revolution. Nach den Erkundigungen aber, die der gute Schlieben auf meinen Wunsch angestellt hat, teilt man in competenten Kreisen dort diese Befürchtung nicht. Mitz schreibt, daß in Berlin jetzt alles auf Ludendorff schimpfe. Das ist ungerecht, denn ihm verdanken wir doch nahezu vier Jahre lang die glänzenden Erfolge unserer Truppen. Freilich, die Kräfte der Feinde hätte er nicht so lange Zeit unterschätzen sollen, und die überstürzte Eile mit der er das Friedensangebot und den Ruck nach links betrieb, waren ein Unglück.[2] Uebrigens glaube ich trotz allem und aller, daß der Friede auf dem Marsche ist, und die glänzende Haltung, die unsre an der Westfront kämpfenden Truppen noch immer bekunden, wird Foch, der nicht nur ein tüchtiger Soldat, sondern auch ein verständiger Mann sein soll, zu denken geben und zur Mäßigung

1 Gemäß einer amtlichen Mitteilung vom 1. November 1918 drohte Bayern zurzeit militärisch keine unmittelbare Gefahr, doch seien »für alle Fälle bayer. Grenzschutztruppen aufgestellt«. Schulthess 59, NF 34 (1918/I), S. 406.

2 Vgl. das vernichtende Urteil bei Payer, Autobiographische Aufzeichnungen, S. 98 (1928), über Ludendorffs plötzliche Forderung nach Waffenstillstand.

bestimmen. Das ist es, worauf sich jetzt mein Optimismus konzentrirt. *Er hat Fotografien von sich an Bussche, Deutelmoser und Frau Below*[3] *gesandt.*

Nun will ich noch auf die andere Seite an die liebe Annarose schreiben. Grüße Giulia und sei selbst bestens gegrüßt von Deinem tr[euen] Vater.

3 Seine alte Bekannte aus den Romaufenthalten 1899–1902, Henriette von Below, geb. von Quistorp (1866–1945), Frau des Legationssekretärs Gustav von Below (1855–1940).

523

Georg von Hertling an Hermann Cardauns
Ruhpolding, 7. November 1918

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 58)

Lieber Freund,

Wie geht es Dir? Ich hoffe zwar zuversichtlich, daß Du mit den Deinen von dem abscheulichen Fliegerangriffe auf Bonn keinen Schaden davon getragen hast, aber ich hätte doch gerne ein Lebenszeichen von Dir, welches meine Annahme bestätigt.- Wir sind, wie Du siehst, noch hier, werden aber wohl in der nächsten Woche nach München übersiedeln. Hier waren wir recht vom Wetter begünstigt, sodaß ich tüchtig hinauskonnte und auch wieder gehen gelernt habe. Mit Dir kann ich freilich nicht konkurrieren, aber auf 5 Kilometer habe ich es doch schon gebracht, während es im Sommer kaum zu einem halben gereicht hat. Mit den »Lebenserinnerungen« komme ich nur langsam vorwärts, immerhin bringt die Beschäftigung mit der Vergangenheit eine erwünschte Ablenkung der Gedanken. Freilich gab es auch damals Kämpfe, aber es waren geistige Kämpfe, es handelte sich um ideale Ziele. Und jetzt? Wohin ist die einmütige Stimmung vom August 1914 gekommen? Aus dem Siegestaumel ist ein großer Teil unseres Volks in einen beklagenswerten Kleinmut oder eine unpatriotische Gleichgültigkeit verfallen, oder – was das schlimmste ist – es hört auf die Stimmen der verbrecherischen Hetzer, die ihm das Trugbild einer durch den Umsturz des Bestehenden besseren Zukunft vorgaukeln. Es ist niederdrückend und beschämend, vielleicht auch beunruhigend für alle die, die an das Schicksal ihrer Kinder und Enkel denken. Möge Gott uns helfen! Er allein weiß ja, warum er all das Schreckliche zugelassen hat, was wir in den letzten Wochen erleben mußten.

Doch genug davon! Ich wollte eigentlich gar nicht darüber reden, aber man wird den Druck, der auf einem jeden lastet, nicht los, und dann drängen sich die Worte auf die Lippen oder in die Feder. Soeben erfahre ich, daß die Waffenstillstandsverhandlungen nun wirklich beginnen sollen, was werden sie uns bringen.

In alter Freundschaft
Dein Hertling

524

Hermann Cardauns an Georg von Hertling
Bonn, 9. November 1918

(eigh. Or.; AGG, Nr. 8)

Lieber Freund.

Man weiß nicht, wie lange die sich überstürzenden Ereignisse noch einen regelmäßigen Briefverkehr gestatten werden – Dein Brief hat allerdings nur einen Tag gebraucht – und so beantworte ich Deine freundliche Erkundigung umgehend dahin, daß wir von der Bonner Flieger-Katastrophe, die eine volle Viertelstunde entfernt sich abspielte, nichts bemerkt haben, als einen kurzen Alarm, um den man sich in Bonn als einer offenen Stadt[1] wenig zu kümmern pflegte. Unser Leichtsinn hat sich furchtbar gerächt:[2] In den Häusern sind nur ganz Wenige zu Schaden gekommen, fast alle auf der Straße; das mutmaßliche Object, der Bahnhof, der genau in der Linie des Bombenabwurfs lag, hat überhaupt nicht gelitten.

Was seitdem alles geschehen ist, an Unglück, Feigheit, Erbärmlichkeit, Verrat und Wahnsinn, drängt die Erinnerung an die Katastrophe zurück. Bis jetzt habe ich – manchmal bin ich versucht mich dessen zu schämen – meine Ruhe bewahrt. Die nächsten Tage werden wohl den Beweis erbringen, ob das nun Folge meiner gesunden Constitution ist oder auch etwas wirkliche Courage. Wären wir nur alle beisammen! Aber wir sind einsame Leute geworden, von der ganzen Nachkommenschaft Niemand mehr in Bonn als m[eine] jüngste Tochter und ein Enkelchen. […].- Ich wurde unterbrochen, und mittlerweile kommen weitere Hiobsposten von allen Seiten. Wer nicht weiß, daß Revolution stets die ansteckendste Krankheit der Welt war und noch ist, kann die Vorgänge nicht begreifen. Hier in Bonn ist nicht viel passiert. Einen »Arbeiter- und Soldaten-Rat« haben wir allerdings ebenfalls, doch höre ich eben, daß er mit einem mir befreundeten Hauptmann verhandelt, der in der hiesigen Garnison sehr beliebt ist.

1 Nach Artikel 25 der Haager Landkriegsordnung von 1899 durften Städte und Dörfer, die nicht verteidigt wurden, weder angegriffen noch bombardiert werden.

2 Die Verluste waren auch eine Folge der »wenig vorsorglichen Haltung der Behörden« und der die Nachrichten über militärische Aktionen und Fliegerangriffe unterdrückenden Militärzensur. Zwischen August 1915 und November 1918 litt die grenznahe Stadt Saarbrücken unter 251 Fliegerangriffen. Jacoby u. Laufer, S. 312 f. Ein Fliegerangriff auf Karlsruhe forderte 1916 eine vierstellige Opferzahl. Scheidemann brandmarkte am 3. Juli 1918 die »Fliegerangriffe auf offene Städte außerhalb der Kriegszone« besonders in Südwestdeutschland (Freiburg, Mannheim und Karlsruhe) als einen der abscheulichsten Auswüchse des Krieges und forderte Verhandlungen der kriegführenden Mächte über deren Einstellung. Sten. Berichte, 13. Leg.-Per., 2. Sess., Bd. 313, S. 5706 f.

Während des Schreibens kommt mir der Gedanke, daß diese Zeilen vielleicht ein Abschiedsbrief sind. Gott behüte Dich und die Deinen! In alter, jetzt fast halbhundertjähriger Freundschaft Dein

Cardauns

525

Max Ettlinger an Georg von Hertling
München, 10. November 1918

(masch. Or.; AGG, Nr. 5)

Euer Exzellenz!

Nun muss ich leider mitteilen, dass die in Angriff genommene Ueberarbeitung Ihrer Metaphysik–Vorlesungen[1], zu denen mir letzter Tage auch Geheimrat Baumgartner[2] seine Nachschrift zusandte, eine Unterbrechung und Verzögerung erleiden muss. Ich bin nämlich letzten Freitag 3.11. wieder zum Heeresdienst einberufen worden und vorläufig ins Kriegsministerium (Bureau des Herrn Rittmeisters Grafen Berchem[3]) kommandiert, wo hoffentlich meines Bleibens sein wird. Bis ich mich dort eingearbeitet habe, werde ich auch in den dienstfreien Stunden keine geistig angestrengtere Arbeit zu leisten vermögen, doch hoffe ich in wenigen Wochen auf dem laufenden zu sein und ich werde mir dann nichts angelegener sein lassen, als die weitere Textbearbeitung Ihrer Vorlesungen. Sollten es aber Euer Exzellenz unter diesen Umständen vorziehen, nur das Diktat durch Herrn Dr. Meier in der »Sammlung Kösel« herausgeben zu lassen, so bitte ich um gütige Nachricht.

Ueber Professor Brunswigs Berufung nach Münster habe ich mich ausserordentlich gefreut; leider hat mich sein Besuch verfehlt. Auf seine Fürsprache in meiner eigenen Angelegenheit hoffte ich ohnehin zählen zu dürfen und könnte nach seinen Mitteilungen an meine Frau auch fast wieder einige Hoffnung haben. Doch ziehe ich es vor, mit möglichstem Stoizismus abzuwarten, damit sich nicht die Freiburger Erfahrungen wiederholen.

Sollten Euer Exzellenz in der einen oder anderen Sache weitere mündliche Auskunft wünschen, so stände ich infolge meiner Dienststunden mit Sicherheit nur vormittags vor ½ 10 Uhr und meistens nachmittags zwischen ½ 2 Uhr und ½ 4 Uhr zur Verfügung. Andernfalls werde ich mir erlauben wieder vorzusprechen, sobald

1 Siehe oben Nr. 86 Anm. 2.

2 Matthias Baumgartner (1865–1933), geb. in Schretzheim, Schüler Hertlings, 1897 Professor für Philosophie in Freiburg im Breisgau, 1901–1924 in Breslau. Seine Hauptarbeitsgebiete waren Logik und Erkenntnistheorie sowie die Geschichte der patristischen und scholastischen Philosophie.

3 Nicht ermittelt.

ich in der Bearbeitungsfrage zu einem Ueberblick und zum probeweisen Abschluss eines Abschnitts gelangt bin.

Mit verehrungsvollen Grüßen
Euer Exzellenz stets dankbar ergebener
Max Ettlinger

12.11.: Vorgestern durch Hrn. Geh[eimen] Rat Baeumker und gestern durch Freund Brunswig erhielt [ich] Mitteilungen, die mich hoffen lassen, doch wenigstens diesmal auf die Liste zu kommen.[4] –

4 Ettlinger erhielt Ende 1918 den Ruf auf eine Philosophieprofessur an der Universität Münster, an der er schon ab Ende Januar 1919 einen Ferienkurs abhalten wollte.

526

Georg von Hertling an Karl von Hertling
Ruhpolding, 14. November 1918

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 27, f. 66–67)

Lieber Karl!

Ich hatte geglaubt, nach einem Leben voll Arbeit auf einige Jahre ruhigen Alters hoffen zu dürfen, und viele gute Menschen haben es mir gewünscht, und was ist daraus geworden? Nichts als Kummer und Sorge. Kummer über den furchtbaren Zusammenbruch des Vaterlands und die darauf folgenden politischen Umgestaltungen, die so gar nicht meinen Ideen und Sympathien entsprechen, und dazu schwere eigene Sorge, namentlich für Euch Kinder. Ich weiß nicht, ob die Regierung, die zu Ende des Jahres in Berlin am Ruder sein wird, sich an die Verpflichtungen der früheren Regierung, insbesondere was Pension der Beamten betrifft, gebunden erachtet. Tut sie es nicht, so bin ich ein armer Mann, und kann Euch die bisherige Zulage nicht weiter zahlen, geschweige, daß ich noch Ersparnisse zu Euren Gunsten machen könnte. Daß Du Dich nach dem Kriege um einen anderen Beruf umsehen müßtest, ist ein Gedanke, den Du schon immer bald im Scherz bald im Ernst erörtert hast. Ich hatte gehofft, Dir dabei behilflich sein zu können, aber das ist nun aus und vorbei. Die militärische Karriere ist ohnehin zu Ende und zu den Männern der neuen Regierung habe ich keine Beziehungen und sie werden sich nicht veranlaßt sehen, mir eine Gefälligkeit zu erweisen. Nun habe ich mir gedacht, daß Dir vielleicht Deine näheren oder entfernteren Bekannten in Augsburg einen Weg in's Erwerbsleben zeigen oder öffnen könnten. Du hast Dir diese Frage ja wohl auch schon vorgelegt. Was Henni für Pläne hat, ahne ich nicht. Vermögen hat er bekanntlich so gut wie nicht. Mitz scheint nervös furchtbar herunter zu sein, sie hat uns aus Angst vor der in Berlin drohenden Hungersnot gestern Knall und Fall ihre beiden kleinsten Kinder geschickt und uns dadurch in die Zwangslage gebracht, hier zu bleiben. Den kleinen Seppl[1] mußten wir zwar sofort in's Kinderheim tun, weil Frl. Olga, die die Kinder hergebracht hat, sogleich wieder zurückreisen mußte, und dort könnten wir ihn ja zur Not lassen, wenn wir uns veranlaßt sehen sollten, doch nach München zu gehen, aber gerne tue ich das natürlich nicht. Die kleine Toni[2] könnten wir zur Not dort unterstopfen.

Damit sind die Sorgen zwar noch nicht erschöpft, aber ich will die Liste nicht fortsetzen, sondern von etwas Anderem reden. Zunächst wird Dich interessieren, daß hier im Hause seit drei Wochen an der Einrichtung der elektrischen Beleuchtung

1 Joseph von Weitershausen, geb. am 16. Februar 1918.

2 Antonie von Weitershausen, geb. am 12. Januar 1912.

gearbeitet wird. Im Parterre und den unteren Räumen können wir sie schon benutzen, und ich hoffe, daß bis Ende der nächsten Woche alles fertig sein wird. Das ist doch eine große Verbesserung, die über die Beleuchtungsmittel-Not der Gegenwart hinüberhilft und den Wert des Hauses dauernd steigert. Sodann habe ich die H[y]pothek abgezahlt, sodaß Ihr später nicht bis zum Jahre [19]39 für die Annuität von 495 M. im Jahr aufkommen müßt.

Und nun zu Deinen »Memoiren«. Ueber das, was wir bei dem ersten Aufenthalt in Kreuznach gemacht haben, weiß ich leider nichts zu sagen. Möglich, daß wir von Belgien gesprochen haben, möglich, daß der Kaiser damals mit seiner Idee hervortrat, wir sollten den Belgiern unsre an der Küste aufgeführten Befestigungen überlassen, mit der Verpflichtung die Küste gegen England zu verteidigen. Definitive Beschlüsse wurden jedenfalls nicht gefaßt.[3] Das geschah erst viel später in Spa, und damals war man schon recht bescheiden geworden. Die Erörterungen über die Kompetenz der O.H.L., sich in politische Dinge einzumischen, und meine Beschwerde üb[er] Ludendorff's Auftreten fallen in den Februar.[4] Über die von Rantzau gemeldeten Bemühungen, via Kopenhagen Fühlung mit England zu gewinnen, kannst Du gut berichten. Es kann nur nützlich sein, wenn die Leute erfahren, daß wir fortgesetzt bemüht waren, einen Weg der Verständigung zu suchen. Es ist daher vielleicht auch ganz gut, mit der Veröffentlichung nicht noch Jahre lang zu warten, sondern sie bald zu bringen. Das »Hochland« würde gewiß ein hübsches Honorar zahlen, natürlich möchte ich aber Deine Aufzeichnung vorher lesen.

Gesundheitlich geht es uns gut. Daß ich schon die schönsten Spaziergänge gemacht habe: Taubensee, Mi[e]senbach, Steinbruchweg nach Brand, hast Du vielleicht schon gehört. Das ist aber auch zur Zeit leider das Einzige, womit es »aufwärts« geht. Möge der liebe Gott Dich und die Deinen und uns alle in seinen Schutz nehmen, er ist der Einzige, der helfen kann.

Viele herzliche Grüße an Giulia und die Kinder und Dich selbst von Mama, Anna und Deinem tr[euen] Vater

Gruß von mir auch für Euch Alle; wir sind gesund, das ist Alles was ich sagen kann, wir bleiben jetzt noch hier besonders da [seit] gestern die Berliner zwei Kleinsten hier sind. Gott helfe uns Allen, laß bald von Dir hören.[5]

D[eine] M[ama]

3 Siehe oben Nr. 224, 369, 371.

4 In den Januar 1918. Siehe oben Nr. 257–259.

5 Eigh. Zusatz Anna v. Hertlings.

527

Adolf ten Hompel an Paul Krückmann
Münster, 14. November 1918

(masch. Kop.; StAM, Nl ten Hompel, Nr. 12)

Sehr geehrter Herr Geheimrat![1]

Infolge schwerer Arbeitsbelastung durch meine Justitiar Geschäfte und Reisen komme ich erst heute dazu, Ihnen auf die vor einiger Zeit an mich gelangte sehr liebenswürdige Einladung zur letzten Sitzung des Ortsverbandes erg[ebenst] mitzuteilen, dass ich vor längerer Frist schon aus dem Verbande ausgetreten bin. Ich habe diesen Schritt getan, weil all meine Warnungen und Bitten, den Kampf gegen v. Hertling zu unterlassen und dem diplomatisch sehr geschickten Manne seine Schonzeit zu lassen, vergeblich waren. Es war und ist mir unerträglich, dass die Verbandsleitung zum Sturze v. Hertlings und damit zur abermaligen Verschlechterung der mit jedem Kanzlerwechsel bedenklich gewordenen Lage beigetragen hat. Diese ganze, mir politisch unfassbare Taktik und Kampfmethode lehne ich ab und da es sich hier um eine Lebensfrage handelt musste ich die Konsequenzen ziehn.

Mit ausgezeichneter Hochachtung
ergebenst
Dr. ten Hompel.

1 Paul Krückmann (1866–1943), geb. in Neukloster (Mecklenburg), Jurastudium in Rostock, 1890 Referendar, 1891 Dr. jur. (Göttingen), 1894 dort Habilitation, 1898 a. o. Professor der Rechte in Greifswald, 1902 o. Professor in Münster. Lange amtierende Professoren konnten den Titel Geheimer Rat erhalten. Krückmann war Vorsitzender der Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes in Münster.

528

Georg von Hertling an Hermann Cardauns
Ruhpolding, 15. November 1918

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 58)

Lieber Freund!

Besten Dank für Deinen Brief vom 9. d[ieses] M[onats]. Daß ich Deine Stimmung teile, brauche ich Dir nicht zu sagen, Ich mag auch sonst nicht viel schreiben, was man heute meint, ist morgen durch die Ereignisse Lügen gestraft. Nur einen kurzen Gruß wollte ich Dir schicken, um Dir zu zeigen, daß ich in alter Anhänglichkeit und mit schwerem Herzen Deiner und aller lieben rheinischen Freunde gedenke. Wir bleiben einstweilen hier, ob und wann wir nach München übersiedeln, ist noch ganz ungewiß, zumal die Lebensbedingungen hier noch etwas weniger schwierig sind, als dort. Mein Sohn ist bei seiner Familie in Augsburg, was mir natürlich ein großer Trost ist. »Herr, rette uns, wir gehen unter!«, so hieß es kürzlich im Sonntagsevangelium. Etwas anderes können wir zur Zeit nicht sagen, und nur hoffen, daß Er, der es allein vermag, dem Sturme gebieten wird.

Mit herzlichen Grüßen, von denen ich einstweilen noch nicht annehmen will, daß sie den Abschied bedeuten, bin ich in alter Freundschaft

Dein Hertling

529

Georg von Hertling an Clemens Baeumker
Ruhpolding, 16. November 1918

(masch. Kop.; AGG, Nr. 4)

Sehr verehrter Herr Geheimrat!

Vielen Dank für Ihren freundlichen Brief, vom 10. d[ieses] M[onats], der mir wie alle Kundgebungen meiner alten Collegen und Gesinnungsgenossen eine große Freude war. Als ich seiner Zeit die Nachricht von Ihrer Wahl zum Rektor erhielt, gereichte mir dies zu lebhafter Befriedigung. Erst Grauert und dann Sie, also die beiden katholischen Vertreter des Fachs und der Wissenschaft, welch hocherfreulicher Umschwung, das wäre früher nicht möglich gewesen! Nun trifft es sich freilich, daß Sie das Rektorat unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen führen müssen, und ich kann mir denken, welche Anforderungen dadurch an ihre seelischen und physischen Kräfte gestellt werden. Aber ich kann Ihren hochherzigen Entschluß, auszuharren, solange es möglich ist, nur billigen. Möge Ihnen der Segen von oben nicht fehlen! Die Entwicklung, in der wir uns befinden, ist ohne Vorgang in der Geschichte. Als ich mich vom preußischen Staatsministerium verabschiedete, sprach ich die Hoffnung aus, daß die demokratische Welle, welche zur Zeit über unser Vaterland geht, die Dämme nicht wegschwämmen [!] werde, die den föderativen Charakter des Reiches und die Monarchie in den einzelnen Bundesstaaten zu schützen bestimmt sind.[1] Die Hoffnung ist zu Scheiter gegangen, nun bleibt nur die andere, daß wir vor Schlimmerem bewahrt und Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten bleiben, und dazu muß eben jeder an seiner Stelle mithelfen. […][2]

1 Vgl. Kronprinz Rupprechts Ablehnung des »mehr oder minder republikanischen Einheitsstaates«; vielmehr solle »die Reichsverfassung mehr der Form eines Staatenbundes als eines Bundesstaates angenähert« werden. Rupprecht an Hertling, 19. Juli 1917, und Hertlings Antwort, München 9. August 1917. Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 915, 917 f.

2 Ohne Unterschrift. Masch. Kop. von der Tochter Anna.

530

Georg von Hertling an Karl von Hertling
Ruhpolding, 20. November 1918

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 27, f. 68–69)

Lieber Karl!

Schönen Dank für Deinen Brief vom 15. l[aufenden] M[onats]. Daß Du so tapfer in die Zukunft blickst, war für Mama und mich ein rechter Trost. Auch läßt Dir die erstere sagen, sie hätte nie bezweifelt, daß Du das Richtige tun würdest. Der Erlaß des Königs, den ich ganz so auffasse wie Du,[1] hat Euch Offizieren ja auch die Möglichkeit gegeben, an der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung mitzuarbeiten. Die Hauptsache ist jetzt die Demobilisirung und es freut mich, daß Du Dich daran beteiligst. Ist es erst gelungen, die Soldaten in ihre Heimat zu befördern und ihrer friedlichen Beschäftigung zurückzugeben, dann sind wie ein gutes Stück weiter gekommen. Ohne Schwierigkeiten wird das freilich nicht gehen, aber ich nehme es als ein gutes Vorzeichen, was wir hier erleben. Seit der vorigen Woche liegt eine Kompagnie hier, nicht zum Grenzschutz, sondern zur Entlastung der Städte. In Traunstein soll eine Brigade liegen. Von der hiesigen nun beteiligen sich Einzelne aus freien Stücken und mit großem Vergnügen an der Feldarbeit. Ruhig und ordentlich scheinen sie alle zu sein. Ist in einigen Wochen die Demobilisirung geglückt, so fragt es sich, wie die Entwickelung weiter gehen wird. Denn daß der jetzige Zustand nur ein Provisorium ist, dürfte abgesehen von dem radikalen Flügel der Sozialdemokratie, jedermann annehmen. Sollte wirklich überall die republikanische Staatsform in Deutschland siegen, so kann man das grundsätzlich nur von Herzen beklagen, aber man muß sich damit abfinden, und die Schweiz wie Nordamerika zeigen, daß man dabei leben kann. Was man absolut nicht ertragen könnte und wogegen doch auch schon jetzt die bürgerliche Gesellschaft sich zur Wehr zu setzen beginnt, ist die Diktatur des kulturfeindlichen Proletariats. Und zum zweiten hoffe ich dringend, daß wir nicht zum republikanischen Einheitsstaat kommen. Wie die schon genannten beiden Länder zeigen, gibt es Föderativ-Republiken. Das müßte auch bei uns erstrebt werden, aber ob das deutsche Nationalgefühl stark genug ist, das Volk in einer solchen Republik einheitlich zusammen zu halten, das ist die große Frage. Doch nun genug von Politik, wo es zur Zeit ja nur Probleme und nur hie und da kleine Ansätze zu einer mehr oder minder glücklichen Lösung gibt.

1 In seiner Erklärung vom 13. November 1918 aus Schloss Anif entband König Ludwig III. alle Beamten, Offiziere und Soldaten des auf ihn geleisteten Treueids und stellte ihnen »die Weiterarbeit unter den gegebenen Verhältnissen« frei. Schulthess 59, NF 34 (1918/I), S. 479.

Daß Du den vertriebenen Braunschweigern behülflich sein konntest, hat mich sehr gefreut.[2] Die Herzogin wird es sicher irgendwie ihrem Vater zu Ohren kommen lassen, und dieser in Deinem Verhalten Deinen Dank für die Dir erwiesene Freundlichkeit erblicken. Aber wie kam es, daß Du die Herrschaften kanntest. Ist der Herzog vielleicht früher einmal nach Ausgburg gekommen?

Uns hier geht es so gut, wie es eben gehen kann. Ob und wann wir nach München gehen, ist noch völlig ungewiß. Dorthin zieht uns die Sorge um unsre Wohnung, die uns möglicherweise, wenn wir sie nicht benutzen, abgeknöpft werden wird. Für Hierbleiben spricht, daß die Lebensbedingungen hier nicht ganz so schwierig sind wie in München, und wir zudem hier gute Leute haben, wie vor allem den Pfarrer, die uns behilflich sind.

Viele Grüße von uns an Dich, Giulia und die Kinder. Lasse bald wieder von Dir hören. Von Agnes haben wir, Gott sei Dank, gute Nachrichten, die arme Mitz aber scheint, obwohl wir ihr die Sorge um die beiden Kleinsten abgenommen haben, ihre Nerven noch nicht wieder gefunden zu haben.

Dein tr[euer] Vater

2 Ernst August (III.) von Hannover, Herzog von Braunschweig (1887–1953), heiratete 1913 die einzige Tochter Kaiser Wilhelms II., Viktoria Luise (1892–1980), von November 1913 bis November 1918 letzter regierender Herzog von Braunschweig, Heeresdienst in hohen Kommandos, zuletzt Generalmajor à la Suite (im Gefolge mit Regimentsuniform) zweier preußischer Regimenter und des 1. Schwere-Reiter-Regiments der bayerischen Armee, nach Absetzung zunächst Exil in Gmunden (Österreich).

531

Eduard Müller an Georg von Hertling
Koblenz, 23. November 1918

(eigh. Or.; AGG, Nr. 5,1)

Verehrter lieber Freund!

Nun haben wir die Katastrophe und zwar eine viel schlimmere als selbst ich sie befürchtet hatte. Einen solch völligen militärischen Zusammenbruch und solch brutale Waffenstillstandsbedingungen, die die Härte der Friedensbedingungen ahnen lassen, hat wohl Niemand vorausgesehen, ebensowenig wie die Umwälzung unsrer gesamten Staatsordnung. Wer hätte denken sollen, daß die Baiern, das königstreueste Volk der Welt mit einem ächten Bürgerkönig an der Spitze, an erster Stelle ihren Monarchen absetzen oder richtiger ohne jeden Widerspruch, von einer Bande von Umstürzlern absetzen lassen würden. Ich fürchte, das Maß unsrer Prüfungen ist noch nicht erreicht, denn eine solche revolutionäre Bewegung kann gar nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern muß naturnotwendig immer weiter nach links herabrutschen und schließlich bei dem Bolschewismus oder der Anarchie enden. Am meisten betrübt mich, daß ich auch bezüglich des Zentrums, des Stolzes unsrer Jugendzeit und unsres Mannesalters, nicht zu schwarz gesehen habe. Jetzt ist es glücklich in drei Teile zerfallen: das Berliner Zentrum, das mit dem Vater noch die meiste Ähnlichkeit hat, die bairische Volkspartei und die rheinische freie deutsche Volkspartei, die radikalste von allen. Sie hat nicht einmal die Forderung der konfessionellen Volksschule aus dem Vaterhause herübergerettet, wie überhaupt ihr Programm von jedem gemäßigten Sozialdemokraten unterschrieben werden kann. So mußte es kommen: Zunächst Liebäugeln, dann Verbrüderung mit den Herrn Genossen und zuletzt ihre gehorsamen Diener. Trott zu Solz und Ad[olph] Hoffmann[1] diese beiden Namen beleuchten grell den Weg, den wir in wenig Monaten unter kräftiger Mitwirkung der Zentrumsführer gegangen sind. Als Sie kamen, wäre die Situation ja vielleicht noch zu retten gewesen, wenn die eigene Partei Sie kräftig zu unterstützen noch die alte Ueberzeugungstreue und den nötigen Mut besessen hätte.

Uns hier geht's leidlich. Wir sitzen auf einem Pulverfasse, in das jeden Augenblick ein Funke fallen kann. Das ist ja kein besonders behaglicher Ruheplatz, aber bis jetzt

1 Adolph Hoffmann (1858–1930), geb. in Berlin, Sohn eines Tuchmachers, bis 1890 Textil-, Metallarbeiter, Maler- und Vergoldergehilfe, 1876 Beitritt zur Sozialistischen Partei, bald führender Parteifunktionär, 1890–1893 Redakteur in Zeitz und Halle, 1893–1920 Buchhändler und Verleger in Berlin, dann Schriftsteller, 1900–1921, 1925–1930 Stadtverordneter von Berlin (SPD), 1904–1907, 1920–1924 Mitglied des Reichstags, 1908–1909, 1910–1921, 1928–1930 des preußischen Landtags (1917 USPD, 1922 SPD), November 1918–Januar 1919 Kultusminister in Preußen, massenwirksam und auflagenstark seine Schrift: Die zehn Gebote und die besitzenden Klassen, 1892. W. H. Schröder, Parlamentarier, S. 512.

hats noch gut gegangen und unser Herrgott wird uns wohl noch weiter beschützen. Wenn die feindliche Besatzung kommt, werden wir voraussichtlich vor ernstlichen Unruhen beschützt sein, aber dann drohen uns andere recht unangenehme Belästigungen. Und der Hunger! Nun wir wollen nicht daran denken, bis jetzt sind wir noch satt geworden.

Durch Ihre Anna hörten wir, daß es Ihnen nicht übel gehe und Sie einstweilen in R[uhpolding] bleiben wollten. Da sind Sie ja auch gewiß am besten aufgehoben, wenn Sie auch manches dort werden entbehren müssen. Besonders die Bibliothek wird Ihnen fehlen, dafür haben Sie aber die Enkel, die frisches und fröhliches Leben in das ländliche Einerlei bringen werden. Wie wirds jetzt mit Ihrem Sohn, wird er durch die Neuordnung oder – Unordnung betroffen werden? Uebrigens habe ich soeben dem Durchzug der ersten Fronttruppen zugesehen. Der Anblick wäre eine Herzensfreude für Ihren Sohn gewesen, hat aber auch mir in der Seele wohl getan. Die Haltung, in der die Mannschaften ohne alle revolutionären Abzeichen an ihrem Führer vorbeimarschierten war tadellos. Das war etwas anderes als die plündernden »Etappenschweine«, die bis jetzt hier ihr Unwesen getrieben haben. Mit höchstens ein paar Divisionen solcher Leute (Sturmtruppen) würde man die ganze Revolution zu Boden schlagen. Aber wo ist der Führer, nachdem der Kaiser die Flinte ins Korn geworfen hat? Behüt Sie Gott! Mit herzl[ichen] Grüßen von Haus zu Haus

Ihr getreuer
Müller

532

Paul von Stengel an Georg von Hertling
München, 24. November 1918

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 42, f. 12–14)

Hochverehrtester Herr Graf!

Euerer Excellenz sehr gütiges Schreiben habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und beeile mich, für die mir damit bereitete große Freude meinen verbindlichsten Dank zu sagen. Daß es Euer Excellenz und den verehrten Angehörigen – Gott sei Dank! – wohl ergeht, erfuhr ich unlängst schon zu meiner Beruhigung vom wackeren Herrn Eisenberger[1], der mir sagte: »Guat geht's – da feit sie nix[2] – unserem Hertling passiert nix!« Bezeichnend war aber auch, was er mir über die Stimmung der Bauern sagte: »Alle mögen's keinen König mehr, sondern möchten ‚Republik machen'!« – Ja, wer hätte das für denkbar gehalten: innerhalb 5 Stunden Bayern eine Republik – nach 5 Tagen alle deutschen Throne weggefegt – und meiner Überzeugung nach, auf Nimmer-Wiedersehen verschwunden. Hätte man in Preußen schon vor Jahren ein Einsehen gehabt und sich zur Einführung des Reichstags-Wahlrechts entschlossen, hätte man in Reich und Bundesstaaten gleich nach Kriegsbeginn den Übergang zum parlamentarischen System gefunden, dann hätte vielleicht dieser Umsturz vermieden werden können. Aber das katastrophale Kriegsende hätte doch unter allen Umständen die Gefahr des inneren Zusammenbruchs mit sich gebracht – siehe Frankreich 1870/71, Rußland 1917/18! Daß sich die Umwälzung in Bayern als Ausgangspunkt so rapid und widerstandslos vollzog, war natürlich verblüffend und forderte zunächst zu schweren Vorwürfen gegen die leitenden Männer auf – nach den Erfahrungen im übrigen Deutschland kann man es aber jetzt fast als ein Glück betrachten, daß sich der unvermeidbare Umsturz so verhältnismäßig ruhig und unblutig vollzog. Erschütternd war es freilich, als Herr von Dandl am 7. XI. abends um 9 ¼ Uhr aus

1 Georg Eisenberger (1863–1945), geb. in Hutzenau (Gemeinde Ruhpolding), Besuch der Volks- und Feiertagsschule, 1885 Waldarbeiter, 1892 Übernahme des väterlichen Hofes, 1893 Beitritt zum Oberbayerischen Bauernbund, 1895 zum Bayerischen Bauernbund, 1900–1930 dessen Erster Vorsitzender, 1893 Wahl in den Gemeindeausschuss von Ruhpolding, 1896 Mitgründer des Raiffeisenvereins,1899 Zweiter, 1905–1919 Erster Bürgermeister von Ruhpolding, danach Ehrenbürger der Gemeinde, 1899–1919 Mitglied des Distriktsrats Traunstein, 1905–1919 des bayerischen Landtags, 1919 der Weimarer Nationalversammlung, 1920–1932 des Reichstags. Er vertrat die Interessen des kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Besitzes und der heimischen Forstwirtschaft, wandte sich gegen die deutsche Großmachtpolitik und die preußischen Konservativen. Obwohl Mitglied des liberalen Bauernbunds, bekannte er sich zu seiner katholischen Konfession. Als Gegner der NS-Diktatur lebte er zurückgezogen auf seinem Hof. Eisenberger, S. 9–13, Einleitung von Kirchinger; R. Schmid, Eisenberger; http://www.reichstag-abgeordnetendatenbank.de (1.3.2018).

2 Gut geht's, da fehlt nichts.

dem Kriegsministerium kam und Herrn von Lößl, zu Rhein[3], Schack[4]und mir, die wir noch im Ministerium waren, erklärte: »Es ist alles verloren, wir sind ganz in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrats; die ganze Garnison ist übergegangen; der König ist geflohen; heute nacht werden der Landtag und die Ministerien von den Revolutionären besetzt!«[5] Über die nächtliche Flucht des Königs und der königl[ichen] Familie erfuhr ich gestern durch Baron Bodmann[6] Einzelheiten: der König mußte die Fahrt antreten, wie er ging und stand; nach mehreren Zwischenfällen und Pannen kamen die Autos früh ½ 5 Uhr in Wildenwart an; der König soll sehr gefaßt und ruhig sein. Aber unsagbar schmerzlich ist für ihn und den Kronprinzen, der mit Rittmeister Baron Hirschberg[7] in der Schweiz sein soll (?),[8] dieses unverschuldete Schicksal selbstverständlich! – Im höchsten Grade peinlich ist natürlich auch für unser Ministerium der vollzogene Umschwung: Herr Kurt Eisner[9] ein Ideologe

3 Ludwig Freiherr von Zu Rhein (1878–1952), geb. in Ingolstadt; Jurastudium, 1908 Akzessist bei der Regierung von Oberbayern, anschließend im Staatsministerium des Äußern, 1909 bei der bayerischen Gesandtschaft in Berlin, Legationssekretär II. Klasse, 1913 Legationssekretär I. Klasse, 1918 Legationsrat, 1919 Regierungsrat im Staatsministerium für Handel, Industrie und Gewerbe, 1920 Oberregierungsrat, a. D., anschließend bei der Vermögensverwaltung Ludwigs III., 1923 Leiter der Vermögensverwaltung von Kronprinz Rupprecht, ab 1930 als Vorstand der Hof- und Vermögensverwaltung, 1943 Ruhestand. Personalakt (MHIG 136) im BayHStA.

4 Sehr wahrscheinlich Gustav Freiherr von Schacky auf Schönfeld, Ende 1919 Geheimer Rat und Ministerialrat a.D. der Obersten Baubehörde im Bayer. Ministerium des Innern. Adreßbuch für München 1920, S. 661.

5 Nach einer ohne Zwischenfälle abgelaufenen, friedlich ausgelösten Massendemonstration von SPD und USPD auf der Theresienwiese am Nachmittag des 7. November drang eine Gruppe von Soldaten ohne Blutvergießen in die Kasernen ein. Abends wurde ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, der die Besetzung der wichtigsten Verkehrs- und Regierungsgebäude plante.

6 Maximilian Freiherr von Bodman (1873–1953), aus schwäbischem Adel, geb. in Karlsruhe, Offizierslaufbahn, Kgl. bayerischer Kammerjunker, 1900–1901 Teilnahme an den Kämpfen in Kiautschou während des Boxeraufstands, Juni–Oktober 1918 Major und Chef des Bayerischen 9. Feldartillerie-Regiments an der Westfront; bis November 1918 Flügeladjutant König Ludwigs III., dann als Oberst a.D.

7 Anton Freiherr von Hirschberg (1853–1924), geb. in Ingolstadt, Jurastudium, 1879 Staatsanwalt am Landgericht München, 1880 Legationssekretär im Außenministerium, 1887 dort Legationsrat, 1892 Geheimer Legationsrat, 1898 Ministerialrat, 1907 Vorstand des Geheimen Haus- und Staatsarchivs, 1910 Geheimer Rat, 1912 Staatsrat im a.o. Dienst, 1915 Prädikat Exzellenz, 1918 Ruhestand. Schärl, S. 319 f.

8 Am 10. November 1918 legte Kronprinz Rupprecht in Brüssel »Verwahrung gegen die politische Umwälzung« ein, weil an ihr nicht das gesamte bayerische Volk und die gesetzgebenden Gewalten mitgewirkt hätten und der König nicht aus freiem Willen gehandelt habe. Am 12. November begab er sich nach Holland.

9 Kurt Eisner (1867–1919), geb. in Berlin, seit 1910 in München wohnhafter Journalist und Schriftsteller, 1898–1917 Mitglied der SPD, 1917 Vorsitzender der USPD, Haftstrafen, Initiator des Münchner Munitionsarbeiterstreiks im Januar 1918, am 7. November 1918 Vorsitzender des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrats in München, Proklamation des »Freistaats Bayern«; ab 8. November Bayerischer Ministerpräsident und Minister des Äußern, am 21. Februar ermordet auf dem Weg zur Eröffnung des neugewählten Landtags durch Anton Graf von Arco auf Valley. Grau, Eisner.

durch und durch, lebt mehr in Phantasien als im praktischen Leben; trotz seines ausgesprochen semitischen Einschlags ist er in der Unterhaltung nicht unsympatisch [!]! Staatsrat von Lößl zieht sich am 1. XII. in den Ruhestand zurück und entspricht damit einem dringenden Rat des Arztes wegen seines angegriffenen Herzens – er wird damit auch der unmöglichen Situation, der Stellvertretung für den Minister bei der veränderten Sachlage, entzogen. Baron Hirschberg hat seinen Abschied erbeten, auf den er nach seinem Alter ohne weiteres Anspruch hat; v. d[er] Tann[10] hat sich zur Disposition stellen lassen; alle anderen Herren arbeiten in ihren Referaten weiter und erfüllen damit eine nicht leichte Pflicht gegenüber dem Lande. Ich persönlich habe gleich am ersten Tag dem neuen Minister erklärt, meine unter Euer Excellenz und auch unter Herrn v. Dandl geleistete politische Mitarbeit nicht fortsetzen zu können; das hatte einige Differenzen zur Folge, die nach einem kurzen Urlaubs–Intermezzo damit endeten, daß ich jetzt mein nicht-politisches Justiz-Referat versehe und an den Vorarbeiten für die neuen Verfassungen beteiligt bin, für die morgen eine Kommission zusammentritt. Graf Lerchenfeld hat seinen Abschied genommen; er ist ersetzt durch einen Dr. Muckle, bisher Professor für Sozialwissenschaft in Heidelberg.[11] Herr v. Boehm[12] hat Pr[o]f[essor] Foerster als Nachfolger erhalten; *Baron Tucher in Wien wird ersetzt.* Baron Ritter soll zunächst auf seinem Posten bleiben. Der Nuntius hat sich vorläufig nach der Schweiz begeben, Msg. Schioppa führt die Geschäfte. Die übrigen Gesandten sind noch hier, schweben aber, so zu sagen, in der

10 Rudolph Freiherr von und zu der Tann-Rathsamhausen (1855–1942), geb. in München, Jurastudium, 1877–1880 Praxis im Verwaltungsdienst, 1881 Bezirksamtsassessor, 1884 Einberufung ins Außenministerium, 1887 Legationssekretär, 1889 an der bayerischen Gesandtschaft in Berlin, 1891 Legationsrat, 1896 Geheimer Legationsrat und Geschäftsträger bei der französischen und belgischen Regierung, 1903–1915 bayerischer Gesandter in Rom (Quirinal), 1911 Staatsrat, 1913 Prädikat Exzellenz, 1915–1918 Referatsdienst im bayerischen Ministerium des Äußern, 1919 nach Aufhebung der Gesandtschaft in Rom (Quirinal) a. D. Schärl, S. 341.

11 Friedrich Muckle (1883–1941/42), geb. in Zuzenhausen bei Sinsheim, Studium der Nationalökonomie, Finanzwissenschaften, Philosophie und Soziologie, 1906 Dr. phil. in Heidelberg, 1910–1918, 1926–1933 Privatdozent für Nationalökonomie an der Handelshochschule Mannheim, 1917–1918 Kriegsdienst, enger Mitarbeiter Eisners, Mitte November-Ende Dezember 1918 bayerischer Gesandter in Berlin, dann Referent für Angelegenheiten der geistigen Arbeiter im bayerischen Staatsministerium für soziale Fürsorge, 1933 Hausarrest, 1936/37 Emigration nach Basel, wo er starb; Verfasser eines mehrbändigen unvollendeten Werkes über die Goethezeit. Joachim Lilla, Muckle, Friedrich, in: ders.: Staatsminister, leitende Verwaltungsbeamte und (NS-)Funktionsträger in Bayern 1918 bis 1945, URL: https://verwaltungshandbuch.bayerische-landesbibliothek-online.de/muckle-friedrich (13.11.2021); Regierung Eisner, S. 37. Muckle übermittelte am 26. November dem Rat der Volksbeauftragten das Schreiben des Ministerpräsidenten Eisner, das den Abbruch des Verkehrs mit den Vertretern des AA erklärte, die »noch vom Geiste des alten Systems beherrscht sind« (Schulthess 59, NF 34 [1918/I], S. 523) und »ausgeräuchert« gehörte. Bayer. Ministerrat am 26. November 1918. Regierung Eisner, S. 83.

12 Gottfried Ritter von Böhm.

Luft; Herr v. Treutler hat die Wohnung von Emil Öttingen[13] in der Fürstenstr[aße] gemietet. Das ist das äußere Bild – aber uns alle beherrscht die Sorge um die Zukunft! Was soll aus unserem früher so schönen und stolzen Deutschen Reich werden, das in einen Trümmerhaufen verwandelt ist. Minister Eisner und seine Kollegen scheinen fest entschlossen, sich dem Terror des Berliner Pöbels nicht zu beugen und lieber an einen Neuaufbau des deutschen Staatenbundes von Süden her zu gehen, wofür sich ja bereits die ersten Ansätze zeigen. Aber zu welchem Ende das alles unter den jetzigen Verhältnissen führen wird, wer kann das sagen – gebe Gott, daß neues Leben aus dem Ruin blüht! Euer Excellenz bald hier zu sehen freut uns sehr; einstweilen bitte ich von meiner Frau[14] und mir allerseits die verehrungsvollsten Empfehlungen entgegenzunehmen und verbleibe Euerer Excellenz gehorsamst ergebenster

Paul Stengel

13 Gemeint wohl Emil Franz Fürst zu Oettingen-Oettingen und Oettingen-Spielberg (1850–1919), geb. und gest. in München, 1916–1918 Reichsrat, Mai–November 1918 Kronobersthofmeister; hoch begüterter Standesherr in Schwaben und Württemberg. Vgl. Löffler, S. 82, 576, 586.

14 Paul v. Stengel war seit 1915 verheiratet mit der Arzttochter Amelie geb. Mottes.

533

Theodor von Cramer-Klett an Georg von Hertling
Schloss Hohenaschau, 25. November 1918[1]

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 42, f. 9)

Euere Excellenz!
Hochverehrtester Graf und Gönner!

Antwortlich des gütigen Briefs vom 15ten beeile ich mich, nachdem ich nunmehr sichere Kunde habe, Eurer Excellenz mitzutheilen, daß Seine Majestät mit der a[ller] h[öchsten] Familie gestern in Wildenwarth eingetroffen ist, und dort anscheinend einstweilen bleibt. Ich glaube, daß Sie ihm ungeniert schreiben können, denn ich glaube kaum, daß die freiheitliche, momentane Regierung die Post überwacht. – Jetzt habe ich ihn noch nicht gesehen. Neulich aber – wir hatten nur telegraphisch von Umzügen und Unruhen in München gehört, wurde ich früh von Herrn Bodman angerufen[2], ich solle sofort hinüberkommen. Ich war ahnungslos, und hörte nun alles von der Flucht, die ein Werk der vollkommen deconzertierten Herrn v. Dandl und Brettreich war; jämmerlicher ist noch nie ein System zusammen gestürzt. Mich schmerzen nur die altehrwürdigen Herren Deutschlands, die als Fundament dieses vermorschte Gebäude von Büreaukratie und Weltfremdheit hatten! – S.M. waren sehr gefaßt, ruhig und fast gleichgiltig. Abends ist dann die – mir unbegreifliche Flucht fortgesetzt worden. – Wenn einmal wieder ruhigere Tage kommen sollten wird sich erst herausstellen wie sehr diese Kopflosigkeiten der monarchischen Idee geschadet haben. Es scheint mir, daß die Göttliche Vorsehung das Verschwinden der Monarchien will, sonst hätte sie in diesem Augenblick aus all' diesen Königen einen Mann erstehen lassen!

In treuer Verehrung mit den besten Empfehlungen von uns beiden an Sie und Ihre hochverehrten Damen bin ich in unverwandelbarer Verehrung

Eurer Excellenz
stets getreuest ergebenster
CramerKlett

1 Datierung von fremder Hand (nach Eingang?); Cramer-Klett datiert am Briefende auf 18/XI 18.

2 Der Flügeladjutant Bodman war 1892 Mitabiturient von Theodor von Cramer-Klett junior am Münchner Maximiliansgymnasium gewesen.

534

Georg von Hertling an Karl von Hertling
Ruhpolding, 26. November 1918

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 27, f. 70–71)

Lieber Karl!

Schönen Dank für Deinen Brief vom 22. d[ieses]. Du hast ganz recht, man lebt so weiter. Was will man auch machen? Leben muß man ja doch, und so kann man nur in Geduld abwarten, ob unser Herrgott dem armen Deutschland noch einmal bessere Zeiten schenken wird. Wir Alten werden es ja nicht mehr erleben, mögen sie Euch und Eueren Kindern beschieden sein! Ich bin froh, daß Du zur Zeit eine Tätigkeit hast, in der Du Dich ohne unliebsame Reibungen nützlich machen kannst. Wie mir Stengel, den ich um Nachrichten gebeten hatte, meldet, sind die meisten Herren noch im Ministerium beschäftigt. Herr v. Lößl geht zum 1. Dezember, Hirschberg hat seinen Abschied eingereicht, Stengel selbst wollte gehen, hat sich dann aber zuletzt doch entschließen müssen, das unpolitische Referat, das er hatte, beizubehalten. Von den fremden Elementen, die nach anderen uns zugekommenen Nachrichten im Ministerium herumwimmeln sollen, schreibt er nichts. Du fragst, ob man sich der neuen bayerischen Volkspartei anschließen solle?[1] Daß die bürgerlichen Parteien sich zu sammeln und zur Abwehr zu rüsten beginnen, ist sehr zu begrüßen, und daß Du daran denkst, Dich politisch zu betätigen, verstehe ich sehr wohl, Du hast auch das Zeug dazu. Aber zu einer öffentlichen Stellungnahme kann ich Dir einstweilen nicht raten. Die Verhältnisse sind zu unklar, man weiß ja noch gar nicht, soll man sich auf ein lediglich auf sich selbst gestelltes Bayern einrichten, oder wird es noch in irgend einer Form ein deutsches Reich geben. Für den Augenblick ist die wichtigste Frage, ob die Diktatur der Berliner Proletaroide fortbestehen soll, oder ob es einen Weg gibt, sie zu beseitigen. Außerdem bist Du ja noch Offizier und mußt darauf Rücksicht nehmen, wenn auch freilich der alte Grundsatz, daß die Armee keine Politik treiben soll, nicht mehr gilt, nachdem die Soldaten Räte das große Wort führen. Sehr gespannt bin ich auf Deinen Zeitungsartikel und was Du darin über den Offizierstand sagen wirst. Hoffentlich kannst Du mir eine Nummer zuschicken, ich werde sie getreulich aufheben.

Was es mit uns hier geben wir, wissen wir immer noch nicht. Einstweilen haben wir den 10. oder 11. Dezember als Termin für die Uebersiedelung nach München in's Auge gefaßt, zunächst aber müssen wir abwarten, wozu sich die arme Mitz

1 Die BVP wurde am 12. November 1918 in Regensburg auf einer Versammlung der christlichen Bauernvereine als eigenständige Nachfolgeorganisation des bayerischen Zentrums gegründet. https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bayerische_Volkspartei_(BVP),_1918–1933 (7.5.2021). Siehe unten Nr. 535, 536.

entschließt. Die Zustände in Berlin mögen ja unerfreulich genug sein, und so denkt sie daran, sich hierhinzuflüchten, und fragte gestern früh in einem Eilbriefe an, ob dies möglich sein würde. Anna setzte sich mit dem Bezirksamt in Verbindung und dieses erhob keinen Einspruch, sodaß ihr telegrafirt wurde: Möglich aber schwierig, letzteres bezog sich, was dann in einem nachfolgenden Briefe erläutert wurde, auf die Beschaffung von Heizmaterial und Lebensmitteln. Nun sind wir gespannt, was sie tun wird. Für uns hätte ihr Kommen den Vorteil, daß sie dann wieder die Sorge und Verantwortung für ihre beiden Kleinsten übernehmen müßte. Den noch nicht 10 Monate alten Buben könnten wir ja auf keinen Fall mit nach München nehmen, er müßte im Kinderheim bleiben.

Du sagst nichts über den unerwarteten Tod unseres lieben Freundes Galen.[2] Die Nachricht hat mich tief erschüttert. Ich habe sofort an die Gräfin telegrafirt, Mama und Anna haben an die Gräfin geschrieben. Er wird gerne gestorben sein! […]

Schreibe recht bald wieder und erzähle uns von Deinen Kindern. Geht Annarose zur Schule?

Mit den besten Grüßen an Dich und Giulia von uns hiesigen
Dein tr[euer] Vater

2 Friedrich Mathias Graf von Galen starb am 10. November 1918 auf Burg Dinklage im Oldenburger Münsterland. Sein Schwiegervater war Carl von Wendt, der ebenso wie Friedrich und dessen Vater Ferdinand Galen zu den Hertling sehr nahestehenden Zentrumsabgeordneten gehört hatte.

535

Georg von Hertling an Karl von Hertling
Ruhpolding, 30. November 1918

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 27, f. 72–73)

Lieber Karl!

Schönen Dank für Deine beiden Briefe vom 26. u. 28. Die Frage, ob ich wegen des veröffentlichten Gesandtschaftsberichts und der daran angeknüpften Anzapfung, daß die bayerische Regierung nichts zur Verhütung des von Berliner Kriegshetzern angerichteten Unheils getan habe, das Wort ergreifen soll, beschäftigt mich alle die Tage. Gleichzeitig mit Deinem Briefe erhielt ich einen mit der gleichen Anfrage von dem Redakteur der Staatszeitung,[1] der sich anbot, zu einer Besprechung hierher zu kommen. Ich habe ihn sofort telegrafisch aufgefordert, es zu tun, aber seitdem nichts mehr gehört. Für eine Erklärung von meiner Seite, die sich im wesentlichen an die Bethmann'sche anschließen und darüber hinaus das von Dir hervorgehobene Moment geltend machen müßte, daß die verantwortliche Leitung der ausw[ärtigen] Politik ausschließlich bei der Reichsleitung lag und den einzelnen Bundesregierungen gar kein verfassungsmäßiges Mittel zu Gebote stand, – spricht die schlimme Wirkung, die es auf die Feinde, zumal im gegenwärtigen Momente machen muß, wenn jetzt die Schuld am Kriege ausschließlich bei Deutschland gesucht wird.[2] Dagegen, daß der Hinweis im Vorwärts, daß es niemand anders als Kurt Eisner gewesen sei, der bereits am 28. Juli [19]14 in der Chemnitzer Volksstimme, den Ausbruch des Kriegs als unvermeidbar wegen der russischen Mobilmachung erklärt habe, – der durch die Veröffentlichung des Gesandtschaftsberichts unternommenen Aktion die Spitze abgebrochen hat, und andrerseits die meines Erachtens sehr gute und durchschlagende Erklärung Bethmanns[3] nur neue Widerreden hervorgerufen hat. Ich habe auch an Stengel in der Sache geschrieben und ihn gefragt, ob er nicht zu einer

1 Max Anton Scharre (1867–1955), geb. in Kelbra, Studium der Geschichte und Nationalökonomie, seit 1889 Redakteur verschiedener Zeitungen, 1900 Chefredakteur der Saale-Zeitung in Halle, 1904 der Münchner Zeitung, 1916 der Bayerischen Staatszeitung, 1933 entlassen. DBE, Bd. 8, S. 771.

2 Vgl. die Erklärung des AA vom 26. November zur Eisner'schen Enthüllung vom 23. November. »Unseren Feinden und Verhandlungsgegnern gibt sie eine Waffe in die Hand, die sie zu benutzen wissen werden«. Schulthess 59, NF 34 (1918/I), S. 515.

3 Interview Bethmanns mit Oberst Bernhard Schwertfeger am 25. November 1918 zu Eisners Enthüllungen, am 27. November publiziert in der Deutschen Allgemeinen Zeitung. Jarausch, S. 390, 536.

mündlichen Besprechung hierher kommen könne,[4] aber natürlich, zu lange kann man auch nicht warten, wenn überhaupt noch etwas gesagt werden soll.

Deine Briefe sind mir uns, zur Zeit ganz besonders lieb, ich soll Dir das auch ganz besonders von Mama sagen. Auf mir lastet der Druck, daß alles, wofür ich mein Leben gearbeitet habe, zusammengebrochen ist oder zusammenzubrechen droht, und ich ein alter Mann bin, der nichts für Abwehr oder Wiederaufbau tun kannst. [!] Du siehst die Dinge ruhig und praktisch an und suchst Dich nützlich zu machen, wo und wie es für einen verständigen Menschen möglich ist. Ich bin daher auch ganz damit einverstanden, daß Du Dich einstweilen der bayerischen Volkspartei angeschlossen hast. Das ist jetzt die Hauptsache, daß sich alle ruhigen und ordnungsliebenden Leute zusammenschließen, um zu retten, was zu retten ist, und uns vor einer Diktatur zu behüten. Gebe Gott, daß es noch hilft!

Und was sollen wir tun, hierbleiben oder nach München gehen? Mama, die speziell Deinen Rat hierüber haben möchte, fürchtet in München für meine persönliche Sicherheit. Daran denke ich nicht, wer sollte mir etwas tun? Ich bliebe ja auch gerne hier in der Stille und Abgeschiedenheit, aber der Mangel an ausreichender Beschäftigung und die Sorge um unsre dortigen Habseligkeiten ziehen mich nach München. Was meinst Du? Von Mitz haben wir nichts mehr gehört und wissen also auch nicht, was sie vor hat. Vermutlich will sie jetzt Henni abwarten. Daß dieser nicht davon gehen und die Flinte in's Korn werfen soll, darin stimme ich mit Dir

4 Hertling richtete am 28. November eine Rückfrage an Stengel wegen der Veröffentlichung Eisners. Stengel, der im Juli 1914 noch nicht im »unmittelbaren Dienst« Hertlings stand, ließ diesen mit Schreiben vom 29. November 1918 wissen, dass er als Ministerpräsident den Bericht Schoens aus Berlin vom 18. Juli 1914 und damit »wesentliche Teile« des österreichisch-ungarischen Ultimatums an Serbien »nach der Aktenlage außer Zweifel« gekannt habe. »Ich persönlich erinnere mich bestimmt, daß ich im Laufe der Kriegszeit gerade über diesen Bericht wiederholt mit Euer Excellenz gesprochen habe und sogar Teile des Berichts Euer Excellenz erneut vorgelesen habe; es geschah das in dem Zusammenhang, daß ich es stets als unverständlich ansah und bezeichnete, wenn von Bethmann Hollweg der Versuch gemacht wurde, den Anschein zu erwecken, als ob wir durch den Inhalt des österr[eichisch]-ungar[ischen] Ultimatums überrascht worden seien: Ich verwies demgegenüber immer wieder darauf, daß das das nicht nur im höchsten Grade unglaubhaft, sondern auch nachweisbar unwahr sei, weil ja selbst wir in München durch den Schoen'schen Bericht vom 14. [!] Juli 1914 wesentliche Teile des Ultimatums erfahren hatten; die von Berlin aus dem gegenüber stets geübte Ausrede war die, daß die Reichsleitung den ›Wortlaut‹ des Ultimatums nicht vorher gekannt habe«. Nach der »überaus bedauerlichen Eröffnung des Gesandtschaftsberichts vom 18. Juli« werde die im französischen Gelbbuch behauptete Erklärung Hertlings an Allizé, dass die österreichischen Forderungen ihm in den Hauptpunkten bekannt seien und die Situation ernst sei, erst recht geglaubt werden, das am 12. Dezember 1914 in der Bayerischen Staatszeitung hingegen veröffentlichte Dementi nicht. Angesichts dieser Sachlage und »nach der sehr geschickten Bethmannschen Auslassung« widerriet Stengel dringend einer öffentlichen Erklärung Hertlings oder einem die »Schuldfrage am Kriege« behandelnden Interview mit dem Chefredakteur Scharre von der Bayerischen Staatszeitung. Die öffentliche Deklaration der Minister Breunig, Knilling und Seidlein, sie hätten von diesem Gesandtschaftsbericht keine Kenntnis gehabt, treffe zwar wohl zu, sei aber »im höchsten Grade überflüssig«. Stengel an Hertling, München 29. November 1918. BArch, NlH, Nr. 42, f. 10–11. Vgl. Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, Einleitung von Deuerlein, S. 48.

überein, wenn ich mir auch andererseits über seine Zukunft fast noch mehr Sorgen mache, als für Deine. Nun lebe wohl und schreibe bald wieder. Mama will noch einen Gruß beifügen.

Dein tr[euer] Vater

Schönen Gruß, Du weißt, ich bin ängstlich u. fürchte mich vor München; andererseits, ist es hier sehr einsam für Papa, dem die ganze Geschichte mehr zusetzt, dazu die Complication mit Mitz. Was sollen wir tun, sag es uns: hier ist Schnee, Schnee und Schnee, ich kann kaum hinaus.[5]

Gruß an Giulia. M[ama]

5 Eigh. Zusatz Anna v. Hertlings.

536

Hermann von Grauert an Georg von Hertling
München, 3. Dezember 1918

(eigh. Or.; AGG, Nr. 7)

Hochverehrte und liebe Exzellenz,

Mit grossem Interesse las ich Ihre wertvollen Bemerkungen zur Zeitgeschichte, die mir ihr Brief v. 15. v[origen] M[onats][1] übermittelte. Inzwischen haben die katastrophalen Entwickelungen und Enthüllungen ihren weiteren Verlauf genommen. Den sensationellen Enthüllungen darf man wohl auch den Leitartikel »Kronprinz Rupprecht in Bayern« im heutigen Bayerischen Kurier zuzählen, wie der letztere überhaupt auf dem Wege ist, das führende Blatt der nicht revolutionären Politiker in Bayern zu werden. Sein Strassenabsatz scheint enorm gestiegen zu sein. Protestantische Universitätsprofessoren gehören jetzt zu seinen Mitarbeitern und Inspiratoren. Über den Kronprinzen also berichtet er heute, derselbe sei nach der zweiten Sommeschlacht i[m] J[ahr] 1916 entschieden für einen Friedensschluss eingetreten. Auch zu Beginn dieses Jahres 1918 habe er sich im gleichen Sinn ausgesprochen und diese Auffassung auch in einer an Sie gerichteten Denkschrift vertreten.[2] Zur obersten Heeresleitung und namentlich zu Ludendorff habe er sich seit langem in scharfem Gegensatz befunden. Das Nicht–Vordringen unserer März-Offensive auf Amiens i[m] März 1918 sei auf Ludendorffs verfehltes Eingreifen zurückzuführen.

Dass nach Tirpitz auch Ludendorff uns zum Verhängnis wurde, steht auch für mich durchaus fest. Damit aber kommen wir aus dem Chaos der Gegenwart nicht heraus. Wenn das Bismarck'sche Deutsche Reich nicht ganz und dauernd auseinanderfällt, so werden wir das zum teil wohl auch den nahezu 100 Milliarden Kriegsanleihen zu danken haben, die doch nach einem einheitlichen Zinsendienst schreien. Kurt Eisner schien seinerseits gewillt zu sein, unter dieses Reich von 1871 seine Sprengbomben zu legen. Und Dr. Heim und sein Adjutant Osel[3] traten offen für die Loslösung des Südens von Berlin ein. Die Folge müsste m[eines] E[rachtens] ein neuer Rheinbund werden mit Bayern, Süd- und Westdeutschland, der unter Frankreichs

1 Im Nl Grauert (BSB) nicht verzeichnet.

2 Gemeint wohl die Denkschrift v. 19. Juli 1917 (siehe oben Nr. 165 Antwort Hertlings); mit lobendem Vorspann abgedruckt in der Münchner Zeitung, Nr. 197 v. 20. Juli 1921. Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, S. 912–916.

3 Heinrich Osel (1863–1919), geb. in Hallstadt, Besuch der Realschule, 1881–1883 Studium der Staatswissenschaften in München, dann im Zolldienst, 1898 Hauptamtszolloffizial, Mitgründer des Christlichen Bauernvereins, in dessen Zentralgenossenschaft führend tätig, 1903–1907 Mitglied des Reichstags, 1905–1919 der bayerischen Abgeordnetenkammer und des Landtags (Zentrum), Mitgründer der BVP, von den Schüssen im Landtag am 21. Februar 1919 tödlich verletzt. Haunfelder, S. 226; Flatscher, S. 229; N. Becker, Bayerisch, S. 60.

Protektorat geraten würde, während Nordsee- und Ostseegebiete dem britischen Einfluss anheimfallen müssten.

Dem Heimschen Propaganda–Vortrag für die Bayerische Volkspartei im Hotel Union haben trotz alledem Erzberger-Feinde wie Erzberger-Freunde beigewohnt. Auch ich war zugegen und konnte nicht zu allem, was der Redner vorbrachte, Beifall spenden. Trotz alledem glaube ich mit Frau und Kindern der Bayer[ischen] Volkspartei beitreten zu müssen. Die Gefahr des Überwucherns bolschewistischer Ideen und des Vordringens der Spartakus-Leute ist zu gross.

Schon jetzt stehen wir auch hier auf einem Vulkan. Lujo Brentano warnt davor, am nächsten Donnerstag das Haus zu verlassen. Für die Aufrechterhaltung der Ordnung will aber nach heutigem Anschlag das Leibregiment eintreten mit Einschluss der Offiziere und des Obersten von Epp[4]. Ob in dieser Erklärung schon der Einfluss des Generals Grafen Max v. Montgelas[5] zu erkennen ist, den Eisner telegraphisch aus der Schweiz hierher berufen hat? Fr[iedrich] W[ilhelm] Foerster scheint seinerseits Herrn Eisner stark ins Gewissen geredet zu haben. Die Enthüllung des bayerischen Berliner Berichtes v. 18. Juli 1914 hat aber doch Foerster auf dem Gewissen.

Ich las heute den Artikel »Deutschland und Russland« in der Kölnischen Zeitung v. 2. März 1914 und hielt daneben das offizielle »Russische Protokoll« v. 21. Febr[uar] 1914, das Maxim Gorki[6] und die Norddeutsche Allgem[eine] Zeit[un]g v. 6. April 1918 abgedruckt haben. Der hier amtlich festgelegte Beschluss der russischen leitenden Kreise, Konstantinopel zu besetzen, musste den Europäischen Krieg nach

4 Franz Xaver (1916 Ritter von) Epp (1868–1947), 1899 Absolvent der bayerischen Kriegsakademie, zwischen 1900–1906 als Berufssoldat u.a. in China und Deutsch-Südwestafrika, 1904 Hauptmann, 1909 Major, 1912–1914 Kommandeur des 2. Bataillons des Bayerischen Infanterie-Leibregiments, 1914–1917 Kommandeur des Infanterie-Leibregiments (Frankreich, Belgien, Serbien, Rumänien, Italien), 1917–1919 Führer der Bayerischen 1. Jägerbrigade des Alpenkorps, 1919 Führer des Freikorps Epp und im April/Mai 1919 maßgeblich an der Zerschlagung der Münchener Räterepublik beteiligt, 1919–1920 Kommandeur der Reichswehr-Schützenbrigade 21, 1920–1923 Infanterieführer VII (München), 1933–1945 Reichsstatthalter in Bayern. Joachim Lilla, Epp, Franz Ritter von, in: ders.: Staatsminister, leitende Verwaltungsbeamte und (NS-)Funktionsträger in Bayern 1918 bis 1945, URL: https://verwaltungshandbuch.bayerische-landesbibliothek-online.de/epp-ritter–Von (9.5.1921).

5 Maximilian Graf von Montgelas (1860–1938), geb. in St. Petersburg, Enkel des bayerischen Staatsreformers, Bruder Adolf von Montgelas', 1879 Eintritt in die bayerische Armee, Absolvent der bayerischen Kriegsakademie, 1900 Major und Bataillonskommandeur in China (Boxeraufstand), 1901–1903 deutscher Militärattaché in Peking, hohe Stabs- und Kommandostellen in Bayern, 1910–12 Generalmajor und Oberquartiermeister im Großen Generalstab, 1912 Generalleutnant, 1914 Divisionskommandeur im Westfeldzug, 1915 wegen Kritik am Bruch der Neutralität und inhumanen deutschen Kriegspraktiken in Belgien zur Disposition gestellt, Übersiedlung in die Schweiz, Wandlung zum Pazifisten, vor 1918 bekannte er sich zur Kriegsschuld der deutschen militärischen Führung, später bestritt er die Alleinschuld Deutschlands, als Sachverständiger vom AA und vom Reichsarchiv herangezogen; Dr. h.c. (München). Vogel, Montgelas, S. 82–97.

6 Maxim Gorki (1868–1936), geb. in Nischni Nowgorod, aus sehr ärmlichen Verhältnissen, Autodidakt, als revolutionärer und verfolgter Journalist verließ er Russland, 1913 Rückkehr, nach Konflikten mit Lenin erneute Auslandsaufenthalte bis 1927, bedeutender Schriftsteller, in späten Jahren prosowjetische Veröffentlichungen.

sich ziehen.- Zum bevorstehenden Friedenskongress will Prinz Max v. Baden mit einer kurzen Kundgebung hervortreten.

Zum ersten Male seit der Umwälzung sah ich heute Herrn von Dandl auf der Strasse. Ich möchte nicht in seiner Haut stecken. Über den Gesundheitszustand des Kaisers ist Herrn v. Bethmann-H[ollweg] Ende 1916 von einem Münchener Psychiater ein Parere[7] zugegangen, das mir in Abschrift vorgelegen hat. Unsere gegenwärtige Lage liegt noch unter 1807 (Tilsit-Friedland)![8] Damals bestand noch die Hoffnung auf England!

Wir freuen uns auf Ihre Rückkehr. Mit den herzlichsten Grüssen und Empfehlungen von Haus zu Haus verbleibe ich in alter Freundschaft Ihr treu ergebener

H v Grauert

7 Schriftliches Gutachten eines Unparteiischen.

8 Am 14. Juni 1807 schlug Napoleon die preußisch-russischen Heere entscheidend bei Friedland (Ostpreußen). In den vom 7.–9. Juli 1807 folgenden Friedensschlüssen von Tilsit verlor Preußen die Hälfte seines Staatsgebiets.

537

Georg von Hertling an Karl von Hertling
Ruhpolding, 5. Dezember 1918

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 27, f. 74–75)

Lieber Karl!

Eben hatte ich die vorschriftsmäßige Anzeige an das Münchener Wohnungsamt über unsre dortige Wohnung abgesandt und hinzugefügt, ich beabsichtigte, dieselbe in der nächsten Woche zu beziehen, da kam Dein Brief vom 2. d[ieses] M[onats] mit dem Rate, wir sollten vorläufig noch hier bleiben, und am selben Nachmittag besuchte uns Minister Brettreich, der seinen Wohnsitz hierher verlegen will, und riet gleichfalls, noch zu warten. Er sprach ziemlich unbestimmt von möglichen Demonstrationen, die ein Eindringen in die Wohnung nach sich ziehen könnten. An eine Gefahr für meine persönliche Sicherheit schien er nicht zu glauben (ebensowenig wie ich), wohl aber befürchtete eine solche der im Hause in der Barerstraße wohnende Baron Habermann[1] [..]. Was meinst Du? Ich hatte auf Deinen Brief vom 2. und Brettreichs Rat hin den 17. als Termin unserer Uebersiedelung in's Auge gefaßt in der Annahme, daß bis dahin die Demobilisirung in der Hauptsache beendet und das Gros der unbeschäftigten Soldaten in die Heimat entlassen sein würde. Uebrigens soll, wieder nach Brettreichs Aeußerung, die Rückkehr der Frontsoldaten bereits begonnen haben, einen mäßigenden Einfluß auszuüben. Und die Nationalversammlung scheint also doch in die Wege geleitet zu werden.[2] Ich bin begierig, welchen Eindruck die bayerische Volkspartei machen wird. Zur Zeit ist ja gar nichts anderes möglich, als sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen zu stellen, aber sich grundsätzlich und für alle Zeiten von der Monarchie lossagen, das könnte ich nicht mitmachen. Persönlich beabsichtige ich mich in keiner Weise politisch zu betätigen. Daß ich dem Könige geschrieben habe, um ihn meiner schmerzlichen Teilnahme und meiner unveränderlichen treuen dankbaren Gesinnung zu versichern, weißt Du wohl schon. Er hat mir nun durch Bodmann, an den ich meinen Brief zur Übergabe geschickt

1 Gustav von Habermann, Kämmerer und Major a.D., München, Barerstr. 52.

2 Am 6. Dezember forderten bewaffnete Soldaten und Matrosen vor dem Reichskanzlerpalais die Einberufung einer Nationalversammlung für den 20. Dezember 1918 und die Einsetzung Friedrich Eberts zum Präsidenten der Republik. Am 15. Dezember bekannte sich der Volksbeauftragte Friedrich Ebert im Zirkus Busch vor den Mehrheitssozialisten zur Vorbereitung und Einberufung der Nationalversammlung, der eine »historische Aufgabe« zufalle. Die USPD, in dieser Frage zunächst gespalten, beschloss mit großer Mehrheit, zur Stärkung des Proletariats sich für die Wahlen zur Nationalversammlung zu rüsten. Die vom 16.–20. Dezember in Berlin tagende Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte (Deutscher Rätekongress) beschloss mit 400 gegen 50 Stimmen, die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 vorzunehmen. Die deutsche Konstituante trat am 6. Februar 1919 in Weimar zusammen. Schulthess 59, NF 34 (1918/I), S. 549 f., 570–590.

habe, »recht herzlich danken« und Grüße von ihm und der Königin an Mama und mich ausrichten lassen. Ich bin froh, den Schritt getan zu haben.

Deinen Zeitungsartikel habe ich mit Interesse gelesen. Daß die Offiziere gegen die getroffene Maßregel sich wehren, finde ich sehr begreiflich, ob es etwas nützen wird, bleibt abzuwarten. Daß es bei Euch relativ vernünftig und ruhig hergeht, ist ein Lichtblick. Sonst wüßte ich kaum einen anzugeben. Grüße Giulia und die lieben Kinder, und sei mit den Deinen Gottes Schutz befohlen.

Dein tr[euer] Vater

P.S. Mitz hat kürzlich viel ruhiger hierhergeschrieben. Der Fluchtgedanken sei bei ihr wieder in den Hintergrund getreten, sie wolle jedenfalls Henni's Rückkehr abwarten. Mir wäre es insofern ganz erwünscht, wenn sie hierher käme. Das Haus bliebe dann nicht unbewohnt zurück, wenn wir nach München gehen, und sie könnte sich des kleinen Buben annehmen, den wir unmöglich mitnehmen können und doch nur ungern dem Kinderheim ganz überlassen. Selbst ganz hierzubleiben, kann ich mich einstweilen nicht entschließen. Die Wohnung brächten wir wohl an, das wäre die geringste Schwierigkeit, aber was gibt es mit den Mobilien, und vor allem mit der Bibliothek, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, die der Winter uns alten Leuten macht, und der ungenügenden Beschäftigung und Vereinsamung.

Nochmals alles Gute!
D[er] O[bige]

538

Georg von Hertling an Carl Muth
Ruhpolding, 7. Dezember 1918

(eigh. Or.; BSB, Ana 390 II A)

Sehr geehrter Herr Professor!

Alle die Tage wollte ich an Sie schreiben, nun sind Sie mir zuvorgekommen, herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 3. d[ieses] M[onats, das mir gestern zugegangen ist. Dasselbe hat mich sehr interessirt, sogar gefreut, wenn ein Gefühl der Freude in der furchtbaren Gegenwart überhaupt noch möglich ist. Aber wenn der Verleger daran denkt, mit dem Drucke meiner Lebenserinnerungen zu beginnen und den Anfang derselben vielleicht schon bald auf den Markt zu bringen, so beweist dies, daß er selbst noch Mut besitzt und auch noch an einen aufnahmefähigen Markt glaubt, und das eben war mir erfreulich. Ich bin also der Zusendung der Satzprobe gewärtig und werde dieselbe möglichst umgehend zurückschicken. Gerne hätte ich das Manuskript des ersten Bandes noch einmal durchgesehen, wenn sich das Hin- und Hersenden zur Zeit aber nicht empfiehlt, so muß ich etwaige Änderungen bei der Druckkorrektur vornehmen, werde aber bestrebt sein, die Druckkosten dadurch nicht allzusehr zu belasten. Bedenken gegen eine alsbaldige Veröffentlichung habe ich nicht. Das Leben, von dem ich erzähle, gehört ganz der Vergangenheit an und ist von der Gegenwart durch eine so tiefe Kluft getrennt, daß von Indiskretionen oder Rücksichtslosigkeiten nicht die Rede sein kann. Im zweiten Bande bin ich jetzt bis zu meiner römischen Mission in Sachen der Straßburger theologischen Fakultät gekommen. Man möchte jetzt am liebsten gar nicht mehr davon sprechen, und doch ist unter dem Gesichtspunkte der damaligen Verhältnisse allerhand Interessantes zu berichten. Sehr erschwert war meine Arbeit in den letzten Wochen durch das Fehlen erforderlichen Materials. Manches wird sich hoffentlich nachträglich ergänzen lassen, und ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihre Bemühungen, mir meine Berichte an die K[ölnische] V[olks] Z[eitung] über den Pariser Kongreß von 1891 in Abschrift zu verschaffen. Anderes wird sich hoffentlich in München vorfinden und, wenn möglich, von dort hierher bringen lassen. Was mir hier fortgesetzt sehr gefehlt hat ist der von mir früher ausgiebig benützte Schulthes'sche Geschichtskalender,[1] den ich in München im Ministerium, in Berlin im Ausw[ärtigen] Amt benützen konnte. Wüßten Sie vielleicht einen Weg, mir die Jahrgänge 1896–1902 zu verschaffen, das würde mich ein gutes Stück vorwärts bringen. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, will aber doch nicht zu stark auf Ihre Gefälligkeit sündigen.

1 Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, begründet von dem gebürtigen Schweizer Heinrich Schulthess-Riegger (1815–1885), erschienen von 1861 (für das Jahr 1860) zunächst in Nördlingen (Buchhandlung von Carl Heinrich Beck) bis 1942 (für 1940).

Wie Sie sehen, sind wir noch immer hier. Ich dachte, in der nächsten Woche nach München zu gehen, es ist mir aber von verschiedenen Seiten so dringend abgeraten worden (auch mit Rücksicht auf meine persönliche Sicherheit!), daß ich einstweilen davon Abstand genommen habe. Aber ein Winteraufenthalt auf dem Lande hat, zumal für alte Leute, wenig Anziehendes, die Wege sind durch Schnee und Eis kaum passirbar, auch zu Wagen oder Schlitten die hochgelegene Kirche nicht immer erreichbar, dazu der Mangel an Verkehr und keine Bücher!

Was Ihnen aus dem ehemaligen Reichslande berichtet wurde, ist tief schmerzlich und empörend. Mir schrieb vor einiger Zeit Prof. Erhard[2] aus Baden-Baden, wohin er sich geflüchtet hatte und von wo er mir einen ausführlichen Bericht über die Ereignisse hatte senden wollen. Er mußte aber seinen Aufenthalt [bald] abbrechen, um einen den Zurückkehrenden gesetzten Termin nicht zu versäumen, von dessen Innehaltung er sich eine Sicherung für seine Lebensstellung erwartete. Darin wird er sich nun auch getäuscht fühlen!

Das Dezemberheft von Hochland ist bisher nicht hier eingetroffen, ich nehme aber einstweilen nicht an, daß es nicht erschienen sein sollte. Daß die gegenwärtigen Machthaber die Pressefreiheit noch aufrecht erhalten, ist immerhin etwas.

In vorzüglicher Hochachtung und mit freundlichem Gruße
Ihr ergebener
Hertling

2 Vgl. Ehrhard an Hertling, Baden-Baden 21. November 1918. Die deutschgesinnten Altelsässer befänden sich in schlechtester Lage. Die Vereinigung von Elsaß und Lothringen erweise sich nun als so übel, wie er sie stets gehalten habe. Die Deutschgesinnten hätten nun keine Heimat mehr, »sie hätten eine, wenn die beiden Länder an andere deutsche Staaten angegliedert worden wären gleich nach 1870/71«. Die Besetzung Elsaß-Lothringens sei »gleichbedeutend mit seiner Einverleibung in Frankreich«. Die Franzosen würden mit Jubel empfangen. BArch, NlH, Nr. 42, f. 8.

539

Georg von Hertling an Karl von Hertling
Ruhpolding, 9. Dezember 1918

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 27, f. 76–77)

Lieber Karl!

Wir bleiben also einstweilen hier. Auch Stengel, den ich um seine Meinung gefragt hatte und der im Ganzen mehr zur Rückkehr nach München neigte, riet doch, noch einige Zeit zu warten. Daß das Reisen gegenwärtig sehr unerfreulich ist, erfuhren kürzlich die Siegsdorfer Ow's, die zu elf Personen in ein von Tabaksqualm erfülltes Coupé gepreßt mit zweistündiger Verspätung in München ankamen. Anna wird trotzdem morgen für einige Tage dorthin fahren, um die am meisten gefährdeten Gegenstände, Lebensmittel, Wein, Kleidungsstücke aus der Wohnung zu entfernen und so lange bei dem Spediteur einzustellen, bis dieser sie nach Aufhören der Gütersperre hierher schaffen kann. Fräulein Barth[1] wird Anna begleiten, was uns sehr erwünscht ist, denn wenn Reise und Aufenthalt in München nach allem, was man hört, für Anna nicht gefährlich ist, so ist es uns doch sehr behaglich, sie nicht allein zu wissen.

Dein letzter Brief, für den ich schönstens danke, hat mir insofern eine Enttäuschung gebracht, als ich daraus ersah, daß es auch in Augsburg, wo ich nach Deinen bisherigen Berichten alles vernünftig und ruhig glaubte, Randalmacher gibt. Daß die ordnungliebenden Elemente so lange wie irgend möglich, Gewaltmaßregeln zu vermeiden suchen, ist sehr begreiflich, aber auf die Dauer wird dem wahnsinnigen Treiben doch nur ein Ende gemacht werden, wenn sich ein energischer Mann findet, der die staatliche Autorität mit Gewalt wieder herstellt.

Ich habe heute mit Mama das Couvert Politica durchgesehen und herausgenommen, was Dich für Deine Arbeit interessiren kann, zunächst die Kneußl'sche Darlegung[2] aber auch verschiedenes andere. Auch ein Brief von Erzberger ist dabei. Bezüglich dieses Deines besonderen Lieblings rate ich, Zurückhaltung zu üben. *Auch andere Leute haben schon ihren Frieden mit ihm gemacht.* Und welches sind Deine Gedanken wegen der Veröffentlichung? Mir scheint, Du willst ein selbständiges Buch daraus machen und möchtest es schon bald herausbringen. Ob letzteres sich empfiehlt, ist zu überlegen. Muth schrieb mir kürzlich, daß der Verleger demnächst an den Druck meiner Erinnerungen herangehen und wenn möglich, die beiden Bände – von denen der zweite aber noch kaum zur Hälfte im Manuskript fertig ist – schon

1 Vermutlich Tochter oder Verwandte des mit der Familie Hertling bekannten Ruhpoldinger Arztes Dr. Barth.

2 Gemeint Paul Ritter von Kneußl.

an Ostern erscheinen lassen wolle. Er wünscht ferner dringend, daß ich entgegen meiner bisherigen Absicht, mit Februar 1912 zu schließen, auch die Minister- und Reichskanzlerzeit behandeln möchte. Dazu habe ich mich aber vorläufig noch nicht entschlossen, ich habe ja gerade aus dieser Zeit keinerlei Aufzeichnungen, auf die ich mich stützen könnte. Daß das Publikum, wenn wie Muth und sein Verleger zu glauben scheinen, die ersten Bände durchschlagen, dringend nach der Fortsetzung verlangen, und dann nach Deinem Buche als der gewünschten Ergänzung um so eifriger greifen wird, ist sicher, und so meine ich, Du solltest im Interesse Deines Buchs, meinen beiden Bänden den Vortritt lassen. Schreibe mir Deine Ansicht, und ob ich Muth etwas darüber sagen soll.

Ich war froh zu hören, daß Deine Kinder den Anfall von Grippe rasch überstanden haben. Hoffentlich seid Ihr alle wieder wohlauf. Wir schlagen uns hier so gut durch, als es eben geht, für alte Leute in so trüber Zeit.

Mit herzlichen Grüßen an Dich und die Deinen
Dein tr[euer] Vater

Die Schriftstücke kommen demnächst in eingeschriebenem Packet. *Das Gerücht in München über eine Restauration der Monarchie scheint ihm grundlos.*

540

Georg von Hertling an Carl Muth
Ruhpolding, 13. Dezember 1918

(eigh. Or.; BSB, Ana 390 II A)

Sehr verehrter Herr Professor!

In Beantwortung Ihres soeben eingetroffenen werten Schreibens vom gestrigen Tage teile ich Ihnen das Folgende mit. *Er hat kategorisch abgelehnt, einen ihm kürzlich telegraphisch angekündigten Mitarbeiter der »München-Augsburger Abendzeitung« zu empfangen.* Etwas später rief mich der Münchner Vertreter der N[euen] Fr[eien] Presse an, ob er mit mir sprechen könnte. Ich antwortete, über Politik spräche ich nicht. Er teilte mir nun die auch von Ihnen erwähnte Zeitungsnotiz mit, daß ich demnächst eine eingehende Darlegung meiner Politik veröffentlichen würde. Ich entgegnete sehr energisch, diese Notiz sei völlig aus der Luft gegriffen, ich dächte gar nicht daran. Nachträglich kam mir dann auch der Gedanke, es könne in jener Notiz die mißverstandene Kenntnis von meiner Arbeit an meinen Lebenserinnerungen stecken. Wie dem aber auch sei, etwas Dümmeres könnte ich ja gar nicht unternehmen, als mich jetzt in die politische Diskussion hineinzudrängen, von der ich bisher noch so ziemlich bei Seite gelassen worden bin.

Was sodann das von Ihnen erwähnte Gerücht, betr[effend] meine Schwiegertochter,[1] betrifft, das mir nur zu Ohren gekommen ist und das auch auf mein Ausscheiden aus dem Reichskanzleramt nicht den entferntesten Einfluß gehabt hat, so muß ich dasselbe als eine niederträchtige Verleumdung bezeichnen. Meine Schwiegertochter hat sich immer nur als Frau eines deutschen Offiziers gefühlt und dementsprechend gehandelt.

Muths dankenswertem Hinweis entsprechend hat er um die Zusendung der ihm jetzt besonders wichtigen Jahrgänge des Schulthess'schen Geschichtskalenders gebeten.

Daß im Vertrag drei Bände angegeben sind, war meiner Erinnerung völlig entschwunden, ich hatte mich in meinen Gedanken immer nur auf zwei eingerichtet. Einer Behandlung der Jahre nach 1912 steht die große Schwierigkeit entgegen, daß ich keinerlei Aufzeichnungen besitze, abgesehen davon, daß mir die zwei letzten Kapitel meines Lebens als ohne jeden organischen Zusammenhang mit den früheren stehend erscheinen wollen. Wir müssen auch darüber reden. Ein Ersatz für die Behandlung der letzten Periode durch mich, würde übrigens gegeben sein, durch eine Niederschrift meines Sohns, der bekanntlich mir während meiner Kanzlerschaft als

1 Giulia, die während des Weltkriegs Schmähungen wegen ihrer italienischen Herkunft erfuhr.

Adjutant beigegeben war, und zur Zeit an der Erinnerung »ein Jahr in der Reichskanzlei«[2] arbeitet.

In vorzüglicher Hochachtung, mit freundlichem Gruße ergebenst
Hertling

2 Untertitel: Erinnerungen an die Kanzlerschaft meines Vaters. Mit zwei Bildern und einem Faksimile, Freiburg im Breisgau 1919: Herdersche Verlagshandlung, 1. bis 10. Tausend; Motto auf der Titelseite:
Der ist in tiefster Seele treu,
Wer die Heimat liebt wie du.
Fontane, Archibald Douglas.

541

Max Ettlinger an Georg von Hertling
München, 14. Dezember 1918

Jos. Kösel'sche Buchhandlung, München (masch. Or.; AGG, Nr. 5)

Euer Exzellenz!

Von Herrn Professor Muth erfahre ich mit grosser Freude, dass Sie nach Abschluss Ihrer Memoiren die Wiederaufnahme Ihrer philosophischen Arbeiten beabsichtigen. Ich erlaube mir daher, Ihren Beitrag für die »Philosophische Handbibliothek«, die nun endlich bald an die Oeffentlichkeit treten wird, angelegentlichst in Erinnerung zu bringen. Bisher bestand bei der Redaktionskonferenz die Absicht, Euer Exzellenz zu bitten, die Herausgabe nur des Diktates Ihrer Vorlesung über Metaphysik durch Herrn Dr. Meier genehmigen zu wollen; denn es hat sich ergeben, dass der Text der Erläuterungen ohne Ihre eigene erhebliche Mithilfe nicht in eine druckfertige Form gebracht werden kann. Unter den neuen Umständen möchte ich nun aber im Einvernehmen mit dem Verlag und sicher mit allen anderen Mitarbeitern der Handbibliothek Euer Exzellenz bitten, ob Sie sich nicht doch entschliessen könnten, auch die so wertvollen Erläuterungen druckfertig zu machen. Der Verlag wäre sehr gerne bereit, Ihnen zur Erleichterung dieser Arbeit die Hilfskraft des Herrn Dr. Meier, der ja flott stenographiert, und in die Materie bereits gründlich eingearbeitet ist, zur Verfügung zu halten. Ich selbst bin durch meine bevorstehende Uebersiedelung nach Münster, die wahrscheinlich im März, vielleicht aber auch schon Ende Januar erfolgt, leider verhindert, in der früher einmal geplanten Weise mich an der Ausarbeitung des Wortlauts eingehend zu beteiligen. Dass ich aber als Redakteur der Handbibliothek gerne in jeder möglichen Weise zur Verfügung bleibe, und gerade am Zustandekommen dieses Bandes ganz besonderes Interesse nehme, brauche ich wohl kaum eigens zu versichern.

Ich bitte daher Euer Exzellenz zunächst um gütigen Bescheid über den obigen Vorschlag und erhoffe angelegentlichst eine bejahende Antwort. Nur für den Fall, dass Sie sich unter keinen Umständen in diesem Sinne entschliessen könnten, bliebe als Notbehelf auch der andere Plan aufrecht, nur den Vorlesungstext durch Herrn Dr. Meier herausgeben zu lassen, damit doch auf alle Fälle Ihre unersetzliche Mitarbeit dem ganzen Unternehmen erhalten bleibt. Ich darf überzeugt sein, diese beiden

Bitten auch völlig im Sinne von Herrn Geheimrat Baeumker, der bei unserer letzten Redaktionskonferenz den Vorsitz führte, auszusprechen.[1]

Mit verehrungsvollen Grüssen
Euer Exzellenz stets dankbar ergebener
Max Ettlinger

1 Hertling gab noch im Dezember Bescheid, er wolle sich in dieser Frage seine Antwort offenhalten. Dies veranlasste Ettlinger in seinem letzten Brief an Hertling vom 30. Dezember 1918 zu der Bitte, sich zu äußern, ob er »gegebenenfalls auch mit der Veröffentlichung nur des Diktates« durch Dr. Meier einverstanden sei. Ettlinger hoffte, bei einem Besuch in München, wohin es ihn immer wieder ziehen werde, Hertling bei einer gelegentlichen Vorsprache »in alter Frische und Arbeitsfreudigkeit zu treffen«. (AGG, Nr. 5). Eine von Meier durchgesehene und sorgfältig redigierte Diktat–Version wurde dann posthum gemäß dem schon zu Hertlings Lebzeiten gefassten Eventualbeschluss der Redaktionskonferenz der »Handbibliothek« veröffentlicht. Siehe oben Nr. 86 Anm. 2.

542

Georg von Hertling an Karl von Hertling
Ruhpolding, 17. Dezember 1918

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 27, f. 78–79)

Lieber Karl!

Hoffentlich hast Du die beiden Couverts mit politischen Schriftstücken erhalten, die Dir für Deine Aufzeichnungen vielleicht von Nutzen sein werden. Ich weiß ja nicht, welchen Umfang Du diesen geben willst und welchen Plan Du dabei befolgst. Inzwischen habe ich wegen derselben an Muth geschrieben.

Für Deinen Brief vom 11. d[ieses] schönen Dank. Er hat uns ein Stück Sonnenschein aus Euerer Kinderstube hierhin gebracht, woran wir uns freuen konnten. Den konnte Anna von München nicht mitbringen. Die Stimmung der Leute unsrer Gesinnung sei furchtbar gedrückt, um nicht zu sagen: verzweifelt. Sie lachten nicht mehr, sondern säßen stumm mit verstörten Gesichtern da. *Die Vorenthaltung seiner Pension fürchtet er vorerst nicht, das würde zu viele Menschen treffen, die dadurch brotlos würden.* Aber freilich, man tut gut, auf alles, auch das schlimmste gefaßt zu sein. Vielleicht ist es das letzte mal, daß ich Euch die Quartalszulage schicken kann! Einstweilen schicke ich einliegend 90 M. zu Weihnachten, für Euch und die Kinder. Es ist leider auch schon weniger als voriges Jahr.

Du willst meinen Rat und meine Hülfe für die Zukunft. Mir ist erst jetzt so recht klar geworden, wie weltfremd ich mein Leben lang gewesen bin, und das zeigt sich auch wieder an diesem Punkte. Ich hatte gehofft, daß Eure mannigfachen Augsburger Beziehungen Dir behülflich sein könnten und eine Aeußerung in einem Deiner früheren Briefe hatte mich in dieser Hoffnung bestärkt. Daß Du in Deinen Jahren und Deiner bisherigen Tätigkeit nicht eine Handelsschule besuchen kannst, ist klar, auch nehme ich nicht an, daß dies der einzige Weg ist, der zu einer Stelle im Erwerbsleben führt. Aber zur Zeit weiß ich einen solchen nicht anzugeben. Vielleicht liegt doch Deine Stärke auf dem politischen Gebiete. Dann solltest Du die parlamentarische Carriere ergreifen. Die Abgeordneten bekommen ja Diäten, und das Parlament wird in Zukunft das werden, was es bisher in Deutschland nur ausnahmsweise gewesen ist, das Mittel, eine Stelle im Staatswesen zu finden. Natürlich müssen wir erst wieder geordnete Verhältnisse haben. Aber daß die Dinge so wie bisher nicht weitergehen können, ist klar, jedermann wartet auf einen Mann, auf eine Tat! Nun, vielleicht ist die Krisis näher als man denkt. Fehrenbach's mutige

Absicht, den Reichstag zusammenzurufen,[1] könnte möglicherweise zu einer Krisis führen, und ohne eine solche geht es ja nicht. Max Biegeleben hat neulich an Mama und mich geschrieben und eingehend auseinandergesetzt, was ihn bestimmt habe, in seiner Stellung zu bleiben, auch konnte er sich auf die Zustimmung des Großherzogs[2] und des früheren Ministers Ewald[3] berufen. Die Ausführungen waren recht überzeugend, und ich hatte von den beiden Briefen einen viel besseren Eindruck als ich sonst von dem guten Max zu haben pflegte. Wenn es Dich interessirt, kann ich Dir den Brief an mich schicken. Max hat außerdem 2 M. beigelegt, die für Dich bestimmt seien oder Dir gehörten. Die zwei Zeitungsausschnitte aus der zur Zeit vortrefflichen Köln[ischen] Volksz[eitung] schickt Dir Mama. Ich lege eine Rechnung bei, die sich schon seit einiger Zeit bei mir herumtreibt, und von der Anna sagt, sie gehe Euch, bzw. Giulia an.

Nun lebe wohl, grüße Frau und Kinder und lasse bald wieder von Dir hören.
Dein tr[euer] Vater

1 Am 12. Dezember berief Reichstagspräsident Fehrenbach den nicht formell aufgelösten Reichstag unter Vorbehalt der Orts- und Zeitangabe ein mit der (vom Rat der Volksbeauftragten bestrittenen) Begründung, die Feindmächte würden zu Verhandlungen über einen Vorfrieden auf die »gesetzgebenden Organe des alten Reiches, Bundesrat und Reichstag,« vertrauen. Er stützte sich dabei auf »ungezählte« ihm zugegangene Zuschriften und Telegramme. Doch wurde ihm »Gegenrevolution« vorgeworfen, Ebert und der Rat der Volksbeauftragten lehnten die Einberufung ab. Am 16. Dezember musste Fehrenbach bekanntgeben, »daß nach Verlängerung des Waffenstillstandes und Hinausschiebung der Vorfriedensverhandlungen zunächst ein Bedürfnis für den Zusammentritt des Reichstages nicht besteht«. Schulthess 59, NF 34 (1918/I), S. 562–564.

2 Ernst Ludwig von Hessen und bei Rhein (1868–1937), 1892–1918 letzter Großherzog von Hessen-Darmstadt. Seine Großmutter mütterlicherseits war Königin Victoria von England.

3 Carl (1912 von) Ewald (1852–1932), geb. in Rehbach (Odenwald), nach Jurastudium an hessischen Gerichten tätig, Staatsanwalt, 1896 Reichsgerichtsrat in Leipzig, 1905 hessischer Minister des Großherzoglichen Hauses und der Justiz, 1906–1918 Ministerpräsident, 1907 Dr. jur. h.c. (Gießen). Seine Wahlreform, Städte- und Gemeindeordnungen sowie die Finanzgesetze von 1910 machten Hessen-Darmstadt zu einem »liberalen monarchischen Kleinstaat«. Obwohl konstitutionell gesinnt, bahnte Ewald 1918 »schließlich einer parlamentarisch regierten Monarchie den Weg«. Friedrich Knöpp, Ewald, Christian Wilhelm Carl von, in: NDB 4 (1959), S. 694 f.

543

Stephan Ehses an Georg von Hertling
Koblenz (Marienhof), 23. Dezember 1918

(eigh. Or.; AGG, Nr. 9)

Exzellenz!

In der Ungewißheit über Zeit und Möglichkeit meiner Rückkehr nach München habe ich längere Zeit wenig Laut gegeben, und auch jetzt kann ich zwar berichten, daß meine Abreise von hier auf 3. Januar 1919 festgesetzt und in der Vorbereitung begriffen ist; ob aber alles so gelingt, wie der sogenannte Homo sapiens es sich vornimmt, das hängt zur Zeit von manchen und zum Teil ganz unberechenbaren Möglichkeiten ab. Meine Hauptsorge ist allerdings augenblicklich München selbst, da ich schon seit 14 Tagen auf Nachricht aus dem Vincentinum warte, ob mein ad interim an einen andern Gast überlassenes Zimmer zum 3. Jänner mir zur Verfügung steht, wie wir abgemacht hatten und wie mir die Oberin vor einigen Wochen versicherte. Ich unterstelle indessen nur ein Versagen der Post, das immerhin entschuldbar wäre, und habe darum meine Anfrage eingeschrieben wiederholt; wäre es aber so, daß München unter Kurt Eisner seine frühere Gastlichkeit verleugnen müßte, dann könnte ich meine Zelte hier nicht abbrechen und wäre genötigt, die Schlußarbeiten an meinem Register, für die es mich an die Hof- und Staatsbibliothek zieht, taliter qualiter mit Hülfe von Bonn hier zu machen. Ich hoffe aber noch immer, daß sich alles zum Besten aufklärt. Es wäre auch zu schade um die »schönen« Photographien, die Frl. Tilli Müller, freilich unter sehr erschwerender Assistenz des H[errn] Geheimrates, zur Erleichterung meines Fortkommens von mir angefertigt hat.

Unser Haus Marienhof schwebte in großer Gefahr, von den Amerikanern kurzer Hand besetzt und zum Lazarett oder Kaserne eingerichtet zu werden; nur weil die Zahl der Betten, die hier zur Verfügung standen, weit unter der gewünschten zurückblieb, stand man davon ab und nahm dafür das große neue und vortrefflich gelegene Haus der Barmherzigen Brüder in Beschlag; nur unser Krankenhaus mußte die Belege anderer Stellen übernehmen und arbeitet daher im ganzen fast genau wie früher, wenn auch noch immer in Besorgnis für die Zukunft, weil man bei den hohen Ziffern, die für die feindliche Besatzung und für den Krankendienst angegeben werden, vor keinen Plötzlichkeiten sicher ist.

Auf Bitte von Freund Cardauns schrieb ich einige Seiten für die nächste Vereinsschrift: »Zukunft des römischen Institutes?«, die eben gedruckt werden und Euer Exzellenz mit dem Jahresberichte zugehen. Ich erwarte keine schnelle Rückkehr nach Rom und dränge auch nicht darauf; aber für Concilium Tridentinum wäre es eine mißliche Sache, wenn wir keinen festen Fuß an den vatikanischen Quellen hätten. Auch der arme Dr. K[arl] H[einrich] Schäfer kann von seinem Leutnantsbrief nicht leben, er rechnet wieder auf die G[örres] G[esellschaft], die sich aber unmöglich die

Last, die wir früher mit ihm hatten, in gleicher Weise wieder aufladen lassen kann. Vielleicht läßt sich ein beiderseits befriedigender Ausweg finden.

Durch all das Dunkel der trüben Zeiten leuchtet nun doch heute wie immer das hochheilige Christfest mit seinen gnadenvollen Geheimnissen hindurch, die gebeugten Menschenkinder aufrichtend, die gequälten Herzen tröstend und zur Ausdauer stärkend. Euer und Ihre Exzellenz die hochverehrte Frau Gräfin mögen mit dem ganzen gräflichen Hause die Segnungen dieser heiligen Tage in reichstem Maße erfahren.

Hochderselben
in stets treuer Gesinnung
ergebenst
Prälat Ehses.

544

Georg von Hertling an Karl von Hertling
Ruhpolding, 23. Dezember 1918

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 27, f. 80–81)

Lieber Karl!

Hoffentlich kommt mein Brief noch rechtzeitig an, um Dir und den Deinen gute Weihnachten zu wünschen. Die Kinder werden sich ja freuen wie alle Jahre und ihre Freude wird ja auch auf die Eltern zurückwirken, mehr als je aber wird bei den Erwachsenen die religiöse Seite in den Vordergrund treten, denn in der Welt sieht es trübe genug aus. Wir können nur wünschen und beten, daß das Licht, das über Bethlehem aufgegangen ist, die verirrte Menschheit erleuchten und auf die Pfade der Ordnung und des Rechts zurückführen möge. Und Euch beiden möge das Christkind den Jugendmut erhalten, der immer so erfrischend und tröstend aus Euren Briefen spricht. Ich wollte, ich könnte von den Steglitzern dasselbe sagen, aber da fehlt es weit. Henni ist ja, Gott sei Dank seit dem 18. zu Hause und Mitz braucht ihre Sorgen nicht länger allein zu tragen, aber der Brief, den ich gestern von ihm erhielt, klingt so trostlos, wie möglich. Wie man ihm an maßgebender Stelle mitgeteilt hat, gibt es eine militärische Verwendung für ihn nicht, die Aussicht auf Pension ist sehr unsicher und der für ihn angewiesene Dezembergehalt ist an irgend einer Stelle unterschlagen worden. Nun glaube ich freilich, daß die Verhältnisse und damit auch die Stimmung nirgends schlechter sind als in Berlin, und ich will die Hoffnung nicht aufgeben, daß sich mit der Zeit doch noch manches bessern kann, zur Zeit aber ist es begreiflich genug, daß der arme Henni voller Sorgen ist. Einen Zukunftsplan hat er sich auch ausgedacht, bei dessen Verwirklichung ich helfen soll, aber derselbe eilt den Tatsachen weit voraus, und bis ich einen Schritt tun könnte, müßten ganz bestimmte Voraussetzungen gegeben sein, die noch gänzlich fehlen. Ich will also auch weiter nichts darüber sagen. *Möglicherweise könnte sich für Karl eine passende Stelle im Kriegsministerium finden. Er will, wie Karl wünscht, wegen einer Beschäftigung an Müller-Fulda*[1] *schreiben, weiß aber nicht, wo der Brief diesen finden könnte. Die von Anna in München ausgesuchten, für uns bestimmten Sachen sind gut eingetroffen, sodass sie in Ruhpolding einigermaßen versorgt sind. Karl sollte vielleicht in der Reichskanzlei nach den Feiertagen schriftlich anfragen, ob und in*

1 Richard Müller (Fulda) (1851–1931), geb. in Fulda, nach Gymnasium, kaufmännischer Lehre und Besuch der technischen Schule in Reutlingen ab 1870 Tätigkeit bei in- und ausländischen Firmen, 1874–1890 Mitbesitzer einer Textilfabrik in Fulda, Bergwerksbesitzer und -teilhaber, 1878–1901 Stadtverordneter in Fulda, 1893–1918 Mitglied des Reichstags, 1919–1920 der Nationalversammlung, 1902–1918 Vorstandsmitglied der Reichstagsfraktion, 1914 des Reichsausschusses der Zentrumspartei, Vorsitzender des hessischen Zentrums. Georg von Hertling hatte als Vorsitzender der Reichstagsfraktion in Fragen der Finanzpolitik mit ihm zusammengearbeitet.

welchen Raten die Pensionen ausgezahlt werden und für seinen Vater das Ersuchen stellen, die Beträge an die Bayerische Vereinsbank in München zu überweisen.

Den beigelegten Brief von Max Biegeleben erbittet er zurück, um ihn mit anderen Zeitdokumenten aufzuheben. Deine »Memoiren« interessiren mich natürlich sehr. Muth, dem ich davon schrieb, hat mir noch nicht geantwortet. Wir bleiben jedenfalls bis nach den Wahlen hier, nach München zieht mich außer meinen Büchern gar nichts. Wie die Dinge liegen wähle ich natürlich auch mit der Bayerischen Volkspartei,[2] obwohl mir nicht alles in dem Programm zusagt, aber das geht im politischen Leben nicht anders, man muß sich oft genug für das minus malum entscheiden. Nun nochmals alles Gute und Schöne für Dich und Giulia und die Kinder zum Feste!

Dein tr[euer] Vater

2 Bei den ersten freien Wahlen in Bayern nach dem Weltkrieg am 12. Januar 1919 erlitt der Radikalismus eine Niederlage; die Unabhängigen Sozialisten errangen nur drei von 188 Sitzen. Angesichts der Zusammensetzung des am 21. Februar zusammentretenden Landtags wäre Kurt Eisner »entweder Rücktritt oder Staatsstreich« geblieben. Hubensteiner, S. 467. Die am 19. Januar 1919 stattfindenden Wahlen zur Nationalversammlung ergaben einen Dreiviertelanteil für die ehemaligen Mehrheitsparteien.

545

Hermann von Grauert an Georg von Hertling
München, 24. Dezember 1918

(eigh. Or.; AGG, Nr. 7)

Hochverehrte und liebe Exzellenz,

Ihre beiden lieben Briefe v. 16. und 18. d[es] M[onats][1] beantworte ich zunächst mit den allerherzlichsten Wünschen, die ich Ihnen und Ihrer Familie für Weihnachten und zugleich für Neujahr übermittele.

Möge Ihnen wie uns inmitten des jammervollen Zusammenbruches und der uns umgebenden chaotischen Trümmer das unantastbare Glück der Familie und der Häuslichkeit gewahrt bleiben! Auf neue innere Kämpfe aber müssen wir gefasst bleiben. Aus Trier hörten wir vom guten Verhalten amerikanischer Truppen. Hier bei uns aber wird im Ministerium des Aeussern im Rückgebäude Raum geschaffen für eine Schutzwache! Der König in Wildenwart soll sehr gedrückt sein.

Ihre Fragen werde ich Ihnen ausführlicher nach den Feiertagen beantworten, um diesen Brief nicht auffällig dick werden zu lassen.- Ich beginne mit Bar[on] de Waha. Früher nannte er sich einfach Raymond de Waha. Im vergangenen Sommer aber hat er zu den Universitätsakten den Nachweis eingeliefert, dass die luxemburgische Regierung ihm die Ermächtigung erteilt hat, sich Baron de Waha zu nennen.[2] Seit Jahren ist er uns als guter Katholik bekannt. Wiederholt war er auch bei uns eingeladen, da er als Privatdozent bei uns Besuch gemacht hatte. Durch seine Zugehörigkeit zur

1 Aus einem dieser Briefe (fehlen in AGG, Nr. 23: Briefe Hertlings an Grauert) zitierte Grauert, Rede am offenen Grabe (1919), S. 424 f.: »Was ist alle Geschichte, die wir in der Schule gelernt, der wir unser wissenschaftliches Interesse zugewandt haben, gegen das Furchtbare, das wir selbst in den vergangenen Wochen erleben mußten! Der Feind im Lande, das Reich in Trümmer, die Monarchen, die wir so innig mit dem deutschen Volkstum verwachsen glaubten, wie von einem Windstoß hinweggeweht! Was steht noch von dem, wofür ich mich in meinem langen Leben in ehrlicher Absicht eingesetzt habe, was wird noch weiter zugrunde gehen? *Er selbst hat nicht mehr viele Tage zu leben, zittert aber für die Zukunft seiner Kinder und Enkel.* Gott helfe uns, das ist das einzige, was man sagen kann, und ich will auch weiter nichts sagen, es trägt ja ein jeder schwer genug an seinem Leid«.

2 Aufgrund seines Antrags v. 18. März 1914 und der vorgelegten Genealogie wurde Waha (aus Brabanter Adel) durch großherzoglich-luxemburgischen Erlass v. 3. April 1914 die Führung des Baron-Titels bestätigt. – Raymond de Waha (1877–1942), geb. in Luxemburg, 1919–1920 Mitglied der luxemburgischen Kammer, Chargé d'affaires in Washington, 1920–1921 luxemburgischer Generaldirektor (Minister) für Landwirtschaft und Sozialversicherung, 1921–1924 zusätzlich für Industrie. https://de.wikipedia.org/wiki/Raymond_de_Waha (9.9.2021). Er besprach im Hochland 15 (1918/II), S. 422–425, 16 (1918–1919/I), S. 353–368, Bücher wirtschafts- und sozialpolitischen Inhalts.

Aenania[3] steht er mit deren Philisterium in enger Fühlung. Im J[ahre] 1902 wurde er von unserer staatswirtschaftl[ichen] Fakultät zum Doktor promoviert,[4] 1910 habilitierte er sich,[5] i[m] Frühjahr 1914 wurde er als Professor an die Verwaltungshochschule nach Köln berufen, kehrte aber von dort im Frühjahr 1918 als Privatdozent zu uns zurück und wurde dann hier auf Antrag der staatswirtsch[aftlichen] Fakultät zum Honorarprofessor ernannt. Brentano und Mayr[6] sind seine Lehrer. Lujo hat ihn aber nicht für seine Nachfolge empfohlen. Der luxemburgischen Regierung hat er wiederholt als Agent Dienste geleistet auch bei unserer Regierung. Die luxemburgischen Lehraufträge an Dozenten unserer Universität hat er vermittelt.

Unsere Episode mit Msgr Freppel[7] in Paris (April 1891) gehört in die Vorgeschichte der französisch-russischen Allianz und hat deshalb politische Bedeutung. Mgr Freppel hat sich auf dem Pariser Gelehrtenkongress keinerlei Taktlosigkeit schuldig gemacht. Während der Tagung des Kongresses aber wurde mir aus Karlsruhe ein Zeitungsausschnitt aus dem Stuttgarter Schwäbischen Merkur v. 1. April 1891 zugeschickt, in welchem ein sehr chauvinistischer Brief veröffentlicht war, den der Bischof von Angers a[m] 17. März 1891 an einen Pariser Zeit[un]gsberichterstatter geschrieben hatte. Der Adressat hatte ihn aufgefordert, sich über die Möglichkeit eines Rapprochement entre la France et l'Allemagne auszusprechen. Die Antwort lautete etwa: »Rendez-nous l'Alsace-Lorraine, sans cela vous aurez la guerre«. Er zitierte zugleich den Brief, den er im selben Sinne a[m] 12. Febr[uar] 1871 an König-Kaiser Wilhelm I[8] geschrieben habe.[9] Nach Kenntnisnahme von dem Briefe v. 17. März 1891

3 Am 5. Februar 1851 im Gasthaus »Zum Himmelreich« am Englischen Garten in München gegründete, das Duell ablehnende Studentenverbindung, die sich zu den Prinzipien von Katholizität, Wissenschaft, Freundschaft und Vaterland bekannte. Gründer war der aus Wasserburg am Inn stammende Theologiestudent Franz Lorenz Gerbl (1830–1857), der als Missionar in Khartum starb.

4 Die Finanzpolitik der Schreckensherrschaft in der ersten Französischen Revolution, Leipzig 1903.

5 Mit der Arbeit: Die Nationalökonomie in Frankreich, Stuttgart 1910, 540 S.

6 Georg von Mayr (1841–1925), geb. in Würzburg, nach Studium der Rechts und Staatswissenschaften in München 1865 Promotion, 1866 Habilitation, 1868 a.o. Professor, 1972 Ministerialrat im bayerischen Innenministerium, 1879–1887 Unterstaatssekretär im Ministerium für Elsaß-Lothringen, 1891 Lehre an der Universität Straßburg, 1898–1925 o. Professor für Statistik, Finanzwissenschaft und Nationalökonomie in München, 1913/14 Rektor, Wegbereiter und international anerkannter Vertreter des Fachs Statistik, in das er die »Massenbeobachtung« einführte. Rita Aldenhoff, Mayr, Georg von, in: NDB 16 (1990), S. 561–563.

7 Charles-Émile Freppel (1827–1891), aus Obernai (Oberehnheim) im Elsaß, 1849 Priesterweihe, Dozent am Straßburger Priesterseminar, 1854 Dr. theol., danach Professor für »éloquence sacrée« an der Sorbonne, 1870 Bischof von Angers, 1880 Mitglied der Deputiertenkammer (Rechte). Er förderte gegenüber dem staatlich verordneten Laizismus energisch die katholische Erziehung (1875 katholische Universität Angers) und den sozialen Katholizismus; Werke u.a. über die Apostolischen Väter und die Französische Revolution.

8 Wilhelm I. (1797–1888), Deutscher Kaiser seit 18. Januar 1871, König von Preußen seit 1861.

9 Siehe unten Nr. 547.

beschlossen wir, durch Ihre Vermittelung ein Schreiben an Mgr d'Hulst[10] zu richten. Darin erklärten wir, an den allgemeinen Sitzungen des Kongresses und auch am Festmahl wegen der Présidences von Mgr Freppel nicht teilnehmen zu können. An den Sektionsarbeiten aber würden wir uns weiter beteiligen. Mgr d'Hulst machte uns darauf in Ihrem Zimmer im Hotel de Fleurus einen Entschuldigungsbesuch, sprach von der mutilation de la Patrie und sagte, sie würden Mgr Freppel nicht zum Praesidenten gewählt haben, wenn sie seinen Brief v. 17. März 1891 gekannt hätten. Den Brief selbst werde ich Ihnen in Abschrift schicken, ebenso Weiteres über unsere Beratungen mit Althoff, Schmidt und Sybel wegen der Cose Romane.

Mit den herzlichsten Empfehlungen und Grüssen in alter Freundschaft Ihr treu ergebener Hv Grauert

10 Maurice Le Sage d'Hauteroche d'Hulst (1841–1896), geb. in Paris, Ausbildung am Collège Stanislas und am Seminar Saint-Sulpice, Dr. theol. (Rom), Kaplan, 1873 in der Diözesanverwaltung von Paris, beteiligt an der Gründung der Université Catholique libre, 1880–1896 deren Rektor, Domprediger von Notre Dame, Organisator internationaler katholischer Gelehrtenkongresse (1888, 1891, 1894, fortgesetzt 1897, 1900), biographische, philosophische und theologische Schriften.

546

Wilhelm von Meinel an Georg von Hertling
Partenkirchen, 26. Dezember 1918

(eigh. Or.; AGG, Nr. 6)

Hochverehrter Herr Reichskanzler![1]

Für Ihre gütigen Zeilen vom 22. d[ieses] M[onats] bitte ich meinen herzlichsten und verbindlichsten Dank entgegenzunehmen; sie sind mir eine Freude und Stärkung in trüber Zeit gewesen.[2]

Ganz besonders wohl hat mir auch getan, was Euer Excellenz über die bayerischen Beamten gesagt haben, das wiegt die verletzenden Angriffe aus anderem Munde reichlich auf.

Euer Excellenz fragen, ob auch ich aus dem Ministerium ausgeschieden sei. Zur Zeit kann ich das noch verneinen. Ich betrachte die Ära Eisner zunächst noch als eine hoffentlich rasch vorübergehende Episode, die ich vielleicht überdauern kann. Die Notiz in den Neuesten, daß ich auszuscheiden gedenke, hing wohl mit meinem Brief an Herrn Eisner zusammen, war vielleicht sogar vom Ministerium inspiriert und als Warnung für mich gedacht. Vielleicht folgt die Stellung zur Disposition, vielleicht aber gibt sich Herr Eisner zunächst auch damit zufrieden, daß mich eine ganz außergewöhnlich heftige Grippe mit Entzündung und Herzschwäche auf einige Wochen schachmatt gesetzt hat. Wenn es nach mir geht, wird sich die Frage meines Verbleibens im Amte erst nach den Wahlen endgiltig entscheiden. Ein dauerndes Zusammenarbeiten mit Eisner erscheint mir freilich noch schwerer denkbar als eine erzwungene Passivität in dafür noch zu jugendlichen Semestern und zu einer Zeit, wo das Vaterland alle verfügbaren Kräfte braucht.[3] –

Ich hoffe, daß Euer Excellenz trotz der Schwere der Zeit Sich erwünschten Wohlseins erfreuen und würde es als besondere Ehre und Freude empfinden, mich davon in München in einigen Wochen persönlich überzeugen zu dürfen.

---

1 Handschr. Randvermerk: »inzwischen gestorben«.

2 Mit Handschreiben (München, 1. Oktober 1918) hatte Meinel Hertling seiner »Anhänglichkeit und Verehrung« versichert. Der Reichskanzler a.D. »dürfe überzeugt sein, daß in allen Teilen unseres deutschen Vaterlands und überall ohne Unterschied der Parteien tiefe Dankbarkeit und Verehrung« für ihn lebendig seien. »Es kommt dies ja auch in der Öffentlichkeit zu einem erfreulich einhelligen Ausdruck«. BArch, NlH, Nr. 6, f. 6.

3 In einem Neujahrsbrief an Hertling aus Partenkirchen vom 31. Dezember 1915 berichtete Meinel von besorgten Gesprächen mit Bekannten über die Zukunft nach dem Krieg und von selbst erlebten Anzeichen dafür, dass die Kriegsheimkehrer in die »heimatliche Ordnung« schwer zurückfänden und die »finanziellen Kriegslasten« ungern mittrügen. Diese würden »so groß werden, daß Alles wird zusammenhelfen müssen, um sie, wenn auch nur im Zeitraum einer Generation, abzubürden«. AGG, Nr. 6.

Wir wünschen Euer Excellenz und Ihren verehrten Damen von Herzen ein gesegnetes und sorgenfreieres Jahr 1919, das unserm schwergeprüften Vaterland wenigstens Ruhe und Ordnung und eine Grundlage für allmähligen Wiederaufbau bringen möge.

In steter Verehrung und Dankbarkeit
Euer Excellenz
ganz ergebenster
Meinel

547

Hermann von Grauert an Georg von Hertling
München, 29. Dezember 1918

(eigh. Or.; AGG, Nr. 7)

Hochverehrte und liebe Exzellenz,

Wir stehen unter dem erschütternden Eindrucke der soeben telephonisch eingelaufenen Nachricht von dem heute früh erfolgten plötzlichen Ableben unseres Praesidenten der Akademie der Wissenschaften Crusius. Vor acht Tagen waren wir mit ihm noch bei einem Thee in angeregter Unterhaltung zusammen. Ein Schlaganfall hat seinem Leben ein Ziel gesetzt.

Um so lebhafter und inniger empfehlen wir Sie und Ihre verehrte Familie beim Schluss des alten und beim Beginne des neuen Jahres dem besonderen Schutze Gottes. Auch für unser zerschlagenes Volk erwarten wir Heil und Rettung von seiner erbarmenden Hilfe. An der unerlässlichen sittlich-religiösen Erneuerung seiner ganzen Lebensanschauung und Lebensführung wird es das Volk selbst nicht fehlen lassen dürfen. Da aber sieht es vorläufig noch sehr bedenklich aus. Alle Bande strengerer Disziplin scheinen nicht nur bei der Marine und im Landheere, sondern auch im Volke selbst gelöst zu sein. Die arbeitende Bevölkerung will möglichst wenig arbeiten und möglichst viel geniessen.- Während des grossen Interregnums im XIII. Jahrhundert nach dem Sturze des staufischen Hauses und nach der unheilvollen zwiespältigen Königswahl von 1257 konnte es sich ereignen, dass in einem offiziellen Aktenstück der Päpstlichen Kanzlei unter dem Pontifikate Urbans IV[1] die deutsche Nation als eine »natio perversa« bezeichnet wurde. Heute noch empfindet man einen Stich, wenn man das liest. Die Auflösung der »kaiserlosen, der schrecklichen Zeit« hatte allerdings nur allzu viel Anlass zu solchem harten Urteil gegeben. Der Umsturz der Gegenwart kann uns nur allzu sehr die gleiche Selbstkritik nahelegen. Wenn nur nicht die im Berliner Auswärtigen Amt vorbereitete Aktenveröffentlichung zur Vorgeschichte des Krieges neues Material zur Selbstzerfleischung liefert![2] Entente-Truppen könnten schliesslich noch im Innern Deutschlands als rettende Engel begrüsst werden. Amerikaner sollen sich übrigens im gegenwärtigen Augenblicke auch in München bei hochstehenden Beobachtern nach dem wahren Stande der Dinge erkundigen. Der heute Vormittag hier plakatierten Berliner Meldung, die Regierungskrise in Berlin habe ihre Lösung gefunden durch Ausscheiden der Unabhängigen

1 Papst Urban IV. (vor 1200–1264), Jacques Pantaléon, geb. in Troyes, Sohn eines Schusters, 1251 Bischof von Verdun, 1255 Patriarch von Jerusalem, ab 1261 Papst, führte er eine antistaufische Politik.

2 Bezug auch auf die in deutschen Tageszeitungen erschienenen Dokumente aus den Akten der bayerischen Gesandtschaft in Berlin. Vgl. Dirr.

Sozialdemokraten aus der Regierung, bringe ich kein rechtes Vertrauen entgegen. Die Ära der militärischen oder seemännischen Pronunziamentos könnte jetzt erst recht beginnen. Auch bei uns kann die Wahlbewegung durch Schiessereien unterbrochen werden. Herr Kurt Eisner vertraut sich der Bewachung durch Matrosen an!

Zu unserer Pariser Kundgebung von 1891 trage ich noch den Wortlaut des Schreibens von Mgr Freppel v. 17. März 1891 nach, den Sie auf der Anlage in der Übersetzung der Münch[ener] Allgemeinen Zeit[un]g v. 1. April 1891 finden. Auch die Augsburger Abendzeit[un]g v. 2. April 1891 hat den Brief gebracht. Vor allem aber hat sich die Strassburger Post v. 31. März 1891 damit beschäftigt. Leider ist letztere auf unseren Bibliotheken nicht vorhanden. Der Freppelsche Brief ist durch ein Zirkularschreiben des Pariser Berichterstatters des Berliner Lokal-Anzeigers, eines Herrn Philipp, veranlasst worden. Letzterer wollte durch seine Rundfrage, die sich an französische, meines Erinnerns aber auch an deutsche Politiker richtete, zur Besserung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich beitragen. Um ein solches »Rapprochement« bemühten sich in jenem Frühjahr verschiedene auch sehr hohe deutsche Kreise. Kaiserin Friedrich und ihre Tochter Prinzessin Margarethe[3] waren a[m] 18. Febr[uar] 1891 in Paris eingetroffen und in der deutschen Botschaft Rue de Lille beim Grafen Münster[4] abgestiegen. Acht Tage weilten die hohen Damen in Paris und suchten insbesondere Beziehungen zu Pariser Künstlern. Letztere sollten gewonnen werden für Beschickung der Berliner Internationalen Kunstausstellung (Sommer 1891). Anton v. Werner[5] hatte in der gleichen Absicht an Maler wie Détaille[6] und Bouguereau[7] geschrieben. Zum Tode Meissonnier's[8] liess Kaiser Wilhlem II durch den Pariser Botschafter seine besondere Teilnahme brieflich aussprechen.- Alles endigte ergebnislos. Der Besuch der Kaiserin Friedrich in Paris trug eher zur Verschärfung der diplomatischen Beziehungen bei. Die Kölnische

3 Jüngste Tochter (1872–1954) Victorias, der »Kaiserin Friedrich«.

4 Georg Herbert Graf (1899 Fürst) zu Münster und Derneburg (1820–1902), geb. in London, Jurastudium, 1857–1865 Gesandter Hannovers in St. Petersburg, 1867, 1871–1873 Mitglied des Reichstags (freikonservativ), 1873 Botschafter in London, 1885–1900 in Paris, um Ausgleich mit England und Frankreich bemüht, Distanz gegenüber Russland.

5 Anton von Werner (1843–1915), geb. in Frankfurt an der Oder, Kunststudium in Berlin und Karlsruhe, in Paris beeinflusst von der französischen Malerei, Vertreter eines konservativen ästhetischen Realismus, Bildprogramme aus dem Hof- und Staatsleben, nationalliberal, 1874 Mitglied der Preußischen Akademie der Künste und Direktor der Hochschule für die bildenden Künste, gesellschaftlich gehobene Stellung, 1905 Exzellenz.

6 Édouard Detaille (1848–1912). Der Genre- und Aquarellmaler schuf meist Schlachten-, Armeebilder und Porträts von Militärpersonen.

7 William-Adolphe Bouguereau (1825–1905), international einflussreicher Vertreter eines gefühlvollen Realismus; widmete sich der Porträtmalerei sowie mythologischen, allegorischen und sakralen Sujets.

8 Ernest Meissonier (1815–1891), gest. am 31. Januar 1891, Illustrator, Genremaler, Themen aus der französischen (Militär-) Geschichte des 17. bis 19. Jahrhunderts.

Zeitung hatte einen heftigen Artikel gebracht. Die französische Regierung ließ in Petersburg anfragen, ob sie im Kriegsfalle auf russische Hilfe rechnen könne. Praesident Sadi Carnot[9] erhielt den Alexander-Newsky-Orden. Im Juli 1891 segelte eine französische Escadre unter Admiral Gervais[10] nach Kronstadt. Zar Alexander III hörte stehend und barhäuptig die Marseillaise an. Die französisch-russische Entente wurde damals schriftlich verbrieft.[11]

Bischof Freppel hatte also a[m] 17. März 1891 Elsass-Lothringen zurückverlangt – eventualiter mit Krieg gedroht. Nicht das erste Mal! Im gleichen Sinne hatte er a[m] 12. Februar 1871 an Kaiser Wilhelm I geschrieben, ebenso Anfang 1887 nach dem Septennats-Reichstag an Papst Leo XIII und 1888 an den spanischen Republikaner Emilio Castelar.[12] Immerhin war es also ein gewagtes Unternehmen von Seiten unserer Pariser Freunde, gerade ihn als Praesidenten an die Spitze des Internat[ionalen] Gelehrten-Kongresses zu stellen.[13] *Er berichtet über die Abgrenzung der Arbeitsgebiete des Preußischen Historischen Instituts und des Römischen Instituts der Görres-Gesellschaft, die im Mai 1895 zwischen Hertling und Grauert einerseits, Althoff, Friedrich Schmidt und führenden preußischen Historikern andererseits in Sybels Berliner Wohnung (Hohenzollernstraße) vorgenommen wurde. Nach der Einigung wurden Hertling und Grauert von den Berlinern ins Restaurant des Zoologischen Gartens eingeladen. Danach begleitete Max Lenz die beiden Münchner Kollegen in die Stadt zurück.*

Interessieren wird Sie als Albertus-Magnus-Forscher, dass die Anwesenheit des Albertus Magnus[14] auf dem Lyoner Konzil v. 1274 urkundlich feststeht. Alb[ertus]

9 Marie François Sadi Carnot (1837–1894), Ingenieurstudium, Departement-Präfekt, 1871 Mitglied der Deputiertenkammer, 1885 Finanzminister, 1887–1894 Staatspräsident.

10 Alfred Albert Gervais (1837–1921), Eintritt in die Marine, 1879 Kapitän, 1879–80 Marineattaché in London, Kommandos in verschiedenen Erdteilen vom Baltikum bis China, Verwendungen im Marineministerium, 1887 Konteradmiral, als Befehlshaber der Panzerkreuzer-Division »du Nord« besuchte er, begeistert empfangen, Kronstadt und anschließend Portsmouth, 1892 Vizeadmiral, 1896 Generalinspekteur der Marine, 1902 a. D. http://ecole.nav.traditions.free.fr/officiers_gervais_alfred.htm (25.11.2017).

11 Vgl. Schulthess 59, NF 34 (1918/II), S. 273–275. Eine sozialistische Pressestimme sah indes einen »Abgrund« zwischen der russisch-französischen Allianz von 1891 und der Politik im Weltkrieg.

12 Emilio Castelar y Ripoll (1832–1899), geb. in Cádiz, Jura-, Philosophie- und Literaturstudium, 1857 Professor für Philosophie und Geschichte an der Universität Madrid, liberaler Journalist, 1865 suspendiert, 1873 Parlamentspräsident, 1873–1874 Präsident Spaniens. Er propagierte einen Zusammenschluss der romanischen Völker.

13 Vgl. Hertling, Erinnerungen, Bd. 2, S. 133 mit Anm. 1. Dort ist Grauerts Information kurz und ohne antifranzösische Spitze verwertet.

14 Albertus Magnus, Albert von Lauingen (um 1200–1280), geb. in Lauingen (Donau), ritterbürtig, internationale Studien u.a. in Padua, 1223 Eintritt in den Dominikanerorden, 1254 Provinzial der deutschsprachigen Provinz, 1245 Magister der Theologie an der Sorbonne, 1248 Leiter der Kölner Klosterschule, 1860–1862 Bischof von Regensburg, danach Wiederaufnahme ausgedehnter Lehrtätigkeit, philosophische, theologische und bahnbrechende naturwissenschaftliche Studien, »doctor universalis«.

Magnus hat dort im Konsistorium vor Papst Gregor X[15] zugunsten der Bestätigung der Wahl Rudolfs v. Habsburg[16] eine Rede gehalten. Höchstwahrscheinlich [ist] Alb[ertus] Magnus der Urheber der Königskandidatur Rudolfs, [die] dazu beigetragen hat, die Weltstellung des Hauses Habsburg zu begründen,[17] die ich selbst übrigens noch nicht für definitiv erledigt ansehen möchte.

Gestern Nachmittag haben wir Crusius auf dem Waldfriedhof zu Grabe geleitet. Das Praesidium der Akademie der Wissenschaften könnte wohl zunächst unbesetzt bleiben. Die Klassensekretäre könnten, wie in Berlin, abwechselnd die Geschäfte versehen. Besondere Vorkehrung müsste aber für das General-Konservatorium der wissenschaftlichen Sammlungen des Staates getroffen werden.

Zum neuen Jahr spreche ich neuerdings meine wärmsten Wünsche aus.
In alter Treue
Ihr Dr H v Grauert

Anlage (eigh. Kop. Grauerts):[18]
Allgem[eine] Zeit[un]g Nr. 90 Mittw[och] 1. April 1891 Ab[en]dblatt p. 3 Strassburg 31. März. Die Strassburg[er] Post beschäftigt sich mit dem nachfolgenden Schreiben, welches der bekannte Bischof v. Angers, Msgr Ch[arles] Emile Freppel an einen Pariser Zeit[un]gsberichterstatter gerichtet hat:

Angers, d[en] 17. März 1891
Mein Herr!

Sie fragen mich: 1) ob ich denke, dass eine Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland möglich sei; 2) unter welchen Bedingungen. Ich kann Ihnen nicht besser antworten, als durch Übersendung des Briefes, den ich am 12. Februar 1871 vor der Annexion des Elsass an S[ein]e Majestät den König v. Preussen zu richten die Ehre hatte. Da sagte ich: »Frankreich unversehrt lassen, heisst den

15 Gregor X. (1210–1276), Tebaldo Visconti, geb. in Piacenza, 1271 zum Papst gewählt, 1272 Priesterweihe, Bischofsweihe und Papstkrönung. Diplomatisch gewandt, erreichte er kurzzeitig (1274–1282) die Wiedervereinigung der weströmischen Kirche mit Byzanz und hatte Auseinandersetzungen mit dem deutschen und französischen Königtum zu bestehen.

16 Rudolf von Habsburg (1218–1291), 1240 mit dem Titel Graf Erbe der habsburgischen Herrschaften im südlichen Elsaß und im Aargau, 1273 in Aachen zum römisch-deutschen König gekrönt; 1282 vergab er das Reichslehen Österreich an seine Söhne, damit Begründung des Hauses Habsburg; der Schwerpunkt seiner durch Heiratspolitik und Erwerb des Reichsfürstenstands gefestigten Herrschaft lag in Süddeutschland, gest. in Speyer, beigesetzt in der Kaiser- und Königsgrablege in Speyer. Martin Kaufhold, Rudolf I., in: NDB 22 (2005), S. 167–169.

17 Vorhergehendes schwer lesbar an den Rand geschrieben.

18 AGG, Nr. 6,3.

Frieden für lange Jahre sichern. Frankreich verstümmeln, das ist der Krieg in der Zukunft, möge man auch sagen und tun, was man immer wolle«.

Die Gegenwart hat meine vor 20 Jahren gemachte Voraussage vollinhaltlich bestätigt. Ich kann daher nur bei meinen Schlüssen bleiben. Eine Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland kann unter der Bedingung stattfinden, dass Elsass-Lothringen wieder pur et simple zum französischen Gebiet geschlagen wird, gegen eine Entschädigung oder eine finanzielle Kompensation, über welche beide Teile sich einigen mögen. Jede Idee einer Autonomie oder Neutralisation Elsass-Lothringens ist ein Hirngespinst, welches die Frage nur offen lässt, ohne sie zu schliessen. Solange Elsass-Lothringen nicht wieder tatsächlich französisches Land geworden ist, wie es von Rechts wegen ist, solange haben wir einen schrecklichen Krieg in Aussicht, vollständig unfruchtbar für beide Länder. Da nämlich sowohl Frankreich als Deutschland für die Erhaltung des Gleichgewichts in Europa notwendig sind, wird Europa weder das eine noch das andere Land aus dem Dasein streichen lassen, und daher wird der Zweikampf nach einer mehr oder minder langen Frist wieder von neuem anfangen.

Es gibt keine andere Lösung, als die Rückgabe Elsass-Lothringens an Frankreich. Ein Friedens- und Bündnisvertrag würde dieses Werk besiegeln und Frankreich sowohl als Deutschland auf den höchsten Blütepunkt setzen. Auf ewig wäre die Vereinigung dieser beiden Nationen gesichert, welche an der Spitze der Zivilisation marschieren; denn es gibt auf der ganzen Welt keine Interessenfrage, welche sie trennt.[19]

+ Ch. Emile Freppel, Bischof v. Angers

Die Strassburger Post wies die Anschauungen des Bischofs sowohl vom deutschen als vom elsass-lothring[ischen] Standpunkt energisch zurück.

19 Vgl. die Stellungnahmen Kühlmanns in der Sitzung des 2. Unterausschusses v. 7. Dezember 1921. Steglich, Verhandlungen des 2. Unterausschusses, S. 44–49.

548

Wilhelm von Radowitz an Karl von Hertling
Berlin, 29. Juli 1919

(masch. Or.; BArch, NlH, Nr. 54, f. 3–4)

Lieber Graf!

Ich schicke Ihnen anbei den Ausschnitt aus der Frankfurter Zeitung[1], von dem ich gestern mit der Gräfin telephonisch gesprochen habe. Die Herkunft dieses Artikels habe ich mir von dem hiesigen Vertreter der Frankfurter Zeitung erklären lassen. Seiner Ansicht nach ist er von dem etwas agitatorisch veranlagten Korrespondenten in Weimar Herrn Wiesner geschrieben. Der Artikel hat übrigens keinerlei Aufsehen erregt und ist von niemanden nachgedruckt worden. Immerhin bleibt bestehen, dass er die Tatsachen, besonders die die allerletzten Tage der Kanzlerschaft Ihres Vaters und seinen Anteil an der Neuorientierung der gesamten Politik betreffen, durchaus irreführend darstellt. Hintze hat sich augenscheinlich eine gute Nummer bei den Sozialen Kreisen machen wollen und deswegen dem Korrespondenten gegenüber die Sache so dargestellt, als wenn er den Reichskanzler zum Abgang hätte veranlassen müssen um das neue Programm durchzudrücken. Sie wissen ebenso wie ich, dass das durchaus falsch ist und dass der Graf Hertling freiwillig, ohne von irgend jemanden gedrängt zu sein, in der Ueberzeugung, dass eine neue Orientierung der Politik eintreten müsste, die er aber selbst nicht mitmachen könnte, den Kaiser gebeten hat ihn zu entlassen. Sie wissen ferner, dass der Erlass des Kaisers nicht wie aus der Darstellung von Hintze hervorzugehen scheint, von ihm dem Kaiser vorgelegt worden ist, sondern, dass der Graf Hertling dieses von mir verfasste Dokument selbst dem Kaiser vorgelegt hat.[2] Es ist also ein Unsinn, wenn behauptet wird, Graf Hertling und Herr von Berg hätten versucht, den Kaiser von der neuen Orientierung abzuhalten. Trotz dieser eklatanten Fehlerhaftigkeit der Darstellung halte ich es für nicht zweckmässig jetzt in einer besonderen Polemik gegen den Artikel aufzutreten, umsoweniger als er, wie schon oben bemerkt, keinen Widerhall gefunden hat. Dagegen erscheint es mir im Interesse des Gedächtnisses Ihres Herrn Vaters nützlich, dass baldigst Ihr Buch erscheint von dem ich annehmen darf, dass es in vollem Masse der ausserordentlich vornehmen und geraden Gesinnung des

1 Liegt nicht bei. Die Frankfurter Zeitung und Handelsblatt wurde 1856 von Leopold Sonnemann (1831–1909) gegründet und nahm im Kaiserreich eine linksliberale Position ein. Sie öffnete ihre Spalten am 31. Juli 1919 auch Hintze für eine Darstellung seiner angeblichen »holländischen Demarche« nach dem 14. August 1918, in der er behauptete, Hertling und die OHL hätten »emphatisch und ausdrücklich« jeden Friedensschritt »während der Epoche militärischer Echecs« abgelehnt. Druck bei Ludendorff, Urkunden, S. 514.

2 Ludendorff wiederholte diese Fehlinformation in seinen Erinnerungen; auch zurückgewiesen bei K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 181.

Verstorbenen gerecht werden und damit Legenden wie die hier vorliegende ohne weiteres zerstören wird. Die Gräfin sagte mir, Sie wollten mit dem Buch warten bis Ludendorffs Memoiren heraus wären. Ich glaube und auch Prittwitz ist derselben Ansicht, dass es im gegebenen Augenblick zweckmässiger wäre, nicht länger damit zu warten. Zwischen der Darstellung von Ludendorff und der Ihrigen, die die Ereignisse unter verschiedenen Gesichtswinkeln betrachten, werden sich sowieso einige Divergenzen ergeben, die doch nicht ausgeglichen werden können. Im allgemeinen aber hat der recht, der zuerst schreibt, und auch aus diesem Gesichtspunkte möchte ich empfehlen, mit dem Buche nicht länger zu warten. Im ganzen werden Sie darin zum Ausdruck bringen können, dass es das Bestreben Ihres Vaters und seiner Umgebung gewesen ist, sich mit der Obersten Heeresleitung so gut zu stellen, dass ein Einfluss auf deren politische Tätigkeit dadurch gewährleistet würde, und dass diese Metode [!] auch sicher bessere Erfolge erziehlt [!] hat, als die andere von den Vorgängern Ihres Vaters und dem Auswärtigen Amt befolgte Taktik, sich dauernd mit der Obersten Heeresleitung in einer Kampfstimmung zu befinden. Aus diesem Bestreben des Reichskanzlers und seiner Umgebung hat sich dann das Märchen von der ganz in der Hand der Obersten Heeresleitung befindlichen Reichskanzlerschaft gebildet, dem man umso energischer entgegentreten muss als, wie Ihnen bekannt ist, wir verschiedene, wenn auch in concilianter Form ausgetragene Zusammenstösse mit den Militärs gehabt haben. Ich erinnere nur an die Äusserung von Ludendorff, »dass ihn der Reichskanzler, wie schon so oft an die Wand gedrückt hätte«.[3] Ich werde jetzt aus meiner bisherigen Reserve nicht heraus treten, wenn ich auch in dem Artikel persönlich angegriffen worden bin. Ich halte eine Einzelaktion nicht für zweckmässig und finde zum Beispiel auch, dass der ganze Streit über die Papstnote im Jahre [19]17 der jetzt in Weimar breitgetreten wird,[4] durchaus nicht im Interesse des Vaterlandes liegt. Etwas ganz anderes ist es natürlich um eine ohne polemischen Charakter verfasste Veröffentlichung, die nur dem Zweck dient ein klares Bild von der Persönlichkeit des Grafen Hertling und der Motive seines Handelns zu geben. Also kommen Sie bald damit heraus.

Ich habe mich gefreut von der Gräfin zu hören, dass es Ihnen so weit ganz gut geht. In etwa vierzehn Tagen gehe ich mit meiner Frau[5] zu meiner Schwester Thüngen

3 Wortlaut auch nach Erinnerung des Kanzlersohns. K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 19. Siehe oben Nr. 305.

4 Anspielung auf die am 25. Juli 1919 von Erzberger ausgelöste Debatte in der Nationalversammlung (vgl. W. Becker, Rosenberg, S. 56 f.); breit erörtert im 2. Unterausschuss über die Friedensmöglichkeiten und auswärtigen Beziehungen, der am 21. Oktober 1919 zusammentrat und von Dezember 1921 bis Juni 1922 auch »vertrauliche Vernehmungen« über den päpstlichen Friedensappell durchführte, die gemäß den Wünschen des Vatikans nicht öffentlich waren. Vgl. Steglich, Verhandlungen des 2. Unterausschusses, S. X–XIII, 50–93 u. ö.

5 Battista von Radowitz, geb. Gräfin von Matuschka, Freifrau von Toppolczan und Spaetgen (1892–1936).

nach Rossbach[6]. Wenn mich mein Weg in die Umgebung von Augsburg führt, so können Sie versichert sein, dass ich nicht bei Ihnen vorübergehn werde, ohne um Sie zu besuchen [!].

Inzwischen bin ich mit vielen herzlichen Grüssen
Ihr aufrichtig und treu ergebener
W vRadowitz

[eigh. Postscriptum:] in der Deutschen Tageszeitung[7] von heute finde ich eben den anliegenden von Ludendorff inspirierten Artikel, der sich mit der Fr[ankfurter] Zeitung qua OHL auseinandersetzt. Auch der darin direkt an mich gerichtete Appell veranlaßt mich nicht, meine Absicht zu ändern und meinerseits den Faden dieser an sich zwecklosen Polemik weiter zu spinnen.

WR[adowi]tz.

6 Schloss im Besitz Thüngen in Rossbach-Zeitlofs in der Region Main-Rhön, westlich von Bad Kissingen.

7 1894–1934. Das vom Bund der Landwirte gegründete, überregionale, in Berlin erscheinende Blatt vertrat nach 1918 antirepublikanische Tendenzen.

549

Rupprecht von Bayern an Karl von Hertling
28. Oktober 1919

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 54, f. 19)

Mein lieber Graf!

Gegen die Veröffentlichung des von mir an Ihren hochseligen Herrn Vater gerichteten Briefes vom 1.6.[19]18[1] trage ich keine Bedenken und ich bin sogar davon überzeugt, dass dieser Weg ein günstigerer ist als der von mir zuerst ins Auge gefasste.

Von den Briefen, die ich früher an Ihren Herrn Vater richtete, als er noch bayrischer Ministerpräsident war und die er an meinen Vater weiterleitete, werde ich, insoweit sie noch erhalten sein sollten, demnächst eine Abschrift erhalten.

Sie können für eine etwa nötig werdende Verteidigung oder allenfalsige Aussagen vor einem Staatsgerichtshofe von Bedeutung werden.[2]

Eben lese ich den 1. Band der Lebenserinnerungen Ihres Herrn Vaters. Vor dem 2. Bande dürften wohl noch Ihre Aufzeichnungen erscheinen, denen ich wegen ihrer aktuellen Bedeutung mit grossem Interesse entgegensehe.

Mit dem Ausdrucke verbindlichen Dankes für Ihre Bemühungen verbleibe ich
Ihr
aufrichtig ergebener
Rupprecht
Kronprinz von Bayern

1 Siehe oben Nr. 347.

2 Artikel 228–230 des Vertrags von Versailles vom 28. Juni 1919 geboten die Auslieferung des Kaisers sowie anderer Schuldiger an Kriegsverbrechen und deren Verurteilung durch internationale Militärgerichte. Betroffen sein sollten Kriegsteilnehmer, Befehlshaber und Staatsoberhäupter. Haußmann hielt am 19. Oktober fest, dass »etwa zweitausend Deutsche« ausgeliefert werden sollten und Bethmann sich zur Auslieferung angeboten habe. (Haußmann, Schlaglichter, S. 293). Im Dezember 1919 verabschiedete die Nationalversammlung das Gesetz zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen, Grundlage für das Tätigwerden des Reichsgerichts in Leipzig, das nur wenige Verurteilungen aussprach. Belgische und französische Gerichte erließen viele Verurteilungen Abwesender. Vgl. zu den Reaktionen im AA W. Becker, Rosenberg, S. 51–53.

550

Detlof von Winterfeldt an Karl von Hertling
Berlin, 3. November 1919

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 54, f. 21–24)

Mein lieber Hertling,

Hoffentlich gelangen diese Zeilen in Ihre Hände, ich ahne nicht, ob Sie Ihr Domizil in Augsburg noch beibehalten haben. Die Veranlassung zu meinem Briefe ist die Herausgabe Ihres Buches »Ein Jahr in der Reichskanzlei«, von dem die Zeitungen einige kurze Auszüge gebracht haben. Ist das Buch eigentlich schon erschienen und woher kann man es beziehen? Ich hätte gern den vollständigen und authentischen Text. In den Auszügen haben einige Stellen, die sich auf den General Ludendorff beziehen, bei diesem lebhaftes Befremden erregt und er hat mich gebeten, mit Ihnen Verbindung aufzunehmen und Sie um nähere Erläuterung zu bitten, wie die Bemerkungen gemeint sind. Ich lege Ihnen hier einen Vorwärts-Artikel vom 1.11. bei, in dem Ludendorff selbst die Stellen angestrichen und numeriert hat, die ihm aufgefallen sind. Zu Nr. 1 erklärt L[udendorff], daß die Erzählung nicht den Tatsachen entspräche. Er sei in den Tagen des Rücktrittes überhaupt nicht mehr mit dem Reichskanzler beim Kaiser gewesen,[1] sondern habe den Kanzler nur noch gesehen, als er ihm in seiner Villa den Abschiedsbesuch gemacht habe. (Wohl am 1. X. 4° nachm[ittags]?)[2] Soweit meine Erinnerung reicht, ist diese Darstellung zutreffend.

Wichtiger als Punkt 1, der ja nur eine Episode darstellt, bei der ein Irrtum mit untergelaufen sein kann, ist Punkt 2. Er ist von grundsätzlicher Bedeutung und gibt, wenn der authentische Wortlaut dem des Auszuges entspricht, eine Darstellung von der Denkweise und den angeblichen Absichten des Generals Ludendorff, die ich als genauer Kenner der beteiligten Personen und damaligen Verhältnisse unmöglich unwidersprochen lassen kann. Wir wissen Beide, lieber Hertling, daß Ihr von mir hoch verehrter Herr Vater und der General Ludendorff zwei so grundverschiedene Naturen waren, daß sie unmöglich auf die Dauer harmonieren konnten. Daß in zahlreichen wichtigen Fragen tiefgehende Meinungsverschiedenheiten bestanden

1 Anders K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 183, wonach Ludendorff [am 30. September] »unangemeldet« in die Besprechung Wilhelms II. mit Hertling platzte und »im Tone größter Erregung« die sofortige Neubildung der Regierung forderte, da das Friedensangebot »noch heute« herausmüsse. Der Kaiser habe erwidert: »Das hätten Sie mir vor vierzehn Tagen sagen sollen!«

2 Diese Nachmittagssitzung fand statt. Auf Hertlings Frage an Ludendorff, wie es weitergehen solle, wenn die Entente ein schmachvolles und unannehmbares Friedensangebot mache, habe dieser geantwortet, dass wir dann eben weiterkämpfen müssten. »Diese Antwort erschien uns recht unlogisch. Denn wenn wir imstande waren weiterzukämpfen, so war es doch auch nicht nötig, in diesem militärisch so ungünstigen Augenblicke mit einem Friedensangebot zu kommen«. K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 187 f., 183.

haben und Konflikte auszugleichen waren, ist uns ebenfalls bekannt. Das kann ich aber mit gutem Gewissen bezeugen, daß dem Gen[eral] Ludendorff niemals der Gedanke gekommen ist, daß der Reichskanzler »ihm im Wege wäre« oder daß er auf die erste politische Stelle im Reiche hinstrebte oder die Militärdiktatur einführen wollte. Ich weiß sehr wohl daß solche Absichten dem General vielfach unterstellt wurden und daß ihre Verwirklichung ihm von mancher Seite nahegelegt worden ist, er hat sie immer rundweg abgelehnt. Ludendorff hatte kein anderes Ziel, als den Krieg zu gewinnen und hat dieses Ziel mit dem ihm eigenen Temperament hartnäckig verfolgt. Daß er dabei irren konnte und vielfach unbequem werden mußte, wird er selbst nicht bestreiten, aber kleinliche Motive oder solche des persönlichen Ehrgeizes haben diesem Manne, der doch schließlich im Weltkriege sein ganzes Können und sein Herzblut drangesetzt hat, wirklich ferngelegen. Ich kann das ohne Voreingenommenheit ermessen, denn ich habe mit Ludendorff oft hart gekämpft und manche rückhaltlose Aussprache mit ihm gehabt.

Ich wäre Ihnen dankbar, mein lieber Hertling, wenn Sie in offener freundschaftlicher Weise sich zu meinen Darlegungen äußern wollten. Ich werde dann sehen, wie weit ich den General L[udendorff] über den wahren Sinn Ihrer Darstellung aufklären und beruhigen kann.

Wie geht es Ihnen, der liebenswürdigen Gräfin und den Kindern? Was macht Comtesse Anna? Was treiben und planen Sie? Uns geht es leidlich. Wir waren den ganzen Sommer und Herbst bei Verwandten und Freunden auf dem Lande in Franken, Pommern, Posen, ich habe viel und erfolgreich gejagt. Seit einigen Tagen haben wir hier wieder Winterquartier bezogen. Ich habe wiederholt meinen Abschied verlangt, bin aber immer wieder dringend gebeten worden, vorläufig noch »von der Armee« zu bleiben. Ich habe eingewilligt und sehe mir nun die Entwicklung noch etwas mit an.

Herzliche Grüße auch von meiner Frau[3], meinen Handkuß der Gräfin
Ihr getreuer Winterfeldt

3 Marianne v. Winterfeldt (1873–1940).

551

Georg von Breunig an Karl von Hertling
München, 12. November 1919

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 55, f. 11–12)

Hochgeborener Herr Graf!

Heute Morgen empfing ich durch die Herder'sche Verlagsbuchhandlung Ihr Werk über das Jahr in der Reichskanzlei und ich habe es sofort mit besonderem Interesse zu lesen begonnen, mich besonders freuend über den pietätvollen Sinn dem Herrn Vater ein Denkmal zu setzen. Das Buch ist allerdings für Außenstehende ein Beweis – wir Minister kannten die Dinge oder hatten wenigstens davon eine Vorstellung – wie schwer ihm das Wirken auf verlorenem Posten gemacht wurde. Ich kannte aber auch den unverwüstlichen Optimismus des Hohen Herrn Vaters, eine Quelle seiner Kraft. Noch als ich dem neuen Reichskanzler das Geleite an den ihn nach Berlin wegführenden Zug gab, habe ich ihn vor zu weitgehendem Optimismus gewarnt und der stets liebenswürdige Graf hat mir erwidert: Ich weiß, ich kenne Ihre pessimistische Anschauung der Dinge, allein ich möchte vorerst doch mit den besten Hoffnungen ans Werk gehen; in drei Monaten werden wir ja sehen.

Das Schicksal hat leider anders entschieden und wenn eine Schuld gesucht wird, so liegt sie weit zurück; die folgenden Männer haben wohl in hingebungsvollstem Patriotismus ihr Bestes geopfert.

So möge das Buch zur Hochschätzung des Namens des Herrn Vaters den gewünschten Beitrag in vollem Maße liefern! Mit dem besten Dank für die mir erwiesene Aufmerksamkeit verbleibe ich in vorzüglichster Hochachtung

Euer Hochgeboren
ergebenster
v Breunig
Staatsminister a D.

552

Anna von Hertling an Karl von Hertling
Ruhpolding, 13. November 1919

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 55, f. 15–16)

Lieber Karl,

Gestern kam Dein Buch – vielen vielen Dank! Ich habe mich noch nachts um 12 Uhr hineinvertieft und mit großer Freude und Begeisterung hineinvertieft. Ganz gründlich habe ich erst die Einleitung gelesen, im andern nur so geblättert, aber was mich ganz besonders freut, ist, wie Du Papis Wesen erfaßt und geschildert hast! Er lebt ja in Deinem Buche! Und wie lebhaft erlebe ich all die Zeiten wieder, den Einzug im Haus, die erste Ludendorffstänkerei im Januar,[1] der Aufenthalt in Spa! Ich bin so froh, daß Dein Buch nun endlich erschienen ist [und] damit, wenn auch keine Rechtfertigung Papis, denn die braucht er nicht – aber der Beweis, daß er kein alter kranker Trottel war, wie man ihn jetzt gerne darstellen möchte. Hoffentlich bleibt auch der finanzielle Erfolg nicht aus. Das wünsche ich Dir von ganzem Herzen.

Gestern kamen endlich mal wieder Fahnenkorrekturen vom 2. Band.[2] Ich schicke sie Dir noch heute ab. Da wir aber nur noch einmal am Tage Postverbindung mit der Welt haben, werden sie wohl erst übermorgen in Deine Hände gelangen.

[…] Meinen 21 Kindern, unter denen sich 3 2.Klassekinder befinden, gehts auch recht gut und die Arbeit geht nicht aus, was mir große Freude macht. […]

Viele Grüße von Haus zu Haus
Deine tr[eue] Anna

1 Siehe oben Nr. 257–259.

2 G. v. Hertling, Erinnerungen aus meinem Leben, Bd. 2, Kempten-München 1920.

553

Friedrich von Prittwitz und Gaffron an Karl von Hertling 17. November 1919

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 55, f. 25–26)

Lieber Hertling!

Mit großem Genuß und viel nachträglichem Ärger über die OHL habe ich Dein Buch gelesen, das Du mir netterweise hast schicken lassen. Du und Czernin[1] sind bis jetzt die einzig straight[2] geschriebenen Bücher. Wenn Du die II Auflage vorbereitest, so empfehle ich doch auch den Helfferich aufs Korn zu nehmen. Es will mir nicht scheinen, daß in seinem Buch die Geschichte seines Abgangs ganz klar behandelt ist.[3]

Wie vollzog sich eigentlich der Abgang Valentinis? Lag da nicht ein Schritt Winterfeldts vor oder irre ich mich? Die Frage würde mich rein historisch interessieren.

Hast Du Nachrichten aus Argentinien?[4]

Bitte lege mich Deiner Gattin zu Füßen, grüße die frechen Spatzen Deine Kinder und nochmals tausend Dank
Dein
Prittwitz

1 Ottokar Czernin, Im Weltkriege, Berlin: Ullstein 1919, 2. Aufl. 1919.

2 Gerade, aufrecht, verlässlich.

3 Vgl. Helfferich, Bd. 3, S. 208–234.

4 Vielleicht Erkundigung nach Bussche-Haddenhausen, der zweimal, als Geschäftsträger und Gesandter, in Buenos Aires war, in eine reiche Familie Argentiniens eingeheiratet hatte und Ende 1918 aus dem AA ausschied; erwähnt bei K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 57, 79.

554

Heinrich von Weitershausen an Karl von Hertling
[Berlin,] 20. November 1919

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 55, f. 32–33)

Mein lieber Karl!

Ich habe soeben mit großem Interesse Dein Buch gelesen und möchte Dir von ganzem Herzen zu diesem flott und so schön geschriebenen Buch gratulieren. Nun erst liegen einem die Gedankengänge von Papas Politik klar, und man versteht sein Handeln. Ich hatte ja seit April [19]18 seine Politik nicht mehr verstanden und mit großer Sorge ihre Weiterentwickelung verfolgt. Nun kann ich mich in seinen Gedankengang hineindenken und ihn begreifen. Ich glaube, daß das Buch dem Andenken unseres geliebten Vaters viel nützen und weiten Kreisen das Verständnis seiner Handlungsweise näher bringen wird. Es war ein eigenes, wehmütiges Gefühl, noch einmal die ganze Zeit an sich vorüberziehen zu lassen. Erst ein Jahr vergangen und doch so ferne. Wenn man sein Bild sieht, will man gar nicht glauben, daß er nun schon lange in der kühlen Erde ruht. Ihm ist sicher wohl, und er wird wohl von oben freundlich auf uns niederschauen.

Ludendorffs Buch[1] ist damit glänzend widerlegt, und viele werden doch vielleicht zur Einsicht kommen, daß er doch nicht ganz der große Mann ist, für den er gegolten hat. Im übrigen heben ihn die Alldeutschen wieder hoch auf den Schild. Ueberall wird er vorgeschoben. Man scheint ihm eine entscheidende Rolle bei einem möglichen Putsch zuteilen zu wollen. Er hat den Reichskarren ein Mal umgeworfen, ich fürchte, er bekommt es auch ein zweites Mal fertig. Man ist hier höllisch an der Arbeit. Wir haben Siede-Hitze-Temperatur. Sturm von rechts oder von links oder von beiden. Dazwischen sitzt Noske[2] und tanzt einen Eiertanz. Jetzt wird er wohl auch ahnen, wie leicht das Regieren ist. Diese Baltenarmee, die jetzt zu den Russen übergegangen ist, ist ja eigentlich weiter nichts als eine Reservearmee, die eines Tages gegen die Heimat marschieren wird. Im übrigen herrscht hier ein rasender Luxus und geschoben wird, daß einem die Augen übergehen. Ich freue mich sehr, daß Du in der Industrie unterkommen wirst. Sie muß ja eines Tags wieder sich erholen, und

1 Gemeint Ludendorffs 1919 erschienene Kriegserinnerungen.

2 Gustav Noske (1868–1946), geb. in Brandenburg an der Havel, Sohn eines Webers, bis 1896 Korbmachergeselle, 1892 Vorsitzender der SPD in Brandenburg, ab 1896 Redakteur sozialdemokratischer Zeitungen, 1900–1902 Stadtverordneter in Königsberg, 1906–1918 in Chemnitz, 1906–1920 Mitglied des Reichstags, Dezember 1918–Februar 1919 Mitglied des Rats der Volksbeauftragten (Wehrfragen), Februar 1919–März 1920 Reichswehrminister, Juli 1920–März 1933 Oberpräsident der Provinz Hannover, wegen Beteiligung an der Niederschlagung der politischen Unruhen Januar–März 1919 keine Nominierung zum Reichstag mehr, 1939 Gefängnis-, 1944–1945 KZ-Haft; Autobiographien 1914, 1947. W. H. Schröder, Parlamentarier, S. 635 f.

dann bist Du ein gemachter Mann. Ueber die jetzige schwierige Lage wird Dich ja die Einnahme Deines Buches gut hinwegbringen. Nur mit ganz wenigem in ihm bin ich nicht so ganz einverstanden. So mit Deinen Betrachtungen über den unbeschränkten U-Bootkrieg. Du folgerst, daß der Krieg mit Amerika unvermeidlich war. Das ist an sich richtig, aber man mußte ihn mit allen Mitteln hinausziehen, um möglichst lange die freie Hand zu haben, den tötlichen [!] Schlag gegen den Gegner zu führen, ehe Amerika kriegsbereit sein konnte. Ebenso hätte man durch den Kreuzerunterseebootkrieg in Verbindung mit Handelsunterseeboten Waren in unser Land hineinschaffen sollen, als alle Ware auf den Meeresboden zu versenken.[3] Unser Geld mußte nach Amerika wandern, damit Amerika an uns interessiert war und verdienen konnte. Das haben wir leider übersehen. Ich habe jetzt wieder eine Wohnung in Steglitz und denke im Dezember einzuziehen. Mitz[4] bleibt aber mit den Kindern bis Ostern in Ruhpolding.

Ich wünsche Euch ein recht fröhliches Weihnachtsfest, und hoffentlich sehen wir noch einmal bessere Zeiten. Grüße Julia[5] herzlich von mir.

Mit herzlichem Gruß
Dein Schwager
Henni.

3 1916 unternahm das Handels-U-Boot Deutschland zwei Frachtfahrten in die USA. 1915 gab die Deutsche Ozean-Reederei acht Fracht-U-Boote von über 1500 t in Auftrag, »um die britische Blockade zu durchbrechen und Güter in die USA zu bringen und wichtige benötigte Transporte zurückzutransportieren«. Jürgen Rohwer, U-Boot-Krieg, in: EEW, S. 931–934, 931 f.

4 Maria Gisberta von Weitershausen, Schwester Karl v. Hertlings.

5 Giulia.

555

Anton von Magnis an Karl von Hertling
Eckersdorf (Grafschaft Glatz), 21. November 1919

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 55, f. 35–36)

Lieber Freund!

Eben bin ich mit Deinem Buche fertig und vor allem danke ich Dir, daß Du an mich gedacht hast.

Eben lese ich in der Zeitung, daß der alte Gröber gestorben ist.[1]

Was ist alles geschehen und man lebt noch. Gott weiß, was noch alles kommt und was aus den Kindern wird.

Ich habe Dein Buch mit großem Interesse gelesen – gewiß es ist ein ganz ausgezeichneter Beitrag zu allem anderen, was man liest.

Ob die Beurtheilung der Personen durchweg nicht bischen [!] zu wohlwollend ist, das möchte ich hingestellt lassen.

Hintze sehe ich viel, er lebt hier ganz nahe, als glücklicher junger Ehemann.[2]

Du bist mir noch eine Photographie Deines guten Vaters schuldig, vergiß nicht darauf.

Ich denke noch mit unbeschreiblicher Ehrfurcht und Dankbarkeit an diesen abgeklärten, edelen Greis, der die Güte eines Kindes hatte und dem das Wohlwollen gegen alle gerade zu zum zweiten Leben geworden war.

Güte und immer wieder Güte und dabei diese Klugheit und Weisheit.

Mein lieber Carl, das Leben ist jetzt nicht schön.

Komme einmal her, mit der Gräfin, das wäre eine große Freude für uns alle.

Der Gräfin lasse ich die Hände küssen
Gott befohlen
Magnis

Wo bist Du eigentlich? Was machst Du?

1 Adolf Gröber starb am 19. November 1919 mit 65 Jahren in Berlin.

2 Hintze heiratete 1918 auf Schloß Mittelsteine (Glatzer Land) Helene von Schierstedt, geb. 1871. Er führte nach 1918 zeitweilig die DVP in Schlesien an und empfahl sich durch Reisen in die Sowjetunion erneut, doch vergeblich, für höhere politische Posten.

556

Ulrich von Brockdorff-Rantzau an Karl von Hertling Annettenhöh',[1] 22. November 1919

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 55, f. 39–43)

Sehr geehrter Herr Graf,

Die »Herdersche Verlagsanstalt« übersandte mir in diesen Tagen Ihr Buch: Ein Jahr in der Reichskanzlei. In der Ruhe des Landes habe ich sofort die Lektüre begonnen und kann Euer Hochgeboren nicht verhehlen, daß der Inhalt – soweit meine Thätigkeit in dem Buche erwähnt wird, mich auf das Peinlichste berührt hat.

Bei der dänischen Vermittlungs-Aktion handelte es sich keineswegs um eine »als streng vertraulich bezeichnete Mittheilung des Königs von Dänemark«, sondern um einen Schritt von höchster politischer Tragweite, zu dem sich der König mit Zustimmung seines Auswärtigen Ministers[2] nur unter der Zusicherung strengster Geheimhaltung, die ich ihm gab, entschlossen hatte. Ich habe damals Ihrem hochverehrten Herrn Vater eine entsprechende Meldung erstattet und von ihm die Zusage erhalten, daß die Angelegenheit unbedingt geheim bleiben würde; ich glaube, mich sogar zu entsinnen, daß der Herr Reichskanzler mir, als er mich vor meiner Rückkehr nach Kopenhagen zum 2ten Male empfing, und ich ihn erneut um geheime Behandlung bat, mittheilte, er habe im Interesse der Geheimhaltung Herrn von Radowitz nach der Audienz bei Seiner Majestät dem Kaiser das Ergebniß der Berathung sowie die Instruktion für mich persönlich diktiert; bezüglich der letzteren fand noch eine längere Aussprache zwischen Seiner Exzellenz und mir statt, da ich mich mit dem ersten Wortlaut nicht einverstanden erklären konnte. Über den weiteren Verlauf der Angelegenheit habe ich dann von Kopenhagen aus unter Beobachtung der striktesten Formen, die für unbedingte Geheimhaltung vorgesehen sind, direkt an den Herrn Reichskanzler berichtet.- Und jetzt veröffentlichen Euer Hochgeboren in einem der gesammten Welt, also auch unseren Feinden zugänglichen Werke die intimsten Details des ganzen Herganges![3]

Die Folgen Ihrer Handlungsweise sind nicht abzusehen, und ich gestehe offen, daß es mir unerfindlich ist, woher Sie, verehrtester Graf, für sich das Recht ableiten, in dieser, so unendlich kritischen Zeit die geheimsten politischen Vorgänge, von

1 Herrenhaus Annettenhöh vor Schleswig, mit Grabstätte Ulrich von Brockdorff-Rantzaus.

2 Scavenius.

3 Mitgeteilt waren in K. v. Hertlings Buch allerdings nur knappe Umrisse der Behandlung von Brockdorff-Rantzaus Meldung aus Kopenhagen vom 13. Januar 1918 ohne jedwedes Aktenzitat. Der Friedensfühler, von dem sich Kanzler und Kaiser über die Vermittlung Dänemarks Verhandlungen mit England erhofften, wurde bewusst vor Beginn der deutschen Westoffensive im Frühjahr ausgestreckt. K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 56–59.

denen Sie nur in Ihrer dienstlichen Eigenschaft als Adjutant und Vertrauter des damaligen Reichskanzlers Kenntniß haben konnten, jetzt an die Öffentlichkeit zu bringen. Wo bleibt Treu und Glauben im internationalen Verkehr, wenn der Kanzler des deutschen Reiches sich einer uns wohlgesinnten fremden Regierung und einem fremden Souverän gegenüber für Geheimhaltung verbürgt und unmittelbar nach seinem Tode aus seinem politischen Nachlaß der Inhalt der geheimsten, amtlichen Dokumente von seinen Erben veröffentlicht wird?![4]

Ich meine, daß das Wort des deutschen Reichskanzlers auch über seinen Tod hinaus bindend bleibt und glaube nicht, daß Sie im Sinne Ihres hochverehrten Herrn Vaters gehandelt haben.

Wie peinlich die Lage ist, in die ich persönlich dem Könige und Herrn von Scavenius gegenüber versetzt bin, brauche ich nicht zu betonen. Aber ich frage Sie, wer wird uns im Auslande in Zukunft noch mit Vertrauen begegnen?

Sie finden in Ihrem Buche herbe Worte gegen das neue Regime und seine Vertreter. Aber, wie Sie sahen, haben die neuen Männer vor dem Untersuchungsausschuß es peinlich gewissenhaft vermieden, Fragen näher zu berühren, durch die neutrale Mächte kompromittiert werden könnten,[5] und ich kann Ihnen vertraulich mittheilen, daß selbst ein unabhängiger Sozialdemokrat, der mit der Zusammenstellung der Geheimakten des Auswärtigen Amtes beauftragt worden war, bevor ich die Leitung des Amtes übernommen hatte, mir erklärt hat, selbstverständlich dürften in der Publikation keine Dokumente erscheinen, durch die neutrale Mächte bloßgestellt werden könnten.-

Sie hätten, sehr geehrter Herr Graf, zum mindesten die Pflicht gehabt, ehe Sie Ihr Buch herausgaben, die Regierung zu fragen, ob diese gegen die Bekanntgabe des geheimen Materials im gegenwärtigen Augenblick Bedenken trüge; die Genehmigung zur Veröffentlichung wäre niemals ertheilt worden.

Den Schaden, der jetzt in unsern internationalen Beziehungen, insbesondere in unserm Verhältniß zu Dänemark, angerichtet ist, hat das deutsche Volk zu tragen! –

Nicht nur in meiner amtlichen Eigenschaft als Gesandter am dänischen Hofe während der Kanzlerschaft Ihres Herrn Vaters und als ehemaliger Minister des Auswärtigen, sondern als Deutscher, der um die Zukunft unseres schwer geprüften Volkes auf das Tiefste besorgt ist, nehme ich für mich das Recht und die Pflicht zu diesem offenen Wort Ihnen gegenüber in Anspruch.

Mit dem Ausdruck ausgezeichneter Hochachtung Euer Hochgeboren
ganz ergebenster
BrockdorffRantzau

---

4 Im Nachlass Hertling (BArch) sind die geheimen Akten des Vorgangs nicht überliefert, sie waren folglich der Benutzung durch Karl Hertling entzogen. Siehe unten Nr. 560. Brockdorff-Rantzau opponierte auch gegen die erste Aktenpublikation Karl Kautskys. Vgl. Mombauer, Origins, S. 58.

5 In den nicht-öffentlichen Sitzungen des 2. Unterausschusses kam die Rolle neutraler Mächte zur Sprache. Vgl. Steglich, Verhandlungen des 2. Unterausschusses, S. 85 ff. u. ö.

557

Philipp von Hellingrath an Karl von Hertling
München, 22. November 1919

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 55, f. 37–38)

Lieber Graf Hertling!

Meinen Dank für die freundliche Übersendung Ihrer Erinnerungen wollte ich Ihnen erst entrichten, nachdem ich sie bis zum Schlusse gelesen hatte. Das ist jetzt geschehen, und ich kann Ihnen sagen, daß mir das Buch nicht nur von hohem Interesse war, sondern auch eine aufrichtige Freude bereitet hat. Eine Freude deshalb, weil in ihm die Gestalt Ihres von mir so verehrten Herren Vaters in seiner abgeklärten Ruhe, seinem klugen staatsmännischen Wirken, seinem vornehmen Denken, das ihm auch bei seinen politischen Gegnern Vertrauen schuf, in glücklicher Form dargestellt ist und vielleicht Manchen belehren wird, der den Zusammenbruch unseres Vaterlands ausschließlich dem alten Regime, der Reichsleitung aufbürden will. Die sachlichen Gegensätze zwischen Kanzler und General Ludendorff zu beleuchten, war keine leichte und etwas kitzliche Aufgabe, die Sie aber, wie ich meine, glücklich und objektiv gelöst haben. Widerspruch gegen Ihre Darlegungen über diesen Punkt wird allerdings aus dem Kreise jener kaum ausbleiben, die ihre berechtigte Wertschätzung des glänzenden Organisators und Willensmenschen Ludendorff auch auf dessen außer- und innerpolitischen Fähigkeiten ausdehnen.

Ich bitte, der verehrten Gräfin meiner Frau[1] und meine besten Empfehlungen zu entrichten, und hoffe, Sie beim Regimentsabend am 6. Dezember sehen zu können.

Mit herzlichem Gruße
Ihr
Ihnen ergebener
Ph. Hellingrath

1 Hellingrath war seit 1896 verheiratet mit Mathilde geb. Reisner Freifrau von Lichtenstern.

558

Hermann von Grauert an Karl von Hertling
München, 23. November 1919

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 55, f. 49)

Sehr geehrter und lieber Herr Graf,

Von der neuen Zeitschrift »Die christliche Gesellschaft« und ihrem Schriftleiter Herrn A[lexander] Ecker erfuhr ich durch Ihr geschätztes Schreiben v. 20. d[ieses] M[onats] praes. 22. Nov[ember] zum ersten Male. Aus Keiters Kathol[ischem] Literaturkalender von 1914 ergeben sich aber einige positive Daten über ihn. Er heißt Alexander E[cker], ist 1875 in Köln geboren und bezeichnet als sein Studiengebiet Staats- und Rechtswissenschaft. Ausser Dichtungen hat er Veröffentlichungen zur Gewerkschaftsorganisation, Wirtschafts- und Sozialgeschichte aufzuweisen.[1] Offenbar rechnet er sich selbst zu den ausgesprochen katholischen Schriftstellern. Wie weit Sie ihm aus dem 2. und 3. Bd. der Erinnerungen ihres l[ieben] Vaters Abschnitte überlassen können, wird insbesondere vom Köselschen Verlag abhängen.

Für die Übersendung Ihrer Erinnerungen aus der Reichskanzlei durch Herder sage ich Ihnen besonders herzlichen Dank. Gern werde ich mich auch oeffentlich über Ihr Buch aussprechen. Von Wert aber wäre es mir, von Ihnen zu hören, ob etwa in preussischen Organen aus Anlass des Erscheinens Ihrer Erinnerungen Angriffe auf die Politik Ihres Vaters erschienen sind? Ich würde eventuell darauf Bezug nehmen. Die letzten Tage beschäftigte mich Ludendorffs Kleine Nachtrags-Broschüre über das Scheitern der Friedensvermittelung im August und September 1918.[2] Mit höchstem Interesse aber verfolgte ich die sehr merkwürdige Kundgebung der Times (siehe M[ünchner] neueste Nachr[ichten] Nr. 468 v. 18. Nov[ember] 1919) über die Friedenswilligkeit der englischen Staatsleit[un]g im Juni 1918. Man muss diese Nachricht in Verbindung setzen zu dem Briefe des Kronprinzen Rupprecht v. B[ayern] v. 1. Juni 1918 bei Ihnen S. 139 ff und mit den damaligen Presse-Aeusserungen über »Friedensoffensiven«. Die Kreuzzeit[un]g, Deutsche Tageszeit[un]g und andere Organe haben damals, im Juni 1918, sehr merkwürdige Artikel gebracht. Es war für uns die letzte Gelegenheit zu einem erträglichen Frieden zu kommen.

1 Vgl. von Broschüren Eckers: Die Besteuerung der Konsumvereine in Preußen, Essen 1912; Die Kreditprobleme des kaufmännischen Mittelstands, Essen 1913; Der Mittelstand und die politischen Parteien, Essen 1914; Die Arbeitergilden der Zukunft, Essen 1920; Die zukünftige Politik des Zentrums, Essen 1920; Die Vernichtung der christlichen Schule und die Abwehr der Katholiken hiergegen, Essen 1920.

2 Aufzeichnung des Generals Ludendorff vom 31. Oktober 1918 über das Waffenstillstandsangebot, in: Schwertfeger, Gutachten, S. 361–368 (Beilage). Vgl. die Einwände Hintzes. Hintze an AA, 3. Januar 1919. Hintze, S. 658–668.

Schade, dass Herr von Kühlmann gehen musste und dann am 15. Juli die verunglückte Offensive einsetzte!

Mit den herzlichsten Empfehlungen an Sie und Ihre Frau Gemahlin in alter Ergebenheit Ihr Dr. H v Grauert

559

Wilhelm von Radowitz an Karl von Hertling
Berlin, 23. November 1919

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 55, f. 47–48)

Lieber Freund! Mit bestem Dank habe ich von dem Herderschen Verlag das mir freundlichst dedizierte Exemplar Ihres Buches erhalten. Es war mir eine rechte Freude zu sehen, wie richtig Sie den Ton getroffen haben, in dem diese Aufzeichnungen eines nicht zünftigen Politikers gehalten sein mußten. Ich bin mit dem ganzen Werkchen durchaus einverstanden und hoffe daß es weite Verbreitung finden wird, um dem Andenken an Ihren hochverehrten Herrn Vater in weiten Kreisen zu dem Ansehen zu verhelfen das es verdient. Ich schätze an Ihrem Buch besonders die Vornehmheit der Auffassung mit der alles vermieden ist, was an Polemik streift. Sogar Ihren Freund Mathias[1] haben Sie ganz verschont. Das war wirklich edel! Für die sehr netten und lieben Worte die Sie mir gewidmet haben, danke ich Ihnen ganz besonders. Humor in allen Lebenslagen ist wie Sie richtig erkannt haben, eine meiner Eigenschaften, für die ich dem Schicksal das sie mir in die Wiege gelegt hat nicht dankbar genug sein kann. Wie sollte man sonst die jetzigen Zeiten wohl ertragen?!

Ich bin überzeugt daß jeder der Ihr Buch in die Hand nimmt, Freude daran haben wird, es liest sich so hübsch und weiß die großen Geschehnisse mit dem persönlich Erlebten und Empfundenen sehr gut zu einem Gesammtbild zu vereinigen. Ich habe bisher viel gute Urteile darüber gehört, über die ich mich sehr gefreut habe. Meine Frau war sehr geschmeichelt, sich auch gedruckt zu sehen.

Hoffentlich gelingt es Ihnen in dem neuen Beruf bald festen Fuß zu fassen und Befriedigung zu finden. Es ist ein schweres Schicksal für uns alle, die aus ihrer Bahn geschleudert, sich in unserm Alter eine neue Existenz gründen müssen. Was aus mir wird, ist auch noch ganz ungewiß. Möglich ist es ja, daß ich doch noch im Auswärtigen Dienst Verwendung finde, aber vorläufig ist das noch abzuwarten.[2]

Lassen Sie doch gelegentlich wieder von sich hören und empfehlen Sie mich der Gräfin mit vielen Grüßen von meiner Frau und mir.

In stets gleicher Gesinnung
bin ich Ihr aufrichtig und treu ergebener
WRadowitz

1 Matthias Erzberger.

2 Radowitz erhielt nach Hertlings Abgang keine Anstellung mehr im Auswärtigen Dienst. Es gab wohl Spannungen mit Kühlmann, der ihn in seinen Erinnerungen, S. 578, ohne nähere Begründung nach der »charakterlichen Seite« enttäuschend fand.

560

Karl von Hertling an Ulrich von Brockdorff-Rantzau
[Augsburg, Ende November 1919]

(eigh. Konz.; BArch, NlH, Nr. 55, f. 45–46)

Sehr verehrter Herr Graf!

Endlich einmal jemand, der sich mit meiner Veröffentlichung nicht einverstanden erklärt, rief ich heute aus, als mir Ihre sehr geschätzten Zeilen vom 22. d[ieses] M[onats] zugingen[1] und ich die erste Seite derselben gelesen hatte! Ich hatte nämlich von sämtlichen Herren, denen ich mein Werk gesandt hatte, lediglich Worte der höchsten Anerkennung über Inhalt wie Form meiner Schilderungen erfahren. Unter Anderen schrieben mir zwei »zünftige« Diplomaten, allerdings des »alten verruchten Systems«. *Es folgen kurze Zitate aus den Briefen Radowitz' und Prittwitz' ohne Namensnennung.* Ich könnte diesen Urteilen noch beliebig viele andere gleichlautende aus dem Kreis früher recht hochgestellter Persönlichkeiten hinzufügen.

Doch ich komme zur Sache; wollen Sie hochverehrter Herr Graf, das folgende nicht als eine Verteidigung gegen mir von Ihnen gemachte Vorwürfe auffassen, die ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen muß. Ich habe mich Ihnen gegenüber nicht zu verteidigen, ich versuche nur, Ihnen die Gründe meines Handelns zu erklären.

Zum ersten habe ich mein Buch s[einer] Z[eit] dem Andenken meines teuren Vaters gewidmet. Nach seiner Demission sowohl wie nach seinem Tode habe ich in der meiner Weltanschauung diametral gegenüber stehenden Presse wie z. B. Berl[iner] Tageblatt u. a. Äußerungen über ihn lesen müssen, die mir sehr sehr weh getan haben. Da war es mir flache Sohnespflicht, diesen und anderen Legendenbildungen entgegenzutreten. Zu denselben gehört auch das Bestreben der Männer des »neuen Systems«, die frühere Regierung nicht nur als korrupt und unfähig hinzustellen, sondern ihr auch den Vorwurf zu machen, sie habe sich in nichts um die Herbeiführung des Friedens bemüht. Dem mußte ein Riegel vorgeschoben werden, und dazu war die Bekanntgabe Ihrer Bemühungen im Auftrage der Reichsregierung ebenso wie anderer von mir geschilderten Bemühungen unbedingt notwendig – nebenbei bemerkt nicht nach »amtlichen« Dokumenten, die ich hierüber nicht besitze, sondern nur nach dem, was mir mein Vater erzählt hat, der nicht Kanzler einer demokratischen Regierung, sondern von Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser ernannt war. In diesem Zusammenhange werden Sie auch begreifen, daß ich für meine Person irgend eine Verpflichtung der neuen Regierung gegenüber ebensowenig anerkenne, wie Exc[ellenz] Ludendorff, Herr v. Bethmann, Herr v. Tirpitz, Herr v. Hintze und andere.

1 Siehe oben Nr. 556.

Zum Zweiten muß ich mich gegen Ihre Annahme wenden, ich hätte nicht im Sinne meines Vaters gehandelt. Darüber habe ich glaube ich, selbst, zu befinden. Ich kann Ihnen aber mitteilen, daß mein Vater selbst die Veröffentlichung meiner »Erinnerungen« wünschte, mit mir über dieselben noch kurz vor seinem Tode gesprochen und mir selbst Material hiefür zur Verfügung gestellt hat. Weiteres darüber erübrigt sich infolgedessen.

Zum Dritten darf ich Ihnen mitteilen, daß mir schon seit ungefähr Jahresfrist bekannt war, daß das Ausw[ärtige] Amt die Veröffentlichung sämtlicher Kriegsakten vorbereite;[2] sie sollen, wie ich vor einiger Zeit las, Mitte oder Ende Oktober erschienen sein. Ich muß annehmen – gesehen habe ich sie bis jetzt noch nicht – daß in dieser Veröffentlichung auch Ihre damaligen Bemühungen enthalten und richtig widergegeben sein werden. Sollte das nicht der Fall sein, so müßte ich dieser Publikation meinerseits den Vorwurf der Unvollständigkeit machen, die durch meine »Erinnerungen« dann in etwas ausgeglichen würde.

Einen Vergleich meiner Veröffentlichungen aber mit der Thätigkeit der Herren des »Untersuchungsausschusses« lehne ich ab! Ich glaube alle wahre Deutsche, welcher »bürgerlichen« Partei sie auch immer angehören, sind sich in der Verurteilung dieser über alle Maßen würdelosen Behandlung der »Schuldfrage« eins.

Was endlich Ihre Befürchtungen anlangt, die Sie in den [deutschen Beziehungen] durch das Bekanntwerden meines Buches erblicken, so teile ich dieselben nicht. Die Wahrheit, hochverehrter Herr Graf, ist wohl manchmal bitter, niemals aber wird sie, weil etwas absolut sittliches, Schaden bringen!

Mit dem Ausdrucke ausgezeichneter Hochachtung
Euer Hochgeboren
ergebenster

2 In der Kabinettssitzung vom 18. November 1918 wurde beschlossen, die Akten zum Kriegsausbruch zu veröffentlichen. Ab Dezember 1919 erschienen die von Karl Kautsky u.a. herausgegebenen Bände: Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch. Das neu gegründete Reichsarchiv gab 1925–1944 die Reihe: Der Weltkrieg 1914 bis 1918, heraus. Vgl. Kröger, Zur Gründung des Politischen Archivs, S. 132–140; Baumgart, Zeitalter des Imperialismus, S. 319–321; Krumeich u. Hirschfeld, Geschichtsschreibung, S. 305.

561

Ludwig von Gebsattel an Karl von Hertling
Augsburg, 24. November 1919

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 55, f. 51–52)

Sehr verehrter Herr Graf!

Schon seit ein paar Tagen habe ich[1] Ihre interessante Schrift über die Zeit der Kanzlerschaft Ihres Herrn Vaters vollendet und wollte Ihnen meinen Eindruck schreiben. Nun ist aber in der Postzeitung[2] v. 22. XI. ein Artikel »Aus den Tagen vor dem Zusammenbruch« erschienen, der sich in vielem mit meiner Anschauung so vollkommen deckt, daß ich bereits Gesagtes nicht wiederholen möchte. Eines muß ich aber doch sagen, daß mir an dem ganzen Buch das Liebste ist das Gefühl warmer Verehrung für Ihren Herrn Vater, das aus jedem Kapitel hervorgeht, sowie die vornehme Zurückhaltung, mit der Sie auch da nicht verletzend werden, wo Sie z. B. das Benehmen G[enera]l Ludendorff's gegen Ihren Vater erwähnen, das für jeden gebildeten Nichtpreußen einfach unverständlich ist.-

Vielleicht darf ich nur drei Punkte anführen, in denen ich anders informiert bin, wie Sie.

1.) Der sehr interessanten Schilderung der Verhältnisse, die zur Entlassung Kühlmann's führten, steht ein Brief meines Bruders[3] entgegen, in dem dieser schreibt, er habe sich in vorderer Linie an dem Kampf gegen Kühlmann beteiligt, weil dessen Lebenswandel in Konstantinopel und Bukarest geeignet war, das Ansehen Deutschland's im Ausland zu schädigen. Ich glaube, die Wahrheit ist wohl, daß Kühlmann's Streben, mit England zu einem Ausgleich zu kommen, seine Uebereinstimmung und sein gutes Verhältnis zu v. Bethmann-Hollweg,

1 Ludwig Freiherr von Gebsattel (1857–1930), aus fränkischem Adel, geb. in Würzburg, 1877 Sekondeleutnant, 1887–1890 an der Kriegsakademie, 1891–1892 im Generalstab, 1892 Rittmeister, 1898 Major, 1899–1901 zum preußischen Generalstab kommandiert, 1902 Generalstabschef des III. Armeekorps, Oberstleutnant, 1904 Oberst, 1905–1911 bayerischer Militärbevollmächtigter in Berlin und Bevollmächtigter zum Bundesrat, 1907 Generalmajor, 1910 Generalleutnant, 1914–1917 General der Kavallerie und Kommandierender General des III. Armeekorps an der Westfront, Januar 1917 z. D. Schärl, S. 252 f.

2 Augsburger Postzeitung, mit den Anfängen bis 1687 zurückreichende, unter diesem Namen 1833–1935 erschienene Tageszeitung, bedeutendstes katholisches Blatt neben der KVZ und der Germania, 1935 verboten.

3 Konstantin Freiherr von Gebsattel (1854–1932), geb. in Würzburg, 1872 Eintritt in die bayerische Armee, 1878–1881 an der Kriegsakademie, 1882–1884 Adjutant Leopolds von Bayern, 1889 Rittmeister und Eskadronchef, 1896 Major, Truppendienst, 1900 Oberstleutnant, 1903 Oberst und Brigadekommandeur, 1905 Generalmajor, 1906 Inspekteur der Kavallerie, 1908 Generalleutnant, 1910 wegen Krankheit z. D.; nicht reaktiviert; er verirrte sich in Antisemitismus und völkischen Rassismus, 1914–1929 im Vorsitz des Alldeutschen Verbandes.

die Alldeutschen so gegen ihn erbitterte, daß ihnen jedes Mittel recht war, um ihn zu stürzen. Mein Bruder hat sich dann wohl, wie in anderen Fällen, einfangen und benützen lassen, um den politischen Drahtziehern Dienste zu leisten, wobei ihm der wahre Grund der Hetze anscheinend gar nicht mitgeteilt wurde. – Ueber seinen letzten Empfang beim Kaiser hat Kühlmann persönlich eigentlich das Gegenteil von dem erzählt, was Sie S. 129 schreiben. Er behauptete, der Kaiser sei sehr gnädig gewesen, wie er (Kühlmann) immer überrascht gewesen sei, über das richtige politische Gefühl und Urteil des Kaisers, der immer das Richtige – also doch wohl das von Kühlmann für richtig Gehaltene – gesehen und gewollt habe, aber vor den »Sachverständigen« dann stets zurückgewichen sei.[4]-

2.) Zu Seite 145: Ob[er]stl[eutnan]t Gustav v. Kress[5] hat mir am 14. Okt[ober] 1918 – ich weiß nicht, ob auf Grund einer Unterredung mit Ihnen – ebenfalls mitgeteilt, daß die OHL auf Grund der Meldungen ihrer Nachrichten-Abteilung, damit rechnete, daß Foch nach den großen deutschen Angriffen im Sommer 1918 nur mehr über 8 intakte Divisionen verfügte, die man durch die letzten Vorstöße – über die Marne und bei Reims – zu »zermürben« hoffte, um dann gegen Calais vorgehen zu können.[6] Die Nachrichtenabteilung hat eben damals ebenso optimistisch die gegnerischen Verluste überschätzt, wie das mein Sohn[7] als N[achrichten] O[ffizier] des A[rmee]O[ber]K[ommando]s stets von ihr behauptete.-

3.) Entgegen Ihrer Erzählung S. 149[8] teilte mir H[au]ptm[ann] v. Ilsemann[9] etwa am 15. Aug[ust] 1918 mit, er sei dabeigestanden, als F[e]ld[mar]sch[a]ll Hindenburg Anfang August (es muß vor dem 10. gewesen sein) dem Kaiser meldete,

4 Vgl. demgegenüber oben Nr. 381.

5 Gustav Freiherr Kreß von Kressenstein (1872–1956), Oberstleutnant, 1916–1918 Chef der Armeeabteilung I des bayerischen Kriegsministeriums, dann a.D.

6 Vgl. K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 145, zu der überraschenden »Unglücksbotschaft« des gegnerischen Vorstoßes aus dem Wald von Compiègne und dem erzwungenen Rückzug vom südlichen Marne-Ufer: »Bisher hatte ich mich auf die Berechnungen unseres Generalstabes verlassen, der die Zahl der noch nicht abgekämpften französisch-englischen Divisionen auf acht bis höchstens fünfzehn angab«.

7 Hans von Gebsattel (1884–1926).

8 Hier teilte Karl Hertling aufgrund mündlicher Mitteilungen seines Vaters von dem geheimen Treffen zwischen dem Kaiser, dem Kanzler, Staatssekretär Hintze, Hindenburg und Ludendorff, das vom 12.–14. August 1918 im Generalstabsgebäude von Spa stattfand, mit, dass ein vollständiges Eingeständnis der Kriegsniederlage ausgeblieben sei, sein Vater darum Friedensschritte bis zur Besserung der militärischen Lage vorläufig zurückgestellt und schon vor dem 12. August an die Vermittlung des Königs von Spanien, dann die der Königin von Holland gedacht habe. K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 148 f.

9 Sigurd von Ilsemann (1884–1952), geb. in Lüneburg, Eintritt ins preußische Heer, August–November 1918 Flügeladjutant des Kaisers, 1918 Hauptmann a. D., bis 1941 bei Wilhelm II. im niederländischen Exil.

Deutschland könne den Krieg nicht mehr gewinnen, er hoffe aber zuversichtlich, daß es unseren Gegnern nicht gelingen würde, uns aus Frankreich und Belgien zu vertreiben und über den Rhein zurückzuwerfen. Es käme also – hoffentlich – zu einer Partie remise[10], bei der wir aber auf manches verzichten müßten. Der Kaiser sei bei dieser Eröffnung, auch rein physisch, vollkommen zusammengeknickt,[11] doch sei es dem F[e]ld[mar]sch[a]ll gelungen, ihn durch Hinweis auf das Verhalten Friedrich d[es] Gr[oßen] in ähnlicher Lage,[12] wieder aufzurichten. Ich bin überzeugt, daß diese Darstellung richtig ist, hier scheint mir ein Zusammenfall mit dem, was Sie schreiben, nur erneut ein Beweis dafür, daß die OHL. den leitenden deutschen Staatsmann über die militärische Lage selbst dann nicht informierte, wenn dies unbedingt nötig gewesen wäre. – Leider scheint dies in vorliegendem Falle auch durch den Kaiser nicht geschehen zu sein.-

Indem ich die Angelegenheit benütze, Ihnen für Ihr Buch nochmals herzlichst zu danken, bin ich mit besten Grüßen

Euer Hochgeboren
ergebenster
LvGebsattel

Wenn Sie den Briefwechsel mit G[enera]l Ludendorff gelesen haben und nicht mehr benötigen, bitte ich um gelegentliche Rückgabe […].

10 Ein Unentschieden.

11 Laut der Aufzeichnung des Majors Georg Wetzell (1869–1947), 1916 bis Anfang September 1918 Chef der Operationsabteilung im GHQ, der die Heeresberichte der OHL Ludendorff zur verantwortlichen Abzeichnung vorlegte, wurden dem Kaiser in Avesnes der Misserfolg der Juli-Offensive an der Marne »ohne jede Abschwächung und ebenso der schwere Rückschlag am 8. August einige Tage später beim Eintreffen der O.H.L. in Spa mündlich vorgetragen«. Schwertfeger, Gutachten, S. 439 f.; Ilsemann, S. 15 f., berichtet, der Kaiser habe am Abend des 2. September 1918 auf die Nachricht der OHL vom Einbruch des Feindes in die Siegfriedstellung vor der konsternierten Abendgesellschaft erregt geäußert: »Jetzt haben wir den Krieg verloren«.

12 König Friedrich II. von Preußen (1712–1786), 1731 Kriegsrat bei der Kriegs- und Domänenkammer, 1740 König. Sein Siebenjähriger Krieg (1756–1763) führte Preußen in das Konzert der Mächte ein. Nach der Niederlage von Kunersdorf (1759) rettete ihn der Thronwechsel in Russland; 1772 aufgrund der Ersten Polnischen Teilung König von Preußen (seit 1701 nur König in Preußen).

562

Hermann von Grauert an Karl von Hertling
München, 2. Dezember 1919

(eigh. Or.; BArch, NlH, Nr. 54, f. 27–28)

Sehr geehrter und lieber Herr Graf!

Informationen für die Fortführung von Georg von Hertlings Memoiren: die Berufung Martin Spahns nach Straßburg durch den Kaiser auf Vorschlag Althoffs, zu den Reaktionen aus der Wissenschaft und zum Eintreten der Zeitung »Germania« für Spahn. Hertling, er und Professor v. Mayr hätten die Zumutung Lujo Brentanos abgelehnt, den offenen Brief gegen Spahns Ernennung zu unterschreiben. Paul v. Hoensbroechs Mitteilungen über unvorsichtige Äußerungen Martin Spahns aus dessen jüngeren Jahren ließen damals viele Katholiken glauben, dieser sei für den Straßburger Lehrstuhl kaum geeignet. Der Casus ist auch heute noch mit einiger Vorsicht zu behandeln.

Die neuesten Veroeffentlichungen aus dem Oesterr[eichischen] Rotbuche[1] und dem Buche von Dr. Kautsky[2] sind höchst bedenklicher Natur. Kaiser Wilh[elm] II und Bethmann glaubten bis zum 29. Juli 1914, England werde neutral bleiben. Im Vertrauen darauf ist Oesterreich von Berlin zum Krieg gegen Serbien angefeuert worden! Wer hätte solche Torheiten für möglich halten sollen! Unser Volk ist namenlos dafür gestraft worden!

Mit den herzlichsten Grüßen und Empfehlungen an Sie und Ihre hochverehrte Frau Gemahlin verbleibe ich Ihr
ganz ergebener
Dr H v Grauert

1 Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914. Ergänzungen und Nachträge zum österreichisch-ungarischen Rotbuch. 1.–3. Teil (28. Juni bis 27. August 1914), Hg. Republik Österreich. Staatsamt für Äußeres, Wien 1919. Vgl. zu der für Österreich-Ungarn nicht schmeichelhaften Auswertung L. Brentano, Urheber, S. 85–88. Grauert zeigte sich, anders als Lujo Brentano, kritisch gegenüber der deutschen Politik 1914.

2 K. Kautsky, Wie der Weltkrieg entstand. Dargestellt nach dem Aktenmaterial des Auswärtigen Amts, Berlin 1919, 182 S., Neuaufl. 2013 u. 2014. – Karl Kautsky (1854–1938), geb. in Prag, nach (nicht vollendetem) Studium der Geschichte, Philosophie und Volkswirtschaftslehre Journalist, politischer Schriftsteller und Privatgelehrter, 1875 in Wien Anschluss an die Sozialdemokratie, entscheidend beeinflusst von Karl Marx, 1883 Gründer der Zeitschrift »Die neue Zeit«, 1885–1890 in London, Mitarbeit am Erfurter (1891) und Heidelberger Programm (1925) der SPD, 1917–1922 Mitglied der USPD, Mittelposition zwischen Revisionismus und Radikalismus, 1918/19 Unterstaatssekretär im AA, seine Schrift »Wie der Weltkrieg entstand« (1919) ging dem Schuldanteil der deutschen Politik am Kriegsausbruch 1914 nach; Hauptwerk: Die materialistische Geschichtsauffassung, 1927; 1938 floh er aus Wien ins Exil nach Amsterdam.

563

Ewald von Massow an Karl von Hertling
Wien, 8. Dezember 1919

Deutsche Botschaft. Vertraulich (masch. Or.; BArch, NlH, Nr. 55, f. 57–60)

Verehrter Herr Graf!

Auf Seite 174 Ihres kürzlich erschienenen Buches finde ich ein Urteil über »Bulgarien«, dem entgegen zutreten ich mich für berechtigt halte.

Sie sagen: »Man hat in der Öffentlichkeit die Frage aufgeworfen, wie es möglich war, dass man auf deutscher Seite über die wahren Zustände in Bulgarien und in der bulgarischen Armee so mangelhaft unterrichtet war«.[1]

Im Zusammenhang damit führen Sie weiter aus, dass der Gesandte Graf Oberndorff zwar wiederholt auf das Wachsen der ententefreundlichen Stimmung in Bulgarien aber nicht genug auf die Unzuverlässigkeit der Truppen hingewiesen habe. »Ob der deutsche Militär-Bevollmächtigte in Sofia« – heisst es dann –, »hierüber Näheres an die O.H.L. gemeldet hat, weiß ich nicht«.-

Wiewohl Sie, verehrter Herr Graf, nur ein Jahr – wie Ihr Buch besagt – der Reichskanzlei angehörten, wird es Ihnen nicht verborgen geblieben sein, dass der Dienstweg für Berichte der Militär-Attaché's (Mil. Bevollmächtigte) genau vorgeschrieben ist, ebenso, dass diese Offiziere […] gebunden sind, ihre Erfahrungen und Beobachtungen zunächst den Missionschefs mitzuteilen.

Was also Gesandter Graf Oberndorff über den Zustand des bulgarischen Heeres berichtete oder nicht berichtete, kommt schliesslich auf das Conto des Militär-Bevollmächtigten. Um jeden Zweifel auszuschliessen, muss ich hier hervorheben, dass Graf Oberndorff während seiner Sofiater Zeit in engster und wie ich heute noch annehme, von gegenseitigem Vertrauen getragener Fühlung mit mir gearbeitet hat.

Ehe ich den Beweis dafür antrete, dass die mir vorgesetzten Stellen über die »Unzuverlässigkeit der Truppen« frühzeitig und ausgiebig orientiert worden sind, erlaube ich mir darauf hinzuweisen, dass es nicht meine Sache war, die Öffentlichkeit zu unterrichten. […] Für mich galt der Dienstweg. Nun zur Sache:

Bereits während meines zweiten Kommandos nach Bulgarien 1912/13 hatte ich an der Hand der Siege und Niederlagen der beiden Balkankriege vielfach auf die politische Zersetzung des bulgarischen Offizierskorps hingewiesen, das unter einer ausgesprochenen Parlamentsregierung mit häufigem, von Parteirücksichten abhängigen

1 Die Nachricht vom Abfall Bulgariens schlug am 26.–27. September im Interfraktionellen Ausschuss ein wie ein Blitz. Erzberger gab als »angebliche Äußerung« der österreichischen Regierung wieder: »Bulgarien gehe nach Haus, die Türkei werde sich anschließen und dann könne Österreich auch nicht mehr weiter«. M. v. Baden, Erinnerungen, S. 325, 335 f.–Alfred Graf v. Oberndorff (1870–1963) war 1916-1918 Gesandter in Sofia. Vgl. Rosenberg, Korrespondenzen, S. 63.

Wechsel der hohen Kommandostellen nicht gedeihen konnte. Damals traten auch diejenigen Schwächen des bulgarischen Soldaten hervor, die uns während des letzten, gemeinsamen Krieges dauernd Sorge bereiteten. Hierzu rechne ich die Neigung des Bulgaren, in schwierigen Lagen den Kopf zu verlieren, – kühn im ersten Ansturm, versagte er leicht, sobald ihm kraftvoller Widerstand entgegengesetzt wurde. Kurz, ich warnte vor Überschätzung des bulgarischen Heeres. Als ich Mitte September 1915 zum dritten Mal nach Bulgarien geschickt wurde, machte ich es mir in erster Linie zur Pflicht, den neu gewonnenen Bundesgenossen so lange als möglich an unserer Seite zu halten. Mit der fortschreitenden Länge des Krieges wurde dieses immer schwerer, denn Bulgarien war nach mühevollen Verhandlungen in einem Augenblick für uns eingetreten, als es das Ende des Krieges und damit seinen leichten Gewinn vor sich zu sehen glaubte. Generalfeldmarschall von Mackensen wird mir bezeugen können, dass es bereits zu Beginn des Feldzuges gegen Serbien recht schwer war, die Bulgaren vorwärts zu treiben. Sie wollten mit uns siegen, aber nicht mit uns kämpfen. Wir glaubten viel durchgesetzt zu haben, als die Bulgaren nach langem Zaudern endlich an der serbischen Grenze aufmarschierten. Damals schon hatte ich mein Urteil über die zu erwartenden Kriegsleistungen unseres Bundesgenossen sehr begrenzt. *Nur unter großen Anstrengungen konnte anfangs die Durchführung der Bestimmungen unserer Militärkonvention erzwungen werden.* Der König und sein Ministerpräsident[2], die einzigen festen Stützen unserer Politik, verzagten damals schon an der Zuverlässigkeit des Heeres.[3]

Die Lage verschlimmerte sich, als General Serrail[4] mit europäischen Truppen bei Salonik erschien. Das nur für einen Balkankrieg ausgerüstete bulgarische Heer verlor angesichts der besseren Ausbildung und Bewaffnung ungewohnter Gegner die Nerven.

Der Feldzug in Mazedonien war deshalb nur durch Unterstützung mit deutschen Truppen aufrecht zu erhalten, die längs der ganzen Front verteilt werden mussten, um in kritischen Lagen – und diese traten leider häufig ein – schnell bei der Hand zu sein.

2 Wasil Hristow Radoslawow (1854–1929), Lehrer, Rechtsanwalt, Journalist und Parlamentsmitglied (Liberale Partei), Justiz- und Innenminister, 1884–1886 Justizminister, 1913–1918 Ministerpräsident Bulgariens, dann im deutschen Exil.

3 Vgl. die vertraulichen Berichte (mit Einleitung und Ergänzungen) im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (München), die Max (Meir) Rosenbaum, ab 1917 Leiter des Pressebüros beim Militärbevollmächtigten von Massow, 1917–1918 für Wolffs Telegraphen Büro verfasste (Bestand ED 152).

4 Maurice Sarrail (1856–1929), geb. in Carcassone, bürgerlicher Herkunft, 1875 Eintritt in die Militärschule Saint-Cyr, 1911 Divisionsgeneral, August 1914 Armee-Oberbefehlshaber, August 1915 Oberbefehlshaber der französischen Truppen auf Gallipoli, Januar 1916–Dezember 1917 der numerisch starken Entente-Truppen an der mazedonischen Front, die keinen Durchbruch nach Norden erzielten, 1918 a.D., 1924 Hochkommissar in Syrien. https://de.wikipedia.org/wiki/Maurice_Sarrail (8.9.2019).

Auch die Tatsache[n], dass gewissenlose politische Propaganda die Widerstandskraft des Heeres herabsetzte, dass feindliche Agenten, mit reichlichen Geldern ausgerüstet, die Front betörten, dass eine pazifistische Bewegung hervortrat, die für den 15. September die Niederlegung der Waffen forderte, – sind allen deutschen Dienststellen in Bulgarien bekannt gewesen.

Wenn Ihnen hierüber nichts bekannt geworden ist, dann dürfte es sich empfohlen haben, erst einmal Tatsachen festzustellen, ehe Sie die Berichterstattung des deutschen Militär-Bevollmächtigten durch eine negative Wendung in Frage stellten. Der guten und gerechten Sache des Vaterlandes, die wir Offiziere mit ruhigem Gewissen vertreten können, ist hiermit nicht genützt worden. Für ungerechtfertigt halte ich auch Ihren Vorwurf gegen die Oberste Heeresleitung auf S. 173, letzter Absatz. Woher wissen Sie, verehrter Herr Graf, dass die Oberste Heeresleitung nicht daran gedacht hat, dass die Bulgaren »wie Schafleder« ausreißen würden? Zufällig weiss ich, dass der Chef des Stabes der deutschen Heeresgruppe in Mazedonien schon im Monat August über die drohende Gefahr persönlich im Hauptquartier Vortrag gehalten hat. Die Oberste Heeresleitung war es, die damals unser Kriegsministerium in schärfster Weise antrieb, durch Nachschub an Bekleidung, Munition und Verpflegung den herabgestimmten Mut der bulgarischen Soldaten zu heben. Deutsche Truppen, die zur Westfront, wo sie dringend benötigt wurden, planmässig abtransportiert werden sollten, wurden durch Eingriff der Obersten Heeresleitung zurückgehalten. Mehr zu tun, war die Oberste Heeresleitung, wie ich annehmen muss, damals nicht in der Lage.

Wenn trotzdem ein gut vorbereiteter und geschickt durchgeführter französischer Angriff zu einer Katastrophe führte, so beweist dieses noch nicht, dass die beteiligten deutschen Stellen, überrascht worden sind.

Die Zermürbung der Front fällt der bulgarischen Parteiwirtschaft zur Last, beschleunigt wurde sie durch fremdes Geld. Also Bulgarien endete durch Selbstmord, nicht durch Schuld der Obersten Heeresleitung und ihrer Vertreter.

Ich würde Ihnen zu Dank verpflichtet sein, wenn eine Neuauflage Ihres Buches, verehrter Herr Graf, jeden Zweifel hierin ausschaltet.

Mit besonderer Hochachtung habe ich die Ehre zu sein
Ihr ergebener
v. Massow.
Oberst.

564

Karl von Hertling an Ewald von Massow
[Augsburg, 25. Dezember 1919]

(eigh. Konz.; BArch, NlH, Nr. 55, f. 61–62)

Verehrter Herr von Massow!

Mit ergebenstem Danke bestätige ich den Eingang Ihrer sehr geschätzten Zeilen vom 8. Dezember aus Wien, die mir heute über Berlin zugingen. Sie waren für mich von hohem Interesse und erlaube ich mir Ihnen Nachfolgendes darauf zu erwidern.

Mein Buch ist der Kanzlerschaft meines Vaters gewidmet und ist aus jeder Zeile desselben zu entnehmen, daß ich nur meine Erinnerungen aus den Monaten der Amtstätigkeit des vorletzten Reichskanzlers widergebe [!]. Wenn ich in ihm von Berichten amtlicher Stellen spreche, so leuchtet daher ohne weiteres ein, daß ich nur diejenigen im Auge habe, die während der genannten Periode an meinen Vater gelangten. Was Sie selbst über Ihre Thätigkeit aus früherer Zeit schreiben, hat deßhalb in meinen »Erinnerungen« keine Aufnahme zu finden, so aktuell es an sich sein mag. Ihre Mitteilungen haben für mich allerdings den großen Wert, daß ich aus ihnen (wie aus manch anderem) entnehme, daß mein Vater über wichtige Einzelheiten bei seinem Amtsantritt sowohl, als auch später im Unklaren gelassen worden ist. Es liegt mir selbstredend ferne, Ihnen gegenüber irgend einen Vorwurf nach dieser Hinsicht auch nur andeuten zu wollen. Ich konstatiere lediglich die Thatsache, ohne danach zu forschen, wo die Schuld an diesen Unterlassungssünden liegt. Sie werden es daher begreifen, daß ich es ablehne, »Thatsachen festzustellen« und in einem Buche zu veröffentlichen, die in die Zeit vor dem Amtsantritte meines Vaters fallen.

Soviel über die grundsätzliche Seite. Nun zu den Einzelheiten […], so verweise ich auf General Ludendorffs Kriegserinnerungen Seite 576 10. Zeile von unten: »Der Zar und auch unsere Vertreter[1] haben nichts davon erkannt«. Ich kann an meinen eigenen Ausführungen, die durch diese Worte bestätigt sind, nichts abändern, es sind »Thatsachen«, die von mir beim Vorlesen der Gesandtschaftsberichte des Grafen O[berndorff] »festgestellt« wurden. Den letzten Satz; ob der Deutsche Mil[itär]-Bevollmächtigte…« etc habe ich beigefügt aus dem Gefühle unter allen Umständen loyal bleiben zu wollen. Ich bedaure, wenn er von Ihnen falsch aufgefaßt wird.

Sie halten meinen Vorwurf S. 173 gegen die O.H.L. für ungerechtfertigt. Ich glaube zwar nicht, daß es Ihre Aufgabe sein kann, die O.H.L. mir gegenüber vor einem ihr gemachten Vorwurf zu verteidigen, verweise aber wieder auf General

1 Bei Ludendorff, Kriegserinnerungen, S. 576, steht: »unser Vertreter in Sofia«. Wie glaubhaft ist Ludendorffs Angabe, er habe erst »wenige Tage« nach dem 15. September aus einem französischen Geheimbericht erfahren, dass die bulgarische Armee der Entente keinen Widerstand mehr leisten würde?

Ludendorffs Kr[iegs] E[rinnerungen] S. 577: Die O.H.L. wußte, daß die bulgarische Armee krank war, doch schien die Hoffnung begründet, daß sie den von uns erwarteten Angriff aushalten würde,[2]…

Mir scheint auch dieser Satz eine Bestätigung der von mir S. 173 ausgesprochenen Ansicht, die ich auch durch die Ziff[er] 8 Seite 166 meines Buches[3] bekräftigt sehe, ganz abgesehen von den mir noch in Erinnerung befindlichen Telefonaten des Gr[oßen] Haupt[quartiers] an die Reichsleitung aus jenen kritischen Tagen. Ich könnte dem letzten Satze auf S. 170 daher höchstens beifügen…, solchen Befürchtungen der Reichs L[ei]t[un]g jedenfalls nicht widersprochen.[4] […][5].

Sie wollen aus Vorstehendem entnehmen, daß ich nicht in der Lage bin, bei einer

2 In Ludendorff, Kriegserinnerungen, S. 577, heißt es danach weiter: »wie das auch da eintrat, wo der Wille zum Kampf noch vorhanden war. Wir rechneten nach wie vor, ebenso wie die deutschen Führer in Bulgarien, wohl mit örtlichen Mißerfolgen, aber nicht mit der vollständigen Auflösung des bulgarischen Heeres. Die Gerüchte, die in Sofia umgegangen waren, die bulgarische Armee würde nur noch bis zum 15. September kämpfen, hatten eine überaus traurige Bestätigung gefunden. Die Oberste Heeresleitung konnte nicht jedem Hilferuf folgen. Sie mußte verlangen, daß auch Bulgarien etwas tat, sonst war uns nicht mehr zu helfen. Ob wir in Mazedonien oder im Westen geschlagen wurden, das war gleich«. – Dies war eben nicht gleich. Am 31. Oktober 1918 standen die Franzosen und Serben an der Donau vor Belgrad – noch weit bis Wien. Vgl. ebd., S. 575.

3 Von einer am 8. September 1918 vom GHQ erbetenen Informationsreise nach Spa brachte Hintze befremdlich knappe Antworten auf acht vom Reichskanzler an die OHL gestellte Fragen zurück; zur letzten Frage hieß es: »8. Mazedonien. Wie viele deutsche Divisionen stehen dort? – Antwort: eine halbe. – Wie ist die Kampfkraft der bulgarischen Armee heute zu bewerten? – Antwort: Jetzt besser. – Steht ein Angriff der Salonikiarmee bevor? – Antwort: Ja, ein kleiner«. K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 166.

4 Der letzte Satz in K. v. Hertling, Ein Jahr, S. 170, lautet, nachdem vorher ausgeführt ist, dass die Volksvertreter vom Reichskanzler in dessen letzter Rede Erklärungen zur inneren statt zu der auswärtigen Politik, dem eigentlichen Zweck ihrer Zusammenkunft, hören wollten. In anderen Ländern hätte man sich im Innern des vom äußeren Brand bedrohten Hauses versammelt, um die Flammen zu löschen. »In Deutschland stritten sich die Hausbewohner um die innere Einrichtung ihres Hauses und vergaßen den Brand, der draußen tobte und der ihr Heim zu zerstören drohte«. Sie ließen sich also offenbar von den diesbezüglich geäußerten »Befürchtungen« des Reichskanzlers nicht beeindrucken.

5 Unleserlich.

eventuellen Neuauflage meines Buches »Zweifel auszuschalten«, die für jeden vorurteilsfreien Leser desselben nicht vorhanden sind.[6]

Genehmigen Sie, hochverehrter Herr v. Massow, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung, womit ich die Ehre habe zu sein

Ihr
ergebener
Grf von Hertling

6 In seiner Antwort beharrte Massow darauf, dass seiner Dienststelle »Bulgariens bevorstehender Zusammenbruch seit Sommer 1918« bekannt war, »vor allem die Absicht, am 15. September – Tag des französischen Angriffs! – die Waffen niederzulegen«, wie von ihm und seinem Nachrichtenoffizier berichtet worden sei. Doch habe er Oberndorffs Berichte nicht gelesen und wisse nicht, »was dann an die Reichsleitung weitergegeben worden ist und in welcher Form«. Der Zar Bulgariens und Oberndorff hätten frühzeitig gewarnt. Der Zar habe bei seiner letzten (Nauheimer) Zusammenkunft mit Wilhelm II. im Sommer 1918 »sehr besorgt über den Zustand seines Heeres gesprochen« und dringend Hilfe erbeten. Massow erkannte an, dass Karl Hertling, gegen den er sich nicht persönlich wende, mit seinem Buch »wertvolle Beiträge zur Geschichte« geliefert habe. Ihm liege nur daran, »die Oberste Kriegsleitung« als deren früherer Vertreter in Sofia gegen den Vorwurf in Schutz zu nehmen, »über die Entwicklung der Dinge in Bulgarien nicht rechtzeitig unterrichtet gewesen zu sein«. Massow an Karl v. Hertling, Wien 7. Januar 1920. BArch, NlH, Nr. 55, f. 72–73.

565

Aufzeichnung Ulrich von Brockdorff-Rantzaus [1920]

(eigh. Bleistift-Notiz; PAAA, Nl Brockdorff-Rantzau, 4/2[1])

Um die Stellung der Reichsregierung zu einem Friedensschluß durch Vermittelung Dänemarks gebührend zu würdigen, ist es unerläßlich, darauf hinzuweisen, daß sie während des Krieges nicht unabhängig von der Obersten Heeresleitung war.[2] Unter Reichsregierung verstehe ich hier die in der Person des Reichskanzlers verkörperte höchste politische Leitung. Von den 3 Kriegskanzlern hat Graf Hertling zweifellos der dänischen Vermittlungsaktion die größte Bedeutung beigemessen, trotzdem ließ er sich aber in dem im Januar 1918 stattgehabten Kronrat zu so weitgehenden Änderungen der zwischen ihm und mir ursprünglich vereinbarten Antwort an die dänische Reg[ierung] bestimmen, daß ich genötigt war, diese zu beanstanden.

H. Michaelis hat während seiner Kanzlerschaft nicht Gelegenheit genommen, mit mir die dänische Aktion irgendwie eingehend zu erörtern; meines Erinnerns hat er sie mir gegenüber überhaupt nicht erwähnt. Die Friedensvermittlung Dänemarks wurde während der Kanzlerschaft H. v. Bethmann[s], besonders zu Beginn innerhalb des A. A. selbst, wesentlich dadurch erschwert, daß *Andersen[3], als er sich zu einer Intervention bereits im Dez[em]ber 1914 erbot, kategorisch erklärt hatte, in Berlin nur mit dem Kaiser und dem Reichskanzler verhandeln zu können. Ferner darf nicht verkannt werden, daß innerhalb der leitenden politischen Stellen eine unbedingte Einheitlichkeit nicht bestanden hat. Von Kopenhagen aus lag mir die Vermittelung zwischen Andersen und dem Kanzler ob; gleichzeitig arbeitete H. Ballin im Einvernehmen

1 Akten betr. Friedensvermittlungsaktionen 1914–1918. Vermerk, wohl Brockdorff-Rantzaus, auf S. 2: »Für Maria Karch U.S.P.D. Reichstag«. Nl Brockdorff-Rantzau, 4/2. – Maria Karch (1877–1958), geb. Ludenia in Görlitz, Handlungsgehilfenlehre, verheiratet, 1894–1914 Kauffrau, danach Hausfrau, seit 1919 kommunalpolitisch in der Niederlausitz tätig, 1920–1924 Mitglied des Reichstags für Frankfurt an der Oder (USPD, 1922 SPD). W. H. Schröder, Parlamentarier, S. 540.

2 Siehe oben Nr. 548.

- In Kanzleischrift von anderer Hand verfasst, wahrscheinlich diktiert.

3 Hans Niels Andersen (1852–1937), geb. in Nakskov, 1872 Schiffbauer, Matrose, 1884 Gründer der Firma Andersen & Co., 1897–1937 Generaldirektor der dänischen Ostasien-Kompanie, 1900 dänischer Etatsrat.

mit mir direkt oder durch H. Huldermann[4] mit dem Etatsrat Andersen, der ihn auch wiederholt in Hamburg aufsuchte, sobald er befürchtete, daß seine Tätigkeit durch Inanspruchnahme des amtlichen Weges auffallen könnte.*

4 Bernhard Huldermann (1872–1922), geb. in Meppen, nach Kaufmannslehre 1895 Redakteur (Hamburger Correspondent, Hamburger Börsenhalle), 1906 Syndikus des Vereins Hamburger Reeder, 1908 Generalsekretär der Hamburg-Amerikanischen-Packetfahrt-Actiengesellschaft (HAPAG), enger Vertrauter und Kurier Ballins bei den halboffiziellen deutsch-englischen Flottensondierungen vor 1914; 1913 Direktor im Vorstand der HAPAG; 1918 nach Albert Ballin zusammen mit Wilhelm Cuno (1876–1933) deren Leiter, brachte er das Unternehmen nach den schweren Einbußen durch den Versailler Vertrag wieder ins Geschäft. Hans Jaeger, Huldermann, Bernhard, in: NDB 10 (1974), S. 29; Huldermann, S. 392–394.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

EX OFFICINA
2026

Schriften
Adobe Garamond Pro / Caspari (dtl)

Umschlag
operative.space, Berlin / Köln

Satz
operative.space, Berlin / Köln